



C/2024/2516

2.5.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

30. April 2024

(C/2024/2516)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,0718	CAD	Kanadischer Dollar		1,4672
JPY	Japanischer Yen		168,27	HKD	Hongkong-Dollar		8,3817
DKK	Dänische Krone		7,4583	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,8035
GBP	Pfund Sterling		0,85478	SGD	Singapur-Dollar		1,4593
SEK	Schwedische Krone		11,7530	KRW	Südkoreanischer Won		1 479,67
CHF	Schweizer Franken		0,9787	ZAR	Südafrikanischer Rand		20,0682
ISK	Isländische Krone		150,30	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		7,7609
NOK	Norwegische Krone		11,8150	IDR	Indonesische Rupiah		17 422,11
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit		5,1130
CZK	Tschechische Krone		25,140	PHP	Philippinischer Peso		61,830
HUF	Ungarischer Forint		390,68	RUB	Russischer Rubel		
PLN	Polnischer Zloty		4,3178	THB	Thailändischer Baht		39,732
RON	Rumänischer Leu		4,9759	BRL	Brasilianischer Real		5,4928
TRY	Türkische Lira		34,7045	MXN	Mexikanischer Peso		18,1895
AUD	Australischer Dollar		1,6423	INR	Indische Rupie		89,4155

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2876)

Beschluss zur Erteilung einer Zulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufensdes Überprüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 2511	25. April 2024	Chromtrioxid (EG-Nr. 215-607-8, CAS-Nr.1333-82-0)	Hueck-Engraving GmbH & Co. KG, Helmholtzstraße 9, 41747 Viersen, Deutschland	REACH/24/6/0	Funktionalverchromen von hochwertigen Edelstahlpressblechen für die Premium-Holzwerkstoff-industrie	31. Dezember 2033	In Übereinstimmung mit Artikel 60 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökonomische Nutzen die Risiken, die sich aus der Verwendung des Stoffes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativstoffe oder -technologien.

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.





C/2024/2966

2.5.2024

MITTEILUNG DER KOMMISSION

zur Auslegung und Umsetzung der Übergangsbestimmung in der Verordnung (EU) 2024/791 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 in Bezug auf die Erhöhung der Datentransparenz, die Beseitigung von Hindernissen für die Entstehung konsolidierter Datenticker, die Optimierung der Handelspflichten und das Verbot der Annahme von Rückvergütungen für die Weiterleitung von Wertpapieraufträgen

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2966)

1. GEGENSTAND DIESER MITTEILUNG

Die Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (im Folgenden „MiFIR“) wurde durch die Verordnung (EU) 2024/791 (im Folgenden „MiFIR-Überarbeitung“) geändert. Mit der vorliegenden Auslegungsmitteilung soll die Übergangsregelung, die in Artikel 54 Absatz 3 MiFIR in der durch die MiFIR-Überprüfung geänderten Fassung festgelegt ist, näher erläutert werden. Alle nachstehenden Bezugnahmen auf Artikel betreffen die MiFIR in der durch die MiFIR-Überprüfung geänderten Fassung.

Die aus der MiFIR erwachsenden Rechte und Pflichten werden durch diese Mitteilung in keiner Weise ausgeweitet, und es werden auch keine zusätzlichen Anforderungen für die betroffenen Marktteilnehmer oder zuständige Behörden eingeführt. Die Aussagen und Meinungsäußerungen in dieser Mitteilung geben den Standpunkt der Europäischen Kommission wieder. Gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist allein der Gerichtshof für die Auslegung der Handlungen der Organe der Europäischen Union zuständig.

2. AUSLEGUNG VON ARTIKEL 54 ABSATZ 3 MiFIR DURCH DIE KOMMISSION

Die MiFIR-Überarbeitung tritt am 28. März in Kraft und gilt ab diesem Zeitpunkt. Mehrere ihrer Bestimmungen müssen durch delegierte Verordnungen der Kommission ergänzt werden, um voll wirksam zu werden. In Bezug auf die Übergangszeit heißt es in Artikel 54 Absatz 3 MiFIR: *„Die Bestimmungen der delegierten Rechtsakte, die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 [d. h. der MiFIR] in der vor dem 28. März 2024 geltenden Fassung erlassen wurden, gelten weiterhin bis zum Geltungsbeginn der gemäß der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 [d. h. der MiFIR in der durch die MiFIR-Überprüfung geänderten Fassung] in der ab diesem Datum geltenden Fassung erlassenen delegierten Rechtsakte.“*

Artikel 54 Absatz 3 MiFIR soll für die Marktteilnehmer während der Ausarbeitung der neuen delegierten Verordnungen der Kommission Kontinuität gewährleisten. Nach Artikel 54 Absatz 3 MiFIR gelten die bestehenden delegierten Verordnungen der Kommission fort. Damit die neuen MiFIR-Bestimmungen voll wirksam werden können, müssen sie in einigen Fällen durch neue delegierte Verordnungen der Kommission oder durch Änderung bestehender Verordnungen ergänzt werden und sind die bestehenden delegierten Verordnungen der Kommission aufgrund der Unterschiede zwischen den neuen MiFIR-Bestimmungen und den vor dem 28. März 2024 geltenden MiFIR-Bestimmungen, die durch diese Verordnungen ergänzt wurden, nicht mehr als angemessen zu betrachten. In solchen Fällen folgt aus Artikel 54 Absatz 3 MiFIR, dass die bestehenden delegierten Verordnungen und die durch sie ergänzten MiFIR-Bestimmungen in der vor dem 28. März 2024 geltenden Fassung auch weiterhin gelten.

Für die nachstehend genannten Bereiche bedeutet dies Folgendes:

Mechanismus zur Volumenbegrenzung (Artikel 5 MiFIR)

In Artikel 5 MiFIR (Mechanismus zur einfachen Volumenbegrenzung) wird die Schwelle festgelegt, unterhalb deren Aktienhandel im Rahmen der Ausnahme vom Referenzkurs zulässig ist. Artikel 5 MiFIR ist durch eine delegierte Verordnung der Kommission zu ergänzen, in der festzulegen ist, wie die ESMA die für die Berechnung der einheitlichen Volumenobergrenze erforderlichen Geschäftsdaten zusammenstellt, berechnet und veröffentlicht⁽¹⁾. Da die einfache Volumenbegrenzung nicht anhand desselben Datensatzes berechnet wird wie die zweifache Volumenbegrenzung, kann die Delegierte Verordnung (EU) 2017/577 der Kommission (im Folgenden „RTS 3“) nicht als angemessene Ergänzung der neuen einfachen Volumenbegrenzung betrachtet werden. Gemäß Artikel 54 Absatz 3 MiFIR gelten die in RTS 3 festgelegten Vorschriften für die zweifache Volumenbegrenzung folglich weiterhin. Die einfache Volumenbegrenzung ist ab dem Geltungsbeginn der nach Artikel 5 Absatz 9 MiFIR erlassenen delegierten Verordnung der Kommission anzuwenden.

⁽¹⁾ Artikel 5 Absatz 9 MiFIR.

Spätere Veröffentlichung der Einzelheiten von Geschäften mit Schuldverschreibungen, strukturierten Finanzprodukten oder Emissionszertifikaten und spätere Veröffentlichung der Einzelheiten von Geschäften mit Derivaten (Artikel 11 und 11a MiFIR)

In den Artikeln 11 und 11a MiFIR werden Regeln für die spätere Veröffentlichung der Einzelheiten der im Zusammenhang mit Schuldverschreibungen, strukturierten Finanzprodukten, Emissionszertifikaten und Derivaten ausgeführten Geschäfte festgelegt. Die Artikel 11 und 11a MiFIR müssen durch delegierte Verordnungen der Kommission ergänzt werden, in denen die Anpassung der Zeitpläne für den Aufschub festzulegen ist⁽²⁾. Da die Kriterien, anhand deren diese Anpassung bestimmt wird, im Zuge der MiFIR-Überarbeitung erheblich geändert wurden, kann die Delegierte Verordnung (EU) 2017/583 der Kommission (im Folgenden „RTS 2“) nicht als angemessene Ergänzung der Artikel 11 und 11a MiFIR betrachtet werden. Gemäß Artikel 54 Absatz 3 MiFIR gelten die in RTS 2 festgelegten, vor dem 28. März 2024 anwendbaren Regeln für den Aufschub folglich auch weiterhin. Die neuen Zeitpläne für den Aufschub der Veröffentlichung bei Anleihen, strukturierten Finanzprodukten, Emissionszertifikaten und Derivaten sind ab dem Geltungsbeginn der nach Artikel 11 Absatz 4 bzw. Artikel 11a Absatz 3 MiFIR erlassenen delegierten Verordnungen der Kommission anzuwenden.

Pflicht zur Offenlegung von Vorhandels- und Nachhandelsdaten zu angemessenen kaufmännischen Bedingungen (Artikel 13 MiFIR)

Artikel 13 MiFIR verpflichtet Marktbetreiber, Wertpapierfirmen, die einen Handelsplatz betreiben, genehmigte Veröffentlichungssysteme, Bereitsteller konsolidierter Datenticker und systematische Internalisierer, Vor- und Nachhandelsinformationen über Geschäfte mit Finanzinstrumenten zu angemessenen kaufmännischen Bedingungen zur Verfügung zu stellen und einen diskriminierungsfreien Zugang zu diesen Informationen zu gewährleisten. Artikel 13 MiFIR ist durch eine delegierte Verordnung der Kommission zu ergänzen, in der u. a. festzulegen ist, welche Elemente in die Berechnung der Kosten und der angemessenen Marge einfließen⁽³⁾. Da mit der MiFIR-Überprüfung ein neuer Grundsatz eingeführt wird, wonach Entgelte für Daten nicht entsprechend dem Wert, den diese Daten für einzelne Nutzer darstellen, erhoben werden dürfen, können die Delegierte Verordnung (EU) 2017/565 der Kommission und die Delegierte Verordnung (EU) 2017/567 der Kommission nicht als angemessene Ergänzungen des Artikels 13 MiFIR betrachtet werden. Gemäß Artikel 54 Absatz 3 MiFIR bleibt die vor dem 28. März 2024 bestehende, in den einschlägigen Bestimmungen der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565 der Kommission, der Delegierten Verordnung (EU) 2017/567 der Kommission und den ESMA-Leitlinien (ESMA70-156-4263) festgelegte Pflicht, Vor- und Nachhandelsdaten zu angemessenen kaufmännischen Bedingungen bereitzustellen, folglich auch weiterhin gültig. Die geänderte Pflicht zur Bereitstellung von Vorhandels- und Nachhandelsdaten zu angemessenen kaufmännischen Bedingungen besteht ab dem Geltungsbeginn der nach Artikel 13 Absatz 5 MiFIR erlassenen delegierten Verordnung der Kommission.

Vorschriften, die systematische Internalisierer bei ihren Kursofferten für Eigenkapitalinstrumente beachten müssen (Artikel 14 MiFIR)

Laut Artikel 14 MiFIR sind die Mindestoffertengröße und die Schwelle, unterhalb deren für systematische Internalisierer bei Eigenkapitalinstrumenten die Vorhandelstransparenzvorschriften gelten, in einer neuen delegierten Verordnung der Kommission festzulegen⁽⁴⁾. In der Delegierten Verordnung (EU) 2017/587 der Kommission sind lediglich die Methoden zur Bestimmung der Standardmarktgröße festgelegt. Keinerlei Angabe enthält sie dagegen zur Mindestoffertengröße und zur Schwelle, unterhalb deren systematische Internalisierer von Aktien den Vorhandels-Transparenzvorschriften unterliegen (beides wird in Artikel 14 in der vor dem 28. März gültigen Fassung definiert). Aus diesem Grund kann die Delegierte Verordnung (EU) 2017/587 der Kommission nicht als angemessene Ergänzung des Artikels 14 MiFIR betrachtet werden. Gemäß Artikel 54 Absatz 3 MiFIR sind die vor dem 28. März 2024 geltenden, in den einschlägigen Bestimmungen der Delegierten Verordnung (EU) 2017/587 der Kommission festgelegten Vorschriften für die Kursofferten systematischer Internalisierer bei Eigenkapitalinstrumenten folglich weiter anzuwenden. Die neuen Vorschriften für die Kursofferten systematischer Internalisierer sind ab dem Geltungsbeginn der nach Artikel 14 Absatz 7 MiFIR erlassenen delegierten Verordnung der Kommission anzuwenden.

Pflicht zur Meldung von Geschäften (Artikel 26 MiFIR)

Artikel 26 MiFIR verpflichtet Wertpapierfirmen, die Geschäfte mit Finanzinstrumenten ausführen, der zuständigen Behörde die Einzelheiten dieser Geschäfte zu melden. Artikel 26 MiFIR ist durch eine delegierte Verordnung der Kommission zu ergänzen, in der festzulegen ist, welche Finanzinstrumente, deren Basiswert ein Index ist, gemeldet werden müssen, und in der bestimmte Angaben zu den zu meldenden Geschäften geändert werden⁽⁵⁾. Aus diesem Grund kann die Delegierte Verordnung (EU) 2017/590 der Kommission („RTS 22“) nicht als angemessene Ergänzung des Artikels 26 MiFIR betrachtet werden. Gemäß Artikel 54 Absatz 3 MiFIR gelten die in RTS 22 festgelegten, vor dem 28. März 2024 anwendbaren Regeln für die Meldung von Geschäften folglich auch weiterhin. Die neuen Vorschriften für die Meldung von Geschäften sind ab Inkrafttreten der nach Artikel 26 Absatz 9 MiFIR erlassenen delegierten Verordnung der Kommission anzuwenden.

⁽²⁾ Artikel 11 Absatz 4 und Artikel 11a Absatz 3 MiFIR.

⁽³⁾ Artikel 13 Absatz 5 MiFIR.

⁽⁴⁾ Artikel 14 Absatz 7 MiFIR.

⁽⁵⁾ Artikel 26 Absatz 9 MiFIR.



C/2024/2996

2.5.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.110895

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2996)

Datum der Annahme der Entscheidung	21.12.2023	
Nummer der Beihilfe	SA.110895	
Mitgliedstaat	Slowakei	
Region		
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Slovakia - TCTF: Modifications to SA.105458	
Rechtsgrundlage	Vnútroštátny právny základ pre poskytovanie pomoci:1. zákon č. 71/2013 Z. z. o poskytovaní dotácií v pôsobnosti Ministerstva hospodárstva Slovenskej republiky v znení neskorších predpisov,2. zákon č. 358/2015 Z. z. o úprave niektorých vzťahov v oblasti štátnej pomoci a minimálnej pomoci a o zmene a doplnení niektorých zákonov (zákon o štátnej pomoci).Vnútroštátny právny základ pre výkon oprávnených aktivít:3. zákon č. 523/2004 Z. z. o rozpočtových pravidlách verejnej správy a o zmene a doplnení niektorých zákonov v znení neskorších predpisov,4. zákon č. 575/2001 Z. z. o organizácii činnosti vlády a organizácii ústrednej štátnej správy v znení neskorších predpisov,5. zákon č. 431/2002 Z. z. o účtovníctve v znení neskorších predpisov,6. zákon č. 595/2003 Z. z. o dani z príjmov v znení neskorších predpisov,7. zákon č. 251/2012 Z. z. o energetike a o zmene a doplnení niektorých zákonov v znení neskorších predpisov,8. zákon č. 278/1993 Z. z. o správe majetku štátu v znení neskorších predpisov,9. zákon č. 357/2015 Z. z. o finančnej kontrole a audite a o zmene a doplnení niektorých zákonov v znení neskorších predpisov.	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben, Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 600 000 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität	Die Maßnahme stellt keine Beihilfe dar	
Laufzeit	6.2.2023 - 30.6.2024	
Wirtschaftssektoren	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministerstvo hospodárstva Slovenskej republiky Mlynské nivy 44/a, 827 15 Bratislava 212, Slovenská republika	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 3. JULI 2017

(C/2024/2999)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 3. bis 6. Juli 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Nachruf	3
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	5
4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	5
5. Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll	5
6. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll	5
7. Antrag auf Schutz der Immunität: siehe Protokoll	5
8. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	5
9. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll	6
10. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	6
11. Auslegung der Geschäftsordnung: siehe Protokoll	6
12. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	6

Inhalt	Seite
13. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll	6
14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	6
15. Große Anfragen (Artikel 130b GO) (Einreichung): siehe Protokoll	6
16. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	6
17. Arbeitsplan	6
18. Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau (Aussprache)	8
19. Europäische Normen für das 21. Jahrhundert (Aussprache)	20
20. Anstieg der Zahl der HIV-, TB- und HCV-Epidemien in Europa (Aussprache)	30
21. Längere Lebensdauer für Produkte: Vorteile für Verbraucher und Unternehmen (kurze Darstellung)	43
22. Vorgehen gegen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, einschließlich Völkermord (kurze Darstellung)	49
23. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll	55
24. Private Sicherheitsunternehmen (kurze Darstellung)	55
25. Arbeitsbedingungen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse (kurze Darstellung)	58
26. Festlegung eines EU-weiten Rahmens für gedeckte Schuldverschreibungen (kurze Darstellung)	63
27. Die Rolle des fischereibezogenen Tourismus bei der Diversifizierung der Fischerei (kurze Darstellung)	65
28. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen	69
29. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	75
30. Schluss der Sitzung	75

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 3. JULI 2017

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

(La seduta è aperta alle 17.05)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 15 giugno 2017.

2. Nachruf

Le Président. – Chers collègues, je voudrais commencer cette session des travaux parlementaires par une pensée pleine d'émotion et de reconnaissance pour Simone Veil, une grande figure de notre époque qui a marqué l'histoire de l'Europe et qui a apporté une contribution fondamentale au développement de notre Parlement.

Simone Veil appartient à cette génération des grands esprits, dont Helmut Kohl, qui nous a quittés il y a quelques jours, faisait également partie. Première Présidente de ce Parlement élu au suffrage universel direct, Simone Veil a accompagné le jeune Parlement dans ses premiers pas, l'a orienté dans la bonne direction et a jeté les bases de son évolution future. Elle a toujours voulu un Parlement politique. Voici ce qu'elle disait lors de son premier discours en tant que Présidente: «La voix de notre Assemblée, forte de sa légitimité, portera dans toutes les instances de la Communauté, et notamment au niveau le plus élevé de la décision politique.»

Grande est notre dette envers cette grande femme, dont la mémoire sera honorée demain dans ce même hémicycle. Je vous demande de vous joindre à moi pour une minute de silence en sa mémoire.

Vi informo altresì che domani, alle ore 12.00, avrà luogo in questo Emiciclo un omaggio a Simone Veil. I voti inizieranno quindi dopo la commemorazione.

Informo anche che i deputati che parteciperanno ai funerali, che avranno luogo mercoledì alle ore 10.30, a Parigi, saranno giustificati per la loro assenza in Aula.

Terry Reintke (Verts/ALE). – Mr President, I want to remind all my colleagues that the German Bundestag took an absolutely historic decision last Friday. Finally, Germany joined those EU Member States which have open marriage for same-sex couples.

This is a historic moment, and as a German citizen and a member of the LGBTI community, I want to thank every single Member of this Parliament who has fought in recent years to make this possible. Were it not a Member State of the European Union, Germany probably would not be at that this stage right now. So thank you very much – for equality and for diversity.

Love is unstoppable!

(Applause)

Franck Proust, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, permettez-moi, à mon tour, et très brièvement, en cette ouverture de séance plénière, ici à Strasbourg, dans ce Parlement qui fait battre le cœur de la démocratie européenne, de rendre un hommage, comme vous l'avez fait, au nom de la délégation française du groupe PPE, que je préside, à M^{me} Simone Veil, femme d'État française, profondément européenne, qui nous a quittés la semaine dernière.

Son âme restera gravée à jamais dans nos cœurs et nos mémoires, et son œuvre devra guider nos actions.

Enfermée dans les camps de la mort à Auschwitz, en 1944, à l'âge de 16 ans, rescapée des atrocités de la Shoah, Simone Veil incarne le courage et symbolise l'espoir. Son destin l'a amenée au dépassement de l'idéologie et des clivages politiques, en défendant, sans relâche et contre les conservatismes, les droits des femmes.

Animée par la liberté, Simone Veil n'a jamais renoncé face aux obstacles parfois les plus cruels. Femme de paix, car victime du drame de la guerre, M^{me} Veil a œuvré avec une ténacité unique pour une Europe politique rassemblant les peuples dans leur diversité. Soyons fiers de passer chaque jour la porte de cette institution qu'elle a présidée entre 1979 et 1982. Soyons surtout à la hauteur de ce qu'a entrepris pendant une vie M^{me} Simone Veil.

Les terribles conflits qui persistent dans certaines régions du monde nous rappellent la valeur inestimable de la paix. Cette paix sur notre continent, nous la devons à de grandes femmes et de grands hommes. Simone Veil en fera partie, à jamais. Son talent et sa volonté politique pour construire l'Europe nous obligent.

Nos sociétés perdent des repères et des symboles devant l'immédiateté de l'information et du savoir. Mais, si les paroles passent, les actes restent. M^{me} Veil a su, tout au long d'une carrière au service des citoyens, allier la force du verbe à la concrétisation du changement.

Demain, vous l'avez dit, Monsieur le Président, un hommage officiel sera rendu par cette Assemblée à M^{me} Veil; mais j'ai souhaité, dès l'ouverture de nos travaux, saluer le parcours de cette grande dame: avec une émotion, je vous l'avoue, que je ne pensais pas pouvoir ressentir un jour sur les bancs de cet hémicycle.

Nathalie Griesbeck, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, au nom du groupe de l'Alliance des démocrates et des libéraux pour l'Europe, je voudrais m'associer à la fois à vos propos, à la cérémonie officielle qui sera rendue à la mémoire de cette grande et lumineuse femme que fut Simone Veil, aux propos de mes collègues français, mais aussi de tous les Européens qui, à travers sa disparition, saluent une femme symbolique du XX^e siècle. Par-delà les tourments les plus épouvantables que ce siècle a pu faire naître avec la Shoah, à travers sa personnalité lumineuse ainsi que ce qu'elle représente pour le XX^e siècle, Simone Veil a été à la fois une femme politique mais aussi une femme tout court, qui a su allier ses valeurs, son exigence, sa volonté, sa détermination avec un caractère marqué et fort, et qui a été la première femme Présidente de notre Parlement européen.

Elle a porté dans mon pays des valeurs qui ont été répercutées au-delà de la France, qui sont celles des droits de l'homme et des droits de la femme à travers les textes qu'elle a soutenus.

Je suis heureuse qu'au cœur du Parlement européen un hommage soit rendu à cette femme lumineuse, à la fois de la part de tous les citoyens européens, mais évidemment aussi des Français et des membres de mon groupe parlementaire, auquel elle appartenait.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, je vous remercie pour cet hommage. Je rejoins ce qu'ont dit mes collègues, M. Proust et M^{me} Griesbeck. Je voudrais indiquer que Simone Veil, au-delà de son parcours politique, a su rassembler et a fait énormément pour l'Europe et pour la connaissance de l'Europe en France.

Elle a aussi fait énormément pour les droits des femmes. Je pense notamment à la question de l'avortement, qui est autorisé et légal. C'était un combat dans un moment extrêmement dur, un combat pour lequel nous, socialistes et démocrates, continuons à honorer sa mémoire en faisant en sorte que ce combat ne soit pas vain, ne soit pas terminé et puisse bénéficier à l'ensemble des Européennes.

Nous saluons donc sa mémoire.

Presidente – Evidentemente il segno lasciato da Simone Veil anche in questa Assemblea è talmente forte che molti deputati hanno voluto ricordarla.

Ulrike Lunacek, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, je voudrais aussi, au nom du groupe Verts/ALE, vous remercier, ainsi que nos collègues, pour l'hommage que vous avez rendu à M^{me} Veil. Elle était une femme très importante pour les droits des femmes sur ce continent, en particulier en France, mais elle a aussi été un symbole pour les autres pays. Je tiens donc à lui rendre hommage pour ce qu'elle a fait pour les femmes et aussi pour l'Europe.

Presidente. – Vi ricordo che domani ci sarà una celebrazione ufficiale in quest'Aula.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, pochissimi minuti per dire a quest'Aula, che molte volte si è dimostrata solidale e attenta alle difficoltà che alcuni Stati membri stanno vivendo sul tema dell'immigrazione, qual è la situazione che noi stiamo vivendo. Nella scorsa settimana, in due giorni sono arrivate in Italia 12 000 persone. Nei giorni successivi, in un solo giorno, 5 000 persone ancora. È questo il ritmo d'arrivo.

Ora, noi abbiamo scelto la strada dell'accoglienza, ma siamo a un punto di grande difficoltà. Chiediamo perciò a tutti i colleghi, ai loro paesi e ai loro governi e al Consiglio che davvero si esprima la voce dell'Europa, in termini di solidarietà e di unità, per un paese come il mio che continua nella via della solidarietà, dell'accoglienza, della salvezza delle vite umane, ma si trova in una situazione di grande disagio e difficoltà.

Penso che questa sia una voce, come quella della Grecia, che non può rimanere inascoltata, in un Parlamento come questo che rappresenta davvero la volontà dei popoli in nome di quella solidarietà che ci fa essere europei. Abbiamo parlato di Simon Veil, di quei valori, di quel progetto. Questa è una delle situazioni in cui quel progetto è messo alla prova: resisterà o sarà invece schiacciato?

Presidente. – Quest'Aula avrà la possibilità di discuterne in occasione dell'intervento di presentazione del programma della Presidenza estone. Ho già parlato con il primo ministro Ratas, il quale mi ha assicurato che la questione immigrazione è una questione europea, così come sempre sottolineato da questo Parlamento.

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

5. Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll

6. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll

7. Antrag auf Schutz der Immunität: siehe Protokoll

8. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

9. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll
10. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll
11. Auslegung der Geschäftsordnung: siehe Protokoll
12. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll
13. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll
14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll
15. Große Anfragen (Artikel 130b GO) (Einreichung): siehe Protokoll
16. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll
17. **Arbeitsplan**

Presidente. – Il progetto definitivo di ordine del giorno, fissato dalla Conferenza dei presidenti, ai sensi dell'articolo 149 del regolamento, nella riunione di giovedì 29 giugno 2017 è stato distribuito.

A causa del fatto che mercoledì mattina il Presidente Juncker, il Presidente Tusk e io stesso parteciperemo ai funerali di Simone Veil a Parigi e quindi non potremo essere presenti in Aula per la discussione sulle conclusioni del Consiglio europeo, dopo consultazioni con i gruppi politici desidero sottoporre all'Aula le seguenti proposte di modifica del progetto definitivo di ordine del giorno.

Vi propongo martedì un punto «Omaggio a Simone Veil» prima delle votazioni.

Mercoledì il primo punto all'ordine del giorno dovrebbe essere modificato come segue: «Dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulla preparazione del vertice del G20» e le votazioni inizierebbero alle ore 12.00.

Vi sono obiezioni? L'ordine del giorno è così modificato.

Lunedì:

Inoltre ho ricevuto le seguenti richieste. Il gruppo Europa delle Nazioni e della Libertà ha chiesto che dichiarazioni del Consiglio e della Commissione su «Frontex: allarmante crisi migratoria al largo della costa mediterranea della Spagna» siano aggiunte come primo punto all'ordine del giorno.

Nicolas Bay, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, chers collègues, vendredi dernier, j'ai visité à Varsovie le siège flamboyant neuf de Frontex, la fameuse agence européenne de gardes-frontières et de garde-côtes, censée nous protéger de l'afflux massif et incontrôlé d'immigrés illégaux.

Après avoir reconnu que l'écrasante majorité de ces clandestins ne sauraient être considérés comme des réfugiés, les responsables de Frontex nous ont alertés sur la situation très inquiétante au large des côtes espagnoles. En effet, le passage de clandestins y est dramatiquement croissant et a augmenté de manière considérable, avec plus de 1 000 individus interceptés par semaine. Du jamais vu dans cette zone!

Ces personnes viennent pour l'essentiel du Maroc, qui, d'une part, doit faire face à des émeutes dans le Rif et, d'autre part, se trouve depuis bientôt deux ans en plein conflit juridique avec l'Union européenne à cause d'un arrêt pour le moins surprenant rendu par la Cour de justice européenne.

Voilà pourquoi je crois qu'il est urgent que nous ayons un débat sur cette situation très préoccupante...

(Le Président interrompt l'orateur)

Voilà pourquoi je crois qu'il est urgent que nous ayons un débat sur cette situation très préoccupante au large de l'Espagne, sans oublier bien sûr les autres points d'entrée, en particulier depuis la Libye vers l'Italie, où la collusion entre les ONG et les mafias de passeurs est chaque jour plus évidente.

(Il Parlamento respinge la richiesta)

Giovedì:

Il gruppo della Sinistra unitaria europea/Sinistra verde nordica ha chiesto che una dichiarazione della Commissione sull'interrogazione orale «Caccia alla balena in Norvegia» sia aggiunta come secondo punto del mattino, dopo la discussione congiunta su «Trattato di Marrakech: accesso delle persone con disabilità visive alle opere e ad altro materiale protetto».

La discussione sarà conclusa da una risoluzione che sarà votata durante la tornata di settembre.

Anja Hazekamp, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Ik wil jullie verzoeken een debat over de Noorse walvisjacht aan de agenda toe te voegen, afsluitend met een resolutie in september. Walvissen behoren tot de meest imposante diersoorten, maar ook tot de meest bedreigde diersoorten. Daarom is de commerciële walvisjacht al sinds 1986 verboden.

Noorwegen is een van de weinige landen die dit verbod negeert en sinds 1993 heeft Noorwegen bijna 12 000 walvissen gedood. Dat zijn er meer dan Japan en IJsland bij elkaar! Dit jaar heeft Noorwegen het quotum verhoogd tot bijna 1000 walvissen.

Beste collega's, we mogen dit niet laten gebeuren. Er wordt op dit moment door Noorwegen op walvissen gejaagd en ik vraag jullie steun om deze dieren te beschermen. Want kijken we als Europees Parlement toe hoe de laatste walvissen worden opgejaagd en dreigen uit te sterven, of doen we het maximale wat in onze macht ligt om dit tegen te gaan? Ik kies voor het laatste en ik hoop u ook.

Paul Rübig (PPE). – Herr Präsident! Wir sind sehr für die Aussprache. Walfang ist ein kritisches Thema, und deshalb beantragt die EVP eine getrennte Abstimmung. Wir sind für die Debatte, aber wir sind nicht dafür, dass hier eine Entschließung verabschiedet wird.

Presidente. – On. Hazekamp, è favorevole a dividere la sua proposta, cioè avere prima una votazione sulla discussione e poi una votazione sulla risoluzione? Oppure vuole mantenere intatta la sua proposta respingendo la richiesta dell'on. Rübig?

Anja Hazekamp (GUE/NGL). – Dit is wel een dilemma. Een debat zonder resolutie, dat zegt in dit geval niet zoveel. Noorwegen weet dat er een internationaal verbod ligt en het wordt tijd dat dit Parlement zich duidelijk uitspreekt tegen de internationale commerciële walvisvangst, ook door Noorwegen. Daarom is een debat alléén wel een goed signaal, maar niet voldoende, absoluut niet!

Presidente. – Quindi lei è contraria alla proposta dell'on. Rübig.

Anja Hazekamp (GUE/NGL). – No, we prefer to keep it as it is.

(Il Parlamento accoglie la richiesta del gruppo GUE/NGL)

(L'ordine dei lavori è così fissato)

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

18. Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau (Aussprache)

Președintele. – Primul punct de pe ordinea de zi este dezbaterile privind raportul lui Sorin Moisă, în numele Comisiei pentru comerț internațional, referitor la propunerea de decizie a Parlamentului European și a Consiliului privind acordarea unei asistențe macrofinanciare Republicii Moldova (COM(2017)0014 – C8-0016/2017 – 2017/0007(COD)) (A8-0185/2017).

Sorin Moisă, rapporteur. – Mr President, the Republic of Moldova is in the process of recovering its economic stability after several very harsh years. Due to various circumstances – some domestic and self-inflicted, such as the well-known bank fraud, which has also led to an interruption of external support, and some external, such as a sharp decrease in exports to Russia and Ukraine – Moldova faces an external balance of payments crisis and has asked for assistance from international donors, notably the IMF and the EU.

In November last year, the IMF approved the three-year programme in the amount of almost USD 180 million and this programme is now well on track. The IMF has also calculated the country's residual external financial needs for 2016-2018 at approximately EUR 400 million. The EU has also resumed its budgetary support operations, following the interruption in the context of the bank fraud, through the European Neighbourhood Instrument.

In January 2017, the Commission proposed the instrument that we are discussing today, a macro-financial assistance package covering approximately 25% – so only a quarter – of the country's financial needs as identified by the IMF. This is in order to address the short-term balance of payments and fiscal vulnerabilities of the Moldovan economy. The proposed assistance therefore amounts to EUR 100 million; EUR 60 million would be a loan and EUR 40 million would be a grant to be disbursed in three instalments in 2017 – ideally – and in 2018.

The Commission had proposed in its original draft text that strong conditionalities be attached to the assistance. These conditionalities have been thoroughly discussed in the two committees giving opinions in this House, the Committee on Foreign Affairs and the Committee on Budgets, and of course in the Committee on International Trade. The result has been even stronger conditionalities attached to the disbursement of each of the three instalments. The principle is: no reforms, no money. It is the first time that the EU has taken such a tough stance, as the practice of the EU until now has been to grant the first instalment immediately and only attach some conditions to the subsequent ones.

The ambitious programme of reforms will cover financial sector governance, public sector governance, the fight against corruption, the fight against money laundering, energy sector reforms, and improvement of the business and investment climate. Parliament's amendments have put strong emphasis on the independence of the judiciary, freedom and pluralism of the media, the depoliticisation of public administration, and the need to fight corruption and money laundering and to support the implementation of the DCFTA. We have clarified that conditions are to be attached to the disbursement of each and every one of the three instalments, that benchmarks should be clear as required by the European Court of Auditors, and that the assistance shall be immediately suspended or terminated if the conditions are not met.

If done properly, it is my strong belief that these reforms have a high potential systemic impact. These are reforms that will discipline and constrain the exercise of power by the government and any other economic or political actor for generations to come. The other two institutions have accepted one hundred percent of our requests. The agreement reached during the trilogue also includes a joint statement by Parliament, the Council and the Commission recalling that the necessary precondition for the disbursement of the assistance is respect for effective democratic institutions.

I have come up with this proposal to adopt this joint statement in order to address the concerns of colleagues in this House regarding the recent initiative by the authorities to change the electoral system in the Republic of Moldova. The process is still ongoing and the Venice Commission has recently made public its opinion on this process.

It is key that the Moldovan authorities duly take into account this recommendation. The joint statement puts a strong emphasis on the fact that the consideration by the Moldovan authorities of the recommendations of the Venice Commission will be part of the regular monitoring of the respect for the aforementioned precondition. The regular monitoring of this precondition is in fact a mandate that we have created and are giving to the Commission. I would encourage the Commission today to reconfirm the strength of its commitment in the context of this instrument that we have created together. This is important and is the underpinning factor for the consensus we have achieved in the House.

To conclude, in its current form, the decision gives us the green light – if we vote positively tomorrow – for the aid to Moldova. However, it does not mean immediate disbursement. If the decision is positive, the first instalment of the disbursement will reach Moldova in December. The European Union is therefore equipped with the right set of instruments to react to any potential developments in the Republic of Moldova.

I will conclude by thanking the shadows Mr Winkler from the PPE, Mr Takkula from ALDE, Mr Zahradil from the ECR, Mr Scholz from GUE and Ms Hautala from the Greens, as well as Mr Auštrevičius and Mr Mureșan, the rapporteurs for the opinion from the two opinion committees, and also Mr Preda from the PPE Group, who has played a key role in building a consensus in this House.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, let me first thank the rapporteur, Mr Sorin Moisă and the Committee on International Trade for their valuable work, and also the Committee on Foreign Affairs and Committee on Budgets for their support.

As you know, the European Commission submitted its proposal for a macro-financial assistance operation to Moldova in the context of difficult political and economic transition. Following the banking fraud scandal of 2014 the new Moldovan Government was appointed in February 2016, adopting a package of key reforms in areas like public governance and anti-corruption. In support of this new reformed path, the EU and Moldova agreed on the roadmap for priority reforms at the beginning of 2016 and with the Foreign Affairs Council conclusions of 16 February 2016.

Moldova, which is one of the poorest countries in the European neighbourhood needs macro-financial assistance to cover its external financing needs and underpin its slow recovery from the recession in 2015.

This macro-financial assistance complements the assistance of the International Monetary Fund, which resumed its assistance and approved a new, extended fund facility agreement on 7 November last year.

Therefore, it is crucial that the EU, together with other international donors, uses this window of opportunity for reforms in Moldova and supports the new Moldovan Government in its efforts to implement key reforms and bring back economic recovery.

However, the Commission shares the concerns of Parliament with regard to important areas like corruption, money laundering, independent judiciary, independent media, and the implementation of the EU-Moldova Association Agreement. Therefore, the Commission supports the five amendments to the recitals of its proposals to address these concerns.

Let me also reassure you that the Commission will entirely be guided by these new recitals when implementing this assistance and, in particular, when designing the conditionality of this operation of the memorandum of understanding between the EU and Moldova.

The Commission also shares the concerns of Parliament regarding the recent initiatives in Moldova to introduce a new electoral system. Therefore we support the joint statement of the three institutions, recalling that the precondition for granting macro-financial assistance is that the beneficiary country respects effective democratic mechanisms, including a multi-party parliamentary system and the rule of law, and guarantees respect for human rights.

The Commission and the European External Action Service will closely monitor the fulfilment of this pre-condition throughout the lifecycle of this operation and will pay utmost attention to how Moldova follows up on the recommendations of international partners, in particular the recommendations of the Venice Commission and of the Office for Democratic Institutions and Human Rights of the Organisation for Security and Cooperation in Europe related to the proposed changes in the electoral system.

Before closing my remarks I would like to underline again that no disbursement of macro-financial assistance for Moldova will take place if the political preconditions as well as specific economic and financial conditions are not fulfilled.

I hope we can count on Parliament's support for Moldova on its path to reform and I would like to underline that the Council, in a letter of 15 June this year, from COREPER, confirmed the approval of the Commission's proposal as agreed in the trilogue, subject the approval of the European Parliament.

Petras Auštrevičius, *rapporteur for the opinion of the Committee on Foreign Affairs*. – Mr President, Moldova's future depends on much more than yet another financial tranche. Plans to change the election system are received with such great caution in both Brussels and Strasbourg, and rightly so. Even more importantly, in Moldova the opposition parties and civil society at large are alarmed and protesting. Everyone is asking for a fair European debate and a consensus-based decision and we do not see this happening. Instead we read today about yet another political party leaving the consultations on election law.

I wish to draw the attention of this House to the joint statement of all EU institutions that the Commissioner has just mentioned, which is an integral part of the decision and which makes very clear reference to the Venice Commission recommendations. It is crucial to ensure that these recommendations are fully respected. We must also make sure that we are sending the right message to the Moldovan people, as there is a high risk of manipulation and political misinterpretation. Moldova does indeed have certain privileges, but it has very serious duties. I do hope that everyone in Moldova understands this and I wish for great cooperation with Moldova when it comes to all the issues in front of us.

Siegfried Mureșan, *raportor pentru aviz Comisia pentru bugete*. – Domnule președinte, domnule vicepreședinte Dombrovskis, stimați colegi, obiectivul meu în calitate de raportor al Comisiei pentru bugete a fost să mă asigur că Republica Moldova îndeplinește condițiile necesare pentru a primi aceste fonduri europene și că noi creăm condițiile, premisele ca banii să ajungă acolo unde este cea mai mare nevoie de ei, și anume, la oameni.

La ce criterii mă refer?

În primul rând, la condițiile legate de existența statului de drept și a unui sistem multipartinic, iar, în acest domeniu, domnule vicepreședinte Dombrovskis, vă solicit ca Comisia Europeană să întreprindă tot ce este necesar pe lângă autoritățile de la Chișinău, pentru a ne asigura că sistemul electoral respectă pe deplin recomandările Comisiei de la Veneția pentru ca acești bani să poată ajunge la cetățeni doar în aceste condiții și, doar dacă recomandările Comisiei de la Veneția sunt pe deplin implementate, banii pot ajunge la oameni.

În al doilea rând, mă refer la condițiile legate de combaterea corupției, combaterea spălării banilor, pe care le-a menționat raportorul și pe care le-am introdus în avizul Comisiei pentru bugete. Aici, domnule vicepreședinte, rolul Comisiei Europene este foarte clar: să monitorizați atent situația și fiecare tranșă să fie plătită doar dacă aceste condiționalități concrete sunt îndeplinite.

(Vorbitorul a acceptat să răspundă unei întrebări adresate în conformitate cu procedura „cartonașului albastru” (articolul 149 alineatul (8) din Regulamentul de procedură))

Președintele. – Domnul Lucke a ridicat un cartonaș albastru – prea târziu pentru primul vorbitor, domnul Auštrevičius, și prea devreme pentru următorul vorbitor, domnul Mureșan. Deci, ca atare, nu puteți, pentru că trebuia să faceți acest lucru în timp ce vorbea domnul Auštrevičius.

You did not do that while Mr Auštrevičius was delivering his speech. No, everybody saw that. And then you asked for a blue card to Mr Mureșan who had not started to speak, so is it to me? Okay, you have the floor.

Bernd Lucke (ECR). – Herr Präsident! Ich habe mich mit der blauen Karte zu Herrn Mureșan gemeldet, als Herr Mureșan zu sprechen begann, genauso, wie es üblich ist. Ich habe nicht Herrn Auštrevičius eine Frage stellen wollen, sondern ich möchte Herrn Mureșan eine Frage stellen. Ich habe mich während seines Wortbeitrags – nämlich ganz am Anfang seines Wortbeitrags – gemeldet. Ich bitte das so zu berücksichtigen, wie das immer der Fall ist.

President. – It means that you knew in advance what Mr Mureșan would say, and therefore that would provoke your blue card. Is this the understanding? Let me tell you that you have a very good sense of premonition.

Bernd Lucke (ECR). – Mr President, it is not your obligation to judge what I knew or did not know. I want to pose a question please.

President. – That is all right. You may ask your question.

Bernd Lucke (ECR), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Mureșan, Sie haben sehr politisch gesprochen. Ich möchte Ihnen eine Frage stellen bezüglich der Fähigkeit Moldaus, die Schulden zurückzuzahlen. Gibt es eine Schuldentragfähigkeitsanalyse für Moldau? Wer hat diese Schuldentragfähigkeitsanalyse durchgeführt? Zu welchem Ergebnis ist diese Schuldentragfähigkeitsanalyse gekommen?

Siegfried Mureșan (PPE), blue-card answer. – The position of the European Union has been constant throughout recent years and we have always said that if the International Monetary Fund comes to the conclusion that the Republic of Moldova's debt is sustainable, the economy is strong enough and the conditions of an agreement with the IMF are met, then the European Union stands ready also to help the Republic of Moldova.

In November last year, the IMF came to a positive conclusion and decided to proceed to give credit to the Republic of Moldova. Given these circumstances, I am of the opinion that, economically, the Republic of Moldova is in a condition to receive this financing and to return it. However, all of the other political conditionalities mentioned by Commissioner Dombrovskis and I remain important to make sure that the money reaches its objective.

Daniel Caspary, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident! Für uns in der Fraktion der Europäischen Volkspartei stehen die Menschen in Moldau im Zentrum. Wir alle wissen, dass die Situation in Moldau für viele, viele Menschen sehr grenzwertig ist und Moldau zu den ärmsten Ländern bei uns in Europa gehört. Nichtsdestotrotz ist es uns aber wichtig, dass bestimmte Bedingungen eingehalten werden. Deswegen bin ich der Kommission sehr, sehr dankbar, dass sie noch mal auf viele Bedingungen hingewiesen hat, die uns sehr am Herzen liegen, nämlich auf die Frage von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Moldau, die Frage der Korruptionsbekämpfung, die Frage eines verantwortlichen Umgangs mit den Geldern, die wir hoffentlich morgen als Parlament zur Verfügung stellen können.

Aber es ist untragbar, was die Regierung im Moment bei der Frage des Wahlrechts zu beabsichtigen scheint. Deswegen ist es sehr gut, dass sich die Institutionen auf die Gemeinsame Erklärung geeinigt haben, in der wir ja alle noch mal explizit auf die Bedingungen der Venedig-Kommission hinweisen.

Aber ich wünsche mir ganz eindeutig, sehr geehrter Herr Kommissar, dass die Kommission wirklich noch mal deutlich macht, dass dieses Wahlrecht nicht so geändert werden kann, wie sich das die Regierung in Moldau vorzustellen scheint, sondern wir dürfen das Geld nur dann freigeben, wenn die Bedingungen der Venedig-Kommission wirklich eins zu eins umgesetzt werden. Und ich wäre sehr, sehr dankbar, wenn die Kommission das entweder gleich in Ihrem Schlussstatement, sehr geehrter Herr Kommissar, oder morgen vor der Abstimmung nochmal ganz klar macht. Sie werden das sehen: In bisher jedem Redebeitrag wurde dieses Thema angesprochen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich die demokratische Situation in Moldau verschlechtert und wir dann aber noch Gelder zahlen, um das zu belohnen.

In dem Sinne möchte ich auch ganz herzlich unserem Kollegen Iuliu Winkler danken, der dieses Dossier federführend für unsere Fraktion betreut hat. Wir würden uns freuen, wenn wir uns morgen, wenn wir das Geld zur Verfügung stellen, wirklich einig darüber wären, was unsere Bedingungen sind, und wenn die Kommission dann auch wirklich ohne Hintertür sicherstellt, dass diese Bedingungen erfüllt werden.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – As you know, the basic issue here is whether to let the Republic of Moldova go into the Eurasian Economic Union, cooperating with Russia, or to bring it closer to the European Union. This is ultimately what it is about. Do you not think that, if we don't grant this macro-financial assistance, the people of the Republic of Moldova are going to be very disappointed vis-à-vis the position of the European Union, and that we have to do whatever we can in order to bring them to the West not to the East?

Daniel Caspary (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Sehr geehrter Kollege! Wenn ich mich da vielleicht unklar ausgedrückt habe oder die Übersetzung nicht ganz eindeutig war, dann danke ich ganz herzlich für die Frage. Wir sind uns doch alle einig, dass wir uns wünschen, dass sich Moldau in Richtung der Europäischen Union und in Richtung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entwickelt. Genau deshalb ist es uns ein Anliegen, weil wir uns eben ein rechtsstaatliches demokratisches Moldau in unserer Nähe wünschen, und deswegen legen wir sehr großen Wert darauf, dass wir die Hilfe leisten – das steht für uns in der Fraktion überhaupt nicht in Frage.

Aber wir wollen eben sichergestellt haben, dass sich die demokratische Situation in Moldau in den nächsten Monaten und Jahren weiter verbessert und nicht verschlechtert und genau da haben viele – wie z.B. die Venedig-Kommission oder viele politisch Tätige in Moldau – leider im Moment Sorgen.

Knut Fleckenstein, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon seit vielen Jahren immer wieder Gelder – auch nach Moldau – überwiesen in der Hoffnung, dass es zu Reformen kommt, dass sich die Bedingungen für die Menschen dort verbessern. Das hat sich in der Vergangenheit oft nicht bewahrheitet. Es ist eine Katastrophe, was dort zum Teil stattgefunden hat, an der alle möglichen sogenannten demokratischen Parteien beteiligt waren – einer der Premierminister ist deshalb im Gefängnis, andere sind unter Anklage. Deshalb ist es völlig richtig, dass wir sagen: Diesen Weg wollen wir nicht weiter mitgehen.

Das Ergebnis ist nicht nur gewesen, dass wir uns immer kritischer gefühlt haben, das Ergebnis ist auch gewesen, dass die Menschen in Moldau sich mehr und mehr abgewendet haben, nicht nur von ihrer jeweiligen Regierung, sondern auch von denen, die sie unterstützen – nämlich uns. Deshalb ist es richtig: Das kann man nicht fortsetzen. Nun haben wir eine neue Regierung, die das eine oder andere wirklich nicht nur geredet, sondern auch abgeliefert hat. Der Internationale Währungsfonds hat das ja auch bestätigt und dementsprechend positiv gehandelt.

Wir erwarten, dass das auch weiter so geht, dass nicht nur geredet wird, sondern dass geliefert wird. Deshalb sage ich auch ganz deutlich – um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Welches Wahlrecht sich Moldau gibt, ist nicht unsere Sache. Das kommt überhaupt nicht in Frage! Denn die stehen ja nicht unter unserer Patronage. Ob sie das englische oder das deutsche oder ein anderes Wahlrecht übernehmen, ist ihre Sache. Aber wie sie es einführen, mit wem sie diskutieren, ob sie Konsens suchen, ob sie die NGOs einbeziehen – das interessiert uns, um dann am Ende zu einem Ergebnis zu kommen.

Ich bin auf jeden Fall dafür, dass wir morgen unter den Bedingungen, die hier mehrfach genannt worden sind, ein klares Ja zu der Makrofinanzierung sagen.

Hannu Takkula, *ALDE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, ensinnäkin haluan kiittää mietinnön esittelijää Sorin Moisaa hyvästä mietinnöstä. Kuten hän ja monet muut ovat tässä keskustelussa jo esille nostaneet, Moldova on tällä hetkellä monien sekä taloudellisten että poliittisten haasteiden edessä. On tärkeä muistaa, että makrotaloudellisen avustuksen tarkoituksena ei ole missään vaiheessa ollut puuttua avustuksen saajamaan poliittisiin päätöksiin vaan puhtaasti luoda taloudellista vakautta EU:n ympärille Moldovan kaltaisiin maihin.

Moldova on noussut hiljalleen vuoden 2014 pankkikriisistä, mutta on edelleen Euroopan köyhin maa. Taloudellisesti kestävä pohjan luominen edellyttää makrotaloudellista apua. Mitä tulee paljon keskustelua herättäneeseen vaalilain uudistamiseen, se on – kuten myös Venetsian komissio lausui – suvereenin valtion oma asia, eikä EU:lla ole valtaa puuttua sitä koskeviin päätöksiin.

Kuitenkin EU:n kaikkein taloudellisen ja poliittisen työn tulee perustua EU:n omille arvoille, joita ovat demokratia, ihmisoikeudet ja oikeusvaltioperiaate. Siksi minusta on kohtuullista asettaa nämä myös taloudellisen avun edellytyksiksi. Moldovalla on itsenäisenä valtiona oikeus tehdä omat poliittiset ratkaisunsa, mutta Euroopan unionin tulee pitää kiinni omista arvoistaan. Tästä syystä olen erittäin tyytyväinen sopimukseen, joka syntyi neuvotteluissa komission ja neuvoston kanssa, ja rahoitukselle asetettuihin ehtoihin.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Mit 100 Millionen Euro soll es der Regierung Moldaus ermöglicht werden, im Herbst noch Lehrer bezahlen zu können und die Schuldenraten beim IWF zu bedienen. Wir haben als Fraktion stets bekräftigt: Mit der Makrofinanzhilfe sind nicht neue Verschuldungsperspektiven vorzuzeichnen, sondern statt Krediten sollten auch weitgehend Zuschüsse gewährt werden.

Die EU-Kommission beurteilt in ihrem gerade vorgelegten Bericht zur Durchführung von Finanzhilfen die wirtschaftliche und politische Lage im Land im Jahr 2016 jedoch als zunehmend schwierig. Ich frage Sie deshalb, Herr Kommissar: Erfüllen die jüngsten Entwicklungen in Moldau in Ihrer Bewertung die Charakterzüge eines verlässlichen und rechtsstaatlich handelnden Partners? Die Bevölkerung des Landes leidet nach wie vor unter der Einflussnahme des Oligarchen Vlad Plahotniuc auf Regierung und Wirtschaft. Das ist Ihnen und uns bekannt.

Vor diesem Hintergrund habe ich mich für strikte Vorbedingungen an die Auszahlung jeder Tranche eingesetzt. Dazu gehören ausdrücklich die Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Grundrechte und eine unabhängige, der Rechtsstaatlichkeit verpflichtete Justiz.

In der vergangenen Woche haben wir das Gegenteil erlebt – ganz konkret und präzise: Grigore Petrenco und sieben weitere junge Leute wurden am 28. Juni für die Organisation und Teilnahme an einer Demonstration zur sozialen Gerechtigkeit nach einem – von allen internationalen Beobachtern einhellig so eingestuft – dubiosen Gerichtsverfahren zu drei bis viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats, die deutsche und die US-Regierung bezeichnen die Männer als politische Gefangene. Sollen damit politische Weichenstellungen vor den nächsten Wahlen erfolgen? Wir haben gerade über das Wahlrecht gesprochen.

Herr Kommissar, ich erwarte auch von Ihnen ganz konkret eine Bewertung dieser Situation, bevor an die Regierung Geld überwiesen wird. Denn, ich zitiere: „Makrofinanzhilfen setzen die Achtung der Menschenrechte und effektiver demokratischer Mechanismen im Empfängerland voraus“ – so die Kommission.

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, there has been an agreement between the Council, the Commission and Parliament since 2013 on a certain model macrofinancial assistance and now, with the case of Moldova, I think that more and more we start to see that this instrument has to be more linked with the conditionalities on reforms of the judiciary and other aspects of rule of law, of democracy, respect for human rights and, as has been said by many speakers already, the situation in Moldova has not improved as we would expect from an associated partner country of the European Union.

Therefore I believe that this macrofinancial assistance is different from the other agreements that have been struck between the institution since 2013. We start to see that an instrument that takes the form of budget support needs to be based on trust that the money is going to where it is needed and, as the previous speaker, Mr Scholz, said, that we are not generating debts for the future. We are indeed generating debts for the future if the Commission and the External Action Service are not very consistent with the conditioning of this macrofinancial assistance with, for instance, a very strong fight against corruption, and against money laundering.

I must remind the House about the rather recent understanding of the role of Moldovan banks, and even of Moldovan judges, in some of the biggest money-laundering scandals in our environment. The so-called Russian Laundromat revealed a lot of the reality of the banking system and the judiciary in Moldova and we cannot let that go easily. Also we still remember the embezzlement by which one billion euro was transferred from three Moldovan banks to shell companies in Hong Kong and other offshore havens.

At the same time as we are fighting against money laundering, against tax evasion, we should also expect that our associated partner countries do their utmost to eradicate these kind of things from their system.

So I also, on behalf of the Green/European Free Alliance Group, expect the Commission to implement and take seriously the joint declaration that the three institutions agreed when we concluded the negotiations, and I also want to hear how the Commission is going to follow the situation and implement this.

Jonathan Arnott, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, we are here discussing the spending of EU funds, and money which rightfully belongs to the taxpayer, to be given to Moldova in what is known as macro-financial assistance. I see plenty of politics here, and plenty of expectations being placed on Moldova in return for the cash, but let us be honest here: Moldova ranks at a miserable 127th place in Transparency International's measure of corruption, lower down than Pakistan and Communist Cuba.

The explanatory statement that comes with this report says that the free trade agreement between the European Union and Moldova has contributed to the process of economic recovery. Well, that is what free trade does! If only the European Union actually focused on breaking down barriers to trade rather than creating them, perhaps it would be less of a negative force throughout the world.

The Economic Freedom Index places Moldova worse than countries like Rwanda and Swaziland when it comes to being attractive to trade and investment. The solution, here again, is not to give Moldova more money: the solution is for Moldova to become more competitive. Is giving so much money to a country so notorious for official corruption and economic poor performance really a good use of taxpayers' money? For all our fine words, this is in essence foreign aid being given by taxpayers, so, surely to goodness, it should meet a common-sense definition of what foreign aid is for.

Edouard Ferrand, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, mes chers collègues, l'Union européenne est devenue la prison des peuples. Il semble que la Commission européenne veuille faire son *business* sur le dos des nations. C'est très dommageable, parce que l'Union européenne, finalement, n'est plus cette instance qui garantit la paix en Europe, mais devient au contraire un acteur conflictuel.

Aujourd'hui, nous voyons que l'Union européenne veut soumettre les nations, et cet accord macrofinancier va malheureusement dans la mauvaise direction. En octobre 2017, la Moldavie a obtenu le statut d'observateur auprès de l'Union économique eurasiatique. Cela a déclenché l'ire de l'Union européenne, qui considère qu'il s'agit d'une déclaration de guerre. Or, les nations ont le droit de décider avec qui elles veulent coopérer.

La nation moldave, malheureusement, a été très affaiblie culturellement, parce qu'elle est partagée entre l'Est et l'Ouest, mais surtout parce que cette nation de 3 millions et demi d'habitants – que j'ai eu l'occasion de visiter récemment – est une nation laissée pour compte.

Aujourd'hui, vous voulez jouer sur la sensibilité de cette nation pour l'attirer et faire la gloire de l'Union européenne mais, en fait, vous n'allez que provoquer une fois de plus des problèmes avec la Russie. La neutralité est à mon avis le meilleur statut qui soit pour la Moldavie. Elle ne doit prendre parti ni pour l'Union européenne ni pour la Russie. Je crois que la Russie a montré qu'elle était capable de tempérance par rapport à la volonté de l'Union européenne.

C'est pour cela qu'aujourd'hui, je vous exhorte à respecter les peuples, à respecter les nations. Ne déclenchez pas une nouvelle guerre!

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η μακροοικονομική χρηματοδοτική συνδρομή στη Μολδαβία, αν δεν συνδεθεί με την εφαρμογή ενός φιλόδοξου προγράμματος οικονομικών και διαρθρωτικών μεταρρυθμίσεων, είναι καταδικασμένη σε αποτυχία και, ως εκ τούτου, δεν μπορώ να συναινέσω με την παροχή οικονομικής υποστήριξης. Η Μολδαβία απέχει παρασάγγας από το μέσο ευρωπαϊκό επίπεδο των χωρών που πληρούν κατ' ελάχιστον τα κριτήρια της Κοπεγχάγης.

Χρειάζονται θαρραλέα βήματα και ρήξη με το κακό κομμουνιστικό παρελθόν, ώστε να βελτιωθούν τομείς όπως η διακυβέρνηση του οικονομικού και του δημόσιου τομέα, η καταπολέμηση της διαφθοράς και της νομιμοποίησης προσόδων από παράνομες δραστηριότητες, η αποτελεσματικότητα και η ανεξαρτησία της δικαιοσύνης και η διακυβέρνηση του ενεργειακού τομέα. Διατηρώ επίσης πολλές επιφυλάξεις ως προς την ωφελιμότητα και αποδοτικότητα της υποστήριξης της ταχείας υλοποίησης της σφαιρικής και σε βάθος ζώνης ελεύθερων συναλλαγών.

Cristian Dan Preda (PPE). – Domnule președinte, Republica Moldova are nevoie de asistență macrofinanciară, iar când spun Republica Moldova, mă gândesc la cetățenii ei, și nu la politicieni. Din păcate, domnii Dodon, președinte, și Plahotniuc, coordonator, nu au înțeles acest lucru. În loc să susțină reformele de care cetățenii au nevoie, cei doi au decis că prioritatea absolută este azi o nouă lege electorală, una care să le asigure realegerea eternă în funcție. De altfel, deputatul Sârbu, raportor al Parlamentului pentru această lege, o combinație între un proiect al lui Dodon și un proiect ale Plahotniuc, a spus foarte clar: ne propunem să avem doar două partide. Comisia de la Veneția a explicat lipsa de oportunitate a acestei legi electorale și mă bucur să văd declarația Comisiei Europene, făcută de domnul comisar Dombrovskis, care a explicat condițiile sub care banii acestei asistențe macrofinanciare vor fi trimiși în Moldova.

Eu voi spune mai clar ceea ce le-am spus domnilor din Partidul Democrat care au fost invitați de colegii lor din grupul socialist din Parlamentul European la Bruxelles: retrageți acest proiect de lege electorală. El nu are nimic de a face cu urgențele societății moldovenești. Niciun cetățean european nu e dispus să plătească bani pentru experimente electorale sau pentru ambițiile de putere ale prietenului lui Putin, Dodon, și ale prietenului socialistilor europeni, Plahotniuc. Retrageți acest proiect. Gândiți-vă la interesele cetățenilor, și nu la eternizarea voastră la putere.

Aceasta este, cred, condiția sub care trebuie să trimitem banii la Chișinău.

Andi Cristea (S&D). – Mr President, if the Republic of Moldova is on the agenda of our plenary session today it is because that country is, and remains, at the top of the Union's agenda. And, let me be absolutely clear on this, Moldova on its European path has the full support and commitment of four political Groups across this Parliament.

Macro-financial assistance is one of many tools at our disposal for accompanying and supporting the Republic of Moldova on its process of political association and economic integration with the European Union and, although some areas require additional efforts, overall there has been substantial progress since the start of the current Executive's term of office.

This week, after very thorough, comprehensive and attentive negotiations with the Council and the Commission based on a clear mandate, the House will vote on this macro-financial assistance. This support will not only be a sign of recognition of the renewed commitment by the Executive, it will also constitute an additional lever of motivation and pressure for the implementation of the much-needed reform agenda, in line with the Association Agreement, the Deep and Comprehensive Free Trade Agreement and all the views colleagues in the House have expressed today. But first and foremost, EU macro-financial assistance will acknowledge the European aspirations and ambitions of the Moldovan people, and will also convey a strong signal of support and encouragement at this important and difficult time.

I would like to underline the fact that the EU will be applying rigorous, clear and strict conditionality criteria, in line with Parliament's position, and that this conditionality will be attached to the disbursement of each tranche, including the first one.

As I have emphasised before, this Parliament has been most effective and successful when it has acted with full consensus in its approach vis-à-vis the Republic of Moldova.

I would like to conclude by thanking the rapporteur, as well as and especially Mr Auštrevičius, Ms Harms and Ms Fotyga, for supporting Moldova at this crucial time.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, έχουμε ενώπιόν μας τη συζήτηση για ένα σκληρό μνημόνιο που επιβάλλεται στη Μολδαβία. Είναι γνωστοί οι όροι που επιβάλλουν η Ευρωπαϊκή Ένωση και το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο, όταν παρεμβαίνουν. Αυτά τα περι αιρεσιμότητας στην πράξη σημαίνουν πολιτικές παρεμβάσεις στη λειτουργία ενός κράτους. Πρακτικά, έχουμε δει στην Ελλάδα τι εστί μνημόνιο. Εδώ, για τη Μολδαβία, υποτίθεται ότι θα δοθούν 100 εκατομμύρια ευρώ· 60 ως δάνειο και 40 ως επιχορήγηση. Πόσα από τα χρήματα αυτά θα πάνε στην οικονομία του κράτους και πόσα θα πάνε υπέρ των ιδίων των πολιτών; Ή μήπως τελικά θα πληρωθούν ξανά οι δανειστές;

Υπάρχει τεράστια διγλωσσία. Ζητά το ψήφισμα -σωστά- ανεξάρτητο δικαστικό σώμα. Όμως κύριε Dombrovskis, στην Ελλάδα η τρόικα και το Eurogroup παρεμβαίνουν για την αθώωση τριών τεχνικών εμπειρογνομόνων της Ευρωπαϊκής Ένωσης που εμπλέκονται σε δίκη για το σκάνδαλο πώλησης και επανεκμίσθωσης 28 ακινήτων του Δημοσίου. Κύριε Dombrovskis, με ποιο δικαίωμα εσείς παρεμβαίνετε στην ελληνική Δικαιοσύνη; Υπάρχουν δικές σας δηλώσεις της 29ης Ιουνίου 2017 στις οποίες συνδέετε τη χορήγηση της τελευταίας δόσης του δανείου με την απαλλαγή των συγκεκριμένων εμπειρογνομόνων. Είναι αυτό ανεξάρτητη Δικαιοσύνη;

Περιμένουμε μια απάντηση, κύριε Dombrovskis, για το θέμα αυτό. Με ποιο δικαίωμα παρεμβαίνετε στην ελληνική Δικαιοσύνη;

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Norica Nicolai (ALDE). – Domnule președinte, domnule comisar, fără îndoială, Instrumentul european de vecinătate, care susține această asistență macrofinanciară pentru Republica Moldova, este pe deplin justificat, așa cum a declarat Comisia și, din această înțelegere, nu este vorba, practic, de un gest de extremă bunăvoință față de Moldova, ci este vorba, în mare parte, de un împrumut care este condiționat de îndeplinirea anumitor criterii. Criteriile pe care Comisia și Consiliul le-au propus sunt cele corecte, sunt în acord cu valorile europene pe care toți trebuie să le protejăm. Ceea ce, din punctul meu de vedere, nu este corect, este să introducem un nou criteriu, o nouă condiționalitate, care ține de legea electorală.

Stimați colegi, Uniunea Europeană trebuie să își respecte propriile valori și din aceste valori face parte faptul că niciodată nu își poate permite să intervină în elemente de suveranitate ale unui stat. Uniunea Europeană nu poate cere unui stat membru un anumit tip de lege electorală. Aceasta reprezintă voința suverană a statului respectiv și cred că a introduce un criteriu în plus din acest punct de vedere ar însemna să cădem într-un populism și politicianism ieftin, care nu fac în niciun fel onoare acestui Parlament.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Ne zgodi se pogosto, da bi Evropska komisija pri finančni pomoči, ki je deloma seveda vezana tudi na posojilo, pogojevala to pomoč s predhodnim izpolnjevanjem določenih pogojev. Mislim, da je v primeru Moldavije to prav. Zlasti zato, ker situacija v Moldaviji že nekaj let ni rožnata, je zelo dinamična, in tudi demonstracije, nemiri pred dvemi, tremi leti, so pokazali, da mora Moldavija stopiti na novo tako imenovano demokratično pot in se torej odločiti, kam želi usmeriti svojo prihodnost, prihodnost generacij, ki prihajajo.

Nekateri seveda postavljajo tukaj dilemo, ali naj se obrne in gre proti vzhodu ali zahodu in Evropski uniji, in s tem se je poskušalo v preteklosti tudi, če rečem v narekovajih, s finančnimi pomočmi prispevati k odločitvi, da se Moldavija bolj odpre k Evropski uniji, tudi s pridružitvenimi oziroma trgovinskimi sporazumi.

Vendar se je zgodilo nekaj, kar ni bilo dobro. Da so mnoga sredstva na nek način poniknila in torej niso dosegla svojega cilja, zaradi katerega so bila dana. In tudi zato mislim, da je res potrebno v tem delu, v tem paketu, budno spremljati, da torej je ta del boja proti korupciji, svobode govora, na nek način tudi podpore demokraciji, tisti, ki seveda bo s temi sredstvi tudi dosežen.

Zato sem prepričan, da bo Komisija tudi s svojimi instrumenti znala in nas obveščala o tem, kako napredujejo te najbolj kritične točke, zato da lahko rečemo o Moldaviji, da je na pravi poti tudi v smislu sprejemanja finančne pomoči.

Barbara Kappel (ENF). – Herr Präsident, Herr Kommissar Dombrovski! Es wurde von einigen Vorrednern schon gesagt, dass die Auszahlung der Makrofinanzhilfe an bestimmte Bedingungen zu knüpfen ist, und es sind dies die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie –, an die Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche und natürlich auch an die Umsetzung der Vorgaben der Venedig-Kommission in Bezug auf das Wahlrecht.

Ich würde aber gerne einen vierten Punkt dazu anführen: Die Auszahlung der Makrofinanzhilfe sowie auch die Wiederaufnahme der Auszahlung aus dem Europäischen Nachbarschaftsinstrument sind daran zu knüpfen, dass dieser Bankenbetrugsskandal, der heute schon mehrfach erwähnt wurde, auch gänzlich aufgeklärt ist. Es handelt sich hier nämlich nicht um irgendein Verbrechen, sondern es handelt sich um ein Verbrechen des Jahrhunderts – wie internationale Medien es bezeichnen. Es ist nämlich drei Banken gelungen, eine Milliarde Euro zu stehlen – das ist die Hälfte der Nationalbankreserven, und das sind 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts Rumäniens. Der Mehrheitsgesellschafter dieser drei Banken ist der Vorsitzende der Demokratischen Partei, der Partei, die jetzt den Ministerpräsidenten stellt.

Das macht keine gute Optik, und da wissen die rumänischen Kollegen mehr als alle anderen. Deshalb ist hier besondere Vorsicht zu wahren, und es sind besondere Maßnahmen bei der Auszahlung der Mittel zu setzen, dass hier alles mit rechten Dingen zugeht.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la Moldova, dopo due anni difficili, è in fase di ripresa della sua stabilità politica ed economica. A partire dal 2014, un grave scandalo bancario e una sostanziale contrazione della produzione agricola hanno portato il paese alla recessione economica. Nel novembre scorso il Fondo monetario internazionale ha approvato un accordo triennale di servizio di credito ampliato per un importo di 179 milioni di dollari a favore della Moldova, con un bilancio di attuazione considerato soddisfacente.

L'Unione europea deve riprendere il suo programma di assistenza macrofinanziaria verso la Moldova, ma vanno anche ben verificate le condizioni di affidabilità del paese. L'assistenza va condizionata all'attuazione di un ambizioso programma di riforme economiche e strutturali: penso in particolare al rafforzamento della governance nel settore finanziario, alla lotta contro la corruzione e il riciclaggio di denaro e agli sforzi per aumentare l'indipendenza del sistema giudiziario, senza dimenticare l'importanza strategica di un miglioramento del settore energetico, in particolare garantendo l'indipendenza dell'autorità nazionale di regolamentazione.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, depuis les émeutes de 2009, la Moldavie a vu se succéder des majorités pro-européennes. Les meneurs de cette politique – Vlad Filat, en prison pour corruption, Vlad Plahotniuc, principal oligarque et principal corrupteur du pays, dirigeant du parti au pouvoir – ont ensemble, avec leurs obligés, volé un milliard de dollars dans le système bancaire moldave. On a donné, pour ainsi dire, un permis de voler à cette mafia qui se proclame pour l'Union européenne. Et vous voulez encore ajouter 100 millions d'euros? C'en est un peu trop. Ne le pensez-vous pas?

Arrêtez aussi le jeu en Transnistrie, où on remet une frontière entre l'Ukraine et la Transnistrie. Pourquoi cherche-t-on à faire monter les tensions? Voulons-nous à nouveau la guerre?

Mes chers confrères, aimer la démocratie, aimer le choix, c'est permettre à la Moldavie d'être toujours en équilibre entre l'Est et l'Ouest et de rester elle-même.

President. – I can only see that there are good oligarchs and bad oligarchs.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Chcę się zdecydowanie opowiedzieć za wsparciem dla Mołdawii. Oczywiście nie możemy ukrywać prawdy – są przypadki korupcji, są rzeczy, które w Mołdawii powinny się zasadniczo zmienić – ale to nie powinno przemawiać (jak argumentuje poseł Schaffhauser) za wycofaniem się z polityki wschodniego sąsiedztwa, za wycofaniem się z polityki wsparcia dla europejskich i wolnościowych aspiracji społeczeństwa mołdawskiego, które chce dzielić wspólnie los wolnych narodów europejskich. Wycofanie się z tej gry oznacza zgodę na dominację Putina w tamtej części Europy. Zatem pilnujmy zasad, nie pozwalajmy na powtórkę z korupcji, lecz cierpliwie i systematycznie okazujmy wsparcie społeczeństwu mołdawskiemu, które chce razem z nami dzielić los wolnych narodów.

Procedura „catch the eye”

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Domnule președinte, voi vota pentru această asistență acordată Republicii Moldova. Doresc să subliniez că oamenii din Republica Moldova au suferit poate mai mult decât oamenii din orice altă țară în tranziție – începând cu deportările în Siberia și terminând cu această tranziție, care parcă nu se mai încheie în Moldova. Vreau să susțin întru totul poziția Comisiei Europene prezentată de către prim-vicepreședintele Dombrovskis: este corectă și dreaptă. Vom aproba acest acord de asistență, iar eliberarea banilor către Moldova se va face exact cum a precizat foarte clar prim-vicepreședintele, în măsura în care se îndeplinesc condiționalitățile stabilite.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, stimați colegi, de la bun început spun că voi vota acest raport și am să și argumentez. Nu știu câți dintre dumneavoastră ați vizitat, și de câte ori, Republica Moldova. Din 1990 până acum, merg de trei-patru ori pe an. Sunt lucruri care au fost în progres, sunt lucruri foarte multe care trebuie schimbate, dar, pentru trei care au furat de la bancă, nu o să pedepsim cetățenii din Republica Moldova.

Republica Moldova are nevoie de acordarea asistenței macrofinanciare și Comisia a prezentat foarte bine condiționalitățile economice și politice. Raportorul, de asemenea, împreună cu raportorii din umbră au pregătit un raport votabil și care va aduce acest sprijin extraordinar de important pentru Republica Moldova. Nu putem să respingem acordarea sprijinului macrofinanciar, pentru că ar lipsi Uniunea Europeană de un instrument util pentru promovarea reformelor în Republica Moldova și ar descuraja cetățenii acestui stat. În contextul global, cred că este nevoie să crească încrederea cetățenilor în Uniunea Europeană; și a cetățenilor din Republica Moldova. Așadar, voi vota acest raport și îi felicit pe raportori.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr! Ismerős a recept, amit ezúttal Moldova esetében látunk. Volt kommunista, illetve szocialista országokkal szemben rendszeresen csinálják. Az Európai Unió, illetőleg a Nemzetközi Valutaalap, az IMF, úgymond „quid pro quoja”. Ti adjatok, csináljatok demokráciát, csináljatok gazdasági reformokat, és mi adunk nektek pénzt. Mit kell ez alatt érteni? A gazdasági reform az ő nyelvükön azt jelenti, hogy mindent privatizálni kell, ami nemzeti vagyon. A földjeinket oda kell nekik bocsátani, a mezőgazdaságunkat hagyni kell mesterségesen tönkretenni, a piacainkat a gyakran rossz minőségű termékek előtt megnyitni. Ismerjük ezt a receptet! Magyarként nagyon büszke vagyok arra, hogy az IMF igáját sikerült a nyakunkból lerázni.

Az Európai Unió most hogy tanít minket demokráciára? Úgy, hogy azt mondják, hogy akaratunk ellenére fogadjunk be tömeges migrációt a hazánkba. Köszönjük szépen, ebből a demokráciából nem kérünk. Az Európai Unió egyenlő jogú tagjai vagyunk, tehát nem könyöradományt adnak nekünk. Isten óvja a moldovai embereket attól, amit Önök és az IMF rájuk akarnak kényszeríteni.

(Încheierea procedurii „catch the eye”)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, let me conclude by underlining the importance of this decision with a view to supporting key reforms in Moldova. As you know, any amendment beyond the five amendments to the report of the Committee on International Trade (INTA) would trigger a second reading and significantly delay the adoption process, as well as the disbursement of macro-financial assistance which is still foreseen this year, provided that conditions are met.

Therefore, we count on your political support for Moldova and hope that you will follow the INTA report and approve the Commission proposal as agreed in a trilogue of 6 of June of this year.

Sorin Moisă, rapporteur. – Mr President, I would like first of all to thank the Commission for the very clear stance on the joint statement adopted by the three institutions and the intention stated here publicly, beyond doubt, to properly enforce it. I hope that is to the satisfaction of most colleagues, and I was happy to see that both Mr Preda and Mr Stolojan seemed to be satisfied with the Commission's very clear position.

I shall tackle very briefly some of the issues that were raised on this. The common thread of the discussion has been the alleged – probably real – excessive power of some business people or oligarchs in Moldova. I truly believe in the following reality: the package of conditionalities attached to this MFA has true transformative potential to limit any type of arbitrary exercise of power in the Republic of Moldova. We have focused so much on the electoral issue – which is important, that is why we have addressed it through the joint declaration – but I truly believe that the reforms will be there for a generation, maybe those attached to the package itself, and this is far more important than simply a discussion on electoral reform nowadays.

I also believe that there is a false dichotomy between corruption and competitiveness. In order for a country to be competitive, it cannot be corrupt. It does need to address corruption, so I believe we are doing the right thing with the DCFT, on the one hand, and with properly addressing and incentivising the fight against corruption Moldova, that is indeed the right thing to do.

I would also encourage the Moldovan authorities to truly reach out to the opposition and to civil society, and engage in this discussion if the discussion continues on the transformation of the electoral system, but I also encourage the other parties to accept the invitation for dialogue. A proper democracy requires loyal democrats on all sides. And there is a bit of a paradox here: if you try to impose consensus from the outside, then a party walking out of that consensus could have a sort of veto power which may be seen as unfair. All of that said, I believe we have, if not a consensus, then we are close to a significant majority here ourselves and I hope that this will be confirmed by a positive vote tomorrow. Thank you again to all of you who have contributed to building this consensus in the House.

Președinte. – Dezbaterile a fost închisă.

Votul va avea loc marți, 4 iulie 2017.

Declarații scrise (articolul 162)

Sandra Kalniete (PPE), *in writing*. – The Commission has proposed providing macro-financial assistance (MFA) to Moldova of up to EUR 100 million. The implementation of the MFA would go hand-in hand with the budgetary support operations financed by the European Neighbourhood Instrument that have been frozen since early 2015.

Moldova has faced a difficult period over the last two years both economically and politically. While the PPE supported the Commission proposal to a large extent, it introduced a stronger conditionality for granting macro-financial assistance to contribute to a greater political and macroeconomic stability of the country. These conditions include the strengthening of economic and financial governance, including a thorough, result-oriented investigation into bank fraud, good energy governance, an accountable, transparent and merit-based civil service, the freedom, independence and pluralism of the media, sustainable development and poverty reduction and the political independence of the judiciary.

A pre-condition for granting the MFA and for the disbursement of each of the three instalments should be that Moldova respects effective democratic mechanisms – including a multi-party parliamentary system – and the rule of law, and guarantees respect for human rights.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Republica Moldova are nevoie urgentă de sprijin financiar, iar decizia Uniunii Europene de a oferi un ajutor de 100 de milioane de euro reprezintă un semnal puternic de solidaritate cu această țară și cu cetățenii ei. Între România și Moldova există o relație strânsă, unindu-ne limba și un trecut comun, iar țara noastră își dorește ca Moldova să facă parte din familia europeană. De aceea, România susține decizia privind acordarea asistenței macrofinanciare pentru Republica Moldova, considerând că evoluția pro-europeană a vecinilor de peste Prut poate fi îndeplinită doar prin măsuri concrete.

Dincolo de aspectele economice, această decizie trebuie înțeleasă ca o dovadă a angajamentului UE de a susține Republica Moldova în implementarea reformelor structurale. Totodată, în contextul obiectivelor geostrategice pe termen lung ale Uniunii, sprijinul pentru Moldova devine esențial pentru asigurarea unui climat politic stabil la granițele sale. Asistența macro-financiară nu este însă un cadou, aceasta fiind însoțită de condiții foarte stricte. Condiționalitățile de natură politică și economică prevăzute în decizie și în memorandumul de înțelegere oferă Uniunii un instrument solid de monitorizare a procesului de reformă în acest stat, iar Moldova va trebui să ducă la îndeplinire aceste condiționalități înainte de eliberarea fiecărei tranșe a asistenței.

19. Europäische Normen für das 21. Jahrhundert (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră privind raportul lui Marlene Mizzi, în numele Comisiei pentru piața internă și protecția consumatorilor, referitor la standardele europene – punerea în aplicare a Regulamentului (UE) nr. 1025/2012 (2016/2274(INI)) (A8-0213/2017).

Marlene Mizzi, rapporteur. – Mr President, although we may not realise it, standards are everywhere around us – in healthcare, food, transportation, construction, cosmetics, energy and so many other things.

In each sector, standards are a necessary component and a mechanism that can improve health and safety for our citizens, can protect consumers and raise their confidence, guarantee safe products and services, reduce costs and enhance performance for businesses, increase sales and the take-up of new technologies, boost competitiveness and innovation in Europe.

However, it is important that standards are developed in an open, inclusive and transparent system, based on close partnership, cooperation and broad support of industry, public authorities, consumers, workers and citizens, i.e. all the stakeholders.

This is of paramount importance when standards are developed for products and services that can affect the health and safety and the wellbeing of people.

And this is the main thrust of my report, Standards for the 21st Century. The objective of this report is to contribute to the ongoing debate and to set the European Parliament's priorities in response to the Commission standardisation package, including the joint initiative on standardisation and development of ICT standards.

The report will also contribute to the first interinstitutional dialogue and to the Commission's Annual Work Programme 2018, which will be adopted in July.

I would like to express my gratitude to the shadows and to the Commission for their open and collaborative work on this report. In fact, the Commission has decided to postpone their Annual Work Programme by one month, so that they can take on board our recommendations, which will be voted upon tomorrow.

The standardisation environment is changing and is challenging. To respond to these challenges, I based the report on a number of salient points that are essential for the future of the European standardisation system. First, the report acknowledges that there is more to the standardisation process than an economic aspect. The European standardisation system must be based on an inclusive, holistic and common approach whereby SMEs, consumer and citizen goals – particularly those related to economic, social and health issues and the environment – are fully integrated into the standardisation process.

Second, the report stresses the importance and success of the Standardisation Regulation 1025. The European system is unique, but we should always strive to improve it, without undermining all the positive work which has been done. There are two different ecosystems at European level for the development of EU standards, and that is CEN/CENELEC and ETSI. Both systems have their existing good practices but they need to be explored further. That is why the report makes some valuable suggestions on how to further improve, support and strengthen the work of the European standardisation organisations, by safeguarding that the development of standards remains open, transparent and guided by European interests.

Third, it is important to stress that standards are not a legislative tool, and they should not be used as such. They are a voluntary, market-driven tool, providing technical requirements and guidance for the implementation of EU legislation.

Fourth, standards is an extremely competitive area at international level and in order to maintain Europe's leadership position in technical development and global trade, we need to pay more attention to the global role and relevance of standards.

Fifth, developing standards is a long-term investment and not everyone can afford the time, expertise and investment in this complex process. Therefore, a key point in the report is supporting SMEs' participation in the process of developing standards.

The report also recognises the key role of ICT standards for the future development of the digital single market, FRAND – fair, reasonable and non-discriminatory – royalty-free licensing and open-source software implementation.

Having open standardisation processes based on FRAND licensing terms, which address the legitimate interests of both the holders of rights and potential licensees, is now more important than ever.

Finally, we need to increase the awareness and knowledge about standards and to explain how standardisation works and when it can be used. We are therefore proposing an Annual Standardisation Forum where once a year stakeholders can meet to discuss European standards.

So I hope that you can support this report at tomorrow's vote so that this institution can send a strong message about the importance of the European standardisation system.

Hans-Olaf Henkel, Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie. – Herr Präsident! Erstmal herzlichen Dank, Frau Mizzi, für Ihre ausgezeichnete Arbeit und dafür, dass Sie die Anregungen des ITRE-Ausschusses alle mit aufgenommen haben. Als jemand, der sein ganzes berufliches Leben in dieser Branche verbracht hat, weiß ich, dass es wichtig ist, dass wir Standards in der Informations- und Kommunikationstechnologie brauchen, um den digitalen Binnenmarkt wirklich zu erreichen. Aber in dieser Diskussion – nicht mit Ihnen, aber mit einigen anderen Kollegen und Kolleginnen – habe ich immer wieder festgestellt, dass wir hier noch Nachholbedarf haben, und zwar auch beim Thema Vorurteile. Mir ist aufgefallen, dass immer wieder auch bei diesem Thema amerikanische Firmen gerne verteufelt werden. Wir sollten damit aufhören, denn wir brauchen die Kooperation auch mit den Amerikanern, gerade wenn es um dieses Thema Informations- und Kommunikationstechnologie geht.

Zweitens sollten wir aufhören, große Firmen zu verteufeln. Klar, es ist wichtig, dass wir die kleinen und mittleren Firmen unterstützen. Aber wieso sind eigentlich Konzerne etwas Schlechtes? Denn wir wissen doch alle, dass Konzerne – auch die großen – viele Tausende kleinerer und mittlerer Unternehmen brauchen und umgekehrt.

Und drittens möchte ich darauf hinweisen, dass Standards nicht zu verwechseln sind mit Harmonisierung. Wir brauchen die Standards, um Wettbewerb zu schaffen, denn der Wettbewerb zwischen kleinen Einheiten führt immer zu einem stärkeren Ganzen. Aber wenn wir jetzt auch gleichzeitig harmonisieren in Europa – und das tun wir bei jeder Gelegenheit –, dann stören und zerstören wir den Wettbewerb. Das ist wie bei einem Marathonlauf: Natürlich muss man wissen, dass man 42 Kilometer und 195 Meter laufen darf, und das gilt für alle. Aber stellen Sie sich vor, die Läufer würden sich am Anfang des Laufs jetzt in die Hand versprechen, sie würden alle zur gleichen Zeit im Ziel ankommen. Dann wäre der Wettbewerb und damit auch der europäische Binnenmarkt zerstört.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI*Vicepresidente*

Elżbieta Bieńkowska, *Member of the Commission*. – Mr President, first I want to thank Ms Mizzi for her report on European standardisation. This is an important document; important for us, important for the European standardisation community. It sets out a balanced view on several questions on the European standardisation system and as I can see from it, we agree on the fundamental principles in the area.

Just one sentence: over the past 30 years European standards have delivered great benefits for companies, for consumers. They have been based on a unique partnership between European legislators, standard-setting bodies, industry workers and of course civil society groups.

At the heart of the partnership has been a voluntary, demand-led and consensus-driven approach but the standardisation system now, of course, faces a number of challenges: the increasing speed of change in the global economy, the growing role of ICT and the increasing importance of services, to name just a few of them.

So last year we set out a new direction in this area, calling for a system that is agile and that is timely. At its heart we launched a joint initiative on standardisation. We want a system that is both inclusive and collaborative, a system that taps the potential of ICT and services and, above all, a system that can set priorities and deliver results.

I am pleased to see that the report recognises the importance of standardisation and welcomes at the same time the joint initiative. The report will fit into our annual Union work programme on European standardisation for next year, which is currently under discussion. The upcoming interinstitutional dialogue early next year will also be an opportunity to further discuss the topics of mutual interest.

As I cannot, as you understand, now comment on the whole report, I will focus on four key aspects that the rapporteur also mentioned, the importance of inclusiveness, transparency, ICT standardisation and standard essential practices.

Let me start with inclusiveness. Standards, as was said, affect everybody so everybody should have the possibility to have their opinion heard and taken into account when standards are prepared. The report acknowledges that the 2012 Regulation on standardisation has made improvements here so we will continue in this direction.

We have asked the European standardisation organisations – the European Committee for Standardization (CEN), the European Committee for Electrotechnical Standardization (CENELEC), and the European Telecommunications Standards Institute (ETSI) – as well as all national standardisation bodies to intensify their cooperation with stakeholders. We are asking them to adapt their internal rules and their internal procedures to help the work of stakeholders' organisations.

In the joint initiative there are three actions focused on inclusiveness. They target inclusiveness at national, European and international level. Work on this has started and is progressing smoothly so far.

Second, on transparency, I agree with the report that we need to increase the transparency, accountability and timelines of the standardisation system. I know the report called us to address the reasons behind the decreasing citation of references of harmonised standards in the Official Journal. We are working closely with the standardisation organisations to find practical and durable solutions.

Third, on ICT standardisation. Most people know how frustrating it is and can be to buy digital technology only to find that it cannot connect to other devices. ICT standards ensure that these devices work together seamlessly. Last year we adopted a strategic and political plan on ICT standardisation priorities. It is focused on five key areas: 5G, the internet of things, cloud computing, cyber security and data technologies.

We are working closely together with the standardisation community to implement the actions in the time frame indicated. Success depends on high level commitment from a broad stakeholder base. This includes Member States, industry of course, standard-setting organisations and the research community.

Finally, my last point, I agree that we need to ensure that industry can rely on an effective licencing system. We need a balanced licencing system for technologies endorsed in standards, in other words, standard essential patents. This system should provide for growth and efficient access to these technologies while at the same time ensuring that there are adequate incentives for research, development and innovation.

We are currently working on how to improve the licencing environment and provide clarity on an SEP licencing environment and fair, reasonable and non-discriminatory practices.

Once again let me thank the honourable Member for such an excellent report. I hope I can count on your continued support and engagement in the coming years on this very important issue.

Pavel Telička, *rapporteur for the opinion of the Committee on Transport and Tourism*. – Mr President, first of all I would like to say that I appreciate the work of the rapporteur, especially her sound focus on the transport sector. The question of standardisation is, in fact, absolutely key if we want to achieve a modern, interoperable, single European transport area.

The problem is that one of the failures of the internal market is that we have not managed to confront the fragmentation of that market, with different national standards, so our companies, whether in the logistics or freight sectors, often have to cope with different national documents each time they cross a border.

At a time when the transport sector is cutting down emissions and becoming much more digitalised and intermodal, at a time when the Commission has put forward the mobility package, we definitely need an interoperable, free-flow-of-data sector which will provide for the uptake of new technologies, like, for example, electric vehicles.

We see too that standards now encompass the ICT standards, and this is an absolutely key area, and one in which we would like to encourage our citizens, too, to go intermodal – to use something that is called integrated ticketing.

One final remark: I would expect the Commission to see this as an external plea to provide, in its proposals, for intermodal interaction based on free flow of data and everything that comes with it.

Ildikó Gáll-Pelcz, *a PPE képviselőcsoport nevében*. – Elnök Úr! Madame la rapporteure, szeretném megköszönni az ön kiváló munkáját és azt az együttműködést, amit tanúsított a munka során. Tényleg egy olyan jelentés született meg, ami valóban hozzáadott értékkel bír, és azt is mondhatom, hogy stratégiai jelentőségű lesz a jövőre nézve. Ez a jelentés kifejezetten rámutat arra, hogy a szabványosítási rendszerek mennyire kulcsfontosságúak a belső piac potenciáljának a kihasználása szempontjából, és mennyire fontosak lehetnek a versenyképesség szempontjából. Anélkül, hogy teljesen részletekbe mennék vagy ismételném az előttem szólókat, néhány szempontra szeretném csak a figyelmet felhívni. Elsőként is az európai szabványosítás jövőjét illetően.

Amikor erről a kérdésről beszélünk, akkor felmerül, hogy milyen módon kell hozzájárulni, milyen legyen a felülvizsgálata ennek a rendszernek. Nos, azt mondhatjuk, hogy a jelenlegi rendszer viszonylag jól szabályozott. Tehát anélkül kell hozzájárulnunk, hogy a jelenlegi eredményeket kidobnánk. Tehát nem hajthatunk végre radikális változást, amely gyengítené a jelenlegi rendszernek a fő elemét. Ugyanakkor szempontként szeretném megemlíteni azt is, hogy mennyire fontos, hogy mindenkit bevonjunk a szabványosítási folyamatba. Legyen ez nemzeti szervezet, szabványügyi testületek és ezeknek az együttműködése. Következő szempont az, hogy mennyire fontos, hogy mindenki, aki részt vesz, hozzá is tudjon férni. Vagyis, hogy a szabványokat értsék azok, akiknek alkalmazni kell. Ne felejtjük el azt sem, hogy nem lehet mindent szabványosítani.

Ezek a szabványok nem lehetnek versenytorzítóak, pontosan a verseny növelése mellett kell az akadályokat eltörölni. Fontos szempont, hogy minden érintettet, kutatás-fejlesztéssel, innovációval foglalkozót, mindenkit be kell hívnunk ebbe a folyamatba. És egy utolsó szempont: a FRAND-elv érvényesítése a teljes folyamatban.

Ez egy jó jelentés, egyensúlyi pontokkal, amit támogatok.

Presidente. – Per accogliere le domande «cartellino blu» aspettiamo che si concluda il giro di interventi dei gruppi politici, poi naturalmente potremo accoglierle.

Christel Schaldemose, for S&D-Gruppen. – Hr. formand! I hverdagen tænker vi sjældent over, at der er standarder overalt, selvom mange af dem har rigtig stor betydning for os. Tænk bare, hvis elpæren ikke passede til lampen, hvis skruen ikke passede til møtrikken og hvis USB-stikket kun passede til nogle få PC'er. Kommissionen præsenterede sidste år en standardiseringspakke med en række initiativer. Alt sammen noget, som skal få det europæiske standardiserings-system til at virke godt og effektivt, hvilket er helt nødvendigt for at have et velfungerende indre marked.

For os socialdemokrater er standardiseringsarbejdet vigtigt, og vi bakker derfor fuldt op om hele det europæiske standardiseringsarbejde. Jeg var socialdemokraternes ordfører på den standardiseringslovgivning, vi lavede tilbage i 2012. Men vi har også et par vigtige budskaber til indsatsen. Vi socialdemokrater mener, at standardiseringen hverken kan eller må erstatte lovgivningen. Der er stadigvæk brug for lovgivning til at sætte rammerne for f.eks. sikre produkter, for privatlivsbeskyttelse og for inddragelse af ikke-kommercielle interesser. Vi ser også, at der er en særlig udfordring for standarder i den digitale tidsalder. Vi har brug for at have et smidigt og et bæredygtigt og et inkluderende standardiserings-system, men det er også vigtigt, at vi får f.eks. borgere og forbrugere med, når det handler om at rulle standarder for det digitale indre marked ud. Det er derfor vigtigt, der er en strategisk tilgang til hele standardiseringsarbejdet.

Vi mener f.eks. også, når det drejer sig om privatlivsbeskyttelse, at det er vigtigt, at vi har standarder til hele designfasen, sådan at vi får lagt et højt og vigtigt beskyttelsesniveau ind for forbrugerne allerede i designfasen, og i denne henseende er standarder helt afgørende. Så det bakker vi op om. Endelig vil jeg gerne takke Marlene Mizzi for en god betænkning og tilføje, at standardiseringsarbejde er noget, vi skal sørge for fungerer effektivt af hensyn til det indre marked.

Ruža Tomašić, u ime kluba ECR. – Gospodine predsjedniče, donošenje usklađenih i jednostavnih europskih politika normizacije s ciljem postizanja prave ravnoteže između nacionalnih, europskih i globalnih dimenzija važno je, prije svega, u kontekstu konačne uspostave jedinstvenog digitalnog tržišta.

Europski konzervativci i reformisti smatraju da ovakva standardizacija mora biti proces koji će teći od dolje prema gore, vođen posebno identificiranim potrebama koje pred zakonodavca stavljaju predstavnici industrije, a ne pretjerano ambiciozni političari koji s proizvodnjom nemaju previše veze.

Naša se grupa protivi rastućoj politizaciji procesa standardizacije i želi da industrija bude ta koja predvodi procese koji se na nju samu primarno odnose. No, moram istaknuti kako je u ovom izvješću ravnoteža ipak postignuta i to je pristup kakav pozdravljamo.

Kaja Kallas, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, standardisation remains quite a technical topic. However, if you talk to people then you hear that people are quite annoyed at having different plugs and different cables for each device that they have, and this is all due to a lack of standards.

The EU needs to have an effective and proactive market-driven standardisation policy if we want to be leaders in innovation, the leaders of the race for 5G and for the Internet of Things. This sector is very fragmented, with many proprietary and semi-closed solutions and a multitude of standards. However, if we think about what the Internet of Things is all about – devices communicating with other devices – it is difficult to see how we can do this without standards.

I believe that the more open standards we have, the more innovation we have. However, the discussion on this report has shown that we all talk about open standards but we all have different views about what 'open' really means. Can we truly call a standard open just because the standardisation process was inclusive enough? Or what about the outcome of the standard? The point of setting standards is that other companies will be able to build their innovations upon them.

At least this report acknowledges that there are different business models out there, but I do think the Commission should promote solutions that ensure that different business models can co-exist. If all standardisation initiatives are based on royalties, for instance, where does it leave open-source licensing? As open source can be shared in an unlimited manner, it is not really compatible with royalty-based models.

This report is therefore a good start for discussion, but I hope that it is not the end of it.

Margot Parker, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, this report calls for the harmonisation of European standards, an unnecessary proposal which I cannot support.

The UK already has a high standard of products which are recognised across the world as being trustworthy and high quality. This is a tradition that existed long before we joined the European Union or it was created. Creating a European standard puts this reputation at risk, as not all Member States are yet able to produce products and services at the same high standard. Indeed, even testing centres for EU standards cannot yet guarantee that products produced under this proposal are all of the same quality. This is dangerous and it could serve to drive down standards and create an atmosphere of mistrust. It is a good job that we in the United Kingdom voted to leave the European Union before irresponsible European law can have a detrimental effect on our economy.

Mylène Troszczynski, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, les entreprises et les acteurs sociaux ont besoin de normes. Ces normes constituent des instruments déterminants pour tous les acteurs économiques et sociaux. Elles doivent être efficaces et ajustées au marché, afin de favoriser la croissance et l'innovation. Elles améliorent aussi, si elles sont établies dans l'intérêt commun, la compétitivité, la qualité et la performance, et favorisent la protection des consommateurs, le développement des entreprises, les conditions des travailleurs et le souci de l'environnement. Elles sont aussi – et c'est primordial de le rappeler – une démarche volontaire des États, qui est une démarche positive. Cette démarche est finalement assez contradictoire avec l'aspect très centralisateur du projet de marché unique, malheureusement défendu avec beaucoup trop d'ardeur dans ce texte.

C'est surtout la coopération entre les nations, que j'appelle de mes vœux, qui peut favoriser ce type de démarche volontaire. En cela, je pourrais soutenir certaines orientations de ce rapport, mais les entreprises et les acteurs sociaux ont également besoin de stabilité, et ces normes, aussi utiles soient-elles, ne doivent pas devenir des obstacles au développement, soit par une instabilité chronique, soit en devenant un véritable parcours du combattant ou un frein économique pour des entreprises déjà exsangues à cause d'une forte dérégulation économique organisée, enfin, soit en devenant le résultat de fortes pressions de la part de groupes d'intérêts particuliers.

Nous touchons là le nœud du problème: confier à la Commission, à des organismes, à des agences ou même à des pôles de normalisation unique l'établissement de ces normes est une erreur stratégique. Cette centralisation à outrance est contraire à l'intérêt commun. Elle ne devient alors une solution bénéfique pour personne ou, alors, pour beaucoup trop peu de monde.

Andreas Schwab (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, der Bericht, den Frau Kollegin Mizzi vorgelegt hat und der mit unseren Schattenberichterstatern erstellt wurde, ist gut. Er ist vielleicht besser als die Debatte heute. Deswegen möchte ich nur drei Punkte hinzufügen. Erstens: Ich glaube, Normen entstehen aufgrund privatrechtlicher Zusammenarbeit der in den Normungsorganisationen zusammengeschlossenen Einrichtungen. Deswegen gibt es keinen Zusammenhang mit öffentlicher Gesetzgebung, und das muss man dem Europäischen Gerichtshof an der einen oder anderen Stelle vielleicht immer auch mal wieder sagen. Privatrechtlich entstandene Standards haben nichts mit Gesetzgebung zu tun – Kolleginnen und Kollegen haben hier im Hause auch darauf hingewiesen.

Zweitens: Frau Parker geht jetzt – es wäre schade, denn ich hätte ihr erklären können, wie große ...

companies from the UK like Vodafone came to the European continent by taking over some parts of the market because European standards allowed them to participate. I think it is outrageous that this economic coincidence is neglected here, and I think they will pay a high price for this, because without these common standards for the whole internal market, companies that operate in a smaller marketplace will be cut off.

These standards allow big companies and small companies, all over Europe, to take the part of the market they want to have, and therefore I think they are also in the interest of companies from the country which Ms Parker comes from and which is leaving the European Union.

Dann möchte ich noch einen weiteren Punkt hinzufügen. Ich glaube, Frau Kollegin Gáll-Pelcz hat es angesprochen: Ein Thema im Bereich der Standardisierung ist momentan ja der sogenannte FRAND-Standard, der erlaubt, das bei standardessenziellen Patenten alle Beteiligten über faire Bedingungen Zugang bekommen. Dieser Prozess sollte auch aus meiner Sicht gestärkt werden, damit wir hier auch in Zukunft gleiche Bedingungen für alle Marktteilnehmer erhalten. Insgesamt aber nochmals herzlichen Dank für die kompetente Bearbeitung des Berichts.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Elnök Úr, kérem, értse meg, hogy időnként azért is szoktam kékkártyát használni a vezérszónokok esetében, mert a képviselőcsoportok nézeteit szeretném megtudni. Bár ez esetben szerencsém van, mert Schwab kolléga igencsak jó képviselője a Néppártnak. Úgyhogy hozzá tenném föl most a kérdésemet, nagyon röviden. Gállné Pelcz képviselő asszony említette a hozzáférhetőség kérdését. Minekutána az Európai Uniónak egyik legizgalmasabb kezdeményezése az „okos falvak” kezdeményezés, kérdezem, hogy ezt a mostani jelentést mennyire tudjuk kiterjeszteni a vidéki térségek, a falvak speciális igényeire?

Andreas Schwab (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“.* – Herr Kollege Szanyi, vielen Dank für die Frage. In der Tat haben wir ein großes Interesse daran, überall in der Europäischen Union auch die ländlichen Gebiete digital zu erschließen – egal, ob das für Ihr Land gilt oder für mein Land. Und ich glaube, dass wir dafür nicht nur über die notwendige Infrastruktur verfügen müssen, sondern auch Standards zur Verfügung stellen müssen, die eben von Unternehmen – egal welcher Größe – genutzt werden können. Deswegen ist es gut, dass wir hier in diesem Bericht keine Definition von sogenannten *open standards* festgeschrieben haben, die über die in der Verordnung 1025/2012 getroffene Festlegung hinausgeht. Ich glaube, das ist ein guter Weg, um auch ländlichen Regionen den Anschluss an die digitale Infrastruktur zu ermöglichen.

Ich hoffe, dass ich damit Ihre Frage beantwortet habe.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, stimați colegi, vreau să salut propunerea de raport privind standardizarea, având în vedere că standardele sunt instrumente care contribuie la un echilibru just între dimensiunea națională europeană și internațională. Vreau să o felicit pe raportoare, pe colega noastră, Mizzi, și pe ceilalți raportori pentru raportul echilibrat pe care ni l-a prezentat.

Personal, am făcut mai multe amendamente, prin care am încercat să subliniez importanța standardelor pentru funcționarea pieței interne, pentru consolidarea competiției echitabile; evident, și pentru protecția consumatorului. Am propus, de asemenea, ca sistemul european de standardizare să fie coerent și simplu de aplicat, mai ales pentru IMM-uri. IMM-urile trebuie să aibă acces, trebuie să fie parte în negocierea standardelor și, dacă nu au informația, vor fi speriate și vor avea birocrație și costuri suplimentare. Cred, de asemenea, că armonizarea standardelor are o importanță deosebită, chiar dacă unul dintre colegii noștri spunea că nu trebuie să vorbim de armonizare. Ba da. Și eu insist, doamnă comisar, ca despre aceste standarde să vorbim și în negocierile acordurilor comerciale cu țări terțe, dacă dorim ca piața internă să nu fie într-o poziție dezavantajoasă. Este important ca toate instituțiile europene, statele membre, părțile interesate să comunice stadiul în care ne aflăm cu standardizarea și, evident, și viitoarele propuneri referitoare la standardizare.

Susțin raportul și susțin și propunerea privind forumul internațional propus de raportoarea noastră, pentru că este foarte important pentru viitorul Uniunii Europene și sper ca, la punerea în practică, să nu se creeze obstacole și costuri, în special pentru IMM-uri.

Antonio López-Istúriz White (PPE). – Señor presidente, queridos compañeros... y sobre todo, a mi compañera Mizzi, que ha hecho y está haciendo un excelente trabajo con este informe, hay que darle las gracias.

El 1 de junio de 2016 la Comisión Europea presentó este paquete de comunicaciones en las que expone su visión de cómo debería evolucionar en los próximos años la creación de las normas europeas. Dentro de este, se encuentran algunas cuestiones prioritarias en nuestra Comisión de Mercado Interior —que sigue trabajando en ellas— como son, por ejemplo, el 5G, el trabajo informático en la nube, el internet de las cosas, las tecnologías de macrodatos y la ciberseguridad.

Tanto el paquete general de la Comisión sobre normalización europea como la Comunicación, adoptada en abril de 2016, sobre las normas en materia de tecnologías de la información y la comunicación van a aportar la armonización que tanto tiempo llevamos demandando en este sector. Con ello, estamos dando otro paso hacia la obtención de un marco normativo común, que sea capaz de adaptarse uniformemente a la evolución de los avances tecnológicos y logísticos que se está desarrollando a su alrededor.

Es imprescindible que se ampare esta iniciativa, pues es necesario tener una cohesión en estas políticas, que no solo beneficiarán a los Estados miembros otorgando un marco normativo a nivel europeo, sino que —lo que es más importante y más interesa en este momento— aportarán grandes beneficios tanto a los consumidores como a las empresas.

Como defendí en anteriores intervenciones en este Pleno —y así vengo defendiendo en el trabajo de la Comisión de Mercado Interior—, la unificación de estándares a nivel europeo es una condición indispensable para superar la fragmentación del mercado y protegernos de las amenazas externas que nos acechan en este ámbito.

A mi compañero Andreas Schwab le diría que no hay que perder el tiempo, como ha hecho, con la diputada Parker: son de un antieuropeísmo tan feroz. Hay que hacerlo con los británicos, mi querido Andreas: los británicos que sí realmente quieren seguir manteniendo una relación privilegiada con nosotros, con la Unión Europea. A ello nos tenemos que dedicar.

Nicola Danti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor commissario, permettetemi in apertura di ringraziare la collega Mizzi, che ha prodotto e che ci mette oggi all'attenzione una relazione che mette bene in evidenza l'importanza della normazione per il corretto funzionamento del mercato unico, a tutela sia dei consumatori che delle imprese.

Le tante differenze tra i sistemi di norme nazionali rappresentano oggi un ostacolo alla libera circolazione delle merci e ad una sana concorrenza, creando significativi oneri amministrativi e limitando la libertà di scelta da parte dei consumatori. Io credo che l'Unione europea debba dunque investire maggiormente nei processi di armonizzazione normativa, da sviluppare anche con il sostegno di tutte le parti interessate. E, prima di tutto, credo in primo luogo che una strategia comune europea debba dimostrarsi a prova di piccole e medie imprese, che saranno le principali beneficiarie di nuove norme europee.

Una delle principali sfide da vincere è quella legata alla digitalizzazione della nostra società. Lo sviluppo di norme comuni nel settore delle nuove tecnologie dell'informazione potrà senza dubbio rafforzare la competitività, l'interoperabilità, la sicurezza, la sostenibilità delle nostre infrastrutture digitali: condizioni essenziali per lo sviluppo di uno spazio unico di opportunità per i cittadini europei.

Sono convinto, infine, che una maggiore coerenza rafforzerà anche la posizione negoziale dell'Unione europea negli accordi commerciali internazionali e consentirà all'Europa di giocare un ruolo da protagonista nel promuovere i propri standard nel mondo.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, Επίτροπε Bieńkowska, οφείλουμε να δώσουμε νέα δυναμική στη θέσπιση προτύπων, διότι μια τέτοια εξέλιξη θα ωφελήσει τους καταναλωτές, τις επιχειρήσεις και την ευρωπαϊκή οικονομία. Η προώθηση του ευρωπαϊκού κόμβου τυποποίησης με παγκόσμιο αντίκτυπο είναι πράγματι ένας φιλόδοξος στόχος και θα δώσει προβάδισμα στην ευρωπαϊκή οικονομία. Μπορεί να γίνει όμως με σταθερά βήματα και σχέδιο για τη στήριξη τομέων προτεραιότητας, όπως ο κατασκευαστικός τομέας. Εφόσον τα πρότυπα τελικά οδηγήσουν σε υψηλότερη ποιότητα, είναι πιθανό στο μέλλον να αποφύγουμε τραγωδίες, όπως αυτή στον Πύργο του Λονδίνου.

Τα πρότυπα αποτελούν κυρίως ένα εξόχως σημαντικό εργαλείο για τη λειτουργία της ενιαίας αγοράς και -φυσικά- της ενιαίας ψηφιακής αγοράς. Προάγουν την καινοτομία, αυξάνουν την ποιότητα των υπηρεσιών και των προϊόντων, διασφαλίζουν την ασφάλεια των καταναλωτών και ενισχύουν την ανταγωνιστικότητα. Στην Επιτροπή Βιομηχανίας εγκρίναμε παμψηφεί την έκθεση στην οποία εκπροσωπούσα το Ευρωπαϊκό Λαϊκό Κόμμα. Στην πραγματικότητα, περιμένουμε το διαδίκτυο των πραγμάτων, η προστασία των δεδομένων και η ασφάλεια στον κυβερνοχώρο να δημιουργήσουν μια τεχνολογική ραχοκοκαλιά, ώστε να μπορούμε να αναπτύξουμε σημαντικούς τομείς.

Είναι λοιπόν βασική προϋπόθεση να διασφαλίσουμε ότι εταιρείες κάθε μεγέθους, μεγάλες και μικρές, θα μπορούν να συνεργάζονται με αμοιβαία επωφελή τρόπο. Είναι σημαντικό να προστατεύσουμε ειδικά τις μικρές επιχειρήσεις, διασφαλίζοντας ισότητα πρόσβασης και να δημιουργήσουμε τις συνθήκες που θα προάγουν την καινοτομία.

Olga Sehnalová (S&D). – Pane předsedající, společné normy jsou důležitým nástrojem pro fungování jednotného trhu. Zachování a další rozvoj evropského standardizačního systému získává na významu se vzrůstajícím vlivem informačních a komunikačních technologií, kdy bude potřeba klást stále větší důraz na zajištění jejich interoperability.

Evropské standardy musí být vyvíjeny v transparentním prostředí a inkluzivním způsobem. Vítám, že paní zpravodajka při zdůraznění řádného zapojení různých zájmových skupin v procesu standardizace pamatovala také na spotřebitelské organizace i na organizace, které zastupují osoby s postižením.

Souhlasím se zpravodajkou také v tom, že normy jako dobrovolný trhem vedený nástroj, který stanoví technické požadavky a pokyny, nemohou nahrazovat politická rozhodnutí. Politická rozhodnutí, která se týkají například úrovně ochrany zdraví, bezpečnosti či životního prostředí, by měla být i nadále ponechána na zákonodárci. Zprávu kolegyně Marlene Mizzi proto podpořím a chci jí také poděkovat za práci, kterou na ní odvedla.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Domnule președinte, voi vota pentru acest raport, deoarece, în Parlamentul European, conduc un grup de lucru care este concentrat pe Standardele internaționale de raportare financiară și am o imagine destul de clară asupra importanței standardelor atât pentru protecția consumatorilor, a investitorilor, cât și pentru facilitarea comerțului și investițiilor în cadrul pieței interne și pe plan internațional.

Doresc să subliniez în mod deosebit atenția acordată calității standardelor, bazată pe transparență și pe dialog, și insist foarte mult pe introducerea practicii studiilor de impact pentru orice fel de standarde care se elaborează care să țină seama efectiv de consecințele asupra diferiților participanți la viața economică și socială. De asemenea, este importantă respectarea standardelor. Cei care nu respectă standardele, de fapt, aplică propriile standarde.

Îi mulțumesc raportorului și mulțumesc Comisiei Europene pentru activitatea în acest domeniu.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já chci pochválit tuto zprávu a pogratulovat paní Mizzi za předloženou zprávu. Jsem připraven ji podpořit. Považuji stejně jako většina mých předřečníků otázku normalizace v Evropě za velmi důležitou. Z mého pohledu to není žádná další zbytečná administrativa, protože tyto normy, jak jeden z kolegů zde připomněl, mají dobrovolný soukromoprávní charakter a jsou nezbytné při vytváření jednotného trhu.

Chtěl bych tady vyzvat paní komisařku, aby opravdu Komise v této věci byla co nejvíce ambiciózní, aby se nám opravdu podařilo posilovat přijímání technických norem pro jednotlivé výrobky a tak jsme vytvářeli jednotný trh. Tedy tyto normy nejsou pro mě zbytečnou administrativou, ale naopak jsou něčím, čím postupně dotváříme jednotný trh a umožňujeme volný pohyb zboží a jeho faktické možnosti prodeje v kterékoliv části Evropské unie.

Velmi vnímám také, že tato zpráva hovoří o digitálním trhu. Považuji za mimořádně důležité v době digitalizace posilovat interoperabilitu jednotlivých digitálních prostředků. Co je věc, která nebyla úplně vyřešena ve zprávě, je otázka subjektu, který má přijímat tyto normy, jestli zachovat současnou strukturu subjektů, které přijímají tyto normy, anebo zda uvažovat o novém evropském centru pro normalizaci tak, jak o něm uvažuje Evropská komise.

Procedura catch-the-eye

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, per effetto delle nuove tecnologie e della progressiva integrazione delle soluzioni digitali nella produzione industriale a livello globale, nonché del contesto internazionale in rapida evoluzione, gli strumenti normativi stanno cambiando rapidamente, ed è necessario dare un nuovo impulso per dare risposta alle esigenze dell'industria, dei consumatori, dei lavoratori, delle organizzazioni ambientali e degli altri soggetti interessati.

Nel piano presentato dalla Commissione, l'iniziativa congiunta sulla normazione deve essere affiancata da studi di impatto economico e sociale. Credo infatti che il processo di normazione debba andare oltre i singoli aspetti economici. È necessario un approccio olistico, nel quale gli obiettivi delle PMI, dei consumatori e dei cittadini – soprattutto quelli inerenti a questioni economiche, sociali, sanitarie e ambientali – siano totalmente integrati. Ed è fondamentale, quindi, che l'intero pacchetto della Commissione miri alla creazione di un unico e coerente sistema europeo di normazione, che si adatti ad un contesto in continua evoluzione e offra benefici innanzitutto per i consumatori e per le imprese.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η ενιαία ψηφιακή αγορά επιβάλλει βεβαίως την τυποποίηση και τη διαμόρφωση προτύπων, διότι μόνον έτσι μπορούμε να έχουμε ανάπτυξη των τεχνολογιών, ιδίως στον τομέα της επικοινωνίας και της πληροφορίας. Ορθώς λοιπόν, δίδεται έμφαση σε πέντε προτεραιότητες: στο 5G, στο υπολογιστικό νέφος, στο διαδίκτυο των πραγμάτων, στις τεχνολογίες δεδομένων και στην κυβερνοασφάλεια. Ταυτόχρονα, οφείλει η Επιτροπή να λάβει σοβαρά υπόψη τις αποφάσεις και τις προτάσεις του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Επιπλέον, πρέπει να υπάρξει διαβούλευση, να συμμετάσχουν οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις, οι τοπικές αρχές, η κοινωνία των πολιτών και φυσικά οι ίδιοι οι καταναλωτές, διότι μόνον έτσι μπορούμε να προχωρήσουμε σε μία διαδικασία όπου η τυποποίηση και τα πρότυπα θα στηρίξουν πραγματικά την ίδια την οικονομία. Πρόκειται για μία προαιρετική διαδικασία, αλλά ταυτόχρονα αναγκαία, και γι' αυτό δεν πρέπει να έχουμε επιβολή προτύπων και κυρίως τυποποίησης και εναρμόνισης στα μέτρα των μεγάλων ευρωπαϊκών ή αμερικανικών πολυεθνικών επιχειρήσεων.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospodine predsjedniče, osobno podržavam ovo izvješće zbog toga što smatram da je vrlo važno imati kvalitetne norme i standarde prvenstveno radi toga što će naše gospodarstvo time biti konkurentnije i globalno. Naši potrošači bit će bolje zaštićeni radi toga što će biti sigurni da kupuju proizvode jednake kvalitete. I također ono što bih htio istaknuti da nekoliko važnih projekata koje Europska unija danas zacrtava za budućnost poslije 2020. godine, a radi se o energetskej uniji, traži kvalitetne norme i standarde, jer komunikacija između tržišnih sudionika na tržištu električne energije, komunikacija građana prema distribucijskoj mreži, komunikacija operatora sustava međusobno neće biti zadovoljavajuća ako ti standardi neće biti interoperabilni i neće biti otvoreni upravo kao što je kolegica Mizzi naglasila u svojem izvješću.

I htio bih se osvrnuti na izvješće kolegice Parker koja je nažalost otišla. Velika Britanija, za koju je ona rekla da vodi u standardima, još uvijek ima napone drugačije od ostatka Europske unije, koristi imperijalne jedinice, a ne međunarodni sustav. Dakle, mi moramo milje preračunavati u metre i također moramo nositi adaptore ako želimo svoje računalo priključiti na mrežu.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank the Honourable Members for this very interesting discussion. For years Europe has been in the lead when it comes to creating standards and it must stay like this. If we do not create our own standards in Europe, others will do it globally. It is key here that our standards should become a global standard.

I very much agreed with Mr Schwab when he said that those outside the system who will not participate in creating European standards will pay the price sooner rather than later. I also agree that standards are crucial for the integrity of the internal market. We are doing our best under our joint initiative launched last year to avoid the fragmentation of the single market. The joint initiative, that was broadly welcomed by all of the partners and all of the stakeholders of the Standardisation System – if I may just repeat this – is there to create a system that is inclusive, collaborative and a symbol for the companies, a system that taps the potential of IT and services, but above all a system that can set priorities in areas such as e-health, smart energy and intelligent transport systems. For example, connected automated vehicles will significantly benefit from our proposed prioritisation.

Thank you very much again for this discussion. I will keep you updated and look forward to our interinstitutional dialogue later this year. Let us work together on the future of the European Standardisation System because this is crucial for our citizens and for our industry.

Marlene Mizzi, rapporteur. – Mr President, I would like to thank everyone for their contributions to this debate and in particular to the shadows and to the European Commission. Standards are there to guarantee that products are fit for purpose, work smoothly and reliably together, providing high quality and safety safeguards for our citizens. They are important for consumers and companies, for the interoperability of products and for providing economies of scale by keeping markets open and avoiding lock-in with given providers or products. Therefore, I hope that this report will not be condemned to paper and never see the light of day.

I also hope that the Commission, the European standardisation organisations and Member States will implement and enforce its recommendations. So, in particular, I would like to reiterate: it is important to enhance the synergies and coordination between all stakeholders; develop inclusive, sustainable, safe and high-quality standards with fair access and treatment of all stakeholders; improve the accessibility and transparency of the standardisation process; remove the de facto obstacles to an effective involvement of Annex III organisations; create an easy-to-use single point of access to standards; monitor international ICT standardisations and promote the European regulatory model and interests at international level; clarify the core elements of an equitable, effective and enforceable licensing methodology based on FRAND; and prepare a European register listing existing European standards and ongoing standardisation work to avoid duplication of work. And finally, to raise awareness and knowledge about standards, introduce professional standardisation courses, and develop standardisation guidelines for policymakers.

Last, but not least, I welcome the Commission's decision to involve the European Parliament as a signatory to the joint initiative for standardisation.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà domani alle 12.00.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Marian-Jean Marinescu (PPE), în scris. – Sistemul european de standardizare reprezintă unul dintre elementele esențiale pentru realizarea pieței unice. UE are nevoie de urgență de un sistem unic de standardizare, modern și flexibil, pentru a consolida concurența echitabilă și inovarea la nivel global. Punerea în aplicare a acestui sistem unic va genera avantaje și previzibilitate pentru consumatori și întreprinderi.

Cer Comisiei să alinieze toate inițiativele propuse în ultimii ani, astfel încât să poată fi elaborată în cel mai scurt timp o platformă europeană de standardizare, în cadrul căreia standardele să fie elaborate în timp util și în mod deschis. De asemenea, Comisia trebuie să propună măsuri concrete pentru accelerarea procesului de stabilire a mai multor standarde privind tehnologia informației și comunicării (TIC) pentru politici multiple, așa cum a făcut-o deja pentru cinci domenii: tehnologiile 5G, tehnologiile de tip *cloud computing*, internetul obiectelor, tehnologiile de date și securitatea cibernetică.

Consider că standardele trebuie elaborate cu sprijinul sectorului industrial și al autorităților publice, dar și al consumatorilor, al lucrătorilor și al cetățenilor. IMM-urile, consumatorii și cetățenii trebuie implicați în acest proces. Nu în ultimul rând, consider că standardele trebuie să impună orientări și cerințe tehnice care pot contribui la punerea în aplicare a legislației și a politicilor europene.

20. Anstieg der Zahl der HIV-, TB- und HCV-Epidemien in Europa (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sull'interrogazione con richiesta di risposta orale alla Commissione sull'aumento delle epidemie di HIV, tubercolosi e HCV in Europa, di Françoise Grossetête, Claudiu Ciprian Tănăsescu, Urszula Krupa, Frédérique Ries, Kateřina Konečná, Martin Häusling, Piernicola Pedicini e Mireille D'Ornano, a nome della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare (O-000045/2017 - B8-0321/2017).

Kateřina Konečná, Autorka. – Pane předsedající, v roce 2015 bylo v 31 zemích Evropské unie a Evropského hospodářského prostoru nahlášeno téměř 30 000 nově diagnostikovaných nálezů virem HIV. Současně se odhaduje, že v evropském regionu se u 120 000 osob rozvinula multirezistentní tuberkulóza, a všeobecně platí, že jednou z nejzávažnějších hrozeb pro veřejné zdraví je virová hepatitida.

Tyto tři nákazy si vyžadují dlouhodobé a trvalé programy často zaměřené na více skupin obyvatelstva současně. Pokud by byly služby v oblasti prevence integrovány, bylo by možné dosahovat synergií účinků a úspor. Platnost současného akčního plánu EU v oblasti HIV/AIDS skončila na konci roku 2016. Rámcový akční plán ECDC pro boj s tuberkulózou v Evropské unii pochází z roku 2008 a je nutné jej aktualizovat. Na úrovni Evropské unie dodnes neexistuje žádný komplexní plán pro boj s hepatitidou typu C. Na neformální schůzce ministrů zdravotnictví Evropské unie v Bratislavě dne 4. října 2016 se členské státy dohodly, že podpoří vypracování rámce pro integrovanou politiku Evropské unie v oblasti HIV/AIDS, tuberkulózy a hepatitidy typu C. Tato politika by měla odpovídat zvláštní povaze epidemií v Evropské unii a sousedních zemích, aby došlo k posílení politické reakce na tyto nákazy. Komise ve svém sdělení nazvaném „Další kroky k udržitelné evropské budoucnosti“ zdůraznila, že bude nadále usilovat o vymýcení HIV/AIDS a tuberkulózy a omezení výskytu hepatitidy do roku 2030.

Ptali jsme se a ptáme se tedy nadále:

Jaké konkrétní kroky plánuje Komise, aby splnila, co si předsevzala ve výše uvedeném sdělení, pokud jde o cíl udržitelného rozvoje 3 – „zajištění zdravého života a podporování dobrých životních podmínek pro všechny osoby každého věku“?

Za druhé: jakým způsobem reaguje plán Komise na bratislavskou dohodu mezi ministry zdravotnictví EU ze 4. října ohledně vypracování rámce pro politiku v oblasti HIV/AIDS a hepatitidy typu C?

A za třetí: jak hodlá Komise navýšit finanční prostředky na boj s tuberkulózou v rozvojových zemích EU formou poskytování finanční pomoci členským státům, které by měly částečně pokrýt vysoké náklady na léčbu tuberkulózy?

Vážení zástupci Komise, po kolikáté zde už tuto věc řešíme? Upřímně, Vaše nečinnost v této věci začíná být neakceptovatelná. Již v roce 2015 jsem Vás vyzývala k vytvoření nové koncepce boje s těmito nemocemi pro léta 2014-2020. Já sama jsem napsala několik písemných otázek na Komisi k tomuto tématu. A čeho jsme se dosud dočkali? Vůbec ničeho. Vždy jen vyhýbavých slov a slibů, které nebyly naplněny. A o až směšných odpovědích na mé písemné dotazy ani nemluvě. O řešení situace jsme žádali již trojici holandského, slovenského a maltského předsednictví. Teď nám již začíná předsednictví čtvrté a řešení nikde. Mezitím se situace ještě mnohem zhoršila a prošly nám i strategie, které před dvěma lety ještě běžely. Nejenom, že se nám zhoršuje situace vně Evropské unie, ale katastrofální situace začíná být např., co se týče HIV, i v její bezprostřední blízkosti. Výroční epidemiologické zprávy naší agentury ECDC o přeshraničních hrozbách nemocí jsou toho výmluvným důkazem. Už i členské státy pochopily, že nutně potřebujeme aktualizovanou rámcovou politiku boje EU s HIV, tuberkulózou a žloutenkou typu C na období 2016-2020, která by řešila specifický charakter epidemie nejenom v Evropské unii, ale především také v zemích Východního partnerství. Jenomže od neformální schůzky v Bratislavě z října 2016 uplynulo 8 měsíců! Kdy už konečně Komise pochopí, že boj s těmito třemi chorobami vyžaduje komplexní strategii, která se zaměří na různě se vzájemně překrývající skupiny obyvatelstva, i ty nejchudší?

Navíc v první globální zdravotní strategii WHO proti virové hepatitidě (2016-2021), kterou přijalo Světové zdravotnické shromáždění v květnu 2016, se zdůrazňuje klíčová úloha všeobecné zdravotní péče a jejím cílem, který odpovídá cílům udržitelného rozvoje, je snížit do roku 2030 počet nových případů virové hepatitidy o 90 % a nakonec vymýtit virovou hepatitidu jako problém z hlediska veřejného zdraví. Pro Komisi bude vůbec velmi obtížné sledovat pokrok při dosahování cílů udržitelného rozvoje v případě virové hepatitidy, protože údaje o sledování této choroby v členských státech často chybí, nebo jsou nedostatečné. Přístup k boji s virovou hepatitidou na úrovni EU je stále nedůsledný a řeší se stát od státu. Reakce Komise bohužel žádná. My neplníme mezinárodní závazky, ptám se Vás, pane komisaři? Těmto nemocem se dá poměrně jednoduše předcházet, ovšem dojde-li k nim, řeší se již velmi složitě. Tím, že to neděláme, ztrácíme v následné léčbě jejich chronické fáze miliardy eur ze zdravotního a sociálního systému. A při řešení těchto epidemií je bezpodmínečně nutné spolupracovat na nadnárodní a interdisciplinární úrovni. A k tomu Vás chceme vyzvat.

Vytėnė Povilė Andriukaitė, *Member of the Commission*. – Mr President, frankly I disagree with Ms Konečná who said that the Commission is not doing anything now. It is unfair.

I am pleased to attend this plenary session and to talk about HIV, hepatitis and tuberculosis. Let me stress that I fully share your concerns about the need for concrete action to address these three diseases. It was our proposal, from the Commission side, to link HIV, tuberculosis and hepatitis C. Why? Because the same vulnerable groups, the same people, are affected by those diseases: the poorest people, homeless people, people in prison and so on, people with a stigma – and we have joined forces in saying yes, it is time to show synergy.

These diseases continue to cause suffering to millions of citizens across the European Union. More than five million people in the EU suffer from hepatitis C. This is very serious. More than 100 000 people need lifelong treatment for HIV/AIDS, and 30 000 people become infected every year. The latest figures show an increase in HIV across the whole of Europe, from Cyprus and Malta to Germany, Ireland and Lithuania. The economic crisis since 2008 has worsened the situation: in parallel with a deterioration in social and economic determinants, inequalities are on the rise. Tuberculosis is a social illness in this respect, and all these aspects show the seriousness of the situation.

In recent years we have seen a 40% increase in new core infections of tuberculosis and HIV, and the rate of drug resistance to tuberculosis remains high. In addition to human suffering, these diseases pose serious challenges to our health systems and to our economy and our society across Europe, yet much of this suffering is preventable. The message is clear: greater efforts are needed to reduce both the suffering and the costs that these diseases inflict.

As you know, health ministers exchanged views on these issues last October and they recognised the challenges, in particular with regard to tuberculosis and HIV/AIDS. It was our common job, together with the Council, to discuss these issues. Just a couple of weeks ago at the Health Council, I also spoke to ministers about the need to intensify concrete action and strengthen implementation efforts to prevent the spread of these diseases. I had very comprehensive debates with the new director of the European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC), speaking about possibilities to renew our activities and once again to strengthen collaboration between Member States.

In answer to your first question: what concrete action is the Commission planning to take to give effect to the commitments made in the abovementioned communication pertaining to Sustainable Development Goal (SDG) 3, 'Ensure healthy lives and promote well-being for all at all ages'? Let me assure you that the Commission remains fully committed to helping Member States achieve the goal of ending HIV/AIDS and tuberculosis and reducing viral hepatitis by 2030. The Commission reaffirmed this commitment last November in its communication entitled 'Next steps for a sustainable European future'. In this communication you can see our positions and our activities.

Next year the Commission will present further measures to address HIV/AIDS, hepatitis and tuberculosis as a follow-up to this communication, and in the course of the next year we will put forward action plans to that end. In the meantime, the Commission is already fostering cooperation at EU level with Member States and stakeholders and is supporting projects and research in this area.

The Commission has re-launched the HIV/AIDS, hepatitis C and tuberculosis think-tank. It has also enlarged the scope of the former HIV Civil Society Forum, which now encompasses all HIV, tuberculosis and hepatitis C organisations. We have started to discuss very concrete measures, and how to move in the right directions. Together we will seek to identify concrete steps to scale up our prevention and testing programmes, to reach out to the most vulnerable and to address social inequalities and determinants. To succeed, I believe we need to combine health instruments with social instruments and work together across health, social and education policies. I will be more than happy to see a very comprehensive approach, together with the European Parliament and Member States, in this direction.

Integration of prevention, treatment and care for HIV/AIDS plus tuberculosis and hepatitis should become standard practice across Europe, and we will look at how to do more and to encourage Member States to move in such a direction.

As for your second question, which I need not repeat: firstly, the Commission's EU health programme is supporting action, in particular, to target the most vulnerable. The Commission is currently shaping a new joint action called 'Integrate' with Member States in improving the quality of prevention and care for HIV/AIDS, viral hepatitis, tuberculosis and sexually transmitted infections. Starting in September, for three years, this joint action will help Member States develop policies to integrate early diagnosis and care for HIV, viral hepatitis, tuberculosis and other infections.

With a co-funding of EUR 2.5 million, this joint action will promote capacity-building, training, exchange of good practices and the practical piloting of tools for diagnosis and linkage to care – encouraging Member States to use such opportunities and, of course, to do their best at national level.

The joint action will notably expand the use of tools to increase testing and linkage to care in healthcare facilities and to facilitate the expansion of HIV home self-testing and home sampling programmes.

Secondly, the Commission is also strongly committed to continuing to support research for HIV, tuberculosis and viral hepatitis. Under the Horizon 2020 Programme, we support development of novel preventative and therapeutic tools to fight this infection. Research into the development of prophylactic vaccines accounts for over half of our investment in these diseases: EUR 60 million for research on HIV vaccination and EUR 26 million for tuberculosis vaccines.

Thirdly, on the subject of vaccines, to ensure that citizens fully benefit from existing vaccines and other medicines, it is important to make them more accessible and affordable to all, and therefore to encourage Member States to engage in swifter cooperation, exchanging practices and experiences, and to increase transparency in the pricing of medicines, for example by using the European Integrated Price Information Database (EURIPID) supported by the Member States.

I also encourage Member States to use joint procurement agreements as a potential means of reducing shortages of vaccines.

Fourthly, we also need to optimise the use of the existing regulation to allow innovative medicines that bring therapeutic added value to reach patients faster, and to explore fully the opportunities that joint procurement offers. I have also asked the Expert Group on Safe and Timely Access to Medicines for Patients (STAMP) to move in that direction.

Fifthly and lastly, the need to support measures to address multidrug resistance to tuberculosis as well as HIV and hepatitis is enshrined in the new Commission Action Plan to reduce anti-microbial resistance, which the Commission adopted last Thursday. The Commission is engaged in establishing an integrated and systematic monitoring system for the 2030 Agenda to keep track of progress and to respond to the United Nations reporting requirement. It is also necessary to agree on common indicators.

On your third question, our action does not stop at the borders of the European Union. The Commission is also fully engaged in international cooperation to address HIV, tuberculosis and hepatitis. I attend a lot of international meetings at which we discuss together common steps. The Commission supports global health initiatives such as the global fund to fight tuberculosis and malaria. The EU has actually recently increased its financial support to this fund and to the global alliance for vaccines and immunisation, the co-called GAVI Alliance. I have high expectations for the first global ministerial conference on ending tuberculosis next November in Moscow, which I will attend.

In addition, all three EU institutions have recently signed the European Consensus on Development. This consensus commits us to invest in preventing and combatting communicable diseases and securing affordable medicines and vaccines for all. The Consensus is our key external tool for implementing the 2030 Agenda in our development cooperation. I thank the European Parliament for being one of the co-founders of such a consensus and such a document in which we enshrined a lot of initiatives and set out our goals.

Mr President, honourable Members, I hope and trust you share my enthusiasm to drive matters forward. Let us work more closely together to eliminate the suffering that HIV, tuberculosis and hepatitis cause. It is hard to contemplate the picture we see today. Every day that I am in Strasbourg I see people sleeping on the streets – homeless people, who are in a difficult situation. It is our obligation to change the situation and to ensure that such a picture will disappear in the future.

Elnökváltás: GÁLL-PELCZ ILDIKÓ

alelnök

Françoise Grossetête, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, trois tueurs de masse, voilà ce que sont le VIH, la tuberculose et l'hépatite C, aujourd'hui reconnus comme étant, sur le continent européen, les trois principales menaces transfrontalières en matière de santé publique.

Si l'espoir renaît avec la dernière vague d'innovations thérapeutiques, telles que le traitement permettant de guérir l'hépatite C ou encore un vaccin possible contre le sida, en phase d'essai, la situation demeure alarmante: 2 millions et demi de personnes en Europe sont contaminées par le virus du sida, 14 millions sont infectées par l'hépatite C et une épidémie particulièrement inquiétante de tuberculose multirésistante touche actuellement l'est de l'Europe.

Face à ces menaces, il revient clairement à l'Europe d'agir. Seule une coordination efficace au niveau européen permettra de venir à bout de ces épidémies. Le «chacun pour soi» n'est plus une option. Une réponse coordonnée est d'autant plus nécessaire que ces trois pathologies présentent une importante comorbidité. Leur traitement s'associe, par ailleurs, à une forte stigmatisation sociale qui tend à isoler et à rendre encore plus vulnérables les patients contaminés.

Or, malgré la situation, ces maladies avaient disparu des priorités politiques européennes, nous laissant avec des engagements particulièrement anciens. Le plan d'action sur le VIH a pris fin en décembre 2016, celui sur la tuberculose date de 2008 et aucun référentiel n'existe en ce qui concerne les hépatites virales.

Alors que le Centre européen de prévention et de contrôle des maladies sonne l'alarme, je vous appelle, Monsieur le Commissaire – et je vous sais très sincère –, à mettre sur la table, sans tarder, ce nouveau cadre stratégique européen que vous venez de nous décrire – un cadre intégré, transversal, qui concerne à la fois le VIH, la tuberculose et l'hépatite. Je crois en votre sincérité. Nous sommes là pour vous soutenir, Monsieur le Commissaire. C'est véritablement important pour la santé publique.

Claudiu Ciprian Tănăsescu, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, after a long journey and years of hard work I am glad that we are finally having this debate about epidemics in Europe and I would like to thank all my colleagues who contributed to the resolution. I know it means as much to them as it means to me.

The title of the resolution, 'HIV, TB and HCV epidemics in Europe on the rise', is suggestive because tuberculosis has existed for millennia and remains a major global health problem which feeds on poverty. In 2015 there were almost 30 000 newly diagnosed HIV infections reported within the EU-EEA region. Around 400 people die too each day in the European region from causes related to viral hepatitis despite the availability of prevention and treatment. This is the painful reality.

The cost of HIV, TB and HCV medicines for treatment and for prevention varies from one country to another. As such, all three infections require long-term and sustained programmes, often targeting overlapping population groups. Therefore it is necessary to develop a comprehensive EU policy framework addressing HIV, AIDS, tuberculosis and hepatitis C, as the Member States agreed in Bratislava in October 2016 and because in 2016, all programmes regarding TB, HIV and HCV ended.

I want to draw your attention to the fact that fighting against HIV, TB and HCV epidemics is the responsibility of all the actors involved – the Commission, the Member States, the non-governmental organisations, social organisations and society in general. In addition, victims and vulnerable populations must be at the centre of all efforts, based on close cooperation and coordination amongst all relevant actors.

In order to improve HIV, TB and HCV prevention, detection and treatment adherence, the Commission and the Member States need to develop specific programmes and financial support to strengthen work with communities and vulnerable people, especially in developing countries. Without action and funding we cannot fight against these epidemics.

Urszula Krupa, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! W przypadku gruźlicy największy obecnie problem stanowi wielolekooporność powstająca na skutek nadużywania antybiotyków – nie tylko w leczeniu, ale także jako antybiotykowe czynniki wzrostu hodowanych zwierząt – co wymaga rozwiązania na szczeblach centralnych Unii, gdyż liczba zakażeń gruźlicą wzrasta nie tylko w krajach afrykańskich czy Europy Środkowo-Wschodniej, ale także w krajach bogatych. Przy ponad 40 milionach zakażonych HIV, poza odpowiednią organizacją opieki medycznej z dożywotnim leczeniem przeciw retrowirusowemu, istnieje konieczność poprawy diagnozowania, jakie zwiększa szansę na życie bez AIDS. Jednak najważniejszą rolę w kontrolowaniu epidemii, zapobieganiu i transmisji HIV na inne osoby odgrywają ludzie żyjący z HIV, co rodzi potrzebę ich edukacji i konieczność informowania ich partnerów seksualnych.

Natomiast propagowane leczenie przedekspozycyjne jest problematyczne, gdyż do tej pory brakuje jednoznacznych dowodów na zyski stosowania profilaktyki lekowej u partnerów HIV– w sytuacji, gdzie partner HIV+ jest w fazie skutecznej terapii antyretrowirusowej. Od wielu lat, po poprzedniej przewadze zakażeń wśród przyjmujących narkotyki dożylnie, obserwowany jest wzrost zakażeń w grupie MSN: od 12% w 2000 r. do ponad 75% w 2014 r., gdzie wnioski nasuwają się same co do zapobiegania z uwzględnieniem między innymi ignorowanej tutaj w Parlamencie zupełnie – bo składałam poprawki – wstrzeźliwości seksualnej i odpowiedzialności chorych, jaka potrzebna jest także w przypadku zapalenia wątroby typu C, gdzie profilaktyka szpitalna i uzależnień jest ważna, ale należałoby zakończyć choćby bezsensownie ryzykowną modę na tatuowanie i piercingi – tym bardziej, że skuteczne leczenie HCV jest drogie i wymaga niedopuszczalnej moralnie selekcji chorych.

Gesine Meissner, im Namen der ALDE-Fraktion. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Herr Kommissar Andriukaitis! Man hat gemerkt bei Ihrem Engagement, dass Sie wirklich alles versuchen – und Sie sind ja auch als Arzt vom Fach –, um uns beizustehen und uns zu unterstützen bei unserer Entschließung.

Es ist tatsächlich so: Ich komme aus Deutschland, und man könnte meinen, dass – wenn man die Öffentlichkeit anguckt – Aids gar nicht mehr schlimm ist. Denn das Einzige, was ich bei Aids noch sehe, das sind bestimmte großflächige Plakate, die sagen: Gib Aids keine Chance, nutze Kondome! Da hat man sich so daran gewöhnt, dass man denkt, es ist gar nicht schlimm mit Aids. Dabei ist es nach wie vor eine Krankheit, die zwar verzögert zum Tode führt, die aber tödlich ist.

Und sie ist immer noch diskriminiert. Ich komme aus Niedersachsen, und ich habe gerade noch vor ein paar Jahren gehört, dass da jemand an Aids gestorben ist, und um das Andenken an den Toten und das Ansehen der Familie zu verbessern, musste es heißen, er sei an Krebs gestorben, nicht an Aids. Es ist also nach wie vor so, dass es diskriminierend ist, diese Krankheit zu haben. Und darum ist es wichtig, aufzuklären und alles zu tun und sich auch in der Forschung darauf zu konzentrieren, ob man nicht etwas tun kann, um diese Krankheit wirklich generell zu heilen.

Es wurde von den Kolleginnen und Kollegen auch schon darauf hingewiesen, dass gerade die Verbindung von Aids, Tuberkulose und Hepatitis C wirklich auch todbringend und wirklich sehr schwierig ist. Und deswegen ist es wichtig, zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten.

Tuberkulose – hat der Herr Kommissar gesagt – ist eine soziale Krankheit, sie betrifft arme Leute. Das stimmt. In den reichen Ländern oder in den reichen Schichten in Europa kommt sie eigentlich gar nicht vor. Aber in osteuropäischen Ländern oder gerade in armen Haushalten ist sie noch total vorhanden und kann wirklich todbringend sein. Und darum ist es so wichtig, auch hier den Fokus darauf zu legen und zu überlegen, was man machen kann.

Und dann auch – es wurde schon gesagt – die Verbindung zu den multiresistenten Keimen, wo wir eine Strategie auf EU-Ebene haben: Die sollte auch sehr stark in den Fokus gerückt werden. Ob sich die G20 damit befassen, wie wir das gerne wollen, ist noch die Frage.

Als Letztes: Hepatitis C wird oft nicht rechtzeitig erkannt, kann aber geheilt werden. Und auch darum ist es so wichtig zu beobachten, wie sich diese Krankheiten entwickeln. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, wenn wir alle das machen, was wir hier sagen.

Margrete Auken, *for Verts/ALE-Gruppen*. – Fru formand! Tak for det, der er blevet sagt. Vi er jo stort set allesammen næsten enige, så jeg vil koncentrere mig om én enkelt sag, og det er behandlingen af hepatitis C. Her står vi med en virkelig velvoksen skandale! Det er ikke særligt dyrt at producere det præparat, der skal bruges til at behandle hepatitis C, men der bliver taget bloddryppende profitter på netop den medicin. En behandling i Danmark koster f.eks. omkring 450 000 kroner for én enkelt patient, dvs. i nærheden 60 000 euro for en patient. Samtidig ved vi, at man i de fattige lande, hvor man er kommet igennem med nogle af disse tvangslicenser, har en pris, der er 99 % lavere!

Vi kom i februar med en initiativbetænkning om adgang til medicin, hvori vi pålagde eller opfordrede eller ønskede, at Kommissionen ville gøre noget ordentligt ved disse dramatiske prissætninger, som ødelægger mennesker og plyndrer vores budgetter, og at det gøres ved at sikre, at vi får transparens omkring prissætningen. Hvor meget er forskning og udvikling? Hvor meget er marketing? Hvor meget er lobbying i denne sammenhæng? Det drejer sig om virkelig meget medicin. Hvor meget handler det bare om, at nogen sidder med et patent og er fuldstændig kynisk ligeglade med, at mennesker dør? Hvordan kan vi sikre, at vi får et bedre samarbejde landene imellem, så vi kan forhandle nogle anstændige priser på plads? Det gælder ikke kun for hepatitis C, men situationen er særlig dramatisk for dette produkt, som vi ved kan helbrede mennesker, og det er forfærdeligt, at de ikke får det i tide, så vi kan redde deres liv. Vi skal også sikre os selv. I øvrigt er jeg enig i, hvad der ellers er blevet sagt.

Julia Reid, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, last March the ECDC and the WHO released data showing that new TB cases and deaths in the 53 countries of the WHO European region declined each year by 4.3% and 8.5% respectively between 2011 and 2015. However, this decline was not mirrored in vulnerable groups for TB infection, such as people living with HIV, prisoners and migrants, where new TB-HIV co-infections increased by 40% over the same period. Of greater concern is that this increase coincides with persistently high rates of drug-resistant TB, which threatens progress towards eliminating TB by 2030. Similarly, the incidence of viral hepatitis was also rising in vulnerable groups.

In my opinion, national governments should rapidly implement screening programmes in order to identify those people in need of treatment.

Mireille D'Ornano, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, l'approche globale dans la lutte contre le VIH, la tuberculose et les hépatites virales est aujourd'hui indispensable, a fortiori dans un contexte de crise migratoire qui augmente l'incidence de ces affections.

Par ailleurs, les pays d'Europe orientale sont fortement touchés par la tuberculose multirésistante, contre laquelle les antimicrobiens les plus puissants sont inefficaces. Or, dans les trois quarts des cas existants, celle-ci n'est pas diagnostiquée, ce qui est particulièrement inquiétant. Pourtant, dans un tiers des cas, c'est bien de la tuberculose que décèdent les porteurs du VIH, d'où la nécessité de soutenir la recherche de nouveaux vaccins.

Il en est de même en ce qui concerne l'hépatite C, contre laquelle il n'existe actuellement aucun vaccin. D'ailleurs, l'hépatite C est souvent diagnostiquée par hasard, ce qui souligne, là encore, la nécessité d'instaurer des dépistages approfondis.

Enfin, j'approuve l'idée de programmes européens de surveillance de ces infections afin de mieux les cibler et de mieux traiter les principaux foyers.

Karin Kadenbach (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Es gibt bereits einige positive Veränderungen im Kampf gegen Hepatitis: die Möglichkeit der Impfung und effektiver Kontrollen bei Hepatitis B, potenzielle Heilung in über 90 - Prozent der Fälle bei Hepatitis C. Die WHO hat dem Rechnung getragen und 2016 eine globale Strategie und einen Aktionsplan für Europa vorgelegt, der bis 2030 Hepatitis B und C als Gefahr für die öffentliche Sicherheit bzw. die öffentliche Gesundheit eliminieren soll und so nicht nur menschliches Leid in großem Maß verhindern soll, sondern auch zu Einsparungen in der Volkswirtschaft beitragen wird.

Herr Kommissar, um zu wissen, ob gesundheitspolitische Entscheidungen und Maßnahmen erfolgreich und wirksam sind, muss man allerdings gute und verlässliche Daten besitzen. Dank der Erklärung von Dublin zu HIV/Aids im Jahr 2004 gibt es diese qualitativ hochwertigen und vergleichbaren Daten für HIV/Aids nicht nur EU-weit, sondern in der gesamten WHO-Europaregion. Es gibt diese hochwertigen qualitativen und vergleichbaren Daten gegenwärtig aber nicht für Virushepatitis. Man fliegt sozusagen im Blindflug über Europa. Ich bin froh, dass sich die Europäische Kommission unter Federführung des Vizepräsidenten Timmermans verpflichtet hat, den Mitgliedstaaten bei der Erfüllung der VN Ziele für eine nachhaltige Entwicklung zu helfen, und dass sie Daten bereitstellen wird, um den Fortschritt bei der Umsetzung messen zu können – und das haben Sie auch heute wieder unterstrichen. Ich möchte aber anmerken, dass für das Ziel Hepatitis-Bekämpfung bzw. -Eliminierung gegenwärtig kaum diese Daten zur Verfügung stehen.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten das erreichen können, und können Sie sich vorstellen, eine Neuauflage der Dublin-Vereinbarung für diese drei übertragbaren Krankheiten zu erreichen?

Νότης Μαριιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το HIV, η ηπατίτιδα και η φυματίωση είναι τρεις νόσοι που θερίζουν κυριολεκτικά τους ευρωπαϊκούς πληθυσμούς και κυρίως όσους διατρέχουν κίνδυνο φτώχειας και κοινωνικού αποκλεισμού. Η φυματίωση άρχισε να κάνει ξανά, μετά από πολλά χρόνια, την εμφάνισή της στην Ελλάδα, ιδίως στα πρώτα χρόνια του μηνονίου, σε μια εποχή όπου χτυπήθηκε πραγματικά και φτωχοποιήθηκε ο ελληνικός λαός και σε μια φάση όπου περιορίστηκαν επίσης οι δαπάνες για την υγεία.

Επιπλέον, η ηπατίτιδα αλλά και η φυματίωση επανεμφανίζονται στην Ελλάδα, με νέα κρούσματα, στο Κιλκίς, στην Καβάλα και σε άλλες περιοχές, κυρίως σε μεγάλο αριθμό προσφύγων και παράνομων μεταναστών οι οποίοι αυτή τη στιγμή έχουν εισρεύσει στη χώρα. Το θέμα σήμερα είναι πώς θα αντιμετωπιστούν οι ασθενείς αυτές και κυρίως ότι θα πρέπει να υπάρξουν φτηνά φάρμακα και να μην κερδοσκοπούν οι πολυεθνικές σε βάρος των φτωχών πληθυσμών.

Merja Kyllönen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, hyvät kollegat, kaksi kolmasosaa maailman 1,4 miljardista köyhyydessä elävästä ihmisestä on naisia. Jos perusoikeudet eivät toteudu, näillä naisilla ei ole mahdollisuutta päättää omasta kehostaan, seksuaalisuudestaan eikä viime kädessä tulevaisuudestaan. He eivät pysty mitenkään suojautumaan ei-toivotuilta raskauksilta, sukupuolitaudeilta tai seksuaaliselta väkivallalta, puhumattakaan erilaisista muista tartuntataudeista.

HIV on tällä hetkellä lisääntymisiässä olevien naisten johtava kuolinsyy maailmassa. Toisten ahneus näkyy toisten köyhyytenä ja lisääntyvinä sairauksina. Ehkäisyn ja asiallisten lääkkeiden puute johtaa vakaviin epidemioihin. Mitkä ovat suurimpia haasteitamme tällä aikakaudella? Ilmastomuutos, tartuntataudit ja köyhyys. Vastaako siihen esimerkiksi se, että me Euroopassa pistämme enenevässä määrin rahaa puolustukseen sen sijaan, että vastaisimme näihin konkreettisiin, aitoihin ongelmiin?

Piernicola Pedicini (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, abbiamo presentato questa risoluzione, con la quale chiediamo un piano integrato per contrastare efficacemente AIDS, tubercolosi ed epatite virale C, perché nel 2015 sono state diagnosticate circa 30 000 nuove infezioni di HIV, perché sono paurosamente in aumento i casi registrati per tubercolosi multifarmacoresistente nel nostro continente e perché vi sono tra i 130 e i 150 milioni di persone al mondo affette dal virus dell'epatite C.

Noi crediamo che affrontare queste battaglie solo a livello nazionale voglia dire non aver compreso le ragioni vere per cui vengono generate queste malattie e non aver compreso neanche che per limitare significativamente la loro diffusione occorre una cooperazione tra tutti gli Stati a livello globale. Possiamo limitare l'AIDS, possiamo circoscrivere la tubercolosi e possiamo anche eradicare l'epatite C, ma per ottenere questi risultati c'è bisogno anche di cambiare radicalmente il rapporto tra le istituzioni e le case farmaceutiche.

Abbiamo bisogno di trasparenza e di realtà, signora Presidente e signor commissario, abbiamo bisogno di essere rappresentati da gente che fa gli interessi della gente. E allora vogliamo sapere anche perché, invece di investire in una strategia farmacologica di prevenzione che si sarebbe potuta adottare sviluppando un vaccino anche per l'epatite C, si è deciso invece di puntare sulla strada di una terapia costosa e inaccessibile alla maggior parte dei cittadini, solo perché più remunerativa per le case farmaceutiche.

Signor commissario, lei è un medico, e sono sicuro che è d'accordo con me se dico che queste decisioni basate solo sulla logica del profitto e sulla pelle dei malati, purtroppo, fanno letteralmente schifo. Perciò io credo che la Commissione dovrebbe essere in grado di cambiare le cose e, se non lo fa, si rende responsabile e corresponsabile di queste decisioni.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η αλματώδης αύξηση των κρουσμάτων σοβαρών λοιμώξεων στην Ευρώπη, όπως η φυματίωση, ο HIV και η ηπατίτιδα, δείχνει ξεκάθαρα σε όλους μας πως η επικινδυνότητα για την υγεία των ευρωπαίων πολιτών αυξάνεται. Ας εστιάσουμε στις αιτίες αυτής της αύξησης. Οι νέοι πολίτες αδυνατούν ακόμη και σήμερα να συνειδητοποιήσουν τον κίνδυνο που διατρέχουν απ' αυτές τις ασθένειες, μιας και μεγάλωσαν σε ένα περιβάλλον που στόχευε περισσότερο στη σεξουαλική απελευθέρωση και λιγότερο στους κινδύνους από τη μετάδοση των σεξουαλικά μεταδιδόμενων νοσημάτων. Επίσης, με τη δραματική αύξηση των μεταναστευτικών ροών έχουν ανεξέλεγκτα εισέλθει στην Ευρώπη φορείς που προέρχονται από χώρες με υποτυπώδη συστήματα υγείας και μεγάλος αριθμός των κρουσμάτων παρατηρείται σ' αυτά ακριβώς τα άτομα.

Η λύση που προτείνω είναι αρχικά μια μεγάλη εκστρατεία ενημέρωσης, ώστε να αντιληφθούν οι πολίτες το πρόβλημα στο πραγματικό του μέγεθος. Επιπλέον, θεωρώ αναγκαίο τον αυστηρό υγειονομικό έλεγχο όσων εισέρχονται στην Ένωση. Τέλος, προτείνω αντί την αμφίβολης αξίας χρηματοδότηση τρίτων κρατών, που συχνά καταλήγει στις τσέπες αξιωματούχων, να στηρίξουμε κέντρα υγείας και ενημέρωσης σε αυτά τα κράτη, ώστε να εξασφαλίσουμε πως θα επιτελούν το καλύτερο δυνατό έργο.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – De toename van hiv, tuberculose en hepatitis C baart ons terecht grote zorgen. Het schrikbeeld van deze ziekten is gelukkig door de inzet van de innovatieve medische wereld grotendeels verdwenen. Toch dreigen er nog ernstige gevaren voor de gezondheid van onze burgers. Onnodig veel hiv-patiënten sterven nog steeds na besmetting met resistente bacteriën. Resistente tbc-stammen nemen toe in aantal en verspreiden zich, terwijl de opsporing ontoereikend is.

Afgelopen week presenteerde eurocommissaris Andriukaitis het EU-actieplan tegen antimicrobiële resistentie. De bestrijding van deze antibioticaresistentie moet nu binnen de Europese Unie sneller in beleid worden omgezet. Daarbij mogen er geen politieke heilige huisjes zijn! In derde landen is tbc een groot probleem en antibioticagebruik helaas onverantwoordelijk. Sinds 1993 onderzoekt Nederland asielzoekers op besmetting met tuberculose. De voorbeeldige aanpak van tbc door preventieve screening van elke binnenkomende migrant heeft goede resultaten opgeleverd in Nederland. Tuberculose komt in Nederland dus ook weinig voor.

Ook hebben artsen en overheid – het RIVM – in tijden van migratie door deze doelgerichte preventieve screening uitbraken in asielzoekerscentra kunnen voorkomen en vele kwetsbare migranten tijdig kunnen behandelen. Met röntgenfoto's zijn migranten uit voornamelijk Afrikaanse landen gecontroleerd op tbc en zijn de levens van veel migranten gered. Somalië, Eritrea en Ethiopië zijn hoge risicogebieden voor tbc. Een doelgerichte Europese aanpak is nodig in deze tijd van grootschalige migratie. Antibioticaresistentie en toename van tuberculose ertoe kunnen leiden dat het schrikbeeld van genezing van tbc-patiënten in sanatoria of zelfs in een tent terugkeert. Dat mogen wij als EU nooit toestaan. Daarom moeten wij het aanpakken.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.)

Liisa Jaakonsaari (S&D), sinisen kortin kysymys. – Jätitte mainitsematta yhden vakavan ryhmän eli turvapaikanhakijat, joilla ei ole papereita ja jotka jäävät maahan. Monissa Euroopan maissa heiltä on kielletty terveydenhuolto. Voidaan todeta, että tämä saattaa olla tulevaisuudessa suuri riski. Mitä mieltä olette paperittomien maahanmuuttajien tilanteesta?

Annie Schreijer-Pierik (PPE), "blauwe kaart"-antwoord. – Ik ga uit van de huidige situatie zoals we er in Nederland volkomen goed bovenop zitten. Je moet er duidelijk achteraan gaan hoe asielzoekers binnenkomen. Je moet ook zorgen dat de papieren erbij zijn. Je moet ernaar kijken. Maar vandaag spreken wij over volksgezondheid en daarom heb ik de aanpak naar voren gebracht die ik net heb gezegd.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! Smitsomme sygdomme som HIV, aids, tuberkulose og hepatitis C kender ingen grænser. Forebyggelse og behandling bør derfor også være noget, vi tager os af sammen og hen over grænserne. Udfordringerne er store, også i EU. Vi har mange, der er smittede. Vi har mange, der dør af sygdommene, og vi har mange, der ikke kan behandles ordentligt, ikke mindst fordi vi har et antibiotikaresistensproblem, som særligt er et problem for folk med tuberkulose. Derfor er der brug for en fælles EU-strategi for at adressere disse problemer. Tak til Kommissionen for at anerkende dette og for at tage fat på denne strategi. Vi har brug for en bedre dataindsamling fra medlemslandene, så vi ved, hvad der virker. Vi har brug for bedre erfaringsudveksling og mere koordination. Vi har

bruge for bedre og mere forebyggelse. Vi har brug for en massiv indsats imod antibiotikaresistens, og så har vi brug for flere penge til denne samlede indsats. Lad os komme i gang, der er rigtigt meget arbejde, der venter!

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodo predsjednice, Europa ima jedan od najviših standarda zdravstvene njege na svijetu, a liječenje je u pravilu dostupno svim građanima neovisno o imovinskom statusu ili bilo kojoj drugoj ekonomskoj ili demografskoj odrednici. No, unatoč tome i Europa posljednjih godina sve više upoznaje značaj prevencije.

Rast broja oboljelih od AIDS-a, tuberkuloze i hepatitisa C s kojim se posljednjih godina suočavamo znak je da moramo više poraditi na osvješćivanju građana i jačanju politika javnog zdravlja.

Naši naponi ne bi trebali biti ograničeni isključivo na države članice, već moramo ostvariti što bolju suradnju u ovom području i s državama iz okruženja, ali i onim trećim zemljama iz kojih u Europu migrira veći broj ljudi.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, η εφαρμογή, από το 2010, των μνημονίων και η περικοπή των δημοσίων δαπανών για την υγεία στην Ελλάδα, εκτός της ανθρωπιστικής κρίσης, κύριε Επίτροπε, δημιούργησαν και μια ζώνη υγειονομικής φτώχειας. Η μείωση των δαπανών στη δημόσια υγεία είχε ως αποτέλεσμα τα κρούσματα HIV να παρουσιάσουν αυξητική τάση, κυρίως το 2011-2012, με χαρακτηριστικά επιδημίας, γεγονός που επισημάνθηκε και στην έκθεση του Συμβουλίου της Ευρώπης για την υγεία.

Λόγω υποσιτισμού, κακών συνθηκών διαβίωσης, αδυναμίας και καθυστέρησης της πρόσβασης των πολιτών στις υπηρεσίες υγείας, παρατηρήθηκε επίσης αύξηση των κρουσμάτων της πολυανθεκτικής φυματίωσης. Η αδυναμία πρόσβασης των ασθενών με ηπατίτιδα C σε σύγχρονα αποτελεσματικά φάρμακα, λόγω υψηλού κόστους, εμποδίζει την εξασφάλιση υγιούς ζωής για όλους. Κύριε Επίτροπε, καμία επιδημία δεν έχει σύνορα και κανένας φράχτης δεν θα την εμποδίσει να μεταδοθεί.

Χρειάζεται άμεση άρση των μνημονιακών πολιτικών και της πολιτικής λιτότητας, δηλαδή των αιτιών αυτών των νοσημάτων, αύξηση των δαπανών, ισότιμη πρόσβαση σε σύγχρονες αποτελεσματικές θεραπείες, επικαιροποίηση των ευρωπαϊκών προγραμμάτων για τις νόσους αυτές και επιδότηση του υψηλού κόστους των θεραπειών, με σκοπό την εξάλειψή τους.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE). – Madam President, today, as my colleagues mentioned, all three infections affect a large percentage of the population in the Union. I welcome and support this resolution and I congratulate my colleagues for the initiative. I know that you, Commissioner, have already taken steps to fight these epidemics, and I am sure that after this debate you will do even more.

Fighting against, and addressing the burden of, these diseases require long-term programmes and sustained efforts, action plans to raise awareness, and prevention. The economic burden of these diseases is putting pressure on the Member States and the costs significantly increase with the progression of the diseases. The situation for hepatitis is particularly acute in the central and south-eastern EU Member States that have some of the highest rates of HCV prevalence in the EU, but where access to screening, diagnosis and treatment is limited.

We need to focus not only on access to innovative treatments but also on early detection, better diagnosis and, mainly, prevention and awareness-raising among the populations at risk. Exact data on the incidence of hepatitis across the EU does not exist at the moment. Some patients discover their infection only at the later stages, while others live with the disease without knowing. We need better surveillance of hepatitis in the EU, and patient organisations think we should aim to replicate the Dublin declaration, which had great success in relation to HIV surveillance. In order to minimise the hepatitis disease burden, Member States need to implement action plans, increasing the pool of diagnosed people, increasing access to therapy and increasing screening capacity.

Daciana Octavia Sârbu (S&D). – Doamnă președintă, epidemiile de HIV, tuberculoză și hepatită virală sunt amenințări majore la adresa sănătății publice, atât în Uniunea Europeană, cât și la nivel global. Toate cele trei tipuri de afecțiuni lovesc, de cele mai multe ori, aceleași grupuri vulnerabile. Este logică deci gestionarea lor comună printr-o strategie integrată. O astfel de abordare va aduce rezultate mai bune și mai rapide, la costuri mai mici.

Ações preventivas, inclusive programas educacionais, são em mod claro as melhores opções para os pacientes, além do facto de serem também as soluções mais eficientes do ponto de vista dos custos.

São registadas progressões significativas em ce que se refere à prevenção e ao tratamento destas doenças, mas não todos os tratamentos disponíveis tiveram o impacto desejado, devido ao facto de os medicamentos serem muito caros e os stocks serem fluctuantes. Estas causas podem determinar interrupções do tratamento. No caso da tuberculose, assim de interrupções podem contribuir para o aumento da resistência à antimicrobiana.

O estratégia integrada a nível da União pode oferecer respostas a algumas das questões actuais e pode ajudar a obtenção de resultados.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, o agravamento das epidemias de VIH-SIDA, tuberculose e hepatite C na Europa exige a implementação de estratégias dirigidas, eficazes e inovadoras, baseadas em três palavras-chave: prevenção, diagnóstico e tratamento, a que se devem associar programas consistentes de educação para a saúde.

No domínio do tratamento, torna-se imperioso assegurar o acesso a medicamentos inovadores. Para tal é necessário enfrentar os interesses das multinacionais farmacêuticas e defender os interesses dos doentes e dos Estados. Em Portugal, o rastreio ativo e sistemático das infeções nos utilizadores de drogas injetáveis e a educação para a redução do risco resultaram numa mudança dos hábitos de consumo.

Portugal foi pioneiro em várias frentes no combate à toxicodependência e doenças transmissíveis associadas, com a implementação de legislação, de estruturas e de programas inovadores que produziram resultados. Uma conquista que os anos da tria e os seus governos vieram pôr em causa.

Em relação aos novos casos de infeção por VIH, o número de diagnósticos tardios, particularmente entre os heterossexuais, constitui motivo de apreensão, pelo que é necessário aumentar o diagnóstico precoce e reduzir a fração não diagnosticada dos infetados.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Pani Przewodnicząca! Wzrost zachorowań w Europie na HIV, gruźlicę i wirusowe zapalenie wątroby typu C stanowi poważne wyzwanie dla Unii Europejskiej w obszarze ochrony zdrowia i życia swoich obywateli. Tutaj państwo mówili – jak pokazują statystyki, ponad 2 miliony przypadków zarażenia wirusem HIV w europejskim regionie WHO, blisko 70% osób zarażonych HIV może nie wiedzieć, że jest nosicielem wirusa, co stanowi zagrożenie dla innych osób, z którymi mają kontakty, zwłaszcza kontakty seksualne. W Europie – gruźlica: dziennie w Europie 1000 osób zapada na tę chorobę pomimo zmian społecznych, poprawy warunków życia. Niestety ta choroba cały czas zbiera śmiertelne żniwo. No i żółtaczka typu C, która stanowi obecnie jeden z największych ogólnoswiatowych problemów klinicznych, diagnostycznych, epidemiologicznych i społecznych, a w Unii Europejskiej główną przyczyną jej zapadalności jest występujący problem narkomanii.

Na usta ciśnie się pytanie: dlaczego pomimo tylu programów profilaktycznych cały czas mamy do czynienia z tym, że coraz więcej osób zapada na te choroby. Ja myślę, że przede wszystkim powinniśmy uaktualnić programy profilaktyczne. Po drugie, musi być współpraca państw i koordynacja programów, zwłaszcza w dobie transgranicznego przemieszczania się osób. Po trzecie, edukacja – edukacja zarówno osób, które są nosicielami tych chorób, jak i osób zdrowych, tak aby uniknęły możliwości zakażenia się, kampania i dostęp do nowoczesnych, dobrych, tanich leków.

Miriam Dalli (S&D). – Madam President, every year many countries around the world, including Member States of the European Union, organise events to honour the memory of people who die from infectious diseases such as HIV, AIDS, TB and hepatitis. These events come and go many times, but apathy remains high. Despite the progress made over past decades, infectious diseases such as HIV, AIDS, hepatitis and TB continue to be strongly stigmatised, not only here in the European Union but globally too.

Many people infected and affected by HIV, TB and hepatitis continue to face discrimination and stigmatisation every single day. TB, for example, is one of the most seriously neglected and underestimated health, human-rights and poverty problems of our era. TB is re-emerging in many regions of the world as the gravest threat to global health and well-being. Its direct relationship with HIV and AIDS makes it more of a burden on those populations that are already suffering the devastating social, economic and health impact of HIV and AIDS. Stigmatisation and discrimination are not only tragic in themselves but they also contribute to the further spread of these epidemics, undermining all efforts to control the scourge.

We have the responsibility to do more and, in particular, we need to address the taboos that surround infectious diseases. A high percentage of new infections identified every year occur in younger people, and this is worrying. This battle is theirs as much as anyone else's. Not to work together, and not to consider everyone, is not an option.

We should not only consider curing people by treatment but also comprehensively implement preventive measures to ensure that fewer people become infected. The impact of these diseases on overall health status and socioeconomic well-being, especially of the most vulnerable, is vast. Inaction and inadequate action are no longer acceptable. The cost of complacency is far too burdensome. These infectious diseases are a major threat to the rights of the child, adolescents, women and their families, and the social impacts are disproportionate, while the stigma is devastating.

We have the opportunity to act, but we need – all together – to act now.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora presidenta, el auge del VIH, la tuberculosis y la hepatitis C es un grave problema para la salud pública en Europa. Debemos, sin duda, actualizar los planes de acción de la Unión Europea, pero no hay que confundirse sobre el origen del problema.

El auge de estas enfermedades no se debe a más conductas de riesgo o a la pérdida de eficacia de determinados tratamientos. Se debe al aumento de las desigualdades sociales, al aumento de la pobreza y a que los colectivos vulnerables están más expuestos a factores de riesgo, ya que se les niega el acceso a la prevención y a un tratamiento adecuado, un auténtico colapso sanitario del que tienen la culpa las políticas de recortes y los negocios de la sanidad privada.

Autoricen el uso de las licencias obligatorias que abaratan los precios de los medicamentos, reviertan las políticas de austeridad que ponen en juego nuestras vidas. La salud no es un negocio, es un derecho.

„Catch the eye” eljárás

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, is dóigh liom dá gcuirfeá ceist ar shaoránaigh na hEorpa go ndéarfadh an chuid is mó díobh nach bhfuil HIV, TB agus HCV san Eoraip a thuilleadh. Ach ón méid atá cloiste againn, ní hamháin go bhfuil siad ann ach faraor tá na galair seo ag dul i méid – agus is trua sin.

Rud atá an-soiléir ná go dtéann sé lámh le lámh le bochtannas. Ós rud é go bhfuil geilleagar na hEorpa ag fás ar deireadh buíochas le Dia, ba chóir dúinn gach iarracht a dhéanamh teacht ar straitéis chun daoine a ardú as bochtannas agus chun cabhrú leo má bhíonn galar dá leithéid seo acu; go mbeadh siad in ann leigheas a fháil air agus drugaí a fháil ar chostas réasúnta. Is léir go bhfuil costas na ndrugaí ina fhadhb an-mhór agus dá bhrí sin caithfidh dul i ngleic leis an bhfadhb seo.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, una persona su sette affetta da HIV non sa di essere sieropositiva e il periodo stimato che intercorre tra l'infezione da HIV e la diagnosi è mediamente di quattro anni, il che aumenta il rischio di trasmissione del virus di quasi quattro volte. Nel 2015 sono state diagnosticate circa 30 000 nuove infezioni da HIV nei 31 paesi dell'UE/SEE, senza che si riscontrino alcun segnale evidente di un calo globale. Oltre all'AIDS, anche la tubercolosi e l'epatite virale sono molto diffuse, progrediscono più rapidamente e causano un'importante mortalità.

Va previsto un quadro strategico globale dell'Unione europea per HIV, tubercolosi ed epatite B e C soprattutto, che tenga conto delle sfide specifiche che devono affrontare gli Stati membri e i paesi vicini, in cui l'incidenza dell'HIV e della tubercolosi è più elevata. Occorre dunque una cooperazione multisettoriale per assicurare le necessarie risorse per rafforzare le attività di prevenzione e cura per le comunità e le persone vulnerabili.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, πολλά συστήματα υγείας αδυνατούν να ανταποκριθούν στις απαιτήσεις των επιδημιών AIDS, φυματίωσης και ηπατίτιδας C. Δεν επενδύουν επαρκώς στην άμεση αρχική θεραπεία και σπαταλούν υπέρογκα ποσά για θεραπείες σε προχωρημένα στάδια. Οι τρεις ασθένειες επηρεάζουν κυρίως συγκεκριμένους πληθυσμούς, όπως χρήστες ενδοφλέβιων ναρκωτικών ουσιών και λαθρομετανάστες από την υποσαχάρια Αφρική. Σε συνδυασμό δε με την προσαρμοστική ανθεκτικότητα στελεχών στα φάρμακα, λαμβάνουν χαρακτήρα πανδημίας.

Η πρόληψη, η ενημέρωση και η έγκαιρη διάγνωση αποτελούν προτεραιότητες. Ταυτόχρονα με την έγκαιρη και συστηματική χορήγηση κατάλληλων φαρμάκων, είναι εφικτός μεσοπρόθεσμα ο πλήρης περιορισμός νέων μολύνσεων. Τέλος, πρέπει να παύσουν οι καταχρηστικές πρακτικές εταιρειών, οι αδιαφανείς μηχανισμοί καθορισμού τιμών και οι εικονικές τιμολογήσεις που μειώνουν την επάρκεια και την προσβασιμότητα των θεραπειών και αυξάνουν τη θνησιμότητα.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președinte, domnule comisar, este o dezbatere despre viața oamenilor. Știu că sunteți preocupat, ne-ați prezentat aici câteva lucruri. Dar credeți că este suficient? S-a vorbit aici de educație, de informare, de prevenție. Domnule comisar, nu știu dacă știți situația concretă: nu e vorba numai de accesul datorită prețurilor la tratamentul pentru cele trei boli, este vorba și de cantitate. În țara mea am văzut cum bolnavii de hepatită C nu aveau suficient tratament sau nu exista suficient tratament pentru toți bolnavii și cineva a decis: cinci sute, pentru cinci sute avem, restul nu. Asta înseamnă o condamnare la moarte. Trebuie o politică integrată, așa cum ați spus dumneavoastră, dar trebuie s-o facem ținând cont, nu așa cum spunea o colegă: țările din Vest, țările din Est, țările mai sărace. Datorită mobilității cetățenilor europeni, bolile sunt transmisibile, toate cele trei. Și atunci trebuie să facem o politică a Uniunii Europene, a pieței interne și cred că nimic nu poate să fie mai important decât alocarea unor fonduri pentru a fi tratament pentru toți bolnavii și pentru a depista din fază incipientă bolile. Vă mulțumesc.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Asszony, Andriukaitis biztos úrtól várnám a választ a következőre. Ugye most már világosan látjuk, igen megrázó, hogy sok ember azért nem tud meggyógyulni súlyos betegségekből, mert szervezete már rezisztens az antibiotikumokkal szemben – és ez óriási probléma Európában. Kérdezem, hogy ez mennyire van összefüggésben a táplálkozási szokásainkkal is, amit paradox módon az Európai Unió kényszerít ránk. Hogy tudniillik nem tudjuk, hogy mit eszünk. Hogy az a bizonyos hús, amit megeszünk, a világ mely részéből származik. Többnyire, ugye, nagyüzemi mezőgazdaságról beszélhetünk, ahol tulajdonképpen állatgyárak vannak. Az állatokat folyamatosan antibiotikummal kezelik. Ellentétben a kis gazdaságokkal, ahol a gazda szeme azonnal észreveszi a betegség legkisebb jelét is.

A mezőgazdasági nagyüzemekben terjednek az állatok között a fertőzések. Tehát ez a jelenség mennyire okozza az antibiotikum-rezisztenciát az Európai Unióban?

(A „catch the eye” eljárás vége.)

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Madam President, colleagues, I have listened with great interest to the views expressed by this House and I am grateful for all of your valuable insights, especially as I see that we are all like-minded, speaking of possibilities to join our forces, not to separately addressing HIV or hepatitis C or tuberculosis. We need to understand that first of all it is social determinance – a lot of the same people, the same vulnerable groups, poverty and so on – and we need to provide comprehensive measures to protect, prevent, introduce, vaccinate, provide testing and so on and so on. We address those issues in our communication 'Next Steps for a Sustainable European Future'. Following this communication we will present next year our actions to address those issues. This September we will trigger joint action inviting all the Member States to be onboard and improving the quality of prevention of HIV, tuberculosis, hepatitis and sexually transmitted infectious diseases.

Some of you mentioned problems with financial issues and budgetary issues and so on. The Commission is working with Member States to optimise the use of existing regulations and also asking, as I mentioned, the stem group to provide Member States with tools to explain how to use their financial capacities to address those issues. You know we are supporting, through the health programme, the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) work on access to innovative medicines and sustainability. This can help Member States to strengthen analytical capacity in areas such as pricing strategies and budgetary imports because it is very important – we know very well – in times of austerity there are a lot of problems around us. This House knows very well that we have only a health programme in our hands. It would be good to discuss the new Multiannual Financial Framework and also draw attention to how to strengthen European Union financial capacities to finance more measures because I depend on those programmes which were adopted in this House, and now it is very difficult to see how to move forward.

Speaking of pricing, the Commission's role is to facilitate cooperation between Member States. This support can cover starter projects, maintenance of databases, collecting national prices. We are using European instruments but Member States do not show a big appetite. It will be also good to encourage Member States to cooperate more closely. I visited all 28 Member States. I had discussions with all national parliaments, with governments, speaking about possibilities to draw attention to the situation on the ground, because we need to cooperate.

The Commission will continue to encourage Member States to exchange information on access, pricing and cost containment policies, because it is absolutely crystal clear, we need to trigger our activities. As you mentioned, in Portugal, Luxembourg, The Netherlands, they have a lot of good practices in areas of addressing issues about vulnerable people. I visited the Abrigado Centre in Luxembourg. It was a very good job on the ground for assisting people in need to provide prophylactical measures and syringes, to guarantee confidentiality and fighting against stigma and discrimination. Decriminalisation is also a big issue, speaking about the situation in different Member States.

We also need to understand that we need to combine health instruments with social instruments. We have no chance to solve only through instruments of health ministers. We need to have broad social programmes on the ground. We need to encourage local authorities and local communities also to do more and providing the local instruments and especially keeping eyes on the homeless people. It is very painful to see those homeless people living on the streets.

We also need to see possibilities to extend our educational programmes. I look forward to working together with you towards achieving our shared aim of eliminating these diseases which damage the lives of so many people.

As you mentioned, some people are not aware of the situation. Yes, of course we need to have awareness campaigns, and I ask the ECDC and the EMA also to do more to think how to strengthen our capacity for an awareness campaign, not only one day in one year; we need to continue our efforts on an everyday basis.

Enforcement, implementation and possibilities to join our forces: I see only one way in this direction.

Elnök asszony. – Egy állásfoglalásra irányuló indítványt juttattak el hozzám, melyet az eljárási szabályzat 128. cikkének (5) bekezdésével összhangban nyújtottak be.

A vitát lezárom.

A szavazásra 2017. július 5-én, szerdán kerül sor.

21. Längere Lebensdauer für Produkte: Vorteile für Verbraucher und Unternehmen (kurze Darstellung)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Pascal Durand által a Belső Piaci és Fogyasztóvédelmi Bizottság nevében készített, „A termékek hosszabb élettartama: előnyök a fogyasztók és a vállalatok számára” című javaslatról szóló jelentésről folytatott vita (2016/2272(INI)) (A8-0214/2017).

Pascal Durand, rapporteur. – Madame la Présidente, je vous remercie d'avoir introduit mon intervention en soulignant que nous attendons ce rapport depuis longtemps. Effectivement, cela fait longtemps que l'Europe se préoccupe de manière sectorielle de la question de la durée de vie des produits, mais c'est la première fois que nous essayons de l'évoquer de manière transversale et, je dirais, dans une perspective durable, en essayant de placer cette question dans son contexte global.

Son contexte global, c'est le cœur de la nouvelle économie, c'est le cœur du développement durable de l'Union européenne, tout simplement parce qu'on touche à la question environnementale, on touche à la question économique et de production, on touche à la question de consommation et à la question sociale.

Le fait que nous nous trouvions au cœur de cette problématique nous oblige à essayer de penser cette question de manière consensuelle. Cela nous oblige à essayer de la penser non pas en nous opposant les uns aux autres, en opposant l'économie à l'écologie ou en opposant les questions sociales aux questions de consommation, mais c'est au contraire ensemble que nous devons résoudre cette problématique.

Comment la résoudre? Tout simplement en essayant de sortir d'une logique d'une société du déchet, d'une société du jetable et d'une société du gaspillage. Les ressources, aujourd'hui, sont précieuses, toutes les ressources, que ce soient les terres, que ce soit l'eau, que ce soit l'ensemble des éléments qui permettent de produire le pétrole, l'énergie. Ces ressources-là doivent être économisées. Nous sommes donc face à l'enjeu des ressources.

Il y a ensuite l'enjeu climatique, avec nos produits qui font des milliers de kilomètres pour pouvoir arriver jusqu'à nos magasins puis entrer dans nos maisons.

Il y a aussi la question sociale. La question sociale, c'est la délocalisation des emplois en Europe, c'est le fait que l'on aille produire à moindre coût à des milliers et des milliers de kilomètres et que l'on détruise notre industrie. La question sociale, c'est que quand on jette, quand on remplace et quand on ne répare plus les produits qu'on achète, on cause la perte d'un savoir-faire, d'un artisanat, la perte également de métiers de la «réparabilité» et du service. Ce sont des dizaines de milliers d'emplois qui ont disparu sur le continent européen.

La question sociale, c'est aussi que nous ne pouvons pas fermer les yeux sur les conditions dans lesquelles ces produits sont fabriqués à moindre coût dans des pays du Sud, dans lesquels l'exploitation de l'être humain est absolument scandaleuse.

Enfin, il y a la question économique, parce qu'à produire à moindre coût des produits qui, en fin de compte, n'ont plus de qualité, pour lesquels seul compte le critère du prix, nous réduisons à néant la capacité de notre industrie européenne à être parmi les meilleures du monde, si ce n'est la meilleure, avec des produits de qualité qui sont reconnus depuis maintenant des décennies.

La logique voudrait que nous arrivions ensemble à prendre en compte la nouvelle économie, l'économie de la fonctionnalité, l'économie d'usage, l'économie qui fait que des consommateurs – surtout les plus pauvres – ne veulent plus être obligés de changer en permanence les produits qu'ils achètent et qui tombent en panne dès que les garanties légales s'arrêtent.

Nous devons donc prendre en compte cette nouvelle économie. Nous devons également redévelopper la «réparabilité» de l'ensemble des produits mis sur le marché. Nous devons faire en sorte que les batteries ne soient plus collées, mais soient vissées pour qu'on n'ait plus besoin de jeter un téléphone quand la batterie tombe en panne. Nous devons faire en sorte que les consommateurs soient informés de la durée d'usage des produits et de notre capacité à les réparer.

Voilà tout l'objet de mon rapport, Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire. Voilà ce que nous attendons de l'Union européenne: qu'elle se saisisse de cette question fondamentale.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, návrh usnesení Parlamentu o delší životnosti výrobků obsahuje řadu návrhů, které reagují na zkušenost spotřebitelů s kvalitou a životností výrobků. Myslím, že patřím mezi těch 90 % občanů EU, kteří by uvítali, kdyby na výrobcích byla uvedena životnost. Také mezi těch 77 % občanů EU, kteří dají přednost opravě před nákupem. Jde o to, abychom jednak šetřili naše peněženky, ale také životní prostředí, což je někdy v rozporu se zájmy výrobců.

Evropský parlament proto žádá Komisi, aby se zaměřila na konkrétní opatření, zavedení dobrovolné evropské značky, jež by zahrnovala trvanlivost, ekodesign výrobku, možnost jeho modernizace a opravitelnost. Aby bylo možné vytvořit počítadlo opotřebení zejména u velkých elektrospotřebičů. Opatření proti plánovanému zastarávání výrobků a ochranu spotřebitele před zastaráváním softwaru.

Upozorňuji, že tyto návrhy se nesmí obrátit zvýšenou regulací proti malým a středním firmám, ale naopak k jejich podpoře.

Olga Sehnalová (S&D). – Paní předsedající, důvěra spotřebitelů v odolnost výrobků povážlivě klesá. Spotřebitelé jsou dokonce stále více přesvědčeni o tom, že výrobky jsou záměrně navrhovány tak, aby neměly dlouhou životnost. Řada evropských zákazníků by dala přednost opravě svého zboží před nákupem nového, ale nakonec jsou nuceni zboží nahradit, nebo vyhodit kvůli odrazujícím nákladům na opravu.

V neposlední řadě mají lidé v současné době minimální informace o trvanlivosti výrobků. Nejzranitelnějšími oběťmi zrychleného zastarávání výrobků jsou nejchudší občané, kteří z finančních důvodů volí především nízkonákladové výrobky, které se přitom rychleji porouchají. Tato zpráva pojmenovává konkrétní opatření, která mohou přispět k delší životnosti výrobků, snížení jejich dopadu na životní prostředí a nižším nákladům pro uživatele, tedy k rozvoji udržitelného hospodářského modelu založeného na rovnováze potřeb spotřebitelů a obchodníků s pozitivními ekologickými dopady.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, στο μοντέλο της κυκλικής οικονομίας είναι δεδομένο ότι υπάρχει και πρέπει να υπάρχει συμμετοχή και των πολιτών και των επιχειρήσεων για την χάραξη της πολιτικής, ώστε να μπορούμε να έχουμε προϊόντα και υπηρεσίες που πραγματικά αντέχουν και ταυτόχρονα είναι και ποιοτικά. Είναι δεδομένο ότι διαμαρτύρονται όλο και περισσότερο οι καταναλωτές, διότι τα προϊόντα που υπάρχουν είναι προβληματικά, έχουν πολλά ελαττώματα, δεν είναι ανθεκτικά και, όταν κανείς προσπαθήσει να τα επισκευάσει, αποδεικνύεται ότι πληρώνει πολύ περισσότερα χρήματα για την επισκευή τους από εκείνα που έδωσε για να τα αγοράσει.

Επομένως, πρέπει να δημιουργήσουμε και να στηρίξουμε ένα μοντέλο το οποίο θα υποστηρίζει και την απασχόληση στην Ευρωπαϊκή Ένωση και την ενίσχυση των μικρομεσαίων επιχειρήσεων, και φυσικά πρέπει να εκφράσουμε την αντίθεσή μας στα προϊόντα «μαϊμού» που κυκλοφορούν, κυρίως από διάφορες ασιατικές χώρες.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhora Presidente, pôr fim à obsolescência programada e exigir qualidade e durabilidade nos produtos e promover a reparação são medidas fundamentais para garantir uma vida útil mais longa para os produtos. Além disso, isto terá vantagens porque gerará novos empregos que deverão estar localizados em torno do consumo, aliviará a pressão sobre os recursos naturais que são espoliados nos países do Sul e frequentemente fonte de conflitos e desde logo terá que contribuir para reduzir o consumo de energia e também na luta contra as alterações climáticas. Pensamos também que as administrações públicas devem dar o exemplo e começar a exigir durabilidade dos produtos na compra pública e naqueles produtos que vai subsidiar.

Considero este documento como um ponto de partida para ir mais longe e iniciar um caminho que é imprescindível transitar, o caminho do decrescimento porque o planeta tem limites.

Marco Zullo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dobbiamo partire da un dato di fatto: il modello di produzione «usa e getta» non è più sostenibile. Non è più sostenibile da un punto di vista etico, per l'enorme spreco di materia prima; non è più sostenibile dal punto di vista economico, perché i materiali che utilizziamo non sono né infiniti né biodegradabili; e non è sostenibile per i cittadini, che sono stufo di comprare beni che non durano.

Vogliamo creare un modello economico in cui i beni durano e si possono riparare. Chiediamo di sanzionare chi ricorre all'obsolescenza programmata, ovvero di sanzionare quei produttori che progettano appositamente i beni perché durino poco. Chiediamo di impiegare tecniche di costruzione e materiali che rendano più facile e meno costosa la riparazione. Un cittadino deve poter cambiare la parte danneggiata di un cellulare o di un elettrodomestico a costi ragionevoli, senza dover buttar via il cellulare o l'elettrodomestico. Chiediamo alla Commissione europea una proposta legislativa che metta fine alla cultura dell'usa e getta.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony, természeti erőforrásaink rohamos csökkenése, illetve régióink nyersanyagimporttól való függése egyre sürgetőbb problémává válik. Az Uniónak törekednie kell az erőforrások takarékos felhasználására, ehhez a körforgásos és megosztásalapú gazdaság felé való elmozdulás fontos lépés.

Számos felmérés tanúsítja, hogy az európai fogyasztók nagy része szeretne több információt a termékek várható élettartamáról, illetve előnyben részesítené a termékek megjavíttatását új termékek megvásárlásával szemben. Ezért is tartanám hasznosnak az olyan kezdeményezéseket, mint egy, a tartósságára és környezettudatos tervezésre vonatkozó önkéntes uniós címke létrehozása, vagy az operációs rendszerek biztonsági frissítéseinek minimális időszakon belüli biztosítása. A termékek élettartamának és javíthatóságának növelése számos környezetvédelmi, fogyasztóvédelmi és gazdasági előnnyel járhat. Öröndetesnek tartom, hogy a jelentés kiter a vállalkozások számára az intézkedések által kiaknázhatóvá váló új lehetőségekre.

Biljana Borzan (S&D). – Gospođo predsjednice, puno nas doživjelo je da nam uređaj „crkne” odmah po isteku jamstva. To ne može biti slučajno i mora se zabraniti. Čak 92 posto građana Francuske smatra da su proizvodi koje kupuju programirani da traće kraju. Uz to primjerice, kad pukne ležaj na perilici, morate zamijeniti cijeli bubanj jer nema manjih rezervnih dijelova. Nekada su rezervni dijelovi toliko skupi da se uopće ne isplati popravljati. Samo u Njemačkoj u jednoj godini broj radnji za popravak smanjio se za 13 posto. Potrebno je osigurati dostupnost i razumnu cijenu rezervnih dijelova u slučaju manjih kvarova na uređajima.

Dokazano je da bi uvođenje minimalne oznake trajanja proizvoda dovelo do povećanja prodaje označenih proizvoda za 55 posto. Potrošači su voljni platiti više za trajnost proizvoda.

Mislim da je ovo problem koji treba riješiti i na nacionalnoj i na europskoj razini. Istraživanja su pokazala da su ponovna upotreba ili popravak puno bolji čak i od recikliranja jer se stvara preko 10 tisuća novih radnih mjesta i imaju bolji utjecaj na okoliš.

Krzysztof Hetman (PPE). – Szanowni Państwo! Nie ulega wątpliwości, że tak zwana planowana awaryjność urządzeń, czyli celowe skracanie żywotności produktów, jest zjawiskiem ze wszech miar szkodliwym. Tracą na nim konsumenci, którzy są zmuszani do zbyt szybkiego zakupu kolejnych produktów, oraz traci środowisko poprzez zwiększanie ilości śmieci elektronicznych. Tymczasem wydaje się, że zjawisko to staje się coraz bardziej powszechne, dlatego za kluczowe uważam przeciwdziałanie mu na poziomie europejskim. Sprawozdanie posła Duranta wprowadza wiele interesujących propozycji takich jak przedłużenie okresu gwarancji czy też zagwarantowanie dostępności części zamiennych, które – w moim przekonaniu – mogą w znacznym stopniu ograniczyć zjawisko awaryjności produktów. Sądzę, że w przyszłości powinniśmy dodatkowo starać się promować koncepcję sprzedaży produktów jako usług, czyli na przykład sprzedaży trwałości i wysokiej jakości swoich produktów.

Liisa Jaakonsaari (S&D). – Arvoisa puhemies, haluaisin kiittää esittelijää hyvistä työstä. Sanon tässä, että me olisimme saaneet tästä mietinnöstä paljon paremman, jos PPE-ryhmä ei olisi joka asiassa itse asiassa vastustanut niitä tehokkaampia esityksiä, joita tämä mietintö olisi tarvinnut.

Tässä avainasiat ovat korjattavuus, huolto ja varaosien saanti. Tämä on erittäin konkreettinen ja tärkeä asia. Se synnyttää uusia työpaikkoja, säästää luonnonvaroja, vähentää jätettä ja erityisesti luo työpaikkoja pienissä ja keskisuurissa yrityksissä sekä mikroyrityksissä. Meillä oli ehdottomasti hyviä ehdotuksia, vielä enemmän pakottavaa lainsäädäntöä, enemmän kontrollia, enemmän hyviä ideoita, mutta sanon sen suoraan, että PPE oli kaikkia näitä asioita vastaan.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, o modo de produção capitalista está em permanente confronto com os limites físicos de um planeta que, sendo generoso em recursos, é finito. A constante redução do tempo de vida dos produtos é uma manifestação deste confronto. Um sistema que ou cresce e acumula ou morre, por definição não é sustentável. Perante esta evidência há quem queira agora dar ao sistema um banho purificador no caldeirão da mirífica circularidade. Debalde, a dita «economia circular» não é a panaceia que alguns querem fazer dela. A conversão de resíduos em recursos pode ser maior ou menor mas nunca é total. Neste quadro, as iniciativas legislativas que imponham uma maior durabilidade dos produtos, que combatam a obsolescência programada, que promovam o mercado de

reparações e a existência de garantias comerciais alargadas, que condicionem a utilização de materiais em função, por exemplo, da sua reciclabilidade, entre outras medidas, serão bem-vindas e são necessárias.

(A „catch the eye” eljárás vége.)

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, the Commission would like to thank the Committee on the Internal Market and Consumer Protection for this report on a longer lifetime for products and related benefits for consumers and companies. In particular, I would like to thank the rapporteur, Mr Durand, for his hard work on this report. I would also like to thank the shadow rapporteurs and the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety for their valuable input.

I will first speak about the importance of promoting a longer product lifetime. I fully share your views about the importance of longer-lasting products if it affects all of us as European citizens. I am sure that many of us have experienced frustration when domestic appliances have broken down and the price of repair costs as much as – or more than – buying a new product. Also, when IT equipment and software updates are no longer compatible, we can waste a lot of time sorting out these issues.

However, we all need to recognise that our products are becoming increasingly sophisticated and more reliant on IT, as well as more efficient. There are trade-offs to be made in keeping a product for 20 years versus having the latest version in terms of costs, energy and material resources. But consumers should have the choice and the possibility to keep a product longer. In addition, value chains in many product markets include both big and small players whose interests may not always necessarily be aligned. Therefore, we need to find a balanced approach in our policies and revelatory interventions.

Regarding eco-design and energy labelling actions, in November 2016 the Commission adopted an Eco-design Working Plan for the years 2016-2019, setting out its working priorities and its eco-design and energy labelling framework. The Working Plan has a stronger focus on supporting circular economy objectives. The Commission has committed to explore the possibility of establishing more product-specific and horizontal requirements in areas such as durability, reparability, upgradeability, information and ease of re-use and recycling. The implementation of the Working Plan is currently under way.

Regarding European standardisation action, a massive horizontal European standards effort has been mounted since December 2015 by a joint technical committee. This work looks at reparability, upgradeability and durability and is supported by NGOs, Member States and industry. We expect this work to bear fruit by 2019. These standards can then be used for individual product-related legislation and standards. Regarding the role of Member States, your report acknowledges that Member States could also play a role in promoting repairs, for example by putting lower VAT on longer-lasting goods and tax rebates on repair costs. Some Member States – for example, Sweden – are already doing this. We will examine with interest the progress of such schemes.

In conclusion, we welcome Mr Durand's report. We are already acting on some of its suggestions and will reflect in further detail regarding others. We need to work on this together to make changes that make sense for our lifestyles, for businesses and for the planet. So I welcome your support from all relevant committees.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra 2017. július 4-én, kedden kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – La realizzazione di un modello di economia circolare, richiede il coinvolgimento dei decisori politici, dei cittadini e delle imprese, e implica cambiamenti non solo nella concezione e nella vendita di prodotti e servizi, ma anche nella mentalità dei consumatori e nell'attività imprenditoriale. Occorre trovare un equilibrio tra estensione della vita utile dei prodotti e conversione dei rifiuti in risorse, tra innovazione e domanda dei consumatori. Questioni come la durabilità dei prodotti, l'estensione della garanzia commerciale, la disponibilità dei pezzi di ricambio, la facilità di effettuare riparazioni e l'intercambiabilità dei componenti, devono rientrare nell'offerta commerciale del produttore. Quella dell'obsolescenza programmata è una vergogna che ereditiamo dalle scelte politiche e imprenditoriali del passato, alla quale è possibile porre rimedio, solo a patto di cambiare radicalmente il modo di concepire la nostra società. Sono favorevole ad una definizione di criteri di resistenza minima, che contemplino, tra l'altro, la robustezza, la riparabilità e la capacità di evolvere, per le diverse categorie di prodotto, fin dalla progettazione,

all'istituzione di un sistema indipendente, in grado di testare e rilevare l'obsolescenza incorporata nei prodotti.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *in writing*. – I endorse this report calling on the Commission to support the implementation of the minimum resistance criteria in order to secure robustness, repairability and upgradability for all product categories.

The initiative follows the results of the survey conducted by Eurobarometer in June 2014. The findings of this survey revealed that 77% of EU citizens prefer to repair their goods instead of buying new ones. Longer lifetime of products is naturally followed by an improvement in functionality of complementary devices and tools, such as batteries or accumulators, that should fully operate for the whole period of usage of the product.

Furthermore, the spare parts should be easily accessible on the market and a clear system of labelling, informing about the durability of the product, should be provided. Apart from the above-mentioned, more durable products will enhance employment in the sectors of repairs, maintenance and rental services and create opportunities for entrepreneurs and SMEs. Moreover, it will provide further security for low-income households, where every investment in a new device or machine represents a significant burden for a family budget.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – W sprawozdaniu uwypatniono znaczenie gospodarki okrężnej oraz ekonomicznego, społecznego i środowiskowego znaczenia dla Europy przekształcania odpadów w cenne zasoby. Podkreślono w szczególności wpływ dłuższego okresu użyteczności produktów na redukcję emisji, wzrost bezpieczeństwa dostaw surowców oraz zwiększenie konkurencyjności europejskiego przemysłu, a także zwiększenie efektywności produkcyjnej firm przy jednoczesnym zmniejszeniu kosztów. Niewątpliwie należy zwrócić uwagę na problem szybszej wymiany towarów na nowe; wiele przedsiębiorstw, ale również gospodarstw domowych zwłaszcza w krajach wysokorozwiniętych wymienia towary zaraz po zakończeniu gwarancji, nie zważając na dalszą przydatność tych produktów do użytkowania. Z drugiej strony wielu konsumentów utraciło zaufanie do solidności produktów z powodu aktualnie ich niskiej jakości. Dotyczy to szczególnie artykułów gospodarstwa domowego lub produktów zaawansowanych technologicznie, w przypadku których niekiedy można odnieść wrażenie, że celowo zostały zaprojektowane tak, by miały krótki cykl życia. Dlatego w mojej ocenie należy szczegółowo przeanalizować zarówno kwestię oceny terminu przydatności produktów do użytkowania i zachęcać producentów do wytwarzania maszyn i urządzeń znacznie trwalszych o wysokiej jakości, a dodatkowo promować tworzenie serwisów naprawczych w celu ograniczenia odpadów i zbędnych zanieczyszczeń.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Podľa prieskumu je 92 % respondentov presvedčených o tom, že domáce elektrospotrebiče alebo vyspelé technológie sú vedome koncipované tak, aby nemali dlhú trvácnosť. Európski spotrebitelia si vyberajú skôr výrobky nižšej triedy, ktoré pochádzajú z rozvíjajúcich sa krajín. Na túto situáciu tak doplácajú európske podniky, ktoré ponúkajú kvalitnejšie a trvácnejšie výrobky. Dlhšia trvácnosť, odolnosť a dostupná opraviteľnosť výrobkov je preto výzvou pre výrobcov a spotrebiteľov. Je to aj zásadná otázka pre zabezpečenie trvalo udržateľnej ochrany životného prostredia. Nadmerná spotreba a krátka životnosť výrobkov zvyšujú náklady na ich likvidáciu a ohrozujú životné prostredie, ovzdušie a ekosystémy. Preto plne podporujem návrh na prijatie opatrení, ktoré zvýšia a budú garantovať dlhšiu životnosť výrobkov a zvýšia aj záujem na ich recyklácii. Podporíme tak súčasne záujem na vytváraní prevádzok opravovní. To odhadom môže vytvoriť až 296 pracovných miest ako ekvivalent k 10 000 tonám použitých výrobkov. Ak len 1 % takéhoto odpadu pripravíme na opätovné použitie, vytvoríme viac ako 200-tisíc pracovných miest.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), *kirjallinen*. – Tuotteiden käyttöikä on niin ympäristön kuin kuluttajankin kannalta tärkeä asia. Siksi on hyvä, että tuotteiden elinkaarta halutaan pidentää. Aiempina vuosikymmeninä jääkapit, pakastimet, pyykinpesukoneet, liedet, pölynimurit ja monet muut laitteet kestivät kovassakin käytössä moitteettomasti usein jopa kymmeniä vuosia. Nykyään useat kodinkoneet sisältävät heikkoja osia, jotka pitää vaihtaa jo parin vuoden kuluttua siitä kun laite on otettu käyttöön. Tarvittavat varaosat ja korjaustyö maksavat usein lähes uuden laitteen verran, joten korjaaminen ei kannata. Lisäksi esimerkiksi matkapuhelimen käytännössä vanhenevat käsiin. Monissa tuotteissa ohjelmoitu vanheneminen tapahtuu jo joidenkin vuosien jälkeen.

Mielestäni meidän tulisi pyrkiä pidentämään kaikkien koneiden ja laitteiden takuuaikoja, jotta yrityksillä olisi kannuste tuottaa laadukkaampia ja pidempikestoisempia tuotteita. Ympäristön kannalta on kestävämpää, että elektroniikkaromun määrä kasvaa samalla kun uusien tuotteiden tuottamiseen kulutetaan luonnonvaroja.

Olen myös huolestunut siitä, että todellisuudessa korjauskelvotonta elektroniikkaromua viedään kehitysmaihin sillä teko-syillä, että se voitaisiin vielä korjata. Tällainen jäteväntä aiheuttaa merkittäviä ympäristöongelmia vastaanottajamaissa ja vaarantaa monien terveyden kaasujen erittyessä hengitysilmaan ja pohjaveden pilaantuessa, kun myrkylliset kemikaalit valuvat maastoon.

Pidän perusteltuina mietinnössä esitettyjä toimenpiteitä, kuten helpompaa korjattavuutta, purettavuutta, varaosien saatavuutta sekä esimerkiksi tuotteiden suunnittelun vanhenemisen määritelmää.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Creșterea duratei de viață a produsului reprezintă un răspuns la necesitatea conservării materiilor prime și a limitării producției de deșeuri, în condițiile în care, pe de o parte, consumatorii dețin informații cu privire la durata de viață a produsului și opțiunea de a-l repara este mai atractivă, iar, pe de altă parte, producătorii aduc pe piață produse care pot fi ușor reparate și modernizate. De asemenea, un ciclu de viață mai lung pentru produse se referă, într-un context mai larg, la schimbarea modului în care se produce și se consumă astăzi, dezvoltându-se astfel modele economice în care mărfurile sunt împărțite sau închiriate și nu neapărat deținute. Însă, dezvoltarea de produse eficiente din punctul de vedere al utilizării resurselor nu trebuie să încurajeze durata de viață scurtă sau eliminarea prematură a produselor. În acest context, suntem de părere că trebuie să se realizeze un echilibru între prelungirea ciclului de viață al produselor, transformarea deșeurilor în resurse (materii prime secundare), simbioza industrială, inovarea și politica privind deșeurile, inovarea, cererea de consum, protecția mediului și creșterea economică în toate fazele ciclului de viață al produselor.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Vážený pán predseda, teší ma, že vedieme rozpravu o dlhšej životnosti výrobkov. Ide o správny krok smerom k spokojnosti našich občanov a k výraznému obmedzeniu odpadu, ktorý vzniká vyhadzovaním nielen nefunkčných spotrebičov. Je potrebné, aby Európska komisia, členské štáty a producenti prijali opatrenia, ktoré by spotrebiteľom priniesli trvácnejšie a opraviteľné vysokokvalitné výrobky. Naším cieľom musí byť predĺženie životnosti výrobkov a boj proti zabudovanému zastarávaniu tovarov a softvéru. Je nutné, aby sa na celoeurópskej úrovni stanovili minimálne kritériá odolnosti pre jednotlivé kategórie výrobkov, na ktoré by mali producenti prihliadať už vo fáze ich navrhovania. Rovnako nesmieme zabudnúť na predĺženie doby záruky na výrobky o dobu trvania ich opráv za predpokladu, že doba opravy je dlhšia ako jeden mesiac. Oceňujem tiež zaviesť systém dobrovoľného európskeho označovania výrobkov, ktoré by sa zameralo na trvácnosť a opraviteľnosť. V neposlednom rade som za podporu služieb nezávislých opravárov, aby sme tak predišli zámernému poškodzovaniu výrobkov. Podľa údajov z prieskumu Eurobarometer až 77 % spotrebiteľov v Európskej únii uprednostňuje pokus o opravu pokazených výrobkov pred kúpou nových. V konečnom dôsledku sú však často nútení výrobok vymeniť alebo odhodiť z dôvodu vysokých nákladov na opravu a úrovne poskytovaných služieb. Správu podporím.

22. Vorgehen gegen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, einschließlich Völkermord (kurze Darstellung)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Cristian Dan Preda által a Külügyi Bizottság nevében készített, „Az emberi jogok háborús bűncselekmények és emberiség elleni bűncselekmények, többek között népirtás során elkövetett megsértése elleni fellépés” című jelentésről folytatott vita (2016/2239(INI)) (A8-0222/2017).

Cristian Dan Preda, *rapporteur*. – Madame la Présidente, je voudrais commencer par exprimer ma satisfaction quant au fait que nous sommes arrivés aujourd'hui au point final de ce rapport, qui traite de la manière dont l'Union européenne a réagi à de très graves violations des droits de l'homme, comme les crimes de guerre, les crimes contre l'humanité et le génocide, c'est-à-dire des crimes d'atrocités.

C'est un rapport que mon groupe politique, le Parti populaire européen, a proposé, pour trois raisons très claires qui ressortent clairement de la lecture du texte.

Je citerai tout d'abord, le fait que la dernière résolution de notre Parlement sur la Cour pénale internationale (CPI) date de six ans. Il m'a semblé nécessaire de réaffirmer notre soutien fort envers cette instance de justice. Le contexte l'impose, en quelque sorte, car nous observons, ces derniers mois, qu'en dépit du fait que la Cour devient un acteur de plus en plus important de la justice internationale, elle n'est pas à l'abri des remises en cause. Je pense, par exemple, à la récente résolution de l'Union africaine. C'est pourquoi ce rapport exprime, dans ce contexte regrettable, notre soutien indiscutable à l'intégrité du Statut de Rome. J'en profite également pour rappeler qu'une adhésion universelle à ce statut est la condition de base pour un fonctionnement optimal de la Cour. Dans ce sens, une des idées lancées par le rapport est que la Commission et le Service européen pour l'action extérieure évaluent les actions entreprises ces dernières années pour encourager l'adhésion des pays tiers à la CPI et identifient les meilleures pratiques dans ce domaine.

J'estime également qu'il serait temps de revenir sur ce plan d'action de 2011 et de voir où en est sa mise en œuvre. Toujours dans ce contexte, je tiens à saluer le cadre de 2015 de l'Union européenne en faveur du soutien à la justice dans des situations de transition.

Le deuxième point sur lequel je voudrais attirer l'attention dans ce rapport est celui de la prévention. Avoir à notre disposition les instruments nécessaires pour juger les crimes de guerre, les crimes contre l'humanité et les génocides est bien évidemment essentiel. Prévenir, c'est donc très important. Je sais que la Commission et le Service européen pour l'action extérieure font des efforts réels pour identifier à temps toute situation qui pourrait dégénérer vers de tels crimes, mais il faut réussir à passer le cap de l'identification pour évoluer vers l'action. Certes, nous devons agir conjointement avec nos partenaires internationaux, mais j'estime qu'il est aussi nécessaire de prendre des positions fortes dans nos relations bilatérales avec les pays concernés et utiliser tous les instruments diplomatiques et autres à notre disposition, face à de possibles crimes de ce genre.

Le troisième axe de mon rapport se focalise sur l'impunité des acteurs non étatiques. Je me concentre bien entendu sur le cas de Daech, car cette organisation terroriste a commis un génocide en Irak et en Syrie avec la volonté d'éliminer les minorités de la région. Il est plus que temps que l'Union fasse entendre sa voix sur cette question. Deux options sont envisageables: soit la poursuite devant la CPI, soit la mise en place d'un tribunal pénal international pour l'Irak et la Syrie. Il faut que nous commencions à réfléchir sérieusement à ces deux voies d'action possibles, car l'attentisme n'est plus de mise.

J'entends les arguments des détracteurs, qui disent que la situation géopolitique ne permettra jamais de passer par la CPI, ni de créer un tribunal. Le fait que la CPI n'ait pas de juridiction en Irak et en Syrie et que la Russie soit un membre permanent du Conseil de sécurité de l'ONU ne doit pas nous arrêter. Ce qu'il nous faut, c'est du courage politique pour condamner Daech et permettre ainsi aux victimes de se reconstruire. Nous devons agir maintenant car, à l'heure où je vous parle, Daech continue à commettre des crimes contre l'humanité. Aucun État n'est prêt à soutenir Daech. Les blocages ne sont donc pas insurmontables.

L'Union se doit de jouer un rôle plus proéminent, en mettant en place une vraie stratégie de lutte contre l'impunité de Daech aux Nations unies et auprès de ses États membres, sachant que deux d'entre eux, le Royaume-Uni et la Belgique, sont déjà activement engagés dans cette bataille.

L'objectif premier est de permettre à la société tout entière de tourner la page, en voyant le bourreau condamné, mais il ne faut pas oublier non plus que la reconstruction politique, économique et sociétale de l'Irak et de la Syrie en dépend. On ne parle plus ici uniquement de la valeur morale de la lutte contre l'impunité, mais également de sa valeur stratégique. Tout d'abord, pour les pays qui sont massivement touchés par le terrorisme de Daech, mais également pour nous, Européens, qui avons aussi souffert du terrorisme et qui souhaitons voir cette région se stabiliser durablement. Des millions de personnes déplacées et persécutées doivent pouvoir rentrer chez elles dans des conditions sûres. Cela ne sera jamais possible si les combattants de Daech sont toujours en liberté.

Voilà donc les trois axes de ce rapport: prévention, soutien à l'ordre juridique international et action ferme quand il s'agit des crimes d'atrocités commis sous nos yeux.

J'espère qu'il pourra contribuer à la politique de l'Union en la matière et je remercie les autres groupes politiques pour leur coopération.

Je regrette tout de même que nous n'ayons pas eu un échange, mais il n'a pas été accepté. Nous n'avons pu obtenir qu'une courte présentation. Je suis content de voir la haute représentante dans cet hémicycle.

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

Zgłoszenia z sali

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, jsem velmi rád, že jsem dostal k tomuto bodu slovo, protože to považuji za bod mimořádně důležitý a chci pogratulovat panu Predovi k této zprávě.

Otázka předcházení válečným konfliktům a jasného fungování institucí Evropské unie v případě, že nějaký potenciální konflikt ve světě hrozí, je strašně důležitá věc. To znamená, pokud zde máme zprávu, kde se hovoří o tom, že bychom měli mít účinný postup rozpoznávání a včasného řešení takovýchto krizových konfliktů, tak si myslím, že by se tím Komise opravdu měla zabývat a onu Bílou knihu, která již byla přijata, dále rozpracovávat.

Já jsem připraven tuto zprávu podpořit ještě z druhého důvodu, a to je právě otázka již zmiňovaného Římského statutu Mezinárodního trestního soudu. Mě také velmi mrzí, že se v poslední době nezvyšuje počet zemí, které by ratifikovaly tuto úmluvu, a měli bychom do budoucna jako Evropská unie mnohem více působit na naše partnery, aby tento mezinárodní orgán brali vážně.

Julie Ward (S&D). – Mr President, I would like to thank the colleagues who worked on this report. The EU must adopt a strong approach on this issue, especially at a time of deteriorating human-rights conditions and increasing conflicts around the world. Of the many pressing issues covered in this report, I would like to highlight the role of women and girls in conflict. Women must play a leading role in conflict prevention and reconciliation and we must never forget the role of victims and survivors in peace building. Their testimonies are hugely important.

I meet and work with women survivors of sexual violence in the Western Balkans, especially in Kosovo – women who have suffered abuse through the conflict there and who, years later, are still waiting for recognition, support and justice. Kosovo's leaders must live up to their commitments and finally provide that support on the ground. As with so many women around the world who have survived war crimes and seen their rights and their bodies violated, these women's voices must be heard for true peace and justice.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η γενοκτονία, τα εγκλήματα κατά της ανθρωπότητας και τα εγκλήματα πολέμου πρέπει να αντιμετωπίζονται άμεσα, να υπάρχει σκληρή τιμωρία και -φυσικά- να διώκονται οι υπαίτιοι. Φυσικά, αυτό που έχει σημασία είναι να εφαρμόσουμε μια πολιτική που να προλαμβάνει όλα αυτά τα εγκλήματα και γι' αυτό πρέπει να δίνουμε το παράδειγμα. Οι υπαίτιοι βλέπουν πλέον τι έχει συμβεί στο παρελθόν και αποθρασύνονται· και αναφέρομαι ξεκάθαρα στην περίπτωση της άρνησης της Γερμανίας να καταβάλει τις γερμανικές αποζημιώσεις στην Ελλάδα.

Παρότι υπάρχει απόφαση, από το 1946, της συμφωνίας ειρήνης των Παρισίων, η γερμανική πλευρά αρνείται να καταβάλει τις πολεμικές επανορθώσεις, αρνείται να επιστρέψει το κατοχικό δάνειο και αρνείται να αποζημιώσει τους συγγενείς των θυμάτων για τα εγκλήματα πολέμου που διέπραξαν τα ναζιστικά στρατεύματα κατοχής στην Ελλάδα. Αντιλαμβάνεστε, λοιπόν, ότι αυτό είναι απαράδεκτο και πρέπει να σταματήσει και πρέπει η Γερμανία πραγματικά να καταβάλει τις οφειλές της προς την Ελλάδα. Ιδού λοιπόν τα μηνύματα που πρέπει να υπάρξουν στα θέματα αυτά.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, estamos fortemente empenhados em denunciar e pôr termo à impunidade de todo e qualquer crime contra a Humanidade, crime de guerra, crime de agressão, ou qualquer outro.

Não podemos, contudo, pactuar com o cinismo e a hipocrisia que transpira desta resolução, onde se apresentam os direitos humanos de forma manipulada e enviesada, definindo países como alvos políticos em função de interesses geoestratégicos e económicos.

O plano está inclinado e os alvos os mesmos de sempre. De fora, sem surpresa, países como os Estados Unidos da América, Israel, a Arábia Saudita ou mesmo a União Europeia e vários dos seus Estados-Membros que, desde longa data, dão exemplos ao mundo das piores atrocidades contra os povos, inclusive em solo europeu.

A retórica em torno do Tribunal Penal Internacional atenta contra o que devem ser decisões soberanas dos povos e omite grosseiramente o seu papel de branqueamento da história como os bombardeamentos da NATO na Jugoslávia, onde se reconheceu, dez anos após a sua morte, a inocência de Milosevic.

Barbara Lochbihler (Verts/ALE). – Herr Präsident! Aus der ganzen Welt erreichen uns regelmäßig Bilder von schrecklichen Kriegsverbrechen. Die EU muss weiterhin dazu beitragen, solche Gräueltaten zu verhindern und die Täter strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen – unter anderem durch die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs. In jedem Mitgliedstaat muss nach dem Weltrechtsprinzip gegen mutmaßliche Kriegsverbrecher ermittelt werden können. Wir müssen klar und deutlich sagen, wo Kriegsverbrechen begangen werden. Vor Kurzem haben wir das im Parlament für den Jemen getan. Wir müssen aber auch sagen, wer dafür verantwortlich ist. Leider gab es keine Mehrheit dafür, die verbrecherische Kriegsführung der von Saudi-Arabien geführten Koalition deutlich und entschieden zu verurteilen.

Das Parlament wiederholt mit dem vorliegenden Bericht erneut seine Forderung an Sie, Hohe Vertreterin Mogherini, auch nach einem jährlichen Verzeichnis, das die mutmaßlichen Verantwortlichen für Verletzungen des humanitären Völkerrechts konkret auflistet.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, παρά το γεγονός ότι βρισκόμαστε στον εικοστό πρώτο αιώνα και θα περίμενε κανείς τα ήχη του πολέμου να έχουν εξαφανιστεί, δυστυχώς ακόμη και σήμερα υπάρχουν εγκλήματα πολέμου, εγκλήματα κατά της ανθρωπότητας και γενοκτονίες. Προκειμένου να κάμψουν το ηθικό του εχθρού, κάποιοι εμπόλεμοι χρησιμοποιούν βασανιστήρια και διάφορες μεθόδους εξευτελισμού και εκφοβισμού του αντιπάλου, όπως βιασμούς ανδρών και γυναικών, σεξουαλική βία κατά των γυναικών, ομαδικές δολοφονίες θρησκευτικών και εθνικών ομάδων και βομβαρδισμούς αμάχων με χημικά όπλα. Το άσχημο είναι ότι σε όλη αυτή την κατάσταση παρεμβαίνουν και μη κρατικοί φορείς, όπως η Boko Haram στη Νιγηρία και το ISIS στο Ιράκ και τη Συρία, που δεν ελέγχονται.

Για να μπορέσει να ελεγχθεί αυτή η απαράδεκτη κατάσταση, θα πρέπει η Ευρωπαϊκή Ένωση, αλλά και η διεθνής κοινότητα, να εφαρμόσουν μια στρατηγική η οποία θα προβλέπει την πιθανή εκδήλωση τέτοιων δραστηριοτήτων, θα τις προλαμβάνει και -κυρίως- θα τιμωρεί άμεσα και πολύ σκληρά αυτούς που είναι υπεύθυνοι. Όμως, για να γίνει αυτό θα πρέπει να είναι αμερόληπτη και να εφαρμόζονται οι τιμωρίες σε όλους – όχι όπως στη Συρία που καταδικάζουμε τις ακρότητες του καθεστώτος, αλλά όχι και των αντιπάλων του.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěla poděkovat kolegovi Predovi za jeho zprávu, ke které chci dát jen několik aktuálních poznámek.

O tomto víkendu odmítla syrská vláda zprávu Organizace pro zákaz chemických zbraní o dubnovém útoku v Chán Šajchúnu, při kterém zemřelo 80 osob, zprávu o tom, že tento útok byl spáchán smrtícím nervovým plynem sarinem. Podle syrského ministerstva zahraničí postrádá tato zpráva jakoukoliv důvěryhodnost a je prý výplodem choré mysli.

Také Rusko označilo tuto zprávu za zmanipulovanou. Chtěla bych ostře odsoudit toto odmítání profesionální a nestranné zprávy a připomínám, že Rusko a Čína vetovaly v Radě bezpečnosti OSN postoupení zločinů proti lidskosti spáchaných na územích Sýrie Mezinárodnímu trestnímu soudu. Víme, že k použití tohoto plynu došlo, a nyní by měl útoky prověřit soud. Chci také připomenout, že jsou to právě náboženské a etnické menšiny, které jsou nejčastěji vystaveny zločinům proti lidskosti, a my k nim nemůžeme mlčet.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr, sajnos háborús és emberiesség elleni bűncselekmények még ma is világszerte előfordulnak, éppen ezért felemelő érzés, hogy az Európai Unió területén ez elképzelhetetlen és az európai integráció egyik legnagyobb eredménye a tartós béke biztosítása Európa népei között. Erről az aspektusról talán keveset beszélünk, és a mai európai emberek elképzelni sem tudják, mekkora pusztítást képes végezni egy társadalom szövetségében a háború. Jogos elvárás az EU felé tehát, hogy vonja felelősségre az emberiség elleni bűnökért felelős személyeket, állítsa bíróság elé ezeket az embereket, és biztosítsa a későbbi hasonló események bekövetkeztének elkerülését. A történelem tanulságait elemezve azonban arra a következtetésre juthatunk, hogy katonai erő alkalmazása nélkül nem igazán lehet megakadályozni háborús bűnöket, esetleg a felelősöket lehet megbüntetni, ám azt is csak egy rendteremtő katonai intervenció után.

Ha elvárjuk az EU-tól, hogy lépjen fel az emberiesség elleni bűnök elkövetésének megakadályozása érdekében, akkor adjunk hozzá neki eszközöket, ellenkező esetben inkább a NATO kapcsán fogalmazhatjuk meg ezeket az elvárásokat.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem samozřejmě přesvědčen, že válečné zločiny a zločiny proti lidskosti, včetně genocidy, by si zasloužily debatu. Je mi líto, že k ní nedošlo. Chci ocenit zprávu, kterou předložil pan kolega Preda, a zároveň vyzdvihnout právě tu otázku prevence a spolupráce, která je nezbytná pro řešení těchto zásadních témat.

Já bych chtěl zdůraznit jeden právní aspekt. Podle mého názoru je důležité, aby se prosadilo univerzální hledisko nepromlčitelnosti těchto válečných zločinů na celém světě. To znamená, aby skutečně nebyla žádná tak zvaná „jáma“, do které by se zločinci páchající tyto válečné zločiny mohli schovat. Je to důležité právě z hlediska toho, že tito zločinci potom nebudou mít v celém životě žádnou jistotu, a naše jistota může právě spočívat v tom, že mezinárodní společenství tyto zločiny jednou odsoudí, pokud ne teď, tak v řádu několika dalších let.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, let me first of all thank our colleague Cristian Dan Preda for the work done leading to this report.

Let me also mention that, although I have got used to the night sessions of this plenary, I still do not find it completely normal that we are running more than two hours late. I will also be here tomorrow night – diligently – but I still think that this plenary could perhaps work in a more time-efficient manner.

Our work to prevent and address human-rights violations is not only – as some of you pointed out – a matter of humanity and values. It is also a matter of interest and strategy for us. Crimes against humanity can spark the next war, propagate conflict or the next refugee crisis; and, in a conflict situation, war crimes make post-conflict reconciliation much harder to achieve, and complicate our work in the post-conflict phase. They destroy the very fabric of society and they spread fear and mistrust, opening wounds that may take decades and a lot of work to heal.

For all these reasons our responsibility to protect people and to prevent atrocities is now part of all our main European Union policies. I very much agree with your report's strong focus on prevention, and in recent weeks we have worked to set up a better early warning system inside the European External Action Service, which also focuses on crimes against humanity. Our military and civilian missions have a very special role to play in this regard because, if we want to prevent human-rights violations, we must also engage with security forces in our partner countries, building their capabilities and training them in respect for human rights.

I am also glad to see that your report does not forget to address a very important element of what we are working on here, namely sexual and gender-based violence. Last year alone, the European Union's aid for the prevention of, and response to, this kind of violence reached almost 3.5 million women, men, girls and boys. Our last package in support of the Syrian refugees strengthens access to protection from gender-based violence for at least 700 000 Syrians, both inside and outside the country.

However, beyond prevention, we know that war crimes and crimes against humanity are happening today and that we have a duty to address the consequences. Justice is the only effective and sustainable response to such violence because impunity generates more hatred and often leads to revenge and more suffering. So justice is, for us, the only way towards reconciliation and sustainable peace. To achieve this goal, we are bringing into play a combination of different elements: criminal justice, reparations, truth seeking and institutional reforms.

I will mention just a few cases where we are currently at work to prevent impunity and achieve justice. In Syria we are working for the international, impartial and independent mechanism to be fully operational as soon as possible. The European Union is mobilising funds to support this mechanism with up to EUR 1.5 million. I know Member States are playing their part. I am counting on them and also on your support in obtaining even stronger support from the Member State side. In Iraq, as new areas are liberated from Daesh, it is important to assess any war crimes and violations of human rights. We welcome the commitments made by the Federal Government of Iraq and the Kurdistan Regional Government to investigate swiftly all allegations of crimes committed by the Iraqi forces.

Beyond Syria and Iraq, last year we led the resolution at the UN Human Rights Council to establish a commission of inquiry in Burundi and we fully support the African group resolution tabled in Geneva last month, which created an international investigation mechanism for the Kasai region in the Democratic Republic of Congo.

I very much welcome your acknowledgment of our strong work and support in relation to the International Criminal Court. This is a key element of our strategy. Since 2000, we have committed EUR 37 million in direct support for the International Criminal Court. Last Saturday, we marked 15 years since the Rome Statute entered into force and, for all those 15 years, the European Union has promoted the universal ratification of the Rome Statute.

Last year, as you well remember, we faced a crisis. We kept close contacts with many African states after the Gambia, South Africa and Burundi notified their withdrawal from the Rome Statute and today two of these decisions have been revoked. This is an important achievement, realised in part thanks to the work we have done diplomatically, but we know very well that the work is not over yet. We are currently working on how to improve further the promotion of the universal ratification of the Rome Statute.

This is a complex time for the multilateral system at large and for the United Nations and UN system in particular, which has come under attack from many corners. So let me conclude by saying that there cannot be any doubt about the EU's full support for multilateral global governance based on international law, on human rights and on strong international institutions. The European Union will continue to be a strong, reliable and indispensable partner for the UN and for all who believe that violence must be met with justice and reconciliation. Our work, together with Parliament, will continue in this direction.

Przewodniczący. – Bardzo dziękuję Pani Wysoka Przedstawiciel i przepraszam za dwugodzinne opóźnienie. Częściowo jesteśmy usprawiedliwieni, bo około pół godziny zabrało nam uczczenie pamięci Simone Veil, no a potem sami się postaraliśmy o dalsze opóźnienia. Obiecuję Pani, że w następnym punkcie już będziemy mieć tylko 5 minut na zgłoszenia z sali. Bardzo dziękuję za zrozumienie i dziękuję za zwrócenie uwagi.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 4 lipca 2017 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Temeljne vrijednosti na kojima se Europska unija zasniva su poštivanje ljudskog dostojanstva, slobode, demokracije, jednakosti, vladavine prava te poštovanje ljudskih prava. Zalaganje za te osnovne vrijednosti leži u srži velikog mirovnog projekta koji danas nazivamo Europskom unijom. Europska unija mora aktivno i dosljedno promicati svoje vrijednosti ne samo prema državama članicama već i u svijetu.

Podržavam prijedlog o mjerama zaštite ljudskih prava i sprečavanju najtežih zločina. Unija mora u svom vanjskopolitičkom djelovanju prema trećim državama iskazati snažniju potporu ljudskim pravima koja su utvrđena u međunarodnom pravu. Problem nekažnjavanja kod počinitelja teških zločina, uključujući onih koji zločine izvršavaju u ime nedržavnih aktera, samo se može prevladati sveobuhvatnom jurisdikcijom Međunarodnog kaznenog suda.

Žalim zbog sveprisutnog nepoštovanja međunarodnog humanitarnog prava te zabrinjavajuće stope smrti civila i napada na civilnu infrastrukturu u oružanim sukobima diljem svijeta. EU mora tijesno surađivati sa svim nadležnim tijelima Ujedinjenih naroda koja raspolažu važnim informacijama kako bi prevencija masovnih zločina bila što efikasnija i brža.

Pozdravljam korištenje europskih instrumenata za promicanje načela komplementarnosti kako bi se i u nacionalnim zakonodavstvima utvrdilo osuđivanje najtežih zločina u međunarodnom kaznenom pravu.

23. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

24. Private Sicherheitsunternehmen (kurze Darstellung)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Hilde Vautmans w imieniu Komisji Spraw Zagranicznych w sprawie prywatnych firm ochroniarskich (2016/2238(INI)) (A8-0191/2017).

Hilde Vautmans, Rapporteur. – Onze Europese burgers vragen terecht dat we meer doen om hun veiligheid te verzekeren. Daarom denk ik dat het nu duidelijk is dat we meer moeten samenwerken, niet alleen tussen landen, maar ook tussen de publieke en private sector. U weet dat de private sector een sector in volle expansie is, die elke dag belangrijker wordt. Meer dan 100 000 veiligheidsondernemingen zijn wereldwijd actief, met werkgelegenheid voor meer dan 3,5 miljoen burgers, waarvan 1,5 miljoen in Europa. En dat is goed.

Maar het is duidelijk dat we behoefte hebben aan een discussie over het inzetten van deze firma's. Welke firma's mogen we inzetten, voor welke taken, binnen welk juridisch kader? Hoe kunnen we gezamenlijke opleidingen voorzien? Hoe kunnen we zorgen dat de gegevensuitwisseling vlotter loopt? Allemaal vragen die voor ons in de commissie duidelijk hebben gemaakt dat er dringend behoefte is aan een wettelijk kader. Eigenlijk vragen wij, mevrouw de commissaris, een richtlijn van de Commissie om de verschillen tussen de lidstaten te harmoniseren en met standaardregels waaraan de firma's moeten voldoen.

Op die manier vragen we bijvoorbeeld dat er een open lijst komt van firma's waarop we als EU een beroep mogen doen. Dat wij heel goed beschrijven waaraan die moeten voldoen, aan welke standaardvereisten zij moeten voldoen. Want u weet dat als we firma's inschakelen vanuit de Europese Unie, en deze schenden mensenrechten, dan schaadt ook dat ons imago en dat is net wat wij hier in de commissie willen voorkomen.

Het verslag vraagt ook dat elk contract met de privésector gedetailleerde vereisten omvat omtrent – en dat zal voor u logisch klinken – het wapenbezit, wie er werkt, welke vergunningen er zijn en hoe wordt omgegaan met data-uitwisseling. Dat zijn dingen die we toch wel vragen van de firma's die we eventueel met taken belasten.

Mevrouw Mogherini, ons verslag gaat heel erg ver in zeer concrete suggesties en vragen aan de Europese Commissie. Maar er is er een die mij bijzonder aan het hart ligt, namelijk dat u een groenboek zou opstellen. Ik weet het wel, vaak wordt gezegd, groenboeken, witboeken, zoveel boeken... Maar ik denk dat hier een groenboek aangewezen is. Dat wij een duidelijk overleg opstarten met alle actoren binnen het veiligheidsgegeven, zowel het publieke als het private, en dat we echt in overleg gaan. Ik denk ook dat dit snel moet gebeuren. Dit is wat de burgers van Europa verwachten. Als we dit hebben, mevrouw Mogherini, dan zullen wij beter in staat zijn om een goede controle uit te oefenen en tevens te zien waar er misbruiken optreden.

Collega's, jullie weten dat ik hier heel vaak intervenieer over defensie en in dit geval zou ik durven zeggen: *more defense for less money*. We weten dat er in Europa overal krimpende defensiebudgetten zijn, dat we het overal met minder defensiepersoneel moeten doen. En bovendien dat de taken die we vragen om onze veiligheid te respecteren en te waarborgen alsmear meer specialisatie vereisen. Dus we weten dat als we die opdrachten blijvend willen aankunnen, we moeten gaan samenwerken met de privésector. We gaan de veiligheid van onze burgers kunnen vergroten. Dus vandaar ook dat ik hoop dat u dit verslag aangrijpt om te komen met die richtlijn en die standaarden. Dan is het ook duidelijk wat privébewakingsfirma's mogen doen.

"More defence for less money".

— Want het mag wel duidelijk zijn: we gaan natuurlijk geen privébewakingsfirma's inzetten om de taken van het leger over te nemen. Dat kan natuurlijk niet de bedoeling zijn. Maar we kunnen wel bij acties op het terrein privébewakingsfirma's inschakelen om bepaalde niet-militaire taken uit te oefenen. Dan kunnen wij die ook heel goed controleren.

Mevrouw Mogherini, ik zou heel graag willen dat we dit verslag ter harte nemen. Ik wil heel graag alle collega's hartelijk danken. Wij hebben heel goed aan dit verslag gewerkt en ik hoop dat het morgen met een brede meerderheid zal worden goedgekeurd.

Zgłoszenia z sali

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já samozřejmě uznávám to, že se na zajištění bezpečnosti mohou podílet ve vymezených rolích i soukromé bezpečnostní agentury, respektive soukromé bezpečnostní služby. A uznávám i to, že s nimi funguje v řadě států dobrá spolupráce, ale nesdílím to volání po nových směrnících ani v této otázce, protože jsem přesvědčen, že soukromé bezpečnostní služby by měly požívat stejná práva jako každý jiný člověk, který se ocitne v určité situaci, kdy má možnost zakročit proti páchanému zločinu. Ale nemohou mít více práv, než je tomu u běžných soukromých občanů, soukromých osob.

Myslím si, že outsourcing služeb, jak to řekla i zpravodajka na konci svého vystoupení, je rozhodně negativní v oblasti bezpečnostních služeb a měli bychom na to najít vhodná doporučení. Pokud jde o doporučení, která by přijala Komise, toto bych rád podpořil.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora alto rappresentante, negli ultimi anni il settore della sicurezza privata effettivamente ha conosciuto una forte espansione, favorita anche dai tagli di bilancio alla spesa militare, che hanno portato molti Stati europei ad esternalizzare le attività di sicurezza ad imprese private.

Pur comprendendosi la necessità di contenimento dei costi, non può però condividersi che la scelta di affidare i servizi di difesa ad imprese private sia determinata solo da esigenze economiche. Le decisioni in materia di difesa e sicurezza, ambiti delicati e complessi di competenza delle autorità pubbliche, non possono basarsi esclusivamente su logiche legate al contenimento dei costi poiché, come ben sappiamo, le questioni inerenti alla sicurezza implicano attività di *intelligence*, attività di indagine e di pianificazione strategica, e non si esauriscono in compiti meramente operativi.

Occorre quindi definire un quadro legislativo uniforme a livello europeo, che disciplini l'attività delle imprese di sicurezza private con meccanismi normativi e di monitoraggio vincolanti per regolamentarne l'impiego anche nei paesi terzi e con adeguate procedure per la segnalazione di eventuali irregolarità.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, γνωρίζουμε ότι το συνταγματικό δίκαιο και η πολιτική επιστήμη καθορίζουν ότι το κράτος έχει το μονοπώλιο της άσκησης νόμιμης βίας, γι' αυτό και η άμυνα και η ασφάλεια ανατίθενται σε δημόσιες αρχές. Λόγω του νεοφιλελευθερισμού, αυτό που βλέπουμε είναι πλέον να ανατίθεται σε ιδιωτικές επιχειρήσεις η άσκηση βίας και μάλιστα αυτή να θεωρείται και νομιμοποιημένη. Αυτό είναι ένα απαράδεκτο φαινόμενο το οποίο δεν μπορεί να συνεχιστεί. Είδαμε αυτά τα γεγονότα να συμβαίνουν με ιδιωτικές εταιρείες που συμμετείχαν και στο Ιράκ και άσκησαν και στρατιωτική δράση. Είδαμε εταιρείες τέτοιες να κατηγορούνται για βασανιστήρια, για απώλεια ζωής ανθρώπων, για παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων και για εγκλήματα πολέμου.

Δεν μπορεί να συνεχιστεί αυτή η κατάσταση και φυσικά δεν συμφωνώ με το να διαμορφώσουμε έναν μηχανισμό που δήθεν θα νομιμοποιεί την άσκηση βίας από ιδιωτικές επιχειρήσεις. Αυτά τα θέματα άμυνας και ασφάλειας πρέπει να ανατίθενται ξεκάθαρα στις δημόσιες αρχές.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, λόγω της αύξησης της τρομοκρατίας, το ασύμμετρο των απειλών του τόπου και τρόπου τέλεσης τέτοιων ενεργειών, οι κρατικές δυνάμεις ασφαλείας αδυνατούν, ως φαίνεται, να ανταπεξέλθουν έγκαιρα και αποτελεσματικά. Το πλήθος και το εύρος των στόχων που υφίστανται στο δημόσιο και ιδιωτικό φάσμα μπορούν να ασφαλιστούν αποδοτικότερα με τη χρήση οργανωμένων, εξοπλισμένων και με κατάλληλα εκπαιδευμένο προσωπικό εταιρειών παροχής ιδιωτικής ασφάλειας. Αυτές οι ιδιωτικές εταιρείες θα μπορούν να συνεργάζονται, εντός συγκεκριμένου πλαισίου, με τις κρατικές δυνάμεις ασφαλείας σε επιχειρησιακό και πληροφοριακό επίπεδο.

Απαιτείται όμως κατάλληλη διαμόρφωση της νομικής βάσης, σαφής καθορισμός των κανόνων σύστασης και λειτουργίας τέτοιων εταιρειών, ώστε να μην υπάρξουν προβλήματα υπέρβασης αρμοδιοτήτων και δικαιοδοσίας και κυρίως προβλήματα συνεργασίας και διαλειτουργικότητας, που μπορεί να οδηγήσουν σε παράπλευρες απώλειες.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamna Mogherini, stimați colegi, eu susțin raportul colegei noastre și susțin și recomandările făcute. Evident, a crescut numărul de societăți și avem această statistică de societăți de securitate privată, avem milioane de cetățeni care lucrează aici, evident că nu vor lua atribuțiile armatei. Cetățenii europeni doresc tot mai mult securitate și apărare. Cred că este bună recomandarea să se elaboreze o carte verde cu implicarea părților interesate și, de asemenea, să existe o orientare în contractarea comună în domeniul de angajare, utilizarea și gestionarea contractanților militari. Important mai cred că este să se elaboreze un model european eficace de reglementare a societăților de securitate privată. Trebuie să avem un model european, nu fiecare stat să aibă societăți de securitate privată diferite. De asemenea, susțin că este nevoie să se armonizeze diferențele juridice dintre statele membre printr-o directivă. Mulțumesc.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, thank you very much. Let me start by saying that we very much welcome the report on this issue, which can open a new chapter in our awareness about private security companies. Private security companies, as you mentioned, are sometimes essential to safety, including that of European diplomatic and humanitarian operations in the world. On this point the European Union is fully in line with the International Committee of the Red Cross, which means we consider that hiring private security companies is legitimate and can be necessary – for instance, they can have an important role in protecting aid workers or people living in conflict areas – but, of course, these companies are not exempt from the observance of international humanitarian law. In their role as security providers, they must always respect the highest international standards on human rights.

The report points out that a legal framework already exists. The private security companies do not operate in a vacuum and the European Union was the first international organisation to sign up to the Montreux Document, promoted by Switzerland and the Red Cross, about obligations and good practices for private security companies.

It is now essential that we continue to work for this framework to be expanded and, especially, to be universalised. The UN Human Rights Council is considering drawing up an international framework to regulate, monitor and oversee private military and security companies, and this UN framework could complement and strengthen existing initiatives such as the Montreux Document Forum and International Code of Conduct Association.

I am pleased with the increased recognition of the relevance of the UN Guiding Principles on Business and Human Rights and their implementation. Their value was recognised in the European Union Council conclusion on business and human rights adopted last year.

I would like to focus briefly on three points about the work ahead. First, if we want to create a better regulatory framework, progress is in the hands of Member States: in particular they can contribute to changing our current public procurement directives and rules.

As for the External Action Service all our potential security contractors have to be signatories of the International Code of Conduct and our delegations closely monitor the implementation of their contractual obligations.

Second, the work of security contractors is evolving fast, with a growing role for drones, cyber and civilian military operations. Our systems of safeguards must be continuously updated and we therefore need the cooperation not only of Member States and academics but also of legal experts and NGOs. In particular, we need to assess better which services can be outsourced and which have to remain under the sole responsibility of professional armed forces.

My third and final comment is about cooperation between the public and private sectors. Much of the experience of security services in the European public sector in recent years can be of help to the private sector too. Moreover, private security companies are often called on to operate side by side with our military. So it is essential that our institutions continue to engage regularly with the International Code of Conduct Association in order to meet common standards.

Finally, let me conclude by saying that it has been more than 10 years since public opinion began to hear about security contractors. A stronger legal framework for private security companies is in everybody's interest: it is certainly in the European Union's interest, so that they can contribute in the right manner to the security of many people, from diplomatic staff to humanitarian workers, around the world.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 4 lipca 2017 r.

25. Arbeitsbedingungen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse (kurze Darstellung)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Neoklisa Sylikiotisa w imieniu Komisji Zatrudnienia i Spraw Socjalnych w sprawie warunków pracy i niepewności zatrudnienia (2016/2221(INI)) (A8-0224/2017).

Νεοκλής Συλικιώτης, Εισηγητής. – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, κύριε Επίτροπε, η κοινωνική ένδεια και το πισωγύρισμα στα εργασιακά θέσµια ανάγκασαν το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, σε προηγούμενες εκδόσεις του, να τοποθετηθεί ενάντια στις πολιτικές που οδηγούν στη διάλυση του κοινωνικού κράτους και ενάντια στην επίθεση που γίνεται στους εργαζόμενους για τα δικαιώματά τους την τελευταία δεκαετία. Η έκθεση για τις συνθήκες απασχόλησης και την επισφάλεια στην απασχόληση αποτελεί συνέχεια αυτής της σειράς εκδόσεων. Η Επιτροπή Απασχόλησης αυτού του Κοινοβουλίου στάθηκε, πιστεύω, στο ύψος των περιστάσεων και παρουσιάζει μια ισορροπημένη έκθεση στην Ολομέλεια.

Με αυτή την ευκαιρία, θα ήθελα να ευχαριστήσω όλες και όλους τους εισηγητές για την εποικοδομητική συνεργασία που είχαμε κατά τη διάρκεια των συζητήσεων για την έκθεση. Είναι πλέον παραδεκτό απ' όλες τις πολιτικές ομάδες ότι η κοινωνική προστασία, η προστασία μέσω συλλογικών συμβάσεων και συλλογικών διαπραγματεύσεων πρέπει να είναι προσβάσιμη σε όλους τους εργαζόμενους.

Η σημερινή φαινομενική αύξηση των ποσοστών απασχόλησης κρύβει την αύξηση των επισφαλών μορφών απασχόλησης, όπως είναι τα συμβόλαια μηδενικών ωρών εργασίας, η ψευδής αυτοαπασχόληση και οι θέσεις εργασίας με ακούσια συμβόλαια μερικής απασχόλησης που δεν παρέχουν αξιοπρεπή ζωή και εργασιακά δικαιώματα στους εργαζόμενους. Σειρά από έρευνες, και ιδιαίτερα η έρευνα που έγινε εκ μέρους της Επιτροπής Απασχόλησης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, δείχνουν ξεκάθαρα ότι οι εργαζόμενοι με συμβόλαια περιορισμένης διάρκειας και μερικής απασχόλησης, που συχνά τους επιβάλλονται, αυξήθηκαν σημαντικά στην Ένωση τα τελευταία 15 χρόνια. Μπορεί τα συμβόλαια αυτά να υπήρχαν και πριν την οικονομική κρίση, εντούτοις, οι ανεπαρκείς και κοινωνικά ακατάλληλες λύσεις που δόθηκαν για την καταπολέμησή της όξυναν την επισφάλεια στην εργασία και αυτές είναι οι αντανάκλαστικές πολιτικές λιτότητας και μνημονίων που οδήγησαν σε διάλυση του κοινωνικού ιστού και φτωχοποίηση μεγάλων τμημάτων του πληθυσμού, κυρίως των εργαζομένων και των συνταξιούχων.

Στόχος μας στη συγκεκριμένη έκθεση ήταν να ξαναβάλουμε την έννοια της απασχόλησης στη σωστή της βάση. Η απασχόληση πρέπει να είναι αξιοπρεπής και να προσφέρει στον εργαζόμενο και την οικογένειά του μια καλή και ισορροπημένη ζωή κι όλα αυτά, φυσικά, παράλληλα με την κοινωνική προστασία του κράτους προς τους πολίτες του.

Ως εισηγητής της έκθεσης νομίζω ότι καταφέραμε μαζί με τους κυρίους εισηγητές να κάνουμε βήματα σε αυτή την κατεύθυνση. Χρησιμοποιήσαμε τον ορισμό της Διεθνούς Οργάνωσης Εργασίας για την αξιοπρεπή απασχόληση, που ορίζει την αξιοπρεπή εργασία ως πλήρη και παραγωγική απασχόληση που διασφαλίζει την αξιοπρέπεια του εργαζομένου, ένα δίκαιο εισόδημα και ασφάλεια στην εργασία, που παρέχει ελευθερία της έκφρασης, της άποψης, της οργάνωσης και συμμετοχή στις αποφάσεις οι οποίες επηρεάζουν τη ζωή του και που διασφαλίζει ίσες ευκαιρίες και ίση μεταχείριση για όλους, άνδρες και γυναίκες. Καταδικάσαμε επίσης καταχρήσεις που γίνονται στο πλαίσιο πρακτικών ασκήσεων ή ευέλκτων συμβολαίων εργασίας. Υπενθυμίσαμε ότι, σύμφωνα με το χάρτη των Θεμελιωδών Δικαιωμάτων της Ευρωπαϊκής Ένωσης, κάθε εργαζόμενος έχει δικαίωμα σε ένα όριο μέγιστης διάρκειας εργασίας, σε ημερήσιες και εβδομαδιαίες περιόδους ανάπαυσης, καθώς και σε ετήσια περίοδο αμειβόμενων διακοπών. Τονίσαμε ότι αυτό το δικαίωμα πρέπει να ισχύει για όλους ανεξαιρέτως τους εργαζομένους. Καλέσαμε, τέλος, την Επιτροπή και τα κράτη μέλη να διασφαλίσουν αποτελεσματική προστασία για τους εργαζομένους στο πλαίσιο των εργασιακών σχέσεων, αλλά και μια περιεκτική πολιτική αντίδραση για μείωση και τελικά εξάρθρωση της επισφαλούς απασχόλησης.

Κύριε Επίτροπε, χρειάζεται άμεσα μια αλλαγή πλεύσης από τις πολιτικές της ανεξέλεγκτης αγοράς και της λιτότητας. Η Ένωση πρέπει να προωθήσει πολιτικές που θα ενδυναμώνουν τους εργαζομένους, μέσω του κοινωνικού διαλόγου και της επέκτασης των συλλογικών διαπραγματεύσεων, διασφαλίζοντας πως όλοι οι εργαζόμενοι μπορούν να ασκήσουν το δικαίωμα της συνάδρωσης και της συλλογικής διαπραγμάτευσης ελεύθερα και χωρίς φόβο. Την ίδια ώρα προφανώς χρειάζεται ενδυνάμωση του κοινωνικού κράτους, αλλά χρειάζονται και πολιτικές δημιουργίας αξιοπρεπών θέσεων εργασίας μέσω δημόσιων επενδύσεων και μακροπρόθεσμων κρατικών στρατηγικών. Η επιτροπή επίσης καλεί και τα κράτη μέλη και την Επιτροπή να προωθήσουν στρατηγικές καθολικής κάλυψης των εργαζομένων με συλλογικές συμβάσεις.

Zgłoszenia z sali

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, tato zpráva reaguje na nárůst počtu různých forem zaměstnání v Evropské unii, které nazývá nejistými. V období mezi roky 2008-2016 narostl počet polovičních úvazků daleko rychleji než plných úvazků, a to o 11%.

Zpráva definuje koncepty důstojné práce a nejistého zaměstnání a navrhuje právní rámec, který má zajistit pracovníkům přiměřenou ochranu. Musím říci, že nepodporuji zcela tuto zprávu, a to z důvodu jejího celkového vyznění. Flexibilní formu práce, včetně tzv. zkrácených úvazků, chápe a priori jako něco negativního.

Naopak podporuji nutnost určité regulace nových forem práce a zásadně odmítám ideu, že jedinou důstojnou prací je zaměstnání na dobu neurčitou. To dnes již neplatí. Doba si žádá, aby existovala v této oblasti flexibilita, která je vhodná pro rodiče malých dětí, studenty či zaměstnance firem, které mají problémy a potřebují, aby zaměstnanci snížili úvazek. Proto tedy mám k této zprávě výhrady.

Julie Ward (S&D). – Mr President, there is no question that today's leaders and decision-makers have let down the younger generation. Young people today face continuous precarious employment as a way of life. The EU must take a lead in establishing workers' rights in the new emerging gig economy, with online platforms providing temporary uncertain work to millions. The internet age has opened up many new opportunities for a dynamic, vibrant economy, but we must not compromise on people's rights to decent work – and that includes people with disabilities.

I hope that the EU follows through on ensuring high-quality employment for young people and marginalised people and I will continue to fight for British youth to enjoy the benefits of those programmes too.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, biti zaposlen bolje je nego biti nezaposlen. Krenimo od toga. Radna mjesta na pola radnog vremena ili na određeno razdoblje bolja su od dugotrajne nezaposlenosti.

To, naravno, ne znači da takvim poslovima treba težiti, ali niti da ih treba vječno izbjegavati jer su, kako se i u ovom izvješću više puta ponavlja – nesigurni. Politika se tu onda nastoji prikazati zaštitnikom ljudi pa jamči da će te poslove učiniti sigurnima.

Dugoročno je siguran posao samo onaj koji je tržišno isplativ. Svaki posao koji nije tržišno isplativ, a uz pomoć politike preživljava, čini to na račun drugoga koji onda također postaje neodrživ. Što više politika spašava, to je više neodrživih koji onda u vrijeme recesije potpuno potonu i izazovu lančanu reakciju.

Da se razumijemo, trebamo težiti tome da uvjeti rada za sve Europljane budu što bolji. No, bojim se da to nećemo postići dodatnom regulacijom, nego isključivo potičući konkurentnost i mičući barijere s jedinstvenog tržišta.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor presidente, en primer lugar quiero reconocer el gran trabajo del ponente con este informe; y es que además considero que es central debatir sobre la precariedad laboral, en un contexto en el que en muchos países europeos estamos asistiendo a un cambio: del Estado del bienestar al «Estado de la precariedad».

La semana pasada estuvieron en el Parlamento Europeo camareras de piso de España y Grecia, un colectivo absolutamente feminizado y en condiciones de explotación —como reconoce el propio presidente de la cadena AC Hoteles, Antonio Catalán—.

Hacer entre cuarenta y ochenta camas diarias; que el 70 % de las trabajadoras tenga que tomar medicamentos para poder realizar su actividad laboral como consecuencia de las enfermedades músculoesqueléticas y psicosociales; que lleguen a cobrar unos dos euros y medio por habitación; que cobren entre un 20 % o un 30 % menos que otros trabajos de la misma categoría profesional, en el mismo sector, que no están feminizados; o que se apliquen sistemáticamente contratos fraudulentos de formación y temporales son algunas muestras de cómo la precariedad no solo persiste, sino que crece en un sector pujante que genera cada vez más beneficios.

Pero tenemos más ejemplos de nuevas formas de precariedad. Es el caso de los trabajadores de las plataformas *online* —mal llamada «economía colaborativa»— como los trabajadores de Deliveroo, que ayer fueron a la huelga en mi país.

La precariedad laboral es un mal social que pone en riesgo el sostenimiento de muchas vidas, pero también de nuestro Estado social.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, στη σύγχρονη εποχή και στον τομέα της εργασίας, αντί τα πράγματα να βελτιώνονται, συνεχώς χειροτερεύουν. Βλέπουμε ότι αυξάνεται η ανεργία κυρίως των νέων, υπάρχει επισημική εργασία, υπάρχει ψευδής αυτοαπασχόληση, καταπατούνται τα εργασιακά δικαιώματα των εργαζομένων και πολλές φορές οι εργαζόμενοι πιέζονται να αποδεχθούν μισθούς οι οποίοι είναι πολύ χαμηλοί, παρά το γεγονός ότι εργάζονται πάρα πολλές ώρες.

Όσα ευχολόγια και αν εκφραστούν, όσες σωστές προτάσεις και αν κάνει ο εισηγητής, ο κ. Συλικιώτης, εάν η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν πάψει να επεμβαίνει, με τον τρόπο που επεμβαίνει, στις οικονομίες των κρατών, δεν πρόκειται να βελτιωθεί η κατάσταση. Επενέβη στην Ελλάδα η Ευρωπαϊκή Ένωση και το ΑΕΠ της χώρας έπεσε στο εν τρίτον.

Άρα λοιπόν, πρέπει να γίνει αντιληπτό ότι το κάθε κράτος έχει δικό του οικονομικό σύστημα και πρέπει από μόνο του να ρυθμίζει τα της οικονομίας του, ούτως ώστε να μπορεί να αντιμετωπίσει τα προβλήματά του.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, the Commission thanks Mr Sylikiotis for his own-initiative report on working conditions and precarious employment. The report rightly calls for work being transformed through digitalisation and new employment being created as a result of it, to be decent. It also points out the need to guarantee effective protection for workers, regardless of the type and duration of employment relationship, and to address non-standard, atypical and precarious forms of employment, while paying special attention to vulnerable groups. And we hear your call to strengthen social dialogue and promoting the extension of collective bargaining.

All these concerns about workers' rights and opportunities in the 21st century were also raised by different stakeholders last year during the extensive public consultation we organised on establishing a European Pillar of Social Rights. So let me assure you that the Commission is taking action to address those challenges. Let me give you three examples. On 26 April, we launched a social partners' consultation to collect their views on the possible direction of an EU action to ensure that people in all forms of employment have adequate access to social protection and employment services. We have also initiated a social partners' consultation on a possible revision of the Written Statement Directive. We want to ensure clarity for workers and employers on their contractual relationship, irrespective of the type of contract.

Another important work strand is the European Pillar of Social Rights that we presented on 26 April. Among other things, it aims to promote employment relationships that do not lead to precariousness and to deal with the abusive use of atypical employment contracts. We have opened the discussion on how to better align our social security systems with the new forms of work. We want to ensure that as many people as possible, including the self-employed and gig economy workers, are covered and can build up rights against contributions. The Pillar also recognises the right to fair and equal treatment for workers regarding working conditions and access to social protection and training, regardless of the type and duration of the employment relationship. In addition, the Pillar recognises the right to quality and inclusive education, training and lifelong learning, in order to acquire and maintain skills that enable people to participate fully in society and manage successfully the transition into the labour market. The Commission already recognised the importance of reskilling and upskilling last year. A year ago we launched a New Skills Agenda for Europe, calling on all stakeholders to work together to improve skills in Europe and keep pace with the fast-changing needs of the labour market and society.

Last but not least, a word on social dialogue. The Commission is very committed to promote well-functioning social dialogue at all levels. This is also recognised by the Pillar, which encourages the social partners to negotiate and conclude collective agreements in matters relevant to them while respecting their autonomy and the right to collective action. The Commission already supports the capacity-building of social partners in order to develop a broad collective bargaining and effective social dialogue mechanism across the EU. Your report raises awareness of the current challenges, such as the rapid digitalisation or new forms of employment that are blurring the boundaries between dependent employment and self-employment.

So we need to act now. Our common goal should be improving the life chances of every European. We need to keep up the momentum for social Europe at all levels. This is why we are aiming at high-level political endorsement of the social pillar by the end of the year. As you know, we have proposed an interinstitutional proclamation of the Commission, the Council and the European Parliament. We count on your support to achieve this goal.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 4 lipca 2017 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – L'emploi précaire augmente. Le nombre de travailleurs ayant des contrats à durée indéterminée et à temps partiel involontaire a considérablement augmenté après la crise financière et économique. Parallèlement, on peut voir plus de faux travail indépendant, une plus grande pauvreté dans le travail et une érosion des droits du travail. Il convient de rappeler que l'emploi précaire ne fait pas que nuire à l'individu, mais comporte également des coûts considérables pour la société en termes de pertes fiscales et de dépenses publiques plus élevées. C'est, pour cela, qu'on a décidé de réitérer notre appel à une directive sur des conditions de travail décentes.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Munca precară este un subiect important, însă actuala criză economică și financiară a avut un efect dublu asupra angajării precare aducând munca precară în centrul atenției pe de o parte, iar pe de altă parte, problema femeilor care ocupă locuri de muncă precare devenind foarte urgentă. Femeile sunt suprareprezentate în munca precară, aceasta fiind nu doar o cauză importantă a diferențelor de salarizare între femei și bărbați, ci și un obstacol în calea perspectivelor de a avansa în locuri de muncă mai bune. Problema condițiilor de muncă și a locurilor de muncă precare a apărut în mai multe rezoluții ale Parlamentului European, în mai multe contexte. Cu toate acestea, situația lucrătoarelor în situație de precaritate nu a fost soluționată în totalitate. Cred că una dintre sarcinile majore pe viitor trebuie să fie aceea de a investi și de a impulsiona cercetarea în domeniul muncii precare și al dimensiunii de gen. Consider că atât Comisia, cât și statele membre trebuie să elaboreze strategii noi privind munca în condiții precare cu orientări clare, concrete și măsuri legislative de integrare a egalității de gen și de reducere a numărului de locuri de muncă precare în rândul femeilor sub umbrela Strategiei 2020.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Aujourd'hui, vous le constatez, les emplois atypiques se multiplient: emplois à temps partiel involontaire, contrats à zéro heure, «ubérisation», et parfois travail non rémunéré! Les emplois classiques sont sacrifiés par l'Union européenne qui détruit ainsi vos droits sociaux, et affaiblit votre système de sécurité sociale et de retraite.

Concrètement? Difficulté de se faire rembourser ses lunettes, ses soins dentaires, son appareil auditif, etc. Et demain? Retraite incertaine ou trop faible pour vivre décemment. Pauvre France, hier à la pointe des droits sociaux, aujourd'hui si fébrile. Le rapport voté à Strasbourg ce mardi 4 juillet comporte la liste des risques liés à cette destruction: ironie cynique de constater un échec, après en avoir été l'instigateur...

Malheureusement, l'ensemble des propositions n'est qu'une liste de vœux pieux, une litanie d'un monde meilleur, sans mesure concrète. Nous déplorons qu'il n'y ait pas l'analyse des causes comme, par exemple, les politiques de libéralisation de l'économie qui auraient constituées une piste sérieuse de travail.

La seule solution proposée ? Des investissements étatiques, impossibles puisque la Commission condamne, dans ses recommandations par pays, les investissements nationaux!

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Acompanhamos os muitos pontos positivos que o relatório apresenta, como a defesa da contratação e da negociação coletiva, a necessidade de reforço das estruturas representativas e dos sindicatos e o seu envolvimento ativo na definição das políticas e da legislação laboral, ou o aumento da fiscalização e do combate à precariedade, ou a defesa de serviços públicos gratuitos e de qualidade, nomeadamente na saúde e na educação.

Rejeitamos, contudo, em absoluto, as noções intoleráveis que a direita procurou introduzir, desde a flexibilidade laboral, a individualização de direitos, à validação da precariedade como uma necessidade em função dos interesses dos patrões. A precariedade existe, está regulamentada pelas vossas políticas laborais e é um instrumento de exploração dos trabalhadores!

Denunciamos também o alinhamento da direita e da social-democracia para diluir ou expurgar do documento importantes contributos a respeito da igualdade entre homens e mulheres, que resultaram do Parecer que a Comissão das Mulheres aprovou, nomeadamente as razões e os fatores de discriminação da mulher, como a exploração, a precariedade e a pobreza afetam particularmente as mulheres, ou a necessidade de aumentar os direitos e a duração da proteção na maternidade, com licenças pagas a 100% e equipamentos públicos gratuitos como creches e pré-escolares, ou um firme combate às discriminações em razão do sexo.

Jutta Steinruck (S&D), *schriftlich*. – Null-Stunden-Verträge, Scheinselbstständigkeit und ungewollter Teilzeitbeschäftigung sind auf dem Vormarsch. Aktuell besitzen nur noch 59 Prozent der Arbeitnehmer in Europa Vollzeitverträge. Ein Grund dafür ist auch der mangelnde Ehrgeiz der EU-Kommission und einiger Mitgliedstaaten, sich zu einem starken europäischen Sozialmodell zu bekennen. Gleichwertige Arbeit, gleiche Rechte und fairer Wettbewerb sind Voraussetzungen eines gut funktionierenden Binnenmarkts. Nur so können Arbeitnehmer sowie kleine und mittlere Unternehmen geschützt werden. Im Initiativbericht fordern wir deshalb die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, bei der Überarbeitung der Entsenderichtlinie das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ festzuschreiben. Auch dürfen neue digitale Jobs – etwa auf Onlineplattformen – nicht im rechtsfreien Raum hängen. Sie müssen an geltende Arbeits- und Gesundheitsschutzvorschriften angepasst werden.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Danes smo že slišali, da ob rasti zaposlenosti rastejo tudi oblike prekarne zaposlovanja. Zaskrbljena sem, ker pod okriljem spodbujanja podjetništva to postaja večinska oblika zaposlovanja. Nove, atipične oblike zaposlovanja pa so na žalost realnost, ki se ji bomo težko izognili. Najbolj učinkoviti bomo, če na to realnost čim prej odgovorimo: 1. s spodbujevalnimi politikami, in sicer tako, da vplivamo na (ne)pojavnost prekarne zaposlovanja; 2. na način blažitve posledic atipičnih oblik zaposlovanja; 3. z zagonom gospodarstva. Prekarne zaposlovanje v družbi povzroča negativen začaran krog, ki dolgoročno vpliva, ne le na kvaliteto življenja posameznikov, temveč tudi na pozno finančno neodvisnost posameznikov, na upad rojstev, na (ne)rešitev stanovanjske problematike, na nižje pokojninske prejemke v prihodnosti ipd., zato je pomembno, da na take oblike zaposlovanja čim prej odgovorimo.

26. Festlegung eines EU-weiten Rahmens für gedeckte Schuldverschreibungen (kurze Darstellung)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Bernda Luckego w imieniu Komisji Gospodarczej i Monetarnej zatytułowane „W kierunku ogólnoeuropejskich ram dotyczących obligacji zabezpieczonych” (2017/2005(INI)) (A8-0235/2017).

Bernd Lucke, rapporteur. – Mr President, covered bonds have been a very successful debt instrument for more than 200 years in Europe. They are convenient and efficient for the issuing institutions and they are reliable assets for investors, in particular for financial institutions.

This success relies on basically two factors. Factor one is economic: economically the success relies on the existence of high-quality collateral on long-lasting assets which are easily valued and repossessed. The second factor is institutional: institutionally the success relies on the existence of a legal and supervisory framework, such as dual recourse, segregation of cover pools and special public supervision.

Given the success of covered bonds, EU law has granted preferential treatment to covered bonds over other assets in various pieces of European legislation, in particular in the Capital Requirements Regulation (CRR), in the Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD) and in the Liquidity Coverage Requirement (LCR) delegated act.

This preferential treatment is only justified if the collateral quality is high, so the first factor that I have mentioned is indeed satisfied. However, the problem is that Union law lacks a clear definition of covered bonds. The Undertakings for Collective Investment in Transferable Securities (UCITS) Directive definition is silent on precisely this first factor, on the quality of assets, relying merely on the institutional characteristics of covered bonds. This is not enough to warrant preferential treatment.

On the other hand, if we look at the second factor – the institutional environment – this suggests that the institutional environment might be expanded to other types of assets, perhaps more risky and less liquid types of assets and covered pools, such as SME credits, infrastructure projects which are not guaranteed by government, or consumer credits, and possibly to shipping finance.

The European Parliament is suggesting drawing a distinction between three different categories of assets, with the third and final class not called ‘covered bond’ but ‘European secured note’. We would like to distinguish between premium covered bonds and ordinary covered bonds, where the premium covered bonds are those which satisfy the higher criteria on the quality of assets that are specified in the CRR, whereas the ordinary covered bonds are merely UCITS compatible.

Parliament is also appealing to national lawmakers to distinguish clearly higher-risk or lower-liquidity assets from those assets which are eligible for UCITS-type covered bonds, leaving SME credits, infrastructure investments and consumer credits to a new instrument which, as I have said, would be called European secured notes.

Expanding the institutional environment to these riskier or less liquid classes of assets would be growth-enhancing, we believe, and would serve the objectives of the Capital Markets Union. Moreover, the European Union’s covered bond framework could then be a sort of gold standard for developing covered bond markets world-wide and could open up the EU capital market for issuers in third countries which make use of this efficient debt instrument, provided they have developed a comparable institutional framework.

However, we insist that EU legislation be principles-based. One of the principles which should not be compromised is financial stability, and we therefore advise that soft bullet and conditional pass-through structures, which shift issuer risk to investors, may play an important role in preventing fire sales in the event of defaulter resolution, but they should be used only in these cases and only with approval of the supervisory authority.

To conclude, what remains to be done, and what this report is silent on, is to remove the market distortions which set CBs at a competitive disadvantage vis-à-vis government bonds. Zero-risk weights for government bonds strongly influence buyers’ market demand by banks in favour of government bonds and are a great impediment in disentangling sovereign debt crisis from banking crisis.

It would be preferable to have all risk weights reflect market assessments of risk, and thereby remove a market distortion which disfavours CBs and involves great systemic risk. It would be good if the legislative proposal which the Commission will present to Parliament also addresses this issue.

Zgłoszenia z sali

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já i u této zprávy si myslím, že by bylo vhodné, abychom o ní diskutovali, protože je velmi kvalitní a tato odborná debata je k takto zásadní otázce, myslím, velmi nutná. Bohužel budou to pouze jednotlivá vystoupení, ve kterých nelze komunikovat vše.

Já bych chtěl panu zpravodajovi podtrhnout to, co i ve své zprávě má, to znamená důležitost transparentnosti při řešení otázky krytých dluhopisů. Požadavek na transparentnost je, myslím si, naprosto důležitý. Zároveň je podstatné, abychom budovali důvěru ve finanční stabilitu. To podtrhl i zpravodaj ve svém vystoupení. Podle mého názoru je důležité, aby prémiové a běžné kryté dluhopisy a evropské zajištěné cenné papíry byly plně kryté portfoliem těch aktiv. Ono je to v té zprávě vyzdvíženo, ale myslím si, že by to mělo tady být zdůrazněno ve vazbě na tu stabilitu. Bohužel v té jedné minutě jsem chtěl ještě hovořit o zajištění vůči úpadku, ale to už se nepodařilo.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il rafforzamento delle prospettive di lungo periodo di crescita economica dell'Unione europea e dei paesi terzi è garantito anche dagli strumenti finanziari, ed in particolar modo dalla trasparenza del loro utilizzo. Mi sono più volte espresso sul tema, anche riguardo all'Unione dei mercati dei capitali, che ha come caposaldo proprio la trasparenza delle attività sia di borsa che di risparmio. Il successo dei *covered bonds* può essere ricondotto a due fattori: economico, anche facilmente quantificabile e recuperabile, ed istituzionale, dovuto alla dotazione di un quadro normativo e di vigilanza che garantisce affidabilità e trasparenza.

Oggi che le obbligazioni garantite stanno diventando comuni in molti paesi fuori dall'Unione europea, qualunque iniziativa legislativa deve essere attentamente ponderata, senza modifiche rilevanti delle regole, che creerebbero incertezza sui mercati. La normativa europea non deve provocare perturbazione nella normativa nazionale. Concordo con la relazione ove propone di continuare a stabilire i tassi minimi del rapporto prestito/valore tramite la normativa europea, lasciando che gli standard tecnici siano decisi liberamente dagli Stati membri.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να ευχαριστήσω το συνάδελφο, τον κύριο Lucke, για την έκθεσή του και να αναφερθώ στη σελίδα 17, όπου γίνεται λόγος για το γνωστό πρόγραμμα αγοράς στοιχείων ενεργητικού της ΕΚΤ, δηλαδή το QE. Θέλω να επισημάνω ότι το 60% του QE έχει πάει πλέον στη Γερμανία και το 20% στη Γαλλία. Ταυτόχρονα, η Ελλάδα έχει μείνει εκτός ποσοτικής χαλάρωσης αλλά η Τράπεζα της Ελλάδος, ως μέλος του ευρωσυστήματος, συμμετέχει στην ποσοτική χαλάρωση και το 2015 και 2016 δαπάνησε 42,5 δισεκατομμύρια EUR για να αγοράσει είτε ομόλογα του ESM, ο οποίος εν συνέχεια δάνεισε την Ελλάδα και επέβαλε μνημόνιο, είτε ομόλογα της Ευρωπαϊκής Τράπεζας Επενδύσεων, η οποία στη συνέχεια δάνεισε στη Fraport που άρπαξε τα περιφερειακά αεροδρόμια. Αυτή είναι η διαδικασία η οποία επικρατεί σήμερα, με αφορμή την ποσοτική χαλάρωση. Απαράδεκτη!

(Koniec zgłoszeń z sali)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, I would like to thank the rapporteur, Mr Bernd Lucke, for presenting this report. We welcome the support the report gives to the harmonisation of covered bonds at EU level. We also welcome the broad consensus among political groups on the way forward. This is encouraging in view of our future work and the upcoming proposal. As announced in the Capital Markets Union mid-term review, the Commission intends to present a legislative proposal on covered bonds in the first quarter of next year.

An EU initiative in my view should serve two complementary purposes. First, we should stimulate covered bond markets as a stable and cheap source of funding for credit institutions, and in return, banks should be able to better finance the real economy. Second, we should make sure that our framework is robust enough to justify the preferential prudential treatment granted to it, for instance, in the form of preferential capital risk weights.

We welcome the key point made in your report in favour of a principle-based approach, building on the strengths and specificities of existing national frameworks – an approach that would respect the characteristics of national markets that are already working well. The Commission will certainly keep this approach in mind when designing our proposals.

In addition, there is a great potential in developing covered bond markets in EU countries that do not have them yet, and also in attracting third-country investors. A robust and widely recognised EU covered bond label would be a major help in this regard. We will be analysing all these elements in the impact assessment that will help us to design the future proposal.

We note your interest in building on the success of EU covered bonds in areas where this label cannot be used at this stage. I am referring to the so-called European Secured Notes. The Commission is currently assessing the case for developing this new product. We will decide on possible Commission initiatives on European Secured Notes, following the results of our assessment. However, in the first stage, we will concentrate our action on traditional instruments backed by mortgages or public sector loans.

Let me conclude by stressing again the appreciation of the work done by the European Parliament. It is a source of encouragement for our future cooperation in this important field.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 4 lipca 2017 r.

27. Die Rolle des fischereibezogenen Tourismus bei der Diversifizierung der Fischerei (kurze Darstellung)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Renatę Briano w imieniu Komisji Rybołówstwa w sprawie roli turystyki związanej z rybołówstwem w dywersyfikacji rybołówstwa (2016/2035(INI)) (A8-0221/2017).

Renata Briano, relatrice. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i pescatori artigianali, in particolare quelli dell'area mediterranea, si trovano a fronteggiare crescenti pressioni provenienti da diversi fattori, tra cui il calo dell'occupazione e la minore attrattiva della professione, ma anche i cambiamenti climatici e l'inquinamento, che hanno portato a un graduale depauperamento degli stock ittici.

In Europa si stanno cercando e sperimentando nuove soluzioni, che vanno verso la diversificazione dell'attività di pesca, sviluppando anche settori come quelli per esempio legati al turismo, che in alcuni paesi vengono chiamati pescaturismo e ittiturismo. La politica comune della pesca lo prevede già, ma la relazione nasce per dare un nuovo impulso a questo tipo di attività. L'obiettivo è quello di creare nuovi posti di lavoro, favorire l'inclusione sociale e il rilancio delle comunità che dipendono dalla pesca.

Le zone costiere europee attraggono milioni di visitatori ogni anno e recentemente si è registrato un crescente interesse per il turismo sostenibile. Pertanto, la diversificazione delle attività consentirà non solo di aiutare un settore in crisi a rialzarsi, ma anche di aiutare pescatori e turisti a incontrarsi e a conoscersi attraverso un mestiere antico, difficile e complesso. Non solo: grazie a questo incontro può crescere la consapevolezza di un consumo responsabile, partendo dalla conoscenza delle diverse specie di pesci, anche di quelle meno note, che sono spesso meno care ma non per questo meno buone.

Per beneficiare al massimo delle potenzialità economiche e sociali legate a questo settore, occorre agire su più fronti: prima di tutto armonizzando la definizione e la base giuridica del turismo legato alla pesca, che vede notevoli differenze da uno Stato membro a un altro – ad esempio, in Italia è considerato un'attività professionale, mentre in Francia un'attività occasionale. È necessario, poi, armonizzare anche le norme europee in materia di sicurezza, in modo da poter utilizzare le imbarcazioni adibite alla pesca artigianale per escursioni turistiche o per esperienze di pesca diretta, garantendo l'incolumità di chi è a bordo. Occorre infine favorire gli investimenti a livello nazionale, regionale e locale per migliorare i servizi, da una migliore connessione Internet alla ristrutturazione degli impianti, passando per la valorizzazione delle culture e delle tradizioni locali.

Andrebbero sfruttate meglio le risorse messe a disposizione dal FEAMP, e contemporaneamente bisognerebbe rafforzare la collaborazione tra le amministrazioni pubbliche, i FLAG (ovvero i gruppi di azione locale), gli esperti del settore turistico e i portatori di interesse per promuovere una crescita sostenibile e per sviluppare prodotti innovativi, capaci di rispondere alle aspettative dei visitatori.

La questione della stagionalità potrebbe essere affrontata attraverso campagne informative e promozionali capaci di offrire ai visitatori diverse attività durante l'intero arco dell'anno, ad esempio attraverso l'organizzazione di eventi. Le attività turistiche collegate alla pesca, in particolare pescaturismo e ittiturismo, rappresentano quindi in molte regioni europee una reale forma di integrazione e diversificazione dell'attività primaria, e sono economicamente vantaggiose per i pescatori e sostenibili ambientalmente.

Purtroppo, però, sono ancora troppo poco conosciute dal grande pubblico e troppo poco valorizzate da parte delle istituzioni. Per questo c'è bisogno di uno sforzo comune e condiviso che coinvolga tutte le parti interessate e che permetta alle comunità costiere, ai pescatori e ai turisti di beneficiare appieno delle grandi opportunità che questo settore ha da offrire. Colgo l'occasione per ringraziare tutti i colleghi, i relatori ombra, per l'aiuto e l'interesse dimostrato per il lavoro che abbiamo fatto insieme.

Zgłoszenia z sali

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já nechci zpochybňovat důležitost tohoto tématu i ve vazbě na příslušnost paní navrhovatelky. Chápu, že nová pracovní místa může skutečně cestovní ruch v rybářství přinášet. Dokonce nezpochybňuji ani sociální soudržnost, kterou toto téma může skutečně přinášet. Má to nepochybně i rozměr spolupráce mezi státy: Chorvatsko, Itálie, Slovinsko, to je oblast Jaderského moře.

Ale to, co skutečně zpochybňuji, to je otázka nezbytnosti definice právního základu pro tuto aktivitu, to znamená pro cestovní ruch v rybářství. Já si myslím, že toto je věc, která nepotřebuje definování právního základu. Měli bychom se zaměřit na udržitelnost. Aby míra vyčerpanosti zdrojů našich moří a pobřežních vod nebyla tak extrémní a tak vysoká, jako už je v současnosti. Na to bychom se měli zaměřit, ale jestli potřebujeme definovat právní základ, o tom tedy jednoznačně pochybuji.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhor Presidente, desde já quero congratular a relatora, Renata Briano, pela iniciativa deste relatório e pelo seu conteúdo final. A diversificação do rendimento é essencial para a pesca na Europa. Por um lado, muitos mananciais estão depauperados e, por outro, os pescadores lutam por recuperar rendimentos. Há que encontrar soluções sustentáveis e esta pode ser uma delas.

Dentro de estritas condições de segurança, as embarcações de pesca profissional artesanais dos Açores – região de onde sou oriundo – podem operar com turistas a bordo. Neste momento há já uma conjugação de esforços entre a indústria pesqueira e a restauração, o que permite ao visitante assistir e auxiliar na captura e depois aprender a confeccionar o pescado, de acordo com a tradição desta região ultraperiférica. Este é um processo coordenado pela Associação das Mulheres na pesca dos Açores. Penso que o exemplo açoriano pode e deve servir de modelo para outras zonas da Europa insular e continental.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, quisiera dar las gracias a la señora Briano por el trabajo realizado y decirle que estoy de acuerdo en diversificar la renta de las zonas pesqueras, pero que no debemos olvidar que su actividad principal es la pesca. Sus productos, los oficios, las tradiciones y la cultura que se derivan de ella son la base para construir actividades de diversificación atractivas.

Me voy a abstener en la votación porque este informe se centra más en sugerir las posibilidades que abre el turismo que en garantizar que sean las comunidades locales quienes disfruten de las rentas complementarias procedentes de las nuevas actividades para hacer su actividad sostenible.

Echo de menos más referencias a la protección de la pesca y sus profesionales y a su protagonismo en el diseño, el emprendimiento y la comercialización de la oferta de nuevos bienes y servicios. Solo así garantizaremos que se base en la autenticidad —la clave de su éxito— y nos aseguraremos de que los beneficios, mucho más que empleos en el sector de hostelería, queden en estas zonas tan presionadas por factores como la contaminación, la estacionalidad, la reducción de cuotas de pesca o el límite del número de especies que puedan capturar.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhor Presidente, entendemos que o turismo ligado à pesca, se for realizado de maneira responsável, pode ser um complemento para o setor das pescas e contribuir para a valorização da cultura dos produtos da pesca. Mas quero deixar bem claro que as atividades turísticas não podem, em caso algum, substituir nem ter impactos negativos nos vários tipos de pesca.

A pesca é, antes de tudo, uma atividade económica fundamental em países como a Galiza e em outras zonas costeiras da Europa. Os pescadores e pescadoras querem viver do seu trabalho, não querem tornar-se guias turísticos. Devemos ter em mente que nem todas as áreas têm as mesmas possibilidades de atrair turismo de pesca e que este tipo de projetos, se não forem desenvolvidos de maneira responsável, podem esgotar-se rapidamente e ser extremamente sazonais.

Por este motivo pedimos muita prudência antes de qualquer tipo de incentivo fiscal para o turismo marítimo. Acho também que a UE deve apoiar, em primeiro lugar, que a pesca seja ambiental e economicamente sustentável e deve dar prioridade ao consumo de produtos da pesca local.

David Coburn (EFDD). – Mr President, the cell door slammed shut behind him. He remained leaning against the bolted metal door for a few seconds before pacing across the cell – 10 paces in all. He still couldn't really believe it. What had the judge said? 'You must pay for your criminal actions: take him down'. What had he done? He had gone fishing. Just a bit of fun. The catch was unimportant. What was the technical term? 'Common fisheries policy prohibited recreational angling catch'. How was he to know that he was only allowed to catch two bass, that the third – he hadn't asked it to bite, it just had, and it made him a criminal. How did you get banged up for going fishing? The world was truly absurd.

This could be a short story by Kafka; in its implications, this report is both frightening and absurd. You are thinking of the stuff of dystopian nightmares and not fit for the real world and a tyranny to ordinary people and ordinary fishermen throughout Europe.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, turizam i ribarstvo za građane koji žive na hrvatskom Jadranu, na onim područjima, pogotovo na otocima, na kojima se tradicionalno lovi riba, je nešto što danas ovdje razmatramo, i možemo reći da je prijedlog ovog izvještaja na neki način win win kombinacija. Jedna sinergija između onog što danas stvara turizam, kao relativno novija gospodarska grana, i ribarstvo kao tradicionalna gospodarska grana u Hrvatskoj.

Ja bih htio istaknuti činjenicu da se na taj način mogu razriješiti mnogi problemi s kojima se i ribarstvo suočava, mnoge obitelji mogu se posvetiti tzv. turističkom ribarstvu i mogu stvoriti za sebe nove priloge i nove mogućnosti. Naravno da se u cijelosti ribarstvo ne može na taj način zaobići, ali se sigurno može učiniti nešto na dobrobit onih ljudi koji sve manje imaju mogućnosti izlova ribe. I na kraju pozivam na to da ne zaboravimo na riječno ribarstvo i na harmonizaciju propisa Europske unije.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a crise profunda em que se encontra o setor das pescas em vários países e regiões, e em particular o segmento da pesca de pequena escala tem causas concretas bem identificáveis. Causas indissociáveis do fracasso da Política Comum das Pescas da União Europeia nas suas várias dimensões: falhou em assegurar um rendimento digno aos pescadores, falhou em contribuir para o desenvolvimento socioeconómico das regiões costeiras, falhou em assegurar o abastecimento de pescado às populações no quadro de uma boa conservação dos recursos.

É no quadro deste rotundo fracasso que surgem muitas das teorias da diversificação que, de resto, têm paralelo noutros setores como o da agricultura.

Sem pôr em causa aspetos positivos que possam resultar das atividades que, a par da pesca, sejam complementarmente (e não alternativamente) exercidas pelos pescadores, como é o caso do turismo, importa sublinhar que o objetivo e função primeiras do pescador é pescar. Para que o possam continuar a fazer por muitos anos, aquilo de que precisamos é, antes de mais, uma mudança de políticas.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I welcome Parliament's own-initiative report on the role of fisheries-related tourism in the diversification of fisheries. As Ms Briano rightly pointed out in the report, supporting small-scale coastal fisheries, and promoting diversification within and outside commercial fisheries towards tourism activities, in particular at the local level, is important for the socio-economic fabric of coastal areas and helps to improve the quality of life of fishermen and their families.

Thanks to the European Maritime and Fisheries Fund, which is the structural support tool for the common fisheries policy for the period 2014-2020, Member States can implement several of the measures that are proposed in the report.

Concerning diversification within commercial fisheries, these measures range from training of fishermen, promoting networking and exchange of experiences and best practices to diversification and new forms of income for fishermen. We estimate that these measures amount to close to EUR 65 million of European Maritime and Fisheries Fund resources under shared management.

As regards the specific support to small-scale coastal fishing, let me underline the fact that the fund permits higher aid intensity rates of up to 80% for all operations related to small-scale coastal fishing. Some examples of the latter are: support for young fishermen in starting out, health and safety, diversification, partnerships between scientists and fishermen, training, life-long learning, marketing and processing and innovation.

For activities outside commercial fisheries, fishermen can apply for funding under community-led local development, in the framework of a local development strategy. Approximately 10%, or around EUR 519 million of our fund, is devoted to community-led local development.

Under the EMFF, 73% of all local development strategies funded include tourism as an important part of their strategy. Therefore, in the current period, the Commission estimates that approximately three quarters of all expected 350 fisheries local action groups will have included tourism as one of their main areas of action in their local development strategies.

Thus, tourism-related activities feature prominently. And this should be surprise. Tourism employs over 3.2 million people and generates a total of EUR 183 billion in gross value added. It represents over one third of the maritime economy.

An important part of that is marine recreational fisheries, which are becoming increasingly important for many coastal communities that rely on tourism. Our 2014 coastal and maritime tourism strategy, which you have also mentioned, considers recreational fishing as one of the options for diversifying the tourism offer and for helping address the issue of seasonality. We are supporting this diversification, for instance we have three ongoing projects funded under the EMFF that are linked to underwater cultural heritage, which is also in line with the 2018 European Year of Cultural Heritage.

Thematic itineraries along nautical routes have been very successful, and we are currently selecting new projects for funding. In March this year, we presented the nautical tourism staff working document, which analyses a number of actions to be undertaken in the field of nautical tourism. These range from support for the qualifications of professional yacht skippers and recreational boating, to waste prevention and the management of marine litter.

You have highlighted the importance of sustainability and preservation of resources. 2017 is the UN Year of Sustainable Tourism for Development. The Commission has been working towards promoting sustainable tourism for many years, through initiatives such as the European destinations of excellence, a Commission initiative which promotes sustainable tourism destination models, dealing with seasonality and rebalancing the tourism flows towards non-traditional destinations.

Sustainable tourism also has an important focus in some sea-basin strategies, such as the European strategy for the Adriatic and Ionian macro-region, where sustainable tourism is one of the central pillars.

Also in the context of marine protected areas we work with member states to support the creation and extension of existing marine protection areas, and to ensure that tourism activities in marine protection areas are managed in a sustainable manner, and are preferably distributed in a balanced way throughout the year, avoiding summer peaks.

In conclusion, we welcome this report and its emphasis on promoting smart, sustainable and inclusive tourism, also at the local level, by pulling together the resources, contact persons and actions of all the relevant services. We hope that by doing so, we will be able to preserve both our traditional fishing activities and our marine resources, while ensuring the well-being of people living in those fishery areas.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 4 lipca 2017 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Daciana Octavia Sârbu (S&D), în scris. – În ultimii ani, o mare parte din comunitățile pescărești tradiționale din întreaga Uniune Europeană se află sub o presiune tot mai mare din cauza mai multor factori negativi, precum pescuitul excesiv și diminuarea stocurilor de pește, schimbările climatice, poluarea, scăderea populației și, nu în ultimul rând, scăderea atractivității profesiei de pescar. Pescarii din Delta Dunării se află în această situație. Condițiile precare de viață duc la îngreunarea procesului de schimb de generații, tinerii preferând să migreze către orașe, unde traiul este mai ușor. Populația este îmbătrânită, forțată să trăiască în condiții de viață vitrege, iar veniturile din pescuit sunt foarte scăzute.

Din păcate, din ce în ce mai multe comunități tradiționale de pescuit din Europa nu mai pot depinde doar de activitatea de pescuit tradițională. Pentru ca acestea să își revină și să rămână viabile, este necesar ca Uniunea să promoveze implicarea acestora în activități conexe precum turismul. De aceea, solicit Comisiei să promoveze și să sprijine în mod activ investițiile orientate spre diversificarea activităților din sectorul pescuitului în ceea ce privește comercializarea și prelucrarea produselor pescărești locale, precum și să stimuleze dezvoltarea canalelor locale de distribuție a peștelui.

28. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia są jednominutowe wystąpienia w znaczących kwestiach politycznych (art. 163 Regulaminu).

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr, szeretném tájékoztatni a Parlamentet, hogy a legutóbbi romániai kormányválság során szinte a teljes román politikai elit és a vezető sajtóorgánmok sovínyszta magyarellenes hangulatkeltésbe fogtak, ami rendkívül veszélyes a romániai demokrácia és az etnikumközi viszonyok stabilitására nézve. Ezzel a cél a politikai válság megoldásának elodázása lehetett, ám közben sikerült a román közvéleményt az 1,3 milliós őshonos magyar kisebbség ellen hangolni. Az ellenzéki pártelnökök szélsőséges kirohanásai mellett a különböző hírcsatornákon az újságírók dezinformációs kampányt folytattak, teljesen hamis képet festve az országban élő magyarokról, más esetekben alkotmányellenesnek állítva be olyan jogos és legitim kéréseket, amelyekre az ország kötelezettséget vállalt nemzetközi megállapodások ratifikálásával.

A párbeszéd elutasítása a többség-kisebbség viszony rendezésében soha nem vezet jóra, ezt tapasztalhatták Európa népei is. Reméljük, hogy Románia esetében a többség hajlandó lesz tárgyalóasztalhoz ülni, hiszen a kisebbségben bármikor partnerre talál, és így el lehet jutni egy többség-kisebbség megállapodáshoz, egy új kezdethez a román-magyar kapcsolatokban.

Miroslav Mikolášik (PPE). – Mr President, I am sure all of you heard about Charlie Gard, a 10-month-old boy in the UK suffering from a rare genetic disease. His doctors concluded that he is no longer entitled to be in this world. Both the domestic courts as well as the European Court of Human Rights approved to discontinue his life-supporting treatment, including nutrition and hydration, and ruled in favour of ending Charlie's life in absolute contradiction to his parents' will to seek experimental treatment in the USA.

How is it possible that even today, when we designate our era as one which respects the most fundamental values of life and human dignity, the United Kingdom does not act in the best interests of its citizens? Imposition of switching off the life-supporting treatment is nothing else than euthanasia. Together with all those of you who demonstrated your support, I strongly condemn this shameful conduct that undermines values of our civilised society's right to life and human dignity.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, stimați colegi, în această seară aş vrea să vorbesc despre drepturile omului, drepturile omului într-o țară membră a Uniunii Europene. Despre ce este vorba: de douăzeci de ani, în țara mea, în România, există o investiție majoră din partea unor cetățeni turci în instituții de învățământ. Este exemplară investiția și peste trei mii de copii învață în această instituție. Din păcate, în ultimii ani, Turcia, prin instituțiile sale, ale statului, dar chiar și prin Ambasada Turciei în România face presiuni asupra investitorilor, asupra profesorilor de origine turcă care lucrează în aceste instituții, asupra familiilor lor. S-a ajuns chiar la arestări, se fac înscenări, ridicări de pașapoarte, neprelungirea pașapoartelor. Practic, instituția de învățământ, care funcționează de douăzeci de ani, este perturbată, dar ceea ce este mai periculos este că acești cetățeni, care trăiesc și au făcut o investiție într-un stat european, nu sunt protejați. Întrebarea mea este: poate Comisia să facă ceva? Putem noi să facem ceva? Suntem într-un acord cu Turcia, nu putem să lăsăm cetățenii neprotejați.

Julie Ward (S&D). – Mr President, British citizens living in EU countries and EU citizens living in the UK have been suffering acute anxiety since last year's referendum in the UK. EU citizenship rights are under serious threat, despite being enshrined in the EU Charter of Fundamental Rights and the European Convention on Human Rights. Theresa May's offer to give residency to some EU nationals if they jump through hoops and pay for the privilege is neither fair nor generous. Indeed, it is an insult to people who have lived and worked in the UK for years. And what of the million or so who will not meet the five-year residency rule, many of whom are Eastern European and Roma, told to go home by emboldened racists? The Tory Government, under Theresa May's shambolic leadership, is responsible for dividing our communities and whipping up xenophobia. A year on from the referendum and we are still no closer to a clear answer on the future of citizens living on both sides of the Channel. This is simply unacceptable.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, arbitražni postupak između Hrvatske i Slovenije, kontaminiran velikim skandalom, došao je kraju. Nakon što su slovenski član Arbitražnog suda Sekolec i slovenska zastupnica Drenik uhvaćeni kako razmjenjuju povjerljive informacije, Hrvatska – koja je u dobroj vjeri ušla u arbitražu – napustila ju je jednoglasnom odlukom Sabora.

Postupak koji je trebao riješiti spor unio je tako još više prijepora u odnose dviju država i dodatno zatrovao priču oko razgraničenja.

A što sad? Susjedi i partneri moraju sjesti i ponovno se dogovoriti oko novog rješenja.

Ovim putem apeliram na Komisiju i ostale države članice da uvažuje činjenicu da je jedna članica opravdano napustila arbitražu i ne priznaje odluku suda koji je, izlaskom Hrvatske iz postupka, izgubio svaki legitimitet u ovom slučaju.

Pritisak na Hrvatsku da prizna ovakvu arbitražu značit će izravno svrstavanje uz jednu članicu protiv druge te suptilno odobravanje netransparentnosti i korupcije u međunarodnim institucijama. Bio bi to velik korak u krivom smjeru za Europsku uniju!

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, odluka arbitražnog suda o graničnoj crti između Hrvatske i Slovenije za Hrvatsku je neobvezujuća jer Hrvatska je izašla iz ovog arbitražnog procesa, koji je naravno kao što znamo bio itekako kontaminiran sa slovenske strane. Međutim, ja polazim i od toga da odluka koju je taj arbitražni sud donio može biti dobra polazišna osnova za traženje konačnog rješenja između dva partnera, između dvije prijateljske zemlje.

Dakle, mislim da bilateralni razgovori koji se očekuju i pozivam premijere da zaista čim prije nađu konačno rješenje kako bi ljudi koji žive uz granicu, zajedno sa mnom jer i ja živim uz tu granicu, zaista bili spokojni i mirni jer su danas itekako zabrinuti zbog svega što se dešava i stvari, nadam se, neće izmaći kontroli. Zato pozdravljam odgovorne reakcije čelnika Slovenije i Hrvatske i pozdravljam njihovu namjeru da brzo nađu konačno rješenje. Ja mislim da je to jedini put i u tom kontekstu vjerujem da će imati podršku svih nas jer je mir i stabilnost u regiji prvenstveno ono što građane zanima.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, no final de abril apresentava-se uma proposta de proclamação interinstitucional sobre o pilar europeu dos direitos sociais. São 20 propostas concretas que se afiguram como um autêntico manual de exploração e nivelamento, por baixo, dos direitos laborais e sociais. Promovem o aprofundamento da exploração e da precariedade por via da flexibilidade, atacam o direito à proteção social e à segurança social pública e universal, alinham a idade da reforma com a esperança de vida, defendem a precariedade e a submissão dos direitos sociais e laborais aos desideratos dos patrões, do grande capital e dos interesses do diretório e das potências da União Europeia. Elimina-se qualquer referência a políticas públicas de serviços como a educação ou a saúde, assumem uma visão mercantilista dos direitos seja na proteção social, na saúde, educação, água, saneamento, energia, transportes, entre outros. Quem os quiser que os pague. O manual de exploração que urge rejeitar e com ele as políticas e constrangimentos da União Europeia que promovem a pobreza, as desigualdades e a asfixia de povos e países soberanos.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señor presidente. No es la primera vez que en esta Cámara denuncio el escándalo del proyecto Castor, entre Cataluña y el País Valenciano, que pretendía inyectar gas natural en un antiguo yacimiento petrolífero y que causó más de 500 movimientos sísmicos. Cuando se paralizó aquel proyecto absolutamente nefasto, el Estado español se comprometió a pagar más de 1 300 millones de euros como compensación a la empresa.

Hace más de dos años —abril de 2015— el Parlamento Europeo lamentó la actuación del Banco Europeo de Inversiones y de la Comisión Europea, a la que requirió que tomase medidas para evitar que fuesen los ciudadanos españoles los que tuviesen que asumir aquella compensación.

La Comisión Europea no ha respondido aún a nuestras demandas. El Estado español está procediendo a una ayuda encubierta, con la excusa de la compensación. Se trata de un escándalo inaceptable y la Comisión es corresponsable de ello al no hacer nada. Así lo denuncio de nuevo, de nuevo, de nuevo.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, un hommage a été rendu samedi 1^{er} juillet, au Parlement européen de Strasbourg, à l'ex-chancelier allemand Helmut Kohl. À mes yeux, cet hommage pose problème pour deux raisons.

D'abord, parce qu'Helmut Kohl était avant tout au service de l'Allemagne. Il a réuni son pays et a créé l'euro sur le modèle du mark. Si l'Union européenne est aujourd'hui à ce point dominée par l'Allemagne, c'est à lui qu'elle le doit. Vous comprendrez qu'en tant que Français, je ne m'en félicite pas.

D'autre part, l'hommage posait aussi problème parce qu'il a été rendu non pas par les députés européens, mais par des personnalités, pour la plupart même pas élus, qui sont venues occuper les bancs des députés.

L'Union avait déjà inventé la démocratie sans peuple, elle vient, le 1^{er} juillet, d'inventer le Parlement sans parlementaires.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, στην Ελλάδα, με νόμο-κοροϊδία της κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ, χιλιάδες συμβασιούχοι στους δήμους θα απολυθούν και ελάχιστοι θα μονιμοποιηθούν. Βλέπετε, μεθοδεύεται, για τα κέρδη των επιχειρηματιών που θα αναλάβουν, η ιδιωτικοποίηση της καθαριότητας και της ανακύκλωσης, με νέα βαριά χαράτσια για τους δημότες. Η oligόμνη εργασία με ψίχουλα και η πολύμνη ανεργία σαν κίνητρο ανάπτυξης είναι η βέλτιστη πρακτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αστικών κυβερνήσεων και τοπικών αρχών, φιλελεύθερων σοσιαλδημοκρατών και κάθε είδους ομοιοταγών που απαιτούσαν εφαρμογή ευρωπαϊκής οδηγίας για να μην ανανεώνονται οι συμβάσεις, να ανακυκλώνονται τακτικά οι άνεργοι και να μην αποκτούν δικαιώματα.

Η πολυήμερη απεργία των συμβασιούχων στην Ελλάδα, που αντιμετωπίστηκε με απειλές, καταστολή και καθοδηγούμενο κοινωνικό αυτοματισμό απ' όλα τα κόμματα που σιωπούν σήμερα για την εργαζόμενη που πέθανε και για άλλον που χαροπαλεύει λόγω εντατικοποίησης της εργασίας με καύσωνα, ανέδειξε ότι η σταθερή μόνιμη εργασία για όλους -άμεσο αίτημα λαϊκής επιβίωσης και सुспείρωσης της εργατικής τάξης- είναι καρφί στην ψυχή του συστήματος. Να γιατί ο αγώνας πρέπει να συνδέεται με την ίδια την ανατροπή του.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl naše zraky obrátit k tématu, které si opravdu zaslouhuje naši velkou pozornost, a to je otázka sucha. Mnohé členské státy a i jednotlivé regiony se dnes potýkají se suchem, které dosahuje katastrofálních rozměrů, a to, že Evropa vysychá, je nesporný fakt.

Myslím si, že je důležité i v rámci České republiky, která je rovněž dotčena, zejména moravské regiony, hledat nové impulsy v hospodaření s vodou. My potřebujeme udržitelné hospodaření s vodou a potřebujeme se inspirovat v zahraničí, kde dochází už dnes k velmi hospodárnému využívání tohoto základního zdroje. Je nezbytné, abychom se chovali šetrně, jak každý sám osobně, tak samozřejmě i při tom nakládání, které je řekněme průmyslové, s vodou, ale zároveň bych chtěl, aby i naše politika soudržnosti obsahovala určitý impuls pro takto znevýhodněné regiony. Myslím si, že naši pomoc potřebují a tyto impulsy jsou nezbytně nutné.

Момчил Неков (S&D). – Г-н Председател, скъпи колеги, скъпи съграждани, на 2-ри март тази година гласувахме с голямо мнозинство резолюция, задължаваща Комисията да спазва европейското законодателство по въпроса, свързан с визовата реципрочност. Четири месеца по-късно отново сме там, където бяхме преди четиринадесет – стратегическо бездействие от страна на Европейската комисия.

Президентът на САЩ за няколко месеца показа, че не зачита международните ангажменти. Европейската комисия явно е решила да толерира точно този модел. Намирам за крайно разочаровашо решението на комисията по правни въпроси, подкрепено от политическите групи на ENP, ALDE и консерваторите, които са гласували срещу волята на мнозинството членове на Европейския парламент и срещу интереса на гражданите на България, Румъния, Полша, Кипър и Хърватия.

Г-н Таяни, в предизборната си реч заявихте, че на Европейския парламент му трябва председател, който да работи за всеки. Покажете, че можете да работите за тези 70 милиона европейци и предприемете необходимите стъпки да се спре дискриминацията срещу тях.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, δεν πρόλαβε καν να στεγνώσει το μελάνι της σκληρής δεύτερης αξιολόγησης και η τρόικα άρχισε να απαιτεί τη λήψη νέων μέτρων, ενόψει της επερχόμενης τρίτης αξιολόγησης. Έτσι, μετά την επιβολή του τρίτου και τέταρτου μνημονίου, μετά το πετσόκομμα των συντάξεων, μετά την επιβολή διαρκούς σκληρής λιτότητας μέχρι το 2060, μετά τη δρομολόγηση του ξεπουλήματος της δημόσιας περιουσίας και των πλουτοπαραγωγικών πηγών της χώρας για 99 χρόνια, μέσω του κατοχικού ταμείου, η τρόικα και ο κύριος Moscovici προανήγγειλαν από Σεπτέμβριο και νέα μέτρα κατά των συνταξιούχων. Κι όλα αυτά, ενώ η τρόικα και οι δανειστές δεν καταβάλουν τουλάχιστον το 30% των δανειακών κεφαλαίων του τρίτου δανειακού πακέτου των 86 δις.

Σύμφωνα με έγγραφο της Επιτροπής, μετά τη λήξη του τρίτου μνημονίου θα περισσέψουν 24,7 δισεκατομμύρια ευρώ. Γιατί λοιπόν η ελληνική κυβέρνηση δεν ζητά τη μείωση των μνημονιακών μέτρων κατά 30%, αφού οι δανειστές θα δώσουν μόνο το 70% του δανείου; Όμως, ο ελληνικός λαός δεν πρόκειται να ανεχθεί την τρόικα και τους βαστάζους της και σύντομα με τον αγώνα του θα τους δώσει το μήνυμα ότι υπάρχει άλλος δρόμος.

Marek Jurek (ECR). – Panie i Panowie Posłowie! Decyzja Komisji Europejskiej o wszczęciu kroków prawnych przeciwko Polsce i Węgrom to albo świadome dzielenie państw Europy, albo kompletna nieumiejętność wycofania się z błędnej imigracyjistycznej polityki. Jedno i drugie świadczy jak najgorzej o obecnym kierunku i metodach działania Komisji Europejskiej. Sprawa ma jeszcze jeden aspekt. Polska i Węgry są tak naprawdę atakowane, dlatego że otwarcie i uczciwie odrzucają politykę, którą ogromna większość państw Europy odrzuca w praktyce. To pokazuje, że tak naprawdę Komisji Europejskiej chodzi jedynie o utrwalanie ideologicznego kłamstwa o aprobachie opinii publicznej narodów Europy dla jej imigracyjistycznej polityki. Oczywiście na kłamstwie nic trwałego się nie zbuduje. Im liczniej i im szybciej ludzie w Europie uświadomią sobie tę prostą prawdę, tym więcej zachowamy szans na owocną i autentyczną współpracę naszych narodów.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospodine predsjedniče, gospodine povjereniče, Komisija je razvila plan povezanosti zemalja zapadnog Balkana, a važna komponenta te povezanosti je energetska povezanost s ciljem integracije tržišta kako bi se smanjili zahtjevi za opskrbu električnom energijom i dobila jeftinija električna energija. Važan dio te energetske povezanosti je i suradnja u okviru energetske zajednice u kojoj zemlje zapadnog Balkana definiraju zajedničke projekte i dogovaraju usvajanje i primjenu zajedničkih standarda u proizvodnji i opskrbi električnom energijom.

Zemlje zapadnog Balkana planiraju izgradnju osam elektrana na ugljen koje ne odgovaraju visokim standardima Europske unije ponajprije u pogledu očuvanja okoliša odnosno kvalitete zraka. Stoga pozivam Komisiju da u okviru plana povezanosti i energetske zajednice pomogne tim zemljama da usvoje najviše standarde zaštite okoliša u izgradnji termocentrala.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor presidente, hace unos días el Banco de España daba por perdidos 60 600 millones en el rescate bancario. Poco después se perdían otros 1 000 en la fusión de Mare Nostrum y Bankia. Con este dinero no habría hecho falta recurrir al fondo de reserva para pagar las pensiones, o cerrar hospitales y escuelas, o la reducción de la protección social. Y podría continuar.

Y eso, sin contar los intereses o las ayudas indirectas, como los créditos fiscales que recibirá el Banco Santander por la compra del Popular, mientras miles de pequeños ahorradores pierden todo su capital en una entidad declarada solvente, un enigma y una vergüenza que el Gobierno del Estado español y el BCE nos tendrán que explicar.

El rescate bancario es un pozo sin fondo que nos deja un sistema financiero concentrado, frágil y alejado de la economía real. La senda del crecimiento exige rescatar a los trabajadores, a los pensionistas, a las familias, víctimas de un sistema financiero depredador e insostenible.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Señor presidente, seguimos avanzando hacia el referéndum de autodeterminación que tendrá lugar en Cataluña el 1 de octubre, un referéndum que apoyamos entre el 70 % y el 80 % de los catalanes. Y, mientras avanzamos, el Gobierno español, incapaz de gestionar políticamente una demanda tan amplia y tan legítima, sigue encerrado en su mundo de descalificaciones y de amenazas.

Estos días nos ha tocado a los alcaldes. Se nos amenaza con actuar contra nuestra supuesta —si la tenemos— osadía de colaborar para que nuestros conciudadanos puedan votar con plena normalidad democrática. Pues bien, la gran mayoría de alcaldes de Cataluña estaremos a la altura, estaremos siempre al lado de la democracia, de las urnas y de la gente.

Cuando un Estado amenaza a los representantes políticos que quieren poner urnas, este Estado tiene un problema grave. Y cuando el Estado que amenaza a los que queremos poner urnas es un Estado miembro de la Unión Europea, entonces es toda la Unión quien tiene un problema.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, je to dnes přesně 25 let, kdy de facto začal rozpad Československa nezvolením Václava Havla prezidentem, a to částí poslanců zvolených na Slovensku, kteří požadovali rozdělení federace a samostatné Slovensko.

Václav Havel pochopil vůli slovenského národa a odstoupil. Po vzniku samostatné České republiky byl v lednu 1993 zvolen prvním českým prezidentem. Jeho čin přispěl k tomu, že Československo se rozdělilo poklidnou cestou formou dohody, kterou některé země považují za příkladnou.

Hovořím o tom proto, že tuto středu, 5. července, budeme zde ve Štrasburku otevírat novou budovu, která ponese jméno Václava Havla. Bude to sídlo Evropského ombudsmana a Václavu Havlovi bude určitě slušet, protože byl, a symbolicky tak zůstane ochráncem práv občanů. Štrasburk je symbolické město pro Francouze i Němce. Toto propojení obou břehů symbolizuje cenu míru. My, Češi, můžeme být v této chvíli hrdi na to, že v tomto městě ponese sídlo evropského ombudsmana jméno Václava Havla.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, večeras ukazujem na neopravdan zahtjev za dvomjesečnom odgodom primjene delegiranog akta koji hrvatskim proizvođačima vina teran omogućuje plasman na europsko tržište.

Vino teran proizvodi se u Sloveniji od sorte refošk, a u Hrvatskoj od sorte teran. Slovenija je zbog ranijeg ulaska u Uniju mogla ranije zaštititi geografsko porijeklo svog vina, a hrvatski su proizvođači pretrpjeli značajne štete zbog nemogućnosti plasmana svog proizvoda na europsko tržište.

19. svibnja Europska komisija delegiranim aktom regulirala je ovo pitanje tako da se uz ime teran tiska i dodatak hrvatska Istra. No, nekoliko dana prije stupanja akta na snagu uložen je zahtjev za odgodu njegove primjene. O tome će glasovati Odbor za poljoprivredu sljedeći tjedan.

Apeliram da se odbije neutemeljen zahtjev za odgodom primjene delegiranog akta o teranu. Hrvatski vinari čekaju 4 godine predugo.

Imena proizvoda u mnogim slučajevima prelaze nacionalne granice, što je najbolji dokaz zajedničke prošlosti proizvoda i potrebe za suradnjom. Očekujem da će se svim proizvođačima terana omogućiti plasman proizvoda čija su kvaliteta i geografsko porijeklo, ali i pravni argumenti za zaštitu apsolutno neupitni.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Mr President, when the Berlin Wall fell I was sitting in my father's little Fiat 750 in Sarajevo, hoping to be in Berlin and see what freedom looked like. I was already this long, so I had to take the first seat out of the car in order to fit in that little car. But it didn't help. The car was produced in a socialist fabric in the former Yugoslavia, so we didn't make it. Freedom was not yet for us. For us, freedom will come later, after years of blood, tears and tragic war.

The other Europeans experienced, in the same time, the spread of liberal and democratic values. I am deeply convinced that one of the reasons for that is the wise statesmen who could deal with such tremendous challenges. One of them was Helmut Kohl. He believed in building a new Europe – united, enlarged and free. This is exactly how we should bid farewell to him – by finishing that project. Believing in the power of this legacy, believing that Europe one day will be enlarged, united and peaceful and that even my two friends who were on that unsuccessful trip with me will one day join us.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Na Galiza, no mês passado, a polícia efetuou duríssimas cargas policiais contra pessoas que se manifestavam contra o despejo do Centro Social Escárnio e Maldizer, que provocaram dezenas de pessoas feridas identificadas, tendo sido algumas detidas ainda no dia a seguir.

Agora, a Direção-Geral da Polícia anunciou que tramitará umas 400 propostas de sanção contra 116 pessoas.

O Colégio Profissional de Jornalistas da Galiza denunciou e condenou os impedimentos policiais à cobertura desta manifestação.

O Delegado do Governo na Galiza afirmou, numa entrevista de rádio, que o Governo espanhol controla e persegue pessoas que assistem regularmente a manifestações.

Tudo isto constitui violações gravíssimas do direito à liberdade de expressão e de manifestação. Este Parlamento condenou muitas vezes situações como estas quando acontecem em países terceiros. Temos de dar o exemplo e agir contundentemente quando isto acontece num Estado-Membro.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem chtěl upozornit na jednu věc, která souvisí s aktuální politikou Evropské komise.

Jak všichni víme, 13. 6. Evropská komise zahájila řízení vůči třem státům, České republice, Polsku a Maďarsku, z toho důvodu, že tyto země odmítají realizovat povinné kvóty a přijímat uprchlíky. Já bych byl velmi rád, kdyby Evropská komise ve chvíli, kdy zvolila takto tvrdé řešení, také vnímala, co toto rozhodnutí Komise vyvolává mezi obyvateli střední Evropy. Jaké to má dopady, jak to posiluje antievropskou náladu a antievropské smýšlení.

V České republice na podzim v říjnu proběhnou volby do Parlamentu, a já jsem – bohužel, to zdůrazňuji – přesvědčen, že tato radikální cesta Evropské komise povede k tomu, že populistické a antievropské síly v české politice a v českém parlamentu posílí. A to je věc, z které nemám radost a kterou si nepřeji. Takže Komise by možná měla postupovat více politicky a přemýšlet, zda zvolená řešení opravdu povedou ke kýženému cíli, a to je posilování Evropské unie. Takto posílujeme pouze Rusko a nepřátele Evropy.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in Italia migliaia di persone si ritroveranno nelle prossime ore davanti al parlamento italiano per manifestare contro la ratifica del CETA, approvato da quest'Aula a febbraio con 408 voti a favore, 33 astensioni e 250 voti contrari, tra cui il mio.

Si tratta innanzitutto di agricoltori, preoccupati perché tale accordo rappresenta il primo lasciapassare per le imitazioni di prodotti gastronomici italiani più conosciuti e meno tutelati. Sono consumatori e ambientalisti, allarmati dall'abbassamento degli standard di sicurezza alimentare e dalla diffusione delle produzioni OGM. Sono lavoratori e piccoli imprenditori, impauriti da un'ulteriore concorrenza al ribasso, da dover pagare a caro prezzo attraverso un'ulteriore dumping sociale. Ma le proteste non sono solo italiane: in molti Stati membri si registrano manifestazioni di questo genere.

È centrale l'impegno della Commissione a seguire con la massima attenzione l'evoluzione della situazione, bloccando tutti i tentativi di violazione delle regole che possano contribuire a danneggiare i nostri prodotti, l'occupazione, l'ambiente e la salute.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D). – Domnule președinte, dragi colegi, pentru pacienții suferind de neoplasm, includerea într-un studiu clinic a unei metode noi de tratament sau a unei tehnologii experimentale poate însemna șansa unei îmbunătățiri a calității vieții, a unei regresii a stadiului bolii sau chiar diferența dintre viață și moarte. Din păcate, există și cazuri în care aceste șanse nu sunt distribuite în mod echitabil între cetățenii Uniunii Europene, deși una dintre preocupările fundamentale ale Parlamentului European este conferirea de drepturi egale tuturor cetățenilor europeni, indiferent din care stat membru fac parte.

În cazul trialului clinic APOLLO, pentru pacienți suferind de mielom multiplu, studiu susținut de compania Janssen, niciun pacient român nu a fost încă inclus în acest trial. Deși România a fost călduros recomandată de coordonatorul studiului, profesorul Dimopoulos de la Universitatea de Medicină din Atena și, cu toate că România îndeplinește toate condițiile pentru a fi inclusă în acest trial, din zona Balcanilor, doar Grecia, Turcia și Serbia au fost acceptate pentru acest studiu. Întrebați, reprezentanții companiei Janssen au motivat refuzul pe baza unor probleme administrative, de neacceptat atunci când la mijloc se află viețile unor oameni. Fac un apel pe această cale la o reconsiderare a acestei decizii și la reevaluarea României în scopul includerii în etapele viitoare ale studiului APOLLO.

Przewodniczący. – Zamykam dyskusję nad tym punktem porządku dnia.

29. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

30. Schluss der Sitzung

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 23.00)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3000

2.5.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 4. JULI 2017

(C/2024/3000)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 3. bis 6. Juli 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Bilanz des maltesischen Ratsvorsitzes (Aussprache)	4
3. Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen (Aussprache)	19
4. Würdigung von Simone Veil	38
5. Mitteilung des Präsidenten: siehe Protokoll	41
6. Abstimmungsstunde	41
6.1. Ernennung eines Mitglieds der Europäischen Kommission (Abstimmung)	41
6.2. Rahmenabkommen zwischen der EU und dem Kosovo über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme des Kosovos an den Programmen der Union (A8-0207/2017 - Ulrike Lunacek) (Abstimmung)	41
6.3. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2017/001 ES/Castilla y León Bergbau (A8-0248/2017 - Monika Vana) (Abstimmung)	41
6.4. Europäische Normen für das 21. Jahrhundert (A8-0213/2017 - Marlene Mizzi) (Abstimmung)	41
6.5. Festlegung eines EU-weiten Rahmens für gedeckte Schuldverschreibungen (A8-0235/2017 - Bernd Lucke) (Abstimmung)	41
6.6. Die Rolle des fischereibezogenen Tourismus bei der Diversifizierung der Fischerei (A8-0221/2017 - Renata Briano) (Abstimmung)	41

Inhalt	Seite
6.7. Verjährungsfristen für Verkehrsunfälle (A8-0206/2017 - Pavel Svoboda) (Abstimmung)	41
6.8. Gemeinsame Mindeststandards des Zivilprozessrechts (A8-0210/2017 - Emil Radev) (Abstimmung)	42
6.9. Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau (A8-0185/2017 - Sorin Moisă) (Abstimmung)	42
6.10. Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlas- sungen (A8-0227/2017 - Hugues Bayet, Evelyn Regner) (Abstimmung)	42
6.11. Einführung befristeter autonomer Handelsmaßnahmen für die Ukraine (A8-0193/2017 - Jarosław Wałęsa) (Abstimmung)	42
6.12. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2 zum Gesamthaushaltsplan 2017: Einstellung des Haushaltsüberschusses 2016 (A8-0229/2017 - Jens Geier) (Abstimmung)	43
6.13. Längere Lebensdauer für Produkte: Vorteile für Verbraucher und Unternehmen (A8-0214/2017 - Pascal Durand) (Abstimmung)	43
6.14. Vorgehen gegen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen und Ver- brechen gegen die Menschlichkeit, einschließlich Völkermord (A8-0222/2017 - Cristian Dan Preda) (Abstimmung)	43
6.15. Private Sicherheitsunternehmen (A8-0191/2017 - Hilde Vautmans) (Abstimmung)	43
6.16. Arbeitsbedingungen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse (A8-0224/2017 - Neoklis Sylikiotis) (Abstimmung)	43
7. Stimmerklärungen	43
7.1. Europäische Normen für das 21. Jahrhundert (A8-0213/2017 - Marlene Mizzi)	43
7.2. Die Rolle des fischereibezogenen Tourismus bei der Diversifizierung der Fischerei (A8-0221/2017 - Renata Briano)	44
7.3. Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau (A8-0185/2017 - Sorin Moisă)	45
7.4. Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlas- sungen (A8-0227/2017 - Hugues Bayet, Evelyn Regner)	46
7.5. Einführung befristeter autonomer Handelsmaßnahmen für die Ukraine (A8-0193/2017 - Jarosław Wałęsa)	47
7.6. Längere Lebensdauer für Produkte: Vorteile für Verbraucher und Unternehmen (A8-0214/2017 - Pascal Durand)	48
7.7. Vorgehen gegen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen und Ver- brechen gegen die Menschlichkeit, einschließlich Völkermord (A8-0222/2017 - Cristian Dan Preda)	50
7.8. Private Sicherheitsunternehmen (A8-0191/2017 - Hilde Vautmans)	51
7.9. Arbeitsbedingungen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse (A8-0224/2017 - Neoklis Sylikiotis)	51
8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	53

Inhalt	Seite
9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	53
10. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	53
11. Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Kommission für 2018 (Aussprache)	53
12. Verteidigungsplan der EU und die Zukunft Europas (Aussprache über ein aktuelles Thema)	68
13. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	88
14. Auslegung der Geschäftsordnung: siehe Protokoll	88
15. Reflexionspapier zur Zukunft der EU-Finzen bis 2025 (Aussprache)	88
16. Haushaltsplan 2018 — Mandat für den Trilog (Aussprache)	108
17. Wahl Saudi-Arabiens zum Mitglied der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (Aussprache)	118
18. Abschluss des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba (Empfehlung) - Abschluss des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba (Entschließung) (Aussprache)	128
19. Künftige Strategie der EU für internationale kulturelle Beziehungen (Aussprache)	140
20. Empfehlung an den Rat zur 72. Tagung der UNO-Generalversammlung (Aussprache)	149
21. Strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug (Aussprache)	156
22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	164
23. Schluss der Sitzung	164

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 4. JULI 2017

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.05)

2. Bilanz des maltesischen Ratsvorsitzes (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sul bilancio della Presidenza maltese (2017/2658(RSP)).

Prima di dare la parola a Joseph Muscat, voglio ringraziare questa Presidenza per il lavoro svolto in un momento particolarmente complicato, dove l'emergenza immigrazione ogni giorno si fa più preoccupante, migliaia e migliaia di persone si spostano dalla Libia verso l'Europa e per il nostro continente non è facile affrontare questo problema.

Voglio altresì ringraziare la Commissione europea, che si sta fortemente impegnando, come il Parlamento, per trovare delle soluzioni. Mi auguro che anche gli Stati membri facciano altrettanto.

Ringrazio ancora per questo difficile lavoro svolto.

Joseph Muscat, President fil-Kariga tal-Kunsill. – Grazzi Sur President, grazzi Membri ta' din il-Kamra, li ghat-tielet darba fl-ahhar sitt xhur qed nerga' nindirizzakom. Nistqarr li kull esperjenza kienet wahda li mhux se ninsa iżda wkoll id-djalogu li minnha tghallimna hafna.

Fi tmiem din il-Presidenza xtaqt nitkellem ftit dwar dak illi ksibna flimkien iżda xtaqt li l-enfażi tieghi ma tieqafx fuq dak li ghaddejna minnu bhala Presidenza, li tajjeb infakkar li kienet l-ewwel wahda fl-istorja taghna. Imma kif ghidt meta ltqajna l-ewwel darba fil-bidu ta' din l-esperjenza xtaqt li l-kontribut taghna jmur lil hinn minn sempliciment perjodu qasir fl-istorja kbira ta' din l-Unjoni. Xewqa tieghi tibqa' li harsitna bhala politici Ewropej konvinti tibqa' fuq kif se ntejbu hajjet ic-cittadini taghna u kif ghada se nkunu aktar rilevanti mil-lum, kif se naghtu aktar drittijiet u ugwaljanza shiha lil kull cittadin, kif se naghmlu aktar facli biex in-negozi jissahhu, jinholoq aktar xoghol biex aktar zghazagh jahdmu ghax huwa l-gid li johloq ix-xoghol u x-xoghol inaqas il-faqar. Ma rridux nilludu ruhna, ghadna lura sew biex in-nies ihossuhom ahjar kif jisthoqquhom. Kif se nispjega aktar tard, is-solidarjeta ghadna narawha materja ta' flus. Is-solidarjeta veru iżda hija kwistjoni ta' umanità.

Ghalhekk nixtieq li din id-diskussjoni maghkom tkun iktar dwar il-futur tal-Ewropa u mhux biss sempliciment dwar kliem, dwar dak illi ghamilna. U dak li nixtieq inhallu warajna, reazzjoni katina li tkompli ghaddejja bhala mod ta' hsieb anke lill-hbieb taghna tal-Estonja li perswaz li ha jkunu success f'dak illi se jaghmlu. Tkun idea gdida ta' kif nidhlu biex inwettqu l-principji tal-Unjoni Ewropea.

Mr President, I am here today to close a small chapter in Europe's history but one which for us Maltese, the smallest Member State, means a lot. Even though holding the Presidency of the European Council might not have a direct effect on citizens, the Maltese people feel a sense of pride, and every time we closed a dossier and we were praised or criticised we felt part of something larger than the small island we live in.

Let me start by transmitting a sense of the positivity that the EU Presidency has brought to our country. During the past six months we achieved a lot in terms of making a difference in people's lives. We closed important dossiers – ending roaming charges and introducing cross-border portability, which affects apps we use in everyday life, and moving ahead with the WiFi4EU initiative. Other important dossiers which we closed were the Anti-Tax-Avoidance Directive, the double-taxation dispute resolution mechanism, better protection for workers from cancer-causing substances, and rules on business-to-consumer contracts for the supply of digital content.

The EU joined the Istanbul Convention on Preventing and Combating Violence against Women. We have also seen serious advancement on gas security of supply, paved the way for 5G, and reached an agreement on the Malta Declaration charting the EU's way forward.

These are important issues and initiatives which, if communicated effectively, can show citizens – even the most sceptical millennials – that the EU matters for them, on issues like the use of Spotify through the available free wifi connection, to women's rights, to enhanced worker's rights, to facilitating future technologies.

I must stress that these are all positive achievements which we should be talking to citizens about in our daily interactions on the media and when we meet our citizens face-to-face.

The Presidency, however, was also a stark reminder that there are issues which we are still at loggerheads about. Migration, Mr President, is one of them. For all the good intentions which we all declare, including through signed declarations, when it boils down to real, effective solidarity, we, as Member States, should all be ashamed of our record. Countries like ours are now home to thousands of migrants and have been for the past decade or so; countries like Italy have seen hundreds of thousands of children, women and men reach their shores; and now we look at Europe, at politicians, and think 'Well, on this issue this Europe is a failure'.

So, do we blame any citizen in any country who feels short-changed because of the geographical reality they live in? How are we making a difference in these peoples' lives? Are we just blaming them for turning to extremist parties? It is in this context that Malta supports the agreement reached between Italy, France and Germany in the presence of Commissioner Avramopoulos.

We agree with the need for more financial transparency for NGOs, more specifically who is funding them and why: not to engage in some sort of war of words with these organisations, but to make sure that we all play by the same rules. We agree also that there need to be clear rules of engagement, that we should not engage in Libyan territorial waters, and that there is a need for more coordination between the coastguards involved.

I must remind you that our small island, the smallest Member State, devotes 100% of its military assets to cooperating with all the relevant authorities to save lives at sea. However, to be very clear, this cannot go on forever. In the absence of real solidarity by all Member States, no one should blame the Member States affected for then trying to protect their national interest. But this is a road we do not want to go down. I think that we are still in time to have not only effective solidarity and effective border protection but also a way of managing this phenomenon together, rather than reacting once again, as we have been doing, in crisis mode. It has felt like the tail wagging the dog, rather than a situation in which we grasp control, we have an effective discussion and we move ahead, while making very clear what European values are and how they can be implemented.

It is the time for choices for everyone. European Union membership is not something whereby you choose which values you adhere to and which values you do not adhere to. European Union membership is one set of values for each and every one of us.

Our Presidency also had to deal with Brexit – this disastrous creature which all of us should have seen coming but none of us acted to stop. We have worked on this with some of the best people in the field, and here let me praise once again Michel Barnier's contribution and the excellent collaboration between Council, Commission, Parliament and the Presidency of the Council of Ministers.

But then again, what are we praising here? The terms of a painful divorce which millions of citizens will have to go through? What are we doing, and what are we not doing, in order to make sure that such an experience does not present itself again in the future?

I believe that this self-critical analysis of our work should stand. This is not self-flagellation but a reflection of what people in our cities, towns and villages are telling us.

There is another dimension which we should not disregard. Europe does not stop with its borders. Our role in the world is as crucial and central as any other continent, and has become even more so in the past few months. We are at the forefront on certain issues which cut through oceans and forests, such as climate change. In this context, we must keep on defending the agreement on climate change that was born in Paris – that was born in Europe – and spread it from north to south and make sure that it gets implemented.

Europe must not close its eyes to what is happening just 60 km off our coast in Libya, because Europe is Libya's neighbour and Libya is Europe's neighbour. Our seas should be a force to unite the world. Our vision for the world must be to build bridges and not walls. But first we must understand that solidarity begins at home and should be shown with the smaller Members of our family and those going through a crisis.

Together we have overcome so many challenges, and if we heed our people we will once again rise to the occasion and bounce back on the crucial issues that affect citizens in the workplace, in our kids' classrooms, in our hospitals and in our homes when families sit around the table to discuss their daily successes and failures.

Finally, a word of thanks to Council President Donald Tusk, to my dear friend Jean Claude and all his team and to yourself, Mr President, and your predecessor. Your constant support was the guiding light of our Presidency. Who would have thought that a small island of Malta's proportions – just half a million in population, the size of a medium-sized city in Europe – would have managed to chair hundreds of meetings and conclude important measures affecting the lives of so many millions of Europeans? That, I believe, is the beauty of Europe.

I will sign off by wishing all the best to our Estonian colleagues and by recalling what was, I think, one of the fantastic moments of our Presidency where we were together in Rome and were hosted by President Mattarella. He gave a definition of Europe to which I subscribe. He said that Europe is made up of 'small States and those that have not yet come to realise that they are small'. I believe that really is our Europe.

Presidente. – Signor Primo ministro, le Sue preoccupazioni sul tema della solidarietà sono le nostre. Il Parlamento europeo ha fatto ascoltare la sua voce chiedendo a tutti gli Stati membri di farsi carico del ricollocamento dei rifugiati proprio in nome della solidarietà.

Ringrazio anche la Commissione europea per aver ascoltato la voce del Parlamento ed essere tempestivamente intervenuta sul tema del ricollocamento dei rifugiati.

Jean-Claude Juncker, Président de la Commission. – Monsieur le Président, Monsieur le Premier ministre, le Parlement européen est ridicule, très ridicule. Je salue ceux qui se sont donné la peine de se déplacer ici, mais le fait qu'une trentaine de députés seulement assiste à ce débat démontre à suffisance que le Parlement n'est pas sérieux, et je voulais le dire aujourd'hui.

Si M. Muscat était M^{me} Merkel – difficilement imaginable – ou M. Macron – plus imaginable ...

We would have a full House. The Parliament is totally ridiculous.

Presidente. – La prego, signor Presidente, di avere un atteggiamento più rispettoso nei confronti di questo Parlamento.

Monsieur le Président, je vous en prie, vous pouvez critiquer le Parlement, mais ce n'est pas la Commission qui doit contrôler le Parlement. C'est le Parlement qui doit contrôler la Commission.

Jean-Claude Juncker, *President of the Commission*. – There are only a few Members in the plenary to control the Commission. You are ridiculous! I wanted to pay tribute to the Maltese Presidency ...

(The President interrupted the speaker)

Le Président. – Monsieur le Président, je vous en prie, veuillez utiliser un langage différent. Nous ne sommes pas ridicules. Je vous en prie!

Jean-Claude Juncker, *President of the Commission*. – I will never again attend a meeting of this kind. The Commission is under the control of the Parliament, but the Parliament has to respect even the presidencies of smaller countries, which Parliament is not doing.

I wanted to pay tribute to the Maltese Government and to the Prime Minister. I want to pay tribute to what the Prime Minister of Malta did. He did excellent work, as did all the Maltese ministers and the senior civil servants and other civil servants of Malta. An excellent job.

David Casa, *fisem il-grupp PPE*. – Sur President, Onorevoli Prim Ministru, iva dalghodu qeghdin naraw kif il-haddiema tač-čivil Maltin illi akkwistaw livell gholi ta' gharfien fejn jidhlu affarijiet tal-Unjoni Ewropea matul il-kors ta' hafna snin, haqqhom kull tifhir ghax-xoghol illi ghamlu tul dawn l-ahhar sitt xhur.

Kellna diversi fajls illi gew maghluqa taht din il-Presidenza, fosthom it-tmien tat-tariffi tar-roaming, il-portabilità tal-kontenut online, l-aġenda tas-sigurtà interna, is-cybersecurity, il-Ftehim fuq il-Konvenzjoni ta' Istanbul kontra l-Vjolenza tas-Sessi, kif ukoll it-twaqqif tal-Aġenzija tal-Azil.

Naturalment rigward l-impjegji u n-nuqqas ta' ftehim fuq l-ippustjar tal-haddiema, huwa punt ta' dispijačir ghaliex jiena, bhala koordinatur tal-EMPL, nispera naturalment illi fix-xhur li ġejjin ikollna sučess u jsir progress. Filwaqt li ntlaħaq ftehim sabiex jiġi mwaqqaf l-uffiċċju tal-Prosekutur Pubbliku Ewropew, huwa hasra li għal ċerti raġunijiet il-Gvern Malti mhux se jkun qiegħed jifforma parti minn din l-inizjattiva.

Mill-banda l-oħra ma nistghux ninsew ukoll kwistjonijiet nazzjonali li ma tarux mar-rih, fosthom il-korruzzjoni li għandna f'pajjiżna. Il-Prim Ministru tkellem dwar il-valur tas-sewwa u l-valuri oħra li ma jistghux jiġu magħżula, qal. Jiena nsemmi l-valur tal-ġustizzja: dalghodu stess il-Kummissjoni titlob spjegazzjoni minghandek, Sur Prim Ministru, minghand il-Gvern tiegħek, ghaliex gew imnehhija nies li politikament ma jaqblux miegħek f'dak li għandu x'jaqsam il-Valletta 18. Hawn għandek prova, Sur Prim Ministru; għandek ċans biex turi li verament temmen fl-għaqda, issa li għaddiet l-elezzjoni, u tkompli taħdem biex il-Maltin jinghaqdu u mhux jinfirdu. Ahna lesti li nġinuk f'dan. Nispera li ma tkompli thalli lil min jifred lil pajjiżna u tara li tghaqqad lil pajjiżna.

Alfred Sant, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the following is a statement of fact, not an indulgence in national feel good: under the Maltese Presidency some very good work has been done, and that has been acknowledged a number of times already. There was painstaking preparation for it and an all-out commitment to get the job done. Unfortunately, meanwhile, efforts were made – including in this Parliament, as we have just heard – to denigrate the Maltese Government with claims that the rule of law was not being respected in Malta. These clumsy allegations did not succeed in derailing the work of the Presidency.

Some indications regarding future prospects can be taken from the Maltese Presidency and the experience of it. First, on immigration, the Union still lacks cohesion, as Prime Minister Muscat has just said, but can this emerge through the normal deliberations that go on under different presidencies, six months at a time, under the present process? We need a special effort.

Secondly, Brexit talks have got off to a slow and ambiguous start. The danger here is that, instead of reaching for an outcome that is politically fair and strategically smart, both sides get stuck in detail. Thirdly, issues relating to tax policies and financial services are increasingly being subjected to opaque, many-sided calculations at the level of the Council and also this Parliament.

Still, the Maltese Presidency has passed over to its successor a state of play which, in most sectors, offers much hope of further progress soon.

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – Ondanks dat Malta de kleinste EU-lidstaat is, slaagde het Maltees voorzitterschap erin enkele stappen vooruit te zetten op domeinen waar onze burgers wakker van liggen. Wat asiel, migratie en veiligheid betreft heeft Malta sterk ingezet op het beperken van de illegale migratiestromen uit Afrika naar Europa. Zo pleitte Malta ervoor om de Libische kustwacht te trainen, zodat zij de migranten konden tegenhouden. Dit alles om te voorkomen dat gelukzoekers uit Afrika via Libië illegaal de Middellandse Zee oversteken naar Europa.

Daarnaast lukte het Malta om het aantal personen dat vrijwillig terugkeert sterk te verhogen. Dat een krachtdadige en volgehouden aanpak van de migratiecrisis nodig blijft, bewijzen de cijfers. Afgelopen week maakten maar liefst tienduizend economische migranten de oversteek vanuit Libië naar Italië, in slechts twee dagen tijd! Ik hoop dan ook dat Estland, voortbouwend op het werk van Malta, de migratiecrisis prioritair verder zal aanpakken.

Het is eigenlijk redelijk schokkend te moeten vaststellen dat bijna twee jaar na het uitbreken van de migratiecrisis onze buitengrenzen nog steeds wagenwijd openstaan en dat we afhankelijk blijven van de niet-EU-landen voor de bewaking van onze grenzen.

Malta slaagde er ook in om alle 27 lidstaten op één lijn te krijgen over ETIAS. Dit is een systeem om naar Amerikaans voorbeeld alle niet-EU-reizigers die visumvrij naar de EU mogen reizen vooraf te screenen. De bedoeling is om criminelen buiten te houden.

Kortom, een klein land dat erin slaagde een stempel te drukken op het Europese toneel.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente. Bienvenido, señor Muscat, usted ha demostrado que una pequeña isla no tiene miedo a una gran responsabilidad.

Malta ha gestionado el acuerdo general de veinte Estados apoyando la creación de la Fiscalía Europea, que su Gobierno, sin embargo no defiende, y eso es muy estimable. Ha gestionado también el acuerdo en la propuesta de Directiva sobre la lucha contra el blanqueo de capitales, aunque el texto tampoco era muy ambicioso.

Pero Italia amenaza estos días con cerrar sus puertos a la llegada de miles y miles de personas desde Libia y Austria amenaza con poner soldados en sus fronteras con Italia mientras la mayoría de los Estados miembros se pone de perfil y, sí, los parlamentarios seguramente también, en algunas ocasiones, nos ponemos de perfil, señor Juncker.

Francia y Alemania han prometido a Italia y a Grecia que aumentarán la reubicación, pero esto suena cada vez más a palabras para ganar tiempo. Se está pudriendo la crisis migratoria y humanitaria, sin precedentes desde la Segunda Guerra Mundial, y no es un fracaso de Malta. No es Malta. Somos todos nosotros los que cerramos las fronteras con Grecia o Italia, como si no tuviéramos una responsabilidad común.

Malta es uno de los pocos países que acoge a los menores no acompañados que han llegado huyendo de la guerra, porque la mayoría no quiere saber nada de los menores. En los discursos sí, pero, en la realidad, acoger y trabajar con menores requiere asumir responsabilidades, coordinar y trabajar más y mejor. No acoger a los menores, a los refugiados menores de edad, es un síntoma de la enfermedad de Europa, porque esos jóvenes pueden convertirse en adultos extraordinarios y los arrojam a la delincuencia.

Según pasan los semestres de este mandato, vemos que se va agrandando la brecha entre las políticas de seguridad y las de acogida. En las de seguridad hay rapidez y compromiso por parte de los Estados —y yo me congratulo de que seamos rápidos en esto—, pero en las otras hay lentitud y apatía con los más desvalidos, y eso agranda nuestra vergüenza.

Los semestres esconden, cada vez más, la palabra «asilo» o «refugiado», como si de esa manera desaparecieran estas personas vulnerables a las que no estamos atendiendo, porque no tenemos valentía para sacar la virtud del esfuerzo colectivo que supone apoyar a otros y apoyarnos realmente a nosotros. No es inocuo: la lógica del egoísmo nacional imposibilita también nuestras posibilidades de progreso en este mundo global.

Νεοκλής Σουλκιώτης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, πριν έξι μήνες, επί ανάληψης της μαλτέζικης προεδρίας, είχα πει εκ μέρους της GUE/NGL ότι η νέα προεδρία πρέπει να κάνει σαφή βήματα για αλλαγή πλεύσης από τις καταστροφικές νεοφιλελεύθερες πολιτικές λιτότητας, ενδυναμώνοντας την κοινωνική συνοχή. Πρέπει επίσης να σταματήσει η ενίσχυση της Ευρώπης-φρουρίου και να αναπτυχθεί μια ανθρωπιστική προσέγγιση και έμπρακτη αλληλεγγύη για τη στήριξη των προσφύγων.

Παρά τις φιλότιμες προσπάθειες της μαλτέζικης προεδρίας στα θέματα μετανάστευσης και προσφύγων και σε ζητήματα που αφορούν τη συνεργασία στη Μεσόγειο, δυστυχώς οι κυρίαρχες πολιτικές της Ένωσης παραμένουν αδιέξοδες· οδηγούν τους αριθμούς των προσφύγων που πνίγονται στη Μεσόγειο σε νέα επίπεδα ρεκόρ, οδηγούν την Ευρώπη σε περαιτέρω στρατιωτικοποίηση και αφαιρούν από τον κοινωνικό πυλώνα κάθε περιεχόμενο.

Εκ μέρους της ομάδας της Ευρωπαϊκής Ενωτικής Αριστεράς, επαναλαμβάνω τη θέση μας ότι αυτό που χρειάζεται είναι ένα νέο κοινό σύστημα ασύλου, νόμιμες και ασφαλείς οδοί διέλευσης των προσφύγων και ένα δίκαιο σύστημα μετεγκατάστασης των προσφύγων. Χρειαζόμαστε έμπρακτη κοινωνική αλληλεγγύη· χρειαζόμαστε κοινωνικές και οικονομικές πολιτικές προς όφελος των λαών και όχι των πολυεθνικών.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, je commencerai par une motion d'ordre, si vous me le permettez.

Monsieur le Président de la Commission, je viens moi-même d'un petit État, et je comprends tout à fait votre indignation: vous avez raison de souligner que le chef du gouvernement d'un petit État a droit à autant de respect de la part de cette assemblée qu'un chef d'État ou de gouvernement d'un grand État. Néanmoins, je crois qu'il était de votre responsabilité de livrer votre discours comme vous aviez prévu de le faire et donc de ne pas répondre à un manque de respect par un autre manque de respect.

Ceci dit, j'en viens à ce que je voulais dire. Monsieur Muscat, je commencerai par la définition du socialisme: «théorie visant à transformer l'organisation sociale dans un but de justice entre les humains sur le plan du travail, de la rétribution, de l'éducation, du logement, etc.».

Je ne vous apprendrai rien, Monsieur Muscat, en disant qu'une fiscalité juste est un levier absolument crucial pour atteindre cet objectif de justice sociale. Or, qu'avons-nous pu voir de la présidence maltaise à ce sujet? D'abord, un grand silence. Dans les priorités annoncées, les mots «taxation» ou «fiscalité» brillaient par leur absence. Mais fallait-il s'en étonner puisque, avec un taux effectif de fiscalité pour les multinationales de 5 %, Malte fait partie, comme la Belgique, les Pays-Bas et le Luxembourg, du club des paradis fiscaux européens, en tout cas pour les multinationales? Puis, les *Panama papers* et même une agence gouvernementale maltaise ont mis en lumière l'implication d'importantes personnalités politiques du pays dans la fraude, l'évasion fiscale et le blanchiment d'argent. Alors, que la présidence maltaise ne pousse pas les feux dans la lutte pour la justice fiscale, s'accommode de l'opacité des trusts, qui sont un des véhicules absolument essentiels dans ce phénomène, ou veuille mettre les hauts responsables politiques européens à l'abri d'une attention rigoureuse des banques, tout cela n'a donc rien de surprenant.

En fait, à la justice fiscale, votre gouvernement préfère la certitude fiscale. C'est, en effet, le thème de la seule initiative prise par votre ministre des finances sur le plan fiscal. Comprenons-nous bien. Il s'agit de donner aux multinationales et, par conséquent, à leurs dirigeants et à leurs actionnaires, de la visibilité sur les impôts qu'ils devront payer. Une visibilité, nous dit-on, remise en cause par le flux de nouvelles règles en cours, mises en chantier à la suite des multiples scandales que nous avons vécus ces dernières années. Autrement dit, plutôt que de répondre à la colère de ceux qui sont les victimes de l'injustice fiscale, vous pensez plus important de rassurer les détenteurs de capitaux.

Cher Monsieur Muscat, qui donc pourrait deviner, face à ce bilan, que vous êtes socialiste?

Rolandas Paksas, *EFDD frakcijos vardu*. – Pirmasis Maltos pirmininkavimas buvo ne tik iššūkis šiai mažai ir jaunai Europos Sąjungos valstybei, bet, pirmiausia, iššūkis visai Europos Sąjungai. Kiek ji bus solidari ir kaip ji padės bei prisidės prie didžiulių iššūkių ir ambicingų tikslų įgyvendinimo. Tai buvo galima padaryti tik esant akivaizdžiai visų, o pirmiausia, didžiųjų Europos Sąjungos valstybių paramai ir siekiui iš tiesų demokratizuoti Europą. Ne demonizuoti, bet demokratizuoti, kaip pirmininkavimo pradžioje ir sakė Maltos Premjeras J. Muscatas. Cituoju: „Nekaltinkim žmonių dėl to, kaip jie balsuoja, bet sutelkime dėmesį į tai, dėl ko jie nerimauja.“ Vienas pagrindinių Maltos pirmininkavimo uždavinių – kompromiso paieškos diskutuojant dėl naujos Europos prieglobsčio sistemos taip ir liko neįgyvendintas ir ne dėl Maltos kaltės. Europos Sąjunga iš esmės turi keisti savo politiką dėl imigrantų ir terorizmo užkardymo. Kol to nebus padaryta, mes ir toliau džiaugsimės tik popieriniais pasiekimais įvairiose ataskaitose.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Malte a présidé l'Union européenne au cours des six derniers mois. Son bilan est très décevant. Certes, Malte a réussi à faire adopter la fin des frais d'itinérance. Grâce à cette mesure, les appels téléphoniques ne sont plus surtaxés quand ils sont passés depuis un autre État membre de l'Union. Mais Malte a échoué sur deux dossiers majeurs.

D'abord, sur la maîtrise de l'immigration, qui était pourtant sa priorité. 130 officiers des garde-côtes libyens ont certes été formés, mais on n'en voit guère les résultats. La submersion migratoire n'a pas cessé; bien au contraire, elle reprend de plus belle en Italie, où 6 000 migrants arrivent actuellement chaque jour.

Malte a, d'autre part, échoué à améliorer la lutte contre le blanchiment d'argent, mais ce n'est pas surprenant, car treize médias européens viennent de prouver que Malte est un paradis fiscal comparable au Panama. Il ne fallait donc pas attendre d'un pyromane qu'il éteigne le feu du blanchiment.

Malte aura été, au bout du compte, le révélateur de ce qu'est l'Union européenne: une organisation ploutocratique au service des affairistes et non des peuples. Les insultes que M. Juncker vient d'adresser aux députés de ce Parlement me confortent pleinement dans cette analyse.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Asszony, az unió máltai elnöksége alatt nem sikerült működőképes migránspolitikát alkotni, a bevándorlás folytatódik. A Tanács fő feladatának a befogadási kvóta kikényszerítését tekinti. Az illegális migrációt pedig a legálissá tétellel akarnák mérsékelni. A beruházások terén a Juncker-terv kudarcot vallott. Nem sikerül a 15 milliárd eurós uniós forrás megsokszorozása 315 milliárddá – a pénzszaporítás csodája elmarad. A centrum és a periféria országai között a különbségek nem csökkentek. A munkabérek között szakadék van, a munkaerő egészségtelen mértékben áramlik keletről nyugatra, mindkét oldalon társadalmi feszültséget okozva. Ezt felismerve indította el a Jobbik Magyarországért Mozgalom európai polgári kezdeményezését a munkabérek felzárkóztatásáért. És ehhez partnerre talált hét országban és az Európai Bizottságban is. Reméljük, meglesz az eredménye!

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señora presidenta, me sumo a los elogios del balance de la Presidencia maltesa. Asumieron ellos el compromiso de la Presidencia en un momento realmente difícil de la Unión, donde había un auge de las fuerzas antieuropeístas. Es verdad que las elecciones en el País Vasco y Holanda han demostrado que el populismo y el nacionalismo no son la solución y han dado aire a la Unión en un momento en que el *brexít* se hacía realidad, y también con el desafío de la inmigración, que era uno de los principales retos; el reto de la inmigración y el desafío de la integración. Evidentemente, también con problemas económicos, terrorismo, seguridad y demás.

Es verdad que hay logros y que se tiene que poner sobre la mesa la finalización del *roaming*, que ha sido un hito histórico; la firma del Convenio de Estambul, en la lucha contra la violencia de las mujeres; el Tratado de Marrakech, que vamos a aprobar este jueves, para el acceso a las obras publicadas de las personas con discapacidad visual; y también la Directiva contra el blanqueo de capitales, para ponérselo muy difícil a todos aquellos que pretenden la evasión fiscal.

Pero es verdad que los retos que tenemos sobre la mesa son muchos: uno de ellos es la inmigración, lo han dicho muchos compañeros. Seguimos sin resolver de manera digna y eficiente la mayor crisis humanitaria después de la Segunda Guerra Mundial. La capacidad de acogida es hoy de solo un 11 % de los Estados miembros, cuando puede ser mucho más, y harán falta muchos esfuerzos de coordinación a la próxima Presidencia para afrontar este reto.

Evidentemente, no ha sido responsabilidad de Malta. Ha sido y es responsabilidad de todos los aquí presentes y de todas las instituciones europeas. Qué duda cabe de que el futuro de la Unión pasa por la clave social. Con la clave social tendremos una Europa segura y protegida, una Europa próspera, sostenible y fuerte en el ámbito internacional.

Tanja Fajon (S&D). – Spoštovani premier, vem, da ste dali vse od sebe, v okoliščinah, ko med evropskimi vladami ni veliko ali skoraj nič posluha za razmere z begunci, ste dosegli napredek. Napredek ste dosegli pri ukrepih, ki naj bi zagotavljali varnost Evropejcev, manj prepustne meje, a žal niste dosegli napredka, ki bi zagotavljal tudi varne in pravne poti za ljudi, ki bežijo pred vojno, ki bi obraz Evrope ohranil človeški. Na tisoče ljudi danes beži iz Libije.

Ne krivim vas, vaš gostoljubni otok, krivim vse tiste odgovorne, ki se danes najbolj pritožujejo, češ da evropske politike ne delujejo, a obenem najmanj prispevajo k iskanju skupnih rešitev. Prav ti so tisti, ki najbolj spodkopavajo enotnost Evrope.

Razmere v Italiji so zelo resne. Sprejemanje delujoče evropske migracijske politike mora iti z roko v roki z določenimi ukrepi za gospodarsko rast in delovna mesta Evropejcev. A brez solidarnosti in odgovornosti vseh vlad za upravljanje z migracijami, brez temeljite prenove azilnega sistema, bomo zapravili tudi tisto dobro, kar je Evropa zgradila.

Spoštovani premier, naši rezultati štejejo, ko ljudje živijo bolje: na Malti, v Sloveniji ali pa v Turčiji, Siriji in Libiji. Rekli ste, da je prišel čas odločitev za vse, da se vse države članice odločimo, ali spoštujemo evropske vrednote. Strinjam se z vami, delajmo skupaj za to, da bo vsak mlad človek na naši celine s ponosom rekel, da je Evropejec.

Joachim Starbatty (ECR). – Frau Präsidentin! Die Ratspräsidentschaft von Malta hat mich auf die Idee gebracht, einmal das Verhältnis von kleinen und großen Staaten zu überprüfen. Hier haben wir letzten Samstag Helmut Kohl als großen Europäer gefeiert. Helmut Kohl hat gesagt, wir müssen die kleinen Staaten immer mit Anstand und Würde behandeln. Wie ist es nun jetzt?

Die letzten Ratspräsidentschaften waren Litauen, Estland kommt, Slowakei, Malta – also kleine Staaten steuern jetzt Europa. Schauen wir an: Jedes Land hat einen Kommissar. Und es ist nicht so, dass die großen Länder die großen Kommissare haben. Nein! Es ist anders. Herr Juncker hat sich Vizepräsidenten aus einem kleinen Staat ausgesucht. Nicht aus einem großen Staat. An der EZB sind alle Länder, so klein sie auch sind, mit einer Stimme beteiligt. Auch Deutschland – ein in der Welt sensationelles Verfahren, wie man Geldpolitik betreibt. Schauen wir uns an – Herr Juncker, Sie schauen mich gerade an –, das Land Luxemburg hat drei Präsidenten gestellt: Sie, Gaston Thorn und Pierre Werner, Deutschland nur einen: Hallstein. Wir müssen jetzt darauf achten, dass wir uns bei dem Verhältnis der großen und der kleinen Staaten wieder an Helmut Kohl erinnern, der jetzt vielleicht sagen würde: Liebe Länder, liebe Mitglieder der Europäischen Union, vergesst auch die Interessen der großen Staaten nicht.

Gesine Meissner (ALDE). – Frau Präsidentin! Es ist gerade gesagt worden: kleine Staaten, große Staaten. Es ist ganz oft betont worden, dass Malta der kleinste Staat ist – vollkommen richtig. Aber ich finde, dass die Europäische Union sich gerade dadurch auszeichnet, dass alle ihren Beitrag leisten, die kleinen wie die großen Staaten. Und ich finde aus meiner persönlichen Arbeitssicht heraus, dass Malta dort sehr gute Arbeit geleistet hat.

Ich möchte jetzt aus drei Gründen der maltesischen Ratspräsidentschaft ausdrücklich danken – drei Gründen, die noch nicht angesprochen worden sind: Das Eine ist – alles Dinge, die ich selber erlebt habe – eine interministerielle Konferenz auf Malta, auf Einladung Ihres Kommissars Karmenu Vella, zu blauem Wachstum und gleichzeitig eben auch zu einer Weiterentwicklung der Wirtschaftskraft im Mittelmeerraum und zum maritimen Tourismus. Es war sehr erfolgreich, in sehr guter Atmosphäre und mit guten Beschlüssen.

Ein anderer Punkt, wo ich Ihnen auch sehr danken möchte: Das ist etwas, wo sich Ihre Präsidentin Coleiro Preca sehr einsetzt, das auch wieder zu Migrationspolitik und zu Flüchtlingsströmen passt. Sie hat eine Konferenz auf Malta gemacht, hinterher eine Erklärung abgegeben und dann ein Seminar hier im Parlament in Brüssel abgehalten, das ich auch als Gastgeberin mit hosten durfte, zum Thema von Müttergesundheits, insbesondere bei Flüchtlingsfrauen. Das heißt, da habe ich gesehen: Es ist ein kleines Land, es kann nicht alles bewegen, es schafft es natürlich nicht ohne Weiteres aus dem Stand, die Solidarität, die wir dringend brauchen, in Europa einzufordern oder auch den Verteilungsschlüssel zu schaffen, aber Sie machen ganz konkret etwas, um diesen Minderheiten zu helfen, und Müttergesundheit gerade von schwangeren Flüchtlingsfrauen ist ein enorm wichtiges Thema.

Ein dritter Punkt: Sie haben verschiedene Punkte erfolgreich abgehandelt, verschiedene Gesetze im maritimen Bereich, für maritime Sicherheit – dafür kann ich Ihnen auch im Namen meiner Kollegen von der ALDE-Fraktion danken. Und ich persönlich habe etwas mit Ihnen sehr erfolgreich verhandelt, was besonders für Malta ist, denn da ging es um die Qualifizierung in der Binnenschifffahrt. Sie haben gar keine Binnenschifffahrt, aber ich muss sagen, Ihr Verhandlungsteam hat sich sehr erfolgreich mit mir gemeinsam eingesetzt, dass es gegen den Widerstand von einigen größeren Mitgliedstaaten, die sagten, sie wollen dies gesetzlich mitmachen, gelungen ist, die Arbeitnehmermobilität in diesem Sektor zu verbessern und dort eben auch etwas Gutes zu schaffen.

Also vielen Dank noch mal von meiner Stelle. Ich freue mich schon darauf: Im Oktober machen Sie in Malta, auf Malta die Folgekonferenz der großen UN-Konferenz zum Ozean, die jetzt im Juni in New York war, wiederum mit Karmenu Vella zusammen, mit dem ich sehr gut zusammenarbeite. Ich finde, er ist ein sehr guter Kommissar, der sich leidenschaftlich für saubere Ozeane einsetzt, die dann der Menschheit dienen können. Nochmals von meiner Seite vielen Dank.

Helmut Scholz (GUE/NGL). – Frau Präsidentin, Herren Präsidenten! Ich beteilige mich nicht an der Diskussion „Groß oder Klein“. Aus Sicht der Handelspolitik können wir mit Maltas Präsidentschaft nicht zufrieden sein. Auch Sie konnten dem Parlament nicht die wichtigen Mandate der laufenden Verhandlungen über Freihandelsabkommen zustellen. Was verhandeln Sie mit Japan? Was besagt das neue Mandat für die Gespräche mit Marokko nach dem Gerichtsurteil zugunsten Westsaharas und der Polisario? An Sie und an die estnische Ratspräsidentschaft und an Herrn Tusk gerichtet: Der Rat muss unverzüglich handeln!

Dann die Handelsschutzinstrumente. Warum waren Sie im Trilog so wenig kompromissfähig? Die WTO-Klage Chinas hat zu Recht begonnen, und wir stehen mit leeren Händen da. Die Ukraine war Ihnen wichtig. Die Einfuhrquoten für Agrargüter sollten weiter erhöht werden. Das hilft nicht dem Land, sondern wenigen Großeigentümern in diesem Land.

Dennoch ein Lob: Gemeinsam haben wir die von der Kommission vorgeschlagenen Quoten gesenkt und mit strikten Auflagen verknüpft. Sozial- und beschäftigungspolitische Fortschritte der Regierung in Kiew sind nun Bedingung. Erstmals wird die Kommission über die sozialen Auswirkungen der Maßnahmen in der Ukraine und in der Union berichten müssen.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Präsidenten! In aller Kürze. Zunächst mal muss ich sagen, ich finde es schändlich, wenn der maltesischen Ratspräsidentschaft vorgehalten wird, dass sie die Migrationsprobleme nicht lösen kann. Das stellt doch die tatsächlichen Verhältnisse völlig auf den Kopf! Es sind andere Mitgliedstaaten, die sich seit Jahren weigern, sowohl bei den Fluchtursachen als auch bei der solidarischen Verteilung der Flüchtlinge zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Und das kann man wohl kaum der maltesischen Ratspräsidentschaft vorwerfen, sondern diejenigen, die hier mit scharfen Worten vorgegangen sind, sind eigentlich die Ursachen für die Unfähigkeit zu europäischer Migrations- und Fluchtpolitik.

Leider haben wir in der maltesischen Ratspräsidentschaft das Scheitern der Geldwäscherichtlinienreform gehabt. Und wiederum muss ich sagen: Es ist nicht Ihre Schuld in der maltesischen Ratspräsidentschaft, dass das gescheitert ist. Viele Mitgliedstaaten sind, wenn es um Finanzkriminalität geht, weich gegenüber Kriminalität, sie schützen die Intransparenz ihrer Trusts, Deutschland hat kein Kataster. Das sind alles Dinge, da muss Europa zusammenarbeiten, und nicht jeder national dreckiges Geld schützen.

Und Herr Premier: Sie sind mir noch eine Antwort schuldig, nämlich auf die Frage: Was ist eigentlich passiert mit den drei Untersuchungsberichten Ihrer Geldwäschebehörde? Warum sind da keine Ermittlungen der Polizei eingeleitet worden? Ich rede nicht von den gegen Sie persönlich, sondern von den drei anderen. Das haben Sie bei unserer letzten Aussprache nicht beantwortet. Bitte kommen Sie hier mit der Antwort nach.

Barbara Kappel (ENF). – Frau Präsidentin, Herr Kommissionspräsident, Herr Ministerpräsident! Ja, es war Ihr erster Ratsvorsitz, und ich würde sagen: ein ziemlich erfolgreicher. Für kleine Mitgliedsländer ist es ganz besonders wichtig zu performen – europäisch und möglicherweise auch global. Ich komme selber aus einem kleinen Mitgliedstaat – aus Österreich –, ich weiß, wie wichtig das ist. Und Sie haben insbesondere in Angelegenheiten des Meeres und der Fischerei performt – *blue growth* wurde heute schon angesprochen. Es ist aber nicht angesprochen worden, dass Sie eine weitreichende Vereinbarung über die Fischerei abgeschlossen haben, die seit über einer Dekade anhängig war und die für die Europäische Union besonders wichtig ist.

Sie haben beim Start der Brexit-Verhandlungen performt, wo Sie als Vermittler dafür tätig waren, dass die Europäische Union Einheit bewahrt. Sie haben in einigen Themen des Industrieausschusses performt, nämlich bei der Energieeffizienzkennzeichnung, der Harmonisierung des 470-bis-790-MHz-Bandes, der Portabilität, der WiFi-Initiative und – ganz besonders wichtig – beim Ende der Roaming-Gebühren.

Sie haben aber auch einige Themen der nächsten Präsidentschaft überlassen, nämlich die Digitalisierung – die ist sicher bei den Esten in guten Händen – und im Bereich der Finanzdienstleistungen die beiden Mehrwertsteuere dossiers und die Änderungsanträge zur vierten Anti-Geldwäsche-Richtlinie. Das mag vielleicht einen schlechten Beigeschmack haben – es wurde auch schon angesprochen – und wird in der nächsten Präsidentschaft hoffentlich umgesetzt werden. Und natürlich das offene Thema der Flüchtlings- und Migrationspolitik: Hier haben Sie die ETIAS-Verhandlungen auf den Weg gebracht, aber viele Probleme wie z. B. die Dotierung des Afrika-Fonds sind nach wie vor offen.

Steven Woolfe (NI). – Madam President, thank you. Prime Minister Muscat, several times in your remarks this morning you spoke of the small size of Malta. You even praised the President of Estonia's phrase that Europe is made up of small nations and states that have not yet realised they are small. Those remarks send out a message that being small is something that cannot stand up in the rest of the world. May I remind you that, in the top 40 countries of the world, Singapore, Hong Kong, Israel and Switzerland are countries that are small but have larger GDPs than most of the nations represented in this House?

The United Kingdom, my country, has the fifth largest in the world.

On your flag is the George Cross, something your nation won for standing up against the aggression of a larger entity. Your remarks are a shame on those people who believe that size does not matter, that only with the bravery, the spirit, the heart and the goodwill of people in staying strong and true to proper values, can they stand forward and move on in the world. You should not think that being small makes you insignificant, as you suggest.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodo predsjednice, zahvaljujem gospodinu Junckeru što je otvorio temu malih i velikih i, nažalost, odustajem od svog inicijalnog govora jer i ja dolazim iz jedne male države, Hrvatske, i zaista se ne želim osjećati malom. I zato gospodine Muscat čestitam na ovome što ste napravili. I znate li zašto jutros ovdje imam *speaking time*? Zato što sam htjela sutra imati *speaking time* o estonskom predsjedavanju, ali su mi rekli tamo će dobiti *speaking time* velike delegacije. Dakle, ovdje vlada klima velikih i malih. Molim sve kolege koji su ovdje da se riješimo toga „veliki i mali“ i da pokušamo biti važni. Znači, za mene je moja mala Hrvatska najveća na svijetu.

Što se tiče vašeg predsjedavanja, nije pošteno očekivati od vas da riješite politiku migracije ni politiku azila jer to jednostavno nije bilo realno ni moguće kad se mi već toliko godina borimo da to riješimo. Ali, zato ste riješili očuvanje ribljeg fonda u Sredozemlju pa i u mom Jadranu, i zato sam vrlo ponosna na tu direktivu koju ste donijeli. A za sve ostalo, bit će još vremena i nadam se da će i ostala predsjedavanja, i 2020. kad će Hrvatska predsjedavati, da ćemo rješavati i velike probleme i velikih nacija.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Presidente, ho apprezzato anch'io le Sue parole molto sincere e direi chiare, con le quali Lei ha detto: dobbiamo dare concretezza ai principi dell'Unione, dare risposte concrete. E al riguardo cito due esempi: il *roaming*, più volte richiamato, ma anche PRIMA. Io penso che questo sia stato un grande successo per la determinazione con cui l'avete perseguito. Pochi si sono forse accorti, qua dentro, di cosa significa creare una piattaforma di cooperazione tra paesi europei e paesi africani della sponda mediterranea per la gestione di una risorsa come l'acqua, con tutte le implicazioni per l'energia, per il cibo, eccetera. È quindi un buon successo, del quale mi sento parte come membro della commissione ITRE.

Ma c'è un punto, però, non addebitabile alla Sua Presidenza, ma che da Presidenza a Presidenza viene consegnato all'interno del Consiglio in una catena senza fine e senza soluzione, ed è quello dei flussi migratori. Io ribadisco quello che ho detto ieri in quest'Aula: il mio paese si è fatto carico di un tema europeo, e oggi non ce la fa più, molto semplicemente. Le altre parole auliche si sono esaurite. Questo è il dato di fatto. Lo sa bene il Presidente Juncker, che è un grande alleato, che cerca di fare il massimo, ma il Consiglio deve assolutamente trovare delle soluzioni concrete e precise.

Noi abbiamo scelto, come Italia, di salvare, di accogliere. Vogliamo salvare la bandiera della civiltà dell'Europa, ma da soli non ce la facciamo più. C'è un problema di credibilità dell'Europa, che gioca su questa carta, credo, la sua essenza, il suo futuro.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Przewodniczący Komisji! Pani Premierze! Plus prezydencji maltańskiej to na pewno deklaracja w sprawie zewnętrznego wymiaru polityki migracyjnej Unii Europejskiej, a więc uznanie, że trzeba przede wszystkim działać tak, aby tych migrantów z zewnątrz było mniej. Plus to również – nie ma co ukrywać – odniesienia do pełnego wykorzystywania potencjału jednolitego rynku, a więc taki sceptycyzm wobec produkcyjizmu. Plus to również – gratulacje – kwestia roamingu. Wiele krajów pracowało nad tym, także my tu w Euroarlamencie, ale to wyście jako prezydencja zakończyli. Minus, na pewno duży minus, to propozycje w sprawie dyrektywy odnośnie do delegowania pracowników w ramach świadczenia usług. To rzeczywiście jest pewne preferowanie krajów bogatych kosztem krajów biednych. I tutaj zgody na to być nie może.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Maria Grapini (S&D), Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”. – Stimate coleg, și eu sunt mulțumită de rezultatele Maltei. Dumneavoastră ați evidențiat câteva. Vreau să vă întreb: dumneavoastră credeți că Malta, nu pentru că este un stat mic, ci țara care deține președinția șase luni, poate să facă ceva dacă celelalte instituții europene: Comisie, Parlament, Consiliu nu merg în același sens? Pentru că Malta a promis, sigur, de exemplu, intrarea în Schengen a țărilor Bulgaria și România, numai că Olanda se opune.

Ryszard Czarnecki (ECR), odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. –Dziękuję Pani bardzo za to ważne pytanie. Dotyczy ono pewnej filozofii działania Unii Europejskiej, a niekoniecznie prezydencji maltańskiej. Dobrze, że państwa członkowskie, mimo ustanowienia przewodniczącego Rady, mają prezydencję i wywierają pewien nacisk w właściwym kierunku. Ja mogę tylko powiedzieć, że Pani kraj Rumunia, a także Bułgaria powinny być członkami strefy Schengen, Mam nadzieję, że prezydencja estońska będzie w tym kierunku zmierzać.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, a presidência de Malta da União Europeia decorreu num tempo em que se verificou uma significativa mudança no discurso dominante sobre o futuro da Europa. Terminou o ciclo das falsas reformas estruturais e está a começar agora um novo ciclo de renovação do projeto europeu e a presidência de Malta promoveu avanços significativos em dossiês que reforçam a ligação dos cidadãos ao projeto europeu e tornam mais forte e transparente o funcionamento da União. É o caso dos passos dados no domínio da transparência financeira e do bom financeiro funcionamento do mercado interno e nos pacotes de energia limpa e da economia circular. A medida emblemática do fim do *Roaming* e as novas regras de garantia da portabilidade dos conteúdos e serviços *online* são marcas de água da presidência maltesa.

O vosso empenho no acordo tripartido para viabilizar a iniciativa do WIFI4EU para a promoção do acesso universal e gratuito à Internet de elevada qualidade nos espaços públicos – iniciativa de que sou o relator – merece ser realçado. Há muitos caminhos para percorrer. Malta transmitiu, no entanto, um testemunho de esperança e exigência para o futuro.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

Péter Niedermüller (S&D). – Elnök Úr, Málta egy olyan időben vette át az Európai Unió elnökségét, amikor az uniónak egy sor kihívással kellett szembenéznie. És Önök is hallották, mindannyian azt állapítottuk meg, hogy Málta mesterien oldotta meg ezt a feladatot, kitűnő bizonyítványt állított ki magáról. De nem azért, miniszterelnök úr, mert Málta egy kis ország, hanem azért, mert nagyon innovatív módon közelítettek a problémákhoz. És jól példázza mindezt az Európai Menekültügyi Ügynökség ügyében az intézményközi tárgyalásokon elért széles körű politikai konszenzus.

Jól tudjuk, hogy a Menekültügyi Ügynökség a közös európai menekültügyi politika talán legfontosabb intézménye. Ugyanakkor még mindig vannak tagállamok, amelyek nem értették meg, hogy a menekültügyi európai probléma, és nem lehet tagállami szinten megoldani. Sőt, azt sem értették meg sokan, hogy a tagállamok közötti szolidaritás az Európai Unió politikai egységének az egyik előfeltétele. Éppen ezért örülök annak, hogy mindennek végén sikerült olyan megállapodást elérni – és ez részben a máltai kormánynak köszönhető – amely előreviszi a közös európai menekültügyi politikát.

Procedura catch-the-eye

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, θα ξεκινήσω λέγοντας ότι αυτό που εξέλαβα εγώ όσον αφορά τη Μάλτα είναι ότι παρόλο που είναι ένα μικρό κράτος μέλος, αποδεικνύει ότι μπορεί να καταφέρει μεγάλα πράγματα, άρα «size does not matter», that's my understanding («το μέγεθος δεν μετράει», εγώ αυτό καταλαβαίνω). Όμως, θα σας μιλήσω για ένα άλλο μικρό κράτος μέλος, που αυτή τη στιγμή δίνει έναν αγώνα εξ ονόματος όλης της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των αξιών που λέμε όλοι ότι πιστεύουμε.

Φανταστείτε το κράτος μέλος σας να είναι μικρό, ένα νησί περίπου στο μέγεθος της Μάλτας, με το ένα τρίτο του υπό ξένη κατοχή από μια τρίτη χώρα. Όλοι μας να μιλάμε για ευρωπαϊκή αλληλεγγύη, αλλά να μένει στα λόγια. Γνωρίζετε φυσικά για ποιο κράτος μιλώ: μιλώ για την Κύπρο, η οποία παραμένει αφοσιωμένη στις ευρωπαϊκές αξίες και προσδοκά ότι αυτή η Ευρωπαϊκή Ένωση θα δείξει στην πράξη την αλληλεγγύη της απέναντι όχι σ' ένα αδύνατο και μικρό κράτος μέλος, αλλά απέναντι στην επιθετική Τουρκία του Ερντογάν. Αυτό πρέπει να είναι η Ευρωπαϊκή Ένωση, αγαπητοί συνεργάτες και φίλοι.

(χειροκροτήματα)

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το σημαντικότερο θέμα που θα έπρεπε να έχει αντιμετωπίσει η προεδρία της Μάλτας είναι το προσφυγικό και στο ζήτημα αυτό θα έλεγα ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση συνολικά απέτυχε, διότι η προεδρία μπορεί να κάνει προσπάθειες, αλλά όταν υπάρχουν αντιστάσεις από τα κράτη μέλη τα προβλήματα μεγαλώνουν: και θυμόσαστε ότι υπάρχει μια υπόσχεση της Ευρωπαϊκής Ένωσης ότι θα γίνουν 66.400 μετεγκαταστάσεις προσφύγων, από την Ελλάδα. Δυστυχώς, μέχρι στιγμής έχουν γίνει μόνο 12.700, δηλαδή περίπου το 15-20%, και τελειώνει ο χρόνος οργάνωσης και εκτέλεσης του προγράμματος της μετεγκατάστασης. Άρα, ένα σοβαρό θέμα εδώ είναι ότι πρέπει να ληφθούν μέτρα αλληλεγγύης. Δεν αντέχουν άλλο τα νησιά του Αιγαίου, δεν αντέχουν άλλους πρόσφυγες και παράνομους μετανάστες και πρέπει η αλληλεγγύη της Ευρωπαϊκής Ένωσης να εκφραστεί πρακτικά στο θέμα αυτό, όπως επίσης θα έπρεπε να έχει εκφραστεί και προς την Κύπρο, διότι είναι η μοναδική χώρα στην οποία υπάρχει κατοχή από ξένη δύναμη. Τα τουρκικά στρατεύματα κατοχής παραμένουν επί του κυπριακού εδάφους κι αυτό είναι απαράδεκτο και θα πρέπει να εκφραστεί η αλληλεγγύη της Ευρωπαϊκής Ένωσης απέναντι στον κυπριακό λαό.

Krisztina Morvai (NI). – Mr President, I have a question for Mr Juncker. My understanding was that, during the Maltese Presidency, over the last couple of months there was an important paradigm shift in the whole migration and refugee issue – a shift from just allowing millions and millions of migrants coming to Europe towards treating the root causes, and treating the whole issue locally. Did I misunderstand something? Is this not what is actually happening? What is the policy of the European Union, following the Maltese Presidency? This kind of paradigm shift is what my country, Hungary, has been fighting for for a long time, and we shall never give up. I look forward to your answer.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I am interested in all the talk about ‘small’ because I come from a small country. We have held the presidency a number of times in our involvement in the European Union since 1973, and I think our last presidency was deemed very successful. It does prove that small countries can have very successful presidencies if they take it seriously, put in the resources and utilise the back-up that is available.

I think Malta did that very effectively and they are to be complimented on their dedication and on their practicality. One thing that happened during their presidency – they cannot claim full credit for it but it will always be recorded as happening during their presidency – was the end of roaming charges. They got it over the line, made sure it happened, and it is for the benefit of all Europeans.

It just shows that, whether a country is small or big, once we put our resources together and work together we can be successful for all Europeans. Malta is a perfect example and well done to them.

Marlene Mizzi (S&D). – Sur President, nixtieq ngħid prosit lill-Prim Ministru Malti Joseph Muscat u lill-Maltin kollha li ħadmu fi Brussell u f'Malta għall-hidma kbira, l-impenn u d-determinazzjoni tagħhom biex għamlu Presidenza storja ta' suċċess.

Li jkollok Presidenza tal-Unjoni Ewropea għall-ewwel darba dejjem hija sfida għall-pajjiż żgħir bħal Malta. Izda li jkollok il-Prezidenza waqt żminijiet turbolenti fl-Ewropa, bħan-negożjati ta' Brexit u kriżijiet ta' immigrazzjoni u l-qgħad jagħmluha sfida akbar. Minkejja dawn l-ostakoli, Malta wriet il-kapaċità tiffaċċja u tilhaq il-miri fl-interess tal-Ewropa, taċ-ċittadini tagħha.

Il-Prezidenza Maltija ħadmet fuq inizjattivi differenti u għamlet passi konkreti f'bosta oqsma importanti u nnegożjat ftehim biex iddahhal leġislazzjoni f'għexieren ta' setturi, fosthom fuq is-suq uniku diġitali, l-ekonomija u l-qgħad. Bħala membru fit-tim ta' negożjaturi tal-ġestazzjoni tar-roaming, ninsab partikolarment kburi li l-fajl li bbenefika miljuni taċ-ċittadini ngħalaq waqt il-Prezidenza. Mhix sorpriża li Malta giet imfahhra tant xogħol eċċellenti u impressjonanti. Malta hija pajjiż żgħir imma wriet li d-daqs ta' pajjiż mhux importanti daqs serjetà, determinazzjoni u kapaċità ta' niesha. Prosit Prim Ministru, prosit Malta.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident, werter Herr Präsident Muscat! Malta ist auch global zu einem besonderen Ort geworden. 79 AKP-Staaten treffen sich einmal im Jahr in einem der Länder – in Afrika, in der Karibik oder im Pazifik. Aber die AKP-Delegation trifft sich auch einmal im Jahr in dem Land, das in den europäischen Mitgliedstaaten die Ratspräsidentschaft innehat. Herr Präsident, nach einigen Jahren haben wir uns dieses Jahr eben nicht in Straßburg getroffen, sondern in Malta. Malta schaut nicht nur auf die Flüchtlinge vor Ort, sondern sieht auch die internationale Verantwortung. Das sollten wir als Europa viel mehr tun: Europa weg von jedem Exit, sondern Verantwortung übernehmend. Dafür müssen wir auch als Parlamentarier nicht nur sichtbar Verantwortung zeigen.

Herr Präsident Muscat! Weiterhin viel Erfolg für Ihr Land Malta als Zeichen für die Verantwortung, dass man auch als kleines Land viel erreichen kann!

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, όπως ήταν αναμενόμενο, η προεδρία της Μάλτας σημείωσε επιτυχίες, αλλά είχε και διάφορα θέματα τα οποία δεν πρόλαβε να ολοκληρώσει. Κατά την άποψή μου, το πιο σημαντικό είναι ότι, αν και μικρή χώρα, η Μάλτα κατόρθωσε να χειριστεί τα θέματα που της ανατέθηκαν χωρίς προβλήματα. Δίχως ωστόσο να ευθύνεται η Μάλτα, δεν σημειώθηκε καμία επιτυχία για τα σοβαρά προβλήματα που αντιμετωπίζει η Ευρωπαϊκή Ένωση και επικεντρώνω το ενδιαφέρον στην έλλειψη αλληλεγγύης προς την Ελλάδα, ο λαός της οποίας υποφέρει για όγδοο συνεχές έτος εξαιτίας των μνημονίων που έχουν επιβληθεί, και στην έλλειψη αλληλεγγύης προς την Κύπρο, ένα τμήμα της οποίας κατέχεται παράνομα από την Τουρκία.

Επίσης, δεν σημειώθηκε καμία επιτυχία στο θέμα της παρεμποδίσεως των παρανόμως εισερχομένων στην Ευρώπη, οι οποίοι συνεχίζουν να έρχονται, και ήθελα να ρωτήσω τον κύριο πρωθυπουργό γιατί στο σημείο αυτό της ομιλίας του δεν ανέφερε την Ελλάδα. Την έχασε ή μήπως αισθάνεται και ο ίδιος ντροπή διότι η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει επιβάλλει στην Ελλάδα τη μετατροπή της σε ένα απέραντο στρατόπεδο συγκεντρώσεως παρανόμως εισερχομένων στην Ευρώπη;

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, in total the Maltese Presidency successfully signed off a record of 20 laws in the so-called Coreper 1 Policy Grouping, and that is despite the fact that Malta was in election mode for a month and had no ministers for a week while Prime Minister Joseph Muscat formed a new government. I would like in particular to warmly thank the Presidency for the excellent cooperation on the report on the European Fund for Sustainable Development, for which I was a co-rapporteur for the Committee on Development, to promote sustainable investment in Africa and in the EU neighbourhood and tackle the root causes of migration, which is hopefully going to be adopted on Thursday.

The Maltese Presidency achieved clear and tangible results on the legislative proposals regarding the setting up of the European Public Prosecutor's Office and the revision of Eurojust. Last but not least, allow me to thank and congratulate also our colleagues from Malta, the MEPs who were so active during the Maltese Presidency.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Presidente Muscat, non è in discussione la volontà politica che avete cercato di mettere in campo nel vostro turno di Presidenza. Tuttavia, devo dire che il discorso fatto da Lei, che descrive la realtà per ciò che è, ci mette forse al riparo dal punto di vista dell'onestà intellettuale, ma non risolve i problemi. E devo dire che la questione migratoria, che è il termometro politico e sociale in Europa, è purtroppo il segno dell'impotenza, dell'incapacità e della vigliaccheria con la quale molti paesi europei stanno affrontando questo tema, o meglio, non lo stanno affrontando.

Allora, ciò che pone un paese come l'Italia è un tema giusto, che non ha solo una valenza nazionale. Credo che si sia stanchi delle pacche sulle spalle e della solidarietà a parole. È necessario passare a dei fatti. E io credo e mi auguro che anche nelle Sue conclusioni possa dire qualcosa di più al riguardo, rispetto alle difficoltà che ci sono e alle responsabilità che vanno assolutamente richiamate.

Miriam Dalli (S&D). – President, Prim Ministru, onestament il-mod kif id-dibattitu beda jiżvolgi u anki kif beda jiehu ċerta direzzjoni fil-bidu lili ngħid irritani, kważi kważi offendieni, għaliex din mhijiex kwistjoni ta' pajjiżi żgħar versus il-pajjiżi l-kbar. Din hija s-solidarjetà li jiena, *there again*, stennejt mill-Unjoni Ewropea imma, b'mod partikulari, minn dan il-Parlament, għaliex mhijiex kwistjoni tač-čokon jew il-kobor tal-pajjiż imma hija kwistjoni tal-qawwa tal-ideat, hija kwistjoni tal-enerġija u d-determinazzjoni ta' pajjiż u tan-nies tiegħu li verament iridu jagħmlu differenza; li jifhmu l-htigijiet tan-nies u jmessu 'l quddiem dawk il-liġijiet li huma jemmnu jistgħu jagħmlu differenza fil-hajja tan-nies.

U iva, naqbel ma' ċerti kollegi tiegħi u naqbel mal-Prim Ministru nnifsu, li semma' l-kwistjoni tal-immigrazzjoni. Pajjiż żgħir bħal Malta – u jiena ġeġja minn pajjiż żgħir bħal Malta – jifhem il-htieġa li verament nuru s-solidarjetà mhux bil-kliem biss imma verament bil-fatti.

Nifhmu li rridu niehdu azzjoni u azzjoni malajr. Spičča l-hin għad-diskors fieragħ imma verament irridu nagħmlu l-almu tagħna biex kull wiehed u wahda minna – irrelevant jekk hux żgħar jew kbar – niġbru l-isforzi tagħna kollha flimkien biex din l-Unjoni Ewropea verament issir rilevanti u tagħmel differenza fil-hajja tan-nies.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Jean-Claude Juncker, Président de la Commission. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, on m'interroge sur la politique européenne en matière d'immigration. Sur cette question, je voulais dire à quel point nous sommes reconnaissants à la présidence maltaise d'avoir fait bouger les choses, et de les avoir fait bouger dans la bonne direction.

Sous la présidence maltaise, à plusieurs reprises, nous avons su prendre des décisions en matière de politique migratoire qui font honneur à la présidence et qui témoignent de la volonté – j'espère de l'ardente volonté – de l'Union européenne dans son ensemble de progresser en la matière. La Commission délibérera, aujourd'hui même et dans cette ville, de la politique migratoire, et nous allons montrer par des faits que nous allons annoncer que nous voulons rester solidaires, notamment de l'Italie, qui, en matière de politique migratoire, fait preuve d'une attitude à vrai dire héroïque.

Nous l'avons dit, le premier ministre maltais et moi-même, depuis le début de la crise, la solidarité est de mise, la solidarité est une voie à double sens. Nous n'avons pas le droit de nous perdre dans des égoïsmes nationaux et nous allons le démontrer aujourd'hui. La Commission a beaucoup fait, mais elle n'a pas pu faire tout ce qu'elle aurait dû faire, parce que nos moyens techniques et financiers sont des plus limités. Mais nous allons poursuivre l'action de solidarité avec l'Italie. *Viva Italia!*

Joseph Muscat, President-in-Office of the Council. – Mr President, I would like to thank Members of this House for the very constructive debate we have had today. I would love to take the blame for the migration problem, because that would be simple and would mean that whoever comes next would be able to solve the problem. Unfortunately, we all know that is not the case.

I must also shoulder the blame, as representative of the Council, for this fiasco for the simple reason that it is not the fault of the Commission. The Commission's ideas are very clear and, as a Member State, we totally agree with those ideas. We cannot blame Parliament. Your position as Parliament has been more or less the same since the first time I was here 12 years ago and, really and truly, there is nothing more to say about these two institutions. The problem is within the Council, and it boils down to values once again.

I am afraid that it has nothing to do with politics because, if it had to do with politics, for every political problem there is a political solution. Now we have to be very honest: it boils down to what we believe in. And that is why I urge my colleagues in the Council to have an honest debate, without making excuses about why we should do something or why we should not do something, but about what kind of Europe we believe. And, rather than just Europe, what values we believe in. This is a Council problem and we have to come up with a solution.

I must say that, as a Presidency, we have inched forward and made some progress. What we saw in our strategy was a constant search for what could unite us. When it comes to migration, what really unites us in the Council is the external dimension of the phenomenon.

I think we have achieved a great deal in saying that we need to address this issue from both a humanitarian and a security perspective. It is not just a humanitarian problem, but it is not just a security problem either. For some this was something that couldn't be said, but I think we managed to put forward a sensible approach when it comes to the external dimension, and we have achieved progress.

I will give you a couple of examples where sterling work is being done by the Commission – things that are not said and that maybe some of you will not agree with, because they are philosophically opposed to the perspective of some – but these are things that are being done.

With our missions in Libya this year we, as the European Union, have so far managed to convince about 5 000 people –double the number from last year – to go back voluntarily to their countries of origin and not to engage in crossing the sea.

What is 5 000 when compared to the numbers arriving on our shores daily? It is nothing. But I must stress that, for every person who is convinced, a huge input and a huge effort is being made by all of us as the European Union, and we aim to get that number up to 10 000 by the end of the year. Will that make a difference? It is a drop in the ocean, but at least it is a drop because, until now, nothing significant was being done.

I must also commend the huge efforts that are being made in Mali and at the southern Libyan border. For the first time, we are seeing the European Union engage with tribal communities at the southern border; tribal communities that earn a living from smuggling people. And, when we engage with them, they tell us quite clearly, in a very realpolitik fashion, that they are not doing the right thing in collaborating with criminals and ask us to give them an alternative. They ask how they will pay for their tribe to get food and shelter. For the first time, money from the European Union is going directly to those communities at the border to show them that there is an alternative way in which they can finance their own activities.

This is only a start, but it is an important start. I must also say that we have managed, through the good offices of a number of Member States, notably Italy and the Netherlands, to train the first batch of Libyan coast guard members. Most importantly, once they had been trained, they went back to their country and did not escape because there were previous cases of training programmes where we, as Europe, trained people who ended up with militias, fighting against what we trained them to do. So this is a significant step forward, which cannot just be brushed aside as insignificant.

May I just touch on the issue of smallness or greatness? When we say that we are a small country, we are just saying things as they are. We have limited resources, and I am very proud of what we have managed to achieve: a five-minute meeting on Brexit where we put forward a united European position in what many thought would have been a protracted discussion for hours on end with divisions. No; it was a five-minute meeting that ended in unity concerning the Istanbul Convention. This was a great achievement, which I think is an achievement by the whole European Union.

To my colleague from Greece, I apologise for not mentioning Greece. I will say that Greece is always on our mind. After Germany, we are the country which contributes the highest percentage towards the Greek bail-out, so Greece is definitely on our mind. We did this without blinking an eye because we believe in solidarity. For us solidarity is not something that we advocate when migrants are coming to us and we want others to help us, but solidarity is something we practise when another Member State needs our help. That is part of the way we think.

On the issue raised by Mr Giegold – whom I thank for his very proactive approach today – I know that there are many misgivings about the issue of fiscal policy within this institution. This is something that we need to engage with even more, not just as a Member States, but in a number of Member States where we need to understand each other better. We have to draw very clear lines on what we disagree about.

Fiscal policy stands fairly and squarely within the remit of Member States to decide, but there need to be clear rules. I agree with that, and I must stress that, in the case of Malta, our tax system is OECD-compliant. It is the same tax system which the Commission approved before our membership of the European Union and it has not changed since then.

So my point is that, if it was not a problem 13 years ago, why is it a problem now? Let's discuss that. Once again I want to stress that this is an issue that lies fairly and squarely within the remit of Member States. On the issue, mentioned by Mr Giegold, of investigations: investigations are ongoing. They are independent and something which we will always respect. There is rule of law in our country, and I look forward to further debate on this issue, which I am sure we will have in the coming months.

Finally, I was amused by Mr Lamberts' speech, a Green politician defining socialism to me. I loved it. I will not engage in definitions, but will just tell you what I stand for and what my government stands for. We stand for free healthcare, we stand for free university education, we stand for free childcare, we stand for increasing the minimum wage, we stand for increasing pensions, we stand for full employment, and we stand for equal marriage, on which we will be voting in our Parliament tomorrow. So I will leave it up to you to define whether that is socialism or not.

Presidente. – Signor Primo ministro, la ringrazio per le Sue risposte e per il lavoro che ha svolto in questo turno di Presidenza della nostra Unione.

La discussione è chiusa.

3. Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen (Aussprache)

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

President. – The next item is the report by Hugues Bayet and Evelyn Regner, on behalf of the Committee on Economic and Monetary Affairs and the Committee on Legal Affairs, on the Proposal for a directive of the European Parliament and of the Council amending Directive 2013/34/EU as regards disclosure of income tax information by certain undertakings and branches (COM(2016)0198 – C8-0146/2016 – 2016/0107(COD)) (A8-0227/2017).

Hugues Bayet, *rapporteur*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, le dossier qui va nous être soumis au vote ce midi est un dossier crucial, car nous sommes vraiment à la croisée de la construction fiscale européenne.

La question est la suivante: quelle Europe voulons-nous? Une Europe de justice fiscale ou une Europe de la dérégulation? Une Europe qui traite selon les mêmes règles ses citoyens et ses entreprises ou une Europe qui pousse à l'agressivité fiscale entre ses multinationales, ses PME et ses start-up au détriment de ses citoyens?

La déclaration pays par pays est directement liée à la transparence fiscale. Je pense que c'est vraiment un outil supplémentaire pour lutter contre tous les scandales que nous avons connus.

Je tiens, tout d'abord, à remercier la Commission, qui a pris la question de la lutte contre l'évasion fiscale à bras-le-corps. Depuis le début de la législature et, notamment sous l'impulsion du commissaire Moscovici, un ensemble de propositions a été mis sur la table et des mesures concrètes ont été adoptées dans ce domaine. Je pense, notamment, à la directive sur l'échange automatique obligatoire d'informations sur les rescrits fiscaux, à la directive sur les règles de lutte contre l'évasion fiscale ou encore à celle sur le blanchiment d'argent. Parallèlement, le Parlement n'est pas demeuré en reste puisque, que ce soit au travers des rapports TAXE 1 et 2 ou, bientôt, des futures recommandations de la commission d'enquête sur les *Panama papers*, preuve supplémentaire de la nécessité de légiférer dans ce domaine, nous avons également travaillé sur ce dossier.

Monsieur le Commissaire, vous nous avez proposé un texte que nous avons amendé. Je voudrais souligner cinq éléments clés dans ce rapport.

Le premier, c'est le seuil des entreprises, qui est fixé à 750 millions par an. Nous aurions souhaité un seuil à 40 millions, voire pas de seuil du tout, pour que toutes les multinationales puissent être mises sur un pied d'égalité. Mais nous sommes parvenus à un accord sur ce seuil, ainsi que sur la nécessité pour la Commission de procéder à une analyse d'impact au bout de quatre ans afin d'évaluer s'il faut diminuer ce seuil et si la liste des critères est suffisante par rapport à l'objectif recherché.

Le second élément, qui était fortement demandé par la société civile, concerne les données: elles seront publiées dans un registre commun accessible gratuitement à tous.

Le troisième élément, c'est la liste des critères, comme le nom de l'entreprise, le nombre d'employés à temps plein ou encore la valeur des actifs, qui sera publiée. Cela permettra aux autorités compétentes de détecter d'éventuelles erreurs ou fraudes.

Le quatrième élément porte sur les sanctions. Chaque État membre pourra décider d'imposer des sanctions aux entreprises qui ne respectent pas la directive, et donc qui ne publient pas leur données.

Enfin, le dernier élément porte sur la désagrégation complète des données, comme le prévoit déjà l'action 13 du projet BEPS de l'OCDE. C'est-à-dire que les données devront être ventilées par pays, par secteur et par année. C'est un élément essentiel. Une clause de sauvegarde a été ajoutée afin, notamment, de protéger les données commerciales sensibles, car nous tous, ici, au Parlement, comprenons qu'il faille également protéger nos multinationales. Mais, sur ce point, nous avons malheureusement une divergence de vues quant à la définition de la clause de sauvegarde, parce que, pour nous, socialistes, les entreprises concernées peuvent demander à un État membre une dérogation pour ne pas publier des données qui seraient commercialement sensibles, mais à quatre conditions. La première, c'est que cette dérogation doit être redemandée chaque année. La deuxième, c'est que sa pertinence doit être évaluée et examinée par la Commission européenne pour éviter les problèmes de *SwissLeaks*, par exemple. Si cette dernière estime que la demande de dérogation est non fondée, l'entreprise doit publier les données. En ce qui concerne le troisième critère, nous pensons que, lorsque cette dérogation prend fin, l'entreprise concernée doit publier rétroactivement les données qui en avaient fait l'objet. Enfin, nous pensons qu'il est important qu'il y ait une limite dans le temps aux dérogations. Pour nous, cette limite devrait être la prescription fiscale dans chaque État membre pour ne pas donner un bonus «amnistie» aux éventuels tricheurs.

Je pense qu'il est vraiment essentiel, en vue d'une meilleure justice fiscale, que nous puissions savoir où les plus grandes entreprises réalisent leurs profits et combien d'impôts elles paient dans chacun des États où elles sont actives. Sans ces informations, l'équité fiscale ne deviendra jamais une réalité.

Tout euro d'impôt qui n'est pas payé par les multinationales est un euro de trop payé par les ménages. Or, nous devons restaurer la confiance et la justice fiscale en Europe.

Il me reste à remercier ma collègue, Evelyn Regner, rapporteure avec moi, ainsi que l'ensemble des rapporteurs fictifs, mais, Madame la Présidente, j'y reviendrai dans le cadre de mes conclusions.

Evelyn Regner, Berichtsteratterin. – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Dombrovskis! Danke, Hugues, für die Vorstellung unserer Eckpunkte dieses Berichts. Mit dieser Position, die Hugues Bayet jetzt vorgestellt hat, wollen wir nach den Abstimmungen in die Verhandlungen mit dem Rat treten. *Public CBCR* ist super. Die weltweite Berichterstattung über Gewinne und Steuern der großen Konzerne ist genau das, was wir in Europa brauchen. Diese Richtlinie ist eine der wichtigsten Initiativen der Kommission nach den Steuerskandalen. Sie zieht die Multis, indirekt aber auch die Regierungen in Rechenschaft. Alle Steuerzahler müssen berechtigt sein zu wissen, welche Gewinne die globalen Konzerne wie Starbucks, McDonalds, Monsanto & Co. machen, wo sie verbuchen, wo sie ihre Steuern dafür zahlen.

Wir in diesem Haus vertreten die Bürger, wir vertreten die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen in allen unseren Mitgliedstaaten. Wir müssen beweisen, dass wir es ernst meinen, und für unsere Wähler eine Transparenz schaffen, die unbegrenzte Geheimnisse einzelner Unternehmen in Absprache mit Regierungen verhindert. Deshalb appelliere ich an alle Kollegen, an alle progressiven Abgeordneten in diesem Haus, an die Liberalen, an die Konservativen, an all jene, die sich im TAXE- und im Panama-Ausschuss besonders eingebracht haben: Korrigiert mit der Annahme der Änderungsanträge 84, 85 und 86 jene Regelung, die in den Ausschussabstimmungen geschaffen wurde. Ich habe bereits etliche Zeichen bekommen, dass die von uns als Ko-Berichterstatter vorgeschlagene Klausel tragbar ist. Zeigt uns in der Abstimmung, dass auch Ihr gegen grenzenlose, unbegrenzte Intransparenz seid, und stimmt mit uns!

Diese weltweite Veröffentlichung der Unternehmenssteuern, die wir einführen wollen, ist aus vielen Gründen richtig und wichtig. Hervorzuheben ist, dass das Europäische Parlament sich mit Unterstützung fast aller Fraktionen für die Veröffentlichung weltweit ausspricht. Wir wollen, dass die Veröffentlichung weltweit greift und die Zahlen künftig Land für Land veröffentlicht werden. Wir wollen keine Einschränkung auf die Staaten der EU und die Staaten der Steuersümpfe. Will Starbucks im EU-Binnenmarkt Gewinne machen, muss es künftig auch Gewinne in Dubai, Schanghai oder Panama veröffentlichen.

Unsere Vorstellung der Richtlinie trifft nur die ganz Großen, also jene mit 750 Mio. EUR Umsatz pro Jahr. Zu veröffentlichen sind nur die Daten, die schon vorhanden sind, und das dafür aber weltweit, Land für Land. Mit dieser Richtlinie bringen wir deshalb Licht in globale Gewinnverschiebungsstrukturen, wir machen diese undurchsichtigen Konstrukte sichtbarer, wir machen den Wettbewerb vor allem für KMU, aber durchaus auch große Unternehmen in Europa fairer, und wir schaffen Fairness für das Kaffeehaus an der Ecke, das beispielsweise Starbucks weichen musste und der Konkurrenz nicht standhalten konnte.

Die weltweite öffentliche länderweise Berichterstattung ist ein Schlüssel zur Transparenz. Sie hat einen enormen entwicklungspolitischen Mehrwert, und sie schafft Fairness für all jene, die brav ihre Steuern zahlen. Mit der Veröffentlichung der Anzahl der Arbeitnehmer kann jeder sehen, in welchem Land Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen angemeldet sind, wo die Multis ihre Briefkastenfirmen unterhalten und in welchem Land sie nur ihre Gewinne verbuchen. Die Transparenz ist ein Mehrwert für alle Stakeholder – für Kunden, für Beschäftigte, für Investoren und natürlich für die SteuerzahlerInnen.

Die Transparenz wird auch nicht wettbewerbsschädigend sein. Im Gegenteil: Sie wird Investoren anziehen, jene Investoren, die nachhaltige Unternehmen wollen und die nachhaltig investieren wollen. Das heißt: Wir wollen nachhaltige Unternehmen, die ihren Beitrag für die Steuersysteme und für den Wohlfahrtsstaat leisten. In dem Sinn möchte ich all jenen Dank aussprechen, die sich konstruktiv eingebracht haben. Aber wir haben noch Einiges vor uns.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, the Commission has made fair taxation one of its priorities. And, naturally, since recent disclosures have once again underlined the magnitude of the problem, calls for action have gained force. We have put forward a raft of measures to tackle tax abuse and to make sure that companies pay their fair share of taxes in the countries where their actual economic activity is taking place.

In addition to measures addressing directly companies' tax affairs and the work of tax authorities we are convinced that corporate transparency is part of the equation. Parliament has been vocal and pivotal in calling for a valid answer to the widespread public discontent. The Commission responded timely in a constructive way.

The public country-by-country reporting, which we are examining today mainly aims to address two issues. First, a growing public distrust in the fairness of the tax system, and second, the accountability of multinational companies towards our citizens.

The proposed corporate transparency measure is an ambitious and unprecedented move, a move that requires striking a delicate balance between, on the one hand, the public's legitimate demands for information, and, on the other, legitimate calls for our businesses not to weaken their world-wide competitiveness.

The Commission also paid attention to complement, but not undermine, the existing system of exchange of a country-by-country reporting by tax authorities. This system is gaining remarkable traction globally under the aegis of the OECD and G20 and with the full support the European Union.

It is easy to see the importance of the issue. Due to corporate tax avoidance, our governments miss out an estimated EUR 50 to 70 billion a year. In view of the fiscal efforts they are making and the investment demanded by the economies, these amounts are unacceptably high. So, honourable Members, we trust in your support to get this proposal agreed as quickly as possible.

Elly Schlein, *relatrice per parere della commissione per lo sviluppo*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio i colleghi relatori per l'ottimo e prezioso lavoro su questo dossier fondamentale. La rendicontazione Stato per Stato è una misura fondamentale per la trasparenza e contro l'evasione e l'elusione fiscale a livello globale ed europeo.

Rispetto alla proposta iniziale, il Parlamento ha esteso tale obbligo per le multinazionali in tutti i paesi in cui operano, anche fuori dall'UE. Questo permetterà anche ai paesi in via di sviluppo di ottenere informazioni preziose sulle multinazionali che operano entro i loro confini. I paesi più poveri, infatti, sono quelli che pagano il prezzo più alto per queste pratiche, perdendo ogni anno centinaia di miliardi di dollari, risorse fondamentali per lo sviluppo. La lotta alla povertà e alle disuguaglianze passa anche da qui.

Purtroppo oggi c'è chi predica bene e razzola male, in quest'Aula, volendo una clausola di salvaguardia che consentirebbe alle multinazionali di evitare di pubblicare informazioni ritenute sensibili. Senza che vi sia almeno la pubblicazione retroattiva di queste informazioni, questa diventa una scappatoia pericolosissima per continuare a nascondere i profitti. Quindi mi appello ai colleghi popolari e liberali, ricordando che le soluzioni parziali non bastano davanti a un fenomeno globale. Possiamo approvare una misura storica, e quando passa la storia è bene non farsi trovare altrove.

Dariusz Rosati, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, the draft directive on public country-by-country reporting requires multinationals to publicly disclose all tax information. The idea behind this initiative is to increase tax transparency and to put multinationals under pressure from public opinion, to make sure that large companies pay their fair share of taxes in countries where they create value.

This is yet another piece of European legislation aimed at eliminating the harmful practices of tax avoidance and tax evasion in Europe. The PPE Group has supported the Commission's proposal from the very beginning. We are in favour of more transparency in corporate taxation, but we also want the EU legislation to be consistent with international standards for tax information exchange established by the OECD under the Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) project, and adopted by almost 100 countries all over the world.

With those considerations in mind, we have worked hard to find a compromise that would be supported by all major political groups in Parliament. We have made important concessions. We agreed on the disaggregation information, we agreed on an extension of the list of information required, and we finally agreed on the review clause for the threshold. However, we have not come to a common position on the safeguard clause.

The left side of this House insisted on much more radical proposals that would go far beyond the Commission's draft and would undermine the OECD BEPS Agreement. Accepting these proposals would establish an uneven playing field, with EU companies subject to more demanding requirements for public disclosure than their competitors from third countries. We do not want to discriminate against EU companies and that is why we oppose some of the rapporteur's amendments that simply put EU companies at a competitive disadvantage vis-à-vis their third country competitors, and which would also make the business climate in the European Union less friendly for investors.

Our objective is to strike a balance between the legitimate demand for more transparency, on the one hand, and the need to protect EU companies in order to guarantee more jobs and growth in Europe.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Ana Gomes (S&D), *blue-card question*. – Mr Rosati, do you not feel ashamed to invoke competitive disadvantage for multinationals when our citizens are demanding fairness in taxation, and when we see that there has not been any fairness and, indeed, that multinationals have been abusing our inability to deliver that fairness?

Dariusz Rosati (PPE), *blue-card answer*. – Frankly, I don't understand your point. I think the whole thing here is about public disclosure of tax information, not about avoiding taxes or tax avoidance. This tax avoidance is a task of tax authorities, and we have to have trust in the national tax authorities that they do their job properly. What we are talking about here is disclosure – public disclosure of information. This has nothing to do with tax evasion.

This is one thing. The other thing is that we have to take into account the uneven playing field. If you put this requirement on EU companies and other companies, American, Canadians, Japanese don't have the same obligation – that would be harmful for our businesses.

Pervenche Berès, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers rapporteurs, le Parlement européen a joué ici son rôle à la suite des initiatives qu'il avait prises dans le domaine bancaire et sur l'initiative de Sergio Cofferati.

De quoi s'agit-il? Il s'agit de permettre de vérifier où les entreprises font des profits et, en fonction de cela, où elles doivent payer leurs impôts. Trop souvent, il y a derrière l'optimisation fiscale ou l'évasion fiscale un manque à gagner pour les budgets des États membres et, donc, un manque de fonds pour le financement des politiques, que ce soit dans le domaine de l'éducation, de la santé ou de la culture, car, au bout du compte, c'est de cela dont il s'agit.

À travers ces mécanismes d'optimisation fiscale, qui sont dissimulés dans des opérations agrégées, les multinationales sont passées d'une fiscalité de 35 % en 1995 à 22,8 % en 2015. Il y a là quelque chose d'inacceptable pour des citoyens qui subissent de plus en plus les effets de la crise.

La volonté du groupe socialiste a été d'aller au-delà, avec nos corapporteurs, de la proposition de la Commission, que je remercie d'ailleurs pour la bienveillance avec laquelle elle a observé les travaux de ce Parlement. Nous devons aller plus loin parce que ce que nous avons obtenu pour les banques, il n'y a pas de raison de ne pas l'obtenir pour les multinationales. Nous aurons un rendez-vous et nous attendons des initiatives de la Commission pour aller au-delà de la proposition actuelle.

Il y a aussi la fameuse question des données agrégées pour les pays tiers. M. Rosati invoque la compétitivité mondiale et les éléments du BEPS, mais le rôle de l'Union européenne dans ce domaine – le travail que nous avons engagé dans les commissions PANA ou TAXE – est d'aller au-delà de l'accord du BEPS et de permettre que des entreprises puissent, bien sûr, développer des stratégies d'investissement à travers cette clause de sauvegarde, mais que, derrière cette clause de sauvegarde, il n'y ait pas un blanc-seing pour le secret éternel et que cette stratégie d'investissement s'inscrive dans ce qui est le cadre du rescrit fiscal au-delà duquel il doit y avoir une pleine transparence sur les profits des entreprises, quel que soit l'État dans lequel ils sont réalisés.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Michael Theurer (ALDE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegin Berès, wir sind uns einig, dass wir die Transparenz erhöhen wollen. Wir haben gemeinsam im TAXE- und im Panama-Ausschuss gegen Geldwäsche und gegen Steuervermeidung gekämpft. Jetzt haben wir in dem Zusammenhang allerdings diese Diskussion um die Frage der Wettbewerbsfähigkeit, und die Unternehmen – auch in Frankreich, auch in Deutschland – haben große Angst. Sind Sie nicht mit mir der Meinung, dass die Kommission diese Frage der Wettbewerbsfähigkeit verbindlich beantworten sollte? Denn wir wollen natürlich ein *level playing field* erreichen.

Pervenche Berès (S&D), *réponse «carton bleu»*. – Monsieur Theurer, au nom de la compétitivité, je pense que l'excellence pour les entreprises européennes, c'est d'avoir la possibilité de dire ce qu'elles font en dehors de l'Union européenne, que ce soit dans les pays en voie de développement ou ailleurs.

C'est cela l'excellence, et c'est ainsi que l'Union européenne accroîtra sa vraie compétitivité et pourra mener la lutte contre l'évasion fiscale et contre l'optimisation fiscale. C'est notre mission. C'est ce que nous avons engagé avec le commissaire Dombrovskis et le commissaire Moscovici et ce que nous devons poursuivre. C'est d'ailleurs le sens des conclusions du rapport dont vous étiez l'auteur au sein de la commission TAXE.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), *vastaus sinisen kortin kysymykseen*. – On hienoa, että julkinen maakohtainen vero- ja talousraportointi etenee. Vielä kymmenen vuotta sitten se olisi ollut täysin utopistinen. Henkilökohtaisesti pidän valitettavana, ettei 750 miljoonan euron liikevaihtorajaa saatu laskettua 40 miljoonaan parlamentin esityksessä. Tämä tulee asettamaan suuryritykset keskenään eriarvoiseen asemaan ja jättämään paljon yhteiskunnallisesti merkityksellistä tietoa pimentoon.

Pidin parlamentin kannan valmistelussa esillä muun muassa sitä, että argumentit liikesalaisuuksien vuotamisesta olivat heikolla pohjalla. Suuryritysten kilpailijat pystyvät jo nyt teettämään analyysjä kilpailijoidensa liiketoimintamalleista keskeisissä EU-maissa. Tähän vaadittavat tilinpäätöstiedot ovat ostettavissa suurimmasta osasta merkittäviä liiketoiminta-alueita. Maakohtaisen raportoinnin keskeinen tarkoitus on tästä poiketen tuoda läpinäkyvyyttä veroparatiisien rahoitus- ja verojärjestelyihin.

Joistakin puutteista huolimatta esitys on selvä edistysaskel kohti suuryritysten laajempaa tilivelvollisuutta ja läpinäkyvyyttä. Tätä tarvitaan paitsi veronmaksun turvaamiseksi valtioihin, joissa todellinen liiketoiminta tapahtuu, myös erilaisen riskien tunnistamiseen.

Toivottavasti tämän direktiivin, luonnonvara-alan raportoinnin ja pankkialan raportoinnin pohjalta saatuja kokemuksia voidaan käyttää mahdollisimman pian hyödyksi ja laajentaa julkisen raportoinnin kattavuutta tulevaisuudessa kaikkiin suuryrityksiin.

Ramon Tremosa i Balcells, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, today is an important day for this Parliament. For many years, many of us have fought to achieve more transparency and accountability from multinational companies. This is a request our voters have been demanding of us for a long time.

Today, we are voting on a good text. It would affect 90% of multinationals with a turnover higher than EUR 750 million a year world-wide. This would be an amazing achievement that will enhance transparency, limit wrongdoings and increase the confidence of our citizens on globalisation. The more transparent our multinationals become, the easier it will be to defend their big and undeniable importance for our economies.

In the Committee on Economic and Monetary Affairs our groups reached an agreement on 95% of the report. We should not abandon it because of a small disagreement on just one issue, and weaken the broad consensus we have in this Chamber just before the Council negotiations start.

We all know that some Member States will do their best to weaken this legislation. I hope that no group in the European Parliament will make their task easier. If our voters could ask us to do just three things in this Parliament, one of them would be to make more transparent the dealings of our multinationals. Having more transparent multinationals is also – and foremost – about building a healthier and more accountable democracy.

Miguel Viegas, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, a transparência representa hoje a melhor arma no combate à fraude e à evasão fiscal. Neste sentido, este relatório país por país deveria constituir um passo fundamental permitindo o escrutínio popular sobre o comportamento das empresas multinacionais nesta matéria. Sucede que, mais uma vez, a montanha pariu um rato. Manteve-se um limite absurdo de 750 milhões de euros de faturação que deixa de fora a grande maioria das empresas multinacionais. Podia-se ter ido mais longe na informação a incluir no relatório, mas mais grave do que isto foi incluída à última da hora uma cláusula de exceção que, na prática, vai neutralizar completamente a diretiva. Com o falso pretexto de proteger informação comercialmente sensível, introduz-se uma derrogação que permite às empresas multinacionais esconder informação relevante, podendo esta isenção ser renovada *ad eternum*.

Pela nossa parte não podemos tomar parte nesta farsa. O consenso não pode ser realizado à custa do abandono de princípios fundamentais pelos quais fomos eleitos. Os povos, os trabalhadores, os eternos sacrificados pelas políticas de austeridade merecem mais e melhor.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora presidenta. Hoy damos un paso importante para avanzar en la justicia fiscal: vamos a avanzar en una norma que va a obligar a las multinacionales a publicar, país por país, cuántos impuestos pagan con relación a cuántos beneficios tienen y con relación a otros datos que determinan su actividad, y es muy importante.

Quiero expresar en primer lugar mi agradecimiento al ponente Hugues Bayet por la labor que ha desarrollado y la buena colaboración que ha habido. Esta legislación va a permitir evitar que muchas multinacionales desarrollen estrategias fiscales agresivas. Quiero decir que hemos mejorado el texto de la Comisión: los datos se van a desagregar, país por país, fuera de la Unión Europea; se va a tener que explicar qué tipo de regímenes fiscales preferenciales para patentes tienen estas multinacionales —eso también es muy importante—.

Y, evidentemente, con respecto a algunos puntos, tengo que decir que a nuestro Grupo le hubiera gustado ir mucho más allá. Por ejemplo, el límite de 750 millones de euros de beneficios a partir del cual se aplica la norma es excesivo y hubiéramos preferido que se mantuviera en 40 millones.

Lo que, en cualquier caso, no compartimos son las maniobras de la derecha de esta Cámara para intentar diluir la legislación, con el argumento de la competitividad, como si esto dañara la competitividad. Quiero decir y quiero recordarle al PPE que, hoy en día, los bancos europeos ya están obligados a hacer esto, y eso no ha dañado su competitividad.

Y eso de que vamos más allá de los estándares globales... Pues mire, ¿caso la Unión Europea no tiene que tener la ambición de establecer estándares globales en el marco de la globalización?

Por ello quiero decir —y con esto termino— que la cláusula de salvaguarda que algunos están intentando introducir es una vergüenza. No debe permitirse, porque sería un agujero para que toda la legislación ...

(El Presidente retira la palabra al orador)

Laura Ferrara, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, finalmente discutiamo questa importante proposta sulla rendicontazione paese per paese, tema che peraltro è molto importante per noi del Movimento 5 Stelle, che consideriamo la trasparenza un valore fondamentale per la salute delle imprese e delle istituzioni.

Come sappiamo, questa proposta è arrivata dopo gli scandali «LuxLeaks» e «Panama Papers», che hanno evidenziato come la lotta all'elusione fiscale debba ancora fare molta strada. E l'Unione europea non può perdere altro tempo, deve dare una risposta immediata, pena la perdita di una credibilità che già oggi è piuttosto traballante.

Questi scandali ci hanno fatto anche capire con chiarezza che questo fenomeno va combattuto adottando delle norme che valgano anche su scala globale, anche al di fuori dell'Unione europea. Per questo siamo molto delusi dal fatto che il testo proposto in commissione giuridica, inizialmente apprezzabile e ambizioso, soprattutto per quanto riguarda gli obblighi di rendicontazione al di fuori dell'Unione europea, sia stato poi oltremodo depotenziato con l'introduzione della clausola di salvaguardia, fino a porre quindi dei seri dubbi sull'efficacia reale delle norme proposte.

Spero allora vivamente che questi errori possano essere corretti attraverso gli emendamenti proposti al testo finale anche dal nostro gruppo, e che riguardano in particolare l'abbassamento della soglia per le grandi imprese dell'obbligo di rendicontazione (quindi passare dai 750 milioni ai 40 milioni di fatturato annuo), l'obbligo di rendicontare i fondi ricevuti dallo Stato e i finanziamenti fatti ad organi o a personaggi politici, il fondamentale obbligo per le multinazionali di rendere pubbliche, in modo disaggregato e senza eccezioni, le informazioni sulle tasse pagate in tutti i paesi del mondo, inclusi i paradisi fiscali.

Senza questi fondamentali aggiustamenti sarà davvero difficile per il nostro gruppo poter appoggiare questa proposta e sostenere una posizione del Parlamento che potenzialmente potrebbe essere ancora peggiore rispetto a quella presentata dalla Commissione.

Bernard Monot, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, Monsieur le vice-président, la transparence fiscale est une priorité pour les États, car les schémas d'optimisation abusive des grands groupes pour éviter l'impôt sur les sociétés causent de lourds préjudices à nos finances publiques.

Au passage, nous devons tous remercier les lanceurs d'alerte, qui ont permis de révéler à l'opinion publique ces scandales fiscaux, tels que le dumping fiscal européen pratiqué par le Luxembourg sous le gouvernement de M. Juncker. Ces pratiques déloyales doivent être sanctionnées et les États victimes dédommagés financièrement.

L'initiative de la Commission de rendre obligatoire la publication par les grands groupes de leurs informations financières sensibles, ventilées pays par pays, est une bonne chose. Toutefois, dans la guerre économique mondiale, cette transparence européenne pose un vrai problème d'asymétrie de l'information pour nos entreprises face à leurs concurrents internationaux.

En effet, une société américaine ou chinoise qui n'a pas de succursale ou de filiale en Europe mais qui exporte vers l'Union européenne ou souhaite s'y implanter disposera d'un grand nombre d'informations sur l'activité économique, pays par pays, de ses concurrentes. Dès lors, il est impératif de combiner, dans le cadre de cette mesure de déclaration pays par pays, transparence et confidentialité des informations économiques sensibles.

Dans ces conditions, nous estimons que la publicité de ces informations doit être limitée exclusivement aux administrations fiscales des États membres pour éviter tout risque d'espionnage économique extra-européen.

Ainsi, avec ce principe de précaution, l'objectif fiscal des États sera atteint, mais les intérêts de nos grands groupes européens seront préservés de la concurrence mondialiste.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, το φορολογικό αποτελεί ένα από τα σημαντικότερα προβλήματα στα κράτη της Ευρώπης και ίσως το μεγαλύτερο εμπόδιο στην ανάπτυξη και στην προσπάθεια εξόδου από την οικονομική κρίση. Δυστυχώς, τα περισσότερα φορολογικά συστήματα στις ευρωπαϊκές χώρες έχουν δομηθεί έτσι ώστε να ευνοούν τις μεγάλες πολυεθνικές εταιρείες και εναποθέτουν το μεγαλύτερο μέρος των βαρών στους αδύναμους πολίτες και στις μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις.

Επιπλέον, κάποιες χώρες της Ένωσης λειτουργούν σαν φορολογικοί παράδεισοι, με αποτέλεσμα η φοροαποφυγή να καθίσταται ακόμη πιο εύκολη και νόμιμη για όσους διαθέτουν τα μέσα και απολαμβάνουν παράλληλα και τα οφέλη της ελεύθερης διακίνησης κεφαλαίων και αγαθών στην Ένωση. Εύκολα, λοιπόν, καταλήγουμε στο συμπέρασμα ότι πρέπει αρχικά να θεσπιστούν δίκαια φορολογικά συστήματα και ο φόρος να είναι ανάλογος του εισοδήματος. Δεν είναι δυνατόν να ζητούμε σήμερα στην Ελλάδα από μικρές επιχειρήσεις να πληρώνουν συνολικές επιβαρύνσεις που ανέρχονται μέχρι και στο 70% του συνολικού εισοδήματος. Επιπλέον, πρέπει να επανεξετάσουμε την ελεύθερη διακίνηση κεφαλαίων και αγαθών, διότι προφανώς δεν λειτουργεί χωρίς ενιαίο φορολογικό σύστημα σε όλη την Ένωση, όμως κάτι τέτοιο μας βρίσκει αντίθετους για λόγους εθνικής κυριαρχίας.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señora presidenta, aprobamos hoy una apuesta por la transparencia y es una de las normas sobre las que la Comisión ha hecho un informe que nosotros apoyamos totalmente. Todas aquellas compañías que tengan un nivel de ingresos global que supere los 750 millones de euros al año deberán elaborar y publicar informes anuales, país por país, en aras de esa transparencia. Es verdad que, como dice esa Directiva, se podrá revisar pasados cuatro años ese umbral, que es necesario acotar para ir en línea con la OCDE.

La cláusula de salvaguardia es una buena cláusula, porque practica un equilibrio imprescindible entre la competitividad y la necesaria transparencia, y ha sido fruto de múltiples compromisos hasta llegar a un punto equilibrado. La información pública sobre aquellos datos de las empresas que se consideran pertinentes, sobre todo a efectos fiscales, es muy importante para evitar la evasión fiscal.

Pero no solamente es importante por eso la transparencia. Es importante porque va a reforzar, sin duda, la responsabilidad social de las empresas y también la gobernanza empresarial. Supone, sin duda, un beneficio para todos: para los ciudadanos, para los trabajadores, para los accionistas, para las propias administraciones, para los inversores. Es verdad que se refuerzan la confianza, los derechos de los trabajadores, porque consolida el diálogo y fomenta la confianza mutua, dado que aporta datos objetivos y fiables sobre la situación real de la empresa.

Es importante, por lo tanto, trabajar la confianza. Uno de los objetivos de esta iniciativa es trabajar la confianza, trabajar el compromiso social y el buen gobierno.

La transparencia siempre es un valor competitivo, sin ninguna duda. Es una inversión estratégica, con beneficios a medio y largo plazo; pero también tiene que ser sensata, y por eso es necesaria la cláusula de salvaguarda.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 16, apartado 8, del Reglamento))

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Tisztelt Képviselő Asszony! Ön fölsorolta, hogy ki mindenki érdekében születik ez a mostani jogszabály. Bár nekem az ügyben vannak kétségeim, hogy az európai polgárok lennének-e itt az elsődleges nyertesek. Én azt kérdezném Öntől leginkább, hogy Ön szerint mi az a mechanizmus, amelynek révén a nagy nemzetközi vállalatok az európai intézményrendszeren belül ilyen példásan tudják saját érdekeiket képviselni?

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), respuesta de «tarjeta azul». – Sí. Gracias, señor Tibor, por la pregunta.

Cuando se dan datos fiables y cuando se aportan datos objetivos sobre cómo opera una empresa, sobre la situación empresarial, se sensibiliza especialmente a los trabajadores. Y eso fortalece la confianza, pero también a los propios ciudadanos, porque sabrán con fiabilidad dónde operan las empresas.

Por lo tanto, la cultura de la transparencia debe crearse en todos los sectores, no solamente por parte de las empresas, también por parte de la sociedad empresarial. Y es muy importante que el sector empresarial asuma este compromiso.

Sylvia-Yvonne Kaufmann (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident der Kommission, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vizepräsident Dombrovskis hat die Zahl vorhin erneut genannt: Den europäischen Staatshaushalten und damit uns allen gehen jedes Jahr 50 bis 70 Milliarden Euro durch Steuervermeidung verloren. Was für eine unglaubliche Summe! Was könnte man mit diesem Geld nicht alles finanzieren, etwa für gute Bildung, gute Arbeit oder für zukunftsfähige öffentliche Investitionen! Die Affären und Enthüllungen rund um LuxLeaks oder die Panama-Papers haben uns allen doch wieder einmal vor Augen geführt, dass einige Unternehmen quasi Weltmarktführer bei sogenannten innovativen Steuersparmodellen sind und offensichtlich keinerlei soziales Gewissen haben. Damit muss ein für alle Mal Schluss sein!

Die großen Unternehmen müssen offenlegen, wo sie wie viel Gewinn machen und wie viele Ertragsteuern sie in welchem Land dafür zu zahlen haben. Das ist doch so einfach zu verstehen wie das Einmaleins. Der Kampf gegen die Steuervermeidung fängt mit Transparenz an, deshalb brauchen wir die öffentliche länderspezifische Berichterstattung. Sie ist ein kosteneffektives Mittel, um auch Steuerbehörden, Journalisten oder Bürgern Mittel an die Hand zu geben, um multinationale Unternehmen, die geheime Steuerdeals schmieden, zur Rechenschaft zu ziehen.

Abschließend noch ein Wort zur Frage der Schutzklausel zur Befreiung von der Berichterstattung auf unbegrenzte Zeit. Ich frage mich, wie man das gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern rechtfertigen will, weil genau damit die beschriebenen Praktiken der Steuervermeidung befördert werden. Wir sind hier für eine zeitliche Begrenzung, und deshalb wäre es sehr wichtig, dass die Änderungsanträge 84 und 85 heute angenommen werden.

Stanisław Ożóg (ECR). – Pani Przewodnicząca! Skuteczna kontrola publiczna nad wielonarodowymi przedsiębiorstwami, które unikają płacenia podatku dochodowego, wymaga rozwiązań na poziomie ponadkrajowym, zwłaszcza że problem ten wiąże się z konkretnymi stratami dla budżetów wielu państw nie tylko członkowskich. Uważam, że zwiększenie przejrzystości wymogów w zakresie sprawozdawczości jest niezbędne, ażeby ten cel osiągnąć. Cieszy mnie, że w pracach nad sprawozdaniem udało się zrównoważyć wiele kontrowersyjnych kwestii, szczególnie oczywiście chodzi o klauzule ochronne. Polska delegacja będzie głosować przeciwko poprawkom, które ten kompromis podważają. Moją obawę budzi jednak tempo prac legislacyjnych. Może wiązać się z niedostateczną analizą – a co za tym idzie – ze zbyt mało precyzyjnymi zapisami w tym projekcie.

António Marinho e Pinto (ALDE). – Senhora Presidente, tal como as pessoas físicas, as empresas enquanto pessoas coletivas possuem dimensões das suas vidas, das suas atividades, que devem ser preservadas da devassa pública.

Num mundo, num mercado onde a concorrência é cada vez mais intensa, ninguém ousará pôr em causa esse direito à reserva ou ao segredo. Porém, isso não pode ser usado para ocultar o incumprimento das obrigações perante a sociedade e o Estado, nomeadamente as de natureza fiscal.

O direito à reserva só deverá ser garantido quando devidamente articulado com o dever de transparência, ou seja com a obrigação de demonstração pública do efetivo cumprimento dos deveres fiscais e sociais.

Um delito é sempre um facto do domínio público e como tal não pode ser ocultado do escrutínio do Estado e da sociedade. Este equilíbrio entre o direito à reserva e o dever da transparência é um dos pressupostos para um salutar desenvolvimento económico e social.

Jiří Maštálka (GUE/NGL). – Paní předsedající, již v roce 2013 a jen několik dní před zveřejněním daňových úniků přes britské Panenské ostrovy se na Světovém sociálním fóru v Tunisu jednalo o tom, že daňová spravedlnost je jedním z nejdůležitějších kroků k demokratizaci a boji s chudobou. Řada skandálů s daňovými úniky z nedávné doby donutila jednat i Evropskou komisi, nakonec. Ta sice vyhlásila, že boj proti daňovým únikům a agresivnímu daňovému plánování je její prioritou, nicméně návrh, o kterém budeme dnes hlasovat, považuji za čistě kosmetický.

Povinnost zveřejňovat určité informace se totiž bude týkat pouze asi 10, maximálně 15 % nadnárodních podniků, a to ještě s celou řadou výjimek. Jde tak o promarněnou příležitost. Co dnes skutečně potřebujeme, jsou efektivní nástroje pro boj s daňovými úniky, praním špinavých peněz a korupčních peněz, netransparentností finančních toků a v neposlední řadě efektivní občanská kontrola nad veřejnými rozpočty. Co nám dnes pravice v Evropském parlamentu předkládá, je pouhé placebo.

Pascal Durand (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, il y a des réalités qu'il ne faudrait pas cacher dans une assemblée transparente comme la nôtre.

Il est insupportable d'entendre la droite et maintenant l'extrême droite, avec une grande partie des libéraux, nous expliquer qu'ils défendent la transparence en Europe, la transparence fiscale, qu'ils défendent au quotidien les PME et les petites entreprises et, en même temps, de voir les mêmes qui font en sorte de fausser la concurrence dans l'Union européenne entre les grandes multinationales, dont il a été démontré que, parfois, elles payent moins de 1 % d'impôts sur les bénéfices qu'elles réalisent. Je dis bien moins de 1 % d'impôts, quand les PME, les artisans et les professions libérales sont obligés, parfois, de payer jusqu'à 35 %.

Il faut dénoncer cette iniquité. Il y a au sein de cette assemblée des parlementaires qui sont là pour défendre les intérêts des grandes multinationales et non ceux de l'économie européenne. 85 % des emplois en Europe sont le fait des PME. Il faut une égalité fiscale. Il faut mettre un terme au fait que des grandes entreprises s'exonèrent de la participation à l'équilibre de la société.

C'est le lien social qui est en danger: ce sont des hôpitaux qu'on ne peut financer, ce sont des structures communes qui ne sont pas finançables parce que les multinationales ne payent pas l'impôt. Cela doit changer. Il faut faire en sorte que la transparence soit mise en œuvre au sein de l'Union européenne.

David Coburn (EFDD). – Madam President, the title of this debate and the Commission's proposals sound quite innocuous – Disclosure of income tax information by certain undertakings – and is aimed at multinational companies with a high turnover. But it raises more questions than it answers. What, for example, does it tell us about the Commission's future intentions?

We know the Commission wants big companies to supply it with information on their EU and non-EU operations for publication in an EU register. The list is modest in length, although no doubt it will cost companies a great deal of time and money to prepare the figures and also to have them audited, as the proposal requires. But it is a list that betrays a much wider ambition.

When the Commission asks companies not just about tax they pay in different Member States, but also to disclose the nature of activities in third countries – the number of employees in each location, the related net turnover and accumulated earnings – we can deduce that the EU aims to not only harmonise corporation taxes, but also to introduce taxes based on wealth, capital and turnover, rather than profits, and to challenge existing tax residency and transfer pricing rules.

When multinational corporations realise this, some of them will ask themselves why they should bother investing time, effort, and capital in the EU rather than somewhere else. Some will rightly conclude that markets are growing much faster elsewhere in the world and that bigger profits can be made without endangering themselves to the avarice of an EU Commission running out of other people's money, which is shortly about to have a budget crisis when its second largest net contributor, the United Kingdom, leaves. There are only so many eggs you can get out of a golden Google!

Laurențiu Rebega (ENF). – Domnule președinte, stimați colegi, ideea în sine de a solicita marilor societăți multinaționale să facă un raport distinct pe fiecare țară în care realizează venituri este binevenită. O asemenea măsură ar reprezenta o dovadă a suveranității financiare a statelor membre. Sunt, totuși, două aspecte despre care nu sunt convins că ar fi în interesul protecției intereselor financiare ale statelor membre:

— primul aspect ar fi derogările propuse. Să nu uităm că scopul acestora este de a sprijini companiile pentru a avea o activitate sănătoasă și benefică în tot spațiul pieței unice. Odată acordate, aceste derogări reprezintă o porțiță care, foarte probabil, va fi folosită în mod abuziv, așa cum recenta istorie a arătat-o. Cum vor putea preveni statele membre aceste abuzuri? Există prevederi în acest sens?

— iar al doilea aspect ar fi limita de raportare a veniturilor agregate. 750 de milioane euro reprezintă o sumă suficient de mare chiar și pentru multinaționale, iar majoritatea nu vor fi supuse acestei raportări. Nu sunt, astfel, de acord ca în urma tuturor acestor eforturi pe care le facem în favoarea unui mediu economic sănătos și transparent să ne alegem la final cu o legislație aplicabilă numai pentru 15 % dintre aceste entități.

Brian Hayes (PPE). – Madam President, everyone wants the corporates to pay more tax and be more transparent in their activities. In Ireland's case the total take from corporation tax has doubled in the past three years, now representing 15% of the total tax take, as against the OECD average of 10%. The international tax agenda under the OECD's Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) process is working, and actions taken by the EU have reduced the opportunities for aggressive tax planning by large corporates.

Ireland supports country-by-country tax reporting by multinationals. Since 2015 there is an objective for companies to report to Irish Revenue their tax profit and turnover figures on a country-by-country basis, although this information is not out in the public. I believe the public have a right to know: a right to know what business activity a company is involved with, its number of employees, its turnover, and its profits before and after tax.

It is good that this information is to be publicly disclosed, but it needs to be done in a sensible way. We must not give other regions of the world an advantage over the European Union. This is a globalised economy that does not play by the same rules. Our response must not be to make our businesses – businesses that employ millions and millions of Europeans – more disadvantaged. That is not transparency.

There is much agreement across this Parliament on the measures to be taken. There is still some disagreement on the question of the safety clause. I believe that the outcome from the Committee on Economic and Monetary Affairs in agreeing to a safety clause that requires national and Commission agreement and oversight is a better starting point, and I would encourage all Members of this House to support and back that.

Jeppe Kofod (S&D). – Madam President, I would like to thank the rapporteur for the excellent work on this very important file on the disclosure of corporate income tax. I must say, as we debate this topic today, that I am a little bit surprised by some of my colleagues from the PPE and ALDE Groups who have worked in TAXE 1 and TAXE 2 and PANA and know how important disclosure is if you want to fight tax dodging by big multinational companies. I am surprised that they are safeguarding the narrow interests of big multinational corporations at the expense of small and medium-sized enterprises in Europe.

As the Commissioner said, and stated several times, small and medium-sized enterprises have a tax burden 30% higher than multinational corporations. Why would you protect multinational corporations and not protect the small and medium-sized enterprises? Also, the citizens in Europe demand disclosure, transparency. You cannot compromise on transparency. You can compromise on a lot of things, but transparency is fundamental. Then we can discuss tax levels and so on.

I think what we are seeing today, if the safeguard clause is adopted, is a big major loophole that will be created, and I do not understand why the EPP and ALDE Groups are supporting this.

Sander Loones (ECR). – Multinationals moeten in elk land bekendmaken hoeveel winst ze maken, wat hun omzet is, hoeveel belastingen ze betalen, hoeveel mensen er werken. We hebben dat internationaal zo afgesproken. We hebben dat ingevoerd, die informatie moet aan de fiscus worden bezorgd.

Nu wil de Europese Unie die informatie ook publiek maken. Ik denk dat we het er allemaal over eens zijn dat we tegen belastingontduiking zijn. Natuurlijk mogen multinationals niet méér voorrechten of voordelen hebben dan onze eigen kmo's. En natuurlijk is er meer transparantie nodig. Meer informatie moet publiek worden gemaakt.

Tegelijk wil ik ook pleiten voor realisme en tegen naïviteit. Want in alle eerlijkheid: het is toch altijd zo'n beetje hetzelfde liedje. Internationaal spreken we iets af over het sluiten van achterpoortjes en dan telkens opnieuw wil de Europese Unie toch net weer dat stapje verder gaan. Dat bezorgt onze ondernemingen hier in Europa een nadeel. Zij moeten iets doen en buitenlandse ondernemingen niet. Als wij bij ons banen willen creëren, moeten we daar toch bijzonder mee oppassen.

Fabio De Masi (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! Konzerne sollten wie bei Banken und im Rohstoffsektor Land für Land öffentlich über Gewinne und bezahlte Steuern berichten. Bei Apple waren es 2014 0,005 % – 50 Euro für jede Million Gewinn. Daher geht es hier nicht um einen Wettbewerbsnachteil, es geht darum, endlich für faire Bedingungen für den Mittelstand oder die Menschen dort oben, die hart arbeiten für jeden Euro und Cent, zu sorgen.

Der Schwellenwert von 750 Millionen Euro Umsatz nimmt laut OECD jedoch 85 % der Konzerne aus. Die Ausnahme für kommerziell sensible Informationen ist dehnbar wie Kaugummi, ist zeitlich unbefristet, und auch eine rückwirkende Offenlegung bei Verlagerung des Unternehmenssitzes ist nicht mehr vorgesehen.

Wir müssen die weltweite Offenlegung beibehalten, weil wir sonst hinter Länder wie Vietnam zurückfallen.

Meine Fraktion wird sich daher nicht daran beteiligen, einem Entwurf die Zustimmung zu erteilen, der den Kniefall vor Apple, Google & Co. macht und mit dieser Ausnahmeregelung neue Steuertricks ermöglicht.

Tadeusz Zwiefka (PPE). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Jak sądzę, ba, jestem pewien, nie ma na tej sali osoby, która byłaby przeciwko przejrzystości podatkowej. Ale musimy do tego podejść w sposób logiczny, a my tutaj mówimy o rzeczach, które są ze sobą wewnętrznie sprzeczne. To sprawozdanie dotyczy sprawozdawczości podatkowej dla poszczególnych krajów, a nie polityki podatkowej. Unia Europejska nie ma kompetencji w tworzeniu polityki podatkowej, bowiem jest to w kompetencji poszczególnych krajów członkowskich. Kolejna sprzeczność wewnętrzna jest taka, że mówimy, iż ustanowienie bariery finansowej spowoduje, że tylko połowa firm będzie objęta koniecznością takiej sprawozdawczości. Ale proszę Państwa przecież, my mówimy tylko o firmach, które są europejskimi bądź działają na terenie Unii Europejskiej. To jest mniej niż połowa firm na świecie. Ta reszta nie będzie miała takiego obowiązku. Do czego to doprowadzi? – Do oczywistego spowodowania, że konkurencyjności pomiędzy naszymi firmami, naszymi europejskimi, a tymi spoza Europy będzie zakłócona. I wreszcie kolejna kwestia, ujawnianie jest absolutnie niezbędne, ale instytucjom, które są do tego powołane. Publiczne ujawnianie dziennikarzom czy obywatelom, którzy nawet nie będą rozumieli, co jest ujawniane, to nie jest pomaganie, to jest tylko szkodenie europejskiej gospodarce, ponieważ dajemy informacje naszej konkurencji, która to bezwzględnie wykorzysta.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D). – Pani Przewodnicząca! W ostatnich latach znacznie wzrosły wyzwania związane z faktem unikania opodatkowania osób prawnych, co budzi ogromne obawy w Unii Europejskiej i na świecie. Zgodnie z danymi Komisji Europejskiej uchylanie się od opodatkowania przez globalne firmy kosztuje państwa członkowskie Unii Europejskiej od 50 do 70 miliardów euro rocznie. Nowy projekt przepisów, którego celem jest zwiększenie przejrzystości poprzez informowanie opinii publicznej o wysokości podatków płaconych przez korporacje międzynarodowe wraz z miejscem ich płacenia, ma temu zapobiec.

Powyższy wniosek koncentruje się tylko na przedsiębiorstwach, których skonsolidowany globalny obrót netto wynosi ponad 750 mln EUR. Nie przewidziano w nim nałożenia żadnych obowiązków na małe i średnie przedsiębiorstwa, z których większość nie prowadzi agresywnego planowania podatkowego. Sprawia to, że nie są one konkurencyjne względem przedsiębiorstw, które takie działania podejmują. Podsumowując, wprowadzenie proponowanej kontroli publicznej przyczyni się – mam nadzieję – do wzmocnienia zaufania publicznego oraz do zagwarantowania, że zyski wygenerowane przez globalne firmy w danym kraju członkowskim zostaną tam opodatkowane, co zwiększy społeczną odpowiedzialność przedsiębiorstw.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Madam President, public country-by-country reporting is the single most important action that we can take to lift the veil on profit shifting by multinationals which results, as we know, in EUR 500 billion in tax being lost each year. So we need to get it right. Limiting the proposal to companies with a turnover of more than EUR 750 million excludes 85% of multinationals; it should apply to those making more than EUR 40 million. We need to demand that companies report the full breakdown of their figures in each country – not only in EU states and countries on a future EU tax blacklist, which we know will be a very limited list. It is appalling, I have to say, that conservative groups in this House have introduced a so-called ‘safeguard clause’ on this global breakdown. This is a loophole you could drive a truck through. And make no mistake, its purpose is to continue to allow profit shifting to tax havens to go unhindered. The only people with anything to fear from tax transparency are tax cheats and their cheerleaders, so why – the question needs to be asked – are you helping them?

Markus Ferber (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich glaube, das, was im OECD-Aktionsplan gegen die Verminderung steuerlicher Bemessungsgrundlagen und das grenzüberschreitende Verschieben von Gewinnen vereinbart wurde, ist eine gute Grundlage, um einen fairen Steuerwettbewerb nicht nur in der Europäischen Union, sondern weit darüber hinaus zu gewährleisten. Im Aktionspunkt 13 dieses OECD-Aktionsplans sind Bestimmungen über *country-by-country reporting* vorgeschrieben: Unternehmen mit einem Umsatz von über 750 Mio. – EUR sollen den Steuerverwaltungen einen Überblick über die globale Aufteilung der Erträge und Steuern übermitteln. Die Steuerbehörden sind dann zum Austausch dieser Informationen verpflichtet, und diese Verpflichtung haben wir bereits im EU-Recht umgesetzt.

Also hier zu erzählen, wir müssten da endlich was tun – wir haben OECD umgesetzt! Jetzt geht es darum, darüber hinauszugehen. Eine verpflichtende Veröffentlichung von länderspezifischen Steuerinformationen war niemals die Grundlage auf OECD-Ebene. Wir müssen uns klar sein, dass es hier auch um sensible Geschäftsinformationen geht, und wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Europäische Union auf internationaler Ebene geschwächt sein wird, wenn wir immer über alles hinausgehen, was wir international verabreden. Wir sollten mit den internationalen Gremien zu weiteren Lösungen kommen und nicht vorneweg gehen.

Deswegen sage ich ganz deutlich: Wer heute die Hand reicht, da mehr zu machen, schadet unserer eigenen Wirtschaft, schadet unseren Unternehmen und trägt nicht dazu bei, dass mehr Steuergerechtigkeit kommt.

Peter Simon (S&D). – Frau Präsidentin! Heute Morgen im Haus ist es ja ziemlich interessant: Auf der einen Seite haben wir hier Kollegen wie den Kollegen Ferber, der sagt, wir müssen aus Gründen des Wettbewerbsschutzes hier aufpassen, dass wir die Unternehmen nicht zu viel verpflichten. Wir haben den Kollegen De Masi, der sagt, all die Ausnahmen, die wir jetzt reingeschrieben haben zur Vermeidung von einem öffentlichen *country-by-country reporting*, dienen eigentlich nur der Augenwischerei und helfen multinationalen Unternehmen, weiterhin ihre Steuertricks zu pflegen.

Ich glaube, die Wahrheit liegt irgendwo dazwischen. Die Wahrheit liegt darin, dass es natürlich durchaus legitime Interessen geben kann, die geschützt werden müssen und die vielleicht eine komplette Öffentlichkeit verhindern, will man Industrie in Europa schützen. Aber das kann doch nicht allein den Unternehmen und den Mitgliedstaaten selbst überlassen werden, hier auf Ewigkeit festzulegen, was der Öffentlichkeit vorenthalten wird. Denn machen wir uns doch bewusst, was wir in den LuxLeaks herausgefunden haben, was wir in den *Panama Papers* gesehen haben: Es sind häufig genug genau die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die dazu beitragen, dass staatlich organisiertes Steuerdumping Geschäftsmodell von Staaten wird! Wollen wir es wieder ermöglichen, dass die altbewährten Partner – multinationale Unternehmen und diese Mitgliedstaaten auf der anderen Seite zusammenspielen – unbeschränkt? Das kann nicht sein!

Ich appelliere an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Lassen Sie sich ein auf eine Linie, die sagt: Jawohl, wir werden im Einzelfall solchen speziellen Anforderungen an Wettbewerbsschutz gerecht werden, aber nicht unbefristet, auf Ewigkeit. Es muss einen Punkt geben, wo die Öffentlichkeit informiert wird und Europäische Kommission wie Öffentlichkeit wie auch wir alle nachprüfen können, ob es hier tatsächlich Wettbewerbsgründe gab oder ob wir hier ein Zusammenspiel zwischen unfair handelnden Partnern haben, wie wir das in der Vergangenheit erlebt haben.

Angelika Niebler (PPE). – Frau Präsidentin, verehrter Herr Kommissar, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit Jahren setzen wir uns im Europäischen Parlament für mehr Steuergerechtigkeit bei der Unternehmensbesteuerung ein, wohl wissend, dass Steuergesetzgebung Sache der Mitgliedstaaten ist. Aber es ist klar: Mittlere, kleine Unternehmen, mittelständische Unternehmen zahlen in den Ländern ihre Steuern, in denen die Wertschöpfung stattfindet, während eben die großen multinationalen Unternehmen europaweit lustig und munter ihre Steuern optimieren können. Wir haben den TAXE-Ausschuss, den *Panama-Papers*-Ausschuss eingesetzt, und wir haben durch die Arbeit der Kollegen in diesen beiden Ausschüssen festgestellt, wie Steuervermeidung funktioniert. Wer Steuervermeidung verhindern will, muss reagieren. Insofern glaube ich, dass der Vorschlag, den die Kommission vorgelegt hat, ein sinnvoller Vorschlag ist.

Gleichzeitig aber – und viele Kollegen haben darauf hingewiesen – gibt es natürlich auch internationale Spielregeln, den BEPS-Aktionsplan, den wir bereits auch hier im Parlament umgesetzt haben. Ich denke, es ist wirklich auch in Zeiten wie diesen, in denen der Wettbewerb scharf ist, international wichtig, dass wir die Wettbewerbsfähigkeit auch für unsere Unternehmen im Auge behalten. Das heißt: Transparenz ja, aber alles bitte mit Augenmaß. Deshalb bitte ich also die Kollegen, auch bei der Abstimmung heute Mittag doch für den Schwellenwert von 750 Millionen Euro zu stimmen, nicht darüber hinauszugehen. Und ich glaube auch, dass diese Schutzklausel, die vorgesehen ist, die eingereicht ist, eine sinnvolle Regelung ist. Also auch da bitte ich entsprechend um Unterstützung.

Virginie Rozière (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, notre mandat, depuis 2014, a été émaillé par une longue liste de scandales portant sur l'optimisation, l'évasion et la fraude fiscales. Bref, autant d'éléments qui montrent qu'il est urgent d'agir et que nous avons besoin d'une action énergique et concrète dans la lutte contre l'évasion fiscale.

Nous avons pris position régulièrement, grâce aux travaux des commissions TAXE 1, TAXE 2 ou PANA, pour dire qu'il nous fallait des mesures concrètes, dont cette déclaration comptable pays par pays, et tout cela dans une belle unanimité avec nos collègues des libéraux et de la droite. Et maintenant que, enfin entendus par la Commission, nous avons une proposition concrète sur la table, les voilà peut-être effrayés par l'idée de transformer les paroles en actes, les voilà pressés d'établir des passe-droits, des conditions discrétionnaires pour permettre aux multinationales d'échapper à leurs obligations. Cela, sans limite de durée et avec des critères totalement opaques, c'est cette fameuse exemption.

Demain, lors du vote, j'espère que nous serons suffisamment fermes pour limiter concrètement ces passe-droits et faire en sorte d'adopter une vraie mesure de transparence fiscale au bénéfice des citoyens, parce que, mes chers collègues, n'oubliez pas qui nous a élus et qui nous représentons dans cet hémicycle.

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, this is very important subject. It is part of our effort to achieve a better and fairer way to collect taxes and to protect people from the consequences if we fail to do so. But it would be good to look at this proposal from a broader perspective.

The first aspect is international. We are not the only ones tackling this global problem. The more global the effort is, the more successful we are. The OECD has released its method, and country-by-country reporting is a very important part of this initiative. But this initiative was never intended to be public. It was never designed to be public and we should be aware of that.

The second aspect is, I think, European. We took many measures to improve the situation and I believe we achieved certain improvements. This is only one of them. I believe that exchange of country-by-country reporting data among the tax authorities is the key improvement, and public access to this data is the thing that should ensure public tax authorities are doing their job properly. We should also take into account the concerns of our non-EU partners and the legitimate interests of companies.

It was the intention of the Commission to right the balance here, and I guess it should also be also our aim to achieve not the most extensive result but the most efficient one. I hope we will do that.

Cătălin Sorin Ivan (S&D). – Democrația nu înseamnă în niciun caz doar putere financiară. Democrația înseamnă solidaritate. Democrația înseamnă egalitatea în fața legii. Democrația înseamnă să îți achiți contribuțiile așa cum îți achită absolut toți ceilalți.

Avem în acest moment foarte multe acorduri secrete între companii foarte mari și guverne. Aceste acorduri secrete au afectat democrația europeană, au afectat construcția europeană și au afectat piața unică europeană. Dacă trebuie să construim o Uniune Europeană puternică, o democrație stabilă și o economie care să se dezvolte și care să fie competitivă, atunci trebuie să punem lumină acolo unde acum este secret, unde este foarte multă obscuritate.

Astăzi sau mai degrabă mâine, când votăm, facem un pas foarte mare înainte, dar există un regret: că nu am reușit să ducem acel prag de la 750 de milioane la 40 de milioane, cum era necesar, ca să avem și mai multă transparență.

Gunnar Hökmark (PPE). – Madam President, this debate is not about whether we are to fight tax fraud and tax evasion or not. With country-by-country reporting, public authorities will have all the opportunities to fight tax fraud and tax evasion. When some here say that the discussion is about the idea that some are defending tax fraud, that is not true. That is political fraud and reality evasion. Because in reality what is happening is that we are supporting international agreements in the framework of OECD and the proposal of the Commission.

But our socialist friends are undermining these international agreements. Come on, tell us: why are you undermining the international cooperation that is needed in order to fight tax fraud? And how will it look in the future when the European Union is not sticking to the international agreements and when other partners are saying it is not ideal to have agreements with you. That is political fraud – to undermine the international cooperation for fighting tax fraud – and you should be ashamed, or vote for us tomorrow.

Ana Gomes (S&D). – Há muito que o Parlamento Europeu pede legislação que faça grupos multinacionais divulgarem informações sobre lucros, volumes de negócios, impostos, empregados e outras informações relevantes, discriminados por país.

O objetivo é permitir o escrutínio público sobre as estratégias para evitar impostos, lançar luz sobre técnicas de transferência de lucros e dissuadir multinacionais de praticarem esquemas agressivos de planeamento fiscal. Além das perdas astronómicas na evasão e fraude fiscal para os orçamentos nacionais e para o orçamento europeu, lembro que a Comissão concluiu que as PME pagam mais 30 % de impostos, em média, do que as grandes empresas multinacionais que recorrem a planeamento fiscal agressivo. É, por isso, absolutamente lamentável que o PPE, ECR e liberais se tenham rendido aos interesses inconfessáveis das multinacionais.

Venham aqui invocar a OCDE e o BEPS quando sabem perfeitamente que nada dessa área é vinculativo. Têm a oportunidade de aplicar e de aprovar aqui legislação vinculativa e traem os interesses da transparência, traem os interesses dos cidadãos, porque a verdade é que assim, ao permitirem uma cláusula de salvaguarda, estão a servir os interesses das multinacionais contra a transparência, contra a equidade, quanto à justiça fiscal que os cidadãos exigem.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Doamnă președintă, salut această propunere de directivă cu privire la comunicarea de către anumite întreprinderi a informațiilor cu privire la impozitul pe profit. Este într-adevăr un pas important pentru mai multă transparență și prevenirea planificării fiscale agresive. Domnule prim-vicepreședinte, regret că în țara mea, în România, această directivă nu va putea fi aplicată deoarece guvernul instalat săptămâna trecută și-a propus în programul de guvernare să înlocuiască impozitul pe profit cu impozitul pe cifra de afaceri. Vă rog să intrați în dialog cu acest guvern nou deoarece nu discutăm argumentele pentru care guvernul vrea să facă această înlocuire, ci de faptul că înlocuirea impozitului pe profit cu impozitul pe cifra de afaceri contravine reglementărilor europene cu privire la impozitele pe circulația produselor și serviciilor.

Catch-the-eye procedure

Romana Tomc (PPE). – Podjetniško okolje je seveda zelo zahtevno, konkurenca je neizprosna in preživijo samo tisti, ki so najboljši. Da bi bili boljši od konkurence, pa podjetja uporabljajo različne metode, ki so lahko tudi legalne, vendar ne nujno tudi moralne. In zakonodajalec, to se pravi v tem primeru mi, smo tisti, ki postavljajo jasna pravila, in odgovorni, da so ta pravila pravična.

Upam, da bo obveznost poročanja, ki jo uvajamo, zagotovila večjo preglednost in da bo pripomogla k temu, da se bodo davki dejansko plačevali tam, kjer se morajo. Hkrati pa moramo jasno paziti tudi na to, da bodo obveznosti podjetij, ki delujejo v Evropski uniji, primerljive z obveznostmi podjetij iz ostalega sveta.

To, kar imamo danes na mizi, je seveda kompromis, s katerim smo naredili korak naprej, vendar po moji oceni smo še daleč od davčne pravičnosti.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președinte, domnule comisar, stimați colegi, sigur, propunerea Comisiei pentru un asemenea raport este binevenită, toți vrem transparență, toți cetățenii doresc să cunoască dacă fiecare se achită de obligațiile fiscale. Vreau să felicit pe cei doi raportori care s-au preocupat să îmbunătățească propunerea Comisiei. Sincer, nu înțeleg de ce Comisia a propus un prag de 750 de milioane și nu înțeleg de ce partea dreaptă din Parlamentul acesta susține în discursul public că vrem echitate și etică. În același timp, când e vorba să votăm un raport care într-adevăr să aducă transparență etică în operarea în piața unică, iată, nu se întâmplă acest lucru. Este un prim pas, nu sunt mulțumită de ambiția cu care a ieșit acest raport și nu e vina noastră, a S&D-ului, care am dorit, clar, nu numai o parte, 10-15% la sută din societăți să raporteze, ci toată lumea trebuie să raporteze pentru că pragul este imens și vor ieși din raportare majoritatea celor care acum fac evaziune. De aceea, doresc să fie doar un prim pas și să continuăm.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η φοροδιαφυγή και η φοροαποφυγή είναι στην ημερήσια διάταξη σε όλα τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Οι διάφορες πολυεθνικές αξιοποιούν τις τριγωνικές σχέσεις, με αποτέλεσμα να γλιτώνουν δισεκατομμύρια ευρώ, και όλα αυτά συμβαίνουν σε μια φάση τεράστιας φτώχειας και ανεργίας στην ίδια την Ευρωπαϊκή Ένωση. Έχουμε γίνει μάρτυρες των περιφημων «tax rulings» σε διάφορες χώρες, στη Μάλτα, στο Λουξεμβούργο, στην Ολλανδία, ουσιαστικά αθέμιτων πρακτικών οι οποίες πραγματικά δημιουργούν τεράστια προβλήματα στην Ευρωπαϊκή Ένωση, καθώς έχουμε πλέον επιθετικό φορολογικό σχεδιασμό.

Άρα λοιπόν, θα πρέπει να ρυθμίσουμε έτσι τα πράγματα ούτως ώστε οι πολυεθνικές να πληρώνουν φόρους εκεί όπου πραγματικά βγάζουν τα κέρδη τους και νομίζω ότι πρέπει να κλείσουμε όλους τους δρόμους για να μην μπορούν να φοροαποφεύγουν, καθώς τα περιήγημα πρότυπα του ΟΟΣΑ αφήνουν πάρα πολλά κενά, όπως επίσης και το όριο των 750 εκατομμυρίων ευρώ.

Marco Valli (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le multinazionali devono pagare le tasse. Io sfido chiunque in quest'Aula ad andare in un dibattito pubblico a sostenere il contrario.

Purtroppo, però, cosa è successo? È successo che in una discussione anche abbastanza semplice, come questa, dove chiediamo la pubblicazione e la rendicontazione, quindi la trasparenza, alle multinazionali sui profitti, sulle tasse pagate, su delle informazioni che è d'obbligo rendere pubbliche, soprattutto quando sei una realtà multinazionale che quindi sposta degli interessi fortissimi... Ecco, la cosa da denunciare è che nelle commissioni competenti, quindi quella giuridica e quella economica, nella votazione che riguardava la trasparenza su queste informazioni, sia passato un emendamento proposto dai liberali – quindi l'ALDE, il PPE, con i voti anche dell'ECR – che ha portato a depauperare la proposta e a far sì che una multinazionale con una sede al di fuori dell'Unione europea non sia obbligata a rendere trasparenti le informazioni.

Questa è una vergogna. Speriamo che il voto venga ribaltato, ma in ogni caso vanno denunciate quelle persone che sono in conflitto di interesse nel momento in cui sostengono delle posizioni sbagliate.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, στο πλαίσιο της ενιαίας αγοράς, η διαφάνεια και η ίση φορολογική μεταχείριση αποτελούν ουσιώδεις παρονομαστές καταπολέμησης των ανισοτήτων και εύρυθμης λειτουργίας για τους τομείς της οικονομίας και του εμπορίου. Όμως, για τους ευρωπαίους πολίτες, η φοροαποφυγή και η φοροδιαφυγή, τόσο των ιδιωτών όσο και των επιχειρήσεων, αποτελούν συνέχεια και κακέκτυπο της διαφθοράς των πολιτικών.

Ως πολιτικοί ζητούμε εταιρική δικαιοδοσία, ενώ οι πολίτες των χωρών μας απαιτούν πολιτική λογοδοσία και απόδοση ευθυνών. Ειδικά για τους Έλληνες που, χτυπημένοι από τα μνημόνια, έχουν χάσει άνω του 50% των εισοδημάτων τους και υφίστανται απάνθρωπα φορολογικά μέτρα, κάθε έννοια ρυθμιστικής παρέμβασης της Ένωσης στην ελληνική φορολογική πολιτική αποτελεί πλέον casus belli. Είναι τόσο ωμή η παρέμβαση στη δημοσιονομική πολιτική της Ελλάδος, με τη συγκατάθεση βέβαια των ελληνικών κυβερνήσεων, που δείχνει ότι έχετε μετατρέψει τη χώρα μου σε προτεκτοράτο. Η Ένωση επιβάλλει μνημόνια και ενεργεί ασύδοτα. Είναι πλέον καιρός οι πολίτες της Ένωσης να δράσουν δυναμικά και να διεκδικήσουν την εθνική τους κυριαρχία.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin! Noch immer werden Gewinne in Ländern erzielt, wo kein einziger Beschäftigter arbeiten darf. Das muss abgestellt werden. Das *country-by-country reporting* ist ein Weg dazu. Wir benötigen Transparenz, wir benötigen Öffentlichkeit. Die länderspezifische Berichtspflicht löst das Problem der Steuerschlupflöcher zwar nicht, aber durch die Offenlegungspflicht wird Druck erzeugt. Wir unterstützen daher die Intentionen dieses Berichtes der weltweiten Offenlegung der Gewinne und der weltweiten Offenlegung, wie viele Beschäftigte in den Ländern, wo die Gewinne erzielt werden, tätig sind, und wie viel Steuer dafür bezahlt wird.

Wir müssen den Druck erhöhen, die Mitgliedstaaten sind noch nicht so weit, und die Offenlegungspflicht bei den Banken hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, sie auch auf die Unternehmen zu erweitern.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señora presidenta, yo creo que estamos dando un paso muy importante en una materia también muy importante para los ciudadanos, pero creo que tenemos que reconocer que el paso no es suficiente. Yo creo que hay demasiadas excepciones en la cláusula de la salvaguardia y que es excesiva la cuantía, ya sea en la facturación, ya sea en el número de trabajadores, etcétera; de manera que el paso es muy importante para la transparencia, el paso es muy importante para la justicia fiscal, pero no es suficiente.

Yo, en ese sentido, quiero recordar que el Grupo socialista viene reclamando que se apoyen unas enmiendas que harían una Directiva más justa y más eficaz. Quiero también recordar la importancia de que la Comisión Europea tenga un papel en la coordinación de los servicios fiscales de los Estados miembros. Si no hay una atribución de responsabilidad a la Comisión Europea, no va a haber eficiencia en estas medidas. Y creo que también es importante reclamar una legislación unitaria en toda la materia fiscal.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Asszony, nagy előrelépésnek tartom, hogy az Európai Unió átláthatóvá kívánja tenni az európai országokban működő multinacionális cégek fontosabb adatait, bevételét, azt, hogy mennyit adóznak. De kérdézem a Bizottság jelenlévő képviselőjének a véleményét, illetve az előadó véleményét arról, hogy nem lehetne-e továbblépni, és átláthatóvá tenni azokat a kedvezményeket, támogatásokat, mentességeket, amelyeket a multinacionális cégek, illetve nagy külföldi cégek kapnak egyes országokban. Úgymond pl. munkahely létrehozására, és amelyet ugyanakkor nem kapnak meg a helyi kis- és középvállalkozók. És egyetértenének-e azzal, hogy ezt egyszerűen súlyos diszkriminációnak kellene minősíteni? És ha munkahelyteremtésről beszélünk, akkor a tagállamoknak abba az irányba kellene menni, hogy igenis a kis- és középvállalkozásaikat kellene támogatniuk.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, the principle that everybody should pay their fair share of tax is undeniable and applies to individuals as well as big corporations. But we have seen in the past that big corporations will use every loophole to avoid paying tax so it is up to us, as legislators, to close those loopholes and that has been done at OECD level and within the European Union.

This is a global problem and, speaking as a member of the PANA Committee, we can see that it needs a global response. One area we have to be careful about is having legislation that would disadvantage companies with headquarters within the European Union as opposed to those outside the European Union. I think that is something we have to be careful about. Country-by-country reporting is important – as Mr Karas and others have said – but I think that we have to look at the bigger picture as well. The only way to tackle this is a bit like with climate change: a global agreement with the same rules applying across the globe.

(End of catch-the-eye procedure)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Madam President, I would like to thank everyone for this debate and also to take the opportunity to thank the rapporteurs, Ms Evelyn Regner and Mr Hugues Bayet, for their dedicated work, and all the Members of this House who continue to bring corporate tax transparency closer to reality. We must continue to work together as the EU to achieve public tax transparency and, at the same time, we must be mindful not to jeopardise our competitiveness. We believe that our proposal strikes the right balance and hope that we will get this proposal agreed as soon as possible.

Hugues Bayet, rapporteur. – Madame la Présidente, en tant que rapporteur, je voudrais remercier toutes et tous mes collègues pour leurs interventions. Comme je l'ai dit lors de la présentation de ce rapport, nous sommes vraiment à la croisée de la construction fiscale européenne. Notre débat le démontre, et je me réjouis qu'on puisse voter ce texte cet après-midi. J'espère qu'il recueillera la majorité la plus large possible.

Je voudrais juste faire un rappel technique, parce qu'il est clair que chaque homme politique peut défendre ses idéaux, mais je pense que cela devient problématique quand on dit l'inverse de ce qui est réellement écrit dans les textes. C'est peut-être un problème de compréhension, mais en ce qui concerne la concurrence, je voudrais demander à tous ceux qui doutent de relire avant le vote l'article 48 ter, paragraphe 3, qui prévoit que toute société non européenne qui a une filiale en Europe est soumise aux mêmes conditions de publicité. Cela veut donc dire qu'une entreprise multinationale américaine ou asiatique qui a une filiale en Europe devra publier exactement les mêmes informations que les entreprises européennes. Il n'y aura donc pas de distorsion de la concurrence et je ne connais aucune, absolument aucune multinationale qui a un chiffre d'affaires de 750 millions d'euros, qui n'a pas de filiale en Europe ou qui pourrait se priver d'un marché de plus de 500 millions de consommateurs. Par conséquent, je pense que, là, manifestement, il y a une mauvaise compréhension de cet article.

Enfin, j'espère vraiment, en toute humilité, avoir pu vous convaincre de la nécessité de voter la clause de sauvegarde, qui est la plus transparente, parce que je voudrais vraiment qu'on ne puisse plus jamais reprocher au monde politique de futurs scandales fiscaux.

J'en terminerai en remerciant tous les rapporteurs fictifs qui ont travaillé avec Evelyn et moi-même, pour leur travail, leur persévérance ainsi que la compréhension et le respect qu'ils ont témoignés pendant tous ces travaux relatifs à ce dossier, qui est – vous l'avez tous compris – difficile, techniquement et politiquement.

Enfin, Madame la Présidente, chers collègues, un merci tout particulier à ma collègue Evelyn, avec laquelle ce fut un plaisir de travailler.

Evelyn Regner, Berichterstatterin. – Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Dombrovskis, Sie sehen, es bleibt hitzig bis zum Schluss. Unsere Debatte löst also emotional wirklich sehr viel aus. Ich möchte auch ganz herzlichen Dank allen gegenüber aussprechen, vor allem gegenüber Hugues für diese intensive Zusammenarbeit, für den Enthusiasmus, den wir diesem Thema widmen.

Sie haben selbst gesagt, Herr Dombrovskis: Es geht um das Vertrauen. Es geht um das Vertrauen der Bürger und der Bürgerinnen in diese Steuersysteme, das wiederhergestellt werden soll. Und natürlich geht es um *reporting*, es geht um Offenlegungspflichten. Aber mit dieser Transparenz, mit diesen Offenlegungspflichten können wir schon einiges anstellen.

Daher noch ein Wort zu dieser berühmten Schutzklausel. Diese muss ordentlich abgefasst sein. Wenn sie zu exzessiv ist, wenn sie zu weit geht, dann ist hier ein weiteres Loch im Emmentaler. Und wir wollen keinen Schweizer Käse produzieren, sondern wir wollen Nägel mit Köpfen machen. Wir sind in der Gesetzgebung. Und wenn auch alle immer im Panama- und im TAXE-Ausschuss wettern: „Gehen wir dieses Thema an“, dann lassen Sie es uns auch wirklich angehen – national, global, aber jetzt und hier europäisch. Und wir wollen uns dieser Verantwortung stellen und hoffen, dass wir ein starkes Mandat bekommen. Denn die wirklich harten Verhandlungen sind natürlich in erster Linie gegenüber dem Rat zu führen, der ja oftmals viel mehr auf der Bremse steht als dieses Europäische Parlament.

Also geben Sie uns eine weitestmögliche Unterstützung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist noch ein langer Weg vor uns.

President. – The debate is closed.

The vote will take place shortly.

Written statements (Rule 162)

Claude Rolin (PPE), par écrit. – La société civile est en demande d'une transparence publique s'étendant à toutes les filiales des multinationales dans tous les pays. Actuellement, les multinationales profitent toujours du système fiscal international pour organiser leur immunisation presque intégrale de l'impôt sur les bénéfices des sociétés. Le FMI chiffre la perte de recettes fiscales dues à ces manœuvres d'optimisation fiscale des multinationales à 600 milliards de dollars par an et à 200 milliards de dollars par an uniquement pour les pays en voie de développement. Aux États-Unis, le président Trump et les Républicains ont réussi à abroger toute forme de transparence fiscale des multinationales. Ne nous inscrivons pas dans leur sillage.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – W związku z rosnącą mobilnością oraz światową i ogólnoeuropejską działalnością gospodarczą konieczne jest podjęcie działań mających na celu uporządkowanie ładu korporacyjnego oraz wsparcie walki z unikaniem opodatkowania na skalę międzynarodową. Kluczowym elementem tego procesu jest określenie jasnych reguł sprawozdawczości przedsiębiorstw w zakresie danych istotnych z punktu widzenia opodatkowania. Podejmując działania w tym obszarze, musimy jednak zadbać o to, aby przedsiębiorstwa Unii Europejskiej nie znalazły się w pozycji mniej korzystnej w porównaniu ze swoimi konkurentami z krajów trzecich, na przykład ze względu na dysproporcjonalne obowiązki w zakresie sprawozdawczości, którymi nie są objęte przedsiębiorstwa spoza Unii Europejskiej. Trzeba również pamiętać, iż walka z uchylaniem się od opodatkowania może być skuteczna jedynie, jeśli podjęte zostaną wspólne działania na szczeblu międzynarodowym. Działania jednostronne, nawet bardzo ambitne, nie mają rzeczywistych szans powodzenia. W moim przekonaniu dokument przyjęty przez Parlament Europejski w odpowiedni sposób z jednej strony wspiera przejrzystość podatkową, z drugiej zaś chroni konkurencyjność europejskich firm oraz klimat inwestycyjny w Unii Europejskiej. Jednocześnie oczekuję, iż Wspólnota – pozostając globalnym liderem w walce o przejrzystość podatkową – będzie w większym stopniu koordynować swoje działania z działaniami podmiotów międzynarodowych, np. w ramach OECD.

(The sitting was suspended for a few moments)

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

*Presidente***4. Würdigung von Simone Veil**

Le Président. – Nous allons commencer la cérémonie de l'hommage solennel du Parlement européen à Simone Veil.

Monsieur le Président de la Commission européenne, je vous remercie d'être présent. Chers collègues, au nom du Parlement européen et des peuples d'Europe ici représentés, je rends hommage aujourd'hui à Simone Veil, première Présidente de ce Parlement directement élu, une Française, une Européenne, une ministre d'État, une académicienne, une déportée d'Auschwitz, une grande figure de notre temps, une femme politique, une femme. Dans sa vie extraordinaire, elle a été tout cela et bien davantage. L'histoire de sa vie est l'histoire de notre continent, celle d'un continent déchiré, perdu, qui a connu les pires atrocités dont l'humanité est capable, mais qui a réussi, comme elle l'a fait, à retrouver la force de remonter la pente, de se reconstruire et de renaître.

Il y soixante-dix ans, tout était perdu, pour Simone Veil comme pour l'Europe. 78651, c'est le numéro que l'infamie de l'homme a imprimé sur sa peau alors qu'elle n'avait que 16 ans. Ce numéro qu'elle a voulu graver sur son épée de l'Académie française en guise d'avertissement pour les générations futures a marqué bien plus que son bras. Il doit rester à jamais imprimé dans notre conscience collective et nous rappeler constamment les raisons ultimes pour lesquelles nous avons décidé un jour, sur les cendres de la guerre, de mettre notre destin en commun.

Ne l'oublions jamais et répétons-le sans cesse aux jeunes générations, pour lesquelles le souvenir collectif de cette catastrophe risque de s'estomper, à tel point que la paix est considérée désormais comme une chose banale et acquise. Simone Veil a toujours été consciente de la fragilité de la paix en Europe depuis 1945. À ses yeux, cette paix constitue un bien exceptionnel. C'est avec l'énergie d'une survivante qui connaît le prix de la paix qu'elle s'est battue dans d'innombrables combats en France et au Parlement européen, des combats qui ont fait progresser les droits de tous les citoyens.

Simone Veil appartient à cette génération de grands esprits, dont Helmut Kohl faisait également partie, qui a succédé à celle des pères fondateurs de l'Europe. Ils ont pris la relève de la construction européenne dans une période très difficile et ont continué ce que leurs prédécesseurs avaient entamé. La contribution de Simone Veil y a été fondamentale. Exemple de détermination, son engagement pour l'Europe l'a conduite à devenir la première Présidente du Parlement européen élu au suffrage universel.

Je veux exprimer ici toute notre admiration et la plus profonde reconnaissance pour le rôle essentiel qu'elle a joué en tant que Présidente de cette Assemblée. Dans son discours d'investiture, le 17 juillet 1979, elle mesure parfaitement le poids de la responsabilité qui était la sienne. Voici ses mots: «Pour la première fois en effet dans l'histoire, dans une histoire qui les a vus si souvent divisés, opposés, acharnés à se détruire, les Européens ont élu, ensemble, leurs délégués à une Assemblée commune. Ces élections constituent, à n'en pas douter, un événement capital dans la construction de l'Europe depuis la signature des traités.» Il s'agit d'un discours de vingt-trois minutes dans lequel elle trace clairement, avec une lucidité et une vision hors du commun, les lignes d'évolution du Parlement pour les quarante ans à venir.

Je vous invite à relire ce discours qui me paraît d'une actualité surprenante. Vous y trouvez l'enthousiasme, les espoirs, les attentes, les intentions de toute une génération d'hommes et de femmes qui ont siégé sur ces bancs bien avant nous. Il nous inspire et nous oblige.

Au lendemain des premières élections européennes, personne ne savait ce que cette Assemblée nouvellement élue allait devenir. Personne, sauf Simone Veil! Aujourd'hui, personne ne sait ce que ce Parlement aurait pu devenir sans elle. Si nous sommes ce que nous sommes, si ce Parlement a pu agrandir ses compétences, devenir ce qu'il est aujourd'hui, c'est surtout grâce à elle. Consciente de la tâche historique dont elle était investie, elle a accompagné le jeune Parlement dans ses premiers pas, l'a orienté dans la bonne direction et a jeté les bases de son évolution future. Notre dette envers cette grande femme demeure donc immense. À ses yeux, le Parlement, fort de sa légitimité tirée des élections, devait désormais jouer pleinement son rôle de contrôle démocratique, qui, selon son expression, est la fonction primordiale de

toute assemblée élue. Il devait également exercer, avec sagesse et conscience, son nouveau pouvoir budgétaire, qu'elle considérait fondamental parmi les pouvoirs d'un parlement.

De plus, Simone Veil était persuadée que le devoir du nouveau Parlement devait être celui de donner constamment son impulsion à la construction européenne. Elle croyait fermement qu'il était nécessaire de faire un plein usage des pouvoirs, encore limités, dont le Parlement était alors titulaire. Elle pensait également que cela n'était pas suffisant et qu'il fallait faire plus. «Le Parlement, dit-elle dans son discours, doit également être un organe de contrôle de politique générale au sein de la Communauté. Ne croyons pas en effet que les limitations proprement institutionnelles de ses compétences peuvent empêcher un Parlement tel que le nôtre, de faire entendre à tout moment, et quel que soit le domaine de l'action communautaire, la voix que lui confère l'autorité politique issue de son élection.» Autrement dit, Simone Veil voulait un Parlement politique.

Grand destin que celui de Simone Veil. Condamnée à mourir à 16 ans, elle vient de rentrer aujourd'hui dans l'immortalité de l'histoire après une vie longue et intense, au cours de laquelle elle a œuvré sans relâche pour défendre les idées et les valeurs qui étaient les siennes, et qui sont devenues les nôtres. La fusée de son épée d'académicienne est formée de deux mains qui se serrent, symbole de la réconciliation entre les peuples. Sa vie exemplaire a été l'image de cette réconciliation, qui a nécessité un courage extraordinaire et l'amour le plus grand. Sa vie a été la preuve qu'il est possible de résister à la tentation de la haine. Sa vie a été et restera un témoignage formidable pour nous tous et pour les générations futures, car Simone Veil a eu le courage de continuer à croire malgré tout à la bonté de l'homme.

Au nom de nous tous, je rends hommage aujourd'hui à cette grande dame. J'exprime la plus grande admiration pour son courage, son intelligence et sa profonde humanité. J'affirme notre gratitude pour l'amour et la passion dont elle a fait preuve dans tout ce qu'elle a entrepris. Je déclare haut et fort notre fierté de l'avoir eue comme première Présidente de cette Assemblée. Lors de son investiture en tant que Présidente en 1979, elle déclara: «Notre Parlement aura pleinement satisfait les espoirs qu'il a fait naître si, loin d'être le lieu de résonance des divisions internes de l'Europe, il parvient à exprimer et à faire percevoir par la Communauté l'élan de solidarité si nécessaire aujourd'hui.»

Merci, Madame la Présidente, merci Simone, pour ces mots, si actuels, et merci pour tout ce que vous avez fait pour nous et pour ceux qui viendront après nous.

(Diffusion dans l'hémicycle d'une vidéo retraçant le parcours de M^{me} Simone Veil)

(L'Assemblée, debout, applaudit)

Ieri tutti i gruppi politici hanno ricordato Simone Veil, che è stata anche presidente del gruppo liberale. Per questo motivo ho chiesto a Guy Verhofstadt, presidente del gruppo liberale, di ricordare il lavoro svolto da Simone Veil in questo Parlamento.

Guy Verhofstadt, au nom du groupe ALDE. – Monsieur le Président, chers collègues, le Président Tajani m'a fait l'honneur de me donner la parole lors de cette cérémonie d'hommage, car Simone Veil était une grande dame de la famille libérale et démocrate. Elle appartenait à cette génération qui a, en effet, précédé la mienne et a guidé mon engagement, cette génération que l'Europe a marquée par le pire de son histoire, mais qui aura su tirer le meilleur d'un destin brisé par la guerre et la déportation.

Simone Veil, née Jacob, une vieille famille française juive, avait 16 ans quand elle a été déportée à Auschwitz avec tous les siens. Nous n'étions qu'à un an de la défaite du nazisme, mais les camps de la mort tournaient toujours à plein régime. Seules Simone et sa sœur survivront à cet enfer, où elles verront disparaître leur père, leur mère et leur frère. Elle vivra toute sa vie avec le matricule 78651 tatoué sur le bras. La Shoah, ses horreurs et sa mémoire forgeront – je crois – la personnalité forte et entière de Simone Veil.

Jeune mariée, elle fait des études de droit, à une époque où la femme était au foyer, et devient une magistrate rapidement réputée. Lorsqu'elle est nommée ministre de la santé, en 1974, par Valéry Giscard d'Estaing, personne en fait n'aurait parié un ancien franc français sur cette haute fonctionnaire chargée de faire voter la promesse phare du président, c'est-à-dire la dépénalisation de l'avortement.

(Applaudissements)

Pourtant, face à une Assemblée presque exclusivement constituée d'hommes, comme elle le soulignera elle-même, Simone Veil a bravé tous les dangers politiques pour se constituer une majorité au centre sous les huées de la vieille droite traditionnelle et, parfois, antisémite.

Ce combat féministe, ce combat progressiste propulse Simone Veil en politique par la grande porte. Ce n'est toutefois pas vers la France que se portent ses ambitions, mais vers l'Europe. Comme on l'a déjà répété, en 1979, en effet, les députés au Parlement européen sont, pour la première fois, élus au suffrage universel, donnant à ce scrutin une valeur de test de l'attachement des populations à la construction européenne. C'est la rescapée d'Auschwitz, qui ne nourrit aucune haine ni rancœur à l'encontre de l'Allemagne, qui a été élue. Bien au contraire, elle plaide la réconciliation autour des valeurs partagées de la démocratie libérale et de l'état de droit, et c'est sur ce discours que sa liste arrive largement en tête en France. Elle rallie le groupe libéral, dont elle sera la candidate victorieuse pour devenir la première Présidente de notre Assemblée.

C'est le début, Monsieur le Président, chers collègues, d'une longue carrière parlementaire jusqu'à son retour au gouvernement français dans les années 1990. Il serait trop long d'énumérer toutes les réalisations et tous les succès de Simone Veil, qui va présider le groupe libéral de 1984 à 1989. Le Parlement avait alors peu de compétences, mais elle déploya toute son énergie pour accompagner les grands chantiers de l'époque: l'Acte unique européen, l'adhésion de l'Espagne et du Portugal, qui entraient ainsi dans notre famille européenne, et aussi les réformes qui allaient sortir ou faire sortir l'Europe de sa torpeur, qu'on appelait à ce moment l'«eurosclérose».

En réalité, Simone Veil ne quitta jamais vraiment la vie publique jusqu'à sa mort, et, après l'avoir rendue éternelle en en faisant une académicienne, la France s'interroge aujourd'hui sur son élévation au Panthéon. Mais il est juste que, dans cette enceinte, également, Monsieur le Président, ici à Strasbourg, lieu si symbolique de ce double destin français et européen, hommage soit rendu à ce personnage vraiment d'exception, incarnation de notre histoire partagée et aussi incarnation de notre avenir commun.

(Applaudissements)

Presidente. – Si conclude così la cerimonia per rendere omaggio a Simone Veil, primo Presidente donna del Parlamento europeo eletto direttamente dai cittadini.

VORSITZ: EVELYNE GEBHARDT

Vizepräsidentin

Bruno Gollnisch (NI). – Madame la Présidente, mon rappel au règlement se fonde sur l'article 3, paragraphe 1, l'article 4, paragraphe 4, et l'article 6 de notre règlement.

Comme vous le savez, Madame la Présidente, des élections législatives ont eu lieu en France, à l'issue desquelles un certain nombre de nos collègues ont été élus au Parlement français. Je les en félicite. Ils appartiennent à diverses nuances politiques. Ces collègues siègent en ce moment au Parlement français. Par conséquent, leur siège est vacant, mais les autorités françaises se refusent à communiquer le nom de leurs successeurs, au motif que des recours ont été introduits par divers citoyens contre leur élection.

Il me semble que ce procédé est inéquitable, car ces collègues siègent, dès à présent, au Parlement français, quelle que soit l'issue du recours les concernant. Il me semble, par conséquent, que le parallélisme des formes devrait conduire les autorités françaises à vous communiquer le nom de leurs successeurs pour qu'ils puissent siéger de la même façon au Parlement européen, dans l'attente évidemment de l'issue de ces recours.

C'est la raison pour laquelle, me fondant sur l'article 4 de notre règlement, qui dispose que le Président peut s'adresser aux autorités nationales pour leur demander de communiquer le nom des successeurs pour les sièges vacants, je pense que cette démarche devrait être faite par notre Président, avec l'appui, je l'espère, du président et des membres de la commission des affaires juridiques, compétente en matière de vérification des pouvoirs.

Die Präsidentin. – Herr Gollnisch! Ich kann Sie auf jeden Fall informieren, dass wir zunächst einmal abwarten, bis wir die offizielle Mitteilung der Behörden der französischen Regierung haben, und danach werden wir das normale Prozedere haben. Das bedeutet, dass eben die Namen dem Rechtsausschuss weitergegeben werden und die Prüfung dann auch durchgeführt wird, wie es in unserem Parlament üblich ist. Es gibt keinen Grund, das anders zu machen als sonst.

5. Mitteilung des Präsidenten: siehe Protokoll

6. Abstimmungsstunde

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll.)

6.1. Ernennung eines Mitglieds der Europäischen Kommission (Abstimmung)

6.2. Rahmenabkommen zwischen der EU und dem Kosovo über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme des Kosovos an den Programmen der Union (A8-0207/2017 - Ulrike Lunacek) (Abstimmung)

6.3. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2017/001 ES/Castilla y León Bergbau (A8-0248/2017 - Monika Vana) (Abstimmung)

6.4. Europäische Normen für das 21. Jahrhundert (A8-0213/2017 - Marlene Mizzi) (Abstimmung)

6.5. Festlegung eines EU-weiten Rahmens für gedeckte Schuldverschreibungen (A8-0235/2017 - Bernd Lucke) (Abstimmung)

6.6. Die Rolle des fischereibezogenen Tourismus bei der Diversifizierung der Fischerei (A8-0221/2017 - Renata Briano) (Abstimmung)

6.7. Verjährungsfristen für Verkehrsunfälle (A8-0206/2017 - Pavel Svoboda) (Abstimmung)

— Vor der Abstimmung:

Pavel Svoboda, *zpravodaj*. – Paní předsedající, k této věci neproběhla rozprava. Návrh, o kterém budeme hlasovat, hmatatelně zjednodušuje život evropských občanů.

Konkrétně jde o ochranu slabší strany, o oběti dopravních nehod s přeshraničním prvkem. Jde o minimální harmonizaci promlčecích lhůt, začátku, konce a délky.

Ve výboru JURI byl tento návrh přijat velkou většinou bez potíží, a proto Vás žádám, vážení kolegové, abyste i tady v plénu tento návrh podpořili.

6.8. Gemeinsame Mindeststandards des Zivilprozessrechts (A8-0210/2017 - Emil Radev) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung:*

Емил Радев, докладчик. – Г-жо Председател, уважаеми колеги, щастлив съм днес да представя пред Вас доклада относно създаване на общи минимални стандарти в гражданското производство. Безспорно е, че този проект е от общоевропейски интерес. Дискусиите за хармонизиране на гражданския процес в Европейския съюз стартираха още преди две десетилетия с представянето на т. нар. доклад Storm. Като резултат от това Европейският съюз прие мерки с цел сближаване на правилата в гражданското производство на държавите членки, които обаче не са достатъчни.

Призовавам Европейската комисия да предложи директива с конкретни препоръки за създаване на общи минимални стандарти в гражданското производство на ниво Европейски съюз. На гражданите трябва да се предостави правомощието да се позовават на основното право на справедлив процес и ефективно средство за защита където и да се намират в Съюза, както и да могат да отстояват тези права и да сезират съдилищата в другите държави членки толкова лесно, колкото и в своята държава членка.

Това предложение трябва да се разгледа като първа стъпка в процеса на по-нататъшната хармонизация и сближаване на системите на гражданското правосъдие на държавите членки и на създаване в по-дългосрочен план на Европейски гражданскопроцесуален кодекс.

6.9. Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau (A8-0185/2017 - Sorin Moisă) (Abstimmung)

6.10. Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen (A8-0227/2017 - Hugues Bayet, Evelyn Regner) (Abstimmung)

— *Nach der Abstimmung:*

Evelyn Regner, rapporteur. – Madam President, we have a long way behind us but a long way before us. We would like to go back to the committee in order to enter into interinstitutional negotiations.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

6.11. Einführung befristeter autonomer Handelsmaßnahmen für die Ukraine (A8-0193/2017 - Jarosław Wałęsa) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung:*

Jarosław Wałęsa, rapporteur. – Madam President, I am very grateful that we have reached the conclusions of this dialogue in such a timely fashion, because Ukraine is counting on our support. You have to remember that, while conducting profound reforms, the Government of Ukraine needs to deal with the consequences of the illegal annexation of Crimea and, at the same time, has to tackle the military conflict provoked by Russia. Moreover, the Russian authorities have imposed further restrictions on the Ukrainian economy, including the embargo on agri-food imports and the banning of transit of goods to Central Asia. This is the price the Ukrainians have to have to pay for their Euro-Atlantic aspirations.

At the same time, it was necessary for us to address the concerns of EU producers and farmers, as well as the issues which are still problematic in our relations with Ukraine: corruption. We have done all that. By granting new concessions, we want to back the ongoing reforms, strengthen small and medium enterprises and provide the necessary boost for increasing trade flows. I hope this will prove to be both economically and politically advantageous for the people of Ukraine.

I would like to thank all my shadow rapporteurs and Parliament's Administration for all their efforts in order to proceed swiftly with this file. I would like to stress that I am very committed to continuing my work as the standing rapporteur in the International Trade Committee for Ukraine, and I am looking forward to working and helping Ukraine even more.

(Applause)

6.12. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2 zum Gesamthaushaltsplan 2017: Einstellung des Haushaltsüberschusses 2016 (A8-0229/2017 - Jens Geier) (Abstimmung)

6.13. Längere Lebensdauer für Produkte: Vorteile für Verbraucher und Unternehmen (A8-0214/2017 - Pascal Durand) (Abstimmung)

6.14. Vorgehen gegen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, einschließlich Völkermord (A8-0222/2017 - Cristian Dan Preda) (Abstimmung)

6.15. Private Sicherheitsunternehmen (A8-0191/2017 - Hilde Vautmans) (Abstimmung)

— Vor der Abstimmung über Ziffer 4:

Hilde Vautmans, rapporteur. – As agreed with the shadows on this report, I want as rapporteur to introduce an oral amendment on paragraph four – after 'except for self-defence', we want to introduce the following: 'and under no circumstances should private security companies be allowed to take part in or conduct interrogations'.

(Der mündliche Änderungsantrag wird übernommen.)

6.16. Arbeitsbedingungen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse (A8-0224/2017 - Neoklis Sylikiotis) (Abstimmung)

Die Präsidentin. – Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

7. Stimmerklärungen

7.1. Europäische Normen für das 21. Jahrhundert (A8-0213/2017 - Marlene Mizzi)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Adam Szejnfeld (PPE). – Pani Przewodnicząca! Żyjemy w świecie postępu i rozwoju. Wykorzystywanie nowych technik i technologii z jednej strony oraz integrowanie się gospodarek nie tylko państw członkowskich Unii Europejskiej, ale całego świata z drugiej strony wymaga ujednolicania standardów. Normalizacja w tym procesie jest więc kluczowa. Powinna jednak być prowadzona w ścisłym partnerstwie i współpracy pomiędzy przemysłem, organami publicznymi, organami normalizacyjnymi i pozostałymi. Wydaje mi się, że zasadniczą rolę w dzisiejszych czasach powinna odgrywać normalizacja w transformacji cyfrowej. Priorytetowo więc powinny być traktowane normy w zakresie 5G, chmury obliczeniowej, internetu rzeczy, bezpieczeństwa danych oraz cyberbezpieczeństwa. Dlatego uważam to dossier za ważne i potrzebne.

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, the glory of European civilisation has always been found in its diversity, its variety and its pluralism. Unusually among the great civilisations of the world, this continent never became centralised as a single empire, but remained rather a diverse plurality of competing states.

Let me make a little reference to something said by the great liberal German economist Wilhelm Röpke in 1952 as he saw the European project get underway. He said ‘in antiquity, Strabo spoke of the “many shapes” of Europe; [...] Montesquieu was to speak of Europe as a “nation de nations”; [...] decentralisation is of the essence of the spirit of Europe; [...] to attempt to weld Europe into one block is a betrayal of Europe and the European patrimony, and a betrayal made all the worse for being carried out in Europe’s name.’

7.2. Die Rolle des fischereibezogenen Tourismus bei der Diversifizierung der Fischerei (A8-0221/2017 - Renata Briano)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Rosa D’Amato (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, per la sua vocazione turistica e per i suoi quasi 7 500 chilometri di coste, l’Italia è un paese che, più di altri, si presta a sfruttare appieno le potenzialità del suo mare. Le caratteristiche climatiche e una pesca per lo più artigianale e stagionale rendono la nostra nazione uno dei principali *target* della relazione di iniziativa votata oggi.

Regioni costiere e isole sono vittime di un grave declino economico a causa delle carenze di risorse ittiche o di politiche eccessivamente restrittive o addirittura sbagliate. In questi ultimi anni, la cosiddetta «pescaturismo» ha contribuito a creare nuovi posti di lavoro, ma non è la soluzione. La relazione, pertanto, è complessivamente positiva, ma presenta delle criticità. Bisogna sfruttare al meglio i fondi disponibili, tutti, non solo il FEAMP, e bisogna però far sì che la pescaturismo e altre alternative non siano la soluzione.

Queste proposte non devono essere una pezza per coprire i buchi fatti negli anni da politiche sbagliate e inadatte al nostro mare, ma soltanto rappresentare delle forme di integrazione economica necessaria in determinati periodi dell’anno ed in circostanze ben definite.

Michela Giuffrida (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le zone costiere sono in grande sofferenza. L’aumentare dei vincoli imposti dalla politica comune della pesca, la scarsità di risorse, la concorrenza dei prodotti che arrivano dall’estero hanno messo in ginocchio l’attività produttiva classica di queste zone, che è la pesca.

Allora come permettere alle comunità costiere di sopravvivere, di mantenere le proprie tradizioni, di rispettare la propria vocazione e di avere un reddito dignitoso? Le zone costiere sono naturalmente un’attrazione per il turismo. È necessario quindi creare spazi per i pescatori nell’ambito dei servizi offerti ai turisti. Le escursioni in barca o le battute di pesca offerte a turisti per caso e lasciate a libere – e a volte disorganizzate – iniziative non sono certamente sufficienti.

Con le giuste politiche di incentivo e una strategia organica di sviluppo, il turismo può diventare anche per i pescatori una fonte di reddito stabile. Serve investire nelle strutture, nel superamento del turismo stagionale, nei collegamenti. Serve un raccordo con gli imprenditori, i tour operator, i ristoratori. Serve fare squadra e politica tutti insieme.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, υπερψήφισα την έκθεση γιατί προσπαθεί με επιτυχία να αντιμετωπίσει τα προβλήματα που αντιμετωπίζουν οι αλιείς. Σε μια φάση όπου υπάρχει κρίση και μείωση του εισοδήματος των αλιέων, πρέπει να ληφθούν μέτρα για να στηρίξουν αυτόν τον κλάδο και θεωρώ ότι ο αλιευτικός τουρισμός πραγματικά μπορεί να συμβάλει, ούτως ώστε να αυξηθεί το εισόδημα των αλιέων.

Ταυτόχρονα, ο αλιευτικός τουρισμός αποτελεί μια ευκαιρία για προσέλκυση τουριστών κι αυτό είναι πολύ σημαντικό, ιδίως σε περιοχές οι οποίες είναι απομακρυσμένες και νησιωτικές. Θα πρέπει να λάβουμε υπόψη ότι το ψάρεμα με καλάμι όπως αναφέρει και η έκθεση προσφέρει διάφορα κοινωνικά οφέλη και είναι σημαντικό για την ανθρώπινη υγεία και την ευημερία. Ταυτόχρονα, τα κοινωνικοοικονομικά οφέλη από τον τουρισμό θα γίνουν εμφανή κυρίως κατά τη διάρκεια της καλοκαιρινής περιόδου και αυτό επίσης το θεωρώ θετικό.

Νομίζω όμως ότι πρέπει να διαμορφωθεί μία νομική βάση για τον αλιευτικό τουρισμό, να στηριχθεί η γαλάζια ανάπτυξη και να στηριχθεί βεβαίως η βιώσιμη και αλληλέγγυα οικονομία.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, the fishing community is one that has faced growing pressures from a multitude of factors in recent years, including pollution, climate change and overfishing, which make it increasingly difficult for fishermen to earn a reliable income. Due to the diversification of the fishing industry to include other activities, such as fisheries-related tourism, communities that rely on their fishing industry will hopefully be revitalised and incomes will be stabilised.

Coming from a country like Ireland, where fisheries have always played a vital role in coastal communities – and indeed the wider economy – I am pleased to support this proposal, which will re-energise the fishing industry at a Europe-wide level and, hopefully, create jobs. In view of the decision at the weekend by the United Kingdom Government to withdraw from the London Fisheries Convention and, inter alia, the common fisheries policy, the fishing industry certainly needs new markets and new measures.

7.3. Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau (A8-0185/2017 - Sorin Moisă)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Jasenko Selimovic (ALDE). – Madam President, during the Maidan Revolution the people of Ukraine made their European ambitions very clear. The price they had to pay for that wish to get closer to the EU has been enormous. Russia has occupied Crimea, causing combative war in eastern Ukraine, and imposed numerous trade sanctions. Ukraine faces economic hardship, and the effects of the fragile economic recovery have not yet reached its population.

This is why the EU needs to show unanimous support. The proposed autonomous trade measures will increase trade flows and give its economy the necessary support it deeply needs. It will also send a strong signal to the Ukrainian Government that its ambitious reform agenda is widely embraced by the EU. The people of Ukraine now want to see their future in Europe, and we have to help them get there. This is why I am proud that we voted for this report.

Monica Macovei (ECR). – Am aprobat astăzi 100 de milioane de euro către Republica Moldova, însă acești bani se vor duce condiționat.

Unu: proiectul de lege din Parlament privind schimbarea sistemului electoral trebuie retras. A spus și Comisia de la Veneția, sistemul mixt de alegeri nu face decât să ajute partidele bogate și politicieni bogați.

În al doilea rând, banii trebuie să sprijine și să susțină partidele și mai mici, și mijlocii, cât mai multe partide pentru că asta este democrația. Nu să-i înșurubeze la putere în Republica Moldova pe Plahotniuc și Dodon pe vecie.

Și în ultimul rând, dacă veți retrage acest proiect de lege din Parlament, dacă veți lupta eficient cu corupția, evaziunea fiscală și fraudă, dacă veți face o justiție independentă, atunci da, prima tranșă din cele 100 de milioane de euro vor veni în Banca Națională a Moldovei.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem podpořil tento návrh, který obsahuje finanční podporu Moldávie. Vnímám jako nesmírně důležité geopoliticky podporovat bývalé země Sovětského svazu, kde se Rusko snaží stále udržovat mocenský vliv, a podporovat je, aby partnerem pro ně byla více Evropská unie než samotné Rusko. To si myslím, že je strašně důležité.

Na druhou stranu je nutné dát jasné podmínky pro využití těchto peněz tak, aby tyto peníze nebyly předmětem korupce a neskončily pouze v kapsách oligarchů, ale byly opravdu použity pro moldavský lid a pro rozvoj moldavské infrastruktury.

Myslím si tedy, že je dobře, že jsme návrh nakonec odhlasovali, je dobře, že Moldávie má uzavřenou asociační dohodu s Evropskou unií. Je jasné, že těmto zemím bychom měli ukázat, že Evropská unie je pro ně partnerem a že do budoucna, pokud budoucí vývoj nastolí cestu demokracie, svobody a ekonomické prosperity, mohou jednou očekávat i plné členství.

7.4. Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen (A8-0227/2017 - Hugues Bayet, Evelyn Regner)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, impozitarea fiscală a companiilor multinaționale trebuie să aibă loc în țara în care ele operează. Altfel, lupta cu evaziunea fiscală rămâne la nivel de vorbe goale. Dacă nu facem asta și dacă ele nu sunt impozitate în țara în care operează, nu facem decât să ducem banii în paradisuri fiscale și să menținem paradisurile fiscale.

În al doilea rând, acțiunile la purtător sunt foarte importante. Ele trebuie eliminate din toate statele membre, inclusiv din țara mea, România, pentru că acțiunile la purtător sunt anonime, sunt secrete, sunt confidentiale, nu lasă urme, orice se întâmplă cu ele și, când își schimbă mâinile – o hârtie trece dintr-o mână în alta –, atunci se schimbă și, eventual, controlul unei companii.

Dacă vrem să ne luptăm eficient cu evaziunea fiscală, care se transformă în spălare de bani, ca să scoată banii curăț, ceea ce înseamnă trei bilioane de euro pe an pierduți, atunci trebuie să facem aceste lucruri.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěla vysvětlit, že podporuji návrh směrnice Evropské unie o zveřejňování informací o dani z příjmů ze strany velkých podniků, to znamená těch, které mají více než 750 milionů EUR obrátu.

Zneužívání daňových rájů, daňových úniků je výzvou jak na úrovni celoevropské, tak na globální. Dokladem je také nedávné zveřejnění příkladu skandálu s Panama Papers. Daňové úniky některých společností jsou velmi negativně vnímány občany, kteří ztrácejí důvěru v daňové systémy a přestávají věřit ve spravedlnost a rovnost před zákonem.

Domnívám se, že pro účinnost boje proti daňovým únikům je nezbytné postupovat společně na evropské úrovni. V závěru jsem tedy podpořila legislativní usnesení, protože nebyly přijaty pozměňovací návrhy, které by rozšířily okruh firem, které by nechránily hospodářskou soutěž a citlivé obchodní informace. Tedy ten návrh se stal přijatelným.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Madam President, the Greens have long been pushing for public country-by-country reporting and we are really pleased to see it making headway with this Commission proposal for public disclosure, supported and strengthened today by Parliament. I am pleased that the Committee on Economic and Monetary Affairs supported disaggregated financial information from all countries inside and outside the EU, making tax transparency a truly useful tool, but I am sorry that certain parties in this House have sought to introduce loopholes allowing for no public disclosure in cases where information is considered commercially sensitive, something that it is impossible to define accurately.

We also need a much lower threshold than the current EUR 750 million turnover, which will mean that only 6 000 of the biggest companies need to report their information. I am sorry to say that while my colleagues on the right may claim to be parties of business, by undermining tax transparency in this way they are really ensuring that small businesses cannot compete fairly with the largest global corporations.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, já osobně jsem mohl toto usnesení podpořit, protože obsahuje z mého pohledu řadu dobrých myšlenek a je poměrně vyvážené. Veřejné podávání zpráv o údajích podniků, které se týká toho, že je to základní boj proti mezinárodnímu vyhýbání se daňovým povinnostem a daňovým únikům, považuji za velmi důležité a už řadu let na toto téma poměrně razantně v Evropském parlamentu upozorňuji.

S rostoucí mobilitou a především s globálním a celoevropským hospodářským způsobem činnosti je transparentnost z hlediska zveřejňování nezbytnou podmínkou silné správy a nástrojem ke zlepšení sociální odpovědnosti podniků. Proto má tento návrh, toto usnesení mou plnou podporu.

7.5. Einführung befristeter autonomer Handelsmaßnahmen für die Ukraine (A8-0193/2017 - Jarosław Wałęsa)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io non sono la relatrice, ci deve essere stato un errore. Però faccio la mia dichiarazione di voto, una dichiarazione di voto convintamente contraria, perché penso che sull'assistenza macrofinanziaria all'Ucraina si stia giocando una partita politica vergognosa, si tratta di un sostegno politico e commerciale al regime parafascista di Porošenko, che continua a reprimere e a opprimere la popolazione civile in Donbas, a non rispettare gli accordi di Minsk. Si tratta di un accordo che, oltre a sostenere il regime parafascista di Porošenko, crea misure dannose per le nostre produzioni, per le produzioni agricole europee quali il miele, l'uva, il frumento, l'orzo e altri cereali.

Insomma, qua vogliamo descrivere Porošenko come filo-Unione europea, rimuovendo, in realtà, le presenze dell'ultra-destra nel suo regime e rimuovendo quello che lui sta facendo contro le popolazioni del Donbas. Mi sembrano ragioni sufficienti, insieme al danno per gli agricoltori europei, per votare contro.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Madam President, I made a mistake about the place for this explanation, but I will now give it in its proper place.

The people of Ukraine, during the Maidan revolution, made their European ambitions very clear. The price they have had to pay for the wish to get closer to the EU has been enormous. Russia has occupied Crimea, engaged in war in eastern Ukraine and imposed numerous trade sanctions. Ukraine faces economic hardship and the effects of its fragile economic recovery have not yet reached its population. This is why the EU needs to show unanimous support.

The proposed autonomous trade measures will increase trade flows between the EU and Ukraine and give its economy the necessary support. They will also send the strong signal to the Ukrainian Government that its ambitious reform agenda is widely embraced by the EU. The people of Ukraine want to see their future in Europe and we have to help them arrive there. This is why I am proud that we voted for this report.

Petras Auštrevičius (ALDE). – Madam President, first of all, I want to react to Ms Forenza's absolutely unacceptable language about Ukraine: Ukraine is under aggression from the Russian Federation, which came to the eastern part of Ukraine and supported so-called separatists who are in favour of killing their former countrymen. Russia – not any country – came to Crimea and occupied and annexed that part of Ukraine. The EU is not coming to Ukraine with weapons, but is extending a hand of cooperation and trade. This is the best track: to improve the economic situation in Ukraine, to help people to raise up economic developments and to look to Ukraine as a future partner. I will never be aligned with statements like this – calling Ukraine a fascist country. That is completely wrong.

(Applause)

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, καταψήφισα την έκθεση γιατί η εφαρμογή προσωρινών αυτόνομων εμπορικών μέτρων για την Ουκρανία βλάπτει την εθνική οικονομία ορισμένων χωρών που βρίσκονται σε οικονομική κρίση, όπως η Ελλάδα. Εν προκειμένω, οι ευρωπαίοι αγρότες και κυρίως οι έλληνες αγρότες θα αντιμετωπίσουν έναν αθέμιτο ανταγωνισμό και στα θέματα των σιτηρών και στα ζητήματα που έχουν σχέση με την αμπελουργία. Ακόμη και μέλι, πάμφθινο αλλά αμφιβόλου ποιότητας, εισάγεται στην Ελλάδα από την Ουκρανία.

Επιπλέον, η συμφωνία Ελευθέρων Συναλλαγών Ευρωπαϊκής Ένωσης-Ουκρανίας θα διαλύσει και τον κτηνοτροφικό τομέα στην Ελλάδα. Θα έχουμε αθρόα εισαγωγή γαλακτοκομικών προϊόντων -αμφιβόλου πάντα ποιότητας- και κρέατος, και έτσι οι έλληνες κτηνοτρόφοι οι οποίοι αντιμετωπίζουν ήδη πάρα πολλά προβλήματα, λόγω της φτωχοποίησης που έχει επέλθει με το μνημόνιο, θα βρεθούν σε ακόμη δυσμενέστερη θέση. Γι' αυτό καταψήφισα την έκθεση.

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, the stated aim of this legislative proposal is to increase existing trade flows and to foster bilateral trade and economic cooperation between Ukraine and the European Union, but in the same document it states that the European Union will see a loss of customs revenue corresponding to less than EUR 50 million annually, with very limited impact on EU own resources.

'Limited impact' means that in reality this proposal is empty. It is the lowest possible result. Nevertheless, the Committee on International Trade suggested additional cuts for certain product groups such as wheat, maize and processed tomatoes. We can compare this to a situation where somebody presents a gift to a friend in a big beautiful box, but inside there is only a very small candy at the bottom. Such a gift can be perceived only as a mockery.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já vím, že se to nesluší, abych v této své minutě reagoval na kolegyni, nicméně mi to nedá. To, co řekla paní Forenza, je neakceptovatelné, je to urážející vůči Ukrajině a jsem překvapen, že takováto slova mohou v tomto sále zaznít. Budiž.

Pro mě je ta dohoda, respektive ta opatření, která mají podpořit Ukrajinu, samozřejmě nedostatečná. Ale přesto jsem se rozhodl je podpořit, protože myslím, že je naší povinností podpořit národ, který je ve velmi těžké zkoušce.

Neumím si představit, že bychom po roce 1994, kdy jsme dali určité záruky – velmoci západní, USA a Velká Británie – vůči ukrajinské svrchovanosti, že bychom je v tomto konfliktu nepodpořili. Byl bych rád, abychom podpořili i ty regiony, které samozřejmě na této dohodě trátí, jsou to určité části Řecka, jsou to části zemědělského sektoru, ale není možné podle mého názoru Ukrajinu v tuto chvíli opustit. Já jsem hlasoval pro.

Момчил Неков (S&D). – Г-жо Председател, скъпи колеги, сътрудничеството със страни, които са съседи на Европейския съюз, е важно. Силно вярвам обаче, че съдействието и помощта, които им се оказват, не трябва да бъдат в ущърб на европейските производители. Пчелари, производители на масла и други продукти от моята страна – България, отправиха няколкократно апели към преразглеждане на вноса от Украйна, защото чувстват силен натиск от ниските вносни цени.

Тарифните квоти са механизъм, който гарантира защитата от нелоялни търговски практики и според мен трябва да бъдат отпускани само след оценка на риска от всички държави членки. Изпращането на положителни политически сигнали на трети страни е важно, но не трябва да става под формата на икономически натиск за европейските производители. Аз не дадох подкрепата си за увеличаване на безмитния внос от Украйна, защото смятам, че тази мярка е лоша новина и механизъм за производителите от страни като моята – България.

7.6. Längere Lebensdauer für Produkte: Vorteile für Verbraucher und Unternehmen (A8-0214/2017 - Pascal Durand)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Catherine Stihler (S&D). – Madam President, for too long consumers buying a fridge or a Hoover or a washing machine have been faced with the fact that the goods are just not made to last the way that they used to be, and when they break they are easier to replace with a new product than to repair. If we want to address climate change and be more sustainable as a society, we need to tackle this use-and-dispose culture which runs counter to our commitments to the environment.

Today's vote on product life cycles goes some way to highlighting the problem and suggesting solutions such as ambitious design models, creating durable goods, finding easier ways to repair rather than replace, and supporting fair-usage-based sales models. If we can achieve a more sustainable base system for the sale of consumer goods across the EU we can start to realise the circular economy, creating new business models and supporting EU innovation and start-ups whilst protecting our environment. This must surely be a win-win for consumers and the environment.

Adam Szejnfeld (PPE). – Pani Przewodnicząca! Zapisy sprawozdania, o którym mówimy, mają przynieść korzyści konsumentom, środowisku, ale także przedsiębiorcom. Jego celem jest to, aby kupowane przez nas urządzenia, maszyny, samochody, sprzęt AGD, elektronika, komputery, telefony itd. działały i służyły nam jak najdłużej, ale jeśli się zepsują, to żeby można było łatwo i niedrogo je naprawić. Zatem idea jest bardzo ważna i słuszna. Zapisy sprawozdania tę ideę, jak sądzę, oddają. Odnoszą się więc do kwestii rękojmi i gwarancji, a także prawa dokonywania napraw przy użyciu zamienników, a nie tylko części oryginalnych. Koniec końców trzeba jednak pamiętać, że właściwą równowagę między jakością a ceną powinien jednak zapewniać rynek, a nie tylko i wyłącznie paragrafy.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I voted in favour of this proposal, which will support consumer rights through the improvement of product lifespan and by increasing the reparability of products through guarantees and increasing the accessibility of spare parts. Consumers must be protected from the growing trend of planned obsolescence, something that has become particularly prevalent in the software industry, and they should be assured of a reasonable product lifespan. By establishing minimum resistance criteria, this proposal will lead to longer-lasting products and will benefit both consumers and companies. In voting for this proposal, we are protecting the rights of the consumer and supporting the development of a functioning economy. Our message is: repair rather than replace, old is often better than new, and save rather than lose.

Well done to you on your chairing of today's session, and have a good time in the future.

Branislav Škripek (ECR). – Vážená pani predsedajúca, poznáme to všetci. Tesne po záruke sa nám zrazu pokazí televízor, notebook či telefón. Oprava v servise už nie je možná, pretože výrobca už nepodporuje staršie modely alebo jednoducho chýbajú náhradné diely. Výrobky sa kazia príliš rýchlo a spotrebiteľia musia neustále nakupovať nové, hoci nechcú. Nejde pritom len o elektroniku, ide aj o hračky, športové potreby, oblečenie alebo bielu techniku, a bez tej sa nezaobídeme. Dlhšia trvácnosť a lepšia možnosť opraviteľnosti výrobku je preto nielen prvkom férovejšieho prístupu k zákazníkom, ale aj čiastočným kľúčom k zmierneniu dopadu klimatických zmien. No tak isto ku zvýšeniu zamestnanosti drobných podnikateľov. Ja si viem predstaviť, že na opravy sa dajú tisíce šikovných remeselníkov, a to si budeme istí, že v každom mestečku budú potrební. Tak isto si viem predstaviť, že sa zvýši výroba a dodávka náhradných dielov, takže vidím tu veľké plusy. K tomu môže pomôcť jednotné označovanie trvácnosti produktov, napríklad uvedením garantovanej trvácnosti výrobku priamo na obale, či garancia opraviteľnosti výrobku. Preto som hlasoval za.

Lucy Anderson (S&D). – Madam President, I welcome this report. It is particularly important that it aims to strengthen consumer protection, especially in relation to those products which are reasonably expected to last for a significant period of time. This is particularly important in the context of ongoing discussions on contract-law rights for consumers. It is important that we pursue greater value for money for reliable and durable products and that we benefit companies and the wider society by reducing waste.

It is also positive that this report reflects the need for minimum criteria on issues such as reparability and the ability to upgrade easily, especially when it comes to software. I was pleased to see that the amendments I put forward regarding battery technology issues and improving battery technology were included, and that the report calls for consumer safety to be protected, arguably in relation not only to general issues but also to spare parts.

7.7. Vorgehen gegen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, einschließlich Völkermord (A8-0222/2017 - Cristian Dan Preda)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Jasenko Selimovic (ALDE). – Fru talman! På Srebrenica minnesplats finns 149 Selimovic. 149. Jag vet inte vilka de var, jag vet inte vad de jobbade med, jag vet inte om de var fattiga eller hade mjäll i håret, och det visste inte heller de som avrättade dem. Det är hela poängen med folkmordet. Inte döda en och sedan en och sedan en till. Utan alla. Varenda en.

Frågan som jag länge ställt mig är naturligtvis varför dessa 149 Selimovic och inte denna? Det är en ångestfull fråga men jag lovar er, man vänjer sig. Jag har levt med den frågan i 22 år.

Nästa vecka den 11 juli kommer vi att fira årsdagen av folkmordet. Vi kommer att minnas för att inte glömma bort det lidande människor har upplevt. Att inte göra det är att kränka dem igen.

För sin egen skull, för sin framtids skull och för respekten mot offren måste därför Serbien och Republika Srpska erkänna det folkmordet. Det här betänkandet nämner inte det men jag röstar för det i hoppet att det ska hjälpa till på den vägen.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, ignoranța ajută întotdeauna agresorul, și nu victima. Știm bine care sunt cele două mari puteri financiare care finanțează grupările teroriste care au interese în zonă și care pot opri agresiunile, genocidul, moartea, dar nu o fac. Curtea Penală Internațională face anchete acum în nouă țări, majoritatea africane. Ar trebui incluse pe lista acestor țări și Siria și Irakul.

Să nu uităm că, dincolo de politică și de vorbe, sunt oameni – oameni care sunt torturați, care sunt violați, copii care sunt făcuți soldați, oameni care sunt supuși la convertiri religioase forțate și așa mai departe. Pentru ei trebuie să facem politică și pentru ei trebuie să nu uităm. Încă o dată: să nu fim ignoranți, că nu suntem ignoranți, să spunem adevărul, ca să ajutăm victimele, adică oamenii.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, hlasoval jsem pro tuto zprávu, protože jsem osobně přesvědčen, že je nutné, aby mezinárodní společenství v čele s Evropskou unií věnovalo více úsilí sledování a řešení veškerých konfliktů, které by mohly vést ke zločinům, a především zločinům proti lidskosti. Rád bych v této souvislosti vyzval Evropskou unii, Evropskou komisi, Evropskou radu, aby se více zasadily o včasné řešení krizových a konfliktních situací, které mohou vést k páchání krutých zločinů.

Rád bych také poukázal zejména na význam a účinnost výměny informací a koordinaci při vyšetřování nebo při preventivních opatřeních mezi institucemi. To si myslím, že je velice nezbytné.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, i já jsem tuto zprávu podpořil. Podle mého názoru Mezinárodní trestní tribunál a podpora obecně Římskému statutu jsou ve vlastním bytostném zájmu Evropské unie. Pokud chceme, aby mezinárodní právo opravdu platilo i pro všechny agresory, kteří páchají válečné zločiny včetně genocidy, je nepochybné nutné, aby Mezinárodní trestní tribunál dostal svoji kompetenci do absolutní většiny zemí. Dneska tomu tak není a je v zájmu Evropské unie, aby tuto podporu samozřejmě maximálně dostal.

Já si cením na té zprávě, která bohužel nebyla diskutována na plénu, tedy kromě velmi krátkého přednesení, to, že posiluje prvek prevence a spolupráce v rámci mezinárodního společenství. To si myslím, že je zcela klíčové právě i pro předcházení této trestné činnosti, která nesmí být promlčitelná. Myslím si, že je důležité zopakovat, že lidé, kteří páchají tyto zločiny, nesmí kdykoliv v životě kamkoliv uniknout spravedlnosti a skrýt se před touto spravedlností a před svojí zodpovědností.

Marek Jurek (ECR). – Pani przewodnicząca! Panie i Panowie Posłowie! Wykorzystywanie tragedii wojennych do propagowania prenatalnego dzieciobójstwa to akt kompletnego cynizmu, szczególnie w sytuacji, w której wprowadziliśmy zakaz stosowania kary śmierci dla sprawców gwałtów na wojnie, nawet gwałtów kończących się morderstwem. To podejście dokumentuje kompletną chorobę naszej cywilizacji: mnożenie praw ochraniających zło i systematyczny demontaż ochrony dóbr, za które odpowiada każde cywilizowane państwo. Tylko powrót do etyki Dekalogu i Ewangelii, tylko wysłuchanie się w głęboki wewnętrzny głos naszej cywilizacji może ją uratować. Trzeba to powtarzać tym bardziej, im bardziej nasza cywilizacja zagrożona jest w swoim istnieniu.

7.8. Private Sicherheitsunternehmen (A8-0191/2017 - Hilde Vautmans)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Od lat zajmuję się problematyką bezpieczeństwa i obrony i z pewną satysfakcją odnotowałem zainteresowanie Parlamentu Europejskiego kondycją firm ochroniarskich. To jest rynek rejestrujący obroty rzędu 35 mld rocznie i zatrudniający 1,5 mln osób. Przypomnę, że ponad 40 tys. podmiotów ochrania nie tylko zakłady oczyszczania wody, ale także na przykład elektrownie. Bardzo istotne jest, że w tym dokumencie nie dokonano przeregulowania sposobu funkcjonowania tych firm, bo funkcjonują one w różnych warunkach ekonomicznych. Ważne jest natomiast, że pojawi się wymiana informacji o kryminalnej działalności co niektórych członków grup ochroniarskich oraz że powstanie lista firm, które mogą być rekomendowane do zadań wymagających nadzwyczajnej jakości. Chcę podkreślić, że praca inicjatora tego przedsięwzięcia przebiegała bardzo dobrze. Z tego też powodu mogłem poprzeć to sprawozdanie.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, u této zprávy já se přiznám, že jsem váhal, zda ji podpořit, a musím říci, že nebýt vystoupení paní zpravodajky Vautmans dnes v plénu a předložení ústního pozměňovacího návrhu, tak bych tuto zprávu nepodpořil.

Já samozřejmě uznávám to, že je důležité spolupracovat v zajištění bezpečnosti i se soukromými agenturami, ale při včerejší minidebatě, protože k tomuto bodu bohužel opět nebyla žádná debata, myslím si, vyhrázla na povrch právě ta důležitá okolnost, že soukromé bezpečnostní služby, které se podílejí na zajištění bezpečnosti, nesmí mít žádnou úlohu při vyšetřování. Nesmí mít v zásadě více práv než ta, která jsou dána v předpisech národních členských států, než běžné soukromé osoby. To je důležité a toto ujištění, které bylo dáno tím ústním pozměňovacím návrhem, ve mě vzbudilo právě i to očekávání pozitivní. To znamená, nakonec jsem tuto zprávu podpořil.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem stejně jako můj kolega předřečník váhal, zda zprávu podpořit, a nakonec díky přijatému ústnímu pozměňovacímu návrhu jsem zprávu podpořil. I pro mě je důležité, aby zkrátka soukromé bezpečnostní agentury měly jasné regule a aby nepřejímaly pravomoci orgánů veřejné moci, orgánů státu, ať už v podobě vojsk, to znamená vojenských jednotek, pro které platí mezinárodní právo vojenské, tak v podobě řekněme jiných ozbrojených sborů, které jsou regulovány státní mocí, veřejným právem atd. To je myslím třeba pokaždé rozlišit a jasně říci, kde je ta hranice mezi veřejnou mocí a mezi soukromými agenturami, které mají soukromoprávní charakter. Já nezpochybňuji jejich význam, jako pomocné orgány při řešení konfliktů, při odstraňování následků konfliktů určitě mají svůj význam, a proto proti nim nějak nevystupuji. Na druhou stranu, jak už jsem řekl, nezapomeňme, že to jsou soukromé subjekty, a to je důležité pořad zdůrazňovat.

7.9. Arbeitsbedingungen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse (A8-0224/2017 - Neoklis Sylikiotis)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Curzio Maltese (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, in Europa e nel mondo, siamo immersi da decenni in un processo di svalutazione del lavoro che è la prima causa di crisi dei sistemi democratici. Una società che non riconosce il diritto a un lavoro dignitoso è una società che distrugge le fondamenta della cittadinanza. Noi abbiamo oggi tutti gli strumenti per invertire questa marcia verso il nulla, a partire dalle conquiste della tecnologia, che sono una conquista di tutta l'umanità, che oggi sono messe al servizio di pochi super ricchi, invece di essere utilizzate per liberare le masse di lavoratori dalla schiavitù di un lavoro noioso, ripetitivo.

Voglio dunque ringraziare l'autore della relazione, l'on. Sylikiotis, per aver inquadrato con precisione e coraggio i termini di questo vero dramma sociale e per aver offerto una serie di suggerimenti molto buoni. Ma è necessario avviare da subito un'azione concreta, prima che sia tardi.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nonostante i messaggi confortanti relativi alla ripresa dell'occupazione, il lavoro a tempo pieno a livello di Unione è ancora a livelli inferiori a quelli del 2008. L'ottimismo sui tassi di occupazione è imputabile, in molti casi, a un incremento di contratti a zero ore, ma anche a un ventaglio di formule atipiche che intaccano diritti e dignità dei lavoratori.

La precarietà ha subito un'impennata soprattutto negli ultimi dieci-quindici anni, specie nell'edilizia, nell'agricoltura, nell'aviazione e nel settore alberghiero. C'è poi il fenomeno del caporalato, parecchio diffuso in Italia, ma noto anche in altri paesi europei, e che è assimilabile alla schiavitù. È una forma illegale di reclutamento e organizzazione della manodopera, specialmente agricola ed edile, attraverso intermediari – i caporali – che assumono, per conto dell'imprenditore, operai giornalieri al di fuori dei normali canali di collocamento, senza alcun rispetto dei contratti previsti, impossessandosi di gran parte del loro salario e spesso segregandoli.

Da questo punto di vista c'è ancora molto da fare, ma le azioni contro il lavoro precario e sommerso, previste dalla proposta, vanno nella giusta direzione. Per questo il nostro voto è favorevole.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η παγκοσμιοποίηση και ο διεθνής ανταγωνισμός, εκτός από την κινεζοποίηση των μισθών, έχουν προκαλέσει πλέον και τη διάλυση των εργασιακών σχέσεων. Αυτό έχει σαν αποτέλεσμα να έχουμε πλέον πάρα πολλές μορφές άτυπης εργασίας. Επίσης, η εξαρτημένη εργασία όλο και περιορίζεται, με αποτέλεσμα να έχουμε μορφές δήθεν αυτοαπασχόλησης. Όλα αυτά βεβαίως δημιουργούν προβλήματα στην κοινωνική συνοχή. Η αδήλωτη εργασία είναι επίσης ένα τεράστιο πρόβλημα, ιδίως σε μια φάση που έχουμε εκατομμύρια φτωχούς και, φυσικά, στρατιές ανέργων.

Επιπλέον, οι γυναίκες, οι οποίες αντιπροσωπεύουν το 46% του εργατικού δυναμικού, είναι ο πιο αδύναμος κρίκος, θα έλεγε κανείς, στην αγορά εργασίας, διότι αυτές υφίστανται πιέσεις και έχουν αποδοχές κατά τουλάχιστον 16% χαμηλότερες από αυτές των ανδρών. Επομένως, απαιτούνται μέτρα για τα ζητήματα της απασχόλησης.

Adam Szejnfeld (PPE). – Pani Przewodnicząca! Świat się zmienia, razem z tymi zmianami zmienia się gospodarka, a także rynek pracy. Do tej pory główną formą zatrudnienia, standardową formą, była umowa na czas nieokreślony i na pełny etat. W ostatnich 15 latach jednak obserwujemy wzrost liczby niestandardowych umów o pracę. Można do nich zaliczyć m.in. umowy o pracę w niepełnym wymiarze czasu pracy, umowy o pracę tymczasową, umowy o pracę z domu, czy też telepracę, umowy zerogodzinowe czy umowy cywilnoprawne. W tej sytuacji obowiązkiem Unii, ale także państw członkowskich, jest dopilnowanie o to, aby pracownicy – bez względu na podstawę prawną zatrudnienia – mieli zagwarantowane minimum: minimum socjalne, zdrowotne, bezpieczeństwa i higieny pracy itp. Należy jednak zadbać o to, by stosunek pracy mógł być maksymalnie elastyczny i pozbawiony nadmiernej biurokracji, w przeciwnym razie bowiem nie będzie służył ani pracownikom, ani pracodawcy, ani rynkowi pracy.

Момчил Неков (S&D). – Г-жо Председател, навлизането на новите технологии и дигитализацията откриват големи възможности за нови работни места. В същото време обаче този процес носи редица предизвикателства както пред работодателите, така и за работниците. Договорите за „нулево“ работно време и несигурността на работното място са само част от тази проблематика.

Смятам, че при тези условия е крайно належащо Европейският парламент да заеме твърда позиция по отношение на несигурната заетост и условията на труд. Необходима е нова регулаторна рамка, която да гарантира достойни условия на труд за новите видове заетост, които тепърва ще бъдат създадени в резултат на цифровизацията.

Дадох подкрепата си за доклада на г-н Силикиотис, защото смятам, че Еврокомисията и държавите членки трябва да гарантират максимална защита на работниците в Европейския съюз. Специално внимание трябва да се обърне на младите и възрастните работници, както и на хората с увреждания, които са най-уязвими.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Pani Przewodnicząca! Sprawozdanie, nad którym debatujemy, wyraźnie skupia się na negatywnych tendencjach na rynku pracy, w tym przede wszystkim na nadużywaniu elastycznych form zatrudnienia. Nie możemy ich jednak stygmatyzować. Bardzo często dają jedyną szansę na pracę osobom młodym, bez doświadczenia, kobietom wychowującym dzieci czy też osobom ceniącym sobie niezależność. Wydaje mi się, że warunkiem brzegowym, którego przekroczenie prowadzi do licznych nieprawidłowości i patologii, jest wymuszanie na pracownikach przyjmowania elastycznej podstawy pracy wtedy, gdy chcemy zwiększyć tylko produktywność i konkurencyjność kosztem praw pracowniczych. O ile więc nie powinniśmy zwalczać elastycznych form zatrudnienia, to jednak muszą być

wypracowane skuteczne mechanizmy przeciwdziałające ich nadużywaniu kosztem praw pracowniczych. Koniecznym rozwiązaniem jest zagwarantowanie, aby wszystkie rodzaje pracy zapewniały odpowiednie zabezpieczenie społeczne, na przykład zgodnie z programem godnej pracy Międzynarodowej Organizacji Pracy. Niestety sprawozdanie odnosi się także do rewizji dyrektywy o delegowaniu pracowników. Ten tak politycznie wrażliwy temat, nad którym pracujemy, powinien znaleźć się w tym sprawozdaniu. Dlatego też wstrzymałam się podczas końcowego głosowania.

Die Präsidentin. – Damit sind die Erklärungen zur Abstimmung geschlossen.

8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 14.00 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

10. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

11. Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Kommission für 2018 (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest oświadczenie Komisji w sprawie przygotowania programu prac Komisji na rok 2018 (2017/2699(RSP)).

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Mr President, today's debate launches our joint reflection on the priorities for the coming year. Over the past few days, we have made real progress towards better coordinating our efforts between Parliament, Member States and the Commission. We need to maintain this positive dynamic. Only together can we achieve tangible results in the key areas where our citizens and businesses expect the Union to provide an effective part of the solution.

The structured dialogue between Parliament and the Commission is working well, and together we have designed a focused and prioritised agenda. We have read the summary report from the Conference of Committee Chairs and I look forward to hearing your further input in our discussions today.

Halfway through its term of office, this Commission is effectively delivering on the 10 political priorities established at the outset, and on the basis of which this House approved our appointment. We have kept the focus on the big things, where effective European action can make a concrete difference in addressing the challenges facing Europe. Some of these challenges were predictable. Our digital agenda, for example, addresses the need to adapt to – and lead – the fourth industrial revolution that is underway. Others, such as the migration crisis, have evolved at a rate, and on a scale, that requires us all to be innovative and quick on our feet in finding ways to manage the situation effectively. Today we see what is happening in Italy, and we have just been discussing in the College of Commissioners today the series of immediate measures that can be taken by the EU Member States, the Commission, the EU agencies and Italy itself to accelerate our response to the pressing and dire situation in the central Mediterranean.

The implementation of the 2017 Work Programme is well under way. We have many important proposals on the table and we will redouble our engagement with you and the Council in the coming months to ensure real progress on measures such as the European Pillar of Social Rights, where I look forward to the interinstitutional proclamation to be signed by Parliament, the Council and the Commission before the end of this year.

The string of brutal terrorist attacks on European cities again shows that we must deliver on the European security agenda by reaching timely agreement on tackling money laundering and on the European Travel Information and Authorisation System. With rising security threats and instability in our neighbourhood, we need to make good progress on the European Defence Fund, and I see a lot of political momentum on this subject.

In the autumn we will present further measures, including on tackling tax fraud and tax evasion and on EU company law. We will deliver on our circular economy strategy with important proposals on plastics. Commission President Juncker will deliver a State of the Union speech here in this House on 13 September. As usual, our letter of intent will be sent to you in parallel. On that basis, I look forward to further exchanges between us all. I hope that we will also have productive discussions with the Council in the latter part of this year so that we can adopt our Work Programme for 2018 on 24 October 2017.

Our work next year will remain focused on delivering on the remaining actions provided for under our 10 priorities and the strategies for implementing them. We will pay particular attention, in terms of implementation, to the adoption of pending proposals. We will maintain a focus on regulatory fitness. The opinions of the REFIT Platform will feed into the discussions on the Commission Work Programme so that we continue to deliver on our shared policy ambitions without any unnecessary complexity. We want rules that will actually be implemented and thus bring real results on the ground, with a special focus on small and medium-sized enterprises.

Indeed, above all, 2018 will be a key year for delivery. When this House rises for elections in 2019, citizens will judge for themselves whether Europe has done what they expected. The Commission will continue to be your loyal partner in helping to find compromises and reaching agreement on key legislative measures. The joint declaration on the EU's legislative priorities, signed by the Presidents of our three institutions in December 2016, has proved very valuable. After six months, we have been able to complete work on terrorist offences and firearms and on boosting the Capital Markets Union.

The day after tomorrow – on Thursday – you will vote on better access for blind and partially sighted people to copyright works, as well as on the European Fund for Sustainable Development to address the poor living standards and lack of work opportunities which push people to migrate. But more effort is now needed on legislative proposals that have not really progressed so far, including on the European Deposit Insurance Scheme and the Common European Asylum System.

This joint declaration process is not a matter of fast-tracking or undermining the quality of scrutiny and decision-making by the co-legislators. That would be counterproductive as it could only lead to poor results that do not address the challenges we face. But our cooperation does help to ensure that, where problems or delays arise, everyone is focused on finding solutions. We have shown with the European Border and Coast Guard and the European Fund for Strategic Investments (EFSI) that, when we all work hard on a shared priority, we can achieve the right results at the right time. I hope that agreement on EFSI 2.0 is close in sight.

So I look forward to the three Presidents' agreeing later this year on a new joint declaration to shape our work for next year. All this programming and planning is not a bureaucratic process or a means in itself. Our dialogue about priorities is deeply political because it is about the sort of Europe we want to create. The Commission has launched a broad debate on the future of Europe with you and with national parliaments, with local and regional authorities, and with civil society at large. I count on your support in spurring an active, inclusive debate around where we want to be as the EU in the future, not just next year but also in the years to come.

József Szájer, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I will start where the Vice-President of the Commission stopped. Europe is still facing a crisis that we have not overcome yet, and that means much closer attention is required. We cannot just act like in normal peace times, so the exercise of determining the next year's legislation is a very important debate. It is also a good way of mapping out how the various political parties here in Parliament are thinking about that.

On behalf of the PPE I would like to say we still believe that a competitive social market economy is the cornerstone of the European society. We also have to be very careful and pay attention to citizens and their needs. In this framework I would like to say clearly that we have asked the Commission to make efforts to further improve the work-life balance. We have also asked the Commission to determine their key priority actions to strengthen industrial competitiveness, enable companies to compete in domestic and global markets and reinforce the capacity of the Union and its Member States to support the development of businesses, with special attention to small and medium-sized enterprises.

We also would like, in the context of completion of the digital single market, to see special attention paid to cyber security, interoperability and the digitalisation of the transport sector, including road safety.

In the area of migration, which is the big challenge ahead of the European Union, we consider it of the utmost importance to tackle the root causes of migration by upgrading the Union's development and cooperation policy in Africa as well as its role in the resolution of conflict in its neighbouring countries.

The other area which citizens are demanding us to pay special attention to – and we are doing that by forwarding the demand to the Commission – is security, which, in both its internal and its external aspects, should be a priority, with commitments to the neighbourhood and to ensuring the stability and implementation of the European Defence Action Plan.

In the financial area, we are expecting the Multiannual Financial Framework post-2020 and the proposal on own resources to be tabled by June 2018. This is very important if they are to correspond with the Commission's and Parliament's political cycles. Simplification of cohesion policy and the future of the common agricultural policy should be key elements.

The PPE Group wants to insist on implementation. The Commission is taking the right course in that, instead of addressing the many areas where there is a demand from the left in this House for regulation, it is concentrating on how we implement the existing legislation. The Commission has its role to play, together with the Member States, because we need to use all the available tools before creating new laws or legislation.

Maria João Rodrigues, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, we know that now is a very important time to prepare the Commission work programme and set the right course for the European Union. This year is particularly important because we are also discussing the future of Europe, and Parliament should be involved in these discussions taking place everywhere.

We are in a new situation. This is a kind of moment of truth, of clarification, because the right-wing political parties have decided to table their own resolution – a very conservative one, as we see it.

Let me be precise. What is really needed in the European Union today? Progressive forces, and I believe the majority of citizens, are sure that we need to have a new growth and jobs strategy driven by sustainable development goals. This is very clear. Progressive forces and the majority of citizens know that we need a stronger social pillar, making sure that everybody – in whatever kind of job, including in the digital-economy transformation – has a decent labour contract and full access to social protection. We also need to make sure that we have the means to invest in people, particularly in children with the 'Child Guarantee'.

Well, I must say I find it regrettable that the motion tabled by the conservative forces in this Parliament does not agree with any of this. They do not include these requirements – which are so clear – in their motion.

We also know that in order to really respect the Paris climate deal we need to translate our commitments into a real investment policy supported by the Union budget, and we know that in order to cope with the current refugee crisis the real solution is a European asylum system, which requires full reform of the Dublin regime. This is so clear. Nevertheless, it is not recognised by the right-wing coalition which is now organising the European Parliament.

Finally, we know that, in order to cope with these external challenges, we need to strengthen internal cohesion among Europeans, and this means tackling the divergence in the eurozone, with the Banking Union and fiscal capacity being introduced. It also means having a forward-looking Community budget, counting on our own resources, based on corporate taxation, and based on energy emissions. We need to turn Europe to the future and not to the past.

I believe that Parliament must be involved in the discussion which is coming in the European Council and everywhere. This is the purpose of our motion and we believe we can get substantial support.

Anthea McIntyre, on behalf of the ECR Group. – Mr President, the European Union will only thrive if we take reform seriously. We face many social and environmental difficulties, as has been outlined by Commissioner Timmermans, but I want to focus on the enormous economic challenges we face: competitiveness, the loss of jobs to overseas employers, low growth rates, eurozone stagnation. These have led to unemployment levels in parts of Europe that are far too high and poor wage growth that has led to stagnant household incomes for far too long.

So as the Commission designs its work programme for 2018, the foremost objective must be to address Europe's economic weaknesses by pursuing measures that unleash and encourage the creative capacities of our entrepreneurs and businesses, especially SMEs. This will deliver benefits for the whole community. If we can get that right, so many of our other political, social and environmental problems will be easier to overcome. If we are economically weak, we will be dominated by others who may not share our democratic traditions or political principles, but if we are economically strong, we will be in a position to defend our values and promote our common interests in what will be a very difficult century ahead.

To help set an agenda of renewal, we have been pleased to work with the EPP and ALDE Groups on a joint motion. Of course, our Groups have very different political visions for Europe – there are many areas where we do not agree. But what we have in common is a desire to address Europe's shared problems in a practical way, with a programme of constructive reform. So we have come together on the specific issue of the 2018 work programme to help set a strong and positive agenda for reform on key issues which would deliver tangible benefits to all our citizens, and I commend it to you.

Sophia in 't Veld, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, we note the absence of the Council, which is not innocent. This morning I heard – I was not present myself – that President Juncker was very upset at the low turnout of MEPs in this room and called us ridiculous.

Well, I would like to say that the absence of the Council is fairly ridiculous because we are three EU institutions, the Council representing the Member States and the Member States are responsible for a very important part of the implementation of the things that we are talking about today.

We need the Council on board and yet the Council doesn't seem to think that they need Europe or the Commission or Parliament. It is very symbolic that the Council is absent because we all know that there is a big problem in the implementation and the enforcement of European policies.

Despite our occasional differences, the Commission and Parliament are usually singing from the same hymn sheet. We do our homework, we adopt policies and then the problems start because the Member States fail to implement. If I may give you one blatant example it is of course the famous EU Passenger Name Record Directive which had to be adopted in a big rush. So where are we now with the implementation? Absolutely nowhere. And this is typical for most of the files.

When it comes to implementation and enforcement I would also like to look at the Commission because – yes – we are talking about important topics today that we would like the Commission to take initiatives on, but we would also like the Commission to be a bit more assertive when it comes to enforcing EU law against the Member States. We have been talking here a lot about issues relating to fundamental rights and the rule of law, but I am also thinking about something like Dieselgate.

Why does it have to be the Americans who take action, who find out? Why isn't it our own authorities? If we agree that it is the national authorities that implement EU policies we have to be absolutely sure that that is what they are doing: implementing, applying, enforcing the policies. Because if they fail to do that then they should not have that power; then it should be at EU level.

Another request to the Commission: we note that when it comes to files relating to, for example, fighting terrorism, there is a systematic absence of impact assessments. Can we please make sure that from now on, every proposal relating to the fight against terrorism and crime will be accompanied by an impact assessment?

Finally to my colleague Ms Rodrigues, who referred to us as conservative right-wing forces. I think that is very funny because when it is about other topics I am usually accused of being left-wing, so whatever. I am probably in the middle. I would say, you know, conservative forces are right-wing and left-wing these days. On your topic of a social Europe, the Liberals are very much for a free Europe but also for a fair Europe. And that means fair opportunities for everybody, and confusion is often in social Europe equates a socialist Europe, well we see it differently.

We believe in opportunities, in opening our borders and giving young people access to the labour market, rather than replacing outdated social security systems at national level with one at the European level. Let's finally give young people an opportunity. People have been excluded from the labour market – yes, dear colleague – excluded from the labour market. Let's finally give them the same chances as those who are already in a job. I hope that we can do this together with the Commission.

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Timmermans, η Ευρωπαϊκή Ένωση και η Επιτροπή χρειάζεται να αλλάξουν πολλά, στην πράξη και όχι στα λόγια, για να ξανακερδίσουν την εμπιστοσύνη των πολιτών, γιατί τα τελευταία χρόνια αυξάνονται επικίνδυνα οι ανισότητες, η ανεργία, η φτώχεια, οι κοινωνικές και περιφερειακές ανισότητες, το χάσμα ανάμεσα στους πλούσιους και τους φτωχούς, και από αυτό χάνει η ιδέα μιας ενωμένης δημοκρατικής Ευρώπης και κερδίζει η άκρα δεξιά που θέλει να διαλύσει την Ευρώπη.

Αλλά οι πολίτες δεν θέλουν πια λόγια· ζητούν θετικά, συγκεκριμένα βήματα που θα τα δουν να καθρεφτίζονται στη ζωή τους, στην οικονομία, την κοινωνία, την ποιότητα της δημοκρατίας, την οικονομική και κοινωνική συνοχή. Ζητούν έναν ισχυρό κοινωνικό πυλώνα με περιεχόμενο, και όχι ένα άδειο κουτί, για να αντιμετωπιστούν οι εντεινόμενες ανισότητες και το κοινωνικό ντάμπινγκ, μια Ευρωπαϊκή κοινωνική Χάρτα που θα καθιερώνει με νομική δεσμευτικότητα ένα κοινό υποχρεωτικό πλαίσιο δικαιωμάτων για τους φτωχούς και τους εργαζόμενους σε όλη την Ευρώπη και ένα νέο σύμφωνο απασχόλησης και ανάπτυξης που θα βάζει τέλος στο δόγμα της αιώνας λιτότητας και θα ενισχύει τις πολιτικές συνοχής. Ζητούν φορολογική εναρμόνιση -επιτέλους- στην Ευρώπη, για να σταματήσουν οι συνεπείς φορολογούμενοι, είτε είναι εργαζόμενοι είτε συνταξιούχοι είτε μικρομεσαίες επιχειρήσεις, να πληρώνουν το κόστος μιας γιγαντιαίας φοροδιαφυγής των πολυεθνικών εταιρειών, και επίσης ζητούν σεβασμό των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, μακριά από την ξενοφοβία και τον ρατσισμό, και ευρωπαϊκές λύσεις αλληλεγγύης στο προσφυγικό, ώστε να μη σηκώνουν μόνον οι Ιταλοί και οι Έλληνες το βάρος αυτό.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση χρειάζεται ριζικές αλλαγές που να ενισχύουν την ανάπτυξη και την κοινωνική συνοχή, γιατί αλλιώς θα αντιμετωπίσει τάσεις διάλυσης, ένταση των ανισοτήτων και τον κίνδυνο μιας άκρας δεξιάς που θέλει να μας γυρίσει ογδόντα χρόνια πίσω.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur Timmermans, selon l'Organisation mondiale de la santé, chaque année, entre 20 000 et 30 000 Européens meurent à cause de l'amiante, une substance que l'on sait cancérigène depuis le début des années 1960. Or, il a fallu attendre 1997 pour qu'elle soit interdite en Europe. Entre-temps, des centaines de milliers de vies ont été ruinées ou perdues. Vous allez me dire: «Quel lien avec le programme de travail de la Commission?» Tout simplement celui-ci: quand je vous vois à l'œuvre, je constate chez vous encore et toujours la même obsession, celle de déréguler. Vous allez me dire: «Non, pas du tout». Mais les faits sont là.

Malgré une opposition grandissante de nos concitoyens, vous vous obstinez à vouloir conclure des accords de libre-échange taillés sur mesure pour les multinationales, comme, cette semaine encore, avec le Japon. Dix ans après le début de la crise financière mondiale, que voyons-nous? La Commission propose plutôt d'enclencher la marche arrière sur la régulation financière en s'opposant à toute augmentation des fonds propres des banques, au moment même où, en Italie, les contribuables sont à nouveau appelés à mettre la main au portefeuille pour sauver ces mêmes banques.

Vous vous obstinez à vouloir faire avaler de gré ou de force le glyphosate à nos concitoyens et, à vous écouter, on ne pourra interdire les perturbateurs endocriniens que quand ils auront fait la preuve de leur nocivité, c'est-à-dire, comme dans le cas du tabac ou dans celui de l'amiante, quand on aura constaté le désastre sanitaire. Quant à vos recommandations sur le travail, elles tiennent à un totem: flexibiliser, flexibiliser et flexibiliser.

Monsieur Timmermans, lorsque vous parlez de mieux légiférer, à qui pensez-vous? À nos concitoyens ou aux détenteurs de capitaux? Lorsque vous parlez d'analyse d'impact, vous parlez d'impact sur la vie ou d'impact sur les profits?

Ces règles que vous appelez si facilement des «obstacles non tarifaires au commerce», nous préférons les nommer pour ce qu'elles sont, à savoir des protections qui devraient assurer la possibilité d'une vie digne pour tous nos concitoyens.

Monsieur Timmermans, nous étions, vous et moi, gamins en 1968. Ce que je veux dire par là, c'est que ni vous ni moi ne sommes tenus par ce slogan un peu fou de mai, selon lequel il serait «interdit d'interdire». Lorsque l'on a la certitude ou une présomption étayée que des produits financiers, chimiques, agricoles, alimentaires ou encore d'usage général sont toxiques, la seule attitude responsable, c'est de les interdire.

Laura Agea, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ammettiamolo: oggi l'Italia rappresenta per tutti voi qui riuniti lo Stato scemo dell'Unione europea. Non prendiamoci in giro. Fa male ammetterlo, ma è così.

Di chi è la colpa, signori? Della Germania e della Francia, che alzano i muri e ci voltano le spalle in un momento di emergenza? O di tutti i passati governi italiani, che si sono piegati al compromesso per briciole di notorietà? È una vergogna! È una vergogna scoprire che l'Italia, con Renzi, dopo l'operazione «Mare Nostrum» ha firmato l'accordo «Triton», che voi avete proposto come soluzione ad ogni male: imbarcazioni europee in cambio di migranti. È una vergogna che il sistema bancario italiano stia crollando nel nome delle regole dell'austerità che voi avete imposto e che i governi italiani hanno accettato. È una vergogna che l'Unione europea, nata per creare un percorso di solidarietà fra Stati, sia oggi il simbolo di un disegno fallimentare.

Noi, signori, a differenza di quello che viene riportato dalla stampa, ci crediamo nel sogno di un'Europa unita e solidale, e ci crediamo davvero. Ma oggi resta solo un sogno. Perché a parole siete tutti bravi a fare promesse. Volete recuperare un po' di credibilità? Allora sbrigatevi! Numero uno: togliamo subito il cappio dell'austerità dal collo dei più deboli; numero due: stracciamo subito il regolamento di Dublino che ha trasformato l'Italia nel campo profughi di tutta l'Europa. Voi siete disposti a farlo?

Mara Bizzotto, *a nome del gruppo ENF*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi sono più delusa e più incazzata del solito. Incazzata con voi, buonisti di mezza Europa, perché dopo anni di colpevole silenzio vi svegliate improvvisamente e ci dite che in Italia arrivano troppi clandestini. Ma come? Io ve lo dico da almeno cinque anni e voi, tutti voi, mi avete sempre accusata di essere razzista.

La verità è che io non sono razzista, noi non siamo razzisti, noi siamo soltanto realisti. In Italia continuano a sbarcare migliaia di clandestini: 85 000 negli ultimi sei mesi, portati da navi battenti bandiere di mezzo mondo. Perché tutti in Italia? Perché gli altri paesi chiudono le frontiere e l'Italia non può farlo?

Alla Commissione europea e al governo italiano dico una sola cosa: vergognatevi! Oggi avete annunciato un nuovo piano d'azione per ridurre i flussi migratori. La solita aria fritta. Siete come il governo italiano: solo chiacchiere e distintivo! Siete come il governo «Renziloni», che minaccia di chiudere i porti ma non ha il coraggio di farlo. Perché tutti voi siete complici di questa immigrazione selvaggia.

Adesso però la nostra pazienza è finita. Fi-ni-ta! E noi della Lega, assieme a migliaia di cittadini italiani stanchi di ascoltare le vostre bugie, chiuderemo fisicamente i porti e non faremo scendere i clandestini da quelle navi. Tolleranza zero e frontiere blindate. Ci difenderemo da soli da questa invasione.

Andrzej Grzyb (PPE). – Panie Przewodniczący! Przygotowanie programu prac Komisji na rok 2018 jest początkiem budowy tego planu i tak to zostało przedstawione przez pana wiceprzewodniczącego. Nasza debata toczy się oczywiście w określonych warunkach. Po pierwsze przedstawiono nam białą księgę z pięcioma wariantami przyszłości Unii. Poza tym jest debata o budżecie po roku 2021, też pięciowariantowa, i faktyczny początek negocjacji w sprawie wyjścia Wielkiej Brytanii z UE, które ostatecznie mają zakończyć się gdzieś pod koniec roku 2018. To będzie oczywiście w dużej mierze determinowało nasze prace w Parlamencie. Rozpoczął się również i ciągle trwa średniookresowy przegląd budżetowy, z którego wypłyną określone wnioski. Jesteśmy też w trakcie podejmowania bardzo ważnych decyzji w sprawie funkcjonowania unii energetycznej, proponowania rozwiązań, które dotyczą Unii efektywnie korzystającej z zasobów, zwłaszcza w odniesieniu do gospodarki o obiegu zamkniętym, a przed nami jest jeszcze faktyczna decyzja w sprawie unii obronnej i wyzwań z tego zakresu, w szczególności jeśli chodzi o zwalczanie terroryzmu i nasze bezpieczeństwo zewnętrzne. Tutaj też należy uwzględnić politykę wobec naszych sąsiadów w Europie i sąsiadów Europy.

Konieczna jest też realizacja i finalizacja założeń strategii jednolitego rynku oraz jednolitego rynku cyfrowego, przede wszystkim zaś europejskiej gospodarki opartej na danych. Szczególnie więc cieszy mnie deklaracja, że rola małych i średnich przedsiębiorstw w gospodarce zostanie uwidoczniiona, bo to jest gwarancja stabilnych, dobrych miejsc pracy w Europie.

Udo Bullmann (S&D). – Herr der Präsident, Herr Vizepräsident der Kommission! Diese Tage sind die Tage der großen Namen im Europäischen Parlament. Wir haben Simon Veils heute gedacht, am Samstag hier Helmut Kohls. Wir könnten genauso der Lebensleistung eines Helmut Schmidt, eines Willy Brandt, eine Giscard d'Estaing, die sich allesamt unisono um Europa verdient gemacht haben, ebenso gedenken. Ich frage mich, was die Botschaft dieser Namensnennungen in diesen Tagen ist. Unter den Herausforderungen des Brexit, der internationalen Globalisierung, des Klimawandels – was wäre ihre Botschaft? Ich höre insbesondere einen Satz aus diesen Lebenswerken, einen ganz knappen: Habt Courage, habt Mut, lebt auf der Höhe der Zeit, nicht im Gestern, wenn ihr Europa verteidigen wollt! Und sagt den Menschen, dass es nur Europa ist, das sie beschützen kann und auf dem Weg in eine bessere Zukunft führen kann.

Aber dann frage ich mich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Warum ist das so schwer? Warum können wir nicht ein gemeinsames Papier verabschieden, wo jedem Arbeitnehmer und jeder Arbeitnehmerin ein Recht auf angemessene Arbeit, auf Schutz, auf sozialen Schutz innerhalb der Beschäftigung, aber auch im privaten Leben gewährt wird? Warum können wir den Kindern Europas nicht sagen, ihr müsst nicht in Armut aufwachsen? Und das, Frau Kollegin in 't Veld, ist der Unterschied: Wir sind mit Ihnen der Auffassung, dass die Menschen ihre Freiheit leben wollen, dass sie ihr eigenes Leben gestalten wollen. Aber wir glauben auch, dass sie das umso besser können, wenn sie keine Angst um das Tägliche haben müssen, keine Angst vor den Widrigkeiten des Alltages haben müssen.

Also warum können wir nicht ein gemeinsames Papier produzieren, indem wir der Kommission eine Leitlinie dafür bieten? Das ist mein Appell! Ich verstehe es nicht, ich würde gerne haben, dass auch die anderen Fraktionen auf der Höhe der Zeit sind und uns helfen, das durchzusetzen.

Richard Sulík (ECR). – Herr Präsident, schönen guten Tag, Herr Timmermans! Meine Bekannte hier im Europäischen Parlament hat neulich geklagt, dass sie jetzt viel weniger Arbeit hat – sie ist Übersetzerin –, und das ist eine direkte Folge dessen, dass die Kommission jetzt viel weniger Legislativvorschläge einreicht. Das finde ich sehr lobenswert.

Das ist auch deswegen gut, weil die Kommission jetzt Zeit hat, sich dem größten Problem der Europäischen Union zu widmen – das sind die Migranten. Zuerst kamen die über Ungarn, dann über den Westbalkan, dann über die Türkei, jetzt kommen sie über Libyen. In der Zwischenzeit sind die Rettungsorganisationen die größten Schlepper, weil sie die Migranten 20 Kilometer vor der libyschen Küste aufgreifen und alle nach Italien transportieren. Das ist Ihnen wohl bekannt.

Es wäre wohl an der Zeit, Teile des Genfer Abkommens zu überdenken, damit das Individualasylrecht nicht missbraucht werden kann für Massenmigration. Dafür war das nie gedacht. Auf jeden Fall ist die Lösung nicht, die Migranten über Europa zu verteilen, sondern sie zu stoppen.

Und was ich nicht verstehe, ist: Frankreich wird für eine Defizitüberschreitung nicht bestraft, Ungarn und Polen werden bestraft.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, dívida, euro, banca, três eixos fundamentais de ação e rutura necessária com os constrangimentos da União Europeia. A resposta à dívida exige o início e apoia os processos de renegociação da dívida pública, nos seus prazos, montantes e juros, a par do anulamento da sua componente ilegítima garantindo que o serviço da dívida seja compatível com o desenvolvimento social e económico de cada país.

Romper com o garrote que é o euro, instrumento político de concentração e controlo económico, que impôs uma brutal dinâmica de divergência na zona euro, exige a criação de programas de apoio àqueles países que considerem que a sua permanência no euro se tornou insustentável e insuportável prevendo a adequada compensação pelas perdas provocadas no quadro de uma saída negociada da moeda única.

Rejeitar a união bancária significa libertar os países da estratégia de concentração, centralização e alienação da banca nacional para o estrangeiro como caminho necessário para retomar o controlo público e democrático do sistema bancário. Nenhum povo está condenado a ficar amarrado a estes ou outros constrangimentos da União Europeia contrários aos seus interesses e soberania e será da vontade dos povos e da sua luta que se construirá a alternativa ao futuro de empobrecimento e exploração que se adivinha em qualquer um dos vossos cenários. Será essa luta a abrir caminho a uma outra Europa de paz e de cooperação, de progresso e de justiça social, de Estados livres e soberanos e iguais em direitos.

Kristina Winberg (EFDD). – Herr talman! Man brukar säga att man ska lösa orsakerna till ett problem, inte bara behandla symptomen. Jag vill påstå att det finns enklare lösningar på migrationskrisen, vilket är den kris vi borde tala om hela tiden i denna kammare.

Den kris som skapas av en alltför generös invandringspolitik i framför allt länder som Sverige, med en i och för sig välmenande tanke, men som i praktiken är katastrofalt kontraproduktiv för en demokratisk stats välbefinnande.

Dessutom orsakas krisen av den enorma befolkningsökning som sker utanför Europa samt dessa områdens och länders dysfunktionella karaktär som resulterar i stor arbetslöshet och mycket dystra framtidsutsikter.

I Italien strömmar det in företrädesvis ekonomiska migranter just nu. Vissa dagar kommer det tusentals. Lösningen är inte att ordna en tvingande omfördelning från Italien till resten av Europa. Det är som att ösa vatten ur båten men inte tappa igen hålet i båten, om jag tillåts använda en sådan liknelse i dessa sammanhang.

Kommissionen och några inrikesministrar presenterade en lösning härom dagen där man bland annat ska hjälpa Libyens kustbevakning att bättre patrullera sin kust. Vi vill även hjälpa Libyen att säkra deras enormt långa södra gräns. Vilka som ska göra detta sägs inte.

Det låter som om man ska bygga en ny statsapparat i Libyen, vilket blir en stor utmaning. Jag har en enklare lösning. Ge tillbaka asylansökningarna till varje land. Ge Italien rätt att sätta tak på antalet som söker asyl. Besluta om en paus i asylansökningarna, eller varför inte rätten att säga nej till de båtar från olika organisationer som just nu i princip transporterar migranter nästan hela vägen från Libyens kust till Italien.

Jag är medveten om invändningar mot asylrätt och annan folkrätt, men detta måste gå att ordna.

Krišjānis Kariņš (PPE). – Priekšsēdētāja kungs, kolēģi, komisāra kungs! Es šodien runāšu par industriju un par darba vietām. Mēs zinām, ka Eiropā mums ir mērķis — palielināt industrijas īpatsvaru IKP līdz divdesmit procentiem. Skan skaisti! Runa ir par darba vietām. Bet jāuzdod jautājums, kāpēc Eiropā mums industrijā nav tik daudz to darbvieta, kāpēc mēs neattīstāmies?

Un te jāatceras, ka Eiropas industrija konkurē pasaules tirgū, konkurē ar Ameriku, ar Ķīnu, ar Japānu, ar citām ekonomikām. Un visai industrijai, visai rūpniecībai, lai tā būtu konkurētspējīga, ir svarīgas izejvielu cenas. Cenas! Īpaši enerģijas, īpaši elektrības. Jo zemākas elektrības cenas, jo konkurētspējīgāka ir Eiropas industrija.

Timmermana kungs, es jūs kā Komisijas pārstāvi aicinu īpaši pievērst uzmanību astoņpadsmitajā gadā tam, ka šī tā saucamā ziemas enerģijas pakotne, kas faktiski veicinātu to caur likumu, lai attīstītu elektrības tirgu, patiesi iet uz priekšu gan caur Parlamentu, gan caur Padomi, lai mēs varētu nonākt pie jauna likuma Eiropā, kas veicinās konkurenci elektrības tirgū, kas pazeminās cenas, kas padarīs mūsu industriju konkurētspējīgāku, lai mēs varētu sasniegt šo divdesmit procentu mērķi.

Tanja Fajon (S&D). – Spoštovani, danes govorimo o tem, kako bi Komisija delovala bolj učinkovito. Da, kakovostna socialna agenda, ki gre iz roke v roko s premišljenimi gospodarskimi ukrepi, je predpogoj za zmanjšanje brezposelnosti. Da, trajnostni razvoj bomo dosegli le, če bomo skupaj odgovorili na izzive klimatskih sprememb in globalizacije, in da, Unija bo vodilna globalna sila, če bomo govorili z enim glasom.

A vendar Komisija ne bo dosegla absolutno ničesar brez doslednega spoštovanja vrednot. In slovenski državljani so na dobri poti, da zgubijo zaupanje v Komisijo. Potem ko je ta Komisija botrovala dogovoru o arbitraži med Slovenijo in Hrvaško in sodelovala pri odločitvi, da je to del hrvaškega pristopnega paketa, je sedaj neodločna.

Zakaj se, spoštovani Timmermans, ne zavzamete glasno, da gre preprosto za spoštovanje mednarodnega in evropskega prava? Za spoštovanje uglednih mednarodnih sodnikov, o meji med državama, ki je bila sprejeta pred nekaj dnevi. In tega nas je lahko pravzaprav najbolj strah, državljanov, ko bodo začutili, da Komisija namesto v interesu vseh državljanov Evropske unije dela zgolj v interesu nekaterih držav ali posameznikov ali skupin. Takrat bo prepozno za kakršen koli delovni program in pa kakovostne politike. Hvala lepa.

David Casa (PPE). – Sur President, iva, l-ikbar sfida ghalina fis-snin li ġejjin, jiġifieri l-abbiltà li nsibu bilanċ bejn it-tkabbir ekonomiku u sostenibbli – u allura qed nistaqsu kif se nindirizzaw dan?

Hu essenzjali li l-haddiema jkunu kapaci jaddattaw irwiehhom u jsibu impjieg li jkun paragonabbli mal-kwalifici tagh-hom u jkunu kapaci jittrasferixxu l-hiliet tagh-hom bejn negozju u iehor, u bejn industrija u oħra. It-taħriġ u t-tagħlim huwa neċessarju sabiex nassiguraw li t-tkabbir fl-impjegi jkun imqabbel mal-provvista tax-xogħol, u dan jghodd mhux biss għal dawk il-haddiema ta' età avvanzata iżda wkoll għal dawk li jkunu dahlu fid-dinja tax-xogħol għall-ewwel darba.

Irridu ninvestu fil-haddiema sabiex inkunu nistgħu nħaddmu potenzjal shih tas-suq diġitali u forom godda ta' xogħol. Il-pajjiżi Membri għandhom jiġu inkoraġġuti sabiex jinvestu fi programmi ta' tagħlim ta' matul il-hajja għall-haddiema kollha f'kull qasam. Irridu wkoll nanalizzaw is-swieq tax-xogħol sabiex insibu l-bilanċ ġust bejn it-taħriġ vokazzjonali u dak universitarju, sabiex b'hekk nissodaw il-holqa bejn id-domanda u l-provvista tas-suq tax-xogħol.

It-trawwim u l-istimular tal-intraprenditorija huwa kruċjali, ukoll f'termini nassiguraw it-tkabbir u s-salvagwardjar fi hdan swieq tax-xogħol diversi. It-tieni haġa hija li l-intreprenditorija ma tghoddx biss għal dawk li jkunu qegħdin ifittxu l-impjieg, imma għal dawk li jkunu qegħdin johlquhom ukoll.

Jeppe Kofod (S&D). – Hr. formand! Hr. første næstformand Timmermans! Kommissionens arbejdsprogram skal sætte ind der, hvor Europas borgere kæmper med virkelige problemer og bekymringer i dagligdagen. I 2018 skal EU sætte en fælles bund under selskabsskatten, stoppe og straffe skattely og international skatteunddragelse, skabe nye job og værne om de job, der allerede findes: Vi skal kort sagt have en solidaritetspagt i Europa. Fra 2001 til 2016 er selskabsskatten i EU-medlemslandene faldet fra 30 % til 22 % i snit. Det er et ræs mod bunden mellem Europas lande, ikke på at skabe vækst, men på at stjæle væksten fra hinanden. Det er dybt godnat! Det er ikke et Europa, der arbejder sammen, men et Europa, der snyder sig selv for milliarder af skattekroner. Det skal stoppes nu! Derfor har vi brug for en fælles bund under selskabsskatten og en fælles konsolideret selskabsskattebase. Men ikke nok med det: For de selskaber, der tjener mest, koster skattefusk hver borger i EU 15 000 kroner i tabt velfærd hvert år på grund af skattely, skatteunddragelse, aggressiv skatteplanlægning. Derfor skal vi have en fælles europæisk sortliste over skattely med hårde, automatiske og

kontante sanktioner for både skattelylande og de virksomheder og rige privatborgere, der benytter sig af dem. Endelig bør EU's opgaveliste for 2018 skabe nye job og beskytte eksisterende. Vi socialdemokrater vil aldrig acceptere et fællesmarked, hvor arbejdere tvinges til at underbyde hinanden på dårlige arbejdsvilkår og på lønvilkår, man ikke kan leve af. Derfor har vi brug for en solidaritetspagt, og det bør vi arbejde på i 2018.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident der Kommission, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte das Thema Gesundheit ansprechen. Es ist ein Thema, das nach Maßgabe der Verträge – zumindest in bestimmten Bereichen – von der Europäischen Union bearbeitet werden soll, und trotzdem haben wir seit Amtsantritt der Kommission Juncker-Timmermanns keinen einzigen Gesetzgebungsvorschlag bekommen, an dem wir hier im Plenum arbeiten. Es gibt Vorschläge, die noch von der alten Kommission kommen, aber nichts Neues. Es ist ja nicht so, als ob wir keine Aufgaben hätten. Wir werden dringend von Patientenverbänden, von der Industrie gebeten, dass man im Bereich der Technologiefolgenabschätzung im Gesundheitswesen etwas tun muss.

Wir brauchen Anreize, und zwar sehr konkret – nicht nur in einem Aktionsplan, sondern in Gesetzgebung –, um die Antibiotikaresistenzen zu bekämpfen, um neue innovative Medikamente auf den Markt zu bringen. Ich glaube, das Parlament hat in den letzten Jahren immer wieder Vorschläge gemacht, auch in der jetzt vorliegenden Entschließung der EVP mit anderen Fraktionen. Ich bitte die Kommission, das wirklich aufzugreifen und nicht immer nur Pläne zu machen, sondern auch konkrete Gesetzgebungsvorschläge zu machen. Wir wollen nicht alles regeln, aber in bestimmten Bereichen ist es eben notwendig.

Wenn man die Bürgerinnen und Bürger am Geburtstag oder zum Neujahr fragt: Was wünschst du dir am meisten? Dann kommt nicht: stabile Institutionen, Wirtschaftswachstum oder Ähnliches, sondern dann kommt Gesundheit. Deswegen müssen wir auch unseren Teil der Verantwortung in diesem Bereich tragen.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Zoals al wel vaker, weer eens met mijn collega aan de overkant, Peter Liese. En daarom dat wij vanuit deze fracties ontgoocheld zijn dat er geen brede gemeenschappelijke progressief vooruitstrevende visie ontwikkeld wordt. Bijvoorbeeld over de opwarming van het klimaat en de tenuitvoerlegging van de Overeenkomst van Parijs. Daar zou u het toch allemaal over eens moeten zijn? Het zou toch een centrale plaats moeten innemen in onze actie en de actie van de Commissie?

Dat vereist in eerste instantie, mijnheer de vicevoorzitter van de Commissie, dat er een tandje wordt bijgestoken. Want de initiatieven die de Commissie genomen heeft en die verdienen het, op het vlak van schone energie bijvoorbeeld, zijn genomen vóór de tenuitvoerlegging en de beoordeling van de tenuitvoerlegging van de Overeenkomst van Parijs. Dat betekent dat we ambitieuzer moeten zijn dan die voorstellen en dat we de Overeenkomst van Parijs ook echt moeten omzetten in wat we hier doen, bijvoorbeeld door sneller te komen met initiatieven rond de CO₂-uitstoot van auto's, en dat we dat ook zeer ambitieus moeten doen.

Daaraan gekoppeld zou ik ook aandacht willen vragen voor de conclusies van onze onderzoekscommissie EMIS, die heel ambitieuze doelstellingen en nieuwe initiatieven naar voren heeft geschoven met betrekking tot de Euro 7-norm. Want een andere problematiek, mijnheer Liese, is de gezondheid en de kwaliteit van onze lucht: we hebben de sjoemelsoftware gehad, en nu merken we dat consumenten in de hele Europese Unie filters uit hun auto halen waardoor een moderne Euro 6-auto vandaag de dag méér uitstoot dan een Euro 3 of Euro 4! Dus ik zou heel graag willen dat het werkprogramma van de Commissie dat soort initiatieven – klimaat, duurzaamheid, schone lucht – bovenaan de politieke agenda zet.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Komisarzu! Z perspektywy Komisji Rozwoju DEWE chcielibyśmy jako grupa EPL wskazać na potrzebę podkreślenia w nowym programie prac Komisji tematyki związanej z rozwiązywaniem głównych przyczyn migracji poprzez wzmocnienie polityki rozwojowej i wielopoziomowej współpracy z Afryką. Europejski Konsensus na rzecz Rozwoju oraz monitorowanie zmian instytucjonalnych i politycznych są niezbędnymi narzędziami skutecznego wdrożenia Agendy 2030 i globalnych celów rozwojowych ONZ. Współpraca z sektorem prywatnym to istotny element realizacji tych celów, a mobilizowanie prywatnych funduszy ma zasadnicze znaczenie przy rozwiązywaniu głównych przyczyn nielegalnej migracji. Aby jednak monitorować wdrażanie instrumentów takich jak Fundusz Powierniczy na rzecz Afryki czy nowy Europejski Fundusz na rzecz Zrównoważonego Rozwoju i regularnie oceniać ich skuteczność, niezbędny jest konkretny mechanizm sprawozdawczości oraz odpowiedni nadzór parlamentarny.

Promowanie demokracji, dobrych rządów i poszanowanie praw człowieka jest kluczowe dla budowania bezpieczeństwa w krajach partnerskich. Dlatego też przy działaniach na rzecz pokoju i stabilności należy brać pod uwagę zaktualizowane kryteria oficjalnej pomocy rozwojowej w tym zakresie. Nowe ramy współpracy z krajami AKP, których negocjacje mają rozpocząć się w 2018 r., powinny kłaść nacisk na dialog polityczny, współpracę na rzecz rozwoju i wymianę handlową. Należy także wzmocnić regionalizację i dostosować model współpracy do danego obszaru.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Die Europäische Union befindet sich allen Unkenrufen zum Trotz in einer Phase, die Anlass zu vorsichtigem Optimismus geben könnte. In einer solchen Situation wäre es wichtig, dass die proeuropäischen Kräfte mit einer richtungweisenden klaren und einheitlichen Botschaft auftreten. Diese Chance haben wir verpasst, leider gibt es keine gemeinsame Entschließung. Schuldzuweisungen dafür bringen uns auch nicht weiter.

Aus Sicht der Sozialdemokraten müsste das Arbeitsprogramm der Kommission vor allem auf die Probleme der sozial Benachteiligten und der Zukurzgekommenen eingehen. Europa wird nur dann die Menschen begeistern, wenn auch die breite Masse Vorteile sieht und nicht das berechnete Gefühl vorherrscht, dass die Ungleichheit kontinuierlich zunimmt. Wir brauchen also die viel beschworene soziale Säule. Ohne sie wird das europäische Haus irgendwann zusammenkrachen. Man kann nicht ein bisschen sozial sein. Das muss ein Versprechen für alle sein – innerhalb der Mitgliedstaaten genauso wie zwischen den Mitgliedstaaten.

Viele Menschen sind heute verunsichert. Sicherheit zu geben, ist Aufgabe verantwortungsvoller Politik. Sicherheit gibt es aber nur, wenn soziale Sicherheit damit einhergeht, und die gibt es nur, wenn wir bereit sind, gewisse Dinge zu regeln und nicht nur dem Markt zu überlassen. Soziale Sicherheit und Wohlfahrt setzen aber auch voraus, dass alle ihren Verpflichtungen nachkommen. Dazu gehören Steuergerechtigkeit und die Eindämmung der Steuervermeidung. Diese Klarheiten brauchen wir, und unsere Änderungsanträge versuchen, diese herzustellen.

Bernd Lange (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Es ist völlig klar, dass das nächste Jahr ein ganz entscheidendes sein wird, und da kommt es eben darauf an, das Wichtige besser zu machen und das vielleicht Unwichtigere sein zu lassen. Wenn man den Katalog des Wichtigen anguckt, da gehört natürlich die gerechte Gestaltung der Globalisierung dazu. Und Sie haben – wie ich finde – ein ganz gutes Papier dazu vorgelegt, aber das muss man dann auch umsetzen. Ich glaube, fünf Elemente gehören da entscheidend dazu. Menschen wollen z. B. wissen, wo ihre Textilien, die sie tragen, herkommen und dass damit kein Sozial- und Umweltdumping verbunden ist.

Also muss eine verbindliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen auf den Tisch. Wir wollen auch sicherstellen, dass Arbeitnehmerrechte eingeklagt werden können, wenn sie missachtet werden. Deswegen brauchen wir einen Vorschlag für eine verbindliche Regelung von Arbeitnehmerrechten in internationalen Verträgen. Wir wollen sicherstellen, dass das internationale Governance-System erhalten bleibt, dass wir aktiv wirklich international regelbasiert vorangehen können. Wir müssen sicherstellen, dass wir viel mehr Transparenz in unseren internationalen Verhandlungen bekommen, damit die Menschen wieder mehr Zutrauen in die Leistungsfähigkeit der Europäischen Union bekommen. Wir müssen auch sicherstellen – und das ist in Ihrem Papier ja auch angedeutet –, dass zwischen der externen und der internen Dimension der Globalisierung ein Zusammenhang hergestellt wird.

Es darf nicht sein, dass nur einige von der Globalisierung profitieren. Wir müssen sicherstellen, dass alle davon profitieren, dass die interne Gleichheit und Gerechtigkeit genauso hergestellt wird.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le vice-président, il vous reste deux ans pour cette Commission de la dernière chance. Aussi, écoutez ce que le groupe socialiste a à vous dire.

Je ne sais pas si notre résolution sera adoptée. Je l'espère, mais, quel que soit son sort, les messages que nous vous faisons passer aujourd'hui dans ce débat constituent la feuille de route essentielle. En effet, si nous n'écoutons que les conservateurs, vous ne retrouverez pas la confiance des Français, parce que vous ne lutterez pas comme vous le devez, en engageant la Commission, avec toutes les institutions européennes derrière votre pouvoir d'initiative, pour lutter contre les inégalités à l'intérieur des États membres et entre les États membres.

Vous ne rétablirez pas la réalité de la démocratie, ce qui signifie que l'Union économique et monétaire ne pourra pas se développer sur la base d'un budget qui ne concernerait que les conciliabules entre des gouvernements. Nous avons besoin aussi – comme ma collègue Kathleen Van Brempt l'a dit – d'utiliser l'énergie, la dynamique, le vecteur et le moteur que représente le résultat de la conférence de Paris pour modifier, changer et transformer le modèle économique de la zone euro et de l'Union européenne. C'est cela qui nous permettra de réconcilier les citoyens avec l'Europe, avec la Commission européenne et son programme de travail.

À vous de jouer, vous avez toutes les cartes en main!

Iratxe García Pérez (S&D). – Señor presidente, una Europa valiente que no se esconde, que apuesta por la dimensión social, por los derechos de la clase trabajadora y no permite salarios que abocan a la pobreza; una Europa solidaria, que se enfrenta al reto de la inmigración y los refugiados, con políticas comunes que no entierran la dignidad de las personas; una Europa abierta, igualitaria entre hombres y mujeres, sostenible, y que emprende y es capaz de afrontar los retos de la globalización. Esa es nuestra apuesta, la de los socialistas europeos, que no renunciamos a un proyecto político diferente que devuelva la confianza a las personas.

Lamentablemente, la derecha de este Parlamento considera que podemos permitirnos que todo siga igual, que podemos dar la espalda a los problemas de los ciudadanos. Estamos a tiempo. No dejemos que sea demasiado tarde. No convirtamos a Europa en un problema. Hagamos de Europa una solución.

Mercedes Bresso (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Vicepresidente, il dibattito è un po' confuso, perché in realtà l'anno prossimo sarà l'anno del dibattito e, speriamo, delle realizzazioni sul futuro dell'Europa, su cui avete presentato molti documenti.

Noi rimpiangiamo di non essere riusciti come Parlamento ad avere una risoluzione comune su questo pacchetto sul futuro dell'Europa, ma vogliamo ricordarle che abbiamo approvato tre relazioni che affrontano l'insieme delle grandi questioni che voi, nei vostri documenti, avete iniziato a trasformare in proposte.

Vorrei ricordarle che quelli restano i nostri pilastri, ma vorrei anche ricordarle che, per il futuro, siamo di fronte a un problema importante, ossia che in molte materie sulle quali fate proposte importanti – una per tutte, la difesa comune – il ruolo del Parlamento è molto limitato negli attuali trattati. È chiaro che, in termini di modifica dei trattati, si potrà intervenire, ma è chiaro anche che sarebbe opportuno proporre dei sistemi interistituzionali per affrontare questa questione. Lo ricordo anche per quanto riguarda il futuro dell'Unione monetaria.

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ

alelnök

„Catch the eye” eljárás

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, jak slyšíte, tak Evropský parlament má velké ambice pro rok 2018. Myslím, že všichni voláme po jasných prioritách. Já osobně bych opravdu očekávala důraz na zvládání migrační krize, a to jak uvnitř Evropské unie, tak vně Evropské unie, to znamená v ohniscích, kde tato krize vzniká, ať už je to Blízký východ, Afrika. To je myslím prioritou pro konec roku 2017 a celý rok 2018.

Tento rok bude vyhlášen také evropským rokem kulturního dědictví. Já věřím, že to bude úspěšný rok z tohoto pohledu a připomeneme občanům, na jakých společných základech byla Evropská unie postavena. Myslím, že v době, kdy budou právě probíhat tvrdá jednání o brexitu, bude tato připomínka velmi potřebná. Chtěla bych ještě upozornit na dvě iniciativy.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, riponiamo molta fiducia nel 2018. Innanzitutto la dimensione sociale dell'integrazione europea non può essere ridotta alla libera circolazione. Una seria riforma deve puntare a migliorare le condizioni di lavoro, ridurre la povertà e le disuguaglianze sociali, accelerare la convergenza delle prestazioni economiche e dei livelli di reddito tra i paesi e rafforzare la coesione economica, sociale e territoriale.

Dobbiamo essere più ambiziosi nel settore ambientale e della sanità, innanzitutto in materia di interferenti endocrini e resistenza agli antibiotici. In agricoltura non è più rinviabile una proposta quadro legislativa per contrastare le pratiche commerciali scorrette nella catena alimentare e prevedere misure di sostegno per gli agricoltori nei casi di concorrenza sleale. Occorre che siano garantiti modi sicuri e legali per entrare in Europa per coloro che cercano protezione internazionale e per i richiedenti asilo. Occorre intensificare l'impegno per una riforma del sistema di Dublino, che stabilisca e attui una reale politica comune europea in materia di asilo.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, jedna od glavnih zadaća Komisije u narednom razdoblju trebala bi biti stvaranje preduvjeta za maksimaliziranje koristi od jedinstvenog tržišta za sve države članice.

Zato nimalo ne pomaže ni najava francuskog predsjednika Macrona o „Europi koja štiti“. I to je put u pogrešnom smjeru i moglo bi nas koštati milijarde eura stranih investicija i donijeti novu nepotrebnu regulaciju na jedinstveno tržište koja će otežati poslovanje gospodarskim subjektima iz manjih i slabije razvijenih članica.

Za Macrona kažu da je zadužio Europsku uniju svojom pobjedom nad populizmom. No, to mu ne daje pravo da i sam bude ekonomski populist i da kontaminira europsko jedinstveno tržište protekcionizmom koji je ostavština nekih bivših vremena.

Τάκης Χατζγεωργίου (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, νομίζω ότι, δυστυχώς, τα εκατομμύρια των ανέργων της Ευρωπαϊκής Ένωσης, τα εκατομμύρια όσων έχουν επισφαλή εργασία, αν μας ακούν –γιατί αμφιβάλλω– όσοι μας ακούν, είτε μας ακούν με θυμηδία είτε τουλάχιστον κοιτάζουν προς την πλευρά μας με έναν τρόπο που δείχνει ότι δεν μας κατανοούν και δεν μας πιστεύουν. Δεύτερον, θα ήθελα να αναφερθώ στο περιβάλλον και να πω ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να έχει μια καθαρότατη θέση, μια ενοποιημένη θέση, απέναντι στη νέα πολιτική που θέλει να επιβάλει ο κύριος Trump.

Τέλος, θα ήθελα να αναφερθώ στο δημόσιο χρέος της Ελλάδας, που έπρεπε να αποτελεί σημείο συζήτησης, γιατί πιστεύω ότι χωρίς πραγματική υποχώρηση σ' αυτό το θέμα δεν μπορεί η χώρα να εξέλθει από τον φαύλο κύκλο των μνημονίων, και στο γεγονός ότι ο λαός αυτός υποφέρει εδώ και πάρα πολλά χρόνια, οκτώ ίσως στη σειρά μέχρι σήμερα.

Krisztina Morvai (NI). – Madam President, Members of the Commission do not usually give us any answers, but I would like to ask Vice-President Timmermans to kindly make an exception.

Vice-President Timmermans, speaking about the preparation of the Commission's Work Programme in 2018, don't you think that it would be high time to address the issue of the major wage and income gap between Central and Eastern European – that is to say 'new' Member States and old Member States in the west – that causes enormous internal migration from our Central and Eastern European countries to western countries?

As you very well know, we have a lack of a medical doctors, nurses and even waiters and tourist personnel. We are in trouble. What is the attitude of the Commission towards this? I am glad that you accepted the initiative of eight Central and Eastern European countries towards the so-called wage union, but what is going to happen next?

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Rok 2018 będzie niezwykle ważny dla prac nad nowym budżetem unijnym po 2020 roku. Z całą pewnością będzie to jeden z dominujących tematów. Zgodnie z zapowiedzią Komisji przedstawienia założeń nowej perspektywy budżetowej możemy spodziewać się w połowie przyszłego roku. Już teraz wszyscy wiemy, że głównie z powodu Brexitu nowy budżet będzie mniejszy od obecnego. Negocjacje nie będą więc należały do łatwych. Z jednej strony budżet musi brać pod uwagę pojawiające się nowe wyzwania, chociażby w obszarze bezpieczeństwa, z drugiej jednak powinien on pozostać przede wszystkim budżetem inwestycyjnym. Polityka spójności to główna polityka inwestycyjna Unii, o udowodnionych rezultatach i znaczącej wartości dodanej, dlatego też jej udział w nowym budżecie po 2020 roku powinien pozostać na takim samym jak obecnie poziomie. Ponadto ważne jest, aby prace rozpoczęły się terminowo i aby nowy budżet, a co za tym później idzie, konkretne polityki zostały przyjęte bez opóźnień.

Virginie Rozière (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, j'ai bien écouté votre discours. Dans votre introduction, vous parlez, entre autres choses, de votre volonté d'œuvrer pour les petites et moyennes entreprises européennes. Or, ce Parlement, depuis maintenant bientôt deux ans, vous demande une mesure simple, au bénéfice des PME européennes justement. Cette mesure, c'est l'extension des indications géographiques pour les produits non agricoles. C'est la garantie de maintenir l'emploi dans les territoires fragiles, de maintenir des savoir-faire, et c'est la garantie de mieux protéger les consommateurs, avec une véritable traçabilité sur les produits artisanaux fabriqués dans nos campagnes, partout en Europe.

Ce n'est pas une préoccupation locale. Nous avons vu des entreprises qui viennent d'Espagne, du Royaume-Uni et de République tchèque qui nous demandent cette protection. C'est une mesure simple qui montre que l'Union européenne peut agir au bénéfice des citoyens et des PME européennes.

Cela fait bientôt deux ans que ce Parlement vous a demandé une proposition législative pour garantir cette protection. Je vous demande donc de ne plus attendre et de mettre cette proposition sur la table le plus rapidement possible.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Timmermans, θα επικεντρωθώ στο προσφυγικό, διότι αυτό είναι ένα πρόβλημα που ταλανίζει την Ευρώπη, κυρίως την Ελλάδα, την Ιταλία και απ' ό,τι βλέπω και την Ισπανία και θα πρέπει να το αντιμετωπίσουμε σοβαρά. Το ερώτημα είναι τι θα γίνει με τη διαδικασία μετεγκατάστασης, διότι από την Ελλάδα έπρεπε να έχουν γίνει 66.400 μετεγκαταστάσεις και έχουν γίνει μόνο 12.700, δηλαδή το πρόγραμμα έχει εκτελεστεί περίπου στο 15%. Ταυτόχρονα όμως, στα τέλη Σεπτεμβρίου τελειώνει η διαδικασία μετεγκατάστασης. Τι θα γίνει; Θα επεκταθεί το πρόγραμμα; Θα έχουμε μια διαδικασία πραγματικής αλληλεγγύης απέναντι στην Ελλάδα και την Ιταλία, που υποφέρουν αυτήν τη στιγμή από τις τεράστιες προσφυγικές και μεταναστευτικές ροές;

Πρέπει να πάρουμε πολύ συγκεκριμένα μέτρα, διότι αυτήν τη στιγμή η κατάσταση και στα νησιά του Αιγαίου είναι αφόρητη. Δεν αντέχουν άλλο τα νησιά του Αιγαίου πρόσφυγες και παράνομους μετανάστες. Θέλω μια τοποθέτηση στο θέμα αυτό κύριε Αντιπρόεδρε.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – Jako przewodniczący komisji mam dwa pytania. Pierwsze: kiedy Komisja zamierza przedstawić wniosek legislacyjny dotyczący nieuczciwych praktyk handlowych? Komisarz Hogan ogłosił, że zamierza przeprowadzić ocenę wpływu w odniesieniu do tej kwestii. W związku z powyższym stwierdziliśmy, że w 2017 r. nie zostanie przyjęty wniosek legislacyjny. W takim przypadku, kiedy w 2018 r. taki wniosek mógłby być ostatecznie przyjęty? Jakie byłyby ramy czasowe procedury legislacyjnej?

Od pierwszego stycznia 2021 roku powinna wejść w życie nowa reforma WPR. Jednak wiele ostatnich wydarzeń wskazuje na to, że przyjęcie wniosków legislacyjnych w sprawie reformy WPR (płatności bezpośrednie, wspólna organizacja rynku, rozwój obszarów wiejskich, przepisy horyzontalne) może zostać znacznie opóźnione, szczególnie ze względu na występujące zazwyczaj opóźnienia w przedstawianiu wniosków dotyczących nowych wieloletnich ram finansowych. Opóźnione wnioski legislacyjne dotyczące WPR zostaną zapewne przedstawione w 2018 r., czyli trudniej będzie przewidzieć ukończenie procedury legislacyjnej przed końcem kadencji Parlamentu w 2019 r.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony, a mai vita során hallott szolidaritás szó a közös európai politikai cselekvés fő irányelve. Rámutatnék azonban ennek egy, fenntartható jövőt tekintve meghatározó elemére. A vidéki, a falusi lakossággal való szolidaritásra. Nem tartható tovább, hogy az Európai Unió legtöbb tagállamában a falusi lakosság életkörülmények, esélyek, a korszerű infrastruktúrához való hozzájutás tekintetében tartós diszkrimináció tárgya legyen. Ezzel szoros összefüggésben az sem tartható, hogy – bár képes rá – Európa nem élmezőny megfelelően valamennyi polgárát. Csak az Eurostat adatai szerint Európa lakosságának egyötöde alultáplált. Az előremutató elképzelések, projektervek rendelkezésre állnak, a közös agrárpolitika, a költségvetés és más érintett közösségi politikák tekintetében – pl. ilyen az „okos falvak” projekt. Most a Bizottság hatékony, proaktív cselekvése a kulcs a továbblépéshez.

(A „catch the eye” eljárás vége.)

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Madam President, yes at some point in this debate I had the impression this was turning into Commissioners’ question time rather than the debate on preparing the Commission work programme. But I have to say that my role in this debate is to listen very carefully to you and take note, and that what you have said is then duly reflected in the preparation of our work programme when we come back.

I hope for some understanding of the fact that I am not going to go into individual questions which, by the way, sometimes have nothing to do with the Commission work programme.

What I see in the contributions of your Members, Madam President, is a great ambition to tackle the huge problems Europe is facing. Migration: very clearly, we are tackling today what is an unacceptable situation in Italy, and European solidarity is warranted. And urgently warranted, because the Italian people have shown an incredible level of humanitarian outreach to people in need, but they cannot be left alone in solving this problem. And that is when Europe needs to act. The same applies to the situation on the Greek islands. It is a lot better than a year or a year and a half ago, but still far from being solved, and we need European approaches to solve those problems.

Many Members mentioned the issue of inequalities in Europe. At every level, the crises we have faced over the past couple of years have increased inequalities. And, if I understood this House correctly, fighting these inequalities is something Members see, broadly across this Chamber, as one of the priorities for next year.

We are talking not just about inequalities within the Member States and between social groups and because so many people were left behind in the crisis, but also about inequalities between Member States. The whole idea of European integration and the structural funds and all the influence we have is to create convergence between Member States.

Ms Morvai, you draw attention to big wage differences between Member States which have a disruptive effect. If you can create economic convergence, wage divergences will decrease. And we need to use the opportunity in the coming years to use the instruments we have already put in place: the digital single market; the energy union – extremely important – perfecting the internal market – still a lot to do – creating a fairer tax system, helping Member States to do that and also making sure that multinationals pay taxes – these are all steps that we need to take in the next couple of years.

I fully understand the depth of the challenge, but where I would like to caution you a bit is not to be too gloomy about where we are. Unemployment is decreasing, and sometimes even quite rapidly. There are more jobs in Europe than ever before. Youth unemployment remains too high, but there are also elements of hope. Economic growth is increasing in every single Member State.

A year ago, a prominent politician in the country I know best said there would be a patriotic spring in Europe this year. He said this because he thought there would be a wave of ultra-nationalism breaking up our European cooperation and the European Union. What have we seen? Indeed, a patriotic spring!

A European patriotic spring, because after the election in the United States the rest of the world is looking to Europe to make sure the Paris Agreement will stand, and to take the lead in making sure the Paris Agreement will stand. After the election in the United States, other parts of the world are looking to Europe to create free and, above all, fair trade agreements so that we maintain the values and economic growth that we stand for.

Europeans have come together. European leaders have met in Bratislava and in Rome to say that they want to chart the future of Europe together and not be left alone or think that they can find solutions individually.

This is the background against which we will formulate next year’s programme. Yes, the challenges are daunting. Yes, we still have a lot of problems, but things are looking better than a year ago, better than two years ago. We have things to build on, we have opportunities to create a dynamic at the European level that will make Europe the global leader in many of the main issues the world is facing today and tomorrow. I hope we can reflect this in the Commission’s work programme for next year.

Elnök asszony. – Hét állásfoglalásra irányuló indítványt juttattak el hozzám, melyet az eljárási szabályzat 123. cikkének (2) bekezdésével összhangban nyújtottak be.

A vitát lezárom.

A szavazásra 2017. július 5-én, szerdán kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Krystyna Łybacka (S&D), na piśmie. – Zwracam uwagę na dwie istotne kwestie, które powinny być uwzględnione w programie prac Komisji na 2018 rok. Po pierwsze, konieczność wzmocnienia dofinansowania programu Erasmus+. Potrzebujemy co najmniej podwojenia budżetu na ten program, aby zapewnić jego efektywne funkcjonowanie oraz utrzymać jego atrakcyjność. W pełni popieram w tym kontekście propozycję niektórych państw członkowskich, aby zwiększyć nawet dziesięciokrotnie finansowanie programu, w celu ułatwienia udziału w nim społecznie i ekonomicznie defaworyzowanych studentów, kadr i studentów o specjalnych potrzebach oraz osób z regionów oddalonych. Druga kwestia to prawa obywateli. Jako sprawozdawca opinii Komisji Kultury i Edukacji w sprawie wzmocnienia praw obywateli apeluję do Komisji o kontynuowanie działań, które przyczyniają się do promowania wśród obywateli UE wiedzy o przysługujących im prawach oraz do zapewnienia, by prawa te były jednolicie przestrzegane w całej UE. Zwracam także uwagę na znaczenie wysokiej jakości kształcenia włączającego w celu zagwarantowania równych praw obywateli, zachęcania ich do aktywnego obywatelstwa oraz udziału w życiu demokratycznym UE.

Момчил Неков (S&D), в писмена форма. – Европа постепенно се възстановява от икономическата криза. Въпреки това, европейските граждани все още не усещат осезаемо подобрене на стандарта на живот. Сякаш политиките остават глухи за техните притеснения. Очаквам Европейската комисия, в своята работна програма за 2018 г., да предложи конкретни действия в няколко ключови области.

Първо, адекватен отговор на високата безработица, и особено младежката такава, която продължава да бъде висока в редица държави членки, в това число и в България. Призовавам Комисията да осигури стабилно финансиране за Инициативата за младежка заетост до 2020 г. Второ, нужна е работеща стратегия за цифровизацията, която да взема предвид не само нуждите на бизнеса, но и тези на гражданите. В ЕС 40% от работниците не разполагат с умения в областта на цифровите технологии. В България само 31% притежават основни дигитални умения.

Ще очаквам от новия комисар Мария Габриел да предложи конкретни мерки за развитие на дигиталните умения, за да могат всички европейски граждани да се възползват максимално от предимствата на единния цифров пазар. Трето, силен европейски стълб на социалните права. Време е Комисията да предложи законодателство, което да гарантира достойни условия на труд за всички. Достъп до социална закрила трябва да се осигури и за новите форми на заетост, свързани с цифровизацията.

12. Verteidigungsplan der EU und die Zukunft Europas (Aussprache über ein aktuelles Thema)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont vita időszzerű kérdésekről (az eljárási szabályzat 153a. cikke): „Az EU védelmi terve és Európa jövője” (2017/2752(RSP)).

Sabine Lösing, Verfasserin, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor etwa einem Jahr wurde die EU-Globalstrategie angenommen. Sie ist Auftakt für einen bislang beispiellosen Ausbau der europäischen Militärstrukturen. Wichtige Interessen sind darin ein offenes und faires Wirtschaftssystem und der Zugang zu Ressourcen.

Um hierfür künftig buchstäblich gerüstet zu sein, fordert die EU-Globalstrategie gleichzeitig den Aufbau militärischer Spitzenfähigkeiten, und genau damit wird nun massiv begonnen. Auch wenn permanent das Gegenteil behauptet wird – die große Mehrheit der Bevölkerung möchte diese Militarisierung nicht. Was die Menschen wollen, ist eine friedliche, demokratische und soziale Europäische Union – heute mehr denn je. Und was tun Sie? Genau das Gegenteil! Einige Beispiele: Im Rahmen der sogenannten Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit sollen wichtige Teile der EU-Außen- und Sicherheitspolitik in die Hände einiger weniger Staaten gelegt werden. Wie mag das wirken auf die in vielen Ländern schon jetzt vorhandene EU-Skepsis? Als ein Ziel des Friedensprojekts EU soll kein Land je wieder die Vorherrschaft in Europa haben. Ja, wie sehr will man eigentlich die Realität noch verleugnen? Mehr und mehr sagen die großen und reicheren Länder – allen voran Deutschland – den anderen, wo es wirtschaftlich und militärisch langgehen soll. Das ist schlimm, das ist gefährlich.

Nächstes Beispiel: Seit Juni existiert das neue EU-Hauptquartier. Es soll erklärtermaßen künftig Militäreinsätze vereinfachen, beschleunigen. Das ist aber nicht, was die Bürgerinnen und Bürger wollen. In Deutschland etwa wollen über 80 % der Bevölkerung weniger, nicht mehr Militäreinsätze.

Ja, für viele sind all die westlichen Militärinterventionen der letzten Jahre ein Teil des Problems und nicht der Lösung.

Auch Sie, Frau Mogherini, sagen immer: Die Menschen wollen Sicherheit, sie wollen Sicherheit von der EU. Na klar, wer will denn keine Sicherheit? Aber mehr Waffen und mehr Militär bringen nicht mehr Sicherheit. Hier geht es doch hauptsächlich um den Zugang zu Rohstoffen. Und ganz nebenbei: Sicherheit bedeutet für die Mehrheit der Menschen eben auch soziale Sicherheit, und da hat die EU leider nicht viel zu bieten, schon gar nicht für die Menschen in Südeuropa. Deshalb wollen die meisten angesichts der sozialen Schieflagen auch nicht mehr Geld für Rüstung ausgeben – Geld, das woanders viel dringender gebraucht wird.

Doch nein, es wird zielsicher in die andere Richtung gegangen. Erstmals soll nun im nächsten EU-Haushalt ein Rüstungshaushalt – Verteidigungsfonds genannt – mit insgesamt 38,5 Mrd. EUR eingerichtet werden, obwohl die EU-Verträge es verbieten, Ausgaben für die Militärpolitik dem EU-Haushalt zu entnehmen. Es steht im Absatz zur GSVP. Doch nach der Devise „Was nicht passt, wird passend gemacht“ soll das Verbot umgangen werden, wird einfach ein anderes Kapitel für die Rüstungsgelder genommen – nicht mehr im Kapitel zur GSVP, sondern flugs mal umplatziert in die Wettbewerbsförderung. Also da kann einem wirklich der Glaube an das Recht verloren gehen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, noch einmal: Die Bürgerinnen und Bürger wollen ein demokratisches, friedliches und soziales Europa. Handeln Sie endlich danach! Handeln wir endlich danach und verlassen den Kriegspfad, auf dem sich die EU derzeit befindet!

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, as the rapporteur rightly pointed out, work to strengthen the European Union in the security and defence field started with the presentation of the global strategy in the Council exactly one year ago. By the way, this is why, for the first time in two and a half years, I am sitting on this side of the Hemicycle because it is clear in our Treaties and in the work that we have done that the work on EU security and defence lies in the hands of the Council competences.

Last year we started on strong, unanimous – still at 28 – and sustained work to respond to the need for security of our citizens. Let me say first of all that security and a European approach to security is a priority for all European citizens. No matter in which country – east, west, north, south – and no matter what kind of political background our citizens have, European defence and security is mentioned as a top priority in all the Eurobarometer surveys that have been conducted in the last year or so.

Second, we realise that we have to make full use of the instruments that the Lisbon Treaty gives to the European Union. This is an issue on which Parliament has always been very strong, demanding the full use of all the instruments we have – I remember very well that in the hearing I had in the Committee on Foreign Affairs at the beginning of my mandate, this was a point that was very strongly made – so it is not something that was started as a reaction to some external factors, or semi-external factors like the British referendum, but there were some accelerating elements or, I would say, factors that intensified the political will to make security and defence in the European Union one of the fields where the Council wants to relaunch the European Union integration process.

This is why in Rome, during the celebrations for the 60th anniversary of our Treaty, this field was clearly indicated as one of the priority fields for the relaunch of the European Union.

Clearly not the only one, and here comes the picture in which we do our work on security and defence, because I want to clarify, first, that our work is not leading to a militarisation of the European Union. This is not leading to a European Union army. If there is anyone in the world that knows the power of soft power, the need to combine different instruments, the need to have an integrated approach in responding to crises and conflicts, in using all different tools from the diplomatic to the humanitarian, development, economic and cultural, it is the European Union.

There is a genuine European way to security and defence. It is made of civilian and military means together, hard and soft power together, cooperation with our partners, and also strategic autonomy. Let me say that, in particular in times such as these, if we want to be able and free to do security in our own European way, we need to strengthen our own capabilities and capacity to act also as a security provider for our citizens, and also for our partners in the world.

The European Union not only is, but will stay, the most relevant donor of humanitarian and development aid. That is going to remain. We are going to stay the main pillar of the multilateral system based on the UN agencies and UN values and principles, as well as on the approach that preventing a conflict is always better than dealing with it militarily.

We know very well that there is no single crisis or threat in the world that can be dealt with through a purely military approach. This is the European way to security and I want there to be no doubt about the fact that this approach is not changing. But, at the same time, we can – and we must – do better and more efficiently on defence and security in the narrow sense of the word. I often say that security for us is also development cooperation, climate change action, investment in peacekeeping, and so on.

Having said that, we also have a responsibility to use the instruments we have when it comes to security and defence in the narrow sense. As I said, this work has been taken forward in the follow-up to the EU global strategy since last summer. It includes the work done by the Commission – on which Jyrki Katainen and Elżbieta Bieńkowska will share more details with you – and includes work that has been taken forward in full cooperation with NATO in line with the joint declaration signed at the NATO Warsaw Summit last July.

I also want to be very clear on this: the work we are doing to strengthen European defence is also a matter of strengthening NATO and is beneficial for both. Last week I reported with Jens Stoltenberg on the 42 joint actions that the European Union and NATO have taken together as organisations different in nature but both contributing to European security.

Let me also recall that the decision on defence budgets – spending more on defence – is not a matter for the European Union institutions but for national governments and national parliaments. So a debate about how much we should spend is not for here. This is a national competence. The whole two-percent debate is for Member States that are also allied in NATO. It is not for the European Union to tackle this. But, regardless of how much Member States decide to spend, what the European Union can – and must – do is help them spend better and more efficiently, which means spending together.

I always quote two numbers: Europeans invest in defence 50% of what Americans do, but the output of European investments in defence is 15%. So there is an investment gap. This is not for us to tackle. It is a national sovereign choice, but the output gap – how efficient the investment is in output – is something the European Union can help with. So it is not about militarising, but about rationalising. It is about the efficiency of the investments, namely how we can use our resources with economies of scale – that is the point – and also how we can use the instruments for acting together as a Union in the world.

I will mention a few concrete steps that either have already been taken or are ongoing with decisions already taken in the Council – either the Foreign Affairs Council or the European Council recently – with the support of the EEAS and the European Defence Agency. You often think that I have two hats, but I actually have three hats because I also have the European Defence Agency and, in this case, the Agency is proving its added value.

First, we will enhance the coordination of national defence plans through the new coordinated annual review on defence. A trial run of the review will already be carried out this autumn.

Second, we will launch an inclusive and ambitious permanent structure cooperation (PESCO). This is based on more binding commitments between Member States to jointly develop and deploy military capabilities. A few weeks ago the European Council agreed that a common list of criteria and binding commitments will be drawn up within three months. This should pave the way for notifications to the Council to start the formal process of establishing a permanent structure cooperation and I am confident that this process can be done before the December European Council if Member States are coherent with their commitment to proceed in this way.

Third, the Commission – and here I will not enter into the work that has been done with Jyrki Katainen and Elżbieta Bieńkowska – has set up proposals for a European Defence Fund with, by the way, excellent interinstitutional cooperation and coordination that I think is also exemplary for other fields of action. I think that will continue in the months to come. The ideal would be to have PESCO projects financed by the European Defence Fund.

Fourth, work has been launched to make the Battlegroups – launched and established exactly ten years ago – fully deployed. We have never deployed them and this will be addressed during the review of the Athena mechanism in the second half of this year.

Fifth, we have established the first ever command centre in Brussels for the operational planning and conduct of military training and advisory missions. This capability is already providing support and guidance to our training missions in Mali, Somalia and the Central African Republic and is working closely with our civilian command centre to strengthen the synergies between our missions.

Sixth, and finally, we are also working to improve our civilian crisis management to make it more responsive and make sure it has all the capabilities it needs. All six of these measures have either already been taken or are underway with a speed that is quite remarkable – a few months of work – and a unity – all these decisions were taken unanimously at 28 in the Council – and with a great sense of unity and responsibility.

Let me add that the work on the future of European defence should not make us underestimate the current work of European defence. We have today men and women in EU uniforms serving under the EU flag, already contributing to the security of our citizens and our own region. Just last month, a Portuguese surgeon who served in our training mission in Mali was killed in the terrorist attack in Bamako.

We should honour the men and women that are serving peace under the EU flag. Our EU men and women are supporting our African partners in their work for peace and security in extremely challenging environments. Our training missions are supporting the local security forces as they fight against terrorism or against criminal networks. This is the European way.

We are a cooperative power and a multilateral power, always believing in an integrated approach, always believing in prevention. We are a force for peace and human development. This is how and what we are, and this is how and what we will continue to be, with more instruments to serve this way of working on security. We are – even more so – a security provider for our citizens and for our partners and this is how we use our military: in the service of peace, in the service of the UN Charter, and in the service of multilateralism.

Developing EU strategic autonomy to do so is even more important today than it was in all the previous decades. A stronger European Union in the field of security and defence is good for Europeans and good for the rest of the world.

(Applause)

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, it is a pleasure to be here to discuss the future of European defence and security. We have had excellent team work in the Commission and with the High Representative/Vice-President, so the Member States and the Commission have worked together in order to identify possible tools to deploy for defending our values.

This discussion here in the European Parliament is as important, because we have to identify the strong political will, in which direction, and how deep we want to go in order to protect our values. Actually the rapporteur said rightly that a peaceful, democratic EU is our peoples' core value. These are not only core values here in Europe, but they are the same values that we represent outside Europe, and that is why we need the capability to defend our core values both inside Europe and outside Europe. And this is the reason we are talking about the future of security and defence today.

The High Representative/Vice President already mentioned a few concrete political issues, like finding solutions to pad up group financing. This would be a significant improvement in our capability to defend our values. Also, a NATO-EU declaration is not only a political declaration, but also a very concrete action plan on how the two organisations can work together in order to get better output, as the High Representative/Vice-President mentioned.

I encourage Member States and the European Parliament to be active in developing deeper security and defence cooperation. PESCO offers an excellent opportunity for this, and, generally speaking, our Treaties allow the Member States to do basically whatever they want. One important and necessary opportunity would be to create a European cyber and hybrid defence capability, but everything depends on the political will – the political will of this House, and the political will of the Member States.

Let us be clear: it is not the Commission's power trap. It is a matter of timing and the level of ambition on the Member States' side. Equally important, NATO will remain a provider of security in Europe that a stronger Europe will reinforce. Our proposals are complementary to NATO. Two weeks ago, the Commission adopted its reflection paper on the future of European defence, a communication on the European Defence Fund and a proposal for a European defence industrial development programme.

With the reflection paper, we have launched a debate on what role the EU will have in the future in this very important area. We have proposed three scenarios, which range from a security and defence cooperation scenario, under which Member States would still decide on the need for security and defence cooperation on a voluntary and case-by-case basis, to a much more ambitious common defence and security scenario, which foresees the progressive framing of a common union defence policy, leading to common defence. While the three scenarios differ in the level of ambition, they all present a step in the same direction: strengthening European defence.

Now we need an honest debate on the kind of future we see for Europe in defence policy. Therefore, the debate today in the European Parliament is very welcome. When looking at the economic side of defence cooperation, we do everything 28 times – or, in the future, 27 times – so the problem is that we duplicate everything so many times that the application problem with NATO is not a relevant problem, because nobody wants to do it. Duplication also has a price tag. The lack of cooperation in defence and security between Member States is estimated to cost annually between EUR 25 billion to EUR 100 billion. This is not an efficient way to use our resources. How should such a large amount of money be used? We must do it efficiently to ensure the best security the taxpayers deserve. For this reason, we have created the European defence fund, which has three different angles.

The first angle is defence research funding. Research organisations can apply together for the funding of collaborative research projects from the EU budget. We want to change the way defence research is done in Europe, pulling together both human and material resources. We have allocated this year EUR 25 million, and with your support we will allocate next year EUR 40 million and EUR 25 million in 2019 — altogether EUR 90 million in three years.

The second angle is support for joint development of capabilities, using the EU budget to incentivise joint development of prototypes. To qualify for support under the European defence industrial development programme, there must be at least three companies from a minimum of two countries which can apply to build joint prototypes, for example in drone or satellite projects. For 2019-2020 we have re-allocated resources from the EU budget worth EUR 500 million for these purposes. Our proposal is that for the next Multiannual financial framework (MFF) period the EU budget funding will be EUR one billion per year. With the support of Member States co-financing the programme, we could generate a total investment of EUR five billion per year. This will be a game changer in terms of strengthening defence research and industrial capabilities, and it makes our public spending more effective. Importantly, the fund is not only for big countries and big projects, but also for small countries and for smaller companies in the defence value chain. We want to make sure that everybody can participate.

Finally, the defence fund is meant to help Member States to do joint acquisitions of capabilities. Instead of buying capability separately, Member States could do it jointly using different types of financial models, and these can range from pooling to debt financing and can help overcome challenges of different budget cycles and reduce the cost for individual Member States. Honourable Members, this is one of the biggest challenges for our future. We have to make sure that we can protect our values inside Europe, but also externally.

Michael Gahler, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Die EVP-Fraktion begrüßt ausdrücklich das neue Verteidigungspaket, und ich möchte mich bei dem Vizepräsident Katainen, bei Kommissarin Bieńkowska und bei Frau Mogherini – mit ihren mindestens drei verschiedenen Hüten, die sie in dem Zusammenhang trägt – herzlich bedanken. Wir unterstützen dieses Paket, weil es die richtigen Anreize liefert, die Verteidigungsanstrengungen der Mitgliedstaaten mit den Verfahren, die wir in der EU kennen, und mit EU-Haushaltsmitteln zu unterstützen. Es geht in der Tat nicht darum, hier eine europäische Armee auf dem Reißbrett zu entwerfen, sondern es geht darum, unter anderem die Effizienz unserer Ausgaben wesentlich zu steigern und natürlich auch im Ergebnis unsere Soldaten mit dem innovativsten und besten Material auszustatten, damit sie zum Erfolg der gemeinsam beschlossenen oder zu beschließenden GSVP-Missionen beitragen können.

Deswegen sind die Stichworte, die wir heute in dieser Debatte hören, die Stichworte, die wir im Parlament schon seit Jahren immer wieder eingefordert haben, spätestens seit Beginn dieser Wahlperiode, aber auch schon mit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages. Ich bedanke mich ausdrücklich für den Verteidigungsaktionsplan, für das Reflektionspapier, für den Verteidigungsfonds und auch das europäische Verteidigungsindustrie-Unterstützungsprogramm, das hier Erwähnung gefunden hat. Das sind die Maßnahmen, die, wenn wir es richtig anlegen, dazu führen, dass wir bei diesem Thema endlich vorankommen und damit auch für unsere amerikanischen Partner attraktivere Partner in Sachen Verteidigung sind.

Ioan Mircea Pașcu, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, our Group also welcomes the defence package and its recently adopted measures, which have to negotiate very carefully the fine line between national responsibility and EU common action. As the EU will act as initiator, facilitator and reinforcer of cooperation and collaboration between the Member States, the latter will remain in control.

But as we begin this journey together, I would like to warn against the possible temptation in the future of imposing certain measures, particularly if considered in line with some other measures representing EU reform in general. To my mind, the highest probability for that to happen is in relation to the single defence market, a major component of the future European defence union. Although eliminating the current fragmentation and duplication in the European defence industry – a product of historical evolution – is desirable, politically this should be done better through integration rather than through buying-out, even if accompanied by compensation, as some suggest.

Moreover, a strict buy-European in defence would be politically justified only in the event that the EU increases its corresponding share in the territorial defence of the Member States. Otherwise, as long as NATO, with the US in the lead, remains the main security provider for the EU NATO Member States, the appeal to buy European, leaving aside the important questions relating to availability, price and location of production, would be likely to remain minimal, particularly in the east.

In general, my feeling is that the eastern-flank Member States would favour the development of cooperation between the EU and NATO along the current lines, with each organisation doing what they are best at, rather than, as some suggest, attempting to create and consolidate an EU pillar within NATO. However, let us remember that working to align the strategic cultures of the Member States would alleviate many of these potential barriers.

Geoffrey Van Orden, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, listening to Ms Mogherini and Mr Katainen you would imagine we are starting from scratch on defence. We have very fine, capable armed forces right across Europe. We have a well-trying defence alliance, NATO, which binds the United States to European security and in which, with two very minor exceptions, all the EU Member States are fully involved as members.

So why does the European Union want to create autonomous defence structures? We all know it is about European political integration. That is what it is about. Listening to Ms Mogherini you would imagine that an EU army has already been created, although everyone denies that they want an EU army. So you need to make up your minds, Commissioners. Do you want it or don't you want it?

What is the latest justification? Well, we used to hear a lot about the comprehensive approach. Interestingly, in this reflection paper on European defence, the words 'comprehensive approach' are not mentioned once. Instead we get a new justification and it is all about figures. It is all about the numbers of tanks and aircraft and things being produced across Europe, and invidiously comparing these with the capability of the United States. For example, it says the United States has just one type of main battle tank while the European Union has 17. This, of course, is complete nonsense. Realistically, there are two main battle tanks in Europe – the German Leopard II and the British Challenger II. The same with fighter aircraft: the US has six main types in service, and, according to this, the European Union countries have 20. This is complete nonsense. Basically there are two main fighter aircraft in service in the main European Air Forces – Tornado and Euro Fighter. Some also have the American F-16, of course, and the French went their own way with Rafael and the Mirage 2000 series.

These arguments just do not stand up to scrutiny, and why are you doing this, Commissioners? We all know you should come clean: it is all about political integration.

Hilde Vautmans, *namens de ALDE-Fractie*. – Wij van de ALDE-Fractie staan ook achter dit pakket maatregelen dat hier vandaag voorligt. En als we Europa toekomstbestendig willen maken, als we de burgers willen overtuigen van ons Europese project, dan weten we dat we moeten inzetten op de aanpak van asiel en migratie, op de strijd tegen terreur, maar vooral ook op Europese defensie.

Meer dan twee derde van onze Europese burgers vraagt terecht dat Europa meer inzet op een Europese defensie! Dus ik ben blij met de voorstellen die u hier vandaag doet. Ik denk eerlijk gezegd dat we de afgelopen twee jaar meer vooruitgang hebben geboekt dan de afgelopen zestig jaar. Defensie was een belangrijk punt bij de oprichting van de Europese Unie, maar we hebben veel te lang gesteund op de Amerikanen om onze veiligheid te waarborgen. Voor ons liberalen is het heel erg duidelijk: het meest ambitieuze scenario is het enige scenario dat ons zal helpen.

De Commissie legt drie scenario's voor. Voor ons liberalen een echte Europese defensie-unie, en wat mij persoonlijk betreft: ik zou heel graag in de richting van een echt Europees leger willen gaan. Dat is misschien voor velen een stap te ver, maar ik geloof dat dat – als we de veiligheid van onze burgers willen waarborgen – de meest noodzakelijke stap is. Mevrouw Mogherini heeft terecht de cijfers aangehaald: 50 % van het Amerikaanse defensiebudget, een output van 15 %. Er zijn studies die zeggen dat we tussen de 26 en 100 miljard euro per jaar verspillen door niet samen te werken! Dus alsjeblieft, laten we het nu doen.

Ook het argument van de NAVO, met de verklaringen van Trump, met de brexit die eraan komt. Als we nu die stappen niet zetten, dan is Europa ten dode opgeschreven. Dus alsjeblieft, voor mij en de ALDE-Fractie: heel erg snel die Europese defensie-unie, mét een hoofdkwartier, mét operaties en wat mij betreft mét dat Europese leger. Laten we dan onze burgers verzekeren dat wij hun veiligheid kunnen waarborgen.

Νεοκλής Συλικιώτης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κυρία Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, το νέο αμυντικό σχέδιο εξαγγέλλει την απαρχή της διαδικασίας για την πλήρη στρατιωτικοποίηση της Ένωσης. Αυτό είναι το μέλλον που θέλετε για την Ευρώπη; Δεν αρκούν οι μέχρι σήμερα πόλεμοι, οι εξωτερικές επεμβάσεις, το αιματοκύλισμα των λαών και τα κύματα προσφύγων; Ζητάτε να γίνουν επενδύσεις στον τομέα της άμυνας, να ενισχυθεί η στρατιωτική βιομηχανία και να αναπτυχθούν οι στρατιωτικές ικανότητες της Ένωσης, ώστε να αποτελέσει ισχυρότερο εταίρο στον στρατιωτικό τομέα. Προτείνετε δημιουργία μόνιμων στρατιωτικών δομών και ενός ευρωπαϊκού ταμείου για την άμυνα, με προϋπολογισμό 5,5 δισεκατομμύρια ευρώ τον χρόνο για χρηματοδότηση πολεμικών συστημάτων.

Αλήθεια, ποιος είναι ο εχθρός από τον οποίον πρέπει να αμυνθούμε; Ιδιαίτερα όταν, αντί να καταγγέλλονται οι πόλεμοι και οι επεμβατικές πολιτικές του NATO και των ΗΠΑ, εξαγγέλλεται περαιτέρω συνεργασία και πλήρης συμπόρευση με τις πολιτικές τους. Οι προτάσεις αυτές όχι μόνο δεν θα ωφελήσουν την Ένωση, αλλά θα έχουν καταστροφικές συνέπειες. Θα καταδικάσουν τους λαούς στη φτώχεια, την προσφυγιά, την εξαθλίωση και την ανασφάλεια. Αντί να επενδύσετε σε έναν νέο πυλώνα στρατιωτικοποίησης και να προτείνετε μια ακόμα λιγότερο κοινωνική Ευρώπη, αξιοποιήστε τα κονδύλια της Ένωσης για την κοινωνική ανάπτυξη και την κοινωνική αλληλεγγύη.

Η Ένωση έχει καθήκον να λάβει πρωτοβουλίες για πλήρη αποστρατιωτικοποίηση, για επικράτηση της ειρήνης και για προώθηση της κοινωνικής ευημερίας. Αυτό που χρειάζονται οι λαοί είναι αναπτυξιακές πολιτικές για ώθηση της πραγματικής οικονομίας, για καταπολέμηση της ανεργίας και της φτώχειας – όχι κονδύλια για τον πόλεμο. Μόνον έτσι θα πετύχουμε πραγματική ασφάλεια για τους λαούς της Ευρώπης.

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Bodil Valero, för Verts/ALE-gruppen. – Fru talman! Härmed veckan lanserade kommissionen inte mindre än tre förslag om ökade ambitioner på försvarsområdet, och det går inte att debattera försvarsunionen utan att prata om alla tre delarna i paketet och de är ju i sin tur också ett led i en länge pågående trend att flytta fokus från civila insatser till mer militära, inte minst vad gäller budgeten.

Så vi bör alltså diskutera både diskussionsunderlaget kring EU:s framtida försvar, den nya fonden för försvarsstöd till medlemsländerna och ett program för investeringsstöd till vapenindustrin. I de scenarier som kommissionen målar upp i diskussionsunderlaget ligger bland annat ett förslag om att gradvis förvandla EU till en militärallians.

Men istället för att förvandla EU till ett Nato 2.0 så vill vi gröna att vi ökar samarbetet kring de civila uppgifter som Lissabonfördraget redan slår fast att EU ska syssla med, som t.ex. krisberedskap, konfliktförebyggande, medling och fredsinsatser.

De 28 EU-länderna har ju sammanlagt 178 olika vapensystem. USA har 30. Vi har 17 olika tanks, USA har en. Vi har 29 olika fartygsmodeller, USA har 4. Vi har 20 olika stridsflygplan, USA har 6, samtidigt som USA har en dubbelt så hög budget.

Kommissionen tar ju upp det här problemet med överkapacitet, fragmentering och ineffektivitet i sina dokument, och vi kan inte mer än hålla med om det. Om länderna samarbetar och samordnar sin produktion bättre så är alla vinnare.

Men för att lösa problemet så föreslår kommissionen att medlemsländer som samarbetar ska få smörjmedel från EU – medel för att få till det här samarbetet som varit på tapeten redan i flera år, men som inte sker på grund av bristande vilja i medlemsstaterna.

EU spenderar ju redan varje år över 200 miljarder euro på försvar – mest i hela världen efter USA. Problemet är inte att det saknas pengar, utan vad vi får för operativ förmåga för dem, och vi tycker att det är helt fel väg att gå med en militarisering av EU-budgeten eftersom pengarna tenderar att tas från civila utgiftsområden som bistånd eller humanitära fredsinsatser. Det kommer också i det här fallet att handla om minskade budgetar för Europeiska investeringsbanken, fonden för strategiska investeringar, program för små och medelstora företag, regional utveckling, Erasmus+, Kopernikus m.m.

La Présidente. – Au moment où je prends mon siège dans cette tribune, je me permets de vous rappeler que nous sommes dans un débat d'actualité et que, selon le règlement, celui-ci ne comporte ni intervention à la demande ni carton bleu. Voilà, je me permets de le rappeler à un certain nombre de collègues qui me font signe pour des cartons bleus.

Bill Etheridge, on behalf of the EFDD Group. – Madam President, I think that after this I am going to have to report to the doctor because I think I am having a hallucination. I must be having a fantasy because I am sure I saw Ms Mogherini saying that there was going to be EU defence spending and EU armed forces and battle groups.

Now, during the referendum campaign in the UK the Remain side told us this was fantasy. No such thing! It couldn't possibly be true. They couldn't have been lying, so I must be dreaming you Ms Mogherini. It is quite a bizarre dream I am having.

The reality is: this money that is being squandered on this crazy political project, which will make no difference to anybody except losing money from the taxpayers, should be within the nation states, and they should be spending it on the one thing that actually does keep our nation safe – that is NATO. I suggest that each and every one of these nation states gets up to their 2% minimum spending, or maybe a bit more to make up for all the money that they have not put in over the years, and we will have a really serious defence plan through NATO, rather than this political fantasy.

Mario Borghezio, a nome del gruppo ENF. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, formidabili questi europeisti: stamattina hanno elogiato e ci hanno commossi con le parole in ricordo di Simone Veil, una formidabile pacifista. Passano poche ore e sono diventati tutti guerrafondai: vogliono l'esercito europeo, ci danno delle giustificazioni che con molta educazione definisco risibili, parlano di un grande risparmio affidando all'Europa il controllo delle spese europee sulla difesa. Be', pensiamo a come l'Europa ha gestito l'economia, la moneta, l'euro... e allora viene veramente da pensare che si stia scherzando.

Ci sono molti problemi rimasti aperti, per esempio il ruolo dei paesi membri con la NATO, il ruolo stesso degli eserciti nazionali, che saranno assoggettati a un doppio comando. Non si dice niente di chiaro al riguardo e chiaramente si vogliono nascondere le vere motivazioni, perché non possiamo pensare che non ci siano delle motivazioni. Forse avete paura della rinascita dei patriottismi? Forse avete paura che i singoli paesi riprendano o sperino, cerchino di riprendere le leve della propria sovranità, che è così importante, che appartiene alla nostra tradizione.

Essere europeisti – e io penso di essere europeista – non significa negare, mettere in cantina il senso di appartenenza nazionale, l'orgoglio di appartenere a una propria patria. Certo, esiste anche una più grande patria europea, ma noi non possiamo consentire queste prese in giro della nostra gente. Dite che tutti gli europei, nei vostri sondaggi, vogliono questa difesa europea. Ma come mai nessun parlamento lo ha chiesto? I parlamenti nazionali non hanno mai chiesto niente di questo genere, lo sapete benissimo. È l'ennesima truffa.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Asszony, itt most az európai jövő kapcsán a közös uniós hadsereg felállításáról beszélünk. Holott előbb, a brexit tükrében egy sokkal fontosabb kérdést kellene tisztázni: merre tovább, Európai Unió? A mind szorosabb együttműködés, a szuperállam irányába, vagy pedig a szuverenitást tiszteletben tartó, lazább együttműködés irányába? Itt azok vannak többségben, akik az első változatot támogatják, és magukat Európa-pártiaknak tekintik, és minket, akik lazább együttműködést szeretnénk, Európa-elleneseknek.

De nézzük meg, hogy a közvélemény hogy nyilatkozik erről. A mind szorosabb európai együttműködést Németországban csak 26% támogatja, és 43% a tagállamnak adna vissza hatáskört Brüsszelből. Magyarországon 17% és 40% ez az arány, Lengyelországban csak 9% támogatja a mind szorosabb együttműködést.

Megkérdézem: akkor ebben a Parlamentben, amelyik büszke arra, hogy a népet képviseli, kinek van igaza? Ki áll a nép pártján? Ki képviseli azt, amit a többség akar?

Arnaud Danjean (PPE). – Madame la Présidente, on ne peut que se féliciter que les institutions européennes, Commission comprise, soient enfin en phase avec le souhait de nos concitoyens européens de consacrer un effort important à la sécurité et à la défense. En effet, contrairement à ce que disent certains collègues, toutes les enquêtes d'opinion depuis dix ans montrent, dans tous les pays, y compris les plus eurosceptiques, qu'au premier rang des préoccupations de nos concitoyens, des domaines où ils attendent que l'Union européenne fasse mieux et fasse plus, il y a la sécurité, la défense et la diplomatie.

Merci, Madame la haute représentante, de votre persévérance. On ne peut que se réjouir des annonces qui ont été faites et des efforts qui sont entrepris. Je voudrais simplement mettre en garde contre deux aspects, l'un pour la Commission et l'autre pour le Conseil.

Pour la Commission, bien sûr, veiller à la compétitivité et éviter les duplications, c'est important. La dimension économique de l'effort de défense est quelque chose de primordial, mais nous ne parlons pas d'un marché comme les autres. Tout ne se mesure pas à l'aune de la compétitivité. Nous parlons de stratégie, nous parlons d'autonomie stratégique, nous parlons de capacité critique et nous parlons d'opérations. Par conséquent, nous devons avoir des matériels qui sont, certes, compétitifs, mais nous devons avoir des matériels qui sont efficaces pour protéger nos forces et pour protéger nos concitoyens.

Puis, à l'adresse du Conseil, et de la Commission aussi, d'ailleurs, je vois bien que les annonces qui sont faites sont très concentrées sur le volet capacitaire. C'est tout à fait louable, utile et important. Je voudrais toutefois que l'on n'oublie pas le volet opérationnel. Il est très important de savoir que, comme vous l'avez rappelé, Madame la haute représentante, nombre de nos forces servent sous le drapeau européen dans des missions qui ont besoin d'aide, d'aide financière également, et je vous serais très reconnaissant de pousser les États membres à enfin réformer le mécanisme Athena pour mieux partager le fardeau et exprimer la vraie solidarité européenne.

Victor Boştinaru (S&D). – Apărarea europeană este probabil unul dintre cele mai importante proiecte în care trebuie să investim în perioada următoare, dar este unul dintre cei mai importanți factori de consolidare politică a Uniunii Europene dacă este cu atenție gestionat și răspunde într-adevăr nevoilor directe și cotidiene ale cetățenilor europeni. În ciuda câtorva ezitări în această sală, majoritatea dintre noi putem cădea de acord asupra primilor pași pe care trebuie să-i facem: utilizarea potențialului deplin al Uniunii, a capacităților civile și militare, utilizarea tuturor instrumentelor pe care le avem la dispoziție, crearea Fondului european pentru apărare, în primul rând pentru cercetare și dezvoltare, dezvoltarea și consolidarea cooperării structurate permanente PESCO, ambițioasă și deschisă tuturor statelor membre cu finanțare europeană. Nu în ultimul rând, și insist asupra acestui lucru, garantarea și consolidarea cooperării și complementarității, nu a competiției cu NATO. Dacă ne uităm la regiunile noastre, Estul, Orientul Mijlociu sunt regiuni de mare insecuritate și instabilitate și Europa trebuie să tragă singură concluzia între *soft power* și *hard power*. Singura șansă ca Uniunea să fie global relevantă este să-și consolideze propria capacitate de apărare.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Madam President, within the Common Security and Defence Policy (CSDP) the majority of competences still belong to the Council, and therefore I would like to mention and emphasise the importance of the common perception of threats while discussing CSDP, and this common perception is still lacking within the EU. Do we honestly foresee the deployment of real CSDP missions in our eastern neighbourhood, thus challenging the ambitions of the Russian Federation in this area? Do we assess, for example, the energy security situation that deteriorates the position of these countries? There are many aspects of security, and we have to take these into account as well.

Urmas Paet (ALDE). – Madam President, we are in a unique situation today where we have the support of the people and of governments to do more on the defence and security of the European Union. We need to take advantage of this and make things happen. The latest steps taken by the Commission and the Council in launching the Defence Fund and establishing a command centre in Brussels are good and encouraging, and we need to continue.

Let me just remind you that the European Parliament adopted a report on the European Defence Union last November and there are still many things, 20 to be precise, on the list in the report that need to be ticked off in order to reach the goal of a truly functional defence policy. We need better coordination of investments in the areas of security and defence, full use of fiscal and crisis-management capacities, to name but a few. I am glad to see that the EU is moving from ideological discussions about the Union's defence to real, concrete action.

Malin Björk (GUE/NGL). – Fru talman! Det finns många medborgare som är besvikna på EU för att det är en alltför stor marknadsplats för storföretagen, för att man inte lyckas upprätthålla rättsstatens principer, för att man tillåtit social dumping, men jag har inte träffat en enda väljare som ber om att EU behöver mer militär kapacitet. Inte en enda.

Så var kommer denna urusla idé ifrån att man ska militarisera EU? Det är omdömeslöst. Jag tror att mycket av idéerna kommer från säkerhets- och militärindustrin, naturligtvis. Men varför öppnar ni dörren för dem? Varför öppnar ni dörren för dem?

Jag tror att ni när en idé om att EU måste vara sin egen herre och ska man, MAN vara det, då måste man ha egna kanoner och puffror. Det är patriarkalt och det är endimensionellt.

Det rör sig om mycket pengar, pengar som under 10 år skulle kunna finansiera alla kvinnors preventivmedelsbehov i världen. Så skäms på er, att vi får lägga dem på kanoner och puffror som medborgarna inte har bett om.

Om EU ska vara ett fredsprojekt så ska man bidra till nedrustning, inte upprustning. Man ska se till att minska den europeiska vapenexporten, inte öka den och man ska lägga all sin utrikespolitiska energi på diplomati, mänskliga rättigheter, demokratiutveckling och hållbar utveckling.

Medborgarna vill ha vård, skola, omsorg, välfärd, demokratiutveckling och en planet att leva på. De vill inte ha mer kanoner.

Tamás Meszerics (Verts/ALE). – Madam President, there is much to be supported in this defence package. I am not going to go through all the details but we are able to support many elements of the three different scenarios worked out in the package. I would just like to highlight one missing element and the crucial question around it: the missing element is the capability requirement in the different scenarios. That is important, because that will define four structures. Somebody should do the planning for four structures, and it would be better if those who do this planning were answerable to somebody, possibly a parliamentary body, at the same time.

Put simply, we should not let R&D and procurement be driven by the needs of the defence industry. They should be driven by the strategic needs of the European Union.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, difesa comune europea: *cui prodest*? Se fosse solo per tagliare sprechi, colmare lacune tecnologiche, sfruttare economie di scala e avere un mercato della difesa più trasparente, direi senz'altro ai cittadini europei. E noi ci siederemmo al tavolo con vivo interesse. Ma, visti i precedenti, più di un sospetto aleggia nell'aria.

Mi e vi chiedo: quando nel documento di riflessione si sottolinea la centralità dell'assistenza reciproca e della solidarietà, di quale solidarietà si parla? Quella del sedicente paladino europeista Macron, che nega l'accesso ai porti francesi e riporta i migranti a Ventimiglia? Quella di Juncker, che si limita a una pacca sulla spalla del mio paese, definendolo eroico? O forse la solidarietà della Germania di Angela Merkel che, forte del suo pauroso avanzo commerciale, in barba alle regole, schiaccia le economie degli altri Stati membri, grazie a una moneta, l'euro, disegnata su misura per le sue esigenze?

L'occasione appare ghiotta per Berlino, ed è militare, geopolitica e industriale. L'instabilità alle frontiere e l'imprevedibilità degli USA targati Trump sono l'alibi perfetto per giustificare un massiccio riarmo di un paese che se spendesse davvero il 2 % del PIL in difesa, in pochi anni diventerebbe la terza potenza militare al mondo. Chiediamo cautela e anche chiarezza, perché non vorrei che come al solito, al posto di avere una Germania europea, finissimo per ritrovarci, anche nella difesa, un'Europa tedesca.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, quelle occasion manquée! L'Europe de la sécurité et de la défense aurait un sens si nous mettions nos intérêts communs au service de la lutte contre le terrorisme, de la sécurité et du développement.

Je prends pour exemple le G5 Sahel du 2 juillet: un véritable plan de sécurité, sans le volet développement, est estimé à 500 millions. L'Europe s'engage à hauteur de 50 millions et sans calendrier; le Tchad, le Mali, le Niger, la Mauritanie et le Burkina Faso sont bien incapables de combler ce manque. Cela veut dire, pour l'Europe, plus de trafic d'immigrés lié au grand banditisme et à la route de la drogue.

L'Europe de la défense est un leurre. Pour les uns – les pays baltes et la Pologne –, il s'agit de lutter contre la Russie, qui est pourtant un partenaire pour la paix et la lutte contre le terrorisme. Pour d'autres, il s'agit de payer pour la servitude à l'OTAN et aux États-Unis, comme autrefois pour le Pacte de Varsovie. Pour d'autres encore, c'est la rationalisation sur étagères pour détruire toute notre base industrielle européenne ou plutôt le peu qu'il nous en reste.

L'Europe n'a qu'un mot, l'abandon de la souveraineté nationale pour la servitude, avec l'incompétence et l'inefficacité en plus.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Pani Przewodnicząca! Rozmowy o siłach zbrojnych Unii zaczynamy w momencie niebezpiecznym. W Europie podnosi głowę faszyzm, na przykład parę dni temu Bundestag ustanowił prawo grożące grzywną 50 milionów euro za umieszczanie w sieci treści nieprawdziwych – nawet Adolf Hitler tak wysokich grzywn nie stosował. Przypominam, że parę dni temu nie zdołałem się od pani komisarki Maryi Gabriel dowiedzieć, kto będzie ustalał, jakie treści są nieprawdziwe, a w czasach PRL kilka lat siedziałem w więzieniu za głoszenie fałszywych informacji, mogących wyrządzić istotną szkodę interesom PRL. Siły zbrojne Unii nie będą miały żadnego znaczenia wojskowego. Doskonałym przykładem ich wartości była Srebrenica. Francja ma jako jedyna 300 głowic jądrowych, w porównaniu z 7 tysiącami w Rosji i tyle samo w USA. Jest dla mnie oczywiste, że siły te tworzone są tylko po to, by w razie czego nieść tak zwaną bratnią pomoc krajowi, który zbuntowałby się przeciwko okupacji Unii Europejskiej. A poza tym sądzę, że Unia Europejska musi być zniszczona.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Madam President, this is indeed a point of order. Mr Korwin-Mikke accused the Bundestag of fascism. I think you should check the protocol, the minutes, and you should censor him for that remark.

La Présidente. – Je rappelle au public qu'il n'est pas autorisé à s'exprimer non plus. Monsieur Bütikofer, nous ferons effectivement le nécessaire pour réécouter cette intervention, aussi pénible que cela puisse être.

Jaromír Štětina (PPE). – Paní předsedající, prvotním účelem evropské integrace byla obrana míru. Právě kvůli míru a bezpečnosti je emancipace evropské obrany nutná.

Vítám proto návrhy předložené Komisí začátkem června. Ze tří cest, vytyčených v tomto diskusním dokumentu o budoucnosti společné obrany, jsem jednoznačně pro třetí variantu. Tou je cesta vedoucí ke společné obraně v maximální koordinaci s NATO.

Co postrádám v textu, je jasné pojmenování bezpečnostních hrozeb. Nazývat hrozby pravými jmény je nutné a zdravé. Agrese Ruska není jediným důvodem budování společné evropské obrany, ale jasné pojmenování této bezpečnostní hrozby by zaznít mělo. Někdy mám pocit, že Komise nemá dost odvahy pojmenovat ruské hrozby pravým jménem.

Jednoznačně vítám vznik Evropského obranného fondu. Ten by měl napomoci odstranit duplicitu a vysokou míru roztržitosti. Vždyť jen bojových tanků je v zemích EU 17 různých typů.

Předseda vojenského výboru NATO generál Petr Pavel minulý týden definoval identitu evropské obrany jako zdravý proces. NATO a EU si v obranném procesu nekonkurují, vzájemně se doplňují. Proces této spolupráce nebude laciný, měli bychom se zeptat, kolik stojí jeden kilogram míru. Mír je drahá komodita. Bezpečnost není zadarmo.

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich gleich mit zwei Gerüchten abrechnen, die hier aufgekommen sind. Nirgendwo, lieber Kollege, steht in diesen Papieren etwas von 2 %. Streuen Sie nicht solche Gerüchte! Das ist eine ganz andere Diskussion zwischen anderen Partnern. Und zweitens geht es ausdrücklich nicht darum, mehr militärische Einsätze statt ziviler durchzuführen. Wir sind doch nicht plötzlich waffenbesoffen! Sondern es geht darum, effizientere, wenn nötig auch militärische Unterstützung zu leisten für zivile, friedenssichernde und -erhaltende Maßnahmen. Darum geht es in erster Linie: um mehr Effizienz und um mehr zeitgemäßes Material, nicht um mehr militärische Aufrüstung.

Und lassen Sie mich sagen: Für uns Sozialdemokraten ist die Richtung in Ordnung, und deshalb unterstützen wir Sie. Aber das heißt nicht, dass wir nicht noch viel zu diskutieren haben, zum Beispiel über die Frage, welche Rechte dieses Parlament eigentlich hat, außer Ihnen zu sagen: „Das habt Ihr gut gemacht.“

Und zweitens: Woher kommt das Geld für den Fonds? Sie wissen, das ist ein Hobby von mir: Wer mehr bestellt, muss auch mehr bezahlen. Das gilt auch für das Europäische Parlament.

Charles Tannock (ECR). – Madam President, stretched defence budgets in Europe and an isolationist President Trump in America, who is ambivalent about NATO, and soaring populations across some of the poorest parts of the world without jobs to match, have led to political instability in many countries, whilst a rising China and an assertive Russia are unwinding the post-1991 international consensus.

Therefore, moves towards a European defence fund, a European defence industrial development programme, in addition to exploring the viability of permanent structured cooperation and the funding of EU battle groups via the Athena mechanism are all interesting developments in this direction. These are sensible measures aimed at improving European collective security, and strengthening the role of the EU Member States that they can play together in association and within NATO.

I am pleased that the UK Government has announced it will not be making any moves to block these plans as an exciting EU Member State. And I hope that as Brexit negotiations progress, creative ways will be found for the UK to stay as plugged-in as possible into the common foreign and security policy and the common security and defence policy.

Merja Kyllönen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, hyvät komission edustajat, kollegat, aikakautemme suurimmat uhat eivät ole sotilaallisia, vaan meidän ihmisten omalla toiminnallamme edistämää uhkia, kuten ilmastonmuutos, nälänhätä, juomaveden puute, tartuntataudit, köyhyys ja eriarvoistuminen. Eurooppa on vastaamassa näihin uhkiin puolustusrahas-tolla ja puolustusunionin kehittämisellä, vaikka virallinen konsensus on tähän saakka ollut aina se, ettei EU:n budjetti-varoja käytetä puolustustarkoituksiin.

Mielestäni viranomaisyhteistyön kehittäminen, riittävä resursointi, laajempi yhteistyö siviilikriisinhallinnassa ja kehitysyhteistyössä sekä ihmisten välisen eriarvoisuuden purkaminen vastaisivat enemmän tämän aikakauden tarpeisiin. Jos Euroopassa ohjattaisiin puolustusteollisuudelle suunnitellut varat suoraan siviilisektoreille ja laitettaisiin koko arvovaltamme peliin sen puolesta, että kasvava eurooppalainen ja maailmanlaajuinen eriarvoistuminen pysähtyisi, ja kansainvälisen asevarustelun sijaista ryhdyttäisiin purkamaan jännitteitä, ratkomaan käynnissä olevia konflikteja ja vaatimaan jälleen kansainvälistä aseriisuntaa. Paluu Euroopan rauhan juurille on mielestäni kansakuntien kannalta viisaampi ratkaisu kuin jatkuva jännitteiden kasvattaminen lisääntyvän varustelun hengessä.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Herr Danjean hatte Recht, Frau Präsidentin. Unsere Bürgerinnen und Bürger wollen, dass Europa mehr für die Verteidigung tut. Ich habe nicht die Zeit aufzuzählen, was an diesem *Defence*-Paket mir dabei durchaus richtig zu sein scheint – Herr Tannock hat einiges genannt. Aber ich will einige Kritikpunkte nennen. Erstens: Wir haben nicht eine Investitionslücke, sondern wir haben einen riesigen Krater der Ineffizienz. Wir duplizieren nicht nur, wir triplizieren und quadruplizieren, und das macht keinen Sinn! Das Erste wäre, dass man einmal die Beschaffungsrichtlinie von 2009 konsequent anwendet, bevor man noch mehr Geld ausgeben will.

Zweitens: In einer Zeit, in der Herr Oettinger darüber diskutiert, ob uns zwölf oder 20 Milliarden im europäischen Budget fehlen, zu sagen, wir geben praktisch aus allen Fonds, die man überhaupt finden kann, nun zusätzlich Geld für Verteidigung aus, macht keinen Sinn!

Drittens: Im dritten Szenario die EU als eine Art Zweit-NATO zu konzipieren, ist völlig widersinnig. Zweit-NATO ohne die USA würde bedeuten entweder, man ergibt sich mit dem Gedanken der strategischen Autonomie einem gefährlichen Selbstbetrug, oder man muss konsequent zur europäischen Atombombe greifen.

Und viertens: Ich finde es völlig unerträglich, dass in der Vorstellung über die Governance dieser Ausgaben mit vorgesehen wird, dass die Industrie Selbstbedienung betreiben darf, weil sie mitentscheiden soll, welches Geld für Rüstung ausgegeben wird.

Janice Atkinson (ENF). – Madam President, another new shiny building, stuffed full of six-figure salary functions. Ms Mogherini, where is your army coming from? All military personnel joined their forces to serve their nation-state, not the EU. Will you recruit from the millions of unemployed young people the EU has created? Perhaps it is your idea of a job-creation scheme.

You oppose the nation-states erecting external borders, but you cannot control the millions of marauding migrants invading our continent. Yet you propose this military force. It's just grandstanding. The EU shouldn't be allowed to lead a group of boy scouts, let alone army tanks.

The enemy is ISIS. What are you doing to tackle this? Instead of an EU army we should be lifting Russian sanctions and working with them and the US to defeat ISIS. Ms Mogherini, this is a very dangerous proposal, led by you, a low-grade socialist, promoted beyond your capabilities.

Steven Woolfe (NI). – Madam President, René Magritte, the famous Belgian surrealist painter, used to paint pictures of pipes, and he would then say 'this is not a pipe'. The EU has actually copied Magritte. Firstly, they said that the EU created peace in Europe, when in fact it was NATO. And secondly, they say they don't want an EU army – in fact, what they want is a European Security and Defence Force, when everybody can see that what you want is an EU army. The European Rapid Operational Force (Eurofor) had 12 000 personnel: the size of an armed division.

EU money for extra drones and the military industrial complex will get tax deductions under proposals from this Chamber. And of course, as I see today, more and more MEPs want to have war with Russia – the new bogeyman. The idea that we have to have an army, so therefore we must have an enemy. The EU is attempting to create a new world order with a new EU army. This is what Magritte would have called surreal.

Arne Lietz (S&D). – Frau Präsidentin, Hohe Vertreterin! Die SPD ist langjähriger Verfechter des *pooling and sharing*-Ansatzes. Dabei muss das oberste Ziel sein, nationale Verteidigungskapazitäten zu europäisieren, um das Verteidigungsbudget effizienter einzusetzen und Kosten einzusparen. Eine Europäisierung der Rüstungspolitik halte ich für sinnvoll, da sie den NATO-Mitgliedstaaten der EU hilft, von dem absurden 2 %-Ziel der NATO abzurücken. Wir müssen uns stattdessen darauf konzentrieren, gemeinsam benötigte Verteidigungskapazitäten zu verbessern.

Der Kommissionsvorschlag sieht vor, mehrere Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt für Rüstungsforschung, -entwicklung und -beschaffung bereitzustellen. Dabei werden der Europäischen Union die Rechte an den so finanzierten Technologien und Produkten jedoch nicht übertragen. Das kann nicht sein! Entgegen dem Wortlaut des Kommissionsvorschlags fordere ich eine echte Mitbestimmung der EU und speziell des Europäischen Parlaments beim Export von Waffen und Munition, die mit EU-Mitteln finanziert wurden. Darüber hinaus sollte die Kommission den Verteidigungsplan durch ein Programm zur Konversion von Rüstungsindustrien in Zivilindustrien ergänzen, wenn wir hier eine Änderung vornehmen wollen.

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Fru formand! Det tragiske er, at man i forbindelse med Brexit nu igen er begyndt at tale om et europæisk forsvar. Jeg er glad for, at mit eget land, Danmark, har et forbehold på området. Det er mig dog ubegribeligt, hvorfor store NATO-lande som Italien, Frankrig, Spanien og Tyskland insisterer på et nyt europæisk forsvarsinitiativ, når de selv samme store europæiske lande igen og igen svigter deres NATO-forpligtelser, herunder deres forpligtelser om at levere to procent af BNP til det fælles forsvar, men også de mange NATO-missioner og andre missioner, der er forbundet med samarbejdet i NATO, og som man ikke ønsker at deltage i, eller deltager i i proportionalt mindre grad end mindre lande. Vores holdning til dette spørgsmål er helt klar: NATO er grundstenen i det europæiske forsvar. USA er en forudsætning for et fælles europæisk forsvar, og jeg vil prise mig lykkelig over Storbritanniens og USA's sikkerhedsgarantier, i langt højere grad end jeg vil prise mig lykkelig over franske og tyske sikkerhedsgarantier i forsvarspolitikken.

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, vorrei innanzitutto ringraziare l'Alto rappresentante per l'ingente lavoro svolto in questi mesi sulla politica di sicurezza e difesa comune.

Dall'ultimo dibattito dello scorso novembre sono stati compiuti molti passi in avanti. In meno di un anno, infatti, la difesa comune europea non è più un sogno federalista, ma inizia davvero a essere realtà. Cito solo due tra le tante azioni intraprese: il lancio del fondo europeo per la difesa da parte della Commissione, che avrà come uno dei suoi ambiti fondamentali quello della ricerca, con un impatto importante anche per gli Stati membri, e l'accordo, da parte del Consiglio di giugno, di lanciare un'ambiziosa cooperazione strutturata permanente, con indicazioni concrete di tempi e modi di adesione da parte degli Stati membri che intendano parteciparvi. Un avvenimento storico che permetterà di sfruttare maggiormente le disposizioni dei trattati finora inutilizzate.

Il Parlamento seguirà questa fase cruciale con molto interesse assieme ai parlamenti nazionali. Dovrà essere coinvolto e informato, e su questo ci aspettiamo un impegno chiaro. Questi passi avanti consentiranno all'Unione di risparmiare, evitare sprechi e generare investimenti e di assumere una piena autonomia strategica, pur in piena cooperazione e complementarità con la NATO, in un contesto globale sempre più instabile.

Roberts Zīle (ECR). – Prezidentes kundze, godātā viceprezidentes kundze! Eiropas aizsardzības plānā ir acīmredzamas divas finansiālas iezīmes: viena — dosim no Eiropas Savienības budžeta naudu pētniecībai un attīstībai militārajā jomā un otra — pasūtīsim dalībvalsts militāros pasūtījumus tikai Eiropas Savienības militārās industrijas kompānijām.

Manuprāt, tas ir vairāk reģionāla rakstura reģionālas politikas instruments, jo, ja mēs paskatāmies, tikai dažās Eiropas Savienības valstīs ir nopietna militārā industrija, un pēc Lielbritānijas aiziešanas to kļūs vēl mazāk. Bieži vien Junkera kungam patīk minēt, ka mums jāsamazina tanku modeļu skaits no septiņpadsmit uz vienu, kā tas ir ASV. Tad es tomēr gribētu teikt, ka mums ir vajadzīgi gan tādi tanku modeļi, kas varētu labi darboties tuksnešainās Subsahāras operācijās, gan tādi, kas strādātu purvos Krievijas pierobežā.

ASV ilgu gadu ir finansiāli ieguldījusi lielus resursus un tehnoloģiski militārā ziņā aizgājusi daudz, daudz tālāk nekā Eiropa. Un tādām valstīm, kas robežojas ar Krieviju, svarīgi ir saņemt šo labāko tehnoloģiju militārajā jomā tagad, nevis pēc desmit gadiem, kad, iespējams, mēs noķersim ASV.

Εύα Καϊλή (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Αντιπρόεδρε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, η συγκυρία ενός Trump, του νέου προέδρου της Αμερικής, ενός Erdoğan, συμμάχων στο NATO, αλλά και του Brexit, που αφαιρεί μεγάλες δυνατότητες αμυντικές από την Ευρωπαϊκή Ένωση, καθώς και οι νέες προκλήσεις του δημογραφικού στις γειτονικές μας χώρες και -φυσικά- το μεταναστευτικό, αποτελούν προκλήσεις για την Ευρωπαϊκή Ένωση που μας εξαναγκάζουν να κάνουμε άλματα μπροστά και να βάζουμε πλέον στις προτεραιότητές μας την κοινή αμυντική πολιτική.

Είναι εξαιρετικά σημαντικό, όχι μόνο γιατί πρέπει να διασφαλίσουμε εσωτερικά και εξωτερικά τα σύνορά μας, αλλά γιατί θα έχουμε και πολύ μεγάλη μείωση των αμυντικών δαπανών, τουλάχιστον κατά 30%, όχι μόνο από τη συνεργασία μεταξύ των κρατών μελών και τη συνεργασία σε επίπεδο έρευνας και ανταλλαγής τεχνογνωσίας, αλλά και από την ανταλλαγή πληροφοριών που απαιτείται. Οι εχθροί μας πλέον δεν γνωρίζουν σύνορα και οι νέες προκλήσεις είναι οι κυβερνοεπιθέσεις και η κυβερνοάμυνα, και είναι απαραίτητο να ανταλλάσσουμε πληροφορίες. Για να γίνει εξίσου ισότιμο και επωφελές όμως για τα κράτη μέλη, ώστε να αυξήσουν τις δαπάνες, τον προϋπολογισμό και τη συμμετοχή, πρέπει να είμαστε έτοιμοι να μιλήσουμε για ακεραιότητα συνόρων σε όλα τα κράτη μέλη, ανεξαρτήτως προέλευσης της απειλής.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Jeżeli ceni się wolność, to na aspiracje władz Unii Europejskiej do przejmowania kontroli nad obroną naszych państw jest tylko jedna odpowiedź: nie zwiększa się władzy tym, którzy sprawują ją nieodpowiedzialnie. Bo tak naprawdę chodzi o władzę – bardzo dobrze mówił o tym Geoffrey Van Orden – chodzi o integrację polityczną, czyli przejmowanie władzy państw, i nie chodzi o obronę, dlatego że pani przewodnicząca Mogherini bardzo szczerze powiedziała, że naszym celem nie jest militaryzacja. Stosunek kierownictwa Unii Europejskiej do naszego bezpieczeństwa widzieliśmy w czasie kryzysu migracyjnego, a testem solidarności w zakresie obrony jest po prostu szanowanie bezpieczeństwa innych państw europejskich i reagowanie na ich stanowisko. Wystarczy więc spojrzeć na budowę Nord Stream², żeby zobaczyć jak wygląda fikcja sankcji wobec Rosji, które miały nas bronić, i żeby zobaczyć cały absurd konceptu wspólnej obrony europejskiej, czyli przejmowania kontroli nad bezpieczeństwem naszych państw.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, presto tributo ao sargento português Paiva Benido, que perdeu a vida num ataque terrorista em missão da União Europeia, em Bamaco, com a Vice-Presidente Mogherini.

Em Portugal, na semana passada, ocorreu um grave roubo de material militar que pode ser usado para fins terroristas – não só, mas também por falta de investimento em segurança e defesa num país em que o Estado foi desarmado em todas as dimensões pelas políticas neoliberais de austeridade.

Esta é uma das razões por que precisamos absolutamente de um plano europeu de defesa e de investir numa Europa da segurança e da defesa, com autonomia estratégica para agir pelos nossos cidadãos, pelo direito internacional, pela paz, pela responsabilidade de proteger e pela resolução de conflitos globalmente, no quadro europeu, da NATO, da ONU e de outras parcerias.

Para isso, precisamos de uma sólida base industrial da defesa, com cooperação e *pulling and sharing* de recursos entre Estados-Membros e investimento europeu em pesquisa e tecnologia. Para isso, o Fundo Europeu de Defesa tem de ser injetado com contribuições, sem sobrecarregar mais o orçamento europeu.

Também precisamos absolutamente de reforçar o controlo democrático, incluindo para os nossos Estados-Membros não continuarem a gastar estupidamente o dinheiro dos contribuintes em duplicações, sobreposições e desperdício. Sobretudo, precisamos de mais do que o Presidente Trump para nos unir; precisamos de visão e de direção estratégica europeia, que articule política externa, segurança e defesa, segurança interna. A Síria e a Líbia aí estão para demonstrar a Europa da Defesa de que precisamos e que não temos até agora.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Jednym z wielu problemów w propozycjach Komisji jest odwrócenie hierarchii zagrożeń. Dla bezpieczeństwa całej Europy największym zagrożeniem jest obecnie Rosja i próby destabilizacji kluczowych krajów Unii. Jednak plany Komisji zdają się sugerować, że chce ona rywalizować w dziedzinie przemysłu zbrojeniowego ze Stanami Zjednoczonymi. I to jest drugi główny cel obok tego, o którym mówił Geoffrey Van Orden, tego celu politycznego – wzmocnienia integracji europejskiej. Komisja chce skupić się na finansowaniu badań naukowych nad nowymi systemami zbrojeniowymi, które dla bezpieczeństwa Europy mogą mieć znaczenie za kilkanaście lat, i to w przypadku konfliktu o wymiarze strategicznym. Tymczasem – moim zdaniem – Komisja powinna skoncentrować się raczej na wykonaniu tego wszystkiego, do czego zobowiązała się we wspólnej deklaracji Unia-NATO podpisanej w Warszawie, na przykład na przeprowadzeniu ćwiczeń w związku z zagrożeniami hybrydowymi – były one planowane wspólnie z NATO na bieżący rok. Powinna też skupić się na wypełnianiu decyzji Rady Europejskiej z czerwca tego roku, na przykład na zwiększeniu współfinansowania końcowego rozmieszczenia grup bojowych.

Monica Macovei (ECR). – Angajamentul Uniunii pentru apărare și securitate este vital în aceste momente și a fost întotdeauna. În același timp, nu trebuie să subminăm în niciun fel dezvoltarea industriei de apărare în fiecare stat membru. Dimpotrivă, trebuie să mărim investițiile. NATO și Uniunea Europeană trebuie să lucreze împreună. Nu suntem dușmani. Trebuie să investim și să lucrăm împreună pentru apărarea Europei și pentru apărarea lumii, așa cum am făcut-o întotdeauna.

Salut lansarea Fondului european pentru apărare, dar, înainte de orice plan al unei armate comune, se află schimbul crescut de informații între agențiile de informații. Un schimb crescut poate salva vieți chiar de astăzi. Știu că agențiile de informații sunt reticente în a face un schimb total de informații cu toate serviciile din statele membre. E vorba de încredere, nu există chiar în toate, dar e vital ca volumul și calitatea acestui schimb de informații să crească.

Mirosław Piotrowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Co pewien czas z różnym nasileniem pojawiają się pomysły tworzenia armii europejskiej. Trzeba jasno stwierdzić, że budowa odrębnej unijnej armii obok NATO szkodziłaby Paktowi Północnoatlantyckiemu. Jak przypominał niedawno w Parlamencie Europejskim Jens Stoltenberg, czyli szef NATO, obecnie 90 % obywateli Unii jest obywatelami państw członkowskich NATO, stąd nie ma żadnej potrzeby budowy odrębnej armii. Najprawdopodobniej inicjatywie tej położy kres wyjście z Unii Europejskiej Wielkiej Brytanii, która – jak niedawno przyznał przewodniczący Komisji Europejskiej Jean-Claude Juncker – ma prawdziwą armię, podczas gdy inni mają ambicje. Te ambicje jednak nie mogą prowadzić do rozbijania NATO. Trzeba wzmacniać Pakt Północnoatlantycki. Jak przypominał niedawno prezydent USA Donald Trump, realną gwarancją bezpieczeństwa krajów Unii Europejskiej jest wywiązywanie się ze zobowiązań wobec NATO, to znaczy przeznaczanie 2 % PKB państw członkowskich na obronność. Należy także pomyśleć o konsolidacji systemów obrony poszczególnych krajów w ramach NATO.

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank the honourable Members for this discussion. As you have probably observed during the last few months, defence policy has become very high on the political agenda, and such discussions are very much needed and welcomed. I am sure that defence will be a cornerstone of the future of Europe.

In the Commission, we made very decisive and concrete steps towards a Union that is secure and protects, as Federica Mogherini mentioned before: this is very high on our citizens' agenda. Citizens want a Europe that protects and that is secure. We moved decisively with the defence package. Of course, the reflection paper launched a much wider and forward-looking debate, and the European defence fund encourages Member States to cooperate on defence research, development and acquisitions.

It was never clearer that Europe must become a security provider and to ensure progressively its own security, because currently No Member State is strong enough to meet on their own the evolving threats and challenges we are facing. So this is definitely – and I want to underline this – not about militarisation. This is definitely not about grabbing any power from the Member States. This is about securing and ensuring Europe's strategic autonomy, and for this we need a very competitive European defence industrial base, a European defence industrial sector, and with the European defence fund this is what we aim to achieve. This is the industrial pillar of our action; this is the one we are moving together quite fast. The defence fund will support the whole capability development life cycle, as we mentioned before – as Jyrki Katainen mentioned – from research through prototype development to joint procurement and acquisition, which is very important for us.

The Commission is for the first time making all its efforts, using all its tools – including the EU budget – to support and promote stronger defence cooperation, especially on the industrial front. This is important, both from a strategic perspective and from an economic perspective.

A few more details: a single market in defence is not in contradiction with the European defence fund. On the contrary, with the European defence fund we want to open the defence supply chain cross-border. There is a very high need to build trust at the level of industrial cooperation, and through the EDF I hope – and I am sure – we will do that. I also want to underline the importance of the procurement and transfer directive, and I want to commit to doing my best to execute both of them.

On one more thing – maybe a little too detailed, but I think it is important to answer the question – we have taken the specificities of defence in building the European defence industrial plan. We are fully aware of those specificities. That is why, as I said, it is not about grabbing power. The Member States will stay in the lead; they will decide on the priorities, on the capabilities, and finally on the projects, so this is not the role of the European Commission. Everything will be owned by the Member States, and the Member States only.

Thank you very much for your cooperation; I am looking forward to our future discussions, and I also count on your support during our work on the adoption of the whole plan.

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, let me start by picking up on something that some of you mentioned during the debate. The European Union is not a military alliance. It is not meant to become a military alliance, and that is why the work we are doing, in parallel to strengthen European defence and to strengthen EU-NATO cooperation, is working so well.

I do not know where one of the speakers got the information that NATO and the NATO Secretary-General are not supportive of this process because the Secretary-General has repeatedly, publicly and privately, stressed the fact that strengthening European defence also strengthens the Transatlantic Alliance.

I am ready and, as always, willing to discuss different political views, but at least starting from the facts and the actual objectives that we have in reality. Let me clarify this too: there is a cost for the European Union not working together on defence, and what the Commission is doing in relation to the industrial base is a clear demonstration of that. The fragmentation of investment has a cost for the budget – for the taxpayers' money that we often refer to. It is not the case that we are investing more on defence, because you might have noticed that Member States – as I see every day in dealing with Defence Ministers, Prime Ministers and Foreign Ministers – have their own national defence budgets. They have their own investments; they have their own capabilities. We are not working to increase that. We are working to make that spending and investment more efficient by making investments together among Member States, with the support of all the EU institutions.

Also, Member States own one single set of forces and they are perfectly capable of deciding whether to use their forces in EU missions and operations, in UN missions, in NATO missions or in their own bilateral or multilateral initiatives. Investing in strengthening cooperation among Member States on defence makes it possible for Member States, which in some cases are also NATO allies (there are five Member States that are not NATO allies), free to make their own strategic choices.

We are not building a European army. I understand that, for political reasons, or propaganda reasons, some of you want to continue to refer to this, but this is not the reality of the facts. We do have headquarters of our military and civilian missions and operations and, by the way, I would like to remind our friends in the UK that one of our headquarters is currently in the UK. It is the headquarters of the European Union's Operation Atalanta. After the UK leaves we will probably have to move the headquarters somewhere else. But we do have EU mission and operation headquarters currently working to support ongoing EU operations and missions.

What is the reality here? It is that we need to make the system of command and planning of the existing operations and missions more effective because having a fragmented system of headquarters – as anyone who deals with military issues a little bit knows and understands – is not necessarily the most effective way of managing a military operation.

So this is not about building a big headquarters. It is not about creating a headquarters of the same kind as the Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE): it is about rationalising the existing headquarters that we have spread around everywhere, including in the UK.

By the way, I would like to stress that all the decisions we have taken so far, the ones that have been already implemented and the ones that have yet to be implemented but are on the way, have been decided unanimously by all the 28 Member States, with the UK fully involved, sitting at the table of the Council that I chair and fully participating in the decision making. And I am very happy about that. Some of you mentioned, I think, that this can be one of the fields in which future cooperation with the future third-party UK might be explored.

Another point: what are our militaries doing? I would like to clarify this because our militaries are not making war. Our militaries are supporting peace. This is the European Union way to security, and I would like us to be very clear about that, because it is also a way of honouring our men and women serving under the EU flag. They are there for us. Just as national parliaments are responsible for the national participation of men and women in uniform in military missions or civilian operations, we as European institutions have the responsibility to recognise and honour the work that men and women in uniform are doing serving the EU around the world.

I believe we need a reality check here. Our militaries are saving people in the Mediterranean Sea. Our militaries are training and supporting African security forces in trying to implement agreements or carrying out peacekeeping. This is the kind of work that our EU militaries are doing. I would ask some of the honourable Members, please, to refer to the reality of the facts and not to ideas they want to use for a political purpose, because this is where the roots of so many European problems lie. We have to start from the reality of the work we are doing.

Last, but not least, two small points. One of you referred, and rightly so, to the need for all our work on defence to start from the security needs we have assessed. That is perfectly correct: it is exactly what we are doing. That is why the sequence of our work began with an assessment of the security environment. That was done last year. Then came the presentation of the global strategy identifying the strategic priorities for our foreign policy and security policy, including in the defence sector. Only after having shared a common level of ambition, which was achieved in November, are we now strengthening our approach to capabilities and the industrial base. So the sequence is clearly this: we start from the security needs and then we develop the instruments we need to fulfil this level of ambition.

A last point on financial resources. If we, the Commission, Council and Parliament, set a target for our level of ambition, a target for what we want to do on security and defence at European Union level, then – and I see Commissioner Oettinger here in the room, so it is an appropriate time to say this – we also have to define how we finance the level of ambition we set ourselves. This will be part of a necessary further discussion in the future.

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

Birgit Collin-Langen (PPE), schriftlich. – Ich unterstütze das neue Verteidigungspaket, das die Kommission vorgestellt hat. Wir müssen die bereits beschlossenen Ziele unserer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik konsequent umsetzen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden dazu beitragen, die Effizienz der jeweiligen Ausgaben der einzelnen Mitgliedstaaten zu steigern und die Rolle der EU als strategischer Player in der Außen- und Sicherheitspolitik in der Welt zu stärken.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – Os monopólios europeus e as potências que defendem os seus interesses, que colonizaram mercados do centro às periferias da UE, em alargamentos sucessivos, e que se lançam mundo fora com a sua conhecida e natural avidez, precisam de um Estado pronto a defender os seus interesses, a sua pulsão imperialista, a sua taxa de lucro.

Contam, para isso, com as grandes potências nacionais (os seus Estados «de origem»), mas, mais do que isso, com o «superestado europeu» – a UE. No confronto à escala global pela disputa de mercados, de matérias-primas e de zonas de influência, as potências da UE não prescindem de uma UE intervencionista e militarizada, ao seu serviço.

O «documento de reflexão» da Comissão Europeia sobre «o futuro da defesa europeia» aponta o caminho: o impulso à indústria militar, de armamento e defesa, e sua integração à escala da UE; mais cooperação nos domínios da investigação e desenvolvimento na área da defesa, do desenvolvimento de novo armamento e das operações externas civis ou militares; a estreita articulação com a NATO. O rumo que a UE simboliza e defende para a Europa é um perigo, uma enorme ameaça para o futuro do continente e dos seus povos.

Илхан Кючюк (ALDE), в писмена форма. – През последните няколко години с тревога наблюдаваме как атмосферата на сигурност и стабилност в Европа постоянно се влошава. Гражданска война в Украйна, неспирните терористични атаки срещу мирни граждани в Европа, намаляващото доверие и сътрудничество между страните на континента създават атмосфера на непредсказуемост и напрежение, която може да доведе до ескалация и нови вълни на насилие.

В тази връзка вярвам, че ЕС трябва да направи всичко възможно, за да задълбочи сътрудничеството в областта на сигурността и отбраната между държавите членки. Съюзът трябва да гарантира бъдещето и спокойствието на всички европейски граждани, а това може да се случи само чрез увеличение на инвестициите за развитие на отбранителната техника и укрепване на единия пазар в областта на сигурността. Не на последно място, бих желал да подчертая, че сигурността в Европа зависи от партньорството с НАТО. Създаването на обща европейска армия, в пълна кохезия с НАТО, ще създаде пряка връзка между ЕС и НАТО и ще гарантира мира и стабилността в Европа.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. – Η ΕΕ, ως ένωση των ευρωπαϊκών μονοπωλίων, κινείται σε τροχιά ανταγωνισμού με τη Ρωσία και την Κίνα, αλλά και με τις ΗΠΑ, για τις πλουτοπαραγωγικές πηγές και τον έλεγχο των αγορών. Η τοποθέτηση Γιούνκερ ότι «ο πόλεμος δεν είναι κάτι που ανήκει στο παρελθόν» αποτυπώνει την κατεύθυνση της πολιτικής της ΕΕ κατά των λαών. Όλα αυτά αντανακλώνται στη συγκρότηση της Ευρωπαϊκής Αμυντικής Ένωσης και του σχετικού Ταμείου, στον ευρωστρατό, τα Στρατηγεία, τη συνοριοφυλακή-ακτοφυλακή και, γενικότερα, στην περαιτέρω στρατιωτικοποίηση της ΕΕ και στην κοινή της δράση με το ΝΑΤΟ. Η ελληνική κυβέρνηση δίνει «γη και ύδωρ» για την προώθηση των ιμπεριαλιστικών σχεδιασμών, παίρνει άριστα σε επιδόσεις στις δαπάνες για τις ανάγκες των Ευρωπαϊκών μηχανισμών και εμπλέκει τον λαό μας σε μεγάλους κινδύνους. Οι λαοί έχουν συμφέρον να δυναμώσουν τον αγώνα τους κατά της ΕΕ και του ΝΑΤΟ, ενάντια στους ιμπεριαλιστικούς πολέμους και επεμβάσεις, και να απαιτήσουν να μην υπάρχει καμιά εμπλοκή των χωρών τους, ούτε στρατιωτικές αποστολές στο εξωτερικό, και να κλείσουν οι Ευρωπαϊκές βάσεις.

Julia Pitera (PPE), na piśmie. – Dyrektywa o ochronie interesów finansowych UE pozwoli na wprowadzenie do unijnego prawa wspólnej definicji przestępstw na szkodę interesów finansowych Unii. Dyrektywa związana jest również z powołaniem Europejskiej Prokuratury. Jej zadania będą polegać m.in. na prowadzeniu postępowań przygotowawczych, wnoszeniu oskarżeń oraz doprowadzaniu do osądzenia sprawców przestępstw finansowych. Pomoże to w pokonaniu impasu między OLAF-em a państwami członkowskimi, które nie zawsze stosują się do jego zaleceń. Trzeba jednak pamiętać, że obywatele mogą traktować Prokuraturę Europejską jako instytucję ingerującą w sprawy wewnętrzne państw członkowskich, a nie jako instytucję chroniącą interesy finansowe Unii. Polski rząd swój brak akceptacji dla tego projektu tłumaczy właśnie zagrożeniem dla niezależności polskiej prokuratury. Dlatego tak ważne jest wyjaśnienie, że celem powołania Europejskiej Prokuratury jest ochrona pieniędzy europejskich podatników wydawanych przez kraje członkowskie.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), γραπτώς. – Η ΕΕ, ως ένωση των ευρωπαϊκών μονοπωλίων, κινείται σε τροχιά ανταγωνισμού με τη Ρωσία και την Κίνα, αλλά και με τις ΗΠΑ, για τις πλουτοπαραγωγικές πηγές και τον έλεγχο των αγορών. Η τοποθέτηση Γιούνκερ ότι «ο πόλεμος δεν είναι κάτι που ανήκει στο παρελθόν» αποτυπώνει την κατεύθυνση της πολιτικής της ΕΕ κατά των λαών. Όλα αυτά αντανακλώνται στη συγκρότηση της Ευρωπαϊκής Αμυντικής Ένωσης και του σχετικού Ταμείου, στον ευρωστρατό, τα Στρατηγεία, τη συνοριοφυλακή-ακτοφυλακή και, γενικότερα, στην περαιτέρω στρατιωτικοποίηση της ΕΕ και στην κοινή της δράση με το ΝΑΤΟ. Η ελληνική κυβέρνηση δίνει «γη και ύδωρ» για την προώθηση των ιμπεριαλιστικών σχεδιασμών, παίρνει άριστα σε επιδόσεις στις δαπάνες για τις ανάγκες των Ευρωπαϊκών μηχανισμών και εμπλέκει τον λαό μας σε μεγάλους κινδύνους. Οι λαοί έχουν συμφέρον να δυναμώσουν τον αγώνα τους κατά της ΕΕ και του ΝΑΤΟ, ενάντια στους ιμπεριαλιστικούς πολέμους και επεμβάσεις, και να απαιτήσουν να μην υπάρχει εμπλοκή των χωρών τους, ούτε στρατιωτικές αποστολές στο εξωτερικό, και να κλείσουν οι Ευρωπαϊκές βάσεις.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), na piśmie. – Opublikowany przez Komisję Europejską dokument do refleksji nad europejską obronnością zbiega się w czasie nie tylko z serią podobnych dokumentów na temat przyszłości UE. Zbiega się także z szeregiem konkretnych działań Komisji Europejskiej, z upoważnienia państw członkowskich, mających na celu sprawić, aby wspólna polityka bezpieczeństwa i obrony przestała być nią tylko z nazwy. Wszystkie zaproponowane scenariusze zakładają pewien postęp we współpracy obronnej. Jak zauważają sami autorzy dokumentu, trzy wizje przyszłości różni przede wszystkim głębokość współpracy, a nie jej poszczególne elementy. Cieszy podkreślanie roli NATO w europejskiej architekturze bezpieczeństwa. Warto zwrócić uwagę także na potrzebę większej synchronizacji zakupów zbrojeniowych oraz planowania, by uniknąć marnotrawienia ogromnych przeciwieństw środków, które są wydawane na sprzęt i zdolności wojskowe. Chciałbym także, by w przyszłości zwiększono zakres użytkowania istniejącej już infrastruktury, której pierwotne przeznaczenie jest cywilne, ale która może być ogromnie pomocna w zwiększaniu naszej odporności i bezpieczeństwa. Przykładem są budowane i wdrażane już systemy satelitarne Copernicus i Galileo. Taka sugestia pojawiła się w przedstawionych scenariuszach i zasługuje na pełne poparcie.

Janusz Zemke (S&D), na piśmie. – Unia Europejska słusznie zajmuje się coraz częściej kwestią swojej obrony i bezpieczeństwa. Chcę w tym kontekście zwrócić uwagę na narastający problem. Suma budżetów obronnych wszystkich państw członkowskich Unii Europejskiej stanowi około 50 % budżetu obronnego USA. W Europie wydajemy na obronę 1,3 % unijnego PKB, podczas gdy w USA około 4 %. Problem nie polega jednak tylko na zbyt niskich budżetach obronnych, lecz także na bardzo słabej efektywności ich wykorzystania. Wydając 50 % budżetu USA, Europa dysponuje jedynie 15 % zdolności bojowych armii Stanów Zjednoczonych. Fatalna sytuacja dotyczy zwłaszcza badań nad nowymi technologiami wojskowymi i wdrażaniem nowych technologii. Za celowe uważam zatem stworzenie w budżecie Unii specjalnego funduszu obronnego, który w skali roku przeznaczałby 500 mln euro na badania i 500 mln euro na wdrażanie nowych technologii. Powinno to poprawić europejskie zdolności wojskowe w sferze rozpoznania, produkcji wojskowych dronów, uzyskania zdolności do tankowania w powietrzu i innego uzbrojenia nowej generacji.

13. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

14. Auslegung der Geschäftsordnung: siehe Protokoll

15. Reflexionspapier zur Zukunft der EU-Finzen bis 2025 (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la déclaration de la Commission sur le document de réflexion sur l'avenir des finances de l'Union européenne à l'horizon 2025 (2017/2742(RSP)).

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, Damen und Herren Abgeordnete, meine Damen und Herren! Im März dieses Jahres hat die Kommission mit einem Weißbuch eine umfassende Betrachtung der Europäischen Union vorgenommen, einen Ausblick gewagt und mit fünf Optionen die Zukunft Europas unterschiedlich aufgezeigt. Dieser Weißbuch-Prozess führt ins Europäische Parlament, führt in den Rat, führt zu unseren Sozialpartnern, zu unseren Bürgern, zur europäischen Öffentlichkeit. Gerade entlang von einigen jüngsten Entwicklungen wie dem Ziel unserer britischen Freunde, auszutreten, aber auch entlang von wichtigen Herausforderungen, die für unsere Bürger zu bewältigen sind, halten wir den Weißbuch-Prozess für die Europäische Union, die EU-27, auf dem Weg in und durchs nächste Jahrzehnt für ein gutes Angebot.

Darauf aufgebaut haben wir jetzt in den letzten Wochen fünf Reflexionspapiere – Papiere, um nachzudenken, zu überlegen – vorgestellt. Die soziale Dimension Europas, Verteidigung – darüber sprach gerade eben die Kollegin Mogherini –, Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, wir haben über die Globalisierung und das, was dies für Arbeitsplätze und den europäischen Binnenmarkt heißt, Überlegungen angestellt und jetzt vor einigen Tagen das Reflexionspapier über die Finanzen Europas 2025, der Zukunft. Das trifft sich in etwa mit den Vorbereitungen für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen, der ja ab Januar 2021 gilt und der mit Ihnen gemeinsam in den nächsten Monaten für die fünf oder fünf plus fünf oder sieben Jahre des nächsten Jahrzehnts zu erarbeiten ist.

Ich lege großen Wert darauf, dass unser Papier ein ergebnisoffenes Papier ist. Wir haben noch keine Prioritäten, keine Vorfestlegungen, keine Vorentscheidungen, sondern wir stellen die Fragen, die sich stellen. Wir zeigen die Probleme auf, die wir haben. Wir zeigen die Chancen auf, die sich Europa ergeben, und geben dann unterschiedliche Antworten ohne Präferenz. Deswegen ist das Papier über die Finanzen im nächsten Jahrzehnt eine Einladung, ein Startschuss für eine Debatte in aller Öffentlichkeit – zuallererst mit diesem Hohen Hause, dem Europäischen Parlament, aber auch mit nationalen Parlamenten, den Regierungen, dem Rat, dem Ausschuss der Regionen, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, bei unseren Bürgerinnen und Bürgern. Und ich will Sie bitten, dass Sie als herausragende Persönlichkeiten in Ihrem Heimatland, in Ihren Regionen, in Ihren Wahlkreisen diese Debatte ebenfalls voranbringen.

Möglicherweise wird schon in der Rede zur Lage der Union des Präsidenten Juncker im September über erste Präferenzen und Erkenntnisse zu sprechen sein. Und in jedem Fall wollen wir dem Parlament und dem Rat und dem Europäischen Rat für Dezember oder für das erste Quartal des nächsten Jahres Vorschläge für Schlussfolgerungen machen.

Entlang unserer Gesetzgebung ist die Kommission gehalten, ihren Vorschlag für den nächsten Finanzrahmen vor Jahresende vorzulegen. Unsere Vorarbeiten sind auch weit gediehen. Aber zwei wichtige Grundlagen sind derzeit und in den nächsten Monaten noch nicht gegeben. Zum einen: Wenn wir den Weißbuch-Prozess ernst nehmen und glaubwürdig durchführen wollen, dann müssen wir die eingehenden Stellungnahmen des Parlaments, von nationalen Parlamenten, Mitgliedstaaten, der Öffentlichkeit, Sozialpartnern abwarten, danach auswerten und dann gewichten – Option fünf, das ist Option drei, zwei, eins und vier oder ein Mix aus mehreren Optionen. Aber dies wird frühestens bis Jahresende, eher im ersten Quartal nächsten Jahres möglich sein.

Noch schwerwiegender: Wenn der Finanzrahmen – der Vorschlag der Kommission für den nächsten MFR – Haushaltsklarheit, Haushaltswahrheit, Realismus beinhalten soll, dann müssen wir wissen, was die finanzrechtlichen Auswirkungen des Austretens unserer britischen Freunde sind.

Da gehen wir davon aus, dass in der Durchführung des jetzigen Finanzrahmens keine schwerwiegenden Probleme entstehen. Ich bin den Briten dankbar – ich komme nachher darauf zurück –, dass sie die Halbzeitüberprüfung akzeptiert haben. 2018 ist ein Haushaltsentwurf, der auf stabilen Füßen steht. 2019 ab Ende März: unsere Erwartung, dass die Rechte und Pflichten des MFR von 28 Mitgliedstaaten eingelöst werden. 2020 der gleiche Fall. Warten wir es ab.

Dann gibt es nachlaufende Verpflichtungen, über die der Kollege Barnier mit Herrn Minister Davis in den nächsten Monaten zu sprechen hat. Ich bin mir sicher, wir wissen zum Jahresende weit mehr über Zahlungseingänge, über offene Rechnungen, über zustehende Beträge aus dem Haushalt auf dem Weg ins nächste Jahrzehnt, das Vereinigte Königreich betreffend. Deswegen – ich habe dies mit Ihrem Haushaltsausschuss und mit den Berichterstattern, Frau Thomas und Herrn Olbrycht, auch schon besprochen, ich habe es auch im Kreis der Fraktionsvorsitzenden und des Präsidenten vor einigen Wochen angesprochen – halten wir, die Kommission, es für vorzugswürdig, dass wir den Weißbuchprozess und unser Reflexionspapier einbeziehen für den nächsten MFR und dass wir so gut wie möglich die Auswirkungen des Brexit einbeziehen und deswegen Mitte nächsten Jahres, in jedem Fall vor der Sommerpause, vielleicht im späten Frühjahr, das heißt, so früh wie möglich und so spät wie sinnvoll – Haushaltsklarheit, Haushaltswahrheit – den nächsten Finanzrahmen vorstellen wollen.

Wir sprechen ergebnisoffen über fünf Jahre oder sieben Jahre – wir kennen die Argumente alle –, über fünf plus fünf Jahre, und wir sollten sehen, dass mit dem Reflexionspapier über traditionelle und neue Aufgaben und Verantwortlichkeiten in der Europäischen Union nachzudenken ist.

Ich sehe derzeit zwei oder drei Lücken bei den Finanzen Europas im nächsten Jahrzehnt. Die erste Lücke: Nach einer Transformationsphase werden uns nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs strukturell und jährlich wiederkehrend zehn, elf Milliarden Euro fehlen, weil die Briten Nettozahler gewesen sind – ob ihrer Wirtschaftskraft, ob ihres hohen Pro-Kopf-BNE. Und wir müssen diese Lücke schließen.

Und die zweite Lücke ergibt sich aus neuen Aufgaben, neuer Verantwortung, die man sinnvollerweise europäisch wahrnimmt. Ich will generell sagen, es muss unser Ehrgeiz sein – ich will dies ausdrücklich zu einem Gebot für alle meine Überlegungen machen: Für jeden Euro, für jeden Cent, den wir über den europäischen Haushalt europäisch investieren, sollten wir den Mehrwert nachweisen – *added value*. Das ist der Grundsatz der Subsidiarität. Das heißt, wenn eine Aufgabe, ein Projekt genauso gut, genauso kostengünstig von den Mitgliedstaaten erbracht werden kann, dann ist kein *added value* gegeben.

Ich will deswegen auch mit Ihnen, auch entlang des Papiers über die Frage sprechen: Was heißt denn Mehrwert? Vier Beispiele: Wenn wir ein Großforschungsprogramm oder ein Großprojekt wie Galileo oder Hochleistungsrechner oder Robotik gemeinsam angehen, weil dies kein Unternehmen alleine und wohl auch kein Mitgliedstaat alleine machen kann, ist ein Mehrwert da für die europäische Wirtschaft, unsere Arbeitsmärkte im globalen Wettbewerb.

Zweites Beispiel: Wenn wir die Schienenstrecke entlang der Donau von Österreich bis zum Schwarzen Meer ertüchtigen – grenzüberschreitend –, ist ein klarer Mehrwert da, wenn dies europäisch koordiniert und auch kofinanziert wird – die Fazilität „Connecting Europe“.

Drittes Beispiel – schon schwieriger: Erasmus+ ist eine große Erfolgsgeschichte. Man könnte auch sagen: Warum machen wir dies in der Finanzierung europäisch? Weil ich glaube, dass es zum einen die Menschen – junge Menschen – bildet, für Europa interessiert, ihnen Gelegenheit gibt, andere fremde Regionen, Kulturen, Sprachen zu kennen, Freundschaft oft fürs Leben zu schließen. Deswegen sehen wir einen Mehrwert darin.

Wenn aber jetzt eine Schienenstrecke in Bulgarien beginnt und in Bulgarien endet – in einem Land – und von uns kofinanziert wird über Kohäsionsfonds: Ist da ein Mehrwert da? Schon schwieriger. Ich glaube ja, und zwar, indem wir dadurch, durch diese Investitionshilfen, Mitgliedstaaten, in denen das Brutto sozialprodukt pro Kopf bei unter 10 000 Euro liegt, während es bei anderen Mitgliedstaaten bei 40 000, 50 000, 60 000 – dem Vier-, Fünf-, Sechsfachen – liegt, wettbewerbsfähiger machen, ihren Standort attraktiver machen, die Lebensqualität erhöhen und deswegen diese Mitgliedstaaten – unsere Bürger – näher an den europäischen Durchschnitt eines Einkommens, eines Lebensstandards, eines Arbeitsmarktes heranführen.

Aber wie gesagt: Die Definition „added value“ wollen wir pro Projekt und Programm je einzeln im Finanzrahmen nachweisen.

Sicherlich spielen die Kohäsionsfonds eine gewichtige Rolle. Deswegen bin ich dankbar, dass die Kollegin Crețu Koautorin war und dieses Papier mitverantwortet, denn ihre Programme sind für die Infrastruktur und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Europas von größtem Gewicht.

Neue Aufgaben sind auch Migration, Grenzschutz, Grenzkontrolle, Verteidigungsforschung, Verteidigung. Wenn man all diese neuen Aufgaben betrachtet, die man sinnvoller, kostengünstiger, effizienter europäisch wahrnimmt und damit die Mitgliedstaaten entlastet, dann kommt gleich nochmals eine Deckungslücke von zehn Milliarden hinzu, zehn plus zehn zumindest.

Und dann der Ehrgeiz, vielleicht Fonds von außerhalb – den Europäischen Entwicklungsfonds – in den Haushalt hereinzuholen, um damit dem Königsrecht des Parlaments vollauf zu genügen, und Sie in die Gesamtverantwortung als Ko-Gesetzgeber für alle Finanzströme auf europäischer Ebene zu bringen, könnte ein dritter Punkt sein. Und das müssen wir gemeinsam – und auch dem dient das Papier – prüfen, wie wir diese zwei bis drei Lücken – 20 bis 25 Milliarden Euro pro Jahr – schließen können. Der Weg zur Bank und Schulden sind uns verwehrt. Europa ist die einzige Ebene, die keine Schulden hat, auch nicht machen darf, nicht machen will – im Gegensatz zu Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen.

Wir sollten deswegen auch entlang der Optionen – wobei, wenn ich offen sein darf, Option zwei (Europa reduziert sich auf den Binnenmarkt, nichts mehr anderes) meine Option nicht ist, eine rein theoretische, fundamentale Option, ich bin eher zwischen fünf und drei und fünf und vier, aber noch ergebnisoffen angesiedelt – wissen: Bevor wir die Mitgliedstaaten um neues Geld bitten, müssen wir schauen, dass unsere Investitionen noch besser werden. Die Ausgabenbilanz dient dem. Wir müssen unsere Programme modernisieren, wenn es geht, vereinfachen, wir wollen mit noch mehr Flexibilität in die Zukunft gehen, wir sollten alles tun, dass die Investitionen Projekt für Projekt überzeugend sind und nachhaltig für Wirtschaftskraft, Standortqualität, Arbeitsplätze etwas bringen, und zwar nicht nur ein Strohfeuer, sondern dauerhaft.

So könnte es sein, dass wir sagen: Die Lücke Brexit müssen wir durch Optimierung und Kürzungen und Umschichtungen, aber auch durch neues Geld decken – 50/50 oder 40/60 oder 60/40. Aber neue Aufgaben, die wir wahrnehmen – wenn wir Verteidigungsinvestments, Waffenbestellungen ko-finanzieren, entlasten wir die Mitgliedstaaten –, das heißt, bei neuen Aufgaben brauchen wir zuallererst *fresh money*, ergänzende Einnahmen von den Mitgliedstaaten.

Eine wichtige Frage ist die Diversifizierung der Einnahmen. Sollen es nur Beiträge sein, etwas Zölle, ist die Umsatzsteuer noch aktuell, oder können nicht *own resources*, eigene neue Eigenmittel auf der Grundlage des Berichts von Mario Monti und seiner *High-Level Group*, eine sinnvolle Ergänzung sein? Wenn nicht jetzt, wann dann? Wenn man neue Aufgaben hat, nennenswert neue Aufgaben angeht, sollte man auch den Mut haben, neue Einnahmen dafür vorzuschlagen – in Ergänzung zu bestehenden Einnahmequellen. Die Anknüpfung an Energie, an das ETS-System, an CO₂-Emissionen und deren Kauf, oder die Finanztransaktionssteuer – es wurden neun Vorschläge gemacht. Wir warten auf Ihre Resonanz und die der Öffentlichkeit und werden dann mit Sicherheit zwei bis drei dieser vorgeschlagenen Optionen auf der Einnahmeseite in unserem MFR-Vorschlag im späten Frühjahr nächsten Jahres verankern.

Wir haben dann die Rabatte zu betrachten. Die Briten haben damals einen dauerhaften Rabatt ausgehandelt – Premierministerin Thatcher. Wenn die Briten gehen, ist dies eine Chance, nein, eine logische Veranlassung, dass dann auch alle anderen Rabatte, die nur wegen des Britenrabatts überhaupt erfunden wurden, geschaffen wurden, die rein rechtlich Ende 2020 auslaufen, nicht verlängert werden. Ich will, wenn die Mutter aller Rabatte geht, auch die Kinder entlassen und so eine deutliche Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung erreichen. Ein Haushalt ohne Rabatte und damit mit weit weniger Kuhhandel wäre ein Fortschritt auf dem Weg zu einer Entscheidung, namentlich bei den Mitgliedstaaten im Rat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nochmals zurückkommen und will Sie bitten – nicht, weil wir nicht arbeiten wollen, wenn Sie es erwarten, legen wir Ihnen vor Jahresende unseren Haushaltsrahmen vor. Aber wir werden dann mit Sicherheit im Sommer nächsten Jahres einen Ergänzungsvorschlag machen müssen, weil erst dann das Thema Brexitfolgen erkennbar wird. Meine Bitte ist: Nehmen Sie Kenntnis davon, dass die Kommission ihren Finanzrahmen für das nächste Jahrzehnt auf der Grundlage der Auswertung des Reflexionspapiers für Finanzen 2020, 2025 und auf der Grundlage eines belastbaren Zwischenergebnisses von Michel Barnier vor Sommer nächsten Jahres, im späten Frühjahr – so früh wie möglich, so spät wie sinnvoll, um Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit zu gewärtigen – Ihnen vorlegen wird.

Meine Bitte: Beteiligen Sie sich, und wenn wir schon mit unserem MFR später kommen, biete ich allen Fraktionen, dem Haushaltsausschuss und jedem Abgeordneten an, dass wir über Einzelpunkte, die klar sind – Wegfall von Rabatten, *own resources*, neue Schwerpunkte – schon früher durchaus politisch verbindlich diskutieren und Ihre Erwartungen möglichst umfassend in den sich dann entwickelnden Kommissionsentwurf schon im Vorfeld eingearbeitet werden. Die Zeit bis zum Sommer nächsten Jahres sollten wir so bestmöglich nutzen, damit danach unmittelbar auch die Beratungen mit dem Rat beginnen können – vielleicht sogar vor der nächsten Europawahl.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

José Manuel Fernandes, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, queria saudar o Senhor Comissário, cumprimentar todas as colegas e todos os colegas, e dar-lhe os parabéns, Sr. Comissário, pela ambição realista que coloca e pelo empenho.

Pelo lado do Parlamento, terá esse acompanhamento: ambição realista e empenho. Espero que do lado do Conselho haja a mesma vontade; espero que haja eco das nossas propostas, da nossa ambição, no Conselho.

Defendo um diálogo estruturado para este objetivo, que é o de termos o melhor o orçamento para a União Europeia no pós-2020. Falar de orçamento é falar aos cidadãos; é falar de emprego e, nomeadamente, de emprego jovem, de investigação e inovação, de agricultura, de pescas, de apoio às autoridades locais, de cultura, de apoio para a educação e para as universidades, de mobilidade, de vias de comunicação, de abastecimento público de água e de saneamento; é falar da melhoria da qualidade de vida, mas é também falar de competitividade; é falar também de solidariedade, que, na União Europeia, tem de existir entre os Estados-Membros e dentro dos Estados-Membros. E é, também, hoje, novas prioridades e falo da segurança e da defesa.

Precisamos de previsibilidade, precisamos também de estabilidade e isso tem um acréscimo em termos da nossa obrigação. Temos de apresentar, nesta legislatura, um quadro financeiro plurianual para a União Europeia. É uma obrigação que temos para com os cidadãos, para com aqueles que nos elegeram. As suas dicas, as suas propostas, algumas delas subtis, são importantes. Sublinho o reforço da dimensão social e, por exemplo, a Garantia para as Crianças.

Os objetivos da Estratégia da União Europeia, da Estratégia Europa 2020, continuam, mas, como referi, temos uma nova prioridade, que é a segurança e a defesa, e isto precisa de recursos adicionais, de financiamento adicional. As multas e as coimas, por exemplo, devem ficar no orçamento da União Europeia, não faz sentido que regressem aos Estados-Membros.

É também importante a flexibilidade e a simplicidade, e congratulo-me com a proposta para que os «rebates», as compensações, acabem. O valor acrescentado é algo que depende do local. O valor acrescentado não pode significar só grandes projetos ou projetos transfronteiriços. Há pequenos projetos que trazem um valor acrescentado enorme e a componente política, aqui, é essencial. Valor acrescentado também significa coesão económica, coesão social e territorial.

Eider Gardiazabal Rubial, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señor comisario, hemos leído con detalle el documento de reflexión, y si tuviera que destacar una frase sería esta: «Las preocupaciones y expectativas de los ciudadanos europeos deben ser un factor importante en la configuración del nuevo presupuesto de la Unión Europea».

En los últimos años, cada vez se espera más de la Unión a la hora de hacer frente a desafíos para los que no tiene ni las competencias ni los recursos financieros y, de hecho, Europa hoy no está pasando por sus mejores momentos. Hay cada vez mayor desafección precisamente porque no estamos haciendo lo suficiente, y a eso es a lo que tenemos que dar una respuesta: tenemos que proponer un proyecto valiente, que vuelva a ilusionar a los europeístas, que atraiga a las generaciones que no hemos vivido ni las guerras ni las dictaduras. Y eso es ahora o nunca.

Tenemos que responder a la llamada de auxilio de los refugiados desde Europa porque los Estados miembros no lo están haciendo. Tenemos que liderar la lucha contra el cambio climático frente a un Trump que es un pirómano. Tenemos que poner al alcance de los jóvenes una Garantía Juvenil Europea mayor porque les estamos negando el futuro y el presente.

Tenemos que europeizar la política de defensa y de seguridad porque juntos vamos a ser mucho más eficaces. Tenemos que seguir financiando, al cien por cien, la política agrícola común para asegurar alimentos de calidad y a un precio accesible, y tenemos que continuar con las inversiones productivas de la política de cohesión. Y, para eso, necesitamos un presupuesto solvente.

Es el momento de hablar de los nuevos recursos: tenemos que poner en marcha, de verdad, una tasa de transacciones financieras; necesitamos un impuesto europeo de sociedades. Tenemos que luchar contra el fraude fiscal; tenemos que acabar con los cheques regalo que reciben la mitad de los Estados miembros —por cierto, la mayor parte, de los ricos—. Y, por ejemplo, también tenemos que incorporar —es una propuesta— las multas que la Comisión Europea está poniendo a las empresas por infringir las leyes de competencia.

Presidente, señor comisario, esta mañana hemos recordado a Simone Veil. En su discurso como presidenta de esta Cámara dijo:

L'Europe de la solidarité, d'abord. Je veux dire de la solidarité entre les peuples, entre les régions et entre les personnes.

No veo mejor homenaje que definir el futuro de la Unión a partir de estas palabras.

Zbigniew Kuźmiuk, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Zabierając głos w tej debacie, chcę bardzo mocno podkreślić, że sugerowane przez Komisję cięcia wydatków budżetowych w związku z Bexitem i w konsekwencji brakiem około 70-100 miliardów euro w unijnym budżecie po roku 2020 są nie do przyjęcia dla większości krajów Europy Środkowo-Wschodniej. Cięcia te bowiem dotyczyłyby dwóch najważniejszych unijnych polityk: polityki spójności, wspólnej polityki rolnej, a to właśnie te polityki są najważniejszymi instrumentami wyrównywania poziomu rozwoju pomiędzy starymi i nowymi krajami członkowskimi. Co więcej, tego rodzaju ograniczenia wydatków z budżetu Unii są złamaniem zasady, że bardziej rozwinięte kraje Unii wpłacają do budżetu określone środki finansowe w zamian za nieograniczony dostęp – w tym przypadku do 150 milionów konsumentów krajów Europy Środkowo-Wschodniej – i mimo tego, że z tego tytułu osiągają kolosalne zyski, teraz będą próbowały zmniejszać obciążenia z tego tytułu. Z kolei propozycje cięć środków na wspólną politykę rolną w sytuacji, gdy już w obecnej perspektywie finansowej zostały one zmniejszone o 11%, to jest o 48 miliardów euro, przy nałożeniu na unijne rolnictwo dodatkowych zadań w zakresie ochrony środowiska, klimatu, krajobrazu i zapewnienia bioróżnorodności, wydają się wręcz próbą sabotowania ich realizacji.

Gérard Deprez, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, votre document de réflexion sur l'avenir des finances de l'Union européenne est vraiment très intéressant.

Je n'ai pas beaucoup de temps, aussi je vais me limiter à l'essentiel. Je partage totalement le souci exprimé dans votre document d'établir un lien entre le respect des valeurs fondamentales de l'Union et l'accès aux différents fonds européens de soutien aux investissements publics et privés. Les États membres qui se soustraient à la solidarité dans un domaine n'ont pas le droit d'exiger une solidarité dans d'autres domaines.

Je soutiens également – et je cite votre document – «la priorité qui est l'investissement dans les personnes». Je lis: «Une garantie pour l'enfance, soutenue par des fonds de l'Union européenne, pourrait ainsi être mise en place sur le modèle de la garantie pour la jeunesse». Voilà qui est neuf et intéressant, Monsieur le Commissaire.

Je suis en faveur de la création d'un mécanisme de stabilisation macroéconomique, joliment appelé dans votre document «fonds pour les mauvais jours».

Je soutiens l'idée de la création d'une réserve de crise financée par des crédits non utilisés d'exercices précédents et la création, dans les programmes de dépenses, d'une réserve non programmée, qui serait disponible pour faire face aux imprévus.

Enfin, en tant que corapporteur de ce dossier, j'appuie sans réserve la nécessité de mettre en œuvre, dans le prochain cadre financier pluriannuel, de nouvelles ressources propres. Ces ressources propres nouvelles sont indispensables, vous l'avez dit, pour faire face à trois réalités: les conséquences du Brexit, les charges résultant des nouveaux défis et les réticences, il faut le reconnaître, de beaucoup d'États membres à accroître leur contribution pour alimenter le budget de l'Union à partir de leur budget.

Les options que vous proposez dans ce domaine, ou en tout cas que vous suggérez, à la suite d'ailleurs du rapport Monti, sont pertinentes: fini les rabais, instauration d'un panier de ressources propres, en liaison directe avec deux objectifs prioritaires de l'Union – décarbonisation et approfondissement du marché unique – et des recettes nouvelles provenant de politiques européennes.

J'ajoute, Monsieur le Commissaire, que dans le cadre du prochain cadre financier pluriannuel, je suis partisan de limiter, d'ici à la fin de ce cadre financier, la proportion de ressources RNB pour l'alimentation du budget.

Xabier Benito Ziluaga, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, señor comisario, ¿cambiar de rumbo o seguir la misma receta fracasada de siempre ante los desafíos de Europa? Esa es la dicotomía de la Unión Europea.

El *brexit* requiere una remodelación presupuestaria, claro que sí: supone la pérdida de un contribuyente neto de en torno a 10 000 millones de euros anuales —el 7 % del presupuesto de la Unión Europea—. Pero es que también es un problema que sigan siendo las élites y los poderes financieros los que dictaminan las pautas para el futuro: más austeridad, más recortes, más desregulaciones, más privatizaciones, etcétera, etcétera, etcétera. Con la misma receta no van a obtener resultados milagrosos, sino lo mismo de siempre.

Por eso, debemos plantear un mayor presupuesto, al que los Estados contribuyan de manera equitativa, y planes de inversión públicos y serios, porque el plan Juncker se parece a un colchón para socializar pérdidas que ni promueve la transición energética, ni el cambio modelo, ni la cohesión entre los distintos territorios de la Unión Europea.

Mismas recetas, mismos resultados. Toca reinventar la Unión Europea.

Jordi Solé, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I welcome the latest of the Commission's reflection papers with the hope that all these reflections will not only foster the debate about the future of Europe, but also help us to make the right choices towards a political, social and sustainable Europe.

Most of us here would agree that Europe will have to face big challenges in the coming years, whether the need for a more inclusive and sustainable growth, the fight against inequalities and climate change or security issues. To face them, we will need not only a clear political will, leadership and ambition, but also money.

Therefore, we welcome the Commission's underlying idea to link the future EU budget framework with a clear project for Europe. Since we in the Greens/EFA Group would like to see a stronger, fairer, more efficient and greener Europe, we would also like to see a strong, fair, efficient, flexible and green financial framework, a budget able to deliver results where we are most in need of them, a budget that invests in the future – for instance by building better chances for our youth or increasing research and development for the good of all of society – and a budget aligned with crucial commitments such as those reflected in the Paris Agreement.

At the current pace, we are going to fall short on the 20% climate-related spending objective. However, we need to deliver more on climate by significantly increasing efforts and the share of climate-related spending. On the revenue side, there is a clear need to reform the own-resources system. With Brexit there is a unique opportunity to reform it and to scrap all rebates and corrective measures altogether. We should leave the current system – which is overly based on GNI contributions – behind and move towards a budget which is more autonomous of Member States' transfers.

To conclude, I ask the Commission to put forward not only thoughtful reflections, but also ambitious proposals for the next MFF.

Marco Valli, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho un'osservazione da fare a tutti i miei colleghi, perché vedo che giustamente guardano con preoccupazione al futuro delle risorse dell'UE. Il punto fondamentale qual è? Che nel momento in cui verranno meno le politiche monetarie messe in campo dalla BCE in questo periodo straordinario, avremo a che fare ancora con quello che è il problema strutturale economico dell'Unione europea, ovvero una situazione dove l'austerità espansiva non funziona, dove gli Stati membri piomberanno ancora, molto probabilmente, in una fase recessiva e dove sarà molto difficile chiedere un contributo maggiore a questi Stati.

Abbiamo bisogno di un'assoluta e anche veloce revisione di quelle che sono le problematiche legate all'austerità espansiva: è un controsenso, qualcosa che non funziona. C'è una droga monetaria in atto, bisogna suonare la sveglia adesso per riuscire a invertire questo *trend*, e poi potremo anche parlare, magari, di conferire qualche risorsa in più per dei progetti comuni interessanti. Ma finché rimarrà questo dogma legato all'austerità espansiva, ovvero un gran controsenso, non riusciremo a portare a casa nessun risultato.

Marco Zanni, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vedo con piacere che mentre l'Europa, quella vera (non l'UE), e i suoi cittadini affondano, la Commissione europea trova il tempo per riflettere, pubblicando decine e decine di *paper* vuoti di significato per far finta che ci sia una parvenza di democrazia e che le decisioni non siano prese prima a tavolino.

A mio avviso è già abbastanza chiaro quello che succederà con il prossimo quadro finanziario pluriennale post Brexit e quale sia l'idea della Commissione. Non, come sarebbe logico, a mio avviso, vista la dipartita di 60 milioni di cittadini dall'UE, ridurre gli impegni e i pagamenti, ma chiedere ancora più soldi ai cittadini europei con nuove tasse comunitarie mascherate dietro il nome «risorse proprie» o con un incremento dei trasferimenti, soprattutto da parte dei paesi contributori netti come il mio paese, l'Italia.

Accolgo con piacere quello che diceva il commissario per quanto riguarda l'efficacia e i risultati portati dalle linee di bilancio, ma alle parole devono seguire i fatti. Da troppo tempo stiamo parlando e abbiamo parlato di *performance budgeting* senza fare niente.

Io voglio sapere quali risultati concreti producono grosse linee di bilancio e grosse linee finanziarie del bilancio, e se ci sono – e secondo me ci sono – linee di bilancio o compiti che possono essere fatti meglio a livello nazionale. Parlo, ad esempio, degli 8 miliardi che abbiamo speso per la Garanzia per i giovani, senza sensibili risultati: ci sono milioni e milioni di disoccupati nell'Unione europea e i giovani disoccupati hanno raggiunto cifre record. Parlo dei 5 miliardi di fondi di preadesione che diamo alla Turchia, un paese guidato da un dittatore. Parlo dei miliardi di euro spesi dalla Commissione ogni anno per propaganda.

È chiaro che bisogna fare un ragionamento più profondo e che il prossimo quadro finanziario pluriennale deve basarsi su un bilancio che non venga utilizzato come propaganda politica, come oggi purtroppo succede.

Diane Dodds (NI). – Mr President, during last year's referendum people in the United Kingdom were told that a vote to leave the European Union would bring upheaval almost from day one. So dire were the consequences, we were told, that sticking with the EU was really the only show in town.

This reflection paper on the EU's future finances makes grim reading for taxpayers across the remaining Member States. It points to a EUR 12 billion annual shortfall as a result of the UK's exit. Now, as before, the Commission goes down a predictable path of creating new spending priorities – spending on the European common defence policy, the challenges of migration and other ambitious plans could well add another EUR 12 to 13 billion to the deficit, making it in the region of EUR 25 billion per year.

Commissioner Hogan has confirmed a three billion black hole in the common agricultural policy budget. Just last week, Commissioner, you confirmed that other major programmes would not be immune to cuts. Inevitably, this will mean that countries like Germany, France and the Republic of Ireland will pay in more and will receive less in return. It will inevitably mean the raising of further direct taxes from citizens in order to finance these grand ambitions.

These are challenging times for all of us. We are entering a crucial phase of negotiation on the UK's departure from the EU. Reading this report should remind this House just how important it is that we construct an agreement that is to the mutual benefit of all of our citizens, and not just the federalist ambitions of some.

Jan Olbrycht (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Minęło zaledwie kilka dni od opublikowania dokumentu otwierającego debatę na temat przyszłości finansowania. To dowodzi tego, jak poważnie Parlament Europejski traktuje tę debatę, gdyż natychmiast reaguje na propozycję Komisji Europejskiej. Ta propozycja otwiera dopiero możliwości poważnej rozmowy na temat finansowania Unii Europejskiej. Ale zwróćmy uwagę, że ten dokument nie jest pisany dla Parlamentu Europejskiego. Ten dokument jest również pisany po to, żeby otworzyć debatę wśród rządów państw członkowskich. Ta debata musi się toczyć równolegle. Z dużą niecierpliwością będziemy czekali również w Parlamencie na to, co rządy państw członkowskich powiedzą, jak zareagują na tą propozycję. Propozycja, która dzisiaj zgodnie z białą księgą rozpisana jest na kilka scenariuszy, stawia podstawowe pytanie: czy jesteśmy w stanie zrobić więcej za mniej pieniędzy? Czy jest to w ogóle wykonalne? Wydaje mi się, że pierwsza reakcja Parlamentu Europejskiego po dokładnym zapoznaniu się z tym dokumentem brzmi: tego się nie da zrobić. Nie da się zrobić więcej za mniej pieniędzy. W związku z czym Parlament Europejski oczywiście podejmuje działania dotyczące debaty. Będziemy bardzo dokładnie dyskutowali na temat tego, co zaproponować Unii Europejskiej, co zaproponować rządowi, po to żeby udowodnić, że nie da się tego zrobić tak, jak zaproponowano i że trzeba absolutnie zmienić podejście do finansowania Unii Europejskiej.

Isabelle Thomas (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, je tiens à vous féliciter pour la qualité du document de réflexion que vous avez produit et je veux saluer votre volonté de mettre en place un dialogue sérieux, franc et ouvert avec le Parlement. Nous serons au rendez-vous de cette discussion. Dans ce dialogue, nous ne serons ni opposants stériles ni simples aiguillons, mais partenaires pour construire ensemble le projet de financement de l'avenir de l'Union européenne.

L'article 25 du cadre financier prévoyait que la Commission présente son projet de futur cadre financier avant le 1^{er} janvier 2018. Je ne veux pas jouer la procédure au détriment de la politique. Cependant, je vous alerte sur la crédibilité de nos institutions. Comment demander à nos concitoyens de respecter la loi si, nous-mêmes, nous nous en affranchissons? À tout le moins, l'approbation des colégislateurs s'impose.

Quoi qu'il en soit, il est temps de commencer le travail sur les orientations financières de l'Europe après 2020. Or, c'est un bien étrange exercice auquel nous devons nous livrer que de préparer le futur financement de l'Union sans en avoir défini ni la stratégie, ni le niveau d'ambition, ni les priorités. Chacun attendait que la Commission exerce son pouvoir d'initiative et indique clairement sa proposition de trajectoire pour l'avenir de l'Union. Malheureusement non, nous sommes confrontés à cinq scénarios alternatifs. Je préfère être honnête, le Parlement ne travaillera pas sur cinq scénarios, mais sur sa vision et ses priorités pour l'Union.

Monsieur le Commissaire, je partage votre constat de sous-dimensionnement du cadre financier actuel. Je partage votre inquiétude sur la réduction tendancielle des plafonds de dépenses depuis 1993. Je partage vos critiques sur les rabais et sur le système actuel des recettes budgétaires de l'Union, dominé par la contribution des États membres, qui induit fatalement la logique mortifère du juste retour. Je partage aussi vos exigences démocratiques quant à la durée, à l'unité budgétaire et à la sincérité du prochain cadre financier. Enfin, je veux m'accorder avec vous sur la plupart des objectifs que vous indiquez, comme la puissance économique, la durabilité, la solidarité et la sécurité.

Cependant, en vous lisant, je vois resurgir l'impossible équation qui consiste à vouloir faire plus avec moins de moyens. Investissement, migration et jeunesse ont constitué de nouveaux programmes dans l'actuel cadre financier, avec toutes les difficultés de financement que nous avons rencontrées et les sacrifices que nous avons dû opérer sur des programmes clés, comme la recherche. Vous y ajoutez – et nous pourrions en convenir – de nouveaux engagements liés aux questions de sécurité et de défense. Ces dépenses ne pourront en aucun cas se faire au détriment des programmes de solidarité, tels que la cohésion, la jeunesse, le social ou l'aide au développement. À dépenses nouvelles, recettes nouvelles!

Notre avenir devra reposer sur trois piliers: une solidarité consolidée pour nos concitoyens et nos territoires; une puissance économique orientée vers le développement durable, qui nous conférera autonomie énergétique et alimentaire; une politique de sécurité pour nous assurer la paix. Enfin, Monsieur le Commissaire, nous serions enclins à refuser le sous-dimensionnement budgétaire actuel et plus motivés que jamais pour exiger de nouvelles ressources propres pour l'Union européenne, comme vous le proposez.

Je vous souhaite et je nous souhaite le plein succès pour porter ensemble une ambition digne de ce nom pour l'Union européenne.

Peter van Dalen (ECR). – Het vertrek van het Verenigd Koninkrijk slaat elk jaar een gat van ongeveer 10 miljard euro in de Europese begroting. De vraag is natuurlijk: wie gaat dat betalen? Niet de lidstaten. Want dan zou de brexit een straf zijn voor de nettobetalers die achterblijven. En ook niet de Europese Unie die dan belastingen gaat heffen. Belastingheffing is voorbehouden aan landen, aan staten, en de Europese Unie is geen staat. Dus er is maar een oplossing: er moet bezuinigd worden! En dat kan onder andere als volgt.

Laten wij de structuurfondsen nou eens echt besteden aan de armere regio's in Europa. Een land als Nederland kan best zijn eigen fietspaden financieren, dat hoeven wij niet te doen. Dus laten we die structuurfondsen aanpakken. Dat is één.

Twee: in Engeland bevinden zich op het ogenblik de Europese Bankautoriteit en het Europees Geneesmiddelenbureau. Laten die naar Straatsburg komen. Het Parlement kan weg uit Straatsburg, dat scheelt honderden miljoenen per jaar. Drie: stoppen met de pretoetredingsgelden voor Turkije. Vier: het Economisch en Sociaal Comité kan worden opgeheven. Vijf: minimaal de helft van alle agentschappen kan verdwijnen.

De brexit biedt kansen: bekwaam bezuinigen dus!

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.)

Maria Grapini (S&D), Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”. – Am ascultat punctul de vedere legat de acest document de reflecție. Credeți însă că nu este nevoie ca, prin noul buget pentru finanțarea Uniunii Europene, să stabilim niște obiective care să ducă în primul rând la coeziune socială? Pentru că nu am auzit în prezentarea domnului comisar acest lucru.

Peter van Dalen (ECR), “blauwe kaart”-antwoord. – Wat die sociale cohesie betreft, daar heb ik een duidelijk punt over gemaakt in mijn toespraak. De structuurfondsen moeten we nu veel meer echt richten tot de regio's in Europa die dat geld werkelijk nodig hebben, omdat die een achterstand hebben ten opzichte van vele andere delen van Europa.

Dus dat betekent dat wij de structuurfondsen kunnen concentreren op bepaalde regio's die dat echt nodig hebben.

En een land als Nederland, ik zei u al: in mijn land worden bijvoorbeeld fietspaden mede betaald door de Europese Unie. Dat is echt niet nodig. Dat kunnen we prima zelf betalen. Dus meer *dedicated* structuurfondsen, en dat betekent niet alleen sociale cohesie. Dat betekent óók bezuinigen.

Искра Михайлова (ALDE). – Г-н Председател, г-н Комисар, бих искала да приветствам публикуването на така очаквания документ за размисъл относно бъдещето на финансовите средства на Европейския съюз до 2025 година и преди всичко прагматичния и реалистичен подход, заложен в него. Основните акценти, които искам да подчертая, са преди всичко търсенето на добавена стойност и максимално въздействие при финансиране на приоритетите на Европейския съюз.

Редуцираният бюджет на Съюза се очаква да играе по-голяма роля в нови области на политиката като миграция, вътрешна и външна сигурност и отбрана на Европейския съюз. Засиленият фокус и стремеж към по-голям ефект в борбата срещу изменението на климата е намерило място в доклада.

Подкрепата за структурните реформи в държавите членки създава необходимите условия за изпълнението на европейските политики и естествено трябва да бъде продължено като тенденция в подготовката на многогодишната финансова рамка. Европейското териториално сътрудничество е един от примерите за добавена стойност, когато с минимален ресурс се постига максимален ефект.

Martina Michels (GUE/NGL). – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine lieben Kollegen! Das Reflexionspapier zu den EU-Finzen steuert mit seiner Prioritätensetzung in die falsche Richtung. Ganz vorne stehen für Sie: Binnenmarkt, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Bei der Solidarität hingegen werden in vier von fünf Szenarien Kürzungen in Kauf genommen. Ein Fehler, wie ich finde. Denn Kohäsionspolitik kann Regionen nachhaltig stabilisieren, und genau damit ist sie ein Fundament für ein wettbewerbsfähiges Europa. Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass Lebensbedingungen angeglichen und verbessert werden, und sie erwarten, dass dies Vorrang vor Wettbewerbsideologien hat, die nur international erfolgreichen Unternehmen nützen.

Dieses Parlament hat sich im Juni für eine Kohäsionspolitik ohne Zwangsjacke und ohne Vorrang von Finanzinstrumenten ausgesprochen, welche die demokratische Kontrolle der Daseinsvorsorge weiter aushebeln. Ändern Sie den Kurs und halten Sie ihn direkt auf ausreichend finanzierte europäische Solidarität, auf den Zusammenhalt der Regionen!

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident! Wir reden also heute über das Diskussionspapier der Kommission zur Zukunft der Finanzen der EU, also über Steuergeld. Dem ist vorangestellt ein Zitat von Jean-Claude Juncker, das heißt: „Wir brauchen einen Haushalt, um unsere Pläne zu verwirklichen. Daher stellt der Haushalt für uns ein Mittel zur Erreichung unserer politischen Ziele dar.“ Die EU hat sich mittlerweile über die Mitgliedstaaten erhoben und will sie abschaffen. An die Stelle souveräner Nationalstaaten soll ein Zentral- oder Bundesstaat – ein Superstaat – treten. Wenn sich die Haushaltsmittel nach dem bemessen, was die politischen Ziele sind, dann sage ich: Keinen Cent für diese Europäische Union, denn die Auflösung der Nationalstaaten ist nicht unser Ziel.

Wenn es aber das Ziel ist, ein Europa der Vaterländer wieder zu stärken und die Vaterländer zu stärken, dann bin ich gerne dabei, den Haushalt zu unterstützen. Ich denke, dann reichen wahrscheinlich 15 Milliarden statt 150 Milliarden.

Auke Zijlstra (ENF). – Ik heb het stuk van de Commissie helemaal gelezen en het is een lang halleluja-verhaal. De Commissie vindt de Europese Unie een succes. En nu wil de Commissie meer geld op een nieuwe manier. Maar in de praktijk levert de Europese Unie helemaal niet. Niet op het gebied van werkgelegenheid of economische groei, en al helemaal niet op het gebied van veiligheid. Maar de Europese Unie geeft wel heel veel uit: miljoenen aan verre vreemde dictators, aan de Frontex-veerdienst voor illegalen naar Europa en aan ontwikkelingshulp die nog nooit iets heeft opgeleverd. Voorzitter, het gaat er niet om hoe het geld binnen moet komen. Het gaat erom dat de EU-begroting weggegooid geld is.

En Voorzitter, wat niets kost en wel werkt is vrijhandel! Daar moeten we meer van hebben. En nee, dat zijn dus niet die handelsverdragen die de Europese Commissie probeert af te sluiten. Wat niet werkt en wel veel kost dat is de Europese Unie zelf. Daar moeten we minder van hebben. Veel, veel, veel minder!

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, τα έσοδα της Ευρωπαϊκής Ένωσης και γενικότερα τα οικονομικά της αποτελούν ίσως τη σημαντικότερη συζήτηση. Τις επιστροφές πόρων που πραγματοποιεί η Ένωση στα κράτη μέλη τις έχουν πληρώσει οι ίδιοι οι Ευρωπαίοι πολίτες. Δεν αναφέρομαι μόνο στα χρήματα που καταβάλλει το κάθε κράτος, αλλά κυρίως στη χαμένη εθνική κυριαρχία και την υποθήκευση του εθνικού πλούτου που είναι και το πραγματικό αντίτιμο για τις παροχές της Ένωσης.

Η Ένωση είναι πρόθυμη να χρηματοδοτεί και να επιχορηγεί δημόσια έργα και υποδομές, γιατί γνωρίζει ότι αυτός είναι ο ευκολότερος τρόπος για να επιβάλλει την οικονομική και πολιτιστική επεκτατική πολιτική της. Οι περιπτώσεις της Ελλάδας, αλλά και της Ουγγαρίας και της Πολωνίας αποδεικνύουν ξεκάθαρα ότι το πρώτο πράγμα που προτίθεται να κάνει η Ένωση μόλις κάποιο κράτος προσπαθήσει να ακολουθήσει διαφορετική πολιτική είναι πολύ απλά να κλείσει την παροχή των χρημάτων. Με το ένα χέρι δίνει η Ένωση, αλλά επιδέξια με το άλλο παίρνει πολύ περισσότερα.

Όμως οι λαοί της Ευρώπης πλέον έχουν αρχίσει να αμφισβητούν ανοιχτά την πολύ καλά οργανωμένη επιχείρηση της Ένωσης. Μπορείτε να κάνετε όσα σχέδια θέλετε για τους μελλοντικούς πόρους της Ένωσης, αλλά σύντομα οι εξελίξεις θα καταστήσουν τα σχέδια αυτά άνευ ουσίας.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Domnule comisar, cred că documentul prezentat de dumneavoastră este un document foarte bun. Ați pus toate întrebările pe masă. Acum, în debaterile ulterioare, trebuie să găsim răspunsurile și despre durată și despre resurse proprii și despre cum acoperim pierderile generate de plecarea Marii Britanii și ce înseamnă finanțarea politicilor prioritare noi, apărare, securitate și despre continuarea politicilor actuale de coeziune, de agricultură. Deci, cred că este un document care creează baza pentru discuțiile următoare. Însă, cred eu, în același timp, că MFF-ul trebuie aprobat înainte de alegerile din 2019. Eu cred că oamenii trebuie să știe, trebuie să afle de la noi ce înseamnă Europa în viitor. Trebuie să știe ce înseamnă viața lor în continuare. Și dacă rămânem să discutăm doar despre Brexit, cred că vom avea o mare problemă și, de aceea, rugămintea mea și cred că și a multora dintre colegii noștri este de a veni cu această propunere cât mai repede posibil. Dumneavoastră ați menționat că trebuie să țineți cont de Brexit. E adevărat, trebuie să țineți cont de Brexit pentru că dispar niște bani însă trebuie să țineți cont în sensul că trebuie să găsiți resurse proprii, trebuie să găsiți flexibilitate, cum trebuie acoperită această pierdere. Dar nu cred că Brexit-ul trebuie să influențeze decizia Europei pentru viitor. Ați menționat, de asemenea, valoarea adăugată. Cred că, este adevărat, trebuie să existe valoare adăugată, definiția însă trebuie să o discutăm pentru că și piața unică are valoare adăugată și câteodată creează probleme.

Daniele Viotti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio la Commissione e il commissario per il lavoro che stanno facendo e per la discussione, e naturalmente anche i colleghi. È una discussione di alto profilo, di alto livello, che ci costringe a rispondere alle sfide, alle domande che ci si pongono davanti. E la domanda principale è, quando si discute di qualcosa che ha a che fare con il futuro, che tipo di Europa vogliamo per i prossimi anni. Questa è la domanda fondamentale.

C'è un'Europa che sopravvive a se stessa e sopravvive a quello che essa è stata fino ad ora, oppure c'è un'Europa che invece torna a crescere, un'Europa che prova a sfidare la modernità e la contemporaneità, un'Europa che prova a rilanciare il proprio progetto politico e a rilanciare le proprie politiche.

Il prossimo quadro finanziario su cui dovremo lavorare, su cui siete chiamati a lavorare – e poi noi, conseguentemente – deve dare delle risposte certe ai cittadini per i prossimi anni. Non si può più avere un quadro finanziario che è incerto e indeterminato. Devono essere date risposte certe, soprattutto devono essere risposte certe, nuove, innovative e anche definitive, con un orientamento e un orizzonte molto, molto chiari. E queste risposte devono essere date soprattutto ai giovani, che non hanno avuto risposte in questi anni, alle imprese, agli investitori e ai cittadini in generale.

Io comprendo molto bene il discorso che Lei fa, commissario, sulla necessità di lavorare con urgenza, ma anche di aspettare gli eventi, il voler aspettare l'estate prossima per avere un quadro chiaro, per capire che quadro presentarci per il prossimo quadro finanziario. Però, vede, noi abbiamo bisogno che queste sfide, queste risposte che i cittadini aspettano, vengano date e vengono date abbastanza in fretta. E su questo io vorrei dire che abbiamo bisogno di legare anche il tema delle risorse proprie, contemporaneamente, abbiamo bisogno di un bilancio nuovo, moderno e anche indipendente dalle volontà degli Stati membri.

Janusz Lewandowski (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Projektowanie i uzgadnianie wieloletnich ram finansowych, to nigdy nie jest *business as usual*. Poprzednia perspektywa 2007-2013 musiała uwzględnić wszystkie finansowe skutki historycznego rozszerzenia Unii Europejskiej – dziesięć krajów, później Bułgaria, Rumunia, Chorwacja – wszyscy beneficjenci netto. Obecna perspektywa finansowa powstawała w cieniu wielkiego kryzysu gospodarczego i pod ogromną presją, jaką wywierał premier Cameron, a wywierał presję na redukcję budżetu po to, żeby uniknąć Brexitu, po to by przekonać Anglików, że można zaoszczędzić na Europie. I paradoksalnie teraz ten projekt, który się będzie rodził ma Brexit jako największą niewiadomą, bo budżet to jest wizja Europy w liczbach. Budżet jest o liczbach i ciężko układać ten budżet mając niewielkie pojęcie o tym, jak będzie wyglądać porozumienie finansowe z Wielką Brytanią. Tak że sensowne wydaje się opóźnienie jego przedłożenia przez Komisję na rok przyszedł.

Mamy na razie pięć scenariuszy, z których piąty – chyba najbliższy wyobrażeniom Parlamentu – jest napisany tak, aby go raczej odrzucić. Dlatego że mówi się tam o „znacznym wzroście”. Kto zgodzi się dzisiaj na „znaczny wzrost”? Gdyby napisano „racjonalny wzrost” albo „uzasadniony wzrost”, być może byłoby to bardziej strawne w obecnym klimacie Unii Europejskiej. Natomiast po dobrej stronie zauważam gotowość do ruszenia strony dochodowej budżetu. Pojawia się tu jakaś szansa w związku z Brexitem.

Jens Geier (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne eine Minute nutzen, um über mein Heimatland zu reden, über Deutschland. Hier hat eine frühere Bundesregierung bei den Verhandlungen über den mittelfristigen Finanzrahmen durchgesetzt, dass der Beitrag aus den nationalen Haushalten auf damals ein Prozent des Bruttonationaleinkommens beschränkt werden soll.

Heute sehen wir, dass dies, was damals in Deutschland durchaus als Erfolg empfunden worden war, die EU in Probleme stürzt. Denn der europäische Haushalt ist unterfinanziert, und angesichts der neuen zusätzlichen Herausforderungen – ich nenne nur mal die Bekämpfung von Fluchtursachen und die Verbesserung des Grenzmanagements – ist das fatal.

Jetzt passiert etwas Interessantes: Regierungsmitglieder der aktuellen Regierung sagen, wir sollten uns die EU durchaus mehr kosten lassen. Denn in Deutschland setzen sich zwei Erkenntnisse durch. Erstens: Es geht Deutschland nur dann gut, wenn es auch unseren Nachbarn gut geht. Und zweitens: Wer die Finanzströme untersucht, sieht, dass das Geld, das z. B. über die Strukturfonds in die EU-Staaten fließt, als Einkäufe oder als Aufträge in die Bundesrepublik zurückfließt.

Lassen wir uns daher mutig darüber diskutieren, wie das weitergehen soll, was die EU sich künftig leisten können soll und wie die Ansprüche, die wachsen, finanziert werden können. Ich bin dafür, die Unterfinanzierung zu beenden, die Rabatte zu beenden, das BNE-Eigenmittel wieder zu erhöhen und neue Eigenmittel zu schaffen.

Mairead McGuinness (PPE). – Mr President, I would like to thank the Commissioner for his paper and to convey my apologies, as I listened to part of your contribution, Commissioner, because another meeting, on Brexit and the budget, beckoned. So we were linked, but not in the same room.

I have studied this paper and I am happy that you have set out scenarios that are not all pessimistic, because I was concerned – certainly as a Member of the Committee on Agriculture and Rural Development I was concerned – that the narrative in this debate was about taking money from the common agricultural policy and giving it to new areas or to other policy areas. I think that the idea of robbing Peter to pay Paul is unhelpful. It is very unhelpful to say to the rural parts of Europe that they must lose funds to other policy areas.

There are some interesting ideas in this paper, and some challenging ideas too around possible reforms of the common agricultural policy, including the distribution of payments, and some food for thought around how we will design a policy that meets the challenges of climate change and biodiversity and delivery. But let us not forget the income challenge in agriculture and in rural areas. It is frankly enormous, so this paper is really important.

We also need to hear from the Commission, and I think Commissioner Hogan will be delivering on the commitment on sustainable food supply chains, and on action to tackle unfair trading practices. So I think we are making progress – and thank you, Commissioner.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Képviselő Asszony! Abszolút a szívemből szólt, ami a vidék ügyét illeti. De tulajdonképpen így teoretikusan hadd tegyem föl azt a kérdést, hogy amikor a mezőgazdaság feladatait megfogalmazzuk, akkor látjuk-e azt a tényt, hogy Európa lakosságának 20%-a, egyötöde a mai napig is alultáplált? Magyarul, én nem tudom elképzelni azt, hogy hogyan lehet kevesebb pénzből az ilyen problémákat megoldani.

Mairead McGuinness (PPE), *blue-card answer*. – If I understand the question, I suppose my answer would be that I agree with you. I think that, in a world where we have more demands and more policy areas that need support and we are concerned about existing areas including rural communities, then we do need more resources. But I also think we have to answer as to how money is spent. The Commissioner makes the point very strongly in this paper that we have to demonstrate added value, so it is incumbent on us here in the House to show that our policies, which we defend, do add value.

Constanze Krehl (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar! In Ihrem Reflexionspapier nimmt Kohäsionspolitik einen breiten Raum ein – danke dafür. Aber wenn ich mir die verschiedenen Szenarien ansehe, die Sie aufbereiten, dann kommt Kohäsionspolitik nicht ausreichend berücksichtigt vor. Kohäsionspolitik darf eben nicht zum Sündenbock für falsch verstandene Sparpolitik werden, und sie darf auch nicht als Finanzierungsquelle für neue Herausforderungen herangezogen werden. Wir können Verteidigungspolitik und Kohäsionspolitik nicht gegeneinander ausspielen. Kohäsionspolitik muss auch zukünftig für alle Regionen offenstehen. Der *added value* liegt auf der Hand.

Alle Bürgerinnen und Bürger müssen spüren können, dass die Europäische Union sich um ihre Probleme kümmert und sie unterstützt. Ja, wir brauchen Reformen. Wir brauchen Vereinfachung. Wir brauchen eine bessere Kommunikation über das, was wir erreicht haben. Wir brauchen mehr Flexibilität. Reformen ja, aber Kürzungen in der Kohäsionspolitik, das brauchen wir nicht.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – Panie Przewodniczący! W refleksji nie można pomijać faktów, istniejącej rzeczywistości. W obecnej perspektywie finansowej budżet na rolnictwo został obniżony o 11,5 %, to jest o 48 mld euro. Mamy wyjątkowo trudną sytuację w rolnictwie. Średnie dochody rolników spadły już poniżej 50 % w porównaniu do innych grup zawodowych. Drastycznie maleje liczba młodych rolników, następuje szybkie starzenie się wsi i wyludnianie. Na wielu obszarach wręcz zanika życie. Liberalizacja handlu zewnętrznego zbyt często pogarsza pozycję konkurencyjną naszych rolników. Kraje, które przystąpiły do Unii po 2004 roku potrzebują nadal znacznego wsparcia dla modernizacji swojego rolnictwa. Nowe wyzwania, takie jak bezpieczeństwo i obronność? Pamiętajmy, że jednym z wymiarów bezpieczeństwa jest bezpieczeństwo żywnościowe. Nowe miejsca pracy? Możemy tworzyć je na obszarach wiejskich, np. poprzez odnawialne źródła energii. Rolnicy wytwarzają wiele dóbr publicznych ważnych dla ludzi, środowiska czy klimatu, które należy wycenić i za które należy płacić. Musimy wyjaśnić podatnikowi europejskiemu, co otrzymuje od rolników dzięki środkom wspólnej polityki rolnej.

Eric Andrieu (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, je vous remercie à la fois pour le document que vous nous avez fourni et pour votre approche fondée sur des scénarios, mais également pour les propos que vous avez tenus tout à l'heure à propos des nouvelles missions et des nouvelles ressources. En effet, nous parlons beaucoup de ressources.

Je voudrais attirer votre attention sur les missions, comme cela vient d'être fait, et en cela, porter le regard sur l'enjeu de la politique agricole commune. Il va certainement falloir réorienter la PAC, considérer différemment le monde du vivant, lier l'agriculture à l'alimentation, à la santé humaine et à la protection de notre environnement.

Mais il y a un enjeu essentiel sur lequel je souhaiterais attirer votre attention. C'est l'enjeu de la sécurité alimentaire. Effectivement, nous ne pouvons plus penser nos politiques au sein de l'Union européenne en nous regardant et en restant dans l'entre-soi. Nous devons regarder ce qui se fait ailleurs, sur les autres États-continentaux: au moment où tous les autres États-continentaux augmentent leur budget en matière de politique agricole et alimentaire, il serait totalement inconséquent qu'à l'échelle de l'Union nous le diminuions.

J'attire votre attention sur la politique de la Chine qui, aujourd'hui, pense à moyen et long terme la stratégie en matière agroalimentaire à l'échelle continentale.

Nous devons nous inspirer, à l'échéance des vingt ans à venir, de ces politiques-là.

Lambert van Nistelrooij (PPE). – Mr President, I would like to thank the Commissioner very much for the good presentation today and the ideas behind it. In fact, when you talk about added value, we can immediately go to the centre: it means to keep Europe together. It does not mean the parts of Europe that are the winners. The rest are followers and what do we do with the rest of the rest? Give it to the Chinese? Sell it? This is the key point when we talk about cohesion.

As you said, there are new priorities, but beyond that we can be more creative in the way we deliver our funds and our economic, social and territorial cohesion. Here we might come up with a framework with rules under which funds can work better directly for citizens and for the beneficiaries. Let me say one thing about the speed that we need: if you can come forward with your MFF at the beginning of next year, we will, as Parliament, finalise the work on the regulations before the elections. This is in fact what we have to do: added value in the work we deliver here and you in the Commission.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, alors que l'Union européenne doit faire face à de nouveaux domaines stratégiques, comme l'immigration, la sécurité intérieure, la défense, pour ne citer que ceux-là, elle doit en même temps assurer ses compétences en matière de cohésion, de politique agricole commune, de développement économique, d'intervention humanitaire, etc.

Elle est aujourd'hui face à son destin. Sera-t-elle capable, comme le dit Apollinaire, de «rallumer les étoiles»? L'article 311 du traité FUE est clair: l'Union se dote des moyens nécessaires pour atteindre ses objectifs et mener à bien ses politiques. Le Brexit ne peut pas servir d'excuse, et nous devons trouver de nouvelles ressources.

Qui dit «nouveaux impôts européens» ne dit pas forcément «surcharge pour les citoyens européens». Qui dit «nouvelle taxe communautaire» ne dit pas «perte de souveraineté pour les États». La taxe sur les transactions financières, celle sur le CO₂, et l'imposition des multinationales sont, entre autres, des pistes que nous devons explorer pour amener de vraies ressources propres afin de relever de nouveaux défis et, finalement, de «rallumer les étoiles».

Monika Hohlmeier (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn wir uns noch so mühen, so wird es nicht unendlich viel Geld geben, unabhängig davon, ob die Regierungen schwarz, rot, grün oder wie immer sie auch aussehen werden. Wir werden uns also Gedanken machen müssen – anhand der fünf Szenarien, die präsentiert worden sind – welche Aufgabenbereiche zu überdenken und zu überprüfen sind. Wo waren wir vielleicht auch nicht so erfolgreich, wie wir es uns vorgenommen haben, und wollen es vielleicht auch nicht schönreden und sollten es auch nicht schönreden? Wo müssen wir uns verändern, wo müssen wir innovativer sein? Und ich glaube, dass Innovation und gerade Wissenschaft und Fortschritt einer der wichtigsten Bereiche sind, um für junge Menschen Perspektiven zu schaffen, dass wir nicht einfach an allem festhalten und glauben, dass wir noch zusätzlich etwas drauf-satteln können. Und wenn man die fünf Szenarien durchliest, dann lese ich die so, dass es potenziell auch neue Aufgaben gibt, und für die wird es zusätzliche finanzielle Mittel geben müssen, weil es ganz konkrete neue Aufgaben sind. Dann wird der Anteil der alten Aufgaben zum Teil geringer sein, weil das Portfolio insgesamt einen größeren Aufgabenumfang hat. Ich wünsche uns, dass wir einfach offen und konkret an diese Aufgabenstellungen herangehen und damit beweisen, dass die Europäische Union das Geld sinnvoll ausgibt und damit auch sinnvoll umgehen kann.

Gunnar Hökmark (PPE). – Mr President, you have to cut your coat according to your cloth: if you have less money you need to adapt to that. A problem when we discuss the budget of the European Union is that we tend to forget that the main areas of public spending in Europe are at Member State level. Healthcare, social security, pension systems, defence, schools, education, universities – that is where the bulk of public spending is and must be. And what we can do at European level is in addition to those things and addressing the special challenges we have.

We need to put pressure on Member States to prioritise, because they have their deficits, and we should not live in the illusion that we can simply move money around, creating bigger deficits or higher taxes without priorities. The watchword now, and from now on, must be priorities. We cannot have the same priorities today as we had yesterday, nor the same priorities in the future as we have today. Research in science, regional policy directed at the parts of Europe that need support, securing our borders, being a strong partner to our neighbours, enlargement, security – these are the areas we need to prioritise. And then we need to adapt because you have to cut your coat according to your cloth.

Procedura catch-the-eye

Ingeborg Gräßle (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man der Debatte zugehört hat, hat man ja den Eindruck, dass ganz viele Reflexionspapiere erstellt wurden. Ich möchte schon auf die Gabe der Selektion von vielen Kolleginnen und Kollegen hier verweisen.

Ich glaube, dass das Reflexionspapier mehr ist als Reflexion, es gibt klare Wege vor. Und es wäre jetzt natürlich wichtig, dass Sie, Herr Kommissar, auch sagen, welchen Weg Sie denn mitgehen wollen. Wir müssen in der Agrarpolitik ran – im Gegensatz zu der Besitzstandswahrung, die wir heute gehört haben –, wir müssen aber auch in den Strukturfonds ran. Vereinfachung ja, bessere Resultate, *value for money* – das ist der Weg, den wir gehen müssen, gerade auch weil wir beim Steuerzahler ja rechenschaftspflichtig sind.

Ich glaube, dass dieses Papier, wenn es denn umgesetzt wird, viele interessante Elemente enthält, vom Betriebsdeckel für große Betriebe angefangen, sodass wir gleichzeitig Ziele für die Haushaltspolitik erreichen für neue Schwerpunkte, aber auch die bisherigen Politiken besser machen. Ich glaube, dass wir die große Chance haben, die bisherigen Politiken besser zu machen. Und genau das sollten wir tun, wenn wir auch weniger Geld dafür haben.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questo Parlamento ha costantemente chiesto che il bilancio dell'Unione fosse finanziato con risorse proprie. Abbiamo bisogno di nuove risorse per ridurre sensibilmente la quota dei contributi nazionali al bilancio dell'Unione e compensare anche quel buco di 11 miliardi all'anno legato al ritiro del Regno Unito.

Esiste un'ampia serie di eventuali nuove risorse, come un'imposta sulle transazioni finanziarie e sulle multinazionali, una riforma seria del sistema di scambio di quote di emissioni e la tassazione del carbone, la tassazione dei trasporti, la tassazione dell'energia elettrica.

Ma non possiamo consentirci tagli all'agricoltura, come paventato dal documento di riflessione. Gli agricoltori sono quelli che hanno maggiormente subito la crisi economica e la loro posizione nella filiera alimentare non è un fatto che si può risolvere con tecnicismi. Ma nemmeno possiamo penalizzare la politica di coesione, anche perché negli ultimi anni la disparità sociale è cresciuta in modo esponenziale in molte aree del continente.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η λειτουργία της εσωτερικής αγοράς και, παράλληλα, η δομή της ευρωζώνης, η κρίση, η ανεργία και οι πολιτικές της λιτότητας έχουν περιθωριοποιήσει στην ουσία τον ευρωπαϊκό Νότο. Επομένως, πρέπει να ενισχυθούν οι πολιτικές συνοχής. Οι δύο λέξεις-κλειδιά είναι συνοχή και αλληλεγγύη. Παράλληλα όμως, τα κονδύλια που δίνονται στις χώρες του ευρωπαϊκού Νότου πρέπει να δίνουν και μια προστιθέμενη αξία, δηλαδή να έχουν την ευκαιρία οι τοπικές οικονομίες να αναπτυχθούν και όχι απλά να μεταφέρονται κονδύλια και στην ουσία να επιστρέφουν στις χώρες οι οποίες δίνουν τα χρήματα αυτά, είτε με τη μεταφορά τεχνολογίας είτε ως αμοιβές για υλικά, κ.λπ. Αυτό, επίσης, που συμβαίνει -φυσικά- και στην Ελλάδα αυτή τη στιγμή είναι ότι χώρες του σκληρού πυρήνα, επί του πρακτέου, έχουν στην ιδιοκτησία τους πλέον ή εκμεταλλεύονται τα μεγάλα έργα. Τη γέφυρα Ρίου-Αντιρρίου την έχει μια γαλλική εταιρεία, τους αυτοκινητόδρομους στην Ελλάδα τους εκμεταλλεύονται ισπανικές εταιρείες και, παλαιότερα, το 40% των μετοχών του «Ελευθέριος Βενιζέλος» ανήκε στην Hochtief.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, o orçamento representa um verdadeiro teste à honestidade política da União Europeia. Não há retórica que possa tapar as evidências de um orçamento decrescente e cada vez menos orientado para a coesão e que alimenta cada vez mais as políticas de segurança e defesa.

O texto é absolutamente claro. As expressões como «eficácia», «valor acrescentado» e «reformas» vão alimentando esta ideia de fazer mais com menos. Não acreditamos no milagre da multiplicação dos pães e, portanto, as prioridades enunciadas na segurança interna e externa, no controlo das fronteiras, no combate ao terrorismo ou no exército europeu irão ser financiadas através de mais cortes ao nível da coesão e da política agrícola comum, tal como aconteceu, de resto, com o presente quadro plurianual.

Este debate tem o mérito colocar a nu a verdadeira natureza desta União Europeia e revelar toda a sua hipocrisia política. A coesão social e económica não se faz com reformas neoliberais e, muito menos, com retórica; faz-se com um orçamento redistributivo e com verdadeiras políticas de desenvolvimento ao serviço dos cidadãos e dos trabalhadores.

Franč Bogovič (PPE). – Smo v času, ko govorimo o prihodnosti Evropske unije. Vemo, da ena članica zapušča Evropsko unijo, in govorimo o bodočem finančnem okviru. Ko govorimo o bodočem finančnem okviru, si moramo postaviti ključen cilj to, da bo Evropska unija enotna.

Sam sem prepričan, da je to najpomembneje, zato moramo še naprej staviti tako na sredstva za kohezijo, kakor tudi na sredstva za kmetijstvo, in vsekakor pomagati tistim, ki jim krut trg daje težje pogoje za to življenje.

Javna poraba v Evropi, če je 50 EUR javne porabe v Evropi, je samo 1 EUR v okviru Evropske unije. Zato mislim, da je prav, da povemo, da bomo v takšnih situacijah enostavno morali za nek manjši delež tudi povečati prispevno stopnjo, se pravi več sredstev peljati prek Evropske unije, bodisi s prispevkom držav bodisi s posebnimi davki.

Prepričan sem, da je to prava naložba in da je to prava dodana vrednost za Evropsko unijo, saj bomo tako bolj enotni, bolj močni in uspešnejši.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το μέλλον της Ένωσης είναι αβέβαιο – αποδεικνύεται από το Brexit. Όποιες επικοινωνιακές τεχνικές και αν εφαρμοστούν για να πείσουν τους Ευρωπαίους πολίτες περί του αντιθέτου είναι καταδικασμένες να αποτύχουν. Το εν λόγω έγγραφο παρουσιάζει περιορισμένες επιλογές, δίχως όραμα και σε λάθος βάση. Ενώ καταγράφει τα κύρια προβλήματα, τις τρέχουσες δυσχέρειες και τις μελλοντικές προκλήσεις, επικεντρώνεται σε διαχειριστικές μεταρρυθμίσεις και ημίμετρα.

Η Ένωση φθίνει διότι εφαρμόζει εσφαλμένες πολιτικές. Επιβάλλει την τυφλή δημοσιονομική πειθαρχία στα κράτη μέλη, επιφέροντας στρεβλώσεις και ανακολουθίες. Τα χρήματα, η διαφάνεια στην οικονομική διαχείριση και οι ισοσκελισμένοι προϋπολογισμοί δεν έχουν αξία για τους ευρωπαίους πολίτες που ζουν στην ανέχεια, τη φτώχεια και την εξαθλίωση, με τρομοκρατικές επιθέσεις και λαθρομετανάστες. Βιώσιμο μέλλον για την Ευρώπη υφίσταται μόνον όταν το χρήμα αποτελεί το μέσο για την ευμάρεια των πολιτών και όχι αυτοσκοπό.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señor presidente, señor comisario Oettinger, el documento de reflexión es bueno, su intervención de hoy también ha sido buena. Echo de menos que no hablara siquiera de la PAC, ni de la política agraria hoy. Sí lo hizo en la Comisión. Yo quiero decirle: en estos momentos dejemos de utilizar sistemáticamente la excusa del *brexít*. Es importante, sin duda —sin duda, ese dinero es importante—, pero si tenemos ambición, y ahora es el momento de soñar con una Europa diferente y mejor, no podemos hablar de menos recursos, o de que con menos recursos hacemos más cosas.

Yo estoy de acuerdo con una nueva política de defensa y con mejorar la seguridad en Europa, claro que sí. Pero, si es a cambio de la política agraria comunitaria y de la política de cohesión, no estoy de acuerdo. No lo van a entender los ciudadanos. La política de cohesión y la agraria llegan directamente a todos y cada uno de los pueblos de Europa y, por lo tanto, estos no lo van a entender.

Tengamos ambición por una Europa mejor. Y, para ello, seamos valientes, sea la Comisión más valiente, y pidamos todos más recursos —este Parlamento, la Comisión—, y abordémoslo en el Consejo y también en los Estados. Yo lo voy a hacer, en mi país, en España, y espero que los demás hagan lo mismo.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Günther Oettinger, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ihre Wortmeldungen waren für mich der Auftakt unserer gemeinsamen Reflexion. Sicherlich gehen das Weißbuch und damit diese fünf Papiere zuallererst an die Mitgliedstaaten, aber der gleichbedeutende Adressat sind auch Sie, umso mehr, wenn dann im Weißbuch-Prozess über Haushalt gesprochen wird, das sollte Ihr Königsrecht sein. Deswegen finde ich diese zeitnahe Befassung heute einen wichtigen Auftakt. Wir werden Ihre Wortmeldungen auswerten und kommen gerne darauf zurück.

Im Kern geht es ja um Folgendes: Ein Haushalt hat derzeit etwa 150 Milliarden Einnahmen und Ausgaben – ich vereinfache. Wenn die Briten gehen, fehlen uns 15 Prozent der Einnahmen, fehlen uns 23 Milliarden, und deswegen wird die Überlegung sein, dass die Haushaltsstruktur des nächsten Jahrzehnts pro Jahr entweder 125 Milliarden umfasst oder wie bisher 150 oder weiter 160. In dem Spannungsbogen – 125 bis 160 – bewegen wir uns. Das wissen Sie sehr gut, da Sie hier nicht im luftleeren Raum schweben – ich übrigens auch nicht, ich spreche jeden Tag mit Ministern aus unseren verbleibenden 27 Mitgliedstaaten, auch mit Vertretern der Regionen.

Es gibt eine nennenswerte Zahl von Mitgliedstaaten, die sagen: Wenn die Briten gehen, dann fehlt das Geld. Aber der Ein-Prozent-Deckel möge bleiben. Eine klare Linie, ich kann Ihnen auch im Gespräch unter vier Augen sagen, welche *better-spending*-Mitgliedstaaten ich meine. Klare Rechnung: 150 minus 23 gibt 127 – das war's. Da teile ich die Meinung des Kollegen Geier.

Dieser Haushalt ist strukturell auf Kante genäht und sogar unterfinanziert. Wir können durch Flexibilität zwischen Haushaltsjahren und zwischen Haushaltskapiteln halbwegs ausgleichen, was zur Finanzierung an neuen Aufgaben und zum Erhalt bestehender Programme notwendig ist. Um es gleich zu sagen – weil ich wohl diese Sorge spüre: Die beiden großen Investitions- und Ausgabenprogramme, hier die Agrarpolitik mit beiden Säulen und hier die Kohäsionspolitik, sollten – wie immer wir uns entscheiden – keinen Kahlschlag erleiden. Denn die Agrarpolitik ist die einzige völlig vergemeinschaftete Politik, ein nicht unbedeutender Wirtschaftssektor, und die Kohäsionspolitik dient dazu, Regionen zu stärken und näher an den Durchschnitt Europas heranzuführen. Diese Aufgabe bleibt gerade auch entlang der Erweiterung im letzten Jahrzehnt eine wichtige Priorität des nächsten Haushalts. Ich kann jetzt nicht den Erhalt der Mittel garantieren, aber Kahlschläge werden wir vermeiden. Die beiden Säulen, die beiden großen Programme müssen leistungsfähig bleiben.

Mit unserer Ausgabenbilanz werden wir aufzeigen, wo wir noch besser werden können. Ich behaupte: Schlecht sind wir gar nicht, dafür sorgt allein schon der Rechnungshof, unser kommissionsinterner Audit-Prozess und Ihr kompetenter Haushaltskontrollausschuss. So schlecht sind wir gar nicht. Ich kenne Haushalte und Haushaltsvollzug auf kommunaler Ebene, auf regionaler Ebene, auf nationaler Ebene. Im Vergleich dazu möchte ich behaupten, dass die Qualität unserer Haushaltsberatung gut ist, dass unser Haushaltsvollzug geordnet ist, dass die Buchhaltung, die Kontrolle stattfindet, dass Missbrauch weitestgehend vermieden wird – die Fehlerquote wird auch im Jahr 2016 (wir legen Ihnen das in einigen Wochen vor) weiter zurückgehen – und dass der Mehrwert unserer Investitionen durchaus beachtlich ist, die Zahl der verlorenen Investitionen überschaubar ist. Die Ausgabenbilanz soll genau diese Betrachtung vertiefen.

Der Abgeordnete Valli – ich sehe ihn nicht mehr – hat gesagt: solange alle in Rezession sind. Nein, es sind nicht mehr alle in Rezession. Wir haben noch wenige Länder in Stagnation, aber die meisten Länder, auch Programmländer – Irland, Portugal, Spanien, Zypern – entwickeln sich weit besser, als noch vor zwei Jahren vorgesehen. Europa ist derzeit mit seiner Konjunktur, mit seinem strukturellen Wachstum und noch immer von einem zu hohen Sockel auch beim Thema neue Arbeitsplätze erstaunlich gut unterwegs. Wir haben erstmals wieder im Wettbewerb zu den USA einen leichten Vorsprung, was Wirtschaftswachstum anbetrifft, angezeigt. Wir sollten uns nicht schlechter reden, als wir sind.

Die entscheidende Frage ist: Bleibt der Ein-Prozent-Deckel – auch er wurde erwähnt. Ich rede nicht von drei oder zwei Prozent, aber wenn wir nicht etwas – 11, 1,2, 1,25 über Eins kommen, dann wird die Erfüllung unserer Aufgaben nicht gehen. Und einen Wettbewerb oder eine Konkurrenz möchte ich vermeiden: dass man Migration und Verteidigung zulasten von Kohäsionsfonds finanziert. Das wäre eine neue Spaltung unserer europäischen Familie.

Da könnten manche sagen: Ja, Flüchtlinge, die wollen doch gar nicht in die strukturschwachen Räume, die wollen doch nach Dänemark, Schweden, Holland, Deutschland, Österreich – also zu Nettozahlern. Wenn man dann dort Migrationsinvestitionen zulasten der Kohäsionsfonds tätigt, diese Spaltung will ich in jedem Fall vermeiden. Wir brauchen einen integrierten Ansatz für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen.

Auch zum Thema Nettozahler wurde vorher alles gesagt. Von jedem Euro, der – von Berlin oder Wien als Beispiel – nach Brüssel kommt, von dort nach Bratislava, Tallinn, Warschau, Riga zurückgeht, kommen – übrigens dann erhöht um nationale Mittel – 60 Prozent, 70 Prozent zurück in Bauindustrie, Baustoffindustrie, Baugeräteindustrie, Bauhandwerk, Tiefbau, Anlagenbau, Maschinenbau, Lastkraftwagenbau, Planungsbüros, Architekturbüros. Mein Heimatland ist in Wahrheit Nettoprofiteur einer gemeinsamen europäischen Kohäsions- und Investitionspolitik.

Soll man Strukturfonds nur den armen Regionen geben? Ich bin offen, die Frage stellen wir. Aber dagegen spricht, dass wir Akzeptanz brauchen. Und wenn es nur noch arme Regionen sind, sinkt die Akzeptanz bei wirtschaftsstärkeren Regionen. Das wäre wiederum alles andere als Integration, als Solidarität. Und da es ja oftmals grenzüberschreitende Projekte gibt – Interreg –, sollte man erreichen, dass jede Region, die mit anderen Regionen in anderen Mitgliedstaaten kooperieren, Projekte realisieren will, gewisse Mittel von uns hat, damit es gemeinsam aus dem europäischen Haushalt zur Projektrealisierung kommen kann.

Herr Kollege Solé, das 20 Prozent-Ziel Klimaschutz nehmen wir ernst. Wir beobachten dies Monat für Monat im Haushaltsvollzug, der Rechnungshof prüft dies derzeit und legt Ihnen einen Bericht dazu vor, und ich will dafür geradestehen, dass man am Ende sagen kann – und dies auch zur Grundlage, zum Auftakt für den nächsten Haushaltsentwurf machen kann: Die 20 Prozent sind in Ausgaben und Investitionen zugunsten von Energieeinsparen und Klimaschutz im Haushaltsvollzug nachweisbar.

Wir wollen keine Union steuern. Wir wollen den Bürger nicht mit neuen Steuern belasten, aber eine Überlegung: Der Klimaschutz ist europäische Politik, Paris, Marrakesch ist eine europäische Erfolgsentwicklung. Das ETS-System ist europäische Gesetzgebung. Industriebetriebe, Stahlwerke, Kohlekraftwerke kaufen Lizenzen an europäischen Börsen für Emissionsrechte. Alles Gesetzgebung dieses Hohen Hauses. dann ist auch die Überlegung, dass die Einnahmen in den europäischen Haushalt kommen, nicht ganz fernliegend. Es wären zwei Seiten – Gesetzgebung und Einnahmen – einer einzigen Medaille.

Wir werden die Frage der Konditionalität prüfen müssen. Stichwort Fahrradweg: Also, lieber Herr Abgeordneter van Dalen, – ich sehe ihn auch nicht mehr, generell die kritischen Wortmeldungen sind alle gerade abwesend, und die Zustimmenden sind anwesend – jedenfalls: Fahrradwege wollen nicht wir, Fahrradwege sind sinnvoll aus Gründen der Mobilität und des Umweltschutzes. Aber ob es Fahrradwege sind oder ob es Ortsumgehungsstraßen sind oder ob es ein Bürgerhaus ist, entscheidet der Mitgliedstaat, weil bisher die Mitgliedstaaten oder Regionen entscheiden, wofür sie Mittel aus unseren Strukturfonds abrufen.

Genau hier setzt unsere Überlegung an – Europäisches Semester und länderspezifische Empfehlungen. Sollten wir nicht diese Empfehlungen über Stärken und Schwächen der Mitgliedstaaten, über Prioritäten, noch besser und früher gemeinsam mit den nationalen Ministerien und Verwaltungen und Regionen erarbeiten, aber dann auch zur Blaupause für die Abrufung von Mitteln machen?

Ein Gedanke aus meinem früheren Bereich: Wir könnten sehr genau aufzeigen, wo in ländlichen Räumen die digitale Infrastruktur schlecht ist, wo es Funklöcher gibt, wo man in das Breitband, in Glasfaser investieren sollte. Wenn dies bei den Empfehlungen eine Priorität wäre, am Ende vom Rat beschlossen, von Kommission und Mitgliedstaat entwickelt, dann wären die Mitgliedstaaten gehalten, dafür nennenswert Mittel von unseren Strukturfonds abzurufen.

Die spannende Frage ist: Ergänzt das noch immer die *rule of law*, also Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit, als eine Bedingung für die Abrufung von Mitteln? Auch dies stellten wir ergebnisoffen mit unserem Reflexionspapier in den Raum.

Ich will abschließend zum Timing kommen. Wenn Sie mir nicht widersprechen, würde ich gerne einfach meinen Eindruck hier Ihnen schildern, dass Sie zwar nicht erfreut sind, aber entlang der obwaltenden Umstände – Weißbuch-Prozess und Brexit – bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen, wenn die Kommission und dass die Kommission im späten Frühjahr jedenfalls vor der Sommerpause nächsten Jahres, ihren Finanzrahmen, ihren Vorschlag vorlegen wird. Wenn sich früher Klarheit ergibt – Stichwort Barnier und Davis, Brexit-Verhandlungen –, dann entsprechend früher. Das heißt, so früh wie möglich und so spät wie sachlich sinnvoll.

Es kommt aber der entscheidende Punkt: Wenn der Vorschlag dann meinetwegen im Mai oder Juni nächsten Jahres auf Ihrem Tisch liegt, dann bieten sich für die Beratungen im Parlament und Rat, letztendlich im Europäischen Rat zwei große Zeitfenster an. Auf die Weise ich Sie hin. Hier sind wir nur Dienstleister. Sie entscheiden und der Rat entscheidet, wann. Und beide Zeitfenster sind etwa ein Jahr lang. Das eine Zeitfenster wäre das Übliche: ganz hinten mit Zeitdruck – also fünf vor zwölf bis fünf nach zwölf. Es wäre nach Ihrer Europawahl, da müssen Sie sich erst mal gründen, müssen Ihre internen Strukturen ordnen, Funktionen bestellen, da war dann die Sommerpause, dann wird das neue Parlament, mit vielen neuen Abgeordneten, mit frischem Wind, aber auch ohne Erfahrung vielleicht im November so weit sein. Da haben wir genau eine neue Kommission – ab dem 1. November die nächste Kommission. Da bleibt ein Zeitfenster von November 2019 bis November 2020 – ein Jahr.

Das andere Zeitfenster – prüfen Sie es – wäre: Wir legen im Mai vor und wir verhandeln von Mai 2018 bis Mai 2019, mit dem Zeitdruck der bevorstehenden Europawahl, mit diesem Parlament, mit Ihrer Erfahrung, mit unserer Jean-Claude-Juncker-Kommission.

Der Vorteil des zweiten Zeitfensters wäre eindeutig. Beim letzten Mal waren wir zu spät. Wir waren vor Weihnachten 2013 – das war die Barroso-Kommission, übrigens kein Kommissionswechsel, es war das gleiche Parlament, und es war Lewandowski, Ihr Kollege –, kurz vor Weihnachten fertig. Das Jahr 2014 war ein verlorenes Jahr, weil die Implementierung, die Umsetzung, bis der ländliche Raum die Richtlinien hatte, war Anfang 2015. Wir haben ein Jahr, im Grunde genommen, ohne nennenswerte Umsetzung gehabt. Erst jetzt, 2017, nehmen unsere Strukturprogramme volle Fahrgeschwindigkeit auf. Sollten wir uns dies erneut erlauben? Sollten wir nicht aus Fehlern lernen?

Wenn wir nach dem Haushaltsvollzug 2020 sofort mit weiterer voller Fahrgeschwindigkeit für Forschung, für Verteidigung, für Strukturpolitik, für Infrastruktur, für den ländlichen Raum, für die Agrarwirtschaft die Haushalte fortfahren wollen, dann bräuchten wir eine weit frühere Verabschiedung unseres Finanzrahmens zwischen Rat und Parlament.

Die Frage geht an Sie, und die Frage geht an den Rat und den Europäischen Rat: Wann sind letztendlich die Staats- und Regierungschefs geneigt, sich unseren Finanzrahmen anzuschauen? Aber nicht durch Handauflegen, sondern durch intensive Bearbeitung. Und wenn diese Entscheidung klar ist – Zeitfenster November 2019 bis November 2020, oder Zeitfenster Mai Juni 2018 bis Mai 2019, je ein Jahr, – dann können wir dies entsprechend bei uns vorbereiten. Entscheiden Sie.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Le proposte di risoluzione da presentare a norma dell'articolo 123, paragrafo 2, del regolamento, saranno notificate successivamente.

La votazione si svolgerà nel corso di una prossima tornata.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Man mano che le sfide aumentano, si aprono nuovi ambiti di intervento a livello europeo, come migrazione, sicurezza interna e esterna, difesa e il pilastro sociale. L'Europa, che mantiene anche un ruolo guida sulla scena mondiale, come leader nella lotta al cambiamento climatico, deve essere in grado di rispondere concretamente alle sfide crescenti, in un contesto in cui il bilancio UE sarà destinato a fare i conti con l'uscita del Regno Unito. Oggi la gran parte del contributo al budget UE arriva dalle casse degli Stati membri, a fronte di una minima parte che giunge dai dazi doganali e dall'imposta sul valore aggiunto. È dunque opportuno rivedere i meccanismi di finanziamento del budget e considerare la possibilità che, come richiesto dal gruppo dei Socialisti e Democratici, i contributi al budget UE da parte degli Stati membri non siano calcolati nel conteggio del deficit. I successi portati da investimenti quali Horizon 2020 e Erasmus + possono servire da esempio per una revisione del bilancio, che sappia rispondere ai bisogni concreti dei cittadini, reperendo risorse ben al di là dei contributi dei singoli Stati membri.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Документът поставя началото на сложен дебат относно ползите от кохезионната политика за Съюза. Критерий за ефективност е дългосрочната добавена стойност, като проектопрограмите с висока добавена стойност получават пълно финансиране, а по-малко ефективните са частично или напълно изключени от бюджета. Същевременно Брекзит и приоритизирането на политиките за миграция, сигурност и отбрана ще доведат до значителен бюджетен дефицит.

Кохезионната политика има доказано висока добавена стойност за целия ЕС, а не само за слабо развитите страни. За периода 2007-2013 г., с бюджет от 347 млрд. евро тя осигури заетост за над 9,4 млн. души, подпомогна над 400 000 малки и средни предприятия и създаде над 1 млн. нови работни места. За периода 2014-2020 г. се очаква гарантиране на над 480 млрд. евро инвестиции. Същевременно нетните финансови износители получават 80% възвращаемост чрез свободния пазар.

Въпреки това, в четири от петте предложени сценария средствата за кохезия са намалени в полза на новите приоритетни политики. Настоявам за запазване на ангажираността в кохезионната политика, както и за допълнително опростяване на процеса на кандидатстване. Трябва също така да се запази нивото на финансиране чрез безвъзмездна помощ и да се стимулира съфинансирането чрез частен капитал, както и да се разшири политиката на съфинансиране от допълващи европейски фондове през различните етапи на проектите.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Hospodářská krize i současná migrační krize mají jeden společný dopad, který by se v budoucnu již nikdy neměl opakovat. Jistěže krize se většinou objeví nečekaně, ale rozhodně odmítám, aby to znamenalo, že se kvůli tomu musí přesouvat prostředky z již běžících a dobře fungujících iniciativ a projektů. Financování programů a projektů je naplánováno roky dopředu a občané s nimi počítají. Pokud tedy Komise a Rada stojí o spuštění nových iniciativ, měly by si být vědomy i potřeby vytvoření nového flexibilního finančního zdroje. V tomto ohledu bude třeba prolomit bariéru 1 % HND pro příspěvek do společného rozpočtu. Ve srovnání s příspěvkem států USA do federálního rozpočtu ve výši 21 % je naše 1 % skutečně směšné, přestože jeho efektivita je naprosto fantastická. Všechny členské státy, ať už jsou jejich zájem prostředky pro financování politiky soudržnosti, zemědělství či vědy a výzkumu, požívají výhody společného rozpočtu a integrace. Pokud tedy současné nastavení rozpočtové politiky nefunguje ideálně, což potvrzují každoroční dohady mezi čistými plátcí a příjemci, je potřeba ho změnit, očistit od všech neprůhledných rabatů a slev a nahradit příjem založený na hrubém národním důchodu členské země příjmem neutrálnějším a udržitelným.

Csaba Sógor (PPE), *in writing*. – Any government's values and priorities are reflected less in political statements than in their budgets, which are the clearest expressions of their means and intent. This is why talking about the future of EU finances in a period when old socio-economic challenges are compounded by new ones, such as the impact of Brexit on revenues or heightened migration and security concerns, among others, is of such a great importance. The upside about being at such an important turning point is that the current situation might provide a strong impetus for reform. Over the years the EU financing system has become increasingly complex, opaque and riddled with exemptions. Similarly, on the expenditure side we can also witness duplications and overlaps between instruments which threaten efficiency and strategic coherence. The Commission's reflection paper rightly points to the need to modernise EU finances and streamline our financial instruments to make them more efficient. I hope that based on it we will succeed in building a strong consensus around what we want to achieve together in the future.

16. Haushaltsplan 2018 — Mandat für den Trilog (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Siegfried Mureșan, a nome della commissione per i bilanci, sul mandato per il trilogio sul progetto di bilancio 2018 (2017/2043(BUD)) (A8-0249/2017).

Siegfried Mureșan, rapporteur. – Mr President, the debate that we are starting right now is the debate about the mandate that the European Parliament will go with to next week's triologue with the Council and with the Commission on the budget of the European Union for the year 2018. And why is this important? Because in this report, which I drafted and which I brought in front of you, we are providing the first reaction of the Parliament: the evaluation of the draft budget of the European Commission on the basis of the political priorities of the Parliament, which we have adopted with a large majority in the plenary of the Parliament in March 2017.

Before we talk about political priorities and the in-depth evaluation of the draft budget, I would like to say one thing very clearly ahead of the next week's dialogue and towards the Council that we are going to meet next week: the European Parliament will not accept automatic cuts to all budgetary lines – to all headings of the budget – as the Council has been doing in recent years. The European Union's budget is not made by machines for machines, but it is made by politicians for the people on the basis of political priorities and taking into account the expectations of the people. Automatic cuts made by the Council to all headings of the budget, not taking into account the political priorities which the Council and Parliament have given ourselves jointly, is clearly irresponsible.

What are the political priorities of the European Parliament? We have said since the beginning of the year that we have two main priorities: firstly, growth and jobs; secondly, the safety and security of citizens. How do we want to achieve these? On growth and jobs, we want to use the limited resources which we have in the EU budget to strengthen our economy and to make it more competitive, so we want to strengthen innovation, infrastructure, SMEs and the Erasmus programme, because that is also a support for labour mobility in Europe – it supports young people.

I want to say very clearly, Commissioner Oettinger, that the draft budget which you presented at the end of May 2017 generally corresponds with and is in line with the important political priorities which we adopted in March 2017. I think you did the right thing on the first priority – on growth and jobs – to strengthen innovation (the Horizon 2020 programme, infrastructure, connecting Europe facility, Erasmus). We will have to work together to see whether the amounts foreseen for the COSME programme, for SMEs, also fulfil our objective of creating more employment, more jobs in Europe, because SMEs are where jobs are being created. We need to make sure that the amounts foreseen by you in the COSME programme are also sufficient. You also propose in the draft budget, and we agreed, that the Youth Employment initiative should be continued: EUR 233 million for next year. That is good, but in parallel we also have to make sure that this money is well spent. We owe it to the citizens of Europe to make sure that every single euro spent is well spent, and concerns expressed by the Court of Auditors with regard to the Youth Employment initiative we will take very seriously.

The second priority – security, the safety of citizens – is important because there can be no growth and no jobs without safety. If people do not feel safe in Europe, then there is no labour mobility, no investment. To achieve this objective, we wanted to see the agencies of the Union which have responsibility for justice and home affairs strengthened – you are proposing this. We will have to work together in the upcoming months, and also with the Council, to see to what extent that corresponds to the needs on the ground, or whether we will have to do more. My report on the mandate for the triologue clearly supports the preparatory action on defence, because in those areas where Member States are ready to cooperate at European level on defence research, we have to enable this. We have to stop spending money 28 times in 28 Member States at a national level, but spend it once at European level and then share the results amongst all of us.

When it comes to neighbourhood policy, you increase the ENI East programme; we think that is very good; we have to see whether the amounts allocated for Western Balkans are sufficient on the ground. Lastly, I want to say that we need – and this is a call towards the European Commission as a whole – a quick decision on the continuation of the Turkey refugee facility. That is not for you to decide, but the Commission as a whole needs to provide us with clarity – we need to know how much money will be needed for this important programme.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Günther Oettinger, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Lieber Herr Abgeordneter Mureşan, Ihre einleitenden Worte, aber auch das Mandat und der Bericht dazu, den Sie erarbeitet haben, trifft überwiegend auf gleichlaufende Überlegungen der Europäischen Kommission. 2018 wird mit Wahrscheinlichkeit das letzte ganz normale Haushaltsjahr sein. Das heißt, mit 28 Mitgliedstaaten, mit einem Fortgang des mehrjährigen Finanzrahmens, der übrigens vor zwei Tagen Halbzeit gehabt hat – dreieinhalb Jahre liegen hinter uns, dreieinhalb Jahre liegen noch vor uns. Und deswegen sehe ich auch bei den weiteren Beratungen mit Optimismus eine sachliche Debatte voraus.

In der Tat: Pauschale Kürzungen, ohne die einzelnen Programme zu betrachten und ohne sich den Haushaltsvollzug 2017 zu eigen zu machen, hielten wir für falsch. Ihre Schwerpunkte sind unsere Schwerpunkte, da hat sich ja bewusst eben auch die Zusammenarbeit des Parlaments im Vorfeld mit der Kommission entsprechend niedergeschlagen. Es geht um wirtschaftliches Wachstum, es geht um Arbeitsplätze, es geht um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, es geht darum, dass wir in Rubrik 1a mit dem Europäischen Jugendsolidaritätskorps etwas Neues aufbauen für junge Menschen, ohne es bei Erasmus+ mit negativer Auswirkung wegzunehmen, und es geht darum, dass wir unsere bewährten Programme fortführen, aber auch neue Themen angehen – Migration als ein etablierter Schwerpunkt im europäischen Etat. Mit dem Thema Verteidigungsforschung tasten wir uns in Form von Versuchen von Pionieren nach vorne – 40 Millionen im Jahr 2018, 90 Millionen in den drei Jahren bis Ende 2019. Aus dieser Erkenntnis macht es Sinn! Wenn man – Stichwort Verteidigungsdrohnen – europäisch forscht, koordiniert vorgeht, schöpfen wir Erkenntnisse, die auf dem Weg zum nächsten Finanzrahmen, ins nächste Jahrzehnt sehr wichtig sind.

Sie haben das Thema Türkei/EU angesprochen. Wir legen großen Wert darauf: Jeder Euro kommt Flüchtlingen, kommt Menschen samt ihrer Heimat in Flüchtlingslagern zugute – Obdach, Wärme, Kälte, Wasser, Nahrung, Kleidung, Sicherheit, Bildung –, und die drei Milliarden werden in sehr absehbarer Zeit, vermutlich um das Jahresende, in Form von Verpflichtungen, in Form von *commitments* ausgegeben sein. Jetzt warten wir ab, wie die nächsten Wochen verlaufen – Stichwort G20 in Hamburg –, generell wie und ob man mit der türkischen Regierung weiter in einigen Bereichen verlässlich arbeiten kann, um das Schlepperunwesen zu bekämpfen, um Menschen Menschenwürde vor Ort zu geben – drei Millionen Flüchtlinge sind in der Türkei, eine enorme Zahl. Also wir haben einmal mit den 230 Millionen im nächsten Haushalt eine Hausnummer markiert. Damit sind wir glaubwürdig und verhandlungsfähig.

Wir werden die Mitgliedstaaten bitten müssen, uns nennenswert ergänzende Gelder zu geben – wie beim letzten Mal. Unsere britischen Freunde müssen entscheiden, ob sie dabeibleiben – was wir begrüßen würden –, und gegebenenfalls müssen wir im Laufe des Verfahrens bis November die Mittel durch Umschichtungen noch entsprechend aufstocken. Wir halten Sie über den Fortgang dieser Übereinkunft mit der Türkei in den nächsten Wochen auf dem Laufenden.

Ganz wichtig war mir, dass die Halbzeitüberprüfung gehalten hat, dass die Briten nach ihrer Wahl fair und kollegial gewesen sind, dass die Purdah nur bis zum Wahltag galt und die Halbzeitüberprüfung jetzt in Recht umgesetzt wird und sich damit die Flexibilität daraus ergibt, die in den Haushaltsjahren 2018, 2019, und 2020 vieles eher möglich macht.

Alles in allem ein Entwurf – so behaupte ich –, der den Schwerpunkten der großen Mehrheit des Parlaments entspricht. Wir werden gemeinsam dafür eintreten, dass es keine pauschalen Kürzungen, sondern konkrete Einzelbetrachtungen – Titel für Titel, Gruppe für Gruppe, Projekt für Projekt und Programm für Programm – gibt. Am 13. Juli geht es mit dem Trilog los, und dann haben wir im September und Oktober harte Arbeit vor uns. Aber ich habe mir aus vielen Gesprächen mit Ihnen, Herr Mureşan, und mit anderen einen Eindruck verschafft, dass die Sachkunde im Parlament sehr hoch ist und wir beide gemeinsam dafür Sorge tragen, dass dieser Haushaltsentwurf auch in etwa so, wie er von uns entworfen wurde, im November in geltendes Recht umgesetzt werden kann. Wir sind im Zeitplan. Vielen Dank für Ihre Arbeit!

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz, autorka projektu opinii Komisji Praw Kobiet i Równouprawnienia. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Szanowni Państwo! Opinia komisji FEMM, której sprawozdawcą jest Barbara Matera, przypomina, że równość kobiet i mężczyzn to jedna z kluczowych wartości Unii Europejskiej. W opinii zwracamy uwagę na to, aby budżet Unii Europejskiej na rok 2018, którego zasadniczym celem jest zrównoważony wzrost gospodarczy, spójność społeczna i tworzenie nowych miejsc pracy, szczególnie dla ludzi młodych, uwzględnił środki wzmacniające przedsiębiorczość kobiet – przede wszystkim w najszybciej rosnących sektorach, najważniejszych dla gospodarki Unii Europejskiej, jak sektor ICT. Chodzi o takie programy jak COSME, HORYZONT 2020, Europejski Fundusz Społeczny. Należy też zwiększać reprezentację kobiet w programach takich jak Inicjatywa na rzecz zatrudnienia ludzi młodych, gdzie są oferowane staże i szkolenia, szczególnie znowu w sektorze ICT, w sektorach technicznych, gdzie kobiety są niedoreprezentowane, ponieważ przyszłość Europy nie może być budowana bez udziału kobiet i nie stać też nas na marnowanie i niewykorzystywanie ich talentów kobiet i ich kompetencji. Wyrażamy też także poparcie dla zwiększenia funduszy na Europejski Instytut Równości Płci w celu zbudowania w nim obserwatorium przemocy i monitorowania polityki w tym zakresie w całej Unii Europejskiej.

Tibor Szanyi, rapporteur for the opinion of the Committee on Agriculture and Rural Development. – Mr President, I would first like to thank Mr Mureşan and the shadow rapporteurs for the good cooperation; we had a successful exchange of views on this topic in the economy meeting. The role of agriculture and rural development in delivering a number of EU objectives is not a question. We consider important the active farmer clause, the producers' groups, the fight against unfair trading practices, the new market observatories, the phytosanitary actions and the smart approach.

Because of the difficult situation of farmers, we cannot allow any cuts to the agriculture budget, and no reallocations to other sectors should take place. The system of the pilot projects and preparatory actions is an important tool which targets sustainable, renewed projects such as the SMART villages concept.

Michaela Šojdrová, rapporteur for the opinion of the Committee on Employment and Social Affairs. – Mr President, employment is the backbone of every house economy. That is why we must make sure that employment and growth are properly addressed in the budget. This opinion had consensus amongst the political groups: that growth should be our key focus. In particular, we addressed youth unemployment, which is still too high: 19%. There are also large discrepancies between Member States, and the budget should focus on programmes that target these discrepancies. We also looked at funds for vocational training and professional qualifications to address youth unemployment and reduce the skills gap – especially in sectors like IT, where companies have problems finding qualified people. We need close cooperation between the Commission, Parliament and the Member States to achieve the best results in the next years.

José Manuel Fernandes, em nome do Grupo PPE. – Senhor Presidente, Senhor Comissário, Caras e Caros Colegas, em primeiro lugar, permitam-me uma palavra de reconhecimento, de parabéns, a todos os envolvidos neste trabalho – um trabalho sempre árduo – e, sobretudo, ao relator Mureşan, pela qualidade do trabalho e pelo envolvimento de todos os grupos políticos. Fica claro que o Parlamento Europeu está unido, mais uma vez, neste trabalho.

Esperamos o contributo valioso da Comissão Europeia e esperamos que os Estados-Membros também estejam à altura deste desafio anual. É essencial que os objetivos estejam em consonância com os meios. É necessário ter meios financeiros suficientes para – por outro lado e sobretudo – atingirmos os objetivos a que nos propomos.

O orçamento da União Europeia é, sobretudo, um orçamento de investimento. Cerca de 70%, por exemplo, do investimento no meu país tem origem no orçamento. É evidente também que, quando refiro que o orçamento é um orçamento de investimento, estou a referir-me ao facto de só 6% do orçamento estar associado a despesas da administração, 94% do orçamento da União Europeia é para o investimento em toda a União.

Temos urgência na execução dos fundos. É inaceitável que, neste momento, haja quase uma centena de autoridades de gestão por nomear na União Europeia. É importante que os fundos que são para o crescimento e para o desenvolvimento económico sejam rapidamente executados.

Uma outra questão tem que ver com os acordos, Sr. Comissário. Os acordos têm de ser cumpridos – *pacta sunt servanda*. Tínhamos afirmado, tínhamos decidido, que não voltaríamos a tocar no Mecanismo Interligar Europa, que não voltaríamos a cortar o Connecting Europe Facility. Por um lado, reforça-se o Connecting Europe Facility e, por outro lado, quer-se voltar a cortar para um outro programa extremamente importante, como é o Fundo para Investimentos Estratégicos. Queremos o Fundo Europeu para Investimentos Estratégicos, mas não podemos aceitar o corte de cerca de 500 milhões de euros no Connecting Europe Facility.

Bernd Kölmel, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Zunächst einmal möchte ich mich auch bei unserem Kollegen Siegfried Mureşan für diesen Bericht bedanken. In diesem Bericht finden wir seitens der EKR-Fraktion Licht und Schatten. Wir freuen uns darüber, dass hier einige Punkte berechtigt sehr prominent vorkommen, zum Beispiel die Mittel für die Migrationskrise. Die ist für uns insgesamt sehr existenziell. Gleichzeitig vermissen wir hier eine Verlinkung hin zu echter nachhaltiger Politik, denn allein Geld ausgeben wird die Probleme nicht lösen. Ein bisschen unglücklich sind wir auch bei bestimmten Dingen, dass zum Beispiel gefordert wird, mehr Eigenmittel für die EU zu verlangen. Das, denken wir, ist nicht der richtige Weg.

Abschließen möchte ich mit einem positiven Ausblick. Ich freue mich sehr, dass Sie, Herr Oettinger, heute für die Kommission da sind, weil ich damit auch die Hoffnung verbinde, dass Sie angesichts der Anzahl der anwesenden Kollegen nicht so sehr mit uns schimpfen, wie es vielleicht Ihr Kommissionspräsident gemacht hätte.

Anneli Jäätteenmäki, *ALDE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, unionin hyväksyttävyyden perusta on se, että EU:n varat kohdistetaan oikein. Budjettivallan käyttäminen onkin parlamentin jäsenten työn yksi keskeisimmistä ja tärkeimmistä asioista.

Kansalaiset eivät halua, että EU on kone, joka pyörittää verovaroja byrokratian kiemuroiden kautta ja pahimmillaan hukkaa osan varoista. Prosessi ei ole tärkeä, tulokset ovat tärkeitä. EU:n varojen ja EU:n budjetin on tuotava lisäarvoa. Tavoitteena on oltava, että jokainen EU:n käyttämä euro tuo hyötyä jäsenmaille – hyötyä, joka toisin toimimalla jäisi saamatta.

Olen tyytyväinen siihen, että mietinnössämme huomioidaan pk-yritykset ja koulutus. Ne luovat koko Euroopalle tärkeää kasvupohjaa. Ilmastonmuutos ja sitä vastaan taisteleminen on asia, jossa yhdessä voimme olla enemmän ja yksin vain hyvin vähän. Tässä asiassa peräänkuulutan edelleen, että EU:n on pystyttävä täyttämään Pariisin sopimuksessa tekemänsä sitoumukset. Meidän on myös varmistettava, että emme toimi ristiriitaisesti. EU:n budjetista ei tule rahoittaa ilmastonmuutosta kiihdyttävää hiilitaloutta.

Lopuksi haluan muistuttaa, että EU:n yhteisen ulkopoliittikan kielteistenkin seurausten on oltava yhteisiä. Meidän on kannettava ne yhdessä. Olemme perustellusti asettaneet pakotteita Venäjälle, mutta vastapakotteiden rasitteet ovat jääneet suurilta osin maataloustuottajiemme kontolle. Meidän on pidettävä yhdessä huoli myös kolikon kääntöpuolesta, eli siitä, että tuetaan ja rasitteet korvataan.

Liadh Ní Riada, *thar ceann an Ghrúpa GUE/NGL*. – A Uachtaráin, Is iad tosaíochtaí lárnacha do Bhuiséad 2018 ná cruthú fás eacnamaíochta inbhuanaithe; poist mhaithe, chobhsaí agus d'ardchaighdeán; comhtháthú socheacnamaíochta; an imirce agus ár ndualgais dhaonnúla; mar aon le aghaidh a thabhairt ar athrú aeráide.

Is ceart bunúsach é an imeascadh sóisialta i gcomthéacs an chruacháis ina bhfuil go leor inimirceach agus ní mór aghaidh a thabhairt orthu agus acmhainní mar ba chúil a chur ar fáil i mBuiséad 2018.

Mar aon leis sin, tá gá bearta sonracha a thacaíonn leis na réigiúin, go háirithe in Éirinn, tír a bheidh curtha uirthi go dona de dheasca scoir na Breataine ón Aontas Eorpach.

Theip ar an EFSI an bhearna infheistíochta a líonadh ar fud AE. Ba cheart plean infheistíochta poiblí uaillmhianach a chur i bhfeidhm ar fud fad AE chun cabhrú le hinfeistíocht straitéiseach agus struchtúrtha, a sholáthróidh ardleibhéal breisluach sa gheilleagar, san earnáil phoiblí, sa chomhshaol agus sa tsochaí go ginearálta.

Déanfadsa, agus mo comhghleacaithe i Sinn Féin, diúltú láidir d'aon iarrachtaí acmhainní a chur i dtreo míleatú AE nó do thaighde cosanta thar ceann AE. Ní hionann AE agus NATO, agus seasaimid go láidir i gcoinne aon leathnú amach ar an gcomhghuaillíocht sa chomhlathéacs Eorpach.

Ba chóir go dtabharfadh Buiséad 2018 aire do dhaoine atá faoi bhrú in ionad féiríní a thabhairt do chuideachtaí ollmhóra nó arm ollmhór a chruthú ar mhaithe le lucht an rachmais. Caithfimid a bheith réadúil mar gheall air seo agus aghaidh a thabhairt ar na daoine go bhfuil géarghá acu leis.

Indrek Tarand, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, before I outline Green thinking on a few main points in next year's budget, I would like to thank Mr Mureşan for the great job he has done. No one would have believed that an adventurous and joyous student of Humboldt University, such as he was, would become such a statesman only 10 years later, able to manage all compromises on this issue, which were quite complicated.

The first of them – and I was extremely pleased to hear this from Commissioner Oettinger – is that the new initiative on the European Solidarity Corps will not be financed at the cost of the Erasmus programme, and that deserves applause from the Green Group in Parliament as well.

Secondly, I keep my eyes wide open on climate action, and we have still not managed to meet the requirements of the European Court of Auditors report, in that we still do not spend enough on climate-change deterrence action, and the situation is becoming more and more serious. The latest scenario I read is that this place – this very place, Strasbourg – could be turned into a swamp in just 30 years if the ocean level rises only 2.5 m. And this is where we need to help Finland, as President of the Arctic Council, to explain to other members, like the USA and Russia, what is actually happening up in the Arctic.

Finally, this is not a Green point but it is my pleasure personally, unlike Ms Ní Riada, to welcome the European defence initiative. This is a serious matter, and a second pillar of NATO needs to be created here.

Jonathan Arnott, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, it will not surprise you, I'm sure, to learn there is much that I disagree with when it comes to the proposals for the 2018 budget.

Firstly, using our taxpayers' money for projects which are broadly political in nature, whether so-called information campaigns or pre-accession funding given to third countries. And secondly, there are projects which would be better funded, better achieved, by Member States themselves. Rather than sending money across to the European Union for it to come back, it is sometimes better to simply cut out the middleman.

Thirdly, there is the waste, mismanagement and fraud within the EU budget – and we still do not really know, with EU funded projects, whether they have actually added enough value to be worth the money that has been spent on them. Fourthly, there is a failure to respect subsidiarity: doing things at EU level when there is no actual need to do so. And fifthly, of course, the waste in administration, which is so well known anyway.

There is much more that I could say on this, but what it all leads to is a budget that is perpetually too high, and it leads every year to the EU scrambling around to find ways to increase funding.

In the UK in 2010, when Labour was voted out of office, the Chief Secretary to the Treasury famously left his successor a note saying 'There's no more money left', and this seems to happen here every year. If you tried to do less but better you would not find these issues coming up so often. Remember: a spending cap is meant to be a cap, not a target.

André Elissen, *namens de ENF-Fractie*. – Vandaag mag ik mijn eerste toespraak in het Europees Parlement houden, waarvoor dank. Het onderwerp waarover ik het wil hebben is de begroting 2018. Bij het inwerken in dit dossier zijn mij de schellen van de ogen gevallen. Nu had ik al de indruk dat de EU een geldverspillende instelling was, maar in de praktijk blijkt het nog vele malen erger te zijn.

Ik noem enkele voorbeelden. Ondeugdelijke huurcontracten, zoals dat van het Europees Geneesmiddelenbureau in Londen. Kosten: slechts 348 miljoen euro. Het Huis van de Europese geschiedenis in Brussel. Kosten: slechts 55 miljoen euro. En nog steeds gesteggel om tot één vergaderlocatie voor het Europees Parlement te komen. Absurd om elke maand te verhuizen, inefficiënt, kostbaar en niet uit te leggen aan de belastingbetaler. En plannen voor een absurde, honderden miljoenen euro's kostende nieuwbouw voor het Europees Parlement in Brussel.

Als het aan mij en mijn partij ligt, doeken we het hele circus van de Europese Unie en het Parlement liever vandaag dan morgen op. Maar totdat wij dat voor elkaar hebben, blijven wij de luis in de pels en volgen wij alle voorgestelde uitgaven kritisch. Bedankt voor uw tijd en aandacht.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Bugetul pe 2018, propunerea de buget prezintă o bună acoperire pentru politica de transport (sunt raportor de opinie pentru Comisia pentru transport) și asta și datorită faptului că s-a implementat rectificarea bugetară și acolo s-au luat câteva măsuri pe care le-am cerut cu ceva vreme în urmă în cadrul proiectului FC și acum s-au aplicat, însă aș mai avea niște observații.

Mă refer la Galileo, care este un program extraordinar de important pentru economia, în general, a Uniunii. Aproape 10 % din economie se bazează pe sisteme de sateliți și pentru transport bineînțeles că este important. Cred că agenția de la Praga are nevoie de personal – a cerut 23, s-au aprobat doar 5. Este nevoie de implementare, pentru că, la sfârșitul acestui an, Galileo va deveni funcțional 100 % și, de asemenea, EGNOS, care, iarăși, este un sistem de sateliți important, pentru că politica de transport aerian are nevoie pentru acoperirea integrală a teritoriului Uniunii de finanțare foarte mică, pentru a se construi niște stații la sol în nordul Africii și în Ucraina pentru a face toată acoperirea. De asemenea, sper să găsiți o soluție pentru programul Interrail.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). – Señor presidente, mis colegas y el ponente ya han hablado de nuestro mandato, así que me gustaría aprovechar esta ocasión para recordar al Consejo —que no está, pero que seguro que nos está escuchando— que su posición sobre el presupuesto de 2018 debe ser coherente con las prioridades políticas de la Unión —políticas que ellos mismos deciden en sus reuniones— y que, por lo tanto, debería contener una verdadera posición política y no ser un mero ajuste contable en el que se recorta el presupuesto sin tener en cuenta las necesidades.

Y cuando hablamos de necesidades, nos referimos a cosas muy concretas: necesitamos un modelo de crecimiento sostenible basado en la investigación, en la innovación, que cree empleo de calidad, capaz de hacer frente al reto de la migración y de los refugiados o al cambio climático. Y por eso necesitamos medios suficientes para estos programas, porque sabemos que funcionan y que reflejan el enorme valor añadido de la Unión Europea.

Y, por último, quiero recordarles que, cuando hablamos de presupuestos, Consejo y Parlamento Europeo —ambos— somos Autoridad Presupuestaria y que, por lo tanto, negociamos en pie de igualdad.

Sander Loones (ECR). – 2.889 keer. Turkije is al 2.889 keer veroordeeld door het Europees Hof voor de Rechten van de Mens. Dat is het allerslechtste resultaat van alle landen!

Dat is ook de reden waarom wij hier vorig jaar in dit Europees Parlement voor een resolutie hebben gestemd om de Europese financiering voor Turkije te stoppen, droog te leggen, te bevriezen. Maar een week later, een week na de stemming over die resolutie, is hier in datzelfde Parlement gestemd over de begroting van 2017. Wat was het resultaat? 600 miljoen euro richting Erdogan, richting Ankara, als toetredingssteun voor Turkije. En ik moet eerlijk zeggen: ik was verbaasd toen ik de begroting zag, de ontwerp-begroting voor volgend jaar 2018. Wat staat daarin? Opnieuw 640 miljoen euro voor Turkije, opnieuw als toetredingssteun! Dit is niet meer normaal! Dit is niet meer serieus.

Ik hoop dan ook dat dit Parlement eindelijk eens consequent zal zijn en tegen deze begroting zal stemmen, samen met de N-VA-leden van het Europees Parlement.

Gérard Deprez (ALDE). – Monsieur le Président, tout d'abord, félicitations à notre rapporteur, M. Mureşan. À l'évidence, il s'affirme comme l'un des représentants les plus doués de la nouvelle génération parlementaire.

Globalement, nous sommes d'accord avec les orientations de son rapport. Je rappelle simplement brièvement nos priorités.

Premièrement, les PME, parce qu'elles sont créatrices d'emplois. Deuxièmement, la priorité aux jeunes générations, avec Erasmus+ et l'initiative pour l'emploi des jeunes. Troisièmement, une politique humaniste, solidaire, mais aussi réaliste face à l'afflux massif de migrants et de réfugiés. Quatrièmement, le soutien au Fonds européen de la défense. Cinquièmement, que 20 % au moins des dépenses de l'Union soient affectées à la réalisation des objectifs fixés par la COP21.

Nous veillerons à ce que cela soit le cas.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, καταρχήν οφείλω πραγματικά να συγχαρώ για την εξαιρετική εργασία τον αγαπητό συνάδελφο, τον Siegfried Mureşan, ο οποίος πραγματικά επικεντρώθηκε σε αυτά που μας εκφράζουν και μας ικανοποιούν. Αυτόν τον προϋπολογισμό θέλουμε και διεκδικούμε στην Ευρωπαϊκή Ένωση, τον προϋπολογισμό της ανάπτυξης, τον προϋπολογισμό για τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις, για τον απλό πολίτη, την καινοτομία, την έρευνα, για όλα αυτά που προσδίδουν μια άλλη Ευρώπη, μια πιο κοινωνική, πιο ανθρώπινη, πιο αναπτυξιακή και πιο ανταγωνιστική Ευρώπη. Γι' αυτόν τον λόγο εγκρίνουμε, υπερψηφίζουμε και υποστηρίζουμε αυτόν τον προϋπολογισμό· γιατί εκφράζει και εκπροσωπεί όλες αυτές τις αρχές.

Πρέπει να τονίσω ότι οι μικρές χώρες, όπως η πατρίδα μου η Κύπρος, δεν έχουν την ευχέρεια και τη δυνατότητα να ανταποκριθούν και να αντλήσουν τα κονδύλια από τα ευρωπαϊκά προγράμματα, ακόμα και από το σχέδιο Juncker, γιατί δεν έχουν τα μέσα και τις δυνατότητες. Αυτός ο προϋπολογισμός οφείλει να προσέξει και αυτές τις χώρες, τις μικρές, που δεν έχουν τα μέσα και τις δυνατότητες.

Στηρίζω την πολιτική του κυρίου Oettinger για ενίσχυση της αμυντικής πολιτικής. Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει και στην πράξη να υπερασπίζεται τον εαυτό της, να υπερασπίζεται τα εξωτερικά της σύνορα, να υπερασπίζεται την Ευρωπαϊκή Ένωση ως μια οικογένεια και ως ενιαία ομάδα χωρών, που ουσιαστικά δεν θα αφήνει μικρές και αδύναμες χώρες, όπως η πατρίδα μου η Κύπρος, να κινδυνεύουν και να απειλούνται καθημερινά από χώρες όπως η Τουρκία. Και θα τονίσω ότι δεν μπορούν χώρες που βρίσκονται υπό ένταξη στην Ευρωπαϊκή Ένωση να απειλούν, να προκαλούν και να κατέχουν μικρές χώρες, και ιδίως μια χώρα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όπως είναι η Κύπρος. Οφείλει και η Ευρωπαϊκή Ένωση να ανταποκριθεί και να στείλει τα σωστά μηνύματα, ιδιαίτερα αυτές τις ώρες.

Jens Geier (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ständiger Berichterstatter des Haushaltsausschusses für die Agenturen möchte ich heute Abend Stellung beziehen. Der laufende mittelfristige Finanzrahmen hat entschieden, dass das Personal in den Institutionen und so auch in den dezentralisierten Agenturen um 5 % gekürzt werden soll. Der Haushalt 2018 ist derjenige, in dem diese Operation abgeschlossen sein soll, und bei den Agenturen wird das auch so sein.

Mir ist es wichtig, an dieser Stelle zu betonen, dass viele Agenturen weit mehr geleistet haben, denn sie mussten über den sogenannten *redeployment pool* einen Teil der Stellen erwirtschaften, die bei ausgewählten Agenturen unabweisbar geworden sind – denken Sie an den Aufwuchs des Personals bei Frontex. Daher will ich festhalten: Der Haushalt 2018 ist der letzte, in dem Personal bei den Agenturen gekürzt werden wird. Ich glaube, einige von denen haben einen Zustand erreicht, den man sklerotisch nennen kann.

Aber der Rat hat eine Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen, seinen Sparwillen an anderer Stelle unter Beweis zu stellen. Die EBA, die Europäische Bankenaufsichtsbehörde, wird aus Großbritannien abgezogen, und es wäre unter Spargesichtspunkten sehr vernünftig, sie mit den anderen Agenturen, entweder der in Frankreich oder der in Frankfurt, zu verschmelzen. Mein Gefühl ist: Das wird nicht stattfinden.

Искра Михайлова (ALDE). – Г-н Председател, г-н Комисар, уважаеми колеги, искам непременно да подчертая, че при даването на мандат за преговори през идващата седмица трябва да не допускаме отстъпление от заложените в бюджета проектни стойности. Не трябва да допускаме съкращаване, което да бъде механично, без отчитане на политиките. Както Комисарят спомена, трябва да гледаме всичко ред по ред.

Специално искам да отбележа предложеното увеличение с 25,7% на равнището на бюджетните кредити за плащания по функция 16 в проектобюджета на 2018 г., както и 2,4% увеличение на бюджетните кредити за поети задължения. Изключително важно е да запазим тези параметри на бюджета, за да можем да разплатим повишените искания за плащания по структурните фондове и изпълнението на програмите. Това е важно за доказване на качеството на програмите, важно е за запазване на доверието на европейските граждани към Европейския съюз.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, les États membres ne peuvent plus demander toujours plus à l'Union, tout en réduisant ses capacités budgétaires.

La stratégie de déshabiller Paul pour habiller Pierre n'a que trop duré. Il est de notre responsabilité, au Parlement européen, de parler fort et d'être déterminés à faire accepter par le Conseil que l'Union mérite les moyens de ses ambitions. Après le discours du commissaire Oettinger, nous avons compris que la Commission était plutôt de notre côté et nous ne pouvons que nous en féliciter.

Il est fondamental de rappeler que toute nouvelle politique doit bénéficier de nouveaux financements. Un fonds de défense, c'est sans doute nécessaire, mais il ne peut être financé au détriment des politiques existantes, et notamment des politiques de solidarité. La nécessité d'argent frais s'impose. L'Union européenne ne saurait souffrir d'une déception supplémentaire, alors que se dessine aujourd'hui son avenir.

Un budget européen ne peut pas être l'addition de fonds de garantie et d'autres montages financiers. Il doit être lisible et ne plus être soumis aux seules contributions nationales, ou quasiment, mais faire appel à de véritables ressources propres.

Daniele Viotti, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie anche per la comprensione. Vorrei ringraziare Lei, vorrei ringraziare il relatore, l'on. Mureșan, con cui mi permetto di dire che stiamo facendo un percorso interessante, importante, molto bello, e il lavoro che stiamo facendo è un lavoro parlamentare vero e proprio, non soltanto di parte. Questo naturalmente fa onore al lavoro che fa il collega e credo che faccia onore anche al lavoro che stiamo facendo come Aula.

Quello che stiamo discutendo in queste ore, in questi giorni, e che voteremo domani è un mandato, secondo me, molto ampio, un mandato che permetterà al nostro relatore e quindi alla nostra istituzione di confrontarsi ampiamente, in modo molto netto e serio con il Consiglio e con la Commissione sulle prospettive per il bilancio del prossimo anno.

Quello che noi abbiamo discusso in queste settimane, in questi mesi, e che domani voteremo ha a che fare veramente con alcune delle risposte che i cittadini ci chiedono, soprattutto sui temi più importanti, più urgenti, e penso quindi naturalmente al lavoro, penso agli investimenti, penso alla necessità di avere un'Europa che torni a crescere – e queste considerazioni vengono fatte – che abbia anche una capacità di visione.

Naturalmente non possiamo nascondere – e il collega Mureșan lo sa, lo sanno i colleghi – che ci sono ancora delle differenze in questo Parlamento, che ci sono ancora degli elementi con cui dovremo confrontarci, naturalmente, con la Commissione – e ringrazio anche il commissario Oettinger per il supporto che ci darà – e poi con il Consiglio: penso ai temi dell'immigrazione, penso ai temi della sicurezza, penso anche alle questioni legate alla mobilità giovanile... Però sono sicuro che con questo documento, e con il voto che avremo domani, il nostro Parlamento avrà una posizione molto forte, il nostro relatore avrà una posizione molto forte per poter andare a iniziare questa trattativa con il Consiglio per il bilancio del prossimo anno. Grazie Presidente, ripeto, grazie per la comprensione.

Zgłoszenia z sali

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, čestitam izjavitelju na izvrsno odrađenom poslu i Komisiji i povjereniku na odličnom prijedlogu proračuna za 2018. godinu.

Europi se u srednjem roku predviđa rast od 1,5 do 2 %. S tim gospodarskim rastom nikako ne možemo biti zadovoljni, a to možemo promijeniti samo ambicioznim proračunom i kvalitetnim ulaganjima u inovacije, znanost, istraživanje i razvoj, obrazovanje, mlade. To je sve prepoznato u ovom prijedlogu proračuna za 2018. godinu.

Isto tako ulaganja u prioritete koji su važni za povoljno poslovno okruženje, poput energetike i prometa, ali i sigurnost i stabilnost. Bez sigurnosti i stabilnosti nema povjerenja, bez povjerenja nema ulaganja rasta i razvoja i to je jasna poruka ovoga prijedloga proračuna za 2018. godinu.

Posebno me raduje i povećanje plaćanja u kohezijskoj politici od čak 25 %. Ovo je pravi trenutak da ova politika zaista postane vidljiva jer dosada gotovo da i nije bila.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la crescita sostenibile, la coesione socioeconomica, la sicurezza, la migrazione e il cambiamento climatico restano le priorità principali del bilancio dell'Unione europea per il 2018. Ma ci sono anche altri aspetti da valutare. Condivido per esempio gli incrementi proposti dalla Commissione per l'iniziativa «Garanzia per i giovani», anche se ancora insufficienti. Questa iniziativa deve essere ulteriormente migliorata e resa più efficiente, garantendo l'apporto di un reale valore aggiunto europeo alle politiche per il lavoro giovanile degli Stati membri, e non in sostituzione delle politiche nazionali esistenti.

Non è condivisibile, però, il taglio al programma COSME. Le PMI giocano un ruolo fondamentale nella creazione di posti di lavoro, e l'adeguatezza dei finanziamenti a favore di questa categoria di imprese deve rimanere la priorità del bilancio dell'Unione europea.

Infine, il ricorso senza precedenti agli strumenti speciali ha dimostrato che il bilancio dell'Unione non era stato originariamente concepito per affrontare problemi come l'attuale crisi migratoria e dei rifugiati. I tagli proposti non sono conformi all'impegno assunto dall'Unione europea di affrontare in maniera efficiente ed adeguata il problema dei migranti.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η εντολή για τον τριμερή διάλογο για το σχέδιο προϋπολογισμού του 2018 πρέπει να είναι σαφής, πρέπει να είναι ισχυρή και να στηρίζεται σε συγκεκριμένους άξονες: ενίσχυση της Κοινής Γεωργικής Πολιτικής, διότι οι αγρότες της Ευρώπης πραγματικά υποφέρουν· στήριξη της συνοχής διότι οι χώρες του ευρωπαϊκού Νότου έχουν μείνει πίσω· στήριξη της απασχόλησης με δημιουργία νέων θέσεων εργασίας, κυρίως για τη νέα γενιά που αντιμετωπίζει πολλά προβλήματα αυτήν τη στιγμή· στήριξη των μικρομεσαίων επιχειρήσεων, διότι μόνο μέσα από αυτές μπορεί να υπάρξει πραγματική ανάπτυξη· Κοινωνική Ευρώπη για όλους, για να μπορούμε πραγματικά να απαλλαγούμε από τα προβλήματα της φτώχειας και του κοινωνικού αποκλεισμού.

Επιπλέον, στήριξη της καινοτομίας και της έρευνας, διότι μόνον έτσι μπορεί να υπάρξει ανταγωνιστικότητα και -φυσικά- πρέπει να υπάρξουν κονδύλια για το προσφυγικό και για τα θέματα ασφάλειας. Τέλος, δεν χρειάζονται κονδύλια για την Τουρκία, η οποία παραβιάζει τα ανθρώπινα δικαιώματα και κατέχει παρανόμως το 37% της Κυπριακής Δημοκρατίας.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl za prvé poděkovat panu zpravodajovi Murešanovi, s nímž jsem měl možnost hovořit o otázce politiky soudržnosti a jejím přidělu, a zároveň chci poděkovat panu komisaři, že takto vnímá naše vystoupení. Já jsem jej pozoroval při jednání.

Myslím si, že těch priorit, které byly zmíněny pro náš rozpočet pro rok 2018, je příliš mnoho, ukazuje se, že to hlavní bude právě jistá selekce. Priority přibývají, ať je to migrace, bezpečnost situace v Evropě. A rozpočet samozřejmě nafukovací není. Můžeme to brát v zásadě jako generálku pro období po brexitu. V okamžiku, kdy Velká Británie odejde a nebude plnit svůj příspěvek do rozpočtu, tak peněz bude chybět ještě víc.

Takže já bych chtěl vyjádřit naději, že rozpočet bude zodpovědný, že bude krátit tam, kde to skutečně je možné, a podporovat ty priority a politiky, které jsou důležité pro naši budoucnost. Pevně věřím, že se v mandátu s Radou dohodneme. Protože potom bychom zklamali v očích těch nejdůležitějších, v očích občanů Evropy.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Günther Oettinger, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Abgeordneten! Entlang der Uhrzeit und der nachfolgenden Tagesordnungspunkte in aller Kürze: Ich finde es bemerkenswert und positiv, wie breit das Mandat, das der Kollege Mureşan sich erarbeitet hat, aus Ihren Wortmeldungen hervorgeht. Ich glaube, das stärkt seine Autorität und Ihre Autorität. Indem der Haushaltsentwurf der Kommission und Ihre Bewertung, Ihre Kommentare, Ihre Ergänzungen über eine breite Mehrheit hier im Hohen Hause verfügen, ist das auch ein klares Zeichen Ihrer Kraft für die Verhandlungen in Trilog. Ich freue mich, dass die am 13. Juli dann aufgrund des Mandats beginnen werden und sage meine Unterstützung bei allen Verhandlungsrunden zu.

Die meisten Punkte wurde erwähnt: Migration, Soziales, Infrastruktur, Kohäsion, ländlicher Raum, Forschung. Vielleicht nur zu drei Punkten noch einige Gedanken: Wir beobachten die Personalsituation bei unseren Diensten sehr genau. Wir werden die 5 % Personalkürzungen im Stellenplan als Kommission in diesem Jahr – bei anderen Diensten im nächsten Jahr – erbracht haben. Und dann brauchen unsere Dienste – das gilt für das Parlament, es gilt für alle Institutionen, es gilt für die Kommission, es gilt für die Agenturen – einige Jahre der Stabilisierung auf der Grundlage eines Stellenplans und einer Gesetzgebung, die in das nächste Jahrzehnt geht. Und wenn Agenturen mehr Arbeit haben, neue Aufgaben haben, außerordentliche Arbeit machen, haben wir immer auch die Möglichkeit der Feinststeuerung, einige Stellen hinzuzugeben, damit auch die Agenturen neben den Generaldirektionen ihre Aufgaben erfüllen. Ich bin mit dem Sprecher unserer Agenturen dazu auch in den nächsten Tagen in Kontakt, um deren Erwartungen zu hören. Galileo ist ein Jahrzehnt-, ein Jahrhundertprojekt – die Industrie hat es nicht hibekommen. Wir haben Verspätung, aber wir bekommen es hin und schaffen damit bei einem technologisch herausragenden Bereich eine eigene europäische Souveränität und sind nicht mehr nur vom Import von Navigationsdiensten aus Übersee abhängig.

Die Gründung des europäischen Museums der Geschichte wurde kritisiert. Ich habe vor Kurzem eine Besuchergruppe dort erlebt, junge Menschen aus Europa, die dort waren – die waren begeistert. Ich finde, das Parlamentarium und das Haus der europäischen Geschichte sind hervorragende Angebote für die Weiterbildung gerade unserer europäischen Bürger, gerade für die junge Generation. Denn, ob wir es wollen oder nicht wollen, ob Sie es nicht wollen oder ich es will: Es gibt nun mal eine europäische Geschichte, es gibt leider eine europäische Kriegsgeschichte, es gibt eine europäische Kulturgeschichte, eine europäische Sozialgeschichte – Karl Marx –, es gibt eine europäische Religionsgeschichte und Reformationsgeschichte im Lutherjahr, und es gibt im Grunde genommen auch eine europäische Geschichte unserer wechselvollen Politik, von den Römern, den Griechen, zuvor, den Staufern, von Karl I. bis zu Napoleon. Und dies gerade jungen Menschen nicht aufzuzeigen, wäre ein Frevel. Ich finde – bei allem Stolz auf Heimat und Nation – eine nationalistische Zwangsjacke wäre falsch. Und unsere Kinder, die Erasmus-Generation, würde sie auch nicht anziehen und nicht akzeptieren.

Deswegen ist meine Bitte: Sprechen Sie mit Bürgern, die aus diesem Haus der Geschichte kommen! Ich bin sicher, dann werden Sie sich davon überzeugen, dass diese 50 Millionen eine sinnvolle Investition für die Bildung unserer Bürger auf dem ganzen Kontinent in seiner Vielfalt gewesen sind.

Siegfried Mureşan, *rapporteur*. – Mr President, I would like firstly to thank my colleagues and Commissioner Oettinger for this very rich and interesting debate tonight. I would like particularly to thank the shadow rapporteurs, with whom I have been working very well and closely. They were very constructive throughout the work.

I see with us still in the Chamber Bernd Kölmel and Indrek Tarand – my thanks to you, and also to Daniele Viotti and Anneli Jäätteenmäki, who were with us earlier. The rapporteurs for the opinions from the various committees were instrumental in putting together a mandate for Parliament which reflects the will of the colleagues in this House and that is why I anticipate that we will be able to adopt this with a large majority tomorrow.

In addition to this, before concluding, I would like to say that growth and jobs and the security and safety of citizens are our biggest priorities. This is what we agreed with the Commission: that these things should receive priority next year. In addition, as was said before, we should not forget the traditional policies of the Union – cohesion and agriculture – and we should ensure proper financing. In this regard, the Commission did the right thing by proposing an increase in payments under Heading 1b to Cohesion and Structural Funds by 25% because we expect and we want to see money flowing into the programmes next year. This is why we are making money available for the real economy, so that NGOs, SMEs and regional and local stakeholders can benefit from the EU budget.

I am confident after today's debate that, together with the Commission, with Commissioner Oettinger, and with the Council – starting next week in the trilogue and then in autumn – we will be able to put forward and adopt a meaningful budget, a Union budget for 2018 which corresponds to the needs of the year 2018 and which respects and complies with European citizens' expectations vis-à-vis the Union next year.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w środę 5 lipca 2017 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Maria Grapini (S&D), în scris. – Raportul referitor la mandatul pentru trilogul privind proiectul de buget pe 2018 este foarte important din perspectiva viitorului creșterii sustenabile a locurilor de muncă de calitate, în special în IMM-uri, cercetare și pentru tineri. De aceea am propus Comisiei să aloce un buget rezonabil pentru creșterea capacității digitale a startup-urilor, precum și pentru internaționalizarea IMM-urilor europene.

Reindustrializarea Europei poate fi realizată doar prin creșterea competențelor, prin inovare și cercetare și printr-o educație adecvată cerințelor economiei. Este necesar să se aloce un buget adecvat pentru funcționarea uniunii vamale, în scopul combaterii fraudei și criminalității economice. Încurajez Comisia să crească finanțarea acordată în cadrul programului Orizont 2020 și să sprijine întreprinderile europene care acordă prioritate incluziunii și creării de locuri de muncă.

17. Wahl Saudi-Arabiens zum Mitglied der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest oświadczenie Wiceprzewodniczącej Komisji i Wysokiej Przedstawiciel Unii do Spraw Zagranicznych i Polityki Bezpieczeństwa w sprawie wyboru Arabii Saudyjskiej na członka Komisji ds. Statusu Kobiet ONZ (2017/2721(RSP)).

Christos Stylianides, on behalf of the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, the entire Middle East is going through an era of deep transformation and radical change. Our attention is always focused on the latest political developments, from the conflicts in Syria and Iraq to the diplomatic crisis in the Gulf, but the topic we are discussing today, the condition of women in Saudi Arabia, is no less relevant.

Definitely, inequality always makes a society weaker, and this is true of inequality between men and women. Our work for gender equality is not only consistent with our principles and values but it is also a matter of stability and resilience and it is a matter of economic growth. No country can achieve its full potential if half of its people do not have the same opportunities to work – and, of course, to learn and to have a say.

In times of great change in the Middle East, it is essential that we constantly monitor the new threats to gender equality, and also the opportunities that arise for women's empowerment.

I can only concur that the situation of women's rights in Saudi Arabia remains difficult. The European Union continues to engage the Saudi authorities on a number of human rights issues, including gender matters, and we consistently refer to the recommendation made during the last UN universal periodic review process on Saudi Arabia, which was concluded in 2014. EU Member States actively and constructively contributed to this exercise under the coordination of the European institutions.

As you all know, the European Union does not vote in elections within UN political bodies. The decision on whether to support Saudi Arabia in the Commission on the Status of Women belongs to our Member States. But since Saudi Arabia has now been elected, I believe we should work to turn its membership of that Commission into an opportunity for Saudi women.

Saudi society is changing, more or less slowly but constantly. The country's authorities are starting to talk about reforms, and this is something we should encourage, and are encouraging in our diplomatic contacts with them.

The new Crown Prince has publicly said that he believes it is time for change in this respect. This year we have seen a timid but interesting attempt at reforming the guardianship system, the system that forces Saudi women to ask for a man's authorisation to travel, work or marry. A petition from local communities to introduce reform was signed by thousands. The Saudi leadership has acknowledged that the current system is not efficient in economic terms and could be an obstacle in fulfilling the ambitious objectives the Kingdom has set out in its 'Vision 2030'.

For the sake of Saudi women, we cannot miss any opportunity to encourage and accompany change in this country. We will continue to ask the Saudi leadership to demonstrate that it takes gender equality seriously. A useful first step would be for Saudi Arabia to ratify the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women.

Let me add that Saudi women are very well organised and, with an international platform, I am sure that they can manage to make their voice heard. The UN Commission could offer this platform. We hope so.

Already many Saudi women are fighting every day for their rights – like so many other women in all parts of the world. They are not subjugated, they are not resigned, and they are proud of what they have achieved with much hard work. These women can be the drivers of change inside their society.

Let us take this opportunity to amplify their voice, to support their work and to advance gender equality in Saudi Arabia and right throughout the Middle East.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, cuando supe que Arabia Saudí había sido elegido miembro de la Comisión de las Naciones Unidas de la Condición Jurídica y Social de la Mujer, pensé que se trataba de un error, porque resulta increíble que uno de los países más misóginos del mundo pueda estar en un órgano dedicado a la promoción de la igualdad de género y el empoderamiento de las mujeres. Cómo puede defender los derechos de las mujeres un país que no los respeta, un país donde se criminaliza que hombres y mujeres sin parentesco estén juntos, un país donde las mujeres no pueden conducir, un país donde la mujer está sometida de por vida a la tutela de un varón.

¿Se imaginan las mujeres de esta Cámara que para viajar, abrir un negocio, recibir tratamiento médico, casarse, estudiar o simplemente para pasear por la calle necesitasen la aprobación de un hombre?

A mí me resulta inimaginable, y mi única esperanza es que la inclusión de Arabia Saudí en esta Comisión de la ONU sobre la mujer sirva como impulso para mejorar la situación de las mujeres en un país donde la discriminación contra ellas es sistemática en la ley y en la práctica.

Hay que reconocer, como ha dicho el comisario, que se están haciendo reformas y esto está abriendo una grieta en la intolerancia, pero es muy frustrante que el primer consejo que se hizo en Arabia Saudí sobre la mujer estuviese compuesto solo por hombres.

Quiero finalizar denunciando a todos los países donde ser homosexual está penado con la cárcel, y Arabia Saudí es uno de ellos: otra violación de los derechos humanos que tenemos la obligación de denunciar quienes tenemos la libertad para hacerlo.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, Arabia Saudí es un país misógino, donde las mujeres sufren de discriminación sistemática, donde se comenten crímenes contra las mujeres que quedan impunes. La sociedad se rige por el sistema de tutela masculino: los padres, los hermanos o las parejas deciden si la mujer puede estudiar, acceder a un empleo, o incluso sacarse el carné de conducir.

Pues bien, este país ha sido elegido miembro de la Comisión de la Condición Jurídica y Social de la Mujer de la ONU. Podría sonar a chiste si no estuviéramos hablando de un tema muy serio, pero no es una broma, es un esperpento que no podemos silenciar. El Grupo de Socialistas y Demócratas condena enérgicamente este nombramiento. Y, además, consideramos intolerable que esto haya sido posible con el apoyo de al menos tres países de la Unión Europea, según la información de que disponemos.

Debemos asegurar el compromiso europeo de defender la igualdad de género como derecho fundamental y que eso se refleje en una posición coherente de la Unión Europea y de sus Estados miembros. Está en nuestras manos no permitir que estos organismos internacionales pierdan su credibilidad. Seamos firmes en la defensa de los derechos de las mujeres.

Julie Girling, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I have been watching a great new TV show based on Margaret Atwood's novel 'The Handmaid's Tale'. Women are forced to do domestic chores, wear complete cover-up clothing, head dresses that act like blinkers on a horse; they cannot travel, drive, shop or even eat and drink without a man's permission. They are entirely the property of men, with no legal identity of their own. The programme is described by its producers as 'set in a dystopian future, a woman is forced to live as a concubine under a fundamentalist theocratic dictatorship'. We are all horrified! Can we imagine a path whereby our world could come to this? Well, no, this is fiction, right? It is not, because almost exactly these conditions exist in modern Saudi Arabia. This is not a country that we should be listening to on the UN Commission on the Status of Women. This is a country that we should be condemning, and we should condemn this appointment in the strongest possible terms.

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente: gracias, señor comisario, por estar hoy aquí, sometiéndose al control del Parlamento, como corresponde, aunque seamos pocos y sean las nueve de la noche.

Yo comparto las inquietudes expresadas por mis colegas pero, tras meditarlo bien, he de decir que no comparto sus soluciones.

Sí, Arabia Saudí oprime, somete y discrimina bárbaramente a las mujeres.

Sí, debemos luchar sin descanso por cada mujer perseguida o encarcelada por defender sus derechos, derechos humanos.

Pero deberíamos hacerlo de forma directa y con confianza en nosotros mismos.

Tener a Arabia Saudí sentada en la Comisión de la mujer de las Naciones Unidas, como ya lo ha estado Irán, nos permite decirle la verdad a la cara, sin complejos y sin intermediarios. Si la condena por la detención de Loujain Alhathloul, activista por los derechos de las mujeres, viene de una comisión en la que Arabia Saudí está representada, tendrá más peso.

Por tanto, señor Stylianides, no le voy a pedir que promueva la exclusión de Arabia Saudí de esta Comisión. Le pido que combata la mentalidad paleolítica de Arabia Saudí en y desde la Comisión de la mujer de las Naciones Unidas.

Estas comisiones no deberían ser torres de marfil para que los progresistas nos demos la razón entre nosotros y condenemos a los bárbaros que no están presentes. Los ciudadanos están cansados de comisiones que hacen resoluciones que luego no se aplican.

Defendamos nuestros principios delante de Arabia Saudí, de frente; utilicemos las instituciones para conseguir el objetivo común.

Y si no, miren el caso de mi colega Beatrix von Storch, que no está aquí hoy, mi colega y tocaya del partido xenófobo de extrema derecha Alternative für Deutschland. Tras unos años con nosotros en la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género del Parlamento, ahora apoya sin fisuras a la candidata de su partido, una mujer lesbiana que vive con otra mujer.

Bueno, hagamos con Arabia Saudí lo que el Parlamento Europeo ha hecho con la señora von Storch.

Lynn Boylan, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, the election of Saudi Arabia as a member of the UN Commission on the Status of Women is akin to something that you would read in a parody publication. At least three, possibly five, EU countries voted in favour of this shameful position – voted for a country where women are effectively legal minors their entire lives, where they require a male guardian's approval to travel, to attend education, to access some health care. Shame on those Member States! A Freedom of Information request from me to the Irish Department of Foreign Affairs was refused, but it did show a flurry of email activity on the matter. Ireland is like the others who chose to hide behind the excuse of the secret ballots. But then, in Ireland, women's rights and dirty secrets are nothing new. But what possible justification could there be for EU Member States to endorse the world's leading oppressor of women now as a promoter of gender equality? In one word: trade!

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, señor comisario, sobre la situación de la mujer en Arabia Saudí, que usted nos ha descrito y nos ha explicado, sabemos cuál es la situación, la situación jurídica, el día a día de las mujeres en Arabia Saudí: un auténtico tormento, una auténtica aberración.

Pero a mí lo que hoy me interesa no es solo eso —que también—, sino el fallo diplomático de los Estados miembros de la Unión Europea que han permitido esta situación. Hasta cinco lo han permitido. Y, entonces, a mí me gustaría también que nos diera alguna explicación, porque ustedes coordinan posiciones en el marco de las Naciones Unidas. Tienen ese papel, como Servicio Europeo de Acción Exterior, y me gustaría saber qué ha pasado, qué les ha dicho el embajador Almeida, cómo se pudo llegar a esta situación.

Y, después, también me preocupa, y quisiera también que nos diera alguna explicación —ya sé que ustedes no votan, ya sé que ustedes no están allí, pero juegan un papel, insisto—, qué va a pasar con el trabajo de la Comisión a partir de ahora, de qué manera vamos a permitir que la Comisión siga con su labor normal y no se vea entorpecida por un miembro que directamente tiene una política que atenta contra los derechos de la mujer. Me gustaría que clarificara esas dos cosas, como Servicio Europeo de Acción Exterior, porque eso es lo que nos preocupa.

Mylène Troszczynski, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, «lier l'Arabie saoudite à la protection des droits des femmes, c'est comme nommer un pyromane chef des pompiers». Je cite ici le président de l'ONG United Nations Watch, qui décrit avec humour et non sans finesse la situation dans laquelle se trouve aujourd'hui la commission de la condition de la femme de l'ONU.

Le 21 avril dernier, treize nouveaux membres étaient élus dans cette commission, qui a pour vocation de défendre la dignité des femmes dans le monde. Parmi ces treize pays se trouve donc l'Arabie saoudite. Comment ne pas croire à un canular? Comment imaginer que ce pays, qui avait reçu le titre de pays le plus misogyne du monde de la part de plusieurs ONG, puisse devenir membre d'une commission de protection des femmes? Comment un pays qui interdit aux femmes de conduire, de sortir seules, qui les dissimule sous le niqab et qui va jusqu'à les lapider, peut-il être considéré comme défenseur de la dignité féminine?

Comment comprendre cela, sinon comme un affront aux femmes du monde entier, comme la victoire de l'argent des pétromonarchies sur toute considération morale ou politique?

Sur les 54 votants, 47 ont, semble-t-il, décidé que oui, l'Arabie saoudite était à même d'incarner la liberté de la femme et d'en faire la promotion. Les femmes de ce pays apprécieront.

En tant que femme, je m'insurge contre cette nomination et en tant que députée européenne, je dénonce la complicité des cinq États de l'Union européenne qui ont voté «oui» à l'entrée de l'Arabie saoudite.

J'aimerais enfin vous faire part d'une anecdote relevée dans le journal *The Independent*. En mars 2017, les autorités saoudiennes organisaient la première réunion sur le thème des droits des femmes, une première avancée en la matière. Figurez-vous que, lors de cette réunion, les femmes furent installées à part, dans une pièce séparée, non-mixité oblige, et qu'elles ne figurent même pas sur les photos.

En 2015, déjà, l'Arabie saoudite avait été élue à la commission des droits de l'homme et avait, dans la foulée, exécuté 153 personnes, contre 26 en 2010.

Espérons que le réveil ne sera pas plus difficile.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, μόνον έκπληξη μπορεί να προκαλέσει η απόφαση του Συμβουλίου του ΟΗΕ να εκλεγεί η Σαουδική Αραβία μέλος στην Επιτροπή Προστασίας των Δικαιωμάτων των Γυναικών. Η Σαουδική Αραβία είναι μια άκρως συντηρητική ισλαμιστική χώρα στην οποία είναι σαφώς καθορισμένο διά νόμου το δικαίωμα που έχει κάθε φύλο και αυτό είναι σαφώς κατά των γυναικών. Κάθε γυναίκα πρέπει να έχει έναν αρσενικό προστάτη που θα λαμβάνει για λογαριασμό της όλες τις κρίσιμες αποφάσεις και θα ελέγχει τη ζωή της, από τη στιγμή που θα γεννηθεί μέχρι τη στιγμή που θα πεθάνει. Οι γυναίκες επίσης δεν επιτρέπεται να οδηγούν, δεν επιτρέπεται να βάφονται, δεν επιτρέπεται να μιλούν σε άνδρες και πολλά άλλα.

Καταλαβαίνετε λοιπόν πόσο θα προαγάγει τα δικαιώματα των γυναικών η Σαουδική Αραβία στον ΟΗΕ. Εάν όμως λάβετε υπόψη ότι η χώρα αυτή έχει τα μεγαλύτερα αποθέματα πετρελαίου στον κόσμο, αποτελεί τον μεγαλύτερο εξαγωγέα πετρελαίου στον κόσμο και ότι το μεγαλύτερο μέρος των οπλικών συστημάτων του Ηνωμένου Βασιλείου καταλήγει στη Σαουδική Αραβία, θα αντιληφθείτε ότι δεν είναι δύσκολο, παρά το γεγονός ότι Σαουδική Αραβία χρηματοδοτεί τρομοκρατικές ενέργειες ανά τον κόσμο, να πείσει κάποιους εχθρούς της να τη στηρίξουν στον ΟΗΕ, τη στιγμή που η ψηφοφορία εκεί είναι μυστική.

Elena Valenciano (S&D). – Señor presidente, yo no voy a contar qué pasa en Arabia Saudí con las mujeres porque todos lo sabemos. Lo sabemos los diputados de esta Cámara, lo sabe el señor comisario y, sobre todo, lo saben los Estados miembros de la Unión Europea que votaron a favor de que Arabia Saudí ocupará un espacio en el Consejo de la Mujer de Naciones Unidas.

Esta es la cuestión. Yo no vengo aquí a juzgar siquiera a Arabia Saudí, más bien a preocuparme de que Estados miembros de esta Unión sean capaces de gastarnos esta broma pesada, a nosotros y sobre todo a las mujeres saudíes, que es para quien peor es esta decisión.

Me da la impresión de que no se dan cuenta de hasta qué punto este tipo de decisiones socavan el sistema multilateral, que es un sistema multilateral que muchos quisieran ver volar por los aires. Y estos son argumentos para aquellos que quieren hacer volar el sistema multilateral por los aires; y nuestra obligación, como representantes de la Unión Europea, de sus ciudadanos y de sus instituciones, es denunciar esto para que no vuelva a suceder nunca más.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Mr President, I would like to know from the Commissioner how come that reportedly five EU Member States voted in favour of Saudi Arabia becoming a member of the Commission on the Status of Women. Had there been no coordination in New York on that, Commissioner?

We want an answer to that, we want transparency about how EU Member States vote. Is it because some of those Member States export arms to Saudi Arabia, despite an EU code against arms exports to countries that wage war against others, like Saudi Arabia against Yemen? Or is it because they have good business relations and don't want to harm them?

Do women's rights really count that little? I do not want to see that in the EU or elsewhere.

We know that Saudi Arabia is one of the worst violators of women's rights and human rights. Even men like Sakharov Laureate Raif Badawi, who have demanded women's rights, are imprisoned for 10 years.

So I really want to know from you, Commissioner, what happened there? Why did all the EU Member States not vote against Saudi Arabia joining the Commission on the Status of Women? That should have been done.

André Elissen (ENF). – Ook ik wil enige woorden wijden aan de verkiezing van Saudi-Arabië als lid van de Commissie van de VN inzake de positie van de vrouw. Het lijkt een misplaatste grap, maar helaas heeft deze verkiezing daadwerkelijk plaatsgevonden. Deze verkiezing laat weer eens zien dat Arabische landen binnen de VN en de voetbalorganisatie FIFA veel met elkaar gemeen hebben.

Ik geef u enkele voorbeelden: met het chequeboek in de hand stemmen kopen van arme landen, samenspannende landen door commissies te verdelen, het monddood maken van critici in eigen land en daarbuiten, chantage door te dreigen de financiële steun aan VN-projecten stop te zetten.

Geen weldenkend mens wil in zo'n commissie een land dat minderheden onderdrukt, de doodstraf toekent en op middeleeuwse wijze uitvoert, de vrouwen in het land verplicht het hele lichaam te bedekken en hen zelfs verbiedt auto te rijden! Wat ons betreft is dit een brevet van onvermogen voor de VN en voor de lidstaten die vóór dit belachelijke voorstel hebben gestemd.

Pina Picierno (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Arabia Saudita è il 134° su 145 Stati nella classifica sulla disparità di genere che, incredibilmente, è stata stilata dalle stesse Nazioni Unite. Io credo che ci sia per davvero una sola parola per descrivere persino questo dibattito, per descrivere questa decisione gravissima di scegliere l'Arabia Saudita come membro, di eleggere l'Arabia Saudita come membro di questa commissione che ha lo scopo di promuovere e di occuparsi, appunto, dello status della donna. E la parola, commissario, è «ridicolo». Questa è la parola che Lei avrebbe dovuto utilizzare e che noi avremmo voluto ascoltare, perché della condizione delle donne in quel paese noi sappiamo drammaticamente troppo, sappiamo tutto.

Allora Lei comprenderà che noi siamo qui a chiederLe conto di questa decisione che continua ad apparirci per davvero incomprensibile e gravissima! E allora noi Le chiediamo conto: come è stato possibile arrivare ad una decisione, ad un'elezione del genere? Io temo che, come spesso accade, non solo per quanto riguarda i diritti delle donne, siano prevalsi altri interessi. E allora penso che sarebbe ora per davvero di mettere fine a questi scempi che siamo costretti a notare quotidianamente.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, l'Arabie saoudite vient d'être élue pour siéger à la commission de la condition de la femme de l'ONU.

L'élection a eu lieu à bulletin secret. Sur les 54 pays votants, 47 ont voté pour, dont, hélas, 5 États membres de l'Union européenne. La France affirme avoir voté contre. Espérons que c'est vrai, car cette élection est une mascarade. Qui peut croire que l'Arabie saoudite va défendre les droits des femmes?

L'Arabie saoudite, c'est ce pays moyenâgeux qui décapite les femmes adultères au sabre en pleine rue, c'est ce pays qui refuse aux femmes le droit de conduire et qui les enferme dans des burqas. Ce n'est pas le modèle de société que je veux pour la France.

L'ONU a failli, l'Union européenne s'égare dans une confusion délibérée entre droits des femmes et droits des minorités ethniques et LGBTI, mais le Front national résiste. L'islamisme radical ne passera pas!

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Es gibt Dinge, die kann man gar nicht erfinden, weil sie so grotesk sind – wie die Entscheidung, ausgerechnet Saudi-Arabien zum Mitglied der UN-Kommission für Frauenrechte zu ernennen, ein Land, das Frauen systematisch diskriminiert, sie unter männliche Vormundschaft stellt, ihnen nicht erlaubt, ein Bankkonto zu eröffnen oder ein Auto zu lenken, ein Land, in dem Frauen systematischer körperlicher Gewaltanwendung ausgesetzt sind.

Wie sollen Vertreter eines solchen Staates sich konstruktiv an der Weiterentwicklung von Frauenrechten beteiligen können? Noch absurder ist aber, dass offensichtlich Mitgliedstaaten der EU für Saudi-Arabien gestimmt haben. Dass dafür Dummheit oder Ignoranz ausschlaggebend war, ist auszuschließen. Also was war es dann? Gab es ökonomische Gründe? Das wäre ein schwerwiegender Vorwurf, den man nur entkräften kann, wenn man sich einer öffentlichen Diskussion stellt. Es ist höchste Zeit für Transparenz und Klarheit, weil es nicht sein darf, dass einige Mitgliedstaaten die Diskriminierung von Frauen dulden. Und ich teile den Optimismus des von mir sehr geschätzten Kommissars – leider – nicht. Schön wäre es, Herr Kommissar, wenn Sie Recht hätten, aber ich befürchte, dass das nicht der Fall ist.

Steeve Briois (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, avec la complicité de cinq États membres de l'Union européenne, l'Arabie saoudite intégrera donc, l'année prochaine, la commission de la condition de la femme des Nations unies.

Dans ces circonstances, pourquoi ne pas nommer Bernard Madoff à la tête du FMI ou décerner au dirigeant nord-coréen le prix mondial de la liberté de la presse ? Car, pour ceux qui ont la mémoire courte – et ils sont nombreux –, je rappelle que le gouvernement saoudien prône la pratique d'un islam ultrarigoriste, qui inclut le mariage forcé, l'excision des jeunes filles et la lapidation des femmes coupables d'adultère.

Ces violations quotidiennes des droits des femmes devraient pourtant les interpellier. Malheureusement non, par intérêt ou par lâcheté, certains ont préféré se cantonner à des envolées lyriques mièvres dans ce théâtre européen, où ils n'ont plus qu'un rôle de figurant.

Alors, avant de demander aux petites filles européennes de jouer à la voiture, commençons donc par veiller à ce que la femme ne soit plus considérée comme inférieure à l'homme dans l'un des pays membres de cette commission.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, por todo o respeito que lhe tenho, sabe o que é mesmo ridículo – já que hoje é essa a palavra- foi não ter ouvido uma única palavra do Presidente Juncker sobre a eleição da Arábia Saudita como membro da Comissão das Nações Unidas sobre a condição da mulher.

A Arábia Saudita é um regime que despreza as mulheres. Elas são obrigadas a ter um homem como guardião, não podem viajar, não podem estudar ou trabalhar sem autorização de um varão, não podem conduzir, não podem praticar desporto, têm que esconder o corpo e o rosto, até a roupa que comprem tem que ser experimentada em casa.

O que que esta eleição significa? Um incentivo à Arabia Saudita? Um prémio pelo bom trabalho, mas qual trabalho? Quem é que ganhou com esta eleição? Não, a Arábia Saudita não é o único Estado nesta comissão das Nações Unidas que discrimina as mulheres. Há muitos mais! Mas a Arábia Saudita não disfarça, nem de longe, o que pensa sobre as mulheres. Esta é a maior vergonha de sempre das Nações Unidas.

Julie Ward (S&D). – Mr President, we can all agree that Saudi Arabia being elected to the UN body that is supposed to promote and defend women's rights is both preposterous and absurd. But whenever something like this happens on the international stage we get a chorus of right-wing nationalists bashing the UN and international cooperation, when in fact the opposite is what we need. Unfortunate situations like Saudi Arabia's election come about because governments do not assume their responsibilities on human rights and gender equality, and choose to follow narrow national interests.

That applies, unfortunately, also to some EU Member States. The UN, similar to our European Union, cannot function effectively without the political will of governments. So, instead of simply bashing the UN, let us ask ourselves if we have done enough to promote women's rights and gender equality in the world and in the Middle East. Have our own governments stepped up to the plate to promote these values at home and abroad, and how can we strengthen international collaboration and cooperation?

Ana Gomes (S&D). – A eleição da Arábia Saudita para a Comissão do Estatuto da Mulher na ONU é revoltante e torna obrigatório, ali e aqui, que se confronte a Arábia Saudita com as sistemáticas violações dos direitos das mulheres.

No relatório sobre as relações da União Europeia com a Arábia Saudita que redigi e que este Parlamento aprovou em 2014 descrevemos o regime medieval que oprime e desgoverna o país, com o pior registo de desigualdade de género do mundo, onde as mulheres são indignamente submetidas a um guardião masculino.

Por isso, importa perguntar à Alta Representante se, ao menos, tentou coordenar os Estados-Membros nesta eleição na ONU, e se vai expor os outros quatro membros, além da Bélgica, que votaram a favor.

Porventura são os mesmos que vendem armas e apoiam a repressão violenta pelos sauditas no Iémen e no Bahrein e indiretamente o proselitismo muhaby que promove e financia extremistas e terroristas pelo mundo fora. Cabe aos governos europeus agora garantir que esta eleição sirva para confrontar o regime saudita e para dar também alento às mulheres e homens que, na Arábia Saudita, se batem por liberdade, direitos humanos e justiça. Mulheres e homens como Raif Badawi, Prémio Sakharov ainda encarcerado na Arábia Saudita.

(A oradora aceita responder a uma pergunta formulada ao abrigo do procedimento «cartão azul» (artigo 162.º, n.º 8, do Regimento))

Karol Karski (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Mam takie pytanie: Zawsze stoimy przed dylematem w takich sytuacjach, co przyniesie tego typu wybór – czy Pani Poseł nie odnosi też wrażenia, że może ten wybór obok swoich jakby negatywów mieć też pewien niewielki pozytywny aspekt, to znaczy, że Arabia Saudyjska zostanie skonfrontowana z tymi standardami, do których będzie musiała również się odnieść, i może to – choć w jakimś niewielkim stopniu – nakieruje to państwo na te tory, których byśmy sobie życzyli. Czyli, jeśli to państwo zostanie wciągnięte w tę procedurę, być może – choć nie na pewno – będzie zmuszone do podejmowania działań korzystnych dla praw kobiet.

Ana Gomes (S&D), blue-card answer. – I have visited Saudi Arabia and we do not keep a dialogue with Saudi Arabia. We need to keep that dialogue and at the same time confront them – confront them in the UN and here – for the violation of human rights and of women's rights in particular. In this way, we will be giving a very clear sign to those who are fighting for human rights and for women's rights in Saudi Arabia, because they exist there and they need our support.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è difficile nascondere le forti contrarietà causate dal voto che ha eletto l'Arabia Saudita nella Commissione delle Nazioni Unite sulla condizione femminile: è un paese ultraconservatore privo di diritti e nel quale le donne subiscono sistematiche discriminazioni.

Che dire? Questa elezione rappresenta uno schiaffo al buon senso e non c'è nessuna ragione di Stato che vieti di dirlo con forza e determinazione. Ora Lei, commissario, ha suggerito una strada intrisa di realismo politico, che afferma: «non è stata l'Europa, ma alcuni Stati membri a votare a favore. Ormai il voto c'è stato, non si può tornare indietro, lavoriamo per far cambiare le cose a Riyadh».

Io ho l'impressione che questo Suo realismo politico dovrà fare i conti con quei paesi europei che hanno votato «sì» all'Arabia Saudita per ottenere in cambio, o continuare, il commercio anche di armi, e che non hanno in testa i diritti. E quindi vorrei capire da Lei, questa sera, quali strumenti l'Unione europea vuole utilizzare per cambiare davvero le cose a Riyadh.

Catch-the-eye procedure

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, pane komisaři, já jsem velmi pozorně poslouchal Vaše vystoupení a víceméně se vůbec netýkalo problémů, které tady řešíme, to znamená členství Saúdské Arábie v Komisi OSN pro ženská práva. Já jsem čekal, že nám třeba řeknete, zda Komise zkoumala, které evropské státy volily tuto zemi, která hanebně porušuje ženská práva, do tohoto orgánu, a také by mě zajímalo, jako některé jiné řečníky, co Komise do budoucna udělá, aby evropské země lépe koordinovaly svoji volbu na takovýchto mezinárodních fórech tak, aby do budoucna takováto ostuda nenastávala. Podle mého názoru je ta volba naprosto skandální, je to obrovská ostuda. Pokud myslíme agendu lidských práv vážně na půdě Evropské unie – a lidská práva jsou pro nás klíčovou agendou –, pak není možné se zaklínat diplomatickými frázemi o tom, že Saúdská Arábie dělá malé posuny, jak jste řekl, že tam dělá plaché reformy, plaché změny. Myslím si, že je třeba radikální a jasná pozice Evropské komise.

Nότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, έχουμε μία προκλητική απόφαση, την εκλογή της Σαουδικής Αραβίας ως μέλους της επιτροπής του ΟΗΕ για τη θέση των γυναικών. Μία απαράδεκτη απόφαση για μια χώρα στην οποία δεν ισχύουν ανθρώπινα δικαιώματα, καταπιέζονται οι γυναίκες, απαγορεύεται να βγαίνουν από το σπίτι χωρίς να συνοδεύονται και δεν επιτρέπεται καν να οδηγούν αυτοκίνητο. Μια χώρα όπου οι εκτελέσεις είναι στην ημερήσια διάταξη, μια χώρα στην οποία στηρίζονται οι τζιχαντιστές του ISIS. Αυτή είναι πραγματικότητα. Και έχουμε 47 από τις 54 χώρες, μεταξύ των οποίων πέντε κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να έχουν υποστηρίξει την εκλογή της Σαουδικής Αραβίας.

Είναι δεδομένο ότι αυτό που έγινε ήταν μία συναλλαγή. Τα κράτη που έκαναν αυτή την εκλογή, ξεκάθαρα για λόγους οικονομικών συμφερόντων, προέβησαν σε πρόκληση απέναντι στην ίδια την πραγματικότητα και αυτό πρέπει να καταδικαστεί, διότι αντί να έχουμε την ισχύ του δικαίου, έχουμε το δικαίο του ισχυρού.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE). – Mr President, the EU enjoys both a long-established relationship and a constructive dialogue with Saudi Arabia, which is an important partner in the unstable Middle East region. Nevertheless, the EU should not turn a blind eye to the worsening human-rights situations in the country, particularly when it comes to women's rights. Saudi discrimination against women is visible in law and in practice.

Unfortunately women in Saudi Arabia continue not to have equal rights with men. They are forced to live under the oppressive male guardianship system which enables men to maintain control over female relatives.

From this perspective, I do not believe that Saudi Arabia's election as a member of the UN Commission on the Status of Women will promote women's rights, empower women or bring about gender equality in the world. Therefore I call on the EU to monitor the human-rights situation in the country closely and to become more actively involved in guaranteeing the rights of women.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, «una ragazza non possiede altro che il suo velo e la sua tomba»: è un famoso proverbio dell'Arabia Saudita, quello stesso paese a cui è stata data per i prossimi quattro anni piena *membership* nella Commissione delle Nazioni Unite sulla condizione femminile.

Il decreto reale dello scorso maggio ha certo, sì, graziosamente cancellato una serie di norme che dipingevano la donna come un essere minorato, ma possiamo forse dimenticare che in quel paese le donne devono sottostare a un guardiano che ne accompagna qualsiasi decisione importante, dalla nascita, ai viaggi, alla morte? Che non possono mostrarsi in pubblico senza essere accompagnate da un uomo, e figuriamoci guidare un qualsiasi mezzo, persino la bicicletta?

Qualcuno ha detto che questo ingresso serve da incoraggiamento per loro. Io invece dico che è una vergogna, ed è una vergogna per noi, e soprattutto per gli Stati membri dell'Unione che hanno votato a favore. Colleghi, commissario, tutto questo è accaduto mentre Raif Badawi, il nostro premio Sacharov, è ancora in carcere. Io vi ricordo che coerenza e principi valgono più di un pugno di armi vendute per un altro pugno di petroldollari.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem byl také překvapen ze slov pana komisaře, protože se k tématu prakticky vůbec nevyjádřil. On skutečně použil slova o plachosti těch reforem, hovořil o tom, že vidíme jakýsi pokrok na základě například toho, že ženy na základě povolení mohou nově řídit auto nebo uzavírat sňatek.

Mně to přijde jako důkaz toho, jak nepochopená byla tato debata ze strany Komise. Chce se mi tuto historku dovyprávět: na nejnižší úrovni, pokud vím, je v Saúdské Arábii nyní povoleno ženám volit, a pokud si dvě ženy radostně nad tím povídaly a plesaly, že mohou volit, tak ta druhá v tom vtipu odpověděla té první, která se jí ptala, proč se k těm volbám nedostala. No, nemohla řídit, nikdo ji tam nedovezl.

To si myslím, že ilustruje obrázek ze Saúdské Arábie. Opravdu se stal kozel zahradníkem, pokud ve výboru, který má na starosti emancipaci žen a práva žen po celém světě, stojí Saúdská Arábie, to je určitě odsouzeníhodné.

(End of catch-the-eye procedure)

Christos Stylianides, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, dear colleagues, you can realise my uncomfortable, personal position. You know well, and I share your concerns and I take note of your observations and your suggestions. Definitely all of you know well my personal strong convictions about gender equality and, of course, about LGBTI rights.

Nevertheless, Saudi Arabia continues to embody the complexity of the region, and I am not here today to defend any such decision. But I hope that constructive engagement after the new reality and a frank dialogue on issues of common interest will yield results.

In this sense, this election to the UN Commission on the Status of Women will put the burden on the country to deliver and to show that it is determined to make real advances in this crucial field.

Of course, the first, useful step will be for Saudi Arabia to ratify the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women. And the European Union, and in particular the European Commission, will naturally continue to plead for change and to assist any of our Saudi counterparts in realising their social transformation. There is no doubt that, as the European Commission, we will help any activities by the women in order to transform the social conditions and circumstances in Saudi Arabia.

Thank you so much for your strong advocacy. But at the same time we have to deal with the new reality in order to improve the circumstances inside Saudi Arabia.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), por escrito. – Es inaceptable que Arabia Saudí forme parte de la CSW (Comisión de la Condición Jurídica y Social de la Mujer) de las Naciones Unidas porque es un país misógino, donde las mujeres sufren de discriminación sistemática y se comenten crímenes contra las mujeres que quedan impunes. La sociedad se rige por el sistema de tutela masculino: padres, hermanos o maridos deciden si la mujer puede estudiar, tener un empleo, recibir tratamiento médico o sacarse el carné de conducir... No había opción para votar en contra de la elección de Arabia Saudí, pero sólo 7 de los 54 países que votaron se abstuvieron. En esta elección participaron 12 Estados miembros de la UE. Al menos tres, posiblemente más, votaron a favor. Esta situación plantea serias dudas sobre la coherencia de la UE en su posición frente a las Naciones Unidas. El Tratado de la UE establece que el Consejo y el alto representante velarán por que los Estados miembros respeten activamente y sin reservas la política exterior de la UE y garanticen la coherencia de la acción de la Unión. Los Estados miembros deben asegurarse de que su compromiso común de defender la igualdad de género como derecho humano fundamental se refleje también en una posición coherente de la UE en los organismos internacionales.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), por escrito. – Es inaceptable que Arabia Saudí forme parte de la CSW (Comisión de la Condición Jurídica y Social de la Mujer) de las Naciones Unidas porque es un país misógino, donde las mujeres sufren de discriminación sistemática y se comenten crímenes contra las mujeres que quedan impunes. La sociedad se rige por el sistema de tutela masculino: padres, hermanos o maridos deciden si la mujer puede estudiar, tener un empleo, recibir tratamiento médico o sacarse el carné de conducir... No había opción para votar en contra de la elección de Arabia Saudí, pero sólo 7 de los 54 países que votaron se abstuvieron. En esta elección participaron 12 - Estados miembros de la UE. Al menos tres, posiblemente más, votaron a favor. Esta situación plantea serias dudas sobre la coherencia de la UE en su posición frente a las Naciones Unidas. El Tratado de la UE establece que el Consejo y el alto representante velarán por que los Estados miembros respeten activamente y sin reservas la política exterior de la UE y garanticen la coherencia de la acción de la Unión. Los Estados miembros deben asegurarse de que su compromiso común de defender la igualdad de género como derecho humano fundamental se refleje también en una posición coherente de la UE en los organismos internacionales.

Javi López (S&D), por escrito. – Es inaceptable que Arabia Saudí forme parte de la CSW (Comisión de la Condición Jurídica y Social de la Mujer) de las Naciones Unidas porque es un país misógino, donde las mujeres sufren de discriminación sistemática y se comenten crímenes contra las mujeres que quedan impunes. La sociedad se rige por el sistema de tutela masculino: padres, hermanos o maridos deciden si la mujer puede estudiar, tener un empleo, recibir tratamiento médico o sacarse el carné de conducir... No había opción para votar en contra de la elección de Arabia Saudí, pero sólo 7 de los 54 países que votaron se abstuvieron. En esta elección participaron 12 Estados miembros de la UE. Al menos tres, posiblemente más, votaron a favor. Esta situación plantea serias dudas sobre la coherencia de la UE en su posición frente a las Naciones Unidas. El Tratado de la UE establece que el Consejo y el alto representante velarán por que los Estados miembros respeten activamente y sin reservas la política exterior de la UE y garanticen la coherencia de la acción de la Unión. Los Estados miembros deben asegurarse de que su compromiso común de defender la igualdad de género como derecho humano fundamental se refleje también en una posición coherente de la UE en los organismos internacionales.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – Il y a quelques semaines, au sein de la commission de l'égalité des genres, j'ai eu le triste honneur de vous annoncer que l'Arabie saoudite venait d'être nommée membre de la commission des Nations unies sur la condition de la femme. L'Arabie saoudite va donc aider à protéger et à promouvoir l'égalité entre les hommes et les femmes et les droits des femmes à travers le monde. Cela pourrait prêter à rire si ce n'était pas aussi consternant, lamentable et scandaleux! Ce pays qui considère les femmes comme étant toute leur vie mineures, et donc sous tutelle permanente des hommes. ce pays qui interdit aux femmes de conduire. Ce pays qui, en mars, a lancé le «Conseil des femmes»... mais sans femmes! Il ne faut pas se mentir, l'immense lobbying effectué par l'Arabie saoudite pour obtenir ce poste n'a pour unique intérêt que de s'acheter un label «droits de l'homme» pour améliorer son image déplorable en la matière. Pour permettre à l'Arabie saoudite d'être nommée, au moins cinq pays européens ont dû voter en faveur de cet État. L'Europe a été complice de cette supercherie, et en particulier la Belgique et son ministre des affaires étrangères Didier Reynders. Ce vote constitue ni plus ni moins qu'une énième violence envers les droits des femmes!

18. Abschluss des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba (Empfehlung) - Abschluss des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba (EntschlieÙung) (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest wspólna debata nad:

— zaleceniem sporządzonym w imieniu Komisji Spraw Zagranicznych w sprawie projektu decyzji Rady w sprawie zawarcia, w imieniu Unii, Umowy o dialogu politycznym i współpracy między Unią Europejską i jej państwami członkowskimi, z jednej strony, a Republiką Kuby, z drugiej strony (12502/2016 — C8-0517/2016 - 2016/0298(NLE)) (sprawozdawca: Elena Valenciano) (A8-0232/2017) oraz

— sprawozdaniem sporządzonym przez Elenę Valenciano w imieniu Komisji Spraw Zagranicznych zawierającym projekt rezolucji nieustawodawczej w sprawie projektu decyzji Rady w sprawie zawarcia, w imieniu Unii Europejskiej, Umowy o dialogu politycznym i współpracy między Unią Europejską i jej państwami członkowskimi, z jednej strony, a Republiką Kuby, z drugiej strony (2017/2036(INI)) (A8-0233/2017).

Elena Valenciano, ponente. – Señor presidente, quisiera comenzar agradeciendo al Consejo la decisión de 2014 de dar instrucciones al Servicio Europeo de Acción Exterior para iniciar negociaciones que culminaran en un acuerdo con Cuba. Europa se había autolimitado en sus relaciones con la isla, en diciembre de 1996, con la llamada Posición Común. La Unión Europea en realidad se autoimpuso un bloqueo para esa relación, pero realmente aislar a Cuba no era una buena decisión.

En el plazo de dos años se ha trabajado y se ha concluido una negociación modélica y, en diciembre de 2016, se firmó el Acuerdo de Diálogo Político y de Cooperación entre la Unión Europea y sus Estados miembros y Cuba.

La señora alta representante merece el reconocimiento de este Parlamento por haber promovido el cambio de decisión, por haber impulsado este Acuerdo y por haber dirigido políticamente la negociación.

Vamos a conseguir cerrar, en parte, el mapa de las relaciones políticas entre la Unión Europea y América Latina y el Caribe.

Cuba deja con este Acuerdo de ser la excepción, y creo que esa es una buena noticia. Así se suma al resto de naciones latinoamericanas y caribeñas con las que la Unión Europea va a cooperar.

También quiero felicitar a Cuba por este paso. De la eficaz negociación que se ha producido, ha resultado un Acuerdo político internacional tan adecuado como sofisticado y a la altura de las necesidades de una relación que será compleja, seguramente, y muy sensible.

Es un Acuerdo modélico del que hay mucho que destacar. Pido al Parlamento que mañana conceda su aprobación a este Acuerdo de diálogo político con Cuba, como ha hecho nuestra Comisión de Desarrollo, por unanimidad; como ha hecho nuestra Comisión de Comercio Exterior, prácticamente por unanimidad; como ha hecho la Comisión de Asuntos Exteriores de nuestra Cámara por una amplísima mayoría.

Las tres comisiones han trabajado mucho y también me han dado mucho trabajo, pero creo que el resultado es bueno. Los grupos decidieron también tramitar una Resolución; yo presenté un texto, que creo que era equilibrado, y lo difícil vino después.

Compromiso tras compromiso, hemos destilado las posiciones mayoritarias de este Parlamento y acepto reconocer que tengo que agradecer a todos mis colegas que hayan aceptado mis límites.

Hemos decidido no plantear exigencias, sino objetivos políticos para el diálogo. No ponemos condiciones, sino que establecemos retos a una cooperación política que ahora se inicia, y siempre desde el respeto a la soberanía y a la independencia de Cuba.

Aun así, prefiero que miren más al Acuerdo que a la Resolución: les invito a conocerlo con detalle, merece la pena. Me gustaría que todos los acuerdos que firme de ahora en adelante la Unión Europea fueran tan claros y tan bien estructurados como este, y también que estuviera tan claro el modo en el que la Unión Europea y la contraparte van a trabajar en materia de derechos humanos —por cierto, un diálogo sobre derechos humanos que está siendo muy positivo, como ha asegurado aquí, en el Parlamento, el representante especial de la Unión Europea para los Derechos Humanos, el señor Lambrinidis, cuya tarea es siempre excelente— .

Con el Acuerdo ganaremos todos: Cuba y nosotros. No tengo duda alguna de que a la Unión le interesa cooperar con la isla. Así lo han demostrado los países centrales de la Unión en estos últimos dos años: el presidente de la República francesa, el vicecanciller alemán... todos han viajado a Cuba con el mismo objetivo y, próximamente, lo harán el presidente del Gobierno de España y el rey de España, que preparan visitas oficiales para los próximos meses.

Nos ha interesado siempre la relación con Cuba. Todos los Estados miembros prácticamente tenían acuerdos bilaterales firmados con la isla, a pesar de la Posición Común, y en estos años la Unión Europea se ha colocado como primer cliente y primer proveedor de la isla.

Para mí ha sido una gran responsabilidad ser ponente en este importantísimo paso que Cuba y la Unión Europea están dando. Europa tiene la gran oportunidad de demostrar a los Estados Unidos, que pretenden retroceder, que es posible mantener el máximo nivel de exigencia con el máximo nivel de cumplimiento también.

Federica Mogherini, vicepresidente della Commissione/alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza.
– Signor Presidente, onorevoli deputati, vorrei innanzitutto ringraziare Elena Valenciano, ma anche tutti i membri di questo Parlamento, per un eccellente lavoro fatto in accompagnamento a questi due anni, due anni e mezzo, di negoziato, che sono stati difficili, importanti, coraggiosi, da parte nostra e da parte della nostra controparte cubana, e che ci hanno portato oggi, con il voto di domani, a un passaggio molto importante.

Condivido con Elena Valenciano la valutazione sul fatto che il segnale politico, direi quasi il segnale culturale, di questo passaggio è estremamente importante, non soltanto per i rapporti tra l'Unione europea e l'isola, ma anche come segno forte di un impegno totale dell'Unione europea nella nostra *partnership* con l'America latina tutta e il Caribe.

È un impegno che si concretizza in molti aspetti, con relazioni bilaterali con paesi molto diversi tra loro: a volte facciamo l'errore di pensare che l'America latina e il Caribe siano un unico blocco coerente, mentre ci sono situazioni estremamente diverse. La forza dell'Europa, la forza dell'Unione europea – credo che in quest'Aula lo sappiate molto bene – sta nel fatto di riuscire a costruire rapporti di impegno, di dialogo e anche di cooperazione e di partenariato, in alcuni casi, con tutta l'America latina e il Caribe, in un senso e in uno spirito di franchezza, di amicizia aperta, anche affrontando i temi difficili con un senso di cooperazione che deriva da legami molto forti: legami culturali, legami storici, legami anche economici e politici, in alcuni casi, che l'Europa ha sempre mantenuto, incluso con Cuba.

Sono stati due anni di percorso coraggioso, esemplare, come diceva Elena Valenciano, in alcuni casi, che hanno testimoniato di un impegno vero dell'Unione europea per il dialogo. Abbiamo compiuto una parte di questo percorso insieme all'Amministrazione americana, in parallelo. Credo che sia ancora più fondamentale, oggi che a Washington alcuni investono più in un cambio di passo, di nuovo, riaffermare che l'Unione europea non cambia idea, non cambia il corso della propria politica e procede in modo coraggioso, aperto, senza tabù, convintamente sulla strada dell'impegno, del dialogo, della cooperazione con Cuba e con tutti i cubani.

Perché la nostra amicizia, il nostro accordo ci consentiranno di accompagnare tutta l'isola, tutti i cittadini cubani, nel processo di modernizzazione sociale, economica e politica che è stato avviato dal 2008 dalle autorità dell'isola. Un processo che sicuramente sarà difficile, complesso, in cui l'Unione europea li potrà accompagnare non soltanto con il dialogo, ma anche con una competenza tecnica: in alcuni settori può essere estremamente utile. L'accordo non è soltanto un accordo di dialogo politico, ma è anche un accordo di cooperazione che apre la possibilità di lavorare insieme su molti settori fondamentali anche per l'Unione europea, dalla cooperazione sui temi globali nei forum internazionali alla cooperazione sui temi regionali. Non sottovalutiamo il ruolo che Cuba può avere nel contribuire a risolvere o a capire alcune delle crisi della regione che sono fondamentali anche per l'Unione europea – penso al Venezuela, primo tra tutti.

È un accordo che ci consente di avviare dialoghi e cooperazione settoriale in settori molto importanti, dalla protezione del patrimonio artistico, alla cooperazione culturale, all'energia, alle migrazioni, al settore dell'ambiente, della cooperazione scientifica e molti altri, compreso il dialogo sui diritti umani.

Elena Valenciano lo diceva molto bene: questo dialogo che abbiamo avviato e di cui so – il nostro Rappresentante speciale per i diritti umani, Stavros Lambrinidis, ha fatto rapporto a questo Parlamento – è possibile esattamente perché l'Unione europea ha voltato pagina, si è impegnata in un dialogo rispettoso, riconoscendo le differenze che ci sono in termini di sistema politico, anche di valori in alcuni casi, ma anche i punti di convergenza di alcuni valori.

Credo che questo dialogo aperto, franco, costruttivo e rispettoso possa essere una base estremamente utile, anche per questo Parlamento, nel momento in cui andiamo avanti con l'entrata in vigore provvisoria dell'accordo, con la ratifica da parte degli Stati membri, in un approccio estremamente pragmatico ma anche trasparente, che porta dei frutti. E credo che questo impegno, questo modo di impegnarci da pari a pari, senza avere lezioni da dare, ma mettendo a disposizione la nostra esperienza e affermando un'amicizia con il popolo cubano, innanzitutto, possa essere una strada utile da percorrere.

Vorrei ringraziare sinceramente non soltanto Elena Valenciano, ma anche tutti voi e le commissioni che sono state coinvolte in questo percorso, che so essere stato particolarmente intenso. Vorrei condividere con voi la soddisfazione che ho vissuto a dicembre dell'anno scorso, quando con il ministro degli Esteri cubano abbiamo firmato l'accordo a Bruxelles, con la chiara e netta sensazione di aver voltato una pagina storica.

Credo che sia fondamentale per la credibilità dell'Unione europea nella regione, ma anche nel mondo, che questo diventi il modo in cui affrontiamo situazioni che per anni sono state difficili: con rispetto, senza nascondersi i problemi che abbiamo e che continueremo ad avere, ma con la volontà ferma di lavorare per il dialogo, per l'apertura, per la cooperazione, per accompagnare il processo di modernizzazione che è stato avviato, con tutte le sue contraddizioni, con tutte le sue difficoltà, senza nasconderselo, ma anche senza cadere costantemente in trappole di ideologia che appartengono al secolo passato. Non è questa l'Europa che i nostri cittadini ci chiedono di avere, e credo che insieme – Parlamento e istituzioni tutte – siamo riusciti ad offrire una bella pagina di impegno internazionale dell'Unione europea.

Vorrei anche ringraziare in questa occasione – poi farò delle conclusioni molto brevi – le nostre controparti cubane, che si sono impegnate con grande apertura, anche mentale, con grande sforzo negoziale nel corso di tutti questi anni di negoziato, con un grande senso di rispetto per le differenze e anche per le difficoltà, ma sempre cercando una soluzione. E credo che abbiano mostrato veramente una grande capacità di incontro. Mi viene qui da ricordare le parole che Papa Francesco ha usato nella sua ultima visita a Cuba, quando ha detto che l'isola può essere la capitale di un crocevia, di un ponte, di tanti mondi: nord, sud, est e ovest.

Credo che questo nostro accordo, il vostro voto di domani, renda in qualche modo onore a questa idea dell'isola come ponte con il quale l'Unione europea, l'Europa tutta, ha deciso di costruire un impegno.

Frank Engel, *rapporteur pour avis de la commission du développement*. – Monsieur le Président, en me limitant aux questions de développement, parce que tel a été mon rôle, je voudrais simplement dire que cet accord constitue certainement une bonne nouvelle. Il encadrera désormais utilement l'aide et le soutien que l'Union européenne fournit à la population cubaine.

Sur le plan du développement, nous nous focaliserons toujours sur les aspects de l'autosuffisance alimentaire, qui est essentielle, et de la production durable d'énergie, qui est un secteur d'avenir pour Cuba. Le seul écueil est que Cuba est dorénavant classée comme un pays à revenus intermédiaires élevés et que, dès lors, l'instrument de coopération au développement de l'Union européenne pourrait bientôt ne plus lui être applicable.

Il s'agira de tenir compte de cela quand nous réviserons cet instrument, car il serait dommage que l'effort de coopération que nous entretenons avec Cuba – une enveloppe de 50 millions d'euros jusqu'en 2020 — vienne simplement à s'arrêter parce que nous classons ce pays dans une catégorie de revenus spécifiques.

Pour terminer, je dirai encore que nous espérons tous qu'à travers plus d'échanges, également économiques, nous contribuerons graduellement mais efficacement à instiller des changements socio-économiques, sociaux et politiques à Cuba qui iront dans la direction de notre dialogue sur les droits de l'homme.

Luis de Grandes Pascual, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señora Mogherini, señorías, empezaré por decir que no tengo dudas, y mi Grupo tampoco, sobre la conveniencia y la oportunidad que representa que el Parlamento Europeo se pronuncie mañana en favor tanto del Acuerdo como de la Resolución que lo acompaña. Y no porque la Unión Europea se extralimitara en ningún momento con la Posición Común, sino para superar la parálisis de un régimen afortunadamente terminal.

La Unión Europea hace una apuesta valiente y los Estados Unidos también, en la esperanza de que se inicie un tiempo nuevo para las nuevas generaciones cubanas. Y nosotros, señorías, debemos acompañar ese esfuerzo.

Ha sido la Resolución el sitio adecuado para que el Parlamento Europeo se expresara con mayor libertad y el momento de los matices y las fórmulas de encuentro.

En la Resolución hemos puesto de relieve los compromisos que la República de Cuba está asumiendo con la Unión Europea y la responsabilidad y disposición de ambas partes a cumplir los términos del Acuerdo.

La Unión Europea insta al Gobierno cubano a alinear su política de derechos humanos con las normas internacionales definidas en las cartas, las declaraciones y los instrumentos internacionales de los que Cuba es signataria o debe serlo.

El papel de la Unión Europea es ayudar a la transición económica y política en Cuba, fomentando la evolución hacia normas democráticas y electorales que respeten los derechos básicos de todos los ciudadanos y que impulsen el comercio en la región, así como la cooperación económica.

Nuestro Grupo demanda a las autoridades cubanas que abran un proceso democrático que incluya el pleno respeto de los derechos humanos, la libertad de los medios de comunicación, el derecho de libre expresión, de reunión y asociación, y el acceso a la información en todas sus formas, y que culmine en unas elecciones libres.

Agradezco a la ponente en que, en la medida de lo posible, se abriera a la opinión de los demás, mediante compromisos que unen a muchos. La unanimidad no siempre es posible, pero hay coincidencia en temas importantes. Así hemos podido mejorar el informe inicial.

Confío en que este Acuerdo sirva para una Cuba mejor y, lo que es más importante, para la vida de los cubanos. Es una oportunidad que no podemos perder: el tren de la esperanza, señorías, pasa para el pueblo cubano y debe tomarlo. Esperamos, deseamos que todo esto conduzca inequívocamente a una democracia sin apellidos, basada en la voluntad del pueblo cubano expresada por todos, por los presos políticos y en la calle, para decidir sobre sus temas políticos, económicos, sociales y culturales, y que triunfe la libertad.

Pier Antonio Panzeri, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nel ringraziare per l'ottimo lavoro svolto da Elena Valenciano, sottolineo che con questa risoluzione si scrive un nuovo capitolo della storia della relazione tra Cuba e l'Unione europea.

Non si tratta tuttavia del capitolo finale, in quanto il lavoro più importante prende il via proprio adesso, da questo testo. Il documento di cui discutiamo oggi deve essere assunto come un punto di partenza per approfondire il dialogo e la cooperazione con l'isola, anche per quanto riguarda i diritti umani. È necessario che Cuba si adoperi per eliminare le numerose e varie forme di discriminazione che ancora affliggono la sua società e che non permettono il rispetto dei principi fondamentali dell'uomo. È imprescindibile che questo paese aumenti il ritmo della sua corsa verso l'adempimento di questi diritti, e siamo convinti che l'accordo potrà essere utile a tutto questo e che potrà offrire ai suoi cittadini le condizioni per una vita più dignitosa.

È opportuno anche che l'Unione europea individui strumenti efficaci nella misurazione dei parametri per la buona implementazione degli accordi tra Europa e Cuba. È compito di entrambi valutare i progressi, se vogliamo che Cuba possa compiere questo percorso importante e possa generare, come auspichiamo, buoni frutti.

Anders Primdahl Vistisen, *for ECR-Gruppen*. – Hr. formand! Cuba er et land, som vi hverken har stor strategisk eller handelsmæssig interesse i fra EU's side, og derfor bør en aftale som den indgåede kun gennemføres på den præmis, at den medfører signifikante fordele for den cubanske befolkning, der i årtier har levet under kommunistisk diktatur. Derfor er det vigtigste for ECR-Gruppen i denne sammenhæng, at de garantier og de aftaler, der er indgået på områderne for forbedring af menneskerettighederne, de individuelle rettigheder og arbejdsmarkedsrettigheder og særligt forholdet omkring religiøs og politisk forfulgte, bliver fulgt op af handling fra Kommissionens side. Ellers giver det ikke meget mening at indgå samarbejdsaftaler med kommunistiske diktaturstater, der ligger langt fra EU, og som vi i øvrigt ikke har nogen umiddelbare strategiske interesser i.

María Teresa Giménez Barbat, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, señorías, en el Grupo político ALDE mantenemos una postura firme sobre la situación de los derechos humanos en Cuba y, por ello, quisimos acompañar este voto de consentimiento con una Resolución donde expresar nuestras preocupaciones. Además, no podemos olvidar que la defensa y promoción de los derechos humanos es una de nuestras prioridades en política exterior.

En el marco de este Acuerdo, se han llevado a cabo diálogos sobre derechos humanos con Cuba y no se ha avanzado. Todavía, a día de hoy, el Gobierno cubano sigue reprimiendo el disenso y la crítica política; sigue teniendo prisioneros políticos y de conciencia —como el señor Cardet, líder del Movimiento Cristiano de Liberación— en sus cárceles, donde reciben un trato deplorable, o el caso de Daniel Llorente, opositor acusado de desorden público y resistencia, que ha sido encerrado en un psiquiátrico.

La libertad de movimiento todavía sigue siendo restringida: justo el mes pasado, impidieron viajar a Saily Navarro, Dama de Blanco, a quien habíamos invitado oficialmente a un evento en este Parlamento.

En el Acuerdo se establece una cláusula de suspensión para el caso de que se produzcan violaciones de derechos humanos. Este Parlamento y la Unión Europea no pueden pasar por alto la involución de libertades básicas en Cuba y, por ello, es su deber monitorizar la situación y el respeto a los derechos humanos en la isla.

Para terminar, quiero pedir prestadas unas palabras a la artista y activista cubana Tania Bruguera, quien en este Parlamento, con ocasión de ese mismo evento, dijo: «Espero que podamos ver a Cuba no solo como un lugar de inversión, sino también como un país donde los ciudadanos puedan ser libres». Comparto el mismo deseo y también espero que la Unión Europea no le dé la espalda a la sociedad civil cubana.

Javier Couso Permuy, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, celebramos la próxima firma del Acuerdo de Diálogo Político y de Cooperación entre la Unión Europea y la República de Cuba, un acuerdo bilateral construido con un diálogo franco, respeto entre las partes, y abierto a todos los temas: así entendemos las relaciones internacionales.

Además, celebramos este Acuerdo porque supone el enterramiento definitivo de la infame Posición Común que promovió el «figurante de las Azores» tratando de emular, como una mala copia, la política de agresión que Estados Unidos ha sostenido contra Cuba para lograr un Gobierno sumiso a sus intereses.

Votaremos a favor de la Recomendación que concede la aprobación de este Acuerdo. Por contra, no haremos lo mismo con el informe de la propuesta de Resolución no legislativa. Hay que señalar —y es de justicia— que la primera versión que elaboró la ponente, la señora Valenciano, era equilibrada, era ponderada, y todos los grupos la hubiéramos podido suscribir. Pero como el diablo está en los detalles, determinados grupos han convertido este informe, que tiene cosas buenas, en algo que pervierte el Acuerdo, que parece una Resolución que examina a Cuba, que pretende tutelarla para llegar a una transición al gusto neoliberal.

Algunos en esta Cámara deberían aprender las lecciones de la historia: si por más de cincuenta años la mayor potencia no ha conseguido doblegar a una isla pequeña en población, pero grande en dignidad y soberanía, poco podrá hacer la versión del disfraz blando que bebe, en el fondo, del extremismo de Miami.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, mañana es un día importante, vamos a validar el Acuerdo.

En primer lugar, quiero agradecer al Servicio Exterior y a la alta representante por la celeridad y el buen hacer de estas negociaciones. Creo que ha sido un éxito diplomático que es sobre todo suyo, señora Mogherini. Así que muchísimas gracias y felicidades. También deseo felicitar a la ponente por un buen trabajo.

Como ha dicho la alta representante, pasamos página de la historia. Abrimos una nueva etapa y mañana empezamos a andar en un nuevo camino.

Lo único que tengo que lamentar es que algunos grupos de esta Cámara en el texto de la Resolución nos hayan metido elementos que son más propios del pasado, de la Posición Común, que del futuro. Y la Posición Común no fue una buena herramienta en relación con la isla: fue torpe, fue ineficaz, fue dogmática y, afortunadamente, la hemos dejado atrás.

Y la alta representante lo ha dicho: el nuevo contexto con la Administración Trump plantea interrogantes, y es aquí donde la Unión Europea tiene que hacerse fuerte y tiene que apuntalar el nuevo escenario que abrió el presidente Obama y que ahora tenemos la responsabilidad de ayudar a seguir impulsando.

Ignazio Corrao, *en nombre del Grupo EFDD*. – Señor presidente, hay pocas veces en estos años que, como eurodiputado, me sentí orgulloso de esta Unión Europea. El Acuerdo de Diálogo Político y de Cooperación entre la Unión Europea y Cuba hoy me hace un ciudadano europeo orgulloso. Agricultura sostenible, seguridad alimentaria, apoyo para el mejor uso de los recursos naturales, vitales para el desarrollo sostenible, y la apuesta por la modernización económica y social inclusiva: esto es música para nuestros oídos y para el bienestar de nuestra alma y de la conciencia humana.

Espero que este Acuerdo represente para Cuba un paso firme hacia la conquista de sus plenos derechos, como pueblo soberano, y de las libertades civiles y democráticas. Además, es oportuno señalar el camino que ha conducido a este Acuerdo: la voluntad de tener un encuentro de diálogo respetuoso, fundado sobre la soberanía y la independencia de Cuba y la de la Unión Europea.

La Resolución que se votará no solo representa un acuerdo de cooperación para el desarrollo y el diálogo político entre Europa y Cuba, sino que representa un modelo ejemplar para ser replicado en otras realidades y por todos los países en desarrollo del mundo.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το απαράδεκτο ψήφισμα που προωθεί η Ευρωπαϊκή Ένωση και το Ευρωκοινοβούλιο αποτελεί οργανωμένο σχέδιο διείσδυσης των ευρωπαϊκών μονοπωλίων και συγκρότησης αντιδραστικών μηχανισμών μη κυβερνητικών οργανώσεων στην Κούβα. Τόσο το εμπάργκο των Ηνωμένων Πολιτειών όσο και οι επεμβάσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης στρέφονται κατά του κουβανικού λαού.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι κυβερνήσεις της των ιμπεριαλιστικών πολέμων και επεμβάσεων, των 20 εκατομμυρίων επίσημα ανέργων και των δεκάδων εκατομμυρίων που ζουν κάτω από τα όρια της φτώχειας κουνούν το δάχτυλο περί ανθρωπίνων δικαιωμάτων στον κουβανικό λαό που για δεκαετίες εξάλειψε την ανεργία και εξέφρασε την αναγκαιότητα της κατάρτησης της εκμετάλλευσης ανθρώπου από άνθρωπο. Σε μια χώρα που, παρά τις κυρώσεις, είχε επιτεύγματα άπιαστα για τις καπιταλιστικές χώρες της Λατινικής Αμερικής και της Καραϊβικής.

Καταδικάζουμε τον πολύχρονο αποκλεισμό του αμερικανικού ιμπεριαλισμού και τις επεμβάσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης κατά της Κούβας. Στεκόμαστε αποφασιστικά στο πλευρό του κουβανικού λαού και εκφράζουμε την αλληλεγγύη μας στην κουβανική επανάσταση.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señor presidente, señora alta representante, señorías, mañana el Parlamento otorgará, por una amplia mayoría, su aprobación al Acuerdo de Diálogo Político y de Cooperación con Cuba. El Parlamento ha querido que a esta aprobación la acompañe una Resolución.

No deja de sorprender que algunos grupos políticos se hayan opuesto a esta Resolución, pero sorprende más todavía que aquellos grupos políticos que han defendido incondicionalmente al Gobierno de Cuba sean los que, en una pirueta difícilmente justificable, se opongan al acuerdo con Canadá.

Resulta muy difícil desde una perspectiva de defensa de la libertad, en la que se sitúa siempre este Parlamento, que se oponga uno a una Resolución que solamente tiene tres constataciones: primero, que, en una jerarquía de valores, la Unión Europea basa sus acuerdos en una cláusula democrática, en este caso como en el resto de los casos. En segundo lugar, la situación en la que vive la disidencia, los pacíficos disidentes, periodistas independientes y defensores de los derechos humanos; y tercero, una Resolución que recuerda a los valerosos cubanos que fueron galardonados con el Premio Sájarov: Guillermo Fariñas, las Damas de Blanco y, desde luego, Oswaldo Payá, cuyas palabras resuenan en este hemisferio, diciendo que no tenía odio en el corazón, pero que no se le iba a dominar por el miedo.

Señora alta representante, se ha referido usted a las palabras del papa Francisco. Creo que uno de los diagnósticos más sagaces que se ha hecho sobre la situación de Cuba es el que hizo el papa Juan Pablo II: que el mundo se abra a Cuba y que Cuba se abra al mundo. La Unión Europea se está abriendo hoy a Cuba, pero, desgraciadamente, Cuba todavía no se ha abierto al mundo y, por eso, deseo, espero, y le pedimos que este Acuerdo sirva, por lo menos, para que el hostigamiento, la persecución y el encarcelamiento a la oposición cubana, finalicen.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente, yo me sumo a las felicitaciones, señora Mogherini, señora Valenciano. Creo que es muy importante para la Unión Europea ocupar este espacio político que nos abre la puerta de la relación con Cuba. Por supuesto, es importante acabar con la Posición Común, que no dio resultados, y es sobre todo importante aprovechar lo que en geopolítica llamamos «el espacio que deja la Administración americana», que parece querer dar vuelta atrás a las posiciones de Obama.

Pero creo que también es importante para Cuba porque la democracia y los derechos humanos en Cuba —que yo creo que es un objetivo que tenemos todos— van a favorecerse con este Acuerdo. Porque esto va a ayudar a las fuerzas reformistas que hay en Cuba. Hay fuerzas reformistas, dentro del régimen y fuera de él, que van a aprovechar esta apertura y este Acuerdo para favorecer la democracia.

Hemos comprobado lo contrario: que la hostilidad refuerza el inmovilismo. Por eso es importante este Acuerdo y por eso hemos dado un paso justo e inteligente en esta ocasión.

Bas Belder (ECR). – De Cubaanse Commissie voor Mensenrechten en Nationale Verzoening meldde in januari 478, in februari 482, in maart 432, in april 475 en in mei 373 politiek gemotiveerde en arbitraire aanhoudingen. Veelzeggend genoeg klonken er van EU-zijde geen publieke protesten tegen deze vrijheidsbeperkingen. Een Europese veroordeling van het Castro-regime zou op basis van deze feiten passend, noodzakelijk en gerechtvaardigd zijn geweest. Door haar zwijgen legitimeert de EU de vrijheidsbeperking van Cubaanse dissidenten. Dat kan toch geenszins het doel zijn van de beoogde politieke dialoog tussen Brussel en Havana!

Van groot belang is ook de dominante invloed van het Cubaanse leger op 's lands economie. Graag verneem ik hoe de EU met dit evidente gegeven omgaat in de relatie met Cuba.

Tot slot vraag ik uw steun voor mijn amendement dat oproept de Cubaanse kerken de volle vrijheid te geven om sociale en economische hulp te bieden aan alle noodlijdende burgers en ook zelf hulp te ontvangen uit Europa en elders ter wereld. Wie kan nu tegen deze volop humanitaire handreiking zijn? Ook u niet, mevrouw de rapporteur, zoals u wel in de commissie deed. Bezin u!

Pavel Telička (ALDE). – Mr President, let me start, Madam Vice-President, by saying that ALDE and myself will vote in favour of the agreement and the resolution exactly because the resolution sends out a clear message on what we expect from the implementation.

May I say that we have a person that has been in prison in Cuba for 16 years that is one of the key representatives of the Cuban opposition, and in his presence I would like to read out a message that we are getting from them:

We are Encuentro Nacional Cubano, an open assembly representing more than 60 independent entities, civil and political organisations, both from Cuba and from the Cuban community in exile. We take note of the decision of the European Union to start a new chapter of relationship with Cuba by concluding a new treaty of cooperation with the current Cuban Government.

We understand and appreciate the role of the European Parliament for taking an active stance for the defence of human rights in the process of its ratification and having this important debate.

But having said that, we would like to remind you, referring to the fundamental values and elementary principles the European Union itself is based upon: it is the Cuban people and not just those in power right now who must be an essential and indispensable party to this treaty.

We call on you to insist that the application must not be adjusted just to the wishes of the current power holders, a totalitarian military junta whose only is just to keep themselves in power and preserve their privileges to the detriment of the Cuban people.

We appeal to you to express your support clearly to the just demands of the freedom-loving Cubans who observe today's debate, united in a common goal to bring their beloved country peacefully from the current misery to the path of democracy, the respect for undeniable human rights and economic prosperity.

Last sentence.

We ask you to urge the EU institutions not only to assist Cuba on the path of economic recovery and development, but at the same time to help materially the emerging bodies of the Cuban independent civil society.

...

(Interrupted by the President)

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριοι συνάδελφοι, έχω επανειλημμένα εκφράσει την πεποίθησή μου ότι η συμφωνία συνεργασίας και πολιτικού διαλόγου αποτελεί ισχυρό πλαίσιο ανάπτυξης ισότιμων σχέσεων μεταξύ των λαών της Ευρώπης και της Κούβας. Έχω τονίσει ότι αυτή η κοινή προσπάθεια πρέπει να διέπεται από τις αρχές της αμοιβαιότητας και της συνεργασίας, χωρίς όρους αλλά και χωρίς διακρίσεις. Το γεγονός ότι χρειάστηκαν μόλις δύο χρόνια για την ολοκλήρωση των διαπραγματεύσεων, δεδομένων των διαφορετικών απόψεων, οφείλεται στο ότι και οι δύο πλευρές επέδειξαν αμοιβαία εμπιστοσύνη, σεβάστηκαν τις πολιτικές δεσμεύσεις και εργάστηκαν με την απαραίτητη προσήλωση.

Αντιθέτως, παρά τη μεγάλη προσπάθεια της εισηγήτριας, είναι λυπηρό ότι ορισμένες πολιτικές ομάδες προσπάθησαν να μετατρέψουν το ψήφισμα του Κοινοβουλίου σε ψήφισμα για τα ανθρώπινα δικαιώματα. Αυτό δεν έχει ξαναγίνει και οι πολιτικές σκοπιμότητες είναι προφανείς. Πιστεύω όμως ότι η έγκριση της συμφωνίας από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και η γρήγορη ολοκλήρωση της επικύρωσης από τις αρμόδιες αρχές των κρατών μελών θα είναι αναντίρρητα προς το συμφέρον όλων.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, l'accord que nous allons signer avec Cuba doit servir en priorité deux objectifs: faire avancer la transition démocratique du pays et améliorer la situation économique des citoyens cubains.

Il ne s'agit pas d'une carte blanche donnée aux autorités cubaines. Nous devons rester vigilants car, malgré l'apparente ouverture du système cubain, la situation des droits de l'homme demeure très inquiétante et le dialogue sur les droits de l'homme établi avec ce pays n'a pas encore porté ses fruits.

Je pense notamment aux journalistes et défenseurs des droits de l'homme qui souffrent de persécutions, y compris le lauréat du prix Sakharov 2010, Guillermo Fariñas. Je pense également aux prisonniers politiques et d'opinion qui sont détenus pour avoir exercé leur liberté d'expression et de réunion.

Le manque d'indépendance de la justice et le déni de la liberté de circulation pour la grande majorité des Cubains sont des éléments sur lesquels l'Union européenne doit faire preuve de la plus grande fermeté.

Norbert Neuser (S&D). – Herr Präsident, Hohe Vertreterin, liebe Elena! Wir waren gemeinsam vor einem Jahr in Havanna und haben gesehen, welch gute Arbeit unsere EU-Delegation macht. Jetzt gibt es ein Abkommen – das ist gut, notwendig und war überfällig. In Fragen der Einhaltung der Menschenrechte können wir jetzt mehr erreichen. Aber Trump und die US-Regierung drohen, die sich entwickelnden Beziehungen wieder zurückzufahren. Wir müssen uns deshalb gemeinsam dafür stark machen, dass dieses Embargo der USA nicht erneut verschärft wird und dass es keine Auswirkungen auf die EU hat.

Es kann nicht sein, dass seitens der USA gegen europäische Unternehmen oder europäische Banken Strafzahlungen verhängt werden, weil die USA Handel und Investitionen zwischen Kuba und der EU torpedieren. Betroffene europäische Unternehmen und unsere Banken müssen besser geschützt werden, um eine nachhaltige Entwicklung Kubas zu gewährleisten.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK*Vizepräsidentin*

Lars Adaktusson (PPE). – Madam President, the Political Dialogue and Cooperation Agreement (PDCA) is an opportunity to bring hope to a nation in need of freedom and democracy. We all know that the EU could make a difference. We have a unique negotiating position but also a moral obligation to stand up for the oppressed and abused people of Cuba.

However, any normalisation of relations with a dictatorship needs to include conditions for democratic reform and respect for human rights. Regretfully, that is not the case with Cuba. The PDCA establishes a dialogue on human rights. At the same time, no specific demand on the regime is presented by the Commission, a fact that has been described as a political victory for the communist regime.

The brave men and women of the political opposition in Cuba have advised us, the European Parliament, not to support the Treaty. Personally, I will follow that advice and, dear colleagues, I urge you to do the same.

Francisco Assis (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Alta Comissária, saúdo o acordo do diálogo político e cooperação com Cuba, que considero uma opção correta do ponto de vista da política externa da União Europeia dada a importância e o relevo que toda a região da América Latina tem para a Europa. Por isso, desse ponto de vista estritamente da política externa, parece-me uma boa opção que foi feita e, felizmente, que se chegou a uma conclusão bastante razoável.

Relembro também que, nos considerando iniciais do Acordo, os Estados da União Europeia e Cuba afirmam o seu respeito pelos direitos humanos tal como estipulado na Declaração Universal dos Direitos Humanos e recordam o seu compromisso para com os reconhecidos princípios da democracia, do bom governo e do Estado de direito. Acontece que temos assistido, nos últimos meses, a situações flagrantes de desrespeito pelos direitos humanos, em Cuba: aumento das detenções arbitrárias de opositores, intimidação de ex-prisioneiros de consciência, estudantes universitários que são expulsos das suas universidades por defenderem a pluralidade doutrinária.

Por isso termino dizendo que este acordo deve ser saudado. Mas nós não podemos, em nenhuma circunstância, esquecer aqueles que, em Cuba, resistem em nome da liberdade.

Tunne Kelam (PPE). – Madam President, relations with non-democratic states must be based on a clear balance between economic interests and respect for basic values. This balance is not yet there because the present approach is more based on good hopes that the repressive regime can become more humane and respectful of human rights. The Cuban Ladies in White have sent a different message. They complain that there is a deafening silence from Western governments on continued human rights violations in Cuba, and they expect that the EU should take first of all the side of the Cuban people, not the regime. At this point, trade relations and its investments will not necessarily serve the Cuban people, but rather the ruling elites, enabling them to survive longer.

There is a role to play for the EU, because the EU is the largest investor and main trade partner. We are in a position to pressure the Cuban government more to open up. However, trade volumes with Cuba have doubled, but the human rights situation remains a source of concern. Hence the EU's policy toward Cuba must remain conditional on genuine opening-up of the respect of human rights and democratic changes there.

Javi López (S&D). – Señora presidenta, en el Parlamento Europeo aprobaremos el Acuerdo de Diálogo Político y de Cooperación con Cuba, que va a normalizar las relaciones entre la isla y la Unión y, además, que va a permitir reanudarlas por completo. Pone punto final a veinte años de Posición Común, veinte años de paternalismo y bloqueo, que simplemente no han sido útiles, eficaces, para influir en la isla y el futuro de los cubanos.

Para llegar hasta aquí ha sido necesario el trabajo durante meses, incansable, de nuestra alta representante, Federica Mogherini, y de la ponente del Parlamento Europeo, Elena Valenciano, a quien quiero felicitar. Pero, sobre todo, el Acuerdo es un instrumento para el diálogo, la cooperación y el entendimiento mutuo; un instrumento que tiene que ser capaz de marcar contraste con los Estados Unidos y la nueva Administración Trump y ocupar el enorme espacio que deja libre; un instrumento para influir de forma efectiva en la isla, para mejorar la vida de los cubanos, para mejorar nuestros lazos políticos, comerciales y económicos; y, sobre todo, para ganar interlocución y presencia en América Latina, una región estratégica para la Unión en su política exterior.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, el Acuerdo de Diálogo Político y de Cooperación pretende normalizar plenamente las relaciones de la Unión con Cuba, pues la isla era uno de los escasos países que no tenía un acuerdo de este tipo con la Unión Europea.

Cuba se encuentra en una etapa decisiva, que creo que puede marcar su futuro. Continuará pronto el relevo en los liderazgos históricos de la isla. En Cuba soplan vientos de cambio y conviene que la Unión pueda desarrollar allí todo su potencial, lo que ocurrirá gracias a este Acuerdo.

Espero que contribuya no solo a la modernización política, sino también a la modernización económica y a la prosperidad de un pueblo cubano con un nivel de vida muy bajo.

El Acuerdo no significa que abdicemos de nuestros principios y valores en materia de derechos humanos, democracia pluralista y respeto a las libertades fundamentales. El Acuerdo, y la Resolución que mañana probaremos — apartados 7 a 14—, insisten en estos principios.

Quiero subrayar los apartados 7 y 12, sobre los defensores de los derechos humanos y la necesaria liberación de los presos políticos. Y también quiero destacar el hecho de que el Acuerdo recoja —creo que tengo un minuto y medio, presidenta— un diálogo institucionalizado en materia de derechos humanos...

(La presidenta interrumpe al orador)

Jarosław Wałęsa (PPE). – Madam President, after quite an unexpected change in the Cuba-US relations, I was hoping that there is a chance for a better future for the Cuban people. Unfortunately, from the information we have received, the oppressions have got even worse. This seems to be also confirmed by the number of arbitrary detentions in the recent months and a letter from the *Damas de Blanco* to the President Trump administration.

In order to be able to proceed with this agreement, in my opinion, the European Parliament, which stands for the protection of human rights and is the Parliament which condemns exercising any sort of pressure of governments on their people, I think we should demand respect for human rights, especially considering the fact that Sakharov Prize winners still have the problems with leaving Cuba and returning safely to their homeland.

I believe the economic implications cannot be treated as more important than the respect for human life and wellbeing of the citizens.

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Manau, kad galime teigiamai vertinti ES ir Kubos politinio dialogo ir bendradarbiavimo susitarimą. Jis nėra tobulas, kaip visada, tai – politinis kompromisas, kurį šalims pavyko pasiekti. Jis atspindi mūsų pragmatišką požiūrį, kad bent tai, kas užfiksuota susitarime, bus įgyvendinta. Pabrėšiu, kad ES ir Kubos santykių pažanga turi būti grindžiama tolesniu Kubos visuomenės demokratizavimu ir pagarba žmogaus teisėms. ES turėtų taikyti daugiau už daugiau, *more for more*, principą: atsižvelgti į pažangą Kubos viešajame gyvenime, piliečių teisės rinkti ir būti išrinktiems įgyvendinimą, užtikrinant daugiau vietos pilietinei visuomenei ir privačiam verslui. Žmogaus teisių garantijos turi būti nekvestionuojamos, antraip mūsų susitarimas su Kuba pavirs garbės nedarančiu sandoriu.

Antonio López-Istúriz White (PPE). – Señora presidenta, no sé si yo y mi generación veremos una verdadera unión política europea; no sé si veremos el final de los desajustes sociales que parte de la globalización está produciendo; no sé si mi generación y yo veremos el final de la atracción fatal de una parte de nuestras sociedades por los regímenes autoritarios, producto de nuestras inseguridades provocadas por esta globalización.

Lo que sí sé que mi generación y yo veremos es el final de la dictadura y es la llegada de la libertad y la democracia para nuestros hermanos cubanos. Ese es mi deseo, que es absolutamente compatible con cualquier acción que se lleve a cabo para poder mejorar esa transición pacífica en la isla hacia la democracia.

Creo que la tarea que está llevando a cabo nuestra vicepresidenta Mogherini y muchos diplomáticos europeos es digna de seguirse en ese diálogo y cooperación que quieren llevar a cabo, desde luego, y como toda acción cuyo último fin sea facilitar el futuro democrático del pueblo cubano, entonces la respeto, la deseo y la apoyo.

Sí me dirijo a la izquierda europea, a la izquierda democrática y les digo: no añadan un ladrillo más al muro de Berlín cubano.

Die Präsidentin. – Wir kommen nun zum *Catch-the-eye*-Verfahren, und ich werde von jeder Fraktion, von der sich jemand gemeldet hat, eine Person nehmen. Es haben sich nur von drei Fraktionen Redner gemeldet.

Catch-the-eye-Verfahren

Karol Karski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Przykład Kuby pokazuje, że dla państwa najważniejsze jest nie to, aby przestrzegało praw człowieka, aby było państwem demokratycznym, a najważniejsze jest to, aby było państwem stabilnym. Jeśli to państwo się utrzymuje, jeśli jego rząd się utrzymuje, to w końcu te stosunki z nim zostają nawiązane. I w tym przypadku dochodzi do jakby pewnego aktu realizmu. Natomiast chciałbym tylko o jedną rzecz zaapelować – bo ta umowa jak widać zostanie zawarta – aby w jej treści, a także przy dalszym wykonywaniu, znalazło się choć najbardziej ogólne odniesienie do konieczności przestrzegania praw człowieka. Wielokrotnie – gdy byliśmy z wizytą, chociażby jako komisja DROI w różnych państwach – to nawet takie najogólniejsze odniesienia pozwalały nam pytać o te podstawowe zagadnienia z zakresu praw człowieka i dawały tytuł instytucjonalny, prawny, aby jednak uzależniać wykonywanie umowy od stanu przestrzegania praw człowieka.

La presidenta. – Señor Millán Mon, quiero solamente explicarle que a nosotros nos llegó la información de que al señor Preda le deberíamos dar 30 segundos más y 30 segundos menos a usted; por eso, para usted solamente había un minuto. Lo siento, esa es la información que nos llegó. No hay discusión. Lo siento, no puedo discutir esto ahora.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Señora presidenta, desde mi Grupo apoyamos el Acuerdo Unión Europea-Cuba que supone la normalización de las relaciones. Vamos a votar en contra de la Resolución que se propone por injerencia.

Rechazamos el Instrumento Europeo para la Democracia y los Derechos Humanos que tiene como fin financiar la oposición e impulsar un cambio de régimen en Cuba. Las relaciones y el diálogo con Cuba tienen que partir del escrupuloso respeto de sus decisiones, sin injerencias y sin intentar imponer cambios que el pueblo cubano no decida.

El bloqueo que impone Estados Unidos sobre Cuba limita el desarrollo de su pueblo y los vínculos con la Unión Europea y, en cuanto a los derechos humanos —ayer lo he dicho en otra intervención—, arreglemos primero nuestra casa, porque en el Estado español hay sindicalistas encarcelados por ejercer el derecho a la huelga, se ponen trabas e impedimentos a los y las periodistas y el delegado del Gobierno en Galicia reconoce que controlan, hacen seguimiento e investigan a personas que asisten regularmente a manifestaciones. Y todavía nos atrevemos a dar lecciones de derechos humanos a los demás.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, con il voto di domani ci lasceremo definitivamente alle spalle la posizione comune che norma le relazioni con Cuba adottata nel lontano 1996. Si tratta di un'occasione storica e unica per rilanciare un processo con un paese che sicuramente presenta criticità importanti sul fronte del rispetto dei diritti umani, ma che ha anche immensamente sofferto per un assurdo embargo che ha messo in ginocchio un intero popolo dal punto di vista sociale e sanitario.

Limitarsi a puntare il dito evidenziando solo le mancanze dei nostri partner, chiudersi in scontri ideologici superati dalla storia: questo volevano alcuni, che peraltro usano metri molto diversi con altri partner. Ma sarebbe inutile per il popolo cubano e non degno dell'Unione che dobbiamo essere.

Inizia domani, invece, un cammino sicuramente impegnativo ma imprescindibile per un partenariato di amicizia e di sviluppo sostenibile, per far voltare pagina alle nostre nazioni e anche all'intero popolo cubano. E noi questo cammino vogliamo percorrerlo insieme al popolo cubano.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Federica Mogherini, vicepresidente della Commissione/alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza. – Signora Presidente, onorevoli deputati, vorrei innanzitutto dire che apprezzo l'unità di questo Parlamento, perché è vero che abbiamo avuto – avete avuto – toni diversi, accenti diversi, ma una grande determinazione è stata espressa già nei voti delle commissioni competenti sulla necessità di voltare pagina e di fare in modo che la nostra Unione possa essere, come deve essere, credo, non uno degli attori nel nostro lavoro con l'isola e con l'America latina tutta, ma l'attore chiave per le relazioni con tutto il popolo cubano.

Ricordo molto bene l'ultima volta che abbiamo avuto un dibattito in quest'Aula su Cuba, credo che fosse all'incirca un anno e mezzo fa: molti di voi lamentavano un certo ritardo, una certa assenza dell'Unione europea, che vedeva gli Stati Uniti d'America, tradizionalmente, economicamente, politicamente, socialmente e culturalmente meno vicini ed impegnati in un dialogo con l'isola, essere invece gli apripista di un'apertura – come si è detto giustamente – un'apertura reciproca, sulla quale bisogna fare ancora moltissimi passi da tutte e due le parti.

Oggi siamo decisamente in un altro *post*, oggi siamo decisamente di fronte ad un cambio di passo in cui l'Unione europea rappresenta per l'isola, per il resto dell'America latina e del Caribe, ma anche per il resto del mondo, per un certo concetto di relazioni internazionali e di relazioni nelle regioni del mondo, e anche per il sistema multilaterale rappresentato dalle Nazioni Unite, il punto fermo su cui si può contare. La nostra strada è sempre questa: dialogo, impegno franco, costruttivo, sincero, senza nascondere nessuno degli elementi difficili e faticosi del nostro confronto, ma sempre e comunque dialogo, apertura e impegno, guardare avanti e non guardare indietro.

Pochi punti: c'è un'importanza politica dell'accordo – è stato ricordato qui – compreso per le dinamiche regionali, c'è un'importanza economica, dato l'impegno di investimenti e di rapporti commerciali tra l'Europa e Cuba, c'è un'importanza sociale, data la possibilità e la responsabilità che l'Unione europea ha per accompagnare il processo di modernizzazione dell'isola. Vorrei sottolineare il fatto che la posizione dell'Unione europea e di questo Parlamento è, e resta, quella di una contrarietà all'embargo e ai suoi effetti extraterritoriali.

C'è una dimensione relativa alla democrazia e ai diritti umani. Vorrei sottolineare il fatto, che ha ricordato qualcuno di voi in quest'Aula, che è esattamente la società civile cubana che sostiene questo accordo, che ci chiede di implementarlo in tutte le sue parti, esattamente perché rappresenta un canale di dialogo, di partenariato, di cooperazione, e inviterei i colleghi che non lo hanno fatto almeno a leggere l'accordo, perché è evidente che la parte sul dialogo dei diritti umani è parte integrante e fondamentale dell'accordo. Ed è grazie a questo impegno politico che abbiamo avviato, che abbiamo avviato un dialogo anche sui diritti umani, franco, difficile, ma costruttivo con Cuba.

Credo che oggi, domani, inizi poi il lavoro più importante, cioè l'implementazione dell'accordo in tutte le sue parti, e conto sull'appoggio e sull'accompagnamento di questo Parlamento, in tutte le sue commissioni competenti, per poterlo fare nel migliore dei modi.

Elena Valenciano, ponente. – Señora presidenta, muchas gracias, señora Mogherini, por sus palabras y por su compromiso. Le voy a pedir un pequeño favor: dígame al señor Juncker que estamos trabajando hasta muy tarde hoy en el Parlamento.

Bueno, yo creo que en el camino del diálogo político con Cuba vamos a ir viendo si se alcanzan los resultados que todos esperamos. Yo creo que sí.

En el trabajo de preparar la aprobación, el Acuerdo, he visto que hay una amplia mayoría en la Cámara a favor. Es cierto que la Resolución ha sido muy conflictiva, porque donde los grupos políticos ponen lo principal de su ideología, como se ha visto, la distancia es enorme.

Cuba es Cuba, es un actor internacional muy importante, como ha demostrado en muchísimas ocasiones; sin ir más lejos, en el importantísimo diálogo por la paz en Colombia. Y hay muchas cosas que querríamos cambiar de Cuba, como de muchos de los países con los que mantenemos relaciones —claro que sí—, pero les toca a los cubanos y a las cubanas hacer ese camino, como lo hicimos los españoles y las españolas, o los polacos, o todos los pueblos de Europa. Les toca a ellos hacer el camino. A nosotros nos corresponde dialogar, cooperar desde la defensa de nuestros valores, desde luego, y tratando de entender al otro.

Quiero agradecer a todos mis colegas sus intervenciones y, muy particularmente, a los ponentes alternativos de este informe, a Javier Couso, del GUE; a Ernest Urtasun, de los Verdes; a Teresa Jiménez, de ALDE; y a Luis de Grandes, del Partido Popular Europeo. Como ven, un elenco de eurodiputados españoles. Para nosotros la respuesta a si la relación entre Cuba y la Unión Europea es profunda es clarísima. Lo es. Para España lo es y, por lo tanto, para Europa también debe serlo.

Cuando en política algo es difícil, solamente el rigor, la generosidad, la flexibilidad y unas cuantas dosis de paciencia consiguen encontrar la solución óptima. Les pido que, como Parlamento, permitamos que la Unión Europea y sus Estados miembros acompañen a Cuba en su futuro, en el camino que ellos decidan, porque es su pueblo quien debe hacerlo, siempre basándose en la soberanía, la independencia y la libertad, que son también nuestros valores.

Die Präsidentin. – Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Mittwoch, 5. Juli 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), în scris. – Salut încheierea acestui acord cu Cuba. Acest acord nu este însă un acord de comerț și promovare a investițiilor. Orice pas viitor în această direcție va trebui să găsească o soluție pentru reglementarea datoriilor vechi ale Cubei față de unele țări foste socialiste, între care și România, făcute în perioada de funcționare a Consiliului de Ajutor Economic Reciproc (CAER). La data desființării acestuia, România avea o creanță asupra Cubei de circa 1,3 miliarde ruble transferabile, provenită din comerțul cu produse și servicii dintre cele două țări respectivă. Este de precizat că România, în deceniile 6 și 7 ale secolului trecut, când a vrut să restabilească relațiile normale de comerț și cooperare cu țările din Vest, prima condiție a fost ca România să-și recunoască datoriile vechi angajate de către statul român și anulate de către regimul comunist venit la putere după cel de Al Doilea Război Mondial. Ultima reglementare de datorii vechi a avut loc cu Suedia, în anii 2001-2004. Orice țară care recunoaște statul de drept nu poate să-și anuleze pur și simplu datoriile publice. Dacă are dificultăți, există mecanisme și practici internaționale pentru reglementarea acestora. Aceasta este lecția învățată de către România, încă din timpul regimului socialist.

19. Künftige Strategie der EU für internationale kulturelle Beziehungen (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Elmar Brok im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Silvia Costa im Namen des Ausschusses für Kultur und Bildung über die künftige Strategie der EU für internationale kulturelle Beziehungen (2016/2240(INI)) (A8-0220/2017).

Elmar Brok, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, Hohe Vertreterin, liebe Vizepräsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten am Samstag hier den Trauerakt für Helmut Kohl. Ich glaube, da ist deutlich geworden, in welcher Weise die Tiefe und Vielfalt der europäischen Kultur zum Ausdruck kommt – als tragendes Element.

Die Kultur in ihrer Vielfalt und Gemeinsamkeit ist ein entscheidender Träger der Attraktivität Europas. Ortega y Gasset hat einmal gesagt: Vier Fünftel der Kultur der europäischen Länder sind dieselbe, ein Fünftel unterscheidet uns. Heute sehen wir das nicht als Widerstreit, sondern als gemeinsamen Reichtum.

Über diesen Weg und die Erfahrungen, die wir hatten, hat dieses Europa zusammengefunden. Dies könnte ein Beispiel sein – auch für andere Teile der Welt. Dieses Europa, in dem wir Grenzen überwinden, Kultur nicht als Gegensatz, sondern als gemeinsamen Reichtum begreifen, kann auch eine Botschaft an andere Teile der Welt sein, um auf diese Art und Weise als *soft power* Beitrag zu leisten, Frieden zu stiften und gleichzeitig Werbung für uns zu sein – im ganz nüchternen Sinne.

Ich meine, dass wir mit einer kulturellen Diplomatie, liebe Frau Mogherini, im Rahmen Ihrer *global strategy* dies auch als eines der Instrumente benutzen können. Ich meine, dass wir aus diesem Grunde heraus, wie in den Fragen der Politik der Menschenrechte im Rahmen der Vereinten Nationen, der Charta der Vereinten Nationen zu den Menschenrechten, hier manches tun können. Wir können dieses Grenz Überwindende in Gesprächen einbinden. Wir sollten die Kommission auffordern, verstärkt auch diese Elemente in Verträge miteinzubeziehen, um auf diese Art und Weise solche Bindungen herzustellen. Aber ich glaube, wir sollten auch das Interesse unserer Mitgliedstaaten dafür benutzen. Mir ist völlig bewusst, dass Kultur Zuständigkeit der Nationalstaaten ist und dass wir nach dem Vertrag dazu nur eine unterstützende

Wirkung haben.

So kann man das auch aufbauen. Wir wollen nicht die Arbeit der Nationalstaaten in der Sicherung ihrer kulturellen Identität überwinden, sondern wir sollten das, was wir in dem europäischen Verfassungsvertragsentwurf gesagt haben, auch nach draußen deutlich machen: Einheit in Vielfalt. Das ist dann zuträglich für die Mitgliedstaaten, hier entsprechend mitzumachen, dies auch als ein gemeinsames Instrument zu nutzen und gleichzeitig hier Wirkung in der Welt zustande zu bringen.

Ich meine, dass es wichtig ist, dass dies natürlich unter Respektierung der Subsidiarität zu geschehen hat. Aber ich kann mir vorstellen, dass wir beispielsweise auch, Hohe Vertreterin, im Rahmen der Delegationen, die wir im Ausland haben, Ausstellungen machen können, dass gerade kleinere Staaten dort ihre Kultur präsentieren könnten, was sie aus eigener Kraft in solchen Ländern nicht machen können. Es ist ein kleiner Beginn: Ausstellungen. Estland als Ratspräsidentschaft macht Ausstellungen in den Räumen der Delegation der Europäischen Union im Ausland. Die großen Länder machen das alle voller Stolz allein. Aber hier den kleinen Ländern einen solchen Ansatz zu geben, scheint mir eine wunderschöne Gelegenheit zu sein, das Gemeinsame und das Unterschiedliche zu repräsentieren.

Ich meine, dass wir aus diesem Grunde heraus, auch in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen – auch unter den Verpflichtungen, die mit der Unesco-Konvention und *cultural diversity* bestehen, hier ein interessantes Instrument haben, mit dem wir im Interesse Europas und der Mitgliedstaaten verstärkt auch Politik machen können.

Die Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die Zeit schon so fortgeschritten ist und wir, wenn ich überall bei einer Minute Schluss mache, mit den Rednerinnen und Rednern jetzt schon bei 0.10 Uhr sind, werde ich kein *Catch-the-eye*-Verfahren machen und keine blauen Karten nehmen. Ich ersuche Sie alle, Ihre Redezeit auch wirklich einzuhalten. Länger als zehn Sekunden zusätzlich bekommen Sie auf keinen Fall. Danke für Ihr Verständnis.

Silvia Costa, relatrice. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Vicepresidente Mogherini, ringrazio il correlatore Brok e i relatori ombra delle commissioni CULT e AFET, ma anche i tanti interlocutori del mondo della cultura e dell'arte che hanno collaborato con noi alla nostra relazione.

Cara Vicepresidente Mogherini, Lei sa molto bene quanto in Parlamento ci siamo battuti fin dal 2011 per sviluppare una strategia culturale europea in ambito internazionale con una nostra relazione, alla quale ha fatto seguito un'importante azione preparatoria fino all'indirizzo specifico entrato nelle conclusioni della Presidenza italiana del 2014. Ricordo con emozione l'importante risoluzione di due anni fa, che vedo raccolta nella vostra proposta, dopo la distruzione del patrimonio culturale di Ninive e di Palmira da parte del Daesh, con la barbara uccisione di Khaled al-Asaad, per un comune impegno europeo nella persecuzione di quello che consideriamo un crimine contro l'umanità.

Appreziamo il sostegno della Commissione all'opera di documentazione e ricostruzione, e l'impegno a presentare una direttiva sul traffico e l'importazione dei beni culturali illeciti, oggetto di una recente e importante convenzione del Consiglio d'Europa. Lei sa anche che ci siamo battuti con proposte specifiche perché la cultura e l'educazione diventassero una priorità della Commissione, anche sotto altri due profili: come strumento di libertà, di promozione umana, di dialogo interculturale e interreligioso, e anche per prevenire la radicalizzazione, ma anche come quarto pilastro dello sviluppo sostenibile, motore di creatività e di innovazione, nuova economia, occupazione di qualità, turismo.

Nella comunicazione, che abbiamo molto apprezzato, ritroviamo questi tre ambiti come aree prioritarie di una nuova strategia europea che, pur riconoscendo i principi di sussidiarietà e proporzionalità, intende rafforzare la cooperazione tra Unione europea e Stati membri nell'ambito di relazioni culturali internazionali.

Questo farà bene all'Europa, ma farà bene anche al mondo. L'Europa ha infatti in comune una grande ricchezza di radici culturali, linguistiche, storiche e religiose, su cui ha costruito valori comuni e una cultura dei diritti umani, che sono strumento di comprensione delle altre culture. Per questo è importante per noi che l'Europa riconosca, anche nella sua azione esterna, il valore in sé della cultura e dei diritti culturali nell'ambito dei diritti umani, insieme alla libertà artistica ed espressiva, dando coerenza alla politica e alle azioni dell'UE in ambito internazionale, e facendone davvero un attore globale, autorevole, nell'opera di riconciliazione e di pace.

Fondamentali saranno quindi il dialogo strutturato con gli attori culturali e con gli *stakeholder*, i partenariati pluriennali con organizzazioni internazionali come l'UNESCO e il Consiglio d'Europa, in particolare per il patrimonio culturale e per gli itinerari culturali transeuropei, ma anche la sperimentazione della piattaforma culturale europea.

Vogliamo che questa strategia sia effettiva, inserendo cultura ed educazione in tutti gli accordi e i partenariati tra Europa e paesi terzi, a partire dal rinnovo di Cotonou con i paesi ACP. Ma servono una buona *governance* multilivello, come abbiamo indicato, un forte coordinamento tra le quattro DG interessate, una linea di bilancio dedicata e risorse umane adeguate nel SEAE, con priorità tematiche e geografiche definite in piani annuali e triennali.

Ogni delegazione europea dovrà dotarsi gradualmente di un *focal point* dedicato, che dialoghi con la società civile, gli istituti culturali dell'Unione europea e le autorità locali, con un approccio *people-to-people*. Sarà importante sviluppare la dimensione internazionale di programmi europei come Erasmus, come *Horizon*, e serve soprattutto un coordinamento maggiore per prevenire e ricostruire il patrimonio culturale a rischio o distrutto, anche dando vita a quell'intervento attivato dall'UNESCO, che però purtroppo vede soltanto la partecipazione italiana con i *blue helmet* della cultura.

Proponiamo di dar vita a un nuovo programma di mobilità internazionale di residenze d'artista, rivolto a giovani artisti e professionisti della cultura, un portale culturale europeo e la digitalizzazione come utilizzo maggiore per i nuovi linguaggi, rivolto ai giovani, anche attivando i media europei. Vogliamo che anche l'attuale situazione dei rifugiati e dei processi migratori abbia una dimensione fortemente culturale, imprescindibile per un futuro di pace.

Federica Mogherini, vicepresidente della Commissione/alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza.
– Signora Presidente, onorevoli deputati, vorrei innanzitutto ringraziare Silvia Costa ed Elmar Brok per il loro ottimo lavoro. Spesso dico che l'Unione europea è una superpotenza. Non c'è dubbio alcuno che nel settore della cultura siamo una superpotenza: è il cuore stesso del nostro *soft power*, e finalmente abbiamo deciso di usare questa forza che abbiamo e che è unica al mondo.

La relazione contiene elementi estremamente importanti per il nostro lavoro, un lavoro che abbiamo portato avanti in quest'ultimo anno in modo molto determinato e con una grande unità di intenti: il Parlamento, il Consiglio – io sono stata onorata di essere il primo Alto rappresentante a partecipare a un Consiglio sulla cultura – la Commissione, il SEAE e le nostre delegazioni sono già al lavoro con moltissime iniziative a sostegno, tra l'altro, della possibilità per i singoli Stati membri di usare la diplomazia culturale per le loro stesse agende. Veramente quello che vedo è uno sforzo di coordinamento e di sinergia interistituzionale in questo settore che mi fa ben sperare.

Culture is first of all a crucial resource for our diplomacy, opening new channels and facilitating mutual understanding, and it can help bring peace and reconciliation inside divided communities around the world. Beyond that, international cultural relations are also a resource for our economies in Europe and beyond. As Elmar was saying, this is something we have learned from our European history. European cultural excellence comes from Europe's openness and diversity. As we have learned as Europeans, cultural exchanges make us stronger, and never weaker.

It is in this spirit that the joint communication was conceived, with the focus on three pillars. The first is intercultural dialogue: the promotion of culture and intercultural dialogue for peaceful relations among countries and communities. A very good example of this is the recent agreement with Tunisia, which will become the first country from the southern shore of the Mediterranean to join the Creative Europe programme.

More than ever, there is a need to create a space – I would say a common ground and a common language – to engage in cultural exchanges inside and outside our borders. Sometimes we struggle to find the right language to talk to each other or to find ways to ensure that everyone's voice is heard. Think of young people. At times people who have difficulty in making their voice heard or finding a channel of active participation in societies in their communities, find that voice through culture, be it music or even street art, because our understanding of culture goes beyond classical music. This is also the strength of European culture. Culture can be a very powerful channel for engagement, participation and active democracy.

Second, culture is a resource for growth and sustainable development, as acknowledged in the 2030 agenda for sustainable development. This is true both inside the European Union, where culture and creative industries account for over 7 million jobs, and in other regions and countries of the world. We are working with developing countries to support cultural industries, establish creative hubs, and develop professional training and competence in new technologies.

I will give you one example. We have recently started to support a project called Ethical Fashion in the framework of the trust fund for Africa. We provide craftswomen and tailors from West Africa with vocational training and with the opportunity to work with fashion companies from all over the world. Some of these people are migrants who were given the opportunity to go back to their communities and, with new skills and a new job, restart a different life. Thousands of jobs have already been created through just this project alone.

A third strand of our work – and I conclude – aims at reinforcing cooperation on cultural heritage. Let me say in this regard that the first ever G7 ministers meeting on culture in Florence was a very big step forward for the international community, under the Italian presidency of the G7 this year, to promote support for cultural heritage.

I would like in particular to express my support for the work done by some Member States, notably Italy and Germany, to protect cultural heritage from human and natural disaster. This month I will table a paper in Council with ideas to take this work forward at European Union level.

In 2018, the European Union and Member States will celebrate the European Year of Cultural Heritage. Europe has built an unrivalled expertise in the protection and restoration of cultural heritage. It is our duty and our responsibility, but also in our interest to share this with the world. When we contribute to the restoration of cultural sites in Kosovo or the rebuilding of the Sarajevo city hall, we are also contributing to stability, reconciliation, security and peace in the Balkans. This is in the heart of Europe.

Our work in Timbuktu to restore the mausoleum and the library is also a way to re-launch the local economy and tourism and to prevent terrorism. We will soon sign a EUR 1 million programme with UNESCO to support the recovery and reconstruction of Syria's cultural heritage. This is also a very important element of our fight against the financing of terrorist activities and organisations.

For all these different strands of work to succeed, we need to continue our work together with all European actors and all our partners in the cultural environment sharing the same sense of direction. Parliament has been one of the strongest advocates of a European Union policy for international cultural relations.

The preparatory action launched by the European Parliament in 2014 laid the groundwork for the drafting of our own joint communication, so it is now time for us to work on our first strategy for international cultural relations. This is perfectly in line – as Elmar was saying – with our global strategy for foreign and security policy that contains a strong reference to culture. I will push for a specific focus on cultural diplomacy in the next phase of the global strategies implementation. So I count on continuing our joint work, together with the European Parliament, to finally fulfil our huge potential as a cultural superpower.

Bogdan Andrzej Zdrojewski, w imieniu grupy PPE. – Kultura jest objęta polityką wspólnotową. Z jednej strony to dobrze, a z drugiej strony – źle. Niedobrze, dlatego że kultura rzeczywiście posiada pewien potencjał, który pozwala Europie być silniejszą, z drugiej strony dobrze, że nie jest objęta polityką wspólnotową, bo dzięki temu nie jest objęta nadmierną biurokracją, może się rozwijać w sposób bardziej swobodny, różnorodny, indywidualny.

To, na co chcę zwrócić uwagę, to przede wszystkim na czas. Trzeba pamiętać, że europejska agenda kulturowa miała swój start formalny w 2007 roku. Po dziesięciu latach jesteśmy dokładnie w tej samej sytuacji, mając dzisiejsze sprawozdanie, ale wcale nie posiadając wypracowanych narzędzi. Jeżeli następny etap będzie po kolejnych dziesięciu latach, to można powiedzieć, że ten potencjał będziemy marnować albo przynajmniej nie wykorzystywać.

Druga uwaga – wyraźnie trzeba rozróżniać promowanie kultury ze względu na jej wartość samą w sobie, ze względu na wartość artystów, instytucji, muzeów, ludzi, a czym innym jest wykorzystywanie kultury jako narzędzia do poprawy wizerunku, do lepszego komunikowania. Nie możemy też pozwolić na pewnego rodzaju schizofrenię: na tej sali mówimy, że kultura to jest duży potencjał, a w tym samym czasie ograniczono program „Horyzont 2020”, kłopoty ma program Erasmus+ czy Kreatywna Europa, obcina się tam środki finansowe, które przesuwają się na Europejski Korpus Solidarności. Musimy pod tym względem być konsekwentni, bardzo profesjonalni i pamiętać, że jeżeli chcemy korzystać z kultury, nie możemy tego czynić pochopnie.

Julie Ward, on behalf of the S&D Group. – Madam President, culture is a political issue. It is also a political tool, and I am glad the Commission has officially recognised that meaningful cultural relations – supported by the EU, based on diversity, equality and with reciprocal partnerships and locally-based initiatives – can help address stereotypes, extremism and populism, foster intercultural dialogue, peace-making, capacity-building and community development, and promote more harmonious and cohesive societies, both in the EU and in third countries.

Cultural institutions and artists from all disciplines have a key role to play, and such a strategy must be founded on people-to-people contacts and civil society involvement. In an increasingly complex and dangerous world characterised by an unprecedented migrant crisis and the rise of violent extremism – which includes the destruction of cultural heritage and the annihilation of minorities' cultures as well as an increasing polarisation of international relations – deeper understanding and a willingness to work together is what we need.

Zdzisław Krasnodębski, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Chciałbym powiedzieć parę słów tylko o jednej, ale wydaje mi się bardzo charakterystycznej sprawie, mianowicie o tej internetowej platformie dyplomacji kulturalnej, którą z takim zadowoleniem przyjmują autorzy sprawozdania. Zakładanym celem tej platformy jest prowadzenie działalności wzmacniającej kulturowe zaangażowanie Unii Europejskiej z państwami trzecimi i ich obywatelami. Otóż – tak jak powiedział poseł Brok – celem europejskiej dyplomacji kulturowej powinno być pokazanie złożoności i różnorodności dziedzictwa kulturowego Europy w całej jego różnorodności, również różnorodności narodowej. Więc pytanie: dlaczego w przypadku platformy w przetargu zostało wybrane konsorcjum, które de facto składa się z instytucji kulturalnych tylko jednej części Europy? Czy w założeniach projektu nie można było uwzględnić konieczności zróżnicowania geograficznego, właśnie ukazania różnorodności kulturowej Europy?

Niestety przypomina to historię z Domem Historii Europejskiej, który także jest przecież elementem dyplomacji kulturalnej Unii Europejskiej, gdzie historia została przedstawiona przez pryzmat doświadczeń tylko niektórych krajów Europy Północnej. Wydaje mi się, że powinniśmy to, o czym mówił poseł Brok traktować poważnie – prawda? Historia Europy i historia kultury i dziedzictwo są bardziej skomplikowane i ta różnorodność powinna znaleźć odzwierciedlenie również w realizacji projektów unijnych i także w dyplomacji kulturalnej Unii Europejskiej. Naprawdę, Europa to nie są tylko Niemcy, to nie tylko Francja, nie tylko Wielka Brytania – a tak jest w związku z tym – nie tylko kraje Europy Północnej.

María Teresa Giménez Barbat, en nombre del Grupo ALDE. – Señora presidenta, queridos compañeros, desde 2011 nuestro Parlamento reconoce la necesidad de incorporar la cultura en las relaciones exteriores de la Unión.

Quisiera dar las gracias a la señor Silvia Costa y al señor Elmar Brok por su trabajo, y a la alta representante Federica Mogherini por la Comunicación conjunta sobre una estrategia de la Unión Europea para las relaciones culturales internacionales.

Destacamos en el texto la importancia de la cultura como herramienta para la diplomacia y pedimos que se reconozca como el cuarto pilar del desarrollo sostenible y como un derecho humano.

Entre las medidas concretas, recomendamos: un plan de acción anual con una línea presupuestaria separada para apoyar las relaciones culturales internacionales; un mecanismo de prevención, evaluación y reconstrucción del patrimonio en peligro, incluyendo un instrumento de emergencia para salvaguardar el patrimonio en los países en conflicto; la inclusión de la cultura en todos los acuerdos existentes y futuros de la Unión Europea con los terceros países.

El objetivo político de este informe es fomentar la cooperación cultural entre la Unión y sus países socios y promover un orden mundial basado en la paz, el Estado de Derecho y el respeto por los derechos fundamentales.

En el largo plazo, una cooperación cultural dentro y fuera de Europa que sea respetuosa con valores básicos de civilización y principios comunes representa la única vía hacia este orden tan deseado.

Necesitamos impulsar una cooperación cultural internacional, entendida de la forma más amplia posible, desde políticas que velen por la conservación del patrimonio cultural a una diplomacia científica capaz de contagiar más racionalidad y amor al conocimiento en un mundo dividido.

El desarrollo de culturas prósperas y cooperativas también representa una «vacuna» para prevenir movimientos, por ejemplo, migratorios desestabilizadores para los países receptores y que tampoco son la solución para los países de origen, como tristemente estamos viendo estos días.

Σοφία Σακοράφα, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κυρία Πρόεδρε, η έκθεση για τη νέα ευρωπαϊκή στρατηγική για τις διεθνείς πολιτικές σχέσεις θέτει αρκετά φιλόδοξους στόχους. Κ. Επίτροπε, ο πολιτισμός μπορεί να μετατραπεί σε μοχλό ανάπτυξης της απασχόλησης και της κοινωνικής συνοχής, να συντελέσει στην αλληλοκατανόηση και την ειρηνική συνύπαρξη των λαών, αποτελώντας αναπόσπαστο πυλώνα των διμερών και πολυμερών συμφωνιών της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Αυτό όμως απαιτεί επαρκή και αυξανόμενη χρηματοδότηση και, κυρίως, προγράμματα για τη νεολαία.

Κύριοι συνάδελφοι, εκφράζοντας τις επιφυλάξεις μου στην ερμηνεία των μεθόδων και των μέσων για τη διατήρηση της πολιτιστικής κληρονομιάς και την καταπολέμηση του παράνομου εμπορίου, επισημαίνω ότι δεν αρκεί μόνο αυτό. Επιβεβλημένη πρακτική απόδειξη ότι σεβόμαστε την πολιτιστική κληρονομιά κάθε λαού είναι η άμεση επιστροφή από τα κράτη μέλη πολιτιστικών κειμηλίων και μνημείων παγκόσμιας πολιτιστικής κληρονομιάς στις χώρες καταγωγής τους.

Η παγκόσμια ευαισθητοποίηση υπέρ της επιστροφής των Γλυπτών του Παρθενώνα αποδεικνύει την αναγκαιότητα οι φιλόδοξες διακηρύξεις για προστασία και προώθηση της πολιτιστικής κληρονομιάς να αποδεικνύονται από συγκεκριμένες πράξεις.

Jordi Solé, en nombre del Grupo Verts/ALE. – Señora presidenta, incluir la dimensión cultural en las relaciones de la Unión con otros países es un aspecto esencial para fortalecer unas relaciones internacionales amistosas, pacíficas, basadas en el respeto mutuo, el diálogo y en fortalecer o promover el desarrollo humano en todas sus dimensiones. También es a la vez una oportunidad para la Unión Europea, una oportunidad para ser reconocida como un actor global importante de referencia en este terreno, en el terreno del *soft power*, pero también para proyectar a la vez su cultura común y su diversidad como un factor, un valor y una riqueza que se ha de preservar; una diversidad que, por cierto, va mucho más allá de la diversidad de los Estados miembros, de las culturas mayoritarias o de las lenguas oficiales de esta casa.

Nosotros estamos particularmente satisfechos de que se haya incluido en el informe nuestra propuesta de un visado cultural para artistas y otros profesionales relacionados con el mundo de la cultura.

Eduard Kukan (PPE). – Madam President, first of all, I would like to thank both our rapporteurs for this important report. We should make cultural relations with third countries an asset of our foreign policy. With the European Union's increasing presence on the international stage, our actions should rely on the use of our instruments and the regional programmes. I fully support the idea to include cultural diplomacy in the toolbox of our diplomatic relations. We should develop a strategy for cultural diplomacy at European Union level.

European culture is rich. Our action in third countries needs to be more visible, and our communication channels more open. We should enrich our contacts with stakeholders active in this field. I can already see many possible benefits of a developing closer cultural relations with candidate countries and countries in our neighbourhood. We are part of a common cultural framework, and in many cases we share a common history. It could help us to use this soft power in areas such as conflict prevention or as a catalyst for stability and reconciliation.

We also need the systematic support of independent media. In the modern world I see them as essential in promoting cultural diversity as well as credible information. We have to be more attentive to truthful information about European values, and we should recognise damaging propaganda and false news.

Момчил Неков (S&D). – Г-жо Председател, докладчикът Силвия Коста правилно посочва, че културата има ключово значение във външните дипломатически отношения на Европейския съюз, защото има заслутата да стимулира диалога и взаимното разбирателство. Наред с това смятам, че трябва да е неизменна част от диалога с трети държави и да бъде интегрирана систематично в проектите и програмите за развитие.

Подкрепям апела за създаването на механизъм в подкрепа на опазване на световното културно наследство. Усилията на международно ниво трябва да се засилят, както и борбата с незаконната търговия с културни артефакти, предотвратяването на конфликти и стимулирането на творческите индустрии.

Не на последно място, бих искал да обърна внимание и на необходимостта от премахване на преградите пред мобилността на артистите и културните дейци, както и насърчаване на преференциите, като например осигуряване на специални визи.

Patrick O'Flynn (EFDD). – Madam President, it is 23.00, and my heart goes out to Mr Juncker in whatever fine-dining establishment he happens to find himself at this precise moment.

Instead of seeking to impose European cultural values on other countries, Europe's nations should concentrate on protecting those values at home. It is good that gender equality, human rights, democracy, freedom of expression and the rule of law are listed as key values under pillar one of the EU strategy. But the sad fact is that these values are under increasing pressure within European countries.

A major cause of this, especially in respect of gender equality, is the importing of hundreds of thousands of young men from countries that do not respect those values. Not for the first time the EU's ambition drastically exceeds its ability to deliver. Let us look to protect the key and precious features of our own culture instead of automatically believing that more diversity must always be welcome, no matter how much strain that diversity is already placing on our countries.

The best contribution Europe can make to the world in cultural terms is to carry on being a great example of tolerant, free and peaceful societies, where ideas are respected and where superior values prevail. Far more than a strategy for international cultural relations, we need a strategy for European cultural protection.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodo predsjednice, želim se na početku zahvaliti gospođi Costi i gospodinu Broku na kreiranju ovog dokumenta, ali i gospođi Mogherini koja je prihvatila i koja želi primijeniti kulturu kao dio vanjske politike Unije i nadam se da će kultura postati jedan diplomatski instrument preko kojega ćemo moći razgovarati s onima koji dijele isti kulturni prostor. Ovdje također podržavam da ćemo u sve ugovore koji se odnose na treće zemlje uključiti i kulturu kao instrument, odnosno kao alat u odnosima s trećim zemljama. Dakle, kulturni prostor koji dijelimo sa sličnim ili jednakim vrednotama trebamo zaista znati na neki način više promovirati.

Drago mi je da se govori o zaštiti kulturne baštine, da će se spriječiti, nadam se, nezakonita trgovina kulturnim dobrima, a ovaj instrument uzimam kao poziv Europi i cijelom svijetu da se zaštiti kulturna baština i želim izraziti svoje veselje što će 2018. godina biti godina kulturne baštine.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, quiero felicitar, en primer lugar, al señor Brok y a la señora Costa por su informe.

La Unión Europea y los Estados miembros son una gran potencia cultural. La cultura europea es y debe ser un instrumento muy útil en las relaciones internacionales, y yo creo que conviene que la Unión Europea y sus Estados miembros coordinen sus esfuerzos en esta materia. Además, entiendo la cultura como vehículo de entendimiento, no como instrumento de confrontación; creo en el diálogo intercultural como puente entre países y comunidades de distintos orígenes en un mundo tan complejo, donde muchos quieren dividir y polarizar.

Quisiera destacar también la importancia del programa de Itinerarios Culturales del Consejo de Europa. Este programa es muy importante para reforzar la identidad europea, favorecer el turismo, la preservación de los bienes culturales de los países europeos y, además, muchas de estas Rutas Culturales discurren también por países que pertenecen a nuestra vecindad sur y oriental.

Por ello, la Unión Europea debe aumentar su apoyo a este programa que gestiona el Instituto Europeo de Itinerarios Culturales, pues permitirá fortalecer las relaciones con los países vecinos y candidatos, como recoge el apartado 80 del informe de mañana.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěla poděkovat Silvii Costové a také Elmaru Brokovi za společně předloženou zprávu. Stanovení dlouhodobé strategie pro mezinárodní kulturní vztahy je velmi složité ve společnosti, ve světě, který se takto rychle vyvíjí. Tady může velmi dobře být využito příkladů a aktivit, jako je Evropský rok kulturního dědictví v roce 2018. V předložené zprávě zejména oceňuji to, že mají být využity výsledky a také absolventi programu, jako je Erasmus +, Kreativní Evropa nebo Horizont 2020.

Kultura je jedním z prostředků také v boji za dodržování lidských práv a potírání radikalismu. Vítám proto iniciativu k větší podpoře odborných pracovníků v oblasti kultury v zemích a regionech, kde jsou lidská práva ohrožena. Známe i z naší vlastní zkušenosti, že kultura dokáže překonávat hranice a stavět mosty i tam, kde jiné nástroje nejsou.

Alojz Peterle (PPE). – Vsi imamo človeško naravo, vendar jo izražamo z različnimi kulturami. V težavah smo, kadar različnost zasenči našo temeljno in izhodiščno enakost. Zato je pomembno, da Evropska zveza, kot sila miru, promovira v mir usmerjen dialog med kulturami, tako na lokalni, regionalni, nacionalni kot globalni ravni. Predpogoj za napredek v tem dialogu pa je medsebojno spoštovanje kulturnih identitet.

Prepričan sem, da lahko več medkulturnega dialoga bistveno prispeva k več razumevanja, več sodelovanja in več miru na svetu. Poročilo Brok/Costa pozdravlja v tem smislu.

Željana Zovko (PPE). – Poštovana povjerenice, poštovana predsjednice, želim zahvaliti kolegama Elmaru Broku i Silviji Kostići na izuzetno kvalitetnom izvješću.

Podržavanje kulture kao pokretača održivog društvenog i gospodarskog razvoja te promicanje kulture i međukulturnog dijaloga u svrhu miroljubivih odnosa među zajednicama i suradnja u području kulturne baštine preduvjeti su izgradnje održivog i tolerantnog društva. Stoga posebno pozdravljam dijelove koji pozivaju na blisku suradnju UNESCO-a i Europske unije u zaštiti i promociji materijalne i nematerijalne baštine te dio u kojem se traži da se kulturna prava promiču kao jednakovrijedna temeljna ljudska prava i da se kultura zbog njezine suštinske vrijednosti smatra četvrtim samostalnim stupom održivog razvoja, zajedno sa socijalnom, gospodarskom i ekološkom dimenzijom.

Ono što vidim kao ključan element kulture u kontekstu međunarodnih odnosa, kao snažan alat za kulturnu diplomaciju vanjske politike europske unije jest promicanje temeljnih europskih vrijednosti koje uključuju poštovanje prava na kulturnu različitost i jedinstvo u toj istoj različitosti.

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, we will stick to two seconds because we see eye-to-eye on this. It is only to say we need to continue this wonderful interinstitutional cooperation. We count on continuing to work with all committees and the entire Parliament now to move forward in this fight.

Elmar Brok, *Berichterstatter*. – Frau Präsidentin! Ich sehe, dass diese Debatte, Sie, Frau Mogherini, aber auch die Teilnehmer an dieser Debatte deutlich gemacht haben, dass hier ein hohes Maß an Übereinstimmung und Willen besteht, dass wir ein Stückchen auf Konsens Wert legen können und dass es ein wichtiger Einstiegspunkt ist, in diesen Bereichen entsprechend voranzugehen. Ich glaube, dass in diesen allgemeinen Ansätzen, über die wir gesprochen haben, wie auch in den sehr praktischen Dingen, die hier angesprochen sind – mit der Bewahrung des kulturellen Erbes, wenn wir die Situation durch ISIS in Irak und in Syrien sehen, in welcher Weise kulturelles Erbe zerstört wird –, wieder stärkeres Bewusstsein betrieben haben, dass diese Leute ein Verbrechen an unserem gemeinsamen Reichtum begehen. Dann ist das, glaube ich, auch eine wichtige Botschaft, dass wir uns für die Identität aller einsetzen, nicht nur, wenn es um unsere eigene Kultur geht, und dass dies eben den verbindenden Charakter haben kann. Es würde mich freuen, wenn wir dies stärker ausbauen könnten, wenn wir Schritt für Schritt vorangehen müssen. Wir werden das nicht alles auf einmal verwirklichen, das ist mir völlig bewusst.

Dies sind neue Felder, die notwendig noch wirksam vorangetrieben werden können, wenn wir Schritt für Schritt vorgehen, um auf diese Art und Weise die kulturelle Szene mit einzubinden, die Menschen, die aus der Kultur heraus leben, einzubinden, und dieses Europa so in der Welt einbringen und unseren Beitrag für die Welt leisten.

Silvia Costa, *relatrice*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio tutti gli intervenuti per il contributo che hanno dato. Come diceva l'on. Brok, veramente questa coralità di condivisione dimostra che l'Europa ha bisogno di cultura e che ne siamo tutti forse più consapevoli rispetto all'inizio della legislatura. Questo mi fa molto piacere, vuol dire che abbiamo lavorato bene insieme: Parlamento, Commissione e Consiglio.

Vorrei solo dire che ha ragione Federica Mogherini – naturalmente ringrazio anche il commissario Navracsics, anche se non è presente, perché è stata una produzione comune, e tutto il suo staff – ha ragione: un effetto l'ha già ottenuto, l'ho potuto verificare anch'io personalmente, nel senso che non solo in Parlamento per la prima volta sono due commissioni insieme che hanno affrontato un tema come questo, e sono commissioni importanti, ma anche che nella Commissione si è attivata effettivamente una *task force* integrata tra diverse DG, il che è già un risultato molto promettente, superando l'approccio un po' «a silos», che è quello che qualche volta ci distingue.

Credo che un altro frutto sia quello che Lei ha citato: noi abbiamo fatto una grande richiesta alla Commissione, in particolare alla DG Cultura, e sicuramente il clima che si è creato ha favorito il fatto che la Tunisia è finalmente il primo paese della sponda Sud del Mediterraneo che può effettivamente partecipare al programma Europa creativa.

Anche io auspico che sia l'Unione europea, come Lei ha detto, e aspettiamo con impazienza questa iniziativa del Consiglio, che possa effettivamente fare propria, in quanto Unione europea, l'iniziativa per quanto riguarda l'adesione alla *task force* per la tutela del patrimonio culturale a rischio, ma anche per aderire alle convenzioni europee e del Consiglio d'Europa sulla protezione del patrimonio culturale.

Un ultimo auspicio: sarebbe molto bello che a Milano, dove a dicembre si farà per la prima volta – non a Bruxelles, a Milano, e questo mi fa molto piacere – il Forum europeo sulla cultura, in cui si annuncerà l'anno europeo del patrimonio culturale e si illustrerà la diplomazia culturale europea, che si possa pensare a un lancio, un evento di lancio in tutte le delegazioni europee, in tutti gli istituti culturali nel mondo di questa grande iniziativa: l'anno europeo in una dimensione internazionale.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Mittwoch, 5. Juli 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione in discussione, affronta un tema molto importante e complesso. Quando si parla di relazioni internazionali e culturali credo, che si debba evitare di mantenere un atteggiamento etnocentrico ed autoreferenziale. Ciò infatti non soltanto non sarebbe in linea né con i valori fondanti dell'Unione europea né con l'idea stessa di aiuto e di sviluppo dei paesi più poveri, ma produrrebbe effetti controproducenti a tal fine. L'Unione europea dovrebbe farsi promotrice della propria cultura, in termini di reciprocità, evitando così di imporre la propria egemonia culturale, che troppo spesso viene usata come grimaldello per imporre precise scelte economiche e giuridiche. Scelte che troppo spesso hanno nascosto, e continuano a nascondere, nefandezze economiche e umane. La cultura ed il patrimonio culturale rappresentano beni comuni che appartengono a tutti e che in quanto tali devono

essere salvaguardati e gestiti. Solo con l'esempio, e non già con l'esportazione asettica, l'Unione europea può far conoscere ad altri paesi, l'importanza dei propri valori e della propria cultura, nel rispetto dei valori e delle culture altrui.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Ce rapport aurait pu s'intituler «dépouiller les États membres du dernier pouvoir régalien qu'ils conservaient encore». En effet, je m'étonne de la capacité de l'Union européenne à se définir un rôle diplomatique. Dans «nations unies», il y a le mot nation, et, malgré tous ses efforts prométhéens, l'Union n'est pas et ne sera jamais une nation. C'est d'autant plus dommage que le rapport mentionne des enjeux fondamentaux, comme la lutte contre la destruction et le trafic de biens culturels. Mais l'Union préfère gloser sur l'importance de renforcer le dialogue interculturel. Qu'en est-il des droits collectifs? Les droits des peuples et des nations à préserver et à valoriser leur patrimoine, leur histoire, leur langue et leurs traditions culturelles, ainsi qu'à lutter contre toute forme d'impérialisme culturel. C'est à la reconnaissance de ces droits que nous devrions œuvrer, à l'heure où les cultures nationales des États membres sont menacées de disparition par l'homogénéisation mondialiste, sommés de manger tous la même chose, d'écouter la même musique, de fondre nos valeurs dans un prétendu socle commun abstrait et hors sol. Le Parlement prétend vouloir défendre la culture? Qu'il commence par préserver ce qui en constitue le fondement, à savoir l'identité des peuples européens.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Szeretném megköszönni Elmar Brok és Silvia Costa kollégáimnak az elvégzett munkát a nemzetközi kulturális kapcsolatokra vonatkozó jövőbeli uniós stratégia kidolgozása kapcsán. A történelem folyamán már sokszor bebizonyosodott, hogy mennyire fontos egy ország nemzetközi imázsának alakításában a kulturális diplomácia eszközeinek felhasználása, a nemzetközi kapcsolatok ún. „soft”, vagyis kulturális eszközökkel való elősegítése. Nagyra értékelem, hogy felismerték a kultúrdiplomácia fontosságát a külkapcsolatokban és a kultúra kimagasló jelentőségét a jelenkori globalizált, felgyorsult, elszemélytelenedett és a keresztény értékeket háttérbe szorító világban. Az Európai Uniónak kifelé egységesen kell képviselnie az európai értékeket, melynek középpontjában az emberi méltóság, szabadság, egyenlőség áll. Ezért is fontos egy kiegyensúlyozott megközelítés a kulturális kapcsolatok megerősítésére, mely tiszteletben tartja a kulturális különbségeket. A kultúra eszközeit az Európai Uniónak is célszerű használni a külpolitikai stratégiája alakítása során, s különösen hatásos lehet ez a harmadik országokkal való viszony fejlesztése során. A jelentés külön kitér az EU Szomszédságpolitikájához tartozó országokkal való kulturális kapcsolatok szorosabbra fűzésére. Az ún. kulturális vízum program célja a művészek tapasztalatcseréjének elősegítése céljából és az EU tagországok és a harmadik országok kulturális intézményei közötti együttműködés erősítésére. Örömmre szolgál, hogy a jelentés olyan programok létrehozására ösztönöz, amellyel az EU megkönnyíti a harmadik országok részvételét határokon átnyúló kulturális és tudományos projektekben, mely szintén ezt a célt szolgálja.

Antanas Guoga (PPE), in writing. – I support the approach of the joint communication presented in the report which identifies three work streams: supporting culture as an engine for sustainable social and economic development, promoting culture and intercultural dialogue for peaceful inter-community relations, and reinforcing cooperation on cultural heritage. Only by targeting all three mentioned areas can we reach positive results. Also, the role of independent media in promoting cultural diversity and intercultural competences is significant and we need to assure their effective functioning when sharing credible information, especially in the EU neighbourhood states. We have already created a good background for strengthening cultural diversity – the Erasmus + programme serves here as the best example. However, we have to involve other EU programmes such as Horizon 2020 and COSME in order to cover the strategy for international cultural relations and boost it.

20. Empfehlung an den Rat zur 72. Tagung der UNO-Generalversammlung (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Andrey Kovatchev im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über die Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat zur 72. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (2017/2041(INI)) (A8-0216/2017).

Andrey Kovatchev, *rapporteur*. – Madam President, I would like to share with you our views on a number of key topics in the traditional form of an annual recommendation to the Council. The objective is to contribute to the preparation of the EU priorities for the United Nations General Assembly session each autumn, which the Council normally adopts in July. We agreed on 18 compromises based on 255 amendments.

I would like to thank all the colleagues who contributed to the final version of this report, the members of the EU-UN Working Group, the shadow rapporteurs, rapporteurs and political advisors for their constructive approach and the Secretariat of the Committee on Foreign Affairs for its excellent support.

The annual United Nations General Assembly Recommendations report empowers our institution to present its opinion via the Council to the UN General Assembly on issues ranging from peace and security, through climate change, to advocacy of human rights, democracy and the rule of law.

In its report, Parliament recommends that the Council, *inter alia*, should:

continue to call for full respect for the sovereignty, internationally recognised borders and territorial integrity of Eastern European and South Caucasus countries, namely Georgia, Moldova and Ukraine, in the light of the violations of international law in these areas; draw the attention of the UN member states to the increase in tensions between some countries in the Western Balkans; urge their leaders to show restraint in their regional policies, with the EU and the UN remaining fully involved in seeking lasting solutions to bilateral differences, including by acting as mediators where necessary; further encourage the UN's efforts to bring about peace in Afghanistan and to overcome the fragile security environment in the country; strongly condemn the actions of the North Korean leadership that threaten peace and security in the Korean peninsula and beyond;

reiterate its unequivocal condemnation of terrorism and its full support for actions aimed at defeating and eradicating terrorist organisations; and step up efforts to clamp down on the recruitment of terrorists;

support UN efforts to prevent non-state actors and terrorist groups from developing, manufacturing, acquiring or transferring weapons of mass destruction and their delivery systems, and to insist on full compliance with the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, the Chemical Weapons Convention and the Biological Weapons Convention;

call for a strengthening of the global response to migration and address the challenges and security concerns stemming from aspects of illegal migration, such as people-smuggling and human trafficking;

reiterate its condemnation of any act of violence, harassment or persecution against human-rights defenders, and push for stronger engagement in promoting the rule of law;

take concrete steps to ensure the efficient implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development and its 17 - Sustainable Development Goals, adopted by the UN General Assembly in September 2015;

ensure that the EU remains committed to the fight against climate change and call on all UN member states to uphold the Paris Agreement;

regain trust in multilateralism and try to convince all the UN member states that this approach is the right one and that the UN should remain an internationally recognised organisation in so many challenging places on our planet.

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, this year I celebrated Europe Day, 9 May, in New York with the new Secretary-General of the United Nations, António Guterres, to stress the natural partnership between the UN and the European Union, at the precise moment when the UN system is coming under growing pressure – if you want to be diplomatic – or under attack, if you want to be clear.

We have seen a resurgence of the very old-fashioned idea that national interest is not compatible with a cooperative global order. And we Europeans know from experience that this is not the case. Our national interest, our European interest is to invest in the UN system, in multilateral decision-making and in cooperative global solutions for global problems.

The United Nations needs our support now more than ever, and Mr Guterres made it very clear in this Chamber just a few months ago. It is a pleasure to see that the European institutions share exactly the same views on global governance and on our support to the UN system. Your report is perfectly in line with the work we are doing to define the European Union's priorities at the next General Assembly and, as it was the case also last year, the report has been itself a source of this inspiration for our work.

The Foreign Affairs Council will adopt the EU priorities for the General Assembly on 17 July, and the draft text aims to be political and focused, reflecting the new context.

The multilateral system of global governance is under attack, as I said, and it is the moment to somehow renew our vows, to commit even more to effective multilateralism. I would like to stress the word 'effective' because the best way we have to protect the multilateral system is to make it deliver.

Over the last few years we collectively have achieved some impressive results through the multilateral system, through the UN system: the nuclear deal with Iran, the sustainable development goals, the Paris Agreement on Climate Change, to mention just a few. The European Union is working and will continue to work to guarantee that all these agreements are implemented fully and properly. We have this responsibility. We are exercising this, building strong global partnerships, starting with the Paris Agreement.

With our consensus on development, we are leading the way in the implementation of the sustainable development goals. At the same time, we know that the United Nations needs reform. António Guterres has put forward a very ambitious reform programme. Changes to the UN culture, structures and operations will be necessary. And we will use all our political and diplomatic capital to help build a coalition in support of UN reform, and to support the UN Secretary General in this respect. We are ready to do so because we know that this is in our own interests.

We know that we truly need a strong and effective United Nations, and this is why the European Union's voluntary contributions to the UN funds and agencies amount to half of their total budget, and we are proud of that. This means that we invest as much in them as the rest of the world combined.

We do this, not only because it is right, but also because it is smart. It is smart to invest in the World Food Programme to prevent a humanitarian crisis or a refugee crisis. It is smart to invest in the Office of the United Nations High Commissioner for Refugees to help millions of displaced people. It is smart to invest in UNICEF to help children in a war-torn country to go to school and prevent the radicalisation of future generations. And the list could continue.

Investing in global governance, sustainable development, climate action – and here again the list could continue – is for us an investment in our own security. Hours ago in this Chamber we had a debate on European security and defence. I also stressed then that this is part of our work on security. Investing in a strong multilateral system and in a strong UN system is for us an investment in European security. Not only European security, global security. This is the European way to security and it is also the UN way to it.

This is the contribution we will bring to the next UN General Assembly. Beyond the ad-hoc things we will continue to do, this is the main message we bring. We will focus on conflict-prevention, thereby making a contribution to building peace. We will continue to work to implement the sustainable development goals via development cooperation on human rights – a key pillar of our work – and we will work with Mr Guterres and with all our partners towards a more effective multilateralism.

Reading your report I know these are priorities that we share because they correspond to our values and to our interests, which is serving and reforming the UN system.

Cristian Dan Preda, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, permettez-moi tout d'abord de dire que je fais cette intervention 16 heures après être arrivé ici au Parlement, dans ce «Parlement ridicule», selon la formule de Jean-Claude Juncker. C'est une partie de la même l'histoire même de cette institution.

Laissez-moi ensuite féliciter M. Kovatchev pour la rédaction de ces recommandations. Cet exercice traditionnel, à travers lequel le Parlement donne sa position à l'intention du Conseil, comme (sur ?) ainsi que les thématiques abordées, peuvent améliorer notre action sur la scène internationale et renforcer le multilatéralisme.

Nous avons besoin – je crois – d'engagements plus solides au niveau multilatéral afin de trouver une solution durable aux conflits en Syrie, en Iraq, au Yémen, en Libye, en Ukraine ou encore dans les conflits gelés en Moldavie et en Géorgie. Les instances onusiennes jouent évidemment un rôle majeur à cet égard. Elles sont aussi le cadre adéquat pour traiter des récentes tensions dans la région des Balkans occidentaux et adopter une position ferme quant face aux actions de la Russie qui menacent la stabilité des processus de réforme dans cette zone.

Il faut, certes, continuer à soutenir la réforme de l'ONU, y compris du Conseil de sécurité. Je soulignerai, en particulier, un point qui figure également dans le rapport que j'ai rédigé sur les crimes de guerre, le génocide et les crimes contre l'humanité, que nous avons voté aujourd'hui. L'usage du droit de veto par les membres permanents du Conseil de sécurité est inacceptable lorsque des crimes d'atrocités sont commis.

Enfin, je mentionnerai que le groupe PPE a demandé un vote séparé sur le point paragraphe 1, point g),): et nous voterons contre cette partie qui traite du mandat de la Mission des Nations unies pour l'organisation d'un référendum au Sahara occidental (Minurso). Ce point contient plusieurs éléments inexacts, et nous estimons qu'il n'est pas du tout opportun dans ce texte.

Soraya Post, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, I would like to start by thanking Mr Kovatchev for the good cooperation during the writing of the report. Looking at the world today, it is clear that the EU and UN must strengthen the role of women in all segments of society. We especially need the representation of women from marginalised groups. The empowerment of marginalised women is not only democratic. It holds out the prospect of how to build democratic societies.

To this end, I have tabled multiple amendments to stress the importance of women's participation in peace and security processes, all in line with the numerous UN resolutions on this issue. I have also requested the full implementation of the Beijing Platform for Action. And to be honest, as a feminist, I find it embarrassing to still have to put this argument forward.

The Beijing Platform should have been implemented a long time ago. We need implementation, we need reform and we need a UN Security Council that reflects the new world reality. It is time for the EU to have a single seat in the Security Council.

Die Präsidentin. – Bevor ich Herrn Notis Marias das Wort gebe, möchte ich nur noch daran erinnern, dass ich keine blauen Karten akzeptiere und auch kein *Catch-the-eye*-Verfahren mehr mache.

Νότης Μαρίας, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κυρία Πρόεδρε, συζητούμε την έκθεση για τη σύσταση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου προς το Συμβούλιο, που αφορά την 72η σύνοδο της γενικής συνέλευσης του ΟΗΕ, και ενώ η έκθεση εξετάζει σχεδόν όλα τα μεγάλα ζητήματα που αφορούν την παγκόσμια ειρήνη, ενώ φτάνει να ασχολείται με την Αφρική, με την Ασία, με τα πέρατα του κόσμου, δεν εξετάζει τι γίνεται εδώ κοντά, δεν εξετάζει τι γίνεται στην Κύπρο, δεν λέει λέξη για την παράνομη εισβολή της Τουρκίας στην Κύπρο και δεν λέει λέξη για την παράνομη κατοχή του 37% της Κύπρου από τα τουρκικά στρατεύματα. Γιατί άραγε; Η έκθεση επίσης δεν λέει λέξη για τις απειλές της Τουρκίας κατά της Ελλάδας, για τις παραβιάσεις του ελληνικού εναέριου χώρου και των θαλάσσιων χωρικών υδάτων της πατρίδας μου από την Τουρκία.

Τι είδους ευρωπαϊκή αλληλεγγύη είναι άραγε αυτή προς την Ελλάδα και την Κύπρο; Τέλος, η έκθεση δεν λέει κουβέντα για τη διαγραφή του χρέους των αναπτυσσόμενων χωρών, αλλά και των χωρών της ευρωπαϊκής περιφέρειας, παρότι μόνον έτσι θα επιτευχθεί η ανάπτυξη για την οποία τόσο πολύ κόπτεται η υπό συζήτηση έκθεση.

Илхан Кючюк, *от името на групата ALDE*. – Г-жо Председател, г-жо Могерини, уважаеми колеги, благодаря на докладчика Андрей Ковачев за положените усилия, както и на останалите колеги за подготвянето на този текст. Положителното гласуване на препоръката е от изключителна важност, тъй като тя очертава рамката на приоритетите на Европейския съюз за предстоящото Общо събрание на ООН. Нещо повече, не е тайна, че много от страните – членки на Европейския съюз са разделени по голяма част от въпросите от глобален характер и смятам, че посочването на общи приоритети е възможност да покажем пред международната общност, че Европейският съюз може да играе важна роля на глобалната сцена, но и да говори с един глас.

Като докладчик в сянка от групата ALDE съм изключително доволен, че комисията по външни работи успя да състави един консолидиран текст, в който бяха гласувани някои съществени предложения за нашите демократични ценности. Докладът ясно подчертава, че Европейският съюз е един от най-отдадените защитници и изразители на правата на човека, основните свободи и многообразието, борбата с климатичните промени, демокрацията и върховенството на закона.

Същевременно Европейският съюз трябва да продължи да подкрепя многостранните опити за намиране на трайни политически и мирни решения на продължаващите конфликти в Близкия Изток и Северна Африка. Но също така и да продължи да призовава за пълно зачитане на международно признатите граници и териториалната цялост на страните от Източна Европа и Южен Кавказ, и да подкрепя възстановяването на дипломатическите усилия за мирно уреждане на продължаващите и замразени конфликти. Разбира се, препоръката ясно очертава нашата последователна подкрепа за цялостна реформа на Съвета за сигурност на ООН, така щото да удовлетворява по най-добрия начин новите глобални реалности.

В заключение, бих искал да насоча Вашето внимание към поправката на групата ALDE относно преговорите за обединение на Кипър. В момента се намираме в заключителната фаза на тези исторически преговори и считам, че Европейският съюз може да изпрати силен сигнал, като заяви пълната си подкрепа за усилията, положени от ООН за цялостното уреждане на разделението на острова. От успешното приключване на процеса няма губещи, а само печелещи. И ние трябва да подкрепим всички наши ... (*Председателят прекъсна оратора*)

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Mogherini! Die Nichteinreise eines arabischen Königs zum G20-Treffen schaffte es zur Spitzenmeldung, das monatelange Arbeiten der Vereinten Nationen versinkt in medialer Nichterwähnung.

Das Erste bringt unstrittig bessere Fotos. Alleine das Zweite führt zu den Lösungen, die wir brauchen, um unseren gemeinsamen Herausforderungen zu begegnen, um in Frieden und gegenseitigem Ausgleich miteinander zu leben. Die SDGs, das Pariser Klimaschutzübereinkommen, Bemühungen um das Schaffen eines Regulierungsrahmens für die Umstrukturierung von Staatsschulden oder für einen gerechten und geregelten Handel in globalen Wertschöpfungsketten oder allgemein die weitere Verrechtlichung unserer internationalen Beziehungen – sie alle sind nur über kontinuierliche fokussierte Arbeit zu erreichen.

Wo diese nicht stattfindet, werden sich immer mehr Staaten den gemeinsamen Regeln entziehen und alleine ihre Interessen nach vorne stellen. Hier liegt die gemeinsame Verantwortung auch von Kommission, Rat, Mitgliedstaaten und EP. 2018 muss unsere EntschlieÙung endlich stärker Schwerpunkte setzen und sich daran messen, dass Diskussionen in der UNO oftmals bereits viel weiter sind als unsere Positionen.

Barbara Lochbihler, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Der UN-Generalsekretär Guterres hat uns im Mai hier im Plenum eine sehr beeindruckende Rede gehalten und uns die wichtigsten Herausforderungen uns vor Augen geführt, mit denen sich die Vereinten Nationen konfrontiert sehen.

Mir ist es wichtig, dass die EU seinen Ansatz unterstützt, sowohl die Reform der UN-Sicherheitsstrukturen voranzubringen als auch die Kapazitäten für Aufgaben der Mediation und Konfliktlösung zu stärken. Dabei müssen die EU-Mitgliedstaaten ihre Unterstützung finanziell und personell für die friedensbewahrenden und friedensbildenden Missionen der Vereinten Nationen signifikant erhöhen. Unsere EntschlieÙung unterstützt die Reformagenda von Generalsekretär Guterres voll und ganz.

Aber auch die UN-Mitgliedstaaten sind aufgefordert, die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen. Die Friedenspolitik der UN darf nicht gefährdet werden. Die EU muss hier einen Beitrag leisten, eine EU, die der UN-Generalsekretär hier als das größte Friedensprojekt in der Geschichte bezeichnet hat. Vielen Dank, Herr Kovatchev, für einen sehr guten Bericht.

James Carver, on behalf of the EFDD Group. – Madam President, usually I defend my country's privileged position as a Permanent Member of the UN Security Council, but tonight, a year after the UK's sensible decision to leave the European Union, and with Article 50 negotiations finally under way, I turn my attention across the Channel. So, my French friends and neighbours – I can say that, can't I? – will surely come to expect similar increased pressure over the retention of their own permanent UN Security Council seat.

France must not subjugate its international and security interests in the name of the EU collective. Since the Brexit vote, and in the rush for ever closer Union, the EU has demonstrated its inability to adapt in its rush for greater powers in relation to defence and security matters.

Through our joint efforts and sacrifice, the United Kingdom and France have greatly contributed to the maintenance of international security. Although this partnership has not always been perfect, it is strong and it must continue as such after Brexit. On this basis I would urge my French counterparts to abandon their support of the EU project, and instead throw their full weight behind this bilateral partnership, and fully commit to NATO.

If they do not do so, I fear it will be to the detriment of security for Europe and La Francophonie and internationally.

David McAllister (PPE). – Madam President, I would first of all like to thank Andrey Kovatchev for this really interesting report. It is well worth reading – *Mnogo blagodarya*, as you say in Bulgarian.

As UN Secretary General António Guterres emphasised in this plenary just a few weeks ago, we need 'an investment in international cooperation to face the global challenges that are in front of us and that no country can face in an isolated way'.

Among the numerous topics that require close cooperation between the European Union and the United Nations, our focus should be on prevention and early action to stop the onset of crises, as the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy has already pointed out. I believe that our common EU-UN efforts in addressing the root causes of terrorism, countering hybrid threats and promoting cyber defence must be strengthened and coordinated. Early action also includes fighting terrorist propaganda through social media platforms and supporting counter-radicalisation policies, in line with the UN plan for action to prevent violent extremism.

Yes, this requires close cooperation, responsible innovative solutions and early action, but we should keep in mind that an ounce of prevention is worth a pound of cure.

Jo Leinen (S&D). – Frau Präsidentin, Frau Mogherini! Die G20-Tagung, die am Wochenende in Hamburg stattfindet, ist doch ein Zeichen, dass die UN nicht gut funktioniert.

Wie kann es sein, dass 175 Länder vor der Tür stehen und 20 Länder den Gang der Weltgeschichte bestimmen? Also ich stimme Ihnen zu: Die UNO muss reformiert werden, sie muss stärker werden, sie muss effizienter werden. Wir sollten alles tun, um den Generalsekretär zu unterstützen, das haben Sie auch gesagt.

Wir haben hier im Parlament morgen noch mal den Wunsch, dass neben der Generalversammlung auch eine parlamentarische Versammlung eingerichtet wird. Nach 70 Jahren Existenz der UNO wäre es wichtig, dass die Bürgerkammern dort nicht nur Beobachter sind, sondern dass nach Artikel 22 ein Nebenorgan gebildet wird, und es gibt mehr Länder, die dem zustimmen, als man wahrnimmt: Kanada, die Schweiz, Norwegen und jede Menge Länder in der Dritten Welt.

Ich würde Sie bitten, sich dafür einzusetzen. Ich glaube auch, dass man für den Multilateralismus China mit ins Boot nehmen muss, wenn schon die USA jetzt dieses System attackieren, die UNO attackieren, wie sie die EU attackieren. China muss auch mehr finanzielle Beiträge leisten. Das sollte man auch versuchen.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, tengo que felicitar en primer lugar a Andrey Kovatchev, el ponente, por su informe, que aborda muchos de los desafíos a los que nos enfrentamos, desafíos que son comunes, globales; que requieren, por consiguiente, una respuesta colectiva. Y por ello celebro los esfuerzos que las Naciones Unidas están haciendo en ámbitos como, en primer lugar, la lucha contra el terrorismo, en cuestiones de financiación y de cooperación judicial internacional; el desarrollo sostenible, donde destacan los procesos de implementación de la Agenda 2030 y de la aplicación del Acuerdo de París; y los desplazamientos masivos de personas, a través del seguimiento realizado de la reunión de alto nivel del pasado año.

Tenemos que mantener el compromiso de la Unión Europea con el multilateralismo, frente a tentaciones aislacionistas o proteccionistas que crean división e incertidumbre. Las Naciones Unidas son la pieza fundamental del multilateralismo. La Unión Europea, que tiene que ser un actor global, factor de paz, estabilidad, progreso, debe seguir trabajando de manera activa en y con las Naciones Unidas.

Recordaba David McAllister a Guterres; yo también lo voy a hacer aquí: una Europa fuerte y unida —dijo— es un pilar fundamental para unas Naciones Unidas sólidas y efectivas.

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, again there is less than one minute to say that the debate we have had tonight in this Chamber will be duly reported and reflected in the forthcoming decisions and debates with the Foreign Ministers in the Foreign Affairs Council ten days from now and, most of all, in the work we do daily with the UN system and, in particular, in view of the general assembly.

I cannot tell you that I will see you in New York, because I guess we will see each other before that here in Strasbourg. Apart from that, we will continue our good work together.

Andrey Kovatchev, rapporteur. – Madam President, I would like to thank all my colleagues, and also Ms Mogherini, for the good cooperation. The key word is indeed effective multilateralism, as you called it, and to regain trust in this global system of preventing conflicts and having long-lasting solutions for citizens in different places on our planet.

As you said, we support the newly-elected United Nations Secretary-General's reform agenda. The EU must encourage the impetus for reform of the UN peace and security architecture, the function and the architecture of the secretariat through simplification, decentralisation and flexibility, and the streamlining of financial organisation. But we also need to do our homework here in the European Parliament and in our representations in order to coordinate the work of our ambassadors there as much as possible, not only in Europe, but also in other places in Rome, in Bonn and other UN places where we have representations, to work for a common European architecture for security and defence, as well as a common European system for the exchange of intelligence information, which can also be used to prevent terrorism.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Mittwoch, 5. Juli 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – ÜROs käsitletakse tavapäraselt kõikvõimalikke probleeme ja neile lahenduste otsimist, sh inimõigused, humanitaarabi, arenguabi jne. Sama oluline on keskenduda ka ÜROle kui institutsioonile endale ja selle ees seisvatele muutustele. Aastakümneid on räägitud vajadusest reformida ÜROd ja selle julgeolekunõukogu, ent kaugelt ei ole jõutud. ÜRO Julgeolekunõukogu põhjalikku reformimist on vaja selleks, et peegeldada paremini maailma uut olukorda ning suuta tulemuslikumalt reageerida praegustele ja tulevastele julgeolekuohtudele. On oluline, et lepitaks kokku selles, et ÜRO Julgeolekunõukogu liikmed hoiduksid vetoõiguse kasutamisest inimsusevastaseid kuritegusid käsitlevate juhtumite puhul. Lisaks peaks ELi eesmärk olema saada koht ÜRO reformitud Julgeolekunõukogus. Selle jaoks on vaja teha järjepidevalt tööd.

21. Strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Empfehlung für die zweite Lesung des Haushaltskontrollausschusses und des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres betreffend den Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug [06182/1/2017 - C8-0150/2017 - 2012/0193(COD)] (Berichterstatter: Ingeborg Gräßle, Juan Fernando López Aguilar) (A8-0230/2017).

Ingeborg Gräßle, Berichterstatterin. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Frau Kommissarin! Ich möchte vor allem Frau Kommissarin Jourová zu einer tollen Leistung sehr herzlich beglückwünschen. Heute ist ein großer Tag für die Europäische Union und für die Betrugsbekämpfung. Ich begrüße sehr herzlich Kommissar Oettinger, der sich vier Jahre zähe Verhandlungen erspart hat, aber jetzt doch rechtzeitig zum Erfolg am Ende noch an Bord gekommen ist. Wir sind davon überzeugt, dass wir heute bei dem Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union und bei den neuen Kompetenzen für die Europäische Kommission einen wirklichen Meilenstein vorangekommen sind.

Wir haben den Abschluss eines Gesetzgebungsverfahrens zur Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichteten Betrug – die sogenannte PIF-Richtlinie –, ein sperriger Begriff. Wir haben es mit einem historischen Moment zu tun, weil wir eine wesentliche Rechtslücke innerhalb der EU beseitigen und den Schritt hin zum Europäischen Staatsanwalt tun. Der Haushaltskontrollausschuss fordert seit 20 Jahren die Einrichtung einer solchen Europäischen Finanzstaatsanwaltschaft, und jetzt sind wir endlich so weit. Ich freue mich, dass es immerhin noch vor Mitternacht möglich war. Ich bedaure außerordentlich, Frau Präsidentin, dass dieses Haus sich mit allen möglichen Randfragen beschäftigt, aber es nicht möglich war, diesen wesentlichen Teil eines wirklichen Vorankommens der Europäischen Union und einer wirklichen europäischen Einigung, zu einer christlichen Zeit auf die Tagesordnung zu setzen, wo vielleicht irgendjemand auch noch zuschaut.

Ich bedaure außerordentlich – und ich weiß zu schätzen, dass der Kollege McAllister hier noch mit uns im Sitzungssaal weilt – dass dieses Parlament es nicht mehr zu unterscheiden weiß, was wichtig ist und was unwichtig ist. Das ist ein Meilenstein für das Europäische Parlament. Ich buche es mal unter persönlichem Racheakt ab, dass wir uns jetzt um diese Uhrzeit treffen – mir macht es nichts aus, ich kann sowieso nachts nicht schlafen.

Ich möchte Ihnen sagen, dass diese Abstimmung einen Schlusspunkt hinter viereinhalb Jahre hartnäckige Arbeit an dieser Richtlinie setzt. Im April 2014, kurz vor der Europawahl, hat das Parlament seinen Standpunkt in erster Lesung beschlossen. Ich möchte mich auch sehr herzlich beim Kollegen López Aguilar dem Ko-Berichterstatter aus dem Innenausschuss, bedanken. Wir haben von Oktober 2014 bis Dezember 2016 Trilogie durchgeführt mit einer fast eineinhalbjährigen Pause von Juni 2015 bis Oktober 2016, weil der Rat sich geweigert hat, die Kernforderung des Parlaments zu akzeptieren – eine Einbeziehung der Mehrwertsteuer in den Anwendungsbereich der Richtlinie.

Der letztlich erzielte Kompromisstext kann sich aus Parlamentssicht durchaus sehen lassen. Insbesondere die Einbeziehung der Mehrwertsteuer ist ein ganz wichtiger Schritt. Ich möchte mich bei der slowakischen Ratspräsidentschaft bedanken – auch wenn auf Ratsseite alle schon im Bett liegen. Ich möchte mich sehr herzlich beim Rat bedanken, dass die verschiedenen Ratspräsidentschaften es immer wieder möglich gemacht haben, in dieser schwierigen Sache weiterzumachen. Nicht unerwähnt möchte ich auch die italienische, die lettische und die niederländische Ratspräsidentschaft lassen, unter denen ebenfalls wesentliche Verhandlungsfortschritte erzielt werden konnten. Ich möchte mich auch bei den vielen engagierten Mitarbeitern der Kommission bedanken, aber vor allem bei Ihnen, Frau Kommissarin Jourová. Ohne Ihren kontinuierlichen und beharrlichen konstruktiven Einsatz wäre das sicherlich nicht möglich gewesen.

Wir legen heute das Fundament der Europäischen Finanzstaatsanwaltschaft, der sogenannten EPPO. Die PIV-Richtlinie harmonisiert die Definitionen für einschlägige Straftaten – unter anderem Betrug, aktive und passive Korruption, missbräuchliche Mittelverwendung – und legt ein Mindestniveau für die zugehörigen Höchststrafen fest. Für eben diese Straftaten wird dann die EPPO eine Ermittlungskompetenz bekommen. Sie wird auch die Möglichkeit haben, ab zehn Millionen Euro Schaden bei Mehrwertsteuerbetrug zu ermitteln, wenn mindestens zwei Mitgliedstaaten betroffen sind.

Ich möchte Ihnen sagen: Heute ist ein guter Tag für die Europäische Union, für die Finanzen der Europäischen Union, und deswegen glaube ich, dass wir auf keinen Fall ruhen sollten, die EPPO jetzt zu einem Erfolg zu machen.

Frau Präsidentin, ich habe so lange auf den Moment gewartet, deswegen habe ich mich entschlossen, die Redezeit brutal ist zu überziehen, also mir müssen Sie heute das Mikro abklemmen, weil ich finde, dass es wirklich ein guter Tag für die Betrugsbekämpfung ist.

Juan Fernando López Aguilar, ponente. – Señora presidenta: gracias, comisaria Jourová y comisario Oettinger por estar aquí, en esta hora avanzada de la noche, al filo de la medianoche.

Después de horas de debatir orientaciones estratégicas, recomendaciones y la situación en países sobre los que la Unión Europea no puede legislar porque no tiene ninguna jurisdicción sobre ellos... ¡por fin una iniciativa legislativa!

Por fin una pieza legislativa en debate en esta Cámara; nada menos que la que expresa mejor la dimensión política, incluso la ambición constitucional de la Unión Europea, porque es legislación penal europea, por fin, en la protección de los intereses financieros de la Unión, en la protección del presupuesto europeo contra el fraude de escala europea.

Han sido años de debate en los que agradezco enormemente la cooperación de la ponente por la Comisión CONT, la señora Gräßle. Hemos trabajado durante más de cuatro años para cumplir este objetivo del espacio de libertad, justicia y seguridad, esta Directiva que armoniza legislación europea, haciendo del fraude contra el presupuesto europeo un objetivo del Derecho penal europeo que será necesario para poner en marcha la Fiscalía Europea, prevista en el artículo 86, con la protección de los intereses financieros como primera competencia, pero cabe esperar que —en desarrollo del artículo 83 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea— ampliable a otros delitos graves de escala transnacional.

Pues bien, aquí tenemos efectivamente una discusión de las que merecen la pena, porque se trata de evitar que el fraude pueda someterse al *forum shopping*, es decir, a la elección de la legislación más favorable, armonizando la legislación de respuesta penal de los Estados miembros. Y esto es lo que hace exactamente esta Directiva con respecto del fraude, la corrupción, la apropiación indebida y la malversación, estableciendo, por fin, penas mínimas, sanciones mínimas y una pena de hasta cuatro años de prisión por estos delitos —por supuesto, opcional para el juez, a decidir por el juez—.

Pero el objetivo realmente importante es que el Parlamento ha entrado en diálogo con el Consejo, y este diálogo ha durado nada menos que dos años y medio, porque adoptamos la primera lectura en abril de 2014 y hemos estado discutiendo con el Consejo cuatro problemas principales... Incluir el fraude del IVA como objetivo del Derecho penal europeo, resistido por el Consejo.

Por fin hemos conseguido asegurar que este recurso financiero de la Unión —porque es efectivamente un recurso presupuestario de la Unión— sea objeto de esta Directiva. El compromiso final establece que el fraude al IVA tendrá que importar efectivamente una cantidad significativa —más de 10 millones de euros— y que tendrá que tener carácter transfronterizo, es decir, involucrar al menos a dos Estados miembros de la Unión.

En segundo lugar, la discusión sobre el fraude en las licitaciones públicas que tiene escala europea, y el Consejo se compromete a considerar el asunto en la aplicación futura de la Directiva.

Sanciones mínimas y máximas: una sanción mínima, aplicable en toda la Unión, para los delitos de fraude y los delitos conexos, con un compromiso de, al menos, hasta cuatro años de prisión, siempre que la defraudación importe, al menos, cien millones de euros. Es un objetivo necesario para proteger los intereses financieros de la Unión.

Y la discusión con respecto del periodo de prescripción, que es lo que resulta siempre más heterogéneo y divergente en las legislaciones nacionales de los Estados miembros: hemos establecido un plazo estándar de, al menos, cinco años a partir de la fecha del presunto delito, pero rebajable hasta tres en el caso de que se haya producido una interrupción del periodo de prescripción por la legislación nacional, de acuerdo con las consideraciones oportunas en el proceso cuando el sospechoso ha huido del país o ha debido ser extraditado antes de que se pueda continuar el proceso.

Nos encontramos, por tanto, con una pieza de Derecho penal europeo.

Por fin, legislación penal europea que cumple el objetivo señalado por el Tratado de Lisboa, espacio de libertad, justicia y seguridad, necesaria para que el Consejo, por fin, pueda adoptar su cooperación reforzada, poner en marcha la Fiscalía Europea, que será, sin duda ninguna, una consecución de esta legislatura tan ayuna de logros legislativos en el desarrollo del espacio de libertad, justicia y seguridad.

Esta legislatura, que ha arrastrado los pies en cumplir los objetivos del Tratado de Lisboa, hoy, por fin, está marcando un gol en la verdadera puerta.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, it is pleasure to be in the Parliament today together with my colleague, Commissioner Oettinger. Yes, to achieve the consensus on how we are going to fight against fraud against the Union's financial interests by means of criminal law, this is a historical moment. I am happy to be here at this historical moment in spite of the late hour.

I would particularly like to thank the two co-rapporteurs, Ms Gräßle and Mr López Aguilar. Without your tireless efforts and your continuous support in moving this initiative forward, we would not be here today. A quarter of a century after the adoption of the Convention on the Protection of the European Communities' Financial Interests, it was time to modernise the legislative framework on the protection of the EU budget.

The Directive updates the definitions of criminal offences affecting the Union's financial interests. It also introduces common rules as regards sanctions and statute of limitations linked to these offences. The Anti-Fraud Directive is a decisive step forward and, in combination with the European Public Prosecutor's Office, we are entering a new era.

The Anti-Fraud Directive will essentially frame the activities of the European Public Prosecutor's Office (EPPO). It will provide the material scope for the investigations and prosecutions of criminal offences falling within its competence, and will ensure that the EPPO can rely on harmonised definitions of these offences across the Member States.

The Council reached a general approach on the EPPO in enhanced cooperation in June, and this Chamber will soon be asked for consent. I am confident that the EPPO Regulation can be adopted as soon as possible with a strong backing from Parliament. I am happy that 20 Member States have already notified their participation in the EPPO.

This will make it an efficient tool to protect the financial interests of the EU, and I invite more Member States to join. The work has just started. It has not finished with the adoption in the Council. I will finish now because I know that we are in a hurry here. I will now be happy to hear my colleague, Mr Oettinger.

Günther Oettinger, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, Frau Kollegin Gräßle, lieber Herr Abgeordneter López Aguilar, liebe Kollegin Jourová, meine Damen und Herren! Betrug, Untreue, Bestechung, Korruption sind Straftaten von erheblichem finanziellem Gewicht. Aber wenn sie gegen ein öffentliches Budget gehen – egal ob auf nationaler Ebene oder hier in Europa –, dann sind sie auch demokratiegefährdend. Denn wenn wir zulassen, dass man sich am europäischen Haushalt bereichern und damit den Steuerzahler und Bürger schädigen kann, dann wirkt dies demokratiefeindlich. Deswegen ist der heutige Schritt etwas, das mit dem Haushalt und den demokratischen Prinzipien der Europäischen Union zu tun hat.

Bisher gab es nur eine Konvention des Rates – immerhin. Die ist über 20 Jahre alt. Heute schaffen Sie parlamentarisches Recht. Wir stärken die Rechtsgrundlage für alle Aktivitäten unserer Dienste gegen Korruption, Bestechung, Untreue und Straftaten dieser Art mit dieser PIF-Richtlinie und mit der von uns in Vorbereitung befindlichen Reform der OLAF-Verordnung, mit OLAF wie bisher und EPPO neu. Auf der Grundlage der EPPO-Verordnung haben wir Rechtsgrundlagen und Organe und Instrumente, die – so glaube ich – beachtlich sind, die dem europäischen Bürger entsprechen und die für Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit bei europäischen Haushaltsprogrammen einen großen Beitrag leisten. Ich bin dafür den Berichterstattern, dem Parlament, der Kollegin Jourová und ihren Diensten dankbar, und ich sage in meiner Verantwortung für OLAF und EPPO zu: Wir werden alles tun, dass beide Institutionen hervorragend und abgestimmt arbeiten.

Ich will Sie bitten, auch die EPPO-Verordnung alsbald in Rechtskraft zu setzen. Dann haben wir in 20 Mitgliedstaaten eine Europäische Staatsanwaltschaft, und das OLAF arbeitet mit ihr. Und in den anderen sieben, acht Mitgliedstaaten wird das OLAF wie bisher die Arbeit machen und den nationalen Staatsanwaltschaften zuarbeiten.

Im Zuge der Stellenentwicklung EPPO/OLAF werden wir alles tun, damit die EPPO gut starten kann und das OLAF nicht geschwächt wird – entlang der Aufgaben, die in allen europäischen Mitgliedstaaten bleiben.

In der Tat ein guter Tag und ein Erfolg der Hartnäckigkeit von Ihnen, den Berichterstattern im Europäischen Parlament!

Tomáš Zdechovský, za skupinu PPE. – Paní předsedající, jsem moc rád za tento kompromis, který byl po tak dlouhé době dosažen, protože je nesmírně důležité, aby Evropská unie konečně zavedla opatření, které zajistí účinnou ochranu jejích finančních zájmů. Cení si, že při vyjednávání se podařila jedna velmi důležitá věc, a to zahrnutí podvodů na DPH do působnosti této směrnice.

Vzhledem k naší úzce propojené evropské integraci je pro mě naprosto nemyslitelné, že právě podvody na DPH a s nimi spojená trestně právní opatření stály mimo směrnici. Vždyť i samotná úmluva o ochraně finančních zájmů s tímto zahrnutím DPH počítá. I přesto vidím tuto novou směrnici pouze jako počáteční krok ve společném vývoji Evropské unie v této oblasti, v oblasti ochrany finančních zájmu Evropské unie.

Dámy a pánové, zde je především nutná spolupráce nejen s členskými státy Evropské unie, Europolem, Eurojustem, ale také s Úřadem veřejného žalobce, který se musí na ochraně finančních zájmů Evropské unie co nejrychleji začít podílet. Zde doposud Evropská unie zaostává. A je potřeba ji co nejrychleji posílit, a to právě na úrovni Evropské unie. Je nutné bojovat především proti daňovým podvodům, které jsou v Evropské unii stále častější, a jejich napojení na organizovanou trestnou činnost a financování terorismu, které představuje pro Evropskou unii velkánskou hrozbu.

Dámy a pánové, když se ptáte, proč europoslanci nejsou v 9 hodin ráno na zasedání, je to většinou proto, že do večera mluví právě o takovýchto směrnících.

Inés Ayala Sender, en nombre del Grupo S&D. – Señora presidenta, sí, cada año, en ingresos, el fraude del IVA les cuesta a los contribuyentes del orden de 50 000 millones de euros. Imagínense, en el momento en el que empezamos, señor Oettinger, a hablar de los próximos presupuestos, de la necesidad de encontrar recursos. De ahí que quiera dar mi mayor felicitación a los coponentes, a la señora Gräßle y al señor López Aguilar, por haber logrado llevar a buen puerto este barco y, por supuesto, a los comisarios, la señora Jourová y el señor Oettinger. Les felicito enormemente, no solamente por hacer historia en cuanto a lo que es la ley penal y conseguir luchar contra el fraude de los recursos del presupuesto europeo y darle esa base legal al fiscal, sino porque también, en cierta manera, hoy hemos rescatado el IVA, lo hemos defendido de aquellos que en algún momento y en alguna secretaría de Estado, en Berlín concretamente, querían acabar con el IVA como recurso propio del presupuesto europeo. En ese sentido, yo también me felicito esta noche.

Κώστας Χρυσόγονος, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κυρία Πρόεδρε, λυπάμαι γιατί η συζήτηση για ένα τόσο σοβαρό θέμα, όπως η απάτη σε βάρος των οικονομικών συμφερόντων της Ευρωπαϊκής Ένωσης, γίνεται σε τόσο προχωρημένη ώρα μπροστά σε σχεδόν άδεια έδρανα. 600 εκατομμύρια ευρώ τον χρόνο εκτιμά η Ευρωπαϊκή Επιτροπή ότι είναι οι απώλειες της Ευρωπαϊκής Ένωσης από απάτες οι οποίες διαπράττονται σε βάρος των συμφερόντων της. Έχουν οι ευρωπαίοι πολίτες 600 εκατομμύρια ευρώ τον χρόνο για να σπαταλούν κατ' αυτόν τον τρόπο; Προφανώς όχι. Είναι αναγκαίο να τιμωρείται ποινικά η απάτη σε ευρωπαϊκό επίπεδο; Προφανώς ναι. Δεν μπορεί όμως αυτό να γίνεται καθ' υπέρβαση των ορίων κατανομής της αρμοδιότητας μεταξύ της Ένωσης και των κρατών μελών, που θέτει η ίδια η ιδρυτική συνθήκη και γι' αυτόν τον λόγο η τελική μας ψήφος στο θέμα θα εξαρτηθεί από το κατά πόσον θα γίνουν δεκτές οι τροπολογίες μας που αφορούν ιδίως τα ελάχιστα όρια ποινικών κυρώσεων ή όχι.

Benedek Jávor, *a Verts/ALE képviselőcsoport nevében.* – Elnök Asszony! Szeretnék köszönetet mondani az előadóknak is, Aguilar úrnak és Gräßle asszonynak. Egyetértek velük, hogy egy történelmi jelentőségű lépésről van szó, amikor ez a parlament végre eljutott oda, hogy megalkossuk ezt a szabályozást. Az Európai Parlament különösen sikerként könyvelheti el, hogy sikerült elérni, hogy az áfaszabályozás, az áfával kapcsolatos bűncselekmények is az irányelv hatálya alá tartozzanak. Tehát egy rendkívül fontos előrelépésről van szó, ugyanakkor ez csak egy első lépés. Nyilvánvaló, hogy a szabályozás csak az alapja annak, hogy hatékonyan fel tudjunk lépni a korrupciós bűncselekményekkel szemben Európában.

Ehhez intézményekre is szükség van, elsősorban az Európai Ügyészségre, amely hatékonyan képes feltárni, kivizsgálni és büntetni az ilyen bűncselekményeket. Sajnos az Európai Ügyészség úgy jön létre Európában, hogy annak nem lesz minden tagállam tagja. Köztük olyan országok sem vesznek részt az együttműködésben, amelyek kiemelt haszonélvezői az uniós forrásoknak. Így attól félek, tisztelt képviselőtársaim, hogy az Európai Ügyészség nem lesz képes ellenőrizni pont azokban az országokban az uniós pénzek felhasználását, ahol azok a leginkább veszélyeztetettek.

Petri Sarvamaa (PPE). – Madam President, first of all, I would like to thank the rapporteurs for their very important work on this very important file. Maybe it is only natural that we are here in the middle of the night in the Parliament building, speaking about this extremely important affair in the true spirit of prolongation, because, after all, it was the Council that prolonged this process for quite a while. But now we can all be happy to have reached the final outcome.

This particular directive will form an essential part of the fight against fraud against the EU budget. Having common rules designed to protect the financial interests of the Union is not only necessary, but it also makes the recovery of misused funds significantly easier and more efficient.

Even more, the directive is an important step for the effective functioning of the future European Public Prosecutor's Office, which will soon be established through enhanced cooperation. Unfortunately, the Council could not agree with all of Parliament's views on the harmonisation of criminal matters affecting the EU budget. But I am glad that, for the most important issues, our hard-working rapporteurs were able to include review clauses in the final text.

Overall, this directive is a very positive step towards a better functioning union in the fight against fraud. Achieving concrete measures for the protection of the EU's financial interests is the key to ensuring the most reliable and efficient use of European taxpayers' money. So, once again, my sincere compliments to the rapporteurs on their excellent work.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora commissaria Jourová, signor commissario Oettinger, io ringrazio innanzitutto i relatori per il difficile ma importante lavoro svolto attraverso anni di intensi negoziati per definire il testo della direttiva PIF che, insieme all'ormai prossima istituzione della Procura europea, rappresenta una tappa fondamentale del percorso verso l'armonizzazione del diritto penale e costituirà la spina dorsale del nuovo sistema penale di contrasto alle frodi e alla corruzione, che hanno pesato sul bilancio UE per circa mille miliardi di euro.

Tra le disposizioni più significative della direttiva c'è il richiamo alla normativa dell'Unione in materia di contrasto al riciclaggio e alla corruzione, fondamentale per colpire le attività dei gruppi criminali che, attraverso questi reati, reperiscono denaro da impiegare nelle proprie attività illecite. Particolarmente importante – come è stato detto – è anche l'introduzione nel testo legislativo delle frodi IVA, che rappresenta un passo in avanti fondamentale per garantire una tutela più completa contro i reati finanziari a danno dell'Unione.

Claudia Schmidt (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Der Abschluss der Verhandlungen der Richtlinie darüber, dass Geld und die finanziellen Interessen der Europäischen Union besser zu schützen sind, ist – finde ich – wirklich ein historischer Moment. Google, Starbucks und Amazon suchten sich die Länder mit den besten Steuervorteilen aus, Kriminelle suchten sich die Länder mit der schwächsten Justiz aus. Genau deswegen brauchen wir die Europäische Staatsanwaltschaft. Jedes Jahr entgehen dem EU-Haushalt 50 Mrd. EUR wegen Mehrwertsteuerbetrug, in meinem Heimatland Österreich sind es zwischen 2 und 3,5 Mrd. EUR. Es besteht also dringender Handlungsbedarf.

Seit dem europäischen Binnenmarkt sind die Ländergrenzen für Waren- und Personenverkehr gefallen. Gleichzeitig machen Kriminalität und organisiertes Verbrechen nicht mehr vor Ländergrenzen Halt. Jetzt endlich wurde festgelegt, welche Befugnisse die Europäische Staatsanwaltschaft haben wird. Damit ist die Rechtsgrundlage für die Arbeit dieser Behörde geschaffen worden.

Vor allem die Durchgriffsrechte der Europäischen Staatsanwaltschaft auf nationale Behörden sind sehr wichtig – ein erster Schritt in Richtung gemeinsames europäisches Strafrecht. 20 Staaten sind dabei, und es wurden verbindliche Mindest- und Höchststrafmaße festgelegt. Wir starten jetzt mit dem Europäischen Staatsanwalt, der den Schutz der finanziellen Interessen der EU zum Ziel hat.

Eines muss klar sein: Betrug mit EU-Geldern ist Betrug mit Steuergeldern. Geldwäsche, Korruption und Ausschreibungsbetrug muss der Garaus gemacht werden. Und, Frau Kommissarin, eine Bitte: Liebe Grüße an Herrn Juncker. Es ist jetzt 0.10 Uhr, und ich – ein Mitglied des lächerlichen Europäischen Parlaments – bin anwesend.

Pascal Arimont (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin Jourová, liebe Ingeborg Gräßle! Wenn europäische Gelder durch Betrug veruntreut werden, dann muss die EU auch eigene Waffen in die Hand kriegen, um sich zu wehren. Das erwarten die Bürger von uns. Unterschiedliche Definitionen des Betrugs und inkohärentes Vorgehen der Mitgliedstaaten laden die Betrüger nahezu ein, diesen Betrug zu begehen, und eine Verfolgung wird dementsprechend auch sehr schwierig. Diese Einigung, diese Richtlinie ist daher ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Ich begrüße ausdrücklich, dass man den Mehrwertsteuerbetrug auch in diese Richtlinie hineingepackt hat. 170 Milliarden – schätzt man – gehen den Mitgliedstaaten pro Jahr verloren, das ist mehr, als der gesamte EU-Haushalt für sämtliche Politikbereiche ausgibt. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die Schaffung eines Europäischen Staatsanwaltes. Europäische Betrugsfälle müssen europäisch verfolgt, untersucht und bestraft werden. Dabei bleibe ich, diese Meinung ist gut, und diese Richtlinie ist ein Meilenstein, und es ist nicht lächerlich oder *ridicule* diesen heute Abend 0.10 Uhr zehn gebührend zu würdigen.

Věra Jourová, Member of the Commission. – Madam President, many Members mentioned the inclusion of VAT as a big achievement. I must say that this is very much thanks to the continuous pressure from Parliament's side, because I understood from the beginning of the negotiations that this was a red line for the Parliament.

So we opened the second negotiating front with the ministers of finance and we achieved something which all through 2015 nobody believed we would manage, namely to have VAT under the Anti-Fraud Directive and the EPPO as well. So thank you again for this continuous pressure, which helped us a lot in the tough negotiations.

Some Members mentioned the time it took and the lengthy processes for both the Anti-Fraud Directive and the EPPO. We all knew over this process that it was worth investing time and energy in this, because we knew for sure that we were fighting for something good.

We were doing it not only because of the worrying statistics and the money which was being stolen or going into the pockets of corrupt people, but only because there was much more at stake than the money itself, namely the trust of EU taxpayers. I see this as a very important historical moment, since we can now say to Europeans that we are doing our best to protect their money.

I would like to thank Parliament once again. I count on your support tomorrow and in a few weeks' time in this plenary when you will debate and vote on the EPPO.

Ingeborg Gräßle, Berichterstatterin. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich bedanken und möchte auf die Formalien zu sprechen kommen. Wir haben EFDD-Anträge vorliegen, die wir morgen – bitte – zurückweisen müssen. Da müssen wir alle zusammenstehen. Ich möchte wirklich allen noch mal ins Gewissen reden, das müssen wir machen, weil sonst die ganze Geschichte nicht Realität wird.

Jetzt ist es an uns, die EPPO zum Erfolg zu machen. Wir müssen die Abstimmung mit dem OLAF, mit Eurojust, mit Europol organisieren. Wir müssen dafür sorgen, dass die EPPO wirklich auch in der Praxis ein Erfolg wird, weil wir nur so auch garantieren können, dass wir eine gute Sache geschaffen haben. Wir haben zwanzig Mitgliedstaaten – sieben noch nicht –, und auch hier ist Druck gefordert. Frau Kommissarin Jourová, bloß keinen Streit vermeiden! Wir müssen Druck auf die sieben Mitgliedstaaten ausüben. Es ist Polen, es ist Ungarn dabei – wichtige Mitgliedstaaten, die nicht gerade zu meinen größten Vorbildern gehören, was den Umgang mit europäischen Geldern betrifft. Wir müssen diese Mitgliedstaaten dazu bringen, bei der EPPO mitzumachen. Wir müssen sie dazu bringen, dass sie den Mehrwert der EPPO sehen, und da können Sie uns auch an Ihrer Seite wissen.

Ich möchte mich noch mal ganz herzlich bedanken. Ich möchte uns auch ermutigen, das OLAF und seine großen Erfahrungen in der transnationalen Verbrechensbekämpfung einzubeziehen. Das OLAF ist die erfahrenste Einrichtung, die wir haben, und natürlich müssen wir hier ganz besonders darauf zugehen und das OLAF mit hineinnehmen in die gesamte Konstruktion. Ich glaube, es ist heute wirklich bahnbrechend, egal um welche Uhrzeit es sich handelt. Nochmals herzlichen Dank, und ich glaube, dass es für uns, für den Haushaltskontrollausschuss, eine große Verpflichtung für die kommenden Monate und Jahre sein wird, dafür zu sorgen, dass wir eine wirklich funktionierende Organisation bekommen.

Juan Fernando López Aguilar, ponente. – Señora presidenta, esta mañana, hace ya más de doce horas, en esta misma aula plenaria, rendíamos homenaje a Simone Veil, símbolo del primer Parlamento directamente elegido por la ciudadanía europea hace 38 años.

Desde entonces este Parlamento ha crecido, ha madurado. Por fin es un Parlamento legislativo; legisla sobre derechos fundamentales y legisla nada menos que sobre el Derecho penal, una competencia tradicionalmente atribuida con carácter exclusivo a la soberanía de los Estados miembros.

Es el momento de que digamos con toda claridad que este Parlamento importa, que no es un Parlamento de segundo grado; que se lo digamos a los 500 millones de ciudadanos a los que este Parlamento representa y lo digamos con especial coraje, en un momento en el que estamos adoptando una legislación penal que, además, suministra recursos adicionales en la protección de los intereses financieros de la Unión, cuando tan necesarios son para subvenir a los destrozos de la política de austeridad, para suministrar los recursos necesarios para restaurar el malherido modelo social europeo, para que pueda de nuevo cobrar sentido toda la política del modelo social europeo que hizo la mejor Europa.

Creo que es el momento de que este Parlamento reivindique su carácter legislativo, su carácter normativo y vinculante, porque encuadra el Derecho penal y la legislación en materias tan importantes como los derechos fundamentales en la protección de datos de los Parlamentos nacionales de los, todavía hoy, veintiocho Estados miembros; que es un Parlamento que realmente puede mejorar la vida de la ciudadanía y puede suministrar recursos en algo tan importante como es la lucha contra el fraude del IVA transfronterizo, el fraude de gran escala que importa miles de millones al presupuesto europeo, siendo como es un recurso fundamental para la financiación de la Unión Europea. Y lo está haciendo este Parlamento, exigente con la Comisión y exigente con el Consejo.

Estamos poniendo en vigor legislación penal europea. Queremos ahora, por fin, que el Consejo saque adelante la cooperación reforzada de la Fiscalía Europea y completemos la arquitectura querida por el espacio de libertad, justicia y seguridad en Europa.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Mittwoch, 5. Juli 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – Una lotta efficace agli interessi finanziari dell'Unione può essere condotta solo in modo integrato. Per questo, la normativa penale relativa deve essere adottata a livello europeo e la relazione in esame, costituisce un primo passo in questa direzione. Le frodi all'IVA, costituiscono una parte importante delle frodi in esame, e sono facilitate proprio dall'esistenza del mercato interno (le cosiddette «frodi carosello»). Il fatto che queste siano incluse nel campo di applicazione della direttiva è molto importante, come pure il fatto che la soglia relativa sia parte degli aspetti soggetti a revisione tra tre anni. Lo stesso vale per le frodi nella gestione degli appalti pubblici, altro grande problema per molti Stati, tra cui il nostro. Il testo costituisce quindi, come detto, solamente un primo passo, ma sicuramente, va nella giusta direzione.

Monica Macovei (ECR), in writing. – The PIF Directive is vital for the fight against European funds fraud. We have to find the money and return it to the taxpayers. This directive provides for minimum rules concerning the definition of criminal offences and sanctions with regard to combating fraud and other illegal activities, such as money laundering and corruption affecting the Union's financial interests. This directive will also cover VAT fraud but only serious cross-border cases of fraud, where the total damage caused is over EUR 10 million. This is a very high threshold considering that VAT fraud affects every EU citizen. The carousel of VAT fraud is well-known and it steals millions of euros every year. Moreover, the directive will not affect the competences of Member States to structure and organise their tax administrations as they see fit to ensure the correct determination, assessment and collection of value added tax, as well as the effective application of VAT law.

Csaba Molnár (S&D), *írásban.* – Tisztelt Elnök Úr! Újabb OLAF jelentés, újabb gyalázatos adatok láttak napvilágot arról, hogy az egyes tagállamokban a közpénzek mekkora része válik korrupció áldozatává. Az EU csalás elleni hivatala rekord számú esetet tárt fel tavaly. Magyarországon négyszer annyi uniós forrást kellett visszatéríteni a szabálytalanságok miatt, mint bárhol máshol az Unióban. Az uniós források a mi pénzünk is, olyan pénzek, amiből lehetne iskolát, autópályát és játszótérrel építeni. Ezek tűnnek el milliárdos tételben, ezekről olvasunk mindennap olyan híreket, hogy melyik politikus családtagjánál landoltak.

Ezért felháborító, hogy vannak olyan tagállamok, amelyek nem akarnak csatlakozni az Európai Ügyészséghez, amely felgöngyölítené az uniós forrásokkal való visszaéléseket. Az európai ügyészi hivatal biztosítaná azt, hogy az uniós pénzek a magyarok és európaiak érdekét szolgálják, ne pedig a kormányzó kevesekét. Több uniós fővárosból származik az a javaslat, miszerint akik nem fogadják el az európai ügyészséget, illetve nem tarják be a jogállamiság alapjait, ne is kaphassanak uniós forrásokat. Mi ezért 2018-at követően azonnal csatlakoznánk az európai ügyészi hivatalhoz, amellyel nem csak az uniós forrásokat, de inogó európai uniós tagságunkat is biztosíthatnánk.

Емил Радев (PPE), *в писмена форма.* – Твърде дълго време европейските средства попадаха в грешни ръце и нямаше силен механизъм за борба срещу измамите с тях. По данни на Европейската комисия през 2010 г. са извършени измами с европейски средства на стойност 600 милиона евро. С приемането на Директивата за защита на финансовите интереси на ЕС държавите членки ще разполагат с нов, модерен и адекватен инструмент, с който да гарантират, че европейските средства отиват по предназначение – в помощ на обикновения европеец, на бизнеса, на общините, а не в джобовете на престъпници.

Имайки предвид, че 80% от евросредствата се управляват на национално ниво, въвеждането на общи определения, криминализирането на европейско ниво на отклоняването на средства, на представянето на фалшиви документи, на изпирването на европейски средства, на активната и пасивната корупция ще подпомогне националните органи да разследват случаите на измами. Включването на ДДС измамите на стойност над 10 млн. евро, извършени в две или повече държави, е голяма победа за Европейския парламент и ще допринесе за още по-ефективна борба срещу този вид престъпление. Сега е време държавите членки да транспонират директивата колкото се може по-бързо, за да може да се сложи край на измамите с парите на европейските граждани.

Alfred Sant (S&D), *in writing.* – The road to hell is paved with good intentions. It is sad but probable that current ideas to launch an EU defence plan could bear out this dictum. An EU defence plan can only work if it is based on a clear definition of what the common EU interest is by way of security and defence against external threats from state entities. That definition does not yet exist in a coherent manner. Moreover, such a plan would need a military doctrine explaining how security/defence interests would be ensured, based on pooled or jointly coordinated resources, able to conduct warfare. No such doctrine seems available for the foreseeable future. Worse, according to current thinking, internal and external security are different sides of the same coin. Not true. So the defence plan will likely proceed on the basis of contingent military responses, ad hoc. Though the European industrial-military complex is right to lobby for a harmonised armaments market, this does not justify a 'defence plan' and is achievable without it. Likely too, a 'defence plan' will overlook the interests of neutral countries while another European dual structure of ins-and-outs takes shape. Is this really worth it? I think not.

Tadeusz Zwiefka (PPE), *na piśmie.* – Co roku z unijnej kasy wypływają miliony euro w wyniku wyłudzeń związanych z fałszywie podanymi informacjami we wnioskach o unijne dofinansowanie. Dlatego jestem za przyjęciem tej dyrektywy, która dotyczy przestępstw związanych z nadużyciami finansowymi wpływającymi na interes UE w ramach zamówień publicznych, prania pieniędzy, korupcji, oszustw za VAT i umyślnego sprzeniewierzenia funduszy. Ponieważ chodzi o środki mające wspomóc rozwój państw i regionów, nie możemy dopuszczać do sytuacji, w której przeznaczone dla dobra ogółu pieniądze trafiają do kieszeni przestępców. Jako sprawozdawca opinii w Komisji Prawnej miałem za zadanie wypracować definicję urzędnika, która w ramach dyrektywy obejmuje nie tylko urzędników UE i pracowników instytucji państw członkowskich, ale także osoby prywatne, którym zostały przekazane funkcje publiczne związane z wykorzystywaniem środków unijnych. Ta sama definicja powinna także obowiązywać w przypadku działalności w krajach spoza UE, jako że znaczna część funduszy z budżetu unijnego dystrybuowana jest poza jej granicami. Dyrektywa ta będzie także podstawą działania przyszłej Prokuratury Europejskiej, do której, mam nadzieję, akses zgłoszą ostatecznie wszystkie państwa członkowskie.

22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**23. Schluss der Sitzung**

(Die Sitzung wird um 00.15 Uhr geschlossen.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 5. JULI 2017

(C/2024/3001)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 3. bis 6. Juli 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
3. Aufbau einer ambitionierten industriepolitischen Strategie der EU als strategische Priorität für Wachstum, Beschäftigung und Innovation in Europa (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
4. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Billigung) (Artikel 69c GO): siehe Protokoll	4
5. Vorbereitung des G20-Gipfels am 7. und 8. Juli 2017 (Aussprache)	4
6. Erläuterung des Tätigkeitsprogramms des estnischen Ratsvorsitzes (Aussprache)	22
7. Begrüßung	41
8. Abstimmungsstunde	41
8.1. Übereinkunft zur in Kigali beschlossenen Änderung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (A8-0237/2017 - Kateřina Konečná) (Abstimmung)	41
8.2. Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Versauerung, Eutrophierung und bodennahem Ozon (A8-0241/2017 - Adina-Ioana Vălean) (Abstimmung)	41
8.3. Abschluss des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba (Empfehlung) (A8-0232/2017 - Elena Valenciano) (Abstimmung)	41
8.4. Abschluss des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba (Entschließung) (A8-0233/2017 - Elena Valenciano) (Abstimmung)	42

Inhalt	Seite
8.5. Vereinbarung zwischen der Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und Eurojust (A8-0215/2017 - Claude Moraes) (Abstimmung)	42
8.6. Strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug (A8-0230/2017 - Ingeborg Gräßle, Juan Fernando López Aguilar) (Abstimmung) .	42
8.7. Rechtsrahmen der Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen (A8-0239/2016 - Kaja Kallas) (Abstimmung)	42
8.8. Anstieg der Zahl der HIV-, TB- und HCV-Epidemien in Europa (B8-0436/2017) (Abstimmung) .	42
8.9. Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Kommission für 2018 (RC-B8-0434/2017, B8-0434/2017, B8-0435/2017, B8-0450/2017, B8-0451/2017, B8-0454/2017, B8-0455/2017, B8-0456/2017) (Abstimmung)	42
8.10. Haushaltsplan 2018 — Mandat für den Trilog (A8-0249/2017 - Siegfried Mureşan) (Abstimmung)	43
8.11. Künftige Strategie der EU für internationale kulturelle Beziehungen (A8-0220/2017 - Elmar Brok, Silvia Costa) (Abstimmung)	43
8.12. Empfehlung an den Rat zur 72. Tagung der UNO-Generalversammlung (A8-0216/2017 - Andrey Kovatchev) (Abstimmung)	43
8.13. Aufbau einer ambitionierten industriepolitischen Strategie der EU als strategische Priorität für Wachstum, Beschäftigung und Innovation in Europa (B8-0439/2017, B8-0440/2017, B8-0440/2017, B8-0445/2017, B8-0446/2017, B8-0447/2017, B8-0448/2017, B8-0449/2017) (Abstimmung)	43
9. Stimmerklärungen	43
9.1. Abschluss des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba (Empfehlung) (A8-0232/2017 - Elena Valenciano)	43
9.2. Abschluss des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba (Entscheidung) (A8-0233/2017 - Elena Valenciano)	44
9.3. Strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug (A8-0230/2017 - Ingeborg Gräßle, Juan Fernando López Aguilar)	45
9.4. Rechtsrahmen der Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen (A8-0239/2016 - Kaja Kallas)	46
9.5. Anstieg der Zahl der HIV-, TB- und HCV-Epidemien in Europa (B8-0436/2017)	46
9.6. Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Kommission für 2018 (RC-B8-0434/2017, B8-0434/2017, B8-0435/2017, B8-0450/2017, B8-0451/2017, B8-0454/2017, B8-0455/2017, B8-0456/2017)	48
9.7. Haushaltsplan 2018 — Mandat für den Trilog (A8-0249/2017 - Siegfried Mureşan)	49
9.8. Künftige Strategie der EU für internationale kulturelle Beziehungen (A8-0220/2017 - Elmar Brok, Silvia Costa)	50
9.9. Empfehlung an den Rat zur 72. Tagung der UNO-Generalversammlung (A8-0216/2017 - Andrey Kovatchev)	50
9.10. Aufbau einer ambitionierten industriepolitischen Strategie der EU als strategische Priorität für Wachstum, Beschäftigung und Innovation in Europa (RC-B8-0440/2017, B8-0439/2017, B8-0440/2017, B8-0445/2017, B8-0446/2017, B8-0447/2017, B8-0448/2017, B8-0449/2017)	51
10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	52

Inhalt	Seite
11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	52
12. Bericht 2016 über die Türkei (Aussprache)	52
13. Europäischer Fonds für nachhaltige Entwicklung (EFSD) und Einrichtung der EFSD-Garantie und des EFSD-Garantiefonds (Aussprache)	74
14. Europäische Nachhaltigkeitspolitik – Hochrangiges Politisches Forum für Nachhaltige Entwicklung (Aussprache)	86
15. Einziger Sitz des Europäischen Parlaments (Aussprache)	101
16. Förderung von Kohäsion und Entwicklung in den Gebieten in äußerster Randlage der EU (Aussprache) . . .	117
17. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll	127
18. Die jüngsten Waldbrände in Portugal und Spanien: Instrumente und Verfahren für die Reaktion der EU im Hinblick auf Prävention und Katastrophenschutz (Aussprache)	127
19. Verfahren zur Beilegung von Doppelbesteuerungsstreitigkeiten in der EU (Aussprache)	137
20. Gutachten des Gerichtshofs vom 16. Mai 2017 zum Freihandelsabkommen EU-Singapur (Aussprache)	142
21. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	147
22. Mittelübertragungen: siehe Protokoll	147
23. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	147
24. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	147
25. Schluss der Sitzung	147

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 5. JULI 2017

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.)

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Aufbau einer ambitionierten industriepolitischen Strategie der EU als strategische Priorität für Wachstum, Beschäftigung und Innovation in Europa (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

4. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Billigung) (Artikel 69c GO): siehe Protokoll

5. Vorbereitung des G20-Gipfels am 7. und 8. Juli 2017 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Vorbereitung des G20-Gipfels am 7. und 8. Juli 2017 (2017/2762(RSP)).

Matti Maasikas, nõukogu eesistuja. – Suur aitäh, härra juhataja. Kõigepealt lubage mul öelda, kui uhke tunne mul on täna siin Euroopa Parlamendis esindada Euroopa Liidu Nõukogu ja Eesti eesistujat. Ma loodan väga heale koostööle Euroopa Parlamendiga ja tänan teid selle eest, kuidas Eesti eesistumist ja mind on siin majas juba vastu võetud.

Mr President, I am grateful for your invitation to discuss the G20 summit, which Germany will host from Friday in Hamburg. At the summit, G20 leaders, including Presidents Tusk and Juncker, will be faced with intense discussions on various topics of global importance.

The international political environment is currently particularly charged and global cooperation can no longer be taken for granted. In this context, the mission of European leaders is clear. The G20 is central to this effort since it is – as G20 leaders stated in Pittsburgh in 2009 – the premier forum for international economic cooperation. It is also essential to give a clear signal that securing balanced and inclusive growth remains a top priority. Even if the global economy is showing positive momentum, political uncertainty surrounding the outlook is still high.

Allow me to expand on a selection of issues which I think will take centre stage in Hamburg. I will refer to trade, climate, migration, digitalisation and countering terrorism.

It should be the EU's priority to send a strong signal to the G20 of our commitment to open trade and multilateralism. As recalled by the June European Council, the EU will pursue a robust trade policy, upholding an open and rule-based multilateral trading system with a central role for the WTO.

The EU will also keep markets open and fight protectionism, firm in the belief that trade contributes to creating wealth and jobs. The EU will therefore actively promote an ambitious free-trade agenda on the global stage. In this respect, reaching a political agreement on the EU-Japan trade deal ahead of the G20 meeting would send a strong signal against protectionism.

We need to improve the daily lives of citizens by ensuring that the benefits of globalisation are more widely shared. As was stressed by the June European Council, we need to foster a truly level playing field, while remaining vigilant concerning the respect and promotion of key standards, including social, environmental, health and consumer standards, which are central to the European way of life. Beyond that, we must also be able to better communicate the actual benefits of trade to the wider public.

On climate change, we are all aware that the global community needs to act urgently and move forward with the implementation of the Paris Agreement. The unilateral decision by the United States administration to withdraw from the Paris Agreement is therefore a highly regrettable step. We already discussed this issue here in Parliament during the June session.

As you are aware, the EU's commitment to fully implementing the Paris Agreement was strongly reaffirmed by the June European Council. The agreement remains a cornerstone of global efforts to effectively tackle climate change, and it cannot be renegotiated.

I can only further confirm that the Council under the Estonian Presidency will continue in its commitment to ambitious global action against climate change and support the global ownership of the Paris Agreement. The EU and its Member States are playing their full part in implementing the Agreement, both through the development of our domestic policies and in keeping with our commitment to global solidarity.

We will have to minimise the effects of the US decision on the effectiveness and credibility of the climate framework. The Presidency believes that we should continue our dialogue and engagement with the US.

At the same time, we can also be encouraged by strong statements of commitment, as well as pledges by local governments, businesses, cities, communities and other non-state actors in America. These developments underscore the importance of the action agenda as a platform to connect the different non-state actors. Its importance is expected to grow in the coming years, boosting the political profile and momentum for climate action.

My third point is on migration. Dealing with the migration crisis has been at the core of the political debate in the EU, including here in the Parliament, and it is all the more pertinent today in the light of the news from the central Mediterranean and Italy.

We naturally tend to focus on the migration crisis in our part of the world, but migration is not a European phenomenon. Nor is managing it solely a European responsibility. It is rather a global responsibility, requiring collective solutions in full respect for our obligations under international law.

In this regard, the G20 is launching the G20 Africa partnership, which should foster sustainable and inclusive economic growth and development. It will contribute to creating decent employment, particularly for women and young people, thus addressing poverty and the root causes of migration. This also ties in closely with the ongoing legislative work in the EU on the external investment plan, including the European fund for sustainable development and the European Investment Bank's external lending mandate.

We are also committed to taking an active part in the follow-up to the UN summit on addressing large movements of refugees and migration, held in September last year. The EU intends to play a prominent role in the process leading to the establishment in 2018 of UN global compacts on migration and refugees. We would ask all G20 members to engage as well.

Digitalisation is a key priority for the Estonian Presidency and, therefore, we welcome the inclusion of this topic at the G20 summit. Information and communications technology is no longer a specific sector. It is the backbone of all modern innovative economic systems.

Therefore, we need to breach digital gaps based on, inter alia, age, geography, gender and income. However, technological progress also involves challenges to our security and democracy, which we expect to be reflected by the G20. These challenges highlight the need to strengthen consumer protection, transparency and security in the use of information and communication technology.

Last but not least, the EU has been at the global forefront of the fight against terrorism financing. Recently an agreement on the revision of the Fourth Anti-Money Laundering Agreement was reached. Countering terrorism requires holistic action, including improved cooperation and preventing violent extremism conducive to terrorism.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. –Mr President, in the coming days, the G20 leaders will meet in Hamburg. It will be an important moment: there will be many new faces around the table, and there are many challenges to address.

The agenda is more far-reaching than for previous meetings, showing that this format has the potential to look far beyond its initial economic focus. Economy and trade will certainly feature large, but also the fight against terrorism, as well sustainable development, climate change and energy, migration, Africa, health, digitalisation, employment and women's empowerment.

For the EU, the G20 summit is an opportunity to highlight the positive contribution we are currently making to global growth, our vision for fair globalisation, set out in the Reflection Paper on Harnessing Globalisation, and our consistent leadership across multiple areas of the global agenda. Examples include our commitment to the Paris Agreement, progress on our progressive, values-based trade agenda, and our engagement with developing countries through the European Fund for Sustainable Development on which the House will vote this week.

In these times of turmoil, it is also the moment to show our unwavering commitment to global multilateral governance and responsible international political dialogue, aimed at delivering in the interest of people all over the world. Against a background of rising ultra-nationalist politics, posing a risk to global economic growth and the rules-based global order, the G20 Hamburg summit has the motto 'Shaping an interconnected world', to underline the necessity of multilateral cooperation for prosperity, security and freedom. Let me briefly run you through the main messages that we as the EU want to give.

On the economy, we will highlight the positive contribution the EU is making to the global economy. The EU is growing at nearly 2% this year and next year. The European investment plan is well on track, having led to more than EUR 200 billion in additional and sustainable investments. We are getting our mojo back!

On climate and energy, we will reaffirm our strong commitment to the Paris Agreement, clean energy transition and support for the poor and vulnerable in the fight against climate change, and we will maintain cohesion within the G19 despite the US decision to withdraw from the Paris Agreement. We would, of course, welcome it if the US would reconsider its decision, but let me be very clear: the deal cannot be renegotiated.

On trade, we will present our vision for harnessing globalisation instead of turning inward and resorting to protectionism, because we all agree that there is no 'protect' in protectionism, but there is isolation in isolationism. We will demonstrate that the EU will stand up for free and fair trade and for the multilateral trading system as a whole, and we will showcase the progress we are making on our progressive trade agenda, with the EU-Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement and now the EU-Japan trade deal. And, because trade should be fair, we are looking for a strong signal from China as to its full cooperation within the Global Forum on Steel Access Capacity.

On taxation, we will maintain momentum for the fight against tax evasion and avoidance. Next steps will include defensive measures against non-cooperative tax jurisdictions and increased efforts to promote the availability, and international exchange, of information on beneficial ownership of legal persons and legal arrangements.

On migration: this is a challenge that is going to be with us for quite some time to come – for decades. We must preserve a commitment to a comprehensive global response to tackling irregular migration and forced displacement, including support for the UN Global Compact on refugees and on regular, safe, orderly migration, and we must build support for a strengthened approach to break the business model of migrant smuggling.

This is what we must do on the global stage but let me add one thing: it would already make a world of difference in Europe if every single Member State would live up to its commitments to show solidarity with those of our Member States most affected by this challenge. We cannot leave Italy alone with this. Everybody should play their part.

(Applause)

We have shown in the past that if we stick together and find solutions that everybody shares we can reach results. Certainly the situation in Greece is not yet where we want it to be. There is still a lot to do, but if you look back at 2015 and then look at the situation now, you will see that much has also improved. There is an incredible level of solidarity with refugees and migrants in Greece and in Italy. But the rest of Europe cannot simply count on the solidarity of the people in Greece and Italy, because the people there also have their limits, and we need to show that the rest of Europe understands this and is playing its part in helping to resolve this crisis.

(Applause)

On terrorism, we need agreement on an action plan to advance the fight against terrorism. We will not win the battle against terrorist financing and the spread of radicalisation online if we do not work with our international partners on this.

On Africa: we will support close partnership with Africa to foster sustainable growth and job creation. Just imagine if we do not do this: our refugee problem in the future will then be so much worse than it already is today. The only sustainable solution is growth and more optimism in Africa, so that people understand it is in their interest to stay in Africa and to develop their own countries, instead of going to Europe.

Lastly, I welcome the fact that the German G20 Presidency has put strong emphasis on stakeholder involvement. All the groups concerned –business, labour, civil science, the think tanks, women and youth – have been active and have put forward recommendations. We are in a post-paternalistic society and we can no longer prescribe, from politics or governance, what should be done: we need to include global brain power to make sure that we find the right solutions. That is how globalisation will be shaped in the interest of humanity as a whole, because, at the end of the day, everything we do here in the European Parliament and in the Commission is at the service of citizens, their freedoms and their ability to pursue their hopes and dreams.

(Applause)

Angelika Niebler, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, verehrte Vertreter der Ratspräsidentschaft, verehrter Herr Vizepräsident der Europäischen Kommission, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die letzten Wochen waren von traurigen Nachrichten überschattet. Ich denke an den Tod unseres Altbundeskanzlers Helmut Kohl, ich denke an die erste Präsidentin des Europäischen Parlamentes, Simone Veil, der wir ja auch gestern gedacht haben, ich denke an ein Busunglück, das wir bei uns in meiner Heimatregion in Bayern am Montag mit achtzehn Toten und vielen Verletzten hatten usw.

Wenn ich mir auch im Vorfeld ansehe, was sich gerade in Hamburg ereignet, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen: Demonstrationen, Ausschreitungen, also alles negative Schlagzeilen, die auch den Gipfel, der jetzt am Wochenende stattfindet, dominieren. Wirft man dann noch einen Blick auf die Tagesordnung für das G20-Treffen und blickt auf die Themenauswahl, so scheint mir auch in dem Bereich Dissens vorprogrammiert zu sein, allen voran im Bereich der Klimapolitik.

Ich habe aber doch zwei Botschaften: Zum einen glaube ich, dass es wichtig ist, dass die Industrie- und Schwellenländer zusammenkommen und diskutieren. Das ist die Lehre, die ich aus dem bewegenden Trauerakt, der letzten Samstag hier bei uns im Hause stattgefunden hat, auch nochmals ziehen möchte. Es war für mich wirklich einmalig, noch mal an die Botschaft von Helmut Kohl erinnert zu werden: Im Gespräch bleiben, versuchen, gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Deshalb finde ich es gut, dass der G20-Gipfel stattfindet. Und zum zweiten denke ich mir, wenn nur ein wenig, ein paar positive Botschaften herauskommen, wenn man nur im Bereich der Handelspolitik und im Bereich der Unterstützung für Afrika weiterkommt, dann ist es schon ein großer Fortschritt.

Jeppe Kofod, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I would like to pay tribute to the Commission and Vice-President Timmermans on the issue of harnessing globalisation and the very important reflection paper that the Commission produced this year. How do we ensure fair globalisation? Globalisation brings a lot of benefits to us but also a lot of challenges to our societies, and the G20 summit in Hamburg is an opportunity for the EU to lead on how to create fairer globalisation in which everyone benefits.

Many important topics have been mentioned already by the speakers here on climate change, on sustainable development goals, on the migration crisis and so on, and it is important that we in the European Union take the lead on all these issues.

I also want to say that globalisation issues have troubled a lot of countries and citizens alike. Let me be clear and honest: when it comes to globalisation, the free and unregulated market has, to some extent, failed us. It has worked extremely well for multinational corporations and already-wealthy individuals, but for far too many ordinary workers – like the steel workers in France and the UK or the slaughterhouse workers in Denmark and Germany, to take examples – globalisation has also brought unfair competition, negative wage pressure, job insecurity and, in many cases, unemployment.

So at the same time as enormous wealth has been created, it has not yet been fairly shared: that is clear. Why are the world's eight richest people now wealthier? They are now wealthier than half of the world's population. Real wages for middle-income families have stagnated in many societies, including in various parts of Europe, and in many EU countries real wages have actually shrunk.

This is an outrage and we need to do something about it. This is a result of market liberalism run amok, and we need to change course. Showing European leadership on harnessing globalisation means ensuring that European values, principles and standards shape globalisation, and not vice-versa.

For the Socialist and Democrats, a key principle is global tax justice. It was also mentioned by the Commission and I was glad to hear that. We are calling for global tax justice to be a top priority at the G20 summit too. We want the EU to take the lead on concrete new initiatives: we need a global asset register so that taxable assets can be traced and recovered; we need a global register of beneficial ownership so that tax fraud can be revealed; we also need to coordinate efforts to stop, punish and prevent tax havens – and this too was mentioned by the Commission. I think it is important we take the lead in that fight. We also need to ensure that corporate income tax is fair.

This is an opportunity for the EU. Let us take the lead on all of these issues! We look forward to the G20 Summit. And thank you, Mr Timmermans, for the great speech.

Helga Stevens, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, Commissioners, colleagues. These are turbulent times. We face challenges which spread far beyond the borders of the European Union. We face global challenges which connect us all and require a global response. We face a humanitarian crisis, conflict at our doorstep and a barely recovering economy. This is why we need the Summit to be fruitful.

Talk is cheap, and our electorate wants to see results. Unfortunately, leader summits have become better known for updating the family photo than for plotting a strategic course for the next twelve months. Leaders need to start looking at what they can realistically achieve at a global level in the next few months, and whilst the EU is willing to take on more and more responsibility on the world stage, the EU cannot start believing that it can solve every crisis by itself. We do not need an EU which thinks that just one policy can solve the migration crisis, but an EU which works with the UN, NATO, and the G20 to end the funding of terrorism and to punish the barbaric practice of human trafficking.

The EU needs to sit at the table and commit to making the EU as global-facing and pro-free trade as possible. The EU needs to champion less regulation and lower taxes, not more red tape and bureaucracy. We need an EU which lives up to its obligations to protect the environment without stifling business, because it is jobs and growth which draw people out of poverty and prevent unsustainable economic migration. It is jobs and growth which bring countries closer together and gives people more self-confidence and respect. That is what we need to better connect us as nations and to help us move forward with confidence, unity and renewed vigour in the coming months.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would like to thank the Estonian Presidency: you are very welcome in this House. Thank you, Mr Timmermans, for your speech, and I was very glad to hear you used the word 'challenge', and not 'crisis', when you were speaking of migration because we talk a lot about 'the migration crisis', whereas what is really going on here is that there is a political and a moral crisis.

The Estonian Presidency is absolutely right in saying that migration management is a global responsibility, and therefore it is to be welcomed that the German Presidency wants to put this firmly on the agenda of the G20, making it a global issue. At the same time, it is also a European responsibility and, as the Commissioner set out very clearly, Member States are not living up to their responsibility. They are abandoning Italy and they are abandoning Greece.

I am reminded of a statement made by the Dutch Prime Minister at the time of a previous mass influx of migrants into Italy, when a journalist asked the Prime Minister 'Isn't it sad for Italy that, because of its geographical location, it has to take in all the refugees?', and the Prime Minister said 'Well, tough luck for Italy.' That has been the attitude of Europe, and it is a shame. We are the most prosperous continent in the world. If we cannot manage this migration influx, then who can? We have to start assuming our responsibility.

I am glad to see that the Commission has taken action: it has put forward a kind of action plan for Italy. But, first of all, the focus is now very much on what NGOs are doing, and I think we should stop the blame game. You can never blame NGOs for saving people's lives.

(Applause)

Secondly, I wonder why we are not using the legal instruments at our disposal, such as the Temporary Protection Mechanism. We have it: why is it not being used? It can be adopted in the Council by a qualified majority vote.

Thirdly, when will we stop using European money to fund dictators and failed regimes? How much more money are we going to send to Libya to let people die in miserable circumstances, not only in the Mediterranean, but also in ...

(The President cut off the speaker)

Fabio De Masi, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! „Die G20 sind eine Veranstaltung ohne Legitimation. Legitimation besitzt nur die UNO.“ Dieses Zitat stammt nicht von mir, sondern vom großen französischen Diplomaten, Widerstandskämpfer und Autor der UN-Menschenrechtserklärung, Stéphane Hessel. Daher wird sich Hamburg empören. Der G20 Gipfel wird in meiner Heimatstadt, der schönsten Stadt Deutschlands, tagen. Trotzdem werden viele die Stadt verlassen, wenn die feinen Herren Trump oder Erdoğan uns besuchen. Hamburg, das Tor zur Welt –, wird einem Sperrbezirk gleichen, damit Demonstranten die Staatenlenker nicht belästigen. Sperrstunde mögen wir nicht in Hamburg, wie die weltbekannte Reeperbahn jede Nacht beweist.

Natürlich sollen Staatschefs miteinander reden, gerade in Zeiten weltweiter Krisen. Sie müssen das auch nicht in den Rocky Mountains tun. Aber die G20 verhandeln über das Schicksal der Welt. Diese Debatten gehören daher vor die Vereinten Nationen in New York. Dann hätte es Herr Trump auch vom Golfplatz nicht so weit.

Die G20, die 80 Prozent des weltweiten Sozialprodukts ausmachen, kommen zusammen, um über wichtige Themen zu sprechen: Handel, Migration, Steuerdumping, Klimawandel, Sicherheit und Terrorismus. Steuerflüchtlinge sind die wahren teuren Flüchtlinge. Bis zu 30 Billionen Dollar werden in Steueroasen gebunkert. Etwa acht Personen besitzen laut Oxfam mittlerweile so viel wie die Hälfte der Weltbevölkerung. Dies ist mit Verlaub eine kranke Entwicklung.

Dabei bräuchten wir nicht erst seit der Flüchtlingskrise öffentliche Investitionen in Wohnraum, Schulen, Universitäten oder Krankenhäuser. Aber die Verhandlung – auch hier in der EU – über eine schwarze Liste der Steueroasen gerät zum diplomatischen Kuhhandel. Wir brauchen endlich Quellen und Strafsteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen, in und außerhalb der EU.

Die Kriege im Nahen Osten – von Afghanistan über Irak, Libyen oder Syrien – haben Chaos, Staatenzerfall, Terror und Flucht geschaffen. Nicht nur Bomben, auch Freihandelsabkommen – wie sie die EU nach TTIP und CETA nun auch mit Japan anstrebt – haben in Afrika große ökonomische Verwerfungen geschaffen. Die Waffenexporte und die Kumpanei mit Terrorpaten wie Saudi-Arabien oder dem neuen Türsteher der EU – Erdoğan – haben den Islamischen Staat erst groß gemacht. Aber die G20 diskutieren nun über militärische Flüchtlingsabwehr und weitere faule Deals wie mit der Türkei, etwa in Libyen oder Ägypten.

Der saudische König wollte seine Kamele nach Hamburg mitbringen – das kann er machen, wir haben Schafe und Fische. Der Hamburger Hafen schickt hingegen Waffen an die Golf-Diktatoren. Und die EU will mit der Verteidigungsunion weiter aufrüsten. Bis zu zwei Prozent des Sozialprodukts strebt die NATO an. Dies ist das Geld, das wir im Kampf gegen Armut und Klimawandel benötigen. Gegen diese Politik wird daher eine große Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger friedlich auf die Straße gehen – und das ist auch gut so.

Yannick Jadot, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, chers collègues, en ces jours d'hommage à Simone Veil, quelles leçons tirer de son parcours et de son expérience pour le débat que nous tenons aujourd'hui?

Simone Veil était une combattante de l'Europe, parce qu'elle avait survécu à ce que l'Europe pouvait produire de pire, mais elle n'a jamais réduit l'Europe à une commémoration. Elle a toujours considéré que l'Europe était un projet de civilisation pour chaque femme, pour chaque homme, pour nous, Européens, et pour le reste du monde.

Simone Veil, aujourd'hui, serait-elle satisfaite d'un projet européen qui serait un projet de circulation sans entrave des biens, des services et des investissements, qui mettrait nos législations, nos réglementations environnementales et sociales et notre souveraineté démocratique à portée de canon des firmes multinationales du vieux monde, du pétrole, du nucléaire et des perturbateurs endocriniens? Que dirait Simone Veil en voyant les murs, les barbelés et les camps qui enferment des personnes qui aussi sont des personnes qui survivent?

Aujourd'hui, l'Europe est seule face à Trump, Poutine, Erdoğan et Xi Jinping, mais elle seule peut porter un projet de coopération à l'échelle internationale, un projet de solidarité et un projet de protection des biens communs. Pour cela, il faut qu'elle change de pied et qu'au G20, elle ne soit pas là pour promouvoir des accords de libre-échange qui produisent tous les chaos du monde et qui alimentent un modèle de développement deux fois plus gros que la planète, deux fois plus gros en prédation et deux fois plus gros en pollution.

S'il y a un élément que doit porter l'Europe au G20, notamment, c'est cette question du climat et, pour porter cette question, il ne suffit pas de dire que l'on va respecter l'accord de Paris: l'Europe n'est pas sur la trajectoire de l'accord de Paris en matière de réduction de ses émissions de gaz à effet de serre.

Alors, allons-y avec une ambition beaucoup plus forte. Allons-y pour dire que la promesse du G20 concernant la fin des subventions publiques aux énergies fossiles doit être mise en œuvre immédiatement. Voilà votre responsabilité, voilà notre responsabilité, y compris si nous voulons être sincères et fidèles à l'hommage rendu à Simone Veil.

Raymond Finch, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, the G20 meeting gives the EU an opportunity to speak to the major economies of the world and to find out what their perception of the post-Brexit landscape will be.

I strongly suspect that the EU – and particularly the host nation Germany – is in for an unpleasant surprise. The non-EU countries will be eyeing up how to grab a bigger slice of the lucrative market of exports to the UK from you if the EU pursues its active economic self-harm by trying to exclude the UK from fair access to the single market.

The European Union's decision in declaring a post-Brexit economic war on the UK won't act as a deterrent to other would-be leavers. Your huge trade surplus with the UK will crumble and other non-EU G20 nations will be licking their lips at the prospect of trading with, and exporting to, the UK.

The revitalised, liberalised United Kingdom will be seen as a key trading partner by these nations, and we will see cars made in Detroit, rather than Stuttgart, on British roads. For your own economic wellbeing, I urge the EU negotiators to look into the hungry eyes of your fellow G20 nations and reflect upon the damage your present course will have on your precious project. Thank you.

Marcel de Graaff, namens de ENF-Fractie. – Wat doet de EU op de G-20? De Raad en de Commissie zijn incompetent. Ze zijn niet eens in staat de grote problemen in de Europese Unie aan te pakken en op te lossen. Nog steeds is de werkloosheid dramatisch, nog steeds staan banken op omvallen. Nog steeds is de schuldenberg groter dan ooit, nog steeds stromen migranten met duizenden per dag de EU binnen en nog steeds vinden vrijwel elke week aanslagen plaats.

De oplossingen voor deze tijd komen van de patriotten. Deze Commissie moet een voorbeeld nemen aan de Visegrad-landen in plaats van ze te veroordelen. De heer Juncker moet een voorbeeld nemen aan zijn partijgenoot de heer Orban en de grenzen sluiten. Leg de boten van criminele ngo's aan de ketting, zet de bemanning achter slot en grendel en confisqueer de tegoeden van deze ngo's.

Juncker moet Frontex opdracht geven het Australische model toe te passen. Boten moeten worden teruggesleept naar Libië. Migrantenvrijden zijn inmiddels veiliger in Libië dan Engelsen in Engeland, Fransen in Frankrijk of Duitsers in Duitsland. U bent een volledig incompetent en onverantwoordelijk bestuurder en ik zeg tegen Juncker en zijn hulpje, de heer Timmermans: stap op! Laat de patriotten het overnemen. Wij nemen wél verantwoordelijkheid. Wij hebben de oplossingen en wij nemen wél effectieve maatregelen.

(De spreker gaat in op een “blauwe kaart”-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.)

Hilde Vautmans (ALDE), “blauwe kaart”-vraag. – Mijnheer De Graaff, het is niet de eerste keer dat ik u hierover hoor tussenkomen in de plenaire, waarbij u beschuldigingen uit aan het adres van mensen die keihard werken. Ik vind dat uw uitlating dat er criminele ngo's zijn, omdat ze mensen op zee redden die anders zouden verdrinken, uit het verslag geschrapt moet worden. Er zijn inderdaad mensensmokkelaars, mensenhandelaars, die we moeten bestraffen, maar we moeten ngo's die zeer goed werk doen op het terrein, hier niet beschimpen als zouden het criminelen zijn.

Mijnheer de voorzitter, ik vraag met aandrang dat deze gratuite beschuldigingen van mijnheer De Graaff uit het verslag geschrapt worden. Laten we als Europa een echt Europees asiel- en migratiebeleid voeren, zodat we niet moeten rekenen op ngo's, maar dat we hen dankbaar zijn voor hun werk.

President. – I am very sorry but with all the understanding one may have for your point, the blue card is there to ask a question of the speaker. You did not ask a question of the speaker. Please use the procedures that are foreseen if you want to ask for something to be deleted from the Minutes. You may do so in a personal remark at the end of the debate.

Krisztina Morvai (NI). – Mr President, here we are again. I have a question for you, First Vice-President Timmermans. It is a very specific question, and I would like you to give me – as well as Hungarians and a number of other people who are interested – a very specific answer. Suppose we were to follow your order and receive migrants and refugees in my country, Hungary. You, as well as every single person in this room, know perfectly well that those people would not want to stay in Hungary because they want a better life. They would like to move on to richer countries like Germany, Austria, Sweden, and so on. Mr Timmermans, how can we hold them back? What is the order, so to say, in this respect? We all know very well that we cannot put these people into a closed institution; they have the right to freedom of movement. I know we should integrate them. This will probably be the answer, but this is the wrong answer, Mr Timmermans and dear colleagues, because they would not like to be integrated in Hungary, they would like to move on the next day to richer countries.

So you must have a strategy on that, because your whole strategy about the treatment of the migrant crisis is based on the idea of solidarity among Member States and forcing all Member States, including my country Hungary, to receive migrants. So how would you solve this problem? I look forward to your answer, Mr Timmermans.

Janusz Lewandowski (PPE). – Panie Przewodniczący! Dzisiaj w drodze na G-20 prezydent Stanów Zjednoczonych ląduje w Polsce, oczekując obiecanego, ciepłego przyjęcia, nieco sztucznie zorganizowanego. Jeśli jednak potwierdzi dzisiaj gwarancje z art. 5 NATO, to będzie to niezwykle istotna wartość dla wszystkich krajów, które sąsiadują z Rosją Putina i zaznały w przeszłości „bratniej” pomocy ze strony Armii Czerwonej. Żaden z tych krajów nie powinien jednak uczestniczyć w osłabianiu Unii Europejskiej. Każdy z tych krajów w imię własnego bezpieczeństwa na wszelki wypadek powinien tworzyć elementy europejskiej obronności. Z wielu przyczyn szczyt G-20 jest trudnym zadaniem dla gospodarzy, nie tylko z uwagi na demonstracje, które rzeczywiście tworzą nagłówki gazet i mediów. Dzisiaj trudno odnaleźć coś, co nazywamy euroatlantycką wspólnotą wartości, która stanowiła fundament powojennego ładu pokojowego i świata wolnego człowieka. Stąd, jak sądzę, bardzo szeroka agenda tego spotkania, ale nieco zaniżone oczekiwania, co do efektów G-20 w Hamburgu. Trzeba zatem umieć potwierdzić minimum, które łączy, a co łączy to rzeczywiście wspólna walka z terroryzmem, ze źródłami terroryzmu, zahamowanie fali migracyjnej, bo tu się rozstrzyga zachwiane poczucie bezpieczeństwa w Europie i nie tylko w Europie. Ale jest coraz więcej świadectw tego, że sobie z tym poradzimy.

Bernd Lange (S&D). – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Kommissar Timmermans, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, global gibt es viele schlechte Nachrichten – Angelika Niebler hat einige genannt –, und deswegen ist es doch umso wichtiger, dass wir alle Möglichkeiten nutzen, *Global Governance* wieder zu etablieren. Gerade angesichts des Verhaltens von einigen Ländern, die da sagen „*my country first*“ oder „*my America first*“, müssen wir als Europäer dagegen setzen: „*people first*“. Das muss die Devise für *Global Governance* sein – im Interesse der Menschen globale Strukturen einzurichten.

Und ich glaube in der Tat, dass die EU da einige Schwerpunkte setzen muss. Wir haben gehört: Afrika muss ein Schwerpunkt sein. Keine Frage, wir müssen eine nachhaltige Entwicklungsstrategie für Afrika entwickeln, damit Menschen zu Hause eine Perspektive haben und ihre Lebenschancen dort Wirklichkeit werden lassen können. Investitionen und verantwortungsvolle Staatsführung für Afrika sind – meiner Ansicht nach – eine Priorität für die EU.

Dann geht es natürlich auch um das *empowering* für Frauen. Wenn die IAO von der vergessenen Milliarde, der dritten Milliarde von vergessenen Menschen, spricht, dann meint sie Frauen, die nicht in der Lage sind, ihre Fähigkeiten zu entwickeln – also *empowering* von Frauen, die zweite Priorität.

Die dritte Priorität: natürlich fairer Handel und nicht nur freier, weg vom Protektionismus. Wenn die IAO sagt, dass 780 - Millionen Menschen, die in globalen Wertschöpfungsketten auch Produkte für uns produzieren, nicht genug Einkommen haben, um ihr eigenes Leben zu finanzieren – dann stimmt da etwas nicht! Wir müssen faire Bedingungen für globale Wertschöpfungsketten haben, wir müssen die Arbeitnehmerrechte stärken. Erst dann ist Handel nicht nur frei, sondern auch fair, und das muss die dritte Priorität sein.

Hamburg ist in der Tat eine wunderschöne Stadt, Hamburg repräsentiert aber auch den freien und fairen Geist von Menschen, und deswegen sollte Hamburg hierfür auch ein Symbol sein.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Mr President, in times of challenge, security should define the credibility of partners, including trade partners. I therefore welcome the agreement with Japan. The dreams before G20 were already overshadowed by an exclusive deal between Russia and China, as well as rather unfriendly military exercises on the Baltic Sea. Our response to this – the Western response to this – should be a closer transatlantic alliance, with both the US and Canada.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Herr Präsident! Zunächst möchte ich deutlich sagen: Ich finde gut, dass dieser G20-Gipfel stattfindet. Die G20-Gipfel sind einer der wenigen Orte, wo zur Zeit der Globalisierung und der Krise des Multilateralismus verschiedene Akteure miteinander sprechen. Diese Chance muss man nutzen. Darüber hinaus muss man allerdings auch klar sagen, dass die Debatte vor dem G20 von falschen Alternativen bestimmt ist.

Es gibt nämlich auch noch etwas zwischen der globalen Handelsordnung und Finanzmarktordnung, wie wir sie heute haben, und dem Trump'schen Protektionismus. Der Weg dazwischen ist die Globalisierung sozialer und ökologischer Regeln, die mit der Öffnung der Märkte einhergehen muss, und deshalb kann man auch der EU nur sagen: Die Zeit ist jetzt gekommen, mit der Freihandelsagenda, mit den bilateralen Verträgen, wie sie bisher entworfen worden sind, so wie Sie sie mit Japan jetzt wieder entworfen haben, nicht einfach so weiterzumachen, sondern wir brauchen Verträge, die die Chance der Stunde nutzen, um soziale und ökologische Regeln durchsetzbar als Teil dieser Standards zu verankern. Es darf dort kein Weiter so geben, sondern wir brauchen eine Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit, aber das in einer Form, dass soziale und ökologische Regeln gestärkt werden.

Was in Hamburg bei diesem G20-Gipfel derzeit allerdings passiert, ist auch in anderer Hinsicht traurig, denn Hamburg ist in der Tat eine liberale Stadt, und zu diesem liberalen Geist gehört, dass man nicht nur die Staatschefs willkommen heißt, sondern auch die Demonstrantinnen und Demonstranten, die friedlich demonstrieren. Auch für sie muss eine offene Stadt Geltung haben.

Rolandas Paksas (EFDD). – Ekonomikos augimas, prekyba, mokesčiai, kaip taisyklė, yra kartinės tokių susitikimų temos. Tačiau nesuprantu vieno: kaip čia taip yra, kad ekonomikai kasmet vis labiau augant, vis labiau plečiantis neva geriems susitarimams dėl prekybos, globalizmą pateikiant kaip privalumą, pasaulio visuomenė vis labiau skursta, o maistas brangsta. Gal to priežastis – neteisingai skirstomos pajamos, globalių kompanijų ir bankų susitarimai, kapitalo be socialinės atsakomybės auginimas? Gal ir ekonomika auginama anaipol ne visuomenės gerovei? Pajamų nelygybė, skurdo rizika, nuolatinis milijonų žmonių nedarbas šiandien yra svarbiausios problemos. Gerokai svarbiau yra ir tai, kad ekonomikos augimu būtų tinkamai pasinaudota kuriant bendrąjį gėrį, racionaliai investuojant uždirbamas lėšas ir perskirtomas pajamas visuomenės turėjimui, o ne atskirų korporacijų pelno gausinimui.

Gerolf Annemans (ENF). – Ik maak van dit geopolitieke forum, de voorbereiding van de G-20, gebruik om een pleidooi te houden voor de herziening van de Conventie van Genève. Begonnen als een concept met nobele en hoogstaande doelstellingen is dat inmiddels totaal onaangepast geworden en werd het achterhaald door de feiten. De zorg voor vluchtelingen, voornamelijk uit het toen communistische Oost-Europa, is inmiddels geworden tot een ordinaire industriële massa-invasie met culturele ontworteling, verkrachtingen en een eindeloze werkloosheid tot gevolg, een duister verbond tussen een *dirty business*, tussen ngo's, mensenhandelaars en dat alles onder auspiciën van de Europese instellingen.

Stop die Conventie van Genève, vervang ze door een echt vluchtelingenstatuut met een opvang in eigen regio, en, zoals we nu zien in Syrië, na afloop van het conflict een terugkeer naar de landen van oorsprong.

Diane Dodds (NI). – Mr President, my thanks to Mr Timmermans. As we approach the G20 Summit, we do so with our world facing huge challenges that threaten the common values and ideals that we share. In the United Kingdom, in London, in Manchester, in cities across Europe, Brussels, Paris and Berlin, terrorist attacks have brought death and destruction. The events in the Korean peninsula are a stark and vivid reminder of darker days we thought were in the past. The migration crisis continues. In the past ten days alone, an estimated 10 000 migrants have arrived in Italy from Libya, and yet we continue with the same bit-part solution that we have always had.

On all of these issues, a coordinated approach is required right across the G20 to bring about meaningful and lasting results – strong and united leadership based upon shared ideas of freedom, democracy and tolerance.

Françoise Grossetête (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil, Monsieur le vice-président de la Commission, le monde vit sur un volcan qui peut à tout moment se réveiller.

L'éruption peut être due à la guerre en Syrie, à l'affrontement auquel se livrent les chiites et les sunnites dans le Golfe, notamment au Yémen, ou encore à l'agressivité de la Corée du Nord, qui sont les symptômes d'un monde profondément instable.

L'éruption peut être aussi économique et sociale, si nous ne prenons pas garde à nous renforcer face à la mondialisation, notamment en poursuivant la régulation financière, en luttant contre le dumping ou en œuvrant pour une fiscalité plus juste.

Terrorisme, défi migratoire, défi climatique, défi démocratique, défi économique... Il est grand temps que l'Union européenne porte enfin un autre regard sur le continent africain et l'aide à se développer et à se pacifier.

Il nous revient d'occuper la position de chef de file que l'Amérique a abandonnée, car Donald Trump fait de la figuration, mais ses gesticulations ne trompent personne. Les dirigeants du G20 savent qu'au jeu des chaises musicales, c'est le plus rapide qui l'emporte. Si ce n'est pas l'Europe, ce sera la Chine ou la Russie qui gagneront, et nous resterons là les bras ballants.

L'Union européenne a toujours eu pour vocation de partager et de diffuser ses valeurs et ses idéaux. En ce jour de commémoration, à Paris, en l'honneur de Simone Veil, première Présidente de ce Parlement, inspirons-nous de son exemple exceptionnel de vie.

Le G20 doit être l'occasion pour les dirigeants européens de montrer qu'ils ont une vision, non seulement pour notre continent, mais aussi pour le reste du monde.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le vice-président, Monsieur le responsable du Conseil, le multilatéralisme, c'est dans l'ADN de l'Union européenne. Le G20 se tiendra au centre de l'Europe à un moment où, à la fois, le Brexit et le gouvernement Trump nient la valeur du multilatéralisme.

Au fond, pour vous, Monsieur le vice-président, pour l'Union européenne et pour chacun des chefs d'État ou de gouvernement qui participera à ce G20, il y a une double tâche. Dans le G20 lui-même, il faut faire en sorte que ce que dit le bras gauche cesse d'être ignoré par le bras droit. On ne peut pas avoir joué ce rôle exemplaire dans la conclusion de l'accord de Paris lors de la COP 21 et laisser une finance qui, dans les enceintes de Bâle, fait fi des objectifs du financement de la transition écologique.

Pour cela, les travaux qui ont été menés par le groupe de réflexion intitulé «Task force on climate related financial disclosure» (TCFD) doivent être soutenus, alors que le gouvernement Trump veut ignorer toutes les conclusions auxquelles il est parvenu sous l'égide de M. Bloomberg. Vous devez, au nom de la Commission, dire aux États membres combien ce groupe de réflexion doit être soutenu et à quel point il est important que ses conclusions deviennent la feuille de route du G20.

Pour l'Union européenne, cela signifie que, dans chacune des instances, d'abord à Bâle, mais aussi au sein du Conseil des normes comptables internationales (IASB), vous devez défendre, et concrétiser sous forme d'une régulation des marchés, ces exigences d'un changement du climat d'investissement en faveur d'une transition vers le financement des investissements à long terme, des énergies renouvelables au détriment des économies fossiles, qui continuent à irriguer trop de critères d'excellence de l'économie européenne.

Sans oublier ce rendez-vous sur la lutte contre les paradis fiscaux: la proposition de l'OCDE, d'une liste qui ne contiendrait plus que Trinité-et-Tobago, ne peut pas être la feuille de route de l'Union européenne. Nous comptons sur chacun des acteurs européens dans ce G20 pour porter une voix forte. Que la lutte contre les paradis fiscaux reste une priorité!

Bernd Lucke (ECR). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Europäische Union ist einer der drei großen Player unter den G20, und deshalb setzt sich die Europäische Union große Ziele: Afrika soll zu Wachstum und zu Arbeitsplätzen geführt werden – ganz Afrika –, und das sei dann die Lösung für die Migrationskrise. Meine Damen und Herren, können wir bitte auf dem Teppich bleiben! Die Europäische Union hat es ja noch nicht einmal geschafft, Griechenland zu Wachstum und Arbeitsplätzen zurückzuführen, das kleine Griechenland, das im Vergleich zu afrikanischen Staaten ein wirklich wohlorganisierter, wohlentwickelter Staat mit einer starken Regierung ist. Dieses kleine Land haben wir nicht zu Wachstum und Arbeitsplätzen führen können. Und deshalb ist es unrealistisch, nun über ganz Afrika zu reden und ganz Afrika stabilisieren und auf einen Wachstumspfad führen zu wollen.

Wir müssen uns konzentrieren, wir müssen realistische Ziele formulieren. Diese realistischen Ziele im Zuge der Immigrationskrise können nur lauten, dass wir uns auf den Norden Afrikas, auf die Mittelmeerränder in Afrika konzentrieren, auf die arabischen Staaten, da, wo Wachstum und Arbeitsplätze ebenfalls erforderlich sind und wo der islamische Terrorismus seine Brutstätte findet. Das ist die Priorität, und darauf sollten wir uns konzentrieren!

Janice Atkinson (ENF). – Mr President, the G20 will actually revolve around Presidents Trump and Putin, not you. These two men working together can defeat ISIS. These two men understand the threat of migration and culture, jobs and identity. And migrants – no, no, no! What don't you understand? We have got to secure our borders. Our cultures and identities are under threat and you are incapable of dealing with it. Presidents Trump and Putin actually get this. They understand the nation state and putting up walls and barriers.

We need to arrest and deport the migrants and tow them back to Libya. The Paris climate change agreement is a bad business deal, and Trump gets that because he is a businessman and he is right. And you are obsessed with the gender agenda. Please, we women do not need special treatment. I am not special needs, I take it most of you are not special needs. Stop singling us out. And get real to the threats we face: it is migrants, ISIS and security. You do not have the solutions. The nation state is the way forward, as we are showing in Brexit and the Visegrad countries. Your speeches this morning have confirmed that the death knell of the EU is ringing, so get used to it and go back to your nation states.

Diane James (NI). – Mr President, good morning everyone in the Chamber and thank you, Mr Timmermans, for the lack of tantrums that we saw yesterday from Mr Juncker, entertaining as it was.

I have two observations to make, and they are serious ones. We have heard this morning the usual calls for open markets, improved trade agreements and religiously enshrining and making sure delivery of consumer protectionism and such. But just remember please, everyone attending the G20, that when we talk about the impact in terms of job losses, falling wages and decreasing lifestyles and living standards, that's what voters measure G20 meetings by, and we need to be a little bit more flexible in terms of that approach and the timing to achieve the objectives. But the other clear message for me that I would love the G20 to address is the existing European Union monetary policy, which clearly favours one major Member State and penalises so many others. We have young people out there who want jobs – want to work – and they have to leave their countries because of the EU monetary policy. So please can we send some very clear messages and change tack.

Pilar del Castillo Vera (PPE). – Señor presidente, Consejo, Comisión, conviene recordar que en la historia de la humanidad no ha habido un solo período en el que se haya avanzado, en el que se haya progresado mediante el aislamiento y mediante el proteccionismo. Eso no hay que olvidarlo nunca.

Pero hoy más que nunca, en una sociedad globalizada, solo mediante una economía abierta y una sociedad abierta podremos seguir avanzando. Por eso la Unión Europea tiene que mantener en el G20 una posición de liderazgo constante frente a las veleidades aislacionistas que están mostrando ahora algunos países. Esto es esencial.

Pero la apertura y el no aislacionismo empiezan por la propia casa. Y, en ese sentido, hace falta que el mercado único digital sea una realidad plena, porque es el factor determinante de la competitividad global de nuestra economía. Por eso hay que dar la bienvenida a que la Presidencia estonia haya hecho bandera de los asuntos digitales en este período. Y, en ese sentido, tengo que decir que confío en que podamos alcanzar un acuerdo sobre el Código Europeo de las Comunicaciones Electrónicas y así contribuir a que la conectividad que necesitan nuestras empresas y nuestra sociedad sea plena.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, como relator deste Parlamento Europeu para o acordo comercial entre a União Europeia e o Japão, quero sublinhar a enorme importância estratégica que tem o acordo político que as duas partes deverão anunciar amanhã numa cimeira bilateral à margem da reunião do G20. Este acordo entre duas das maiores potências económicas mundiais é uma grande oportunidade para a economia europeia e é uma mensagem forte contra o protecionismo e a favor não apenas de um comércio aberto, mas de um comércio global mais justo e mais regulado.

Sejamos claros, porém. Este não é o fim do caminho. Há questões importantes ainda em aberto e o Parlamento permanecerá vigilante até ao fim das negociações, exigindo mais transparência, a começar pela divulgação de um mandato negocial e a plena salvaguarda dos nossos valores e padrões ambientais, sociais e laborais, no quadro de um capítulo forte sobre desenvolvimento sustentável. É esse acordo justo e ambicioso que queremos entre a União Europeia e o Japão.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Vicepresidente Timmermans, abbiamo letto ieri un'agenzia dove Lei dice che, non avendo l'Austria notificato i controlli alla frontiera del Brennero, la Commissione non può dare la sua reazione. Purtroppo oggi in Italia le prime pagine dei giornali sono piene proprio di questa notizia, e Lei può immaginare che invece i cittadini reagiscono, eccome.

Purtroppo il velo dell'ipocrisia è caduto, lo possiamo dire chiaramente, perché i paesi europei a parole sembrano diversi, nei fatti invece sono tutti uguali, si dimostrano veramente tutti uguali. A Berlino, qualcuno si era illuso di aver portato a casa qualche risultato; a parte la retorica, abbiamo portato a casa un risultato ben magro, il codice per le ONG, mentre i porti degli altri paesi europei rimangono tutti sigillati.

Per questo riponiamo le nostre speranze nel G20. Avete detto anche qui che è il foro internazionale più importante, dove si condivide la collaborazione. Ebbene, speriamo che questo foro si faccia carico della migrazione nel Mediterraneo, un fenomeno di proporzioni tali che deve essere gestito dalla comunità internazionale tutta. E porto un messaggio al Presidente Juncker: che non si accontenti di soluzioni ridicole, per favore, e porti a casa qualcosa di concreto.

Abbiamo ricordato sabato, in quest'Aula, Helmut Kohl. È stato ricordato come uomo del futuro, perché scelse il percorso giusto e la Storia lo seguì. Ecco, vede, o l'Europa riprende questa capacità, sarà in grado di riprendere questa capacità, o non sarà. In quel caso, non la rimpiangeremo molto.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Bouwen aan een verbindende wereld klinkt een heel klein beetje cynisch als je ziet wat er opnieuw in Italië aan de hand is. U heeft zelf gezegd, vicevoorzitter Timmermans, dat als alle lidstaten al zouden doen wat we hadden afgesproken om de crisis aan te pakken, dan zouden we vandaag niet in de penarie zitten. Het is echt schandalig dat we daar weer zijn. Ik zeg dit omdat velen daarop tussenkomen. Ik wil dat zeker ook ondersteunen. Maar ik zeg het ook omdat we ondertussen weten dat we de migratiecrisis niet gaan oplossen door kortetermijnmaatregelen te nemen, maar effectief door een verbindende wereld te creëren.

Een van de eerste en belangrijkste dingen die we in de G-20 moeten doen is ervoor zorgen dat er een soort van *united* positie kan zijn, zou moeten zijn, over het toepassen van het klimaatakkoord van Parijs. Want als we het klimaat niet aanpakken, dan zijn dit de voorafjes, dan zijn de problemen rond migratie vandaag de voorafjes van morgen en worden die problemen alsmaar groter.

Ik heb gisteren bij het werkprogramma van de Commissie heel erg benadrukt dat het eerste wat we moeten doen, is zelf het goede voorbeeld geven en ik kijk ook naar mijn collega's in het halfroond. We zijn volop bezig met een aantal dossiers zoals het pakket schone energie. Laten we dat zo ambitieus mogelijk stellen, dat is onze eerste verantwoordelijkheid.

Ten tweede, de Verenigde Staten. We weten het allemaal, ik ben helemaal niet positief over wat president Trump kan en zal doen, maar laten we vooral onze rug niet naar de Verenigde Staten keren. Laten we de hand uitreiken naar die staten in de Verenigde Staten die wél vooruitgang willen boeken, die helemaal niet gediend zijn van het beleid van Trump. Ik denk dat daar ook binnen de G-20 in bilaterale contacten het nodige werk moet worden verricht.

Een derde punt: we hebben vandaag verhandelbare emissierechten. Laten we daar niet alleen stevig aan vasthouden, maar laten we het als een connectie gebruiken om in de rest van de wereld ook heel goeie beprijzingsmechanisme rond CO₂ te installeren.

Veel succes, zou ik zeggen. Ik denk dat dat meer dan ooit nodig is om op wereldniveau deze acties te ondernemen.

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, Presidência do Conselho, Senhor Vice-Presidente da Comissão, queria deixar três notas: a primeira não vai diretamente para a agenda do G20, mas para a conjuntura internacional em que se passa esta reunião.

Aquilo que, neste momento, está a ocorrer com a Coreia do Norte e o que está a ocorrer na península arábica com o Qatar e um conjunto de Estados árabes, designadamente a Arábia Saudita e o Egito, exige uma intervenção a nível global. Por muitas políticas de longo prazo que nós estejamos a acordar no G20, se houver a precipitação de uma crise grave, seja na península da Coreia seja na península arábica, todos esses reforços serão imediatamente postos em causa e aqui a Europa tem condições de fazer pontes entre os Estados Unidos, a China e a Rússia, entre os Estados Unidos, o Irão e a Arábia Saudita, e nós não devemos renunciar a esse papel.

Duas palavras depois para a agenda mais própria do G20. A primeira para dizer que a União Europeia – e aqui não precisamos do G20 – não pode deixar a Itália, a Grécia, incluindo a Espanha, sozinhas nesta questão dos refugiados. É uma responsabilidade de todos: do norte, do leste, do sul e do oeste da Europa. E, em segundo lugar, queria dizer – com a grande experiência que os portugueses têm em África – que, se nós não apostarmos a sério, e isto já pode ser uma responsabilidade do G20, no desenvolvimento de África, acabaremos todos por continuar a aumentar esta tragédia que está a ocorrer no Mediterrâneo.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am kommenden Wochenende geht es – wie so oft – um die Frage: Wie gehen wir mit den Herausforderungen der Globalisierung und ihren Fehlentwicklungen um? Wir sind uns wohl alle bewusst, dass wir die Globalisierung formen müssen, damit die Globalisierung nicht uns formt. Dazu muss Europa seine Kräfte bündeln. Die Probleme innerhalb Europas beginnen nicht erst oder enden nicht erst an der Außengrenze der Europäischen Union. Ich erwarte mir daher von den G20 ein klares Bekenntnis gegen Protektionismus, für den Multilateralismus, für einen fairen internationalen Handel und für die Einhaltung internationaler Abkommen, internationalen Rechts und internationaler Werte.

Ja, wir brauchen eine *Global Governance*. Ja, wir müssen die Zukunft unserer gemeinsamen Welt zur gemeinsamen Verantwortung machen. Flüchtlingsströme und Migrationsströme sind eine globale Herausforderung, Afrika ist eine globale Herausforderung. Kämpfen wir endlich für mehr Fairness, Gerechtigkeit, Verantwortung und Zusammenarbeit! Wer sich abschottet ...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, 20 država, 20 različitih političkih sustava, 20 različitih razina razvoja, 4/5 svjetskog bruto društvenog proizvoda, 3/4 globalne svjetske trgovine, 2/3 svjetskog stanovništva. Tko bolje od ovih G20 može riješiti probleme s kojima se suočavamo?

Uvijek smo se dosada bavili financijskim i gospodarskim krizama i tim pitanjima, ali ovaj put je naslov: „Oblikovanje povezanog svijeta“. Kako svijet povezati, kako iskoristiti globalizaciju na najbolji mogući način, kako globalizaciju pozitivno iskoristiti? Protiv protekcionizma, protiv izolacije, protiv uskogrudnih nacionalnih politika, a za povezivanje svijeta i za pozitivno iskorištavanje globalizacije.

Neću zaboraviti ni pitanje žena i jednakost žena koje je jedna od tema na G20. Drago mi je da ste to stavili na dnevni red, ali sam sigurna da će se otvoriti mnoge druge teme koje se ovih dana otvaraju u svijetu, poput Sjeverne Koreje. Nadam se da će G20 odgovoriti na ova pitanja i da će se konačno Putin i Trump susresti i približiti.

Gunnar Hökmark (PPE). – Mr President, for the last twenty years globalisation has defeated poverty in region after region. There is more to do, but it is a process that is thanks to globalisation, and it has created bigger markets for European companies than we have ever seen: crucial for the recovery we are just seeing in the European economy. We need to defend the stability of this world order that has provided for this. We need to see Russia as the threat it is, with the disinformation, cyber war and the warfare we see, for example, in Ukraine. We need to see that the US is not the credible partner we are used to seeing. When the US gets smaller, we need to get taller, reaching out for free trade and supporting with the national governance. That is the most important aim: that we can take leadership in this global development.

Christofer Fjellner (PPE). – Herr talman! Det sköljer en våg av protektionism över världen, och Trump och brexit kanske är två av de tydligaste exemplen på det.

G20-mötet i Hamburg är det viktigaste tillfället vi har just nu att ta strid mot den här protektionismen och isolationismen. För den här protektionismen har vi inte råd med. I vår del av världen kostar den pengar och jobb, men i fattiga delar av världen kostar den faktiskt liv. Sen 2008 har tre gånger så många allvarliga åtgärder som är protektionistiska införts än de som varit handelslättnader, totalt 3800 världen över.

Förr gjorde G20 i alla fall ett uttalande till stöd för den fria handeln, men vid senaste mötet satte Trump stopp för det. När USA sviker då måste EU ta ledartröjan. Därför är frihandelsavtalet med Japan fantastiska nyheter, men det räcker inte. Vi måste gå vidare och klara ett frihandelsavtal med Mexiko, Sydamerika, Australien och Nya Zeeland, för det hänger på Europa, nu när USA sviker.

Catch-the-eye procedure

Ana Gomes (S&D). – O G20 podia fazer a diferença contra a desigualdade, por justiça global nos impostos, pela destruição dos paraísos fiscais, mas do G20 não espero nada, nem sequer tem existência formal.

Mas da presidência estónia espero, e peço, uma ação decisiva em dois domínios absolutamente determinantes para salvar ou afundar a União Europeia. Primeiro, uma gestão inteligente, com visão estratégica e respeito pelos direitos humanos e o direito internacional, do fenómeno imparável, do desafio imparável que temos nas migrações, que não podemos continuar a gerir como se fosse uma ameaça e não uma oportunidade para a Europa em declínio demográfico. Gerir migrações implica combater as causas do terrorismo. A União Europeia precisa de abrir canais legais seguros controlados para refugiados imigrantes e não continuar a alimentar o negócio das redes de traficantes.

Não há União Europeia se deixarmos a Itália e a Grécia sozinhas a afrontar este problema, como foi dito, e não podemos pensar em externalizar as nossas responsabilidades pagando campos de detenção na Líbia. A segunda prioridade é obviamente a justiça fiscal e está ligada com esta porque senão o fenómeno das migrações não vai parar.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, kun Yhdysvallat käpertyy entistä enemmän itseensä, se tarkoittaa sitä, että Euroopalla on mahdollisuus ja tärkeä rooli ottaa enemmän tilaa ja johtajuutta kansainvälisillä areenoilla. Silloin kun Euroopan unioni on yhtenäinen, olemme vahvoja. Siitä hyvä esimerkki on Pariisin ilmastosittemus, joka ei olisi syntynyt ilman Euroopan unionin sitkeää työtä kansainvälisillä foorumeilla.

G20-kokouksen erityisen tärkeitä teemoja ovat nyt juuri kauppapolitiikka ja kehityspolitiikka, jotka ovat asialistalla. Olen hyvin iloinen siitä, että komissio on ottanut todella aktiivisen roolin kauppapolitiikan osalta. Tiedämme, että eurooppalaisella kaupalla on nyt kysyntää maailmanlaajuisesti, ja ne säännöt ja sopimukset, joita teemme kansainvälisten kumppaneiden kanssa, ohjaavat koko maailmankauppaa. Globalisaation hallinnassa on tärkeää se, että olemme aktiivisia kansainvälisesti. Pyrimme lisäämään näin yrittäjyyttä ja työtä Euroopassa kansainvälisen kaupan näkökulmasta. Tässä Japani-neuvottelut ovat nyt hyvässä mallissa.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η Διάσκεψη Κορυφής των G20 στις 7 και 8 Ιουλίου πραγματοποιείται σε μια χρονική στιγμή όπου η πλήρης απελευθέρωση του εμπορίου και η παγκοσμιοποίηση έχουν διαλύσει τις ευρωπαϊκές κοινωνίες και έχουν δημιουργήσει στρατιές φτωχών και ανέργων. Αυτό συμβαίνει διότι το παγκόσμιο εμπόριο επιβραβεύει τις χώρες στις οποίες ακολουθούνται αθέμιτες πρακτικές. Έτσι, αμερικανικές και ευρωπαϊκές πολυεθνικές έχουν εγκαταστήσει, με την τακτική του outsourcing, τη βιομηχανική τους παραγωγή στις χώρες της Ασίας, εκεί όπου ανθεί η παιδική εργασία, η κινεζοποίηση των μισθών, η διάλυση των εργασιακών σχέσεων και η παραβίαση των όρων υγιεινής και ασφάλειας, και όλα αυτά γίνονται με στόχο τα υπερκέρδη.

Ήρθε η στιγμή να απαιτήσουμε να μπει φραγμός στις αθέμιτες εμπορικές πρακτικές και να εφαρμόσουμε πολιτικές οι οποίες θα προστατεύουν τους πολίτες της Ένωσης που χάνουν τις δουλειές τους. Ήρθε η στιγμή να μπει φραγμός στη CETA, την TTIP και τις διάφορες άλλες πολυμερείς εμπορικές συμφωνίες, και αυτό μπορεί να γίνει μόνο με την εφαρμογή της αρχής της κοινοτικής προτίμησης. Ταυτόχρονα απαιτούνται μέτρα για τον περιορισμό των μεταναστευτικών ροών που πλήττουν την Ελλάδα και την Ιταλία.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, comisario Timmermans, el G20 no es una estructura formalizada ni actúa con personalidad jurídica única en la comunidad internacional; la Unión Europea, sí, y está representada en el G20 no solo por la Comisión, sino por hasta cinco Estados miembros de la Unión Europea.

Y sería muy bueno que no hubiese ninguna cacofonía, sino unidad de posición para plantar cara al populista en jefe, que retira a los Estados Unidos del pacto contra el cambio climático; y para exigir una lucha sin cuartel contra la elusión, la evasión y, por supuesto, los paraísos fiscales, que combata la globalización de la desigualdad exasperante; pero, sobre todo, para exigir una respuesta global al desafío de las migraciones.

Y, para eso, sería muy bueno que la Unión Europea honrase el Tratado de Lisboa y el compromiso y mandato de la solidaridad entre los Estados miembros; que no dejase sola a Italia y abandonada a su suerte; y que estableciese, de una vez, vías legales y visados humanitarios para que los desesperados de la Tierra tuviesen una oportunidad de intentar alcanzar Europa sin abandonarse a las mafias ni perder la vida en el intento.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, κατά την προσεχή Σύνοδο Κορυφής των G20, θα συζητηθούν όπως γίνεται πάντα όλα τα σοβαρά θέματα τα οποία απασχολούν όχι μόνο τα κράτη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αλλά και όλη την ανθρωπότητα. Τα προβλήματα όμως τα οποία προκύπτουν από αυτά τα σοβαρά θέματα, όπως είναι η οικονομία, το εμπόριο, η δίκαιη φορολόγηση, η ανάπτυξη, η αντιμετώπιση της τρομοκρατίας και της μετανάστευσης, δεν μπορούν να επιλυθούν από την παγκόσμια διακυβέρνηση που επιδιώκουν να επιβάλουν οι G20 και την οποία εισηγούνται πολλοί από εσάς.

Παγκοσμιοποίηση και παγκόσμια διακυβέρνηση σημαίνουν ισοπέδωση, η οποία δεν επιλύει προβλήματα, αλλά επιβάλλει τις απόψεις των διεθνών επικυρίαρχων. Τα διεθνή προβλήματα θα επιλυθούν με μια ειλικρινή και σοβαρή συνεργασία κυρίαρχων και ανεξαρτήτων κρατών ή ένωσης τέτοιων κρατών που γνωρίζουν τις ιδιαιτερότητές τους και με βάση αυτές τις ιδιαιτερότητες προσπαθούν να βρουν την πλέον εφικτή και πλέον πραγματιστική λύση.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, I will try and react to some of the comments that were made and questions that were put to the Commission. First, on the refugee crisis and our cooperation with the Italian authorities on a code of conduct.

There is no one at the Commission who accuses NGOs of anything. I have stated very clearly yesterday in the press conference that the intentions of the NGOs are noble and good. What they are trying to do is save people from drowning in the Mediterranean. Nobody contests that. The only thing I have said very clearly yesterday is that a code of conduct could be helpful to avoid accidents at sea, to avoid misunderstandings, to make sure that the Libyan coast guard, once it is at the level needed, can do its job in Libyan territorial waters. That is the intention of our cooperation with the Italian authorities. I want to be crystal clear about that.

To the honourable Member, Ms Gardini, I would say this: I understand your criticism of the Commission and of what we are doing, but I think we are in this fight together. We are doing our best to encourage Member States to do what they have promised and to join with extra efforts to make this situation in Italy more bearable on all of us. But I would also ask her and other colleagues here in Parliament: could they please help us in talking to the prime ministers who are part of your political families, and tell them also they should take the responsibility? I understand – Ms in 't Veld said very clearly – she criticised the prime minister from her political family. Great. But talk to the prime ministers in your political family and convince them to do what needs to be done, and then we can all do the same job together instead of criticising each other. We are on the same line, the Commission and the European Parliament. Let's join efforts and convince the leaders of our nations, who are all part of one of mainly three political families in this House, to make sure that they do their bit. I believe if we do that together, we will get results fairly quickly.

Now, just a remark about Brexit. I know that Mr Finch operates under the Farage doctrine here in the European Parliament, which is to make outrageous statements and then run away before anybody can react. But still, I want to use the opportunity to react. I think we are all under an economic, political and above all moral obligation to do the least harm possible in this Brexit process. I think nobody disputes that position and attitude of the Commission, of the Member States and, I would argue also, of Her Majesty's government in London. But to go from there and to say that the whole of the European Union is going to suffer terribly in the G20 because of Brexit is a bit rich, frankly. And Mr Finch, just so you know, I am a great admirer of British culture and I love the UK deeply, whether they are in the EU or not, but Mr Finch really reminds me of a character created by John Cleese in Monty Python's *The Holy Grail*. It is the Black Knight, who, after being defeated terribly and all his limbs cut off, says to his opponent: 'Let's call it a draw'.

What I would like to say to Ms Morvai, who has developed a new practice of asking questions to me every time I am here – and credit to her, she waits to hear the answer – I wanted to say this. She asked me precisely the question about refugees. But let me turn this around one moment. What would have happened if, in 1956 the Swedish Prime Minister, the Danish Prime Minister, the German Chancellor, the Dutch Prime Minister, the Belgian Prime Minister, the Luxembourgish Prime Minister, had said: 'These Hungarians, these people culturally don't belong here. These people will change our culture in a way that we cannot accept.' What would have happened in 1956 if that had been done? I am proud of the European legacy where, when people are persecuted by an inhuman Communist regime such as the regime at the time in Hungary, they find safe refuge in other European countries – and the Hungarian communities across Europe have made an incredible contribution to our societies and have reached the highest level of all these societies in the first, second and third generation. That would be my answer to you, Ms Morvai.

And to Ms Atkinson, I really would like to say: how can you develop this profound admiration for President Putin on the basis of national sovereignty? Who in Europe has had more disregard of national sovereignty than President Putin, who occupies part of another sovereign nation? Who has had less disregard for this? How can you admire a man and his politics based on your analysis of national sovereignty? It is completely beyond me.

Finally, if you will allow me, I will answer Mr de Graaff in the same language that he and I share.

Mijnheer De Graaff heeft het over de patriottische lente die door zijn politieke leider in Nederland voortdurend werd verkondigd. Mijnheer De Graaff vertegenwoordigt een politieke beweging die in het land dat ik het beste ken, succes heeft geboekt bij een deel van het electoraat dat zich in de steek gelaten voelt door de traditionele partijen, zoals ook mijn eigen partij.

Als mensen naar je partij toe komen, geeft je dat ook een grote verantwoordelijkheid om iets te doen aan de zorgen die ertoe leiden dat mensen denken dat je een oplossing hebt. Maar de beweging van de heer De Graaff laat mensen alleen maar in de steek, door alleen maar woede te voeden, door alleen maar boosheid op tafel te leggen, door nooit eens een keer met een constructieve oplossing te komen, door nooit te proberen onderdeel van de oplossing te zijn, alleen maar proberen het probleem op te kloppen en groter te maken en ik zeg tegen de heer De Graaff – en hiermee wil ik eindigen – ik zie inderdaad een patriottische lente in Europa.

Het is een Europese patriottische lente die in Bratislava werd getoond door de Europese leiders toen ze samen een toekomst uitstippelden die we samen gaan vormgeven; die in Rome werd getoond door de Europese leiders toen ze aangaven samen de toekomst te willen aangeven; die op de G-20-top zal worden getoond door Europese leiders als ze aangeven dat de toekomst van de wereld, het welzijn van de Europeanen, alleen maar op duurzame manier kan worden gerealiseerd als Europeanen dat sámen doen, niet op basis van een vals idee van nationale soevereiniteit tegen mekaar, niet door neer te kijken op andere Europeanen of minderheden in de eigen samenleving, maar door iedereen de kracht te geven om samen een betere wereld te vormen.

President. – Thank you, First Vice-President, and thank you also for reminding us of John Cleese and his contributions to our common European culture. Please do inform us when you charge a Commissioner with a department for silly walks!

Matti Maasikas, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I would like to thank all Member for their comments, which remind us once again that we are facing challenging times on several fronts, especially with the geopolitical and political uncertainties which are still very high. I therefore look forward to a strong message of confidence from G20 leaders. We need to preserve the spirit of cooperation in the G20 and to continue providing multilateral answers to the challenges that we are facing. This also means maintaining and building on their achievements of the past and not giving in to protectionism and isolationism.

President. – That concludes the item.

(The sitting was suspended for a few moments)

Written statements (Rule 162)

Pál Csáky (PPE), írásban. – Timmermans úrnak az '56-os forradalommal és az azt követő, közép-európai, magyar emberek Nyugat-Európába menekülésével kapcsolatban tett megállapításait helyesbíteném. A II. világháborúig Európa bár sokszínű, de egységes kontinensnek számított, amelynek kultúrája keresztény-zsidó alapokra épült. Ezt az egységet bontotta meg a kommunista rezsim, fizikai és lelki pusztítást végezve. Sajnos, a négy évtizedes szakadás okozta károkat egyelőre nem sikerült teljesen felszámolni. Ezért is szerencsétlen a hasonlat, miszerint a pár ezer '56-os magyar menekült ugyanaz, mint az EU-ba ma az afrikai és ázsiai kontinensekről érkező tömeges menekültáradat. Az '56-os eseményeket követően a továbbra is a szabadságban és demokráciában hívók egy része elhagyta Magyarországot a jobb, és a korábban hazájukban is érvényes értékrend szerinti élet irányába. Az '56-osok tudták miért és hova igyekeznek, ez a jelenlegi esetben nem egyértelmű. Nem fair az EU keleti és nyugati felét az ilyen jellegű, nem igazságon alapuló kijelentésekkel egymástól eltávolítani. Nem az egységet szolgálja, sőt megoldásra nem vezet. Amellett, hogy a kívülről érkező problémákat meg kell oldanunk, ha jobb Európát akarunk, ugyanolyan odafigyeléssel kell lennünk az európaiak iránt, legyenek azok hollandok, franciák vagy magyarok, illetve akár kisebbségi létben élők. Az őshonos kisebbségekre gondolok, akiknek jogai érdekében az EU máig nem tett határozott lépéseket.

Iratxe García Pérez (S&D), por escrito. – El G20 no es una estructura formalizada ni actúa con personalidad jurídica única en la comunidad internacional; la Unión Europea, sí, y está representada en el G20 no solo por la Comisión, sino por hasta cinco Estados miembros de la Unión Europea. Resulta imprescindible que no haya ninguna cacofonía, sino unidad de posición para hablar con una sola voz frente a Donald Trump y su deseo de retirar a los Estados Unidos del pacto contra el cambio climático; y para exigir una lucha sin cuartel contra la elusión, la evasión y, por supuesto, los paraísos fiscales, que combata la globalización de la desigualdad exasperante; pero, sobre todo, para exigir una respuesta global al desafío de las migraciones. Y, para eso, sería muy bueno que la Unión Europea honrase el Tratado de Lisboa y el compromiso y mandato de la solidaridad entre los Estados miembros; que no dejase sola a Italia y abandonada a su suerte; y que estableciese, de una vez, vías legales y visados humanitarios para que los desesperados de la Tierra tuviesen una oportunidad de intentar alcanzar Europa sin abandonarse a las mafias ni perder la vida en el intento.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Skupina G20, ktorá tvorí až 4/5 svetového hrubého domáceho produktu a 2/3 svetovej populácie sa tento mesiac stretne, aby prerokovala dôležité otázky obchodu, daňového dumpingu, klimatických zmien, migrácie, bezpečnosti, terorizmu a iné dôležité témy všeobecného záujmu. Som rád, že sa tento summit koná. V čase globalizácie, ktorá nám prináša veľa výhod, ale i veľa výziev, je to príležitosť, keď môžeme viesť dialóg pre spravodlivejšiu globalizáciu a sústrediť sa na vytváranie a realizáciu realistických cieľov.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Reményem szerint az EU vezetői a G20-csúcstalálkozóra a korábbiaknál jobban felvértezve érkezhetnek, mert az utóbbi két év meddő vitái után az Európai Tanács júniusi ülése végre a menekültválságon túllépve kellő súllyal tudott foglalkozni és határozni a világ és az európai polgárok jövőjét meghatározó olyan közös kihívásokról, mint a globális gazdasági növekedés, a Párizsi Egyezmény végrehajtásának fontossága, valamint a közös biztonság. Afrika és a fenntartható fejlesztési célok jelentőségét nem lebecsülve, az európai érdekek, a migrációs mozgások jövője szempontjából szerintem a találkozó kulcskérdése a nemzetközi béke és biztonság szavatolása, elsősorban a szíriai és iraki szintéren. Kevésbé tartom megnyugtatónak az EU pozícióit a globális partnerekkel szemben a migrációs kérdéskörben. A határőrzéssel, a menekültek elosztásával, a migráció humánus megközelítésével kapcsolatban tett fontos elvi állásfoglalások ugyanis mindaddig nem tekinthetők a közös uniós cselekvést meghatározó döntésnek, amíg az EiT nem képes véget vetni saját egyes tagjai Európa- és idegenellenes aknamunkájának, mint amilyen például az Orbán-kormányé. Ezzel együtt az EU-nak továbbra is a Trump-adminisztráció politikáját kritikus fényben feltüntető, iránymutató és példaadó szerepben kell fellépnie a G20-on és az egész nemzetközi szintéren a migráció kezelésében az emberi jogok érvényesülését, a menekültekkel való emberséges bánásmódot illetően.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – A propósito de um Pilar Social destinado a branquear as políticas neoliberais da UE são feitas 20 propostas concretas que se afiguram como um autêntico manual de exploração e nivelamento por baixo dos direitos laborais e sociais. Promovem o aprofundamento da exploração e da precariedade por via da «flexibilidade», atacam o direito à proteção social e segurança social pública e universal, alinham a «idade da reforma com a esperança de vida». Defendem a precariedade e a submissão dos direitos sociais e laborais aos desideratos dos patrões, do grande capital e dos interesses do diretório de potências da UE. Elimina-se qualquer referência a políticas públicas de serviços, como a educação ou a saúde. Assumem uma visão mercantilista dos direitos seja na proteção social, na saúde, na educação, na água, no saneamento, na energia, nos transportes, entre outros, quem os quiser que os pague! Um manual de exploração que urge rejeitar e com ele as políticas e constrangimentos da UE que promovem a pobreza, as desigualdades e a asfixia de povos e países soberanos.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

6. Erläuterung des Tätigkeitsprogramms des estnischen Ratsvorsitzes (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Council and Commission statements on the presentation of the programme of activities of the Estonian Presidency (2017/2659(RSP)).

I give a very warm welcome to the Prime Minister of Estonia, Mr Ratas, who is now President-in-Office of the Council.

Jüri Ratas, nõukogu eesistuja. – Austatud istungi juhataja! Juulis 1979 pidas esimese kõne esimese otsevalitud Euroopa Parlamendi ees Louise Weiss, kelle järgi see maja on oma nime saanud. Oma kõnes viitas Weiss, tollal 89-aastane „Euroopa Vanaema”, Hermann Keyserlingi loomingule.

Keyserling oli Eestis sündinud filosoof, kes juba 20. sajandi alguses omas visiooni ühtsest Euroopast. Euroopast, kus riigid töötavad koos, aga säilitavad oma unikaalsuse. Euroopast, mis on tugev just oma mitmekesisuse tõttu. Samal istungil presidendina oma esimese kõne pidanud Simone Veil (keda just neil hetkil Pariisis viimasele teekonnale saadetakse) rõhutas, et ainult Euroopa dimensiooni kaudu on võimalik leida lahendus kolmele suurele väljakutsele: rahule, vabadusele ja heaolule. See on endiselt nii.

38 aastat hiljem on mul au seista siin, et esitleda Eesti Euroopa Liidu Nõukogu esimese eesistumise prioriteete. Keyserlingi ja Weissi ajaga võrreldes on palju muutunud, kuid idee Euroopa rahvaste liidust on püsima jäänud.

The European Union is not only an idea. For 500 million people in the EU, it is their daily reality. Europeans want and deserve a union that is strong and decisive and that delivers. To achieve that, we must ensure that every voice is heard and balance the different traditions, interests and opinions in Europe, fairly. This is why the overarching theme of our Presidency is *Unity through Balance*.

First, before I turn to our plans, I acknowledge that no Presidency can succeed, alone. We will work very closely with you, honourable Members of the European Parliament, to make sure that citizens are at the heart of everything we do. We need your wisdom and input on every topic on our agenda. We are very grateful to Malta for their excellent work paving the way for us and our trio partners – Bulgaria and Austria. In Bratislava, Malta and Rome, we had a frank and honest discussion about where we stand and what we need to do to weather the storms ahead and emerge stronger.

It is our shared agenda, with the honourable Parliament, to find concrete answers to our citizens' most pressing concerns – unemployment, security and immigration – and to bring Europe closer to our citizens. For the Estonian Council Presidency, our key aim is to move forward with the EU's positive agenda

The four priorities that we will focus on over the next six months reflect these discussions and are guided by the spirit of the Rome Declaration. They include an open and innovative European economy, an inclusive and sustainable Europe, a safe and secure Europe and, of course, a digital Europe with the free movement of data.

Our priority of an open and innovative European economy, a strong and competitive European economy, supports growth and employment. Of course, that will make our plans and vision in every other policy area possible. The Single Market is one of the greatest assets of the EU, and the free movement of goods, services, people and capital benefits us all. However, the Single Market is not complete. Some of its potential is still untapped.

Our Presidency is prioritising the creation of an innovative, European social market economy that is open to changes, opportunities, free and fair trade and original ideas. For companies to succeed, the business environment must be transparent, simple and free of red tape. We are focused on ensuring a stable banking sector and taking forward the Services Package, and we stand ready to reform EU company law.

Equally, a smarter, cleaner and more cost-effective energy system with an enhanced role for the consumer is an important part of a competitive European economy, and one that we will aim for.

Our next priority is an Inclusive and Sustainable Europe. Of course, a strong economy must be based on the core European values of inclusivity and sustainability. The EU is not just for the few, or for the here and now. We want to ensure that every European citizen can continue to enjoy a Europe that is beautiful, sustainable, free, prosperous and safe.

One of the biggest challenges for this generation of politicians is technological transformation. It is one that I am confident we can shape. Because of our changing society and the influence of technology, the very nature of work is changing. Remote working in a digital economy means an employer and an employee may never actually meet in person. Along with robotisation and artificial intelligence, it represents the „fourth industrial revolution“. In response, we need to adapt our social security systems and respond to changes in the economic environment. Skills must meet the needs of future jobs, whether it be building self-driving cars or designing virtual reality experiences.

During our Presidency, we will focus on ways in which the EU can offer equal opportunities and conditions for people, both in their own Member State and also when working and living in another.

Equally, we owe it to our future generations and we owe it to our planet to fulfil our commitment to the Paris Agreement and ensure that sustainability is a key feature of all European policies. Despite the United States withdrawing from the Agreement, we will not change our own commitment.

Our next priority is a safe and secure Europe. Born from the destruction of two bloody world wars, Europe came together, united. It is our utmost duty to keep Europe safe and secure. We cannot fail in that. Let me underline this to the House. In the 21st century, we must not accept aggression against a European country or the illegal annexation and occupation of part of its territory. Were it not for the 1983 European Parliament resolution on Soviet-occupied Estonia, Latvia and Lithuania, perhaps I would not be standing in front of you today.

I remember what it means to live inside closed borders when the Berlin Wall, the Iron Curtain, divided Europe. We were not allowed to visit foreign countries. Even Estonian islands were highly guarded border-zones that could be visited only with a special permit. I remember my parents watching Finnish television and listening to the Radio Free Europe – the only access to the free world.

I know what it means to wish for freedom and democracy. I believe that it is not impossible that one day in the future, a Ukrainian President may stand in front of this house in the same role as I am today.

It is clear that the European Union must assume greater responsibility for security in and around Europe. No single country is able to stand up to the threats we face, or solve these challenges, alone. The Global Strategy, the EU-NATO joint declaration and the debate on the future of defence rightly set out a high ambition. In order to keep those ambitious promises and deliver results, we need to spend more and we need to spend better on defence. That means joint development of the necessary capabilities.

At the same time, we need to make full use of the existing and new mechanisms, such as the Battlegroups, Permanent Structured Cooperation and the European Defence Fund. Practice makes perfect, so we must regularly carry out coordinated crisis-management exercises. The EU has a vast toolbox ranging from industry, to cyber defence, from strategic communication to Battlegroups.

The EU's external borders need better protection and tighter control over the movement of both irregular migrants and illicit goods. Law enforcement needs a targeted toolbox for cooperation and information sharing.

Sadly, many of the recent terror attacks have proven that often the threats to our safety are not caused by shortcomings on the ground, but by the lack of information sharing. Therefore, we must continue to create modern IT solutions for the rapid exchange of information. We must improve the interoperability of information systems and the quality of data exchange. There cannot be known „unknowns“, when peoples' lives are at stake.

The ongoing migration-crisis remains the most urgent challenge that we have seen for decades. It is our responsibility, not only as Europeans but as human beings, to assist those seeking refuge in Europe from the tragedy of the Syrian war. Once again, no one Member State can resolve the crisis on their own. We can only keep Europe safe if we act together, in the spirit of solidarity and responsibility.

The EU cannot only look inwards. We must look outwards, actively assisting countries in our neighborhood, both in the south as well as the east. We must reconfirm our political commitment to the Eastern Partnership in order to better respond to the ambitions of all the partners.

In addition to the Eastern Partnership Summit, we will also contribute to the preparations of the EU-Latin American and Caribbean States Summit and the EU-Africa Summit. In summary, our citizens expect safety and security, and we must deliver it together and without hesitation.

Next, our priority of creating a digital Europe and the free movement of data. In Estonia, we think of the free movement of data as the fifth freedom of the EU. Therefore, we will start a political debate in Europe on this essential freedom. The digital revolution is at the core of every challenge and opportunity that Europe faces today. Together with our Trio partners, Bulgaria and Austria, we are committed to delivering a Digital Single Market in 2018. But we must also look further afield, which is why we have a digital dimension to almost every aspect of our Presidency programme, from fisheries to space, and the use of data – the raw material of the digital society.

The development of cross-border services and e-commerce has tangible benefits for EU citizens. Buying goods or services online, watching your favourite domestic TV-show, or using e-prescriptions in another European country should be possible and easy. Concluding the current negotiations on geoblocking, audiovisual media services and taking forward the reform of copyright will help get us there.

A critical aspect of a functioning digital society is trust. Europe should be a safe place where rules respecting privacy, data protection and our digital identity are vital. As seen from the recent global cyber-attacks, we need to up our game to keep Europe safe.

To support this digital society, Europe requires fast, seamless, always-on and always-available connectivity. Europe needs to be among the pioneers in rolling out 5G and developing new connected products and services. Updating the telecommunications regulatory framework will contribute to these goals. A data driven economy and the fourth industrial revolution will also need a Digital Government.

Every person in Europe should be able to interact with the government with ease and without worry. During our Presidency, we will encourage the use of IT solutions in daily life, including our health, justice, and financial systems. Trust me on this point, once you have filled your tax declaration in just three minutes while sitting by the river on a nice Sunday, you will never want to go back to paperwork. In the Estonian Government, we save a stack of papers as high as the Eiffel Tower each month – that means twelve Eiffel Towers per year!

In September, I look forward to welcoming the Heads of States, governments and institutions to the Digital Summit in Tallinn to discuss these very issues and opportunities.

There is one more topic that I would like to address before I conclude – Brexit. We are sad to see the UK withdraw from the EU. It is a loss for our country, for the European Union and for the United Kingdom. I hope that the United Kingdom will remain a close friend. The negotiations need to be conducted in a constructive spirit, tackling first the citizens' rights, the financial settlement and the border in Ireland.

However, the Presidency's task is also to make sure that EU27 continues to work and continues to deliver for our future. We will not let Brexit negotiations dominate our work or prevent us from achieving results.

In Conclusion, Honourable Members of the Parliament, I hope that our Presidency will be remembered as one that allowed Europe to put the crises behind us and once again look optimistically towards our future. In the words of the great Irish poet Seamus Heaney, this could be a „once in a lifetime“ moment when hope and history rhyme. My own country and people have been very lucky. Our hope and history have rhymed twice in less than a century so, in a way, it makes us experts on „seizing the day.“ I am sure we are not alone in feeling that change is in the air.

Europe needs to be redefined for every generation, to adapt and to inspire. Helmut Kohl was one of the key architects of Europe. We sent him on his last journey from this very room only a few days ago. He said: „the visionaries of yesterday are the realists of today“.

I believe that things we never thought possible are happening, right before our eyes. So, there is no excuse for not acting, there is no excuse for thinking small. We will turn tomorrow's reality into the one we want. Today, it is up to us to begin creating that vision, creating that reality.

President. – President Ratas, thank you for a very comprehensive and ambitious programme that we in Parliament certainly look forward to working on with you, and if I may say, the fine choice of poet that you quoted. And I remember – if I may be indulged – he also said, ‘There is no such thing as innocent bystanding’, and perhaps we might remember that.

Andrus Ansip, Vice-President of the Commission. – Madam President, I am honoured to stand here today, on behalf of President Jean-Claude Juncker and the entire Commission, at the start of the first ever Estonian Presidency of the Council of the European Union. This moment comes after a long wait for a country that joined the European Union some 13 years ago, but good things come to those who wait, and Europe has many good things to look forward to over the course of the next six months.

Along with President Juncker and my fellow Commissioners, I was in Tallinn last week and saw first hand how well-prepared the Presidency team is. Knowing how the Estonian civil service works, I never doubted this for a moment. This is also reflected in the programme of the Estonian Presidency, which is fully in line with the joint declaration which the Presidents of the three institutions signed at the end of last year. Both go to the heart of the issues that matter the most for Europeans.

The timing of the Estonian Presidency could not be better. I say that because it comes at a time when we need to make progress on making the digital part of Europe's DNA. The next six months are crucial for making our economy digital. Since this Commission came into office, we have made some real progress towards completing the digital single market, having made 35 proposals since November 2014. Together with the upcoming Bulgarian and Austrian Presidencies, Estonia has set the goal of reaching agreement in all of them by the end of next year. That will be important if we are to benefit from the EUR 415 billion that completing the digital single market could unlock. I am delighted that the Presidency has highlighted 5G coverage as a priority area. We want 5G to be commercially available in at least one major city of each EU Member State by 2020, as it will be in Tallinn by next year. But in the long term, all urban areas, as well as major roads and railways across Europe, should have uninterrupted 5G coverage. Achieving that could bring EUR 146 billion worth of benefits a year and is likely to create 2.39 million jobs in the European Union. Jobs matter to Europeans, and these are the things that we must focus on.

That is why we are also making sure that we are investing in our digital future. There is no shortage of European innovators and entrepreneurs with new and fresh ideas to bring to a thriving digital market. But Europe cannot afford to lose these ideas to other parts of the world because of a lack of opportunities or financing. That is why we are focusing on investments, so start-ups and small businesses can access the financing that they need to scale up and bring their ideas to market. The capital markets union is already helping to make venture capital easier to access, and the Juncker Plan has now mobilised EUR 209 billion across Europe. One of your first achievements will be to secure an agreement on extending the fund so it can unlock at least EUR 0.5 trillion by 2020.

But the success of the digital single market will also depend on trust and security. That is why I hope we can learn from Estonia's experience on cybersecurity. The scale of the risks is significant. By 2020 there will be 50 billion connected devices. Just last year there were 4 000 ransomware attacks per day – a 300% increase compared to the year before. We saw the damage that the data ransomware attack caused to institutions in Europe and elsewhere just last week. That is a very stark reminder and a very clear warning that we cannot take our cybersecurity for granted. With that in mind, we will review the EU cybersecurity strategy with targeted initiatives by September.

I know we can rely on your support and expertise on this and on all other broader security issues which I know your Presidency has prioritised. Finding agreement on the European Travel Information and Authorisation System and the Entry-Exit System by the end of the year will be absolutely crucial to ensuring that. Equally, the reform of the Common European Asylum System has taken too long to come to fruition. I sincerely hope that the 'Unity in Balance' slogan of your Presidency can be applied here and across the board.

There is much work ahead of us over the next six months, and I am glad that the Estonian Presidency will be leading the way. I will not only wish them – or Jüri – good luck, but I also thank you in advance.

(Applause)

Tunne Kelam, on behalf of the PPE Group. – Madam President, there is an old saying that a person will be remembered for two things only – the problems he has solved, and the problems he has left. I think Estonia has a good chance of qualifying in the first category. As a small country that is not too much burdened by its national interests, Estonia can better play the role of an honest broker to bring the 27 Member State governments more closely together, because this is needed more than ever today.

I like the Estonian message, which could be called 'back to basics', that the fundamental freedoms need to be fully implemented. As you said, Prime Minister, the single market is not yet complete. I also like the focus on concrete results for EU citizens in terms of better provision for security, safety and quality of life. And similarly, for our neighbours, I am encouraged that Estonia sees the Eastern Partnership as a cross-cutting priority for our foreign and security policy. It should remain a special commitment to help neighbouring nations become part of the same area of rule of law and prosperity.

Yesterday evening, Commission Vice-President Timmermans said something which moved me. He said that if Poland and the Baltic States had not joined the European Union in 2004, they would have shared today the fate of Ukraine.

Let us now address together the fate of Ukraine and finally agree on a realistic common strategy to counter, without hesitation, Russia's aggressive policy. The ultimate goal of that policy is not Ukraine, but the weakening, confusing and compromising of the EU itself.

The same is true in relation to energy solidarity.

I trust Estonia will lend momentum to the completion of the digital single market, boost digital Europe and advance the free movement of data. And, to conclude, I look forward to an active and coordinated approach towards the Mediterranean and Middle Eastern crises, building an efficient border guard system and preparing for an active post-ISIS role in Iraq and Syria. I think Estonia has a chance to make Europe cosier and closer to our citizens, and greater for the outside world. Good luck Estonia! Good luck Europe!

Marju Lauristin, on behalf of the S&D Group. – Madam President, it is really a great day of joy for all Estonians, because all Estonia have been preparing ourselves to this first Presidency. I remember when we started this way to the European Union in 1997, we were poor but we were bold, and we were absolutely sure that the European Union is our destiny: it is our goal and we bring the best of us to that. The same year, we started also the programme 'Tiger Leap'. It was a programme of digitalisation. We brought computers in all the Estonian schools, and we were sure that digitalisation is our shortcut – shortcut to the future; shortcut to the future where we are now. Here our Prime Minister is standing – the youngest prime minister in Europe – and bringing here both programmes connected with digitalisation, digital revolution really in Europe. What I want to stress is that our experience is showing that digital revolution is total. It is not only market, it is not only technology. In the first place it is new relationships in the whole society: a new type of services, a new type of well-being, a new type of engagement and activity and participation of people, and for that, I suppose, it is very important also to build trust. And as a President said, I suppose that is the most difficult task, because we can tell whatever we like about our good experiences, about digital and so on, but you have to convince

the other 27 or 26 that it is that, and very often you will hear what we have heard here – ‘Oh, you are so small and bold, you can do that.’ But we are much bigger; we have bigger risks. We will wait.

But we know that Europe cannot wait. Europe cannot wait; Europe needs this; Europe needs to be the most competitive, biggest market in the world for most advanced technology, but also for most advanced society.

And I will also stress very much what already was said here. We are living not in a very happy moment for the world. We are looking what is going on around us. Yesterday we saw how Putin and the Chinese leader were embracing each other. We see what is happening in Turkey. We know that really Europe is one of the most important hopes for the world to preserve ideals of democracy, liberal democracy, human rights. These are values which cannot be left just to free flow. We have to protect them, fight for them, and as was said by the Prime Minister, Estonia is like also Latvians, Lithuanians, Poles: we know really the price of freedom. We know the price of the democracy, and for that I am sure that, under our Estonian Presidency, the European Union as a whole will be stronger also in this fight.

So I wish you good luck. I wish you strength and wisdom and trust.

(Applause)

Roberts Zīle, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, I would first like to wish the Estonian Presidency every success. Going very quickly through the three priorities of your programme, I would like to start with an open and innovative European economy.

It is not an easy time for this task because we know there is a global shift in thinking about free trade and also, even on a single market issue, particularly in several service sectors, we see that it is not really a single market. I wish you a very strong position to succeed in this field and to go in a protectionist direction. In particular in Estonia you have had great experience, since Estonia regained independence, of creating a small, open economy with free trade and a very simple system of how to start doing business.

The second issue is security. With the EU having a border with an aggressive neighbour, I think you know very well why you have such priorities as increasing defence expenditure. You have always kept all your promises to NATO. I would point out that they are promises, not obligations.

Tunne Kelam spoke of supporting and strengthening relations such as with eastern partnership countries. This is also very important. On EU-NATO relations on the security issue, it may not be well known that Estonia is home to the NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence. Any EU Member State can get cybersecurity advice and excellence from this centre so it is not necessary to create some kind of European agency for this purpose.

Regarding digital matters, I think you will succeed in the next six months with the digital single market. I hope this will also be done with Commissioner Ansip who knows this issue very well. I would just like to add what has already been said about digital issues, namely that the e-residency programme in Estonia could also perhaps remove some obstacles which would be created if the outcome of the Brexit negotiations goes the wrong way.

Prime Minister, a final point, you are here today with your closest allies. There could be more of us – also on the Commission side – but it is not ridiculous.

Cecilia Wikström, *för ALDE-gruppen*. – Fru talman! Till att börja med så vill jag naturligtvis önska det estniska ordförandeskapet allt gott.

Ni tar över i en tid som präglas både av populister som ifrågasätter allt det gemensamma men å andra sidan, och detta är positivt, en väldigt stor förväntan från Europas medborgare att hitta gemensamma lösningar för gemensamma gränsöverskridande problem.

Medborgarna säger i senaste Eurobarometern, mer än 70 procent säger, att när det rör terroristbekämpning, klimatförändringar och först men inte minst all politik som nu måste fokuseras på att bygga en asyl- och migrationspolitik där alla tar ett gemensamt ansvar. Det är väldigt viktigt för den här unionen och för vår framtid att vi faktiskt ska kunna skapa en politik som håller och där varje land har sin proportionella del utav det gemensamma ansvaret.

Som föredragande för Dublin-förordningen så hoppas jag givetvis att ni ska prioritera detta och verka för en gemensam och verkligen väl fungerande politik på det här området. Det är uppenbarligen så nu att den politik vi har inte håller och inte klarar den test som verkligheten har ställt oss inför.

Vi måste bevaka de yttre gränserna och alla människor som passerar måste registreras. Ett system där vi delar ansvar för dem som tvingas fly är ett europeiskt åtagande, och jag är rädd att väldigt mycket av vår framtid står på spel om vi inte lyckas leverera den här gången.

Medborgarna förväntar sig att det ska vara rättssäkert, att det ska ges skydd åt dem som behöver internationellt skydd, men att vi gemensamt också ska kunna återföra dem som inte uppfyller kriterierna, så att de inte bara finns här på ett irreguljärt sätt utan att de återförs till sina ursprungsländer på ett ordnat och värdigt sätt.

Jag tycker att det är viktigt att säga att efter mina möten nu med många från den estniska regeringen med premiärministern och de andra ministrarna, så kan vi ha mycket högt ställda förväntningar. Ni kommer att leverera med kvalitet och med en europeisk anda.

Låt oss finna lösningar för allas vårt gemensamma bästa. Jag hoppas att när ni nu tar över så kommer ni att kämpa för att vi ska hitta de här lösningarna, och när ni lämnar ordförandeskapet vidare så ska vi vara ännu mer en europeisk union än nu när ni tar över.

Lycka till!

Δημήτριος Παπαδημούλης, Εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Ratas, καλωσορίζω την πρώτη εθνοτική προεδρία και θα ήθελα να σας συγχαρώ και για τα σημαντικά βήματα ψηφιοποίησης, τόσο της οικονομίας όσο και της δημόσιας διοίκησης σας. Θα ήθελα όμως να σταθώ σε όσα δεν μας είπατε στην αρχική σας ομιλία και να ζητήσω απαντήσεις στη δευτερολογία σας. Τι θα κάνετε για την προώθηση ενός ισχυρού κοινωνικού πυλώνα στην Ευρωπαϊκή Ένωση εφόσον οι ανισότητες, κοινωνικές και περιφερειακές, αυξάνονται επικίνδυνα; Τι θα κάνετε για τη φορολογική εναρμόνιση, που είναι απαραίτητο εργαλείο για τον περιορισμό μιας κραυγαλέας φοροδιαφυγής, όπου οι πολυεθνικές πληρώνουν ελάχιστα, μέσω φορολογικών παραδείσων, και οι φορολογούμενοι πολίτες, μισθωτοί, συνταξιούχοι και μικρομεσαίες επιχειρήσεις πληρώνουν το κόστος; Τι θα κάνετε για την ευρωπαϊκή αλληλεγγύη στο προσφυγικό, που είναι ελλιπής, καθώς κράτη μέλη αρνούνται να τιμήσουν τις δεσμεύσεις τους; Τι θα κάνετε για την ολοκλήρωση της τραπεζικής ενοποίησης με ένα πρόγραμμα εγγύησης των τραπεζικών καταθέσεων που έχει προτείνει η Επιτροπή, αλλά σκοντάφτει στις αντιδράσεις μέσα στο Συμβούλιο; Τι θα κάνετε για την ενίσχυση των πολιτικών συνοχής, καθώς οι ανισότητες μεγαλώνουν επικίνδυνα;

Περιμένω, στη δευτερολογία σας, συγκεκριμένες απαντήσεις και δεσμεύσεις και έργο σε αυτά τα θέματα όταν έρθετε να κάνετε τον απολογισμό σας, για να μην μείνουμε σε συμπαθείς γενικότητες.

Josep-Maria Terricabras, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, I am happy to intervene in this session on behalf of my Group.

Estonia has chosen four main objectives for the next six months. The logical order of these four objectives seems clear. The inclusive and sustainable Europe that Estonia wants to promote, as the fourth objective, will be closer if the first three objectives are achieved. They consist in the promotion of an open and innovative economy, and, as required by that, security in daily life as well as significant advances in the modern digital world and the exchange of information. These three goals may certainly facilitate a more inclusive and sustainable Europe.

The programme adds in its introduction that, in pursuing those objectives, Prime Minister, you will respect human rights and fundamental freedoms. So far, so good. However, I would have liked to see an entire chapter in the programme devoted specifically to the defence of human rights, not just as a consequence to be drawn from other objectives but as a specific objective in itself. Estonia, which is a small country and is a friend of my country, Catalonia, must be guided not only by the logic of inclusion and sustainability but also by the explicit defence of human rights. Indeed, the human-rights deficit is not found only in third countries, which we constantly criticise: unfortunately it also occurs in many countries within the Union.

I am confident and convinced that, in the months to come, Estonia will go in the direction of denouncing any breach of fundamental rights in the European Union. Having said this, I must also say that my Group is pleased with the announcement of this project. We can only wish the best to Estonia and to Europe under this new Presidency.

Rosa D'Amato, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Estonia è il paese dove ha preso avvio la rivoluzione del voto elettorale via Internet, ed è la prima volta che questa presiede il Consiglio.

L'Estonia indica quattro priorità, indubbiamente condivisibili: un'economia europea aperta e innovativa, un'Europa sicura, digitale, inclusiva e sostenibile. Ma in passato abbiamo visto belle promesse che nascondevano qualcosa di meno affascinante. E purtroppo, dietro il paravento estone, ritroviamo le priorità della Commissione, con il piede dell'acceleratore sull'Unione dei mercati dei capitali, sul FEIS, sull'Unione bancaria, ma anche sull'omnibus e sull'incremento della spesa militare che asseconda la dichiarazione congiunta con la NATO di un anno fa.

Nulla di nuovo sotto il sole, dunque. Mi piacerebbe invece che l'Estonia invertisse la rotta rispetto a una tradizione ormai consolidata, che vede gli Stati utilizzare questa opportunità per ottenere un maggiore lustro, con belle parole, ma purtroppo con politiche vuote. L'Estonia ha saputo rivoluzionare il proprio sistema elettorale? Bene, porti anche qui una ventata di cambiamento, perché i cittadini europei ne avrebbero realmente bisogno.

Matteo Salvini, a nome del gruppo ENF. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, buon lavoro. Al di là del voto elettronico, io penso che le emergenze in Europa siano due: lavoro e sicurezza, caro Presidente.

Tema disoccupazione: ci sono venti milioni di cittadini europei disoccupati, di cui quattro milioni di giovani. Quindi io prego la Commissione e la Presidenza di smetterla di fare regali alle multinazionali; di non sottoscrivere più accordi suicidi come quelli con il Canada del CETA, contro cui stanno manifestando in questo momento gli agricoltori italiani: 300 000 aziende agricole che producono grano a rischio; di smetterla di approvare direttive folli come quella sulle banche e come la direttiva Bolkestein; di smetterla di regalare a dazio zero lo sbarco di migliaia di tonnellate di olio tunisino, pomodori marocchini, riso cambogiano o thailandese sulle nostre tavole, con la salute dei nostri figli che ne paga le conseguenze; di rimuovere le sanzioni contro la Russia, che deve essere un partner commerciale e non un nemico, e che non si appresta a invadere niente e nessuno; e di difendere i confini.

Io capisco che l'Estonia non abbia questo gran problema perché ospita al massimo 150 immigrati. L'Italia sta diventando un enorme campo profughi. In questo palazzo, qualcuno disse: «Viva Macron, viva la Francia!», e adesso Macron chiude i porti alle navi straniere. Qualcuno disse: «Viva l'Austria che ha fermato i populist!», e l'Austria mette l'esercito e i blindati ai confini con l'Italia. La smettiamo di farci invadere? Cinquecento milioni di cittadini europei vi pagano per dare loro lavoro e sicurezza, non per fare regali agli scafisti e ai banchieri. Buon lavoro.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). – Elnök Asszony, Biztos Úr, Miniszterelnök Úr! Gratulálok Önnek az ambiciózus tervéhez, ahhoz a négy ponthoz, amit ismertetett. És gratulálok az észtek első elnökségének is, kívánom, hogy ez a program úgy, ahogyan tervezte, valósuljon meg. Bár említette, hogy nem szeretne kifejezetten a brexitre koncentrálni, azért nyilván Ön is elismeri, hogy a brexit megkerülhetetlen tényező lesz az Önök elnökségében. Sőt, azt mondom, hogy minekután a tárgyalások most kezdődnek meg, nagyon fontos, hogy milyen kiindulási pontokat fogunk meghatározni. Ön számára is, az Ön országa számára is, minden európai ország számára fontos, hogy a Nagy-Britanniában dolgozó európai uniós állampolgárok milyen helyzetben maradnak. Sőt, azt is mondhatom, hogy a nagy-britanniai állampolgárok milyen helyzetben maradnak az Európai Unióban. Egy közös, jó megállapodást kell hozni.

Említette a digitális gazdaságot, amit én nagyon fontos dolognak tartok, a belső piac kiteljesedésének egyik útjának tekintem. 430 milliárd euróról van szó, ha sikerül ezt a programot megvalósítani. Mégis szeretném felhívni az Ön figyelmét egy másik témára, amely szoros kapcsolatba van ezzel – ez a körforgásos gazdaság. Van egy jelentésem, ami egy kiváló jelentés a terméknövelő termékekről, aminek a trilógusa most fog megkezdődni. Ez hozzájárulhat ahhoz, hogy ez a körforgásos gazdaság kialakulhasson és kiteljesedhessen. Kívánok Önnek jó elnöklést ehhez!

Maria João Rodrigues (S&D). – Madam President, it is a real pleasure to receive Prime Minister Ratas here among us, and we welcome the Estonian Presidency's commitment to an open and innovative Europe. This is a really big vision, and we would like to align that vision with European values too. That is why your contribution, Prime Minister, will be very important in making the best of the digital revolution, as we believe that many benefits can come from this, and I would say that, more than just a digital single market, we need a digital Union, making sure that everybody can benefit from the digital revolution when it comes to quality of public services, when it comes to full access for all citizens and when comes to the transformation of people's working conditions in the digital environment.

That is why the European social pillar, to be proclaimed during your presidency, should be geared to the future and should empower young people in Europe.

We also approve of your commitment to an open Europe, and indeed Europe is now negotiating very important trade agreements. We believe that, in negotiating these agreements, we should pay attention to the Union's commitment to the sustainable development goals. That is why the new instruments for defence are so important.

However, in a nutshell, all the best for your very promising presidency.

Anneleen Van Bossuyt (ECR). – Ik heb recent een werkbezoek aan Estland gebracht en ik moet zeggen dat ik onder de indruk was van de voortrekkersrol die jullie spelen op het vlak van het digitale en dan heel specifiek op het vlak van e-government en administratieve vereenvoudiging. U gaf zelf het voorbeeld dat uw belastingen van overal ingediend kunnen worden.

Welnu, mijn verwachtingen van dit voorzitterschap zijn dan ook hoog, want een voorzitterschap dat zo gefocust is op dat digitale, zal ons ongetwijfeld kunnen helpen om de digitale interne markt, die zo belangrijk is voor Europa, versneld uit te bouwen of alleszins in een hogere versnelling te schakelen. Ik denk dat het trouwens ook niet alleen in het belang is van een goed werkende digitale interne markt, maar zeker ook van de Europese consument om de belangrijke lopende dossiers, zoals het dossier rond geoblocking, maar ook het dossier rond de typegoedkeuring van voertuigen, samen tot een goed einde te brengen. Veel succes alvast.

Yana Toom (ALDE). – Madam President, I will try to make all of my speech fit into 60 seconds.

According to the digital economy and society index for 2017, Estonia is number one in the EU in terms of supply and use of digital public services. The Estonian Government system is praised for its openness and trust. The Estonian Presidency will hopefully promote cross-border use of digital public services and Estonia will share its experience with other Member States.

Like other colleagues, I highly appreciate that the Estonian Presidency's priorities include the development of cross-border e-commerce in these services and modern electronic communications. Nevertheless, during dialogues, the Presidency will face challenges related to the review of the Audiovisual Media Services Directive. This piece of legislation is rather controversial and Estonia still has an opportunity to address such issues as the inappropriate extension of the scope of the directive to social media.

This is only one of several controversial files which will be on the table during the Estonian Presidency, but I strongly believe that sometimes small countries like Estonia are much better at searching and achieving compromises than big ones. And that is the reason I'm looking forward for a really fruitful and friendly Estonian Presidency.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL). – A Uachtaráin, táim ag labhairt inniu ar son Martina Anderson, comhghleacaí nach féidir a bheith inár dteannta ar maidin.

Tá an Eastóin, cosúil le hÉirinn, tar éis fulaingt mar thoradh ar ghníomhaíochtaí a gcomharsan mór. Ní gá dúinn ach féachaint ar an stair maidir le hionsaí míleata agus slí bheatha ag ár gcomharsan féin. In Éirinn, táimid ag tabhairt aghaidh anois ar éiginnteacht de bharr ár gcomharsana móra atá tar éis vóta a chaitheamh ar an AE a fhágaint. Glacadh an vóta gan aon aird a thabhairt don phróiseas síochána in Éirinn nó gan aon aird ar an éiginnteacht shóisialta agus eacnamaíochta atá anois ag cnagadh ar dhóras mhuintir na hÉireann.

Tá athruithe móra le feiscint san Eoraip le linn ár saol, agus anois arís, tá athrú mór eile ag druidim inár dtreo. I 1991, bhí an AE ábalta tacú le tíortha beaga, cosúil le bhur gceann, a bhí ag fulaingt de bharr fadhbanna le bhur gcomharsana móra.

Ní mór don AE anois tacú le mo thír leis na deacrachtaí atá againn lenár gcomharsana móra. Ní mór don AE céim chun tosaigh a thógaint agus tacaíocht a thabhairt don chuid is mó de na daoine sa Tuaisceart atá ag iarraidh fanacht san Aontas Eorpach agus ní mór don AE tacú le stádas faoi leith d'Éirinn.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Norėčiau pasveikinti ir palinkėti sėkmės Baltijos sesei Estijai, kuri perima pirmininkavimą Europos Sąjungai ypatingai svarbiu laikotarpiu. Ji parengė rimtą ir ambicingą programą, bet, nežiūrint į tai, Estijai taip pat tenka sudėtinga užduotis vadovauti prasidedančiai diskusijai dėl bendros žemės ūkio politikos ateities. Europos Sąjunga turi užtikrinti sąžiningas konkurencijos sąlygas, todėl tas sritis, kurias ji remia, turi remti vienodai visose šalyse. Noriu tikėti, kad pavyks sėkmingai baigti ir „Omnibus“ reglamentą, kuris apimtų ir nuostatas dėl susietosios paramos lankstumo. Tikiu, kad Estijai pavyks deramai organizuoti ir kito esminio iššūkio sprendimą – *Nord Stream 2* statybas. Šis klausimas yra Europos Sąjungos solidarumo ir solidarumo su savo partnerėmis testas, esminis žingsnis malšinant dabartines Rusijos režimo ambicijas. Linkiu sėkmės pirmininkaujant.

President. – Mr Szanyi, I know you wish to ask a question but I am going to make a ruling that we will not have blue cards because of our time constraints, so thank you for your understanding.

Petr Mach (EFDD). – Paní předsedající, nevím, jestli jste si toho všichni všimli, ale Evropská unie je v procesu rozpadu. Velká Británie odchází, jednotlivé členské státy už neplní Vaše nařízení, ať se to týká Schengenu, ať se to týká pravidel rozpočtu a Řecka, Francie, anebo ať se to týká Vašeho nařízení o kvótách a postoje zemí střední Evropy.

Ale nebuďme z toho smutní. Evropská unie není Evropa. Evropa, ta se nerozpadá. Evropská unie to je byrokratický moloch, to je taková úřednická šed', to jsou paláce, za jejichž zdi jsou úředníci a politici často odtrženi od reality.

Naproti tomu Evropa, to je krásný kontinent, kde je více než padesát států, více než 700 milionů lidí zde žije, mluví desítkami jazyků, mají bezpočet zajímavých a krásných tradic. A toto nemizí. A když se rozpadne Evropská unie, tak v tom musíme vidět naději, naději, jakou získaly státy bývalého Sovětského svazu. Když se rozpadl Sovětský svaz, tak lidé získali znovu svobodu, státy získaly nezávislost.

A až se rozpadne Evropská unie, tak musíme věřit a snažit se o to, aby jednotlivé členské státy byly schopny spolu spolupracovat, ale na dobrovolné bázi, aby byly schopny spolu obchodovat, abychom mohli dál bezvízově cestovat, a proto Vás prosím při jednání s Velkou Británií, nepošlapejte tento princip, pokud ctíme princip volného obchodu jako princip, který je výhodný pro obě strany, tak mějme volný obchod s Velkou Británií, mějme volný obchod s dalšími. Těším se na Evropskou unii bez byrokracie, na svobodnou Evropu.

Nicolas Bay (ENF). – Madame la Présidente, Monsieur le Premier ministre, si j'en crois l'entretien que vous avez récemment accordé à Benoît Vitkine, vous n'êtes pas aussi hostile à la Russie que ne le sont souvent les responsables politiques baltes.

Je comprends les inquiétudes de vos pays quant à la préservation de vos identités respectives, mais la nouvelle guerre froide dans laquelle nous entraîne l'Union européenne nuit gravement aux intérêts des nations européennes, y compris les vôtres.

Le 22 juin dernier, l'Union a prolongé une nouvelle fois ses sanctions contre la Russie. Prises au départ sous la pression des Américains, ces mesures ont enclenché une spirale de sanctions et de contre-sanctions, dont nos agriculteurs sont les premières victimes.

Après la réconciliation franco-allemande, notre continent a maintenant besoin d'une réconciliation polono-russe, par-delà les ressentiments légitimes hérités de la période communiste.

Oui, le moment est venu de nous concentrer sur les grands défis posés par la submersion migratoire et le terrorisme islamiste.

C'est dans cet esprit que nous voulons construire l'Europe de demain et c'est ce qui m'a conduit à prendre part à deux délégations de notre groupe. Il y a deux semaines, nous étions à Moscou et la semaine dernière, à Varsovie, pour le congrès Europe des Nations et des Libertés.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, pane premiére, děkuji za představení Vašich čtyř priorit předsednictví. Myslím, že jste zvolili velmi správně, ale těch úkolů je skutečně mnoho. Dovolte, abych se zaměřila na dva.

Již zde byla zmíněna směrnice o audiovizuálních službách. Považuji za velmi důležité, aby bylo dokončeno jednání, protože jde o návrh, který zde v Parlamentu byl přijat s velkou podporou ve výběrech, a jedná se o zlepšení bezpečnosti internetu zejména ve vztahu k ochraně mladistvých.

Ta druhá priorita se týká vnitřního trhu. Vy jste sám zmínil, že chcete usnadnit pohyb služeb a poskytování služeb a podnikání napříč Evropskou unií. Budete tedy jistě vyjednávat o směrnici o vysílání pracovníků, která zde v Evropském parlamentu narazila na velkou a oprávněnou kritiku. Chci Vás tedy vyzvat, abyste se aktivně do jednání vložili, například slovenské předsednictví navrhlo tzv. duální systém, který ale nezískal širší podporu.

Stejně tak Vás čeká jednání o balíčku mobility, který zpřísňuje podmínky pro dopravce. Jde o příklad, kde opět hrozí rozdělení na nové členské státy a na staré členské státy a znovuvytvoření bariéry. Je na Vás pokusit se najít dobrý kompromis. A Vy jste pro to zvolili skvělé heslo. „Unity through Balance“, takže Vám přeji hodně sil a těším se na spolupráci.

Victor Boştinaru (S&D). – Madam President, I would like to welcome the Estonian Presidency and I am convinced this presidency will be a very positive one. At a time of unprecedented challenges, we have only one possible way to succeed and to further enhance the European project. This is through unity and solidarity when discussing the future of the Union, and through more integration, in particular in key fields such as security and defence.

Any specific initiatives by Member States, while possible, must be transparent and open to all others with no shifting criteria or objectives. When it comes to internal and external security and stability, which are closely interlinked, I am confident the new presidency will bring fresh pragmatism and realism to the Eastern Partnership ahead of the November summit.

At a time of challenges, as I said before, during the Estonian Presidency it is fundamentally important to reassess the situation with regard to the 'frozen conflicts' and the way Russia is using it in order to destabilise the countries in question.

Evžen Tošenovský (ECR). – Vážený pane předsedající, pane komisaři, pane premiére, za estonského předsednictví se bude projednávat kodex elektronických komunikací i nová struktura BERECu. Do budoucna tak pokládáme legislativní základy pro vysokokapacitní komunikační infrastrukturu, rozvoj digitálních systémů a digitálního trhu. Pokud se podaří nastavit parametry rozumně a bez přílišné byrokracie, můžeme velmi pomoci i evropskému digitálnímu byznysu. Digitalizace změní obrovské spektrum techniky a bude zasahovat do každého koutu našich životů – od počítačů po automobily.

Za dobu estonského předsednictví by měl Evropským parlamentem projít také celý zimní energetický balíček, který rovněž narýsuje pravidla na desítky let dopředu a bude mít do budoucna ohromný dopad do ekonomiky každého členského státu.

Proto přeji Vašemu předsednictví hodně úspěchů, nebude to jednoduché období. A to jsem zdůraznil jen dva technické a z mého pohledu důležité legislativní balíky a nezmiňl jsem jiné oblasti jako brexit či migrace.

Kaja Kallas (ALDE). – Austatud istungi juhataja! Ma tahtsin ka rääkida digitaalsest arengutest, sest ilmselt kõik siin majas teavad, et Eesti on digiriik. Aga kuulates seda debatti ja kuulates neid häid sõnu, mida kolleegid Eesti kohta ütlevad, tahaksin jagada teiega hoopis teist emotsiooni.

Ma olen Eesti üle väga uhke. Ma olen uhke selle üle, et me ühe inim põlve jooksul oleme võidelnud välja oma vabaduse ja võrdse koha Euroopa riikide seas. Ma olen uhke ka selle üle, et on üks kindel valdkond, kus meie saame Euroopa Liidule olla suunanäitajaks ja eeskujuks. Ja näidata seda, et digitaalsest ühtsest turust on kogu Euroopal palju võita.

Ma usun, et me suudame selle Eesti eesistumisega tõestada, et Eesti on Euroopale sama oluline kui Euroopa on Eestile. Aitäh!

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora presidenta, Estonia llega a la presidencia en un tiempo de grandes decisiones políticas. Sin duda, su principal reto diplomático es Siria, donde solo el diálogo con el actual gobierno y el respeto de la legalidad internacional pueden poner fin a la guerra.

Europa tiene un compromiso con la paz que está en grave riesgo, si se confirma la apuesta por el aventurerismo militar y el aumento de los presupuestos de defensa en detrimento de las políticas públicas. Sus prioridades están claras: banca, energía, digitalización, entorno empresarial y, sin embargo, ha obviado una parte fundamental en esta transformación tecnológica que sugiere. Y son los trabajadores y el necesario marco del diálogo social, para generar empleo de calidad, combatir la precariedad y terminar con la desregulación de las condiciones de trabajo y dejar de contribuir a generar una nueva fuente de desigualdad, como puede ser la brecha digital.

Usted nos plantea hoy continuismo, mantener los objetivos de política económica frente a los objetivos sociales y ambientales, y este no es el camino para los trabajadores europeos.

Krišjānis Kariņš (PPE). – Priekšsēdētāj, cienījamie kolēģi! Eiropas Savienībā, iespējams, lielākais drošības drauds šobrīd ir terorisms. Jautājums: ko mēs kā likumdevēji varam darīt, lai apturētu terorismu? Nevar jau pieņemt likumu, ka terorisms ir pretlikumīgs — tas tāds jau ir! Bet mēs varam atņemt teroristiem iespēju viegli tikt pie finansējuma, apcirt viņu naudas avotu.

Šobrīd ir atvērts likums, kas ir trialoga procesā, kurā Parlaments ar Padomi cenšas nonākt pie gala lēmuma, — naudas atmazgāšanas apkarošanas direktīva. Līdz šim nav izdevies Parlamentam ar Padomi, tātad Maltas prezidentūru, vienoties. Mēs gribam nonākt pie skaidra patiesā labuma guvēju reģistra, kur atklāsim gan ofšoru, gan trasta īpašniekus, — tas ir svarīgs ierocis cīņā pret terorisma finansēšanu. Aicinu Igaunijas prezidentūru īpaši šim pievērst uzmanību un veicināt to, ka mēs pēc iespējas ātri varam nonākt pie gala risinājuma.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Mit Recht gibt es große Erwartungen an die neue Ratspräsidentschaft. Estland – obwohl ein kleines Land – hat Großartiges geleistet, und in vielerlei Hinsicht ist Estland ein Modell, nicht nur für die postsowjetischen Länder. In einer Zeit, in der das europäische Projekt beginnt, wieder Tritt zu fassen, ist das eine ganz wichtige Voraussetzung.

Zwei Erwartungen habe ich im Besonderen: einmal dass es die estnische Präsidentschaft mit kühlem Blick, ruhiger Hand und dem notwendigen Pragmatismus schafft, die Union in der Flüchtlingsfrage wieder handlungsfähig zu machen und dass die Digitalisierung Europas vorangebracht wird. Binnenmarkt, E-Governance, Cybersicherheit – mit Recht haben Sie das zu den Hauptschwerpunkten gemacht, und das wird sich auch auf die nächstfolgenden Präsidentschaften positiv auswirken. Wir erwarten uns von Ihnen da sehr viel.

Aber bei aller Euphorie, die wir mit Ihnen teilen, dürfen wir auch nicht vergessen, dass Ihr Handeln auch soziale Konsequenzen hat und dass es auch darum geht, dass wir alles daransetzen müssen, dass diese Entwicklungen auch dazu führen, dass alle davon profitieren.

Urmas Paet (ALDE). – Austatud istungi juhataja! Euroopa kaitsekoostöö on valdkond, mille arendamisel on Eestile kui Euroopa Liidu eesistujariigile kõrged ootused. Eestil on nüüd ainulaadne võimalus aidata suurendada Euroopa Liidu kaitsevõimet ja kaitsekoostööd. Eesti ei ole olnud ainult julgeoleku tarbija, vaid ka julgeolekusse panustaja. Nii on Eesti aastaid täitnud 2% kaitsekulutuste kriteeriumit, samuti on Eesti andnud olulise panuse rahvusvahelistes missioonides. Nii NATO kui ka Euroopa Liidu liikmena saab Eesti aidata kaasa kiirele Euroopa Liidu kaitsekoostöö arendamisele nii, et Euroopa Liit ja NATO täiendaksid teineteise võimekusi maksimaalselt.

Meenutan, et eelmise aasta novembris võttis Euroopa Parlament vastu raporti Euroopa kaitsealiidust ehk kaitsekoostööst. Selles on loetelu asjadest, mida Euroopa kaitsekoostöö arendamiseks teha tuleb. Kaitsefond ja juhtimiskeskus Brüsselis on loodud, kuid kakskümmend teemat vajavad veel otsuseid ja tegutsemist, et oleks võimalik rääkida tegelikult toimivast Euroopa Liidu kaitsekoostööst.

Järgmisel aastal tähistab Eesti oma 100. sünnipäeva ja ma usun, et saja aasta pärast saame me kõik koos turvalises Euroopas tähistada ka Eesti 200. sünnipäeva. Jõudu tööle!

Javi López (S&D). – Señora presidenta, tras pasar el *interpass* electoral europeo y haber dedicado los últimos meses a la reflexión, ha llegado el momento de la acción.

Es bien cierto que hemos ido concatenando, durante los últimos años, crisis tras crisis, algunas que no hemos acabado de resolver —desde los refugiados hasta la crisis económica—, pero la llegada de verdaderas amenazas internas y externas, existenciales para la Unión y para todo lo que representamos en el mundo, nos brinda la gran oportunidad de dar pasos hacia adelante en la integración, aprender de nuestros errores y responder a los malestares de los ciudadanos, dando pasos hacia delante, hacia una Europa más segura y más fuerte, más influyente fuera; una Europa más flexible y eficaz; y una Europa más sensible y justa, que sientan los ciudadanos que les protege.

Pero volver a legitimar el proyecto europeo solo vendrá de la mano de la dimensión social. Así que aprovechemos el *Social Summit* —la Cumbre Social— y pongamos en marcha el pilar europeo para los derechos sociales, porque nos va nuestra legitimidad en todo ello.

Nicola Danti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor primo ministro, tra sei mesi, quando faremo il bilancio di questa Presidenza, è facile prevedere che si parlerà degli ottimi risultati nel campo del digitale e dell'innovazione. Le chiediamo invece di stupirci, signor primo ministro, non sul digitale, ma sul tema dell'immigrazione e dei rifugiati.

Ci stupisca impegnando il Consiglio, a partire dal prossimo vertice di Tallinn, sul tema dell'accoglienza e della riallocazione dei rifugiati. Ci stupisca, da leader del paese del Nord capace di individuare soluzioni vere ad una crisi di cui si stanno facendo carico prevalentemente e soltanto i paesi del Sud. Cosa ce ne facciamo, signor primo ministro, di un'Europa che è digitale, se non è solidale? E a che serve un'Europa innovativa, se non conserviamo i valori che stanno alla base del nostro essere europei?

Signor Presidente, sia ambizioso: affronti i temi difficili dove molti altri hanno fallito, inchiodi i leader europei alle responsabilità della Storia. Questi sono i motivi per cui vorremmo ricordarci il semestre che oggi si apre. Buona fortuna.

Catch-the-eye procedure

Andrzej Grzyb (PPE). – Pani Przewodnicząca! Myślę, że to bardzo cenne słowa, które powiedział Tunne Kelam, mówiąc o prezydencji Estonii, że to powrót do źródeł. Chcielibyśmy w istocie, żeby tak było. Dziękuję za te słowa, a jednocześnie też za przekonanie, że prezydencja Estonii – o czym powiedział pan premier – to jest *carpe diem*, czyli chwytanie chwili, w której tu i teraz Wasz kraj przewodniczy.

Proponuję Państwo jako priorytet otwartą i innowacyjną gospodarkę, ale jednocześnie zrównoważoną, włączającą również nasze społeczeństwa, a także Europę przyszłości, która mówi o zadaniach cyfrowych, a w szczególności o zbudowaniu swobody przepływu danych. I to, co jest ważne dla wszystkich – aby Europa była bezpieczna, aby wszystkie nasze kraje były bezpieczne. To jest niezmiernie ważne. Chciałbym jednak zwrócić się do pana premiera, by kluczowe – niezależnie od priorytetów – było respektowanie traktatowych zasad pomocniczości i proporcjonalności, aby istniała pewność prawna i to, co na koniec chcę podkreślić, by realizowana była polityka wschodnia.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președinte, domnule prim-ministru, domnule comisar, vreau să spun, pe scurt, că mi-a plăcut ce ați prezentat ca program și proiect. Este clar: toată lumea trebuie să aibă cetățenii în inimă și în suflet. Vă felicit că sunteți cel mai tânăr președinte al Consiliului! Dar vreau să vă întreb: vă propuneți totuși să nu mai avem garduri virtuale sau garduri reale în interiorul Uniunii Europene? Vă propuneți să nu mai avem spații diferite? Vă propuneți ca România și Bulgaria, care respectă condițiile din 2012, să fie în spațiul Schengen? Sunt cetățeni care au aceleași drepturi și vreau, domnule prim-ministru și domnule comisar, să vă propuneți și acest lucru pe lângă pilonul social, pe care este nevoie să-l avem, pentru că fără coeziune socială nu putem avea o Europă mai bună. Vă mulțumesc și vă doresc succes!

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, I would like to welcome the Prime Minister to the Chamber. As Prime Minister of a small country – a country similar in size to Ireland – I wish you luck.

As a young Prime Minister who hopefully has a long life ahead of him, you will be looking at a long life ahead in the EU no doubt. Within that context, I have a question to ask you about the White Paper on the future of Europe. We were told on 1 March by Jean-Claude Juncker that we would have a series of 'Future of Europe' debates in cities and regions around Europe. I have asked Donald Tusk about these debates. He didn't answer me. I asked Commissioner Hogan about these debates. He told me that maybe he could organise them himself. I have asked Jean-Claude Juncker about them. If I stood on a cat's tail, I would have got a more logical answer. Can you tell me, Prime Minister, when and where these debates are going to take place or is it the case at this stage – as is said around Ireland – that it isn't the White Paper on the future of Europe, it is the invisible paper on the future of Europe.

Krisztina Morvai (NI). – Miniszterelnök Úrhoz lenne kérdésem: nagy várakozással tekintünk a soros észtlékség irányába, mi magyarok is, és más volt szocialista, illetve kommunista országok is. Utalt arra, hogy a múltunkban sok közös elem van, de nem utalt arra, hogy a jelenünkben is sok közös elem, fájdalom és probléma van. Különösen a hatalmas bérl-, illetve jövedelemkülönbségek a közép- és kelet-európai EU-tagállamok és a nyugati tagállamok között, amelynek okán az Önök polgárai is – úgy, mint a magyar állampolgárok, és más, volt szocialista országok polgárai – elhagyják a hazájukat, és kényszerből mennek más országokba nagyobb jövedelemért dolgozni. Mi erről az Ön álláspontja? Tudjuk, hogy Észtország is a kezdeményezői között volt annak a polgári mozgalomnak, amely a bérunióért harcol „egyenlő munkáért egyenlő bér” elve alapján. Mi az Ön hozzáállása, mi az észt élékség hozzáállása ehhez a problémához?

(End of catch-the-eye procedure)

Andrus Ansip, Vice-President of the Commission. – Madam President, I would like to thank Members for this very fruitful debate. Everybody understands that it is impossible in just five minutes to respond to all of the questions raised here today, but I would like to touch on some of the issues.

Taxation was mentioned. I would like to state that this Commission took a very clear position: all taxes have to be paid in the countries where the companies generate their profits. I am absolutely sure that during Estonia's Presidency we will continue to follow that approach in our activities.

Regarding connectivity, as you know, we have set three main connectivity aims for Europe. We would like to achieve those concrete results by 2025. I am talking about the Gigabit Society, 100 megabits-per-second networks and 5G networks. As we know, to reach those aims at least EUR 500 billion in investment will be needed. If we continue on the basis of the existing rules, there will be an investment gap equal to EUR 155 billion. The message is clear: we have to change our rules.

That is why I would like to ask Parliament and also the Presidency to pay attention to those connectivity issues and to deal with spectrum issues for example. When we asked for deeper cooperation in the field of spectrum, we asked about the timing of spectrum allocation auctions. It has to be harmonised. Regarding the duration of licences, there is a minimum of 25 years and, as we know, in some rural areas 25 years will not be enough to break even and start to make profits. This is important in terms of giving predictability to mobile operators and, of course, regarding coverage issues.

As we know, in Finland, Sweden and Lapland, population density is less than one person per square kilometre, but there is excellent access to 4G networks. Here, however, when travelling from Brussels to Strasbourg, there are tens of kilometres without any kind of access to the internet. So we have to change our rules.

Then we have to pay attention to geoblocking. As we know, this is a real headache in the European Union. According to our mystery shopping survey, two per cent of people who wanted to buy goods and services from another EU Member State just could not get access to the websites selling those goods and services, and 27% of people who got access to the websites were not able to register because their IP address was wrong. They were from the wrong countries – from France, from Germany, from Italy, from the United Kingdom, from Estonia, anyway from EU Member States – while 32% of those people who were able to register faced delivery problems. To deal with those problems, we launched our parcel delivery proposal. I hope that, during the Estonia Presidency, we will be able to reach consensus on these issues.

However, 26% of the people who did not have any kind of problem with delivery issues could not pay. In the European Union we have the Single Euro Payments Area (SEPA) but, nevertheless, 26% of people could not pay because their credit cards were issued in the wrong EU Member States – in Germany, in France, in Belgium, in the Netherlands, anyway in the wrong EU Member States. All in all, just 36% of all those people who wanted to buy goods and services from another EU Member State were able to conclude their purchases successfully.

The issue here is not just about the single market we would like to have in the European Union, if only every third person is able to conclude purchases successfully: it is much more about discrimination on the basis of nationality or where a person's credit card was issued. We do not have to accept that kind of discrimination in the 21st century in the European Union.

(Applause)

My speaking time has already expired. I hope that, during the Estonian Presidency, we will also be able to achieve concrete results in dealing with cyber security issues and many other important issues. I wish Estonia's Presidency every success.

(Applause)

Jüri Ratas, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, I would like to say thank you to Members for all their statements and your comments. I have taken note of all your positions and opinions. We will work very closely with you, honourable Members of the European Parliament to make sure that citizens are at the heart of everything we do.

The four economic freedoms of the single market are very important principles of the Union. The European Union has to be strong and united to go forward. I am certain that we will overcome all the current and future challenges.

Now some remarks about your questions or your remarks. First of all, migration. I take it very seriously. It isn't a question for the one or the other State. It is a question for all 28 Member States. Our goal during our Presidency is to find consensus. We must find consensus, and solidarity is an important topic here. I could say it is the cornerstone here.

The first informal Council meeting of our Presidency will take place in Tallinn tomorrow. I would like to stress once more that we are fully committed to finding solutions to the refugee crisis. The issues are difficult but we are working towards a common solution. Solidarity must be there.

The previous presidencies, Slovakia and Malta, have done a good job. Estonia is doing its best to keep the process on the right track in order to help to strengthen a common asylum system. We are highly committed to doing our share.

Also I would like to mention that at the beginning of this week, the Estonian Government decided to allocate EUR 1 million to the EU trust fund for Africa. We encourage all Member States to increase their contributions to this fund.

Some words about security and terrorism. There is no doubt that security and defence are top priorities for Europe. The European Union can only be taken seriously as a global player if Member States strengthen their own security and defence. Hence the need to raise defence expenditure levels. We must also take into account the interconnected nature of our internal and external security challenges. In addition to strengthening defence cooperation with the European Union, we must continue to move forward with EU-NATO cooperation.

Some words about the social pillar. We are taking the social pillar very seriously. It is one of our top priorities. We will move forward on all social files, including the posting of workers and hope to adopt the proclamation endorsing the social pillar together with you.

Some words about Brexit. When it comes to Brexit, Estonia's main goal is the unity of EU 27 and to ensure that the divorce process is as smooth as possible. We must protect the rights of EU citizens in the United Kingdom. The second urgent question is the financial settlement and the third is the border issues with Ireland.

These questions have to be settled before entering the second phase of the negotiations. Estonia fully supports Mr Barnier as the chief EU negotiator and also Parliament. We will be at the service of the Member States and work closely with all EU institutions involved.

Honourable Members of Parliament, Estonia wants to contribute to making the EU a better place to live for everyone. One of our main priorities is a digital Europe and the free movement of data. We must deliver it because the unfinished nature of the digital single market costs us about EUR 400 billion a year. Completing the process is important to improve the everyday lives of our citizens.

Ladies and gentlemen, if I may, I would also like to say some concluding remarks in my mother tongue.

Siin oli arvamusi ka selles osas, et kas Euroopa Liitu on vaja ja kas tal on tulevikku. Eesti usub väga tugevalt, et Euroopa Liidul on ühine tulevik. Me oleme kindlad selles, et meie eesistumise ajal Euroopas tuleb ka näidata neid positiivseid samme, mida Euroopa Liit on pakkunud, olgu see rahu, olgu see inimeste, kaupade, teenuste vaba liikumine või olgu see ühine kultuuriruum.

Auväärt parlamendiliikmed! Ma näen, et teil on väga palju külalisi kõige kõrgemal korrusel. Ja mõned nendest on noored inimesed. Nad on väga õnnelikud, et siin Euroopa Liidus on Erasmus – ja see on ka üks näide Euroopa Liidu ühtsusest. Eesti soovib igal juhul ehitada oma eesistumise ajal sildu, mitte tõmmata piire või ehitada seinu. Eesti soovib igal juhul, et me Euroopa Liidu tulevikku arutame koos, mitte igati eraldi toas. Me soovime, et Euroopa Liit on järgneva kuue kuu jooksul rohkem ühtsem, tugevam ja turvalisem.

Thanks for all these positive comments and to all those wishing us success. We will need good cooperation with all of you to make our Presidency a successful one. Thank you for your attention and thank you for our discussion.

(Applause)

President. – Thank you, Prime Minister Ratas, and you have our good wishes and support.

The debate is closed.

The vote will take place shortly.

Written statements (Rule 162)

José Blanco López (S&D), por escrito. – En los últimos años, hemos ido concatenando crisis tras crisis, algunas de ellas todavía vigentes —desde los refugiados hasta la crisis económica—. Pero la llegada de verdaderas amenazas internas y externas, existenciales para la Unión y para todo lo que representamos en el mundo, nos brinda la gran oportunidad de dar pasos hacia adelante en la integración, aprender de nuestros errores y responder al malestar de los ciudadanos dando pasos hacia delante, hacia una Europa más segura y más fuerte, más influyente fuera; una Europa más flexible y eficaz; y una Europa más sensible y justa, que sientan los ciudadanos que les protege. Volver a legitimar el proyecto europeo solo será posible si se dota de una verdadera dimensión social. La Presidencia estonia se encuentra ante esta situación. Con una agenda ambiciosa: una economía abierta e integradora, la protección de los ciudadanos europeos, el medioambiente o los trabajos haciendo frente a la crisis migratoria. Como socialistas, colaboraremos para que estos objetivos se puedan realizar.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Sveikinu Estiją šių metų liepos 1 d. pradėjus savo pirmąjį pirmininkavimą ES Tarybai ir linkiu, kad jis būtų sėkmingas bei prisidėtų prie taip reikalingų sprendimų užtikrinti ES piliečių gerovę suradimo. Susipažinusi su Estijos pirmininkavimo programa ir išklausiusi prioritetų pristatymą, norėčiau pasidžiaugti, kad Estija akcentuoja lyčių lygybės, įskaitant paramos darbo ir asmeninio gyvenimo suderinimui, svarbą siekiant užtikrinti, jog vis didėjantis kvalifikuotos darbo jėgos poreikis, būtų patenkintas. Nevenodas darbo pasidalijimas rūpinantis vaikais, vyresnis amžiaus žmonėmis ir kitais priklausomais šeimos nariais daro įtaką moterų dalyvavimui darbo rinkoje ir vyrų dalyvavimui šeimos gyvenime. Todėl sveikinu Estijos ketinimus tęsti diskusijas dėl šeimos gyvenimo suderinimo, kad

moterys galėtų aktyviau dalyvauti darbo rinkoje ir jų šeimyninių rūpesčių našta mažėtų. Taip pat norėčiau pasveikinti Estijos vyriausybę savo pirmininkavimo programoje akcentuojant, kad visi Europos gyventojai turi turėti vienodas galimybes įgyti reikiamus įgūdžius, aukštos kokybės išsilavinimą, susirasti darbą ar gauti paslaugas, siekiant užtikrinti visuomenės tvarumą ir Europos ekonominę bei socialinę gerovę. Svarbus išlaikyti aukštas socialines garantijas visiems ES piliečiams siekiant deramai užtikrinti laisvą asmenų, darbuotojų ir paslaugų judėjimą. Ir tuo pačiu norėčiau paraginti Estijos vyriausybę nepamiršti ir kitų labai svarbių klausimų, tokių kaip kova su smurtu lyties pagrindu, kova su prekyba žmonėmis, vyrų ir moterų darbo užmokesčio bei pensijų skirtumų mažinimas ir moterys bendrovių valdybose bei sprendimus priimančiose pareigose.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), por escrito. – En los últimos años hemos ido concatenando crisis tras crisis, algunas de ellas todavía vigentes—desde los refugiados hasta la crisis económica—. Pero la llegada de verdaderas amenazas internas y externas, existenciales para la Unión y para todo lo que representamos en el mundo, nos brinda la gran oportunidad de dar pasos hacia adelante en la integración, aprender de nuestros errores y responder a los malestares de los ciudadanos, dando pasos hacia delante, hacia una Europa más segura y más fuerte, más influyente fuera; una Europa más flexible y eficaz; y una Europa más sensible y justa, que sientan los ciudadanos que les protege. Volver a legitimar el proyecto europeo solo vendrá de la mano de una dimensión social. La Presidencia estonia se encuentra ante esta situación. Con una agenda ambiciosa: una economía abierta e integradora, la protección de los ciudadanos europeos, el medioambiente o los trabajos haciendo frente a la crisis migratoria. Como socialistas, colaboraremos para que estos objetivos se puedan realizar.

Kinga Gál (PPE), írásban. – Ezúton szeretném üdvözölni, hogy az észtléniőség prioritásként fogalmazza meg az inkluzív és fenntartható Európa gondolatát. Fontosnak tartja segíteni az állampolgárokat készségeik fejlesztésében, hogy minél inkább a társadalom aktív résztvevői lehessenek, és hozzáférjenek a minőségi oktatáshoz, a munkalehetőségekhez és a szolgáltatásokhoz. Úgy a Magyar Kormány, mint a magyar civil társadalom e célok érdekében számos erőfeszítést tett már. A magyar példára építve létrejött az Európai Tehetségsegítő Hálózat, amely aktívan hozzájárul a tehetségek felfedezéséhez és fejlesztéséhez kortól, nemtől és társadalmi háttértől függetlenül. Üdvözölöm továbbá, hogy a bel- és igazságügy területén prioritásként jelenik meg az ETIAS rendszer létrehozása, amelynek célja bármilyen lehetséges migrációs, biztonsági, közegészségügyi kockázat időbeni beazonosítása. A dosszié parlamenti jelentéstevőjeként remélem, hogy valóban sikerül komoly előrehaladást elérni az észtléniőséggel együttműködésben. Ez a rendszer is hozzájárul migrációs nyomás által jelentett veszélyek csökkentéséhez. Ugyanakkor elengedhetetlen a külső határok megfelelő védelme, valamint a valódi menekültek és gazdasági bevándorlók szétválasztása már az EU határain kívül. Remélem, hogy az észtléniőség mindezt prioritásként fogja kezelni.

Enrique Guerrero Salom (S&D), por escrito. – En los últimos años hemos ido concatenando crisis tras crisis, algunas de ellas todavía vigentes—desde los refugiados hasta la crisis económica—. Pero la llegada de verdaderas amenazas internas y externas, existenciales para la Unión y para todo lo que representamos en el mundo, nos brinda la gran oportunidad de dar pasos hacia adelante en la integración, aprender de nuestros errores y responder a los malestares de los ciudadanos, dando pasos hacia delante, hacia una Europa más segura y más fuerte, más influyente fuera; una Europa más flexible y eficaz; y una Europa más sensible y justa, que sientan los ciudadanos que les protege. Volver a legitimar el proyecto europeo solo vendrá de la mano de una dimensión social. La Presidencia estonia se encuentra ante esta situación. Con una agenda ambiciosa: una economía abierta e integradora, la protección de los ciudadanos europeos, el medioambiente o los trabajos haciendo frente a la crisis migratoria. Como socialistas, colaboraremos para que estos objetivos se puedan realizar.

András Gyürk (PPE). – Gratulálok az észtl elnökség ambiciózus programjához. Észtlország kis ország, de a számos szakpolitikai területen elért kiváló eredmény bizonyítja, hogy – erőforrásai nagyságát meghazudtolva – milyen példaértékű teljesítményre képes. Az energetikai programban örömmel olvastam azt, hogy az energetikai piacok további integrációja kiemelt prioritás az energiahatékonyság mellett. Az is üdvözlendő, hogy a Tiszta Energia csomag tárgyalásában gyors előrehaladást kíván az észtl elnökség elérni. Arra szeretném felhívni az elnökség figyelmét, hogy bár az elmúlt években sokat beszéltünk és tettünk az ellátásbiztonság növelése érdekében, még mindig sok tennivalónk van ezen a téren. Elegendő az Északi Áramlat bővítési projektjére gondolnunk, amelynek megvalósulása sok közép-kelet-európai országban, így Magyarországon is csökkentené a diverzifikációs lehetőségeket. Az ellátásbiztonsági aggályokon túl a projekt esetleges megvalósulása magasabb energiaárakhoz is vezethet, versenyképességi problémákat okozva ezzel. Arra kérem az Észtl Elnökséget, hogy támogassa a Bizottságot azon törekvésében, hogy csak olyan infrastruktúra épüljön és működjön az Európai Unióban, amely az Energiaunió célkitűzéseit támogatja és megfelel a vonatkozó előírásoknak.

Barbara Kappel (ENF), in writing. – In 2017 Estonia will be president of the Council of the European Union for the first time. Estonia was one of the ten countries admitted to the European Union on 1 May 2004 and it is hosting the Presidency of the Council in the second half of 2017. Estonia is among the fastest-growing economies in the EU. Estonia has a strong digital society and economy. One of the major tasks of the Presidency of Estonia will be digitalisation. The main point in the field of digitalisation will thus include the development of cross-border e-commerce and e-services for the benefit of consumers, producers and businesses. Estonia will also push forward the promotion of e-solutions and so it is not surprising that Estonia held the first online elections in 2005 and it is the first country to offer an e-residency. Applications for the e-residency are growing fast. Prospective buyers must pay EUR 100 and wait around one month. After that procedure you can become a digital citizen of Estonia and you have access to the single market. In two years these digital immigrants founded 1 600 companies. The target for Estonia is to get ten million e-residents by 2025.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), na piśmie. – W dniu 1 lipca 2017 r. Estonia oficjalnie objęła swoje pierwsze od wstąpienia do UE rotacyjne przewodnictwo w Radzie Unii Europejskiej. Przedstawione na posiedzeniu plenarnym priorytety estońskiej prezydencji obejmują m.in. wspieranie otwartej i innowacyjnej gospodarki europejskiej, zrównoważonego rozwoju Unii oraz wzmacnianie bezpieczeństwa. Estonia – mająca bogate doświadczenie w zakresie cyberbezpieczeństwa i nowoczesnych rozwiązań informatycznych – w trakcie prezydencji zamierza skupić się także na sprawach cyfrowych i pomóc w przyspieszeniu realizacji założeń europejskiego jednolitego rynku cyfrowego. Jest to jeden z silnych punktów tego nadbałtyckiego kraju: od czasu ogłoszenia niepodległości w 1991 r. Estończycy aktywnie promują cyfryzację, w tym w administracji, urzędach, edukacji i życiu publicznym. Estonia to m.in. pierwszy kraj na świecie, który wprowadził możliwość głosowania w wyborach przez Internet. Prezydencja estońska będzie więc odpowiedzialna za prowadzenie negocjacji wielu kluczowych projektów technologicznych, w tym w zakresie rozwoju e-handlu i e-usług z korzyścią dla konsumentów, producentów i przedsiębiorstw, nowelizacji prawa autorskiego, nowych zasad dotyczących telekomunikacji i swobodnego przepływu danych. W pełni popieram te ambitne plany i uważam, że jeśli zostaną zrealizowane, wprowadzą Europę na drogę innowacji i modernizacji, ożywią gospodarkę europejską i przyniosą Unii wiele pozytywnych skutków społecznych.

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Η εσθονική Προεδρία οφείλει να ανασκουμπωθεί και να αναλάβει σημαντικές πρωτοβουλίες για την αντιμετώπιση και τον περιορισμό των μεταναστευτικών ροών. Κι αυτό απαιτεί τα εξής:

1. Μετεγκατάσταση των προσφύγων από Ελλάδα και Ιταλία, όπως έχει συμφωνηθεί.
2. Χρονική επέκταση του προγράμματος μετεγκαταστάσεων.
3. Άσκηση πίεσης στις τρίτες χώρες προκειμένου να αποδεχθούν τις επαναπροωθήσεις των πολιτών τους, οι οποίοι έχουν μεταναστεύσει παράνομα στην Ελλάδα και στην υπόλοιπη Ευρώπη.
4. Άμεση κατάργηση του Δουβλίνου III που έχει μετατρέψει την Ελλάδα σε αποθήκη ψυχών.
5. Ανάληψη πρωτοβουλιών για την εμπέδωση της ειρήνης στην Μέση Ανατολή.

6. Αντιμετώπιση της φτώχειας στην Αφρική.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – Concluziile Consiliului European se doresc a fi optimiste și ferme. Ele doresc să dea un impuls Uniunii, după ce Brexitul și nemulțumirile cetățenilor au pus în discuție legitimitatea politicilor duse de Bruxelles. Cu toate acestea, marile probleme au fost ocolite. După Brexit, bugetul Uniunii va fi cu circa 17 % mai mic. Asta înseamnă fie că proiectele UE vor fi mai modeste, fie că statele bogate vor da mai mulți bani. Germania a evitat să clarifice această dilemă. Tot de bani se leagă și celălalt obstacol de la Consiliu – relocarea refugiaților. Se spune că Polonia, Ungaria și Cehia trebuie pedepsite pentru că nu acceptă refugiați. Amenințarea directă este că aceste state nu vor mai primi fonduri de la UE. Șantajul este revoltător, întrucât nu aceste state au fost cele care au deschis granițele și i-au invitat pe refugiați în Europa. Oare, în 2004 și 2007, statele bogate din Vest au dorit ca Uniunea să se extindă cu membri egali sau au anexat, pur și simplu, niște teritorii ca să aibă surse de materii prime, forță de muncă ieftină și, la nevoie, o debara pentru indezirabili?

Christine Revault D’Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Vous avez fait du slogan «l'unité par l'équilibre» le fil conducteur de votre présidence. En ces temps où l'Union doit faire face à plusieurs défis majeurs, l'unité est plus que jamais une nécessité. Mais pour aborder la crise des réfugiés, relancer l'économie, répondre à l'urgence climatique, l'unité a besoin d'une solidarité retrouvée face aux égoïsmes nationaux. La défense des valeurs européennes doit aussi être au cœur de votre action. La Hongrie et la Pologne continuent de défier l'état de droit et de violer nos valeurs fondamentales. Quelle sera la réponse de votre présidence? Soutenez-vous le Parlement pour l'activation de l'article 7.1? Nous n'aurons plus aucune crédibilité pour nos citoyens si nous sommes incapables de les protéger. Enfin, j'aimerais vous interpellier sur un sujet qui va directement impacter la vie de millions de travailleurs et plus de 500 000 entreprises européennes. Il s'agit du paquet mobilité. Quelle est votre ambition sur ce dossier? Allez-vous chercher à dépasser certains clivages pour dégager une position commune au Conseil? L'intégration du marché intérieur dans le secteur routier a contribué à la dégradation des conditions de travail. Comptez-vous équilibrer ce secteur en renforçant la dimension sociale des transports routiers?

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – En los últimos años hemos ido concatenando crisis tras crisis, algunas de ellas todavía vigentes-desde los refugiados hasta la crisis económica—. Pero la llegada de verdaderas amenazas internas y externas, existenciales para la Unión y para todo lo que representamos en el mundo, nos brinda la gran oportunidad de dar pasos hacia adelante en la integración, aprender de nuestros errores y responder a los malestares de los ciudadanos, dando pasos hacia delante, hacia una Europa más segura y más fuerte, más influyente fuera; una Europa más flexible y eficaz; y una Europa más sensible y justa, que sientan los ciudadanos que les protege. Volver a legitimar el proyecto europeo solo vendrá de la mano de una dimensión social. La Presidencia estonia se encuentra ante esta situación. Con una agenda ambiciosa: una economía abierta e integradora, la protección de los ciudadanos europeos, el medioambiente o los trabajos haciendo frente a la crisis migratoria. Como socialistas, colaboraremos para que estos objetivos se puedan realizar.

Elnökváltás: GÁLL-PELCZ ILDIKÓ

alelnök

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, just very briefly. From time to time we are able to welcome distinguished people in the gallery. Today we will vote on the agreement with Cuba, most likely positively. Some of us have invited also the representatives of the Cuban opposition. Many of them could not make it, for obvious reasons. So please, allow me just to welcome one of them, someone who spent 16 years in prison in Cuba, Mr Fuentes, who is one of the coordinators of the Cuban opposition. I think they deserve our recognition.

(Applause)

Elnök asszony. – Ön megelőzött engem, mert hogy szeretnék én is egy küldöttséget köszönteni: örömmel üdvözlöm a Japán Országgyűlés küldöttségét önökkel együtt, akik most hivatalos látogatást tesznek a parlamentjeink közötti 37. parlamentközi találkozón. Üdvözljük Önöket! Japán az EU stratégiai partnere. Bízunk abban, hogy lezárulnak a gazdasági partnerségi megállapodásról és a stratégiai partnerségi megállapodásról szóló tárgyalások, amelyeket követően mindkét fél parlamenti ellenőrzésre fogja azt benyújtani. Gotoda Elnök Úr, tisztelt felsőházi és alsóházi képviselők! Üdvözlöm Önöket az Európai Parlament székhelyén és Strassbouban a mai és a holnapi nap folyamán eredményes megbeszéléseket kívánok, s remélem...

7. Begrüßung

Elnök asszony. – Ön megelőzött engem, mert hogy szeretnék én is egy küldöttséget köszönteni: örömmel üdvözlöm a Japán Országgyűlés küldöttségét önökkel együtt, akik most hivatalos látogatást tesznek a parlamentjeink közötti 37. parlamentközi találkozón. Üdvözljük Önöket! Japán az EU stratégiai partnere. Bízunk abban, hogy lezárulnak a gazdasági partnerségi megállapodásról és a stratégiai partnerségi megállapodásról szóló tárgyalások, amelyeket követően mindkét fél parlamenti ellenőrzésre fogja azt benyújtani. Gotoda Elnök Úr, tisztelt felsőházi és alsóházi képviselők! Üdvözlöm Önöket az Európai Parlament székhelyén és Strassbouban, a mai és a holnapi nap folyamán eredményes megbeszéléseket kívánok, s remélem, hogy sikerrel zárulnak az Önök tárgyalásai.

Bruno Gollnisch (NI). – Madame la Présidente, je serai très bref. Je crains d'avoir été mal compris, hier, lorsque j'ai fait un rappel au règlement fondé sur les articles 3 et 4 relativement au fait que les autorités françaises ne notifiaient pas le nom des successeurs de nos collègues qui ont été élus à l'Assemblée nationale. Il m'a été répondu qu'on attendrait la notification des autorités françaises, ce qui est bien naturel et je respecte la compétence des autorités nationales. C'est évidemment tout à fait de leur compétence.

Le problème est que les autorités françaises refusent de notifier au motif que nos collègues élus font, pour certains, l'objet d'un recours. Ceci, d'ailleurs, ne me paraît pas pouvoir être le cas pour M. Mélenchon, par exemple, qui, selon la rumeur publique, a présenté sa démission.

Par conséquent, Madame la Présidente, ce que je demande, c'est qu'en application de l'article 4, paragraphe 6, du règlement du Parlement, notre Président, comme le règlement le lui permet, et même le lui impose, demande aux autorités françaises de procéder d'urgence à cette notification.

Elnök asszony. – Köszönjük szépen, hogy még egyszer figyelmeztetett bennünket. A következő pont a szavazás.

8. Abstimmungsstunde

8.1. Übereinkunft zur in Kigali beschlossenen Änderung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (A8-0237/2017 - Kateřina Konečná) (Abstimmung)

8.2. Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Versauerung, Eutrophierung und bodennahem Ozon (A8-0241/2017 - Adina-Ioana Vălean) (Abstimmung)

8.3. Abschluss des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba (Empfehlung) (A8-0232/2017 - Elena Valenciano) (Abstimmung)

A szavazás előtt:

Elena Valenciano, ponente. – Señora presidenta, solo un segundo para agradecer a los grupos políticos el trabajo que hemos hecho durante estos meses para conseguir traer hoy a esta Cámara este Acuerdo entre la Unión Europea y Cuba. Creo que podemos enviar un mensaje positivo. En un momento en el que el mundo se reordena, la Unión Europea puede mantener una cooperación fructífera con América Latina y el Caribe. Cuba era una excepción y hoy puede dejar de serlo.

8.4. Abschluss des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba (Entschließung) (A8-0233/2017 - Elena Valenciano) (Abstimmung)

8.5. Vereinbarung zwischen der Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und Eurojust (A8-0215/2017 - Claude Moraes) (Abstimmung)

8.6. Strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug (A8-0230/2017 - Ingeborg Gräßle, Juan Fernando López Aguilar) (Abstimmung)

A szavazás előtt:

Juan Fernando López Aguilar, ponente. – Señora presidenta, solo un momento para agradecer encarecidamente a la señora Gräßle, coponente de esta importante iniciativa de legislación penal, y a los parlamentarios que participaron en el debate, nada menos, que pasada la medianoche de esta misma madrugada; una iniciativa de legislación penal que encuadra la legislación penal de los Estados miembros y demuestra que este Parlamento importa, legislando penalmente contra el fraude al presupuesto europeo y, consiguientemente, asegurando los recursos necesarios para reparar el mal-trecho modelo social europeo.

Este Parlamento realmente importa. Legisla sobre derechos fundamentales y sobre legislación penal, y no cabe sino agradecer a los parlamentarios que estuvieron aquí pasada la medianoche, esta misma madrugada, para hacerlo posible.

Petri Sarvamaa (PPE). – Madam President, sorry but I think there were several MEPs who were not able to vote during the last vote. The machines on a whole row were not working. Can we please repeat the vote?

8.7. Rechtsrahmen der Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen (A8-0239/2016 - Kaja Kallas) (Abstimmung)

8.8. Anstieg der Zahl der HIV-, TB- und HCV-Epidemien in Europa (B8-0436/2017) (Abstimmung)

8.9. Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Kommission für 2018 (RC-B8-0434/2017, B8-0434/2017, B8-0435/2017, B8-0450/2017, B8-0451/2017, B8-0454/2017, B8-0455/2017, B8-0456/2017) (Abstimmung)

A szavazás előtt:

James Nicholson (ECR). – Madam President, I rise from my seat to point out that Amendments 19 and 20 to this report refer to the 'North of Ireland'. I am a Member from the north of Ireland and there is no such entity as 'the North of Ireland'. It is the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and if Northern Ireland is referred to it should be referred to as Northern Ireland. So please, Parliament's administration, take that on board. This is the second time I have had to point this out in this House, so please, do not require me to do it again.

8.10. Haushaltsplan 2018 — Mandat für den Trilog (A8-0249/2017 - Siegfried Mureşan) (Abstimmung)

8.11. Künftige Strategie der EU für internationale kulturelle Beziehungen (A8-0220/2017 - Elmar Brok, Silvia Costa) (Abstimmung)

8.12. Empfehlung an den Rat zur 72. Tagung der UNO-Generalversammlung (A8-0216/2017 - Andrey Kovatchev) (Abstimmung)

Az 1. módosításról szóló szavazás előtt:

Takis Hadjigeorgiou (GUE/NGL). – Madam President, sorry, just 30 seconds. I think that one word has accidentally been forgotten in that amendment? It says ‘to maintain full support for the efforts undertaken by the UN to facilitate the comprehensive settlement to the division of Cyprus’. We need to add one more word and the word is ‘end’, i.e. ‘to maintain full support for the efforts undertaken by the UN to facilitate the comprehensive settlement to end the division of Cyprus’.

Andrey Kovatchev, rapporteur. – Madam President, the oral amendment I would like us to suggest is ‘to end the division of Cyprus’.

(The oral amendment was accepted)

8.13. Aufbau einer ambitionierten industriepolitischen Strategie der EU als strategische Priorität für Wachstum, Beschäftigung und Innovation in Europa (B8-0439/2017, B8-0440/2017, B8-0440/2017, B8-0445/2017, B8-0446/2017, B8-0447/2017, B8-0448/2017, B8-0449/2017) (Abstimmung)

Elnök asszony. – A szavazások óráját ezzel lezárom.

9. Stimmerklärungen

9.1. Abschluss des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba (Empfehlung) (A8-0232/2017 - Elena Valenciano)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, caros Colegas, votei a favor desta recomendação porque entendo que este acordo de diálogo político e de cooperação que põe fim à posição comum de 1996 é vital para que a União Europeia afirme a sua presença política em Cuba, num momento em que o regime cubano enfrenta as consequências do colapso económico da Venezuela e do endurecimento das políticas americanas.

Caros Colegas, se este acordo constitui, sem dúvida, uma plataforma para o desenvolvimento da cooperação bilateral, ele é um também um marco para a intensificação do diálogo político. Esta Casa que, por três vezes, atribuiu o prémio Sakharov a dissidentes e opositores cubanos, a Osvaldo Payá a Guilherme Fariñas e às Damas de Branco, não pode deixar de frisar a importância de condicionar a sua aplicação ao cumprimento escrupuloso dos compromissos assumidos em matéria de diálogo político e direitos humanos, incluindo o fim da repressão e a libertação dos presos políticos, o respeito da liberdade de imprensa e a garantia dos direitos de reunião e associação, para que as eleições gerais do próximo ano possam ser livres, plurais e justas e não constituam apenas mais um episódio de monolitismo político e ideológico.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem nepodpořil tento návrh. Jsem přesvědčen, že ve chvíli, kdy na Kubě stále vládne komunistická strana, kdy zde vládne komunistická diktatura, jsou zde političtí vězni, tak bychom měli být více obezřetní v posilování spolupráce s touto zemí. Zkrátka a dobře, pro mě je dnešní přijetí dohody jistou formou obětování principu ochrany lidských práv před ekonomickými zájmy a před zájmy, které bychom měli hájit, to znamená zájmy evropského obchodu a byznysu, a na prvním místě bychom měli hájit principy lidských práv, svobody, demokracie. Jsem pro to, abychom s Kubou spolupracovali, ale ta dnešní forma spolupráce, kdy jde o důležitou dohodu, je podle mého názoru předčasným krokem. Až teprve Kuba ukáže konkrétní změny, konkrétní posuny k demokracii, k ochraně lidských práv, pak bychom podle mého názoru měli takovou dohodu podpořit. Ale v tuto chvíli je to podle mého

názoru předčasný krok.

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, *sola mors tyrannicida est*, says Sir Thomas Moore: death is the only way to get rid of a tyrant, and so it proved in the case of Fidel Castro, who survived, by some counts, more than 40 assassination attempts, including an exploding cigar and a poisoned wetsuit. But that has changed the dynamic on the sultry island of Cuba. I was for a long time in this Chamber sceptical of political engagement in the way that we were doing it in this House, refusing in particular to give full weight to the opposition groups. Now, on the other hand, we are in a position of disruptive change. Cuba is in an unfrozen moment, and any disruption tends to be bad for a dictatorship. The thing that will eventually bring about the democratisation of that island and freedom is now economic engagement from the rest of the world. Investment and the rule of law, private property and all the things that bring civil freedoms in their wake.

The United States has changed its policy in a welcome way. We should follow.

9.2. Abschluss des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba (Entschließung) (A8-0233/2017 - Elena Valenciano)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Eleonora Forenza, a nome del gruppo GUE/NGL. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, faccio una dichiarazione di voto a nome del mio gruppo. Come gruppo GUE/NGL abbiamo votato a favore dell'accordo di dialogo politico e di cooperazione UE-Cuba perché questo accordo rappresenta un passo in avanti nelle relazioni bilaterali fra Unione europea e Cuba, mettendo fine ad una posizione comune che era guidata dalla logica della Guerra fredda.

La stessa logica, però, purtroppo ha ispirato la risoluzione di accompagnamento dell'accordo che, con i voti della destra di questo Parlamento, invece di rafforzare l'accordo stesso e la sua implementazione sembra seguire più l'agenda della nuova Amministrazione statunitense che quella dell'Unione europea, e per questa ragione abbiamo votato contro.

Nella risoluzione, con gli emendamenti votati oggi, la richiesta di revoca dell'embargo economico statunitense, richiesta dall'Assemblea generale dell'ONU sin dal 1992 — vogliamo ricordarlo — viene ammorbidita fino quasi a scomparire. Il Parlamento europeo ha espresso così oggi una posizione più arretrata rispetto a quella del Consiglio e degli Stati membri. Per quale motivo? Per chi, se non per compiacere una visione ideologica che abbiamo sentito poc'anzi esprimere dal collega, per compiacere la destra statunitense, che vuole imporre a Cuba un destino deciso a Miami e non dal suo popolo?

Cuba è bersaglio della destra neoliberista mondiale ed europea perché, nonostante l'embargo, è riuscita a costruire negli anni un sistema sanitario, educativo, sportivo e culturale di eccellenza, esempio per tutti i paesi in via di sviluppo.

Chiediamo la fine dell'embargo. Lo chiediamo assolutamente dentro quest'Aula, con convinzione, l'abbiamo chiesto anche attraverso un appello e una petizione sostenuta da parlamentari non soltanto del mio gruppo parlamentare. Esprimiamo ancora una volta la nostra solidarietà e la nostra gratitudine per la lotta del popolo cubano. *Hasta la victoria!*

Ángela Vallina (GUE/NGL). – Señora presidenta, también en nombre de mi Grupo —del Grupo de la Izquierda—, hemos votado, sin ninguna duda, a favor del Acuerdo de la Unión Europea con Cuba, que supone, por fin, la normalización de las relaciones.

Celebramos además que, de una vez por todas, este Parlamento haya apoyado este Acuerdo, que entierra la infame Posición Común que tenía la Unión Europea contra Cuba, que promovió, además, el Gobierno de Aznar en 1996. Se trató de un mal intento de copia del bloqueo que imponen los Estados Unidos, que afortunadamente la mayoría de los Estados miembros de la Unión no siguieron, ya que mantuvieron, la mayoría de ellos, relaciones bilaterales con la isla.

El aislamiento contra Cuba no ha funcionado, y con buen criterio la Unión Europea ha recapacitado; y, como señaló anoche la señora Mogherini, este Acuerdo Unión Europea-Cuba se basa en un diálogo franco, constructivo y sincero, en pie de igualdad entre las dos partes.

Por eso, como también dijo la señora Mogherini, desde la Unión Europea y el Parlamento reiteramos nuestro llamamiento al fin del bloqueo y deploramos el reciente anuncio de la Administración del señor Trump.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, já jsem tuto dohodu nepodpořil, protože to, co se tady říká, si myslím, že je poměrně dost velikánský nesmysl. Nemůžeme vést dialog s někým, kdo nerespektuje demokratické principy.

Já jsem na Kubě byl, byl jsem tam 10. prosince v roce 2015 a, milé dámy z komunistické strany, já jsem viděl, jak tam mlátili lidi. Vždycky, když jsem někoho navštívil, tak skončil velmi brzo v base. Skončil ve vězení a ve vězení ho samozřejmě zmlátili. Jak chcete mít s těmihle lidmi dialog? Jak chcete vést s komunisty, kteří vlastně mlátí svoje oponenty a nenechají je mluvit, dialog? Proto já nemůžu hlasovat pro zahájení politického dialogu. Smějte se, já si myslím, že kdo nezažil komunismus, jenom o něm sní a plácá tady nesmysly jako Vy. A Vy to dokazujete neustále i svým chováním teď při vysvětlení hlasování.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie i Panowie Posłowie! Komunizm to nie tylko polityczna dyktatura, to jest totalitarna tyrania, która dyskryminowała całe grupy społeczne, które uznawała za wrogie, i nadal to robi na przykład na Kubie. Na Kubie może w bliskim czasie dojść do zmian, ale jest kwestią otwartą, czy to będzie rzeczywista dekomunizacja czy postkomunistyczna transformacja, a więc przejęcie majątku państwowego przez tych, którzy dzisiaj rządzą, przy pozostawieniu w zależności tych, którzy dzisiaj są prześladowani. Wszystko to, co znamy z Europy Środkowej, a szczególnie jeszcze bardziej z Europy Wschodniej. Niestety nic nie wskazuje na to, żeby Unia Europejska chciała stanąć po stronie rzeczywistego wyzwolenia, rzeczywistej pomocy dla tych, którzy byli prześladowani. W tej rezolucji, którą dzisiaj przyjęliśmy mamy oczywiście – jak zawsze – LGBTI, mamy centra edukacji seksualnej, tylko niestety – ku hańbie tego Zgromadzenia – odrzucono poprawkę w obronie wolności religijnej, w obronie prześladowanych chrześcijan, jak widać to nie jest grupa zasługująca na szczególną troskę Parlamentu Europejskiego.

9.3. Strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug (A8-0230/2017 - Ingeborg Gräßle, Juan Fernando López Aguilar)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony! Egyetértek a jelentéstevőkkel, hogy az irányelv kiemelkedő jelentőségű, hiszen az első lépést jelenti az európai büntetőjog harmonizációja felé az uniós költségvetés sérelmére elkövetett bűncselekmények esetében. Kifejezetten üdvözlöm, hogy a Parlament létrehozta az Európai Ügyészség, ügyész tevékenységének jogi keretét, meghatározza az ügyész hatásköreit, valamint hogy fontos állásra került sor a határokon átnyúló hozzáadottértékadó-csalás területén. Örömmel látom, hogy a tagállamok többsége komolyan veszi a korrupció elleni harcot, és elkötelezettek az uniós forrásokat érintő bűncselekmények felszámolását illetően.

Ugyanakkor sajnálatos módon meg kell jegyezzem, hogy a magyar nem tartozik ebbe a klubba.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, dnes jsme odsouhlasili ve druhém čtení postoj Rady, a přijali jsme tak směrnici Evropského parlamentu a Rady o boji vedeném trestněprávní cestou proti podvodům poškozujícím finanční zájmy Unie. Název i proces, který vedl k přijetí směrnice, je důležitý. Proto jsem ho tady takto vyjmenovala. Jedná se totiž o první krok směrem k harmonizaci trestního práva v Evropě v případech, kdy jsou spáchány trestné činy poškozující rozpočet EU. Jde o dlouze vyjednávaný konsenzus mezi všemi aktéry, včetně ministrů spravedlnosti členských států. Směrnice v této věci definuje pravomoci evropského veřejného žalobce a zavádí stíhatelnost přeshraničních podvodů v případech, kdy se jedná o ztrátu nejméně 10 milionů EUR ve dvou či více členských státech. Samozřejmě bude nyní záležet na implementaci, včetně činnosti evropského žalobce, jehož činnost budeme samozřejmě sledovat.

Ivana Maletić (PPE). – Gospođo predsjednice, države članice uplaćuju sredstva u proračun Europske unije te je zakonito, namjensko i efikasno korištenje tih sredstava od interesa svih država i njihovih građana. Nikako se ne smije dopustiti da prijevare i kriminalne radnje u korištenju sredstava iz proračuna EU-a ostanu neotkrivene ili neprocesuirane.

Novac iz proračuna EU-a koristi se u svim državama članicama i sve moraju pristupiti s jednakom pažnjom i u cilju postizanja što veće vrijednosti za svoje građane i cijelu Europsku uniju. Dosta je primjera prijevara u korištenju sredstava EU-a i zato mi je drago što smo današnjim glasovanjem korak bliže donošenju direktive o suzbijanju prijevara počinjenih protiv financijskih interesa Unije kaznenopravnim sredstvima koja znače usklađivanje kaznenog prava u Europi u svim slučajevima prijevara u korištenju sredstava Europskog proračuna.

Branislav Škripek (ECR). – Pani predsedajúca, daňové a finančné podvody sú skutočnou stigmu spoločnosti. Poukazujú na hrubú neúctu voči občanom a nerešpektovanie boha ako najvyššej authority, ktorý žiada čestnosť. Žiaľ, takéto skúsenosti mám najmä zo svojej vlastnej krajiny, ktorá je už mnoho rokov sužovaná korupciou a finančnými podvodmi gigantických rozmerov aj práve v súčasnosti na politickej scéne. Nie som zástancom prílišného zasahovania Únie do diania v našich štátoch. Je však zrejmé, že ak si štát nedokáže sám pomôcť, ak zlyháva a stráca dôveru u ľudí, ak vláda svojím nehanebným správaním dáva priestor pre extrémistické prúdy, je nutná pomoc zvonku. Slovensko pokladám za modernú, zvrchovanú, úspešnú krajinu, na ktorú sa prilepil parazit korupcie a finančných podvodov, a preto musí byť odstránený stoj čo stoj. Víтам teda a podporujem rokovania o smernici o boji proti podvodom, ktoré poškodzujú finančné záujmy Únie. Verím, že výrazne pomôžu najmä členským štátom s dedičstvom komunistického režimu, kde kradnúť a klamať bolo bežným javom a pretrváva.

Maria Grapini (S&D). – Am votat acest raport pentru că da, este nevoie de armonizarea dreptului penal. Criminalitatea, evaziunea fiscală este transfrontalieră și este nedrept să avem 28 de modalități de a-i pedepsi pe cei care sărăcesc bugetele naționale, îi sărăcesc, până la urmă, pe cetățenii din Uniunea Europeană. Mai mulți ani, comisiile Parlamentului European au analizat această problemă și, chiar și așa, a durat foarte mult. De aceea, cred că, prin votarea acestui raport, trebuie să își preia responsabilitatea atât guvernele naționale, cât și Comisia pentru monitorizarea aplicării acestui raport și a armonizării dreptului penal. Nu cred că e suficient să aprobăm noi, aici, este o responsabilitate partajată, trebuie să responsabilizăm și parlamentele naționale și guvernele naționale, dar Comisia trebuie să aibă grijă să facă o monitorizare a modului de aplicare și să urmărim rezultatele concrete, dacă se diminuează sau nu criminalitatea, evaziunea fiscală și dacă pedepsele sunt aplicate corect.

9.4. Rechtsrahmen der Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen (A8-0239/2016 - Kaja Kallas)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Maria Grapini (S&D). – Uniunea vamală este o preocupare a noastră, a Uniunii Europene, pentru că acum, când vorbim, există evaziune fiscală tocmai pentru că nu funcționează sistemul informațional. Am cerut în repetate rânduri Comisiei și comisarului responsabil să existe bugete suficiente și să nu se mai amâne informatizarea sistemelor vamale, pentru că știm bine că evaziunea fiscală este și prin trecerea la frontieră, prin vamă, evaziune fiscală mai ales pe TVA, sumele sunt foarte mari și cred că prin votul acestui raport pe care, subliniez, l-am votat, prin votul acestui raport putem să facem o presiune asupra Comisiei să urgenteze alocarea banilor pentru finalizarea informatizării Uniunii vamale, aplicarea, de fapt, a Uniunii vamale – un raport aprobat încă din 2016, dar care încă nu funcționează și datorită căruia se întâmplă încă evaziune, în mod deosebit pe TVA. Sper să avem o aplicare corectă.

9.5. Anstieg der Zahl der HIV-, TB- und HCV-Epidemien in Europa (B8-0436/2017)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, votei a favor desta resolução no reconhecimento de que é necessário um quadro estratégico integrado da União Europeia sobre o HIV, a tuberculose e a hepatite viral.

Fui relator-sombra do relatório aprovado nesta Casa a 2 de março sobre as opções da União Europeia para melhorar o acesso aos medicamentos, na qual a Comissão e os Estados-Membros são exortados a adotar planos estratégicos para garantir o acesso a medicamentos que salvam vidas e a coordenar um plano com vista a erradicar a hepatite C na União Europeia através da utilização de instrumentos como a contratação pública europeia.

A Europa é um espaço de solidariedade e, por isso, incumbe à União Europeia dar cumprimento aos objetivos de desenvolvimento sustentáveis das Nações Unidas, nomeadamente o objetivo número 3, que inclui o objetivo de erradicar as epidemias de HIV e da tuberculose até 2030 e de combater a hepatite.

O Parlamento tem vindo, sistematicamente, a questionar a Comissão sobre as respostas da União em relação ao HIV-Sida, à tuberculose e à hepatite C. Entendo que a Comissão deve tomar todas as medidas para promover soluções públicas eficazes na prevenção destas doenças e eu continuarei a acompanhar, de forma empenhada, este assunto de forma a que os cidadãos europeus tenham um futuro mais saudável e melhores condições de vida.

Bolesław G. Piecha (ECR). – Pani Przewodnicząca! Głosowałem oczywiście za tą rezolucją, ale muszę powiedzieć, że niepokojącym zjawiskiem u progu XXI wieku jest to, że w Europie wzrasta zachorowalność na choroby zakaźne, zarówno starego typu, jak gruźlica, jak i choroby wirusowe nowego typu, takie jak HIV, AIDS czy wirusowe zapalenie wątroby typu C.

Potrzebne jest wzmoczenie działań profilaktycznych. Wstyd, żeby nowoczesna Europa dysponująca bardzo dobrymi technologiami medycznymi nie potrafiła zahamować tych infekcji. Oczywiście inna jest strategia w chorobach wirusowych – tu liczy się ogromna edukacja, profilaktyka zdrowotna, uświadamianie obywateli. Inna jest taktyka leczenia chociażby gruźlicy. W jednym takim krótkim podsumowaniu, należy dążyć do wzmocnienia badań nad nowoczesnymi lekami – większość chorób i rozwój gruźlicy to niestety lekooporność. Jeżeli chodzi o HIV i zapalenie wątroby typu C, postuluję, żeby koszty nowoczesnych leków w całej Europie były podobne.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony! Szavazatommal támogattam ezt az indítványt, hiszen egy sor olyan kérdésre világít rá, amelyek a közvélemény számára nem feltétlenül ismertek, így például hogy az Európai Betegségmegelőzési és Járványvédelmi Központ szerint a HIV fertőzöttek körében a hétből egy ember nem is tudja, hogy fertőzött-e, vagy sem, mert a HIV fertőzés és a diagnosztizálás között a becslések szerint átlagosan négy év telik el.

Emellett a tuberkulózis, másik betegség mint légi úton terjedő betegség, határokon átnyúló egészségügyi veszélyt jelent a globalizált világban, ahol a lakosság mobilitása egyre nő. A jelentés helyesen hívja fel tehát a figyelmet a társfertőzések problémájára, különösen a tuberkulózis és a vírus Hepatitis B és C esetében, mivel a tuberkulózis és a vírus Hepatitis nagyon gyakori és gyors lefolyású, valamint magasabb megbetegedési és halálozási arányokat eredményez.

Krisztina Morvai (NI). – Kedves Képviselőtársaim! Meggyőződésem, hogy a világot olyan emberek fogják megváltoztatni, akiknek az eszük is és a szívéük is a helyén van. Meglepetésemre még a Juncker által vezetett Bizottságban is találtam ilyen embert: Andriukaitis biztos személyében, aki litván származású, és az egészségügyért felelős. Mélyen megdöbbent, amikor írtam neki egy levelet, egy tragikus haláleset kapcsán: 18 éves fiú halt meg Magyarországon fertőző agyhártyagyulladás következtében. Egyébként ezt az esetet több másik is követte. Kértem a fellépését az oltás, a védőoltás kötelezővé tétele érdekében. Olyan emberi nagyságról – és ami szintén kivételes a biztosok testületében – szakmai tudásról tett tanúbizonyságot mint orvos, hogy úgy gondolom, hogy amíg ő a Bizottságnak az egészségügyért felelős tagja, megszavazhatom a fertőző betegségekkel szembeni határozottabb fellépésre vonatkozó jelentést, hiszen ő oda fogja tenni magát, köszönöm neki ezúttal is.

Urszula Krupa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Byłam sprawozdawczynią z ramienia ECR. Głosowałam ze sprawozdaniem tym bardziej, że było ono powodem bardzo ciekawej debaty ujawniającej wiele problemów, między innymi nadwyżkę firm farmaceutycznych zawyżających ceny leków zwłaszcza nowych, podawanych przy wirusowym zapaleniu wątroby, ale także w pozostałych chorobach. I ponownie chciałam zwrócić uwagę na problem ponad 40 milionów zakażonych HIV, którym poza opieką zdrowotną, dożywotnim leczeniem przeciw retrowirusom, poprawą diagnozowania trzeba zapewnić pomoc psychologiczną i psychiatryczną, gdyż – jak podkreślałam – najważniejszą rolę w kontrolowaniu epidemii, w zapobieganiu transmisji HIV na inne osoby odgrywają ludzie żyjący z HIV, co rodzi potrzebę ich edukacji z koniecznością informowania partnerów. Także obserwowany siedmiokrotny wzrost zakażeń w grupie MSM wymaga wyciągnięcia wniosków dotyczących zapobiegania z potrzebą informowania i ochrony nie tylko przeciwko

stygmatyzacji, ale informowania o odpowiedzialności chorych, także prawnej.

Maria Grapini (S&D). – Am participat la dezbateră în plen înainte de a vota acest raport și am prezentat în plen și domnului comisar argumentele pentru care susțin și votez acest raport. Este absolut de neimaginat să nu votăm, ca oameni aleși aici, o chestiune care ține de viața oamenilor. Nu avem, așa cum am mai spus-o în acest hemiciclu, politici de stânga, de dreapta, de centru. Noi trebuie să susținem viața oamenilor, sănătatea oamenilor. Nu avem un program integrat. Avem acum o mobilitate a forței de muncă, avem migrație din alte continente. Nu există prevenție, nu există informație, nu există acces pentru toți cetățenii la medicamente. Există țări, așa cum este și țara mea, în care oamenii bolnavi de hepatita C nu că nu pot să dea acea sumă mare de bani, prea mare, nu există cantitatea necesară și acest lucru încalcă dreptul la viața cetățenilor. Eu sper să nu rămână doar un raport, eu sper ca domnul comisar, ca om de specialitate, să discute cu guvernele naționale și să găsească un mijloc prin care să aducă acel drept la viață pentru fiecare cetățean.

Monika Smolková (S&D). – Pani predsedajúca, vírusová hepatitída, tuberkulóza a HIV sú stále strašiakom ohrozujúcim zdraviu Európanov. Komisia síce uvádza, že prispeje k zlepšovaniu stavu monitorovaním správ a skúmaním pokroku v dosahovaní cieľov trvalo udržateľného rozvoja. Podľa môjho názoru je to veľmi málo, hlavne, keď čítame, koľko ľudí umiera ročne na rôzne typy hepatitíd. Určite je žiadúce, ak vieme, kde je vysoká miera výskytu HIV, tuberkulózy, či hepatitídy, prijať také opatrenia, aby sme zamedzili šíreniu týchto život ohrozujúcich infekcií a nielen ich monitorovali. V roku 2015 som dala otázku Komisii, do akej miery má Komisia zmapované očkovanie detí proti chorobám ako tuberkulóza, čierny kašeľ alebo detská obrna. Odpoveď, že právomoc v oblasti politiky očkovania majú členské štáty nemôže byť uspokojivá, pretože aj dnes máme ohniská ďalších ochorení, na ktoré sa zomiera. Preto sa pripájam k výzve, aby Komisia a Rada zohrávali významnú politickú úlohu v dialógu s členskými štátmi, ale aj so susednými štátmi, a zabezpečili, že prijímú zodpovednosť za boj proti HIV, tuberkulóze, vírusovej hepatitíde a ďalším epidémiám.

9.6. Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Kommission für 2018 (RC-B8-0434/2017, B8-0434/2017, B8-0435/2017, B8-0450/2017, B8-0451/2017, B8-0454/2017, B8-0455/2017, B8-0456/2017)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señora presidenta, no sé si somos conscientes —aunque no nos escuchan muchos— de que esta mañana se ha producido una situación bastante extraña, porque no se ha aprobado ningún programa de trabajo que el Parlamento le envía a la Comisión.

Esto sí que me parece bastante ridículo, mucho más que lo que dijo ayer el señor Juncker, porque realmente lo que se ha producido es una falta de acuerdo entre los Grupos para que el Parlamento Europeo le envíe a la Comisión su programa de trabajo para el año que viene. Y, desgraciadamente, no hay propuesta del Parlamento. Y por qué, tendríamos que preguntarnos. Porque cada uno hemos votado nuestra propuesta y la propuesta que ha sido presentada por los Grupos PPE, ALDE y ECR no ha prosperado, porque se han recibido diferentes enmiendas de diferentes Grupos. Lo cierto es que lo que se ha puesto de manifiesto es que no hay una mayoría estable en este Parlamento si no se pacta con el Grupo Socialista.

Esto es lo que se ha visto hoy y, desgraciadamente, este Parlamento ha hecho un flaco favor a su propio prestigio sin poder presentar su documento de trabajo. Esta es la realidad.

Krisztina Morvai (NI). – Kedves Képviselőtársaim! Meglepetésre elfogadta, befogadta az Európai Bizottság azt az európai polgári kezdeményezést, amelyet nyolc volt szocialista vagy kommunista ország képviselői indítottak annak érdekében, hogy azt a hatalmas jövőbelmi, illetve bérszakadékot, amit a nyugati és keleti országok között tapasztalhatunk, s amely miatt a keleti, illetve a közép-európai tagállamokból hazájukat kénytelenek elhagyni sokan, tragikus helyzeteket eredményezve családokban is és hát különböző munkahelyeken is.

Nos, hiányoltam a Bizottságnak a 2018-as munkaprogramjából, hogy a számos tagállamot érintő jelenséggel elkezdene foglalkozni. Tehát hogy azt mondaná, hogy összeállítok egy komoly szakmai bizottságot, elkezdem feltárni az okokat, a megoldási lehetőséget arra, hogy záruljon ez a hatalmas szakadék a nyugati és keleti békék, illetőleg jövedelmek között.

Ivana Maletić (PPE). – Gospođo predsjednice, s velikom je većinom zastupnika odbijena Rezolucija o pripremi programa rada Komisije za 2018. godinu. Ja sam u glasanju bila suzdržana jer je naravno u Rezoluciji jako puno važnih poruka i dijelova. Međutim, izmjenama koje su prošle tijekom glasanja sadržaj i usmjerenost na ključne aktivnosti izmijenjeni su i zbog toga naravno nismo u potpunosti mogli podržati ovu Rezoluciju.

Ono što je bitno, svi moramo znati da su pred nama ključni izazovi u 2018. godini i da naravno u sljedećem glasanju o tome moramo voditi računa, da se mora pojačati provedba programa, ubrzati provedba programa jer naši građani očekuju rezultate vidljive barem u 2018. godini za ovu perspektivu.

Isto tako upravljanje krizama postalo je naša svakodnevica. Zajednički moramo osmisliti i provesti najbolja rješenja i za borbu protiv terorizma i za upravljanje migracijama.

Monika Smolková (S&D). – Pani predsedajúca, program Komisie považujem za veľmi dôležitý z pohľadu obyvateľov EÚ, preto je veľká škoda, že sme sa nevedeli dohodnúť naprieč politickým spektrom na spoločnom návrhu uznesenia. Z mnohých dobrých návrhov sa do uznesenia nedostali napr. posilnenie stratégie pre oživenie priemyslu, ale ani nástroje na implementovanie klimatickej dohody z Paríža. Pred nami sú aj ďalšie naliehavé úlohy, ktoré keď nebudeme riešiť hneď, zajtra už môže byť neskoro. Za takúto akútnu úlohu považujem demografiu a starnutie obyvateľstva, nízku pôrodnosť, slabú podporu rodinného života a nevyvážené pracovného a súkromného života. V súčasnosti starí ľudia sa stávajú príťažou a neriešiteľným problémom v mnohých členských štátoch. Preto očakávam od Komisie jednotnú, koordinovanú stratégiu pre riešenie tohto problému. Na druhej strane sú tu mladí ľudia, ktorí právom očakávajú od nás podporu vo vzdelávaní a v uplatnení sa na trhu práce a v dôstojnom živote pri zakladaní si rodiny. Preto aj program Komisie na rok 2018 by mal vytvárať perspektívu pre mladú generáciu v spoločnej Európe.

9.7. Haushaltsplan 2018 — Mandat für den Trilog (A8-0249/2017 - Siegfried Mureşan)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony! Szavazatommal támogattam, és a plenáris vita során is megerősítettem a mezőgazdaság és vidékfejlesztés költségvetésben betöltött kulcsfontosságú szerepét. Az olyan területek, mint például az aktív gazdálkodók, a termelői csoportok, a küzdelem a tisztességtelen kereskedelmi gyakorlatok ellen, a piaci megfigyelőközpontok, növényegészségügyi intézkedések, és az okos megközelítés jelentős biztonságot nyújtanak.

Felhívom a figyelmet, hogy a brexit is komoly hatással lesz erre a területre, így már a 2018-as költségvetésben közép-pontba kell helyezni ezt a kérdést, és meg kell vizsgálni, hogy a tagállamok a jelenlegi 1%-os EU-költségvetéshez való hozzájárulását lehet-e 2%-ra emelni.

A jelentés továbbá külön kiemeli a kísérleti projektek és az előkészítő intézkedések fontosságát is, amelyek alapvető fontosságú eszközök a politikai prioritások kialakításában, és az olyan új kezdeményezések előkészítésében, amelyek állandó uniós tevékenységgé és programokká válhatnak, mint például az „okos falvak” koncepció.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Od początku kadencji zajmuję się problematyką budżetu, problematyką finansów w obszarze kompetencji: kultura, edukacja, sport i turystyka, i z tego też powodu nie mam żadnych kłopotów z akceptacją mandatu do rozmów trójstronnych, jak i również tego etapu prac nad budżetem. To, na co chcę zwrócić uwagę, to jednak na fakt pewnego równoległego debatowania nad różnymi pozycjami z efektem, muszę powiedzieć, daleko odbiegającym od oczekiwań. Z jednej strony odbiera się kulturze środki finansowe na tworzony Europejski Korpus Solidarności, zapowiadając rekompensatę, której na tym etapie nigdzie zapisanej nie ma. Zwracam uwagę na ten detal, na ten szczegół, bo jest ich bardzo, bardzo dużo. Zarówno tempo, szczegóły techniczne związane z projektowaniem budżetu na 2018 r. budzą moje wątpliwości z tego powodu, że cechuje je daleko idąca niespójność. Niemniej jednak projekt poparłem.

9.8. Künftige Strategie der EU für internationale kulturelle Beziehungen (A8-0220/2017 - Elmar Brok, Silvia Costa)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Dziękując Elmarowi Brokowi, jak również Silvii Coście za wykonaną pracę, chcę podkreślić, iż w przypadku tego dokumentu mamy dwa mankamenty. Po pierwsze, powstaje on 10 lat po zbudowaniu pierwszej formalnej europejskiej agendy kultury, czyli czas niezwykle odległy. To nie buduje dobrej perspektywy na kolejne narzędzia, w których kultura byłaby traktowana poważnie. A po drugie, chcę jednocześnie powiedzieć, że w tym dokumencie zapisujemy, że ważne są programy „Kreatywna Europa”, programy stypendialne dla młodzieży, program „Europa dla obywateli”, „Horyzont 2020”, a równocześnie „Horyzont 2020” traci środki finansowe na programy inwestycyjne, a z programów dedykowanych kulturze odbiera się środki na nowe projekty bez rekompensaty. Zwracam na to uwagę, dlatego że mamy w tej materii albo pewną schizofrenię, albo przynajmniej niekonsekwencję.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE). – Madam President, I voted in favour of this report because undoubtedly culture is a common good; it is inseparably linked to human rights and fundamental freedoms. But culture is also a tool that builds bridges between people and reinforces mutual understanding. Looking from this perspective, I warmly welcome the EU strategy for intercultural relations, because it aims to promote a global order based on peace, rule of law, freedom of expression, intercultural and interreligious dialogue, mutual understanding and respect for fundamental values.

In light of this, I call on the Commission to strengthen the impact of the cultural dimension in international relations by including the cultural dimension systematically in negotiations and in association agreements.

In addition, the Commission and External Action Service have to include international cultural relations in international cooperation instruments and programmes in a horizontal way in order to ensure a coherency and to turn them into efficient tools.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie i Panowie Posłowie! Traktat o Unii Europejskiej deklaruje, że jednym ze źródeł inspirujących współpracę naszych państw jest religijne dziedzictwo Europy. Ale jeżeli spojrzymy do strategii UE w dziedzinie międzynarodowych stosunków kulturalnych, w ogóle potwierdzenia tej deklaracji nie widać. Ten dokument to manifest multikulturalizmu, gdzie „zróżnicowanie tożsamości kulturalnej” ma zastąpić naszą tradycję, nasze wartości duchowe, naszą historię. Unijna strategia kulturalna to jeszcze jeden dokument strukturalnego kryzysu Unii Europejskiej, tak jak nasz sprzeciw, to jeszcze jedno świadectwo tego, że chrześcijańska cywilizacja Europy ciągle żyje.

Csaba Sógor (PPE). – Madam President, culture and education as soft-power resources in the EU external policy arsenal are still not adequately reflected in our efforts to counter radicalism, resolve conflicts and promote reconciliation and sustainable socio-economic and human development in the world.

These tools could and should be among Europe's most effective weapons in the promotion of the ideas of non-violence, equality and respect for human rights. I would note too that not enough effort has been put in by the EU on protecting the cultural rights of national minorities, including in the Eastern Partnership countries. Effective cultural diplomacy has to be a strong force for the promotion of cultural and linguistic diversity and the preservation of minority languages and cultures.

The slogan 'Unity in diversity' should become a universal approach both within and outside the EU.

9.9. Empfehlung an den Rat zur 72. Tagung der UNO-Generalversammlung (A8-0216/2017 - Andrey Kovatchev)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora presidenta, la Resolución de hoy pide una vez más que la Unión Europea apoye la labor del representante especial del secretario general de Naciones Unidas para el Sáhara Occidental y, para ello, deberá hacer efectivo el derecho a la autodeterminación del pueblo saharaui.

El martes que viene se reanudará el juicio a los presos de Gdeim Izik, en el que observadores independientes han destacado graves violaciones de la legislación internacional, empezando por la Convención contra la Tortura: un juicio político contra el pueblo saharaui y su anhelo de independencia.

La Unión Europea debe actuar y suspender sus acuerdos con Marruecos, tal y como exige incluso el Tribunal de Justicia, hasta que este no cese en su ocupación y colonización del pueblo saharaui.

La legislación internacional y la Carta de las Naciones Unidas son claras: solo un referéndum de autodeterminación puede poner fin al expolio y al destierro del pueblo saharaui. Trabajaremos juntos para llevarlo a cabo.

Krisztina Morvai (NI). – Madam President, I had to double check but indeed this report says in point (al) that there should be more open expression of opinion, especially by citizens, in the context of migration.

Indeed, go ahead, dear citizens of the European Union, express your opinions like we did in Hungary. This reminded me of, for example, the population of the small jewel called Martonfa, a community near the town of Pécs, who said, 'we do not want a migration camp or a migrants' camp here and we shall stay here in this territory and we shall not leave until it is decided that there shall be no camp here'.

What was the result?

The Hungarian Government decided to watch our borders instead of putting camps into beautiful areas of Hungary. Do the same.

Branislav Škripek (ECR). – Pani predsedajúca, ako členské štáty Európskej únie sme najväčším finančným prispievateľom do systému OSN, čo je asi 50% všetkých príspevkov. V Európskej únii sa preto chválime tým, že sme poprednými svetovými lídrami, čo udávajú tempo a smer, čo je do istej miery zaiste pravda, a žiaľ niekedy pri takomto líderstve vôbec nemáme byť na čo hrdí. V uznesení odporúčaní Európskeho parlamentu valnému zhromaždeniu OSN znovu raz EP žiadal, aj schválil, aktívne presadzovanie podporných opatrení pre LGBTI osoby, čo som samozrejme nemohol podporiť. Len tento týždeň máme v agende ďalšie tri uznesenia podporujúce tú čudnú a nevedeckú LGBT agendu. Tak sa skutočne pýtam, ako sa spieva v jednej piesni slovenskej speváčky Simony Martausovej: „kam tento svet speje, keď zuby majú byť len biele, vraždy sú aj v lepopore, rozum nie vždy ide s vekom, závislí sme vždy na niekom, a zaspávame vďaka liekom, čo robíť s dušou človeka, človek zvláštnym bohom slúži, zo žien sa stávajú muži, čo dobývajú pevnosti“. Ďakujem za pochopenie.

9.10. Aufbau einer ambitionierten industriepolitischen Strategie der EU als strategische Priorität für Wachstum, Beschäftigung und Innovation in Europa (RC-B8-0440/2017, B8-0439/2017, B8-0440/2017, B8-0445/2017, B8-0446/2017, B8-0447/2017, B8-0448/2017, B8-0449/2017)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, the European Union cannot outsource its industrial capacities to other continents. That is not wise, in the same way that a human organism cannot declare that it will not use its liver because livers are not as cool as kidneys. The result for the organism would be devastating.

My country, Latvia, has lost 25% of jobs in industry since joining the European Union and now my country depends heavily on help from European funds. Without a proper industrial policy, we cannot say that our European economy is sustainable. That is why it is very important to strengthen and modernise the industrial base in Europe. The Commission, together with the Member States, should adopt a holistic European industrial policy strategy.

We cannot only scratch one another behind the ears and call it a modern service economy. We need a modern and developed industry in Europe.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodo predsjednice, danas smo izglasali rezoluciju o ambicioznoj industrijskoj strategiji i to je izuzetno važno za cijelu Europu i za svaku državu članicu jer bez jake industrije ne možemo imati ni jako vodeće gospodarstvo, a mi želimo biti na svijetu lideri.

Industrija, zadnjih dvadeset godina, nažalost, čitavo vrijeme pada i njen udio u BDP-u je pao s 19% na 15%, a naš je cilj u ovoj strategiji do 2020. godine biti na 20%. Kako ćemo to postići? Moramo značajno promijeniti svoje stavove i načine rada, moramo smanjiti ovisnost o sirovinama iz trećih zemalja, moramo povećati energetske učinkovitost. Isto tako sustav obrazovanja mijenjati i uskladiti s potrebama industrije, povezati industriju sa znanosti, poticati inovacije i naravno smanjiti regulatorna opterećenja. Puno je posla pred nama i ova rezolucija to jasno poručuje.

Elnök asszony. – A szavazatindoklások végéhez érkeztünk.

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Az ülést 14.05-kor felfüggesztik, és 15.00-kor folytatják.)

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Bericht 2016 über die Türkei (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Kati Piri, au nom de la commission des affaires étrangères, sur le rapport 2016 de la Commission concernant la Turquie (2016/2308(INI)) (A8-0234/2017).

Kati Piri, rapporteur. – Madam President, adalet is the Turkish word for justice. As we speak, thousands of people are marching from Ankara to Istanbul in protest at the large-scale purges that started after the failed coup attempt one year ago. The numbers are swelling every day, and more than one million people are expected to attend a peaceful march for justice when they arrive in Istanbul this coming Sunday.

In a deeply polarised country, people from all walks of life are uniting to call for the restoration of the rule of law in their country. That is not only historic, it is also a hopeful sign that many in Turkey do not accept the authoritarian drift in their country. These people are fighting for their democratic rights, and we in the European Parliament stand side by side with all those in Turkey who believe in the same European values as us.

At least half of the population voted against the new constitutional package in the referendum. Turkish students are protesting against the government-appointed rectors in their universities. And teachers fired under government decrees, Nuriye Gülmen and Semih Özakça, began a hunger strike in protest. As their strike neared the 80-day mark and their health faded, they were arrested and they have been in custody ever since.

This shows how little space is left nowadays for freedom of speech in Turkey. But all of these examples also show how millions of people in Turkey are not giving up hope. One year after the failed military takeover, Turkish democracy is under great pressure. A heavy price is being paid by the Turkish people. The parliament and the constitutional court are bypassed as the government rules by emergency decrees. More than 150 000 people have lost their jobs, more than 50 000 people have been jailed, and all without having an opportunity to defend themselves.

The continually deteriorating situation in South-East Turkey deserves special attention. Not only is the leader of the pro-Kurdish People's Democratic Party (HDP), Selahattin Demirtaş, imprisoned, so are 12 of his colleagues and 87 mayors from that region. Especially in the areas where curfews were imposed, excessive force has been used by security personnel, and collective punishment has been applied to the inhabitants. However, this in no way justifies any of the killings conducted by the Kurdistan Workers Party (PKK), an organisation which has been on the EU's terror list since 2002, and last week's murder of two local Justice and Development Party (AKP) politicians is another sad example of how this conflict affects many people's lives.

The EU believes that there can only be a political solution to the Kurdish question.

When looking at the widespread crackdown on all dissent in Turkey, silence is the worst strategy for the EU to take in reaction. Not only does it leave millions of Turks out in the cold, it also fuels euroscepticism in our own countries and sends the wrong message to the other EU candidate countries in the Western Balkans.

Let us take a look at some examples from the past weeks. Why was there No EU statement when journalists from the *Sozcu* newspaper were targeted? Why was there No EU reaction when the head of Amnesty International's Turkish branch was arrested? And why was there no condemnation when a 14th member of the Turkish Parliament, Republican People's Party (CHP) MP Enis Berberoglu, was jailed and sentenced to 25 years?

We understand that Turkey is an important country and we have many joint strategic interests. We are not pleading for a stop to all dialogue and cooperation with Ankara, but what we are asking the Commission and the EU leaders to do is simply to stand up for our own values. By looking away, we are seriously undermining our own credibility.

We support the Commission's proposal to start negotiations on the modernisation of the current customs union with Turkey. This would not only be beneficial to both sides in economic terms, but it is perhaps also the only leverage the EU still has in making the Government of Turkey commit to European standards. On visa liberalisation, we encourage the Turkish Government to comply with the last five remaining benchmarks.

Finally, while the political Groups in this House have very different views on EU-Turkey relations, I would like to thank especially my colleague rapporteurs from the other Groups in making sure that this Parliament speaks with one, clear and loud voice in condemning the Turkish Government's serious decline in democratic standards, while continuing to support the Turkish population, millions of whom would like to continue to see the EU as an anchor for reforms in their country.

And for all those millions of people in Turkey it is also important that we continue to uphold our own values when dealing with a candidate country. To those in Turkey following this debate, we would like to say that your struggle in difficult times does not go by unnoticed. Together with you, we hope that *adalet* – justice – will return to Turkey soon.

Matti Maasilikas, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, Turkey is a candidate country and a key partner for the EU. We cooperate in many important areas of joint interest, such as counter-terrorism, foreign and security policy, energy, the economy and trade, as well as migration.

The EU-Turkey joint action plan for refugees and migration management and the March 2016 statement continue to be applied in the interest of both parties. So far, this cooperation has led to a significant decrease in deaths at sea and a substantial reduction of irregular migrant arrivals from Turkey. It has also led to an improved situation for Syrian migrants in Turkey.

The EU Facility for Refugees in Turkey has made a significant contribution through additional funding in the areas of humanitarian assistance, education migration management, health, municipal infrastructure and socio-economic support.

We continue to appreciate Turkey for its enormous efforts in hosting and addressing the needs of around 3 million refugees from Syria and Iraq. Work continues on the issue of visa liberalisation, which, however, remains conditional on Turkey's fulfilment of all the requirements of the road map. We look forward to any further progress regarding this issue during our Presidency this year.

We follow the domestic developments in Turkey with deep concern. Regarding the April referendum this year, President Juncker, High Representative Mogherini and Commission Hahn issued a joint statement, which stressed that the constitutional amendments and their implementation will be assessed in light of Turkey's obligations as an EU candidate country.

We share many of the concerns to which you Parliament referred both in its resolution on Turkey from November last year and in relation to the draft resolution recently discussed and voted upon in the Committee on Foreign Affairs.

Many of these concerns were also reflected in the Presidency conclusions of the General Affairs Council, adopted on 13 December 2016. The significant backsliding in the areas of the rule of law and respect for fundamental rights are deeply worrying and should be urgently addressed by the relevant Turkish authorities.

The unequivocal rejection of the death penalty is an essential requirement for EU membership, and it is also part of Turkey's international obligations. In contacts with Turkey the EU side takes every opportunity to recall these and other concerns, and we will continue to do so. Turkey needs to normalise its relations with Cyprus and fully implement the provisions of the additional protocol of their association agreement.

Nevertheless, continued engagement and an open dialogue with Turkey remain important. The EU should remain the anchor for Turkey's reforms. We continue to expect Turkey to respect the highest standards when it comes to democracy, the rule of law and respect for fundamental freedoms, including the freedom of expression.

As for the situation in the south east of Turkey, the EU will continue to call for an immediate cessation of violence and terrorist attacks. This needs to be accompanied by a return to a credible and inclusive political settlement process and a genuine political dialogue, aiming at a political solution there.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to start by commending the rapporteur's efforts to capture the main challenges in the complex EU-Turkey relationship in a very comprehensive report. I share the strong concerns of this House when it comes to the domestic situation in Turkey as already reflected in the Commission's 2016 country report and in our public positions ever since.

The number of jailed journalists remains very high – currently over 160, including some EU citizens. The situation of academics and of civil society in general has worsened. The opposition finds itself under ever-growing pressure. Honourable Members, I am deeply committed to improving EU-Turkey relations, but only tangible steps by Ankara, reversing the worrying trend on the fundamentals of our relationship, can accomplish this in the mid- and long term. For instance, the ad hoc committee offering remedies to excessive government measures after the attempted coup needs to produce urgent results. Continued close cooperation with the Council of Europe is vital in this context.

I also echo Secretary-General Jagland's call for the release of the two teachers on hunger strike, whose life-threatening situation is rapidly deteriorating. The letter to President Erdoğan, signed by the four largest political groups in this House on the situation of the freedom of the press, will hopefully show its the desired effect.

In short, we cannot and we will not ignore the worrying developments in Turkey, precisely because we want fruitful bilateral relations. Turkey is a candidate country. With the statutes come rules and obligations, obligations and standards to which Turkey itself has subscribed. At the same time, our common challenges are growing by the day, from security in the wider region to the fight against terrorism to the handling of migration and refugees. To tackle these challenges together, it is in our European self-interest to have a stable, democratic, prosperous partner who acts under the rule of law. That is precisely why the EU was among the few first international actors to declare its full support for Turkey, its citizens and its democratic institutions after the terrible coup attempt nearly a year ago – that horrible night during which more than 240 people lost their lives, 2 200 were wounded and the Turkish Grand National Assembly was attacked and severely damaged.

Madam President, honourable Members, when Presidents Juncker and Tusk met with President Erdoğan a few weeks ago, they agreed to pursue our agenda of engagement and open dialogue. This will include a number of high-level thematic dialogues and bilateral visits over the coming months.

Furthermore, last week's steering committee of the facility for refugees in Turkey, the rapporteur, Ms Piri, as well as the Chair of the Committee on Budgets, Mr Arthuis, could witness themselves that the facilities are being smoothly implemented, and it is delivering very tangible results on the ground for the refugees. We have given hundreds of thousands basic livelihoods. We have trained thousands of teachers, and they are giving hundreds of thousands of refugee children a formal education. We are now providing many with a socio-economic perspective. All of this is key to reducing migration pressure. Right after our discussion here today, I will fly to Ankara to meet with Minister Çelik and Minister for the Economy, Zeybekci. I will also visit a health project founded by the EU Facility for Refugees. My message will be clear. The European Union sticks to its financial commitments under the refugee facility. Our support has a clear impact, but our overall relationship can only move forward if there is a clear improvement of the domestic situation in Turkey.

Honourable Members, closely engaging with Turkey is crucial. It is, however, equally important that we make it crystal clear that we all expect positive and tangible developments in and by Turkey. Yes, we engage, but we are not moving the goalposts in either direction. We continue to have a very close eye on what is happening in the crucial areas of rule of law and fundamental freedoms. That is not only a matter of fulfilling EU criteria and universal values; it is, first and foremost, the only way to end the deep divide in Turkish society.

Renate Sommer, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Zunächst einmal möchte ich unserer Berichtsteratterin Kati Piri und auch den Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit danken. Sehr bemerkenswert, wie wir diesen Bericht in diesem Jahr hinbekommen haben.

Wir haben ja dramatische Entwicklungen erlebt in der Türkei, und es ist hier auch eigentlich schon ausreichend dargestellt worden, wie die Situation ist: Tausende Entlassungen, Hunderte Verhaftungen, eine Hexenjagd auf politisch Andersdenkende, eigentlich die Abschaffung des Rechtsstaates und ein Klima der Angst, das vorherrscht in diesem Land. Wie sollen wir also mit so einem Land umgehen?

Und eigentlich meine ich, wir hätten über diesen Bericht, über den wir morgen abstimmen, schon viel eher abstimmen sollen, nämlich vor dem Referendum. Dann hätten wir der türkischen Bevölkerung mit unserem Bericht erklären können, was dieses Verfassungsreferendum eigentlich bedeutet. Denn ich behaupte: Kaum jemand in der Türkei wusste wirklich, um was es bei diesem Referendum ging. Die türkische Regierung hat es geschafft, das eigene Volk in die Irre zu führen. Denn die Verfassungsänderungen sind eben nicht gut für das Land.

Aber für uns ist jetzt klar: Es müssen endlich Konsequenzen gezogen werden. Und dazu muss der Ministerrat auch endlich mal den Mut aufbringen. Unsere Bürgerinnen und Bürger zu Hause verstehen schon lange nicht mehr, warum diese Scheinverhandlungen über einen EU-Beitritt noch aufrechterhalten werden und warum die türkische Regierung nach wie vor beträchtliche finanzielle Mittel von uns erhält.

Natürlich, jedem hier ist klar – das wurde auch schon gesagt –, dass eine enge und privilegierte Beziehung zwischen der EU und der Türkei im Interesse beider Seiten völlig unverzichtbar ist. Aber das kann eben nur verwirklicht werden, wenn die Beziehung auf der Achtung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten, demokratischer Werte und der Rechtsstaatlichkeit beruht. Schließlich hat die Türkei diese Bedingungen akzeptiert, als sie 1999 Beitrittskandidat wurde. Aber leider weigert sie sich seit Langem, diese Grundwerte als ihre eigenen anzunehmen.

Das zeigt: Ein Beitritt dieses Landes kommt eben nicht in Frage. Und es ist nur folgerichtig, wenn wir jetzt fordern, die Verhandlungen formell zu suspendieren, was im Klartext ja das Ende der Beitrittsverhandlungen bedeuten wird, wenn das Verfassungsreformpaket unverändert umgesetzt wird. Die Verfassungsänderungen verstoßen eindeutig gegen die Kopenhagener Kriterien. Allerdings erfüllt die Türkei schon lange diese Kriterien nicht, und sie hat das jetzt noch einmal unterstrichen mit der Enteignung christlichen Kulturerbes. Konfisziert wurden Kirchen und alle ihre Friedhöfe und an die Religionsbehörde Diyanet übertragen. Es ist ein Hohn, dass die Türkei im gleichen Atemzug sagt: „Und wir wollen weiterhin Mitglied der Europäischen Union werden.“ Das ist ein ganz klarer Verstoß gegen unsere grundlegenden Prinzipien. Das können wir nicht akzeptieren.

Wir müssen uns auf eine andere Ebene konzentrieren, das wird die Zollunion sein. Darauf sollten wir gemeinsam hinarbeiten, aber eben auch das auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der grundlegenden Menschenrechte.

Victor Boştinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, it was a very difficult year for Turkey. A very difficult and dramatic one. The failed coup d'état, the Syrian war in the sixth year, and Turkey has received more than three million refugees. The conflict in the south east continues.

Turkey has faced a series of terrorist attacks. It is important to say it, and I understand that the security environment has change in Turkey as well as in the surroundings of the European Union. Therefore, yes, I'm worried about the Turkish democracy. I'm extremely worried when it comes to the fundamental freedoms in Turkey and the way the mass liquidation of media outlets is the result of the state action. The way in which there are mass arrestation of journalists, academics, judges, elected representatives of the opposition and so on and so forth. Today they are endangered by the actions taken by the current leadership of President Erdoğan. Our report is rightly pointing out all of this. Our commitment to the people of Turkey remains, nevertheless, strong. The civil society and the opposition in Turkey are waiting for us to be further engaged and support them not only in their survival – the physical survival sometimes – but in preserving the remains of the democracy in Turkey. Today they are continuing their march from Ankara to Istanbul, a march for justice and democracy. I salute them, all of them.

So this is not the time to give up on Turkey. It is the time when criticism should be strong when necessary and when a constructive, open and pragmatic dialogue should be maintained. It is the appropriate time to stress that Turkey and the European Union does have a strategic interest and have to continue their cooperation in very important areas – migration, counterterrorism, Syrian war in the Middle East region, where Turkey can play a positive role. It is more than now to say today to put an end to the escalating populism within the European Union, the rhetorics which call to cut the relations with Turkey. And the best we can do is to support the customs union.

Beatrix von Storch (EFDD). – Frau Präsidentin! Ich habe eine ganz kurze Frage zur Geschäftsordnung. Hier werden Reden eine Minute überzogen eine Dreiviertelminute überzogen, und wenn wir, nur eine Minute reden können, dann sollten Sie das gleiche Recht für alle anwenden. Oder gibt es irgendeine Regel, die es erlaubt, dass hier einige eine Minute länger reden, 45 Sekunden länger reden, und bei uns fällt genau bei einer Minute und zwei Sekunden der Hammer? Gleiches Recht für alle, oder Sie erklären uns die Regeln neu!

La Présidente. – Je vous l'accorde, Madame, et nous allons tenter de rétablir...

Non, Monsieur Fleckenstein, tout le monde va se calmer, et nous allons reprendre le cours normal de notre débat. Chacun respecte les temps de parole et ainsi tout ira bien.

Bas Belder, *namens de ECR-Fractie*. – Turkije is veel meer dan Erdogan en de AKP. Met genoeg vang ik geluiden op van Turkse burgers met een “open mind” binnen en buiten de eigen landsgrenzen. Deze moedige Turken verdienen ten volle Europese steun.

Twee concrete voorbeelden. Elke week kijk ik uit naar “de brief uit Istanbul” in de Frankfurter Allgemeine van redacteur Bülent Mumay. Informatie en analyse van hoog niveau! Onafhankelijke berichtgeving over Turkije is zeker nu voor de EU van grote waarde, die moeten we ook steunen.

Een tweede voorbeeld. Vorige week vrijdag schreef de Turkse columniste Guzde Berderoglu over het klooster Mor Gabriel (stichtingsjaar 397!): “Mor Gabriel is onze geschiedenis”. Zij vervolgt: “Zolang wij niet begrepen hebben, dat dit onze gemeenschappelijke geschiedenis is, zal ons verval voortduren.”

Deze moedige woorden uit Turkse pen keren zich rechtstreeks tegen de huidige onteigening van tientallen kerken, kloosters en landgoederen van de Aramese gemeenschap rond de stad Mardin. Commissaris, neem het eveneens krachtig op voor een christelijke presentie en christelijk cultureel erfgoed in Turkije, ook vanwege onze waarden en onze geschiedenis!

MdV, mijn laatste woorden reserveer ik voor twee landgenoten, rapporteur Kati Piri en oud-collega Joost Lagendijk. Kati, je combineert expertise met een open blikveld, hebben we nodig, hulde! Joost, ik wens je een spoedige hereniging met je Turkse echtgenote mede dankzij onze Europese steun en solidariteit.

Alexander Graf Lambsdorff, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Die Türkei ist jetzt seit 18 Jahren Beitrittskandidat, seit zwölf Jahren wird verhandelt. Man sollte denken, dass sich in dieser Zeit die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union verbessert hätten. Exakt das Gegenteil ist der Fall. Die Beziehungen werden Jahr für Jahr immer schlechter, weil es auf beiden Seiten inzwischen niemanden mehr gibt, der ernsthaft daran glaubt, dass dieser Verhandlungsprozess eines Tages zum Erfolg führen könnte.

Ich glaube, das gilt für Brüssel genauso, wie es für Ankara gilt. Wir haben in der Bevölkerung eine Gegnerschaft zu einem Türkeibeitritt, über die Europäische Union gerechnet, von insgesamt 77 Prozent, in Deutschland fordern 86 Prozent das Ende der Beitrittsverhandlungen. Wir haben mehr Journalisten im Gefängnis in der Türkei als in China oder im Iran, in den Universitäten ist die akademische Freiheit von Forschung und Lehre mit eisernem Besen beseitigt worden, die Justiz ist nicht mehr unabhängig. Ich finde es gut, dass die Kommission sagt, man werde das nicht ignorieren. Ich bin entgeistert, lieber Herr Ratsvorsitzender, wenn ich einen Satz von Ihnen hier höre:

We expect Turkey to fulfil the highest standards in democracy, fundamental rights and judicial independence.

Bitte, lesen Sie nicht nur vor, was Ihnen Ihre Beamten aufschreiben, haben Sie den Mut, Ihren eigenen Verstand zu benutzen. Denn kein Mensch kann glauben, dass das wirklich so sei, wie Sie es hier geschildert haben.

Meine Damen und Herren, das Europäische Parlament schlägt vor, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einzufrieren. Das ist nicht gleichbedeutend mit dem Vorschlag, den Dialog mit der Türkei zu beenden. Im Gegenteil: Es ist der Vorschlag, den Dialog endlich auf eine ehrliche Grundlage zu stellen: über die Energiepolitik, über die Zollunion, über die Visaliberalisierung, über den Tourismus, über Umweltfragen. Wir haben so viele Dinge, die wir gemeinsam mit den Türken regeln müssen und regeln können – auch bei einer schwierigen innenpolitischen Entwicklung.

Deswegen, meine Damen und Herren, machen wir den Dialog mit der Türkei ehrlich! Stellen wir ihn auf eine Grundlage, die funktioniert! Sagen wir ja zum Dialog, sagen wir ja zu den Verträgen, die wir mit der Türkei schließen können! Aber machen wir klar, dass es einen Beitritt nicht geben kann und nicht geben wird. Das Land entfernt sich von Europa. Ignorieren wir das nicht länger, sondern ziehen wir die notwendigen Konsequenzen!

Τάκης Χατζηγεωργίου, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Πρόεδρε, αυτή είναι μια έκθεση που αντικατοπτρίζει καθαρά, κατά την άποψή μου, την επικρατούσα κατάσταση μέσα στην Τουρκία, που έχει περιγραφεί θαυμάσια και από τον επίτροπο Hahn και -κυρίως- από την εισηγήτρια, την κυρία Piri, την οποία θέλω να ευχαριστήσω ιδιαίτερος για τις προσπάθειες που κατέβαλε -και με τους σκιώδεις εισηγητές- αλλά και συνολικά για τη δουλειά που έκανε για να προκύψει αυτό το αποτέλεσμα. Την ευχαριστώ πολύ, ελικρινά.

Αγαπητοί συνάδελφοι, αναμένετε υποθέτω ότι πρέπει να πω και δυο κουβέντες για το Κυπριακό στον πολύ λίγο χρόνο που έχω. Αναμένουμε και από την Ελβετία κάποια στιγμή θετικά αποτελέσματα, ώστε να ξεφύγουμε απ' αυτό το πρόβλημα που βασανίζει όλους τους Κύπριους, αν και μέχρι στιγμής δεν έχουμε όλες τις θετικές πληροφορίες που χρειαζόμαστε. Αγαπητοί συνάδελφοι, η Τουρκία κατέχει το ένα τρίτο της Κύπρου. Η ελληνοκυπριακή πλευρά είπε ότι παραχωρεί μέρος αυτού του κομματιού που πάρθηκε με τη βία για να τεθεί υπό τουρκοκυπριακή διοίκηση· θα έχουν τη δική τους αστυνομία, θα ελέγχουν τους δήμους τους, τα θέματα παιδείας, θρησκείας, κ.λπ. Θα υπάρχει και ομοσπονδιακή αστυνομία, θα συμμετέχουν στην κεντρική διακυβέρνηση σε όλα τα συστήματα εξουσίας, υπουργικά συμβούλια, Άνω Βουλή, με αναλογία 50% -πολύ μεγαλύτερη από το 20% του πληθυσμού.

Γιατί δεν λύνεται; Γιατί δεν λύνεται το Κυπριακό με αυτή τη λύση, που είναι η απόλυτα σωστή; Διότι η Τουρκία δεν θέλει να φύγει από την Κύπρο. Γι' αυτό πρέπει εσείς εδώ, και οι Επίτροποι και οι εκπρόσωποι του Συμβουλίου και οι βουλευτές, να ασκήσετε όση επιρροή μπορείτε στην Τουρκία, ώστε να φύγει το πόδι της από το σπήθος των Κυπρίων. Τίποτε άλλο δεν μπορείτε να κάνετε και η αναφορά στην αναβάθμιση στην τελωνειακή σχέση που γίνεται μέσα στην έκθεση δεν μας επιτρέπει δυστυχώς να την υπερψηφίσουμε.

Bodil Valero, *för Verts/ALE-gruppen*. – Fru talman! Jag tycker att det är oerhört sorgligt att vi ännu en gång står här och beklagar att utvecklingen i Turkiet går åt helt fel håll. Den gick åt fel håll förra året och året innan dess, och jag undrar när vi senast glädde oss åt framsteg som har gjorts.

Sedan militärkuppen inträffade bara några månader efter att vi debatterade vårt förra betänkande har ju undantagstillstånd rått. President Erdoğan har stärkt sitt grepp om makten, han har låtit fängsla regeringskritiska partiledare, parlamentsledamöter, borgmästare och journalister utan rättssäkra rättsprocesser.

Dessutom har långt över 100 000 lärare, statliga tjänstemän och andra avskedats för att ha sympatiserat med oppositionen eller Gülen-rörelsen som Erdoğan lägger skulden på för statskuppets försök.

Men inte bara turkiska medborgare drabbas. En före detta EU-parlamentariker, tillika ordförande i den gemensamma parlamentariska församlingen med Turkiet, Joost Lagendijk som numera bor i Turkiet, har förvägrats att komma hem sedan ett år tillbaka. Vi är glada att hans fall uppmärksammas i betänkandet.

Vi gröna vill inte stänga dörren för Turkiet, men vi står ändå bakom en frysning av förhandlingarna och vi säger också nej till en modernisering av tullunionen i det här läget.

EU och Turkiet har starka band och vi hoppas att de ska bestå, men det är inte lätt idag att försvara fortsatta förhandlingar om vare sig anslutning eller en uppgradering av tullunionen med en regim som inte upprätthåller någon som helst respekt för vare sig de demokratiska spelreglerna, mänskliga rättigheter eller rättsstatens principer.

Nytt i årets betänkande är att vi för första gången uttryckligen talar om att avbryta anslutningsförhandlingarna om de föreslagna grundlagsförändringarna går igenom oförändrade. Det är en stark signal inte bara till Erdoğan utan till det turkiska parlamentet och till de turkiska väljarna. Bollen ligger nu hos dem.

Men betänkandet tar också upp djupare samarbete inom bland annat kontraterrorism och migration, och där överensstämmer inte vår syn helt med majoritetens. Dels anser vi att det inte går att ha ett samarbete om terrorism med ett land som vägrar att ändra den terrorismlagstiftning som i princip kan omfatta alla som yttrar en annan åsikt än presidentens, och dels anser vi att Turkiet inte är ett säkert land att skicka människor tillbaka till.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, con il voto di domani l'Aula prenderà finalmente atto di quanto noi affermavamo da tempo: la Turchia non ha le qualifiche per essere un paese candidato all'Unione europea.

Le inaccettabili modifiche proposte alla Costituzione, la campagna referendaria e il referendum stesso, per non parlare delle polemiche contro alcuni Stati membri, delle purghe nell'amministrazione pubblica e della libertà di stampa schiacciata, rendono sempre più evidente una tendenza autoritaria manifestata da Erdoğan che, a dire il vero, noi abbiamo denunciato sin da troppi anni.

Era inevitabile, dunque – e ringrazio il relatore e i relatori ombra per l'ottimo lavoro che abbiamo svolto insieme – che questa relazione annuale infine formalizzasse questo stato di fatto dandoci ragione. La richiesta di sospendere ufficialmente i negoziati quando verranno implementati questi emendamenti costituzionali era ed è doverosa. E così lo è anche dire che parlare di liberalizzazione dei visti oggi è fuori dalla realtà.

Eppure, nonostante questa campagna elettorale dall'OSCE definita iniqua, a causa della mancanza di pari opportunità, della copertura unilaterale e delle limitazioni alle libertà fondamentali, il «sì» in quattro grandi città, nelle quattro maggiori città, ha vinto di misura, anzi ha perso in questi centri di maggiore importanza. Vuol dire che tanti cittadini hanno capito che la società civile è più viva che mai.

Sì, noi non possiamo rinunciare alla Turchia, ma soprattutto non dobbiamo rinunciare al popolo turco. Il futuro di Ankara è scritto negli occhi e nel coraggio degli studenti universitari che hanno protestato contro i rettori loro imposti da Erd-ogan, per difendere la libertà di opinione, di espressione e di insegnamento. È scritto anche negli occhi di chi marcia da Ankara a Istanbul per ribadire i diritti delle opposizioni e delle minoranze, specie quella curda. Sì, noi abbiamo il dovere di essere al loro fianco e di usare ogni leva, inclusa quella commerciale, per difendere con franchezza e coerenza il loro diritto di avere diritti.

Edouard Ferrand, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, chers collègues, je crois qu'il y a un certain consensus. Je pense que, tous, nous aspirons à une seule chose: faire en sorte que la Turquie, ce grand peuple, puisse sortir de son marasme. Néanmoins, ici, il y a un double, voire un triple langage.

J'ai entendu M. Lambsdorff et M^{me} von Storch. Permettez-moi de vous dire, Monsieur Lambsdorff, que M. Juncker, hier, a affaibli notre institution. Je pense que ce n'est pas une très bonne chose pour l'esprit démocratique du Parlement européen.

Ensuite, Madame von Storch, certes, on gèle l'accord d'adhésion avec la Turquie mais, néanmoins, au sein de ma commission – la commission du commerce international –, on maintient l'union douanière. C'est un double langage. C'est-à-dire que, politiquement, on s'oppose à la présence de la Turquie dans l'Union européenne mais, économiquement, on continue à mettre en place cette union douanière. Où voulons-nous aller?

Aujourd'hui, le groupe PPE – parce que c'est ce groupe qui a la clé, ici – souhaite le maintien de l'adhésion de la Turquie à l'Union européenne. Selon moi, il serait dommageable que nous soyons sur cette longueur d'onde, parce que je pense que la Turquie n'a rien d'européen et qu'elle représente un véritable danger, non seulement pour notre union de civilisations, mais aussi pour la cohésion même du Parlement européen. Par conséquent, tant que le groupe PPE n'aura pas compris qu'il faut sortir de cette logique avec la Turquie, nous n'avancerons pas.

Aujourd'hui, malheureusement, je crois que le groupe PPE continuera ce double langage qui nous mènera devant l'abîme, c'est-à-dire vers la fin de notre structure européenne.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση, παρά το γεγονός ότι γνωρίζει πολύ καλά, τόσο την αδιάλλακτη στάση της Τουρκίας όσο και τους εκβιασμούς και τις απειλές που απευθύνει, την αντιμετωπίζει με μια πολιτική ενδοτική, φοβική και αντιφατική, που οδηγεί σε αδιέξοδα. Από τη μια πλευρά καταδικάζει την επιθετικότητα της Τουρκίας απέναντι σε όλους τους γείτονές της κι από την άλλη ζητά εμβάθυνση των σχέσεών τους σε θέματα κοινού ενδιαφέροντος. Καταδικάζει τις παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων στην Τουρκία, παράλληλα όμως ζητά αναβάθμιση της τελωνειακής σχέσης.

Η Τουρκία αντιλαμβάνεται μόνο την πυγμή και την αποφασιστικότητα. Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να καταστήσει σαφές ότι όσο η Τουρκία εξακολουθεί να απειλεί την Ελλάδα και την Κύπρο, όσο δεν αναγνωρίζει την οντότητα της Κυπριακής Δημοκρατίας, όσο δεν αποσύρει τα κατοχικά στρατεύματα από την Κύπρο και όσο δεν παύει τις ροές παράνομων μεταναστών προς την Ελλάδα, δεν πρόκειται να λάβει χρηματοδότηση και θα σταματήσουν επ' αόριστον οι ενταξιακές διαδικασίες. Έτσι πρέπει να αντιμετωπιστεί η Τουρκία αν θέλουμε να λύσουμε το πρόβλημα που ακούει στο όνομα Τουρκία, εκτός κι αν φοβάστε ότι ο κύριος Erdoğan θα κατηγορήσει κι εσάς ότι ακολουθείτε ναζιστικές μεθόδους.

Μανώλης Κεφαλογιάννης (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, ένας χρόνος πέρασε από την απόπειρα πραξικοπήματος εναντίον της Τουρκικής Δημοκρατίας και όλοι εμείς εδώ, στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, καταδικάζουμε με τον πιο κατηγορηματικό τρόπο τους πραξικοπηματίες και τις πρακτικές τους και αποτίουμε φόρο τιμής στα εκατοντάδες θύματα του πραξικοπήματος του προηγούμενου Ιουλίου. Όλοι εδώ στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο θέλουμε μια Τουρκία που θα είναι παράγοντας σταθερότητας στην ευρύτερη περιοχή. Πολύ περισσότερο δε, όταν έχουμε δύο ουσιαστικά κατεστραμμένες χώρες στην ευρύτερη περιοχή, τη Συρία και το Ιράκ, και στα νότια μας τη Λιβύη. Όλοι θέλουμε μια Τουρκία σταθερά προσανατολισμένη στα ευρωπαϊκά ιδεώδη. Όμως η τουρκική κυβέρνηση -η κυβέρνηση του κυρίου Erdoğan- με τις πρακτικές της για την ελευθερία του τύπου, τα δικαιώματα των μειονοτήτων, τα δικαιώματα και τη λειτουργία της δικαιοσύνης, τις συλλήψεις εκατοντάδων δημοσίων υπαλλήλων και εκπαιδευτικών και την επαναφορά της ποινής του θανάτου, απομακρύνεται από το ευρωπαϊκό κεκτημένο. Η Τουρκία έχει χάσει το ευρωπαϊκό της όνειρο. Πολιτικά και αξιακά η Τουρκία απομακρύνεται από την Ευρώπη.

Η έκθεση της κυρίας Piri είναι μια ισορροπημένη έκθεση που καταγράφει την πραγματικότητα στην Τουρκία σήμερα. Εμείς θέλουμε να συνεχιστεί ο διάλογος, αυτό κάνουμε και ως Μικτή Διακοινοβουλευτική Επιτροπή Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας, και γι' αυτόν τον λόγο θα υπερψηφίσουμε την έκθεση.

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kati Piri! Ich glaube, wir haben hier einen wirklich guten Bericht vorliegen, der nicht nur von Sachverstand zeugt, sondern auch ein bisschen von Empathie – etwas, was nicht bei jedem Bericht so nachzulesen ist.

Die gemeinsame Zukunft mit unserem Nachbarn, der Türkei, ist noch lange nicht beendet. Aber wir werden – wir haben die Gründe gehört –, wenn das Referendum jetzt in konkrete Gesetze umgesetzt wird, Beitrittsverhandlungen suspendieren bzw. dem Rat vorschlagen, sie auszusetzen. Denn es macht wirklich keinen Sinn mehr. Und, Graf Lambsdorff, es ist ja nicht so gewesen, dass die vor 18 Jahren begonnen haben zu verhandeln und es dann das Jahr für Jahr den Berg hinunterging. Gerade Herr Erdoğan war ja einer von denen, die uns mal vor längerer Zeit Hoffnung gemacht haben, dass es ein bisschen bergauf geht.

Es ist ehrlicher, diese Verhandlungen zu unterbrechen oder auszusetzen, und es ist wichtig, weil es auch anderen zeigt, dass man sich entscheiden muss, wohin man möchte. Man kann nicht eine Tür zuhalten und ständig rufen: „Lasst mich rein!“ Es gibt diese Entscheidungsnotwendigkeit.

Es ist aber genauso wichtig, dass unsere Freunde wissen, dass wir sie nicht im Stich lassen. Und unsere Freunde sind diejenigen, die eine andere Türkei haben wollen, die Demokratie und Gewaltenteilung haben wollen, für die Rechtsstaatlichkeit wichtig ist und bürgerliche Freiheiten erst recht. Die Oppositionsparteien, die Journalisten, die Professoren, die vielen jungen Menschen in der Zivilgesellschaft, die in der Türkei oder zum Teil auch in unseren Städten leben, werden wir auch in Zukunft unterstützen. Und es werden konkrete Vorschläge gemacht. Wenn wir die Verhandlungen aussetzen, dann müssen wir eben auch sehen, dass die Heranführungsmittel dafür verwendet werden, dass die Zivilgesellschaft und die Flüchtlinge in der Türkei, aber auch andere Menschen durch Erasmus+, durch andere Dinge zueinander geführt werden.

Wer nicht unsere Freunde sind, muss auch klar sein. Es ist einmal diese Regierung, und es sind zum anderen diejenigen, die putschen oder die Terror ausüben. Es gibt keine guten und keine schlechten ...

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

Charles Tannock (ECR). – Madam President, this is by far Parliament's most critical report on Turkey that I have ever seen and it is wholly deserved. Far from dismantling the Turkish deep state and the pursuit of democracy, Erdogan has instead replaced one authoritarian regime with another.

After years of increasing his power base, he has now fully cemented his, and the AK Party's, dominant role across the whole of the Turkish state. Having purged public institutions and silenced the media under the pretext of responding to the attempted coup last year, the referendum this year has now confirmed constitutional changes that ensure that President Erdogan is soon to assume his much-coveted sultanesque role.

Turkey, as a NATO state and EU candidate country, however, is too important and too close to Europe to simply ignore. Difficult choices now lie ahead of us as to how to adapt the EU's relationship with Turkey in the future, but we should take care to ensure that those choices are not dictated purely by necessity, rather than by our common values. I hope, above all, to see a solution to end Turkey's military occupation of Cyprus very soon.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

James Carver (EFDD), blue-card question. – Thank you, Charles, for taking my blue card. This isn't a personal dig at you, but do you understand my frustration that your party, the British Conservative Party, sits in the same pan-European group, the ACRE, as Erdogan's AKP party? Do you think that is an extremely difficult position for your party, and would you welcome their withdrawal from it?

Charles Tannock (ECR), *blue-card answer*. – Well, thank you for reminding me of that rather unfortunate fact, Mr Carver. It is extremely difficult for me, as somebody critical of AK and what it has been up to in Turkey, so I would call upon the Conservative Party leadership – I am not part of the leadership – to expel the AK Party as soon as possible.

Marietje Schaake (ALDE). – Madam President, for the past years the progress report has become a reflection of regress of the rule of law and of democracy. This regress weighs on the people of Turkey as well as on our relationship. Our group, and this Parliament, have been consistent. We supported accession as we believed it would serve the rights and the freedoms of the people in Turkey. We urged the freezing of negotiations last year after the massive response to the failed coup attempt, however despicable that attempt was. Yes, perpetrators should be held to account, but with fair trial and due process.

The package of constitutional amendments, if implemented unchanged, would *de facto* put an end to the accession process and negotiations. Still, we do not want to slam the door in the faces of the population of Turkey and we insist that any form of a future relation between the EU and Turkey cannot be transactional only, focused on trade security, asylum and migration, but will have to be deeply rooted in the rule of law and respect for human rights.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, δώδεκα χρόνια διαρκούν οι ενταξιακές διαπραγματεύσεις της Τουρκίας. Επί δώδεκα χρόνια, η Τουρκία υποκρίνεται ότι είναι διατεθειμένη να συμμορφωθεί προς τους ευρωπαϊκούς κανόνες, ώστε να καταστεί μέλος της Ένωσης και η Ευρώπη υποκρίνεται ότι την πιστεύει. Στην πράξη, το τουρκικό καθεστώς καθίσταται ολοένα και πιο αυταρχικό στο εσωτερικό του, ολοένα και πιο επιθετικό απέναντι στις γειτονικές χώρες. Οι πραγματικότητες αυτές αποτυπώνονται στην έκθεση την οποία συζητούμε σήμερα, αλλά δυστυχώς αυτή καταλήγει σε ανακόλουθα συμπεράσματα, όπως παραδείγματος χάριν ότι πρέπει να αναβαθμιστεί η τελωνειακή ένωση των δύο πλευρών ή ότι πρέπει να υπάρξει απελευθέρωση του καθεστώτος θεωρήσεων εισόδου για Τούρκους πολίτες στο ευρωπαϊκό έδαφος. Εάν δεν απαλειφθούν οι συγκεκριμένες αναφορές, εμείς δεν είμαστε διατεθειμένοι να υπερψηφίσουμε την έκθεση αυτή.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – Am înțeles problemele și cred că, din raport, rezultă foarte bine ce ați spus dumneavoastră, dar solicitarea de a închide total dialogul și uniunea vamală despre care ați vorbit credeți că aduce pentru cetățenii turci o situație mai bună decât este acum? Credeți acest lucru? Pentru că, în țara mea, există cetățeni turci căroră, din păcate, li se iau pașapoartele și nu mai pot să fie protejați într-o țară din Uniunea Europeană.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *απάντηση «γαλάζια κάρτα»*. – Η Τουρκία, κυρία συνάδελφε, αρνείται να συμμορφωθεί προς το καθεστώς τελωνειακής ένωσης και προς τις υποχρεώσεις της, τις οποίες ανέλαβε βάσει των προηγούμενων συμφωνιών της με την Ένωση. Με ποια λογική θα μπορούσε τώρα να αναβαθμιστεί αυτό το καθεστώς, το οποίο η ίδια η Τουρκία δεν σέβεται; Είναι εντελώς ανακόλουθο και επαναλαμβάνω ότι δεν είμαστε διατεθειμένοι να υπερψηφίσουμε κάτι τέτοιο.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Madam President, the report we are going to adopt tomorrow, which is comprehensive and balanced, calls for the suspension of accession negotiations if the constitutional reform package is implemented unchanged.

Suspension would be bad news for those like me in the European Union and Turkey who would like to see Turkey become a Member State in the near future. We would have preferred to talk about freezing the negotiations instead of suspension, but if we want to see the glass half full, this warning also leaves some room for hope, the hope that the Turkish Government changes its course and goes back to where it should never have departed from: the defence of democracy and respect for human rights and fundamental freedoms.

It is useless to keep pretending that you can negotiate while there are over 100 journalists and over a dozen Kurdish mayors and some MPs in jail, when there has been a huge collective dismissal of civil servants and when many media have been closed down. But if we cannot have negotiations, let's at least keep the door open to dialogue.

James Carver (EFDD). – Madam President, until very recently Turkey, an important NATO ally, was firmly on the path to EU accession, and in this very Chamber speakers praised President Erdoğan's new Turkey. However, since then, Turkey's accession to the European Union, and indeed their commitment to NATO, now both seem questionable. Despite failing to uphold recent nature commitments, citing financial pressure, Turkey has since funded the deployment of 3 000 troops to Qatar at a time of heightened tension across the Gulf. Perhaps symbolic of this change in Turkey's path was instruction to chisel out the poignant words of Atatürk carved into a stone WWI memorial at Gallipoli which I now quote 'Those heroes who shed their blood and lost their lives you are now lying in the soil of a friendly country. Therefore, rest in peace. There is no difference between the Johnnies and the Mehments to us, where they lie side by side here in this country of ours. You, the mothers who sent their sons from faraway countries, wipe away your tears your sons are now lying in our bosom and are in peace. After having lost their lives on this land they have become our sons as well'. How Turkey has changed.

(The President interrupts the speaker)

The desecration of this moving epitaph leads many to suggest this is a further sign of the cultural shift taking place in Ankara. It seems to me that regrettably Turkey, under Erdoğan, is turning its back on secularism.

I call on this House to acknowledge what we have long argued: Turkey is incompatible with EU membership. This report must go further and call for an end to this illusion once and for all. Mustafa Kemal Atatürk must be turning in his grave.

Mario Borghesio (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, una breve riflessione rivolta alla relatrice di questa relazione *soft* sulla situazione della Turchia. Supponiamo per assurdo che questo dibattito avvenisse a Turchia già entrata: noi saremmo confinanti con Siria, Iraq e Iran. Supponiamo che alcuni degli oratori che sono intervenuti con toni più critici avessero detto queste cose con la Turchia già in Europa: sarebbero già pronti i mandati di cattura europei da parte dei pubblici ministeri di Istanbul o di Ankara.

Riflettiamo su questo, magari pensando anche al fatto che ieri abbiamo ricordato i valori a cui si ispirava Simone Veil. Cosa direbbe Simone Veil a sentire tutti questi entusiasti della prosecuzione dei rapporti con la Turchia? È una battaglia di libertà quella che si deve combattere nella decisione se proseguire o, come diciamo noi, interrompere definitivamente questi rapporti per i motivi che sono elencati nella stessa relazione.

Io però oggi ho il dovere morale di ricordare un grande combattente di libertà morto poche ore fa in Sardegna, nella sua Sardegna: Doddore Meloni, un combattente di libertà. Vedete, lo Stato italiano, che spesso è molto debole con i veri delinquenti, è stato ossessivamente severo verso questo obiettore fiscale, leader della battaglia d'indipendenza della Sardegna, che io intendo onorare e ricordare debitamente.

È stato un uomo onesto, limpido, un poeta dalla politica, e questa Europa che dovrebbe essere – come egli sperava e pensava, come noi – un'Europa dei popoli, delle regioni e anche delle nazioni, naturalmente, un'Europa che dovrebbe essere un'Europa delle libertà, non dovrebbe consentire l'incarcerazione di persone solo per aver sognato la libertà della propria terra. Onore a questo patriota, e ricordiamo alla Sardegna di essere fiera di questo alfiere della libertà, figlio di una terra che vuole essere libera, disinteressato e limpido lottatore per l'indipendenza dell'isola, di questa bella Sardegna, che voglio ricordare.

Quindi stiamo fuori, teniamo fuori la Turchia e questi controvalori che sono l'esatta negazione di quello a cui aspirano questi patrioti, queste persone che esaltano con il loro esempio l'attaccamento alla propria terra, alla propria libertà. Viva la libertà della Sardegna, no alla Turchia in Europa, mai la Turchia in Europa!

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η έκθεση για την Τουρκία αντανakλά την όξυνση των αντιθέσεων Ευρωπαϊκής Ένωσης και τουρκικής αστικής τάξης, σε μια περιοχή όπου αναδιατάσσονται δυνάμεις, μαίνονται ιμπεριαλιστικοί ανταγωνισμοί για τις αγορές, την ενέργεια, τους δρόμους μεταφοράς της, στους οποίους διεκδικεί αναβαθμισμένο ρόλο η αστική τάξη της Τουρκίας. Η Ευρωπαϊκή Ένωση επιδιώκει τη συνέχιση της έντονης παρέμβασής της για τα συμφέροντα των ευρωπαϊκών μονοπωλίων στην περιοχή.

Η έκθεση υποδεικνύει πάγωμα της ένταξης, επικαλούμενη υπαρκτές επικίνδυνες απειλές και παραβιάσεις κατά γειτονικών χωρών, όπως η Κύπρος, η Ελλάδα, καθώς και την καταπάτηση των δικαιωμάτων του ελληνικού λαού. Ταυτόχρονα, όμως, διατηρεί ανοιχτή την προοπτική της ενταξιακής διαδικασίας, προωθεί την αναβάθμιση της τελωνειακής ένωσης, την υλοποίηση της απaráδεκτης συμφωνίας Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας για τους πρόσφυγες, τη συνεργασία για δήθεν καταπολέμηση της τρομοκρατίας.

Οι λαοί πρέπει να συντονίσουν και να οργανώσουν την αυτοτελή πάλη τους έξω και ενάντια στους ανταγωνισμούς και στις ιμπεριαλιστικές συμμαχίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των αστικών τάξεων, να απορρίψουν το δηλητήριο του εθνικισμού, εκφράζοντας την αλληλεγγύη τους στον δοκιμαζόμενο τουρκικό λαό.

Esther de Lange (PPE). – Dank u wel, mevrouw de voorzitter, en ook dank aan Kati Piri voor het verslag. Het is al door velen gezegd, maar ik denk dat het feit dat opschorting van de onderhandelingen voor een heel grote meerderheid van dit huis geen taboe meer is, een grote stap vooruit is. Want de situatie in Turkije stemt nu eenmaal niet positief en gaat op een heleboel terreinen de verkeerde kant op.

Toch stelt het verslag nog wel wat voorwaarden en mitsen en maren voordat tot die opschorting mogelijk over kan worden gegaan en ik denk persoonlijk dat er nu al redenen zijn om naar zo'n opschorting te kijken. Ik noem u één voorbeeld, want mijn spreektijd is beperkt. En dat is de manier waarop Turkije al heel lang omgaat met zijn minderheden, zoals Arameeërs. Voor de genocide van 1915 — en ik gebruik het woord heel erg bewust — waren er één miljoen Aramese christenen in de regio, 40 jaar geleden nog 70 000 in Oost-Turkije. En nu nog maar 3 000: 20 000 in Istanboel, maar 3 000 in het oosten, de facto in een dorp of zeven-acht. En juist in die regio heeft Turkije onlangs 50 kerken geconfisqueerd.

Ik sluit af, mevrouw de voorzitter. Maar daarmee lijkt Turkije de strategie van het systematisch wegpesten van christenen te vervolgen. Ik vraag de Commissie om dat in elk geval expliciet aan te kaarten.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, τα ανθρώπινα δικαιώματα παραβιάζονται συστηματικά στην Τουρκία. Πολλές χιλιάδες πολιτών έχουν χάσει τη δουλειά τους ή έχουν φυλακιστεί, χωρίς να υπάρχουν ουσιαστικές αποδείξεις εναντίον τους. Το πρόσφατο δημοψήφισμα και οι συνταγματικές αλλαγές που απορρέουν από αυτό ευτελίζουν τη δημοκρατική λειτουργία και την αρχή διάκρισης των εξουσιών.

Η Τουρκία προκαλεί, σε καθημερινή βάση, με παραβιάσεις του ελληνικού εναέριου χώρου και των χωρικών υδάτων. Επίσης, ανησυχία προκαλεί η απουσία σεβασμού μνημείων παγκόσμιας κληρονομιάς, όπως είναι η Αγία Σοφία. Χθες, ο κύριος Çavuşoğlu δήλωσε, ενώ γίνονται ύστατες προσπάθειες επίλυσης του Κυπριακού, ότι η Τουρκία επιθυμεί να διατηρήσει τον στρατό κατοχής για να έχει δικαίωμα επέμβασης. Ο κύριος Çavuşoğlu μάλλον θέλει να ξεχάσει ότι η Κύπρος είναι μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Χαίρομαι γιατί το δημοψήφισμα είναι μια απάντηση στην επιθετικότητα της Τουρκίας και της κυβέρνησης Erdoğan και παράλληλα μήνυμα στήριξης στον δοκιμαζόμενο τουρκικό λαό, στους δημοκράτες πολίτες, οι οποίοι, όπως και οι υπόλοιποι λαοί της περιοχής, θέλουν να ζήσουν με ειρήνη και ευημερία.

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Fru formand! Når vi står her i dag og ser tilbage på den udvikling, der har været i Tyrkiet, står det fuldstændigt lysende klart, at Erdogan meget kløgtigt har brugt forhandlingerne om EU-medlemskab som et middel til at svække de kemalistiske institutioner i Tyrkiet, der i næsten hundrede år nåede at gøre Tyrkiet til et af de mest velstående, frie og demokratiske muslimske lande i verden. Når vi står her og ser tilbage, må vi samtidigt konstatere, at det Tyrkiet, vi ser i dag, er på vej i den helt forkerte retning. Masseanholdelser, drab, tortur, mord, fyringer fra det offentlige statsapparat er blevet hverdag i et land, der befinder sig i en permanent undtagelsestilstand, og hvor man lige har gennemført en forfatningsreform, som er alt andet end demokratisk. Derfor er tiden inde til nu, at vi ikke bare fryser, men afslutter optagelsesforhandlingerne med Tyrkiet. Tyrkiet har aldrig været og bliver aldrig et land, der er egnet til et medlemskab af Den Europæiske Union.

Nedzhmi Ali (ALDE). – Madam President, concerning the 2016 report on Turkey, we can underline several developments which play a significant role in EU-Turkey relations: the coup attempt, the measures taken under the state of emergency, the delayed process of EU accession negotiations and the outcome of the referendum at the beginning of 2017. Despite making conditions for a formal suspension of the negotiation process, the report invites the Commission, the Member States and Turkey to hold an open and honest dialogue and discussion on all areas of mutual interest.

Several important issues for the reinvigoration of the accession process could be underlined. There are areas in which both sides are interested in continuing to work: counter-terrorism, migration, energy, the economy and trade. Due to the geopolitical challenges, it is necessary for the EU and Turkey to undertake measures for closer cooperation and coordination of their foreign policy activities; a structured and more frequent high-level dialogue on key thematic issues should be supported as well. In order to enhance relations in the future, we should continue to work closely on the upgrading of the customs union, visa liberalisation, the continuation of the EU's long-term sustainment of refugees in Turkey. Stronger cooperation between Europol and Turkish law enforcement agencies is of the utmost importance.

Rebecca Harms (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Als mein Freund Selahattin Demirtaş verhaftet wurde, haben alle hier im Haus gesagt: Opposition ist kein Verbrechen. Als immer mehr Journalisten in der Türkei verhaftet worden sind, haben wir gesagt: Journalismus, auch kritischer Journalismus, ist kein Verbrechen. Heute müssen wir endlich auch einmal sagen, dass in einer Schule zu arbeiten oder an einer Universität zu lehren, die zur sogenannten Gülen-Bewegung gehört, kein Verbrechen ist. Und ich denke, dass das Europäische Parlament unbedingt die Idee der kollektiven Schuld und die kollektive Verfolgung, die jetzt eben die Menschen, die zur Gülen-Bewegung gezählt werden, trifft, zurückweisen muss.

Wir haben deshalb dazu einen Änderungsantrag gemacht. Mir ist das – als deutscher Abgeordneter im Europäischen Parlament – ein besonderes Anliegen, weil mein Land ja diese böse Erfahrung über Europa gebracht hat, die gezeigt hat, was das ist, wenn es zu so einer kollektiven Verfolgung kommt. Ich glaube, dass wir dafür sorgen müssen, dass keine Auslieferungen stattfinden – nur mit der Begründung, jemand gehöre zur Gülen-Bewegung. Ich glaube, dass der Europäische Menschenrechtsgerichtshof endlich Pilotverfahren ...

(Die Präsidentin entzieht der Rednerin das Wort.)

Beatrix von Storch (EFDD). – Frau Präsidentin! Eine spannende Debatte über den Beitritt der Türkei zur EU. Die CDU – Frau Sommer – hat gesprochen und gesagt: Das sind Scheinverhandlungen, sie können nicht zum Beitritt führen, wir müssen aus unserem Reden endlich Konsequenzen ziehen, und die Konsequenzen ziehen heißt: Verhandlungen suspendieren, nicht abbrechen. Herr Fleckenstein für die SPD ist natürlich auch nur für die Suspendierung der Verhandlungen, und das auch nicht wegen des Referendums in der Türkei für die islamische Diktatur, sondern erst wenn dieses Referendum umgesetzt wird.

Die spannende Frage, Graf Lambsdorff, bleibt: Was werden Sie tun? Denn Sie haben gesagt: „Machen wir den Dialog ehrlich. Ja zum Dialog und nein zum Beitritt.“ Ich habe nicht gehört „Abbruch der Verhandlungen“. Aber Sie haben morgen die Gelegenheit, das zu klären. Mein Änderungsantrag trägt die Nummer 2. Es ist eine namentliche Abstimmung, und Sie können dort dem Abbruch der Verhandlungen so zustimmen, dass wir sehen können, dass Sie das auch tatsächlich meinen.

Georg Mayer (ENF). – Frau Präsidentin! Und täglich grüßt das Murmeltier hier im Haus. Es ist, glaube ich, das dritte oder vierte Mal schon, seit ich hier im Haus sitze, dass wir dieses Thema behandeln. Ich sage eines ganz klar: Die Türkei ist schlicht kein europäischer Staat, die Türkei ist schlicht kein demokratischer Staat. Denn wir wissen, dass Erdoğan seit Juli 2016 dieses Land mittels Notstandsdekreten regiert. Erdoğan plant sogar – ganz offen, ohne Umschweife und ohne das verdecken zu wollen – die Einführung der Todesstrafe. Wie kann es sein, dass man dann in diesem Bericht davon ausgeht, dass man diese türkische Verwaltung noch auf europäischen Standard bringen könnte? Wie kann es sein, dass diese Türkei noch immer den Beitrittsstatus genießt? Das ist ein Beitrittskandidat zu diesem Klub, zur Europäischen Union, der auf Zypern einen Teil dieses Landes oder einen Teil eines Mitgliedstaats mit militärischen Mitteln besetzt. Und nach wie vor hat dieses Land den Beitrittsstatus!

Da werden in fünf Jahren 4,4 Mrd. EUR an Heranführungshilfe an die Türkei bezahlt. Ich frage mich: Was wird da an wen herangeführt? Was passiert eigentlich mit diesem Steuergeld? Sechs Milliarden Euro zahlen wir für diesen vermeintlich so guten Flüchtlingsdeal. Was passiert mit diesem europäischen Steuergeld?

Und es bleibt für mich die Frage doch stehen: Wer betreibt nach wie vor so massiv diesen Beitrittsstatus? Da muss es ganz einflussreiche Kreise geben, die diese Türkei nach wie vor in der Union sehen wollen.

Graf Lambsdorff hat es heute gesagt: Einfrieren der Beitrittsverhandlungen. Was heißt das? Das heißt ja nichts anderes, als dass ich das, was ich einfriere, auch wieder auftauen kann. Wir wollen nichts auftauen. Die Türkei kann keinen Beitrittsstatus mehr haben, es muss beendet werden. Das heißt aber auf der anderen Seite nicht, dass wir jeglichen Dialog mit der Türkei verhindern wollen. Nein, ganz im Gegenteil! Aber klar muss sein – und seien Sie so ehrlich: Es kann keinen Beitrittsstatus für diese Türkei in der Europäischen Union geben.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident, wertee Kollegen! Der Bericht liest sich also wie eine Anklageschrift, und ich verstehe in diesem Hause nicht, warum man überhaupt noch über den Beitritt zur EU debattieren will und die Türen nicht schließen möchte. Was muss eigentlich mit der Türkei noch geschehen? Wir alle wissen doch, dass die Türken Orientalen sind. Sie sind eben keine Europäer. Und im Orient hat man eben andere Vorstellungen von Genderpolitik, von Menschenrechten, von Tierschutz, von Religion als wir Europäer.

Daher finde ich das schon etwas anmaßend, Frau Sommer, wenn Sie hier die Arroganz des Hauses ausdrücken und wortwörtlich sagen, wir hätten der Bevölkerung endlich mal erklären können, was für ihr Land gut ist und was nicht gut ist. Wollen Sie ihnen vorschreiben, was sie tun sollen? Glauben Sie, die Türken sind alle dumm? Nein, halten wir uns raus aus der innenpolitischen Einmischung und sagen wir den Türken klar: Sie haben in Europa nichts verloren, sie sollen ihre Truppen aus Zypern abziehen und die Souveränitätsrechte ihrer Nachbarstaaten akzeptieren! Was sie in der Türkei machen, geht uns nichts an.

Lars Adaktusson (PPE). – Mr President, alarming reports are reaching us from the Syriac Assyrians of Tur Abdin in South-East Turkey. They are asking the world to listen to their plight. Their churches, monasteries and cemeteries have been confiscated by the state.

Before today's debate, Kuryakos Ergun, director of the Mor Gabriel Monastery Foundation, sent me the following statement, and I quote: 'While the Turkish Government should protect our roots and our religion, it is instead threatening our existence by grabbing our holy buildings and making us believe that Christianity no longer has a place in Turkey.'

The European Union must act on behalf of the Syriac Assyrians of Tur Abdin and return to them what is rightfully theirs. If Turkey fails to do so, the EU should not freeze negotiations of EU membership but rather consider closing them indefinitely.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, το ερώτημα θα πρέπει να είναι: «τι Ευρώπη πραγματικά θέλουμε να έχουμε; Δυστυχώς όμως δεν μαθαίνουμε από τα τραγικά μας λάθη. «Θέλουμε την Ευρώπη που οι πολιτικές της θα στηρίζονται σε αρχές και αξίες ή την Ευρώπη που οι πολιτικές της θα στηρίζονται αποκλειστικά και μόνο στα οικονομικά συμφέροντα»; Είναι τουλάχιστον υποκριτικό αλλά και καταστροφικό να μιλά κανείς για την αναβάθμιση της σχέσης Τουρκίας-Ευρωπαϊκής Ένωσης τη στιγμή που βλέπουμε τις απαράδεκτες συμπεριφορές της Τουρκίας και την Επιτροπή να προσποιείται ότι δεν συμβαίνει τίποτα.

Γνωρίζω πολύ καλά ότι, όταν κάνεις μια συμφωνία, θα πρέπει να κερδίζουν και τα δύο μέρη και θα πρέπει να παίρνεις ανταλλάγματα. Διασφαλίσαμε την αποχώρηση των κατοχικών στρατευμάτων από κράτος μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης; Διασφαλίσαμε την επιστροφή των προσφύγων και την εξακρίβωση της τύχης των αγνοουμένων στην Κύπρο; Διασφαλίσαμε τη δημιουργία συνθηκών δημοκρατίας στην ίδια την Τουρκία όπου όσοι σκέφτονται διαφορετικά φυλακίζονται; Τίποτε από αυτά δεν έχει διασφαλιστεί, αντίθετα γίνονται εκπτώσεις που προσβάλλουν τα ευρωπαϊκά ιδεώδη και τους λαούς της Ευρώπης. Ας σταματήσετε να πριμοδοτείτε τις λογικές του Erdoğan και ας επενδύσει η Ευρώπη στην προοπτική μιας δημοκρατικής Τουρκίας.

Ελένη Θεοχάρους (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το πόσο αντιδημοκρατική χώρα είναι η Τουρκία το γνωρίζετε όλοι σας, αγαπητοί συνάδελφοι. Ωστόσο, η Ευρωπαϊκή Ένωση στηρίζει μια αντιδημοκρατική λύση του Κυπριακού, η οποία παραβιάζει τις αρχές και τις αξίες της και τον Χάρτη των Δικαιωμάτων του Ανθρώπου, δίνοντας συνεχώς άλλοθι στην Τουρκία· γιατί μόνο μια τέτοια λύση αποδέχεται η Τουρκία για το Κυπριακό.

Αγαπητοί συνάδελφοι, κύριε Επίτροπε, εσείς θα αποδεχόσασταν ένα ρατσιστικό πολιτειακό σύστημα, με πολίτες χωρίς ανθρώπινα και πολιτικά δικαιώματα; Δέχεστε να δοθούν οι ευρωπαϊκές ελευθερίες στους Τούρκους πολίτες ειδικά για την Κύπρο; Και τότε, γιατί όχι για όλη την Ένωση; Δέχεστε να γίνει η Κύπρος επαρχία της Τουρκίας; Δέχεστε εγγυήσεις ξένων χωρών σε κράτος μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης; Δέχεστε λύση ασύμβατη με το ευρωπαϊκό κекητημένο και τον Χάρτη των Ανθρωπίνων Δικαιωμάτων; Δέχεστε να ελέγχει η Άγκυρα, μέσω του βέτο των εποίκων, τη στάση της Κύπρου στην Ευρωπαϊκή Ένωση; Δέχεστε το 18 % του πληθυσμού να ελέγχει το 82 %; Αν εσείς δέχεστε, ο κυπριακός λαός δεν θα δεχθεί. Μην εκπλαγείτε από ένα νέο βροντερό «όχι» σε ένα αντιδημοκρατικό σχέδιο. Και τότε η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν θα είναι άμοιρη ευθυνών.

Marie-Christine Arnautu (ENF). – Monsieur le Président, voilà trente ans que la Turquie a déposé sa candidature à l'Union européenne et douze ans que le processus d'adhésion a commencé.

Quand l'Union européenne cessera-t-elle donc cette mascarade qui déshonore l'Europe autant qu'elle humilie le peuple turc? Faut-il encore et encore marteler que, par sa géographie, sa culture, sa religion, sa langue et son histoire, la Turquie ne peut prétendre être européenne? Ce n'est pas une injure de le dire, c'est un fait que Bruxelles refuse d'admettre.

En voulant faire de Sainte-Sophie une mosquée, le président turc Erdoğan se pose en héritier de l'Empire ottoman, empire dont les conquêtes armées ont gravement mis en péril notre civilisation européenne et chrétienne. Souvenez-vous de Lépante et de Vienne.

À l'heure où les provocations et les meetings de M. Erdoğan, jusque dans cette ville de Strasbourg, ne suscitent que de molles protestations de la part de l'Union européenne, à l'heure où les communautés chrétiennes sont expropriées en Turquie, à l'heure où des partis politiques affiliés au pouvoir turc voient le jour aux Pays-Bas, en Bulgarie, en Allemagne, en Autriche et même en France, ayez enfin le courage de mettre un terme définitif à ces absurdes négociations.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, απορώ σε τι λήθαργο έχει πέσει η Ένωση που ερωτοτροπεί πολιτικά ακόμη με την Τουρκία του Erdoğan. Δεξιοί, νεοφιλελεύθεροι και αριστεροί διεθνιστές ξεχνούν αιώνες τουρκικής θηριωδίας, με επεκτατικούς πολέμους, καταστροφές μνημείων πολιτισμού, βίαιους εξισλαμισμούς, παιδομαζώματα, σκληροπρόσδεκα και γενοκτονίες Χριστιανών, Ποντίων, Αρμενίων και Ασσυροχαλδαίων.

Κάποιοι ονειρεύονται μια δυτικότροπη Τουρκία και συνομιλούν με τον ισλαμιστή Erdoğan, που υποστηρίζει το ISIS, κάνει δουλεμπόριο Χριστιανών, Γεζίντι και Σύρων Σιτών, εμπορεύεται λαθραίο πετρέλαιο, ναρκωτικά και κλεμμένους αρχαιολογικούς θησαυρούς. Επιβάλλει δε μια ισλαμική τρομοκρατία, με πογκρόμ διώξεων και φυλακίσεων πολιτικών αντιπάλων, δημοσιογράφων, δικαστικών και στρατιωτικών. Σας διαφεύγουν ίσως οι δηλώσεις του Erdoğan για τους Ολλανδούς, ότι είναι ναζί και φασίστες.

Δεν προσβλέπω βέβαια στη στήριξη πολιτικών της συκοφαντίας και της υποκρισίας, ούτε περιμένω να με καταλάβουν οι Βορειοδυτικοευρωπαίοι. Ελλαδίτες όμως και Ελληνοκύπριοι γνωρίζουμε καλά τι εστί Τούρκος. Εγώ προσωπικά δεν προτιμάω να γίνω ραγιάς κανενός, ούτε Ευρωπαίου ούτε Τούρκου.

Željana Zovko (PPE). – Gospodine predsjedniče, gospodine povjereniče, dugotrajno izvanredno stanje u Turskoj negativno je utjecalo na temeljna ljudska prava i slobode, prava vjerskih i etničkih manjina, slobodu vjeroispovijesti, slobodu udruživanja i mirnog prosvjedovanja, a nedavno održani referendum o promjeni ustava te u konačnici njegova eventualna provedba u obliku u kakvom je predložena može ugroziti razdiobu vlasti te načela provjere i ravnoteže.

Sve navedeno ključni su elementi ne samo za uspješan nastavak pregovora za članstvo u Europskoj uniji već za iskreno partnerstvo s Europskom unijom, zasnovano na zdravim temeljima i uzajamnom povjerenju. Međutim, ova rasprava, ali i sutrašnje usvajanje rezolucije nema za cilj prekidanje veza i suradnje s Turskom, već ima za cilj kao znak potpore pomoći u pronalaženju rješenja i modela u ostvarivanju transformacije Turske u demokratsko, inkluzivno i tolerantno društvo te nastavak dijaloga i suradnje na visokoj razini s Europskom unijom na ključnim područjima od zajedničkog interesa, a to su borba protiv terorizma, migracije i sigurnost.

Javi López (S&D). – Señor presidente, en primer lugar lo que querría hacer es felicitar y reconocer el trabajo que ha hecho la ponente —un año más—, Kati Piri, en este informe sobre Turquía y enviar cuatro mensajes, cuatro ideas.

Uno: es evidente que Turquía vive años convulsos, tiempos muy convulsos, desde el terrible golpe de Estado a la continuidad en el retroceso de los derechos democráticos en el país a la consolidación de ese retroceso democrático en un referéndum muy polarizante sobre una situación extrema; dos: el Parlamento Europeo envía este mensaje con este informe: la Unión Europea debe de reconsiderar la forma con la que coopera con Turquía, sobre todo porque necesitamos una forma más influyente, más influyente; tres: seguimos muy de cerca lo que pasa en el país: la marcha por la justicia, la voluntad, desde la unidad, de buena parte de la oposición de libertad, de reclamar libertad de presos y libertad de políticos; y cuatro: el momento es ahora, con un diálogo de altísimo nivel entre la Comisión Europea y Turquía que debe forjar una nueva relación de cooperación y diálogo, pero aparcando, de una vez por todas, el «*business as usual*».

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, уважаеми Комисар Хан, уважаеми колеги, докладът на колегата Пири е критичен, което значи, че до голяма степен е добър. За пръв път в тази зала се чуват толкова критични думи и те имат своето основание. Има малка ирония в това, че три години повтарям тези думи в тази зала и най-после започнаха да се чуват. Както и да е, по-добре късно отколкото никога.

Факт е, нещата, изброени в доклада, са верни: Турция не е демократична държава в момента, Турция на Ердоган. Ердоган нарушава човешките права, нарушава правата на журналистите, подкрепя Ислямска държава в Сирия и в Ирак, воюва незаконно на тези територии и нека добавя – не само това. Ердоган се намесва през фалшиви партии в редица държави – членки на Европейския съюз, между които е и моята родина България.

На тези неща трябва да бъде сложен край. Така не може да се продължава. Тази Турция – Турция на Ердоган – продължава да окупира Кипър и да държи 30-хилядна окупационна армия, и да пречи на сближаването и на обединението на Кипър, като не иска да изтегли своите войски оттам. Така че, уважаеми колеги, хубаво е тези неща да се осъзнават колкото може по-бързо – по-добре. Хубаво е да забравим за политическата коректност и да казваме нещата каквито са.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – К. Πρόεδρε, εδώ και μια εβδομάδα ο Πρόεδρος της Κυπριακής Δημοκρατίας, Πρόεδρος ευρωπαϊκής χώρας, χώρας μέλους της Ευρωπαϊκής Ένωσης, δίνει τον υπέρ πάντων αγώνα, τη μάχη απέναντι στο Σινικό Τείχος της τουρκικής αδιαλλαξίας, για να απαλλάξει χώρα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης από κατοχικά στρατεύματα, από απαράδεκτες εγγυήσεις, για να απαλλάξει τον τόπο του από την κατοχή. Σ' αυτή την προσπάθεια θεωρούμε ότι είναι μείζονος σημασίας η στήριξη και η υποστήριξη που απαιτούμε από την Ευρωπαϊκή Ένωση, από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο.

Σας καλώ όλους εσάς να συστρατευθείτε για να απαλλάξετε έδαφος της Ευρωπαϊκής Ένωσης από τα κατοχικά στρατεύματα, για να καμφθεί η τουρκική αδιαλλαξία. Μέχρι χθες ο κ. Çavuşoğlu τόνιζε με τρόπο προκλητικό, απαράδεκτο και προσβλητικό για την ίδια την Ευρωπαϊκή Ένωση ότι ο τουρκικός στρατός θα συνεχίζει να παραμένει στην Κύπρο. Είναι η ώρα να στείλουμε, αγαπητέ κ. Επίτροπε Hahn, ένα ξεκάθαρο και ισχυρό μήνυμα ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν μπορεί να δεχτεί κατοχικά στρατεύματα, ότι δεν μπορεί σε χώρα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης να υπάρχουν εγγυήσεις και να μην εφαρμόζονται οι τέσσερις βασικές ελευθερίες.

Θεωρώ δε απαράδεκτο να συζητούμε την αναβάθμιση της τελωνειακής ένωσης – ουσιαστικά μια επιβράβευση της Τουρκίας για όλα αυτά που κάνει στο εσωτερικό της αλλά και γι' αυτά που κάνει στην Κύπρο – όταν αυτή την τελωνειακή ένωση δεν την εφαρμόζει και δεν την υλοποιεί. Είναι απαράδεκτο, κ. Πρόεδρε, να λέμε ότι συνεχίζουμε να παρέχουμε ενταξιακή βοήθεια στην Τουρκία, όταν διαπράττει όλα αυτά τα εγκλήματα εις βάρος της Κύπρου.

Ana Gomes (S&D). – A repressão pelo regime de Erdogan, agravada desde o falhado golpe de Estado de 2016, viola em toda a linha os critérios de Copenhaga. A União Europeia tem de tirar consequências e não pode continuar negócios ilegais e imorais que usam refugiados como moeda de troca. As alterações à Constituição turca, votadas num referendo manipulado, violam o princípio da separação de poderes. Chegam-nos inúmeros relatos de violações dos direitos humanos, não só de organizações reconhecidas, mas de cidadãos desesperados que nos escrevem diretamente, desaparecimentos, demissões compulsivas, confisco de propriedade sem base judicial, censura dos *media*, presos políticos, tortura, ameaças de reintrodução da pena de morte.

A União Europeia tem, evidentemente, de continuar a dialogar e a relacionar-se com a Turquia, sua vizinha, incluindo para fazer cessar a divisão de Chipre, mas tem sobretudo que direcionar apoios para a sociedade civil turca que luta contra a repressão. Não há condições para continuarmos o processo de adesão da Turquia à União Europeia neste momento. Por isso apoio a proposta de suspender formalmente as negociações, com esperança, e desejo que a Turquia inverta a trajetória desastrosa em que foi embarcada pela avidez de poder de Erdogan.

Monica Macovei (ECR). – De un an de zile, peste 150 000 de oameni sunt dați afară din funcții în Turcia, peste 60 000 de oameni sunt arestați în Turcia, inclusiv judecători, profesori, activiști de drepturile omului, avocați, oameni de afaceri. Businessurile lor sunt confiscate. Turcia nu mai este un stat democratic, este un stat autocratic, este o dictatură în care numai Erdogan stabilește regulile și Turcia este poporul turc care astăzi este la închisoare. S-au dat afară – intelectualitatea turcă, cum se spune în Turcia, este toată la închisoare. Sunt victime, sunt torturați. Toți trebuie să luăm măsuri împotriva acestui lucru. Nu există că nu ne pasă ce se întâmplă în Turcia, ba da, ne pasă. Aș mai vrea să spun că amenințarea cu milionul de imigranți cărora le-ar da drumul în Europa este falsă. Sper că nimeni nu mai crede în asta. Niciodată nu va face asta Erdogan, pentru că îi va folosi ca să voteze pentru el, le dă cetățenie și-i va folosi în lupta împotriva kurzilor. Și ultimul lucru: în ianuarie anul acesta, a înființat o comisie specială de investigații care să se uite la plângerile depuse la CEDO. Deci blochează, practic, plângerile depuse la CEDO ale victimelor. Peste 120 de plângeri, niciuna soluționată până astăzi.

Michaela Šojdřová (PPE). – |Pane předsedající, myslím, že je nutné turecké straně říci, že nesouhlasíme s tím, co se v jejich zemi děje. Měli bychom jim to říci osobně a jako členka delegace EU-Turecko nejsem spokojená s tím, že nemáme možnost Turecko navštívit a vyměnit si informace se svými kolegy a říci jim náš názor.

Není možné s Tureckem počítat jako s kandidátskou zemí na vstup do EU, to tady zaznívá ze všech stran. Proto zpráva Evropského parlamentu vyzývá k pozastavení přístupových jednání i předvstupní pomoci. Nikdy jsem nebyla pro plné členství, ale považovala jsem tuto možnost za přístup k dialogu, k reformám na turecké straně. A já se domnívám, že také naše zpráva by měla obsahovat výzvu k novému partnerství s Evropskou unií. Měl by to být signál těm, kteří se v Turecku nesmířili se současnou situací, těm, kteří dnes vyšli do poklidných protestů, jako například na pochod spravedlnosti z Ankarý do Istanbulu.

Eugen Freund (S&D). – Herr Präsident! Vielen Dank, Kati Piri! Gähnende Leere auf wunderschönen Stränden, Basare, in die sich kaum Besucher verirren, Hotels, die Angebote machen, mit denen sie kein Geld verdienen können – gestern Abend im Fernsehen. Die Türkei zahlt den Preis dafür, dass sie sich immer weiter von Europa und den europäischen Werten entfernt hat. Wir haben jahrelang die Hand ausgestreckt, von der anderen Seite ist immer öfter die Faust gezeigt worden.

Meine Damen und Herren, überlegen Sie doch einmal: Würden wir heute ein Land, das Journalisten, Richter, Lehrer und Oppositionelle einsperrt, das den Rechtsstaat quasi außer Kraft gesetzt hat, einladen, zu uns zu kommen? Aber reden müssen wir weiter, denn die geostrategische Lage der Türkei ist zu wichtig, und gut die Hälfte der Bevölkerung lehnt den gegenwärtigen Kurs der Regierung ab. Aber über einen EU-Beitritt verhandeln? Unter diesen Voraussetzungen sicher nicht!

Bernd Lucke (ECR). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das türkische Verfassungsreferendum hat mit einem knappen Ja geendet – einem sehr knappen Ja. Viele von uns hat sicherlich das Gefühl beschlichen, dass es dabei nicht mit rechten Dingen zugegangen sein mag. Aber können wir das beweisen?

Meine Damen und Herren, ja, inzwischen können wir es beweisen. Denn vor wenigen Tagen ist eine wissenschaftliche Untersuchung in einem referierten Fachjournal erschienen, das genau diese Art von statistischer Analyse der Wahlergebnisse gemacht hat, die zeigt: Hier wurde manipuliert. Hier zeigt sich eine auffällige Häufung von Wahlbezirken, die eine Wahlbeteiligung von fast 100 Prozent haben und gleichzeitig weit überdurchschnittliche Ja-Ergebnisse gezeigt haben. Hier wurde also statistisch nachgewiesen – mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Promille –, dass das kein Zufall sein kann, dass hier offensichtlich Wahlurnen mit Ja-Stimmen vollgestopft worden sind.

Meine Damen und Herren, wir haben hier den rauchenden Colt in der Hand. Wir haben es gesehen, wir können es beweisen: Das Verfassungsreferendum in der Türkei wurde manipuliert. Diese Bemerkung fehlt leider in dem Bericht, den wir morgen verabschieden wollen.

Μιλτιάδης Κύρκος (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, σας διαβάζω απόσπασμα από ένα βιβλίο: «Όμως τώρα, μετά τη δολοφονική απόπειρα, ήταν προφανές ότι δεν κινδύνευε μονάχα η εφημερίδα, το επάγγελμά μου, η ελευθερία, αλλά και η ζωή μου. Πέντε χρόνια και δέκα μήνες φυλάκιση λόγω διαρροής κρατικών μυστικών. Το δικαστήριο μου επέστρεψε το διαβατήριο την ίδια μέρα. Μήπως υπαινισσόταν “φύγε μακριά απ’ αυτή τη χώρα”; Θα ήθελα να απευθυνθώ σε όλους σας: Υποστηρίξτε τον αγώνα επιβίωσης που δίνουν οι δημοκρατικές δυνάμεις της Τουρκίας! Η Ευρώπη μπορεί να αγκαλιάσει τη μοναδική κοσμική δημοκρατία του ισλαμικού κόσμου και να νικήσει την ολοένα εξαπλούμενη ισλαμοφοβία». Αυτά γράφει ο Can Dündar, τέως αρχισυντάκτης της Cumhuriyet, κάτοικος Βερολίνου πια. Και θυμάμαι καθαρά τα λόγια του σε μια εκδήλωση που κάναμε στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο: «Μην σταματήστε την ενταξιακή πορεία της Τουρκίας. Μην κάνετε το καλύτερο δώρο στον Erdoğan».

Η Kati Piri πολύ σωστά συνδέει την ενταξιακή διαδικασία με τα κριτήρια της Επιτροπής της Βενετίας. Ας τα χρησιμοποιήσουμε όχι ως ευκαιρία για να κλείσουμε την πόρτα, αλλά για να πείσουμε ότι από τη μεριά μας είναι ανοιχτή, εάν και εφόσον φυσικά η Τουρκία αποδεχθεί ότι το κράτος δικαίου είναι αδιαπραγμάτευτο.

Mark Demesmaeker (ECR). – Dit Turkije-rapport is gitzwart. Maar we wisten wel dat dit er zou aankomen. Hoe vaak heb ik hier gewaarschuwd voor de autoritaire koers van dit regime en heb ik gezegd: “Dit Turkije hoort niet thuis in de Europese Unie, de toetredingsmiddelen mogen niet langer richting Erdogan vertrekken.” 640 miljoen EUR volgend jaar. Geld dat Erdogan investeert in rubberen kogels om de gay pride te beschieten, in inkt om de arrestatiebevelen voor leerkrachten en journalisten te ondertekenen, in bullebakken die Koerdische dorpen tot puin herleiden. Hoe leggen we aan onze burgers uit dat het minnetje op hun loonbrief het plusje is op Erdogans bankrekening? Het getalm van de Unie om te stoppen met de toetredingsonderhandelingen en -financiering speelt Erdogan in de kaart. Meer dan 200 journalisten in de cel. Duizenden academici, rechters en ambtenaren de laan uitgestuurd. Scholen en universiteiten gesloten... Zijn wij er nu echt nog altijd niet van overtuigd dat die koers haaks staat op alle EU-principes? Democratie is voor Erdogan een lastig spook uit het verleden dat hij probeert te verjagen met bruut geweld én met ons geld. Kies nu voor geloofwaardigheid en principes, en stop ermee!

Marju Lauristin (S&D). – Mr President, I will talk in a language the Presidency will understand without translation.

Ma tahaksin öelda seda, et tõepoolest on viimane aeg meil selgesti tunnistada, et Türgi veereb meie kõigi nähes totalitaarse diktatuuri poole, mis on väga hästi teadaolev olukord nii sakslastele kui ka meile, kes me tuleme Nõukogude Liidu alt. Panna silmad kinni ja öelda, et võib-olla kõik paraneb, ei ole enam kuidagimoodi õigustatud. Kati Piri raport on selles mõttes väga tõepärane, kuid me peame endale aru andma ka sellest, et need, keda me peame toetama, on tegelikud inimesed, kes kannatavad praegu. Peame toetama eriti neid Türgi kodanikke, kes on saanud praegu tulla ära, kes on põgenenud Türgist ja ootavad meie tuge ka siin selleks, et siin luua ja anda kuulda oma häält ning oma tunnistusi selle kohta, mis Türgis tegelikult toimub.

Ma väga loodan, et meie demokraatlik meedia, kelle suu ei ole kinni pandud, ja meie oma parlament, kes suudab neid asju arutada avalikult, annab selle võimaluse, et me saaksime korraldada kuulamise (kas AFETi ja LIBEga koos või mingil muul viisil), et saada tegelikku ja objektiivset ülevaadet sellest, mis Türgis tegelikult toimub, mis nende kohtuprotsessidega toimub, mis toimub Türgi meediaga ja kuidas me saaksime Türgiga edasi toimetada niiviisi, et me ei kaota dialoogi, kuid samas ei tee ka nägu, et midagi ei toimu.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η έκθεση του 2016 για την Τουρκία συζητείται την ώρα που ο Υπουργός Εξωτερικών της Τουρκίας Çavuşoğlu δηλώνει προκλητικά στη Γενεύη ότι η Τουρκία δεν πρόκειται ποτέ να αποσύρει τα τουρκικά κατοχικά στρατεύματα από την Κύπρο. Ταυτόχρονα η Τουρκία συνεχίζει την παράνομη κατοχή του 37 % του εδάφους της Κυπριακής Δημοκρατίας, καθώς και τις απειλές εντός της κυπριακής ΑΟΖ.

Συζητείται η έκθεση για την Τουρκία την ώρα που η Άγκυρα διατηρεί το *casus belli* κατά της Ελλάδος, την ώρα που Τουρκία παραβιάζει τον ελληνικό εναέριο χώρο και τα θαλάσσια χωρικά ύδατα της πατρίδος μου, την ώρα που η Τουρκία βεβηλώνει την Αγιά Σοφιά. Συζητείται η έκθεση την ώρα που η Τουρκία παραβιάζει τα ανθρώπινα δικαιώματα και προβαίνει σε φυλακίσεις χιλιάδων αντιφρονούντων, την ώρα που η Τουρκία δολοφονεί τους Κούρδους, εισβάλλει στη Συρία και στο Ιράκ και στηρίζει το ISIS.

Απαιτείται λοιπόν, κύριε Πρόεδρε, η άμεση διακοπή των ενταξιακών διαπραγματεύσεων με την Τουρκία και η επιβολή κυρώσεων κατά του Erdoğan, διότι μόνο έτσι θα συνειδητοποιήσει τι πρέπει να πράξει στο μέλλον.

Zgłoszenia z sali

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem se přihlásil o slovo, abych také podpořil zprávu, která je dneska předložena a o které zítra budeme hlasovat. Jsem také rád, že je věčná, kritická, že se nesnaží realitu přemalovávat na růžovo.

Já si myslím, že ta debata tady jasně ukázala, že absolutní většina poslanců vnímá to, že se Turecko vzdaluje od hodnot Evropy, od hodnot demokracie, právního státu, ochrany svobody, osob, tisku, politických konkurentů, a myslím si, že opravdu nastala doba, aby Evropská komise jasně řekla, že jednání s Tureckem se pouze nezmrazuje, ale zastavuje.

Myslím, že naši občané chtějí slyšet, že do budoucna nebudeme předstírat, že dále pokračuje proces přibližování Turecka k Evropské unii a že je zde nějaká šance, že by Turecko vstoupilo do Evropské unie. Občané chtějí slyšet pravdu, a ta je taková, že Turecko si vybralo jinou cestu. Přesto s Tureckem musíme mít spolupráci a musíme s ním komunikovat. Ale na jiné bázi než na falešné snaze, aby se Turecko stalo členem Evropské unie.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, con le scelte politiche compiute nell'ultimo anno, la Turchia si allontana dall'adesione all'Unione europea. Il sostegno a favore della reintroduzione della pena di morte, ripetutamente dichiarato dal presidente turco, le misure sproporzionate adottate a seguito della dichiarazione dello stato di emergenza, che hanno colpito dissidenti e partiti politici d'opposizione, le gravi violazioni della libertà dei media, la revoca incostituzionale dell'immunità di un vasto numero di deputati, l'arresto e il licenziamento di oltre 4 000 giudici e pubblici ministeri, la mancanza di rispetto della libertà religiosa ci portano alla conclusione che in Turchia lo Stato di diritto è messo in discussione.

Tuttavia, l'Unione europea e la Turchia continuano ad avere interessi in comune in molti settori – lotta al terrorismo e crisi migratoria in primis – e la cooperazione in tali settori rappresenta un investimento importante per stabilità e sicurezza. Il dialogo e la collaborazione in questi settori devono continuare, ma a condizione che si rispettino gli impegni in materia di diritti e libertà fondamentali.

Branislav Škripek (ECR). – Mr President, as many speakers have already mentioned, the situation in terms of freedom, democracy and the rule of law in Turkey is getting worse, and it is hard to watch.

I want to draw your attention specifically to the situation of Christians. Even though the Turkish Government claims to have freedom of religion, on the contrary they have confiscated many churches and monasteries. Just recently they confiscated the buildings of Tur Abdin, giving them to the Turkish religious authority which takes care of mosques.

I call upon the Commission to protest against this and to urge the Turkish state to give these buildings back immediately. A country which does not respect its ethnic and religious minorities, and does not respect human dignity and freedom, has no place in the European Union.

Commissioner, I have to say you admitted that democracy and the rule of law in Turkey have been violated. These things are in the Copenhagen criteria. I therefore call upon you immediately to break off the EU accession talks with Turkey.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, χαιρετίζουμε τις εκκλήσεις, που υπάρχουν στην έκθεση, προς την Τουρκία να ξεκινήσει την απόσυρση του κατοχικού στρατού από την Κύπρο, να στηρίξει το έργο της ΔΕΑ, να τερματίσει την πολιτική των εποικισμών, να εφαρμόσει το ψήφισμα 550 για την Αμμόχωστο και το συμπληρωματικό πρωτόκολλο, καθώς και να συμβάλει εποικοδομητικά στη λύση του Κυπριακού, στη βάση της διζωνικής δικοινοτικής ομοσπονδίας με μία κυριαρχία, μία ιθαγένεια και μία διεθνή προσωπικότητα. Αναμένουμε όμως ενεργό στήριξη και καλούμε την Ευρωπαϊκή Ένωση να ασκήσει πιέσεις τώρα, αυτή τη στιγμή που διεξάγονται οι συνομιλίες στην Ελβετία, ώστε η Τουρκία να συμβάλει εποικοδομητικά και ουσιαστικά στη λύση του Κυπριακού, να συμβάλει ώστε να υπάρξει μια πλήρως αποστρατιωτικοποιημένη Κύπρος και να τερματιστεί το αναχρονιστικό σύστημα των εγγυήσεων.

Σε ό,τι αφορά την έναρξη των διαπραγματεύσεων για την αναβάθμιση της τελωνειακής ένωσης, αυτές οι διαπραγματεύσεις μπορούν να αρχίσουν μόνον όταν η Τουρκία εφαρμόσει πλήρως όλες τις υποχρεώσεις που απορρέουν από την τρέχουσα τελωνειακή ένωση έναντι της Ένωσης, περιλαμβανομένης και της αναγνώρισης της Κυπριακής Δημοκρατίας. Η θέση μας είναι ξεκάθαρη: η ενταξιακή πορεία της Τουρκίας περνά μέσα από τον εκδημοκρατισμό της ίδιας της χώρας αλλά και την υλοποίηση των κυπρογενών της υποχρεώσεων.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Tudi sam se pridružujem tistim kolegom, ki poudarjajo, da je poročilo dovolj kritično, da torej razgali pot, v katero drvi Turčija, in ki mora biti resno tudi opozorilo Evropskemu parlamentu in Evropski uniji, da imamo na drugi strani tako imenovano partnerko, ki ne izpolnjuje tistih standardov, ki se pričakujejo od neke demokratske družbe.

V zadnjem letu se je stanje v Turčiji na številnih področjih močno spremenilo in ne more biti seveda v ponos demokraciji. Zato mislim, da tudi Evropski parlament pri tem ne more biti tiho. Že kolegi pred menoj so govorili o tako imenovanih političnih zapornikih, o preganjanih novinarjih, o zaprtih skupinah, tudi odpuščenih učiteljih, pravzaprav kot da bi šlo za neko čistko, za prevzem popolne oblasti, kar pa je lahko nevaren zgled tudi za širšo regijo.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, απλά και μόνο το γεγονός πως ξανασυζητάμε για ενταξιακές διαπραγματεύσεις με την Τουρκία είναι αστείο. Η χώρα αυτή είναι εχθρική προς την Ελλάδα και την Κύπρο, δύο κράτη μέλη της Ένωσης. Καθημερινά σημειώνονται παραβιάσεις στα σύνορα Ελλάδας-Τουρκίας, ενώ συνεχίζεται η παράνομη κατοχή τμήματος της Κύπρου από την Τουρκία. Την ίδια στιγμή, χώρες της Ευρώπης εξακολουθούν να έχουν σχέση με την Τουρκία προωθώντας τα δικά τους συμφέροντα. Η Τουρκία είναι κράτος εκβιαστής και τρομοκράτης και άμεση απειλή για όποιον δεν εξυπηρετεί τα συμφέροντά της. Μόνο μία γλώσσα καταλαβαίνει η Τουρκία, τη γλώσσα της πυγμής.

Σταματήστε τις διαπραγματεύσεις, σταματήστε τις παροχές και επιβάλετε άμεσα κυρώσεις που δεν πρέπει να αρθούν μέχρι η Τουρκία να άρει το *casus belli* κατά της Ελλάδος και μέχρι να αποχωρήσει και ο τελευταίος Τούρκος στρατιώτης από την Κύπρο. Τότε και μόνο τότε θα μπορέσουμε να επανεξετάσουμε εάν θέλουμε και μπορούμε να εμπιστευτούμε την Τουρκία αρκετά ώστε να έχουμε κάποιες εμπορικές ίσως σχέσεις, σε καμία περίπτωση όμως ένταξη. Το κράτος του Σουλτάνου δεν έχει θέση στην Ευρώπη.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, durante as primaveras árabes a Turquia foi apontada como um exemplo de compatibilidade entre islamismo e democracia. Porém, o golpe de Estado falhado de 2016 deu ao Presidente Erdogan o pretexto para eliminar os redutos desse secularismo e das instituições democráticas e, ao abrigo de um estado de emergência que ainda hoje se mantém, despedir mais de 130 mil pessoas e enviar para a cadeia funcionários públicos, jornalistas, juízes, militares e políticos da oposição.

A vitória tangencial no referendo de abril deste ano, a única coisa que fez foi institucionalizar a transformação do sistema parlamentar turco num regime presidencialista autoritário, onde o Chefe de Estado acumula funções executivas, podendo governar através de decreto, dissolver o Parlamento e nomear a maioria dos membros do Alto Conselho de Juízes e Procuradores.

Caros Colegas, já há muitas décadas que não assistíamos a uma deriva autoritária tão marcada pelo desrespeito dos direitos humanos e dos valores da liberdade e do Estado direito na Europa. Esta deriva e a nova Constituição contrariam os critérios de Copenhaga e, por isso, sem prejuízo da necessidade de um diálogo construtivo, as negociações de adesão da Turquia à União Europeia devem ser suspensas e os fundos de pré-adesão canalizados para o apoio da sociedade civil e a melhoria da situação dos três milhões de refugiados neste país.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, η έκθεση αυτή καταγράφει πλείστες υποχρεώσεις της Τουρκίας προς την Ευρωπαϊκή Ένωση, που περιλαμβάνουν, μεταξύ άλλων, και το πρόσθετο πρωτόκολλο για αναγνώριση της Κυπριακής Δημοκρατίας, όπως ελέγχι και από το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο.

Ωστόσο, πρέπει να διερωτηθούμε γιατί η πολιτική που ακολουθήσαμε μέχρι σήμερα έχει αποτύχει. Αυτό είναι ένα ερώτημα που πρέπει να απαντήσουμε. Και μια διαπίστωση: εάν όντως στην Τουρκία έχει επικρατήσει ένα νεοσουλτανικό καθεστώς, η πρόβλεψη είναι πως κάθε μέρα που περνά με αυτό το καθεστώς στην εξουσία αυξάνεται το ανθρώπινο κόστος που θα πληρώνουν για χρόνια οι λαοί εντός και οι λαοί εκτός Τουρκίας.

Και δυο λόγια για την Κύπρο. Γίνονται τώρα συνομιλίες στη Γενεύη με επίκεντρο θέματα ασφάλειας. Αυτό το ζήτημα αφορά πρωτίστως και την Ευρωπαϊκή Ένωση. Δεν μπορεί η Τουρκία να ζητεί επεμβατικό δικαίωμα και παραμονή κατοχικών στρατευμάτων στην Κύπρο. Αυτό μας αφορά όλους μας εδώ στην Ευρώπη.

Csaba Sógor (PPE). – A török állam potenciális ellenségnek tekinti a kurdokat. Teszi ezt annak ellenére, hogy az ezt megelőző időszakban bizakodásra okot adó tárgyalások folytak a felek között. Ám ahogyan lehetőség adódott a keményebb fellépésre, a puccskísérlet után megtorló intézkedések leple alatt szisztematikus támadás folyik az országban élő kurdok ellen. Az államok gyakran esnek abba a hibába, hogy a területükön élő nemzeti kisebbségeket nem integrálni próbálják, hanem eltaszítják maguktól, nem elismerik történelmi hozzájárulásukat az országépítéséhez, hanem az állam ellenségeinek kiáltják ki és minden eszközzel a társadalom peremére próbálják szorítani őket. Ebből a küzdelemből azonban mindkét fél vesztesként fog kikerülni. Párbeszéd, nyitottság és egymás nézőpontjának elfogadása szükséges. Ettől a jelenlegi török–kurd viszony nagyon-nagyon messze áll, remélhetőleg nem okoznak visszafordíthatatlan károkat egymásnak a felek, mielőtt ráébrednek ennek a párbeszédnek a szükségességére.

Julie Ward (S&D). – Mr President, on behalf of Turkish nationals and minorities who live in my North-West England constituency, and also those who live oppressed in Turkey, I would like to say thank you to my colleagues for their work on this file. I would also like to draw attention to the destruction of cultural heritage in the ancient Mesopotamian town of Hasankeyf, where historical sites and artefacts are being destroyed and removed to make way for a new dam. This is a Kurdish-majority and, historically, an Armenian area along the Tigris River.

The Dutch company Bresser is helping the Turkish government remove and relocate historic monuments and take apart ancient tombs on a site whose history goes back 12 000 years. This must stop, and we must let Bresser and the Turkish authorities know that. I ask the High Representative and the Commission to call out to the Turkish authorities on this and make a clear statement that the destruction and removal must end.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριοι συνάδελφοι, από την αρχή της θητείας μου είχα επισημάνει ότι η πολιτική ανοχής προς την Τουρκία θα οξύνει τα προβλήματα. Η σημερινή, σκληρά επικριτική έκθεση προόδου, παρόλο που άργησε πολύ, το πιστοποιεί. Μετά δε το πραξικόπημα, η κατάσταση ξέφυγε από κάθε έλεγχο και η Τουρκία κάνει πλέον εξαγωγή των εσωτερικών της προβλημάτων. Σωστά επισημαίνει η έκθεση παραβιάσεις θαλάσσιων και εναέριων ευρωπαϊκών συνόρων, casus belli με κράτος μέλος και απειλές για τις ΑΟΖ. Δεν πρόλαβε όμως να συμπεριλάβει τις ευθείες απειλές του Τούρκου Υπουργού Εξωτερικών για δράση του κατοχικού στρατού στην Κύπρο.

Παρ' όλα αυτά και ενώ το Κοινοβούλιο επανειλημμένα έχει πάρει σαφή θέση, το Συμβούλιο δείχνει να περιφρονεί την πραγματικότητα. Αναρωτιέμαι λοιπόν, κύριε Επίτροπε, τι άλλο θα πρέπει να περιλαμβάνει η έκθεση προόδου και τι άλλο θα πρέπει να συμβεί, ώστε να ανασταλούν άμεσα οι ενταξιακές διαπραγματεύσεις.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, c'è un'oggettiva contraddizione che dobbiamo saper risolvere per non apparire incoerenti tra le cose che affermiamo e quelle che pratichiamo. La relazione denuncia le violazioni dello Stato turco in materia di diritti umani e sulla base di ciò giustifica la sospensione del negoziato di adesione, ma nello stesso tempo sollecita l'approfondimento delle relazioni commerciali senza condizioni particolari.

Devo dire che la cosa mi sembra un po' bizzarra, perché dovremmo essere consapevoli che la politica commerciale è una potente leva per spingere in avanti i processi democratici e l'allargamento dei diritti. Mi chiedo se, così facendo, in realtà non rendiamo inefficaci le nostre armi di pressione e, forse per paura del riavvio del processo migratorio, ci consegniamo politicamente ad Erdoğan. Sicuramente così non faremo fare passi avanti al regime turco.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank everyone who spoke today. Listening to the very strong, clear and converging points made in this House today, I think we are all equally concerned that Turkey is moving further away from the European Union and not closer. That is the reality we have to face.

I believe that the best way to strengthen Turkey's democracy is by remaining engaged with it and keeping channels open. We must continue to promote the values on which our Union is based. This is all the more evident when it comes to a strategic partner.

The ball is now in Ankara's court. It must clearly and tangibly move back towards these values and principles, and we stand ready to support it completely. We are ready to do this on many levels, ranging from high-level political dialogues to protection of human-rights defenders in Turkey's civil society and continued investment in the roots of a future open society, from economic support to education, research and free media.

In short, we must continue our principled, firm engagement with Turkey and support the positive currents in Turkish society, and I expect that we will continue the discussion here in the House to follow up on the events in Turkey and to stay in contact and in touch with them.

As some speakers today pointed out, we have to keep in mind that there is a huge part of Turkish society which is very much interested in the European perspective.

Matti Maasikas, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I would like to thank Members for this very rich and very timely exchange of views that demonstrates that we, the Parliament and the Council, share deep concerns with regard to Turkey.

As I pointed out earlier, the Council is well aware of existing shortcomings, especially in the field of the rule of law, human rights and fundamental freedoms. Several ideas were floated about how the European Parliament can help in this respect, not least by Marju Lauristin, on the ways of giving voice to those people who have to flee Turkey. This work must be continued. At the same time, it is important to remember that the EU and Turkey have many ties. Our relations go back a long time. We have had – and are having – close cooperation in many areas, cooperation that has been positive for both parties.

We continue to follow developments in Turkey very closely. We will continue to bring up our concerns in all our meetings and at all levels with Turkey. The EU should remain the anchor for Turkey's political and economic reforms. That is where the continuing expectation of the standards that Turkey must fulfil comes in: continuing expectation enshrined in the Presidency's conclusions from the General Affairs Council last December. The standards are there for all EU candidate and aspirant countries. If anyone says that we should give up on the expectations that those standards are being met, we may wonder whether this sends the right signal.

Foreign policy is a very complex domain, but even there, some things are relatively easy – leaving the chair open, walking away, pulling the plug, if you will. It is so much more difficult and tiresome to engage patiently, with the aim of transforming your partner. That is what the EU's foreign policy is doing in its relation with Turkey, and that is why continued engagement in the accession process with Turkey remains vital.

Kati Piri, *rapporteur*. – Mr President, I am grateful to all the colleagues who have contributed to this debate. As I said at the start of the debate, I would like especially to give a warm thank you to the shadow rapporteurs who were also here during the whole debate, because we worked in the third year consecutively towards a very constructive text. I would also especially like to thank colleagues from the extreme right for being here in the debate, because their presence and their contempt for this report shows clearly that the agreement reached by the other Groups is not based on Islamophobia. It is not based on any hate towards the Turkish population and I am proud that you will vote against this report as I absolutely do not share your racist positions.

Allow me to welcome here a former colleague, Joost Lagendijk, who is sitting here with us. For many years, he chaired the Turkish Joint Parliamentary Committee. After having lived in Turkey for the past nine years, he has not been allowed to return to the country where he has been living. We hope he can go back soon and join his wife, Nevin, in Istanbul.

When it comes to the Presidency of the Council, thank you for also participating in this debate. We hope that curtailing migration is not the new priority of the European Union with EU candidate countries. Please allow me to draw your attention to the fact that we also call on the EU Member States in the report to start the resettlement of the most vulnerable refugees from Turkey as we agreed. I very much hope under your presidency we will see more progress on that.

Finally, Commissioner Hahn, we know you are on your way to the airport. We wish you a good stay in Turkey. We look forward to continuing our cooperation and hope that the EU will be more confident in the coming months to stand up for its own values while maintaining an open, constructive dialogue with Turkey. As a final remark, because many colleagues raised the issue, we know the talks on Cyprus are ongoing and we all hope that there will be a viable long-lasting settlement reached.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 6 lipca 2017 r.

Pisemne oświadczenia (art. 162)

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE), γραπτώς. – Η φετινή έκθεση για την Τουρκία καταγράφει ουσιαστικά τη σοβαρή οπισθοδρόμηση της χώρας στην πορεία της προς την ευρωπαϊκή οικογένεια. Το 2016 υπήρξε ένα δύσκολο έτος για την Τουρκία ως αποτέλεσμα του πολέμου στη Συρία, της εισροής εκατοντάδων χιλιάδων προσφύγων, μιας σειράς σκληρών τρομοκρατικών επιθέσεων και της αποτυχημένης απόπειρας πραξικοπήματος τον περασμένο Ιούλιο. Ωστόσο, η αντίδραση του προέδρου Ερντογάν εξέπληξε αρνητικά για ακόμα μια φορά την Ευρώπη. Τα μέτρα που ελήφθησαν μετά το πραξικόπημα ήταν παράνομα. Ακολούθησαν σοβαρά γεγονότα όπως παύση λειτουργίας πολλών μέσων ενημέρωσης, αυθαίρετη σύλληψη χιλιάδων πολιτών, δημοσιογράφων, δικαστών και υπερασπιστών των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, κλείσιμο σχολείων και πανεπιστημίων που δεν συνάδουν με τον δυτικό πολιτισμό, καταπατούν τα ανθρώπινα δικαιώματα και θέτουν υπό αμφισβήτηση το κράτος δικαίου. Παράλληλα, η απειλούμενη εφαρμογή των συνταγματικών μεταρρυθμίσεων από την τουρκική κυβέρνηση δεν συμβαδίζει με τα κριτήρια ένταξης στην ΕΕ. Η Τουρκία θα πρέπει να αποφασίσει αν πραγματικά θέλει να συνεχίσει τις ενταξιακές διαπραγματεύσεις και να σταματήσει να υπονομεύει την ενταξιακή της προοπτική με συζητήσεις για την επαναφορά της θανατικής ποινής. Επιπλέον, πρέπει επιτέλους να σεβαστεί πλήρως το διεθνές δίκαιο, τα κυριαρχικά δικαιώματα και την εδαφική ακεραιότητα της Ελλάδας και της Κύπρου που κατ' επανάληψη και σκόπιμα αμφισβητεί με κλιμάκωση παραβιάσεων και προκλήσεων.

13. Europäischer Fonds für nachhaltige Entwicklung (EFSD) und Einrichtung der EFSD-Garantie und des EFSD-Garantiefonds (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Eduarda Kukana, Doru-Claudiana Frunzulicę i Eider Gardiazabal Rubial w imieniu Komisji Spraw Zagranicznych, Komisji Rozwoju i Komisji Budżetowej w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie Europejskiego Funduszu na rzecz Zrównoważonego Rozwoju (EFZR) oraz w sprawie ustanowienia gwarancji EFZR i funduszu gwarancyjnego EFZR (COM(2016)0586 - C8-0377/2016 - 2016/0281(COD)) (A8-0170/2017).

Eduard Kukan, rapporteur. – Mr President, let me start by thanking the co-rapporteurs, the Council and the Maltese Presidency, as well as the Commission, for their very good cooperation during the preparation of this report.

The European Fund for Sustainable Development (EFSD) is a milestone in our approach to development and migration. We have been struggling to find the right answers to challenges coming from our neighbourhood and Africa, from countries affected by extreme poverty, conflict, under-development ...

(Interruption)

President. – Minister Maasikas, please can you respect our MEPs?

Eduard Kukan, rapporteur. – Mr President, please take note of the time that elapsed since I had to stop my speech.

We have found ourselves under external pressure from migration flows driven by geopolitical and economic factors. The consequences are deeply felt on a day-to-day basis in many European countries. However, they are only a fraction of the discontent felt in many countries beyond our borders. Facing mounting tragedies in countries thrown into conflict or extreme poverty, our responsibility is to act, to address the root causes of this situation and to help to create the conditions for a better life in these countries.

It is clear that this will not happen from one day to the next, not even after a year. Therefore we need to look for long-term sustainable solutions, solutions which would bring growth, more stability, more jobs opportunities and solutions that would help societies to develop and adapt to the current world. There is no magic spell to solve the problems of the developing world, just as there is no magic spell to safeguard Europe from the increasing pressures of migration. We will be constantly challenged, yet we need to try new approaches and propose new solutions.

I therefore welcome the proposal for the External Investment Plan proposed last year by the Commission. With this framework, we can promote sustainable investment and tackle some of the root causes of migration in Africa and the neighbourhood. The European Fund for Sustainable Development is a vital part of this plan. It provides guarantees in order to stimulate private sector involvement in the socio-economic development of the partner countries.

I think this is the right approach in the long term. We need to match our development and investment expertise to enable the EU and the private sector to cooperate. We need an instrument which will operate in high-risk situations where investment would not be possible without our guarantees. This opens new challenges to boost investments and improve the business climate in the most fragile countries. In order to do this we need to stimulate investment in such areas as socio-economic infrastructure, SMEs or microfinance.

Once again, I am glad that we are ready to make this Fund a reality. It will be a vital instrument to stimulate development in our partner countries and an important tool in our external policies. I hope that its innovative approach will help to improve living conditions in countries where it is needed and address the root causes of migration in the long term.

Doru-Claudian Frunzulică, *rapporteur*. – Mr President, as you know, on 14 September 2016, the Commission tabled a proposal for establishing a new European Fund for Sustainable Development (EFSD) aimed at mobilising up to EUR 44 billion of investment in Africa and the EU neighbourhood. The EFSD is the first pillar of the external investment plan under which the Commission also plans to enhance technical assistance in partner countries (pillar 2) and to work towards improving the investment climate and overall policy environment in those countries (pillar 3).

The main assumption is that supporting investment and private-sector involvement through innovative financing can foster sustainable and inclusive economic and social development and address the root causes of the migration crisis and promote the resilience of the partner countries in Africa and the EU neighbourhood, including in the least developed countries, with a particular focus on growth, the creation of decent jobs, youth and women, socio-economic sectors and, of course, small and medium-sized enterprises.

A final package agreement was approved by COREPER last Wednesday. The progressive points we managed to include in the EFSD text are the following: reference to development effectiveness, resilience, decent job creation, the aim of poverty eradication and Articles 21 of the Treaty on European Union and 208 of the Treaty on the Functioning of the European Union in the purpose of the instrument; and the implementation of the Paris Agreement and the 2030 Agenda for Sustainable Development as objectives. On compliance in respect of tax standards and transparency, we managed to achieve major progress. We have ensured that counterparts are prohibited from entering into operations with entities incorporated or established in jurisdictions listed under the 11th EU policy on non-cooperative jurisdictions, or identified as high-risk third countries or countries that do not comply with the EU and internationally agreed tax standards on transparency and exchange of information.

There is a reference, as well, to the relevant EU policy on non-cooperative jurisdictions for tax purposes and specific reporting by the Commission. We now have greater transparency in relation to financial support provided by EFSD with an obligation for the Commission and counterparts to make information on projects, beneficiaries and expected development benefits publicly available wherever possible.

The participation of the European Parliament in the strategic board as observers is warranted. We made a reference to the principles of development effectiveness and the conformity of objectives with the eligibility criteria for use of the EFSD; fulfilment of the OECD Development Assistance Committee (DAC) criteria for the projects funded; and safeguard clauses on human and labour rights, including full observance of the UN principles for responsible investment, the UN Guiding Principles on Business and Human Rights, the OECD guidelines for multinational enterprises, the UN-FAO Principles for Responsible Investment in Agriculture and Food Systems, and all ILO Conventions, as well as international humanitarian law.

We insisted on having a particular focus on climate-friendly investments, thus contributing to implementing the Paris Agreement, and setting a binding minimum target of 28 investments for climate action, renewable energy and resource efficiency.

There are more things that I would like to highlight but, because of time constraints and last but not least, I would like warmly to thank the Commission negotiating team and the Maltese Presidency for their good cooperation, enabling us to agree on this new, innovative and important instrument of EU development policy.

IN THE CHAIR: PAVEL TELIČKA

Vice-President

Eider Gardiazabal Rubial, *ponente*. – Señor presidente, señor comisario, en lo que llevamos de año han llegado a las costas europeas casi 100 000 personas que han tenido que abandonar sus países, sus hogares, sus familias. Esta madrugada, 49 han muerto tratando de llegar a las costas españolas. Porque la mayor tragedia no es que lleguen, la mayor tragedia es que pierden la vida en el intento.

Hoy debatimos en este Pleno la puesta en marcha del Fondo Europeo de Desarrollo Sostenible, un fondo que, lamentablemente, no va a erradicar totalmente las causas por las que estas personas están obligadas a emigrar, pero que pretende invertir en sus países de origen para conseguir un desarrollo sostenible, para darles la oportunidad de poder vivir en su país y tener un proyecto de vida digno.

Las causas de la migración son muchas y complejas, pero los factores más importantes son los factores de seguridad, los factores económicos, los medioambientales y los sociales. El objetivo de este fondo es precisamente atacar de raíz esas causas, mediante la inversión en proyectos que contribuyan a cumplir los objetivos de desarrollo sostenible. Porque este fondo tiene que ser un complemento de la ayuda oficial al desarrollo, tiene que perseguir sus mismos objetivos, pero no puede ni debe ser un sustituto. Porque lo que pretendemos es movilizar la inversión privada hasta 44 000 millones, utilizando el presupuesto europeo como garantía, desarrollando mecanismos innovadores y reduciendo así las incertidumbres de los inversores.

Conseguir la implicación del sector privado en el desarrollo económico y social de estos países es un objetivo estratégico. Y este fondo no va actuar solo —ya lo hemos mencionado aquí—, forma parte del Plan de Inversiones Exteriores que tiene un componente de asistencia técnica para ayudar a los países socios a atraer esa inversión, capital privado, y ayudar a preparar y promover proyectos susceptibles de beneficiarse de este fondo. Y tiene también un tercer pilar, fundamental para conseguir los objetivos, que se basa en el diálogo político, con el objetivo de desarrollar un marco legal, unas políticas y unas instituciones que promuevan la estabilidad necesaria.

Este diálogo político cubre desde la lucha contra la corrupción, el fraude fiscal, el crimen organizado, hasta el impulso del emprendimiento, el desarrollo de los mercados locales o una política inclusiva de género.

Este Parlamento, con sus propuestas y durante las negociaciones, ha buscado y conseguido mejorar la definición y la concreción de los objetivos. De esta manera, hemos querido hacer especial hincapié en la financiación de proyectos que tengan un verdadero impacto y que se centren en la creación de empleo en condiciones dignas; que siga una estrategia de crecimiento sostenible e inclusivo, y con una especial atención al empoderamiento de las mujeres y de los jóvenes.

Como decía al principio, la migración tiene múltiples causas, y una de ellas, a las que muchas veces no prestamos la atención que se merece, es la migración por causas medioambientales. Y, en este sentido, creo que los acuerdos que hemos alcanzado Parlamento y Consejo nos permiten destinar más recursos a la lucha contra el cambio climático, a las energías renovables y a la eficiencia de los recursos energéticos.

Por último, me gustaría destacar el importantísimo paso que hemos dado en la lucha contra el fraude fiscal, contra la evasión fiscal, contra el blanqueo de capitales, así como la eliminación de cualquier tipo de relación con las jurisdicciones no cooperativas. Y aquí querría agradecer especialmente a la Comisión Europea su determinación en poner a la lucha contra el fraude fiscal como una prioridad, por impulsar mayores controles, informes país por país y mejorar la rendición de cuentas.

Desde el Parlamento, y me consta que desde la Comisión Europea y desde el Consejo, hemos trabajado contrarreloj para poder lanzar lo antes posible este fondo y que esté operativo con vistas a las Cumbres de la Asociación Oriental y de la Unión Europea-África. Espero que este fondo sea el primer paso de un compromiso renovado de la Unión con el desarrollo de los países de nuestro entorno. No podemos permitir que miles de personas sigan abandonando sus hogares por falta de oportunidades, arriesgando sus vidas, muriendo en el mar o en el desierto, porque desde la Unión Europea no hayamos hecho todo lo que estaba en nuestras manos.

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the European Parliament, and notably the three committee Chairs and rapporteurs, for their extraordinary engagement and excellent cooperation over the past months on this file. In spite of its complexity, a compromise was reached. This is a success and I congratulate us all for that. I also thank the Council, and in particular the Maltese and Slovak Presidencies, for their efforts to reach the agreement on the European Fund for Sustainable Development, which delivers on the request of the European Council to do so in the first semester of 2017.

Our ambition must now be to quickly start the implementation of the external investment plan with a view to present tangible progress to the EU-Africa summit in Abidjan and to the Eastern Partnership Summit, both of them in November.

Let me underline that the External Investment Plan with its European Fund for Sustainable Development will become an important instrument for attaining the objectives of the UN 2030 Agenda and will complete our toolbox for development cooperation. This is primarily a development instrument rather than exclusively a banking or financial one. It will steer our development partnership with the private sector in a focused and effective manner in order to contribute to reaching development goals in partner countries.

The plan builds on experience. Since 2007 we have been implementing eight investment facilities which have leveraged a total investment volume of EUR 57.3 billion in our partner countries, with a total of EUR 3.4 billion of EU grants. To a large extent, this cooperation has been successful, as confirmed by the recent external evaluation on lending. The external investment plan is taking lessons learned into account.

Let me reiterate the substance of the plan. It provides a holistic framework to improve investment and therefore decent job creation in Africa and the EU neighbourhood. It has three pillars: financing, technical support and enhanced investment climate. These must work hand in hand, and we are serious when we say that via the guarantees of the fund and existing investment facilities we want to leverage more than EUR 44 billion of investments in Africa and the neighbourhood until 2020.

Our ambition for the European Fund for Sustainable Development is to go beyond existing instruments by supporting innovative financing models developed by partner financial institutions and an enhanced engagement of the private sector, in particular through the innovative new guarantee and the European Fund for Sustainable Development. Let me emphasise that the concept of additionality is very important. For us, it is really important. We do not intend to guarantee investments that the private sector would have made anyway. Under the European Fund for Sustainable Development, our partners must be able to prove that this is not the case by bringing in new products, new ideas, investments sustainably and where they otherwise would not go.

We will also be coherent with the international fight against tax avoidance by making sure that financial vehicles supported under the instrument are not benefiting from any location in non-cooperative tax jurisdictions. All this will be implemented in a transparent and accessible way through comprehensive reporting requirements to the European Parliament and the public and through a new web portal managed by the Commission, and the European Parliament will have observer status on the strategic board. The board's tasks will be to provide strategic guidance on overall investment goals and to ensure external policy coherence. This will give the European Parliament the opportunity to participate in the steering and monitoring of the overall implementation strategies and objectives of the European Fund for Sustainable Development.

Therefore I am very much looking forward to a fruitful cooperation in this regard, also in the years to come.

Paul Rübig, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich möchte zu diesem großen Schritt gratulieren, weil wir unserem Ziel wieder näherkommen, vor Ort, in den Entwicklungsländern und vor allem auch in unseren Nachbarländern Anreize zu setzen, dass Beschäftigung entsteht und dass die Menschen Vertrauen in die Zukunft bekommen. Wir haben vom europäischen Haushalt insgesamt die 350 Millionen zur Verfügung gestellt, mit den 400 Millionen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds. Wir haben dann die Garantien und die Mischfinanzierung mit 2,6 Milliarden, und dann vertrauen wir eigentlich darauf, dass der Privatsektor diese Anreize dementsprechend stark annimmt.

Wir wissen, dass wir gerade in den Entwicklungsländern darauf achten müssen, dass die ländlichen Gebiete hier im Fokus stehen, weil natürlich der Zuzug in die großen Städte, in die Slums zusätzliche Probleme bringt und wir deshalb Anreize in den ländlichen Gebieten in den Mittelpunkt stellen sollten.

Die Kollegin hat schon gesagt, dass natürlich kleine und mittlere Betriebe aus der Europäischen Union und Betriebe in unseren Nachbarschaftsgebieten und in den am wenigsten entwickelten Ländern eine Chance haben müssen, in Zukunft miteinander zusammenzuarbeiten – wobei hier der Schwerpunkt vor allem auf der erneuerbaren Energie liegen soll.

Wir haben ja diese 28 Prozent Finanzierungsanteil für den Klimawandel festgezurr, dass wir dort digitale Märkte einrichten können, dass die Aus- und Weiterbildung sich etabliert und dass vor allem auch die sanitären Bedingungen mit Wasser, Abwasser – vor allem auch in den Krankenhäusern – verbessert werden, dass hier auch die soziale Komponente im Mittelpunkt steht. Aber letzten Endes muss es natürlich auch Investitionsverträge geben, weil sich eben das meiste aus Garantien zusammensetzt und das wirkliche Eigenkapital – der Cash – eine sehr niedrige Rolle einnimmt. Deshalb wird die Kommission aufgefordert, diese Projekte so gut wie möglich zu managen.

Linda McAvan, on behalf of the S&D Group. – Mr President, many people have talked about this being a first for the Parliament because three committees worked on a codecision file for the first time. So congratulations to our three co-rapporteurs. Not only have they delivered, but they have delivered in record time: in just four months. Special thanks also go to Marlene Bonnici, the Ambassador from Malta, who pushed this through, and our staff, who worked very hard. They know who they are and they deserve our special thanks.

But we don't need it to be speedy just for institutional reasons to get it done under a certain Presidency. We need it because we promised this kind of thing in Addis Ababa two years ago. We promised that aid would be one part of the picture for funding development, and that we would also have private sector leverage and more tax revenues going in to help fund.

I want to make this link with Addis Ababa to remind people that this is not an instrument to tackle migration except in as much as the instrument is to tackle poverty at its roots, create jobs and bring investment. It is not about managing flows into Europe. Most of the money comes from the European Development Fund, so it is right that the fund should focus on the least developed countries and fragile states. When the plans come forward, I hope we will see the funding in those domains. It is also timely because we have the G20 this weekend, the high-level political forum in a couple of weeks in New York and we've got the Africa summit coming up.

A lot of people are talking about a Marshall Plan for Africa. I am not very good at maths, but I worked out that Germany got USD 15 billion of aid in today's money in the late 1940s; about EUR 267 per person. If we do the same thing in Sub-Saharan Africa, that is about USD 66 billion today. So the European Fund for Sustainable Development can be part of the beginning of a new plan for Africa. It is part of the picture. We need to make sure it is spent properly and that it leaves in the aid that we have promised.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, the European Fund for Sustainable Development (EFSD) is the flagship policy of the EU's external investment plan, launched last year in response partly to the migration crisis. High population growth across Africa without the employment opportunities to match is a growing problem, likely to be made worse by the effects of climate change as time goes on. Fragile states with weak public institutions, limited track records in the rule of law, and challenges to democracies are particularly affected and are naturally a deterrent to the necessary private investment required to generate jobs.

The EFSD and the EFSD Guarantee are seeking to try and plug that gap by the European Union and aims at aiding and leveraging investment from private business and institutions. It is projected that EUR 3.5 billion of EU investment could generate as much as EUR 88 billion of total investment. The EFSD will also seek to provide technical assistance to governments in the region in order to mobilise further investment. It is something that I fully support.

Anneli Jäätteenmäki, *ALDE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, ainoa kestävä ratkaisu hallitsemattoman maahanmuuton hillitsemiseen pitkällä tähtäimellä on elinolosuhteiden parantaminen ja työpaikkojen luominen maahanmuuton lähtömaihin. Tämän vuoksi EU siis nyt perustaa kestävä kehityksen rahaston, ja tämän rahaston yksi keskeisiä tavoitteita on parantaa elämisen edellytyksiä ja aikaansaada kestävä kasvua EU:n lähialueilla ja erityisesti maahanmuuton lähtö- ja kauttakulkumaissa – siis luoda työtä, toimeentuloa ja toivoa.

Rahaston tarkoituksena on siis tukea investointeja Afrikassa ja EU:n naapurustossa. Rahastosta ei myönnetä suoraa rahallista tukea, vaan tuetaan yksityisen sektorin investointeja ja muun muassa myönnetään lainatukia. Kun tämä päätös on tehty, on pikaisesti myös suoritettava toimeenpano.

Erityisen tyytyväinen olen siihen, että parlamentti sai ajettua tähän uuteen asetukseen tavoitteen, jotta investoinneista käytettäisiin 28 prosenttia sellaisiin kohteisiin, joilla edistetään ilmastonmuutoksen vastaisia toimia. Nämä toimet ovat tärkeitä Euroopan ja koko maailman vakauden kannalta, ja kun juuri niillä toimilla estämme ilmastonmuutoksen kehittymistä, me nimenomaan pureudumme näihin maastamuuton ja maahanmuuton juurisyihin.

Xabier Benito Ziluaga, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, yo voy a ser bastante crítico con este Fondo, porque este Fondo Europeo se llama «de Desarrollo Sostenible», pero ni busca la cooperación para el desarrollo ni la sostenibilidad de este desarrollo. Parece nuevamente propaganda de la Unión Europea para limpiar su imagen ante la nefasta gestión de la crisis de fronteras.

Cuando la gente dice que hay que actuar en origen ante la inmigración forzada por la guerra, el hambre o el cambio climático, desde luego no se refiere a este tipo de fondos.

Lo que pretende este Fondo es aliviar conciencias y que los Estados fronterizos hagan de muro a esta inmigración forzada, un estilo que, desgraciadamente, ya inventó el Partido Popular español en la frontera sur con Marruecos.

Para ello, la Unión Europea está recurriendo al mismo truco de magia malo: un fondo al estilo «plan Juncker» que cubrirá las posibles pérdidas de las inversiones privadas, pero que, en este caso, serán pérdidas de multinacionales europeas haciendo negocio en países del sur.

La cooperación al desarrollo no consiste en salvaguardar nuestras espaldas para que otros países hagan de guardianes de nuestras fronteras; no se trata de ver qué artimaña financiera utilizamos para hacer un buen negocio de estas inversiones.

El Fondo Europeo de Desarrollo Sostenible debería servir para posibilitar un desarrollo igualitario, ayudar a actores locales, en vez de a transnacionales, y poner unos recursos para un desarrollo endógeno social y sostenible.

Condicionar la política de cooperación al control de flujos migratorios es maquiavélico. Hay que desligar cooperación y política migratoria; de lo contrario, no estamos cooperando, estamos rentabilizando.

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I think we have created an innovative development instrument, and a lot depends on the implementation and on the safeguards that have been put in this instrument. We need to make sure that we indeed measure development outcomes already before funding decisions have been made, and we must make sure that we have the best expertise, which should be brought through the other elements of the external investment plan, such as technical assistance and political dialogue. I believe that this is a unique contribution to financing for development commitments. Let us make this a real innovative development instrument.

Raymond Finch, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, the disinterested observer can immediately see several problems with the EU's plans for the EFSD. Firstly, these funds appear to be nothing more or less than a means of using taxpayers' money to expand the EU's regional hegemony. The two regional platforms, one for Africa and one for what is ominously termed the 'EU Neighborhood', offer for the purported recipients nothing more than serfdom. The funds come with strings attached, which means there will be strategic boards imposed upon the clients, with Commission and EIB representation. This means, as always with EU largesse, that those who are supposed to benefit have their hands tied and are reduced in their own nations to the role of supplicant. This is surely wrong from the start.

The second major issue one can immediately spot is that citizens' money is expected to leverage private investments, essentially throwing taxpayers' money down a well. Please stop treating other people's money with such contempt.

Maurice Ponga (PPE). – Monsieur le Président, moins d'un an après la proposition de la Commission européenne de créer le Fonds européen de développement durable (FEDD), ce nouvel instrument va entrer en vigueur.

Je suis heureux que nous ayons pu trouver un compromis dans un délai si court avec la Commission et le Conseil sur ce nouvel instrument, dont l'objectif principal est d'aider le secteur privé dans les pays africains et du voisinage oriental, en soutenant l'emploi, la croissance et la stabilité, ce qui contribuera – j'en suis certain – à lutter contre les causes profondes de la migration irrégulière.

Le texte sur lequel nous allons voter demain est un bon texte. Le rôle du Parlement européen a été renforcé, ce qui permettra un meilleur contrôle du Fonds. La dimension «développement» a également été renforcée, mais de manière intelligente, afin de rendre l'instrument flexible et adapté aux spécificités du secteur privé. Enfin, nos institutions financières européennes participeront au FEDD, et une préférence communautaire sera réalisée dans le respect du principe du traitement équitable.

Grâce à cet instrument, nous espérons pouvoir mobiliser jusqu'à 44 milliards d'investissements. Les enjeux pour développer l'Afrique et les pays du voisinage oriental sont considérables, et le secteur privé a un rôle important à jouer. Il est donc crucial que ce secteur se mobilise et que les États membres soutiennent et accompagnent le FEDD, afin d'en faire un instrument de développement durable.

Soraya Post (S&D). – Mr President, the European Fund for Sustainable Development (EFSD) is for development. A wide array of actors can apply for economic support, but money is never an answer in itself to secure development. In the work of formulating the framework of the EFSD, we have been persistent in securing transparency, a clear gender focus and also a complaints mechanism at the Commission's webpage. I have also been very determined in having explicit references to human rights and also to Article 21 of the Treaty on European Union.

Let me please remind you about Article 21: the Union's action on the international scene shall be guided by the following principles: 'democracy, the rule of law, the universality and indivisibility of human rights and fundamental freedoms, respect for human dignity, the principles of equality and solidarity, and respect for the principles of the United Nations Charter and international law'.

All these are crucial elements if the EFSD is to become successful in addressing the root cause of the migration crisis and promoting resilient societies. I have to be frank, migration is not a problem. People should be able to move freely between places and regions if they wish and like. But it becomes a problem when the conditions in the one region are so bad that people are forced to move due to the impossibility to lead a good life. This is why it should be ensured that the EFSD enhances respect for and the fulfilment of human rights.

Civil society is instrumental in monitoring the human rights record. I call on civil society to use the complaint mechanism and to let us know when there are faults and how to improve the work of securing human rights for sustainable development.

Jean Arthuis (ALDE). – Monsieur le Président, je me réjouis de l'accord sur le Fonds européen de développement et j'en félicite nos rapporteurs.

Ce fonds vise à soutenir, à long terme, le développement économique et social des pays africains et du voisinage oriental en vue de lutter contre les causes de la crise migratoire que nous connaissons depuis plus de deux ans, notamment l'émigration économique illégale.

Si ce nouveau fonds vient s'ajouter à la galaxie d'instruments gravitant autour du budget européen, j'ose espérer que la Commission, sous le contrôle du Parlement, saura en assurer la cohérence, la transparence et l'efficacité et saura s'assurer que les institutions financières partenaires servent fidèlement nos règles et nos objectifs politiques, tout spécialement en matière de lutte contre les paradis fiscaux.

Pour que ce fonds soit un succès, il est donc indispensable qu'il s'inscrive dans une vision et une stratégie politique claires. Je compte beaucoup sur la haute représentante, M^{me} Mogherini, ainsi que sur les commissaires Hahn et Mimica pour formuler cette vision et porter cette stratégie.

Il ne suffit pas de se doter d'un instrument supplémentaire: l'heure est venue d'exprimer une ambition et de construire un discours qui parle aux citoyens européens, des citoyens qui appellent de leurs vœux une Europe qui les protège.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhor Presidente, o Fundo Europeu de Desenvolvimento Sustentável, inovador e aberto, ao mobilizar 44 mil milhões de euros para África e para os países de vizinhança oriental, vai possibilitar aos territórios beneficiários mais crescimento económico, mais emprego e estabilidade. É também essencial, na aprovação dos projetos e das plataformas, assegurar a diversificação geográfica e temática.

Esta diversificação geográfica deverá também permitir, em simultâneo, assegurar a redução da pobreza e a promoção dos direitos humanos. Os pequenos projetos e as pequenas e médias empresas devem ser acarinhas. Nem sempre temos consciência de que a União Europeia é o maior doador mundial. Mas temos, em simultâneo, também, de fomentar o empreendedorismo, o bem-estar e a independência financeira dos povos.

Os projetos sustentáveis deverão permitir a criação de emprego e, nomeadamente, de emprego jovem. Este fundo, no respeito da adicionalidade, deve ser utilizado em complementaridade com outros instrumentos financeiros e, também, com o Fundo Europeu de Desenvolvimento.

A Comissão Europeia deverá dar apoio ao designado segundo pilar e deverá dar apoio para a elaboração das plataformas de investimento. É também essencial a transparência na gestão, a transparência na aprovação e depois, também, no acompanhamento e na execução dos projetos. Este é um imperativo que não pode ser esquecido.

Por outro lado, o Parlamento deverá continuar associado a este importante fundo e ser informado relativamente à aprovação das plataformas e dos projetos.

Daniele Viotti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'estensione del cosiddetto piano Juncker ai paesi in via di sviluppo risponde a una necessità ben precisa: non possono esserci integrazione e sicurezza senza un reale impegno a stabilizzare le aree più instabili e più in difficoltà del mondo.

Per farlo, però, è fondamentale mettere dei paletti che siano ben chiari e precisi: nessuna collaborazione europea dovrà sostenere o finanziare regimi che non rispettano i diritti umani e le minoranze o in generale difettano degli standard democratici minimi. Questo è un piano importante, ma è un piano che avrà effetti nel futuro, nel prossimo futuro. Ma nell'immediato, per il presente e per l'attuale situazione migratoria che stiamo vivendo, l'unica risposta possibile da parte dell'Europa è la solidarietà degli Stati membri nei confronti dell'Italia e della Grecia, che vivono situazioni oramai insostenibili.

Nedzhmi Ali (ALDE). – Mr President, the European Fund for Sustainable Development (EFSD) as a new financial instrument should mobilise more than EUR 40 billion of investment in the states of Africa and the European neighbourhood. It will create growth and employment, deliver innovative products and involve private sector funds. The European Parliament on several occasions has expressed its position, stressing the need to strengthen the link between migration and development policies. By keeping poverty eradication as a main priority, it is necessary to involve the private sector in this effort.

For the successful implementation of EFSD, several conditions should be taken into account. Regarding the nature of the blended finance, financial institutions and private entities should respect EU commitments toward full transparency and accountability, guaranteeing a balanced geographical approach in order to allow potential beneficiaries to have access to funding, providing information and guidance for investors in the development activities as well as assessment of the quality of operations.

Finally, I would like to underline the importance of the external investment plan to the implementation of the new partnership framework. The security dimensions of the plan are unconditional.

Elly Schlein (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, approviamo oggi uno strumento importante, il Fondo europeo per lo sviluppo sostenibile, con la consapevolezza che bisognerà vigilare attentamente sulla sua attuazione, con modalità che questo Parlamento ha voluto mettere nero su bianco, e per questo ringrazio i colleghi che hanno contribuito ad assicurare, nel testo, le nostre priorità.

Risorse pubbliche e aiuti allo sviluppo resteranno essenziali, ma non sono sufficienti per liberare l'enorme potenziale in Africa e in altri paesi del vicinato e per raggiungere gli obiettivi dell'agenda dello sviluppo sostenibile al 2030. Lo scopo del Fondo deve essere quello di contribuire alla lotta contro povertà e disuguaglianze e creare opportunità per i giovani africani.

Vigileremo che non inseguia le scellerate politiche del Consiglio per esternalizzare le frontiere e costruire muri in Africa. I progetti devono essere scelti con rigore, devono portare vera addizionalità, e i benefici devono andare alle popolazioni e alle piccole imprese locali, non alle grandi multinazionali. È cruciale avere inserito delle salvaguardie sulla lotta all'evasione e all'elusione fiscale e i principi di responsabilità sociale delle imprese. Quindi vigileremo e ci aspettiamo trasparenza dalla Commissione.

Arne Lietz (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar! Ich danke und gratuliere allen meinen Kolleginnen und Kollegen für die gute Arbeit und dafür, dass der Europäische Fonds für nachhaltige Entwicklung die Handschrift des Europäischen Parlaments trägt.

Dabei sind drei folgende Punkte besonders hervorzuheben. Erstens: Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen für 2030 müssen als wichtigstes Kriterium in allen Projekten und Politikbereichen sichtbar sein und als Referenz kenntlich gemacht werden.

Zweitens: Das Pariser Übereinkommen muss von Europa – insbesondere nach der Aufkündigung durch Trump – als wichtigstes Ziel stärker denn je unterstützt und umgesetzt werden. Deshalb begrüße ich, dass wir uns verpflichten, mindestens 28 % der Investitionen für die Bekämpfung des Klimawandels, für erneuerbare Energien und nachhaltige Ressourcen zu verwenden.

Und drittens: Die Projekte, die zur Beschäftigung beitragen, müssen die Arbeitnehmerrechte voll respektieren. Dazu gehören sowohl die Einhaltung der IAO-Kernarbeitsnormen als auch die Verankerung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen in den Partnerschaftsabkommen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese Punkte eingehalten werden.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor presidente, al aprobar este instrumento no solamente movilizamos en torno a 44 000 millones de euros para crear oportunidades de trabajo en muchos países de África y de nuestro vecindario, sino que, sobre todo, lanzamos una señal: la señal de que la Unión Europea ha cambiado su manera de ver los problemas, que ha cambiado su comportamiento. No trata solamente de responder a las consecuencias de la emigración, o de los refugiados, o de la pobreza en África; trata de atacar las causas que promueven este éxodo, que empobrecen a esos países y que dificultan, a su vez, nuestra gestión de fronteras.

Pero de lo que se trata es de poner oportunidades en inversiones que mantengan la ayuda oficial al desarrollo, que sean coherentes con el cambio climático y la Agenda 2030, que luchen contra los paraísos fiscales y que, finalmente, aporten a los países menos desarrollados oportunidades de trabajo que eviten tener que emigrar o tener que escapar como consecuencia de conflictos.

Catch-the-eye procedure

Franc Bogovič (PPE). – Zelo podpiram ustanovitev Evropskega sklada za trajnostni razvoj za Afriko v višini 44 milijard, s katerim želimo izboljšati stanje na tem kontinentu. Vemo, da je Afrika kontinent z veliko revščino, kontinent, na katerem manjka osnovne infrastrukture, manjka gospodarske infrastrukture, na drugi strani pa tudi kontinent, na katerem je ogromno vojnih konfliktov, korupcije.

Zato je prav, da ta sredstva usmerimo v razvojne projekte, s katerimi bomo ustvarili nova delovna mesta, pazili pri tem tudi na stanje okolja, kajti okoljski problemi se z naraščajočim številom prebivalstva tudi v Afriki povečujejo. Konec koncev pa na pravi način rešujemo ključni problem, s katerim se tudi danes soočamo, to je z migracijskimi tokovi. Če ne bomo začeli tega problema reševati na izvoru, v tem procesu ne bomo uspešni. In to, da bo Afrika do leta 2050 podvojila število prebivalcev, kaže na jasen znak, da bo tam vedno velik pritisk, v kolikor ne bo situacija v Afriki boljša, kot je danes.

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). – Neabejotinai sprendimas dėl Europos darnaus vystymosi fondo yra svarbus visai Europai. Jis svarbus įgyvendinant mūsų siekį plėsti ir stiprinti saugumo ir stabilumo erdvę aplinkui Europos Sąjungą. Tikiuosi, kad šis pranešimas bus patvirtintas didelė Europos Parlamento narių dauguma. Noriu pabrėžti tai, kad šis fondas turi prisidėti prie tvaraus vystymosi tikslų, stabilumo užtikrinimo ir skatinti privataus kapitalo investicijas ne vien tik Afrikoje, bet ir mūsų Rytų kaimynystėje. Itin svarbu, kad šio fondo galimybės būtų maksimaliai išnaudotos Europos Sąjungos Rytų kaimynystėje, Rytų partnerystės šalyse ir ypač Ukrainoje, nes nuo Rytų kaimynystės stabilumo ir ekonominio tvarumo ženkliai priklauso visos Europos ateitis.

Claude Turmes (Verts/ALE). – Monsieur le Président, je veux remercier le Président Juncker et surtout son commissaire à la coopération internationale et au développement, M. Mimica, pour ce que je considère comme l'une des meilleures initiatives que cette Commission ait prises.

Cela fait trois ou quatre ans que je me bats aux côtés de Jean-Louis Borloo, ancien ministre français de l'écologie, en vue d'organiser un futur pour les jeunes gens en Afrique. La pauvreté est liée au fait qu'il n'y a pas d'électricité dans les villages. Quand il n'y a pas d'électricité dans les villages, les gens migrent vers la capitale et ses bidonvilles, et s'ils n'y trouvent pas d'avenir, ils paient des mafieux et risquent leur vie pour venir en Europe.

Par conséquent, le seul moyen de combattre ces flots de migrants et leur désespoir, c'est d'apporter l'énergie solaire en Afrique.

La bonne nouvelle, c'est qu'à cette fin, aujourd'hui, le solaire est assez bon marché. Cet instrument nous permettra d'offrir aux pays africains des coûts de capitaux réduits et un dialogue institutionnel pour les aider à mettre en place les lois nationales nécessaires pour attirer les investisseurs.

En conséquence, bravo aussi à tous les collègues qui ont accéléré ce processus!

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η προτεινόμενη χρηματοδοτική στήριξη της Αφρικής και τρίτων χωρών στη γειτονιά της Ευρώπης στηρίζεται σε λάθος βάση. Είναι ανήθικο να κατευθύνουμε χρήματα προς τρίτες χώρες στηριζόμενοι στη ρήση «τα χρήματα δεν μπορούν να αγοράσουν την ευτυχία, μπορούν να κάνουν όμως τη δυστυχία πιο ευχάριστη». Είναι παράλογο να προκαλούμε τη λαθρομετανάστευση επιδιώκοντας φθηνά εργατικά χέρια και επίλυση του δημογραφικού προβλήματος της Ευρώπης, ενώ κατηγορούμε τις χώρες προέλευσης ότι αδυνατούν να κρατήσουν τους πολίτες τον τόπο τους. Είναι δαπανηρό να διοχετεύουμε αβίαστα, εκ των προτέρων, χρήματα ευρωπαϊκών φορολογουμένων σε αυτές τις χώρες και να ευχόμαστε να μειωθούν οι μεταναστευτικές ροές, οι παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων και η εμπορία ανθρώπων. Προέχει η αντιμετώπιση της συνεχιζόμενης οικονομικής κρίσης στις χώρες του ευρωπαϊκού Νότου, εκτός αν θεωρείτε αυτούς τους ανθρώπους πολίτες τρίτης κατηγορίας.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Fondo europeo per lo sviluppo sostenibile va ad integrare il piano europeo per gli investimenti esterni e fornirà finanziamenti sotto forma di sovvenzioni, garanzie e altri strumenti finanziari per l'Africa e il vicinato dell'Unione. Servirà ad affrontare le pressioni migratorie scaturite dalla povertà, dai conflitti, dall'instabilità, dal sottosviluppo, dalla disuguaglianza, dalle violazioni dei diritti umani.

Occorre tuttavia svolgere un'attenta fase di monitoraggio: se l'obiettivo è quello di mobilitare investimenti fino a 44 miliardi di euro, serve un monitoraggio non formale ma finalizzato alla qualità degli investimenti, sia in termini di rendimento che di sostenibilità.

Registro con favore la semplificazione concessa a questo Fondo da due piattaforme di investimento regionali, una per l'Africa e l'altra per i paesi della politica di vicinato, che fungeranno da sportello unico per ricevere proposte da istituzioni finanziarie e da investitori. Sarà necessario tuttavia dare la giusta trasparenza, mettendo a disposizione del pubblico le informazioni relative a tutte le operazioni di finanziamento e di investimento coperte dalla garanzia del Fondo.

(End of catch-the-eye procedure)

Neven Mimica, Member of the Commission. – Mr President, Honourable Members, thank you for these encouraging words and the support of the European Parliament in this file. Let me emphasise that the Commission will really regularly report to Parliament about the implementation of the plan. The Commission will take its responsibilities and ensure that the Regulation is respected in all its aspects, such as ensuring additionality, poverty alleviation, more and better and decent jobs for young people and for women, policy coherence for development and value for money.

Let me conclude by underlining that I am very much looking forward to fruitful cooperation under this instrument. Now the real work starts with the implementation of the regulation, setting up the secretariat, preparing and defining the investments windows. I am now waiting impatiently to continue the excellent work with the European Parliament and to invite Parliament's representatives to the first strategic board meeting. Thank you very much for the attention and your cooperation.

Eduard Kukan, spravodajca. – Pán predsedajúci, chcem sa poďakovať kolegyniam a kolegom za ich záujem, ale hlavne za väčšinovú podporu tomuto fondu. Nie som si istý, či niektorí z tých, čo ho kritizovali, boli s ním poriadne aj zoznámení.

Máme pred sebou dôležitý finančný a zahranično-politický nástroj, ktorý má napomôcť udržateľnému rozvoju a rastu krajín, ktoré sú často hlavnými pôvodcami migrácie.

Viem, že fond bez ohľadu na jeho veľký finančný zdroj nevyrieši všetky problémy, ale určite môže prispieť k tomu, aby sa vytvorili podmienky pre ich postupné riešenie.

O angažovanosti súkromného sektora hovoríme preto, aby sa dostali investície, ktoré pomôžu vytvárať pracovné miesta a pracovné príležitosti. Som tiež rád, že sa nám podarilo s maltským predsedníctvom dohodnúť na mnohých otázkach, že sme vytvorili nástroj, ktorý by mal dopĺňať doterajšie finančné nástroje zahraničnej politiky.

Fond bude spravovaný Európskou komisiou, čo zaručí väčšiu možnosť kontroly Európskym parlamentom. Chcel by som povedať zásadnú vetu, že som presvedčený, že sa nám podarilo dosiahnuť dobrú dohodu. Treba ju realizovať.

A preto chcem ešte raz poďakovať kolegom, spravodajcom, Komisii, slovenskému, maltskému a estónskemu predsedníctvu za spoluprácu. Ďakujem pekne.

Doru-Claudian Frunzulică, rapporteur. – Mr President, I would like to mention and address some issues that have been raised by our colleagues in this Chamber.

In fact, we have a clause in the report that the guarantee shall not be used to replace government responsibility for providing essential public services. The Commission now has the obligation to provide information to Parliament prior to the setting up of investment windows. There is an obligation on the Commission to publish on its website direct references to the complaints mechanism of the relevant counterparts, and the possibility of directly receiving complaints related to the treatment of grievances by eligible counterparts, as well as the clearly defined geographic scope – Africa and the EU Neighbourhood – which can be modified only by amending the EFSI Regulation.

We also managed to improve the focus on addressing the root causes of migration by placing it more clearly in the context of fostering sustainable and inclusive economic and social development. The EFSD is addressed at, and is going to focus on, growth, the creation of decent jobs, poverty eradication, youth and women, socio-economic sectors, including small and medium-sized enterprises.

Last but not least, I would like to thank the two other co-rapporteurs and the chairs and coordinators of the three committees. This is the first EP report to have three co-rapporteurs – with three committees involved – and I can tell you that it was a success. I am also looking forward to tomorrow, when the House is going to vote for this very important European Union instrument which will also promote our values in Africa and in our Eastern Neighbourhood.

Eider Gardiazabal Rubial, ponente. – Señor presidente, señor comisario, como ha podido ver, ha habido un gran apoyo al acuerdo al que hemos llegado con la Comisión y con el Consejo y espero que este gran apoyo se materialice mañana en el voto. Ahora, como decía usted, toca el mundo real y toca ponerlo en marcha.

Si ha escuchado con atención el debate, muchos de los diputados y diputadas han llamado la atención sobre esos compromisos a los que hemos llegado con la Comisión, esa rendición de cuentas, esa coordinación que tiene que haber por parte de la Comisión con el Parlamento, la explicación de las ventanas de inversión; pero también se ha hecho mucho hincapié —y yo lo he destacado en mi primera intervención— en la lucha contra el fraude fiscal y en la no cooperación con los paraísos fiscales.

Así que esperamos encarecidamente que, como decía el señor comisario, sigan al pie de la letra el Reglamento y, sobre todo, el artículo 15, que hace referencia a estos informes de cuentas que tienen que entregar al Parlamento Europeo, y el artículo 20, en el que hablamos sobre la fiscalidad.

Y simplemente me gustaría acabar, evidentemente, dando las gracias a mis coponentes, porque ha sido un placer trabajar con ellos. Es verdad que ha sido complicado coordinar a tres comisiones, pero creo que lo hemos logrado en un tiempo récord. Por supuesto, a la Comisión Europea —ha hecho un papel clave en las negociaciones— y al Consejo —especialmente a la Presidencia maltesa, que ha sido la que ha estado liderando estas negociaciones—; también a los ponentes alternativos, a los presidentes de las comisiones... todos hemos contribuido y trabajado en equipo y creo que el resultado de las negociaciones ha sido bueno porque hemos conseguido trabajar en ese equipo, y, evidentemente, si aún cabe, más que nunca, a las secretarías de las tres comisiones y los tres grupos políticos. Como decía, trabajar tres comisiones ha sido complicadísimo. Ha sido un Reglamento muy delicado y, si no llega a ser por su trabajo detallado, no habríamos conseguido llegar a este acuerdo en ese tiempo récord de cuatro meses. Ahora queda ponerlo en marcha y esperamos que veamos los frutos pronto.

President. – I am also happy to extend thanks to the three rapporteurs and I feel the genuinely positive atmosphere among you, so thank you.

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 6 July 2017.

Written statements (Rule 162)

Krzysztof Hetman (PPE), na piśmie. – Od dłuższego już czasu powtarzamy na tej sali, jak ważne jest rozwiązywanie problemu migracji poprzez działania na rzecz poprawy sytuacji w krajach pochodzenia migrantów. Uważam, że ustanowienie Europejskiego Funduszu na rzecz Zrównoważonego Rozwoju stanowi bardzo konkretne przełożenie tych słów na czyny. Wierzę, że stymulowanie inwestycji w Afryce i krajach sąsiedzkich może w sposób realny przyczynić się do tworzenia nowych miejsc pracy i poprawy koniunktury gospodarczej, a tym samym ograniczyć liczbę migrantów napływających do Europy z przyczyn ekonomicznych. Musimy jednak pamiętać, iż Fundusz na rzecz Zrównoważonego Rozwoju jest jednym z trzech filarów Europejskiego Planu Inwestycji Zewnętrznych i niezwykle ważne jest położenie równego nacisku na dwa kolejne filary, w szczególności zaś działania na rzecz poprawy klimatu inwestycyjnego i ogólnego otoczenia politycznego oraz na rzecz walki z korupcją.

Karol Karski (ECR), na piśmie. – Proponowany Europejski Fundusz na rzecz Zrównoważonego Rozwoju zakłada mobilizację inwestycji wartych 44 mld EUR w Afryce, a także w sąsiedztwie południowym oraz wschodnim. Pieniądze pochodziłyby z regionalnych platform inwestycyjnych, a inwestycje realizowane byłyby we współpracy z instytucjami finansowymi takimi jak EBI, EBOR, a także międzynarodowe, regionalne i krajowe banki rozwoju. Jest to niezmiernie ważne przedsięwzięcie, jako że najskuteczniejszym sposobem radzenia sobie z problemami takimi jak niestabilność czy migracja jest wspieranie rozwoju gospodarczego państw pochodzenia potencjalnych uchodźców i zapewnienie im godziwych warunków życia. W trakcie negocjacji nad dyskutowanym dziś wnioskiem udało się rozwiązać pewne wątpliwości dotyczące finansowania – ustalono między innymi, że państwa członkowskie nie będą zobowiązane do wnoszenia

dodatkowych składek do budżetu. Przyjęcie rozporządzenia planowane jest przed szczytem UE–Afryka i szczytem Partnerstwa Wschodniego, przypadającymi pod koniec tego roku, i jeśli wejdzie w życie, będzie ważnym impulsem dla wzrostu gospodarczego, tworzenia dobrobytu i zagwarantowania stabilności krajów rozwijających się.

14. Europäische Nachhaltigkeitspolitik – Hochrangiges Politisches Forum für Nachhaltige Entwicklung (Aussprache)

President. – The next item is the joint debate on

— the report by Seb Dance, on behalf of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, on EU action for sustainability (2017/2009(INI)) (A8-0239/2017), and

— the Council and Commission statements on the High-Level Political Forum on Sustainable Development (2017/2715(RSP)).

Seb Dance, rapporteur. – Mr President, let me begin by thanking the shadow rapporteurs in the other groups for their excellent work and cooperation throughout this process. And may I please also pay particular tribute to Emily Stewart in my office whose work on this has been exemplary and without whom I would not be able to be standing here and present this report to this House?

I'm also extremely grateful to the committees that put their input into this report, namely the Development Committee, the Agriculture Committee and the Cultural Committee. But I am very disappointed that there were not more committees contributing to this process, because we have had many MEPs put forward their expertise, but we need a full breadth of committees involved in this process, because a key ask of this report is that the Commission use all of its departments and instil the UN sustainable development goals throughout all of the Commission's departments. And unless we practise that in this Parliament, it will be difficult to act as the exemplar for others.

Imagine if you will, a world where no child is born into hunger, where no child is born into poverty, where access to health care and clean water – some of the things you might take for granted – are available to everyone, where well-paid jobs, decent jobs, don't come at the expense of the environment, and where we all act together as stewards, not owners, of this planet, and that we can forward it to the next generation.

This doesn't just have to be a pipe dream, and it certainly doesn't have to be the preserve of one group in this House. This goal is something we as humans must all own and make a reality. The goals defined through the UN's 17 sustainable development goals will achieve this if we put the necessary measures into practice. I am very grateful to the Commission for its initial assessment of progress, again but I have to be perfectly honest, it is not enough to look at existing work and then backfit it into the 17 UN sustainable development goals.

We have to be honest with ourselves, not just about the scale of our ambition, but the scale of the task at hand. When we conduct our trade, when we develop shared energy networks, when we draw up financing rules, when we draw up strategies for transportation, when we evaluate education, when we drive forward change at a local, city, regional, national and European level we must always ask ourselves: 'are we doing enough and is what we are doing delivering the UN's sustainable development goals?'

We and our generation are running out of excuses, and we don't have the excuse of previous generations of ignorance. We know how our actions today will affect the world around us tomorrow. There is a school group up there! Hello, it is your future we're discussing today, and the decisions that we take in this place and across all of the EU's institutions will have ramifications.

It is great news that Vice-President Timmermans will chair the multi-stakeholder forum, but it is essential that the Commission use this forum properly to learn from other actors, to share best practice and to report back to this Parliament. We didn't get everything through that we wanted to in this report and I'm sure we will hear from others about some of the compromises that don't go far enough, and that is a fair criticism. But we must use this infrastructure to have a proper discussion; a proper discussion across all layers of government and hold the Commission to account on its promises, but also have the Commission report to us.

I ask each and every group in this House to have somebody on their Bureau responsible for delivering this, because the world needs leadership. Mr Commissioner, when you go to the UN in New York, we want you to take the views of this House forward, because it is time for the EU to step up and show that leadership.

Matti Maasikas, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, the EU was leading the international community when we shaped, negotiated and adopted the transformative, comprehensive, universal 2030 Agenda. The EU must now also demonstrate strong leadership in the implementation of the Agenda, both at home, at the EU Member State level, and in the context of the high-level political forum on sustainable development.

The Council conclusions adopted in June, ahead of the fifth session of the forum this month, stress our full commitment to the 2030 Agenda and the importance that the EU and its Member States attach to driving forward its implementation. Eradicating poverty in all its forms and dimensions is an indispensable requirement for sustainable development, which must be achieved in all its dimensions in a balanced and integrated manner. There can be no doubt about our commitment to achieving the 17 sustainable development goals by 2030, ensuring that no one is left behind and seeking to reach the furthest behind first. No doubt, we must promote social inclusion, with special attention to those who are disadvantaged, vulnerable and marginalised.

Like the European Parliament, the Council continues to stress the need for the Commission to demonstrate that it takes the implementation of the 2030 Agenda seriously. We call on the Commission to elaborate an implementation strategy, outlining timelines, objectives and concrete measures to reflect the 2030 Agenda in all the relevant EU internal and external policies, taking into account the global impact of the EU's domestic actions. This strategy should be based on a clear vision of how all relevant EU policies will contribute to the realisation of the 2030 Agenda.

There is an urgent need to identify gaps in all relevant policy areas within the EU to assess what more needs to be done by 2030 in terms of EU policy legislation and governance structure for horizontal coherence and means of implementation.

Even though much remains to be done in terms of concrete action, the Council of 20 June welcomed the steps proposed and taken by the Commission with regard to the implementation of the 2030 Agenda and the sustainable development goal. On 7 June, the Council, represented by the Maltese Presidency, along with the European Parliament and the Commission, co-signed a new European consensus on development, which sets out our shared vision and framework for action for development cooperation. The new consensus aligns the Union's development policy with the 2030 Agenda. This will be our main deliverable when we attended the high level political forum in New York in a few days. The Estonian mission to the United Nations has invited Ms Linda McAvan, chairwoman of the Committee on Development, as a speaker at one of the side events.

We, the EU institutions and Member States alike, should be proud of this achievement. It is our new ambitious collective European development policy, and it addresses in an integrated manner the main focus points of the 2030 Agenda: people, planet, prosperity, peace and partnership.

This year's theme at the Forum is at the heart of our new consensus –eradicating poverty and promoting prosperity in a changing world. Indeed, poverty eradication remains the primary objective of our development policy. At the same time, it integrates the economic, social and environmental dimensions of sustainable development and underlines the links between development and other policies, including peace and security, humanitarian aid, migration, the environment and climate change.

The new consensus also reaffirms our commitment to a rules-based global order with multilateralism and the United Nations at its core. Given the strong link with climate action, through the new consensus we are also giving a timely political signal to reaffirm our strong commitment to implement the Paris Agreement.

The EU Member States consider the High Level Forum as the main forum for sustainable development issues within the UN framework and are committed to progress towards implementation of the sustainable development goals. After the four EU pioneers, including my own country Estonia, which were among the first 22 countries to present voluntary national reviews last year, this year 10 out of 44 reports will be presented by EU Member States.

The European Parliament's report on sustainability goals, adopted in May 2016, shows broad convergence with Council views on how to advance this ambitious agenda through effective implementation and we are looking forward to cooperating with you on this topic to ensure that, together, we reach our goals by 2030.

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by thanking Mr Dance for his excellent work as rapporteur. The Agenda 2030 declaration itself acknowledges the essential role of Parliament through their enactment of legislation and adoption of budgets and their role in ensuring accountability for the effective implementation of the Agenda 2030 commitments. So this report is very welcome, and we appreciate the high level of interest that it has raised as a signal of Parliament's own commitment to engage in implementation and the review of progress.

The United Nations 2030 Agenda, adopted unanimously by world leaders in 2015, represents a new global sustainable development framework. It is a commitment to eradicate poverty and achieve sustainable development by 2030 worldwide, ensuring that no one is left behind. The EU has been instrumental in shaping the 2030 Agenda and it is also committed to remain a frontrunner in the implementation phase.

Sustainable development is a shared responsibility. It implies leadership from the Commission and other EU institutions, but also the full engagement of Member States and all levels of government at national, regional and local level and of civil society.

I therefore welcome the opportunity here today to react to the European Parliament's own initiative report in response to the Commission communication 'Next Steps for a Sustainable European Future' presented in November last year. From the perspective of my own portfolio, I am pleased to see in the report several strong references to how the environment and natural resources underpin the achievement of the broader sustainability agenda. I also welcome the references to the 7th Environment Action Programme, whose objectives map well on to the sustainable development goals (SDG). Indeed, it is crucial to ensure the full coherence between the different policies and ensure that the EU's priorities as highlighted by President Juncker integrate our international commitments. I will ensure that the current 7th Environmental Action Plan evaluation will look at its consistency with our priorities and sustainable development goals commitments to pave the way for the period post 2020.

The Commission's communication of November highlights key EU policies for each of the 17 SDGs, particularly in the context of the 10 priorities of this Commission, and also outlines what further steps are envisaged. The response to the 2030 Agenda includes two work streams. Firstly, to mainstream the sustainable development goals in the European policy framework and Commission priorities, sustainable development becoming a guiding principle for all our policies. We are using our better regulation tools for this purpose. Secondly, further developing our longer-term vision and the focus of sectoral policies after 2020. In addition to that, we have said in our communication that the new Multiannual Financial Framework (MFF) beyond 2020 will reorient the EU budget contributions towards the achievement of the EU's long-term objectives.

Stakeholder involvement will be crucial in implementation of the 2030 Agenda. The Commission will therefore launch a multi-stakeholder platform chaired by the First Vice-President, Frans Timmermans, with a role in the follow-up and exchange of best practices on SDG implementation across sectors. The input of the platform will be very important for developing our vision for the future of SDG implementation through the second work stream. We need to have a good dialog with the European Parliament, the Council and the Member States in the second stream process as well. We are currently reflecting on how to best organise this.

The successful implementation of the SDGs requires consistent monitoring. As requested by this House, the Commission will, from this year, provide regular reporting of the EU's progress on the implementation of the 2030 Agenda based on a reference indicator framework. Stakeholders have been consulted on the choice of these indicators. A periodic report is expected to be published in November this year.

Initiatives, supported by the Commission for the next month, include a non-toxic environment strategy, an ambitious plastics strategy and a comprehensive review of water legislation. The report recognises that economic growth will only be possible by respecting planetary boundaries to ensure a life of dignity for all. The evidence is clear that moving from our linear to a more circular economic model significantly improves resource efficiency and therefore cost efficiency, and creates more jobs.

I also noted the report considers that significant acceleration of green investment, innovation and growth in the EU is needed, including use of new financing tools and different approaches to current investment policy. I particularly welcome the reference in the report to the Commission's joint communication on the future of our oceans and could not agree more with the statement that urgent action is needed in the EU and globally. This was made clear at the UN Ocean Conference in New York last month and will frame the agenda for the EU Our Ocean Conference in October in Malta.

The UN high-level political forum starts in just 5 days and leads to a ministerial meeting on 17 to 20 July. My colleague Commissioner Mimica will attend on 17 and 18 July. We see the high-level political forum as a critical component of the implementation of the 2030 Agenda. It is the principal UN body to review progress, identify challenges and make recommendations to help ensure we achieve the SDGs. During his visit, Commissioner Mimica will also highlight progress with the EU's implementation of the 2030 Agenda, both internally as well as externally. He will also make clear that the EU is determined to play its full part in promoting the implementation of the Agenda through its internal and external actions. The Commissioner is also expected to highlight the new European consensus on development as a landmark document for the EU, having been agreed by the Commission, Member States and the European Parliament and applying to both the EU and its Member States, in their national capacity.

The Commissioner will make a statement on behalf of the EU and its Member States in the general debate of the ministerial meeting of the high-level political forum on 17 July. He will also host a separate side-event at the high-level political forum to introduce the new consensus to our international partners. Other sessions of the high-level political forum will cover a range of issues, including sessions on specific sustainable development goals: sustainable development goal (SDG) 1 on poverty, SDG 2 on hunger, SDG 3 on health, SDG 5 on gender equality, 9 on infrastructure and 14 on oceans. In addition, 44 voluntary national reviews will also be presented at this year's high-level political forum, including from ten EU Member States.

Liadh Ní Riada, Dréachtóir do thuairim an Choiste um Chultúr agus um Oideachas. – A Uachtaráin, maidir leis an tuarascáil seo atá faoi bhráid an Choiste um Chultúr agus um Oideachas, ba mhaith liom an bhéim is mó a chuir ar SDG 4, cursaí oideachais agus nascacht tuaithe. Ní hamháin go gcaithfidimid forbairt inbhuanaithe a dhéanamh inár gcathracha, ach tá sé tábhachtach dúinn tagairt agus freastal ar ár gcónaitheoirí tuaithe chomh maith. Sin an chúis gur chuireas béim ar mo thuairim ar iompar poiblí mar aon le gnéithe eile.

Tá sé tabhachtach go ndéanfar tagairt faoi leith dóibh siúd nach bhfuil na hacmhainní acu i dtaobh forbairt oideachais agus cultúir. Tá neart cumais ag ár ndream óg agus tá sé tábhachtach maoiniú a chur ar fáil dóibh go háirithe san earnáil chruthaíoch. Is cearta sibhialta atá i gceist i dtaobh ábhair oideachais agus cultúir a chur ar fáil go forleathan. Failtím go mbeidh monatóireacht á déanamh air seo mar a luaigh an Coimisinéir níos luaithe.

Má táimid chun a bheith dáiríre faoi fhorbairt inbhuanaithe a chur i bhfeidhm, caithfear a chinntiú go mbainfidh gach saoránach leas as an bhforbairt a déantar.

Ulrike Müller, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung*. – Der Begriff Nachhaltigkeit wurde vor über 300 Jahren von Hans Carl von Carlowitz in Deutschland geprägt. Er hat 1713 die nachhaltige Forstwirtschaft eingeführt und den Menschen erklärt, dass nicht mehr Holz geschlagen werden darf, als tatsächlich nachwächst. Heute ist die Nachhaltigkeit ein großes, manchmal auch inflationäres Wort. Betreffen tut es uns alle. Die Frage, wie wir Nachhaltigkeit gestalten, wirkt sich unmittelbar auf unsere Gegenwart wie auf unsere Zukunft aus. Die Vereinigten Nationen haben in der Agenda 2030 17 detaillierte Nachhaltigkeitsziele verabschiedet, die auch Grundlage für unseren Bericht waren.

Für mich war im Agrarausschuss wichtig, dass wir die Berücksichtigung aller drei Säulen – der sozialen, der wirtschaftlichen und der umweltpolitischen – als gleichwertig nebeneinander betrachten. Nachhaltigkeit kann funktionieren, wenn sich wieder ein Gespür für Regionalität und Produktionsprozesse in den Primärprodukten entwickelt. Die soziale Säule im ländlichen Raum – mit Tourismus, gelebter Dorfkultur mit Vereinswesen wie freiwilliger Feuerwehr und Musikkapellen – bildet mehr als nur Lebens- und Arbeitsraum.

Laut einer Studie wird die Weltbevölkerung auf neun Milliarden Menschen ansteigen. Das stellt uns Landwirte vor große Herausforderungen. Es geht einerseits um Nahrungsmittelproduktion, aber auch um knapper werdende Flächen aufgrund von Infrastruktur und Wohnraum. Lassen Sie uns endlich aufhören, Land- und Forstwirtschaft als Problem zu sehen, sondern erkennen Sie mit uns die Landwirtschaft als Teil der Lösung an.

Elly Schlein, *relatrice per parere della commissione per lo sviluppo*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio intanto il collega Seb Dance e chi ha lavorato con me al parere approvato in commissione per lo sviluppo.

I nuovi obiettivi dello sviluppo sostenibile sono universali e sono ambiziosi: non possiamo lasciarli sulla carta. Serve una strategia europea di implementazione, che chiediamo dal giorno uno, e anche una chiara *roadmap* per raggiungerli. L'UE deve fare molto di più per la coerenza delle politiche dello sviluppo e fare valutazioni di impatto delle proprie politiche sulla sostenibilità e sui paesi in via di sviluppo. Servono risorse, non solo riconfermando l'impegno di raggiungere lo 0,7 %, ma anche con una lotta senza quartiere contro l'evasione e l'elusione fiscale a livello globale.

Inoltre bisogna abbandonare la pericolosa tendenza a condizionare gli aiuti allo sviluppo al controllo delle frontiere. Colleghi, parliamoci chiaro: con tutto quello che sta succedendo intorno a noi, con presidenti americani che negano il cambiamento climatico e che giocano con il futuro di tutti, l'Unione europea si deve mettere alla guida dell'implementazione della nuova agenda e della responsabilità che abbiamo verso le future generazioni, per un futuro finalmente sostenibile.

José Inácio Faria, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, a diplomacia ambiental e climática da União tem vindo a revelar um papel de liderança na implementação da agenda mundial para 2030 e no compromisso de erradicar a pobreza e alcançar um desenvolvimento sustentável no quadro dos dezasseis objetivos de desenvolvimento sustentável e das 169 metas associadas, que abordam todos os aspetos da política da União, e no cumprimento do Acordo de Paris.

Fui designado relator-sombra deste relatório sobre a ação da União Europeia para a sustentabilidade, que constituiu uma oportunidade para o Parlamento Europeu ancorar a sua visão e a sua agenda numa ação europeia para a sustentabilidade. No entanto, cumpre dizer que temos ainda um longo caminho a percorrer. Precisamos da definição da estratégia global para aplicar a Agenda 2030, que englobe os domínios da política interna e externa, de um calendário pormenorizado até 2030, de um sistema eficaz e completo de acompanhamento e monitorização e de indicadores de progresso específicos relativos à aplicação interna dos objetivos de desenvolvimento sustentável na União Europeia.

Trata-se, no meu entendimento, de um relatório ambicioso e muito participado. Foram apresentadas 308 emendas pelos diversos grupos políticos e mais de 30 emendas de compromisso. Neste relatório, deu-se destaque à luta contra as alterações climáticas e à descarbonização da economia, à proteção dos oceanos, à economia circular e eficiência dos recursos, à promoção da ciência, tecnologia e inovação, à agricultura sustentável, à conservação da natureza, à integração da Agenda 2030 no Semestre Europeu, ao combate das desigualdades entre outros Estados-Membros e entre Estados-Membros e à proteção dos mais vulneráveis e marginalizados.

Reconhecemos que, para cumprir os objetivos de desenvolvimento sustentável, será necessária a participação de todas as partes interessadas da União Europeia e, por isso, instamos a Comissão Europeia a assegurar que a plataforma multilateral anunciada na sua comunicação se torne um modelo de boas práticas para facilitar o planeamento, a execução, o acompanhamento e a revisão da Agenda 2030.

Acredito que o Parlamento Europeu tem de ter um papel claro e determinante na implementação da Agenda 2030 que esteja profundamente alinhado com os princípios e os valores da União Europeia. Acredito ainda que a concretização dos objetivos de desenvolvimento sustentável e da Agenda 2030 pode ser o legado que a Europa deixará às gerações futuras.

Termino, Sr. Presidente, dizendo que este relatório mostra que esta casa tem um indeclinável papel na criação de um futuro melhor e mais sustentável, e quero agradecer ao Seb Dance todo o empenho e todo o esforço que dedicou, especialmente em conjunto com os relatores-sombra, para o desenvolvimento deste trabalho, que é um belíssimo trabalho.

Miriam Dalli, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, let me start straightaway by congratulating you, Seb, on the amazing work you carried out. I know it wasn't an easy task, but you managed to come up with a very good and well-balanced report, and congratulations once again for that.

As we have heard today, today's challenges call for both policies and approaches, because we have a number of challenges. For example, global economic growth is far from being robust. Fast technological progress and globalisation are creating opportunities for some, but they are causing immense challenges for others. We have societies that are aging rapidly and others with as much as 66% of the population under the age of 26. The former are finding it difficult to support their aging population; the latter are finding it difficult to create enough opportunities for their young. Many countries are also being impacted by great natural disasters and with climate change, weather events will continue to worsen for decades to come. And this is why we need to make sure that the sustainable development goals are implemented and are not merely words on paper. This is why today and every single day until the goals are achieved, we must take concrete steps to make the world more sustainable. But to do this, leadership in all countries and at all levels of society is badly needed. Governments, parliaments, businesses, civil society organisations, the media and citizens need to be all engaged to find efficient sustainable solutions locally, nationally and also globally. This is an issue of international solidarity. It will not be an easy task. It will take a lot of effort, but it is our responsibility to work together and address this very important issue.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Zrównoważony rozwój dotyczy w równym stopniu każdego z trzech filarów: środowiskowego, gospodarczego i społecznego. Cieszę się, że sprawozdawca zgodził się ze mną w tej kwestii. Jednocześnie jednak muszę zauważyć, że osiągnięcie tych celów nie rozwiąże wszystkich problemów świata; nie możemy przepisami unijnymi ingerować w tak szczegółowe dziedziny życia jak sposób odżywiania się ludzi. Nie mogę zgodzić się na zapisy dotyczące konieczności redukcji hodowli zwierząt tucznych, redukcji konsumpcji mięsa czy też ograniczeń dla paliw rzepakowych. Zdziwiałem się, że projekt ingeruje również w prawa reprodukcyjne i seksualne oraz chce wpływać na politykę migracyjną państw. Unia Europejska nie powinna tworzyć recept na życie, wiara w to, że regulowanie każdej dziedziny może naprawić problemy świata, jest naiwna, dlatego też nie możemy poprzec tego sprawozdania.

Stefan Eck, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die rasant wachsende Antibiotikaresistenz ist neben der Klimaerwärmung die größte Gefahr für die Menschheit. Darauf müssen wir uns ganz gezielt konzentrieren. Laut einer Studie der Berliner Charité werden 2050 weltweit zehn Millionen Menschen pro Jahr durch multiresistente Bakterienstämme, die nicht mehr auf Antibiotika ansprechen, sterben, wenn wir nicht umgehend Alternativen für die tierquälerischen und krank machenden Nutztierhaltungssysteme finden, die die Brutstätten dieser tödlichen Keime sind.

Das Ergebnis der Abstimmung über diesen Bericht im Ausschuss wurde von zahlreichen NGOs aus den Bereichen Armutsbekämpfung, Gesundheit, Umwelt und Tierschutz sehr begrüßt. Es ist enttäuschend, wie danach die konservativen Kräfte in diesem Haus wieder einmal alles darangesetzt haben, diesen Bericht zu verwässern. Ich sage Ihnen: Dieses kurzfristige Denken wird nach hinten losgehen. Wir haben es dann zu verantworten, was kommende Generationen ausbaden haben. Ich appelliere an Sie: Geben Sie der Zukunft eine Chance, stimmen Sie für Nachhaltigkeit!

Benedek Jávor, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur, Seb Dance, for his excellent cooperation and marvellous work. The set of SDGs creates a very important guide of action for environmental, social and economic development, good governance and poverty measures, but is the EU really prepared for a thorough implementation of the SDGs? That is really the question. In the committee, we have concluded a very good report, and I hope that Parliament will remain strong and united at the plenary level and maintain the position as expressed at committee level.

I would like to draw your attention to some specific points. First of all, I argue specifically for due consideration of the social aspects of the SDGs and specific action for vulnerable groups. There are several deficiencies, also within the EU, in access to water, sanitation, along with other natural resources and basic services, such as air, water, affordable and sustainable energy, health and nutrition, which particularly hit vulnerable groups. The Commission and the Member States must urgently ramp up their efforts, correct these deficiencies and provide specific tailor-made support for marginalised, low-income households and groups like the Roma community within the EU.

Moreover, there is a broad agreement on the need for a comprehensive EU strategy for the implementation of the SDGs. Last but not least, there is a pressing need for systemic screening of EU policies and public funding to be in line with the SDGs when we spend the EU's public money.

Eleonora Evi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa purtroppo è ancora anni luce lontana dal raggiungere molti degli obiettivi di sviluppo sostenibile previsti dall'agenda ONU. Serve una netta inversione di tendenza per cambiare questa direzione.

La relazione che ha proposto, e su cui abbiamo lavorato, il collega Dance – che ringrazio per il lavoro svolto – contiene molti, molti punti positivi su molti aspetti: sul clima, sulla biodiversità, sulla partecipazione dei territori, sull'agricoltura. Però manca ancora di coraggio e di ambizione su molti fronti: voglio fare riferimento in particolare alla gestione dei rifiuti e all'incenerimento. Io mi aspetto e mi aspettavo che un documento di indirizzo di questo tipo fosse molto più ambizioso, perché penso sia assurdo che non lo sia e che non guardi lontano, che non cerchi di osare un po' di più. E invece ci troviamo a ribadire quello che è già scritto, quello che è già l'ovvio.

Domani abbiamo l'occasione, con gli emendamenti del Movimento 5 Stelle, di chiedere di mettere fine alle sovvenzioni per l'incenerimento, alle sovvenzioni pubbliche, come richiesto dalla stessa comunicazione della Commissione europea dell'inizio di quest'anno.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ziele der Vereinten Nationen für die nachhaltige Entwicklung sind eine Verpflichtung für uns alle, und es geht um unser aller Zukunft. Deswegen ist es wichtig, dass dieses Parlament morgen mit breiter Mehrheit dem Bericht von Seb Dance zustimmt. Umso mehr habe ich mich geärgert, dass es bei der Abstimmung im Ausschuss Probleme gab, sodass die EVP zunächst nicht zustimmen konnte. Wir empfanden einige Passagen als sehr aggressiv, insbesondere wurden sie von den Landwirten als Angriff auf die Landwirtschaft angesehen. Wir brauchen aber eine nachhaltige Entwicklung mit den Landwirten, mit der Industrie, mit allen Partnern, und deswegen bin ich sehr froh, dass es uns gelungen ist, mit dem Berichterstatte Kompromisse auszuarbeiten, sodass wir das klarer, als es bisher war, im Bericht deutlich machen.

Wir wollen die Menschen mitnehmen, wir wollen alle Beteiligten, die sich auch umstellen müssen, mitnehmen. Ich sage aber auch ganz deutlich: Die Beteiligten müssen auch dazu bereit sein. Man kann auch nicht sagen: In der Industrie darf sich nichts ändern, in der Landwirtschaft darf sich nichts ändern, sondern wir müssen gemeinsam nach neuen Wegen suchen – nach innovativen Wegen –, wie wir Wirtschaftswachstum, soziale Aspekte und Umweltaspekte tatsächlich unter einen Hut bekommen. Ich glaube, wenn wir das morgen in der Abstimmung ein bisschen besser hinkriegen als im Ausschuss, dann werden wir eine große Mehrheit im Parlament haben. Und dann ist meine dringende Bitte an Rat und Kommission, das auch entsprechend aufzunehmen, damit wir das als EU-Organisationen gemeinsam vertreten können – mit allen Beteiligten in eine gute Zukunft für unsere Kinder und für unseren Planeten.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Eleonora Evi (EFDD), Domanda «cartellino blu». – Vorrei chiedere al collega Liese se non pensa che il gruppo PPE, il centrodestra europeo, stia di fatto nascondendo quello che si chiama l'«elephant in the room», l'elefante nella stanza, ovvero il grandissimo ed enorme contributo di impatto ambientale che ha l'agricoltura sull'ambiente e anche sulla salute, considerando che il consumo di carne è assolutamente non salutare. Quindi io le chiedo: non state negando l'evidenza?

Peter Liese (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Also zunächst einmal bitte ich ganz dringend, die Europäische Volkspartei nicht in einem Atemzug mit der europäischen Rechten zu nennen. Wir sind die Christdemokraten, wir sind eine Volkspartei der Mitte, und wir sind nicht die europäischen Rechte.

Zum Zweiten ist es so, dass wir natürlich wissen, dass wir im Bereich Landwirtschaft und Ernährung eine nachhaltige Entwicklung brauchen. Aber in dem ursprünglichen Bericht war das so formuliert, als wollten wir den Leuten jetzt in Zukunft vorschreiben, was sie zu essen haben. Und damit haben andere Parteien – in Deutschland z. B. – im Wahlkampf sehr schlechte Erfahrungen gemacht, und das würde ich auch dem Movimento 5 Stelle nicht empfehlen, den Leuten vorzuschreiben, was sie zu essen haben.

Florian Philippot, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, mes chers collègues, je ne crois pas que l'Union européenne soit en mesure d'agir pour la durabilité, étant donné qu'elle prône un modèle ultralibéral dont la caractéristique première est justement la précarité, c'est-à-dire l'inverse de la durabilité, précarité aussi bien sociale qu'environnementale.

En revanche, je crois en la capacité de nos nations à agir pour la durabilité du monde et pour leur propre durabilité. C'est notamment le cas en ce qui concerne le développement harmonieux de la planète, qui seul sera capable de freiner les immenses mouvements de population du sud vers le nord, dont nous commençons à peine à voir les débuts.

Je voudrais ici vous entretenir du formidable projet porté par M. Jean-Louis Borloo au bénéfice de l'électrification du continent africain. L'énergie est évidemment l'un des premiers droits de l'homme, qui conditionne l'accès à tant d'autres droits de l'homme, que ce soit l'eau, la santé ou l'emploi. L'énergie est un facteur territorial d'équilibre absolument puissant.

M. Borloo, bien sûr, n'est pas de ma famille politique, mais peu importe. J'ai discuté avec lui de ce projet, il me l'a expliqué et je souhaite y apporter ici ma contribution. Nos nations – la France en tête – doivent se mobiliser. L'électrification de l'Afrique aidera naturellement ce continent et ses populations, mais elle nous profitera aussi grandement, en freinant des mouvements migratoires déjà insensés et en accélérant notre propre taux de croissance économique.

Trois milliards d'euros par an pendant dix ans suffiraient. À l'échelle de nos nations, ce n'est pas grand-chose, surtout si elles sont unies dans une saine coopération, bien loin des mécanismes froids et aveugles de l'Union européenne. C'est largement faisable: il faut qu'on se mobilise à fond.

Linda McAvan (S&D). – Mr President, what is happening the week after next in New York is an extremely important meeting – the High-Level Political Forum – because it is a chance for the European Union to show leadership in multi-lateral governance at a time when others, the US in particular, are moving backwards on this. I think we need to do more, though, to have more influence in New York, and the first thing is we need to do a lot more to coordinate our positions.

The Commissioner said that they are working on an implementation plan on the SDGs, but Seb Dance is right. It is not enough for the Commission to make a list of what it is already doing institutionally. We need to push our Member States to do more, we need to be collecting data from our Member States, finding out if they – as well as the EU institutions – are meeting their targets, and then we need to be pushing to make sure the EU does deliver on the 2030 Agenda, a little bit in the same way as we do on the climate change targets. We have the effort-sharing and we monitor that, and the Commission publishes data and we push that forward. Otherwise, I do not think we will implement the SDGs.

We need to get other donors on the development side to work with us as well. The EU is doing a lot but we need other non-traditional donors to work with us. And finally, we need accountability. You said that you would come back and report to us on a regular basis, but we need to know what you are measuring – are you establishing base lines on statistics, and will you give us regular updates on how that is progressing?

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL). – Señor presidente, la política europea de desarrollo debe reflejar el mandato de esta Cámara, empezando por la implementación de estrategias para alcanzar los Objetivos de Desarrollo Sostenible. Pero observamos con preocupación cómo muchos de los principios defendidos desde estas tribunas no encuentran traslación en las políticas de la Unión.

Una política de desarrollo centrada en los intereses de los pueblos y no solo de nuestros negocios requiere enfoques transversales, que no releguen los principios de justicia, equidad y sostenibilidad ambiental a simples palabras bonitas para calmar nuestras conciencias.

Hay principios que se han de respetar para garantizar la coherencia entre las políticas de la Unión, como la no condicionalidad de la ayuda a la externalización y militarización de nuestras fronteras, la implementación de instrumentos vinculantes en política comercial para la defensa real de los derechos humanos y de la justicia ambiental, el cumplimiento del objetivo del 0,7 %, o la promoción de sistemas tributarios justos y transparentes.

No cometamos el error de convertir las políticas de desarrollo en estrategias comerciales o de seguridad y defensa. No pervirtamos los valores fundacionales de la Unión Europea.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospodine predsjedniče, poštovani povjereniće Vella, koristim priliku da istaknem tri činjenice na kojima Europska unija mora više poradi i biti ambicioznija.

Prva je poput lakih brošura koju izdaje jedna udruga, približiti ciljeve održivog razvoja Ujedinjenih naroda svim građanima Europske unije kako bi oni prepoznali naše politike.

Drugo, borba protiv bacanja hrane. Tu smo potpuno neambiciozni, računajući da 50 milijuna građana Europske unije svaki dan mora voditi brigu o tome kako će se prehraniti, da ne govorimo o ostatku svijeta. I kada prelazimo na jednu ambiciozniju politiku, onda trebamo to pokazati u zakonodavstvu koje nažalost izostaje čak i u paketu cirkularne ekonomije o kojem u ovom trenutku pregovaramo s Komisijom.

I treće, u našim oceanima, u našim morima završava previše otpada. Opet, kada dolazimo na konkretne ciljeve, nedostaje aktivna i ambiciozna politika i Europske komisije i država članica.

Andrzej Grzyb (PPE). – Panie Przewodniczący! Wszyscy uznajemy, że te 17 celów, które zostały wyznaczone w agendzie do roku 2030, to cele ważne. Ale wśród nich – w zależności od stopnia rozwoju gospodarczego i problemów społecznych – są cele ważniejsze, bo niewątpliwie dostęp do wody, dostęp do żywności czy ewentualnie bezpieczeństwo, czy zwalczanie ubóstwa, to w niektórych krajach są to ważniejsze cele niż na przykład w krajach członkowskich Unii Europejskiej. Aby osiągnąć te cele musimy współpracować, współpracować nie tylko w obrębie Unii, ale przede wszystkim na forum międzynarodowym i dzielić się również swoimi doświadczeniami.

To, na co chciałbym zwrócić uwagę jako jeden z kilku celów, to są również działania wewnątrz samej Unii, które będą dotyczyć całej gospodarki. W szczególności mogą się przyczynić do stworzenia na przykład nowych miejsc pracy czy nowych sposobów zagospodarowania surowców. To jest bioekonomia, innowacyjne podejście do surowców odnawialnych, w tym również żywności, ale również i energii, kwestia gospodarki w obiegu zamkniętym konieczna do efektywnego korzystania z zasobów, ale też konieczna po to, aby je wielokrotnie wykorzystywać, polityka energetyczna, która z jednej strony pozwoli na zabezpieczenie dostaw i wykluczenie ubóstwa, ale z drugiej strony będzie się przyczyniała do osiągnięcia celów klimatycznych czy też chociażby czystego powietrza. Wiemy też, jak ważna jest kwestia obszarów wiejskich, obszarów leśnych. One dostarczają wielu dóbr publicznych i nie może być takiej sytuacji, że mówimy, że rolnictwo jest mniej ważne, ono dostarcza tych dóbr, których czasami nawet sobie nie uświadamiamy.

Arne Lietz (S&D). – Herr Präsident! Zwei Jahre nach Beschließen der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat die Kommission noch immer keine umfassende Strategie und keinen Zeitplan vorgelegt. Ich war selber mit den Kommissaren in New York. Wir brauchen hier mehr Engagement und eine schnellere, aktive Herangehensweise.

Zeitlich verbindliche transparente Strategien, die der Entwicklungsausschuss fordert, beinhalten insbesondere drei Punkte, die ich hervorheben möchte. Punkt eins: die Finanzierung. Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, also die ODA, muss endlich den Stellenwert des zentralen Instruments für die Verwirklichung der 2030-Ziele erreichen. Dies geschieht nur, wenn alle Mitgliedstaaten und die EU endlich ihrer verbindlichen Zusage nachkommen, mindestens 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit endlich bereitzustellen. Wir sollten weiterhin den künftigen mehrjährigen Finanzplan so konzipieren, dass die Agenda-21-Ziele priorisiert und verwirklicht werden.

Zweitens: der Handel. Die Handelsverträge zwischen der EU und den Mitgliedstaaten sollten verstärkt auf faire und nachhaltige Bedingungen achten. Dazu gehören die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, also die Verankerung und Implementierung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.

Und drittens: Die Klimadiplomatie sollte als das zentrale Ziel verfolgt werden. Die ganze Welt schaut jetzt nach Hamburg zum G20-Gipfel, dem diese Herausforderung als Hauptthema gestellt wird. Hier braucht die Kommission endlich eine Strategie, die vorgelegt werden muss, wie sie zusammen mit dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft dieses Ziel erreichen kann.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, falar de desenvolvimento sustentável é promover a soberania alimentar, é promover a soberania energética, é abandonar a agricultura industrial, é marcar objetivos vinculativos para a redução do consumo global de energia de materiais.

Em 2003, a capacidade de regeneração do planeta foi superada em 25%. O planeta não aguentará o desenvolvimento sustentável proposto pela União Europeia, proposto pelo centro. Urge abandonar este desenvolvimento baseado no crescimento económico, na especulação e no massivo comércio global. É preciso promover a realocação das indústrias e da produção, mudar o modelo de transporte de pessoas, privilegiando o uso coletivo sobre o individual. No transporte terrestre de mercadorias, apostar no ferroviário. Acabar igualmente com a espoliação dos recursos naturais dos países em desenvolvimento. Só assim os objetivos de 2030 não se tornarão letra-morta.

Francesc Gambús (PPE). – Señor presidente, señor comisario, señora ministra, la delegación del Parlamento que asistirá la semana que viene al Foro Político de Alto Nivel sobre Desarrollo Sostenible tendrá mucho trabajo.

En Nueva York, bajo el paraguas de Naciones Unidas, se debatirá sobre la erradicación de la pobreza en todas sus formas, un tema clave y, de hecho, la causa común, entre otras, de la pobreza energética, de la pobreza hídrica o de la malnutrición. Debemos atacar la raíz del problema, sin olvidar que en 2014 eran 122 millones de europeos quienes vivían con riesgo de pobreza o exclusión social, según datos de la Comisión.

Se debatirá sobre igualdad, y es la misma Comisión quien afirmó que tardaríamos setenta años, de seguir la progresión actual, en llegar a la plena igualdad. ¿Cómo les explico yo a mis hijas que, por el mismo trabajo, ganarán un 16 % menos que su hermano por el simple hecho de haber nacido niñas y no serán sino sus nietas quienes vivirán en una realidad que hoy ya debería ser normal?

Se debatirá sobre la promoción del bienestar para todas, para todos, a todas las edades, y quiero recordar que, de acuerdo con distintos estudios que tiene la Comisión, la desnutrición entre las personas de edad avanzada en Europa es alarmantemente alta.

Se hablará de seguridad alimentaria, de la industrialización, de emisiones, de innovación, de la protección de nuestros océanos... Temas todos primordiales, y retos gigantes para la Agenda 2030, pues aún nos queda mucho camino por recorrer para transformar las palabras pronunciadas y los objetivos plasmados sobre un papel en hechos que nuestros ciudadanos sientan realizados. Este es nuestro deber: *delivery*.

Christel Schaldemose (S&D). – Hr. formand! Vi lærte af FN's verdensmål 2015, at det nytter noget at sætte høje ambitioner for verdens udvikling. Målene viste os, at når vi i fællesskab sætter en retning, så kan vi også skabe en forandring, der virkelig gør en forskel for mange mennesker. Den lektie skal vi have med os i de nye udviklingsmål. FN har sat retningen, nu skal vi andre i gang med at handle! EU både kan og skal tage en førerposition i udmøntningen. Vi har allerede EU-politikker på mange områder. Vi har også pengene, og vi har forskningsmiljøer, ja vi har oven i købet bæredygtighed skrevet ind i vores traktat. Det burde ikke være så svært at få gjort noget. Verden har brug for lederskab. Vi socialdemokrater mener, at EU skal tage det lederskab på sig, vise solidaritet, koordinere og skabe en bæredygtig udvikling i alt det, vi gør, og så i øvrigt måle det også. På den måde er vi med til at gøre verden til et bedre sted for alle, og det har vi virkelig brug for!

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – Bodem, water, lucht en klimaat vragen om wereldwijde en Europese inspanningen. Maar de klimaatovereenkomst van Parijs vraagt ook dat de voedselproductie niet in gevaar mag worden gebracht door het klimaatbeleid en dat is een feit. Ik wil er dan ook op wijzen dat de agrarische sector al volop bijdraagt aan duurzame productie. Door onderhoud van het landschap dragen boeren en boerinnen bij niet alleen aan duurzame voedselzekerheid, maar ook aan milieu en natuur.

Er is veel gezegd over duurzame landbouw. Beseffen wij hier genoeg dat het merendeel van de Europese landbouw, veehouderij en tuinbouw al duurzaam produceert? Vergeten we dat niet? Door innovatie en toenemend milieubewustzijn besparen Nederlandse boeren en tuinders CO₂ en leveren producten van topkwaliteit. Die goede voorbeelden moet de Europese Unie beter belonen.

Laten we oppassen voor het verjagen van onze voedselproductie naar derde landen met minder milieuwetgeving. Alleen een gelijk speelveld met effectieve maatregelen en zonder onnodige bureaucratie kan de duurzame landbouw stimuleren. Europese en Nederlandse boeren en tuinders voeden de wereldbevolking nu al jaren op duurzame en grondstoffenefficiënte wijze met vlees, zuivel, granen, fruit en groenten.

Onze Europese boeren en tuinders zijn daarom echte kampioenen van het wereldwijde klimaat, regenwouden en biodiversiteit. En ze willen bijdragen aan het klimaatakkoord en zijn daar volop mee bezig. Maar het moet wel haalbaar, betaalbaar en uitvoerbaar zijn. En een beetje positief hiernaar kijken zou wel heel waardevol zijn.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señor presidente, en primer lugar mi enhorabuena al señor Dance por un ambicioso informe sobre sostenibilidad. A mí me gustaría centrarme y subrayar el aspecto del medio ambiente y del cambio climático como origen de nuevas desigualdades en el mundo. Y es que, para combatirlo, considero que reconocer el valor socioeconómico que tiene el medio ambiente es crucial. Por eso yo quiero subrayar y celebrar especialmente el punto 23, que pide recursos suficientes para financiar el medio ambiente.

En definitiva, coherencia en la Unión Europea entre las políticas y las acciones que pedimos. Las muchas recomendaciones que se piden desde la Unión Europea para preservar el medio ambiente necesitan ir de la mano de recursos económicos suficientes. Por ello necesitamos fondos específicos y suficientes que financien la Red Natura 2000, la Directiva Habitat o el plan de reforestación de bosques de la Unión Europea.

Por lo tanto, para descarbonizar la economía, primero necesitamos preservar y dar valor al medio ambiente. En definitiva, coherencia entre lo que hacemos y lo que decimos en la Unión Europea, poniendo en valor el medio ambiente.

György Hölvényi (PPE). – Tisztelt Képviselőtársaim! Engedjék meg, hogy a Fejlesztési Bizottság által írt vélemény néppárti felelőseként a fenntarthatóság fejlesztéspolitikai szempontjaira hívjam fel a figyelmet. Az éghajlatváltozás napjaink egyik legnagyobb kihívása, mely hosszú távon komoly fenyegetést jelent mindannyiunk számára, hatása viszont a legszegényebbeket és a legkiszolgáltatottabb helyzetben lévőket érinti elsősorban. A klímaváltozás miatt szűkülő erőforrások fokozzák az említett térségekben egyébként is jelen lévő gazdasági és társadalmi feszültségeket. Emberek milliói vágnak neki a fejlett világba vezető kockázatos útnak, leggyakrabban azonban nem találnak új otthonra, hanem táborokban végzik. Ez a családokat szétszakító, gyakran életveszélyes elvándorlás nem hozhat valós megoldást sem a fejlesztéspolitikában, sem a fenntarthatóságot nem szolgálja. Életfeltételeket helyben, illetve egyes régiókban kell megteremteni. Az Európai Uniónak olyan fenntartható, nemzetközi fejlesztési programokat kell kialakítania, amely nemcsak az úgynevezett civil szervezeteket, hanem a régiókban óriási hagyományokkal rendelkező, és gyakran egyetlen szervezetként milliókról is gondolkodó különböző vallási szervezeteket, illetve egyházakat is partnernek tekintik. Ezt is lehet a fejlesztés, a fenntarthatóság részének tekinteni. A posztgyarmatosítási traumákból adódó befogadási kényszertől el kell jutni az egyetlen valós megoldásig: a helyben, az adott régiókban nyújtott segítségi kultúra kialakítása, ez a fenntarthatóság alapja.

Julie Ward (S&D). – Mr President, culture is an important driver for behavioural change through the creation of new lifestyles and sustainable development paradigms. This approach must be community based or locally rooted and it implies finding a local understanding of sustainable development. But it could also be global and virtual.

Proper recognition must be given to the mediating and facilitating role of culture, which helps us find a balance between the competing needs of the economic, social and environmental goals of sustainability. Culture is therefore a driver for sustainable growth and innovation, urban regeneration and rural and regional sustainable development, as well as for social cohesion and individual and collective well-being.

It is crucial to maintain a global perspective and not to deal with these various aspects in silos. With determination and creativity we can make our cities, towns and villages more liveable, more sustainable and more inclusive, and promote innovative economic models which are fairer, cooperative and put people and the planet first.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Dzisiaj przylatuje do Polski Donald Trump, prezydent Stanów Zjednoczonych. Jutro będzie miał publiczne wystąpienie w Warszawie, zobaczymy, czy choć jedno zdanie poświęci kwestii celów zrównoważonego rozwoju. Wspominam o tym tylko dlatego, że jestem przekonany, iż cele Zgromadzenia Ogólnego Narodów Zjednoczonych na rzecz zrównoważonego rozwoju do roku 2030 nie będą mogły być osiągnięte bez współpracy i współdziałania państw, które są liderami rozwoju gospodarczego, państw takich jak Stany Zjednoczone choćby czy Rosja, Chiny, Indie i tak dalej. Na razie jednak USA kwestionują na przykład porozumienie paryskie. Przed Unią Europejską jest więc trudne zadanie doprowadzenia do ziszczenia się naszych celów.

Daciana Octavia Sârbu (S&D). – Domnule președinte, termenul „sustenabilitate” este folosit atât de des, în atâtea contexte, încât mă întreb dacă nu cumva a devenit un clișeu utilizat doar pentru a da greutate unor inițiative. Eradicarea sărăciei, reducerea inegalităților, munca decentă, educația de calitate, creșterea economică și respectul pentru mediu – acestea sunt repere ale dezvoltării sustenabile, dar, în loc să contribuie la realizarea lor, multe voci se folosesc de conceptul de sustenabilitate pur și simplu pentru a justifica interese individuale sau de afaceri, iar oamenii încep să își piardă încrederea în acest concept.

Doresc, totuși, să îl felicit pe raportor, care a făcut o muncă extraordinară pentru a defini provocările la adresa mediului și gravitatea problemei. Suntem, totuși, foarte departe de atingerea ambițioaselor obiective de dezvoltare durabilă asumate de ONU. În loc să repetăm concepte, ar trebui să construim politici care chiar să aducă rezultate concrete pentru oameni.

Karin Kadenbach (S&D). – Herr Präsident! In einer Demokratiewerkstatt hatte ich die Möglichkeit, mit Zehnjährigen über das Thema „nachhaltige Entwicklungsziele“ zu sprechen, und eine ihrer Fragen war: Wieso habt ihr das bis jetzt nicht schon so gemacht? Und sie haben sich gleichzeitig auch die Antwort gegeben. Da kamen harte Urteile wie: „Vielleicht wart ihr zu gierig oder einfach neidisch“. Ein paar haben gesagt: „Wahrscheinlich wird es der Politik egal gewesen sein.“ Und einige waren etwas milder und haben gemeint: „Vielleicht haben sie nicht gewusst, was sie anrichten“.

Unwissenheit über das, was wir anrichten, taugt heute wohl nicht mehr als Entschuldigung, und die Formulierung der 17 Nachhaltigkeitsziele zeigt, dass uns die Zukunft unserer Kinder, die Zukunft künftiger Generationen nicht egal ist. Jetzt gilt es, diese Ziele in ganz konkretes politisches Handeln zu übersetzen. Der vorliegende Initiativbericht ist eine wertvolle Handlungsanleitung im Kampf gegen Hunger und Armut, für Gesundheit und Wohlergehen, für Gleichstellung, Bildung, Beschäftigung, Klima- und Umweltschutz.

Danke, Seb Dance, für diesen hervorragenden Initiativantrag.

Procedura „catch the eye”

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gli obiettivi di sviluppo dell'ONU rappresentano *target* essenziali per ottenere i risultati migliori in termini di salute, prosperità globale, azioni contro il cambiamento climatico e conservazione dell'ambiente.

Va certamente nella giusta direzione l'integrazione di tali obiettivi nella strategia per legiferare meglio, permettendo alla normativa europea di lavorare a pieno regime tramite l'indicazione chiara degli ambiti nei quali si realizzano gli obiettivi di sviluppo sostenibile. Gli svariati ambiti di intervento necessitano però di un costante monitoraggio e di una revisione della normativa. Mi riferisco agli effetti che produrranno il sistema ETS e la condivisione degli sforzi, il Fondo europeo per lo sviluppo sostenibile e gli investimenti in efficienza energetica e in fonti rinnovabili, il tentativo di ridurre le disuguaglianze attraverso la politica di coesione, il Fondo per la lotta alla povertà.

Molti obiettivi dalla strategia Europa 2020 strettamente legati a quelli dell'agenda ONU non verranno presumibilmente raggiunti entro i termini previsti. È indubbio che l'Europa, se vorrà continuare a esercitare la *leadership*, deve accelerare l'attuazione delle proprie politiche di sostenibilità.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κ. Πρόεδρε, θα αναφερθώ σε τρία σημεία που έχουν ενδιαφέρον και το πρώτο είναι η ενεργειακή φτώχεια. Νομίζω ότι είναι ένα σοβαρό θέμα που πρέπει να αντιμετωπιστεί. Έχουμε πληθυσμούς οι οποίοι πραγματικά δεν έχουν πρόσβαση στην ενέργεια. Ιδίως στην Ελλάδα, υπάρχουν χιλιάδες νοικοκυριά τα οποία αυτή τη στιγμή, λόγω των πολιτικών της τρόικας, δεν έχουν πρόσβαση στο ηλεκτρικό ρεύμα. Έχουμε πάνω από 100.000 νοικοκυριά στα οποία έχει κοπεί το ηλεκτρικό ρεύμα. Αυτά τα νοικοκυριά δεν έχουν ούτε πρόσβαση σε θέρμανση. Άλλωστε οι τιμές του πετρελαίου έχουν εκτοξευθεί, διότι η τρόικα έχει επιβάλει αυξημένη φορολογία στο πετρέλαιο θέρμανσης. Αυτό ήταν το πρώτο θέμα. Το δεύτερο είναι η μεταναστευτική πολιτική. Αν δεν υπάρξει μια σοβαρή παρέμβαση, θα συνεχίσουμε να έχουμε τεράστιες μεταναστευτικές ροές στην Ελλάδα και στην Ιταλία και οι πληθυσμοί εκεί δεν αντέχουν άλλους πρόσφυγες και παράνομους μετανάστες. Το τρίτο είναι η φορολογική δικαιοσύνη. Πρέπει επιτέλους να σταματήσει η ιστορία αυτή με τους φορολογικούς παραδείσους, πρέπει επιτέλους να πληρώνουν οι πολυεθνικές τους φόρους εκεί που κερδίζουν με τη δραστηριότητά τους.

Gesine Meissner (ALDE). – Herr Präsident! Ich möchte mich ganz herzlich bei Seb Dance bedanken. Ich muss sagen: Gerade wie der Bericht vorgetragen wurde, das war sehr eindrucksvoll. Es geht um die Zukunft nicht nur unseres Planeten, sondern vor allen Dingen um die Zukunft unserer Kinder. Nachhaltigkeit ist ganz wichtig. Nachhaltige Entwicklung – wie viele Aspekte sie hat, das haben wir in den Beiträgen gemerkt.

Ich möchte mich vor allen Dingen auf ein Nachhaltigkeitsziel fokussieren, das bis jetzt außer allen anderen nur der Kommissar Vella selber genannt hat. Das ist Ziel vierzehn. Da geht es um den Ozean. Ich bin fest davon überzeugt: Wir leben auf dem blauen Planeten, 70 % ist Wasser. Wenn wir 2050 wirklich neun Milliarden Menschen haben, dann reichen die 30 % Erde nicht aus. Wir werden das Wasser brauchen für Nahrung, für Klima, für Klimaverbesserung, für Energie, für Rohstoffe, für Transport und Handel – für ganz vieles – und auch für Gesundheit zum Beispiel, für Medizin. Und das ist der Punkt. Das Meer ist nicht gesund. Wir müssen unbedingt etwas tun, um die Ozeane gesünder zu machen, um sie zu schützen. Nur dann können wir sie nachhaltig nutzen, und nur dann werden sie auch wirklich diesem Planeten mit seiner Zukunft und den Menschen, die auf ihm leben, dienen.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, os objetivos de desenvolvimento sustentável, 17 objetivos que compreendem 169 metas e mais de 300 indicadores fixados pelas Nações Unidas no Rio, em 2012, justificam este debate.

Ele tem duas dimensões: a dos objetivos em si e a da postura da União Europeia perante esses objetivos. Os objetivos vão da erradicação da pobreza à proteção dos ecossistemas, abarcando uma multiplicidade de áreas. São, em geral, objetivos pertinentes e justos, pese embora um certo enviesamento – patente, por exemplo, na sobrevalorização do papel do crescimento económico –, já que, no que respeita ao papel da União Europeia – e propaganda à parte –, a consideração das suas orientações gerais e políticas setoriais obriga à conclusão de que delas não resultará a sustentabilidade desejada – pelo contrário.

A sustentabilidade exige ruturas com o comércio livre e desregulado, com a generalização de modelos de produção intensiva, a desregulação do setor financeiro e a livre circulação de capitais, com a erosão dos direitos sociais e laborais, com o ataque aos serviços públicos, apenas para dar alguns exemplos.

Olga Sehnalová (S&D). – Paní předsedající, když bylo v roce 2015 přijato 17 cílů udržitelného rozvoje, přivítali jejich text také lidé s postižením. Předchozí agenda, tzv. rozvojové cíle tisíciletí, totiž žádným způsobem nezmiňovala jejich práva, zatímco motem cílů udržitelného rozvoje se stalo: „Na nikoho nezapomenout“. Ambicí cílů udržitelného rozvoje je ukončit chudobu ve všech jejich formách všude na světě.

Právě osoby s postižením jsou chudobou ohroženy nejvíce, a to nejen v rozvojových zemích, ale také v Evropské unii. Patří mezi ty, kdo jsou nejvíce vyčleněni ze společnosti, nemají dostatečný přístup ke vzdělání, zdravotní péči nebo zaměstnání. Právě proto je zapotřebí přijmout opatření, která na ně budou myslet, a je důležité, aby byly zahrnuty i do této zprávy. V tomto smyslu jsem proto navrhla 2 pozměňující návrhy a děkuji všem kolegům, kteří se k nim napříč politickými skupinami připojili, a doufám, že ostatní je podpoří během zítřejšího hlasování.

(Înceierea procedurii „catch the eye”)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank all the MEPs for their very valid comments. The Commission welcomes the Parliament's own-initiative report. It is really a great support to better integrate our policies and to develop synergies to achieve the SDGs. It is clearly a call for an ambitious response to the 2030 Agenda and I can assure everyone that sustainable development is and will remain at the heart of EU policy-making. But we have to be operational: sustainable development is complex and interlinked and so must go beyond simple declarations. The Commission is committed to ensure an agenda of results, and I have had the opportunity to remind the Environment Ministers that we will not be judged only on what we announce but on what we do. But we need to make certain that all of the other Ministers of all the other sectors are on board with us as well.

Many MEPs spoke about implementation and accountability and, as I mentioned in my introductory speech, we will be monitoring consistently to ensure the successful implementation of the SDGs. The Commission will provide regular reporting of the implementation progress. The reporting will be based on a reference indicator framework. The indicators were arrived at after extensive consultation with a number of stakeholders, and we will start as of this year, and the report will be published in November this year.

With regards to reporting, I would like to mention here the Environmental Implementation Review and, as outlined in the report, the EIR has already served as a useful tool in highlighting implementation gaps in the Member States, and the Commission has already started to take action based on these. For example, the clean air dialogues will help reach solutions to common challenges, and full implementation of the NHL action plan will help ensure that we meet the objectives of the Birds and Habitats Directives.

Work is already being done by the Commission as well on other fronts. We mentioned circular economy. A lot is also being done on SDG 14 in protecting our oceans to the EU's Ocean Governance Initiative. But let's be very clear: SDGs are not exclusively and only about the environment and development, and in this context, I particularly welcome the proposal in the Seb Dance report for a cross-committee working group on sustainable development goals to ensure a horizontal working within Parliament as well. This would then also provide an opportunity for Members of the European Parliament who have not yet put forward opinions to also engage in this topic.

Last but not least, we are committed to taking the implementation of the 2030 Agenda forward. Together with the European Parliament and together with the Council, also with other European institutions, international organisations, NGOs, civil society and other stakeholders.

I would like to conclude by thanking you again for today's debate, which represents a very important contribution to the whole process of further developing and further shaping a vision for the future of Europe.

Matti Maasikas, President-in-Office of the Council. – Mr President, the debate today shows that we share the same objective of achieving poverty eradication and sustainable development through effective implementation of the 2030 Agenda.

This will be done only if we work together and if we ensure that we have a clear vision of how all relevant EU policies will contribute to their achievement of the 2030 Agenda. Therefore, we need a clear way ahead and strong commitment by the EU and the Member States to implement the 2030 Agenda in all relevant internal and external policies.

Seb Dance, rapporteur. – Mr President, thank you very much to everybody took part in this debate, and particular thanks to you, Commissioner Vella, because it is very clear that you have listened to what the report is saying and what we are suggesting, and I am very heartened to hear a number of initiatives that you outlined in the response that you gave, including, of course, regular reporting to this place on the progress vis-à-vis the 2030 Agenda and the reference indicator framework which we very much look forward to in terms of seeing how that will be implemented.

Again, I welcome very much your commitment to the side events and the participation at the UN high-level event in New York, because this of course is the opportunity for this place to take forward our ideas and to showcase to the world how we can work collectively. A number of issues did come up in the debate regarding how we go forward. Ms Wiśniewska from the ECR was right: we cannot be prescriptive in telling citizens how they behave and what they eat. That is not the role of this place. However, Mr Eck was also correct in saying we cannot shirk our responsibilities. We cannot pretend that things are not as they are. It is the case that current production methods in meat consumption, for example, are driving us towards an unsustainable future, but that doesn't mean we can't collectively find the solutions. Already across this Chamber we've heard ideas in this place. There are ideas that will be shared in the multi-stakeholder framework. It is only through this dialogue, through this process of conversation, that we will get to a stage where industry and businesses and citizens and NGOs and all of us can work together for that sustainable future. Because I meant what I said at the start: this isn't something that is owned by the left or the right one political group, it is owned by all of us, and it is all of our responsibility to deliver it. And I think together we can do it.

Președintele. – Dezbaterea comună a fost închisă.

Votul va avea loc joi, 6 iulie 2017.

Declarații scrise (articolul 162)

Андрей Ковачев (PPE), в писмена форма. – Недостатъчните инвестиции в здравеопазването са сериозен проблем в много държави от Европейския съюз. Европейските здравни системи трудно успяват да отговорят на належащите предизвикателства в условията на застаряващо население, недостигащи публични бюджети и нарастващи здравни неравенства. На фона на икономическата криза стабилността на публичните финанси беше изведена на преден план за сметка на устойчивите инвестиции в здравеопазването, но тези цели не са несъвместими.

Гарантирането на равен достъп до качествено здравеопазване е ключът към устойчивите здравни системи, тъй като има потенциала да намали здравните неравенства между и в рамките на държавите членки. Необходими са повече усилия, за да бъдат преодолените бариерите пред достъпа до здравеопазване на ниво пациенти, доставчици и система на здравеопазване.

Европейският съюз трябва да интегрира своите ангажименти, произтичащи от „Програмата до 2030 г. за устойчиво развитие“, във всички свои действия и политики. Европейският съюз също така трябва да насърчава държавите членки да избягват краткосрочни решения относно инвестициите в здравеопазването и да им помогне да осигурят качествени здравни услуги, които са достъпни и не водят до финансови затруднения за пациентите.

Jarosław Wałęsa (PPE), na piśmie. – W dzisiejszych czasach społeczeństwa europejskie stoją przed wieloma wyzwaniami związanymi ze zrównoważonym rozwojem, począwszy od szeroko rozpowszechnionego ubóstwa czy degradacji środowiska, po zagrożenia wynikające ze zmiany klimatu. Cele w zakresie zrównoważonego rozwoju oraz powiązane z nimi zadania są współzależne i niepodzielne. Mają charakter powszechny, bowiem dotyczą wszystkich ludzi. Ze względu na ograniczenia planety, niedobór zasobów, rosnące nierówności i znaczenie trwałego wzrostu gospodarczego dla ochrony naszych systemów opieki społecznej niezwykle ważne jest wspólne europejskie podejście do osiągnięcia celów zrównoważonego rozwoju we wszystkich aspektach pracy Unii. Cele stanowią program współdziałania na wszystkich szczeblach władz publicznych i społeczeństwa obywatelskiego, a ich realizację należy kontynuować w ramach partnerstwa ze wszystkimi podmiotami.

Istotą zrównoważonego rozwoju jest godne życie, dlatego konieczne jest wzmożenie wysiłków zmierzających do włączenia celów zrównoważonego rozwoju do przekrojowych projektów i inicjatyw, które przyczynią się do osiągnięcia lepszych i bardziej ujednoliconych wyników pod względem zdrowia, dobrostanu obywateli, przeciwdziałania zmianie klimatu i ochrony środowiska. Musimy sprostać bieżącym wyzwaniom i przygotować się na przyszłość, reagując na tempo i złożoność zmian globalnych, a także na potrzeby rosnącej populacji światowej. Aby zachować europejski model społeczny i spójność społeczną, konieczne jest inwestowanie w osoby młode, pobudzanie trwałego wzrostu gospodarczego sprzyjającego włączeniu społecznemu, rozwiązanie problemu nierówności i odpowiednie zarządzanie migracją.

15. Einziger Sitz des Europäischen Parlaments (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind Declarații ale Consiliului și Comisiei referitoare la un sediu unic pentru Parlamentul European (2017/2757(RSP)).

Matti Maasilas, President-in-Office of the Council. – Mr President, you have invited the Council to speak on the issue of the seat of the European Parliament.

As you know, Article 341 of the Treaty on the Functioning of the European Union provides that the seat of the institutions shall be determined by common accord of the governments of the Member States. I would remind you that the matter of the location of the seats of the institutions is addressed by Protocol No 6 to Treaty, which *inter alia* provides that the European Parliament shall have its seat in Strasbourg. The issue of determining the seats of the institutions is thus a matter for the Member States when they discuss treaty changes at the Intergovernmental Conference and not for the Council. You will therefore understand that I am not in a position to intervene further in this debate.

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, under the Treaties the Commission has no role in decisions on this issue. The question of the seats of the institutions is one exclusively for the governments of the Member States to decide by common accord. The present arrangements are set out in a Protocol to the Treaties, and this could only be altered using the process for treaty revision, which notably requires unanimity among the Member States and ratification according to national constitutional requirements. It is therefore not for the Commission as an institution to enter into the debate on the merits of the present arrangements or of any alternative that might be proposed.

President. – Let us hope that our colleagues will have something to say about it.

Anne Sander, au nom du groupe PPE. – Monsieur le Président, chers collègues, laissez-moi vous dire que ce débat est absurde.

Tout d'abord, pour des raisons juridiques. Dans les traités, ce n'est ni la Commission, ni le Conseil, ni le Parlement européen qui décident des sièges des institutions: ce sont les États. Or, aucun ne demande de changement et, si vraiment nous devons rouvrir les discussions, il faudrait parler de l'emplacement de l'ensemble des institutions et tout remettre à plat: le siège de la Banque centrale européenne, de la Commission, du Conseil, de tout.

Ensuite, j'entends certains proposer d'échanger l'Agence européenne des médicaments ou l'Autorité bancaire européenne, ou même les deux, contre le Parlement. Nous serions ici des marchands de tapis? Nous ferions du troc? Vous oubliez la subsidiarité et le choix souverain de la France de présenter une autre ville.

Certains parlent de faire des économies. Je vais vous en proposer: l'hémicycle à Bruxelles tombe en ruine; le coût des travaux serait de 500 millions d'euros sur quinze ans. Il serait scandaleux de dépenser autant d'argent, alors que nous pouvons accueillir le Parlement ici à Strasbourg et que nous venons d'inaugurer le bâtiment Václav Havel avec de nouveaux bureaux.

Enfin, le siège de Strasbourg ne se réduit pas à des questions juridiques ou financières. En attaquant Strasbourg la semaine même où nous rendons hommage à Helmut Kohl et à Simone Veil, vous attaquez un symbole, un symbole de paix et de démocratie. En proposant cet échange, vous oubliez le sens même du projet européen.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Ashley Fox (ECR), *blue-card question*. – Ms Sander, are you aware that, on 27 April 2017, a majority of your Group voted for a single seat by 96 votes to 80. And, Mr President, why is Ms Sander speaking first when she does not even represent the majority of the EPP Group?

Anne Sander (PPE), *réponse «carton bleu»*. – Cher Monsieur Fox, je voudrais vous dire que le siège unique à Strasbourg, nous l'avons. Si vous nous proposez de renforcer ce siège unique à Strasbourg, qui est déjà dans les traités, j'y suis tout à fait favorable, et la France est prête à accueillir un seul et unique lieu de travail à Strasbourg.

(Applaudissements)

President. – I would appeal to all colleagues to keep the level of the debate as a debate. We should not get emotional about it, although the matter is emotional. I would like to keep it that way.

Jérôme Lavrilleux (PPE). – Monsieur le Président, avec tout le respect que je vous dois, vous êtes ici pour organiser les débats. Vous n'êtes pas ici pour faire un commentaire sur ce que peut dire tel ou tel intervenant, député de ce Parlement.

Monsieur le Président, si vous voulez intervenir dans le débat, cédez votre siège et venez vous installer dans les travées. Nous serons heureux de connaître votre position sur le sujet. Vous n'avez pas à prendre parti dans ce débat, vous devez respecter l'équité entre les différents intervenants, qu'ils soient pour ou qu'ils soient contre.

Je trouve que cette méthode est totalement déplacée, avec immensément de respect, Monsieur le Président.

President. – Also with all respect, I made an appeal that we should keep the debate with a certain level of understanding and not highly emotional. This is not checking what you are going to say – or anybody. Anybody is free to say whatever they like and I don't participate in the debate, in spite of your kind invitation.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, alors même que nous venons d'inaugurer le nouveau bâtiment Václav Havel ici, pourquoi en revenir à la remise en cause de notre présence à Strasbourg?

Cette discussion, comme toutes celles qui l'ont précédée, n'est pas opportune. L'article 341 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne dispose que le siège des institutions de l'Union est fixé d'un commun accord entre les États membres et, quand bien même il nous reviendrait d'en décider, le débat serait toujours peu à propos.

Cependant, puisqu'il est ouvert, je me permets de répondre aux arguments pratiques avancés par les partisans d'un siège unique bruxellois.

Seule la pratique du travail parlementaire a normalisé la fréquence de notre présence à Bruxelles. Les traités, eux, inscrivent le siège officiel du Parlement à Strasbourg. Les réviser pour ôter à Strasbourg ce statut, c'est ouvrir la voie à de multiples remises en question et marchandages sur l'ensemble des institutions et agences européennes.

Par ailleurs, les bâtiments à Bruxelles pourraient nécessiter une rénovation estimée à 300 millions d'euros, voire une reconstruction, qui pèserait encore plus sur le contribuable.

Quant à la proposition d'attribuer le siège de l'Agence européenne des médicaments à Strasbourg, permettez-moi de signaler que Strasbourg a déjà été écartée par le gouvernement français au profit de la ville de Lille.

Mais, plus encore, l'absence d'opportunité du débat n'est pas seulement d'ordre pratique, elle tient, avant tout, à l'importance de notre présence dans ces lieux. Être à Strasbourg n'est pas une fantaisie. Cet emplacement a une histoire, un sens et un avenir. Incontestablement, Strasbourg est l'incarnation même d'une part de l'histoire de la construction européenne, voire de son essence. La ville est précisément le symbole de la fraternité des peuples que l'Union recherche et cimente chaque jour un peu plus. Elle est une manifestation des bénéfices de la paix, de la réconciliation franco-allemande. C'est à Strasbourg que Simone Veil présida le premier Parlement européen élu au suffrage universel. C'est à Strasbourg qu'Helmuth Kohl a reçu, samedi dernier, les hommages qui lui étaient dus.

J'entends le procès fait par certains collègues, mais tourner le dos à cet héritage serait une grave erreur, d'autant plus que le siège unique qui mettrait fin à la transhumance pourrait aussi bien être à Strasbourg.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Peter Liese (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Präsident! Vielen Dank, Frau Kollegin. Es ist sicher unbestreitbar, dass man die Bedeutung von Straßburg als europäische Hauptstadt würdigen muss und dass natürlich eine eventuelle Verlagerung der Europäischen Arzneimittel-Agentur nach Straßburg alleine dieses Thema überhaupt nicht ausreichend würdigt.

Aber trotzdem möchte ich Sie fragen: Sie haben Lille gerade erwähnt. Glauben Sie denn ernsthaft, dass Lille eine Chance hat? Welches Kriterium – zum Beispiel internationale Schulen, Arbeitsplätze, Forschungsumfeld, pharmakologische Forschung –, das die Kommission und der Rat aufgestellt haben, erfüllt denn Lille? Wäre es nicht mindestens unter dem Aspekt unabhängig interessant, einen anderen Vorschlag aus Frankreich zu machen?

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *réponse «carton bleu»*. – Monsieur Liese, je crois que le débat qui nous occupe aujourd'hui ne concerne pas l'emplacement de l'Agence européenne des médicaments, puisque, de toute façon, nous en sommes très loin. Le débat aujourd'hui est de savoir si nous continuons à siéger ici, à voter nos directives et les règlements ici, au Parlement européen.

L'Agence européenne des médicaments n'est pas le sujet, et mélanger – comme nous le disons en France – les torchons et les serviettes n'a aucun sens. Ici, nous parlons d'un travail noble, celui du Parlement européen et celui que nous accomplissons en tant que députés européens.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, very briefly, I want to ask you: what is your policy on blue cards for this debate? Are you going to allow one or two blue cards after every speaker, and how much time have you allocated to the debate?

President. – To be cynical about it, I can allow all the blue cards, because at 7.30 I have to leave. But I am not cynical and I will try to allow everybody who would like to intervene with a blue card to do that, as long as we keep this debate in reasonable conditions. This is my approach to this. We would not, of course, permit seven blue cards to one speaker or anything like this. I think that what is reasonable can be accepted.

Ashley Fox, on behalf of the ECR Group. – Mr President, Strasbourg is an historic city. It is beautiful, it is clean, it is safe and, in 1957, it was a symbol of peace and reconciliation. But now, 70 years later, it is a symbol of all that is wrong with the EU. We have two Parliaments, one in Strasbourg and one in Brussels, and the endless travelling circus that we perform means that we are held in contempt by our citizens. Having two Parliament buildings wastes EUR 114 million a year. We emit 19 000 tons of carbon dioxide unnecessarily, and we waste thousands of hours of time of officials, our staff and Members. This Parliament has the power to propose an amendment to the Treaties. I think we should do so. I think it is disgraceful that the EPP and the Socialist Group both put up French speakers who do not represent their Groups. A majority of every Group in this House wants one seat.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Jérôme Lavrilleux (PPE), *question «carton bleu»*. – Monsieur le député, cher collègue, il est peut-être inacceptable pour vous que des députés francophones s'expriment dans cet hémicycle, mais pouvez-vous m'expliquer au nom de quoi, vous qui allez quitter l'Union européenne dans moins de deux ans, quand vous serez d'accord entre vous, vous prenez position sur l'avenir de l'Europe et l'avenir du Parlement européen à Strasbourg?

Au nom de quoi vous mêlez-vous de ce débat?

Ashley Fox (ECR), *blue-card answer*. – I have campaigned on this subject for eight years, and I shall continue as a full Member of this Parliament for as long as the United Kingdom pays its membership fee. If you want to suggest that we stop paying our fee now, then I will relinquish my right to vote, but I will wait to hear from you.

Frédérique Ries, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, cela fait 18 ans que je suis élue au Parlement, 18 ans de combat pour un siège unique et, enfin, aujourd'hui, ce débat en plénière. Enfin, la résonance que mérite la bonne gouvernance de nos travaux, et ce n'est pas faute d'avoir essayé. Dès 1981, le rapport Zagari se positionnait déjà pour un siège unique du Parlement européen, avec une sorte de statut intérimaire pour Strasbourg.

Les arguments ont déjà été dits et on les connaît: 114 millions d'euros, c'est l'estimation plancher de la transhumance mensuelle imposée par les traités; 89 %, le taux d'inoccupation des bâtiments, que nous investissons quatre jours par mois seulement; deux journées par mois, soit 10 % du temps, perdues à déménager, avec des conséquences désastreuses pour le climat: 19 000 tonnes de CO₂ par an – l'accord de Paris pleure à cause de nos errances. Je m'arrête, je l'ai dit et les arguments sont connus, comme sont connues les prises de position du Parlement européen et, singulièrement, du groupe libéral que je représente ici, toujours plus claires, toujours plus fortes et toujours mal entendues.

La pétition de 2006 pour le siège unique: 1 300 000 signatures venues des quatre coins de l'Europe, une véritable initiative citoyenne européenne avant la lettre, nos votes en commission, en plénière et en groupes de travail successifs et multiples et, surtout aussi, les sondages dans différents pays – dont la France – pour un siège unique. Le Parlement européen est le seul au monde à siéger loin de son centre névralgique.

Nous sommes, nous aussi, chers amis, chers collègues français, attachés viscéralement à notre impératif devoir de mémoire et à la réconciliation qui a fait, qui continue de faire et qui fera notre histoire. Mais les symboles doivent être bousculés, ils doivent être modernisés. Strasbourg, aujourd'hui, est devenue celui de la mauvaise gouvernance en Europe et partout. Pourtant, elle mérite mieux, elle mérite tellement mieux. Pourquoi ne pas profiter de l'occasion que nous offre le Brexit avec le transfert de l'Agence européenne des médicaments?

Simone Veil, dans ses mémoires, rêvait d'une université européenne à Strasbourg: la capitale d'Alsace en pôle européen du médicament et de la biotechnologie en serait une magnifique déclinaison. Il appartient au président Macron, aujourd'hui, d'oser ce saut qualitatif.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Anne Sander (PPE), *question «carton bleu»*. – Madame, chère collègue, vous avez parlé du coût du Parlement européen, ici, à Strasbourg, et vous avez parlé de la mauvaise gouvernance de l'Union européenne liée au Parlement de Strasbourg.

Par conséquent, j'aimerais savoir comment vous pensez que nous pourrions justifier auprès des citoyens européens la nécessité d'engager des travaux au Parlement européen de Bruxelles. De plus, comment pensez-vous justifier la mauvaise utilisation de l'argent public et de la mauvaise gestion des bâtiments à Bruxelles?

Frédérique Ries (ALDE), *réponse «carton bleu»*. – Madame, depuis des années que ce débat nous occupe et nous pré-occupe, tout a été utilisé: de la flibuste parlementaire, des arguties les unes derrière les autres... Évidemment, les problèmes structurels du bâtiment bruxellois sont aujourd'hui pain bénit pour vous. Je ne pense pas que c'est avec ce problème, qui est conjoncturel et qui sera résolu, que vous allez pouvoir dire que vous refusez d'avancer sur la résolution d'un véritable problème structurel, qui est celui de cette gabegie et de cette mauvaise gouvernance à Strasbourg. Vous gagnez du temps, vous jouez la montre. Je trouve que c'est un peu court. Il me semble que vous auriez pu trouver mieux, ici.

Les problèmes de Bruxelles seront résolus, si tant est qu'ils soient prouvés, car la chambre secrète où nous pourrions lire les rapports sera ouverte à partir de lundi. Je m'y rendrai et je ne suis pas convaincue que ces problèmes soient de l'ordre de ce qui a été évoqué.

Rina Ronja Kari, *for GUE/NGL-Gruppen*. – Hr. formand! Tak til alle, der har været med til at starte denne vigtige diskussion. Der er, som man kan høre, mange forskellige holdninger til dette emne. Jeg mener nu ikke, at vi kan undlade at tage borgernes vrede og deres uforståenhed over for, at vi rejser frem og tilbage, meget, meget alvorligt. EU's revisorer vurderer, at det koster 850 millioner danske kroner hvert eneste år. Det fører til en udledning på mere end 10 000 ekstra tons CO₂! Det er da et fuldstændigt vanvittigt spild af borgernes penge og medfører en voldsom ekstraforurening fra et parlament, der påstår, at vi tager miljøet alvorligt. Derfor er det ekstra vigtigt, at vi griber chancen, nu hvor der faktisk er en bevægelse hos medlemslandene. Nu skal vi som parlament stå sammen og presse på over for Rådet og over for medlemslandene, så vi kan få sat en stopper for dette voldsomme spild! Og det skal hellere være i dag end i morgen!

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Ulrike Lunacek, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Wir diskutieren heute ein Thema, wo die große Mehrzahl der europäischen Bürgerinnen und Bürger das nur mit Kopfschütteln verfolgt, nämlich die Tatsache, dass wir mehrere Sitze dieses Parlaments haben, dass wir jeden Monat einmal für vier Tage nach Straßburg reisen müssen, obwohl wir – wie ich zum Beispiel – eh schon zwei Wohnsitze haben, einen in Wien und einen in Brüssel, wo ich auch den meisten Teil meiner Arbeitszeit verbringe, wie wir alle. Bei vielen der Bürgerinnen und Bürger ist es nicht nur Kopfschütteln, sondern es ist eine dezidierte Ablehnung.

In Zeiten wie diesen 114 Millionen Euro pro Jahr für diesen Wanderzirkus auszugeben – als Grüne sage ich noch dazu, dafür auch 19 000 Tonnen CO₂ zu verausgaben –, nur 48 Tage im Jahr dieses Parlament auch wirklich zu nutzen – die meiste Zeit steht es ja leer –, das geht heutzutage nicht mehr. Kein Unternehmen würde das tun. Es hat auch einen europäischen demokratiepolitischen Aspekt. Wir wollen als Abgeordnete selbst entscheiden, wo wir tagen. Das dürfen wir derzeit nicht. Dieses Parlament hat schon x-mal mit Zweidrittelmehrheiten gesagt: Wir wollen einen Sitz und nicht zwei.

Das heißt, es geht darum, dass wir einen Dialog beginnen wollen – mit dem Rat, den Staats- und Regierungschefs und -chefinnen, aber auch mit der neuen französischen Regierung. Ich möchte daran erinnern, was schon eine Kollegin gesagt hat: Simone Veil hat von einer europäischen Universität in Straßburg geträumt. Lassen wir doch ihre Träume Realität werden, gemeinsam mit den Träumen der europäischen Bürgerinnen und Bürger und der großen Mehrheit der Abgeordneten dieses Parlaments: ein Sitz des Europäischen Parlaments und nicht zwei.

Roger Helmer, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, Ms Lunacek and my old friend Ashley Fox have explained in considerable detail why the two-seat situation for the Parliament is totally indefensible. It is hugely wasteful. It wastes resources; it wastes vast quantities of time including, colleagues, our time. It wastes money, and if you care about it, it wastes CO₂ emissions. But I have to tell you, Mr President, that I personally rather like it, and I'll tell you why I like it, because it serves as a perfect metaphor for the hubris and futility of the European project. It is something that nobody can explain, nobody can justify, and yet nobody can change, and there are many, many policies of the European Union of which you can say the same. I think of the common fisheries policy, I think of the Emissions Trading Scheme. The list goes on.

I have been able to use this metaphor again and again in speeches up and down Britain in order to explain to ordinary people who are not very familiar with the European project the complete absurdity of it, and they catch it straight away. Ms Lunacek said companies would never do this. She is right. I say to people: are you in business? Would you move your business from London to Edinburgh for a week and then back again, and then to Edinburgh for one week every month? Of course they would not, and they see the absurdity of it.

Mr President, I am shortly to retire, and this is, I believe, the last speech I shall make in this Chamber as a Member of the European Parliament. I would therefore like to crave your indulgence to leave one final message. We need a quick, a clean Brexit and we need a fair and comprehensive trade deal. We need that not just for Britain but even more for Europe, and if you fail to deliver it, then you will find that you will be punished by the workers of Stuttgart and Munich and many other European citizens. I leave that thought with you.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, en tant que seul parlementaire citoyen de Strasbourg, même si j'ai d'autres collègues alsaciens, je voudrais d'abord remercier M. le Commissaire et le Conseil, qui n'ont pas pris position, ainsi que les collègues qui ont pris position en faveur de Strasbourg.

Pour le siège unique, pas de problème, Strasbourg est prêt à l'accueillir. Mais qu'est-ce que Strasbourg? Plus qu'une ville, un carrefour de Germains, de Celtes et de Romains dès le Ve siècle. C'est le lieu de toutes les royautés et pouvoirs qui ont fait l'Europe des peuples et des civilisations: les Carolingiens, les Capétiens, le Saint-Empire des Hohenstaufen et des Habsbourg, ceci dans la lignée de Sainte Odile et d'Aldaric. C'est le lieu de tous les enjeux et conflits depuis 1 500 ans entre l'Est et l'Ouest, la pomme de discorde des luttes fratricides et des guerres mondiales, avec cette bannière de la Vierge de Strasbourg, les bras tendus entre l'Est et l'Ouest, qui appelle à cette réconciliation permanente. Ce territoire est l'axe d'équilibre des peuples et des nations, base de l'Europe.

Si vous n'avez pas compris cela – ce que je crains –, vous n'avez rien compris à Strasbourg. Mais vous n'avez rien compris non plus à l'Europe qui ne peut être sous domination unipolaire. La cabale contre le siège de Strasbourg se veut pragmatique. Elle est foncièrement idéologique. Vos arguments ne résistent pas aux faits: Strasbourg coûterait trop cher? Le bâtiment Paul-Henri Spaak a coûté 1,8 milliard d'euros et le rénover coûterait 300 à 500 millions d'euros. Faisons le siège unique à Strasbourg. Strasbourg serait trop loin des autres institutions? Qu'en est-il d'une Europe multipolaire?

Mes chers collègues, si vous abandonnez Strasbourg, c'est parce que Strasbourg est hors des sphères d'influence des groupes de pression. Ceux qui veulent l'abandonner? Des lobbies qui travaillent contre l'Europe. Abandonner Strasbourg, c'est surtout abandonner le Strasbourg d'une Europe véritable dont vous êtes, pour certains, des adversaires. C'est abandonner cette Europe de l'histoire, de l'identité, de la mémoire. Strasbourg, c'est aussi loin de l'OTAN. Elle a l'Eurocorps. Strasbourg, c'est l'Europe de l'équilibre. N'abandonnez pas l'équilibre, sinon, l'Europe ne se fera pas.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Stanislav Polčák (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty*. – Pane kolego, já se chci vyjádřit, Vy vždycky kritizujete jakoukoliv nehospodárnost, nešetrnost ve fungování Evropské unie, zejména Vaše politická frakce.

A Vy jste sdělil, že Štrasburk je připraven přijmout za sídlo Evropský parlament jako jediné sídlo. Můžete mi říci, jaké úspory bychom dosáhli v tomto okamžiku, kdyby všichni museli cestovat za námi? To znamená Rada, Komise? Jaké úspory by bylo tedy dosaženo?

Jean-Luc Schaffhauser (ENF), *réponse «carton bleu»*. – Dans l'Europe que je vois personnellement en tant qu'Européen, mais un Européen particulier – j'ai toujours été pour l'Europe des États, l'Europe des Nations –, je pense qu'il y a effectivement une place pour un Conseil et pour une Commission réduite à un secrétariat du Conseil, et que la place de cette nouvelle Europe pourrait être accueillie à Strasbourg.

Je reconnais que nous avons des efforts à faire au niveau du transport, mais ils seront faits. Je reconnais que, pour cela, Bruxelles a un avantage, mais ce n'est pas la raison en termes d'économies, car il est tout à fait possible – je le dis – de mettre toutes les institutions à Strasbourg si nous voulons faire des économies.

Aymeric Chauprade (NI). – Monsieur le Président, chers collègues, il y a quelques jours, à peine, nous recevions dans cet hémicycle la dépouille d'Helmut Kohl, ce grand européen, pilier de la construction européenne. Et voilà qu'aujourd'hui, par une ironie cruelle, nous entendons les arguments de ceux qui veulent en finir avec Strasbourg, lieu de la réconciliation franco-allemande et de l'unité européenne.

Franchement, chers collègues, le choix du siège du Parlement ne saurait être un choix économique. C'est un choix politique qui repose sur des fondements historiques.

Faut-il rappeler qu'un Alsacien né en 1869, qui aurait eu la chance de survivre aux deux guerres mondiales, aurait eu successivement quatre nationalités?

Le château du Haut-Koenigsbourg, non loin de Strasbourg, porte tout à la fois les marques de Charlemagne, de l'entrée de l'Alsace en France en 1648, et des trois H: Hohenstaufen, Habsbourg et Hohenzollern. J'invite ceux de nos amis allemands qui tournent le dos à Strasbourg à aller s'y ressourcer.

Au moment où tant de forces cherchent à détruire la construction européenne, voulons-nous envoyer au peuple français le message suivant: l'Europe s'en va, elle tourne le dos à l'amitié franco-allemande?

Le Brexit n'aura pas suffi à certains, il leur faut le Strasbourgxit!

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *pregunta de «tarjeta azul»*. – Señor presidente, señor Chauprade y colegas franceses, francófonos, de Estrasburgo o de donde sean, yo creo que se han equivocado de debate. A mí me gustaría recordar que aquí lo que estamos discutiendo y lo que estamos buscando es acordar si es o no necesario tener una sola sede para el Parlamento Europeo, no decidir si es Estrasburgo o no, no las bondades de Estrasburgo, no hacer una reivindicación histórica, cultural o patrimonial de Estrasburgo.

Si conseguimos decidir juntos que tenemos que tener una sola sede, tal y como llevamos pidiendo años, decidiremos después, con un análisis reposado, cuál es la sede.

Aymeric Chauprade (NI), *réponse «carton bleu»*. – Je suis favorable au siège unique à Strasbourg. C'est le siège naturel du Parlement. Les arguments ont déjà été donnés, c'est très clair.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident! Ich persönlich liebe die Stadt Straßburg, und ich möchte, dass Straßburg eine Bedeutung als eine wichtige europäische Hauptstadt hat, wenn Roger Helmer und Ashley Fox in diesem Parlament schon längst vergessen sind. Straßburg muss eine europäische Zukunft haben. Aber ich plädiere für eine nachhaltige Lösung, nachhaltig für Straßburg – dass wir nicht jedes Jahr neu diskutieren müssen –, für Frankreich, für die Europäische Union und auch für die europäischen Steuerzahler.

Die anderen Mitgliedstaaten sollten Frankreich ein Angebot machen, damit das Parlament dauerhaft in Brüssel tagen kann, aber Straßburg – wirtschaftlich und was das Prestige angeht – mehr als kompensiert wird. Und dabei kann der Sitz der Arzneimittel-Agentur ein Element sein, ein erster wichtiger Schritt. Dafür hat Straßburg exzellente Voraussetzungen: europäische Schulen, ein internationales Umfeld, ein Umfeld von pharmakologischer und medizinischer Forschung, eine große Abteilung des Europarates, die sich mit diesem Thema beschäftigt. Straßburg ist viel besser geeignet als viele andere Kandidaten und definitiv viel besser als Lille. Und deswegen plädiere ich jetzt dafür, dass alle ihre nationalen Egoismen zurückstellen und wir gemeinsam eine europäische Lösung finden.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Jérôme Lavrilleux (PPE), *question «carton bleu»*. – Mon cher collègue et ami, j'entends bien votre tentative de faire augmenter le nombre de compensations au fur et à mesure que l'on prend la parole pour dire: «Franchement, vous êtes tellement tristes qu'on vous reprenne Strasbourg qu'on va vous donner encore plus.»

Le gouvernement français vient, il y a moins d'une heure, par la voie officielle du ministre chargé des affaires européennes, de donner une fin de non-recevoir claire et définitive à l'abandon, par la France, du siège du Parlement européen à Strasbourg. Ne pensez-vous pas que nous devrions donc interrompre nos débats, puisque c'est une perte de temps évidente?

(Applaudissements)

Peter Liese (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Also wenn das die Aussage der französischen Regierung war, dann ist das bedauerlich. Dann wird die Debatte aber nicht aufhören. Ich glaube, es wäre eine gute Gelegenheit. Natürlich gibt es immer Zeitabläufe, die uns in Schwierigkeiten bringen. Aber ich glaube, das ist keine nachhaltige Lösung. Und deswegen glaube ich, es wird kein Ende der Debatte geben, sondern sie wird immer wieder aufkommen. Mein Petitum ist wirklich, gemeinsam zu reden, wie wir eine bessere Lösung finden können. Das ist nicht gegen Frankreich gerichtet. Ich persönlich komme gerne hierher, aber wir müssen auch die Steuerzahler und die anderen, die eben pendeln müssen und viel Arbeitszeit verlieren, berücksichtigen, und dieses Problem ist mit dem heutigen Tage sicher nicht beendet.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Françoise Grossetête (PPE), *question «carton bleu»*. – Monsieur le député, vous qui souhaitez des solutions durables, comment expliquez-vous qu'en Allemagne, votre pays, il y ait la capitale à Berlin et encore un nombre important de ministères qui logent à Bonn? Là, vous n'êtes pas surpris qu'il y ait des dépenses inutiles qui soient engagées pour le transfert, toutes les semaines, de vos ministres et de leurs services de Bonn à Berlin?

Peter Liese (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Liebe Kollegin Grossetête, wir sind und ja fast immer einig, aber in dem Fall sind wir uns leider nicht einig. Aber ich glaube, wir sind uns auch einig, dass Lille eine verlorene Kandidatur ist. Nebenbei: Das wird nicht funktionieren, und es wäre wenigstens mal eine Chance – unabhängig von der *single-seat*-Debatte –, dass Frankreich mal einen anderen Kandidaten vorschlägt.

Aber zu Bonn und Berlin: Ich sage das meinen Besuchergruppen jedes Mal. Jedes Mal kommt die Frage: Warum habt ihr dieses zweite Parlament, und warum fahrt ihr so viel hin und her? Ich sage jedes Mal: Wir in Deutschland machen den gleichen Blödsinn mit Bonn und Berlin. Und auch das würde ich gerne abschaffen, und dafür trete ich genauso ein. Aber ich kann doch nicht dauerhaft – und das nehmen mir die Bürgerinnen und Bürger auch nicht ab – den einen Unsinn mit dem anderen Unsinn rechtfertigen.

Joachim Starbatty (ECR). – Herr Präsident! Ich möchte etwas zur Geschäftsordnung sagen. Wir alle haben unsere Termine, und jetzt kommen dauernd diese kleinen Ein-Minuten-Reden hinzu. Wir erfahren nichts Neues! Also, Herr Präsident, ich bitte Sie, dass Sie einfach aus Gründen der Zeitökonomie jetzt keine blauen Karten mehr zulassen. Es kommt auch nichts Neues bei den Fragen! Es kommen nur Ressentiments heraus! Wir wollen eine Sachdebatte führen. Bitte nehmen Sie keine blauen Karten mehr an.

Πρόεδρος. – Επισημαίνω τα εξής: Πρώτον, για όσους είναι εγγεγραμμένοι στη λίστα των ομιλητών και πρόκειται να πάρουν τον λόγο στη συνέχεια, δεν θα τους δώσω γαλάζια κάρτα, για να δοθεί η δυνατότητα και σε όσους δεν είναι εγγεγραμμένοι να αξιοποιήσουν τη διαδικασία του «catch the eye». Δεύτερον, δεν θα δώσω δεύτερη γαλάζια κάρτα στον ίδιο ομιλητή και επίσης επισημαίνω ότι όσοι κάνουν χρήση από εδώ και πέρα του δικαιώματος της γαλάζιας κάρτας, δεν θα τους επιλέξω για τη διαδικασία του «catch the eye». Ελπίζω με αυτές τις ρυθμίσεις να εξοικονομήσουμε λίγο χρόνο.

Τον λόγο έχει ο επόμενος ομιλητής, ο κύριος Weidenholzer, για δύο λεπτά.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! „Alle Jahre wieder“ – das könnte man an den Beginn dieser Debatte stellen. Immer wieder flammt diese Diskussion von Neuem auf. Wir haben uns daran gewöhnt, das scheinbar nicht Veränderbare zu beklagen, um daran anschließend unsere Achseln zu zucken. Niemand versteht diesen Wanderzirkus, niemand versteht dieses Hin-und-Hergerissen-Sein. Wir haben gelernt, das zu akzeptieren. Vielleicht ist das Wort „hinnehmen“ der bessere Ausdruck.

Vor allem unsere Wählerinnen und Wähler verstehen das nicht. Dieser Wanderzirkus ist nicht gerade ein Pluspunkt für das europäische Projekt. Die Menschen wollen klare, verbindliche Antworten von uns, die wir ihnen nicht geben können.

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es besteht Handlungsbedarf – jetzt, auch weil einige grundsätzliche Entscheidungen diskutiert werden. Wir sollten diese Diskussion offensiv führen und nicht darauf warten, dass wir sowieso hineingezogen werden. Wir sollten sie seriös führen – die verschiedenen Argumente abwägen – und ohne vorgefasste Meinung.

Es gibt einige Eckpunkte, die wir berücksichtigen müssen. Ja, es gibt verbindliche rechtliche Grundlagen, die in den Verträgen festgehalten sind. Was die Sitzfrage betrifft, ist die Lage eindeutig. Aber es gibt auch eine Vielzahl an Beschlüssen dieses Hauses, die unmissverständlich sind. Wir sind zu Sparsamkeit verpflichtet, müssen den Grundsatz der Zweckmäßigkeit verfolgen und sollten Doppelgleisigkeiten vermeiden.

Je schwieriger die Haushaltssituation der Union ist, desto genauer müssen wir hinsehen. Und wir müssen – so meine ich – akzeptieren, dass diese Grundsätze nur einen Sitz zulassen. Daher, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bedarf es einer Festlegung durch dieses Haus. Wir können uns nicht leisten, ewig im Ungefähren zu verharren. Für eine endgültige Festlegung muss man das Parlament miteinbeziehen. Deshalb haben wir im November 2013 eine Entschließung zur Festlegung der Sitze der Organe der EU beschlossen, und es liegt an den Staats- und Regierungschefs, diesen Beschluss aufzugreifen.

Morten Messerschmidt (ECR). – Chers collègues, définir le lieu du Parlement n'est pas une simple question comptable, mais une question politique. La question est de savoir ce que doit être l'Union européenne de demain: une Union encore plus centralisée ou l'Europe de la subsidiarité?

Au sein du groupe ECR, nous avons toujours plaidé à la fois pour le siège unique et contre le centralisme bureaucratique. Décider aujourd'hui que ce Parlement ira à Bruxelles, c'est accepter le centralisme. Quelqu'un ici croit-il, sans rire, que l'on parlera un jour de «Brussels DC»? Et je n'évoque pas le coût du transfert ajouté à la reconstruction du bâtiment - Spaak...

Tant que le nouveau cap de l'Europe n'est pas fixé, la question du siège doit rester ouverte. Mettre le Parlement à 500 mètres de la Commission peut paraître plus fonctionnel, le maintenir à Strasbourg, politiquement plus fort et porteur de sens à l'heure où les Européens ont besoin de se définir. Quant aux deux agences de Londres, je propose de les accueillir à Copenhague peut-être, mais pas ici.

Le siège unique, oui, mais le choix du lieu, au prochain Parlement.

Nathalie Griesbeck (ALDE). – Monsieur le Président, en effet, comme certains l'ont rappelé tout à l'heure, ce débat est totalement surréaliste pour nos concitoyens, puisqu'ici, dans cet hémicycle, chacun sait depuis longtemps que, pour modifier le siège du Parlement, il faut revenir sur les traités.

Un collègue a rappelé, tout à l'heure, que Nathalie Loiseau, la nouvelle ministre chargée des affaires européennes dans l'équipe de M. Macron, a exprimé une fin de non-recevoir de la part de mon pays, la France, pour une quelconque modification du le siège.

Vous me direz qu'on peut toujours ouvrir la boîte de Pandore, mais, à ce moment-là, on remettra en jeu la Cour de justice européenne, la Banque centrale européenne, le Conseil, la Commission et tutti quanti... Vous savez bien que cette question ne peut être traitée en ce moment, car c'est impossible.

Sans revenir sur les arguments à la fois historiques, politiques et juridiques – la modification des traités –, ceux de la commodité offerte à Strasbourg, ou ceux de la nécessité politique de refuser une centralisation excessive des institutions et de revenir à l'unité dans la diversité, qui est la devise de l'Europe, ne mégotons pas: oui à un siège unique, oui à Strasbourg, ce siège unique.

Bart Staes (Verts/ALE). – Ik zou willen oproepen om toch eventjes *out of the box* te denken. Ik neem nota van wat de minister van Europese Zaken van Frankrijk enige tijd geleden heeft verklaard. En ik herken ook dat Straatsburg een symbool is voor vrede. Het is ook een aangename stad. Ik kom hier sinds 1983, de stad is ook ten goede veranderd.

Maar vele collega's hebben erop gewezen dat dit een grote kost meebrengt en de opportuniteit die daar ligt wegens de Brexit en het overbrengen van een aantal agentschappen na Straatsburg vormt toch een opportuniteit, een moment om te kijken of dit voor Straatsburg ook geen sociaaleconomisch positief verhaal is. Er wordt gezegd: we willen van Straatsburg de unieke zetel maken. Franse collega's, kunnen jullie dit aan in de stad Straatsburg? Het betekent dat op dit ogenblik niet minder dan zesduizend mensen werken in de politieke fracties en in de administratie van het Europees Parlement, zesduizend mensen die hier logies moeten vinden. Het gaat over 751 parlementsleden die hier logies moeten vinden. Het gaat over 1 800 geaccrediteerde assistenten die hier logies moeten vinden. Het gaat over bijkomende logies voor journalisten en lobbyisten!

Kan de stad Straatsburg dat aan? Ik betwijfel het!

Marco Valli (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, due minuti sono anche fin troppi per parlare di questo argomento, anche perché è dal 1981 che questo Parlamento è d'accordo sull'avere una sola sede e penso che, se facesimo un referendum tra i cittadini europei, la stragrande maggioranza sarebbe a favore di una sede del Parlamento, e forse qualcuno neanche di una.

Quindi potete capire come 114 milioni di euro l'anno siano un insulto per tutti i cittadini che faticano per pagare le tasse per portare avanti i processi democratici; capite come dalle 11 000 alle 19 000 tonnellate di CO₂ siano un ulteriore affronto a un Parlamento che cerca di prodigarsi per eliminare quelli che sono gli sconvolgimenti climatici legati alle emissioni. Quindi cercate di capire come sia facile, dal mio punto di vista, perché se fossimo al governo in Italia, noi, come Movimento 5 Stelle, saremmo sicuramente a favore di un provvedimento per avere solo una sede.

Qui, in questo Parlamento, sono rappresentati in qualche modo anche tutti i governi che governano l'Europa. Prendete il cellulare, telefonate ai vostri capi di Stato: che si mettano d'accordo in fretta perché i cittadini, il Parlamento e il buon senso si sono già espressi più volte.

Diane James (NI). – Mr President, I fully support the European Union abandoning the current situation of two European Parliament locations. I fully support realising the saving of the millions currently wasted stupidly and inefficiently every year by transferring the EU parliamentary machine between Brussels and Strasbourg.

But let's be realistic. The EU is now resorting to the usual fudge and non-credible position, and proposing re-siting two London-based agencies here in Strasbourg, ignoring the fact that Strasbourg is a totally inappropriate location for either, so there will not be any buildings sold, there will not be any operational costs eliminated. In fact, the European Union will stay here, and any cost or efficiency savings will never actually be achieved.

It is a real shame, isn't it, that the European Union learns nothing, and allows politics to override sensible decision-making, which would mean closing its presence in one of the two cities for good. And I would say to a lot of people who keep on citing the war: stop living in the past and get real.

Róza Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE). – Nie możemy przecież niszczyć symboli, które pomagają zrozumieć, o co w naszej Unii chodzi, jak urodził się ten plan najlepszy w historii naszego kontynentu. Jesteśmy tu w Alzacji, w Strasburgu, w miejscu, które jest wspaniałą ilustracją strasznie trudnej i dramatycznej historii, nad Renem, o którym mówią, że po drugiej wojnie światowej był wypełniony krwią. Tu język, kuchnia, architektura, nazwiska ludzi, historie rodzinne – wszystko świadczy o przezwyciężeniu wojen, okupacji, wrogości i przepracowaniu ich w bogactwo kilku kultur w jednym miejscu, bogactwo otwartości, gościnności i przyjaźni, a to jest możliwe dzięki Unii Europejskiej. Tu się wszystko zaczęło i tu powinniśmy kontynuować, w Strasburgu nad Renem powinniśmy uczyć się o trudnej przeszłości naszego kontynentu i stąd z tego wspaniałego, pięknego, nowoczesnego budynku powinny płynąć plany dotyczące naszej wspólnej przyszłości. Więc jedna siedziba albo dwie, ale w Strasburgu.

(oklaski)

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, da molti anni la questione della sede unica viene discussa proprio in quest'Aula, e da molti anni questo Parlamento si esprime per superare la situazione attuale che ci obbliga a dividere il nostro lavoro tra due sedi.

Bisogna evitare, però, un facile errore: quello di svuotare del profondo significato storico le ragioni che hanno portato la sede ufficiale della nostra Istituzione qui a Strasburgo, la città al confine, simbolo della pace. Oggi però la situazione storica è diversa rispetto a molti decenni fa: l'Istituzione che rappresenta i cittadini europei non può più cadere vittima della logica intergovernativa dei veti incrociati tra gli Stati.

Oggi ha il dovere di emanciparsi, richiedendo con forza una riforma dei trattati che non solo ci permetta di decidere dove riunirci, ma che permetta finalmente di cambiare indirizzo – io dico in senso federalista – alle strutture e alle politiche della nostra Unione per superare le innumerevoli impasse che danneggiano i cittadini europei nei campi della politica economica, sociale, di azione esterna comune, ancora prima e ben più della questione pur importantissima della nostra sede comune.

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Herr Präsident! Meine Damen und Herren, so viel Französisch wie heute Abend habe ich hier in diesem Parlament noch nicht gehört.

Madame Grossetête, vous avez tout à fait raison.

Wir haben natürlich auch zwei Hauptstädte in Deutschland. Aber ich mache mal darauf aufmerksam, dass die EU drei Hauptstädte hat – neben Straßburg und Brüssel eben auch noch Luxemburg. Vergessen wir nicht: Erinnern wir uns an Herrn Juncker hier vor zwei Tagen, er hat gesagt: „Das Europäische Parlament ist lächerlich.“ Ich muss Ihnen sagen – nach dem, was ich hier gehört habe: Er hat völlig recht.

Das Parlament hat ja nicht einmal das Recht, seinen eigenen Sitz zu bestimmen. Wo in der Welt gibt es eigentlich so was? Und wir haben hier von den Briten gehört, dass sie gehen. Warum gehen sie? Sie gehen, weil wir zu viel Europa haben. Meine Damen und Herren, wenn wir so weitermachen, dann werden noch mehr gehen. Und dann erledigt sich das Problem von selbst: Dann haben wir nicht mehr zwei Sitze oder einen Sitz, dann haben wir am Schluss gar keinen mehr.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem si tuto debata velmi rád vyslechl a ještě v ní budu tedy setrvávat s Vámi dále, nicméně mně přijde trochu marnivá, možná trochu marnotratná. V zásadě v okamžiku, kdy kolega z Francie prohlásil, že francouzská vláda učinila to rozhodnutí, že nesouhlasí s přesunutím sídla do Bruselu, respektive tedy určení toho jednoho sídla v Bruselu, tak si myslím, že ta debata skutečně nikam nesměřuje. Já ušetřím Váš čas a těch dalších třiceti vteřin se vzdám, to znamená, pokračujeme v té debatě.

Joachim Starbatty (ECR). – Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Straßburg ist nur per Zufall Sitz des Parlaments. Es war die Gemeinsame Versammlung der Montanunion, die hier zu Hause war. Und sie war nur hier zu Hause, weil in Luxemburg kein großer Saal für die Abgeordneten war. Deswegen ging man nach Straßburg. Ja, das ist historisch bedingt, das hat nichts mit der europäischen Geschichte zu tun!

Und dann ist Luxemburg ja etwas ganz Entscheidendes. Man muss sich vorstellen, was der Herr Juncker und alle anderen an Aktivitäten nach Luxemburg geholt haben. Darüber redet niemand. Wir haben einen doppelten Sitz hier. Auch die Luxemburger sitzen da, und die sind nur da, weil es historisch bedingt ist.

Ja, und wenn ich mir das jetzt anschau – ich habe ja meine französischen Kollegen –, das verstehe ich alles. Ich bin ja auch gerne in Straßburg. Aber es ist nicht sinnvoll, zwei Sitze zu haben. Aber wir können uns beruhigen: Wir können uns noch so aufregen, Frankreich wird niemals der Aufgabe des Straßburger Sitzes zustimmen! Und dann wird gesagt: Das kostet 140 Millionen. Ach, das ist doch wenig gegenüber der Verschwendung, die ich sonst in Europa in der Agrarpolitik und Kohäsionspolitik erlebe! Da sollte man doch schweigend darüber hinweggehen, über diese 140 Millionen!

Francesc Gambús (PPE). – Señor presidente, estamos aquí porque estar en Estrasburgo nos recuerda nuestra razón de ser. Estamos aquí porque Alsacia nos recuerda cada día por qué los padres fundadores idearon la Unión Europea: para unirnos, para superar las fronteras que nos separan, no para inventarnos problemas donde no los hay.

Los fundadores no podían estar todos equivocados. Kohl, tampoco. Y las imágenes de la azul estrellada sobre los restos del canciller, aquí, en Estrasburgo, con el presidente Clinton cuadrándose ante él, han dado la vuelta al mundo.

Estrasburgo es el símbolo de la reconciliación y la paz entre europeos. Arrancarle el Parlamento es arrancarle el alma y la identidad al proyecto europeo. Los símbolos son importantes, no tienen precio y con ellos no se juega.

Termino, señor presidente, en relación con el debate sobre las agencias. ¿No les parece bien Lille, señor Liese? Apuesten por Barcelona, está preparada. El Gobierno de España está trabajando codo con codo con la Generalitat de Cataluña y el Ayuntamiento, de manera ejemplar, unidos, para que dicha agencia termine en Barcelona. Es un proyecto estratégico fundamental por el que competiremos a fondo y hasta el final.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, ovakvo ustrojstvo Europskog parlamenta na tri različite lokacije, u Bruxellesu, Strasbourgu i Luksemburgu, skupo je, neučinkovito, štetno za okoliš i predstavlja velik relikv prošlih vremena. Konačno smo dočekali službenu raspravu o ovom problemu i to mogu samo pozdraviti.

S godinama se oko svakog od sjedišta Parlamenta stvorila cijela mreža političkih i gospodarskih subjekata koji profitiraju od ovakvog ustrojstva pa je sasvim logičnu racionalizaciju u vidu preseljenja kompletne infrastrukture na jedno mjesto praktički bilo nemoguće ostvariti. Vjerujem da ćemo na kraju ipak uspjeti, unatoč ogromnim otporima.

Strasbourg kao mjesto pomirenja ima veliki simbolički značaj, ali mislim da je vrijeme da Parlament prestane plaćati cijenu simbolike. Preseljenjem na jedno mjesto uštedjet ćemo stotine milijuna eura i tisuće radnih sati koji se troše na putovanja u Strasbourg te biti puno produktivniji u svom radu. Mislim da sve to dugujemo poreznim obveznicima.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Mr President, today we are reaching out to France to engage in a constructive and positive dialogue for a better Europe, closer to citizens. We in the Single Seat campaign want a more efficient, less polluting and less costly European Parliament. We are for – not against – democracy, for dialogue, for Europe, and not against Strasbourg. It is time to overcome this taboo. Strasbourg is – and should remain – a European capital, but we do not want a symbol of peace to become a symbol of waste.

Let's be honest: the travelling circus upsets our citizens. We have a responsibility not to let the single seat issue be used by populists against Europe.

It is not a matter of horse trading. It is building consensus around a table for a win-win solution, providing both economic and political benefits for France, recognising its key role in Europe. Today we are calling for a legislative report asking for Treaty change, for Parliament to decide when and where to meet, and for the Council Presidency and Member States to draw up a roadmap for a single seat.

In conclusion, the President of France, Mr Macron, has asked to change the Treaty for other reasons. We hope he will receive us in the Elysée. There is no mission impossible when citizens ask for it.

Esther de Lange (PPE). – Ik begrijp natuurlijk de emotie van alle collega's die hier vandaag gesproken hebben. Ook ik was hier afgelopen zaterdag toen we afscheid namen van Helmut Kohl. Juist hier, en terecht hier in Straatsburg als symbool van het "nooit meer oorlog". En toch moeten we het over die dubbele zetel hebben.

De Commissie en de Raad hebben zojuist laten zien dat ze de moed niet hebben om dat te doen. We moeten het erover hebben, niet alleen omdat het 200 miljoen EUR per jaar kost, maar ook omdat het de legitimiteit van onze gemeenschappelijke Unie aantast. Als jullie dit niet kunnen aanpakken, hoe moeten we jullie dan nog geloven en hoe zijn jullie dan nog geloofwaardig als het om de échte, serieuze problemen gaat.

Ja, dit parlement debatteert met emotie, en nee, we zijn het niet altijd met elkaar eens, maar we hebben wel de moed om het op de agenda te zetten. Dit in tegenstelling tot veel leiders in de Raad die thuis wel klagen, maar zich nu in stilzwijgen hullen. Tegen die leiders zeg ik: *put your money where your mouth is*. Ofwel, je klaagt thuis en je doet er wat aan. Als je niet bereid bent om er iets aan te doen, dan wil ik de Raad en wil ik ook mijn eigen leiders thuis er de komende vijf jaar niet meer over horen.

Jérôme Lavrilleux (PPE). – Monsieur le Président, mes chers collègues, une minute pour vous dire tout ce que je pense de ce débat, c'est à la fois trop court, car, pour répondre à chacun des arguments contre Strasbourg, il me faudrait des heures. L'Association européenne des jeunes entrepreneurs l'a d'ailleurs déjà parfaitement fait; je vous incite à lire son rapport. Mais c'est aussi bien trop long, car consacrer une minute à ce débat stérile sur un sujet sur lequel nous ne sommes pas décisionnaires, c'est déjà une minute de trop.

Aussi à ceux dont l'idée qu'ils se font de leur mandat est celle d'un joueur de Monopoly – «contre deux hôtels et un hémicycle, je te donne une agence des médicaments et une école» –, je leur dis de prendre garde car, à force d'oublier pourquoi nous siégeons ensemble ici, à Strasbourg, et pas ailleurs, ils vont au-devant d'un réveil qui pourrait être brutal et dangereux.

Permettez-moi à cet égard de citer simplement M. Wolfgang Schäuble, ministre allemand des finances, qui a fait de la préservation des deniers publics une quasi-religion. Il a déclaré, en 2013, qu'aucune autre ville n'explique de façon aussi émotionnelle le sens du lien européen. Nous devons sans cesse rappeler que l'Europe ne peut fonctionner que lorsque Strasbourg est forte. Nous devons sans cesse rappeler aux députés l'importance de Strasbourg. L'Europe ne peut fonctionner qu'avec plusieurs centres.

(Applaudissements)

Διαδικασία «Catch-the-Eye»

Anna Záborská (PPE). – Pán predseda, je mi smutno z politikov, ktorí nemajú úctu k histórii. Úcta k histórii sa nedeclaruje, tá sa žije.

Je mi smutno z ľudí, ktorí chcú ničiť tradície, pretože necítia hrdosť na to, čo dosiahli ich predchodcovia. Je mi veľmi smutno z kolegov, ktorí namiesto toho, aby vlastnou prácou obnovovali odkaz, ktorý nesú európske symboly, chcú tieto symboly zničiť.

Sídlo Európskeho parlamentu, o ktorom tu hovoríme, to nie je políčko v hre Monopoly, na ktorom sme sa náhodou ocitli po vrhu kockou. Je to priesečník našej spoločnej európskej minulosti a prítomnosti.

Pre tých, ktorí to nechápu, sú dejiny len rozprávkou, Európa len trhom a verejný rozpočet len excelovou tabuľkou.

Občanom sa denne snažíme vysvetliť oveľa zložitejšie problémy, ako je sídlo Európskeho parlamentu v Štrasburgu. Ďakujem.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, da decenni, ogni anno, l'Unione europea spreca centinaia di milioni di euro per mantenere le due sedi del Parlamento di Strasburgo e di Bruxelles. Nonostante *austerità*, tagli ed emergenze reali come l'immigrazione, ogni anno ci ripetiamo questo discorso sulla doppia sede, ed ogni anno il Consiglio non fa un passo avanti nella modifica dei trattati.

La petizione per la sede unica, firmata nel 2015 da oltre un milione di cittadini, è passata inosservata, così come centinaia di articoli di giornale e reportage su questo spreco incredibile ed apparentemente inarrestabile. Trovo imbarazzante che l'Unione europea imposti le sue priorità sulla gestione efficiente delle risorse, sulla sostenibilità e sull'economia circolare, per poi mantenere in piedi uno spreco così evidente ed inutile.

Una delle due sedi va dismessa definitivamente se vogliamo restituire credibilità alle istituzioni europee. Abbiamo il dovere di dimostrare ai cittadini che siamo i primi a credere in quel rinnovamento che quotidianamente promuoviamo.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το Στρασβούργο έχει επιλεγεί για λόγους ιστορικούς διότι αποτελεί έκφραση της γαλλογερμανικής προσέγγισης και αυτό πρέπει να το λάβουμε σοβαρά υπόψη. Δεύτερον, θα πρέπει να υπενθυμίσουμε σε ορισμένους συναδέλφους ότι, σύμφωνα με το Πρωτόκολλο 6, αναφέρεται ρητά ότι το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο έχει έδρα το Στρασβούργο, όπου γίνονται οι 12 συνεδριάσεις. Έδρα των επιτροπών του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου είναι οι Βρυξέλλες και έδρα της Γραμματείας είναι το Λουξεμβούργο. Αυτά λέει η Συνθήκη. Επίσης, η Συνθήκη λέει ότι οι έδρες ρυθμίζονται με κοινή απόφαση των κυβερνήσεων και η Γαλλική κυβέρνηση δήλωσε ότι δεν θα αλλάξει γνώμη, επομένως δεν πρόκειται να αλλάξει τίποτε.

Καλώ όμως τους Γάλλους συναδέλφους, οι οποίοι θέλουν να λειτουργεί εδώ το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, να κάνουν σοβαρές προσπάθειες ώστε να υπάρξει ένα σοβαρό αεροδρόμιο, για να μπορούμε να ερχόμαστε με την άνεσή μας και να υπάρξει σύνδεση με όλες τις πρωτεύουσες. Επενδύστε λοιπόν εδώ στο Στρασβούργο και στο αεροδρόμιο και στις υπόλοιπες υποδομές για να έχουμε μια σοβαρή παρουσία.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señor presidente, los populistas han convencido a muchos de que las instituciones de la Unión Europea tiran el dinero: es una gran mentira; pero los populistas y los nacionalistas no necesitan la verdad para nada, les basta con pequeñas verdades que mezclan con grandes mentiras para engañar a los ciudadanos. Para derrotar al populismo debemos hacer dos cosas: desvelar sus mentiras y dejarlos sin argumentos.

La Unión Europea en general no despilfarra, pero mantener dos sedes del Parlamento Europeo supone un sobrecoste de 180 millones de euros al año y un coste medioambiental de 19 000 toneladas de CO₂: es un despilfarro inaceptable en una Europa que todavía tiene que recuperarse de la crisis y que, además, se encuentra en una nueva fase de europeísmo eficiente y reformista.

Los eurodiputados queremos una sola sede y lo hemos dicho muchas veces; una Unión Europea ágil y eficaz ya lo habría resuelto. Pero además del coste económico, hay un coste político: al no suprimir una de las sedes estamos dando argumentos a los enemigos de la Unión.

Estrasburgo es un símbolo de paz y reconciliación, no podemos permitir que se convierta en un símbolo del despilfarro. Y este es el momento.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Zaupanje državljanov Evropske unije v evropske institucije ni tako visoko, kot bi si želeli. In mislim, da moramo tudi s svojim ravnanjem pokazati, da nam je mar do Evropske unije in pa seveda tudi do evropskih institucij in pa racionalnosti. Še zlasti potem, ko smo šli čez težko ekonomsko krizo, ko smo zapovedali varčevalne ukrepe mnogim državam, kar še danes pušča ogromne posledice, mi še vedno porabimo letno 114 milijonov za selitev iz enega sedeža na drug sedež in to predstavlja čez 6 % proračuna Evropskega parlamenta.

Kolegi so že povedali tudi o drugih učinkih, ki seveda niso zanemarljivi. Zato se mi zdi vredno ponovno razmisliti o tem, ali so te selitve res racionalne in ali s tem morda ne spodbujamo še dodatne jeze na račun potrate, in mislim, da kot odgovorni moramo o tem resno razpravljati.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η συζήτηση για την ενιαία έδρα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου είναι παλαιά και φυσικά δεν πρόκειται να ολοκληρωθεί, κατά τη γνώμη μου, ούτε σήμερα ούτε στο προσεχές μέλλον. Επειδή όμως το θέμα αυτό επηρεάζει τη ζωή και τον τρόπο εργασίας όλων μας, θα πρέπει η απόφαση που θα ληφθεί να είναι απαλλαγμένη από συναισθηματισμούς και πολιτικές σκοπιμότητες και θα πρέπει να γίνει προσπάθεια για να δοθεί λύση σε ένα υπαρκτό πρόβλημα. Δεν υπάρχει αμφιβολία ότι η έδρα του Ευρωκοινοβουλίου πρέπει να είναι ενιαία.

Αυτή τη στιγμή, όλες οι εγκαταστάσεις του Ευρωκοινοβουλίου βρίσκονται στις Βρυξέλλες και εκεί, κατά την άποψή μου, πρέπει να βρίσκεται και η έδρα. Αν λάβετε υπόψη τις μετακινήσεις που γίνονται, την τλαιπωρία που υφίστανται οι ευρωβουλευτές και οι εργαζόμενοι, τον όγκο του υλικού που μετακινείται, τότε επιβάλλεται να αντιμετωπιστεί το πρόβλημα αυτό με έναν τρόπο ρεαλιστικό. Η ύπαρξη της έδρας στις Βρυξέλλες δεν σημαίνει συγκεντρωτισμό, σημαίνει μια λογική αντιμετώπιση του θέματος.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, it is obvious that having two seats for the European Parliament is both illogical and unsustainable. Could you imagine if every school in Europe met in one location for three weeks of the month and then went off a couple of hundred miles away for one week every month? People do not understand this, and it needs to change.

I would ask my good French colleagues to look at the situation and, if they are sincere about a single seat, let us decide on a single seat first and then decide whether that seat is Brussels or Strasbourg. I would also appeal to the French, who played such an honourable and central part in the COP 21 climate summit in Paris. How can they be so proud of that and, at the same time, condone and wish to continue a situation where 19 000 tons of CO₂ are emitted every year unnecessarily? It is time for change.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE). – Arvoisa puhemies, brexit tarjoaa meille ja EU:lle ainutkertaisen mahdollisuuden järkeistää EU:n toimintaa ja siirtää yhteen toimipaikkaan, lopettaa sekä ajan että rahan tuhlaus. Täällä on vedottu historiallisiin syihin. Ymmärrän erittäin hyvin, että silloin kun tämä järjestö on aikoinaan perustettu, toimipaikaksi on pistetty Strasbourg. Se on ollut silloin hyväksyttävää ja sillä on ollut kunniakkaat syyt.

Mutta aikaa on kulunut, EU on laajentunut ja tällä hetkellä se, että on kaksi toimipaikkaa, tarkoittaa tuhlausta ja järjetömyyttä. Nyt on aika siirtää siis yhteen toimipaikkaan. Me emme voi olla historian emmekä myöskään Ranskan vankeja tässä asiassa. Missään asiassa tilanteen ei pitä olla niin, että yksi jäsenvaltio pystyy blokkaamaan päätöksen kokonaan.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, obviamente que não cabe ao Conselho nem à Comissão, nem sequer a este Parlamento, decidir esta questão. A decisão compete à unanimidade dos Estados-Membros mudarem os tratados e permitirem a determinação de uma sede única para o Parlamento Europeu. No entanto, acredito que devemos aproveitar a eleição do Presidente francês – o mais pró-europeu dos candidatos das eleições francesas – e as negociações do Brexit para relançar o debate acerca da revisão dos tratados que permita a esta Casa reunir num só local.

Não se trata de lançar nenhuma campanha anti-Estrasburgo, lugar simbólico da reconciliação franco-alemã e ponto de partida da construção europeia. Trata-se, sim, de pôr de lado egoísmos nacionalistas e chegar a uma solução mais eficiente do ponto de vista económico, ambiental e do próprio trabalho parlamentar.

A deslocação mensal a Estrasburgo de eurodeputados, assistentes, intérpretes e jornalistas custa cerca de 114 milhões de euros e representa emissões adicionais de 19 mil toneladas de CO₂ por ano. Estes valores não são justificáveis perante quem aqui todos representamos – os cidadãos europeus – e a quem foram exigidos tantos sacrifícios na sequência da crise de 2008. O Parlamento pode não ter competência para decidir, mas certamente que, em nome da de quem representa – o povo europeu – pode e deve discutir este assunto. E para além do mais, relativamente à Agência Europeia dos Medicamentos, está provado que Portugal é o local ideal para ter a agência.

Indrek Tarand (Verts/ALE). – Mr President, this umpteenth discussion about one seat is being conducted on the wrong basis because it's not a question of choosing between Strasbourg and Brussels. Many of my colleagues have already quoted the Treaty and it is clear: our activities here are legal in Brussels. The issue, however, is not one of geography, it is a question of power. Most of us want to be in Brussels because then we can be closer to an executive branch of power, closer to Commissioners, life-time contracted civil servants and all that kind of 'glamour'.

I believe that our French colleagues would support me when I call on this Chamber to study carefully the works of Montesquieu, Rousseau and others. That means we must change the Treaties and give this Parliament more power. For instance, vote down Commissioners, Jean-Claude Juncker included if need be, and only after that can we discuss whether we like Strasbourg more than Krakow, for instance.

Λήξη της διαδικασίας «Catch-the-Eye»

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, I have listened with interest to all the speakers today but I will not enter into the substance of the issue. As I said at the beginning, decisions on the seats of the EU institutions are not a matter for the Commission.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί την Πέμπτη στις 12 το μεσημέρι.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 162)

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. – Het voorstel om het Europees Geneesmiddelenbureau (EMA) na de brexit naar Straatsburg te verhuizen, vindt steeds meer bijval. In ruil voor het felbegeerde EU-agentschap kan er eindelijk een einde komen aan de maandelijkse verhuizing van het Europees Parlement naar Straatsburg. 80 % van de EP-leden is voorstander van één zetel; laat ons daar dan ook werk van maken. De maandelijkse verhuizing kost niet alleen handenvol geld, maar is ook enorm belastend voor het milieu. Het einde van dat gependel zal tot 114 miljoen euro per jaar besparen en de CO₂-uitstoot met 19.000 ton verminderen. Het huisvesten van het Geneesmiddelenbureau in Straatsburg heeft ook onmiskenbaar economische voordelen voor de hoofdstad van de Elzas: 1.000 hooggeschoolde (permanente) personeelsleden en een dagelijks komen en gaan van honderden experts zullen grosso modo voor extra inkomsten zorgen voor de hele regio.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Quello sulla sede unica del Parlamento europeo appare ormai un dibattito surreale. Costantemente riproposto da più di 30 anni, praticamente fin da quando il Parlamento europeo venne eletto per la prima volta a suffragio universale, sembra ormai essersi ridotto ad un dialogo tra sordi. Lo testimoniano le dichiarazioni rese in questo dibattito dal Consiglio e dalla Commissione che declinano ogni responsabilità rimettendola agli Stati membri dell'Unione. Non starò adesso qui a richiamare gli sprechi, le inefficienze e le incongruenze che giustificherebbero una sede unica e sostenibile del Parlamento europeo. Mi limito a rilevare che anche su questo tema, così come sui principali altri all'ordine del giorno dell'agenda politica dell'Unione, e tra tutti l'immigrazione, ancora una volta la tanto strombazzata retorica dell'Unione, della fratellanza e della solidarietà cede il passo, senza opporre alcuna resistenza, al cinico, ma molto più realistico, egoismo degli Stati membri.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), *kirjallinen*. – Kaksi asiaa on tullut täysin selväksi niiden vuosien ja vuosikymmenten aikana, kun parlamentti on hajauttanut toimintansa kuukausittain Brysselin ja Strasbourgin kesken. Ensinnäkin edestakaisin kulkeminen on kallista, aikaa vievää, saastuttavaa ja suunnattoman epäsuosittua. Sekä valtaosa kansalaisista että valtaosa Euroopan parlamentista vastustaa sitä. Strasbourg on valtavan ihana kaupunki, mutta tämä eripura saattaa EU:n yhteistyökyvyn ja toiminnan kyseenalaiseksi. Toiseksi on tullut selväksi, että jäsenmaat eivät näytä pääsevän Brysseliin siirtymisestä sopuun, koska Ranska on vastustanut Brysseliin siirtymistä.

Pöytäkirja Euroopan unionin toimielinten ja tiettyjen elinten, laitosten ja yksikköjen kotipaikan sijainnista määrittää, että Euroopan parlamentin kotipaikka on Strasbourg, jossa pidetään kaksitoista kuukausittaista täysistuntoa. Järkevin vaihtoehto olisi muuttaa sopimuksia siten, että Euroopan parlamentti saa itse päättää työskentelypaikkansa.

Mikäli Ranska ei suostu muuttamaan nykyistä järjestelyä, ehdotan, että Strasbourgin viikkoja lyhennetään ensin kolmeen, sitten kahteen ja lopulta yhteen päivään, kun taas Brysselin täysistuntoja pidennetään. Matkustusrumba Strasbourgiin jatkuisi edelleen 12 kertaa vuodessa, mutta parlamentti istuisi täällä vain yhden päivän kullakin kerralla. Ehkä siinä vaiheessa voitaisiin avata perussopimusta edes vähentämällä matkustuskertoja. Ei siinäkään ole mitään järkeä, mutta se on vähemmän hölmö järjestely kuin nykyinen.

Kenties tämä avaa myös Ranskan silmät. Tuen lämpimästi vaihtokauppaa, jossa Ranska saisi brexitin yhteydessä Britanniaista pian vapautuvat virastot, mikäli maa suostuu vastineeksi luopumaan Strasbourgin istunnoista.

Kathleen Van Brempt (S&D), schriftelijk. – Jaar na jaar stemt drie vierde van de EP-leden voor één enkele zetel voor het Europees Parlement. Wij vertegenwoordigen de Europese bevolking, dus je kunt zeggen dat een overweldigende meerderheid van de Europeanen de geldverslindende verhuizing tussen Brussel en Straatsburg verwerpt. Dat bleek trouwens uit een door 1,7 miljoen Europeanen ondertekende enquête. Het hardnekkig vasthouden aan meerdere locaties voedt bovendien het euroscepticisme in de Unie. Niemand kan een verspilling van 180 miljoen euro per jaar én een extra uitstoot van 19.000 ton CO₂, evenveel als 4900 vluchten tussen Berlijn en New York, verantwoorden.

Dat Straatsburg symbool staat voor de verzoening tussen Frankrijk en Duitsland na WO-II én daarom voor de diepere betekenis van de Unie is een valabel argument. Net daarom mag Straatsburg niet afgeschreven worden. We beschikken over een uniek momentum om Straatsburg de zetel te maken van het Europees Geneesmiddelenbureau. Die verplaatsing levert een nieuw argument, namelijk dat de economische opbrengst voor de stad groter zal zijn dan de 20 miljoen euro aan economische input die Straatsburg ontvangt door de maandelijks verhuizing van het Parlement. Laten we van dit momentum gebruikmaken en een win-winsituatie creëren, zowel voor Straatsburg als voor het Europees Parlement en de Europese bevolking.

16. Förderung von Kohäsion und Entwicklung in den Gebieten in äußerster Randlage der EU (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η έκθεση του κ. Younous Omarjee σχετικά με την προώθηση της συνοχής και της ανάπτυξης στις εξόχως απόκεντρες περιοχές της Ένωσης: εφαρμογή του άρθρου 349 της ΣΛΕΕ (2016/2250(INI)) (A8-0226/2017).

Younous Omarjee, rapporteur. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, je tiens tout d'abord à remercier l'ensemble des rapporteurs fictifs et mes collègues pour leur contribution à ce rapport, ainsi que la commission de l'agriculture et du développement rural (AGRI) pour son avis.

Ce rapport arrive à quelques mois de la publication, par la Commission européenne, de sa nouvelle communication relative aux régions ultrapériphériques de l'Union (RUP), décision que je veux saluer. Mais plus que d'une nouvelle stratégie, ce dont les RUP ont désormais besoin, c'est de mesures concrètes, rapides et efficaces pour l'emploi des jeunes, pour la pêche, pour leur accès à tous les programmes horizontaux de l'Union et aux réseaux transeuropéens de transport, de l'énergie et des télécommunications. Tout ceci par la pleine mise en œuvre de l'article 349. D'autant plus que nous avons, aujourd'hui, la force juridique pour le faire, avec la décision de la Cour de justice du 15 décembre 2015.

Ce que nous demandons, au fond, ce n'est pas un effort budgétaire plus important – ce débat viendra peut-être –, mais simplement la mise en œuvre de politiques mieux adaptées à nos situations particulières, comme l'autorise le traité.

Ce que j'appelle la culture RUP doit être mieux irriguée et mieux partagée au sein de toutes les politiques de l'Union, au sein de toutes les directions générales, ce qui n'est, vous en conviendrez, pas toujours le cas. La question qui, de mon point de vue, est essentielle, est celle de la nécessaire transversalité et de la mise en cohérence des politiques européennes. Car il n'est pas cohérent que les efforts importants déployés, d'un côté, dans la politique de cohésion par la commissaire Crețu, dont je veux saluer, ici, l'engagement, se trouve annihilés, de l'autre, par d'autres politiques, par d'autres commissions qui se refusent encore à la pleine application de l'article 349 et à la prise en compte des particularités des RUP. C'est précisément ce qu'il faut corriger. C'est d'ailleurs ce que le Président Juncker, lui-même, avait souligné lors du Forum des RUP et c'est ce changement que ce rapport préconise aujourd'hui.

Je pense à la politique commerciale et aux accords de libre-échange qui, vous le savez, sont très souvent dévastateurs pour nos économies fragiles et qui doivent, de notre point de vue, prendre en compte en amont, dans la négociation même, les intérêts de nos productions, comme le sucre pour La Réunion, la banane pour les Antilles et le lait pour les régions ultrapériphériques portugaises et espagnoles, qui sont d'ailleurs, déjà, très fragilisées par la disparition des quotas.

Le Parlement européen a donc souhaité, par ce rapport, faire un bilan objectif de la mise en œuvre de l'article 349 et formuler un certain nombre de propositions.

Pour conclure, je veux vous dire l'inquiétude qui est la nôtre sur l'avenir de la politique de cohésion au-delà de 2020. Je veux vous dire notre inquiétude sur son risque de dénaturation par rapport à ces objectifs de solidarité. Je veux vous dire que, si les instruments financiers venaient se substituer aux subventions, les objectifs que nous posons pour les régions ultrapériphériques seront alors très difficilement atteints.

C'est pourquoi, dans l'avenir de la politique de cohésion, les régions les moins développées d'Europe, comme les régions ultrapériphériques, quelle que soit cette politique, devront être sanctuarisées.

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, first of all I would like to thank Mr Omarjee for his report. The situation of the outermost regions is unique, as is recognised in Article 349 of the Treaty. This report comes at a very appropriate time as the Commission is preparing a renewed strategy on these regions, which should be adopted by the end of October 2017.

The report calls for more extensive use of Article 349 of the Treaty. I would like to reassure you that the Commission, within the framework of the upcoming renewed strategy on the outermost regions, and on the basis of Article 349, will look at all EU policies and consider, when relevant and justified, whether specific measures and adaptations are necessary.

However, I would remind you that the Commission has already proposed specific provisions, spanning various EU policies, to take into account the situation of the outermost regions. The Commission will take stock of the progress made since 2012 when the last strategy for the outermost regions – for their smart, sustainable and inclusive growth – was proposed. Since then a lot has been done to boost the competitiveness of local enterprises and to reduce the 'accessibility gap'.

Let me take the recent example of state-aid-specific provisions, to which my colleague Commissioner Vestager has devoted a lot of attention, addressing the concerns expressed by these regions. However, major challenges remain, including high unemployment rates, which, of course, affect young people in particular. Hence we need to pool our efforts to address the concerns of ordinary people in these regions and offer them better prospects.

The report sends important messages about the collective role of all EU policies and programmes in the development of the outermost regions. Cohesion policy plays a crucial role and specific provision for these regions addresses their needs and location. The Commission also agrees on the importance of investing in research and innovation, helping these regions to deploy their smart-specialisation strategies.

We are committed to further boosting the outermost regions' strengths and building on their extraordinary assets, their rich biodiversity and their unique position in the world. We would like to help them to have a leading role in fields such as renewable energies and the blue economy.

In parallel, helping the regions to close their accessibility gap will be crucial. Here we are thinking not only about transport links but also about digital connectivity. Cohesion policies have helped considerably to reduce this gap. The collective involvement of all parties – the outermost regions, Member States, and all relevant stakeholders in the European Union – will be crucial to ensure that assets and specific issues are taken on board in an appropriate manner. This renewed strategy will guide our joint work in the years to come.

Ricardo Serrão Santos, *relator de parecer da Comissão da Agricultura e do Desenvolvimento Rural*. – Senhor Presidente, Senhor Comissário, congratulo o relator Younous Omarjee pela iniciativa deste relatório e pelo seu conteúdo final.

O desenvolvimento de uma Europa social e economicamente coesa e solidária é uma tarefa quotidiana. O tratamento diferenciado das regiões ultraperiféricas por parte de todas as instituições e serviços da União está juridicamente consolidado, mas impõe um aperfeiçoamento contínuo. Enquanto responsável pela opinião emitida pela Comissão da Agricultura, destaco a necessidade de consagrar a consistência das dotações doPOSEI no próximo quadro financeiro plurianual.

O Posei foi um precioso auxílio, reconhecido aliás pelas análises independentes promovidas pela Comissão Europeia. Realço também a necessidade de o Observatório do Mercado do Leite da União incluir as regiões ultraperiféricas, de forma autónoma e independente, na avaliação dos preços do e no estabelecimento, claro, dos critérios para a definição da crise.

Maurice Ponga, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, ce rapport sur la promotion de la cohésion et du développement dans les régions ultrapériphériques (RUP) permet de faire un premier bilan de l'application de l'article 349 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne. C'est également l'occasion de préciser les positions du Parlement en vue de l'adoption, par la Commission européenne, d'une nouvelle stratégie pour les RUP avant la fin de cette année.

Dans ce rapport, nous soulignons le soutien apporté par l'Union européenne aux régions ultrapériphériques, ainsi que la nécessité de mieux valoriser leurs atouts. Cela se traduit par des propositions concrètes dans différents domaines clés pour les RUP.

Tout d'abord, au niveau agricole, nous appelons à maintenir le programme d'options spécifiques à l'éloignement et à l'insularité (POSEI) et à apporter une attention particulière à certaines filières, notamment celles de la banane et du sucre. Nous exhortons également la Commission européenne à mettre en œuvre les recommandations que nous avons adoptées, le 27 avril dernier, dans le cadre d'une résolution sur la gestion des flottes de pêche dans les RUP.

Au niveau du commerce international, en raison de la fragilité de l'économie des RUP, nous insistons sur la nécessité que l'Union en tienne compte lorsqu'elle conclut des accords commerciaux avec des États tiers. Si des clauses de sauvegarde doivent être prévues, il est important qu'elles soient efficaces afin de protéger nos producteurs ultramarins.

Concernant la politique de cohésion, nous appelons à maintenir, après 2020, les dispositifs spécifiques pour les RUP et à renforcer la flexibilité afin de mieux s'adapter à leurs spécificités.

Enfin, pour ce qui est des politiques relatives à la recherche, à l'éducation, à l'environnement, à la compétitivité des entreprises, aux transports ou encore aux télécommunications, nous invitons la Commission européenne à mieux prendre en compte les RUP afin d'assurer leur participation effective aux différents programmes.

Je suis heureux que le Parlement ait insisté sur le programme Erasmus afin de permettre une participation effective de tous les ultramarins – RUP et PTOM confondus – au programme en adaptant les bourses à l'éloignement du continent. La Commission adoptera dans quelques mois sa nouvelle stratégie pour les RUP. J'espère donc qu'elle sera ambitieuse et aura des pistes concrètes pour assurer le développement durable des régions ultrapériphériques.

Louis-Joseph Manscour, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, chers collègues, mes premiers mots seront d'abord pour souligner la qualité du rapport de mon collègue Omarjee et surtout le féliciter pour ce travail collectif.

Bien qu'elle soit absente, je veux aussi saluer l'engagement constant de M^{me} la commissaire Crețu en faveur des régions ultrapériphériques.

Mes chers collègues, ce rapport est une contribution du Parlement à la communication que la Commission publiera d'ici la fin de l'année. Je forme le vœu que cette dernière en reprenne le contenu, et ce afin de nourrir l'espoir qu'a fait naître l'arrêt rendu, le 15 décembre 2015, par la Cour de justice européenne.

Cet arrêt est fondamental. En effet, il vient clore un conflit d'interprétation sur le champ d'application de l'article 349 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne et surtout confirmer que ce dernier peut être utilisé pour déroger tant au traité qu'au droit dérivé.

Or, chers collègues, pendant que nous affichions nos divergences de vues sur cet article, les handicaps dont souffrent nos régions demeuraient. J'en veux pour preuve le récent mouvement social qui a paralysé la Guyane durant de longues semaines. Il nous rappelle l'urgence d'agir.

L'Union européenne, grâce à cet article, dispose de moyens puissants pour adopter des mesures spécifiquement dédiées aux RUP. C'est exactement ce que propose le texte. En l'adoptant demain, le Parlement européen démontrera qu'il reste fidèle au traité et aux valeurs de solidarité qui fondent notre Union.

Sławomir Kłosowski, *w imieniu grupy ECR*. – Szanowny Panie Przewodniczący! Bardzo dziękuję posłowi sprawozdawcy za zaangażowanie w prace nad sprawozdaniem. Grupa Europejskich Konserwatystów i Reformatorów jest przyjacielem regionów oddalonych. Życzymy im rozwoju i pokonania trudności. Uważam jednak, że przywołane w sprawozdaniu regiony nie wykorzystują w pełni możliwości artykułu 349 Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej. Zwracam uwagę, że polityki krajów, w których granicach pozostają regiony oddalone, umożliwiają dodatkowe wsparcie. Na kontynencie europejskim pozostaje wiele obszarów przeżywających podobne problemy z powodu oddalenia, klimatu, topografii lub zapóźnień wynikających z pozostawania pod dyktando komunizmu. Obszary te potrzebują wsparcia analogicznego jak regiony oddalone. Dlatego uważam, że regiony oddalone powinny zabiegać przede wszystkim o pomoc sektorową, strukturalną i inwestycyjną w państwach, w których granicach pozostają.

Matthijs van Miltenburg, *namens de ALDE-Fractie*. – Ik wil allereerst de rapporteur, mijnheer Omarjee, bedanken voor het vele werk dat is verricht. Er is een grote afstand tussen de ultra-perifere gebieden en het Europese continent. Maar sinds ik zelf een aantal van deze regio's bezocht heb, is de gevoelsafstand voor mij verkleind. Ik draag deze gebieden en hun bevolking een bijzonder warm hart toe.

De ultra-perifere gebieden zijn een integraal onderdeel van de Europese Unie, maar vanwege hun specifieke geografische ligging worden zij voor bijzondere uitdagingen in hun ontwikkeling gesteld. Het is dan ook niet meer dan logisch dat wij Europees beleid, daar waar nodig, aanpassen aan hun speciale situatie. En daarbij komt dan het veelbesproken artikel 349 om de hoek kijken. En dat artikel 349 legt de juridische basis voor maatwerk in Europees beleid. De Europese Commissie mag daar best wel wat innovatiever mee omgaan.

Maar daarbij moet worden opgemerkt dat specifieke maatregelen voor de ultra-perifere gebieden wel in balans moeten blijven en wellicht dat wij in het verslag soms iets te enthousiast oproepen om extra steun te verlenen voor producenten van bananen, van rietsuiker en voor de melkproductie op de Azoren. Maar ik moet zeggen dat ik de globale strekking van het verslag onderschrijf. Laten we vooral ook de kansen zien voor ontwikkeling van de ultra-perifere gebieden, of het nu gaat om duurzame energieopwekking, het versterken van de unieke biodiversiteit, het toerisme of the *blue economy*.

Laten we die kansen verzilveren met behulp van het cohesiebeleid. De ultra-perifere regio's kunnen dan wat ik zou noemen "de eilanden van excellentie" worden. Duurzaam verbonden met de rest van Europa.

Ángela Vallina, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, me gustaría en primer lugar dar las gracias al ponente, al señor Omarjee, por la calidad y la precisión del informe. No solo es importante defender los derechos de las regiones ultraperiféricas, sino que es necesario hacerlo con argumentos contundentes y apelando al cumplimiento de los Tratados y los Reglamentos, en los cuales se enfatizan las particularidades de estas regiones en cuanto a su estructura socioeconómica y a su posición geográfica.

Estas regiones también tienen potencialidades diferenciadoras en cuanto respecta a la sostenibilidad, biodiversidad y desarrollo de la economía en sectores como la agricultura, la pesca o las energías renovables o también, por qué no, el turismo. Pero todo ello no sería posible sin las adecuadas políticas de la Unión y la coordinación entre instituciones y administraciones. No sería posible sin la protección de las economías locales.

Debemos recordar también que serán las regiones más afectadas por las consecuencias del cambio climático y, por tanto, se debe poner la atención ya en programas de adaptación y prevención. Y por último, y no menos importante, el informe constituye un recordatorio de la importancia que tiene la política de cohesión en la Unión Europea, que parece que a veces nos olvidamos de las diferencias que hay entre regiones.

Monika Vana, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Auch ich möchte mich zunächst ganz herzlich beim Herrn Berichtersteller Omarjee für die ausgezeichnete Zusammenarbeit beim Bericht zur Förderung von Kohäsion und Entwicklung in den Gebieten in äußerster Randlage bedanken. Der Bericht kommt ja wirklich genau zur richtigen Zeit – vor der Vorstellung der Präsentation der Strategie der Kommission.

Als Grüne begrüße ich sehr, dass in dem Bericht große Aufmerksamkeit auf die Unterstützung und Ausbildung junger Menschen gelegt wurde – insbesondere die Teilnahme an der europäischen Jugendbeschäftigungsinitiative – und dass Studierende und JungunternehmerInnen verstärkt vom neuen Programm Erasmus+ profitieren sollen. Wie schon angesprochen wurde: Durch die geografische Lage sind ja die Gebiete in äußerster Randlage für die Forschung in den Bereichen Klimawandel und Artenvielfalt besonders interessant, und das ist auch eine Stärke, die hervorgehoben werden sollte.

Wir Grünen machen uns natürlich stark für nachhaltige Energieselbstversorgung in diesen Gebieten – speziell für den Ausbau von erneuerbaren Energiequellen, Energieeffizienz und den Ausbau der Kreislaufwirtschaft. Der Bericht geht eindeutig für uns in die richtige Richtung, und wir bedanken uns.

Rosa D'Amato, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anch'io devo esprimere il mio apprezzamento per il lavoro del collega Omarjee e voglio sottolineare con lui in questa relazione che, sia per le regioni ultraperiferiche che per le regioni che sono in difficoltà, il principio di solidarietà non deve essere soltanto una mera dichiarazione di intenti, ma deve essere importante sia in fase di progettazione che in fase di attuazione delle politiche europee.

Nella relazione parliamo molto di sostenibilità ambientale e di crescita blu, ma devo qui sottolineare due pericoli maggiori che i nostri mari purtroppo corrono. I primi sono i rifiuti, i rifiuti marini, i quali sono una vera e propria emergenza globale. Secondo uno studio della stessa Commissione europea essi, oltre a causare gravi danni ambientali alle comunità costiere, alle economie, al turismo, alla navigazione, alla pesca e alla biodiversità, costano ai contribuenti europei almeno 630 milioni di euro.

Devo segnalare un altro pericolo imminente: l'estrazione del petrolio e del gas, l'esplorazione alla ricerca di minerali nei depositi di acque profonde. Questi hanno gravi ripercussioni sulle zone marine sensibili e danneggiano in maniera irreversibile le specie marine e gli ecosistemi vulnerabili.

Signori, se non affrontiamo questi temi e se non fermiamo le multinazionali, i poteri forti, che aggravano i problemi ambientali e distruggeranno le nostre economie con il TTIP, con il CETA, anche un'attuazione coerente ed uniforme dell'articolo 349 non riuscirà a contribuire ad un vero sviluppo armonioso ed equilibrato delle regioni ultraperiferiche, dotate di un incredibile patrimonio naturalistico da tutelare e valorizzare.

Gabriel Mato (PPE). – Señor presidente: muchas gracias al colega Omarjee por su informe.

La lejanía, la insularidad, el tamaño reducido, la difícil topografía y la dependencia económica de unos pocos productos son rasgos permanentes de las regiones ultraperiféricas, entre ellas Canarias. La respuesta de Europa a estos hándicaps debe ser también permanente y tiene su sustento en el artículo 349 del Tratado.

Tres apuntes.

El POSEI desempeña un papel esencial en el mantenimiento y desarrollo de la producción agrícola y la industria de transformación en estas regiones, que sufren tasas de paro mucho más altas que los promedios nacionales. Por ello, es absolutamente necesario mantener, y reforzar, en su caso, estos programas: sin POSEI, no hay futuro para el sector agrario.

Sector pesquero, donde la necesidad de reestructuración y desarrollo, uno de los principales objetivos del POSEI, es acuciante. Necesitamos volver a disponer de un POSEI-Pesca. Es fundamental la modernización de la flota. La flota, por razones de seguridad, con antigüedad de más de veinte años, es peligrosa, ineficiente y contaminante. Con estrictas condiciones, no se tiene por qué poner en peligro la pesca sostenible.

Por último, en breve afrontaremos el nuevo marco financiero plurianual. Necesitamos que ese nuevo marco cumpla con las expectativas: no las defraudemos.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, ao Deputado Omarjee queria felicitar o produto final deste relatório e dizer, de facto, que a União Europeia deve ter em conta a situação social, económica e estrutural destas regiões, que são regiões afastadas pela insularidade, pela pequena superfície, pelo relevo, por climas difíceis e pela sua dependência económica em relação a um pequeno número de produtos.

Por isso todos nós devemos empenhar-nos na salvaguarda da competitividade e especificidade das suas indústrias tradicionais aquando da celebração de acordos de livre comércio entre a União e países terceiros num aumento do investimento conseguido através do Fundo Europeu para investimentos estratégicos, de forma a dar resposta às deficiências do mercado nestas regiões, mas também aos índices elevadíssimos de desemprego, particularmente o desemprego jovem, na criação de um programa de investigação específico que permita a colocação em rede das respetivas universidades, dos centros de investigação e de empresas inovadoras. As RUP têm, de facto, todas as características de laboratórios de experimentação. Também considero que a internacionalização da acessibilidade das RUP através das infraestruturas e rotas de transporte são fundamentais.

Queria ainda salientar que fico particularmente satisfeita por estarmos aqui a falar a uma só voz em relação ao que é que pretendemos para as RUP e ficamos, de facto, a aguardar pela estratégia para as RUP já no próximo Outono.

Sofia Ribeiro (PPE). – Senhor Presidente, destaco cinco pontos neste relatório que defendemos.

Primeiro: a criação de um POSEI Transportes pelos constrangimentos na mobilidade de pessoas e mercadorias nestas regiões face ao seu afastamento e aos custos acrescidos associados.

Segundo: não redução do POSEI Agricultura, que é um fator fundamental para o desenvolvimento económico e social, bem como para a coesão territorial destas regiões.

Terceiro: proteção dos produtos sensíveis para as regiões ultraperiféricas no âmbito dos acordos comerciais europeus cujo impacto deve ser pré-avaliado. É necessário definir claramente o que é uma crise de mercado nestas regiões.

O relatório também defende a necessidade de o Observatório do Leite ter também os dados deste setor das RUP de uma forma autónoma.

Quarto: recuperação do POSEI Pescas, cuja integração no FEAMP FOI um tremendo erro, que deve ser corrigido, causando danos que prejudicam os pescadores, bem como levou à perda da autonomia na gestão deste importante fundo.

Quinto: o aumento da aplicação do artigo 349.º. Há uma responsabilidade acrescida dos Estados-Membros de garantir que o âmbito de aplicação deste artigo não se limite ao financiamento, atuando e exercendo influência para que os documentos da Comissão já demonstrem o respeito pelo Tratado e não apenas a atuar na remediação desta situação.

Por último, queria enaltecer o excelente trabalho do colega Omarjee.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, comisario, todo el reconocimiento al ponente, nuestro colega Omarjee, por este informe, que es el primer documento estratégico sobre las regiones ultraperiféricas después de la relevante sentencia de 15 de diciembre de 2015, la sentencia sobre Mayotte, que señala que hay base jurídica no solamente para excepcionar el Derecho derivado, sino también para especializar las políticas respecto de las regiones ultraperiféricas para compensar su lejanía y su insularidad. Y lo hace en la perspectiva de una planificación estratégica: la Europa después de 2020, entre 2020 y 2030, un documento estratégico para las RUP, que señala un cambio radical de orientación.

En primer lugar, porque no estamos ya hablando exclusivamente de política regional o de política agrícola, sino de un conjunto de variedades que van desde la política comercial a la política exterior. En segundo lugar, porque se dice con claridad que ser una región ultraperiférica no es una desventaja, sino que puede ser un apoyatura estratégica. Pero, en tercer lugar, porque señala el potencial de la inserción de las regiones ultraperiféricas por su conectividad en las redes transeuropeas de innovación, de energía, de nuevas comunicaciones, de telecomunicaciones, lo que significa una enorme palanca de futuro para, de una vez por todas, señalar la presencia de las regiones ultraperiféricas como una condición singular de la política regional europea.

Daniel Buda (PPE). – Domnule președinte, doresc, în primul rând, să-l felicit pe domnul Omarjee pentru munca depusă. Personal, am fost în două regiuni ultraperiferice, respectiv în Martinica și în insulele Azore, împreună cu Comisia de dezvoltare regională. Aici am putut să constat îndeaproape care sunt dificultățile cu care se confruntă aceste regiuni, fie că vorbim de distanțele foarte mari față de continent, de condițiile climatice, de topografia dificilă ori de dependența economică de un număr restrâns de oportunități. Regiunile ultraperiferice, parte a spațiului european, au nevoie de un sprijin puternic în vederea creării de locuri de muncă, dezvoltării economiilor încă fragile și asigurării unei protecții adecvate a mediului, dar și a biodiversității și a valorilor culturale.

Implementarea strategiei privind creșterea albastră, dezvoltarea cercetării și a turismului, dar mai ales valorificarea potențialului agricol trebuie să devină realități în aceste zone. Este nevoie de o mai bună informare și comunicare în același timp a beneficiarilor Fondurilor europene din cadrul politicii de coeziune și nu numai despre oportunitățile oferite de acestea, corelativ, însă, cu întărirea colaborării între autoritățile de resort responsabile de implementarea acestora.

Διαδικασία «Catch-the-Eye»

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, as regiões ultraperiféricas encontram-se numa situação única no seio da União Europeia, num contexto natural marcado pela insularidade, pelo clima tropical e por um relevo acidentado e vulcânico.

Estas regiões encontram-se muito afastadas do continente europeu, mas têm uma história relevante: desempenham um papel estratégico na proteção das rotas marítimas da Europa e na defesa das suas fronteiras exteriores. As RUP's são espaços privilegiados com um potencial de atividades relacionadas com o crescimento do turismo, do crescimento azul, da exploração das energias renováveis, do desenvolvimento da economia circular e da valorização do seu rico património natural e vasta biodiversidade.

O meu país, Portugal, tem a sua história intrinsecamente ligada ao mar e à expansão marítima. O mar foi, durante séculos, a matriz identitária do povo português e o nosso relacionamento com o mar, ao longo de toda a nossa história coletiva, fez com que fosse possível resgatar um espaço único de conhecimento e oportunidades para toda a Europa.

Entendo, por isso, que as RUP's portuguesas, Açores e Madeira, constituem uma oportunidade única para uma Europa mais sustentável com o reforço da sua visão e dimensão marítima. Por isso penso que a União deve permitir que as RUP's ultrapassem as suas dificuldades e tirem proveito dos seus ativos e bens únicos e, ao mesmo tempo, que os Estados-Membros assumam uma maior responsabilidade relativamente à utilização dos instrumentos disponíveis da União que lhes permita assegurar um desenvolvimento sustentável das RUP's. Este é o desígnio que queremos para todas essas regiões e quero cumprimentar o Senhor Omarjee pelo excelente trabalho que fez neste relatório.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το άρθρο 349 της Συνθήκης για τη λειτουργία της Ευρωπαϊκής Ένωσης καθορίζει ένα ειδικό καθεστώς για τις εξόχως απόκεντρες περιοχές κι αυτό είναι πάρα πολύ σωστό. Θα ήθελα όμως, με την ευκαιρία αυτή, να πω ότι θα πρέπει να στηριχθούν, λόγω της νησιωτικότητας η οποία επίσης αναφέρεται στη Συνθήκη, και τα νησιά σε όλη τη Μεσόγειο και κυρίως τα νησιά του Αιγαίου, του Ιονίου και η Κρήτη. Ιδίως δε τα νησιά του Αιγαίου, τα οποία πλήττονται αυτή τη στιγμή από τεράστιες μεταναστευτικές ροές. Όμως, αντί να στηριχθούν αυτά τα νησιά, έχουμε με εντολές της τρόικας αύξηση του ΦΠΑ στα νησιά του Αιγαίου.

Πρέπει λοιπόν, κύριε Πρόεδρε, για όλα τα νησιά της Μεσογείου να υπάρξει ενίσχυση της γεωργίας, να υπάρξουν φορολογικά κίνητρα, ιδίως στα νησιά του Αιγαίου, του Ιονίου και στην Κρήτη, να υπάρξει αντιστάθμιση του μεταφορικού κόστους και ενίσχυση της αλιείας και του τουρισμού. Με έναν τέτοιο τρόπο μπορούμε πραγματικά να στηρίξουμε την περιφερειακή ανάπτυξη και τη συνοχή στα νησιά της Μεσογείου.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, suscribo la hoja de ruta de este informe para que, de acuerdo con las previsiones del artículo 349 del Tratado, se adapten con éxito el ordenamiento jurídico y todas las políticas y los programas europeos a las necesidades de las regiones ultraperiféricas, como las islas Canarias, para garantizar así el acceso de sus ciudadanos a todos ellos.

La combinación entre distancia y diversidad ha penalizado los resultados de un esfuerzo que reconocemos y que ha aportado mucho y, para mejorar, destacamos la necesidad de tener en cuenta en los acuerdos comerciales con terceros países que son producciones primarias, que son producciones europeas, pero con más dificultades; la urgencia de adaptar a las RUP el funcionamiento de los fondos horizontales y la política de cohesión y el mantenimiento de consideración de «regiones menos desarrolladas», reforzando el POSEI agrícola y un POSEI pesquero; considerar la dimensión de la economía de las RUP cuando se juzguen programas de ayuda al desarrollo económico que, en otro contexto, podrían afectar en términos de competencia al mercado interior; y, por último, la integración del potencial de las RUP en

el ámbito de la economía azul y las energías renovables en el catálogo de oportunidades que ofrecen estas regiones a toda la Unión. Y las islas Canarias son un ejemplo para ello.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, as regiões ultraperiféricas enfrentam fatores de natureza estrutural, como o afastamento, a insularidade, entre outros, que constroem de forma permanente o seu desenvolvimento. Esta é a base que justifica uma discriminação positiva que assegure a estas regiões medidas e disposições específicas, que as ajudem a fazer face a estes constrangimentos. Ora, esta discriminação positiva tem sido aplicada de forma muito insuficiente e limitada pela União Europeia. Concordamos, por isso, com a proposta do relator – que aproveite para saudar – para a criação de um plano de ação para as RUP que potencie e alargue os efeitos desta discriminação positiva.

É necessário acabar com a devastadora desregulação dos mercados, apoiar mais as produções regionais, dinamizar os mercados locais, apoiar inclusivamente a criação de mercados inter-ilhas, por exemplo na região da Macaronésia, os transportes e a mobilidade de pessoas e mercadorias com a criação de um POSEI Transportes. É necessário assegurar às RUP o controlo sobre a totalidade da sua zona económica exclusiva, apoiar a investigação e o desenvolvimento em áreas como as energias renováveis, a biodiversidade, entre outras, e entre outras medidas que podem e devem integrar este plano de ação.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl poděkovat panu Omarjeemu za výbornou zprávu. Cení si na ní především to, že nás obrací k hledisku solidarity. To je, myslím, hledisko, které už občas ze zřetele ztrácíme, a rozhodně to není šťastné. Vzdálené regiony si zaslouží naši podporu, mají mimořádný status přiznaný nejen na základě primárního práva, ale i na základě již deklarovaného rozsudku. Já jsem přesvědčen, že tyto vzdálené regiony musí zůstat v ohnisku územní soudržnosti. Oni se potýkají s problémy, se svými znevýhodněními, a co jiného je, než odstraňovat tyto znevýhodnění, a to je i rovněž politikou koheze, to znamená té územní soudržnosti.

Proto jsem byl trochu překvapen z toho, co řekl pan Kłosowski, který řekl, že jejich problémy mají být řešeny uvnitř těch států, to si myslím, že právě opouští to hledisko solidarity, a myslím si, že bychom jej neměli ztrácet opravdu ze zřetele i ve vztahu k těmto vzdáleným regionům.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, najudaljenije regije zbog svog se geografskog položaja suočavaju s izazovima koji ne muče dobar dio kontinentalne Europe. Iako je riječ o teritorijima koji su dio Europske unije, prometna izoliranost i geografska udaljenost od političkog centra Unije, Bruxellesa, utječe na njihovo konzumiranje prava i europskih politika. To se mora promijeniti i najudaljenije regije moraju postati ravnopravan dio Unije u svakom pogledu.

Iako je njihova problematika specifična, one nažalost nisu usamljene u prometnoj izoliranosti i slabom iskorištavanju instrumenata kohezijske politike.

Dat ću primjer hrvatskih otoka jer na jednom od njih i sama živim. Demografsko i ekonomsko odumiranje otoka na hrvatskoj strani Jadrana također traži hitnu reakciju. Jednostavnijim procedurama u korištenju europskih fondova i novim politikama razvoja otoka možemo obrnuti ovaj proces te otocima, kao i najudaljenijim regijama, znatno pomoći u gospodarskom razvoju i očuvanju lokalnih zajednica.

Λήξη της διαδικασίας «Catch-the-Eye»

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Mr President, first of all, I would like to remind you that the report calls for a new chapter to be opened in relations between the EU and the outermost regions. The Commission is willing to build on the specific partnership the EU has with these regions, and to engage further with them to support their development, as President Juncker also stressed at the Forum of the Outermost Regions, which we hosted in Brussels at the end of March this year.

The report also recognises the important contribution of EU policies and funds, and calls for better integration of the outermost regions in EU horizontal programmes. For instance, the report rightly mentions the need fully to exploit the research potential in these regions and to do so by improving their participation in Horizon 2020 with regard to the trans-European networks in the field of transport. For instance, the report calls on the Commission to ensure the effective integration of these regions. The Commission will explore how to include these regions better in the trans-European transport network, as connectivity remains an important challenge to address.

The report also highlights the importance of specific regimes, such as specific taxation schemes. The Commission is aware of the role these schemes play in terms of supporting the outermost regions in developing their economies. However, their evaluation and possible adaptation over time are needed.

The report also acknowledges the importance of agriculture – as you have already said – and specific support for the outermost regions to address their particular agricultural challenges. Without prejudice to the negotiation on the future EU multiannual financial framework (MFF), the Commission is committed to maintaining the specific aid provided by the Programme of Options Specifically Relating to Remoteness and Insularity (POSEI).

Regarding your concerns about the situation of the fishing fleet, we agree on the need for safer and more efficient vessels. However, the total fishing capacity should be commensurate with the sustainable exploitation of fisheries stocks. In order to achieve that, we need data on the state of the stocks, which we currently lack. To fill this information gap, we will need the active involvement of both the Member States and their outermost regions so as to understand the situation of these stocks better and to recognise if management measures are needed.

As for aid towards the construction of new vessels, something currently not eligible for public funding in the EU, the Commission understands the concerns of the regions and is examining ways, within its competences, to address them while remaining consistent with its internal and international commitments. The Commission will also look at the proposal for a dedicated support system for sustainable fisheries in these regions in the context of preparation for the post-2020 MFF, following close consultation with stakeholders and on the basis of an appropriate impact assessment.

With regard to international trade agreements, the Commission will continue to pay attention to outermost regions' concerns, not only in the negotiation phase but also in the implementation and review phases of the agreements, in particular the relevant economic partnership agreements.

We cannot react here to all the important points that this report raises. However, I would like to assure you that the Commission will pay great attention to the full report as an important contribution to preparing the renewed strategy vis-à-vis these regions.

In conclusion, let me again thank Mr Omarjee for this report and let me also take this opportunity to welcome the excellent cooperation demonstrated by the Conference of Members of the European Parliament from the Outermost Regions in the effort to boost the EU strategy towards these regions.

VORSITZ: EVELYNE GEBHARDT

Vizepräsidentin

Younous Omarjee, *rapporteur*. – Madame la Présidente, c'est à mon tour de remercier l'ensemble de mes collègues, et j'espère que la Commission européenne a noté la très belle unanimité des groupes, de tous les groupes politiques du Parlement européen en soutien aux régions ultrapériphériques (RUP).

Ce rapport est un rapport collectif que nous avons élaboré ensemble, et le vote de demain, qui sera celui du Parlement européen, sera un signal très fort adressé à la Commission européenne pour que les avancées que nous attendons interviennent dans les meilleurs délais possibles.

Les régions ultrapériphériques, pour l'essentiel, à part la Guyane, sont des îles. Mais la gestion de ces régions à l'intérieur de la Commission européenne ne peut pas être et ne doit pas être insulaire.

La cohésion, la politique régionale, c'est là où les principales avancées vis-à-vis des régions ultrapériphériques ont été enregistrées, mais nous savons tous aujourd'hui – et cela a été souligné par nombre de mes collègues – que les potentialités de développement futur pour les RUP se situent dans la création d'une haute valeur ajoutée, l'innovation, la recherche et le développement. C'est pourquoi il faut que cette transversalité dont je parlais joue et qu'au moyen des programmes horizontaux, nous puissions avoir accès à un certain nombre d'instruments nouveaux.

Je veux, enfin, souligner le caractère essentiel du programme d'options spécifiques à l'éloignement et à l'insularité (POSEI), qui doit être non seulement sauvegardé, mais aussi renforcé.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Donnerstag, 6. Juli 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Andor Deli (PPE), írásban. – Ahogy azt az EUMSZ 349. cikkelye is elismeri, az EU legkülső területei különleges státuszú régiók, ebből adódóan esetükben speciális adottságokhoz igazított, egyedi innovációs politikát kell folytatnunk. A geos-tratégiai jelentőségen túl ezen régiók számos olyan adottsággal rendelkeznek, melyek többek között a megújuló energia-források, a kék gazdaság, a kutatás-fejlesztés, valamint a turizmus megfelelő kiaknázásában rejlenek. Előre kell mozdítani a fenntartható fejlődést az adott régiókban, hosszú távú beruházásokra van szükség, korszerűsíteni kell a hagyományos ágazatokat, támogatni és versenyképesebbé kell tenni a helyi termelést, valamint újabb munkahelyek teremtése szük-séges, különösen a fiatalok számára. A digitális lefedettség, valamint a nemzetközi szintű infrastrukturális megközelíthe-tőség ugyancsak hozzájárul a helyi életszínvonal növekedéséhez. Az említettek mellett kiemelt fontosságú, hogy további befektetéseket létesítsünk a tenger- és óceánügyben, folytassuk a sikeres POSEI-programot, valamint meggátoljuk a piac felosztását és versenyképességét csökkentő harmadik országgal kötött megállapodásokat, valamint a nagy monopóliu-mok egyeduralmát. Az Unió vállalt szerepe mellett mindenképp szükség van az érintett tagállamok felelősségvállalására is. Köszönöm a figyelmet!

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Nedvojbeno je da je kohezijska politika od posebnog značaja za najudaljenije regije te je stoga potreban diferencirati i usklađeni pristup koji će uzeti u obzir njihovu jedinstvenost u okviru provedbe euro-pskih politika. Gospodarski i socijalni položaj najudaljenijih regija zahtjeva usklađene i djelotvorne strategije kojima bi se istima omogućilo približavanje prosječnoj europskoj razini razvoja.

Što se tiče poljoprivredne politike, diferencijacija proizvoda može dodatno stimulirati i potaknuti lokalnu proizvodnju, preradu i marketing prehrambenih proizvoda te time doprinijeti smanjenju razlika koje postoje između najudaljenijih regija i ostalih regija EU-a. Povrh toga, u okviru Programa mogućnosti za udaljena i otočna područja – POSEI, od ključne je važnosti fleksibilnost dana državama članicama u definiranju programa.

Međutim, presudno je da strategije, s jedne strane, uzmu u obzir specifične potrebe država članica, a da s druge, poštuju sveobuhvatne ciljeve Unije. U tom kontekstu, smatram da je potrebno jačati kohezijsku politiku kako bi se osnažio gospodarski, socijalni i održivi razvoj najudaljenijih regija.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Labiausiai atokiausių regionų poreikiai yra apšvarstomi Europos Sąjungoje keletą metų. Tačiau vis dar per mažai dėmesio yra jiems skirta, o naudoti metodai labai skiriasi priklausomai nuo įvairių Europos Komisijos generalinių direktoratų apšvarstomų aspektų. Taip atsiranda trūkumai įstatymų sanglaudoje, kurie yra tiesioginiais motyvais nepilno bendradarbiavimo tarp ES ir atitolusių šalių. Taigi, teisingai aptariamąjoje ataskaitoje buvo įtraukta apeliacija, kurioje kreipiamasi į Komisiją, Tarybą, suinteresuotas valstybės nares ir labiausiai atitolusius regionus, kad veiktų kartu, siekiant užtikrinti šioms šalims didesnę integraciją visiškai atsižvelgiant į jų ypatumus ir poreikius. Turėtume rasti kiekvieną atvejų konkrečius problemų sprendimus, siekiant užtikrinti visoms šalims prieigą prie visų horizontaliųjų Europos Sąjungos programų. Ypatingas dėmesys turėtų būti skirtas žemės ūkio politikai. Atokiose šalyse turėtume labiau skatinti žemės ūkio įvairinimą su specialiuoju atsižvelgimu į taip vadinamuosius tradi-cinius žemės ūkio sektorius, ypač bendrosios rinkos organizavimo ribose. Reikalingas yra labiau nei bet kada politikos strategijų nuoseklumo užtikrinimas, kad atokiausiuose regionuose skirtingų žemės ūkio sektorių padarytos pastangos, kurių tikslu yra modernizuoti ir padidinti konkurencingumą, nebūtų pažeidžiami dėl laisvosios prekybos sudaryti susi-tarimai tarp Europos Sąjungos ir trečiųjų šalių. Deja, pernelyg dažnai tai atsitinka. Europos žemės ūkio rinkos apsauga visada turėtų būti mūsų prioritetu.

17. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll

18. Die jüngsten Waldbrände in Portugal und Spanien: Instrumente und Verfahren für die Reaktion der EU im Hinblick auf Prävention und Katastrophenschutz (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zu den jüngsten Waldbränden in Portugal und Spanien: Instrumente und Verfahren für die Reaktion der EU im Hinblick auf Prävention und Katastrophenschutz (2017/2753(RSP)).

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Madam President, as you know, on 17 June, several regions in Portugal started to face massive forest fires that tragically resulted in the loss of the lives of 64 people and injured another 210. On behalf of the Commission, I would like to express my renewed condolences to the families and the loved ones of the victims and I would also like – this cannot be repeated too often – to pay tribute to the courage and the outstanding work of the brave firefighters who fought the blaze. I know about the firefighters personally. I saw them in many areas on the ground.

Europe is about solidarity and I am proud that the EU could help Portugal at a time of great need. On 18 June, Portugal requested assistance through the EU Civil Protection Mechanism. The European Union responded swiftly and substantially. Within hours, France, Spain and Italy sent firefighting aircraft and firefighters. Greece and Cyprus also offered to send firefighters through our mechanism. I would like to warmly thank those countries. I would also like to thank the Portuguese authorities for publicly recognising and praising this EU assistance because in that way they communicated the EU solidarity to their citizens. In these critical times, it is our duty to make each citizen aware of what the European Union truly stands for.

Let me mention the specific assistance provided to Portugal via the EU Civil Protection Mechanism. Firstly, seven aircraft and 135 firefighters with 29 vehicles were sent to Portugal. Over a week, a total of 747 water drops were carried out. In addition, 61 EU Copernicus satellite maps were produced to help assess the damage.

Through the Emergency Response Coordination Centre (ERCC), the Commission monitored the situation around the clock and was in constant contact with the Portuguese and other Member States' authorities. The European Union stands ready to support the response to any new forest fire emergency in the EU in the coming months. During the recent forest fire emergency Spain too asked our ERCC for Copernicus satellite maps. Emergency management services were therefore activated. As of today, 12 maps have been produced and 14 are in the making. For the 2017 forest fire season, reinforcement measures have also been taken. Our ERCC is continuously monitoring the situation across Europe and civil protection experts from our Member States, including Spain, are working on our ERCC premises in Brussels.

However, the EU has no assets of its own and no firefighting planes. We rely on our Member States to make resources available. On that point, more could be done. As the Commission pointed out in February this year in its report on progress and the remaining gaps, the aerial forest firefighting capability should be further strengthened. This is a very important point.

But the EU civil protection legislation goes beyond disaster response. As you well know as parliamentarians, it also includes disaster risk management as an equal priority. The Commission has recently produced an overview of disaster risks that the EU may face, based on the work carried out by Member States in developing national risk assessments, for it is important to have a better understanding of all disaster risks in Europe, including forest fires. As the recent tragic events have sadly demonstrated, prevention is always better than cure.

The Commission provides funding for prevention and preparedness projects and exercises. Apart from these activities, the means to fight forest fires in all parts of our continent are to be improved under the annual work programme of the EU Civil Protection Mechanism. In addition, the regional funds also play an important role in addressing climate change adaptation, disaster risk prevention and management, and environmental protection in all our Member States. Portugal and Spain benefit from these funds, which also cover protecting people from forest fires. Added to that, both countries receive further support through the cross-border, transnational and interregional programmes with a specific focus on forest fire protection measures.

Fernando Ruas, em nome do Grupo PPE. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, solicitei este debate para o qual contei, de imediato, com o apoio dos colegas da comissão REGI no seguimento da terrível tragédia que assolou o meu país e a minha região. Morreram 64 pessoas, mais de 200 ficaram feridas, sendo que 47 perderam a vida a fugir do incêndio num troço de uma estrada nacional que, curiosamente, não se encontrava encerrada ao trânsito. Foi um incêndio anormalmente destruidor, uma enorme catástrofe que a todos chocou imenso. Cabe-nos agora, depois do fogo extinto e dos prejuízos contabilizados, concentrarmo-nos no apoio aos familiares e aos amigos das vítimas, no apoio aos feridos e sobreviventes e no esforço da reconstrução das infraestruturas, habitações ou empresas, devolvendo a esperança a quem tudo perdeu.

Alerto, por isso, para a necessidade de uma ajuda célere e simplificada às famílias dos sobreviventes, aos trabalhadores que perderam os seus postos trabalho, às empresas afetadas e às autarquias que, por força deste trágico acontecimento, têm pela frente um trabalho hercúleo e muito difícil.

É necessário, uma vez por todas, fazer uma prevenção ativa e uma gestão responsável das florestas, um planeamento adequado do coberto vegetal e dos usos do solo, elaborar o cadastro da propriedade rústica, proceder a uma efetiva valorização dos territórios do interior, concretizando os princípios da coesão económica, social e territorial, através de políticas contra a desertificação humana e infraestrutural de que são alvo há algumas décadas.

É claro que cabe, em primeiro lugar, a Portugal e ao Governo agir, mas a União Europeia pode ajudar, pode ajudar através da negociação de acordos de parceria, que concretizam parte do quadro financeiro plurianual, concretamente os fundos europeus estruturais e de investimento ou mesmo através do plano Juncker. Pode promover uma maior coordenação e coerência das políticas florestais, bem como permitir sinergias com outros setores interligados à gestão florestal ou mesmo às tecnologias da informação.

Pode aumentar a profundidade da ação da Proteção Civil Nacional e de resposta à crise através de um mecanismo europeu e sobre a resposta de emergência da União Europeia a este incêndio em particular, nada temos para já a apontar, tendo Portugal contado, como o Sr. Comissário disse, com ajuda de diversos Estados-Membros, em meios aéreos e humanos e temos pois, claro, Sr. Comissário, e assim vou terminar, que saber qual a avaliação que a Comissão faz desta cooperação com as autoridades portuguesas e conhecer de que forma e quando a ajuda europeia se irá processar no âmbito do Fundo de Solidariedade e das novas regras relativas ao Fundo Desenvolvimento Regional, pois os prejuízos ascendem a cerca de 500 milhões de euros de acordo com as estimativas governamentais.

Carlos Zorrinho, em nome do Grupo S&D. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, este debate é muito oportuno, não apenas para Portugal e Espanha, mas para toda a União Europeia. Os mecanismos europeus de resposta a esta emergência funcionaram. Os fundos necessários serão disponibilizados, cobrindo 95 % dos prejuízos patrimoniais identificados. Hoje mesmo este Parlamento aprovou o reforço do fundo solidariedade. No entanto, a dimensão das tragédias e os fenómenos climáticos que os tornaram devastadoras, do ponto de vista humano e patrimonial, demonstram, Senhor Comissário, que o nível de risco subiu e é necessário prepararmo-nos para outro nível de resposta. Sim, Senhor Comissário, a União Europeia fez muito, mas tem que estar preparada para, no futuro, fazer mais. A segurança e a defesa abrangem hoje áreas que vão muito para além das áreas tradicionais. O combate ao terrorismo, aos efeitos das alterações climáticas são dois novos desafios que exigem um trabalho conjunto da União Europeia, um trabalho conjunto na resposta à emergência em que devem ser reforçados os meios disponíveis e a prontidão de acionamento, mas também, e sobretudo, um trabalho conjunto na cooperação para a prevenção e para a recuperação do tecido económico e social e do património destruído.

A criação de um mecanismo europeu permanente, com recursos próprios de prevenção e resposta a catástrofe naturais, permitirá também um processo de aprendizagem partilhada. Que os incêndios ocorridos em Portugal e Espanha, Senhor Comissário, nos ajudem a criar depressa estas novas capacidades da ação.

António Marinho e Pinto, *em nome do Grupo ALDE*. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, o incêndio florestal que há cerca de três semanas deflagrou em Pedrógão Grande, Portugal, e que se consubstanciou na morte de 64 pessoas, a maioria das quais dentro dos seus automóveis, numa estrada pública, quando fugia das chamas, interpela-nos a todos na dimensão mais profunda do sentido de responsabilidade política. Como é que isto foi possível em pleno século XXI num país da União Europeia?

E quase um mês depois Portugal ainda não foi esclarecido sobre o que, na realidade, se passou, sobre o que falhou na prevenção e no combate a essa tragédia. Sabemos apenas que os sucessivos governos portugueses transformaram o país num imenso eucaliptal. Portugal é hoje, na Europa, o país dos eucaliptos. Sabemos também que os vários organismos criados para gerir as florestas e para prevenir e combater os incêndios não se entenderam entre si e falharam rotundamente e que o sistema de comunicações de emergência, adquirido há alguns anos atrás por centenas de milhões de euros, também falhou porque não funcionou.

Enfim, sabemos que o Estado português falhou nas suas funções mais elementares e como que para demonstrar esse falhanço cerca de quinze dias depois dessa tragédia, grandes quantidades de armamento de guerra, incluindo potentes engenhos explosivos e lança granadas foram roubados de um estabelecimento militar devido a inaceitáveis e evidentes falhas de segurança e no meio desta irresponsabilidade generalizada o Primeiro-Ministro de Portugal foi de férias e entregou a responsabilidade do seu Governo a um seu subordinado.

João Ferreira, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, no relatório que votamos esta manhã sobre as negociações do Orçamento valorizamos o facto de ter sido possível incluir a proposta que fizemos de reforço do Fundo de Solidariedade, tendo em conta os brutais incêndios que varreram a zona centro de Portugal.

Sublinhamos a necessidade de algo que há muito defendemos: a modificação das regras de mobilização do Fundo, assegurando uma mobilização mais flexível, atempada e cobrindo um leque mais amplo de catástrofes. Perante a tragédia em Portugal, é necessário acorrer às vítimas, apoiar as populações e restabelecer o potencial produtivo das áreas afetadas. Mas é preciso mais. Em 2010, este Parlamento aprovou uma resolução, da qual fui relator, sobre uma abordagem comunitária à prevenção de catástrofes. Sete anos decorridos está quase tudo por fazer.

Destaco a proposta de criação de um quadro financeiro apropriado à prevenção de catástrofes capaz de financiar ações em domínios como o ordenamento florestal ou a manutenção da atividade agrícola em áreas afetadas pelo despovoamento, entre muitas outras propostas.

Senhor Comissário, é tempo de a Comissão Europeia olhar com olhos de ver para estas recomendações e agir em conformidade.

Florent Marcellesi, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora presidenta, ante todo quiero trasladar mis condolencias por las pérdidas humanas en los incendios de Portugal.

Ahí, y en España, las causas de estos superincendios son bastante claras: el cambio climático, en el origen de la sequía y las temperaturas extremas; el monocultivo del eucalipto y el pino, muchos beneficios para la industria de la madera pero una caja de cerillas para nuestros montes; la especulación urbanística y la falta de ordenación territorial, reforzando el peligro para las poblaciones locales; y el abandono del monte, donde «desarrollo» hoy rima con «despoblación rural».

En cambio, necesitamos otra cosa: reordenar el territorio; priorizar las inversiones en zonas de alto riesgo de incendio y una mayor prevención a través del Fondo Europeo Agrícola de Desarrollo Rural; integrar de forma central el cambio climático en la prevención de incendios y en la gestión forestal sostenible; y, sobre todo, repensar la política agrícola común para cerrar la página del monocultivo y abrir la de un modelo agroforestal diverso y ecológico, con empleo, riqueza y vida en el mundo rural.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE). – Señora presidenta, el fuego ha atemorizado a un país entero: Portugal. Las llamas no solo arrasaron más de 40 000 hectáreas, sino que se llevaron por delante —y esto es lo peor— la vida de 64 personas; más tarde, en España, aisló a pueblos enteros.

Las tragedias no fueron mayores gracias a los bomberos, a los agentes forestales y demás profesionales que arriesgaron su vida por salvar otras. Recuerdo la foto de esos bomberos exhaustos tras pasar la noche entera luchando contra el fuego: su sacrificio retrata la base de la Unión Europea, que es la solidaridad. Europa es solidaridad en el dolor, pero también en la esperanza. Europa es esa mano tendida que, con los fondos de desarrollo regional, ayuda a los pueblos que más lo necesitan. Europa estuvo con Italia en los terremotos, y Europa estará con Portugal y también con España, más incluso porque en junio aprobamos el informe que permite dar ayuda adicional a los países afectados por catástrofes naturales. Esta decisión hará que Europa financie las labores de reconstrucción al 95 %, es decir, el doble que antes. Cada año el Fondo de Solidaridad puede movilizar 500 millones para dar flexibilidad y ayudar a los afectados en situaciones de emergencia. Por eso es tan importante que el *brexit* no quite ni un euro a los fondos regionales y a la PAC.

Y, señor comisario, el verano acaba de empezar. En los pueblos de España se madruga para recoger ramas secas, que serían pasto de cualquier fuego; aquí debemos seguir trabajando para frenar la despoblación rural, para dar oportunidades a quienes quieren volver al campo, porque la aridez que atrae a las llamas se combate repoblando los lugares remotos, impulsando la agricultura sostenible. La hoja de ruta es clara: prevención activa, concienciación y gestión forestal efectiva.

En los últimos quince años, 250 000 incendios calcinaron 1 700 000 hectáreas en España. Entenderá, señora presidenta, que nuestra preocupación es real.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señora presidenta, en primer lugar quiero mostrar mi solidaridad con Portugal, especialmente con sus víctimas; por supuesto, reconocer la eficacia de todos los efectivos que participaron en la sofocación del incendio que asoló la península ibérica —Portugal y España— entre el 17 y el 24 de junio. Y es que se dio uno de los incendios más devastadores que se recuerdan en las últimas décadas y que afectó, en concreto en España, a una zona de especial protección medioambiental, como es Doñana, con más de 190 000 hectáreas protegidas y que pertenecen a la Red Natura 2000.

El origen, el mismo: el cambio climático y, al fin y al cabo, la ola de calor que asoló la península ibérica; cambio climático como uno de los mayores retos a los que se enfrenta hoy la humanidad y que la Unión Europea debe prevenir y combatir, también con acciones específicas cuando ocurren estas circunstancias.

Por ello, pedimos que se tenga en cuenta en el Fondo de Solidaridad como regiones vecinas a España y Portugal y se pueda resarcir este desastre, en concreto en el caso de Doñana, por el alto valor socioeconómico de la zona. También, a medio y largo plazo, que el Fondo de Solidaridad sea modificado para que tenga en consideración estas zonas de especial protección medioambiental, como las que pertenecen a la Red Natura, así como que los criterios económicos se adapten mejor a la riqueza real de la región más que al volumen del PIB, porque regiones pobladas o regiones grandes realmente pueden tener dificultad para acceder a este tipo de fondos, a pesar de su riqueza real.

En definitiva, coherencia entre las políticas y las acciones de la Unión Europea en política medioambiental. Hay que dotar de recursos suficientes al medio ambiente para poder preservarlo. En concreto, la Red Natura cuenta solamente con el programa LIFE, que apenas cubre un 20 % de la financiación que necesitan este tipo de áreas para su conservación y mantenimiento.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE). – Señora presidenta, señor Ruas, señor Marinho, señor Ferreira, señor Zorrinho, en primer lugar, nuestro abrazo a ustedes como representantes de los portugueses y un abrazo a esas familias a las que espero que atiendan correctamente.

Hay una leyenda —no sé si en Portugal, pero sí en España— que dice que el griego Estrabón escribió que una ardilla podría recorrer la península ibérica sin bajarse de los árboles. Primero, ya no podría; y, segundo, la ardilla no habría ido por pinos y eucaliptos, con los que se han repoblado peligrosamente España y Portugal: cuando arden, matan, generando tragedias sin precedentes como las que estamos ahora deplorando. Y está la muerte lenta de los terrenos, que erosiona y degrada el entorno desde hace décadas, y, además, la sequía.

Los bosques en España y en Portugal no están limpios y no existe una política de limpieza de bosques y montes que funcione. Alrededor del 90 % de los fondos de la Unión destinados a bosques provienen del Fondo Europeo de Desarrollo Rural —es verdad— y hay fondos en Red Natura y en la Directiva marco del agua, pero no tenemos una política de prevención europea que distinga vulnerabilidades. El sur y el Mediterráneo se están quemando y hay tragedias humanas.

Necesitamos por tanto una política forestal centrada en la prevención, en las buenas prácticas, en las estrategias, en los instrumentos políticos y financieros, para evitar tragedias, desde hoy.

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, assistimos em Portugal a uma tragédia que tantas vidas levou. Honrar as vidas dessas pessoas e as suas famílias e daquelas pessoas que tudo perderam é fazer tudo o que tem de ser feito. A União Europeia tem no seu orçamento uma verba dedicado ao mecanismo de prevenção.

Em Portugal, a medida de prevenção mais urgente em matéria de incêndios é fazer o cadastro florestal. É uma urgência que pode salvar vidas e enquanto não for feito o cadastro não há gestão florestal que possa ser eficaz. Como sempre temos um problema: é muito caro. Por isso pergunto-lhe, Senhor Comissário, está a Comissão disponível para que o Governo português realize uma despesa extraordinária neste âmbito, com o máximo de comparticipação possível? Está a Comissão disponível para que essa despesa extraordinária não seja contabilizada para o défice? Responda por favor, Senhor Comissário. A prevenção é o melhor remédio, mas Bruxelas tem de ajudar, não pode estender uma mão e retirar com a outra, como tem feito nos últimos anos.

Lambert van Nistelrooij (PPE). – Madam President, it is exactly as Mr Ruas has already said, that, when we immediately debated this tragedy in the Committee on Regional Affairs, we also said we have to be efficient in our support. Let me touch on a couple of things the Commissioner also said about it.

It is very important that we have recently changed the regulations so that we can use the regional funds, the Regional Development Fund, and this means that for Portugal, if you look into the figures, we have some EUR 500 million available – if the Member State asks for it, and there are 12 weeks for documented requests to come in, also for the Solidarity Fund that we revised in 2014 and that is now under revision in the omnibus, to make it even better, to take these two possibilities together to have a vast support for people [now] and also for the future.

This is combining help on one hand, for emergencies as the Commissioner said, and prevention for the future. There can be a combination of those tools. It is not just this debate that we say is important, but also the question for the Commissioner to act immediately when the request of the Member State comes, because we are ready to help and to show our solidarity in concrete matters. So it is good that we are here, and also that we stand there in solidarity for other situations which we hope do not occur during the summer.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, os incêndios em Portugal, no mês passado, ficarão inscritos da memória coletiva como uma das maiores tragédias nacionais. Já aqui foi dito, morreram 64 pessoas e houve mais de duas centenas de feridos.

Os danos totais ou parciais às habitações equivalem a 28 milhões de euros, 31 milhões em prejuízos para as atividades económicas dessa região, 21 milhões de euros em prejuízos para as atividades agrícolas, 22 em infraestruturas e equipamentos municipais. Temos quase duzentos milhões de prejuízos diretos, isto sem contabilizar os indiretos.

Isto passou-se numa área do interior do país que por vezes fica à margem das nossas preocupações, o envelhecimento da população e o abandono do território, uma região que é a melhor justificação para a existência de uma política de coesão forte e eficaz.

Portugal irá recorrer ao fundo de solidariedade europeu, mas seria bom que houvesse uma maior dotação deste fundo e que se adaptem as regras para a sua mobilização flexível. Portugal ainda está de luto e agradece a solidariedade europeia e a dos seus parceiros europeus.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL). – Señora presidenta, antes que nada quiero mandar mi recuerdo, solidaridad y apoyo al pueblo hermano de Portugal, en estos momentos tan difíciles.

Cada vez va a ser más frecuente que nos encontremos ante olas de calor y mayores riesgos de incendio, en el contexto de cambio climático en el que estamos, sobre todo en el sur de Europa. Tengamos claro que los operativos de extinción de incendios, por desgracia, van a verse muchas veces superados; por eso es necesario poner el foco no solamente en los planes de prevención —que, por cierto, muchas veces no se cumplen—, sino también en una adecuada gestión del territorio. Porque, en primer lugar, los montes, para que no ardan, hace falta cuidarlos y, para cuidar los montes, hace falta gente que habite el mundo rural.

En segundo lugar, combatir el grave problema ambiental que estamos teniendo es también combatir el problema del cultivo de especies como el eucalipto, que ya se ha visto en Portugal lo que es capaz de llegar a hacer. En España, los informes medioambientales ya alertaban hace cinco años, pero parece que las alarmas siguen cayendo en saco roto. Mientras tanto, el negocio del fuego sigue haciendo ricos a una minoría, a cambio de privatizaciones de servicios de extinción de incendios y a cambio también de que los trabajadores que se juegan la vida defendiendo los montes cobren muchas veces menos de 600 euros.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le statistiche ci dicono che nell'Unione europea le vittime causate da un disastro sono in diminuzione, mentre i danni materiali sono in sostanziale crescita. Ma queste statistiche non ci bastano quando vediamo quanto è accaduto in Portogallo: quanto è accaduto in Portogallo ci dice che dobbiamo fare di più e che dobbiamo fare meglio.

La relazione della Commissione, che ha evidenziato sia i progressi che le lacune, ci dice che dobbiamo lavorare per colmare queste lacune. Lei, caro commissario, ha ragione quando dice che l'Europa vuol dire solidarietà. L'Europa vuol dire solidarietà, e noi dobbiamo lavorare per questo. Avevamo inserito proprio la prevenzione come nuovo capitolo nel nuovo meccanismo di protezione civile europea, ma dobbiamo lavorare di più su questa prevenzione, dobbiamo lavorare sulla cultura, perché i cittadini tante volte non sanno come reagire di fronte alle catastrofi. Dobbiamo creare una cultura di prevenzione, di autoprotezione, cominciando dalle scuole, anche dalle piccole cose: in California, per esempio, le persone hanno sulla porta di casa una locandina dove ci sono le istruzioni su come comportarsi di fronte a una catastrofe, a un evento di pericolo in ogni caso.

Il Parlamento è stato decisivo nella scorsa legislatura. Noi saremo ancora accanto a Lei per fare quanto è possibile per costruire questa Europa che piace ai cittadini.

Nuno Melo (PPE). – Senhora Presidente, eu queria começar por agradecer aos países que ajudaram Portugal num momento tão difícil, Grécia, França, Espanha, Itália e Chipre. Queria deixar uma palavra de agradecimento também ao povo irmão de Timor, que exatamente do outro lado do mundo, apesar das suas circunstâncias igualmente difíceis, aprovou uma ajuda de 1,5 milhões de dólares a favor de Portugal.

Queria deixar uma palavra aos bombeiros portugueses que fazem do seu sacrifício todos os dias o auxílio a todos os outros e queria sublinhar, em relação ao Sr. Presidente da Comissão, que não nos basta aqui debater a questão do aquecimento global, que é real, precisamos de uma política florestal europeia adaptada às necessidades de cada país da Europa, principalmente dos países do sul da Europa, os mais afetados pelas questões climáticas e os que menos contribuem para o agravamento do seu fenómeno. Esta é a palavra final que eu gostaria de deixar ao Sr. Comissário, tenho a certeza até que por razão da sua nacionalidade não deixará de ter esta preocupação muito em conta.

Francesc Gambús (PPE). – Señora presidenta, señor comisario, en primer lugar, quisiera sumarme al recuerdo de todas las víctimas de los incendios de semanas atrás, así como agradecer el trabajo de los bomberos italianos, franceses y españoles que se sumaron a sus colegas portugueses en la lucha contra el fuego. Quisiera agradecerle también, señor comisario, la pronta respuesta para poner todos los medios posibles para ayudar en esta lucha.

Los bosques que se incendian son víctimas del cambio climático, pero son, de hecho, también causantes, a su manera, del cambio climático. Un ejemplo: en España, entre 2005 y 2015, los incendios emitieron 15 millones de toneladas de CO₂.

Por eso, nuestra actitud no puede ser pasiva ante la situación de los bosques sureuropeos: son bosques muy distintos a los del norte; por ello, necesitan una gestión diferente, mucho más activa, que mantenga el bosque limpio y su entorno, habitado. El bosque mediterráneo no es una simple plantación de árboles.

Necesitamos dotarnos de una estrategia forestal mucho más ambiciosa y adaptada que sea un obstáculo al fuego, un instrumento más de lucha contra el cambio climático, y que evite así que nuestros bosques sean puro combustible para unos fuegos que, como ya se ha dicho, elevan nuestras emisiones y atacan nuestro futuro.

Trabajemos más en el día a día, preventivamente —lo decía usted, señor comisario—, para que los servicios de la Comisión y de los Estados miembros en materia de emergencias estén alerta, pero no trabajen.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, caras e caros Colegas, no sábado, dia 17 de junho, Portugal viveu uma brutal tragédia resultante de um incêndio florestal. Morreram 64 pessoas. Não é aceitável, não é normal. Senhor Comissário, realço a sua prontidão e o seu empenho.

O pedido por parte do Governo para acionar o mecanismo de proteção civil da União Europeia só ocorreu no domingo, dia 18. Mas 60 minutos depois do pedido já havia aviões a caminho de Portugal. O Governo de Portugal tem de utilizar os Fundos Estruturais, que podem ir a uma taxa de cofinanciamento de 95 %, e o Fundo de Desenvolvimento Rural para a recuperação dos danos. Estou a falar de mais de 26 mil milhões de euros disponíveis.

A Comissão, o Parlamento e o Conselho têm de mobilizar rapidamente o Fundo de Solidariedade. É tempo de reconstruir e ajudar as populações afetadas, mas também é tempo de tirar ensinamentos e tudo fazer para evitar tragédias deste tipo e em matéria de incêndio, essa é uma competência de cada Governo.

Por fim, uma mensagem de solidariedade a todos os que foram afetados e uma palavra de reconhecimento à coragem dos bombeiros de Portugal.

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, começo por saudar os bravos e corajosos bombeiros portugueses e espanhóis. Os incêndios que assolaram Portugal no mês passado foram particularmente dramáticos e o meu país continua, neste momento, a arder, à semelhança do que acontece todos os anos por esta altura.

Durante um século Portugal foi um dos países onde a floresta mais cresceu. Mas porque esse crescimento se fez à custa de uma política de reflorestação errada, que substituiu espécies autóctones pela plantação desordenada de monoculturas de eucalipto e de pinheiro bravo, Portugal foi também um dos países que mais floresta destruiu nos últimos 25 anos.

Todos os anos, perante estas tragédias, ouvimos em Portugal o mesmo discurso, as mesmas promessas e justificações, mas a verdade é que os governos se sucedem, as políticas erradas permanecem iguais e no final o drama das vítimas é sempre o mesmo: mortes, perdas de vidas inteiras de trabalho e prejuízos ambientais irreparáveis.

Em abril aprovamos o desbloqueamento de 3,9 milhões de euros para a reconstrução das zonas afetadas pelos incêndios de agosto de 2016 na Madeira. A dimensão da tragédia de Pedrógão Grande e Gois, que causou 200 feridos, a morte de 64 pessoas e prejuízos de 400 milhões de euros torna urgente uma mais rápida disponibilização do Fundo de Solidariedade Europeu. É isso que os portugueses esperam da Europa e é isso que a Europa deve aos seus cidadãos.

Catch-the-eye-Verfahren

Seán Kelly (PPE). – Madam President, this is a tragedy of enormous proportions, which I think drew the sympathy of all Europeans and, indeed, people worldwide.

It is only when you know somebody involved that it really comes home to you. The day before the tragedy in Portugal I met people on the European Union Interreg programme in my home town of Killarney, and the following day I heard that the entire family of one of the ladies on that programme had been wiped out. So obviously it is rather chilling to be aware of that, and it is so important as well that the European Union should show solidarity with these people, and indeed those who suffer from all types of tragedies, especially when caused by climate change. That is something we are trying to deal with.

Mr van Nistelrooij's point about the Solidarity Fund both to help in the immediate aftermath and also to help with prevention in the future, especially in relation to forest fires, is very important.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – O incêndio de Pedrógão Grande foi uma tragédia em vidas humanas, como aqui já foi dito. No setor agrícola as perdas estimam-se acima dos 20 milhões de euros. O Governo português correspondeu de imediato e os agricultores afetados poderão candidatar-se a compensações. Ficou claro que os fundos europeus de resposta a catástrofes são fundamentais e deverão agora ser aplicados em cooperação com as autarquias locais. A Comissão também correspondeu rapidamente ao pedido de assistência através do seu mecanismo de proteção civil. Os Estados-Membros da União ajudaram. Estes apoios foram vitais.

Apesar de ninguém poder garantir o que motivou a ignição, o facto é que as condições meteorológicas extremas presentes em Pedrógão, com uma humidade inferior a 30 %, temperaturas acima dos quarenta graus e ventos superiores a cinquenta quilómetros por hora, são condições que não podemos dissociar das alterações climáticas globais. Aconteceu em Pedrógão e acontecerá noutros locais do sul da Europa. Temos de nos preparar de forma solidária como europeus.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, εκφράζουμε τα θερμά μας συλλυπητήρια στους συγγενείς των θυμάτων των καταστροφικών πυρκαγιών στην Πορτογαλία. Ταυτόχρονα, εκφράζουμε την αλληλεγγύη μας προς τον πορτογαλικό λαό, αλλά και προς τους πολίτες της Ισπανίας. Οι καταστροφικές φωτιές δίνουν την ευκαιρία να ξανασυζητήσουμε ποια πρέπει να είναι η πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης, διότι είχαμε καταστροφικές φωτιές και πέρυσι στην Κύπρο και στην Ελλάδα. Ακόμη και τώρα, αυτή τη στιγμή, έχουμε καταστροφικές φωτιές στη Μάνη και στην Κρήτη και νομίζω ότι η συζήτηση αναδεικνύει τα εργαλεία που πρέπει να χρησιμοποιούμε.

Πρώτον, είναι σημαντική η νέα ρύθμιση μέσα από τη στήριξη του Ευρωπαϊκού Ταμείου Περιφερειακής Ανάπτυξης. Δεύτερον, η στήριξη από το ταμείο αλληλεγγύης, αλλά εδώ πρέπει να επισημάνουμε ότι, δυστυχώς, για να ενεργοποιηθεί το ταμείο αυτό οι ζημιές πρέπει να είναι τεράστιες και πρέπει να βρούμε άλλες ρυθμίσεις. Συμφωνώ με την πρόταση που διατυπώθηκε: οι δαπάνες που θα πραγματοποιηθούν για την αποκατάσταση των ζημιών στην Πορτογαλία, αλλά και σε άλλες χώρες, να μην υπολογίζονται στο έλλειμμα το οποίο ρυθμίζεται από το δρακόντειο σύμφωνο σταθερότητας.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, θα ήθελα κι εγώ να εκφράσω τα θερμά μου συλλυπητήρια στους πορτογάλους συναδέλφους για τους νεκρούς των πρόσφατων πυρκαγιών και τη συμπάθειά μου για τους τραυματίες. Οι πυρκαγιές αυτές έφεραν στην επιφάνεια ένα ακόμη σοβαρό πρόβλημα το οποίο θα αντιμετωπίσουμε τα επόμενα χρόνια, κυρίως στον ευρωπαϊκό Νότο. Γνωρίζουμε ότι η κλιματική αλλαγή έχει αυξήσει την ξηρασία και τις θερμοκρασίες και έχει δημιουργήσει ανέμους σε πολλές περιοχές. Αυτό, σε συνδυασμό με το γεγονός ότι πολλοί πολίτες κατασκευάζουν σπίτια μέσα ή κοντά σε δασικές εκτάσεις χωρίς να λαμβάνουν τα προβλεπόμενα μέτρα προστασίας, θέτει δυστυχώς τις προϋποθέσεις και για άλλες τέτοιες τραγωδίες στο μέλλον. Αυτό πρέπει να αποφευχθεί.

Πρέπει όλα τα κράτη να συνειδητοποιήσουν πώς πρέπει να αντιμετωπίζονται οι πυρκαγιές, πώς πρέπει να προλαμβάνονται και, όταν αυτές εκδηλώνονται, θα πρέπει να συνεργάζονται αποστέλλοντας αμέσως πυροσβέστες και πυροσβεστικά μέσα, ούτως ώστε να τις αντιμετωπίζουν. Τα δάση είναι πολύ σημαντικά για την επιβίωση του πλανήτη και πρέπει να τα προστατεύσουμε.

Sofia Ribeiro (PPE). – Senhora Presidente, quero começar por manifestar pesar pelo falecimento de 64 pessoas e solidariedade para com as restantes vítimas. Agradeço a pronta resposta da Comissão Europeia e o apoio dos colegas face a uma tragédia que não pode voltar a acontecer.

Não existe sistema de prevenção de incêndios nas florestas eficaz se não estiverem inseridos numa estratégia florestal, sedimentada no tempo, que projete o futuro e contribua para o desenvolvimento rural. Isto não se faz num mês.

Aos Estados-Membros compete potenciar os apoios europeus ao desenvolvimento rural e especialmente os que concernem aos serviços básicos e de renovação das aldeias, de reflorestação e a melhoria da viabilidade das florestas e de prevenção e reparação dos danos causados às florestas por incêndios e outras catástrofes, destacando os apoios europeus à criação e manutenção de infraestruturas de proteção, à dinamização de atividades locais de prevenção contra os incêndios, incluindo a utilização de animais depois de pastoreio e à criação e melhoria das estruturas de controlo dos incêndios florestais.

Queria, por último, expressar o meu grande apreço pelo trabalho e dedicação dos bombeiros portugueses.

Ana Gomes (S&D). – No dia 17 de junho uma tragédia nacional de 64 mortos, aos quais presto tributo, como presto tributo aos nossos bombeiros e a todos aqueles que trabalharam para minimizar os danos. Nós apreciamos o apoio pronto do Sr. Comissário e de outros parceiros europeus, dos bombeiros espanhóis, em particular, mas precisamos de mais apoio europeu, porque há problemas para além da prevenção de catástrofes deste tipo que têm a ver com questões estruturantes de ordenamento do nosso território, de ordenamento das nossas florestas, de impedir o despovoamento do interior do país porque de outra maneira não se combatem este tipo de fogos florestais e sobretudo quando vivemos o impacto das alterações climáticas.

Precisamos de apoio para reorganizar a nossa Proteção Civil, coordenarmos as florestas, o território nacional, precisamos de apoio para não continuarmos a comprar equipamentos que depois não funcionam, em contratos que de resto são corruptos, precisamos que a União Europeia nos ajude a que isso não continue e precisamos absolutamente, além do reforço do Fundo de Solidariedade Europeu, que o investimento nacional que vai ser feito neste esforço de reorganização não conte para o garrote do défice, porque sem dúvida o programa de austeridade neoliberal teve também muitas responsabilidades no enfraquecimento das capacidades do Estado português para reagir a uma tragédia desta natureza.

Die Präsidentin. – Ich möchte hier erklären, dass ich angesichts dieser menschlichen Katastrophe mit den Redezeiten etwas großzügiger war. Ich hoffe, dass die Kolleginnen und Kollegen, die nachher noch drankommen, deshalb nicht böse sind.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Madam President, thank you very much for this very interesting debate, for your constructive intervention, for your suggestions in all aspects of this very sad situation. It definitely comes at a very crucial time.

We already recognise that Europe faces numerous natural disasters; some may be predicted or anticipated while others come as a surprise. You already mentioned about the impact of the climate change, but regardless of any criticisms I would like to remind you, and myself of course, that the European Union remains the most pioneering political organisation across the world regarding climate change, and is definitely against new approaches by the new administration of the USA.

It is quite important for us to recognise this in order to show that, as Europeans, we remain very committed in this very difficult political landscape about climate change. And for this reason we must stand ready to help when there are surprises in many areas, in particular in the south of Europe. We cannot predict when forest fires will break out and when spring comes we know that sooner or later they will indeed break out. This is the destiny of some areas.

As I said, the actions taken to respond to the forest fires that broke out in Portugal in June and took so many human lives are a clear example of EU solidarity. I followed all the actions, I followed all the activities by our Member States and by our ERCC. We have here the director of this coordination centre, and I would like to say thanks for your commitment because, as I said, I followed moment by moment, minute by minute and I saw that yes, the European Union's Civil Protection Mechanism is the manifestation of a tangible solidarity on the ground. It is very critical to recognise and to realise this in order to achieve more through this mechanism.

Definitely, the Commission will continue work to fight all emergencies, but also to prevent new ones. In fact, the work of the Commission goes well beyond pure response to disasters. We need to anticipate through our actions, to prevent future catastrophes and, as I said, prevention is better than cure. This is why we focus on prevention and preparedness. Of course a lot of other policies and actions have to be there in practice, but in our competence there is only this mechanism, and in some other areas you know from our Treaties they are national competences. It is as simple as that.

This is our structure and I think it is difficult to change this structure in this framework, particularly in the current times. In this respect I would like to stress again that the European emergency response capacity, the so-called voluntary pool, is composed of civil protection assets in expertise from our Member States that are put at the disposal of other Member States affected by a disaster. It is real example of tangible EU solidarity and this solidarity comes when it really, really matters. As the saying goes, actions speak louder than words. I am convinced that we as Europeans can be proud of putting theory into practice. We can be proud of exercising solidarity to help fellow European citizens when they need it to save lives. Improving our response capacity should be our ultimate goal for the benefit of all those who may need help one day.

Some specific answers: Mr van Nistelrooij and Mr Kelly have already spoken about our ability through the Solidarity Fund. I am sure that you know that the national authorities need to apply for this Fund's support and provide an assessment of the damage, and then the Commission reviews the application and determines if EU support could be activated and for what amount and specifically, I think 12 weeks after. Portugal, maybe you know, has received since 2003 through this Solidarity Fund, including for the forest fires on Madeira last summer, around EUR 80 million, so the Solidarity Fund has already been activated about this request.

It is quite important to recognise that the south of Europe is more sensitive as a region for forest fires and this is why my intention as Commissioner responsible for the ERCC and the Civil Protection Mechanism is to see more improvements in our action through this mechanism, but you know that we need some new legislation or some amendments. I would like to sit together to exchange views on how to increase our cooperation and to see how this mechanism can be more effective and efficient.

Die Präsidentin. – Damit ist die Aussprache geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – Los incendios que han asolado el parque natural de Doñana y el centro de Portugal ponen de manifiesto la vulnerabilidad de los países mediterráneos ante el riesgo de los incendios en la temporada estival, lo que se agrava por la sequía del sur de la península ibérica. La UE cuenta con un mecanismo de protección civil para asistir a los países durante catástrofes junto con el Fondo de Solidaridad de la UE, que compensa daños a partir de un límite mínimo, calculado en función de un porcentaje del PIB. Este método penaliza a regiones grandes y pobladas, que pueden tener dificultades para acceder a esta financiación. Por ello, sería conveniente que se tuviera en cuenta la renta per cápita, que es un mejor reflejo de la economía real. Aunque la prioridad del fondo ha de ser las catástrofes humanitarias y aquellas en las que la vida humana se ve afectada, como ha sido el caso en Portugal, los destrozos del medioambiente y los espacios especialmente protegidos han de tener también su cabida. Doñana pertenece a la Red Natura 2000, pero esta especificidad ni contempla actuaciones concretas con financiación específica ni es reconocida como tal en el Fondo de Solidaridad Europeo.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), por escrito. – Los incendios que han asolado el parque natural de Doñana y el centro de Portugal ponen de manifiesto la vulnerabilidad de los países mediterráneos ante el riesgo de los incendios en la temporada estival, lo que se agrava por la sequía del sur de la península ibérica. La UE cuenta con un mecanismo de protección civil para asistir a los países durante catástrofes junto con el Fondo de Solidaridad de la UE, que compensa daños a partir de un límite mínimo, calculado en función de un porcentaje del PIB. Este método penaliza a regiones grandes y pobladas, que pueden tener dificultades para acceder a esta financiación. Por ello, sería conveniente que se tuviera en cuenta la renta per cápita, que es un mejor reflejo de la economía real. Aunque la prioridad del fondo ha de ser las catástrofes humanitarias y aquellas en las que la vida humana se ve afectada, como ha sido el caso en Portugal, los destrozos del medioambiente y los espacios especialmente protegidos han de tener también su cabida. Doñana pertenece a la Red Natura 2000, pero esta especificidad ni contempla actuaciones concretas con financiación específica ni es reconocida como tal en el Fondo de Solidaridad Europeo.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. – Considerando a gravidade do que aconteceu em Portugal e a experiência galega de anos sofrendo o flagelo dos incêndios nos quais, além dos impactos conhecidos, também tivemos de lamentar a perda de vidas humanas durante as operações de extinção: É tempo de pôr fim ao modelo florestal baseado nos pinheiros e na monocultura de eucaliptos, estendidos de forma continuada ao longo de quilómetros e com núcleos rurais, urbanos e estradas rodeadas de pirófitas; sem esquecer o esgotamento das águas provocado pelo eucalipto. Reclamamos que o eucalipto seja declarado espécie invasora e que as instituições atuem em conformidade. Outro fator que contribui são os anos e anos de políticas agrárias que provocam o abandono da agricultura e, com isso, o abandono do meio rural. A experiência mostra que um território ordenado, bem gerido, com camponeses e camponesas assentadas no território, cuidando do meio através da produção de alimentos é fundamental para que quando há um fogo, este não se estenda. Também é preciso, especialmente no caso galego, acabar com a cultura do negócio do fogo, consolidando um serviço público de extinção de incêndios. Devemos acabar com a precarização e insegurança destes trabalhadores e dignificar a profissão de bombeiro e bombeira florestal.

Elena Valenciano (S&D), por escrito. – Los incendios que han asolado el parque natural de Doñana y el centro de Portugal ponen de manifiesto la vulnerabilidad de los países mediterráneos ante el riesgo de los incendios en la temporada estival, lo que se agrava por la sequía del sur de la península ibérica. La UE cuenta con un mecanismo de protección civil para asistir a los países durante catástrofes junto con el Fondo de Solidaridad de la UE, que compensa daños a partir de un límite mínimo, calculado en función de un porcentaje del PIB. Este método penaliza a regiones grandes y pobladas, que pueden tener dificultades para acceder a esta financiación. Por ello, sería conveniente que se tuviera en cuenta la renta per cápita, que es un mejor reflejo de la economía real. Aunque la prioridad del fondo ha de ser las catástrofes humanitarias y aquellas en las que la vida humana se ve afectada, como ha sido el caso en Portugal, los destrozos del medioambiente y los espacios especialmente protegidos han de tener también su cabida. Doñana pertenece a la Red Natura 2000, pero esta especificidad ni contempla actuaciones concretas con financiación específica ni es reconocida como tal en el Fondo de Solidaridad Europeo.

19. Verfahren zur Beilegung von Doppelbesteuerungsstreitigkeiten in der EU (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Michael Theurer im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über den Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Verfahren zur Beilegung von Doppelbesteuerungsstreitigkeiten in der Europäischen Union (COM(2016)0686 - C8-0035/2017 - 2016/0338(CNS)) (A8-0225/2017).

Michael Theurer, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst mal möchte ich mich bei den Kollegen Schattenberichterstattern ganz herzlich für diese konstruktive und intensive Zusammenarbeit an diesem Bericht bedanken. Wir haben gute Kompromisse gefunden.

An dieser Stelle und zu später Stunde in diesem Hause rufen wir ein wichtiges Thema auf, das viele Unternehmen, aber auch Privatbürger in Europa betrifft, nämlich das Thema Doppelbesteuerung.

Wir haben uns in verschiedenen Ausschüssen hier vor allen Dingen darum gekümmert, dass Steuerschlupflöcher geschlossen werden, dass also aggressive Steuervermeidungsmodelle ausgeschaltet werden, weil wir nicht akzeptieren, dass der Normalbürger seine Steuern bezahlt, aber internationale Großkonzerne nicht. Gleichzeitig ist es diesem Haus aber auch ein Anliegen, dass eben Steuern auf dasselbe Einkommen oder auf dasselbe Kapital nicht doppelt bezahlt werden müssen. Wir wollen also weder die doppelte Nichtbesteuerung noch die Doppelbesteuerung, und vor dem Hintergrund begrüßen wir ausdrücklich die Initiative der Europäischen Kommission, hierzu einen Gesetzgebungsvorschlag vorzulegen.

Damit kam die Kommission auch einer Entschliebung des Europäischen Parlaments aus dem Juli 2016 nach. Darin hat das Europäische Parlament festgestellt, dass ein klarer Zeitrahmen für Streitbeilegungsmechanismen den Schlüssel zur Erhöhung der Effektivität des bisherigen Systems darstellt. Die *Arbitration Convention* war ja im Kompromiss zwischen den Mitgliedstaaten schwierig zu erreichend. Sie soll jetzt durch den neuen Vorschlag der Europäischen Kommission abgelöst werden.

So viel des Lobes an die Kommission, so sehr bedauern wir, dass der Rat, der heute Abend bei der Debatte auch nicht anwesend ist, nicht auf die offizielle Verabschiedung unseres Berichts hier im Europäischen Parlament gewartet hat. Der Rat hat bereits seine Beschlussfassung abgeschlossen. Wir wollen an dieser Stelle unser Missfallen zum Ausdruck bringen. Wir glauben, dass es, auch wenn das Europäische Parlament nicht zustimmungspflichtig ist, doch ein Gebot der Höflichkeit gewesen wäre, die Beendigung unserer Beratungen hier abzuwarten, und bitten das Präsidium des Hauses, dies auch dem Rat gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Wesentlicher Gegenstand des Berichtes ist, dass wir die Streitbeilegungsverfahren, die bisher ineffizient sind, verbessern wollen. Wir wollen Rechtssicherheit erreichen. Die 10,5 Milliarden Euro – um die es da im Moment geht, bei über 900 Fällen zeigen: Das ist keine kleine Summe, es kann Steuerzahlern passieren, dass sie eben mit ihrer Steuererklärung keine verbindliche Auskunft bekommen, wenn sie in mehreren Ländern der Europäischen Union tätig sind. Hier wollen wir Rechtssicherheit, wir wollen ein Verfahren, das dafür sorgt, dass von den Bürgerinnen und den Bürgern nicht jahrelange Rechtsstreite mit hohen Kosten angestrengt werden müssen. Deshalb ist es gut, dass ein konkreter Vorschlag vorliegt, der nun die Mitgliedstaaten verpflichtet, für die Bürgerinnen und Bürger ein Streitbeilegungsverfahren aufzusetzen.

Ich persönlich hätte mir gewünscht, dass hier auch ein ständiger Ausschuss eingerichtet wird, also dass permanent Experten aus den Steuerverwaltungen von den Mitgliedstaaten abgestellt worden wären. Die anderen Fraktionen konnten sich hierzu leider nicht entschließen, aber immerhin haben wir einen gemeinsamen Vorschlag unterbreitet, der beinhaltet, dass die Fristen, die jetzt im Ratsvorschlag enthalten sind, noch mal deutlich verkürzt werden sollen: statt zwei Jahren ein Jahr, statt einem Jahr sechs Monate. Wir wollen also, dass der Bürger schneller eine Auskunft bekommt, ob seine Beschwerde überhaupt angenommen wird, ob sie berechtigt ist. Denn wir halten es für völlig inakzeptabel, wenn Steuerbürger und Unternehmen über Jahre hinweg warten müssen, bis sie eine Erklärung bekommen, ob ihre Beschwerde gegen eine Doppelbesteuerung rechtskräftig ist oder nicht – also hier ein ganz klares Plädoyer für Rechtssicherheit und Transparenz.

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Madam President, on behalf of my dear colleague Pierre Moscovici, I would like to thank the rapporteur, the shadow rapporteurs and the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) for their high-quality report and their very constructive and comprehensive work on the Directive on Tax Dispute Resolution Mechanisms.

This directive is yet another building block in the Commission's action towards a fairer, more efficient, more competitive and at the same time, more transparent corporate tax system in the EU.

Whilst proposing stricter rules against tax avoidance and ensuring that taxes are paid where profits are generated, the Commission is also very much concerned about providing legal certainty for taxpayers and ensuring that when they operate cross-border they pay taxes on their income and capital only once, not twice.

Double taxation occurs when two or more countries claim the right to tax the same income or profits of a company. There are estimated to be around 900 double taxation disputes ongoing in the EU today between Member States, under the current dispute resolution mechanisms, mainly dealing with transfer pricing issues.

Double taxation is a serious obstacle to cross-border investment in our single market, leading to uncertainty and discouraging cross-border trade. Under the existing procedures, unresolved double taxation disputes between Member States represents EUR 10 billion in the EU. From an investor's perspective, robust, reliable and stable procedures and predictable behaviour on the part of tax administrations as regards eliminating double taxation are important factors for doing business in a country.

To remedy the current situation, the directive provides for mandatory and binding dispute resolution mechanisms with clear timelines and an obligation to reach results. It significantly improves the existing mechanisms for resolving disputes between Member States. The text allows for a 'mutual agreement procedure' to be initiated by the taxpayer, under which Member States must reach an agreement within a set deadline. If the procedure fails, an arbitration procedure is launched to resolve the dispute within specified timelines.

The directive is also a direct response to the calls of this House included, for example, in the ECON resolution from December 2015, known as TAXE, and its TAXE II resolution of July 2016.

ECON's report highlights some key elements of efficiency and effectiveness, such as setting ambitious timelines, ensuring independence of the members of the arbitration commission, deciding on disputed cases and enhancing transparency.

As regards timelines, setting up ambitious time limits had to be balanced against the international environment and the procedures set out in tax treaties. Other elements, such as the increased number of cases, fostering the capacities of tax administration, as well as business realities and the global tax environment, involving more complicated and sophisticated cases, were also considered.

As far as independence of the members of the arbitration commission is concerned, the Commission recognises the high importance of the issue. That is why we are fully committed to ensuring the right balance between the criteria of independence and integrity towards competence of the independent person, given the increased complexity and sophistication of the cases involved.

With regard to increasing transparency, the publication of a summary of each decision on disputed cases, is regarded as highly beneficial. Furthermore, the Commission has also ensured that taxpayers' rights and obligations throughout the procedure are significantly improved. Finally, the directive ensures that the mechanisms do not result in double non-taxation situations. If the affected taxpayer cannot prove that there is double taxation, Member States can decide to deny access to the procedure.

I count on Parliament's full support for this important file, so that we can continue delivering our ambitious agenda for a competitive and growth-driven tax environment; full speed ahead!

The most crucial imminent steps in this regard are: the introduction of a common consolidated corporate tax base (CCCTB). The CCCTB is exactly the fair, efficient and competitive corporate tax system that the EU desperately needs – now and for the future.

First, because the CCCTB will create a simpler, more stable and more attractive environment for businesses and investors inside Europe. Second, it will encourage growth-friendly business activities and will boost the competitiveness of the EU as a whole. And finally, the CCCTB will make corporate taxation fairer and more efficient. It is the ultimate tool for combating tax avoidance.

Neena Gill, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, fair taxation is at the core of our agenda on jobs and growth. That means closing loopholes exploited by large companies to avoid paying their fair share, but also ensuring that we address anomalies like double taxation, which disproportionately affect small— and medium-sized companies who often end up footing the bill twice when they are doing business cross-border. For many SMEs this uncertainty keeps them from taking the leap towards supplying their goods and services across borders. This is where the European Union has tremendous added value.

The directive being voted on tomorrow will speed up procedures to settle tax disputes, reduce compliance costs and administrative burdens. We have managed to halve the timescale to align the process with the annual business and investment cycle. The next step, of course, is to ensure we fully implement a common consolidated corporate tax base that will prevent double taxation being charged in the first place.

Let this be a strong message to those who doubt the EU's key role in cutting red tape and making cross-border business a possibility for all. My congratulations to the rapporteur, Michael Theurer, on achieving this goal.

Pirkko Ruohonen-Lerner, *ECR-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, kaksinkertaisen verotuksen välttäminen on tärkeä tavoite. On myös perusteltua, että siihen liittyvät kiistat saadaan ratkaistua mahdollisimman tehokkaasti. Tässä suhteessa uusi direktiivi on selkeä edistysaskel. Päällisin puolin parlamentin hyväksymien muutosten muotoilut ovat hyviä ja parantavat alkuperäistä komission esitystä. Ainoa asia, josta kannan huolta, liittyy parlamentin lyhentämiin käsittelyaikoihin.

Alkuperäiset komission esittämät takarajat olivat linjassaan direktiivistä tehdyn vaikutusarvion kanssa. Osa parlamentin tekemistä aikataulumuutoksista on huomattavasti tiukempia kuin tämän vaikutusarvion realistisina pitämät ajat. Vaikutusarviossa todetaan, kuinka "rajat ylittävien arvoketjujen ja liiketoimintamallien lisääntyminen ja monimutkaistuminen voi johtaa vain käsittelyaikojen kasvuun." Tästä syystä olisin itse kannattanut käsittelyaikojen pitämistä lähempänä komission esittämiä aikoja. Nyt vaarana on, että päätöksistä tulee hätiköityjä, mikä ei palvelisi ketään.

Miguel Urbán Crespo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta, señorías, acabar con la evasión fiscal de las empresas debería ser la prioridad de la Comisión y de los Gobiernos. Las grandes empresas europeas llevan a cabo prácticas de erosión de la base fiscal y transferencia de precios para tributar en los países con las tasas más bajas.

Este es uno de los principales problemas de la fiscalidad europea, y no la doble imposición sobre la que trata este informe. Porque todos sabemos que el problema es que las grandes empresas no paguen impuestos; y no que los paguen en dos países. Consideramos que el secretismo está fuera de lugar en los casos de fiscalidad internacional, y la publicación es de interés general. Por eso hemos presentado enmiendas en este sentido. No es entendible que una empresa tenga hasta tres años para reclamar por un supuesto caso de doble imposición y que, sin embargo, el Estado tenga solo un año para examinar este caso.

Necesitamos dar más tiempo y recursos a los inspectores de Hacienda, que son como David ante el Goliath de las grandes corporaciones. Por último, rechazamos la idea de garantizar la impunidad de los delitos fiscales cuando haya disputas de doble imposición abiertas. Esto es inadmisibile.

Dejémonos de hipocresías. Nuestro discurso no puede ser una supuesta lucha contra la evasión fiscal, mientras legislamos justamente para favorecer los intereses de las multinacionales y el poder corporativo, a costa de los derechos sociales de los pueblos de Europa.

Por cierto, que este documento, que este informe, ya esté aprobado por el Consejo, sin que haya pasado por el Parlamento, que aquí no esté el Consejo y que no esté ni siquiera el comisario de Economía, eso sí que es una burla al Parlamento.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora presidenta, en primer lugar, agradecerle al señor Theurer la buena colaboración en este dossier y que haya estado abierto a nuestras propuestas, como, por ejemplo, a que en la fase de arbitraje la comisión que tiene que pilotar esta fase esté compuesta de expertos íntegros e independientes, y a que recomendáramos que fueran incluso funcionarios de las agencias tributarias —que nos parecía mejor—, así como también a la idea de que la Comisión Europea tenga capacidad de hacer una evaluación sobre los representantes independientes en los paneles.

También quiero anunciar que votaremos a favor de las enmiendas del Grupo GUE/NGL para una mayor transparencia en el caso de la conclusión de los casos de arbitraje.

Pero yo quiero terminar dirigiéndome al Consejo. Punto uno: que hayan cerrado el dossier sin esperar a la consulta, como han dicho muchos de los compañeros, es una auténtica tomadura de pelo; y ya encima que no estén aquí... prefiero ahorrarme el comentario.

Y segundo: qué rápido cierran estos dossieres que favorecen la actividad de las compañías y cuánto cuesta en el Consejo sacar transparencia fiscal, base mínima común imponible, etcétera, etcétera.

Desearía realmente otra actitud del Consejo, porque esa actitud sí que es ridícula.

Catch-the-eye-Verfahren

Seán Kelly (PPE). – Madam President, it's a funny old world, isn't it? On the one hand, we have people who pay little or no tax and, on the other hand, we are talking tonight about people who are subject to double taxation. Thankfully, both the Committee on Economic and Monetary Affairs – and colleagues here like Mr Theurer – and the Commission are beginning to come to grips with it. That is the way it should be.

We passed legislation yesterday on tax avoidance and country-by-country reporting, which will help to close the loopholes allowing big multinationals to escape paying most of the tax they should have paid – and that is good. But, equally importantly, people should not be paying more tax than they are due to pay. It is rather extreme that there is EUR 10.5 billion in dispute at the moment and 900 cases, but I think we are beginning to move in the right direction on this. The Commission has come forward with a proposal which everybody accepts is good. That should be promoted because it shows that the European Union is trying to be fair to everybody, and rightly so. So well done, Commissioner.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, έχουμε παρακολουθήσει τις διαδικασίες με τις οποίες οι πολυεθνικές προσπαθούν να φοροαποφύγουν και να φοροδιαφύγουν, μέσα από τις τριγωνικές σχέσεις, και αυτό είναι το κυρίαρχο στοιχείο που πρέπει να απασχολεί το Κοινοβούλιό μας. Από την άλλη πλευρά βεβαίως, θα πρέπει να προσδιοριστεί ότι οι πολυεθνικές θα πληρώνουν φόρους εκεί όπου παράγουν τα κέρδη. Φυσικά, αυτό δεν σημαίνει ότι πρέπει οι φόροι να επιβάλλονται δύο φορές κι έτσι λοιπόν θα πρέπει να ισχύσουν οι διαδικασίες περί αποφυγής της διπλής φορολογίας.

Θα ήθελα να θέσω υπόψη στον εισηγητή και στον κύριο Επίτροπο ότι πρέπει να εξετάσουμε και την περίπτωση των φυσικών προσώπων, διότι πάρα πολλές χιλιάδες συμπολίτες μας έχουν μεταναστεύσει από τις χώρες του Νότου σε άλλες περιοχές. Από την Ελλάδα, έχουν μεταναστεύσει πάνω από 400.000 χιλιάδες νέοι επιστήμονες και όλοι αυτοί αντιμετωπίζουν προβλήματα διπλής φορολογίας. Επίσης, πρέπει να δείτε και το θέμα της προσφυγής στη δικαιοσύνη. Στην Ελλάδα, για να προσφύγει κανείς στα φορολογικά δικαστήρια, πρέπει να καταβάλει το 30% της απαίτησης που υπάρχει από πλευράς κράτους και αυτό είναι κάτι που δεν διευκολύνει την απονομή δικαιοσύνης.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Madam President, tax certainty, fairness and transparency will improve the functioning of the internal market and benefit investment and trade in the EU.

Parliament has already focused on this, and I would like to congratulate the rapporteur on this very important report. At the same time, the swift resolution of disputes and the obligation to remove double taxation within a set time frame are crucial to position the EU at the forefront of developments in this area.

This directive aims to create a coordinated common framework and the same level playing field for businesses in the Union, both big and small. And this amounts to our efforts to create a fair and effective corporate tax system in the EU, and also to tax fairness in general, since not only business, but also individuals, will benefit from the new rules.

Creating a better way to solve double taxation disputes is only one additional step on the long road towards an improved tax system in the EU. More needs to be done to achieve our objective, we have all recognised this already. And your full support will be needed to provide companies through Europe with a common consolidated corporate tax base and a modern VAT system.

Michael Theurer, Berichterstatter. – Frau Präsidentin! Zunächst einmal begrüße ich als Taxe-1- und -2-Sonderberichterstatter, dass sie hier die Notwendigkeit verbindlicher Steuerregeln, um aggressive Steuervermeidung zu stoppen, noch mal bekräftigt haben. Insbesondere die GKKB/GKB ist entscheidend. Die Debatte hier hat gezeigt, dass vor allen Dingen kleine und mittlere Unternehmen unter Doppelbesteuerung leiden und dass es deshalb für die Funktionsfähigkeit und für den fairen Wettbewerb erforderlich ist, den hier diskutierten Streitbeilegungsmechanismus in Kraft zu setzen.

Wichtig ist, dass ein Steuerzahler, der Beschwerde einreicht, dann in dieser Zeit eben nicht herangezogen wird. Es ist ebenso wichtig, dass die Entscheidungen vollständig veröffentlicht werden. Sollte jedoch ein Beschwerdeführer Angst haben, dass Betriebs-, Geschäfts- oder Handelsgeheimnisse betroffen sind, sollten die betroffenen Behörden die sensiblen Teile der Entscheidung dann entsprechend löschen.

Als letzten Punkt wollen wir als Parlament Sie, Herr Kommissar, und die gesamte Kommission in die Pflicht nehmen, dass Sie dafür sorgen, mit diesem richtigen Schritt nach vorne nicht stehen zu bleiben, sondern bei der entsprechenden Evaluierung der Richtlinie dafür sorgen, dass der Geltungsbereich erweitert wird, etwa auf indirekte Steuern, Einkommensteuer, Erbschaftsteuer oder auch die Besteuerung von beruflichen Pensionen. Hier gibt es ebenfalls Probleme mit grenzüberschreitenden Steuerbescheiden, und in diesem Sinne glauben wir, dass der vorliegende Gesetzentwurf ein großer Schritt nach vorne ist, aber eben noch nicht der Endpunkt im Sinne von Bürgerfreundlichkeit in der Europäischen Union sein kann.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Donnerstag, 6. Juli 2017, statt.

20. Gutachten des Gerichtshofs vom 16. Mai 2017 zum Freihandelsabkommen EU-Singapur (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über das Gutachten des Gerichtshofs vom 16. Mai 2017 zum Freihandelsabkommen EU-Singapur von Bernd Lange, Daniel Caspary, David Martin im Namen des Ausschusses für internationalen Handel (O-000057/2017 - B8-0323/2017) - (2017/2739(RSP)).

Bernd Lange, Verfasser. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Sie haben es gesagt, Frau Präsidentin: Am 16. Mai hat der EuGH über die Anfrage der Kommission geurteilt, ob und wie ein Handelsabkommen zu ratifizieren ist, welche Zuständigkeit bei der Europäischen Union liegt und welche Zuständigkeit bei den Mitgliedstaaten liegt. Der Spruch ist ziemlich eindeutig – fast alles ist EU-Kompetenz: Dienstleistungen, Transportdienstleistungen, Fragen des geistigen Eigentums, natürlich die Marköffnung, öffentliche Beschaffung und auch die Frage der Nachhaltigkeit und der Arbeitnehmerrechte.

Der EuGH hat gesagt, Arbeitnehmerrechte sind integraler Bestandteil von Handelsabkommen. Das fand ich sehr erfreulich. Zwei Dinge hat er als nationale Kompetenz ausgenommen: die Frage von Investitionen – wenn sie sehr umfassend sind, Portfolioinvestitionen – und Investitionsstreitbeilegungsmechanismen, wenn sie insbesondere nationale Rechtssysteme nicht ausschöpfen. Da wird ja eigentlich klar, worum es geht. Und nun sind ja 50 Tage vergangen, und ich habe noch nichts von der Europäischen Kommission gehört. Dabei ist es doch wichtig zu wissen, wie sich eigentlich unsere Partner darauf einstellen sollen und natürlich wie die Bürgerinnen und Bürger sich darauf einstellen sollen, wer wie in Zukunft Handelspolitik zu entscheiden hat. Da spielt die Kommission U-Boot, sie taucht unter.

Dabei gibt es eigentlich klare Optionen, die man diskutieren kann. Eine Option ist: Wir machen weiter wie bisher, mit allen Problemstellungen, die damit verbunden sind, wie wir bei der Diskussion um das Kanada-Abkommen CETA erlebt haben, mit vielen Verwerfungen und vielen Unklarheiten bis hin zu einem Prozess, der mehrere Jahre in der Ratifizierung dauern wird. Ob wir das wollen? Ich glaube eigentlich nicht.

Oder die zweite Option: Man trennt den Handelsteil mit den Elementen, die ich eben skizziert habe – wo der Gerichtshof gesagt hat, das ist EU-Zuständigkeit – von einem Investitionsabkommen, was dann gemischte Zuständigkeit ist und durch die EU-Mitgliedstaaten und deren Parlamente zu ratifizieren ist. Also zwei Abkommen. Das gibt Klarheit. Und auch das Verfahren ist transparent und effizient und schnell.

Oder man kann auch sagen: Wenn die Kriterien des Europäischen Gerichtshofs so sind, dass nur Direktinvestitionen EU-Zuständigkeit sind, dann lässt man Portfolioinvestitionen einfach weg, und wenn es so ist, dass ein Investitionsgerichtshof nur in die EU-Zuständigkeit kommt, wenn alle nationalstaatlichen Rechtsmittel ausgeschöpft sind, dann macht man das halt verpflichtend, erfüllt also die Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs und packt das in ein Abkommen. Das wäre auch eine Möglichkeit.

Ich glaube, das müssen wir inzwischen mal wirklich auf den Tisch haben, welche Möglichkeiten wir denn eigentlich weiterverfolgen wollen. Ich tendiere eher zu der mittleren – also dies zu trennen –, aber das muss man diskutieren. Und da möchte ich von der Kommission einmal wissen, was die sich jetzt in den letzten 50 Tagen überlegt haben. Denn das ist ja keine abstrakte Überlegung, Frau Präsidentin, Herr Kommissar, sondern gerade heute gab es eine politische Verständigung über das Japan-Abkommen, wo diese Frage ja wieder auftaucht. Dann gibt es Verhandlungen mit Mexiko, dem Mercosur und Chile usw.

Ich glaube, da müssen die Partner Klarheit haben, und vor allem unsere Bürgerinnen und Bürger müssen Klarheit haben. Deswegen bin ich gespannt auf Ihre Antwort.

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Madam President, I am here on behalf of my colleague Cecilia Malmström. About the many questions raised by my colleague, the Commission sought the opinion of the European Court of Justice on the EU-Singapore Free Trade Agreement, to obtain clarity about the division of competences on trade and investment and to check if the EU could sign and conclude the FTA alone.

The Court's opinion provided this clarity in an unequivocal manner. Therefore, we have now a unique opportunity to put the governance of the EU trade policy on a more stable and effective footing, allowing the EU to remain a credible negotiating partner that can better deliver for citizens. Our objective is outlined in the Reflection Paper on Harnessing Globalisation according to which 'the EU must be able not only to negotiate broad agreements to tackle a wide range of global issues, but also to ensure these agreements can be ratified and implemented'.

Let me now proceed to your specific questions as already understood. The Court confirmed that the EU has exclusive competence for most matters that were included in the Singapore FTA, such as: trade in goods; trade in services, including transport; government procurement; intellectual property; competition; trade and sustainable development; Foreign Direct Investment (FDI) liberalisation, and the substantive standards of protection for FDI.

The Court concluded that the competence is shared with the Member States for only two areas. First, non-direct investment, and second, Investor-to-State Dispute Settlement (ISDS) with regard to both direct and non-direct foreign investments. Therefore, and despite the majority of the agreement being considered as coming under the EU's exclusive competence and the remaining parts as shared competence, the Court considered that the agreement as it stands cannot be concluded by the EU alone. This means that unless the FTA is modified, it cannot be ratified as EU-only, but would need to be presented as a mixed agreement and ratified by all national and, where appropriate, regional parliaments.

The opinion gives us an opportunity to look afresh jointly with this House, the Council of course, and Member States, at ways to make EU decision-making for trade and investment policy more sound and efficient. This discussion will need to take into account the legal and political implications deriving from the Court's opinion: in particular, we will need to respond to the questions as to whether we consider that the status quo, meaning a similar ratification process as in the case of the FTA with Canada (CETA) is sustainable, or not.

Or should we rather use the clarity provided by this opinion to move to a more credible and efficient ratification process, taking into account that the EU has exclusive competence for the full scope of our new generation progressive trade and investment agreements but not for certain elements of investment protection and ISDS? How can we best respect the allocation of competences while presenting trade and investment agreements that are coherent and maximise the benefits for citizens?

Last but not least, we will need to explain collectively that, whatever path may be chosen, the EU's trade and investment policy decision-making process is, and will continue to be, a fully democratic one by the European Parliament and the representatives from the democratically elected governments of the Member States in the Council.

Further to the proposals and actions made by the Commission to enhance the transparency of trade negotiations and to ensure the proper involvement of all stakeholders during the negotiations, we are keen to explore further ways to assist the Member States in strengthening the involvement of national parliaments early on in the process.

Once our exchanges produce more clarity and consensus on these matters, we will be in a position to propose concrete steps related to the distinction between EU exclusive and shared competences in the ratification process of our free-trade agreements and the negotiating mandates that will be needed for future FTAs.

(Interjection from Mr Lange: 'When?')

Once. We will see!

Christofer Fjellner, för PPE-gruppen. – Fru talman! EU:s handelspolitik har befunnits sig i kris det senaste året. Idén om att de handelsavtal vi sluter inte bara ska godkännas här i Europaparlamentet och av alla medlemsstater, utan även godkännas i 38 nationella och regionala parlament runtom i Europa, har omöjliggjort EU som en seriös förhandlingspartner med många utav våra stora förhandlingspartner runt om i världen.

Det här var ju något som Kanada lärde sig den hårda vägen: När Kanadas handelsminister Freeman gråtande, bokstavligt talat, lämnade Vallonien efter att den socialdemokratiska regeringen där, representerande 3,5 miljoner i en belgisk region, vägrade acceptera frihandelsavtalet mellan EU och Kanada, och då vägrade 500 miljoner européer och 35 miljoner kanadensare att skörda frihandelsfrukter, jobb och tillväxt.

Hela grundidén är ju att vi polar suveränitet, att vi byter självständigt beslutsfattande mot reell påverkan och bättre beslut, och just nu kämpar vi för att göra precis det på migrationspolitikens område. Med samma logik.

Men just handelspolitiken, där har vi ju haft idén om gemensamt beslutsfattande ända sedan Romfördraget 1947 och etableringen av tullunionen, och att nu inte försvara ett gemensamt beslutsfattande, det kommer att ha ett oerhört högt pris. För det är början till slutet på det som i 60 år har varit grunden i Europasamarbetet.

Och att 3,5 miljoner européer i Vallonien ska hindra Sverige och alla andra europeiska länder från att skörda frihandelsfrukter, det kommer jag aldrig kunna förklara för mina medborgare, för alla européer förlorar på den ordningen.

Men för att göra något åt det här så behöver vi ha mod. Mod från kommissionen att våga föreslå handelsavtal, rena handelsavtal, som EU-kompetens.

Men det behövs ännu mer mod, tror jag, från politiker. Framför allt från medlemsstaterna för att försvara frihandel, att försvara gemensamt beslutsfattande och att stå upp för de handelsavtal vi har förhandlat fram, och att inte sprida myter om dem. För annars kommer vi aldrig att lyckas.

David Martin, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, as we have heard, this case was referred to the Court more than three years ago, which means a trade deal that we negotiated over years and initialled has been in the deep freeze for that time period.

Apart from the damage that has done to us as trade negotiators, my fear about this is that it is not actually going to bring any more clarity to the situation than we had before the court case. I am afraid that nothing the Commissioner has said tonight has given me hope that this would be different. The logical consequence of the court ruling should be to leave investment out of the Singapore Free Trade Agreement and proceed as quickly as possible with a goods-only agreement. That could be ratified very speedily and it would also take a toxic matter out of the agreement.

I hope that the Council, which should have been part of this debate tonight, will actually agree with this and take the matter forward but, as the committee Chair has said, this goes beyond the Singapore Free Trade Agreement. The Commission has done this, and I pleased to hear that. The Lisbon Treaty makes it very clear that this House, which is legitimately elected by the EU citizens, is the only Parliament entitled to ratify EU-only free trade deals.

In future, the Council should not artificially add to the mandate for free trade agreements in order to maintain mixity. Secondly, as Mr Fjellner has said, by not doing this, we can avoid the potential scenario of any one of 43 national and regional parliaments holding our trade agreements hostage.

The Court has given us a unique opportunity to put new impetus into our trade agreements. I think a majority in this House is willing to grasp that nettle. I am not yet convinced that the Commission is, and I am very worried that we have had radio silence from the European Council on this matter.

The Council should be prepared to act and give trade policy a chance.

Sander Loones, *namens de ECR-Fractie*. – Ik ben een Vlaming. Ik ben een Vlaamse patriot, een Vlaams-nationalist en mijn nationalisme is een zeer open nationalisme. Wij staan in de wereld open, overtuigd en gedreven als Vlamingen.

Maar ik stel vast dat anderen zich wel opsluiten, dat ze geen handel willen drijven met andere landen, dat zij alles wat vreemd is als een bedreiging zien. En die onzekerheid moeten we wegnemen, met daadkracht en met lef. En met het benadrukken ook van wat evident is: onze identiteit, ons verhaal, ons merk, ons kwaliteitslabel. Vlaming zijn met alles wat daarbij hoort, alle vrijheden, alle rechten en plichten, alle normen en waarden.

Ik wil dan ook alle Vlamingen oproepen: kom alsjeblieft uit de kast en ga in de etalage staan, trots, evident, ongedwongen, als Vlaming.

Hier vanuit dit Europees Parlement wens ik jullie alvast allemaal een schitterende feestdag, een schitterende 11e juli toe. Leve Vlaanderen, leve de Vlamingen.

Ramon Tremosa i Balcells, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, I am very happy that Commissioner Malmström is absent for a good reason tonight. I know she is finalising the EU-Japan Free Trade Agreement (FTA).

This is very good news for Europe. The EU must accelerate on trade deals now that the USA has decided the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) is not a priority. With regard to Singapore, I was and am a very strong supporter of this FTA, as I really believe it offers a win-win commercial deal. I am as frustrated as our Singapore counterparts that this FDA has taken so long and that it was stuck in court for such a long time.

As our oral question points out, negotiations were launched in March 2010. Seven years, colleagues, is a positively biblical cycle. If we take so long with a rule-of-law country like Singapore, imagine how long we will take with bigger, more problematic countries. The Court of Justice ruling of 16 May 2017 places almost all the EU-Singapore FTA provisions within the exclusive competence of the Union. However, the two remaining areas of mixed competence have a clear effect and will probably constitute a precedent for future FTAs that the EU will negotiate.

Europe will grow not with more public debt but rather through further trade deals with countries all over the world. Time is always important, and now there is a favourable international momentum for Europeans to grasp.

I want to raise three questions. What will the consequences of this Court ruling be beyond the ratification of this FTA? Can we expect the ratification next year? What will be the consequences in terms of future mandates for the negotiation of FTAs and the procedures for their ratification?

Anne-Marie Mineur, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – De uitspraak van het Europees Hof van Justitie viel me een beetje tegen. Dat zal ik meteen toegeven. Ik had gehoopt dat het Hof dichter bij het advies van advocaat-generaal Sharpston was geweest en meer bevoegdheden bij de lidstaten had gelaten. Maar het Hof heeft wel gesteld dat arbitrage en indirecte investeringen een nationale bevoegdheid zijn.

De vraag is nu: gaat de Commissie haar best doen om de nationale, regionale parlementen zoveel mogelijk buiten spel te zetten of gaat zij toch proberen om een handelsbeleid te voeren met een zo groot mogelijk draagvlak? Ik ben bang dat het het eerste is. De Commissie laat dat zien bij het verdrag met Japan dat ze morgen wil aankondigen. Er is nooit gelegenheid om in de openbaarheid te debatteren over hoe onze handelsverdragen eruit moeten zien. De Commissie heeft alle informatie, maar zij praat vooral met het bedrijfsleven en veel minder met ngo's en burgers.

Wij Europarlementariërs hebben een klein deel van de informatie, maar we mogen er niet over praten. En de burger heeft de informatie al helemaal niet en hoort alleen achteraf wat het geworden is of door lekken van organisaties als Greenpeace wat er besloten wordt. Dat is niet goed voor de democratie. Europa heeft leiders die steeds meer losgezongen zijn van de burgers en de kloof tussen u en ons wordt steeds dieper.

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, for me there are two essential conclusions from the Singapore judgment. One, referred to by Mr Lange, Chair of the Committee on International Trade, is that sustainable development, including labour protection, is an essential part of EU trade agreements. This means that we have to take it seriously, that it is not a side issue but rather a very important part of our trade negotiations, which also makes the agreements more legitimate and accepted by people.

The second is that we need to balance efficiency with democracy. I am quite pleased when I hear from the Commission that it is now thinking about how to involve the national parliaments at an earlier stage, because if we go for more EU-only trade agreements, it means that if the Member States, including the national parliaments, are going to have any say, this has to happen very early. So here my strong call to the Council is this: please publish the negotiating mandates because that is where the political discussion in the future will happen.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, as a member of the ASEAN delegation and rapporteur for the EPP on the Singapore Agreement, I obviously have a keen interest in this topic. I must say, like other speakers, I was a bit disappointed a few years ago when this was referred to the ECJ because I thought it was a bit unfair on the people of Singapore, but thankfully it has worked out quite well, and indeed great credit is due to the Singaporean authorities for their patience in this regard.

Two weeks ago I had the pleasure of meeting their Trade Minister here, also their Ambassador to the European Union, and last weekend in Dublin I met the Ambassador to Ireland. They are very enthusiastic about this, they are very understanding of the European Union's position, but now we look forward to the implementation of the agreement.

That is the first thing the Commission will have to do, to try and get this implemented as soon as possible. They have got their clarity now regarding ISDS. Indeed the Commission is working on a new framework for that and I agree completely with the last speaker, Ms Hautala, that if the Member States are to be involved in future, they are involved at the early stages, as soon as possible, and not to be allowed to hold up agreements as we have seen in the past, especially in relation to CETA.

So this is actually a good result, provided the Commission has the courage to take the result in their hands and do what they are being given the competence to do and make trade work for European citizens.

Karoline Graswander-Hainz (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Das Urteil des EuGH legt klar fest, dass die Hauptzuständigkeit für die europäische Handelspolitik auf EU-Ebene liegt, bei umfangreichen Abkommen aber auch die nationalen Parlamente mitentscheiden werden. Damit haben wir endlich Klarheit bei den Kompetenzfragen. Das Urteil des EuGH hält aber auch laut Randnummer 161 fest, dass es bei einem Verstoß gegen Sozial- und Umweltvereinbarungen zu einer Aussetzung bzw. Beendigung des Abkommens kommen könnte. Damit könnten arbeitsrechtliche Standards, Sozial- und Umweltstandards wirkungsvoll durchgesetzt werden.

Herr Kommissar, mich würde nun Folgendes interessieren: Erstens: Wann könnten die Verhandlungsparteien die Aussetzung bzw. die Beendigung des Abkommens anwenden, und ist dies überhaupt vorgesehen? Zweitens: Wie wäre der Ablauf dieses Verfahrens? Und drittens: Gilt dies dann für alle Abkommen oder nur für das Abkommen mit Singapur?

Catch-the-eye-Verfahren

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, για όσους από εμάς ασχολούμαστε χρόνια με το δικαίο της Ευρωπαϊκής Ένωσης, η απόφαση του Δικαστηρίου ήταν αναμενόμενη, διότι υπάρχουν αρμοδιότητες αποκλειστικές της Ευρωπαϊκής Ένωσης που έχουν σχέση με την άσκηση εμπορικής πολιτικής, αλλά υπάρχουν και θέματα στα οποία η αρμοδιότητα είναι συντρέχουσα, όπως είναι φερ' ειπείν η δικαστική επίλυση των διαφορών, τα θέματα των επενδύσεων, όπως θα είναι αύριο η τήρηση της εργατικής νομοθεσίας και όπως θα είναι τα περιβαλλοντικά πρότυπα που μπορούν να ισχύσουν.

Επομένως, θεωρώ ότι ξεκαθαρίζεται η κατάσταση. Ισχύει αυτό που είχα πει από το 2014 που ήρθα σε αυτήν την αίθουσα, ότι η συμφωνία CETA, όπως και η TTIP, είναι μικτές συμφωνίες και χρειάζονται κύρωση και από τα κράτη μέλη. Η Επιτροπή το ήξερε αυτό κι έκανε ένα τρικ, δηλαδή ενέκρινε μια προσωρινή ισχύ της CETA, ενώ ξέρεi ότι χρειάζεται κύρωση απ' όλα τα κράτη μέλη και ότι τα κράτη μέλη και τα κοινοβούλια πρέπει να συμμετέχουν. Αυτό σημαίνει ότι πρέπει να πάψει να υπάρχει έλλειψη διαφάνειας στη διαπραγμάτευση της CETA και -κυρίως- της TTIP.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, I appreciate the valuable comments and questions raised in this debate. We have just started to discuss this subject with you and other stakeholders. Although we have an interest in concluding these discussions as soon as possible, we are aware that, due to their legal and political complexities, they may require time.

It is clear that we have the same objective. We all want to make the EU's trade and investment policy to be more stable, effective and credible for the benefit of our EU citizens. Our analysis and discussions apply to all trade agreements that have not been ratified yet. This also includes free-trade agreements with Vietnam and Singapore.

We are considering all options that could strengthen the EU's trade and investment policy, but we do not want to prejudge the outcome of this process before having properly discussed it with this House, Member States and other stakeholders.

We are therefore looking forward to further exchanges on these issues with the European Parliament. This is a difficult position for me as I hold a different portfolio, but this is the Commission position.

Die Präsidentin. – Herr Verfasser! Ich denke, das letzte Wort ist in dieser Aussprache noch nicht gesprochen.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Pese a lo que insinúa el texto de la pregunta, la sentencia del TJUE tiene graves consecuencias para la «nueva» agenda comercial de la Comisión y su pretensión de aplicar tratados de libre comercio sin la autorización unánime de los Estados miembros. Esto supone una victoria de la democracia frente al intento de imponer los ISDS (tribunales de arbitraje entre multinacionales y Estados) y los mecanismos de «cooperación» regulatoria como actores legislativos frente a las cortes y Parlamentos nacionales. Una victoria, por lo tanto, frente a quienes están impulsando nuevos tratados de comercio (como el ACS y el ATCI) para desregular la economía europea, en lugar de someter sus propuestas al voto popular.

21. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

22. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

23. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

24. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

25. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 23.00 Uhr geschlossen.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 6. JULI 2017

(C/2024/3002)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 3. bis 6. Juli 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
3. Petitionen: siehe Protokoll	4
4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	4
5. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	4
6. Zulässige Formen der Nutzung bestimmter geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen – Grenzüberschreitender Austausch von Kopien bestimmter geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände in einem zugänglichen Format zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen (Aussprache)	4
7. Walfang in Norwegen (Aussprache)	12
8. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	18
8.1. Die Fälle des Nobelpreisträgers Liu Xiaobo und von Lee Ming-che	18
8.2. Eritrea, insbesondere die Fälle von Abune Antonios und Dawit Isaak	24
8.3. Burundi	30
9. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	35

Inhalt	Seite
10. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	35
11. Abstimmungsstunde	36
11.1. Bericht 2016 über die Türkei (A8-0234/2017 - Kati Piri) (Abstimmung)	36
11.2. Einsetzung eines Sonderausschusses zur Terrorismusbekämpfung, seine Zuständigkeiten, die Zahl seiner Mitglieder und die Dauer seiner Amtszeit (B8-0477/2017) (Abstimmung)	37
11.3. Die Fälle des Nobelpreisträgers Liu Xiaobo und von Lee Ming-che (RC-B8-0459/2017, B8-0459/2017, B8-0460/2017, B8-0461/2017, B8-0462/2017, B8-0463/2017) (Abstimmung)	37
11.4. Eritrea, insbesondere die Fälle von Abune Antonios und Dawit Isaak (RC-B8-0464/2017, B8-0464/2017, B8-0466/2017, B8-0467/2017, B8-0470/2017, B8-0472/2017, B8-0473/2017) (Abstimmung)	37
11.5. Burundi (RC-B8-0465/2017, B8-0465/2017, B8-0468/2017, B8-0469/2017, B8-0471/2017, B8-0474/2017, B8-0475/2017, B8-0476/2017) (Abstimmung)	37
11.6. Europäischer Fonds für nachhaltige Entwicklung (EFSD) und Einrichtung der EFSD-Garantie und des EFSD-Garantiefonds (A8-0170/2017 - Eduard Kukan, Doru-Claudian Frunzuliță, Eider Gardiazabal Rubial) (Abstimmung)	37
11.7. Zulässige Formen der Nutzung bestimmter geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen (A8-0097/2017 - Max Andersson) (Abstimmung)	37
11.8. Grenzüberschreitender Austausch von Kopien bestimmter geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände in einem zugänglichen Format zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen (A8-0102/2017 - Max Andersson) (Abstimmung)	37
11.9. Verfahren zur Beilegung von Doppelbesteuerungsstreitigkeiten in der EU (A8-0225/2017 - Michael Theurer) (Abstimmung)	37
11.10. Europäische Nachhaltigkeitspolitik (A8-0239/2017 - Seb Dance) (Abstimmung)	38
11.11. Förderung von Kohäsion und Entwicklung in den Gebieten in äußerster Randlage der EU (A8-0226/2017 - Younous Omarjee) (Abstimmung)	38
12. Stimmerklärungen	38
12.1. Bericht 2016 über die Türkei (A8-0234/2017 - Kati Piri)	38
12.2. Europäischer Fonds für nachhaltige Entwicklung (EFSD) und Einrichtung der EFSD-Garantie und des EFSD-Garantiefonds (A8-0170/2017 - Eduard Kukan, Doru-Claudian Frunzuliță, Eider Gardiazabal Rubial)	39
12.3. Zulässige Formen der Nutzung bestimmter geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen (A8-0097/2017 - Max Andersson)	40
12.4. Europäische Nachhaltigkeitspolitik (A8-0239/2017 - Seb Dance)	40
12.5. Förderung von Kohäsion und Entwicklung in den Gebieten in äußerster Randlage der EU (A8-0226/2017 - Younous Omarjee)	42
13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	42
14. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	42

Inhalt	Seite
15. Große Anfragen (Artikel 130b GO) (Aussprache)	42
15.1. O-000029/2017: Konsequenzen des Skandals um die Einfuhr von Fleisch aus Brasilien	42
15.2. O-000044/2017: EU-Armee	50
16. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	54
17. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	54
18. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	54
19. Unterbrechung der Sitzungsperiode	54

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 6. JULI 2017

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

1. Eröffnung der Sitzung

(Posiedzenie zostało otwarte o godz. 9.00)

2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

3. Petitionen: siehe Protokoll

4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

5. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

6. Zulässige Formen der Nutzung bestimmter geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen – Grenzüberschreitender Austausch von Kopien bestimmter geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände in einem zugänglichen Format zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest wspólna debata nad:

— sprawozdaniem sporządzonym przez Maxa Anderssona w imieniu Komisji Prawnej w sprawie wniosku dotyczącego dyrektywy Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie określonych dozwolonych sposobów korzystania z utworów i innych przedmiotów objętych ochroną z korzyścią dla osób niewidomych, osób słabowidzących i osób z niepełnosprawnościami uniemożliwiającymi zapoznanie się z drukiem, oraz zmieniającej dyrektywę 2001/29/WE w sprawie harmonizacji niektórych aspektów praw autorskich i pokrewnych w społeczeństwie informacyjnym (COM(2016)0596 – C8-0381/2016 – 2016/0278(COD)) (A8-0097/2017) oraz

— sprawozdaniem sporządzonym przez Maxa Anderssona w imieniu Komisji Prawnej w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie transgranicznej wymiany między Unią a państwami trzecimi kopii utworów w formacie umożliwiającym dostęp osobom niepełnosprawnym do określonych utworów i innych przedmiotów objętych ochroną, z korzyścią dla osób niewidomych, słabowidzących lub z innymi niepełnosprawnościami uniemożliwiającymi zapoznanie się z drukiem (COM(2016)0595 – C8-0380/2016 – 2016/0279(COD)) (A8-0102/2017).

Max Andersson, rapporteur. – Mr President, there are 285 million blind and visually impaired people in the world. Most of them have very little access to books that they can read. Today we can take a major step to change that. Today's debate is about the implementation of the Marrakech Treaty. This is a Treaty that the Greens, and indeed the whole European Parliament, have been fighting for for years. It creates a copyright exemption in international copyright law for the benefit of blind and visually impaired people so that they can have greater access to books. That is a great thing.

The Marrakech Treaty is an international WIPO treaty, but 30 countries have already joined. What problems does it solve? Today, when you make a copy of a book into a format that blind people can read by, for example, reading it into a computer, you are not allowed to send that book across a border, because of copyright law. The Marrakech Treaty changes that by removing those barriers which prevent libraries and organisations for the blind from sharing books across borders. Why is this important? Most of the 285 million blind and visually impaired people in the world live in countries where there are very few books made accessible in a format that they can read. Most of the books that have been made accessible are in rich countries such as EU countries. By removing the borders, the barriers that prevent the sharing of books, we make books available across the world and we take a major step towards giving blind people much better access to books.

This will be of benefit in EU countries, but the vast improvement will be in countries in Latin America and then Africa and other places where many people speak a European language. This will enable the sharing of books from one country to another and create much better access.

So why has this not been done before? Well, parts of the publishing industry were worried that this copyright exemption might cost them money, so there has been significant lobbying pressure, and the Council was for a very long time unable to decide how to proceed, but now we have finally got there. As Parliament's negotiator, I am very glad that we have reached a compromise that enables the removal of barriers to the sharing of books across countries.

For many of us, reading books is one of the most important things that we do, and blind people in the world can now have greater access to books. This will make it easier to find a new favourite book.

I would like to thank all the people who have been working for this and I am calling on the European Parliament to vote in favour of the implementation of the Marrakech Treaty because blind people deserve better access to books.

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Mr President, as Mr Andersson has already underlined, the directive and the regulation that we are discussing today jointly implement in EU law the Marrakesh Treaty to Facilitate Access to Published Works for Persons Who Are Blind, Visually Impaired, or Otherwise Print Disabled, which was adopted by the World Intellectual Property Organisation four years ago. This is a very important step for the European Union, one that responds to very concrete needs and one of which we should be very proud.

The significance of improving access to books and other printed texts for persons who have disabilities that prevent them from reading in the same way as persons without those disabilities should not be underestimated. So I warmly thank the rapporteur, Mr Andersson, as well as all the shadow rapporteurs and rapporteurs for opinion, for their effort and determination in reaching a meaningful outcome in the few months since the adoption of the Commission's proposals.

I am also glad that these proposals have been part of the Commission's effort to achieve a digital single market in all its dimensions and for all our citizens. They are also the first proposals of our copyright modernisation package from September 2016 to be adopted by Parliament.

Still today, too little print material can be accessed by people with print disabilities worldwide. Addressing this problem is fundamental for social inclusion and societal advancement. Doing so will benefit people with print disabilities and it will benefit everybody else.

In line with the Marrakesh Treaty, these two pieces of EU legislation will allow the production of copies of works in accessible formats by means of a mandatory exception to copyright, harmonised across the EU. They will also permit the exchange of these copies across borders, within the European Union and with third countries that are parties to the treaty. This possibility for cross-border exchange is very important. It reduces the unnecessary duplication of efforts and costs. It also allows persons with print disabilities to have faster access to a broader range of works than is possible today.

I also welcome the fact that the outcome of the negotiations by Parliament and the Council ensures transparency and keeps the burden and complications for beneficiaries to a minimum, for example when it comes to compensation schemes. I trust that we will also be celebrating soon the ratification of the Marrakesh Treaty by the European Union, which, together with these proposals, will finally make the treaty a reality for people with print disabilities.

Helga Stevens, *Rap avis EMPL.* – De EU neemt vandaag een van de laatste horden in het ratificatieproces van het Verdrag van Marrakesh. Personen die blind zijn, een visuele beperking of een leeshandicap hebben, krijgen nog altijd zeer moeilijk of geen toegang tot boeken en ander gedrukt materiaal. De noodzaak om meer werken en ander beschermd materiaal in toegankelijke vormen zoals Braille, luisterboeken en grote letterdruk beschikbaar te stellen is groot.

Met de voorstellen die op tafel liggen, wordt in het EU-recht een nieuwe verplichte uitzondering op het auteursrecht ingevoerd in overeenstemming met het Verdrag van Marrakesh. Hierdoor zullen begunstigde personen en organisaties kopieën van werken in toegankelijke vorm kunnen maken en kunnen verspreiden in de EU en derde landen die partij zijn bij het Verdrag. Het Verdrag van Marrakesh is van kapitaal belang omdat in de hele EU meer dan 30 miljoen mensen met een visuele beperking eindelijk gelijkwaardig toegang krijgen tot het gedrukte woord. Een kleine stap voor de mensheid, een gigantische stap vooruit voor blinde en slechtziende personen!

Helga Trüpel, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Kultur und Bildung.* – Herr Präsident! Dieser Vertrag von Marrakesch ist ein großer Fortschritt für Blinde und Sehbehinderte, die auf andere Weise nicht in der Lage sind, Druckerzeugnisse zu lesen. Wir haben jahrelang eine Situation gehabt, dass für Blinde und Sehbehinderte der Hunger nach Büchern nicht befriedigt werden konnte. Dieser Marrakesch-Vertrag soll das jetzt endlich beenden. Der Markt ist so klein, dass es sich für Verlage nicht richtig gelohnt hat. Darum sind Verlage jetzt von dieser Schranke, die verpflichtend gemacht wird, auch nicht wirklich bedroht, aber für Blinde und Sehbehinderte ist diese Möglichkeit ein ganz großer Schritt nach vorne.

Ich bin urheberfreundlich – ich gehöre nicht zu denjenigen, die das Urheberrecht abschaffen oder deutlich einschränken wollen –, aber in diesem Fall finde ich, dass diese Schranke absolut gerechtfertigt ist. Es kann vielleicht zu kleinen Einschränkungen für Verlage kommen. Aber für Blinde und Sehbehinderte ist es ein solcher Vorteil, dass sie endlich an Bücher, an andere Werke kommen können, das in Europa austauschen können und auch noch international. Also das ist wirklich eine humanitäre Aktion, und es ist eine deutliche Aktion für kulturelle Vielfalt – auch für Menschen mit Behinderung.

Deswegen sind wir so entschieden für diesen Vertrag und möchten, dass er jetzt ganz schnell ratifiziert wird.

Ангел Джамбазки, *докладчик по становището на комисията по култура и образование.* – Г-н Председател, уважаеми г-н Комисар, уважаеми колеги, както и много от моите колеги в залата също ще се изкажа в подкрепа на Маракешкия договор и на постигнатото споразумение между трите институции и ще подчертая ползите, които този договор и неговото приложение ще донесе за лицата с увредено зрение и други увреждания. Става дума за над 30 милиона души с увредено зрение, които живеят в държавите – членки на Европейския съюз, и техните права и възможности за достъп до информация.

Предложението на Комисията за приложение на този договор идва навреме, след като в Съвета имаше известно неразбирателство за това кой и кога трябва да ратифицира договора, имайки предвид, че е подписан през 2013 г. от над 60 държави. Благодаря на колегите, с които работихме успешно по становището, което изработи комисията по култура и образование, както и за успешното сътрудничество с Европейския съюз на слепите лица.

Допълнително искам да подчертая, че България вече работи по редица инициативи за по-нататъшно подобряване на достъпа и съм сигурен, че тази кауза ще бъде подкрепена още по-енергично по време на предстоящото ни председателство на Съвета.

Rosa Estaràs Ferragut, *ponente de opinión de la Comisión de Peticiones.* – Señor presidente, es un día grande. Hoy este Parlamento da ya el visto bueno al Tratado de Marrakech, que se firmó en el año 2013.

Supone facilitar el acceso a las obras publicadas para las personas que tienen alguna discapacidad visual severa. Permite —lo han dicho aquí— el intercambio transfronterizo de los libros y de otros materiales en formatos accesibles. Eso significa cualquier tipo de formato: puede ser braille, puede ser macrotipo, puede ser audio.

Hemos de decir que solamente aproximadamente un 5 % de obras eran accesibles en este momento y, por lo tanto, había muchísimo material, hambre de lectura, que no era accesible a las personas ciegas. Eso generaba una discriminación y conculcaba los valores de los que somos referentes hoy en este Parlamento. Y por eso es un día grande, porque hoy somos merecedores del premio de la concordia. Hoy somos merecedores del premio de la paz que nos otorgaron hace unos años, porque hoy consolidamos el principio de no discriminación, el principio de igualdad de oportunidades, la accesibilidad, la participación y la inclusión efectiva en nuestra sociedad. Hoy damos un paso para que se pueda gozar del derecho a la educación. Damos también un paso para que todas esas personas puedan recibir y también, de alguna manera, difundir información; puedan, como todas las otras personas también, llevar a cabo investigaciones.

Está claro que teníamos que hacer un equilibrio entre la protección eficaz de los derechos de autor, pero también teníamos que servir al interés general. Se trataba de un tema de derechos humanos. De hecho, es el primer tratado de derechos de autor en clave de derechos humanos, y por eso es muy importante, porque conecta con la Convención de Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad y también con la Declaración Universal de Derechos Humanos.

Los beneficios son innumerables. En primer lugar, ayuda a sensibilizar de manera valiente a toda la sociedad en cuanto a los retos y objetivos que tienen las personas con discapacidad, especialmente las personas ciegas. Siempre estamos diciendo, desde los colectivos de discapacidad, que es necesario que se visualice la diversidad de manera positiva, porque eso hará que la sociedad tenga valores.

Hay un segundo beneficio, y es el acceso a educación. La educación es realmente lo que nos hace libres. La educación nos hace iguales en las oportunidades, y por eso también damos un gran paso. Se mejora la participación social y la integración social, y también se alivia la pobreza, porque en el momento en que se produzca esto habrá, sin ninguna duda, un aumento de todas las contribuciones a la economía nacional. Estamos de enhorabuena y hoy hemos hecho gala y nos hemos hecho merecedores de ese premio por la concordia.

Margrete Auken, *ordfører for udtalelse fra Udvalget for Andragender*. – Hr. Formand! Tak til alle her, til Parlamentet, til Max Andersson og til Kommissionen. Det er mange års indsats, som nu forhåbentligt krones med virkelig held. Jeg vil benytte min korte taletid til alligevel at advare om, hvor det kan gå galt. Rettighedshaverne har været ekstremt aktive i lobbyismen, og min egen regering har bestemt ikke klaret sig særligt pynteligt. Den har tværtimod været foregangsland for at sikre, at man beskyttede rettighedshaverne foran de blinde og svagtseende.

Derfor vil jeg opfordre Kommissionen til at holde et skarpt øje med, hvad der foregår, hvordan direktivet implementeres og sikre, at de kompensationsordninger, der findes, kommer til at fungere uden besvær for de blinde. Det skal også sikres, at den formulering, vi har i forliget, nemlig at minimale tab ikke skal kompenseres, kommer til at virke på en måde, så det virkelig skal dokumenteres og bevises, at der er tale om mere end minimale tab. Det får rettighedshaverne nemlig vældig svært ved. Vi har tillid til Kommissionen og vi vil have tillid til Domstolen til at sikre, at denne lov bliver implementeret i overensstemmelse med ånden i Marrakesh.

Tadeusz Zwiefka, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! To ogromna przyjemność brać udział w debacie ze świadomością, że decyzje, które dzisiaj podejmujemy, są tak bardzo oczekiwane przez miliony naszych obywateli. Wiemy doskonałe, jak lubimy czytać, co daje nam czytanie: rozwija wyobraźnię, empatię, pozwala ćwiczyć myślenie syntetyczne, opóźnia procesy demencji. To są wszystko ważne rzeczy, ale przecież te najważniejsze to poznanie świata, naszych bohaterów, naszej przeszłości, ale także i samych siebie.

Do tej pory oferta książek i pism dla osób niewidzących i słabowidzących była naprawdę bardzo ograniczona, dlatego ogromnie się cieszę, że udało nam się wynegocjować i przygotować wdrożenie Traktatu z Marrakeszu, dzięki czemu miliony naszych obywateli, w tym prawie dwa miliony moich rodaków w Polsce, już w niedługim czasie będą mogli skorzystać z o wiele szerszej oferty. Ten wyjątek od prawa autorskiego jest w pełni zrozumiały i w pełni akceptowalny. Sam mam już problemy ze wzrokiem, małe litery już naprawdę nie są dla mnie. Dlatego oczekuję tej nowej oferty, która pozwoli korzystać z formatu czy to książki audio, czy dużej litery, czy alfabetu Braille'a, by móc czytać. Panie Przewodniczący, mam jeden apel do państw członkowskich, aby jak najszybciej, w porozumieniu z organizacjami osób niewidzących i słabowidzących oraz wydawcami, wdrożyły te ułatwienia w swoich krajach.

Julie Ward, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, it is the right of everyone to fully participate in culture. Yet people who are blind, visually impaired or otherwise print disabled continue to face many barriers in accessing books and other print material which is protected by copyright and related rights. The Marrakech Treaty, which allows for copyright exceptions to facilitate the creation of accessible versions of books and other copyrighted works for visually impaired people, was a landmark move to enable visually impaired people to access books with the same ease as sighted readers.

The Marrakech Treaty was adopted in 2013, but the EU has delayed ratifying it, despite its obvious and much-needed benefits for visually impaired people. Whilst working on this subject, I consulted with a cross section of stakeholders – disability experts, NGOs working on disability issues and representatives from the author and publisher fields – and all were largely in agreement with each other and stressed the importance of the speedy ratification of the Treaty. Culture is a human right and equal access to culture is paramount. I would like to thank Luigi Morgano for his help and hard work on this subject.

Jiří Maštálka, *za skupinu GUE/NGL*. – Pane předsedající, jednání o přijetí Marrákešské smlouvy byla neúměrně zdlouhavá a já jsem velmi rád, že jsme dnes na konci tohoto procesu a můžeme ukázat konkrétní výsledky naší práce těm, kteří ji opravdu nejvíce potřebují.

Více než 300 milionů nevidomých osob, osob se zrakovým postižením a trpících poruchou čtení díky této smlouvě získá přístup ke knihám a jiným tištěným materiálům, což jim dodnes komplikovalo autorské právo. Ve formátech dostupných osobám se zrakovým postižením je dnes vydáváno pouze 5 % knih a v některých zemích ještě méně.

Pro osoby se zrakovým postižením je přitom základní překážkou z hlediska přístupnosti ke vzdělání. Nejvyšší počet těchto osob žije v rozvojových a méně rozvinutých zemích. Přijetím této smlouvy získají zrakově postižení lepší přístup ke knihám i díky tomu, že řada organizací bude moci rozesílat kopie děl do dalších zemí.

Považoval bych za ostudné, kdyby smlouva vstoupila v platnost bez účasti Evropské unie. Pevně věřím, že se nám podaří dosáhnout stejného úspěchu i u tzv. Aktu o přístupnosti, který budeme zde na plénu projednávat po letních prázdninách, a že tak dokážeme 80 milionům Evropanů se zdravotním postižením, že jim opravdu chceme pomoci! Děkuji za pozornost.

Isabella Adinolfi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, il trattato di Marrakech rappresenta sicuramente un passo importante per tutte quelle persone che sono affette da disabilità visive. Non si tratta di un semplice trattato, si tratta dell'implementazione dei diritti fondamentali per i disabili che stanno aspettando da tanto tempo, dal 2013. La direttiva e il regolamento che ci apprestiamo a votare sicuramente sono un passo fondamentale per la ratifica del trattato da parte dell'Unione europea. Ratifica che a questo punto spero avvenga nei tempi più brevi possibili e senza ulteriori tentennamenti. Abbiamo il dovere, soprattutto noi che facciamo parte della commissione per la cultura e l'istruzione, di porre rimedio alla carenza di testi accessibili.

Certo, a mio avviso si sarebbe potuto evitare lo schema di compensazione a favore dei titolari dei diritti d'autore, perché questo danno derivante dalla pubblicazione di testi accessibili è tutto da dimostrare. E, a questo proposito, abbiamo un compito ulteriore: quello di verificare a livello nazionale che questi schemi di compensazione non vengano applicati soltanto per la tutela del profitto economico e a danno dei diritti delle persone. Tutela che, mi preme sottolinearlo, ha la precedenza sul profitto economico e non deve essere soltanto sbandierata a parole, come purtroppo spesso avviene.

Marie-Christine Boutonnet, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, ces projets de textes pris en application du traité de Marrakech vont permettre d'aider à réduire ce qu'on appelle la «famine du livre», dont souffrent les aveugles et déficients visuels ainsi que les personnes ayant des difficultés à la lecture des textes imprimés.

Je vous rappelle qu'actuellement, entre 1 et 7 % seulement des œuvres publiées dans le monde sont disponibles sous des formats accessibles. C'est inacceptable. En effet, en Europe, près de 30 millions de personnes sont concernées. Qu'il me soit permis, ici, de saluer les initiatives préexistantes, telles que le projet Tigar, devenu le Service mondial d'échange de livres de l'ABC, et auquel les éditeurs français ont participé en nombre.

Les deux textes issus des négociations en trilogue vont dans le bon sens, avec notamment l'ajout du livre électronique dans leur champ d'application et d'un système de compensation limité des titulaires de droits. Je peux néanmoins regretter que certains aménagements existants dans le traité de Marrakech et dans certains États membres n'aient pas été repris.

Bien que je dénie toute compétence à l'Union européenne pour conclure de tels traités, l'objet de ces textes dépasse bien évidemment toute autre considération.

En tant que Française, d'un pays éminemment littéraire, je ne peux qu'être heureuse de cette avancée en faveur de toutes ces personnes qui pourront enfin avoir accès à une plus grande partie de notre patrimoine.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Συνθήκη του Μαρακές προβλέπει ευνοϊκές διατάξεις για τους τυφλούς, τους αμβλύωπες ή τα άτομα με αντιληπτικές ή αναγνωστικές αναπηρίες, συμπεριλαμβανομένης της δυσλεξίας και άλλων μαθησιακών δυσκολιών που εμποδίζουν τα άτομα αυτά όσον αφορά την ανάγνωση εντύπων με την ίδια ευκολία που έχουν τα άτομα χωρίς αναπηρία. Η παρούσα οδηγία έρχεται, αφενός, για να καλύψει κάποια κενά στις προβλέψεις για τους συνανθρώπους μας που αντιμετωπίζουν αυτές τις δυσκολίες και, αφετέρου, για να καθιερώσει υποχρεωτική εξαίρεση για ορισμένα δικαιώματα κατόχων δικαιωμάτων τα οποία έχουν εναρμονιστεί από το δίκαιο της Ένωσης.

Πρέπει να προσέξουμε ιδιαίτερα ότι η διανομή, η παρουσίαση ή η διάθεση αντιγράφων προσβάσιμων σε τυφλούς, αμβλύωπες ή άτομα με άλλα προβλήματα ανάγνωσης εντύπων ή σε εξουσιοδοτημένες οντότητες τρίτης χώρας θα πρέπει να πραγματοποιείται αποκλειστικά σε μη κερδοσκοπική βάση, από σημεία διάθεσης εγκατεστημένα στην Ένωση. Τέλος, πρέπει να διασφαλιστεί ότι τα συμβαλλόμενα μέρη θα παρέχουν οικονομικούς πόρους και ανθρώπινο δυναμικό για τη διευκόλυνση της διεθνούς συνεργασίας μεταξύ εξουσιοδοτημένων οντοτήτων και θα εξασφαλίζουν την επαρκή διαθεσιμότητα αντιγράφων σε προσβάσιμο μορφότυπο και τη διασυννοιακή ανταλλαγή των αντιγράφων αυτών.

Емил Радев (PPE). – Г-н Председател, уважаеми колеги, най-накрая правото на Европейския съюз ще бъде приведено съгласно международните изисквания на договора от Маракеш. Най-накрая ще бъде улеснен достъпът до книги и други печатни материали, закриляни от авторското право и сродните му права за слепите хора, хората с нарушено зрение, дислексия или с други увреждания, които не им позволяват четенето на печатни материали.

Радвам се, че тези законодателни актове ще бъдат приети и ще улеснят живота на милиони европейски граждани. Ще се подобрят също така и техните възможности за образование. С приемането на това законодателство ще се подобри и обменът на аудиокниги и други печатни материали, достъпни за хора с нарушено зрение. Оттук нататък е важно държавите членки да започнат инициативи за популяризиране на целите на Маракешкия договор, за да могат нашите граждани да се възползват максимално от предоставената им възможност.

Tiemo Wölken (S&D). – Herr Präsident! Die Umsetzung des Vertrags von Marrakesch ist lange überfällig, und heute ist es endlich so weit. Der Zugang zu veröffentlichten Werken für blinde, sehbehinderte oder lesebehinderte Menschen wird in der Europäischen Union erleichtert und damit kulturelle Teilhabe gesichert. Wir erleichtern sowohl den unionsinternen Zugang als auch den grenzüberschreitenden Austausch, und ich hoffe, dass die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und bei der Anwendung zügig handeln werden.

Wichtig war uns als S&D-Fraktion insbesondere, dass wir eine kurze Umsetzungsfrist haben, und mit zwölf Monaten können wir leben. Gut ist auch, dass es keinen *commercial availability check* geben wird. Dieser Test hätte die Verfügbarkeit und die Zugänglichmachung der Werke deutlich reduziert. Und erfreulich ist schließlich, dass die Gesetzgebung auch digitale Formate umfassen und damit zukunftsfest sein wird. Zudem werden wir mit großer Aufmerksamkeit den Bericht der Kommission über eine mögliche Ausweitung des Anwendungsbereichs verfolgen, um dann eventuell noch weitere Werke mit aufnehmen zu können.

Κωνσταντίνα Κούνεβα (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, το δικαίωμα στο διάβασμα και στη γνώση είναι δικαίωμα πολιτισμού. Έχουμε τεχνολογική ανάπτυξη που μας δίνει τεράστιες δυνατότητες. Μέχρι τότε οι άνθρωποι με προβλήματα όρασης θα πρέπει να αισθάνονται διπλά αποκλεισμένοι, λόγω της αναπηρίας τους αρχικά, αλλά και λόγω της αδιαφορίας της σημερινής κοινωνίας να τους δώσει τα δικαιώματα που απολαμβάνουν οι αρτιμελείς συμπολίτες τους; Γι' αυτό η στήριξη της Συνθήκης του Μαρακές για ενσωμάτωσή της στο ευρωπαϊκό δίκαιο είναι ζήτημα κοινωνικής δικαιοσύνης.

Κυρίες και κύριοι, δεν είχα πάντοτε προβλήματα όρασης και καταλαβαίνω τη διαφορά. Έτσι, ξέρω πόσο ωφέλιμο θα ήταν για όλους εμάς να μπορούμε να διαβάζουμε και να ξεπερνάμε το σκοτάδι της όρασης μέσα από το φως της ανάγνωσης.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, la lecture est indispensable à l'acquisition d'une culture approfondie et, par conséquent, à l'épanouissement de la personne humaine. Il faut donc prévoir des dispositifs spécifiques pour permettre aux aveugles et aux malvoyants d'y accéder eux aussi. C'est bien le sens de la directive et du règlement présentés aujourd'hui. J'adhère donc à leur philosophie générale.

L'Union européenne doit toutefois rester modeste, car c'est le traité de Marrakech de 2013, dont les deux textes ne sont qu'une transposition, qui a constitué une avancée majeure pour les aveugles, en accordant aux livres qui leur sont destinés des exonérations ou exceptions au droit d'auteur. Il faut donc se féliciter du progrès réalisé, tout en soulignant qu'il est dû à l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle, inspiratrice du traité, et non à l'Union.

Le traité de Marrakech représente une victoire de la solidarité sur les groupes de pression financiers. C'est suffisamment rare pour mériter d'être souligné.

Zgłoszenia z sali

Csaba Sógor (PPE). – A marrákesi szerződés rendelkezésére vonatkozó irányelv egy újabb lépés lesz abba az irányba, hogy az Európai Unió minden egyes állampolgárának igényére választ adjon. A vakok és látássérültek számára óriási dolog, ha a szerzői jogok által védett művek szabadon hozzáférhetőek lesznek, határokra való tekintet nélkül. Ez egy olyan terület, ahol nem a kereskedelmi érdekeknek, hanem a méltányosság elvének figyelembevételével kell dönten.

Ezért is állok értetlenül a megállapodásnak azon része előtt, amely anyagi kompenzáció fizetésének lehetőségét veti fel, amelyet a látássérült szervezetek és könyvtárak kellene kifizessenek. Tekintettel a látássérültek számára készült speciális kiadványok előállításának magas költségeire, egy ilyen járulékos adó további vak és látássérült polgárokat foszthat meg a könyvekhez való hozzáféréstől, elsősorban a szegény tagállamokban. Mivel tagállami hatáskör lesz ennek az anyagi kompenzációnak az alkalmazása, ezért az EU helyett a kormányoknak kell méltányosnak és bölcsnek lenniük e kérdésben.

Silvia Costa (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo che con questi due provvedimenti i diritti culturali, che fanno parte integrante dei diritti umani, entrino a far parte formalmente, in modo più ampio, dell'*acquis communautaire*, ora che finalmente l'Europa, l'Unione europea in quanto tale, che aveva firmato il trattato di Marrakech nel 2013, lo adotta a distanza di qualche anno. È stata una grande vittoria delle associazioni, ma anche di un Parlamento che è stato veramente impegnato accanto alla Commissione per ottenere questo passo avanti.

Penso che sia importante anche il fatto che non soltanto i non vedenti, ma anche le persone con disturbi come la dislessia o disturbi della lettura e dell'apprendimento, rientrino in questo accesso. Ma sappiamo anche che, perché le eccezioni al diritto d'autore siano pienamente funzionanti, è necessario che ci sia un rapporto di collaborazione, di fiducia, tra le organizzazioni autorizzate a effettuare copie in formato accessibile di opere letterarie e gli editori, perché queste siano, appunto, autorizzate e riconosciute dallo Stato membro di stabilimento. Noi abbiamo creato quindi le condizioni perché questo diventi realmente effettivo e non soltanto un auspicio.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, έχουμε συζητήσει επανειλημμένα στην Επιτροπή Αναφορών την αναγκαιότητα εφαρμογής της Συνθήκης του Μαρακές, καθώς έχουμε δεχθεί εκατοντάδες αναφορές από συμπολίτες μας. Επίσης, και εδώ στην ολομέλεια έχουμε ασχοληθεί με το ζήτημα αυτό και είναι σημαντική η πρόοδος που επιτελείται σήμερα, διότι ορισμένα κράτη μέλη δεν ήθελαν να προχωρήσουν στην επικύρωση της Συνθήκης του Μαρακές και μεταχειρίστηκαν διάφορα τρικ. Πρόκειται για μια Συνθήκη σημαντική, η οποία πραγματικά παρέχει υπηρεσία σε όσους συμπολίτες μας είναι τυφλοί ή έχουν προβλήματα όρασης ή μαθησιακές ανάγκες.

Θα είναι πλέον δυνατόν αυτοί οι άνθρωποι να έχουν πρόσβαση σε κείμενα στα οποία δεν θα μπορούσαν να έχουν, κι έτσι θα ενισχυθεί το δικαίωμά τους στην εκπαίδευση και στα πολιτιστικά αγαθά. Πρέπει να προσέξουμε όμως τις διάφορες τρικλοποδιές που βάζουν ορισμένα λόμπι που επιθυμούν να διατηρήσουν δικαιώματα σε σχέση με τα θέματα που αφορούν τα πνευματικά δικαιώματα. Αυτό είναι σημαντικό και πρέπει να το προσέξουμε, διότι απαιτείται η πρόσβαση να είναι άμεση και χωρίς περιορισμούς.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, só damos as intenções consagradas nas propostas em discussão que vão no caminho de garantir o acesso a pessoas cegas ou com deficiência visual a textos impressos, nomeadamente integrando a perspetiva de acesso a textos e obras disponibilizadas em formato digital ou sonoro. Trata-se de um fator de justiça social e de equidade no acesso à informação, cultura e conhecimento a que milhões de pessoas têm hoje dificuldades diversas em aceder.

Não podemos, contudo, desligar a matéria em apreço e a realidade que se descreve das consequências das políticas de austeridade, das políticas de ataque aos serviços públicos, do ataque aos direitos sociais e laborais e nas muitas restrições que se impuseram e ampliaram em muitos países, como em Portugal, nos direitos das pessoas portadoras de deficiência, grupo populacional particularmente vulnerável à pobreza e à exclusão social. Só através de políticas de serviço público se poderá garantir o acesso e a participação em igualdade nas dimensões social, económica, cultural ou desportiva da vida.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, caros Colegas, as pessoas invisuais, com deficiência visual ou com outras dificuldades de acesso a textos impressos continuam a enfrentar muitos obstáculos para aceder a material impresso. A necessidade de tornar o número muito mais vasto de obras em formatos acessíveis inteiramente disponíveis para estas pessoas e de melhorar a sua circulação foi reconhecida pelo Tratado de Marraquexe, como aqui já foi dito. A adesão da União Europeia ao Tratado de Marraquexe é desde há muito aguardada.

No entanto, e não obstante a sua assinatura por parte da União Europeia em 2014, a verdade é que a sua retificação continua atrasada por uma questão meramente jurídica. A verdade é que se trata de um assunto de enorme importância, na medida em que garante um direito humano básico a mais de 30 milhões de pessoas com deficiência visual em todo o território da União Europeia e melhora a acessibilidade aos livros nos países em vias desenvolvimento. O resultado deste atraso é que estes cidadãos continuam a enfrentar muitos obstáculos para acederem a livros e a material impresso e tudo o que isto implica em termos de exclusão social.

Caros Colegas, gostaria de notar que este projeto de resolução constitui um triunfo para um modelo social de deficiência, representa uma solução internacional adequada para o problema global da fome de livros. Por tudo isto, entendo ser necessário tomar todas as medidas necessárias para assegurar a aplicação rápida e apropriada do tratado que comporta uma enorme dimensão cultural, humanitária e de desenvolvimento social.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le persone non vedenti, ipovedenti o con altre difficoltà nella lettura continuano tutt'oggi ad incontrare seri problemi nell'accesso ai libri e ad altro materiale protetto dal diritto d'autore. Queste persone devono vedersi riconosciuto lo stesso diritto di chiunque altro di accedere alle informazioni e partecipare alla vita culturale, economica e sociale.

È importante che l'Europa si adoperi per aumentare la disponibilità di opere tradotte in formati accessibili ai non vedenti, cominciando innanzitutto col migliorare la circolazione di quelle disponibili nel mercato interno. Qualche passo avanti è già stato fatto con il trattato di Marrakech, ma tanto resta ancora da fare, soprattutto facendo un ricorso intelligente alle nuove tecnologie, che possono rivelarsi decisive per l'accesso all'istruzione e per l'inclusione sociale di queste persone.

L'inclusione sociale dei non vedenti è parte integrante della Convenzione delle Nazioni Unite, ma è anche un obbligo morale e civile della nostra società, cui non possiamo sottrarci. L'Unione europea e gli Stati membri devono procedere rapidamente al riconoscimento di questi diritti.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Mr President, there is no doubt that today is a big day. It is an enormous step and this discussion demonstrates that Parliament shares the Commission's view that the active inclusion and full participation of people with disabilities in society is not only worth pursuing but is imperative.

The proposals we are discussing today are indeed one piece of the broader action that the European Union is taking in this area, including the recent Web Accessibility Directive, the Commission's proposal for a European Accessibility Act, as mentioned by some honourable Members, and its broader European Disability Strategy.

With regard to speeding up the ratification of the Marrakesh Treaty, we agree that the EU should proceed rapidly to ratification. The Commission proposed a decision of the Council to that effect more than one-and-a-half years ago. We encourage the Council to adopt a decision as soon as possible. A recent Court of Justice opinion has removed any doubt about the exclusive competence of the Union to ratify it, so there is therefore no good reason for further delaying the ratification of the treaty.

I would like to answer some questions and make some remarks about Member State compensation schemes. The Commission is ready to support Member States in the transposition of this legislation into their national law. As with all new legislation, the Commission will also monitor its correct transposition in its application to make sure that its overall implementation is faithful to the principles contained in the directive. This also applies to the provision that allows Member States to have compensation schemes, as politically agreed during the negotiation of this directive, and to the clear limits to those schemes set out in the directive itself.

In summary, I am glad to witness that the common objective of Parliament, the Council and the Commission to proceed to a fast and smooth adoption of this proposal has been achieved. Once again I want to thank Parliament for these important results. I would like to thank the rapporteur and others for your contribution in this enormous step.

Max Andersson, rapporteur. – Mr President, I am very glad to hear that there is so much unity about something that is this important. I have just one substantial thing to add and that is that I will be sure to agree with the Commissioner when he calls for the Council to ratify this quickly. However, quickly in the European Union is not always fast. It will take at least a year for the Member States to implement this before we can ratify and start sharing books for blind people across borders. I want to emphasise that the Council, which I know is working on this issue, needs to act quickly. For blind people all over the world this will give greater and better access to books and it is now up to the Council to deliver.

I would like once again to thank the Commission for its very serious and good approach. It has really been a positive influence. I would also like to thank the Maltese Presidency for helping to find a good compromise. Most importantly, I would like to thank the European Blind Union, which has been an immense asset in this work. It is one of the driving forces behind the Marrakech Treaty. I would, of course, like to thank once again all the colleagues who have been working on this for years. Blind people should have better access to books.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 6 lipca 2017 r.

7. Walfang in Norwegen (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad pytaniem wymagającym odpowiedzi ustnej skierowanym do Komisji przez Sirpę Pietikäinen, Renatę Briano, Marka Demesmaekera, Catherine Bearder, Anję Hazekamp, Keitha Taylora, Eleonorę Evi w imieniu Komisji Ochrony Środowiska Naturalnego, Zdrowia Publicznego i Bezpieczeństwa Żywności w sprawie polowań na wieloryby w Norwegii (O-000058/2017 – 2017/2712(RSP) – B8-0324/2017).

Sirpa Pietikäinen, author. – Mr President, the International Whaling Commission (IWC) put in place a worldwide moratorium on commercial whaling in 1986. Nevertheless, Norway continued whaling and fully resumed commercial whaling activities in 1993, using a formal objection to the moratorium, as well as reservations to CITES listings. Norway establishes its own catch limits. For this year's whaling season it increased the quota of North Atlantic minke whales to 999, up from 880 last year. Norway's exports of whale meat have increased sharply in recent years. Some of these exports are shipped through EU ports. For example, according to animal welfare institutes, in October last year alone almost 3 000 kilos of Norwegian whale products were exported to Japan, having transited through at least three EU ports. The transit of whale meat through EU ports is permitted provided that shipments are accompanied by valid CITES documentation on the Council's regulation.

What action has the Commission taken so far to persuade Norway to halt its whale hunting and adhere to the IWC moratorium? Will the Commission use its influence at upcoming CITES and IWC meetings to urge contracting governments to adopt a common position urging Norway to put an immediate stop to all whaling activities? Can the Commission provide data on the quantities of whale meat shipments transported through EU ports, their destinations and whether they are accompanied by valid CITES documentation? What measures is the Commission taking to ensure that this documentation obligation is strictly enforced? Does the Commission agree that, by allowing the transit of whale meat through its ports, the EU is facilitating trade in whale species which are protected by multiple EU laws and whose hunting contravenes the current international ban on commercial whaling? What does the Commission believe can be done to prohibit such shipments at both EU and Member State level? If no agreement is reached with Norway, will the Commission recommend a ban on whale meat transit through EU ports as an exceptional measure?

I hope that the Commission can give very clear answers and also take prompt action because whale hunting – the hunting of endangered species – is inhumane and breaches international legislation. That is something which is not acceptable, so hopefully we can act together to end Norway's unacceptable practices.

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, I shall try to answer all these questions on behalf of my colleague Commissioner Vella.

The European Union is fully committed to the conservation of all cetaceans and is equipped with environmental legislation to pursue this objective. Commercial whaling is not allowed in the Member States' waters or by ships under the jurisdiction of a Member State. All whale species are protected from deliberate disturbance, capture or killing under the Habitats Directive. In addition, imports to and exports from the EU of cetaceans for primarily commercial purpose are banned under our wildlife regulations.

The European Union has consistently supported in the International Whaling Commission (IWC) the global moratorium on commercial whaling. It has also clearly positioned itself against trade in whale products in CITES meetings. It is therefore problematic that Norway, a European country, not only continues to take whales for commercial purpose but has also become the most prolific world whaler, killing more whales in the past two years than Japan and Iceland combined. Norway's practice of exporting whale products via EU Member States' ports also threatens the consistency of EU policies in relation to whales and other cetaceans.

The EU has made its position clear to Norway. Firstly, at the last International Whaling Commission meeting in October 2016, the Union invited Norway to cease its whaling activities. The EU also called on Norway to stop its trade in whale products – a call which it also addressed to Iceland and Japan – and to reconsider its reservations on the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES) listing of large whales.

In November 2016, my colleague Commissioner Vella discussed this issue with the Norwegian Minister for Environment, Vidar Helgesen, who confirmed the Norwegian position, referring to the fact that 'only' 17 Norwegian vessels catch minke whales. Still, these 17 vessels killed 1 251 minke whales during 2015 and 2016!

In December 2016, the Council adopted new and stronger conclusions on EU relations with the non-EU Western European countries, calling on Norway and Iceland to respect the internationally agreed moratorium on commercial whaling and to withdraw reservations under CITES. Given its reservation on the CITES listing of large whales, Norway can, however, trade whale products with other countries which have the same reservations, provided that such products have valid CITES export permits. The transit of such shipments via EU Member States is also legal under international law, provided that the authorities in the Member States can check that the shipments are accompanied by valid CITES permits.

I need to say that the EU Member State authorities are fully aware of their obligations to control shipments transiting through their ports. The Commission has discussed this transit issue with them on several occasions. We do not have statistics on the extent of this transit but, at the same time, we are not aware of shipments of whale meat which would have gone through EU territory without the required documentation.

The Commission will continue to take a strong position on this subject and to work with its international partners to engage with Norway towards reaching decisions more consistent with the EU approach and leading to better conservation of whales worldwide.

Paul Rübig, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich bin Mitglied der SINEEA-Delegation und der Delegation für den Europäischen Wirtschaftsraum. Für uns ist klar, dass Norwegen beim internationalen Übereinkommen zum Walfang Einspruch gegen das Moratorium angemeldet hat und daher völkerrechtlich nicht an dieses Moratorium gebunden ist.

Als Österreicher ist mir aber vor allem die tiergerechte Fischfangmethode wichtig. Ich glaube, dass es entscheidend ist, dass für die kleinen und mittleren Fischer neue Ausbildungsmethoden gefunden werden müssen. Wir wissen, dass es ungefähr 100 000 Minkwale gibt; ein Prozent unterliegt derzeit der Fischerei und wird gefangen. Natürlich ist es so, dass in Norwegen Walfisch sehr traditionell als Lebensmittel verwendet wird und hier auch die naturschutzrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden müssen.

Renata Briano, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, circa un anno fa eravamo qui in plenaria a chiedere di fermare la mattanza delle balene portata avanti dal Giappone. Oggi ci troviamo di nuovo qui per la stessa ragione, ma per un paese diverso.

La Norvegia ha sistematicamente cacciato a fini commerciali le balene dagli anni Trenta e, nonostante la moratoria internazionale entrata in vigore nel 1987 — direi nel lontano 1987 — non ha mai smesso di uccidere e commerciare questi cetacei, sulla base di presunti scopi scientifici. Dico «presunti» perché, come avevo detto per il Giappone, queste «prove scientifiche» spesso finiscono negli scaffali dei supermercati o nei piatti di un ristorante.

In questi ultimi anni il *business* è addirittura cresciuto, tanto che i norvegesi hanno cacciato nel 2014 e nel 2015 più balene di Giappone e Islanda messi insieme, guadagnandosi il triste ruolo di leader mondiale nel campo di questa odiosa pratica. Un dato: la quota norvegese relativa alle balenottere è passata dagli 880 esemplari del 2016 ai 999 di quest'anno.

Oggi ci stiamo rendendo complici della mattanza norvegese, poiché attualmente la legislazione UE permette il transito di carne di balena se accompagnata dalla documentazione CITES. Per fare un esempio, da gennaio a ottobre 2016 circa tre tonnellate sono passate attraverso porti dell'Unione, senza pensare a tutta la carne commercializzata per altre vie.

Chiediamo quindi che la Commissione intervenga in modo deciso, risoluto, e che lo stretto rapporto naturale che c'è tra Norvegia e Unione europea non diventi uno scudo dietro cui non esporsi, ma che anzi sia sfruttato come canale diretto per influenzare le decisioni norvegesi.

Mark Demesmaecker, *namens de ECR-Fractie*. – Al ruim 30 jaar is commerciële walvisvangst wereldwijd verboden en toch blijken landen als Noorwegen hardleers. Noorwegen hervatte in 1993 de commerciële walvisvangst. Het land stelt zijn eigen vangstquota op en die gaan in stijgende lijn. Dit jaar zullen nagenoeg 1 000 Noord-Atlantische dwergvinissen worden gevangen en gedood en ook de uitvoer van walvisvlees neemt toe.

Ik nam mee het initiatief om dit onderwerp op de agenda te plaatsen, want we moeten deze gruwelijke praktijken blijven aanklaarten. De walvis is een iconisch en geliefd dier, dat onze bescherming verdient. Walvisvangst ondermijnt niet alleen de bescherming van de biodiversiteit en marine ecosystemen. Het is ook in strijd met internationaal recht. Er is bovendien geen maatschappelijk draagvlak voor.

Mijnheer de commissaris, ik dank u alvast voor uw antwoord en ik begrijp dat u onze bezorgdheid deelt. Wij staan, denk ik, aan dezelfde kant en onze boodschap moet dan ook zijn dat we u verder aanmoedigen om alles in het werk te stellen om Noorwegen ertoe te bewegen het wereldwijde moratorium te respecteren. Onze havens mogen niet als het ware medeplichtig worden aan illegale verscheping. Ik begrijp uit uw antwoord dat we daar nog meer gegevens en cijfers over nodig hebben, dat we meer controle nodig hebben. Ik moedig u aan om daar ook aan te werken.

Anja Hazekamp, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Het heeft wat moeite gekost, maar het is dan toch gelukt om de Noorse walvisjacht hier in het Europees Parlement te bespreken. En dat is hard nodig, want Noorwegen lapt al meer dan 30 jaar het internationale verbod op commerciële walvisvaart aan zijn laars.

Sinds het verbod inging, heeft Noorwegen al meer dan 13 000 walvissen gedood en op dit moment is de jacht in volle gang op bijna 1 000 walvissen, waaronder zwangere dieren. Dat is een grote schande. Bedreigde dieren moet je beschermen en niet uitmoorden met harpoenen. Omdat de meeste Noren allang geen walvisvlees meer eten, wordt een deel van het walvisvlees gebruikt als veevoer voor de dieren in de bontindustrie. De rest van het walvisvlees dat Noorwegen overhoudt aan haar barbaarse walvisjacht, wordt verscheept naar Japan via Europese havens. Europa werkt op die manier mee aan de handel in walvisvlees. Dat moet echt stoppen!

We vragen de Europese Commissie om niet langer mee te werken aan het transport van illegaal gedode walvissen. Voorzitter, deze *legal opinion* laat zien dat de Europese Commissie de mogelijkheden heeft om het transport van walvisvlees via de Europese havens te stoppen, óók met Cites-papieren. Je zou het in de woorden van de heer Juncker ridicuul kunnen noemen dat de verantwoordelijke commissaris niet de moeite heeft genomen om hier vandaag aanwezig te zijn. Maar ik heb er alle vertrouwen in dat commissaris Stylianides uitlegt hoe de Commissie en de lidstaten zo snel mogelijk de Europese havens sluiten voor walvisvlees.

Voorts ben ik van mening dat de Europese landbouwsubsidies moeten worden afgeschaft.

Keith Taylor, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, over the past few years Norwegian whalers have hunted more whales than Iceland and Japan combined. In 2016 alone, 591 minke whales were killed, and for 2017 the quota has been set for 990 whales. Yet in Norway, as was previously said, the domestic demand for whale meat has fallen to the point that unwanted whale meat is now being sent to fur farms to be used as feed. What a doubly grotesque state of affairs that is.

This decline in demand should not come as any surprise, given the very high levels of toxic contaminants found in whale products, including PCBs, hormone-disrupting chemicals and mercury. Sadly, as large mammals, whales are greatly at risk from persistent organic pollutants because of bio-accumulation in the food chain. In fact, the Japanese Government itself has rejected imports of Norwegian whale meat after tests revealed pesticide levels double the amount Japan permits in imports, making the meat unfit for human consumption, so that it simply has to be destroyed.

Despite this, Norway has sharply increased its exports to Japan. However, as there is no direct shipping route to Asia, EU ports offer a convenient stopping off point for the ships.

In the European Union our legislation could not be any clearer: all cetacean species are strictly protected and any incidental capture, killing or sale by EU Members is prohibited. Under the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES), international trade in whale products is also specifically prohibited.

It simply beggars belief that the EU is assisting another country that holds the polar opposite views and values on this issue to transport whale meat via its ports. This clearly goes against our conservation laws designed to protect these magnificent creatures.

I would like the Commission to give Parliament all the data available on these exports, to use its influence in CITES and in the International Whaling Commission to encourage Norway to end its cruel and unnecessary practice of whaling. If this does not result in the desired outcome, I call on the Commission to recommend a ban on whale-meat transiting through EU ports, as an exceptional measure.

Mireille D'Ornano, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, l'augmentation des captures de baleines par la Norvège est particulièrement préoccupante, surtout quand il s'agit de femelles en gestation.

Or, la Norvège, qui n'est pas membre de l'Union européenne, avait fait le choix de s'opposer au moratoire mondial de 1986 sur les captures de baleines. Aussi, pour parvenir à convaincre ce pays d'appliquer ce moratoire, les marges de manœuvre de la Commission européenne sont particulièrement faibles.

Un embargo ou des interdictions de transit de la viande de baleine dans les ports européens constitueraient des sanctions punitives, mais non constructives. Le monde ne se résumant pas à l'Union européenne, la viande de baleine continuerait d'ailleurs de circuler dans les ports des pays tiers.

Traitions donc le problème à la source dans le cadre de la convention CITES et de la Commission baleinière internationale, deux organisations dont la Norvège fait partie. Laissons les États agir de concert sur un sujet aussi délicat.

Francesc Gambús (PPE). – Señor presidente, señor comisario, le agradezco... ayer estaba aquí, tarde por la noche; hoy nos encontramos por la mañana...

Mucho ha llovido desde la prohibición de la caza de ballenas en Noruega a principios del siglo XX, una actividad que, de hecho, se remonta al siglo VII, pero, con el tiempo, el interés y la demanda interna de productos balleneros en Noruega ha ido decreciendo.

A pesar de la moratoria que nos dimos entre todos en 1986 a través de la Comisión Ballenera Internacional, en bien de la preservación, Noruega no llegó a aplicarla totalmente nunca y en 1993 retomó la caza de cetáceos con fines comerciales, llegando a capturar —se ha dicho ya esta mañana, en varias ocasiones— en estos últimos años más ejemplares que Japón e Islandia juntos.

Quiero recordar —ayer debatíamos sobre ello— el objetivo 14 de la Agenda 2030: conservar y utilizar de forma sostenible los océanos, mares y recursos marinos para el desarrollo sostenible. La Unión debe liderar la consecución de dichos objetivos y, por tanto, también debe ser capaz de controlar que las mercancías que llegan a sus puertos cumplen con todos los requisitos legales.

Marco Affronte (Verts/ALE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, non è la prima volta che parliamo di baleneria in quest'Aula: mi ricordo almeno tre o quattro discussioni negli ultimi due anni, anche se di solito l'imputato sul banco era il Giappone e non la Norvegia. Ogni volta finiamo con due considerazioni: la prima è che tutta l'Aula condanna questa pratica, che ormai non ha più ragione di essere, che è una pratica del passato e che è inumana, e il secondo punto che emerge sempre è la frustrazione per non avere nessuna possibilità, concretamente, di fare qualcosa per fermare questo tipo di caccia alla balena, da parte sia del Giappone che della Norvegia.

Questa volta, in questi giorni, abbiamo invece la possibilità di fare qualcosa di un po' più concreto, finalmente, sotto due punti di vista. Il primo è questo passaggio di carne di balena nei porti europei: non ci basta che la Commissione dica che hanno tutti i documenti a posto, possiamo effettivamente fare qualcosa per cercare di fermarla. E la seconda cosa: stiamo trattando in questi giorni il trattato commerciale con il Giappone; perché non ricordarsi anche all'interno di quel trattato che noi non vogliamo che il Giappone continui a cacciare le balene?

Zgłoszenia z sali

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, caros Colegas, não obstante em 1986 a comissão baleeira internacional ter imposto uma moratória mundial sobre a atividade baleeira comercial, a verdade é que a Noruega continua a caça à baleia e a estabelecer os seus próprios limites de captura. O facto é que a Noruega chegou até a aumentar em 2017 a quota de baleias anãs capturadas no Atlântico Norte para 999, em comparação com as 880 de 2016, e entre 2014 e 2015 matou mais baleias do que o Japão e a Islândia juntos, como disse o Sr. Comissário há pouco.

Sr. Comissário, a maioria das baleias mortas são fêmeas grávidas, é o que mostra o documentário «batalha da agonia» com imagens terríveis da indústria baleeira norueguesa, incluindo uma sangrenta cena durante a qual um pescador corta uma baleia grávida.

Caros Colegas, a caça de baleias é agora mais inaceitável do que nunca. Sr. Comissário, a Comissão tem que tomar medidas urgentes para adotar uma posição comum para exortar a Noruega a pôr imediatamente fim a todas as atividades baleeiras no quadro da Convenção Internacional para a regulação da atividade baleeira. Os produtos derivados das baleias são exportados da Noruega para o Japão e termino, Sr. Presidente, dizendo que atravessando pelo menos três portos da União Europeia. A União Europeia não pode permitir isto. Sr. Comissário. Apelo para que ponha um ponto final a esta situação de uma vez por todas. É inadmissível, neste momento, continuarmos a assistir às cenas sangrentas que vimos.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Monsieur le Président, rendez-vous compte, 1 250 baleines capturées par les baleiniers norvégiens entre 2015 et 2017 malgré le moratoire international de 1987, ce n'est pas tolérable. L'Union européenne doit mettre en œuvre tous les moyens possibles pour que la Norvège mette fin à ces pratiques.

Il faut d'abord convaincre les chasseurs de baleines norvégiens eux-mêmes qu'à ce rythme, ils n'auront bientôt plus rien à chasser. Ensuite, il faut agir politiquement auprès du gouvernement norvégien, partenaire de l'Union européenne, pour qu'il prenne ses responsabilités, mais – me semble-t-il – le moyen le plus fort dont dispose l'Union européenne est celui du contrôle commercial. Assurer la transparence par le contrôle des documents CITES dans les ports, c'est sans doute une lourde charge, mais elle est nécessaire pour se faire respecter.

Au moment – et cela a été dit par plusieurs collègues – où nous négocions un traité commercial avec le Japon, consommateur de viande de baleine, nous aurions intérêt à ce que cette question soit abordée dans les documents officiels.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η φαλαιοθηρία για εμπορικούς σκοπούς έχει απαγορευθεί παγκοσμίως, μέσω του μορατόριουμ που επιβλήθηκε από τη Διεθνή Επιτροπή Φαλαιοθηρίας. Βλέπουμε, όμως, ότι χώρες όπως η Ιαπωνία και η Νορβηγία παρανομούν συνεχώς και παραβιάζουν τις αποφάσεις της διεθνούς κοινότητας. Έτσι, η Νορβηγία από το 1993 συνεχίζει τη φαλαιοθηρία, παραβιάζοντας το μορατόριουμ και τον κατάλογο της CITES. Για το 2017, η Νορβηγία αύξησε την ποσότητα όσον αφορά τη φαλαιοθηρία, από 880 σε 999 ρυγχοφάλαινες. Μάλιστα η Νορβηγία χρησιμοποιεί λιμάνια της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την εξαγωγή προϊόντων φάλαινας στην Ιαπωνία.

Πώς επιτρέπει η Ένωση τη διαμετακόμιση κρέατος φάλαινας μέσω των λιμανιών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, τη στιγμή που για να γίνει αυτό απαιτείται τα φορτία να συνοδεύονται από έγκυρα έγγραφα της CITES; Ποιος χορηγεί αυτά τα έγγραφα; Ή μήπως γίνεται τελικά διακίνηση του κρέατος της φάλαινας χωρίς τα έγγραφα αυτά, οπότε έχουμε παραβίαση του κανονισμού 338/1997 του Συμβουλίου;

Eleonora Evi (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i mari artici sono già oggi quelli a maggiore rischio e quelli dove si stanno manifestando in maniera più evidente gli effetti dei cambiamenti climatici. Purtroppo c'è chi nella fusione dei ghiacci artici vede solo delle grandi opportunità di guadagno: dall'estrazione di combustibili fossili alle attività minerarie e all'apertura di nuove zone di pesca e di rotte di navigazione.

Questo è uno scenario allarmante. È uno scenario allarmante nel quale noi dobbiamo fare del nostro meglio affinché si possa evitare che al degrado globale si aggiunga la dannosa ed inutile caccia alle balene. Caccia che la Norvegia ha aumentato nel corso degli ultimi anni, anche a fini commerciali. Dobbiamo fare di tutto, usare tutti gli strumenti di pressione che abbiamo, affinché la Norvegia rispetti la moratoria del 1986 e affinché i porti dell'Unione europea facciano gli adeguati controlli e non siano complici di questo traffico illecito e di questa assurda pratica che ancora oggi, nel 2017, ha luogo.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ζούμε σε μία περίοδο όπου η καταστροφή του πλανήτη και του περιβάλλοντος τείνει να γίνει μη αναστρέψιμη. Τόσο οι επιστήμονες όσο και οι περιβαλλοντικές οργανώσεις προειδοποιούν. Τις επιπτώσεις τις βιώνουμε όλοι στην καθημερινότητά μας με την κλιματική αλλαγή και την αύξηση της θερμοκρασίας του πλανήτη. Σε αυτή την καταστροφή έρχεται να προστεθεί και η απληστία των ανθρώπων, που μπροστά στο κέρδος δεν σέβονται τίποτα. Οι φάλαινες είναι θηλαστικά που ζουν εδώ και εκατομμύρια χρόνια στον πλανήτη και είναι γνωστό ότι κινδυνεύουν με αφανισμό λόγω της μόλυνσης των θαλασσών, αλλά και λόγω της υπεραλίευσης.

Η Νορβηγία ξεκινά και φέτος το πιο φρικτό έθιμο· την ετήσια σφαγή εκατοντάδων εγκύων φαλαινών. Κάθε χρόνο κομματιάζουν εγκύους φάλαινες για να φτιάξουν καλλυντικά και ζωοτροφές. Θεωρούν την εγκυμοσύνη των θηλυκών φαλαινών δείγμα καλής υγείας. Η Νορβηγία είναι ο νούμερο 1 δολοφόνος φαλαινών. Φέτος η κυβέρνηση ανακοίνωσε ότι προτίθεται να διπλασιάσει τον αριθμό των φαλαινών που σκοτώνει. Στη συνέχεια, εξάγουν το κρέας στο εξωτερικό μέσω των ευρωπαϊκών λιμανιών. Η Νορβηγία δεν έχει δεχθεί κυρώσεις για τις μαζικές δολοφονίες που διαπράττει. Σήμερα, λοιπόν, όλοι μαζί πρέπει να στείλουμε ένα ηχηρό μήνυμα προς τη Νορβηγία, αλλά και να αφυπνίσουμε όσους δεν γνωρίζουν για το έγκλημα αυτό.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the speakers for their constructive comments. I have already underlined some steps that have been taken by my colleague Commissioner Vella to put pressure on Norway to stop whale hunting, and I would like to answer the question: why does the Commission not have information about the quantities and destinations of whale meat transported via EU ports?

From my homework on the subject, it is clear that the Commission does not have statistics on the quantities of whale meat transiting through ports of EU Member States, as there is no obligation under the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES) to report the volume of CITES-listed products transiting through the territories of CITES states parties. The authorities in the EU Member States are, however, fully aware of their obligations to control shipments of CITES-listed products transiting through their ports. The Commission has discussed this issue with EU Member States on several occasions.

As I stated before, the Commission intends to make sure that the EU continues to take an active position on whaling and works with its international partners to press for decisions consistent with the EU approach and leading to better conservation of whales worldwide. For that reason, the Commission will present in September a proposal for a Council decision establishing the position to be adopted on behalf of the European Union at the next three meetings of the International Whaling Commission, including related inter-sessional meetings and actions. This proposal might also be the basis for further EU bilateral action vis-à-vis whaling countries.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wrześniu.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The EU has consistently supported in the International Whaling Commission (IWC) the global moratorium on commercial whaling. It has also clearly positioned itself against trade in whale products in CITES meetings. It is therefore problematic that Norway not only continues to take whales for commercial purposes but has also become the most prolific world whaler, killing more whales in the past two years than Japan and Iceland combined. Norway's practice of exporting whale products via EU Member States' ports also threatens the consistency of EU policies in relation to whales and other cetaceans. Animals are sentient beings. Whether they are wild, farm or domestic, animals should be treated with dignity and respect. Animals have no voice or vote to protest against the atrocious behaviour of humans. We have to show how civil and caring we are by giving voice to these beings – which at times are more civil and loving than man. Therefore, it is extremely important that the EU continue to take its strong position and necessary measures, together with its international partners, to engage with Norway towards reaching decisions more consistent with the EU approach and leading to better conservation of whales worldwide.

8. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

8.1. Die Fälle des Nobelpreisträgers Liu Xiaobo und von Lee Ming-che

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad sześcioma projektami rezolucji w sprawie laureata Nagrody Nobla Liu Xiaobo oraz Lee Miong-che (2017/2754(RSP)).

Helga Trüpel, *Verfasserin*. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren, die Menschenrechtssituation in China hat sich in den letzten Jahren leider wieder verschärft, gerade auch, nachdem Xi Jinping Staatspräsident geworden ist. Liu Xiaobo hat den Friedensnobelpreis für sein Eintreten für Menschenrechte, für Gewaltenteilung, für Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz bekommen. Seine Verhaftung und die lange Haftstrafe von elf Jahren waren immer falsch – genauso wie der Hausarrest für seine Frau immer falsch gewesen ist – und eine reine Schikane durch die chinesische Regierung.

Jetzt ist Liu Xiaobo schwer erkrankt. Wir fordern seine sofortige Freilassung aus der Haft – freigelassen ist er nämlich noch nicht, er ist nur in ein Krankenhaus verlegt worden. Wir verlangen, dass er seine Freunde und Anwälte treffen kann und dass er reisen kann und dass er frei entscheiden kann, wo er sich behandeln lassen will.

Das ist eine klare politische Aufforderung an die chinesische Regierung, und es ist eine klare humanitäre Verpflichtung, einen so schwer kranken Menschen nicht weiter dieser schrecklichen Haft zu unterziehen. Ich verlange auch, dass diese Frage Thema beim G20-Gipfel in Hamburg wird.

Soraya Post, author. – Mr President, we stand with those who fight for human rights and freedom of expression across the world. Liu Xiaobo and Lee Ming-che have experienced the deprivation of their liberty and basic human rights for too long. Their cases are not isolated. While we welcome the news that Liu Xiaobo has been released from prison on medical parole, this is ultimately too little and too late. Taiwanese activist Lee Ming-che remains detained without clear or credible allegations proved against him. Activists who are simply doing their job are being repressed and imprisoned. All activists imprisoned for legitimate activities must be immediately and unconditionally released.

Hilde Vautmans, Auteur. – Elf jaar heeft Liu Xiaobo in gevangenschap doorgebracht, zonder eerlijk proces, zonder contact met zijn familie, in slechte omstandigheden en tot een ernstige leverkanker niet meer te negeren viel. En ook bij de uitreiking van zijn Nobelprijs bleef zijn stoel leeg.

Deze man is één van de meest bewonderenswaardige mensen op de wereld. Hij heeft voor zijn activisme zijn vrijheid opgegeven. Hetzelfde geldt voor Lee Ming-che. Ook hij is het slachtoffer van China's repressieve beleid. Ook hij is een activist die zijn vrijheid heeft opgegeven voor de strijd voor de mensenrechten. Eigenlijk wordt het hoog tijd dat wij vanuit Europa aan China een duidelijk signaal geven: laat de mensenrechtenactivisten onmiddellijk vrij. Zij horen niet thuis in gevangenschap.

Twee, geef hen natuurlijk de nodige medische hulp, ook dat is menswaardig. En drie, en dat is iets wat ik de Europese Unie steeds opnieuw vraag: we moeten overal ter wereld blijven strijden voor mensenrechten.

Deze twee mannen hebben met hun scherpe pennen en vredelievende inzet al heel veel levens gered. Nu is het aan ons om voor hen hetzelfde te doen.

Charles Tannock, author. – Mr President, the cases of Liu Xiaobo and Lee Ming-che are very concerning, but sadly unsurprising and, in fact, predictable, given the severe lack of freedom of speech and expression that we are now all too familiar with in the People's Republic of China. They form part of a systematic crackdown on civil society and opposition to the one-party politics of the PRC. Therefore I echo the calls in the resolution of this House to see the release of both the individuals in question and hope that Xiaobo and his wife will be given permission to leave the country, if desired, in view of Xiaobo's ongoing serious medical needs.

Meanwhile, the situation in Tibet, the plight of the Falun Gong in Hong Kong, the fate of democracy in the two systems, one country policy, and the issues of media and internet freedom are all areas of major concern to the European Union. China is a global power that we are unable to ignore, but this should not mean that we shy away from highlighting areas of concern where we see them, nor deny the importance that we place upon fundamental and universal human rights.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK*Vizepräsidentin*

Michaela Šojdrová, author. – Madam President, the case of Liu Xiaobo and Lee Ming-che are different from each other but are both attributable to similar reasons. We strongly condemn the long-term persecution of this most famous Chinese dissident who got inspiration from Václav Havel. Liu Xiaobo is seriously ill and near death.

A different case is a young men from Thailand, Lee Ming-che who came to China to talk about human rights and was arrested without any evidence. His case also points to the absence of rule of law in China.

He is In fact, a citizen of another country which China treats as its territory. There are many persecuted people in China. We cannot name them all, but we have therefore symbolically added a reference to the recently arrested Catholic Bishop Peter Shao Zhumin.

We should strengthen our human rights dialogue with China regardless of our economic interests. Thank you, colleagues, for your support.

Cristian Dan Preda, au nom du groupe PPE. – Madame la Présidente, le destin de Liu Xiaobo, prix Nobel de la paix, montre ce que la répression brutale exercée par les autorités chinoises sur des dissidents représente.

Le seul crime de Liu Xiaobo, arbitrairement condamné à onze ans de prison, a été de demander des réformes constitutionnelles et le respect de la démocratie et des droits de l'homme. En mettant Liu Xiaobo derrière les barreaux, la Chine n'a pas seulement emprisonné un homme, elle a enfermé l'espoir démocratique de toute une nation.

Les autorités chinoises ont attendu que son cancer soit en phase terminale avant de lui accorder une liberté conditionnelle. Elles n'ont même pas la décence de le laisser choisir d'être traité ailleurs que dans un pays qui le persécute.

Tout comme Liu Xiaobo, le défenseur des droits de l'homme taïwanais, Lee Ming-che, a été arrêté pour subversion. Les lois liberticides chinoises sur la sécurité nationale donnent au régime un pouvoir absolu afin de museler les ONG et la société civile.

Pour Liu Xiaobo et Lee Ming-che, nous réclamons une libération immédiate et inconditionnelle.

Josef Weidenholzer, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin! Wenn unsere Beziehungen zu China langfristig funktionieren sollen, dann muss man auch aufrichtig miteinander umgehen. Daher müssen wir über Menschenrechte reden. Zwei Fälle beschäftigen uns heute – zwei von vielen wohlgemerkt. Fälle, die im Widerspruch zu allen internationalen Konventionen stehen, denen auch die Volksrepublik China beigetreten ist.

Der Fall von Lee Ming-che steht zudem auch im Widerspruch zum bilateralen Rechtshilfeabkommen zwischen Taiwan und China. Demnach hätten die chinesischen Behörden Taiwan unverzüglich von der am 19. März erfolgten Festnahme informieren müssen. Seit diesem Zeitpunkt gibt es keine befriedigenden Informationen über seinen Aufenthalt und die Umstände, unter denen er festgehalten wird.

Wir fordern daher eine umgehende Information über den Sachverhalt, das Recht auf Rechtsbeistand und medizinische Versorgung und eine unverzügliche Freilassung, sollten sich die Vorwürfe als unbegründet erweisen.

Bas Belder, namens de ECR-Fractie. – Een groot man in een groot land: Nobelprijswinnaar, wetenschapper, publicist Liu Xiaobo. In deze droeve tijden van ernstige ziekte leeft het Europees Parlement met hem en zijn echtgenote intens mee.

Liu Xiaobo heeft een indringende boodschap voor ons, ik citeer: “*Tyranny is not terrifying; what is really scary is submission, silence, and even praise for tyranny. As soon as people decide to oppose it to the bitter end, even the most vicious tyranny will be short-lived.*”

Liu Xiaobo pleitte in zijn rechtszaak van 2009 tegen de “psychologie van de haat” die een werkelijke modernisering en democratisering van China blokkeert. Hij paste dit principe persoonlijk toe door zijn bewaker Liu Zheng te loven voor diens houding van “respect en empathie”.

Liu Xiaobo: een groot man in een groot land!

Frédérique Ries, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, un prix Nobel de la paix s’éteint doucement en Chine, libéré de prison pour faire taire le tollé, caché quelque part maintenant dans un hôpital du nord du pays, loin des tumultes et de la protestation du monde.

Liu Xiaobo se meurt. Son cancer du foie s’est généralisé et Pékin, pourtant, continue de refuser la demande de sa famille: être soigné à l’étranger. Mais, qu’on se rassure, des médecins étrangers viennent d’être invités à se rendre sur place au chevet du militant de la paix et, bien sûr, la participation, dès demain, du président Xi Jinping au G20 de Hambourg n’a rien à y voir. Cynisme infini des autorités chinoises qui refuseront jusqu’au bout de laisser mourir dans la dignité à laquelle il a droit le parrain du Printemps de Pékin.

Pas de clémence non plus pour Lee Ming-che, arrêté à Taïwan, en mars dernier. L’activiste paie le prix de la détérioration des relations entre la Chine et Taïwan. Un prix très lourd. Sa famille est sans nouvelles de lui et craint des actes de torture et la prison à vie. Défendre la démocratie sur les réseaux sociaux est un péché aux yeux de Pékin.

Alors quand les Vingt les plus puissants de la planète se verront, demain, à Hambourg, pour parler finance, pour parler économie et pour parler interconnexion, il appartiendra à Angela Merkel, à Emmanuel Macron, à Justin Trudeau et à tous les autres de rappeler que nos yeux aussi sont braqués sur le sort qui sera réservé à Lee, à Liu et à tous les autres.

Reinhard Bütikofer, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Liu Xiaobo, der Friedensnobelpreisträger, ist zu elf Jahren Haft verurteilt worden, weil er seine Auffassungen frei gesagt hat – aus keinem anderen Grund. Seine Frau Liu Xia, die zu nichts verurteilt worden ist, wird trotzdem seit Jahren unter Hausarrest festgehalten. Liu Xiaobo und Liu Xia wollen jetzt, wo er Leberkrebs im Endstadium hat, das Land verlassen dürfen, um – die letzten Monate vielleicht – in ihrer eigenen Kontrolle für ihre Gesundheit sorgen zu können. Wir alle appellieren an die chinesische Führung, das zuzulassen. Die Unversöhnlichkeit und die Gnadenlosigkeit muss eine Grenze haben!

Margot Parker, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, this debate concerning Chinese provocations of citizens of both their own state and Taiwan is well timed. As it is the 20th anniversary of the takeover/handover of Hong Kong to the Chinese, I would like to focus my speech on Chinese actions there. One country, two systems was supposed to guarantee the Hong Kong way of life for 50 years, but already Chinese authorities are exerting undue influence on the political, legal and social life of Hong Kong. China must respect the terms of the Sino-British Joint Declaration as a legally binding document lodged with the United Nations. It must respect human rights and release its political prisoners. Similarly, the British Government must do more to uphold our end of the bargain and guarantee the freedoms Hong Kong enjoys under the existing terms of the agreement.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, είναι γεγονός ότι στην Κίνα παραβιάζονται τα ανθρώπινα δικαιώματα. Χαρακτηριστική περίπτωση είναι η φυλάκιση, με αόριστες και γενικόλογες κατηγορίες, δύο ακτιβιστών για τα ανθρώπινα δικαιώματα και τη δημοκρατία, του Κινέζου Liú Xiǎobó, που έχει τιμηθεί και με βραβείο Νόμπελ, και του Ταϊβανού Li Ming-Che. Μάλιστα, ο πρώτος πάσχει από καρκίνο του ήπατος σε προχωρημένο στάδιο και δεν του επιτρέπεται να βγει από τη φυλακή ούτε για να πάει στο σπίτι του ούτε σε νοσοκομείο άλλης χώρας για θεραπεία. Τον προηγούμενο μήνα, η ελληνική κυβέρνηση δεν υπέγραψε επιστολή της Ευρωπαϊκής Ένωσης προς το Συμβούλιο Ανθρωπίνων Δικαιωμάτων του ΟΗΕ, με την οποία καταδικάζονταν η Κίνα για καταστολή των αντιπροσώπων και των ακτιβιστών, με αποτέλεσμα η επιστολή αυτή να μη δοθεί. Η συμπεριφορά αυτή της ελληνικής κυβέρνησης δεν με παραξένευε. Πρόσφατα, με αφορμή ένα ασήμαντο περιστατικό, ο Πρόεδρος της Βουλής απαγόρευσε σε όλους τους βουλευτές του κόμματός μου, της Χρυσής Αυγής, τρίτης πολιτικής δύναμης της χώρας, να συμμετάσχουν στις εθνικές αντιπροσωπείες της Βουλής. Με τον τρόπο αυτόν η ελληνική κυβέρνηση απέδειξε ότι διακατέχεται από ολοκληρωτική νοοτροπία, υιοθετεί την απαράδεκτη αρχή της συλλογικής ευθύνης και σκοτώνει τη δημοκρατία στη χώρα στην οποία γεννήθηκε. Είμαι βέβαιος ότι καταδικάζετε και εσείς τη στάση της κυβέρνησης της Κίνας στην περίπτωση των δύο ακτιβιστών. Για τη στάση της ελληνικής κυβέρνησης βρίσκετε κάποιο ελαφρυντικό;

László Tórkés (PPE). – Madam President, 'I have no enemies and no hatred' wrote Liu Xiaobo in his Nobel lecture in absentia in 2010, while serving his 11-year prison sentence for inciting subversion of state power. Today the words of the Nobel laureate and the empty chair at the ceremony resonate strongly. Diagnosed as terminally ill, he is now on medical parole but remains under tight control, and his wish to get medical treatment abroad has been rejected. For Beijing, China's best known political prisoner and civil rights campaigner is simply a criminal, but for Chinese civil society and human rights defenders he has been the greatest source of inspiration in their peaceful struggle for democratic reform in Communist China. He continues to be a source of inspiration for all of us who have embraced human rights, the rule of law and democracy and rejected every form of totalitarianism. This is the only path we can follow as partners of the Chinese Government and the only path that can guarantee the protection of human dignity.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Wielokrotne i wieloletnie przetrzymywanie wybitnego pisarza i dysydenta Liu Xiaobo jest niebywałym skandalem i mam nadzieję, że głos tej Izby dotrze do Pekinu i pozwoli zmienić tragiczną sytuację tego wybitnego człowieka. Sytuacja Lee Ming-che jest emanacją nie tylko polityki Chin, która wielokrotnie narusza prawa człowieka, lecz również polityki tego kraju wobec Tajwanu. Lee Min-che został zatrzymany pod całkowicie sfabrykowanymi zarzutami i te zarzuty działalności wywrotowej przypominają mi najgorsze czasy stalinizmu w Polsce i stanu wojennego. Powinni zostać natychmiast uwolnieni.

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Fru Formand! Kina er et stort land, en stor magt og en stor økonomi, som vi i Europa gensidigt er ved at åbne op overfor. Men det er vigtigt, at vi som stort handelsområde i EU i forbindelse med denne åbning mod Kina også sørger for at varetage menneskerettighedssituationen i landet. Selvom der har været store økonomiske og sociale åbninger, er situationen for de individuelle menneskerettigheder stadig på et alt for lavt stadie i Kina. Derfor er det vigtigt, at Europa-Parlamentet bliver ved med at lægge pres på, for at vi skal forbedre menneskerettighedssituationen, både for kinesere, der lever på fastlandet, men også sikre Taiwans sikkerhed i forhold til, at Kina ikke skal kunne presse sin demokratiske lillebror ud i en yderligere tilspidset situation. Derfor er det vigtigt, at vi i vores tilgang til Kina både er pragmatiske på det økonomiske område, og at vi også altid husker, at vi skal fremme menneskerettighederne, når Kina nu har en interesse i at handle med et stort marked som EU.

Catch-the-eye-Verfahren

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, Liu Xiaobo e Lee Ming-che têm percursos de vida muito distintos. Liu Xiaobo é o mais célebre dissidente chinês, Prémio Nobel da Paz em 2010. Lee Ming-che foi até há pouco um discreto professor voluntário numa ONG local taiwanesa. Uma característica comum, a defesa dos direitos humanos aproximou os seus destinos. Ambos foram acusados de subversão e condenados a penas de prisão pelo regime chinês. Lee Ming-che está preso desde março em parte incerta e o Nobel da Paz, condenado em 2009 a 11 anos de prisão, foi libertado por razões médicas meses depois de lhe ter sido diagnosticado um cancro do fígado em fase terminal e está neste momento impedido pelas autoridades chinesas de receber tratamento médico no estrangeiro, como é de sua vontade.

Caros Colegas, no ano em que se celebra o 28º aniversário do massacre de Tiananmen, a União Europeia deve condenar de forma clara a intensificação da repressão da liberdade de expressão e de religião que desde 2011 se verifica na China, exigir a libertação imediata de todos os presos de consciência naquele país e pedir às autoridades chinesas que permitam que o histórico ativista Liu Xiaobo receba onde bem entender o tratamento urgente de que tanto necessita.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, «Je n'ai pas d'ennemi, je n'ai pas de haine» disait Liu Xiaobo, lors de sa grève de la faim, pendant le mouvement de Tiananmen, en 1989, et ceci 21 ans avant de se voir attribuer le prix Nobel de la paix. Un prix qu'il n'a jamais pu récupérer à Oslo car il a été emprisonné pendant 11 ans pour, je cite: «incitation à la subversion de l'État».

«Je n'ai pas d'ennemi, je n'ai pas de haine», aurait pu dire Lee Ming-che, cet éducateur et militant taiwanais, enlevé par la République populaire chinoise, car soupçonné, je cite encore: «d'activités mettant en danger la sécurité de l'État».

«Elle a des ennemis et tant de haine», pourrait-on dire de la Chine, lorsque l'on voit le nombre de dissidents politiques qui, année après année, continuent d'être arrêtés et emprisonnés.

Quand l'Union européenne sortira-t-elle de sa timidité diplomatique et aura-t-elle, enfin, le courage de dénoncer unanimement ces violations des droits de l'homme par la Chine, qui met sous les verrous des hommes dont le seul «vice» est de s'être librement exprimés?

Csaba Sógor (PPE). – Hihetetlen, hogy az emberi jogok kérdését hányszor írja felül a politika és a gazdasági szükségesség. Az Unió valóban határozottabban kiállhatna az emberi jogok védelméért. És ezt legfőképpen akkor tehetné, ha példát mutatna az emberi jogok kérdésében, védelmében az Unión belül is. Csak egy inkluzív, szociálisan érzékeny, igazságos, ugyanakkor fenntartható gazdálkodás mellett folyamatosan emelkedő életszínvonalat és biztonságot adó gazdasági és társadalmi rendszer lehet vonzó a világ többi része számára. Tegyük azért, hogy ez realitás legyen az Unión belül is, és akkor már mindjárt könnyebb dolgunk lesz meggyőzni a kínaiakat, hogy nekik is ezt az utat kell követniük. Hihetetlen, hogy csak gondoljunk arra, a dalai lámát hogyan fogadják vagy nem fogadják egyes politikai vezetők, azért, mert félnek és rettegnek Kínától. Hol van az emberi tartása az Uniónak? Hol van az emberi jogok védelme? Erre figyeljünk!

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem rád podepsal návrh usnesení k tomuto bodu a chtěl bych se rovněž zastat těch dvou, kteří jsou jmenováni v tomto návrhu usnesení.

Dovolil bych si náš zrak možná upřít ještě k další okolnosti. Čína podepsala skutečně řadu lidskoprávních smluv v období minulých vlastně 70 let od konce druhé světové války a v zásadě je bezostyšně porušuje. Já si myslím, že my musíme vest s Čínou dialog, musíme mluvit, protože my můžeme. A je fakt, že řada lidí, kteří v Číně jsou, mluvit nemůže. Nám nic nehrozí a vysíláme do Číny řadu delegací za instituce Evropské unie, myslím si, že bychom měli opravdu každé takové příležitosti využít a na každé takové delegaci o závažném porušování lidských práv mluvit. My, když můžeme, bychom skutečně vést dialog měli a máme tu povinnost.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Madam President, since the detention and conviction of Mr Liu Xiaobo in 2009, the European Union has been following his case closely and advocating that he be released. This has been done both through bilateral meetings with the Chinese authorities and of course through public statements.

We are extremely saddened at the recent news about Mr Liu's health and I want to underline that we stand ready to provide all necessary assistance for Mr Liu and his wife, if they wish to receive medical care in the European Union. According to our information, Mr Liu and his wife cannot move or communicate freely and are not being allowed to receive medical care at a place of their choice, whether in China or overseas.

We are continuing to urge China to allow Mr Liu and his family to meet, and receive visits from, anyone they wish and to communicate freely with the outside world. We have also been concerned about the videos which appear to show Mr Liu receiving medical treatment and his family expressing gratitude for the medical care that he has received. We do not believe that any individual should be videotaped or otherwise recorded without their express consent.

A word about Mr Lee Ming-che. The European Union has been following Mr Lee's case since he disappeared last March. Mr Lee was detained by the Chinese authorities for exercising his right of freedom of expression and opinion, which should be guaranteed under China's Constitution and its international human rights commitments. We also have reason to believe that Mr Lee is being held at an undisclosed location under what is called residential surveillance at a designated location, which is provided for by China's criminal procedure law.

In its December 2015 review of China's conduct, the UN Committee Against Torture recommended that such residential surveillance should be repealed 'as a matter of urgency', as it could increase the risk of mistreatment. Mr Lee should be held in a recognised state facility. The Chinese authorities should clarify his place of detention immediately and allow him access to his family and a lawyer of his own choosing.

Regarding the fact that there was No EU item for a statement at the June session of the UN Human Rights Council, the EU continues to advocate addressing country situations of concern at the Human Rights Council by leaving several country-specific resolutions under individual items and actively intervening in the Council's general debates and interactive dialogue under the relevant agenda items. The global human rights agenda is, frankly, best served when the European Union speaks with one voice. We will continue our work to bring all 28 together and to align positions for the next Human Rights Council in order to stand strong and united on these important issues.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an die Aussprache statt.

8.2. Eritrea, insbesondere die Fälle von Abune Antonios und Dawit Isaak

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die Aussprache über sechs Entschließungsanträge zu Eritrea, insbesondere die Fälle von Abune Antonios und Dawit Isaak (2017/2755(RSP)).

Bodil Valero, författare. – Fru talman! Jag väljer att tala om den svenska medborgaren Dawit Isaak som sitter fängslad utan rättegång i Eritrea.

I skuggan av terrorattackerna i USA den 11 september 2001 passade Eritreas president på att sätta stopp för all kritik av landets ledning. Den oberoende pressen stängdes, politiker, statstjänstemän och minst 11 journalister fängslades utan rättegång, bland dem Dawit Isaak.

Brotten mot de mänskliga rättigheterna i Eritrea upphör inte trots alla påtryckningar från omvärlden.

Engagemanget för Dawits frigivning är starkt i Sverige. Enligt ett reportage i Dagens Nyheter 2010 levde Dawit som fånge nr 36 i ett ödsligt beläget fängelse, kedjad under jord. Cellerna uppges vara fuktiga, överfulla och hälsovådliga. Fångarna har dålig tillgång till vatten och svälter men det viktigaste i artikeln kan ändå sägas vara att det från trovärdiga källor bekräftades att Dawit Isaak då ännu var vid liv.

Samma år uttalade en företrädare för den eritreanska regimen att Dawit Isaak inte någonsin kan påräkna rättegång, eftersom han av regimen tillsammans med andra fångar påstås utgöra ett hot mot nationen Eritreas existens.

Dawit familj lever i total ovisshet, så också vi andra. Därför är den här resolutionen så viktig idag.

Soraya Post, author. – Madam President, the S&D Group is committed to working for the observance of all fundamental human rights. That is why we initiated this resolution. We are seeing an increase in violence directed against journalists and democracy and human-rights activists across the world.

Sixteen years have passed – that is how long Dawit Isaak and other journalists and democracy activists have been imprisoned in Eritrea. Dawit has become a symbol for the struggle for human rights and press freedom. But for many people he is more than a symbol. Back home in Sweden, where he has his loved ones, he is dearly missed, as are the other imprisoned journalists.

Sixteen years have passed, and this is our message to the Eritrean Government: at least let us hear from him!

Our message to the Commission is: hear us! This Parliament has repeatedly stated that no development cooperation can be pursued with the Eritrean Government as long as they do not respect human rights and set Dawit Isaak and others free. Yet major aid to Eritrea under the European Development Fund has been resumed and a EUR 200 million National Indicative Programme has been signed off.

Our resolution denounces this renewal of business as usual. This money cannot go to the Eritrean Government. It must be used to promote democracy and human rights, in the hands of civil society, with not a single cent to the regime.

We will not forget about Dawit Isaak and others. We will not let them down.

Cecilia Wikström, författare. – Fru talman! Han är en svensk och eritreansk journalist som varit fängslad i mer än 15 år utan vare sig advokat eller rättegång. Helt avskuren från sin familj. Han är EU:s ende samvetsfånge. Han heter Dawit Isaak.

Dawit visade ett fantastiskt mod som journalist. Med fara för sitt eget liv vågade han stå upp för sina medmänniskor och berätta deras historier och livsöden. Pennan var det som var hans vapen när han stred för yttrandefrihet och andra mänskliga rättigheter. Idag är han fängslad.

Eritreas brott mot mänskligheten får inte fortgå ostört. Det är hög tid nu för den svenska regeringen och för EU-kommissionen att äntligen använda kännbara påtryckningsmedel mot Eritrea.

Vi måste införa reseförbud till EU för ledande personer i Eritreas regim. Vi måste stoppa den illegala skatteindrivningen av EU-medborgare med eritreansk ursprung som pågår i medlemsländerna och ställa krav på att mänskliga rättigheter äntligen ska respekteras i Eritrea.

Att stå upp och försvara demokrati och mänskliga fri- och rättigheter är vårt viktigaste uppdrag i EU. På hemmaplan och i hela världen. Tillsammans kan vi bryta ner de mäktigaste väggarna av förtryck och motstånd.

Dawit Isaaks modiga kamp mot diktatur förtjänar att tilldelas Sacharovpriset det här året, och det tänker jag nominera honom för.

Nu är det vårt ansvar att använda vår röst, den röst som Dawit Isaak har berövats.

(Talaren godtog att besvara en fråga ("blått kort") i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.)

Ana Gomes (S&D), blue-card question. – Ms Wikström, you said that Dawit Isaak was Europe's only prisoner of conscience. That is not true, you know, because elsewhere there are other such cases – for instance in Ethiopia, where the British Ethiopian citizen Andy Tsege has been kidnapped and is in prison. No matter how much solidarity I have with you on the fate of Dawit Isaak, it is incorrect to say that he is the only one.

Cecilia Wikström (ALDE), blue-card answer. – I don't think we should quarrel about this. Dawit Isaak has been a prisoner of conscience for a very long time – more than 15, almost 16 years – and if there is now another one, then it is even worse. So let us join forces and fight for both of them. If there are any more prisoners of conscience, it is only proof that we have not done enough.

Charles Tannock, author. – Madam President, given the brutal regime of President Afwerki in Eritrea and his role in ruining that country's prospects, following its independence from Ethiopia in 1991, we often focus on the wider diplomatic picture. But today we are focusing on two individuals, Abune Antonios and Dawit Isaak.

Antonios, the Patriarch of the Eritrean Orthodox Church, has been under house arrest for the past decade. Isaak, a naturalised Swede and a journalist, has been in jail for more than 15 years and has not been seen since 2005. Jailed for his reporting of the corruption and injustices of the Afwerki regime, his case is emblematic of the totalitarian dictatorship that we now see in Eritrea, a regime that sees thousands of young men fleeing conscription and the brutalities of daily life. With 416 000 Eritrean refugees worldwide, this makes it the ninth largest country of origin for refugees, a staggering figure for a country with a population of only 6 million people.

Therefore I now call on Parliament and the Commission to consider consultation under Article 96 of the Cotonou Agreement. I actually called for this almost 18 years ago for the first time and I am calling for it again.

Marie-Christine Vergiat, auteure. – Madame la Présidente, oui, Dawit Isaak est un symbole. Journaliste suédo-érythréen, il a été arrêté en septembre 2001 parmi des dizaines d'autres, au moment où le pays a sombré dans la dictature. En Érythrée, il n'existe plus aucune presse libre depuis cette date.

Abune Antonios, ancien patriarche de l'Église orthodoxe, est un autre symbole. Il a été emprisonné en 2016 pour avoir refusé d'excommunier 3 000 de ses paroissiens qui s'opposaient au régime.

Depuis quelques mois, les choses semblent s'aggraver.

(La présidente interrompt l'oratrice)

President. – What is the problem?

Tomáš Zdechovský (PPE). – Madam President, there is no interpretation into Czech, so I do not know if the system is functioning.

President. – It is working now. Ms Vergiat, you get another 20 to 30 seconds.

Marie-Christine Vergiat, auteure. – Madame la Présidente, au moins 30 secondes parce que c'était à peine à 30 quand j'ai été interrompue. Il faut que je retrouve où j'en suis, d'ailleurs. Je recommence une phrase, je suis désolée, soyez indulgente.

Depuis quelques mois, les choses semblent s'aggraver. La rapporteure spéciale de l'ONU parle de violations systématiques et généralisées pouvant constituer des crimes contre l'humanité. C'est ce moment que choisit l'Union européenne pour faire de l'Érythrée un partenaire du projet «Better Migration Management» et lui octroyer 46 millions d'euros, plus 5 millions via le programme ROCK destiné à la formation de policiers et de garde-frontières.

On nous dit que le gouvernement érythréen ne profitera pas directement de ces fonds. Permettez-moi d'être sceptique, c'est simplement impossible dans ce pays de faire quoi que ce soit sans passer par le gouvernement. Quelle sera la prochaine étape? L'expulsion d'Érythréens vers leur pays d'origine? L'Union ne peut continuer à cautionner les régimes qui sont à l'origine même des migrations.

Lars Adaktusson, author. – Madam President, Eritrea is one of the most ruthless dictatorships in the world. President Isaias Afwerki has imposed a rule of fear through extreme abuses against his own people. The evil acts of Afwerki amount to crimes against humanity. He has jailed at least 10 000 political prisoners.

Today we are focusing on two of these prisoners – two innocent individuals whose lives have been destroyed by Afwerki. Let us never give up the struggle for Dawit Isaak and Abune Antonios. Let us never forget their remarkable courage.

Right now three measures are crucial: aid to Eritrea has to be strictly conditional; the illegal diaspora tax has to be halted in all EU Member States; and Afwerki and his patrons should be prosecuted for crimes against humanity.

The brave people of Eritrea deserve to live in freedom. We have a responsibility to assist them towards a brighter future.

Tomáš Zdechovský, za skupinu PPE. – Paní předsedající, já bych chtěl říct, že situace v Eritreji je dlouhodobě vážná. Odstrašující je především politický stav země, která nedodrží žádné mezinárodní smlouvy. Neexistuje systém národních voleb, nezávislého soudního systému či právního státu, což je pro mě jednoznačným důkazem toho, že to je největší autoritářský režim na světě. Proto naprosto souhlasím s přístupem Evropské unie a jsem přesvědčen, že je zapotřebí zavést ještě silnější opatření.

Jytte Guteland, för S&D-gruppen. – Fru talman! Den här klockan visar den stulna tiden från Dawit Isaak. Det är nära 16 år av fångenskap, nära 16 år av ovisshet och oro för hans nära och kära.

Europaparlamentet enas här idag för att sätta press på Eritreas regering att agera. Vi har sagt det förr, och vi säger det igen. Vi uppmanar Eritrea att omedelbart bekräfta Dawit Isaaks välbefinnande. Frige honom. Sätt honom i samband med juridiska ombud och framförallt med hans familj.

Ord och löften räcker inte. Nu krävs det handling. Vi måste få veta att han lever och mår bra. Vi kräver också att frihetsberövanden av opposition, journalister och oskyldiga civila upphör. Här, fru talman, 5764 dagar, 23 timmar, elva minuter och nu också 6 sekunder. Så här länge har Dawit Isaaks tid stulits från honom. Det räcker nu.

Catch-the-eye-Verfahren

Jiří Pospíšil (PPE). – Já chci podpořit toto usnesení, které dnes přijímáme. Týká se dvou vězňů svědomí, pana Antoniose a pana Isaaka, ale je třeba říci, že celkově režim v Eritreji patří dnes k nejhorším na světě. Je to režim, který porušuje vůbec základní lidská práva, víceméně vůči občanům se chová stylem, že občané jsou vnímáni jako otroci, kteří musí povinně nastoupit do armády bez uvedení doby, po kterou musí v armádě sloužit. Jsou tam katastrofické podmínky likvidace politické opozice, novinářů, představitelů duchovní sféry a je dobře, že to usnesení, které dnes přijímáme, se zabývá myšlenkou, že bychom opravdu měli zrušit ekonomickou podporu této země, protože peníze, které tam posíláme, stejně ukradne korupční vláda, korupční prezident a mezi obyvatelé se nedostanou. Takže to usnesení vítám a jsem rád, že vedle osudu dvou vězňů, který tu byl podrobně popsán, hodnotíme celkově situaci v této nešťastné zemi.

Ana Gomes (S&D). – O jornalista eritreu-sueco Dawit Isaak é um dos milhares de prisioneiros na Eritreia sobre os quais nada sabemos. O venerado patriarca Antonios ousou protestar contra prisões arbitrárias e foi destituído e feito desaparecer. O regime de Isaias Afwerki submete há anos o povo eritreu a um regime de terror, com tortura, detenções arbitrárias, desaparecimentos, recrutamento militar indefinido, trabalho forçado, etc... Não admira que tantos eritreus arrisquem a vida em perigosas travessias em busca de refúgio.

Em vez de trabalhar estrategicamente com outros parceiros para aliviar o sofrimento dos eritreus e acolher os que fogem, a União Europeia negociou com o Governo de Isaias Afwerki 200 milhões de euros do FED para investimentos sem condicionalidade para travar o surto de refugiados. Esta política não é apenas um desperdício de dinheiro público, é uma traição aos valores que deviam nortear a nossa política externa e de desenvolvimento para fazer a diferença pelos eritreus e isso implica promover a transformação democrática na Eritreia.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η κατάσταση στην Ερυθραία είναι πλέον εκτός ελέγχου λόγω των πολιτικών διώξεων στις οποίες προβαίνει το καθεστώς, αλλά και λόγω της απεριορίστης αναγκαστικής στρατιωτικής θητείας. Έτσι, πάνω από 400.000 άτομα, ήτοι το 9% του πληθυσμού της χώρας, έχουν φύγει άρον-άρον από την Ερυθραία, αυξάνοντας τις προσφυγικές ροές προς την Ευρώπη. Η σεξουαλική βία, όχι μόνο κατά των γυναικών αλλά και στα στρατόπεδα εκπαίδευσης, είναι στην ημερήσια διάταξη. Ταυτόχρονα, το καθεστώς ολοκληρώνει τον έλεγχό του κατά του πληθυσμού, επιβάλλοντας φόρο εισοδήματος ομογενών 2%.

Θύματα του καθεστώτος είναι ο Abune Antonios, ο πατριάρχης της Ορθόδοξης Εκκλησίας της Ερυθραίας, της μεγαλύτερης θρησκευτικής κοινότητας, ο οποίος έχει τεθεί υπό κράτηση εδώ και δέκα χρόνια, από το 2007, επειδή αρνήθηκε να αφορίσει 3.000 μέλη της ενορίας του, που αντιτάχθηκαν στην κυβέρνηση. Επίσης, ο ακτιβιστής Dawit Isaak είναι και αυτός υπό κράτηση. Άμεση απελευθέρωση όλων των πολιτικών κρατουμένων!

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, is í an Eiritré an tír is measa ar domhan ó thaobh cearta daonna de agus tá sé ag éirí níos measa de réir na bliana. Tá gach saghas éagóir ar siúl ann, go háirithe le mná agus leanaí agus ní nach ionadh go bhfuil daoine ag teitheadh ón dtír. Tá 400,000 duine tar éis an tír a fhágáil. Freisin, maidir le Dawit Isaak, gabhadh é in 2001. An bhfuil sé beo? Níl a fhios againn, ach tá sé de dhualgas ar an rialtas insint dá chlann agus do chuile dhuine mar gheall air. Freisin mar gheall ar an Patrarc Antonios. Tá sé i bpríosún ó 2007 in áit anaithnid agus deirtear nach bhfuil cóir leighis ar fáil aige.

Dá bhrí sin is dóigh liom gur cheart dúinne gan aon airgead a thabhairt don Eiritré. Táimid ag tabhairt €200 milliún dóibh agus is dóigh liom gur cheart cosc a chur air sin go dtí go bhfaighimid freagra ar na ceisteanna seo.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, regretfully we do not see any improvement with regard to human rights violations in Eritrea. A huge number of Eritrean people, including children, are still being arrested for various unjustifiable reasons and held in extremely harsh conditions.

Dawit Isaak's incarceration has become an international symbol for the struggle for freedom of the press in Eritrea. He should be immediately and unconditionally released, together with all prisoners of conscience.

In addition, Abune Antonios should be allowed to return to his position as Patriarch. Freedom of religion is a fundamental right, and any violence or discrimination on the grounds of religion must be condemned.

Commissioner, as you know, as chair of Working Group A of the Committee on Development, I oppose the granting of money under the National Indicative Programme for Eritrea until these issues are resolved: until the prisoners are released, the Patriarch is reinstated and this autocratic dictatorship, which is not acceptable, has come to an end.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já chci podotknout, že souhlasím se všemi svými předřečníky a nebudu popisovat tu situaci v Eritreji tak, jak už byla řečena.

Eritrea je jeden z nejmladších států, ale ta, která se potýká s nejhroším porušováním lidských práv, s masivním, různým porušováním lidských práv. Myslím si, že ten návrh, který padl a je obsažen v usnesení, aby ta pomoc byla podmíněně zastavena, ten si myslím, že je velmi, velmi padlý.

My bychom měli chtít, aby za peníze, které poskytuje Evropská unie, byly konkrétně měřitelné efekty v určitých krocích. Není možné posílat peníze za situace, kdy nedostáváme odpovědi na naše otázky. A to usnesení, které se týká pouze dvou lidí, samozřejmě ti jsou těmi, kteří jsou takto nasvíceni, ale je dalších bezjmenných tisíce a tisíce lidí, kteří trpí pod režimem, jehož jedinou hlavní silou je naverbovat desetinu svých občanů do své armády. To si myslím, že by mělo být zásadní memento pro nás.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, la population érythréenne vit un calvaire depuis trop longtemps. Dans le huis clos de ce pays qui a récemment acquis son indépendance se joue un drame humain et politique.

Dawit Isaak est devenu un symbole international, mais beaucoup d'autres citoyens, notamment des femmes, souffrent de la privation de leurs droits fondamentaux et subissent des violences.

Il n'y a pas d'autre terme que celui d'«esclavagisme» pour décrire ce que subissent les 400 000 personnes actuellement enrôlées d'office dans ce que les autorités locales appellent pudiquement «service national».

L'Union européenne accompagne de façon significative l'Érythrée – avec un financement autour de 200 millions d'euros – et a le droit, me semble-t-il, mais aussi le devoir, d'agir, en subordonnant son aide au respect minimum des droits de l'homme.

J'invite, par ailleurs, les États membres à accueillir les Érythréens demandeurs d'asile, qui seraient condamnés à l'enfer en cas de retour dans leur pays.

Brian Hayes (PPE). – Madam President, the issue of human-rights violations in Eritrea is a serious issue, but it is no more serious than the situation in a whole host of countries in Africa that we continue to support. I think it is very important that, in this motion, we once again send a clear message to the Eritrean Government in relation to those human-rights violations.

Unlike other colleagues, I still believe that engagement with Eritrea is important. It is a country caught in a time warp. It is a country that needs to understand the obligations under international law that we, as EU citizens, demand. That is why I went to Eritrea last year. I suspect that I am the only member of this assembly speaking here today who has actually been to Eritrea in the past 12 months. I would ask other colleagues to do the same because it is only through engagement that we can actually change policy in Eritrea. It is only through reaching out that we can change policy in Eritrea.

I want to put on the record that the EU funds that have come through the development budget have made a big difference to the lives of ordinary people – ordinary Eritreans – in terms of solar power, electricity connectivity, building capacity within the judicial system and in other systems of government. It is important that we remain committed to funding Eritrea and that we have a more balanced approach in this whole debate.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Madam President, there is no doubt that I share the honourable Members' frustration about the situation in Eritrea, and maybe if I still had my former position as an MEP I would say that enough is enough, but now I am on the other side in this plenary.

The European Union is concerned over continued human-rights violations in Eritrea and, in particular, about the cases of His Holiness Abune Antonios and Dawit Isaak. Respect for human rights and fundamental freedoms is, for all of us, a core value of the European Union and a key priority in EU internal and external policy. It therefore features regularly in our political dialogue with the Eritrean authorities.

The case of Dawit Isaak has been of major concern since his arbitrary arrest in September 2001. His continued detention since then, without charges, trial or legal counsel, represents a serious violation of international obligations by Eritrea. The same applies in respect of the other 10 independent journalists, and honourable Members have already focused on this. We are also worried about the situation of His Holiness Abune Antonios, Patriarch of the Eritrean Orthodox Church, who marks his tenth year of incommunicado house arrest in an unknown location, although he has never been charged with any offence.

We regularly address these issues at the highest level of the Government of Eritrea and draw attention to them in international forums, including the United Nations Human Rights Council. Since 2001, the EU has regularly issued statements calling for the immediate and unconditional release of political prisoners in Eritrea. The Union also regularly asks the Eritrean authorities to take all necessary steps to comply with their international commitments, including on freedom of religion or belief and freedom of expression, association and assembly.

In line with the resolution of the UN Human Rights Council on the human-rights situation in Eritrea which was adopted in June this year, the EU continues to engage with Eritrea with a view to improving the human-rights situation on the ground. The EU will support the full implementation of the recommendations made to Eritrea under the UN-led Universal Periodic Review. The EU will continue to press for an improvement in the human-rights situation in Eritrea and urge the Government of Eritrea to release the political prisoners, including Dawit Isaak.

Moreover, the EU shall request that all information on the whereabouts of these prisoners is made public and that they have access to their families and lawyers, not least on humanitarian grounds. At the same time, the EU will continue to promote freedom of religion or belief – a right that should be exercised everywhere by all – on the basis of the principles of universality, equality and non-discrimination.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an die Aussprache statt.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL). – Madame la Présidente, je voudrais faire remarquer à Monsieur le Commissaire que nous avons été nombreux à l'interroger sur la question des fonds alloués par l'Union européenne et que nous n'avons obtenu aucune réponse en la matière. Je trouve cela dommage.

Die Präsidentin. – Herr Kommissar! Haben Sie noch eine Antwort auf die Frage der Finanzierung, die Madame Vergiat jetzt noch mal angesprochen hat?

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Madam President, I am not ready to answer these questions today. I can, of course, respect this request but it is difficult to give an immediate answer. I would like to give a written answer.

President. – Thank you. We will expect your answer.

8.3. Burundi

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die Aussprache über sieben Entschließungsanträge zu Burundi (2017/2756 (RSP)).

Judith Sargentini, Auteur. – Na een debat over Eritrea nog een heel erg donker hoofdstuk. In april 2015 wilde de president van Burundi, president Nkurunziza, een derde ambtstermijn. En nu, juli 2017, zijn er 400 000 mensen gevlucht, 200 000 mensen binnenlands gevlucht, 3 miljoen mensen in nood, tweeënhalf miljoen mensen die niet zeker weten of ze morgen nog te eten hebben en 700 000 mensen die acuut voedselhulp nodig hebben. En dat vanwege een man die vier tot vijf jaar langer wilde regeren. Nkurunziza is ook bezig met etnische zuiveringen in zijn leger, waarbij het hele onderscheid tussen Hutu's en Tutsi's weer terugkeert en de repercussies hiervan op de regio kunnen we verwachten.

Het destabiliseren van Burundi leidt tot het destabiliseren van de landen eromheen en ik maak mij zorgen dat wij een burgeroorlog tegemoet gaan zien die opnieuw al die landen raakt.

Charles Tannock, author. – Madam President, the re-election of President Nkurunziza in 2015 was highly controversial, given the questions surrounding the legitimacy of his eligibility for a third term, and in fact Article 96 consultation was invoked. The boycott of that election by the opposition and his subsequent re-election has provoked increasing tension. Recent speculation that Nkurunziza is seeking to amend the law so as to allow him to run again in 2020 for a fourth term is concerning. Meanwhile, the resulting human rights situation is also very worrying. Nkurunziza's party's youth wing and quasi-militia, the Imbonerakure, is held responsible for the intimidation, rape, attack and forced disappearances of a number of opposition figures and supporters.

Given the fragility and conflict in Burundi's neighbouring states, finding a way through the impasse is vital. There are reports of an increasingly ethnic dimension – between Hutus and Tutsis – to the violence, and this has the potential to significantly worsen and protract the problem. Therefore we must all now seek action before the situation reaches that terrible point.

Maria Arena, auteure. – Madame la Présidente, le Burundi est un pays aujourd'hui ravagé. Depuis avril 2015, après la décision de Nkurunziza de ne pas respecter la Constitution, le pays est rentré dans un cycle infernal de répression. En deux ans, 1 200 tués, entre 400 et 900 victimes de disparitions, des milliers d'arrestations arbitraires, plus de 40 000 - Burundais déplacés, et cela dans une situation socio-économique désastreuse qui pèse sur l'ensemble de la population burundaise.

Les violences sont commises par les services de sécurité burundais et par des milices qui agissent également sur leurs ordres. Un paysage politique avec un parti unique, un paysage médiatique réduit à néant, une justice totalement au service du régime et, comme si ce tableau ne suffisait pas, Nkurunziza tente de changer la Constitution pour pouvoir instaurer une dictature au-delà de 2020.

En arrière-fond, nous vivons également des discriminations ethniques qui deviennent une réalité quotidienne. Nkurunziza instrumentalise la crise politique en la transformant en une crise ethnique.

Nous demandons plusieurs choses dans la résolution: la première, la lutte contre l'impunité; la deuxième, subordonner toute relation avec le pays à une amélioration de la situation des droits de l'homme; la troisième, le soutien des Nations unies. Nous demandons également de soutenir les efforts de la Communauté de l'Afrique de l'Est et d'avoir une transparence des financements des soldats burundais par rapport à la milice en Somalie.

Dita Charanzová, author. – Madam President, this is not the first time that we have discussed the situation in Burundi. Since April 2015, there has been an alarming deterioration of human rights and a severe humanitarian crisis in the country. Those opposing the President's legitimate re-election are facing a massive clampdown and violations of their rights. Respect for the opposition, free and fair elections and freedom of speech are fundamental to any democracy. We must condemn these acts of violence and other human rights abuses in Burundi. We must be clear that we cannot allow the situation to continue. We must ensure that the EU targeted sanctions are fully implemented, effective and further extended until we see real reform in the country. The EU Member States and the Union should speak with one voice on Burundi and do all that they can to finally bring about peaceful coexistence among the nations of the Great Lakes region, working together with the UN and the African Union. Burundi has come a long way since its independence. We must take action now to help bring peace to this region.

Fabio Massimo Castaldo, autore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, questa è la quinta risoluzione sul Burundi che scriviamo dall'inizio di questa legislatura. Mi addolora enormemente constatare come, a distanza di due anni da quando condannavamo le violenze nel paese e la volontà di Nkurunziza di partecipare nuovamente alle elezioni, in violazione della Costituzione del paese e degli accordi di Arusha, la situazione non abbia fatto altro che peggiorare, per non dire precipitare. Le forze di sicurezza governative, le autorità e le milizie continuano a violare i più basilari diritti umani. L'Imbonerakure, la temibile milizia giovanile, va oltre, incitando pubblicamente a violentare le mogli degli oppositori politici, reclutando e plagiando i giovani studenti, mentre il paese sprofonda in una crisi economica e sociale devastante.

Chiediamo dunque all'Alto rappresentante di estendere le sanzioni europee, di utilizzare tutti gli strumenti a sua disposizione per tentare di disinnescare una pericolosa *escalation*, e in particolare l'ulteriore etnicizzazione della crisi, preludio di un punto di non ritorno per la popolazione. Come diceva Eliezer Wiesel, vincitore di un premio Nobel per la pace, «Never again» deve essere più di uno slogan, deve essere una preghiera, una promessa, un giuramento, un invito a tutti noi in quest'Aula e a tutta la comunità internazionale a non tollerare che le atrocità del passato si possano ripetere di nuovo.

Marie-Christine Vergiat, auteure. – Madame la Présidente, depuis le printemps 2015, le Burundi s'enfonce dans la crise. Le président Nkurunziza veut garder le pouvoir pour un troisième et même, désormais, un quatrième mandat, remettant en cause les accords d'Arusha et faisant resurgir le spectre de la guerre civile.

Des milliers d'opposants sont réduits au silence, y compris à l'intérieur du parti unique du président. La répression se fait de plus en plus violente, militarisée aux mains de milices, notamment des Imbonerakure, la ligue des jeunes du parti du président.

La question ethnique est instrumentalisée et l'ONU elle-même parle de risque de génocide. On craint le pire dans ce pays voisin du Rwanda, car toute la région risque d'être déstabilisée.

La communauté internationale a tardé à réagir. Des sanctions ciblées ont cependant été prises, notamment par l'Union européenne.

Au sein du groupe GUE/NGL, nous sommes sceptiques sur l'envoi de forces militaires et considérons qu'il faut privilégier les solutions politiques. Mais là, elles sont loin d'être évidentes.

Alors, oui, il faut aider les réfugiés burundais, y compris en facilitant leur arrivée sur le sol de l'Union européenne.

Joachim Zeller, Verfasser. – Herr Präsident! Seit Präsident Pierre Nkurunziza im April 2015 bekanntgab, dass er eine weitere Amtszeit anstrebt, was die Verfassung von Burundi ausschließt, versinkt Burundi in einer Spirale von Gewalt und Missachtung der Bürger- und Menschenrechte. Die Opposition wird brutal unterdrückt, Tausende Menschen wurden bereits ermordet, Zehntausende mussten im Land untertauchen, und mehr als 400 000 Einwohner Burundis sind in die Nachbarländer geflohen, was die Stabilität in der Region bedroht.

Die Machthaber von Burundi verweigern sich einem Dialog sowohl mit der internationalen Gemeinschaft als auch mit den gesellschaftlichen Kräften im eigenen Land. Im Gegenteil: Die unabhängige internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen in Burundi stellte fest, dass es zahlreiche Beweise für umfangreiche Verletzungen der Menschenrechte und Machtmissbrauch in Burundi gebe, verübt besonders durch die Jugendorganisation der Partei des Präsidenten, Imbonerakure, aber auch durch das Militär Burundis, was umso schwerer wiegt, als auch die EU burundische Soldaten im Rahmen der Mission der Afrikanischen Union in Somalia bezahlt. Es sind alle Maßnahmen – auch weitere Sanktionen – zu ergreifen, um den Druck auf Präsident Nkurunziza und die Machthaber in Burundi zu verstär-

ken, sich endlich einem Dialog zu öffnen.

Seán Kelly, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I must say that I am deeply concerned to learn of the growing conflict in Burundi following the unconstitutional re-election of President Pierre Nkurunziza in 2015 and his intention to be re-elected again in 2020 and probably *ad infinitum*.

The deplorable human-rights situation and the authorities' continued violation of fundamental rights are totally unacceptable. I therefore strongly support calls for the Burundian authorities to address these violations and to conduct an independent inquiry so that the perpetrators can be held accountable. Furthermore, Burundi must revoke its move to withdraw from the International Criminal Court and must extend full support to the office of the UN High Commissioner for Human Rights so as to ensure fundamental rights for all its citizens, because the abuses of fundamental rights – the murder, rape, abduction, etcetera – in Burundi are absolutely chronic and must be stopped.

David Martin, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, in 2015, in Burundi, I witnessed at first hand Government troops blowing up a radio antenna in order to stop independent radio stations broadcasting. I met families who had been burnt out of their houses because they were of the wrong ethnicity, and I saw political rallies brutally broken up by government-backed militia.

When I raised all of these issues at the recent meeting of the African, Caribbean and Pacific Group of States (ACP) in Malta, the Burundian representative admitted – what else could he do, I had seen it with my own eyes – that all of these events had happened, but said that things were much better now in the country.

Well, I am afraid things are not much better in the country, and what we hear from the international community and the international organisations based in Burundi is that, in fact, things are getting worse. This is a time for us to intensify our sanctions on Burundi, to make sure we keep the pressure up on the current Burundian Government, and to ask the East African Community to act to defend their neighbour's citizens.

Hilde Vautmans, *namens de ALDE-Fractie*. – Zoals velen van ons hier al gezegd hebben: de situatie in Burundi is schokkend. En terwijl in de regio nogal wat presidenten de revue passeren die naar een derde ambtstermijn streven, gaat de president van Burundi zelfs nog een stapje verder. Hij zou wel naar een vierde ambtstermijn willen gaan. Dat wordt dan nu de standaard.

Om dat te doen, om die absolute macht te behouden, zijn hij en zijn achterban bereid heel ver te gaan. We hebben hier al heel veel dingen gehoord: hulpkonvooien mogen niet meer binnen, internationale waarnemers worden geweerd. Wat mij vooral heel erg verontrust, is dat er nu ook etnische zuiveringen aan de gang zijn. Meer dan 100 Tutsi militairen zijn gedood!

Ik ben samen met Louis Michel en Guy Verhofstadt indertijd in Rwanda geweest. We hebben daar kisten met schedels gezien, kisten met handen en kisten met voeten. Etnische zuiveringen zijn afschuwelijk en als je nu voelt dat dat naar Burundi gaat overslaan, dan verontrust mij dat. We moeten alles op alles zetten om het land wederom de rust te gunnen die het verdient. Afrika heeft onze steun nodig en dus moeten we ingrijpen als mensenrechten overtreden en geschonden worden.

Dus laten we pleiten voor een internationaal onderzoek. Laten we zorgen dat de Burundezen de bescherming krijgen die ze verdienen.

Tim Aker, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, this report highlights worrying developments in Burundi, one of Africa's poorest countries. Since 2015, 1 200 people have been killed and between 400 and 900 have disappeared. The use of torture has been widespread. More than 10 000 people have been detained without trial and nearly half a million have fled to neighbouring countries. Burundi has plunged into crisis. With reports of ethnic cleansing in the military, the world and all global institutions must be ready to intervene and prevent another genocide. There cannot be a repeat of Rwanda.

Too often the West has been ready to intervene when the cause has not warranted it – the disaster in Libya being one example – but when there is a call on our resources, too many also look the other way. A strong message from all quarters must go out across the world that the rights to life, liberty and political expression are unbreakable. And all those who believe in that message must have the force, in every sense of the word, to back it up.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Burundi, będąc jednym z najbiedniejszych państw na świecie, doświadcza również kryzysu politycznego oraz poważnych naruszeń praw człowieka. W moim przekonaniu zatem decyzja o wstrzymaniu pomocy bezpośredniej dla rządu Burundi była słuszna i stan ten musi utrzymać się do czasu, aż Burundi zacznie przestrzegać artykułu 96 porozumienia z Kotonu. Jednocześnie jednak Unia Europejska nie może odwrócić się od ludności Burundi. Dlatego należy kontynuować działania na rzecz społeczności lokalnej i społeczeństwa obywatelskiego, jak również zintensyfikować pomoc dla uchodźców z Burundi oraz osób wewnątrznie przesiedlonych. Szczególnie ważne jest też zapewnienie, by obozy dla uchodźców były miejscami bezpiecznymi, jak również, aby unikać przeprowadzania powrotów wbrew woli uchodźców.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Madame la Présidente, pendant que le Burundi traverse l'une de ses pires crises sécuritaires, les autorités primaires et secondaires du pays s'obstinent à vouloir nier l'évidence, comme cela a été le cas à Malte, à l'Assemblée paritaire ACP-UE.

Pourtant, sur les plans politique, social et culturel, le Burundi s'est détourné du droit chemin en 2015, lorsque, Pierre Nkurunziza ayant décidé de briguer un troisième mandat anticonstitutionnel, des assassinats et des vagues d'exil forcé se sont ensuivis.

Nous exigeons des engagements concrets de la part du Burundi, en l'occurrence sur la démocratie et les droits de l'homme. Sur ces points, nous sommes prêts à sanctionner encore plus sévèrement les responsables burundais. Naturellement, l'Union européenne doit rester ouverte à un dialogue avec le gouvernement burundais s'il se montre respectueux des principes sur lesquels nous avons insisté pour le bien de la population.

Favoriser les différentes missions d'observation internationales évoquées dans la résolution devient alors un impératif, car elles seules pourront certifier d'éventuelles avancées. Face au totalitarisme, nous devons rester intransigeants.

Catch-the-eye-Verfahren

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já podporuji, všechno to, co bylo řečeno mými kolegy o tom, jak tragická situace je v tuto chvíli v Burundi. Platí také teze, že jsme několikrát v tomto volebním období situaci v Burundi projednávali a psali jsme několik usnesení, a ta bohužel nemají valného dopadu.

Rád si poslechnu vyjádření pana komisaře, jestli má nějaký nápad, jak zofenzivnit diplomacii Evropské unie vůči Burundi tak, aby tamní prezident, který si svévolně a opakovaně prodlužuje svůj mandát, alespoň trochu vnímal hlas demokratického mezinárodního společenství a alespoň trochu respektoval lidská práva a udělal něco pro to, aby v Burundi nenastal v budoucnu válečný konflikt. Situace je tam opravdu tragická, hrozí tam vážný etnický konflikt. Je dobře, že o tom tady vedeme debatu, ale na druhou stranu vyjadřuji určitou skepsi. Pokud prezident alespoň trochu nebude ochoten naslouchat a trochu vést dialog s demokratickým mezinárodním společenstvím, pak se obávám, že může dojít k nejhoršímu. Usnesení podpořím, ale prosím Komisi o vyjádření, co se teď dá ještě dělat.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, let me start by expressing my concern about the political and security situation in Burundi, which is characterised by ongoing violence, killings, sexual violence and human rights abuses. I am confident that Burundi will resume cooperation with the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights in order to comply with its international human rights obligations. Economic relations can be upgraded only if a sustained political solution is reached.

The EU should continue its full financial support for the people of Burundi, including humanitarian support provided through direct channels, not through the Government. The EU and Burundi should therefore keep up a dialogue in order to encourage progress in fulfilling the conditions set by the European Union. Finally, I would like to welcome the decision of the African Union's Peace and Security Council authorising the deployment of an African prevention and protection mission in Burundi to pave the way for a political solution.

Νότης Μαριιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, είμαστε ξανά στο ίδιο έργο θεατές για το Μπουρούντι. Τα τελευταία δύο χρόνια έχουμε ασχοληθεί τουλάχιστον πέντε φορές με την παράνομη δράση του προέδρου του Μπουρούντι, Nkurunziza, ο οποίος έχει κυριολεκτικά αγκιστρωθεί στην εξουσία. Διώκει τους πολιτικούς του αντιπάλους -σύμφωνα με καταγγελίες, 1.200 άτομα έχουν σκοτωθεί και πάνω από 10.000 άτομα έχουν βασανιστεί, ενώ οι συλλήψεις δημοσιογράφων, δικηγόρων και ακτιβιστών είναι στην ημερήσια διάταξη. Πάνω από 400.000 άτομα εγκατέλειψαν το Μπουρούντι, 3 εκατομμύρια συνάνθρωποι μας χρειάζονται ανθρωπιστική βοήθεια και όλα αυτά γιατί ο Nkurunziza παραβιάζει τη συμφωνία του Κοτονού, παραβιάζει το Σύνταγμα και τώρα θέλει να αλλάξει το Σύνταγμα και να εξασφαλίσει και τέταρτη θητεία ως πρόεδρος του Μπουρούντι, κάτι το οποίο βεβαίως δεν γίνεται αποδεκτό από τους πολίτες του Μπουρούντι. Πρέπει λοιπόν να ληφθούν μέτρα και κυρώσεις κατά του Nkurunziza και της παρέας του.

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, caros Colegas, na República do Burundi a radicalização do regime que se seguiu ao anúncio da candidatura do Presidente Pierre Nkurunziza a um terceiro mandato, em violação da Constituição do país, polarizou o conflito político e as duras represálias do governo e das suas milícias condenaram os opositores à sua reeleição, ao exílio ou a serem vítimas de tortura e execuções extrajudiciais, detenções arbitrarias e desaparecimentos forçados. Esta crise política e a deterioração da economia causaram uma dramática crise humanitária no país onde, neste momento, segundo as estimativas da ONU, três milhões de pessoas necessitam de ajuda e 2,6 milhões estão expostas à insegurança alimentar extrema.

Face a esta situação, a União Europeia deve instar as autoridades do Burundi a cumprirem as obrigações internacionais que assumiram em matéria de direitos humanos e a levarem a julgamento os responsáveis pelas atrocidades cometidas. A União tem também o dever de apoiar todos os esforços de negociação entre o governo e a oposição que permitam pôr fim à escalada das tensões étnicas e encontrar uma solução pacífica e sustentável para aquele país.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Madam President, I share your frustration. To the frustration of many, the situation in Burundi is essentially unchanged, with no improvement in any of the key areas that would allow a return to normality, in particular as regards human rights, civil society, the media, disarmament, and justice. In May, the Council therefore agreed that there was currently no basis for changing the Article 96 decision. At the same time, we are continuing to receive reports of serious abuses and violence by security services and militias. More than 400 000 people have sought refuge in neighbouring countries. The Government remains in denial about the state of the country and is not letting United Nations human rights investigators have access, despite the fact that Burundi is itself a member of the UN Human Rights Council.

It is possible that the situation in Burundi might become even more polarised unless the authorities open up to a genuinely inclusive dialogue, observing the principles of the Arusha Agreement, and take practical steps to reduce tension. The European Union will continue to reach out to encourage heads of state in the region to bring their influence to bear, as a matter of urgency, with a view to speeding up the mediation process. This should help to create the necessary conditions, in particular in the areas of human rights and political space, for elections to be held in 2020, thus fully complying with the Arusha Peace Agreement and the Constitution. The European Union has repeatedly stated that it is ready to respond to progress reached in President Mkapa's mediation, acting under the Article 96 decision. The absence of the rule of law and the resulting adverse impact on human rights and freedoms – as well as on the already very poor economic and social indicators – have led to an alarming deterioration in the living conditions of the population.

The European Union will continue to alleviate the population's plight through direct support, with a focus on building resilience by supporting basic livelihoods (agriculture and nutrition actions) and improving access to basic social services such as health care. An additional package of EUR 95 million has recently been approved. In addition, the EU supports – through the African Peace Facility – the African Union human rights observers and military experts in Burundi and we will be seeking to enhance their role on the ground.

Last but not least, we also support the needs of the thousands of Burundian refugees in the region. Uganda, for example, is hosting around 35 000 Burundian refugees, among others. I was in Uganda to represent the European Union at the Solidarity Summit convened by UN Secretary-General António Guterres and there I announced EU emergency assistance of EUR 85 million for the whole refugee and IDP package.

(Applause)

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an die Aussprache statt.

(Die Sitzung wird bis zum Beginn der Abstimmungsstunde unterbrochen.)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

9. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

10. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Der Präsident. – Der Präsident hat von der S&D-Fraktion die folgenden Änderungen und Benennungen erhalten:

Haushaltsausschuss: John Howarth anstelle von Clare Moody

Ausschuss für Wirtschaft und Währung: Wajid Khan

Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung: Brando Benifei anstelle von Goffredo Maria Bettini

Delegation für die Beziehungen zur Arabischen Halbinsel: Wajid Khan

Delegation im Parlamentarischen Ausschuss Cariforum-EU: John Howarth anstelle von David Martin

Gibt es dazu Bemerkungen?

Das ist nicht der Fall. Die Benennungen sind damit bestätigt.

Herr Kollege Fox, zur Geschäftsordnung?

Ashley Fox (ECR). – Mr President, yesterday afternoon we had a lively debate, under Rule 153, on the subject of a single seat for this Parliament. Unfortunately, under that rule, it was not possible to have a resolution, but it was the clear will of this House that we bring forward a report to propose a treaty change. So, as Mr Weber and Mr Pittella are in their seats, could they please take note of the view of this House and, when the matter comes to the Conference of Presidents, could they please authorise that report?

(Applause)

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Fox, auch wenn das haarscharf neben der Geschäftsordnung war.

Antonio López-Istúriz White (PPE). – Señor presidente, quiero pedir paciencia a mis colegas, un minuto para que juntos condenemos los sangrientos acontecimientos de ayer en la Asamblea venezolana.

Compañeros nuestros, diputados, fueron violentados en su legítima tarea de representación popular por turbas incontroladas próximas al régimen chavista. Pido a todos nuestros colegas no cerrar los ojos, los oídos y la boca ante tan execrable acción: recordemos que, en tres meses, 91 personas han fallecido en las calles de Venezuela.

Y quiero añadir esto: las imágenes terribles que hemos visto ahora mismo de los diputados ensangrentados en la Asamblea... tal vez sea la hora de plantearse una clara acción y pedir, de una vez, sanciones contra el régimen venezolano para que se entienda, lo entiendan de una vez, que aquí en Europa estamos por la libertad, la democracia y nuestros compañeros de la Asamblea venezolana.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege López-Istúriz White! Auch hier wäre ich dankbar gewesen, wenn man mir geholfen hätte, die entsprechende Geschäftsordnungsbestimmung für dieses wichtige Anliegen zu finden.

11. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll.)

11.1. Bericht 2016 über die Türkei (A8-0234/2017 - Kati Piri) (Abstimmung)

— Vor der Abstimmung:

Kati Piri, rapporteur. – Mr President, ahead of the vote on Turkey, I would like to draw your attention to what happened last night when eight human-rights defenders, including the director of Amnesty International in Turkey, were detained in Istanbul. One German and one Swedish national are also currently being detained. It is not clear where they are being held and they do not have access to their lawyers. This is the moment for this Parliament to call on the Turkish authorities for the immediate release of these human-rights defenders in Turkey.

(Applause)

— Vor der Abstimmung über Ziffer 16:

Renate Sommer (PPE). – Herr Präsident! Die EVP hat einen mündlichen Änderungsantrag eingereicht zu Ziffer 16. Am Ende der Ziffer heißt es: „is concerned about the recent seizure of the churches in the region of Diyarbakir“, und wir möchten nachfolgend ergänzen: „urges the government to return them to their rightful owners“.

Dieser mündliche Änderungsantrag ist mit der Berichterstatterin Kati Piri abgesprochen, und sie ist einverstanden mit diesem mündlichen Änderungsantrag. Ich bitte also um Zustimmung.

(Der mündliche Änderungsantrag wird übernommen.)

- 11.2. **Einsetzung eines Sonderausschusses zur Terrorismusbekämpfung, seine Zuständigkeiten, die Zahl seiner Mitglieder und die Dauer seiner Amtszeit (B8-0477/2017) (Abstimmung)**
- 11.3. **Die Fälle des Nobelpreisträgers Liu Xiaobo und von Lee Ming-che (RC-B8-0459/2017, B8-0459/2017, B8-0460/2017, B8-0461/2017, B8-0462/2017, B8-0463/2017) (Abstimmung)**
- 11.4. **Eritrea, insbesondere die Fälle von Abune Antonios und Dawit Isaak (RC-B8-0464/2017, B8-0464/2017, B8-0466/2017, B8-0467/2017, B8-0470/2017, B8-0472/2017, B8-0473/2017) (Abstimmung)**
- 11.5. **Burundi (RC-B8-0465/2017, B8-0465/2017, B8-0468/2017, B8-0469/2017, B8-0471/2017, B8-0474/2017, B8-0475/2017, B8-0476/2017) (Abstimmung)**
- 11.6. **Europäischer Fonds für nachhaltige Entwicklung (EFSD) und Einrichtung der EFSD-Garantie und des EFSD-Garantiefonds (A8-0170/2017 - Eduard Kukan, Doru-Claudian Frunzulică, Eider Gardiazabal Rubial) (Abstimmung)**
- 11.7. **Zulässige Formen der Nutzung bestimmter geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen (A8-0097/2017 - Max Andersson) (Abstimmung)**
- 11.8. **Grenzüberschreitender Austausch von Kopien bestimmter geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände in einem zugänglichen Format zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen (A8-0102/2017 - Max Andersson) (Abstimmung)**
- 11.9. **Verfahren zur Beilegung von Doppelbesteuerungsstreitigkeiten in der EU (A8-0225/2017 - Michael Theurer) (Abstimmung)**

— Nach der Abstimmung über Ziffer 64:

Gerard Batten (EFDD). – Mr President, it is a point of order. It is about the way that you are conducting the vote. What I am getting through my headphones is 'for, against, abstain, for, against, abstain, for, against, abstain'. It is impossible to vote if we are going at that speed.

Der Präsident. – Herr Kollege Batten! Nochmals zum Mitschreiben: Die Abstimmung war eröffnet. Da erteile ich kein Wort zur Geschäftsordnung. Dann habe ich die Abstimmung geschlossen, und dann habe ich Ihnen das Wort erteilt. Das ist die gängige Praxis. Ich habe jetzt leider keine Möglichkeit, über Ihre Wortmeldung abstimmen zu lassen. Aber ich glaube, die Reaktion des Hauses hat gezeigt, dass jedenfalls die allermeisten mitkommen.

(Beifall)

— Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 10:

Marc Tarabella (S&D). – Monsieur le Président, sauf erreur de ma part, je pense que nous n'avons pas voté sur l'amendement 74. C'était un vote par appel nominal.

Peut-être est-il caduc?

Der Präsident. – Herr Kollege Tarabella! Die Dienste sagen mir, dass mit der Annahme des Änderungsantrags 64 der Änderungsantrag 74 erledigt ist.

11.10. Europäische Nachhaltigkeitspolitik (A8-0239/2017 - Seb Dance) (Abstimmung)

— *Nach der Abstimmung:*

David Coburn (EFDD). – Mr President, the other day, during the visit of the Maltese Prime Minister, President Juncker said that this Parliament was ridiculous, or pointless or a farce, or something to that effect. The obscene speed at which these votes are being conducted most certainly gives weight to President Juncker's view.

(Applause from certain quarters)

Der Präsident. – Herr Kollege Coburn! Vielen Dank für diesen bedeutenden Beitrag.

11.11. Förderung von Kohäsion und Entwicklung in den Gebieten in äußerster Randlage der EU (A8-0226/2017 - Younous Omarjee) (Abstimmung)

Der Präsident. – Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

12. Stimmerklärungen

12.1. Bericht 2016 über die Türkei (A8-0234/2017 - Kati Piri)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Petras Auštrevičius (ALDE). – Mr President, I voted in favour of this report and I would like to note that we have already adopted one resolution on Turkey in relation to the failed military coup in July 2016. In that resolution, despite highlighting that Turkey remains a strategic partner of the EU, we expressed serious concern about the multiple incompatibilities with progress towards accession, and called for a temporary freeze of Turkey's EU accession talks.

However, it seems that, since then, the situation has only got worse and that the one-man rule is being strengthened. We have seen continuous arrests, a referendum to authorise undemocratic constitutional changes, and far-reaching censorship of the media. I believe that the situation in Turkey can no longer be ignored. If the constitutional reforms package is implemented as it stands now, the EU must stop its accession talks with Turkey immediately, as well as the pre-accession assistance funding.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, in retrospect, the European Union's approach to Turkey has not worked out terribly well. We could, at the outset, have said 'Membership is not on the agenda: let's find a different way of working together', or we could have embraced them, but what we did instead was to hold out a promise of membership which we had absolutely no intention of fulfilling. Understandably, a sense of rejection contributed to some political breakdown in that country.

Of course, I am not saying it was all the fault of the European Union. That would be absurd. It is mainly about internal dynamics within Turkey. But I wonder whether we might not be wiser now to try to find a more sustainable and permanent deal, whereby we recognise Turkey as a strategic partner and ally, and recognise the value of a free market with Turkey, but drop the idea of political integration. And if we could set up such a status successfully for a state as important and as large as Turkey, perhaps it could become the model for relations with other nearby neighbouring countries.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, уважаеми колеги, искам да поздравя още веднъж докладчика Пири за общия тон на доклада, който е заслужено критичен към днешното ръководство на Република Турция. Това несъмнено е стъпка в правилната посока на политиката на Европейския съюз спрямо процесите в страната. Гласувах за отхвърляне на доклада, обаче, тъй като има няколко изключително проблемни точки.

Никъде не се засяга засилващият се процес на трансформация на кемалийската секуларна република в религиозна ислямистка диктатура. Това не е съвместимо с ценностите, които твърдим, че защитаваме тук. И въпреки критиката относно нарушаването на човешките права в доклада липсва назоваването на конкретния проблем, а именно Ердоган и ислямизацията на страната.

Още повече, тази година станахме свидетели на безпрецедентна и нагла намеса от страна на Република Турция във вътрешните работи на страни както в Западна Европа, така и в моята родина – България. Това не бива да се допуска и част по-скоро преговорите за присъединяване трябва да бъдат не просто замразени, а спрени окончателно. Една кемалийска Турция, която залага на секуларни ценности, е добър партньор на Съюза, може да бъде съюзник. Същото не може да се каже за ислямизираща се диктатура.

Anna Záborská (PPE). – Pán predsedajúci, súhlasím s dvomi pozmeňujúcimi návrhmi, ktoré podali poslanci zo skupiny ENF. Turecko by malo uznať arménsku genocídu. Rovnako si myslím, že v záujme dobrého spolunažívania kresťanov a moslimov by mal pôvodne kresťanský chrám Hagia Sofia v Istanbule zostať múzeom a nie byť opätovne využívaný ako mešita. Napriek tomu som tieto návrhy nemohla podporiť. Situácia v Turecku ma totiž naplňa obavami. Cítim, že najdôležitejší je dnes dialóg, a preto treba začať najprv s témami, ktoré vnímame ako kľúčové pre vzájomné vzťahy medzi Tureckom a Európskou úniou. Toto uznesenie má v prvom rade pripomenúť tureckej vláde jej záväzky a platné zmluvy. Až potom, po znovunastolení dobrej vôle a zlepšení vzťahov, môžeme skúsiť znovu hovoriť aj o citlivejších témach.

12.2. Europäischer Fonds für nachhaltige Entwicklung (EFSD) und Einrichtung der EFSD-Garantie und des EFSD-Garantiefonds (A8-0170/2017 - Eduard Kukan, Doru-Claudian Frunzulică, Eider Gardiazabal Rubial)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Petras Auštrevičius (ALDE). – Mr President, I voted in favour of this revised European external investment plan proposed by the Commission. Despite being convinced that official development assistance should remain the main source of support to developing countries, I am happy to see that private investment will be used in Africa and the in the EU Eastern and Southern Neighbourhoods as part of a broader strategy to keep migration at bay.

It is essential to address the root causes of migration by creating jobs, supporting the development of small and medium-sized businesses and facilitating inclusive growth. The main advantage of the plan is the newly designed instrument, the European Fund for Sustainable Development Fund, and its Guarantee which, with the contributions of the European Investment Bank, will be employed to attract public and private investment and manage risks. I believe this approach will help to produce a sufficient investment-generation process through the instrument we supported, and by providing viable technical assistance to all countries in need.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señor presidente, he votado a favor y quería intervenir, especialmente, en relación con la creación de este nuevo Fondo Europeo de Desarrollo Sostenible, porque sin duda va a acometer el problema de la inmigración, de la injusticia y de la pobreza. Va a ir destinado —44 millones de euros— a las inversiones en África y en los países de su vecindad. Por fin —insisto— vamos a acometer el problema de fondo que hay en África y la situación de muchas injusticias.

Hay algunos logros que me gustaría destacar porque me parecen especialmente esenciales en este Fondo: la referencia a la eficacia del desarrollo, la resiliencia, la creación de empleo decente y los objetivos de erradicación de la pobreza; la inclusión del Acuerdo de París y la Agenda para el Desarrollo Sostenible, como objetivo de este Fondo; o la inclusión de una cláusula de salvaguardia de los derechos humanos y laborales. Finalmente, la inclusión en el texto de la lucha contra los paraísos fiscales y la evasión fiscal creo que son un logro importante en los objetivos de este Fondo.

12.3. Zulässige Formen der Nutzung bestimmter geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen (A8-0097/2017 - Max Andersson)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, jsem velmi ráda, že jsme dnes přijali legislativu, která transponuje mezinárodní Marrákešskou dohodu o zpřístupnění autorských chráněných děl osobám se zrakovým postižením. Tato výjimka zásadně ovlivní kvalitu života zrakově postižených občanů a umožní jim lepší zapojení do kulturního, ekonomického a sociálního života, samozřejmě v případě, že členské státy budou také spolupracovat.

V současnosti je za pomoci alternativních metod, tedy zejména v Braillově písmu, velkoformátovém písmu nebo v audioknihách dostupných celkem 20 % všech děl. Zpřístupnění dalších 80 % může mít tedy zásadní dopad na studijní možnosti a celkové vzdělávání těchto osob a zároveň to neovlivní komerční prodej, protože tyto osoby se zatím prostě nezapojují, nevyužívají autorsky chráněná umělecká díla. Věřím, že tedy odbourávání těchto bariér přispěje k zlepšení kvality jejich života.

Catherine Stihler (S&D). – Mr President, I am happy that today we are one step closer to ratifying the Marrakesh Treaty. EU action on facilitating access to published works for people who are blind, visually impaired or otherwise print disabled has been long overdue.

However, despite many of the good points contained in Parliament's report, I strongly condemn the introduction of compensation schemes for publishers. Not only could this provision violate Article 21 of the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities but there has been no proof of economic loss to be compensated for, and governments have never demonstrated that any damage is done to publishers by accessibly formatted works. This provision is in direct contradiction with the 'right to read' objectives of the Marrakesh Treaty and should be addressed, during the transposition phase, in EU Member State legislation.

Nonetheless, I hope EU Member States can give the treaty their approval so that it can finally be ratified this coming autumn.

12.4. Europäische Nachhaltigkeitspolitik (A8-0239/2017 - Seb Dance)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la relazione compie qualche passo avanti in direzione di un nuovo sviluppo sostenibile per l'Europa, e per questo motivo il mio voto è stato favorevole.

Tuttavia, devo rilevare che avrebbe potuto essere più ambiziosa e chiedere di adottare obiettivi più vincolanti, a partire dal risparmio energetico e dall'autoproduzione individuale, per arrivare alla massiccia bonifica che deve accompagnare la riconversione dei siti industriali. Si dà giustamente molto peso alla riduzione dei gas serra nell'ottica del cambiamento climatico, ma non si attribuisce, ad esempio, lo stesso livello di allarme per molti altri inquinanti che appestano aria, acqua e suolo. Emergono sforzi tesi all'implementazione dell'economia circolare, al recupero, al riuso e al riciclo, ma abbiamo dovuto presentare degli emendamenti – non passati – per escludere da tale impianto l'incenerimento dei rifiuti. Si tenta di incrementare il ruolo delle energie rinnovabili nel mix energetico, ma si accetta il ricorso al FEIS, che è ampiamente utilizzato per sostenere le fonti fossili.

Signori, con questa proposta si tenta di fare un salto in avanti, ma per riuscire avremmo dovuto prendere una buona rincorsa.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señor presidente, este es un informe importante —los Objetivos para el Desarrollo Sostenible—. Quiero destacar en mi explicación que me gusta mucho más la evolución que ha tenido en el desarrollo del Pleno que lo que inicialmente se aprobó en la Comisión de Medio Ambiente.

Es una respuesta a la Comunicación de la Comisión sobre la acción europea para la sostenibilidad y, lo que inicialmente se aprobó en esta comisión fueron cuestiones bastante injustas con la política agraria comunitaria. Insisto en que se ha corregido y por eso he votado favorablemente.

Quiero destacar que esta política agraria comunitaria ya en su última reforma hizo grandes esfuerzos medioambientales, se incorporó un aspecto tan importante como es el *greening*, que está suponiendo esfuerzos importantes para todos los agricultores y ganaderos europeos. No es justo decir que la agricultura europea no está colaborando con el medio ambiente: lo está haciendo; evolucionando a pesar de tener la competencia directa de productos de terceros países que no hacen lo mismo.

Por lo tanto, resaltar el papel de la agricultura europea.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, уважаеми колеги, избрах да гласувам „въздържал се“ за този доклад, тъй като според мен той не казва нищо и всичко. Вярвам, че терминът „устойчивост“ е вече толкова употребяван, че е лишен от смисъл. Не е рационално, нито полезно толкова много области и проблеми да се разискват в един единствен документ. Единственото, до което води този доклад, е размяна на мнения. И докато съм склонен да се съглася с много от казаното, като например подобряването на качеството на въздуха и съживяването на селските райони, то не мога да приема предложението за увеличаване на финансирането на официалната помощ за развитие, така наречената ОПР.

Опитът показва, че сяпото наливане на пари в проблемните райони на света чрез инструментите за развитие и устойчивост, просто не работят. Не смятам, че харченето на парите на европейските данъкоплатци за подобни проекти е полезно. Бих подкрепил подобно разходване на средства от тези инструменти, само ако е обвързано със задължително засилване на сигурността в проблемните зони и намаляване на имиграционния натиск върху Европа. Подобни предложения обаче липсват. Ето защо, въпреки няколко полезни приложения на доклада, не бих могъл да го подкрепя.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, caros Colegas, votei a favor deste relatório do qual, aliás, fui um relator-sombra, porque considero que, não obstante o desenvolvimento sustentável estar desde há muito no cerne do projeto europeu, temos ainda um longo caminho a percorrer no quadro da construção de um futuro melhor para as nossas crianças e o nosso planeta.

O Parlamento Europeu tem dedicado muito da sua atenção à aplicação da Agenda 2030 da ONU, que constitui um compromisso comum e necessita da participação e da cooperação de todos, incluindo os Estados-Membros, e da sociedade civil em geral.

As propostas deste relatório têm em comum o objetivo de reforçar o núcleo da estratégia global da União Europeia e constituem uma oportunidade para o Parlamento Europeu ancorar de forma definitiva e decisiva a sua visão, a sua agenda, sobre uma ação europeia para a sustentabilidade. Trata-se de uma vasta e interessante reflexão que responde aos desafios mais complexos interligados com que o mundo se defronta atualmente e apresenta um quadro de ação para as instituições da União Europeia, em particular para o Parlamento Europeu.

Caros Colegas, acredito que esta Casa tem um indeclinável papel na criação de um futuro melhor e mais sustentável para a Europa e este relatório pode vir a apresentar-se como uma peça chave deste desígnio.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, the UN Sustainable Development Goals (SDGs) influence virtually every aspect of the EU's work. The global 2030 Agenda represents a commitment to achieving sustainable development by 2030 worldwide – a commitment that must be shared by all countries.

The aims of this agenda are to work towards human dignity, stability, a healthy planet, fair and resilient societies and prosperous economies. The EU shares these goals and therefore I voted in favour of this motion. By embedding the targets of the SDGs in the framework of EU policies, the EU will ensure that adherence to the aims of the SDGs is a key part of future policy initiatives. In doing so, we are ensuring that the EU will successfully deliver on the 2030 Agenda.

Finally, Mr President, may I compliment you on the efficient and calm manner in which you chaired today's session, contrary to what was said by one or two speakers. They were a tiny minority. The round of applause said it all.

12.5. Förderung von Kohäsion und Entwicklung in den Gebieten in äußerster Randlage der EU (A8-0226/2017 - Younous Omarjee)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Момчил Неков (S&D). – Г-н Председател, най-отдалечените региони в Европейския съюз, също както другите по-малко облагодетелствани, като планинските, са интегрална част от Европейския съюз. Имайки предвид обаче специфичните им характеристики, като отдалеченост например, те имат по-труден достъп до общия европейски пазар. Затова смятам, че тези региони трябва да имат специален статут и целево и улеснено подпомагане чрез бюджета на Европейския съюз.

Кохезионната политика е важен инструмент, който създава условия за икономическо развитие и просперитет за тези региони, затова трябва да остане и след 2020 година. Отдалечените, също както планинските региони имат потенциал за производство на качествени продукти. Затова при тях трябва да има по-опростени правила при подготовката и защитата по съответните схеми за качество.

Призовавам Европейската комисия за повече целеви средства и информационни кампании относно схемите за защитени географски означения, защото тези схеми дават ценни възможности за създаване, поддържане и развиване на поминък в отдалечените и планинските региони.

Der Präsident. – Damit sind die Erklärungen zur Abstimmung geschlossen.

13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 12.55 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

14. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

15. Große Anfragen (Artikel 130b GO) (Aussprache)

15.1. O-000029/2017: Konsequenzen des Skandals um die Einfuhr von Fleisch aus Brasilien

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Große Anfrage gemäß Artikel 130b der Geschäftsordnung von Monika Smolková, Olga Sehnalová, Pavel Poc, Eric Andrieu, Hilde Vautmans, Brian Hayes, Lynn Boylan, Petras Auštrevičius, Karoline Graswander-Hainz, Alfred Sant, Petri Sarvamaa, Momchil Nekov, Bogusław Liberadzki, Marian Harkin, Stanislav Polčák, Boris Zala, Pirkko Ruohonen-Lerner, Matt Carthy, Martina Anderson, Liadh Ní Riada, Branislav Škripek, Bronis Ropė, Anna Záborská, Miroslav Mikolášik, Nessa Childers, Biljana Borzan, Jiří Pospíšil, Luke Ming Flanagan, Dubravka Šuica, Maria Arena, Vladimír Maňka, Ulrike Müller, Kateřina Konečná, Bart Staes, Pál Csáky, József Nagy, Annie Schreijer-Pierik, Norica Nicolai, Davor Škrlec, Martin Häusling, Sirpa Pietikäinen, Ivan Štefanec an die Kommission über die Konsequenzen des Skandals um die Einfuhr von Fleisch aus Brasilien (O-000029/2017 – 2017/2735(RSP)) (B8-0317/2017).

Monika Smolková, autorka. – Pán komisár, škandál s brazílskym mäsom a jeho dovozom do Európskej únie prepukol na jar tohto roku. Ale aj v týchto dňoch máme informácie, že práve USA koncom júna úplne zakázalo dovoz brazílskeho mäsa po tom, čo na svoje územie nepustilo až 860 ton hovädzieho mäsa kvôli obavám z ohrozenia verejného zdravia, pretože mäso obsahovalo kosti, krvné zrazeniny a potencionálne škodlivé baktérie. Ja len dúfam, že tých 860 ton už neputuje do Európskej únie.

EÚ má najvyššie štandardy bezpečnosti potravy na svete. Aj napriek tomu sa stalo, že v kontrolnom systéme máme obrovské diery, pretože sa roz distribuovalo množstvo pokazeného mäsa. Iba na Slovensku následná kontrola odhalila 21 ton pokazeného mäsa, ktoré obsahovalo salmonelu, a ktoré bolo dva roky v soli. Toto mäso by bolo skončilo na tanieri pre deti v školách, pacientov v nemocniciach, v sociálnych zariadeniach, ale aj pre hosti v reštauráciách.

Potravinové odvetvie je v EÚ druhým najdôležitejším odvetvím, ktoré zamestnáva viac ako 48 miliónov osôb. Zložitý potravinový reťazec stále umožňuje podvody a klamanie spotrebiteľov. Preto sa musia do európskej legislatívy dostať prísne sankcie a trestnoprávne postihy pri poškodzovaní zdravia spotrebiteľov.

Štatistiky, ktoré hovoria o výskyte rakoviny pankreasu a hrubého čreva sú neúprosne. Stredná Európa je smutným lídrom v týchto ochoreniach, čo je určite aj dôsledok nekvality potravín. Preto o to naliehavejšie sú otázky, ktoré sme Vám, pán komisár, položili.

Aké záruky vie dať Európska komisia európskym občanom, že nekalé obchodné praktiky v potravinovom dodávateľskom reťazci sa nebudú opakovať?

Vzhľadom na to, že vyšetrovanie brazílskych spoločností prebiehalo dva roky, ako je možné, že tieto nekalé praktiky neodhalili európske kontrolné orgány?

A ešte napokon tretia otázka. Keďže sú na európskych producentov mäsa kladené neustále vyššie sanitárne nároky, aké nároky budú kladené na brazílskych producentov v rámci aktuálne vyjednávanej obchodnej dohody medzi EÚ a - Mercosurom?

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Mr President, in continuation of our previous exchanges on this issue, I am pleased to reply to the three questions listed in the text of the major interpellation and to provide you with the latest updates on the import of animal products from Brazil.

Let me start, however, by commenting on the wording of the preamble because it seems to imply that the Commission did not react decisively to the issue of the safety of imported meat products. Second, it mentions reports emerging over the last few weeks about illicit trading practices. I would like to know exactly which reports you are talking about. I have already provided you with facts and figures in relation to the reinforced checks carried out by our Member States which led to findings of non-compliant consignments. However, these consignments were not allowed entry into the EU but were rejected at the expense of the importers. In contrast to what the preamble states, however, there are no reports of findings of rotten meat.

If you have such information, it is not known to me, my services or the Member States. If you have it, please provide it to me. The so-called reports referred to in the preamble are not new. They refer to what was reported in the Brazilian press in March this year in relation to products supplied on the Brazilian market, but none of these products ever found their way to Europe – not because we were lucky but because we import only from a small number of establishments from a small number of regions. Moreover, all imports enter the EU only following strict controls. Let me remind you that this is a Brazilian meat fraud. Because of strict import measures and our reinforced checks, we have ensured that it has not become a crisis in the EU. It is important therefore that we deal only with facts. Otherwise this problem will become our problem. Our citizens want strong and transparent action and a high level of protection, and that is what I am committed to giving them.

I also want to address the claim that I did not provide comprehensive answers when I appeared before you in April. The fact is that time did not permit a comprehensive answer, but I provided full and comprehensive follow-up information in a letter to Mr Siekierski, who circulated it widely. Moreover, I arranged for my services to update you in a closed session of the Committee on Agriculture and Rural Development. I also responded to a wide range of written questions on the fraud itself and the wider Mercosur trade negotiations. I can only repeat that I am very sensitive to Parliament's concerns and that we are committed to keeping the House abreast of any and all developments.

I now want to turn to your specific questions. You will forgive me if I repeat these questions word for word, but I want to ensure that nobody can accuse me of avoiding this issue. First, how can the Commission guarantee to European citizens that these dishonest trading practices in the food supply chain will not be allowed to happen again?

You will recall that the Commission put in place reinforced checks at our borders as an initial response. This aimed to ensure the safety of imports and to allow Brazil the time to take the necessary corrective measures. These measures now include 100% physical checks of all animal consignments and 20% microbiological checks. The result of the reinforced checks performed on Brazilian meat imports up to the end of June were as follows:

First, 5 972 consignments were checked, including 1 566 laboratory examinations. Second, of these, 176 consignments were rejected, largely due to the presence of salmonella and a range of other non-compliances, mostly incorrect certification and cold-chain problems. These results show that the checks currently enforced provide a high level of protection against the introduction of serious risks into EU territory. This is an important vindication of the effective controls that the EU maintains on imports. These checks are, of course, carried out by the Member States, which have been fully supportive of the measures taken by the Commission on behalf of the EU. The Agriculture Council has twice been updated on the situation and fully supports the insistence of the Commission, and indeed all EU institutions, that Brazil addresses our concerns urgently.

As the Commission predicted, our measures have led to a general reduction of imports, with rates varying according to a particular sector. Here I would like to remind you that our measures were not meant to be used as a protectionist instrument against legal imports into the EU, but rather to ensure that the safety and health of our consumers are protected.

I will now turn to the provisional findings of the extensive audit conducted by the Commission from 2 to 12 May. This aimed to address in detail the effectiveness of the Brazilian control services. The results give serious cause for concern. The Commission has repeatedly stressed to Brazil that it cannot view this meat scandal as an isolated problem confined to a small number of establishments. Instead, it needs fundamentally to address questions about the credibility of its official control services. The audit report identified a number of systemic failures of control, which raised serious concerns on our part. First, a range of critical deficiencies were identified, in particular in the horse and poultry-meat sectors and meat preparations and products. Second, the Brazilian authorities failed to act on recommendations to address shortcomings raised in previous audits, despite repeated guarantees that measures had been taken to rectify those failings.

A week ago, on 29 June, the Brazilian authorities also sent an action plan to us, outlining corrective measures to address all the deficiencies identified in the audit report. This action plan is currently being evaluated by the audit services. In light of the results of the reinforced checks and the damaging findings of the most recent audit, I wrote to the Brazilian Minister of Agriculture, Blairo Maggi, on 7 June asking for robust and immediate action to be taken. Specifically, I requested that the following additional measures be taken immediately by the Ministry of Agriculture: first, to withdraw the authorisation of all companies to export horsemeat to the EU; second, not to propose any new establishment for approval for export to the EU; third, to perform 100% systemic pre-export microbiological checks on all poultry meat, meat products and preparations to be exported to the EU; fourth, that all consignments of poultry meat and meat products and preparations from Brazil shall be accompanied by a health certificate stating that the consignment has been sampled and analysed to check for the presence of salmonella strains and has been found to be compliant with EU legislation; and, fifth, that details of sampling, methods of analysis and results shall be attached to the health certificate accompanying the consignments.

In correspondence on 16 June, Minister Maggi accepted these measures. The Commission is currently in the process of clarifying a number of undertakings given by the Brazilian authorities, putting in place the necessary measures to ensure their effective implementation and advising Brazil of the risk of failure effectively to implement corrective measures. Meanwhile the current reinforced checks at the EU border will remain in place and, in any case, a follow-up audit will be conducted by the Commission by the end of 2017. The Brazilian authorities have been made aware that failure to implement the measures which I described may result in further restrictions, up to the suspension of the import of relevant food products.

I will now take your second question: given that the investigation into Brazilian companies was carried out over the course of two years, how is it that the European monitoring agencies did not pick up on the illicit practices?

The recent meat fraud in Brazil was discovered in an investigation of the federal police using criminal procedures. These include wiretapping all telephone conversations. You will appreciate that such procedures are not open to our audit services, or indeed any audit services. Our audit reports have, nonetheless, been very effective in highlighting weaknesses in the Brazilian control systems. In fact they are the reference internationally for assessing the performance of control services. It is also important to keep in mind that the findings to date relate to a relatively small number of establishments. Only four were approved for export. That is, of course, four establishments too many, which is why we immediately banned them exporting to the EU. There is no evidence that the fraudulent practices which appeared in the Brazilian press extended to export to the EU.

Let us keep in mind that we have very strict controls which are not only reliant on Brazil. Through our Member States, we carry out our own controls at the external borders where all consignments are subject to rigorous checks. Moreover, it is wrong to assume that Brazil has free access to our market. Only a small number of establishments from selected regions are approved. There are strict controls on what can be imported. For example, all beef must be deboned and matured. There are very strict controls on the movements of animals which are considered eligible for export to the EU. Our insistence on hormone-free products must also be respected. Our audit services have been very effective in ensuring that weaknesses are identified and followed up. In fact over time there has been a big fall in their beef exports to the EU due to the difficulties in meeting our requirements.

A further example of the rigour of our requirements is that no pigmeat imports are permitted from Brazil, owing to previous findings by our audit services, which Brazil had not addressed to our satisfaction. I am nonetheless disappointed that we continue to find problems in Brazil which they have consistent difficulties in addressing. It is not an accident that they do not have the access to our markets which they would like. It is instead a consequence of their failure over time to address our concerns.

Your third question is: given that European producers are held to ever higher sanitary standards, what demands will be made of Brazilian producers in the ongoing agreement negotiations between the EU and Mercosur?

Now moving to a wider dimension, I am aware that you have concerns about the impact of these events on negotiations with the Mercosur countries on a possible free trade agreement. I want to repeat what I have said before here and to be clear on one very important aspect of any such further agreement: it will not undermine our high safety requirements.

Our high food safety standards are not up for negotiation. No. All imports from Mercosur countries, present or future, will always have to adhere to, and abide by, the high quality of safety standards established by our European Union legislation and implemented through our credible certification and control system. The agreement would, however, reinforce cooperation and establish improved information and notification systems in the sanitary and phytosanitary field. It would also put in place a privileged communication channel with the four countries concerned, ensuring that our reaction capacity would be stronger.

To conclude, let me reiterate that a future EU-Mercosur agreement would not lower our high regulatory requirements and food-safety standards for agricultural imports, including from Mercosur countries.

You mentioned the United States' ban. We have to keep in mind that the United States' findings, which led to their ban, relate to a very small sample size. Their ban applies only to fresh beef, of which they import only minimal quantities. Moreover, they import from different establishments to the EU. We are not therefore necessarily comparing like with like. I do not consider that we need to be led by the US on issues of food safety. After all, the US has approved the use of hormones in beef production, ractopamine in pigmeat production and chlorination in poultry-meat production. These are practices we would never allow in Europe. So please be careful before advocating that we should follow the United States' example on food safety issues.

I am nonetheless carefully following the US actions. If they have legitimate concerns which would have consequences for the EU, we obviously need to take them into account.

Mihai Țurcanu, în numele grupului PPE. – Piețele cheie ale lumii și-au închis în ultimele luni porțile în fața cărnii de vită provenită din Brazilia. În urma scandalului rețelilor de comercializare frauduloasă a unor produse improprii consumului, China, UE și Statele Unite și-au suspendat importurile. În contextul asigurărilor date Comisiei Europene zilele trecute de către autoritățile braziliene cu privire la intensificarea controalelor în fabricile de carne, solicit Comisiei să dea dovadă de prudență și rigoare. Siguranța consumatorului european trebuie să prevaleze asupra oricăror considerente. Respectarea normelor de siguranță alimentară trebuie să se afle, de asemenea, în centrul negocierilor în curs între Uniunea Europeană și statele Mercosur pentru un acord de liber schimb. Este o situație care ne obligă să punem producția europeană pe primul plan prin măsuri mai eficiente de sprijinire a crescătorilor de animale.

Clara Eugenia Aguilera García, en nombre del Grupo S&D. – Señor presidente, señor comisario Andriukaitis, tengo que decirle que me ha sorprendido la incorporación de esta interpelación hoy, en este Pleno. Porque estoy de acuerdo con usted y quiero ratificarle aquí, en esta sesión plenaria por la tarde de un jueves, que hemos tenido información por parte de su departamento; usted vino aquí en el Pleno del mes de abril y ha venido, es decir, la DG SANTE, en el último Pleno pasado, del mes de junio, a informar en la Comisión de Agricultura, y anteriormente tuvimos ya otro debate, también en la Comisión de Agricultura.

Por tanto, información tenemos. La última, que usted nos dio y que hoy nos ha ratificado y nos ha avanzado algo más, viene a decir que, efectivamente, como se ha hecho la auditoria a Brasil del 2 al 12 de mayo, y se han intensificado los controles por parte de las autoridades brasileñas, están apareciendo más casos de salmonela, es decir, al intensificar los controles estamos viendo cómo está pasando en Brasil lo que usted ha dicho perfectamente, y es que los controles sanitarios brasileños no funcionan bien. Tienen anomalías. Y, puesto que es un país del que importa la Unión Europea, evidentemente, tenemos que tener preocupación.

Yo creo que se están haciendo las cosas por parte de ustedes razonablemente bien. Lo único en lo que sí quiero insistir es en que permanezcan y se armonicen los controles de la Unión Europea para impedir que casos como este puedan suceder, porque la alerta sanitaria es muy importante.

Y, termino, nada tiene que ver con el acuerdo con el Mercosur. Es una crisis de salud alimentaria. Nada más.

Urszula Krupa, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Dziękuję za wyjaśnienia. Jednak niedawno debatowaliśmy także nad fałszowaniem i zaniżaniem norm produktów żywnościowych wysyłanych do państw Europy Środkowo-Wschodniej przez znane firmy zachodnie. Te produkty były droższe i gorszej jakości niż te wysyłane do bogatych krajów starej piętnastki, czyli zamiast masła dawano nam margarynę, a zamiast cukru szkodliwe słodziki. Natomiast dzisiaj omawiany jest znacznie poważniejszy problem rangi skandalu, zagrażający zdrowiu, a nawet życiu ludzi poprzez sprowadzanie do krajów Unii z Brazylii zepsutego mięsa z wypełniaczami w rodzaju tektury, konserwowanego kwasami, chemikaliami i skażonego salmonellą.

Okazuje się, że największe kombinaty mięsne przez lata eksportowały na cały świat wołowinę i mięso drobiowe nie spełniające norm jakości, w tym duża część miała trafić do krajów Unii Europejskiej, co budzi zdziwienie, gdyż podobno nasze normy bezpieczeństwa żywności są najwyższe na świecie. Wśród trzydziestu producentów mięsa objętych śledztwem są najwięksi eksporterzy wołowiny i drobiu, którzy eksportowali mięsa niespełniające przepisów sanitarnych, co zaprzecza poglądom, że znane firmy nie mogą sobie pozwolić na fałszowanie, co jest czasem podkreślane. Przedsiębiorstwa branży mięsnej miały korumpować zarówno urzędników, jak i polityków, i z powodu korupcji niebezpieczne praktyki nie były zauważane przez brazylijskie organy kontrolne. Według doniesień prasowych Komisja Europejska dowiedziała się o oszustwach właśnie z prasy, mimo że śledztwo eksportera mięsa sprzedającego produkty na kwotę 12 mld dolarów prowadzone było od dwóch lat, a organy kontrolne państw członkowskich zgłaszały różne nieprawidłowości.

Wszystko wydaje się skutkiem prymatu handlu i pieniądza nad zdrowiem i życiem ludzi, co wymaga wzmożenia kontroli. Jednak w dobie globalizacji będzie to bardzo trudne i sam Pan Komisarz razem ze służbami nie da rady. Dobrze byłoby nie tylko wprowadzić kary, ale także powrócić do zasad w każdej dziedzinie życia, najlepiej tych chrześcijańskich.

Dita Charanzová, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, I would like to thank the Commission for his explanation. The meat scandal in Brazil was of course shocking and European consumers naturally have legitimate concerns. Our priority should always be to protect the health of our consumers. This crisis must be solved and we must ensure that it does not happen again.

I believe that the EU has taken these concerns seriously. On revelation of the scandal the EU suspended meat imports from Brazil, but these restrictions must stay in place until we can be certain that there are no risks. The Brazilian authorities have to show they have implemented all the necessary measures for their inspection system and safety checks, and in this regard I welcome a second audit by the Commission at the end of this year.

The meat scandal should furthermore give the EU a more powerful argument for a strong SPS Chapter in the negotiations on an EU-Mercosur free trade agreement, which I hope can be concluded by the end of this year. After years of deadlock these negotiations have been revived and I call on the Commission to use this political momentum on both sides to continue pushing forward. This agreement will bring many opportunities for our businesses and consumers and should thus not be overshadowed by this scandal.

Stefan Eck, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! Herr Kommissar, ich bin sicher, dass Sie alles tun werden, um zu verhindern, dass Gammelfleisch in die EU gelangt, denn wir wissen, es geht um nichts Geringeres als um die Gesundheit der europäischen Bevölkerung. Aber der brasilianische Gammelfleischskandal hat wieder einmal deutlich gezeigt, dass der Handel mit Fleisch- und der Konsum potenzielle Gefahrenquellen für die Menschen, für die Konsumenten darstellen.

Ich wundere mich aber schon, dass wir heute über diesen Fleischskandal reden, jedoch nicht über das, was in diesem Land im Zusammenhang mit der Fleisch und Futtermittelproduktion seit Jahrzehnten entschieden eine ganz andere Dimension hat. Die brasilianischen Regenwälder werden für Weideflächen und den Anbau von Gensoja und Genmais als Futtermittel vernichtet. Indigene Völker wie die Guarani-Kaiowá wurden und werden von ihrem Lebensraum vertrieben und sogar getötet.

Es findet ein gnadenloser Vernichtungsfeldzug gegen die Natur und ein Genozid an diesen indigenen Völkern statt. Aber deswegen wird kein Importverbot als Sanktion auch nur in Betracht gezogen, weil die europäischen Bauern ohne die Futtermittel aus Brasilien ihre Schweine-, Hühner- und Kuhställe dicht machen könnten. Das ist doch der wirkliche Skandal! Innerhalb der letzten Jahrzehnte haben tausende Angehörige indigener Völker Brasiliens ihr Leben verloren, sind verhungert oder wurden sogar erschossen von paramilitärischen Einheiten großer Konzerne, korrupter Politiker und steinreicher Rinder- und Sojabarone.

Dass es ein paar brasilianische Schlachthäuser gibt, die ihr Ekelfleisch verkaufen, ist im Vergleich dazu eine Lappalie. Ich appelliere an Sie, auch dieses Problem wirklich in den Fokus Ihrer Arbeit zu stellen.

Francisco Assis (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, este assunto é um assunto de inequívoca gravidade e, a meu ver, a Comissão Europeia tratou bem o problema no sentido de acautelar os interesses dos consumidores europeus. Mas, para situarmos bem esta discussão, convirá também lembrar que foram as próprias autoridades brasileiras a denunciar estas fraudes à União Europeia, a suspender as exportações e a fechar as unidades de produção em causa, o que significa que as autoridades políticas brasileiras estão, de facto, empenhadas em investigar todo este processo e a impedir novas fraudes, isto é, tem havido da parte das autoridades brasileiras toda a disponibilidade para participarem na investigação em curso acerca das deficiências que eles próprios reconhecem que existem no seu próprio sistema de controlo sanitário e fitossanitário. Por isso, não podemos também demonizar, de forma simplista, o Brasil, nem tão pouco a situação brasileira, que já foi, infelizmente, mas hoje, nos últimos anos, deram-se passos importantes para que a situação brasileira fosse bastante diferente daquela que foi agora aqui retratada.

Por outro lado, é importante salientar que nada disto pode pôr em causa as negociações em curso para a concretização de um tratado de livre comércio com os países do Mercosul. Está absolutamente garantido que, no contexto das discussões que neste momento estamos a levar a cabo, há um capítulo muito rigoroso sobre questões sanitárias e fitossanitárias, no sentido de salvaguardar a segurança dos consumidores europeus. Nem poderia, aliás, ser de outra forma. Agora o que é preciso é também investir seriamente no sentido de garantir a concretização deste acordo comercial que tem uma importância estratégica para a União Europeia.

Catch-the-eye-Verfahren

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, muito obrigado pelas explicações que deu aqui relativamente a este assunto. O Sr. Comissário questionou formalmente o Governo do Brasil sobre a fiscalização sanitária dos produtos de carne produzidos no país, tendo suscitado a credibilidade de sistemas de controlo sanitário, depois de a polícia brasileira tem investigado em março um esquema considerado muito grave de corrupção e de venda ilegal de carne.

Os ministros da agricultura reunidos no Conselho do passado dia 12 de junho discutiram o caso da fraude com carne proveniente do Brasil, tendo a Comissão Europeia informado que, em conjunto com os Estados-Membros, implementou medidas de combate à fraude, tais como a suspensão das importações dos produtos e estabelecimentos envolvidos e o reforço das verificações de controlo.

Na sequência da autoria realizada, foram identificadas deficiências críticas e sistemáticas e foi indicado que há muita coisa a fazer pelas autoridades brasileiras, aliás, como disse aqui o Sr. Comissário. Sr. Comissário, trata-se de um reiterado incumprimento das autoridades brasileiras que continuam a não atender às recomendações da União para o reforço do controlo sanitário.

O Brasil é o primeiro fornecedor de produtos agrícolas para a União Europeia com exportações de 1,7 mil milhões de euros de produtos de origem animal. Sr. Comissário, alguma coisa tem que ser feita. Eu penso que o Sr. Comissário é a pessoa indicada para travar isto.

Olga Sehnalová (S&D). – Pane předsedající, skandál s brazilským masem je mimořádně závažný, bohužel nikoliv ojedinělý. Před lety to byl skandál s koňským masem, který vyvolal v Evropě pobouření a obrátil pozornost k nekalým praktikám a podvodům v potravinářském řetězci. Byla přijata nejrůznější opatření a spotřebitelé byli ujišťováni, že je situace pod kontrolou, mechanismy dohledu byly posíleny a fungují.

Nyní tedy víme o selhání brazilské strany, kdy po léta bylo z Brazílie exportováno nevyhovující maso. Je proto zcela namístě se ptát, a proto jsem také podpořila iniciativu paní kolegyně Smolkové, jaká opatření Evropská komise podniká k tomu, aby bylo zaručeno, že k zákazníkům se dostane pouze maso, které nebude pochybné kvality, ať je produkováno v EU, nebo dováženo ze třetích zemí.

Hovoříme-li o jednotném trhu a o tom, co občany Evropské unie skutečně zajímá, pak jsou to právě odpovědi na tyto otázky, a já Vám za ně, pane komisaři, děkuji.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, уважаеми г-н Комисар, уважаеми колеги, скандалът с бразилското месо идва в тревожно за Европейския съюз време, когато в цяла Централна и Източна Европа гърми един друг скандал с различното качество на хранителните продукти в западната част на Европа и в централната и източната такава.

Направените изследвания в Чехия, Словакия, България за съжаление не само не разсейват тези подозрения, но и в голяма степен ги потвърждават. Това, разбира се, очаквано предизвиква и справедливия гняв на милиони граждани на държавите – членки на Европейския съюз в Централна и Източна Европа, които очакват да получават същото качество, за което са платили и което виждат по рекламите.

Затова двойният стандарт и гражданите „втора ръка“ както те се чувстват са напълно неприемливи и скандалът с бразилското месо също затвърждава тези по-скоро лоши негативни очаквания. Европейската комисия трябва да предложи мерки и решения на тези въпроси и да предложи как точно да бъдат избегнати подобни конфликти.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, htio bih naglasiti da se bojim da je ovaj skandal s uvozom mesa iz Brazila na neki način samo vrh ledenog brijega. Moramo staviti ruku na srce i reći sami sebi, imamo ozbiljnih problema zadnjih godina s raznim zaraženim mesom. U Hrvatskoj je bilo niz primjera gdje je osim brazilskoga mesa bilo i drugih vrsta mesa koje su bile zaražene salmonelom i na žalost i na druge načine i to meso koje je proizvedeno u Europskoj uniji.

Moramo staviti ruku na srce i reći sami sebi da imamo i mi unutar Europske unije svoje probleme jer ako nećemo mi sami tko će drugi brinuti onda o našim građanima, brinuti o našim potrošačima, brinuti o našem zdravlju? Zato gospodine povjereniče, uz veliko povjerenje koje imamo u vas i u rad Komisije, zaista inzistiramo da učinite sve kako bismo zaštitili naše potrošače i naše građane.

Krisztina Morvai (NI). – Kedves Kollégák, kedves Biztos Úr! A nagyobb nyomaték kedvéért én is rákérdezek, hogy már két volt szocialista tagállamból érkezett kollégám rákérdezt: Biztos Úr, lehetséges az, hogy gyengébb minőségű élelmiszerek vannak a volt szocialista országokban, így az én hazámban, Magyarországon ugyanazon név alatt, mint a nyugati tagállamokban? Végeztek Önök ezzel kapcsolatban vizsgálatokat? Van erről tudomásuk? Tehát egy adott árucikknek van egy bizonyos neve, egész más minőségű mondjuk Ausztriában, mint Magyarországon. A brazil élelmiszerbotránnal kapcsolatban: nincs abban valami bizarr, tegyük a szívünkre a kezünket, hogy arról beszélünk, hogy európai uniós polgárokat megmérgezhettek a Brazíliából érkező hús? Hát miért nem a saját hazánkban a saját gazdáink, kisgazdáink által termesztett húst fogyasztjuk, Biztos úr, mint orvos, Ön nem ezt javasolná a betegeknek, hogy a helyben termelt egészséges élelmiszert fogyasszák?

Seán Kelly (PPE). – Mr President, with regard to the Brazilian beef scandal I listened very carefully to the Commissioner and I would summarise my reaction in two words: sincere, but naive. Sincerely he wants to ensure there are guarantees from the Brazilian authorities, but naively so because those beef barons, as Mr Eck pointed out, are never going to change, we have seen that. And we should be doing the same as the US and China: banning Brazilian beef and other products from coming into Europe instead of going along and looking for guarantees which we will never be able to ensure are there.

Secondly, it amazes me that at this time we are also going ahead with a Mercosur deal and we know that the main reason for the Mercosur deal for these countries is to send meat into Europe at a time when the CAP budget is under enormous pressure. There will be an 11 billion deficit because of the United Kingdom withdrawing. There will be a glut of products in Europe as a result, and yet we are talking about doing a Mercosur trade deal. If we do so, we should leave meat products out of it.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank the honourable Members for their suggestions and remarks. May I start with Ms Urszula Krupa, I do not see her in the Chamber but I would like to respond to her personally. The possibility of introducing bans was mentioned.

Colleagues, this is not about a trade war and it is not about protectionism. It is about possibilities to respect the rule of law, to justify our steps, to introduce our official control systems, and to guarantee food safety standards, and of course to follow possibilities to enforce our checks and to see how to address those issues – but it is not about unjustified bans. I know that some like to be protectionist, but this is not about protectionism. It is about possibilities to help the Brazilian authorities and also to have reliable official control systems and we are cooperating in this field.

We will see how things develop and see in which direction we should go. OK, if we do not achieve results we will, as I mentioned, introduce much stricter measures, but all are underway and through our cooperation we have the possibilities to address those issues. It is not about the possibility of once again introducing some unjustified measures, because that is not a European Union value.

The Commission is committed to ensuring that imports from Brazil, and indeed imports from all non-EU countries, are safe – have no doubts about that. The Commission is also very sensitive to the concerns of Parliament in this respect and to keeping you fully informed of developments.

Today I have updated you on the impact of the effective measures we put in place at the very beginning of this crisis. As you know, we reacted immediately. From the outset, the Commission has reacted quickly and decisively in full transparency to ensure that our consumers are not exposed to unacceptable risk.

Some of you mentioned the problem of salmonella within the EU. We have very strict rules. We have the rapid alert mechanism; we react immediately. Speaking of salmonella, we know all about the painful case in Croatia but we reacted immediately to find out from which establishment it came, and of course we know very well that pathogenic strains of salmonella must be addressed at operator level. We are trying to provide more measures to address these issues. Some countries in the EU have declared they are salmonella-free, but only a few. We will see how to move forward and encourage best practice, and of course to achieve better results, have no doubts about that.

Brazil must accept its responsibility to ensure the safety of its exports. Indeed, I have communicated this point to my counterpart, both in person and in writing. We have good collaboration with the Brazilian authorities at the moment. Mr Maggi has accepted the additional measures requested. However, we will maintain the enforced controls at EU borders and the Commission services will carry out a follow-up audit in Brazil by the end of this year, as I mentioned. This audit will examine all measures put in place by the Brazilian authorities to rectify the deficiencies identified in May.

If Brazil fails to implement the necessary corrective measures, the Commission will not hesitate to take stronger action, as I mentioned. This is not simply an empty threat. Rather, it is a reflection of our overarching commitment to ensuring that our consumers are protected from unacceptable risk in all cases.

Some of you mentioned problems with double quality food issues but that is not about food safety, it is not about this situation. Someone also mentioned rotten meat. Please, once again, present us with facts because we have a strict system. We know very well that all our countries, all our Member States, must have registered all those facts. If you have new evidence, please show us. We will react immediately, but we have our rapid alert system and at the moment they have no facts because we are sending those messages into society.

It is also very dangerous to send messages that are not well assessed because then society has a lot of rumours. This is very dangerous. It is against our possibilities to have trust in our food safety system, so I ask you to please present evidence. We are ready to react immediately, have no doubt about that.

Should there be any important developments on this file my services and I stand ready to discuss with you and to update you on the state of play at a plenary, or at committee level, or in writing.

Der Präsident. – Die Aussprache ist damit geschlossen.

15.2. O-000044/2017: EU-Armee

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Große Anfrage gemäß Artikel 130b der Geschäftsordnung von Beatrix von Storch im Namen der EFDD-Fraktion an die Kommission betreffend eine EU-Armee (O-000044/2017 – 2017/2760(RSP)) (B8-0322/2017).

Beatrix von Storch, Verfasserin. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Heute sind noch weniger Menschen hier im Plenum als am letzten Dienstag, als Herr Juncker sich schon aufgeregt hat. Ich kann das irgendwie verstehen. Die Antworten, die Sie auf unsere Anfragen geben, sind von einem nicht zuständigen Kommissar – Sie sind nicht zuständig –, sie werden verlesen – vorbereitete Statements, die von einem Beamten vorbereitet worden sind. Die Antworten werden uns vorab nicht zur Verfügung gestellt, weil Sie sagen: Sie kommen ja ohnehin hierher. Aber wenn Sie sowieso nur Statements verlesen, dann können Sie uns das Statement eigentlich auch vorab geben. Dann können wir besser darüber debattieren.

Was wir kritisieren: Die Antworten der Kommission sind grundsätzlich nichtssagend, und sie weichen dem Kern der Frage zu oft aus. Sie wollen als Europäische Kommission vom Parlament nicht kontrolliert werden. Aber ich gebe die Hoffnung natürlich nicht auf, und deswegen habe ich Fragen.

Erstens: Befürwortet die Kommission tatsächlich den Aufbau einer Interventionsarmee, die kriegerische Einsätze in Nachbarländern durchführen soll – Nachbarstaaten Europas? Warum hat diese Wertegemeinschaft Europa aus den Einsätzen und den Fehlern der USA nichts gelernt?

Zweitens: Wenn Juncker davon spricht, mit einer EU-Armee müssten die Werte der EU verteidigt werden: Soll das heißen, dass wir wie die USA mit militärischen Mitteln demokratische Strukturen in Libyen einführen wollen oder Gender-Mainstreaming in Marokko?

Und drittens: Warum hat Herr Juncker im März 2015 davon gesprochen, dass eine EU-Armee in einem Mitgliedstaat eingesetzt werden könnte? Gegen wen? Gegen die Regierung? Gegen die Regierung von Polen oder Ungarn beispielsweise? Oder sollen österreichische Einheiten auf Aufständische in Slowenien schießen? Mir fehlt da ein bisschen die Fantasie dafür, aber vielleicht helfen Sie uns gleich weiter.

Meine Meinung: Die EU-Armee ist das Letzte was wir brauchen. Es gibt keinen Grund, neben der NATO eine Doppelstruktur zu bauen. Die NATO muss ein Verteidigungsbündnis bleiben. Aber es ist ein Mythos, dass es die EU gewesen ist, die bislang den Frieden gesichert hat. Das war immer die NATO, und so soll es auch gerne bleiben. Den Frieden, den wir in Europa haben, der gefährdet eine EU-Armee vielmehr. Sie wollen den starken Mann gegen Russland markieren. Das brauchen wir aber nicht, denn dafür haben wir die NATO. Wir brauchen nun mal keine Doppelstrukturen, und die EU-Armee gefährdet natürlich auch die Neutralität von fünf Mitgliedstaaten in der Europäischen Union: Österreich, Finnland, Irland, Malta und Schweden.

Sie und viele andere Regierungen – auch die in Deutschland – wollen die EU-Armee, weil Sie einen weiteren Schritt hin zu den Vereinigten Staaten von Europa gehen wollen. Sie machen den gleichen Fehler wie seinerzeit beim Euro. Die gemeinsame Währung war auch eine ökonomische Fehlplanung und hat die politische Union erzwingen wollen. Das ist ziemlich erkennbar gescheitert. Die Krise des Euro hat uns viel Leid zugefügt – besonders den Griechen, aber auch anderswo. Und nun wollen Sie eine gemeinsame Armee, um die politische Union weiter zu erzwingen! Was wird das für Krisen verursachen! Krieg mit Russland?

Sie schaffen Strukturen, ohne europäischen Konsens zu haben. Eine solche Armee ist genauso wenig einsatzfähig wie der Euro. Der Euro hat es bereits bewiesen – und beim Euro ging es nur um Geld und nicht um Menschenleben.

Hören Sie doch bitte damit auf, militärische Ressourcen zentralisieren zu wollen. Europa kann sich mit der NATO und mit dezentralen Strukturen gut verteidigen. Eine zentralisierte Armee braucht man nur zum Angreifen, und das wollen wir nicht, und wir wollen auch die EU nicht als Militärmacht aufbauen, die in anderen Ländern interveniert. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir wollen. Wir wollen ein friedliches Europa, das sich selber schützt, aber das nicht in anderen Staaten interveniert.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, President Juncker's priority in the area of security and defence is to strengthen European defence cooperation. A recent proposal by the Commission, as well as steps agreed by the Council in May and the European Council in June, demonstrates that the EU as a whole is determined to take defence cooperation to a higher level: to invest more, collaborate more and put more emphasis on the actual output of the effort.

The reflection paper on the future of European defence, adopted on 7 June by the Commission, offers forward-looking defence scenarios as a contribution to the ongoing debate, identifying the main options for the direction of travel. Such future perspectives should not let us get distracted from the concrete work which we have been undertaking over the past year. The global strategy and the new level of ambition derived from it provide us with a strategic vision and purpose, which are now translating into concrete action. Deeper defence cooperation, in both operational and capability terms, is the only way Europeans can deliver the strong and state-of-the-art military capacity that we need to address external conflicts and crises, and thus protect the European Union and its citizens.

Also, in the long run, let there be no mistake: military capabilities are, and will remain, owned and operated by the Member States, which can choose to make them available within various frameworks, as has been mentioned, including the EU, NATO and the United Nations. We are mobilising European Union instruments to support Member States, not to set up common assets – what has been called an 'EU army'. Not at all. Absolutely not.

Moreover, we recognise that NATO remains the cornerstone of our Atlantic security, providing for the collective and territorial defence of its members. Indeed, the EU is committed to strengthening its cooperation with NATO on the basis of the joint declaration of 8 July 2016 by Presidents Tusk and Juncker and the Secretary-General of NATO, and its implementation. However, the EU has been contributing to addressing external challenges through the common security and defence policy crisis-management missions and operations for many years. That is also nothing new – and the public requires, and our security demands, that we do more as Europeans to help stabilise volatile regions and build local capacities.

This external action has a direct impact on our internal security. Nevertheless, such missions and operations can only take place outside the Union, and that continues to be the case. Irrespective of the particular circumstances of a conflict or crisis, the Union's action is always guided by respect for the principles of the United Nations Charter and international law, which are essential elements of our Union.

The EU response to external conflicts, crises and instability will always combine a number of instruments, ranging from diplomacy, development and other forms of assistance to civilian or military crisis management. The complex challenges we face today cannot be tackled by one instrument alone, be it military or other.

The EU has a unique mix of tools and instruments. The nature of the threats we face requires us to use the broad toolbox at our disposal with greater flexibility, tearing down walls between external and internal, civilian and military, state and non-state instruments.

Stanislav Polčák, za skupinu PPE. – Pane předsedající, charakter vystoupení paní Storchové mě přesvědčil, že musím změnit svůj předem připravený projev.

Zaprvé jsem přesvědčen, že její kritika toho, že dnes ve čtvrtek odpoledne je zde málo kolegů, je nepřipadná za situace, kdy ona tady na červnovém zasedání ve čtvrtek odpoledne nebyla. Myslím si, že by si paní kolegyně měla sáhnout tak trochu do vlastního svědomí.

Zadruhé v té interpelaci podsouvá panu Junckerovi určitá sdělení, která nejsou v jeho sdělení obsažena. To je podle mého názoru rovněž trochu nepřipadné.

Zatřetí, pokud jde o kritiku pana komisaře, on v té minulé interpelaci, která si myslím, že splňuje kritéria pro označení za závažné, hovořil 16 + 4 minuty a myslím, že vystupoval velmi věcně, velmi zevrubně, kritizovat jej, to mně připadá rovněž nepřipadné.

A za čtvrté, a to je moje poslední vyjádření k této interpelaci, společná bezpečnostní a obranná politika dle Lisabonské smlouvy zahrnuje postupné utváření společné obranné politiky, přičemž to má být dosaženo na základě společného jednomyslného rozhodnutí Evropské rady.

Ivan Jakovčič, u ime kluba ALDE. – Gospodine predsjedniče, ne mogu se oteti dojmu, poštovana kolegice Storch, da se radi o jednom krajnje politikantskom pitanju. Kao što sam i očekivao, naime od Vas, ovdje ste u uvodu pomiješali sve. Pomiješali ste SAD, pomiješali ste Rusiju, a na kraju zamislite i to da bi europska vojska mogla djelovati i u Mađarskoj i Poljskoj. Dakle, zaista krajnje, krajnje politikantstvo.

Ali ipak, reći ću sljedeće, evo Sirija, kao dobar primjer. U Siriji ratuju SAD i Rusija. Tko trpi posljedice? Europska unija. Migrante koji dolaze iz tih područja upravo stranka kojoj pripada gospođa Storch želi iskoristiti za razbijanje Europske unije. Dakle, politikantstvo *par excellence*.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já ten problém vidím podobně jako mí předchůdci. Paní von Storchová na jedné straně zvedá velmi zásadní téma, jak intenzivní bude do budoucna spolupráce evropských zemí na obranné úrovni, to znamená, zda půjde o strukturovanou spolupráci pouze v oblasti třeba průmyslu, výzkumu, obranného a tak dále, anebo zda dokonce v budoucnu to dospěje až k společné armádě. Ale bohužel tou formou, jak je ta otázka položena, tak musím říci, že je velmi zavádějící a je vkládáno do úst panu Junckerovi něco, co neřekl. A tady já říkám jasně, obhajoba evropských hodnot, pro mě to je, paní von Storchová, obhajoba lidských práv. To je klíčové téma, je to téma, které musíme prezentovat, debatujeme o něm často zde a dneska už je Evropská unie jeden z mála světových hráčů,

který permanentně lidská práva obhajuje. A to je, myslím, strašně důležité a budme za to rádi. A vaše zpochybňování role Spojených států amerických, které dvakrát zachránily tento kontinent v první a druhé světové válce, mně připadá jako nepatřičné.

Catch-the-eye-Verfahren

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, уважаеми колеги, уважаеми г-н Комисар, темата европейска армия е вечен спорен въпрос сякаш. Дублирането на НАТО е неразумно, икономически неизгодно и технически изпълнимо. Държавите – членки на Северноатлантическия договор, дори не изпълняват задълженията си да влагат по 2% от своя брутен вътрешен продукт в своята отбрана и поне 20% в превъоръжаване и закупуване на ново оръжие.

Сътрудничеството за отбрана е нещо различно. За това може да се мисли и затова трябва да се говори. Ако става дума за общо закупуване на оръжие, екипировка за общо обучение на въоръжените сили, това е нещо, което би било полезно. Може да се мисли, и Комисията има роля тук, за това отделните държави да бъдат специализирани в производството на различна механизация, техника на различни бойни машини за авиацията, бронираната техника и военноморските сили. Това вече би било полезно за икономиката на държавите – членки на Европейския съюз.

Krisztina Morvai (NI). – Kedves Képviselőtársaim! A Varsói Szerződés keretei között működő kötelező sorkatonai szolgálat idején sok vicces és kevésbé vicces anekdotát hallgattunk férfi évfolyamtársainktól, barátainktól. Az egyik így szólt, nagyon jól emlékszem, hogy az illetőnek azt kiabálta a katonai felettese, hogy „Futás, jönnek az olaszok!”. Mire az illető, ilyen tipikus értelmiségi egyetemista futott, aztán hátranézett és mondja: „Nem is jönnek semmiféle olaszok, minék fussak?” Na most kérdezem, hogy ez a bizonyos európai uniós kvázi hadsereg mit fog mondani majd a kiképzés alatt álló katonáknak, hogy kik elől kell futni? Tehát én teljesen logikusnak tartom Storch asszonynak a kérdését, hogy ki az ellenség? Who is the enemy? Kivel szemben fog fellépni ez a sok pénzből létrejövő európai hadsereg, és mi lesz az, amit ők tudnak, és a NATO nem tud? Tessék tehát komolyan venni a kérdést és a felvetést.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Vytienis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Mr President, I would like to repeat certain things again because some information can be misleading. You know very well – we all know very well – that our military capacities are in the hands of the Member States. They own those capacities and they operate with those capacities. The decision to deploy national army forces remains at national, constitutional level, not at EU level. We are only supporting Member States to deepen defence cooperation among themselves and foster a common European perspective. That is all.

The EU can only decide to deploy a military operation with the mandate to potentially use armed forces outside the Union and with the mandate of the United Nations under international law. May I repeat once again this very important Article 2 of the Treaty on European Union, which states: ‘The Union is founded on the values of respect for human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law and respect for human rights, including the rights of persons belonging to minorities. These values are common to the Member States in a society in which pluralism, non-discrimination, tolerance, justice, solidarity and equality between women and men prevail.’ These are our cornerstones.

The EU is taking concrete steps to strengthen European security and defence – in response to a clear demand by our citizens – and also to contribute to better sharing the burden across the Atlantic.

It is, of course, important to pay close attention to our strategic communications and to explain to a wider audience what we are doing and trying to achieve, and also what we are not doing. I think it is also very important to say what we are not doing. We are not making an EU army. The European Parliament is absolutely critical in relation to delivering on our promise to provide more protection and security for our citizens. We are doing this in the European way – as I like to emphasise – using the European Union’s unique mix of instruments, and in partnership wherever possible.

Der Präsident. – Die Aussprache ist damit geschlossen.

16. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

17. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

18. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

19. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 16.05 Uhr geschlossen.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 11. SEPTEMBER 2017

(C/2024/3005)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 11. bis 14. September 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Erklärungen des Präsidenten	3
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	5
4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	5
5. Prüfung der Mandate: siehe Protokoll	5
6. Prüfung der Vereinbarkeit einer einem Mitglied übertragenen Aufgabe: siehe Protokoll	5
7. Antrag auf Aufhebung der Immunität – Einstellung des Verfahrens	5
8. Antrag auf Schutz der Immunität: siehe Protokoll	6
9. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	6
10. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll	6
11. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	6
12. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	6

Inhalt	Seite
13. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsmaßnahmen (Artikel 105 Absatz 6 und Artikel 106 Absatz 4 Buchstabe d GO): siehe Protokoll	6
14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	6
15. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	6
16. Große Anfragen (Artikel 130b GO) (Einreichung): siehe Protokoll	6
17. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	7
18. Arbeitsplan: siehe Protokoll	7
19. Beitritt der EU zum Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Aussprache)	7
20. Emissionshandelssystem der EU (EU-EHS): Aufrechterhaltung der derzeitigen Einschränkung der Anwendung auf Luftverkehrstätigkeiten und Vorbereitung der Umsetzung eines globalen marktbasierten Mechanismus ab 2021 (Aussprache)	28
21. Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 (Aussprache)	38
22. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll	52
23. Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität in den EU-Organen (kurze Darstellung)	52
24. Eine Weltraumstrategie für Europa (kurze Darstellung)	56
25. Auswirkungen des internationalen Handels und der Handelspolitik der EU auf globale Wertschöpfungsketten (kurze Darstellung)	60
26. Akademische Weiterbildung und Fernstudium als Teil der europäischen Strategie für lebenslanges Lernen (kurze Darstellung)	63
27. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung	67
28. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	74
29. Schluss der Sitzung	74

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 11. SEPTEMBER 2017

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

(La seduta è aperta alle 17.00)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 6 luglio 2017.

2. Erklärungen des Präsidenten

Presidente. – Onorevoli deputati, all'apertura di questa nuova sessione, siamo costretti ancora una volta a ricordare vittime innocenti della furia omicida del terrorismo internazionale. A nome di tutti noi, condanniamo con la più assoluta fermezza questi atti di inumana violenza ed esprimo la nostra vicinanza e la nostra solidarietà alle famiglie delle vittime degli attentati di Barcellona, di Cambrils e di Turku.

Purtroppo, anche altri attentati hanno avuto luogo fuori dei confini dell'Unione europea e siamo vicini anche ai paesi non europei che sono oggetto di tale barbarie.

Oggi, 11 settembre, ricorre il sedicesimo anniversario degli attentati alle Torri gemelle. In questi anni molti paesi sono stati vittime di ripetuti attacchi: eppure, ciascuno di essi rafforza la nostra determinazione a combattere uniti il terrorismo e consolida la nostra unità e fortifica la nostra ostinata speranza in un mondo migliore.

Siamo orgogliosi e fieri della nostra vita, della nostra libertà e fieri della nostra democrazia, che difenderemo senza cambiare il nostro sistema di vita. Non intendiamo affatto chinare la testa di fronte al terrorismo.

Ma, purtroppo, oggi dobbiamo anche commemorare altre vittime innocenti che hanno perso la vita in occasione degli ultimi tragici eventi naturali che hanno colpito quest'estate, fino a ieri, regioni dell'Unione europea, paesi del Mar dei Caraibi e anche gli Stati Uniti d'America.

In memoria di tutte queste vittime innocenti, vi invito ad unirvi a me in un minuto di silenzio.

(L'Assemblea, in piedi, osserva un minuto di silenzio)

Nicola Danti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ieri notte nella città di Livorno è caduta in poche ore la stessa quantità d'acqua che è caduta negli ultimi otto mesi. Purtroppo, ciò ha provocato sei vittime, tra cui una famiglia intera e due sono ancora i dispersi.

Io vorrei, signor Presidente – Lei lo ha già fatto con questo minuto di silenzio, dove ha ricordato tutte le vittime, oltre che del terrorismo, anche delle catastrofi naturali – che arrivasse il segno di vicinanza, di solidarietà e di cordoglio del Parlamento europeo, di tutti i cittadini europei, alla città di Livorno, così duramente colpita per le difficoltà materiali che ci sono in questo momento, e vorrei che arrivasse attraverso un impegno rinnovato di questo Parlamento contro il cambiamento climatico, a favore delle politiche ambientali nuove, per far sì che non si ripetano questi tristi avvenimenti, che hanno caratterizzato ieri la mia regione, ma che caratterizzano l'Europa e anche altre parti del mondo.

Vorrei che questa attestazione di solidarietà arrivi con un rinnovato impegno contro il cambiamento climatico.

Presidente. – Onorevole Danti, mi associo alle sue parole e mi pare che l'impegno del Parlamento europeo e dell'intera Unione europea nella lotta contro i cambiamenti climatici sia molto chiaro e, purtroppo, le vicende che accadono in Europa e fuori dell'Europa ci spingono a rinforzare il nostro impegno.

Gianni Pittella (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, condivido le Sue parole, signor Presidente. Lei ha parlato delle tragedie delle ultime ore e ha ricordato il drammatico attentato terroristico alle Torri gemelle.

Io vorrei ricordare che 44 anni fa, l'11 settembre, moriva bombardato, nella «Casa Rosada», a Santiago del Cile, un grande leader democratico e socialista: Salvador Allende. Io avevo 14 anni quando ascoltai questa notizia alla radio. Le sue parole rimasero e rimangono impresse nella mia mente: «Voi potete uccidere me ma non ucciderete mai i miei ideali e i miei valori».

Siano un monito le parole di Salvador Allende, perché noi si possa combattere tutti insieme ogni attentato alla democrazia, alla libertà, alla dignità delle persone. Ecco perché crediamo nell'Unione europea; ecco perché amiamo e sosteniamo un'Europa più forte e una più forte integrazione europea.

Franck Proust (PPE). – Monsieur le Président, merci pour cette minute de silence à l'égard de l'ensemble des victimes des ouragans, notamment d'Irma, qui ont sévi dans les Caraïbes et sur les territoires européens de Saint-Martin et de Saint-Barthélemy. Mais je voudrais que l'on y associe également tous nos vœux de courage, qui doivent accompagner les forces de secours et de sécurité, pour que les pertes humaines ne soient pas plus nombreuses et que l'ordre soit rétabli rapidement.

Je voudrais aussi profiter de cette intervention pour saluer la mobilisation de l'Union européenne, et notamment le travail de l'équipe de la DG ECHO, sous l'impulsion du commissaire Stylianides, tant à Bruxelles, au centre de réponse d'urgence, que sur le terrain.

Ces efforts doivent être intensifiés. C'est pourquoi j'appelle aujourd'hui solennellement à la mobilisation rapide du Fonds européen de solidarité pour envisager, dès à présent, une stratégie de réparation et de reconstruction dans ces territoires. Cette crise majeure démontre qu'il est prioritaire d'accroître la coordination et la réflexion au niveau européen pour définir des scénarios liés aux nouveaux types de risques et envisager des stratégies de gestion de crise plus adaptées à l'ampleur des catastrophes auxquelles les citoyens peuvent être confrontés, en valorisant notamment notre savoir-faire et nos infrastructures de protection et de sécurité civiles qui existent en Europe.

Presidente. – Grazie onorevole Proust. Come lei ben sa, tocca agli Stati inviare una relazione e presentare una richiesta di attivazione del Fondo di solidarietà. Quindi, credo che la Repubblica francese chiederà alla Commissione europea di intervenire.

Noi, in questa sessione, voteremo anche l'erogazione di 1 200 000 000 EUR per il terremoto che ha colpito l'Italia centrale. Quindi, mi sembra che, per quanto riguarda il Fondo di solidarietà, ci sia sempre stata una risposta rapida da parte della Commissione, e credo che anche in questa occasione non mancherà una reazione rapida, che permetta di inviare un messaggio di solidarietà concreta ai cittadini francesi, anche quelli d'oltremare, che sono stati colpiti dagli ultimi cataclismi.

Il Parlamento, come nel caso dell'Italia, farà il suo dovere e voterà, nel più breve tempo possibile, tutte le proposte della Commissione riguardo all'erogazione del Fondo di solidarietà, qualora ne ricorrano i requisiti, per i paesi colpiti dall'ultimo cataclisma.

Sajjad Karim (ECR). – Mr President, I will make two very brief points. Firstly, today I read a report issued by EU citizens in the United Kingdom, highlighting the discrimination that they are now beginning to face in a variety of forms. This has been taken up by the British Government Minister. May I ask you, through your office, to provide the necessary assistance that the British Government may need in order to make sure that this matter is stamped out immediately and that such discrimination cannot be tolerated? Certainly it reminded me of a bygone era when adverts would be placed stating 'no blacks and no dogs'. We will not tolerate any such discrimination.

Secondly, what powers do you have in your office, Mr President, in terms of the award of a Sakharov Prize, when the holder of such a prize is then blatantly conducting activities, speaking words and carrying out actions which go against the very spirit on which such awards are given? How can we revisit the awards that have previously been given in such circumstances?

Presidente. – È difficile poter intervenire su decisioni già prese; valuteremo se il comportamento di qualche vincitore del premio Sacharov va nella direzione contraria allo spirito del premio stesso. Attendo, tuttavia, maggiori informazioni da parte Sua. Poi avrà una risposta. Mi pare difficile poter intervenire ex post su quello che accade.

James Carver (EFDD). – Mr President, I wanted to echo Mr Proust's words. His words were understandably with regard to the tragedy that has befallen the French Territories across the Caribbean, but I would also like to remind colleagues that, of course, there are British Overseas Territories also disastrously affected by this terrible hurricane Irma, and also many independent sovereign countries, so please can we get to the mindset of support for all the Caribbean nations, irrespective of whether they are French, British or independent sovereign territories. Many people across that region have been affected very badly, so let's make this as unpolitical as we possibly can.

Presidente. – Per quanto mi riguarda non esiste differenza sull'appartenenza... Abbiamo osservato un minuto di silenzio per ricordare tutte le vittime, in tutte le località d'Europa e fuori dell'Europa, che sono state provocate da eventi climatici, oltre a quelli terroristici. Quindi, naturalmente non c'è distinzione tra vittima e vittima. Poi per quanto riguarda il Fondo di solidarietà, toccherà ai singoli Stati membri prendere le debite decisioni.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señor presidente, ya sé que usted ha recordado a todas las víctimas y que, como muy bien ha dicho, no hay diferencias entre ellas, pero creo que hay que hacer también una mención a las víctimas del terremoto ocurrido en México, que ya suma más de cien víctimas. Son socios y amigos, país hermano de la Unión Europea y, por tanto, de este Parlamento. Y, por tanto, yo creo que es importante darles en estos momentos un apoyo a los mexicanos y a su Gobierno.

Presidente. – In qualità di presidente della delegazione per le relazioni con il Messico, ha fatto bene a ricordarlo. Ma nel minuto di silenzio che ho dedicato alle vittime erano comprese anche le vittime del terremoto in Messico, avendo citato tutti i cataclismi che hanno colpito il mondo in questa tremenda estate.

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

5. Prüfung der Mandate: siehe Protokoll

6. Prüfung der Vereinbarkeit einer einem Mitglied übertragenen Aufgabe: siehe Protokoll

7. Antrag auf Aufhebung der Immunität – Einstellung des Verfahrens

Presidente. – Nel corso della sua riunione del 12 luglio la commissione giuridica ha proceduto, ai sensi del regolamento, all'esame della compatibilità con l'Atto del 20 settembre 1976 della missione temporanea affidata dal Primo Ministro francese all'on. Arnaud Danjean, che verteva sull'avvio dell'elaborazione di una revisione strategica della difesa e della sicurezza nazionale e ha deciso che tale missione è compatibile con l'Atto.

La commissione giuridica mi ha altresì comunicato che, in ragione dell'elezione dell'on. Marie Le Pen all'Assemblea nazionale francese, la richiesta di revoca dell'immunità presentata nei suoi confronti non ha più ragione di essere. La procedura è stata pertanto sospesa.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, sur ce sujet, je pense que ce «sans objet» est inadéquat car les propos qui ont été reprochés à M^{me} Le Pen l'ont été dans l'exercice de ses fonctions, plus ou moins, ou, en tout cas, lorsqu'elle exerçait la fonction de parlementaire européen. Or, l'immunité parlementaire n'est pas destinée à protéger le député. Elle est destinée à protéger l'institution, notre institution.

Par conséquent, je considère personnellement, pour avoir siégé pendant très longtemps à la commission dite du règlement, de la vérification des pouvoirs et des immunités, du temps où elle existait, que le fait que M^{me} Le Pen ait été élue ensuite au Parlement français ne dispense pas notre institution, si elle le souhaite – et elle devrait le faire –, de protéger l'immunité de l'un – en l'occurrence, de l'une – de ses membres, qui était député européen en exercice lorsque ont été commis les faits qui lui sont, à tort, reprochés.

Presidente. – Io mi sono limitato a comunicare una decisione della commissione giuridica: oggi l'onorevole Le Pen è coperta dall'immunità del sistema francese. Se ha delle obiezioni, può scrivere una lettera, motivando giuridicamente il Suo dissenso, che trasmetteremo alla commissione giuridica perché la esamini.

8. Antrag auf Schutz der Immunität: siehe Protokoll

9. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

10. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll

11. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll

12. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

13. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsmaßnahmen (Artikel 105 Absatz 6 und Artikel 106 Absatz 4 Buchstabe d GO): siehe Protokoll

14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

15. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

16. Große Anfragen (Artikel 130b GO) (Einreichung): siehe Protokoll

17. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

18. Arbeitsplan: siehe Protokoll

VORSITZ: EVELYNE GEBHARDT

Vizepräsidentin

19. Beitritt der EU zum Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Zwischenbericht von Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy und Anna Maria Corazza Bildt im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter über den Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt durch die Europäische Union (COM(2016)0109 - 2016/0062(NLE)) (A8-0266/2017).

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy, rapporteure. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, Mesdames et Messieurs, les violences à l'encontre des femmes et la violence domestique sont des fléaux qui sévissent dans toute l'Europe et il faut agir en urgence.

Une femme sur trois a subi au moins une forme de violence physique et sexuelle depuis l'âge de 15 ans. Une femme sur vingt a été violée. Une femme meurt tous les trois jours en France, suite à des violences domestiques.

Derrière ces nombres, il y a des drames et des tragédies qui ont fait voler en éclats la vie de nombreuses femmes et de leurs enfants. Laissez-moi vous relater une histoire vraie. Une jeune femme de 35 ans, soutenue par l'association SOS Femmes de son département pendant plusieurs années, a déposé une plainte contre son compagnon pour menaces de mort, en novembre 2015. La plainte a été classée sans suite. Puis, alors qu'elle avait entamé une procédure de divorce, elle a été tuée en novembre 2016 par son compagnon, qui l'a poignardée de 24 coups de couteau. Leur aîné de 11 ans, présent lors du meurtre, a tenté de s'interposer pour protéger sa mère et a été blessé.

Voilà une des réalités des violences fondées sur le genre et, quand cette violence menace la moitié de notre population, nous devons prendre toutes nos responsabilités. C'est ce que l'Union européenne fait par l'adhésion à la convention d'Istanbul. C'est un engagement fort pour protéger les femmes partout où elles vivent en Europe.

La convention d'Istanbul est le premier instrument international juridiquement contraignant sur les violences faites aux femmes. La convention poursuit une approche globale qui conjugue prévention des violences, protection des victimes et poursuite des responsables.

Pour éradiquer la violence contre les femmes, il ne s'agit pas seulement de combattre la violence en elle-même, mais il faut également un changement profond des mentalités de notre société. Cette violence s'enracine dans un cadre plus large des discriminations et des inégalités persistantes entre les hommes et les femmes.

Encore aujourd'hui, les femmes sont toujours confrontées au sexisme dans la sphère privée et professionnelle, sont plus touchées par la précarité et gagnent moins que les hommes, sont moins représentées dans les instances politiques et dans les exécutifs des entreprises, et les médias ou les publicités continuent de véhiculer des stéréotypes et des images dégradantes. Ce sont ces racines profondes, très ancrées dans nos sociétés, que nous devons combattre.

Il n'y a aucun fatalisme de ma part dans ces propos, mais mettre des mots sur ces violences et discriminations et prendre conscience de l'ampleur du phénomène est une première étape indispensable.

Nous pouvons agir. Je pense à l'éducation, principal vecteur de changement dans une société. Dès le plus jeune âge, les filles et les garçons doivent être éduqués à l'égalité des sexes et au respect de la dignité et des droits fondamentaux de chacun. Seule l'éducation peut durablement instaurer des nouveaux comportements plus justes.

Je voudrais ajouter que ce rapport indique clairement que le refus d'un avortement sûr et légal est une violence envers les femmes, et je ne suis pas la seule à le dire. La convention de l'ONU sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes a affirmé récemment que le refus d'un avortement sûr est une forme de violence basée sur le genre et peut même, dans certains cas, s'apparenter à de la torture.

Le Parlement ne cesse de s'élever contre les initiatives réactionnaires et répressives de certains gouvernements qui portent atteinte au droit à disposer de son corps. Si certains pensent qu'ils peuvent décider à la place d'une femme, ils ont tort. Nous faisons, ici, honneur à la lutte exemplaire de milliers de femmes européennes, qu'elles soient espagnoles, en 2014, ou polonaises, en 2016. Je les félicite encore une fois, pour leur courage et leur engagement. C'est un message d'espoir. La mobilisation citoyenne peut faire plier les gouvernements les plus conservateurs et les projets de lois les plus régressifs et dégradants.

Je suis fière d'avoir porté ce rapport si important contre les violences faites aux femmes, la moitié de l'humanité, je le rappelle. Je remercie très chaleureusement la corapporteuse, M^{me} Corazza Bildt, ainsi que tous les rapporteurs fictifs, qui ont fait un travail admirable sur ce dossier. Mais ce n'est qu'une première étape et il y a encore beaucoup de chemin à parcourir. Je serai particulièrement attentive à la mise en œuvre de la convention, car c'est le réel enjeu. Il faut les moyens financiers et humains nécessaires pour que ces mesures aient un impact sur la vie des femmes.

Ainsi, j'en appelle à la Commission pour qu'elle présente une stratégie européenne globale, avec un acte législatif sur la prévention et la lutte contre les violences envers les femmes. Il est urgent de ne pas attendre. Toutes les femmes d'Europe ont le droit absolu à vivre sans violence.

Anna Maria Corazza Bildt, rapporteur. – Madam President, today many women and girls live in fear and despair, bleeding in body and mind, hurt and crushed by shame. Today with our report we give a voice to the millions of women whose lives are devastated by violence, saying loud and clear: You are not alone. We care.

We also send a message of support to all those committed to protect women and girls – authorities, civil society – and we pay tribute to their work and tell them that the aim, with the accession of the Istanbul Convention, of the European Union is to give them more tools, a better legal framework to prevent and combat violence against women and domestic violence, and protect victims. Violence against women is a terrible crime and should be punished as such.

In Europe today, at home, women continue to be beaten, and often in front of their children. In public places women risk being harassed and raped going to a swimming pool, a music festival, a beach, and more and more young women are harassed and persecuted on the net. On social media it has become a global phenomenon. I think about Tiziana, a young woman who committed suicide because of spreading her intimate videos by her ex-boyfriend, and Maria Rashidi, disfigured with acid by her husband, who, like Lucia, had the courage to denounce him and became a women's rights activists.

Many teenagers are raped: too drunk to defend themselves, with friends taking videos and publishing them on social media, thinking it is funny. It is new forms of violence – revenge pornography, sex extortion, voyeurism. Violence is now trivialised and victims are mocked. Freedom from violence, dear colleagues, is a fundamental right, and the Istanbul Convention is the first and only international legally-binding act that criminalises violence against women and recognises gender-based violence as a breach of human rights and a form of discrimination. Let us be clear: we are talking about men's violence against women out of jealousy, revenge, frustration, alcohol. Often they cannot accept women to be strong, independent, modern, making their own choices and daring to live them. Often the culture clash for families coming from other countries and young women who just want to live like their schoolmates, in a dress, in a western way of living is too strong for their own families to accept. Is there really any honour in killing a girl just because she has decided to take off her scarf? It happened in Sweden two weeks ago. She thought she was in Europe and she could be free. Violence against women is too often tolerated and seen as a private issue, and we need to ensure more convictions of perpetrators.

The Convention provides for strict sanctions to combat impunity and extend measures to protect victims, such as restraining orders, shelters, medical and psychological assistance, prevention measures, training of officials, education programmes, responsible media and combating stereotypes. It recognises that, in order to eradicate violence against women, we need to improve equality between women and men, change mentality, combat sexism, and empower women. It is time to shift the guilt from the victim to the perpetrator. Women must feel that it is not worth going through the painful process of telling the terrible stories, the shame, the embarrassment unless there is a credible judicial follow-up.

Member States have to criminalise by law gender-based violence and also ensure that perpetrators are brought to justice. I visited shelters in Sweden, Italy, Malta, Greece, and many dedicated people who help women victims. More resources have to be given to them. I would like to finish by saying that I welcome the historical step forward of the EU's signing of the Istanbul Convention in May this year. Now all the Member States need to ratify it and implement it, and we have to continue to join forces also in this Parliament.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, I am honoured to speak, once again, to you about gender-based violence. Your interim report is forceful and ambitious and thus reflects the urgency to take more and concrete actions against this tragedy, affecting millions of women and girls individually and society as a whole, all over Europe. I am grateful to both rapporteurs, Madam Anna Maria Corazza Bildt and Madam Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy, for the huge and joint effort made in preparing the document, informed by a number of hearings that allowed gaining better insights into the phenomenon and the many challenges, both legal and practical, in combating it.

I would also want to extend my thanks to the Members of the Committee on Legal Affairs (JURI) for the valuable input that the process received through the opinion adopted by this Committee. The Commission welcomes very much the report's strong recognition of the Istanbul Convention as the best available to step up, together with the Member States, the European Union's efforts in tune with our existing policy and legal framework and the Union's international human rights agenda. Firmly rooted in international human rights instruments on gender equality, the Istanbul Convention is, on the one hand, the most comprehensive and holistic convention for the time being, and on the other hand, a highly pragmatic instrument. It requires precise actions to be taken and parties to be accounted for.

Therefore, I am glad that the EU signed the Istanbul Convention in June as part of the Commission's efforts in this year of focused actions to eliminate violence against women. The Commission will continue to push the progress towards the EU ratification in the ongoing Council discussions on the terms of conclusion. Still, let me recall the mixed character of the Convention, which includes areas that are not covered by Union exclusive competence. This will continue to raise difficult and sometimes sensitive questions that we will need to reconcile with the political ambitions that are widely shared with the vast majority of Member States.

Beyond the strong support for the Union's accession expressed in the report, we are also grateful for the many concrete indications on how to arrange the EU's future implementation of the Convention's obligations, both in organisational and substantive terms. We will give them thorough consideration. The report rightly emphasises the need to give particular attention to vulnerable groups to address their specific needs, such as female refugees, and to enable all victims to actually use support facilities, as well as the links between violence and economic dependence and empowerment and the related need to see our efforts to combat violence as part of our overall strategy to achieve full and genuine gender equality in the European Union.

I would like to use this opportunity to inform you that this year, the annual European Commission colloquium on fundamental rights, led by first Vice-President Timmermans and myself, will be dedicated to women's rights, and that violence against women is one of the key topics on its agenda. It will take place on 20 and 21 November. I am pleased that the parliamentary event on violence against women will also take place on 21 November. These initiatives from the Commission and the Parliament will bring the issue of violence to the forefront of the political agenda in the EU: a place where it deserves to be.

Jiří Maštálka, zpravodaj Výboru pro právní záležitosti. – Paní předsedající, ze smutných dat a průzkumů vyplývá, že za svého dospělého života se setká s projevy fyzického nebo sexuálního násilí v Evropě každá třetí žena. Každá pátá žena v Evropě se pak setkala s obtěžováním on-line nebo nebezpečným pronásledováním, takzvaným stalkingem.

Roční náklady Evropské unie v souvislosti s násilím páchaným na ženách a násilím na základě pohlaví se odhadují na dvě stě dvacet osm miliard eur. V České republice, odkud pocházím, se podle odhadů každoročně odehraje až šest tisíc případů znásilnění, přičemž pomoc vyhledá jen asi desetina obětí. To jsou alarmující čísla.

Istanbulská konvence, o které zde dnes hovoříme, zakotvuje především povinnost prevence, zásadu ochrany a podpory obětí, jakož i stíhání pachatelů násilí a domácího násilí. Ve Výboru pro právní záležitosti jsme jednoznačně podpořili přistoupení Evropské unie k Istanbulské konvenci. Domníváme se, že potřebujeme účinný a vymahatelný nástroj na evropské úrovni, který povede k vymýcení domácího násilí.

Barbara Matera, a nome del gruppo PPE. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, volevo innanzitutto congratularmi con la Presidenza di turno maltese, che ha spinto molto per ottenere la firma della convenzione, e ringraziare le mie colleghe relatrici per l'ottimo lavoro svolto.

Seppure si tratta di una relazione interlocutoria, è importante che il Parlamento europeo ribadisca la sua posizione ferma e decisa contro la violenza nei confronti delle donne. La violenza contro le donne è una piaga sociale endemica, radicata, che non conosce confini, in Europa come in ogni altra parte del mondo: le donne subiscono quotidianamente abusi e violenze, con conseguenze fisiche e psicologiche devastanti. Le statistiche devono essere aggiornate ogni ora, ogni minuto, ogni secondo.

L'Unione europea ha fatto dell'uguaglianza di genere uno dei suoi principi fondanti ma spesso le donne in ogni settore devono impegnarsi molto di più degli uomini affinché siano tutelati i propri diritti e sono, al tempo stesso, fortemente discriminate nella partecipazione alla vita economica, sociale, politica e culturale, oltre ad essere sottorappresentate nei diversi processi decisionali. Se a queste condizioni sfavorevoli si aggiunge la violenza, il principio di uguaglianza perde ogni senso.

Cari colleghi, queste ragioni hanno guidato il mio operato negli otto anni che mi hanno vista deputata al Parlamento europeo: ho partecipato a innumerevoli iniziative per chiedere l'adesione dell'Unione europea alla convenzione del Consiglio d'Europa sulla prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne. La convenzione, attraverso il suo quadro giuridico globale per prevenire, perseguire ed eliminare la violenza, invierà un forte messaggio politico sull'impegno dell'Unione per combattere questo fenomeno.

Ma non potendo l'Unione europea rivendicare la primazia del proprio diritto in questo campo, la repressione di questi fenomeni discriminatori e violenti, basati proprio sul genere, è stata finora competenza dei vari diritti interni, con inevitabili ripercussioni sul piano delle differenze, non solo di risposta sanzionatoria verso chi si macchia di questi crimini, ma anche nel confronto del sostegno verso le donne stesse.

Die Präsidentin. – Ich weiß, da gibt es leider sehr, sehr viel zu sagen in diesen Bereichen.

Iratxe García Pérez, en nombre del Grupo S&D. – Señora presidenta, hace tiempo que llevamos exigiendo la necesidad de considerar la violencia de género como un problema de orden público, como una responsabilidad compartida por toda la sociedad, y no un problema que deba resolverse en el ámbito de la familia o en el ámbito de las casas.

Creemos que es importante por lo tanto —y por ello nos felicitamos— el tener hoy este debate sobre la ratificación del Convenio de Estambul. Porque el Convenio de Estambul es el instrumento jurídico de mayor impacto en estos momentos para poder actuar sobre la violencia de género.

Hablamos de una lacra social, hablamos de mujeres que están siendo asesinadas a manos de los hombres por el mero hecho de vivir en sociedades desiguales, por el mero hecho de ser mujeres. Y hablamos de la responsabilidad compartida de todas las instituciones, también de las instituciones europeas, para acabar con esta realidad.

Ha hecho referencia la comisaria también a los grupos más vulnerables. Y, en este sentido, queríamos hacer una referencia específica a la situación de un grupo vulnerable, como son los menores de las familias donde se ha sufrido la violencia de género. Anuncio hoy aquí que nuestro Grupo presentará para el próximo debate con la Comisión Europea —y esperamos que con el apoyo de otros grupos parlamentarios— un debate sobre esta cuestión, sobre la protección de los derechos de los menores que han sido víctimas también de la violencia de género en las familias. Porque hay posibilidad de recurrir a la cooperación reforzada, como ha hecho la Unión Europea con el Reglamento de Lisboa o con el Reglamento de Roma en este sentido. Y es necesario hablar de los derechos de los menores; es necesario hablar de la protección de los menores, porque son las víctimas más vulnerables.

No podemos permitir más silencios cómplices contra la violencia de género, porque hablamos de la mitad de la población. Hablamos de las mujeres, que tienen que reivindicar estar en igualdad de condiciones con el resto de la sociedad.

Helga Stevens, namens de ECR-Fractie. – Geweld tegen vrouwen en gendergerelateerd geweld wordt nog steeds zwaar onderschat en geminimaliseerd. Geweld tegen vrouwen, maar evengoed tegen mannen en kinderen kunnen we niet aanvaarden, is ontoelaatbaar. Volgens de recente studie van het EU-bureau voor de grondrechten heeft in de EU één op vijf vrouwen al te maken gehad met fysiek geweld door een ander dan hun partner sinds hun 15e. En vrouwen met een beperking lopen naar schatting nog anderhalf tot 10 keer meer risico op misbruik.

Schrijnende cijfers.

Uiteraard moet de EU tot het Verdrag van Istanbul toetreden. We moeten op alle mogelijke manieren een einde maken aan geweld tegen vrouwen en tegen meisjes. Slechts 14 EU-landen, waaronder België, hebben tot nu toe het Verdrag van Istanbul geratificeerd. De lidstaten moeten natuurlijk ook hun deel doen. Maar de EU kan hier wel aanvullend werken, bijvoorbeeld in verband met de rechten van slachtoffers en op het gebied van gerechtelijke samenwerking in strafzaken. Het is hoog tijd dat we van de bestrijding van gendergerelateerd geweld een absolute prioriteit maken.

Angelika Mlinar, im Namen der ALDE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Als Verteidigerin von Menschenrechten und Frauenrechten begrüße ich natürlich den Beitritt der Europäischen Union zur Istanbul-Konvention. Diese ist ein wirkungsvolles Instrument, um die Vorreiterrolle der Europäischen Union im Kampf gegen Gewalt an Frauen noch weiter zu verstärken. Der verbindliche Rechtsakt ist ein wichtiger Zusatz zu den bestehenden Verträgen, den Normen und Standards im Bereich der Frauenrechte weltweit und sollte als goldener Standard angesehen werden. Aus diesem Grund bedaure ich auch die Entscheidung des Rates, der Konvention nicht im größtmöglichen Umfang beizutreten, sondern sich lediglich auf einige wenige Kapitel zu beschränken.

Unser erklärtes Ziel muss es sein, dass der EU-Beitritt zur Istanbul-Konvention einen spürbaren Unterschied in der Bekämpfung der Gewalt an Frauen macht. Dafür wäre es notwendig, den ehrgeizigsten und nicht den einfachsten Weg zu wählen. Meine Erfahrung als Politikerin hat gezeigt, dass wir Rechte – vor allem Frauenrechte – niemals als selbstverständlich ansehen dürfen. Wir müssen konsequent und unermüdlich für diese Rechte kämpfen und unsere Stimme erheben, bis hoffentlich irgendwann eine Generation junger Europäerinnen und Europäer Gewalt gegen Frauen als vollkommen untolerierbar ansieht – als Vergehen, für das es niemals eine Rechtfertigung geben kann.

Κωνσταντίνα Κούνεβα, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κυρία Πρόεδρε, κάθε λεπτό που εμείς σιωπούμε μια γυναίκα γίνεται θύμα: θύμα βίας ψυχολογικής, σεξουαλικής, λεκτικής, έμφυλης, ενδοοικογενειακής. Η σύμβαση της Κωνσταντινούπολης μπορεί να σπάσει την εκκωφαντική σιωπή. Πώς; Βάζοντας τέλος στην ατιμωρησία, προστατεύοντας τα θύματα, προλαμβάνοντας τις διάφορες μορφές βίας.

Συνάδελφοι, αρκεί η επικύρωση της σύμβασης όπως αυτονόητα ζητάμε; Φυσικά και όχι. Χρειάζεται γρήγορα η εφαρμογή της και η θέσπιση καινοτόμων μέτρων. Προτείνω να δημιουργηθεί μία πανευρωπαϊκή γραμμή για την υποστήριξη των θυμάτων έμφυλης και ενδοοικογενειακής βίας, κάτι αντίστοιχο με την τηλεφωνική γραμμή 112. Καλώ την Επίτροπο να εξετάσει την πρόταση. Πρέπει να μην ξεχνάμε ότι η κοινωνία προετοιμάζει το έγκλημα και ο εγκληματίας το διαπράττει. Το είπε και ο Βίκτωρ Ουγκώ στους «Αθλιούς». Αν θέλουμε λοιπόν μια κοινωνία και έναν πολιτισμό της ειρήνης, κανείς δεν πρέπει να είναι θύμα, κανείς δεν πρέπει να είναι δράστης αλλά, πάνω απ' όλα, κανείς δεν πρέπει να μένει παρατηρητής.

Terry Reintke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, a month ago I was walking home from a night out with friends. As I was approaching Duisburg main station, a guy came up to me very suddenly from behind, without me seeing him, and grabbed me between my legs. I turned around – I was in complete shock and was outraged – and tried to run after him and scream and curse at him with only one thought in my head: that if I scared him enough, he would not do this to any other woman again in his life. After a couple of blocks, I lost him in the dark and I called the police. The police came straight away with three cars. They interrogated me and asked me if I was feeling fine, and whether I needed psychological support. They called for a search to find this guy and even took my jacket and my dress to find traces. I felt safe again. They brought me home and I felt that I was taken seriously at this time.

I know that I owe this police reaction to the debates that we had in the last month around the Istanbul Convention. That is why I now want to give my thanks to all the women in this Chamber, and also in the Member States and all over the world, who have fought for this to happen. But still, even though I had this positive experience, there are tens of thousands of women who do not get this treatment when they are harassed or face sexualised violence. They still face being ridiculed and not being taken seriously.

Without the millions of women who fought for this Convention and for other steps that were taken against violence against women, this would not have been possible. So without these pioneers and without documents like the Istanbul Convention, the fight against violence against women is still not a given. The fact that I could feel safe and that we are struggling to have every single woman in the world feeling safe needs to be our motivation to continue and to exceed the Istanbul Convention in its full scope and not to let one day pass without fighting against violence against women. So we need to take this step now. This will certainly not be the last step, but a very important and historic step on the way to a society without violence against women.

(Applause)

Margot Parker, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, violence against women, and indeed all kinds of violence against any gender is something that all sides of the political spectrum can unanimously condemn. The UK has for many years played a leading role in protecting women, and this has statistically led to a decrease in domestic violence cases. Despite this improvement, it is reported that in 2016 alone there were at least 1.3 million female victims of domestic abuse in the United Kingdom. This is quite simply unacceptable in the 21st century and more must be done to tackle this worrying statistic.

Many Member States in this Union, including the United Kingdom, are working towards making the necessary legislative changes to meet the criteria of the Istanbul Convention to allow full ratification. The EU accession to this Convention therefore serves to provide the political leverage for the EU to further control the implementation of this Convention in Member States. National legislation, tougher judicial punishments and a greater emphasis on educating citizens is the best way to significantly combat violence against women across Europe.

Mylène Troszczynski, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, la proposition d'adhésion de l'Union européenne à la convention sur la prévention de la violence faite aux femmes, dite convention d'Istanbul, pose de nombreux problèmes tant juridiques que politiques.

La violence faite aux femmes, quelle que soit son origine ou sa forme, doit être combattue, et ce férocement. La femme est ce que nous avons de plus cher sur cette terre: c'est elle qui donne la vie. Aucune société civilisée ne saurait tolérer la moindre violence à l'égard de ces femmes, à l'égard des femmes du monde entier.

La France, comme tous les pays de l'Union européenne, lutte quotidiennement contre toutes les violences qui affectent les femmes. Si nos dirigeants manquent parfois de clairvoyance sur les nouvelles menaces qui pèsent sur elles – je pense notamment à l'islamisme radical qui les enferme à tous points de vue –, ils sont les seuls à disposer des instruments de droit pénal pour lutter contre ces violences.

L'Union européenne n'est en aucun cas légitime pour adhérer à la convention et encore moins pour la ratifier. Seuls les États souverains le peuvent et il ne vous aura pas échappé que seuls 14 États membres sur 28 l'ont fait.

Comment ne pas interpréter votre demande de ratification comme une nouvelle tentative de passer outre l'avis des peuples et comme l'instauration d'un processus décisionnel supra-étatique? En effet, une fois ratifiée par l'Union européenne, la convention d'Istanbul pourra être imposée aux États qui n'ont pas souhaité la ratifier.

Ça c'était pour la forme; venons-en au fond. Si le texte de la convention et votre justification pour la ratifier étaient bons, nous aurions pu repenser la manière de procéder et nous attacher au fond du problème: la violence contre les femmes.

Pourquoi certains États membres refusent-ils, avec raison, de ratifier une convention qui a pour vocation la lutte contre la violence faite aux femmes? Certainement parce qu'ils ont conscience de vos travers communautaristes et de l'aspect idéologique de cette convention. Une fois la convention ratifiée et finalement imposée à tous les États membres, toute critique en matière – je cite – de sexe, genre, race, couleur, langue, religion, fortune, naissance, orientation sexuelle, identité de genre, âge, statut de migrante ou de réfugiée, opinion politique, opinion tout court et origine nationale ou sociale sera condamnable.

Votre texte n'a pas vocation à protéger concrètement les femmes victimes de violences. Il vise surtout à instaurer le communautarisme. Le seul point commun de ces communautés est qu'elles seront opprimées par le coupable de tous les maux: le mâle blanc, hétéro, raciste, homophobe, xénophobe, transphobe et j'en passe.

Mesdames les rapporteuses, parce qu'à aucun moment dans votre texte vous ne l'évoquez, je souhaiterais terminer en insistant sur le danger qui pèse aujourd'hui sur les femmes européennes menacées dans leur corps et dans leur âme par des hordes de migrants incontrôlables. L'actualité nous en donne malheureusement régulièrement de sordides exemples et ce danger ne doit son existence qu'à la politique migratoire suicidaire que vous soutenez.

Votre vision étriquée et rabougrie de la femme est une insulte au génie dont elles sont capables. Sainte Geneviève, Jeanne d'Arc et Marie Curie n'ont, grâce à Dieu, pas eu besoin de vos politiques d'assistanat, ni de vos quotas pour montrer toute leur valeur et tout leur courage.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, αναγνωρίζω διά λόγω και έργω ότι πρόκειται για παραβίαση ανθρωπίνων δικαιωμάτων και ότι είναι απαραίτητη η ύπαρξη μέτρων προστασίας των θυμάτων καθώς και η πρόληψη, δίωξη, καταπολέμηση και εξάλειψή της. Όμως, η υπερπροβολή συγκεκριμένων ιδεολογικών αντιλήψεων με διαφορετικές τύποις ανθρωπιστικές διατυπώσεις ενισχύει στερεότυπα και αποπροσανατολίζει τους πολίτες. Η σύσταση επιτροπών και ομάδων ανεξάρτητων ειδικών με την υποχρεωτική υποστήριξη ΜΚΟ που θεσμοθετεί επικίνδυνες εξαιρέσεις στην επαναπροώθηση λαθρομεταναστών ή ποινικοποιεί την καθημερινότητα μέσω αφηρημένων εννοιών περί ηθικής παρενόχλησης θα περιπλέξει τα εθνικά νομικά πλαίσια για τους αντίστοιχους ποινικούς κώδικες.

Αν πράγματι ο επιδιωκόμενος σκοπός είναι ο περιορισμός της βίας και όχι η κενολογία, προτείνω οι δεσμευτικές υποχρεώσεις προς τις γυναίκες που υφίστανται ενδοοικογενειακή βία να επεκταθούν δίχως διακρίσεις και στους άνδρες και η Επιτροπή να περιοριστεί στη διασφάλιση της έμπρακτης διεθνούς συνεργασίας. Κάθε μορφής σωματική και σεξουαλική βία, αλλά και συναφή εγκλήματα, απαιτούν αυστηρότατη ποινική αντιμετώπιση, υπό την πλήρη δικαιοδοσία των κρατών μελών.

Anna Záborská (PPE) – Ďakujem pani podpredsedníčka, pani komisárka, veľa ľudí pozná moju angažovanosť v boji proti násiliu, ktoré je páchané na ženách a deťoch. Do emailovej schránky som však dostala tisíce mailov od občanov zo Slovenska, ktorí nesúhlasia s tým, aby sa EÚ pripojila k Istanbulskému dohovoru.

Dovoľte mi krátky citát z týchto mailov:

„Boj proti násiliu na ženách, pomoc jeho obetiam, ako aj výchova ako súčasť prevencie proti násiliu patria medzi výlučné právomoci členských štátov EÚ. Pristúpením k tzv. Istanbulskému dohovoru by Európska únia porušila Lisabonskú zmluvu a prekročila svoje právomoci.“

Celý text listu, ktorým sa aj na vás obracajú tisíce Európanov, ste dostali aj vy. Nájdete ho však ukrytý v priečinku nevyžiadanej pošty.

A toto považujem za nehoráznosť. Európsky parlament jednoducho nemôže prijať pravidlá, ktoré žiadosť podpísanú tisícmi občanov EÚ automaticky ukryjú a potom potichu vymažú.

Každý poslanec musí mať možnosť sám sa rozhodnúť, ako naloží s korešpondenciou od svojich voličov. Preto žiadam predsedu Tajaniho, aby ešte pred hlasovaním zabezpečil, že všetky tieto maily budú premiestnené do tzv. Inboxu. Inak budeme ťažko vysvetľovať, že tento Parlament naozaj zaujímajú názory občanov Európskej únie, ktorých má zastupovať.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! In den letzten Jahren erleben wir auch in Europa einen sehr bedauernswerten Trend: Gewalt, vor allem körperliche Gewalt, wird immer mehr bagatellisiert. Das trifft auch und im Besonderen auf Frauen zu. Das ist schockierend. Es passiert überall, in allen Gesellschaftsschichten, in allen Altersgruppen und in allen Mitgliedstaaten. Ja, und es ist auch wieder salonfähig geworden, sich in sexistischer Weise über Frauen lustig zu machen. Bekanntlich beginnt alles mit Worten.

Die Istanbul-Konvention ist der Versuch der Staatengemeinschaft, diesen Tendenzen einen Riegel vorzuschieben: Sie sagt klar und deutlich, dass Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt eine Verletzung der Menschenrechte darstellen und entsprechend zu verfolgen sind. Das Europäische Parlament hat sich in allen Phasen dafür stark gemacht und sich immer wieder dafür eingesetzt, dass wir heute so weit sind. Ohne unsere Mitwirkung hätte es wahrscheinlich länger gedauert. Und man kann mit Recht darüber klagen, dass alles so furchtbar lange dauert. Aber es ist wichtig, dass es nicht bei Sonntagsreden bleibt. Und es geht vor allem um die Implementierung, es geht darum, dass bestehendes Recht dann auch wirklich umgesetzt wird.

Die Entschließung des LIBE- und des FEMM-Ausschusses zeigt in die richtige Richtung. Sie zeigt, wie es weitergehen soll. Besonders wichtig ist, dass entsprechende Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen gesetzt werden. Es kann doch nicht sein, dass bei jungen Menschen Gewalt als „cool“ erlebt wird. Es geht um eine breite Sensibilisierung auch bei den staatlichen Organen wie Polizei und Justiz. Hier muss eine klare Sensibilisierung vorhanden sein, sonst bleibt alles nur Papier und Wunschdenken, und das darf nicht sein.

(Der Redner lehnt es ab, eine Frage von Herrn Jurek nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Julie Girling (ECR). – Madam President, violence against women and domestic violence are inexcusable acts that achieve nothing other than undue suffering, misery and inequality on an unjustifiable scale. Both have existed for far too long and have claimed too many victims. Both constitute a gross violation of human rights and it cannot be clearer that action is urgently needed.

The Istanbul Convention, the first legally binding instrument on preventing and combating violence against women and domestic violence at the international level, opens the door to fundamental change. It provides the recognition and the tools needed to put an end to the long history of such appalling violence, which has devastating consequences for individuals, families and society. As a whole, I therefore urge all Member States that have not already done so to work towards the swiftest possible ratification of this Convention.

However, unfortunately some aspects of the interim report go way beyond the scope of the Convention and encroach upon the competences of the Member States themselves. I want to be absolutely clear that it is for this reason and this reason alone, that I do not support this report. Unfortunately, because other Members have not listened to those of us who had that reservation, I will have to abstain on this report.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señora presidenta; gracias, señora comisaria Jourová por su trabajo incansable. El Convenio de Estambul es un hito legal y un logro esencial para proteger de la violencia a las mujeres de toda Europa. Sin embargo, que solo la mitad de los Estados miembros de la Unión lo hayan ratificado... pues, no sé qué pensar, ni qué se puede hacer. Yo no encuentro ningún argumento, ni creo que podamos admitirlo.

Ni siquiera en los países que ya lo han ratificado podemos estar satisfechos. En mi país, en España, la ratificación se produjo hace tres años y, sin embargo, no se ha traducido en medidas concretas. Aunque recientemente se ha firmado un pacto de Estado contra la violencia de género entre los principales partidos españoles, ese pacto se queda corto en comparación con el Convenio de Estambul.

No necesitamos más pactos, no necesitamos más fotos ni más palabras. Necesitamos que el Convenio de Estambul se convierta en medidas concretas. Solo el cambio legal conduce verdaderamente al cambio cultural. Dotémonos de la mejor herramienta integral contra la violencia de género; es más, contra todas las violencias, contra la violencia intrafamiliar, la que va contra los más vulnerables.

Yo me dirijo a los gobernantes de toda Europa: hagan, por favor, su trabajo.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhora Presidente, a violência contra as mulheres, como a violência doméstica, tem na sua génese uma complexa teia de causas de ordem económica, social, política e cultural que não podem ser ignoradas, que permanecem e que se agravam na nossa sociedade.

Estas causas associam-se e interligam-se com dinâmicas psicológicas que levam muitas mulheres a becos sem saída em resultado de sentimentos de culpabilização, do medo e da vergonha, de responsabilização pela manutenção da unidade familiar a todo o custo, da pressão familiar e social.

O êxito da prevenção, combate e erradicação da violência sobre as mulheres nas suas múltiplas formas é indissociável da efetivação dos direitos das mulheres na lei e na vida, da garantia da participação em igualdade, tanto na esfera privada e familiar como na laboral, social, política e desportiva, da alteração de conceções milenares assentes na subalternização do papel das mulheres na família, no trabalho e na sociedade, da promoção de uma cultura assente nos valores da liberdade, da democracia, da igualdade, da justiça e do progresso.

Daniela Aiuto (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, oggi l'Unione europea aderisce ufficialmente alla convenzione di Istanbul, sebbene limitatamente alle aree di cooperazione giudiziaria in materia penale e di richieste di asilo e di respingimento. La convenzione, nonostante alcune ambiguità e controversie ancora da definire, è senz'altro uno strumento utile a fermare il grande fiume di violenza che ogni giorno investe le donne europee. L'adesione parziale, tuttavia, e la mancata ratifica da parte di numerosi Stati membri, non consentono ancora di valutare l'effettiva efficacia delle misure in essa previste.

Con questo atto, l'Unione prende coscienza della grave piaga che affligge le donne. Ma questo non deve essere il punto di arrivo, bensì l'inizio di una nuova stagione fiorente di atti non puramente teorici con cui combattere concretamente la violenza sulle donne; perché nonostante la ratifica in diversi Stati membri, negli stessi non accenna a diminuire l'ondata di violenza e le cronache quotidiane ce lo ricordano.

A tal proposito vi vorrei citare la sentenza della Corte europea dei diritti dell'uomo dello scorso marzo, con la quale l'Italia, uno dei primi Stati membri a firmare e ratificare la convenzione, è stata dichiarata inadempiente nel proteggere una vittima di atti di violenza domestica e pertanto condannata al risarcimento. Con ciò intendo affermare che il mero atto di ratifica non può ovviamente da solo fermare le violenze. Occorre invece una sinergia tra i sistemi legislativo e giudiziario, coinvolgendo le forze dell'ordine e i servizi di assistenza. La giustizia deve essere più amica delle donne e quindi deve essere rapida e certa.

Occorre inoltre implementare le risorse economiche di tutte le strutture preposte ad assistere e aiutare le donne, anche e soprattutto nei centri minori, dove è ancora più difficile denunciare le violenze subite, specie se domestiche. Il mio auspicio è quello di gettare le basi di un futuro in cui mia figlia e le nostre figlie possano camminare per le strade d'Europa senza avere paura di essere vittime di violenza.

Franz Obermayr (ENF). – Frau Präsidentin! Der Beitritt zur Istanbul-Konventionen ist sicherlich eine gute Sache oder eine interessante Sache – allerdings löst der Beitritt zu einer Konvention alleine die in Europa mittlerweile aufgestauten Probleme natürlich nicht. Lassen sie mich ein dunkles Segment dieser Probleme aufzeigen: Was vor 10 bis 15 Jahren in Europa noch undenkbar war, ist heute in vielen Städten der Union bereits bittere Realität. Die religionskonforme Gewalt gegen Frauen in Teilen der Gesellschaft, die von der Scharia geprägt ist, ist nicht nur eine Tatsache, sondern wird leider zunehmend nicht einmal mehr von unseren Gerichten verfolgt. Ehrenmorde an Frauen der zweiten und dritten Generation von Migranten werden oft im vollen Einklang und mit Einverständnis von der Familie und deren Clans durchgeführt.

Die Dunkelziffer von Kinderehen ist rapide steigend: Sie werden im Ausland geschlossen und von unseren Behörden meist hilflos abgesegnet. Ich frage mich, wo da unsere vielbeschworenen europäischen Werte bleiben. Oder wenn ich exemplarisch an Silvester 2015/2016 in Köln und in der Folge an zahlreiche österreichische und deutsche Städte an Silvester denke, wo es massenhaft zu sexuellen Übergriffen auf Frauen kam, dann zeigt das diese schlimme Entwicklung deutlich auf: nämlich die Verachtung des westlich-europäischen Frauenbildes durch einen wachsenden Teil der fundamental-islamischen Bevölkerung – nicht zuletzt auch durch die Masseneinwanderung 2015. Ich glaube, die Union ist hier zunehmend blind und untätig und ignoriert diese sozio-religiös bedingten Probleme.

Die Anhebung des Gender-Budgets würde uns da nicht viel weiterbringen. Es muss der Teufelskreis des Schweigens und dem Teufelskreis der Einsamkeit ein Ende gesetzt werden. Gewalt gegen Frauen, da gebe ich Ihnen natürlich recht, ist keine Privatsache. Sexuelle Übergriffe und Missbräuche sind nicht durch Berufung auf Tradition, Sitte oder „man habe eine andere Kultur“ zu entschuldigen.

Carlos Coelho (PPE). – Senhora Presidente, quero começar por felicitar a minha colega Anna Maria CORAZZA BILDT por toda a sua intervenção neste combate e todas as colegas que ergueram a sua voz. O combate contra a discriminação deve ser uma causa de todos, sejam homens ou mulheres, mais novos ou mais velhos. É um desígnio comum que é parte integrante do que nos une enquanto europeus.

A violência contra as mulheres, em particular violência doméstica, é infelizmente causa e efeito da discriminação de que muitas – demasiadas! - mulheres ainda são alvo. Prevenir e punir esta prática, absolutamente intolerável, deve ser também um desígnio de todos: comunidades locais, Estados-Membros, e da própria União Europeia.

A Convenção de Istambul é naturalmente um excelente instrumento para este fim. É por isso que apelo àqueles Estados-Membros que ainda não aderiram à Convenção para o fazerem rapidamente, e concordo que a União deve igualmente aderir para que nas áreas onde é competente possa atuar plenamente na aplicação desta Convenção e no combate à discriminação.

Caros colegas, é nosso dever combater este sofrimento e criar condições para que as mulheres europeias possam viver em liberdade e sem medo. Coloquemos de parte o acessório e centremo-nos no que realmente interessa. Há mulheres europeias que ainda sofrem e isso tem de acabar!

Maria Noichl (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin! Liebe Evelyn, es freut mich ganz besonders, dass Du heute den Vorsitz hast, denn ich weiß, dass Du Dich seit Jahrzehnten für das Thema einsetzt und gegen Gewalt an Frauen in Europa kämpfst. An der Stelle ganz herzlichen Dank dafür.

Ich sage deswegen „seit Jahrzehnten“, um nochmals auf den Vorredner Bezug zu nehmen. Wenn er glaubt, das Thema Gewalt gegen Frauen sei erst neu mit dem Thema Flüchtlinge nach Europa gekommen, dann war er wohl in den letzten Jahrzehnten in einem anderen Europa, als ich es war. Das Thema Gewalt ist – unabhängig von Flüchtlingen – seit Jahrzehnten Thema bei uns in Europa. Ich bringe die Ungeduld heute mit, Sie hören es in meiner Stimme. Sie hören in meiner Stimme die Ungeduld, dass es endlich aufhören muss, dass wir immer nur darüber reden, sondern wir müssen endlich etwas tun, dass etwas passiert. Es muss etwas passieren, damit Täter benannt werden und bestraft werden, damit Opfern geholfen wird, damit deutlich gemacht wird, dass sexuelle Gewalt auch in christlichen Ehen stattfindet. Da brauche ich nicht auf die Scharia zu schauen, sondern da brauche ich nur zu schauen, was in den eigenen Schlafzimmern passiert. Da heißt es hinschauen, da heißt es etwas zu verändern.

Frau Kommissarin, bei Ihnen ist das Thema in guter Hand. Bitte, bitte, bitte, bringen Sie etwas vorwärts in Europa!

Branislav Škripek (ECR) – Vážená pani predsedajúca, vážená pani komisárka, Istanbulský dohovor má bezpochyby niektoré vznešené ciele ohľadne boja proti násiliu voči ženám, ale má aj niektoré vážne problémy. Akékoľvek násilie, a to nielen na ženách, ale aj na fyzicky a mentálne znevýhodnených ľuďoch, na deťoch, na ženách či starších, je odsúdeniahodné. A preto vítam takéto legislatívne i nelegislatívne nástroje, ktoré formu odporného násilia – každú formu – pomáhajú riešiť. Zvlášť, ak sú adresované v samotných členských štátoch, ktoré dokážu zasiahnuť najefektívnejšie.

Žiaľ, nedá sa to povedať o tomto Istanbulskom dohovore, ktorý obsahuje množstvo nechcenej agendy, ktorá podkopáva základy Európskej únie. O to viac som sklamaný z pozície Európskeho parlamentu, ktorý ide ďaleko za svoje kompetencie a dokonca rozširuje pôsobenie dohovoru. V texte možno sledovať odkazy na pofidérnu genderovú ideológiu, ktorá sa nepochopiteľne snaží vykresliť biologické rozdiely medzi mužom a ženou ako sociálny konštrukt a iné zvláštne nezmysly.

Vyzývam poslancov parlamentu, aby hlasovali proti. Nie kvôli obsahu, ale samotnému faktu, že ide o chybný právny inštrument, ktorým členské štáty odovzdávajú časť svojich právomocí Rade Európy.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora presidenta, gracias a las ponentes y a la comisaria Jourová por todo su trabajo. La violencia de género afecta en Europa a 250 millones de mujeres y nos cuesta al año 230 000 millones de euros, cifras que justifican la adhesión de las instituciones comunitarias al Protocolo de Estambul.

Esta medida nos ayudará a disponer de un marco legal coherente en todos los Estados miembros, mejorará las medidas de prevención y lucha contra esta lacra, y nos ayudará a proteger y reparar mejor a las víctimas de lo que muchos calificamos de terrorismo doméstico.

Las amenazas y gritos que oímos al otro lado del tabique son un problema de todas y todos. Los valores que impulsan a los maltratadores son corrosivos. Los estereotipos que transmitimos en la educación o en los medios matan.

Por eso, el combate contra esta lacra comienza en cada uno de nosotras y nosotros. Y esa acción individual necesita y merece el máximo respaldo institucional.

Ángela Vallina (GUE/NGL). – Señora presidenta, desde luego que celebramos la ratificación del Convenio de Estambul y, además, hacemos un llamamiento urgente a esos Estados miembros que aún no lo han ratificado para que así lo hagan.

Este Convenio reconoce la violencia contra las mujeres como una violación de los derechos humanos y es importante este reconocimiento en el papel, pero hoy, yo creo que por respeto a las víctimas de la violencia machista, no debemos ni podemos tampoco hacer declaraciones triunfalistas.

Tenemos que redoblar los esfuerzos por trasladar lo escrito en el papel a los hechos. Por eso también mi apoyo a la Resolución del Parlamento, que hace un llamamiento a los Estados para destinar recursos financieros y humanos, necesarios para prevenir y combatir la violencia y para la protección y asistencia a las víctimas.

Lo hemos visto en mi país estos meses con el caso de Juana Rivas, obligada a entregar a sus hijos a un padre maltratador, condenado ya por ello y pendiente de otra denuncia. Y es que, en mi país, la ley contra la violencia de género no recoge la retirada de la custodia a los padres maltratadores. Ningún maltratador es un buen padre.

Por eso, hay que seguir yendo más allá de este Convenio, porque es una necesidad urgente dotarnos de una Directiva europea de lucha contra la violencia contra mujeres y menores, que sea de obligado cumplimiento para todos los Estados.

John Stuart Agnew (EFDD). – Madam President, my country, the UK, is I think sliding backwards into medieval times. In my childhood the following five crimes were virtually unheard of and now they are commonplace: female genital mutilation; breast ironing; forced marriage, which is effectively legalised rape; honour violence, which includes killing; and sexual grooming of vulnerable white girls by Asian men. There is an enormous reluctance to prosecute the perpetrators of these crimes because they are either from ethnic minorities or adherents of Islam and it is considered politically incorrect to criticise such groups generically. It is called racism.

Political correctness is the cornerstone of this European Union and it is doing enormous damage to the safety of women. We now have a situation where perceived racism is a more serious crime than actual rape. We have got to stop political correctness and defend women.

Die Präsidentin. – Alle Verbrechen müssen verfolgt werden. Das ist wohl klar, das ist im Rechtsstat eine Normalität.

Pavel Svoboda (PPE). – Paní předsedající, vítám návrh rozhodnutí Rady, aby Evropská unie přistoupila ke konvenci Rady Evropy o prevenci a potírání násilí na ženách a domácího násilí, a to v rozsahu výlučných pravomocí Evropské unie. Toto téma je velmi důležité, důležité je také, aby Evropská unie dodržovala princip subsidiarity. Dovolte mi proto vyjádřit pochybnosti o textu předložené rezoluce.

Návrh rezoluce se totiž z mého pohledu dotýká témat, která náleží do pravomocí členských států. Občané očekávají efektivní Evropskou unii založenou na důsledném uplatňování principu subsidiarity. Nejsem přesvědčen o tom, že hlasováním pro předložený text tato očekávání našich občanů naplníme.

Je mi líto, že návrh rezoluce nerespektováním principů subsidiarity rozměňuje podporu, kterou si Istanbulská konvence sama o sobě zasluhuje. Upozornovat na násilí na ženách je důležité, jakékoliv násilí je neakceptovatelné, násilí rozkládá společnost. Oběti násilí se již nikdy nemusí plnohodnotně zapojit do společnosti. Násilí na ženách stejně jako jakékoliv jiné násilí je proto jednáním trestným podle předpisů každého státu. Již dříve jsem nepodpořil rezoluce, jejichž text se dotýkal záležitostí spadajících do kompetencí národních států, a bohužel tak budu muset učinit i v případě této rezoluce.

Soraya Post (S&D). – Fru talman, fru kommissionär! Rådande könsmaktsordning är en global struktur som innebär att män som grupp är överordnade kvinnor som grupp. Denna struktur bärs upp av normer om manlighet, där rätten att utöva kontroll är en viktig del. Följden blir att män till mer än 90 procent är förövare av det totala våldet i världen. Därför behöver vi omformulera den övergripande säkerhetsagendan.

Den traditionella säkerhetspolitiken är patriarkal och bygger på att det är män med militära medel som ska försvara nationen, dess kvinnor och barn. Vi skyddar hellre en flagga än kvinnan som blir ekonomiskt kontrollerad av en man. En feministisk analys av säkerhet utgår från mänsklig säkerhet, där hot mot individer och inte stater är centralt.

Detta skulle jag vilja ha sett att betänkandet tog upp: ett erkännande av att ett samhälle fritt från våld måste ha en helt annan säkerhetspolitisk agenda. Självklart stöder jag detta betänkande som kollegerna Christine och Anna Maria har tagit fram.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Każda przemoc wobec kobiety jest patologią, z którą trzeba walczyć. Nie udawajmy jednak, że konwencja stambulska jest czarodziejską różdżką, która uwolni nas od tego problemu. Konwencja stambulska w swej istocie to niestety ideologiczny łom, który pod pozorem wspierania ofiar przemocy sprawia, że stosunki społeczne padają ofiarą ideologii gender i radykalnego feminizmu. Czy głoszący jutro europosłowie naprawdę chcą podpisać się pod stwierdzeniem, że przemoc wobec kobiet jest utrwalonym elementem struktury europejskiego społeczeństwa? A taki jest właśnie jej sens. Spójrzmy prawdzie w oczy. Ideologia nie przestaje być zagrożeniem tylko dlatego, że czasem staje po stronie bezbronnej ofiary. Przystąpienie do ideologicznej konwencji będzie kolejną tragiczną pomyłką Unii Europejskiej, dlatego apeluję o jej odrzucenie.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony, az európai nők egyharmadát legalább egyszer érte felnőtt életében fizikai erőszak. Ezek a statisztikák azonban nem feltétlenül tükrözik a realitást, hiszen csupán az áldozatok bejelentésein alapulnak. A valós számok sokkal magasabbak lehetnek, ha az áldozatok féltelmére, illetve a bántalmazó féltől való függőségre gondolunk. Ha családom nőtagjaira gondolok, nem fordíthatom el a fejem. A nők elleni erőszak nem magánügy, hiszen a nők alapvető emberi jogainak és méltóságának súlyos és szisztematikus megsértéséről van szó. Bűncselekmény, amelyet szankcionálni kell. Az állampolgárok közti egyenlőség az Unió egyik alapértéke. Ezért üdvözlendő az Uniónak az Isztambuli Egyezményhez való csatlakozása, annál is inkább, mivel bár minden tagállam aláírta, csupán 14 ratifikálta az egyezményt.

A nők elleni erőszak az Unióban évente több milliárd eurós költséget jelent a társadalom számára. Nemcsak az erőszak elleni küzdelemre, hanem a megelőzésre, a tudatosításra, illetve a tájékoztatásra is hangsúlyt kellene fektetni. Ebben kulcsszerepe van a médiának és a reklámoknak. Ezek a felületek civil szervezetekkel együttműködve aktív szerepet kell vállaljanak tájékoztató, oktató kampányok lebonyolításában, hiszen ez előfeltétele a nemek közti egyenlőség elérésének.

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI*Wiceprzewodniczący*

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, não vou falar dos dados e dos danos sociais e pessoais da violência de género que são bem conhecidos de todos nós. Outros custos financeiros também são públicos, mas os custos sobre o corpo e a alma destas mulheres não são quantificáveis.

A violência de género afeta os 500 milhões de cidadãos que vivem nesta União. Daí que seja fundamental a real execução da Convenção de Istambul, acompanhada por outras medidas, nomeadamente que se ponha fim de uma vez por todas às políticas de austeridade que tanto promoveram e promovem a desigualdade. Daí, Sra. Comissária, que seja urgente apresentar uma proposta de ato jurídico destinado a apoiar os Estados-Membros na prevenção e supressão de todas as formas de violência contra mulheres e raparigas.

Trata-se de direitos humanos e isto é uma competência da União Europeia. Mas também isto não se faz sem educação. Por outro lado, sinto que chega a ser indigno esperar pela cláusula *passerelle* para que esta União avance no combate à violência de género. Deveríamos estar muito mais unidos nesta luta. Muito obrigada.

Rikke Karlsson (ECR). – Hr. formand! Kære kolleger! I min verden har vi alle et fælles ansvar for at tage afstand fra den vold og mishandling, som kvinder udsættes for hver eneste dag. Vi bør gå forrest med enhver foranstaltning, der kan forhindre, at kvinder får tæsk, bliver voldtaget og i værste fald slået ihjel i deres eget hjem. Derfor bakker jeg naturligvis også op om den gode og stærke betænkning, vi har liggende foran os i dag. Jeg bakker op om, at vi laver en stærk og effektiv lovgivning, der kan komme volden til livs, mens ofrene og de tusindvis af børn, som hver eneste dag lever i skyggen af volden, også i fremtiden beskyttes så godt som overhovedet muligt. I EU er vores sammenhold bygget på fælles værdier og tillid. Som medlemmer af et fælles Europa mener jeg, at vi altid skal tage afstand fra vold, uanset i hvilken afskygning den måtte vise sig. Uanset om det er medlemsstaterne selv, der skal bekæmpe volden, er det vigtigt, at vi herfra sender et stærkt signal om, at vold ikke er i orden, uanset hvor man kommer fra, eller hvilken religion man bekender sig til.

Péter Niedermüller (S&D). – Elnök Úr, azt gondolom, hogy valahol szomorú, hogy még mindig arról kell vitatkoznunk, hogy érvényt kell szerezni az Isztambuli Egyezménynek. Pontosán tudjuk, hogy a nemek közötti egyenlőség, a női egyenjogúság a demokrácia egyik alapvető mércéje. A nők elleni erőszak egyáltalán nem csak a nők ügye, szó sincs róla, hogy magánügy lenne, hanem olyan közügy, amely mérgezi, sérti és rombolja a demokráciát. Olyan társadalmi probléma, amely komplex jogi, szociális, egészségügyi, oktatási és kulturális intézkedéseket követel meg, és azok végrehajtását. Éppen ezért kell minden fenntartás nélkül minden tagállamnak ratifikálnia az Isztambuli Egyezményt. Nagyon sajnálom, hogy épp a magyar kormány az, amelyik erre nem hajlandó, sőt, éppen ellenkező irányba megy azáltal, hogy korlátozni próbálja a nők reprodukív jogait, orosz mintára lebeszélő központokat, abortuszról lebeszélő központokat akar létrehozni. Azt gondolom, ez egyetlen európai tagállamban sem engedhető meg, ezért kell ratifikálnunk az Isztambuli Egyezményt.

Ulrike Trebesius (ECR). – Herr Präsident! Eine erschreckend hohe Anzahl an Frauen gibt an, Opfer von häuslicher Gewalt geworden zu sein. Dazu kommen in den letzten Jahren mit dem Zustrom aus islamischen Kulturen noch ganz neue Formen der Gewalt, wie zum Beispiel die Beschneidung von Mädchen, Ehrenmorde, aber auch Mehrfachehen beziehungsweise Kinderehen – alles Formen von Gewalt und Unterdrückung, die in meinem Land eigentlich verboten sind und die trotzdem oft in Parallelgesellschaften für Frauen und Mädchen zum Alltag gehören. Dass dies bedrohlich für alle Frauen in Mitteleuropa ist, zeigen die jüngsten Gerichtsurteile aus Deutschland, die erschreckenderweise die kulturelle Prägung des männlichen Täters höher werten als die Rechte der Frauen. Aber dass eine vollkommen verfehlte Zuwanderungspolitik – insbesondere meines Landes – die Probleme für Frauen noch zusätzlich verschärft, ist schon tragisch.

Auf meinem heutigen Weg zum Flughafen in Hamburg fuhr ich durch mehrere Stadtteile, wo in einer großen Mehrzahl Frauen in Nikab und Burka unterwegs sind und junge Frauen im Minirock oder in Jeans quasi nicht zu sehen waren. Für mich ist das ein eindeutiges Zeichen, dass hier allen Repressalien entgegengewirkt werden muss. Aus diesen Gründen begrüße ich das Abkommen von Istanbul.

Marc Tarabella (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, d'abord félicitations aux deux corapporteuses, Mmes Revault D'Allonnes Bonnefoy et Corazza Bildt, pour leur excellent travail. Comme vous, toutes et tous, je reste consterné par ces situations dramatiques que vivent encore au quotidien de trop nombreuses femmes et leurs enfants.

Alors que nous prônons les droits humains, ils sont encore trop souvent refusés à ces femmes victimes de la violence domestique. Comment se fait-il qu'aujourd'hui encore, nous lisons qu'une femme sur vingt, entre 19 et 28 ans, a été violée en Europe, qu'une femme sur trois a été victime de violences physiques dans son jeune âge et en tant que jeune adulte? Il est impératif de réagir individuellement mais aussi ensemble afin de définir une stratégie commune permettant une protection égale de nos concitoyennes sur le territoire de l'Union européenne.

Ce qui me choque aujourd'hui, c'est notamment le comportement de certains de nos collègues très conservateurs de différents groupes politiques qui se retranchent derrière la subsidiarité pour rejeter ce texte, comportement qui est vraiment conservateur, coupable de ne pas progresser vers une situation meilleure que serait la ratification par tous les États membres de la convention d'Istanbul.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora commissaria, la violenza contro le donne purtroppo continua. I numeri sono impietosi: un terzo delle donne europeo ha subito atti di violenza fisica, e non solo, almeno una volta nella vita. In questo scenario la convenzione di Istanbul offre strumenti giuridici utili non solo a perseguire gli autori dei reati, ma anche a prevenire le violenze sulle donne e l'adesione dell'Unione alla convenzione è un segnale forte e unitario nei confronti delle tante, troppe donne vittime di violenza.

Mi auguro quindi che tutti gli Stati membri vogliano dare effettiva applicazione alla convenzione, come ad esempio ha fatto il mio paese, l'Italia, dove pochi giorni fa sono state approvate delle linee guida che prevedono strumenti preventivi di carattere educativo, programmi di protezione e di sostegno alle vittime e una più stretta collaborazione tra il ministero della Giustizia e i tribunali per punire i colpevoli.

Occorre, in tutti i paesi europei, una politica integrata contro ogni forma di violenza nei confronti delle donne, un fenomeno rispetto al quale di certo non ci si può voltare dall'altra parte.

Biljana Borzan (S&D). – Gospodine predsjedniče, cijeli proces ratifikacije Istanbulske konvencije traje predugo. Prošlo je već godinu i pol dana, a mi još uvijek raspravljamo. To je poražavajuće.

U EU-u sedam žena umre od posljedica nasilja svaki dan. Posebno me zabrinjavaju istraživanja koja pokazuju da je kod djece školske dobi nasilje postalo nešto prihvatljivo. Postalo je normalno djevojčicu ili djevojku verbalno ili fizički napasti ako se ne ponaša u skladu s očekivanjima okoline.

Žene se svakodnevno susreću s diskriminacijom i nasiljem, a posebno je teško ukoliko se radi o osobama s invaliditetom ili ako pripadaju LGBTI skupini.

Šokirana sam što neki i u ovakvom dokumentu, čija bi se važnost trebala podrazumijevati, traže način da zatiru rodnu ravnopravnost ili, štoviše, tvrde da ratifikacija Istanbulske konvencije ugrožava prava žena.

Podržavam ovo izvješće jer traži sveobuhvatnu ratifikaciju Konvencije, ali prije svega hitnu ratifikaciju.

Anna Hedh (S&D). – Herr talman! Istanbulkonventionen utgör en milstolpe i kampen mot mäns våld mot kvinnor. Dess utgångspunkt är att våld är ett uttryck för ojämlika maktförhållanden mellan kvinnor och män och slår fast att våld mot kvinnor är könsrelaterad på strukturell nivå. Nu är det väldigt viktigt att alla medlemsländer ratificerar Istanbulkonventionen, tar sitt ansvar och på allvar tacklar mäns våld mot kvinnor.

Konventioner som bara förblir vackra ord på papper hjälper ingen. Konventionen måste genomföras fullständigt. En väldigt viktig del i parlamentets text är att den fastslår att nekanden av tjänster med anknytning till sexuell och reproduktiv hälsa, inklusive säker och laglig abort, utgör en form av våld mot kvinnor och flickor.

Vad som dock förvånar mig är hur EPP nu försöker urholka texten. Det verkade enligt min åsikt finnas en samsyn om textens viktiga punkter på utskottsnivå. Jag är väldigt besviken på dig, Anna Maria Corazza Bildt, som är fördragande för EPP att du nu har tillåtit EPP att bryta ut skrivningar om HBTQ-personer, sexism och hatbrott. Hemåt låter du påskina något helt annat. Jag undrar om EPP verkligen vill bekämpa könsbaserat våld.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), fråga ("blått kort"). – Jag vill vända mig till min kära kollega Anna Hedh. Jag tillhör EPP och ville driva det här betänkandet. Det är jag som bad kommissionär Jourová i hennes utfrågning 2014 att lägga fram förslag för att EU skulle ha tillgång till Istanbulkonventionen.

Betänkandet har inte gått till omröstning än, så jag förstår inte hur du kan angripa EPP-medlemmarna om du inte vet hur de ska rösta. Det handlar om att bekämpa och förbygga våld mot kvinnor och våld i nära relationer och om att skydda offer. Det är vad betänkandet handlar om. Vi är enade i EPP om att stödja betänkandet med nolltoleranspolicy.

Anna Hedh (S&D), svar ("blått kort"). – Det är många – väldigt många – som har efterfrågat ett arbete från EU mot mäns våld mot kvinnor i flera år. Det jag lyfter fram är att jag är besviken på att få höra att EPP nu vill lyfta ut många viktiga saker som vi kommit överens på utskottsnivå. Det gör mig orolig att vi börjar bryta ut saker nu när vi fått fram ett bra dokument. Det är det jag är besviken på, dvs. att EPP nu hotar med att göra det.

Zgłoszenia z sali

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, Evropský parlament se bude průběžně vyjadřovat k přistoupení Evropské unie k Úmluvě Rady Evropy o prevenci a potírání násilí na ženách a domácího násilí. Násilí je smutná realita a nevyhýbá se ani tak kulturně vyspělé společnosti, jako je ta evropská. A my bychom neměli strkat hlavy do písku před tímto jevem.

Podporuji návrh Rady, která navrhuje, aby se Evropská unie připojila k úmluvě v oblastech, které Evropské unii přísluší, například v oblasti azylu či soudní spolupráce. Evropská unie by členských státům měla pomáhat v boji proti násilí na ženách formami, které mohou být v členských státech úspěšně realizovány a mohou se lišit. Česká republika má například zákon na ochranu proti domácímu násilí z roku 2006, kdy úmluva ještě ani neexistovala. Souhlasím s kolegyní Corazzaovou Bildtovou, že skupina Evropské lidové strany je pro nulovou toleranci násilí na ženách.

Kolegyně a kolegové, podle toho, jak budeme hlasovat o pozměňovacích návrzích, se připojím k návrhu zprávy.

Olga Sehnalová (S&D). – Pane předsedající, tématu domácího násilí a násilí na ženách se zde věnujeme opakovaně. Nějakou formu násilí zažila v Evropské unii každá třetí žena. Zvláště závažné a odsouzeníhodné je, že oběťmi domácího fyzického nebo psychického násilí se stává až osmdesát procent žen se zdravotním postižením, které mají podstatně menší schopnost se útočníkovi bránit. Stále přitom zůstává potrestáno pouze malé procento pachatelů, protože oběti se často nemohou nebo nechtějí obrátit na policii. I to je součástí problému.

Jediným právně závazným mezinárodním nástrojem k prevenci a potírání násilí vůči ženám je Istanbulská úmluva. Zavazuje státy k tomu, aby pracovaly na prevenci násilí, ochraně jeho obětí a stíhání pachatelů, a navrhuje k tomu i konkrétní kroky. Je dobře, že Rada i všechny členské státy Evropské unie již úmluvu podepsaly. Teď je ale důležité, aby naše odhodlání neskončilo pouze u tohoto podpisu. Před námi je skutečně dlouhá cesta.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, συζητούμε σήμερα το κορυφαίο γεγονός της ενδοοικογενειακής βίας και της βίας κατά των γυναικών. Μάλιστα, στις 23 Νοεμβρίου 2016 είχα την ευκαιρία να μιλήσω εδώ, στο Στρασβούργο στην ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, για την προσχώρηση της Ευρωπαϊκής Ένωσης στη Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης. Και όλα αυτά σε μια φάση που η οικονομική κρίση, η φτώχεια και η ανεργία αποτελούν λίπασμα για την ανάπτυξη της ενδοοικογενειακής βίας στην Ευρώπη. Ταυτόχρονα, η σεξουαλική παρενόχληση, ο βιασμός, αλλά και ο ακρωτηριασμός των γεννητικών οργάνων ελέω Σαρίας συνεχίζονται ακόμη πιο έντονα, οδηγώντας σε σοβαρή παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Θεωρώ ότι η προσχώρηση της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην υπό συζήτηση στη Σύμβαση του Συμβουλίου της Ευρώπης θα συμβάλει αποφασιστικά στην προστασία των ανηλίκων και των γυναικών από κάθε μορφή βίας και θα οδηγήσει και στην ποινική δίωξη των θυτών. Ταυτόχρονα όμως, η Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης δεν θα πρέπει να αξιοποιηθεί ως μηχανισμός παραμονής και μη επαναπροώθησης των παρανόμων μεταναστών, καθώς και ως μηχανισμός νομιμοποίησης της μουσουλμανοποίησης στην Ευρώπη.

Gesine Meissner (ALDE). – Herr Präsident! Ich möchte mich auch ganz herzlich bedanken bei der Kommissarin und bei den beiden Berichterstatterinnen. Es ist wirklich ganz wichtig, dass jetzt die Istanbul-Konvention von der EU auch mit unterstützt wird. Alle Mitgliedstaaten sollten nicht nur unterschreiben, sondern auch ratifizieren. Das ist schon gesagt worden. Und es ist auch wieder richtig, was gesagt worden ist, dass allein die Unterschrift und auch die Ratifizierung noch nicht die Gewalt gegen Frauen aus der Welt nimmt. Aber wir müssen etwas tun in allen Bereichen.

Gesagt wurde auch, dass das bei uns in Europa angeblich eben erst eine Rolle spielt, seit wir die Flüchtlinge haben. Das ist vollkommen falsch, das gab es immer. Aber durch die Flüchtlinge haben wir eine besondere Gruppe von besonders verwundbaren Frauen, nämlich die Flüchtlingsfrauen. Ich finde es darum sehr gut, dass schon die maltesische Ratspräsidentschaft sich um die Gewaltprävention und um Schwangerschaften gekümmert hat. In Deutschland haben wir ein Projekt von Gewaltprävention für geflüchtete Frauen und Kinder und Migrantinnen, das wird von der Bundesregierung unterstützt. Da geht es nämlich auch darum, die Männer mit heranzuziehen – die Männer, die diese Gewalt ausüben – und zu versuchen, sie entsprechend zu schulen, dass sie das lassen sollen. Also kein kultureller Schutzmantel über die Männer, wie das die Kollegin gesagt hatte. Und das ist gut so.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhor Presidente, saudamos a ratificação da Convenção de Istambul mas, Sra. Comissária, pensamos que a União Europeia deve passar das palavras às ações.

Nós, as mulheres, queremos-nos vivas, queremos viver uma vida sem violência, por isso aguardamos sem perda de tempo uma diretiva europeia para reforçar a luta e o combate contra a violência machista.

Pedimos aos Estados-Membros que avaliem em profundidade a aplicação das leis para ver o que não funciona. Parece-nos imprescindível que todas as pessoas que têm de implementar a legislação contra a violência de género tenham formação em matéria de género. É a única forma de o machismo não se colar também à implementação das leis.

Queremos que se garanta que casos como o de Joana Rivas não aconteçam nunca mais e que nenhuma mulher tenha que enfrentar a prisão por não querer entregar os seus filhos, as suas filhas, aos pais agressores.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, najoštrije osuđujem nasilje nad ženama, smatram ga u potpunosti neprihvatljivim i pozivam da se instrumenti za borbu protiv nasilja nad ženama dosljednije primjenjuju.

Istanbulska konvencija u mnogim svojim dijelovima oštro krši načelo supsidijarnosti ne donoseći istovremeno učinkovit i inovativan instrument za borbu protiv nasilja.

To je prvi međunarodni ugovor Vijeća Europe u čijem sastavljanju nisu sudjelovale države članice. Polovica država članica Europske unije nije ratificirala Konvenciju i morali bismo se pitati zašto je tome tako.

Definicija roda kako stoji u ovoj konvenciji pretpostavlja da se čovjek ne rađa kao muško ili žensko, već da je njegov „rod“ stvar njegova osobnog izbora. To je u suprotnosti s Rimskim statutom Međunarodnog kaznenog suda koji kaže da se rod odnosi na dva spola – muški i ženski – što je do danas jedina međunarodna pravno obvezujuća definicija.

Nasilje nad ženama možemo suzbiti primjerenim odgojem u obiteljima, obrazovanjem u školama i poduzimanjem konkretnih mjera u državama članicama, a ne uvođenjem novih ideologija.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr, először is szeretném kiemelni, hogy mélyen egyetértek a Bizottság azon javaslatával, amely szerint az EU-nak csatlakoznia kellene az Isztambuli Egyezményhez. Az időközi jelentés helyesen arra kéri a tagállamokat, hogy ratifikálják ezt az egyezményt, amit már valamennyi tagállam aláírt, de csak 14 ratifikálta azt. Sajnálatos módon hazám, Magyarország sem tette még ezt meg, mivel a kormány megannyi magyar parlamenti kezdeményezés dacára nem tűzi napirendre ezt a kérdést. Tehát, többet kell tennünk. Az EU-ban évek óta ezernél is több nőt ver halálra a férje, élettársa vagy valamelyik rokona. És ez csak a családon belüli erőszak száma, ami több mint – döbbenetes, de muszáj mondanom – több mint az ugyancsak borzalmas terrorizmus áldozatainak a száma. Végezetül legyen – és Biztos Asszony, Önhez fordulok – ennek a mai vitának világos a fő üzenete: legyen zero tolerancia a nők elleni erőszakkal kapcsolatban, legyen ez az első lépés ezen az úton, és hogy személy szerint én még tovább is mennék, legyen zero tolerancia a nők, a gyermekek és az idősek elleni erőszakkal kapcsolatban. Végezetül egy személyes mondat: örömömre szolgál, hogy ezt a beszédemet imádott feleségem, Xénia születésnapján mondhattam el.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, obitelj je temelj društva. Nažalost, u nekim se slučajevima obiteljski dom iz utočišta pretvori u tamnicu. Žrtvama obiteljskog nasilja, neovisno o spolu ili dobi, moramo jamčiti pomoć i sigurnost. Kao policijska službenica intervenirala sam kod nasilja u obitelji i zagovarala nultu stopu tolerancije.

Isto vrijedi i za nasilje nad ženama. Žena mora imati pravo izabrati kad će i s kim stupiti u spolni odnos te kako će se zaštititi. Dok odlučuje samo o svom tijelu, a ne i o životima drugih, žena treba imati punu kontrolu nad svojim odlukama.

Sve ostalo u izvješću – od zagovaranja pobačaja, promoviranja rodne ideologije do nametanja političke korektnosti – ne služi prevenciji i sankcioniranju nasilja, nego širenju liberalne agende i ušutkivanju onih koji se ne slažu.

Ideologija kojoj je glavni cilj rušenje tradicionalnog kršćanskog društva ne može imati moju podršku, a nadam se ni podršku Vlade Republike Hrvatske.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señor presidente, la violencia contra las mujeres constituye una forma brutal de discriminación y una violación de los derechos humanos que se produce en todos los países de Europa.

Una de cada tres mujeres en la Unión Europea ha sido víctima de violencia física o sexual desde los quince años; una de cada veinte mujeres ha sido violada; más de la mitad de las mujeres han sufrido acoso sexual; una de cada tres mujeres ha sufrido abuso psicológico por parte de su pareja; una de cada tres mujeres ha sufrido violencia física o sexual por un adulto durante la infancia. Y las que peor suerte han tenido han sido asesinadas, en muchos casos junto a sus hijos.

En el nombre de todas ellas, de las víctimas, felicito a la comisaria, a mi colega Anna Maria y a todas las que hemos trabajado para conseguir la adhesión de la UE al Convenio de Estambul, un eficaz instrumento para prevenir la violencia, para proteger a las víctimas y para enjuiciar a los agresores; un gran paso de los muchos más que tenemos que seguir dando a nivel nacional y europeo y darlo todas unidas.

Me gustaría decirle a la colega que, con motivo de este informe, se quejó de los diputados del PP que —como ha dicho Anna Maria— no sabe que hay muchas diputadas en esta Cámara del Partido Popular como yo, como Anna, como Barbara, que llevamos muchísimos años trabajando aquí por la defensa de las mujeres y no permito que se ponga en duda ni a mi partido ni a nosotras.

Julie Ward (S&D). – Mr President, after years of talking and endless calls for the EU to accede to the Istanbul Convention, I am very glad the time has finally come. However, beyond tomorrow's vote, we must call for the Convention to be implemented in full and without reservations and also call for all EU Member States to do the same, including my own country, the UK, which has been dragging its heels.

It is, colleagues, more urgent than ever to tackle gender-based violence. Sadly, we have seen a recent wave of attacks, intimidation and harassment of women in politics and in the public sphere, from the tragic murder of Labour MP Jo Cox in the UK last year to the torrents of online abuse against women in public life that have now become routine. We must address the root cause of violence against women and girls and that is the culture of misogyny, sexism and objectification which, frankly, allows violence to prevail.

We must follow up the ratification with an ambitious European-wide strategy on gender-based violence and encourage sex- and relationship-education for mutual, respectful relationships.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie i Panowie! Dzisiejsza debata na temat ratyfikacji konwencji stambulskiej była ważna, bo pokazała intencje i możliwe konsekwencje, jakie ta – mam nadzieję, że do niej nie dojdzie – ratyfikacja może przynieść. Wnioskodawca ratyfikacji, pani poseł Revault d'Allonnes Bonnefoy, mówiła wprost o tym, że to ochrona życia przed urodzeniem, zakaz tak zwanej aborcji, jest formą przemocy, którą ta konwencja powinna zwalczać. To samo mówił poseł Peter Niedermüller, który był bardziej konkretny, dlatego że powiedział wprost, że ma nadzieję, że ta konwencja będzie narzędziem do presji na jego własne państwo, żeby nie chroniło życia przed urodzeniem. W tym kontekście ja chcę zwrócić się do pani komisarz Jourovej o złożenie tutaj jasnej deklaracji szacunku dla państw, które w swoim prawodawstwie chronią życie przed urodzeniem. Mamy do tego prawo na mocy traktatów i taka deklaracja powinna dzisiaj tutaj paść.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il 74% dei cittadini europei pensa che la violenza di genere sia un fenomeno comune nel proprio paese. Nell'Unione europea circa il 25% delle donne ha subito violenza fisica o sessuale. Più di un europeo su quattro ritiene che un rapporto sessuale non consensuale sia giustificabile.

La situazione, dunque, è molto grave. Eppure oggi esistono diverse politiche nazionali di contrasto alla violenza sulle donne, esistono strumenti giuridici singoli e, dopo la ratifica della convenzione di Istanbul, abbiamo a disposizione uno strumento fondamentale per prevenire e contrastare tutte le forme di violenza contro le donne, indipendentemente dalla loro età e da tutte le altre forme di categorizzazione. Vanno stanziati adeguati fondi per mettere in atto i più efficaci sistemi di protezione dalla violenza per le donne, soprattutto per le ragazze.

Ora più che mai c'è bisogno di concretezza. Senza indugio, quindi, si deve provvedere al trasferimento dei principi della convenzione all'interno delle apposite normative nazionali e al reperimento dei mezzi finanziari per renderle effettive.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, every time we speak here about discrimination and violence against women I have a strong feeling that we can never do enough. But we have to continue what we are doing and I am convinced that the accession of the EU to the Istanbul Convention is an important step forward.

This is the way that we can better join forces – the EU and the Member States – to come up with a truly efficient and balanced mixture of preventative measures and repressive measures. I want to emphasise that yes, we have to speak also about repression because we speak about crime, we speak about the need to come with an efficient response from the side of the law enforcement authorities in the Member States and to better protect women and children.

The Istanbul Convention and accession to the Convention will give us, among many other new things and opportunities, a better way of collecting data and of analysing the root causes of violence against women. Through that we will be able to better understand the role played by women's economic dependence and this will encourage us to do more in this respect.

What is the impact of the passivity of our society? We see that part of our society thinks that it is normal to beat women, that domestic violence is something we cannot eliminate, that violence against women is something that the victims in many cases deserve. This is unacceptable and we have to convince all our society that this is not normal.

We will understand better how to assess the influence of alcohol because this is not discussed very often but we see that this is also a big issue. We will understand better how to encourage the victims to go and report to the police, how to get them to trust more the institutions which have been established and which are in the EU to help the victims, because still we see that only about 15-20% of the victims report such violence. We will understand better how to achieve better law enforcement, and here again I speak about criminal law in the Member States.

We have to better understand and come up with appropriate action to address violence stemming from bad traditions and so-called culture, which was also discussed here. No culture can be the excuse for violence against women and children.

We should do much more to explain to young boys and girls that this is not normal to accept violence, that it is not normal that their fathers beat their mothers, in many cases.

We will understand better and we will be better able to measure the trend, because you see that in European society violence is on the rise in general, and we see this trend online. We see the rise of violence against women and bullying and sexual harassment. We see this trend and we need to be able to better measure and to come up with the proper reaction.

I strongly disagree that this is an ideological issue. I cannot understand how somebody can look at it from this point of view because violence is a crime, unacceptable according to the law. Murdered women are often victims of sexually-motivated crime. What is ideological about our effort to eliminate this from Europe?

I must say in reaction to what Mr Niedermüller said, yes, I am worried about the development in some Member States which are looking at Russia as an example of the way forward. In Russia there is a law which says that the first blow in domestic violence does not count. This is not the way the EU should go in the 21st century.

Very often when I speak about how to combat violence against women I have in my speeches the horrifying figure of how much it costs. Some of you mentioned EUR 230 million a year. I am always embarrassed to mention this figure because this is not about the money, this is about the life and health of women and children.

Ladies and gentlemen, I can confirm today that I shall remain fully committed to keeping you informed on our progress in this endeavour, but also to sharing the state and results of our on-going actions, including the achievements and experiences from the still-unfolding year of focus actions on fighting violence against women.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy, rapporteure. – Monsieur le Président, tout d'abord mes premiers remerciements iront à Anna Maria Corazza Bildt pour cette coopération réussie. Il était très utile que les deux commissions FEMM et LIBE s'associent pour l'aboutissement de ce rapport exigeant. Je remercie également l'ensemble des rapporteurs fictifs pour leur travail. Nous avons, à nous tous, abouti à un texte ambitieux à la hauteur de l'enjeu.

C'est un dossier fondamental qui aura un impact direct sur la vie de millions de femmes, la moitié de notre population. Dans ce climat de défiance, ce rapport prouve que l'Union européenne protège ses citoyens. Je vous remercie également, Madame la Commissaire, pour votre engagement robuste et clair et je demande aussi à l'Estonie d'accélérer la ratification de la convention d'Istanbul par l'Union, sous sa Présidence.

Il y a néanmoins encore beaucoup de chemin à parcourir, à commencer par le postulat que rien n'excuse les violences faites aux femmes et utiliser telle ou telle religion pour détourner l'attention des causes réelles de ce fléau est tout simplement scandaleux.

L'engagement de l'Union européenne dans cette convention d'Istanbul est une valeur ajoutée indéniable et doit jouer un rôle de coordination essentiel. L'égalité entre les femmes et les hommes et le respect de l'état de droit font partie de nos principes fondamentaux. Le combat va continuer à tous les niveaux, et cela a été dit par beaucoup des intervenants. Il est très important que l'ensemble des États de l'Union ratifient cette convention.

Et au-delà – et je le répète –, je suis convaincue qu'un acte législatif sur la prévention et la lutte contre les violences envers les femmes est la prochaine étape incontournable. Une directive fournirait des définitions communes au niveau européen des crimes perpétrés envers les femmes et permettrait de renforcer la mise en application de la convention et de traduire en mesures concrètes ces dispositions qui relèvent des compétences de l'Union.

Anna Maria Corazza Bildt, *rapporteur*. – Mr President, I am really glad that we have actually reached a broad consensus across political groups. I thank Christine and all the other shadow rapporteurs. Together we are saying: stop violence against women. We share this common goal: this report is about achieving and increasing more, stronger tools. Our report is a wake-up call to the Member States to do more. The time has come to move from words to action.

Member States have to overcome their reservations and speed up the EU's accession and ensure a broader scope, not only in terms of cooperation in justice and criminal law, asylum and *non-refoulement*. Some points raised by colleagues: cooperation in criminal law is an EU competence foreseen by the Lisbon Treaty. We already have tools at EU level to deal with serious crimes, trafficking, sexual abuse, protection of victims, and recently even the directive to combat terrorism. I would like to join the call to the Commission to propose a legislative act on violence against women as a way to strengthen our capabilities.

I also understand, colleagues, the concerns and the controversy surrounding the word 'gender'. You know how much, throughout the process, I reached out with genuine goodwill to clarify, bridge the gap and leave no misunderstanding. A definition of gender-based violence, in the Commission, according to the Council of Europe, is 'violence done to a woman or a girl, just because she is a woman or a girl.' It is not an ideology; it has no hidden agenda; there is definitely nothing against Christian or family values. I do ask the Commission again to clarify, together with the Council of Europe, this misleading interpretation and engage in dialogue with the Member States on the issues that prevent the full ratification and implementation. And I fully support the work of the Council of Europe GREVIO, but they should speed it up.

My last point, Mr President, raised by colleagues, is the issue of migrants also having rights and duties, and having to respect our laws, and religious culture never being an excuse to oppress women. Respect for women should become a social norm, but we can never stigmatise migrants for violence in Europe. Women and girls on the move are actually victims of violence – the slavery of our time. Let us, colleagues, have a special focus on children and continue to put pressure on the Member States. The European Parliament and the EPP will continue to commit to zero tolerance against violence against women, and to keep it at the top of the EU agenda.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 12 września 2017 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – 'Fighting violence against women' should no longer remain a phrase, but it should be acted upon. Now we have the tools to do so. The Istanbul Convention has the potential to bring about the change in mentality that we need to effectively fight violence against women. Violence against women is not female genital mutilation alone. It is not forced marriage only. It is domestic violence. It is sexual abuse. It is rape. It is emotional violence. It is also what some would not even consider: cyber-harassment, which unfortunately is still belittled as 'not serious enough.' This attitude completely ignores the scars left by this kind of harassment. This is also an issue of gender equality. We need legislation and policies that promote equality across the board. We need to publicly debate the topic. We have to stress that harassing, attacking or hitting women is not manly and it is definitely not acceptable.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Pentru a crește eficiența și coerența politicilor de combatere și prevenire a violențelor împotriva femeilor în Europa, precum și a violenței pe criterii de gen, este necesară ratificarea Convenției de la Istanbul de către Uniunea Europeană.

Astfel, se va asigura o mai bună aplicare a legislației Uniunii, a programelor și fondurilor UE aprobate în acest sens, se va contribui la realizarea unor obiective precum egalitatea de gen, combaterea antisemitismului, sănătate publică, dar și a celui de creștere economică. Pentru transpunerea în practică a obiectivelor propuse susțin numirea unui coordonator al Uniunii Europene ca reprezentant al acesteia în Comitetul Părților din cadrul Consiliului Europei, precum și înființarea unui Observator al violenței de gen, după modelul actual al Institutului European pentru Egalitate de Gen.

De asemenea, este necesară promovarea bugetării de gen ca instrument de combatere și prevenire a violenței de gen, precum și asigurarea resurselor și finanțării pentru acces la justiție pentru victime.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – The European Parliament is sending an important message to the world by supporting the EU's accession to the Istanbul Convention – the first legally binding instrument to prevent and combat violence against women on an international level. Women and girls have a right to live free from violence and the threat of violence. The Istanbul Convention provides a framework to raise standards and improve protections, and will make a huge difference to the lives of so many. I represent Wales, where figures show that reported domestic violence increased by at least 23% between 2013 and 2015. Estimates by the Welsh Government in 2014 show that domestic abuse affects 11% of women each year in Wales. The situation requires urgent action and I urge the Estonian Presidency of the EU to facilitate ratification without delay.

María Teresa Giménez Barbat (ALDE), *por escrito*. – Las últimas décadas evidencian un cambio sustantivo en las actitudes sociales tradicionales sobre la violencia ejercida contra las mujeres con el fin de coaccionar su libertad, y la Convención de Estambul representa una manifestación legal de esta revolución por los derechos. Me preocupa, sin embargo, que este planteamiento, que cuenta con un consenso político tan amplio, siga subestimando la violencia doméstica dirigida contra los hombres y los chicos. El reconocimiento tímido que hallamos en el preámbulo de la Convención de que «los hombres también pueden ser víctimas de violencia doméstica» no se desarrolla en los documentos e iniciativas. Esto contrasta con los hallazgos de los estudios científicos, algunos financiados por la Unión Europea – como el proyecto DOVE– que muestran una proporción similar por sexo de víctimas y perpetradores en abusos domésticos. También me preocupa que el informe provisional omita o no subraye adecuadamente la violencia doméstica dirigida contra los chicos, refiriéndose por tres veces a «mujeres y niñas» en ámbitos donde también encontramos rutinariamente víctimas masculinas.

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυονίδη (PPE), *γραφώς*. – Η βία κατά των γυναικών δυστυχώς ακόμα δεν έχει εκλείψει από τις κοινωνίες μας. Τα στοιχεία μιλούν από μόνα τους, καθώς το ένα τρίτο του συνόλου των γυναικών στην Ευρώπη έχει υποστεί σωματική ή σεξουαλική βία τουλάχιστον μια φορά στην ενήλικη ζωή τους, το 20% έχει υποστεί παρενόχληση μέσω διαδικτύου, μία στις είκοσι γυναίκες έχει πέσει θύμα βιασμού και ποσοστό μεγαλύτερο από το ένα δέκατο έχει υποστεί σεξουαλική βία με χρήση σωματικής βίας. Η Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης ακολουθεί συνολική και στοχευμένη προσέγγιση για την αντιμετώπιση της βίας κατά των γυναικών, που συνιστά παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και ακραία μορφή διάκρισης. Θέτει στο επίκεντρο τα ζητήματα βίας κατά των γυναικών και των κοριτσιών, συμπεριλαμβανομένης της ενδοοικογενειακής βίας, ενώ παράλληλα προάγει τα δικαιώματα των θυμάτων. Η προσχώρηση της ΕΕ στη Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης εξασφαλίζει ένα συνεκτικό ευρωπαϊκό νομοθετικό πλαίσιο για την πρόληψη και καταπολέμηση της βίας κατά των γυναικών, ωστόσο δεν αποτελεί πανάκεια, καθώς δεν απαλλάσσει τα κράτη μέλη από την υποχρέωση να κυρώσουν τη Σύμβαση σε εθνικό επίπεδο. Θα πρέπει άμεσα να αποτάξουμε κάθε μορφή έμφυλης βίας, αλλιώς οι κοινωνίες μας θα έχουν αποτύχει να εκπληρώσουν το ύψιστο καθήκον τους, που είναι η προστασία των πολιτών και των δικαιωμάτων τους.

Tadeusz Zwiefka (PPE), *na piśmie*. – Konwencja Rady Europy o zapobieganiu i zwalczaniu przemocy wobec kobiet i przemocy domowej (zwana konwencją stambulską) rodzi w różnych społecznościach wiele kontrowersji. Przestańmy jednak przypisywać poszczególnym artykułom konwencji podteksty ideologiczne. Kobiety mają prawo do wyboru takiego życia, jakiego chcą, nie powinny być przez to stygmatyzowane, wytykane i obrażane. Mają prawo do decydowania o swoim cielem i swojej przyszłości. Każdy od razu przyzna, że jest przeciwko przemocy wobec kogokolwiek, jednak pewne stereotypy wciąż determinują życie kobiet, wtłaczając je w ustalone odgórnie role społeczne. Przemocy fizycznej, psychicznej czy ekonomicznej wobec kobiet nie można przemilczać. Pomoc ofiarom przestępstw na tle seksualnym, ściganie sprawców oraz edukacja i działania przeciwdziałające przemocy, to kompleksowe rozwiązania, które daje konwencja i które zostały uznane na forum ONZ jako złote zasady polityki antyprzemocowej.

Dlatego popieram przystąpienie Unii Europejskiej do zapisów konwencji, które dotyczą jej kompetencji, czyli współpracy w dziedzinie wymiaru sprawiedliwości i azylu. Mam też nadzieję, że państwa, które już zadeklarowały lub ratyfikowały konwencję, jak na przykład Polska, nie wycofają – pod wpływem różnych ideologii – swego poparcia dla tego tekstu i będą jego treść wdrażać w życie.

20. Emissionshandelssystem der EU (EU-EHS): Aufrechterhaltung der derzeitigen Einschränkung der Anwendung auf Luftverkehrstätigkeiten und Vorbereitung der Umsetzung eines globalen marktbasierten Mechanismus ab 2021 (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Julie Girling w imieniu Komisji Ochrony Środowiska Naturalnego, Zdrowia Publicznego i Bezpieczeństwa Żywności w sprawie unijnego systemu handlu uprawnieniami do emisji (EU ETS): kontynuowanie obecnego ograniczenia zakresu działalności lotniczej i przygotowanie do wdrożenia globalnego środka rynkowego od 2021 r. (COM(2017)0054 - C8-0028/2017 - 2017/0017(COD)) (A8-0258/2017).

Julie Girling, rapporteur. – Mr President, aviation accounts for approximately 2.1% of global CO₂ emissions. In the EU, direct CO₂ emissions from aviation account for approximately 3% of the total. With the anticipated growth in air traffic, emissions in 2050 are expected to be seven to ten times higher than in 1990. This is according to the International Civil Aviation Organization (ICAO) and their projections. Clearly such a growth necessitates a policy response. In this Parliament we have taken the view that we must reduce the carbon impact of the growth in air travel. We all know the history of how we arrived where we are with 'stop the clock', so I do not intend to expand on that, but I do want to emphasise Parliament's commitment to working with ICAO to find a mutually acceptable position.

To this end, during 2016, I led three separate delegations from Parliament to ICAO in Montreal. This represents an unprecedented level of commitment from the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety and we were very pleased to see an agreement in October 2016 to establish an offsetting system to deliver carbon neutral growth in the aviation sector. As a consequence, the Commission was required to adopt a proposal for a regulation amending the 2003 Emissions Trading System (ETS) Directive with respect to aviation and this was presented earlier this year.

Since then we have moved at a fast pace in Parliament with a view to reaching an agreement between co-legislators before the end of this year. Under the EU ETS aviation provisions – they have never applied in their original international scope due to legal challenges by third countries on the applicability of EU legislation to their airlines – only intra-EEA flights are fully covered.

In its proposal, the Commission extends this derogation beyond 2017 and there is clarity about the new ICAO offsetting scheme and how it should apply to international flights when it enters into force in 2021. Moreover, the Commission text includes a review clause requiring it to report to Parliament and the Council on relevant developments in ICAO's work and, if appropriate, propose to amend, delete or extend the derogation.

In my report I fully support the Commission's approach, namely that we await progress on the global market-based measure (the GMBM). It is untrue and misleading to imply that my report does not take this position. As the rapporteur, I have proposed to augment the original proposal by adding a time limit on the latest derogation, aligned to fit with ICAO's own decision-making deadlines. This reflects legitimate concern over the GMBM and whether it will deliver on its commitment to ensure carbon neutral growth from 2020.

At present, based on the current negotiations within ICAO – and they are very current and going on as we speak – progress on the offsetting provisions has been painfully slow, with some parties – and I mention China in particular – now objecting to ICAO's role in setting the rules for the GMBM.

I believe it would be remiss to make a decision on the future of the ETS in support of a GMBM that is, for the time being at least, vague and imprecise in its framework. A time-limited derogation is therefore required to maintain political pressure on the Council, and indeed the Commission, to develop a long-term regulatory solution. We must learn from the issues encountered with previous iterations of the legislation and provide the sector with much needed investor certainty as soon as work is completed on the GMBM's reporting provisions on the transparency and the environmental integrity of the offset registry.

The Environment Committee's report also provides for the designation of revenues generated by auctioned allowances to climate finance, aircraft design and fuel-efficient technologies, plus a schedule for the Commission's review report and what it needs to include as a minimum, as well as stressing the need for enhanced transparency of ICAO's work in preparing and implementing the scheme. The report carries over amendments pertinent to the aviation sector in the wider ETS Phase IV proposal, including an increase in the number of auctioned allowances, provisions already voted on in this House.

For all these reasons, I think it is vital that Parliament pursue the time limit on the derogation. Details of the scheme from ICAO are not well enough advanced to be able to say with any certainty that they will be exactly as we currently see them. ICAO is a large international organisation with almost 200 member states and their internal negotiations are not yet complete. I do not believe that Parliament should be complicit in undermining our own negotiating position and recommend that we vote accordingly.

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, it is a pleasure to be here today and to take part in your deliberations on the proposal on the European Union emissions trading system for aviation. I appreciate the hard work of the rapporteur Ms Girling on this proposal and would like to thank her for her efforts. I would also like to thank the shadow rapporteurs for their valuable contributions and their support for a swift and a smooth process.

Aviation greenhouse gas emissions are growing sharply and clearly have the potential to put at risk the achievement of the climate targets we committed to in Paris two years ago if they are not adequately addressed. The European Union has taken the lead in addressing these emissions by covering them under its Emissions Trading System and is also working hard at the International Civil Aviation Organization (ICAO) for effective global measures. Precisely, this Commission proposal we are debating today follows the adoption by the ICAO Assembly in October last year of a resolution on the so-called CORSIA (Carbon Offsetting and Reduction Scheme), a global measure to offset aviation emissions beyond 2020 levels after many years of efforts and following up on the Paris Agreement sealed a year before.

As we already recognised, this was an important and welcome first development to address aviation emissions globally, despite being below the European Union ambition. We must acknowledge, however, that a lot of work is still needed to make CORSIA operational by 2021, namely, agreeing the CORSIA rule book in the form of standards and recommended practices presently under negotiation in Montreal and then the adoption of national measures for its concrete implementation.

The Commission proposal duly takes this dynamic context into account. First, to facilitate the operationalisation of CORSIA, it maintains the intra-EEA scope for aviation from 2017 onwards. On the other hand, the proposal foresees a new review once there is more clarity as regards international developments for the operationalisation of the global scheme, namely, ICAO rules and how they will be implemented. And finally, it contains an empowerment to adopt delegated acts on monitoring, reporting and verification of emissions in order that the European Union is ready to implement CORSIA in that regard.

I want to remind you all of the imperative need for swift progress on this file, paving the way for a final text before the end of the year. If the amendment to the Directive does not enter into force by early 2018, the full scope, covering all flights to and from third countries, will kick off again, and this situation will be problematic.

I would like to underline as well that, in our view, extension of the intra-EEA scope, combined with a review, will allow the European Union to rightly deal with the situation we will face in the coming years. On the one hand, we need to facilitate international developments and get ready to implement CORSIA. On the other hand, we will have to discuss the future rules for the European Union ETS in a context where CORSIA becomes a reality.

I am glad to see that the report you are voting on today shares this basic approach of continuing the intra-EEA scope, to then undertake a new review once there is more clarity on international developments. Let me, however, provide some comments on two key aspects of the rapporteur's final proposal which raise some concerns on our side.

First, I would like to warn against an automatic return to the full scope right after 2020 in the absence of a new review. That threat could create difficulties with third countries which are now positively involved in ICAO negotiations and are a priori committed to CORSIA implementation. Let's face it. ICAO has been given little time to complete the negotiation process and it will need to be followed by domestic implemented measures.

We in the European Union are well equipped since it will have to take place through the ETS, but others have much more to develop domestically. So one cannot exclude some delay in the operationalisation, but this would not by itself be enough in our view to trigger an automatic return to full scope and thereby lose years of efforts in the ICAO.

In addition, the automatic snap-back to full scope as soon as in 2021 would put the European Union in a difficult and time-constrained situation again when we undertake the necessary review, making it more difficult to duly take into account and discuss all the intricacies of the post-2020 period.

Even in the best case scenario, let us remember that compliance with the so-called 'pilot phase' obligations will only happen in 2024, at least if all goes as planned and there are no delays. We may need, therefore, some time to have a clear picture of how CORSIA performs and delivers. We have to bear in mind as well that in the context of the future review we can always decide to go back to a wider scope or cover certain routes to third countries in the light of the international situation at that moment. But this is something that would deserve appropriate analysis and decision at the right time once we know whether and how CORSIA is implemented.

My second comment is on the rules for the period up to 2020. We understand the willingness to strengthen the system and bring it closer to the regime for stationary installations. That said, our view is that these aspects should be addressed in the next review, taking due account of the need for aviation to contribute its fair share at European Union level. Anticipating this now could be premature. In that context, we welcome the amendments aiming at better framing the review. We believe that this is the right way of addressing some of the concerns over the future regime.

The Commissioner is encouraged by the quick progress achieved on this file and is confident that an agreement on this proposal could be reached this year. I look forward to continuing to work with you on the ETS aviation proposal and bringing it to a successful conclusion.

Werner Langen, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie*. – Herr Präsident! Der Industrieausschuss hat sich mit dem Thema befasst und unterstützt weitgehend die Haltung der Kommission. Wir haben einige Änderungsanträge eingebracht, aber den wesentlichen Punkt, dass wir Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der europäischen Luftfahrt verhindern wollen und deshalb auf internationale Vereinbarungen setzen, unterstützen wir voll und ganz. Wir sind auch dagegen, dass 2020 — falls die Verhandlungen nicht ausreichend schnell vorankommen — das alte System wieder in Kraft tritt. Insofern unterstützt der Industrieausschuss die grobe Linie.

Wir wollen allerdings auch sicherstellen, dass die Kommission bei der Umsetzung der weiteren Rechtsvorschriften nicht einfach einen delegierten Rechtsakt erlässt, sondern, dass das Parlament weiterhin voll und ganz beteiligt wird, um die Einzelheiten vorzuschlagen. Und wir wollen prüfen, ob im Falle des Scheiterns neben dem europäischen System möglicherweise auch CORSIA gleichzeitig in Kraft treten kann. Das ist ein Versuch, ich weiß nicht, ob es gelingt. Aber wenn wir den Druck erhöhen, kann dieser Bericht einen vorübergehenden Fortschritt für die europäische Luftfahrtwirtschaft bringen und gleichzeitig wird der Druck auf die internationalen Verhandlungen erhöht. Insofern hat der Industrieausschuss mit 51 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen seine Stellungnahme verabschiedet.

Jacqueline Foster, *rapporteur for the opinion of the Committee on Transport and Tourism*. – Mr President, first I would like to thank my shadow rapporteurs on the Transport Committee and other Members who have been extremely supportive of our position. The Committee on Transport and Tourism (TRAN) has supported for many years a single, global emissions scheme. It is imperative, Commissioner, that the EU allows time for the ground-breaking International Civil Aviation Organisation (ICAO) negotiation discussions to be concluded. As we know, constructive talks are already underway and it is vital that countries such as the US, China, India and others are included as they are major players in this field.

I would note that the US can still be part of CORSIA as neither the aviation nor the maritime sectors are included in the COP. To avoid duplication and excessive bureaucracy, the global scheme must include all international intra-EEA and domestic flights. To date, as you know, more than 70 countries have voluntarily signed up to the scheme, which between them emit nearly 90% of aviation CO₂ emissions worldwide. We believe that all future revenues should be ring-fenced by Member States, and must be reinvested by an R&D project, such as Single European Sky, Clean Sky, SESAR and others.

To avoid the risk of a future snapback to the EU emissions trading system (ETS), which severely damaged our international relations and our aerospace industries, it is vital that our proposed TRAN text amendments be supported. This will be the best opportunity that we have had for the European Union to be part of a global solution, supported by Member States, the Commission, including Commissioner Bulc, and industry, and bringing all key world players onside. Of course, Commissioner, it is absolutely vital that we stop the clock.

Peter Liese, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Tagen hatten wir leider wieder traurigen Anlass, über den Klimawandel zu sprechen. Man kann nicht sagen, dass einzelne Naturkatastrophen direkt durch den Klimawandel hervorgerufen werden, aber die Überschwemmungen in Südasien und die Wirbelstürme in der Karibik und den USA zeigen, dass wir hier ein Problem haben, denn alle seriösen Forscher sagen: Solche Ereignisse nehmen zu, wenn wir nichts gegen den Klimawandel tun. Und nun sagt man beim Flugverkehr, das seien ja nur zwei Prozent oder in der EU nur drei Prozent. Aber erstens wächst der Anteil, und zweitens muss man das mal ins Verhältnis setzen: Wenn man die Emissionen der 129 Staaten, die sich in Paris verpflichtet haben – und dazu gehören durchaus auch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und andere Industriestaaten – addiert, dann kommt man auf den gleichen Wert wie beim internationalen Flugverkehr. Wir haben hier also ein Problem, und deswegen müssen wir es anpacken, am besten international. Aber dieses Parlament hat sich schon vor einigen Monaten zu CORSIA geäußert und gesagt: Das ist enttäuschend, es ist noch nicht das, was wir brauchen, um wirklich das Problem anzupacken. Aber jetzt den ursprünglichen Anwendungsbereich wieder herzustellen, würde dieses zarte Pflänzchen zerstören und wäre auch nicht umsetzbar.

Deswegen danke ich Julie Girling für ihre Arbeit und für den aus meiner Sicht in vielen Teilen ausgewogenen Bericht. Wir als EVP wollen das aber gerne noch ausgewogener machen. Wir haben zum Beispiel mit Änderungsantrag 36 einen Kompromiss zwischen ENVI auf der einen Seite und ITRE und TRAN auf der anderen Seite vorgelegt. Und ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, der EVP-Linie zu folgen, dann haben wir einen guten Kompromiss.

Zum Schluss ein Wort zu Änderungsantrag 47: Hier dreht es sich um den Brexit. Wir wollen natürlich keinen harten Brexit. Wir wollen, dass Großbritannien möglichst im Binnenmarkt bleibt, auf jeden Fall im ETS. Aber wir müssen leider vorbereitet sein, was man im Moment hört, ist nicht so positiv. Deswegen wollen wir mit Änderungsantrag 47 hier eine Vorbereitung treffen und bitten Sie auch da, uns zu unterstützen.

IN THE CHAIR: PAVEL TELIČKA

Vice-President

Seb Dance, on behalf of the S&D Group. – Mr President, I would like to also join in thanking Rapporteur Girling for the excellent work that has taken place amongst all the groups. I think we have here a very balanced report and something that reflects the consensus on an issue as serious as this. As Mr Liese has just pointed out, we are no longer in a position where we can pretend that climate change isn't happening. We are all very privileged in this place to be able to do something about it and we will not be thanked by future generations if we stand idly by.

The truth of course is that many, many sectors are reducing their emissions but it is not the case in the aviation sector. The global-based market solution does make sense on paper and as many of the colleagues here who joined me and others on the trip to Montreal will know, the International Civil Aviation Organisation (ICAO) is very good at handling this process and we have a lot of faith in its ability to take us forward, but we do need that added pressure. We cannot just sit back and hope for the best and think that the carbon neutral growth proposed from 2020 will be sufficient. We have to see what the proposals will look like in concrete terms, and that is what this report does, of course, it gives the Commission the criteria to judge the success or otherwise of ICAO's process and it does, of course, send a strong signal that we do not want to undermine Parliament's existing stance on Phase 4 of the Emissions Trading System.

Our group supports this proposal and I hope very much that Parliament's vote will reflect the strong consensus that we have been able to achieve.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Om de doelen van het Klimaatakkoord van Parijs te bereiken moeten alle sectoren een inspanning leveren, ook de luchtvaartsector. En mijn delegatie is altijd voorstander geweest van de opname van de luchtvaart in het emissiehandelssysteem. Met de uitzondering voor internationale vluchten waren we veel minder tevreden. Deze uitzondering is immers nadelig voor het klimaat, is nadelig voor het milieu. Vandaag zijn er echter twee nieuwe belangrijke elementen in dit dossier die een laatste verlenging van de uitzondering voor internationale vluchten rechtvaardigt. Ten eerste is er inderdaad het ICAO-akkoord van oktober 2016 dat we alle kansen op slagen willen geven. En ten tweede maakt het Parlement eindelijk duidelijk dat deze laatste uitzondering voor internationale vluchten uiterlijk in 2020 stopt. Zo houden we de druk op de ketel en de stok achter de deur. Ik wil collega Julie Girling feliciteren met haar doordachte aanpak en we zullen haar verslag voluit steunen.

Gerben-Jan Gerbrandy, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, what a moment to discuss this important file. As we speak, the results of climate change are hitting the Caribbean with unprecedented force. The central question today is of course: how do we judge the ICAO decision to tackle the problem of climate change? Is it the strong and decisive step of the aviation sector to freeze its emissions globally at 2020 levels and compensate for all additional emissions, or is it a cunning attempt by the aviation industry to buy more time and to accommodate unlimited growth in the future?

I think it is neither of the two. My judgment is that it is a promising step forward, but at this stage, it is still limited to an intention. It is based on a resolution, and in the coming years it will be implemented on a voluntary basis. Rules on the global trading registry, criteria for offsets and monitoring of emissions still have to be agreed and implemented by participating countries. It is clearly promising, but at a very early stage. A lot of work and conviction is still necessary to make it a success. Political pressure will be greatly needed, and the question is whether that is by a time limit on the derogation or an indefinite limit on the derogation. I strongly support Julie Girling's report on this. We very badly need a time limit on the derogation in order to make the ICAO process a success.

Merja Kyllönen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, hyvät kollegat, lämpimät kiitokset hyvästä yhteistyöstä monessa valiokunnassa. Pidän tärkeänä, että me kykenemme löytämään globaalin, yhteisen ratkaisun lentoliikenteen hiilidioksidipäästöjä koskevaan asiaan. Miksi näin? Koska maailmanlaajuisen päästöjen hyvitysjärjestelmän CORSIAn yksityiskohdista sopimisesta kansainvälisen siviili-ilmailujärjestön ICAOn neuvotteluissa on kuitenkin asia, joka johtaa potentiaalisesti parhaaseen lopputulokseen niin ilmaston, ihmiskunnan kuin lentoliikenteenkin osalta.

Olen itse päässyt mukaan muutamaa neuvotteluihin ICAOn osalta ja todennut sen, että mitä useammasta suunnasta haastetaan positiivisella tavalla, sitä paremmassa hengessä mennään eteenpäin. Kaikki erilaiset painostusliikkeet ovat tahtoneet johtaa siihen, että syntyy erilaisia blokkeja, jotka estävät prosessin kunnollisen etenemisen.

Järkevintä on tässä tapauksessa mennä eteenpäin yhdessä CORSIAn hengessä. Kansainvälisestä hyvitysjärjestelmästä tulee saada mahdollisimman laaja-alainen, syrjimätön, ympäristöllisesti ja ilmastollisesti tehokas, ja sitä työtä meidän kaikkien on fiksua tukea.

Bas Eickhout, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, it feels a bit like Groundhog Day here, since we are discussing aviation and climate change again and again. For those who are not aware, back in 2008 the EU promised – with unanimous support from the Council – to get aviation to fall within the scope of the Emissions Trading System (ETS) by 2012. This is for those who say that we have to take our time, and to the Commissioner who said: 'well, let's see how we judge the International Civil Aviation Organisation's (ICAO) progress.'

In 2012, we had already said that it would fall within the scope of the ETS. Then we were promised by ICAO that there would be a global deal in 2016. Yes, that global deal is there, but we have not seen anything yet on how it will work. It is carbon-neutral growth, so that is far from being enough for implementation of Paris. For those who say that aviation is not falling within the scope of the Paris Agreement: that is nonsense, because the Paris targets are economy-wide. Every sector has to work, and until now we have had discussions on many sectors that needed to deliver, aviation was always out and they are still out.

What we are seeing now is that it is finally time for ICAO to live up to its promises, but then they really have to make sure that their so-called compensation projects are really compensation and not just fake, as the case could be. In that sense, it is about time for aviation to pay for its emissions like all the other sectors. We have given them enough time, and now we are going to do it again until the end of 2020? How long are we going to have that debate and give them a free ride?

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το γεγονός πως διεξάγεται αυτή τη στιγμή συζήτηση για τη μείωση των εκπομπών διοξειδίου του άνθρακα από τις αεροπορικές μεταφορές είναι από μόνο του εξαιρετικά θετικό. Με την αλματώδη αύξηση των αεροπορικών μεταφορών τα τελευταία χρόνια έχει δημιουργηθεί ένας επιπλέον σοβαρός κίνδυνος για το περιβάλλον και δυστυχώς δεν υπάρχουν εύκολες λύσεις. Όλες οι εκτιμήσεις προβλέπουν προς το άμεσο μέλλον ο αριθμός των πτήσεων να αυξηθεί ακόμη περισσότερο, ενώ η τεχνολογία δεν μας προσφέρει προς το παρόν κάποια βιώσιμη εναλλακτική.

Σχετικά με το σύστημα εμπορίας εκπομπών, έχω επαναλάβει πολλές φορές, πως δεν αποτελεί πραγματική λύση. Στην πραγματικότητα, απλά μεταφέρει το πρόβλημα και αναβάλλει την αντιμετώπιση του. Επιπλέον, με τον ρυθμό ανάπτυξης που έχουν οι περισσότερες από τις τρίτες χώρες, σύντομα το συγκεκριμένο σύστημα θα καταστεί άνευ ουσίας. Στην πράξη, καθίσταται ένα καθαρά εισπρακτικό μέσο, χωρίς ιδιαίτερες περιβαλλοντικές επιπτώσεις. Μόνο μία τεχνολογική επανάσταση θα λύσει το πρόβλημα. Έτσι θέλω να πιστεύω πως τα ποσά που θα προκύψουν από τους πλειστηριασμούς δικαιωμάτων θα δοθούν στην έρευνα και την ανάπτυξη τεχνολογιών. Μέχρι τότε όμως καλό θα ήταν να περιορίσουμε όλοι μας τις αεροπορικές μεταφορές στο ελάχιστο δυνατό, επιλέγοντας τρόπους μεταφοράς φιλικότερους προς το περιβάλλον.

Ivo Belet (PPE). – Julie Girling heeft het perfect samengevat: de luchtvaart is op weg naar grote exponentiële groei van de emissies ten gevolge van de grote expansie de komende jaren. Dus ik denk dat we het er allemaal over eens zijn dat luchtvaart onvermijdelijk een grotere milieu-inspanning moet leveren. Maar we moeten dat uiteraard niet blind doen. De maatregelen die nu voorliggen, garanderen dat de concurrentiekracht van de Europese luchtvaartbedrijven overeind blijft en ze creëren – dat is hier eigenlijk nog niet veel gezegd – misschien ook wel ruimte om die industriële sectoren die op het terrein wel inspanningen moeten doen en die geconfronteerd worden met die zware concurrentie internationaal, om die misschien ook wel wat te ontlasten. Het is ook een boodschap aan de consumenten. Sommigen zeggen dat de ticketprijzen de pan zullen uitswingen. Ik denk dat we met z'n allen weten dat dat niet het geval is. Men spreekt over 1 à 2 % extra kost voor de reizigers, voor de tickets. Dus ik denk dat we weten dat ook de reizigers, dat ook de consumenten ervan overtuigd zijn dat de luchtvaart en dat we met z'n allen een inspanning moeten leveren, precies om dat Akkoord van Parijs tot een succes te maken. De luchtvaart kan daar niet langer aan ontsnappen.

Miriam Dalli (S&D). – Mr President, the Paris Agreement requires action from all sectors and aviation should be no exception. This is amply evident at this point in time with all the natural events happening around us right now.

The emission reduction and efforts that different EU industries make should be brought in line and the aviation sector has to take its share. A sound comparison of the overall ambition of the Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation (CORSIA) with the EU Emissions Trading System (ETS) is required and this can only be done against definite and agreed criteria. Only through this can we ensure and determine an adequate scope for 2019. It is high time also for the International Civil Aviation Organisation (ICAO) to prove that it is a proactive stakeholder, that can adopt effective climate measures that can be implemented by the industry and will really make a positive difference.

Here is a sincere appeal for more transparency. Only full transparency can ensure trust and put everyone's mind at rest on the reliability and quality of the information provided. I understand that the airline industry, like many other industries, operates on thin margins and obviously needs to stay on top of any financial risk. This is the balancing act that needs to be achieved as more industries understand that they need to act and invest now to be prepared for the upcoming challenges.

Gesine Meissner (ALDE). – Herr Präsident! Es ist etwas ungewöhnlich, dass eine Liberale bei der Argumentation einer linken Kollegin ansetzt. Aber ich muss sagen, was Merja Kyllönen gesagt hat, kann ich voll unterstreichen. Merja hat gesagt: Wir brauchen ein effizientes, umweltfreundliches, globales – globales hat sie nicht gesagt, das habe ich hinzugefügt – System, und es lohnt sich, dafür zu kämpfen. Ich glaube, das sehen wir alle so, dass wir das brauchen – auch für den Luftverkehr, für die Emissionen – gerade jetzt angesichts dessen, was in der Karibik den Menschen an schlimmen Dingen passiert. Das ist eine Klimawandelauswirkung, die wir bekämpfen müssen – vollkommen richtig.

Die EU ist seit 10 Jahren Vorreiter bei einem EU-ETS-System und hat damit auch jetzt diese globale Diskussion ausgelöst. Wir haben aber gemerkt, dass es nichts bringt, die anderen zu zwingen. Es gab die Moskau-Erklärung 2012, bei der sich sogar Obama und der US-Kongress und Russland dagegen gewehrt haben, dass die EU hier diktiert, wie es weitergehen soll. Wir müssen doch jetzt sehen: Dem Klima ist am besten geholfen, wenn wir tatsächlich ein globales System haben. Ich befürchte, genau wie der Herr Kommissar, dass wir das gefährden, wenn wir jetzt zu stark versuchen, den anderen Daumenschrauben anzulegen. Darum bin ich für die ITRE- und TRAN-Variante.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Pane předsedající, snižování emisí z letecké dopravy je jednou z největších výzev, kterým evropská environmentální politika v současnosti čelí. Tento sektor je totiž tím, který se z hlediska podílu emisí nejvíce rozrůstá, a to z 1,5 % v roce 1990 na 4,5 % v roce 2015.

Evropská unie totiž nebrala na leteckou dopravu v rámci vytváření efektivní klimatické strategie zřetel a navíc se snažila tento sektor co nejvíce liberalizovat. Jak úspěšné mohou být politiky Evropské unie, když neřeší takové významné problémy komplexně, ale vybírají si, kterými se chtějí zabývat a kterými ne?

Pokud nezačneme konat, a to v tuto chvíli a ihned, hrozí, že se emise z letecké dopravy zvednou do roku 2050 až o 300 %. Potom budeme horko těžko naplňovat klimatickou dohodu z Paříže, do které sama Evropská unie a my všichni jsme vložili tolik práce a nadějí. Prosim, už konečně přestaňme pouze mluvit a začneme něco dělat. Letectví musí být součástí systému, letectví musí být součástí environmentální strategie Evropské unie.

Wim van de Camp (PPE). – Wij praten vanavond over een gevoelig maar ook ambitieus dossier, zeker als het gaat over de transportsector. Wij hebben elkaar beloofd dat we de uitstoot zullen reduceren of transport nu wel of niet onder COP21 valt. Wij willen die ambitie waarmaken. Maar we zitten met een moeilijke verhouding tussen Europa en de rest van de wereld. Aan de ene kant stimuleren wij ICAO met de CORSIA-aanpak. Aan de andere kant willen wij dat vluchten uit derde landen in de EU de eigen EU-regels niet verstoren. En voorzitter, laat ik duidelijk zijn, mag de EU vooroplopen? Graag. Mag de EU ICAO stimuleren, zelfs forceren? Prima, maar uiteindelijk geen Europese *Alleenkomst*. Ik heb geen mooier woord dan dit Duitse woord: geen *Alleenkomst* en dat is ook de manier waarop wij binnen de Transportcommissie het stop-de-klok-dossier hebben behandeld. Laten we ambitieus zijn, laten we duidelijk zijn, maar ook bijvoorbeeld naar de Golfstaten toe, geen *Alleenkomst*, om ervoor te zorgen dat Europa niet lijdt, maar een voortrekkersrol op zich blijft nemen.

Isabella De Monte (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la riduzione globale delle emissioni nazionali di gas a effetto serra è un obiettivo fondamentale della politica dell'Unione europea. In tal senso il sistema ETS è uno strumento essenziale per una riduzione economicamente efficiente di tali emissioni.

È necessario approvare in tempi rapidi il regolamento, viste le attuali incertezze all'interno dell'ICAO circa l'adozione di una misura mondiale volta ad affrontare a livello globale l'aumento delle emissioni.

Dobbiamo dare certezza e chiarezza di diritto agli operatori aerei e al contempo rispettare gli obblighi di conformità previsti dal sistema ETS dell'Unione europea.

Sarà inoltre importante la piena realizzazione del cielo unico europeo per il raggiungimento degli obiettivi fissati dall'accordo di Parigi e per la riduzione del 40% dei gas a effetto serra entro il 2030. Ciò è essenziale per evitare la frammentazione dello spazio aereo e per ottimizzare il flusso del traffico, con conseguenti benefici per l'ambiente.

Markus Ferber (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bin doch etwas überrascht, dass für den Luftverkehr nur ein System der Reduktion von CO₂-Emissionen heute im Mittelpunkt steht, nämlich der Zertifikatehandel, obwohl im Luftverkehr ja auch eine Reihe von anderen Möglichkeiten zur Verfügung stehen, die auch in der Vergangenheit schon genutzt wurden. Also bitte belügen wir uns nicht gegenseitig, dass ohne ETS im Luftverkehr nichts gehen würde. Neue Triebwerkstechnologien, neue Flugzeuge mit ganz neuen Flügeltechniken, die geräuscharmer und emissionsärmer sind: Ein europäischer Luftraum würde viel dazu beitragen, dass wir weniger CO₂-Emissionen haben. Oder Investitionen in Infrastrukturen, wie ich das jetzt in Frankfurt erlebe: Früher hat man Frankfurt von allen Seiten bewundern dürfen, wenn man angeflogen ist. Durch den Bau einer neuen Start- und Landebahn ist es deutlich reduziert worden. Alles das sind Maßnahmen, die CO₂-Emissionen reduzieren.

Außerdem müssen wir schon aufpassen, dass wir als Europäer nicht soviel Vorbild sind, dass gar keiner mehr folgen will. Und wir haben ja deswegen die Uhr angehalten, weil die Drittstaaten nicht folgen wollten und weil wir ihnen ein System aufstülpen wollten, das eben nicht dazu beiträgt, Emissionen wirklich zu reduzieren im Verhältnis zu den Maßnahmen, die ich benannt habe. Deswegen ist es richtig, die Uhr weiter anzuhalten, bis alle mitmachen, aber natürlich auch sich anzustrengen, dass alle mitmachen. Das ist der Ansatz, den wir im Verkehrsausschuss vertreten haben, und ich hoffe, dass er morgen bei den Abstimmungen auch die notwendige Mehrheit findet. Verantwortung übernehmen, aber international!

Gilles Pargneaux (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, grand absent de l'accord de Paris, le transport aérien est pourtant le mode de transport le plus polluant par passager et par kilomètre parcouru. En effet, un vol aller-retour Londres-New-York représente autant d'émissions de CO₂ que le chauffage par l'énergie fossile d'une maison pendant une année.

Avec un taux de croissance du trafic de 5 % par an, les émissions polluantes du transport aérien pourraient être multipliées au minimum par trois d'ici à 2050. Il nous faut donc adopter un mécanisme mondial de régulation pour compenser l'augmentation de ces émissions de CO₂ des compagnies aériennes. Hélas, le mécanisme CORSIA ne sera juridiquement contraignant qu'à partir de 2027.

Face à cette urgence climatique, nous devons ainsi, Monsieur le Commissaire, limiter la prolongation du «Stop the clock» à 2020, il y va – je crois – de la défense en matière de lutte contre les changements climatiques des Européennes et des Européens et, au-delà, de l'ensemble de celles et de ceux qui subissent ces changements climatiques.

Damiano Zoffoli (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il settore del trasporto aereo deve contribuire in maniera adeguata ed efficace al conseguimento degli obiettivi climatici dell'accordo di Parigi. Il trasporto aereo è attualmente responsabile del 4,5% delle emissioni all'interno dell'UE, emissioni che continueranno a crescere se non si interviene.

Il sistema CORSIA proposto dall'ICAO, peraltro di carattere volontario, ad oggi presenta molti limiti e aspetti sconosciuti. Serve più trasparenza: bene, perciò, la proposta della relatrice Girling, che fissa date precise e modalità per aggiornare periodicamente il Parlamento. Fondamentale è la richiesta alla Commissione di proporre misure per affrontare gli effetti del trasporto aereo sul clima dovuti agli ossidi di azoto e alle scie di condensazione, oltre che alla CO₂.

Inoltre, si chiede alla Commissione di incoraggiare la ricerca sull'uso nel settore aereo dell'energia fotovoltaica e sui combustibili...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

Catch-the-eye procedure

Franc Bogovič (PPE). – Letalstvo je sektor, kjer je rast izpustov toplogrednih plinov najhitrejša.

Če govorimo o dveh do treh procentih v svetovnem merilu, petih procentih v evropskem merilu, se moramo zavedati, da je to približno četrtina ali pa celo tretjina tistega, kar ustvarja kmetijstvo, ki prehranjuje celotno človeštvo.

Zato je nujno, da tudi letalski sektor pristopi k zmanjševanju izpustov toplogrednih plinov, kot pa je bilo že danes v razpravi in tudi kot je v poročilu zapisano in kakor je stališče Komisije zelo jasno, Evropa kot tista, ki na okoljskem področju vodi to pionirsko bitko, sama na tem področju ne more zmagati.

Zato podpiram usmeritev poročila, usmeritev Komisije, da poskušamo s svojim zgledom in z aktivnim delom pridobiti na našo stran tiste, ki so največji onesnaževalci na tem področju, se pravi Združene države Amerike, Kitajska in Indija. Skupaj smo lahko uspešni, sami pa moramo biti v tem vodilni.

Tibor Szanyi (S&D). – Mr President, I would also like to remind you that aviation activities are an important factor in greenhouse gas emissions and their level is constantly increasing, despite some good practices by some major airlines.

Various reports, such as the one on the aviation strategy for Europe in 2016, and the connected opinions, such as the opinion of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, recall that any amendment to the existing legislation on including aviation in the EU ETS can only be considered if the so-called global market-based measure is ambitious and if it can be carried out as soon as possible.

In my opinion, any kind of derogation from extra EEA flights should be limited, for example in time, and the environmental integrity of the new scheme has to be properly assessed before any further derogations from the EU ETS are granted.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il trasporto aereo è responsabile del 4,5% delle emissioni di CO₂ prodotte nell'Unione europea. La misura globale proposta dall'ICAO è un primo punto di partenza per 191 paesi ma molti aspetti di essa restano sconosciuti.

Per questo non ritengo opportuna un'ulteriore proroga dell'esenzione per i voli da e verso l'Europa in vista dell'adozione di uno schema di provvedimento globale. Se ne potrà discutere quando saranno più chiari dettagli i fondamentali, quali la qualità di compensazione, la trasparenza e l'applicabilità della nuova misura, la cosiddetta CORSIA.

Va aumentata almeno al 50% la quota di emissioni messe all'asta, visto che al momento il trasporto aereo riceve gratuitamente l'85% delle sue quote di emissioni, nonostante la valutazione d'impatto ammetta che il settore non presenti rischi di riallocazione delle emissioni di carbonio.

Mantenere il trasporto aereo in un sistema ETS riformato costituisce uno strumento efficace per garantire che il settore contribuisca alle politiche climatiche dell'Unione europea, così come sono tenuti a fare tutti gli altri settori.

Maria Grapini (S&D). – De la bun început vreau să spun că apreciez munca făcută de cele două comisii (eu fac parte și din Comisia TRAN), poziția raportoarei, prudența cu care a finalizat acest raport. Eu cred că nimeni dintre cei ce suntem în Parlamentul European, dar nici din afara Parlamentului, nu conștientizează că protecția mediului reprezintă una dintre cele mai importante probleme. Însă trebuie să ne gândim cum să facem. Sigur, fiecare sector de activitate este responsabil pentru emisii, deci nici sectorul aviatic nu poate să fie exceptat. Dar cred că, până nu găsim o posibilitate de a corela puterea noastră de negociere cu țările non-europene, pentru că aici este o problemă globală, nu europeană, nu putem să ne stabilim niște măsuri prin care să punem din nou în dificultate sectorul aviației din Uniunea Europeană. Și, de aceea, eu cred că raportul, așa cum este făcut și sper să și fie votat, să aducă schimbări importante, însă în ritmul în care putem să facem negocierea globală, altfel vom fi într-o situație necorespunzătoare ...

(Președintele întrerupe vorbitorul)

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το 1/3 των παγκόσμιων εκπομπών διοξειδίου του άνθρακα προέρχονται από τις διεθνείς αερομεταφορές. Μάλιστα, καθώς αυξάνονται οι αερομεταφορές, οι παγκόσμιες εκπομπές διοξειδίου του άνθρακα θα αυξηθούν κατά 700 % μέχρι το 2050. Η παγκοσμιοποίηση του τομέα των αεροπορικών μεταφορών επιβάλλει στη διεθνή κοινότητα να διαμορφώσει ένα παγκόσμιο σύστημα ρύθμισης των εκπομπών του CO₂ στον τομέα αυτόν. Μέχρι στιγμής όμως, Ηνωμένες Πολιτείες, Κίνα και οι άλλοι διεθνείς ρυπαντές κωφεύουν και δεν προσέρχονται σε μια διεθνή δέσμευση και μάλιστα σε μια φάση που στις Ηνωμένες Πολιτείες έχουμε σημαντικές φυσικές καταστροφές, ακριβώς λόγω της υπερθέρμανσης του πλανήτη. Απαιτείται λοιπόν μια συνεκτική διεθνής στρατηγική και τα ποσά που θα καταβάλλουν οι αεροπορικές εταιρείες

λόγω της εμπορίας των ρύπων θα πρέπει να πάνε στην έρευνα και στη δημιουργία καθαρών τεχνολογιών. Επιπλέον, δεν θα πρέπει οι αεροπορικές εταιρίες να μετακυλίσουν τα κόστη τους στους καταναλωτές, καθώς έτσι θα βρεθούν σε δυσμενή θέση απομακρυσμένες χώρες της Ένωσης, όπως είναι η Ελλάδα η οποία εξαρτάται τουριστικά από τα τσάρτερ.

(End of catch-the-eye procedure)

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, I have listened very carefully to the debate today and I appreciate the engagement of the Members of Parliament and their commitment to bring this proposal forward in a swift manner. Political pressure has been mentioned by many of you – Ms Girling, Mr Lange, Mr Gerbrandy, Mr Eickhout, amongst others – and it is our intention to keep an ambitious position in the International Civil Aviation Organisation (ICAO). The outcome of ICAO does not fully meet European ambitions. An offsetting mechanism was not Europe's first option for aviation and we would have preferred a carbon-trading system. But the ICAO process is a complex one and an offsetting mechanism was the maximum our international partners were ready to accept.

We are very well aware of the weaknesses of international credits. However, we are working hard in ICAO to define robust eligibility criteria for emission units so only those that deliver real and additional reductions can be used under the Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation (CORSIA).

We have nevertheless to give CORSIA an opportunity to deliver, and some implementing rules which are still being finalised from several aspects such as monitoring, verification, transparency and eligibility of units or alternative fuels are key for ensuring environmental performance.

We need to know the final features of the scheme first and then see whether and how it is implemented by third countries before carrying out a final assessment. As foreseen in our proposal, we will come up with a new review at a new time when there is more clarity on the operation of CORSIA. In that review we will address the post-2020 situation in detail.

There was a very specific remark made by Mr Zoffoli related to non-CO₂ gases from aviation and their impact on climate. Climate impacts from aviation's non-CO₂ gases are relevant. However, we will still need some research to better know how they operate and what the magnitude is. NO_x emissions, water vapour or contrails may have different effects that could result in warming effects, but the magnitude depends also on the altitude or atmospheric conditions. That makes it also difficult to quantify their impact and to address them through market measures.

In any case, we remain committed to continue studying the effects of those emissions and assess measures to address them in the most effective manner.

I would like finally to thank all of you for taking this important step in Parliament which provides crucial political momentum for this proposal. I am glad to say that the discussions have progressed well in the Council as well, so we should be ready to start the trilogue soon, and the Commission stands ready to engage in the discussions and will do its best to facilitate an agreement before the end of the year.

Julie Girling, *rapporteur*. – Mr President, it is often said that we are united by more than that which divides us. I think that is the case here, despite two very clear points of view. There is a broad consensus on the need for climate change action in the aviation sector. That is clear. Nobody stood here and said that we should do nothing.

The main bone of contention seems to be the timing of – and indeed the confidence in – the ICAO process. So for those of you here who say that we should be cutting ICAO some more slack – and there do seem to be a number of ambassadors for ICAO here with us today – let me just say this. ICAO have known since 2008 that the EU wants to take action and we have been waiting for them to catch up. We have been doing exactly what we have been urged to do today: not leading too fast and making sure that there is time for details to be sorted out. We have been doing that since 2008.

In 2013, they said they would be ready by 2016. In February 2016, I and many colleagues here went to Montreal and they were talking about 2021. By September 2016, when we went back to Montreal, they were talking about a voluntary scheme in 2021 and a possible mandatory scheme five or so years later. Do not underestimate their ability to procrastinate. Please do not throw away our leverage. We have to hold onto it. It would be – and I use this term which I hear all the time in the UK – an act of self-harm to do so. Please, I appeal to colleagues, do not do it. It really will not get us anywhere. We must be firm.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 13 September 2017.

21. Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 (Aussprache)

President. – The next item is the report by Norbert Lins, on behalf of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, on the inclusion of greenhouse gas emissions and removals from land use, land use change and forestry into the 20130 climate and energy framework (COM(2016)0479 – C8-0330/2016 – 2016/0230(COD)) (A8-0262/2017).

Norbert Lins, Berichterstatter. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Abend geht es ein weiteres Mal um Europas Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels. Es geht um den europäischen Beitrag zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens – dies alles im Lichte eines amerikanischen Präsidenten, der das selbige gekündigt, hat und im Lichte der Ereignisse der letzten Tage. Beim Klimaschutz spielen die Wälder eine herausragende Rolle. Die nachhaltige Waldbewirtschaftung ist absolut positiv. Vereinfacht gesagt: Der Wald geht uns alle an.

Was ist seit Paris passiert? Wir haben begonnen, das Pariser Klimaschutzabkommen umzusetzen, es mit Leben zu erfüllen. Darin nehmen der Wald und sein gewaltiger Beitrag zur Bekämpfung der Erderwärmung eine gewichtige Rolle ein. Aus diesem Grund debattieren wir hier und heute Abend das LULUCF. Hinter dieser Abkürzung verbirgt sich ein Verbuchungssystem für die CO₂-Aufnahme und -Abgabe in der Forst- und Landwirtschaft. Welchen Beitrag leistet der Wald? Um den Klimaschutzbeitrag der Wälder verlässlich darstellen zu können, sind seriöse und robuste Verbuchungsregeln für CO₂-Aufnahme und -Abgabe von Nöten.

Nicht zuletzt kommt Europa als Vorreiter auf diesem Gebiet eine sehr gewichtige internationale Vorbildfunktion zu. Nur so können wir dies auch von anderen Ländern – zum Beispiel Brasilien und anderen – verlangen. Die EU steht unter besonderer Beobachtung – vor allem auch im Hinblick auf die Weltklimakonferenz in Bonn im November dieses Jahres. Im LULUCF-Bereich gibt es kein Reduzierungspotential, sondern im Gegenteil ein gewaltiges Potenzial, dem Klimawandel entgegenzuwirken. Die Leistung unserer Wälder ist absolut großartig und muss entsprechend positiv kommuniziert werden. Ein aktives und nachhaltiges Forstmanagement muss so angelegt sein, dass es gleichzeitig gut für den Wald, für das Klima und nicht zuletzt auch für den Forstwirt ist. Das darf durch dieses Gesetz nicht verteuelt werden. Gerade durch weitsichtige und verantwortungsvolle Bewirtschaftung sind unsere Wälder in den letzten 25 Jahren um eine Fläche so groß wie Portugal gewachsen. Das sind immerhin neun Millionen Hektar.

Warum hat der Wald einen doppelt positiven Klimaeffekt? Ein Baum nimmt während seines Wachstums CO₂ aus der Atmosphäre auf und lagert den Kohlenstoff ein. Insgesamt nehmen unsere Wälder zehn Prozent der gesamten EU-Treibhausgasemissionen auf. Zum Zweiten liefert der Wald Holz zur Stärkung der Bioökonomie – Holz, das beispielsweise beim Hausbau für Möbel und bei der Energiegewinnung verwendet wird.

Nun zu meinem Bericht: Wie deutlich geworden ist, begrüße ich den Vorschlag der Europäischen Kommission ausdrücklich, ich habe jedoch einige Änderungen vorgenommen, insbesondere bei der Erstellung des sogenannten Forst-Referenzwertes. Ich habe die Referenzperiode in die Jahre 2000 bis 2012 verändert, die Rolle der Mitgliedstaaten zur Kommission verändert, Flexibilität entsprechend eingebaut, die Kredite für die Waldwirtschaft verdoppelt und jetzt vor allem einen Plenaränderungsantrag gestellt, der versucht, die Referenzperiode mit den zukünftigen angenommenen Politiken in den Mitgliedstaaten zu vereinbaren. Ich glaube, das ist ein ausgewogener Kompromiss, der es verdient, die Mehrheit bei der Abstimmung am Mittwoch zu bekommen. Ich darf mich bei allen bedanken: Der Kommission, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Kollegen Schattenberichterstattern für die intensive und gute Zusammenarbeit in den letzten Monaten, und ich freue mich jetzt auf die Diskussion.

Miguel Arias Cañete, Member of the Commission. – Mr President, it is a pleasure to be here today in the plenary on the LULUCF proposal. This is an important initiative to implement the European Union commitments under the Paris Agreement and to contribute to the domestic European Union 2030 greenhouse gas emissions reduction target. The European Council's guidance from October 2014 states that the EU target is 'an economy-wide absolute reduction from base-year emissions', reaching 'at least 40% domestic reduction' and covering all of the EU's emissions. Contribution from land use and forests in reaching the long-term climate mitigation objectives is critical because of their potential for anthropogenic removal of carbon from the atmosphere. Forests alone currently cover more than 42% of the European

Union land surface and have a huge potential for climate change mitigation through additional sequestration and storage of CO₂ and through the potential to substitute fossil-based energy and materials.

This debate and the vote this week show that the European Union is serious about its international climate commitment under the Paris Agreement. By doing so, Parliament is also making swift progress on one of the key legislative priorities of the Union: under the Joint Declaration of the European Union's legislative priorities for 2017, the three institutions have agreed that the 2030 climate action proposals are given priority treatment in 2017.

I appreciate the hard work of the rapporteur, Mr Lins, on this proposal and would thank him for the excellent cooperation. Many of the key elements of what you are proposing for vote in this House are in line with the Commission proposals, notably on the need to ensure the robustness of the accounting rules, in particular for forestry, and the sustainable management of forests. This is encouraging, as – like in the Commission proposals – this maintains a careful balance between the need to respond to an increasing demand of biomass availability and climate mitigation objectives. I also note your efforts to further strengthen the environmental integrity of the framework by introducing additional safeguards.

Let me offer a few comments on the key aspects of the rapporteur's final proposal. First, the report adopted by the Environment Committee retains the main principles of the Commission proposal on the construction of Forest Reference Levels. However, it modifies the reference period to a more recent one – 2000 to 2012. This period would include policies promoting increased harvesting in the benchmark and risk hiding real emissions of forest biomass. We should instead be incentivising sustainable forest management and we are open on how to address this challenge. However, the use of a more recent reference period risks compromising the environmental integrity of the LULUCF accounting framework.

Second, we understand the concerns of some over the proposal's language on management intensity, especially that of harvests. The Commission proposal is a way to acknowledge that the management intensity of forests must vary, in accordance with the national characteristics of the forest. If forests become older, more trees will reach maturity and increased harvest may be needed. The Commission proposal acknowledges that the future forest dynamics need to be captured in a forward-looking, projected forest reference level and does not fix the harvest to that of the past. The Commission has, for example, even shown that a harvest increase of up to two per cent may be justified in the projected forest reference level, averaged across the European Union.

Third, we must also consider this treatment of biomass emissions vis-à-vis the other legislative proposals. Emissions from combustion of biomass under the ETS and the ESR are zero rated. If instead the accounting of biomass emissions is done downstream in these sectors, the administrative and technical burden would be extreme. We need therefore to be pragmatic. A credible, robust approach compatible with the other pillars of the policy is required.

Fourth, I note with interest the proposal to give more visibility to harvested wood products. We see that this aspect of LULUCF is positive, not only for the climate, but also for jobs and the economy. That is why it deserved a special place in our proposal, as the only carbon pool with specific rules and a specific article.

Fifth, I welcome the specific improvements enhancing environmental integrity, such as the progressive inclusion of wetlands in the accounting scope, as of 2026, and the safeguard discussed of ensuring that the Union's forest sink does not decrease, compared to the 1990 to 2009 average.

Lastly, I note that the report closely tracks the Commission proposal in respect of agricultural land accounting. We are pleased to see that a proportioned and balanced approach seems to have been found in determining flexibility towards the Effort Sharing sectors.

The Commission fully supports the efforts of Parliament and the Council to agree on the ETS and non-ETS proposals before the end of the year. On the ETS file we are in trilogue negotiations, and I welcome the renewed efforts to progress there.

I look forward to continuing to work with you on the LULUCF proposal and bringing it to a successful conclusion.

Florent Marcellesi, *ponente de opinión de la Comisión de Desarrollo*. – Señor presidente, después de uno de los veranos más calurosos de la historia, de los macroincendios y de los actuales huracanes, seamos realistas: hay que ser ambiciosos en nuestra lucha contra el cambio climático.

Según los científicos, no superar un grado y medio y, al mismo tiempo, proteger a la población más empobrecida de este mundo supone generar emisiones negativas, aparte del uso de la tierra y de los bosques, que no solo hay que utilizar como mecanismo de compensación.

Basado en ese principio, este Reglamento, pionero en el mundo, puede marcar un precedente y convertirse en un modelo para las negociaciones internacionales. Para ello es necesario que el Reglamento, en primer lugar, establezca claramente que las tierras tienen diferentes objetivos y que la producción de alimentos, sobre todo en los países del sur, tiene que ser compatible con los sumideros de carbono; y, en segundo lugar, que integre los derechos de tenencia de la tierra y de los pueblos indígenas.

Por último, llamo a respetar la posición de la Comisión de Medio Ambiente: cualquier intento de rebaja es ir en contra del Acuerdo de París y hacerle el juego a Trump.

Marisa Matias, *relatora de parecer da Comissão da Indústria, do Comércio Externo, da Investigação e da Energia*. – Senhor Presidente, as alterações climáticas estão cada vez mais presentes nas nossas vidas. Tivemos os verões mais quentes, como foi referido, incêndios trágicos, inundações, furacões, enfim, é o centro da nossa vida que está em causa.

Enquanto relatora da comissão ITRE procurei sempre que colocássemos a garantia de uma monitorização adequada, robusta, sólida e justa para podermos avançar com os objetivos do Acordo de Paris. Tivemos imensas dificuldades no que diz respeito, especialmente, em relação ao período de referência. Mantivemos uma divisão quase até ao final, embora com um acordo na generalidade das questões. Mas a verdade é que é inaceitável que os interesses da indústria de apenas um país do Norte da Europa possam pôr em causa, ou possam pôr-se à frente, dos interesses de todos os países da Europa e dos seus cidadãos e do bem comum. Por isso, apelo a que se vote favoravelmente o relatório do senhor Lins. Ele é claramente mais favorável do que aquele que se aprovou na ITRE, em relação ao qual eu próprio votei contra e devo dizer, Senhor Comissário, que preferia ainda a versão da Comissão quanto aos períodos de referência, mas isso, infelizmente, não pode avançar.

Franc Bogovič, *Pripravljalec mnenja Odbora za kmetijstvo*. – Uredba LULUCF govori o pomenu rabe kmetijskih zemljišč in gozdov za podnebne spremembe.

Kmetijstvo oziroma rastlinstvo prek fotosinteze, prvič, ne uporabijo zelo veliko CO₂, po drugi strani pa se v gozdovih tudi kopičijo zaloge, ki so na koncu lahko kvaliteten vir za gradbeni material ali pa tudi za energetska izrabo.

Pri tem dokumentu podpiramo usmeritve, ki jih je dal tudi ENVI, v tej smeri, da je treba biti zelo pozoren pri trajnostni rabi gozda, kajti gozd, ki se stara, ki ga tudi ni dovolj posekanega, lahko igra ravno obratno vlogo.

Prihajam iz Slovenije, kjer je bila v obdobju 2000-2009 sečnja zgolj 37 % od prirasta. Zato je takšna rešitev, ki tu omogoča tudi povečanje sečnje, trajnostna, kajti s takšno rabo, kot je bila doslej, bi bil ravno nasprotni učinek.

Podpiram takšen fleksibilen pristop in da se tudi država in pa Komisija dogovorita o posamezni rabi, kot je v amandmajih tudi omogočeno.

Peter Liese, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Sektoren müssen bei unseren Anstrengungen gegen den Klimawandel mitmachen, natürlich auch die Land- und Forstwirtschaft. Deswegen mutet es auf den ersten Blick überraschend an, dass wir hier keine Reduktionsziele haben bei den Emissionen, wie wir das in der Industrie und in anderen Sektoren haben. Aber es liegt eben daran, dass nachhaltige Forstwirtschaft schon heute einen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Waldbewirtschaftung ist aus Klimaschuttsicht und aus vielerlei anderer Sicht etwas Positives, und diesen Beitrag wollen wir anerkennen. Gleichzeitig müssen wir aufpassen, dass es nicht zu Buchungstricks kommt. Es ist nicht ganz leicht, das Ganze so zu berechnen, dass da auch wirklich alles sauber ist. Und wir wollen auch kein schlechtes Beispiel geben für andere Regionen, andere Länder der Welt.

Wenn man den Sektor des Waldes komplett anerkennt, dann könnte es in einem Land wie Brasilien dazu kommen, dass man sagt: Ihr braucht eure Kraftwerke, eure Stahlwerke und viele andere Anlagen überhaupt nicht mehr mit Klimazielen in irgendeiner Form zu belasten, und das wäre für das Klima schlecht. Es wäre aber auch für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft schlecht, wenn wir da zu großzügig sind.

Deswegen brauchen wir einen guten Kompromiss. Die Anstrengungen müssen gewürdigt werden, aber gleichzeitig brauchen wir auch eine Begrenzung. Ich bin sehr dafür, dass die Kommission eine Referenzperiode vorgeschlagen hat. Aber ich bitte Sie, wie Norbert Lins, um Unterstützung des Änderungsantrags der EVP, dass wir das bei Beibehaltung des Ziels ein bisschen flexibler handhaben.

Paul Brannen, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, in July in the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety we voted on LULUCF and here the central debate in the committee was around whether we supported the Commission's proposal to have a historic reference level, or we supported a different proposal coming from a minority of countries and a minority of MEPs for a future reference level. The S&D supported the Commission position and the Environment Committee went on to support the position of the Commission. And now we find ourselves in a strange situation because, having lost the argument about historic reference levels, the minority of countries and the minority of MEPs have come back with a wrecking amendment – a wrecking amendment that would remove the guts, the heart, from the Commission's proposal. If you remove the word 'intensity' from what is in front of us tonight, what is it that you would be measuring in relation to European forests? The whole purpose of the accounting system proposed by the Commission is to measure the intensity with which we use our forests in the future compared to how we used them in the past. So if this amendment goes through, then you take the heart out of what it was that we at the Environment Committee and at the Commission level were trying collectively to achieve.

So, please, when it comes to the vote on Wednesday, support the motion as it is, produced by the rapporteur from the EPP. It is a compromise but it is fine, we all agreed it, we can work on it, but there is only one amendment, notice, only one amendment, and that amendment must be opposed because it represents narrow-minded individual country interests. Support the Commission proposal which is for an EU-wide climate change response in line with the Paris Agreement, keeping the word 'intensity'.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Fredrick Federley (ALDE), *blue-card question*. – Mr President, it is with some surprise that I hear strong words about a few countries. The few countries you are talking about are the few countries that have been managing their forests in a sustainable way for years. I would like to compare the way we have been managing our forests to the way that your country has been performing with your forests. Again we come down to this issue. When colleagues from other countries – which do not have bears, do not have wolves – want to decide what we in Sweden should do with our forests, please explain how your model is better than ours.

Paul Brannen (S&D), *blue-card answer*. – This is a debate that we have had throughout the LULUCF discussion. There are two things on the table: there is how we manage our forests, which admittedly is a nation-state responsibility, but there is also how we tackle climate change – and that is an EU-wide responsibility. You have to decide, ultimately, which is more important: individual country plans for forests, or how we tackle climate change collectively at an EU level. I know which is more important. I know which is more important for our children and the future of this planet. I hope that you would realise.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Koleżanki i Koledzy! Porozumienie paryskie było możliwe głównie z tego powodu, że z jego ostatecznego tekstu wykreślono dekarbonizację. Nie promuje ono zatem na ślepo radykalnego zmniejszania emisji CO₂, zamiast tego dąży do zapewnienia neutralności emisyjnej, czyli równowagi między emisjami a zdolnością do ich pochłaniania. Zdolność do pochłaniania zapewniają w ogromnej mierze lasy. Jeśli zatem chcemy być wierni duchowi porozumienia paryskiego, to musimy rozwijać polityki, które promują rozwój lasów i odpowiedzialne gospodarowanie zasobami leśnymi. Dlatego tak ważne jest, żeby LULUCF umożliwiała takie prowadzenie gospodarki leśnej, które z jednej strony zapewnia utrzymanie i rozwój zasobów leśnych pochłaniających dwutlenek węgla, a z drugiej strony nie ogranicza tych gałęzi gospodarek, które od leśnictwa są uzależnione.

Pamiętajmy, że lasy od wieków były przedmiotem działalności ludzkiej. Utrzymywanie zrównoważonej gospodarki leśnej absolutnie nie stoi w sprzeczności z możliwością rozwoju potencjału pochłaniania lasów, dlatego grupa ECR poprze poprawkę sprawozdawcy dotyczącą poziomów referencyjnych dla lasów, ponieważ zmierza ona do zapewnienia koniecznej elastyczności.

Nils Torvalds, *ALDE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, joskus käy politiikassa sillä tavalla, että joku yksittäinen asia nousee koko keskustelun keskiöön ja unohdetaan, mistä kokonaisuudesta on kyse. Näin on käynyt myöskin ympäristökeskustelussa. Näyttää siltä, että unohdamme, että kysymyksessä on todellinen iso kokonaisuus, josta päästökauppa on yksi osa, toinen on taakanjako, jossa Suomen taakka on kohtalaisen iso eli 39 prosenttia, ja kolmantena jalkana tässä kokonaisuudessa on LULUCF.

Panin ilolla merkille, että komission jäsen Arias Cañete painotti, että komissionkaan tarkoitus ei ole vähentää jäsenmaiden mahdollisuuksia hoitaa asiansa vastuullisella metsäpolitiikalla. Ennen tätä keskustelimme myös siitä, millä tavalla pystymme tulevaisuudessa vähentämään lentokoneiden hiilidioksidipäästöjä. Ainoa tapa edetä sillä tavalla on käyttää metsän resursseja hyväksemme luodaksemme sellaista polttoainetta, joka ei saastuta meidän maailmaamme. Silloin puhutaan meidän – Suomen, Ruotsin, Saksan, Puolan, Espanjan ja Ranskan – metsäresursseista. Englantilaisilla oli metsää joskus 1500-luvulla – Sherwood Forest – mutta jos ystäväni Paul Branning käy katsomassa, missä kunnossa Sherwood Forest on tänä päivänä, niin hän pettyy. Niin kuin on syytäkin pettyä.

Merja Kyllönen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, tulevien sukupolvien näkökulmasta teemme ilmasto-politiikan suhteen isoja ratkaisuja. Voisin ajatella vain kotimaatani, mutta ilmastopakolaisuuden riskit pakottavat katsomaan laajemmalle. Nyt käsittelyssä olevan esityksen erimielisyys tuntuu olevan aikajänne ja hakkuuintensiteetti. Minulle haastavinta on kokonaisuus ja sen hallinta, tasapainotetaanko vai ei maapallon hiilitase lyhyellä ja pitkällä aikavälillä. En usko, että komissio halusi esityksellään estää metsien kasvun järkevää käyttöä. Ratkaisevaa lienee, mihin metsän kasvua käytetään. Kestävän metsätalouden hiiltä sitoviin ratkaisuihin vai kokonaispäästöjä lisääviin ratkaisuihin?

Olisin toivonut meiltä keskustelua metsittämisvelvoitteesta, kokonaishiilinelun kasvattamisesta niin EU:ssa kuin maailmalla, laajemman analyysin siitä, millä fossiilitalous korvataan, mikä tuottaa enemmän päästöjä ja mikä vähemmän. Meidän on yksinkertaisesti kyettävä luomaan Eurooppaan uskottava ilmasto-ohjelma yhteistyössä. Vain niin tämä planeetta voi olla elinkelpoinen myös lapsille ja lapsenlapsille.

Benedek Jávor, *a Verts/ALE képviselőcsoport nevében*. – Elnök Úr, tisztelt Kollégák a LULUCF szabályozás az európai klímaszabályozásnak az egyik kulcskérdése, hiszen tudjuk, hogy az elmúlt 100-150 évben a globális kibocsátásoknak kb. 40%-ért az erdőzet, illetve a földhasználatváltás volt felelős. Így kell tekintenünk erre a szabályozásra, mint aminek döntő jelentősége van a klímaváltozás szempontjából. Ugyanakkor sokszor úgy látom, hogy amikor a LULUCF szektorról beszélünk, akkor a megközelítésünk valahogy furcsán a visszájára fordul. Ahelyett, hogy azt néznénk meg, hogy végső soron a légkör szempontjából, amelyiknek a változásaira hatást gyakorlunk, abból a szempontból vizsgálánánk meg az erdőknek és a földhasználatnak a szén-dioxid-kibocsátását, technikai kérdéseken vitázunk, technikai elszámolási kérdéseken vitázunk ahelyett, hogy azt néznénk, hogy a végén hogyan járulunk hozzá a klímaváltozás megelőzéséhez.

Az Európai Bizottság javaslatát az én gondolatomban, hogy egy jó kísérlet a kompromisszum megteremtésére különböző nézőpontok között, azzal együtt, hogy számos hibáját tudnám sorolni. Messze nem megy elég messze az én megítélésem szerint, ugyanakkor egy lehetőség arra, hogy valamiben közösen megállapodjunk. Az ENVI bizottság állásfoglalása még egy lépéssel tovább megy a Bizottsághoz képest, és további kibocsátásokat engedélyez ezen a területen. Ezzel együtt ez is egy lépés előre. Azt gondolom, hogy az ENVI bizottság álláspontja a végső minimum, ameddig el lehet menni, és semmiféle változást e nehezen kiizzadt kompromisszumhoz képest nem tudunk támogatni az Európai Parlamentben, és azt kérem, Önök se támogassák.

Eleonora Evi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vent'anni fa il primo rapporto dell'IPCC sulle conseguenze del riscaldamento globale dipingeva il quadro che vediamo oggi: fenomeni meteorologici sempre più estremi e distruttivi. Continuiamo a ripetere che vogliamo contenere l'aumento di temperatura entro i 2° C, possibilmente 1,5° C, così come sottoscritto a Parigi, e questo è un tentativo lodevole e necessario ma diventa ogni giorno meno credibile.

L'incertezza è totale e non soltanto perché gli impegni, gli accordi politici e gli obiettivi di riduzione sono inadeguati, ma anche perché potrebbero sopraggiungere elementi di rischio fino ad oggi ignorati: dalla fusione del permafrost, ad esempio, che rilascerebbe i gas precedentemente intrappolati, di cui nessuno può quantificare la portata; oppure proprio dal suolo, che insieme alle foreste, è oggetto del regolamento in discussione oggi. Un recente lavoro pubblicato su *Nature* descrive un processo di accelerazione del rilascio di CO₂ dal suolo, come conseguenza della maggiore attività dei microrganismi, stimolata proprio dall'aumento delle temperature medie. I ricercatori stimano che entro il 2050 potrebbero liberarsi dal suolo almeno 55 miliardi di tonnellate di CO₂ non previsti dagli scenari di emissione.

In quest'Aula io ho sentito centinaia di voci preoccupate dai cambiamenti climatici sollevarsi da tutti i gruppi politici: quando però si tratta di tradurre i proclami in azioni legislative conto ancora tanti, troppi gruppi, troppi colleghi che continuano a difendere lo status quo, a rimandare, a diluire gli impegni, a inserire flessibilità e scappatoie.

Il testo approvato in Aula rappresenta già un compromesso al ribasso rispetto a quanto le evidenze scientifiche e il buonsenso richiederebbero. Per il Movimento 5 Stelle è un testo comunque accettabile ma che non deve essere indebolito da emendamenti pericolosi, come quello proposto dal gruppo PPE, che aumenta la flessibilità per le foreste gestite, consentendo di fatto un aumento delle attività di taglio. Io invito tutti a garantire coerenza tra i provvedimenti che votiamo qui in Aula e gli impegni politici che ci assumiamo.

(L'oratrice accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), blue-card question. – You also mentioned a scientific basis for the LULUCF with which I very much agree: we have to look at the whole forest in the world and in Europe. So how can you say that this proposal, which would give for some countries the reference of their yearly increment to remain at 85% and for some countries it is around 40%? What is the scientific reason for that? I do not see there any basis on which we can make this difference between the Member States.

Eleonora Evi (EFDD), Risposta a una domanda «cartellino blu». – Forse non mi sono spiegata molto bene o forse non ci siamo capiti: l'evidenza scientifica riguarda quello che è attualmente il cambiamento climatico in atto e l'urgenza che i dati scientifici ci propongono sull'azione politica che deve essere fatta: e l'azione politica che deve essere fatta, ahimè, è sempre troppo debole. Ed è questo il punto cruciale, che secondo me dobbiamo riuscire a risolvere, e invito quindi tutti nuovamente ad aumentare l'ambizione delle azioni politiche che stiamo intraprendendo.

Pilar Ayuso (PPE). – Señor presidente, señor comisario, desde que se aprobó el Acuerdo de París, usted nos ha hecho varias propuestas muy importantes para la lucha contra el cambio climático. Por ejemplo, la Directiva de comercio de emisiones es importante, o la Directiva de sectores difusos. Pero esta que nos ocupa es particularmente importante porque afecta a la silvicultura y a la agricultura y, por lo tanto, al medio rural.

Quiero felicitar al ponente, en primer lugar, por el gran trabajo y por haber podido llegar a un acuerdo que no era nada fácil, porque hay posiciones antagónicas dentro de esta Cámara y dentro de nuestro propio grupo. Y, además, ha sabido respetar las diferentes tipologías de bosques de la Unión Europea.

Las absorciones que se hacen por agricultura, usos de la tierra y silvicultura tienen que ser reales y tienen que ser comparables. Tienen que ser reales para respetar los esfuerzos realizados por otros sectores y para evitar que se haga una contabilidad creativa, lo que, además, sería un desprestigio para la Unión Europea en el ámbito internacional. Y tienen que ser comparables porque es necesario poder cuantificar las absorciones de cada Estado miembro y de la Unión Europea en su conjunto. Los periodos de referencia son totalmente necesarios, y es preciso que sean racionales y consistentes. Por todo eso, es conveniente que la Unión Europea —la Comisión— tenga un control sobre las cifras de los Estados miembros.

Considero que este Reglamento es muy importante para las actividades económicas sostenibles en el mundo rural, y tenemos que apoyarlo.

Miriam Dalli (S&D). – Mr President, we can all agree that forests are clean and they clean the air. They provide oxygen, raw materials and energy and they are a crucial element to tackle climate change. On the one hand they can cool the climate, but at the same time intensive felling and deforestation can have serious negative climate impacts. We are aware of the important role that forests, land and ecosystems have if we want to reach our Paris Agreement targets.

I could not help but follow the negative campaign that has been going on before the vote will be taken during this plenary, and I saw also amendments attacking the delicate position that was achieved in the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) on this legislation, and I believe that if we end up adopting a future reference level rather than one based on what is well documented and known, we will end up with a system which will not work and will not address our climate change concerns.

The report of the Parliament's Environment Committee is a step towards a better climate policy. It aims at a robust and transparent accounting system for forestry emissions rather than one which will have the potential to hide emissions from increased forest cutting. Once again we need a strong parliamentary position on LULUCF: one that gives proof of our climate commitment and ensures the capacity of our forests to store carbon.

Mark Demesmaeker (ECR). – Ik kom uit Vlaanderen, collega's, en dat is een regio die in vergelijking met andere EU-lidstaten veel minder bosrijk is, maar we hebben wel enkele mooie bosparels en we weten hoe belangrijk ze zijn. In mijn eigen stad hebben we het Hallerbos. En ook het Zoniënwoud, dat afgelopen zomer door de Unesco werd erkend als werelderfgoed, ligt mij nauw aan het hart. De bossen zijn zo waardevol, weten we. Ze vormen een bron van rust, van recreatie, ze zijn een habitat voor fauna en flora. Hun duurzaam beheer heeft een economische dimensie en ze dragen bij tot een beter klimaat en een betere luchtkwaliteit. Om de 2030-doelstelling van 40 % minder CO₂ te behalen zijn inspanningen van alle sectoren nodig. En ook mijn partij N-VA is ervan overtuigd dat bosbouw een belangrijke bijdrage kan en moet leveren aan het klimaatbeleid door te zorgen voor minder CO₂ in de lucht. Daarom steunen we de ambitie om tegen 2030 de netto-uitstoot van bosbouw tot nul te herleiden en nadien verder te evolueren naar een positieve balans, een noodzakelijke bijdrage aan een koolstofarme samenleving.

Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE). – Mr President, LULUCF is awfully complex, almost as complex as its abbreviation, but it is very important for all of us. Almost one fifth of all global greenhouse gases come from it. The LULUCF Regulation is not a policy that prescribes in detail what Member States should do with their forests. It does not even regulate whether a government or private company can start or stop harvesting a forest.

LULUCF is an accounting policy. By correctly checking the exact amount of emissions released or absorbed by forests, agricultural land and other forms of land use, we know how much emissions budget is left for other types of emissions. Member States can, on the basis of the account, decide themselves what specific measures they want to take on forest and land use, or on other sectors of the economy such as transport and energy.

Let's not fool ourselves by tweaking the rules though. LULUCF is like managing your financial budget. It is extremely boring and complicated but crucial to avoid bankruptcy.

Ángela Vallina (GUE/NGL). – Señor presidente, vaya por delante que yo creo que aquí todos decimos que defendemos la lucha contra el cambio climático y que esta lucha, además, tiene que ser desde todos los sectores, como también se está haciendo desde la Comisión de Desarrollo Regional respecto al papel de las ciudades y regiones.

Pero la solución para conseguir una reducción de gases de efecto invernadero no está en hacer malabares con los números y forestar las tierras agrarias, sino en cambiar el modelo de producción agraria actual, reducir los abonos nitrogenados, prohibir la ganadería industrial y la agricultura y evitar los cambios en los usos del suelo que favorecen el modelo industrial este insostenible, y poner fin a la transformación también de los alimentos durante su transporte.

Una abundante masa forestal es necesaria por muchos motivos aquí expuestos ya, pero es necesaria también una cantidad suficiente de superficie agraria para garantizar la seguridad y soberanía alimentaria. Se debe llevar a cabo un cambio real y urgente hacia una producción alimentaria basada en la agroecología y los circuitos cortos de comercialización de alimentos.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Mr President, last week I was invited by the Polish Greens to take action against logging in Białowieża forest, Europe's oldest forest and a vital carbon sink. Whilst the EU is trying to protect this particular forest, it is simultaneously incentivising logging elsewhere in Europe through failing to control land use and biofuels.

Enhancing carbon sinks through sustainable land and forestry management has long been recognised as an important pillar of carbon reduction, but the sloppy carbon accounting put forward in this regulation on land use management leaves a gaping loophole which would allow for increased logging in the EU. At the same time, the biofuel industry are pushing for high targets and renewables that would also increase deforestation.

We need the EU to show leadership and take our Paris climate targets seriously. When will we wake up to the stark reality of climate change, start protecting our forests and begin to see the wood for the trees?

Christofer Fjellner (PPE). – Herr talman! EU har inte och ska inte ha någon beslutanderätt över skogspolitiken. Ärligt talat tror jag nämligen inte ens att vi i det här rummet är överens om vad en skog är för någonting. EU fattar dock många beslut som påverkar skogen, inte minst i klimatpolitiken. Detta är kanske det allra viktigaste av de besluten. När vi utformar klimatpolitiken måste vi använda skogens otroliga potential för att bekämpa klimatförändringarna, men det gör vi inte idag.

De flesta av mina kolleger som nu har sagt hur man ska använda skog och vad vi ska besluta och inte vet nog inte ens de mest grundläggande fakta om tillståndet i Europas skogar – att vi inte ens avverkar 60 procent av tillväxten, att skogarna i Europa växer nästan motsvarande ett Cypern varje år. Man kan alltså öka mängden skog och öka mängden avverkning. Det har vi gjort i Sverige i över hundra år. Det är därför vi aldrig får sätta tak för intensiteten i skogsbruket.

Till min socialdemokratiska kollega från Storbritannien vill jag säga följande: Ni högg ner era skogar för tusen år sedan och har fortfarande inte kommit på hur man ska få dem tillbaka. Jag tycker det borde vara läge för lite ödmjukhet när man ska försöka komma med lektioner till dem som har vårdat och utvecklat skogarna och fått tillbaka dem, just under de senaste hundra åren. Lyssna och lär istället!

Daciana Octavia Sârbu (S&D). – Sectorul exploatării terenurilor are un efect profund asupra emisiilor de gaze cu efect de seră și poate juca un rol uriaș în eliminarea lor din atmosferă. Contabilizarea impactului acestui sector este, deci, un element cheie în politica privind clima. Fără această componentă nu putem implementa Acordul de la Paris. Nu putem nici măcar să-i monitorizăm progresul. Această legislație va contribui la angajamentele noastre internaționale și, în plus, va arăta și va cuantifica valoarea reală a pădurilor, a zonelor umede și a altor resurse naturale. Legislația propusă ar trebui să încurajeze statele membre să-și protejeze absorbția de carbon, dar flexibilitatea este, la rândul ei, importantă. Ar trebui să fie permis ca emisiile dintr-un sector să fie compensate de absorbțiile de carbon din alte sectoare sau comercializate între statele membre, atâta timp cât efectul cumulativ al acestor elemente de flexibilitate este acela de reducere a emisiilor totale.

Hannu Takkula (ALDE). – Arvoisa puhemies, EU:n ja eri jäsenmaiden metsälait varmistavat, että Euroopan metsiä hoidetaan kestävästi luonnon monimuotoisuutta kunnioittaen, mikä on erittäin tärkeää. Siksi myös Euroopan puuvarat ovat kasvaneet pitkään ja tulevat kasvamaan myös tulevaisuudessa ilmastoa viilentäen.

Euroopan on mahdollista yhdistää metsävarojen kasvattaminen ja lisääntyvä puunkäyttö. Voimme korvata monet ilmastolle haitalliset fossiiliset tuotteet, kuten betonin, öljyn ja polttoaineet, uusiutuvilla puuperäisillä tuotteilla. Tulevassa LULUCF-äänestyksessä ratkaistaan Euroopan biotalouden tulevaisuus. Komission ja ympäristövaliokunnan esitykset metsien hiilinieluista kannustaisivat jäädyttämään puunkäytön menneisyyden tasolle, mikä ei ole järkevää. Tällainen laskentatapa tekisi esimerkiksi Suomen hiilinielusta ilmastolaskennoissa päästön. Joutuisimme tuomaan puuta Euroopan ulkopuolelta, missä metsää ei välttämättä hoideta kestävästi.

Meidän on parlamentissa ymmärrettävä katsoa eteenpäin ja nähtävä lisääntyvien puuvarojen suomat mahdollisuudet. PPE-ryhmän tarkistus 65 antaa tähän mahdollisuuden varmistaa, että metsävarat kasvavat myös tulevaisuudessa. Se kannustaa myös jäsenmaita kestävään puunkäyttöön ja metsätalouteen.

Martin Häusling (Verts/ALE). – Herr Präsident! Ich darf mich zunächst bei Herrn Lins bedanken. Die Vorlage der Kommission ist verbessert worden. Natürlich muss Land- und Forstwirtschaft ihren Beitrag leisten. Aber wir müssen darauf schauen, was für eine Landwirtschaft wir denn einbeziehen. Eine Intensivlandwirtschaft ist eher ein Problem. Auch eine Landwirtschaft, die zum Beispiel weiterhin intensiv Moorböden nutzt, ist ein Problem, oder eine Landwirtschaft, die dazu beiträgt, Grünland zu zerstören. Auch das setzt riesige Mengen an CO₂ frei.

Dasselbe gilt natürlich auch für die Forstwirtschaft. Nur eine nachhaltige Forstwirtschaft kann zur Problemlösung beitragen. Eine Forstwirtschaft, die auf schnell wachsende Bäume wie zum Beispiel Eukalyptus im Süden Europas setzt, ist kein Beitrag zum Klimaschutz. Da müssen wir sehr differenzieren. Deshalb ist es wichtig, dass wir nachhaltige Systeme unterstützen.

Eines dürfen wir jedenfalls nicht machen: Wir dürfen die LULUCF-Vorlage nicht zur Verrechnungsstelle nutzen und uns nicht in anderen Bereichen die Welt schön rechnen, während dann zum Beispiel im Verkehrsbereich Emissionen nicht reduziert werden. Dafür ist LULUCF nicht gemacht. Wir müssen hier sauber trennen und LULUCF nicht als Verrechnung benutzen.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, čestitam kolegi Linsu na izvješću, zahvaljujem mu na trudu koji je uložio u izradu ovog izvješća kao i na odličnoj suradnji. U vrednovanju doprinosa šuma europskim energetske i klimatskim politikama potrebno je pažljivo procjenjivati mogućnosti i kapacitete država članica, pogotovo ako se u obzir uzimaju povijesni kriteriji gospodarenja šumama.

Hrvatska ima gotovo 50 % državnog teritorija prekrivenog šumom i svake godine ostvaruje značajan prirast šumske biomase. Prema podacima Eurostata vidljivo je kako su države članice koje su pristupile Europskoj uniji 2004. godine i poslije podigle razinu gospodarenja šumama. Hrvatska nije bila u mogućnosti ostvariti višu razinu gospodarenja šumama na svom cijelom teritoriju već samo na teritoriju kojim je mogla u potpunosti upravljati. Naime, Hrvatska od 1991. do 1998. godine zbog okupacije dijela teritorija, zbog Domovinskog rata koji je uslijedio, nakon toga i proces mirne reintegracije, nije mogla upravljati svojim šumama. Posljedice velikosrpske agresije još i danas osjećamo zbog zaostalih minskih sredstava.

Hrvatska je do sada uložila preko 680 milijuna eura za razminiranje minski sumnjivih područja. Taj posao razminiranja je doista bio intenzivan, ali je ostalo još 425 km², i to neće biti gotovo prije sredine 2019. godine. Preko 90 % te preostale minirane površine upravo čine šume te stoga zahvaljujem kolegi Linsu koji je uvažio sve ovo i omogućio iznimku za Hrvatsku.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Arvoisa puhemies, meidän on vastattava kolmeen haasteeseen yhtä aikaa: hillitä ilmastopäästöjä, uudistaa taloutta ja teollisuutta sekä korvata fossiilisia raaka-aineita uusiutuvilla, myös kestävän metsänhoidon biomassoilla. Kokonaisuus johtaa parempaan ilmastonmuutoksen torjuntaan.

Olin LULUCF:n varjoesittelijä ITRE-valiokunnassa. Lisäsimme hiilinielujen kirjanpidossa oman kategorian puutuotteille. Näihin varastoituu hiiltä, ja niillä voi korvata edelleen fossiilisia materiaaleja. ENVI-valiokunta huomioi tämän, kiitos siitä.

Keskeisessä kysymyksessä metsänkäytön vertailujaksosta ITRE-valiokunta halusi ottaa huomioon kaiken, myös tuoreimman tiedon. Valitettavasti nyt pöydällä oleva esitys rajoittuu vanhaan ajanjaksoon metsien vuotuisen käytön osalta ja mielivaltaisiin eroihin EU-maiden kesken.

Euroopan tasolla metsien tulee olla nielu. Tällaista esitystä EU-maiden kesken on mahdoton hyväksyä. Esittelijän äänestykseen tekemä tarkistus mahdollistaisi tämän korjaamisen. Pyydän kollegoitani äänestämään ENVI-valiokunnan mietinnön, mutta myös tarkennuksen puolesta. Katse Eurooppaan ja hiilinielujen luomiseen, mutta ei jäsenmaiden eriarvoisuuden pohjalta.

Fredrick Federley (ALDE). – Herr talman! Den som följer denna debatt kanske tror att det finns jättemånga härinne som är emot att vi skulle ha beräkningsgrunder för skogens klimatpåverkan. Så är det inte alls, utan vad vi pratar om är tekniska detaljer där vi skiljer oss i det förslag som har kommit från kommissionen.

Jag vill också påminna mina kolleger i miljöutskottet som helt verkar ha glömt att också industriutskottet och jordbruksutskottet har behandlat detta betänkande genom att avge yttranden. Där var resultatet helt annorlunda. Så om man försöker få det att framstå som att det är några få ledamöter från några få länder som har en annan syn på några av beräkningsgrunderna, stämmer det alltså inte alls. Det är en förkrossande majoritet i industriutskottet och jordbruksutskottet som har en annan inriktning.

När det gäller referensnivåer och varför de är särskilt viktiga är det klart att om vi sätter beräkningsgrunder på historisk grund, innebär det att om vi skulle titta på tandborsttillverkning och den skulle gälla efter hur vi fick tillverka tandborstar på 1800-talet, så är det klart att vi får fram helt andra resultat än modern teknik idag.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Arvoisa puhemies, ilmaston kannalta hiilinielun pieneminen on sama asia kuin päästö. Paras ja helpoin tapa sitoa hiilidioksidia ilmakehästä on kasvattaa hiilinieluja eli metsiä. Euroopan kansanpuolueen uusi kompromissiesitys on epäselvä. Luen sitä itse niin, että koko metsänkasvu olisi hakattavissa, ja metsän hiilinielun annettaisiin pienentyä vuoteen 2049 saakka. Tähän ei ole aikaa. Pariisin ilmastopimuksen toimeenpanolla on kiire, ja maan ja metsän käytöllä on keskeinen rooli.

Ilmastonmuutosta ei ratkaista päästöjä piilottamalla. Kirjanpidon on oltava läpinäkyvää ja rehellistä. Ympäristövaliokunnan mietinnössä ei rajoiteta hakkuiden määrää. Mutta mietintö ohjaa oikeaan suuntaan taloudellisin kannustimin eli hiilinielujen kasvattamiseen ja kestävämpään puunkäyttöön. Kestävää sen sijaan ei ole havitella lisähakkuita metsäpohjaisen bioenergian ylenpalttiseksi lisäämiseksi. Järkevää kiertotaloutta on saada vähemmästä enemmän ja kestävä, pitkäikäisiä puurakennuksia, uusia innovaatioita, muovin korvaamista puulla.

Krišjānis Kariņš (PPE). – Priekšsēdētāja kungs! Eiropā mūsu galvenais klimata mērķis ir samazināt CO₂ izmešus. Mums ir dažādi resursi, kas var palīdzēt: saule, vējš, ūdens un arī meži. Ja Eiropas dienvidos ir daudz saules, Eiropas ziemeļos ir maz saules, bet ļoti daudz mežu. No mežiem mēs iegūstam visdažādākos produktus: protams, papīru, dēļus, bet arī mūzikas instrumentus, rotaļlietas, mēbeles. Ļoti bagātīgi. Un tieši no atkritumiem, tātad no zāģskaidām un no šķeldas, mēs arī iegūstam kurināmo, no kā mēs ražojam siltumu un elektrību. Tātad atjaunojamie energoresursi visam pa virsu. Kolēģi, mums nevajag izpostīt Eiropas mežu industriju, mums vajag tā vietā veicināt, lai tā attīstās ilgtspējīgi, kas nozīmē — katrreiz, kad nocērt koku, ir obligāti un nekavējoties jāstāda jauns. Nocirsts koks nenozīmē noteikti izpostītu mežu.

Francesc Gambús (PPE). – Señor presidente, señor comisario, los entornos forestales y sus necesidades difieren entre los Estados miembros. Así lo quisimos hacer constar en el informe de esta casa sobre la nueva Estrategia Forestal Europea. Los bosques europeos crecen en el norte pero retroceden en el sur y, ante el cambio climático, los bosques mediterráneos corren el peligro de desaparecer entre cenizas.

Sin embargo, hay algo común alrededor de Europa, y es la convicción de que una gestión activa de los bosques desarrolla unos beneficios, tanto para la economía como para el fomento de la vida rural y la lucha contra el cambio climático. Por ello, quiero agradecer el trabajo del ponente, nuestro colega Lins, que ha hecho un esfuerzo ingente para hallar el no fácil equilibrio entre el compromiso insobornable con los Acuerdos de París —de los que la Unión debe ser líder y ejemplo— y la gestión activa de los bosques, que, al final, son dos caras de la misma moneda.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, metsillä on tärkeä rooli ilmastonmuutoksen torjunnassa, ja tämä tiedetään erityisen hyvin kotimaassani Suomessa, joka on ylivoimaisesti Euroopan metsäisin maa. Suomen pinta-alasta yli 75 prosenttia on metsää. Metsällä on myös kansantaloudessamme erittäin suuri merkitys, ja se tarkoittaa sitä, että meidän kaikkien intressissä on myös huolehtia metsistä kestävällä tavalla. Suomessa metsät ovat aina kasvaneet enemmän kuin niitä on hakattu, ja näin tulee olemaan myös jatkossa.

Tämä komission ehdotus on herättänyt hyvin paljon huolta ja jopa suuttumusta metsäisissä maissa, koska ehdotus laskentamekanismista ja erityisesti referenssivuosista asettaa jäsenmaat hyvin eriarvoiseen asemaan keskenään ja jopa rankaisee niitä jäsenmaita, jotka ovat huolehtineet kestävästi omista metsistään.

Metsien käyttöä on voitava myös lisätä niillä alueilla, joilla se voidaan tehdä kestävällä tavalla ja siten, että metsät jatkossakin säilyvät hiilinieluina. Haluan kiittää esittelijä Linsin erinomaisesta työstä, jossa hän on hakenut hyvää kompromissia, ja ehdotan, että kaikki lähtevät laajasti tukemaan esittelijä Linsin tarkistusta, joka mahdollistaa myös kestävan metsänhoidon kehittämisen.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Lasy, jak wiemy, spełniają wiele funkcji, które mają bardzo pozytywny wpływ na funkcjonowanie ekosystemów, na nasze życie, ale także na ograniczenie emisji CO₂. Według szacunków każdego roku lasy w Europie pochłaniają jedną dziesiątą całkowitej emisji gazów cieplarnianych, co stanowi wielki potencjał absorpcyjny, który niewątpliwie powinien być utrzymany i rozwijany.

Z drugiej zaś strony nie możemy zapominać, że sektor leśnictwa musi również zaspokajać rosnący popyt na drewno. Ostateczny kształt przepisów, które zostaną więc przez nas uchwalone, odegra kluczową rolę w kontekście kształtowania gospodarki leśnej, a także rzutować będzie na przyszłość i działalność wielu podmiotów funkcjonujących w jej obrębie i korzystających z jej obrotów. Dlatego też warto pamiętać, że postrzeganie zasobów leśnych jako efektywnego sposobu, który ma się przyczynić do redukcji emisji dwutlenku węgla, może także spowodować odciążenie innych wysokoemisyjnych sektorów poszczególnych gospodarek.

Należy również mieć na uwadze występujące różnice pomiędzy poszczególnymi krajami członkowskimi i należy opowiedzieć się za stanowiskiem, które w sposób wyważony i kompleksowy doprowadzi do realizacji porozumienia paryskiego i zapobiegnie zmianom klimatu. Cel ten może być z pewnością osiągnięty poprzez integrację polityki leśnej, klimatycznej, gospodarczej oraz tworzenie długofalowych planów i strategii dla europejskiego leśnictwa.

Cieszę się bardzo, że znaczna część złożonych poprawek skupia się na znalezieniu właśnie kompromisu pomiędzy dalszym rozwojem lasów, ale także pomiędzy dostępnością surowca drzewnego.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Comissário, esta proposta determina a forma como as emissões dióxido de carbono provenientes do setor agrícola e florestal devem ser incorporadas na política climática europeia, por forma a contribuir para a redução das emissões da União Europeia e reveste-se de grande relevância no contexto das negociações internacionais sobre as alterações climáticas pelos sinais políticos que emite relativamente à ambição e à determinação da União Europeia no combate às alterações climáticas.

As florestas estão intimamente relacionadas com as alterações climáticas. Estima-se que o impacto climático das alterações passadas do solo e da sua cobertura tenham sido responsáveis por cerca de 40 % do total do aquecimento entre 1850 e 2010, um valor astronómico. É, pois, essencial, que as florestas sejam geridas de forma sustentável, mantendo a sua diversidade biológica, a sua produtividade, a sua capacidade de regeneração, a sua capacidade de satisfazer, no presente e no futuro, as funções ecológicas, económicas e sociais ao nível local, nacional e mundial.

Depois de um dos verões mais quentes da história e dos graves incêndios que atingiram a Europa – muito em particular o meu país – é importante realçar a importância das florestas no quadro do combate às alterações climáticas.

Acredito que a presente proposta – alinhada com uma política climática que reconheça o papel das florestas e do solo no seu papel-chave no combate às alterações climáticas – pode ser a única forma de caminharmos, de forma segura, para uma união energética resiliente dotada de uma política em matéria de alterações climáticas virada para o futuro que sustenta a sua dimensão de descarbonização.

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Interventions à la demande

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já samozřejmě souhlasím se svými předřečníky, že lesy plní důležitou roli při ochraně klimatu. Jejich absorpční kapacita je skutečně nepochybnitelná. Chtěl bych zdůraznit nejen hodnotu environmentální, ale i hodnotu ekonomickou. Nechci vůbec zpochybňovat Pařížské dohody, to je naprosto jasný závazek Evropské unie a já jsem za něj rád. Ale myslím si, že musíme v těchto oblastech, kde kompetence leží zejména na členských státech, hledat co nejširší kompromisy.

I z tohoto důvodu bych se chtěl přiklonit k návrhu kompromisu, který předložil právě kolega zpravodaj Norbert Lins z toho důvodu, že vlastně hledá rovnovážnou roli mezi tím, co je naše zodpovědnost ve vztahu k Pařížské dohodě a co je náš respekt k členským státům, které kompetenci ve vztahu k lesnictví mají.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, mancano poche settimane alla COP 23 di Bonn e penso che la proposta LULUCF, di cui discutiamo questa sera possa, rappresentare un importante passo avanti per la lotta al cambiamento climatico.

L'obiettivo della proposta può essere raggiunto solo con la contabilizzazione rigorosa e credibile a livello dell'Unione europea per il periodo 2021-2030 e se l'obiettivo del non debito e i possibili crediti sono conseguiti in maniera comparabile e rigorosa. I nostri obiettivi climatici a lungo termine si basano sugli assorbimenti netti nel settore LULUCF ma ciò non deve condurre ad una riduzione del livello di ambizione in altri settori.

Occorre anche distinguere tra emissioni verdi di CO₂ del settore LULUCF ed emissioni provenienti dalla combustione di fossili. E a tale scopo è fondamentale la coerenza tra le varie politiche dell'Unione europea. La flessibilità proposta dal regolamento LULUCF è uno strumento utile per valorizzare, premiare e incentivare la silvicoltura e l'agricoltura per le loro azioni intelligenti sul piano climatico, ma non dobbiamo abbassare la guardia e dobbiamo essere ambiziosi

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, τα δάση καλύπτουν περισσότερο απ' το 42 % της χερσαίας επιφάνειας της Ευρωπαϊκής Ένωσης και συμβάλλουν έτσι καθοριστικά στο μετριασμό της κλιματικής αλλαγής. Κι' αυτό μάλιστα αναγνωρίζεται και από τον κανονισμό LULUCF. Όμως αυτό σημαίνει ότι πρέπει να ληφθούν μέτρα για την προστασία των δασών, για τη στήριξη της βιώσιμης δασοκομίας και της βιοποικιλότητας. Το τελευταίο διάστημα είχαμε καταστροφικές φωτιές στην Ελλάδα, την Πορτογαλία και σε άλλες χώρες του Νότου. Επομένως, οι μηχανισμοί πυρόσβεσης χρειάζονται ενίσχυση αλλά πρέπει να γίνουν και αναδασώσεις. Ταυτόχρονα, οι δασικοί χάρτες δεν θα πρέπει να συντάσσονται αυθαίρετα και θα πρέπει να καταγραφούν επίσης οι χορτολιβαδικές εκτάσεις και οι υδροβιότοποι. Η λογιστική καταγραφή διαχειριζόμενων δασικών εκτάσεων είναι αναγκαία, όπως επίσης και τα προϊόντα υλοτομίας.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE). – Arvoisa puhemies, kestävä metsänhoito ja vastuullinen metsänkäyttö ovat parasta ilmastopolitiikkaa. Se myös mahdollistaa vastuullisen metsänkäytön. Siksi metsäiset maat hoitavat myös metsiään. Tätä taustaa vasten komissaarin puheenvuoro tuntui aika kummalliselta, kun hän puhui vain hallinnollisista ongelmista. Hienoa, että on tasapaino ja hieman joustoa. Kuitenkin komission alkuperäinen esitys oli erittäin eriarvoinen eri jäsenmaita kohtaan. Siinä rangaistiin nimenomaan niitä jäsenmaita, jotka ovat hoitaneet metsiään ja osanneet niitä vastuullisesti käyttää.

Metsäpolitiikka ei ole hallinnollinen ongelma, vaan metsäpolitiikka on vastuullista metsänhoitoa niin, että sitä voidaan käyttää, mutta luonnosta voidaan myös nauttia ja täyttää ilmastopolitiikan ehdot.

Linnéa Engström (Verts/ALE). – Fru talman! Inkluderandet av markanvändning och skogsbruk i LULUCF, EU:s klimat- och energiramverk, är mycket positivt, men det måste göras på ett sådant sätt att ambitionen i ramverket inte minskas. En central fråga är hur referensnivån för skogsbruk sätts. Regelverket ska vara transparent och robust, samtidigt som jag fortfarande vill se ett nationellt självbestämmande i skogsfrågorna.

Vi bör minska produktionen av kortlivade skogsprodukter och prioritera långlivade produkter. Vi måste också minska energiförbrukningen och konsumtionen av papper. Vi ska satsa på energieffektivisering och återanvändning. Jag vill fasa ut kalhyggesbruket och återgå till naturnära kalhyggesfria skogsbruksmetoder. Vi bör också främja naturlig föryngring och öka andelen blandskogar med mer lövträd.

Jag vill tacka Norbert Lins för hans ändringsförslag, och jag är absolut beredd att rösta för dem.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, τα δάση τα οποία, όπως ήδη έχει αναφερθεί, αποτελούν το 42 % της επιφάνειας της Ευρωπαϊκής Ενωσης, αποτελούν σημαντικό παράγοντα για την αντιμετώπιση της αλλαγής του κλίματος και τον μετριασμό των επιπτώσεών της, διότι απορροφούν και αποθηκεύουν το 10 % περίπου από το διοξείδιο του άνθρακα που αποτελεί ένα από τα αέρια του θερμοκηπίου και, με αυτόν τον τρόπο, αντιμετωπίζεται, όπως είπα και προηγουμένως, η επίπτωση από την κλιματική αλλαγή. Επιπλέον, το δάσος βοηθά τη γεωργία να αντιμετωπίσει τις συνεχώς αυξανόμενες ανάγκες σε τρόφιμα και ζωοτροφές και παρέχει την ξυλεία, η οποία αποτελεί πρώτη ύλη για τη βιοοικονομία. Για όλους τους παραπάνω λόγους, θα πρέπει τόσο τα κράτη σε ατομικό επίπεδο όσο και η Ευρωπαϊκή Ένωση συνολικά να εξετάζουν και να αντιμετωπίζουν με τρόπο ορθολογιστικό τη γαστρονομία και τη δασοκομία, ούτως ώστε να παίρνουν τα μεγαλύτερα πλεονεκτήματα, να μην καταστρέφονται τα δάση και να εκπληρωθούν οι στόχοι μέχρι το 2030 για την αντιμετώπιση κλιματικής αλλαγής.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I think the Paris Agreement has had the effect of creating more awareness amongst Member States, businesses, individuals, of the part they need to play in meeting our commitments. I think the agricultural sector is a case in point. A couple of weeks ago I attended an open day in my own country, in Gurteen College, called 'Energy in Agriculture', where the amount of innovation that is taking place in relation to trying to reduce emissions and create renewable energies in agriculture was breathtaking.

Forestry is a case in point. I think the important aspect is that, while we all know it is a carbon sink and the forests can be used for various products – especially for renewable energy – once we have a policy of increasing (not decreasing) the amount of land under forestry, we can work everything out from there.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Ačiū pirmininkė, gerbiami kolegos. Klimato kaitos stabdymas, be didelių abejonių, yra vienas svarbiausių šios dienos uždavinių. Miškų naudojimas kaip anglies dvideginio surinkimo priemonės, net ir pačiais kukliausiais vertinimais, atsisis pigiau ir bus efektyvesnis nei bet kokie šandien įmanomi angliavandenilius naudojančių variklių tobulinimai.

Šandien svarstomas Reglamentas turi padėti ir tapti puikia priemone, teigiama miškų poveikio klimato kaitos stabdymui. Padėtų labiau, jei Komisija nebūtų padariusi keleto klaidų. Visų pirma nuostatos, kad, jos siūlymu, istoriniu referenciniu laikotarpiu devyniasdešimtais–du tūkstančiai devintais metais augę miškai buvo neutralūs klimato kaitos atžvilgiu.

ENVI komitete pavyko šiek tiek patobulinti šį dokumentą ir jį jau galima palaikyti. Kartu turėtume nepamiršti, kad europinio reguliavimo šioje srityje tikslu turi tapti stiprinimas motyvacijos tiek valstybėms narėms, tiek ir likusiam pasauliui auginti daugiau miškų, kaip priemonės stabdyti klimato kaitai. To šiame dokumente dar pasigendu.

Ačiū.

Petri Sarvamaa (PPE). – Arvoisa puhemies, tässä on vain minuutti aikaa, ja se on ehkä parhaiten käytetty hiukan tunteellisella puheenvuorolla. Tässä on varmasti ajettu ihan hyvää ja oikeaa asiaa. Me kaikki tässä salissa haluamme pysäyttää ilmastonmuutoksen. Mutta en voi mitenkään ymmärtää, miten jotkut tässä talossa, erityisesti ympäristövaliokunnassa, voivat niin täydellisesti sulkea silmänsä tosiasioilta.

Jos ympäristövaliokunnan tahto menisi läpi, Euroopan metsäisimpiä jäsenvaltioita, jotka pitävät huolen nimenomaan hiilinieluistaan ja ilmastonmuutoksen estämisestä, rankaistaisiin. Uskon vahvasti, että tässä talossa on riittävästi järkeä äänestää esittelijä Norbert Linsin – jonka työtä todella kiitän – esittämän PPE:n tarkistuksen puolesta, jolloin saamme tähän jotain tolkkua.

(Fin des interventions à la demande)

Miguel Arias Cañete, Member of the Commission. – Madam President, I have listened carefully to the debate today and I am encouraged by the engagement of the Members of this House. I appreciate your commitment to maintaining the European Union's role as a path-breaker in the area of international climate action.

Following the debate I would like to clarify two issues. The first one relates to what Mr Brannen said. It is correct that the Commission proposal mentioned the term 'intensity'. However it was never meant to be a static historical value. Forest management will have to flexibly adapt to the age-class structure of the forest and this means that the intensity will not necessarily stay constant over time but might change in a forward-looking forest reference level.

The second one relays that the Commission is very much aware of the specific situation of the forest-richest Member States. They have a particular potential for a flourishing bio-economy and this can help in replacing emissions from many sectors, especially through harvested wood products and also biofuels, while at the same time maintaining, or even raising, the forest sinks. This is very much appreciated and will be acknowledged in the accounting system.

Finally allow me to state that discussions on the two non-ETS proposals have progressed well in the Council and the technical work is nearly finalised. I would like to thank you for taking this important step in Parliament, which provides crucial political momentum for this proposal. I am convinced that the Council, under the leadership of the Estonian Presidency, will be able to move forward swiftly before the next climate conference in Bonn in November.

The European Union, as a driving force behind the High Ambition Coalition cannot come to Bonn empty-handed.

Norbert Lins, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke für die lebhaft und kontroverse Diskussion, die wir in der letzten Stunde geführt haben. Ich will ein bisschen auf ein paar Wortmeldungen eingehen. Zum einen vom Kollegen Brennan, aber auch von der Kollegin Hautala. Ich glaube, dass wir da zumindest in Teilen einem Irrglauben aufsitzen, wenn wir – vereinfacht gesagt – der Auffassung sind, dass weniger Holzeinschlag mehr Klimaschutz bedeutet. Das ist definitiv nicht das, was die Wissenschaft mir in den letzten Monaten vorgetragen hat. Nein, es geht um einen klugen Ansatz, es geht um die Frage: Wann ist der beste Zeitpunkt, um Holz einzuschlagen? Denn ist es klar, dass ein Baum lange Zeit immer mehr CO₂ aufnehmen kann, aber dann einen Zenit erreicht und dann ab diesem Zeitpunkt weniger aufnehmen kann. Um es mal ein bisschen zuzuspitzen: Ein Nationalpark, der vor allem gemacht wird, um mehr Biodiversität zu gewährleisten, ist bestimmt kein Wald, der Klima schützt, sondern im Gegenteil: Man kann vereinfacht sagen, dass ein Nationalpark auf lange Sicht ein Klimafrevler ist, weil er natürlich eben auf Dauer weniger CO₂ aufnehmen kann.

Und dann Bioökonomie: Auch im Pariser Klimaschutzabkommen ist ganz klar festgelegt, dass wir das steigern müssen. Das heißt also, wir müssen versuchen, mehr Wald hinzubekommen. Es geht auch um die Frage: welche Altersklasse? Da gibt es unterschiedliche Situationen in den Mitgliedstaaten; der Kommissar hat es dargestellt. Das heißt also, ich kann im Zweifel meinen Holzeinschlag deutlich ausweiten, habe trotzdem immer noch eine Senkenwirkung, sogar eine höhere Senkenwirkung auf Dauer, wenn ich die richtige Altersklasse einschlage.

Insofern wäre es richtig und gut, den EVP-Änderungsantrag im Plenum am Mittwoch zu unterstützen und damit einen realistischen Ansatz hinzubekommen. Und dann, wenn wir am Mittwoch hier eine Mehrheit haben – was ich mir wünsche –, ist der Rat am Zug. Ich bin der Auffassung, dass er sehr schnell zu einem Ergebnis kommen muss, damit wir in die Debatte, in den Trilog eintreten können, um den guten Kommissionsvorschlag am Ende zu verbessern, damit am Ende alle mit diesem Kompromiss leben können.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mercredi, le 13 septembre 2017.

Déclarations écrites (article 162)

Nicola Danti (S&D), par écrit. – Monsieur le Président, Chers collègues Ce rapport législatif propose de mettre en place un cadre pour la prise en compte des émissions et des absorptions de gaz à effet de serre dans le secteur de l'utilisation des terres et de la foresterie. Il constitue l'un des trois piliers du cadre d'action de l'Union européenne pour le climat et l'énergie à l'horizon 2030. C'est une pièce maitresse du plan de mesures de l'Union européenne pour atteindre les objectifs de l'Accord de Paris. Dans les négociations au sein du Parlement, j'ai milité pour la reconnaissance de la gestion active et durable des forêts, en accordant la possibilité aux acteurs de la filière bois d'exploiter le plein potentiel des ressources forestière, tout en assurant la croissance des puits de carbone de nos forêts. Je considère que cette proposition respecte la compétence nationale en la matière et permet aux États membres de mettre en œuvre des politiques ambitieuses, adaptées aux ressources locales. Pour ces raisons, je vous invite à soutenir ce rapport. Je vous remercie

György Hölvényi (PPE), írásban. – Tisztelt Elnök Úr! A földhasználat, a földhasználat-változáshoz és erdőgazdálkodáshoz kapcsolódó üvegházhatásúgáz-kibocsátások és -elnyelések 2030-as klíma- és energiapolitikai keretben történő kezelésére vonatkozó jogszabályjavaslat nagy vonalakban eleget tesz az Európai Tanács 2014. október 23–24-i következtetéseiben foglaltaknak. A kiindulás tehát megfelel a kormány- és államfők által megszabott politikai kereteknek. A párizsi klímacélok eléréséhez vezető úton nagyon fontos, hogy a LULUCF-szektor betartsa az ún. „negatív egyenleg tilalmát”, hogy a legrosszabb esetben is csak semleges hatást gyakoroljon a 2030-as -40%-os kibocsátáscsökkentési célra. A részletszabályok szintjén azonban szeretném felhívni a figyelmet a gazdálkodás alatt álló erdőterületek elszámolására vonatkozó rendelkezésekre. A referenciaszinteket úgy kell meghatározni, hogy az alapul vett gazdálkodási időszak minél közelebb legyen a jelenlegi adatokhoz, mutassa ki egy adott ország erdőgazdálkodási trendjeit, és ne korlátozza az adott tagállam jövőbeli erdészeti politikáit. Az Európai Bizottságnak pedig nem adható meg az a jog, hogy önkényesen

felülírhasa a tagállam által meghatározott erdő-referenciaszinteket, hanem a felülvizsgálatokhoz hasonlóan szakértők véleményét is vegye figyelembe. Úgy gondolom, hogy a kollégám, Norbert Lins által kialakított kompromisszum közelebb áll ezen elképzelésekhez, mint az eredeti bizottsági javaslat, ezért támogatom a jelentését.

Carolina Punset (ALDE), por escrito. – Los bosques europeos y el buen manejo del suelo son responsable de fijar más de 300M de toneladas de CO₂, casi el 10 % de las emisiones producidas por la UE. El uso del suelo ocupará pronto un lugar en la política climática de la Unión y sus Estados, que deberán cumplir unas reglas contables para equilibrar las emisiones y las absorciones de GEI. No obstante, estas normas no contabilizan las emisiones de la energía generada mediante biomasa. Esto resta peso a la capacidad de absorción y de sumidero de bosques y suelos, frente a su explotación como biomasa o madera, un factor que no debería excluirse. Las políticas energéticas de algunos Estados incluyen el uso de biomasa para alcanzar los objetivos de renovables gracias a los bosques, provocando dos consecuencias negativas: a) extraer biomasa con niveles más permisivos puede hacer perder la capacidad de fijación forestal del CO₂, y b) todas las emisiones de esta quema quedan fuera del cómputo, es decir, contribuyen al calentamiento sin ser contabilizadas. Europa no puede ni debe autoengañarse con una política energética que reste la importancia que se merecen sus bosques y sus suelos como actores determinantes en la reducción del carbono emitido.

22. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll

23. Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität in den EU-Organen (kurze Darstellung)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le rapport de Sven Giegold sur la transparence, la responsabilité et l'intégrité au sein des institutions européennes (2015/2041(INI))(A8-0133/2017).

Sven Giegold, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die Zusammenarbeit bedanken. Zum Teil war es ja eine schwere Geburt, aber letztlich hatten wir eine starke Mehrheit im AFCO-Ausschuss für diesen Bericht, und ich hoffe, dass wir das jetzt hier im Plenum entsprechend fortsetzen.

Es ist wichtig, sich mit der Frage der Demokratie in den europäischen Institutionen auseinanderzusetzen. Demokratische Institutionen brauchen zweierlei: starke Beteiligung und Entscheidungsfähigkeit im Sinne der Mehrheit unter Achtung der Grundrechte und Grundfreiheiten.

In immer mehr Bereichen hängt Demokratie daran, dass wir Entscheidungsfähigkeit auf europäischer Ebene nur noch international herstellen können. Entscheidungsfähigkeit gibt es nicht mehr nur national, wenn wir sehen, dass immer mehr Fragen letztlich global oder zumindest kontinental sind. Deshalb ist entscheidend, dass wir die Bürgerinnen und Bürger auf diesem Weg zu mehr europäischer und internationaler Demokratie mitnehmen. Und dazu müssen wir uns auch die Frage der Beteiligung stellen, denn nur durch beides zusammen – Beteiligung und Handlungsfähigkeit – erreichen wir Legitimation.

Jetzt hat Europa in vielen Bereichen schon Großes geleistet, um zu zeigen, dass Demokratie mit starker Beteiligung und Transparenz international möglich ist und eben nicht nur national geht. Wir zeigen schon vieles, gerade hier im Europäischen Parlament, aber über uns steht weniger in der Zeitung. Deshalb ist unsere effektive Transparenz und Rechenschaftspflicht für viele Bürgerinnen und Bürger noch nicht optimal ausgeprägt. Und wir sollten als Ziel setzen, ein Maximum an dem herauszuholen, was im Sinne von Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität möglich ist.

Deshalb formuliert unser Bericht einige Wünsche an die Kommission: Wir möchten, dass die Regeln zur Lobbytransparenz nicht nur für die Kommissare und die höchsten Beamten gelten, sondern für weitere Mitarbeiter. Wir möchten, dass im Bereich der Handelspolitik das, was bei TTIP angefangen wurde, endlich effektiv für alle Handelsverträge gilt, dass dort mehr Transparenz einzieht. In Expertengruppen sollten die Protokolle auch Minderheitenstandpunkte darstellen. Wir brauchen einen europäischen Rechtsrahmen für Whistleblower, und schließlich, wenn es um die Beurteilung von Interessenkonflikten in der Kommission geht, sollte nicht mehr die Kommission ihre Richter selbst bestimmen, sondern in dem Vorschlag für einen neuen *Code of Conduct* brauchen wir unabhängige Richterinnen und Richter zu dieser Frage. Und zu guter Letzt wünschen wir uns einen Vorschlag der Europäischen Kommission, damit wir starke Transparenz- und Beteiligungsrechte für alle EU-Agenturen bekommen und nicht, wie heute, nur für einige.

Aber wenn wir Wünsche an den Rat und auch an die Kommission formulieren, dann sollten wir auch bei uns selbstkritisch hingucken. Was nicht funktioniert, ist, wie leider einige Kollegen das hier möchten, dass wir starke Lobbytransparenz bei der Kommission und beim Rat einfordern, aber bei uns selbst sagen: Hier muss alles nur auf Freiwilligkeit beruhen. Vielmehr brauchen wir auch in den Augen der Bürgerinnen und Bürger volle Transparenz hier im Parlament. Und das sollte eben letztlich zumindest für alle gelten, die hier eine Funktion ausüben – also als Berichterstatter, als Schattenberichterstatter oder als Ausschussvorsitzende. Diejenigen sollten den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, mit wem sie geredet haben, wie es in Kanada schon ganz normal ist. Warum ist das im Europäischen Parlament nicht möglich? Die Kommission ist da vorangegangen, wir als Parlament sollten folgen. Wir haben gute Gelegenheit, das am Donnerstag bei der Abstimmung klarzustellen.

Interventions à la demande

György Schöpflin (PPE). – Madam President, this report has been a long time in the making, meaning that, as shadow, I have had very fruitful engagement with Mr Giegold, to whom I give my congratulations. It is an important report and, in a way, I think the time taken underlines this. Transparency is the central part of democracy, and this has to be the starting point. The problem is that there is a point where transparency comes into conflict with privacy and confidentiality, so any regulation of transparency has to establish an equilibrium between the two: between openness and confidentiality. At the same time, it must also pay heed to security and to those seeking to breach that security. I think the report achieves this. I am very much in favour of it. My thanks to Mr Giegold.

Jo Leinen (S&D). – Frau Präsidentin! Die Sozialdemokraten in diesem Haus sind für Transparenz bei der Interessensvertretung gegenüber den europäischen Institutionen. Wir haben in den vergangenen Monaten sehr intensiv mit dem Berichterstatter Sven Giegold an diesem Bericht gearbeitet – Dank für seinen Einsatz, er war hartnäckig. Es gab viele Widerstände, wie Herr Schöpflin schon gesagt hat – aber: Was wir am Donnerstag verabschieden, bringt etliche Fortschritte bei der neuen Offenheit in der Europapolitik, für die Kommission, für dieses Haus und hoffentlich auch für den Rat, weil der Rat bisher die Blackbox ist, und dort muss es wirklich eine neue Beweglichkeit geben, sich mehr zu öffnen.

Im Mittelpunkt steht das Transparenzregister, was wir jetzt wirklich nochmal nach vorne bringen. Wir sind da besser als viele der Mitgliedstaaten, da gibt es das ganz oft gar nicht. Wir sagen jetzt: Keiner kommt mehr in unser Haus, wenn er sich nicht registriert hat, wir empfehlen allen Abgeordneten, auch niemanden zu treffen, der nicht registriert ist. Finanzen und Kunden müssen offengelegt werden, also ein wichtiger Schritt und eine wichtige Etappe, weitere werden sicherlich auch noch folgen.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, διαφάνεια και λογοδοσία αποτελούν θεμέλια της Δημοκρατίας και θα πρέπει να χαρακτηρίζουν τη λειτουργία της Ευρωπαϊκής Ένωσης και ιδίως της Επιτροπής. Πρέπει επιπροσθέτως να απαγορεύεται ρητά η σύγκρουση συμφερόντων όπως είναι το ενδεχόμενο επιχειρήσεις αξιωματούχων της Ευρωπαϊκής Ένωσης να υποβάλλουν αιτήσεις για κονδύλια της Ένωσης ή να αναλαμβάνουν υπεργολαβίες. Επιπροσθέτως, χρειάζεται μια θέσπιση νομοθεσίας για νομικές ευθύνες των μελών της Επιτροπής, αντίστοιχες με τις ποινικές ευθύνες που έχουν οι υπουργοί των κρατών μελών. Η ακεραιότητα και η ισορροπία στη σύνθεση των ομάδων των εμπειρογνομόνων πρέπει να τεθεί στην ημερήσια διάταξη και να δημοσιεύονται τα βιογραφικά τους. Πλήρης διαφάνεια και πρόσβαση στα έγγραφα. Όχι αυτό το αίσχος που είχαμε με την TTIP. Σημαντικός είναι ο ρόλος της διαμεσολαβητριας, ιδίως σε σχέση με το ζήτημα των «revolving doors» (περιστρεφόμενες θύρες), καθώς δεν μπορούν μέλη της Επιτροπής όταν φεύγουν να απασχολούνται σε ιδιωτικές επιχειρήσεις που ήταν υπό τον έλεγχό τους. Διαφάνεια και στην ΕΚΤ και στις εθνικές κεντρικές τράπεζες, ιδίως σε σχέση με το τι αγοράζουν στο πλαίσιο του προγράμματος ποσοτικής χαλάρωσης (QE).

Jan Philipp Albrecht (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Vielen Dank vor allem an Sven Giegold für diesen Bericht, der für mehr Transparenz in den europäischen Institutionen absolut wichtig ist. Ich möchte denjenigen beipflichten, die hier extra nochmal dazu aufgerufen haben, dass insbesondere der Ministerrat und die Regierungen der Mitgliedstaaten daran arbeiten müssen, dass die Argumente und die Abstimmungsergebnisse und die Unterlagen zu den Abstimmungen auch in den Arbeitsgruppen des Rates auf den Tisch gelegt werden, damit Journalistinnen und Journalisten in der Lage sind, darüber Bericht zu erstatten.

Wir sind in einer politischen Union. Wir sind keine diplomatische Verhandlungsrunde mehr, in der man erstmal Argumente intern austauscht und irgendwann im Nachhinein auch die Öffentlichkeit davon mitbekommt. Es muss Einflussmöglichkeiten geben, und das geht nur, wenn der Rat seine Dokumente offenlegt, seine Verhandlungen öffentlich macht. Ansonsten hat der Rat in der Gesetzgebung der Europäischen Union auch in Zukunft nichts mehr verloren, sondern dann ist es nur das Europäische Parlament, das über diese Fragen abstimmen sollte.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, αποτελεί κοινό μυστικό το γεγονός ότι στη συνείδηση της μεγάλης πλειοψηφίας των λαών των εθνών της Ευρωπαϊκής Ένωσης τόσο ο ηγετικός κύκλος όσο και όσοι αποτελούν τα θεσμικά όργανα της Ένωσης έχουν απαξιωθεί. Δυστυχώς, αυτή η θέση είναι δικαιολογημένη, διότι πολλοί από τους προαναφερθέντες έχουν επιδείξει με τη συμπεριφορά τους ότι μόνο για τα συμφέροντα της Ένωσης δεν ενδιαφέρονται. Ενδιαφέρονται μόνο για τον εαυτό τους, για το πώς θα παρανομήσουν, πώς θα δωροδοκηθούν, πώς θα δημιουργήσουν τραπεζικούς λογαριασμούς σε χώρες με φορολογικούς παραδείσους και, γενικά, πώς θα εξυπηρετήσουν τα δικά τους συμφέροντα και όχι τα συμφέροντα του συνόλου. Αυτή η απαράδεκτη κατάσταση πρέπει να αλλάξει, πρέπει να επιλέγονται και να προωθούνται άνθρωποι οι οποίοι διακρίνονται για τις γνώσεις, το ήθος και, κυρίως, τη διάθεσή τους να προσφέρουν στο γενικό σύνολο. Εάν δεν συμβεί αυτό, τότε δεν πρέπει να διερωτώμεθα γιατί στα μάτια των λαών της η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει απαξιωθεί τόσο πολύ.

Christofer Fjellner (PPE). – Fru talman! Språket är ibland ganska avslöjande. Notera att man gärna kallar dem man inte håller med för lobbyister, medan man ofta kallar dem man håller med för viktiga samhällsintressen. Faktum är dock att alla som försöker påverka oss faktiskt är lobbyister. Det är bra. Det kallas för demokrati. Det är nästan en mänsklig rättighet att få kontakta dem som är beslutsfattare.

Några av de mest aktiva, och enligt min mening framgångsrika, lobbyisterna är våra miljöorganisationer. Därför tror jag att det är viktigt att vi inte försvårar för människor att kontakta oss. Därför ska man inte införa en massa byråkratiska register som gör det knepigare, eftersom det ju är vi som ledamöter som alltid har ansvaret för allt vi föreslår och allt vi röstar om.

Om man är rädd för att ens Europaparlamentariker ska bli lurad av lobbyister, då har jag en tydlig rekommendation: Välj bättre Europaparlamentariker!

Julie Ward (S&D). – Madam President, it is excellent to see this comprehensive report on transparency and accountability in the EU institutions. If we expect to represent our constituents properly in a democratic EU, we need to make sure our constituents can see what we are doing and know that we have their best interests at heart. When former Commissioner Barroso announced his job with a big bank last year, I joined many colleagues to call for the Commission's rules on conflicts of interest to be tightened, and I am glad to see that demand being made once again in this report. That should accompany greater transparency in this House, too, including an effective mandatory transparency register. There is more work to do, but at least we can demonstrate that we will keep on pushing forwards for more ethical politics.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já souhlasím s tím, že Evropská unie udělala pro transparentnost skutečně mnohé, pro to srdce demokracie, jak řekl můj kolega. V té jedné minutě nechci hovořit pouze o tom kladném, co udělala Evropská unie, ale o tom, co nás čeká. Pan zpravodaj používá termín „efektivní odpovědnost“. Já s ním velmi souhlasím. Myslím si, že právě na úrovni toho lobbismu bychom měli regulovat lobbistické kontakty právě v těch nižších patrech, protože ta nejvyšší patra už jsou poměrně snad i dost nasvícená. Ale v těch nižších patrech to vypadá tak, že pokud tam není tma, tak je tam minimálně mlha. To si myslím, že je vhodné změnit tak, jak navrhuje i zpráva. Pokud jde o střet zájmů, jsme svědky velkých skandálů, které se skutečně dotýkají dobrého jména Evropské unie, které nás svádí do hlubin politiky, a bylo by dobré, kdyby se k tomu i Evropská komise postavila čelem, zejména například při jmenování soudců, to si myslím, že je jedna z palčivých otázek.

(Fin des interventions à la demande)

Miguel Arias Cañete, Member of the Commission. – Madam President, I wish to thank the rapporteur, Mr Giegold, and the rapporteurs of the five committees who have given an opinion on this file for this important and wide-ranging report.

The Juncker Commission has committed to lead by example when it comes to transparency. At the very beginning of our mandate, the College committed to high transparency standards. This lies at the heart of the Democratic Change priority in the Political Guidelines for this Commission. Being transparent about the way European institutions work, including how they interact with interest representatives, is essential to ensuring public trust.

The Report recognises that the Commission is a very transparent public administration. Let me give you four examples of recent improvements. Firstly, as far as transparency of interest representation is concerned, since December 2014, Commissioners, Members of their Cabinet and Directors-General have been publishing information on their websites on the meetings they have with lobbyists. Information on more than 14 000 meetings has been published to date. The rule 'not on the Transparency Register, no meeting' applies as well. These were simple but major and unprecedented steps forward, which illustrate the high standards that we apply. Secondly, we have made registration in the Transparency Register a requirement in order for stakeholder organisations and individual experts representing a common interest to be appointed as members of expert groups advising the Commission. Thirdly, we have boosted transparency in trade negotiations. This is essential to ensure the legitimacy of European Union trade policy and public trust, as the report rightly recognises. Fourthly, the Commission's Better Regulation policy also contains a series of important new transparency features with open public consultations and other opportunities for feedback at each stage of the policy cycle. For the first time, the public can provide feedback on draft delegated and implementing acts.

So the Commission has led by example in terms of transparency, and we believe it is now time for other institutions to make a similar effort so that we can together strengthen the transparency of European Union law-making, which is a shared responsibility of the Parliament, Council and Commission.

This is why the Commission has presented a proposal for a mandatory European Union Transparency Register, in the form of a draft interinstitutional agreement covering the Parliament, the Commission and, for the first time, the Council. We welcome the adoption of Parliament's negotiating mandate in June. A first tripartite political meeting took place on 6 September 2017, and we look forward to the start of the formal negotiations.

The objective is to have the highest standards in place in the three institutions for their interactions with interest representatives. The Commission is of the view that meetings of interest representatives – including meetings with MEPs – should be made conditional on these interest representatives being in the Transparency Register. If all three institutions adopt the 'not registered, no meeting' approach, which the Commission already applies, registration will become a precondition for exercising lobbying activities vis-à-vis EU institutions. This is why an interinstitutional agreement is the most pragmatic and efficient way to achieving a mandatory Register. It would be a major step forward towards the transparency that citizens rightly expect.

I would also like to share some first observations about other key points raised in the report. Regarding ethics, the Commission's Code of Good Administrative Behaviour for staff in their relations with the public reflects the values of service, independence, responsibility, accountability, efficiency and transparency, to which the Commission as an institution is committed. The Commission strongly supports the objective of protecting whistleblowers, underlined by the European Parliament. The results of the recent public consultation and a study will enable the Commission to take an informed decision on the need for further horizontal or sectorial action at EU level. As far as the work of agencies in providing scientific advice for policymaking is concerned, the Commission supports their approach to effectively preventing conflicts of interest, while maintaining their ability to access the best available expertise.

Finally, I would like to reassure you that the Commission will examine carefully all the proposals for legislative and non-legislative initiatives put forward by Parliament in this report and will express its opinion in the formal follow-up procedure following the adoption of the report. We look forward to continued good cooperation between our institutions, so that, together, we can reinforce further the transparency and integrity framework of the European institutions.

La Présidente. – Le point est clos.

Le vote aura lieu jeudi, le 14 septembre 2017.

Déclarations écrites (article 162)

Ana Gomes (S&D), *por escrito*. – A adoção deste relatório é crucial para garantir um mandato forte do Parlamento Europeu para as negociações com a Comissão e os Estados-Membros sobre o Registro de Transparência da UE para os lobistas. É fundamental que o comité de ética da Comissão Europeia, que analisa violações do código de conduta, seja escolhido e possa decidir de forma independente, e que o período de nojo entre o fim do mandato e a aceitação de empregos no setor privado seja alargado.

Defendemos também que todo o *staff* relevante da Comissão deve apenas reunir com entidades inscritas no Registo de Transparência e que se proceda à publicação desses encontros. Espero também que o Parlamento aprove as alterações propostas esta semana pelo relator, que dizem respeito à publicação obrigatória por relatores e relatores-sombra de todas as reuniões com representantes de interesses e à determinação de um período de nojo que se prolongue enquanto durar o pagamento do subsídio temporário de transição, devendo qualquer decisão sobre posições assumidas no setor privado após o mandato ser avaliada por uma autoridade independente.

É o mínimo que podemos fazer para corresponder às exigências de ética e integridade dos cidadãos.

24. Eine Weltraumstrategie für Europa (kurze Darstellung)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le rapport de Constanze Krehl sur une stratégie spatiale pour l'Europe (2016/2325(INI))(A8-0250/2017).

Constanze Krehl, *Berichterstatterin*. – Frau Präsidentin! Ich möchte mich bei der Kommission für den Vorschlag für eine neue Weltraumstrategie und bei den Schattenberichterstattern für die wirklich hervorragende Zusammenarbeit bei diesem nicht unwichtigen Thema bedanken. Im Weltraum liegt für uns alle ein unglaubliches Potenzial, das klug genutzt werden muss. Der Weltraum ist eben nicht weit weg, sondern berührt mittlerweile unser tägliches Leben. Ein aktuelles Beispiel für den, der es noch nicht weiß: Copernicus-Daten werden aktuell bei der Hurrikan-Katastrophe in der Karibik und Florida benutzt, um vor Ort besser helfen zu können.

Es gibt aber auch viele weitere Anwendungsgebiete, wie den Klimawandel, die Beobachtung der CO₂— oder Methan-Emissionen, die Landwirtschaft, Fischerei, große Bauvorhaben – beispielsweise wurde die Brücke zwischen Dänemark und Schweden unter anderem auch mit Daten von europäischen Satelliten unterstützt, damit die beiden Enden der Brücke sich auch tatsächlich treffen. Moderne Verkehrssysteme werden unterstützt, auch das Navigationssystem – bei dem wir im Moment noch von den Vereinigten Staaten abhängig sind –, aber auch die Konnektivität, die Erschließung entlegener Regionen für ein leistungsfähiges Internet bis hin zur Bewältigung der Flüchtlingskrise: All das kann besser gemanagt werden oder überhaupt erst realisiert werden mit Unterstützung aus dem Weltall.

Dazu bedarf es einer klugen Strategie, in welchen Bereichen was und wie investiert wird. Die Vorschläge der Kommission liegen auf dem Tisch. Wir haben unseren Bericht im Parlament diskutiert und die Vorschläge weiter präzisiert und ausgedehnt. Wir brauchen in der Europäischen Union eine breite Anwendung der Daten aus dem Weltraum. Wir müssen auch dafür werben – sowohl in der Gesellschaft als auch in der Wirtschaft. Die Kommunikation dazu muss ebenso verbessert werden wie die entsprechende Ausbildung, weil für viele noch völlig unbekannt ist, welche Möglichkeiten die Weltraumprojekte der Europäischen Union uns überhaupt bieten.

Die bereits vorhandenen Projekte müssen weitergeführt und ausgebaut werden. Wir müssen die Möglichkeiten, die Galileo, EGNOS und Copernicus bieten, besser nutzen, nicht nur im gesellschaftlichen Bereich, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich. Im Verkehrsmanagement zu Wasser, zu Land und in der Luft könnte wesentlich stärker auf Daten aus dem Weltraum zurückgegriffen werden, aber auch in der Entwicklung von neuen Anwendungen im Bereich von Startups und in den kleinen und mittleren Unternehmen ist es möglich, diese Daten wirtschaftlich zu nutzen.

Die KMU müssen dabei entsprechend unterstützt werden, nötigenfalls müssen wir auch gesetzgeberisch tätig werden. Gebietskörperschaften sollten ebenfalls stärker angeregt und unterstützt werden, Möglichkeiten der Weltraumtätigkeit der EU zu nutzen – beispielsweise in der Stadtentwicklung, bei der Verkehrsplanung oder im Katastrophenschutz.

Die Finanzierung solcher Projekte könnte von der EIB übernommen werden, aber auch die Strukturfonds können eine größere Rolle spielen. Bei diesen Aufgaben muss einerseits sichergestellt werden, dass unser *Space Factor* global wettbewerbsfähig ist und eine faire Behandlung auf dem Markt erfährt, was unter anderem die finanzielle Ausstattung unserer Programme betrifft. Wir brauchen auch in Zukunft ein europäisches Budget für die *space policy*, das nicht geringer werden darf – im Gegenteil: Satelliten haben nur eine begrenzte Lebensdauer und zurzeit sind die öffentlichen Investitionen beispielsweise in den USA wesentlich höher. Wichtig sind aber auch eine effiziente, pragmatische Zusammenarbeit zwischen der EU, der ESA und den Mitgliedsländern und die effiziente Nutzung von europäischen Programmen, beispielsweise dem Forschungsprogramm *Horizon*. Die *Space*-Programme sind zivile Programme, aber es kann sinnvolle Synergien zum Beispiel mit dem europäischen Aktionsplan für Verteidigung und im Kampf gegen Terrorismus geben.

Sicherheit ist natürlich auch für die im All befindlichen Systeme wichtig. Zunehmender Weltraummüll, eine zunehmende Zahl von großen und kleinen Satelliten, aber auch Cyberattacken können große Schäden ausrichten. Hier müssen wir noch aktiver werden. Für eine friedliche Nutzung des Weltalls brauchen wir eine starke EU und eine gute internationale Verflechtung. Die Zusammenarbeit von Kommission, Rat, Europäischem Auswärtigem Dienst und ESA ist deshalb von großer Bedeutung. Das Parlament wird dies begleiten und fordert die Kommission auf, einen konkreten Fahrplan für die einzelnen Programmteile zu liefern und eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln.

Interventions à la demande

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já také vítám návrh Evropské komise, který učinila ve strategii pro kosmický rozvoj. Zároveň chci říci, že agentura, která se zabývá právě tímto rozvojem, sídlí v Praze. Myslím si, že technologie, které používáme a které mají svůj zdroj nebo původ ve vesmíru, kde působí, tak jejich použití je skutečně každodenní, ovlivňuje naše životy, jak velmi správně řekla paní zpravodajka. Mně se líbí, jak ve zprávě vyzdvihuje právě otázku start-upů. A nejen start-upů, ale i malých středních podniků a využívání právě těchto technologií těmito příjemci.

Chtěl bych velmi ocenit, že paní zpravodajka zdůraznila roli právě obcí a měst a regionů při plánování jejich rozvoje a využití těchto technologií, které mají svůj zdroj ve vesmíru. Myslím si, že to je velmi inovativní přístup a já bych jí chtěl za to poděkovat.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la relazione che approveremo domani contribuisce all'elaborazione di una strategia spaziale per l'Europa, settore strategico e di fondamentale importanza, sebbene spesso ignorato dall'opinione pubblica.

In realtà il settore spaziale non rappresenta un costo per i cittadini, bensì un investimento: i programmi spaziali e i relativi servizi costituiscono risorse fondamentali per molti settori economici come l'energia, l'ambiente, la difesa, la salute, l'agricoltura, i trasporti, il mercato digitale, le comunicazioni mobili e molti altri ancora.

Per rispondere alle sfide attuali e future, il prossimo quadro finanziario pluriennale dovrebbe includere un'adeguata dotazione per il settore spaziale. È fondamentale assicurare la continuità dei programmi e riflettere sulla futura evoluzione di Galileo e Copernico, in particolare allo scopo di creare un clima positivo per gli investimenti nel settore.

Tuttavia, particolare attenzione va posta sulla vulnerabilità delle infrastrutture spaziali a interferenze o attacchi. È importante garantire la sicurezza delle infrastrutture e dei mezzi di comunicazione critici, nonché sviluppare tecnologie resilienti.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το διάστημα δεν δύναται σήμερα να αντιμετωπιστεί απλώς σαν μια ακόμη αγορά για τους ιδιώτες επενδυτές. Κάτι τέτοιο θα ήταν ανεύθυνο. Οι αποφάσεις που αφορούν το διάστημα επηρεάζουν άμεσα την ασφάλεια των χωρών, αλλά ενδέχεται να έχουν και μακροπρόθεσμες συνέπειες στο φυσικό περιβάλλον. Δεν δύναται λοιπόν να γίνει το διάστημα μια αγορά όπως όλες οι άλλες. Οι διαστημικές τεχνολογίες έχουν προστιθέμενη αξία για πολλούς τομείς, όπως οι τηλεπικοινωνίες και οι μεταφορές. Έτσι, η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να πάψει να αντιμετωπίζει το διάστημα με τις ίδιες ιδεοληψίες που αντιμετωπίζει και τους υπόλοιπους τομείς κοινής δράσης. Πρώτα απ' όλα, η πολιτική του διαστήματος συνεπάγεται έρευνα, δηλαδή ανάπτυξη του ανθρώπινου δυναμικού. Τέλος, η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να συνεργαστεί στον τομέα του Διαστήματος όχι μόνο με τις Ηνωμένες Πολιτείες και την Ιαπωνία αλλά και με άλλες διαστημικές δυνάμεις, όπως η Κίνα, η Ινδία και η Ρωσία, ώστε να μεγιστοποιηθούν τα αποτελέσματα στη διαστημική τεχνολογία αιχμής και, επίσης, να τεθούν όλα αυτά στην υπηρεσία της ανθρωπότητας.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, još daleke 1967. godine Ujedinjeni narodi bili su pokrovitelji Međunarodnog ugovora o svemiru, koje je istaknulo da praktički to postaje domena cjelokupnog čovječanstva. U međuvremenu se puno toga promijenilo, tehnologije su otišle daleko naprijed i, naravno, sve ono što je u izvješću rečeno ima moju kompletnu podršku, naročito programi kao što su Galileo, Copernicus i naravno da ja zagovaram, isto tako, da predvidimo nova sredstva, jer sve ono što pruža svemir, sve resurse koje ima, samo da spomenemo satelitska praćenja, itekako pomažu našem životu na našoj planeti.

Međutim, ja bih išao korak dalje. I želim upozoriti da je *Federal Aviation Administration* iz SAD-a najavila da će potaknuti privatni sektor u cilju komercijalnih aktivnosti te u vidu dobivanja ekskluzivnog prava na dijelove teritorija na Mjesecu. Isto tako i Kina ima ambicije, na neki način, odlaska na Mjesec. Zato sam svojedobno 2015. postavio pitanje Komisiji na koje nisam dobio zadovoljavajući odgovor: što će učiniti da se zaštite interesi Europske unije i na Mjesecu?

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, το διάστημα έπαυε πλέον να αποτελεί έναν άγνωστο χώρο που δημιουργεί φόβο και δέος στον άνθρωπο. Έχει πλέον προσεγγιστεί, έχει ερευνηθεί και αξιοποιείται προκειμένου να προσφέρει πλεονεκτήματα στην κοινωνία. Το διάστημα επηρεάζει την καθημερινή μας ζωή, παρέχει πρόσβαση σε τεχνολογικά επιτεύγματα, μας τροφοδοτεί με πληροφορίες μέσω των δορυφόρων που είναι εγκατεστημένοι σ' αυτό και, γενικά, θα μπορούσε να δημιουργήσει και θέσει εργασίας αν χρησιμοποιηθεί με τον κατάλληλο τρόπο.

Πάνω απ' όλα όμως, το διάστημα επηρεάζει και την πολιτική και, γι' αυτόν ακριβώς τον λόγο, πρέπει να γίνει μία προσεκτική στρατηγική σχεδίαση για την εποικοδομητική αξιοποίησή του απ' την Ευρωπαϊκή Ένωση σε συνεργασία με άλλες χώρες οι οποίες έχουν τη δυνατότητα να αναπτύξουν τεχνολογία, να εκμεταλλευτούν τα πλεονεκτήματα αυτού του σχεδιασμού και γενικώς να προωθήσουν τη διάσταση της επιτυχίας και της προοπτικής σε ζητήματα που αφορούν τη σχέση του με τον κόσμο.

(Fin des interventions à la demande)

Miguel Arias Cañete, Member of the Commission. – Madam President, first of all I would like to thank Ms Krehl for her excellent report and support. Last October the Commission adopted the Space Strategy for Europe. It is the first comprehensive strategy in this sector at European level. We sent a clear signal: space is a priority for the Commission, and the Strategy represents a clear ambition to make Europe a leading actor in space. We are therefore glad that the report to be adopted supports this level of ambition and goes even further in some respects.

The report fully endorses the vision of the Commission and puts on the table several very concrete and constructive suggestions in relation to the four priority objectives of the Strategy: maximising the benefits of space for society and the economy, and the creation of a European market for space-based applications; fostering a competitive and innovative European space sector and a new space approach in Europe; ensuring Europe's autonomous and secure access to space; and strengthening Europe as a global actor.

The implementation of the Strategy has already started and is already delivering benefits. All our space programmes are operational. The latest Copernicus Sentinel 2B satellite was successfully launched and the data is already being used, for instance, to direct rescue teams during the recent earthquakes in Italy or the follow-up to hurricane Harvey in Texas. Galileo's initial services went live last December. The market uptake is the key to success. Leading chipset companies are producing Galileo-compatible products and, at present, already 13 models of smartphones can work with Galileo signals.

EGNOS has also demonstrated its added value: today, 424 procedures for aircraft approach and landing have been developed at 288 European airports, allowing passengers to easily access regional airports. The European Union Space Surveillance and Tracking, or SST, support framework started in July 2016 to monitor debris in space to protect European critical space and ground infrastructure, paving the way towards less dependence in this domain.

This is a good start, but we cannot stop there. This year, and the next two, will be crucial. We are committed to implement the actions announced in the Space Strategy, and our intention is to use the same inclusive process as the one we used for the preparation of the Strategy.

Our priorities are clear. First, on the market uptake, several actions have started to foster space-based applications in relation to Copernicus and Galileo. Second, we need to boost space start-ups, for instance through discussions with the European Investment Bank. The Commission is ready to look at different options to increase the efficiency of space research spending, including by exploring the options of possible public-private partnerships. Third, we need to prepare the continued evolution of Copernicus and Galileo. This starts by an evaluation of what has been done so far. Fourth, the synergies between the security and the defence dimension need to be reinforced, for instance through the link with the European Defence Fund. The work on the GovSatCom initiative and on the reinforcement of the SST will take this dimension into account. Fifth, the autonomous access to space needs to be guaranteed, and we are working on a smart strategy for launchers.

Finally, we do not forget the governance aspects and the need to cooperate closely between all European actors, in particular with the European Space Agency. We take this very seriously. These priorities will be likely reflected in legislative proposals in the coming years. But the future will also depend on the budgetary aspects. Adequate financing and resources are necessary to meet the current and future challenges.

As the report rightly outlines, space applications serve many European policies and actions: space is not a cost but an investment. Let us work together to ensure that Europe benefits from a true return on this investment. Let us work together towards achieving a strong Europe in space – a domain where no single European actor can succeed alone. Europe is at its best when it is ambitious.

La Présidente. – Le point est clos.

Le vote aura lieu mardi, le 12 septembre 2017.

Déclarations écrites (article 162)

Françoise Grossetête (PPE), par écrit. – Il s'agit de la première stratégie spatiale européenne, c'est donc un moment important pour l'avenir de l'Europe et cela pour plusieurs raisons. Garantir un accès européen indépendant à l'espace est essentiel si nous voulons une Europe plus forte et plus libre sur la scène internationale. Le spatial est dans toutes les politiques publiques, à commencer par les questions environnementales, de défense, d'agriculture, du numérique...c'est un secteur transversal!

Notre industrie et notamment nos PME doivent avoir les moyens de nos ambitions, nous devons donc les soutenir pour qu'ils puissent développer leurs activités, produire en Europe et avoir une visibilité de long terme, notamment pour les lanceurs européens. Nous devons offrir tout particulièrement aux PME la possibilité de mieux utiliser les données spatiales pour développer les services et les applications concrètes.

Pour cela, il faudra un budget ambitieux pour la recherche, pour les infrastructures et pour les programmes spatiaux, Galileo et Copernicus en particulier. Nous devons enfin, de toute urgence, former les jeunes européens aux compétences spécifiques que requiert le secteur spatial. De nombreux emplois seront créés pour l'avenir!

Barbara Kappel (ENF), schriftlich. – Im Zeitraum 2014 bis 2020 investiert die EU über 12 Milliarden Euro in Weltraumaktivitäten. Diese Mittel sind gut angelegt, denn Europa entwickelt damit Weltklasse-Weltraumsysteme wie das Copernikus-Satellitenprogramm für die Erdbeobachtung, sowie EGNOS und Galileo für Satellitennavigation und Geopositionierung. Derzeit befinden sich 18 Satelliten aus europäischen Weltraumprogrammen in der Umlaufbahn, in den nächsten 15 Jahren soll diese Zahl auf 30 aufgestockt werden. Die europäische Weltraumwirtschaft einschließlich Fertigung und Dienstleistung beschäftigt über 230 000 Fachleute und erzielte 2014 eine Wertschöpfung von 54 Milliarden Euro, das entspricht 21 % des globalen Sektors. Bereits heute sind die vom europäischen Raumfahrtsektor bereitgestellten Technologien, Daten und Dienstleistungen in unserem täglichen Leben unentbehrlich. Der Weltraum ist ein Teil der globalen Wertschöpfungskette geworden. So wurden weltweit Produkte und Dienstleistungen, wie beispielsweise der Klettverschluss, die Solarzelle, verbesserte Wettervorhersagen, Navigationsprogramme usw. entwickelt und der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt. Ein weiterer Grund für die Notwendigkeit einer Stärkung der europäischen Weltraumwirtschaft ist die zukünftige Gewährleistung einer strategischen Autonomie Europas. Ebenso wird durch eine Stärkung der europäischen Weltraumwirtschaft auch eine Stärkung der Schlüssel- und Hochtechnologie gefördert. Hochtechnologiesektoren müssen in Europa gehalten und weiter ausgebaut werden, sie tragen dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Europa zu erhalten.

25. Auswirkungen des internationalen Handels und der Handelspolitik der EU auf globale Wertschöpfungsketten (kurze Darstellung)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le rapport de Maria Arena sur les répercussions du commerce international et des politiques commerciales de l'Union européenne sur les chaînes de valeur mondiales (2016/2301(INI) (A8-0269/2017).

Maria Arena, rapporteure. – Madame la Présidente, notre système économique globalisé repose sur des processus de production fragmentés et de masse. La plupart des biens que nous consommons aujourd'hui sont le résultat d'un assemblage de diverses opérations effectuées aux quatre coins du monde. Parfois pour le meilleur: des recherches de complémentarité, des partenariats d'innovation, des ressources et des matières premières qu'il faut aller chercher de manière respectueuse. Parfois pour le pire: une main-d'œuvre bon marché, sans protection, des destructions environnementales, de l'évasion fiscale.

Ces opérations sont souvent coordonnées par des entreprises internationales par le biais de partenariats contractuels ou de sous-traitances multiples. L'Union européenne, en tant que première exportatrice et importatrice mondiale de biens et de services peut – et je dirais même doit – faire de sa politique commerciale un véritable levier pour faire de ces chaînes de valeur mondiale des outils au service d'un développement durable pour tous et ainsi contribuer à une mondialisation plus juste et plus équitable.

Actuellement, le manque de transparence et la dilution des responsabilités tout au long de ce processus augmentent les risques d'exploitation des travailleurs, le non-respect des droits fondamentaux et favorisent la concurrence déloyale sur un plan social, sur un plan environnemental, mais également sur un plan fiscal.

Ce rapport s'inscrit aussi dans un contexte où la politique commerciale européenne fait l'objet de vives critiques des citoyens qui demandent une mondialisation plus juste et plus transparente. Il demande donc à la Commission de prendre toute une série de mesures afin de rendre les chaînes de valeur mondiale plus responsables et plus transparentes.

Pour n'en citer que quelques-unes, je ciblerai, par exemple, l'inclusion dans les accords commerciaux d'un chapitre «développement durable» contraignant mais aussi exécutoire, ainsi que la clause contre l'évasion fiscale et la fraude fiscale. Il y a également la prise d'initiatives inspirées par la législation sur les minerais des conflits ou le devoir de vigilance de l'entreprise dans un cadre contraignant de devoir de vigilance tel qu'énoncé par l'OCDE, ou encore la mise en place d'un système de labellisation qui garantit un mode de production respectueux des normes internationales du travail et/ou des normes environnementales. Je citerai, par exemple, l'initiative prise par l'Italie, aujourd'hui même, en ce qui concerne la labellisation de l'origine des tomates produites de manière respectueuse.

Bien d'autres éléments importants se retrouvent également dans ce rapport comme les initiatives et le rôle du secteur privé, le multilatéralisme et la prise en charge de la fin de vie des produits.

Ce rapport est le fruit de longues négociations entre les différentes visions de la façon de maîtriser cette mondialisation. Nous avons trouvé, il me semble, un bon équilibre dans la recherche d'un objectif commun, qui est de faire du commerce un outil d'émancipation pour tous. Un de nos collègues citait récemment les paroles sages de Simone Veil, qui disait: «La recherche des compromis doit nous conduire vers une solution plus élevée que la position particulière de chacun». Ce rapport, selon moi, illustre cette recherche.

Je remercie les rapporteurs fictifs, particulièrement M. Ruas, ici présent, d'avoir trouvé effectivement les compromis qui pouvaient tous nous satisfaire. J'espère que nous serons nombreux à voter ce rapport demain.

Interventions à la demande

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I listened very carefully to what the rapporteur had to say and I think, by and large, it was a very balanced and sensible contribution. As a Member of the INTA Committee, I take a huge interest in trade, and trade is very important, because if you produce a good, you must sell it, and obviously, if you are the European Union, being able to make trade deals around the world has had a huge positive impact overall on the economy in all our Member States. The Korean agreement is probably the best, being hugely successful, growing exports by almost 50 per cent in the space of four years. But where there are problems, as the rapporteur pointed out, they must be looked at and dealt with in package with all the other issues. So I think the solution is to go ahead and have our trade agreements, but look at the downside and consult with the stakeholders to ensure that any negative aspects are minimised.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la politica commerciale dell'Unione, in particolare sul versante internazionale, è diventata ultimamente una delle grandi preoccupazioni per l'opinione pubblica. Trattati come il CETA non sono il modo corretto di impostare una politica commerciale.

Le proteste e le reazioni che si sono viste in tutta Europa dimostrano innanzitutto che le PMI costituiscono l'elemento centrale della catena globale del valore: i trattati di libero scambio, se non opportunamente modulati, affossano i piccoli produttori europei, mettendoli in competizione con aziende che non rispettano gli stessi standard di qualità e che risparmiano sulle materie prime e sul lavoro.

L'Unione europea, nello stabilire la sua agenda di politica e di commercio, deve rimanere fedele ad alcuni principi irrinunciabili, rispondendo in modo efficace al *dumping* sociale e ambientale, combattendo le pratiche commerciali sleali e assicurando la dignità e i diritti dei lavoratori, ma allo stesso tempo deve ricordarsi di tutelare le sue specificità e le sue eccellenze. Non si può continuare a svenderle appena possibile.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι Συμφωνίες Ελευθέρων Συναλλαγών επί της ουσίας διάλυσαν τις οικονομίες των αναπτυσσόμενων κρατών και ταυτόχρονα άνοιξαν αγορές όπου εκεί επικράτησε η εκμετάλλευση των λαών για ένα κομμάτι ψωμί από τις πολυεθνικές. Και αυτό είναι ξεκάθαρο και αντιληπτό. Ήρθε η ώρα λοιπόν να ληφθούν μέτρα. Πρέπει επομένως να έχουμε σημαντικές πιέσεις στις χώρες όπου παράγονται τα προϊόντα από τις πολυεθνικές, προκειμένου πρώτα απ' όλα να τηρούν την εργατική νομοθεσία, να έχουν προσχωρήσει στις συμβάσεις της Διεθνούς Οργάνωσης Εργασίας.

Δεύτερον, θα πρέπει να υπάρξει ρήτρα για την προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Επιπλέον, πρέπει να υπάρχει μία ρήτρα για την τήρηση των περιβαλλοντικών όρων. Δεν θα πρέπει να επιτρέπουμε την παιδική εργασία και την εκμετάλλευση και την αναγκαστική εργασία. Νομίζω ότι αυτά είναι απαραίτητα στοιχεία, προκειμένου να μπορέσουμε να έχουμε μία διαφορετική αντίληψη σε σχέση με το διεθνές εμπόριο.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođa predsjednice, htio bih prije svega čestitati izjaviteljici gospođi Areni na ovom sjajnom izvješću zato što, stavimo ruku na srce, samo Europska unija ima tu moralnu snagu uspostavljanja jednog vrijednosnog lanca na našoj planeti. Nitko drugi osim Europske unije. I to je, mislim, vrlo važna poruka koju moramo poslati na ovoj raspravi i sutra kod glasanja.

Želim istaknuti tri ključna momenta kako ih ja vidim, a to je zaista izrabljivanje u mnogim državama radnika, jeftine radne snage, prejeftine radne snage, želim istaknuti problem utaje poreza, poreznih oaza i svega onoga drugoga što znamo što se tiče poreza, problem zaštite okoliša i uopće uništavanje okoliša u nekim državama. Sve to na kraju najčešće opet plaćamo mi, jer je Europska unija najveći donator i najviše pomaže raznim zemljama u razvoju, drugim zemljama s kojima imamo trgovinske sporazume. U tom kontekstu, mislim da je ovo jedno vrlo cjelovito izvješće, i još jednom se želim zahvaliti kolegici Areni na njemu.

(Fin des interventions à la demande)

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Madam President, let me first thank the European Parliament, the Committee on International Trade (INTA) and the rapporteur, Ms Maria Arena, for the attention, work and time that they have invested in this report. The Commission shares with the European Parliament concerns and goals regarding sustainable development and the 2030 Agenda, both of which are central to many European Union policies, including the trade and investment policy.

The European Union policy on corporate social responsibility and responsible business conduct is implemented through initiatives by businesses and by their stakeholders, complemented where necessary by adequate regulatory measures. I would like to recall that corporate social responsibility is mostly a voluntary process, and enterprises are responsible for the impact they have on society.

Let me just briefly recall some of the many actions we take in the area of global value chains. As regards European Union trade and investment policy, recent European Union trade agreements contain rules of origin that support the integration of the industry in the global value chains. In all trade negotiations, the Commission is promoting provisions on public procurement and intellectual property rights. In this context, we aim at developing solid procurement tools against corruptive practices and promoting sustainable procurement.

These agreements also contain provisions on corporate social responsibility and responsible business conduct, together with binding commitments on core labour standards and international environmental conventions which are subject to dispute settlement. We also work with the OECD in developing due diligence guidelines and on their implementation. Under the unilateral Generalised Scheme of Preferences, corporate social responsibility is indirectly addressed via the requirements and dialogues on labour standards and environmental conventions.

And as regards the gender dimension, the Commission is developing further its trade-related policies. Following the Gender Forum hosted by the Commission earlier this year, more will be done on promoting gender equality and integration into bilateral and multilateral instruments, such as the trade negotiations with Chile or the WTO Ministerial Conference in December 2017. Also, as regards other policies, the Commission takes numerous actions linked to global value chains: there are capacity-building and outreach programmes which help developing countries to promote reforms for effective enforcement of social, environmental and labour standards. Support is given to European Union small and micro enterprises, taking on board the United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights.

The Commission cooperates closely with the International Labour Organization on decent working conditions in global supply chains, but also on occupational safety and health, social dialogue, child labour and forced labour in supply chains. With regard to jurisdiction rules, work is done within the Hague Conference on Private International Law, and we are negotiating a worldwide convention on recognition and enforcement of judgments by indirect jurisdiction rules with third states.

The European Union also has legislation in place for corporate social responsibility and responsible business conduct. Let me give you just two examples. The 2014 Non-Financial Disclosure Directive for large European Union companies requires companies with more than 500 employees to disclose information on policies, results and risks concerning environmental aspects, social and labour-related matters, respect for human rights, anti-corruption and bribery issues. And the 2015 Anti-Money Laundering Directive puts in place rules that reinforce the vigilance by banks, lawyers, accountants and other professionals as regards, among other things, the identification of beneficial owners of companies and trusts.

We are addressing all these sustainable development issues – and many more – on a regular basis, and the Commission will continue to work closely with the European Parliament on them.

La Présidente. – Le point est clos.

Le vote aura lieu mardi, le 12 septembre 2017.

26. Akademische Weiterbildung und Fernstudium als Teil der europäischen Strategie für lebenslanges Lernen (kurze Darstellung)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le rapport de Milan Zver sur la formation universitaire continue et à distance dans le cadre de la stratégie européenne d'apprentissage tout au long de la vie (2016/2142(INI)) (A8-0252/2017).

Milan Zver, Poročevalec. – Julija je Odbor za kulturo s 24 glasovi za in samo enim proti sprejel poročilo z naslovom *Academic further and distance education as part of the European lifelong learning strategy*. Izpostavil bi rad plodno sodelovanje s skoraj vsemi političnimi skupinami. Očitno izobraževanje povezuje, še zlasti, če gre za tako dobre teme kot sta ti dve, ki ju združujem v poročilu.

Ni posebno posebej poudarjati, da je izobraževanje in usposabljanje ogledalo družbe. Prispeva ne le k dozorevanju posameznic in posameznikov, ampak tudi k oblikovanju človeškega kapitala in družbe nasploh. Edukacija je že vrsto let visoko na evropski agendi, čeprav je splošno znano, da spada v okvir suverenih politik članic.

Evropska unija že dolga leta spodbuja kakovost in učinkovitost šolskih sistemov v državah članicah. Zato je pripravila vrsto mehanizmov, ki delajo šolstvo bolj primerljivo in kvalitetnejše, ter vrsto programov, s katerimi finančno podpira izobraževanje in usposabljanje. Posebej naj opozorim na zgodbo o uspehu, ki ji rečemo Erasmus+, a o njem bomo na tej plenarki še govorili.

Koncept vseživljenjskega učenja je utemeljen na spoznanju, da je v sodobni dinamični, kompleksni in tehnološko vse bolj zahtevni družbi, polni tveganj sicer, nujno izobraževanje ves čas življenja, pa najsi gre za formalno, neformalno ali priložnostno.

V poročilu posebej izpostavljam nujnost nadaljnega akademskega izobraževanja na področju poklicnega izobraževanja in usposabljanja. Vsem, ki so uspešno zaključili šolo, morajo biti na voljo dodatne izobraževalne poti, na katerih lahko udeleženci še izpolnijo svoje sposobnosti.

Kolegice in kolegi, slab dostop do izobraževalnih možnosti lahko povzroči manjše konkurenčnosti ljudi na trgu dela, težave v zasebnem življenju, lahko tudi trajno pasivnost, izključenost iz družbenega okolja in tudi, kakor je mogoče zaslediti v zadnjih letih, nasilno radikalizacijo, zlasti mladih, ki so ranljivi v rizičnih okoliščinah.

Dostop do izobraževanja je torej standard, ki mora biti uveljavljen povsod, v praksi pa ni tako. Mnogi imajo pri tem tovrstne težave, npr. mlade matere težko uskladijo svoje družinske, morda celo delovne, obveznosti z izobraževalnimi. Ljudje iz nižjih slojev si težko privoščijo zeleni študij, še posebej, če je ta predrag. Nekdo iz obrobnih regij si prav tako težko privošči študij na zelenih univerzitetnih destinacijah, ki niso dovolj blizu.

Tudi za posameznike, ki jih uvrščamo v skupino ljudi s posebnimi potrebami, je udeležba v klasičnem t. i. rezidenčnem načinu študija mnogokrat nemogoča.

Zato je učenje na daljavo tako pomembno pri zagotavljanju lažjega dostopa za vse, kar je eden od najpomembnejših ciljev izobraževanja in usposabljanja nasploh. Skratka, učenje na daljavo lahko izboljša dostopnost za vse, brez diskriminacije glede na državo, regijo, socialni položaj, starost ali spol. Učenje na daljavo pa bistveno zmanjša tudi stroške za ponudnika in udeleženca. Torej učenje na daljavo omogoča tudi večjo personalizacijo študija, saj je manj uniformno in bolj prilagojeno potrebam in potencialom študenta. S tem pa prispevamo k večji učinkovitosti in k zmanjšanju osipa, ki je v Evropi še vedno velik problem.

Proces digitalizacije je nezadržen tudi v edukaciji, še posebej pri učenju na daljavo. V tem kontekstu je zelo pomembna tudi pomoč Evropske unije pri razvoju enotne in prijazne digitalne platforme oz. digitalne učilnice. Danes v svetu obstajajo odprte univerze, ki združujejo takšne digitalne učilnice po sto tisoč udeležencev iz več deset držav sveta. Tudi v Uniji bi morali hitreje prevzemati dobre prakse, ki so že uveljavljene v svetu.

In še zadnji stavek. Pravzaprav govori to poročilo o prihodnosti edukacije z dveh pomembnih vidikov: če hočemo ekonomijo, ki temelji na znanju in posledično družbo znanja, se morajo šolski sistemi v državah članicah nujno odpreti za nove izzive.

Interventions à la demande

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěla poděkovat panu zpravodaji jednak za předložení zprávy a také za velmi podrobné a fundované zdůvodnění zde na plénu. Jak řekl, distanční a další vzdělávání je prostě příležitostí, kterou zatím nevyužíváme dostatečně.

Tato zpráva připomíná velmi rychlé změny na trhu práce, v podstatě od roku 2025 můžeme předpokládat, že téměř polovina všech pracovních míst v Evropské unii bude potřebovat vysokoškolské vzdělání, téměř čtyřicet procent bude vyžadovat střední vzdělání a pouze jedenáct procent bude s nízkým vzděláním nebo bez kvalifikace. Jde tedy o rozvoj lidského kapitálu, který bychom měli touto cestou podpořit. Je to také příležitost k rozvoji univerzit. Na úrovni Evropské unie navrhujeme lepší sdílení zkušeností a zvýšení srovnatelnosti kvalifikací, větší flexibilitu těchto programů a také přípravu a rozvoj učitelů.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, per effetto della trasformazione digitale i sistemi d'istruzione si trovano a dover affrontare sfide significative, e la formazione accademica continua e a distanza apporta un contributo significativo alla formazione. Tale tipo di formazione deve diventare parte integrante della strategia europea per l'apprendimento permanente; di fatto rappresenta un possibile approccio nel contesto della formazione accademica continua, che può contribuire a garantire un equilibrio tra studio, vita professionale e vita privata.

Secondo recenti stime appena un quarto degli alunni, in Europa, ha insegnanti in possesso di un'adeguata familiarità con gli strumenti digitali. È evidente che ogni strategia in materia debba fare i conti innanzitutto con questo divario digitale. Né va però messo in secondo piano l'aspetto qualitativo dell'insegnamento: l'esigenza di garantire standard elevati nella formazione a distanza e l'importanza di sviluppare nuovi modelli d'insegnamento e di apprendimento devono essere considerati parte del processo di innovazione e della graduale digitalizzazione dell'istruzione.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η εκπαίδευση και η κατάρτιση είναι πάρα πολύ σημαντικοί παράγοντες για την ίδια την κοινωνική και οικονομική αλλαγή. Ταυτόχρονα, στηρίζουν την ίδια την αναπτυξιακή διαδικασία. Μάλιστα, η δια βίου μάθηση, σε συνδυασμό με την εξ αποστάσεως κατάρτιση, αποτελούν σημαντικά εργαλεία προκειμένου να εφοδιαστούν οι γυναίκες με δεξιότητες και έτσι να έχουν την ευκαιρία να επιστρέψουν στην ίδια την απασχόληση και να βελτιώσουν τις δυνατότητές τους κατά τη διαδικασία της εργασίας. Μάλιστα, η εξ αποστάσεως εκπαίδευση είναι σημαντική και για τα άτομα με ειδικές ανάγκες, τα οποία δεν είναι εύκολο να μετακινηθούν. Ταυτόχρονα, η εκπαιδευτική διαδικασία, η οποία είναι προσαρμοσμένη στις ανάγκες των ιδίων των μαθητών, συμβάλλει στο να αντιμετωπιστεί το φαινόμενο της εγκατάλειψης του σχολείου. Επιπλέον, θα πρέπει να υπάρξουν διαδικασίες για τη στήριξη των δεξιοτήτων των ιδίων των εκπαιδευτών και, τέλος, θα πρέπει να βρούμε ένα σύστημα το οποίο να συμβάλλει στην αναγνώριση των επαγγελματικών προσόντων σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Ivan Jakovčič (ALDE). – Gospodo predsjednice, danas nam tehnologije omogućavaju gotovo sve, pogotovo kada govorimo o digitalnim tehnologijama, stvaranjem digitalnih platformi, što je jako dobro prepoznato u ovom izvješću gospodina Zvera, koji ide za tim da ukaže na sve što je važno za cjeloživotno učenje i učenje na daljinu. Pogotovo moram podržati činjenicu prepoznavanja osoba s osobnim potrebama.

Ono što bih htio istaknuti na jedan drugi način je upravo potreba povezivanja europskih sveučilišta. Imamo vrlo zanimljive, dobre programe povezivanja, ali mislim da su oni još uvijek nedovoljni. Istaknut ću dobar primjer povezivanja sveučilišta na Jadranu koje je poznato kao ADRION, gdje sveučilišta međusobno surađuju, razmjenjuju programe, profesore i studente, ali mislim da upravo stvaranjem konkretnih digitalnih platformi između raznih sveučilišta, suradnjom sveučilišta, možemo postići zajednički još veću kvalitetu.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhora Presidente, a digitalização representa um processo imparável na sociedade. Como é evidente, esta realidade representa um desafio crucial com o ensino universitário e a formação profissional. Neste sentido, importa, no entanto, sublinhar que, apesar destes avanços, uma parte significativa da população não tem ainda acesso a estas tecnologias.

Importa, também, referir que existem ainda barreiras económicas que condicionam o acesso à tecnologia, ou promovem um acesso diferenciado entre cidadãos. Mas, acima de tudo, queremos aqui sublinhar que, não obstante sermos favoráveis ao avanço tecnológico em geral e ao digital em particular, há que criar um modelo que coloque esses avanços ao serviço da humanidade e não ao serviço de uns poucos oligopólios.

Infelizmente, a realidade demonstra que a digitalização da economia tem alimentado a precariedade no trabalho. A digitalização do ensino pode ajudar, mas não pode substituir a presença do professor, nem alimentar despedimentos em massa e mais exploração e, sobretudo, não pode substituir o papel do Estado em garantir o acesso de todos os cidadãos ao ensino universitário em condições de igualdade.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospodo predsjednice, pozdravljam izvješće kolege Zvera i smatram da su u njemu dane sve ključne činjenice koje trebaju potaknuti i Komisiju i države članice na uspješno implementiranje novog moderniziranog sustava obrazovanja, sustava cjeloživotnog učenja i obrazovanja na daljinu. Globalna konkurentnost Europske unije neće se mjeriti samo u tome koliko će biti uspješno digitalizirana naša industrija, digitaliziran naš promet, digitalizirana energetika, nego kako će uspješno biti digitaliziran obrazovni sustav.

Ne samo što to treba biti na razini sveučilišta, to treba biti na razini struke, treba pomoći u tome da je obrazovanje prisutno u našim udaljenim planinskim krajevima, otocima, gdje ljudi često nemaju prilike putovati na kopno i sudjelovati u svojem cjeloživotnom obrazovanju koje je jako važno za njihovu prekvalifikaciju i nalaženje pozicije na tržište rada.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I think my colleague Mr Zver, the rapporteur, ticked all the boxes in relation to this very important topic. Indeed, I remember when I came here first as an MEP in 2009, I was struck by the emphasis, in the Committee on Culture and Education in particular, on lifelong learning. It is a concept that is well established now and recognised by almost everybody: you just have to keep on learning to keep up to speed. You could be an expert today, but should you not keep up to speed on what is happening in your chosen area, you could be out of date tomorrow. I think that distance learning and technological improvements, etc., are a major challenge, not just to individuals, but also to third-level institutions, to be able to provide the expertise that is needed to keep up with what is happening in the world. I also think it is very important that emphasis is put on people with disabilities and people from the lower socio-economic areas. Everybody is entitled to education, and everybody is entitled to have lifelong learning.

(Fin des interventions à la demande)

Miguel Arias Cañete, Member of the Commission. – Madam President, thank you for giving me the opportunity to comment on this draft resolution, which is very much in line with the Commission's own policy and strategy.

On 30 May, we published an education package, which contains actions spanning from early childhood education and care to higher education, and which includes a strong focus on both digital and lifelong learning. The package takes account of developments and issues that have a direct impact on education – such as globalisation, digitalisation, diversity and exclusion – and considers how best to support people of all ages in developing the skills that they will need to thrive both personally and professionally. Many of the actions are very relevant to the recommendations in the draft resolution.

The Commission Communication on 'School development and excellent teaching for a great start in life' starts from the assumption that high-quality education for all will help Europe achieve its economic and social objectives while fostering the personal and professional developments of European citizens.

I would like to thank you for highlighting the importance of Erasmus+ and Horizon 2020 for enhancing lifelong learning, and for the call to bridge technological gaps between educational institutions across Europe and to connect schools to ultra-fast Internet, thus addressing the digital divide and ensuring equal opportunities for all students.

I would also like to thank you for your acknowledgment in your report of the work done through the eTwinning and School Education Gateway platforms. In order to improve learning outcomes, inclusiveness and equity in school education, the Commission plans to further promote participation in those online platforms.

Further actions planned of particular relevance include a digital capacity self-assessment tool based on the Digital Competence Framework and called 'Selfie', which enables schools in the European Union, on a voluntary basis, to self-evaluate where they stand in relation to common criteria on the effective use of technologies for digital age learning, and how they can further improve. In addition, through Erasmus+, we will support improvements in school-level education in science, technologies, engineering and maths by promoting best practice in developing links and cooperation between higher education, research, businesses and schools at European Union level.

I would also like to highlight three initiatives within our renewed European Union agenda for higher education that are relevant to your draft resolution.

We will develop and implement a digital readiness model to help higher education institutions, their staff and students to implement digital learning strategies and exploit the potential of technology.

We will provide support through Erasmus+ for higher education teachers, doctoral candidates and postdoctoral graduates to develop pedagogical and curriculum design skills, including in digital learning.

Also through Erasmus+, we will promote the development and testing of flexible and modular course design.

Let me also mention the Commission's support for research and innovation projects under Horizon 2020, developing ICT applications for education and training, making learning more effective, engaging and collaborative.

We are also conscious of the importance of youth work in supporting young people from disadvantaged backgrounds in developing digital skills and competences. The Commission welcomes, therefore, the reference to recognising competences gained outside the formal education system.

Last but not least, we should emphasise the important role of Erasmus+ and Horizon 2020 in supporting innovation in all sectors of education, and for people of all ages.

For the next three years (2018-2020) Erasmus+ will implement the 'Digital Opportunity Scheme', supporting internships to develop digital skills. Through our Horizon 2020 stakeholders, as well as through the Digital Skills and Jobs Coalition, we have been mobilising companies to offer more internships in this field, strengthening Europe's innovation capacity.

One of the EU's most successful programmes, Erasmus+ contributes to promoting growth and jobs, developing skills and promoting European values and social cohesion. Over the last 30 years, it has had an impact on the personal and professional lives of more than nine million participants, within and outside Europe. Among others, it funds eTwinning, promoting cooperation between schools through distance learning.

There are clear and strong messages at the highest political level regarding the crucial role of Erasmus+ in supporting the goals of the Rome Declaration, specifically 'a Union where young people receive the best education and training and can study and find jobs across the continent'.

The recommendations within this draft resolution will provide us with much inspiration in our continued work to provide the best possible support to people of all ages on their lifelong learning journey.

La Présidente. – Le point est clos.

Le vote aura lieu mardi, le 12 septembre 2017.

Déclarations écrites (article 162)

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Ce rapport était l'occasion de mettre tout le monde d'accord. Qui peut nier le besoin de davantage permettre la formation à distance à l'aide du numérique ? Personne. Mais comme trop souvent, la thématique de la proposition a été kidnappée pour servir des fins idéologiques. Pourquoi y introduire les questions de genre ? Pourquoi tant de mesures à l'égard des réfugiés quand on attend de véritables propositions pour la majorité de la population ? Pourquoi autant dicter aux États leurs politiques éducatives alors que cela relève de leurs compétences ? Est-ce si dur de porter une analyse juste sur la situation générale et de proposer des solutions pour tous ? À quoi me sert que mon couvreur me dise comment doit être ma porte d'entrée ? De quel droit peut-il demander à ce que je change mon intérieur ? Manifestement, il est impossible pour certains de se mettre en quête du bien commun. Alors qu'ils devraient travailler à trouver des solutions pour les citoyens, ils dépensent toute leur énergie dans la lutte pour leurs combats personnels. C'est ainsi qu'ils créent de nouveaux problèmes au lieu de les résoudre. Ils avancent leurs pions pendant que les citoyens attendent.

Antanas Guoga (PPE), in writing. – I want to thank the rapporteur for this own-initiative report. The topic of e-learning is very important in Europe. It gives a lot of opportunities to people, regardless of their age, sex or social status. Easier access to education should be the standard universally applied, but in practice that is not the case, unfortunately. For example, it is hard for poorer people to obtain access to education. Working mothers might face difficulties juggling their family responsibilities, work and education. Furthermore, people with specific needs find it hard to participate in traditional education. That is why I see e-learning as an optimal solution which can make access to education much better and more efficient, as well as reduce the social gap between different classes of societies in Member States. I believe that e-learning will become the new traditional form of education due to digitalisation of all spheres of our lives.

Bogdan Brunon Wenta (PPE), in writing. – I would like to thank Mr Zver for his work on this report. Lifelong learning is not only a mandatory part of every human life, but it is highly integrated into our traditional educational system. Since it is imperative by today's standards to hone one's knowledge, experience and skills, the educational system has to acknowledge rapid changes in circumstances and adapt accordingly. Poor access to education can be a cause for uncompetitive workforces, social exclusion and even violent radicalisation. With the help of e-learning and distance education, even people who cannot access classical education because of insufficient funds, disabilities or other hindering factors are not being excluded from the learning process. Increasing unemployment rate in Europe could be held in check and dropout rates from schools may shrink if these new methods of education were properly implemented and access to them was ensured. Further and distance education framework in Europe should be built upon a cooperation of the Member states also in the area of digital skills. More teachers need to be acquainted with digital competences and an EU-wide online platform to exchange good practices should be created.

27. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

La Présidente. – L'ordre du jour appelle les interventions d'une minute sur des questions politiques importantes (article 163 du règlement).

Andrea Bocskor (PPE). – Elnök Asszony, szeptember 1-jén teljes körűen életbe lépett az Ukrajna és Európai Unió közötti társulási megállapodás. Ennek 4. cikkelye magában foglalja az állampolgári és kisebbségi jogok védelmét, a diszkriminációmentességet. A szeptember 5-én elfogadott oktatási törvénnyel azonban Ukrajna megszegte ezeket az elveket és kötelezettségeket, hiszen annak 7-es cikkelye megszünteti az ukrajnai magyarok, románok, bolgárok, lengyelek, szlovákok azon jogát, hogy anyanyelvükön tanuljanak az oktatási rendszer minden szintjén. A törvény ezáltal ellentmond Ukrajna alkotmányának és nemzetközi kötelezettségeinek. Megrontja a viszonyt az őt támogató szomszédos országokkal, kétségbe vonja Európa integrációs törekvéseinek őszinteségét. Ez a jogszabály súlyos következményekkel jár majd az Ukrajnában élő nemzeti kisebbségekre, több tízezer gyermek, szülő és tanár válik jogfosztottá, másodrangú polgárrá. Arra kérem az Európai Bizottság és az Európai Parlament vezetőit, vessék latba befolyásukat, hogy az államelnök ne írja alá ilyen formájában a törvényt, és utalja vissza a 7-es cikk átdolgozására, hisz ezzel 120 román, 100 magyar és 5 lengyel tannyelvű iskola felszámolása fog következni.

Emilian Pavel (S&D). – Dragi colegi, în această săptămână, printre alte subiecte extrem de importante, discutăm și despre viitorul programului Erasmus+ și despre noua Agendă pentru competențe în Europa. Este un cadru bun să reafirmăm în Parlamentul European sprijinul nostru pentru educație care să ofere tinerilor șanse reale pentru o viață profesională de succes.

Cred, alături de mulți alți deputați și de mulți cetățeni, că în economia globală, singurul avantaj competitiv al Europei va veni ca rezultat al unui focus și al unor investiții masive în educație sub toate formele sale. O viață profesională de succes depinde, în foarte multe cazuri, de stagiile de pregătire, de programele de ucenicie și practică prin care tinerii europeni pot învăța, se pot forma și își pot crește șansele de angajare sau gradul de pregătire.

Aș vrea să accentuez, însă, faptul că nu toți tinerii dispun de resursele necesare și că, pentru destui dintre ei, un stagiu de practică, un *internship* plătit, reprezintă singura șansă de a se susține.

Vreau să ne gândim cu toții în dezbaterile din această săptămână la modul în care votul nostru și pozițiile adoptate de noi pot face o diferență decisivă în viețile multor tineri europeni care, cu doar un pic de sprijin și susținere, pot avea șansa de a-și atinge adevăratul potențial.

Urszula Krupa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Omawiając ważne kwestie społeczne, chciałam zapytać zwłaszcza tych, którzy troszczą się tak bardzo o praworządność w Polsce: gdzie jest holenderska i belgijska praworządność, która umożliwiła zatrucie Europy fipronilem, który stosowano szczególnie w holenderskich, belgijskich, a także niemieckich fermach kurzych. Incydentem nazwany przez przedstawicielkę Komisji Europejskiej skandal trwa od roku, gdyż belgijska Agencja Bezpieczeństwa Żywności ma dokumenty, które wskazują na obecności fipronilu w holenderskich jajach pod koniec listopada 2016 roku, a pierwsze próbki były pobrane w maju tego roku. Informacja do państw członkowskich dotarła dopiero w lipcu 2017 roku, przez co miliony jaj i kurzego skażonego mięsa zostały dostarczone na rynki albo skonsumowane czy też wykorzystane do produkcji gotowych dań, stwarzając zagrożenie dla zdrowia publicznego i środowiska.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, dame i gospodo, UNESCO-va svjetska baština je na mnogim mjestima ugrožena. Samo na području gdje ja živim, gdje obitavam, gdje se krećem u Hrvatskoj, na Plitvicama, u Dubrovniku, u Veneciji, u Ohridu, u Kotoru, nekim drugim dijelovima, UNESCO-va baština je ugrožena i to zbog ničeg drugog, nego zbog nas, zbog turizma.

Turizma koji nam je itekako bitan, turizam u kojem radi svaki deseti građanin Europske unije, turizam koji donosi velike prihode, ali i turizam o kojemu mi ovdje u ovom Europskom parlamentu gotovo nikada ne govorimo. Kao da ne postoji, kao da ne donosi prihode Europi i kao da u ovom slučaju ne ugrožava UNESCO-vu baštinu. Dakle, još jednom se želim ovdje jasno založiti da nam treba krovna turistička organizacija unutar Europske unije, kako bi se zaista moglo kvalitetno baviti turizmom i kada govorimo o kulturnoj baštini.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – Madame la Présidente, chers collègues, je veux vous parler d'un jeune homme de 32 ans. Il est franco-palestinien, il habite à Jérusalem et il vient de devenir avocat. Quelques jours après avoir obtenu son diplôme d'avocat, il a été arrêté le 23 août chez lui sans raison et, après beaucoup de tergiversations de la justice israélienne, il est placé, comme des millions de Palestiniens, en détention administrative – paraît-il sur la base d'un dossier secret parce que totalement vide. Il s'appelle Salah Hamouri.

Cela révèle l'acharnement et l'absence totale de respect du droit par un État qui se proclame sans cesse un de nos partenaires les plus proches. Notre service d'action extérieure ne peut pas laisser faire et doit réclamer la libération de Salah Hamouri sans condition et sans délai. Il est grand temps que l'Union européenne conditionne sa coopération avec l'État d'Israël au respect des droits fondamentaux, du droit et des conventions internationales, comme elle le fait avec tant d'autres États. Dans l'immédiat, liberté pour Salah Hamouri.

Piernicola Pedicini (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io questa sera ho portato qui in Aula un prodotto eccezionale: la passata di pomodoro. Questo è un prodotto che proviene dall'Italia del Sud, ma lo stesso discorso si potrebbe fare per la Grecia, per la Spagna, per tutti quei paesi che hanno tanto sole. È un prodotto sano ed è un ingrediente fondamentale per alimenti come la pasta, la pizza, le lasagne, ed è quindi una vera e propria ricchezza dei nostri territori e per le nostre produzioni locali: non lo chiamiamo «l'oro rosso».

Eppure ci chiediamo come sia possibile che l'Unione europea non sia in grado di impedire, di bloccare le importazioni di concentrato cinese, che è un prodotto scadente e di bassa qualità, che fa concorrenza sleale alle nostre produzioni e, soprattutto, che è nocivo perché pieno di pesticidi. Ci chiediamo come sia possibile che non esista un'etichetta precisa e chiara per distinguere il pomodoro italiano dallo Xinjiang cinese, in modo che i cittadini possano scegliere liberamente e consapevolmente che cosa mangiare.

Mario Borghezio (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è incredibile che debbano essere i parlamentari a difendere i prodotti e la dignità dei cittadini europei e della loro cultura. Negli Stati Uniti, animata dal peggiore revisionismo storico, è in corso la campagna vergognosa contro due figure molto importanti della nostra tradizione, molto care agli italiani, agli europei e in particolare agli italoamericani.

La prima ha preso di mira, pensate un po', niente di meno che la figura di Cristoforo Colombo: si chiede di eliminare ogni riferimento a tale personaggio, abbattere statue, ecc. La seconda riguarda un altro personaggio, anch'esso importante, un eroe dell'aviazione italiana, grande trasvolatore, Italo Balbo, che è un'altra figura storica anch'essa importante.

Io chiedo che, di fronte al silenzio grave dell'Alto rappresentante, che non difende mai gli europei, i valori europei e la dignità dei cittadini europei, anche minacciata, oltraggiata come in questo caso, provveda il Parlamento europeo, e rivolga un pressante invito al Presidente perché faccia sentire la voce in difesa di Cristoforo Colombo e di Italo Balbo.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – W tej chwili Unia Europejska zajmuje się z sytuacją w Polsce, bo mówi, że dba o demokrację i rządy prawa. Otóż nie można mieć jednego i drugiego. Albo jest demokracja, albo są rządy prawa. Nie ma tu kompromisu. Jeśli konstytucja wymaga, żeby zrobić „A”, a lud i parlament domagają się, żeby zrobić „B”, to funkcjonariusz musi wiedzieć czy ma wykonać „A”, i wtedy są rządy prawa, czy ma wykonać „B”, i wtedy jest demokracja. Nie można mieć jednego i drugiego. W obecnej chwili w Polsce mamy do czynienia z atakiem demokracji na rządy prawa. Większość ma większość i zmienia sobie prawo jak chce. To właśnie jest demokracja. Jestem wrogiem demokracji, nienawidzę demokracji, natomiast chcę, żeby rządziło prawo.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospođa predsjednice, večeras bih željela progovoriti o šumskim požarima i ukazati na potrebu zaštite od šumskih požara. Najgora sezona požara je iza nas. U Hrvatskoj je ove godine bilo otvorenih 4907 požara. No, nisu samo zahvatili Hrvatsku nego Španjolsku, Portugal, Italiju, Grčku. U svakom slučaju, sedam pitanja sam postavila u vrijeme ovog mandata Europskoj komisiji kako bismo ukazali na bolju zaštitu europskih šuma od požara. Ne treba zanemariti ni klimatske promjene i globalno zatopljenje. Dok smo se mi ovdje u Europi borili s požarima, imamo najveće uragane i tornade u srednjoj Americi, što na neki način ukazuje na promjene u globalnoj klimi.

Ono što želim reći ovim današnjim izlaganjem jest da Fond solidarnosti koji postoji, nažalost, vrlo sporo se može mobilizirati. Ono što tražimo od Komisije je da se omogući brža mobilizacija Fonda solidarnosti koji upravo služi da bi pomogao kod ovih prirodnih katastrofa. Ja vas, u tom smislu, molim da reagirate.

Wajid Khan (S&D). – Madam President, it is not the first time that crimes against humanity have taken place against the Rohingya community. This Parliament has previously passed two resolutions on Myanmar last year, and yet the brutality and even atrocities continue against the Rohingya Muslims. How many more women will be raped? How many more children will be tortured? How many more villages will be burnt? What will it take for this genocide and ethnic cleansing to be stopped?

The resolution on Thursday needs to go further than any previous resolution, including economic and political sanctions against the Myanmar government. The international community needs to move faster. We need urgent action and impact now. We will need to recognise the Rohingya Muslims and support humanitarian efforts – not just now, immediately, but in the long term. This institution – the EU – is based on the values of peace and cooperation. It is only right that we show solidarity and play our part in bringing peace, justice and prosperity in Burma.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Po serii ataków na Polskę na tle różnic między władzą wykonawczą i władzą sądowniczą – a trzeba powiedzieć, że napięcia między tymi władzami są wpisane w samą logikę podziału władz – przyszedł czas najzupełniej dla nas nieoczekiwany: Polska jest atakowana dlatego, że chce gwarantować kobietom prawo do wcześniejszego odpoczynku emerytalnego.

Otóż chcę uświadomić Komisji Europejskiej, mówiłem już o tym wiceprzewodniczącemu Timmermansowi, że 15 lipca 2010 roku polski Trybunał Konstytucyjny wyraźnie powiedział, że prawo kobiet do wcześniejszego odpoczynku emerytalnego jest częścią konstytucyjnych praw kobiety wynikających z macierzyństwa, wynikających z rodzenia dzieci, wynikających często z pomocy dzieciom w starszym okresie życia. Oczywiście inne kraje mogą przyjmować inne rozwiązania konstytucyjne, ale nie można mówić o obronie Trybunału i porządku konstytucyjnego w Polsce, jednocześnie atakując jego zasady sprecyzowane właśnie przez Trybunał Konstytucyjny, i dla tego porządku konstytucyjnego domagamy się szacunku.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Madam President, Bosnia and Herzegovina has the lowest financial support per capita from the EU, not only among the Balkan candidate countries but also among the accession countries. This is not consistent with EU ambitions to strive for international cooperation and support these Balkan countries ravaged by the war, socialism, and nationalism, especially since Bosnia and Herzegovina's constitution – the Dayton Agreement, mainly the result of western pressure – does not allow the country to progress.

Therefore I welcome the Commissioner's answer to my question: that he is considering increasing the financial support to Bosnia through the Instrument for Pre-Accession. This will enable the country to take the necessary action crucial for Bosnia's integration into the European Union and further development. I think the country should also be compensated for the lack of support in previous times.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Portugal enfrenta uma situação de seca sem precedentes que requer apoios urgentes. Os últimos dados disponibilizados pelo Instituto Português do Mar e da Atmosfera referem que, no final de junho, 80 % de Portugal Continental estava em seca severa ou extrema. Acresce que 18 das 60 barragens do Continente iniciaram um verão com menos de metade da água que conseguem armazenar.

Segundo o índice meteorológico de seca, em 30 de julho, mantinha-se a situação de seca meteorológica em quase todo o território de Portugal Continental, verificando-se, em relação ao mês anterior, o agravamento da sua intensidade.

Para além dos incêndios, os prejuízos provocados pela diminuição drástica da produtividade das colheitas e pela falta de água e de ferragens para os animais de criação começam já a ser estimados em várias centenas de milhões de euros em vários setores da agricultura e agropecuária.

Neste quadro gravíssimo, afirmamos que não chegamos apenas as antecipações dos pagamentos das ajudas da PAC aos agricultores. É necessário ir mais longe, acionando o fundo de solidariedade da União Europeia, adaptando o seu regulamento para poder acudir já, por forma a minimizar uma catástrofe iminente, que será social, económica e ambiental.

Gilles Lebreton (ENF). – Madame la Présidente, l'Union européenne a perdu la confiance des peuples. Les partis de gauche, de droite et du centre qui la soutiennent voient arriver les élections européennes de 2019 avec angoisse. C'est pourquoi ils sont en train d'imaginer un système électoral susceptible de fausser les résultats en leur faveur.

Leur idée – soutenue par Emmanuel Macron – est de créer, à côté des listes nationales, des listes transnationales qui seraient soumises au vote de l'ensemble des Européens.

Des candidats français en difficulté dans leur pays pourraient ainsi se faire élire par les électeurs des autres États européens. C'est une véritable bouée de sauvetage pour les Verts, qui ont quasiment disparu de la scène politique française.

Il suffisait d'y penser: puisque le peuple français vote mal, l'eurocratie change le peuple. Le subterfuge est scandaleux. Toute honte bue, l'Union tente une fois de plus de contourner les résultats du suffrage universel comme elle l'a déjà fait pour anéantir le référendum français de 2005. Mais le groupe ENL s'y opposera.

Iuliu Winkler (PPE). – Elnök Asszony, minden nemzeti kisebbségnek joga van az anyanyelvű oktatáshoz, óvodától egyetemig, Európa bármelyik országában, az Unión belül, vagy ennek a szomszédságában. Ez az alapvető jog megilleti az ukrainai magyar és román közösségeket is. Kisebbségellenes és az európai értékeknek ellentmond Ukrajna új oktatási törvénye. A Romániai Magyar Demokrata Szövetség európai parlamenti képviselőjeként elhibázottnak tartom az ukrán parlament döntését és szolidaritásomat fejezem ki a kárpátaljai magyar és az ukrainai román közösséggel. Természetes a szolidaritás, különösen, amikor a romániai magyarságot is jogtiprás fenyegeti. Utcára kellett vonulni a magyaroknak Marosvásárhelyen, tanévkezdés előtt alig pár nappal azért, hogy egy magyar iskola folytathassa a működését. Felkérem az ukrán államfőt: ne hirdesse ki az oktatási törvényt, utalja vissza a parlamentnek újratárgyalás végett.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, da 48 ore l'Italia è colpita da violenti nubifragi che hanno causato danni ingentissimi e purtroppo vittime, come a Livorno.

L'ondata meteorologica avversa ha colpito la notte scorsa anche le regioni del Sud, in particolar modo la Campania, con le province di Napoli, Caserta e Salerno. Mai l'Italia è stata flagellata da tempeste così devastanti con la frequenza di questi ultimi anni, in cui il cambiamento climatico sta mostrando i suoi effetti.

Va affrontata con urgenza la difficile situazione del dissesto idrogeologico ed è evidente l'assoluta necessità di investimenti in termini di prevenzione e messa in sicurezza. Servono interventi pubblici e serve anche l'aiuto dell'Europa se non vogliamo che queste emergenze continuino a ripetersi in modo ormai ciclico.

In queste ore si valuta la possibilità di chiedere il riconoscimento dello stato di calamità naturale, verificando l'accessibilità al Fondo europeo di solidarietà e ad altre misure per le quali l'Europa, se chiamata, sono certo non farà mancare il proprio sostegno.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora presidenta, hoy se conmemora el aniversario de la muerte del presidente chileno Salvador Allende un 11 de septiembre de 1973, tras un golpe de Estado fascista. Se instauró una dictadura de terror en Chile durante casi veinte años, abriendo un largo periodo de aplicación de políticas en contra de los trabajadores y del movimiento obrero.

Allende, como muchos otros, murió defendiendo un sistema para el pueblo, un sistema en el que la persona prime sobre el capital, en el que las vidas sean más importantes que las multinacionales y el mercado.

Cuarenta y cuatro años después de esa muerte, su legado toma más fuerza que nunca: frente a la pérdida sistemática de derechos y libertades, desde la izquierda seguimos luchando por instituciones realmente democráticas; por que los trabajadores sean el centro de las políticas; por erradicar la desigualdad; por avanzar, en resumen, hacia el socialismo. Hoy igual que ayer, como decía Allende, «la historia es nuestra y la hacen los pueblos».

Dariusz Rosati (PPE). – Pani Przewodnicząca! Za kilka dni na terytorium Białorusi odbędą się wielkie manewry wojskowe Zapał organizowane przez Federację Rosyjską. Według doniesień w manewrach tych weźmie udział ponad sto tysięcy żołnierzy, kilkadziesiąt czołgów, artyleria i lotnictwo. To największe manewry od czasu upadku Związku Radzieckiego. Zgromadzenie tak dużych sił przy wschodniej granicy Unii Europejskiej musi budzić wielki niepokój, ponieważ bezpośrednio zagraża bezpieczeństwu Unii Europejskiej. Uważam, że Unia Europejska powinna wyrazić stanowczy sprzeciw wobec tych zachowań Federacji Rosyjskiej.

Chciałbym zauważyć, że również za kilka dni, 17 września, mija 78. rocznica zdradzieckiej barbarzyńskiej napaści Związku Radzieckiego na Polskę w 1938 roku. Organizowanie manewrów wojskowych w tych właśnie dniach ma charakter prowokacji. Apeluje do Parlamentu Europejskiego, do Rady i do Komisji o to, aby zareagować w sposób właściwy na te zachowania Federacji Rosyjskiej.

Julie Ward (S&D). – Madam President, when I was elected in 2014, I decided to be a voice for people who did not have a voice. This Parliament offers a powerful platform and we should be mindful to draw attention to ethnic minorities and indigenous people, whose rights are trampled over by voracious global interests or who are marginalised by poor public policy and a lack of investment.

Whether it is the Xikrin people of Amazonia whom I visited last month, whose lives are unsustainable because of mineral extraction, deforestation, land grabs and political corruption, or the Roma population of Europe who were victims of the Nazi Holocaust and who continue to suffer terrible discrimination, we should remember them in our political discourse, cherish their cultural distinctiveness and speak out against those who abuse them.

When we do so, we can be a force for good. I am glad therefore that ahead of Roma Pride on 1 October, the Czech Government has announced they will end the scandal of the pig farm Lety on the site of a Roma genocide. Meanwhile, the Xikrin have won an important injunction to halt the Onca Puma Mining Project and will receive full compensation for its poisonous effects. We can do good.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Madam President, on 10 March 2016, Tony Taylor, a Republican from my home town of Derry, was detained and interned on the instructions of the then British Secretary of State for the North, Theresa Villiers. Today, over a year later, no evidence has been produced to justify his detention, nor indeed his arrest. If evidence exists, it should be presented to the courts.

His continued detention is a breach of human rights and an affront to justice. This is why Sinn Féin has been calling for his immediate release from Maghaberry Prison and why I, along with the newly elected MP for the North, Elisha McCallion, will visit Tony Taylor on Friday. The refusal to release him raises serious concerns about political interference in the criminal justice system in the North. Internment was wrong in the 1970s and it is still wrong.

This is Tony Taylor.

(The speaker held up a photograph of Mr Taylor).

He should be immediately released.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony, Romániában a mai napon elkezdődött a tanév, ám egy fele-fele arányban románok és magyarok által lakott városban ezt a szokásosnál is nagyobb káosz előzte meg. Ennek oka, hogy lassan egy éve bizonytalan a római katolikus egyház által alapított helyi magyar iskola sorsa, az egyház saját épületében kialakított intézmény a különböző állami hatóságok sorozatos zaklatásai miatt gyakorlatilag megszűnt, a több száz gyerek pedig csak egy másik iskola szárnyai alatt kezdhette el a tanévet. Beszéltem itt már róla hónapokkal ezelőtt, de kérem, képzeljék el azt a helyzetet, hogy egy néhány évvel ezelőtti adminisztratív hiba miatt a rettegett korrupcióellenes ügyészek vizsgálódnak a helyszínen, kihallgatásra idézve be szülőket, akiktől azt tudakolják, miért írárták katolikus iskolába gyermekeiket. Igen, ez az Unióban történik, nem valahol a harmadik világban. Ha jogállamiságról beszélünk, akkor tudatában kell lennünk, hogy a marosvásárhelyi szülők ennyit éreznek ma a jogbiztonságból az Európai Unióban.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D). – Mă bucură faptul că semnalele de alarmă trase de mine în acest plen cu privire la situația tragică a unuia dintre cele mai vechi și experimentate institute de producere a vaccinurilor din Europa, adică institutul Ioan Cantacuzino din București, au avut un răspuns prompt și pozitiv din partea actualului Guvern al României.

Premierul României, domnul Mihai Tudose, a anunțat zilele trecute pregătirea documentelor legislative necesare trecerii Institutului Ioan Cantacuzino din subordinea Ministerului Sănătății în cea a Ministerului Apărării, pornind de la ideea că Institutul Cantacuzino face parte din rețeaua strategică de care depinde reacția promptă a Europei în fața unei epidemii generalizate sau a unui atac cu armă biologică. Conform prim-ministrului României, există intenția ca Institutului Ioan Cantacuzino să devină principalul centru regional european de producere a vaccinurilor, atât de necesare programelor de imunizare a cetățenilor europeni.

Merg mai departe și vă cer sprijinul pentru găsirea unei formule acceptabile pentru Comisia Europeană, prin care finanțarea dotărilor și funcționării institutului Ioan Cantacuzino, dar și a instituțiilor similare din alte state membre, să fie făcută de la bugetul european.

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, a 23 de agosto passado, o Governo brasileiro publicou um decreto que previa a extinção da Reserva Nacional do Cobre e Associados, um território na Amazônia com cerca de 4 milhões de hectares que engloba nove áreas protegidas entre florestas estaduais, reservas ecológicas e terras indígenas, o que, de imediato, deu origem ao massacre de índios isolados na Amazônia por conta da prospeção de ouro e ao abate de aves, como relata a Fundação Nacional do Índio (Funai).

A suspensão posterior desse decreto por um juiz federal tem um carácter meramente provisório e o segundo decreto do Governo, que revogou o primeiro, apenas abre mais brechas para a exploração em alguns desses locais.

Caros Colegas, num momento de grande dinamização das negociações entre a União Europeia e o Mercosul – que poderão conduzir a um acordo político antes do final deste ano – a União Europeia não pode deixar de instar as autoridades brasileiras a preservarem as reservas ambientais indígenas de uma das maiores faixas contínuas de floresta tropical do planeta.

Os índios brasileiros e a Amazônia, também apelidada de «pulmão do mundo», não podem continuar a ser constantemente ameaçados por interesses económicos.

László Tőkés (PPE). – Elnök Asszony, két magyar vonatkozású botrányos jogsérelmi esetre kívánom felhívni a Tisztelt Ház figyelmét. A legsötétebb sztálini időkre emlékeztem az ukrainai oktatási törvény nemrégben megszavazott módosítása, mely megfosztaná a kisebbségeket – köztük a magyarokat és a románokat – az anyanyelvükön való tanulás alapvető jogától. Ez ellen mind a magyar, mind a román kormány élesen tiltakozik. A marosvásárhelyi magyar nyelvű római katolikus gimnázium jogellenes és diszkriminatív megszüntetése a nacionálkommunista Ceausescu-diktatúra asszimilációs politikájának a szellemét és módszereit idézi. Románia nem alkalmazhat kettős mércét a hazai, valamint az ukrainai kisebbségi oktatás viszonylatában! Kérem a Parlamentet és az Elnök Urat, az Elnök Asszonyt, hogy járjon közben az ukrainai nyelvi jogok biztosítása és a romániai iskola helyzetének rendezése érdekében.

Francesc Gambús (PPE). – Señora presidenta, señor comisario, he pedido poder hacer uso de la palabra para expresar mi gratitud con la presidencia de esta Cámara, en primer lugar, y con el resto de colegas que esta tarde, al inicio de los trabajos de esta sesión plenaria, han guardado un minuto de silencio, no solo respetuoso, sino también emocionado para las víctimas de las catástrofes naturales o los ataques terroristas acaecidos estas últimas semanas.

Atacar Barcelona, la ciudad donde vivo y donde nací, o atacar Cambrils o atacar Turku es en el fondo lo mismo: un ataque a nuestra civilización, a nuestra forma de vida, a nuestras democracias, a nuestros derechos y a nuestras libertades. Termino acordándome de nuevo de todas las víctimas de estos ataques y de todos los otros que desgraciadamente han ocurrido en suelo europeo y más allá, así como reiterando el agradecimiento por el trabajo desarrollado por las fuerzas y cuerpos de seguridad y de emergencia, en especial al Cos de Mossos d'Esquadra, que con tanta diligencia y saber hacer trabajaron en aquellas horas dramáticas del 17 de agosto. *No tenim por!*

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, v létě italské úřady ukázaly, že některé neziskové organizace spolupracovaly s pašeráky a jezdily si pro ekonomické migranty přímo k libyjským břehům. Tam dokonce pašerákům umožnily to, aby si vzali od lodí, kterými tam přivezli migranty, motory, odvezli si je zpátky a přivezli další.

Já bych chtěl u této příležitosti vyzvat Evropskou komisi, aby nebyla laxní, aby pomohla právě italské vládě zmobilizovat síly a zasáhnout proti těmto skupinám a případně, pokud se tyto skupiny nebo neziskové organizace nepodřídí tomu kodexu, kterým je italská vláda vyzvala ke spolupráci, abychom jim zastavili veškeré financování a odmítli jejich spolupráci na záchranných akcích. Myslím si, že nejvíce na celém tomto byznysu nevydělávají lidé, kteří jsou přesunuti do Itálie, vydělávají na něm pašeráci.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I read with great interest the recent position papers on Brexit that were released by the United Kingdom Government and, indeed, I followed the latest round of negotiations closely. Allow me to state the obvious, which is that something is evidently missing: solutions. One area in particular, in which solutions are needed quickly, is the Ireland-Northern Ireland border. The referendum was 15 months ago but I have yet to read anything really concrete on the border issue. What is the holdup? Does the United Kingdom take its citizens in Northern Ireland seriously? The time for buzzwords is over. I have lost count of how many times I have read in the position papers buzzwords like 'streamlined', 'innovative', and 'imaginative solutions' for the borders of the United Kingdom, but without any details of what these solutions would look like. This is bureaucratic speak for 'we haven't a clue'. The onus is on the United Kingdom to come up with something substantive and workable, that does not put a hard border back on the island of Ireland. The United Kingdom made a decision to leave; now it must solve the problem it has caused for Ireland.

La Présidente – Ce point de l'ordre du jour est clos.

28. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

29. Schluss der Sitzung

(La séance est levée à 23 h 00)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3006

2.5.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 12. SEPTEMBER 2017

(C/2024/3006)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 11. bis 14. September 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Walfang in Norwegen (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
3. Förderung der Internetanbindung in Kommunen (Aussprache)	4
4. Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung (Aussprache)	19
5. Fipronil-Skandal: Wege zur Verbesserung des EU-Schnellwarnsystems für Lebens- und Futtermittel (Aussprache)	32
6. Erklärung der Präsidentschaft	49
7. Abstimmungsstunde	52
7.1. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Marie-Christine Boutonnet (A8-0259/2017 - Heidi Hautala) (Abstimmung)	52
7.2. Ernennung von Simon Busuttil zum Mitglied des Ausschusses gemäß Artikel 255 AEUV (B8-0503/2017) (Abstimmung)	52
7.3. Namentliche Zusammensetzung des Sonderausschusses Terrorismus (Abstimmung)	52
7.4. Abkommen zwischen der EU und Island zum Schutz geografischer Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel (A8-0254/2017 - David Borrelli) (Abstimmung)	52
7.5. Abkommen zwischen der EU und Island über zusätzliche Handelspräferenzen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (A8-0256/2017 - David Borrelli) (Abstimmung)	52

Inhalt	Seite
7.6. Umsetzung der Mediationsrichtlinie (A8-0238/2017 - Kostas Chrysogonos) (Abstimmung)	53
7.7. Franchisingpraxis im Einzelhandel (A8-0199/2017 - Dennis de Jong) (Abstimmung)	53
7.8. Eine Weltraumstrategie für Europa (A8-0250/2017 - Constanze Krehl) (Abstimmung)	53
7.9. Akademische Weiterbildung und Fernstudium als Teil der europäischen Strategie für lebenslanges Lernen (A8-0252/2017 - Milan Zver) (Abstimmung)	53
7.10. Aufhebung überholter Verordnungen in der Binnenschifffahrts- und der Güterkraftverkehrsbranche (A8-0228/2017 - Karima Delli) (Abstimmung)	53
7.11. Förderung der Internetanbindung in Kommunen (A8-0181/2017 - Carlos Zorrinho) (Abstimmung)	53
7.12. Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung (A8-0310/2016 - Jerzy Buzek) (Abstimmung)	53
7.13. Walfang in Norwegen (B8-0499/2017) (Abstimmung)	53
7.14. Beitritt der EU zum Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (A8-0266/2017 - Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy, Anna Maria Corazza Bildt) (Abstimmung)	53
7.15. Auswirkungen des internationalen Handels und der Handelspolitik der EU auf globale Wertschöpfungsketten (A8-0269/2017 - Maria Arena) (Abstimmung)	54
8. Stimmerklärungen	54
8.1. Eine Weltraumstrategie für Europa (A8-0250/2017 - Constanze Krehl)	54
8.2. Akademische Weiterbildung und Fernstudium als Teil der europäischen Strategie für lebenslanges Lernen (A8-0252/2017 - Milan Zver)	54
8.3. Förderung der Internetanbindung in Kommunen (A8-0181/2017 - Carlos Zorrinho)	55
8.4. Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung (A8-0310/2016 - Jerzy Buzek) . . .	57
8.5. Walfang in Norwegen (B8-0499/2017)	57
8.6. Beitritt der EU zum Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (A8-0266/2017 - Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy, Anna Maria Corazza Bildt)	58
8.7. Auswirkungen des internationalen Handels und der Handelspolitik der EU auf globale Wertschöpfungsketten (A8-0269/2017 - Maria Arena)	61
9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	62
10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	62
11. Erläuterungen des Rates zu seinem Standpunkt zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018 (Aussprache)	62

Inhalt	Seite
12. Waffenexporte und die Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP (Aussprache)	67
13. Lage in Nordkorea (Aussprache)	81
14. Aktuelle Entwicklungen im Bereich Migration (Aussprache)	94
15. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	117
16. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	117
17. Beziehungen EU-Türkei (Aussprache)	117
18. Lage in Venezuela (Aussprache)	130
19. Politische Beziehungen der EU zu Lateinamerika (Aussprache)	140
20. Politische Beziehungen der EU zu Indien (kurze Darstellung)	150
21. Korruption und Menschenrechte in Drittstaaten (kurze Darstellung)	153
22. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll	157
23. Weiterbehandlung der Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	157
24. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	157
25. Schluss der Sitzung	157

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 12. SEPTEMBER 2017

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

1. Eröffnung der Sitzung

(The sitting opened at 09.00)

2. Walfang in Norwegen (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Förderung der Internetanbindung in Kommunen (Aussprache)

President. – The next item is the report by Mr Carlos Zorrinho, on behalf of the Committee on Industry, Research and Energy, on the promotion of Internet connectivity in local communities (COM(2016)0589 – C8-0378/2016 – 2016/0287(COD)) (A8-0181/2017).

Carlos Zorrinho, relator. – Senhora Presidente, Senhora Comissária – bem-vinda ao Parlamento –, Senhor Representante do Conselho Europeu, caros e caras Colegas, as pessoas, um pouco por todo o mundo, estão a recorrer cada vez mais às tecnologias e aos serviços digitais.

A transformação digital é hoje um processo absolutamente imparável e a história ensina-nos que deixar a tecnologia decidir o futuro das sociedades nunca deu bons resultados. Temos que ser nós a decidir o futuro da tecnologia e, sobretudo, temos que ser nós a determinar aquilo que com essa tecnologia podemos fazer acontecer para termos uma sociedade mais decente, mais justa, segura, sustentável, com mais oportunidades e com maior qualidade de vida para as pessoas e essa escolha constitui um desafio em que podemos envolver, devemos envolver, os cidadãos europeus. Esta é uma oportunidade para motivar esses cidadãos a participarem na refundação da sociedade europeia. É uma oportunidade para voltar a conectá-los com o projeto europeu. A Iniciativa WIFI4EU é um passo importante para atingir este objetivo de reconexão e para concretizar esta visão.

Proporcionar a todos os europeus um acesso gratuito e livre de restrições à Internet de alta qualidade em sítios públicos é uma medida de grande simbolismo que tem muita força política e tem um grande potencial transformador. É, aliás, uma medida com tanta força, que o Presidente da Comissão Europeia a usou, o ano passado, no discurso do Estado da União como uma das âncoras da sua intervenção.

A partir do desafio lançado nesse momento, o momento mais nobre da prestação de contas da Comissão perante os europeus, fizemos um trabalho estimulante de mobilização e negociação que nos permitiu chegar até aqui. Um trabalho em rede com as regiões, as empresas, a sociedade civil, as instituições e os governos, que permitiu chegar ao ato legislativo que hoje aqui debatemos.

A proposta em apreciação garante a neutralidade no acesso à Internet. Garante, também, a seleção da melhor tecnologia a aplicar em cada caso. Garante o acesso, de forma independente da localização geográfica e também dos rendimentos dos utilizadores. Não discrimina ninguém nem nenhum território. Tem um sistema simples de candidatura e uma validação única e, por isso, o WIFI4EU é o embrião de uma Sociedade Europeia a Gigabits competitiva e inclusiva. É, aliás, o embrião de uma identidade digital europeia que resultará da inclusão dos nossos valores comuns na nova sociedade digital.

Agradeço, por isso, a todos os que comigo trabalharam neste projeto de relatório. Agradeço ao Comité Económico Social e ao Comité das Regiões, que desde o primeiro momento trabalharam de forma articulada com o Parlamento Europeu e com a Comissão e com o Conselho. Agradeço à Comissão Europeia e ao Conselho pela convergência na procura permanente de boas soluções políticas, económicas, técnicas e financeiras.

Agradeço particularmente a todos os meus colegas do Parlamento Europeu, e particularmente aos relatores-sombra, pela força e pelo entusiasmo que colocaram no seu contributo ativo. Agradeço aos secretariados técnicos e políticos, sempre disponíveis para um trabalho que não foi fácil, mas que nos trouxe a bom porto, abrindo novas oportunidades para as pessoas. Apelo, por isso, à aprovação do ato legislativo em debate. É importante que ainda este ano as primeiras candidaturas ocorram e as raízes do WIFI4EU comecem a disseminar-se por toda a União.

Termino, o WIFI4EU é um pequeno passo. É um pequeno passo para nós, mas é um grande passo para que a União Europeia tenha um papel liderante no desenvolvimento de uma sociedade digital inclusiva, aberta, transparente, criativa e amiga das pessoas. Liguemo-nos a esta ideia, por um futuro melhor para a União Europeia e para o mundo.

Mariya Gabriel, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, en effet, c'est mon premier débat en séance plénière dans ma nouvelle fonction en tant que commissaire chargée de l'économie et de la société numériques. L'émotion est d'autant plus grande que ce sont de nouveau les citoyens qui sont au cœur de ce débat et qui constituent la priorité commune à nous tous.

Mesdames et Messieurs les députés, tout d'abord je voudrais remercier le rapporteur, M. Zorrinho. Je voudrais également remercier les rapporteurs fictifs ainsi que les rapporteurs des commissions BUDG, TRAN et REGI pour leur travail.

D'une manière générale, la Commission tient à remercier le Parlement européen de l'accord politique obtenu suite à un seul trilogue, en mai dernier.

Pour commencer, permettez-moi de citer le président Juncker, un an jour pour jour après son discours sur l'état de l'Union: «toute personne devrait bénéficier de la connectivité dans les espaces publics partout en Europe, quel que soit l'endroit où elle vit ou combien elle gagne».

L'initiative WiFi4EU est une étape concrète et décisive dans cette direction. Au cours des trois prochaines années, elle donnera accès à Internet aux habitants et visiteurs de 6 000 à 8 000 communautés locales dans toute l'Union européenne. Au cours des trois prochaines années, je voudrais aussi dire que la Commission européenne se réjouit que le Parlement européen soit d'accord sur l'importance de fournir un accès à l'internet de grande qualité à nos citoyens. Le Conseil, le Comité des régions et le Comité économique et social partagent également cette approche.

Je souhaiterais faire référence à trois éléments principaux de l'initiative, qui ont été débattus et pour lesquels la contribution du Parlement a été décisive.

Premièrement, le financement sera attribué en veillant à assurer un équilibre géographique dans les pays de l'Union et, en principe, sur la base du «premier arrivé, premier servi». Lorsque les bons seront distribués, le principe de subsidiarité s'applique dans son intégralité. Les municipalités seront ainsi libres de choisir ce qu'elles considèrent comme les principaux centres de leur communauté: une bibliothèque publique, l'hôtel de ville, les centres de soins locaux, une place, des parcs, etc., et ce en faisant en sorte de ne pas fausser la concurrence avec les opérateurs privés.

Dès lors, il est exclu, dans le champ d'application de l'initiative, de faire double emploi avec des réseaux existants ayant des caractéristiques similaires. Nous veillerons aussi à ce que les connexions des utilisateurs restent gratuites et sans conditions discriminatoires.

En second lieu, l'accès à une connectivité à haut débit sera simple. Après un enregistrement unique, les utilisateurs pourront se connecter automatiquement à tous les points d'accès WiFi4EU en Europe. En outre, grâce à un amendement fort utile, introduit par le Parlement, l'initiative sera également ouverte aux réseaux publics existants, de sorte que toute autorité locale en Europe soit invitée à rejoindre le réseau WiFi4EU.

Enfin, la présente initiative porte également sur le contenu. Nous voulons favoriser le développement de services numériques plus nombreux et plus performants par les acteurs locaux. Je pense ici au tourisme en ligne, à la santé en ligne et à l'administration en ligne.

Une fois encore, je tiens à remercier le Parlement européen pour le travail effectué sur cette initiative WiFi4EU. Je vous remercie de votre attention et je me réjouis par avance des discussions à venir.

Claudia Țapardel, *Comisia pentru transport și turism*. – Lansat acum un an în acest plen, *WiFi4EU* este un proiect care demonstrează că Uniunea Europeană are un impact vizibil, direct și pozitiv asupra vieții cetățenilor. În concordanță cu viziunea expusă în Strategia pentru o piață unică digitală, accesul la internet și, implicit, la informație devin condiții esențiale pentru garantarea competitivității europene pe termen lung. Digitalizarea fiecărui sector economic reprezintă viitorul Europei, asigurând dezvoltarea fiecărei comunități, inclusiv din punct de vedere social, dacă este să ne raportăm doar la impactul asupra educației sau al funcționării administrației publice locale.

Din perspectiva transporturilor și a turismului, integrarea serviciilor digitale devine vitală pentru îndeplinirea obiectivelor de conectivitate și îmbunătățirea calității serviciilor europene, lucru asupra căruia am insistat și în avizul Comisiei pentru transporturi. Instalarea de puncte *wireless* gratuite va ajuta la o mai bună contextualizare a tiparelor de mobilitate, datele culese putând fi folosite pentru evaluarea politicilor publice pentru transport. Autoritățile publice vor putea crea rute mai sigure și diminua disconfortul cauzat de trafic prin optimizarea și flexibilizarea rutelor de transport. Totodată, pentru turiști, posibilitatea de a se putea conecta la internet când vizitează un oraș va însemna un plus de siguranță și o experiență turistică mai plăcută.

Cum putem, însă, maximiza impactul *WiFi4EU* și să ne asigurăm că nu rămâne un succes doar pe hârtie? În primul rând, prin a ne asigura că există cu adevărat o repartizare geografică echitabilă a sprijinului financiar. Fondurile europene trebuie folosite acolo unde este realmente nevoie de ele și unde chiar vor face diferența în viața oamenilor. În al doilea rând, Comisia Europeană trebuie să demareze o campanie de informare cu privire la disponibilitatea acestui sprijin și la beneficiile aduse. Nu în ultimul rând, sprijinul financiar este extrem de important. Proiectul *WiFi4EU* trebuie să fie compatibil cu alte programe regionale și naționale, urmând a fi identificate posibile sinergii cu acestea.

Anne Sander, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, chère Madame la Commissaire, je suis contente de vous retrouver pour votre premier débat dans cet hémicycle, il y en aura d'autres.

On se demande toujours ce que fait l'Europe concrètement pour ses citoyens. En finançant le déploiement de réseaux wifi gratuits dans les espaces publics, l'initiative WiFi4EU, que nous voterons demain, est justement un exemple d'une Europe visible et utile dans le quotidien des Européens.

Pour moi, tous les citoyens devraient avoir accès à Internet, quoi qu'ils gagnent et où qu'ils habitent. Encore trop de villages ruraux n'ont pas de connexion de qualité. Pire, près de la moitié de la population de l'Union européenne ne possède pas de compétences numériques suffisantes. L'enjeu du texte est donc de favoriser les zones rurales et celles qui en ont le plus besoin.

Si le mode d'allocation se fera sur la base du principe «premier arrivé, premier servi», nous avons souhaité une répartition équilibrée en fonction des régions. Le système doit être le plus simple possible pour éviter la paperasserie souvent associée aux fonds européens et permettre aux petites communes de participer. Le financement se fera donc par des bons d'achat de 20 000 euros, avec des conditions de contrôle allégées. La négociation budgétaire fut difficile. Nous avons sécurisé 120 millions d'euros, mais nous savons que ce n'est pas suffisant pour couvrir les besoins des centaines de milliers de communes européennes.

Cependant, avec la création d'un système d'authentification unique pour chacun des utilisateurs, WiFi4EU peut devenir le catalyseur du déploiement d'un wifi européen gratuit dans tous les lieux publics.

La connectivité Internet n'est pas une fin en soi. Elle est le préalable à la transformation numérique de notre économie et de notre société. Avec WiFi4EU, nous favorisons cette connectivité pour permettre à tous de profiter pleinement de la révolution numérique.

Dan Nica, *în numele grupului S&D*. – Piața unică digitală poate fi realizată și prin reducerea decalajului digital dintre statele membre, dintre diverse regiuni, categorii de cetățeni europeni și diverse sectoare industriale. Investițiile și inovarea digitală vor asigura creșterea economiei digitale și vor oferi oportunități de dezvoltare noilor sectoare industriale. Îl felicit pe colegul nostru raportor, pe Carlos Zorrinho, pentru munca depusă și pentru acordul la care a ajuns cu privire la acest regulament, prin care se va asigura accesul la conectivitate fără fir, de înaltă calitate, pe întreg teritoriul Uniunii.

Inițiativa *WiFi4EU* va avea un impact puternic asupra a circa 6 000-8 000 de municipalități din toate statele membre pentru care 120 de milioane de euro vor fi alocate în vederea finanțării echipamentului pentru servicii WI-FI gratuite. Subliniez că bugetul disponibil ar trebui să se aloce proiectelor într-o manieră echilibrată din punct de vedere geografic între statele membre, inclusiv permițând participarea mai activă a solicitanților din statele membre în care utilizarea granturilor sau a altor forme de ajutor financiar a fost comparativ scăzută.

Inițiativa *WiFi4EU* contribuie la depășirea decalajului digital și respectă normele Uniunii Europene privind protecția datelor, neutralitatea rețelei, susține echipamentele de ultimă oră și asigură securitatea informatică. Foarte important, utilizarea comercială a datelor obținute prin intermediul inițiativei este interzisă. Îmbunătățirea accesului la internet de mare și foarte mare viteză în bandă largă și, prin urmare, la serviciile online, în special în zonele rurale și locurile îndepărtate, va crește calitatea vieții prin facilitarea accesului la servicii, de exemplu e-sănătate, e-guvernare, și ar putea promova dezvoltarea întreprinderilor mici și mijlocii locale.

Cred că un angajament important îl reprezintă și declarația comună a celor trei instituții că, în cazul în care majorarea sumei destinate pachetului financiar pentru punerea în aplicare a Mecanismului pentru interconectarea Europei din sectorul telecomunicațiilor de la 25 de milioane de euro la 50 de milioane de euro nu poate fi asigurată în totalitate, Comisia ar putea să propună realocări pentru a facilita finanțarea deplină a sumei de 120 de milioane de euro.

Anneleen Van Bossuyt, *namens de ECR-Fractie*. – Het is vandaag een trieste dag, vind ik, voor alle hardwerkende Europeanen. Vandaag gaan zij de dupe worden van de verspilzucht van de Europese instellingen. Een jaar geleden stond voorzitter Juncker inderdaad hier, het is reeds aangehaald, en lanceerde hij in zijn State of the Union het ideeetje van gratis wifi voor de burgers. Nu gaat 120 miljoen EUR belastinggeld vrijgemaakt worden om aan ongeveer 7 000 gemeenten een gratis wifistation te geven. Ik heb hiertegen drie concrete bezwaren. Ten eerste denk ik dat het naïef is om te denken dat we met dit project een digitale revolutie zullen inzetten. Ik denk dat we het geld veel beter kunnen investeren in cruciale nieuwe technologieën, zoals 5G, en in supersnel internet. Ten tweede zullen de senioren en de doorsneetoerist, twee doelgroepen die toch expliciet geviseerd worden, amper gebruik maken van een gratis hotspot. Ik zie geen senioren, die weinig mobiel zijn, zich plots naar het marktplein begeven om hun e-mail te checken. Toeristen zullen, nu we gratis roaming hebben, hun plekje op het strand heus niet verlaten om hun Facebook te gaan checken. Ten derde leidt het plan ook tot de uitbreiding van de transferunie, want goed presterende regio's zullen gestraft worden. Daarom zeg ik: Europa moet niet inzetten op het uitdelen van dure cadeaus maar wel op jobs, veiligheid en migratie.

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, we have heard very positive words about the initiative. We have also heard now somewhat reluctant words. I would say the truth is somewhere in between. It is an opportunity: the programme itself has certain elements which are relatively new. I think they definitely cut the administrative burden, which is already a precedent for, let us say, other initiatives in the future.

Secondly, it is a carrot in the telecom package. I think it is a carrot which can create impetus, and that is important. Of course, whether it be four, six or eight thousand communities, it will not be a revolution. But we all know that in a number of Member States, in some remote areas, the culture is relatively low in this respect in terms of developing in this field, and that is what I understand the initiative to be: to create an impetus that would really make a difference. If I were a mayor of a village which has not applied, and I see that in the next community they have applied and they have received their contribution and WiFi is being engaged, I might see people from my community suddenly leaving for the next village in the evening for entertainment or something else, but that is an added value. What I am looking for is a spillover effect, and that is why the Commission should be very careful and very pragmatic in terms of evaluation of the effect that will have.

Promotion will be absolutely key, so if we really want to achieve what we are aiming at – and I see a number of positives: single authentication, low administrative burden and a relatively speedy approach – then I think that gradual implementation and the permanent engagement of the Commission is crucial.

A final remark on the budget: I find the horse trading, whether it is EUR 95 million or 120 million, a bit of a disgrace bearing in mind what the objective is, what the money concerned is, and what we are really looking forward to. I hope that we will comply with the statement that is existing on the table and that we will increase the budget.

Νεοκλής Σουλκιώτης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα κατ' αρχάς να ευχαριστήσω τον συνάδελφο Zorrinho για την καλή συνεργασία που είχαμε. Η πρωτοβουλία για την προώθηση της δωρεάν WiFi στις τοπικές κοινότητες είναι πολύ σημαντική, αλλά πρέπει να διασφαλίσουμε πως θα λειτουργήσει προς όφελος των πολιτών απ' όλα τα κοινωνικά στρώματα, επιτυγχάνοντας το μέγιστο δυνατό δημόσιο όφελος. Επίσης πρέπει να διασφαλίσουμε πως θα είναι δωρεάν και δεν θα υπάρχει καμία χρέωση. Προτεραιότητά μας πρέπει να είναι επίσης να επωφεληθούν από την ασύρματη συνδεσιμότητα ιδιαίτερα τα κράτη και οι περιοχές που είναι λιγότερο ανεπτυγμένες, τα νησιά και οι ορεινές απομακρυσμένες και δυσπρόσιτες περιοχές.

Χαιρετίζουμε τις θετικές αυτές αναφορές που έχουν περιληφθεί στο τελικό κείμενο βελτιώνοντας την πρόταση της Επιτροπής. Εξ ίσου σημαντική είναι η προσθήκη που πετύχαμε πως ο διαθέσιμος προϋπολογισμός πρέπει να κατανεμηθεί με γεωγραφικά ισορροπημένο τρόπο. Η πρόταση της Επιτροπής να κατατίθεται ο προϋπολογισμός στα κράτη μέλη, κατά κανόνα με βάση τη σειρά παραλαβής των προτάσεων, «first come, first served», κατά τη γνώμη μας είναι λανθασμένη: αντί αυτής, θα πρέπει να κατατεθεί ένα ολοκληρωμένο σχέδιο δράσης το οποίο να διασφαλίζει ότι θα επωφεληθούν όλα τα κράτη ανάλογα με τις ανάγκες τους.

Κλείνοντας, ζητάμε από την Επιτροπή να προβεί άμεσα σε διάφορες ενέργειες, ώστε να ενημερωθούν επαρκώς όλα τα κράτη και οι τοπικές αρχές για τους σχετικούς όρους της πρότασης, αλλά και να στηριχθούν επαρκώς ώστε να ξεκινήσουν άμεσα τις προεργασίες για την υποβολή των αιτήσεων.

Michel Reimon, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ich danke den Berichterstattern und den anderen Schattenberichterstattern für die gute Zusammenarbeit und freue mich, dass die Kommissarin heute selbst an der Diskussion teilnimmt, denn sie wird mit der Umsetzung dieses Projekts betraut sein.

Auch wenn der Beschluss ganz gut ist, gibt es mehrere Punkte, die jetzt in der Umsetzung sehr gut oder sehr schlecht gemacht werden können. Wenn sich 6 000 bis 7 000 europäische Kommunen für kostenloses WLAN bewerben können und der Zugang über Bewerbungen und die Reihenfolge der Bewerbungen geregelt ist, dann kann das dazu führen, dass sich große Kommunen, leistungsfähige Kommunen als erste bewerben und dieses Geld nicht dorthin kommt, wo wir es eigentlich haben wollten, nämlich in kleine, strukturschwache Regionen. Es wird die Aufgabe der Kommission sein, gerade die kleinen und schwachen Kommunen zu motivieren, sich möglichst schnell zu bewerben, damit auch die zum Zug kommen. Das ist jetzt leider eine Umsetzungsfrage; wir konnten es nicht im Gesetz verankern.

Es kommt noch eine zweite Sache dazu, die wir in den nächsten Jahren zusätzlich ausbauen werden müssen: Wir können leistungsfähiges kostenloses WLAN nur dort anbieten, wo es schon leistungsfähiges Internet gibt. Deshalb hat es keinen Sinn, auf einem öffentlichen Platz WLAN anzubieten, wenn dahinter kein leistungsfähiges Netz ist. Wir werden auch ein Programm brauchen, damit es in strukturschwachen Regionen überhaupt erst leistungsfähiges Internet gibt, sonst haben wir hier einen Engpass. Darüber wurde leider nicht gesprochen. Das wird in der nächsten Periode vielleicht noch wesentlich mehr kosten als 120 Mio. EUR.

Ein letzter Punkt: Auf Datenschutz muss wahnsinnig viel Wert gelegt werden. Es wird hier viel über den Wert für die Demokratie gesprochen, den dieses Programm hat. Das geht nur mit Datenschutz, wenn wir echte Anonymität gewährleisten.

Jonathan Bullock, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, I must say that promotion of the internet connectivity in local communities is of course absolutely vital, but why are we doing it at some EU level? This is something which can be done perfectly well at nation-state level. Indeed, EUR 120 million – where is the money going to go? Is it going to be properly audited, what is going to happen to it? I think my constituency will be very concerned about EUR 120 million being spent on this.

And why are we looking at it in a European perspective? It is of course the World Wide Web, invented by Britain, I might add. And of course we always do this, we sort of think that Europe can tackle something, well let's think wider: would Mr Juncker restrict himself to European wine? I think not. There is good wine in Australia and South Africa. So let's look at this at nation-state or worldwide level, not at European level.

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Natürlich werden wir keine Internetrevolution auslösen mit 120 Mio. EUR, wie heute gesagt wurde. Aber ich halte diesen Bericht von Carlos Zorrinho deshalb für wichtig, weil er eine sehr hohe Symbolkraft hat – eine Symbolkraft dafür, dass man gerade die kleinen Gemeinden in der ländlichen Region einbindet und das Bewusstsein in den Gemeindestuben dafür weckt, dass digitale Vernetzung, dass die digitale Gesellschaft wichtig ist und dafür ein konkreter Anreiz geschaffen wird. Deshalb möchte ich mich auch beim Berichterstatter bedanken, dass er uns alle gut zusammengeführt hat – ich war Schattenberichterstatterin – und dass er dieses Ergebnis erzielt hat, das meiner Meinung nach eine hohe Symbolwirkung entfalten wird. Immerhin sollen in den nächsten drei Jahren bis zu 8 000 Gemeinden mit kostenlosem WLAN ausgestattet werden. Das kommt sowohl einem wachsenden Bedarf an Konnektivität als auch digitaler Vernetzung zugute. Das Pilotprojekt soll dazu beitragen, die Entwicklung einer inklusiven digitalen Gesellschaft zu forcieren, damit alle Europäer den Eintritt in die *Gigabit Society* schaffen.

120 Mio. Euro – das wurde schon gesagt – werden aus der *Connecting Europe Facility* zur Verfügung gestellt. Die Finanzminister der EU haben sich darauf bereits geeinigt, und noch im Laufe dieses Jahres sollen die ersten Mittel ausgeschüttet werden. Die Initiative WiFi4EU übernimmt dabei die Kosten für die Ausrüstung und Installation, und die ansuchende öffentliche Stelle, also die Kommune, zahlt die Netzanbindung und die Instandhaltung für einen Zeitraum von drei Jahren. Die Gemeinden sollen dadurch auch ermutigt werden – und das halte ich für besonders wichtig –, mehr digitale Dienste wie elektronische Gesundheitsdienste oder Behördendienste anzubieten und auch entsprechende Apps zu entwickeln. Die Fördervergabe ist unbürokratisch, was ein wesentlicher Vorteil ist, basiert auf einem Gutscheinsystem nach dem Modell *first come, first served*. Ich halte die Initiative für wichtig. Geografische Ausgewogenheit muss gewährleistet sein und auch die entsprechende Nachhaltigkeit, damit alle Europäer in die *Gigabit Society* eintreten können.

Jerzy Buzek (PPE). – Madam President, I would like to congratulate the Commissioner on a very good initiative, and also the rapporteur for his great work, all the shadow rapporteurs, and the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE) members. Thanks to the Maltese Presidency, the negotiations were not very complicated because there was great political support for the idea. Even if there are some doubts, listening to our colleagues, if we think of a more inclusive Europe, of course we should start with such an idea. It is quite obvious. It is a big step towards our digital union.

WiFi4EU, with free hotspots in thousands of towns and villages, may be a real game-changer in some areas – better education, local business, tourism, citizens' daily lives – but we need to go beyond that. In the ITRE Committee we are committed to developing better connectivity throughout Europe, better coordination of the radio spectrum, for example, which is very important, and to stimulate investments in the high-capacity networks across the continent.

So if you would like to fight for a more inclusive Europe, let us go forward. Even if it is a great success, we should not stop now. Digital union is a very important idea in front of us.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! In diesen Zeiten gibt es auch Erfolgsgeschichten auf europäischer Ebene. Ganz generell betrachtet sind das die Bestrebungen, den digitalen Binnenmarkt zu verwirklichen. Das geht zügig voran, und wir hoffen hier auf die gute Zusammenarbeit mit der neuen Kommissarin. WiFi4EU ist in diesem Zusammenhang eine ganz besondere Erfolgsgeschichte. Innerhalb eines Jahres wurde die Verordnung umgesetzt. Das Parlament hat eindrucksvoll Handlungsfähigkeit bewiesen, und Carlos Zorrinho gebührt unser besonderer Dank.

Die Verordnung ist ein wichtiger Anstoß zur Versorgung des öffentlichen Raums mit WiFi und es zeigt, dass die öffentliche Hand bei der Versorgung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse nicht untätig bleiben darf. Die Menschen haben schon lange darauf gewartet, und es lohnt sich, auf die Bürgerinnen und Bürger zu hören. Wir hatten letzte Woche im Haus der EU in Wien eine Informationsveranstaltung zur neuen Verordnung und waren überrascht von dem großen Interesse von Gemeindevertretern aus der ganzen Republik. Das zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

James Nicholson (ECR). – Madam President, the news that new funding will be available for free wifi hotspots across the EU will be welcomed by local authorities and citizens who are able to avail of the scheme. As with the elimination of roaming charges, this has the potential to benefit tourists, residents and businesses alike. However, it is also clear that we have some way to go in terms of our broadband infrastructure, particularly in rural areas. In the modern era, access to the internet has become almost as important as utilities such as electricity.

It is deeply concerning that there is a level of inequality in the terms of access to broadband connections. For instance, broadband provision in my own constituency of Northern Ireland lags behind the rest of the United Kingdom as a whole and, within Northern Ireland, there is a divide between urban and rural areas. I want to see our rural communities flourish and local businesses grow and remain competitive in an increasingly digitised marketplace. We need to support businesses and consumers with high-quality broadband infrastructure and equality in terms of access.

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhora Presidente, bem-vinda Senhora Comissária, eu quero começar por agradecer o trabalho do relator. Creio que este relatório é importante por várias razões, mas sobretudo porque coloca uma dimensão social muito forte naquilo que, eu creio, que é uma necessidade quotidiana. O acesso à Internet sem fios nos espaços públicos de forma gratuita e livre é um projeto desta Casa do qual eu me orgulho e digo-o sem nenhum problema. Nós temos, no entanto, de salvaguardar que, para que este investimento seja eficaz, o apoio técnico, a informação e os recursos devem ir, sobretudo, para as zonas mais remotas, para as zonas rurais, para as populações e para as comunidades que não têm acesso a ela e eu creio que, nessa dimensão, nós teremos que continuar a fazer trabalho.

É importante garantir que o acesso possa ser financiado para toda a gente e, por isso, mais uma vez, saúdo o trabalho que foi feito. Mas temos que continuar a avaliar para que esse dinheiro, esse recurso, esse apoio técnico, essa informação não chegue aos mesmos de sempre, porque a exclusão digital é uma realidade. Eu creio que este relatório é um passo importante para combater a exclusão digital e temos de continuar a trabalhar nesse sentido.

Christelle Lechevalier (ENF). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, le projet présenté aujourd'hui veut faire de l'internet très haut débit un service gratuit dans quelques espaces publics privilégiés de l'Union pour un budget de 120 millions d'euros.

Interrogeons-nous, chers collègues, sur ce que nous aurions pu faire avec ces 120 millions d'euros dans le domaine de l'internet. Ces 120 millions, nous aurions dû les utiliser pour réduire la fracture numérique, à l'heure où seuls 18 % des foyers situés dans les zones rurales de l'Union sont connectés.

Cet argent public, nous devrions le dédier à l'accès privé des entreprises, pour qui l'internet est indispensable au maintien de l'emploi, et des particuliers des zones enclavées, car ce dont ils ont besoin, ce n'est pas d'un wifi gratuit à proximité de chez eux, mais d'une possibilité de connexion sur leur lieu de travail et de vie.

Par ailleurs, ce texte est symptomatique des excès de l'Union européenne. Le dispositif revendique la mise en avant auprès des utilisateurs des «valeurs et avantages de l'Union» et véhiculera donc une propagande ultra-européiste. De même, il donne tout pouvoir de décision à l'Union et aux collectivités locales au mépris des intérêts nationaux.

Pour ces raisons, la délégation française du groupe ENF ne soutiendra pas cette initiative.

Angelika Niebler (PPE). – Frau Präsidentin, verehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich finde den Vorschlag sehr gut, und ich bedanke mich bei der Kommission und auch bei unserem Berichterstatter und den Kollegen, dass sie hier diesen Vorschlag auch noch etwas verbessert haben.

6 000 bis 8 000 Gemeinden sollen WLAN-Anschlüsse finanziert bekommen. Man kann in der Tat sagen: Das ist doch ein Tropfen auf den heißen Stein. Was soll das? Warum machen wir das? 120 Mio. EUR hierfür zur Verfügung zu stellen, ist nicht die Welt. Aber ich halte es für ganz wichtig und für richtig, weil es ein wichtiges politisches Signal ist, dass wir eben flächendeckendes Internet brauchen – in ganz Europa, nicht nur in den Ballungszentren, sondern gerade auch in kleineren Regionen, in kleineren Gemeinden und Kommunen. Deshalb unterstütze ich den Vorschlag.

Ich möchte aber heute auch noch ein zweites Thema ansprechen und mich nicht auf die 6 000 bis 8 000 Gemeinden konzentrieren: Wir haben Hunderttausende von anderen Gemeinden, die keine Finanzierung bekommen. Ich möchte vor allem in Richtung Kommission auch sagen: Es gibt in vielen Regierungen zu Hause – auch bei mir, im Freistaat Bayern – Initiativen. Wir unterstützen auch bei uns den Breitbandausbau, erleben aber dann immer wieder, dass das Beihilferecht so rigide angewandt wird in Europa – auch durch die Kommission –, dass es ewig dauert, bis wir mit unseren eigenen Fördermitteln auch den Ausbau sicherstellen können. Also heute meine Bitte auch an Sie, Frau Kommissarin, bei den Beihilferegeln einfach bei der Anwendung sicherzustellen, dass hier unbürokratisch auch vor Ort noch mehr geleistet werden kann und nicht alles über die europäischen Kassen finanziert werden muss.

Martina Werner (S&D). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Gutscheine für die Einrichtung von kostenlosem WLAN in bis zu 8 000 Gemeinden in Europa – ganz konkret und völlig unbürokratisch: WiFi4EU ist ein tolles Beispiel dafür, wie Europa mehr Menschen auch den Zugang zum schnellen Internet ermöglicht. Ein zukunftsfestes WLAN in ländlichen Räumen kann es aber nur geben, wenn die Gemeinden auch selbst ans Breitband-Netz angeschlossen sind und das ist auch Voraussetzung für den Verbleib von Industriebetrieben oder für eine moderne öffentliche Daseinsvorsorge.

Und gerade da macht mir der Blick auf Deutschland Sorgen, weil nämlich gerade mal mickrige 6,6 % der Haushalte an Glasfaserleitungen angeschlossen sind. Mit dem neuen EU-Kommunikationskodex schaffen wir jetzt die Voraussetzungen für Investitionen in Zukunftsnetze. Wenn diese Vorlage nicht genutzt wird und stattdessen viel Geld in alte Übergangstechnologien fließt, verlieren zahlreiche Regionen den Anschluss.

Ich hoffe, dass WiFi4EU ein Baustein ist, der europaweit dazu beiträgt, diese Erkenntnis jetzt endlich zu wecken. Ab Ende 2017/Anfang 2018 können Projektvorschläge eingereicht werden und es würde mich wirklich sehr freuen, wenn sich sehr viele Gemeinden daran beteiligen.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, let me start by saying that this is a genuinely excellent initiative and is yet another example of the value of the EU. I congratulate colleagues Zorrinho and Sander for the work they have put into bringing this forward. Internet access for all citizens is crucially important and this means that nobody should be excluded, particularly because they happen to live in rural areas. Rural growth is dependent on increased connectivity, and WiFi4EU will help in this regard and perhaps be a blueprint for similar bigger initiatives.

With this initiative, we take one of the needed steps to reduce the digital divide by putting wifi terminals in public spaces. This simple and fast financing mechanism can deliver high-quality internet quite quickly and I welcome its potential to revitalise rural communities.

As a representative of the Ireland South constituency, this is particularly relevant to me. Parts of my constituency still see some of the lowest broadband speeds in Ireland, with our average speeds being around half of those found in Dublin. Examples can be seen in places like Murroe in Limerick, Dromahane in Cork, Clonmore in Carlow and Cahir in Tipperary, all of which have to put up with internet speeds that are way below what is acceptable. While the WiFi4EU is not the ultimate solution for such areas, it would at least be a help.

I hereby invite Irish communities with poor connectivity to get their applications in for this great new initiative and reap the benefits of this excellent EU initiative, and thus make their areas more attractive to live in, more attractive for investors, and stem the tide of rural decline.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, un saluto innanzitutto alla commissaria per questa sua prima presenza in Aula, anche se con lei la nostra commissione sta già lavorando intensamente.

L'iniziativa di cui oggi discutiamo è un'iniziativa assolutamente opportuna e ottima, e io penso che sia stata anche molto completata, rispetto all'iniziale proposta, dal prezioso lavoro del collega Zorrinho. È un'iniziativa di cui voglio solo sottolineare due aspetti, come hanno fatto anche altri colleghi.

Il primo è che in questo modo l'Europa afferma che Internet deve essere in qualche modo democratico, cioè deve essere potenzialmente accessibile a tutti: non deve essere un ulteriore discriminante nella nostra società ma, semmai, contribuire ad abbattere, a ridurre le differenze tra le opportunità che può offrire a chi da solo non ci arriva.

Quindi questo aspetto, diciamo, simbolico, oltre che concreto, lo considero molto importante e considero importante anche – e mi raccomando alla commissaria e a chi seguirà concretamente questa iniziativa – che non si perda l'immagine dell'Europa: l'Europa fa molte cose ma quando arrivano i cittadini alle municipalità, l'Europa sparisce. Qui bisogna far capire che l'Europa ha fatto un gesto simbolico e concreto per avvicinarsi alle persone e alle comunità e per offrire loro qualcosa di utile.

Quindi rimanga il logo, rimanga l'immagine, rimanga insomma questa volontà dell'Europa di essere vicina i cittadini.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, nopeat tietoliikenneyhteydet ovat yksi tärkeimmistä investointikohteista Euroopassa. Olemme asettaneet tavoitteeksi, että vuonna 2020 kaikilla eurooppalaisilla olisi kattava laajakaistayhteys ja puolella heistä ultranopea yhteys. Tällä hetkellä tiedämme, että vain 70 prosentilla EU:n kansalaisista on pääsy nopeaan internetiin ja että maaseutualueilla tuo määrä on huomattavasti pienempi.

Jotta saavuttaisimme nuo yhteistavoitteet, se edellyttää meiltä arvion mukaan noin 500 miljardin euron investointeja seuraavina vuosina nimenomaan nopeisiin yhteyksiin koko Euroopassa. Se on tärkeä edellytys sille, että voimme luoda digitaalista taloutta ja digitaalisia palveluja Euroopassa. Nyt esittelyssä olevaa WiFi-verkkoa koskeva aloite on tärkeä osa tätä. Tavoitteena on erityisesti tuoda WiFi-verkot maaseutualueille, julkisiin kohteisiin, asukkaiden käytettäväksi. Se on tervetullutta ja tärkeää. Samaan aikaan on kuitenkin muistettava, että me tarvitsemme ennen kaikkea yksityisiä investointeja vauhdittamaan nyt Euroopan kehittymistä digitaalseksi unioniksi, ja meidän on tärkeää luoda sellaista markkinaehtoista ympäristöä, joka innostaa yrityksiä investoimaan yhteyksiin.

Hyvä esimerkki tästä on oma kotimaani Suomi, jossa on hyvin voimakkaasti investoitu nimenomaan mobiiliteknologiaan, ja suomalaiset käyttävät mobiilidataa kymmenkertaisesti enemmän kuin eurooppalaiset keskimäärin, koska meillä on erittäin hyvät mobiiliyhteydet, ja kilpailun ansiosta hinnat ovat matalat. Sen vuoksi on tärkeää myös muistaa, että meillä täytyy olla teknologianeutraali lähestymistapa. Eri jäsenmaissa voi olla hyvin erilaisia tapoja jo tällä hetkellä järjestää internetyhteyksiä, nopeita yhteyksiä, ja on huolehdittava myös siitä, että nämä toimivat hyvällä tavalla yhteen.

Miroslav Poche (S&D). – Paní předsedající, já samozřejmě vítám to, že byl dosažen kompromis ohledně parametrů a financování projektu WiFi4EU. Z mého pohledu je to vedle roamingu v oblasti digitální jeden z nejzajímavějších výsledků v tomto volebním období, který bude zcela zřejmý pro naše občany. Ale upozornil bych na dva aspekty, které mohou být riskantní.

První je samozřejmě nutnost dodržení geografické rovnováhy ve financování a správné definování skutečně relevantních zájemců o finanční podporu. Jsem přesvědčen, že budou financovány smysluplné projekty, které povedou k naplnění toho původního záměru, ale bude nutné nejenom na evropské úrovni, ale i na úrovni členských států posílit kontrolní mechanismy a jakousi synergii i s evropskými fondy nebo náhradním spolufinancováním tak, aby ten výsledek byl zcela hmatatelný. Transparentnost financování projektů je, z mého pohledu, klíčová.

Pascal Arimont (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin – ich möchte Sie auch hier begrüßen an der anderen Seite des Tisches und wünsche uns allen gute Zusammenarbeit –, werte Kolleginnen und Kollegen! Freies Internet in 6 000 bis 8 000 Krankenhäusern und Parks, öffentlichen Bibliotheken, Rathäusern – ich finde, das ist eine hervorragende Idee! Wir sind hier in einem Parlament. Da sagen die einen, es ist schlecht, und die anderen sagen, es ist gut. Ich finde es ausnahmslos gut, was wir hier machen. Denn zum einen bedeutet das, dass Europa sehr konkret wird, und zum anderen ist es – Frau Niebler hat es eben gesagt – auch ein Signal.

Wofür ist es ein Signal? Es ist ein Signal dafür, dass ein Hotspot nur dort funktioniert, wo auch wirklich Internet ist und wo schnelles Internet ist. Das bedeutet für uns, dass wir uns ungemein anstrengen müssen, damit es dieses schnelle Internet in ganz Europa geben wird. Es gibt nach wie vor – vor allen Dingen in ländlichen Gebieten – die sogenannten weißen Flecken. Dort gibt es überhaupt kein Internet. Das, was früher mal Straße und Strom war, wo man seitens der öffentlichen Hand viel Geld investiert hat, das heißt heute Internet, und da müssen wir viel Geld in die Hand nehmen. Dieses WiFi4EU ist ein Signal, um dies zu tun. Wir müssen diese Anstrengungen machen, damit die digitale Agenda, die wir uns ganz groß auf unsere Fahnen geschrieben haben, sich auch realisiert. Ich habe in meinem Wahlkreis den Gemeinden sehr angeraten, sich für diese Initiative zu bewerben. Es ist eine gute Initiative.

Das Fazit lautet: Lasst es uns tun und lasst es uns unbürokratisch tun. Dann hat jeder etwas davon.

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, in the 21st century, high-quality internet connection, not just in large cities but also in small, remote villages, is key for the successful development of our society. We all know the reasons: internet access gives people access to information and the ability to get entertainment. It is key for government to provide online services to serve citizens better at lower cost and it is also essential for job creation and support for tourism that is very vital for these small communities.

There are hundreds and hundreds of companies that provide internet connections, but their focus is on large communities. In small places, for economic reasons, they do not do it because the investments are not matched by the revenues and, as a result, people there do not have access to services and this will undermine development of their communities.

This is exactly the moment when the governments should step in and some of them do, but some of them do not. As a consequence, people will be at a big disadvantage.

We should assign importance to that because these people are Europeans, they should have at least the chance, and this is where the project can play a very important role if it is implemented properly. We are not talking about huge amounts of money and a huge impact, but we are talking about good things, about an important message and example, an example that I believe will be followed, that is why it has my full support.

Fernando Ruas (PPE). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, é um gosto vê-la nestas novas funções. Queria deixar aqui apenas duas breves notas: em primeiro lugar, para me congratular, e para congratular a Comissão, pela apresentação desta proposta. Possui um sistema de vouchers e de candidaturas simplificadas totalmente inovador, capaz de assegurar o financiamento de equipamentos Wi-fi gratuitos em diversos espaços públicos. Esta medida contemplará áreas situadas pelo menos em 6.000 municípios de todos os Estados-Membros – um número que poderá subir até aos 8.000 municípios caso existam candidaturas suficientes.

E uma segunda nota para saudar o trabalho desta Casa, o relator Carlos Zorrinho, que soube introduzir bastantes melhorias no documento inicial num trabalho conjunto bastante profícuo liderado pela Comissão ITRE, mas que envolveu outras três comissões através de pareceres.

Na Comissão REGI, de que fui relator-sombra, propus diversas alterações à proposta inicial da Comissão, que vejo com agrado inseridas neste relatório, e refiro-me concretamente à importância da eliminação das barreiras linguísticas na página de acesso e à inclusão dos princípios da coesão económica, social e territorial no articulado deste regulamento, aliás de acordo com o artigo 174.º do Tratado de Lisboa.

Termino solicitando apenas à Comissão uma rápida concretização destas ideias constantes portanto, deste regulamento, no território da União.

Catch-the-eye procedure

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, θεωρώ ευτυχή συγκυρία και χαιρόμαστε γιατί βρίσκεται στο πηδάλιο και επικεφαλής της ψηφιακής οικονομίας η Mariya Gabriel, η οποία έχει και ισχυρή θέληση και αποφασιστικότητα, αλλά και το όραμα να υλοποιήσει τους μεγάλους και φιλόδοξους στόχους για την ψηφιακή επανάσταση και την ψηφιακή οικονομία της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Κι αυτό είναι ένα μικρό μεν αλλά πολύ μεγάλο άλμα εις την πορεία υλοποίησης μεγάλων φιλόδοξων στόχων για την ψηφιακή επανάσταση στην Ευρωπαϊκή Ένωση και κανένας δεν μπορεί να το αψηφήσει. Το να υπάρξει σήμερα το «WiFi for you» ουσιαστικά δίνει την πρόσβαση σε κοινότητες να έχουν ελεύθερη πρόσβαση στο WiFi είναι ένα βήμα το οποίο το χαίρεται και το στηρίζουμε. Ταυτόχρονα όμως πρέπει να υπάρξουν και άλλες ενέργειες προς την κατεύθυνση να ενισχύσουμε την ελεύθερη πρόσβαση και το δικαίωμα πρόσβασης και σε άλλους πολίτες, τόσο στις ευάλωτες ομάδες και στους συνταξιούχους, όσο και σε απομονωμένες περιοχές.

Marc Tarabella (S&D). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, félicitations à vous pour l'initiative et félicitations aussi à M. Zorrinho pour son rapport car en effet, la fracture numérique dans le monde rural s'est considérablement accrue parce que la libéralisation du secteur a tout simplement fait que les investissements des compagnies privées se sont d'abord centrés sur les villes.

Qu'aujourd'hui la puissance publique et notamment européenne vienne aider à réduire cette fracture numérique est évidemment une excellente initiative. Pourquoi? Parce que les territoires ruraux – et c'est davantage l'élu local qui parle aujourd'hui devant vous – sont aussi des territoires de vie où les gens doivent travailler. Je pense à des médecins, je pense à un chirurgien orthopédiste dans ma commune à Anthignes qui n'a pas accès aux protocoles de ses patients. Je pense à des architectes, à des graphistes ou à des étudiants qui ont de la peine à étudier aujourd'hui quand ils reçoivent des documents par Internet et qu'ils n'ont pas le haut débit.

Cette initiative va donc dans le bon sens – pourvu qu'elle en appelle d'autres – et c'est pourquoi j'appelle évidemment aussi beaucoup de communes rurales à s'inscrire dans ce processus et à faire en sorte, avec l'Union européenne, qu'on réduise cette fracture numérique.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, promicanje internetske povezivosti na otocima i u ruralnim sredinama općenito od iznimnog je značaja za zemlje poput Hrvatske. Lokalne zajednice u tim krajevima rapidno gube stanovništvo, naročito mlade, što naravno ozbiljno ugrožava njihov opstanak. Danas, kad dobar dio novih poslova ovisi o internetu, jačanje internetske povezivosti u ruralnim krajevima itekako može pomoći u zadržavanju stanovnika.

Digitalno opismenjavanje starijeg stanovništva također može imati pozitivne učinke i ljudima olakšati život daleko od administrativnih centara. Davanje prednosti lokalnim tvrtkama pri nabavi, postavljanju i održavanju opreme za lokalnu bežičnu povezivost još je jedan kvalitetan prijedlog.

No, voljela bih kad se ova inicijativa ne bi zadržala samo na WiFi hotspotovima jer to u kontekstu stvarnog stanja infrastrukture u ruralnim sredinama izgleda kao kozmetičko rješenje. Trebaju nam kapitalna ulaganja u internetsku infrastrukturu, a javno dostupni hotspotovi onda mogu biti dobrodošao dodatak.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospođo predsjednice, smatram da je ovo vrlo važna tema i u potpunosti podržavam inicijativu Komisije da se oslobode financijska sredstva kako bi se omogućile ove točke pristupa interneta u udaljenim područjima. Smatram kako je upravo to dobar potez da se pokaže kako se Europska unija približava lokalnoj razini, kako se približava svojim građanima i mislim da upravo rezultati referenduma koji je bio u Velikoj Britaniji pokazuju da su upravo ta područja bila ona koja zapravo nisu bila za ostanak Velike Britanije u Europskoj uniji.

Uloga je naravno jako važna da se uspostave inicijative koje je Europska komisija pokrenula, a to su *Smart Island* i *Smart Village*. Dakle, kako približiti internet, kako približiti nove tehnologije udaljenim zajednicama. Isto tako, da je ovo jako dobra poruka za države članice kako se uz određena ulaganja, koja mogu biti i, naravno, pristupačna, može omogućiti da građani aktivno participiraju u lokalnoj vlasti.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η υψηλής ταχύτητας δημόσια προσβασιμότητα αποτελεί δείκτη αποτελεσματικότητας των ηλεκτρονικών υπηρεσιών της δημόσιας διοίκησης με δωρεάν και δίχως περιορισμούς ευχερή πρόσβαση, με γεωγραφική ισορροπία που θα εξασφαλίζει τη συνοχή, με δίκαια κατανομή δυναμικότητας μεταξύ των χρηστών και με υιοθέτηση βέλτιστων και προσαρμοστικών τεχνολογικών επιλογών. Ο μη εμπορικός χαρακτήρας στοχευμένης παρέμβασης, οι περιορισμένοι οικονομικοί πόροι και ο διοικητικός φόρτος των τοπικών δημόσιων υπηρεσιών απαιτούν την πάταξη της γραφειοκρατίας. Όμως, η προωθούμενη χρήση του συστήματος «κουπονιών» και ο δειγματοληπτικός έλεγχος δεν εξασφαλίζουν πρακτικά τη χρηστή δημοσιονομική διαχείριση. Οι κανόνες της αποτελεσματικής δημόσιας χρηματοδότησης εξασφαλίζονται μέσω μακροπρόθεσμα βιώσιμων και διατηρήσιμων ενεργειών, με γνώμονα τη μέγιστη διαλειτουργικότητα. Δυστυχώς, το υπαρκτό και σύνθετο ψηφιακό χάσμα δεν αντιμετωπίζεται με αποσπασματικές πολιτικές πρωτοβουλίες περιορισμένης διάρκειας και χρηματοδοτικής ισχύος και χωρίς αποδεδειγμένη προστιθέμενη ή πολλαπλασιαστική αξία.

Marijana Petir (PPE). – Gospođo predsjednice, čestitam kolegi Zorrinhi na ovom izvješću i također sam izuzetno radosna što je upravo za ovaj sektor zadužena naša bivša kolegica, gospođa Mariya Gabriel, koja dobro razumije potrebe ruralnih prostora i zna da preko 41 % ljudi koji žive u ruralnim područjima nikada nije koristilo internet. Zbog toga je važno da se ova inicijativa usmjeri upravo na ruralna područja i sve one zone u kojima postoji opasnost od depopulacije i napuštanja prostora.

Da bi ljudi ostali živjeti na selu moramo im osigurati adekvatnu društvenu, socijalnu i komunalnu infrastrukturu, a razmjena komunikacije i informacija je bitna jer omogućava brže korištenje javnih usluga, brže otvaranje posla, konkurentnost ruralnog sektora poput poljoprivrede i šumarstva, što je izuzetno važno. S obzirom da i osobno živim na selu, mogu posvjedočiti koliko je teško raditi i funkcionirati ako imate loš internet i ako vam sustav pada. Nemaju sve države članice jednake mogućnosti i polazne osnove, stoga pohvaljujem ovu inicijativu i podržavam je.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Internet e connettività digitale incidono oramai in maniera determinante nella nostra vita privata e professionale. L'accesso a connettività locale senza fili gratuita in luoghi frequentati può rappresentare un considerevole valore aggiunto e trasformare i tempi morti e di transito in momenti produttivi, rilassanti e informativi.

Il regolamento che approveremo quest'oggi prevede un meccanismo di finanziamento semplice per l'installazione di punti di accesso locali senza fili, e si rivolge agli organismi investiti di attribuzioni di servizio pubblico.

Considerata la limitatezza dei finanziamenti disponibili per ogni progetto e l'elevato numero di potenziali candidature, occorre assicurare un sistema amministrativo che garantisca decisioni rapide ed efficaci. Dovrà essere garantito il principio dell'equilibrio geografico tra i diversi Stati membri – e negli Stati membri – per quanto riguarda l'accesso alle risorse dell'iniziativa.

Per assicurare la natura mirata dell'intervento e realizzare il massimo beneficio pubblico, il finanziamento dovrebbe limitarsi ai casi in cui non è disponibile alcun punto di accesso gratuito, pubblico o privato, che fornisca connettività a banda larga.

(End of catch-the-eye procedure)

Mariya Gabriel, membre de la Commission. – Madame la Présidente, tout d'abord, encore une fois, Monsieur Zorrinho, félicitations pour votre travail.

Je voudrais aussi remercier les membres du Parlement européen pour leurs opinions, leurs suggestions et leurs remarques.

Je voudrais conclure en distinguant deux aspects. D'une part, la Commission estime que le texte approuvé constitue un bon équilibre et qu'il prévoit davantage de clarté sur plusieurs questions importantes que vous avez soulevées. Oui, une campagne d'information est prévue. La protection des données, c'est important et c'est prévu. Nous n'avons pas non plus négligé l'importance des petites communes, ni les seniors.

En ce qui concerne le budget, la Commission se félicite de la déclaration commune des trois institutions pour le maintien d'un budget global pour l'initiative de 120 millions d'euros. Je compte également sur le Parlement pour s'assurer que l'impact de cette initiative sera significatif et que cette initiative aura son extension et sa valeur ajoutée.

Je voudrais également clarifier un point qui a été soulevé par plusieurs membres. Nous avons une valeur ajoutée au niveau de l'action de l'Union européenne. Je rappelle que l'identification sera unique pour toute l'Union européenne. Pour répondre à la question de M^{me} Toia, un logo est également prévu.

Ensuite, qu'en est-il des prochaines étapes? Une fois cette nouvelle législation entrée en vigueur, nous procéderons à la modification du programme de travail du mécanisme pour l'interconnexion en Europe et, immédiatement après, nous ouvrirons le portail pour les inscriptions et les prestataires des services wifi.

Nous entamons également un dialogue avec les États membres, qui ont un rôle important à jouer dans la mise en œuvre de cette initiative pour qu'elle soit un succès. Nous travaillons dur pour faire en sorte que tout le processus de la candidature soit extrêmement simple, point que vous avez aussi soulevé. L'absence de lourdeurs administratives évitera le recours à des intermédiaires ou à des consultants, et nous savons combien c'est important pour les petites communes. Les municipalités s'inscriront directement via un portail en ligne.

Je suis consciente que l'initiative a créé beaucoup d'attentes et nous espérons être en mesure d'attribuer les 1 000 premiers bons aux municipalités dans toute l'Europe, au début de l'année 2018.

Chers membres du Parlement européen, des aspects que vous jugiez importants ne m'ont pas échappé: évaluation continue, dimension sociale, zones rurales, liens avec les objectifs du marché unique numérique, le code, le spectre, la connectivité. Je remercie M. Buzek, M^{me} Werner, M^{me} Niebler. Je vous propose tout simplement de continuer à y travailler ensemble.

Carlos Zorrinho, relator. – Eu queria agradecer de novo o apoio construtivo de todos os meus colegas e da Comissão Europeia. Depois do sucesso que foi o *Roam like at home*, temos agora um novo desafio: *High Quality, Free Wi-Fi near home*. É o tipo de programas que ligam o projeto europeu às necessidades concretas dos cidadãos e, como a Sra. Comissária referiu, nós temos agora um enorme potencial para fornecer serviços inovadores.

Os conteúdos são muito importantes para o sucesso deste projeto e, ao mesmo tempo, também um outro desafio que é disseminar as competências digitais. Este programa resolve quase tudo, menos a falta de competências digitais de muitos europeus, mas desafia-nos a responder em relação a isso.

Este é um caminho que temos que percorrer. Este é apenas um primeiro passo – eu tenho dois minutos Sra. Presidente – de um longo caminho, mas eu estou convencido de que, tendo conseguido mobilizar, numa negociação técnica complexa 120 milhões de euros para arrancar, vamos conseguir juntar fundos estruturais, fundos nacionais, públicos e privados, para termos um processo muito robusto, muito forte e muito importante para o futuro da Europa.

President. – The debate is closed.

The vote will take place shortly.

Written statements (Rule 162)

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Investițiile în rețele de foarte mare capacitate și asigurarea accesului la internet tuturor cetățenilor pe întreg teritoriul Uniunii Europene, inclusiv în zonele rurale și îndepărtate, sunt absolut necesare pentru stimularea inovației, a incluziunii sociale și a creșterii competitivității. Având posibilitatea de a oferi acces la internet turiștilor, întreprinderile mici și mijlocii locale, orientate în special spre turism, vor avea posibilitatea de a se dezvolta, devenind mai atractive pentru cetățenii de pretutindeni.

De asemenea, în agricultură, accesul la rețele de mare viteză și la serviciile tehnologiei informației și comunicațiilor, ar reprezenta un pas extrem de important în atingerea obiectivului privind instalarea tinerilor fermieri. Numărul total al fermierilor din UE a scăzut rapid în ultimul deceniu, de la 14,5 milioane în 2005 la 10,7 milioane în 2013. În aceeași perioadă, numărul tinerilor fermieri s-a redus de la 3,3 milioane la 2,3 milioane. Or, dacă ne dorim ca agricultura să fie sustenabilă de-a lungul generațiilor, este vital ca tinerii fermieri să beneficieze de un sprijin eficace constând atât în sprijinul financiar acordat de către UE, cât și în furnizarea de internet.

Să nu uităm, conectivitatea la internet nu este un lux, ci o necesitate stringentă a lumii moderne fără de care nu vom înregistra progresele dorite.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A WiFi4EU kezdeményezés támogatásával 2020-ra ingyenesen hozzáférhető WiFi hotspotokat hoznak létre az Unió egész területén a helyi közösségekben (köztereken, parkokban, kórházakban, könyvtárakban és egyéb nyilvános helyeken). A WiFi4EU egy rendkívül előremutató kezdeményezés, ugyanis a közterületeken elérhető ingyenes vezeték nélküli internet hozzáférés minden polgár számára hasznos. A kezdeményezés megvalósítására 120 millió eurót biztosít az Unió, mely a nyilvános WiFi szolgáltatásokhoz szükséges berendezések finanszírozását biztosítja 6-8000 településen. Azok a közigazgatási szervek (helyi önkormányzatok, önkormányzati társulások) tudnak pályázni a programra, melyek ingyenes WiFi hozzáférést szeretnének nyújtani az ilyen szolgáltatással sem állami, sem magáncég által nem lefedett közterületeken. Öröndetesnek tartom, hogy az uniós intézmények közötti tárgyalások során sikerült erősíteni a tagállamok közötti földrajzi egyensúlyt a forrásokhoz való hozzáférés tekintetében. A WiFi4EU kezdeményezés összhangban van a Digitális Jólét Program céljával, hogy az internet mindenki számára elérhető legyen, ezért támogatom, hogy minél több magyar közigazgatási szerv pályázzon a programra.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm az első olvasatos megállapodást. A WiFi4EU egy olyan kezdeményezés, ami segíti a fő célunk megvalósítását, azt, hogy az internet az összes európai állampolgár számára elérhető legyen. Természetesen nem egy forradalmi változásra kell most gondolnunk, de bízom abban, hogy egyes kis, helyi közösségeket jelentősen segíthet a kezdeményezés és megkönnyíti a mindennapokat. Szerepel a javaslatban, hogy a pénzügyi támogatás elosztása földrajzilag kiegyensúlyozottan fog végbemenni. Ez azért is fontos, mert vidéken a lefedettség minősége továbbra is jelentősen rosszabb, mint a városban. Különösen örülök annak, hogy a rendelet hangsúlyozza a helyi kis- és középvállalkozások elsőlegességét a kivitelezés során.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *na piśmie*. – Inicjatywa WiFi4EU jest propozycją, która przyczyni się do wzmocnienia rozwoju bardziej integracyjnego europejskiego społeczeństwa informatycznego. Przewodniczący Juncker zaproponował, aby do 2020 r. główne ośrodki życia społecznego w każdej europejskiej wsi i każdym europejskim mieście zostały wyposażone w bezpłatny dostęp do bezprzewodowego internetu. Zostanie to przeprowadzone zgodnie z planem, którego założeniem jest równy dostęp do łączności internetowej bez względu na miejsce zamieszkania czy poziom dochodów. Zaproponowane poprawki mają zapewnić lepsze uregulowanie zasad, na których opiera się cały projekt. Kwestia rozwoju infrastruktury telekomunikacyjnej, a w tym przypadku łączności internetowej, jest w dzisiejszych czasach niezwykle istotna. Wpływa to na rozwój każdej instytucji, ale także na komfort życia mieszkańców.

Sama mieszkam w Bieszczadach, w południowo-wschodniej Polsce, gdzie nawet dostęp do sieci komórkowej jest miejscami ograniczony, nie wspominając o łączności internetowej. Jako przedstawicielka tego regionu uważam, że inicjatywa zapewnienia lepszej łączności telekomunikacyjnej na terenach jej pozbawionych korzystnie wpłynie na ogólny rozwój społeczny i gospodarczy. Ciężko jest sobie wyobrazić, że w dzisiejszych czasach niektórzy mieszkańcy Europy nie mają dostępu do tak powszechnego sposobu komunikacji z otoczeniem, jakim jest internet. Rozwój to w dużej mierze cyfryzacja, na którą nie będziemy gotowi dopóty, dopóki nie zwiększymy dostępności do łączności internetowej.

Ева Майдел (PPE), в писмена форма. – Днес ние не гласуваме просто една програма за 120 милиона евро. Иска ми се да вярвам, че днес ние правим много повече – поредната крачка по две трансформации, от които ЕС се нуждае толкова много. Първата е дигиталната трансформация на Европа, която ни позволява да настигнем нашите глобални конкуренти в дигиталната икономика и иновациите. Втората трансформация е тази в усещането на гражданите за Европа. С програми като WiFi4EU ние променяме образа на ЕС, който вече не подава формуляр, а е полезен за хората.

Така че WiFi4EU е в голяма степен Transformation4EU.

Отвъд тези перспективи обаче трябва да си дадем сметка, че сме по средата на пътя за постигане на покритие с безжичен интернет. Оттук нататък трябва ние като евродепутатите да работим заедно с местните власти, за да сме сигурни, че WiFi4EU няма да стигне само до тези, които вече и без това знаят какво е широколентов интернет. Важно е той да стигне там, където може да създаде повече шансове за знание, за нови начинания и идеи.

Csaba Molnár (S&D), írásban. – Azok az államok sikeresek, amelyek felismerik a digitális technológia terjesztésének fontosságát az élet minden területén. És nemcsak a fővárosokban, hanem a kistérségekben is. Éppen ezért fájó, hogy a legújabb mérések szerint 2017-ben a magyarok ötöde soha nem internetezett még. A helyzet még rosszabb, ha csak a vidéki régiókat nézzük: az Alföldön és Dél-Dunántúlon 10-ből három embernek nincs internetkapcsolata. A legszegényebb magyaroknak pedig csak harmada tud netezni. Ez azt jelenti, hogy 2,5 millió embernek nincs esélye részt venni a digitális világban. Az internet és a digitális technikák terjesztése nem önmagában cél, amelynek végén több számítógép, vagy nagyobb monitorok kerülnek a háztartásokba, az iskolákba. A digitális eszközök lehetővé teszik az esélyek bővülését, a munkalehetőségek kiszélesedését, az élethosszig tartó tanulást, valamint az esélyegyenlőség megteremtését. Akinek van internete, könnyebben talál munkát, dolgozhat otthonról, könnyen tanulhat idegen nyelven. A 21. században az internet nélkülözhetetlen alapjog, az információs társadalomban való részvételhez, az egyenlőtlenség megszüntetéséhez, a személyes fejlődéshez. Ezért régóta támogatjuk, hogy uniós szinten garantáljuk az internethez való hozzáférés alapjogát.

Laurențiu Rebege (ENF), în scris. – Așa cum am mai spus, susțin fără nicio rezervă ideea că orice creștere a conectivității la internet este un pas înainte în direcția dezvoltării economice. Ne aflăm în situația de a furniza cetățenilor europeni un serviciu gratuit. Un serviciu care înseamnă, în primul rând, tehnologie.

Ne place sau nu, smartphone-ul, tableta sau laptop-ul au devenit accesorii indispensabile omului modern. Programul pentru care am votat astăzi duce la o democratizare a accesului la infosferă și, prin aceasta, la o creștere a incluziunii sociale.

Dar există și aspecte criticabile. Desfășurarea acestui program sub umbrela centralizată a Uniunii face ca această incluziune să se realizeze mai degrabă într-o lume virtuală, decât în realitatea fizică a comunității în care trăiește un utilizator oarecare. S-ar putea ajunge, în acest fel, la un clivaj profund. Unele zone vor avea acces la internet gratuit, rămânând în același timp fără acces la apă potabilă sau canalizare.

Aș dori, de aceea, să avertizez asupra pericolului ca, pentru mulți cetățeni din zonele mai puțin dezvoltate, acest program să devină o sursă de alienare și nu una de progres. De unul singur, acest program nu rezolvă problemele comunităților defavorizate. Este nevoie, simultan, și de investiții în economia clasică.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), în scris. – Salut inițiativa Comisiei Europene de a aloca 120 milioane euro pentru cca 6 000 de municipii în vederea îmbunătățirii accesului la internet. Această inițiativă va trebui fructificată pe deplin, în special de către municipalitățile din statele membre cu un nivel de dezvoltare economică mai mic.

Internetul și, pe un plan mai larg, economia digitală, reprezintă o cale sigură pentru creșterea productivității și atingerea unei convergențe mărite cu statele membre dezvoltate economic.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), în scris. – Inițiativa WiFi4EU, anunțat de președintele Juncker în luna septembrie 2016, face parte din pachetul de telecomunicații și își propune să promoveze conectivitatea Wi-Fi gratuită pentru cetățeni și vizitatori în spații publice cum ar fi parcuri, piețe, clădiri publice, biblioteci, centre de sănătate și muzee de pretutindeni în UE printr-un portal comun gratuit Wi-Fi: WiFi4EU.

Evident, suntem de acord cu faptul că fiecare cetățean european ar trebui să beneficieze de conectivitate Wi-Fi, indiferent de locul în care trăiește sau de cât câștigă, dar WiFi4EU trebuie să fie în conformitate cu normele UE privind protecția datelor, precum și cu neutralitatea rețelei și securitatea informatică.

Asigurarea accesului gratuit la serviciile de bandă largă de mare viteză este esențială pentru construirea unei uniuni digitale care să nu lase pe nimeni în urmă. Mai mult decât atât, conectivitatea fără fir locală, gratuită și fără condiții discriminatorii ar putea contribui la reducerea decalajului digital, în special în comunitățile rămase în urmă în ceea ce privește alfabetizarea digitală, inclusiv în zonele rurale și locurile îndepărtate, precum și la creșterea calității vieții prin facilitarea accesului la servicii electronice (e-sănătate și e-guvernare).

Importanța acestei inițiative derivă, de asemenea, din îmbunătățirea competențelor digitale și promovarea dezvoltării întreprinderilor mici și mijlocii locale.

(The sitting was suspended for a few moments)

4. Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung (Aussprache)

President. – The next item is the report by Jerzy Buzek, on behalf of the Committee on Industry, Research and Energy, on measures to safeguard the security of gas supply (COM(2016)0052 – C8-0035/2016 – 2016/0030(COD)) (A8-0310/2016).

Jerzy Buzek, sprawozdawca. – Pani Przewodnicząca! Witam Pana komisarza Cañete i chciałem od razu podziękować za bardzo intensywny udział w naszych negocjacjach. Trwały one kilkadziesiąt godzin. Ostatnią rundę skończyliśmy nad ranem. Było coś niezwykłego w tych negocjacjach. Zdecydowaliśmy się mianowicie, aby w odniesieniu do wielu krajów, które zgłaszały zastrzeżenia do oryginalnych rozwiązań podanych przez Komisję, pójść elastycznie na pewne ustępstwa. Nie chciałbym wymieniać wszystkich krajów, ale na pewno były to postulaty włoskie, niemieckie, francuskie, polskie, austriackie, węgierskie i tak dalej, i mimo, że dokonaliśmy takich ruchów, udało nam się zakończyć negocjacje bardzo dobrym rozporządzeniem, które zapewnia dostawy gazu do naszych domów, innych odbiorców chronionych, szpitali, służb ratunkowych, domów opieki, hospicjów zawsze, nawet w sytuacjach największego kryzysu, jakie przecież miały miejsce w Unii Europejskiej.

To jest również wskazówka do negocjacji następnych elementów naszego pakietu energetycznego. Jeśli chcemy uzyskać dobry lub bardzo dobry wynik, musimy być również elastyczni, bo nasi obywatele mogą nie rozumieć geopolityki, ale czują gdy się im wyłączy gaz w mieszkaniach w zimie. Jeden kraj może spowodować taki kryzys, ale jeden kraj na pewno go nie rozwiąże, stąd to rozporządzenie jest tak ważne.

Powiem o trzech sprawach, które udało się załatwić dzięki elastyczności, jaką się wykazaliśmy. Po pierwsze, prawnie wiążący mechanizm solidarności w przypadku poważnych problemów dostaw gazu i lista odbiorców chronionych. Pierwszy raz osiągnęliśmy takie porozumienie.

Po drugie, współpraca regionalna, której wcześniej nie było, a więc ocenianie zagrożeń, przygotowanie działań zapobiegawczych, planów kryzysowych, wprowadzenie przez Parlament tak zwanych korytarzy dostaw awaryjnych – to była odpowiedź na obawy kilku państw związane z obowiązkową współpracą regionalną, która pozostała łącznie z tymi korytarzami awaryjnymi.

I wreszcie większa przejrzystość umów gazowych. Proszę pamiętać, że mówimy w tym rozporządzeniu o dostawach z zewnątrz, które stanowią zdecydowanie powyżej 50% zapotrzebowania Unii Europejskiej na gaz, a więc to te umowy zewnętrzne decydują o naszym bezpieczeństwie wewnątrz Unii Europejskiej. Najważniejsze umowy będą do wglądu Komisji Europejskiej, a także instytucji krajowych, a w uzasadnionych przypadkach również Komisja Europejska może obejrzeć inne umowy na dostawy gazu. Jest to ważne, jeśli mamy w skali Unii Europejskiej poczuć się naprawdę dobrze.

Ja chciałbym jeszcze raz wspomnieć, że mieliśmy pomoc w tym zakresie w zasadzie całej Komisji Europejskiej, a nie tylko pewnych wyspecjalizowanych służb. Jest z nami również pan dyrektor Ristori, który był w czasie wszystkich negocjacji na sali, za co dziękujemy. Chciałbym jeszcze wspomnieć prezydencję maltańską, która już się wprawdzie skończyła, ale jej udział w uzyskaniu dobrego rozwiązania naprawdę był solidny, i to są nasze wnioski na przyszłość.

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Madam President, I warmly welcome the ambitious and well-balanced agreement reached between the European Parliament, the Council and the Commission at the last trilogue in April on the review of the Regulation on Security of Gas Supply. It is a major political success on which we have worked hard together in record time. This is also thanks to you, Mr Buzek, and I congratulate you on your excellent work and thank you and all shadow-rapporteurs for your commitment in this file.

The review of the Regulation on Security of Gas Supply is an important milestone in rolling out the Energy Union Strategy. This agreement now completes the Energy Security package proposed by the Commission just last year, in February 2016. One of the Energy Union objectives is to ensure secure, sustainable, competitive and affordable energy supplies for European consumers – for households and for businesses.

Europe's energy market is changing rapidly and significantly. While the current Regulation on Security of Gas Supply of 2010 has already significantly improved Member States' preparedness for a gas disruption, it was clear from the stress tests conducted in 2014 that the instruments available under that Regulation needed substantial improvements.

The new Regulation that is subject to a vote today brings a step change, enhancing and making operational the necessary instruments to prepare for and mitigate potential gas disruption: regional cooperation becomes real and operational; better transparency on gas supply contracts will help improve the risk assessment; the spirit of solidarity is for the first time translated into concrete action and cooperation between Member States so that no household in any Member State remains in the cold during a gas supply crisis.

I am very happy that the most important elements of the Commission proposals have been preserved or even strengthened during the negotiations. Let me just highlight some of these elements, starting with regional cooperation. The current Regulation includes only an optional cooperation between neighbours. In the new Regulation, regional cooperation becomes mandatory and will take place in the risk groups created on the basis of the assessment of major transnational risks, drawing also on insights from European Union-wide simulations done by ENTSOG (the European Network of Transmission System Operators for Gas). The regional and national risk assessments will provide a sound basis for the national plans, with regional chapters containing meaningful cross-border measures.

The spirit of solidarity is a cornerstone of the new Regulation, ensuring that all households will receive gas supplies even during a crisis. With the new processes laid down in the Regulation, for the first time, solidarity is not only a political declaration but an obligation and a concrete way to help.

Finally, transparency. Information exchange and the transparency of gas supply contracts is also significantly strengthened and will allow for a more complete and in-depth assessment of risk to security of supply. First, the companies will provide contractual information to their national authorities. If the national authority has doubts about possible risks for security of supply related with the contract, it will notify the contract to the Commission.

The notification threshold of 28% for all gas supply contracts – existing and new – is well balanced. It is important to note that at any time the Commission retains the power to ask for any contracts if it is concerned that a given contract is relevant for the assessment of the security of supply. And confidentiality will be guaranteed. The information on gas supply contracts will be sent to the Commission in a non-aggregated but anonymised form. Energy efficiency will be taken into account throughout the Regulation, in particular when designing preventive measures.

With the new Regulation, cooperation on gas security of supply with the Contracting Parties of the Energy Community will become much closer and stronger. All the instruments provided through this new Regulation will make the Member States, and the European Union as a whole, better prepared for a gas crisis and better equipped to mitigate a gas crisis should it arise. On this basis, I am confident that the vote in plenary today will give a strong backing to the important agreement that we have achieved together.

Ruža Tomašić, *izvjestiteljica za mišljenje Odbora REGI*. – Gospođo predsjednice, krize u opskrbi plinom kojima smo svjedočili nekoliko puta u posljednjih 15-tak godina dale su naslutiti da će Europska unija, želi li energetska sigurnost i dugoročnu stabilnost, morati promijeniti svoju energetska politiku, ali i pravila ponašanja u krizi. Ovaj je prijedlog važan korak u pravom smjeru.

Bilo koja vrsta krize u Uniji izaziva isti obrazac ponašanja kod država članica, a to je zatvaranje u sebe. Kod neke buduće energetske krize važno je osigurati da se prekogranična distribucija plina ne prekida i to je ovim prijedlogom kvalitetno riješeno.

Izvešće snažno promovira raznolikost izvora energije i obnovljive izvore. Složila bih se s tim, ali uz napomenu da naši energetske ciljevi moraju biti usklađeni s fiskalnom realnošću. Najviše bismo trebali ulagati u one izvore koji nude najveću vrijednost za uloženi novac i stvaraju najmanju štetu, a to često nisu oni izvori koje određeni lobiji snažno guraju.

Krišjānis Kariņš, *PPE grupas vārdā*. – Priekšsēdētāja kundze! Komisāra kungs! Jebkurā tirgū ir svarīgi vienādi spēles noteikumi visiem. Gāzes tirgus nav izņēmums. Ļoti svarīgi — ja mēs gribam gāzes piegādes drošību paaugstināt, mums arī tirgus ir jāstiprina. Šajā regulā kas ir svarīgi: ka mēs esam ne tikai noskaidrojuši, kādā veidā dalībvalstis palīdzēs cita citai, bet mēs arī būtiski palielinām tā saucamo caurspīdīgumu — kas notiek ar gāzes kontraktiem starp Eiropas patērētāju un trešās valsts piegādātāju. Konkrēti, par ko ir runa?

Eiropā mums ir milzu asimetrija. Trešo daļu no mūsu gāzes mēs iepērkam no viena piegādātāja — no Krievijas, bet Krievijas pusē ir viens monopola eksporta uzņēmums “Gazprom”. Viens uzņēmums. Eiropas pusē mēs esam saskaldīti: 28 dalībvalstis un daudzkārt vairāk gāzes kompāniju. Viņiem ir visa informācija, Eiropas pusē nav. Viņiem ir cenu kontrole, Eiropas pusē nav. Ar šo regulu tagad, ar regulas palīdzību Eiropas Komisijai būs tiesības arī ieskatīties šajos gāzes piegādes līgumos, šajos nozīmīgajos līgumos, lai nodrošinātu, ka Eiropas likumi tiek ievēroti un — galvenais — ka Eiropas patērētāju gāzes drošība ir augsta, bet ka mēs Eiropā arī nepārmaksājam par šo dabas resursu.

Dan Nica, *în numele grupului S&D*. – Doamnă președintă, domnule comisar, din păcate, în 2015, mai mult de jumătate din consumul intern brut de energie al UE-28 provenea din surse importate.

Prezentul regulament este extrem de important, deoarece stabilește dispoziții care vizează garantarea siguranței furnizării de gaze prin asigurarea funcționării corecte și continue a pieței interne a gazelor naturale, permițând aplicarea unor măsuri excepționale atunci când piața nu mai este în măsură să furnizeze cantitățile de gaze necesare, inclusiv a unei măsuri de solidaritate de ultimă instanță. Responsabilitățile între întreprinderile din sectorul gazelor naturale, statele membre și Uniune sunt clar stabilite, atât în ceea ce privește acțiunile preventive, cât și reacția la perturbările efective ale furnizării. Prezentul regulament stabilește, de asemenea, mecanisme transparente, în spiritul solidarității, privind coordonarea planificării de măsuri și de reacții în cazul unor situații de urgență la nivel național, al regiunilor și al Uniunii.

Parlamentul a reușit să îmbunătățească textul — și îi felicităm aici pe domnul raportor Buzek și pe raportorii din umbră —, astfel încât acesta să reflecte mai bine principiul solidarității, protejând, în același timp, compensațiile echitabile pentru companiile din domeniul gazelor naturale.

Acesta este un pas important spre consolidarea securității energetice a Uniunii Europene iar, în cazul unei crize serioase a aprovizionării cu gaze naturale, țările UE vor trebui să își ajute vecinii, fără a-și neglija consumatorii protejați, pentru a evita ca cetățenii europeni să rămână fără încălzire pe vreme rece. Trebuie să subliniem că solidaritatea se aplică doar pentru cetățeni și pentru servicii precum spitale, școli și așa mai departe.

Principiul transparenței este un element cheie, deoarece statele membre vor trebui să notifice contractele noi sau modificările, imediat după încheierea lor. Pentru a asigura transparența, fiabilitatea, contractele existente ar trebui de asemenea notificate. Subliniez: și contractele existente. Obligația de notificare ar trebui să includă, totodată, toate acordurile comerciale relevante pentru executarea contractului de furnizare a gazelor, inclusiv acordurile relevante care ar putea avea legătură cu infrastructura, stocarea și orice alt aspect important pentru siguranța furnizării de gaze.

Edward Czesak, *w imieniu grupy ECR*. – Szanowna Pani Przewodnicząca! Dziękuję za udzielenie głosu. Dziękuję także sprawozdawcy oraz sprawozdawcom ceniom za współpracę, a sprawozdawcy gratuluję. Sytuacja na naszej wschodniej granicy szybko się zmienia i jest coraz bardziej niepokojąca. Niniejsze rozporządzenie mające na celu zapewnienie bezpieczeństwa dostaw gazu jest więc dobrym krokiem przyjętym we właściwym czasie. Istotne elementy niniejszego rozporządzenia to ułatwienie dwukierunkowego przepływu gazu, wzrost wymiany ważnych informacji w zakresie bezpieczeństwa dostaw z Komisją Europejską i organami krajowymi oraz ściślejsza współpraca ze wspólnotą energetyczną. Umożliwi to bardziej skoordynowaną reakcję na przyszłe zagrożenia. Chociaż uważam, że przyjęcie tego rozporządzenia jest krokiem w dobrym kierunku, Unia Europejska i jej bezpieczeństwo dostaw gazu właśnie stają w obliczu nowego wyzwania, mianowicie Nord Stream II. Ten geopolityczny projekt podważa solidarność europejską i jest niezgodny z duchem tego rozporządzenia oraz jednym z głównych celów unii energetycznej, to jest dywersyfikacji dostaw gazu. W duchu niniejszego rozporządzenia musimy zatem działać spójnie, aby skutecznie poradzić sobie z tym problemem. Dyskusja nad oświadczeniem Komisji w sprawie Nord Stream II odbędzie się już w czwartek i mam nadzieję, że potwierdzi potrzebę jednolitych działań gwarantujących bezpieczeństwo dostaw gazu do wszystkich krajów Unii Europejskiej.

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, this is a very important file and marks real progress: it was politically difficult, politically sensitive and also very demanding technically. We have already spoken today about regional cooperation, solidarity among Member States, protected customers, and transparency of contracts. I would also add – something that has not been mentioned – that we have also included fair compensation, so we are still primarily market-based, and we are of course talking about last resort. All that is key because from now on our citizens, my compatriots, should feel that there is more energy security and that contracts are not being concluded somewhere by someone where we do not know exactly what is in them and whether it will affect us or not. We should be in a position where the Commission will eventually be assessing the implications of that. So major progress has been made and I think that all that you have said today, all the positive elements, are absolutely legitimate and valid.

On the background to that, I would like to draw attention to one important element. We have been speaking for a couple of years now about energy union and a functioning energy market – all those elements that I have mentioned and that you have mentioned – but those of us who participated in the negotiations know how difficult it was and that it was quite often horse trading about the percentage, about real transparency and about solidarity. To those who spoke quite often two years ago about the crucial importance of the energy union, I must say that in the Council those were quite often the bottlenecks of these negotiations. I do not think that it is coincidental that we had a very difficult round of talks on transparency, because some Member States still feel that they would do it better, and that, if they had the possibly to negotiate on their own, they would be better off. So let us remind ourselves that Parliament has played an important and crucial role with good interaction with the Commission, but the idea and the objectives of the energy union are not yet deeply rooted in the Member States. So let us make sure that we implement thoroughly what we have managed to negotiate.

(Applause)

Xabier Benito Ziluaga, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta, otro paso más de la estrategia gasística de la Unión de la energía; otra regulación europea para perpetuar la dependencia de este combustible fósil que se intenta disfrazar de limpio o de no contaminante. El gas natural tiene, la verdad, poco de natural. Más bien deberíamos referirnos a él como gas sucio o gas fósil. Según los estudios científicos, este gas tiene una capacidad de calentamiento global ochenta y seis veces superior al dióxido de carbono, lo que lo convierte en realidad en una extraña forma de luchar contra el cambio climático.

Con el argumento del riesgo de nuevos cortes del suministro del gas ruso, la Comisión Europea aprovecha para extender nuevas infraestructuras y nuevas conexiones a terceros países, a pesar de que las infraestructuras existentes para importación se usan al 58 % de su capacidad, a pesar de que el consumo de gas desciende año a año y a pesar de que la Comisión infla sus predicciones de consumo de gas año a año.

La única manera de evitar riesgos con el gas es reducir el consumo de gas, y ahora tenemos una fantástica oportunidad con la revisión de las Directivas sobre energías renovables y eficiencia energética. Sin embargo, la Comisión Europea solo ha propuesto un objetivo del 30 %, sabiendo que con un 1 % más se reducirían las importaciones de gas un 4 % anualmente, así hasta un posible objetivo del 40 %. Todo esto sin aumentar las emisiones de metano y sin construir costosas infraestructuras que los ciudadanos pagan de sus bolsillos, como es el caso de Castor, que el comisario conocerá muy bien. El gas, mejor debajo del suelo.

Claude Turmes, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, we should be extremely proud of what we have achieved with this legislation, under the leadership of Jerzy Buzek, with a good negotiation team where some of us had to play the bad guys at certain moments to move the show forward, and very good cooperation with the Commission. I am happy to see Mr Arias Cañete, but also Mr Ristori, whose services helped us a lot.

What did we achieve here? This is concrete solidarity. We now have a solution for one of the biggest divides in Europe, which was that Gazprom and Russia could abuse not only markets, but also gas, to put political pressure on eastern Europe. With this legislation I think we have a real weapon against this and it is important that we got it. It was a bit shameful that we had an uphill fight against Germany, France, Austria, the Netherlands, a bit of Belgium; western European governments not understanding why it is so important for eastern Europe to have this solidarity.

I am so proud that in this House this divide between western Europe and eastern Europe did not play a role, and that I and Theresa Griffin, we stood with eastern Europe in fighting Germany and France to get this legislation.

The second thing we should be proud of is that this is the first piece of energy legislation where we go beyond our dilemma, which is everything only at one national level or everything only at EU level. This is the first piece of EU legislation in which regional cooperation along the pipelines has been enshrined and where Member States, before considering national politics, have to sit together and share openly information about where they are in a crisis situation. This should also now be the basis of our electricity legislation: on security of supply, on markets, I would even say in the future, on renewable developments. We should do more at regional level.

So I want to thank colleagues very much for this brilliant exercise of parliamentary pressure to get things done.

Christelle Lechevalier, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, officiellement, les deux grands objectifs de ce texte sont d'améliorer la transparence dans le secteur gazier européen et de renforcer la solidarité entre États membres pour prévenir et pallier les crises d'approvisionnement.

En réalité, le projet qui nous est proposé aujourd'hui nous semble avoir pour priorité un tout autre objectif, qui est de libéraliser et de fédéraliser davantage le marché gazier européen.

Ce nouveau règlement veut imposer aux États membres d'obtenir l'approbation de la Commission pour passer des accords intergouvernementaux dans un domaine où il est naturel qu'ils défendent leurs intérêts économiques et éventuellement géopolitiques.

Par ailleurs, si nous validons ce projet, il entrera en vigueur dans seulement vingt jours, sans même que les parlements nationaux aient été consultés.

L'objectif de la Commission semble être aussi d'imposer aux États ses choix géopolitiques en imposant le Qatar et les États-Unis là où certains États se sont engagés sur des projets d'envergure pour se fournir en gaz russe.

Deux États membres – l'Autriche et la Bulgarie – ont déjà émis des avis défavorables sur ce projet, dénonçant la violation du principe de subsidiarité et des souverainetés nationales. Notre groupe partage cette position.

(L'oratrice refuse une question «carton bleu» de Claude Turmes (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Asszony, a földgázellátás biztonságát szolgáló rendelet több fontos hasznos technikai együttműködési kérdést tisztáz. Ugyanakkor teljesen világos, hogy a biztonság alapja az, hogy van-e elegendő energiaforrás, és van-e elegendő egymást kiváltani tudó szállítási útvonal. Teljesen világos, hogy az orosz földgázról az Európai Unió nem mondhat le, így a biztonságot az alternatív útvonalak jelentenék, ezért érthetetlen, hogy a Déli Áramlatot különböző versenyjogi szabályok miatt meghiúsította az Európai Unió, ugyanakkor az új alternatívát nem jelentő Északi Áramlat 2-t viszont lehetővé teszi. A jelenlegi rendelet több tekintetben sérti a szubszidiaritás elvét, az ellátási zavarok esetén létrehozandó régiókat felhatalmazási alapon a Bizottság állítaná össze, és gyakorlatilag harmadik országokkal kötendő együttműködés tekintetében is gyakorlatilag vétőjoga van az Európai Bizottságnak, ez sérti a tagállami önállóságot és érdeket.

András Gyürk (PPE). – Elnök Asszony, tisztelt Biztos Úr, Képviselőtársaim, engedjék meg, hogy mindenekelőtt megköszönjem Jerzy Buzek munkáját, volt tennivalója bőven, mert az első javaslat, amit a Bizottság letett az asztalra, sajnos több sebtől is vérzett. Példa erre a végiggondolatlan régiós lista, a jelentéskötelezettség kapcsán megjelenő kettős mérce, valamint a szolidaritási akciók gyenge definíciója. A jelentés mindezen pontokon jelentős javulást mutat. Az előre rögzített régiós csoportok helyett a kockázatok mentén kerülnek kialakításra a régiók. A jelentéskötelezettségi határt illetően elért kompromisszumos szám eloszlata annak látszatát, hogy bármilyen különbség lenne régi és új tagállamok között. A szolidaritási akciók tekintetében pedig sokkal részletesebb leírást találunk arról, hogy milyen feltételek teljesülése esetén és hogyan kell kisegíteniük egymást a tagállamoknak.

Tisztelt Képviselőtársaim, azt gondolom, hogy az európai földgázellátás biztonságának garantálása egy olyan téma, amivel folyamatosan foglalkoznunk kell. Az újabb és újabb tapasztalatok birtokában az ellátásbiztonsági rendelet felülvizsgálata tehát – fogadjuk el – állandó feladatunk lesz. Azt azonban nyugodtan állíthatjuk, hogy ennek a jelentésnek köszönhetően tovább erősödik majd a regionális együttműködés és a szolidaritás, amire elsősorban Kelet-Közép-Európa országaiban nélkülözhetetlen szükség van az energiaszektorban.

Martina Werner (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Die neue europäische Verordnung zur Gewährleistung einer sicheren Gasversorgung macht uns fit in Europa für kommende Gaskrisen. Die Erfahrungen aus den letzten Krisen und die Stresstests der Europäischen Kommission haben ja ganz eindeutig gezeigt, dass nationale Maßnahmen nicht mehr ausreichen. Von nun an gilt das Solidaritätsprinzip. Benachbarte Mitgliedstaaten müssen sich ab jetzt bei Krisen darin unterstützen, die Gasversorgung für Haushalte und soziale Einrichtungen zu sichern.

Darüber hinaus müssen die Präventions- und Notfallpläne der Mitgliedstaaten zum ersten Mal regionale Kapitel beinhalten. Das heißt ganz konkret, dass Mitgliedstaaten sich schon vor einer möglichen Krise ganz genau Gedanken darüber machen müssen, wie sie im Ernstfall zusammenarbeiten. Energieeffizienz wird als eine Maßnahme anerkannt, die unsere Abhängigkeit von Energielieferungen aus Drittstaaten senkt. Von nun an muss Energieeffizienz bei der Aufstellung der nationalen Präventionspläne berücksichtigt werden.

Die sicherste und kostengünstigste Energie ist immer nur die, die erst gar nicht produziert werden muss.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL). – Paní předsedající, Evropská unie v minulosti zažila v oblasti dodávek energie několik krizových stavů. Dodávky plynu po krizovém stavu, který nastal po přerušení před rokem 2010, měla zajistit směrnice o strategických zásobách tohoto média.

Každý stát má povinnost disponovat dostatečnou zásobou odpovídající 90ti denní spotřebě v zimním období. Vedle tohoto opatření bylo rozhodnuto urychleně vybudovat propojení plynovodů ve směru sever-jih. V současné době se na trhu Evropské unie se zemním plynem objevily nové možnosti související s dodávkami zkapalněného zemního plynu. Trh se tedy postupně diverzifikuje a bez ohledu na přípravu nového nařízení se bezpečnost dodávek zvyšuje.

Snaha o výrazné politické ovlivnění situace a zpomalení přípravy propojek plynovodu sever-jih ze strany Polska jsou v současné době největším potenciálním ohrožením dodávek plynu do zemí Evropské unie. Zcela nepochopitelným je pro mne tvrdý, negativní postoj k vybudování alternativních plynovodů zásobujících Evropskou unii z jihu, konkrétně *South Stream*. Protože zpráva Jerzyho Buzka obsahuje řadu pozitivních momentů, má moji podporu.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI*Wiceprzewodniczący*

Tim Aker (EFDD). – Mr President, it is quite something when Scottish Power has its head office in Bilbao, Spain. Many constituents will be surprised to find that a majority of power companies operating in the United Kingdom are either owned by foreign companies or foreign governments. In 2011, these companies were exposed by a national newspaper as hiking prices in the UK way above and beyond prices in their own countries. Prices are hiked in the UK to subsidise lower prices at home. As always, it is the UK that pays, and pay we do!

Millions of Brits face the tough choice each winter between heating and eating. We suffered tens of thousands of excess winter deaths. In plain English, that is folk who would otherwise be alive if they could afford decent heating.

This debate is about security of gas supply. The surest way to do that is to ensure energy is readily available to those that need it most – our elderly and vulnerable. If it means bringing British energy back under British control to reduce prices, then so be it.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Michael Theurer (ALDE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Kollege! Sie haben beklagt, dass in Großbritannien Energieunternehmen in ausländischem Besitz oder sogar im Besitz ausländischer Regierungen sind. Sind Sie ernsthaft der Meinung, dass die Europäische Union Großbritannien daran gehindert hat, Anteile oder Eigentum an Energieunternehmen zu haben? Und was schlagen Sie der britischen Regierung vor, um wieder eigene Energieunternehmen zu bekommen? Ich jedenfalls glaube nicht, dass die EU Großbritannien daran gehindert hat, eigene Energieunternehmen zu betreiben.

Tim Aker (EFDD), blue-card answer. – In some ways the rules of this place and the single market prevent the British Government from taking an active role in the economy, and Mr Corbyn will not be able to fulfil his programme if we are still part of the single market or part of the European Union.

Outside of it, we have new opportunities where the government, if it wishes to take a golden share or own energy companies, will be free to do so. I think that when we have got tens of thousands of people dying every year because they cannot afford to heat their homes, then everything – every option – should be on the table.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το φυσικό αέριο αποτελεί τον πλέον σημαντικό παράγοντα, όχι μόνο για την οικονομία της Ευρωπαϊκής Ενώσεως αλλά και για την επιβίωση κατοίκων μεγάλων περιοχών στις οποίες επικρατούν δύσκολες καιρικές συνθήκες. Για τον λόγο αυτό, η ασφάλεια του εφοδιασμού με φυσικό αέριο αποτελεί έναν βασικό στόχο της ενεργειακής στρατηγικής της Ευρωπαϊκής Ενώσεως. Αυτή τη στιγμή το 50 % του καταναλισκόμενου φυσικού αερίου παράγεται από φυσικές πηγές. Το υπόλοιπο παρέχεται από τρίτες χώρες και κυρίως από τη Ρωσία. Προκειμένου η Ευρωπαϊκή Ένωση να αποφύγει τις επιπτώσεις μιας πιθανής διαταράξεως αυτού του εφοδιασμού με φυσικό αέριο πρέπει να στηρίζεται σε παραγωγή αερίου από εγχώριες πηγές. Με βάση τα δεδομένα που επικρατούν αυτή τη στιγμή, η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει μια πρώτης τάξεως ευκαιρία να εκμεταλλευτεί τα μεγάλα αποθέματα φυσικού αερίου που υπάρχουν στα οικόπεδα του κοιτάσματος της Αφροδίτης στην Κύπρο, καθώς επίσης και στη λεκάνη του Ηροδότου νοτίως της Κρήτης, αλλά και σε άλλες περιοχές της Ελλάδος. Εάν επιτύχει αυτό, και με κατάλληλο σχεδιασμό των οδών εφοδιασμού, θα κατορθώσει να επιτύχει ενεργειακή ασφάλεια σε φυσικό αέριο.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Domnule președinte, mulțumesc domnului Buzek, raportor, precum și colegilor care au lucrat și au negociat acest important raport cu Consiliul. Susțin pe deplin măsurile prevăzute pentru asigurarea securității furnizării gazului natural – atât măsurile care privesc eforturile pe care fiecare stat membru trebuie să le depună, cât și solidaritatea necesară între statele membre atunci când o țară se confruntă cu o criză a gazului natural. Cred că este un pas important în ceea ce dorim cu toții, acea piață unică europeană a energiei. Doresc, însă, să subliniez că nu putem vorbi de o securitate reală a furnizării gazului natural în Europa atât timp cât nu avem conduite care să lege bazinul Mării Caspice, bazinul Mării Negre, unde se fac explorări în prezent, și s-au descoperit zăcămintele de gaze naturale importante în sudul și centrul Europei. Din păcate, cred că eforturile Uniunii Europene în această direcție sunt încă insuficiente.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Nyt käsillä oleva mietintö on tärkeä osa EU:n muuttuvaa ja tiivistyvää energiapolitiikkaa. Haluan kiittää valiokuntaani hyvästä mietinnöstä, joka edistää maiden välistä yhteistyötä kaasun toimitusvarmuuden takaamiseksi. Lisäksi mietinnössä on erinomaisia keinoja, joilla voidaan parantaa energiaturvallisuutta.

Esimerkiksi oma kotimaani Suomi on yhden tuontiputken varassa Venäjältä, mutta Keski-Eurooppaa paremmassa asemassa siksi, että kaasulla ei juuri lämmitetä yksittäisiä taloja. Kaukolämpö voi hyödyntää monipuolisesti eri energialähteitä, ja sen käytön laajentaminen muuallakin Euroopassa vähentäisi riskiä yksittäisestä polttoaineesta. Samaa ajaa myös uusiutuvien hajautettu tuotanto.

Mietintö listaa ehkäisevinä toimina maiden välisten yhteyksien lisäksi energiatehokkuuden, virtuaaliset kaasuvarannot, varastoinnin sekä nesteytetyn maakaasun terminaalit. Turvallisuus tulee nähdä osana muitakin käsittelyssä olevia energia-asioita. Direktiivi rakennusten energiatehokkuudesta, jota esittelijä Bendtsenin kanssa uudistamme, pyrkii vauhdittamaan energiatehokkuusremontteja. Sen lisäksi, että kysyntä laskisi, toivomme, että voimme tarjota eurooppalaisille kodeille mahdollisuuden irrottautua vain yhdestä polttoaineesta.

(Puhuja lupasi vastata työjärjestyksen 162 artiklan 8 kohdan mukaiseen sinisen kortin kysymykseen).

Paul Rübig (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Präsident! Ich möchte an die Kollegin Kumpula-Natri die Frage stellen, ob sie glaubt, dass ein Beitritt Russlands zur Energiecharta zu einer deutlichen Verbesserung der Beziehungen führen könnte.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), blue-card answer. – I think that every time we can agree on something politically it will be an improvement for all sectors of society. But we know that in relations with Russia it is not only energy we are looking at; unfortunately, the country is using multi-targeted politics towards the European Union. We have to remain coherent, but not to forget that energy is one of a vital part.

Talking about climate change, talking about coal in the Arctic, on the ice, we need Russia on board to prevent really fast, rapid climate change that the black coal is causing in the Arctic, and that is why we need to find a broad political understanding.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – Thank you for accepting the card. I noticed that in your speech you spoke about diversity of energy supplies, and during this whole debate people have been speaking about the concern about keeping control of energy supplies flowing. Would it not be sensible, in that case, for this place not to have ruled out in so many cases further research into nuclear energy or into fracking – which are, after all, the sources of energy of the future, far cheaper, and things we can develop here without having to rely on Russia, for example?

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), blue-card answer. – I am very happy to work in this Parliament in the ITRE Committee, because we clearly understand that the European Union working together can improve the energy supply and energy security. It does not limit us taking national decisions in Member States on whether you want to use nuclear or not, or whether you want to use more renewables than the quotas set by the Union. The energy mix is decided in every Member State. The European Union can only improve the security of energy, and there we have a concrete result now on the table, with many more to come.

Dariusz Rosati (PPE). – Mr President, I very much welcome the conclusion of the trilogue negotiations on security of gas supply and I would like to congratulate our colleague, Jerzy Buzek, for this successful achievement.

With the new rules, based on the principle of real solidarity and closer regional cooperation, the EU will be better prepared to face any potential disruption of gas supplies. This is good news. The document we are discussing today again shows that the European Union and closer cooperation among Member States benefit European citizens.

I would like to raise one specific point: the priority for gas supplies goes to households and essential social services, so we know that we are protecting our citizens against any unforeseen and sudden disruption of gas supply.

I congratulate the Council, the Commission and the Parliament negotiation team on this compromise agreement. Remember that gas is a strategic commodity and ensuring security of gas supplies is one of our utmost and most paramount tasks here in this Parliament.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il regolamento che approviamo rappresenta sicuramente un passo avanti, un passo nuovo nell'approccio energetico dell'Unione europea. E voglio ringraziare in modo non formale il presidente Buzek per il grande lavoro che ha fatto, ma anche perché, come lui stesso ha detto nell'introduzione citando la realtà di alcuni paesi, ha saputo conciliare una chiarezza di obiettivi con una flessibilità è un ascolto, però, delle necessità dei vari Stati membri che, pur credendo alla cooperazione tra Stati, devono naturalmente trovare nelle zonizzazioni e nelle aggregazioni, delle ragioni di coerenza e di praticità. Quindi penso che sia stato un buon lavoro, che ha portato a un risultato frutto della consultazione di tutte le parti.

Conosciamo i contenuti di questo piano, quindi io voglio brevemente solo fare un riferimento, parlando con il commissario e con i colleghi. Noi sappiamo tutti che la politica energetica comune è nata proprio di fronte a un rischio di approvvigionamento: crisi all'inizio degli anni Duemila, Ucraina e Russia, guarda caso, già allora... E quindi l'Europa si è trovata scoperta, ha capito che la dipendenza era un rischio e che la dipendenza senza solidarietà era un doppio rischio mortale. E da qui è nata anche questa necessità non solo di affrontare la questione dell'approvvigionamento ma anche di creare, prima ancora delle basi giuridiche di Lisbona, un'unione, una politica energetica comune.

Allora, mi auguro che questa spinta sia solo un passo avanti per andare davvero verso un'Unione energetica. Penso al lavoro di *Notre Europe*, di tanti lungimiranti personaggi, a quanto fatto da Delors, ecc. Ecco, facciamo passi avanti, signor commissario, visto che stiamo lavorando bene, verso una vera Unione dell'energia.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, συγχαίρουμε πραγματικά τον αγαπητό συνάδελφο, τον κύριο Buzek, για την ιδιαίτερα σημαντική έκθεση την οποία εκπόνησε και η οποία είναι χρήσιμος οδηγός και καθοδηγητής για τα επόμενα χρόνια για τα ενεργειακά ζητήματα. Όμως, πιστεύω ακράδαντα, εάν πραγματικά θέλουμε μια σωστή ισχυρή ενεργειακή Ένωση και ενεργειακή ασφάλεια οφείλουμε πρωτίστως να βασιστούμε στις δικές μας δυνάμεις. Πολύ ορθά λέχθηκε προηγουμένως ότι δεν νοείται μια τρίτη χώρα να είναι ουσιαστικά προμηθευτής του 1/3 του φυσικού αερίου των 28 κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Αυτό είναι και προσβλητικό για την ίδια την Ευρωπαϊκή Ένωση. Οφείλουμε να αξιοποιήσουμε τις δικές μας δυνάμεις. Εγώ, από δική μου εμπειρία σας προτείνω να αξιοποιήσουμε την Ανατολική Μεσόγειο. Η Κύπρος με το Ισραήλ και την Ελλάδα, καθώς και η Κύπρος με την Αίγυπτο και την Ελλάδα συνήψαν τριμερείς συμφωνίες για ενεργειακά ζητήματα τα οποία μπορεί να αξιοποιήσει η Ευρωπαϊκή Ένωση. Όπως επίσης μπορεί η Ευρωπαϊκή Ένωση να αξιοποιήσει τη δυνατότητα που έχει η Κύπρος να επενδύσει σε τερματικό υδροποιημένου φυσικού αερίου το οποίο, λόγω οικονομικής δυνατότητας, αδυνατεί να το πράξει η Κύπρος.

Να επενδύσετε, κύριε Επίτροπε, με ενωσιακά κονδύλια ύψους 10 δισεκατομμυρίων ώστε να μπορέσει, όχι μόνο η Κύπρος και η περιοχή, αλλά και ολόκληρη η Ευρωπαϊκή Ένωση να αποκτήσει ενεργειακή ασφάλεια και αυτάρκεια κι αυτό να μην γίνει μόνο για την Ανατολική Μεσόγειο αλλά για όλες τις περιοχές όπου υπάρχει δυνατότητα να επενδύσει απευθείας η Ευρωπαϊκή Ένωση για την ενεργειακή της ασφάλεια.

Csaba Molnár (S&D). – Elnök Úr, egy nagyon-nagyon fontos európai szabályozást tárgyalunk a mai napon. Ez a vita arról szól itt az Európai Parlament üléstermében, hogy hogyan tudunk olcsó és biztonságos módon gázt biztosítani az embereknek Európában. A földgáz ára az elmúlt években Európában közel a felére zuhant, de a magyar emberek még mindig ugyanazt az árat fizetik, mint három évvel ezelőtt. A két ár közötti különbség pedig svájci off-shore számlákra került. A Fidesz a rezsihazugság címszava alatt minden egyes magyar családdal 23 ezer forint felárat fizettet a gázért minden egyes évben. Ha nem lenne ez a korrupt árképzés Magyarországon, akkor minden magyar család egyhavi fűtésszámlát spórolhatna meg minden évben. A valóság azonban ezzel szemben az, hogy ezt nem lehet megcsinálni Magyarországon. Fideszes üzletemberek és orosz barátai csak az elmúlt évben 50 milliárd forintnyi extraprofita tettek szert a korrupt gázárképzés miatt. Elfogadhatatlan, hogy ilyen előnytelen gázárszerződések miatt Magyarországon sokkal magasabb a gáz ára, mint amennyi a valóságban lehetne. Ha tényleg valóban csatlakoznánk az európai energiaunióhoz, akkor nem kellene minden évben százezer magyar ember lakásában kikapcsolni a gázt. Ezért választjuk Európát és az európai energiauniót az orbáni korrupt gázárképzés helyett.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I welcome this very important piece of legislation which we are voting on today. Without a doubt, energy security is vital for Europe, for industrial competitiveness, and for investment. I think that as a result of this legislation we will see greater cooperation between Member States, which is part and parcel of what the European Union is all about. I also welcome the regional approach taken here, but I am concerned about my own country, Ireland, because by the mid-2020s – when the United Kingdom is out of the EU – we will be dependent on them for 95% of our gas. This will mean we will be geographically cut off from the EU system and exposed to United Kingdom price shocks. However, there are projects in the pipeline such as Shannon LNG, which I am very familiar with. Others are mentioned as well, but Shannon LNG has the potential to help us have energy security. It has been a number of years in the pipeline, it has PCA (Pipeline Construction Authorisation) status, and by giving funding to it I think we can help it progress and ensure that post-Brexit Ireland will have security of supply.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Panie Przewodniczący! Ja też chciałem na wstępie serdecznie pogratulować panu premierowi Buzkowi, że udało mu się doprowadzić negocjacje w tej bardzo trudnej sprawie do tak znakomitego końca. Chciałbym też powiedzieć, że ten projekt nowego rozporządzenia o bezpieczeństwie dostaw gazu dopełnia przepisy przyjęte przez Parlament Europejski w marcu, a dotyczące umów międzyrządowych w dziedzinie energii, głównie gazu, które wprowadziły obowiązkowy mechanizm weryfikacji tych umów przed ich podpisaniem i obie regulacje niewątpliwie zwiększą bezpieczeństwo energetyczne Europejczyków.

Chciałbym jednak zwrócić też uwagę na to, że pozostaje pewna luka. Otóż te nowe przepisy nie będą w pełni skuteczne, dopóki kontroli nie będą podlegały też tak zwane instrumenty niewiążące, na przykład memoranda o współpracy oraz umowy hybrydowe zawierane między państwami członkowskimi a koncernami krajów trzecich, albo na przykład między unijnymi koncernami i państwami trzecimi, lub też koncernami kontrolowanymi przez państwa trzecie, których najlepszym przykładem jest Gazprom.

Zgłoszenia z sali

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Po pierwsze, wielkie gratulacje dla pana premiera Buzka za wykonaną pracę. Po drugie, cieszę się, że nasze prace legislacyjne dobiegają końca i wkrótce będziemy mieć nowe lepsze rozporządzenie dotyczące bezpieczeństwa dostaw gazu. Jestem przekonany, że dzięki lepszej współpracy regionalnej, solidarności między krajami oraz przejrzystości kontraktów gazowych Unia Europejska będzie silnym i zjednoczonym partnerem dla dostawców z zewnątrz. Mam jednak nadzieję, że te wszystkie bardzo pozytywne zmiany i wielka praca wykonana tutaj w Parlamencie nie okażą się jedynie martwym zapisem na papierze. Zagrożeniem dla bezpieczeństwa dostaw gazu, dla naszej europejskiej siły jedności jest bowiem powstanie gazociągu Nord Stream II. Oznacza on niestety koncentrację dróg dostaw, ominięcie Europy Środkowo-Wschodniej oraz podkopanie pozycji Ukrainy, czyli wszystkie te kwestie, z którymi od lat wspólnie walczymy. Panie Komisarzy! Jestem przekonany, że kluczowym jest, byśmy byli zjednoczeni wobec projektów takich jak Nord Stream II i poddawali je europejskim zasadom energetycznym.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, taking into account that the European Union is highly dependent on gas imports, mainly from Russia, I strongly believe that the proposal gives much-needed impetus to our efforts to secure gas supply and ensure a well-interconnected and well-functioning internal gas market.

While efforts have been made, uncertainty over gas supply and regional disparities continue to raise big concerns. Therefore, I welcome the introduction of the solidarity principle and I strongly believe that the latter paves the way towards the achievement of a genuine energy union by making one of its cornerstones, which is energy security for all, more effective.

With this objective in mind, I consider that it is absolutely necessary that Member States engage in stronger regional cooperation at the level above both preventive action and reaction to disruptions of supply. Indeed, safeguarding the security of gas supply demands more cooperation, more coordination and more transparency in the common energy union.

Gesine Meissner (ALDE). – Herr Präsident! Ich möchte mich ganz herzlich in diesem Fall nicht nur bei Jerzy Buzek, der Berichterstatter für dieses Thema war, sondern bei dem ganzen Verhandlungsteam bedanken. Es war ganz eindeutig eine gute Zusammenarbeit des Parlaments, und ich denke, wir haben hier insofern einen Durchbruch erzielt, als es ein wirklicher Schritt hin zu einer Energieunion ist. Die haben wir noch lange nicht, aber wir brauchen sie.

Dass vor ein paar Jahren Russland das Gas abgestellt hat, um die Ukraine zu strafen und damit einige osteuropäische Länder getroffen hat, wo dann die Menschen im Kalten saßen – so etwas darf nicht wieder passieren. Darum müssen wir wirklich sehen, dass wir gemeinsam die Gasversorgung möglichst sicher hinbekommen, ohne zu stark von irgendwelchen Drittstaaten abhängig zu sein, die uns vielleicht gerade politisch nicht besonders gewogen sind. Natürlich spielt auch Biogas eine Rolle, das hatte die finnische Kollegin gesagt, aber wir wollen ja auf erneuerbare Energie setzen. Wenn wir das regional-dezentral hinbekommen, ist das auch gut. Regionale Zusammenarbeit bei der Gasversorgung ist ganz wichtig – auch gerade für den Verkehrsbereich, den ich vertrete, für LNG und CNG. Dafür brauchen wir eine gute Zusammenarbeit, und ich glaube, die können wir jetzt schnell erreichen.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospodine predsjedniče, prvo želim čestitati gospodinu Buzeku na izvrsnom radu. Smatram da je ovom Uredbom postignut veliki napredak u ostvarivanju dobrih temelja za jedan od stupova energetske unije, a to je solidarnost i sigurnost opskrbe energijom u Europskoj uniji; konačno je prepoznatljiva važnost regionalne suradnje, ne samo zbog toga što je to također predviđeno u dokumentima energetske unije, već i zbog toga što države članice neće više pojedinačno ulagati u kapacitete nego će to raditi na regionalnoj razini, a to u konačnici znači jeftiniju cijenu energije za naše gospodarstvo i za naše građane, što je jedan od osnovnih ciljeva energetske unije.

Također, našem uvaženom povjereniku Cañeteu dan je snažan alat, a to je da se na ovaj način osigurava i postizanje klimatskih ciljeva jer će prirodni plin koji će se na ovaj način iskoristiti pomoći toj tranziciji do 2050. godine prema našim zacrtanim putovima.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, il faut revenir à la réalité. Toutes les études montrent que l'Europe dépendra toujours du gaz russe pour les vingt ou trente ans à venir, et ce n'est pas le gaz américain ou celui du Qatar qui changera quelque chose.

Deuxième point, seuls les contrats à long terme permettent la sécurité énergétique des États. Ils sont les maillons de la chaîne de sécurité énergétique. En fragilisant les contrats à long terme, en fragilisant les États dans leur pouvoir de négociation, en mettant en avant le marché spot au profit de la spéculation, la Commission et ce Parlement n'assurent pas la sécurité énergétique de l'Europe mais son insécurité énergétique.

Il faut sortir de cette Europe.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, stimați colegi, cred că nu mai trebuie să punem la îndoială importanța garantării aprovizionării cu gaz și securitatea energetică. Până la urmă, aceste lucruri țin de viața oamenilor. Felicit echipa și comisiile care au lucrat sub coordonarea raportorului și cred că trebuie, domnule comisar, să fim atenți acum la cum lucrează Comisia cu autoritățile naționale, pentru că eu cred în coordonarea activității și cred foarte mult în propunerile din raport legate de eficientizarea energetică. Aici trebuie să corelăm cu alte rapoarte și cu alte măsuri. Eficientizarea energetică este extrem de importantă pentru economia energiei, investițiile în tehnologii, de asemenea, măsură care poate ajuta la eficientizare.

Raportul conține și alte propuneri pe care le susțin, cum ar fi diversificarea surselor de energie, dar toate trebuie citite într-o singură cheie: solidaritate, solidaritate citită așa cum se spune în contract. Fără cooperare și fără solidaritate, niciun stat singur nu se va putea descurca și este nevoie să avem soluții pentru cazuri de urgență. Domnule comisar, este vital să coordonați acest lucru.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la sicurezza energetica nell'approvvigionamento del gas è una priorità strategica per l'Unione europea, finalizzata alla riduzione delle cicliche perturbazioni delle forniture di gas naturale e del loro impatto sull'economia degli Stati membri. L'eccessiva dipendenza da un numero limitato di fonti di approvvigionamento, la bilateralità degli accordi, lo scarso coordinamento delle politiche nazionali e la complessità delle dinamiche geopolitiche hanno rappresentato storicamente gli elementi di maggiore complessità nella costruzione di un mercato unico interno dell'energia.

Già il regolamento n. 994/2010 compiva un passo importante verso una maggiore integrazione e sicurezza nell'approvvigionamento del gas, ma manteneva un'impostazione preminentemente nazionale. Ritengo la proposta una significativa evoluzione nel quadro normativo europeo della sicurezza energetica, in linea con l'esigenza di diversificazione delle fonti e gli obiettivi di trasparenza, solidarietà e fiducia tra gli Stati membri.

Occorre infine non sottovalutare l'approccio comportamentale sia di imprese che di singoli, delle politiche europee per ridurre la dipendenza da combustibili fossili a vantaggio di fonti energetiche alternative e rinnovabili, soprattutto in chiave di sostenibilità ambientale.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Miguel Arias Cañete, Member of the Commission. – Mr President, I wish to thank again our rapporteur Mr Buzek for his very constructive approach to this proposal. Following fruitful cooperation between the three institutions, we have reached an ambitious but balanced agreement. With this regulation we have completed the energy security package tabled by the Commission in February 2016. The agreement on this politically so important dossier was reached in only 14 months – a real record, Mr Buzek, and thank you for your support.

With this, we will significantly improve security of gas supply not only in the European Union, but also beyond in close cooperation with Energy Community countries. It demonstrates that when there is political commitment and we share the same objectives, we are able to take rapid action that addresses the needs of European citizens and businesses. Let us maintain this positive spirit in the negotiations on the 'Clean Energy for All Europeans' package that is now on the table of this Parliament and the Council.

Statement of the Commission as regards Article 15 of the Proposal for a revised Gas Security of Supply Regulation

The Commission welcomes the co-cooperation mechanisms set out in Article 15 of the proposed Regulation as submitted to Coreper as an important tool for ensuring consistency of preventive action and emergency plans with Energy Community Contracting Parties.

The Commission stresses the importance of effectively ensuring that no measures are put in place by Energy Community Contracting Parties that may negatively affect the security of supply situation in the EU and its Member State and vice versa.

In this respect, the Commission will, without prejudice to its initial Commission proposal of 16 February 2016, consider proposing to the Council in due course a recommendation under Art. 218 TFEU for negotiations on amendments of the Energy Community Treaty with a view to establishing an appropriate legal framework and mechanisms to allow applicability of selected provisions of the Regulation and other relevant parts of the *acquis communautaire* in the field of energy between the EU and its Member States on the one hand, and Contracting Parties of the Energy Community on the other, so as to ensure effective implementation of a reinforced security of gas supply framework.

Jerzy Buzek, sprawozdawca. – Panie Przewodniczący! Chciałbym nawiązać do słów komisarza Cañete. Rzeczywiście te negocjacje były bardzo długie, ale samo przygotowanie i wejście w życie rozporządzenia wyjątkowo krótkie. W negocjacjach uzyskaliśmy niezwykle porozumienie w Parlamencie Europejskim i stanowiliśmy zwarty zespół. Potem do tego zespołu, przyznam, dołączyła Komisja Europejska (bardzo dziękujemy za wielką współpracę i za udział w negocjacjach bezpośredni obydwu panów tutaj obecnych) i wreszcie udało nam się absolutnie wciągnąć do naszego zespołu prezydencję maltańską. Musimy przyznać, że prezydencja maltańska podjęła wiele wysiłków, aby przekonać poszczególne państwa członkowskie. My także. Poszczególni członkowie Parlamentu rozmawiali z przedstawicielstwami poszczegól-

nych państw członkowskich. Komisja też wykonywała takie działania. Mówię o tym dlatego, że przed nami cały pakiet energetyczny, osiem rozporządzeń, dyrektyw, które leżą na stole. Wszystkie trzeba będzie wynegocjować. Z jednej strony jest to sposób utrzymania głównej linii i otwierania się na siebie.

Bardzo krótkie punkty na zakończenie. Mówiliśmy: rynek przede wszystkim. Proszę o tym pamiętać. Dopiero w trudnych sytuacjach stosujemy inne rozwiązania. Bardzo ważna jest wymiana informacji. Również wcześniejsze umowy i umowy dotyczące infrastruktury. Kolejna sprawa, na którą zwróciliśmy ogromną uwagę, to zachowanie poufności umów komercyjnych.

I wreszcie – unia energetyczna, którą tworzymy. Chcielibyśmy ją stworzyć razem z państwami leżącymi na wschód od Unii Europejskiej, czyli Bałkanami Zachodnimi, Mołdawią, Ukrainą i Gruzją, i tak się dzisiaj dzieje, w tym kierunku idziemy.

Oczywiście trzeba wspomnieć o umowach międzyrządowych, bo to jest również wspólny element naszej regulacji, których autorem był pan kolega Krasnodębski. To wszystko razem stworzyło warunki do tego, żebyśmy mogli uzyskać naprawdę dobre rozporządzenie, ale to jest dopiero pierwszy etap naszej pracy. Przed nami wielka praca nad unią energetyczną.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 12 września 2017 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), in writing. – Security of gas supply is a crucial factor in the European Union's sovereignty. Unstable international cooperation encourages the EU to secure the energy system and protect consumers in case of the disruption of foreign gas supply. This security can be achieved only by maximising local production, completing the interconnection of Member States' gas grids, developing liquefied natural gas hubs and finalising the gas corridors.

Furthermore, considering that a considerable part of the imported gas is transformed into electricity, the Union should continue to boost the diversification of electricity resources and, perhaps, take into consideration more and more the massive wind resources available in the European sea basins that, through the rapid progress of technology, can fill the gap in the electricity market.

Tunne Kelam (PPE), in writing. – This regulation is among the most crucial ones to ensuring the EU's resilience towards hostile policy from outside the EU. It is important to understand that the regulation is basically a legally-binding solidarity mechanism, aimed at protecting states and citizens against blackmail and political pressure. The EU needs to complete its own instruments to make sure that gas supplies cannot be used against any Member State as a political weapon. It leaves Member States enough leverage to design their own prevention and crisis mitigation plans.

At the same time, the regulation makes it obligatory to take into account regional concerns by including a common regional chapter in every national plan. The 13 EU regions are defined as risk-based groups in order to meet their particular regional needs flexibly. The solidarity clause, which is triggered automatically whenever one of the Member States is affected by a very serious cut in gas supply, is a crucial step towards completing the Energy Union. Lastly, increased transparency in the gas sector is advantageous for the energy security of the EU as a whole. This aspect sets out that all gas contracts crucial for European energy security and that exceed a certain threshold of energy consumption need to be notified. This will significantly increase accountability.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady dotyczące środków zapewniających bezpieczeństwo dostaw gazu ziemnego to dowód na to, że unia energetyczna nie pozostaje pustym sloganem, ale staje się realnym i efektywnym mechanizmem wsparcia dla państw członkowskich w przypadku przerwy w dostawach gazu. Należy pamiętać o tym, iż 90% gazu, który przepływa przez Europę, przekracza co najmniej jedną granicę państwową. Związane z tym ryzyko rozprzestrzenienia się skutków zakłóceń w dostawach na skalę międzynarodową wymaga jak najszybszej współpracy na poziomie europejskim. W przeszłości bowiem możliwość „zakręcenie kurka z gazem” była wykorzystywana przez Rosję jako instrument politycznego nacisku czy wręcz szantażu wobec krajów zależnych od rosyjskiego gazu, co w sposób szczególny dotyczyło państw Europy Środkowo-Wschodniej, w tym Polski.

Dzięki takim przedsięwzięciom, jak przyjęte rozporządzenie dotyczące środków zapewniających bezpieczeństwo dostaw gazu ziemnego, moja wiara w sens zjednoczonej Europy broni się przed rozczarowaniem wynikającym z mnożących się w Europie protekcyjizmów i partykularyzmów. Jednocześnie jednak wyrażam nadzieję, że równie szybko i skutecznie zostanie zablokowana realizacja projektu gazociągu NordStream 2 bezpośrednio godzącego w bezpieczeństwo energetyczne Europy, jak i samą ideę unii energetycznej.

Владимир Уручев (PPE), в писмена форма. – Газовата криза през януари 2009 г. по маршрута Русия – Украйна – ЕС показва ясно колко уязвими са страните от Централна и Източна Европа и че те не могат да се справят сами в подобна ситуация. Договореният нов регламент за сигурността на доставките на природен газ гарантира един работещ механизъм за адекватно реагиране на подобни кризисни сценарии чрез обвързващо регионално сътрудничество, базирано на съвместна оценка на риска за дадената страна и регион. Новото законодателство налага ново поведение на солидарност и взаимодействие между страните-съседи при евентуални прекъсвания на газовите доставки и превръща духа на солидарност в Европа от политическа декларация в конкретно правно-обвързващо действие. Новата законова рамка установява въвеждането на списък на защитени клиенти, в това число обществени сгради, болници и училища, които трябва да бъдат приоритетно снабдявани в случай на извънредно прекъсване на доставките. Регламентът създава и невиджана досега откритост в договорите на компаниите за доставки на газ от трети страни, които трябва да бъдат предоставяни на националните регулатори и ЕК за оценяване дали влияят върху сигурността на доставките. Така днешният регламент, заедно с вече приетия механизъм за предварителна обмяна на информация по междуправителствените споразумения с трети страни, завършва законодателния пакет за сигурност на енергийните доставки, важна стъпка към Енергийния съюз.

5. Fipronil-Skandal: Wege zur Verbesserung des EU-Schnellwarnsystems für Lebens- und Futtermittel (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia są oświadczenia Rady i Komisji w sprawie skandalu związanego z fipronilem: jak ulepszyć unijny system szybkiego ostrzegania o żywności i paszach (2017/2825(RSP)).

Matti Maasilaks, President-in-Office of the Council. – Mr President, it appears that on 20 July the Belgian authorities informed the other Member States and the Commission about their findings of residues of fipronil in eggs. Since then, the Commission and the Member States have been carrying out investigations and taking all necessary measures to protect consumers. It is now clear that the residues result from an illegal use of the product.

While the overall responsibility for the investigations and protective measures remains with the Commission and the Member States, the Presidency of the Council has been following developments closely. On 5 September, at the informal meeting of the Agriculture Ministers held in Tallinn, Commissioner Andriukaitis provided the Ministers with an overview of the state of play and of the further actions planned. After this presentation, Ministers held a discussion including, among other things, the need to ensure an efficient circulation of information in such cases.

Indeed, since the first contamination cases were reported, concerns have been raised, including in Parliament, regarding possible weaknesses in the EU's rapid alert system and the speed of information sharing. The question of how we can strengthen cooperation and the exchange of information between countries in order to deal more efficiently with such crisis situations will be further discussed at the High Level Ministerial Meeting organised by the Commission in Brussels on 26 September, and we are grateful to the Commission for taking this initiative.

The outcome of that meeting will be presented to Agriculture Ministers at the October Council session on 9–10 October this year. The ongoing investigations and follow-up discussions should give us a clear overall picture of what precisely happened and why, what went wrong and what can be improved. We will need this full clarity for our future debates.

The Council has consistently acknowledged the importance of food safety, high-level protection of public health and the prevention of food fraud. In its conclusions on the role of law enforcement cooperation in combating food crime adopted in 2014, the Council encouraged the Commission to continue its work on the fight against fraudulent and deceptive practices along the food supply chain and to develop any further action necessary for high-level protection of public health.

Furthermore, during the negotiations leading to the adoption of the new Official Controls Regulation that entered into force on 27 April this year, Parliament and the Council agreed to reinforce the legal provisions to fight such practices. Those reinforced provisions do not just include general rules. They also provide for the designation of European Union reference centres for the authenticity and integrity of the agri-food chain, reinforced administrative assistance and cooperation mechanisms between Member States, and enhanced coordinated assistance and follow-up by the Commission.

As I already mentioned, it seems clear that the present fipronil contamination is the result of fraudulent activity. There should be zero tolerance for such fraud. However, the infestation of hens by red mites is a real problem for many farms. Therefore, we must also make every effort to ensure that legal and efficient ways to prevent and treat that infestation remain available.

Let me conclude by calling on all of us to support and encourage the actions taken by the Commission and Member States to ensure the safety of our daily food, to avoid these types of fraud and to resolve them efficiently whenever they occur.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by thanking you for this possibility to provide the House with the latest update on the recent contamination of eggs and egg products with fipronil.

Let me begin by assuring you that public health and food safety are always considered a top priority for me and are treated as such by the Commission. Coherently with this approach, the Commission took immediately very seriously the fipronil issue. The situation continues to evolve, but I think it is important to clarify right from the beginning the succession of events.

In November 2016, the Dutch Food Authority was informed of the illegal use of fipronil in poultry but since there were no analytical results indicating the presence of fipronil in eggs or chicken meat, and also no danger to public health, the source of the problem was not established.

Tests on samples kept from September 2016 that revealed the presence of fipronil were done only recently and are under investigation by prosecutors from three countries – Germany, the Netherlands and Belgium – to check these historical samples to assess what was known, when and by whom. Prosecutors will help to answer these questions.

On 2 June 2017, following self-controls by a Belgian food business operator, the Belgian authorities were notified of the presence of fipronil in eggs and started initiating an investigation to understand the source of the problem. As a consequence of this investigation, on 6 July the Belgian authorities initiated a request for information from the Netherlands in the Administrative Assistance and Cooperation System. This is a different system, related to RASFF.

This system allows Member States to liaise bilaterally or multilaterally to confirm rapidly suspected cases of fraud and is only actively monitored by the Commission when a 'European Commission coordinated case' is created. Belgium initiated a normal case, not a European Commission created case, which means that the Commission was not an addressee of the notification and no follow-up was expected by the Commission. Once the Belgian authorities had identified the source of fipronil in eggs and the possible extent of the problem, they notified the European Union Rapid Alert System for Food and Feed (RASFF) on 20 July 2017.

Therefore the Commission was only informed of the fipronil contamination on 20 July. But as soon as the issue was notified through the RASFF system, the Commission took control of the situation, focusing on managing and minimising the consequences of the contamination.

Having said that, I want to start by stressing two points. Firstly, that the risk to human health remains very low and has been successfully contained thanks to the measures which have been taken at European Union level. And secondly, this incident is clearly the result of a criminal act resulting in food fraud. This is not to minimise the incident, as it relates to illegal use of an unauthorised substance, which is totally unacceptable, but this is not about a health risk issue. All contaminated eggs have been withdrawn from the market and the eggs from the few farms with acute risk levels have been recalled from consumers.

So all in all, consumer safety has not been compromised. Nevertheless, it appals me that the criminal actions of a few could jeopardise the integrity and reputation of our entire food chain. Those criminals must be investigated and punished.

So where are we now, today? The situation evolves every day, as you know; 26 Member States and 23 non-EU countries have been affected by the contamination. Since the very beginning of this criminal situation I have been systematically in contact with my counterparts in the Member States most concerned. I have also asked for certain gaps in information to be verified and for detailed analysis and common views to be presented to me. I spoke with ministers for Germany, the Netherlands, Belgium and Austria.

In response to the finding of fipronil the Commission requested that specific measures be taken at national level; in particular we have instructed via RASFF that the following measures be taken.

First, on 31 July we shared information on applicable maximum residual levels and the measures to be taken as regards illegally treated farms.

Second, on 7 August Member States were requested to be vigilant with respect to the possible use of other unauthorised substances used to control red mites in poultry establishments.

Third, on 16 August we reminded all Member States that any past distribution of contaminated eggs, egg products or chicken meat had to be timely notified to RASFF in order to ensure the appropriate follow-up by the authorities of the country of destination.

Apart from the immediate risk management actions, the Commission has also taken additional important steps.

On 21 August, a note on fipronil contamination was shared with our global partners to ensure transparency. The Commission has also been in direct contact with a number of non-EU countries in order to limit the impact on the EU's export capacity.

On 30 August, we organised a meeting of the Standing Committee on Plants, Animals, Food and Feed, which agreed on an EU-wide monitoring exercise to investigate the possible use of illegal substances, including amitraz, in egg producing farms.

I personally informed the European Union ministers of the situation, collectively and bilaterally, in the context of the informal meeting of the Agricultural and Fisheries Ministers last week in Tallinn.

Finally, to avoid any potential side effects on the food chain, we are asking the competent authorities to ensure that contaminated food or animal byproduct do not find their way into animal feed and thus back into the food chain.

Let me assure you that my services are working hand in hand with those of Commissioners Malmström and Hogan to ensure that the Commission's response remains coordinated, comprehensive and forward-looking.

We also met with both the Committee on Agriculture and Rural Development and the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, where I was yesterday, and their suggestions, alongside yours today, will inform the ongoing response.

Now however we need to collectively examine what lessons can be learned and how we communicate and exchange information. This issue will also be discussed by the Chief Veterinary Officers who will meet later this week, on 13 and 14 September. In addition the JRC will organise proficiency tests for official control laboratories in September. With this in mind, the Commission is organising fact-finding missions in early October to the four Member States where the original contamination occurred to gather information on the actions taken.

This incident highlights the fact that we need to strengthen the way the European Union networks dealing with food safety and food fraud are used. It is precisely for the reason of providing follow-up at political level that I have taken the initiative to call a High-level Ministerial Meeting on 26 September where we can reflect and agree on, first, how best to strengthen the way the EU networks dealing with food safety and food fraud are used, and second, how to improve coordination between the Administrative Assistance and Cooperation System and the European Union Rapid Alert System for Food and Feed.

Bear with me now a moment while I touch on the EU's Rapid Alert System for Food and Feed which has been subjected to some misplaced criticism of late.

The system was created in 1979 in response to the import of oranges contaminated with mercury. Since then, RASFF has ensured that the Commission and Member States were able to respond effectively to several crises, including crop contamination after Chernobyl in 1980s, mad cow disease in mid-1990s and the more recent detection of e-coli bacteria in sprouts in the summer of 2011.

RASFF has identified hazards involving mycotoxins, heavy metals, allergens and pesticide residues. When it is used correctly and when it is fed with clear, rapid and reliable information by the control authorities of the Member States, this system works.

In practice, the Rapid Alert System for Food and Feed is mobilised when a Member State notifies the system of a danger to public health. As the system's manager, the Commission verifies the notification and immediately communicates it to the other Member States, and this is precisely what happened in the current situation. Indeed, the use of RASFF, in combination with food traceability provisions, has allowed us to quickly find and destroy the relevant food products in the EU. Affected farms have been blocked and will remain so until Member States are certain that their production is safe.

Let me be clear therefore, thanks to RASFF multiple food-safety risks have been averted before they could harm European citizens. In 2016 alone almost 3 000 original notifications were transmitted through the system. Many of these were alerts requiring and resulting in rapid actions. The original fipronil notification has led to nearly 600 follow-up alerts.

While it is true that every system can be improved, it is worth stressing here that our analysis should focus more on the efficient use of, and interaction between, RASFF and the Administrative Assistance and Cooperation System rather than on their reliability.

With this goal in mind, the Commission is developing a common platform for these systems and exploring the possibility of a single network of Member State authorities. Now that we have a new official control law, I think this will help us to be more effective.

Let me finish by emphasising once more that close coordination and the steady flow of information between all parties is essential, especially in this case.

We have constructed the European Union's food system and food fraud systems and networks together; now we must work collectively to maximise their potential and safeguard the highest standards of food safety for European citizens. Parliament will be important in this regard and I am keen to hear your views on the matter today.

Ivo Belet, namens de PPE-Fractie. –Dank u wel, voorzitter, mijnheer de commissaris, bedankt voor de toelichting. Ik denk dat de fipronilcrisis ons, zoals u zelf al zei, één zaak glashelder heeft aangetoond, namelijk dat de informatie-uitwisseling tussen de verschillende nationale agentschappen mank loopt. Daar zijn we het over eens. Die informatie over de voedselveiligheid moet gewoon automatisch gedeeld worden en snel gedeeld worden. Ik denk dat we nu weken, misschien wel maanden verloren hebben alvorens die informatie vlot van de ene lidstaat naar de andere, van het ene agentschap naar het andere ging. Dat snelle waarschuwingssysteem heeft, om het zacht uit te drukken, niet echt snel gefunctioneerd. Dat is op z'n minst de perceptie en dat moet dringend anders. Het is goed dat u gisteravond in onze commissie en hier ook toezeit om met concrete maatregelen te komen om dat uit de wereld te helpen. Die nationale waarschuwingssystemen moeten direct gekoppeld worden aan het Europese Rapid Alert System. Dat moet één geoliede machine worden. Dat is wat u zegt en we rekenen erop dat u dat ook gaat doen en dat we dat op 26 september op de Europese Raad concreet zullen uitrollen. Nog één ding, nog één punt: de lidstaten hanteren ook verschillende criteria en een verschillende timing om de consumenten in te lichten. Dat leidt tot heel wat verwarring bij de consumenten en bij de producenten. Ik denk dat we dat veel efficiënter kunnen aanpakken en we rekenen erop, commissaris, dat u ook op dat vlak concrete maatregelen zult voorstellen en implementeren, zeer binnenkort.

Miriam Dalli, *fisem il-grupp S&D*. – Grazzi President u Kummissarju, bla dubju ta' xejn huwa każ abbużiv dak li qeghdin nitkellmu fuqu. Huwa każ ta' użu illegali ta' pesticida li spiċċat fil-katina tal-ikel tal-bniedem u inti, Sur Kummissarju, sejjahtlu anki każ kriminali.

Però, huwa x'inh, ir-realtà hi li hemm hafna nies hemm barra, fosthom jien l-ewwel waħda, li daħlilna dubju serju dwar is-sigurtà tal-ikel li nkunu qeghdin nieklu.

Għaliya mhuwiex aċċettabbli li jkun hemm nuqqas ta' informazzjoni f'waqtha u nuqqas ta' trasparenza, kif semmejt inti. Mhuwiex aċċettabbli li l-Istat Membru li fih beda l-każ ikun ilu jaf ix-xhur b'dan il-każ u jzomm kollox sigriet taht l-iskuża li għaddeja investigazzjoni. Meta hemm saħħet in-nies fin-nofs u meta dan it-tkaxkir tas-saqajn wassal biex il-każ jinfirex f'xejn anqas minn 24 Stat Membru.

Li jkollok pajjiż wiehed jiehu deċiżjoni bħal dik, li setgħet affettwat ferm aktar serjament is-saħħa pubblika tan-nies fl-Istati Membri kollha, għaliya hija mhux biss inkwetanti u serja, imma hija wkoll inaċċettabbli.

U qed jingħad, kif għedt inti wkoll, li f'dan il-każ ir-riskju fuq saħħet il-bniedem huwa wiehed baxx; u tajjeb hafna. Konna fortunati jekk dan kien il-każ. Għaliex tant kien każ mifrux li allahares ma kienx hekk. U hawnhekk l-appell tiegħi lilek, Kummissarju, però anki wkoll lill-Kunsill: ejjew naraw li s-sistemi li jkollna jkunu verament "fool proof", li l-informazzjoni tingħata, li verament ikunu effettivi u effiċjenti, għaliex inkella għal xejn noqogħdu ngħajtulhom "Rapid Alert System" jekk ma jkunu rapidi xejn u lanqas jittrigerjaw "alert". U nitolbok, Kummissarju, taċċertana kif jista' jkollna dawn is-sistemi bejn il-Kummissjoni u anki l-Istati Membri, magħqudin flimkien fuq pjattaforma waħda, biex naċċertaw ruhna li, iva, meta jkun hemm każijiet bħal dawn, l-informazzjoni tingħata, u tingħata fil-hin.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Het fipronilschandaal is een zaak van manifeste fraude. Het is, denk ik, belangrijk om dat in de eerste plaats te benadrukken. Net zoals bij het fraudeschandaal met paardenvlees uit 2013 hebben we te maken met misdadigers die puur uit winstbejag de consument bedriegen op de kap van de sector zelf. We moeten die fraudeurs in hun portemonnee pakken. Wie moedwillig bedriegt, moet opdraaien voor de kosten. Ten tweede moeten we de nodige lessen trekken uit dit schandaal. Ik pleit ervoor om dit debat op een nuchtere manier te voeren, niet te reageren zoals kippen zonder kop. Met intentieprocessen tegen voedselagentschappen is niemand gebaat. Op Europees niveau blijft de belangrijkste uitdaging de snelle en de doeltreffende communicatie tussen lidstaten en ondanks de waarschuwingssystemen blijkt dat belangrijke informatie te traag, te onvoldoende werd gedeeld. Dat kan anders en dat moet anders. Om het vertrouwen van de consument te herstellen moeten we fraudeurs bestraffen, bedrog voorkomen en ontraden en het gebruik van het EU-waarschuwingssysteem bijsturen waar het nodig is.

Ulrike Müller, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ursache für diesen Eierskandal war der illegale Einsatz von verbotenen Stoffen – kriminelle Machenschaften, die mit aller Härte bekämpft und bestraft werden müssen. Selbst das beste Gesetz schreckt anscheinend nicht genug ab, um tatsächlich diese kriminelle Energie und diesen Betrug zu unterbinden. Trotzdem dürfen wir nicht handlungsunfähig werden, und wir müssen das Thema Fipronil-Skandal aufarbeiten. Die Diskussionen im Agrarausschuss, gestern im Umweltausschuss und heute im Plenum zeigen die Ernsthaftigkeit des Themas. Der Fipronil-Skandal hat gezeigt, dass das bisherige Warnsystem *Rapid Alert System for Food and Feed* — kurz RASFF — nicht schnell genug und effizient ist. Ein europäisches Schnellwarnsystem sollte aber genau das halten, was sein Name verspricht: Es muss umgehend und europaweit warnen.

Herr Kommissar, wenn ich jetzt Ihre Ausführungen verfolge, dann stellen Sie fest, dass letztendlich nicht das System versagt hat, sondern die Stufe davor: die Meldung der Mitgliedstaaten. Es ist aber erschreckend, dass die zuständigen Behörden in einem EU-Land über ein halbes Jahr gewusst haben, dass dieses Insektizid unerlaubterweise im Einsatz ist, und die Meldung dann so spät erfolgt ist. Die Folgen wären eine Verunsicherung der Verbraucher, eine betrogene Landwirtschaft, die einen enormen wirtschaftlichen Schaden zu tragen hat, und jede Menge negative Presse. Diesen Vertrauensverlust müssen alle landwirtschaftlichen Betriebe bezahlen und auch tragen. Wir müssen jetzt das System wirklich so weit nach vorne bringen, dass wir die Warenströme innerhalb Europas im Auge haben und tatsächlich eine Lebensmittelsicherheit gewährleisten können.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – Sunt total de acord cu ce ați spus dumneavoastră, pentru că securitatea alimentară este vitală. Vreau, însă, să vă întreb din alt punct de vedere: în anii din urmă s-au făcut greșeli foarte mari în ceea ce privește vinovăția celor care au pus un produs alimentar periculos pe piață. Credeți că actuala reglementare cuprinde clar și ce se întâmplă cu cei care induc în eroare? Și în țara mea s-a întâmplat acest lucru cu un produs alimentar certificat la nivel de Uniune Europeană. S-a constatat după aceea că nu era el, însă s-a distrus afacerea unor întreprinzători.

Ulrike Müller (ALDE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte”*. – Ja, ich glaube schon, dass wir natürlich die Unterschiedlichkeiten der Mitgliedstaaten im Blick haben müssen, und die Lebensmittelsicherheit steht an oberster Stelle. Auch ist mir vollkommen bewusst, was so ein Meldesystem für einen Rattenschwanz nach sich zieht, wir haben es gehört: 600 Folgewarnungen, wie der Kommissar uns mitgeteilt hat. Allerdings glaube ich schon, dass die Kommission hier als oberste Behörde von den Mitgliedstaaten Informationen einhalten muss und dann abwägen sollte, inwieweit es im System dann letztendlich umgesetzt wird.

Anja Hazekamp, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – De fipronilaffaire heeft opnieuw aangetoond dat er iets grandioos mis is met de grootschalige wijze waarop wij in Europa onze dieren houden. Alleen al in Nederland zijn de afgelopen weken 2,5 miljoen kippen vergast. Zij zijn de dupe geworden van dit verziekte en fraudegevoelige systeem. Deze crisis vraagt om een systeemverandering en niet om technische maatregelen en symptoombestrijding. Fipronil is niet alleen schadelijk voor mensen en kippen, maar het is ook funest voor bijen en andere insecten. En toch is fipronil gewoon toegelaten als bestrijdingsmiddel in de Europese akkerbouw. De commissaris heeft gisteren gezegd dat een verbod op fipronil onmogelijk is en dat het een ramp zou betekenen. Maar, commissaris, bent u echt van mening dat een verbod op fipronil een grotere ramp is dan de ramp waar we nu inzitten? Ik wil de commissaris daarom nogmaals oproepen om aan de ministers op de fiproniltop voor te stellen om fipronil geheel uit de Europese landbouw te weren om zo de gezondheid van mens en dier te waarborgen voor de toekomst. Voorts ben ik van mening dat de Europese landbouw-subsidies moeten worden afgeschaft.

Bart Staes, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Ik dank het Ests voorzitterschap en de commissaris voor de inleiding. Eén ding is duidelijk: het gaat om fraude. Criminelen, gewetenloze criminelen hebben willens nillens de hele zaak belazerd. Ze hebben de volksgezondheid in gevaar gebracht zonder enig moreel besef. Dat is het uitgangspunt en ze hebben dat gedaan onder verhullende namen als Chickfriend, Poultry Vision; hoe verhullender, hoe beter. Ten tweede: de zaak duurt al veel langer dan 20 juli, het moment waarop België de zaak aankaarte bij het snelle waarschuwingssysteem. Commissaris, u heeft gezegd dat er al in september 2016 sporen zijn. Er circuleren zelfs facturen die aantonen dat de Belgische crimineel die aan de grond ligt van de hele zaak, al fipronil aankocht in mei 2016, 3 000 liter; later nog eens 5 000 liter; later nog eens 10 000 liter. En dan komen we bij dat snelle waarschuwingssysteem, waarvan ik vind dat dat een krachtig instrument is, een goede tool, iets dat we hebben ingevoerd na vorige crisissen. Maar alles staat en valt natuurlijk bij het inbrengen van informatie. Als bepaalde lidstaten gewoon te lang aarzelen of weigeren bepaalde informatie in te brengen, ja, dan sta je voor Piet Snot. Als België al op 2 juni weet dat er in een bedrijf een besmetting is die 240 keer groter is dan de maximumresidulimiet, en midden juni al weet dat er een link is naar Nederland, maar toch wacht tot 20 juli om de hele zaak in stelling te brengen via het snelle waarschuwingssysteem, dan hebben we een probleem. Dus, commissaris, ik verwacht van u dat u op 26 september met voorstellen komt om de levensmiddelenverordening die het hele snelle waarschuwingssysteem regelt, aan te passen. Volgens die levensmiddelenverordening moeten lidstaten onverwijld optreden. Welnu, er moeten boetes komen voor die lidstaten die daar niet aan voldoen. Dat is, denk ik, de essentie van de zaak.

John Stuart Agnew, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, fipronil raises two key points which must be answered.

First, what is the reality of the threat to human health? The mere fact that something is prohibited tells us nothing about the severity of the threat. Nor did the discussion in the Committee on Agriculture and Rural Development. Are we talking about potential organ failure or would you have to consume such vast quantities that, in reality, there may be a technical hazard but the risk is minimal? We do need to know. Controlling red mite on chickens is a very big animal welfare issue and there must be a sound reason not to use the best materials.

Secondly, this is demonstrating a failure of the single market. Although used on British cats and dogs, this material cannot be used by British egg producers because it has not been allocated a Health and Safety Executive number. Meanwhile British consumers eat imported EU eggs whose producers benefit from the competitive advantage that fipronil brings. The scandal has resulted in British consumers losing confidence in eggs generically and the British producer is paying the price for the sins of other EU producers.

Mireille D'Ornano, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, ces derniers mois, des millions d'œufs ont été contaminés dans plusieurs pays européens.

Comme je le disais hier à M. le commissaire, la France compte désormais 39 produits, vendus jusqu'ici en grande surface, dans lesquels la quantité de fipronil dépasse le maximum autorisé. Or, l'Organisation mondiale de la santé classe cet insecticide comme étant moyennement toxique pour l'homme. Si la consommation d'un aliment isolé contenant des traces de fipronil comporte des risques limités, la consommation régulière de ces produits peut endommager véritablement la santé.

Le scandale du fipronil est d'autant plus retentissant que l'identification et l'indication de l'origine des pays concernant les ovoproduits sont particulièrement mal conçues. On sait que l'usage illégal du fipronil remonte à novembre 2016. Or, la Commission européenne se justifie en affirmant que la Belgique n'a donné l'alerte que le 20 juillet. Bruxelles assure ne pas avoir été destinataire de la notification de la Belgique aux Pays-Bas dans le cadre du système d'assistance administrative et de coopération.

Si elle avait des soupçons sur des activités semblant être contraires à la législation, la Commission pouvait toujours réaliser des inspections ou demander à l'État concerné d'intensifier les contrôles. Il est pour le moins surprenant qu'en huit mois la Commission n'ait pas eu connaissance de la moindre information sur l'usage frauduleux du fipronil dans plusieurs pays.

Concernant les traces d'un deuxième insecticide – l'amitraz – retrouvé, là encore, dans plusieurs élevages européens, les autorités françaises assurent n'avoir reçu aucune communication du système d'alerte rapide pour les aliments.

Cette absence d'alerte et de recommandations de la part de l'Union européenne ne fait que renforcer la méfiance des citoyens et démontre malheureusement l'incapacité de Bruxelles à veiller sur la santé et la sécurité alimentaire.

Diane James (NI). – Mr President, it is a fact that fipronil is not permitted for use around animals destined for human consumption. This situation is yet though another example of why the European Union's fundamental principle of the free movement of goods, services and people is in direct conflict with the protection of citizens of Member States, in this context in terms of public health.

The free movement of goods allowed these insecticide-contaminated goods into the human food chain in the same way that horse meat from eastern Europe turned up in supposedly beef products. Checks were simply not enforced. Furthermore, the fact that the Netherlands chose not to act upon the 2016 tip-off completely rubbishes the idea that the European Union enhances cooperation between Member States.

Whilst the European Union obsesses – and I mean obsesses – about regulation, its own inherent freedom of movement weakness creates a perfect breeding ground for dangerous products to slip into the food chain and endanger public health. Just last month, Bloomberg agreed with this point of view in an article entitled 'Even European Union regulators can't stamp out food scandals'.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – Op 9 augustus, voorzitter, heb ik de Commissie vragen gesteld aangaande de reconstructie van alle meldingen die via het waarschuwingssysteem voor levensmiddelen en diervoeders zijn binnengekomen. De Europese Commissie moet in de toekomst een coördinerende rol op zich nemen, zodat alle meldingen via het waarschuwingssysteem bij de juiste instanties terechtkomen. Daar moeten we keihard aan werken. Fipronil is in heel Europa gebruikt. En dan? Wat vindt de Commissie van de verregaande publiekswaarschuwingen van de Nederlandse Voedsel- en Warenautoriteit? Want die hebben met name heel duidelijk andere zaken uitgesproken. De Nederlandse Voedsel en Warenautoriteit, die het vertrouwen van de consument in de sector ernstig heeft beschadigd, met vele financiële consequenties voor de sector zelf. Was dat noodzakelijk als andere lidstaten niet zulke enorm strenge waarden hanteerden? En dan de reiniging van stallen en afzet van mest: in Nederland moet kippenmest met zeer lage concentraties worden verbrand. Daar is onvoldoende verbrandingscapaciteit voor, met hoge kosten. Waarom mag de mest niet rechtstreeks uitgereden worden en hoe gaat dat eigenlijk in andere landen? Dat wil ik dan wel eens weten. Veel pluimveehouders zijn buiten hun schuld om getroffen door deze crisis. Hoe gaan we daarmee om? En daar gaat het hier eigenlijk om: hoe gaan we om met de familiegezinsbedrijven in deze trieste situatie en hoe bieden wij hun een helpende hand? En het zijn, kijk ik naar Anja Hazekamp die weg is, niet alleen de grote intensieve bedrijven. Met name heel veel biologische kleine bedrijven zijn getroffen. En daarom, voorzitter, vraag ik u ook om financiële steun voor deze boeren in deze moeilijke overgangssituatie want daar staan we hier te weinig bij stil. Ik vraag u ook, net zoals gisteravond, in overleg te gaan met commissaris Hogan en Malmström voor goede oplossingen. Ik wens u veel sterkte.

(De spreker gaat in op een “blauwe kaart”-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Molly Scott Cato (Verts/ALE), blue-card question. – Quite rightly, this debate is focused on the fraud and the failure of information. But there is a vital fundamental problem we are not addressing, and that is the nature of our industrialised farming system, which has been linked to a long list of previous animal diseases and diseases in animal products. When animals are kept in cramped, unsanitary and inhumane conditions, disease breaks out. So I would like to ask Mrs Schreijer-Pierik, whilst fipronil is obviously prohibited now, does she not recognise that link between the style of farming and these continuing problems that we are seeing?

Annie Schreijer-Pierik (PPE), “blauwe kaart”-antwoord. – Dank u wel voor deze vraag. We hebben bij de Universiteit van Wageningen onderzoek hiernaar gedaan en daaruit blijkt dat met name grotere bedrijven ook hun dierhouderij goed verzorgen. Ik spreek dan met name ook heel duidelijk over hoe wij daar in Nederland gigantisch bovenop zitten en deze discussie voeren. Daarom zei ik ook net tegen collega Hazekamp, zij spreekt over de intensieve veehouderij en stelt dat het daaruit voortkomt. Dat is totaal niet waar. Met name nu is de biologische sector hierdoor getroffen. We halen heel veel zaken door elkaar.

(De spreker gaat in op een “blauwe kaart”-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Marc Tarabella (S&D), Question «carton bleu». – Madame Schreijer-Pierik, vous avez dit que les Pays-Bas produisaient beaucoup de fientes de poule et qu'ils n'avaient pas assez de capacités pour les incinérer. Ils comptent donc sur des régions qui sont peut-être plus respectueuses de l'environnement et ont des élevages moins intensifs pour épandre les fientes qu'ils ont en excédent. Ne pensez-vous pas que votre pays ferait mieux d'investir dans des capacités d'incinération suffisantes, de manière à pouvoir traiter la surproduction de fientes de poule, plutôt que de compter sur les régions voisines? C'est peut-être une question de responsabilité de votre État membre.

Annie Schreijer-Pierik (PPE), “blauwe kaart”-antwoord. – Ik ben echt heel blij met deze vraag. In Nederland lopen wij in de pluimveehouderijsector voorop met de verbrandingscapaciteit voor pluimveemest. Nu hebben we ermee te maken, omdat er toch een lichte concentratie fipronil in die mest zit. Daarom moet alles verbrand worden en dat heeft te maken met cijfers en met hoe wij in Europa dat in elkaar hebben gezet. Dan is mijn concrete vraag: met die kleine concentratie, die er dan nog inzit, mag dat dan niet uitgereden worden over de Nederlandse akkers, bij de Nederlandse akkerbouwbedrijven? Waarom vraag ik dit? Omdat bij zaad- en pootgoed, ja, we halen hier echt soms appels en peren door elkaar, ook fipronil wordt gebruikt in kleine concentraties. Vandaar de vraag.

(De spreker gaat in op een “blauwe kaart”-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – I am sorry we are asking our colleague so many questions but her speech was a very good one.

Colleague, do you accept that the worst thing about this situation is the fact that the competent authorities knew about this but unfortunately it took months and months before consumers were alerted, when 22 countries were affected? Do you not think the worst thing is that we should have to fight against this kind of a situation?

Annie Schreijer-Pierik (PPE), *“blauwe kaart”-antwoord*. – Dank voor deze vraag. Ik ben het helemaal met u eens. Daarom heb ik ook meteen de vraag gesteld aan de Commissie. Wat ligt hieraan ten grondslag? Waarom hebben we zo lang gewacht om elkaar te informeren? Ook zeker in mijn land met de NVWA: als op onze boerderij de varkens naar het buitenland verplaatst gaan worden, naar slachterijen, komt er een NVWA-er op bezoek. Dan komt de eerste NVWA-dokter en die wordt weer gecontroleerd door een andere dierenarts. Men zit er gigantisch bovenop. Dan denk ik dat het in deze situatie toch te is gek geworden dat het zo lang geduurd heeft.

Eric Andrieu (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, c'est comme l'histoire de cet homme qui tombe d'un immeuble de 50 étages. Au fur et à mesure de sa chute, il répète, pour se rassurer: jusqu'ici tout va bien, jusqu'ici tout va bien. Cette phrase est extraite d'un film français qui s'appelle «La haine» et elle pourrait s'appliquer excellemment à la question du fipronil.

Des pesticides interdits ou supérieurs aux doses autorisées, de la viande de cheval vendue pour du bœuf, un désherbant contesté et reconnu par certains scientifiques comme cancérigène probable mais toujours en vente libre dans les grandes surfaces, des perturbateurs endocriniens au bisphénol A, en passant par les nitrates ou le miel frelaté, il n'y a pas un mois sans que n'éclate un nouveau scandale sanitaire.

Les citoyens européens s'inquiètent à juste titre de leur alimentation et donc de leur agriculture et de leur environnement. Et maintenant, les œufs contaminés au fipronil! On veut nous rassurer en nous disant que ces œufs contaminés n'étaient pas dangereux pour la santé des consommateurs, mais je pose la question: qu'en aurait-il été si ces œufs avaient été toxiques et avaient présenté une menace pour la santé de nos concitoyens? Est-ce qu'on aurait attendu un an, comme c'est le cas ici?

Ce nouveau scandale n'est pas acceptable, il démontre trois choses. Premièrement que nos systèmes d'alerte rapide européens sont perfectibles et qu'il faut les améliorer très vite, et cela a été dit. Deuxièmement, que nous devons tout mettre en œuvre pour renforcer les contrôles afin de protéger les consommateurs de l'Union de ces pratiques frauduleuses. Et enfin, qu'il est fondamental de défendre et de soutenir nos filières, qui se trouvent déstabilisées et prises au piège par quelques tricheurs sans scrupules.

L'important n'est pas la chute, Monsieur le Commissaire, c'est l'atterrissage.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Zabierając głos w debacie poświęconej skandalowi związanemu ze skażeniem fipronilem jaj i mięsa drobiowego z farm w Holandii i Belgii, chcę zwrócić uwagę, że pomiędzy pojawieniem się pierwszego zagrożenia a reakcją stosownych władz tych krajów minęło aż osiem miesięcy. Otóż w Holandii już w listopadzie 2016 r. było prowadzone śledztwo w sprawie nielegalnego dodatku fipronilu do preparatu Dega 16, a mimo tego nie zdecydowano się wtedy na kontrole zawartości tej substancji w jajach i mięsie kurzym pochodzącym z ferm drobiarskich, na których ten wspomagany fipronilem preparat był stosowany. To właśnie brak reakcji stosownych władz w Holandii i Belgii już na początku pojawienia się zagrożenia skażenia jaj i mięsa kurzego spowodowało pojawienie się tych produktów prawie we wszystkich krajach Unii Europejskiej. I właśnie przede wszystkim z tego wielomiesięcznego opóźnienia należy wyciągnąć wnioski dla funkcjonowania unijnego systemu szybkiego ostrzegania o żywności i paszach RAS.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162. ust. 8 Regulaminu))

Przewodniczący. – Proszę Państwa! Mamy bardzo mało czasu, więc po raz ostatni udzielię niebieskiej karty. Bardzo proszę, pani poseł Wiśniewska, jeśli pan poseł Kuźmiuk akceptuje niebieską kartę.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. –Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Bezpieczeństwo żywnościowe jest sprawą kluczową. Żywność staje się niestety realnym zagrożeniem zdrowia konsumentów. System powiadamiania o zagrożeniach okazał się fikcją. Chciałabym zapytać Pana, Panie Pośle, jak Pan sądzi czy Holender Frans Timmermans, wiceprzewodniczący Komisji Europejskiej, tak bojowy w sprawie fikcyjnych problemów w Polsce, rozpocznie, a może już rozpoczął, procedurę w sprawie ukarania Holandii za narażenie na utratę zdrowia ludzi na całym świecie?

Zbigniew Kuźmiuk (ECR), odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Pani Poseł! Rzeczywiście przed chwilą powiedziałem, że to ośmiomiesięczne opóźnienie wynikało z określonych zachowań władz Holandii i Belgii. I mam nadzieję, że pan komisarz Andriukaitis rozmawiał albo będzie rozmawiał także z panem komisarzem Timmermansem, który reprezentuje w komisji Holandię. No i, jak widzimy, ten kraj właśnie jest odpowiedzialny za doprowadzenie do tej sytuacji.

Jan Huitema (ALDE). – Ondernemers zijn emotioneel en financieel gigantisch hard getroffen door de fipronilcrisis, ongeacht of het nu gaat om kooi-, scharrel-, vrije uitloop- of biologische bedrijven. Ik leef ontzettend met hen mee. Concreet heb ik daarom de volgende vraag: pluimveebedrijven waarvan de eieren, vlees of mest fipronilwaarden hebben boven de Europese MRL, krijgen geen exportcertificaat. Voor mest is er echter geen Europese MRL bekend. Dit betekent in de praktijk een absolute nultolerantie voor fipronil in mest. Voor bedrijven is het zeer moeilijk daaraan te voldoen. Pluimveebedrijven krijgen geen exportcertificaat voor hun eieren, dieren en vlees die vrij zijn van fipronil, omdat er sporen van fipronil worden gevonden in de mest. Mest die overigens wordt verbrand. De gevolgen voor pluimveebedrijven met bijvoorbeeld moederdieren is groot. Een groot deel van de broedeieren wordt bij deze bedrijven geëxporteerd. Zonder exportcertificaat lopen deze bedrijven het risico voor een lange termijn geen afzet te hebben en daardoor failliet te gaan. Kan de Europese Commissie ervoor zorgen dat eieren geëxporteerd mogen worden als ze vrij zijn van fipronil ondanks sporen van fipronil in de mest?

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Pane předsedající, pane komisaři, dnes tady řešíme, že se kvůli nedostatečné ochraně Evropou šíří vejce, která jsou označována jako toxická. Přitom belgické úřady věděly o podezření na kontaminovaná vejce látkou fipronil už začátkem června, ale informovaly o něm poprvé až 20. července. A já se vás tedy ptám: Opravdu je toto způsob, kterým se představujeme spolupráci a ochranu spotřebitelů?

Možná má mluvčí belgického Úřadu vlády pravdu a rozhodnutí nezveřejnit informace o prvním podezření bylo v souladu s evropskými předpisy. Pokud tomu tak ovšem bylo, pak se na evropské úrovni musí předpisy změnit. Já vás vyzývám, pane komisaři, abyste byl nositelem této změny.

Co však považuji za zcela skandální a nepřijatelné a motivované pouhou snahou ochránit své podniky je to, co belgická vláda udělala. Nešlo jí o zdraví evropských občanů, to považuji za zcela skandální, šlo jí pouze o profit vlastních podniků. A tomu bychom se měli vyvarovat a i tam musíme hledat cesty, aby se toto nemohlo v žádné jiné zemi už nikdy opakovat.

Martin Häusling (Verts/ALE). – Herr Präsident! Herr Kommissar! Es gibt einen Skandal im Skandal. Viele haben ja schon gesagt, dass es Monate dauert, bis nationale Behörden auf Verdachtsmomente reagieren. Dass es acht Wochen dauert, bis die Öffentlichkeit nach ersten Funden informiert wird, das ist ein Skandal! Aber auch die Reaktion der Kommission ist nicht angemessen gewesen. Es muss eine Verpflichtung geben, dass Mitgliedsländer sofort etwas melden, besonders, wenn es um Gesundheitsgefahren geht.

Warum hat die Kommission bei der Dimension des Themas dann nicht eine Task Force eingesetzt, um dem nachzugehen? Warum setzt man das erst Wochen später auf die Tagesordnung des Ministerrates? Das ist keine angemessene Reaktion. Da muss es von Seiten der Kommission deutlichere Reaktionen geben. Und natürlich geht es auch um ein agrarindustrielles System: Kein Bereich der Landwirtschaft ist so industriell wie die Eierzeugung, und dass da die Betrugsanfälligkeit höher ist, ist völlig klar. Deshalb müssen diese Bereiche stärker und effizienter kontrolliert werden, und ich bin mir mit vielen Kollegen darüber einig, dass dieses Mittel Fipronil nicht mehr auf den europäischen Markt gehört.

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident! Liebe Wähler, wir diskutieren heute über faule Eier in der EU – Stichwort Fipronil. Trump und Putin diskutieren derweil mit Nordkorea über den eskalierenden Atomstreit und versuchen, den abzuwenden. Friede unserem Hühnerstall – das ist die realpolitische Ambition der Europäischen Union und von Juncker und Merkel. Dieser neue grenzüberschreitende Lebensmittelskandal aus Belgien zeigt uns aber, dass die EU nicht funktioniert – vorne nicht und hinten auch nicht. Die EU will alles regulieren und harmonisieren, aber die nationalen und europäischen Lebensmittelkontrollbehörden funktionieren nicht, die Informationsmethoden funktionieren nicht, die Frühwarnsysteme auch nicht. Und nun heißt es auch noch, dass möglicherweise die Grenzwerte gar nicht richtig bemessen sind und vielleicht die Gefahr geringer ist als angenommen. „Was nun?“, fragt sich das Huhn. Und wir sagen: Vielleicht eiern wir etwas weniger rum und reformieren die EU mal von Grund auf.

Christel Schaldemose (S&D). – Hr. Formand! Både Kommissæren og Ministerrådet siger, at æggeskandalen viser, at vores fødevarervarslingssystem i EU virker. Jeg synes, æggeskandalen viser, at vores system ikke virker godt nok. Der er altså brug for, at vi strammer op. 24 medlemsstater har været ramt af denne skandale. Vi bliver nødt til at forpligte vores medlemsstater til at orientere hinanden med det samme, når der sker noget. Men orientering er simpelthen ikke nok. Vi har også brug for at kræve af medlemsstaterne, at de afsætter langt flere ressourcer til at kontrollere vores fødevarer. I dag er det hovedsagelig virksomhederne, der kontrollerer sig selv. Det er ikke godt nok. Medlemsstaterne bliver derfor nødt til at oppe sig, hvis dette system skal fungere bedre i fremtiden. Det synes jeg, vi skylder forbrugerne, som har krav på at vide, at deres fødevarer er sikre. Sådan er det desværre ikke i dag.

Bas Belder (ECR). – In mijn land, Nederland, is een groot aantal pluimveehouders, tussen 200 en 250, ernstig getroffen door de fipronilcrisis. De kosten zijn enorm: vernietiging van eieren, schoonmaken van de stallen, afvoeren van mest. Bedrijven dreigen hierdoor om te vallen. Twee vragen heb ik voor u, commissaris. Allereerst een vraag over de mest: kan de Commissie duidelijkheid verschaffen over de maximale residulimiet voor mest? Lidstaten blijken daar verschillend mee om te gaan. Op dit moment moeten pluimveehouders in mijn land mest verbranden, zelfs als deze geen fipronil bevat. Hierdoor blijven bedrijven onnodig op slot, met alle gevolgen van dien. Daarnaast een vraag over de schade: lidstaten blijken verschillend om te gaan met het verlenen van schadevergoedingen aan getroffen pluimveehouders. Welke ruimte, mijnheer de commissaris, heeft een lidstaat precies om een schadevergoeding te geven binnen de staatssteunregels? Graag meer duidelijkheid hierover vanuit de Commissie.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, señor comisario, el sistema de alerta rápida para alimentos y piensos y la trazabilidad en que se basa es una gran aportación de la Unión Europea a la seguridad alimentaria.

En el País Vasco, por ejemplo, fue la Dirección de Salud Pública del Gobierno vasco quien, el pasado 12 de agosto, en un tiempo récord, inmovilizó una partida presuntamente afectada por fipronil, acreditando la capacidad de las autoridades competentes para resolver la situación.

Pero la crisis del fipronil ha demostrado también que la resistencia de un Estado concreto —en este caso, al parecer, Holanda— a admitir que es el origen del problema, la tentación de sobreproteger lo propio pone en riesgo a los consumidores europeos y perjudica el buen nombre de toda la producción alimentaria europea. La crisis que sufrieron en 2011 los pepinos —y que resultó tener su origen en unos brotes de soja— debió servirnos para aprender una lección que no podemos volver a suspender.

Por eso necesitamos que, en la anunciada reunión de alto nivel, se exija más honradez, colaboración, transparencia y control para mejorar el sistema de alerta rápida para alimentos y piensos.

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – Monsieur le Président, je vois trois questions.

D'abord, qui a donné l'alerte? Le commissaire a indiqué: le système européen d'alerte rapide. Je pense que c'est un très bon outil, comme vous l'avez mentionné, mais il faut que l'on responsabilise les États membres. Comme cela a été dit, il est anormal que les Belges aient mis autant de temps et les Hollandais autant de temps. Cela veut dire qu'il faut proposer des amendements au niveau de la sanction, parce qu'il faut se servir de cet exemple pour que cela ne se reproduise pas.

Après, on a un deuxième problème: qui contrôle et comment? Regardez au niveau des États membres. Soit ce sont des agences, soit ce sont des opérateurs. J'ai regardé l'exemple de la France: sur 15 milliards d'œufs, il n'y a que 600 contrôles. C'est donc vraiment une aiguille dans une botte de foin. Et, quand j'ai regardé les contrôles, il n'y avait pas le fipronil, parce que le fipronil est modérément toxique, comme dit l'OMS. Vous voyez donc qu'il y a un gros souci au niveau du contrôle des produits.

Dernière chose, je trouve qu'il y a deux poids, deux mesures. Quand vous dites: «il n'y a pas de risque sanitaire», qu'en savez-vous Monsieur le Commissaire? On sait que le fipronil est neurotoxique, qu'il peut provoquer des cancers au niveau de la thyroïde et qu'en plus il s'accumule dans les graisses. Donc, comme cette situation est telle depuis septembre 2016, on ne connaît absolument pas les risques.

Piernicola Pedicini (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io ho portato in Aula queste due uova, che sono praticamente identiche: soltanto che una è contaminata dal fipronil e l'altra è incontaminata.

Allora, come avrebbe potuto fare un normale cittadino per distinguere queste due uova, per sapere quale scegliere? Chi doveva fare i controlli, signor Presidente? E come mai la Commissione non fa dei controlli indipendenti? Come mai i sistemi di allerta rapido olandese e belga in realtà non sono stati rapidi e hanno permesso tutto questo?

Allora noi diciamo che le frodi ci sono e ci saranno sempre: ma se i sistemi di controllo e di allerta rapida dell'Unione europea sono questi – e cioè praticamente dei colabrodo che fanno acqua da tutte le parti – allora noi dobbiamo capire qual è la soluzione: per noi la soluzione è che queste sostanze tossiche per la salute non vadano neanche autorizzate sul territorio dell'Unione europea. Non c'è altra soluzione.

Gilles Pargneaux (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, un nouveau scandale alimentaire trans-frontière en Europe a éclaté ces derniers mois: les œufs bourrés d'un insecticide, le fipronil.

Dix-neuf pays européens concernés, des dizaines de millions d'œufs et de produits transformés, comme les gaufres ou les biscuits pour enfants, ont été retirés de la vente.

Nous devons combattre la fraude alimentaire par certains au sein de l'industrie alimentaire européenne. C'est donc plus d'Europe qu'il nous faut pour améliorer le système d'alerte rapide pour les denrées alimentaires que j'ai déjà permis de renforcer en tant que rapporteur de notre Parlement sur les menaces transfrontières graves pour la santé en 2013.

Que faut-il faire alors? Rendre obligatoire pour les États membres l'alerte auprès des instances européennes qui existent et qui ont déjà démontré, ces dernières années, leur efficacité.

Monsieur le Commissaire, il est donc temps que ces politiques de lutte contre la fraude alimentaire soient, non plus de la compétence des États membres, mais une véritable politique européenne communautarisée. Il y va de notre sécurité alimentaire, donc de notre santé.

Beata Gosiewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Dzisiaj mamy skandal z fipronilem. Jaki skandal będzie jutro, jeżeli Komisja Europejska wreszcie na poważnie nie zajmie się kontrolą bezpieczeństwa żywności? Panie Komisarzu, stwierdził Pan, że krytyka systemu rasy jest nieuzasadniona. Ja się z Panem zgadzam. Ta krytyka należy się Komisji Europejskiej za to, że nie zapewniła bezpieczeństwa produkcji żywności i od ośmiu miesięcy obywatele Unii Europejskiej, konsumenci, byli narażeni na spożywanie jaj i mięsa drobiowego z fipronilem. Czy Komisja Europejska nie powinna ocenić ryzyka i zarządzić kontroli w Unii Europejskiej, jeżeli pojawił się problem w Belgii? To nie jest trudne do przewidzenia. Pan bagatelizuje problem ryzyka. Fipronil jest szczególnie szkodliwy przy długotrwałym stosowaniu, uszkadza system nerwowy, uszkadza nerki, wątrobę i tarczycę. Proszę tego nie bagatelizować, konsumenci Unii Europejskiej mają prawo być tym zaniepokojeni i czuć się niebezpiecznie kupując produkty, a oszuści, widząc, że instytucje Unii Europejskiej nie działają, właśnie takie oszustwa stosują.

Marc Tarabella (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, je vous remercie d'avoir relaté les faits tels qu'ils se sont passés. Vous avez eu raison d'insister sur le fait que, effectivement, la responsabilité relève davantage, en premier lieu, des criminels qui devraient être punis, car les crises à répétition, que ce soit celle de la vache folle, de la dioxine, de la viande étiquetée «bœuf» alors que c'est du cheval, du fipronil, sont autant de crises alimentaires qui jettent l'opprobre sur toute une filière qui ne mérite pas cela, alors que ce ne sont que quelques criminels qui trichent.

Mais c'est aussi la responsabilité des États membres. Il est vrai que les autorités belges ont quelque peu traîné: sept semaines entre le moment où elles ont été au courant du problème et celui où elles ont averti la Commission... Que dire des autorités néerlandaises? Cela faisait sept mois qu'elles étaient au courant. Depuis novembre 2016.

Monsieur le Commissaire, ne faut-il pas inviter les autorités nationales à communiquer plus vite? Ne pas changer le système, mais plutôt les responsabiliser et, pourquoi pas, en leur appliquant des sanctions, de manière à les inciter à être plus proactives à l'avenir dans des cas similaires de fraude.

Zgłoszenia z sali

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, jak zde již bylo řečeno, tak systém včasného varování existuje, ale jeho fungování je závislé na činnosti kontrolních národních orgánů, v tomto případě Nizozemska a Belgie. Důvěra občanů ve fungování vnitřního trhu je závislá na důslednosti v kontrole a objasnění všech pochybností.

V této souvislosti mě těší, že testy drůbežního chovu v České republice na fipronil dopadly negativně, a očekávám, že kauza fipronilu bude vyšetřena a viníci kontaminace budou potrestáni tak, aby důvěra spotřebitelů na vnitřním evropském trhu byla obnovena.

Olga Sehnalová (S&D). – Pane předsedající, evropští spotřebitelé mají ještě v čerstvé paměti aféry s neoznačeným koňským masem v potravinách nebo skandály s masem z Brazílie a na vnitřním trhu se objevila kontaminovaná vejce používaná navíc jako přísada v řadě dalších výrobků. Po více než měsíci od prvotních nálezů došlo teprve minulý týden v České republice k uvalení povinnosti kontrol dovážených vajec a vaječných produktů před uvedením na trh.

Je proto zcela na místě ptát se, zda dozorové orgány včas a dostatečně naplnily povinnost výměny informací v rámci systému rychlého varování a ostatní závazky, které vyplývají z dozoru nad trhem. Jsou sankce za porušení stávajících předpisů dostatečně odrazující, aby nedocházelo v potravinářství k používání zakázaných látek? Nad nekalými praktikami a opakovanými podvody v potravinovém řetězci na vnitřním trhu prostě nelze přivírat oči. Nejen, že cena za hazard s lidským zdravím jako v současné fipronilové kauze je až příliš vysoká, ale důvěra spotřebitelů ve vnitřní trh se bohužel opět otřásá v základech.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, πρόκειται για ένα τεράστιο διατροφικό σκάνδαλο με εκατομμύρια ύποπτα αβγά μολυσμένα από fipronil που κυκλοφόρησαν σε όλη την Ευρώπη και αποδεικνύεται ότι και στο Βέλγιο και στην Ολλανδία οι αρμόδιες εθνικές αρχές το γνώριζαν τουλάχιστον από τα τέλη του 2016. Το σύστημα λοιπόν δεν λειτούργησε.

Σε σχέση με την Ελλάδα όμως, κύριε Andriukaitis, μετά από συνεχείς παρεμβάσεις μου, αποκαλύφθηκε ότι τα υλικά εισήχθησαν στην Ελλάδα από τη Γαλλία, τριακόσια κιλά σκόνης από ασπράδια αβγού μολυσμένα με fipronil, και ενώ εγώ ζητούσα την απόσυρση των αβγών και ολοκλήρης της ύποπτης αυτής παρτίδας, τελικά οι αρμόδιες ελληνικές αρχές δεν το έπραξαν και με ανακοίνωση ενημέρωσαν ότι η ύποπτη παρτίδα των τριακοσίων κιλών από σκόνη από ασπράδια αυγών χρησιμοποιήθηκε από ελληνική επιχείρηση και δημιουργήθηκαν μίγματα σε αναλογία ένα προς εκατό, μία αναλογία στην οποία η συγκέντρωση fipronil, λέει ο ΕΦΕΤ, δεν είναι επικίνδυνη. Ακούστε πράγματα!

Ρωτάμε λοιπόν ποια είναι αυτή η ελληνική επιχείρηση που το έπραξε; Εσείς, ως Επιτροπή, συμφωνείτε με αυτή την απαράδεκτη ενέργεια; Τι μέτρα θα λάβετε; Είναι απαράδεκτο αυτό που συμβαίνει και στην Ελλάδα και σε όλη την Ευρώπη!

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Gerbiamas pirmininke, gerbiamas komisare, kolegos. Kalbėdamas apie didesnę Europos Sąjungos dalį ir net Honkongą pasiekusį fipronilo kiaušiniuose skandalą, noriu akcentuoti, kaip svarbu turėti sistemą, laiku ir operatyviai sureaguojančią į analogiškus skandalus bei užkertančią kelią rimto pavojaus kilimui. Europos Sąjungos rinka yra didžiulė, natūralu, kad joje kartkartėmis neapsieinama be panašių skandalų. Tačiau, manau, galime pasidžiaugti, kaip į šį atvejį sureagavo atitinkamos institucijos. Kita vertus, šis skandalas verčia susimąstyti ir apie kitus pavyzdžius, kaip antai glifosato likučiai maisto produktuose. Gal tai puiki galimybė atsigręžti į vartotojo lūkesčius ir atnaujinti diskusiją, kokių produktų tikimės ant savo stalo?

Esther Herranz García (PPE). – Señor presidente, este escándalo, el del fipronil, no solo es un problema de seguridad alimentaria, sino que fundamentalmente es de confianza: si la tenemos o no en los mecanismos de alerta en vigor desde hace cuatro décadas. Y no funcionan bien y, por tanto, este es un escándalo más.

En España aún recordamos cómo, hace unos años, el mal uso por parte de un Estado miembro y sus autoridades dio lugar a la denuncia injustificada contra productores españoles de pepino, que ha dado lugar a indemnizaciones millonarias por sentencia judicial hace escasos días.

Hoy, desgraciadamente, sí hay un fraude, y por un retraso de muchos meses en una comunicación de una contaminación que deberían haber hecho de forma inmediata los Estados miembros afectados. Pero esto denota la ineficacia y la deficiencia de funcionamiento de este instrumento.

Hay que asegurarse de que la opinión pública esté tranquila. Para ello, nada mejor que la prevención. Nada más adecuado que disponer de una legislación europea en *food defense*, que, como ya venimos advirtiendo a la Comisión desde hace dos años, es un instrumento que puede darnos la tranquilidad que necesitamos los consumidores y las herramientas que necesitan los productores. Se llama *food defense*. Norteamérica la tiene; ¿por qué no la tenemos aún nosotros?

También sería necesario aclarar cuál es exactamente el papel que juega la nueva red de fraude alimentario, creada en 2013 a raíz de la carne de caballo. ¿Para qué sirve? Queríamos saber su opinión.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la contaminazione da fipronil mostra tutta la vulnerabilità della nostra produzione agroalimentare. Lo scandalo in poco tempo si è diffuso a macchia d'olio, colpendo 24 Stati su 28. La tracciabilità deve essere totale su tutti i prodotti alimentari e occorre un forte inasprimento di pene per le aziende che commettono abusi e per quegli Stati membri che non fanno controlli preventivi.

È essenziale armonizzare il sistema di allerta rapido per alimenti e mangimi e del sistema di cooperazione bilaterale sulle frodi, che il Belgio aveva utilizzato nei primi giorni di giugno per chiedere informazioni all'Olanda. Vanno precisati chiaramente i termini per la notifica delle allerte nel sistema europeo e il conseguente avvio delle procedure di ritiro e richiamo, le modalità di gestione degli animali e delle uova negli allevamenti interessati dalla contaminazione e bisogna stabilire i fattori di concentrazione da applicare per la valutazione di conformità degli ovoprodotti.

Insomma, più trasparenza e più rapidità, ma anche più Europa per tutelare i nostri consumatori.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr, a mindenki által jól ismert tojásbotrány rávilágított arra, hogy a riasztási rendszer fejlesztése mellett a baromfityénysztés tartástechnológiája is javításra szorul, hogy összeurópai fellépés szükséges a kémikáliák élelmiszeripari várakozási idejével kapcsolatban, és arra is rávilágított, hogy a baromfinál az ún. állatjóléti támogatás hiánya kérdéseket vet fel. A megoldás csakis európai szintű lehet. Itt az ideje, hogy a közös piacot még erősebb közös élelmiszer- és takarmánybiztonsági rendszerrel támogassuk meg. A tojásbotrányhoz hasonló krízishelyzetek kialakulása esetére pedig megoldás lehet egy többéves krízisalaprendszer a meglévő egyéves krízisalapok gyakorlata helyett.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Mr President, I would like to say that I am very happy about those broad debates. Some of you made political statements. Of course, I agree that the Commission is responsible, as Ms Gosiewska said. I am responsible, I am personally responsible. It is a big test for me – and for you also, for all of us, because the situation is very delicate.

On the one hand, we know very well that we need to have facts, arguments, scientifically-based criteria and, of course, reality and fact-finding checks, not just talking generally. Because dissemination of mistrust, dissemination of fear, dissemination of misleading information also affects consumer perception. We need to understand balance and to see how to move forward together. This is not the time to name, blame and shame.

It was a big test for me on 20 July because I faced for the first time such a big challenge and we decided, on the one hand, to be very active, very precise, to communicate with governments, to discuss with ministers, and on the other hand, to manage information, to provide information for consumers.

You mentioned failures of the Rapid Alert System. No, this is not true. Only the Rapid Alert System allows us to understand where we are, how many countries are affected. The European Union produced 360 million eggs per day – please, calculate that per one week and then, can you imagine it, we withdrew 20, 40 million eggs from this big amount. It shows that our Rapid Alert System and tracking and tracing system is effective. That is true.

Another question is: how are we using information, how are we acting, especially in using two different systems with different tasks. A criminal investigation in one hand, the food safety issue in the other. How to build a coherent approach? It is our task to move forward and to enforce our situation.

Let me start with some concrete questions. Ms Dalli, Mr Agnew and Ms Rivasi raised questions on public health. As regards a possible risk to public health, eggs from only three farms exceeded the acute risk level. I would like to provide you with this real information. Only three farms exceeded the acute risk level. This means that the consumer would need to consume several eggs from these farms in a short period of time to exceed the acute reference dose.

As regards the chronic risk, long-term exposure to fipronil via eggs and egg products should not exceed the acceptable daily intake. From the analytical results available, the majority of the eggs are below that level. This is why we once again draw your attention to this. The risk to public health is really very low. This is not to minimise the incident, as it relates to the illegal use of unauthorised substances. So all in all, consumers are safe, as I mentioned.

Talking about action in the future: Mr Belet, Ms Dalli and Mr Demesmaeker raised those questions. After managing the consequences of the incident and having taken the necessary risk management measures, we now have to move on and understand what lessons can be learned from this situation.

On 30 August, a meeting of the Standing Committee on Plants, Animals, Food and Feed discussed the situation at a technical level and I asked Member States – France, the Netherlands, Germany and Belgium – to provide a coherent approach and to present their views and, of course, a thorough assessment and also proposals on how to deal with those issues together.

This means that I will organise a high-level ministerial meeting on 26 September because we need to address all the issues and questions which were raised today. I will collect your questions and will see how to include your questions on manure, zero tolerance, compensation issues. We need to understand the situation and we will present our conclusions to the Agriculture and Fisheries Council in October, because this is a sequence of problems.

Speaking of delays by the Member States, we have to look at this from two angles: the functioning of the system itself, and the use of the system. The system as such, as it was designed, is working well from my point of view. Once it has been put into the system, information has been flowing very well, but how to react quickly is another thing.

I fully understand the situation of the competent authorities because they have difficulties in deciding. First of all they must understand the source of the problems, then the extent of the problems, and then see how to react quickly because it was detected in a completely accidental way. This is very important once again. There are a lot of questions so perhaps I can collect those questions and answer them in written form, as I know we are pressed for time.

Speaking about compensation, the priorities for these coming weeks is for producers, business operators and Member States to take the necessary measures to ensure a high level of consumer protection and for the Commission to ensure harmonised enforcement of European Union rules in Member States.

The economic impact of this situation needs to be assessed before starting talks on potential compensation because the situation is not yet at an end. We need to assess the situation considering both the impact on producers and consumption levels in the long term, as well as the ongoing criminal investigation. But we must be sure that our compensation is not going into the hands of criminals. This is clear; we will look at the real picture. We will compensate those who were not involved in criminal activities, but those who were involved in criminal activities should be punished, we should not allow them to use our compensation.

Speaking about animal welfare issues, I agree: we need to discuss animal welfare issues. It does not matter what kind of farming – organic, non-conventional, and so on – but I think we have a good opportunity to use the animal welfare platform and to debate those issues, speaking about those questions.

On manure, as I mentioned, we need to understand that zero tolerance is very important, but of course I will ask my services, my advisers, scientists, to see how we may discuss those issues in more detail because it is a very technical question.

I spoke earlier about the collective responsibility that we bear for safeguarding higher standards of food safety and public health. I am heartened therefore that this House has taken such an active interest in this issue and I have listened closely to the debate today. Let me reiterate: we are determined to improve the use of, and coordination between, the Rapid Alert System and the Administrative Assistance and Cooperation System. However, we cannot and should not place the responsibility for the situation exclusively on these systems. They simply cannot function if they are not used correctly.

I feel that our dialogue today demonstrates the value of effective and continuous communication and we will do our best and we will present to you later our outcomes after 26 September and after the Council conclusions.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, mande llamar a todo el mundo, porque estamos haciendo verdaderos esfuerzos para escuchar a un comisario que está tratando de poner sobre la mesa —y ante un problema que nos preocupa mucho— soluciones. A quien no quiera escucharle, por favor, invítele a que salga, pero que mantenga el silencio en este Pleno, porque esto también forma parte de la imagen del Parlamento Europeo.

Matti Maasilta, President-in-Office of the Council. – Mr President, honourable Members, I have listened to the debate with great attention – a debate that was carried by deep concern about public health in Europe. The protection of public health in the EU is extremely important. This is why, over the years, the EU has built a comprehensive and solid system to ensure safe food for all and to detect unsafe or adulterated food. The events this summer call for a renewed assessment of this system. At the same time, all actors involved have to remain vigilant and act to ensure that there are no flaws in the functioning of the current system in place. If the in-depth assessment of the fipronil crisis shows the need to review and to improve the system, we should all stand ready to do whatever is required. Commissioner Andriukaitis, besides answering all the questions of substance, also laid out the next steps. 26 September will be the next chance at a high-level meeting to discuss these issues.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – Estamos ante una crisis provocada por el uso fraudulento de una sustancia prohibida en la desparasitación de animales de granja destinados al consumo. Sabemos ya que el riesgo para la salud, que pudiera derivarse, es bajo y se ha procedido, desde que se activó el sistema de alerta rápida, a la destrucción, retirada e inmovilización de los productos afectados. Ello demuestra el buen funcionamiento de nuestro sistema de trazabilidad de los productos. La contaminación se inicia en Países Bajos y Bélgica y en estos momentos hay investigaciones abiertas en varios Estados miembros. Los fiscales de estos países verificarán las muestras y ayudarán a determinar quién sabía qué. Por parte de la CE, la investigación continúa para extraer lecciones y mejorar nuestro sistema de alerta rápida que ha funcionado correctamente. No así la tardanza en notificar de algún Estado miembro. Al parecer, los primeros casos se detectaron a finales de 2016 y hasta el 20 de julio de 2017, la CE no recibió la notificación necesaria para activar el RASFF. La cuestión se analizará en una reunión ministerial de alto nivel convocada para el

26 de septiembre y cuyas conclusiones se elevarán al Consejo de Ministros de Agricultura de 10/11 de octubre.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Estamos ante una crisis provocada por el uso fraudulento de una sustancia prohibida en la desparasitación de animales de granja destinados al consumo. Sabemos ya que el riesgo para la salud, que pudiera derivarse, es bajo y se ha procedido, desde que se activó el sistema de alerta rápida, a la destrucción, retirada e inmovilización de los productos afectados. Ello demuestra el buen funcionamiento de nuestro sistema de trazabilidad de los productos. La contaminación se inicia en Países Bajos y Bélgica y en estos momentos hay investigaciones abiertas en varios Estados miembros. Los fiscales de estos países verificarán las muestras y ayudarán a determinar quién sabía qué. Por parte de la CE, la investigación continúa para extraer lecciones y mejorar nuestro sistema de alerta rápida que ha funcionado correctamente. No así la tardanza en notificar de algún Estado miembro. Al parecer, los primeros casos se detectaron a finales de 2016 y hasta el 20 de julio de 2017, la CE no recibió la notificación necesaria para activar el RASFF. La cuestión se analizará en una reunión ministerial de alto nivel convocada para el 26 de septiembre y cuyas conclusiones se elevarán al Consejo de Ministros de Agricultura de 10/11 de octubre.

Емил Радев (PPE), *в писмена форма*. – Скандалът това лято със заразените с фипронил яйца е безпardonен. Заразени яйца и продукти има в 26 държави членки и вероятно десетки други по целия свят. Моята родина България също е сред потърпевшите. Целият сектор е в шок, пазарът все още не може да се стабилизира, а загубите за фермери, производители и крайни потребители вероятно ще възлизат на стотици милиони евро. Искam да разбера от ЕК дали държавите-производители на проблема са информирали надлежно съответните органи чрез системата за бързо предупреждение за храни и фуражи и, ако да – в какъв срок? В случай, че ЕК не е имала навременна информация, какви мерки смята да предприеме срещу тези държави? Можем ли скоро да очакваме процедури за нарушение на европейското законодателство или по-скоро ще се търси ревизия и промяна на процедурите за уведомление? Очаквам гражданите да получат своевременна и надеждна информация. Новините по темата на моменти са противоречиви, което обърква и плаши потребителите, като същевременно създава допълнителна несигурност на пазара. В тази връзка призовавам компетентните органи за пълна прозрачност относно случаите на наличие на заразени продукти и адекватни действия за изтеглянето им от пазара. Разчитам на бързи и решителни действия за предотвратяване на проблема и ограничаване на щетите за европейските производители и потребители.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *în scris*. – Scandalul contaminării ouălor cu Fipronil și impactul său amplu ridică două categorii de probleme, în afara unei obligatorii îmbunătățiri a sistemului de alertă internă privind siguranța alimentară.

Prima prioritate este nevoia clară de a investiga modul în care sunt folosite insecticidele și produsele de protecție a plantelor, în general, în domeniul producerii alimentelor. În ce măsură putem fi siguri că astfel de substanțe nu au fost folosite ilegal, pe teritoriul UE, și în procesul de obținere a altor alimente esențiale precum carnea, laptele și produsele lactate etc? Controale ale modului de utilizare a acestor substanțe sau măsuri precum înăsprirea unor reguli de achiziționare pot preveni viitoare cazuri de contaminare a unor alimente cu substanțe chimice periculoase, contribuind major la protejarea sănătății cetățenilor.

Cealaltă prioritate este nevoia de a reconstrui încrederea consumatorilor din UE în producătorii de alimente. Câteva cazuri de fraudă au afectat major un sector al industriei alimentare; vorbim de costuri economice suportate de producători nevinovați, precum și de confuzie și suspiciune la nivelul consumatorilor, care nu mai știu ce produse sunt sigure. Comisia are responsabilitatea de a ajuta producătorii de alimente și fermierii europeni să-și reconstruiescă relația de încredere cu cetățenii. Aceste două priorități sunt, bineînțeles, conectate.

PRÉSIDENCE DE M. ANTONIO TAJANI

*Président***6. Erklärung der Präsidentschaft**

Le Président. – Mesdames et Messieurs les députés, chers collègues, il est de coutume que, lors de sa prise de fonction, le Président nouvellement élu prononce un discours devant l'Assemblée.

Lors de mon élection, au mois de janvier, il m'a semblé bon d'attendre quelque peu avant de partager avec vous ma vision des choses. Ce sera un discours bref.

Cela m'a permis de mesurer davantage le poids de la responsabilité qui est la mienne, en tant que Président, mais aussi de celle qui est la nôtre, en tant qu'institution et en tant que députés.

Il nous reste moins de deux ans avant les élections et nous avons devant nous des défis de taille: terrorisme, immigration illégale, emploi, changement climatique et Brexit.

Nos concitoyens nous demandent de répondre à leurs attentes. Ils s'adressent à nous car, au niveau européen, nous sommes leurs seuls interlocuteurs directs.

En mars, j'ai eu l'honneur de signer, au nom du Parlement, la déclaration de Rome. Notre engagement consiste à veiller constamment à ce que les objectifs que les gouvernements et les institutions européennes se sont fixés ne restent pas des déclarations de principe, mais se traduisent par des réponses concrètes pour nos concitoyens.

Nous avons adopté, en un temps record, des dossiers importants et complexes tels que l'EFSI, le Fonds européen pour le développement durable (FEDD), le paquet «protection des données» ou encore le corps européen de garde-frontières et de garde-côtes.

Depuis le début de l'année, nous avons déjà fait beaucoup. Nous avons stabilisé les marchés financiers, renforcé les fonds de capital-risque européens et les fonds d'entrepreneuriat social européens, approuvé avec différentes positions l'accord CETA et supprimé les frais d'itinérance.

Nous voterons dans quelques minutes des mesures visant à garantir la sécurité de l'approvisionnement en gaz. Beaucoup reste à faire. Nous voulons des résultats dans le cadre du marché unique numérique. Nous devons moderniser notre politique commerciale afin de protéger nos industries stratégiques. Nous devons renforcer la dimension sociale de l'Union européenne. Nous devons trouver un accord sur la réforme du système d'échange de quotas d'émission et assurer que la transition vers une énergie propre devienne une réalité.

La nouvelle commission sur le terrorisme se penchera prochainement sur la façon d'améliorer la lutte contre ce fléau. Nous devons travailler sur le paquet «défense» et renforcer davantage la politique industrielle.

La tâche la plus complexe qui nous attend demeure le paquet «asile». Nous savons que le retard provient du Conseil. Cependant, cela ne nous libère pas de notre devoir de faire au mieux pour conclure ce paquet avant la fin du mandat.

Demain, nous aurons l'occasion de discuter de tout cela avec le président de la Commission, lors du débat sur l'état de l'Union.

Chers collègues, nous sommes une machine législative extrêmement complexe et, pourtant, je dois dire que cela fonctionne plutôt bien. Je me réjouis que nous puissions compter pour ce faire sur une administration compétente, professionnelle et dévouée.

Je m'efforcerai de préserver l'harmonie et la bonne collaboration entre les différents organes de la Maison, car de cela dépendent finalement notre efficacité et notre capacité d'action. Notre rendement dépend également de nos conditions de travail. Voilà pourquoi j'attache à ces dernières une attention particulière.

Néanmoins, chers collègues, nous n'adoptons pas une législation simplement pour pouvoir annoncer que «nous avons fait quelque chose» dans tel ou tel domaine. Nous avons l'obligation de prendre les bonnes décisions et de faire les bons choix, car la législation que nous adoptons aura des effets sur la vie de 500 millions de citoyens pour les prochaines décennies.

Le législateur doit pouvoir discuter en profondeur de tous les aspects de la législation examinée et doit prendre le temps d'écouter nos concitoyens avant tout, mais aussi notre conscience.

Certes, nous devons aussi éviter que cela se traduise par des longueurs inutiles et des retards injustifiés. Je veillerai à ce que les «temps morts» des procédures législatives soient réduits au strict minimum.

Le Parlement doit contribuer à l'adoption d'une législation de qualité qui vise à résoudre les problèmes de nos concitoyens et non pas à en créer de nouveaux. Mais les citoyens attendent de nous également que nous défendions en Europe et dans le monde nos valeurs et nos principes: la liberté, la solidarité, la subsidiarité, les droits de l'homme et l'état de droit, l'égalité entre les femmes et les hommes et l'économie sociale de marché.

Je suis persuadé que les forces politiques ici représentées sont animées par le désir sincère de contribuer à améliorer la situation de nos concitoyens.

Chers collègues, nous sommes également l'une des deux branches de l'autorité budgétaire. Nous devons assurer cette fonction avec responsabilité, comme nous l'avons toujours fait, mais aussi avec vision.

Nous nous apprêtons à entamer les discussions sur le cadre financier pluriannuel. Je suis convaincu que le nouveau budget doit être un budget politique, qui sort des logiques distributives et qui se base sur des objectifs clairs.

Il faut d'abord faire des choix politiques et seulement ensuite décider des moyens budgétaires pour y parvenir, et non pas l'inverse.

Ce Parlement doit s'exprimer plusieurs fois sur la nécessité d'établir de nouvelles ressources propres. Je suis personnellement convaincu de cette nécessité et j'exhorte à continuer la réflexion et à en débattre au sein de notre Maison, ainsi qu'avec les autres institutions.

Chers collègues, regardez cette Assemblée. Dans cet hémicycle siègent des collègues qui viennent de toutes les régions d'Europe, des coins les plus éloignés de notre continent et des régions ultrapériphériques. Ici, tous les peuples de l'Union européenne sont représentés.

Le Parlement est le cœur de l'Europe. Ce Parlement est le seul endroit du continent où des représentants directement élus peuvent discuter ouvertement des questions continentales. Le seul lieu où ils peuvent se confronter, se connaître et travailler ensemble pour résoudre des problèmes communs.

Dans cette Assemblée se sont exprimés les chefs d'État des pays membres et du monde entier, des personnalités éminentes, de grandes figures de notre temps. Ceci confère à notre Institution une dimension qui va bien au-delà du rôle que les traités lui confèrent. Cette dimension doit être renforcée. À cette occasion je veux rappeler à tous les chefs d'État de l'Union qu'ils bénéficient d'une invitation permanente à s'exprimer devant la plénière.

Chers collègues, nous avons dans cette Assemblée une richesse inestimable de sensibilités politiques, d'opinions, d'idées. Nous voulons tous «un Parlement où l'on parle», mais toujours sur la base des idées et du respect mutuel.

Nous sommes un Parlement vivant et je veillerai à ce que toutes les énergies et les idées présentes dans cette salle puissent s'exprimer et contribuer à la discussion et à la réflexion. Comme je le dis toujours, je veux être le Président du Parlement, non pas un premier ministre.

Le Parlement doit se remettre à la tête de la réflexion sur l'avenir de l'Europe et donner l'impulsion politique dont l'Union a un besoin constant. Il faut changer l'Europe là où cela est nécessaire mais il faut aller de l'avant.

Le Président de la Commission – que je remercie – nous a soumis un document de réflexion sur l'avenir de notre projet commun. Je sais que toutes les familles politiques ont mené cette réflexion. Le temps est venu d'échanger nos conclusions respectives, par exemple lors d'un grand débat ouvert en plénière.

Aussi faudra-t-il encore échanger avec les principaux acteurs européens que l'on doit inviter ici. Ce sera l'occasion pour le Parlement de se positionner au centre du débat et d'accomplir le rôle de forum de discussion politique qui lui est propre.

Chers collègues, lors de son discours d'investiture, mon illustre prédécesseure Simone Veil rappela que *«le contrôle démocratique est la première fonction de toute assemblée élue»*. Nous avons donc le devoir d'être exigeants dans l'exercice de ce contrôle envers l'exécutif.

La pratique des *«Spitzenkandidaten»*, inaugurée lors des dernières élections européennes, renforce davantage le lien de confiance politique entre le Parlement et la Commission. Il faut consolider ce développement.

Pour que l'Union fonctionne, la Commission doit pouvoir compter sur la confiance et l'appui du Parlement. Toutefois, cette confiance n'est pas automatique et doit être méritée chaque jour.

Je prône, enfin, la bonne entente entre institutions, le respect mutuel, la coopération loyale. Notre unité c'est notre force, ne l'oublions jamais.

Notre histoire montre que le renforcement de l'Union s'est toujours accompagné d'un renforcement du Parlement. Je demeure convaincu que la bataille pour obtenir un droit d'initiative est capitale en ce sens et doit continuer. Le renforcement de la dimension parlementaire de l'Union passe également par une coopération de plus en plus étroite avec les parlements nationaux.

L'Europe sera démocratique ou ne sera pas. J'insiste, le Parlement est le cœur vivant de la démocratie et confère à l'Union la légitimité démocratique. Sans ce Parlement, l'Union ne serait qu'un système de congrès, appuyé sur une bureaucratie froide et lointaine. Le Parlement assure et incarne la primauté de la politique sur la bureaucratie.

Chers collègues, le Parlement est la véritable «caisse de résonance» des attentes des citoyens européens. Nous devons les écouter, instaurer avec eux un dialogue permanent, ouvert et transparent. Nous sommes le Parlement le plus ouvert au monde. Mon effort tout au long de mon mandat sera de veiller à garder nos portes ouvertes aux citoyens.

Chaque député est appelé à jouer un rôle fondamental de lien entre les citoyens et les institutions de l'Union: il n'est pas seulement un représentant des citoyens auprès de l'Union, mais également un représentant de l'Union auprès des citoyens. C'est un travail considérable, qui nous occupe chaque moment de notre journée, y compris pendant les week-ends. C'est pourquoi il faut dire haut et fort que les députés ne sont pas seulement un doigt sur le dispositif de vote ou une main levée en plénière: ils sont les représentants des peuples européens et méritent d'être respectés et écoutés. Ils sont leur voix et ils doivent pouvoir l'exprimer.

(Applaudissements)

Telle est ma vision et je ferai tout ce qui sera en mon pouvoir pour que la dignité des députés soit préservée et leur rôle mis en valeur. Nous devons être fiers de ce que nous sommes. Moi, en tant que Président et collègue, je suis fier de votre travail, ici et en dehors de cet hémicycle.

Je vous remercie de ce que vous faites dans les coulisses, dans les commissions, dans les groupes politiques, dans les différents organes de la Maison et, surtout, dans vos collèges électoraux.

Je vous dis merci de l'énergie que vous dépensez chaque jour en réunions, discussions, négociations, conférences, contacts, rencontres avec les citoyens et la société civile. Votre travail n'est pas toujours visible mais, finalement, il assure l'exercice de la démocratie au sein de l'Union.

I am proud of you. I am proud to be President of this Parliament.

Sono fiero di essere Presidente di questo Parlamento.

Je vous remercie également de la confiance que vous m'avez accordée. Je ferai de mon mieux pour en être digne.

(L'Assemblée, debout, applaudit l'orateur)

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

Iratxe García Pérez (S&D). – Señor presidente, quería informar a esta Cámara que ayer una joven cooperante española, Lorena Enebral, fue asesinada realizando su labor como cooperante de Cruz Roja en Afganistán. Entiendo que es importante y necesario que desde este Parlamento lancemos un mensaje de apoyo y solidaridad a su familia y a la Cruz Roja y un reconocimiento a todos los hombres y mujeres que dedican su tiempo, su conocimiento y su vida a ayudar a los demás.

Przewodniczący. – Dziękuję Pani za ten głos, dziękuję za Państwa reakcje.

7. Abstimmungsstunde

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest głosowanie.

(Wyniki i inne szczegóły dotyczące głosowania: patrz protokół)

7.1. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Marie-Christine Boutonnet (A8-0259/2017 - Heidi Hautala) (Abstimmung)

7.2. Ernennung von Simon Busuttil zum Mitglied des Ausschusses gemäß Artikel 255 - AEUV (B8-0503/2017) (Abstimmung)

7.3. Namentliche Zusammensetzung des Sonderausschusses Terrorismus (Abstimmung)

7.4. Abkommen zwischen der EU und Island zum Schutz geografischer Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel (A8-0254/2017 - David Borrelli) (Abstimmung)

7.5. Abkommen zwischen der EU und Island über zusätzliche Handelspräferenzen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (A8-0256/2017 - David Borrelli) (Abstimmung)

7.6. Umsetzung der Mediationsrichtlinie (A8-0238/2017 - Kostas Chrysogonos) (Abstimmung)

7.7. Franchisingpraxis im Einzelhandel (A8-0199/2017 - Dennis de Jong) (Abstimmung)

— *Przed rozpoczęciem głosowania:*

Dennis de Jong, Rapporteur. – Ik zal het heel kort houden, maar omdat we geen plenair debat gehad hebben over mijn verslag, wil ik van deze gelegenheid gebruik maken om de Commissie op te roepen de aanbevelingen die in de Commissie interne markt vrijwel unaniem werden aanvaard, snel en concreet op te volgen. Ondernemers gaan niet snel naar de rechter, zeker niet tegen een moederbedrijf. En toch kunnen er tal van misstanden zijn bij de franchisewereld. De komende maanden verwacht ik van de Commissie dat ze actie onderneemt tegen mogelijke oneerlijke handelspraktijken en ook het concurrentiebeleid onder de loep neemt. We moeten af van de passieve houding van de Commissie tot nu toe.

7.8. Eine Weltraumstrategie für Europa (A8-0250/2017 - Constanze Krehl) (Abstimmung)

7.9. Akademische Weiterbildung und Fernstudium als Teil der europäischen Strategie für lebenslanges Lernen (A8-0252/2017 - Milan Zver) (Abstimmung)

7.10. Aufhebung überholter Verordnungen in der Binnenschifffahrts- und der Güterkraftverkehrsbranche (A8-0228/2017 - Karima Delli) (Abstimmung)

7.11. Förderung der Internetanbindung in Kommunen (A8-0181/2017 - Carlos Zorrinho) (Abstimmung)

7.12. Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung (A8-0310/2016 - Jerzy Buzek) (Abstimmung)

7.13. Walfang in Norwegen (B8-0499/2017) (Abstimmung)

7.14. Beitritt der EU zum Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (A8-0266/2017 - Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy, Anna Maria Corazza Bildt) (Abstimmung)

— *Przed rozpoczęciem głosowania:*

Steven Woolfe (NI). – Mr President, I rise under Rule 184 and refer to the English version of the paper, page 10 of 24, section 4, which makes the sentence that Parliament ‘strongly affirms that the denial of sexual and reproductive health and rights services, including safe and legal abortion, is a form of violence against women’.

This clause could effectively make it a criminal offence for anyone who believes in the reduction of abortion or believes in abortion. The accompanying legal paper that is attached to it makes no reference to the potential crime of being an abortion denier. I would therefore ask in respect that the legal team refer to this document and review it once again, otherwise millions of people in the European Union as a result of this could be deemed a criminal immediately upon this vote.

Przewodniczący. – Dziękuję bardzo. Odnotowujemy to wystąpienie, chociaż jest ono trochę z boku tego, nad czym będziemy głosować.

7.15. Auswirkungen des internationalen Handels und der Handelspolitik der EU auf globale Wertschöpfungsketten (A8-0269/2017 - Maria Arena) (Abstimmung)

Przewodniczący. – Niniejszym zamykam głosowanie.

8. Stimmerklärungen

8.1. Eine Weltraumstrategie für Europa (A8-0250/2017 - Constanze Krehl)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Diane James (NI). – Mr President, the United Kingdom is a major component of the European Union Space Programme, and in my United Kingdom South-East regional constituency I have companies and universities at the forefront of developing responses to the challenges of space exploration and development. The United Kingdom's role will not diminish post-Brexit. Hence I voted to ensure that this pivotal role continues as part of a vibrant and energetic response to the challenges from the likes of China, India, Russia and the United States.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem hlasoval pro tuto zprávu, protože považuji vesmírný prostor za nesmírně důležitý, ale pro mě je také podstatné, že zpráva obsahuje i inovativní momenty, jako je například právě podpora malých a středních podniků, podpora start-upů při využívání technologií, které svým zdrojem vlastně pochází z toho vesmírného prostoru.

Zároveň bylo pro mě velmi inspirativní, že paní zpravodajka nalezla i úlohu obcí a měst právě při plánování rozvoje a využití technologií, které přichází z vesmírného prostoru. To jsou, myslím, velmi inspirující podněty. Já jsem nejen z tohoto důvodu, ale například i z prostého důvodu, že kosmická agentura sídlí v Praze a jedná se o velmi inspirativní odvětví v rámci rozvoje Evropské unie, tuto zprávu podpořil.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Przede wszystkim chciałem zwrócić uwagę na to, że to jest sprawozdanie kluczowe. I wreszcie w tej materii nie jest kompromisem, lecz optymalnym dokonaniem ocen ważnej aktywności i Parlamentu Europejskiego, i Komisji. Przede wszystkim chcę zwrócić uwagę na to, że podkreślono – co jest bardzo istotne – konieczność budowania długoletnich gwarancji finansowych. Po drugie, wpisano wreszcie w sprawozdanie, że cywilny – to prawda – cywilny system kosmiczny Galileo i Copernicus musi także pełnić role związane z bezpieczeństwem Europy, bezpieczeństwem obywateli. I ostatnia rzecz, na którą sam zwracam uwagę, pojawiła się w sprawozdaniu, a obejmuje dwie kwestie: konieczność poprawy edukacji i promocji samego projektu. Od tego zależy jego efektywność.

8.2. Akademische Weiterbildung und Fernstudium als Teil der europäischen Strategie für lebenslanges Lernen (A8-0252/2017 - Milan Zver)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Diane James (NI). – Mr President, academic further and distance education as part of a life-long learning strategy are to be commended, and they do not require the European Union membership to enact. I have supported this vote to ensure that young people across Member States have a level playing field in terms of the instruments available to achieve their educational goals. The challenge, though, will be for national governments to ensure that commercial suppliers now deliver.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE). – Mr President, I have supported this vote because life-long learning is a necessity in today's dynamic, technologically-driven societies. Customised distance learning which offers more flexible access to education is becoming essential, especially for people with special needs and other vulnerable groups, people in employment or people living in remote areas.

Mr President, academic further and distance education are rapidly expanding sectors with significant potential in terms of economic growth and job creation as they pay and play an increasingly important role in facilitating the adaption of workers to economic and technological change throughout their professional lives. It has become clear that in order to remain competitive, and to give low- and high-skilled workers alike the best chance of success, businesses together with education and training institutions need to offer training and career-focused education throughout people's working lives.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Kolega Milan Zver wykonał tu kawał dobrej roboty. Natomiast chcę podkreślić, że w swoich ocenach był bardzo łagodny. Z mojego punktu widzenia warto było to sprawozdanie poprzeć, ale warto też podkreślić, że nauczanie na odległość pozostawia bardzo wiele do życzenia. Krótko mówiąc, mamy tu wiele do zrobienia.

Popierając system boloński chciałbym też zwrócić uwagę na jego ograniczenia. Różnorodność modeli kształcenia, lepsze ich dostosowanie czy dopięcie do zadań i rynków biznesowych będzie Europie służyć. Pomimo konieczności wspierania tego ujednolicenia całego projektu, całego systemu, czyli stosowania określonych matryc, cały czas opowiadam się jednak za pewną różnorodnością, za pewną jednak elastycznością, za pewną jednak swobodą, zarówno na szczeblu akademickim, jak i niżej, bo będzie to służyć rynkowi pracy, krótko mówiąc, naszej pomyślności gospodarczej i ekonomicznej.

Момчил Неков (S&D). – Уважаеми г-н председател, докладът на г-н Звер извежда на преден план някои основни проблеми пред академичното продължаващо и дистанционно образование.

За мнозина се оказва трудно да работят и да учат едновременно, други пък не могат да си позволят да учат в университета, в който искат, или пък да се преместят на по-далечно населено място поради липса на финансови възможности. Редовното следване се оказва предизвикателство за младите хора, които живеят в отдалечени и слабо населени местности. По-гъвкавите образователни системи, в частност дистанционното обучение, могат да бъдат решение на тези предизвикателства.

За това смятам, че е изключително важно да се гарантира достъпът до него и да се подобри неговото качество, за да могат младите хора да бъдат по-адаптивни към променящите се условия и да станат по-конкурентноспособни.

Смятам за изключително важно да се обърне внимание и на необходимостта от признаване на уменията и компетентностите придобити извън редовната форма на образование. Традиционното образование не е единственият път към професионалния успех. Днес работодателите все повече ценят и търсят умения, които се придобиват извън класната стая. Именно дистанционното обучение е възможност за повишаване на квалификацията и натрупване на умения, без това да пречи на баланса между работата и личния живот.

8.3. Förderung der Internetanbindung in Kommunen (A8-0181/2017 - Carlos Zorrinho)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η διαδίκτυακή διασύνδεση των τοπικών κοινωνιών αποτελεί μια σημαντική πρωτοβουλία. Θα πρέπει βεβαίως να διασφαλίσει καθολική προσβασιμότητα, χωρίς αποκλεισμούς και για λόγους κοινωνικούς και οικονομικούς, αλλά και για λόγους γεωγραφικής απόστασης. Αυτό ισχύει ιδίως για τα νησιά του Αιγαίου, όπως είναι το Αγαθονήσι, ένα πολύ μικρό νησί με 154 κατοίκους το οποίο συνεχώς απειλείται από την Τουρκία. Η προσπάθεια λοιπόν αυτή ενισχύει ταυτόχρονα και την εδαφική συνοχή. Βεβαίως πρέπει να λάβουμε υπόψη ότι τα χρήματα πρέπει να φτάσουν σ' αυτές τις μικρές κοινότητες και θα πρέπει το σύστημα να είναι τέτοιο που να διασφαλίσει την προσβασιμότητα σε όλους.

Θεωρώ ότι το γεγονός ότι υπάρχει η άποψη ότι «first come first served» - αυτός δηλαδή που έρχεται πρώτος και ζητά θα πάρει τα χρήματα – στην ουσία θα ενισχύσει τις κοινότητες οι οποίες είναι πιο έτοιμες, εις βάρος των κοινοτήτων οι οποίες δεν είναι τόσο έτοιμες. Ταυτόχρονα, το σύστημα πρέπει να ενισχύσει και τις αγροτικές περιοχές, να διασφαλίσει κονδύλια και, φυσικά, να υπάρχει δωρεάν προσβασιμότητα όπως και προβλέπεται από τη ρύθμιση.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já myslím, že je dobrou zprávou, že Evropský parlament dnes přijal návrh nařízení o podpoře internetového připojení obcí. Chtěla bych zdůraznit důležitost regionální proporcionality a tedy dostupnost obcí i v regionech. Chtěla bych také zdůraznit i to, že Evropský parlament k původnímu návrhu Evropské komise přijal pozměňovací návrhy, které zamezí zdvojení, a tedy vyloučí ohrožení hospodářské soutěže.

Myslím, že pro občany je to dobrá zpráva, zejména pro země s velkou hustotou malých obcí, kde ještě připojení k internetu není plně zabezpečeno. Týká se to samozřejmě i České republiky a je důležité, aby Evropská komise i členské státy maximálně zpřístupnily informaci o tomto projektu do obcí.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr, szavazatommal támogattam a jelentést, mert az ingyenes WiFi hozzáférés biztosítása nagy lépés a digitális szakadék csökkentésére és a digitális Európa létrehozása felé. Ugye ma már mindenkinek szüksége van internetre, a széles sávú internetelérhetőség azonban még mindig minden tagállamban alacsonyabb a vidéki területeken. Különösen pozitív számonra, hogy mindezt az „Okos Falvak” („Smart Villages”) kezdeményezés is célul tűzte ki. A teljes internetfedettségen túl, illetve annak segítségével további fejlesztéseket lehet megvalósítani az európai falvakban. Olyan élő, aktív digitális megoldásokat kínáló környezetet fog létrehozni az „Okos Falvak” kezdeményezés, amely megállítja a falvak pusztulását, az elvándorlást és a vidéki leépülést. Az okos falvak ötletébe kiválóan illeszkedik tehát a „WiFi4EU” program, amely sok település számára az első lépést jelentheti a digitális Európa felé.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, tugaim lántacaíocht do na moltaí seo agus bhí áthas orm labhairt ar an ábhar ar son mo ghrúpa ar maidin. Tá sé an-tábhachtach go mbeadh fáil ar an idirlíon ag gach uile shaoránach san Aontas, gan eisceacht, ach ní mar sin atá go háirithe faoin tuath. I mo thír féin mar shampla, tá a lán áiteanna amuigh faoin tuath agus tá luas an idirlíon atá ar fáil dóibh dhá uair níos moille ná mar atá sé, mar shampla, sa phríomhchathair – Baile Átha Cliath.

Níl sé seo sásúil; dá bharr tá easpa infheistíochta ann, easpa jabanna, agus tá an t-aos óg ag teitheath na tuaithe. Is féidir é sin a athrú agus cabhróidh an scéim nua seo chun é sin a dhéanamh. Chuige sin, molaim gach uile dhuine a bhí páirteach sa scéim seo a thabhairt dúinn agus tá súil agam go gcuirfidh údarais in Éirinn isteach ar an scéim.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil také tuto zprávu, protože přístup k internetu je skutečně o kvalitě života každého z nás. Jde o to, abychom vytvářeli srovnatelné podmínky právě pro přístup k internetu, ke konektivitě. Když se v některých obcích nebo na některých územích v Evropě zeptáte, zdali mají připojení vůbec třeba 3G, tak je to jakoby výlet na Mars. A to už se bavíme o páté řadě připojení.

Myslím si, že tento přístup je právě velmi důležitý, aby se venkov nevyliďňoval, abychom skutečně stvořili inteligentní vesnici a pomáhali ji dále udržovat. V České republice je 6 250 obcí, to je velký počet a právě tento přístup představuje velkou výzvu a velkou výhodu i pro české, moravské a slezské vesnice.

Zároveň bych chtěl kritizovat českou vládu, protože v třetím nejvyšším příředu peněz na zajištění konektivity v tomto programovacím období nevyčerpala zatím ještě ani korunu.

Diane Dodds (NI). – Mr President, high-speed internet connectivity is an important tool towards encouraging the creation of jobs and attracting inward investment. Since 2008, DUP ministers in the Department for the Economy in Northern Ireland have channelled approximately GBP 65 million into upgrades in our telecoms networks. We are also delighted that, as part of a confidence and supply deal with our Government, GBP 150 million will be invested in ultra-fast broadband across our province over the next two years. It is now important that this money reaches those in greatest need, particularly in rural areas where internet speeds are poor.

The Sinn Féin refusal to form an executive government by holding Northern Ireland to ransom because of a political wish list will not stop this vital investment from going ahead. However, it does hold the potential to prevent local Ministers from making local decisions on how it is spent. It is now time that Sinn Féin – and those who in recent weeks have chosen to prop them up – remove all the barriers towards the restoration of devolution in Northern Ireland.

8.4. Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung (A8-0310/2016 - Jerzy Buzek)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, volevo argomentare il voto contrario alla relazione, a partire da una considerazione fondamentale: di fatto, si stanno impedendo e allontanando nuovi investimenti sulle energie rinnovabili e non ci fidiamo assolutamente di questa retorica di nuovi standard di trasparenza e sicurezza, che sarebbero poi affidati alla Commissione.

Mi chiedo cosa abbia fatto la Commissione, ad esempio, per ottenere sicurezza e trasparenza sulla *Trans-Adriatic pipeline*, che partirà dall'Azerbaigian e attraverserà il Mare Adriatico; che cosa abbia fatto in termini di trasparenza, ad esempio, sullo scandalo che ha coinvolto la famiglia del Presidente dell'Azerbaigian e, soprattutto, mi chiedo che cosa si intenda per trasparenza quando del *pipeline* in questione si parla ormai esplicitamente in termini di *mafiodotto*.

Non credo sinceramente che la nuova politica energetica dell'Unione europea si possa basare su una sostituzione della Russia con paesi come il Qatar e l'Azerbaigian: davvero, ci saremmo aspettati una svolta più significativa in termini di investimento sulle rinnovabili.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtarán, ba mhaith liom ar dtús comhghairdeas a ghabháil le mo chara, an tUachtarán Jerzy Buzek as ucht an dea-obair a rinne sé sa tuarascáil seo; agus bhí áthas orm coimoibriú leis maidir le hé a chur chun críche. Gan dabht ar bith, tá sé an-tábhachtach go mbeadh gás ar fáil do gach uile thír san Aontas agus go mbeadh bealaí éagsúla chun é a thabhairt isteach i ngach tír. Dá bhrí sin, na moltaí atá anseo cabhróidh siad chun é sin a dhéanamh, agus freisin an comhoibriú a bheidh ann idir na tíortha san Aontas. Beidh sin an-tábhachtach. Maidir le mo thír féin, tá amhras orm go mbeimid ag brath rómhór ar an Ríocht Aontaithe nuair a fhágfaidh siad an tAontas don ghás; an chuid is mó de ag teacht isteach ar chónascadh amháin, agus níl sé seo sláintiúil. Dá bhrí sin, tá seans againn sean-LNG a chur chun críche agus gás a thabhairt isteach sa chás seo, agus is PCI é sin don tír agus tá súil agam gur féidir linn é a thógáil go luath.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem tuto zprávu rovněž podpořil. Důvod mého hlasování právě představuje součást dohody mezi Evropským parlamentem a Radou v prvním čtení, která zahrnuje regionální přístup v posuzování rizik a vytvoření plánu preventivních a zmírňujících opatření na bázi takzvaných koridorů pro nouzové dodávky.

Jedná se o efektivní a účelný způsob, jak dosáhnout výrazně vyšší úrovně energetické bezpečnosti. To je hlavní důvod, proč jsem podpořil tento návrh zprávy, respektive toto usnesení. Dohoda mezi Evropským parlamentem a Radou rovněž zavádí doložku o solidaritě jakožto právně závaznou zásadu a nejzazší řešení. Ta by však neměla být vnímána jako alternativa tržních preventivních opatření, ale jako postup, který je tím *ultima ratio*, to znamená tím nejzazším opatřením.

8.5. Walfang in Norwegen (B8-0499/2017)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, votei a favor desta resolução porque entendo que a União Europeia e os Estados-Membros devem, de forma assertiva, apoiar a manutenção da moratória mundial à atividade baleeira comercial e a proibição do comércio internacional de produtos de baleia.

De facto, não obstante a Comissão Baleeira Internacional ter imposto uma moratória mundial sobre a atividade baleeira comercial, a verdade é que a Noruega continua a caça à baleia. Aliás, a Noruega chegou até, em 2017, a aumentar acentuadamente as exportações de carne de baleia. Saliente-se que os produtos derivados das baleias são exportados da Noruega para o Japão atravessando pelo menos três portos da União Europeia e a União Europeia, ao permitir este trânsito, está a facilitar o comércio de espécies de baleias que são protegidas pela legislação europeia e cuja caça viola a proibição internacional da atividade baleeira comercial.

Desta forma deve a Comissão avaliar todas as possibilidades no sentido de garantir que a carne de baleia não possa ser expedida ilicitamente através de portos da União Europeia e o Conselho e a Comissão devem adotar uma abordagem comum nas futuras reuniões da Comissão Baleeira Internacional relativamente à caça à baleia e devem estabelecer contactos com os países terceiros no sentido de alcançar uma maioria a favor da criação de santuários de baleias.

Com a aprovação desta resolução, a União Europeia dá um sinal claro de repúdio desta prática bárbara e desumana.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η φαλαινοθηρία για εμπορικούς σκοπούς έχει απαγορευθεί παγκοσμίως μέσω μορατόριουμ που επιβλήθηκε από τη Διεθνή Επιτροπή Φαλαινοθηρίας. Και όμως, παρ' ότι ισχύει αυτό, η Ιαπωνία και κυρίως η Νορβηγία παρανομούν συνεχώς και παραβιάζουν τις αποφάσεις της διεθνούς κοινότητας. Έτσι η Νορβηγία από το 1993 συνεχίζει τη φαλαινοθηρία, παραβιάζει το μορατόριουμ και τον κατάλογο sites. Για το 2017 έχουμε συγκεκριμένες καταγγελίες: η Νορβηγία αύξησε την ποσότητα όσον αφορά τη φαλαινοθηρία από 880 σε 999 φάλαινες. Μάλιστα η Νορβηγία χρησιμοποιεί και λιμάνια της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την εξαγωγή προϊόντων φάλαινας προς την Ιαπωνία.

Πώς γίνεται αυτή η μετακίνηση κρέατος φάλαινας μέσω λιμανιών της Ευρωπαϊκής Ένωσης; Τηρούνται οι κανονισμοί και ιδίως ο κανονισμός 338 του 1997; Υπερπήφισα την υπό συζήτηση έκθεση διότι θεωρώ ότι αντιμετωπίζεται το θέμα της παράνομης φαλαινοθηρίας από πλευράς Νορβηγίας.

Diane James (NI). – Mr President, I have supported this vote, despite real misgivings that it was not taut enough, on the basis that at least it is a step in the right direction. But if the European Union was actually serious about tackling this issue it would propose enforceable sanctions, but of course the European Union is dependent on Norwegian oil and gas, and hence that is a step too far. Norway hunts minke whales under a so-called International Whaling Commission objection, the hunt relies on state subsidies and the government is constantly searching for new markets to exploit – with young people and tourists being major targets. Norway has aggressively fought to retain its right to hunt whales, despite it being unnecessary, uneconomical and unquestionably cruel. I am calling upon Norway to stop it, and to stop it today.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, téma ochrany zvířat je pro mě osobně velmi důležité. Jsem přesvědčen, že moderní politika musí chránit zvířata. Zvířata jsou živé bytosti, které trpí, a my tyto věci musíme vnímat. Zvířata nejsou věci.

Proto jsem dnes podpořil usnesení Evropského parlamentu, které jasně vyzývá Norsko, které nedodržuje zákaz komerčního rybolovu velryb, aby tento zákaz začalo dodržovat a aby přestalo navyšovat kvóty, které každý rok upravuje a každý rok zvyšuje počet velryb, které jsou takto uloveny. Velryby jsou živé bytosti, mají mimořádně prospěšný přínos pro mořský ekosystém. Navíc ten způsob lovu je mimořádně neetický a pro zvířata bolestivý.

Takže jsem velmi rád, že jsme toto usnesení přijali a plně jsem je podpořil.

8.6. Beitritt der EU zum Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (A8-0266/2017 - Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy, Anna Maria Corazza Bildt)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Wszyscy, zwłaszcza na pewnym poziomie rozwoju osobowego, także na poziomie państw, powinni przeciwdziałać każdej formie przemocy dotyczącej kobiet zarówno domowej, jak i psychicznej. Jednak głosowałam przeciwko sprawozdaniu z prostej przyczyny, gdyż przemoc nie powinna być zwalczana przemocą, a takie znamiona mają zapisy traktujące odmowę zabicia dziecka poczętego jako przemoc poza innymi kontrowersyjnymi określeniami. Przypominam także tym, którzy używają argumentu dyspozycji własnym ciałem, że jako ludzie mamy ograniczoną władzę i nie potrafimy sterować większością funkcji fizjologicznych czy automatycznych. Tym bardziej poczęte dziecko nie jest częścią ciała, jest odrębną istotą najbardziej narażoną na przemoc według unijnego

prawa, które mówi, że aborcja jest prawem człowieka. Stosując presję ideologiczną, także używa przemocy.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor presidente, he votado a favor de la adhesión de la Unión Europea al Convenio de Estambul, porque creo que tenemos que ser firmes en la prevención y en la lucha contra todas las formas de violencia contra las mujeres.

Sin embargo, aún faltan trece Estados miembros por firmar el Convenio, y aquellos que lo han ratificado aplican políticas insuficientes todavía. Es el caso de España, donde el presupuesto se reduce desde hace años —lo que ha sido denunciado por la CEDAW— sin que se haya reducido el número de asesinatos.

En una Unión Europea donde una de cada tres mujeres mayores de 15 años ha sido víctima de algún tipo de violencia machista, tenemos que dar aún pasos de gigante, empezando por la garantía habitacional para las víctimas, pero, también, garantizando la coordinación y la cooperación entre Estados para evitar casos como el de Juana Rivas, que ha pasado de ser una víctima de malos tratos por parte de su pareja a pasar a ser considerada culpable por la ausencia de una legislación que la proteja y que le dé garantías.

Tomemos ejemplo de los movimientos sociales que en todo el mundo están reivindicando la lucha contra el machismo y contra las violencias machistas, de las marchas de *Ni una menos* en América Latina al *Black Monday* en Polonia, desde las manifestaciones en Estados Unidos contra la misoginia de Trump hasta las movilizaciones en la India y también todas las movilizaciones en Europa.

Las mujeres del mundo ya no dejan que su dolor siga siendo invisibilizado.

¡Ni una menos!

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr, kedves Képviselőtársaim, az Isztambuli Egyezmény aláírása kapcsán szeretném tájékoztatni Önöket, hogy büntetőjogásként és a nőjogi bizottság tagjaként egy fontos kutatásba kezdtem, amelynek következtetéseit és eredményeit szeretném majd Önökkel megosztani. A kutatás lényege a következő: jogerősen lezárt olyan büntető ügyeket szeretnék áttekinteni, amelyekben családon belüli erőszak, partnerbántalmazás, illetőleg zaklatás következményeként a sértett meghalt, és szeretném beazonosítani az ezen ügyekben közös faktorokat az előzményekben. Szeretném megállapítani azt, hogy hogyan lehetett volna hatékony korai beavatkozással megelőzni ezeket a tragikus végű haláleseteket. Úgy gondolom, hogy nagyon fontos feladatunk, hogy észleljük azt, hogy a családon belüli erőszak, partnerbántalmazás, zaklatás potenciálisan életveszélyes cselekmények, tehát felül kellene végre emelkednünk a különböző ideológiai harcokon, hogy most „gender”, nem „gender”, ilyen párt, olyan párt, itt nincs helye pártpolitikának, éppen ezért mindenkit kérek, hogy a kutatási beszámolóra pártovatartozásra tekintet nélkül jöjjön majd el. Szeretettel hívom és várom Önöket.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Na wstępie chcę podkreślić, że jestem zdecydowanym przeciwnikiem wszelkich form przemocy wobec kobiet, jednakże konwencja stambulska problemu przemocy nie rozwiązuje, bowiem jest ona narzędziem politycznej i ideologicznej propagandy, która służy promowaniu szkodliwej dla społeczeństwa genderowej koncepcji płci. Konwencja wskazuje, proszę Państwa, że źródłem przemocy są stereotypowe role kobiet i mężczyzn, a za takie uważa się role kobiety jako matki i żony, a mężczyzn jako męża i ojca. W imię niedyskryminacji dyskryminuje się na przykład tych, dla których wartością są chrześcijańskie korzenie kultury europejskiej. Dlatego głosowałam przeciwko tej konwencji.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, dovolu, bych vysvětlila, proč jsem nehlasovala pro návrh zprávy. Evropská lidová strana je pro nulovou toleranci násilí na ženách, a proto také předložila pozměňovací návrhy, abychom všichni mohli pro tuto zprávu hlasovat.

Bohužel při hlasování Evropský parlament odmítl naše pozměňovací návrhy a tak ve zprávě zůstávají ustanovení, ve kterých Evropská unie chce nepřiměřeně zasahovat do kompetence členských států a požaduje přistoupení EU k úmluvě v plné šíři. Souhlasím s tím, že ratifikace je symbolické gesto, které může v některých státech výrazně upozornit na problém a donutit vlády k jeho řešení. Ale musí to být svobodné rozhodnutí vlád a parlamentů.

Násilí je zlo a je třeba se proti němu postavit. Je třeba chránit ty, kteří trpí jen proto, že jsou slabší, ať už jsou to ženy, děti, senioři nebo nenarozené děti. Já v tom nevidím rozdíl, ale bohužel odstavec čtyři nebyl vypuštěn a tak zpráva spojuje neslučitelné, boj proti násilí na ženách a právo na potrat. Proto je pro mě nepřijatelná.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie i Panowie Posłowie! Uznanie dzisiaj przez Parlament szeroką sześćdziesięcioprocentową większością, że ochrona życia najsłabszych to forma przemocy, potwierdzenie tego jeszcze szerszą większością, siedemdziesięciodwuprocentową, to nie jest, proszę Państwa, tylko atak na prawo do życia, bo z nim przestaliście się liczyć, to jest atak na prawa narodów, to jest atak na przyszłość Europy i to jest atak na naszą wspólnotę losu. Dlatego nie wiem, na co liczycie, czego tu jest więcej – pogardy czy wrogości? Wrogości przekonania, że państwa, które chcą chronić życie najsłabszych, należy wykluczyć, czy pogardy przekonania, że można nas do tego rodzaju praktyk siłą nagiąć? Jedno jest pewne. Siły polityczne, które dzisiaj dominują w kierownictwie Unii Europejskiej i które dzisiaj dominują w największych państwach Europy, wiodą Europę ku katastrofie. Widzieliśmy bardzo wiele kryzysów: brexit, kryzys migracyjny, ale te, które nadchodzą w wyniku tej polityki, którą państwo prowadzicie, będą jeszcze większe, chyba że zdołamy to odwrócić.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr, szavazatommal erősen támogattam a jelentést, mert egyetértek a Bizottság azon javaslatával, amely szerint az EU-nak csatlakoznia kellene az Isztambuli Egyezményhez. Ez az első átfogó, jogilag kötelező erejű eszköz a nők elleni erőszak és a nemi alapú erőszak megelőzésére, illetve felszámolására. Sajnálatos módon Magyarország sem ratifikálta még ezt az egyezményt, mivel a kormánya nem tűzi napirendre a kérdést a magyar parlamentben. Úgy látszik, hogy a magyar kormány éppen a kérdésben az Európai Unió szoknyája mögé szeretne bújni, azaz mentesíteni akarják magukat a nemzeti ratifikálás alól, miközben a családon belüli erőszak több áldozatot szed, mint a terrorizmus. Legyen tehát zero tolerancia a nők elleni erőszakkal kapcsolatban! Legyen ez az első lépés ezen úton! Sőt, személy szerint én még tovább mennék: legyen zero tolerancia a nők, a gyermekek és az idősek elleni erőszakkal kapcsolatban is!

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, it is the duty of every civilised and cultural society to combat all forms of violence against women and domestic violence. The Istanbul Convention colleagues, however, used this serious issue to introduce for the first time the definition of gender and gender identity that is independent from a person's sex in the international law. The fight against violence against women, assistance to its victims and education as part of the prevention of violence are among the exclusive competences of the EU Member States. By joining the Istanbul Convention, the EU would violate the Lisbon Treaty and exceed its powers.

Today, violence against women and domestic violence is a criminal offence in all the Member States of the EU, but not all of them have ratified the controversial Istanbul Convention because they have many serious doubts about its text.

If society loses its ability to distinguish between a man and woman, the fight against violence against women remains only an informal commitment. Such superficial formalism does not help women victims. That is why I voted against.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Mr President, I voted no because it goes against the policy of equal rights of sexes. I do not understand why women must be preferred to men. I must inform you that the President of the Silesian branch of our party, who was a doctor in a big hospital in a big Silesian town, says that the number of husbands hurt by their wives is greater than the number of wives hurt by men, because men almost never admit that they have been beaten by a woman. So I do not see why there is this inequality.

Diane Dodds (NI). – Mr President, in July, the Department of Justice published statistics which demonstrated that one in eight people in Northern Ireland have suffered domestic violence from a partner. The same survey finds that between 2015 and 2016 victims only reported roughly a third of the worst cases to police. Even more shocking was the fact that three quarters of those serious incidents of abuse occurred within what remained current, active relationships. These are unacceptable figures.

We must do everything in our power to tackle these awful abuses and assist victims to safely and successfully free themselves from abusive domestic environments. It is wrong that the PSNI should currently have to respond to one domestic incident every 19 minutes. I welcome the commitment by the Home Secretary, Amber Rudd, to bring forward domestic legislation in the form of the domestic violence and abuse bill.

International agreements are fine. However, the greatest priority of legislators should be targeted, local interventions that benefit victims in the hardest-to-reach situations.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io volevo innanzitutto chiedere di richiamare quest'Aula al rispetto di verità fondamentali e acclarate: la negazione, o potremmo dire forse il negazionismo, di un fenomeno accertato, acclarato e di dimensione globale, come la violenza maschile e di Stato contro le donne, non dovrebbe poter essere negata in quest'Aula, ed è per questo che, a maggior ragione, rivendico il mio voto a favore del progetto di risoluzione.

Sottolineo la gravità del fatto che ancora 13 Stati membri non abbiano ratificato la convenzione di Istanbul, a fronte del fatto che, invece, nel 2030 è previsto l'obiettivo, tra quelli di sviluppo sostenibile, della parità e l'uguaglianza tra uomini e donne. Credo che non sia un caso che quello contro la violenza maschile e di Stato contro le donne e sulle donne sia un movimento globale, che è partito l'Argentina, che si chiama «Non una di meno», proprio perché i casi di femminicidio ormai non sono casi che riguardano la cronaca – anzi non lo sono per niente – sono questioni culturali, politiche, materiali e simboliche, sono questioni di civiltà.

Vorrei soltanto dire che, come femminista e come parlamentare europea, parteciperò il 28 settembre alla Giornata mondiale per il diritto all'autodeterminazione sessuale e riproduttiva.

8.7. Auswirkungen des internationalen Handels und der Handelspolitik der EU auf globale Wertschöpfungsketten (A8-0269/2017 - Maria Arena)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Jude Kirton-Darling (S&D). – Mr President, I voted in favour today because, through globalisation, companies increasingly rely on long, global supply chains to produce the goods that we consume every day. This poses major challenges to ensure the enforcement of international standards, whether labour rights or environmental protection – an impossible task to undertake on our own. We urgently need common rules with our trading partners so that global value chains amount to more than just offshoring and outsourcing of jobs and pollution, hurting both our workers and the planet. Today's report offers a key means of achieving this by advocating a shift away from the failed voluntary self-regulation to mandatory due diligence. The OECD is moving on this, the G20 is moving on this, and, whether we are inside or outside the European Union, the Commission and the UK Government must move on this too.

Момчил Неков (S&D). – Уважаеми г-н председател, Европейският съюз е и остава най-големият търговски блок в света. С тази „слава“ обаче идва и отговорност, както пред трети страни, така и пред собствените ни граждани.

Подкрепям този доклад, защото смятам, че Съюзът следва да реагира още по-ефективно на социалния и икономически дъмпинг и на нелоялните търговски практики и да гарантира еднакви условия на конкуренция. Това обаче не трябва да се прилага само в третите страни. Бих искал да изразя своето неодобрение към подхода на много мултинационални компании в Европейския съюз, които злоупотребяват с икономическото състояние на другите държави членки. Натиск върху доставчици и тежки договори за обвързаност са само върхът на айсберга.

Социалният и икономически дъмпинг, за който говорят някои западни политици, има свое измерение в действията на немалко от техните компании в страните от така наречената Източна и Централна Европа, които например за еднакъв труд и отговорност, дават по-малко възнаграждение. Тази и други подобни несправедливости трябва да престанат.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η παγκοσμιοποίηση, το άνοιγμα των αγορών, ο νεοφιλελευθερισμός και η λειτουργία του Outsourcing επί της ουσίας έχουν καταφέρει, πρώτον: να διαλύσουν τις οικονομίες των αναπτυγμένων κρατών και, ταυτόχρονα, να υποδουλώσουν ουσιαστικά τους λαούς των αναπτυσσόμενων χωρών εκεί όπου οι πολυεθνικές αποφάσισαν να μεταφέρουν τις διαδικασίες παραγωγής, να οδηγήσουν σε αποβιομηχανοποίηση τις χώρες που είναι αναπτυγμένες και ταυτόχρονα να επενδύσουν δήθεν στον αναπτυσσόμενο κόσμο, όπου εκεί εργάζονται όλοι για ένα κομμάτι ψωμί.

Και εκεί οι μεγάλες πολυεθνικές δεν εφαρμόζουν καν τα εργασιακά δικαιώματα, δεν εφαρμόζουν τους κανονισμούς και τις συμβάσεις της Διεθνούς Οργάνωσης Εργασίας, δεν τηρούν τα περιβαλλοντικά πρότυπα, οδηγούν τα παιδιά στην εργασία, εκμεταλλεύονται πλέον τους πάντες, και νομίζω ότι αυτό πρέπει να αντιμετωπιστεί με συγκεκριμένα μέτρα από την Ευρωπαϊκή Ένωση, αλλά και από την παγκόσμια κοινότητα.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, as a member of the Committee on International Trade, I fully understand that the global value chain is at the centre of the international economy, trade and investment policy, and I voted in favour of this report.

The resulting innumerable networks involved in international production bring with them opportunities for development and employment, but also exposure to violations of human rights and regulations. The 'Trade For All' communication prioritises effectiveness and transparency in trade policy and brings to the forefront the need to promote sustainable development, human rights and good governance in international trade.

I welcome the EU's many country-specific initiatives, which aim to secure human rights protection and transparency in the context of international trade, and I hope we can continue in this vein.

Przewodniczący. – Niniejszym zamykam wyjaśnienia dotyczące głosowania.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Posiedzenie zostało zawieszone o godz. 13.55 i wznowione o godz. 15.05)

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

11. Erläuterungen des Rates zu seinem Standpunkt zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018 (Aussprache)

Presidente. – La seduta è ripresa. Saluto Commissione e Consiglio.

L'ordine del giorno reca in discussione la presentazione da parte del Consiglio sulla sua posizione sul progetto generale di bilancio dell'Unione europea per l'esercizio 2018 (2017/2720(RSP)).

Ricordo agli onorevoli deputati che per questa discussione non è prevista la procedura «catch the eye» né saranno accettate domande «cartellino blu».

Märt Kivine, President-in-Office of the Council. – Mr President, it is my honour today to present to this great house of democracy the Council position on the draft budget of the European Union for the financial year 2018, as adopted by the Member States on 4 September this year. Respecting the time allocated to discussion, I will be very concise in my remarks.

First, on behalf of the Council, I wish to emphasise, and be very clear about, the facts. The Council is bringing forward a draft budget that, both in commitments and payments, proposes increases compared to the 2017 budget. In detail, as follows: an increase of EUR 990 million – 0.6% – compared to the 2017 levels for commitment appropriations and, respectively, an increase of EUR 9.9 billion, or 7.39%, for payment appropriations.

Second, the Council attaches great relevance to the fiscal stance of the Union and has therefore moved to increase the contingency margins for next year. We need the EU budget to provide flexibility as much as we need predictability. On this basis, the Council and the Presidency will strive to reach an outcome on next year's budget that will take the Union forward. The Council seeks to emphasise the expenditure on areas which have the highest European added value and stem from the political priorities of the Union: stimulating growth and jobs, strengthening security and tackling migration. I believe that these priorities are shared by Parliament. At the same time, and respecting the budget process as outlined in the Treaty, the Council sees room for savings and re-sizing of estimates in the initial budget proposed by the Commission without endangering the effective implementation and execution of EU programmes.

Having said this, please allow me to take a quick glimpse inside the draft budget and its guiding principles. Sustaining growth and job creation remains one of the Council's most important priorities. For 2018 the Council wants to support smart and inclusive growth with EUR 76.5 billion in commitments and EUR 66.4 billion in payments, up by 2.1% and 17.5% respectively compared to the 2017 levels. With regard to subheading 1a – Competitiveness for Growth and Jobs – the Council acknowledges the importance of this policy area, which shows implementation rates.

I would also wish to highlight that the Council proposal suggests growth for the main programmes in subheading 1a as compared to the available benchmark, the 2017 budget. The Council decided to endorse the Commission's proposal for programmes like COSME, Erasmus+ and nuclear decommissioning. We also retained financing to core areas of Horizon 2020, a research and innovation programme, to the initiatives protecting Union financial interests, the energy projects, to aid economic recovery, the completion of former programmes, and pilot projects and preparatory actions.

The Council also accepted the level of appropriations as proposed by the Commission for new initiatives like WiFi4EU, the European Solidarity Corps, as well as the European Fund for Strategic Investments, including an amount in the reserve for its extension. In some budget lines, however, under subheading 1a, the growth rate has been adjusted downwards, mostly due to the expected realistic absorption capacity and reviewing the scope of administrative expenses. Moving forward, as for subheading 1b – Cohesion Policy, the core instrument of the European Union for creating growth and jobs – the Council maintains the level of commitment appropriations as proposed by the Commission while targeted adjustments are being suggested in payments appropriations.

The second priority for the Council is to ensure a high level of security and grant adequate financing for migration and related external policies. With this in mind, as regards heading 3, Security and Citizenship, the Council accepts the Commission proposal and continues to provide resources for the programmes and agencies related to migration. The Council also supports the Commission's proposal to mobilise the Flexibility Instrument to cover the priority needs under this heading. Under heading 4, Global Europe, the draft budget largely based on the Commission's proposal shows a reduction of appropriations compared to 2017 due to last year's exceptional contribution of EUR 750 million from the EU budget to the facility for refugees in Turkey.

Now allow me to address the issues of headings 2 and 5 in a few words. Under heading 2, Sustainable Growth and Natural Resources, the Council proposes some adjustments mainly affecting the first pillar of the common agricultural policy. The adjustments anticipate the upward revision of agricultural assigned revenues in the forthcoming autumn forecast. Some additional savings were identified under the annual actions of the sustainable fisheries partnership agreements based on past under-implementation.

As regards heading 5, Administration, the Council, after a very attentive scrutiny, set the budget of the relevant institutions at what we deem to be an appropriate level, taking into account the specificities of institutions. The Council carried out targeted savings and increased the standard flat-rate abatement on salaries for most institutions and offices. Moreover, the Council adopted a statement about the efforts made to reach the 5% staff reduction target over the period of 2013 to 2017 by Union institutions and EU bodies. There is still some improvement possible in order to fully achieve the target by all institutions. The Council considers that the level of staff needs to be kept under continuous monitoring to ensure that the savings achieved are consolidated.

I would like to draw to a conclusion by iterating the following points. The moderation of expenditure growth in the 2018 budget, as compared to the 2017 in certain areas that the Council is suggesting, have been put for your consideration after serious scrutiny by the Council. The guiding underlying principles of the prioritisation were: first, limiting budget growth of some programmes in order to increase flexibility through bigger margins under the MFF ceiling, and secondly, seeking savings in the administrative expenditures whilst reflecting the progress of the programmes and their past execution rate. Further, no reductions were applied to the completion lines of the 2007-2013 programming period in order to maintain a successful path for phasing out the backlog of unpaid bills. No reductions were applied to the core activities of humanitarian aid.

Having said this, I am very conscious of the next steps in the budget process. I intend to weigh the forthcoming position that Parliament will adopt with earnest and serious deliberations in exactly the same vein as the Council was serious and deliberative while formulating its position. On those premises and thanking you for hearing out the rationale of the Council position, I hope we can move towards a reasonable and sustained budget for 2018 that will bring maximum benefits for our European citizens.

Günther Oettinger, *Mitglied der Kommission*. – Verehrter Herr Präsident, Herr Minister und Damen und Herren Vertreter des Ratsvorsitzes, Damen und Herren Abgeordnete, meine Damen und Herren! 2018 wird in Kenntnis des absehbaren „Brexit“ ein normales Haushaltsjahr bleiben mit 28 Mitgliedern. Nachdem die Kommission vor einigen Monaten ihren Haushaltsentwurf vorgelegt hat, liegen nun – und wir danken dafür – konstruktive Positionen von Parlament und Rat vor, und ich glaube, dass die bestehenden Unterschiede in den Ansätzen zu einem sehr baldigen gemeinsamen Ergebnis gebracht werden können.

In der Struktur des Haushalts haben wir keine Unterschiede. In den Zielen, die wir verfolgen wollen, sind wir ebenfalls gleichermaßen überzeugt: Wachstum und Beschäftigung, für die Wettbewerbsfähigkeit Europas möglichst viel zu tun, die Migration auch finanziell zu stemmen und äußere und innere Sicherheit im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger auf hohem Niveau zu organisieren.

Der Kommissionsvorschlag hat bei den Verwaltungsausgaben für Personal und Sachmittel und Investitionen alles getan, um hier Sparsamkeit darzutun. Wir werden und wollen unser 5 %-Einsparziel im Zeitrahmen erbracht haben. Wenn nun die Position des Rates ist, weitere 1,5 % an Kürzungen bei den Ausgaben vorzuschlagen, haben wir gewisse Sorgen, auf die wir eingehen müssen, weil weitere Personalabbaumaßnahmen unsere Dienste und die Leistungsfähigkeit bei der Aufgabenerbringung gefährden würden.

Ich will zu den Kohäsionsprogrammen sagen, dass wir im nächsten Jahr unverändert davon ausgehen, dass die Kohäsionsprogramme und die Beantragung von Mitteln volle Fahrgeschwindigkeit erreicht haben werden. Wir haben Verspätung, wir haben 2014, 2015 längst nicht so viel kofinanziert und damit Investitionen in Infrastruktur ausgelöst, wie es eigentlich möglich und wünschenswert gewesen wäre. Wir wollen aber im nächsten Jahr, wenn die volle Fahrgeschwindigkeit erreicht sein wird, vermeiden, dass wir offene Rechnungen in Brüssel haben und dass wir einen Zahlungsstau bekommen. Deswegen, auch in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten, sind wir von diesem Mitteleinsatz als Bedarf im nächsten Jahr überzeugt.

Wir freuen uns als Kommission, dass kleinere, aber wichtige Projekte wie WiFi4EU oder die Gründung des Europäischen Solidaritätskorps in dieser Start- und Umsetzungsphase ausreichend finanziert werden und dies vom Rat auch entsprechend mitgetragen wird.

Ich will für heute nur ankündigen, dass wir die Beratungen im Trilog in den nächsten Wochen dazu nutzen wollen, um Sie von unseren Projekten gerade im Bereich Zukunft, im Bereich Forschung, im Bereich Wettbewerbsfähigkeit, im Bereich Innovation zu überzeugen. Mir macht die Kürzung der Mittel für Verpflichtungen bei Horizont 2020 um eine halbe Milliarde Euro Sorge. Rat, Parlament und Kommission haben vor einigen Jahren entschieden: Wir wollen drei Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Innovation investieren. Wir liegen bei zwei Prozent. Je mehr wir darüber reden, desto weniger erreichen wir das Ziel.

Forschung ist die Grundlage für künftige Wettbewerbsfähigkeit. Wir Europäer müssten eigentlich 150 Milliarden jährlich mehr investieren. Jetzt eine halbe Milliarde zu kürzen, scheint mir in die falsche Richtung zu gehen, zumal wir damit nur Großforschungsvorhaben finanzieren wollen, bei denen ein europäischer Mehrwert nachgewiesen werden kann. Zum Beispiel müssen wir nach den Kürzungen drei von vier Anträgen im Bereich der digitalen Technologie eine Absage erteilen. Damit holen wir gegenüber dem Silicon Valley und dem Pentagon und China nicht auf. Oder Gesundheitsforschungsvorhaben – Krebs, Alzheimer, seltene Krankheiten, personalisierte Medizin. Im Gesundheitsetat zu kürzen, heißt: Wir kommen in der Forschung bei Gesundheit etwas langsamer voran.

In der von mir in meinem früheren Ressort verfolgten Quantentechnologie haben wir eine Flaggschiff-Initiative ergriffen mit wichtigen Instituten, der Industrie und den Mitgliedstaaten. Wenn wir hier den Mittelansatz von 130 Millionen um 32 Millionen kürzen und gleichzeitig sehen, wie Google, Apple, Facebook, Amazon und Microsoft Milliarden investieren, senden wir auch hier ein falsches Signal.

Wir kämpfen deswegen nicht um theoretische Mittelansätze, nicht um die generelle Haushaltsdimension. Einsparungen sind notwendig und möglich, aber ich will Sie überzeugen von den Projekten. Und Kürzungen können zur Streichung von Projekten oder zur Verzögerung von Projekten führen. Nehmen wir die Kürzungen bei Connecting Europe, bei Galileo, bei ITER, bei Copernicus: Da kann man die Mittel kürzen, aber dann werden wir eben später fertig. Was wir 2018 nicht investieren, müssen wir 2020, 2021 oder 2022 investieren. Ich glaube, da sollten wir eher die finanziellen Mittel halten oder gar erhöhen, um nicht Ausgaben in die Zukunft zu verlagern und mit diesen Projekten später als die Amerikaner oder Asiaten in die Umsetzung zu gehen. Und dann werden wir uns noch genau die geopolitischen Herausforderungen anschauen müssen – Sicherheit, Migration –, und mit Ihnen – denn Sie sind vor Ort – sachkundig besprechen, ob und wo Kürzungen vertretbar sind und welcher Ansatz realistisch ist.

Alles in allem: Wenn ich mir den nächsten Finanzrahmen anschau, dann ist es ein Kinderspiel, 2018 zu einem Kompromiss zu kommen. Deswegen könnten wir sogar überlegen, ob wir nicht auf einen Teil der Sitzungen für Oktober und November verzichten. Je schneller, je straffer wir beraten, desto mehr haben wir Zeit, um die nächste Finanzperiode gründlich vorzubereiten, wo es Milliardenlücken gibt. Die sehe ich in diesem Fall für 2018 nicht vorher.

Besten Dank für die hervorragende Arbeit durch den Ratsvorsitz und durch die Berichterstatter des Parlaments.

Siegfried Mureșan, *rapporteur*. – Mr President, Commissioner Oettinger, Märt Kivine and Estonian Presidency colleagues, welcome here today to the European Parliament. We are now entering a decisive phase in the procedure to agree on an EU budget for 2018. We have spent the first half of the year agreeing on political priorities, and we have done important work together in agreeing that growth, jobs and the safety and the security of citizens have to be the political priorities of the budget of the Union for next year. These are the right priorities because this is what the citizens of Europe expect the Union to deliver and these are exactly the areas where the Union adds value.

Now, we need to deliver on the promises which we made together in the first half of the year. We are simply not credible in saying that we want a more innovative European Union and at the same time cutting EUR 491 million from innovation and research programmes. We are not credible in saying that we want infrastructure in Europe to be better: energy, digital, highways, railways and at the same time we cut EUR 111 million from the Connecting Europe Facility and EUR 99 million from large infrastructure projects. The total cuts proposed by the Council are EUR 1.7 billion. Let me be very clear: what the Council is proposing here is a budget for a weaker European Union because less investments today means a weaker European economy in the future. The Commissioner has outlined this with examples from the digital area in a very convincing manner.

The European Commission has understood in the very first half of the year that growth, jobs, safety and security have to be our priorities, and they have put together a very meaningful budget. This is why I also support allocating most of the resources that we have for research, for SMEs, for infrastructure projects, standing by the side of farmers, particularly young farmers, and fulfilling our commitments when it comes to the Cohesion and Structural Funds. The low absorption rates in the first year of this financial programming period for the Cohesion and Structural Funds does not mean that the absorption rate will stay low in the years to come. On the contrary, it means that now projects will be at full speed and the money is needed over the next years. There is no worse signal that the Union can give to SMEs, to citizens and to NGOs than not being able to pay its bills.

This is why I am calling on all sides to come together in the upcoming weeks to put forward a meaningful budget for the Union in 2018 — a budget based on investments, supporting research, innovation, SMEs and important projects — to put money in the good projects that apply for EU funds, to stand by the side of our immediate neighbourhood, be it south, be it east, be it the Western Balkans, improve safety and security, and make use of the agencies of the Union which we have and which are there to improve the safety and security of the citizens of Europe.

Richard Ashworth, rapporteur. – Mr President, in April this year this House agreed to an increase in the Parliament's annual budget of 2.3%. Bearing in mind the level of inflation, I thought that was a realistic proposition and I recommend it be taken as a benchmark for the other institutions. So, I am happy to report that the majority of the other institutions accept that point, and I am happy to say that they have made similar proposals.

There are three exceptions that I would mention to the House. First, the European Data Protection Supervisor has been tasked with expanding his activities, and of course this would involve an abnormal expenditure on his part in 2018. Secondly, the European Court of Auditors are faced with a large increase in workload, and this too I accept as a legitimate and a reasonable demand. Finally, the European Court of Justice makes a very strong case for increased funding, both because of raised activity levels and increased translation costs, and for addressing some significant security issues. Faced with these extra costs, therefore, it is my judgement that the Council has cut some of the funding levels too far, and I recommend to this House that we reinstate some of those levels. Nevertheless, to keep the overall level of budget expenditure under control, we need to achieve further savings. In part, I propose to meet those additional costs through efficiency gains, and here I am happy to report that the Court of Auditors have gone some way to meeting us in that respect. But in part two we have to exercise budgetary discipline, and in so doing we will have to redistribute some of the funding.

To that end, I propose to freeze the budgets of the Committee of Regions and the European Economic and Social Committee for the year 2018. I am also conscious that the European External Action Service faces significant rising costs – in part due to increased staffing levels, but also partly due to the cost of the strategic communications programme.

Most of this cost should be absorbed by the EEAS from their current budget, but I do accept there may be need for a small upward adjustment when we have the precise figures.

Mr President, I ask this House to bear in mind that, if you agree with me that the figure agreed for this Parliament of 2.3% is a reasonable and responsible increase, and if we are to apply that to the other sections, then there will be tough, difficult decisions to be made. I look forward to discussing my proposals with the shadows in the coming weeks, and I hope for their support.

Märt Kivine, President-in-Office of the Council. – Mr President, many thanks for your thorough, passionate and deliberative remarks. Let me just comment with a very few words. Commissioner, your case made especially for research is compelling, and I can assure you that the Council has a sympathetic spot in its heart about that. We will take that back to our Council colleagues and we will certainly discuss that going forward in the budget process. It is an excellent point and it is a point to be considered, as you said, thinking about the long-term competitiveness of the continent.

Thank you very much, Mr Rapporteur, dear Siegfried. Your passionate points about the infrastructure, the SMEs, the farmers: we take good note of that. This much I can and will promise, and I will discuss them with our Council colleagues and with you, undoubtedly, soon enough, when we start in-depth discussions about the budget. Mr Ashworth, thanks for your remarks. These are excellent points and as such we will take them fully on board in our considerations going forward and treating the administrative costs of the Council.

Having said that and recognising that we are about to embark on very close and tight trilogues and other negotiation means, let me make a few more remarks just to conclude today's discussion. Firstly, I wish to thank you on behalf of the Council and myself and my colleagues for your views, and thank you for presenting them so straightforwardly and frankly. Today's debate, to my mind, highlighted the fact that we do wish to strive for the common goal, to achieve the best budget we can for the European Union and its citizens. As I have said, I fully respect that the European Parliament may have – and probably will have – a different take on the proposed budget for the year 2018. I can assure you that we will work hard with you after you have formally adopted your position. We know that we can count on the Commission and on you, Mr Oettinger, in helping to converge our positions and suggest skilful and balanced compromise solutions.

I wish also to thank Mr Arthuis (even if he is absent), as well as Mr Mureşan and Mr Ashworth, the rapporteurs, for our interaction to date and going forward. Europe as a whole needs a budget which is responsive to citizens' requests, even if that is a constantly moving target. I am confident that, with the dedication of the European Parliament and the Commission, as well as our own, we will be able to reach an agreement, and a good agreement, in due time.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Ξανά στο ίδιο έργο θεατές, με έναν προϋπολογισμό ο οποίος είναι προϋπολογισμός λιτότητας και βίαιης δημοσιονομικής προσαρμογής. Με αυτό τον τρόπο όμως δεν μπορεί να αντιμετωπιστεί ούτε η οικονομική κρίση ούτε η προσφυγική κρίση. Διατίθενται ελάχιστα ποσά για την απασχόληση και την ανάπτυξη τη στιγμή μάλιστα που η Ευρώπη μαστίζεται από στρατιές ανέργων, κυρίως ανέργων που ανήκουν στη νέα γενιά. Βεβαίως πρέπει να επισημάνουμε ότι και τα ποσά που διατίθενται στον τομέα της μετανάστευσης, είναι ψίχουλα, εάν λάβει κανείς υπόψη τα εκατομμύρια προσφύγων και παράνομων μεταναστών που κατακλύζουν την Ευρώπη. Η Ελλάδα έχει δαπανήσει πάνω από 2,5 δισεκατομμύρια ευρώ για την αντιμετώπιση της προσφυγικής κρίσης. Χρειάζονται λοιπόν πολύ περισσότερα ποσά για να αντιμετωπίσουμε τα μεγάλα προβλήματα που έχει σήμερα η Ευρώπη.

Андрей Новаков (PPE), в писмена форма. – За мен като евродепутат, европейски гражданин и най-вече като българин, бюджетът на ЕС отразява приоритетите на хората. Вече шест десетилетия той е соваката за политическите приоритети на държавите-членки и институциите. 161 млрд. евро не са просто пари, а инвестиция на Европа в собственото ѝ бъдеще. Като представител на Европейския парламент, моята най-голяма отговорност е да защитавам интересите на европейските граждани и българи. Допълнителното финансиране за пътна инфраструктура и научни иновации трябва да са приоритет в бюджета на ЕС за следващата година. Целта е в България да могат да се финансират повече от добрите проекти в тези две направления. Данните сочат, че в страната ни има повече качествени проекти, отколкото Комисията може да финансира. Същевременно в бюджет 2018 ще защитавам сигурността и осведомеността на потребителите, както и европейската култура. Програма „Хоризонт 2020“, Инструментът за свързаност, програма „Креативна Европа“ и програмата за защита на потребителите са най-краткият път до просперитета на гражданите на Съюза. За последните 25 години ЕС се очерта като амбициозен проект и в предстоящите бюджетни преговори трябва да сме също толкова амбициозни. Успех е когато съумеем да излетим, дори и в бурно време. Това важи както в авиацията, така и в изготвянето и изпълнението на бюджета.

12. Waffenexporte und die Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Bodil Valero, a nome della commissione per gli affari esteri, sul tema «Esportazione di armi: attuazione della posizione comune 2008/944/PESC» (2008/944/PESC) (A8-0264/2017).

Bodil Valero, föredragande. – Herr talman! Jag vill börja med att rikta ett stort tack till alla skuggföredragandena för ett gott samarbete. Även om vi inte är överens i alla detaljer så uppfattar jag att vi har en stor samsyn kring att kontrollen av vapenexporten måste förstärkas. Vi har olika politiska inriktningar, men när det gäller frågan om att förhindra att vapen hamnar i fel händer så är vi eniga.

Vapenexportkontroll är en viktig del i vår utrikespolitik men börjar alltmer bli också en inrikespolitisk fråga i takt med att vi bevittnat allt fler terroristattacker runt om Europa som utförs av anhängare till Daesh, som vi vet har tillgång till europeiska vapen.

Efter terrordåden i Katalonien var fokus i diskussionen tydligt på vapenexport. Vi hade då läst i spansk media att kungen skulle åka till Saudiarabien för att främja vapenexport – spansk vapenexport. Efter dådet kom debatten att handla om just det. "Vi vill ha fred – inte sälja vapen", var budskapet på Barcelonas gator. Kopplingen var vapenförsäljning till Saudiarabien. Saudiarabien betalar moskéer i Europa. Välintegrerade ungdomar radikaliserar i moskéerna och begår terrordåd i Europa.

Men Saudiarabien stöder inte bara finansiering av radikala moskéer i Europa utan har också på ett systematiskt sätt vidareexporterat europeiska vapen till kriget i Syrien, där även terroristgrupper såsom Al Qaida, Nusrafronten och Daesh fått tag i vapnen. Att europeiska vapen hamnar i terroristers händer kan vi aldrig acceptera.

Vi har ett omfattande och tydligt gemensamt regelverk i den gemensamma ståndpunkten med sina åtta kriterier. Det är ett starkt regelverk som skulle kunna omöjliggöra så gott som all vapenexport till konfliktregioner eller länder som grovt kränker mänskliga rättigheter om det tillämpades strikt. Med facit i hand kan vi nu konstatera att medlemsstaternas riskbedömningar inte varit tillfredställande och att flera av den gemensamma ståndpunktens kriterier borde ha satt stopp för exporten till exempelvis Saudiarabien. Men eftersom det är upp till varje land att kontrollera att man följer regelverket, kan länderna i princip obehindrat bryta mot det.

Men även om den gemensamma ståndpunkten följts, så är vi nu i situationen att länder som i fredstid köpt vapen och annan militär utrustning från oss för sitt eget försvar i dag aktivt deltar i anfallskrig i andra länder eller förser stridande grupper i andra länder med vapen.

Då infinner sig ett antal frågor. Varför fortsätter vissa EU-länder att bevilja nya licenser till länder i krig? Kan vi stoppa följdleveranserna? Kan vi stoppa att vapen hamnar hos andra slutanvändare? De två sista frågorna hjälper inte reglerna oss med i dagsläget. Det vi föreslagit från parlamentets sida tidigare är ett embargo mot Saudiarabien. I dag föreslår vi att embargo ska användas i fler lägen. Embargo är det enda verkkningsbara system vi har för att stoppa export som inte längre är förenligt med regelverket.

Utvecklingen visar också att våra långsiktiga riskbedömningar måste bli så mycket bättre. Vi skulle behöva se inte bara till vad materielen ska användas till utan till situationen i mottagarlandet som helhet när tillstånd beviljas.

Vi måste också fråga oss hur det kan komma sig att 40 procent av vår sammanlagda krigsmaterielexport går till krutdurken Mellanöstern och bara 15 procent till andra europeiska länder, som är vår andra stora marknad. Och är det rimligt att vi i Europa har en sådan överkapacitet på vapensystem så att vi tvingas exportera för att inte verksamheterna ska gå omkull?

Vapenindustrin kom till för att täcka det egna försvarets behov, men många gånger hävdas arbetstillfällen som grund för fortsatta stöd. Jag vill dock påminna om att enligt artikel 10 i den gemensamma ståndpunkten är arbetsmarknadsskäl inte en grund för exporttillstånd.

I årets betänkande stakar vi ut en riktning och kommer med ett tydligt budskap: Regelverket ska följas. EU ska inte blunda när europeiska vapen används i strid med våra egna regler.

Vi kommer också med några rekommendationer till förändringar, bland annat en skärpning av rapporteringskraven för att möjliggöra en bättre granskning, möjlighet att införa sanktioner mot länder som bryter mot regelverket, och inte minst så hoppas vi att Federica Mogherini ska ta initiativ att faktiskt använda sig av embargo i de fall då länder kränker internationell humanitär rätt.

Det är inte bara internationell fred eller bilden av Europa som står på spel, utan det handlar också om säkerheten för våra egna medborgare.

Matti Maasikas, *President-in-Office of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, speaking on behalf of the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, Mrs Mogherini, I welcome both this opportunity to join you today and the preparation and discussion of the report prepared by Ms Valero.

This is a testimony to parliamentary scrutiny of arms exports, which is a sound follow-up to transparency applied at EU level on arms export issues. Interaction channels on arms export issues with Parliament and civil society, including NGOs, the academic world and the industry have developed considerably over the years. This is an invaluable achievement and it illustrates that transparency and dialogue can fruitfully take place without prejudice to the respective responsibilities of national and EU stakeholders. At a time when we advocate further transparency worldwide, notably via the Arms Trade Treaty (ATT), we believe it is important to ensure that transparency does not run counter to national and regional security.

The EU framework governing arms exports mainly revolves around the EU common position on arms exports adopted in 2008. This framework is unique. It is based on the national responsibility of EU Member States on arms export licensing decisions, together with well-developed information-sharing between the export control authorities of Member States. The risk assessment criteria laid down by the EU common position are comprehensive and far-reaching, notably in terms of respect for human rights and international humanitarian law, the risk of diversion and the impact on internal and regional stability. Their daily application by national licensing offices is supported by the so-called user's guide that was revised in 2015, notably in order to align it with the Arms Trade Treaty.

Against this background of national responsibility exercised with common risk assessment criteria, the overarching objectives of the EU common position are to promote responsible arms export policies and the convergence of national arms export policies. In support of these objectives, the Council and the European External Action Service provide an information-sharing platform which is the dedicated Council working party on arms exports, and an IT platform enabling the exchange of information relevant for risk assessment, including details on license denials.

Like the EU guidelines, these information-sharing components have been recently overhauled and updated as a result of the review of the EU common position achieved in 2015. This has contributed – and continues to further contribute – to the convergence of arms export policies as they are being put into practice.

Briefly widening the picture outside the EU, in our close neighbourhood a number of third countries have aligned with the criteria of the EU common position. To assist them in their daily operational implementation, the EU has had in place since 2009 an outreach programme funding technical cooperation. The latest phase, covering the years 2016-2017, will come to a close in December, but steps are already being taken to continue the work with a new Council decision for the years 2018 and 2019.

Secondly, and moving to an even larger picture, I would like to refer to the Arms Trade Treaty. This Treaty sets unique and widely-accepted standards to achieve greater responsibility and transparency in the arms trade. The ATT entered into force in December 2014 and so far, 130 states have signed it and 92 countries are state parties, including all 28 EU Member States. Of note, however, is that some of the largest arms exporters and importers, such as Russia, China, India and Pakistan, have not signed or ratified it. All diplomatic opportunities are used to encourage countries that have taken no steps towards the Treaty to join it by providing the EU assistance programme where needed and requested.

The arms trade is becoming more and more globalised. It is our duty to lead by example when it comes to arms exports from the EU. It is equally our duty to encourage and support other arms manufacturers and traders to apply the ATT standards.

Tunne Kelam, on behalf of the PPE Group. – Mr President, I would like to thank colleague Valero for her commitment, openness and readiness to understand different points of view, some of which are still there. At the start, I am satisfied that the report clearly confirms the right of every sovereign state to self-defence. Consequently, states also have a legitimate right to acquire military technologies for the support purposes of self-defence.

The common position of eight criteria is a strong commitment by the Member States to systematically control and verify exports of the products of national defence industries. Issuing export licences is based on clear principles. There are several problems with the implementation of the common position, and therefore we support a more demanding and coherent approach. However, the PPE sees no need for extra new criteria or new specific structures or sanctions to enforce control. The first task for us is to secure full and strict implementation with existing commitments. What we need most is more timely and systematic exchange of information on export licences and actual exports. Member States have different ways of acquiring information. Sharing relevant information quickly and regularly is important when other governments have to decide whether to grant an arms export licence or to refuse it, and I welcome the Council's approach to these problems – especially providing, for example, info-sharing platforms, etc.

Diversion of arms remains a major concern. We fully agree with it. We need to address this problem efficiently through joint strategy and action, both by Member States and the Commission. We have asked for separate votes on paragraph 29 and paragraph 34. Together with the ECR, we hope that colleagues will be able to support them.

Inés Ayala Sender, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, yo también me uno al agradecimiento y a la satisfacción por la cooperación con la señora Valero, que siempre es muy positiva, y le doy las gracias además por haber incorporado algunos puntos innovadores, como son la posibilidad de establecer una lista de entidades y de individuos a los que se conozca o de los que se sospeche que están envueltos en el comercio ilegal de armas y que, sin embargo, aparezcan también como posibles socios o *partenaires*.

También por la posibilidad de incorporar la necesidad de incrementar la seguridad contra los ataques cibernéticos, sobre todo teniendo en cuenta que el acceso a las redes de licencia y a los datos sobre las licencias nacionales puede ser también uno de los elementos de riesgo mayor y, por lo tanto, hay una necesidad de entrenar mejor y formar mejor a las personas que tienen esa obligación.

También nos ha dado la oportunidad de incluir un aspecto relacionado con el futuro del *brexit* —es decir, cuando el Reino Unido ya no esté en la Unión Europea—, para que no se reduzca la capacidad del Reino Unido de mantener el mismo nivel de seguridad en cuanto al comercio internacional de armas y al control, sobre todo, de modo que no se cree una especie de agujero.

También le agradezco mucho el haber integrado los aspectos relacionados con la necesidad de identificar y de dar una cobertura a los *whistleblowers*, precisamente para que puedan denunciar, cuando la hayan identificado en sus compañías o incluso en las administraciones, alguna situación en la que no se aplican las obligaciones de control de la Posición Común.

Le agradezco también la posibilidad —igual que hemos identificado las malas prácticas con una especie de lista negra— de identificar en los terceros países a aquellos que sí lo están haciendo bien y que están aplicando el control de esa exportación en el comercio bilateral con la Unión Europea.

Finalmente, le agradezco la necesidad de poder integrar cada vez más las normativas europeas y de las Naciones Unidas para llegar a un planteamiento mucho más fuerte en cuanto a los mecanismos de control de la exportación de armas.

Geoffrey Van Orden, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, we should remember that our defence industries are vital elements of our national security, as well as our national economic well-being. We should not underestimate their importance. Five European countries are among the world's top ten arms exporters. Like our armed forces, the arms industries of European countries are well regulated and responsibly controlled. We have export control regimes, primarily to ensure that, as far as possible, weapons and key components do not get into the wrong hands, and by that I mean our potential enemies, rogue states and terrorists.

We don't want to impose more regulation on our own national industries merely to advance the cause of EU political integration, and I should mention that my own country, the United Kingdom, already has a robust and comprehensive arms export control system irrespective, by the way, of EU activity.

While there is much in the Valero report we can agree with, we also take issue on a number of points. Most of these concern the constant effort to enhance the role of the EU over its Member States. I very much hope the Parliament will reject any suggestion of sanctions against a Member State not complying with a common position, and similarly, we don't see the necessity, in these times of budgetary pressure, for the establishment of EU funds to be used for capacity-building among licensing and enforcement officials in Member States.

I am pleased that, following the acceptance of our amendment, there is at least mention of the UN's International Arms Trade Treaty, but this is under-played – and thank you, by the way, Mr Maasikas, for your emphasis on this. We have to ask why there is a necessity for increased EU activity in this area when it is the wider international community that needs to be taking action. In fact, very little mention is made of the countries that have been the worst abusers in the International Arms Trade System, feeding violent insurgency and terrorism in all continents of the world. I think of Russia, Iran, Pakistan, North Korea, China: this is where we should focus our attention. None of these countries are signatories to the UN Arms Trade Treaty, while all EU Member States are.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Molly Scott Cato (Verts/ALE), *blue-card question*. – This debate on the arms trade coincides with blockades and demonstrations against the world's biggest so-called 'arms fair' taking place in London, and shortly after Prime Minister May's trade visit to Saudi Arabia. Can I ask Mr Van Orden whether he will vote in favour of the Valero report, which calls for an end to arms sales to Saudi, which are being used to kill Yemeni children?

Geoffrey Van Orden (ECR), *blue-card answer*. – I notice you had prepared your question before I had even started to speak, and also I don't like the formulation you have used in your question to me. Of course I condemn totally the killing of children and other civilians in situations of armed conflict. But a ban on arms exports to Saudi Arabia? No, I don't support that. By the way, there was an action taken by the Campaign Against the Arms Trade – and of course, this is where it all comes from – against the United Kingdom Government. It was heard in the High Court of the United Kingdom in July of this year, and the High Court came out in favour of the British Government. We don't have time for me to read the whole judgment, but I am very happy to circulate it to you. Basically it found that the decision of the Secretary of State of the United Kingdom not to suspend export licences to the Kingdom of Arabia was not irrational or unlawful indeed, and it was fully backed.

Javier Nart, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, por favor, no mezclamos conceptos legítimos: qué es legítima defensa, qué significa una industria de defensa activa; no la prostituyamos con el negocio.

Por lo tanto, lo fundamental es que los ocho criterios que se acordaron en 2008 sean efectivos, y no simplemente una referencia retórica. Y la realidad —no la retórica— se llama, por ejemplo, Yemen, donde cientos, miles de personas están siendo bombardeadas con productos *made in Europe*, y esto es una vergüenza.

Y, en consecuencia, lo que no se puede decir es que lo que está ocurriendo ahora en la Unión Europea tiene que seguir pasando porque el negocio de la sangre tiene que seguir fluyendo para que exista la realidad de nuestra defensa. No se prostituya mi legítima defensa con el negocio obscuro de la sangre de otros.

En consecuencia, si hemos aprobado los ocho criterios, es para mantenerlos. Si existen sanciones por cuestiones de sobreproducción de leche, por ejemplo, es una obscenidad que no existan sanciones cuando se venden armas fuera de los ocho criterios. Y es una realidad que países punteros en la exportación están violando los ocho criterios.

En consecuencia, o cumplimos con lo que aprobamos o seamos sinceros: eliminemos los ocho criterios y, en ese sentido, digamos, cínicamente, pero por lo menos con honradez y honestidad, que nos dedicamos a vender a quien nos compre porque lo que importa es el negocio y no la ética. Eso es lo fundamental.

Sabine Lösing, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Wenn ich Herrn van Orden so höre, ist alles wunderbar geregelt. Aber die Rüstungsexporte der EU-Staaten explodieren nun mal seit Jahren. Herr Nart hat zurecht auf den Jemen hingewiesen. Deshalb bin ich froh, dass im Bericht Schritte vorgeschlagen werden, diesen Wahnsinn zu begrenzen. An manchen Stellen hätte ich mir noch mehr Substanz gewünscht, damit wir wirklich Fortschritte in diesem Bereich erlangen. Das Problem ist doch offensichtlich: Wie der Bericht betont, stecken die acht Kriterien eigentlich dem rechtlich bindenden Rahmen für europäische Waffenexporte – und es geht hier um europäische Waffenexporte – ab.

Zu Herrn Kelam: Es geht gar nicht um neue Kriterien. Wir müssen aber feststellen, dass nahezu alle Staaten zum Teil erheblich gegen diese Vorschriften verstoßen – darum geht es hier. Etwa in Deutschland – und wir sprechen heute nicht über Russland – verstießen Studien zufolge allein im Jahr 2015 über 4 000 Exportlizenzen in 76 Länder gegen diese Kriterien oder waren als problematisch einzustufen. In vielen anderen EU-Ländern dürfte es kaum besser aussehen.

Was wir also dringend benötigen, sind drei Dinge – leider macht der Bericht nur zum ersten Aspekt detaillierte Vorschläge und bleibt zu den beiden anderen etwas vage: Es braucht eine einheitliche und endlich vollständige und rasche Berichtspflicht der Mitgliedstaaten. Es ist nötig, dass die Einhaltung der 8 Kriterien von unabhängiger Seite überprüft wird, und es sind Sanktionsmechanismen für Länder erforderlich, die notorisch gegen die Vorschriften verstoßen. Ohne diese Maßnahmen werden die EU-Exportvorschriften weiter löchrig wie ein Fischernetz bleiben und europäische Waffen Kriege und Konflikte in aller Welt anheizen.

Ulrike Lunacek, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Minister, meine Damen und Herren! In der Debatte um die Fluchtbewegungen der letzten Jahre haben wir immer mehr gesehen, dass hier auch die Frage nach den Fluchtursachen und deren Bewältigung in den Vordergrund gerückt wird. Da geht es zum einen um gerechte Handelsbeziehungen, damit nicht die Lebensgrundlagen von Menschen zerstört und sie vertrieben werden und dann in die Flucht gehen müssen.

Aber es geht auch um die Waffenexporte. Und da möchte ich meiner grünen Kollegin Bodil Valero wirklich für diesen ausgezeichneten Bericht herzlich danken, der klarstellt, dass die gemeinsame EU-Position zu Waffenexporten aus dem Jahr 2008 rechtlich verbindlich ist, und dass sie Waffenexporte in kriegführende Länder und in Länder, die gegen humanitäres Recht verstoßen, verbietet. Deswegen unterstütze ich auch die Forderung, dass alle Waffenexporte nach Saudi-Arabien verboten werden, denn Saudi-Arabien führt Krieg im Jemen – das wurde schon erwähnt. Es muss klar sein, dass das nicht mehr sein darf. Auch mein Heimatland Österreich hat letztes Jahr 30 000 Kleinwaffen an Saudi-Arabien geliefert. Dieses Blutvergießen im Jemen muss endlich ein Ende nehmen. Ich unterstütze die Forderung und fordere die Außenministerin der EU, Frau Mogherini, auf, tatsächlich ein Waffenembargo gegen Saudi-Arabien in die Wege zu leiten.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, the export of arms and munitions should depend on the assessment of an individual and truly sovereign government. Whilst critical and sceptical of many areas of my own government's policy in this area, I believe that such policy must always remain in their hands alone and thereby be directly accountable to the British electorate. It is well known that such a contentious issue will always factor into a general election campaign.

The aims of this report precisely restrict that democratic accountability by suggesting that following Brexit, the UK should remain tied to the common EU position. I firmly reject this notion, and whilst Her Majesty's Government has remained light on detailing our future defence arrangements and foreign policy ties through their future partnership paper, released only this morning, it is, quite frankly, vague and lacking in detail.

Such a lack of clarity is unhelpful to all sides and will probably only serve to further frustrate matters. It is not good enough. To truly regain our independence in this area, the UK must withdraw from the EU military command structure and work on a truly bilateral basis and where necessary, use NATO as a conduit on areas of operational crossover. That is what the British electorate voted for when deciding to leave the European Union in last year's referendum.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, ce rapport va encore aggraver les règles sur les exportations d'armements des États membres, alors que ces règles et leur utilisation entravent déjà la liberté de nos États.

Nous l'avons vu lors de l'affaire des Mistral, où la France, en manquant à sa parole, a détruit la confiance que d'éventuels acheteurs pouvaient avoir en elle. Et nous avons suivi les recommandations. Pourtant, quand les armes occidentales doivent arriver dans les mains de groupes néonazis, comme en Ukraine, ou de groupes djihadistes, comme en Syrie, ou au Moyen-Orient, qui a une vision très spéciale de la démocratie et des droits de l'homme, alors cela reste possible, avec le soutien de la Commission et même avec le soutien de ce Parlement, pour certains pays.

Nous ne pouvons soumettre la crédibilité et l'indépendance de la France à l'extérieur. Il y va de notre souveraineté. Il est temps que la France sorte de cette Europe.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK*Vizepräsidentin*

Michael Gahler (PPE). – Frau Präsidentin, lugupeetud härra Maasikas. Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich bin froh, dass wir jährlich diese Debatte haben, denn das Thema ist ein wichtiges für unsere Außenpolitik. Man sollte durchaus zunächst mal anerkennen, dass wir als Europäische Union die einzige Region in dieser Welt sind, die so einen anspruchsvollen Katalog an Kriterien hat, wann man eben nicht etwas liefern sollte. Dieser Katalog ist eigentlich auch eine Empfehlung an andere Teile der Welt, sich daran zu orientieren.

Gleichzeitig gehört zum Realismus, dass wir diesen gemeinsamen Standpunkt des Rates wahrscheinlich nicht hätten, wenn es nicht Sache der Mitgliedstaaten wäre, diese Kriterien für ihre eigenen Exporte anzulegen und dann auch zu entscheiden, ob sie denen entsprechen oder nicht. Das gehört auch mit zur Wahrheit.

Gleichwohl ist es durchaus angezeigt, dass wir im Rahmen der zuständigen Arbeitsgruppen des Rates regelmäßig über die Lage in bestimmten Konfliktzonen sprechen. Es wäre gut, wenn dann das Ergebnis solcher Debatten wäre, dass man zu gemeinsamen Standpunkten in Bezug auf eine konkrete Konfliktregion käme. Das würde der Sicherheit der Welt insgesamt und der jeweiligen Konfliktregion auch dienen. Da muss die Debatte auch weiter im Rat geführt werden. Und wenn überhaupt, dann sollten die nationalen Parlamente die Debatte darüber führen, ob ihre jeweilige Regierung diese Kriterien einhält, aber nicht andere, die nicht dazu berufen sind.

Tonino Picula (S&D). – Gospođo predsjednice, izvješće ispravno naglašava da države imaju legitimno pravo na nabavu vojne tehnologije u obrambene svrhe. No, ne smijemo zanemariti činjenicu da u izvozu oružja mnogo toga nije transparentno, nema standardiziranog sustava provjere i izvještavanja. Manjak transparentnosti šteti tvrtkama koje poštujući sve propise razvijaju i proizvode obrambenu tehnologiju, ali ne možemo zanemariti podatke da krajnji korisnici izvezenog oružja ne ispunjavaju često kriterije zajedničkih stajališta. Gotovo sto milijardi eura izdanih dozvola za izvoz oružja godišnje iz Europske unije ogroman je novac. Nemojmo oklijevati zatražiti veću razinu transparentnosti o tome otkud novac i oružje dolaze i gdje završavaju.

Međunarodna zajednica često kasni u političkim reakcijama nakon izbijanja oružanih sukoba. Zato trebamo jasne kriterije koji će regulirati izvoz oružja. Pogoršanje sigurnosnih prilika na globalnoj razini, ali nedostatak zajedničke europske obrambene politike, fragmentacija i dupliranje resursa uzroci su ekspanzivnog izvoza vojne tehnologije. To su ujedno i najbolji argumenti za jačanje sigurnosne i obrambene integracije prema europskoj obrambenoj uniji.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI*Vicepresidente*

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, oružje koje europski proizvođači izvoze u treće zemlje često završi u krivim rukama i služi za počinjenje teških ratnih zločina i kršenja humanitarnog prava. Koliko god to bilo uznemirujuće, teško ćemo to promijeniti jer rat je sam po sebi jedna velika nesreća koja iz ljudi može izvući, u pravilu, ono najgore.

Karakter vojne industrije takav je da ona ovisi o sukobima, a čak i da uspijemo kontrolirati prodaju trećim zemljama, svejedno ne možemo zaustaviti daljnju preprodaju. Oružje će naći put do onoga komu treba jer, na kraju krajeva, čovjek je taj koji ubija, a ne oružje.

Ova inicijativa da se vojnu industriju država članica stavi pod kontrolu Visoke predstavnice za vanjsku politiku i sigurnosne poslove neće dati rezultata, a predstavlja još jedan pokušaj Unije da prisvoji nove nadležnosti. Na kraju, na takvo što ne mogu pristati, pogotovo zato što mislim da bi to išlo u prilog samo velikim proizvođačima dok kvalitetni proizvođači koji se drže pravila iz malih država članica ne bi imali šansu.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor presidente, un informe publicado ayer mismo por Amnistía Internacional afirmaba que, cada año, las armas de fuego matan a alrededor de medio millón de personas. Y varios millones más están atrapadas en brutales conflictos avivados por ventas de armas irresponsables.

Irresponsabilidades como colmar de armas a Arabia Saudí, que bombardea escuelas, hospitales y otras infraestructuras civiles en Yemen. O formar a pilotos saudíes en España para intervenir posteriormente en operaciones militares en Yemen, violando el Derecho internacional humanitario.

Desde aquí instamos no solo a las instituciones europeas, sino especialmente al Gobierno español y a la casa real a revisar las relaciones empresariales y militares con países como Arabia Saudí y Qatar. Los intereses empresariales nunca pueden condicionar la política exterior ni estar por encima de los derechos humanos.

Este informe contiene elementos muy positivos en relación con el cumplimiento de los tratados internacionales, de los derechos humanos y de la transparencia. Entendemos que lo principal no es solo votar a favor de este informe, sino comprometernos a que no se quede en papel mojado.

Klaus Buchner (Verts/ALE). – Herr Präsident! Das Europäische Parlament hat sich heute klar gegen Waffenexporte in Krisengebiete ausgesprochen. Beschämend ist aber doch, dass meine Heimat Deutschland weltweit noch einer der Hauptexporteure von Waffen in Krisengebiete ist. Egal, wer am 24. September Bundeskanzler wird – ob Merkel oder Schulz –, es wird weitergehen mit den unzähligen Waffenexporten. Merkel, Gabriel und Schulz stellen sich in der Öffentlichkeit gerne als Retter der Flüchtlinge dar, aber die schwarz-rote Regierung hat durch ihre Waffenexporte viele Fluchtursachen erst befeuert.

Sie hat in Länder wie Katar, Ägypten und Saudi-Arabien geliefert, die deutsche Exporte zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung verwenden. Die Türkei bekämpft die Kurden ebenfalls mit deutschen Waffen. Saudi-Arabien führt selbst Krieg im Jemen mit deutschen Waffen. Ägypten bombardiert die eigene Bevölkerung – angeblich, um Terroristen zu bekämpfen. Für mich ist es unglaublich scheinheilig, wenn wir einerseits Fluchtursachen schaffen und uns dann als Menschenfreunde feiern lassen, weil wir diese Flüchtlinge bei uns aufnehmen.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è passato più di un anno e mezzo da quando abbiamo discusso il precedente dossier sull'attuazione della posizione comune sull'*export* di armi. Da allora, ben poco è cambiato: il *business* degli armamenti procede a gonfie vele per gli Stati membri, con esportazioni in aumento verso paesi con standard democratici a dir poco dubbi: Egitto, Arabia Saudita e Turchia sono infatti tra i principali acquirenti.

Sì, proprio l'Arabia Saudita, nei confronti della quale in questo Parlamento avevamo chiesto di imporre un embargo degli armamenti nel febbraio 2016, ritenendo le esportazioni verso Riyadh in violazione della posizione comune europea. Il mio paese, l'Italia, ha addirittura visto un vero e proprio boom di esportazioni verso l'Arabia Saudita, passate da 257 milioni a 427 milioni di EUR nel 2016.

Noi parliamo e votiamo ma gli Stati membri sono sordi alle nostre parole: le bombe continuano a cadere sullo Yemen, e non solo; civili e bambini continuano a morire: abbiamo le mani sporche di sangue. Un vincolo di otto criteri senza controllo e senza sanzioni è solo una forma ipocrita per simulare una parvenza di rispettabilità.

Questo è quello che da anni dice il mio emendamento e ringrazio la relatrice Bodil Valero per averlo accolto anche quest'anno nella sua relazione. Nel 2012 l'Unione europea ha vinto il premio Nobel per la pace: è ora che cominci a esserne degna.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, la défense nationale est une compétence nationale et elle doit le rester. Chaque État a le droit de se doter d'une technologie militaire pour se défendre et il a le droit d'exporter librement ses armes. Des précautions doivent toutefois être prises pour éviter de vendre des armes à des États qui les retourneraient contre nous, soit directement, soit par le biais d'organisations terroristes.

J'approuve donc le rapport Valero quand il souligne l'utilité d'une concertation entre États européens, y compris avec le Royaume-Uni. Je l'approuve encore plus quand il leur conseille de décider un embargo sur la vente d'armes à l'Arabie saoudite.

Je suis, en revanche, scandalisé par le rapport Valero quand il cherche à confier à l'Union le pouvoir d'autoriser ou non les États à exporter leurs armes. Une telle préconisation est contraire à la souveraineté nationale. C'est pourquoi je voterai contre.

Michèle Alliot-Marie (PPE). – Monsieur le Président, quand on parle de défense nationale ou d'exportation d'armements, on ne peut pas dire n'importe quoi.

Il faut notamment rappeler aujourd'hui que les grands pays exportateurs d'armes – et notamment les pays européens – respectent des normes extrêmement précises, normes internationales et normes européennes. Et que même certains pays – dont la France – ont des normes nationales qui sont encore plus strictes que les normes européennes.

Il faut ensuite rappeler, quand on parle de ces sujets, la convergence des intérêts, finalement, des pays face notamment au terrorisme, face à la lutte contre les trafics, qui est nécessaire, face à la déstabilisation d'un certain nombre de pays.

Dans un monde où les conflits sont au départ locaux mais de plus en plus internationalisés, il est évident qu'il y a une certaine solidarité et que l'on ne peut pas refuser à des pays de pouvoir se défendre, et notamment quand ils partagent les mêmes valeurs que les nôtres.

Refuser a priori les exportations d'armements, comme le prônent certains, c'est une position purement idéologique. C'est refuser à des pays le droit de se défendre, c'est refuser, au nom d'une naïveté aveugle ou d'un angélisme non moins aveugle, à nos concitoyens le droit d'être protégés.

Contrôler strictement les exportations d'armement, oui c'est une exigence juridique morale et éthique évidente, mais refuser des exportations au nom d'une utopie pacifiste, c'est ouvrir la voie à d'autres qui n'auront pas les mêmes scrupules que nous.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Ulrike Lunacek (Verts/ALE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Frau Alliot-Marie! Sie sprechen davon, dass dieser Bericht ein pazifistischer Bericht ist und dass man Mitgliedsländern nicht verbieten kann, Waffen zu exportieren. Die gemeinsame EU-Position zu Waffenexporten wurde von den Mitgliedstaaten beschlossen, von den Regierungen der Mitgliedstaaten, auch von Frankreich, und dort stehen acht Kriterien, in welche Länder keine Waffen exportiert werden dürfen, zum Beispiel, wenn dieses Land im Krieg ist. Und Saudi-Arabien ist im Krieg mit dem Jemen. Dort werden zivile Ziele bombardiert, dort werden Märkte und Wohnbereiche bombardiert, es gibt Tausende von Toten und Verletzten in diesem Land wegen Waffenexporten auch aus Frankreich, aus Deutschland und möglicherweise auch aus Österreich und aus Großbritannien und anderen. Sehen Sie das wirklich für legitim an, hier zu sagen, das ist irgendwie pazifistischer Nonsense? Hier geht es um Menschenleben und um Kriege, die gefördert werden!

Michèle Alliot-Marie (PPE), réponse «carton bleu». – Madame Lunacek, la guerre, je sais ce que c'est. Comme ministre de la défense, je suis allée dans des pays en guerre et j'ai vu effectivement ce que cela représentait. Donc de ce point de vue, je le sais.

Dans votre question, il y a en fait deux éléments. Le premier concerne les critères. Oui, les pays ont fixé des critères, je vous l'ai dit, notamment les pays européens, et je vous ai dit que la France était le pays qui avait les critères les plus stricts du monde entier sur les exportations d'armement. C'est donc la première des choses.

En ce qui concerne l'Arabie Saoudite – je vous entends beaucoup parler de l'Arabie Saoudite –, je vous rappelle que je préside la délégation pour les relations entre l'Union européenne et les pays du Golfe arabe. Alors si vous parlez de l'Arabie Saoudite, parlez aussi peut-être de l'Iran et de ceux qui, effectivement, causent autant de dégâts à la population. Regardez les rapports relatifs à d'autres pays et souvenez-vous également d'une chose, c'est que la coalition de l'ensemble des pays arabes du Golfe est intervenue à la demande du gouvernement légitime yéménite. Alors est-ce que vous êtes en train de dire que vous soutenez des rebelles contre des gouvernements légitimes? C'est ça aussi la question que vous posez.

Ana Gomes (S&D). – Monsieur le Président, je soutiens absolument ce que M^{me} Lunacek vient de dire à M^{me} Alliot-Marie et je lui rappelle que c'était sous la Présidence française que cette position commune est devenue une position commune.

Eu agradeço à colega Bodil Valero, nesta linha, o relatório que identifica o problema do controlo da exportação de armas da União Europeia e que vários Estados-Membros, incluindo a França, não cumprem a posição comum, violando sistematicamente os seus oito critérios. Exemplo flagrante é justamente a exportação de armas para a Arábia Saudita. Este Parlamento pediu, já em fevereiro de 2016, o embargo de armas à União Europeia devido à guerra criminosa de agressão ao Iémen e podia falar de muitos mais aspetos e o caso da Arábia Saudita não pode negar os outros casos, mas é um caso.

A transferência de armas, independentemente da natureza do regime importador, alimenta conflitos e repressão, com efeitos desproporcionais para civis, ameaça à segurança global e a nossa segurança, a europeia, porque as armas exportadas para países terceiros reentram na União Europeia através do tráfico de armas e podem acabar nas mãos de grupos terroristas, como se viu em França, de resto.

É fundamental criarmos uma autoridade de controlo independente e um mecanismo padronizado de verificação e notificação para os Estados-Membros com sanções. É urgente que se façam controlos pós-exportação para garantir que as armas não são reexportadas para destinos e utilizadores finais que não atendem aos critérios da posição comum e é também crucial garantir que o Reino Unido, pós-Brexit, continue legalmente vinculado à posição comum.

Christofer Fjellner (PPE). – Herr talman! I denna fråga är det enkelt att bli populär eller kanske ska jag säga populist. Det lyder ungefär som följer: "Vapen är hemskt, de dödar människor och därför bör vi förbjuda vapenexport."

Export av krigsmateriel är dock till syvende och sist en fråga om försvars- och säkerhetspolitik. Inom försvars- och säkerhetspolitiken finns det sällan några enkla sanningar. Vilka försvarsindustriföretag som ska få sälja vad, till vem och när, måste bedömas individuellt, och det ändras väldigt ofta över tid. Men vad denna fråga egentligen handlar om är någonting annat. Den handlar om vem som ska besluta om detta. I Sverige skulle nog få politiker säga att man vill någonting annat än att "i Sverige bestämmer vi om svensk vapenexport, om svensk försvars- och säkerhetspolitik".

I den här omröstningen tror jag emellertid att väldigt många, särskilt de rödgröna, lär följa Bodil Valeros ståndpunkt som innebär att vi ska ha den gemensamma ståndpunkten som ska efterföljas av sanktioner. Det är att göra den överstatlig, att ge upp delar av vårt självbestämmande när det gäller försvars- och säkerhetspolitik. Det är som om subsidiaritet är en ytterrock som man kan ta av när den är obekväm och sätta på igen när man ska visa sig för väljarna, men det kommer ingen att acceptera.

Jag är övertygad om att vi måste göra väldigt mycket mer när det gäller samarbete i försvarsindustri. Att ha gemensamt beslutsfattande i mer omfattning när det gäller försvarsexport tror jag däremot bara leder fel.

(Talaren godtog att besvara en fråga ("blått kort") (artikel 162.8 i arbetsordningen.))

Bodil Valero (Verts/ALE), fråga ("blått kort"). – Jag måste då ställa frågan var du har hittat uppgiften att inte Sverige eller medlemsstaterna skulle ta beslut om sin egen vapenexport. Den gemensamma ståndpunkten är minimiregler. Det är det som vi gemensamt har förbundit oss att följa – det är miniminivån.

Du, Christofer Fjellner, vet precis som jag att i Sverige håller vi på att göra vårt regelverk ännu striktare. Vi kommer att fortsätta på den vägen. Ditt parti är med på det, mitt parti är med på det. Ingenstans i detta betänkande står det att vi försöker stoppa vapenexporten, utan det handlar om kontroll av den vapenexport som vi har och efterlevnad av regelverket – det gemensamma regelverket.

Christofer Fjellner (PPE), svar ("blått kort"). – Du nämner inte den lilla avgörande skillnaden mellan det som i dag är den gemensamma ståndpunkten och vad du kräver, nämligen att man ska införa sanktioner mot den som gör en annan bedömning för att dessa frågor ändras över tid. Om det är så att EU har möjlighet att införa sanktioner och bestraffa de länder som gör en annan bedömning, då är det per definition överstatlighet.

Jag är övertygad om att ditt betänkande kommer att gå genom med ganska stor majoritet. Det får jag i någon mån väl gratulera dig till. Glädjande nog tror jag dock inte att det finns en chans att detta med sanktioner blir verklighet. Jag är övertygad om att medlemsstaterna, liksom jag, värdesätter att ha nationell kompetens och värnar den nationella kompetensen och stoppar idén om sanktioner.

Soraya Post (S&D). – Herr talman! Jag skulle vilja börja med att tacka föredraganden Bodil Valero för hennes arbete. Som representant för Feministiskt initiativ och som en glasklart övertygad pacifist, så är det för mig alltid bekymmersamt att rösta om vapen i alla dess former.

Jag ställer mig dock bakom att vi måste öka kontrollen av vapenexporten från EU. Det behövs. Senast i dag skrev *The Economist* att världens globala vapenhandel boomar. Ett ännu bättre sätt är att förbjuda vapenproduktion helt och hållet.

Den 17 juli tog FN ett historiskt beslut om att förbjuda alla kärnvapen. Då var det framför allt kvinno- och fredsrörelsen som under många år hade kämpat för detta. Många trodde inte att det var möjligt att få till ett sådant förbud. "Det går aldrig", fick de kämpande aktivisterna höra. Men pessimisterna fick fel. Det går att avskaffa vapen, och det är precis så vi förändrar världen – med en feministisk vision om att vi kan skapa en fredlig värld utan vapen, med dialog.

Gilles Pargneaux (S&D). – Monsieur le Président, en ce monde en désordre, instable, trop dangereux, c'est une évidence, nous devons construire l'Europe de la défense. C'était hier une réalité sans cesse plus forte, c'est aujourd'hui une nécessité qui doit se mettre en œuvre, en accord avec nos valeurs, en alliant responsabilité et confiance.

Responsabilité en construisant cette Europe de la défense. Des pas de géants ont été réalisés depuis un an. Notre Parlement doit les soutenir.

Confiance, car dans un État de droit comme le nôtre, nous devons rendre des comptes, c'est l'enjeu de ce rapport Valero qui demande avec justesse un contrôle des exportations d'armes pour une meilleure transparence dans ce secteur.

Responsabilité, dans une Europe de la défense qui nous protège, confiance de nos concitoyens dans notre action pour notre sécurité collective, voilà notre message européen d'aujourd'hui.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io sono sinceramente convinto che l'Europa abbia bisogno di nuove regole più stringenti e più efficaci per quanto riguarda il controllo dell'esportazione di armi. Il quadro che abbiamo davanti è inquietante.

Si sono verificate due cose nel corso degli ultimi anni: la prima, commentata più volte, è l'aumento dell'esportazione delle armi da parte dei 28 paesi dell'Unione europea. La seconda meriterebbe un po' più di attenzione e invece viene trascurata: siamo davanti a una sistematica e crescente violazione degli otto criteri che dovrebbero gestire e stare alla base di questo processo di scambio tra la produzione e l'acquisto da parte dei paesi che lo chiedono.

Ora, senza regole nuove, senza un sistema sanzionario degno di questo nome, noi continueremo a predicare la pace e contemporaneamente, a volte anche inconsapevolmente – ma questo non cambia le responsabilità – ad alimentare la guerra.

Dunque è indispensabile cambiare strada ed è indispensabile fare quanto raccomandato dall'ottima proposta della relatrice Valero.

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, it is highly important to have a consistent and coherent implementation of the EU common position, which is essential for the EU's credibility as a values-based global actor. Given the impact of arms exports on human security, arms control should be strict, transparent, effective and accepted by all parties. Therefore, the Member States should respect the legally-binding nature of the common position and comply with the minimum requirements arising therein.

I believe that the implementation of the common position requires more strict application of the common criteria and improved transparency of the EU arms export control system, especially in light of the most recent figures, according to which exports from the EU28 amounted to 26-27% of the global total in 2012-2016. Last but not least, in order to strengthen compliance with reporting obligations, I support the development of a tough sanctioning mechanism for Member States which fail to comply with the common position.

Interventions à la demande

Arne Lietz (S&D). – Frau Präsidentin! Wie der Bericht des Europäischen Parlaments deutlich macht, gibt es in der Umsetzung, der seit 2008 bestehenden acht EU-Kriterien für Waffenexporte bisher leider wirklich keinen Fortschritt. An den gemeinsamen rechtlich verbindlichen Kriterienkatalog halten sich leider nicht alle Mitgliedstaaten. Deswegen unterstütze ich die Forderung des Berichts nach einer Sanktionierung von EU-Ländern, die dagegen verstoßen. Ich unterstütze zudem ausdrücklich die in dem Bericht wiederholte Forderung des Europäischen Parlaments nach einem EU-Waffenembargo gegenüber Saudi-Arabien.

Wir brauchen endlich eine kohärente europäische Außenpolitik, in deren Rahmen sich alle Mitgliedstaaten beim Export von Rüstungsgütern und -technologien einigen. Unser Kanzlerkandidat Martin Schulz sagt berechtigterweise, dass es nicht sein kann, dass einige Mitgliedstaaten der EU keine Waffen mehr an problematische Länder exportieren, während andere Mitgliedstaaten dieselben Länder weiter munter beliefern. Meinem deutschen Kollegen, Herrn Buchner, möchte ich entgegenen, dass im Gegensatz zur CDU, die da gar nichts fordert, die Sozialdemokratie in Deutschland im Bundestagswahlprogramm sowohl den Export von Klein- und Leichtwaffen an Drittländer verbieten möchte oder die Exporte reduzieren möchte. Unser Ziel muss endlich eine einheitliche restriktive Rüstungsexportpolitik für ganz Europa sein.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Paní předsedající, předkládaná zpráva ukazuje, v jak nebezpečné situaci se nacházíme. V současné době vidíme největší objem transferu zbraní od skončení studené války. Evropská unie je druhým největším vývozcem zbraní a z nich 86 % končí na Blízkém východě, regionu rozervaném dlouholetými konflikty.

Zpráva správně konstatuje, že některé členské státy uzavírají strategická partnerství se zeměmi, kde jsou porušována lidská práva. Co však ve zprávě zásadně chybí, je výzva ke snížení objemu peněz na zbrojení. Doufám, že si zde nikdo nemyslí, že platí výrok bývalého amerického prezidenta Bushe, že čím více vojáků, tím více míru.

Evropská unie je nositelkou Nobelovy ceny míru a je zároveň druhým největším vývozcem zbraní a to je pokrytecké. Je to pokrytecké a stojí to lidské životy. Zamysleme se nad tím!

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, ως γνωστόν οι αμυντικές βιομηχανίες συμβάλλουν σημαντικά στη θωράκιση των εθνικών ενόπλων δυνάμεων αλλά και στο ποσοστό ΑΕΠ κάθε κράτους μέλους. Όμως υπάρχει αθέμιτος ανταγωνισμός και ατιμωρησία εταιρειών μεγάλων κρατών εξαγωγέων οπλισμού, οι οποίες εμπλέκονται σε σκάνδαλα και παράνομες χρηματοδοτήσεις με σκοπό την εξασφάλιση αντίστοιχων συμβολαίων.

Η εφαρμογή ενωσιακού πεδίου εξαγωγής όπλων δεν θα δώσει λύσεις προς αυτή την κατεύθυνση, αλλά θα δημιουργήσει εμπόδια στις διασυνοριακές πωλήσεις αμυντικού οπλισμού και στις πωλήσεις προς τρίτες χώρες. Η ευρωπαϊκή αμυντική βιομηχανία, ως ζωτικός παράγοντας για την αξιοπιστία της εκκολλημένης κοινής πολιτικής ασφάλειας και άμυνας, είναι καταδικασμένη σε αποτυχία λόγω της ύπαρξης διαφορετικών αμυντικών αντικειμενικών σκοπών μεταξύ των κρατών μελών αλλά και της ταυτόχρονης ανυπαρξίας κοινών αμυντικών προσανατολισμών. Απόδειξη είναι η παντελής απουσία της Ένωσης στην έμπρακτη αντιμετώπιση της επιθετικότητας της Τουρκίας έναντι της Ελλάδας και της Κυπριακής Δημοκρατίας.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, nous sommes ici très nombreux à être profondément pacifistes, mais nous ne devons pas être naïfs. C'est la raison pour laquelle je salue le rapport équilibré de M^{me} Valero. Il insiste sur plusieurs nécessités. Évidemment, celles de la défense mais aussi celles de l'industrie et de l'armement. Il faut, là non plus, ne pas être naïfs parce que nous savons très bien que la Russie, la Chine et les États-Unis, pour ne citer qu'eux, ont une industrie de l'armement très concurrentielle.

Mais ce qui m'intéresse le plus dans ce rapport, ce sont les critères que l'on veut mettre en avant: d'abord, effectivement, le respect des droits de l'homme dans les pays importateurs, le comportement des États, tant en interne qu'à l'international, et puis le respect des principes de précaution. Je crois que, de ce point de vue, nous devons être très vigilants parce que nous avons vu qu'un certain nombre d'armes et de technologies avaient abouti entre des mains qui n'avaient pas que des intentions pacifistes.

Ensuite, il faut lutter contre la contrebande et contre le commerce illicite et assurer la transparence des transactions – cela me paraît très important – devant les parlements nationaux, mais aussi de plus en plus devant le Parlement européen, pour une Europe de la défense que, comme Gilles Pargneaux, j'appelle de mes vœux.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Asszony, az én hazám, Magyarország már régóta azt mondja, hogy a migránsáradat, illetőleg menekültválság ügyében a gyökérokokra kellene összpontosítani. Ilyen gyökérokok a fegyveres konfliktusok, és ideje lenne végre most már felvetni a felelősség kérdését is. Ugyanis ezekért a dolgokért nem az én hazám, Magyarország a felelős. Például kinek a kiváló ötlete volt az, hogy az Aszad-rezsimet meg kell dönteni Szíriában és ehhez fel kell fegyverezni különböző olyan csoportokat, akiknek ugye nagy része terrorista? Talán akiknek ebből profitjuk származott, őnekik kellene most befogadni a szír menekülteket. Hasonlóképpen: ki az, aki kitalálta, hogy Irakban tömegpusztító fegyverek vannak és ezért egy véres háborút indított Irak ellen? Ki az, aki profitált ebből a háborúból? Talán őnekik kellene a felelősséget viselni. Ki az, aki úgy gondolta, hogy a Kadhafi-rezsimet meg kell dönteni Líbiában, hogy ne hogy meg tudják fogni ugye a fekete Afrikából, szubszaharai Afrikából érkezőket. Jó lenne most már ezeket a felelősségi kérdéseket tisztázni és abbahagyni Magyarországnak a ...

(Az elnök megvonta a képviselőtől a szót.)

Julie Ward (S&D). – Madam President, as we are speaking, the Defence and Security Equipment International Fair is happening right now in London's Docklands where it happens every two years. It features 1 500 or more exhibitors from all around the world, displaying arms ranging from sniper rifles, to tanks, to combat aircraft, to warships.

They are joined by trade visitors and military delegations, including those from human rights abusing regimes and countries involved in conflict. This fair is organised by Clarion Events and the British Government department's Defence and Security Organisation, whose support is crucial to its success. But it takes place in secret, behind heavily protected security fences and police lines designed to allow arms dealers to trade their wares unhindered by transparency or public protest, and it is subsidised by the UK taxpayer. So I really welcome this report and all the people who have spoken in support of more transparency.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, tra il 2012 e il 2016 il volume di armi commercializzate ha raggiunto cifre preoccupanti, più elevate rispetto a ogni altro quinquennio dalla fine della Guerra fredda. Si è registrato un aumento di quasi il 10% rispetto al quinquennio di riferimento precedente, accompagnato da un maggior numero di esportazioni verso paesi classificati come «problematici» alla luce della posizione comune europea, in particolare verso il Medio Oriente. È chiaro che questi dati rispecchiano un contesto internazionale profondamente mutato, instabile e in continua evoluzione.

È giunto il momento, però, di introdurre un nuovo criterio nella posizione comune, un criterio che tenga debitamente conto del rischio di corruzione e di sviamento nell'esportazione di armi, scongiurando che le tecnologie europee finiscano ad alimentare conflitti che noi stessi abbiamo interesse a risolvere.

In questo senso è auspicabile una maggiore interazione tra il COARM e il SIAE, in modo da comprendere meglio la situazione nei paesi di destinazione e individuare i potenziali utilizzatori finali delle tecnologie europee.

(Fin des interventions à la demande)

Matti Maasikas, *President-in-Office of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, I would like to thank Members very much for this debate.

It has again become clear that arms exports is a field paved with extremely complex sets of issues: humane, moral, economic, geopolitical, political and so on. I will not go into these issues here, but I want to support what Michael Gahler said earlier in this debate, namely that, of all arms exporters, the EU has the most robust system in place for oversight and reporting, with criteria in place, probably in the whole world. That is perhaps not something that can be appreciated by everybody, but it is at least a fact that must be acknowledged by everybody, including in this House.

There were two more specific sets of questions, the first concerning arms exports to the countries in the Middle East region, more particularly to countries like Syria, Saudi Arabia, Iraq and Yemen. I was referring to the criteria, and criteria No 2, the human rights criteria, was used as a reason for denial of an export licence 72 times in the year 2015 and 89 times in the year 2016. You may say it is not enough, but it is also a trend to be observed. As for the calls to issue an EU arms export embargo for any particular country in the world, it must be known for that that the unanimous support of all EU Member States is needed.

Now let me thank you for this very useful exchange. One of the main achievements of the EU common position relates to increased transparency across the EU on arms export issues. Our discussion today demonstrates that detailed information is regularly made available at EU level and open for parliamentary and public scrutiny. The fact that national decisions on arms exports are reported, and therefore questioned, in turn supports the responsibility of the competent authorities and fosters their accountability. This nexus between transparency and responsibility is the essence of the EU common position and, at the larger global level, of the Arms Trade Treaty.

The EU common position specifies very clearly that licensing decisions remain at the national discretion of EU Member States. Against this background of national responsibility, the EU common position supports greater convergence through a number of common elements and information sharing. As such, convergence remains, by definition, always a work in progress. The improvements decided as a result of the review of the EU common position have supported further convergence. Undoubtedly, greater parliamentary scrutiny at the national and the EU level, as called for by the present report, can further incentivise convergence.

Let me close on this note of truly shared interests and by signalling once again my appreciation of Parliament's role in keeping this important issue on the agenda.

Bodil Valero, *föredragande.* – Debatten visar verkligen hur skilda uppfattningar vi kan ha i detta hus men också hur viktig den är. Jag skulle vilja ha svaret Geoffrey van Orden som klagade över att vi inte talar om resten av världen i det här läget, men det är faktiskt så att vi talar om den europeiska exportkontrollen. Därför talar vi om Europas export, inte övriga länders export.

Som jag sade tidigare talar vi ju inte om att stoppa all vapenexport. Vi talar inte heller om att länder inte har rätt att försvara sig. Det verkar dock som om det finns en uppfattning från några här i huset att det är det vi säger. Då skulle jag vilja uppmana dem att läsa betänkandet en gång till innan de röstar i morgon.

Jag tog ju upp att vi har den gemensamma ståndpunkten, och det är ett mycket bra regelverk. Jag håller fullständigt med om att det är ett bra regelverk om vi verkligen använder det. Nu visar det sig att vi menar att man bryter mot dessa kriterier i många olika fall. Enligt en studie som har gjorts så bryter man mot dem – enligt COARM:s studie.

Ändå menar medlemsstaterna att de har ett striktare regelverk än vad den gemensamma ståndpunkten faktiskt är. Då måste jag ställa mig frågan om det verkligen är så. Jag hörde nyss att Frankrike har det striktaste regelverket. Tidigare har jag hört att britterna har det striktaste regelverket. I mitt land så säger vi att vi har det striktaste regelverket. Det handlar dock inte om vem som har det striktaste regelverket, utan det handlar om att vi ska följa de gemensamma regler som vi faktiskt har. Detta har vi kommit överens om – detta ska vi följa. Sedan kan vi ha striktare regler än den gemensamma ståndpunkten, men vi kan inte ha mindre stränga regler och hänvisa enbart till den nationella lagstiftningen.

Vi har också *Arms Trade Treaty*, där det finns en artikel som vi inte har vare sig i den gemensamma ståndpunkten eller i den svenska lagstiftningen, och det handlar om det könsbaserade våldet. Det är också något som vi läser in i mänskliga rättigheter, men det är ett kriterium som vi inte ha med. Det ska vi också ha med någon gång i framtiden, hoppas jag.

När vi då diskuterar var nivån ska ligga, menar jag att vi hela tiden måste rikta in oss på att vi ska ha bästa möjliga praxis och inte sämsta möjliga praxis. Vi ska nå högt, inte sikta lågt.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mercredi, le 13 septembre 2017.

Déclarations écrites (article 162)

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie.* – Państwa Unii Europejskiej są dużym dostawcą broni na świecie, a wartość wywozu z UE stanowi 26% ogólnego eksportu broni. Oznacza to, że UE jest po Stanach Zjednoczonych (33%) drugim co do wielkości eksporterem broni, przed Rosją (23%). W ostatnich kilku latach podwoił się w praktyce wywóz broni na Bliski Wschód. Problem polega jednak na tym, że część tej broni trafia do niestabilnych państw i bywa używana nie tylko w konfliktach zbrojnych, ale także do stosowania represji wewnętrznych. Zdarzają się także przypadki, że broń pochodząca z państw UE trafia do grup terrorystycznych, np. w Syrii i Iraku. Wszystko to oznacza, że Unia powinna radykalnie zwiększyć kontrolę eksportu broni. Zezwolenia wydawane na eksport muszą także zawierać oceny ryzyka, że broń trafi do innego odbiorcy, niż podany w zamówieniu.

13. Lage in Nordkorea (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la déclaration de la vice-présidente de la Commission et haute représentante de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécurité sur la situation en Corée du Nord (2017/2826(RSP)).

Federica Mogherini, VPC/HR. – Madame la Présidente, permettez-moi de remercier la Présidence estonienne pour avoir pris le débat précédent à ma place.

I would like to thank the Hemicycle for the opportunity to debate an issue that has not often been on the agenda of our work here in the European Parliament but has been very much at the centre of our European Union work in diplomatic terms in the last years. I would also like to start by thanking the UN Security Council and all its Members for the new resolution on North Korea that was adopted just hours ago. I believe that in tough moments like this – the level of threat posed by North Korea to the region and the world is quite clear and unprecedented – only a united international community can help build effective solutions. This is needed because we are still far from the goal of a complete, verifiable and irreversible denuclearisation of the Korean Peninsula.

Yet the international community did the right thing a few hours ago – strengthening the pressure on North Korea while calling at the same time for a peaceful solution to the crisis through a meaningful, credible, political dialogue; strengthening economic pressure – sanctions – and keeping the door of dialogue open, encouraging a meaningful, political diplomatic solution – a peaceful solution to this crisis. This is the way that the European Union has advocated in a very consistent manner over the months that are behind us, with all our means, through the European Members of the UN Security Council, in what has been a perfectly coordinated approach. We always highlight where Member States differ or where the European Union is not united. Let me tell you that this has been an excellent exercise of unity of our Member States and an excellent exercise of coordination of the European Union Member States that are Members of the Security Council, but also through our contacts with all our global partners and all our regional interlocutors. I spent part of August in Asia discussing with the Foreign Ministers of the United States, China, the Russian Federation, the Republic of Korea, Japan, exactly how to do this, trying to prevent a further escalation of the tensions, trying to open a political track, increasing the economic pressure but also keeping the political door open.

First and foremost, our points of reference are the regional players. Our partners, our strategic partners in the region – the Republic of Korea and Japan, but also as I mentioned, China, the United States, the Russian Federation – and sometimes we are among the few to mention them, but they are key players in what is for us the fundamental global non-proliferation regime: the relevant international organisations, the ones that constitute the backbone of the non-proliferation regime globally. I met just last week with the director general of the International Atomic Energy Agency, Mr Amano, and the Executive Secretary of the Comprehensive Test Ban Treaty Organization, Dr Zerbo. We will meet again next week in New York.

The European Union is also strongly united and active in this field: support to the organisations on a daily basis for the technical work, allowing the international community to work on non-proliferation. To all of them I have expressed the European Union's willingness and readiness to seek international unity and stronger economic and diplomatic pressure on North Korea, also to avoid the risk of a military escalation. Through all these contacts, and the work also of our European Union delegations on the ground that I would like to thank for the tireless work they have been doing over the summer, we could count on the unity of all our Member States on our request for maximum pressure and critical political engagement.

Last Thursday, just a few days ago in Tallinn, I met joined the meeting of the 28 EU Member States' Foreign Ministers and we agreed to support together calls for the United Nations Security Council to take further measures in terms of economic restrictions on North Korea, including on the import and export of crude oil. I also invited ministers to consider new additional autonomous European Union sanctions.

So, three elements to this work of pressure. We will now implement the new UN sanctions, as we have always done before. Second, we will work to make sure that all our international partners do the same, to ensure the maximum level of efficiency for the economic measures. And third, we will continue the discussion we launched last week on additional European sanctions to complement the action decided by the Security Council and put maximum pressure on North Korea.

Of course, sanctions are not a goal in themselves, but an instrument to open the way for a political process to start: a way that today, unfortunately, is not working. Our objective is not the pressure alone: our objective is to open the political path for a solution to the crisis. For us – for the Europeans – economic and diplomatic pressure are always aimed at opening channels for credible, meaningful and fruitful dialogue.

Our goal of a denuclearised Korean Peninsula can only be achieved through diplomatic and political means. There is no military way out of this crisis. We have said it loud in the European Union from the very beginning, and I was glad to see that the UN Security Council reaffirmed this in its discussions and deliberations a few hours ago. A military attack would be useless and harmful, as it could easily spiral into a large-scale conflict. The consequences would be totally unpredictable and certainly dramatic for the people of the Korean Peninsula, for the region, and most likely for the entire world.

We will continue to work to open a credible political path towards the denuclearisation of the Korean Peninsula. It will be one of the core issues also on my agenda in New York next week at the UN General Assembly's ministerial week, and to all my interlocutors I will express the EU's unity, determination and readiness first of all to assist our partners, to ensure North Korea engages in a credible and meaningful process, in a credible and meaningful dialogue aimed at the peaceful, verifiable denuclearisation of the Peninsula.

On top of that, we will also continue our work for non-proliferation worldwide. We believe this has to be part of the credible united response the international community can put in place in these difficult months: the support we give to the IAEA, the support we give to the CTBTO, and clearly, the support we give and continue to give to the full implementation of the Iran nuclear deal that has shown to the world that, with patience, perseverance, diplomacy and political will, nuclear non-proliferation is indeed achievable.

David McAllister, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, as we have just heard, the recent developments in North Korea are very alarming. The latest nuclear threat – I guess we all agree – was another major provocation, and this is a huge threat not only to regional security, but to our international security. Moreover, it is also a direct and unacceptable violation of the country's international obligations. We should therefore welcome that the United Nations Security Council on Monday unanimously adopted a US-drafted resolution to impose new sanctions on the regime in Pyongyang. It is a strong message that the international community is not willing to accept a nuclear-armed North Korea.

In my capacity as chair of the Foreign Affairs Committee, I participated in last week's EU foreign affairs meeting in Tallinn, chaired by Federica Mogherini. What I observed is that there was a broad consensus among the 28 foreign ministers and our High Representative that we have to strengthen our diplomatic efforts to persuade Pyongyang to abandon its weapons of mass destruction and ballistic missile programmes in a complete, verifiable and also irreversible manner. In this respect, I believe the European Union could develop a more proactive policy, undertaken hand-in-hand with our strategic partners: South Korea, Japan and the United States – and, as the High Representative just pointed out, of course the roles of Russia and China are key.

The 2015 Iran nuclear deal might be a blueprint for a process in which the EU and some Member States could play an active part. Therefore, I also welcome that Chancellor Angela Merkel has stepped forward to suggest a European – and especially German – participation in any future negotiations with North Korea. There is so much at stake; we have to show our responsibility.

Victor Boştinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, I wish to say to the Vice-President/High Representative Ms Mogherini that we are witnessing persistent provocations by North Korea and also an increase in the tone and the statements of the various world actors. What the DPRK is doing is playing with fire or, I should say, with nuclear fire, and we need to do everything we can to stop an escalation that could bring devastating consequences not only to the Korean Peninsula, but also to the wider region and to the entire world.

The latest tests launched by North Korea, against provocations, against South Korea, against Japan, against the United States, are a clear and blatant violation of all UN Security Council resolutions. It is time for all forces both within and outside the UN Security Council to come together. The S&D Group welcomes your efforts, Ms Mogherini, to have a concentrated approach but regrets the reluctance of the UN Security Council to adopt yesterday heavier sanctions, including a ban on oil imports.

The EU must make use of its diplomacy, as you rightly mention, to add additional economic pressure and autonomous sanctions against the regime in North Korea. At the same time, it is necessary to have a firm and convincing stance by regional actors like China and Russia, which are aware of the consequences they would face in the event of nuclear escalation, which obviously knows no borders. We have the positive example of the cooperation on the Iranian nuclear deal, which was reached in different circumstances but which shows that by acting seriously and all together, denuclearisation of the Korean peninsula can become a reality.

Finally, let me add that today the priority is to solve the crisis but immediately after that it will be to analyse how they managed in two years to advance technologically in that way.

Nirj Deva, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, we sit today in a post-conflict Parliament. Decades ago we sat down, talked and found a way to peace and reconciliation in Europe. This is what the EU is about.

In Asia, astonishingly, the Korean War is not over. For the last 64 years we have failed to get out of a state of war and sign a peace regime. Because security and prosperity in the EU is closely linked to peace in Asia, together we urgently need to bring the Korean Peninsula from an armistice into a post-conflict phase through a peace regime. Nuclear weapons are now a part of the Korean regime's self-identity. It considers them as essential to its survival, not only as deterrent weapons – it has learned a lesson from Gaddafi and Hussein – but also as legitimacy weapons. This must be made a transitional position, and denuclearisation must remain our medium-term objective.

Violations of the UN Security Council resolutions inevitably lead to sanctions: that is a given. Yet sanctions alone will not lead to denuclearisation nor to peace. Sanctions must come with optimistic diplomacy. Optimistic diplomacy believes that we all want – including the North Koreans – to live in peaceful coexistence. I am now happy that President Moon, Chancellor Merkel and many European leaders recognise the importance of diplomacy, a course of action I have been urging for the past three years, having had 42 meetings with North Koreans, South Koreans, Chinese, Americans and Japanese. I congratulate Mrs Mogherini on what she has been doing recently in Asia.

My intention now is to go to North Korea in my private capacity to listen in the pursuit of a peace regime to help the EU. Colleagues, I need your support and your blessings. It is our public duty as public servants to ensure global peace. United we must act.

Hilde Vautmans, namens de ALDE-Fractie. – We weten allemaal reeds jaar en dag dat Noord-Korea onze internationale gemeenschap provoceert. We weten dat ze atoomwapens voor alles zetten en dat ze nu nog enorme sprongen voorwaarts hebben gemaakt met hun recente testen van een atoombom, die zelfs aan de overkant kan geraken, die zelfs de Amerikanen kan raken. Hierdoor loopt het conflict tussen Noord-Korea en de Verenigde Staten van Amerika alleen maar hoger op. Natuurlijk, als je dan de karakters van die twee leiders ziet, met de ene dit op Twitter en de andere dat op sociale media, ja, dan krijg je een spierballengerol dat ons helemaal niet geruststelt. Elke week krijg ik vragen van gewone burgers, mevrouw Mogherini, die echt ongerust zijn, die vragen of er opnieuw een atoomoorlog komt en of we een Derde Wereldoorlog krijgen, die vragen wat wij daar in Europa gaan doen om het conflict tussen die twee heren die we vaak horen, maar ook andere landen spelen natuurlijk een rol, op te lossen. En het is zoals u zegt: we zijn blij met de resolutie van de VN-Veiligheidsraad. Nu hangt natuurlijk alles ervan af in hoeverre het zal geïmplementeerd worden, hoe snel het zal geïmplementeerd worden. Daar staat of valt natuurlijk heel dit akkoord mee. Maar we hebben u bezig gezien en ik heb u dat al gezegd met Iran: politieke wil, geduld, vastberadenheid. Met Iran is het gelukt. Ik hoop dat Europa nu ook de moed heeft, de vastberadenheid, het geduld om ook dit conflict zo nauw aan te pakken. Mevrouw Mogherini, als we terugkijken in de tijd, dan herinnert iedereen zich nog het beeld van het naakte meisje vluchtend voor een atoombom. Ik heb de tentoonstellingen daar bezocht. We hebben gezien wat dat kan teweegbrengen. Laten we nu alles op alles zetten om toch te vermijden dat er opnieuw ergens zo'n wapen zou afgaan.

Javier Couso Permuy, en nombre del Grupo GUE/NGL. – Señora presidenta, nuestra condena más absoluta ante la escalada nuclear en la península de Corea. Siempre ha sido así; independientemente del actor, condenamos y deploramos cualquier prueba que contribuya a aumentar el armamento nuclear en el mundo.

En nuestro ADN está la lucha por la paz y el desarme. De hecho, trabajamos permanentemente no solo por el desarme convencional, sino por la no proliferación y el desarme nuclear global, ya que estos ingenios amenazan el existir de la humanidad en su conjunto.

Lo que tenemos claro es que no puede haber una solución militar para esta grave crisis. La sombra de un conflicto nuclear en Asia no es una opción. Tampoco creemos en las sanciones como instrumento en política internacional: no solucionan nada y afectan a los menos culpables.

La Unión Europea debe contribuir a bajar la tensión, deplorar las salidas de tono y amenazas de las dos partes. Hay demasiada bravuconería sobre una bomba a la que solo le falta la mecha. Esa rebaja de la tensión debe preparar las condiciones para un diálogo sincero y sosegado en el marco del sistema de las Naciones Unidas. Cualquier otra respuesta es una gran irresponsabilidad.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento interno))

Marek Jurek (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Panie Pośle! Pan mówił o rzeczach, których pan nie chce. No nikt nie chce wojny w Korei. Mówił Pan, że nie chce sankcji, ale właściwie, jakimi środkami chciałby Pan nakłonić komunistyczny reżim Korei do pozbycia się broni nuklearnej, o której Pan mówi. No przecież jakąś presję trzeba wywierać. Jakimi instrumentami Pan dysponuje? Czy to mają być argumenty, rozmowy? Bo to nie wydają się środki właściwie dla presji na ten reżim.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), respuesta de «tarjeta azul». – Muchas gracias por la pregunta. Nosotros hemos comprobado —y la historia está ahí— que las sanciones no han servido en ningún caso en ningún conflicto para solucionar. Solo le pongo un ejemplo: las sanciones contra Irak, que provocaron la muerte de medio millón de niños.

Lo que sí hay que hacer es no romper la Carta de las Naciones Unidas, como por ejemplo hizo Estados Unidos en Irak. Por eso hablábamos de ese sosiego, de esa falta de amenaza también contra la República de Corea. Solo así podemos ir a un cambio en la actitud de este país, porque quien tiene mucho que ver es quien ha contribuido a romper la soberanía y la no injerencia de la Carta de las Naciones Unidas.

Barbara Lochbihler, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Hohe Vertreterin Mogherini, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der jüngste einstimmige Beschluss im UN-Sicherheitsrat über weitere Sanktionen gegen Nordkorea ist eine gute Nachricht, denn er zeigt Nordkorea, dass die drei relevanten Akteure – USA, Russland und China – sich einigen können. Zudem signalisiert der Beschluss den USA, dass sie sich mit Russland und vor allem mit China verständigen müssen. Allerdings lösen die Sanktionen allein den brandgefährlichen Konflikt nicht. Um eine militärische Eskalation zu vermeiden, ist es zwingend notwendig, dass die Regierungen Nordkoreas und der USA wieder miteinander ins Gespräch kommen, und dass unter Führung der Vereinten Nationen nach einer tragfähigen politischen

Lösung gesucht wird.

Des Weiteren sollte man versuchen, die Sechs-Parteien-Gespräche zwischen Nordkorea, Südkorea, China, Russland sowie Japan und den USA wieder zu beleben. Denn langfristig kann es nur Stabilität auf der koreanischen Halbinsel geben, wenn beide Staaten Verhandlungen aufnehmen, um friedlich in Nachbarschaft miteinander zu leben.

Die EU sollte alle ihr zur Verfügung stehenden Kanäle nutzen, um diese diplomatischen Bemühungen auf den Weg zu bringen. Es ist gut, dass Sie, Frau Mogherini, eine Verantwortung der EU sehen, den gefährlichen Konflikt zu entschärfen, und sich dann aber auch letztendlich für eine dauerhafte politische Lösung einsetzen.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, gentile Alto rappresentante, l'ultimo test nucleare condotto dalla Corea del Nord ha dimostrato l'inefficacia delle misure fino ad ora adottate contro il regime di Kim Jong-un. Il leader nordcoreano continua imperterrito a sviluppare il suo programma missilistico e nucleare, perseguendo una logica politica e militare da inquadrare in una più ampia e complessa strategia di regime, la cui principale preoccupazione è da sempre la sua stessa sopravvivenza.

Attraverso il suo programma nucleare, Pyongyang cerca di bilanciare la superiorità tecnologica dei suoi principali avversari, evitando possibili tentativi di *regime change* e, allo stesso tempo, tentando di imporre alla comunità internazionale il suo status di potenza nucleare.

Difficilmente un inasprimento delle sanzioni basterà a piegare tale strategia. Riconoscere che l'atteggiamento provocatorio di Kim Jong-un sia folle ma non sia sciocco non fa che confermare la portata della minaccia a livello regionale e internazionale. Ma cedere alla tentazione di un'opzione militare, vorrebbe dire trascinare l'intera regione in un vortice di violenza, le cui conseguenze sarebbero a dir poco tragiche.

Mai come oggi è fondamentale creare un tavolo negoziale simile a quello con l'Iran, con l'Unione nelle vesti di mediatore. Mai come ora è necessario coinvolgere costruttivamente la Russia e soprattutto la Cina, l'unica in grado di influenzare Pyongyang, utilizzando al contempo la nostra influenza per evitare che Pechino manipoli la crisi a proprio vantaggio.

Possiamo e dobbiamo trovare un accordo prima che siano gli eventi a decidere per noi.

Marie-Christine Arnautu, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, tout régime marxiste est, par définition, criminel, liberticide et pervers. Kim Jong-un est donc certes dangereux mais est-il pour autant complètement fou?

Depuis trente ans, la plupart des régimes opposés au nouvel ordre mondial ont été renversés, soit par des interventions militaires extérieures, comme en Iraq ou en Libye, soit par des manœuvres de subversion intérieure, comme lors des révolutions de couleur.

La déjà très paranoïaque Corée du Nord, qui bâillonne son peuple, l'endoctrine et le prive de toute liberté de pensée ou d'expression, en a conclu que seule l'arme nucléaire pouvait être dissuasive face aux États-Unis, qui disposent, eux, de forces militaires colossales. L'attitude belliciste des pays de l'OTAN est la principale cause du développement du programme militaire coréen nucléaire.

Pour assurer la sécurité du monde, commençons donc par dénoncer tout impérialisme, notamment celui qui s'exerce sous prétexte de démocratie. Rappelons enfin que ce n'est pas sous le coup de la force armée que l'Union soviétique s'est effondrée, mais bien sous le poids de son impéritie économique.

Bruno Gollnisch (NI). – Madame la Présidente, la situation actuelle en Corée me fait irrésistiblement penser à celle de juillet 1914, quand l'Allemagne entra en guerre par crainte d'être attaquée en premier par la Russie et par la France.

Il est fort possible que, comme l'a dit récemment le président Poutine et comme l'a dit l'oratrice précédente, le régime nord-coréen soit beaucoup plus rationnel qu'on ne le croit en général.

M. Kim Jong-un a dû certainement méditer les exemples de l'Iraq et de la Libye qui, après avoir été désarmés à la demande des occidentaux, ont été agressés par eux. Peut-être pense-t-il que l'arme nucléaire est en conséquence son assurance-vie.

Dans ce contexte de méfiance réciproque, nous devrions soutenir la proposition du ministre chinois des affaires étrangères, M. Wang Yi, qui suggérait en mars dernier que la Corée du Nord suspende son programme nucléaire en échange de l'arrêt des manœuvres militaires américaines en Corée du Sud, dont je ne vois pas très bien l'intérêt stratégique.

Il est regrettable que cette suggestion ait été refusée par M^{me} Nikki Haley, représentante permanente des États-Unis auprès de l'ONU, et par le porte-parole du département d'État. Elle devrait être reprise avec le concours de l'Union européenne, de la Chine et de la Russie.

Voilà, Madame la Commissaire une proposition de...

(La Présidente retire la parole à l'orateur)

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, je souhaite tout d'abord saluer l'adoption de nouvelles sanctions par le Conseil de sécurité des Nations unies, car je trouve qu'il est primordial d'envoyer un message fort au régime nord-coréen.

Une des mesures importantes est l'interdiction de l'embauche de travailleurs détachés nord-coréens. Je regrette toutefois l'opposition de la Chine et de la Russie à des sanctions plus sévères, telles qu'une interdiction totale des exportations de pétrole vers le pays et le gel des avoirs du leader nord-coréen et de ses proches.

Après six essais nucléaires et des dizaines de tirs de missiles, il est frappant de voir que Kim Jong-un a beaucoup d'assurance et ne craint pas les conséquences de ses actes. Cette assurance lui vient de son puissant allié chinois, qui fait tout pour maintenir l'économie nord-coréenne à flot et donc assurer la survie du régime. On voit à cet égard le double jeu de la Chine, qui, en paroles, condamne ce que fait Kim Jong-un, alors que c'est elle qui en quelque sorte le stimule.

Le conflit dans la péninsule coréenne se résoudra – je crois – grâce à un mélange de sanctions et de négociations. Les sanctions ne permettront pas d'amener la Corée du Nord à la table des négociations tant qu'un accord entre la Chine et les autres membres du Conseil de sécurité n'aura pas été trouvé. Seul un front uni face à Kim Jong-un fera la différence.

Eugen Freund (S&D). – Madam President, let me just say that I am very pleased with the resolution by the Security Council. It is a compromise, admittedly, but none of us would have liked the alternative and that is ratcheting up the warmongering from both sides. We remember that Donald Trump threatened fire and fury.

What is in it for us, then? I think we must grab the opportunity swiftly and offer a mediating role which the European Union can so uniquely play. We would be able to talk to all sides, to deflate the tension, pointing to our expertise as a valuable negotiator in the Iran nuclear crisis. So I appreciate the High Representative taking up the issue. I know you have a lot on your plate, Madam, but this is about as urgent as it gets.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Mr President, North Korea is an island of its own making: self-isolated by internal atrocities and threats posed to the international community. I welcome further sanctions, although I regret that they are at a lower level than initially proposed by the US. Accepting non-invasive means of coercion, we have to ensure their effectiveness and make it effective quickly to avoid darker scenarios.

Urmas Paet (ALDE). – ÜRO poolt uute sanktsioonide kehtestamine Põhja-Koreale on äärmiselt vajalik, samas ma nõustun nendega, kes ütlevad, et tegelikult oleksid need sanktsioonid pidanud olema veelgi tugevamad, ja seetõttu ma toetan ka, et Euroopa Liit lisab omalt poolt nendesse sanktsioonidesse veel midagi, sest me peame saama Korea poolsaare tuumavabaks. Samas, selles tuumarelva arutelus ei tohi me jätta tähelepanuta neid inimesi, kes Põhja-Koreas selle juhtkonna tegevuse tagajärjel kannatavad.

Inimsusevastased kuriteod, sunnitöölaagrid, inimeste hukkamised, piinamised, kadumised, toidupuudus, kehvad tervishoiuteenused ja üldine liikumis- ja väljendusvabaduse piiramine on meie teadvuses olnud juba aastaid. Liiga kaua, et seda lihtsalt pealt vaadata.

Samuti on murettekitav Hiina käitumine, kes saadab Hiinast tagasi Põhja-Korea pagulasi, kes suure tõenäosusega seal tapetakse või vangistatakse. Seega rahvusvaheline üldsus peab võtma meetmeid ka selles osas, nii et Põhja-Korea juhtide ilmselt õige paik oleks Rahvusvahelise Kriminaalkohtu ees.

James Carver (EFDD). – Madam President, the pace of the development of the situation on the Korean Peninsula precisely underlines how quickly serious security threats can form, underlining the importance of a well-funded and properly manned and equipped defence capability. As my country moves towards full independence from the European Union, we must ensure that we have a robust, flexible and well-funded defence capability that can fulfil our defence obligations, whilst being in a good enough position to respond to the full spectrum of likely potential future threats.

I welcome yesterday's unanimous vote by the UN Security Council to impose further sanctions on North Korea, and must say that I fear that it will be impossible to seriously negotiate with a regime that is headed by someone who is reputed to have overseen the deaths of his own brother and uncle.

With respect to the earlier speaker, does this Parliament really believe that the European Union has a diplomatic role to play here, beyond supporting the United States? There are reports of Germany acting as an intermediary, and if that is so, it is clearly a matter for Germany and it would be immoral of the European Union to try to take some of their credit were a mutually acceptable result to be achieved.

Janice Atkinson (ENF). – Madam President, sanctions against North Korea are just a public relations exercise to show that you are actually doing something. Sanctions hurt the ordinary people. Kim Jong-un will let his people eat grass, but they will not turn away from him because they know that he provides security for them. Sanctions imposed on North Korea just make Pyongyang's tin-pot tyrant more angry and isolated.

As you know, North Korea will continue to export via front companies in China and Malaysia, so what can you do? It is China that holds the key to North Korea. North Korea is a client state, so penalising China, imposing sanctions and restricting access to Western markets is really the key to the denuclearisation of North Korea. At the same time, the West can protect itself against unfair trade, competition and dumping. As you know, that is the view in the White House and I think it is shared by Russia as well, so you should be listening to what those two states have to say on this.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señora presidenta, señora alta representante, Señorías, dotarse de un arsenal, de misiles de largo alcance con cabezas nucleares diez veces más potentes que la bomba de Hiroshima, no es una broma. Es una amenaza muy seria a la paz y a la seguridad internacional.

Yo creo que esta no es ocasión de preguntarnos cómo hemos llegado a esta situación, sino cómo desactivar esta amenaza. El señor McAllister ha hecho una propuesta muy interesante sobre la base de la experiencia negociadora del conflicto con Irán. Creo que Corea del Norte es un régimen impermeable a las sanciones económicas, habida cuenta de la insensibilidad que tiene la nomenclatura con el sufrimiento del pueblo, como quedó demostrado en la hambruna de los años 90, donde murieron tres millones de personas. Además, el régimen norcoreano, paradójicamente, hace de la proliferación la garantía de su supervivencia.

El problema es que en esta ocasión ha llegado demasiado lejos y está poniendo en entredicho la credibilidad de su principal interlocutor, China, y la relación de China con los Estados Unidos. Coincido con el diagnóstico de la alta representante: hay que evitar a cualquier precio una escalada nuclear y convencional en la península de Corea. Creo también que es importante contribuir a estabilizar la situación en la región, que las sanciones económicas sean eficaces y, al mismo tiempo, buscar una solución permanente sobre la base de un diálogo que pueda permitir que se produzcan resultados.

Invito a la alta representante, que ya tiene experiencia en estas negociaciones, a explorar esta vía de Irán.

Andi Cristea (S&D). – Madam President, as many colleagues have underlined, with its latest decision, the UN Security Council has voted with unanimity for the strongest sanctions ever imposed on North Korea. I will focus on three elements, which I believe are of even higher relevance than the sanctions themselves.

Firstly, the decision and unanimity reached in New York is even more important than the content of the decision. It is in itself a win for diplomatic multilateral efforts and international unity in the face of the North Korean threat. Secondly, the latest efforts showed that the military option is not and should not be on the table and that there is international commitment to find a peaceful collective solution. Thirdly, we are facing not a regional but a global threat – an immediate threat not only for Asia, but also for Europe – and this is why I am happy that the EU and the High Representative is fully engaged in this process.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, doar în 2017, anul acesta, Coreea de Nord a făcut mai multe teste nucleare decât în ultimii douăzeci de ani. Ultimul test nuclear este un mesaj pentru toți oamenii, pentru lumea occidentală, pentru Europa, pentru America, dar, mai ales, pentru China. China să nu își mai țină mâinile legate la spate, atunci când vine vorba de implementat sancțiunile împotriva Coreei de Nord, împotriva Rusiei și împotriva altor dictaturi. Dacă Phenianul va dispune de arme nucleare, căci pe acest drum arată că se îndreaptă, la fel vor face și alte dictaturi din lume și toată lumea va fi distrusă.

Mario Borghezio (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il ruolo della Cina, richiamato in alcuni interventi, è stato totalmente ignorato nella relazione dell'Alto rappresentante e questo ci induce a pensare che il ruolo debole, normalmente, dell'attività estera dell'Unione europea si sia rivelato in questa occasione ancora più debole, nel momento in cui tutti gli osservatori ritengono, fin dall'inizio, centrale il ruolo, anche solo di invitato di pietra, della Cina in questa crisi, che poteva avere e potrebbe avere in futuro delle conseguenze irreparabili.

E tra l'altro, i fatti hanno dimostrato che la Cina si rivela persino come una possibile vittima delle iniziative nucleari e delle minacce di Kim, nel momento in cui, proprio quando si stava per tenersi in Cina un'importante riunione dei BRICS per lanciare al mondo questa grande offensiva, non solo diplomatica, ma commerciale ed economica, la grande prospettiva della «via della seta», interviene la provocazione di Kim, che tra l'altro ha come conseguenza anche di indebolire tutte quelle che sono le aspettative della Cina nei confronti del contenimento della presenza americana nel Pacifico.

Grave il silenzio dell'Europa su questi aspetti.

Tunne Kelam (PPE). – Madam President, I address my comments to Madam Mogherini. The fact we have to face is that the North Korean regime has now a nuclear bomb in a stage to be carried by a ballistic missile. Consequently, the reaction could not be any more business as usual – that is, sanctions with loopholes and hesitations.

I fully support the approach that we need additional sanctions, and as has been mentioned today, a total ban on oil exports to North Korea and freezing the assets of the North Korean leadership. They would have some effect. But I think we need to pay attention to the loopholes. The first problem is China, which takes in more than 90% of North Korea's exports and which has interest in keeping the regime going, seeing it as a useful tool to push America out of China's sphere of influence.

The second problem is Iran. North Korea is not alone. In fact, we face two extreme fanatic dictatorships that are complementary. They collaborate, supporting each other. Iran is boosting its missile programme and supplying Kim Jong-un with military know-how.

Some years ago it was the opposite. So we have to address both challenges.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, comisaria Mogherini, desde la crisis de los misiles cubanos en 1962, el mundo no se había asomado nunca a una perspectiva tan verosímil de que pueda desencadenarse el escenario apocalíptico de una tercera guerra mundial como consecuencia del programa nuclear de un solo país.

Hubo una guerra en la península de Corea en los años cincuenta, de 1950 a 1953, con cuatro millones de muertos. Pero en aquel momento y en aquel escenario la guerra pudo ser contenida regionalmente. Ahora sería sin duda ninguna un escenario global y requiere de actores globales.

El Consejo de Seguridad de Naciones Unidas resuelve sanciones con las dificultades impuestas por tres actores globalmente relevantes: Estados Unidos y su entendimiento o desentendimiento con China y Rusia. Pero la Unión Europea no puede confiarse a los dos Estados europeos que tienen asiento permanente en el Consejo de Seguridad, ni a quienes lo tengan electivo. Tiene que contar como un actor global, porque de otro modo esta discusión en el Parlamento Europeo no tendría ningún sentido.

Solo si la Unión Europea quiere imponer sanciones eficaces y ordenarlas eficazmente, y teniendo en cuenta además que hay una asimetría entre la Unión Europea, los Estados Unidos y Corea del Norte —y es que nos encontramos ante un actor que no se sujeta a las reglas del Derecho y que por tanto constituye una amenaza a la estabilidad—...

(La presidenta retira la palabra al orador)

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, con l'escalation delle dichiarazioni tra Pyongyang e Washington cresce il pericolo per la sicurezza mondiale. Abbiamo sottovalutato la minaccia quando il paese si ritirò dal trattato di non proliferazione nel 2003.

Ora il tema torna attuale ma poco si parla del fatto che, proprio quest'estate, è stato approvato presso le Nazioni Unite un trattato che proibisce le armi nucleari, votato da 122 paesi. Nella risoluzione dello scorso ottobre questo Parlamento si è espresso in suo favore, per un ruolo attivo dell'Unione, per un mondo libero da armi nucleari pericolose, in primis per chi le detiene: gli strumenti ci sono ma manca ancora la volontà politica per realizzarlo.

Ci auguriamo che, anche con il contributo dell'UE, si apra un tavolo di negoziato per una soluzione diplomatica, riprendendo il modello dell'Iran. Ma forse è venuto il momento di andare oltre con coraggio e proporre un percorso per la denuclearizzazione regionale e globale, unica prospettiva a lungo termine per garantire davvero la sicurezza del genere umano.

Boris Zala (S&D). – Madam President, the EU plays no meaningful role in the North Korean crisis at the moment but escalation of the crisis would damage European economies and our maritime trade. Europe needs to raise its diplomatic game in the region. We have a successful template, the EU's role in the multilateral format that produced the Iran nuclear deal. As in Iran, the EU could be the missing piece that keeps the process alive. None of the other players – China, the US or Russia – have that combination of distance and credibility, and what is more, there is a new momentum in EU-Chinese relations to create a new international architecture, but it could spill over into security affairs in East Asia too.

Trump's belligerence and domestic weakness limit American engagement in the diplomatic track on North Korea and this creates a vacuum. We should aspire to fill it.

Neena Gill (S&D). – Madam President, the whole world is quivering as we find ourselves caught between North Korean President Kim Jong-un playing boys' games with nuclear weapons and a US President more eager to have a macho standoff than diffuse tensions. This is a lethal combination.

Yesterday the UN Security Council adopted the toughest sanctions on North Korea so far, and EU Foreign Affairs Ministers consider adopting additional restrictive measures. What we have to recognise is that, when you have a president with nuclear weapons who would rather let his people wither than commit to peace, sanctions alone will not cut it. The US, China and Russia are now leading the dance, but the EU could do so too. We have proved under the Vienna deal on Iran's nuclear programme how our involvement and leadership can be crucial in turning around a situation of potentially devastating conflict and achieving peace and security for our citizens.

High Representative, I call upon you to listen to the citizens. They do not want fury and fire like the world has never seen, which was promised by the US President. That is why I call on you to go further than imposing sanctions and adopt a clear plan of action to be backed by the EU.

(The President cut off the speaker)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Marek Jurek (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Pani Poseł! Krytykowała pani rząd Stanów Zjednoczonych, ale chciałbym wiedzieć czy naprawdę jest pani przekonana, że jeżeli Amerykanie zrezygnują, z góry wykluczą możliwość reakcji militarnej, czy to zwiększy bezpieczeństwo regionalnych sąsiadów komunistycznej Korei? Czy to zwiększy bezpieczeństwo Republiki Korei? Czy to zwiększy bezpieczeństwo Japonii? Nikt nie chce tam wojny, ale propozycja rezygnacji z możliwości reakcji militarnej, to jest naprawdę nawiązywanie do (...).

(Przewodnicząca odebrała posłowi głos)

Neena Gill (S&D), blue-card answer. – I think what we have to recognise is the we have a US President who does not appear to have the wit or the diplomatic skills to be able to defuse the situation, and that's why I am calling on Federica Mogherini to try and step in. We have done this before. I did not say who has nuclear weapons or not; all I am saying is that there is very dangerous rhetoric out there, and we cannot just stand off and say that none of this matters. I think the European Union could be the leading [...]

(The President cut off the speaker)

Interventions à la demande

Michaela Šojdová (PPE). – Paní předsedající, současné rozhodnutí Rady bezpečnosti Organizace spojených národů přichází ve správnou chvíli, protože pouze jednotný a tvrdý tlak může přivést Severní Koreu k jednání. Když jsem před dvanácti lety navštívila Severní Koreu, tak jsem viděla zemi chudých a nesvobodných lidí. Kim Čong-il, otec dnešního prezidenta, byl již tehdy bez ochoty k jednání o zastavení vývoje jaderných zbraní.

Korejská lidově demokratická republika je dnes modernější a ekonomicky silnější a mladý vůdce umí využívat moderní technologie ve svůj prospěch. V Evropě máme zkušenosti z boje s diktaturou a propagandou z dob studené války a my bychom tedy měli využít maximum našich zkušeností a diplomatických a historických potenciálů a přimět severokorejský režim k okamžitému ukončení provokací a zkoušek a pokusit se o diplomatické vyjednávání. Dnes existuje globální vůle k zastavení této jaderné krize a tu musíme využít.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση ορθώς στηρίζει τις κυρώσεις που επέβαλε ο ΟΗΕ στη Βόρειο Κορέα. Αποτελεί όμως ουτοπία το να πιστεύουμε πως αυτές οι κυρώσεις θα οδηγήσουν τη Βόρειο Κορέα να εγκαταλείψει το πυρηνικό της πρόγραμμα. Εδώ και αρκετά χρόνια η Βόρειος Κορέα με αργά, σταθερά, αποφασιστικά και αποτελεσματικά βήματα έχει δημιουργήσει πυρηνικές δυνατότητες. Ο πρόεδρος της, ο Κιμ Γιονγκ Ουν, δεν είναι ανόητος για να πιστεύει ότι μπορεί να κηρύξει πυρηνικό πόλεμο κατά των ΗΠΑ αλλά και κατά της διεθνούς κοινότητας.

Η τύχη όμως του Σαντάμ αλλά και του Καντάφι τον έχει πείσει ότι για να διασωθεί ο ίδιος ως άτομο, ως καθεστώς, και ως χώρα πρέπει να στηριχθεί στην πυρηνική του δύναμη και να εκβιάσει, να απειλήσει, και να επιδιώξει να έρθει σε συνομιλίες με την διεθνή κοινότητα. Στο σημείο αυτό η Ευρωπαϊκή Ένωση μπορεί να συμβάλει αποφασιστικά στη δρομολόγηση αυτού του διαλόγου και στην εκτόνωση της κρίσεως.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony, Észak-Korea kapcsán oly sokszor elhangzott már, hogy meg kell fékezni a diktátort és nem szabad megengedni a fékevesztett provokatív lépéseket. A gond csak azzal van, hogy láthatóan nem csupán az Unió tehetetlen, hanem az Egyesült Államok is. Egy közvetlen konfliktusnak beláthatatlan következményei lennének elsősorban a térségben élő lakosságra nézve, egy hagyományos háború a világon évtizedek óta nem látott pusztítással járna. Eközben nincsenek arra utaló jelek, hogy a rendszernek belülről lenne cselekvőképes ellenzéke, a már így is sokat szenvedett és megfélemlített észak-koreai néptől nem várható ellenállás. Gazdasági szankciók szigorítása persze csak fokozná az emberek szenvedéseit, ám érdemes lenne eldönteni: asszisztál-e a világ a tényleg embertelen rendszer fennmaradásához vagy megpróbálja a szankciók és tárgyalások kombinációjával elérni a változást. Az észak-koreai vezetésben a jelek ellenére van racionalitás és minden hatalom elsősorban a saját túlélését tartja szem előtt, ezért ha azt veszélyben látja, hajlandó lehet a változtatásra. A kérdés az, hogy milyen árat kell ezért fizetnie a lakosságnak.

(A felszólaló hozzájárul egy, az eljárási szabályzat 162. cikkének (8) bekezdése értelmében feltett kék kártyás kérdés megválaszolásához).

Nirj Deva (ECR), *blue-card question*. – I wanted to ask Mr Sógor a very simple question which has not been asked during this debate. Why is Kim Jong-un making nuclear weapons? For what end? To have himself destroyed? So what is the purpose of all this? I know the answer. He wants to sit at a negotiating table and discuss a peace treaty. But I wanted Mr Sógor to answer the question.

Csaba Sógor (PPE), *blue-card answer*. – He has got the answer. He wants to speak. But I think it is more that: he has some other problems, but I do not want to enter into the details.

(Fin des interventions à la demande)

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, I am happy to see that there is broad support in this Hemicycle for the approach the European Union has taken and again here I have to say, the European Union approach that brings together our diplomatic service, the work we have been doing with the Member States in the relevant countries, in New York and we will continue to do that.

First of all, increasing the economic pressure. I have seen that all of you are very much aware of the fact that when you do not have a situation where political will is expressed in a credible manner, or in any way at all, there is the need for more pressure to be put on the economic and political side, and here the key is the unity of the international community.

This is why the vote in the UN Security Council yesterday night was so important because it sent a message to North Korea that the unity of the international community – from China that, yes indeed, plays a crucial role, to the Russian Federation, to the United States, to the European Union, to all the other members of the UN Security Council, so the entire international community – is strongly invested in this path.

More pressure to open diplomatic channels: North Korea has to feel the diplomatic pressure of a united international community.

The European Union will now do two things. On the economic path we will implement the UN Security Council resolutions, as we have always done, in the most strict and complete manner. We will also do a second thing that is very important because, as you know very well, the economic relations between the European Union and its Member States on one side, and the DPRK on the other, are not so relevant that they will have an economic impact that is, let us say, particularly impacting on the regime.

So we will work to make sure that others implement the UN Security Council resolutions, because some of you asked the crucial question that would probably come for later but it is also useful to put it on the table now: how come we are today in the situation where we are, in terms of developments in the DPRK's nuclear programme, under what is quite a severe regime of sanctions from the UN system?

Here we have, together with our partners in the international community, a responsibility to work towards all third parties to make sure that the UN-based decisions, the UN Security Council sanctions, are implemented by all on the international scene.

And third, as many of you supported, work will go on in defining together in the European Union additional sanctions or additional autonomous measures that could complement the ones adopted by the Security Council.

But I think that the message the UN Security Council sent powerfully yesterday night was also the choice of diplomacy and of the political way rather than that of military escalation. And on this too the international community was united. And on this too, the European Union brought its weight, its proposal, to bear; this was our line from the beginning: economic pressure also as a way to prevent the risk of a military spiral.

On the diplomatic side then, what are we going to do as the European Union from today onwards?

First of all, work to keep international unity. This is essential. Many of you referred to the risk of having to face a third world war. Well, the unity of the international community, the unity of the P5, the unity of the UN Security Council is somehow the best guarantee we can have that that tension, that crisis, will not develop in that direction. The UN system is our point of reference; we have to prove that we trust the UN system to prevent too major wars from happening.

So first, we will continue to work with all – with all – to keep the unity of the international community. And again, when I say all, I mention the United States, I mention Russia, I mention China – with whom we have been working very well in the past and with whom we have constantly in these months worked at my level with their foreign ministers in New York, and locally – to think together about how to open diplomatic channels.

Not diplomatic channels – because diplomatic channels, including with the DPRK, are open; we have seven Member States that have embassies in Pyongyang. We have humanitarian programmes run by some Member States in Pyongyang and in the DPRK. When I say diplomatic channels, I mean a system of mediation of diplomatic talks that can guarantee a credible engagement, because talks for talks are not necessarily a good idea.

What we need is to create the conditions in the international community with all our partners, including with the European Union, for credible and meaningful diplomatic negotiations.

This is the second thing we will do. Coordinate with our partners, starting with China, Russia, the United States and our regional partners – the Republic of Korea needs to feel ownership and to lead the way somehow; the President has shown wisdom and determination, and I think we have somehow a privileged access and channel of exchange, we have regular contact with the foreign minister and again we will continue this very frequently – and with Japan, to make sure that there is a concerted, united understanding of how best to open this credible diplomatic path.

Many of you referred to the experience, the knowledge that the European Union has in this kind of a situation. We have obviously quite a deep knowledge and know-how and experience when it comes to nuclear negotiations, nuclear negotiations linked to sanction regimes. We have been running the Iran negotiations for quite some years with a successful result.

There the unity of the international community was key. But there was another element there that was essential and that we do not have at the moment in the situation of the DPRK, which is the political will. You cannot mediate or offer the goodwill of an honest broker unless you see real determination, a real political will to engage in negotiations. That door, that little space still needs to be opened and this is where we need the unity of the international community to push for that little space to be opened, then we can definitely work for a diplomatic negotiation that might take a lot of time, but is always possible.

Again I do not particularly like the parallels between the situation in Iran and in the DPRK. The political systems are very different, their histories are very different. The two countries are completely different and I do not think it is a good service to the reality of history and of the current situation to make a parallel between the two, but yes, the confidence, the know-how, the skills, the experience of the European Union in this field are ready to be used to accompany such a process, provided we start to see an opening in the political will to engage seriously to find a peaceful solution to this tension.

(Applause)

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

Jonás Fernández (S&D), por escrito. – Los últimos ensayos balísticos de Corea del Norte, incluyendo el lanzamiento de misiles intercontinentales sobre Japón y una bomba de hidrógeno varias veces más potente que las lanzadas en Hiroshima y Nagasaki, son hechos inaceptables que ponen en riesgo la seguridad de toda la región, y suponen una manifiesta violación del derecho internacional y de las resoluciones del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas. Es por tanto urgente redoblar todos los esfuerzos concertados de la comunidad internacional con el fin de conseguir la desnuclearización de la península coreana por medios pacíficos. Desde el grupo socialista nos oponemos firmemente a una solución militar de esta crisis. Por ello, reclamamos mayor presión diplomática y económica sobre el régimen de Pyongyang, con la adopción de sanciones más duras si fuera necesario, incluyendo medidas autónomas por parte de la Unión que vayan más allá de lo acordado en el Consejo de Seguridad. Necesitamos que Europa ejerza, de forma unida y coordinada, todo su peso diplomático y por ello apoyamos los esfuerzos de la Alta Representante Mogherini para

conseguir que actores clave para una resolución pacífica de la crisis como China y Rusia se impliquen también al máximo en la presión sobre Corea del Norte.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – Los últimos ensayos balísticos de Corea del Norte, incluyendo el lanzamiento de misiles intercontinentales sobre Japón y una bomba de hidrógeno varias veces más potente que las lanzadas en Hiroshima y Nagasaki, son hechos inaceptables que ponen en riesgo la seguridad de toda la región, y suponen una manifiesta violación del derecho internacional y de las resoluciones del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas. Es por tanto urgente redoblar todos los esfuerzos concertados de la comunidad internacional con el fin de conseguir la desnuclearización de la península coreana por medios pacíficos. Desde el grupo socialista nos oponemos firmemente a una solución militar de esta crisis. Por ello, reclamamos mayor presión diplomática y económica sobre el régimen de Pyongyang, con la adopción de sanciones más duras si fuera necesario, incluyendo medidas autónomas por parte de la Unión que vayan más allá de lo acordado en el Consejo de Seguridad. Necesitamos que Europa ejerza, de forma unida y coordinada, todo su peso diplomático y por ello apoyamos los esfuerzos de la Alta Representante Mogherini para conseguir que actores clave para una resolución pacífica de la crisis como China y Rusia se impliquen también al máximo en la presión sobre Corea del Norte.

Kati Piri (S&D), *schriftelijk*. – Mogelijk staan we aan de vooravond van een nucleaire oorlog met honderdduizenden doden tot gevolg. President Trump en de Noord-Koreaanse leider Kim Jong-un proberen elkaar vanuit retorisch oogpunt te overtreffen en herhaaldelijke pogingen van de internationale gemeenschap om de landen aan de onderhandelingstafel te krijgen hebben vooralsnog niets opgeleverd, terwijl diplomatie de enige optie is. Elke vorm van militaire inmenging zal catastrofale gevolgen hebben. Allereerst voor de Koreanen, maar ook voor de regio en mogelijk de hele wereld. Het is goed dat de VN-Veiligheidsraad deze week strengere sancties heeft aangenomen. De uitvoering ervan zal essentieel zijn om Pyongyang aan de onderhandelingstafel te dwingen. De Europese Unie heeft een instrument achter de hand om de dreiging af te wenden: soft power. Met een indrukwekkende staat van dienst op het vlak van diplomatie kan en moet zij optreden als neutrale bemiddelaar om hiermee een nieuwe kernoorlog af te wenden. Want niemand, daadwerkelijk niemand is gebaat bij een escalatie.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Los últimos ensayos balísticos de Corea del Norte, incluyendo el lanzamiento de misiles intercontinentales sobre Japón y una bomba de hidrógeno varias veces más potente que las lanzadas en Hiroshima y Nagasaki, son hechos inaceptables que ponen en riesgo la seguridad de toda la región, y suponen una manifiesta violación del derecho internacional y de las resoluciones del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas. Es por tanto urgente redoblar todos los esfuerzos concertados de la comunidad internacional con el fin de conseguir la desnuclearización de la península coreana por medios pacíficos. Desde el grupo socialista nos oponemos firmemente a una solución militar de esta crisis. Por ello, reclamamos mayor presión diplomática y económica sobre el régimen de Pyongyang, con la adopción de sanciones más duras si fuera necesario, incluyendo medidas autónomas por parte de la Unión que vayan más allá de lo acordado en el Consejo de Seguridad. Necesitamos que Europa ejerza, de forma unida y coordinada, todo su peso diplomático y por ello apoyamos los esfuerzos de la Alta Representante Mogherini para conseguir que actores clave para una resolución pacífica de la crisis como China y Rusia se impliquen también al máximo en la presión sobre Corea del Norte.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – Los últimos ensayos balísticos de Corea del Norte, incluyendo el lanzamiento de misiles intercontinentales sobre Japón y una bomba de hidrógeno varias veces más potente que las lanzadas en Hiroshima y Nagasaki, son hechos inaceptables que ponen en riesgo la seguridad de toda la región, y suponen una manifiesta violación del derecho internacional y de las resoluciones del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas. Es por tanto urgente redoblar todos los esfuerzos concertados de la comunidad internacional con el fin de conseguir la desnuclearización de la península coreana por medios pacíficos. Desde el grupo socialista nos oponemos firmemente a una solución militar de esta crisis. Por ello, reclamamos mayor presión diplomática y económica sobre el régimen de Pyongyang, con la adopción de sanciones más duras si fuera necesario, incluyendo medidas autónomas por parte de la Unión que vayan más allá de lo acordado en el Consejo de Seguridad. Necesitamos que Europa ejerza, de forma unida y coordinada, todo su peso diplomático y por ello apoyamos los esfuerzos de la Alta Representante Mogherini para conseguir que actores clave para una resolución pacífica de la crisis como China y Rusia se impliquen también al máximo en la presión sobre Corea del Norte.

14. Aktuelle Entwicklungen im Bereich Migration (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la déclaration de la vice-présidente de la Commission et haute représentante de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécurité sur les évolutions récentes dans le domaine de la migration (2017/2827(RSP)).

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, I am glad we are discussing the issue of migration again. I believe we have a serious responsibility as Europeans to look at the facts. Many times, in particular when electoral debates get heated or when political confrontations turn even more heated than electoral debates, we have the tendency to say a lot, without necessarily looking at the facts, and I would start with two facts.

First, that there are no shortcuts when we deal with the issue of migration. It is a global massive phenomenon that does not relate only to the European Union. It is a global phenomenon, with more movement of people within continents like Africa or Asia than towards the European Union. There are no shortcuts; there is a complexity that needs to be faced as it is. The second fact is that the measures we have – finally – started to put in place are starting to show the first results.

I believe that we must never forget the starting points, the fundamentals, and we should go back to basics, which is the human dimension of the phenomenon. Behind every number that you hear on TV there are people: men, women, and children. People with names, stories, hopes, fears, expectations, and sometimes terrible stories to tell when they manage to tell them. The starting point for us is their continuing suffering and death. Men, women and children who have left their homes in search of a better life.

I have heard myself — and I believe many of you have done the same — stories from detention camps in Libya; when we speak to migrants or aid workers in Lampedusa you hear things no one should hear, and no one should live through. I have seen for myself the images of men and women marked like animals by the human smugglers. We have to realise that this is a new form of slavery and we are facing with this a tragedy that not one of us can underplay or ignore.

At the same time, the work we have been doing over the last two years – and I say 'finally' because we have come too late to act as Europeans on this issue – finally the things we have put in place in the last two years are starting to bear fruit. Hundreds of thousands of people have been saved from death. Let me be clear, even one that is not saved – even one – is too much, but the fact that we are starting to see the results of some policies that we have finally started to put in place, and that are starting to save lives and protect rights, is positive.

Thousands have received food and medicines, thanks to our cooperation with the UN agencies and first of all, I would like to thank the IOM, UNHCR and UNICEF for the work they have started to do with us. They have always been doing this work, but we have developed a new partnership with them, reinforcing their work, providing political support, financial resources, access in some places to which they did not have access before.

This partnership is for us the guiding line of our action. Thousands were given the opportunity to go back home in a dignified, voluntary way and to begin a new life, thanks to the European Union. We have, I believe, a responsibility to also look at these stories and continue with more determination on this path that we have finally started to walk.

There has been a considerable reduction in the number of people crossing the Mediterranean and the desert. The number of migrants risking their lives in the central Mediterranean has gone down by 17% compared to last year. The number of people crossing through Niger has dropped from over 330 000 in 2016 to less than 40 000 so far in 2017. These trends reflect the work we have done over the last year and more recently, together with Member States, international organisations and in line with immigration compacts and the Action Plan on measures to support Italy.

Dialogue with our partners in Africa and beyond is progressing fast and well. This year alone, some 4 000 people returned voluntarily from Niger. The number of people returning from Libya has almost tripled, from 2 500 last year to over 7 000 this year up until now.

Reducing the number of crossings goes hand in hand for us with a renewed effort to fight effectively against smuggling and trafficking; fighting the business model, fighting the forms of organised crime that arranges this slavery in new forms.

Operation Sophia continues its anti-smuggling operations at sea and the training and capacity building of the Libyan coastguards. Before the summer, the Council amended the mandate of Operation Sophia. It also set up a monitoring mechanism for trainees so that we can ensure the long-term efficiency of training the Libyan coastguards, monitoring the way in which they operate after we have trained them.

This is essential, not only in terms of efficiency and the control of the seas. In terms of anti-smuggling activities, this is also a fundamental element for us to control the standards of human rights respect that are part of the training of the Libyan coastguard and which we want to see fully implemented. As for Libya's borders, our border assistance mission is planning for a possible training and advisory mission inside the country.

Our engagement with the Libyan authorities is increasing already, particularly on border management, law enforcement and in support of the criminal justice system. Most recently we have launched a EUR 46 million programme to help manage the southern border of Libya, run together with the Italian Ministry of the Interior.

To the south of Libya, we are present, as you might know, with three European Union military missions in the Sahel and with our support for the creation of a G5 Sahel joint force. We signed a contract with EUR 50 million just two months after our partners in the G5 countries had asked for support, establishing for the first time ever a joint force among them to better control the territory – which is very difficult territory to control: desert, long borders – with the precise aim of fighting and preventing terrorism and radicalisation but also smuggling and trafficking of all kinds, including the links between human smuggling and trafficking, arms trafficking and drug trafficking.

We know very well there are many connections there that need to be broken, and they can be better broken by the local actors who know the territory, know the people, know the economies, know the communities. Our work is to support them doing this difficult work for their own sake and also for the sake of those that put their lives in the hands of criminal organisations.

In parallel, European Union agencies such as Europol and the European Border and Coast Guard Agency have greatly strengthened their capacity and improved their cooperation with our military missions and operations. In Asia alone, 101 alleged smugglers have been brought before the court. Another 79 have been arrested and 74 vehicles and motor-cycles have been confiscated. This is the result of the work of our joint investigation teams together with our EUCAP mission and the authorities of Niger.

This is the partnership approach: defining the needs, working with the local authorities, setting the highest possible standards when it comes to human rights' protection and putting the right resources at the disposal of those that know the local situation better. An initial success story that we now want to replicate at regional level, linking up countries of origin, transit and destination with the support of these UN-EU agencies.

And yet our commitment goes well beyond border management. I believe that the time when we had the illusion of managing migration flows only through border management has gone. We have now finally understood not only that we need to act as Europeans all together but also that we need to act on what we usually define as the root causes: poverty, climate change, lack of democratic spaces, violations of human rights, opportunities for life.

With our migration compacts we are discussing directly with our partners in Africa – governments but also local authorities, civil society organisations, international agencies and NGOs that are present on the ground – how to best invest in the sustainable development of these countries, of these communities, because in one single country, you can have areas where support in this respect is not particularly needed but maybe a few tens of kilometres away from there, you have a community that is completely exposed to the trafficking and the smuggling.

So you need to diversify the approach, developing a partnership that is oriented to deliver results on the ground. The EU Emergency Trust Fund for Africa has with this approach already mobilised almost EUR 2 billion and our investments are meant first and foremost to create jobs, create skills, and create better security conditions for growth.

I can share with you an anecdote that maybe I told you before, about the first time I visited Agadez. Agadez is on the main route into Libya, north of Niger, in the middle of the desert, a beautiful place. I landed at an airport that is now basically closed, and the first thing I heard from the local community is 'Here, we have always welcomed tourists'.

Then the security situation deteriorated, the terrorist threat increased, tourists are not coming any more, the economy reconverted on smuggling and trafficking. So if you want to develop alternative economies, to offer alternatives to the youth of these communities, to stop the criminal organisations and to invest in sustainable, good economies you need also to work on the security side of the territory, otherwise a normal, strong, healthy economy would have more difficulties to take root.

This is also a way of addressing the root causes of the migratory flows as well as is – and I have mentioned this here many times, and I think I have the full support of this Hemicycle on this – our constant and determined work on climate change. So many people leave their communities because of the consequences of climate change, especially in the areas of the desert.

The External Investment Plan, on which this Parliament has worked so well – and I would like to thank here the three committees that have worked in a really remarkable way jointly and I know that many were sceptical about three committees working together on such a complicated measure – the External Investment Plan is now ready. It will mobilise unprecedented levels of private resources in the most fragile areas of Africa and our region, with the objective of implementing the Sustainable Development Goals, but at the end of the day the two agendas coincide, because if we had the Sustainable Development Goals fully implemented, there would also be a clear impact on the migratory flows.

No one invests as much as we do in Africa. I know that some argue about the need for a Marshall Plan for Africa. I often mention the amount of euro the European Union and its Member States invest in different forms, from development to humanitarian security, in Africa. That is EUR 20 billion every year. The External Investment Plan is going to mobilise even more, aiming at raising EUR 44 billion in private investments.

We definitely need to use this money in a sense of partnership with our African friends and I believe that the next EU-African Union Summit in Abidjan at the end of November will be exactly this: moving from the concept of aid to the concept of partnership. Working together and facing together common challenges and taking advantage together of common opportunities, and also working together on common issues we have close to our hearts: multilateralism, a certain way of understanding security and peace, climate change and the multilateral agenda.

While we have initial steps forward that we need to recognise on migration, I think we have to keep very firmly in mind that we still have a very long and a very difficult way to go. I said at the beginning that there is no shortcut. We have internal contradictions in the European Union and I am sure you will hear more from President Juncker about this tomorrow – it is not my fight – but it is important that we never close our eyes to the unacceptable conditions that so many human beings are still facing on the route.

Let me start with the detention centres in Libya. As you know I do not hide the difficult topics, on the contrary, and let me tell you it is exactly because I heard the stories of those who were escaping from those detention centres and arrived in Lampedusa that I keep a constant eye on how we can better protect and save lives. If you hear those stories once, believe me you do not forget them.

Our line here is clear: detention conditions at the moment fail to meet any basic condition of decency. Detention centres in their current form should be closed. This is something we keep discussing in all our meetings with the Libyan authorities. As long as these centres do exist inside Libya, we are working with our international partners on the ground to guarantee they have access to these detention centres – a very difficult discussion to have and a very difficult thing to do given the security conditions inside Libya – with the aim of improving the living conditions of the people that are currently in the centres, and I would like here to thank the courage and the determination of the IOM, the UNHCR, UNICEF, and their staff for the incredible work they have started to do.

They have now developed a work inside Libya, and that is the result of the common work we have started. We are supporting financially, politically and logistically, whenever we can, their work inside Libya exactly for that purpose, because we see that things are unacceptable in these centres. But still, too few international staff are currently present in Libya and we do want to see an increased international presence in the very short term. I will personally stress this point once again during my meetings in New York next week.

While the humanitarian conditions of detention are our top concern, second comes the need to provide durable solutions for the people stuck inside Libya because we have to realise that if detention centres were to be closed tomorrow – and as I said, we believe that under the current conditions we see in the detention centres that they should be closed or the conditions should be radically changed – but if they were to be closed tomorrow, thousands would be trapped and lost in a country that is in difficult security conditions and where they do not want to stay.

So when I say there is a complexity of the phenomenon that needs to be tackled seriously, with no shortcuts, that is what I am talking about. And this is why we have chosen to invest in our partnership with the international organisations that have the knowledge and the highest international standards for human rights to help us in tackling this issue, for us and our partners, the authorities of, in this case, Libya but it is also true for other countries.

So we need to be ready to offer two clear paths here: for those in need of protection we need safe and legal avenues, including to Europe and this is a debate that inside our own Member States, in our national parliaments and probably also in this Parliament – you know very well it is a difficult debate. But let me stress this. Those in need of protection need to have safe legal avenues, including to Europe.

Second, for those that are not in need of protection, we need to offer them a dignified safe way to go back home and restart a life in a community that has probably invested everything they had to send them away to look for a better future and send back remittances. Going back means being accompanied back and this is where we come in also. We follow all along the way to offer ways to restart a life, a small business, a different kind of future once people are going back. Last December, we started a programme with the IOM that is showing first positive results. We intend to offer a safe way out to over 10 000 people by the end of the year, from Libya.

Last but not least, we need to provide an alternative to local communities that rely on smuggling for their daily subsistence. I can think here of the many communities – I mentioned one just a few minutes ago – of northern Niger or south of Libya. In this field, we have launched massive investments to create jobs and provide training, but as I said, this is a work that we need to do together with the local communities, together with the local authorities and guaranteeing at the same time support for a better security environment in the region.

Ultimately, I think we can summarise this approach in one sentence. We need to replace the illegal economy of human trafficking and smuggling, the new slavery, with the regular system of opportunities and channels to safely reach Europe and elsewhere for those in need. Remembering one important thing which is, I know, very unpopular in our political domestic debates but which is the reality of our economy. If regular migrants in Europe were to disappear tomorrow morning, entire sectors of our economies would collapse. It is something to keep in the back of our minds.

It is clear that the European Union cannot do this all alone. First of all we need to have the entire European Union backing this approach. We need consistency and coherence, we need Member States to invest in this approach consistently and with coherence – I was glad to see that many of them are now realising how important it is to invest in these partnerships – and we have to build global alliances to manage this phenomenon.

One year ago, two years ago, it was all about the European migration crisis. I think that today we have managed – again, finally, and we are just starting to see the results – but we have managed to put in place some elements of an intelligent policy based on partnership that our African partners recognise as useful, that our international partners, starting with IOM, UNHCR and the UN system recognise as right.

We need to increase the work on the global compacts for migration and for refugees. Next year we will have an important process leading to this. In the UN system the EU, I believe, has the responsibility to build this partnership approach based especially on our EU-African partnership that we have developed over the last year, and we will relaunch even more strongly at the Summit in Abidjan.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

Roberta Metsola, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, migration remains truly one of the greatest challenges of our generation. It is an issue that must be addressed – indeed that can only be addressed – by sincere cooperation between the European Union, countries of origin and countries of transit. Papering over the cracks without taking the tough decisions necessary to deal with the issue in the long term must no longer be an option.

The joint statement touches on a number of important points, and I welcome the renewed focus that it gives to the issue. This means that we have to work hand in hand with countries, particularly in Africa, not only to help build up their law enforcement, the judicial systems and border management, but also to help with their education systems and entrepreneurship and ensure a future for people closer to their homes – something this Parliament has long called for.

But we need more. We need to move the debate away from emergency solutions and emergency funds and start talking about long-term proposals and proper investment and economic cooperation strategies. We have to keep putting our money where our mouth is. It is not only about aid, but it is now also becoming about encouraging our companies to invest in Africa. Significantly, I welcome the focus on improving the conditions for migrants in Libya. The horror stories we keep hearing make it impossible to ignore, as we have just said. At the same time, within Europe we must ensure that those who are not entitled to international protection are returned to their countries of origin. This is essential if we are to direct our resources to give protection to those who need it.

In conclusion, the reality on the ground is that, where there is no hope, the people will continue to look for any avenue to flee, irrespective of the risk to their lives. We must think long term and we must ensure that traffickers are not allowed to fill the void and exploit the most vulnerable. The European Union has a crucial role to play on the world stage and in giving the issue more traction. We need to continue to move from statements to tangible concrete results.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

President. – Ms Vautmans, just to explain, blue cards are only between Members and not to the institutions. Now you can have the floor for 30 seconds to address Ms Metsola.

Hilde Vautmans (ALDE), *blue-card question*. – Thank you; I really wanted to put a question to Ms Mogherini, but she will hear the question and can answer later. It is the same question: I really agree with everything that has been said here – I think a lot of good things have been said – but there is one question I really want to put to Ms Mogherini and to you. We always talk about those who are vulnerable in migration, but a recent UNICEF report says that the most vulnerable are the children. We know that Europol has stated that 10 000 migrant children have gone missing in Europe. What will we do about that? Will you support me to have a real action plan on this?

President. – The question is to Ms Metsola.

Roberta Metsola (PPE), blue-card answer. – Thank you for giving the opportunity to address another issue which I missed in my speech, and it's precisely on this that I think this Parliament can find consensus on this matter. You will find members from each political group that come together and say that we need to do more to help the situation we have with missing children and the trafficking of minors, and exposing the big problem we have with the exploitation of the most vulnerable – and yes, children are on top of that list.

Gianni Pittella, a nome del gruppo S&D. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, c'è una frase bellissima pronunciata ieri da Papa Francesco: «Abbiate sempre il cuore aperto». Ed io aggiungo: aperto, palpitante, sofferente, con gli occhi rivolti ad Aylan. Ricordate, due anni fa, quel bimbo, un punto nero in un'immensa distesa di spiaggia... Quante migliaia di corpi senza vita in questi anni! Il mio monito, dunque, è: non solo meno sbarchi, ma meno morti.

E ora ringrazio la Vicepresidente Mogherini, perché nel suo lavoro e nel suo discorso non ha mai smarrito la dimensione umana. L'Italia e i paesi del Sud Europa sono rimasti da soli ad affrontare questa immensa emergenza. Ora qualcosa si è mosso: il governo italiano ha assunto una forte iniziativa politica; ci sono risultati evidenti. La Commissione ha fatto tanto; il Parlamento, credo, sia stato sempre pronto; il Consiglio ha bloccato.

Io ho detto ieri al Presidente Tusk: occorre che il Consiglio metta in agenda la revisione della regola assurda, aberrante, che mette tutto sulle spalle dei paesi di primo sbarco. Occorre, come Lei ha detto, aprire canali legali, perché non basta asciugare l'acqua con uno straccio se il rubinetto resta aperto. Occorre sconfiggere le mafie che lucrano sul bisogno umano; occorre rispettare le decisioni europee e anche quella della Corte di giustizia europea e i paesi che non lo fanno devono essere sanzionati. E occorre costruire un'alleanza della dignità con l'Africa.

Lo strumento che Lei ha ricordato, su cui Lei ha lavorato, è uno strumento utilissimo: il piano di investimento nella sua dimensione esterna per valorizzare le energie migliori che ci sono in Africa. Dobbiamo farlo insieme a quelle organizzazioni non governative che salvano vite umane, mettendo da parte demonizzazioni ingiuste, come quella che si sta tentando in queste ore in altri campi, contro l'agenzia dell'ONU per la Palestina.

Se il cuore rimane aperto, la paura viene sopraffatta dalla ragione, dai sentimenti e dai valori che fanno dell'Unione europea il campione della solidarietà, il faro nel mondo per coloro che credono e vogliono difendere la dignità e i diritti umani.

Die Präsidentin. – Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt eine Anfrage „blaue Karte“ von Herrn Zdechovský an Herrn Pittella. Aber eigentlich gibt es die Regel, dass ich Ihnen, Herr Zdechovský, wenn Sie später auf der Rednerliste stehen, vorher nicht die blaue Karte gebe. Ich würde gerne dabei bleiben, weil wir – wissend, dass ich alle etwas länger reden lasse – sonst mit der Zeit nicht nachkommen. Sie können Ihre Frage dann, wenn Sie dann das Wort haben, an Herrn Pittella richten. Ist das in Ordnung? Danke.

Marek Jurek, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Pani Wysoka Przedstawiciel! Panie i Panowie Posłowie! To bardzo dobry postulat, ten o którym mówiła pani wysoki przedstawiciel, że wszystkie nasze państwa w Unii Europejskiej powinny wspólnie mówić jednym głosem. Tylko najpierw musimy się wspólnie słuchać i potrzebujemy władz Unii Europejskiej, które poszczególnych państw będą słuchać. Lepiej poradzilibyśmy sobie z kryzysem migracyjnym, gdyby od początku władze Unii Europejskiej zrezygnowały z próby zarządzania nim kosztem państw. Dzisiaj padły ważne słowa o tym koszmarnym „przemysłowym” przemyśle ludzi, o tej przestępczej mafii, czy mafiach, nielegalnej migracji. Tylko niestety bądźmy świadomi tego, że to rządy kierujące się imigracjonistyczną ideologią, że to organizacje międzynarodowe idące w tym kierunku, że to organizacje pozarządowe tworzyły popyt dla tej mafii. My naprawdę musimy przemyśleć to, co do tej pory robiliśmy.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, I would like to thank the High Representative for her personal commitment, her frankness and for having this debate with us. However, I would like to underline that external policies can only complement, contribute to, migration management, and it cannot replace proper asylum and migration policies. The Member States should stop propagating this myth of fortress Europe and closing the borders: migration will not stop. It is as old as the world, it is there and it will be there – but we can manage it. We can handle it if we do it together, and indeed I agree with Gianni Pittella. Of course we cannot leave it to Italy alone; we need to revise the Dublin Regulation.

A solution for migration flows is certainly not dirty deals with shady regimes, because we are talking about making a deal with Libya. I even heard the President, or I read about the statement of the President of this House, Mr Tajani, suggesting that we should give EUR 6 billion to Libya in order to solve our migration issues. I was really wondering on whose behalf he was speaking. It is certainly not the position of this House, as far as I am aware. Yes, we should be investing in Africa, because there is an economic case, but we should not be giving money to shady regimes in order to prevent people from leaving the country. Why are we giving money to dictators? Why are we giving billions to shady outfits in Libya, Brigade 48 or whatever it is called? And yes, it is all very fine to train the Libyan coast guard in human rights, but forgive me for being a little bit cynical – I really do not think that is going to make a massive change.

I think this money – which is taxpayers' money – ends up in the pockets of militias, corrupt regimes, terrorists, rather than using that money for services for our own citizens and regulating – managing – migration. Because we can do it. We are the richest continent in the world, we are the best organised, the most civilised continent in the world. If we cannot do it, then who can?

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Nagyon szépen köszönöm, Képviselő Asszony! Sok mindenben egyetérték, azzal amit Ön mondott, viszont a kérdésem arra irányul, hogy Ön egyetért-e azzal – ez egy ENSZ-megállapítás volt nemrégiben –, hogy a migrációknak a legmélyebb okai között kettő dolog van: az egyik a klíma, ezt mindannyian tudjuk, a másik a rossz kormányzás. Én azt gondolom egyébként, hogy ezen kéne változtatni, és nem csak a következményt, azaz a migrációt kezelni. Mit gondol Ön erről?

Sophia in 't Veld (ALDE), *blue-card answer*. – I am not a sociologist or anything, but there are many, many different causes – and there always have been, throughout history – that have pushed people to move: it may be war, persecution, violence or poverty, but interestingly experts now also say that as African countries are developing, people actually have more means to become mobile. So it may actually be that it's not just poverty pushing them out; there may also be other reasons. I'm pretty convinced that climate change, too – I mean just look at the images of the extreme conditions – is going to push people to move. So we should stop clinging to this myth of 'Fortress Europe' and start managing migration.

Barbara Spinelli, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, immagino che il Vicepresidente conosca i moniti dell'Alto commissariato dell'ONU e di Medici senza frontiere a proposito degli accordi di Parigi su Libia, Ciad e Niger. Nei moniti si parla di campi di detenzione, dove i migranti subiscono violenze e morte. L'allarme delle ONG concerne anche controllo, da parte del Ciad e del Niger, delle rotte di fuga a sud della Libia. Saranno loro, assistiti da europei, a controllare le oasi dove le carovane si fermano per dissetarsi. Le nuove rotte saranno minate o prive di pozzi d'acqua.

La verità è che l'Africa diverrà una nostra prigionia, dalle inaudite proporzioni, che cofinanziamo. E la cosa più impressionante è che l'Unione è al corrente di questo: non ignora che l'80% degli sfollati già è in Africa, che in Europa arriva una parte minima, che la Libia non ha firmato la convenzione di Ginevra.

Ciò nonostante, l'Unione si rallegra della diminuzione dei flussi, degli *smuggler* beffati. Questo rallegrarsi è il capitolo più nero della sua storia presente. Definire inaccettabili i centri di detenzione è insensato, visto che l'Unione li ha accettati! La cosa sicura è che non potrà dire, quando sarà chiamata a render conto – perché prima o poi lo sarà – «non sapevamo».

Judith Sargentini, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Er komen de laatste weken minder bootjes aan in Italië. Minder mensen die kunnen verdrinken, is natuurlijk goed nieuws. Maar hoe komt het eigenlijk dat er minder bootjes vertrekken vanuit Libië en weten we wat er gebeurt met die mensen die niet vertrekken, waar die mensen nu zijn? Wij kunnen mensen in Libië niet beschermen. U bent niet in Libië en eigenlijk zijn de internationale organisaties zoals de IOM en de UNHCR ook niet in Libië. Er zijn geen internationale kampen in Libië onder bescherming. Die zijn er niet. Er is geen opvang van internationale organisaties. We weten dus niet precies wat er gebeurt, maar we horen wel over mishandeling, over verkrachting, over slavenhandel en zelfs over moord in detentiecentra. Kunt u, mevrouw Mogherini, garanderen dat u volgend jaar hier niet weer voor ons staat om te vertellen dat er iets verschrikkelijks is gebeurd met die mensen in Libië die wij niet laten gaan of die wij laten terugkeren? Er stappen dus minder mensen op bootjes, maar vertrekken er ook minder mensen uit bijvoorbeeld een dorp ergens in West-Gambia? Blijven er eigenlijk meer jonge vrouwen en mannen in bijvoorbeeld het dorp Dankunku? Dit ligt in Gambia en daar zijn we geweest met de Commissie mensenrechten, een dorp waar geen werk is. Vertrekken daar nu eigenlijk minder jonge mensen? Waar blijven uw voorstellen om dat voor elkaar te krijgen, de échte armoedebestrijding? Want dat is toch wat we zouden willen: dat jongens en meisjes niet weg hoeven uit Dankunku of al die andere dorpen in Afrika, waar mensen dromen van een beter bestaan.

Laura Ferrara, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io ho ascoltato l'intervento della Vicepresidente Mogherini. Concordo su una cosa: ci ha parlato di contraddizioni interne nell'Unione europea. E, io aggiungo, anche una grande ipocrisia interna all'Unione europea.

Abbiamo parlato delle questioni umanitarie, abbiamo parlato delle violenze, delle torture, abbiamo parlato di persone che sono estremamente vulnerabili e hanno bisogno di protezione. Però notiamo una forte contraddizione interna nell'Unione europea tra un modello ideale, di un'Unione fatta di solidarietà, di cooperazione, di tutela dei diritti fondamentali, e un modello reale, che è sotto gli occhi di tutti, dell'Unione europea: un modello cinico, un modello spietato, un modello che è pronto a continuare a seguire il filone già intrapreso con gli accordi con la Turchia e, dunque, dare soldi, costi quel che costi, purché cessino gli arrivi di migranti in Europa.

Allora, se dobbiamo guardare i fatti – colgo il suo invito – guardiamo ai fatti: vediamo che l'Unione europea ha stanziato 46 milioni di EUR per la Libia. Abbiamo però un'inchiesta di un'agenzia giornalistica, la *Associated Press*, che è stata ripresa dalle principali testate giornalistiche di tutta Europa e di tutto il mondo, che ci parla di un accordo tra il governo di Tripoli e i miliziani. Un accordo che pare sia stato addirittura sostenuto dal governo italiano: pare fossero presenti dei funzionari italiani.

Allora, questo per noi inaccettabile. Io le chiedo, Vicepresidente Mogherini, come Vicepresidente della Commissione e come italiana, di appurare se quanto emerso da questa inchiesta sia vero. Perché sarebbe del tutto inaccettabile che un'Unione europea che si fa paladina dei diritti fondamentali stanzi 46 milioni di EUR per pagare fondamentalmente dei miliziani, per pagare fondamentalmente dei trafficanti, che prima erano pagati dai richiedenti asilo disperati, pronti a fare di tutto pur di fuggire da situazioni di guerra e di persecuzioni; oggi invece abbiamo dei trafficanti che probabilmente sono pagati con fondi dell'Unione europea per bloccare quegli stessi sbarchi.

Allora dobbiamo fare luce su quanto sta accadendo, perché altrimenti è inutile continuare a parlare di compassione, di solidarietà, di cooperazione. Dobbiamo guardare in faccia ai fatti: questa non è l'Unione europea che bada alla tutela dei diritti fondamentali. Noi vogliamo un'Unione europea dove ci sia una reale cooperazione, dove ci sia un reale controllo su dove finiscono questi fondi che vengono stanziati. Dobbiamo fare in modo di capire se questi soldi vanno in mano ai trafficanti.

Abbiamo la recente sentenza della Corte di giustizia dell'Unione europea, che ha rigettato i ricorsi dell'Ungheria per il mancato ricollocamento dei migranti. Ecco, allora vogliamo un'Unione europea in cui le regole e i principi, i valori contenuti nei trattati, vengano rispettati. Vogliamo solidarietà, vogliamo cooperazione, vogliamo rispetto dei diritti fondamentali, vogliamo che la gestione dei flussi migratori non venga affidata ai trafficanti ma vi siano delle vie legali e sicure di accesso per chi ha diritto alla protezione internazionale.

Mario Borghezio, *a nome del gruppo ENF*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'accusa di ipocrisia è parziale, perché ce n'è un'altra: è quella di doppiezza, perché lei in quest'Aula ha ringraziato le ONG, ma si è dimenticata di dire anche solo una parola sulle ombre che si addensano sull'operato di alcune di esse e, soprattutto, nel rivendicare per l'Unione europea il blocco degli sbarchi, non ha speso neppure una parola per difendere il ministro Minniti, di cui io in Italia sono oppositore, ma che è stato un galantuomo per la sua onestà, dichiarando pubblicamente in qualità di ministro di aver deciso un'azione dura per bloccare gli sbarchi, perché era minacciata la tenuta democratica dell'Italia! Perché gli italiani non ne potevano più degli sbarchi!

Di queste cose bisogna parlare: anche quando si ricordano le condizioni dei migranti in Libia, bisogna ricordare in quali condizioni questa Unione europea fa tenere, da quel galantuomo di Erdogan, i migranti che sono stati bloccati sulla via dei Balcani! Siete una banda di ipocriti!

Udo Voigt (NI). – Frau Präsidentin! Frau Mogherini, ich schätze viele Ihrer diplomatischen Aktivitäten, gerade im Nahen Osten. Aber heute muss ich Sie fragen: Wen vertreten Sie? Vertreten Sie die Völker Afrikas oder vertreten Sie die Völker Europas? Sie haben gesagt, hinter all den Zahlen stehen Menschen, die einen Namen haben, die schlimme Erlebnisse haben. Frau Mogherini, hinter den vielen tausend Opfern von Terror und islamistischer Gewalt in Europa stehen auch Menschen, die einen Namen haben, die Verwandte haben, die Freunde haben, die liebe Menschen verloren haben, die mitten aus dem Leben herausgerissen worden sind.

Warum gibt es denn diese Vorfälle nicht in Polen, nicht in Ungarn, nicht in der Slowakei, nicht in Tschechien? Ja, weil die einen Grenzschutz betreiben und solche Leute nicht in ihr Land lassen. Ich schlage vor, dass wir die Sicherung der Außengrenzen Europas den Ungarn und Polen übertragen, damit unsere Bevölkerung künftig wieder sicher ist.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, dopředu vás chci upozornit, že na konci budu mít technickou poznámku k tomu, co jste provedla během řízení této schůze.

V úvodu bych Vám, paní vysoká představitelko, chtěl poděkovat za dnešní projev a rád bych vyzdvihl několik pozitivních věcí, které si zaslouží pozornost. Zaprvé, dobrou zprávou je, že se mnoho aspektů krize postupně zlepšuje, ať už se jedná o efektivní identifikační procedury, zavedení nových bezpečnostních prvků, fungování agentury Frontex nebo také bilaterální dohody s Tureckem a Libyí. Všechny tyto věci postupně zmírňují dopady krize a vidíme, že Evropská unie dělá kroky správným směrem a musí v nich i nadále pokračovat.

Jedná se ale o pomyslnou špičku ledovce celé migrační krize, neboť je zde i mnoho negativních jevů, které musí celá Evropská unie řešit a musí například pomoci řešit především státům nejvíce zasaženým ekonomickou krizí, a to je Itálie. Je to například spolupráce některých neziskových organizací s pašeráky, na kterou upozornily italské úřady. Největším šokem ale je, že na seznamu těchto odhalených neziskových organizací je i řada renomovaných organizací, což dokládá hloubku tohoto problému. Dochází k vykořisťování uprchlíků a migrantů, nejde pouze o finanční profit, který z toho tyto organizace mají. Zmínil jsem to už včera večer a rád to znovu zopakuji, je nutné mobilizovat síly k potírání tohoto byznysu a je nutné, aby Evropská unie pomohla italské vládě přinutit tyto organizace, aby zastavily tento byznys s migranty.

A teď k technické poznámce: můžete mi, paní předsedající, sdělit, podle jakého pravidla není udělena možnost modré karty někomu, kdo má řečnický čas v debatě? A druhá otázka je, proč selektivně mně opakovaně odepíráte modré karty, když chci na někoho reagovat v plénu?

Die Präsidentin. – Herr Zdechovský! Das ist eine der Möglichkeiten, die wir hier vom Präsidium haben, wenn wir in der Zeit schon sehr fortgeschritten sind, dass wir erklären, dass jene, die entweder dann in derselben Debatte noch reden, oder die, die in der Debatte schon gesprochen haben, nicht mehr das Wort bekommen über eine blaue Karte.

Ich kam nicht zu Beginn der Debatte, ich kam etwas später. Sie haben dann um das Wort ersucht. Nachdem ich mir den Zeitablauf angesehen habe, habe ich beschlossen und sage das jetzt noch einmal, dass niemand, der noch auf der Liste steht, aber auch niemand, der schon gesprochen hat, wie Frau in 't Veld, die jetzt Ihnen nämlich eine blaue Karte stellen wollte, von mir das Wort erteilt bekommt. Ich hoffe, Sie können das akzeptieren.

Elena Valenciano (S&D). – Señora presidenta, la verdad es que yo creo que sin acción exterior no hay política de migración posible, y en mi Grupo siempre hemos defendido que la gestión de la migración requiere de una perspectiva global, que es la que defiende la alta representante. Yo le quiero agradecer, señora Mogherini, no solo todo el trabajo que hace, sino su compromiso, su dedicación y su responsabilidad con este Parlamento, al que siempre viene a rendir cuentas.

Mis colegas han dicho muchísimas cosas que yo también repetiría, pero es una pena, porque el tiempo aquí es oro. A mí me da la impresión de que lo que está sucediendo es que el corto plazo —que es el que el Consejo practica— está perjudicando la solución a largo plazo. La acción exterior se despliega para ir a la raíz de los problemas, sobre todo. Porque si no vamos a la raíz de los problemas, simplemente no estamos resolviendo la crisis, que no es una crisis, porque es un problema estructural.

Pero como los Estados miembros quieren soluciones inmediatas, como el mensaje que se vende es que hay que intentar que no lleguen los migrantes y los refugiados a nuestras fronteras, todo el trabajo que se hace a largo plazo se ve perjudicado porque la Unión Europea aparece, también, como aquella que no respeta la ley internacional —estamos hablando de los niños, podríamos hablar de las mujeres—, como aquella unidad que, en realidad, está fracturada y que no respeta sus propios compromisos.

Así que, en realidad, una institución está perjudicando el trabajo de las otras dos.

Bernd Kölmel (ECR). – Frau Präsidentin! Ich möchte sehr gerne die Worte der Kommissarin aufgreifen, die gesagt hat, wir dürfen die Realitäten nicht aus den Augen verlieren. Zu den Realitäten gehört natürlich insbesondere auch: Zu was sind eigentlich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bereit, wenn wir über Hilfe reden? Ich habe das Gefühl, das kommt hier permanent zu kurz. Hier ist doch für jedes Land ein Repräsentant da, es sind viele Repräsentanten da. Da müssen wir aber auch mal den Mut haben festzulegen und zu sagen: Bis zu welchem Grad können wir denn helfen? Denn Realität heißt, wir können nichts ins Blaue hinein planen, was wir dann gar nicht realisieren können.

Gerade dieses Thema erfordert doch auch, dass wir einerseits sehr sensibel vorgehen, aber andererseits auch mit klaren Worten sagen, was eben machbar ist und was nicht. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass wir uns jetzt nur auf den humanitären Aspekt beziehen. Da sind wir uns doch alle einig: Wir wollen selbstverständlich helfen, aber wir können doch nicht unbegrenzt helfen! Deshalb müssen wir auch mal den Rahmen dessen festlegen, was für uns machbar ist.

Angelika Mlinar (ALDE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Hohe Repräsentantin! Ich möchte mit einem Statement beginnen, welches, wenn man es falsch interpretiert, durchaus provokant klingen mag. Ich bin der Meinung: Afrika braucht mehr Kapitalismus. Allerdings nicht im Sinne der oft unterstellten ausbeuterischen Ausprägung des Wortes, sondern im Sinne der Möglichkeiten, Anreize für Einzelne zu bieten, innovativ zu sein, zu investieren und Mehrwert zu schaffen. Solange nämlich Afrikas Bevölkerung deutlich schneller wächst als seine Wirtschaft und die Regierungen ihre eigenen Machtinteressen vor das Wohlergehen der Bevölkerung stellen, werden Menschen immer auswandern und flüchten, und jeder Einzelne von uns würde das auch tun. Deshalb muss Entwicklungshilfe immer Hand in Hand gehen mit dem Aufbau nachhaltiger politischer und wirtschaftlicher Strukturen.

Ich glaube daher, dass wir uns auf konkrete Projekte auf lokaler Ebene konzentrieren müssen. Die Nicosia-Initiative des Ausschusses der Regionen ist hier ein gutes Beispiel. Sie ist leider unterfinanziert und zu wenig bekannt. Wenn wir aber 1 000 europäische Städte finden, die mit 1 000 Städten in Afrika eine Partnerschaft eingehen und dort vom Bau und Betrieb eines Krankenhauses bis zur Müllentsorgung oder der Landwirtschaft kooperieren, werden wir spürbare Verbesserungen für den einzelnen Menschen erzielen. Parallel dazu sollten wir eine Art europäisches Fulbright-System schaffen. Afrikanische Studentinnen und Studenten sollen für ein oder zwei Jahre in die Europäische Union kommen und dann wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Das bei uns gesammelte Know-how kann vor Ort wesentlich mehr erreichen als die übliche Hilfe, die in fehlenden Strukturen verschwindet.

Malin Björk (GUE/NGL). – Fru talman! Kritiken mot den förda politiken och externaliseringen av EU:s gränser är faktiskt bred. Den kommer från NGO:s, från Läkare utan gränser, från Amnesty, från Human Rights Watch, från FN:s Commissioner for Human Rights, från UN Commissioner for the Rights of Migrants, från Unicef. Ändå tycker inte jag att ni, Federica Mogherini, svarar på den kritiken. Ni låtsas om som den knappt fanns.

EU i dag förknippas med utvisningar till krig och konflikt, till *dirty deals* med Erdoğan och nu med Libyen, till en kontinent som tvingar människor att stanna kvar i helt omänskliga förhållanden i Libyen. Man till och med anklagar dem som räddar liv i Medelhavet för att samarbeta med smugglare och stoppar deras verksamhet. Hur lågt ska vi sjunka?

Kritiken mot denna politik växer. I Sverige har vi nu en folkrörelse som kräver att man stoppar "Fort Europa" och att man stoppar utvisningarna exempelvis till Afghanistan. Befolkningen – om man arbetar tillsammans – vill inte se ett "Fort Europa". De vill se ett EU som skapar säkra och lagliga vägar – vilket du också nämnde – och som tar ett gemensamt ansvar för att ge skydd till människor.

Barbara Lochbihler (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Die Zielsetzung europäischer Flüchtlingspolitik ist klar: Mit der Verlagerung der europäischen Außengrenzen weit in den afrikanischen Kontinent hinein sollen möglichst viele Flüchtlinge daran gehindert werden, bis an die EU-Außengrenzen zu kommen.

Die Idee, europäische Asylverfahren in afrikanischen Ländern einzuführen, ist nicht neu. Bereits 2004 hat ein deutscher Innenminister sich dafür stark gemacht. Damals schlug der Widerspruch zwischen Abschottungsinteresse und menschenrechtlichem Anspruch zugunsten der Menschenrechte von Flüchtlingen aus. Heute wird die Auslagerung des europäischen Asylverfahrens nach Afrika schlichtweg angekündigt. Brüche internationalen Rechts und Verstöße gegen internationale Konventionen werden immer selbstverständlicher, angefangen bei der EU-Türkei-Vereinbarung bis zu Zurückschiebungen in Kriegsgebiete.

Rechtsbrüche, Wortbrüche und die gebetsmühlenartige Wiederholung falscher Behauptungen und politischer Fehler prägen die europäische Flüchtlingspolitik und die vieler Mitgliedstaaten. Statt Migration geregelt zu ermöglichen, macht man sich abhängig von Diktatoren, fördert die Militarisierung von instabilen Regionen wie aktuell im Sahel-Gürtel und begünstigt mafiöse Milizen. Diese Politik schadet nicht nur den unmittelbar Betroffenen, sie greift das Fundament der EU selbst an, nämlich die Rechtsstaatlichkeit als politische Grundlage und die Menschenrechtsbindung als ethische Grundlage, und wird deshalb Europa negativ verändern.

Kristina Winberg (EFDD). – Fru talman! Europeiska unionen och dess förespråkare har bestämt sig för att de vet bättre och har högre kompetens än medlemsstaterna själva. Bryssel ska numera centralstyra bland annat hur många migranter ett land klarar av.

Nu har man tvingat Visegrádländerna att bli mångkulturella eller i varje fall ta emot tusentals migranter. Vill de det? Nej! Har de röstat för det? Nej, det har de inte.

Den styrande eliten samt de olika ledarna i Europas länder hittar ständigt på nya lösningar. I september 2015 var det tvingande kvoter. I maj 2016 var det en permanent omfördelningsmekanism. Fördelningsnycklar pratade ni mycket om förra året. Nu är det *hotspots* som gäller.

Macron och Merkel har redan gått förbi EU och vill sluta avtal om detta själva, men vad händer om de sätter upp ett system med *hotspots* samtidigt som vi har en fördelningsmekanism? Ska Sverige bli tvingat att ta emot migranter genom denna mekanism också?

Ständigt framläggs nya idéer kring hur man ska tvinga på Europas folk denna migration, och det visar att man inte försöker lösa roten till problemet utan endast gör en massmigration till Europa till ett permanent tillstånd.

Blir det modulhus i Bratislava nu? Sittstrejker i Budapest? Det återstår att se, men väljarna 2019 får fråga sig om de ska lita på oss som varnat för att migration inte är lösningen på alla problem eller de som nyligen har insett detta. Valet står alltså mellan starka och trygga nationalstater som jag kämpar för eller tvångsmigration till ett ständigt mer osäkert Europa som Dublin IV-föredraganden kämpar för.

Auke Zijlstra (ENF). – Er zijn weinig goede ontwikkelingen in het immigratiebeleid. De Libische kustwacht doet weliswaar ons werk, maar de zogenaamde vluchtelingen komen nog steeds. Eenmaal uitgeprocedeerd, worden ze niet uitgezet. De bijkomende criminaliteit wordt niet bestreden. In de EU blijkt het nu mogelijk om je voor te doen als vluchteling, iemand bijna te vermoorden, door te reizen naar een volgend EU-land en daar écht iemand te vermoorden. En nog steeds zingen wij blijkbaar "welkom, welkom in mijn land". Maar heel fijn hoor, dat deze Afghaan dankzij de EU straks zijn eventuele gezin wel kan ophalen. Want waar zouden wij zijn zonder zo'n hoog opgeleid rolmodel? Voorzitter, het vluchtelingenverdrag, de gezinsmigratie, de ngo's zijn samen met het weggijkgedrag van Brussel een nu letterlijk dodelijke cocktail. Gelukkig hebben wij Polen en Hongarije nog.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señora presidenta, alta representante, uno de los objetivos fundamentales de la Unión Europea es contar con una política de inmigración con visión de futuro, basada en la solidaridad para abordar tanto la inmigración legal como la irregular, y nadie puede decir que nos hemos quedado de brazos cruzados ante la crisis migratoria que hemos vivido en los últimos años, agravada por la guerra de Siria y la situación en Libia.

El Acuerdo con Turquía ha frenado los flujos migratorios evitando muertes en el Mediterráneo oriental, pero el problema se ha trasladado a otra peligrosa ruta entre Libia e Italia, donde los traficantes han hecho del mercado de seres humanos su modo de vida.

Por ello, celebro las medidas de la Comisión para ayudar a Libia en gestión de fronteras e inmigración, y también la extensión de la misión militar Sofía que lucha contra el tráfico de seres humanos en el Mediterráneo central. La respuesta al reto migratorio pasa por colaborar con los países de origen y tránsito en materia de retorno y control fronterizo.

Pero si seguimos sin resolver las causas que originan que las personas tengan que emigrar, como son la guerra, el terrorismo y la pobreza extrema, nuestro esfuerzo será inútil. Nadie deja su tierra, su casa y pone en peligro la vida de sus hijos, si no es porque la muerte le está pisando los talones.

Esos son los refugiados que yo he visto en Grecia, en Italia, en Líbano, todos con la misma mirada de desesperanza. Buscando una respuesta que no llega, porque existe una brecha entre lo que se dice y lo que se hace. Los mecanismos de reubicación son lentos, y debemos intensificar el ritmo de acogida. La reubicación no es una elección, es una obligación para todos los Estados miembros. Hay que potenciar la seguridad de las fronteras exteriores, porque es el mejor modo para preservar la libre circulación de personas, que para mí es uno de los mayores progresos de este proyecto europeo.

Finalmente, quiero recordar que el pasado año uno de cada tres solicitantes de asilo fue un niño, y pido una mayor protección para esa infancia que huye de la guerra y lo hace afrontando los peligros en soledad.

Tanja Fajon (S&D). – Ni dvoma, da brez reševanja razmer v Afriki in na Bližnjem vzhodu ne bomo uspeli ustaviti umiranja ljudi na begu na evropsko celino. In da nam brez globalnega sodelovanja, brez politikov z vizijo in pogumom ne bo uspelo, zato vam hvala.

Ponavljamo, da potrebujemo skupno migracijsko in azilno politiko, a zdi se, da se od nje vse bolj odmikamo oziroma da pozabljamo na humanost in dostojanstvo migrantov in beguncev.

Evropsko sodišče v Luxembourgju je razsodilo proti Slovaški in Madžarski, ki ne sodelujeta v shemi premeščanja upravičencev do mednarodne zaščite iz Italije in Grčije. Konec septembra bo potekel rok za premeščanje 160.000 ljudi. Kako bo Komisija ukrepala? Češka, Poljska, Madžarska še vedno ne sodelujejo. Slednja prosi za denar za ograjo. Avstrija z vojsko na schengenski meji s Slovenijo še vedno izvaja nadzor. Kakšna so to sporočila, kolegi?

Če sami v Evropi ne bomo uredili razmer, ne bomo z verodostojnostjo teh reševali drugod po svetu. In potiskanje problemov na tla Libije brez zagotavljanja človekovih pravic je nesprijemljivo. Omenili ste varne in zakonite poti, a novih predlogov ni. Borba proti kriminalnim združbam je ključna. V soboto je na Ciper prispelo več kot 300 ljudi, po 2000 dolarjev so plačali tihotapcem. In zdi se mi, da tu nadaljujemo naša prizadevanja za to, kar ste sami omenili, za priložnost za vse ljudi kjerkoli. Za življenje.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι πρόσφατες εξελίξεις σχετικά με τη μετανάστευση είναι ιδιαίτερα ανησυχητικές. Στα νησιά του Αιγαίου έχουν αυξηθεί οι μεταναστευτικές ροές από την Τουρκία. Σε Λέσβο, Χίο, Σάμο επικρατεί πλέον το αδιαχώρητο. Μεταναστευτικές ροές αυξήθηκαν καθώς δίνονται πλέον γενναίες παροχές σε όσους πρόσφυγες και κυρίως παράνομους μετανάστες έρχονται από την Τουρκία. Παροχές που περιλαμβάνουν κάρτες ανάληψης μετρητών ύψους 400 ευρώ μηνιαίως, παροχή δωρεάν στέγασης και ιατροφαρμακευτικής περίθαλψης, καθώς και υποσχέσεις για παροχή κρατικής, αγροτικής γης προς εκμετάλλευση.

Ταυτόχρονα οι διαδικασίες παροχής ασύλου αλλά και οι επαναπροωθήσεις γίνονται με ρυθμό χελώνας. Τέλος, το πρόγραμμα των 66.400 μετεγκαταστάσεων που λήγει σε λίγες μέρες έχει εκτελεστεί σε ποσοστό περίπου 18%, καθώς η Γαλλία, η Γερμανία και άλλες χώρες δεν έχουν υλοποιήσει τις υποχρεώσεις τους, ενώ ορισμένες χώρες της Ανατολικής Ευρώπης, παρά τη σχετική απόφαση του Δικαστηρίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αρνούνται να δεχτούν οποιαδήποτε μετεγκατάσταση. Τα νησιά του Αιγαίου δεν αντέχουν άλλους πρόσφυγες και παράνομους μετανάστες.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señora presidenta; señora Mogherini, creo que se le ha olvidado explicar lo más importante de acuerdos como el de la Unión Europea con Libia o con Níger, el verdadero objetivo: que no llegue nadie a Europa; o mejor dicho, que no salga nadie de África.

Han conseguido darle la vuelta a las políticas de migración y asilo. Ya no se centran en la acogida, sino en todo lo contrario: en que nadie ponga un pie en Europa. Ya no les basta con encerrarlos en los CIE cuando llegan aquí, o en deportarlos a Afganistán, o en devolverlos a Marruecos de una patada. Ahora van más allá.

Las fronteras de la Unión Europea las controlan milicias libias. Están armando y financiando a quien esclaviza a seres humanos. En Sudán dan cobertura política a un presidente en búsqueda y captura por la Corte Penal Internacional por genocidio, a cambio de que detenga a cualquier persona que vaya hacia el norte. Y en Turquía, Erdogan continúa con su escalada represiva con su beneplácito, a cambio de que levante muros.

Eva Joly (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Madame la Haute Représentante, Cédric Herrou, agriculteur, condamné à quatre mois de prison avec sursis pour avoir aidé des migrants à traverser la frontière italienne. Pierre-Alain Mannoni, enseignant-chercheur, condamné à deux mois de prison avec sursis pour avoir aidé trois Érythréennes. En Méditerranée, les ONG accusées de collusion avec les passeurs et de créer un appel d'air. En France, en Europe, en 2017, la solidarité est un délit.

En palliant les inactions des États, ces femmes et ces hommes sont pourtant les héros d'aujourd'hui. Des êtres humains continueront de risquer leur vie, non pour une douche à Calais mais pour fuir la guerre et la pauvreté.

La question n'est plus de savoir si nous devons les accueillir mais comment nous les accueillerons. Sous-traiter leur sort aux réseaux criminels libyens ou à des régimes autoritaires ne mettra un terme ni aux migrations, ni à leur cause.

Il est temps que les États se montrent responsables et à la hauteur de ces héros ordinaires qui honorent les valeurs d'une Europe humaine et solidaire.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, gentile Alto rappresentante, il recente contenimento dei flussi migratori provenienti dalla Libia non deve portarci a credere che il peggio sia passato. Gli accordi con il Governo libico, se da un lato hanno portato a un'indubbia riduzione degli sbarchi, dall'altro rischiano di lasciare intrappolati migliaia di subsahariani in veri e propri lager, come quello di Saba, dove non vi è alcun rispetto dei diritti umani.

Non possiamo farci illusioni. L'accordo con la Libia non è che una misura tampone che deve essere accompagnata da soluzioni di lungo periodo, volte a estirpare le cause profonde della migrazione attraverso una politica di cooperazione e di sviluppo sostenibile, che ponga al centro i diritti delle persone e la creazione di posti di lavoro per i giovani.

Ricordo che la popolazione africana crescerà a più di 2,5 miliardi di persone entro il 2050, e non possiamo permettere che l'agenda sia dettata dai soliti interessi di carattere economico delle multinazionali.

Il vertice UE-UA di Addis Abeba deve essere il momento di questo nuovo inizio. L'Africa è lo specchio delle nostre ambizioni come attore geopolitico: spetta a noi decidere quale immagine vogliamo che rifletta.

Edouard Ferrand (ENF). – Madame la Présidente, Madame la Haute Représentante, mes chers collègues, à chaque fois que l'Union européenne s'est emparée de manière exclusive d'un domaine de compétence, cela a été une catastrophe.

Je veux bien citer ici la sidérurgie. Aujourd'hui, l'Europe ne produit pratiquement plus d'acier. Je veux citer la pêche. Aujourd'hui, on a sacrifié la pêche traditionnelle face à la pêche industrielle. Je veux parler également de l'agriculture. Aujourd'hui, malheureusement, notre continent, qui était un grand pays agricole, a été sacrifié face au traité de libre-échange.

Maintenant, vous nous parlez de l'immigration. Je pense que c'est pire encore avec cette politique d'immigration. C'est pire que la pêche, pire que l'agriculture. Aujourd'hui, la politique d'immigration que vous nous proposez est une ouverture folle et dramatique justement pour les peuples européens.

Ce que porte votre politique, c'est la submersion migratoire, la disparition programmée de nos peuples et de notre civilisation.

Carlos Coelho (PPE). – Senhora Presidente, caras e caros colegas, Senhora Comissária – Alta Representante, tenho reiterado repetidas vezes que a resposta a esta crise se desenvolve em dois níveis e a dois tempos: respondendo à emergência humanitária que requer ação imediata e através de medidas estruturais que se centram nos problemas na origem e que são necessariamente de médio e longo prazo.

Ora, a verdade é que estamos em modo de emergência há três anos. Medidas sérias e eficazes, em articulação com países de origem e trânsito, têm ficado muito aquém do necessário.

Como podemos estar a anunciar novamente medidas que tinham sido acordadas e previstas na Cimeira de Valeta, que teve lugar em 2015? Como podemos estar ainda à espera de contribuições de Estados-Membros para o Fundo para África?

Vi com agrado a declaração conjunta que a Senhora fez com o Presidente Macron e outros chefes de Estado. No entanto, foram – de novo – mais declarações de vontade e com pouca novidade.

Uma última palavra: quando percebemos a dimensão do problema na Grécia negociámos um acordo com a Turquia para reduzirmos as chegadas à costa grega. Quando se seguiu um aumento das chegadas em Itália, aumentámos a colaboração com a Líbia, incluindo operações de natureza militar. Hoje perguntamo-nos o que fazer com as pessoas que, em cada vez maior número, chegam a Espanha...

Senhor Comissária – Alta Representante, necessitamos de respostas estruturais. A política externa da União, que a Senhora coordena, é neste contexto crucial. Esta casa espera maior empenho seu e dos Estados-Membros.

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist schon zum Teil harter Tobak, was man hier hört. Ich finde, dass darf auch nicht einfach unwidersprochen zur Kenntnis genommen werden. Es geht nicht darum, für jeden, der hier rein will, die Grenzen zu öffnen. Es geht nicht um irgendein romantisches Gefühl, Menschen hier aufzunehmen, sondern es geht um zwei Dinge: Das eine ist ein Mindestmaß an Humanität gegenüber denjenigen, die einen weiten Weg zurückgelegt haben, weil sie zu Hause aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr leben können. Das zweite ist ein gemeinsames Gebot der Rechtsstaatlichkeit, das sich eigentlich an alle Mitgliedsländer richtet. Da geht es auch nicht, wenn Ungarn und andere sagen: Soll doch der Europäische Gerichtshof beschließen, was er will, wir tun es nicht, und anschließend tun wir so, als ob die Kommission schuld daran wäre, weil die ja von vornherein ihre humanitäre Arbeit hätte sein lassen können.

Es geht meiner Meinung nach um drei Dinge in der Migrationspolitik: Zum einen, eine gemeinsame solidarische Politik zu haben, wie man mit den Menschen umgeht, die bei uns angekommen sind – das wurde weit verfehlt. Wir haben völlig versagt, ich brauche das nicht zu wiederholen, und es ist auch keine Besserung in Sicht. Es ist auch keiner vom Rat hier, der sich das anhören möchte. Und es gibt die Möglichkeiten, wo wir anfangen, erste Erfolge zu haben: Nämlich bei der Ursachenbekämpfung vor Ort sowie bei dem, was wir zwischendurch tun. Lassen Sie mich einen Satz sagen, Sie haben ja gesagt, wir dürfen ein bisschen länger sprechen, deshalb habe ich auch keine blaue Karte hochgehoben – einen einzigen Satz:

Bei dem, was positiv angefangen hat, habe ich ein bisschen Angst, was die Reihenfolge angeht. Mir wäre es lieber, erst die Lager in Libyen in Ordnung zu bringen und dann solche Aktionen wie Sophia zu machen...

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort)

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Z tego co powiedziała pani Mogherini wynika, że Unia wreszcie zrozumiała, że pomagać trzeba przede wszystkim na miejscu i że trzeba skutecznie chronić granice zewnętrzne. Na taką pomoc jesteśmy wszyscy w miarę możliwości gotowi. Natomiast idea, że Europa może przyjąć miliony imigrantów bez wywołania katastrofy politycznej i społecznej w Europie jest niebezpieczną mrzonką, a sprawa uchodźców jest inną jeszcze sprawą, a tutaj, jak pan Fleckenstein słusznie powiedział, są one pomieszane. I to państwa mają prawo decydować o napływie imigrantów na ich terytorium, i to wolne społeczeństwa europejskie, i nikt inny, mogą decydować o swoim składzie etnicznym i religijnym.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io ho accolto con grande soddisfazione l'esito del vertice di Parigi sull'immigrazione, che ritengo abbia rappresentato una tappa fondamentale e che sancisce il radicale cambiamento dell'approccio dell'Europa su questo tema, assolutamente strategico e su cui si gioca una grande fetta di credibilità della nostra Europa. Un radicale cambiamento auspicato e sollecitato anche all'interno di quest'Aula e che finalmente oggi viene sancito, probabilmente tardivo ma che comunque deve essere accolto con grande soddisfazione.

L'assoluta necessità della modifica di Dublino 3, che rappresenta la vera anomalia del sistema europeo dell'accoglienza, la necessità altresì di agire a monte e non a valle, attraverso un piano straordinario di aiuti per l'Africa di cui parla costantemente il Presidente Tajani, attraverso anche una fattiva collaborazione con i paesi di transito e di partenza – penso alla Libia, al Niger, al Ciad – per identificare i migranti e per contenere o impedire le partenze, soprattutto di chi non ha diritto all'asilo politico e ad altre tutele internazionali.

Il rafforzamento e l'accelerazione dei rimpatri sono soltanto alcuni dei temi inseriti all'interno della dichiarazione congiunta di grande valenza: ma adesso bisogna essere assolutamente consequenziali e bisogna aggiungere nel più breve tempo possibile alla modifica di Dublino 3 all'interno del Parlamento e, successivamente, all'interno del Consiglio. Nelle more che questo accada, bisogna accelerare sul tema dei ricollocamenti, ad oggi giunti al 17% rispetto al piano originario.

Ecco perché, coerentemente con quello che questo Parlamento ha proposto nella risoluzione del 18 maggio, bisogna prorogare il termine oltre il 26 settembre, per fare in modo che vengano ricollocati i 160 000 richiedenti asilo.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento)).

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), blue-card question. – In fact I attended a visit in Sicily, together with my colleague Pogliese from Italy, and I noticed the terrible situation that the Italian authorities, and also Frontex and other European Union institutions, are facing, considering the number of migrants crossing the Mediterranean. We absolutely have to show solidarity with all these countries. At the same time I am going to ask my colleague if he knows that a new route for unregulated illegal migration was opened over the Black Sea from Turkey to Bulgaria and Romania, and we are facing a terrible situation as well.

(The President cut off the speaker)

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), Risposta a una domanda «cartellino blu». – L'Italia è stata sempre una terra d'accoglienza e continua ad esserlo, ma dobbiamo accogliere coloro i quali scappano dalle guerre, dalle discriminazioni e non possiamo accogliere tutti, e quindi i migranti economici. So perfettamente di queste nuove tratte che oggi vengono percorse dai trafficanti di essere umani: il sistema italiano, in questo senso, è assolutamente efficiente. Mi auguro, ribadisco, che si trovi la sintesi fra le istanze di solidarietà nei confronti dei rifugiati, ma dobbiamo essere altrettanto intransigenti nei confronti dei migranti economici.

Andrea Cozzolino (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, come Lei ha ricordato efficacemente, da anni siamo immersi in un confronto – e in parte lo dimostra la discussione di oggi – pubblico molto duro e difficile nel cuore dell'Europa, che ha spinto il confronto sul fenomeno della migrazione come fatto di pura emergenza, momentaneo e con politiche di sicurezza interna. È del tutto offuscato il dato strutturale del fenomeno: le condizioni di una grande realtà come l'Africa e della fascia sud del Mediterraneo.

Celiamo un dato della realtà presente e futura: dai tassi di fertilità alle condizioni economiche e sociali, che continueranno a tenere alta la pressione migratoria, in particolare dall'Africa subsahariana verso l'Europa, al nostro invecchiamento come Europa. Per questo è essenziale avere una politica globale, una politica verso l'Africa, come lei ha annunciato, e lo sforzo che stiamo mettendo in campo da alcuni mesi è molto positivo.

È fondamentale una politica di stabilizzazione del Maghreb, a cominciare dalla Libia, e garantire canali sicuri di accesso in Europa e infine, in questa visione più globale, dobbiamo sapere che nei prossimi anni sarà sempre più evidente quello che viene definito il fenomeno dei «migranti climatici» e la necessità di introdurre...

(Il Presidente toglie la parola all'oratore.)

Ангел Джамбазки (ECR). – г-н Председател, днес се сблъскваме с печалните резултати от една неразумна и сбъркана политика.

На първо място стои разбиването на националните държави в Северна Африка и в Близкия изток, в което участваха Европейски държави и превърнаха тези държави в територии, в които владеят само криминални банди и банди от джихадисти.

На второ място, беше сбърканата политика да се каже на всеки един нелегален имигрант от целия свят „Вие сте добре дошли на територията на Европейския континент“.

На трето място е продължаващата неразумна политика за принудително разселване на нелегални имигранти в държави от Европейския съюз.

Нека напомня, колеги, че има държави от Европейския съюз, които нямат колониално минало, че има държави, които не носят отговорност за шети, геноциди, причинени на територията на други народи и на други континенти, и е абсолютно неразумно тези народи да бъдат принуждавани, въпреки волята на националните си държави, да приемат квоти от нелегални имигранти. Това трябва да бъде суверенно решение, суверенно желание на всяка една национална държава.

На четвърто място трябва да се проведе качествено нова политика и тази политика трябва ясно да казва на другите народи и континенти: „Няма шанс в масовата нелегална имиграция“.

Jeroen Lenaers (PPE). – Twee jaar geleden spraken we hier in deze zaal over hetzelfde onderwerp. Het was na de crisiszomer van 2015 en ik herinner mij het gevoel van teleurstelling bij vele leden, onder wie mijzelf, over het gebrek aan concrete actie en aan concrete resultaten. Vandaag kan ik niet anders dan concluderen dat er in de afgelopen twee jaar ontzettend veel gebeurd is: het versterken van de controles aan onze buitengrenzen; het oprichten van de grens- en kustwacht; de afspraken met derde landen om te voorkomen dat vluchtelingen en migranten hun leven verliezen op een gevaarlijke reis op zee; en zelfs de herverdeling van asielzoekers die een trage start had, maar die in de afgelopen maanden een impuls gekregen heeft, waardoor het toch echt mogelijk moet zijn om al die mensen die daarvoor in aanmerking komen, ook daadwerkelijk aan een plek te helpen. Ik hoop dan ook dat de recente uitspraak van het Europese Hof van Justitie daarbij nog een extra zetje in de goede richting kan geven. We kunnen echter niet achterover leunen. Het feit dat er minder mensen vanuit Afrika in Europa aankomen, betekent tegelijkertijd dat meer mensen in erbarmelijke omstandigheden in, onder andere, Libië achterblijven. Die mensen verdienen onze bescherming, verdienen onze hulp en verdienen onze aandacht. Daarnaast slagen we er in Europa nog steeds niet in om economische migranten, die geen recht hebben om te blijven, snel en efficiënt terug te krijgen naar het land van herkomst. Daarom vraag ik aan de Raad en de Commissie om daar alsjeblieft meer prioriteit aan te geven, want zo'n zinnetje in het voortgangsrapport over Nigeria bijvoorbeeld, “dat het moeizaam gaat, omdat we maar geen datum kunnen vinden voor een tweede onderhandelingsronde”, dat is niet het niveau van ambitie dat ik verwacht.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Frau Vizepräsidentin, ich würde mir wünschen, dass Ihre Stellungnahme auch die Staats- und Regierungschefs gehört hätten, weil sich diese ja eigentlich in aktionistischer Symbolpolitik übertreffen und oft wenig zur Lösung der Lage beitragen. Diese Diskussion hier hebt sich deutlich davon ab.

Was immer wir heute hier diskutieren: Ein großes Problem bleibt immer, nämlich dass hunderttausende Menschen unterwegs sind, unter unvorstellbaren Bedingungen leben, zu Opfern krimineller Schlepper werden. Ich kenne die Situation dieser Menschen aus eigenen Beobachtungen, ich kriege diese Bilder nicht aus dem Kopf, und ich vermisse eine Politik, die auf diese Menschen fokussiert, auf diese Bedürfnisse ausgerichtet ist.

Wir brauchen dringend genügend finanzielle Mittel, nicht nur Zusagen. Wir brauchen dringend Geld für die Camps und nicht für mafiöse Staaten und Strukturen. Wir müssen dafür eintreten, dass die Kinder in den Camps Zugang zu Bildung bekommen. Das ist leider nie der Fall, und es dauert oft sehr lange. Vor allem aber braucht es Strukturen der Beteiligung und der Mitsprache, der Rechtstaatlichkeit. Nur dann wird es gelingen, gemeinsam mit den Betroffenen Perspektiven zu entwickeln, die den Einfluss der Fremdbestimmung durch kriminelle Organisationen reduzieren. Ja, und wir brauchen humanitäre Korridore, und dafür braucht es die Beteiligung der Betroffenen.

Heinz K. Becker (PPE). – Frau Präsidentin! Ja, Frau Vizepräsidentin der Kommission, die EU muss ihre proaktive Rolle bei der Bewältigung der Migration weiter massiv ausbauen. Wir müssen die illegale Einwanderung unterbinden, weil wir den Raum schaffen müssen, für tatsächliche Flüchtlinge legale Möglichkeiten zu schaffen. Worauf sie als wirklich Erfolgreiche auch ein Recht haben. Das heißt, wir brauchen neben dem effizienten und lückenlosen Außengrenzschutz – ganz wichtig – ordentliche Aufnahmezentren in Afrika, die für Flüchtlinge den Beginn eines rettenden Weges darstellen, aber für alle anderen Einwanderungswilligen eine Endstation bilden müssen. Über allem steht die Priorität, die Fluchtursachen in den Herkunftsländern selbst zu bekämpfen. Wir müssen den Menschen in Regionen mit Krieg, Terror und Verfolgung helfen. Daher müssen wir auch militärische Aktionen, gemeinsame EU-Aktionen militärischer Art, weiterhin massiv ins Bild bringen. Es wird ohne einen europäischen Marshallplan mit Afrika aber nicht abgehen. Und wer den Marshallplan studiert, wird wissen, dass dies auf die heutige Zeit übertragen bedeutet, dass kein Euro ohne europäische Kontrolle ausgegeben wird und wir nur so den Menschen eine Lebensperspektive in den Regionen geben.

Ana Gomes (S&D). – É frustrante continuar a debater este tema como se ele fizesse naturalmente parte da nossa agenda de crises. Para nós e para si também, Senhora Mogherini.

Por um lado, temos um Conselho que rodopia em torno da definição do conceito de solidariedade, sem nunca debater a proposta de regulamento de Dublin. Então? No Parlamento, estamos prontos para avançar e não vamos deixar de insistir na eliminação do critério do primeiro país de entrada, na recolocação automática e em vias legais e seguras, para migrantes e refugiados, a fim de não continuarmos a alimentar o negócio dos traficantes de seres humanos.

Por outro lado, Comissão e Conselho prosseguem a deriva errada da replicação da declaração UE-Turquia com países terceiros, com outros países terceiros, nomeadamente com uma Líbia onde o ACNUR não tem presença formal e legal e que a União Europeia deixou soçobrar na atual incapacidade de governação.

Externalizar responsabilidades e fronteiras é receita para o descrédito da União Europeia e para mais insegurança dentro e fora dela.

É urgente quebrar este círculo vicioso, dizer a verdade aos nossos cidadãos. Precisamos de refugiados e migrantes para combater o declínio demográfico das nossas sociedades e não vamos travar a sua entrada, se não for pela porta, pela janela.

Alessandra Mussolini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la dichiarazione congiunta rappresenta un enorme risultato per l'attività in materia migratoria dell'Italia. L'Italia ha cambiato l'agenda, e ci troviamo a un bivio: si è capito che non si deve solo esclusivamente pensare a quello che accade in Europa ma andare a monte, non solo fermarsi a valle. Quindi si parla dei rapporti che si devono avere con l'Africa, dei rapporti con la Libia e della situazione certamente difficile e grave in tale paese. Noi stiamo parlando di temi epocali! Nessuno ha il verbo o la verità: forse non c'è un'unica verità, ce ne sono tante.

Ho sentito parlare in questa sede di quello che accade, magari, in Africa delle violenze, della tratta. E di quello che accade in Europa? E la criminalità organizzata e non organizzata che sfrutta e continua a sfruttare i migranti che arrivano sulle coste italiane e sulle coste di altri paesi d'Europa? Possiamo dire che questa virata compiuta dall'Europa, grazie anche al contributo dell'Italia, è avvenuta anche perché è fallito clamorosamente il sistema dei ricollocamenti. Questo va detto! Perché l'Europa ancora non è unita!

Quindi, la cosa importante in questo momento è far sì, come ha detto l'Alto rappresentante Mogherini, che, accanto a una situazione di povertà e di aiuto alle popolazioni africane, si creino anche dei canali per una migrazione legale. Questo è un aspetto molto importante. Si può fare.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, δύο χρόνια από την κορύφωση της προσφυγικής κρίσης αναζητούμε συνολικό σχέδιο. Συμφωνίες όπως με την Τουρκία φαίνεται πως δεν λειτουργούν και είναι αδύνατο να εφαρμοστούν σε χώρες όπως η Λιβύη. Σύμφωνα με τα επίσημα στοιχεία, 5.800 πρόσφυγες βρίσκονται εγκλωβισμένοι μόνο στο νησί της Μυτιλήνης. Η πρόσφατη απόφαση του δικαστηρίου να απορρίψει την προσφυγή της Σλοβακίας και της Ουγγαρίας, είναι ένα μήνυμα υπέρ της αλληλεγγύης. Όμως, μόλις 19.000 πρόσφυγες από τις 63.000 έχουν μετεγκατασταθεί από την Ελλάδα σε κράτος μέλος. Παράλληλα, ξεκίνησαν οι επιστροφές βάσει του κανονισμού του Δουβλίνου προς την Ελλάδα δυσκολεύοντας ακόμη περισσότερο την κατάσταση.

Κυρία Mogherini, θα ήθελα να σας ρωτήσω: η άτυπη συμφωνία του Έλληνα υπουργού μεταναστευτικής με τον Γερμανό ομόλογό του βάσει της οποίας περιορίζονται οι οικογενειακές επανενώσεις προσφύγων σε 70 το μήνα αυξάνοντας το μαρτύριο και την αγωνία για 2.700 πρόσφυγες είναι νόμιμη, όπως μου απαντήσατε πρόσφατα, είναι όμως ηθική;

Емил Радев (PPE). – г-н Председател, вече четири години се опитваме да разрешим бежанската криза в Европа и да намалим цялостния имиграционен натиск. За страните по първа линия на миграционните потоци, като Италия, Гърция, България, въпросът за намиране на ефективно и бързо решение с дългосрочен резултат е от особено значение.

За съжаление, обаче все още няма позиция нито в Европейския парламент, нито в Съвета по отношение на промяната на регламента от Дъблин и особено на основния му принцип за отговорност на държавата членка на първо влизане за кандидата за закрила. Изменението на сегашния принцип е от особено значение и ще бъде демонстрация на истинска солидарност.

Все още Европейският съюз не разполага със стратегически важни споразумения за реадмисия с държавите на произход на хилядите икономически мигранти, които продължават да достигат до бреговете на Италия. За сметка на това контролът върху бежанските потоци е въз основа на ad hoc решения, като например сътрудничеството с Турция и Афганистан.

Време е Европейският съюз да реализира подписването и изпълнението на споразумения за реадмисия с основните държави на произход и транзит. Време е да бъдат забързани процедурите по връщането на нелегални мигранти и на тези, които не отговарят на условието за международна закрила. Време е потенциалните мигранти, които идват в Европа нелегално и единствено в търсене на по-добър живот, а не защото имат реална нужда от международна закрила, да разберат че Европейският съюз не е решението на техните проблеми.

Европейският съюз разполага с достатъчно финансови и политически средства да трансформира тези думи в реалност. Време е да го направи!

(Ораторът приема да отговори на въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта (член 162, параграф 8 от Правилника за дейността)).

Cécile Kashetu Kyenge (S&D), Domanda «cartellino blu». – Io ho sentito il collega che, giustamente, parlava del paese di primo approdo: vorrei sapere dal mio collega se condivide l'idea di un sistema centralizzato nel cambiamento del regolamento di Dublino. Quindi, non si tratterebbe più di accogliere le persone nel paese di primo approdo, bensì si passerebbe a un sistema gestito a livello dell'Unione europea. Vorrei sentire la sua opinione.

Емил Радев (PPE), отговор на въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта. – г-н Председател, в съществуващия в момента регламент за съжаление тежестта за всички, които влизат в Европейския съюз е върху първите държави членки и това излага страни като Гърция, България, Италия на много голям мигрантски натиск и особено икономически затруднения в посрещането на всичките тези хора и грижи.

Затова трябва да има европейска солидарност, така че страните от първа линия да могат да приемат тези хора, те оттам нататък да живеят там, където решат, и да има достатъчно икономически възможности за техния нормален начин на живот.

Elly Schlein (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, domani si parlerà dello stato dell'Unione. Chiediamolo alle 14 000 persone che sono bloccate sulle isole greche; chiediamolo a chi si vede negare il legittimo diritto a chiedere asilo e viene rispedito in Libia nelle mani dei propri aguzzini, alimentando quello che MSF definisce un vero e proprio business di rapimenti, estorsione e tortura.

Secondo il rapporto UNICEF/OIM appena uscito, il 77 % dei minori transitati nel Mediterraneo sono stati vittime di abusi. Provate a chiamarli migranti economici: perché sono queste le persone che state rimandando dove quegli abusi subiscono. Le politiche nel Consiglio europeo sono volte ad un unico obiettivo: l'esternalizzazione. Siccome non sono in grado di condividere le responsabilità, ecco, allora spostano le frontiere più a sud. L'inchiesta di *Associated Press* ha parlato di accordi tra governo libico, italiano e milizie.

E così i fondi alla Libia rischiano di finire nelle mani di chi gestisce il traffico di migranti e le prigioni. Queste politiche sono state duramente criticate anche dall'Alto Commissario delle Nazioni Unite per i diritti umani e la Commissione, anziché dare ascolto al Parlamento e spingere per soluzioni comuni e solidarietà interna, pare rassegnata all'egoismo dei governi e li asseconda proprio quando la Corte di giustizia le dà ragione sui ricollocamenti.

Serve invece una coraggiosa riforma di Dublino: bisogna cancellare il criterio ipocrita del primo paese d'accesso, come il Parlamento ha già chiesto, e sostituirlo con un meccanismo permanente e automatico di ricollocamento, che consideri le persone, i loro diritti e i loro legami negli altri Stati. E per scalzare i trafficanti, l'unico modo non è pagarli ma aprire vie legali e sicure d'accesso all'Unione e a tutti gli Stati membri.

Milan Zver (PPE). – Migracije in terorizem sodeč po javnomnenjskih raziskavah že dobri dve leti najbolj skrbita evropsko javnost. Kar 68 % Evropejcev, enako tudi Slovencev, želi skupno migracijsko politiko. To klimo je treba prevesti v državljansko zahtevo, postavljeno politikom in institucijam, da se ustrezno odzovejo oziroma ukrepajo.

Državljeni nočejo, da kdor koli še vabi migrante in begunce v Evropo, nočejo, da evropske institucije in države članice odpovedo, ko gre za varovanje zunanjih meja. Ljudje nočejo prepočasnih reakcij in gašenja požara, kot so razprave o tem, ali naj bodo kvote trajne ali začasne, obvezne ali prostoizbirne in podobno. Ko govorimo samo o tem, pomeni, da se slabo odzivamo na situacijo, in tudi se vsi skupaj.

Ljudje pa hočejo proaktivno politiko, preprečevanje krize, hočejo, da so vlade bolj aktivne, na primer pri popolnjevanju Frontexa. Ljudje hočejo red in spoštovanje prava Unije, vključno s tem, da se vrača osebe, ki niso upravičene do mednarodne zaščite. Ni pravično, da delovni migranti zasedajo mesta tistih beguncev, ki pomoč potrebujejo.

In nenazadnje, kaj evropska javnost pričakuje od politik in institucij na področju migracijske politike? Pričakuje, da bo tudi njej, ne le migrantom, zagotovljene temeljne pravice, kot na primer varnost in dostojanstvo. Pričakuje, da vsi, ki pridejo, spoštujejo vrednote in njihov način življenja. Obenem pa pričakuje, da se vsem prišlekom, ki se niso pripravljani integrirati ali se ukvarjajo celo s kriminalom, gostoljublje odreče...

Kati Piri (S&D). – Vorige week bereikte ons het nieuws dat de Italiaanse geheime dienst een deal heeft gesloten met de Libische smokkelmafia om migranten tegen te houden. Meerdere collega's hebben in het debat hier al aan gerefereerd. In ruil voor een paar miljoen EUR samenwerken met gewapende militie om kwetsbare mensen ervan te weerhouden op bootjes naar Europa te stappen. Ik ben geschokt door dit nieuws en verwacht ook dat er snel openbaar wordt gemaakt wat voor afspraken er precies met wie zijn gemaakt. Als de berichten kloppen, hebben we een nieuw dieptepunt bereikt in hoe de EU omgaat met de uitdagingen van migratie. Dergelijke oplossingen zijn niet duurzaam. Ons afhankelijk maken van militie die moorden en verkrachten en bovendien de oorzaak zijn van de grote instabiliteit in Libië, is zeer kortzichtige politiek. Hoe je het ook wendt of keert, de enige manier om migratie beter te managen is door legale routes te creëren voor kwetsbare vluchtelingen en door meer te investeren in goed bestuur en sterke economieën in Afrika, zodat de jongeren meer opties hebben tot succes in het leven dan alleen de oversteek naar Europa te wagen. Maar zolang je niets te verliezen hebt, leg je zelfs je leven in handen van een smokkelaar. Dus geen snelle nepoplossingen, maar echt de grondoorzaken aanpakken en dat vergt een lange adem. Het is goed dat er door een aantal Europese landen voor het eerst openlijk gesproken wordt over legale routes. Maar doe dat dan ook in samenwerking met partners

in Afrika en geef daarbij de Afrikaanse jongeren een stem in het besluitvormingsproces. Het gaat immers ook om hun toekomst.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, con le iniziative del governo italiano sono diminuiti gli sbarchi sulla rotta del Mediterraneo: è una novità che però non deve trarci in inganno. L'immigrazione resta la priorità dell'Unione europea perché è un elemento, come è stato detto, strutturale, direi storico, in questo grande cambiamento di epoca che stiamo vivendo. Ho detto «priorità dell'Europa», e non dell'Italia o della Grecia, perché riconosco che oggi c'è più consapevolezza e ringrazio la Vicepresidente Mogherini per le sue proposte, per la sua attività e per la strategia che oggi ci ha delineato.

Però ci sono ancora paesi, come l'Ungheria, che dichiarano ufficialmente di non accettare le sentenze della Corte. Io penso che queste cose non possono rimanere senza conseguenze. Oggi noi lavoriamo, oltre che per salvare vite, per gestire i flussi, per combattere il traffico, per promuovere lo sviluppo nei paesi di origine e di transito. L'Italia ha fatto molto da sola, su questo piano, di ciò che doveva fare l'Unione europea. Ma ora ognuno si deve assumere fino in fondo le sue responsabilità, e la prima responsabilità è affrontare ora il dramma delle persone ammassate in Libia.

Io credo, signora Vicepresidente, come lei, che le critiche e le osservazioni fanno bene perché ci spronano. Ma di fronte a queste critiche, alcune gratuite, che ho sentito da altri banchi, e un po' strumentali, noi dobbiamo rispondere con la nostra convinzione e il nostro obiettivo: salvare vite umane, sì sempre, ma, soprattutto, impedire che le persone entrino in quest'inferno e cadano vittime dei trafficanti.

Die Präsidentin. – Ich habe nun für das *Catch-the-eye*-Verfahren sechs Nennungen, und ich werde alle drannehmen.

Catch-the-eye-Verfahren

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, za dva roky od eskalace migrační krize přijala Evropská unie řadu opatření. Fungují ta opatření, která omezují nekontrolovaný přístup uprchlíků, jako je dohoda s Tureckem, jednání s Libyí a dalšími africkými zeměmi, pobřežní a pohraniční stráž. Nefungují povinné kvóty pro relokační a není dostatečná návratová politika, ostatně bylo to zde již řečeno.

Tím, jak polevuje migrační krize, tak se nám zdá, mně osobně tedy se jeví, že prioritou přestává být bezpečnost, a to považuji za chybu. Nechci se dočkat toho, že budeme potřebovat další teroristické útoky a vlny násilí k tomu, abychom si opět uvědomili, že součástí řešení migrace musí být bezpečnost. Solidarita bez bezpečnosti není udržitelná, čili ano, budme solidární, ale mějme bezpečnost Evropské unie na prvním místě.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta; comisaria Mogherini, de manera repetida, recurrente, debatimos en este Parlamento Europeo los últimos acontecimientos en materia migratoria. Corremos el riesgo con nuestras expresiones de tristeza y de frustración de «rutinizar» la tragedia, porque continuaremos debatiéndolos mil veces, salvo que de una vez cambiemos la perspectiva, al menos, en dos puntos esenciales.

El primero, cambiar la perspectiva negativa sobre las migraciones y, en particular, sobre los refugiados para, de una vez, imponer una perspectiva positiva, europea y solidaria, ordenando solidaridad entre los Estados miembros y cambiando el Reglamento de Dublín.

Y el segundo, estableciendo de una vez —ante la ausencia de vías legales, que condena a tanta gente a arriesgar la vida, perderla o someterse a la esclavitud de los tráfico ilícitos— vías legales de acceso a la Unión Europea de aquellos que buscan protección humanitaria de acuerdo con nuestro propio Derecho y con el Derecho internacional humanitario: visados humanitarios, corredores humanitarios; para eso tiene todo nuestro apoyo, comisaria Mogherini.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, παρά τα όσα ωραιοποιημένα μας ανέφερε η κυρία Ύπατη εκπρόσωπος, δεν χρειάζεται να διαθέτει κανείς ιδιαίτερα μεγάλη πολιτική εμπειρία για να αντιληφθεί ότι το μεταναστευτικό είναι η μεγαλύτερη αποτυχία της εξωτερικής πολιτικής της Ευρωπαϊκής Ενωσης. Μία αποτυχία, τις συνέπειες της οποίας υφιστάμεθα εμείς και τα παιδιά μας σήμερα και θα υφίστανται, ποιος ξέρει για πόσα χρόνια, πόσες γενές Ευρωπαίων. Μία αποτυχία η οποία πλημμύρισε την Ευρώπη και κυρίως τις χώρες εισόδου με εκατομμύρια παράνομους μετανάστες, τζιχαντιστές τρομοκράτες οι οποίοι σκοτώνουν, βιάζουν, τρομοκρατούν και απειλούν την ύπαρξη της Ευρώπης. Μία αποτυχία η οποία τελικά δίχασε την Ευρώπη.

Και ποιες είναι οι τελευταίες εξελίξεις; Η Ιταλία να έχει μεταβληθεί σε ένα διεθνές τουριστικό γραφείο που μεταφέρει παράνομους, κυρίως, μετανάστες από τη Λιβύη στην ενδοχώρα και η Ελλάδα ένα απέραντο στρατόπεδο δύστυχων ανθρώπων, οι οποίοι ταλαιπωρούν τους τοπικούς πληθυσμούς και δεν έχουν κανένα μέλλον στο οποίο να ελπίζουν. Απ' αυτούς ας πάρει τα εύσημα η κυρία Ύπατη Εκπρόσωπος.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Alto rappresentante, finalmente, ha detto Lei, e per la prima volta, aggiungo io, dall'inizio della crisi migratoria sembra delinearsi un percorso di uscita dall'emergenza, ormai strutturale, legata agli sbarchi di richiedenti asilo e migranti sul territorio europeo.

Resta però ancora molto da fare. Sono necessari ad esempio ulteriori interventi dell'Unione europea per stabilizzare la situazione in Libia ma, soprattutto, occorre vigilare sul rispetto dei diritti umani dei migranti bloccati nello stato nordafricano, prestando specifica attenzione ai soggetti più vulnerabili, quali i minori non accompagnati, e garantendo risorse sufficienti a finanziare i rimpatri volontari dei cittadini di paesi terzi bloccati in Libia. Ma occorre anche attivare misure e interventi ancora più efficaci per contrastare tutti quei traffici illeciti connessi alla crisi migratoria.

Krisztina Morvai (NI). – Madam President, I have a question for Ms Mogherini. Is Hungary-bashing the one migration policy of the European Union or does it have anything else in mind? Is there any other strategy? Make no mistake, we the Hungarian people, are united in protecting our country from mass migration. We shall not give up, so you had better find something else. I would be most interested to find out what that is, because it is a fact that millions of people from faraway places have come to Europe at the invitation of Mrs Merkel and at the invitation of the European Union.

This is a disaster. It has to be solved somehow. It is not the responsibility of my country, Hungary. We are not the ones who are going to solve it. We are going to continue protecting our country and protecting the Schengen borders of Europe in accordance with our obligations. I look forward to your answer.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, στα ελληνικά νησιά παραμένουν χιλιάδες πρόσφυγες και μετανάστες διπλά εγκλωβισμένοι σε άθλιες συνθήκες ως αποτέλεσμα της συμφωνίας Ευρωπαϊκής Ένωσης – Τουρκίας που αποτελεί μέρος των ιμπεριαλιστικών ανταγωνισμών που οξύνονται, ενώ η Ευρωπαϊκή Ένωση, με πρόσχημα το προσφυγικό, προωθεί μπίζνες και στρατεύματα στην Αφρική και τη Μέση Ανατολή για τα συμφέροντα του κεφαλαίου.

Στα ελληνικά νησιά, να μεν δεν ανανεώθηκαν ορισμένες συμβάσεις ΜΚΟ που αφορούν τουλάχιστον την ιατροφαρμακευτική περίθαλψη, όμως με ευθύνη κυβέρνησης και Ευρωπαϊκής Ένωσης, η διαχρονική γύμνια και οι τεράστιες ελλείψεις σε κρατικά νοσοκομεία και υποδομές θέτουν σε άμεσο κίνδυνο την υγεία προσφύγων, μεταναστών, όσο και του ντόπιου πληθυσμού. Συνιστά δε ανείπωτη τραγωδία και βαρβαρότητα η άτυπη συμφωνία Γερμανίας – Ελλάδας για ανώτατο όριο οικογενειακής επανένωσης 70 ατόμων το μήνα και 2.700 οικογένειες θα ζουν για χρόνια το μαρτύριο της σταγόνας.

Άμεσα να εξασφαλιστούν τα δικαιώματα και η μετακίνηση όλων των προσφύγων στις χώρες προορισμού, οι λαοί να συγκρουστούν με την αντιδραστική πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των κυβερνήσεων, να καταδικάσουν τον καπιταλισμό που φέρνει φτώχεια, δυστυχία, πόλεμο, προσφυγιά.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Federica Mogherini, Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza. – Signora Presidente, onorevoli deputati, si è trattato, come spesso è il caso sul tema dell'immigrazione, di un dibattito che in parte ha visto argomenti poco fondati. Sarebbe bello vedere nella casa della democrazia europea un più attento uso delle informazioni di cui, sono certa, i membri di questo Parlamento dispongono su ciò che è reale e ciò che non lo è. Facciamo molto lavoro contro le *fake news*, mentre forse a volte basterebbe un po' di onestà intellettuale tra di noi o anche semplicemente informarsi meglio.

Credo però anche che una gran parte di voi abbia riconosciuto che finalmente, e per la prima volta, è stata intrapresa una nuova strada, ancora molto difficile, ancora molto fragile, che va consolidata, ma che sta iniziando a dare frutti in termini di protezione delle persone, di salvataggio delle vite, di cooperazione in termini di partenariato eguale con i nostri partner africani, con le organizzazioni internazionali, di smantellamento delle reti criminali lungo tutto il percorso della tratta, di protezione e controllo delle frontiere, ma anche e soprattutto, vorrei dire, di lavoro sulle cause che determinano il movimento di decine di milioni di persone nel mondo, che non riguardano soltanto l'Europa, riguardano un fenomeno che molti di voi hanno giustamente definito epocale, storico e che non sparirà.

Non si tratta di fermare i flussi, si tratta di gestire i flussi. Credo che l'on. in 't Veld abbia usato la parola giusta: «manage». Si tratta di gestire, e possiamo farlo, un fenomeno complesso. Possiamo farlo se partiamo dalla considerazione del fatto che non c'è un'unica misura che nell'arco di 24 ore risolve il problema ma si tratta di mettere in campo una serie di misure su tutti i fronti – quello esterno, quello interno, quello economico, quello di sicurezza, quello sociale, quello dei diritti, quello della governance, quello climatico, e potrei continuare – una serie di misure che nel tempo costruiscono risposte e soluzioni, posto che chiariamo tra di noi una cosa: che agiamo da europei, con un'unità e una coerenza interna, che mi auguro possa rispecchiare l'unità e la coerenza che stiamo riuscendo a mettere in campo nella nostra azione esterna sulla gestione dei flussi migratori.

Io sono, personalmente, estremamente soddisfatta del grado di unità e di coerenza che le istituzioni europee, gli Stati membri, e vorrei dire anche i governi e i parlamenti nazionali, le autorità locali – sono stati citati qui alcuni progetti che stiamo facendo come europei – hanno mostrato sul versante esterno della gestione dei flussi migratori: il partenariato con l'Africa, il lavoro faticoso e difficile con la Libia, il lavoro con le organizzazioni internazionali, come l'UNHCR e l'OIM, e via dicendo.

Abbiamo un problema di coerenza interna e credo che sia giusto non negarcelo. Io credo che questo Parlamento, oltre a essere un Parlamento europeo, è anche fatto da donne e uomini che hanno ruoli politici, in seno a partiti politici, negli Stati membri. Allora forse serve anche una riflessione su come garantire la coerenza politica del lavoro dell'Unione. Perché è vero che c'è ancora tantissimo lavoro da fare sulla coerenza, sulla solidarietà e sul non chiudere gli occhi di fronte al fatto che questo è un fenomeno che resterà con noi, da europei, per lungo tempo. Chiudersi nell'illusione che possiamo alzare un muro e resterà fuori posticipa soltanto la soluzione del problema.

Quello che possiamo fare è, invece, agire insieme, condividendo la responsabilità, che vuol dire anche condividere l'accoglienza, e da europei possiamo gestirla: siamo il continente più ricco del mondo, siamo il continente che garantisce diritti più che in qualsiasi altra parte del mondo, siamo il continente a cui è riconosciuta oggi, al contrario di qualche anno fa, una possibilità e una capacità di leadership sul modo in cui è possibile costruire partenariati per gestire insieme un problema complesso.

Credo che se riconosciamo questa necessità, se riconosciamo la realtà dei fatti, ci diamo più strumenti per rispondere anche ai problemi dei nostri cittadini. Negarli di solito non è un buon punto di partenza per provare a risolverli.

Vorrei concludere citando le parole di Papa Francesco. Gianni Pittella lo ha ricordato: credo che abbia usato parole molto importanti. A me colpisce sempre la sua capacità di tenere insieme il cuore, ma anche la razionalità, il buon senso, la capacità di richiamare alla ragionevolezza ognuno di noi come persone, come cittadini, come parte di una comunità. E Papa Francesco, nel ringraziare anche e soprattutto l'Italia e la Grecia, che sono gli Stati membri dell'Unione europea che si sono fatti carico di un lavoro enorme, inizialmente in solitudine, e che credo oggi meritino il riconoscimento di un peso che hanno portato per nome e per conto di tutta l'Europa, e ai quali bisogna offrire sostegno e solidarietà e le cui proposte bisogna ascoltare, perché conoscono il fenomeno più di tanti, che magari rifiutano di mettere in pratica proposte o misure europee, e poi quando gli si chiede: «Ma esattamente, quanti migranti irregolari dalla Costa d'Avorio ci sono nel tuo paese?» viene fuori che ce n'è uno, forse due.

Allora ascoltiamo anche le proposte che vengono da paesi che sono in prima linea, perché sono quelli che conoscono la realtà del fenomeno e come la si può gestire insieme in modo sostenibile. Ecco, insieme alla parola «gestione» credo che ci sia la parola «sostenibilità».

Dicevo che Papa Francesco ha ringraziato l'Italia e la Grecia – e credo che noi da europei abbiamo il dovere di farlo – perché hanno tenuto aperto il cuore e credo che questo sia un appello a ognuno di noi come servitori delle istituzioni: non credo che sia buonismo; credo che se la politica e le istituzioni perdono il senso della propria umanità, difficilmente riescono a servire i propri cittadini. C'è un elemento umano che guida l'azione politica, altrimenti la politica perde di senso, e credo che questa sia la base comune del nostro lavorare insieme; come europei certamente abbiamo nell'umanità la nostra radice comune.

Ma il Papa ha indicato una sorta di piano d'azione, che credo rispecchi in modo molto bello una grande parte delle cose che noi abbiamo provato, abbiamo iniziato a mettere in campo in questi ultimi mesi e anni.

Primo: l'accoglienza e l'integrazione. Questo riguarda le politiche interne dell'Unione e non soltanto dell'Unione, perché non è soltanto l'Unione europea a dover gestire questo fenomeno: pensiamo agli Stati Uniti, che hanno scelto un'altra strada in questo momento; pensiamo al Canada; pensiamo ad alcuni paesi dell'America Latina o dell'Asia, che stanno facendo fronte, con politiche diverse e con risposte diverse, a fenomeni simili. Primo, dicevo, l'accoglienza e l'integrazione, che sono legate l'una all'altra e credo che, con grande realismo, Papa Francesco riconosca che l'unico limite dell'accoglienza è la capacità di ciascun paese di integrare e di dare un futuro.

Secondo: il lavoro per migliorare le condizioni di vita nei campi in Libia e nel Sahel. Qui vorrei essere molto chiara: questo è esattamente quello che l'Unione europea, insieme alle agenzie delle Nazioni Unite, sta cercando di fare. Ci stiamo riuscendo? Molto parzialmente. Troppo poco. Ma stiamo iniziando ad avere risultati. Qualcuno prima ha detto che l'UNHCR e l'OIM non sono presenti in Libia. Non è vero: sono presenti in Libia, grazie a un finanziamento dell'Unione europea e a un lavoro che si sta facendo, con le autorità libiche, per dare all'UNHCR e all'OIM accesso ai campi, verificare le condizioni sanitarie, offrire protezione, distribuire cibo e acqua: si tratta di un minimo, un minimo di prima risposta. È sufficiente? No. È quello che vogliamo? No. Ma siamo gli unici, gli unici, che si stanno ponendo il problema di come aiutare i migranti che in questo momento sono intrappolati in Libia nelle mani dei trafficanti.

E posso dirvi che i nostri partner africani, le cui nazionalità sono presenti in questi campi in Libia, ci stanno ringraziando. E si tratta di persone che in alcuni casi stiamo aiutando a ritornare volontariamente, con ritorni assistiti, nei loro paesi d'origine. Perché si tratta anche di salvare vite umane. Allora, torno a chiedere: la nostra azione è sufficiente? No, ma io credo che un'Unione europea responsabile sia un'Unione europea che vede il problema, che lo affronta e che cerca di risolverlo, anche quando la soluzione non è al cento per cento soddisfacente. Potremmo migliorare, sicuramente, ma almeno ci stiamo facendo carico di un problema. E non è che un anno fa, due anni fa o sette anni fa questo problema non esistesse: chi è italiano lo sa benissimo. Le storie che si sentivano a Lampedusa cinque anni fa erano le stesse.

Terzo: il lavoro per la crescita del continente africano: crescita economica, crescita sociale, crescita democratica. E credo che sia veramente questo il grande punto di svolta della nostra azione comune. Il partenariato con l'Africa: non soltanto e non tanto con i governi, ma con la gente; il far crescere il potenziale, i giovani dell'Africa, le donne dell'Africa, un partenariato che guarda non soltanto agli investimenti economici, inclusi quelli privati, ma anche alla partecipazione, alla democrazia, al rispetto dei diritti umani.

Credo pertanto che il compito che ci spetta sia quello di continuare a fare ciò che abbiamo finalmente – troppo tardi forse, ma per la prima volta – intrapreso: aumentare il livello di coerenza e di responsabilità comune all'interno della nostra Unione; mostrare orgoglio per ciò che finalmente siamo riusciti a mettere in campo, tra cui salvare vite umane, ma anche essere molto chiari sul modo di essere europei, perché non può esserci un europeismo *part-time*; non si può pensare di essere europei su alcune politiche e nazionali su altre.

L'Unione europea ha tante cose da migliorare, da cambiare – domani il Presidente Juncker ne dirà molte – ma credo che ci sia bisogno di questo elemento di base di solidarietà comune. Una famiglia si aiuta nel momento in cui uno dei membri è più in difficoltà; su un altro caso, su un altro tema, su un'altra politica, la solidarietà può essere a parti invertite. Questo è il senso dello stare insieme. Credo che questa sia anche la base per dare una risposta efficace ed effettiva anche alla gestione interna rispetto all'accoglienza e all'integrazione. Come sapete, la Commissione sta lavorando anche sul piano del regolamento di Dublino: il commissario Avramopoulos ne ha parlato con voi molte volte e su questo non è da questi banchi che il problema può venir risolto.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Kinga Gál (PPE), írásban. – Frederica Mogherini – az Unió külügyi és biztonságpolitikai főképviselője – felvezető beszédében beszámolt arról, hogy az illegális migránsok visszaküldésének száma növekedett, hogy erőteljesebben fellépnek az embercsempészek visszaszorítása érdekében, valamint, hogy segítségben részesítik a líbiai parti őrseget. Ezekkel az intézkedésekkel mind egyetértek, ugyanakkor ezek önmagukban képtelenek megoldani a jelenlegi migrációs válságot. Egyetlen megoldás lehet, mégpedig a gazdasági migránsokat szét kell választani a valódi menekültektől még mielőtt Európába lépnének. Ezt a megközelítést a magyar miniszterelnök már több mint másfél éve felvázolta a Schengen 2.0 elnevezést viselő tízpontos akciótervében. Kristálytiszttá kell tenni, hogy csak a valódi menekültek és csak legális úton léphetnek be az Európai Unió területére.

Ugyanakkor azt is be kell végre ismernie az EU-nak, hogy semmilyen kötelező migránselosztó kvótaprogram nem alkalmas a migrációs válság kezelésére, ugyanis ezt az illegális migránsok meghívóként értelmezik és bátorítást jelent az embercsempészek számára is. Még a migránskvótát támogató és elfogadó tagállamok sem hajtották végre a rájuk kirótt migránsok áttelepítését, így lehet az, hogy a határozat szeptember 26-ai lejárta előtt néhány nappal még csak a célszám 25 százalékát sikerült relokálni. Ez újból rávilágít arra a tényre, hogy a migránskvóta megközelítés teljességgel alkalmatlan a probléma kezelésére. Nem a bajt kell idehozni, hanem a segítséget kell odavinni.

Илхан Ключюк (ALDE), в писмена форма. – Подписаното споразумение с Република Турция и мерките за спиране на балканския маршрут дадоха видим резултат през изминалите месеци. За съжаление, това не е достатъчно и интензивният поток на пристигащи по бреговете на Италия през летния период е ясен сигнал, че трябва да работим още за справяне с миграционната криза. За пореден път трябва да посочим като основна причинна нестабилността и нестихващите военни конфликти в страните от Северна Африка и Близкия изток. Сложността и мащабността на кризата изискват съвместни и координирани усилия на всички държави членки и общоевропейска солидарност. Всъщност, именно неефективните индивидуални действия на държавите членки по въпроса с миграцията създават усещането в гражданите на ЕС за неспособност за справяне с кризата, а това генерира ксенофобия и нетолерантност. В този контекст адмиравам решението на Европейския съд от изминалите дни за солидарно разпределение на мигрантите и апелирам към всички държави членки да работят заедно и да ускорят напредъка в изпълнението на общите европейски политики. В управлението на незаконните миграционни потоци е защитата на външните граници и подпомагането на държавите членки, които са подложени на натиск. Сега е моментът да покажем, че можем да работим заедно!

15. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

16. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

17. Beziehungen EU-Türkei (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu den Beziehungen EU-Türkei (2017/2840(RSP)).

Johannes Hahn, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, Turkish society is going through difficult years, and so is our relationship with the country's authorities. On many crucial issues we disagree with our Turkish interlocutors, from freedom of speech to the rule of law. Academics, journalists, civil society and critical voices have come under increasing pressure. The detention in July of another 10 human rights defenders, including EU nationals, was the latest in a long series of extremely worrying episodes.

We cannot, we do not, and we will continue not to ignore these current negative developments. In our dialogue we insist that Turkey respect the highest democratic standards it has committed to as a candidate country to the European Union and as a member of the Council of Europe. This was the spirit of the meeting between Presidents Tusk, Juncker and Erdoğan on 25 May, and this is the spirit of the High Representative's regular meetings with her counterpart, Foreign Minister Mevlüt Çavuşoğlu. The same applies to my encounters with the same Minister Çavuşoğlu, but also Minister Çelik, the European Minister of Turkey, and other members of the Government.

Turkey is also our neighbour and a key player in a strategic region for the European Union. We are partners – difficult partners sometimes – but we work together on many different files that are fundamental both for the European Union and for Turkey, from counter-terrorism to migration to Syria, to name but a few. Our dialogue with Turkey on all these files is essential for all European citizens, for all Turkish citizens and for our entire region.

Our dialogue is open, frank, critical, sometimes constructive, sometimes very difficult. Most recently at our high-level political dialogue on 25 July in Brussels, the High Representative and I made it clear to our Turkish counterparts that there is an urgent need for the current trend to be reversed if we want our reciprocal engagement to be sustainable. This goes for the domestic situation, with continued dismissals, suspensions and arrests, but equally so for bilateral relations between Turkey and some EU Member States. A month ago we agreed with our Turkish counterparts that we should all talk less about each other, and more to each other. Everyone could benefit from a more constructive attitude. At the same time, we must not lose sight of the long-term and, perhaps even more importantly, of the many people in Turkey who are also concerned, as we are, with the current trends.

Let me end by noting that in our dialogue with Turkish opposition members, human rights defenders and journalists, the majority of them urge us to continue our dialogue with Turkey. Let us keep this in mind as we reflect on the next steps in our relationship.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber auch die Gelegenheit nutzen, Frau Präsidentin – nachdem ich verstanden habe, dass Sie während der Debatte abgewechselt werden –, Ihnen alles Gute zu wünschen für Ihre neuen Herausforderungen und mich ganz persönlich für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren bedanken. Vielen herzlichen Dank.

Die Präsidentin. – Danke sehr, Herr Kommissar! Wir werden ja hoffentlich noch in anderer Form Gelegenheit haben, auch in Zukunft zusammenzuarbeiten. Und ich bin noch bis etwa Ende Oktober Europaabgeordnete. Also, vielleicht sehen wir uns noch ein paar Mal.

Cristian Dan Preda, au nom du groupe PPE. – Madame la Présidente, nous voilà donc, pour la troisième fois en moins d'un an, à discuter de notre relation avec la Turquie et pour la troisième fois, la plupart d'entre nous conviennent qu'au vu des développements politiques en Turquie, les négociations sur l'adhésion de ce pays à l'Union devraient être suspendues temporairement. Quand je dis «développements politiques», je fais référence, bien sûr, au référendum constitutionnel et surtout aux nombreuses atteintes aux droits de l'homme et aux libertés fondamentales qui ont touché des catégories importantes de la population, allant des journalistes aux militaires, en passant bien sûr par les professeurs d'école ou d'université.

Les critères de Copenhague sont clairs et nous devons les respecter. Or, si au niveau du Parlement la position est fixée, nous attendons que le Conseil fasse de même. Nous ne pouvons plus nous permettre de discuter de la Turquie et de notre relation présente avec ce pays à travers plusieurs voix qui sont contradictoires. Afin d'être crédibles, nous devons nous coordonner et ne pas laisser à Ankara la tâche de prendre ce qui l'arrange.

Je pense que le temps est venu de décider d'une route à prendre et que nous assumions ce choix. Cela est d'autant plus important que la Turquie est à présent un partenaire très important pour l'Union et tous ses États membres, et cela est valable pour une multitude de domaines. La migration et le commerce ne sont que deux aspects visibles de ce partenariat.

Dès lors, il est nécessaire de savoir où va cette relation et sur quelles coordonnées elle va évoluer à court et à moyen terme. Autrement dit, si nous enlevons de la table des négociations la perspective de l'adhésion, que mettons-nous d'autre? Comment voyons-nous le futur de la relation entre Bruxelles et Ankara?

Je pense qu'il ne faut pas prendre cette question à la légère, car elle est essentielle pour la continuité de cette relation, mais aussi pour l'image et la crédibilité de l'Union européenne en Turquie. Si nous réagissons à la Turquie d'aujourd'hui, nous devons agir en pensant à la Turquie de demain. C'est d'ailleurs pour cela qu'en tant que rapporteur pour avis de la commission AFET sur le budget 2018, j'ai soutenu la redistribution d'une partie du financement prévu pour la Turquie à la société civile turque, qui défend la liberté d'expression.

Kati Piri, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, as EU-Turkey relations have been put on the agenda of the next European Council meeting, I believe it is good to reiterate this Parliament's position. This House has been speaking out loudly and clearly when it comes to the serious violations of fundamental rights in Turkey. Despite our many political differences and our diverging views on EU-Turkey relations, we have been united in our condemnation of rights abuses.

In July — two months ago — we called for the formal suspension of the accession talks if the constitutional amendments were implemented unchanged. The situation in Turkey continues to be worrying, but there have been no developments in the last two months that would cause us to change the position we took two months ago. We also expect EU leaders to come forward with a clear and united response in October. The EU's credibility is at stake when it comes to the accession talks with Turkey.

At the same time, it is important to keep making a distinction between the Turkish Government and the Turkish population. In this respect, let me clearly state that the European Parliament never called for the withdrawal of the candidate status of Turkey nor for the shutting of all doors of communication. Taking away the European perspective from the Turkish people once and for all would be a grave mistake.

However, the real question at hand is not whether Turkey can or cannot one day become a member of a future European Union. This is a theoretical debate. The real question at stake is: what we can do to reverse the current authoritarian trend in Turkey and how can we continue to support the millions of people in Turkey who believe in the same values? This is why I believe that starting negotiations on an upgraded customs union would be a first important step, although of course things need to improve first. Another important tool for the EU would be to continue financial support for civil society in Turkey. We must ensure that populism and xenophobia do not take over this debate. The Turkish people deserve our solidarity in difficult times.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *ερώτηση «γαλάζια κάρτα»*. – Κυρία Πρόεδρε, με πλήρη σεβασμό στα όσα λέχθηκαν για την Τουρκία, πρέπει να πω ότι το Ευρωκοινοβούλιο επιτέλους πρέπει να στείλει ακόμη ένα ξεκάθαρο μήνυμα. Δεν μπορεί η Τουρκία με προκλητικό και απαράδεκτο τρόπο να κατέχει χώρα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης και να πηγαίνει στις συνομιλίες για λύση του κυπριακού προβλήματος και να απαιτεί να παραμείνουν στρατεύματα και εγγυήσεις σε μια χώρα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Δεν μπορεί η Τουρκία εδώ και σαράντα τρία χρόνια να κατέχει την Κύπρο που είναι πλήρες μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης και να συνεχίζει να μην αναγνωρίζει την Κυπριακή Δημοκρατία. Δεν μπορεί Τουρκία, και αυτό πρέπει να συνδεθεί με τις διαπραγματεύσεις, να συνεχίζει να προκαλεί και να προσβάλλει ...

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Kati Piri (S&D), *blue-card answer*. – In many ways I think the situation in Cyprus has already been very visible in EU-Turkey relations and in the accession talks as well. I personally very much regret that the talks collapsed before the summer, and I know that another political Group – not my Group – has also made a request to make sure that we also debate what happened in those talks and what would be a way forward. I believe that a united Cyprus living in peace would actually not only be best for the people living on the islands but for stability in the whole region and, of course, also for EU-Turkey relations.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, EU-Turkey relations have become an all-too-familiar hotly-debated topic in this House. Just as Turkey drifts even further from western democratic norms on the domestic scene, its foreign policy decisions become ever more contrary to those of the European Union and NATO allies. Most recently we saw a USD 2.5 billion contract to purchase the Russian S400 anti-aircraft weapon system. This decision shows not only a disregard for the current strained relations between Russia and the West but also raises questions about its continued policy in Syria that diverges from that of the European Union and NATO: particularly now also Turkey's offensive against the PYD fighters, against ISIS in Syria – another example – also its bullying of Cyprus in its attempts to rightfully explore for oil in its territorial waters.

The situation inside Turkey, meanwhile, continues to reel from last year's coup attempt. Despite already purging over 100 000 individuals from the civil service and the judiciary as well as arresting a further 50 000 people, it seems that the process continues unabated. Recent figures of 601 individuals arrested; 450 of them were accused of having Gulenist sympathies. Amid such developments, it is no wonder that Chancellor Merkel has called for the scrapping of EU accession talks for Turkey.

I personally have long questioned the merits of Turkey's accession to the European Union, and it seems now that such questions are coming to a head.

Alexander Graf Lambsdorff, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Die Türkei und die Europäische Union haben im Jahre 1963 ihr Assoziierungsabkommen geschlossen. 1999 kriegte die Türkei den Kandidatenstatus. Seit 2005 wird verhandelt, und auch in besseren Zeiten ist man einander nicht wirklich nähergekommen. Es zeigt, dass beide Seiten an diesem Beitritt nicht in der Form interessiert sind, dass das zu etwas führen könnte. Die Menschen in Europa – 77 % der Europäerinnen und Europäer – lehnen den Türkei-Beitritt ab und befürworten das Ende der Verhandlungen. In Deutschland – in meinem Land – sind es 86 %.

Die Kopenhagener Kriterien erfüllt die Türkei seit langem nicht mehr, und wenn wir mal weggehen von Umfragen und auf die rechtliche Situation schauen, dann kommt Artikel 5 des Verhandlungsrahmens ins Spiel. Wenn es einen langanhaltenden und ernsthaften Bruch der Prinzipien von Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit gibt, dann ist es Aufgabe der Kommission, die Unterbrechung der Verhandlungen zu empfehlen. Ich kann nicht verstehen, dass sie es nicht tut. Dieses Haus hier hat das mehrfach getan – es ist höchste Zeit, dass die Kommission diesen Schritt ebenfalls geht. Wir brauchen diesen Mut zu neuem Denken.

Lieber Cristian Preda von der EVP: Die Frage ist, was tritt an die Stelle eines Beitrittsprozesses, der ja offensichtlich tot ist? Dann treten endlich ernsthafte Gespräche mit der Türkei über die Gestaltung unserer Beziehungen an diese Stelle. Gespräche über einen Grundlagenvertrag, über Energiepolitik, über die gemeinsame Gestaltung der Sicherheit im östlichen Mittelmeerraum, über das Management der Migrationspolitik. Wir können dann endlich Fortschritte erreichen auf Feldern, wo es bisher kaum welche gibt: Kultur, Wissenschaft – wir können so viel miteinander machen. Die Voraussetzung ist natürlich, dass die zu Unrecht Gefangenen freigelassen werden. Vorher kann man über nichts anderes sprechen.

Ich bin jetzt seit fünf Jahren der Berichterstatter meiner Fraktion für die Türkei, und ich möchte aus liberaler Sicht in meiner letzten Rede hier zu diesem Thema eines sagen, dass ich die Beziehungen und die Entwicklung in der Türkei als außerordentlich bedauernswert empfinde. Aus Sicht eines Liberalen sind Freiheitsrechte, Minderheitenrechte, aber auch die Entwicklung der Wirtschaft wichtig. Wenn ich mir anschau, wie die Gewerkschaften immer wieder versuchen, ihre Versammlungsfreiheit auf dem Taksim-Platz durchzusetzen, wie die Gezi-Platz-Proteste niedergeschlagen wurden, wie es mit den Kurden aussieht, wie die Pressefreiheit behandelt wird – das Land ist auf Platz 154 weltweit, hinter dem Irak –, das Referendum, das nach Aussage der Venedig-Kommission dazu führt, dass die Gewaltenteilung aufgehoben wird – all das ist wirklich beunruhigend. Die Zollunion-Gespräche werden auch nicht weitergehen können, wenn sich die politische Lage nicht entwickelt. Wir sagen ja zum Dialog, die Türkei bleibt ein wichtiger Nachbar – aber es ist höchste Zeit, diesen Dialog auf eine neue Grundlage zu stellen.

Die Präsidentin. – Lieber Kollege Vizepräsident Lambsdorff! Weil es jetzt anscheinend Ihre letzte Rede war, obwohl Sie das nächste Mal doch auch noch hier sein werden, habe ich Sie etwas länger reden lassen.

Und Herrn Mavrides muss ich sagen: Herr Mavrides, Sie sind auch dann als Redner auf der Liste. Das heißt, ich gebe keine blaue Karten an jemanden, der noch bei demselben Thema sprechen wird oder der schon gesprochen hat. Ich bitte um Verständnis, wir sind mit der Zeit schon im Verzug. Danke.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, la question turque semble embrasser la campagne électorale allemande. M^{me} Merkel a même tranché le débat sur l'adhésion. Elle n'y a jamais cru – sic – et serait même prête à rompre les discussions sur l'union douanière. Les relations entre Berlin et Ankara s'enveniment, nous faisant presque oublier que M^{me} Merkel a été la principale artisane de l'accord, de la déclaration, pardon, UE-Turquie.

La situation en Turquie mérite mieux. Les procès bâclés s'y multiplient, comme en témoigne ces jours-ci la reprise des procès des journalistes de *Cumhuriyet*. La Turquie est plus que jamais la plus grande prison du monde pour les journalistes. Française, je pense à Loup Bureau, emprisonné pour un reportage sur les combattants turcs de Syrie, mais aussi à tous les Kurdes emprisonnés, et notamment nos collègues parlementaires, parmi lesquels Selahattin Demirtas et Figen Yüksekdağ, coprésidents du HDP, emprisonnés depuis plus de dix mois, ainsi qu'à tous les progressistes qui crouissent par milliers dans les prisons turques et qui sont tous accusés de terrorisme.

Dans ce contexte, auquel il faut effectivement ajouter le non-règlement de la question chypriote, toute négociation, avec ou sans clause des droits de l'homme, paraît incongrue. Seul l'état de droit devrait motiver les décisions et non une islamophobie qui ne dit pas son nom. Seul l'intérêt des populations devrait nous préoccuper, et non des intérêts commerciaux. Nous en sommes malheureusement assez loin. Il ne s'agit pas d'être pro- ou anti-turc, mais de traiter la Turquie comme n'importe quel pays de notre voisinage.

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, as colleagues have mentioned, Turkish President Erdoğan continues his relentless course against democracy and human rights, and he has put thousands of people into jail – journalists, teachers, politicians, and also, more and more EU citizens – and this is unacceptable. There can be no doubt that Erdoğan's course requires a very strong and clear European response.

I think we all agree on that, but the question is: what response? Because I think we need to find a response that is not just there for us to feel good but a response that actually achieves what we want to get to, and for that we need to indeed remember that Erdoğan is not Turkey and Turkey is not Erdoğan.

50% of people in Turkey voted against Erdoğan's referendum, and people in Turkey are currently, every day, risking their freedom and their employment by speaking up, by defending their rights, by defending the rights of others. We must not forget those people and we must not leave them alone.

We must do everything, rather, that we can to support them, and by everything I mean both on the institutional level but also with everything that we as MEPs and we as Groups can do.

We have also one instrument in our hands that I believe will be very powerful in actually targeting Erdoğan without harming the opposition, and that is indeed the customs Union. I think it would be a scandal if we were to deepen our business ties with Turkey while journalists and labour unionists are in jail. And the customs union is actually not an instrument for political dialogue; it is an instrument for exchanging goods, for exchanging services. And that is also why Erdoğan wants it. He has never threatened to stop that one, and I think that is why we also need to especially use it. We need to say, no, we won't do the modernisation and enlargement of the customs union unless there is progress on human rights.

No business interests can really be more important than the interest of people to live in freedom and in the enjoyment of their rights, and the same is true – has to be true – for the export of weapons. There are still weapons exports happening today from European Union Member States to Turkey. But Turkey is a country in conflict: not a single weapon should be sent there, and certainly also not whole weapons factories.

How to deal with Turkey?

It is certainly not a good topic for an election campaign, nor for a competition about who hits the hardest. This is about the future of more than 70 million people and about the future of us.

There will be a time after Erdoğan. Let's not forget that.

Edouard Ferrand, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le président, il y a un siècle, on parlait de la Turquie, comme étant le grand homme malade de l'Europe. Aujourd'hui, je pense que le véritable homme malade de l'Europe, c'est l'Union européenne. Vous avez engagé des négociations qui ne riment à rien, vous vous êtes trompés dans vos relations avec la Turquie, la relation que vous avez engagée avec la Turquie est une relation uniquement transactionnelle.

Vous avez échangé des migrants contre une adhésion à l'Union européenne. Mais les peuples européens ne veulent pas de votre projet funeste et moi je crois qu'aujourd'hui vous vous êtes complètement trompés de voie. Il fallait proposer un grand partenariat, un partenariat privilégié. La Turquie, ce grand pays, ce grand peuple, méritait autre chose que vos propositions.

Je crois que vous avez fait des propositions qui ne vont pas aujourd'hui dans le sens de l'adhésion, vous avez emmené la Turquie vers des négociations qui n'aboutiront à rien, vous avez perdu votre temps, et vous avez fait perdre beaucoup de temps justement à la Turquie, à l'Union européenne et à nous, députés européens.

David McAllister (PPE). – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zahlreiche Vorredner haben bereits darauf hingewiesen, dass und wie sich die Türkei von unseren europäischen Werten seit mehreren Jahren entfernt. Auch ich bedaure das außerordentlich. Jüngste Entwicklungen in der Türkei bieten allerdings nochmals großen Anlass zur Sorge. Ich will unter anderem darauf hinweisen, dass auch deutsche Staatsbürger unbegründet verhaftet worden sind.

Diese Entwicklungen dürfen nicht unkommentiert bleiben. Und deshalb finde ich es richtig, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel sich dafür ausgesprochen hat, das Thema der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei auf die Tagesordnung des nächsten Europäischen Rates im Oktober zu setzen, um eben dort dann auch mit den europäischen Partnern das weitere Vorgehen in Ruhe zu diskutieren. Wir haben als Europäisches Parlament bereits letztes Jahr mit einer großen Mehrheit für die Aussetzung der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gestimmt. Angesichts der negativen Entwicklungen in diesem Land macht es doch keinen Sinn, die Beitrittsverhandlungen gegenwärtig fortzuführen – das war unsere Botschaft. Aber natürlich wissen wir, dass letztlich die Mitgliedstaaten zu entscheiden haben, wie es weitergeht.

Ich möchte einen Punkt aufgreifen, der bereits Thema der Debatte war. Da habe ich eine andere Auffassung als manche meiner Vorrednerinnen und Vorredner. Unter diesen aktuellen Bedingungen ist aus meiner Sicht auch nicht an eine Vertiefung der Handelsbeziehungen zu denken. Deshalb sollte nach meiner Auffassung der Rat der Kommission unter diesen Umständen auch kein Mandat für die Verhandlungen mit der Türkei über eine Erweiterung der Zollunion erteilen. Ja, eine enge und besondere Zusammenarbeit der EU mit der Türkei, die den Menschen auf beiden Seiten dient, gerade denjenigen, die auch gegen das System Erdoğan stehen. Aber angesichts der jüngsten Entwicklungen der Türkei in Richtung Autokratie kann sie kein Mitglied der Europäischen Union werden. Eine EU-Mitgliedschaft ist für Ankara nicht der richtige Weg, und gegenwärtig sind auch keine Debatten über eine zukünftige engere Zollunion geboten.

Victor Boştinaru (S&D). – Domnule preşedinte, domnule comisar, avem astăzi în Turcia un sistem politic care consideră divergenţele de opinie şi criticile un rău absolut. Peste 160 de jurnalişti turci şi cetăţeni europeni au fost arestaţi. Mii de profesori universitari, membri ai academiei, sunt în închisoare, unii dintre ei fără a-şi cunoaşte măcar acuzaţiile şi fără a avea parte de un proces.

Bineînţeles, Parlamentul European nu poate accepta această situaţie. Însă retorica preşedintelui Erdoğan către unele state membre este în bună măsură pentru consumul domestic. De aceea, mai bine ne abţinem în a juca după regulile definite de Erdoğan. În consecinţă, mă tem că perspectiva unei ruperi a dialogului cu Turcia îi poate da acestuia noi argumente pentru a consolida statul autoritar pe care l-a început încă dinainte de lovitura de stat eşuată.

Dragi colegi, consider că trebuie să evităm deciziile pripite, emoţionale sau electoraliste. Vă invit să reflectaţi şi să menţinem o poziţie echilibrată şi responsabilă a viitorului relaţiilor strategice dintre Uniunea Europeană şi Turcia. În acest sens, salut poziţia adoptată de majoritatea miniştrilor afacerilor externe la ultima reuniune CAGRE, care a avut loc la Tallinn săptămâna trecută.

Să nu uităm, dragi prieteni: Turcia a fost și rămâne un partener strategic al UE și al statelor membre, acum și în viitor. Turcia este o țară mare și importantă, cu o societate civilă foarte activă, complexă și în bună măsură proeuropeană. Procesul de lărgire ne-a permis să influențăm pozitiv procesul acestei țări de-a lungul câtorva decenii. Ar fi o tragică, fatală eroare strategică să suspendăm podurile acum.

President. – You have already spoken under a blue card in this debate, so I am going to move to the next speaker. Apologies for that.

Ελένη Θεοχάρους (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, οι ενταξιακές διαδικασίες, η προενταξιακή χρηματοδότηση και η συμβάθυνση της τελωνειακής ένωσης είναι ζητήματα αλληλένδετα. Ο Ερντογάν δεν νοιάζεται για τη διακοπή της ενταξιακής διαδικασίας, καίγεται όμως για την αναστολή της τελωνειακής ένωσης.

Από την άλλη πλευρά, η Ευρωπαϊκή Ένωση αναβάθμισε την Τελωνειακή Ένωση χωρίς η Τουρκία να έχει εκπληρώσει τις υποχρεώσεις της προς την Κυπριακή Δημοκρατία ως όφειλε. Σας είχα προειδοποιήσει, Κύριε Επίτροπε, πολλές φορές για τις συνέπειες.

Ευθύνες φέρει και η Κυπριακή Κυβέρνηση που δεν αντέδρασε, αλλά και η Ευρωπαϊκή Ένωση που θέτει συχνά τα οικονομικά συμφέροντα πάνω από αρχές και αξίες. Με την Τελωνειακή Ένωση ο Ερντογάν δεν είναι υποχρεωμένος να προχωρήσει σε εκδημοκρατισμό της χώρας του, ενώ ταυτόχρονα διευρύνει τις εμπορικές συναλλαγές του με την Ευρωπαϊκή Ένωση. Γι' αυτό συνεχίζει αδιάτακτος την κατοχή της Κύπρου, γι' αυτό επιβάλλει σταδιακά τους όρους του στην επίλυση του Κυπριακού και γι' αυτό η λύση θα απορριφθεί από τον Κυπριακό λαό γιατί θα είναι άδικη, ρατσιστική, ετεροβαρής και απάνθρωπη ενώ θα συνιστά μια ωρολογιακή βόμβα στα θεμέλια της Ένωσης.

(Ο Πρόεδρος διακόπτει την ομιλήτρια)

Marietje Schaafe (ALDE). – Mr President, today's debates and the points raised are roughly the same that we have had for years. Again, we talk about the lack of separation of powers, the lack of respect for the rule of law, the absence of due process and fair trial, the numerous breaches of people's rights and fundamental freedoms, the opposition, the press, civil society and minorities. Add to that a constitutional package that will lead to increased concentration of powers, more recent attacks, including of European citizens, tensions in the NATO alliance, ongoing announcements of the reintroduction of the death penalty and the kinds of insults that partners do not exchange.

So the question is not what is going on – it is crystal clear – but the question: is what is the EU's answer? I think it is a good thing that this Parliament has been leading and has been consistent. We want to have an honest debate and an EU that acts on the basis of principles. We encourage the Council and the Commission to do the same next month – make an announcement and be clear – because, as it stands, we are basing our relation on the deal on migration, which we think has failed and is not even delivering. Because the re-energising of accession is going nowhere. There is no perspective on visa liberalisation, and the support for these kinds of deals is eroding further and further. So it is clear that we cannot continue like this. But we must make sure that any future arrangement is based on values.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η Τουρκία συνεχίζει την καταπάτηση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των βασικών ελευθεριών του λαού της, τις διώξεις εναντίον των Κούρδων, τη φήμωση των δημοσιογράφων. Επίσης συνεχίζει να κατέχει παράνομα και δια της βίας των όπλων, κράτος μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, την Κύπρο.

Είναι απαράδεκτο να ζητείται αναβάθμιση της Τελωνειακής Ένωσης όταν η Τουρκία ακόμη δεν έχει εφαρμόσει τις υποχρεώσεις που απορρέουν από την τρέχουσα συμφωνία της Ένωσης συνολικά, αρνούμενη να αναγνωρίσει την Κυπριακή Δημοκρατία. Ζητάμε από την Ένωση να ασκήσει πιέσεις ώστε η Τουρκία να υλοποιήσει όλες τις συμβατικές της υποχρεώσεις, να τερματίσει την καταπάτηση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων μέσα στη χώρα, να επανέλθει στο τραπέζι των συνομιλιών για τη λύση του κουρδικού και να συμβάλει εποικοδομητικά στην επίλυση του Κυπριακού. Μοναδικός μοχλός πίεσης από πλευράς της Ευρωπαϊκής Ένωσης ώστε η Τουρκία να εφαρμόσει τα πιο πάνω, είναι το πάγωμα των ενταξιακών διαπραγματεύσεων έως ότου η Τουρκία συμμορφωθεί. Είναι η θέση που κατά συντριπτική πλειοψηφία εγκρίναμε ως Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο στο ψήφισμα της τελευταίας Ολομέλειας του Ιουλίου.

Bodil Valero (Verts/ALE). – Herr talman! Jag undrar om president Erdoğan tror att hans relationer till EU-länderna blir bättre av att ständigt provocera och utmana oss, eller om det är en del i en strategi för att få oss att stänga dörren totalt, så att han på hemmaplan kan skylla misslyckandet på EU i stället för på hans egen förda politik. Jag kan inte glömma citatet där han liknade demokrati vid en spårvagn som man använder tills man inte längre behöver den. Är det möjligen så att Erdoğan har nått slutstationen?

Det som oroar mig just i dag i våra relationer till Turkiet är ofoget att använda sig av Interpol för att tysta regimkritiker i utlandet. Det kan ju knappast vara så att vi plötsligt har 60 000 kriminella turkar som behöver eftersökas av Interpol. Självklart kan det finnas 60 000 turkar eller fler som inte är överens med presidentens politik och som fritt uttrycker det, men det är en bärande del i yttrande- och åsiktsfriheten.

I Spanien sitter nu en svensk journalist med turkisk bakgrund i fängelse i väntan på eventuell utvisning. Hans namn är Hamza Yalcin, och han har bott i Sverige sedan 30 år tillbaka. Uppgifterna om när ett eventuellt utlämnande kommer att ske varierar, men det är oroande om vi ger en sådan signal till den turkiska och kurdiska diasporan.

(Talmannen avbryter talaren.)

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, la Turquie est notre voisin. Il faut donc dialoguer avec elle, comme le commissaire Hahn vient de le souligner. Il faut dialoguer sur tous les sujets, et notamment en matière de politique migratoire, mais il faut être ferme et non pas angélique, comme M^{me} Mogherini vient de l'être à l'instant en reprenant les propos du pape. Mais le pape est dans son rôle et il faudrait que les dirigeants de l'Union soient dans le leur.

Le dialogue n'est pas la soumission. La Turquie – faut-il le rappeler – viole constamment les droits de l'homme et son attitude est tout à fait différente des valeurs que nous défendons dans cet hémicycle. D'autre part, Erdogan se moque ouvertement de nous. Faut-il rappeler que l'occupation de Chypre continue, alors que c'est un État membre de l'Union, et faut-il rappeler également qu'Erdogan est venu à Strasbourg il y a 2 ans pour critiquer jusque sous notre nez la civilisation européenne?

La conclusion s'impose, mes chers collègues: c'est celle du Front national, c'est celle que vient de reprendre M^{me} Merkel. Il faut arrêter d'urgence les négociations d'adhésion de la Turquie à l'Union.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, από τις μέχρι τώρα μακροχρόνιες διαπραγματεύσεις με την Τουρκία έχουν εξαχθεί ορισμένα ασφαλή συμπεράσματα:

Το πρώτο είναι ότι η Τουρκία το μόνο πράγμα για το οποίο ενδιαφέρεται είναι να εξυπηρετήσει τα εθνικά της συμφέροντα χωρίς να ενδιαφέρεται να φανεί συνεπής στις υποχρεώσεις που έχει αναλάβει απέναντι στην Ευρωπαϊκή Ένωση για να γίνει μέλος της. Δεύτερον, όταν η Ευρωπαϊκή Ένωση της επισημαίνει όλα αυτά η Τουρκία εξοργίζεται και απειλεί και εκβιάζει. Τέλος, ο Πρόεδρος της Τουρκίας δεν έχει τον παραμικρό δισταγμό να παραβιάζει τα ανθρώπινα δικαιώματα, να διώκει τους πολιτικούς αντιπάλους, να φυλακίζει εκδότες, δημοσιογράφους, πολιτικούς, στρατιωτικούς και καθένα ο οποίος δεν συμφωνεί με τις απόψεις του.

Με βάση τα παραπάνω, η πλέον πραγματιστική αντιμετώπιση του προβλήματος της Τουρκίας είναι να της καταστήσει σαφές η Ευρωπαϊκή Ένωση ότι δεν προτίθεται να τη δεχθεί ως μέλος της. Εάν γίνει αυτό, η Τουρκία θα αλλάξει συμπεριφορά και θα διαπιστώσει ότι δεν έχει περιθώρια να συμπεριφέρεται κατά τρόπο ο οποίος είναι απαράδεκτος και εμποδίζει την εξωτερική πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Πρέπει να γίνει μια ειδική σχέση της Ευρωπαϊκής Ένωσης με την Τουρκία.

Renate Sommer (PPE). – Herr Präsident! Frau Mogherini hat vorhin gesagt: Das Europäische Parlament soll ehrlicher mit Informationen umgehen. Aber was ist denn mit der Kommission selbst und mit dem Rat? Wir wissen – es ist oft gesagt worden, jetzt gerade auch wieder –, dass die türkische Regierung seit Jahren ihr europäisches Versprechen bricht. Und was tun die Kommission und der Rat? Abwarten – es wird schon besser werden.

Grundwerte werden in der Türkei mit Füßen getreten. Europäer werden verhaftet – grundlos. Sie werden ohne konsularischen Beistand monatelang im Gefängnis festgehalten. Das ist doch etwas, was wir überhaupt nicht akzeptieren können, zusätzlich zu allem, was wir in den letzten Jahren überhaupt schon erlebt haben mit der türkischen Regierung. Ich schwöre Ihnen in die Hand: Wenn das mit einem anderen Land passieren würde, hätten Kommission und Rat schon längst scharf reagiert. Aber mit Nichtstun gegenüber der Türkei macht die EU sich lächerlich – genauso übrigens, wie die Türkei sich lächerlich gemacht hat mit ihrer Reisewarnung für Deutschland.

Ich finde, es wird Zeit für eine scharfe Reaktion des Rates und der Kommission. Ja, der Beitritt muss ad acta gelegt werden, er wird sowieso nicht stattfinden. Wovor haben denn Kommission und Rat Angst? Alles weitere – auch die Erweiterung der Zollunion – ist wirklich abhängig vom Verhalten der Türkei selbst, das müssen wir nach außen hin deutlich machen. Im Moment können wir die Zollunion nicht ausweiten. Aber wir wissen, und das müssen wir auch dem türkischen Volk klarmachen: Die Türkei braucht uns viel mehr als wir die Türkei brauchen, und mit Wirtschafts-sanktionen können wir vielleicht auch Herrn Erdoğan zur Vernunft bringen.

Knut Fleckenstein (S&D). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kommissar, Sie haben uns heute eine wegweisende Rede geboten. Die Türkei ist ein Nachbarstaat, da haben Sie völlig Recht. Sie ist ein Partner, da haben Sie auch Recht. Wir sollen nicht so viel übereinander, sondern miteinander reden – großartige Beobachtung. Ich gebe Ihnen völlig Recht. Denn es gibt auch genug Themen, NATO, Kultur, Wissenschaft, vieles mehr. Aber wer Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit so deutlich mit Füßen tritt, der kündigt uns gleichzeitig mit diesem Benehmen, und er sagt uns: Wir wollen gar nicht in euren Club.

Diese De-facto-Kündigung müssen wir auch entsprechend beantworten. Und deshalb hat dieses Parlament es völlig richtig gemacht, indem wir gesagt haben: Wir suspendieren diese Verhandlungen, wir werden das Geld vernünftig umleiten, weg von der Regierung, hin zum Menschen – *people to people contact*. Und Sie von der Kommission hätten meiner Meinung nach gut daran getan, auch einen klaren Standpunkt zu vertreten und nicht dieses Lauwarme, was uns entgegenkommt. Gerade Sie als Österreicher – Sie haben doch einen Außenminister, der uns vormacht, wie man fesch und gerade stehen kann. Ich hätte von Ihnen wirklich in dieser Frage mehr erwartet.

Beim Rat habe ich keine Bedenken, dass man dort zu einer Meinung kommt. Der niederländische Außenminister hat uns gesagt: Wir reden besser nach den Wahlen weiter, weil man dann weiß, wie die Bundeskanzlerin in Deutschland tickt. Erst wollte sie die Türkei nicht drin haben, dann wollte sie die Verhandlungen nicht abbrechen, dann ist sie dem Herrn Schulz hinterhergelaufen. Ich bin sicher, dass nach den Wahlen Klarheit ist.

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Ангел Джамбазки (ECR). – г-н Председател, Турция не е европейска държава, нито културно, нито цивилизационно, нито исторически. В този смисъл пълноправното ѝ членство в Европейския съюз нито е нужно, нито е възможно.

Властта в Турция продължава да следва една опасна, неоосманска доктрина, продължава да се намесва във вътрешните работи на суверенни съседни държави, в изборите в България, в Гърция, в Германия, в Холандия. Продължава да окупира незаконно Кипър. Това е причината от години да повтаряме, от три години поне, че тези преговори трябва да бъдат прекратени. Най-сетне канцлерът Меркел, най-сетне нашият бивш колега Шулц чува тези призови и ги повториха. Надявам се това да не бъдат само предизборни обещания, а да бъдат спазени и да бъдат осъществени след изборите.

Всяка отстъпка, която се прави пред диктатора Ердоган, е ненужна и неразумна, защото само го засилва, защото му дава повече възможности да продължава да machка гражданското общество, да нарушава демократичните права и свободи, и да продължава да превръща държавата си в диктатура.

В този смисъл искам да попитам кога ще бъдат наложени санкции на тази власт в Турция, която нарушава всичко, за което се говори в тази зала.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κανένα κράτος δεν επιτρέπεται να ενταχθεί στην Ευρωπαϊκή Ένωση αν δεν σέβεται τις στοιχειώδεις δημοκρατικές αρχές. Είναι προφανές σε όλους, στην αίθουσα αυτή, ότι το καθεστώς Ερντογάν απομακρύνεται ολοένα και περισσότερο από τις θεμελιώδεις αυτές αρχές. Συνεπώς, η ένταξη της Τουρκίας καθίσταται ανέφικτη και αυτό διαπίστωσε το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο στην απόφασή του με την οποία ζήτησε τη διακοπή των ενταξιακών διαπραγματεύσεων. Τούτο σημαίνει ότι θα πρέπει να διακοπεί άμεσα και η προενταξιακή χρηματοδοτική βοήθεια: 636 εκατομμύρια ευρώ μόνο για το έτος 2017, πηγαίνουν στο καθεστώς Ερντογάν για να χρηματοδοτεί διάφορες δράσεις όπως οι επιθέσεις κατά των Κούρδων, τα βασανιστήρια κατά πολιτικών κρατούμενων και άλλα. Η βοήθεια αυτή πρέπει να σταματήσει, διαφορετικά υπάρχει συνενοχή της Ένωσης προς όσα διαπράττει ο κύριος Ερντογάν και οι υποτακτικοί του.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Pani Przewodnicząca! Główny problem Turcji nazywa się Kurdowie i musimy o tym pamiętać, że w tej chwili u granic Turcji kształtuje się ponownie po Iraku nowy Kurdistan. Trzeba podziwiać armię turecką, że ona w tej sytuacji stoi z bronią u nogi i zbroi się na wszelki wypadek. W tej sytuacji Kurdowie, bardzo sympatyczny naród, mają do wyboru: albo jeżeli będą słabi, to prezydent Assad ich wykończy, albo jak będą silni, to ogłoszą niepodległość, i wtedy turecka armia wkroczy i ich wykończy. Dlatego uważam, że Unia Europejska powinna – jak to proponowałem, kiedy Kurdowie byli u nas rok temu – nalegać na to, żeby doszło do porozumienia między Kurdami, żeby dostali szeroką autonomię – tak jak mają w Iraku – i dzięki temu zakończyć tę walkę w północnej Syrii, która jest bardzo bolesna dla wszystkich zaangażowanych. Dziękuję za uwagę.

Μιλτιάδης Κύρκος (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, τόσα χρόνια, σημαντικά κεφάλαια των διαπραγματεύσεων παρέμειναν κλειστά. Ουσιαστικά, δεν παρεμβαίναμε παρά τεχνοκρατικά, ανούσια, ανέμπνευστα στην ενταξιακή διαδικασία. Πολλοί ήλπιζαν στη μη συμμόρφωση της Τουρκίας και άλλοι οχυρώνονταν πίσω από τις ουσιαστικές αντιρρήσεις της Κύπρου. Αλλά κάθε χρόνος που δεν άνοιγε το κεφάλαιο 24 για τη Δικαιοσύνη, η σημερινή κατάσταση ερχόταν πιο κοντά. Και όσο δεν άνοιγε το κεφάλαιο 23 των θεμελιωδών δικαιωμάτων, τόσο διευκολυνόταν ο Ερντογάν να ενισχύει την κυριαρχία του εις βάρος του κεμαλικού κατεστημένου που, με τα λάθη του και την αλαζονεία του, τον βοήθησε να θεωρηθεί ο αναμορφωτής ενός σάπιου καθεστώτος.

Αλλά ακόμα και τώρα, που πολλοί ζητούν τη ρήξη με την Τουρκία παίζοντας χέρι με χέρι με τον Ερντογάν το παιχνίδι των αντεγκλίσεων, μπορούμε να αναστρέψουμε αυτή την πορεία. Ας βάλουμε τη Δημοκρατία, το κράτος δικαίου, την τελωνειακή ένωση αλλά και την ενταξιακή πορεία, όλα μαζί-πακέτο στο τραπέζι, ανεβάζοντας το κόστος άρνησης του Ερντογάν σε δυσθεώρητα ύψη. Χρωστάμε ένα χέρι αλληλεγγύης και καλύτερες συνθήκες διαβίωσης στον τουρκικό λαό. Ας πιέσουμε για μία διέξοδο γιατί αποχωρώντας αφήνουμε την Τουρκία μόνη στα απίστευτα και επικίνδυνα αδιέξοδά της και το βαρύ τίμημα θα το πληρώσουμε όλοι μαζί.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident, Herr Kommissar Hahn, werte Kolleginnen und Kollegen! Darf ich Sie zu Beginn um eines – über alle Fraktionsgrenzen hinweg – bitten: Machen wir uns doch nicht lächerlich! Verhökern wir unsere europäischen Werte nicht auf Erdoğan's türkischem Basar. Jetzt sind in der Türkei über 50 deutsche Staatsbürger in Haft. Journalisten werden festgehalten, unter ihnen eine junge Frau mit Kind. Der Despot vom Bosphorus bäumt sich auf, wenn man ihn so nennt, wird umgekehrt aber nicht müde, geschichtvergessen EU-Politiker als Nazis zu beschimpfen. Es reicht! Doch wir verhandeln fleißig weiter am Beitritt, zahlen Heranführungsgelder und Wirtschaftshilfen, überweisen sechs Milliarden Euro Steuergelder im Rahmen des mehr als zweifelhaften Flüchtlingsdeals nach Ankara, statt selbst einfach endlich für die Sicherheit unserer Außengrenzen zu sorgen, wie es uns Ungarn vorgemacht hat, wie es Mazedonien im Auftrag der EU geschafft hat.

Schluss damit – keine Verhandlungen mit Erdoğan, kein Geld für die Türkei und als Angebot einen Neuanfang ohne Despoten, hin zu einer fairen, privilegierten Partnerschaft!

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, μας έχετε μπερδέψει. Το Κοινοβούλιο εκδίδει αλληπάλληλα καταδικαστικά ψηφίσματα για την κατάσταση στην Τουρκία και ζητάει ακόμη και την αναστολή των ενταξιακών διαπραγματεύσεων και, από την άλλη πλευρά, η κυρία Μέρκελ και οι αξιωματούχοι της δηλώνουν, για προεκλογικές σκοπιμότητες, ότι η Τουρκία δεν πρόκειται να μπει στην Ευρωπαϊκή Ένωση, όταν πριν λίγο καιρό εξυμνούσαν τη συνεργασία τους με την κυβέρνηση Ερντογάν. Ο κύριος Γιούνκερ δηλώνει ότι η Τουρκία απομακρύνεται με άλματα από την Ευρωπαϊκή της προοπτική και, την ίδια στιγμή, η κυρία Mogherini αποκαλεί την Τουρκία στρατηγικό εταίρο και ζητά στενή συνεργασία σε νευραλγικούς τομείς.

Μπορείτε να μας πείτε τελικά ποιων τη θέση εκφράζετε; Αντιλαμβάνεστε φυσικά ότι αυτό το διαχρονικό αλλά σκόπιμο «αλαλούμ» για το ποιος θα έχει την ευθύνη της διακοπής των διαπραγματεύσεων δίνει χρόνια και άλλοι στην Τουρκία να συνεχίζει την πολιτική της οδηγώντας τη δική σας πολιτική σε αδιέξοδο. Εάν λοιπόν η πολιτική σας υπαγορευόταν από τις ευρωπαϊκές αρχές και αξίες θα είχατε ήδη αναστείλει τις ενταξιακές διαπραγματεύσεις. Δυστυχώς όμως, η πολιτική που ακολουθείτε, τόσο στο εξωτερικό όσο και στο εσωτερικό της Ευρωπαϊκής Ένωσης, καμιά σχέση δεν έχει με αυτές τις αξίες.

Jeppe Kofod (S&D). – Hr. Formand! Hr. Kommissær Hahn! I 1993 samledes Europas ledere i København. I skyggen af murens fald vedtog man et sæt kriterier for medlemskab af EU. Det blev til københavnskriterierne, som slog fast, at vores Union jo består af stabile institutioner, der sikrer demokrati, retsstat, menneskerettigheder og ikke mindst også respekt for mindretal. På baggrund af disse kriterier er vores europæiske samarbejde vokset fra 12 til 15 lande i 1994, videre til 25 lande i 2004, 27 i 2007 og nu 28 lande. Men det er ingen hemmelighed, at Tyrkiet hidtil ikke har kunnet leve op til disse krav. Under præsident Erdogans ledelse er det faktisk kun gået én vej: tilbage på alle disse fronter. Det er gået markant tilbage. Derfor må vi sige klart til Erdogans Tyrkiet, at de ingen fremtid har i EU. Derfor bør vi tage

konsekvenserne og stoppe optagelsesforhandlingerne med den nuværende tyrkiske regering. Det er det stærkeste signal, vi kan sende til de demokratiske, sekulære og konstruktive kræfter i Tyrkiet, hvis side vi naturligvis er på.

Mark Demesmaeker (ECR). – Ja, een nieuw politiek werkjaar, een nieuw begin. Het is nooit te laat om tot nieuwe inzichten te komen, ook niet voor de Commissie, mijnheer Hahn. Ik heb heel goed naar u geluisterd en u maakt de juiste analyse over de slechte relatie met Turkije. Maar de enige juiste conclusie als het om Turkije gaat, trekt u niet. Turkije zal geen lid worden van de Europese Unie, gisteren niet, vandaag niet en morgen niet. Zelfs mevrouw Merkel ziet het EU-lidmaatschap voor Turkije niet meer zitten en is ervan overtuigd dat we naar een ander soort relatie met dat land moeten gaan. Dat kan een goed omschreven samenwerking zijn rond handel, veiligheid en migratie. Daar is draagvlak voor, voor een toetreding tot de Europese Unie niet. Gaan we het aan de Europese burger uitgelegd krijgen dat Ankara toch nog langs de kassa passeert om vele miljoenen euro's aan pre-toetredingssteun te ontvangen? Neen mijnheer Hahn. De enige juiste conclusie is dat we de toetredingsgesprekken met Turkije en de pre-toetredingssteun definitief stopzetten.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, τα ανθρώπινα δικαιώματα παραβιάζονται μαζικά στην Τουρκία η οποία κατέχει παράνομα έδαφος της Κύπρου, έδαφος της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Το ερώτημα είναι απλό: Τι είναι αυτό που καθιστά τις κυρώσεις ορθή επιλογή για άλλες περιπτώσεις αλλά, στην περίπτωση της Τουρκίας, θα πρέπει να την ανταμειβουμε με εμπορικές σχέσεις, κονδύλια και πιστώσεις; Πρόσφατα, κατέρρευσαν οι διαπραγματεύσεις για τερματισμό της κατοχής στην Κύπρο λόγω της τουρκικής στάσης. Ο Γενικός Γραμματέας του ΟΗΕ κατανοεί ότι ένα φυσιολογικό κράτος, ιδιαίτερα κράτος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, δεν μπορεί να λειτουργεί υπό καθεστώς εγγυήσεων της Τουρκίας και των τουρκικών στρατευμάτων.

Κύριε Επίτροπε, σας θέτω ένα απλό ερώτημα: εάν η χώρα σας, κράτος μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ήταν θύμα εισβολής και κατοχής, θα αποδεχόσασταν την Τουρκία ως εισβολέα να είναι εγγυητής της χώρας σας;

Der Präsident. – Wir kommen nun zum *Catch-the-eye-Verfahren*. Ich habe mehr Meldungen, als ich drannehmen kann und bitte gleich um Verständnis dafür.

Catch-the-eye-Verfahren

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). – Turkija yra Europos Sąjungos šalis kandidatė. Ji yra Europos Tarybos („Council of Europe“) narė. Tai implikuoja, kad Turkijoje turėtų būti gerbiamos žmogaus teisės ir laisvės. Tačiau taip nėra. Tai, ką matome vykstant Turkijoje, mums negali patikti. Turkija yra mūsų kaimynė ir partnerė, ypatingai svarbi partnerė. Ypač tokiose srityse kaip prekyba ar migrantų krizės suvaldymas, Europos Sąjungos saugumas ir gynyba. Europos Sąjungos ir Turkijos dialogas atviras, nors ne visada lengvas, kaip sakė komisaras Hahn. Nutraukti vykstančias derybas būtų lengviau nei jas tęsti. Tačiau, manau, kad nutraukę derybas, sutraukę ryšius, pasiektume priešingą rezultatą negu norime. Europos Sąjunga daugiau prarastų nei laimėtų.

Julie Ward (S&D). – Mr President, the human rights situation in Turkey continues to deteriorate. A group of prominent human rights defenders, arrested in July, are still in prison on false charges.

The director of Amnesty International Turkey, Idil Eser, spent time in solitary confinement and has not been able to meet with her family. These defenders must be released unconditionally. They must have our full support and they must be given humane conditions while they are in detention, such as family visits.

The High Representative and Commission statements have not been strong enough on this. We need resolute action and we need loud words.

Can we have clear commitment from the Commissioner and Ms Mogherini right now to make sure these human rights defenders are set free?

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, pokračujeme v debatě, která skončila před několika týdny a je zcela zřejmé, že situace v Turecku se nezměnila, naopak zhoršila se. Já tady opětovně opakují, že se domnívám, že je třeba přerušit vyjednávání s Tureckem o přistoupení k Evropské unii, to by měl být jasný závěr Evropského parlamentu vůči lídrům, kteří budou za několik týdnů tuto věc projednávat.

Na rozdíl od některých kolegů si nemyslím, že je třeba prohlubovat ekonomickou spolupráci s Tureckem. Pokud bychom ji prohlubovali, třeba na celní úrovni, nepomáháme té polovině turecké společnosti, která odmítá Erdogana, ale pomáháme prezidentovi jako takovému. To znamená, že spolupráce institucionální by se neměla rozšiřovat a peníze, které do Turecka posíláme, posíláme těm, kteří pod režimem trpí, posíláme občanskou společnost, ale samotný režim žádným způsobem, prosím, nepodporujeme a do budoucna neposilujeme.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Hahn, οι σχέσεις Ευρωπαϊκής Ένωσης – Τουρκίας πρέπει επιτέλους να μπουν σε ορθή βάση. Δεν πρέπει η Ευρωπαϊκή Ένωση να ανέχεται την παράνομη συμπεριφορά της Τουρκίας που καθημερινά παραβιάζει τον ελληνικό εναέριο χώρο, τα ελληνικά χωρικά ύδατα, απειλεί την Ελλάδα με το *casus belli* και αμφισβητεί την ελληνικότητα των νησιών του Αιγαίου προωθώντας τις γκρίζες ζώνες. Δεν πρέπει η Ευρωπαϊκή Ένωση να ανέχεται την παράνομη κατοχή του 37% του κυπριακού εδάφους από τα τουρκικά στρατεύματα τα οποία επιπλέον παραβιάζουν την ΑΟΖ της Κύπρου. Πρέπει λοιπόν η Ευρωπαϊκή Ένωση να επιβάλλει σκληρά μέτρα και κυρώσεις κατά της Τουρκίας, ζητώντας από την Άγκυρα να πάψει τις απειλές κατά της Ελλάδος, καθώς επίσης και να αποσύρει άμεσα τα τουρκικά στρατεύματα κατοχής από την Κύπρο.

Επιπλέον, πρέπει να διακοπούν άμεσα οι ενταξιακές διαπραγματεύσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης – Τουρκίας καθώς και οι διαπραγματεύσεις για την Τελωνειακή Ένωση, να σταματήσει κάθε χρηματοδότηση από την Ευρωπαϊκή Ένωση, να απαγορευτεί η πώληση όπλων στην Τουρκία από τα κράτη μέλη της Ένωσης. Μόνο έτσι θα πάρει το μήνυμα ο σουλτάνος.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, o retrocesso da Turquia em matéria de democracia, de Estado de Direito, de respeito pelas minorias, incluindo as graves violações de direitos humanos no conflito curdo, bem como as recentes tentativas de interferência do Governo turco na campanha eleitoral alemã, no impasse na resolução da questão cipriota, não permitem que continue a haver negociações para uma adesão daquele país à União Europeia.

No entanto, pela nossa relação histórica, pela importância estratégica da Turquia entre dois continentes, pela sua potência económica e militar, mas também pelos desafios que partilhamos com a gestão da crise migratória e a luta contra o terrorismo do Estado Islâmico, a Europa não se pode dar ao luxo de ignorar e hostilizar Ancara.

Caros Colegas, embora entenda que a negociações de adesão devam ser interrompidas *sine die*, acredito, no entanto, que a União Europeia não deve virar as costas à Turquia e ao seu povo e deve, pelo contrário, manter um diálogo sério e robusto com as autoridades turcas e instar o Estado turco a cumprir com os seus compromissos internacionais de defesa dos direitos e das liberdades fundamentais.

Caros Colegas, o povo turco não é Erdogan e um dia, estou certo, libertar-se-á do jugo opressor.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il governo turco, in vista dell'elezione tedesca del 24 settembre, ha diramato un avviso ai connazionali, consigliando cautela. Per loro la Germania sarebbe razzista e potenzialmente pericolosa. Il portavoce di Erdogan ha poi rincarato la dose: rapporti bilaterali vittima di un orizzonte limitato, l'Unione europea manca di visione.

Io mi chiedo cosa il Consiglio stia ancora aspettando per interrompere i negoziati di adesione, richiesta fatta dal nostro Parlamento non una ma ben due volte: nel novembre 2016 e ancora nel luglio 2017. Probabilmente proprio le elezioni tedesche. Auspico che a urne chiuse, si prenda atto dell'inevitabile unica conclusione possibile: i nostri valori non sono negoziabili, la nostra voce non è silenziabile, mentre Erdogan prosegue il suo repulisti contro chiunque osi sollevare una voce di dissenso: più di 170 giornalisti continuano a rimanere dietro le sbarre e, proprio ieri, 17 giornalisti di «Cumhuriyet» hanno affrontato la seconda udienza di un processo farsa. Per non parlare delle violenze contro i curdi e l'ostilità sempre crescente verso Cipro.

I rapporti UE-Turchia devono essere costruiti su nuove basi: sì al sostegno alla società civile, anche dando a quest'ultima proprio questi fondi pre-adesione. Ma ora il tempo delle parole deve essere finito e si debbono trarre le giuste conclusioni dai comportamenti del governo turco.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Johannes Hahn, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, personally I share many of your observations and judgements. I think we are all equally concerned about the downward trend in EU-Turkey relations, and I fear that it will not be the last time we discuss this here in this House. Clearly it is important to remain engaged, to keep channels open and to use these channels to stress that Turkey must respect the values on which our Union is based and to which it has signed up. So again, yes, as was said by Mr Faria, to a robust dialogue – but it is not a free lunch. Ankara must now urgently take clear steps to improve the human rights situation and to fix contentious bilateral issues with EU Member States in its own interest.

I welcome the fact that our Member States will debate this at the October summit. In any case, in spring 2018 at the very latest, the Commission will have to pronounce on our relations with Turkey in our traditional Country Report, and it does not take a lot of political fantasy to imagine what I will have to write as things stand.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung über die Entschließung findet während der Oktober-I-Tagung statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. – De toetredingsonderhandelingen van Turkije tot de EU zijn de facto al lange tijd bevroren. Turkije distantieert zich hoe langer, hoe meer van de Europese waarden. Van toetreding is in de verste verte geen sprake meer. Dat de banden vandaag dermate verzuurd zijn, is evenwel jammer, omdat iedereen daarbij verliest. Ik blijf hopen dat dit van tijdelijke aard is. De EU en Turkije hebben er wederzijds belang bij om goede bondgenoten te blijven in de strijd tegen terreur, in de NAVO en in de aanpak van het conflict in Syrië en de vluchtelingenopvang.

Aymeric Chauprade (NI), *par écrit*. – 12 ans pour comprendre que la Turquie n'est pas européenne. Le 3 septembre 2017, Angela Merkel déclarait que «la Turquie ne devait pas devenir un membre de l'Union européenne». Ce rebondissement met en lumière le problème que nous entretenons, nous Européens, avec la longue durée de l'Histoire. Il nous a fallu 12 ans de négociations et dilapider plus de 10 milliards d'euros pour en arriver à une évidence historique: la Turquie n'est pas européenne!

Les islamistes turcs ne font que refermer une courte parenthèse de l'histoire turque, celle de l'état-nation kémaliste. Avant Erdogan, Erbakan, dans les années 1990, annonçait la rupture: «Nous ne sommes pas occidentaux», disait-il, «Nous ne sommes pas Européens», avant d'ajouter qu'à ses yeux l'Union européenne était, je cite, «un club chrétien sous influence maçonnique».

La Turquie, cet acteur majeur du monde multipolaire, qui s'est jouée de nous, qui a joué avec l'État islamique, avec les flux de migrants, avec les diasporas turques d'Europe, cette Turquie nous ramène sur les bancs de l'école, pour y recevoir une des grandes leçons de l'Histoire: nos utopies sont toujours balayées par la longue durée de l'Histoire.

Csaba Sógor (PPE), *in writing*. – The Turkish Government has arrested more than 50 000 people in purges following the coup attempt in July 2016. It has imprisoned masses of journalists, wiped out freedom of speech and dismantled democratic structures and political checks and balances in the country. And now it uses European states to track down opponents and dissidents living abroad, jails European journalists and interferes in European elections. All the progress made over decades by Turkey towards democratisation – a process that the EU largely contributed to – is being reversed with extreme speed.

We cannot delude ourselves anymore about the prospect of Erdogan's Turkey being a potential member of the EU and continue to pay millions of euro in accession aid for a country that has basically descended into autocracy. Keeping the status quo is not the right political signal the EU should send about Turkey, nor about itself.

18. Lage in Venezuela (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Lage in Venezuela (2017/2834(RSP)).

Christos Stylianides, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, the people of Venezuela continue to suffer from violence, human rights violations and the deep economic crisis. All our actions as the European Union are focused on finding a way out of the current impasse, in close coordination with our partners around the world, and particularly in Latin America. All our efforts must aim at creating space for mediation between the government and the opposition. This is the only way of alleviating the suffering of the Venezuelan people.

The political violence this year has already cost too many lives. As many as 130 people were killed from April to August. Human rights violations are having a negative impact not only on the population but also on neighbouring countries, with many Venezuelans fleeing the country. The economic crisis has led to a further deterioration in living conditions. The scarcity of food is affecting children, elderly people and women in particular, not to mention the widespread shortages of medicines.

As we expected, the election of a Constituent Assembly with serious doubts as to its legitimacy and representativeness has only contributed to raising tensions. Even before it took office on 2 August we had issued a statement explaining that the European Union does not and will not recognise the Constituent Assembly as legitimate.

We have made clear that some steps are now urgent to de-escalate tensions and prevent a further deterioration in the situation. It is essential that the authorities fulfil the commitments agreed upon last year and reiterated in the letter from the Vatican Secretary of State, Cardinal Pietro Parolin.

First, a clear electoral calendar must be established to allow the participation of all political parties from the opposition. In this regard it will also be critically important that the upcoming regional elections are free, fair and transparent on issues such as the registration of candidates, campaigning and the voting itself. So we will keep a close watch on this.

Second, a humanitarian channel should be urgently opened. We are monitoring the situation very carefully. My team from DG ECHO is present in Bogota and carries out monitoring missions regularly. Let me stress here that the EU remains ready to reinforce its support to help address the most urgent needs of the population. Due to difficulties in access to the country what we are doing now is limited – targeted assistance in health and nutrition sectors – but we are exploring all possibilities for further support together with Member States, other donors and partner agencies.

Third point, imprisoned opponents should be freed. We also believe that the acts and threats against the main opposition leaders, including the National Assembly President Julio Borges, the former Public Prosecutor Luisa Ortega, and the wife of Leopoldo López, Lilian Tintori, are major obstacles to a peaceful negotiated solution.

Fourth and last point, the institutional prerogatives of the National Assembly should be respected. The Constituent Assembly is de facto replacing the legitimate parliament and this situation must come to an end.

The European Union is united in backing these requests. Our unity was confirmed once again by EU foreign ministers in their informal meeting last week in Tallinn, and the High Representative, Federica Mogherini, and the ministers discussed their most recent diplomatic contacts and coordinated ahead of the meetings that the High Representative will hold next week in New York at the UN General Assembly's ministerial week.

We are ready to provide all our support to find a sustainable solution to the crisis together with our partners, starting with the Latin American countries, the Holy See and the United Nations. We have continuously expressed our support for regional mediation towards a non-violent return to democratic order and to address the economic and social plight of the Venezuelan people.

EU foreign ministers in Tallinn also discussed the possibility of introducing targeted measures as a tool to raise pressure. At the moment we remain focused on our diplomatic and political contacts. We are ready to support by all means the possibility of a credible and meaningful regional mediation process, if requested by both sides and provided the four conditions that I listed are met.

This is a moment of truth not only for Venezuela but for the whole of Latin America. The primary responsibility for ending this crisis lies in the country and in the region, and yet we will not close our eyes to the suffering of the people of Venezuela. Our contacts with our partners are discreet but constant and we really count on this Parliament also to use its network to facilitate mediation and of course, to work together for peace in Venezuela.

Luis de Grandes Pascual, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señor comisario, la situación de Venezuela ha llegado a un punto límite. Ya no es posible esperar más acontecimientos para actuar.

Pudimos entender la prudencia de la señora Mogherini y su posición diplomática inicial, a la espera de que se pudiera encontrar alguna salida negociada. Pero Maduro ha consumado un «autogolpe de Estado» que ya no permite expresar preocupaciones o explorar sanciones. Ha llegado la hora de la condena, sin paliativos, a un régimen que, sin respetar su Constitución, ha arrasado con todo vestigio de democracia.

Impidió el revocatorio con el señuelo de un «diálogo trampa». Promovió y consumó la elección de una Asamblea Constituyente monocolor e ilegítima, sin duda, señor comisario. Anuló las capacidades de la así legítima y constitucional Asamblea Nacional. Despidió a la fiscal general Luisa Ortega, quien ha tenido que exiliarse y a su vez ha acusado a Maduro y a Diosdado Cabello de ser dos capos de un narcoestado.

Excarcela y encarcela sucesivamente a los presos políticos Leopoldo López y Antonio Ledezma para demostrar un omnímodo poder, al margen de cualquier tipo de decisión judicial. Termina con todo indicio de disposición de poderes, destituyendo al Tribunal Supremo y nombrando a otro designado entre sus cómplices. Ahora inicia una persecución de los dirigentes de la oposición para inhabilitarla para las elecciones próximas. Lo hizo con Capriles y lo seguirá haciendo con los demás.

Señora Mogherini —ausente—, ya no valen paños calientes con un régimen dictatorial y sangriento, dispuesto a enroscarse directamente en un proceso de cubanización ilegal, ilegítimo e inhumano. Está muriendo mucha gente, unos a balazos, otros como consecuencia del hambre y la indigencia a la que ha sometido el régimen a un pueblo que pertenece a un Estado que tiene en su seno una ingente riqueza.

Ha llegado la hora de que la Unión Europea asuma su responsabilidad y lidere una posición común. Hay que pasar a la acción e imponer medidas que, sin perjudicar más aún al pueblo venezolano, congelen bienes e impidan el acceso al territorio de la Unión Europea a todos los implicados en las graves violaciones de los derechos humanos en Venezuela.

Hay que reclamar la liberación inmediata de todos los presos políticos; establecer un canal para prestar asistencia humanitaria; reclamar respeto a la independencia de los candidatos a las elecciones regionales; exigir una convocatoria electoral a la presidencia de la República con un proceso libre y transparente que pueda ser observado por las instancias internacionales creíbles y prestigiosas.

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Ramón Jáuregui Atondo, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, la creación de una Asamblea Constituyente y la privación de las facultades legislativas a la Asamblea Nacional, en nuestra opinión, vulneran el Estado de Derecho. Son claramente una superación de las reglas democráticas más elementales, y por eso tengo que decir con toda claridad que la Asamblea Constituyente no es democrática y que la Unión Europea y este Parlamento no la reconocen.

En segundo lugar, creo que es imprescindible seguir reclamando al Gobierno de Venezuela la libertad de los presos políticos, la restitución de los poderes de la Asamblea Nacional —de los poderes legislativos—, el respeto a la separación de poderes y la facilitación de la ayuda internacional en clave de ayuda humanitaria para el pueblo venezolano.

Seguimos apostando también, sin embargo, por el diálogo y la negociación, porque en el fondo será necesario un gran acuerdo entre Gobierno y oposición para que haya una salida democrática y pacífica en ese país.

No excluimos —también lo digo con claridad— las presiones que empieza a hacer la comunidad internacional al Gobierno de Venezuela y, más en particular, a los responsables políticos del régimen de Venezuela por la vulneración de derechos humanos. Estamos dispuestos también a dar ese paso si es que efectivamente la presión nos ayuda a conseguir un acuerdo interno que facilite la salida democrática y pacífica a la crisis de Venezuela.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, given events in Venezuela during the past year, the autocratic tendencies of President Maduro's rule are now self-evident. Neutralising the legitimately elected National Assembly by convening a bogus constituent assembly, relying on the judgments of a pliant judiciary, repressing protests by violent crackdowns that have killed at least 130 people are all hallmarks of a wannabe dictator and, in his case, not a very clever one at that. It should also be remarked that most of the country's opposition leaders have found themselves banned from politics, jailed or under house arrest.

As is illustrated by Jeremy Corbyn, the leader of the British Labour Party in my own Member State, there are many in this Parliament that wish to turn a blind eye to the undermining of democracy in Venezuela because of long-held sympathies for the Hugo Chavez model of socialism in Latin America. This now is a disservice to the millions of ordinary Venezuelans that are suffering from the ongoing political and economic mess and turmoil that Maduro has created. Chronic food and medical shortages continue to persist, a fact made all the more galling for a country with one of the world's largest proven oil reserves. I believe strongly that the OAS, with EU support, must maintain the pressure on Venezuela to prevent the emergence of another Cuban dictatorship in Latin America.

Dita Charanzová, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, señor comisario, Venezuela sufrió un golpe de Estado el mes pasado y hoy se encuentra al borde de una guerra civil. Más de 130 muertos, más de 5 000 detenciones y miles de casos de torturas solo desde abril. Maduro sigue reprimiendo brutalmente a su gente y los venezolanos siguen sufriendo. Esto tiene que parar ya.

Llevo pidiendo sanciones selectivas en nombre de mi Grupo ALDE desde 2014. En las últimas semanas, el presidente Tajani y muchos más se han pronunciado a favor de esto. Pero nos falta un último empujón: pasar de las palabras a los hechos. ¿A qué estamos esperando? Las negociaciones han fracasado una y otra vez.

Le insto a que la Unión Europea tome una posición firme contra la injusticia y la violencia en Venezuela. Le insto a que imponga sanciones selectivas contra los dirigentes del régimen. Le insto a que imponga sanciones económicas a empresas públicas venezolanas que mantienen viva la dictadura. Insto a la Unión Europea a que exija que las denuncias por crímenes contra la humanidad en Venezuela sean investigadas por la Corte Penal Internacional.

Javier Couso Permuy, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, comisario, enésimo debate sobre Venezuela. Cualquier día cambian el nombre de esta institución por el de «Parlamento Europeo y de Asuntos sobre Venezuela».

Es lamentable ver la subordinación de este Parlamento y de la Unión Europea a la política agresiva y desestabilizadora de Donald Trump, política de agresión calcada de la que se hizo para derrocar y asesinar al presidente Allende hace cuarenta y cuatro años. Es deplorable el apoyo de este Parlamento y de la Unión Europea a una parte de la oposición que utilizó el terrorismo callejero, que cometió crímenes de odio, que alentó un golpe de Estado.

Aunque algunos pretendan desconocer la Asamblea Nacional Constituyente, más de ocho millones de venezolanos y venezolanas votaron por ella en elecciones universales y auditables y, a día de hoy, ningún partido de la oposición las ha impugnado formalmente. Y lo más importante: al día siguiente se instaló la paz. Ya hay paz. Ya hay ruta electoral en cuarenta días con todos los partidos de la oposición. No cometan los mismos errores que este Parlamento y la Unión Europea cometieron por su irresponsable injerencia en Libia o en Myanmar.

En Venezuela existen dos partes, no solo la que escuchan ustedes. Por lo menos son ocho millones de votos. Ocho millones de ciudadanos y ciudadanas. Deberían escucharlos también.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, de nuevo tenemos que ver de qué manera podemos utilizar los instrumentos que tenemos como Unión Europea para favorecer una solución negociada y pactada a la crisis política y a la crisis económica y, sobre todo, para que podamos volver a tener una dinámica institucional compartida por Gobierno y oposición.

Yo creo que tenemos alguna oportunidad; estamos mejor hoy que hace unas semanas. Sobre todo quiero celebrar el anuncio que se ha hecho de que van a iniciarse conversaciones en la República Dominicana bajo el auspicio del ministro de Asuntos Exteriores de la República Dominicana y el expresidente del Gobierno Zapatero. Hoy ha habido una reunión entre el ministro de Asuntos Exteriores francés Le Drian y el ministro de Asuntos Exteriores venezolano, en la que han reiterado ambos países el apoyo a este proceso de negociación en la República Dominicana, y creo que mañana el ministro venezolano viaja a Madrid, donde espero que también pueda mostrarse un apoyo a esa mediación.

Yo creo que la Unión Europea debería situarse centrarse en estos momentos aquí. Creo que en estos momentos no se favorecería ese proceso de diálogo si, ahora que empiezan las negociaciones en la República Dominicana, empezamos a hablar de sanciones, aunque sean personales. Creo que, si se ha iniciado este diálogo, es mejor que nos centremos en él para que sea todo un éxito.

Porque, además, tengo la sensación de que no estamos ahora mismo solo jugándonos el futuro de Venezuela, que también. Esto está empezando a afectar al diálogo regional y a la dinámica de la cooperación de los países en América Latina y, por lo tanto, es muy importante que el proceso de diálogo salga bien, para que podamos reanudar con plena normalidad, por ejemplo, el diálogo UE-CELAC, que, como todos sabemos, está suspendido por culpa de esta crisis y creo que esto no es positivo.

Por lo tanto, yo le pediría a la Unión Europea que apoye los esfuerzos de mediación. No es el momento de hablar de sanciones y, si hay esta oportunidad en la República Dominicana, por favor, apostemos a fondo por ello.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, la question ici n'est pas de juger la politique intérieure du Venezuela. C'est un pays souverain et nous ne pouvons juger tous les peuples du monde. Au nom de quoi? De nos valeurs? Mais, alors, ces valeurs doivent nous apprendre le respect de la souveraineté. Chacun d'entre nous appréciera cette politique suivant sa sensibilité. Je ne suis pas tenté, rassurez-vous, par le socialisme de M. Chavez ou même son communisme. Je les ai combattus et je les combats, mais disons cependant la vérité au-delà de la faillite politique.

Ce pays fait face à l'impérialisme des États-Unis depuis le 19^e siècle, et particulièrement depuis l'arrivée au pouvoir démocratique d'Hugo Chavez, à la suite d'une décennie de violences économiques et sociales. Cet impérialisme est bien plus réel que celui dont vous accusez la Russie. Notre Parlement a approuvé les sanctions contre la Russie pour – je cite – la déstabilisation de l'Ukraine. Alors pourquoi les responsables de cette déstabilisation du Venezuela ne sont-ils pas sanctionnés par Bruxelles?

Les méthodes de déstabilisation sont toujours les mêmes que celles utilisées, par ailleurs, par les impérialistes: grèves insurrectionnelles pilotées, violences suscitées, campagnes de dénigrement des médias indépendants payées et, pour couronner le tout, une tentative de coup d'État et l'alternance hors du cadre institutionnel.

Il ne faut pas rajouter de la crise à la crise, alors qu'il faut de la médiation et de la vérité. Il faut condamner les violences d'où qu'elles viennent. Il faut un soutien humanitaire et une non-ingérence. C'est une politique que nous ne pratiquons plus en raison d'une politique européenne qui, elle-même, devient impérialiste. Tout ceci nous oblige à repenser l'Europe sur une autre base institutionnelle et solidaire.

José Ignacio Salafrañca Sánchez-Neyra (PPE). – Señor presidente, señor comisario, ha descrito usted perfectamente la situación en Venezuela: violencia generalizada, sufrimiento enorme de la población, emergencia humanitaria, violación de los derechos humanos, usurpación de la soberanía nacional y una deriva totalitaria.

Por eso este Parlamento va a tener que levantar nuevamente su voz y mañana, en el informe del señor López, tiene que hacer un pronunciamiento contundente. Mi grupo político ha venido pidiendo sanciones selectivas que no penalicen al pueblo venezolano contra los responsables de graves violaciones de los derechos humanos; y en este sentido, señor presidente, creo que es importante destacar que el Parlamento Europeo tiene que volver a manifestarse claramente en apoyo de la oposición democrática en Venezuela. Golpeada, perseguida, encarcelada, inhabilitada está dando un ejemplo y un testimonio de dignidad en su lucha por la libertad.

Quisiera, señor presidente, pedirle al comisario que traslade un mensaje a la alta representante: el papa Francisco, en su viaje de regreso a la visita a Colombia, ha pedido una mayor implicación de las Naciones Unidas. Usted se ha referido a una mediación regional. Fracasada la mediación de los presidentes en nombre de UNASUR, suspendida en el Mercosur, condenada por la OEA, me gustaría preguntarle si piensa que la mediación de un enviado especial o de un representante especial del secretario general de las Naciones Unidas, con apoyo de la comunidad internacional y por supuesto de la Unión Europea, podría contribuir a sacar al país de la crisis política y de la situación de emergencia humanitaria en la que se encuentra.

Francisco Assis (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, nós, na verdade, já há dois ou três anos a esta parte que vimos aqui discutir – com carácter quase sistemático – a questão da Venezuela e temos, reiteradamente, feito apelos no sentido do compromisso de ambas as partes e da promoção de um diálogo mediado, até por instâncias internacionais, que estão acima de toda a suspeita.

Infelizmente o resultado de tudo isto é o fortalecimento de um regime despótico, que tem posto em causa as liberdades fundamentais do povo venezuelano, que pôs em causa o princípio da separação dos poderes, que promoveu a eleição fantasma de uma Assembleia Constituinte que não é verdadeiramente representativa do povo soberano da Venezuela e que lançou o país numa verdadeira crise humanitária.

Hoje, a Venezuela vive uma autêntica catástrofe humanitária. O que significa que todos estes pedidos que nós temos feito no sentido de promover o diálogo e o compromisso têm sido em vão. Eu não vou ao ponto de dizer que não devemos prosseguir por esse caminho. Evidentemente que esse caminho é um caminho que deve ser seguido até aos limites. Mas também devo dizer que nós não podemos, do meu ponto de vista e a minha opinião particular, ficar por aqui e, por isso mesmo, tenho, neste momento, uma grande abertura mental para a possibilidade de aplicação de sanções de natureza seletiva a algumas das principais figuras da Venezuela, porque estou certo de que isso pode contribuir para pôr em causa o núcleo duro de um regime absolutamente despótico que está a pôr em causa os direitos fundamentais dos venezuelanos.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Mr President, Venezuela is a beautiful country rich in resources with a Soviet-style kleptocratic regime killing its own people and their aspirations. Amazing that the foreign minister of such a regime was able to speak yesterday on human rights before the Human Rights Council of the United Nations.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señor presidente, señor comisario, trasládele, por favor, a la señora Mogherini lo que estamos debatiendo hoy. Hoy no estamos hablando de una crisis política entre dos partes en Venezuela. Queridos colegas, en Venezuela lo que hay es una tiranía instalada, lo que hay es una trama corrupta, con jefes vinculados al narcotráfico o a tramas como la de Odebrecht. Y ellos harán lo que haga falta para mantenerse en el poder: mentir, reprimir, condenar al hambre a la población o asesinar a los disidentes.

Hablamos de 130 personas muertas a manos de los grupos armados en Venezuela en lo que va de año. Hablamos de 603 presos políticos, según la última lista recogida por el Foro Penal Venezolano.

Frente al tirano Maduro, frente a sus corruptos secuaces, no vale el diálogo. El diálogo que conocemos ha fracasado. Lo que hace falta es darle el valor y el reconocimiento a la oposición democrática y a la sociedad civil que representan la dignidad de Venezuela. Ellos esperan que actuemos y a ellos nos debemos.

Si establecemos sanciones para otros países, ¿por qué no para Venezuela? Es hora de sanciones para ellos, para los gobernantes responsables de las violaciones de derechos humanos. El alto comisionado de Naciones Unidas ha establecido muestras claras de violencia sistemática institucional: un caso de crímenes contra la humanidad. ¿Para qué estamos aquí, si no es para pedir sanciones y para pedir responsabilidades? Es hora de que actuemos, y Venezuela se merece esto y mucho más de nuestra parte.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE). – Senhora Presidente, escusado será caracterizar exaustivamente a crise económica, política e social em que a Venezuela se encontra mergulhada há demasiado tempo, mas nunca será demasiado exigir respostas, exigir apoio, perante o regime que já ceifou a vida a mais de 130 pessoas e que diariamente coarctar liberdade a milhares de cidadãos.

A voz crítica às recorrentes violações dos direitos humanos não se faz ouvir apenas aqui, no Parlamento. Também hoje, o Alto-Comissário das Nações Unidas para os Direitos Humanos se pronunciou relativamente a esta emergência e, ontem, o Papa Francisco deu voz ao apelo de milhares para que se ponha fim a esta crise humanitária. Até quando e quantas mais vozes serão necessárias?

Continua instalado o medo e as eleições de 15 de outubro estão já à porta. O receio de que este seja um instrumento para, uma vez mais, calar os candidatos que se opõem ao regime ditatorial está presente.

Peço-lhe, por favor, que leve esta mensagem à Sra. Mogherini, que hoje, infelizmente, está ausente, dizer-lhe que a ajuda humanitária não chega devidamente às populações, o Governo impede a entrada de medicamentos e alimentos. Em junho perguntei à Sra. Mogherini: o que faz a União em termos de corredores humanitários? Não estou satisfeita com a resposta que recebi e, por isso, por ser evasiva, volto a colocá-la: que garantias nos dá hoje e que garantias têm os venezuelanos de que essa ajuda lhes vai chegar?

Desde há um ano a Madeira tem recebido cerca de 3 mil imigrantes de primeira geração, luso-descendentes e cônjuges. Continuam a chegar também venezuelanos. Pergunto que mecanismos, que apoios, que fundos pode a União disponibilizar aos seus Estados para apoiar os venezuelanos que fogem do seu próprio país?

A violação dos princípios do Estado de direito não é uma realidade paralela, como vergonhosamente anuncia a extrema-esquerda portuguesa. Realidade paralela parece, sim, um mundo em que os comunistas elevam e apoiam este tipo de regime.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, sei bem o empenho da União Europeia em contribuir para uma solução para a grave crise na Venezuela. A situação tem-se vindo a agravar. A União Europeia não pode ser uma espécie de observador privilegiado. Temos que ser atores sólidos e ponderados.

O apelo à negociação e ao compromisso entre as partes, sendo meritório, beneficia quem está numa posição de incumprimento e sem compromisso à vista. Temos que trabalhar com determinação nas garantias e nas consequências para quem as quebrar ostensivamente.

O povo venezuelano tem sido profundamente martirizado. Por isso, sanções que tornem ainda mais difícil a vida do povo venezuelano não são uma boa solução. Mas medidas que dificultem a vida dos dirigentes que ofendem reiteradamente os princípios da legalidade democrática são urgentes e tornam-se cada vez mais inadiáveis.

Renate Weber (ALDE). – Mr President, we are talking about a country where the regime lost the popular support and turned the political fight into a fight against its people. A rich country whose citizens are hungry (a meal per day being a miracle), where basic medicines do not exist and which rejects international assistance. A country which contributed to the broadening of the meaning of a *coup d'état* when its Supreme Court decided it did not like the legally-elected parliament and announced it would legislate instead. It had to step back due to international pressure, but it opened the way for the President Maduro to illegally call for the election of the Constituent Assembly, whose task is to change the political landscape of the country. With political opponents in prison and this illegitimate body ruling, the dictatorship is in place. The time has come for the EU to impose sanctions on those responsible.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente, la situación en Venezuela —ya se ha dicho— es gravísima. Las elecciones del 30 de julio a la llamada Asamblea Constituyente constituyeron un hito muy relevante en el proceso de involución del régimen hacia una dictadura. Prácticamente pone fin a la división de poderes, violando el pluripartidismo, y las instituciones democráticamente elegidas se ven desconocidas, ignoradas.

El Parlamento Europeo, como otras instituciones de la Unión, sus Estados miembros y buena parte de la comunidad internacional, no reconoce esas elecciones. Nos unen con los países latinoamericanos, principios y valores. Por eso no podemos ser indiferentes ante la crisis política, económica y social que atraviesa Venezuela.

Muchos de sus habitantes tienen origen europeo: ciudadanos españoles, ciudadanos portugueses, italianos; en fin, numerosos europeos emigraron allí cuando el país era otro: respetuoso de las libertades, de la democracia y muy próspero económicamente.

Recientemente escribía Vargas Llosa que Venezuela fue durante décadas una democracia ejemplar, y que entonces sus Gobiernos, textualmente, «dieron una batalla sin cuartel contra las dictaduras que prosperaban en el resto de América Latina». Hoy, desgraciadamente, la situación es muy distinta. Hoy son muchos los venezolanos que intentan huir de su país; son muchos los presos políticos y también muchas las torturas que sufren, denunciadas recientemente por el alto comisionado de las Naciones Unidas para los Derechos Humanos. El testimonio reciente de Yon Goicochea resulta estremecedor.

Por otra parte, la hasta hace poco fiscal general Luisa Ortega, ahora en el exilio, habla abiertamente de la galopante corrupción. De estos y otros asuntos trata una enmienda específica sobre Venezuela que numerosos diputados hemos presentado al informe del señor López sobre las relaciones Unión Europea-América Latina. Espero que mañana esta enmienda prospere.

Y termino. Venezuela necesita la liberación de los presos políticos y elecciones cuanto antes. Estoy seguro de que unos comicios libres y democráticos pondrán fin de forma rotunda al lamentable régimen de Maduro, que un país como Venezuela no se merece. Y, repito, señor presidente, lo que otras veces le he dicho a la señora Mogherini: debe involucrarse más. La acción de la Unión Europea en Venezuela, en esta gravísima crisis, no tiene visibilidad alguna y me temo que tampoco tiene eficacia.

Javi López (S&D). – Señor presidente, lamentablemente, la situación en Venezuela continúa empeorando. Una crisis, la del país, que tiene múltiples caras. Una crisis política, institucional, agravada este verano después de la convocatoria de una Asamblea Constituyente, que la oposición no reconoció, y con un proceso sin garantías democráticas, en un país que ya sabemos que tiene políticos en la cárcel.

Pero también una crisis humanitaria y económica, con un país económicamente roto, que ha visto laminada buena parte de su prosperidad, con hiperinflación, necesidades de recursos básicos... Todo eso se combina con una crisis de seguridad: violencia en las calles, muertos en protestas políticas.

Por todo ello, nosotros queremos enviar tres mensajes. Primero, apoyar el no reconocimiento de la Asamblea Constituyente por parte de la alta representante y los Estados miembros. Segundo, hay que impulsar el camino de la reconciliación nacional, el diálogo y las elecciones libres. Y tercero, la Unión Europea y sus Estados miembros tienen que utilizar todas las herramientas políticas y democráticas para empujar en esta dirección.

Nuno Melo (PPE). – Senhor Presidente, há dias, Nicolás Maduro disse que está pronto a tornar-se um ditador se isso for necessário para estabilizar os preços e recuperar a turbulenta economia do seu país. Puro engano, Nicolás Maduro não está disposto a tornar-se um ditador. Nicolás Maduro já é um ditador e não é por estar preocupado com os preços ou a economia da Venezuela. Vindo de quem destruiu a economia de um dos países mais ricos do mundo, só por anedota um argumento assim.

Nicolás Maduro não se importa de ser um ditador, mesmo que isso signifique, como significa, lançar todo um povo na pobreza, como lançou. Um Presidente que, como denunciado pela ONU, permite a tortura, prisões arbitrárias e a morte de manifestantes da Venezuela, é um ditador. Um Presidente que isola o seu país da comunidade democrática internacional, é um ditador. Um Presidente que aniquila a propriedade privada, mata a imprensa livre e nacionaliza os meios de produção, é um ditador. Um Presidente que silencia um parlamento pelo facto de ter uma maioria que lhe é oposta e faz um simulacro eleitoral para ficcionar uma Assembleia Constituinte toda da sua cor, é um ditador.

Santo Agostinho dizia que *enquanto houver vontade de lutar haverá esperança de vencer*. A Venezuela vencerá e quanto mais ouço aqui a extrema-direita ligada à extrema-esquerda nos exatos e nos mesmos argumentos, mais tenho essa certeza.

A Venezuela vencerá, as democracias vencerão.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, caros Colegas, deixando de histórias e de fantasias: a realidade é que as várias resoluções de condenação da repressão do regime de Maduro aprovadas nesta casa e as tentativas de mediação da comunidade internacional não só não conseguiram criar um espaço de diálogo que permita restabelecer a ordem constitucional e a democracia na Venezuela, como não conseguiram evitar a criação de um órgão usurpador das competências legislativas da Assembleia Nacional, democraticamente eleita, nem conduzir à libertação dos 603 opositores - 13 deles de origem europeia -, que permanecem presos por motivos políticos, ou sequer levar à abertura de um canal humanitário.

A este propósito chamo a vossa atenção para uma notícia de hoje que dá conta da intenção criminosa do governo venezuelano de não permitir aos seus cidadãos o acesso a cuidados de saúde, proibindo 900 contentores de medicamentos provenientes da América Latina de entrarem no país.

Face à gravidade desta crise política e humanitária torna-se urgente que a União adote medidas individuais e seletivas contra os responsáveis por esta situação, incluindo pelos eventuais crimes contra a humanidade, segundo palavras do próprio Alto-Comissário para os Direitos Humanos das Nações Unidas.

Não se trata, ao contrário do que o regime venezuelano afirma, e a extrema-esquerda, de uma declaração de guerra económica a partir do exterior. Trata-se, isso sim, de apoiar uma transição pacífica naquele país e de homenagear a memória dos 130 venezuelanos que, desde abril, perderam a vida pelo simples facto de reclamarem o respeito pelo Estado de Direito, pelas liberdades fundamentais e pela democracia no seu país.

Procedura „catch the eye”

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). – Mr President, Venezuela is in the midst of an unprecedented economic and political crisis marked by severe food and medicine shortages, soaring crime rates and an increasingly authoritarian executive. The international community is raising serious concerns that Venezuela is slipping into dictatorship, cautioning that democracy in the country was barely alive (if still alive).

It is necessary to point out that Venezuela currently holds one of the 47 rotating seats on the UN Human Rights Council and thus has a particular duty to uphold the highest standards in the promotion and protection of human rights. The EU has to show a strong and clear opposition towards the regime in Venezuela.

Imprisoned opponents of the Maduro regime have to be freed, humanitarian channels have to be opened, mediation efforts of all parties involved, namely the Holy See, the EU, the UN, countries in the region, are most welcome and should be supported, and finally, sanctions against those responsible for the abuses of human rights and the rule of law are to be introduced.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, o ódio que aqui se destila é o ódio neocolonial de quem despreza e rejeita que um povo – soberanamente – tome em mãos as rédeas do seu destino. Assim o faz há 18 anos o povo venezuelano, rejeitando o jugo e a exploração capitalista, construindo um modelo de sociedade distinto que logrou, neste período, alcançar um avanço de desenvolvimento social, político, cultural, educativo, que poucos ou nenhuns países da União Europeia podem reclamar.

O vosso ódio, projetado mediaticamente pela mentira, promove e alimenta uma direita reacionária, fascista, que na Venezuela – com o apoio dos Estados Unidos e da União Europeia – tem promovido, nos últimos anos, um aumento, cada vez maior, da violência desproporcionada e uma profunda desestabilização económica e social. Um ódio que visa sanções que ignoram a norma constitucional do país. O mesmo ódio que impõe agora criminosas sanções contra a Venezuela, de que serão vítimas, em primeira mão, o povo venezuelano, espalhando a fome e a miséria através de um feroz bloqueio económico que apenas serve os vossos objetivos e interesses económicos e geoestratégicos.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem velmi rád, že mluvím po panu kolegovi Pimentu Lopesovi, protože to, co sdělil, mně připadá jako výjev úplně z jiného světa. Jakoby neviděl ty umírající lidi protestující na venezuelských ulicích, jakoby neviděl potírání opozice, potlačování legálních demonstrací, jakoby neviděl ty uvězněné ve venezuelských věznicích, ty mučené v těchto věznicích.

Pro mě byla tato slova naprosto šokující jako řada vyjádření právě kolegů z levice. Jako kdybyste všechno toto neviděli a nechtěli slyšet. Podle mého názoru bychom měli říci těmto jevům ve Venezuele skutečně dost. Já bych chtěl vyslovit zásadní rozhořčení nad postupem vlád Řecka a Portugalska, které činí Evropskou unii neakceschopnou. Myslím si, že bychom skutečně měli zavést sankce, být akceschopnější a podpořit nevládní organizace a opozici ve Venezuele.

Eduard Kukan (PPE) – Vážený pán předsedající. Venezuela je v kritické situaci. Krajina je na pokraji sociálního a ekonomického kolapsu. Represivní kroky Madurovho režimu vůči politické opozici, nerespektování základních lidských práv a likvidace institucí způsobili v společnosti nenapravitelné škody.

V této situaci sú sankcie medzinárodného spoločenstva úmernou reakciou na represie venezuelského režimu.

Neustále podmieňovanie základných demokratických princípov oddaľuje možnosti riešenia politickej krízy a zásadné zlepšenie ekonomickej a spoločenskej situácie.

Musíme preto podporovať kroky smerujúce k budovaniu dôvery a politickej stabilizácie krajiny. Prvým z týchto krokov by malo byť prepustenie väznených opozičných lídrov a rešpektovanie vôle demokraticky zvoleného parlamentu. Aj preto plne podporujem nominovanie venezuelskej opozície na Sacharovovu cenu.

(Încheierea procedurii „catch the eye”)

Christos Stylianides, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, first of all let me thank all of you for your substantial interventions. As I have already said, we will continue to follow closely the developments in Venezuela. Regarding our efforts in the humanitarian field, I have already described all of our efforts and we will definitely keep in touch with countries in Latin America, the Caribbean and other partners in order to be on the same line.

We remain committed to supporting efforts to foster a peaceful, negotiated solution, but we are also aware that the time for engaging seriously in such efforts is quickly running out. We are ready to consider all available instruments to help the country find a way out of the crisis. The European Union and its Member States, our Member States, continue to monitor the evolution of the situation closely and will adjust the EU's approach as dictated by circumstances, without ruling out any option, in case democratic principles are further undermined.

I trust that we will continue to count on your support and the support of this political body, the European Parliament. We have played a crucial role in calling for a peaceful and constitutional outcome to the crisis in Venezuela. Give me the chance to encourage you to continue doing so.

Președintele. – Dezbateră a fost închisă.

Declarații scrise (articolul 162)

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Este debate sobre Venezuela en el Parlamento Europeo, constituye una nueva muestra de la preocupación internacional que suscita la situación en ese país. En el contexto de crisis económica, desabastecimiento de productos básicos, inseguridad ciudadana, violencia política y aguda tensión institucional, los socialistas coincidimos en los siguientes puntos:

— La creación de una Asamblea Constituyente y la privación de sus facultades legislativas a la Asamblea Nacional vulneran las Reglas del Estado de Derecho. La Asamblea Constituyente no es democrática y la UE no la reconoce.

— Seguimos reclamando al Gobierno de Venezuela: la libertad de los presos políticos; la restitución de poderes a la Asamblea Nacional; el respeto a la separación de poderes; que se facilite ayuda internacional al pueblo de Venezuela.

— Seguimos apostando por el dialogo y el acuerdo interno entre Gobierno y oposición para establecer un calendario electoral, como única salida pacífica y democrática a la crisis actual. Si esto no se produce, solicitaremos a la UE que estudie y adopte medidas sancionadoras personalizadas contra los miembros del Gobierno venezolano y de la Asamblea Constituyente que sean responsables de vulneraciones de derechos humanos.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE), *por escrito*. – Lo más doloroso de la situación en Venezuela es el problema humanitario. Es una catástrofe económica, es el país más endeudado del mundo, lo que indica que no hay opción a divisas, hay una alta inflación, deterioro de los niveles de producción de la industria, colapso de la agricultura...

Estos hechos han desembocado en crisis de abastecimiento. No hay alimentos ni medicinas, la pobreza ha aumentado un 82 %, la mortalidad de los pacientes internados se ha multiplicado por diez y la muerte de recién nacidos en hospitales por cien. En conclusión: muertos, hambre, presos políticos y heridos. Y mientras tanto Maduro inventa una Asamblea Nacional Constituyente antidemocrática; destituye a la fiscal general, Luisa Ortega Díaz; continúa la persecución y sigue hostigando a la oposición venezolana y a toda la ciudadanía; rechaza reiteradamente la asistencia humanitaria. Suscribo las palabras del Alto Comisionado de las Naciones Unidas para los Derechos Humanos, Zeid Ra'ad Al Hussein, y reitero ahora mi petición compartida de recurso y denuncia ante el Tribunal Penal Internacional para Maduro y sus cómplices. Venezuela se merece democracia, libertad, justicia, paz, seguridad y derechos humanos. ¡Viva Venezuela libre!

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Este debate sobre Venezuela en el Parlamento Europeo constituye una nueva muestra de la preocupación internacional que suscita la situación en ese país. En el contexto de crisis económica, desabastecimiento de productos básicos, inseguridad ciudadana, violencia política y aguda tensión institucional, los socialistas coincidimos en los siguientes puntos:

— La creación de una Asamblea Constituyente y la privación de sus facultades legislativas a la Asamblea Nacional vulneran las reglas del Estado de Derecho. La Asamblea Constituyente no es democrática y la UE no la reconoce.

— Seguimos reclamando al Gobierno de Venezuela:

- 1) La libertad de los presos políticos.
- 2) La restitución de poderes a la Asamblea Nacional.
- 3) El respeto a la separación de poderes.
- 4) La aceptación de ayuda internacional al pueblo de Venezuela.

— Seguimos apostando por el diálogo y el acuerdo interno entre Gobierno y oposición para establecer un calendario electoral, como única salida pacífica y democrática a la crisis actual.

Si esto no se produce, solicitaremos a la UE que estudie y adopte medidas sancionadoras personalizadas contra los miembros del Gobierno venezolano y de la Asamblea Constituyente que sean responsables de vulneraciones de derechos humanos.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Este debate sobre Venezuela en el Parlamento Europeo constituye una nueva muestra de la preocupación internacional que suscita la situación en ese país. En el contexto de crisis económica, desabastecimiento de productos básicos, inseguridad ciudadana, violencia política y aguda tensión institucional, los socialistas coincidimos en los siguientes puntos:

A) La creación de una Asamblea Constituyente y la privación de sus facultades legislativas a la Asamblea Nacional vulneran las Reglas del Estado de Derecho. La Asamblea Constituyente no es democrática y la UE no la reconoce.

B) Seguimos reclamando al Gobierno de Venezuela:

- La libertad de los presos políticos
- La restitución de poderes a la Asamblea Nacional
- El respeto a la separación de poderes
- Que se facilite ayuda internacional al pueblo de Venezuela

C) Seguimos apostando por el diálogo y el acuerdo interno entre Gobierno y oposición para establecer un calendario electoral, como única salida pacífica y democrática a la crisis actual. Si esto no se produce, solicitaremos a la UE que estudie y adopte medidas sancionadoras personalizadas contra los miembros del Gobierno venezolano y de la Asamblea Constituyente que sean responsables de vulneraciones de derechos humanos.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Venezuela is facing a human rights and humanitarian crisis. The Maduro administration enjoys a tremendous concentration of power that violates human rights and creates a deep economic crisis. This political violence has cost too many lives. Opponents, including anti-government demonstrators, critics and opposition politicians have been arbitrarily arrested and prosecuted. Venezuelan groups identify over 600 detainees as political prisoners. The security forces have committed egregious abuses, including torture.

Severe shortages of medicines, medical supplies and food have intensified since 2014, and weak government responses have undermined Venezuelans' rights to health and food. The shortage of food and medicines is affecting children, women and elderly people. We have to make sure that humanitarian corridors should be urgently opened in order to supply the people of Venezuela with food and medicines.

19. Politische Beziehungen der EU zu Lateinamerika (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind raportul lui Javi López, în numele Comisiei pentru afaceri externe, referitor la relațiile politice ale UE cu America Latină (2017/2027(INI)) (A8-0268/2017).

Javi López, ponente. – Señor presidente, como bien sabemos, el mundo vive una rápida y profunda reordenación de las relaciones internacionales, y Europa corre el riesgo de quedar encajonada entre la debilidad atlántica, una vecindad llena de conflictos —con algunos actores agresivos— y el ascenso de Asia. Pero eso no solo debiera de preocuparnos como europeos; nos preocupa porque también pone en riesgo los valores y principios que Europa representa en el mundo: la voluntad de construir relaciones internacionales fruto del multilateralismo, el diálogo y las normas.

Por todo ello, y frente a este nuevo escenario, se nos abre también, se nos brinda la oportunidad de fortalecer lazos estratégicos con aquellos que compartimos esta visión y que, además, compartimos una agenda en el mundo. Con este objetivo se presenta este informe hoy aquí en el Parlamento: explicar y decir al conjunto de instituciones europeas que, fruto de la nueva realidad internacional, las relaciones entre la Unión Europea y Latinoamérica hoy no son solo una cuestión de convicciones. Son una cuestión de necesidad.

Que queremos trabajar conjuntamente y tenemos que trabajar conjuntamente entre ambas regiones por promover una gobernanza inclusiva, defender los objetivos del desarrollo, luchar contra el cambio climático y proteger los Acuerdos de París, luchar por la igualdad de género, imponer una gobernanza, una globalización con normas y que reparta sus beneficios.

Una agenda que compartimos con estos actores —los latinoamericanos y el Caribe—, con ambas regiones, y que no compartimos con todos los grandes actores en la escena internacional. Es evidente que tenemos muchos lazos: históricos, culturales, humanos, económicos con ambas regiones. Pero no se puede dar ninguna relación por descontada, especialmente también por los profundos cambios, las interacciones que existen en este continente, en Europa, pero que también ha habido durante los últimos años en Latinoamérica.

Desde el año 1999 hay una Asociación Estratégica entre la Unión y el subcontinente, pero muchas veces se ha relegado la relación entre la Unión y Latinoamérica. Hoy es el momento de que se haga una realidad. Y tenemos herramientas para ello. Tenemos una tupida, una larga lista de acuerdos de asociación en negociación: tenemos acuerdos de asociación en actualización con México, con Chile, que pueden impulsar nuestra relación; un acuerdo en negociación con el Mercosur; también tenemos un reciente acuerdo de diálogo político y cooperación con Cuba, que entendemos que tiene un impacto regional.

Pero no solo tenemos esta lista de acuerdos. Tenemos una agenda institucional en las cumbres de la Unión Europea-CELAC que, lamentablemente —y luego me referiré a ello—, puede verse empañada por algunos de los problemas de la región, como Venezuela. Unas cumbres que deben actuar con mayor fortaleza para coordinar nuestra posición en el G-20, en las Naciones Unidas, en el Fondo Monetario Internacional o en la OMC.

Debemos y tenemos que continuar manteniendo la cooperación al desarrollo con la región. Tenemos que continuar trabajando conjuntamente para que haya mayor movilidad; proteger la seguridad común, especialmente la de algunos países en Centroamérica —una amenaza que también existe en Europa—; seguir de cerca los avances esperanzadores en Colombia, a la vez que atender los problemas gravísimos de Venezuela. El momento es ahora. Es ahora cuando hay que impulsar nuestras relaciones, continuar trabajando conjuntamente, marcar una estrategia clara de la Comisión para la región, fortalecer nuestros lazos para alzar la voz en defensa de unos valores y unos principios compartidos.

Christos Stylianides, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, since the beginning of this Commission's mandate we sought to further strengthen relations with Latin America and the Caribbean. Our culture and economic ties date back centuries but we are also getting into a new era. Our economies are more connected than ever. We are partners and allies on the great global issues of our times, from climate change to sustainable development. We share the vision of a more multilateral world, where all continents and all peoples have a say and contribute to global governance. As mentioned in your excellent report, the European Union seeks to reinforce its partnership with Latin America and the Caribbean not only in terms of economic change, but as a partner in social progress and in the defence of common values.

In order to do that, we have at our disposal powerful cooperation instruments such as EU-funded programmes and technical or high-level meetings that allow us to foster cooperation and strengthen the ties between both decision-makers and civil societies. Latin America and the Caribbean are now looking for their own way towards regional integration, both on a continental scale and within its sub-regions. For instance, we are deepening our engagement with the Pacific Alliance, in particular on academic exchanges, consular assistance, free movement of citizens or investment policies.

In your report you urge the High Representative to 'look into the possibility of the EU participating as an observer' in the Pacific Alliance. The EU has already been invited to the high-level meetings of the Pacific Alliance, including the Summit in Cali (27-30 June), as a special guest. We will look into the possibility of becoming an observer as the Pacific Alliance continues to consolidate itself.

Let me also mention our relations with Mercosur, which have been galvanised by resuming the negotiation of an Association Agreement. Our goal is to finish the negotiations in the coming months, but beyond the regional and sub-regional organisation, our bilateral relations with almost all countries of the continent are going through a particularly dynamic phase.

Let me just mention a few concrete examples. The negotiations to modernise the EU-Mexico Association Agreement are advancing at a good pace. Via meetings, videoconferences and negotiation rounds, the Agreement is taking shape and we aim to conclude negotiations in the coming months. The Council is currently discussing the mandate to negotiate the update of the EU-Chile Association Agreement. This negotiation will allow us to deepen our relations with a close ally with whom we share a rich common agenda, including peace and security.

Another partner in defence and security is Colombia, where we have supported the peace agreement from the moment it was signed with a dedicated trust fund. Let me pay tribute to the role the European Parliament has been playing to support an active contribution by the European Union to the peace process in Colombia. The bilateral ceasefire announced by the Government and the ELN on 4 September constitutes a further step forward for peace in Colombia. The European Union, also through the High Representative's Special Envoy Mr Eamon Gilmore, will continue our work to help the peace process overcome all remaining obstacles.

Peace in Colombia was not the only historic event taking place in the region over the past few months. Our political dialogue and cooperation agreement with Cuba constitutes a landmark for the EU's policy towards the region. In a sign of a new era in Latin America and the Caribbean, we are looking forward to the launch of the provisional application of an agreement that will allow us to strengthen our relations in a wide array of areas, including human rights.

Human rights is precisely one of the areas where we cooperate the most with our partners in the region, including in Central America and the Caribbean, where we are also strengthening our support to fight against climate change.

The situation in Venezuela makes for a striking exception after such a long list of positive developments. The political violence and the economic crisis risk destabilising not only the country, but the entire region. This crisis encourages us to seek even closer cooperation with all countries in Latin America and the Caribbean to support any attempt for regional mediation between the Venezuela Government and the opposition.

Our regions may be geographically distant, but there is so much that we share. We have a direct interest in seeing Latin America and the Caribbean prosper, with peace, development and social justice for all. Our commitment is here to stay. Our friendship is here to stay, and our partnership can only get deeper and stronger in time.

Enrique Guerrero Salom, *ponente de opinión de la Comisión de Desarrollo*. – Señor presidente, como señala este informe, debemos reforzar y modernizar nuestras cooperaciones y nuestras relaciones con América Latina y el Caribe, y una buena manera de hacerlo —si no la mejor— es cooperar con ellos en la obtención de los objetivos de desarrollo sostenible.

El área América Latina-Caribe ha crecido en los últimos años y ha sacado a millones de personas de la pobreza, pero todavía hoy 175 millones viven por debajo del umbral de la pobreza, viven en la exclusión y viven en la desigualdad. Medir nuestra cooperación a través de un solo indicador —el producto interior bruto— y excluir de ella a los países de renta media es una mala solución, es injusto y es discriminatorio. Porque el PIB es ciego a las desigualdades territoriales, es ciego a las desigualdades generacionales y no tiene en cuenta el riesgo específico frente al cambio climático.

Una buena manera de cooperar con ellos es apoyar a los países latinoamericanos que, junto con las Naciones Unidas, están proponiendo una forma de reestructurar la deuda soberana de una manera sostenible y al mismo tiempo solidaria.

Luis de Grandes Pascual, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señor comisario, el informe que debemos evaluar esta noche —señor Juncker, le recuerdo— es el de las relaciones políticas de la Unión con América Latina. Este informe sucede al que en su día elaboró nuestro colega Salafranca con éxito y con prestigio. Hoy hay que actualizarlo a la luz de los acontecimientos políticos, sociales y económicos, así como a las tendencias geoestratégicas de la región.

Este informe proporciona una visión general de la situación en América Latina y el Caribe y de las relaciones con la Unión Europea. Agradecemos sinceramente al ponente su actitud, su receptividad, la receptividad que ha tenido con nuestras propuestas, que ya se vieron reflejadas en un gran consenso, aunque parcial, en la votación en la Comisión de Asuntos Exteriores. Esperamos y tememos que en la votación de mañana tengamos alguna diferencia, pero será pequeña; porque la unidad es compartir los grandes valores y los compartimos sin ninguna duda.

Debemos, señor comisario, señorías, seguir fortaleciendo los enlaces institucionales, como EuroLat y CELAC. La Unión Europea comparte con sus socios latinoamericanos la importancia de principios y valores como son la democracia, los derechos humanos y el Estado de Derecho, así como la importancia de unos marcos legales creíbles, indispensables para mantener la estabilidad política y el desarrollo social y económico.

Hemos reflejado la tendencia general positiva que existe hacia una democratización duradera en América Latina celebrando elecciones regulares y justas. Este proceso de democratización en toda la región ha estado acompañado del reconocimiento formal de los derechos de los ciudadanos, como la atención sanitaria, el empleo o la educación, muchos de los cuales están ahora codificados en las constituciones nacionales.

Desde el Parlamento Europeo nos comprometemos a trabajar para que, a través de EuroLat, se encuentren posiciones regionales comunes, se apoye a los defensores de los derechos humanos, se fortalezca la protección de las comunidades indígenas y se siga alentando y ayudando a los Gobiernos latinoamericanos a conseguir un equilibrio sostenible de la explotación de los recursos naturales, por una parte, y a proteger el medio ambiente y los derechos de las comunidades locales, por otra.

Cerramos este año celebrando la paz en Colombia. Celebramos que se abran conversaciones con el ELN. Vamos a apoyar en ese sentido, simbólicamente, la enmienda del ponente —que es mejor que la nuestra—, sin perjuicio de que tengamos que discrepar en el análisis y la votación sobre Venezuela, donde no se trata de rechazar sino de condenar. Gracias, señor ponente.

Ramón Jáuregui Atondo, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, yo querría empezar por pedir a todo el mundo que no cuestionemos el informe sobre América Latina fijándonos en Venezuela o en Cuba. Creo que es importante que Europa tenga la mirada cálida hacia América Latina que nos propone el informe de Javier López.

Quiero empezar por agradecer a Javier que haya elaborado este informe —y a los ponentes alternativos y grupos políticos que han trabajado con él— para que Europa fije su mirada en América Latina de una manera en que no lo ha hecho hasta la fecha —en mi opinión, desgraciadamente—.

Hay una mirada permanente al este de Europa, una mirada al Mediterráneo, por razones obvias; pero la cuenca atlántica no es una frontera de distancia, realmente, no hay tanto espacio. Hay un ciclo histórico por cerrar, hay una realidad económica, comercial, cultural, hay un montón de cosas por hacer juntos en América Latina y en Europa. Coincidimos: cambio climático —decía Enrique Guerrero—, y yo añadiría la lucha contra los paraísos fiscales, por una fiscalidad internacional justa, por una democracia ordenada, por una gobernación del mundo regulada. Todo esto une a América Latina y a Europa.

No hay mejor vecino para Europa que América Latina. No hay mejor amigo para Europa que América Latina. Esa es la idea de este mensaje, que este informe nos proporciona: la posibilidad de acercar, de estrechar, de hacer más sólida la relación entre Europa y América Latina.

Kosma Złotowski, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Ameryka Łacińska to z jednej strony jeden z najszybciej rozwijających się regionów na świecie, z drugiej obszar ogromnych nierówności ekonomicznych. Musimy o tym pamiętać, budując dobre relacje polityczne i gospodarcze między Unią Europejską a wszystkimi państwami tego regionu. Cieszę się, że to sprawozdanie dostrzega potrzebę przyspieszenia trwających negocjacji dotyczących aktualizacji umowy ogólnej Unia-Meksyk. W obliczu kryzysu w relacjach między Stanami Zjednoczonymi a Meksykiem, Unia Europejska powinna skorzystać z nadarzającej się okazji, aby wzmocnić ten obszar swojej polityki handlowej, zwłaszcza że Meksykanie tego oczekują. Unia Europejska musi również wzmocnić presję polityczną i gospodarczą na rząd w Wenezueli, który przez swoje działania pogłębia trwający od miesięcy kryzys wewnętrzny.

Szanowni Państwo, komunizm już raz upadł i nawet tak zdolni ludzie jak Wenezuelczycy nie są w stanie go odbudować, ale są w stanie niestety doprowadzić do ruiny swój własny kraj, czego im oczywiście nie życzymy.

Renate Weber, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I thank the rapporteur for his report and his good cooperation with the political groups in this House. I personally have always been a vocal advocate in favour of stronger relations between the EU and Latin America, at all levels and on multiple subject. There are many things that we have in common, and the report clearly mentions them as it stresses the need for closer cooperation. I want to emphasise the friendly and supportive approach that the EU has in its relations with Latin America and mention, for example, the financial, humanitarian and expert assistance offered during the fires in Chile recently; the financial and expert support to the peace process in Colombia; the assistance to democratic evolution via EU election observation missions and their follow-up activities.

But this also implies that we are concerned when something goes very wrong. We say what we think and we act because we care about those who are victims of unjust actions taken by their government. This is not interference in internal affairs. This is partnership. We as the EU and European citizens accepted very harsh criticism on our failures on the refugee crisis and never said that this was interference. This is the case when he criticised Nicaragua or Venezuela. We cannot simply disregard what happens in a country such as Venezuela and accept the Maduro regime calling the UN Secretary-General a liar. Quite the opposite; we must support his demand for a thorough investigation undertaken by the International Criminal Court. We must put in place sanctions against those who are responsible for the disastrous situation in Venezuela.

Javier Couso Permuy, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, es una pena que un informe cuyo ponente tuvo la voluntad de sumar y apoyar el espíritu de fortalecimiento de las relaciones entre la UE y América Latina, el desarrollo mutuo y el respeto, haya sido completamente desvirtuado por las propuestas de ALDE, PPE y ECR, que lo han convertido en un informe prepotente marcado con una visión que tiene un tufillo neocolonial.

Este texto no sitúa a la Unión Europea y América Latina en igualdad de condiciones, sino que coloca a la Unión en una absurda postura de tutelaje. Se pretenden dar lecciones de política, economía y derechos sociales a otro continente cuando ni siquiera tenemos resueltos nuestros propios problemas, en lugar de buscar la cooperación y el intercambio entre iguales.

El añadido sobre Venezuela, pidiendo sanciones, entronca directamente con la actitud de un presidente del Parlamento Europeo que, arrogándose la representación de todo el conjunto de esta Cámara, se extralimita en sus funciones e impone su visión por encima de las resoluciones de este Parlamento, mientras osa torpedear el diálogo bilateral EuroLat-UE-CELAC.

Este informe da alas a esa visión extremista de ruptura del diálogo entre Europa y América Latina y, por eso, votaremos en contra.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, quiero, en primer lugar, agradecer al ponente el buen trabajo en sacar adelante un texto que enmarca un mensaje que para mí es importante: ver de qué manera la Unión Europea y América Latina pueden reforzar una cooperación conjunta para reforzar el multilateralismo a escala global, en un momento, evidentemente, en el que, con la Administración Trump, eso está en riesgo.

También creo que es importante que reflexionemos —y el informe lo hace en algunas partes— en cómo actualizamos la agenda de cooperación. Yo quiero agradecer al ponente que haya aceptado algunas de nuestras propuestas en materia de cambio climático, en materia de lucha contra la violencia hacia las mujeres —que nos preocupa particularmente— y sobre el papel que puede jugar el Mesecvi en todo ello. Pero creo que necesitamos realmente actualizar esa relación entre Europa y América Latina y, particularmente —y mi Grupo insistió en esto muchas veces—, no puede pivotar solo en quedarnos con el tipo de acuerdos comerciales que hemos estado desarrollando en los últimos años.

Y aquí yo creo que es importante darle una dimensión mucho más política a la relación, y no tanto en el marco de este tipo de acuerdos que, desde nuestro punto de vista, no siempre son positivos. Por ejemplo, si queremos luchar contra los paraísos fiscales —que estoy totalmente de acuerdo con lo que se planteaba—, tenemos que ver, por ejemplo en el Acuerdo entre la Unión Europea y México, cómo se utiliza ese Acuerdo, por ejemplo, para el blanqueo de dinero. Porque se está utilizando.

Y ese tipo de cosas debemos verlas conjuntamente. Termino solo diciendo que lamento que se haya metido el debate de Venezuela en este informe. No tocaba. Creo que se podía haber hecho en otro lugar, y puede haber roto algunos consensos. Yo, en todo caso, solo quiero terminar agradeciéndole el trabajo al ponente Javi López, que creo que ha hecho una excelente labor.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señor presidente, quisiera también, como otros colegas, en primer lugar —y lo ha hecho el señor de Grandes en nombre de nuestro grupo político—, agradecer al ponente su disposición permanente para el diálogo y su actitud positiva y constructiva, que nos ha permitido acomodar las enmiendas que el señor de Grandes y yo hemos presentado en nombre de nuestro grupo político.

Creo que el ponente ha señalado acertadamente que la Unión Europea, en este mundo inestable, necesita aliados que compartan valores e intereses para hacer frente a los retos globales, y creo que, efectivamente, la Asociación Estratégica Birregional está todavía por construir y, evidentemente, queda todavía mucho por hacer.

Celebro que este informe pase de las palabras a los hechos y no se quede en cuestiones simplemente retóricas. Por eso, creo que hay que subrayar la importancia que tiene el manejo de los tiempos en los acuerdos de asociación a los que se ha referido el comisario; en la renovación de los acuerdos con México y Chile; y la conclusión de la asignatura pendiente que es el Acuerdo de Asociación Unión Europea-Mercosur.

Celebro que este informe pida también para Argentina el espacio que le corresponde con arreglo a su condición de miembro del G-20, miembro destacado del Mercosur y actor relevante también en la escena internacional.

El señor Guerrero, como ponente de la Comisión de Desarrollo, hacía referencia a la necesidad de que los países de América Latina puedan de alguna manera no quedar excluidos —me refiero a los países de renta media— del nuevo concepto que está proponiendo la Unión Europea para el desarrollo.

Y, señor presidente, quiero terminar diciendo, ya que no está aquí el presidente del Parlamento Europeo, que este, en sus manifestaciones, se ha ceñido exactamente a los términos aprobados en las resoluciones.

Termino como empecé, agradeciendo al ponente su disposición, y creo que el señor Jáuregui tiene razón: este trabajo es un modelo de cómo se deben desarrollar las responsabilidades que nos han encomendado los ciudadanos en nuestro trabajo en común.

Francisco Assis (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, eu quero começar por saudar o autor deste relatório. Este relatório é da maior importância, quer pela sua oportunidade, quer pelo seu conteúdo e é inquestionável que é um relatório de grande qualidade.

Este relatório visa um objetivo político fundamental: dar um sinal por parte deste Parlamento Europeu em relação àquilo que devem ser as relações entre a União Europeia e a América Latina. Na verdade, não temos parceiros mais próximos, do ponto de vista da identidade de valores, de princípios, de modelos de organização política e económica, do que a generalidade dos países que integram a América Latina. Isto não corresponde a nenhuma visão neocolonial, longe disso. Não vejo, de facto, neste relatório qualquer perspetiva neocolonialista na relação com a América Latina.

O que há é um realçar de valores comuns, de valores que são valores tanto da Europa como da generalidade dos países da América Latina e há sobretudo uma coisa que é importante: é realçar quanto evoluiu a América Latina nas últimas décadas. Consolidaram-se várias democracias, verificou-se um processo de desenvolvimento económico, milhões de pessoas saíram da pobreza, está-se a avançar no sentido da consolidação do Estado de direito.

Muitas das crises com que alguns países estão a ser confrontados são crises de crescimento e de maturação dos seus processos democráticos, como é, por exemplo, o caso que eu conheço melhor, até por razões óbvias, que é o caso brasileiro, que é um país que está a atravessar dificuldades mas que correspondem à consolidação de uma democracia associada a um Estado de direito.

Por isso, termino, uma vez mais salientando a importância de um relatório desta natureza.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, quiero felicitar al ponente de este informe y animar a las instituciones comunitarias a tomar muy en cuenta sus contenidos. El afianzamiento en esta región del mundo de valores compartidos sobre los derechos humanos, democracia y estándares sociales y laborales es clave para mejorar la calidad de vida y las oportunidades de sus habitantes.

Y para conseguirlo, apoyamos procesos de paz como el de Colombia, incluida la reinserción de los miembros de la FARC, o condenando regímenes como el de Venezuela, denunciando la represión de opositores por la ilegítima Asamblea Constituyente, y trabajando por una solución democrática. También firmando acuerdos comerciales justos que propician un desarrollo sostenible e integrador, o celebrando las negociaciones con los países de la Alianza del Pacífico o Mercosur.

Estas acciones, además de una aportación a la paz, la estabilidad y la justicia social, son una exigencia estratégica en un momento en que otras formas de hacer están tomando posiciones en la zona. Y por eso, la Agenda 2030 para el Desarrollo y sus objetivos deben ser los principales instrumentos para la cooperación en todas las vertientes de desarrollo económico, social y sostenible.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor presidente, considero que este informe se hace eco de los avances y los desafíos que ha afrontado el continente en la última década, y en ese sentido celebramos el apoyo al proceso de paz en Colombia y a los diálogos con el ELN. Sin embargo, considero que no resuelve una de las grandes contradicciones, que tiene que ver con los efectos desiguales que los Tratados de Libre Comercio generan sobre el desarrollo de la región.

La mayoría de estos Tratados de Libre Comercio, en lugar de abrir las puertas a unas relaciones políticas y comerciales beneficiosas para ambas partes, lo que hacen es construir muros con América Latina. Son muros que, en nombre del desarrollo, siguen incrementando la desigualdad entre los pocos que obtienen beneficios de los Tratados de Libre Comercio y la mayoría que sufre la pobreza de sus efectos.

Hablar de relaciones políticas en equidad implica promover los mismos valores que incluimos en nuestros Tratados y, en ese sentido, el respeto a los derechos humanos no puede ser para la Unión Europea un excedente democrático negociable dentro de un acuerdo de comercial, sino que tiene que ser el elemento central, el mínimo común denominador en nuestros acuerdos.

Elmar Brok (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, Europa hat Lateinamerika zu lange vernachlässigt. Dies ist eine Region von großer ökonomischer und von politisch-strategischer Bedeutung. Wir haben nicht genug Augenmerk darauf gelegt, weil wir zu viel nach Asien geschaut haben. Die Amerikaner haben jetzt TTIP aufgekündigt. Dies hinterlässt im ganzen pazifischen Raum eine große strategische Lücke. Wir wissen, dass die Teilnehmerländer Lateinamerikas an diesem Vertrag, aber auch andere darauf hoffen, dass wir Europäer dieses Vakuum auflösen, damit dieses Vakuum nicht von China übernommen wird. Wenn Sie mit den Verantwortlichen in Brasilien, Argentinien oder anderen Ländern reden, dann wissen Sie, in welchem Umfang dort chinesische Interessen vorangehen.

Aus diesem Grund möchte ich die Kommission wirklich bitten, mit ihren Absichten stärker und schneller voranzugehen, mit Mercosur und anderen zu diesen Vertragsverhandlungen zu kommen. Es ist nicht nur von handelspolitischer, sondern von großer globalstrategischer Bedeutung, dieses entsprechend zu tun, und dabei möchte ich auch unseren Kolleginnen und Kollegen von der Linken entgegenhalten: Dies bedeutet auch, dass Maduro und andere in solchen Ländern nicht die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit beseitigen dürfen und dass solche reichen Länder unter dem Gesichtspunkt eines solchen falsch verstandenen Sozialismus in Armut getrieben werden. Dies darf uns nicht dazu führen, dass diese Beziehungen zerstört werden, aber wir müssen darauf achten und deutlich machen, dass diese Leute nicht für Lateinamerika sprechen können. Venezuela ist eines der reichsten Länder dieser Erde, aber was dort ein Regime mit falscher Ideologie betreibt, ist eine Katastrophe für die Menschen in diesem Lande und für ganz Lateinamerika. Auch das sollten wir deutlich zum Ausdruck bringen.

Isabella De Monte (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono tanti i punti in cui una migliore collaborazione politica tra l'Unione europea e l'America Latina è necessaria. Sono lieta che si sia firmato il consenso europeo sullo sviluppo in quanto solido fondamento politico per rafforzare l'azione europea in quest'area. Esso contiene infatti un esplicito impegno degli Stati membri e delle istituzioni europee a sostenere i governi latinoamericani attraverso una cooperazione con le autorità locali.

Gravi problemi affliggono il continente sudamericano, quali la corruzione e la criminalità. Auspico una maggiore cooperazione tra i due continenti per ridurre la povertà che assicura oggi una costante manodopera nelle aree di traffico di stupefacenti. Il miglioramento delle opportunità di lavoro favorirà la trasparenza economica, la competitività, nonché la sicurezza della popolazione. Sostengo infine l'implementazione della strategia globale europea per migliorare lo stato di diritto, il rispetto dei diritti umani e dell'ambiente.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente; gracias al señor López por este informe, un informe importante porque las relaciones de la Unión Europea con América Latina también lo son.

Quiero destacar los numerosos y profundos vínculos históricos, culturales, económicos, humanos, también políticos, que existen entre los dos bloques. Además, en América Latina figuran ya países como México y Brasil, reconocidos como socios estratégicos por la Unión Europea.

La Unión Europea y América Latina deben afrontar de forma coordinada los retos globales en un mundo interconectado y tan complejo. Juntos somos un tercio de los miembros de las Naciones Unidas. Además, compartimos —creo yo— una cierta visión de la gobernanza internacional y de los derechos humanos, y ambos bloques creemos en el multilateralismo efectivo. Somos, diría, aliados naturales.

Nuestra relación debe intensificarse, aprovechando los distintos marcos y foros existentes. Como todo el mundo sabe, China está aumentando su presencia en América Latina y, por otra parte, desde la nueva Administración de Washington están llegando algunas señales que generan incertidumbre o desconcierto en el subcontinente.

En este estado de cosas, nosotros, los europeos, debemos fortalecer nuestra presencia en la región. ¿Cómo? Ya se ha dicho: finalizando pronto la modernización de los acuerdos con México y con Chile. También debemos concluir las ya largas negociaciones Unión Europea-Mercosur, esa asignatura pendiente que mencionaba mi colega Salafranca y que crearía, con otros acuerdos ya existentes, un vasto espacio económico y comercial entre la Unión Europea y América Latina.

Termino subrayando la importancia de la Alianza del Pacífico, y creo, como recoge el informe del señor López que mañana votaremos, que la señora Mogherini y el Servicio Europeo de Acción Exterior deben estudiar la conveniencia de que la Unión Europea esté en este bloque —en la Alianza del Pacífico— como observador, algo que ya han hecho varios Estados miembros, entre ellos España.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Comissário, em política externa, tal como em quase tudo na vida, nem sempre o mais urgente é o mais importante. O relatório que hoje aqui debatemos reforça a convicção da importância das relações entre a União Europeia e a América Latina, não obstante o mundo estar cheio de conflitos e disputas efetivas ou potenciais mais mediáticas e politicamente mais apelativas.

A América Latina e a União Europeia, além de uma forte partilha de identidade partilham também o facto de serem vítimas da globalização desregulada. Se queremos, e sei que queremos, recuperar a nossa voz global e afirmar uma agenda de sustentabilidade e humanismo, precisamos de trabalhar em conjunto e dar sinais claros de uma aliança estratégica. E os acordos comerciais são um veículo privilegiado para traduzir intenções em atos. Temos boas experiências com os países da América Latina. Por isso, concluir um acordo comercial com o Mercosul será um passo determinante para o reequilíbrio geoestratégico e para a consolidação das relações entre os nossos povos.

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). – Mr President, I would like to thank Mr López for his report. It is a good report.

Latin America is one of the fastest-developing regions in the world. It is a region with huge potential. Both the EU and Latin America, as well as countries of the Caribbean region, could benefit much more from cooperation and partnership agreements and trade agreements. In order for this to happen, they have to be modernised. The Latin America and Caribbean region constitutes a strategic partner for the EU – a key partner – when it comes to jointly facing current global challenges, such as peace and security, economic development, climate change and combating tax havens, etc.

The long-lasting partnership between the EU and LAC countries is founded on historical, cultural, human and economic ties, which must not be taken for granted. The modernisation of EU-Latin America agreements are necessary as Latin American countries are currently facing the main geopolitical shifts marked by the increased presence of some countries like China, or even Russia, which are seeking to gain strategic influence and a military presence, and to develop economic partnerships in the region.

Mr López, thank you very much for your report. I hope it is adopted.

Procedura „catch the eye”

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Comissário, os estreitos laços culturais, linguísticos, políticos e históricos que unem a União Europeia aos países da América Latina tornam vital o desenvolvimento de uma agenda partilhada e um reforço da cooperação na definição das grandes prioridades da política externa da União.

O crescente protecionismo no mundo exige o reforço das parcerias económicas bilaterais e multilaterais da União na região, mutuamente benéficas mas, para além da parte comercial, importa, num âmbito político, reforçar a cooperação interparlamentar e valorizar a promoção contínua dos valores democráticos e dos direitos humanos, incluindo a defesa dos direitos de propriedade dos povos indígenas do Brasil sobre as terras que ancestralmente ocupam, o combate às alterações climáticas e a cooperação no domínio da investigação e da inovação.

O reforço da cooperação entre os dois blocos regionais assume, pois, um papel fulcral na diversificação das economias de ambas as regiões e na promoção de um desenvolvimento mais sustentável, mais democrático e mais inclusivo e, porque se trata das relações políticas da União Europeia com a América Latina, termino invocando o heroico povo mártir da Venezuela que morre nas mãos de um regime sanguinário e apelando para que este Parlamento tudo faça para que possa aliviar o sofrimento deste povo irmão.

Julie Ward (S&D). – Mr President, colleagues, during the summer recess I spent 12 days in Brazilian Amazonia, and during that time I met with politicians, lawyers, academics, students, rural educators, government workers, indigenous people, environmentalists, young people, cultural activists and the media. I visited vast mines which are despoiling the land and polluting the river systems. I flew deep into the forest and saw the burning of trees to make way for cattle. I visited the 400-year-old town that will be destroyed by mega-hydroelectric dams, built not for public benefit but to accelerate industrial processing of minerals to line the pockets of the rich.

Whilst I was in Marabá, the mayor of a neighbouring municipality was assassinated – the third such murder in a few weeks. I attended vigils for landless peasants massacred by hired guns.

It is quite clear that Brazil is descending into chaos, with a corrupt authoritarian government, totally in hock to the agricultural lobby and the extractive industries.

President Temer and his business cronies are, frankly, a danger to the whole of society.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι σχέσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης – Λατινικής Αμερικής πρέπει να στηρίζονται στη δημοκρατία, τα ανθρώπινα δικαιώματα, το κράτος δικαίου και τις ισότιμες οικονομικές σχέσεις. Σχέσεις οι οποίες να υπηρετούν το αμοιβαίο οικονομικό συμφέρον των λαών μας. Αντίθετα η μέχρι σήμερα εμπειρία δείχνει ότι οι ευρωπαϊκές πολυεθνικές εκμεταλλεύονται τους λαούς της Λατινικής Αμερικής, όπως έκαναν στο παρελθόν οι Ισπανοί και οι Πορτογάλοι αποικιοκράτες.

Και τώρα η Ευρωπαϊκή Ένωση προχωρά στον δεύτερο γύρο, στον ανταγωνισμό της με την Κίνα επί λατινοαμερικανικού εδάφους για την απόκτηση κερδών. Η ανάληψη πρωτοβουλιών για τη μείωση της φτώχειας και της εκμετάλλευσης χρειάζεται όμως και δράσεις για την κοινωνική ανάπτυξη και τη δημιουργία νέων θέσεων εργασίας, και για να γίνει αυτό πρέπει να αναδιαρθρωθεί το δημόσιο χρέος των χωρών της Λατινικής Αμερικής. Επιπλέον, πρέπει να χτυπηθεί η φοροδιαφυγή και φοροαποφυγή εκ μέρους των πολυεθνικών, να ληφθούν μέτρα κατά του χτυπήματος της διαφθοράς, καθώς επίσης και μέτρα για την πάταξη του εμπορίου των ναρκωτικών. Μόνο με αυτό τον τρόπο μπορεί να ενισχυθούν οι σχέσεις Ευρωπαϊκής Ένωσης – Λατινικής Αμερικής.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señor presidente, las relaciones políticas entre la Unión Europea y Latinoamérica en 2017 necesitaban claramente verse bajo una nueva luz: la de los retos del siglo XXI que nos plantean dos socios; dos socios que se aprecian y que se necesitan y que comparten sus «anti» y sus «pro»: antiimpunidad, anticorrupción, antidesigualdad, antiexplotación y antirrepresión de libertades; y proderechos humanos, prodemocracia moderna, prodesarrollo sostenible y prolibre comercio.

Sin embargo, por alguna razón, la extrema izquierda —el señor Couso— ha dicho que va a votar en contra de este informe porque hemos introducido una enmienda pidiendo sanciones para el dictador que ha arrasado Venezuela y sus compinches. Yo no lo puedo entender, tampoco puedo entender que otro colega, el señor Urtasun, haya dicho que no era el momento, que Venezuela no tocaba ahora.

Las Naciones Unidas han reconocido que la situación en Venezuela es un grave peligro para la estabilidad y la seguridad de la región. ¿Cuándo tenemos que hablar de Venezuela, entonces?

Yo quiero felicitar al señor López por su visión, por la capacidad que ha tenido de incluir ese aspecto integrado de nuestro acercamiento a América Latina y, desde luego, quiero refrendar aquí la voluntad plena de este Parlamento de estar a la altura de las circunstancias.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych navázal na svou kolegyni a chci také ocenit zprávu, kterou vypracoval pan zpravodaj, oceňuji i jeho pozitivní přístup, který se v té zprávě projevuje. Nicméně nelze určitě zavírat oči nad problémy, před nimiž Latinská Amerika stojí. I když oceňuji, že zahrnul návrhy i například z mé frakce, tak musíme diskutovat nad aktuálními problémy, které prostě v Brazílii a ve Venezuele, ale i v dalších latinských zemích prostě jsou.

Já jsem přesvědčen, že právě ta diskuse musí vyústit v nějaké konkrétní návrhy i stran sankcí, stran odsouzení režimu ve Venezuele, protože tam skutečně umírají lidé. Ten režim je naprosto nedemokratický a je třeba se postavit jednoznačně a hlasitě na tu stranu, kterou chceme podpořit. Myslím si, že nemůžeme být bezzubí.

(*Încheierea procedurii „catch the eye”*)

Christos Stylianides, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, firstly I would like to congratulate the rapporteur and of course thank my dear colleagues for this important debate. This debate confirms that we all share a strong commitment to further strengthening our relations with Latin America and the Caribbean. All EU policy instruments are being used to foster and continuously adapt our partnership. It is through dialogue, cooperation and engagement that our common values, goals and challenges will result in a strong partnership with these countries.

The European Union needs to continue reinforcing the areas for dialogue and adapting to regional or sub-regional initiatives. This is why we will keep working on the negotiations of modern and comprehensive association agreements, in particular on strengthening our cooperation and aid, and of course, on our political dialogues with our partners in the region.

Javi López, ponente. – Señor presidente, yo querría añadir algunos elementos. En primer lugar, agradecer enormemente las palabras de todos mis colegas y agradecer especialmente el trabajo abierto que han habido durante estos últimos meses, la cooperación por parte de los ponentes alternativos, de todos los grupos, que han mejorado sin duda el texto y que han hecho que el resultado, para mañana, sea un texto mejor. También agradecer el trabajo y la ayuda del anterior ponente de este informe, el diputado Salafranca, que ya se ha mencionado y con la que hemos contado el conjunto de diputados y hemos contado como Parlamento.

Se ha hecho mención antes a la generosidad. Yo creo que he intentado trabajar con ese espíritu —que he encontrado la mayoría de las veces; no todas, tengo que decir—, sobre todo por una cuestión; porque cuanto más nos importe un tema, cuanta más unidad tenga, más fuerte es el mensaje. Y con esa idea yo he intentado trabajar, y con esa idea he trabajado durante los últimos meses y continuaré trabajando en este Parlamento, seguro que con muchos de los colegas que hoy están aquí.

En nombre de todos los que hemos estado trabajando durante los últimos meses, quisiera decir y pedir a la Comisión y decir y trasladar a la alta representante que este trabajo tiene que servir a la Comisión, a la señora Mogherini y al Servicio Europeo de Acción Exterior como referencia, como guía, durante los siguientes años. Y trasladar que el informe lo que pretende es que ambas regiones pasemos de la amistad fuerte que tenemos a la alianza, y que entendamos que, en un mundo de cambio, donde tenemos mucha inestabilidad producto de nuestra vecindad, continúa siendo el Atlántico la mayor fuente de poder del mundo, y es una fuente que tenemos que utilizar y reforzar frente a la inestabilidad de nuestra vecindad.

Eso haremos y a ello intenta contribuir este informe, a las relaciones con América Latina y la Unión Europea.

Președintele. – Dezbateră a fost închisă.

Votul va avea loc miercuri, 13 septembrie 2017.

(Ședința a fost suspendată timp de câteva minute.)

20. Politische Beziehungen der EU zu Indien (kurze Darstellung)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este prezentarea succintă a raportului lui Cristian Dan Preda referitor la relațiile politice ale UE cu India (2017/2025(INI)) (A8-0242/2017).

Cristian Dan Preda, rapporteur. – Monsieur le Président, beaucoup de qualificatifs ont été utilisés pour résumer la relation entre l'Union européenne et l'Inde: naturelle, stratégique, solide ou encore fondée sur des valeurs. Cette relation est tout cela à la fois, mais surtout il s'agit d'une relation qui a un potentiel énorme, à condition que les deux partis accordent à leur partenariat une place importante sur leur agenda.

Le rapport que j'ai écrit et négocié ces derniers mois envoie un message clair quelques semaines avant le quatorzième sommet UE-Inde. Le Parlement européen soutient pleinement un partenariat véritablement stratégique avec l'Inde, car tout le potentiel de cette relation n'a pas été développé.

En effet, les échanges entre l'Union et l'Inde ne doivent pas se limiter au commerce, bien que celui-ci ait évidemment un rôle important et que les négociations autour d'un traité de libre-échange doivent être une priorité des deux côtés.

Les défis auxquels les deux partenaires doivent faire face sur le plan international sont similaires, qu'il s'agisse des tensions régionales ou encore des problèmes globaux comme le terrorisme, le manque de respect pour le droit international, ou le changement climatique.

Pour la commission AFET, l'avenir de la relation entre l'Union européenne et l'Inde comprend plusieurs chantiers de travail, y compris d'anciens chantiers qui nécessitent d'être relancés. Il s'agit tout d'abord de travailler de manière plus proche au niveau mondial en faveur d'un multilatéralisme effectif et réglementé, d'une réforme des Nations unies, et il s'agit de coordonner plus souvent nos positions respectives dans les instances internationales.

Nous devons ensuite accroître nos échanges en matière de lutte contre le terrorisme, conformément à la déclaration faite lors du dernier sommet UE-Inde. Il y a beaucoup d'espace de coopération en matière de prévention et de lutte contre la radicalisation. Nous pouvons aussi plaider ensemble au niveau des Nations unies, en faveur par exemple de l'adoption de la convention générale sur le terrorisme international.

Nous pouvons, d'un autre côté, contribuer ensemble à la réduction des conflits et à la prospérité de l'Asie, que ce soit à travers un soutien aux processus d'intégration régionale, mais aussi à travers l'encouragement des processus démocratiques dans les pays de la région.

L'Inde et l'Union européenne peuvent aussi tenter de prendre part de manière positive à la mise en place en Afghanistan d'un processus de paix et de réconciliation en renforçant leur coordination politique sur les questions de sécurité militaire ou d'aide au développement. De même, les actions de l'Inde et de l'Union en matière de développement, que ce soit dans le voisinage asiatique de l'Inde ou en Afrique, auraient tout à gagner d'une plus ample coordination pour qu'elles soient complémentaires.

Nous pourrions également renforcer nos échanges en faveur du désarmement universel, de la non-prolifération des armes de destruction massive et de la sécurité nucléaire. Des objectifs à l'égard desquels l'Union comme l'Inde se sont engagées. Travailler ensemble pour une application stricte des sanctions des Nations unies contre la Corée du Nord est un objectif à atteindre dans ce contexte.

Je voudrais attirer l'attention de manière plus générale sur l'importance d'instaurer des mécanismes de consultation en matière de politique étrangère entre l'Inde et l'Union européenne, y compris sur des sujets sur lesquels nous avons eu des perspectives différentes par le passé. Qu'il s'agisse de la politique offensive de la Chine dans la mer de Chine méridionale, de la nécessité d'un rapprochement entre l'Inde et le Pakistan, ou encore des actions agressives menées par la Russie dans son voisinage.

Voilà donc quelques-uns des axes de travail possibles, mais il y en a évidemment beaucoup d'autres, qui vont des droits de l'homme à la sécurité maritime, en passant par les échanges entre personnes. Il y a donc beaucoup de briques avec lesquelles nous pourrions bâtir la relation entre l'Inde et l'Union européenne dans les mois et années à venir, et j'espère que le sommet qui aura lieu le 6 octobre ouvrira et développera certains de ces chantiers.

Procedura „catch the eye”

Geoffrey Van Orden (ECR). – Mr President, first of all I would like to congratulate Cristian Dan Preda on an excellent and well-balanced report which I am sure Parliament will approve and which I know will also find approval in India. Having said that, I must express some disappointment that we talk about enhanced relations with India but here we are at nearly 10.45 p.m. in an empty Chamber. The Council is not even present. Is this really the importance that we attach to relations with one of the great countries of the world, a future superpower, its economy growing at over 7% per year, an ambitious middle class of over 200 million people, a country with great skills, a government under Mr Modi that is now addressing some of the great problems of rural poverty, many areas of potential partnership. Our bilateral trade, I have to say, between European countries and India is at disappointingly low levels and there are all these other issues which Cristian Dan Preda has touched on. There is so much more to do. Is it not time that we really paid attention properly to our relations with this great country?

Elmar Brok (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich möchte mich herzlich bei Cristian Preda bedanken für diesen Bericht und dass er Indien auch in das Zentrum unserer Überlegungen einbringt. Herr Kollege van Orden, in diesem Augenblick geht in Indien die Sonne auf, und deswegen führen wir diese Debatte zu diesem Zeitpunkt. Aber Sie haben natürlich völlig Recht, dass dieses Indien von zentraler strategischer Bedeutung für uns ist, ökonomisch und politisch. Wir müssen sehen, dass Indien im Vergleich zu China einen entscheidenden Vorsprung hat: Indien ist schon eine Demokratie und muss diesen politischen Systemwechsel nicht machen, dem China irgendwann unterworfen sein wird.

Dies sollte ein gewichtiger Grund für uns sein, hier mit Indien enger zusammenzuarbeiten – ein Indien, das diesen Systemvorsprung schon hat und jetzt auch im ökonomischen Bereich von größerer Bedeutung sein wird. Wenn wir Indien stärken und eine größere Kooperation mit Indien haben, können wir im gesamten asiatischen Raum zu einer gewissen Ausgewogenheit kommen. Wenn ich die Vorstellung von China sehe mit der Seidenstraße und manchem anderen mehr, würde ich mich wohler fühlen, ein starkes Indien zu haben, mit dem wir enge Beziehungen haben. Aus diesem Grund sollten wir diesem Indien mehr Wertschätzung entgegenbringen und nicht nur nach Peking schauen.

Neena Gill (S&D). – Mr President, I too want to congratulate Cristian Dan Preda on this report, which I believe is really key in terms of building our relationship with one of the world's fastest-growing economies and a global power. I believe we share a vision for the future based on shared values, including sustainable development. We face many of the challenges which Cristian has already outlined – climate change, terrorism, protecting the rule of law, managing migration and respect for human rights. But tackling inequality and ensuring our citizens are ready for the technological area is key. These are really issues where we need to join forces and work together.

I do regret that relations have been on the back burner for a while in the past, but I believe strongly that this report is a vital step in building a long-term cooperation and partnership and reviving negotiations on the trade and investment deal. I understand there will be a summit in the near future, and it is important that this leads to real concrete actions based on ambitions this Parliament has outlined in your report today. Last but not least, let me underscore that one of the main dimensions of our strategic partnership should be people. That is why we asked to promote exchanges on education, expand Erasmus+ to allow opportunities for students, but also to increase contacts, dialogue and mobility in areas like IT, research and culture. Once again, it was a pleasure, Cristian, to work with you on this. Well done and good collaboration.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι σχέσεις Ευρωπαϊκής Ένωσης – Ινδίας οφείλουν να υπηρετούν το αμοιβαίο συμφέρον, μακριά από επεμβατικές πολιτικές που μπορεί να θυμίζουν στους λαούς της Ινδίας πρακτικές του παρελθόντος. Υπογραφή συμφωνίας ελευθέρων συναλλαγών με τη δεύτερη πολυπληθέστερη χώρα του κόσμου θα συμβάλει στην παραπέρα αποβιομηχανοποίηση της Ευρώπης, στη μείωση των ευρωπαϊκών μισθών, στο κλείσιμο χιλιάδων ευρωπαϊκών μικρομεσαίων επιχειρήσεων κι αυτό γιατί οι ευρωπαϊκές πολυεθνικές θα συνεχίσουν την πολιτική του outsourcing. Θα μεταφέρουν τις δραστηριότητές τους στην τεράστια ινδική αγορά, όπου επικρατούν οι μισθοί πείνας, η παιδική εργασία, η υπερεκμετάλλευση των γυναικών, η παραβίαση των εργασιακών δικαιωμάτων, των συνθηκών ασφάλειας και υγιεινής και η συστηματική παραβίαση των περιβαλλοντικών όρων. Οι εμπορικές σχέσεις Ευρωπαϊκής Ένωσης – Ινδίας πρέπει να εξαρτηθούν απ' την κατάργηση αυτών των αθέμιτων πρακτικών που υπάρχουν στην Ινδία κι απ' την τήρηση και την προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στη χώρα αυτή.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, rovněž chci poděkovat panu Predovi za předložení této zprávy. Pokládám ji za skutečně kvalitní. Zároveň souhlasím s panem Van Ordenem. Není nás zde ani deset a probíráme zprávu o postavení země, která i díky činnosti vlády pana Módího směřuje k postavení supervelmoci. To je skutečně škoda.

Oceňuji pevné hodnotové partnerství, které je dáno a je základem vztahu mezi EU a Indií. Byl jsem překvapen z rozsáhlého programu spolupráce, který ta zpráva popisuje. Zároveň bych chtěl podpořit Indii ve spolupráci na bezpečnostním poli. O tom mluvil i kolega Preda. Asertivní politika, kterou Čína provozuje v Jihočínském moři, potřebuje skutečně ráznější odpověď. Měli bychom se zastat té supervelmoci, která je demokratická. To znamená jak volný obchod, tak strategické partnerství. To jsou role, které vztahu mezi EU a Indií sluší.

(Încheierea procedurii „catch the eye”)

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Mr President, our discussion takes place shortly before the annual EU-India Summit that will be held in New Delhi in early October. I am happy to say that the report itself, and its assessments and recommendations, correspond to the intentions and activities of the European External Action Service as well as of the Commission. It definitely demonstrates the coherence of the EU policy approach towards India across the board. I would like, of course, to praise the work of the rapporteur, Mr Cristian Preda, who has my most definite congratulations.

As the world's largest democracies, the EU and India are important natural partners and, in the context of the current global uncertainties, we have a particular responsibility to protect and promote the rules-based international order. The EU Global Strategy recognises that there is a direct connection between European prosperity and Asian security, and we plan to boost our security-related cooperation with Asia, and with India in particular.

In fact, at the end of August, we already held the first foreign policy and security consultations in New Delhi, as well as three very productive security dialogues – counter-terrorism, cybersecurity and maritime – agreeing on specific actions for EU-India cooperation in these areas.

During her visit to India last April, High Representative Federica Mogherini had the opportunity to discuss EU-India cooperation with the Prime Minister, the Minister of External Affairs and other officials. They agreed to enhance the 'natural' EU-India Strategic Partnership, based on common values, principles and interests, particularly the joint commitment to multilateralism. Last week in Bled the High Representative met once again with the Indian Minister of State Mr Akbar, including for discussions on preparations for the EU-India Summit.

We want to make the summit another milestone in the EU-India relationship to further develop our political, economic and sectoral cooperation. The last EU-India Summit instilled a new momentum in the Strategic Partnership. Several political visits to India supported the implementation of the last Summit's conclusions, including the visits of Commission Vice-President Katainen in November 2016 and Commissioner Vella in October 2016, as well as the High Representative's visit in April this year.

We have been working on the last summit's outcomes, particularly the EU-India Clean Energy and Climate Partnership and the EU-India Water Partnership, and on cooperation on research and innovation, launching the EU-India Start-up Network last October. In March 2017, the President of the European Investment Bank opened a regional office in New Delhi, further strengthening the European Union's presence in India and the wider region.

The European Union plays a more and more important role as a partner in India's ambitious modernisation agenda. We intend to deepen our cooperation in the area of urban development and further strengthen our cooperation on climate change. Both the European Union and India share a commitment to the Paris Agreement and its implementation and will continue to work together to realise its objectives.

The European Union is India's first trading partner and there is significant untapped potential in the EU-India trade and investment relationship. For this reason, the Commission remains engaged with India to seek to agree on the parameters for the resumption of ambitious negotiations on a free trade agreement. Despite numerous efforts, it has not been possible to make progress with India in this domain in time for the summit, but discussions continue.

Looking ahead, the report recommends the adoption of a new EU strategy for its relations with India and, again, I can assure you that we have already started working on a strategic review of EU-India relations. The report and today's discussions represent a valuable contribution to this initiative.

Last but not least, allow me to congratulate you also on the positive impact of the visits of several of Parliament's delegations to India this year and the strengthening of ties with the Indian Parliament. I would like to encourage you to maintain these regular contacts, including at the highest level.

Președintele. – Punctul a fost închis.

Votul va avea loc miercuri, 13 septembrie 2017.

Declarații scrise (articolul 162)

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – ELi ja India vaheline partnerlus peab põhinema sellistel ühistel väärtustel nagu demokraatia ja inimõiguste austamine. Ei saa mööda vaadata Eesti jaoks väga olulisest murekohast suhetes Indiaga. Nimelt on juba peaaegu neli aastat Indias vangis 14 Eesti ja 6 Briti laevakaitsjat ja edasiminekut ei paista. Tamil Nadu kohus on viimased kümme kuud edasi lükanud kohtuistungit lõpliku kohtuotsuse teatamiseks. India seadusi ja kohtusüsteemi austades on siiski oluline, et India austaks ka õigust kohtupidamisele mõistliku aja jooksul. Eriti välismaalaste puhul, kes juba ligi 4 aastat Indias oma saatust ootavad. Laevakaitsjate lahendamata küsimus peab olema järjepidevalt ELi ja India vahelises suhtluses päevakorras niikaua, kuni küsimus on lahendatud. Järgmine võimalus selleks on ELi-India inimõiguste dialoogi raames ja ELi-India tippkohtumisel. Seega kuigi ELi-India vahelised suhted on olulised ja nende edendamine mõlema osapoolte huvides, peab meeles pidama, et ELi kohustus on seista oma kodanike huvide eest välismaal ning tagada, et nad võimalikult kiiresti koju oma lähedaste juurde saaksid naasta.

21. Korruption und Menschenrechte in Drittstaaten (kurze Darstellung)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este prezentarea succintă a raportului lui Petras Auštrevičius referitor la corupție și drepturile omului în țările terțe (2017/2028(INI)) (A8-0246/2017).

Petras Auštrevičius, rapporteur. – Mr President, I am very pleased to present to you the report on corruption and human rights in third countries. Let me start by thanking all my colleagues from the Subcommittee on Human Rights, the Committee on Development and the Committee on International Trade for their input and great cooperation in preparing this report, as well as, in particular, Ana Gomes who was the rapporteur in 2013.

The aim of this endeavour was to highlight the link between corruption and human rights, to cover the wide scope of human rights violations and to provide recommendations for EU policies. Corruption is regarded as a complex phenomenon of abuse of entrusted power for personal gain, which poses serious obstacles for the realisation of all human rights. It also distorts democracy and political processes. Therefore, in this report we see an intrinsic need to employ a human rights-based approach to the EU anti-corruption policy.

Among other topics, the report highlights business responsibility, investment flows in relation to corruption, the influence of corruption on elections, tax havens, large sporting events and freedom of the media. We continue to insist that the Commission and the External Action Service use all our diplomatic tools so that the European Union takes the lead in the fight against corruption by supporting anti-corruption institutions in third countries, encouraging the sharing of best practices, and negotiating enforceable anti-corruption and anti-money laundering provisions in all future trade agreements that we make. We believe that the European Union can become a credible actor only if we address corruption within our own borders. Thus this report calls for an effective anti-corruption strategy at Member State level too.

As far as aid and financing instruments are concerned, we insist that EU-funded projects be permanently monitored and that any budget support be linked with concrete reforms towards transparency and other anti-corruption measures. Having said this, we must admit that the gap between the policy and implementation still exists and here there is a lack of political will to bridge it, as we have learned very well from recent examples.

The future of the Guatemalan International Commission against Impunity, which is crucial in its fight against corruption in the country and was also mentioned in my report as a successful example of the EU-funded project, is now unfortunately under threat. In addition, we hear of LuxLeaks, Panama leaks, Russia and Azerbaijan Laundromats and other cases where we realise that corruption stretches far beyond state borders and is in fact having dramatic repercussions on very serious international policy decisions.

We therefore call for the highest possible ethical and transparency standards to be upheld in international institutions and national bodies in order to encourage the European Union to have a legal framework in place to deter any type of corruption or fraud. Thus in this report we reiterate our demand to bring the Magnitsky sanctions list against 32 Russian state officials to the Council for its immediate adoption.

Let me finish by quoting John Steinbeck, a Nobel Prize winner from 1962, who said 'Power does not corrupt. Fear corrupts ... perhaps the fear of a loss of power'. Indeed, I feel as if most of my report was precisely about the fear of the loss of power. I look forward to the debate in this plenary and the smooth adoption of this much-needed report.

President. – Thank you very much. Of course if you misuse power, you are afraid afterwards, or you should be.

Procedura „catch the eye”

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, budu velmi stručný. Chci poděkovat panu zpravodaji za předložení velmi kvalitní a dlouhé zprávy. Podle mého názoru je tak obsáhlá, že skutečně postihla aspekty, o kterých já jsem třeba ani u korupce nevěděl. Nepřišlo mi podstatné zamýšlet se nad tím, že i třeba v rozhodovacím procesu o přistoupení do EU můžou hrát velmi podstatnou roli ty požadavky, které EU bude vznášet. Za to chci zpravodaji poděkovat.

Myslím, že bychom si měli dát pravidla, která budou skutečně obecně platná pro jednání se třetími zeměmi. My totiž mnohdy poskytujeme peníze právě korupčníkům v těch třetích zemích. Je to v souvislosti s rozvojovou pomocí zcela zjevné. Nebo bohužel – doufám, že nechtěně – podporujeme našimi penězi nelegální obchod, nepotismus nebo obchod se zakázaným zbožím. Myslím si, že je skutečně důležité mít jasná, stručná pravidla, která bychom vymáhali ve všech případech a neexistovaly by z nich tak zásadní výjimky, jako jsme toho občas tu a tam svědky.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η πάταξη της διαφθοράς και των παραβιάσεων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στις τρίτες χώρες πρέπει να αποτελεί πρωταρχική επιλογή των λαών μας. Η αρπαγή γης αποτελεί δυστυχώς καθημερινή πρακτική στην Αφρική, τη Λατινική Αμερική και την Ασία. Αρπαγή γης από τις ευρωπαϊκές, αμερικανικές και κινεζικές πολυεθνικές που διώχνουν τους αυτόχθονες. Η διαφθορά στις αναπτυσσόμενες χώρες αποτελεί λίπασμα για την εμπορία ανθρώπων και την εκμετάλλευση των παιδιών. Επιπλέον, οι παραβιάσεις των υπολοίπων ανθρωπίνων δικαιωμάτων είναι στην ημερήσια διάταξη, όχι μόνο από τις κυβερνήσεις των τρίτων χωρών, αλλά και από τις πολυεθνικές, οι οποίες διαθέτουν μισθοφόρους και ιδιωτικούς στρατούς προκειμένου να επιβάλουν τα συμφέροντά τους. Τέλος, η διενέργεια ελεύθερων εκλογών και η τήρηση της Δημοκρατίας θα αποτελεί ζητούμενο για αρκετές δεκαετίες, δυστυχώς, για πολλές αναπτυσσόμενες χώρες.

(*Încheierea procedurii „catch the eye”*)

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Mr President, the fight against corruption is one of the Sustainable Development Targets of the 2030 Agenda and is therefore reflected in the New European Consensus on Development adopted in June. The New Consensus will shape the EU's development cooperation in the years to come. All of the human rights issues that are affected by corruption and highlighted in this report are also addressed by the 2015-2018 EU Action Plan for Democracy and Human Rights, so let me go through the five main issues raised by the report.

Firstly, trafficking in persons. The trafficking in men, women and particularly children is a grave violation of human rights. It also constitutes a serious form of organised crime: a fast-growing, highly profitable business that can corrupt the legal order of a state. The EU has developed a comprehensive legal and policy framework to combat trafficking: I will list the EU Strategy towards the Eradication of Trafficking in Human Beings, the EU Directive on Preventing and Combating Trafficking in Human Beings and Protecting Victims, and the designation of the EU Anti-Trafficking Coordinator. This framework has victims at its centre, it is based on the recognition of everyone's human rights, and it understands the specific needs of women and children.

Our priorities in fighting human trafficking are to enhance the law enforcement and judiciary, and to enable them to disrupt criminal networks more efficiently, but it also stresses the need to foster transparency and accountability. I continue because I strongly believe that we have to show our discipline in the principles of this political body.

Secondly, Business and Human Rights. The EU Council Conclusions of June 2016 on Business and Human Rights renew the commitment of the EU and its Member States to the UN Guiding Principles on Business and Human Rights and their implementation. Substantial progress has been achieved. For example, the 2014 EU Accounting Directive on non-financial information disclosure has required companies with more than 500 employees to disclose non-financial information in their management reports. Information includes socially-related aspects, respect for human rights, anti-corruption and bribery issues.

Furthermore, the EU has issued sector-specific guidance notes, including for the development of EU Member States' National Action Plans. As of today, 12 Member States have adopted National Action Plans on Business and Human Rights, and most of the others are advancing with their National Action Plans on Corporate Social Responsibility or on Business and Human Rights. This is really crucial as the EU is the home base of many multinationals with global value chains and potential human rights impact.

Thirdly, land grabbing. Respect for land rights, including customary and equitable access to land, is essential for sustainable development and for the enjoyment of fundamental human rights. Poor governance disproportionately affects developing countries and the most vulnerable sectors of populations, such as women and indigenous peoples. The European Union, in its cooperation with third countries, supports the promotion and application of the Voluntary Guidelines on Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests (VGGT).

Fourthly, freedom of media. Without freedom of expression and freedom of the media, an informed, active and engaged citizenry is impossible. The EU supports the adoption of legislation that provides adequate protection for whistle-blowers and for journalists' right of non-disclosure of sources.

Fifthly, elections and the functioning of democratically-elected bodies. A transparent, credible and resilient electoral framework, as well as independent and accountable state institutions, are important factors in deterring electoral fraud and corruption in the electoral process.

The European Parliament knows very well the importance of our electoral observation missions in this respect. Since 2000, the European Union has deployed 142 Electoral Observation Missions and Election Assessment Teams, in 64 countries around the globe. In addition, from 2008 onwards, we have deployed 85 smaller Electoral Expert Missions and, from 2011, 14 Election Follow-up Missions.

Furthermore, the EU supports the fight against corruption via public financial management reform, capacity building for law enforcement and the judiciary, as well as through support to civil society and parliaments. The EU also encourages the signing, ratification and implementation of international anti-corruption conventions, including the 2003 UN Convention Against Corruption (UNCAC).

Finally, allow me to thank the Committee on Foreign Affairs, and especially the rapporteur, my dear friend Mr Petras Auštrevičius, for a comprehensive and highly useful report. The report rightly highlights the massive human rights implications of corruption and corruptive practices. Thank you – this is our role, to continue regardless of the very difficult conditions.

President. – We should not be discouraged. We should fight on.

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 14 September 2017.

Written statements (Rule 162)

Jarosław Wałęsa (PPE), na piśmie. – W wielu krajach korupcja stanowi istotną systemową przeszkodę w stosowaniu demokracji, poszanowaniu praworządności, realizowaniu wolności politycznej i trwałego rozwoju, a także w korzystaniu z wszystkich praw człowieka. Korupcja jest zjawiskiem globalnym, rozprzestrzenia się ponad granicami, brutalnie uderza w osoby najbardziej potrzebujące w krajach rozwijających się, osłabia zrównoważony rozwój oraz pogłębia nierówności i przepaść między rządzącą elitą a większością społeczeństwa. Korupcja w sposób negatywny wpływa również na handel i wynikające zeń korzyści. Jestem przekonany, że polityka handlowa może być ważnym narzędziem poprawy sytuacji w zakresie przestrzegania praw człowieka w krajach trzecich w powiązaniu z innymi politykami UE, w szczególności z polityką zagraniczną i współpracą na rzecz rozwoju.

Umowy handlowe można w większym stopniu wykorzystać do zwalczania korupcji i zagwarantowania stosowania międzynarodowych konwencji i zasad w praktyce. W związku z tym należy wspierać zacieśnioną współpracę między krajami i między regionami oraz działalność organizacji społeczeństwa obywatelskiego w walce z korupcją. Ograniczenie tego proceduru ma zasadnicze znaczenie dla wzrostu gospodarczego, ograniczenia ubóstwa, stworzenia dobrobytu, edukacji, opieki społecznej i zdrowotnej, rozwoju infrastruktury oraz rozwiązywania konfliktów, a także zaufania do instytucji, przedsiębiorstw i działań politycznych. Wierzę, że dla głównego partnera i darczyńcy, jakim jest Unia Europejska, bardzo ważne jest, aby wywierać ciągły nacisk na poprawę sposobu sprawowania rządów poprzez elity w państwach trzecich.

22. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

23. Weiterbehandlung der Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

24. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

25. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 23.05)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. SEPTEMBER 2017

(C/2024/3007)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 11. bis 14. September 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
3. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
4. Mittelübertragungen: siehe Protokoll	4
5. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	4
6. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	4
7. Lage der Union (Aussprache)	4
8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Billigung) (Artikel 69c GO): siehe Protokoll	49
9. Abstimmungsstunde	49
9.1. Multilaterales Übereinkommen zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraums (A8-0260/2017 - Roberts Zile) (Abstimmung)	50
9.2. Kontrollmaßnahmen für Acryloylfentanyl (A8-0284/2017 - Brice Hortefeux) (Abstimmung)	50
9.3. Politische Beziehungen der EU zu Indien (A8-0242/2017 - Cristian Dan Preda) (Abstimmung)	50

Inhalt	Seite
9.4. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU zwecks Hilfeleistung für Italien (A8-0280/2017 - Giovanni La Via) (Abstimmung)	50
9.5. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4/2017 für den Vorschlag zur Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Italien (A8-0281/2017 - Jens Geier) (Abstimmung)	50
9.6. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2017/002 FI/Microsoft 2 (A8-0278/2017 - Petri Sarvamaa) (Abstimmung)	51
9.7. Emissionshandelssystem der EU (EU-EHS): Aufrechterhaltung der derzeitigen Einschränkung der Anwendung auf Luftverkehrstätigkeiten und Vorbereitung der Umsetzung eines globalen markt-basierten Mechanismus ab 2021 (A8-0258/2017 - Julie Girling) (Abstimmung)	51
9.8. Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 (A8-0262/2017 - Norbert Lins) (Abstimmung)	51
9.9. Einheitliche Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige (A8-0065/2017 - Jussi Halla-aho) (Abstimmung)	51
9.10. Einwand gemäß Artikel 105 GO: Delegierte Verordnung der Kommission vom 2. Juni 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der besonderen Zusammensetzungs- und Informationsanforderungen an Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung (B8-0497/2017) (Abstimmung)	51
9.11. Einwand gemäß Artikel 106 GO: Entwurf des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte DAS-68416-4 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen wurden (B8-0498/2017) (Abstimmung)	51
9.12. Einwand gemäß Artikel 106 GO: Entwurf der Durchführungsverordnung der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2016/6 der Kommission im Bezug auf Lebens- und Futtermittel, für die Sondervorschriften für die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln, deren Ursprung oder Herkunft Japan ist, nach dem Unfall im Kernkraftwerk Fukushima gelten (B8-0502/2017) (Abstimmung)	52
9.13. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2017: Haushaltsmittel für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen; Stellenpläne von ACER und SESAR2 (A8-0282/2017 - Jens Geier) (Abstimmung)	52
9.14. Waffenexporte und die Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP (A8-0264/2017 - Bodil Valero) (Abstimmung)	52
9.15. Politische Beziehungen der EU zu Lateinamerika (A8-0268/2017 - Javi López) (Abstimmung)	52
9.16. Korruption und Menschenrechte in Drittstaaten (A8-0246/2017 - Petras Auštrevičius) (Abstimmung)	52
10. Stimmerklärungen	52
10.1. Politische Beziehungen der EU zu Indien (A8-0242/2017 - Cristian Dan Preda)	52
10.2. Emissionshandelssystem der EU (EU-EHS): Aufrechterhaltung der derzeitigen Einschränkung der Anwendung auf Luftverkehrstätigkeiten und Vorbereitung der Umsetzung eines globalen markt-basierten Mechanismus ab 2021 (A8-0258/2017 - Julie Girling)	53
10.3. Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 (A8-0262/2017 - Norbert Lins)	54
10.4. Waffenexporte und die Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP (A8-0264/2017 - Bodil Valero)	55
10.5. Politische Beziehungen der EU zu Lateinamerika (A8-0268/2017 - Javi López)	55
10.6. Korruption und Menschenrechte in Drittstaaten (A8-0246/2017 - Petras Auštrevičius)	56
11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	57

Inhalt	Seite
12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	58
13. Änderung der Tagesordnung: siehe Protokoll	58
14. Dieselgate: Stärkung der EU-Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutznormen im Zusammenhang mit aktuellen Maßnahmen der Mitgliedstaaten, einschließlich Deutschlands und Österreichs (Aussprache über ein aktuelles Thema) (Artikel 153a GO)	58
15. Brandschutz in Gebäuden (Aussprache)	77
16. Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (Aussprache)	87
17. Verlängerung des Europäischen Statistischen Programms bis 2020 (Aussprache)	101
18. Europäische Risikokapitalfonds und Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (Aussprache)	107
19. Hurrikan Irma (Aussprache)	113
20. Mehrjahresplan für die Grundfischbestände in der Nordsee und für die Fischereien, die diese Bestände befischen (Aussprache)	120
21. Die Zukunft des Programms Erasmus+ (Aussprache)	129
22. Modernisierung der Handelssäule des Assoziierungsabkommens EU/Chile – Abkommen EU/Chile über den Handel mit ökologischen/biologischen Erzeugnissen – Protokoll zum Assoziierungsabkommen EU/Chile (Beitritt Kroatiens) (Aussprache)	139
23. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	146
24. Schluss der Sitzung	146

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. SEPTEMBER 2017

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.00)

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

4. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

5. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

6. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

7. Lage der Union (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la dichiarazione del Presidente della Commissione europea sullo stato dell'Unione (2017/2709(RSP)).

Prima di dare la parola al Presidente Juncker, che saluto e ringrazio insieme a tutti i componenti della Commissione europea per essere oggi qui, volevo darvi alcune informazioni che riguardano lo svolgimento dell'odierno dibattito.

Ieri vi ho detto che considero il Parlamento europeo il cuore pulsante dell'Unione europea, il luogo dove dovrà svolgersi il dibattito sul futuro dell'Unione; ho ricordato l'importanza del discorso che pronuncerà oggi il Presidente Juncker e ho invitato tutti i capi di Stato a tornare a parlare in quest'Aula. Faremo anche noi, credo, un dibattito aperto sul futuro dell'Unione, perché siamo convinti che questo Parlamento possa veramente dare un contributo determinante alla crescita dell'Unione e al suo miglioramento, per cambiare le cose che devono essere cambiate, ma anche per lavorare insieme alle altre istituzioni, per compiere tutte le riforme necessarie, quelle istituzionali, quelle che riguardano l'azione contro il terrorismo, contro l'immigrazione illegale e contro lo sfruttamento degli esseri umani, ma anche per lavorare alla creazione di nuovi posti di lavoro. Da quello che abbiamo letto, c'è un impegno forte della Commissione a sostegno della politica industriale, cosa che il Parlamento europeo ha sottolineato. Lavoreremo a fianco della Commissione per risolvere tutti i problemi che riguardano i cittadini.

Per questo oggi ascolteremo con grande attenzione le proposte del Presidente Juncker: ci sarà un dibattito approfondito, al termine del quale il Presidente Juncker formulerà le proprie osservazioni e, successivamente, i presidenti dei gruppi tireranno le somme di questa mattinata così importante. Quindi, subito dopo l'intervento del Presidente Juncker, intervengono i presidenti dei gruppi, cui faranno seguito il dibattito, la replica del Presidente Juncker e le conclusioni dei presidenti dei gruppi.

Mi raccomando di rispettare i tempi che vi sono stati assegnati, perché questo permetterà a tutti quanti di esprimersi e poi al Presidente Juncker di dare una risposta compiuta e articolata alle osservazioni che gli verranno formulate dai rappresentanti che siedono in questo Parlamento.

Jean-Claude Juncker, *President of the Commission*. – Mr President, when I stood before you this time last year I had a somewhat easier speech to give. It was plain for all to see that our Union was not in a good state. Europe was battered and bruised by a year that had shaken our very foundation. We only had two choices: either come together around a positive European agenda, or each retreat into our own corners. Faced with this choice, I argued for unity. I proposed a positive agenda to help create, as I said last year, a Europe that protects, a Europe that empowers, a Europe that defends.

Over the past 12 months, this Parliament has helped bring this agenda to life. We continue to make progress with each passing day. Just last night you worked to find an agreement on a trade defence instrument and on doubling our European investment capacity, and you succeeded. Thank you for that.

I also want to thank the 27 leaders of our Member States. Days after my speech last year, they welcomed my agenda at their summit in Bratislava. In doing so, they chose unity. They chose to rally around our common ground. Together, we showed that Europe can deliver for its citizens when and where it matters. Ever since, we have been slowly, but surely, gathering momentum.

It helped that the economic outlook swung in our favour. We are now in the fifth year of an economic recovery that really reaches each and every single Member State. Growth in the European Union has outstripped that of the United States over the last two years. It now stands above 2% for the Union as a whole and at 2.2% for the monetary area. Unemployment is at a nine-year low. Almost eight million jobs have been created during this mandate so far. With 235 million people in work, more people are in employment in the European Union than ever before.

The Commission cannot take the credit for this alone, though I am sure that had eight million jobs been lost we would have taken the blame. But Europe's institutions played their part in helping the wind change. We can take credit for our European investment plan which has triggered EUR 225 billion worth of investment so far. It has granted loans to over 450 000 small firms and more than 270 infrastructure projects.

We can take credit for the fact that thanks to determined action, European banks once again have the capital fire power to lend to companies so that they can grow and create jobs. And we can take credit for having brought public deficits down from 6.6% to 1.6%. This is thanks to an intelligent application of the Stability and Growth Pact. We ask for fiscal discipline but are careful not to kill growth. This is in fact working very well across the Union, despite some criticism.

Ten years since the crisis struck, Europe's economy is finally bouncing back and with it, our confidence. Our 27 leaders, this Parliament and the Commission are putting 'Europe' back into our Union, and together we are putting 'Union' back into our Union. In the last year we saw all 27 leaders walk up to the Capitoline Hill in Rome, one by one, to renew their vows to each other and to our Union. All of this leads me to believe the wind is back in Europe's sails.

We now have a window of opportunity, but it will not stay open forever. Let us make the most of the momentum, catch the wind in our sails. For this, we must do two things. First, we should stay the course set out last year. We still have 16 months in which real progress can be made by Parliament, Council and Commission. We must use this time to finish what we started in Bratislava and deliver on our own positive agenda. Secondly, we should chart the direction for the future. As Mark Twain wrote, and I quote: 'years from now you will be more disappointed by the things you didn't do than by the ones you did do'. Now is the time to build a more united, a stronger, and a more democratic Europe for 2025.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, alors que nous regardons vers l'avenir, nous ne pouvons pas nous laisser détourner de notre cap. Ensemble, nous nous sommes fixé comme objectif de parachever une union de l'énergie, une union de la sécurité, une union des marchés des capitaux, une union bancaire et un marché unique numérique. Ensemble, nous avons déjà fait bien du chemin.

Comme l'a conseillé votre Parlement, la Commission a déjà présenté 80 % des propositions promises en début de mandat. Nous devons maintenant travailler ensemble pour que ces propositions deviennent des actes législatifs et que ces actes se concrétisent dans la pratique.

Comme toujours, certaines concessions devront être faites. Les propositions présentées par la Commission pour réformer notre système d'asile commun ou pour établir de nouvelles règles et des règles plus solides sur le détachement des travailleurs sont des sujets – je le sais – controversés. Nous obtiendrons de bons résultats si chacun bâtit sa partie du pont pour que les positions puissent se rejoindre. Je voudrais dire que la Commission sera ouverte au compromis, du moment que le résultat final est bon pour l'Union et équitable pour tous ses États membres.

Nous sommes maintenant prêts à soumettre les 20 % d'initiatives restantes d'ici mai 2018. Ce matin, j'ai adressé au Président du Parlement et au premier ministre estonien – dont je voudrais ici saluer l'action forte dans le domaine européen – une lettre d'intention précisant les priorités pour l'année à venir.

Je ne vais pas et je ne peux pas vous énumérer toutes ces propositions, mais permettez-moi d'en mentionner cinq qui sont particulièrement importantes.

Premièrement, je voudrais que nous renforçons notre programme commercial européen. L'Europe est ouverte au commerce, oui, mais réciprocité il doit y avoir. Il faudra que nous obtenions autant que ce que nous donnons.

Le commerce n'est pas un concept abstrait. Le commerce, ce sont des emplois, ce sont de nouvelles opportunités pour les entreprises européennes, grandes ou petites. Chaque milliard d'exportations en plus représente 14 000 emplois supplémentaires en Europe. Le commerce, c'est l'exportation de nos normes sociales et environnementales et de nos normes en matière de protection des données ou de sécurité alimentaire.

L'Europe a toujours été un espace économique attirant mais, depuis l'an dernier, j'observe que nos partenaires du monde entier se pressent à notre porte pour conclure des accords commerciaux avec nous.

Grâce à l'aide de votre Parlement, nous venons de conclure avec le Canada un accord commercial qui s'appliquera de manière provisoire à compter de la semaine prochaine. Nous avons trouvé un accord politique avec le Japon sur un futur partenariat économique et, d'ici à la fin de l'année, nous avons de bonnes chances de faire de même avec le Mexique et les pays d'Amérique du Sud. Aujourd'hui, nous proposons d'ouvrir des négociations commerciales avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande.

Je voudrais que tous ces accords soient finalisés d'ici à la fin de ce mandat et je tiens à ce qu'ils soient négociés dans la plus grande transparence. L'ouverture aux échanges doit aller de pair avec une transparence accrue de nos processus décisionnels. Le Parlement européen aura le dernier mot sur l'ensemble des accords commerciaux et donc ses membres, tout comme les parlements nationaux et régionaux, doivent être tenus parfaitement informés dès le premier jour des négociations.

La Commission y veillera. Dorénavant, la Commission publiera l'intégralité des projets de mandat de négociation qu'elle présentera au Conseil. Les citoyens ont le droit de savoir ce que propose la Commission. Fini le manque de transparence, fini les rumeurs et les procès d'intention dont la Commission ne cesse de faire l'objet. J'invite le Conseil à faire de même.

(Applaudissements)

Je voudrais dire une fois pour toutes que nous ne sommes pas des partisans naïfs du libre-échange. L'Europe doit toujours défendre ses intérêts stratégiques. C'est la raison pour laquelle nous proposons aujourd'hui un nouveau cadre de l'Union européenne sur l'examen des investissements, *Investment Screening*, en français.

Si une entreprise publique étrangère veut acquérir un port européen stratégique, une partie de notre infrastructure énergétique ou une de nos sociétés dans le domaine des technologies de défense, cela ne pourra se faire que dans la transparence, à travers un examen approfondi et un débat. Il est de notre responsabilité politique de savoir ce qui se passe chez nous afin d'être en mesure, si besoin en était, de protéger notre sécurité collective.

(Applaudissements)

Deuxièmement, la Commission voudrait rendre notre industrie plus forte et plus compétitive. Ceci est en particulier vrai pour ce qui concerne notre base industrielle et les 32 millions de travailleurs qui en constituent la colonne vertébrale. Ce sont eux qui fabriquent les produits de toute première classe – nos voitures, par exemple – auxquels nous devons notre avance par rapport à d'autres. Je suis fier de notre industrie automobile, mais je suis choqué quand les clients et les consommateurs sont sciemment et intentionnellement trompés.

(Applaudissements)

J'invite l'industrie automobile à faire amende honorable et à corriger le tir. Au lieu de chercher à tromper et à induire en erreur, les constructeurs devraient investir dans les voitures propres, qui sont celles de demain.

Mesdames et Messieurs les députés, nous présentons aujourd'hui même une nouvelle stratégie industrielle pour l'Europe, qui permettra à notre industrie de rester ou de devenir le numéro un en matière d'innovation, de numérisation et de décarbonisation.

Troisièmement, je voudrais que l'Europe soit à l'avant-garde de la lutte contre le changement climatique. L'année dernière, nous avons fixé des normes climatiques globales avec la ratification de l'accord de Paris, ici même, dans cette Assemblée. Face à l'affaîssement des ambitions dont font preuve les États-Unis, l'Europe doit faire en sorte de rendre grandes la planète et la partie indivisible de l'humanité tout entière. La Commission présentera sous peu une proposition de réduction des émissions de carbone dans le secteur des transports.

Quatrièmement, je voudrais que nous protégeions mieux les Européens à l'ère du numérique. Au cours des dernières années, nous avons fait des progrès notables dans la sécurisation de l'internet. De nouvelles règles proposées par la Commission protégeront nos droits de propriété intellectuelle, notre diversité culturelle et nos données à caractère personnel. Nous avons intensifié la lutte contre la propagande terroriste et la radicalisation en ligne.

Mais l'Europe reste mal équipée face aux cyberattaques. Les cyberattaques sont parfois plus dangereuses pour la stabilité des démocraties et des économies que les fusils et les chars. Rien que l'année dernière, nous avons enregistré plus de 4 000 attaques par rançongiciel et 80 % des entreprises européennes ont connu au moins un incident lié à la cybersécurité. Les cyberattaques ne connaissent pas de frontières. Elles n'épargnent personne. C'est pourquoi la Commission propose aujourd'hui de nouveaux outils et notamment une Agence européenne de la cybersécurité pour mieux nous défendre contre ces attaques.

Cinquièmement, la migration doit rester sur notre radar. Même si les questions gravitant autour de la migration ont souvent suscité débats et polémiques, nous sommes parvenus à faire de réels progrès sur de nombreux plans. Aujourd'hui, nous protégeons nos frontières extérieures de façon plus efficace. Plus de 1 700 officiers du nouveau corps européen de garde-frontières et de garde-côtes soutiennent maintenant les 100 000 garde-frontières nationaux des États membres et patrouillent notamment en Grèce, en Italie, en Bulgarie et en Espagne.

Nous avons des frontières communes, mais les États membres qui sont en première ligne du fait de leur situation géographique ne doivent pas être les seuls responsables de leur protection. Frontières communes et protections communes doivent aller ensemble.

Nous sommes parvenus à endiguer les flux de migrants irréguliers, source de grande inquiétude dans de nombreux pays. Nous avons réduit de 97 % le nombre d'arrivées irrégulières en Méditerranée orientale grâce à l'accord que nous avons conclu avec la Turquie. Et, cet été, nous avons réussi à mieux contrôler la route de la Méditerranée centrale. Les arrivées y ont diminué de 81 % au mois d'août par rapport au même mois de l'année dernière.

De cette manière, nous avons considérablement réduit le nombre de vies perdues en Méditerranée. Je ne peux pas parler de migration sans rendre un hommage appuyé à l'Italie pour sa persévérance et sa générosité.

(Applaudissements)

Pendant les mois d'été, la Commission a travaillé en toute harmonie avec le Premier ministre italien, mon ami Paolo Gentiloni, et son gouvernement. Nous l'avons fait et nous continuerons à le faire parce que, en Méditerranée, l'Italie sauve l'honneur de l'Europe.

Nous devons aussi, et de toute urgence, améliorer les conditions de vie des réfugiés en Libye. Je suis atterré par les conditions inhumaines qui prévalent dans les centres de rétention ou d'accueil. Ici, l'Europe a une responsabilité mais une responsabilité collective, et la Commission agira de concert avec les Nations unies pour mettre fin à cette situation scandaleuse qui ne peut durer.

(Applaudissements)

Même si cela m'attriste de voir que tous nos États membres ne montrent pas le même degré de solidarité, l'Europe, prise dans son ensemble a continué, elle, à faire preuve de solidarité. Rien que l'année passée, nos États membres ont accordé l'asile à plus de 720 000 réfugiés ou ont pourvu à leur réinstallation. C'est trois fois plus que l'Australie, le Canada et les États-Unis, pris ensemble.

L'Europe, contrairement à ce qui est dit, n'est pas une forteresse et ne doit jamais le devenir. L'Europe est et restera le continent de la solidarité où doivent pouvoir trouver refuge ceux qui sont poursuivis pour des raisons inacceptables.

(Applaudissements)

Je suis particulièrement fier des jeunes Européens qui se portent volontaires pour donner des cours de langues aux réfugiés syriens ou de tous ces jeunes qui, par milliers, se sont mis au service de notre nouveau corps européen de solidarité. Ces jeunes-là donnent vie et couleurs à la solidarité européenne.

(Applaudissements)

Mais nous devons redoubler d'efforts. À la fin du mois, la Commission présentera une nouvelle série de propositions centrées sur les retours, la solidarité avec l'Afrique et l'ouverture des voies de migration légale. Concernant plus particulièrement les retours, je voudrais répéter que les personnes qui ne sont pas en droit de séjourner en Europe doivent regagner leur pays d'origine. Alors que seulement 36 % des migrants en situation irrégulière sont renvoyés, il est évident que nous devons considérablement intensifier notre effort et notre action en la matière. C'est seulement de cette manière que l'Europe pourra faire preuve de solidarité à l'égard des réfugiés qui ont réellement besoin de protection.

(Applaudissements)

La solidarité ne peut pas être une affaire exclusivement intra-européenne. Il s'agit aussi de mettre en place une plus grande solidarité avec l'Afrique. L'Afrique, berceau de l'humanité, continent noble, continent jeune. Notre Fonds fiduciaire pour l'Afrique, doté d'une enveloppe de 2,7 milliards d'euros ouvre des possibilités d'emplois partout sur le continent africain.

Mais, alors que le budget de l'Union européenne a assumé le gros du financement, la contribution de tous nos États membres réunis ne s'élève qu'à 150 millions d'euros. Le fonds atteint maintenant ses limites. Nous connaissons, ou devrions connaître, les risques d'une pénurie de financement. En 2015, de nombreux migrants ont voulu rejoindre l'Europe quand et parce que les fonds du programme alimentaire mondial de l'ONU se sont épuisés. J'invite donc les États membres à joindre le geste à la parole et à veiller à ce que le Fonds fiduciaire pour l'Afrique ne connaisse pas le même sort. Le risque est grand.

(Applaudissements)

Nous allons aussi travailler à l'ouverture des voies de migration légale. La migration irrégulière ne s'arrêtera que lorsque les migrants auront une autre option que d'entreprendre un voyage périlleux.

(Appplaudissements)

Nous sommes sur le point de réinstaller 22 000 réfugiés venant de Turquie, de Jordanie ou du Liban, et je m'associe à l'appel lancé par le Haut Commissaire des Nations unies pour les réfugiés pour réinstaller 40 000 autres réfugiés originaires de Libye et des pays voisins.

Pour le reste, l'Europe est un continent qui vieillit, raison de plus pour le doter d'un système de migration légale, qui est une nécessité incontournable. C'est la raison pour laquelle la Commission a fait des propositions pour faciliter l'accès des migrants à la carte bleue européenne et je remercie le Parlement de son soutien à cet égard.

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe nur einige wenige der Initiativen angesprochen, die wir in den kommenden 16 Monaten zum Abschluss bringen wollen und zum Abschluss bringen müssen. Doch dies allein reicht nicht aus, wenn wir die Herzen, ja, auch die Köpfe der Europäer zurückgewinnen wollen. Jetzt ist es an der Zeit, die Strecke in Richtung Zukunft abzustecken.

Im März hat die Kommission ihr Weißbuch zur Zukunft Europas mit fünf Szenarien vorgelegt, wie Europa im Jahr 2025 aussehen könnte. Diese Szenarien wurden diskutiert – manchmal oberflächlich, sehr oft heftig –, sie wurden analysiert und mitunter teilweise zerrissen. Das ist auch gut so, denn genau dafür waren sie gedacht. Ich wollte einen Prozess in Gang bringen, in dem die Europäer selbst über ihren Weg in die Zukunft bestimmen.

Die Zukunft Europas kann man nicht – gewissermaßen von oben herab – diktieren. Solche Entscheidungen müssen auf einer demokratischen Debatte und letztlich auf breitem Konsens fußen. Dieses Haus hat aktive Beiträge zu dieser Debatte geleistet, wofür ich mich besonders bei den Berichterstattern bedanken möchte. Auch möchte ich mich bei den Kollegen bedanken, die an den mehr als 2 000 öffentlichen Konsultationsveranstaltungen teilgenommen haben, welche die Kommission seit März überall in Europa organisiert hat.

Jetzt ist es an der Zeit, die ersten Schlussfolgerungen aus dieser Debatte zu ziehen. Es ist an der Zeit, den nächsten Schritt zu machen: vom Nachdenken zum Handeln, von der Debatte zur Entscheidung.

Heute möchte ich Ihnen meine Sicht der Dinge vorstellen: mein – wenn Sie so wollen – persönliches ‘Szenario 6’.

Dieses Szenario beruht auf jahrzehntelangen persönlichen Erfahrungen. Mein ganzes Leben lang habe ich das europäische Projekt gelebt, dafür gekämpft und dafür gearbeitet. Ich habe gute Zeiten gesehen, aber auch schlechte Zeiten erlebt.

Ich habe an vielen Seiten des Verhandlungstisches gesessen – als Minister, als Premierminister, als Präsident der Euro-Gruppe und nun als Kommissionspräsident. Ich war in Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon dabei, als sich unsere Union weiterentwickelt und erweitert hat. Ich habe stets für Europa gekämpft, habe manchmal auch an Europa gelitten und bin an Europa verzweifelt. Ich bin mit der Europäischen Union durch dick und dünn gegangen – und nie habe ich meine Liebe zu Europa verloren.

Es gibt – wie wir wissen – keine Liebe ohne Enttäuschungen, jedenfalls sehr selten.

Ja, Liebe zu Europa, weil Europa und die Europäische Union in dieser zerklüfteten Welt Einmaliges erreicht hat: Frieden nach innen und Frieden nach außen. Wohlstand, wenn auch nicht für alle, so doch für viele. Daran sollten wir 2018 aus Anlass des Europäischen Jahres des Kulturerbes denken. 2018 muss ein Fest der kulturellen Vielfalt werden.

(Beifall)

Die Wertegebundenheit Europas gibt uns ein sicheres Zuhause. Für mich ist Europa mehr als Binnenmarkt, Geld, Währung, Euro. Es geht immer vorrangig um Werte.

Mein Szenario 6 geht deshalb von drei Grundprinzipien aus – drei unverrückbaren Grundprinzipien: Freiheit, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit.

Europa ist zunächst eine Union der Freiheit. Damit meine ich die Freiheit von Unterdrückung und Diktatur – Phänomene, die unser Kontinent, vor allem die Länder Mittel- und Osteuropas, leider nur allzu gut kennt. Ich meine die Freiheit, die eigene Meinung zu sagen, als Bürger und als Journalist

(Beifall)

— eine Freiheit, die wir allzu oft als Selbstverständlichkeit empfinden. Auf diesen Freiheitswerten wurde unsere Union aufgebaut. Doch Freiheit fällt nicht vom Himmel. Wir müssen für sie kämpfen. In Europa und in der Welt.

(Beifall)

Europa muss eine Union der Gleichberechtigung und der Gleichberechtigten sein. Das bedeutet Gleichberechtigung ihrer Mitglieder – ob groß oder klein, ob im Osten oder im Westen, ob im Norden oder im Süden.

Europa reicht von Vigo bis Varna, von Spanien bis nach Bulgarien.

(Beifall)

Europa muss mit beiden Lungenflügeln atmen, mit dem östlichen und dem westlichen. Ansonsten gerät unser Kontinent in Atemnot.

In einer Union der Gleichen kann es keine Bürger zweiter Klasse geben. Es ist nicht hinnehmbar, dass auch 2017 noch Kinder an Krankheiten sterben, die in Europa schon längst ausgerottet sein müssten.

(Beifall)

Kinder in Rumänien oder Italien sollten gleichermaßen Zugang zu Masernimpfstoffen haben wie Kinder in anderen Ländern Europas. Ohne Wenn und Aber.

(Beifall)

Deshalb arbeiten wir mit allen Mitgliedstaaten zusammen, um ihre nationalen Impfmaßnahmen zu unterstützen. Vermeidbare Todesfälle darf es in Europa nicht geben.

(Beifall)

In einer Union der Gleichen kann es keine Arbeitnehmer zweiter Klasse geben. Menschen, die die gleiche Arbeit am gleichen Ort verrichten, sollen das gleiche Gehalt bekommen.

(Beifall)

Diesem Ziel dienen die Kommissionsvorschläge zur Entsendung von Arbeitskräften. Wir sollten sicherstellen, dass alle EU-Vorschriften zur Mobilität von Arbeitskräften auf gerechte, einfache und wirksame Art und Weise durchgesetzt werden – und zwar mit Hilfe einer neuen europäischen Aufsichts- und Umsetzungsbehörde. Es ist absurd, dass eine Bankenaufsichtsbehörde darüber wacht, ob Bankenstandards eingehalten werden, dass es aber keine gemeinsame Arbeitsmarktbeförde gibt, die für Fairness innerhalb des Binnenmarkts sorgt. Wir werden diese Behörde schaffen.

(Beifall)

In einer Union der Gleichen kann es keine Verbraucher zweiter Klasse geben. Ich kann nicht akzeptieren, dass den Menschen in manchen Teilen Europas, vornehmlich in Mittel- und Osteuropa, qualitativ schlechtere Lebensmittel verkauft werden als in anderen, obwohl Verpackung und Markenkennzeichnung identisch sind.

(Beifall)

Slowaken haben nicht weniger Fisch in Fischstäbchen verdient, Ungarn nicht weniger Fleisch in Fleischgerichten oder Tschechen weniger Kakao in der Schokolade. Das EU-Recht verbietet solche Praktiken schon jetzt. Nun müssen wir die nationalen Behörden mit umfassenden Befugnissen ausstatten, sodass diese flächendeckend gegen diese illegalen Praktiken vorgehen können.

(Beifall)

Drittens: In Europa gilt die Macht des Rechts, und die Macht des Rechts ist an die Stelle des Rechts der Stärkeren getreten. Das bedeutet, dass Recht und Gesetz durch eine unabhängige Justiz gewahrt werden.

Teil einer Union zu sein, die auf Rechtsstaatlichkeit beruht, heißt auch, rechtskräftige Urteile zu akzeptieren und zu respektieren.

(Beifall)

Unsere Mitgliedstaaten haben dem Europäischen Gerichtshof die Befugnis übertragen, in letzter Instanz zu entscheiden. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofs sind in allen Fällen zu respektieren. Sie nicht zu respektieren oder die Unabhängigkeit nationaler Gerichte zu untergraben, heißt, Bürgerinnen und Bürger ihrer Grundrechte zu berauben.

Rechtsstaatlichkeit ist in der Europäischen Union keine Option. Sie ist Pflicht. Unsere Union ist kein Staat, aber sie muss ein Rechtsstaat sein.

(Beifall)

Diese drei Grundsätze – Freiheit, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit – müssen das Fundament bleiben, auf dem wir eine stärkere und demokratischere Union aufbauen.

Wenn wir über diese Zukunft reden, dann sagt mir meine Erfahrung, dass neue Verträge und neue Institutionen für die Menschen nicht die Antwort sind, nach der sie suchen. Sie sind lediglich Mittel zum Zweck, nicht mehr und nicht weniger. Für uns hier in Straßburg oder in Brüssel haben sie Bedeutung. Andernorts bedeuten sie nicht viel.

Ich bin an institutionellen Reformen nur interessiert, wenn sie zu mehr Effizienz der Europäischen Union führen.

Statt Zuflucht in künftigen Vertragsänderungen – die irgendwann kommen müssen – zu suchen, müssen wir uns zunächst von der Vorstellung verabschieden, dass einige verlieren müssen, damit andere gewinnen können. In der Demokratie geht es um Kompromiss. Und die richtigen Kompromisse machen auf Dauer alle zu Gewinnern. In der Europäischen Union sind Kompromisse weder negativ noch obszön, sondern die Kunst, Gegensätze zu überbrücken und zueinander zu finden. Wer nicht kompromissfähig ist, ist weder demokratiefähig noch europatauglich.

(Beifall)

Um ihre Einheit zu stärken, muss die Europäische Union auch inklusiver werden.

Wenn wir den Schutz unserer Außengrenzen zu Recht verstärken und noch mehr verstärken wollen, dann müssen wir Rumänien und Bulgarien unverzüglich den Schengen-Raum öffnen.

(Starker Beifall)

Im Übrigen sollten wir auch Kroatien die volle Schengen-Mitgliedschaft ermöglichen, sobald alle Kriterien erfüllt sind.

Wenn wir wollen, dass der Euro unseren Kontinent mehr eint als spaltet, dann sollte er mehr sein als die Währung einiger ausgewählter Länder. Der Euro ist dazu bestimmt, die einheitliche Währung der Europäischen Union als Ganzes zu sein. Alle außer zwei Mitgliedstaaten sind verpflichtet und berechtigt, dem Euroraum beizutreten, sobald sie die Bedingungen erfüllen.

Doch die Mitgliedstaaten, die dem Euroraum beitreten möchten, müssen dies auch tun können. Deshalb schlage ich die Schaffung eines Euro-Vorbeitragsinstrumentes vor, das ihnen technische, manchmal auch finanzielle Heranführungshilfen bietet.

(Beifall)

Wenn wir wollen, dass Banken überall auf unserem Kontinent nach denselben Regeln und unter derselben Aufsicht arbeiten, dann sollten wir alle Mitgliedstaaten ermutigen, der Bankenunion beizutreten. Dazu müssen wir die verbleibenden Risiken in den Bankensystemen mancher Mitgliedstaaten verringern. Die Bankenunion funktioniert nur, wenn die Begrenzung und das Teilen von Risiken Hand in Hand gehen. Um dies tun zu können – das weiß jeder –, müssen Vorbedingungen erfüllt werden, so wie es die Kommission im November 2015 vorgeschlagen hat. Eine gemeinsame Einlagensicherung kann es erst dann geben, wenn jeder seine nationalen Hausaufgaben gemacht haben wird.

Wenn wir der sozialen Fragmentierung und dem Sozialdumping in Europa ein Ende setzen wollen, sollten die Mitgliedstaaten sich so schnell wie möglich, spätestens beim Göteborg-Gipfel im November, auf die europäische Säule sozialer Rechte einigen. Nationale Sozialsysteme werden noch lange unterschiedlich und eigenständig bleiben. Doch wir sollten uns zumindest auf eine Europäische Union der Sozialstandards verständigen, in denen es einen Konsens darüber gibt, was in unserem Binnenmarkt sozial fair und was in unserem Binnenmarkt sozial unfair ist.

(Beifall)

Ich bleibe davon überzeugt: Damit Europa gelingt, darf es den Arbeitnehmern nicht die kalte Schulter zeigen.

Wenn wir mehr Stabilität in unserer Nachbarschaft wollen, müssen wir auch eine glaubhafte Erweiterungsperspektive für den westlichen Balkan aufrechterhalten.

(Beifall)

Während dieses Kommissions- und Parlamentsmandats wird es keine neuen Mitglieder geben, weil die Beitrittsbedingungen nicht erfüllt werden können. Doch die Europäische Union wird in den darauffolgenden Jahren mehr als 27 Mitglieder zählen. Bei allen Beitrittsländern haben Rechtsstaatlichkeit, Justiz und Grundwerte oberste Verhandlungspriorität.

Das schließt eine EU-Mitgliedschaft der Türkei in absehbarer Zeit aus.

(Beifall)

Die Türkei entfernt sich seit geraumer Zeit mit Riesenschritten von der Europäischen Union. Journalisten gehören in Redaktionsstuben, in denen freie Meinungsäußerung gilt. Sie gehören nicht ins Gefängnis.

(Beifall)

Ich appelliere heute an die Verantwortlichen in der Türkei: Lassen Sie unsere Journalisten frei, und nicht nur unsere! Hören Sie auf, unsere Mitgliedstaaten, Staats- und Regierungschefs als Faschisten und Nazis zu beschimpfen!

(Beifall)

Europa ist ein Kontinent reifer Demokratien. Wer aber bewusst beleidigt, verbaut sich Wege zu ihnen. Manchmal habe ich den Eindruck, einige in der Türkei möchten sich bewusst Wege verbauen, um dann später die Europäische Union für das eventuelle Scheitern der Beitrittsgespräche haftbar machen zu können.

Von unserer Seite wird immer eine Hand ausgestreckt bleiben für das große türkische Volk und all diejenigen, die bereit sind, auf der Grundlage unserer Werte mit ihr zusammenzuarbeiten.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte gerne, dass unsere Union stärker wird, und deshalb müssen wir auch den Binnenmarkt stärken.

Ich möchte, dass wir in wichtigen Binnenmarktfragen öfter und einfacher im Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheiden unter gleichberechtigter Mitwirkung des Europäischen Parlaments. Dazu brauchen wir keine Vertragsänderungen. Die derzeitigen Verträge enthalten sogenannte 'Brückenklauseln', die es ermöglichen, in bestimmten Fällen – vorausgesetzt, der Europäische Rat entscheidet dies einstimmig – mit qualifizierter Mehrheit, statt einstimmig zu entscheiden.

Ich bin dafür, bei Beschlüssen über die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, über die Mehrwertsteuer, über eine faire Besteuerung der Digitalwirtschaft und über die Finanztransaktionssteuer die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit einzuführen.

(Beifall)

Europa muss nämlich schneller und effizienter entscheiden können. Dies gilt auch in dem Bereich, der darauf abstellt, die Wirtschafts- und Währungsunion handlungsfähiger zu machen.

Der Euro-Raum ist heute widerstandsfähiger als noch vor Jahren. So haben wir unter anderem den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geschaffen. Ich denke, der ESM sollte nun schrittweise zu einem Europäischen Währungsfonds ausgebaut werden, der allerdings fest im Regel- und Kompetenzwerk der Europäischen Union verankert sein muss. Die Kommission wird hierzu im Dezember konkrete Vorschläge vorlegen.

Wir brauchen einen Europäischen Wirtschafts- und Finanzminister, einen europäischen Minister, der positive Strukturreformen in unseren Mitgliedstaaten fördert und unterstützt. Er wird dabei auf der Arbeit aufbauen können, die die Kommission seit 2015 mit unserer Sondereinheit zur Unterstützung von Strukturreformen leistet. Der Europäische Wirtschafts- und Finanzminister soll alle Finanzierungsinstrumente der EU koordinieren, die in Bewegung gebracht werden müssen, wenn ein Mitgliedstaat von einer Rezession oder einer Fundamentalkrise betroffen wird.

Ich plädiere nicht für die Schaffung eines neuen Amtes. Ich plädiere aus Effizienzgründen dafür, dass der für Wirtschaft und Finanzen zuständige EU-Kommissar – idealerweise ein Vizepräsident der Europäischen Kommission – mit dieser Aufgabe betraut und Vorsitzender der Eurogruppe wird.

(Beifall)

Der Europäische Wirtschafts- und Finanzminister muss selbstverständlich dem Europäischen Parlament gegenüber Rechenschaft ablegen.

Wir brauchen keine Parallelstrukturen. Wir benötigen deshalb keinen separaten Euro-Haushalt, sondern eine starke Eurozonen-Budgetlinie im Rahmen unseres EU-Haushalts.

(Beifall)

Ich kann auch der Idee eines gesonderten Europa-Parlaments und eines gesonderten Euro-Parlaments wenig Reiz abgewinnen. Das Parlament des Euroraums ist dieses Europäische Parlament.

(Starker Beifall)

Die Europäische Union muss auch stärker bei der gemeinsamen Terrorbekämpfung werden. In den letzten drei Jahren sind wir zwar auch diesbezüglich ein großes Stück weitergekommen. Doch im Falle grenzübergreifender terroristischer Bedrohungen reagieren wir nicht schnell genug.

Ich plädiere deshalb für die Schaffung einer europäischen Aufklärungseinheit, die sicherstellt, dass Daten über Terroristen und Auslandskämpfer automatisch zwischen unseren Nachrichten- und Polizeidiensten ausgetauscht werden.

(Beifall)

Aus meiner Sicht spricht auch vieles dafür, die neu geschaffene Europäische Staatsanwaltschaft mit der Verfolgung von grenzübergreifenden terroristischen Straftaten zu betrauen.

Die Europäische Union muss sich auch um mehr Gewicht auf der Weltbühne bemühen. Um mehr Gewicht zu erlangen, muss sie außenpolitische Beschlüsse schneller fassen können. Deshalb bitte ich die Mitgliedstaaten zu prüfen, welche außenpolitischen Beschlüsse nicht mehr einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden können. Der Vertrag ließe dies zu, wenn denn der Europäische Rat dies einstimmig beschließt. Wir brauchen auch in der Außenpolitik Mehrheitsentscheidungen, um effizient arbeiten zu können.

(Beifall)

Im Verteidigungsbereich sind weitere Anstrengungen vonnöten. Die Schaffung eines europäischen Verteidigungsfonds steht auf der Tagesordnung; die Permanente Strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich ist auf gutem Weg. Bis 2025 brauchen wir eine funktionierende Europäische Verteidigungsunion. Wir brauchen sie. Und die NATO hätte sie gerne.

Nicht zuletzt möchte ich – in Weiterführung der Kommissionsbemühungen der letzten Jahre –, dass sich unsere Union stärker auf die wirklich wichtigen Dinge konzentriert. Wir sollten die Bürger Europas nicht mit Regelungs-Klein-Klein nerven, sondern in großen Dingen Größe zeigen, nicht pausenlos neue Initiativen vom Zaun brechen und Befugnisse, dort wo es sinnvoll ist, an die Nationalstaaten zurückgeben.

(Beifall)

Deshalb hat diese Kommission versucht, in großen Dingen Größe zu zeigen und sich – und das hat sie getan – in kleinen Dingen zurückzuhalten. Sie hat weniger als 25 neue Initiativen pro Jahr vorgelegt, während es bei den Vorgänger-Kommissionen noch weit über 100 waren.

Um die begonnene Arbeit sinnvoll zu Ende zu führen, setzen wir noch in diesem Monat eine Task Force Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit ein. Der erste Vizepräsident, mein Freund Frans Timmermans, der sich jetzt schon erfolgreich um bessere Rechtssetzung verdient gemacht hat, wird diese Task Force leiten. Dieser Timmermans-Task-Force werden auch Mitglieder dieses Parlaments und der nationalen Parlamente angehören. In einem Jahr ist Bericht zu erstatten.

Monsieur le Président, Mesdames, Messieurs, notre Union a besoin d'un saut démocratique. Je souhaiterais que les partis politiques européens lancent leur campagne pour les prochaines élections européennes plus tôt que par le passé. Trop souvent, les campagnes électorales européennes ont été réduites à une simple addition de propositions électorales nationales. La démocratie européenne mérite mieux.

Aujourd'hui, la Commission propose d'adopter de nouvelles règles sur le financement des partis et des fondations politiques. Il ne s'agit pas de renflouer les caisses des extrémistes qui sont contre l'Europe, il s'agit de permettre aux partis européens de mieux pouvoir s'articuler.

(Applaudissements)

Je n'ignore pas que l'idée est contestée par plus que quelques-uns, mais je dois vous dire que j'ai de la sympathie pour l'idée de présenter des listes transnationales aux élections européennes.

(Applaudissements)

Et j'essaierai de convaincre le président de mon groupe parlementaire de me suivre dans cette ambition, qui ajoute de la démocratie et de la clarté à l'Europe.

(Applaudissements)

Je pense également qu'au cours des prochains mois, nous devrions associer les parlements nationaux et la société civile au niveau national, régional et local aux travaux sur l'avenir de l'Europe.

Au cours des trois dernières années, les membres de la Commission, comme nous l'avions promis, ont rendu visite aux parlements nationaux à plus de 650 reprises, ils ont participé à plus de 300 dialogues avec les citoyens dans plus de 80 villes dans 27 États membres. C'est pourquoi je soutiens l'idée du président Macron d'organiser des conventions démocratiques dans toute l'Europe en 2018.

À mesure que le débat se développera, j'accorderai une attention particulière à l'Estonie, à la Lettonie, à la Lituanie et à la Roumanie. 2018 est l'année où ces quatre pays célébreront leur centième anniversaire. Ceux qui ont pour ambition de façonner l'avenir de notre continent doivent connaître et honorer notre histoire commune et donc l'histoire des quatre pays mentionnés, pays sans lesquels l'Union européenne ne serait pas complète.

(Applaudissements)

Le besoin de renforcer la démocratie et la transparence a évidemment des conséquences pour la Commission européenne. Aujourd'hui, je transmets au Parlement européen un nouveau code de conduite des commissaires. Tout d'abord, ce nouveau code précise que les commissaires peuvent se présenter dans des conditions normales comme candidats aux élections européennes. Il est évident que le nouveau code renforcera les obligations des commissaires en matière d'intégrité pendant et après leur mandat. Qui veut renforcer la démocratie européenne ne peut pas accepter que le petit progrès démocratique que constitua l'innovation des têtes de liste '*Spitzenkandidaten*' ne soit pas renouvelé. Je voudrais que l'expérience soit poursuivie.

(Applaudissements)

Et je ne serai pas candidat.

Plus de démocratie veut dire plus d'efficacité. L'efficacité européenne gagnerait en force si nous pouvions fusionner les présidences du Conseil européen et de la Commission européenne.

(Applaudissements)

Cette proposition ne vise en rien mon excellent ami Donald, avec qui je collabore harmonieusement et en toute complicité depuis le début de notre mandat. Cette proposition ne vise ni Donald, ni moi-même. Le paysage européen serait tout simplement plus lisible, plus compréhensible si le navire européen était piloté par un seul capitaine. Le fait d'avoir un seul président refléterait mieux la véritable nature de notre Union européenne, à la fois comme union des États et comme union des citoyens.

(Applaudissements)

Mes chers collègues, la vision d'une Europe plus unie, plus forte, plus démocratique que je présente aujourd'hui associe des éléments de tous les scénarios que je vous ai exposés en mars dernier. Mais notre avenir ne peut pas rester un simple scénario, une esquisse, une idée parmi d'autres, c'est aujourd'hui que nous devons préparer l'Union de demain.

J'ai envoyé ce matin au président Tajani, au président Tusk, ainsi qu'aux futures présidences tournantes du Conseil d'ici à mars 2019, une feuille de route indiquant la direction que nous devrions suivre.

Sont importantes à cet égard les propositions budgétaires que la Commission présentera en mai 2018. Là encore, nous avons le choix: soit nous cantonnons les ambitions de l'Union européenne au cadre strict du budget actuel, soit nous augmentons la capacité budgétaire de l'Union européenne pour qu'elle puisse mieux répondre à ses ambitions. Je suis pour la deuxième solution.

(Applaudissements)

Le 29 mars 2019, le Royaume-Uni quittera l'Union européenne. Ce sera à la fois un moment triste et tragique. Nous le regretterons toujours et vous le regretterez bientôt.

(Applaudissements)

Mais nous devons respecter la volonté du peuple britannique, mais nous allons avancer. Nous allons avancer parce que le Brexit n'est pas tout, parce que le Brexit ce n'est pas le futur de l'Europe.

Le 30 mars 2019, nous serons une Union à 27. Je propose que nous nous y préparions bien. Les élections au Parlement européen auront lieu à peine quelques semaines plus tard, en mai 2019. Ce sera un rendez-vous important avec la démocratie européenne. Il faudra que les citoyens européens se rendent aux urnes en ayant une vision claire de la manière dont l'Union européenne évoluera dans les années à venir.

C'est pourquoi j'invite le président Tusk et la Roumanie, qui exercera la Présidence au cours du premier semestre de 2019, à organiser un sommet spécial en Roumanie le 30 mars 2019. Mon vœu serait que ce sommet se tienne dans la belle ville de Sibiu, aussi connue sous le nom de Hermannstadt. Cela devrait être le moment de nous réunir pour prendre les décisions nécessaires à la construction d'une Europe plus unie, plus forte, plus démocratique.

Mon espoir est que, le 30 mars 2019, les Européens se réveilleront dans une Union où nous défendrons toutes nos valeurs, où tous les États membres respecteront sans réserve l'état de droit, où être membre à part entière de la zone euro, de l'union bancaire, de l'espace Schengen sera devenu la norme pour tout un chacun, où nous aurons consolidé les fondements de notre Union économique et monétaire afin de pouvoir défendre notre monnaie unique en toutes circonstances, bonnes ou mauvaises, sans avoir à recourir à une aide extérieure et où notre marché unique sera plus équitable pour les travailleurs de l'Est comme de l'Ouest.

Je voudrais que les Européens puissent se réveiller dans une Europe où nous aurons réussi à nous mettre d'accord sur un solide socle de normes sociales, où les bénéfices seront imposés là où ils sont réalisés, où les terroristes ne trouveront aucune faille à exploiter et où nous nous serons mis d'accord sur la création d'une véritable Union européenne de la défense, où un président unique conduira à terme les travaux de la Commission et du Conseil européen, après avoir été élu à l'issue d'une campagne électorale paneuropéenne démocratique.

Monsieur le Président, si le 30 mars 2019 nos citoyens se réveillent dans cette Union-là, l'Union européenne sera une Union qui aura répondu à leurs attentes justifiées.

Mesdames et Messieurs les députés, Helmut Kohl et Jacques Delors, que j'ai eu l'honneur de côtoyer, m'ont appris que l'Europe n'avance que quand elle fait preuve d'audace. Le marché unique, l'espace Schengen, la monnaie unique: voilà des idées et des projets qui ont été considérés à leur naissance comme de simples vues de l'esprit. Pourtant, aujourd'hui, ces trois réalisations majeures font partie de notre quotidien.

Maintenant que l'Europe va mieux, on me dit qu'il ne faut pas surcharger la barque européenne mais il ne faut pas, à l'heure où nous sommes, pêcher par excès de prudence. Nous sommes en train de réparer le toit de l'Europe mais, aujourd'hui et demain, nous devons patiemment, étage par étage, moment après moment, inspiration après inspiration, continuer à ajouter de nouveaux étages à la maison Europe.

Il faut parachever la maison Europe maintenant qu'il fait beau et tant qu'il fait beau, parce que quand les nuages se formeront à l'horizon – et ils vont se former un jour –, il sera trop tard. Alors, larguons les amarres, '*Leinen los*' comme disent les Allemands, mettons les voiles et profitons des vents favorables.

Je vous remercie de votre attention.

(L'Assemblée, debout, applaudit l'orateur)

Presidente. – Ringrazio il Presidente della Commissione per il suo intervento, che ci ha offerto l'occasione di avviare una discussione importante sul futuro della nostra Unione europea. Lei ha fornito a quest'Aula molti spunti di riflessione, certamente di grande interesse: ora ascolterà le parole dei rappresentanti dei popoli europei. Come Presidente del Parlamento non posso che condividere la Sua posizione sulla necessità di avere un'Europa più democratica. La ringrazio di aver sottolineato questa necessità. Condivido più di un punto da Lei sottolineato, e La ringrazio, perché ha recepito le posizioni del Parlamento su alcune questioni di grande importanza. In attesa che questo Parlamento possa anch'esso disporre dell'iniziativa legislativa, noi contiamo sul sostegno della Commissione per avviare iniziative nei settori di maggiore importanza. Do ora la parola ai presidenti dei gruppi politici.

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident! Europa braucht Mut und Europa braucht Optimismus und Kreativität. Das haben wir heute in der Rede von Jean-Claude Juncker gehört. Ich danke für diesen Aufbruch und ich danke auch der gesamten EU-Kommission für die starke Arbeit, die sie für unseren Kontinent leistet.

Vertrauen entsteht durch die Tat, deshalb müssen wir über unsere Erfolge sprechen – wie es Jean-Claude Juncker gemacht hat. Das Pariser Klimaabkommen, CETA, der wirksame Grenzschutz, mehr Geld für Afrika, Wachstum in Europa, Abbau der Arbeitslosigkeit: Den Menschen, vielen Menschen in Europa, geht es heute besser als in früheren Jahren. Wir liefern, und wenn ich sage „Wir liefern“, dann möchte ich ausdrücklich sagen, dass das Europäische Parlament – die Volkskammer Europas – liefert. Nur aufgrund der Durchsetzungskraft des Europäischen Parlaments gibt es überhaupt eine Kommission Juncker. Die erste politische Kommission ist ein Kind dieses Hauses, ist ein Kind der Parlamentarier, ist ein Kind der Demokratie Europas, und deswegen können wir stolz auf das sein, was wir gemeinsam erreicht haben: Parlament und Kommission gehen in die gleiche Richtung.

Auf was kommt es jetzt an? Ich begrüße für die EVP-Fraktion die Ideen unseres Kommissionspräsidenten zur Vertiefung unserer Europäischen Union. Die Welt wartet nicht auf uns – wir müssen jetzt vorangehen. Aber ich möchte heute nicht über Verträge und Institutionen reden, ich möchte heute für die EVP-Fraktion aus Sicht der Menschen argumentieren. Und da sehen die Menschen den rauen Wind der Globalisierung. Sie haben Angst vor Sozialdumping, vor Arbeitslosigkeit. Dem stellen wir Europäer unsere Idee der sozialen Marktwirtschaft entgegen: Gerechtigkeit, sichere Arbeitsplätze und faire Löhne. Die Idee, dass Eigentum verpflichtet. Die Idee, dass starke Gewerkschaften den Großkonzernen Paroli bieten können. Wir sagen ja zu Handel, zu Welthandel, aber wir sagen auch ja zum Schutz unserer Kernindustrie und zum Schutz der Sozialstandards in der Europäischen Union. Der *European Way of Live* ist sozial, und die Schwachen stehen dabei für uns als EVP im Mittelpunkt.

Viele Menschen haben Angst – um eine zweite Perspektive aufzumachen – angesichts der Bilder der vielen Menschen, die an unserer Außengrenze als illegale Immigranten und ankommen. Sie glauben Politikern nicht mehr, die sagen, dass das gut für uns ist. Sie fürchten um ihre Kultur und um ihre Identität, und deshalb müssen wir alles tun, um unsere Grenzen zu sichern und zu kontrollieren. Nicht, um eine Mauer um Europa zu bauen, aber damit sichergestellt wird, dass illegale Migration – der Bruch von Recht – gestoppt wird. Der *European Way of Live* hilft Menschen in Not, aber er sichert gleichzeitig mit aller Härte die Grenzen gegen illegale Migration und die Schlepperbanden. Beides ist nötig, und wir müssen klarstellen, dass Integration bedeutet, dass man unsere Leitkultur, unsere Werte und unsere Gesetze respektiert und praktiziert. Die Staatsbürgerschaften in Europa sollten an diese Grundwerte gekoppelt sein, alle anderen müssen Europa auch wieder verlassen.

Eine dritte Sorge, die von den Menschen geäußert wird, ist der Blick in die Türkei. Viele Menschen sind schockiert, wenn sie dorthin blicken: Scheinbar willkürlich werden Menschen festgenommen, inhaftiert, die Verfassung wurde geändert, der Rechtsstaat wird abgebaut. Die Türkei entfernt sich von Europa. Die Menschen verstehen nicht, warum Europa jetzt nicht handelt. Wir als Europäisches Parlament haben deutlich gemacht, dass wir die Beitrittsgespräche aussetzen müssen, um ein Signal zu setzen, das es kein „weiter so“ geben kann in der jetzigen Situation, und ich frage mich schon, warum der Europäische Rat und, lieber Jean-Claude Juncker, auch die EU-Kommission so zögerlich darauf reagiert. Wir als Parlament glauben, dass ein klares Signal notwendig ist. Unser *European Way of Live* verlangt Ehrlichkeit in den Beziehungen zu unseren Nachbarn.

Many people are afraid of terrorism – Barcelona and Turku this summer – and many say that Islam is a danger. During the attack on Charlie Hebdo in Paris two years ago, a French policeman was executed by the terrorists. His name was Ahmed Merabet. He was a Muslim who gave his life to defend the freedom of journalists. It is not a conflict between Christians and Muslims. It is a conflict between humanity and barbarism, between values and terrorism, between our European way of life and the madness of the terrorists.

(Applause)

We must exchange our information now – immediately – and data protection must not be turned into protection of terrorists. The European way of life protects the freedom of religion. It does not know national egoism when fighting together against the terrible acts of terrorists. Many people – as a last perspective from the people's point of view – are afraid when they look eastwards. In some days, a manoeuvre of the Russian and Belarussian armies will start at the borders to our Baltic states, about 100 000 soldiers directly on our border. Many people are afraid. After the wars in Georgia, Ukraine and Syria, what is Putin planning now? The European way is to defend ourselves and that is why the ideas of the European Defence Union are going in a good direction. We need them now. (Applause) This is also why we should stop Nord Stream 2. Our security has priority over making money.

(Applause)

Finally, there are a few other perspectives from the people's point of view – what they are asking us to do – and we have to give proper answers. Let's act now. But with regard to all these points, I think there is a need to combine them and to bring them together. That is, from an EPP point of view, to defend – and to defend in the future – the European way of life. In the past our founding fathers of the European Union achieved peace. They were successful because they believed in themselves. Today we must defend the identity of Europe. Today we must defend the European way of life in a world that is changing rapidly and we will also be successful. Let's start now.

(Applause)

Gianni Pittella, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Juncker, è vero: soffia un vento di nuove speranze e nei cittadini cresce l'idea che senza Europa si è più soli e più indifesi. Lei non ha usato toni trionfalistici e ha fatto bene, perché permangono problemi gravi e abbiamo un colpo nella canna del nostro fucile e non possiamo sbagliare bersaglio.

Lei ha fatto proposte interessanti, molte delle quali vengono dal gruppo socialista, e noi di ciò Le siamo grati. Ma occorre trasformare le proposte in risultati e bisogna essere audaci, come Lei ha detto, colpendo tutte le multinazionali che hanno frodato il fisco, obbligandole a restituire ciò che hanno nascosto con l'imbroglione.

Dobbiamo lanciare una grande iniziativa contro il precariato e lo sfruttamento dei giovani: alcuni dei giovani, anche con un master, percepiscono 500 euro al mese! Questo è uno scandalo al quale dobbiamo opporci! Dobbiamo essere inflessibili, come sta facendo la Commissione europea, il Vicepresidente Timmermans, sui temi della libertà, della parità, dello Stato di diritto, della democrazia. Lei ha detto che questi sono i pilastri della Sua politica. Io direi: questi sono i pilastri, il DNA dell'Unione europea.

Dobbiamo rafforzare il nostro processo decisionale: la regola dell'unanimità è un virus per la democrazia nel Consiglio; dobbiamo dotarci di un ministero del Tesoro europeo, ma che non sia un oscuro guardiano dei trattati, dei conti pubblici, ma un'istituzione democratica, dotata di capacità fiscale. Lo dico con chiarezza, Presidente Juncker: noi non vogliamo un ministro che funga da gendarme! Noi vogliamo un ministero per la crescita e per il lavoro.

Dobbiamo uscire dalla retorica della «tripla A» sul sociale – benvenuto, on. Weber, nell'Europa sociale; a noi fa piacere; dica ai suoi colleghi Popolari di spingere, come noi stiamo spingendo da anni, su queste questioni e su questi dossier nelle competenti commissioni; dobbiamo avere una *child guarantee* per le ragazze e i ragazzi europei! Non un bambino deve rimanere senza cibo, senza istruzione, senza casa; questo vale anche i migranti minori non accompagnati. Ci serve più coraggio sugli investimenti, sulla sostenibilità, sul clima, sulla politica industriale, su cui il Parlamento ha fatto un ottimo lavoro. Dimostriamo a Trump che si possono prevenire i disastri se l'Europa assume il ruolo di leader per queste battaglie.

E poi, per quanto riguarda l'immigrazione: grazie per il riconoscimento all'Italia – lo dico da europeo, non da italiano – ma bisogna fare di più, bisogna avere una revisione del trattato di Dublino. Ma attenzione: il gruppo socialista non voterà nessuna revisione senza l'eliminazione della regola aberrante del paese di primo sbarco; sia chiaro. Dobbiamo avere canali legali per i migranti, Presidente Juncker. La *blue card* è uno strumento vecchio, superato e riduttivo. Dobbiamo avere il coraggio di aprire canali legali: non si possono soltanto chiudere le rotte clandestine. È giusto, ma se chiudi le rotte e non apri altri canali legali, non hai risolto il problema. E poi ci vuole un partenariato con l'Africa, che io definirei la partnership della dignità. Lei ha detto: più soldi, dove li prendiamo? E a chi li diamo? È molto importante: a chi li diamo? Io direi: diamoli ai giovani imprenditori, che creano lavoro e ricchezza e creano sviluppo in Africa.

Infine, un *budget* adeguato, una politica di coesione efficace e forte, un *budget* con risorse proprie. Pensiamo anche alla *web tax*, pensiamoci, oltre alle tasse sulle transazioni finanziarie. E poi, Presidente Juncker, sì alla trasparenza sui trattati commerciali, ma dobbiamo difendere gli interessi innanzitutto dei cittadini. Noi vogliamo andare più avanti del CETA. Sia chiaro: i socialisti vogliono andare più avanti del CETA sul tema degli interessi dei cittadini e dei consumatori.

Abbiamo una pagina bianca che possiamo scrivere insieme. Lei ha fatto riferimento all'innovazione, ai grandi progressi, all'intelligenza artificiale. Spesso noi qui discutiamo del sesso degli angeli e non ci rendiamo conto che il mondo va avanti, che fra poco avremo un'intelligenza artificiale che deciderà per conto nostro se fare le guerre o se non farle, se fare il nucleare o se non farlo. Dobbiamo essere al passo con queste grandi trasformazioni. Abbiamo un esempio, un riferimento importante: l'agenda 2030 per lo sviluppo sostenibile. Prendiamo quell'esempio e lavoriamo con quell'amore che è nel Suo cuore ma che è anche nel nostro cuore socialista. Lavoriamoci insieme, con tenacia e con lealtà!

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I would like to say to Mr Juncker that when it comes to jobs, security and freedom, a Europe that protects cannot be a Europe that is protectionist. The ECR Group believes that the EU needs to create more opportunities, not more regulations and more agencies. Many of our citizens tell us that they feel as if they have little say in the decisions we make about their lives, their countries and their futures. When it comes to their concerns over migration, security and jobs, they prefer an EU that complements their national and local governments, not seek to overrule them.

Speaking as both a future neighbour who wishes to see a prosperous EU trading and cooperating with a prosperous UK, and speaking today as one of the leaders of the ECR Group with MEPs from across the EU, being critical of the policies of the EU should not be seen as an attack on the EU, but a genuine desire to see an EU which regains the trust and confidence of its citizens.

As a liberal Conservative and a passionate believer in free trade, I welcome the emphasis on open trade in your speech. But modern open trade needs countries to shed the cloak of protectionism. Modern open trade needs to be open to the latest investment in technology to allow frictionless borders. Modern open trade needs faster broadband networks to allow SMEs to trade securely online with the rest of the world. And for our businesses and economies to thrive, let us prioritise the REFIT agenda. Let us improve access to finance for businesses, small and large, via peer-to-peer lending and crowdfunding. Let us train our workers with the skills demanded by modern digital economies. But also, let us unleash the spirit of free enterprise in our young people to create their own businesses, and let them be allowed to try and try again if at first they do not succeed. Because, just as Soviet five-year plans did not create creative economies, EU growth plans do not create jobs: it is businesses that create jobs.

We must also remember that our economic prosperity depends upon global stability, and we cannot show disunity in our dealings with Russia or other unpleasant regimes. We must maintain sanctions and show in words and in action at the Eastern Partnership Summit that, for countries like Ukraine, NATO, the EU and the West can offer them a better, stronger and more stable future than turning to face the east.

Mr Juncker, no one expects there to be a quick fix to all the challenges, or for you to have all the answers by the next time we meet. But the people outside of this building want to know that the people inside this building will continue to steady the ship and not set sail into yet more storms. So no matter what side of the argument, or what side of the Channel, all our countries need to prepare to face the global challenges from a position of optimism, from a position of strength, and from a position of honesty with our voters.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, first of all I would like to say to Jean-Claude: what a difference to last year. I liked his speech on the State of the Union. I think it was full of vision, ambition, for 2019, and quite a difference to last year, but let's be honest between us, a lot has in fact changed in the meanwhile in the Union since last year. In August 2016, for example, it was Mr Hofer who said that he wanted to take Austria out of the euro and the Union, and five months later, after his defeat, he said exactly the opposite. He changed his mind and he said no, no, we want to stay in the euro and in the Union.

And then in March of this year, in the Netherlands, it was Mr Wilders who promised a spring of populism and in what he created, he reaped the opposite. It was the pro-European parties which won the election. And in France, exactly the same, it was Emmanuel Macron who won the campaign with a pro-European programme, and since then even the Front National does not want to exit the euro and the Union anymore. Even in Hungary Viktor Orbán is piping down. He accepts now the authority of the European Court of Justice and he said, two days ago I think, on a radio interview that there is no way that Hungary would ever leave the Union.

So on the occasion of this State of the Union address, I want to say to Mr Hofer, to Ms Le Pen, to Viktor Orbán, welcome to the side of reason, even when we all know that it is not that they have changed their mind, it is not through conviction that they have changed their mind, but it is through fear of losing votes that they have changed their minds now.

The only one for the moment who still does not get it is, I think, Mr Farage. He is still going on. Last weekend he called on the German AfD to campaign on Brexit. I think it is fantastic advice to campaign on Brexit. You have to keep up the good work, Nigel. I hope they take your advice, but unfortunately I do not think they are as stupid as to do that in Germany in the AfD. Because let's be honest, it is clear what our citizens want: they do not want to destroy Europe, they want to reform Europe – but to destroy it, no bloody way. That is the message from our citizens.

And that is what I liked so much in the State of the Union address this year by Jean-Claude Juncker. Let's not make the mistake of thinking, okay, the war is over, we have won a few elections in a number of countries and now the wind is blowing in the right direction. No, what the people want is not to continue with this Europe. They want a reformed European Union; 73% of our citizens want more European action on the side of migration; 75% want more European action against climate change. The same number want a European army and, at the same time, even more Europeans want European capacities and capabilities in the fight against terrorism.

So it is true, Jean-Claude, that the last three years were not easy, it was mainly crisis management, but I completely agree with you that now is the moment – now or never I should say, as in the song – to build up the European Union that the people are asking for and that we together have already been dreaming of for a number of years.

And what does this mean? It means that we create a European asylum system so that we can finally get rid of this broken Dublin system, because that is the real origin of the problem. Dublin is not European. It is national egoism: that is Dublin. Not Dublin as a city naturally, sorry, please do not misunderstand me because otherwise I will have my Irish friends against me if I continue like that! A European border and coastguard and a system of legal – indeed, Gianni – migration so that people no longer die on our shores, because every dead body that we find in the Mediterranean is a scandal for us, for Europe; even one person dead in the Mediterranean.

A European defence union so that it is not the Americans and the Russians who decide, Ms Mogherini, in our backyard; which is still the case today. A European FBI – why? Because terrorists do not recognise borders. That is the reality, so why do we continue to do so? And then a real government for the euro area so that we can steer the European economy and we can create what, in fact, we are missing – European champions. Our competition rules are far too narrow. The fact that we have no unified markets with single regulators is why we have No European champions that can become world champions and compete at world level.

But there is one thing on which I have a little difference in point of view with you, and it is the institutional problem. I always think that good institutions produce good policies and that bad institutions create a standstill, stagnation and crisis. And there are a number of examples of that. That is the reason why we in this Parliament, and I thank you for your support because it is really very helpful, want also to create transnational lists and a real European constituency. And why do we want to do that? Because it is time to lift democracy to a continental scale – Europe is more than the sum of 27 national democracies; we are more than that, we are in fact a democracy on a European scale – and also to defend our values and our principles outside the Union, but also inside the Union.

This European democracy is necessary, for example, to withstand alt-right governments such as we see today – also inside, in Poland and in Hungary – who think that Trump with his white supremacy is the example, or that Putin and Orbán, who jail opponents, are the example. That will never be the example in whatever Member State in the European Union. And for that reason we have to create this European democracy with a transnational responsibility because, as Emmanuel Macron said, standing near the Acropolis, we need to be the counterweight to all these developments and yes, to autocratic leaders worldwide – a beacon of openness, a beacon of freedom and a beacon of hope in the 21st century.

(Applause)

Patrick Le Hyaric, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, Monsieur le Président de la Commission, vous avez dressé un tableau de l'Union européenne qui ne correspond en rien à ce que vivent nos concitoyens.

En effet, aucune statistique ne dit l'exacte perception de cette Union par des ouvriers jetés à la rue parce que nous ne combattons pas les délocalisations, le sentiment du petit paysan qui meurt des bas prix et de la fin des quotas laitiers, du chômeur qui n'a rien à faire du taux de chômage qu'on lui brandit sous le nez en permanence pour mieux lui proposer de devenir un travailleur précaire et pauvre, et encore moins du taux de croissance qui est en fait une croissance des profits et des pollutions.

On peut déposer tous les milliards qu'on veut sur ce pupitre, comment cela peut-il être perçu quand il y a tant de gens qui n'ont pas de quoi terminer le mois à 10 euros près? C'est de là que naît la crise de l'idée européenne qui parcourt le continent comme un feu follet. Parce qu'on n'écoute pas les populations, parce que l'Union européenne ne porte pas un idéal d'humanisme social et écologique.

Le terrible cyclone qui vient de ravager les Antilles, Cuba et un bout des États-Unis nous commande d'agir avec énergie contre les dérèglements climatiques induits par les transports et les énergies carbonées, les traités de libre-échange, comme celui avec le Canada que vous venez de vanter Monsieur le Président, mais qui est contraire aux options de l'accord de Paris.

Il y a urgence à porter une construction européenne combinant progrès social et progrès environnemental dans les transports, l'énergie, l'habitat, la rénovation des villes, l'agriculture et pour aider à la mutation des systèmes de production. Cela créerait des millions d'emplois en Europe, cela nécessiterait des formations nouvelles, des recherches nouvelles.

Ce pourrait être possible, non pas en créant comme vous venez de le faire un Fonds monétaire européen, mais en transformant le fonds qui porte votre nom, le Fonds Juncker, en un grand fonds de développement social et environnemental lié à la Banque centrale européenne, pour désendetter les États et lancer des projets d'investissement innovants, créateurs de travail, en développant les services publics, en lançant des projets neufs de sécurisation des parcours professionnels de tous les Européens, à commencer par les jeunes.

De ce point de vue, faites droit à la demande du gouvernement grec, qui souhaite que les programmes de formation et d'apprentissage pour les personnes privées d'emploi soient éligibles aux fonds sociaux régionaux européens et au fonds baptisé Juncker. Il est urgent de sortir de cette Europe de la concurrence et de la division pour lancer sans attendre les bases d'une Europe sociale, comportant des salaires minima, l'élimination de la précarité du travail pour une sécurité de l'emploi, la défense des protections sociale et des retraites, l'éradication de la pauvreté en répartissant autrement les richesses, une directive juste pour les travailleurs détachés, l'égalité entre les hommes et les femmes, plus de pouvoirs des salariés dans leurs entreprises.

Une Europe sociale, c'est aussi l'harmonisation fiscale et le combat contre l'évasion fiscale et les paradis fiscaux. Au lieu des débats nauséux sur les réfugiés et ce honteux accord avec la Turquie, et maintenant la Libye, faisons une Europe de la solidarité, lançons un pacte de codéveloppement avec l'Afrique, avec le Maghreb et agissons pour un Proche-Orient libéré des violences et des guerres, où les peuples puissent devenir maîtres de leur destin.

Il est urgent d'écouter et d'entendre les peuples. La démocratie frappe à la porte, on le dit tous, mais il faut agir. Demandons aux citoyens quelle Europe ils souhaitent. Lançons des consultations, des forums, depuis les communes et les régions jusqu'aux institutions européennes, dans le cadre d'états généraux de refondation démocratique, sociale et écologique de la construction européenne.

La voix de l'Union européenne doit aussi porter pour aider à la résolution des tensions et des conflits, elle doit être actrice du désarmement nucléaire notamment, et pour la paix. Pour cela, elle ne doit pas prendre elle-même le chemin de la militarisation, comme ceci vient d'être proposé, mais celui qui défend les œuvres de vie, celui de l'éducation et de la culture. Nous souhaitons le débat, un vrai débat, Monsieur le Président, pour faire de l'Union européenne une force de progrès social, écologique, une force pour la paix dans la démocratie.

Philippe Lamberts, au nom du groupe Verts/ALE. – Monsieur le Président, Monsieur Juncker, en vous écoutant très attentivement, j'ai essayé de me mettre dans la peau de tous nos concitoyens et concitoyennes qui n'en peuvent plus; qui n'en peuvent plus de payer le prix d'une crise financière qu'ils n'ont pas provoquée et dont les responsables continuent à tirer profit; qui n'en peuvent plus de devoir contribuer plus que leur part au financement de nos services publics et de notre protection sociale, alors que les plus riches d'entre nous échappent encore largement à l'impôt; qui n'en peuvent plus de manger, de boire, de respirer des poisons, au motif que l'interdiction de ces poisons serait nuisible au *business*; qui n'en peuvent plus de devoir accepter comme travailleurs, avec ou sans emploi, toujours plus de flexibilité pour assurer toujours plus de sécurité aux détenteurs de capitaux; qui n'en peuvent plus de voir leurs libertés individuelles rognées et leurs données personnelles capturées en masse au nom de la lutte contre le terrorisme, ou plus prosaïquement pour qu'on les inonde de publicités; qui n'en peuvent plus, enfin, de voir l'avenir de leurs enfants, de leurs petits-enfants, compromis par la course folle au profit de quelques-uns.

Souvent, ces citoyens attribuent à l'Europe ces fléaux qu'ils supportent de moins en moins, et pourtant nous savons tous que les gouvernements des 28 États membres portent une responsabilité écrasante dans ces choix politiques. Mais trop souvent, la Commission que vous présidez pousse les feux dans le même sens.

Bien sûr, on peut se réjouir que les Le Pen et les Wilders ne fassent toujours pas la majorité autour d'eux, mais nous aurions tort de nous réjouir trop vite, car la colère et le dépit de beaucoup de nos concitoyens n'ont pas disparu pour autant, et je dirais même que les idées nationales chauvinistes, Monsieur Juncker, progressent même dans votre famille politique – regardez l'Autriche.

Lors de votre investiture, vous nous avez dit être le président de la Commission de la dernière chance et, parfois, à suivre votre action, on pourrait avoir l'impression que c'est la dernière chance d'ancrer l'agenda néolibéral. Néanmoins, je vous connais et je veux croire que vous aviez autre chose en tête, à savoir réconcilier les citoyens européens avec l'idée même d'intégration européenne en mettant ce projet à leur service.

Saisir cette dernière chance exige un changement de cap et c'est vrai que beaucoup de choses que nous avons entendues aujourd'hui sont musique à nos oreilles. Je pense en particulier à vos propositions sur la zone euro, je pense évidemment à cette idée de listes transnationales que les Verts portent depuis plus d'une décennie.

Je ne suis toutefois pas sûr que ce que vous proposez ici est susceptible de susciter le sursaut dont nous avons besoin et donc permettez-moi de vous suggérer peut-être ce que vous auriez pu dire aujourd'hui.

Mes chers concitoyens, vous êtes nombreux à légitimement vous demander si votre démocratie travaille pour vous. Alors, je m'engage désormais à articuler toute l'action de ma Commission autour du double objectif de réduire les inégalités et de ramener notre impact écologique dans les limites que la nature nous fixe.

Notre but sera désormais d'assurer à toutes et à tous la possibilité d'une vie digne d'être vécue. Et comment y parviendrons-nous? Je m'engage à ce que, ici, toute action, toute législation, toute recommandation issue de ma Commission soit passée au crible de son effet sur les inégalités et sur notre empreinte écologique et à ce que seules soient poursuivies celles qui les réduiront.

Quelques exemples pour illustrer mon propos: ma Commission ne ménagera aucun effort pour mettre un terme à la concurrence fiscale et sociale que se livrent les États membres. Coopération et convergence vers le haut deviendront les maîtres-mots de notre action. Nous engagerons une réorientation complète de notre politique commerciale, qui devra désormais conditionner l'accès à notre marché au respect de normes sociales, environnementales et sanitaires que nous aurons librement choisies.

Aussi, nous proposerons de geler l'application provisoire du CETA et de réexaminer les mandats de négociation de tous les autres accords en cours de discussion. Nous rétablirons le principe de précaution comme fondement du marché intérieur et, pour que vous n'ayez aucun doute sur notre détermination, nous supprimerons le glyphosate. Nous le retirerons du marché et nous renforcerons la définition des perturbateurs endocriniens.

Mais je ne vous propose pas seulement une Europe qui protège, je vous propose aussi que l'Europe soit l'instrument par lequel nous construisons notre avenir commun et, pour moi, la seule chance pour que les Européens trouvent leur place dans une économie mondialisée, c'est de devenir les pionniers des solutions énergétiques, industrielles, agricoles et autres qui permettront à l'humanité de vivre durablement sur cette planète.

Dès lors, plutôt que les défenseurs de l'ordre économique établi, ma Commission soutiendra désormais toutes les initiatives qui nous engagent dans cette grande transformation. Et je suis convaincu qu'une Europe réconciliée avec elle-même, une Europe dans laquelle personne ne se sentira laissé pour compte saura mieux que jamais assumer ses responsabilités à l'égard de celles et ceux qui frappent à notre porte en criant à l'aide.

La transition doit aussi s'opérer vers une société plus démocratique et – disons-le – nos démocraties sont blessées. Lorsque des gouvernements ivres de pouvoir mettent au pas la justice, les parlements, les médias et les universités. Elles sont menacées quand des exécutifs s'autorisent à mettre les citoyens sous surveillance ou à les assigner à résidence, sans aucun contrôle judiciaire. Elles sont mises à mal lorsque, tant pour des motifs sécuritaires que pour mettre sous contrôle les allocataires sociaux, les gouvernements collectent et conservent massivement les données, sauf bien sûr celles relatives aux détenteurs de grandes fortunes. Elles sont perverties lorsque l'élaboration de nos lois est soumise à l'influence de moins en moins discrète des pouvoirs d'argent.

Non, mes chers amis, la démocratie n'est pas un acquis irréversible. Nous devons ancrer l'Union européenne – et vous l'avez dit, Monsieur Juncker – comme garante des libertés, de l'état de droit et de l'intérêt général.

Mes chers concitoyens, collectivement l'Union européenne est riche d'atouts et, en fait, beaucoup plus riche qu'elle ne l'était lorsque le projet a été mis sur les rails il y a 60 ans, beaucoup plus riche, croyez-moi. Nous sommes capables de relever les défis auxquels nous faisons face, mais je vous le dis sans détour: le seul moyen de reprendre le contrôle sur notre avenir, c'est ensemble.

Cher Monsieur Juncker, en mettant en œuvre un tel agenda, je pense que vous saisissez votre ultime chance de passer à l'histoire, non pas comme l'ancien patron d'un paradis fiscal ayant rejoint le bataillon des fossoyeurs de l'Europe, mais au contraire comme l'un de ceux qui l'auront remise en route.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I would like to say to Mr Juncker that this was the most open, honest and truly worrying speech I have heard in my long years in this place. The message is very clear: Brexit has happened, full steam ahead. So new plans: there is to be one powerful President for the whole of the European Union; a Finance Minister with fresh powers to – as you say yourself – intervene as and when he sees necessary; a stronger European army in a militarised European Union with a stronger, and perhaps more aggressive, foreign policy too; and more Europe in every single direction, and all of it to be done without the consent of the people.

Your plan to fight the next European elections with pan-European lists, funded by the European Union, but not, as you said, to fund extremists, means that what we will find is that genuine democratic parties of opposition will not be able to compete in elections on the same playing field. It is reminiscent of regimes of old. Indeed, the way you are treating Hungary and Poland must already remind them of living under the Soviet communists when you attempt to tell them how they should run their own countries.

All I can say is thank God we're leaving, but you have learned nothing from Brexit. If you had given Cameron concessions, particularly on immigration, the Brexit vote – I have to admit – would never ever have happened, and yet the lesson you take is that you are going to centralise and you are going to move on to this new – I think very worrying – undemocratic union. You are deluding yourself, Mr Verhofstadt, if you think that the 'populist wave', as you define it, is over. If these plans of Mr Juncker's come to fruition, far from the populist wave being over, I doubt it has even begun.

(Applause)

Harald Vilimsky, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gleich vorab an alle Apologeten dieses Eurozentrismus gerichtet: Europa ist nicht die Europäische Union und die Europäische Union ist nicht Europa. Die Europäische Union ist nicht mehr und nicht weniger als ein Verein, der Regeln hat, und diese Regeln kann man ändern und die Richtung, in die wir hier Veränderungen vornehmen sollten, bestimmen nicht Sie! Ich nehme auch nicht für mich in Anspruch, sie bestimmen zu können. Es sind die Völker Europas, die in freier und unbeeinflusster Wahl hier diese Richtungsvorgabe vornehmen.

Das was heute Kommissionspräsident Juncker gesagt hat, geht in die völlig entgegengesetzte Richtung. Juncker will de facto die Zwangseinführung des Euro in allen Staaten der Europäischen Union haben. Wir wissen alle, dass der Euro alles andere als eine Erfolgsstory ist, er ist ein riesiger Misserfolg. Die Schulden sind ins Unermessliche angestiegen. Wir haben Rekordarbeitslosigkeit und Rekordpleiten, und es ist kaum möglich, den Euro nach vielen Wellen einigermaßen ins stabile Fahrwasser zu bringen.

Das Zweite, was Juncker möchte: Er möchte de facto alle Binnengrenzen auflösen – wissend, dass Zehntausende, Hunderttausende, Millionen von Afrikanern und Arabern auf unseren Kontinent drängen, dass Glücksritter und auch Terroristen dabei sind. Sie wissen genau, dass die Bataclan-Attentäter hier über diesen Weg nach Europa gekommen sind. Das zu verharmlosen, ist eine wirkliche Sicherheitsbedrohung für alle Bürger dieses Kontinents. Das Dritte, was hier gefordert wird: eine Verteidigungsunion, die in Wahrheit eine Militärunion ist. Nein, das wollen wir nicht. Gerade wir Österreicher, die ein neutrales Land sind, können und wollen da nicht mitmachen. Der richtige Weg für eine gute Zukunft Europas kann nur der sein, dass man mehr Demokratie zulässt, dass man die Völker abstimmen lässt darüber, ob Schengen aufrechterhalten werden soll – mit Grenzen, ja oder nein, dass man darüber abstimmen lässt, ob die Arbeitnehmerfreizügigkeit in einer Phase von Rekordarbeitslosigkeit aufrechterhalten werden soll oder nicht. Wenn Ihnen an diesem Europa etwas liegt, dann lassen Sie wieder mehr an Demokratie zu. Lassen Sie Pluralismus zu. Gewähren Sie den Staaten etwas mehr an Souveränität, dann wird Europa funktionieren. Jetzt funktioniert es nicht, und das wissen Sie selbst mehr als gut.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το έκτο πλέον σενάριο που ακούσαμε για το μέλλον της Ευρώπης – της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όχι της Ευρώπης – αποτελεί μια ακόμα επιχείρηση εξεύρεσης συμβιβασμού στους σφοδρούς ανταγωνισμούς που εξελίσσονται στο εσωτερικό της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της ευρωζώνης, με δεδομένο το προβάδισμα της Γερμανίας σε βάρος των υπολοίπων. Την ίδια στιγμή, με σύμπνοια σε όλα τα κράτη ανεξάρτητα από το αν είναι υπερχρεωμένα, οι κυβερνήσεις, στο όνομα της ανάπτυξης, προωθούν σκληρά βάρβαρα αντεργατικά μέτρα εξίσωσης προς τα κάτω – και στην Ελλάδα, στη Γαλλία, στην Ιταλία, παντού – με φοροαπαλλαγές και επιδοτήσεις στο μεγάλο κεφάλαιο και την κερδοφορία του. Τα περί ισχυροποίησης της Ευρωπαϊκής Ένωσης σημαδεύουν τις μεγάλες αντιθέσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης με τις Ηνωμένες Πολιτείες, την Κίνα, τη Ρωσία και τη Βρετανία. Οι υποκριτικές διακηρύξεις περί ειρήνης δεν μπορούν να κρύψουν ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση συμμετέχει ενεργά στους ιμπεριαλιστικούς πολέμους και προετοιμάζεται εντατικά και για νέους. Η Ευρωπαϊκή Ένωση των μονοπωλίων μόνο χειρότερη, πιο αντιδραστική, πιο αντιλαϊκή γίνεται. Η λαϊκή δυσaréσκεια για την Ευρωπαϊκή

Ένωση μπορεί να πιάσει τόπο μόνο αν με τη λαϊκή πάλη στοχεύσει στην ανατροπή του πραγματικού αντίπαλου, των μονοπωλίων και της εξουσίας τους.

Matti Maasikas, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I am speaking not on behalf of the Council; the Council cannot have a position on this. Speaking on behalf of the Estonian Presidency of the Council, I thank President Juncker for his ambitious, clear and, most importantly, thoughtful speech.

At this moment, with the wind in our sails, we should bear in mind a couple of lessons that the last couple of years have taught us.

First, that we who care for our Union must have the courage to make the positive case for the EU. It is not only the right thing to do, but it also may pay off in elections.

Secondly, we should not be afraid of speaking of the cost of non-EU: of the consequences of (so far, thank God) only hypothetical rolling back some advantages of European integration.

Thirdly, we must keep looking for issues, initiatives and ways that unite us, and not those that pose a risk of dividing Member States. We should look for initiatives that balance things and build bridges. For instance, it is much easier to talk about the EU social pillar – something that the Estonian Presidency will duly take forward – when we simultaneously take real steps in deepening the single market, in particular in the field of services. So not only better paid jobs but also better access to these jobs.

Fourthly, of course we must keep developing the EU further, but doing this, we must not forget that this time around, in 2017, it is not the institutional setup that is most important – it is important, of course – but reshaping the institutions must go hand in hand with providing concrete benefits for our citizens. Our citizens must be at the centre of our attention, and delivering concrete benefits for citizens is what the guiding principle of the Estonian Presidency is.

For the last few years, we have all been working on building a digital single market. The free movement of data is one of its cornerstones. We need to ensure that European citizens and businesses are able to benefit from data and that we create no new barriers to the single market. As with the EU's other freedoms, free movement does not mean freedom from rules. Next year, new EU personal data protection rules come into force, and we look forward to starting work on the Commission's new proposal on the free flow of data. Thank you, President Juncker, for this proposal. Member States have repeatedly emphasised that legislation in this area is necessary. The Estonian Presidency will now move swiftly, attempting to consolidate Member States' positions on the concrete proposal.

As we grow Europe's data economy and enter the era of the Internet of Things, cyber security becomes a matter for everyone. We welcome the renewal of the EU Cybersecurity Strategy proposed by the Commission.

Cybersecurity is a challenge that cannot be tackled by any Member State on its own. We all need to fulfil our responsibilities by fully implementing the existing EU legislation and must deploy all parts of our toolbox, working on the new legislation and engaging with the private sector. The EU also has an important role to play, setting international norms, pursuing cybercriminals, standing up for European values such as freedom and privacy, guiding the development of the global market for secure products and services, and reacting to states that sponsor and support malicious cyber activity. The EU Heads of State and Government will address these key issues at the Tallinn Digital Summit on 29 September.

I earlier listed some recent lessons for the EU. We have also learned that, while strengthening the EU internally is, of course, key for the health and functioning of the Union itself, at the same time, to be and to appear strong, the EU also needs to remain engaged and open to the outside world. We are a model to a number of countries in our neighbourhood, and we should not forget it. The EU's transformative power is still very much there. The Eastern Partnership Summit in November is an opportunity to reconfirm our commitment to our neighbours' positive transformation.

In the field of trade, the EU must perform a tough balancing act. President Juncker laid out very eloquently the elements of it. We, of course, welcome the message that we can now proceed with the free trade agreements with Australia and New Zealand and to expand the network of liberal trade relations in this globalised world. The Commission has gone a long way with its reflection paper on harnessing globalisation and deserves to be commended for that.

With regard to the proposals on investments and the Multilateral Investment Court, as the Presidency we will make our best efforts to proceed in the best possible way to build a consensus among the Member States, in a manner that will enable the EU to continue its leading role in trade policy.

With regard to migration: the crisis which shook the fundamentals of the EU and showed that the EU does not really have a headquarters to manage an acute operational crisis. The EU does not have a general, if you will. This is not to say that we have not achieved a lot in the field of migration. Work on the external dimension is going well, and, maybe for the first time, the Union is using all the tools in its foreign policy toolbox at the same time: assistance, development, trade, military operation, and even enlargement policy.

The Estonian Presidency is working hard on migration issues, not least while carrying forward work on a common asylum system. On legal migration, we eagerly started working with the European Parliament on the Blue Card Directive. On security, we are ready to engage with the Parliament on ETS and, hopefully, on SIS initiatives. And of course, we are confident that an inclusive and ambitious permanent structured cooperation in the field of defence can be launched by the end of this year.

Ladies and gentlemen, the speech by President Juncker and the debate we have had so far shows us once more that in our Union there is much more of what unites us than what creates tensions. Estonia, a country that was deprived of the advantages of European integration during its first 40 years, feels that particularly deeply. That is the compass while we act as a Member State; that is our compass, especially while we are performing the duties of the Presidency of the Council of the EU, with the wind in our sails.

Presidente. – Visti i tempi, vi informo che la Presidenza, durante la presente discussione, non autorizzerà domande «cartellino blu».

Daniel Caspary (PPE). – Herr Präsident! Vor ein, zwei Jahren war hier die Stimmung schlecht. Kommissionspräsident Juncker hat angesprochen: Wir haben im Moment ein Fenster der Möglichkeiten offen und wir sollten dieses Fenster in den nächsten Monaten dringend nutzen. Aber Manfred Weber hat angesprochen: Viele Menschen haben Sorge, zum Beispiel vor Globalisierung.

Bitte lassen Sie uns in den nächsten Wochen die Chancen für unsere Arbeitnehmer und Bürgerinnen und Bürger nutzen, beispielsweise durch schnelle transparente Verhandlungen mit Australien und Neuseeland. Aber bitte tragen Sie auch mit dazu bei, dass wir unsere Arbeitnehmer besser schützen können. Wir müssen dringend die Reform unserer Handelsschutzinstrumente zu Ende bringen, und auch das heute vorgeschlagene Instrument gegen strategische Auslandsinvestitionen müssen wir möglichst schnell beschließen, um weiteren Schaden von unserer industriellen Basis abzuwenden.

Zweitens: Viele Menschen haben Sorgen um Arbeitsplätze – in Deutschland im Moment mehrere Hunderttausend im Bereich der Automobilindustrie. Wir alle ärgern uns über den Vertrauensbruch, aber auf der anderen Seite gilt auch: Beim Thema Klimawandel müssen wir auch die Arbeitsplätze im Blick haben. Ja, wir brauchen Klimaschutz und Autos und Arbeitsplätze – wir brauchen nicht Klimaschutz statt Autos und Arbeitsplätzen, und auch hier rufe ich uns alle dazu auf, in den nächsten Wochen und Monaten bei unseren Gesetzgebungsvorhaben darauf zu achten.

Bitte erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zu den transnationalen Listen, Herr Präsident. Viele Bürgerinnen und Bürger haben den Eindruck, dass wir hier in Europa zu abgehoben sind, dass einige hier im Parlament bürgerfern sind. Wir brauchen dringend mehr Bürgernähe, und unserer Überzeugung nach schafft eine solche transnationale Liste nicht mehr Bürgernähe, sondern mehr Bürgerferne, und deshalb lehnen wir eine solche Liste ganz klar ab.

Maria João Rodrigues (S&D). – Mr President, this is the moment for us, as a last shot, to have real vision and ambition. What is at stake for this legislature? It is indeed to develop the European house and to move to the next stage, a new floor. It is to make Europe not only a single market or a eurozone, but also a political entity able to respond to the new world in front of us. We need the European Union to be a big democratic power, supporting our way of life and making sure that we have the means to deliver our values and our way of life. We need new means for peace and security, to manage migration and to support development. But to have this, we need a brand new Community budget for the future, based on new own resources; we need to turn to the future and not the past. This

means, when it comes to own resources, that big corporations should pay their taxes because while they should benefit from the single market, they should pay what they owe.

If we have in mind a new democratic political entity, this can only be based on stronger European citizenship, above all fully respecting the fundamental political rights of our citizens, but also making sure that we can count on updated social standards with regard to access to social protection and to skills, but also making sure that everybody in employment, whatever kind of job they have, can count on a decent labour contract and access to social protection. This should be the ambition of the upcoming European Social Pillar, but can we say that this Europe, as a land of equal opportunity, of fairness, is being delivered to all European citizens? We do not think so. Europe is still working as a machine for divergence and inequality and we need to reverse this very undermining trend. So we call on the Commission to come up with an ambitious proposal for the European budget, turning the European project into a project for equality and convergence. This should apply to the European Union as a whole and also to the eurozone. This is our request for the upcoming work of the Commission.

Bernd Lucke (ECR). – Herr Präsident! Herr Juncker! Sie haben sich 60 Minuten Zeit genommen, um Luftschlösser zu zeichnen, um Illusionen zu schüren, um Illusionen zu erwecken, die keine reale Verankerung haben, die auf die tatsächlichen Probleme der Europäischen Union nicht eingehen. Wenn Sie über die Realität der Europäischen Union gesprochen haben, dann haben Sie es für richtig gehalten, über Fischstäbchen zu reden und Impfungen und den Kakaogehalt von Schokolade. Aber es geht doch um die großen Probleme, die zu bewältigen sind. Und da haben Sie keine Lösung aufgezeigt.

Sie haben von der Rechtsstaatlichkeit gesprochen, aber Sie haben nicht erwähnt, dass der Maastricht-Vertrag gebrochen worden ist, dass der Fiskalpakt Hunderte von Malen verletzt worden ist, dass die Dublin-Vereinbarung wieder und wieder gebrochen worden ist, dass die Europäische Zentralbank noch heute gegen den AEU-Vertrag verstößt und monetäre Staatsfinanzierung praktiziert.

Solange Sie diese Probleme nicht adressieren, solange Sie Illusionen erwecken über einen Juncker-Plan – einen Plan, der Ihren Namen trägt und angeblich 220 Mrd. EUR an Investitionen hervorgerufen hat, wobei die Förderbanken sagen, es gibt tatsächlich kein Projekt, was wir nicht ohnehin gefördert hätten –, solange adressieren Sie nicht die wahren Probleme Europas und so lange wird die Europäische Union nicht aus der Krise herauskommen.

Pavel Telička (ALDE). – Mr President, I would like to say that to President Juncker: not bad at all. I think that this is something that I can very well work with on the Czech domestic political scene. President Juncker, you spoke about your life and having been a fighter. For me, on a different level, I have been going through a similar experience in the Czech Republic, and I think that, with this vision and with these ideas, I am happy to confront some of your former counterparts – politicians who have views from the first half of the 20th century. So thanks for that, even though there are, of course, some disagreements. But that is absolutely normal.

Let us forget the five scenarios. I think that we both know that three of them were not scenarios at all. I think that, if we now had the priority agenda, I would perhaps have wished that you had shortlisted two or three more. But I understand that we will find them in the report. But I think that the implementation of these priorities – the reform agenda that you have emphasised and that I subscribe to – will lead us to the outcome, and that is the sixth scenario: the European Union that we want to have. Maybe some will fall behind, but that, of course, remains to be seen.

My final remark: unity. I believe, as you do, that we are in better shape, but if we still have a problem, it is a lack of unity in the Council and a lack of ability on the part of the Member States to deliver even on what they themselves have proclaimed before.

One final remark, President Juncker: I am not offended that you have forgotten the Czech Republic as a country that will also be a hundred years old next year. No offence taken.

Rina Ronja Kari (GUE/NGL). – Hr. Formand! Jeg må indrømme, at jeg desværre synes, det er arrogant hr. Kommissionsformand, når du siger, at det går fremad. For det er jo ikke det, borgerne oplever. Borgerne oplever fattigdom, de oplever velfærdsforringelser, de oplever et pres på løn- og arbejdsvilkår, de oplever høj arbejdsløshed, især blandt unge. Og så oplever de et EU, som ikke løser deres problemer, men derimod gør dem værre. Ikke mindst oplever de et EU, som hverken lytter eller er interesseret i at lytte til dem. Men i stedet for at forholde dig til de reelle problemer, så sidder du der sammen med resten af EU-eliten i jeres glastårn og siger, at vi bare skal have mere EU, mere magt til EU og mere magt til Kommissionen. En finansminister, som skal styre medlemslandene endnu mere i Kommissionens retning, og en præsident over alle præsidenter, som skal sikre, at vi har én Union med én præsident. Jeg synes, det er

arrogant over for borgerne, og jeg synes, det er arrogant over for demokratiet. Og jeg synes ærligt talt, at I i Kommissionen allerede har rigelig magt.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Monsieur le Président Tajani, Monsieur le Président Juncker, aujourd'hui, je vais m'adresser à vous en espagnol.

Señor presidente, presidente Juncker, sorprendentemente no ha mencionado usted la situación de España con el próximo referéndum de Cataluña. Porque cientos de miles de catalanes piden reiteradamente un referéndum de autodeterminación como el escocés. El Gobierno de España nunca ha querido ni siquiera hablar de ello. Ni hablar. Nunca. Y el Parlamento de Cataluña ha aprobado por mayoría absoluta la ley del referéndum.

Como si fuera un delito votar, la reacción del Gobierno de España ha sido la denuncia judicial contra la presidenta del Parlamento y otros parlamentarios y las amenazas al Gobierno, a más de mil cargos públicos y a los medios de comunicación catalanes para que no hablen ni actúen en favor del referéndum. Eso son ataques claros e inaceptables a la libertad de expresión.

No pido que ustedes se pronuncien por la independencia. Eso lo deben hacer los catalanes. Sí le pido que medie con el Gobierno de España a favor de un acuerdo sobre el referéndum. Y le pregunto: ¿Por qué no interviene la Comisión para defender la libertad de expresión en España? En otros países, seguramente lo haría.

Peter Lundgren (EFDD). – Herr talman! "Full steam ahead!" Det är en replik jag minns från filmen Titanic – ni vet scenen där kaptenen står på bryggan och tittar ut över havet och säger: "Jag ser inga isberg. Full fart framåt!" Ni har vissa likheter med den kaptenen, Jean-Claude Juncker, och vi vet ju hur det tyvärr slutade med Titanic.

Som ni minns har jag sagt till er tidigare också att Europas folk inte är intresserade av att höra denna sorts visioner och drömmar. Man vill höra konkreta lösningar på de bekymmer man ser i sin vardag.

Migrationsdrömmarna som EU inte klarar av att hantera, den sociala dumpningen som dödar seriösa företag som inte sköter sig och oron för framtid och ålderdom – detta var frågor som Europas folk ville ha svar på i dag, men som jag befارade blev det visioner och drömmar om byggandet av en EU-armé och ännu mer av federalism, där tystandet av kritik mot EU är en prioriterad uppgift inför nästa EU-val.

Nicolas Bay (ENF). – Monsieur le Président, alors Monsieur Juncker ce Parlement a-t-il retrouvé grâce à vos yeux ou le trouvez-vous encore «ridicule» comme en juillet dernier?

Nous savions déjà le peu de considération que vous aviez pour les peuples d'Europe, vous avez montré ce jour-là tout le mépris que vous avez pour leurs représentants. Or, vous ne méprisez pas seulement les députés que nous sommes, mais aussi les chefs de gouvernement de Hongrie, de Pologne et de Slovaquie qui résistent à vos injonctions.

Monsieur Juncker, vous avez déclaré tout à l'heure, «l'Europe est un continent qui vieillit». Vous annoncez vouloir créer de nouvelles voies légales pour l'immigration extra-européenne, alors même qu'elle cause de profonds désordres identitaires, sécuritaires, économiques et sociaux. Vous cherchez à distinguer l'immigration légale, que vous encouragez, de l'immigration clandestine, que vous prétendez combattre, sans jamais vous en donner les moyens. Or, ces deux immigrations ne s'annulent pas mais elles se cumulent.

Il faut redonner aux peuples d'Europe confiance dans l'avenir, en recréant les conditions d'un dynamisme démographique propre, leur rendre la maîtrise de leur destin et construire une Europe des coopérations, voilà notre vision, à l'opposé de la vôtre, qui est fédéraliste, rigide et de plus en plus totalitaire.

Martin Sonneborn (NI). – Präsidenten, Kollegen! Fast mehr Präsidenten als Kollegen hier – aber egal.

In den letzten drei Jahren habe ich als EU-Abgeordneter großartige Arbeit geleistet: Ich habe die Engländer nach Hause geschickt, ich habe Martin Schulz entmachtet und zum SPD-Kanzlerkandidaten degradiert, und ich habe dafür gesorgt, dass Kanzleraltlast Helmut Kohl vom Netz genommen, demontiert und witwengesichert endgelagert wird. Gescheitert bin ich allerdings darin, das Orbán-Regime und die polnische PiS-Partei demokratische Grundwerte zu lehren.

Besonders stolz bin ich darauf, dass die EU jetzt eine ureigene Idee meiner Partei aufgenommen hat: die einer Mauer, einer Mauer um Europa. Vor kurzem erst haben wir ganz im Sinne der christlichen Unionsparteien eine Obergrenze für Flüchtlinge gefordert. Deutschland soll jährlich nicht mehr aufnehmen müssen als das Mittelmeer. Und jetzt – noch bevor das Mittelmeer voll ist – errichtet die EU eine Mauer in der Sahara, in den kaputten Staaten Mali, Niger und Tschad.

Abschließend möchte ich mich noch bei den ganzen Ausländern hier entschuldigen, dass so viele wichtige Entscheidungen vertagt werden mussten bis nach der Wahl in Deutschland. Eine gute Woche noch, dann regiert wieder eine Partei.

(Buhrufe)

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Manfred Weber (PPE). – Frau Präsidentin! Wir sind hier ein Parlament, wo Meinungsfreiheit erlaubt ist. Wir sind hier ein Parlament, wo jeder alles sagen darf, was er will. Aber wenn man über einen Toten so spricht, wie Herr Sonneborn gerade über Helmut Kohl gesprochen hat, dann ist das inakzeptabel. Ich fordere, dass das Präsidium sich damit beschäftigt. Dieses Verhalten ist nicht eines Parlamentariers würdig.

(Beifall)

President. – Thank you, Mr Weber. We will look into that matter.

Janusz Lewandowski (PPE). – Inny mamy dzisiaj klimat w Europie, inny był ton orędzia o stanie Unii w 2017 r. To już coś więcej niż urzędowy optymizm. W zeszłym roku byliśmy w szoku po brytyjskim referendum, szukano i zgadywano następców brexitu. Wydawało się, że populizm, ksenofobia będą rządziły publicznymi emocjami w Europie. Ale szczęśliwie szok zamienił się w terapię szokową i dzisiaj to nie Europa, lecz Wyspy Brytyjskie są w cieniu brexitu. Dziś mamy pewność, że wielkie dzieło ojców założycieli Wspólnot Europejskich będzie kontynuowane. Mamy scenariusz numer sześć. Dziś gospodarka i polityka są źródłem dobrych wiadomości, ale są wyjątki, i dlatego że są wyjątki, chciałbym z całą mocą stwierdzić, że mój kraj, Polska, który także w przyszłym roku będzie świętował stulecie odzyskania niepodległości, zamieszkały jest przez ludzi, którzy w swojej znakomitej większości dobrze czują się w Europie, bo czują się u siebie. I chciałbym zadeklarować w imieniu swojej delegacji, że zrobimy wszystko, co w naszej mocy, by także Polska uczestniczyła w pełni w szukaniu i tworzeniu nowej europejskiej jedności.

Tanja Fajon (S&D). – Spoštovani predsednik Juncker, čestitke za vaš nagovor! Tri kritične stvari mi ležijo na srcu, in to so vladavina prava, mladi in pa Zahodni Balkan. Vladavina prava ni *a la carte*, ste dejali, načela pravne države, razsodbe sodišč je treba spoštovati. Jih danes Madžarska, Poljska, tudi Hrvaška, spoštujete? Če države ne morejo kar samovoljno diktirati, kaj bodo in česa ne bodo delovale in spoštovale, zato Komisija, upam, da bo tu ukrepala.

To je tudi tista pot, da bodo državljani spet začeli zaupati Uniji. Mladi postajajo zelo nezainteresirani, so priča neodgovornim politikom, so visoko brezposelni, nimajo prave perspektive. Še posebej težko jim je v državah Zahodnega Balkana in računam na vašo zavezo po verodostojni širitveni politiki, ker ta del Evrope postaja nevaren poligon geostrateških interesov.

Ne sme biti v Evropi drugorazrednih državljanov in drugorazrednih držav, zato investiramo v Evropo, kot ste dejali, ki ne bo trdnjava, ki ne bo celina v ograji, ki ne bo trdnjava nestrpnosti, sovraštva in moja največja želja je, da v tej Evropi, ista kot vaša, spet zadihamo skupaj s polnimi pljuči.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señora presidenta, señorías, la crisis en Europa comenzó en 2008. Usted, señor Juncker, dejará su cargo en 2019 y este periodo pasará a la historia como una década perdida o, quizás, como la década de los recortes en Europa.

La Unión Europea está paralizada, pero no se trata de un problema de velocidad —como muchas veces han dicho—, sino de dirección política. Con su discurso, usted insiste en avanzar por el mismo camino que nos ha llevado a esta situación y, además, de una forma triunfalista. Son recetas que construye una maquinaria antidemocrática, recurriendo si es necesario a la amenaza y al chantaje financiero para imponer una política neoliberal fracasada, generando desafección y euroscepticismo en cada vez más capas de la población europea.

La crisis del proyecto europeo no se soluciona con nuevos tratados comerciales neoliberales, más externalización de fronteras al estilo australiano, mayores presupuestos militares, ni con una autoridad financiera que imponga medidas de austeridad que respondan a las agendas e intereses de los grandes gobiernos multinacionales y lobbies.

Necesitamos un cambio de dirección, un giro de 180 grados en la política exterior, económica y medioambiental para construir un proyecto europeo, no para las élites, sino democrático y desde abajo. Eso sería un cambio de rumbo.

Marco Valli (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il Presidente Juncker ha toccato tanti temi importanti: sicurezza, immigrazione e soprattutto economia. Ecco, mi vorrei concentrare sui punti economici.

Trasformare il Meccanismo europeo di stabilità in un Fondo monetario europeo è una questione che alcune persone trovano molto difficile da interpretare, ma non io, soprattutto anche la proposta di un ministro delle Finanze europeo: una struttura che quindi attuerà quello che è il meccanismo della *troika* in modo istituzionale: cioè gli Stati membri verseranno i soldi tramite il Meccanismo europeo di stabilità e li riceveranno indietro in cambio di riforme liberali e che sono molto impopolari.

Noi dovremmo risolvere invece i problemi degli squilibri dell'area valutaria. Da quando finirà il programma del *quantitative easing* lanciato dalla Banca centrale europea, i problemi strutturali dell'eurozona emergeranno ancora una volta: la Germania che non si accolla le proprie responsabilità, non accetta dei veri *eurobond*, non si accettano i trasferimenti fiscali e quindi si propongono queste strutture non democratiche che porteranno ancora sofferenze ai paesi periferici.

Questo non è assolutamente accettabile.

Janice Atkinson (ENF). – Madam President, I am so pleased that Mr Juncker thinks everything in the EU garden is rosy. There is no mention of the 50 000 jihadists waiting to blow us up, who have got in through your failed immigration policies, and no mention of your failed immigration policies and the marauding migrants breaking into our countries. At least the eastern European countries have got the right idea. There is no mention of your failed youth employment schemes, but there is good news.

In the UK, we have record employment, despite Brexit, we have got record inward investment, despite Brexit, the volume of output is the highest in 20 years, despite Brexit, and Bill Gates said that despite Brexit, Britain can still lead in the science and technology institutes. Our order books are the highest in 30 years, despite Brexit, the City of London is still number one, despite Brexit. So I am sorry to invade your space, Mr Juncker, but you, the EU and your ideas are really past their sell-by date.

Franck Proust (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Président, notre faiblesse est d'être trop souvent dans la réaction, comme sur l'arrêt de la Cour de justice sur Singapour ou suite à l'échec du multilatéralisme.

Nous devons surtout réagir face à un tournant dans la mondialisation caractérisée par la planification de notre économie par des puissances étrangères. Le dumping, les investissements hostiles, les rachats d'entreprises stratégiques, les règles de plus en plus strictes pour nos entreprises à l'étranger, la concurrence déloyale et le manque total de réciprocité y participent.

Il n'y a pas eu d'accord, hier, lors du trilogue sur la question du dumping. Mais le risque d'un calendrier aussi serré, c'est qu'un simple report soit vu comme un échec. Si c'est au prix de la précision de notre message politique, notamment sur la charge de la preuve, alors ce n'est pas cher payé.

L'Europe doit se protéger sans tomber dans le protectionnisme. Ce message est clair. L'incertitude de nos politiques vient de notre traité qui nous fait marcher sur des œufs concernant nos obligations légales. L'ambitieux projet de règlement, que j'ai déjà pu lire, devra nous éviter surtout de marcher sur la tête. Nous avons perdu du temps et, dans la réalité, nous perdons des emplois, notre savoir-faire et notre avance technologique aux mains d'un pays qui organise, on le sait, les investissements de ses entreprises publiques et privées.

Nous ne sommes pas contre les investissements étrangers mais contre les investissements étranges, ceux qui feront en sorte que nos produits européens, et peut-être un futur iPhone d'Apple, soient un jour «designés» et assemblés uniquement en Chine!

Sergei Stanishev (S&D). – Madam President, I would like to thank President Juncker for his speech. President Juncker, I know that you are a deeply convinced European and, in your sixth scenario, I do not see a Europe which is divided or a several speed Europe, which is very positive. But, at the same time, you know that people are tired of words and promises and it is time for action from the Commission as well.

The strongest tool which you possess as a Commission is the draft of your budget for the next multiannual financial framework. We should stop thinking about how to reduce the European budget but look for own resources. We should really focus on political priorities and the major priority is how to move from a Europe of divergence and inequalities towards a Europe of convergence, strong economic growth and social justice. Frankly speaking, I expected a stronger social dimension. We really need a European social action plan today in order to regain trust.

Esteban González Pons (PPE). – Señora presidenta; vientos favorables, señor Juncker, es verdad. Hemos dejado atrás la crisis del euro. Ahora queda que se traspase esa bonanza también al empleo y a la protección social. Me ha gustado su discurso, un discurso político: libertad, igualdad, Estado de Derecho. Es verdad, en la Unión Europea, a veces parece que nos importa más resolver las crisis financieras que las crisis sociales o las crisis políticas.

El *brexít*, por ejemplo, es nuestro mayor fracaso, y aquí oigo hablar del *brexít* como si fuera solo otro tratado de libre comercio más. A partir de ahora, Europa ya no es sinónimo de Unión Europea y no le corresponde a la Unión Europea exclusivamente defender la idea de Europa. Debemos evitar que, en el futuro después del *brexít*, vuelva a haber dos Europas diferentes dentro de nuestro continente.

Comparto su afirmación sobre los tribunales de justicia, el respeto a los tribunales europeos y a los tribunales nacionales, y que el Estado de Derecho forma parte de la razón de ser de la Unión Europea.

Hay países que están atacando la separación de poderes y, en mi país, en una región, se está atacando la Constitución. El nacionalismo se expande y se contagia igual que un virus. La Constitución de cada Estado miembro es también Constitución de la Unión Europea, la unidad de mi país es también unidad de la Unión Europea.

Por eso, la Comisión también tiene —y lo comparto— la responsabilidad de defender la Constitución de los Estados miembros y la responsabilidad de defender la unidad de los Estados miembros. El Estado de Derecho nace de la libertad individual, pero crece y vive gracias a la ley y a los tribunales de justicia.

Isabelle Thomas (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Président de la Commission, je suis déçue.

D'abord, votre Commission de la dernière chance rentre dans sa dernière année utile et alors que, pour la gauche, le compte n'y est pas, vous ne nous présentez pas un plan de bataille pour cette fin de mandature, mais une vision d'avenir. Dont acte.

Dans cette perspective, vous esquissez un nouveau contrat européen sur lequel nous pouvons nous retrouver sur un certain nombre de priorités sociales, fiscales et de libertés publiques. Mais, pour passer de la parole aux actes – comme vous l'avez dit ce matin –, il nous faudrait un budget sérieux et c'est ma deuxième déception.

Certes, vous nous indiquez votre préférence pour sortir du carcan budgétaire actuel mais vous restez sur le pas de la porte. Rien sur l'opportunité et l'urgence de crever le plafond de 20 %. Rien de précis sur l'urgence d'intégrer des ressources propres, sur l'opportunité aujourd'hui d'une taxe sur les multinationales, qui aurait à la fois la vertu de la justice fiscale et celle de remplir deux caisses: celle de l'Union européenne et celle des États membres.

Enfin, je suis déçue sur la démocratie économique et monétaire. Peu importe qu'il s'agisse d'une assemblée de la zone euro, ou de cette Assemblée, dotée de nouvelles prérogatives, ce que nous voulons, c'est un Parlement, parce que c'est l'instance démocratique qui doit pouvoir décider des choix économiques, y compris remettre en cause le dogme austéritaire, sans se limiter à être un gendarme ordolibéral.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Presidente della Commissione, oggi ha tracciato un quadro ampio del futuro dell'Europa parlando di molte cose condivisibili, a cominciare dalla difesa degli interessi strategici dell'Europa. Anzi, secondo alcuni analisti, questo sarebbe il messaggio geopoliticamente più interessante e rilevante di tutto il Suo discorso.

Io vorrei parlare anche della riforma del trattato di Dublino – per noi prioritaria e ineludibile: vorrei approfondire – della necessità di sostenere di più e meglio l'industria europea a cominciare dalle piccole e medie imprese, della disoccupazione giovanile. Ma in questa manciata di secondi che mi restano mi limito a farle una domanda, perché ha riconosciuto che questa Europa ha bisogno di più democrazia.

E allora Lei non ha detto una cosa, secondo me, fondamentale: quest'Assemblea, direttamente eletta dai cittadini, non ha iniziativa legislativa, come Lei sa. Non pensa che dovrebbe essere un punto messo all'ordine del giorno? Vede, noi cattureremmo il vento con le nostre vele, come da Lei auspicato, se i cittadini avessero chiara la percezione di essere sempre al centro di tutte le nostre azioni.

Iratxe García Pérez (S&D). – Señora presidenta, hace años que Europa ha dejado de formar parte importante de nuestros sueños, y ese proyecto, sinónimo de desarrollo, de oportunidades, de igualdad se ha convertido en un escenario muy distinto: precariedad, austeridad, crisis económica. Hoy, aquellos que creemos en el proyecto europeo compartiremos la necesidad y la preocupación de compartir y de avanzar en nuevas políticas para la Unión Europea.

El pilar social europeo debe ser un eje prioritario. No es posible que en la Europa del siglo XXI siga existiendo una clase trabajadora que vive bajo los umbrales de la pobreza. Hablemos de la lucha contra el cambio climático, de enfrentarnos a la lucha contra el terrorismo, de la política de asilo y de inmigración. Es fundamental.

Le agradezco, señor Juncker, su referencia al Estado de Derecho. Europa es un proyecto basado en la democracia y, por lo tanto, es fundamental garantizar el respeto al ordenamiento constitucional en todos y cada uno de los Estados miembros.

No hay tiempo que perder, es necesario abordar ya los cambios. Diversidad, diálogo, respeto, cohesión: eso define a Europa. No permitamos que nada ni nadie cambie el sentido de esta palabra.

Csaba Sógor (PPE). – Madam President, I most welcome the emphasis on the idea of Europe as a community of values, placed by Mr Juncker, and the need to ensure freedom, equality and the rule of law all over the EU so that there are no longer second-class citizens in our integration project. Still, European citizens belonging to national autochthonous or language minorities can be treated very differently depending on where they live. Only last week in Romania, the Hungarian minority language Catholic High School of Târgu Mureș ceased to exist because of the systematic harassment by various authorities where hundreds of minority-language speaking children were insecure until the last moment about whether they would be able to attend their school again.

What do the parents of these children who are interrogated by the Romanian anti-corruption agency for enrolling their children in the school feel about the rule of law that the EU is supposed to guarantee them? The EU still has a long way to go to ensure its values and prevent discriminative practices. More than 60 million citizens expect acknowledgement of their existence by the EU institutions.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Wir erleben gegenwärtig eine eigenartige Situation in ganz Europa. Dank Brexit und Trump steigen die Zustimmungsraten zur Union, aber der Zustand der Union steht dazu in Kontrast. Wir sind weit davon entfernt, die Migrationsfrage im Griff zu haben, und der von Ihnen zitierte Aufschwung ist nicht bei allen angekommen. Ganze Regionen, vor allem im Osten, fühlen sich abgehängt. Dazu kommt eine gefährliche, immer größer werdende Kluft zwischen Ost und West. Ich finde es begrüßenswert, dass der Vizepräsident Timmermans hier eine ganz klare Linie verfolgt.

Ja, die Kommission als Hüterin der Verträge muss darauf achten, dass die Grundrechtecharta eingehalten wird. Freilich bedarf es dazu auch der Bereitschaft zum Dialog. Den vermisse ich gerade bei jenen, deren politisches Geschäftsmodell darin besteht, sich auf Kosten von Brüssel zu profilieren. Dagegen gibt es aber ein Mittel: Brüssel muss besser, demokratischer und sozialer werden, und dazu haben sie eine gute Vorlage geliefert.

Adina-Ioana Vălean (PPE). – Madam President, congratulations to President Juncker for his strong messages on the State of the Union today. For the first time in years, our citizens show growing faith in the EU and its direction. Their confidence is justifying proof that the EU remains where they put their hopes and where they want to live and prosper. For all this, we are obliged to keep our word and deliver on what we have promised. Some will say we need more ambition; I say we need stability, consolidation and proper implementation of EU policies. We need to defend our values to make sure our citizens can fully benefit from their rights and freedoms, and that the competitiveness of our companies is both defended and supported. Yet, the engine of our internal market is not fairness, but competition. It has to be a real one. You cannot send people home, telling them to go and compete in their own country while we protect our national markets. The internal market is not the sum of national markets. The State of the Union should also be about how we can offer more Europe for everyone.

Alessia Maria Mosca (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Juncker, la politica commerciale è uno dei più potenti strumenti di cui disponiamo e, pur sapendo che da sola non può risolvere tutto, deve essere continuamente aggiornata e migliorata per rispondere alle sfide globali. Abbiamo apprezzato che abbia iniziato il suo discorso con questo e in modo particolare le sue parole sulla trasparenza ma crediamo che si debba insistere almeno in tre direzioni.

Primo, perché continui ad essere una politica autenticamente europea, aperta al confronto democratico ma senza perdere la prerogativa di unitarietà. E per questo il Parlamento europeo dovrà essere sempre più coinvolto in tutte le fasi del processo e non solo per dare l'ultima parola.

Secondo, perché il capitolo sullo sviluppo sostenibile sia efficace e vincolante. Bene il cammino intrapreso dalla Commissione ma è necessario a questo punto continuare la riflessione, renderla pratica e dotarla di risorse. Il Parlamento è pronto a dare il proprio contributo.

Terzo, perché l'apertura commerciale sia basata sull'equità e sulla reciprocità. E non sono possibili deroghe, a prescindere da quale sia il nostro partner commerciale, se non vogliamo mettere a rischio tutto il nostro sistema economico.

Paulo Rangel (PPE). – Cara Presidente, caro Presidente Juncker, em primeiro lugar permita-me cumprimentá-lo e agradecer-lhe o discurso de hoje que dá um novo impulso e que nos encoraja a todos aqueles que, tal como o Presidente Juncker, amamos a Europa.

la fazer-lhe aqui um desafio que não está no rol das suas preocupações imediatas, pelo menos daquelas que apresentou aqui. Houve este ano uma grande onda de incêndios em Portugal, com consequências trágicas, tem havido inundações por toda a Europa, ainda agora na Polónia com consequências trágicas, vimos no ano passado vários terremotos em Itália, também este ano na Grécia, sabemos que com as alterações climáticas vai haver muitos destes acidentes.

Não seria altura de criarmos uma verdadeira Força Europeia de Proteção Civil que, por um lado, está muito ligada também à segurança interna – pode ter missões também no Mediterrâneo, de salvamento etc. –, mas que poderia, sempre que haja um grande desastre destes, em poucas horas, deslocar-se para o local do desastre e ajudar as forças nacionais a combaterem estas catástrofes e a minorarem as suas consequências? Eu penso que estamos na altura de ter uma força europeia de proteção civil que, aliás, em muitos aspetos, seria um embrião daquilo que podem vir a ser umas verdadeiras forças armadas europeias.

Udo Bullmann (S&D). – Herr Präsident! Herr Präsident Juncker! Sie haben eine Rede gehalten, die Ihre eigenen Ansprüche mehr als erfüllt. Sie war kühn. Neben vielen richtigen Forderungen, die wir unterstützen, war ein Grundgedanke: Der Osten braucht den Westen, aber der Westen umgekehrt auch den Osten. Ich würde gerne ergänzen: Das Gleiche gilt für das Verhältnis von Nord und Süd. Ich war selten so angewidert in den letzten Jahren wie in den Zeiten, wo ich in den Gazetten meiner eigenen Zeitungen in Deutschland habe lesen müssen: „Wollt ihr Kohle, verkauft uns Korfu“. Das war das Dummgequatsche von Politikern, was zitiert wurde, und ich danke Ihnen dafür, dass Sie sich nicht nur daran nie beteiligt haben, sondern dem widerstanden haben.

Herr Kollege Weber! Ich weiß, dass das nicht Ihr Niveau ist, aber wir können auch nicht sagen: Die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union wird danach ausgerichtet, wer gerade irgendwo regiert. Ob Griechenland einen Schuldenschnitt bekommt, ist eine fachliche Frage. Sie hat aber nichts damit zu tun, ob und wann Ihre Parteifreunde wieder regieren sollten. Wir brauchen eine neue Politik – eine solidarische Politik für den Süden, damit der Süden sich entwickeln kann. Aber wir brauchen den Süden in einer brennenden Welt.

(Beifall)

Андрей Ковачев (PPE). – г-н Председател, приветствам това, което чух от г-н Юнкер. Нашата цел сега е то да се реализира и моят апел е към страните членки. Тяхна е основната отговорност за това колко ефективен или неефективен е Европейският съюз. Много често за съжаление, националният егоизъм надделява над солидарността.

През следващата година Европейският съюз трябва да докаже, че тези обещания за физическа и социална сигурност за европейските граждани ще станат реалност. Тук усилията трябва да насочим към повече сътрудничество в областта на отбраната, борбата с тероризма, охраната на външните граници, ограничаване на мигрантските потоци и солидарно разпределяне на тежестта. Приветствам предложението за Европейска разузнавателна агенция, най-накрая за Европейска киберагенция. Наред с това, не трябва Европейският съюз да отстъпва от своите ангажменти в областта на регионалното развитие, конкурентоспособността, иновациите и здравеопазването, които пряко засягат жизнения стандарт на европейските граждани.

Сега е времето за решителни стъпки към повече интеграция там, където кризата ни удари най-силно. Евразоната трябва да се консолидира, но не за сметка на целостта на Европейския съюз. Приветствам това, което казахте, че не ни трябва отделен бюджет на Евразоната и не ни трябва отделен парламент на Евразоната. Европейският съюз не трябва да се разделя на ядро и периферия.

Victor Boştinaru (S&D). – Domnule preşedinte Jean-Claude Juncker, vreau să vă mulţumesc astăzi pentru curajul, viziunea şi înţelepciunea discursului dumneavoastră, dar, mai ales, pentru forţa de a vă opune celor care favorizau mai degrabă divizarea şi dublele standarde în proiectul Europei cu mai multe viteze. Vă împărtăşesc, în numele delegaţiei române, în numele grupului meu şi în numele ţării mele, ideile şi viziunea şi vă asigurăm de tot sprijinul.

Dacă ne uităm la discursul dumneavoastră, sunt de acord: în politica externă, securitate, apărare, Europa poate fi un jucător serios, important, doar dacă suntem uniţi, dacă vorbим cu o singură voce şi dacă există încredere completă între тоţi membrii. Dacă не uităm la politica de coeziune, ea este fundamentală pentru punerea în практикa a принциплуи solidarităţii şi a reducerilor disparităţii şi, de aceea, vă cer şi vă rog să acordaţi atenţie continuării acestui instrument fundamental al Uniunii.

Uniunea şi solidaritatea înseamnă, да, că не există standarde duble в случаите de cooperare consolidată, că Schengenul не може fi refuzat atunci când sunt condiţiile create, că Механизмът de Cooperare şi Verificare не може continua, dacă не mai este necesar şi dacă şi calitatea alimentelor, cum аţi spus-о, este aceeaşi pentru тоţi европейци.

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, I would like to thank President Juncker for his speech. It is good to remind us about how things have changed since last year. Just to remind all of us: growth is up, unemployment is down, employment is up, we have a stable financial sector and improved fiscal policy. This is just the economy; you mentioned more. You can say that these are just numbers, but these are not just numbers. This means that life for people in Europe is better and that is what people expect from us. As you know from the past, the good times are exactly when people make a lot of mistakes. You urge us not to make mistakes during these good times and, instead, to do many good things. I agree and I appreciate it. One of the obstacles that I want to stress is that trust is still missing: trust among politicians, trust among people, trust among countries. I hope that in your next speech you will remind us that this has improved. This is very important. At the end of your speech, you mentioned that we should not be over-cautious. This is exactly the way to make mistakes and to miss opportunities. I hope we will not miss them.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Commissievoorzitter Juncker, u hebt een optimistische speech gegeven. Het was een beetje onderkoeld, maar zo kennen we u wel. Maar het was wel een optimistische speech met elementen die we vanuit onze fractie met heel veel enthousiasme zullen ondersteunen, zoals het transparant maken van het mandaat bij de handelsakkoorden, het leiderschap op het vlak van klimaat, het beschermen van onze industrie en ervoor zorgen dat er meer democratie komt.

Toch blijven we ook een beetje op onze honger zitten. Na drie jaar beloftes inzake de triple-A voor het sociaal beleid, na drie jaar gepraat over sociale dumping hebben we nog geen resultaten geboekt. Wanneer gaan we er echt voor zorgen dat onze mensen gelijk loon voor gelijk werk krijgen? Wanneer gaan we ervoor zorgen dat onze sociale rechten en de toegang tot de sociale zekerheid ook echt verankerd worden in Europese wetgeving? Op het einde van dit mandaat zal dat bepalen welke balans wij opmaken en hoe wij als sociaaldemocraten naar deze Commissie kijken.

Marita Ulvskog (S&D). – Fru talman! Herr kommissionsordförande, tack för ert tal och tack för att ni tar upp sunda regler på arbetsmarknaden. Sundare regler på arbetsmarknaden kommer nämligen att vara avgörande för sammanhållningen i EU. Ingenting annat kan vara lika starkt.

Det finns nämligen inget som är mer splittrande än den sociala dumpning som innebär att löntagare måste konkurrera genom att sälja sin arbetskraft så billigt som möjligt. Det är en oanständighet för Europa. På den punkten finns det många som hoppas på er, det vill säga gärna en kontrollmyndighet, men först ett utstationeringsdirektiv och starka parter på arbetsmarknaden – det kan ingen myndighet ta över – och så småningom ett socialt protokoll att lägga till fördraget.

Vad gäller era tankar om eurozonen måste jag påpeka att vi är många som utgår från att ni har full respekt för de länder som har sagt nej. I exempelvis Sverige har en tydlig majoritet i en folkomröstning sagt nej till euron, och det måste självfallet fullt ut respekteras.

Catch-the-eye procedure

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Πρόεδρε Juncker, οι πολίτες περιμένουν να αναδείξουμε άμεσα, κόντρα στον λαϊκισμό και τα άκρα, τη δική μας Ευρώπη. Η δική μας Ευρώπη οφείλει να στηρίζει, να ενισχύει και να επιβραβεύει τις διαρθρωτικές αλλαγές. Μόνο έτσι θα υπάρχει ευημερία για όλους. Ο Υπουργός Οικονομικών της Ένωσης οφείλει να επιτηρεί τη σταθερή εφαρμογή των κανόνων αλλά και να επιβραβεύει την πρόοδο, ενθαρρύνοντας τους πολίτες. Η δική μας Ευρώπη οφείλει να οχυρωθεί απέναντι στην τρομοκρατία. Η αυτόματη ανταλλαγή πληροφοριών άργησε, όπως και η δημιουργία της Ευρωπαϊκής Υπηρεσίας Πληροφοριών. Η δική μας Ευρώπη φιλοξενεί εκατομμύρια πρόσφυγες αλλά, συγχρόνως, τα κράτη μέλη οφείλουν να μοιράζονται την ευθύνη και όταν αυτό δεν συμβαίνει να υφίστανται κυρώσεις. Οφείλετε και έναν καλό λόγο στους Έλληνες, Πρόεδρε Juncker, που μαζί με τους Ιταλούς, ανέλαβαν την ιστορική ευθύνη της υποδοχής των προσφύγων. Η δική μας Ευρώπη οφείλει να δίνει βιώσιμες δουλειές στους νέους ανθρώπους και αυτό, σίγουρα, δεν επιτυγχάνεται με περικοπές στον προϋπολογισμό για την έρευνα.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta; presidente Juncker, en esta recta final ha hecho usted su discurso más largo e intencionado, pero exigimos más y, sobre todo, concreción: vías legales para migrantes y refugiados —no basta la tarjeta azul para la migración económicamente selectiva si no existe visado humanitario; pilar social; trabajo decente, sobre todo para los jóvenes; lucha contra la pobreza infantil y contra la desigualdad; contra el fraude y los paraísos fiscales, después de lo que hemos visto en la Comisión de Investigación PANA; pero, sobre todo, Estado de Derecho, que es imperio de la ley.

Desobedecer las sentencias de los tribunales no es defender la democracia ni la libertad de expresión; es incumplir la ley, es cometer un delito y es la negación de Europa. Y llamemos a las cosas por su nombre; eso puede pasar en Polonia, en Hungría o en Cataluña: en todas partes es la negación de Europa.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Juncker τελικά, μετά τα πέντε σενάρια για τις αλλαγές στην Ευρωπαϊκή Ένωση, εσείς προσθέσατε και ένα έκτο σενάριο. Τη συνέχιση της ίδιας πολιτικής, με τους ίδιους θεσμούς και τις ίδιες ισορροπίες του παλιού πολιτικού κόσμου. Της πολιτικής της γερμανικής Ευρώπης, της πολιτικής της λιτότητας και του δρακόντειου συμφώνου σταθερότητας, της αντιδημοκρατικής ευρωζώνης με το ανεξέλεγκτο Eurogroup και την πανίσχυρη Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα. Της Ευρωπαϊκής Ένωσης της «τραπεζοκρατίας» και του νέου Ευρωπαϊκού Νομισματικού Ταμείου, εξίσου σκληρού και αντιλαϊκού με τον Ευρωπαϊκό Μηχανισμό Σταθερότητας (ESM). Της Ευρωπαϊκής Ένωσης του «outsourcing», της TTIP και της CETA που οδηγούν στην αποβιομηχανοποίηση της Ευρώπης και στην «κινεζοποίηση» των ευρωπαϊκών μισθών. Της Ευρωπαϊκής Ένωσης της ανεργίας και της περιθωριοποίησης της νεολαίας. Της Ευρωπαϊκής Ένωσης που έχει πλημμυρίσει από εκατομμύρια πρόσφυγες και παράνομους μετανάστες. Κύριε Juncker, το δημογραφικό πρόβλημα της Ευρώπης είναι συνυφασμένο με τη φτώχεια και την ανεργία και δεν θα λυθεί με τις αδρόες μεταναστευτικές ροές και τη «μουσουλμανοποίηση». Θα λυθεί με μια πολιτική που θα στηρίζει την ευρωπαϊκή οικογένεια.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente; señor Juncker, como puede ver aquí, mi partido, el PNV, celebró en 1932 la fiesta nacional vasca bajo el lema «Euskadi-Europa». Por eso nos gustan sus propuestas, pero le faltó recordar a las mujeres que sufren desigualdad y violencia.

Creemos en la Unión que describe: socios convencidos y coherentes apoyando este plan; todos en todo para proteger, para empoderar y defender a la gente; Europa social, abierta, refugio, unida frente al terror; más industria, apoyo a la economía real, capacidad financiera y política; impulsar el mercado único digital de energía y de transporte, víctimas del cortoplacismo de muchos Estados; valores democráticos y defensa de los derechos de todos, incluidos los de las minorías nacionales, que existen. Y cuando, como en Cataluña, en vez de reconocer esa realidad, se prefiere sofocar sin política, sin diálogo, se crea un problema europeo.

El Intergrupo de Minorías de este Parlamento pide mediación europea en su Manifiesto de Estrasburgo, democracia para que nadie pueda imponer, pero también para que nadie pueda impedir una salida política a este problema.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, πρέπει να δεχτούμε ένα πράγμα για τη σημερινή Ένωση: ότι παραμένει σταθερή στη συνέχιση των ίδιων πολιτικών που οδήγησαν στη φτωχοποίηση των λαών, στη διάλυση του κοινωνικού κράτους και των εργασιακών σχέσεων, στην εμβάθυνση και τη θεσμοθέτηση των νεοφιλελεύθερων πολιτικών λιτότητας και μνημονίου. Το έκτο σενάριο του κυρίου Juncker συνεχίζει λοιπόν στην ίδια λογική της διεύρυνσης των κοινωνικών και περιφερειακών ανισοτήτων και οδηγεί σε μία Ένωση πολλών ταχυτήτων, σε μία Ένωση του πλούσιου πυρήνα και της φτωχής περιφέρειας. Συνεχίζεται σταθερά η ενίσχυση του στρατιωτικού κεφαλαίου, μέσω του Ταμείου για την άμυνα, και του χρηματοπιστωτικού κεφαλαίου, μέσω της ONE, της τραπεζικής Ένωσης και της πρότασης για υπερυπουργείο Οικονομικών. Συνεχίζεται η πολιτική έλλειψης αλληλεγγύης με τους πρόσφυγες: αντί να ανατραπεί η απαράδεκτη συμφωνία με την Τουρκία, προτείνονται τώρα παρόμοιες συμφωνίες με τη Λιβύη και άλλες χώρες.

Ως Αριστερά, είμαστε υπέρ της ανατροπής αυτών των πολιτικών του νεοφιλελευθερισμού, της ανισότητας και της φτώχειας. Χρειάζονται περισσότερες δημόσιες επενδύσεις για δημιουργία αξιοπρεπών θέσεων εργασίας, χρειάζεται κοινωνική Ευρώπη της αλληλεγγύης και της ειρήνης, χρειάζεται Ευρώπη υπέρ των συμφερόντων των λαών.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident! Das Motto der Grünen zu Europa heißt: „Bleib' kritisch mit der EU, aber bleib'!“ Wir wollen eine sozial gerechte, eine ökologisch nachhaltige Union, damit die Bürgerinnen und Bürger endlich auch wieder daran glauben. Da sind kosmetische Änderungen einfach nicht genug. Sie haben ein paar interessante Vorschläge gemacht, aber was die Handelsbeziehungen betrifft: Da stehen immer noch die Interessen der Großkonzerne im Vordergrund, da ist immer noch die Transparenz nicht so, wie sie in einer Demokratie sein müsste. Was wir brauchen, sind faire Handelsabkommen, sonst ist jede Rede über die Bekämpfung von Fluchtursachen wirklich verlogen.

Gefallen hat mir Ihr Einsatz für unsere Freiheiten wie Rechtsstaatlichkeit, das es europäische Wahllisten bei der nächsten Wahl geben soll, und auch, dass Sie es gemeinsam mit dem Europäischen Parlament jetzt angehen, die Regeln für die Finanzierung von europäischen Parteien und Stiftungen so zu ändern, dass rechtsextreme, antieuropäische Gruppierungen nicht mehr ihre Kassen füllen können, um gegen die Union und gegen das Solidaritätsprinzip zu hetzen.

Insgesamt: Es ist nicht genug, die Lage der Union zu beschreiben. Wir müssen aus der Schieflage wieder herauskommen und schaffen, dass diese Union für alle Bürgerinnen und Bürger wirklich solidarisch und glaubwürdig ist.

Krisztina Morvai (NI). – Mr President, in Mr Juncker's position I think it would be a very good idea to watch television every now and then. These days, if you do so, you can see really good news from Syria and from Iraq. The wars are almost over, rebuilding has begun and refugees are returning home. Do you not think – and please answer this question – that it is high time to fundamentally reconsider the relocation and resettlement quota idea of the European Union? Stop bashing Hungary, stop preaching to us about solidarity, and talk about solidarity to those strong, healthy, young Syrian and other men who should go home and rebuild their countries. That is solidarity with those nations.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, χαίρετιζω πραγματικά την ομιλία του Προέδρου της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, του κυρίου Juncker, γιατί θεωρώ ότι είναι ιστορικής αξίας και σημασίας, γιατί επικεντρώνεται στον πυρήνα δημιουργίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που είναι οι αρχές της και οι αξίες της. Συμφωνούμε, κύριε Juncker, ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση, από τούδε και στο εξής, πρέπει να λαμβάνει υπόψη την ελευθερία, την ισότητα και το κράτος δικαίου. Θα το υπερασπιστούμε και εμείς με όλες μας τις δυνάμεις, γιατί με αυτόν τον τρόπο θα οδηγηθούμε στην ευημερία και σε μια ισχυρή Ευρωπαϊκή Ένωση. Θεωρώ, όμως, ότι δεν πρέπει πλέον να επιδείξουμε οποιαδήποτε άλλη ανοχή και καμία έκπτωση σε χώρες όπως στην Τουρκία, που απέδειξαν ότι δεν σέβονται καμία αρχή και καμία αξία.

Ως Ευρωπαίος πολίτης, μπορώ να αισθάνομαι υπερήφανος όταν θα απολαμβάνω και εγώ την ελευθερία μου, που δεν την απολαμβάνω τώρα, γιατί δεν μπορώ να επιστρέψω στο σπίτι που γεννήθηκα, γιατί μου το στερεί μια χώρα η οποία παραβιάζει ανθρώπινα δικαιώματα και στο εσωτερικό της, αλλά και στην πατρίδα μου. Δεν μπορούν αυτές οι χώρες να χτυπούν την πόρτα της Ευρωπαϊκής Ένωσης και δεν μπορούμε εμείς σε καμία περίπτωση να τις ανταμείβουμε, είτε με αναβάθμιση της Τελωνειακής Ένωσης, είτε με άλλα προνόμια και χρηματοδοτήσεις. Το μήνυμα είναι ισχυρό: ισχυρή Ευρώπη σε αρχές και αξίες και θα προχωρήσουμε μαζί, αγαπητέ Πρόεδρε της Ευρωπαϊκής Επιτροπής.

Silvia Costa (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Juncker, La ringrazio del Suo importante discorso e della Sua visione davvero europeista, una vela spinta anche dal ritrovato maggiore spirito europeista di alcuni importanti paesi, dalle paure di tanti cittadini, soprattutto giovani britannici per l'impatto della Brexit, soprattutto dalla consapevolezza che lo sviluppo sostenibile, la sicurezza, la difesa, la politica estera, una maggiore giustizia, il ruolo nel mondo dell'Europa potranno essere garantiti solo da più Europa, un'Europa libera, unita, giusta e riformata nelle sue istituzioni, ma anche nelle sue priorità.

Ma la costruzione di valori comuni e di un futuro condiviso per le nuove generazioni passa per una dimensione culturale ed educativa del progetto europeo, come assi portanti. A 30 anni dal lancio del progetto Erasmus, Le chiediamo di proporre che sia finalmente almeno raddoppiato il numero dei giovani ammissibili nella prossima programmazione – attualmente sono solo il 5 % dei giovani europei – e, quindi, che siano raddoppiate le risorse e di fare dell'Anno europeo del patrimonio culturale, che Lei ha giustamente citato e che sarà presentato a Milano, a dicembre, insieme alla nuova diplomazia culturale di cui ringrazio la Vicepresidente Mogherini e il Commissario Navracsics – una straordinaria occasione a favore della costruzione e condivisione di valori comuni, di memoria condivisa, di dialogo interculturale ma anche di sviluppo, di coesione sociale e nuova occupazione di qualità.

Mark Demesmaeker (ECR). – Mijnheer Juncker, we hebben allemaal de mond vol van een democratisch Europa, van het terugwinnen van de harten en de hoofden van de burgers. Als parlements lid probeer ik de vinger aan de pols te houden dicht bij huis, want daar begint onze democratie. Ik ben het daarom roerend eens met wat mijn collega Terricabras uit Catalonië daarstraks heeft gezegd. Honderden Catalanen kleurden afgelopen weekend de straten van Barcelona. Hun vreedzame optimistische streven om te beslissen over hun eigen politieke toekomst binnen de EU zou ons als democraat allemaal moeten plezieren. U weet dat het politieke probleem tussen Barcelona en Madrid vandaag voor de rechtbank wordt behandeld, dat rechters en politici in Madrid de opdracht geven aan ambtenaren om het referendum van 1 oktober te boycotten. Media worden geïntimideerd, u weet dat.

Is dit het Europa waar wij voor staan? Wel, wij als Vlamingen alvast niet. Wel voor een Europa dat burgers en hun democratische verzuchtingen respecteert.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Πρόεδρε Juncker, η πραγματική κατάσταση της Ευρώπης δεν είναι αυτή που μας περιγράφατε. Οι εργαζόμενοι βλέπουν στην Ένωση τη μείωση των μισθών και των δικαιωμάτων. Οι συνταξιούχοι βλέπουν στον νέο Υπουργό Οικονομικών της Ένωσης νέες συνταξιοδοτικές περικοπές. Οι άνεργοι βλέπουν στον προϋπολογισμό της Ένωσης «το καρότο» των ιδιωτικών επενδύσεων για άνοιγμα εργασίας, αλλά και ταυτόχρονα «το μαστίγιο» της μείωσης των μισθών και της παραβίασης της εργασιακής και νομοθετικής προστασίας. Κύριε Juncker, στα κηρύγματα και στους ύμνους περί Δημοκρατίας, τα δικά σας όπως και του κυρίου Macron πρόσφατα στην Αθήνα, οι Ευρωπαίοι πολίτες βλέπουν την παραβίαση της Δημοκρατίας, τον ενταφιασμό του δημοψηφίσματος του ελληνικού λαού του 2015 και τις δηλώσεις του Επιτρόπου σας, του κυρίου Moscovici, που χαρακτήρισε σκανδαλωδώς από άποψη δημοκρατικής διαδικασίας την επιβολή της λιτότητας στην Ελλάδα. Κύριε Πρόεδρε, θέλουμε μια Ευρώπη κυρίαρχων κρατών στη βάση της ισοτιμίας και της Δημοκρατίας, μια Ευρώπη μέσα στην οποία να συνεργαζόμαστε σε ζητήματα οικονομίας, βιομηχανίας και περιβάλλοντος, αλλά σε όφελος των λαών και σε βάρος των πολυεθνικών και, βεβαίως, μια Ευρώπη ειρήνης, φιλίας και όχι μια Ευρώπη των εξοπλισμών και των πολέμων.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Jean-Claude Juncker, président de la Commission. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, mes chers collègues, j'ai parlé, me semble-t-il, pendant un peu plus d'une heure. C'était difficile pour vous, mais c'était encore plus difficile pour moi parce que je souffre d'une sciatique très douloureuse, ce qui fait que je dois me reposer un peu et que je ne peux donc pas vous répondre en détail.

Je dirais tout simplement qu'il serait sage que, sur les points où la Commission a d'ores et déjà pris des initiatives, ceux qui s'en préoccupent joignent leurs efforts aux nôtres pour légiférer. Notamment en matière sociale, le Parlement et le Conseil sont saisis de toute une série de propositions que je n'avais pas à réénumérer ou à décrire devant vous parce que vous êtes saisis de ces textes.

Ce n'est pas la Commission qu'il faut rendre responsable si la directive sur les travailleurs détachés n'a pas encore été revue. Nous avons fait une proposition et nous sommes d'accord pour poursuivre ce travail, et ce que je dis à l'endroit de la directive sur les travailleurs détachés, je pourrais le dire pour d'autres propositions également.

Vous gagnerez à lire la lettre d'intention que le vice-président Timmermans et moi-même avons fait parvenir au Président du Parlement. Vous y trouverez en détail, et sur de nombreuses pages, le descriptif exact des intentions de la Commission. Nous associerons étroitement le Conseil et le Parlement aux travaux qui vont nous conduire, le 24 octobre au plus tard, à adopter le programme de travail de la Commission, programme que je voudrais que le Parlement puisse accompagner d'une résolution harmonieuse.

Enfin, je voudrais que nous terminions l'année, pour ce qui est des programmes des intentions et des ambitions, par une déclaration commune des présidents des trois institutions.

Je vous remercie et je m'excuse de devoir vous quitter.

(Applaudissements)

Presidente. – Grazie Jean-Claude, ti possiamo consigliare qualche buon medico per curarti definitivamente, in modo che tu possa essere sempre forte e rispondere a tutte le nostre domande. Ringrazio anche la Vicepresidente Mogherini per lo sforzo che ha compiuto ieri con una lunga performance in Aula.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, να ευχηθώ περαστικά στον κύριο Juncker. Με αυτά βέβαια που άκουσα προηγουμένως όταν μας μίλησε, νόμιζα προς στιγμήν ότι ονειρευόμουν στον παράδεισο για όλα αυτά τα επιτεύγματα της Ευρώπης. Ο απολογισμός όμως των επιτευγμάτων της τρέχουσας Ευρωπαϊκής Επιτροπής είναι περισσότερη φτώχεια, ανεργία, λαθρομετανάστευση, ξεριζωμός νέων ανθρώπων μέσω της εσωτερικής μετανάστευσης και αίμα αθώων ανθρώπων από τζιχαντιστές ισλαμιστές. Μεγαλύτερο όμως επίτευγμα είναι η παντελής έλλειψη Δημοκρατίας. Κάθε αντίθετη άποψη αφορίζεται και στοχοποιείται ως εθνικιστική και λαϊκιστική. Οι πολιτικοί ταγοί της Ευρώπης δεν αντέχετε στην κριτική. Αντέχετε όμως και δεν συγκινείστε από τα καταστροφικά αποτελέσματα της παγκοσμιοποιημένης πολιτικής σας. Χωρίς αιδώ, κατηγορείτε νόμιμα και δημοκρατικά εκλεγμένες κυβερνήσεις, όπως της Πολωνίας και της Ουγγαρίας, επειδή απλά κυβερνούν με γνώμονα το εθνικό τους συμφέρον. Οι Έλληνες, οι Ιταλοί, οι Γάλλοι, οι Ούγγροι, οι Πολωνοί, ακόμα και οι Βρετανοί που ψήφισαν την αποχώρηση από την Ένωση, δεν επιθυμούν περισσότερη ή λιγότερη Ευρώπη, αλλά μια Ευρώπη δικαιότερη, δημοκρατικότερη, ασφαλέστερη και με σεβασμό στην εθνική κυριαρχία και ακεραιότητα των κρατών μελών.

Marcel de Graaff, namens de ENF-Fractie. – Voorzitter, wie zegt dat het beter gaat met de Europese Unie liegt erop los of leeft op Fantasy Island. Inmiddels zijn er 50 000 terroristen uit islamitische landen in de EU. Elke maand vindt er een grote aanslag plaats of wordt er op het laatste moment een voorkomen. Elke dag worden vrouwen en kinderen verkracht en mensen beroofd, mishandeld en vermoord door immigranten uit islamitische landen. Er is geen veiligheid meer in de EU. Dit parlement zelf verandert in een bunker en nog ontkent u het gevaar van de islam. U betaalt de Libische kustwacht miljoenen belastinggeld, omdat de EU-kustwacht haar werk niet doet en niet kan doen vanwege de politieke onwil van de Commissie-Juncker. En nog steeds zijn er miljoenen werklozen in de Unie en nog steeds is het schuldenprobleem niet opgelost en nog steeds verliest de EU aandeel op de wereldmarkt.

Het gaat niet goed met de EU. Het Verenigd Koninkrijk heeft inmiddels de Titanic verlaten, de oostelijke lidstaten die wel een verstandige immigratiestop hebben ingesteld, worden verketterd en weggejaagd. Maar een dictatuur als Turkije wordt met miljarden gesteund om lid te worden. En dát is de staat van de Unie: economisch mislukt, sociaal mislukt, in veiligheid mislukt. Meneer Juncker – en hij is inmiddels weggevlucht – houdt u alsjeblieft op met deze verkiezingspropaganda en start met het opheffen van dit mislukte project.

Rolandas Paksas, EFDD frakcijos vardu. – Pone pirmininke, prasiidėjus Antram pasauliniam karui britų parlamentaras Leo Amery, kritikuodamas Bendruomenių Rūmuose vyriausybės klaidinga veikimą ar neveikimą, kreipėsi į ministrą pirminką Chamberlainą Kromvelio žodžiais, cituojų: „Jūs užsibuvote, užsibuvote čia per ilgai ir nieko gero nepadarėte, išeikite sakau Jums, išvaduokite mus nuo savęs, dėl Dievo meilės, išeikite“.

Pone Junckeri, aš netaikau to Jums, bet Jums tikrai siūlyčiau priminti tai tiems, kam nuolat niežti rankos paauklėti Rytų ir Vidurio Europos valstybes, ir tiems, kas turi interesų dėl savo ekonomikos stiprinimo kitų Bendrijos narių sąskaitą. Ir nesu stiprus buriuotojas, bet man atrodo, kad plaukt pavėjui tai nėra pats didžiausias laivo greitis.

Patrick Le Hyaric, au nom du groupe GUE/NGL. – Monsieur le Président, dans le débat que nous avons eu ce matin, il n'y a pas eu le début d'une autocritique sur les effets des politiques d'austérité qui ont été imposées aux peuples. Or, il n'y a pas d'issue pour la construction européenne sans un nouveau projet social.

On a beaucoup parlé de démocratie, mais je crois que la combinaison d'un président unique de la Commission et du Conseil – on ne sait pas par qui il serait désigné d'ailleurs – et la transformation du pacte de stabilité en fonds monétaire européen – quand on sait la fonction du Fonds monétaire international – sont très inquiétantes, puisqu'on va assister à la fois à la centralisation des pouvoirs et à une plus grande surveillance du budget des États, donc à un renforcement de cette même austérité. Il n'y a rien de bon à attendre de ce côté-là et c'est contraire à ce qu'on affirme, par ailleurs, en disant qu'on veut faire une Europe plus démocratique.

Guy Verhofstadt, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, je veux simplement dire à M. Le Hyaric que la chose la plus importante, c'est qu'on peut choisir nous-mêmes nos leaders au niveau européen. J'espère donc que le GUE va soutenir l'idée commune de listes transnationales, qui sont la réalisation de ce rêve d'avoir notre mot à dire dans la désignation de ceux qui dirigent l'Europe.

For the other points, I have only two conclusions. Mr de Graaff says that things are going badly for the European Union; I think things are going badly for the populists and the nationalists in the European Union. He is mistaken. The problems at the moment are in his movement, not with the European Union. He is even saying that there is no increase, for example, in the number of jobs. Well, everybody knows that there is an increase in the number of jobs in the European Union.

My second conclusion, Mr Timmermans, is that, hopefully, you have seen here in the centre of this House a broad support for the ambitious programme that Mr Juncker has presented. You have to take that on board and use it as a tool with our Member States and with the Council, so that from their side there will be the same support for that ambitious programme.

Ryszard Antoni Legutko, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Nie ukrywam, iż jestem trochę zaskoczony faktem, że przewodniczący Juncker niewiele powiedział na temat wniosków wpływających z brexitu. Kto – podobnie jak ja – uważa, że wyjście Brytyjczyków z Unii jest wielką porażką i wielką stratą dla Unii, mógłby oczekiwać, że przewodniczący powie nam, że niektóre przyczyny brexitu wyeliminowano. Tymczasem nic na ten temat nie powiedziano, a nawet można było odnieść wrażenie, że wyjście Wielkiej Brytanii z Unii jest sukcesem.

Myślę, że nie jest to sukces, lecz porażka. Przewodniczący Juncker powiedział, że zaproponował kilka scenariuszy, odbyła się dyskusja czy debata. Muszę zapytać: jaka debata? O debacie można mówić wówczas, gdy nie wiemy jeszcze, jakie zostaną wyciągnięte wnioski. Tutaj natomiast wnioski te zostały już wypowiedziane, a nawet przed ich wypowiedzeniem wiadomo było, jakie mają być. Te wnioski to „jeszcze więcej tego samego”, czyli w żargonie europejskim „więcej Europy”. Czy to jest właściwe rozwiązanie? Czy traktuje się nas poważnie? Jeżeli uczestniczymy w debacie, to słuchamy argumentów i odpowiadamy na nie. Proszę zwrócić uwagę na słowa, jakie padły tutaj dzisiaj o tych, którzy mają inny punkt widzenia. Mówiono o idiotach, o wirusie, o ekstremistach, a nawet zagrożono, że zabierze się im pieniądze. Czy jest to poważna rozmowa? Jeżeli wszystko ma dalej w ten sposób wyglądać, to można już teraz przewidzieć, co się stanie: prędzej czy później podjęte zostaną kolejne kroki, tj. „więcej Europy”. Wystąpi jeden przewodniczący, kolejny minister, później jeszcze kolejny minister. Nieważne jest, co się dzieje, trzeba za wszelką cenę – jak któryś z panów powiedział – iść dalej do przodu.

Otóż nie – nie trzeba iść dalej do przodu, proszę państwa. Trzeba przyjrzeć się temu, co się dzieje. Jeden z moich kolegów słusznie powiedział, że nieprawdą jest, iż łamanie reguł praworządności i prawa dotyczy tych drugich, innych. To dzieje się tutaj, to dzieje się w obrębie Unii Europejskiej. Reguły są nagminnie łamane przez wielkie instytucje Unii Europejskiej, wliczając w to Komisję Europejską, a stosowanie zasady podwójnych standardów stało się nałogowe. Oznacza to, że są grupy, instytucje czy partie, którym właściwie wszystko wolno i uchodzi im to bezkarnie, oraz pozostali, oczywiście słabsi i mniejsi, którym wolno bardzo mało. Zaczniemy więc może od uporządkowania własnego podwórka. Przewodniczący Juncker mówił o remoncie. Zaczniemy więc od remontu. Niech Komisja zacznie od remontu Komisji, a dopiero później będziemy budowali jakieś inne super instytucje, trzeba bowiem najpierw wyleczyć chorobę, która toczy instytucje europejskie. I oby stało się to jak najszybciej.

Presidente. – Visto che si tratta di una discussione estremamente importante e che nel corso della stessa siamo stati flessibili, a rigor di regola il gruppo Verts/ALE avrebbe esaurito l'intero tempo di parola a sua disposizione. Però in fase di replica, se gli onorevoli Ska Keller e Philippe Lamberts desiderano intervenire per un minuto, ne hanno facoltà.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, je reçois une minute gratuite, c'est le jour des soldes aujourd'hui, je n'étais même pas au courant, merci Monsieur le Président, vous êtes trop aimable! J'ai juste envie de dire – je vois qu'il ne reste que M. Timmermans et finalement ce n'est peut-être pas plus mal – parce que M. - Timmermans, j'entends tout le langage de votre patron, j'entends tout ce qu'il veut faire, j'entends qu'il me parle d'une Europe où il n'y aura pas de citoyens de seconde zone.

C'est ce qu'il dit, mais aujourd'hui, une partie de nos citoyens doivent continuer à avaler des produits que vous refusez d'interdire au nom de «*better regulation*». Aujourd'hui, il y a des tours qui brûlent, comme au Royaume-Uni, parce qu'on ne veut pas interdire des produits qui flambent beaucoup trop facilement et qu'on ne veut pas faire de normes européennes pour ces produits qui résistent au feu, parce qu'on va se contenter de normes nationales. Donc je voudrais simplement demander que la Commission joigne le geste de toutes vos propositions législatives à la parole de votre patron.

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io penso che un'Europa che funzioni sia nell'interesse dei cittadini. L'Europa che non funziona va contro i cittadini e riscuote la disaffezione dei cittadini. Diciamocelo francamente: ci sono forze in Europa, e anche in questo Parlamento, che lavorano perché l'Europa non funzioni, in modo da prendere i voti nei loro paesi. Esattamente l'opposto di quello che vogliamo noi: noi vogliamo un progetto visionario per un'Europa che funzioni e che dia risposte ai cittadini.

Primo: un Parlamento che abbia potere legislativo. Ditemi tutti voi quale parlamento al mondo non ha la possibilità di proporre di fare una legge? Nessun parlamento al mondo, tranne il Parlamento europeo. Prima innovazione: serve ai cittadini, serve alla democrazia.

Secondo: liste transnazionali. Onorevole Weber, la tessera è pronta per Lei e per tutti i colleghi del gruppo popolare per l'iscrizione al club delle liste transnazionali, una forma di democrazia europea.

Terzo: un Presidente eletto direttamente dai cittadini e in questo caso va bene il doppio cappello – la stessa persona con due cappelli – ma senza l'investitura popolare, attenzione: dobbiamo garantire l'investitura popolare.

E poi: Tesoro europeo, bilancio federale, Banca centrale europea prestatrice di ultima istanza. Tutto questo accompagnato e sospinto dalla cultura europea, perché la cultura europea è il vero mastice dell'integrazione europea, è un sogno, è un desiderio per noi, è un programma, è un progetto politico. Per noi è l'utopia del possibile.

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, the debate today showed that Jean-Claude Juncker can count on the support of Parliament for this programme and we showed political diversity. That is the nature of a parliament.

I just want to react to three points. One is about the debate on legal migration. Everybody is in favour of high-skilled workers being able to arrive in Europe with a blue card. There is no debate about this. But we have to be frank. Do we really think that more legal migration to the European Union will solve the illegal migration problem? How many Africans do we invite to come to Europe? Do we really think that this will solve the problem? On behalf of my Group, I think that, first of all, we have to bear in mind the millions of young Europeans who at the moment have no jobs. We cannot say to them that we are opening the door for more legal migration when they themselves have no jobs.

The second point is about the transnational list. Everybody wants to strengthen European democracy and I have to be clear to Jean-Claude Juncker that the PPE is not in favour of this transnational list because we are not convinced – Guy – about the main argument because, yes, the European Parliament is more than 27 individual votes. That is clear. But, sorry, the overwhelming majority of all the Members of this Parliament show every day that we are not only national MEPs, but we are doing a transnational job today. We think in all our interests and that is why an additional list is not necessary for this. I am from Germany. I cannot elect Angela Merkel in my constituency in Bavaria because in Germany we only have regional lists. So if that works even in Germany, it can also work in Europe.

Finally, on the social union, so for Gianni. First of all, very seriously, when we talk about climate change, the Socialists are in favour of fighting against climate change, as are the Greens and the PPE. When we talk about trade, then we have a good understanding that we are in favour of trade and when we talk about a social union, then please admit that other Groups are also defending social principles in this European Union. Social policy is not occupied by the Socialists, frankly speaking, it is an issue for all of us.

When you ask us, as the PPE, to look into the social union, look first at reality. In countries where the Socialists govern or governed – France or Italy for example – we have a big unemployment problem, and in a lot of countries where the PPE is governing – in Germany and in Ireland – we have a good economic situation. That is why we are working on the social union and you are only speaking about the social union.

(Applause)

Presidente. – La discussione è chiusa. Si apre la discussione sul futuro dell'Unione, che dovrà vedere il Parlamento europeo al centro di tutte le iniziative perché se il Presidente Juncker chiede un'Europa più democratica, noi siamo la rappresentazione fisica dell'Europa più democratica.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Inés Ayala Sender (S&D), por escrito. – Hace años que la Unión Europea dejó de ocupar una parte importante de nuestros sueños. Ese proyecto sinónimo de derecho, desarrollo y oportunidades se convirtió en un escenario muy distinto: crisis económica, austeridad y desigualdad. Hoy, aquellos que creemos en el proyecto europeo deberíamos comenzar esta preocupación y por tanto la necesidad de impulsar cambios. El pilar social debe ser una realidad y no un mero anuncio. Tenemos que trabajar para garantizar salarios dignos, recuperar los derechos de la clase trabajadora, garantizar un marco de pensiones y luchar contra la pobreza infantil. Por supuesto, sin olvidar que la Unión Europea es un proyecto basado en garantías democráticas y por tanto es fundamental garantizar el respeto al ordenamiento constitucional y el Estado de derecho en todos los Estados miembros. No hay tiempo que perder, no hay excusas, porque el reto es importante; que la Unión deje de ser parte del problema para convertirse en la parte más importante de la solución. Diversidad, diálogo, cooperación, respeto, cohesión e igualdad. Esto define a la Unión Europea. No permitamos que nada ni nadie cambie el sentido de la palabra.

Monika Beňová (S&D), písomne. – Po roku diskusií o budúcom smerovaní by malo byť jasnejšie, ktorou cestou sa chce Európska únia v budúcnosti uberať. Našou spoločnou snahou musí byť zlepšenie vzájomnej spolupráce. Jednotlivé členské štáty a ich lídri musia byť schopní lepšie prenášať výsledky a výhody fungovania Európskej únie smerom k vlastným občanom. V súčasnosti sa najviac stretávame s pojmom tzv. jadra Európskej únie. Všetky členské štáty musia ukázať spoločnú snahu a úsilie, aby sme sa približovali stanoveným cieľom v jednotlivých oblastiach, ktoré sú veľmi ambiciózne, a inak ako spoločnou spoluprácou ich určite nedosiahneme. Aj tu však musí byť základným princípom dobrovoľnosť tak ako pri vstupe do Európskej únie. Hlbšia spolupráca bude len príležitosťou, nikdy nie povinnosťou. Netreba preto prikladať v budúcnosti význam výhovorkám niektorých lídrov členských krajín o tom, že sú do niečoho tlačení. Občania od Európskej únie očakávajú riešenia problémov a je preto nevyhnutné, aby dostali na svoje otázky odpovede v čo najkratšom možnom čase.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Komisijos pirmininko J-C. Junkerio pranešime apie Europos Sąjungos padėtį ir perspektyvas išgirdome nemažai įdomių minčių ir siūlymų kaip padaryti Europos Sąjungą vieningesnę, demokratiškesnę, saugesnę ir gebančią sėkmingiau spręsti laikmečio iššūkius. Nemažai siūlymų vertinu palankiai, ypač – dėl būtinybės įteisinti bendrus ES socialinius standartus. Pirmininkas kalbėjo, kad, jei norime išvengti socialinio susiskaidymo ir socialinio dempingo Europoje, valstybės narės turi kuo greičiau, vėliausiai lapkričio mėn. Geteborgo aukščiausiojo lygio susitikime, susitarti dėl Europos socialinių teisių ramsčio. Jis ragino dirbti kuriant Europos socialinių standartų sąjungą, kurioje būtų bendras supratimas apie tai, kas socialiai teisinga.

Taip pat palankiai vertinu pasiūlymą steigti Europos darbo instituciją ir taip sustiprinti darbo rinkos institucijų tarpusavio bendradarbiavimą visais lygmenimis ir geriau valdyti tarpvalstybines situacijas, taip pat imtis papildomų iniciatyvų remiant sąžiningą judumą. Labai lauksime, kad konkretūs teisėkūros projektai kuo greičiau būtų pateikti. Taip pat labai sveikinu Komisijos siekį užtikrinti, kad Rytų Europoje nebūtų pardavinėjamos prastesnės kokybės prekės, o mūsų darbuotojai nebūtų diskriminuojami ES darbo rinkoje. Turi būti užtikrinamas vienodas atlygis už vienodą darbą.

Džiaugiuosi ir tuo, jog EK pirmininkas kaip labai svarbų įvykį paminėjo artėjančią Lietuvos valstybės atkūrimo šimtmetį ir pareiškė, kad be mūsų šalies Europos Sąjunga nebūtų pilnavertė.

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. – Il disastro della Brexit e alcune vicende internazionali concomitanti sembrano aver creato nei cittadini europei una maggiore consapevolezza del ruolo svolto dall'Unione a livello europeo e globale. Paradossalmente un momento di crisi profonda può trasformarsi in un nuovo slancio per il progetto europeo. Spetta alle Istituzioni europee – tutte – non sprecare i prossimi 18 mesi che ci separano dalle elezioni del 2019, quando i cittadini europei cercheranno risposte. È urgente l'adozione del nuovo Quadro Pluriennale Finanziario – per il quale è necessaria una proposta ambiziosa sulle risorse proprie per aumentare il bilancio dell'Unione europea e ridurre la

dipendenza dagli Stati membri. Occorre cambiare l'approccio dell'UE alla migrazione, cambiando la nostra visione dell'Africa: da continente di problemi a continente di opportunità. È indispensabile lavorare al tema della sicurezza, aprendo la strada per la creazione di un sistema di *intelligence* federale europeo per prevenire futuri attacchi. Soprattutto, dopo anni di crisi economica, occorre ottimizzare gli investimenti a disposizione e lavorare al pilastro sociale per garantire assistenza medica gratuita, alloggi adeguati e una corretta alimentazione alle famiglie in condizioni di indigenza e condizioni di lavoro dignitose per tutte le forme di occupazione.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – I believe there is more to Juncker's vision for Europe's future than markets and fiscal rules, and that did shine through his speech. However, he has remained too beholden to the mess he inherited from the Barroso era, when markets and finance ruled our Continent, and their champions were put in charge of a mess of their own making. We were told we would face a lost decade if we did not put our taxpayers on the line to save the financial sector. Yet a lost decade we had, but with a haemorrhage of public money and of our youth. The glimpses of optimism that shone through Juncker's speech, his last one with a full political year ahead of him at the Commission's helm, are overcast with dark clouds from far right populist quarters. We may have got some reprieve from the recent electoral cycle, but they are still lurking, ready to exploit the deterioration of basic social conditions for many, and to stoke fear and hatred against easy, vulnerable targets. What is more is that big business keeps on dodging tax, and the fiscal constraints imposed on very different economies, keep on tearing our social fabric and the sense of common purpose among the peoples of the EU.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich begrüße die diesjährige State of the Union von Herrn Juncker. In meinen Augen hat er Hoffnung verbreitet. Nach den zahlreichen Krisen in den letzten Jahren hat er gezeigt, dass wir auf einem guten Weg sind. Europa hat wieder Wind in den Segeln – ein gutes Bild, um zu beschreiben, wie es um Europa steht. Es geht vorwärts, aber das Ziel scheint noch ungewiss. Daher unterstütze ich Herrn Juncker darin, dass wir die Herzen und die Köpfe der Europäer zurückgewinnen müssen. Wir müssen jetzt handeln, damit die Bürger auch sehen, dass wir ihre Sorgen in Europa verstehen und den Willen zur Veränderung haben. Die Bürger müssen den Mehrwert der EU wieder sehen und auch verstehen. Viele der von Juncker angesprochenen Punkte mögen wie Visionen wirken, aber wir brauchen in Europa wieder Visionäre. Wie sich die Visionen im Einzelnen ausgestalten, mag dahin gestellt sein und bleibt abzuwarten.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Már többször hangoztattam a parlamenti munkám során, hogy a nyugat-balkáni régióval kapcsolatban következetes politikát kell folytatnia az Európai Uniónak, ha meg akarja őrizni a csatlakozni vágyó országok elkötelezettségét az európai integráció és értékek iránt. A Nyugat-Balkán tagjelölt országainak egyértelmű üzenetre van szüksége, ezért üdvözlöm Juncker elnök úr „State of the Union” beszédében elhangzottakat a bővítés politikát illetően. Örülök neki, hogy a korábbi kissé ellentmondásos megnyilvánulások után sikerült letisztázni és egyértelművé tenni, hogy a jövőben az Európai Unió kész új tagállamokat felvenni soraiba, hogy az EU-tagállamok száma nem áll meg huszonhétnél. Erre a politikai üzenetre szükség lett volna már korábban is, de jobb később, mint soha. Most, hogy egyértelművé vált, hogy megvan a politikai akarat, újfent felhívnom az Európai Bizottságot és a nyugat-balkáni országok kormányait, hogy éljenek ezzel a lehetőséggel és dolgozzanak a csatlakozási tárgyalások felgyorsításán és elmélyítésén. Köszönöm, hogy meghallgattak.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – As responsabilidades da UE na profunda crise em que a Europa mergulhou, nos insuportáveis desequilíbrios e desigualdades entre Estados, foram deliberadamente ocultadas neste discurso. Como ficou claro, o que se pretende é forçar uma fuga em frente. Insistir nos mesmos caminhos, nas mesmas políticas e orientações que nos trouxeram ao desastre económico e social. Mas agora em dose reforçada. Mais federalismo, mais neoliberalismo, mais militarismo.

O rumo que o presidente da Comissão Europeia aqui veio anunciar, falando em nome dos beneficiários e mandantes da integração capitalista europeia, não é uma inevitabilidade, nem algo com que os trabalhadores e os povos da Europa se tenham de conformar. Pelo contrário. O verdadeiro futuro da Europa não se circunscreve aos cenários que a UE agora define para o seu próprio futuro.

Será a luta dos trabalhadores e dos povos da Europa, pelo direito ao seu desenvolvimento soberano e pela rutura com os constrangimentos que o impedem, que irá definir os caminhos de que se fará o futuro do continente. Será essa luta a abrir o caminho a um projeto de cooperação solidária entre Estados soberanos e iguais em direitos, assente no benefício mútuo, na paz e no progresso social. Um projeto que, como fica cada vez mais claro, exige a derrota da UE.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Hace años que la Unión Europea dejó de ocupar una parte importante de nuestros sueños. Ese proyecto sinónimo de derecho, desarrollo y oportunidades se convirtió en un escenario muy distinto: crisis económica, austeridad y desigualdad. Hoy, aquellos que creemos en el proyecto europeo deberíamos compartir esta preocupación y por tanto la necesidad de impulsar cambios. El pilar social debe ser una realidad y no un mero anuncio. Tenemos que trabajar para garantizar salarios dignos, recuperar los derechos de la clase trabajadora, garantizar un marco de pensiones y luchar contra la pobreza infantil. Por supuesto, sin olvidar que la Unión Europea es un proyecto basado en garantías democráticas y por tanto es fundamental garantizar el respeto al ordenamiento constitucional y el Estado de derecho en todos los Estados miembros. No hay tiempo que perder, no hay excusas, porque el reto es importante; que la Unión deje de ser parte del problema para convertirse en la parte más importante de la solución. Diversidad, diálogo, cooperación, respeto, cohesión e igualdad. Esto define a la Unión Europea. No permitamos que nada ni nadie cambie el sentido de la palabra.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *in writing*. – The President of the European Commission, Jean-Claude Juncker, presented today (13.09.2017) his annual State of the Union speech, in which he addressed the biggest issues and challenges of the present EU. I welcome the intention to escape from the multi-speed scenario that could place Poland, along with the other Member State outside of the euro area, in a less favourable position. Having in mind the deepening divide between the East and the West, the old Member States and the new ones, I find the commitment to the united and cooperating Europe as a fundament for a positive future development of the EU. Jean-Claude Juncker also mentioned the topics regarding double standards of food and the posting of workers in the single market, reacting to a problem of different wages for the same job. I believe that the rules to tackle those urgent issues are in place, thus we should focus on their effective application, as President Juncker also implied. We are not in need for new laws, we are in need for more effective legislation enforcement tools. Referring to the conclusion of his speech I hope that the sun will shine long enough for fixing the roof of Europe completely.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Mi-a plăcut al șaselea scenariu pe care l-ați prezentat ca fiind personal, dar sunt îngrijorată pentru că nimeni nu poate face singur nimic. Credeam că ne prezentați un scenariu al echipei, al Comisiei.

Mi-a plăcut ce-ați spus nu numai pentru că ați pronunțat numele țării mele, recunoscându-i drepturile, dar și pentru că ați pus accentul pe nevoia unor acorduri comerciale echitabile și pe industrie, lucruri pe care le-am susținut permanent.

Dar, domnule președinte, ați vorbit prea puțin despre coeziune socială, chiar dacă ați vorbit despre importanța plămânilor est-vest. Mi-aș dori să revizuiți modul în care este folosit Fondul Strategic de investiții pentru a nu avea efecte contrarii coeziunii sociale.

Și mai trebuie, domnule președinte, să găsiți și instrumente adecvate pentru implementarea măsurilor, dar și a efectelor. Dar folosiți, domnule președinte, aceleași instrumente de măsurat, nu schimbați etalonul pentru măsurarea efectelor. Este nevoie de o Europă unită, dar cu tratament egal pentru toți cetățenii.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Hace años que la Unión Europea dejó de ocupar una parte importante de nuestros sueños. Ese proyecto sinónimo de derecho, desarrollo y oportunidades se convirtió en un escenario muy distinto: crisis económica, austeridad y desigualdad. Hoy, aquellos que creemos en el proyecto europeo deberíamos compartir esta preocupación y por tanto la necesidad de impulsar cambios. El pilar social debe ser una realidad y no un mero anuncio. Tenemos que trabajar para garantizar salarios dignos, recuperar los derechos de la clase trabajadora, garantizar un marco de pensiones y luchar contra la pobreza infantil. Por supuesto, sin olvidar que la Unión Europea es un proyecto basado en garantías democráticas y por tanto es fundamental garantizar el respeto al ordenamiento constitucional y el Estado de derecho en todos los Estados miembros. No hay tiempo que perder, no hay excusas, porque el reto es importante; que la Unión deje de ser parte del problema para convertirse en la parte más importante de la solución. Diversidad, diálogo, cooperación, respeto, cohesión e igualdad. Esto define a la Unión Europea. No permitamos que nada ni nadie cambie el sentido de la palabra.

Benedek Jávor (Verts/ALE), írásban. – A legfontosabb kérdés ma az Unió jövője: az, hogy a 27 tagállamból álló blokk együtt marad vagy két sebességessé válik, amiben a kimaradók pedig a perifériára szorulnak. Juncker elnök beszédében elkötelezte magát az EU egységének megóvása mellett, ami nagy előrelépés a tavalyi „Fehér Könyv” lehetőségei után. Ez azt jelenti, hogy felismerte, hogy a többsebességű Európa nem csupán a lemaradóknak, hanem a „mag-Európának” is súlyos károkat okoz: Az előbbieknél nemcsak az uniós források megcsappanása, a számukra előnyös politika alakításából való kimaradás, és az egységes, külpolitikai fellépés hiánya okozhat komoly károkat.

A magországok számára az jelent kockázatokat, ha engedik egy olyan „peremvidék” létrejöttét, amely politikai, gazdasági, társadalmi bizonytalanságokat hordoz, kitéve ezzel az EU-t, többek között, Oroszország befolyásának. Ezért fontos, hogy Juncker elnök „hatodik terve” nemcsak az összeurópai problémákkal foglalkozik, hanem a déli és keleti periférián lévő országokéval is: a szociális problémákkal, az eurózónán kívüliek segítségével, az élelmiszer-minőséggel, bizonyítva a Bizottság fogékonyságát az Unió egészét érintő problémákra. Ugyanilyen fontos az elnök figyelmeztetése: a segítségnyújtás fontos, de az uniós szabályokat mindenkinek be kell tartani. Ez nem opció, hanem kötelesség. Juncker elnök terve üdvözlendő, de az ördög a részletekben rejlik. Ezért jogalkotóként ügynünk kell arra, hogy az „Egyenlők Európája” valóban minden tagország részvételével valósuljon meg.

Eduard Kukan (PPE), in writing. – This is an important moment for setting our priorities not only for the second part of the term, but also for the future of the EU. The EU has been going through a rough path, yet the way to overcome it is to work closer together. I would like to address one issue you have touched upon. I am glad to hear the encouragement for the Western Balkan countries, a region aspiring to become future members of the EU. We cannot afford to lose focus of this process. It is in our strategic interest to bring these countries to the Union. Therefore, I would appreciate if in preparation of scenarios for the future of the EU, we already bring the question of future enlargement to the table in a similar way we do now with Brexit. We need to be a clear and predictable partner, not only in the Western Balkans, but also in our close Neighbourhood. The State of the Union has to address the questions of our place and critical interests in the external policies. Our leaders, including you Mr President, have a crucial role in shaping our external partnerships.

Javi López (S&D), por escrito. – Hace años que la Unión Europea dejó de ocupar una parte importante de nuestros sueños. Ese proyecto sinónimo de derecho, desarrollo y oportunidades se convirtió en un escenario muy distinto: crisis económica, austeridad y desigualdad. Hoy, aquellos que creemos en el proyecto europeo deberíamos compartir esta preocupación y por tanto la necesidad de impulsar cambios. El pilar social debe ser una realidad y no un mero anuncio. Tenemos que trabajar para garantizar salarios dignos, recuperar los derechos de la clase trabajadora, garantizar un marco de pensiones y luchar contra la pobreza infantil. Por supuesto, sin olvidar que la Unión Europea es un proyecto basado en garantías democráticas y por tanto es fundamental garantizar el respeto al ordenamiento constitucional y el Estado de derecho en todos los Estados miembros. No hay tiempo que perder, no hay excusas, porque el reto es importante; que la Unión deje de ser parte del problema para convertirse en la parte más importante de la solución. Diversidad, diálogo, cooperación, respeto, cohesión e igualdad. Esto define a la Unión Europea. No permitamos que nada ni nadie cambie el sentido de la palabra.

Marian-Jean Marinescu (PPE), în scris. – Prioritățile UE pentru anul următor trebuie să fie acompaniate de adoptarea unor inițiative concrete ale Comisiei în materie de comerț, verificarea prealabilă a investițiilor, securitate cibernetică. UE trebuie să-și consolideze proiectele pentru a realiza o uniune a energiei, o uniune a securității, o uniune a piețelor de capital, o uniune bancară și o piață unică digitală.

Comerțul va juca un rol decisiv deoarece va crea locuri de muncă și noi oportunități pentru întreprinderile europene.

Industria are nevoie de o nouă strategie deoarece industriile europene trebuie păstrate în Europa și trebuie să fie competitive mondial în materie de inovare, digitizare și decarbonizare.

Este nevoie de un cadru legislativ solid pentru consolidarea pieței digitale. S-au făcut progrese mari în domeniul digital – înlăturarea taxelor de roaming, acces wifi în spații publice, acordul utilizării benzii radio 700 MHz ca suport pentru 5G și vehicule inteligente. Rămân, însă, de consolidat comerțul online, regulile drepturilor de autor, securizarea platformelor online și stabilirea standardelor în ceea ce privește atacurile cibernetice.

În plus față de o piață unică și o uniune monetară, Europa are nevoie de o uniune a securității. Spațiul de Libertate, Securitate, Justiție nu va fi niciodată complet fără aderarea României și Bulgariei la Schengen.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), γραπτώς. – Εκφράσατε αγωνία για την Ευρώπη της ειρήνης, πράγμα που πολλοί συμεριζόμαστε. Επί της ουσίας, επικεντρωθήκατε στην σημασία εφαρμογής των βασικών κανόνων δικαίου της ΕΕ (Rule of Law) για να προχωρήσουμε στο μέλλον, τονίζοντας ότι δεν είναι επιλογή αλλά υποχρέωση όλων. Προσθέτω ότι η εφαρμογή των κανόνων δικαίου σε όλη την ΕΕ είναι θεμελιακό ζήτημα για την ύπαρξη της ΕΕ επειδή αφορά τις κοινές αξίες που πρέπει να είναι απόλυτα σεβαστές. Για εφαρμογή των κανόνων δικαίου στα εργασιακά θέματα, συγχαίρουμε την εξαγγελία σύστασης μιας κοινής Ευρωπαϊκής Εποπτικής Αρχής που θα επιβλέπει την συμμόρφωση των κρατών μελών προς την Ευρωπαϊκή νομοθεσία και ιδιαίτερα προς τις δικαστικές αποφάσεις για να εξαληφθεί το κοινωνικό dumping που παρατηρείται. Ενόσω όμως μιλάμε για εφαρμογή των βασικών κανόνων δικαίου, αποφάσεις του Δικαστηρίου της ΕΕ για θεμελιώδη ανθρώπινα δικαιώματα στην προστασία της ιδιωτικής περιουσίας και τιμωρίας των παραβατών, δεν εφαρμόζονται στο υπό κατοχήν έδαφος της Κύπρου αλλά ανταμείβεται το κατοχικό καθεστώς. Χιλιάδες ευρωπαίοι πολίτες, ανάμεσά τους και εγώ, στερούμαστε το πατρικό μας σπίτι και την γη μας. Η εφαρμογή δικαστικών αποφάσεων στα εργασιακά είναι όντως σημαντική. Αλλά, η εφαρμογή αποφάσεων του Δικαστηρίου της ΕΕ για προστασία και απόλαυση της ιδιωτικής περιουσίας αφορά την ύπαρξη και το μέλλον της ΕΕ.

Péter Niedermüller (S&D), írásban. – Az Európai Unió jelentős, gyakran drámai kihívásokkal nézett szembe az elmúlt évben. Nem kevesen voltak, akik már az Unió végét, szétszakadását, összeomlását vizionálták. Ma mégis azt kell mondanunk, hogy az Unió kezd úrrá lenni a nehézségeken. Még akkor is így van ez, ha a brexit-tárgyalásokon nincs sok előrehaladás, és a menekültek száma sem csökkent jelentősebb mértékben. A legnagyobb veszélyt az EU-ra nézve ma azonban nem ezek az események jelentik, hanem sokkal inkább a magyar és lengyel kormány által képviselt illiberális demokrácia, amely alapjaiban támadja az EU-t, azokat az értékeket, amelyekre az EU épül. Megengedhetetlen, hogy egyes tagállamok nem hajlandók elfogadni az Európai Bíróság ítéletét.

A veszély nemcsak azért nagy, mert ez a primitív ellenségképekre épülő ideológia könnyen eladható, hanem azért is, mert az EU-nak nincsenek igazi eszközei ezekkel a tagállamokkal szemben. Éppen ezért a következő időszak egyik legfontosabb kérdése az lesz, hogy lesz-e a Bizottságnak politikai bátorsága határozottan fellépni azon kormányok ellen, amelyek tudatosan, rendszeresen szembefordulnak az európai értékekkel. A két- vagy többsebességes Európa nem jelent valódi megoldást. Hiszen ennek az lesz a következménye, hogy magukra maradnak azok az országok, amelyeknek Európaellenes kormánya van. Meggyőződésem, hogy Európának ma nem több megosztottságra, hanem sokkal inkább szoros egységre van szüksége.

Evelyn Regner (S&D), schriftlich. – Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident, in Ihrer heutigen Rede haben Sie den Finger in einige europäische Wunden gelegt. Wenn Sie davor warnen, dass es in Europa keine Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse geben soll, dann sind wir im Kern der sozialen Frage. Europa wird sozial sein, oder wird nicht sein. Das bedeutet, dass wir nicht mehr wegschauen dürfen, wenn ein Arbeiter in Osteuropa weniger als die Hälfte verdient als ein Arbeiter in Westeuropa. Genauso wenig dürfen wir wegschauen, wenn in Südeuropa jeder zweite Jugendliche keinen Job hat und gleichzeitig junge Menschen in ganz Europa nur prekär beschäftigt werden. Wir brauchen eine Europäische Union der Sozialstandards – dafür haben Sie, Herr Juncker, meine volle Unterstützung. Und auch bei Ihrem Vorschlag zur Schaffung einer europäischen Arbeitsmarktbehörde haben Sie meine volle Unterstützung. Es führt auch kein Weg daran vorbei, die Entsenderichtlinie endlich zu überarbeiten. Das Prinzip: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss endlich Realität werden. Machen wir uns an die Arbeit!

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), kirjallinen. – Saksan liittopäivävaalien edellä on tunnelma hyvin odottava, joskin suunta on selvä. Saksalais-ranskalainen hallitustenvälinen työryhmä on istunut kuukausikaupalla hahmottelemassa suljetujen ovien takana uutta suuntaa Euroopalle. Liittovaltiokehitys jatkuu, jäsenmaiden yhteisvastuuta halutaan lisätä, Euroopan vakausmekanismista tulee EU:n valuuttarahasto ja pian meillä on varmasti yhteinen valtiovarainministerikin. Suomessa asiasta ei ole käyty avointa poliittista keskustelua, tosin ei käyty liittymisestä meille ongelmalliseen euroonkaan. Presidentti Macronin puhe 8.9.2017 Ateenassa enteilee mahtipontista liittovaltiosuunnitelmaa.

Komissio on ehdottanut kolmea erilaista rahastoa: yhtä investointien turvaamiseen taantumassa, toista jäsenmaiden avuksi työttömyysmenoissa ja kolmas olisi huonojen aikojen varalle. Ehdotukset kolmesta rahastosta eivät ole selkeitä eikä niitä ole taustoitettu riittävästi, jotta niiden toimintaperiaate olisi helposti ymmärrettävissä. Yhtä lailla on vaikea käsittää, mitkä ovat järkiperustelut yhteiselle valtiovarainministerille tai euroalueen omalle budjetille. Liittovaltion raken-taminen lienee merkittävin tekijä taustalla. Eurooppa muodostuu suvereenista kansallisvaltioista, jotka ovat kaikki kielellisesti ja kulttuurillisesti ainutlaatuisia. Suomen kannalta kehitys on huolestuttavaa, sillä meille on varattu maksajan rooli. Kun havaitsee, miten vähän EU-maat ja komissio haluavat panostaa veronkierron torjumiseen, toivoisin, että kaikki se energia, joka laitetaan uusien virastojen, virkojen ja rahastojen perustamiseen, kanavoitaisiin veronkierron vastaiseen taisteluun.

Alfred Sant (S&D), in writing. – This year's State of the Union message gave a look back. It presented the remaining programme of activities the Commission will implement by the end of its mandate and provided post-mandate strategic guidelines for the EU's future development. We have swung from the depths of last year's frustration and disappointment to a strong optimism. However, this is leading to contradictions as old integrative dreams for Europe re-emerge. On the one hand, the claim is that the European project has to be further democratised and brought closer to the people. On the other, the suggestions are for further deepening, some to be implemented under the radar by an extension of existing rules and of the 'Community method'. The priority of ensuring consolidation by combatting through political means, the strong divergences existing between parts of the Union, is likely to be lost. It happened in the past; it can happen again. Deepening as of now will create new realities for which the political and economic mechanisms to manage them properly will be lacking. We should not let an unexpectedly good outturn deflect us from the strategic need to consolidate. Otherwise, the past will beckon.

Olga Sehnalová (S&D), písemně. – Vážený pane předsedo Komise, vřele vítám Vaše slova o tom, že v EU nesmí existovat občané, tedy ani zaměstnanci či spotřebitelé, druhé kategorie. Když byli v loňském roce čeští spotřebitelé během průzkumu dotázáni, jak vnímají situaci, kdy řada výrobců potravin dodává pod stejným názvem na vnitřním trhu výrobky s odlišným složením, devíti spotřebitelům z deseti tato praktika vadila. Ne, český spotřebitel opravdu nemá jiná očekávání než ten německý. Osobně na tento pro někoho možná nezajímavý či marginální problém upozorňuji již šest let. Díky iniciativám českého a slovenského premiéra se dvojí kvalitou konečně začíná, i když zatím velmi nesměle, zabývat i Komise, členské státy a věřím, že s konkrétními návrhy řešení přispěje i Evropský parlament. Vnitřní trh je jedním z hlavních pozitivních symbolů evropské integrace. Občané ale čím dál více vnímají, že se na vnitřním trhu ne vždy hraje fér. Pokud se budeme i nadále tvářit, že dvojí standardy neexistují, děláme tím srdci projektu Evropské unie medvědí službu. Ztracenou důvěru občanů, o které je dnes také řeč, bychom již těžko získávali zpět. Jsem ráda, že si to uvědomujete.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. – Señor Juncker, presenta usted un futuro para la Unión basado en precarizar a la clase trabajadora y el campesinado a través de la competitividad. Apuesta por la Unión de la Energía para beneficiar a las eléctricas sin cuestionarse la necesidad de reducir el consumo de energía, ni los impactos ambientales, paisajísticos o en la salud de las poblaciones. Habla de profundizar en el euro, la unión bancaria, el Pacto de Estabilidad, sin mencionar la pobreza o el impacto en los servicios públicos de estas políticas. Necesitamos políticas públicas para relocalizar la producción y las industrias; salarios dignos; precios remuneradores para agricultores/as; para pescadores/as; reparto justo del derecho a producir y a pescar; parar los tratados de libre comercio; modelos de producción y comercialización de alimentos basados en la agroecología y en circuitos cortos; presupuestos para los sistemas públicos de salud, enseñanza y servicios sociales, no para militarizar la Unión. Se ha olvidado de las mujeres: ¿considera que en materia de igualdad de derechos y de lucha contra la violencia machista no hay nada más que hacer en Europa? Europa debe asumir como objetivo prioritario adoptar medidas para acabar con la violencia machista y las desigualdades que sufrimos la mitad de la población.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Tegoroczne wystąpienie przewodniczącego Komisji było wizjonerskie i odważne. W tonie wypowiedzi szefa Komisji dało się wyczuć, że chce on niejako tchnąć nowego ducha w projekt europejski, aby nadać mu przyśpieszenia i pozwolić uciec od problemów, których w Unii w ostatnim czasie nie brakowało. Orędzie 2017 odznaczało się szczególnie na tle ubiegłorocznego, które przypadło na okres tuż po decyzji Brytyjczyków o wystąpieniu z Unii oraz przed wyborami w Austrii, Holandii i Francji, w których spodziewano się kolejnych sukcesów partii antyeuropejskich. W tym roku, co przyznał pan przewodniczący Europa „złapała wiatr w żagle”. Nie można jednak popadać w hurraoptymizm. Być może ryzyko marszu populistów po władzę w kluczowych państwach członkowskich zostało na chwilę obecną zażegnane, ale nadal rośnie liczba eurosceptyków. Dobrze, że odparliśmy atak sił populistycznych, ale czy wyciągnęliśmy wnioski z ich rosnącej popularności? Czy zidentyfikowane zostały przyczyny brexitu? Nie możemy sobie pozwolić na skupienie się wyłącznie na warunkach wyjścia, nie wyciągając stosownych wniosków. Optymizm przewodniczącego Junckera wynika również z coraz lepszej sytuacji gospodarczej na kontynencie. Wskaźniki ekonomiczne są najlepsze od lat: zatrudnienie jest najwyższe w historii, bezrobocie spada i zbliża się do poziomu sprzed kryzysu, inwestycje rosną, a zadłużenie się zmniejsza.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne*. – Prejav predsedu Európskej komisie Jeana-Claudea Junckera o stave Európskej únie sa niesol v pozitívnom a povzbudivom duchu. Ekonomika sa drží v dobrom stave, bolo vytvorených viac ako osem miliónov pracovných pozícií, čo predstavuje rekordné čísla. Juncker potvrdil, že Európska únia sa bude expandovať a prijme nových členov v blízkej budúcnosti. Pre Slovensko je to obzvlášť pozitívnu správou, pretože našou prioritou je, aby Ukrajina bola stabilnou a funkčnou krajinou. Potešilo ma, že kladie dôraz na rovnaké pravidlá pre všetkých občanov EÚ a osobitne aj rovnaké zloženie výrobkov pod rovnakou značkou – tému, ktorú v Európarlamente stále presadzujem.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Itt az ideje, hogy az európai integráció meghaladja az elmúlt évek gazdasági és pénzügyi válság, menekültválság, brexit és a dezintegrációt erősítő egyéb fejlemények fémjelezte bénultság időszakát. Ezért üdvözlöm, hogy a Bizottság elnökének beszámolója olyan kezdeményezéseket vetített előre a következő időszakra, amelyek több fontos területen alkalmasak lehetnek az Unió dinamizálására, hatékonyabb és átláthatóbb működtetésére. Sürgető feladataink – nemzetközi versenyképességünk erősítése; belső és külső biztonságunk együttes és hatásosabb védelme; új, működőképes és humánus közös migrációs politika; a közösségi költségvetés reformja; s nem utolsósorban végre érdemi előrelépés a Szociális Európa megvalósításában – megkövetelik, hogy az EU ismét valódi, szolidaris közösségként működjön.

Az utóbbi években néhány kormány részéről tapasztalt önző, nacionalista politikára, a szolidaritás elvének és gyakorlatának háttérbe szorulására véleményem szerint nem két- vagy többsebességes integrációs sémákban kell keresni a választ, hanem a közösségi érdeket megjelenítő együttes döntésekért való közös és teljes felelősségvállalással. Az integráció és az európai polgárok jövője alkalmasint a demokratikus jogállami működés és a szolidaritás kikényszerítését is megkövetelheti. A tagállamok kormányai részéről a Tanács szintjén túl gyakran megnyilvánuló szolidaritás-, politikaikaiarat- és cselekvés-hiányra válaszul további, a lakosság közvetlen érdekeit előtérbe helyező, újszerű és előremutató kezdeményezéseket várunk, amelyekhez meggyőződéseim szerint az EP többségében, ezen belül az európai szocialistákban erős szövetségesre számíthat a Bizottság.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Pone Pirmininke, šios direktyvos tikslas yra prisidėti prie tinkamo vidaus rinkos veikimo suderinant valstybių narių įstatymus ir kitus teisės aktus, bei šalinant kliūtis laisvam prekių ir paslaugų judėjimui. Tai pagerins pasiūlą ES rinkoje. Štai kodėl yra taip svarbu pašalinti kliūtis, kylančias dėl skirtingų taisyklių. Pagal direktyvą reikia mažinti našą mažoms ir vidutinėms įmonėms. Nepaisant to, svarbu palikti šiuos subjektus pagal savo paraišką. Naujovės yra absoliučiai svarbios siekiant direktyvos tikslų, todėl tinkamų inovacinių įmonių galimybių išlaikymas yra toks svarbus. Rinkos prieigos reikalavimų pagrindu turi būti funkcionalumas, o ne produkto techninės specifikacijos. Skaitmeninė rinka taip pat yra svarbi. Skaitmeninės bendrosios rinkos strategijos tikslas yra pasiekti patvarinę ekonominę ir socialinę naudą palengvinant prekybą ir didinant užimtumą Sąjungoje. ES vartotojai vis dar negali visiškai pasinaudoti mažesnėmis kainomis ir didesniu pasirinkimu, kuris gali užtikrinti bendrą rinką. Taip pat yra poreikis imtis bendrų veiksmų, kad žmonės su negalia būtų užtikrinta visapusiška prieiga prie naujo elektroninio turinio. Todėl būtina suderinti prieinamumo reikalavimus visoje bendrojoje skaitmeninėje rinkoje ir užtikrinti, kad visi Sąjungos piliečiai, neatsižvelgiant į jų veiksmingumą, galėtų ja pasinaudoti.

Iuliu Winkler (PPE), *in writing*. – President Juncker, you said: ‘The rule of law is not optional in the European Union. It is a must.’ I agree, and I ask: Is it not high time that the EU solves the Copenhagen Dilemma? The EU membership criteria laid down in 1993 in Copenhagen require that any candidate country implements the rule of law, human rights and respect for and protection of minorities. Members of national minorities should be able to maintain their distinctive culture and practices, including their language, without suffering any discrimination. Why the same requirements are not enforced in all Member States by an EU act? The states that joined the EU more recently implemented major changes in their legislation involving the treatment of ethnic and religious minorities. Why not have an EU standard in the matter of the protection of national minorities? President Juncker, in the quest to solve the Copenhagen Dilemma your Commission will be able to build on the Minority Safe Pack European Citizens Initiative, once the 1 million signatures will be presented next March. ‘In a Union of equals, there can be no second class citizens’ you say. Let’s make this true for the members of national minorities, too!

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Sytuacja w Unii Europejskiej poprawia się. Gospodarka unijna stopniowo wychodzi z kryzysu ekonomicznego i powoli nabiera rozpędu, powstrzymany został napływ uchodźców, rozpoczęły się negocjacje z Wielką Brytanią, których celem jest wypracowanie porozumienia umożliwiającego zminimalizowanie negatywnych konsekwencji wyjścia Wielkiej Brytanii z UE dla obywateli. Nie oznacza to jednak, że zagrożenia zupełnie zniknęły. Wyzwania, przed którymi stoimy, to przede wszystkim zapewnienie Europejczykom dobrej kondycji europejskiej gospodarki i bezpieczeństwa, w tym między innymi bezpieczeństwa gospodarczego, ale także np. energetycznego. Udało nam się przełamać falę populizmu w Europie, ale to nie oznacza, że zniknęły zagrożenia hybrydowe. Zwalczanie dezinformacji będzie jednym z głównym długofalowych wyzwań, przed którymi staje UE. Dlatego tak ważne jest, aby dobrze się do nich przygotować. Potrzebujemy przede wszystkim lepszego diagnozowania sytuacji i przewidywania problemów, zdolności do reagowania wobec zagrożeń oraz skutecznych strategii rozwiązywania kryzysów. Wzmocniona współpraca wojskowa, wspólne działania w zakresie handlu oraz przekształcenie europejskiego mechanizmu stabilizacyjnego w trwałą sieć bezpieczeństwa w celu ochrony nie tylko budżetów krajowych, ale także budżetów domowych i jakości życia Europejczyków to dobre propozycje, które służą temu celowi.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – O discurso do Estado da União de Juncker, em linha com outros que proferiu ao longo do seu mandato, transmitiu uma posição positiva sobre o futuro da União Europeia (UE). Destaco a importância dada ao aprofundamento da democracia participativa e da transparência, à necessidade de concretizar um pilar social adequado aos novos desafios da economia global, à liderança europeia no plano da sustentabilidade e dos sistemas limpos e inteligentes de mobilidade, à concretização da União da Energia e da União Digital, à extensão do EURO a todos os países da União, ao completar da União Bancária e da União Económica e Financeira, ao desenvolvimento da União da Segurança e da União da Defesa e às políticas comerciais de nova geração para reforçar a afirmação global da UE. Esta visão necessita, para ser concretizada, de uma União Europeia internamente forte e dotada de instrumentos que fomentem a convergência. A prova dos nove sobre a importância deste discurso decorrerá da apresentação das perspetivas financeiras na primavera de 2018. Se nelas estiver o reforço orçamental necessário, designadamente o aumento dos recursos próprios da União, então este discurso do Estado da União terá sido um momento forte de consolidação do projeto europeu.

8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Billigung) (Artikel 69c GO): siehe Protokoll

9. Abstimmungsstunde

Presidente. – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)

9.1. Multilaterales Übereinkommen zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraums (A8-0260/2017 - Roberts Zile) (Abstimmung)

9.2. Kontrollmaßnahmen für Acryloylfentanyl (A8-0284/2017 - Brice Hortefeux) (Abstimmung)

9.3. Politische Beziehungen der EU zu Indien (A8-0242/2017 - Cristian Dan Preda) (Abstimmung)

9.4. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU zwecks Hilfeleistung für Italien (A8-0280/2017 - Giovanni La Via) (Abstimmung)

– *Prima della votazione:*

Giovanni La Via, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nella notte del 24 agosto del 2016 una serie di scosse di terremoto hanno devastato il centro dell'Italia, provocando 299 vittime e migliaia di persone ferite o evacuate. Un anno dopo siamo qui, in quest'Aula, per esprimere un voto che serve per ricostruire e per aiutare quei cittadini che, sopravvissuti al terremoto, chiedevano una mano per ripartire e raccontare un giorno ai propri figli di avercela fatta, di poter dire che niente è impossibile.

Sono orgoglioso che Parlamento, Commissione e Consiglio abbiamo deciso di provvedere a questa mobilitazione senza precedenti per un ammontare – e parliamo di 1 miliardo e 200 milioni di euro – con la procedura più rapida possibile. Oggi, nella giornata del discorso sullo stato e sul futuro dell'Unione europea, questo è un segnale concreto che l'Europa è viva e che il suo cuore batte al centro: al centro dell'Italia, dove padri, madri e figli hanno oggi un motivo in più per sentirsi europei e per raccontare la storia di un piccolo grande aiuto.

Questa è l'Europa in cui crediamo e che vogliamo ricostruire, dove nessuno è lasciato indietro e dove ci aiutiamo a vicenda. Questa è l'Europa solidale che i nostri padri fondatori volevano.

Presidente. – La votazione è chiusa. La relazione La Via è approvata. Come cittadino e parlamentare italiano, desidero ringraziare tutto il Parlamento per questo gesto di solidarietà nei confronti delle popolazioni che hanno sofferto e continuano a soffrire a causa di migliaia e migliaia di scosse di terremoto. È la dimostrazione che esiste l'Europa della solidarietà.

E a questo proposito vi informo che, in seguito alla richiesta che mi è stata rivolta lunedì, in occasione dell'apertura della sessione, firmerò oggi una lettera indirizzata al Presidente Juncker, per chiedergli di cercare una soluzione al fine di fornire un aiuto finanziario alla parte olandese dell'isola di Saint Martin, devastata dall'uragano Irma. La parte olandese dell'isola ha uno statuto legale differente rispetto alla parte francese e, di conseguenza, non potrebbe ricevere aiuti dell'Unione europea.

Io ritengo che noi dobbiamo fare di tutto per aiutare questi cittadini che contribuiscono anche alla nostra elezione, perché votano per l'elezione del Parlamento europeo. Sono cittadini che hanno subito la stessa devastazione dei loro vicini francesi.

(Applausi)

9.5. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4/2017 für den Vorschlag zur Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Italien (A8-0281/2017 - Jens Geier) (Abstimmung)

9.6. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2017/002 FI/Microsoft 2 (A8-0278/2017 - Petri Sarvamaa) (Abstimmung)

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

9.7. Emissionshandelssystem der EU (EU-EHS): Aufrechterhaltung der derzeitigen Einschränkung der Anwendung auf Luftverkehrstätigkeiten und Vorbereitung der Umsetzung eines globalen marktbasierten Mechanismus ab 2021 (A8-0258/2017 - Julie Girling) (Abstimmung)

— *Nach der Abstimmung:*

Julie Girling, *rapporteur*. – Mr President, in line with Rule 59(4), sub-paragraph 4, I would like to ask for a referral back to committee to start negotiations.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

9.8. Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 (A8-0262/2017 - Norbert Lins) (Abstimmung)

— *Nach der Abstimmung:*

Norbert Lins, *Berichterstatter*. – Herr Präsident! Ich beantrage gemäß Artikel 59 Absatz 4 Unterabsatz 4 der Geschäftsordnung, den Gegenstand zwecks interinstitutioneller Verhandlungen an den ENVI-Ausschuss zurückzuüberweisen.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

9.9. Einheitliche Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige (A8-0065/2017 - Jussi Halla-aho) (Abstimmung)

9.10. Einwand gemäß Artikel 105 GO: Delegierte Verordnung der Kommission vom 2. Juni 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der besonderen Zusammensetzungs- und Informationsanforderungen an Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung (B8-0497/2017) (Abstimmung)

9.11. Einwand gemäß Artikel 106 GO: Entwurf des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte DAS-68416-4 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen wurden (B8-0498/2017) (Abstimmung)

- 9.12. Einwand gemäß Artikel 106 GO: Entwurf der Durchführungsverordnung der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2016/6 der Kommission im Bezug auf Lebens- und Futtermittel, für die Sondervorschriften für die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln, deren Ursprung oder Herkunft Japan ist, nach dem Unfall im Kernkraftwerk Fukushima gelten (B8-0502/2017) (Abstimmung)**
- 9.13. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2017: Haushaltsmittel für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen; Stellenpläne von ACER und SESAR2 (A8-0282/2017 - Jens Geier) (Abstimmung)**
- 9.14. Waffenexporte und die Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP (A8-0264/2017 - Bodil Valero) (Abstimmung)**
- 9.15. Politische Beziehungen der EU zu Lateinamerika (A8-0268/2017 - Javi López) (Abstimmung)**

— *Vor der Abstimmung:*

Javi López, ponente. – Señor presidente; muy rápidamente, yo quiero agradecer a mis colegas el trabajo hecho para tener un informe que intenta reforzar, impulsar y dar un marco más coherente a nuestras relaciones con Latinoamérica, en defensa de los mismos valores: el multilateralismo, las sociedades abiertas o los derechos humanos; y para compartir una agenda, que es la agenda de la lucha contra el cambio climático, la igualdad de género o tener un crecimiento inclusivo que gobierne la globalización.

9.16. Korruption und Menschenrechte in Drittstaaten (A8-0246/2017 - Petras Auštrevičius) (Abstimmung)

Der Präsident. – Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

10. Stimmerklärungen

10.1. Politische Beziehungen der EU zu Indien (A8-0242/2017 - Cristian Dan Preda)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Rupert Matthews (ECR). – Mr President, thank you for giving me the opportunity to make my first speech here in the main plenary of the European Parliament. I am pleased to see that positive relations with India are continuing to grow. The European Union has much to gain for India is a great country, and I wish the European Union well with those links.

But of course Britain has got its own important links with India. We have both been members of the Commonwealth for decades, and we have cultural, family, and trading links that go back centuries. I am confident that once Britain is again an independent country we will re-establish and grow our historic links with India and to other countries within the Commonwealth, and that is just one reason why I am confident that Brexit is going to be a great success.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem také podpořil tuto zprávu o posilování spolupráce s Indií. Je to přece jenom největší demokracie světa a určitě stojí za to pokusit se prosadit smlouvu o volném obchodu s touto zemí.

Pro mě jako pro poslance za Českou republiku má toto i jistou vnitrostátní konotaci. Český prezident a část české levice je uhranutá vztahy s Čínou, s Ruskem a s některými jinými nedemokratickými zeměmi a já si myslím, že odpovědí na toto je právě posilování spolupráce s Indií, která z hlediska velikosti a významu za Čínou jako takovou nezaostává a přitom je to demokratická země.

Myslím si, že bychom také měli zohledňovat, s kým spolupracujeme, jaký politický režim v dané zemi funguje a zda ten dotyčný stát není jenom ekonomicky silný, ale zda respektuje lidská práva a zda tam platí principy demokracie. Indie se o toto minimálně pokouší.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, já jsem se rozhodl podpořit tuto zprávu, protože si myslím, že musíme posilovat i nadále vztahy Evropské unie s Indií. Myslím si, že musíme posílit strategická partnerství v několika oblastech.

Za prvé, vítám spolupráci v oblasti zahraniční a bezpečnostní politiky. Dále mohu jmenovat například boj proti terorismu, právě indické informace z řady zemí nám pomáhají vyhnout se některým teroristickým útokům. Také chci vyzdvihnout boj proti neřízené migraci a spolupráci v oblasti námořní a kybernetické bezpečnosti. To jsou všechno věci, kde bychom měli spojit síly, a proto tuto dohodu vítám.

10.2. Emissionshandelssystem der EU (EU-EHS): Aufrechterhaltung der derzeitigen Einschränkung der Anwendung auf Luftverkehrstätigkeiten und Vorbereitung der Umsetzung eines globalen marktbasierten Mechanismus ab 2021 (A8-0258/2017 - Julie Girling)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Mr President, today we voted to impose strict limits on the ‘stop the clock’ policy on international aviation. For decades now, we have lived in hope that the aviation industry will regulate itself and introduce the limits on emissions our planet so desperately needs. So far, we have allowed the only industry that is rapidly increasing its carbon emissions to continue posing a catastrophic threat to the climate and that at a time when the Caribbean is experiencing the worst ever hurricane season. When I became an MEP, I pledged that I would travel to Brussels by train and that I would only fly once in my mandate. How ironic that this flight will be later this week, and will take me through the hurricane zone itself. Within Europe, we urgently need to stop aviation’s free ride on the climate by ending their tax breaks and introducing a frequent flyer levy. Outside Europe, we need to implement ambitious emissions reduction targets for aviation as soon as possible, because nature is making it very clear that she is not ‘stopping the clock’.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, ψηφίσαμε σήμερα για την εφαρμογή του συστήματος εμπορίας ρύπων στην αεροπορία. Όπως ανέφερε ο Πρόεδρος Juncker σήμερα στην ομιλία του για την κατάσταση της Ένωσης, παγκόσμια θέματα όπως είναι η αντιμετώπιση της κλιματικής αλλαγής, η προσφυγική κρίση και η καταπολέμηση της φοροαποφυγής των μεγάλων πολυεθνικών μπορούν να αντιμετωπιστούν μόνο με περισσότερη πολιτική ενοποίηση. Για τον λόγο αυτό καλωσορίζω τη δέσμευσή του να καταργήσει την ομοφωνία στο Συμβούλιο για την υιοθέτηση νομοθεσίας στα φορολογικά θέματα. Ο πλούτος πρέπει να φορολογείται εκεί όπου παράγεται. Τα όποια παράθυρα που επιτρέπουν τον φορολογικό ανταγωνισμό μεταξύ των κρατών μελών και τη νόμιμη φοροαποφυγή των εταιρειών πρέπει να κλείσουν. Μόνο έτσι θα έχουμε την οικονομική δυνατότητα να αντιμετωπίσουμε τις κοινωνικές ανισότητες, την ανεργία των νέων και να στηρίξουμε την υγεία και την παιδεία. Το κράτος δικαίου και η διαφάνεια δεν είναι επιλογή αλλά είναι υποχρέωση όλων.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, votei a favor desta resolução porque acredito que se trata de um elemento-chave para a concretização do quadro de ação relativo ao clima e à energia para 2030 e um passo crucial para podermos alcançar uma verdadeira união da energia resiliente e dotada de uma política de alterações climáticas orientadas para o futuro.

As alterações climáticas são uma das maiores ameaças ambientais, sociais e económicas que o planeta e a humanidade enfrentam. Todos os dias assistimos a exemplos de fenómenos climáticos severos e sem precedentes que mostram a todos essa verdade e é este o momento de ação.

As emissões de gases com efeito de estufa provenientes das atividades de aviação estão a aumentar significativamente. Estima-se que, na ausência de novas medidas, as emissões de dióxido de carbono provenientes da aviação internacional irão praticamente quadruplicar até 2050 relativamente aos níveis de 2010.

Caros Colegas, esta resolução contribui para o cumprimento do Acordo de Paris, bem como para o objetivo ambicioso fixado pela organização da Aviação Civil Internacional, no sentido de as emissões globais de CO₂ provenientes da aviação internacional não serem superiores aos níveis de 2020. A União Europeia continua a liderar o combate às alterações climáticas e esta resolução é disso exemplo.

Robert Jarosław Iwaszkiewicz (EFDD). – Panie Przewodniczący! Głosowałem za wyłączeniem lotnictwa ze szkodliwego i bezmyślnego systemu ETS – systemu, który od lat kładzie się ciężarem na europejskich firmach, systemu, który spowodował wzrost bezrobocia oraz ucieczkę firm poza granice Unii. Nie poddawajmy się zielonemu dyktatowi, walczmy o gospodarczą wolność, bo tylko wolność przyniesie Europie rozwój i nowe miejsca pracy, tylko wolność jest odpowiedzią na bezmyślność polityków. Dlatego zawsze będę ją wspierał. Autorzy sprawozdania będącego przedmiotem głosowania sami przyznali, że system ETS nie działa i nie osiąga założonych rezultatów. Włączenie samolotów w jego ramy powoduje tylko wzrost cen biletów oraz dodatkowe koszty dla firm i obywateli. W omawianym sprawozdaniu brakuje mi również głosów w sprawie całościowego potępienia systemu.

10.3. Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 (A8-0262/2017 - Norbert Lins)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořila pozměňovací návrhy, které posílily u tohoto nařízení roli národních expertů, aby se samotné členské státy mohly vyjadřovat k procesu nastavování a přezkumu referenčních úrovní pro obhospodařovanou lesní půdu. Rovněž jsem se rozhodla podpořit pozměňovací návrhy kolegy Linse týkající se obsahu vnitrostátního plánu započítávání pro lesnictví.

Pro samotné nařízení jsem v závěru nehlasovala, zdržela jsem se, protože se domnívám, že nařízení o zahrnutí emisí skleníkových plynů a jejich pohlcování v důsledku využívání půdy, změn ve využívání půdy a lesnictví do rámce politiky v oblasti klimatu a energetiky do roku 2030 není nezbytně nutné přijímat. Domnívám se, že tyto záležitosti lze upravit i mimo legislativu a není nutné rozšiřovat byrokracii.

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhor Presidente, no debate que tivemos na segunda-feira em relação a este relatório eu apelei ao voto a favor. O compromisso da Comissão ENVI era um compromisso equilibrado e hoje vi-me forçada a votar contra este relatório pelas alterações que foram introduzidas e votadas favoravelmente.

São alterações que, mais uma vez, promovem o *lobby* da indústria madeireira, que não têm em conta a diversidade dos territórios, que permitem a flexibilidade em vez de um período de referência que seja comum, ou seja, colocámos aqui os interesses de um ou dois países da União Europeia porque fazem da floresta o seu negócio acima dos interesses da totalidade dos cidadãos e das cidadãs europeias de todos os países.

É verdade que os incêndios produzem emissões. É verdade que temos que promover a biodiversidade. Mas também é verdade que cortar madeira, cortar, cortar e cortar por negócio também produz emissões.

Com essa flexibilidade toda e sem período de referência ficamos à mercê do negócio, mas perdemos todos. Tive que mudar o meu voto.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL). – Cuando algunas personas hablamos de la necesidad de incluir la agricultura y, por tanto, el manejo de los bosques y el uso de la tierra en la estrategia de lucha contra el cambio climático, no nos referimos a incluirla en el mercado mundial de derechos de emisión. Nos referimos a la necesidad de un cambio en nuestra relación con el medio ambiente; a cambiar el sistema agroalimentario mundial; a que la tierra vuelva a ser considerada un bien común que nos pertenece a todas y a que su cuidado nos beneficie a todas y a todos. Nos referimos a instituir el derecho al uso en lugar del derecho a la propiedad. Nos referimos precisamente a algo que está muy lejos del fondo de este informe: a evitar las medidas que mercantilizan y mercadean con el medio ambiente.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – He votado a favor de esta propuesta porque establece un compromiso vinculante para cada Estado miembro, a fin de garantizar que las emisiones contabilizadas procedentes del uso de la tierra sean compensadas por una eliminación equivalente de CO₂ de la atmósfera, por medio de las medidas de estos sectores.

El cambio climático es un problema transfronterizo y global que no puede ser resuelto solo por la acción nacional o local. El Acuerdo de París incluye un objetivo a largo plazo y establece que la contribución del uso de la tierra, sus cambios de uso y la silvicultura para alcanzar los objetivos de mitigación del clima a largo plazo será crítica.

En la actualidad, la Unión Europea y los Estados miembros deben tener en cuenta este sector en virtud del Protocolo de Kioto, lo que impone limitaciones a la Unión Europea y a cada uno de los Estados miembros para garantizar que no generen emisiones adicionales. Además, la gestión forestal desempeña un papel crucial en la lucha contra el cambio climático, ya que todos estos sectores deben contribuir al objetivo general de reducción de emisiones de la Unión Europea.

10.4. Waffenexporte und die Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP (A8-0264/2017 - Bodil Valero)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr, a profitéhes fegyverkereskedők legnagyobb bánatára véget ér a háború Szíriában, Irakban is. Megható képeket látunk a tévéképernyőn a tudósításokban. Aleppóban például elkezdődött az újraépítés, tervezik, építik a hidakat, az utakat, a középületeket. Tessenek tehát abbahagyni az örvendezést afelett, hogy az Európai Unió Bírósága a kvótaügyben olyan határozatot hozott, miszerint minden rendben van ezzel a kvótaszabályozással. Megváltoztak a tények, kérem szépen! Szíriában is, Irakban is. El lehet kezdeni hazamenni, a menekülteknek lehetőségük, sőt, kötelességük van arra, hogy ebben az időszakban fogják magukat, hazamenjenek és a hazájuk újjáépítésén dolgozzanak.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – El comercio de armas ha alcanzado el volumen más alto desde la Guerra Fría, lo cual está muy mal, pero es que Europa es el segundo mayor proveedor de armas del mundo, lo cual nos debería avergonzar. Por ello hemos votado a favor de este informe, que insta a los Estados miembros a cumplir la Posición Común y el Tratado de Comercio de Armas.

La venta de armas a países como Arabia Saudí es contraria a los derechos humanos y, en la misma línea, la Resolución de este Parlamento del 25 de febrero de 2016 pide a la Comisión que imponga un embargo a la venta de armas a Arabia Saudí.

Pero el pasado 13 de marzo, en el puerto de Bilbao, se embarcaban más de 4 000 toneladas de armamento hacia Arabia Saudí, una escena que, trágicamente, se repite constantemente. En tal acción, el cabo de guardia del Cuerpo de Bomberos alegó motivos de conciencia para no participar en ese operativo. Ahora se está enfrentando a un proceso disciplinario que pudiera acabar en inhabilitación. Lo que ha hecho este bombero no es más que defender los derechos humanos, de los que tanto ha hablado el señor Juncker esta mañana. Por ello merece nuestro apoyo y nuestra solidaridad.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! Głosowałem przeciwko temu aktowi zblędzonemu przez szlachetnych naiwnych. Mamy ilustrację, skoro nie chcemy sprzedawać broni do Turcji: Turcja kupiła rakiety w Rosji za 2,5 miliarda. Nie sądzę, żeby twórcy tego aktu byli agentami rosyjskimi. Po co Rosja miałaby płacić głupcom, którzy i tak głosują, jak chcą tego Rosjanie? Mnie natomiast interesuje fakt, że traci na tym przemysł europejski, i zdecydowanie byłem przeciwko temu aktowi.

10.5. Politische Beziehungen der EU zu Lateinamerika (A8-0268/2017 - Javi López)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL). – Son muchos los países de América Latina que están viviendo un alarmante deterioro de los derechos humanos; Argentina: nos seguimos preguntando dónde está Santiago Maldonado; México: cientos de periodistas asesinados por denunciar la complicidad entre el Gobierno y el narcotráfico; Brasil: un Gobierno golpista que quiere cambiar la Constitución para atacar los derechos de los pueblos indígenas a sus tierras.

Pienso en todos esos pueblos, igual que este informe solo piensa en interferir en Venezuela. Los derechos humanos deben defenderse en toda América Latina, y la Unión Europea debe exigir su cumplimiento, no aprovecharse de su ausencia. Cuando aprobemos y apostemos por un comercio internacional justo, entre iguales, que anteponga las personas, los pueblos y el medio ambiente a los intereses de las transnacionales, entonces votaremos a favor.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, dlouho se mi nestalo, že bych tolik souhlasil s mou komunistickou předřečnicí, ale má naprostou pravdu v tom, co řekla. Já si uvědomuji důležitost tohoto partnerství a domnívám se, že jedna ze strategických priorit pro Evropskou unii při řešení společných výzev je například odstraňování chudoby, masová migrace, organizovaný zločin nebo právě obchod s drogami.

Právě politická spolupráce je jediným nástrojem, jakým může Evropská unie v současné době pomoci Latinské Americe, která musí dodržovat lidská práva a musí přijímat opatření, která jsou na základě zásad demokracie a v rámci boje proti korupci přispějí k budování efektivní veřejné správy. Nedávné útoky proti demokraticky zvoleným představitelům, novinářům a bojovníkům za lidská práva jsou nepřijatelné. Evropská unie proti nim musí neustále bojovat.

10.6. Korruption und Menschenrechte in Drittstaaten (A8-0246/2017 - Petras Auštrevičius)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Si alguien de fuera de este Parlamento leyera el informe, podría pensar que la corrupción solo es un problema de los países del Sur; que no hay corrupción aquí; que no hay corrupción en Europa o que, por ejemplo, las empresas multinacionales, la mayoría con sede europea, no tienen nada que ver con la corrupción en los países del Sur.

Obvia, por ejemplo, que estas multinacionales son responsables del 70 % de los casos de evasión fiscal en el mundo. Obvia, por ejemplo, que en mi país, el presidente del Gobierno ha tenido que ir a declarar a los juzgados por corrupción o que su partido está ahora mismo encausado por financiación ilegal. Incluso me gustaría recordar la corrupción transnacional, la del señor Pedro Agramunt, que es el presidente de la Asamblea Parlamentaria del Consejo de Europa y está directamente vinculado a un caso de corrupción en Azerbaiyán y de lavado de dinero. Desde aquí hay que pedir responsabilidades, entender que la corrupción es un mal que atraviesa a las élites internacionales y a sus multinacionales y pedir la dimisión del señor Agramunt.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr, kedves Képviselőtársaim, az emberi jogok megsértése és a korrupció között szerves összefüggés van, hiszen az emberi jogok megsértett, elnyomott emberek sokkal inkább kényszerülnek arra, hogy elviseeljék a korrupciót. Jut eszembe, szeptember első hetében két fontos dolog történt az Európai Unió és Ukrajna kapcsolatában. Az egyik, hogy nagy diadallal kihírdették az EU és Ukrajna közötti társulási szerződést, illetve hát annak hatálybalépését, a másik pedig gyalázatos módon, fityiszt mutatva az emberi jogoknak és az Európai Uniónak Ukrajna ugyanezen a héten elfogadta azt a törvényt, amivel ellehetetleníti az anyanyelv-használatot az oktatásban az őshonos közösségek számára. Kérem, hogy minden jóérzésű európai parlamenti képviselő, és minden jóérzésű állam tiltakozzon az emberi jogoknak e brutális megsértése ellen. Állítsuk meg Ukrajnát!

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL). – La corrupción es un lastre. Es un lastre para la economía, para la democracia y para la equidad social. En eso no puede haber discrepancias. Hay algunos párrafos de este informe que son de puro sentido común. Sin embargo, como española y miembro de este Parlamento, no puedo más que sentir vergüenza cuando pretendemos dar lecciones a terceros países.

El informe señala a los países del sur, pero se olvida de que el 70 % de la evasión fiscal en el mundo proviene de las multinacionales, esas grandes amigas de la política comercial de la Unión Europea. Por cierto, recuerdo que en este Parlamento hay un comisario involucrado en uno de los mayores casos de corrupción de todo el mundo: los papeles de Panamá. No estamos para dar lecciones a nadie y deberíamos ser bastante menos hipócritas.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, votei a favor desta resolução porque considero que deve ser atribuída uma atenção prioritária à luta contra a corrupção. A corrupção é um fenómeno mundial complexo que afeta tanto o Norte como o Sul e é causada pela incapacidade dos sistemas políticos, económicos e judiciais assegurarem uma supervisão e responsabilização sólidas independentes.

A corrupção custa à União Europeia entre 179 e 990 mil milhões de euros em termos de PIB por ano e, de acordo com o Banco Mundial, são pagos anualmente subornos no valor aproximado de um bilião de dólares em todo o mundo. A União Europeia tem que mostrar uma oposição vigorosa e sem tréguas.

Neste contexto, a União Europeia deve reforçar a transparência e a responsabilidade da sua ajuda pública ao desenvolvimento e desenvolver um sistema global sólido de gestão dos riscos para evitar que a ajuda ao desenvolvimento contribua para a corrupção nos países beneficiários. Trata-se de contribuir para a luta direta e explícita contra a impunidade através das suas políticas externas.

Por isso considero relevante que a União Europeia passe a inserir uma cláusula anticorrupção juntamente com as cláusulas relativas aos direitos humanos nos acordos com os países terceiros.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem také podpořil tuto zprávu. Jsem přesvědčen, že ve chvíli, kdy máme doktrínu ochrany lidských práv a demokracie ve třetích zemích, tak je dobré toto rozšířit i na otázku boje proti korupci. Tuto zprávu vnímám jako důležitou v několika bodech, zmíním alespoň to, co považuji za nejvíce důležité – bavit se o tom, kam jdou evropské peníze ve státech, kde bují korupce. Zda ty peníze nekončí náhodou v kapsách těch, kteří v takovýchto státech vládou a případně korupci sami velmi aktivně organizují.

Do budoucnosti bychom měli dávat mnohem větší pozor, kam putují evropské peníze, a snažit se spíše podporovat protikorupční iniciativy, občanskou společnost v takovýchto státech, ve třetích zemích, kde jsou korupce a řekněme ochrana lidských práv velkým problémem.

Andrejs Mamikins (S&D). – Liels paldies jums, priekšsēdētāja kungs!

Tikko mēs dzirdējām, kolēģi, Komisijas priekšsēdētāja Žana Kloda Junkera uzstāšanos, kurš 95 % laika veltīja tam, kas ir problēmas Eiropas Savienībā. Un es domāju, ka tas ir ļoti pareizs vēstījums, jo mums pirmām kārtām jādomā par problēmām šeit, pie mums mājās, Eiropas Savienībā. Es nobalsoja pret šo rezolūciju, ko sagatavoja kolēģis Auštrevičus un pateikšu, kāpēc.

Tāpēc, ka mums ir divi ceļi: vai nu turpināt šo ceļu ar rezolūcijām un nosodīt diktatoru Alijevu, diktatoru Lukašenko, un nekad nebraukt uz trešajām valstīm vizītēs un mēģināt attīstīt attiecības; vai nu izbeigt šo leksiku un šo manieri un turpināt labā tonī un kā draugi un kaimiņi palīdzēt viņiem. Vēl jo vairāk, piekritu kolēģim, ka korupcija nav unikālā lieta tikai Azerbaidžānā vai Baltkrievijā, vai vēl kaut kur. Korupcija eksistē arī manā valstī – Latvijā, un par to mums ir jādomā.

Norica Nicolai (ALDE). – Şi eu am votat împotriva acestui raport pentru un singur motiv: amendamentul care vizează alegerile de corupție referitoare la Azerbaidjan. Sunt raportorul Parlamentului pentru Azerbaidjan şi, în această calitate, dar şi ca om politic, mi-e greu să accept că putem face un raport doar motivat de afirmaţii de presă. Cred că despre corupție trebuie să vorbească justiția, şi nu presa. Dacă aceste afirmații s-ar considera că sunt în false, există posibilitatea pentru a îndrepta o realitate pe care tocmai ați consfințit-o prin vot? Cred că acest lucru nu este corect şi, din punctul meu de vedere, acest tip de abordare este una care vizează dublul standard şi nu are decât o motivație politică şi, probabil, puteri străine în spatele aceste afirmații.

11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 13.25 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll**13. Änderung der Tagesordnung: siehe Protokoll****14. Dieselgate: Stärkung der EU-Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutznormen im Zusammenhang mit aktuellen Maßnahmen der Mitgliedstaaten, einschließlich Deutschlands und Österreichs (Aussprache über ein aktuelles Thema) (Artikel 153a GO)**

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι συζήτηση σχετικά με επίκαιρα θέματα σύμφωνα με το άρθρο 153a του Κανονισμού:

Σκάνδαλο «Dieselgate»: Ενίσχυση των προτύπων της ΕΕ για τα το περιβάλλον, την υγεία και τα δικαιώματα των καταναλωτών σε συνάρτηση με τις πρόσφατες δράσεις των κρατών μελών, συμπεριλαμβανομένης της Γερμανίας και της Αυστρίας [2017/2835(RSP)]

Θα ήθελα να ενημερώσω τους βουλευτές ότι για αυτή τη συζήτηση δεν θα υπάρξει διαδικασία catch the eye και δεν θα γίνουν δεκτές ερωτήσεις με γαλάζια κάρτα καθώς έχουμε έναν εκτεταμένο κατάλογο εγγεγραμμένων ομιλητών και πρέπει να έχουμε τη δυνατότητα να μιλήσουν όλοι με την προβλεπόμενη άνεση.

Ska Keller, Vertreterin der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Der Dieselskandal, über den wir heute reden, ist gleich ein dreifacher Skandal: Es ist ein Gesundheitsskandal, es ist ein Verbraucherschutzskandal und es ist auch ein politischer Skandal. Der Dieselskandal ist ein Gesundheitsskandal, denn die Situation in vielen Städten in Europa ist dramatisch. Jedes Jahr sterben in der Europäischen Union 72 000 Menschen durch Stickstoffoxid in der Luft. Das sind fast dreimal mehr Menschen als es Verkehrsoffer gibt. Dieselautos gehören zu den Hauptverpestern der Luft in unseren Großstädten. Sie müssen also konsequent nachgerüstet werden.

Billige Softwareupdates, wie die Bundesregierung sie mit der Autoindustrie vereinbart hat, reichen einfach nicht. Die Autoindustrie muss an die Hardware ran und ihre Dreckschleudern endlich sauber machen – das gilt für ganz Europa. Dreckige VWs, Audis oder auch Renaults fahren auf österreichischen, spanischen und überall auf allen Straßen, ganz genauso wie auf deutschen. Deswegen würde ich mir sehr wünschen, Herr Katainen und Frau Bienkoswka, wenn die Europäische Kommission noch in diesem Herbst Maßnahmen für die europaweite Nachrüstung von Dieselaautos vorlegen würde. Denn wir brauchen endlich einheitliche Standards für die Nachrüstung der Dieselflotte, damit sie auch in vollem Einklang mit dem europäischen Recht steht. Denn das passiert momentan nicht, die Autohersteller verstoßen ganz klar gegen europäisches Recht, und es ist ja Ihre Aufgabe dafür zu sorgen, dass europäisches Recht eingehalten wird. Hier hätten wir also ein Paradebeispiel. Ich würde Sie bitten: Sorgen Sie dafür, dass Dieselfahrzeuge in ganz Europa endlich die Grenzwerte einhalten!

Zweitens, wie gesagt, ist der Dieselskandal ein massiver Verbraucherschutzskandal. Denn, wer sich ein Dieselauto, vielleicht noch in der Annahme, dass es ein besonders sparsames Auto sei, gekauft hat, der ist jetzt der Gelackmeierte und muss zudem noch mit Fahrverboten rechnen. Die Autobauer kommen dagegen völlig ungeschoren davon. Es gibt keine Bußgelder, keine verpflichtenden Rückholaktionen, keine generellen Entschädigungszahlungen. Das ist eine Riesensauerei, so etwas erschüttert den Glauben der Menschen an den Rechtsstaat.

Es ist völlig richtig, dass die Kommission jetzt ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland und auch gegen andere Mitgliedstaaten gestartet hat, die einen völligen Schmusekurs mit der Autoindustrie fahren und effektive Sanktionen noch nicht einmal vorgesehen haben. Aber diese Vertragsverletzungsverfahren reichen nicht. Wir brauchen endlich auch bessere Klagerechte für NGO und Sammelklagen. Wenn die Regierungen versagen, dann müssen zumindest Umweltverbände und auch die Verbraucherinnen und Verbraucher dafür Sorge tragen können, dass sie selbst ihre Rechte effektiv einklagen können.

Drittens ist der Dieselskandal ein politischer Skandal. Die deutsche Bundesregierung hat hier einen politischen Schutzzaun um die Autoindustrie herum gezogen. Der deutsche Diesel-Gipfel war der Gipfel der Kumpanei. Die Bundesregierung hat damit den Bruch europäischen Rechtes durch die deutsche Autoindustrie de facto abgesegnet. Sie lässt der Autoindustrie Absprachen und Trickserien durchgehen. Wenn Regierungen und Behörden bei den Manipulationen weggucken, dann braucht es eine europäische Lösung. Wir brauchen endlich europäische Tests, die Kommission muss eigene Stichproben durchführen und die Autoindustrie konsequent überwachen, damit es keine Schlupflöcher mehr gibt, damit es keine *Fake-Tests* mehr gibt. Wenn den Mitgliedstaaten wirklich an sauberer Luft und der Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger gelegen wäre, dann müssten sie auch endlich diese starken unabhängigen Tests akzeptieren. Die Kumpanei mit der Autoindustrie hat schon genug Schaden angerichtet. Jetzt ist es Zeit für den Schulterschluss mit den europäischen Bürgerinnen und Bürgern und den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Europa.

(Beifall)

Matti Maasilas, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, it is now almost two years since it was revealed in September 2015 that, based on the findings of the United States Environmental Protection Agency, the vehicle manufacturer Volkswagen had used a hidden software to allow diesel engine cars to pass nitrogen oxide, commonly referred to as NO_x, emissions tests by the American regulating authorities, while the same car models were proven to emit up to 40 times the legal limit of nitrogen oxides in real world driving.

The shock wave resulting from this large-scale deception is still felt everywhere. At the same time, we seem to discover more and more repercussions. Doubts persist as to the proper testing of car models of other brands as well.

Many actions have been taken at national, but also at Union, level, first of all to investigate the proceedings. In this regard, let me highlight the meticulous and intensive work of the Committee on Emissions Measurements in the Automotive Sector, which finalised its report in March of this year. The report concluded that the responsibilities of the Member States and the Commission as regards the binding emission limits were not respected. It concluded that the fact that there were large discrepancies between NO_x emissions in diesel cars measured in the laboratories and on the road had been known to many stakeholders since at least 2005.

But the Dieselgate scandal is just one aspect of a much wider problem. In Europe, we have 400 000 premature deaths due to bad air quality. That is one of the reasons why we need very ambitious laws and the political will to put them into practice.

In this context, regulatory standards are one important element. Decisive action has been taken here, for instance by reaching an agreement between the two co-legislators on the National Emissions Ceiling Directive, which entered into force on 31 December 2016 and must be transposed by 30 June 2018. This Directive sets stricter national limits for the period 2020-2029, and from 2030 onwards, for the emissions of sulphur dioxide, nitrogen oxides, non-methane volatile organic compounds, ammonia and fine particulate matter.

On procedures to test emissions from cars, major steps have been taken by the Commission. Under the provisions that entered into force this month, new car models will have to pass new and more reliable emission tests in real driving conditions before they can be driven on European roads. This test will complement and improve laboratory tests for all emissions, including CO₂ and fuel consumption, as well as NO_x and other air pollutants. Both tests will be phased in for all new cars between 2018 and 2019.

Furthermore, work on an overhaul of the European vehicle type-approval framework is under way. On the basis of the general approach adopted by the Council on 29 May this year, the Presidency is firmly committed to taking forward negotiations on the proposal on the approval and market surveillance of motor vehicles and their trailers, and we are working constructively with Parliament.

My impression from the first trilogue that took place on 6 September is that both co-legislators are eager to agree in the forthcoming trilogues on a robust legislation that reinforces type-approval procedures, enhances market surveillance and makes the system more transparent. Of similar importance is that the strategies that have been developed to accelerate the effective emission reductions move from the stage of policy incentives to large-scale market activity. This concerns in particular the low emission strategies, including the deployment of alternative fuels infrastructure.

One of the openers will be urban bus fleets, which are mostly diesel-based today and have the power to make a difference on the market. The commitments undertaken by European cities and agglomerations during this summer to progressively convert their bus fleets into alternative fuel fleets are more than impressive, as the launch of the Clean Bus Deployment Initiative by the Commission and the Committee of the Regions on 13 July this year clearly shows.

These initiatives are being strongly supported by the European Union institutions, including the Commission, the European Investment Bank and the Committee of the Regions, and the Presidency welcomes all efforts by public transport companies that will join in these actions.

In terms of policy action, the most important long-term effort rests with the modal shift, converting road transport into train and waterway transport. For instance, it has to be noted that, under the EU funding sources for implementing the strategy for trans-European networks in transport, around 87% of the Connecting Europe Facility co-funding of EUR 21.4 billion for transport has been thus far dedicated to rail and inland waterways projects. However, these efforts require perseverance, as we cannot deny that certain trends work in favour of road transport, for instance, the increase in deliveries directly to the consumers.

More remains to be done. The emissions scandal has shown that we need in particular better car testing and good market surveillance. The Presidency is putting its best efforts forward to achieve progress in these areas. Together with the EU Member States and the EU institutions, we need to decisively pursue EU-wide efforts to foster low emissions mobility.

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, let me first thank honourable Members for this opportunity to provide them with an update on recent developments on the emissions scandal.

When Elżbieta Bieńkowska met you last time in April to discuss this case, she pledged, on behalf of the Commission, that we would fully follow up on the conclusions of the Committee on Emissions in the Automotive Sector in the final report and its recommendations. Today I can assure you that our commitment remains strong and that the Commission is acting simultaneously on three fronts: first, better enforcement, second, better market surveillance, and, third, better rules for the future.

Let me first say a few words on better enforcement. In April we informed you that the Commission is pursuing several infringement procedures against Member States. These Member States had either omitted to lay down sanctions for breaches of the obligations on the car manufacturers or had not effectively applied such sanctions, even after the manipulations were discovered. Since then, a further infringement procedure was launched in May 2017 against Italy for failure to take action against Fiat for the use of prohibited defeat devices.

Let me be very clear: we are determined to pursue these infringement procedures so as to ensure proper enforcement of the current type-approval legislation and to avoid additional non-compliant cars entering the European market, which would aggravate the existing air quality problem.

Second, regarding better market surveillance, in addition to these enforcement actions the Commission also urges Member States to do their part and ensure compliance of the existing diesel fleet with the type-approval rules. In this context, we are happy to see that, after the first round of national negotiations in the emissions scandal in 2016, a second round was launched in early 2017.

There are some enforcement actions underway. French authorities have been investigating possible irregularities in diesel vehicles from Renault and PSA since January. German authorities have been following up on irregularities in diesel vehicles produced by Daimler, Audi and Porsche since June, and, more recently, by Ford. The Dutch authorities also continue their investigations and notably withdrew two vehicle types from Jeep and Suzuki respectively with the intention of public prosecution.

As for the vehicles of the Volkswagen Group which were at the origin of the emissions scandal and as such were already identified as non-compliant with current emission rules, a recall campaign by the manufacturer is underway across the EU. According to the information available to the Commission, at the end of July 2017, more than half of the 8.4 million vehicles of the VW Group affected across the EU had already been recalled.

Together with the Member States, the Commission will continue to monitor the repair of the remaining vehicles of the VW Group so that all affected vehicles will eventually be brought to conformity by autumn 2017. In this context, we welcome the decision of four Member States – Austria, Germany, Finland and Portugal – which have made their recall campaigns mandatory. On 17 July, Elżbieta Bieńkowska sent a letter to all Ministers urging them to follow the mandatory and voluntary measures already taken in Germany, France and the Netherlands. So far 16 of the Member States have replied. We will provide you with a complete overview of Member States' positions once we have a full picture.

However, concerns have been expressed by consumer associations and individual car owners about the full compliance of the remedial measures with the type-approval legislation and their impact on vehicles' durability and fuel consumption. In this context, on 7 September 2017, the EU consumer authorities, together with the Commission, urged Volkswagen to properly retrofit all affected cars and to inform consumers in a fully transparent and detailed manner about what has been achieved and what remains to be done. I can assure you that we will continue to monitor VW's action plan on the affected vehicles.

The Commission also welcomes the initiative of Germany and Austria, which organised national diesel summits on 2 August and 22 August respectively. This is a step forward and others should follow. But we have to keep in mind that the measures proposed by the industry have to lead to an effective reduction of emissions on the road and not only in the laboratory. That is the only way to avoid so-called diesel bans that are being discussed in some Member States as a reaction to the scandal.

Thirdly, regarding better rules, let me start by reminding you that, as from 1 September 2017, improved testing procedures, both in laboratory conditions and in real driving conditions, have become mandatory for all new vehicle types. We are also working to increase the transparency and control of emissions from vehicles by allowing independent parties to test used vehicles. This will come with the new real driving emission regulation foreseen for spring 2018. As foreseen by law, we pursue work to review, and possibly to bring down, the conformity factors used to translate the measurements on the road to those in the lab. We expect to be able to lower them already with the upcoming new real driving emission regulation.

Last but not least, we welcome the start of the first trilogue on the revised type-approval framework, which took place on 6 September. We salute the co-legislators' ambition to finalise this revision by the end of the year. The new framework will reinforce the independence of testing, which will remain a national responsibility, but at the same time reinforce its European oversight. I hope that we can work together and use the political momentum to establish a strong set of rules and control mechanisms in order to regain consumers' confidence and improve the quality of the air they breathe.

Finally, despite current turbulence, our ambition remains the same: that Europe continues to be a leader in clean, competitive and connected mobility. To put it simply, we want to make sure that it is Europe that produces the best low-emission, connected and automated mobility solutions, equipment and vehicles. To this end, the Commission has already presented the first part of the mobility package. The second part will be delivered later this year.

With this package we will present an integrated and future-oriented approach to mobility. This will be our guide on how to face disruptive developments which are ahead of the transport sector, how to modernise it and how to exploit its potential to modernise the entire EU economy. I trust we have a shared responsibility to make this agenda for a socially fair transition towards clean, competitive and connected mobility a reality.

Krišjānis Kariņš (PPE). – Priekšsēdētāja kungs! Manuprāt, šis izmešu skandāls ir skaidrojams un izprotams arī kā pamācība. Pamācība un atgādinājums, ka nedrīkst likt visas olas vienā grozā.

Par ko ir runa? Gadiem ilgi Eiropā mums ir bijusi viena galvenā prioritāte. Tas ir mūsu klimata mērķis – samazināt CO₂ izmešus. Tas ir labs un pareizs mērķis. Bet šī mērķa rezultātā ar dažādiem likumiem un ar nodokļu politiku mēs esam veicinājuši dīzeļa industrijas izveidošanu Eiropā. Industrija sekojusi politiķiem un nodokļiem, patērētāji sekojuši to pašu, un mēs esam izveidojuši pasaulē labāko dīzeļtehnoloģiju, kur strādā miljoniem cilvēku, milzu industrija.

Tad diemžēl atklājās tas, ka šī pati industrija ir gadiem ilgi maldinājusi visu sabiedrību par to, cik tad to izmešu tiešām faktiski ir. Un izrādās, ne tikai par CO₂ ir jautājumi, bet īpaši par slāpekļa oksīdiem, tā saucamajiem nokšiem, kas ir bīstami mūsu veselībai. Nevis varbūt videi, bet tieši mūsu veselībai.

Reakcijas? Viena reakcija ir teikt: “Šausmas! Ir jālikvidē visas šīs dīzeļu automašīnas, jālikvidē šī industrija! Šis ir kaut kas drausmīgs!”

Bet padomāsim reāli! Strādā miljoniem cilvēku. Tas ir viens no Eiropas lielajiem ekonomiskajiem motoriem, tā varētu teikt. Daudz prātīgāk tā vietā, lai aizliegtu šīs tehnoloģijas, ir veicināt to, lai industrija pati mainās.

Un mums ir nākotnē jāatceras viena lieta — kad veidojam politiku, neesam tādi, kas ir labvēlīgi tikai un vienīgi vienai tehnoloģijai, jo mēs nezinām, kādi varētu būt negaidītie un, iespējams, negatīvie blakus efekti.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Mr President, first of all I have to say that I am a little astonished to hear from my good PPE colleague that it is actually climate policy that is responsible for the cheating of the cars in Europe. Unfortunately, that is not the case.

But let me turn to the speech by the Commission, and I hope it is not due to the replacement of Ms Bieńkowska by Mr Katainen that today the Commission is so weak and not serious enough about the reaction that it should give to what is happening. I am sorry to say this; we have had good cooperation with Ms Bieńkowska in the past and I hope that can continue and that we can be very firm because, let us be honest and look at what happened, for instance, with the Volkswagen recall programme.

The Commission expected it to be completed by autumn 2017; well, that is today. Three million cars have not been recalled yet! And it is not only that, it is also the other cars that have been cheating and the differences in the different Member States, such as: some of them are mandatory, others are voluntary, some are only for the national car market and others are different. How will the Commission make sure that all consumers in Europe have the same rights? How will you do that? I have not seen an answer.

Nor is it about the past alone. We also have to look to the future and yes, we have to care about our car industry but a new era is coming. It will be electrified, it will be sharing mobility, and if we do not make sure that we do that for our industry, if we do not make sure that we have a zero emissions mandate, then cars will be imported from China and elsewhere in the world and our car industry will have big problems, as will these millions of people.

Let me finish by quoting a former Commissioner, a Liberal Commissioner, who was very good, Mr Potočnik, in our Committee on Emissions Measurements in the Automotive Sector. He said that we must stop killing industry with kindness by giving into the calls for less ambition, a longer time to achieve it, and allowing loopholes. Let us make sure that we have a future for our car industry and that it is sustainable.

Daniel Dalton (ECR). – Mr President, it has been two years since this scandal erupted, but for decades before that drivers suspected that the statistics manufacturers advertised were over-ambitious, shall we say. The Volkswagen scandal confirmed those fears were right. In fact things were far worse than most consumers had suspected, so it is fair for people to ask: what are we doing about it?

Two years on, there are concrete changes we can point to, but a lot more work to be done as well. Firstly, real driving emissions testing legislation became mandatory for new car models at the start of this month. That is a huge step forward in ending the golden lab culture, and a big deterrent to cheat. But two years on, there is still a lot more to do. The emission scandal exposed failures well beyond just testing rules. Most fundamentally, it exposed a failure of culture at some carmakers, and a cosy club between manufacturers and governments' approval authorities and technical services, but also that there was virtually no ongoing market surveillance. Opening up that club to greater transparency and restoring public trust is at the heart of the new type approval and market surveillance regime that we are now negotiating with the Council.

The Parliament report proposed a system that would do just that: proper market surveillance obligations on Member States, and the Commission mandated to check for failings in national market surveillance; reviews and audits of all parts of the testing and approval process, to shine a light on weaknesses at every stage.

So I would urge the Council to take on board Parliament's very sensible views in our negotiations. Once we have new rules in place, all the key components in preventing another scandal will be in place, but until we do that, the broken system remains in place. So two years on, let's finally close the door on the emission scandal once and for all.

Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE). – Mr President, in the two years since the scandal broke, a lot has been done. We must realise that and recognise that. But the core of the problem still remains. Despite legal obligations, EU governments have barely taken any action and that is the core of the problem. I will give a few examples. The German authorities have still not really taken action against Volkswagen. They did not fine Volkswagen. The recall programme is extremely weak and consumers are not at all compensated for the loss. The UK has refused so far to take action against Skoda. They haven't done anything despite all the evidence that is on the table. The Netherlands has taken some very careful steps towards action, but it is very limited and careful.

The Commission has done a few things. It has launched infringements proceedings, for instance against Italy in May, and other countries before, but a lot of countries are, well, still not really being chased after. So after what President Juncker said this morning that he called upon industry to plead guilty in the Dieselgate scandal, my question is: what is the Commission doing against the Member States further on, because, as the speakers before me said, it is far too weak at the moment. I thank the Commission for its reaction to the EMIS inquiry committee recommendations, but I am still looking forward to their reaction on the conclusions, because we did find some contravention and maladministration.

Then finally the Council – a nice statement here; but the real pain, also after the EMIS committee did its work, is in the Member States. When can we expect an official reaction, as there should be in a democracy, from the Member States, from the Council, and when can we expect real enforcement of EU legislation? Do not talk only about what has to be improved for the future, but please, take action now on the cars that are still being driven on the road.

Cornelia Ernst (GUE/NGL). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich komme aus einer Autozulieferregion in Ostdeutschland, wo 40 % von all dem, was überhaupt industriell produziert wird, irgendwie mit Autobau zu tun hat. Egal, wohin Sie kommen und mit wem Sie dort an Beschäftigten reden, überall haben die Angst, dass sie für die Halsstarrigkeit der eitlen Gockel der Automobilindustrie irgendwann zahlen und büßen müssen.

Zwei Jahre nach Aufdeckung des Abgasskandals steht doch fest, dass trotz der Nachweise der Schäden für Umwelt und Menschen durch Abgase, trotz milliardenschwerer Prozesse gegen die Abgasbetrüger, Androhung von Fahrverboten, höchst kritischer Ergebnisse der EU-Ausschüsse in Brüssel, aber auch in Berlin, weitergewurstelt wird. Es geht einfach immer weiter. Und da sollen sogar Millionen Forschungsgelder für einen sauberen Diesel ausgegeben werden, wie ich kürzlich las, obwohl dessen Totengeläut schon längst zu hören ist. Der saubere Diesel – meine Damen und Herren, wir wissen das alle – ist so sauber wie die Kohle mit CCS. Das ist eine Illusion der Ewiggestrigen.

Deshalb ist es umso nötiger, dass die Kommission nicht vor der deutschen Regierung kuscht und wirklich streng gegen die Produktion von Dreckschleudern vorgeht. Wir brauchen zwingendere Vorschriften für Emissionen, wir brauchen einheitliche Typenzulassungen – das haben wir lange besprochen –, strengste Kontrollen und bitteschön auch kein Pardon bei Kartellabsprachen, die im Kern doch nichts anderes als organisierte Kriminalität sind. Wir brauchen Markttransparenz, einklagbare Schutzrechte für betrogene Autokäufer, und zwar europaweit. Wir als Linke bekennen uns zur Notwendigkeit einer Wende zur E-Mobilität, und das ist nicht einfach. Wir fordern die Gewerkschaften auf, das auch zu tun, sich diesen normalen Entwicklungen endlich zu stellen.

Wir brauchen mutige EU-Programme für regenerative Energien und Elektromobilität und eine Infrastruktur dafür, und wir brauchen den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, attraktiven *carsharings*, um Umwelt und Mensch zu schonen. Wir müssen jetzt handeln, bevor es zu spät ist!

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, why are we discussing this again? This is mainly about the existing cars on the roads. We know that there are policies going on to improve the type approval framework; we know that the new testing will be there (by the way, with very strange conformity factors) – we all know that. But the big question is: what are we going to do with the millions of cars driving on the street right now, polluting our streets every day? I would like to quote the Commission, when Madam Bieńkowska still had full responsibility, on 17 July, when she said: ‘We have to remove non-compliant cars from the markets and circulation as soon as possible’.

I did not hear that now. I would have hoped that we would have heard that kind of language now, in this public arena. We have to do something about the millions of cars that are not complying with European law – and that is the task of the Commission. Sorry, Mr Katainen, but if you say, ‘we heard some diesel summits in Germany and Austria that should be an example for other countries’: sorry, this is the worst example. What came out of that diesel summit was that maybe there might be some software updates that lower the emission results by 25% to 30%. The latest study of ICCT shows that Euro 6 cars are emitting 4.5 more than allowed on average, so reducing by 25% to 30% is nothing. And if the Commission is going to allow that, then those cars will be *de facto* legalised on the streets. And they will not be sold in Germany; they will be sold in Poland, in Estonia, because there the people will still buy it and it will not be sold in Germany because there the selling is going down, so they will all go to the Central European regions. Is that the solidarity that Mr Juncker was talking about this morning? The Commission needs to step up to the plate, and there is one simple question: when is the Commission going to come forward with guidelines? Guidelines that very clearly show what needs to happen, software and hardware updates to existing cars, and that you know, and that the national authorities know, when they can be satisfied, because if you leave it to the national authorities, you will get results like the diesel summit in Germany, and that is then *de facto* legalising non-compliant cars and polluting cars for our citizens, and that is not an example in Europe, Mr Katainen.

(Applause from the Verts/ALE Group)

Eleonora Evi (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la truffa del *dieselgate* continua. Volkswagen richiama i veicoli per aggiornare il software illegale e dice che l'auto così riparata rispetta i limiti dell'omologazione. Ma è davvero così? Ormai sono sempre di più i test, i rapporti scientifici e le notizie che dimostrano il contrario, cioè che le auto continuano a inquinare oltre i limiti. I consumatori sono ingannati, quindi, due volte. Per non parlare, ovviamente, dei risarcimenti che sono inesistenti.

La Commissione, nei giorni scorsi, insieme alle autorità per la tutela dei consumatori, ha scritto a Volkswagen per chiederle di riparare tutti i veicoli interessati entro la fine dell'anno, come aveva promesso. Però io ho la sensazione che si tratti dell'ennesima azione di facciata. Penso sia chiaro a tutti che il problema non si risolverà con semplici aggiornamenti delle centraline, perché il problema – ormai l'abbiamo capito – oltre che abbastanza ovvio dal punto di vista tecnico, è anzitutto politico e non riguarda solo una casa automobilistica, bensì 35 milioni di veicoli diesel «sporchi» in giro per l'Europa.

La commissione d'inchiesta EMIS ha appurato che c'è stata una frode, ovvero la Commissione europea e gli Stati membri hanno consentito l'omologazione dei veicoli che superavano abbondantemente i limiti emissivi, malgrado ci fossero già le tecnologie adatte all'abbattimento delle stesse emissioni. Quindi frode e lucro. Inoltre, si è consentita alle imprese una proroga ingiustificata ai limiti in vigore dal 2015, quindi legalizzando di fatto delle emissioni del 110% in più fino al 2020: un altro scandalo nello scandalo.

Ad oggi non abbiamo raggiunto risultati concreti e siamo purtroppo però abituati all'immobilismo delle istituzioni europee di fronte alle grandi multinazionali. E le vendite della Volkswagen crescono: sono cresciute del 16% quest'anno. Io non sono un'esperta di questioni economiche ma mi sembra chiaro che la schizofrenia e l'immobilismo delle istituzioni europee abbiano paradossalmente rafforzato Volkswagen.

In Europa non voglio credere che vinca sempre il più forte, non ci posso credere. Purtroppo però questo è quello che continuiamo a vedere. Altro che Unione del diritto, per citare le parole di Juncker: il *dieselgate* oggi è la dimostrazione che questa Europa è l'Unione dell'ipocrisia.

Georg Mayer (ENF). – Herr Präsident! Dieselgate – also ich finde diese Namensgebung ein wenig überschießend, da war wohl in der Fraktion jemand übermotiviert. Und ich warne davor, dass man sämtliche Verbrennungsmotoren jetzt verteufelt, über einen Kamm schert und hier sagt, der Verbrennungsmotor ist an allen Problemen schuld, die wir im Zusammenhang mit Verkehr haben. Aber ich weiß schon, die Grünen machen das ganz gerne. Die Grünen betreiben und schüren in diesem Zusammenhang gerne Ängste. Aber was wollen Sie denn, liebe Grüne? Was wollt ihr denn? Wenn ich dem Kollegen vorher zugehört habe, dann sagen Sie es doch deutlich: Sie wollen, dass man Dieselautos verbietet und diese Dieselautos, die momentan noch auf den Straßen sind, den Menschen wegnimmt. Eine Enteignung nennt man das, liebe Grüne. Sagen Sie das doch auch so deutlich!

Und wohin soll denn die Reise gehen? Die Herstellung von Elektromotoren und die Herstellung dieser Batterien ist auch nicht besonders nachhaltig und umweltschonend. Und woher kommt denn der Strom, mit dem diese Autos betrieben werden? Liebe Grüne, der Strom kommt aus der Steckdose – und das mag neu für Sie sein –, der wird dort aber nicht hergestellt. Liebe Grüne, da kommt es dazu, dass wir nicht wissen, wo dieser Strom hergestellt wird – da gibt es Atomstrom, da gibt es Kohle – woher auch immer dieser Strom sein mag.

Diese Elektromobilität ist jetzt auch nicht das grüne Gelbe vom Ei. Es gibt ja zwei Gründe, warum wir in dieser Problematik sind. Der eine ist nämlich, dass hier Manager geschummelt haben in der Automobilindustrie. Und der andere ist, dass hier Abgasnormen angewandt werden, die aus heutiger technischer Sicht noch gar nicht erreichbar sind. Und auf der anderen Seite – seien Sie nicht zu naiv, denn die Frage stellt sich: Cui bono? Wem nutzt es, wenn wir der europäischen Autoindustrie so schaden?

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident der Kommission, Frau Kommissarin, Herr Vertreter des Rates, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Reden wir also heute über den Diesel. Erstens: Diejenigen in der Automobilbranche, die betrogen, die manipuliert haben, müssen voll in die Verantwortung genommen werden. Auch der Kommissionspräsident hat es heute morgen ja noch mal unterstrichen.

Zweitens: Bei allen weiteren Maßnahmen gilt für mich: Nicht die Autofahrer, nicht die KFZ-Halter dürfen belastet werden. Ich halte daher Nachrüstungen bei den betroffenen Fahrzeugen für richtig, ich wehre mich aber gegen Fahrverbote in den Städten, wie das insbesondere von den Grünen gefordert wird. Das halte ich für falsch, denn dadurch werden genau diejenigen bestraft, die aufs Auto angewiesen sind, die tagtäglich in die Innenstädte fahren müssen – das ist keine intelligente Lösung. Ich glaube, wir müssen da weiter denken, und ich habe mich gefreut, dass der Herr Ratsvertreter auch Lösungen aufgezeigt hat: Zum Beispiel, dass wir die städtischen Fuhrparks auf Elektroautos umstellen, den Verkehrsfluss in den Städten verbessern und auch die Mobilität durch Carsharing-Modelle fördern – das sind richtige Ansätze.

Übrigens möchte ich darauf hinweisen, dass in 23 von 28 Mitgliedstaaten die Stickoxidwerte nicht eingehalten werden. Aber über Fahrverbote und Nachrüstungen wird nur in Deutschland diskutiert, obwohl es eigentlich nicht nur ein deutsches Problem ist.

Drittens: Ich halte es für falsch, dem Verbrennungsmotor, insbesondere dem Diesel, pauschal den Kampf anzusagen. Wir brauchen den Diesel noch Jahrzehnte, und ich muss sagen, die Gläubigkeit an die Elektroautos kann ich nicht teilen. Ich halte daher auch EU-Quoten für Elektroautos für falsch.

Seb Dance (S&D). – Mr President, thank you very much. I'd like to start with the positives, if I may.

Firstly, the reference in the State of the Union speech this morning by President Juncker was very welcome in that he acknowledged that consumers had been 'intentionally tricked' and that the automobile industry must make amends for that. And secondly you snuck in an announcement there on the conformity factor review which is due now in a report. I welcome that, obviously, and wait to see it with bated breath, but let's be clear: we will only accept a conformity factor of one. If we here set the margins, set the rules on the limits on what cars can emit, we can't then have other deals being made that allow cars to emit far more than we here in these institutions agree is legally acceptable.

I have to agree with the comments that have been made. Okay, there are some welcoming comments, but they are really around the margins of what we're talking about here. We do need a comprehensive strategy across the board. We're already seeing a variety of different approaches in different Member States. Some are happy with voluntary recalls, others are perfectly okay with cars still on their streets polluting many, many more times the limits, even over and above the conformity factors after they've been applied.

Where is the Commission's approach on having that unified European standard? Where is the programme in place to ensure that that variety of responses that we're seeing from Member States can be collected in one place? Because my colleague Kathleen van Brempt was absolutely spot on when she made reference to the future of the car industry. We are talking about millions of jobs across this continent, and nobody in their right mind would want to see those jobs go elsewhere. But as we know, there is a first mover disadvantage here. Other parts of the world will innovate far more quickly. They will learn from our mistakes. They will adapt their technology and then they will be the ones that own the future. We cannot allow that mistake to be repeated again and again and again. The car industry is too important. We need trust in it and we need it to be sustainable, and we've got to get ahead of the curve and what I've heard today doesn't indicate that we're anywhere near being in that position.

(Applause)

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auch mit etwas Positivem beginnen. Herr Vizepräsident Katainen hat ja *better rules for the future* versprochen, und ich glaube, das ist auch nötig. Wir haben heute hier eine Menge Kritik gehört, zum Beispiel zu Recht an den kriminellen Manipulationen bei Volkswagen oder den sehr – ich will mal sagen – anspruchsvollen Interpretationen der bestehenden Regeln durch die anderen Hersteller. Und heute hat der Präsident der Kommission ja die gesamte deutsche und europäische Automobilindustrie in den Senkel gestellt.

Die Kommission macht es sich aber ein bisschen zu leicht. Denn was ich bei dieser Befragung von Ihrem Vorgänger, Herrn Vizepräsident Verheugen, festgestellt habe, ist: Er hat zugegeben, dass die Regeln, die damals die Kommission gesetzt hat, wesentlich zu vage waren. Und darauf kommt es an. Denn es war auch die Kommission, die die Schlupflöcher geöffnet hat, durch die dann die Automobilindustrie geschlüpft ist. Herr Vizepräsident Katainen! Sorgen Sie dafür, dass wir in Zukunft klare Regeln bekommen!

Fredrick Federley (ALDE). – Herr talman! Jag tror att det är viktigt att vi inte lämnar det arbete som vi gjorde i EMIS-utskottet när vi granskade dieselgate. Dieselgate drar skam över en viktig europeisk industri som vi borde kunna vara stolta över, som har gjort stora framsteg, men som tyvärr visar på att man är beredd att använda kryphål och bakvägen för att komma undan att göra saker man borde gjort för länge sedan.

Det drar också skam över medlemsstaterna som inte har klarat av att upprätthålla kontrollen. Det drar även skam över både kommissionen och den här institutionen, eftersom vi inte har klarat av att se till att de regler som vi har faktiskt efterlevs.

Lösningen på detta är ju inte att ha ett krig mot förbränningsmotorn eller att försöka titta i historien, utan det är att se framåt. Hur ser vi till att vi får ordning på de bilar som nu är ute på gatorna? Det behövs en handlingsplan. Hur ser vi till att vi får en bra lagstiftning som faktiskt efterlevs framöver, med tydliga kontroller och med tydlig enighet som fler av kollegorna har efterfrågat. Endast så kan vi se till att vi framöver får ordning på denna svåra problematik där Europa faktiskt bör skämmas.

Merja Kyllönen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, avoimia kysymyksiä: kuka tyypimpihyväksyy Euroopan teillä ajettavat autot, minkälaista markkinavalvontaa autoille suoritetaan? Käyttökelpoisia päästöjen vähennystekniikoita on olemassa. Niitä vain ei ole tarvinnut käyttää, kun ei ole ollut oikeanlaista hyväksyntää eikä valvontaa. Keskustelu on edennyt dieselautojen kieltoon. Yhtä teollisuuden osahaaraa ei hetkessä muuteta toisenlaiseksi ilman vakavia työllisyysvaikutuksia. Entä kuluttajat, jotka ovat ostaneet dieselauton uskossaan voivansa käyttää sitä vielä vuosia? Ja miten suhteitamme tähän kiertotalousperiaatteet?

Sähköautoistuminen on tulevaisuutta, mutta miten akkumineraalien osalta Euroopassa menetellään? Se on iso kysymys. Keskusteluissa pitää olla myös liikkumisen ja kuljetustarpeen vähentäminen eli todellinen nollapäästötapa. Liikenne ei valitettavasti ollut vielääkään puheenjohtaja Junckerin puheessa muualla kuin lähtösatamassa. Toivoisin, että sieltä sata-masta päästäisiin vihdoon yhdessä edes vesille, jotta liikennepolitiikalla todellakin pystyttäisiin parantamaan ilmanlaatua ja vähentämään päästöjä.

Karima Delli (Verts/ALE). – Monsieur le Président, mes chers collègues, le «dieselgate» est un triple scandale: un scandale d'État, un scandale sanitaire et un scandale démocratique. Cela fait deux ans que nous tirons la sonnette d'alarme. Qu'avez-vous fait? Rien!

Avez-vous sanctionné les États qui ont protégé leur industrie plutôt que la santé des citoyens? Non! Avez-vous rappelé les 35 millions de «véhicules poubelles» qui circulent sur nos routes? Non! Avez-vous sanctionné les constructeurs automobiles qui ont enfreint les normes antipollution? Non! Avez-vous indemnisé les consommateurs européens qui se sont fait arnaquer? Non! Alors qu'aux États-Unis, Volkswagen a payé 22 milliards de dollars pour fraude, en Europe, ils n'ont même pas déboursé un centime. Cherchez l'erreur...

Nous avons collectivement une dette envers les 400 000 morts prématurés, victimes de la pollution de l'air chaque année, envers les salariés de l'automobile qu'on envoie dans le mur avec le diesel, envers les contribuables, car l'Europe a prêté 13 millions d'euros aux constructeurs pour que leurs véhicules soient propres.

Alors, Monsieur Juncker, je vous le dis, j'en ai ras le bol de répéter la même chose dans cet hémicycle. Je ne serai pas complice d'un système qui protège les intérêts privés plutôt que l'intérêt général.

Monsieur Juncker, vous aviez raison ce matin: l'Europe a besoin d'air pur et de respirer, mais respirer tue! Donc, il va falloir agir.

Jonathan Bullock (EFDD). – Mr President, this has been an awful situation. Volkswagen have deliberately broken the law and deliberately misled both regulators and customers. It obviously was wrong to do so. It should rightly face appropriate and proportionate penalties. But by allowing these emission loopholes to be ruthlessly exploited by Volkswagen, millions of British consumers have been betrayed and misled. But what concerns me as well is that it has been reported that top EU officials were aware of the VW emissions scandal two years before it broke. Why weren't things raised then, done then, brought here? I think that question needs to be answered.

My predecessor, Roger Helmer, who is somewhat of an expert in this issue, always warned that this attack on car owners, the push towards diesel, even though diesels give out only marginally more CO₂ emissions than petrol, and this drive was dangerous, and of course it has led to this situation. VW was trying to follow regulatory pressure by moving to diesel power but found that it was unable to meet these emission targets and did the wrong thing. But the EU knew about it, it should have talked about it, and that is a scandal as well.

Christelle Lechevalier (ENF). – Monsieur le Président, mes chers collègues, la commission parlementaire d'enquête a établi que la Commission européenne était informée d'une éventuelle fraude de l'industrie automobile mais qu'elle n'a pas mené d'investigations à ce sujet. Cet état de fait pose la question du poids des lobbies sur la Commission et celle des seuils et normes fixés par l'Union européenne.

L'industrie automobile a réalisé énormément d'efforts et d'investissements ces quinze dernières années pour réduire la pollution des véhicules et nous sommes tous conscients de la nécessité de ces changements, notamment pour la santé. Cependant, elle s'est organisée pour contourner les normes que vous aviez fixées.

Posons-nous la question de savoir pourquoi. L'Union n'a-t-elle pas surestimé la capacité des constructeurs à s'adapter aux normes qu'elle impose ? L'Union doit veiller à ne pas imposer des normes contraignantes inatteignables qui finissent par être contournées avec l'assentiment même de la Commission.

Les objectifs, notamment environnementaux, ne doivent pas être utopiques et doivent prendre en compte non seulement l'environnement mais aussi les problématiques de nos industries. Veillons à la mise en place de mesures incitatives plutôt que contraignantes et n'oublions pas que les États-nations sont souvent les mieux placés pour la prise de décision et le contrôle de leur implication.

Claudia Schmidt (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ja gewohnt, dass wir im Europäischen Parlament manchmal etwas seltsame Diskussionen führen. Die heutige Debatte gehört ein bisschen dazu für mich, sie ist eindimensional und durchschaubar. Sie ist ja auch von den Grünen eingebracht worden.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Ich verurteile aufs Schärfste das, was Autofirmen getan haben. Es ist nicht tolerierbar und gehört bestraft. Aber auf der anderen Seite möchte ich heute ein wenig über Grenzwerte reden. Wir haben beim NO_x einen Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter auf der Straße, am Arbeitsplatz dürfen es 950 sein, und Toxikologen sagen, bei 8 000 kommt eine leichte Reizung der Atemwege zustande. Soviel zu NO_x.

Kommen wir zum Feinstaub, der massiv gesundheitsgefährdend ist. Grenzwert: 50. Wenn ich in meiner Garage eine Zigarette rauche, stoße ich gleichviel Feinstaub aus, wie wenn ich bei meinem neuen Dieselauto eine halbe Stunde lang den Motor laufen lasse. Oder: Wenn ich in meiner Wohnung Räucherstäbchen anzünde, kann das bis über 700 % mehr als den Grenzwert verursachen. Oder: In der Londoner U-Bahn wurden Werte zwischen 500 und fast 1 200 gemessen – angeblich ein sauberes Verkehrsmittel.

Ich plädiere dafür, dass wir uns die Grenzwerte anschauen. Ich will nicht, dass man die Grenzwerte für Diesel jetzt heraufsetzt oder ähnliches, sondern dass wir einfach einen fairen Zugang finden und schauen, dass wir wirklich etwas schaffen, das den Menschen und die Umwelt schont.

Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, Monsieur le Commissaire, chers collègues, il y a cinq mois, ici même, nous votions les recommandations de la commission EMIS appuyées sur les conclusions de l'enquête parlementaire. Ce rapport contient plusieurs propositions fortes, tant pour nous prémunir d'un nouveau scandale du diesel que pour corriger ce que nous avions déjà découvert.

Hélas, cinq mois plus tard, nous sommes de nouveau réunis pour parler d'un scandale qui, loin de s'éteindre, n'a fait que prendre de l'ampleur. Le Parlement européen n'a pas été assez entendu et c'est regrettable. Les consommateurs restent les grands oubliés de l'affaire, on entend parler ça et là de réparations qui fonctionnent mal, qui dégradent les performances des véhicules ou, pire, qui détériorent les pièces du moteur, et les réparations supplémentaires sont aux frais des propriétaires. Les constructeurs n'envisagent même pas de les indemniser à hauteur du préjudice subi et c'est aux consommateurs de payer pour les malversations des constructeurs.

Le président Juncker souhaite une égalité dans l'application des droits des consommateurs dans toute l'Europe et c'est heureux. Nous escomptons donc une proposition de la Commission pour harmoniser les réparations et indemnisations de ceux qui ont été lésés par le dieselgate, comme nous l'avons voté.

Le scandale se poursuit avant tout parce que les règles ne sont toujours pas correctement appliquées et la seule manière d'y parvenir, c'est d'avoir des sanctions dissuasives. La balle est maintenant dans le camp des États membres, tandis que se poursuivent les négociations du nouveau cadre européen de réception des véhicules et de surveillance des marchés.

Idéalement, il faudra avoir une agence européenne dédiée. Madame la Commissaire Bieńkowska, vous nous l'avez dit, vous avez reconnu que c'est la meilleure solution pour y parvenir.

Comme les trilogues viennent à peine de commencer, il est encore temps de corriger le tir pour avoir une supervision européenne forte.

Kosma Złotowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Na aferę „dieselgate” musimy spojrzeć z wielu stron: po pierwsze, mieliśmy do czynienia z ewidentnym oszustwem i wprowadzeniem w błąd konsumentów, którzy nie byli właściwie informowani przez koncerny motoryzacyjne o specyfikacji sprzedawanych im pojazdów. Skandalem jest to, że podmioty odpowiedzialne za to oszustwo w Europie odmawiają współpracy z konsumentami i utrudniają im dochodzenie roszczeń, a jeszcze większym skandalem jest to, że dotąd włos z głowy nikomu nie spadł. Po drugie, musimy uczciwie przyznać, że przyczyną takiej polityki producentów samochodów były rosnące standardy środowiskowe oraz wyśrubowane normy emisji, które znacznie wyprzedzały możliwości technologiczne i generowały ogromne koszty. Nie tłumaczy to oczywiście oszustwa, ale z pewnością było powodem stosowanych manipulacji. I po trzecie, „dieselgate” to dowód na ogromne luki w europejskim systemie homologacji i kontroli pojazdów. Nie uważam jednak, że powołanie kolejnej unijnej agencji rozwiąże ten problem. Państwa członkowskie mają odpowiednie narzędzia do prowadzenia skutecznych testów, ale muszą je efektywnie stosować oraz lepiej koordynować swoje działania, także przy wsparciu Komisji.

Dita Charanzová (ALDE). – Pane předsedající, od vypuknutí aféry *dieselgate* uplynuly dva roky. Co se za tu dobu stalo? Evropská unie představila nová pravidla testování, některá jsme již uvedli v život, jiná na to čekají. Výrobci se omluvili a adaptovali se na nové podmínky.

Bohužel ale v rámci vyrovnání s důsledky aféry došlo k rozdílnému přístupu k evropským a americkým zákazníkům. Americkým zákazníkům odškodnění náleží, druhým, evropským nikoliv. To je velké téma a podle mě by mělo být ještě přehodnoceno. Už proto, že důvěra evropských spotřebitelů klesla k bodu mrazu. Ve skladech se hromadí auta s diesellovými motory, které nikdo nechce. Přitom jsou to vozy, které dnes splňují ty nejpřísnější normy a rozhodně představují menší ekologickou zátěž než patnáct let stará auta, která nám běžně jezdí po silnicích.

Velký kus práce dnes tedy leží na výrobcích. Ti si musí získat naši důvěru zpět. Ale i my jako zákonodárci bychom se měli rychle pohnout z místa. Není důvod otálet se zpřísněním podmínek pro testování aut i veškerou související legislativu. Pro bono zákazníka, výrobců a životního prostředí.

Stefan Eck (GUE/NGL). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Dieselskandal ist das beste Beispiel dafür, wohin Klientelpolitik führen kann: Zum Betrug an zig Millionen Autokäufern, zu verantwortungsloser Inkaufnahme gesundheitlicher Risiken, zu massiven Umweltschäden und zum Vertrauensverlust gegenüber der Politik. Was sich die deutsche Regierung, die für dubiose Abgasintervention in Brüssel bekannt ist, im Zusammenhang mit der Dieselfaffäre geleistet hat, kann nur als Mittäterschaft und politisches Totalversagen bezeichnet werden. Dass wir heute nicht viel, viel intensiver über eine angemessene Entschädigung der betroffenen Autokäufer in der EU debattieren, ist für mich der Beweis, dass die europäische Automobilpolitik der Kommission vom deutschen Kanzleramt aus dirigiert wird.

Ein kostenloses Software-Update für eine bezahlte Schummelsoftware ist doch ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen und Betrogenen. Wir wären also gut beraten, wenn wir ein intellektuelles Software-Update all jenen Politikern in Brüssel und Berlin anempfehlen würden, die für die Dieselfaffäre mitverantwortlich sind, denn sonst sieht der Dieselskandal am Ende wie ein legalisierter Verbraucherbetrug aus.

Claude Turmes (Verts/ALE). – Herr Präsident! Drei Tatsachen: Erstens: Euro-5- und Euro-6-Autos haben hinter dem Motor vier- bis fünfmal mehr Stickoxide als Euro-4-Autos, weil sie den Diesel reiner einspritzen. Und dann müssten diese 1 000 und mehr NO_x sehr aufwändig rausgefiltert werden. Das wusste die Automobilindustrie. Sie wollte nicht aufwändig nachrüsten, und sie hat getrickst – 35 Millionen Mal. Wir haben heute 35 Millionen Euro-5- und Euro-6-Autos auf europäischen Straßen. Jeden Tag sterben Menschen in den Innenstädten.

Zweite Tatsache: Software-Updates sind von dem Richter in Stuttgart als *fake* erkannt worden, sind vom Umweltministerium in Deutschland als *fake* erkannt wurden. Warum, denken Sie, muss VW in den USA 20 Milliarden Strafe bezahlen? Weil die US-Behörden von Anfang an Software-Updates als *fake* erkannt hatten.

Und was machen Sie als Kommission? Sie akzeptieren, dass KBA und deutsche Regierung das, was die US-Behörden als *fake* und illegal erklärt haben, für rechtens halten, Sie machen nichts dagegen, dass in Deutschland nachträglich das, was VW gemacht hat, legalisiert wird. Als Frau Bienkowska am 24. Juli endlich den Brief geschrieben hat, was ist dann passiert? Dann hat Frau Merkel in Brüssel angerufen, und dann wurde Frau Bienkowska ein bisschen zur Seite gestoßen, damit vor der Bundestagswahl nur ja nichts an Frau Merkel kommt. Das ist zum Weinen, dieses Spiel! Dadurch werden die Bürger in Europa nicht an Europa glauben.

Marco Zullo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, lo scandalo del *dieseldgate* ha fatto emergere quello che molti cittadini già sapevano, ovvero il legame politico tra le case automobilistiche e i governi. Ha fatto emergere il grosso conflitto di interessi tra il controllore, che è lo Stato, e controllati. Sono due anni che discutiamo di come superare questa grave situazione, questo scandalo, questa truffa nei confronti dei consumatori.

Oggi stiamo discutendo, a livello di Commissione, di Consiglio e di Parlamento – siamo in fase di trilogia per il regolamento sulla omologazione – e noi spendiamo parole. Però oggi a me ha colpito una cosa molto importante, ovvero l'intervento del Presidente Juncker, che ha sentito la necessità di parlare dell'industria automobilistica e di quanto sia sconvolto da quello che hanno fatto, perché hanno tradito la fiducia dei consumatori.

Bene, a fronte di ciò mi aspettavo una presa di posizione rispetto a coloro che hanno truffato i consumatori. Invece Juncker che cosa ha detto? Ha invitato gentilmente le case automobilistiche a scusarsi.

E qui per me si traduce quello che è l'impegno della Commissione: allora chiedo ai commissari. Ci state prendendo in giro? Stiamo perdendo tempo o prenderete atto di quello che è successo e punirete chi ha sbagliato?

Wim van de Camp (PPE). – .Het is vanmiddag al een paar keer gezegd dat voorzitter Juncker vanochtend de auto-industrie in zijn speech heeft genoemd en als je die zinnen nog eens goed naleest dan zie je daar veel belangrijke woorden staan. Je wordt niet zómaar genoemd in de speech van de State of the Union en daar is blijkbaar reden voor. Laat ik duidelijk zijn: de auto-industrie is voor Europa van groot belang. Ze schept veel werkgelegenheid en zorgt voor innovatie, export, maar ook mobiliteit voor miljoenen Europeanen.

Aan de andere kant moet het wel netter en schoner. Met netter bedoel ik transparanter, ook wat betreft de kartels, en schoner slaat op de uitstoot en de terugroepacties. We moeten ook ophouden de consument en de overheden te bedriegen. Het is gewoon niet professioneel. Als alles moet worden teruggevoerd op aandeelhouderswaarde dan komen we er niet. Het gaat om een veel bredere doelstelling en dat moeten de professionelen binnen die auto-industrie toch ook begrijpen.

Christel Schaldemose (S&D). – Hr. Formand! Først en tak for, at vi får denne debat her i dag, og at Rådet er til stede, imens vi diskuterer dette, for der er ikke nogen tvivl om, at det er medlemslandene, der i høj grad mangler at levere på dette område. Det er nu to år siden, at skandalen blev opdaget i USA. Og vi er altså stadig langt fra at være i mål med at have løst problemet. Først og fremmest skal vi jo rydde op, og der er vi jo heller ikke i mål. Der er masser og masser af disse forurenende biler, som stadig kører på de europæiske veje, det er altså uacceptabelt, det går for langsomt, og det er medlemslandene, der skal agere her. Så er det også vigtigt, at vi får skabt et system, som gør, at vi kan forhindre noget lignende i at ske i fremtiden. Vi er i gang med at kigge på lovgivningen, men det går godt nok langsomt! Vi mangler endda at få præsenteret lovgivning om, at forbrugerne kan gå sammen og anlægge sag mod bilindustrien, hvis det er det der skal til. Her skal vi altså også op i omdrejninger, så der kan ske noget. Det sidste område, det var faktisk noget af det, Jean-Claude Juncker i dag tog med i sin tale. Der er ikke nogen tvivl om, at hvis vi skal undgå tilsvarende skandaler med vores biler i fremtiden, så bliver vi nødt til at investere i at få rene biler i Europa. Vi skal putte penge i denne udvikling, og vi skal have rene biler, og derfor skal vi også turde at tage en diskussion om, hvorvidt dieselteknologien overhovedet har en fremtid.

Mark Demesmaeker (ECR). – Het is nu twee jaar geleden dat dieselgate aan het licht kwam. Enkele maanden geleden hebben we hier met een grote meerderheid de aanbevelingen en de conclusies van onze onderzoekscommissie goedgekeurd en onze kernboodschap was duidelijk: dieselgate had vermeden moeten worden, dieselgate had vermeden kunnen worden.

Onverantwoordelijke lidstaten en een nalatige Europese Commissie hebben de volksgezondheid aan de kant geschoven. Vooral zwakke weggebruikers en kinderen worden daardoor getroffen. Er zijn al enkele positieve signalen, zoals de nieuwe verbeterde uitstoottests en de lage emissiezones in sommige steden. Maar zijn we er al? Nee, we zijn er nog lang niet. De berichten tijdens de voorbije zomer dat verschillende autoproducenten prijsafspraken zouden hebben gemaakt, hebben het vertrouwen van de consument opnieuw een knauw gegeven. Ik hoop dat de Commissie en het voorzitterschap van de Raad duidelijk kunnen aangeven hoe zij de druk op de ketel gaan houden om samen met alle actoren die structuurfouten weg te werken. Bescherming van volksgezondheid en van milieu is een gedeelde verantwoordelijkheid.

Gesine Meissner (ALDE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Dieseltechnologie wurde eingeführt, um die CO₂-Ziele zu erreichen, das ist schon gesagt worden. Man hat dabei an CO₂ gedacht, aber nicht an NO_x. Inzwischen gibt es schon längere Zeit ein Gesetz auf europäischer Ebene, das auch NO_x-Grenzwerte vorschreibt. Es hat sich nur schlichtweg keiner darum gekümmert – weder die Autoindustrie, noch die Kommission, noch die entsprechenden Regierungen. Das muss man einfach festhalten, das kam auch in dem Untersuchungsausschuss klar zutage. Deswegen brauchen wir so schnell wie möglich *Real Driving Emissions* – wir müssen ehrliche Werte haben. Die Verbraucher haben im guten Glauben Dieselautos gekauft und brauchen eine Entschädigung. Software-Nachrüstung ist auch ohne weiteres möglich, genauso wie Hardware Nachrüstung.

Wir müssen mehr nach neuen Wegen für Mobilität forschen. Wir brauchen keine Fahrverbote und keine Technologieverbote. Fahrverbote treffen Pendler, Technologieverbote sind auch falsch. Bei der Elektromobilität haben wir Batterien, wo Kinderarbeit beim Kobaltabbau in Afrika geleistet wird – das ist auch nicht umweltfreundlich. Ein Letztes: Durch Staus gehen der Wirtschaft in Europa jeden Tag eine Milliarde Euro verloren, und natürlich gibt es eine Menge Emissionen, die man einstampfen könnte. Also intelligente Verkehrslösungen sind hier auch eine Lösung.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Herr Präsident, Vertreter und Vertreterinnen der Kommission! Was wir hier erlebt haben, ist massiver, milliardenschwerer Betrug an Zigtausenden Konsumenten und Konsumentinnen – Menschen, die sich neue Autos gekauft haben im Glauben daran, dass die sauberer sind. Das hat nicht funktioniert. Es war auch ein Betrug an der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, an den nächsten Generationen, und nicht umsonst müssen die Autokonzerne in den Vereinigten Staaten von Amerika 20 Milliarden Dollar Strafe zahlen.

Und hier in Europa? Die Kommission – das muss auch ich ganz klar sagen – hat hier versagt. Sie haben die Interessen der Konzerne vertreten und nicht die Interessen der Bürgerinnen und Bürger dieses Kontinents. Aber versagt haben auch die deutsche und die österreichische Bundesregierung. Sie haben sich damit begnügt, zu sagen, dass es genügt, wenn man Software-Updates macht und die finanziert. Mein Kollege Claude Turmes hat schon gesagt: Das sind *fakes*. Das funktioniert so nicht. Notwendig wäre konsequente Nachrüstung mit Hardware und nicht Software, und vor allem auch eine angemessene Entschädigung all jener, die hier in den letzten Jahren um viel Geld betrogen worden sind, und derer, denen die Autofirmen vorgegaukelt haben, das sei jetzt sauberer Diesel. Das gibt es nicht, so geht das nicht.

Dieser Skandal muss als Signal verwendet werden für den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen. Ab 2030 dürfen keine neuen Diesel- und Benzinfahrzeuge mehr zugelassen werden. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern dieses Kontinents schuldig. Wir brauchen leistbare und umweltfreundliche Mobilität.

Ivo Belet (PPE). – We zijn het er allemaal over eens dat dieselgate een historisch dieptepunt was voor de Europese auto-industrie. Dat zal nog heel veel tijd en geduld vergen voordat het vertrouwen van de Europese consument in de auto-industrie weer is hersteld. Gelukkig zijn er ondanks alle negatieve berichten van de voorbije weken ook een paar positieve elementen die we misschien moeten durven aanhalen.

Sinds 1 september is de *real driving emissions test*, een veel robuustere en strengere emissietest, van kracht voor de nieuwe modellen en dat is uiteraard positief. Daarnaast bewijzen een aantal automodellen dat het wel degelijk mogelijk is om dieselauto's op de markt te brengen die qua NO_x-uitstoot ver onder de Europese norm van 80 mg/km blijven. Het is dus wel degelijk mogelijk, dus laten we druk blijven uitoefenen.

Het werk is uiteraard niet af. Ook de nationale verantwoordelijke overheden moeten meewerken en hun fiscale stelsels aanpassen aan die nieuwe tests, zodat de auto's die het schoonst zijn op de weg ook fiscaal worden aangemoedigd en de lijsten worden aangepast. Laten we ook proberen al die verschillende regelingen rond de lage- emissiezones in al die steden in Europa – die uiteraard goed zijn – wat meer te stroomlijnen. U, commissaris, kunt daar uiteraard een rol in spelen. Vandaag zijn we geconfronteerd met een jungle, een wirwar van 200 verschillende vignetten en emissiestandaarden. Het is onze taak om die wat beter op elkaar af te stemmen in het belang van alle consumenten-automobilisten.

Ismail Ertug (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrte Kommission, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Trotz Abgasskandal fährt nahezu jedes zweite Auto in der Europäischen Union mit Diesel. Gleichwohl nimmt der Anteil des Diesels ab. Verehrte Kommission, eben weil der Diesel hunderttausende Mitarbeiter beschäftigt und weil der Diesel gefährliche Stickoxide ausstößt, der die kranken Menschen noch kränker macht, brauchen wir einen europaweiten Aktionsplan – das können nur Sie als Kommission machen. Einen Aktionsplan, der die Veränderungen in der Wertschöpfungskette zunächst analysiert und anschließend Vorschläge für eine industriepolitische Neuausrichtung macht.

Wir wissen, wir reden hier über Elektromobilität, Wasserstoff, Hybride, *Power-to-Gas* und ähnliches. Nur wenn Sie diesen großen Wurf wagen und die Mitgliedstaaten dazu zwingen, werden wir in Zukunft schneller aus der Dieseltechnologie aussteigen können. Dann werden die Menschen nicht mehr krank werden und nicht versterben, sie werden nicht arbeitslos werden und wir werden auch nicht die Führungsposition weltweit verlieren. Aber diesen großen Wurf und diesen großen Schritt müssen Sie zunächst als Europäische Kommission machen.

Pilar Ayuso (PPE). – Señor presidente, señor comisario, durante un año hemos estado con la Comisión de Investigación sobre la Medición de las Emisiones en el Sector del Automóvil. Han pasado por ella expertos de toda Europa y hemos podido saber claramente qué es lo que ha ocurrido. A estas alturas tenemos una noción clara de todo lo que ha ocurrido y el texto de las conclusiones, además, nos da pautas y soluciones para los interrogantes planteados.

La prioridad debe ser preservar el medio ambiente y la salud de los consumidores, pero también establecer y promover una legislación con combustibles menos contaminantes y restringir la instalación de dispositivos de desactivación. Lo que no podemos ni debemos hacer es demonizar a los vehículos diésel, ni prohibirlos de inmediato, porque hemos potenciado su desarrollo para reducir las emisiones de CO₂ y porque son una parte muy importante de nuestra producción europea.

Pero, eso sí, quizás debemos reflexionar sobre si hemos querido ir demasiado lejos y adoptar demasiado pronto una legislación medioambiental que ha dado lugar a estas manipulaciones para hacer que se cumpliera. La legislación de la Unión Europea, desde luego, debe ofrecer una mayor protección y reparación a los consumidores frente a los casos como el que nos ha ocurrido, pero también debe ser racional y susceptible de ser cumplida y, sobre todo, susceptible de ser controlada.

El texto que votaremos mañana señala claramente la dirección en la que hay que trabajar.

Massimo Paolucci (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Juncker, certo, servono le scuse delle case automobilistiche, ma non sono sufficienti: servono fatti, scelte coerenti.

Primo: dopo tante belle parole serve una svolta sulle omologazioni. Siamo nella fase finale del negoziato. Non prendiamoci in giro: senza dare più poteri di controllo all'Unione europea, gli Stati nazionali continueranno nell'omologazione ad essere deboli ed accondiscendenti con le proprie industrie nazionali.

Secondo: cosa deve ancora succedere per definire un quadro giuridico chiaro che dia certezze e diritti ai consumatori truffati? La tutela dei consumatori non è un lusso ma un'urgente necessità.

Terzo: non abbassiamo la guardia. Abbiamo letto di presunti accordi, cartelli tra le aziende automobilistiche, per tenere bassi i costi della componentistica ai danni della qualità. Attenzione: evitiamo che, mentre discutiamo di un vecchio scandalo, se ne consumi uno nuovo sotto i nostri occhi. Occorre intervenire subito.

Jens Gieseke (PPE). – Herr Präsident, Vertreter der Kommission, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die aktuelle Dieseldebatte hat zuweilen einen ähnlichen Realitätsbezug, wie ihn die Abgaswerte im Testlabor hatten: so gut wie keinen. Denn auch in 20 Jahren wird es den Diesel noch geben. Er ist und bleibt eine klimafreundliche Zukunftstechnologie und sichert Millionen Jobs. Diese werden bedroht vom Traum vieler Grünen: Dieserverbot und verpflichtende Elektroquote, wie Ska Keller sie auch genannt hat. Leider ist sie nach dem Theater nach vier Minuten schon gegangen, ein wirkliches Interesse an der Debatte scheint sie nicht zu haben.

Auch Martin Schulz fordert inzwischen eine europaweite Quote für Elektroautos. Nur selbst fahren will er keines. Es würde ihm so ergehen wie dem Grünen Ex-NRW-Umweltminister Johannes Remmel. Der hat auf Kosten des Steuerzahlers für über 100 000 Euro ein Elektroauto gekauft und es nach nur 34-mal fahren gegen einen Diesel eingetauscht. Die Batterie reichte nicht.

Wir brauchen für saubere Luft keine Zwangsquote, sondern einen fairen Wettbewerb der Technologien. Und an dessen Ende entscheidet der Verbraucher, ob er mit einem Verbrenner, einem Elektroauto oder innovativer Treibstofftechnologie wie E-fuels fährt. Im Übrigen werden mit diesen innovativen Technologien schon heute Abgasgrenzwerte eingehalten, so fragwürdig diese sein mögen. In Büros liegt der Grenzwert für Stickstoffoxid bei 50 % höher als auf der Straße. Wie kann der Grenzwert am Arbeitsplatz in der Industrie mit 960 Mikrogramm knapp 24-mal höher sein als auf der Straße? Vielleicht kann die Kommission diese Frage beantworten. Diese Grenzwerte scheinen völlig aus der Luft gegriffen.

Ich glaube, auch unsere Debatte und die Kommission müssen wieder zur Realität kommen, genau wie bei den RDE-Tests.

Karin Kadenbach (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Es geht um die Gesundheit. Auch das ist ein Thema – der Umweltschutz, die Gesundheit –, zu dem die meisten Europäerinnen und Europäer sagen, das ist die Aufgabe der Europäischen Union. Das ist eine Problemlage, die wir national nur unzureichend lösen können.

Darum geht es auch heute, wir brauchen ein Bündel von Maßnahmen. Eines dieser Maßnahmen war auch die Begrenzung der Abgaswerte bei den KFZ. Die Menschen haben sich darauf verlassen, dass sie, wenn sie diese Produkte kaufen, auch das bekommen, was man ihnen verspricht und zusagt. Wir haben jetzt festgestellt: Man ist betrogen worden – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in Fragen der Zukunft. Wir wissen das und haben das heute schon gehört, dass es pro Jahr 400 000 Menschen in der Europäischen Union gibt, die frühzeitig an Atemwegserkrankungen und damit verbundenen Leiden sterben. Wir wissen, dass allein in Österreich jährlich 8 200 Menschen durch Luftverschmutzung sterben, die zu 20 bis 30 % auch von Dieselfahrzeugen verursacht wird. Das zu leugnen, ist so ähnlich, wie zu sagen, die Erde ist nicht rund.

Ich wünsche mir, dass wir – wie heute vom Präsidenten ausgeführt wurde – die Möglichkeit bekommen, so wie es den Binnenmarkt für die Autos gibt, auch einen Binnenmarkt für Konsumenten zu haben. Wir brauchen die Möglichkeit einer europäischen Sammelklage, denn nur dann wird in dieser Frage europäisches Recht auch wirklich jeder Bürgerin und jedem Bürger zugänglich.

Luděk Niedermayer (PPE). – Mr President, this scandal is the outcome of the failure of the car industry, economical, technical and moral, and a failure of our principle of the rule of law, and this is bad. We are talking about if the reaction was adequate. Let me make three comments.

First, I believe that the reaction of an individual government is not right. It is not the right response. It is a European problem, European people, European error, so it needs a European fix.

Second, still thousands of Europeans are now everyday buying the cars that most likely are not in line with the law, especially diesels without SCR, and that's not good. These cars will be on the road for the next 15 years and they will be polluting. The only success is that we were able to adjust the type approval rules and introduce the real driving conditions. But at the end of the day, it seems to me nearly impossible to explain to all people that the reaction is adequate, because bad cars are still on the roads and health is suffering.

Sometimes the crisis by decisive action can be turned to an opportunity to success. I'm afraid we are not at this stage yet, unfortunately.

Markus Pieper (PPE). – Herr Präsident! Zur Erinnerung: 23 von 28 Mitgliedstaaten halten Grenzwerte für Stickoxid nicht ein, und so gut wie alle europäischen Autohersteller tragen Verantwortung dafür, dass in so gut wie allen europäischen Mitgliedsländern die Grenzwerte überschritten werden. Ich finde zunächst, liebe Kommissarin: Hier muss die Kommission den strafrechtlichen Blick über den deutschen Tellerrand hinaus kräftig erweitern. Ich finde aber auch, dass die Diesel-Gegner zur Kenntnis nehmen sollten, dass allein in Deutschland die Stickoxidemissionen in den letzten 30 Jahren um 60 % gesunken sind, nicht gestiegen.

Und jetzt das Elektroauto über alles? Öl und Gas bekommen wir aus mehr als 15 Regionen der Erde, die Seltenen Erden für Batterien nur aus China und Kobalt ganz überwiegend aus dem Kongo. Wollen Sie wirklich diese neuen Abhängigkeiten? Wir wollen das jedenfalls nicht. Deshalb müssen wir den Strukturwandel zu den erneuerbaren Antrieben technologieoffen betreiben. E-Mobilität ja, synthetische Kraftstoffe, auch Hybrid, und dazu gehören auch die Dieselmotoren, sonst ist der Strukturwandel nicht bezahlbar. Und ohne Dieseltechnologie wird es auch nichts mit unseren CO₂-Zielen.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Z jednej strony państwa Unii Europejskiej ponoszą ogromne koszty w celu ograniczenia emisji zanieczyszczeń, a z drugiej strony Komisja Europejska nie egzekwuje narzuconych norm. Ile jeszcze trzeba tego typu afer, abyśmy znaleźli drogę do skutecznej obrony przed nimi?

Proszę Państwa, tysiące konsumentów wybierało samochody na olej napędowy, wierząc, że w ten sposób chronią środowisko, a tak naprawdę zostali oszukani. Najbardziej bulwersuje w tej aferze fakt, że z premedytacją, by zwiększyć zyski, manipulowano wynikami emisji spalin. Można śmiało stwierdzić, że wysiłki Unii Europejskiej służące przeciwdziałaniu zmianie klimatu oraz normy emisji spalin mające zmniejszyć negatywny wpływ motoryzacji na środowisko zostały bezwzględnie zaprzepaszczone i naruszone.

Być może należy zadać sobie pytanie, czy normy, które Komisja Europejska narzuca na różne gałęzie przemysłu, nie są zbyt wysokie, a koszty ich wprowadzenia nie są zbyt duże? Być może jest to temat na następną dyskusję, która powinna odbyć się w Parlamencie Europejskim. Niemniej reguły obowiązują wszystkich i ten, kto je narusza, powinien być z całą stanowczością ukarany. W tym miejscu należy zadać pytanie Komisji: jakie sankcje narzuciła ona na Volkswagena po dwóch latach od chwili upublicznienia afery „dieselsgate” i kiedy konsumenci otrzymają takie same odszkodowania, jakie otrzymali konsumenci w Stanach Zjednoczonych? Czyżbyśmy byli konsumentami gorszego rodzaju?

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Mr President, thank you very much for this discussion. I would also like to thank Jyrki Katainen for supporting me in this very challenging issue because I think – and this is also very visible in this room – that there is a basic division in our approach to the problem. Part of our society, part of our governments, part of us in this room, share the opinion that we have to close our eyes, pretend that a transition in not ongoing, and protect and defend old technology. Because this is old technology.

The goal is the same. My goal is the same. I want to protect the industry. I want to protect jobs. I do not want to protect the old technology. We have been discussing this for two years and I think that perhaps even more discussion is needed to really understand that we are in the 21st century and the future of the automotive industry is the non-emission car or a low-emission car, not diesel cars. I know that this will not happen – I have said this many times and also in this room – from one day to the next. I know, and I understand, that every other car in Europe is powered with a diesel engine, but this does not mean that we in this room – you as a Parliament and us as a Commission – should close our eyes and say that nothing has changed since two years ago when the emissions scandal broke. The scandal is not over yet because the industry, as many of you repeated, harmed the health of our citizens and our environment and then, afterwards – as many of you also mentioned – it compensated EU consumers less favourably than consumers elsewhere, forgetting that compensation should be for citizens and for consumers, not for CEOs. This is also our role. We are working on this with Commissioner Jourová. I sometimes have a feeling that we have to protect and save the industry from themselves because this is all about a strong European car industry. This is all about the credibility and reputation of the European industry, which is now very weak. Repeating that we love diesel engines will definitely not change that after what many of you have said.

For more than two years both we in the Commission and the Parliament – thank you very much for this – have been working very hard to put an end to the scandals and enforce the rules. But of course, as we are also noticing, almost every week new allegations appear. As I have said many times before, Member States are only sharing information at our strong request. Some Member States even claim that they somehow cannot enforce the current law because it is not clear enough. For me it is crystal clear that even our existing rules have been broken and are probably still being broken. On top of that, we already proposed a year and a half ago the new type-approval framework that should help in the future and should prevent such a situation. I have to say that I am disappointed that only this month have we finally managed to open a trialogue. This is much too slow, but we will have it. Now that the dialogues have started, let us agree a high-quality new European framework by the end of this year. Let us do our best, both in the Council – I really count on the Estonian Presidency for this – and of course in the Commission and the Parliament.

As we started the discussion in the EMIS Committee, many of you asked for an EU agency. As you also know, I opposed the idea, but I have to admit – and I very much agree with you, Mr Eickhout – that maybe we should be more open on this because the most dangerous and biggest problems now are on-road cars. We will have a type-approval system. It is of course going very slowly, but finally we will have it, but what about the cars that are currently on the road? We really cannot force Member States to take proper action. All the tools – as some of you have also said – are in their hands but they are not using them. They hesitate to do so. Again let me stress that I am open about the European Agency. I have to admit that I might have been wrong about this and that maybe I was too slow in my thinking. So let me stress what needs to be done now.

First, I am determined to pursue the infringement procedures. We took a lot of those steps in May and in December, but we need to ensure the proper enforcement of the current type-approval legislation. Second, as we all know, we have to finalise our work on the effective type-approval system as quickly as possible. Some of you asked about the conformity factor. I can commit for now that I will also reduce the conformity factor of the second RDE package by the spring, maybe also after discussing it with you. I will let you know by how much.

Many politicians, some in this room, claim to be shocked and disappointed with the industry, but these are empty phrases. In the European Union for now words are not followed by actions and this is our problem. It is very easy to repeat that this is a lack of confidence in the industry, that this was a huge problem and that it was cheating, but we need to do something, as I have said before. Member States themselves can bring down the emissions of the existing diesel fleet. They can properly enforce the existing law and, of course, the measures that are taken by the industry have to actually bring down emissions on the road and not only in laboratories. To do so we have to consider again software and hardware measures. That is why I am not fully satisfied with the results of the diesel summits in Austria and Germany because they are very limited to some parts – differently in Austria and Germany – but I think there is an urgent need to discuss it at the Council. I will ask the Estonian Presidency to put this point on the agenda of one of the upcoming Council meetings. I do not of course want the most polluting cars to end up in Central and Eastern Europe, and you are right that this is the situation right now. For now only Member States can prevent this. Do not allow – this is my appeal to some Member States – non-retrofitted cars to be registered on your territories. This is harmful for your citizens, for your environment and for your future.

Finally, let me close with what I think is a very important message because one of the most important things in this very complicated picture is the future of the automotive industry. In November we will present the next mobility package. This will aim to prepare the industry for the future. All of this future work must involve close and very fruitful engagement from the industry side. Without the industry we cannot do it, but they have understood that the way they are going now is not a good way forward. This is not the way to the future. This is the way of the past. That is all from my side. I think both sides and all of us must work to get these changes right. I think we will meet more than once in the future.

IN THE CHAIR: PAVEL TELIČKA

Vice-President

Matti Maasilas, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, let me conclude by recalling that improving air quality means reducing a number of factors that are relevant in this respect. I would like to mention for instance CO₂ emissions that are of major importance for the protection of the climate, whereas NO_x emissions have direct effects on human health, and there is an inverse correlation between the two. As one decreases, the other one increases. We welcome the fact that work on CO₂ standards for cars and vans is ongoing to foster zero- and low-emission vehicles in a technology-neutral way.

The infringement procedures recently opened by the Commission against eight Member States for breach of EU-type approval legislation are a testimony of the importance of monitoring whether EU law in this area is being properly enforced. Furthermore, Member States are called on to take all necessary measures to ensure that non-compliant cars are fixed or withdrawn from circulation.

This shows again that we need to work hand in hand if we want to reduce emissions of air quality pollutants from road vehicles and thereby strengthen the health of European citizens and the environment. In this work, we have to consider concrete evidence which, among others, includes the work done by the EMIS committee and the inquiries by the Commission.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce scandale démontre que les normes de l'UE peuvent être inapplicables malgré des intentions louables. La commission EMIS est née début 2016 avec l'«affaire Volkswagen» et visait à savoir si Bruxelles ou les États membres avaient connaissance des écarts entre les normes européennes antipollution et la réalité des émissions des moteurs de véhicules de différentes marques européennes.

Le rapport de la commission d'enquête reproche à Bruxelles comme aux États membres un déficit de contrôle des pratiques des constructeurs automobiles. Or, la plupart des constructeurs abuseraient de la règle qui leur permet de diminuer l'efficacité des systèmes de dépollution dans le cas où ces derniers risquent d'endommager le moteur (article 5 du règlement communautaire n° 715/2007). Par ailleurs, alors que la concurrence est libre entre les organismes nationaux d'homologation, le rapport déplore le fait que l'UE ne dispose pas d'un organisme supranational d'homologation. Enfin, le rapport de la commission d'enquête louait le respect par les constructeurs américains de normes anti-pollution comparables aux normes européennes. Or, la situation des États-Unis n'est en rien comparable puisque l'usage du diesel est ultra-minoritaire parmi les véhicules légers. Aussi, il convient de rester prudent sur la nature du renforcement des normes européennes en la matière.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. – Para la izquierda del sur de Europa no es noticia que la UE está al servicio de la gran industria alemana. ¿Y qué oligopolio es más poderoso que el del automóvil? Lo vimos en la comisión de investigación del *dieselgate*, donde se evidenció que la Comisión conocía y permitía las manipulaciones de las emisiones de NO_x, aun a costa de la calidad del aire en nuestras ciudades. Y lo vemos ahora, cuando Alemania permite que estos coches diésel sigan circulando sin que las compañías paguen el coste de reparar el *hardware* de los motores manipulados. Ni Volkswagen, ni Daimler, ni Audi, ni Porsche. Ninguna compañía tiene derecho a fijar cuál debe ser el futuro de la industria del automóvil, y menos violando la legislación vigente. Son la rapacidad y el cortoplacismo de la gran industria alemana los que están retrasando la transición hacia motores más limpios y eficientes. Y si perdemos ese tren, serán los trabajadores quienes pierdan su empleo frente a las importaciones de otros países. Y ese sí que será el fin de la industria del automóvil en Europa.

15. Brandschutz in Gebäuden (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Council and Commission statements on fire safety in buildings (2017/2764(RSP)).

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Mr President, after the tragic accident of the Grenfell Tower in London, many have been asking what the Commission is doing to ensure the fire safety of buildings. I therefore want to use this opportunity and the occasion of this plenary to clarify the responsibilities of the Commission and the Member States in this extremely important matter.

Fire safety is, of course, a complex issue, which is not determined only by the choice of the construction products or how those are tested. Factors playing an equally crucial role are, for example, the general design of the building, the effectiveness of the installed fire detection, fire alarm and fire-fighting systems, the location of the building, potential fire accelerators inside or around the buildings, good maintenance – not mentioned here – of the fire-protection system, and of course, human behaviour.

What is perhaps even more important, fire safety is crucially dependent on the effective enforcement of fire safety regulations at different levels, national, regional and local. Today, under the subsidiarity principles, fire safety in buildings is regulated at the level of the Member States. This is due to important differences in local conditions between Member States. For example, certain Member States do not allow flammable construction products to be used in buildings, while others have no such requirements.

The EU should only undertake actions if the objectives of fire safety cannot be sufficiently achieved by the Member States. Today, the Commission has no compelling proof that national regulations are not reaching this goal. For this reason we consider that it is not justified for the Commission to regulate at EU level in order to ensure the fire safety of buildings.

What are our Commission's competences? Under the current rules the EU's role is to make sure that construction products which have the necessary performance requested in given EU Member States are not rejected. To enable this the EU sets common testing methods for specific products, not their safety requirements. Thanks to this, Member States set their own safety requirements for buildings.

The Commission is entrusted with the implementation of the Construction Products Regulation. I will call it the CPR. The CPR is based on Article 114 of the Treaty on the Functioning of the EU. Under the CPR, the European performance tests include the examination of how construction products behave in fire in terms of reaction to fire, resistance to fire and the fire performance of roofs. Furthermore, the Energy Performance of Buildings Directive requires Member States to set minimum requirements for the thermal energy performance of buildings. This legislation does not limit the responsibility of Member States to define requirements on construction products in the field of fire safety – quite the contrary. The various pieces of EU legislation should be applied coherently. Therefore, Member States may equally have requirements on fire safety regarding, for example, the spread of the flame or the emissions of smoke.

Over the last few years, the need for more energy-performing buildings has resulted in a large choice of new construction products being offered in the market for buildings, and their facades, which is equally important.

These modern ways of construction like, for example, the external cladding system, creating a modern facade, and the need to renovate older buildings, have changed significantly the exterior of our buildings. They are thus a challenge to the regulatory authorities of the Member States. Moreover, new emerging issues of the fire performance of construction products which are not yet covered by the CPR are the smoke toxicity from construction products in fire and the fire performance of facades. So they are not yet covered by the CPR. For these two items, the Commission already asked for independent studies long before the Grenfell Tower fire, and the results will provide very useful information I hope for the Commission, for the Member State authorities, and the construction industry alike.

While fire safety is within Member States' responsibility, the Commission offers to take a facilitating role and add value by bringing the relevant actors together. Therefore, I can commit that we will set up a fire information exchange platform. This forum will facilitate, I hope, the exchange of information between the national authorities and the stakeholders. The platform is expected to examine the issues regarding the various fire safety practices of Member States, lessons learned from the fire accidents in the EU and abroad, experience obtained from new products and technologies, as well as use of fire engineering principles for setting regulatory requirements.

By learning from each other and by sharing information, Member States' authorities will have the full knowledge of the advantages and disadvantages of the regulatory choices they have to make. For this we need the broad participation of Member States, open discussion of the issues encountered, independence and, of course, objectivity. We are therefore working in close cooperation with the Presidency to organise the first meeting currently scheduled for 16 October, so in one month's time.

To conclude, let me say that the Commission shares everyone's concerns to ensure that our buildings are fireproof. As I said, the EU Member States remain responsible for setting the level of fire safety in buildings on their territory, and to enforce their building regulations. We have no proof for now that national rules are not achieving this today. The Commission is examining emerging new issues such as smoke toxicity and the fire behaviour of facades, and it evaluates the functioning of the internal market for construction products. We will act if EU intervention is needed, but not more than is necessary to ensure the single market of construction products. We are fully aware of the regulatory challenges posed to the Member States' authorities, therefore we believe that the exchange of knowledge and experience among authorities and stakeholders is very important, and we consider it a necessity.

Under the current framework, I believe that this is the best way to contribute to the protection of European citizens. I see the Commission as a facilitator rather than the regulator in this area.

Matti Maasilta, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, first of all, let me express my deep sadness over the horrible tragedy of Grenfell Tower on 14 June in London. I would like to pay tribute to all the victims and their families. We have to bear them in mind while having today this very important discussion on fire safety.

I commend Commissioner Bieńkowska for having given a thorough overview of the legislative regulatory arrangements that are in place in the field of fire safety in Europe today. Let me just add that the work of the Commission on fire resistance needs to be continued and possibly intensified. Both the European Parliament and Council, as co-legislators and as bodies controlling the legislative power of the Commission have exercised their responsibilities and we are ready to continue to do so. I am convinced that the Member States can follow up on that and that effective enforcement on product markets is possible, without any new shift in the competences or legal responsibilities.

However, should the Commission decide that a new proposal on the performance of construction products as part of harmonisation legislation is appropriate, the Council will of course be examine such a proposal, in collaboration with the Parliament. Finally, outside the legislative work, the Estonian Presidencies supports the forthcoming platform on information exchange on fire safety issues. This is an initiative that had already been prepared by the Commission for some months and that should fit well with other initiatives underway. I am looking forward to the discussion and thank you very much.

Ivan Štefanec, on behalf of the PPE Group. – Mr President, I believe that immediate action should be taken to improve fire safety in buildings for all citizens and prevent a tragedy on the scale of Grenfell Tower from happening again.

Firstly, I think that the Commission should urgently change the approach to facade testing and mandate the European Committee for Standardization (CEN) to develop one harmonised, large-scale test for facades. This large-scale test needs to be designed to reflect real fire conditions in order to properly evaluate the performance of facades in fire.

Secondly, I believe that the Commission should propose new requirements to test the toxicity of smoke from construction products under fire, and to label those products with the results, so that the construction industry and consumers can make informed choices.

Thirdly, the Commission should ensure a much deeper cooperation among Member States to improve fire safety in buildings across the EU. This means collecting comparable data on fire incidents in all Member States, using data to identify best practice in national fire-safety regulations, and sharing and spreading best practice to achieve a tangible improvement in fire safety in buildings.

The proposed actions are fully in line with the principle of subsidiarity. Testing construction products to be used in the common European market is an integral part of the Construction Products Regulation and no additional EU regulation is required to deepen cooperation among Member States.

Neena Gill, on behalf of the S&D Group. – Mr President, for far too long we have not debated the issue of fire safety of buildings, so it is high time we did so. That was my rationale behind proposing to have this debate on fire safety. Twenty years ago I worked in social housing. Our ethos was simple: social housing provides homes for the most vulnerable so it needs to be of the best quality. Clearly, over the years, this message has been diluted, especially in the UK. Had it not, we would not have had the tragedies, such as Grenfell Tower in June. My heartfelt condolences to the families of those affected.

The issue of fire safety should always be at the forefront of our minds. It should not take losing 80 people in an inferno that could have been prevented. But it is not just about what has happened, but also about what could happen in the future. Across the EU there are too many buildings – hospitals, student accommodation and office buildings – that are vulnerable, and a key lesson from Grenfell is that it is not always the fire, but also the toxic fumes that kill people. EU regulations already require that construction work is done to limit the spreading of smoke and fire, but what we need to do is ensure there are fire sprinklers in all buildings, residential and commercial. These rules also need to be enforced and expanded to inform consumers about the toxicity of materials through harmonised labelling.

We also need to secure better fire testing methods for façades that reflect the reality. It concerns me that shortly after Grenfell, instead of trying to strengthen these regulations, the UK Government supported the 'Red Tape Initiative' that classified it as an 'expensive and burdensome' 'red tape folly' that should be abandoned after Brexit. I think it is far too easy to dismiss regulation as red tape, but these regulations save lives and should be strengthened.

Finally, this initiative is supported by firefighters across the EU who put their lives at risk, but very rarely get the kind of hearing they deserve. I sincerely hope that this House will continue to put this high on the agenda.

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, the importance of fire safety in buildings was all too tragically highlighted by the horrific events at Grenfell Tower in my home city of London. Following the grief, the anger and, sadly, the shameful attempts by some British opposition politicians to exploit the tragedy to score cheap political points, our priority should now be to continue to help the survivors, to help rebuild their lives.

My hope is that the full public inquiry that the British Prime Minister has rightly ordered will reveal: why did it happen, what can we learn, how do we prevent a repeat of this terrible tragedy? When MEPs met firefighters from across the EU last week, they told us that this tragedy could easily have occurred in any of their cities. A British firefighter told me that in the UK, an apartment in a high-rise building with the door shut should be able to contain a fire for 40 minutes to allow time for evacuation and to put out the fire. But at Grenfell, the initial reports suggest that the door to a flat may have been open and that the fire escaped through the window and spread by the flammable cladding in a matter of minutes. These are, of course, just initial reports and have yet to be verified.

A Belgian firefighter explained that plastics containing petroleum release oils and toxic smoke, making their job more dangerous and suffocating victims. They shared concerns over single staircases in some high-rise buildings, which means that those fleeing fires may block emergency services entering the building. They told me that they are now assessing which buildings in their cities contain similar dangerous cladding. So many issues were exposed by this tragedy that I hope that the Commission's exchange or proposed exchange will address. But whichever city or country you are from, we need to make sure that at best, such a tragedy does not occur again and at worst, emergency services are able to put out the fires and evacuate residents safely.

We owe this to all our citizens and the emergency services that keep us safe. And if you will allow me, as a Londoner born and bred, I am proud when I hear stories of individuals and communities from across London and the UK who came together to support those who had suffered the greatest of losses. Let me end by expressing my deepest sympathies for the victims and their loved ones.

Dita Charanzová, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, every day there are 5 000 fire incidents in the EU. The horrors of Grenfell Tower have brought this to the media's attention, but fire is something that affects the lives of EU citizens no matter where they live. For too long, we have said this is an issue of national competence. But while the devastation of fires might be local, the sources of what is burning is not. Every part of your house, from the walls to the furniture inside, are products of the single market, and therefore national actions alone will not increase fire safety in the EU.

Commissioner, the time has come for the creation of a fire safety strategy for Europe. We need an EU-wide action plan which includes a single EU system to collect comparable fire data and statistics among Member States in order to identify recurring issues and risks; a cooperative forum between Member States to share best practices; and reform of how we test products for fire safety, including for toxic smoke.

Like with vehicles, now is the time to take the tests out of the laboratory alone and to test against real life situations. Commissioner, I know that the ALDE Group is willing to revise current and on-going legislative work to ensure that we can get this right. My take-away from this debate is that you have the political support of Parliament to act on fire safety, so I encourage you to do so.

Jean Lambert, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, along with my colleagues I also want to express my condolences to all those affected by the Grenfell fire because I am also elected from the region of London, as is my colleague Syed Kamall.

We still do not know the final death toll from that fire, but we do know that the tragedy itself was a result of a number of factors about regulation, or the lack of effective implementation of regulation, about building design, and about smoke and toxicity. Cyanide gas was certainly related to some of the deaths, but also attitudes to social housing tenants. It was certainly felt by many in the community to have been a part of the tragedy that unfolded – not being listened to, procurement priorities, not prioritising safety – and indeed compounded by the poor disaster response.

So we do need to learn from each other. We do need an effective fire prevention strategy at European level. We need to upgrade our Regulation so that it is fit for purpose wherever you may be living in the European Union, and we also need to listen to the experience of those affected by fire to actually input too from their experience in prevention.

Peter Lundgren, för EFDD-gruppen. – Herr talman! Mot bakgrund av tragedin i Grenfell Tower i Storbritannien måste vi arbeta intensivt med denna fråga. Brandsäkerhet är en stor samhälls- och säkerhetsfråga. Siffror tyder på att det förekommer minst 5 000 brandincidenter dagligen i EU. I många, möjligen i de flesta, av dessa händelser påverkas ett samhälle, ett företag eller en familj ofta i flera år och ibland, som i Grenfell, för hela livet.

Bränder har också avsevärt ändrat karaktär under de senaste decennierna. Detta beror på nya, mer lättantändliga material. De flesta europeiska länder har emellertid inte uppdaterat sina brandbestämmelser på ett adekvat sätt för att följa med den snabba förnyelsen av byggmaterial som flödar in på marknaden.

På europeisk nivå har de harmoniserade brandprovnings- och klassificeringsreglerna inte uppdaterats tillräckligt för att hantera moderna byggmaterial. På detta område måste EU ta krafttag för att rädda liv. Ingen ska behöva dö i en brand.

Franz Obermayr, im Namen der ENF-Fraktion. – Herr Präsident! Leider braucht es immer schlimme Katastrophen wie den Großbrand des Londoner Grenfell Tower, um Verbesserungen herbeizudiskutieren und zu versuchen solche auch einzuführen. Ich begrüße die Initiative von „Fire Safe Europe“ ganz besonders, weil ich auch selber aktives Mitglied einer Feuerwehr bin, und daher sind mir aus meiner Praxis drei Punkte sehr wichtig: Ziel sollte es erstens sein, die hohen Standards, die wir in Europa haben – wie in Deutschland, in Österreich, in der Schweiz – auch als Basis zu nehmen beziehungsweise als *Best Practice* heranzuziehen.

Zweitens: Die Sicherheitsauflagen für Objekte müssen sich auch nach der Größe und Nutzung des Objektes orientieren. Was für ein Bürohaus mit 30 Stockwerken richtig und wichtig sein kann oder ist, muss nicht unbedingt für einen einstöckigen Bungalow auch klug sein. Drittens ist mir wichtig, dass es auch zu einem Ausgleich zwischen Sicherheit und Innovation kommt. Ich denke hier an den Energiesektor, dass hier auch dementsprechend Überlegungen angestellt werden. Es gibt auch ein Projekt in Schweden, das sich bereits mit diesem Thema befasst. Ich bin über alle Maßnahmen, die in Europa getroffen werden, sehr glücklich und werde es auch dementsprechend tatkräftig unterstützen.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, τα πρόσφατα περιστατικά στα οποία θρήνησαμε ανθρώπινες ζωές κατέδειξαν την ανάγκη να επανεξεταστεί όλο το νομικό πλαίσιο σχετικά με την πυρασφάλεια από τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Αρχικά, θα πρέπει να πείσουμε προς την κατεύθυνση χρήσης νέων υλικών που θα μειώσουν σημαντικά τον κίνδυνο τόσο προκλήσεως πυρκαγιάς όσο και τη διάδοσή της σε περίπτωση συμβάντος. Επιβάλλεται να καθοριστεί μία νέα μεθοδολογία δοκιμών που θα αναπαριστά ρεαλιστικά τη συμπεριφορά των υλικών στην πράξη και δεν θα είναι απλώς μία αποστειρωμένη ή και υπό ιδανικές συνθήκες δοκιμή εργαστηρίου. Θα πρέπει επίσης να λάβουμε υπόψη μας πως το μεγαλύτερο ποσοστό θανάτων σε πυρκαγιές οφείλεται στην εισροή τοξικών αναθυμιάσεων, σε ποσοστό μάλιστα 60%. Όσον αφορά τον μεγάλο αυτό κίνδυνο πιστεύω πως δεν έχουμε κάνει ουσιαστικά τίποτα και είναι επιτακτική η ανάγκη να επιβάλλουμε τη χρήση υλικών που θα το μειώσει σε μεγάλο βαθμό. Το ίδιο δε ισχύει και για τον κίνδυνο μετάδοσης της πυρκαγιάς μέσω της δημιουργίας φλεγόμενων σωματιδίων όπου και εκεί το σημερινό ρυθμιστικό πλαίσιο υστερεί.

Τέλος, προτείνω την άμεση δημιουργία κρατικού φορέα πυρασφάλειας, σε όποιες χώρες δεν υπάρχει ήδη, ο οποίος και θα ελέγχει την ποιότητα των χρησιμοποιούμενων υλικών στις ανεγέρσεις κτηρίων ενώ θα φέρει και την ευθύνη σε περίπτωση ατυχήματος.

Carlos Coelho (PPE). – Senhor Presidente, caros Colegas, é lamentável que tenha sido necessária uma tragédia na Torre Grenfell, que ceifou a vida a dezenas de pessoas, para estarmos a ter este debate pela primeira vez e os Estados-Membros e a Comissão Europeia levarem a sério os problemas na segurança dos nossos edifícios. Já assisti a este filme com o Número de Emergência Europeu e não me satisfaz tão pouco.

A tragédia de Grenfell aconteceu em Londres, mas poderia ter acontecido em Lisboa, em Paris ou em Tallinn. Este é um problema europeu e deve ser abordado a nível europeu. Os padrões de segurança contra incêndios variam entre os Estados-Membros. Alguns são melhores do que outros, mas todos estão a falhar. O princípio da subsidiariedade não pode nem deve ser um escudo para lavarmos as nossas mãos e as nossas consciências.

Um bombeiro dinamarquês ligado ao movimento Fire Safe Europe, que está no exterior desta Câmara, chamou-me a atenção para o facto de que, enquanto ele e os seus colegas estão confiantes em lidar com incêndios dentro de uma sala, quando se trata de fachadas externas não conseguem controlar a rápida propagação das chamas. Isto deve-se à introdução de materiais altamente inflamáveis nos nossos edifícios e ao facto de os Estados-Membros não terem atualizado a regulamentação relativa a incêndios, aos novos materiais que chegam ao mercado e também à toxicidade dos fumos da sua combustão.

A BBC há uma hora revelou a alta perigosidade da combustão dos químicos encontrados na tragédia de Londres.

Solicita à Comissão que tome uma decisão forte e decisiva nesta questão, exorto todos os Colegas a prometer o seu apoio a um único objetivo: a segurança dos nossos cidadãos. Contra o fogo não há mais tempo a perder, é hora de agir.

Catherine Stihler (S&D). – Mr President, the Grenfell Tower disaster saw 18 known people dead, with dozens more injured in a blaze of which fire-fighters had never seen the like before. I want to put on record our gratitude in this House towards our emergency services staff who day-in, day-out, put their lives at risk to save others across our Member States.

We in this House cannot allow a disaster like Grenfell to happen again. The evidence and enquiry into Grenfell had ramifications across the EU and the British Government, while still a Member of the European Union, has a responsibility to work with its European partners and share information to prevent another tragedy like this from happening. The European Commission are to be commended for having the foresight before the Grenfell Tower tragedy to undertake a study on the need to assess the smoke toxicity of construction products. As a standing rapporteur of this House on construction products, I want to emphasise that smoke toxicity from burning construction products and their testing is an important subject, particularly concerning the health and safety of our emergency services personnel, as well as the victims of fires.

In the case of Grenfell, as others have acknowledged, it is generally accepted that the material and structure of the facade enabled the fire to spread as it did. My understanding is that there are currently two facade tests, a large one and a small one, with Member States choosing which one. In the UK, it is the large scale that it is chosen. In the light of the differences across Member States in facade testing, will the Commission adopt a harmonised European method to assess the fire performance of facades, which would guarantee a sufficient level of fire safety to EU citizens?

Given the complexity and the nature of the question of fire safety, it is important that national authorities communicate and exchange best practice and it is brilliant today that we have seen action about the platform that has been announced by the Commission. But as currently all Member States regulate fire safety individually, one simple way forward where action could make a difference, is if Member States have a common approach towards the collection and sharing of data.

Anneleen Van Bossuyt (ECR). – De beelden van de Grenfell-toren staan in het collectief geheugen gegrift. Helaas is het menselijke leed dat door brand veroorzaakt wordt, een dagelijkse realiteit in de Europese Unie. Jaarlijks worden er ongeveer 70 000 Europeanen met brandwonden in het ziekenhuis opgenomen en er zijn 5 000 incidenten per dag. Vanuit de Europese Unie kunnen we niet alle problemen oplossen, maar we kunnen er wel voor zorgen dat we op ons bevoegdheidsdomein de problemen aanpakken.

Ik stel twee zaken voor die hier ook al vernoemd zijn. Ten eerste moeten we zorgen voor betere testprocedures. De bouwmaterialen moeten in realistische omstandigheden getest worden en we moeten ook meer inzetten op het testen van de toxiciteit, want het zijn vaak de giftige stoffen die vrijkomen bij verbranding die een extra bedreiging vormen voor de gezondheid van de mensen. Ten tweede – en ik ben blij dat de Commissie dit aankondigt – moet er een platform komen waar de lidstaten beste praktijken kunnen uitwisselen.

Gerard Batten (EFDD). – Mr President, as a London MEP, I must also speak about the Grenfell Tower tragedy in which at least 80 people died horrifically. Now the official inquiry must establish exactly what happened, how and why.

When Grenfell Tower was built, the original cladding material was inert. Fire could not pass through or behind. Since then, specification regulation has passed from national governments to the European Union. EU regulations required a 20% reduction in energy consumption in buildings such as Grenfell under the 2020 energy policy. To achieve this, the local authority may have used combustible material in the cladding when the building was refurbished last year.

The questions for the inquiry to answer are: firstly, exactly what regulations were applicable; secondly, were they strictly adhered to; and thirdly, if they were, then how can they be changed quickly in order to prevent any similar future tragedies in the UK or indeed Europe.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní komisařko, já jsem se zájmem vyslechl vaše vystoupení a musím říci, že se s ním téměř absolutně ztotožňuji. Děkuji za něj a jsem rád za realistické cíle, které jste zde jasně definovala. Myslím si, že pole působnosti Evropské komise je právě v oblasti jednotného trhu se stavebními materiály.

Zkrátka a dobře, Evropská komise může udělat kus práce v oblasti zvýšení bezpečnosti stavebních materiálů, které se v Evropě používají, co se týče jejich hořlavosti jako takové, a také v oblasti již několikrát zde zmiňované toxicity kouře stavebních materiálů. Myslím si, že zde Evropská komise může nechat zpracovat studie, které mohou do budoucna zvýšit bezpečnost materiálů, které se v Evropské unii prodávají a které potom slouží ve stavebnictví.

Na druhou stranu říkám, nejsem příznivcem nějakých dalších regulací, které by dopadaly na samotné občany. Zde bychom měli respektovat už také zmiňovanou subsidiaritu, která jasně říká, že základ protipožární ochrany spadá do působnosti jednotlivých národních států. Ale souhlasím s Vaší tezí, kterou jste zde řekla, že Evropská komise může být zprostředkovatelem, může být koordinátorem mezi jednotlivými národními orgány, mezi jednotlivými kontrolními orgány a výměna informací mezi jednotlivými národními orgány může výrazně zvýšit bezpečnost jednotlivých budov. Takže i toto podporuji a děkuji za Vaše vystoupení.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il numero degli incendi e le loro dimensioni negli ultimi anni confermano che siamo di fronte a un problema gravissimo che riguarda tutta l'Europa e che per essere contrastato ha bisogno di politiche comuni, convergenti: non si può lasciare ai singoli Stati membri il compito di prevenire o di intervenire quando si rende necessario.

Per questa ragione, credo che il punto dal quale partire sia la modifica del regolamento sui materiali da costruzione, a cominciare da quelli che riguardano le facciate e il rivestimento degli edifici: i singoli materiali, ma anche gli effetti che vengono prodotti dalla loro mescolanza, dal fatto che vengono utilizzati spesso insieme con conseguenze assai gravi, come si è visto in più di una circostanza.

Il secondo tema è approfondire la tossicità dei fumi dei materiali anche all'interno. Non è vero che tutto ciò che capita dentro è prodotto da ciò che ognuno di noi ha in casa o da ciò che occupa i vani e gli appartamenti; riguarda anche i rivestimenti interni, e anche questi hanno bisogno dello stesso severo controllo.

Emma McClarkin (ECR). – Mr President, whilst it is very welcome that Parliament is having the debate this afternoon, I personally wish it did not have to happen in the wake of the terrible Grenfell Tower tragedy. I have been raising the need for a greater focus on fire safety in the EU for many years, calling for greater horizontal thinking in the legislative process and I now hope that the issue will become a priority for Member States and for Members right across the EU. But keeping this tragic event in mind, we must think what sensible steps Member States and the Commission can take.

It is the responsibility of Member States to ensure fire safety regulations and standards are applied by industry and enforced by public authorities. Prevention must be the priority going forward, which can only happen through the vigorous enforcement of existing rules relating to the design, construction and the maintenance of buildings. I hope that Member States and the Commission are able to work with industry and the necessary organisations and representatives to find a solution that makes the Grenfell tragedy the last.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io credo che sia assolutamente compito dell'Unione europea garantire la sicurezza dei cittadini che si muovono e vanno a vivere in un paese diverso dal proprio. Purtroppo, nell'incendio della Grenfell Tower di Londra sono morti anche due ragazzi italiani, una giovane coppia di architetti che venivano proprio dalla mia regione. Penso avessero diritto di vivere in una casa sicura.

Purtroppo, un'agenzia della BBC di poco fa ci dice che l'isolante della Grenfell Tower, quello che bruciando sprigiona cianuro, è stato rilevato in 34 edifici in un quartiere a est di Londra, Havering, comprese nove residenze per anziani.

Abbiamo letto che la tipologia degli incendi negli ultimi decenni è cambiata, perché sono cambiati i materiali. Non siamo stati veloci abbastanza, in certi paesi meno che in altri, nell'adeguare la normativa a questi cambiamenti delle tecniche e dei materiali di costruzione. Il mio paese ha fatto tanti passi in avanti dagli anni Novanta in poi. Però io credo che non si faccia mai abbastanza. Il mio paese già potrebbe dare alcune buone pratiche perché, per esempio, da noi non si sarebbe mai potuto rivestire un palazzo alto come la Grenfell Tower nel modo in cui è stato rivestito, il che, è stato detto dai tecnici, è uno dei motivi per cui l'incendio si è sviluppato così tanto.

Allora, sono d'accordo con quanto propone la Commissione, ma penso sia solo un primo passo: dobbiamo fare molto di più per garantire a tutti i cittadini lo stesso livello di sicurezza.

Arndt Kohn (S&D). – Herr Präsident, liebe Frau Kommissarin, liebe Kollegen! Wie wir wissen, sind Fassadenbrände kein britisches Phänomen. Auf der ganzen Welt, in ganz Europa sterben Menschen an Rauchvergiftung, viele infolge von Fassadenbränden, auch in Deutschland. Fünf Tote bei einem Brand in Köln 2005, drei Tote bei einem Brand in Duisburg im letzten Jahr, um nur zwei Fälle zu nennen. Ein Problem heißt Polystyrolschaum. Er ist billig, ist umweltschädlich, ist toxisch und begünstigt die Ausbreitung des Brandes auf weitere Geschosse, wenn keine Brandriegel verbaut wurden. An dieser Stelle können wir von Ländern wie Österreich oder Frankreich lernen, hier sind Brandriegel in jedem Geschoss Pflicht.

Wir brauchen also europäische Regeln, die Fassadenbrand in der ganzen EU einen Riegel vorschieben – einheitliche Regeln, nicht nur eine Diskussionsplattform. Wir brauchen ein einheitliches und unabhängiges Prüfverfahren – nicht nur, damit die Bewohner der Häuser geschützt werden, sondern auch, damit unsere Feuerwehrleute, die ihr eigenes Leben auch für uns riskieren, diese Einsätze ohne Gesundheitsschäden überstehen. Die Opfer können wir nicht zurückbringen, aber wir können weitere Opfer verhindern.

Monica Macovei (ECR). – România a fost marcată de tragedia din clubul Colectiv, un incendiu în care au murit 64 de persoane și am avut, și avem 147 de răniți. S-a întâmplat în 2015, era la putere guvernul socialist, care este și astăzi. Și este responsabil. În România, și astăzi, normativul de siguranță la incendiu P118 este vechi de 18 ani și este și acum blocat la Ministerul Dezvoltării. În Uniune, toxicitatea fumului și a produselor de construcție nu este testată, chiar dacă fumul este cel mai mare ucigaș din incendii. 41 % dintre victimele incendiilor sunt omorâte de gaz, fum și emisii toxice. Cerințele existente pentru testarea și etichetarea produselor de construcție pentru cazuri de incendii nu impun indicarea toxicității fumului. Distribuirea urgentă a marilor arși între spitale europene cu secții speciale trebuie să fie reglementată în cadrul mecanismului pentru protecție civilă. Toate acestea trebuie să fie parte dintr-o strategie europeană, pentru că 5 000 de incendii omoară oameni în fiecare zi în Europa.

(Președintele întrerupe vorbitorul)

Michał Boni (PPE). – Pani Komisarz! Jest coś budującego w akcji strażaków z całej Unii Europejskiej, by bezpieczeństwo przeciwpożarowe uczynić tematem publicznym. Jeśli praca strażaków ma być efektywna, to oprócz hartu, wyszkolenia i nowoczesnego sprzętu potrzebna jest świadomość społeczna zagrożeń ogniowych i dbałość o to, by wszystkie budynki i ich fasady odpowiadały normom przeciwpożarowym. W wielu krajach przepisy są przestarzałe albo budynki są niedostosowane do wymogów. W Polsce od lat wymagana jest analiza toksyczności dymu z różnych materiałów budowlanych, jaki powstaje podczas pożaru. To, jak i testy wytrzymałości przeciwpożarowej muszą być obowiązkowe wszędzie, by eliminować elementy najbardziej toksyczne i oznaczać je. Nie wystarczy doceniać strażaków. Trzeba w ich działania inwestować i stymulować zmianę przepisów w różnych krajach, by poprawiać bezpieczeństwo. Kluczowa jest europejska

platforma wymiany danych dotyczących zagrożeń i dobrych praktyk, by uczyć się wzajemnie najlepszych rozwiązań.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, zaštita od požara važna je za cijelo naše društvo. Statistike pokazuju da se svaki dan u Europskoj uniji dogodi najmanje pet tisuća požara. To je dva milijuna požara godišnje, dok njih 90 % počinje u zgradama. U posljednjih nekoliko desetaka godina požari se razvijaju brže nego ikada i postaju sve opasniji.

To je uvelike zbog većeg korištenja zapaljivih materijala u zgradama. Većina europskih država nije ažurirala protupožarne propise na odgovarajući način kako bi se uskladili s novim građevinskim materijalima na tržištu. Na razini EU-a norme za protupožarno ispitivanje i klasifikaciju nisu također ažurirane na odgovarajući način. Moramo inzistirati na najvišoj razini zaštite od požara za građane Europske unije. Sve manje od toga nije dovoljno.

Možemo i moramo učiniti Europsku uniju sigurnom od požara. Moramo zaštititi naše građane, ali i vatrogasce, čije se zdravlje također narušava te su izloženiji i riziku od tumora. Kao dobrovoljna vatrogaskinja ovom prilikom želim zahvaliti svim vatrogascima diljem Europske unije što spašavaju ljude i imovinu i što svojim primjerom i životom svjedoče kakvi ljudi trebamo biti.

Catch-the-eye procedure

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, em junho assistimos horrorizados ao incêndio que destruiu a Grenfell Tower onde perderam a vida 79 pessoas. Sabemos agora que a torre foi construída nos anos setenta e reabilitada no ano passado. No entanto, o revestimento novo nunca foi testado contra incêndio e as queixas dos moradores nunca foram atendidas.

Todos sabemos que na gestão do risco de incêndio a prevenção assume importância elevada. Na semana passada, estive com bombeiros de toda a Europa que estiveram no Parlamento a exortar as instituições da União Europeia a agir em prol da segurança dos edifícios e a priorizar normas sobre a segurança nos edifícios que passem por métodos mais eficazes nos testes de fogo, nas fachadas, rotulagem harmonizada e melhoria na informação ao consumidor, bem como o desenvolvimento de uma estratégia europeia que vise uma abordagem integrada e coordenada neste âmbito.

Senhora Comissária, se a responsabilidade para o estabelecimento das regras sobre os limites de segurança nos edifícios cabe aos Estados-Membros, a vida, a saúde e o bem-estar dos cidadãos europeus é uma responsabilidade coletiva de todos nós, que nenhum princípio ou regra de subsidiariedade pode ser invocada para afastar.

Marek Plura (PPE). – Panie Przewodniczący! Po londyńskiej tragedii wszyscy zdajemy sobie sprawę z tego, że nie może się ona powtórzyć. Potrzebujemy bezpieczniejszych materiałów budowlanych, lepszego systemu zabezpieczenia przeciwpożarowego, kompleksowych rozwiązań także na szczeblu europejskim. Chcę, aby w tej dyskusji pojawił się wyraźnie wątek osób niepełnosprawnych. Proszę sobie wyobrazić sytuację człowieka na wózku inwalidzkim, który w chaosie pożaru ma samodzielnie ewakuować się schodami. Alarmy przeciwpożarowe, systemy ostrzegania muszą także być dostępne w praktyce, a nie tylko w teorii, dla osób niewidomych czy głuchych. Konieczne jest więc opracowanie systemu skutecznej pomocy i płaszczyzny wymiany najlepszych praktyk.

Pani Komisarz, pragnę zadeklarować ze swojej strony wszelką możliwą pomoc w tej sprawie.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la recente tragedia della Grenfell Tower deve portarci a rivedere il nostro approccio in materia di sicurezza antincendio negli edifici. Su questo tema i governi nazionali sono i primi chiamati a intervenire, ma anche l'Unione europea può svolgere un ruolo importante.

Dobbiamo lavorare sulla prevenzione. Condivido la proposta di una piattaforma UE per lo scambio di informazioni e migliori prassi per migliorare la sicurezza antincendio. Occorrono dati comparabili e test credibili di comportamento delle facciate degli edifici in caso di incendio. Va assicurata la trasparenza del livello di tossicità del fumo generato dall'incendio dei singoli prodotti da costruzione.

Il riesame del regolamento sui prodotti da costruzione può rappresentare l'occasione ideale per migliorare la normativa. Ogni prodotto costruito con marcatura CE, oltre ai valori di sicurezza antincendio, dovrebbe presentare un'indicazione della sua tossicità al fumo. Questo elementare principio di trasparenza è condizione indispensabile per responsabilizzare costruttori e consumatori, consentendo di adottare scelte informate sui prodotti da costruzione.

Wajid Khan (S&D). – Mr President, the shocking pictures of the Grenfell Tower blaze must serve as a wake-up call to all law makers, and we must work towards a common fire safety strategy. I recently met with colleagues from the University of Central Lancashire in my constituency, and they pointed out that while fire toxicity in trains, planes and ships is regulated, there is a real lack of regulation in the construction sector. Renovation works at Grenfell were inspected 16 times by the local authority, showing current rules simply aren't fit for purpose.

So I urge the Commission to do two things: first, to meet with the scientists and experts as part of the DG GROW study, and secondly to incorporate an assessment of the fire toxicity of construction products into the existing regulation. This both benefits and protects consumers because we need a fire strategy that puts people first and it is shameful that it has taken a tragedy like Grenfell to put fire safety back on the agenda.

Tim Aker (EFDD). – Mr President, what happened at Grenfell is a terrible tragedy and I agree with all the speakers that have said that better regulation must be implemented, but who is going to monitor this? I can say that I am one of a very few, if not the only local councillor, to have spoken in this debate, and I deal week-in, week-out, with local government repairs and maintenance. I know from experience that the current regime of contracting out and tendering out maintenance and repairs of council properties, like the Grenfell Tower, is an absolute disaster. They deal on the profit motive instead of human welfare, and until we bring council maintenance and repairs back in-house, you can say everything you like about repairs and everything you like about maintenance, but unless it is brought under complete democratic control and accountability then all the goodwill will be for nothing.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, μια φωτιά που ξεκίνησε από την κουζίνα ενός διαμερίσματος στο Λονδίνο και οδήγησε στο θάνατο δεκάδες πολίτες έγινε η αιτία να αναφερόμαστε σήμερα στην πυρασφάλεια των κτηρίων. Η πυρκαγιά όμως που ξεκίνησε από μολότοφ που πέταξαν αντιεξουσιαστές, χαϊδεμένα παιδιά της κυβερνώσας παράταξης στην Ελλάδα, στο υποκατάστημα της Marfin το 2010 κατά τη διάρκεια των ταραχών στην Αθήνα εξαιτίας των μνημονίων που επιβάλλονται στη χώρα μου, την Ελλάδα, και κατά τη διάρκεια της οποίας βρήκαν το θάνατο τρεις νέοι άνθρωποι και ένα αγέννητο το παιδί δεν συγκίνησε κανέναν.

Όπως, μετά τη σημερινή συζήτηση, τα κτήρια θα βελτιωθούν, τα μέτρα πυρασφάλειας θα ενισχυθούν και οι αντίστοιχες διατάξεις ανέγερσης κτηρίων θα γίνουν πιο αυστηρές, έτσι και η πολιτική της Ένωσης, που οδήγησε σε αυτοκτονίες εκατοντάδες συμπατριώτες μου και δημιούργησε εκατομμύρια ανέργους στα όρια της φτώχειας, οφείλει να αλλάξει, αλλιώς «καίχαμε».

(End of catch-the-eye procedure)

Matti Maasikas, President-in-Office of the Council. – Mr President, this discussion makes it crystal clear: we all know where we are in terms of the regulatory and legal arrangement here. The work of the Commission in assessing the situation must be pursued and, if needed, intensified, and should the Commission come out with a new proposal on it, I can reassure you that the Council is ready to discuss.

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Mr President, Honourable Members, thank you very much for this exchange of views. I think it was very important for all of us to have it today. First things first, of course, I have to say that the Commission and I personally share more of your concerns. I also share your conviction that the tragedy like the one in London must not happen again, and we have to do our best to ensure this.

I want to conclude with three points. First, as I said before, for now we have no proof that national rules are not working but, of course, the Commission is examining now the new issues which were mentioned by many of you like smoke toxicity and the fire-behaviour of facades with independent studies. I want the results of this work to be concluded and to have it before 16 October, so before the first meeting of our new fire information exchange platform.

Second, we will act when EU intervention is needed. Of course, we treat our fire information exchange platform as a first step, and of course we can re-examine what else we can do after discussion between the Member States and between the stakeholders – because industry will be an important stakeholder and an important partner in the platform. We can think about steps to be taken in the future.

But of course, and this is my deepest conviction, we should do no more than is necessary to ensure the single market of construction products. So let's wait until 16 October, and let's discuss the issue. We do not have any proof that it's not working now – there are national regulations that are not working but of course, the first thing is the national regulations and the second thing is enforcement of those regulations, and this also we should examine.

These are the three points from my side and of course I am open to any comments and any discussion with you on this important issue.

President. – The debate is closed, but the issue is not closed. I think it was clear today that we have just embarked on a process which will bring us back to the issue.

May I also take this opportunity to extend sympathy and condolences, not just to our British colleagues, but especially to those who were enormously and tragically affected by the fire.

Written statements (Rule 162)

Vladimír Maňka (S&D), písomne. – V Európskej únii máme každý deň viac ako 5 tisíc mimoriadnych požiarnych udalostí. Každý rok v Európe musí byť hospitalizovaných okolo 70 tisíc ľudí v dôsledku požiarov. Každý rok spôsobia požiare v EÚ škodu, ktorá je väčšia ako celý rozpočet EÚ. Oheň spôsobuje nielen veľké ľudské a materiálne škody, ale aj zničenie dôležitých dát, znižuje produktivitu, zvyšuje nezamestnanosť a bankroty firiem. Má dopady na uhlíkové emisie a je veľkou výzvou pre udržateľnosť zdrojov energie a životného prostredia. Nevieme, ako sa ktoré stavebné výrobky správajú v situácii reálneho požiaru. Rovnako nevieme, nakoľko sú toxické splodiny ich prípadného horenia. V priebehu najbližších 30 rokov na Slovensku narastie o jednu štvrtinu počet budov určených na bývanie. Podobne aj v mnohých iných krajinách EÚ. Je veľmi dôležité, aby tieto milióny nových bytov a rodinných domov boli bezpečné. Drvivá väčšina zranení a úmrtí pri požiaroch budov je pritom spôsobená práve účinkami dymu a jeho toxicity. Je preto kľúčové, aby sme v Európe mali lepšie a harmonizované testovacie metódy stavebných výrobkov, ktoré dokážu overiť ich správanie v prípade požiaru. Musíme vedieť poskytnúť spotrebiteľom informácie o toxicite a nebezpečných materiáloch niektorých stavebných konštrukcií a zatepľovacích systémov a prehľadne rozlišovať výrobky podľa miery ich toxicity.

Pavel Poc (S&D), in writing. – I call on the Commission and the Council to stop playing the competence alibi game and to agree to assess fire smoke toxicity. We know that fire smoke is not only responsible for half the deaths in building fires, it also represents long-term health risks for those who survive such tragedies, including those risking their lives to save others on a daily basis – firefighters. Today, our health is at risk by failing to address this issue. We test construction materials for smoke opacity, but not toxicity. That's wrong. Buildings have changed radically since the Construction Products Directive (CPR) introduction 17 years ago. Combustible materials have replaced brick and metal; they burn quickly, releasing different amounts of toxic gases. Conclusion: information about toxicity of burning construction materials must be available to our citizens, architects, traders so everyone can make informed decisions. Why not add fire toxicity to the classification system of the CPR? With fellow MEPs, we proposed this at our conference in Parliament two years ago. The Commission's response could have been quicker; nevertheless I encourage the Commission during its current assessment of such idea and I ask the Council to cooperate. We have been playing with fire too long.

16. Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (Aussprache)

President. – The next item is the report by Morten Løkkegaard, on behalf of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection, on the accessibility requirements for products and services (COM(2015)0615 – C8-0387/2015 – 2015/0278(COD)) (A8-0188/2017).

Morten Løkkegaard, *ordfører*. – Hr. formand! hr. kommissær! kollegaer! Vi er kun en enkelt dag fra at skulle træffe en meget vigtig beslutning her i denne sal. En beslutning som får vidtrækkende konsekvenser for 70-80 millioner af vore medborgere her i Europa. Det er nemlig de 70-80 millioner, som på den ene eller den anden måde er handicappede, og derfor ikke kan leve deres liv til fulde, fordi det er blevet besværliggjort af dette handicap, og det skal vi selvfølgelig hjælpe dem med. Det er på tide, at vi med forhåbentlig én stemme giver det lille ekstra nøk, der skal til for at disse 70-80 millioner mennesker får et bedre liv, og det har vi altså chancen for nu.

Mange har jo savnet fælles regler for tilgængelighed i produkter og tjenesteydelser. Det er faktisk en kamp som har stået på i årtier, og nu er muligheden der altså, det er nu vi har chancen, men det kræver også, at vi står samlet her i huset.

Et splittet Parlament vil jo være en gave til Rådet. Et samlet Parlament, et stærkt mandat vil være helt afgørende for, at vi kan komme igennem med bare nogle af de udmærkede forslag, som vi har tænkt os at stille i denne betænkning, som Rådet – og det er ikke nogen hemmelighed – som mange medlemslande har stillet sig stærkt skeptiske overfor af den ene eller den anden grund. Derfor har vi behov for et stærkt mandat.

Kampen for bedre forhold for handicappede er jo en kamp, som dybest set er en socialpolitisk kamp. Det er en kamp, som EU derfor ikke har direkte kompetence til, og derfor kan man sige at Kommissionens udspil på området her jo er ganske smart, derved at det jo kommer ind på området for det indre marked og bevæger sig ind på det socialpolitiske område via det indre marked. Dette er jo en god måde at komme videre på, kan man sige, når man nu ikke har kompetencen på det andet område.

Det betyder også, at jeg som ordfører, os der har beskæftiget os med det nu i et stykke tid, skal gå en vanskelig og delikat balancegang. Der er jo pludselig to hensyn at tage. Det ene hensyn er jo helt åbenbart, det er til disse mange millioner af handicappede medborgere, så de får bedre muligheder og bedre tilgængelighed. Men på den anden side skal vi jo også som Parlament sikre os, at vi bevarer kronjuvelen om jeg så må sige, »det indre marked« uskadt, at vi ikke med alle disse velmente og udmærkede forslag er med til at skade et indre marked, som vi ellers gør alt hvad vi kan for at få til at fungere bedre. Så det er med andre ord en balancegang, og den balancegang synes jeg vi har forsøgt – eller jeg har i hvert fald forsøgt – at holde.

Opgaven er jo at finde en balance, sådan at virksomhederne ikke bliver bebyrdet med unødigt administration, at vi ikke skaber endnu flere bureaukratiske monstre, samtidig med at vi altså sikrer, at vi igennem rammelovgivning forsikrer, at virksomhederne også bliver tilskyndet til at innovere, bliver tilskyndet til at skabe bedre produkter, som i sidste ende kommer disse mange handicappede til gode.

Jeg synes, at den betænkning, som ligger med de ændringsforslag, der hører til, har ramt den balance. Jeg synes, vi har et godt resultat, og jeg håber rigtig meget, at der vil være stor opbakning til det. Jeg er klar over – og det håber jeg også alle, der har været involveret, vil give mig ret i – at det ikke har været nemt, det er ikke nemt.

Det er et område, der har store interesser på spil og det er også mere end interesse, det er faktisk også en masse følelser, og jeg vil godt understrege ved denne lejlighed, at de følelser forstår jeg ganske udmærket. Jeg tror, vi allesammen kender nogen, som på den ene eller den anden måde er ramt af handicaps og derfor er nødt til at leve deres liv på en anden måde, så jeg har fuld forståelse for det, vi skal bare ramme balancen. Jeg synes som sagt, det lykkedes, og jeg vil gerne takke dels de grupper, der har bidraget til, at vi faktisk får en afstemning i morgen, for det var jo faktisk også ved at være et problem, fordi at denne betænkning er blevet så lang med alle disse ændringsforslag, så vi begynder at få et problem med at komme igennem i morgen, men det lykkedes så til sidst.

Tak for den hjælp. Og tak selvfølgelig til alle de ordførere, som har kæmpet undervejs, og som har haft kampe også med undertegnede. Jeg synes vi er nået til et godt resultat. Også tak til IMCO-sekretariatet med Thierry, som har kæmpet godt, og ikke mindst til min utrættelige assistent Anne. Jeg håber på et godt resultat i morgen. Tak for det.

Ádám Kósa, *A Foglalkoztatási és Szociális Bizottság véleményének előadója*. – Elnök Úr, nagyon fontos az előttünk álló jogalkotási jelentés, mindannyian tudjuk ugyanis, hogy szoros kapcsolat van a mobilitás, a fogyatékoság, illetve a társadalmi befogadás között. A kommunikáció, a mozgás és a szolgáltatásokhoz való hozzáférés szabadsága nélkül a fogyatékosággal élő emberek nem tudnak teljes mértékben beilleszkedni a társadalomba. A teljes körű akadálymentesítés irányába történő elmozdulás érdekében az egységes piacon kompatibilis és hatékony megoldásokat kell létrehozni, illetve meg kell könnyíteni ezek elterjedését. Ugyanakkor az innováció törekény mozgatórugói is óvnunk és védenünk kell. Ellenkező esetben olyan jogszabály születhet meg, ami csak előír, de nem szolgálja a fejlődést. Rengeteg olyan innováció segíti az életemet, amit nem jogszabályoknak, hanem a piacnak köszönhetünk. Ezért is fontos az egészséges egyensúly

megtalálása. A foglalkoztatási és a szociális szakbizottság jelentéstevőjeként az a véleményem, hogy ami ezeket a célok elérését segíti, azt támogatnunk kell a Tanáccsal közösen, ezért minden olyan ...

(Az Elnök megvonta a szót a képviselőtől.)

Keith Taylor, *rapporteur for the opinion of the Committee on Transport and Tourism*. – Mr President, I was rapporteur for this Transport and Tourism Committee opinion on the report by the Committee on the Internal Market and Consumer Protection and I heard from the European Disability Forum that their number one priority was improved access of transport services for their members, especially in terms of the built environment. There are currently 80 million people with reduced mobility in the EU for whom any regular journey by bus or underground or rail can be a daily nightmare.

The Transport Committee adopted my report, which included mandatory improvements to the built environment, but I was disappointed when the Internal Market Committee, the lead committee, did not adopt any of those ideas so, under Rule 54, plenary is now being asked to vote on the amendments that the Internal Market Committee ruled out. The vote is tomorrow. These provisions ensure barrier-free journeys for everyone and would fundamentally improve the lives of disabled people. So please, fellow Members, vote for the Transport Committee and the Green amendments tomorrow.

(The President cut off the speaker)

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur, and the rapporteurs from the other committees. The Commission has been working hard to foster social inclusion in Europe and this Parliament has been one of our strongest supporters. But we will never achieve our goals as long as everyday life remains as inaccessible as it is today for 80 million Europeans with a disability.

The solutions exist to make accessibility happen and demand for accessible products and services will only increase as Europe's population is ageing. But the gap between what is possible and what has actually been achieved in reality remains large.

The European Union is committed to the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities and its obligations on accessibility. We celebrated the Convention's 10th anniversary last year. People with a disability are expecting us to act – now. Last year's adoption of the Web Accessibility Directive constituted an important step forward and I welcome that Parliament is now ready to set out its position on the Commission proposal for a European Accessibility Act.

The Accessibility Act aims at using the full potential of our single market to trigger real change in people's lives. It puts forward a common European approach to accessibility, instead of having 28 national ones. This common approach will maximise opportunities and minimise costs for European businesses and consumers. The experience from the US has shown very well how accessibility policies can be a catalyst for economic growth and inclusion.

I welcome the fact that Parliament's report supports the Commission's objective to improve accessibility. It brings a number of useful clarifications, also concerning the relation with existing EU legislation. But I would like to take this opportunity to highlight the Commission's position on some of the main points under debate.

First, preservation of the integrity of the internal market. About 95% of EU companies are either microenterprises or SMEs. Many of them have to deal with new accessibility requirements, for instance due to the new 'buy accessible' obligations in public procurement legislation. But, they do not have the same resources or capacities to deal with changing regulatory requirements. The Commission has therefore introduced strong safeguard clauses and light rules in terms of conformity assessment, in particular for microenterprises.

However, a blanket exclusion of microenterprises would not only put at risk the objective of the proposal, it would seriously distort the functioning of the internal market. For instance, a microenterprise might be allowed to import non-accessible products from third countries, such as smartphones, while EU producers have to comply with accessibility requirements.

Secondly, public procurement and EU funds. We want public money to be invested in accessible products, services and buildings. Buying accessible is already a general obligation in the EU Public Procurement Directives, but more is needed to ensure a proper internal market in this area. The Accessibility Act puts forward a list of functional requirements so that industry knows what to deliver, users know what to expect and public authorities know what to ask for.

This brings me to the last point. The accessibility requirements will determine the level of accessibility of our products and services in the internal market for the coming decades. So, indeed, we need to be flexible as technological possibilities are constantly changing. That is why the Accessibility Act puts forward functional accessibility requirements instead of prescribing the detailed technical solutions to achieve them. But we also need to ensure that our laws are effective and enforceable, and provide legal certainty both for industry and consumers.

In light of the still ongoing work in the Council, the Commission will stand ready to support the co-legislators in clarifying and further detailing the accessibility requirements. We have a chance here to make a real difference, both for citizens and for business. The Commission counts on your support.

Petra Kammerevert, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Kultur und Bildung*. – Herr Präsident! Der vom Berichterstatter vorgelegte Bericht in Bezug auf audiovisuelle Medien bietet einen guten Kompromiss an, den wir mehrheitlich mittragen sollten. In den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallen demnach Webangebote und mobile Angebote in Bezug auf audiovisuelle Medien, während der audiovisuelle Mediendienst als solcher in der AVMD-Richtlinie umfassend und abschließend geregelt bleibt, auch was die Barrierefreiheit angeht. Wir sind hier in den Verhandlungen mit dem Rat auf einem guten Weg.

Insofern bin ich Herrn Løkkegaard in Bezug auf die Klarstellungen sowohl im Artikel als auch im Erwägungsgrund dankbar. Wir brauchen klare Abgrenzungen, um Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen. Ich hätte mir zudem gewünscht, dass in Bezug auf E-Books zwar Lesegeräte, aber nicht die Lesesoftware einheitlich standardisiert werden, weil ich überzeugt davon bin, dass die Software dann dem vorhandenen Standard in den Geräten folgt.

Ich sehe auch, dass der *European Accessibility Act* einen Kompromiss darstellt, dessen Balance schwierig herzustellen war. Man kann sich mehr wünschen, das tue ich persönlich auch. Zugleich muss man aber auch anerkennen, welche Mehrheiten wir haben.

Lassen Sie uns dem Kompromiss zustimmen und dennoch nicht müde werden, weiter und hartnäckig für bessere Barrierefreiheit zu kämpfen. Dann sind wir einen großen Schritt weiter, aber sicher noch nicht am Ziel.

Rosa Estaràs Ferragut, *ponente de opinió de la Comissió de Drets de la Mujer e Igualdad de Género*. – Señor presidente, la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad, la propia Estrategia Europea sobre Discapacidad 2010-2020, y tantos y tantos instrumentos apelan a la libertad, al Estado de Derecho y a la igualdad. Lo decía hoy en el debate del estado de la Unión Europea nuestro presidente Juncker. Somos, en esencia, la defensa de la libertad, de la igualdad y del Estado de Derecho. Tenemos la oportunidad, con la aprobación de esta Acta Europea de Accesibilidad, de demostrar que Europa tiene alma y demostrar que Europa cree en la igualdad.

Accesibilidad es participación; accesibilidad es igualdad; accesibilidad es quitar obstáculos a la libre circulación; accesibilidad es apoyar el derecho a la integridad de las personas; es apoyar el derecho a la dignidad de las personas, el derecho a la educación, al trabajo, a la libre circulación y residencia.

Por eso es importante la votación de mañana. Hemos de ser más ambiciosos que el texto que se ha aprobado en la Comisión de Mercado Interior y Protección del Consumidor, y hemos de apostar por la línea propuesta por la Comisión: apoyar las microempresas y las pymes también hagan una apuesta. Está en juego la dignidad de las personas, está en juego la democracia. Los valores humanos tienen que estar por encima de los valores económicos.

Κωνσταντίνα Κούνεβα, Εισηγήτρια της γνωμοδότησης της Επιτροπής Αναφορών. – Κύριε Πρόεδρε, ζητάμε εδώ και χρόνια την εφαρμογή της ευρωπαϊκής πράξης για την προσβασιμότητα για να βελτιωθεί η ζωή των αναπήρων - 80 εκατομμυρίων συνανθρώπων μας με προβλήματα – και των ηλικιωμένων σε μια Ευρώπη που γερνά με ταχύτατους ρυθμούς. Δυστυχώς, η έκθεση που συζητάμε είναι πιο πίσω ακόμα και από το κείμενο της Επιτροπής που πρότεινε το ελάχιστο. Γιατί έγινε αυτό; Διότι η έκθεση εξετάζει μόνο τις απόψεις που προβάλλουν οι λομπίστες της αγοράς και όχι τα αιτήματα των αναπήρων.

Συνάδελφοι, μπορεί και τώρα να αλλάξει αυτό, δεν είναι αργά. Αγαπητοί συνάδελφοι, κάνετε τη διαφορά. Υπερψηφίστε τις τροπολογίες που υποστηρίζουν τη βελτίωση της ζωής των αναπήρων. Μην επιτρέψετε, εξαιτίας των επιταγών της Επιτροπής Εσωτερικής Αγοράς και Προστασίας των Καταναλωτών, να κινηθεί μια ανάπηρη ευρωπαϊκή πράξη για την προσβασιμότητα με τα εμπόδια που της φορτώνει η έκθεση.

Sabine Verheyen, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen Kollegen! Weit über 80 Millionen Menschen mit Behinderungen und noch viel mehr Menschen mit funktionellen Einschränkungen sowie ältere Menschen sind von dieser Gesetzgebung betroffen und werden davon profitieren. Es ist daher dringend notwendig, dass wir endlich agieren und das Versprechen der Mitgliedstaaten aus dem Jahr 2008, wesentliche Schritte in Richtung Barrierefreiheit auch umzusetzen, erfüllen.

Der Binnenmarktausschuss hat hierfür einen guten und ausbalancierten Text erarbeitet. Zum einen erweitern wir den Anwendungsbereich des Kommissionsvorschlags um die Zahlungsterminals. Zum anderen sehen wir im Gegensatz zur Kommission eine verpflichtende Einbeziehung der baulichen Umwelt vor, und das bedeutet, dass bei Neubauten und grundlegenden Sanierungen zukünftig die Barrierefreiheit eingeplant werden muss. Wir brauchen aber auch Regeln, die realistisch, umsetzbar und zukunftssicher sind und keine unnötige Bürokratie schaffen. Deshalb setzen wir uns auch für weniger bürokratische Lösungen bei KMU und eine Ausnahme für *micro enterprises* ein.

Wir wollen neuen Technologien und Entwicklungen Raum geben, und deshalb setzen wir uns auch für einen innovationsfreundlichen Ansatz im Annex ein. Der *Accessibility Act* ist damit ein weiterer großer und wichtiger Schritt in Richtung vollständiger Barrierefreiheit, und ich hoffe sehr, dass wir so schnell wie möglich eine Einigung mit dem Rat und der Kommission erarbeiten können, damit sich die Situation für Menschen mit Behinderungen endlich weiter und zeitnah verbessert.

Ich möchte Sie daher alle dazu auffordern, morgen im Sinne des Binnenmarktausschusses abzustimmen und dadurch zu ermöglichen, dass wir ein gutes und auch schnelles Resultat im Sinne der Menschen mit Behinderungen erreichen können. Denn konkrete, reale Resultate sind allemal besser als reine vollmundige Versprechungen.

Olga Sehnalová, za skupinu S&D. – Pane předsedající, cílem evropského aktu přístupnosti je významně přispět k prohloubení a spravedlivějšímu fungování vnitřního trhu. Tento návrh může podstatně zlepšit kvalitu života nejen osobám se zdravotním postižením, ale například i starším občanům a přispět k jejich plnému zapojení do společnosti. V rámci digitalizace evropské společnosti, kterou řadou opatření aktivně podporujeme, je obzvláště důležité od začátku nastavit nediskriminační prostředí vůči zranitelným skupinám obyvatelstva. S ohledem na stárnutí populace se očekává, že už za pár let bude v Evropě žít sto dvacet milionů osob, kterým je tato legislativa určena.

Ráda bych připomněla, že je to Evropský parlament, který v minulosti vyzval Komisi k předložení ambiciózního návrhu a požadoval, aby zahrnoval všechny oblasti politik týkajících se přístupnosti zboží a služeb pro všechny občany Evropské unie. Je proto potřeba se ptát, zda je text předložený Výborem pro vnitřní trh a ochranu spotřebitelů dostatečně ambiciózní. Pro nás, sociální demokraty, nikoliv. Oslabení původního návrhu Komise v současné podobě je pro nás neakceptovatelné a bylo by prohrou Evropského parlamentu vstupovat do vyjednávání s členskými státy s oslabeným mandátem.

Předkládáme proto několik pozměňovacích návrhů. Pro veřejnost by akt přístupnosti měl být předpis, který usnadní využívání běžných služeb a zboží nejen osobám se zdravotním postižením, ale například již zmíněným starším osobám či těhotným ženám. Navrhovaná opatření by proto měla brát v potaz potřeby osob s funkčním omezením. Velký potenciál vidíme ve stanovení společných požadavků na zpřístupnění zastavěného prostředí. Naším cílem je pomoci členským státům a Evropské unii jako celku dostát závazkům vyplývajícím z úmluvy Organizace spojených národů, pokud jde o přístupnost.

Považuji také za zásadní vyjasnit vztah aktu s další legislativou, která se otázce přístupnosti sektorově věnuje. Je důležité vyvarovat se překrývání či dokonce zdvojování požadavků. Ani stávající legislativa, například v oblasti dopravy, však neobsahuje řadu požadavků na přístupnost a zde by měl akt sehrát svoji nezastupitelnou roli.

Vyjádřím se také k navrhovaným výjimkám s ohledem na zájmy mikropodniků a malých a středních podniků. Mějme, prosím, na paměti, že již návrh Komise umožňoval na základě naplnění definovaných kritérií podnikatelům vyvázat se z plnění požadavků na přístupnost a my jsme tato kritéria ještě specifikovali. Princip lepší regulace z mého pohledu nespočívá v udělení řady obecných výjimek, díky kterým akt zůstane jen přáním na papíře.

Stojí před námi hlasování o legislativě, která umožní využívání běžných služeb a zboží evropským občanům bez rozdílu, na rovnoprávném základě. Využijme, prosím, tuto jedinečnou příležitost.

Anneleen Van Bossuyt, *namens de ECR-Fractie*. – Het is nu of nooit: het is broodnodig dat wij vanuit Europa een duidelijk signaal uitsturen. Mensen met een beperking moeten vlot kunnen participeren in het dagelijkse leven. Wie die mening deelt, roep ik dan ook op om morgen voor het verslag-Løkkegaard te stemmen. Een goed afgebakende toekomstgerichte lijst van producten en diensten moet een eind maken aan producten en diensten die niet toegankelijk zijn. Ik denk dan aan e-books, televisies, telefoons en nog zoveel meer. De nieuwe regels laten ook voldoende flexibiliteit voor de fabrikanten en de producenten. Zij zullen zelf kunnen kiezen hoe ze hun producten toegankelijker willen maken. En die benadering gaat hand in hand met innovatie.

Collega's, laten we vooral niet het risico lopen dat we onrealistische verwachtingen creëren die we niet kunnen inlossen. Dan gaan we immers uiteindelijk geen resultaten hebben en stellen we heel veel mensen teleur. We kunnen hier belangrijke stappen vooruit zetten. Laten we dat dan ook doen.

Marian Harkin, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, as a member of the Disability Intergroup for the last 12 years, I and many colleagues in this House warmly welcome the publication of the accessibility act. I want to take this opportunity to thank our rapporteur, Morten Løkkegaard, for his commitment reaching a balanced text and ask colleagues to support ALDE amendments tomorrow.

Where we state that, first of all, Member States should be obliged to include the built environment under the scope of the directive; where we include people with functional limitations when assessing the burden on businesses; and where we propose to delete Amendment 78 to ensure the accessibility act will apply to other union acts such as public procurement and EU funds; we also wish to include SMEs within the scope of the act.

Is this proposal perfect? No it is not. But we have addressed the significant majority of the concerns of the Disability Forum. We also know that there will be resistance in Council to these proposals, so we need to give Parliament the strongest possible mandate tomorrow when they enter into negotiations.

Jiří Maštálka, *za skupinu GUE/NGL*. – Pane předsedající, jak již bylo řečeno, v Evropě v současné době žije přes osmdesát milionů lidí se zdravotním postižením. Toto číslo se bude díky stárnutí populace neustále zvyšovat.

I jako lékař vím, že osoby se zdravotním postižením mají často problémy s přístupností k mnohým klíčovým výrobkům a službám. To, co se nám zdá samozřejmé, pro ně představuje v běžném životě značné problémy. Zpráva Výboru pro vnitřní trh a ochranu spotřebitelů jim však příliš nepomůže, výsledný text je, podle mého názoru, slabší, než s jakým přišla Komise. Například: K čemu bude člověku na vozíku přístupný bankomat, když se nedostane do banky, která přístupná nebude? Nebo jak je možné mluvit třeba o dostupnosti metra, když na mnoha stanicích chybí výtahy pro zdravotně postižené?

Chci proto apelovat na všechny, komu záleží na situaci osob se zdravotním postižením, dlouhodobě nemocných či starších lidí a jejich situace jim není lhostejná, aby zítra při hlasování podpořili ty návrhy, které mají za cíl skutečné zlepšení, a ne pouze kosmetickou úpravu na papíře.

Pan předseda Komise Juncker tady dnes řekl, že není přípustné vytvářet v Evropě různé kategorie občanů. Já s tím plně souhlasím. Bylo by hanebné, kdyby lidé se zdravotním postižením byli občany druhé kategorie.

Igor Šoltes, *v imenu skupine Verts/ALE*. – Torej, ta direktiva, o kateri bomo glasovali jutri, je izjemno pomemben dokument, saj zadeva več kot 80 milijonov Evropejcev, kar predstavlja skoraj 15 % celotne populacije, ampak ta številka se bo z leti še večala, ker Evropa postaja stara dama in starejših bo iz leta v leto več. Zato je potreben dokument, ki bo dovolj ambiciozen in ki bo v veljavi veliko število let.

Vendar žal ugotavljam, da ta dokument ni dovolj ambiciozen, da ne upošteva vsega, kar so nam sporočili tudi tisti, ki jih ta dokument najbolj prizadeva. Sporočili so, da manjka kar nekaj pomembnih stvari, ki bi jim olajšale vsakodnevno življenje, zato smo vložili številne amandmaje, s katerimi smo upoštevali njihove pozive, pozive invalidov, da se izboljša ta dokument, in s temi amandmaji želimo prispevati, da postane ta dokument dokument za daljše časovno obdobje.

Premislimo seveda tudi to, da s tem dokumentom ponujamo roko, roko vključujoče družbe, na katero seveda prisega Evropa skozi svoje dokumente in skozi svoja temeljna načela, o čemer je danes govoril tudi predsednik Juncker, in glasujte tudi za naše amandmaje in hvaležni vam bodo številni Evropejci.

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO

Vicepresidente

Marco Zullo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'atto europeo sull'accessibilità è una normativa di portata storica e noi, con il voto di domani, possiamo migliorare in misura notevole la qualità della vita, non solo dei cittadini europei con disabilità, ma anche dei cittadini con limitazioni funzionali, come quelle dovute all'età o alla gravidanza.

Allora, quando il relatore oggi ha aperto il suo discorso affermando che ci sono in gioco molti interessi, posso confermare che questo è vero: ci sono in gioco gli interessi di circa 120 milioni di cittadini europei. Questo è l'impatto di questa normativa. Allora, dobbiamo avere il coraggio di osare, di disegnare una strada verso il futuro che oggi spaventa qualcuno ma che apre la porta all'accessibilità, apre la porta ai servizi, al mercato del lavoro, all'istruzione, ai trasporti, all'intrattenimento, anche all'utilizzo degli smartphone.

E allora, come Movimento 5 Stelle, anche noi abbiamo presentato degli emendamenti per migliorare questa normativa e per renderla più ambiziosa. Primo fra tutti, è quello sull'accessibilità dell'ambiente costruito: noi non possiamo accettare il fatto, in qualche modo, di prendere in giro il cittadino, dicendogli che gli offriamo un servizio, ad esempio un bancomat accessibile, ma poi a questo bancomat non ci si arriva, perché l'edificio che lo contiene non è accessibile. Dobbiamo andare oltre quelle che sono queste limitazioni anche dei locali.

Vogliamo osare perché vogliamo ampliare questa normativa a coloro che hanno delle limitazioni funzionali, lo abbiamo detto prima, quindi un infortunio, la gravidanza, l'età, perché toccherà un po' a tutti. Quindi dobbiamo disegnare un mondo accogliente, anche per il futuro. E ci sorprende il fatto che questa normativa sull'accessibilità non comprenda in modo forte il rispetto di questi requisiti quando parliamo di bandi pubblici. Anche per questo abbiamo presentato un emendamento, perché per noi del Movimento 5 Stelle, nessuno deve rimanere indietro.

Mylène Troszczynski, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, la solidarité dont je vais vous parler aujourd'hui n'est pas celle de M. Juncker.

La solidarité de M. Juncker – et le discours de ce matin ne m'a pas rassurée à ce sujet – se résume à ceci: les autres avant les nôtres. Je conçois la solidarité bien différemment: les nôtres avant les autres. Et parmi les nôtres que nous devons défendre en priorité, il y a les plus faibles et les plus vulnérables, parmi lesquels les handicapés.

Les largesses et la générosité de M. Juncker pour les migrants devraient faire rougir de honte ceux qui le soutiennent, lorsqu'on voit le peu d'attention que nos élites portent aux souffrances des nôtres.

La question de l'accessibilité au sens large doit être un sursaut civilisationnel de solidarité envers nos concitoyens les plus faibles et vulnérables: nos enfants, nos anciens, les personnes handicapées.

Cette question ne doit donc pas être instrumentalisée au profit des objectifs politiques et financiers de la Commission, qui tente par le texte de contraindre un peu plus les États membres à l'adoption totale du marché unique.

Une harmonisation des 28 États membres est une utopie. Seul un État fort et souverain peut et doit s'occuper de ses citoyens les plus faibles.

Róža Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE). – Dziękuję bardzo, Panie Przewodniczący, i cieszę się, że udało nam się tutaj, w Parlamencie Europejskim, osiągnąć porozumienie, które podnosi wymogi dotyczące dostępu osób z różnymi ograniczeniami do produktów i usług na naszym wspólnym rynku. Oczywiście wielu z nas wołałoby, żeby wymogi te były jeszcze dalej idące, ale już w trakcie dyskusji w Komisji Rynku Wewnętrznego i Ochrony Konsumentów, w której zasiadam, wyraźnie zobaczyliśmy, że musimy być realistami, że nie wszystko jest od razu możliwe i że musimy wziąć pod uwagę koszty i zmiany dla przedsiębiorców (myślę tu przede wszystkim o tych najmniejszych).

Nie znaczy to oczywiście, że nie należy podejmować dalszych wysiłków, ale musimy robić to krok po kroku, roztropnie i rozsądnie. Z jednej strony musimy czynić nasz rynek coraz bardziej otwartym dla osób nie tylko z różnymi niepełnosprawnościami, ale również i dla osób starszych, jak już wspomniało o tym wielu kolegów i wiele koleżanek. Z drugiej strony musimy dbać o to, by wymogi te były racjonalne, wspierały innowacje i nie doprowadzały naszych przedsiębiorców do upadku.

Dostosowywanie produktów i usług do potrzeb nas wszystkich, takich, jakimi jesteśmy, przekłada się również na poszerzanie bazy naszego wspólnego rynku, co stanowi ogromną korzyść dla przedsiębiorców. Jesteśmy jeszcze daleko od wprowadzenia tych zmian w życie, bo Rada nie przyjęła jeszcze podejścia ogólnego, lecz mam nadzieję, że stanie się to niebawem, aby nasi obywatele mogli jak najszybciej odczuć pozytywne skutki tej dyrektywy. Oczekuję między innymi od polskiego rządu bardzo dużej pozytywnej aktywności w tej sprawie na forum Rady. Dziękuję koleżankom i kolegom, dziękuję Mortenowi Løkkegaardowi za ciężką pracę na rzecz znoszenia barier dla wszystkich obywateli unijnych.

Nicola Danti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi due anni fa abbiamo salutato con grande soddisfazione il fatto che la Commissione europea avesse predisposto questo atto sull'accessibilità, che per la prima volta disegnava un quadro normativo complessivo per rendere l'Europa più accessibile e più inclusiva.

Devo dirlo sinceramente: non siamo soddisfatti e non possiamo mostrare l'analoga soddisfazione per il risultato che uscirà dalla commissione per il mercato interno e la protezione dei consumatori, approvato, peraltro, con una esigua maggioranza. Non possiamo nascondere una forte delusione per il fatto che questa è una delle rarissime volte nelle quali il Parlamento non è, tra le istituzioni europee, quella che si pone alla testa di battaglie a favore dei diritti dei cittadini, in primo luogo di quelli che hanno maggiori fragilità.

Dispiace che il relatore non abbia avuto la volontà di trovare un punto di sintesi più ambizioso di quello che ci ha presentato. Dispiace che il relatore non abbia fatto proprie almeno alcune delle proposte di emendamento, non per soddisfare le richieste della nostra relatrice ombra Olga Sehnalová o il gruppo S&D, ma per dare risposta alle sollecitazioni che sono arrivate e che stanno arrivando, anche in queste ore, da tutta Europa, dalle rappresentanze dei cittadini che vivono differenti gradi di disabilità.

Io credo, cari colleghi, che noi siamo ancora in tempo per migliorare questo testo e per non deludere le aspettative dei cittadini, nonché per rendere onore a quest'Aula.

Daniel Dalton (ECR). – Mr President, this is a very important file and will open up many more goods and services to ensure that everyone can benefit from them. Accessibility is key to that: making everyday products and services that many of us take for granted easier to use for people with different needs, but a balance has to be achieved to make sure that everyone can adapt in a reasonable timeframe and without undue cost. But I believe we have got a very good balance and we will support Mr Løkkegaard's report. It is also worth remembering that this act will help more than 150 million elderly people in Europe, making their lives easier. Allowing more independent living for longer is critical as our population continues to age.

So I very much welcome this report and the real and tangible improvements that it will make to everyday lives. We debated this at length in the Committee on the Internal Market and Consumer Protection. When people say that they want to be more ambitious, I struggle to understand what they mean. A proposal has to be realistic. Otherwise it is not ambitious at all, just virtue seeking. This is a realistic proposal and it will advance accessibility for disabled people. Let's get behind it.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, quiero felicitar al ponente de este informe, el señor Løkkegaard, porque este texto aporta anticipación y prudencia, y agradecerle sinceramente el esfuerzo realizado para integrar propuestas. Equilibran mejor las necesidades de las personas con discapacidad y las posibilidades de responder a ellas desde el sector público y privado.

Además, se abre camino para convertir la innovación en la mejor herramienta en favor de la integración de la discapacidad, y se anticipan medidas para que esta eliminación de barreras beneficie a otros tipos de diversidad funcional, pese a que aún debe cerrarse una definición exacta de este término.

Finalmente, este texto es una muestra de cómo resolver problemas de colisión legislativa antes de que se produzcan y llenar algunos huecos que no cubren las legislaciones sectoriales y nacionales. Por eso, yo voy a apoyar algunas enmiendas que tratan de resolver algunos agujeros negros que hay que resolver urgentemente. Por ejemplo, el de obligar a que las reformas y nuevas obras en los entornos e infraestructuras complementarias de servicios básicos, como el transporte, incorporen obligatoriamente la accesibilidad.

Tatjana Ždanoka (Verts/ALE). – Mr President, I was the shadow for both the Committee on Employment and Social Affairs' and the Committee on Petitions' opinions on Parliament's report on the Accessibility Act and we worked hard for these opinions. We are very disappointed with the text adopted by the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO).

For us in the Greens-EFA Group there are a number of red lines in this text. First of all, regarding the scope: persons with functional limitations, which includes not only disabled persons, as the scope mentions in IMCO report, but also persons with reduced mobility, older people and people carrying strollers. We also insist on including built environment related to the provision of goods and services.

We also stand for accessibility obligations, also from micro-enterprises. I hope that voting on appropriate amendments will improve the report, otherwise we cannot support it.

Joëlle Mélin (ENF). – Monsieur le Président, pour compléter sur le plan technique les propos de ma collègue Mylène Troszczynski sur la directive sur l'accessibilité, j'ajouterais qu'il est important de souligner que l'harmonisation, a priori légitime, souhaitée par l'Union européenne pour faciliter la vie quotidienne d'une personne handicapée dans ses déplacements dans son propre pays ou en Europe, risque bien, selon le texte proposé, d'aboutir à l'inverse du but recherché.

En créant des critères trop techniques, trop pointus, trop coercitifs, ce texte deviendrait un frein permanent pour toutes les entreprises innovantes, souvent des start-up développées dans des pays qui, comme la France, ont largement anticipé le développement d'outils informatiques et de services d'accessibilité au bénéfice de toutes sortes de handicap. À l'inverse, d'autres pays moins avancés dans le domaine auront beaucoup de mal à s'aligner.

Au total, comme toujours, derrière une idée louable, se cache sans doute un piège économique de captation de marché, celui des 100 millions de handicapés plus ou moins lourds prévus en 2020. Attention donc à l'instrumentalisation du handicap.

Dieter-Lebrecht Koch (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es toll, dass sich die Lebenserwartung unserer Bürgerinnen und Bürger immer weiter erhöht. Auch das führt dazu, dass in der EU demnächst sogar 120 Millionen Menschen mit mehr oder weniger ausgeprägten Beeinträchtigungen leben werden. Ihnen – jedoch nicht nur ihnen – gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Es geht nicht um einen Teil der Gesellschaft, es geht um uns alle. Wir müssen allen Bürgerinnen und Bürgern den selbstbestimmten Zugang zu Dienstleistungen und Produkten ermöglichen. Als Mitbegründer unserer *Disability Intergroup* setze ich mich bereits seit Jahren für dieses Ziel ein.

Im Bus-, Schienen-, Flug- und Schiffsverkehr bestehen bereits jetzt zahlreiche Spezialregelungen für in ihrer Mobilität eingeschränkte Personen. Darin ist bereits festgeschrieben, dass ihnen Assistenzleistungen angeboten werden müssen und sie nicht beeinträchtigt werden dürfen. Nun sollten wir mit dem morgen zur Abstimmung stehenden Text nicht bereits bestehende Gesetzgebung aushebeln, sondern diese ergänzen.

Was die bauliche Umwelt angeht, so finde ich, dass wir den Maßstab, den wir im Schienenverkehr haben, auch auf andere Verkehrsarten ausweiten müssen. Deshalb unterstütze ich den Kompromiss, der im IMCO gefunden wurde. Es ist gut, dass wir weit über das hinausgehen, was die Kommission ursprünglich vorgeschlagen hatte, und nicht den Mitgliedstaaten die Wahl überlassen, sondern sie dazu verpflichten, die bauliche Umwelt – wie zum Beispiel den Bahnsteig und die Bushaltestelle – barrierefrei zu gestalten. Das wäre ein weiterer, guter Schritt, um die Barrierefreiheit auf kohärente Art und Weise zu erhöhen.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Ačiū pirmininke. Šiandien ambicingo mūsų sprendimo laukia ne tik šimtas dvidešimt milijonų Europos neigaliųjų. Europos prieinamumo aktų laukia visi – bankininkystės, telefonijos, viešojo transporto prieinamumo laukia neigalieji ir pagyvenę žmonės, ir tėvai su mažais vaikais vežimėliuose, ir laikinas traumas patyrę žmonės ir dėlto negalintys laisvai judėti. Štai dėl ko šio teisės akto naudos gavėjais privalome įvardyti ir neigaliųjų bendruomenę, ir žmones turinčius funkcinį sutrikimą, nes tik tai leis įvardyti ir kas kartą įvertinti, koks iš tiesų yra platus prieinamumo akto gavėjų ratas.

Išmaniosiomis technologijomis paremti mūsų kasdieniai pagalbininkai – telefonai, kompiuteriai, televizoriai, taip pat savitarnos terminalai – jau šiek tiek palengvino žmonių su negalia gyvenimą. Bet mes privalome eiti toliau. Negalią turintis žmogus neturi patirti papildomų išlaidų dėlto, kad jam reikalingi pritaikyti telefonai, televizoriai, kompiuteriai. Papildomos išlaidos dėl niekieno savanoriškai nepasirinktos negalios yra paprasčiausia diskriminacija. Štai dėl ko visi šie aparatai turi būti nuo pat pradžių gaminami tokie, kad tikrą negalią turinčiam žmogui.

Todėl šiandien kreipiuosi į pranešėją Lokkegaardą bei kitus liberalų ir konservatorių Parlamento narius: nepadarykite rytoj klaidos balsavime, negalima priimti tokio pranešimo be papildomų pateiktų pakeitimų, nes iš tikrųjų tada mes nepagerinsime neigaliųjų bendruomenei gyvenimo ir žmonėms, turintiems laikiną sutrikimą, gyvenimo.

Helga Stevens (ECR). – Er zijn in Europa zo'n 80 miljoen mensen met een beperking en zo'n 150 miljoen ouderen. Elke wetgeving die de toegankelijkheid van producten en diensten verbetert, is een stap vooruit die miljoenen mensen in Europa ten goede komt. Ik verwelkom dan ook het verslag-Løkkegaard, al had het wat mij betreft zeker ook wat meer mogen zijn. Ik breek graag een lans voor meer ambitie.

Inspiratie daarvoor kan bijvoorbeeld gevonden worden in de Verenigde Staten. Daar zorgde de *Americans with disabilities Act* voor een ware cultuuromslag. Niet alleen de overheid maar ook private bedrijven allerhande beschouwen toegankelijkheid als een opportuniteit eerder dan een verplichting. Ik denk bijvoorbeeld aan Apple, dat gisteren zijn nieuwste iPhone lanceerde. Apple begrijpt dat inspelen op de behoeften van mensen met een beperking een competitief voordeel kan zijn in een hyperconcurrentiële markt. En zo zijn er nog tal van voorbeelden te geven.

Hopelijk zorgt de stemming van morgen voor een betekenisvolle stap vooruit, een stap in de richting van een wereld waarin mensen met een beperking en ouderen vlot kunnen deelnemen aan het dagelijkse leven zonder geconfronteerd te worden met obstakels die participatie belemmeren.

Marek Plura (PPE). – Panie Przewodniczący! W toku dyskusji nad aktem o dostępności (*accessibility act*) często podnoszona jest kwestia kosztów i obciążeń wynikających z dostosowań. Tymczasem, według mnie, postawienie na dostępność towarów i usług to przede wszystkim inwestycja. Osoby niepełnosprawne i osoby starsze to ogromna grupa konsumentów zainteresowanych wydawaniem pieniędzy na dostępne usługi i towary. To także grupa o poważnym potencjale społecznym i ekonomicznym.

Pamiętajmy też, że akt o dostępności (*accessibility act*) jest naturalną konsekwencją naszych unijnych zobowiązań międzynarodowych, a konsekwencją rozwoju cywilizacyjnego Europy jest tworzenie środowiska dostępnego, w którym wszyscy mogą prowadzić aktywne życie i przyczyniać się do wspólnego rozwoju społecznego i gospodarczego.

Dlatego apeluję o przyjęcie ambitnego projektu aktu o dostępności, na który czekają miliony Europejczyków. Jutro postawimy pierwszy krok w tym kierunku, taką mam nadzieję. Może nie tak duży, jak tego chcielibyśmy, ale na pewno nie ostatni.

Anna Hedh (S&D). – Herr talman! Äntligen skulle vi då få en tillgänglighetsakt i EU. Vi är många som hade arbetat för det länge. Men ack så fel det kan bli! För en gångs skull har parlamentet lyckats försvaga kommissionens förslag. Det underlag som nu ligger på bordet sätter företag framför människor. Det är företagen som ska bestämma om de vill göra sina produkter och tjänster tillgängliga för alla eller inte.

Det kanske mest upprörande är synen på den bebyggda miljön och hur krav på att den ska göras tillgänglig för personer med funktionsnedsättning nu har tagits bort. Ett skamgrepp – ja, faktiskt ett övergrepp mot alla personer med funktionsnedsättning! Det här visar en tydlig skillnad mellan vänster- och på högerpolitik. Jag hoppas dock att vi kommer att vinna denna strid i morgon.

Jag är dock förvånad över högergruppernas totala oförmåga att inse konsekvenserna av sina handlingar. Om man ständigt går företagen till mötes, så utesluts allt fler människor från den inre marknaden. Att personer med funktionsnedsättning till exempel inte tillåts att ta del av transporter, ta ut pengar från en bankomat – det om något borde man väl förstå att det hotar den inre marknads hela kärna där medborgarna ska stå i fokus. Nyckeln till ett bättre EU är ett socialt Europa som ställer upp för alla människors lika värde.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, osobe s invaliditetom jedna su od najranjivijih društvenih skupina. Naša je dužnost stvoriti socioekonomsko ozračje koje će ih u svakom smislu uključivati i nuditi im priliku da se u životu maksimalno ostvare i na osobnom i na poslovnom planu.

Pristupačnost različitih proizvoda i usluga osobama s invaliditetom na cijelom prostoru Europske unije važno je, ne samo iz perspektive stvarnog funkcioniranja jedinstvenog tržišta, nego primarno zbog zadovoljenja njihovih životnih potreba. Ovakva je regulativa stoga iznimno potrebna, ali ne smijemo smetnuti s uma i da je prilično skupa i opterećujuća za poduzetnike, što je prepoznao i izvjestitelj. Pozdravljam rješenje prema kojemu bi se mikropoduzeća u potpunosti izuzelo iz ove Direktive, a na mala i srednja poduzeća primjenjivao blaži režim.

Ovo je rješenje dokaz kako je ravnotežu između tržišnih zahtjeva i socijalnih politika, s jedne, te realnih mogućnosti mikro, malih i srednjih poduzetnika, s druge strane, ipak moguće postići. Oni su nositelji europskog ekonomskog prosperiteta, zapošljavaju veliku većinu zaposlenih u privatnom sektoru te ih stoga pri donošenju novih regulacija moramo stalno imati u vidu.

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, I very much welcome the publication of the Accessibility Act. We have been hearing from many speakers today about the 80 million citizens that are not able or have limited abilities, and of course 120 million ageing people, and who knows which of us will not be able tomorrow, or may be disabled and requiring the very services and accessibility that we are discussing today.

So now is the time to put in place a society that is accessible. We need to be bold and we need to be ambitious and recognise that citizens do need products and services and public spaces that are accessible to them, and that if we want to have an inclusive society, this is what we need to put in place. I am of the opinion that we need to send a strong message to the Council and to the Commission of what we want. We represent the citizens of Europe here and the cost of accessibility should not be looked upon as a burden but rather, in my view, as an investment; an investment towards an inclusive and caring society.

Marlene Mizzi (S&D). – Sur President, bhalissa, fl-Unjoni Ewropea, hawn tmenin miljun ruh b'dizabilità; numru li se jilhaq mija u ghoxrin miljun sal-2020.

Mhuwiex aċċettabbli li fid-dinja tal-lum, fejn niddependu tant mit-teknoloġija diġitali, persuni b'dizabilità u anzjani jsibuha diffiċli, li kultant ikun impossibbli, biex jużaw prodotti u servizzi diġitali bhal kompjuters, servizzi tat-telefonija u self-service terminals.

Dan l-Att għandu jservi ta' benefiċċju għan-nies ta' kull età u b'kull forma ta' disabilità. Irid ikun Att li jagħmel differenza vera għan-nies b'limitazzjonijiet funzjonali, inkluż għall-anzjani. Iżda b'dispaċir ninnota li fil-forma attwali tiegħu, mhuwiex qed jagħmel dan.

Nehtiegu Att ambizzjuż. Att li jgħallq opportunitajiet indaqs għal miljuni ta' persuni b'dizabilità. Att li jtejjeb is-sitwazzjoni tagħhom sabiex miljuni ta' ċittadini jkunu jistgħu jgħixu b'mod indipendenti u jigu inklużi fis-soċjetà.

Huwa għalhekk li jiena se nappoġġja biss test jekk iwassal għal Att dwar l-Aċċessibilità b'saħħtu u ambizzjuż, u li jgħib miegħu bidla reali fil-hajja tan-nies kollha fl-Ewropa. Jekk le, ma nistax nappoġġjah.

Maria Grapini (S&D). – Domnule preşedinte, cred că toţi înţelegem că este un raport greu, dar nu pot să fiu de acord cu a pune în balanţă costurile cu drepturile omului. Avem zeci de milioane de oameni care au acelaşi drept ca noi, cei care, poate, am avut mai multă şansă de la Dumnezeu. Fac apel la raţiune. Noi, mâine, putem să îmbunătăţim acest raport.

Evident că trebuie să ne gândim la piaţa internă, la microîntreprinderi, la întreprinderi mici şi mijlocii (vin din acest domeniu), dar putem să nu ţinem cont de, de exemplu, 30 de milioane de nevătători care mi-au scris, asociaţia din ţara mea, că sunt excluşi prin acest raport dacă-l votăm aşa cum este.

Mulţumesc colegilor, indiferent de culoarea politică, pentru că viaţa n-are culoare politică, pentru că toţi, poate, o să ajungem să fim neputincioşi şi să nu putem să avem acces la anumite servicii.

Aş vrea ca mâine să plecăm cu sufletul împăcat şi să votăm amendamentele care au apărut de la diferite grupuri, dar care îmbunătăţesc raportul în ceea ce priveşte accesibilitatea pentru aceste persoane care au handicap definitiv sau temporar, femei însărcinate, bătrâni, aşa cum s-a spus aici. Mulţumesc şi să dea Dumnezeu ca mâine să avem un raport îmbunătăţit.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, souhlasím se zprávou ke směrnici o zpřístupnění služeb osobám se zdravotním postižením a s funkčním omezením. Tito lidé potřebují naši podporu, aby mohli lépe a plnohodnotně žít. Děkuji kolegům, poslancům se zdravotním postižením, kteří se jasně vyjádřili pro podporu návrhu parlamentní zprávy.

Je třeba najít rovnováhu mezi tím, co si přejeme, a tím, co je v praxi reálné. Například mikropodniky by podle původního návrhu Komise nebyly schopné některé povinnosti splnit, například nezávislý malý obchodník nebo prodejce knih by se rozhodl vytvořit webovou stránku o prodeji svého produktu a ten by byl povinen ji učinit plně přístupnou lidem se zdravotním postižením, což v praxi skutečně není reálně možné. Proto souhlasím se zpravodajem, že by to bylo nepřiměřené opatření, přestože nic nebrání těmto obchodníkům dobrovolně své stránky zpřístupnit.

Podobně jsme postupovali u audiovizuální směrnice, kde jsme učinili opatření ve prospěch zdravotně postižených osob.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il diritto all'accessibilità riguarda la vita di 80 milioni di cittadini europei. Ritengo il testo poco ambizioso e non all'altezza delle aspettative dei cittadini europei. È un testo che rischia di vanificare i progressi fatti in questi anni.

L'idea originaria dell'*accessibility act* è quella di fornire ai decisori strumenti concreti per semplificare e migliorare la vita dei disabili, impiegando risorse per opere accessibili a tutti. E invece proprio oggi che i progressi nelle tecnologie consentono di ridurre le difficoltà quotidiane di 80 milioni di persone, il Parlamento rinuncia alla consueta ambizione. Questo non è tollerabile: la qualità di vita dei disabili è il primo indicatore del grado di responsabilità sociale.

Le limitazioni proposte sono inammissibili e lo sono, in particolare, nell'ambito dei trasporti, dove invece gli sforzi andrebbero concentrati al massimo. Questo dossier va corretto per fare un passo avanti verso una parità sostanziale e per non far perdere credibilità all'Europa.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η προσβασιμότητα σε προϊόντα και υπηρεσίες για τα άτομα με ειδικές ανάγκες είναι ένα σημαντικό γεγονός το οποίο πρέπει να εξετάσουμε με σοβαρότητα. Πολύ δε περισσότερο, όταν έχουμε 80 εκατομμύρια άτομα με ειδικές ανάγκες και 120 εκατομμύρια ηλικιωμένων σε όλη την Ευρωπαϊκή Ένωση. Αντιλαμβάνεται κανείς ότι το θέμα είναι τεράστιο, είναι κοινωνικό, έχει πολλές οικονομικές διαστάσεις. Και το πιο βασικό είναι ότι υπάρχουν συγκεκριμένα δικαιώματα για τα άτομα με ειδικές ανάγκες τα οποία πρέπει να διασφαλίζονται. Η διασφάλιση αυτή μπορεί να γίνει αξιοποιώντας και τις νέες τεχνολογίες και την καινοτομία και, κυρίως, αξιοποιώντας κονδύλια από την κοινωνική Ευρώπη.

Βλέπουμε, όμως, ότι υπάρχουν δυνάμεις οι οποίες δεν θέλουν αυτή την πρόσβαση. Θεωρούν ότι είναι βάρος τα άτομα με ειδικές ανάγκες. Θεωρούν ότι οι ρυθμίσεις που θα γίνουν θα είναι βάρος οικονομικό για αυτούς. Είναι απαράδεκτα αυτά τα μέτρα περιστολής και ανάσχεσης των λειτουργιών των ατόμων με ειδικές ανάγκες, ιδίως, στην προσβασιμότητά τους προς τα μέσα μαζικής μεταφοράς και στις άλλες υπηρεσίες. Πρέπει να ανατραπουν τα αρνητικά αυτά σημεία της έκθεσης.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, there are around 80 million disabled persons in the EU who cannot access, or have difficulty in accessing, products and services the use of which most of us take for granted. I am confident that by adopting the European Accessibility Act, we can considerably improve in the long term not only their lives, but also the lives of elderly or pregnant women or even parents with babies.

The EU Treaties have long aimed to promote equal treatment for every citizen. In this sense, barrier-free accessibility should be a vital goal for all Member States, which are sadly at greatly differing levels of providing accessibility for their citizens. The directive is not only essential from the perspective of adding substance to Charter rights such as the rights to human dignity, to work or study. There is also a strong business case for extending markets for products and services to a largely untapped part of the population, and to harnessing technological progress and innovation to support people with disabilities in their vital everyday tasks.

Viorica Dăncilă (S&D). – Domnule președinte, la nivel european, constatăm că există încă disparități între actele normative și măsurile administrative adoptate de statele membre referitoare la accesibilitatea anumitor produse și servicii pentru persoanele cu dizabilități, disparități care creează obstacole în calea liberei circulații a acestora și denaturează concurența efectivă pe piața internă. Potrivit statisticilor, există 80 de milioane de cetățeni europeni cu dizabilități, dintre care 30 de milioane cu deficiențe de vedere, iar toate aceste disparități legislative nu țin cont de nevoile lor și, mai ales, ale persoanelor cu deficiențe de vârstă a treia. Pentru toți acești cetățeni europeni, este nevoie de acces adecvat la informare prin servicii media audio și video adaptate, acces la transportul public, serviciile și infrastructura aferentă, precum și la terminalele de autoservire și serviciile furnizate de acestea. Nu în ultimul rând, este nevoie de accesibilitate pentru furnizarea de cărți electronice și servicii conexe.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, I begin by reiterating that there are more than 80 million disabled persons in the European Union and, taking into consideration demographic ageing, this number is likely to increase to more than 125 million by 2020. We need to ensure that the legislative initiative is capable of delivering meaningful benefits that match the needs of people with disabilities and brings about the much-needed improvements in order to pave the way towards a more accessible and inclusive Europe.

Indeed, we have to forge a more ambitious policy that strengthens the rights of people with disabilities and dissipates the barriers resulting from divergent requirements for accessibility within the internal market. In particular, I strongly believe that, in order to create a robust accessibility act, all companies, regardless of size, should obey the accessibility requirements and that the scope of the proposal should also include people with temporary functional limitations.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank colleagues for this substantial debate. The European Accessibility Act is a priority file for this year under the Joint Declaration of the three institutions. Indeed, accessibility is one of the eight key pillars of our European Disability Strategy 2010-20. The UN Committee on the Rights of Persons with Disabilities mentioned it as a priority action in their last Concluding Observations to the European Union.

We know that our Member States have started to legislate on accessibility independently and in an uncoordinated way. Divergence in national rules will make it more difficult for industry to sell products and services across borders. It also does not benefit those citizens who are most in need of accessible products and services.

Accessibility will be vital to ensure inclusive societies, especially against the background of demographic ageing and the digital transition. The Accessibility Act will create a better functioning and a more competitive internal market, leading to a wider choice of accessible products and services for consumers, and also at lower prices. It will facilitate the access of persons with disabilities to education, enhance their job opportunities and give them more freedom and opportunities in their everyday choices in life.

It is the Commission's firm intention to enhance social fairness in Europe. Nobody should be left behind. The Accessibility Act underlines the European Union's commitment to ensure that economic growth and social progress go hand in hand. We look forward to tomorrow's vote and to continuing the work with you on this important file.

Morten Løkkegaard, *ordfører*. – Hr. formand! Tak for debatten her, som jeg er enig med Kommissionen og kommissæren i har været en substantiel debat, som på mange måder viser, at der er masser af engagement, masser af følelser omkring det her med at skulle forbedre forholdene for disse mange millioner af vores medborgere.

Jeg vil gerne lige understrege til dem, der har måttet være i tvivl om det – og det fik jeg faktisk sagt til at starte med – at jeg tror, vi alle her i dette rum deler den ambition, at der skal ske noget på dette område. Det store spørgsmål er: hvordan når vi derhen, og hvilken metode er den bedste? Det er der forskellige holdninger til, kan jeg høre, men jeg vil da gerne have lov til at sige til de af mine kollegaer som har skruet lidt op for den ideologiske kampsang her, at vi faktisk har rykket os rigtig, rigtig langt, og det er jo ikke et udtryk for, at man ikke ønsker forbedringer, sådan som vi nærmest bliver fremstillet, os der ønsker en realistisk tilgang.

Så jeg ville ønske at vi i denne sene fase kunne skrue en lille bitte smule ned for det ideologiske og komme i arbejdstøjet for rent faktisk at skaffe de resultater.

Må jeg lige sige ganske konkret til min udmærkede kollega Olga, at du ved jo lige så godt som mig, at I – socialdemokraterne – har fået en lang række indrømmelser fra vores side i sidste øjeblik, inklusiv »built environments«, som fra ord til andet fra vores side nu ligner det forslag I selv er kommet med. I er kommet med kompromisforslag, som rækker langt ind på »public procurement«, vi har indføjet tilføjelser omkring »functional limitations«, så det også dækker en lang række af jeres forslag.

Det var det I krævede til at starte med. Jeg synes, det ville være rart med en lille smule anerkendelse af, at vi rent faktisk nærmest har lagt os ned i den forbindelse for at få det brede kompromis. Jeg har fået rigtig meget ros fra disability organisations i de sidste par dage, det hører jeg heller ikke noget om her, fordi vi har strakt os så langt, som vi har.

Jeg skal til slut sige, at jeg håber rigtig meget på, at de ord, jeg sagde til at starte med, kan blive mødt med enighed, nemlig at vi har brug for et meget, meget stærkt mandat. Vi har en stor chance lige nu. Lad os nu tage et realistisk stort skridt, det bliver meget svært, når vi skal til at forhandle med Rådet. Lad os tage et realistisk skridt, jeg håber, alle vil være med i den kamp, der følger nu. Tak skal I have.

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

17. Verlängerung des Europäischen Statistischen Programms bis 2020 (Aussprache)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate sobre el informe de Roberto Gualtieri, en nombre de la Comisión de Asuntos Económicos y Monetarios, sobre la propuesta de Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo por el que se modifica el Reglamento (UE) n.º 99/2013 del Parlamento Europeo y del Consejo, relativo al Programa Estadístico Europeo 2013-17, prorrogándolo para el período 2018-2020 (COM(2016)0557 - C8-0367/2016 - 2016/0265(COD)) (A8-0158/2017).

Roberto Gualtieri, rapporteur. – Mr President, I would like first to express my appreciation for the excellent collaboration I had with the Maltese Presidency, the acting Director-General of Eurostat and their respective staff and I would also like to thank all the shadow rapporteurs for their cooperation.

The European Parliament has always been supportive of the European Statistical System and has highlighted the need for European statistics to be as comprehensive, comparable, accurate and timely as possible. In this sense, the extension of the European Statistical Programme 2018-2020 is an important achievement. It is not the pure extension of its deadline; but it aims to revamp the European Statistical Programme 2013-2017, securing the good functioning of the European Statistical System, taking into account new high standards and expanding demands of data and information by policy-makers and citizens.

In the regulation, we envisage advances in areas such as migration, social and environmental statistics, as well as energy and transport statistics. All these data should allow the monitoring of objectives and targets of the 2030 Agenda for Sustainable Development to be set at Union and Member State level and, in this way, to contribute to the achievement of such goals. Let me stress the main issues we take on this regulation: migration is certainly a key topic. The new regulation encourages the further development of existing data collection as well as new data collection in order to better cover asylum and manage migration. This should give a better picture of the migration phenomenon, thanks to the valuation of other variables like education level and integration in the labour market.

With respect to the statistical measurement of the situation of refugees, further cooperation with the EU and international organisations is foreseen in order to provide increased availability of data. As regards the social and economic area, with the extension of the European Statistical Programme, we have large and better specified indicators that should be available to monitor the implementation of Europe 2020. The regulation foresees more detailed information on employment indicators distinguishing between fixed-term and permanent contracts. Moreover, indicators should also include data on gender divides and wage gaps, as well as the measurement of pockets of high unemployment, including high unemployment in cross-border regions.

As regards international trade, this regulation provides for the strengthening of indicators on economic globalisation and global value chains in order to allow an analysis of the positive and negative consequences for the European market, in particular for the Union's labour market. Special attention has been devoted also to the production of indicators on income, consumption and wealth distribution in particular, indicators such as the Gini index, as well as data on inequality of access to basic goods and services. Improvement of the quality of information on national accounts has also been encouraged in order to allow better estimates of tax gaps and tax avoidance.

The user friendliness of European statistics and easy access to the data are key priorities allowing European citizens to use such data for their education and decision-making. I recognise the important effort that Eurostat has made in the last number of years regarding better communicated statistics and improving its website, for example, by including interactive visualisation maps and infographics. This regulation supports further action in this direction, which we consider necessary in order to contribute effectively to the announcement of the dissemination of statistical information throughout European society.

Finally, the extension of the European Statistical Programme for the period 2018-2020 has reinforced the resources at the disposal of the European Statistical System. This recent increase of the budget for European statistics will bring significant added value in terms of outputs and will also benefit the statistical system in Member States.

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, in these turbulent times, it is more important than ever that public debate and political decisions are based on reliable facts, not ‘fake news’. The European statistical programme ensures just that, by providing trusted statistics on Europe through Eurostat, the statistical authority of the Union.

The evidence provided by the European statistical programme underpins all of the political priorities of the Union. As priorities change and in order to address new challenges, the statistical programme now needs to be adapted to remain relevant and to provide the information needed to take informed decisions for the future of Europe.

The Commission welcomes the compromise achieved between the three institutions on the extension of the current European statistical programme to 2020. The compromise addresses the growing demand for relevant and timely statistics to support the key Union priorities. In particular, the extension of the programme contains measures for the production of new and better statistics in support of a more social Europe. For example, it will provide better data on income and inequalities, as well as equal opportunities on the labour market. Furthermore, the integration of migrants into the labour market will be better monitored. The programme will also deliver more detailed and faster statistics for other important policy areas such as the Energy Union and will support the monitoring of the Sustainable Development Goals at Union level.

The Commission considers this extension of the programme to 2020 to be a most important step forward in further strengthening the European Statistical System's capacity to deliver more timely data and to better respond to policy needs. The foreseen enhanced budgetary support is urgently needed for these developments.

I am grateful that Parliament has been a most active and cooperative ally by providing political guidance and support in this regard. The Commission looks forward to pursuing this positive development for European statistics in the coming years and in particular in relation to the evolution of EU governance in many policy domains and in preparing the future multiannual financial framework (MFF).

I wish to conclude by thanking the rapporteur Mr Roberto Gualtieri – thank you so much – and the shadow rapporteurs of the Committee on Economic and Monetary Affairs for their constructive approach to the proposal. I also wish to thank Ms Maria Arena and the Committee on Employment and Social Affairs for their much appreciated opinion. I believe we have reached the common objective to ensure that European policymakers and citizens can continue to rely on the valuable facts provided by the European statistical programme.

Daniel Buda, *în numele grupului PPE*. – Am ținut să intervin pe acest subiect deoarece apreciez că este mai mult decât vital pentru eficiența politicilor europene utilizarea datelor statistice, dar mai ales evaluarea acestora și a tendințelor care rezultă de aici. Statisticile ne oferă o radiografie a stării actuale a societății, a economiei noastre, precum și a pieței forței de muncă, respectiv a condițiilor de viață, a veniturilor obținute de cetățenii europeni, dar și a tendințelor în diverse sectoare economice și sociale, furnizând date concrete. Conceperea, punerea în aplicare și monitorizarea politicilor Uniunii Europene pot fi realizate doar având o bază statistică solidă, imparțială, fiabilă, conținând date concrete și relevante.

Prin urmare, consider că programul statistic european trebuie prelungit până în anul 2020, fiind necesar a fi oferit sprijinul financiar menit să asigure o perfecționare a acestuia. Totodată, instituțiile europene trebuie să acorde atenția necesară statisticilor furnizate, tocmai pentru a fi capabile să reacționeze prompt atunci când sunt identificate posibile crize în multiple domenii, preîntâmpinând, totodată, apariția acestora. Dacă s-ar fi ținut cont de statistici și de rezultate, la un moment dat, în sectorul laptelui, în 2016, nu am fi avut o criză care a lovit din plin acest segment. Prin politici eficiente, în mod cert s-ar fi reușit asigurarea unui echilibru între cerere și ofertă pe piața acestui sector. Nu în ultimul rând, criza privind migrația ar fi putut fi anticipată, iar implicațiile sociale, economice și bugetare ale acesteia mult atenuate, dacă se aveau în vedere din timp tendințele acestui fenomen.

Alfred Sant, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the text we have before us is important because it provides excellent guidelines regarding the collection of data we need to design to implement and to evaluate European policy in the coming years. There will be enormous needs for consolidation of policies with the probability that the deepening of eurozone governance will be attempted.

The danger is that consolidation will lag. Deepening could encourage further centrifugal effects on a systemic basis. To be able to detect such developments, we need statistics that are close to the bone and relevant to the issues. On that basis, one should be able to distinguish what is causal and what is contingent on developments between regions, nations, the North, South and East of the Union. This applies, not least to the situation of peripheral and island regions, which is my special interest.

Overridingly, there is a problem of how to reverse the growing divergences between parts of the Union. An essential step in that direction is a proper measurement of divergences. The text stresses rightly the social aspect of the data that will be needed. In that context, a priority area for statistical improvement would be labour data that captures the extent of precarious work, in-work poverty, youth and other under-employment of migrant workers.

Enrique Calvet Chambon, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, quiero aprovechar estos dos minutos que me dan, primero, para felicitar al señor Gualtieri, el ponente, y a todos los que han trabajado, y celebrar el texto inicial de la Comisión y también el interés que todos ellos han demostrado —y la Comisión la primera— por un arma poderosísima desde el punto de vista social, no solo económico, que son las estadísticas. Que son a veces arduas y no tienen *sex appeal*, pero que son absolutamente fundamentales para la futura prosperidad y la futura libertad democrática de nuestras sociedades. Y en eso —quiero recalcarlo—, detrás del análisis de las desigualdades, detrás del análisis de la pobreza, detrás del análisis de las necesidades básicas y de si se cumplen o no, detrás de las necesidades de electricidad y la pobreza de la electricidad, y de todo lo que usted quiera, hay estadística, y sin ella no se harían políticas.

Por lo tanto, quiero recalcar el aspecto social y agradecer que las sugerencias del Grupo ALDE hayan sido recogidas por los ponentes y, después, en el diálogo tripartito. Estas se han centrado básicamente en tener información potente de cara a futuros Tratados y la ampliación de la UE; ampliar la información disponible y que llegue puntualmente para el Semestre Europeo, que es fundamental; monitorizar el programa de estabilidad y crecimiento; resaltar la importancia de la medición de las desigualdades; ir más allá de las prioridades políticas de la Comisión y de la Estrategia 2020; que las estadísticas estén disponibles —muy importante— y sean públicas y fácilmente accesibles para todo aquel que lo necesite y desee; hacer ver que la extensión del programa anual estadístico es también una oportunidad para reforzar la cooperación entre los centros nacionales y los grandes centros estadísticos, incluso internacionales; y, finalmente, considerarlas temas prioritarios en la acción Más allá del PIB, para ir enriqueciendo, sobre todo socialmente, las medidas del bienestar, y que no solo se queden en el PIB.

David Coburn, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, the European Statistical Programme sounds like a dry and very barren landscape to sow rhetorical seeds. We are told the availability of reliable, comprehensive European statistics is an important public good. Who could object? But the Commission in its explanation of the purpose behind the statistical programme refers to these statistics as ‘indispensable’ if Europe is to be understood by the general public. Well, that’s their true purpose. What is it? Propaganda, ladies and gentlemen, propaganda. It was after all, the EU that changed the definition of the gross national income to include the black economy on drugs and prostitution and, by doing so, increased Member State contributions to the EU based on the size of their economy.

And, by sleight of hand, it is the EU that averages statistics telling us that the EU rates of economic growth are up and unemployment down, disguising from the public that youth unemployment in southern Europe is still between 40% and 50%. Taxpayers should not be asked to fund the collation of EU propaganda. This is a waste of taxpayers’ money. We should stop using propaganda to put forward statistics are not true.

Miguel Viegas, em nome do Grupo GUE/NGL. – Senhor Presidente, a produção de dados estatísticos de elevada qualidade é de grande importância, tanto para os decisores políticos como para a população em geral. Melhores estatísticas poderão ajudar a uma melhor compreensão da realidade e, por conseguinte, a tomadas de decisões possivelmente mais conscientes e consequentes.

É verdade que estamos de acordo com a extensão do programa pelo período de 2018-2020, com a sua ligação à consecução da Agenda 2030, com o aumento da verba orçamental que lhe é destinada, mas também com algumas melhorias feitas ao projeto da Comissão Europeia, nomeadamente a introdução de indicadores sobre emprego, que distingam emprego com contratos de termo certo e com contratos permanentes e o pedido para que sejam feitos progressos no sentido de desenvolver um quadro conceptual para a produção de séries de dados estatísticos que meçam e o cumprimento das normas fiscais, a elisão e a evasão fiscais.

Porém, não é menos verdade que não podemos estar inteiramente de acordo com o facto de, o foco deste prolongamento ser o apoio a 10 prioridades políticas da Comissão Europeia como o Semestre Europeu, a Estratégia Europa 2020, a iniciativa Legislar Melhor e a União Europeia da Energia relativamente às quais mantemos muitas reservas.

Gabriel Mato (PPE). – Señor presidente, comisario, lo primero que quisiera es dar las gracias al presidente Gualtieri y al resto de colegas por su trabajo. Por un trabajo bien hecho. Y quiero dar la bienvenida a esta propuesta para extender el Programa Estadístico Europeo al período 2018-2020.

Las pruebas fiables y pertinentes basadas en las estadísticas europeas son absolutamente esenciales para medir el progreso y evaluar la eficiencia de las políticas y los programas de la Unión, especialmente en el contexto de la Estrategia Europa 2020 y la Agenda en materia de empleo, crecimiento, equidad y cambio democrático.

La unidad europea se enfrenta a retos en muchos ámbitos políticos y la demanda de estadísticas europeas sigue siendo muy elevada. La necesidad de una respuesta política a la profunda crisis económica y su impacto social ha impulsado la demanda de mejores políticas económicas y sociales basadas en pruebas sólidas y comparables.

La Comisión Europea presentó entre sus diez prioridades políticas la importancia de satisfacer la demanda creciente de estadísticas y la necesidad de ponerlas a disposición mucho más rápidamente. La aplicación y el seguimiento de las políticas de la Unión Europea se basan en información estadística comparable y de alta calidad sobre la situación económica, social y medioambiental en la Unión Europea y sus componentes a escala nacional y regional.

Tras el acuerdo logrado, hemos asegurado cumplir con tres de los objetivos fundamentales. Primero, información estadística de alta calidad, asegurándonos de que no queda ninguna laguna estadística y centrándonos en una serie de ámbitos prioritarios que reflejen las diez prioridades de la política de la Comisión. Segundo, tener la capacidad de responder más rápidamente a las necesidades estadísticas de la Unión, adaptando la infraestructura estadística para aprovechar el potencial de las nuevas fuentes de datos. Y tercero, mejorar la productividad del sistema estadístico europeo y garantizar su protagonismo a nivel mundial.

Las estadísticas europeas también son fundamentales para que el público en general entienda Europa y para que los ciudadanos participen en el proceso democrático y el debate sobre el presente y el futuro de la Unión Europea. Gracias a este nuevo sistema se estará en condiciones de satisfacer la demanda creciente de estadísticas y la necesidad de ponerlas a disposición más rápidamente, garantizando unas estadísticas europeas fiables, objetivas, comparables y coherentes a pesar de lo que aquí alguno ha dicho.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento interno))

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – The Soviet Union used to have some of the finest statistics the world has ever known. As a matter of fact, I took the trouble once or twice to listen to some of the speeches of some of the Soviet Union's leaders, some of which went on for several hours. If you were very tired at night, it was a very good way to get to sleep. They used to dish out statistics about how tractor production figures were up, comrades.

Well, this sounds a bit like that. This gentleman here was saying that we want more statistics. Well, good grief, you couldn't get more statistics than the Soviet Union turned out, but they were all lies. You can do anything with statistics. Who was it who said 'lies, damned lies and statistics'? Well, would you not agree with me that you can tell any lie with statistics? The Soviet Union was marvellous at that and this place becomes more like the Soviet Union every day, especially after what Herr Juncker said this morning.

Gabriel Mato (PPE), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Efectivamente, tiene razón: cualquier mentira puede pasar una estadística, incluso las suyas. Evidentemente, no aspiro yo a que alguien que no cree en la Unión Europea crea en las estadísticas.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, it seems that Mr Coburn was in a great hurry.

First, I would like to congratulate the rapporteur, Mr Gualtieri, on the outcome of the report and for stressing within it the need to strengthen the quality of EU statistics, in particular the macro-economic, employment and social statistics, to better implement the EU 2020 Agenda. Secondly, I would like to welcome the proposed extension of the European Statistical Programme to 2020 as I consider it important to align it with the present financial framework. There were still a number of gaps that needed to be filled in order to better support EU policies. Moreover, the statistical infrastructure was also not yet flexible enough to deliver new data when needed.

Therefore, I believe it is essential to improve the quality of statistics, especially on sustainable development, and ensure that our policies are based on more than GDP or debt deficit indicators. High-quality statistics should contribute to the achievement of the Sustainable Development Goals of the United Nations' 2030 Agenda for Sustainable Development and to the 2015 Paris climate agreement.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il miglioramento del sistema statistico europeo è questione di fondamentale importanza, non solo per valutare efficacemente i risultati e i progressi della strategia Europa 2020, ma anche per l'elaborazione di risposte specifiche a problemi nuovi e istanze inedite.

La crisi economica globale dell'ultimo decennio ha impoverito tanti cittadini dell'Unione, provocando mutamenti sociali e politici non ancora del tutto definiti, che per la loro complessità necessitano di nuovi strumenti di analisi, non soltanto macroeconomici.

La qualità del lavoro, le nuove povertà, l'esclusione sociale, la qualità dell'ambiente e della vita nelle città, le periferie, la violenza di genere, la qualità democratica, la questione migratoria sono solo alcuni degli aspetti sociali di cui occorre tener conto nell'elaborazione di nuovi indici di rilevazione, utili a modernizzare le statistiche ufficiali ma anche ad allargare l'orizzonte della qualità della vita dei cittadini europei, in linea con le priorità della Commissione nel programma per l'occupazione, la crescita e l'equità sociale.

Complimenti al collega Gualtieri per l'ottima relazione.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, ο ελληνικός λαός έχει πληρώσει ακριβά τις λαθροχειρίες των κυβερνήσεων και της Eurostat όσον αφορά τον τρόπο καταγραφής των στρατιωτικών δαπανών, των χρεών των νοσοκομείων, της ένταξης κρατικών εταιρειών και θεσμών στη γενική κυβέρνηση. Το 2010, ο τότε Πρόεδρος της Ελληνικής Στατιστικής Υπηρεσίας, κύριος Γεωργίου, η Eurostat και η τρόικα αύξησαν το δημοσιονομικό έλλειμμα της Ελλάδας με τρόπο που παραβιάζει τόσο την ελληνική όσο και την ευρωπαϊκή νομοθεσία. Η ελληνική Δικαιοσύνη καταδίκασε τον Πρόεδρο της Ελληνικής Επιτροπής Στατιστικής Υπηρεσίας.

Κύριε Επίτροπε, η Επιτροπή και οι ευρωπαϊκοί θεσμοί αντί να εξετάσουν το θέμα στη βάση της αξιοπιστίας των στατιστικών εκβιάζουν την Ελλάδα να παρέμβει στη Δικαιοσύνη ώστε να αθωωθεί ο κύριος Γεωργίου, να κλείσει η υπόθεση και να ξεχαστεί το μεγαλύτερο ευρωπαϊκό σκάνδαλο χειραγώγησης των στατιστικών. Ο ελληνικός λαός και οι ευρωπαίοι πολίτες έχουν το δικαίωμα σε αξιόπιστα στατιστικά στοιχεία και όχι σε πολιτικά παιχνίδια κυβερνήσεων και τρόικας που στόχο έχουν να δικαιολογήσουν τα μέτρα λιτότητας που επιβάλλουν.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ο εκφοβισμός και η χειραγώγηση των λαών της Ευρώπης, και ειδικά των Βρετανών πριν το δημοψήφισμα, απέτυχαν παταγωδώς και το δείχνουν ακόμα και οι χαλκευμένες στατιστικές. Η επιστήμη της στατιστικής και δεδομένων αποτελούν μεθοδικά μαθηματικά εργαλεία που έχουν ως απώτερο σκοπό την εξαγωγή ασφαλών συμπερασμάτων για λήψη ορθών αποφάσεων. Αντιθέτως, στην Ένωση τα στατιστικά προγράμματα χρησιμοποιούνται ως εργαλεία προπαγάνδας, μηχανές παραγωγής σκανδάλων ακόμα και συνειδητής ύπουλης διαχείρισης κρατών μελών και των λαών τους. Παράδειγμα, η διοχέτευση κονδυλίων σε πολλούς τομείς άνευ αξίας επειδή απλά η τεχνηέντως διαμορφωμένη κοινή γνώμη χειραγωγήθηκε ως προς τη χρησιμότητα αυτών. Οφθαλμοφανής απόδειξη είναι η σκανδαλώδης επίτευξη των κριτηρίων σύγκλισης υποψηφίων προς ένταξη χωρών, τα οποία απείχαν παρασάγγας από την πραγματικότητα. Πραγματικό όφελος των φορέων λήψης απόφασης, των ερευνητών και των πολιτών της Ένωσης, εν γένει, δεν είναι η ποιότητα των δεδομένων αλλά η ακρίβεια και η εγκυρότητα αυτών.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Mr President, I wish to thank colleagues for their valuable views and opinions. Firstly, I would like to say in a very polite manner to my dear colleague from the EFDD Group that I completely disagree with his view. I am sorry for this, but I do not want to engage in more details.

With regard to Greece, may I remind you of this; that the independence of statistical offices in our Member States is a key pillar of the proper functioning of the EMU. This is why it is protected by EU law. The Commission, as you know, has full confidence in the reliability and the accuracy of ELSTAT data during 2010-2015 and beyond. This is, as you know, the Commission position regarding many developments in Greece just two or three months ago.

The compromise that has been reached in very fruitful discussions between the three institutions is a major step forward in making the European statistical programme fit for the future. I believe the measures foreseen address the views you have expressed today. As priorities and information needs evolve, further developments in statistics will be needed at both Union and Member State level. The Commission has therefore already started a reflection and stakeholder dialogue about further enhancements of European statistics within the framework of the next multiannual financial framework.

With the support of this Parliament, the Commission will ensure that European statistics remain relevant and of highest quality to support our common endeavour of a better Europe for our citizens. I strongly believe that we have a very reliable statistical programme.

Roberto Gualtieri, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi sembra che il largo consenso emerso in questo dibattito sia un dato positivo, che riflette anche il consenso espresso in seno alla commissione ECON, e quindi volevo ringraziare tutti i colleghi che sono intervenuti e di nuovo tutti i relatori ombra e i relatori dei pareri che hanno contribuito a concludere positivamente questo lavoro legislativo, che costituisce un tassello limitato ma significativo verso l'ulteriore rafforzamento della qualità delle statistiche europee, sulle quali naturalmente le obiezioni che sono state rivolte in questo dibattito appaiono destituite di ogni fondamento.

Volevo anche unirmi alle parole della Commissione nel sottolineare come anche il Parlamento europeo sia un forte sostenitore dell'indipendenza degli uffici statistici nazionali. Su questo, anche nell'ambito del gruppo di lavoro per l'assistenza finanziaria, che presiedo, abbiamo espresso parole chiare anche nei confronti della vicenda greca.

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

18. Europäische Risikokapitalfonds und Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (Aussprache)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate sobre el informe de Sirpa Pietikäinen, en nombre de la Comisión de Asuntos Económicos y Monetarios, sobre la propuesta de Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo por el que se modifica el Reglamento (UE) n.º 345/2013, sobre los fondos de capital riesgo europeos, y el Reglamento (UE) n.º 346/2013, sobre los fondos de emprendimiento social europeos (COM(2016)0461 - C8-0320/2016 - 2016/0221(COD)) (A8-0120/2017).

Sirpa Pietikäinen, esittelijä. – Arvoisa puhemies, eurooppalainen talous on äärimmäisen riippuvainen perinteisestä pankkirahoituksesta. Tämä ongelma nousee esille erityisesti pk-yritysten rahoitustarpeessa, joka on edelleen suurimpia kapeikkoja ja kompastuskiviä. Erityisesti tämä luonnollisesti kohdistuu uusien, innovatiivisten ja tätä kautta myös riskialttiiden ideoiden, projektien ja yritysten rahoitukseen, olipa kyse – niin kuin usein on – pienistä pk-yrityksistä, joista idea lähtee liikkeelle, tai sitten isommista hankkeista.

Me tarvitsemme kipeästi enemmän koko sisämarkkina-alueella toimivia bisnesenkeleitä ja venture capitalia, tätä riskipääomarahoitusta. EU:n riskipääomamarkkinat laahaavat edelleen kaukana lähimmän vertailukohtamaamme Yhdysvaltojen jäljessä. EU:n markkinat ovat noin viisi kertaa pienemmät kuin Atlantin takaiset, ja ne ovat kaiken lisäksi sirpaloituneet kansallisiksi, mikä rajoittaa myös täällä toimivien rahastojen kasvua ja niiden mahdollisuutta kohdentaa omaa erityisosaamistaan esimerkiksi teknologiaan, ympäristöosaamiseen tai lääketieteeseen. Oppia hyvin toimivista riskipääomamarkkinoista kannattaisi myös hakea Aasian suunnalta tai Israelista.

Ongelma muodostuu erityisen pahaksi erityisesti silloin, kun rahasto on päässyt tavoitteeseen, eli löytänyt toimivan idean ja yrityksen. Vahvassa kasvuvaiheessa oleva startup-yritys kaipaasi nopeasti kasvavaa lisärahoitusta ja osaamista. Silloin meidän suhteellisesti hyvin pienillä rahastoillamme ei välttämättä ole tarjota yritykselle osaamista, tukea eikä myöskään rahoitusta. Kun follow-up-rahoitusta ei ole tarjolla Euroopassa, idea joko kuihtuu kasaan, tai vaihtoehdot on etsittävä muualta Euroopan ulkopuolelta.

Tämä ongelma ei ole tietenkään uusi eikä tiedostamaton, ja siksi jo vuonna 2013 EU antoi asetuksen eurooppalaisen riskipääoman yhteisestä passista eli EuVECA-passista, joka luo yhteiset pelisäännöt riskipääomarahastomarkkinoille ja varainkeruulle ympäri Eurooppaa. Se ei kuitenkaan ole toiminut oletetulla tavalla, koska huhtikuussa 2016 rahastoja oli rekisteröity vain 70 EuVECA-rahastolla ja vain neljä EuSEF-rahastolla. Nyt osana pääomamarkkinaunionia komission ehdotuksella me pyrimme korjaamaan tätä ongelmaa.

Tarkoituksena on varmistaa, ettei kukin kansallinen viranomainen vaadi rahastolta perusteettomasti kansallisia rekisteröinti- tai valvontamaksuja tai luo teknisiä esteitä markkinoillepääsulle. Nykyisin yleinen käytäntö on täysin eurooppalaisen passin ajatuksen ja pääomamarkkinoiden vastainen. Keskeinen osa ehdotusta on ylimääräisten maksujen ja velvoitteiden täyskielto. Lisäksi myös usein isommille rahastoille avataan mahdollisuus hallinnoida EuVECA- ja EuSEF-rahastoja, mikä lisää rahastojen mahdollisuutta antaa lisää follow-up-rahoitusta. Myös mahdollisuutta sijoittaa pk-yrityksiin parannetaan.

Tähän komission ehdotukseen liittyy laajempi paketti, jolla kokonaisuudessaan pyritään lisäämään riskipääomarahoitusta unionissa. Siellä on EU:n budjettitukea, rahastojen rahasto, jolle voidaan houkutella pääomaa, vivuttaa sitä suurilta yhteisösjoihtajilta. Ongelmaksi yhä edelleen jää kansallinen verokohtelu, joka on EU:n kompetenssin ulkopuolella. Pieniä askeleita päästiin eteenpäin siinä, että nämä kauniit periaatteet myös toteutuisivat yhteisellä eurooppalaisella valvonnalla, jolla taataan, että kaikki jäsenmaat kohtelevat eurooppalaisia rahastoja tasapuolisesti ja samalla tavalla.

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, your vote will be an important step in finalising yet another element of the capital markets union, reviewed rules for European venture capital funds and new European social entrepreneurship funds. Venture capital is an important source of funding for businesses in the start-up and expansion phase. By providing capital-intensive financing and specialised support, venture capital fills an important gap in the funding escalator that other financial actors may not be able to fill.

Unfortunately, Europe is currently lagging behind other markets in this area. European venture capital funds are fragmented, concentrated in only a few Member States, and often lacking in scale. The original regulations aimed to address this funding by creating deeper and more integrated venture capital markets in Europe. By setting up EU-wide labels, EuVECA and EuSEF were designed as a means for qualifying funds to market themselves easily across the EU.

EuVECA had some success, with about 126 EuVECA funds having been notified to ESMA as of last month, but this is not enough to meet the financing challenge. For EuSEF progress has been slow, with only seven funds notified so far. Under the CMU project, the European Commission therefore made reviewing EuVECA and EuSEF regulations a matter of priority in order to turn these labels into truly effective vehicles for venture and social capital financing in Europe. More specifically, we introduced three main changes to improve and speed up the growth and spread of these funds.

First, we extended the range of managers eligible to market and manage EuVECA and EuSEF funds to include large fund managers. In other words, those with assets under management of more than EUR 500 million. These managers can provide economies of scale and trusted brands, thereby passing benefits on to investors.

Second, we expanded the ability of EuVECA funds to invest in small midcaps and SMEs listed on SME growth markets. This should increase the diversification possibilities offered by EuVECA funds and therefore make them more attractive to investors.

Third, we decreased costs by explicitly prohibiting fees imposed by Member States' authorities where no supervisory activities were performed. We also simplified registration processes. The new rules for EuVECA funds are part of a range of measures we are putting forward in order to support innovation by strengthening European venture capital markets. Throughout the legislative process, the legislators have shown a clear commitment to developing the rules and finding necessary compromises.

The final text provides certainty and simplicity about requirements for the level of own funds to be held by managers. Legislators have also taken practical steps to clarify and enhance the role of ESMA in ensuring consistent and convergent practices among national competent authorities across the EU. The Commission welcomes these changes which will further help revitalise the EuVECA and EuSEF labels.

Colleagues, ladies and gentlemen, by endorsing the political agreement you will move Europe one step closer to a high-growth, innovation-led economy by breaking down the barriers currently impeding venture and social investment at EU level. We want to take this opportunity again to thank the European Parliament and, in particular, the rapporteur Mrs Pietikäinen, the shadow rapporteurs, and also Mr Gualtieri for their efforts and constructiveness during the trilogue negotiations.

Theodor Dumitru Stolojan, în numele grupului PPE. – Domnule președinte, un punct slab al piețelor de capital în Uniunea Europeană este insuficiența fondurilor cu capital de risc. Este, poate, cea mai importantă diferență calitativă între piețele de capital din Uniunea Europeană și piața de capital din SUA, unde aceste fonduri de risc finanțează în mod deosebit *start-up*-urile din domeniul inovației. De aceea, nu pot decât să salut propunerile Comisiei Europene, precum și acordul la care s-a ajuns, pe raportor și pe toți cei care au lucrat la acest proiect, întrucât, prin măsurile propuse, se îmbunătățesc condițiile atât de înființare, cât și de dezvoltare a acestor fonduri de risc, se deschide oportunitatea de a finanța *start-up*-uri, în special pentru întreprinderile mici și mijlocii și, desigur, se întărește rolul Autorității europene de supraveghere a piețelor și a hârtiilor de valoare în acest domeniu. Voi vota aceste propuneri.

Andrea Cozzolino, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la revisione dei fondi EuVECA ed EuSEF ha una ricaduta positiva per accelerare la crescita economica, creare nuovi e più stabili posti di lavoro e creare condizioni più favorevoli agli investimenti.

I fondi di *venture capital* finanziano soprattutto, come abbiamo detto, imprese innovative ad alto tasso tecnologico, molto competitive sullo scenario globale, con una buona ricaduta dal punto di vista occupazionale. Sono io stesso testimone di tante esperienze, soprattutto nel mio paese, in Italia, di imprese che hanno potuto utilizzare questi fondi e hanno svolto attività straordinarie.

Siamo intervenuti principalmente in quattro dimensioni. La prima è quella di estendere la platea di coloro i quali possano utilizzare questi strumenti, includendo i gestori di fondi di maggiori dimensioni; in questo modo incentiveremo economie di scala per gli investimenti; inoltre abbiamo ampliato il novero di imprese in cui i fondi UeVECA possono investire e abbiamo diminuito i costi regolamentari attualmente esistenti.

La seconda scelta che abbiamo fatto: abbiamo reso questi fondi realmente europei. Infatti, siamo intervenuti uniformando le procedure di registrazione e supervisione tra tutti gli Stati membri, attraverso un ruolo di maggiore coordinamento dell'ESMA.

Terzo: abbiamo reso questi fondi più sicuri, facendo in modo che abbiano maggiori garanzie in merito alla loro qualità e gestione. Infine, è presente un obbligo di *reporting* per EuSEF, in modo da includere una descrizione di come i rischi ambientali e climatici siano presi in considerazione nella modalità di investimento.

Credo possiamo considerarci tutti, e lo siamo, soddisfatti del lavoro che abbiamo svolto, perché con questo nuovo regolamento noi incoraggiamo un'imprenditoria sociale tecnologicamente avanzata, diamo una forza maggiore agli investimenti, pubblici e privati, creiamo una finanza al servizio dell'economia reale, prestiamo maggiore attenzione all'ambiente e, infine, offriamo una tutela e una salvaguardia del lavoro.

Mi pare si tratti di un risultato molto importante, che abbiamo raggiunto grazie al lavoro che abbiamo svolto tutti insieme.

Δημήτριος Παπαδημούλης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, χρειάζεται να ενισχύσουμε τις νεοφυείς επιχειρήσεις, την νεανική επιχειρηματικότητα, την καινοτομία. Η πρόταση της Επιτροπής κάνει με καθυστέρηση ένα βήμα μπροστά και η πρόταση του Ευρωκοινοβουλίου, με τη συμβολή της κυρίας Pietikäinen και των σκιωδών εισηγητών, βελτιώνει την πρόταση της Επιτροπής. Αλλά χρειάζεται να τρέξουμε γρηγορότερα γιατί η απόσταση που χωρίζει την στήριξη της καινοτομίας και της νεανικής επιχειρηματικότητας και των νεοφυών επιχειρήσεων στην Ευρώπη, σε σύγκριση με άλλες οικονομίες, παραμένει μεγάλη. Άρα πρέπει να ενισχύσουμε ακόμη περισσότερο τις μικρές και τις μεσαίες επιχειρήσεις. Να μειώσουμε το κόστος της γραφειοκρατίας περισσότερο. Να διευκολύνουμε όσους έχουν σπουδαίες ιδέες αλλά δεν έχουν τα κεφάλαια για να τις υλοποιήσουν. Και πρέπει να νοιαστούμε περισσότερο για τις χώρες που υποφέρουν περισσότερο – όπως η χώρα μου η Ελλάδα – από την ύφεση, όπου σπουδαία μυαλά μεταναστεύουν στο εξωτερικό γιατί το τραπεζικό σύστημα της χώρας τους δεν έχει τη δυνατότητα να στηρίξει επιχειρηματικές ιδέες. Άρα χρειαζόμαστε σε αυτό το θέμα περισσότερα βήματα και περισσότερη Ευρώπη.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

David Coburn (EFDD), blue-card question. – Mr President, would you not agree with me that governments who are generally massively incompetent are not the best people. Bureaucrats who have no experience of business or entrepreneurial affairs have no business involving themselves in capital markets in the stock exchange or anything like that. Surely, capitalism is the best way to make sure young businesses grow. And, quite frankly, I have been in business for 30 years and I have always found that if there's a good plan and there's a good project then somebody wants to put money into it. So why should we be wasting taxpayers' money on something that the stock market and financial markets should be dealing with. This is a lot of nonsense, and a waste of taxpayers' money.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL), απάντηση «γαλάζια κάρτα». – Κύριε Coburn, εσείς, που θεωρείτε ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι σαν τη Σοβιετική Ένωση, είναι λογικό να θεωρείτε ότι η βοήθεια νέων ανθρώπων να αναπτύξουν νεοφυείς επιχειρήσεις είναι κάτι επικίνδυνο και κακό. Πιστεύετε ίσως σε έναν καπιταλισμό-ζούγκλα χωρίς ρυθμίσεις. Διαφωνώ μαζί σας, δεν συμφωνώ καθόλου. Όσον αφορά δε τις επικρίσεις για τις κυβερνήσεις, μπορεί εσείς να έχετε δίκιο επικρίνοντας την κυβέρνηση της χώρας σας.

Bernard Monot, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, j'espère que vous prêterez attention à mon intervention.

Tout d'abord, je vous avoue que nous avons des doutes profonds sur la nécessité affichée par la Commission de développer à toute force le financement des entreprises européennes via les marchés financiers, obligataires et boursiers. Cela est organisé au détriment des financements bancaires traditionnels, des économies européennes et au détriment de la compétitivité des banques européennes.

En effet, une révision des règlements sur le fonds d'investissement en capital-risque et sur les fonds d'entrepreneuriat sociaux, adoptés il y a seulement quatre ans, nous semble encore prématurée. Le temps aurait dû être donné à ces deux nouveaux labels européens de prendre leur essor progressivement, comme les fonds UCITS auparavant.

Mais non, il y a urgence, selon la Commission, qui considère que les fonds regroupés sous ce label ne sont pas assez paneuropéens et seraient de trop petite taille. Or, en matière de capital-risque, la gestion d'un petit nombre de projets est souvent gage de succès. *Small is Beautiful*.

De même, la connaissance parfaite des conditions économiques, sociales et réglementaires locales est souvent une condition préalable au succès de l'investissement en capital. Des managers de fonds transnationaux sont moins efficaces que des investisseurs en capital-risque à spécialité nationale.

Mais nous avons une autre préoccupation. Cette modification des règlements ouvre la possibilité d'octroyer le label «fonds de capital-risque européen» aux gestionnaires de *hedge funds*, c'est-à-dire les fonds alternatifs au sens de la directive AIFM. C'est même d'ailleurs le principal apport de ce texte.

Cette évolution dénature l'esprit originel du règlement de 2013. Les fonds d'investissement en capital vont ainsi se retrouver noyés au sein des diverses stratégies des mastodontes de la gestion alternative transnationale.

Nous craignons également que, au sein des grands gestionnaires alternatifs, les murailles de Chine obligatoires entre les différentes lignes d'investissement et de création de produits financiers titrisés ne soient pas respectées.

Pour ces raisons, malgré notre soutien de principe au développement du capital-risque, nous nous abstenons sur ce texte.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

David Coburn (EFDD), blue-card question. – I would like to ask this question of you. I think that this capital is going to be given to some companies in 'wherever'. I mean I have never heard of any in Britain. I don't know if you have in France. But surely giving those companies money, to the detriment of other companies which have actually raised the money themselves and got off their bottoms and done it, why would that be a good thing? Surely, those people will be able to crush those other companies that have fairly tried to raise money on the independent markets. Surely this sort of communism or socialism is very, very bad and the reason why the European Union is going bust and why Greece is in a very bad position and why for many years – and you, I know, I agree with me on this – socialism in France has destroyed the French entrepreneurial spirit. I want to see France rise. I don't want to see France be destroyed. Would you agree with me, sir?

Bernard Monot (ENF), *réponse «carton bleu»*. – Cher collègue David Coburn, je crois que nous sommes, en termes politiques et économiques, à peu près sur la même ligne. Nous sommes des conservateurs, libéraux dans l'Hexagone, donc en France, bien entendu opposés au socialisme, au communisme, à toutes les formes d'extrémisme économique. Nous sommes tout simplement procapitalistes et bien entendu nous sommes favorables au capital-risque, puisque le risque sera rémunéré justement par les performances.

Le seul problème que ne comprend pas l'Union européenne, c'est que, avant qu'elle existe, il y avait effectivement des marchés de capitaux-risques pour financer les start-up, les entreprises innovantes, etc., et bien entendu les États n'ont pas attendu l'Union européenne pour agir et investir.

Voilà c'est tout ce que j'ai voulu dire: ce label n'est pas forcément bon et c'est pour cela que nous nous abstenons sur ce vote.

Jonás Fernández (S&D). – Señor presidente, en primer lugar, desearía agradecer el trabajo de la ponente principal en este dossier y, por supuesto, de mi colega Cozzolino como ponente alternativo, para alcanzar el acuerdo que vamos a votar mañana.

Iniciábamos esta legislatura con una crisis económica muy severa en la Unión y con proyectos para impulsar la demanda interna, para mejorar la actividad y facilitar el empleo. Y dentro de esa agenda, teníamos como uno de los ejes fundamentales el impulso de la Unión de Mercados de Capitales.

Y la verdad es que hemos trabajado mucho en los últimos años: hemos sacado adelante el nuevo Reglamento sobre fondos del mercado monetario; los nuevos Reglamentos para facilitar la elaboración de los prospectos; recientemente alcanzábamos un acuerdo en los diálogos tripartitos para crear una titulización estándar en el conjunto de la Unión y revisar sus requerimientos de capital; y el Reglamento que debatimos hoy y que vamos a votar va —creo yo— en la misma línea: facilitar, ayudar a construir ese mercado interno de capitales, haciendo más fácil la creación de fondos de capital riesgo y de emprendimiento social.

Es una gran propuesta en la que mi Grupo se ha esforzado muy duramente, donde hemos conseguido avances claros en la supervisión y el control de la ESMA, en facilitar la inversión de los minoristas, en introducir análisis medioambientales de los proyectos empresariales que nos ayuden a cumplir con los objetivos del Acuerdo de París y, sin duda, yo creo que hemos ido tomando decisiones adecuadas.

La cuestión es que, más allá de todo lo que hemos hecho, como decía antes mi colega Papadimoulis, nos queda mucho por hacer, porque las pequeñas empresas siguen teniendo notables desafíos para poder participar en ese mercado único —hay muchos problemas administrativos, problemas regulatorios que tenemos que abordar—, y porque, en mi opinión, parte de estas reformas van dirigidas a empresas medianas que ya participan en mercados de capitales. Deberíamos pensar —y me dirijo a la Comisión— cómo podemos mejorar de verdad la financiación para las pequeñas empresas, y no solamente las medianas.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Gerolf Annemans (ENF) . – De Europese Commissie – we hebben het ook vanmorgen nog eens kunnen vernemen uit de mond van Jean-Claude Juncker – heeft beslist dat de kapitaalmarktunie in een hogere versnelling wordt geschakeld. Het springt natuurlijk in het oog dat onder de vele bedreigingen die de Commissie opsomt, ook de brexit vermeld wordt. Met 750 000 werknemers in de financiële sector en een bruto toegevoegde waarde van 81 000 miljard pond is de Londense City een van de belangrijkste spelers van die kapitaalmarktunie. Wij vinden dat op deze bedreiging, zoals zij dat noemen of toch tenminste een uitdaging, een afdoende antwoord moet worden gegeven vooraleer de overambitieuze plannen van de EU in een sneltreinvaart verder worden doorgeduwd. Dat is dus ons belangrijkste probleem met dit verslag.

Ten gronde vinden wij bovendien dat niet ESMA maar wel de lidstaten het voortouw moeten nemen in de ontwikkeling van de voorliggende sociale en durffondsen. De verdere eenmaking van het monetaire en economische leven gaat in tegen de aard en de kern van wat het Europese continent in wezen is: eenheid en kracht in en door verscheidenheid.

Alfred Sant (S&D). – Mr President, the proposals before us attempt to counter a fundamental problem: the availability of equity and risk capital covering SMEs, start-ups and expansion projects. There is not the culture here, as in the US, for such financing to be mobilised through OTCs or similar intermediaries. Encouraging such a system in Europe makes sense but the difficulties should not be underestimated.

The people at the front line, by way of entrepreneurship, intermediation and regulation, need to be of top quality. They need to be innovative, flexible and knowledgeable about operating conditions on the ground. A strengthened supervisory role for the European Securities and Markets Authority (ESMA) is needed, but effective regulation must remain light touch. Initially, small-scale start-ups are quite likely to concentrate around digital, entertainment and social projects. Attention should, however, be paid to appropriate incentives to encourage projects in fields such as light engineering, electronics and environmental technologies.

Projects by young people had better be given priority and promotional ties should be built between venture capital structures and relevant departments of universities and technical institutes. In this context, special programmes for peripheral and island regions should seek to tap there the existing potential for small-scale enterprise that is diminished by the high cost of risk capital in such regions.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, even though considered the main cornerstones of the capital markets union (CMU) action plan, both the European venture capital funds and the European social entrepreneurship funds are, at this moment, small and concentrated only in a few Member States. For this reason, and not only, I would like welcome the reforms proposed within the report that is outlining measures which aim to stimulate venture capital in Europe, bring forward the important contribution of the two investment schemes for a more integrated European internal market with access to funding and to capital for companies of all sizes in all Member States.

On the one hand, I support especially the proposal to lower the threshold of European venture capital funds to EUR 50 000, as this would increase access to funding and would widen the spectrum of investment possibilities. On the other hand, a more stringent surveillance at EU level, by strengthening the supervisory role of the European Securities and Markets Authority, will avoid excessive risk-taking and instability in financial markets. Moreover, it would also facilitate cross-border operations.

Zgłoszenia z sali

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nell'ambito di un'articolata e più complessiva strategia di costruzione del mercato unico europeo, in linea con gli obiettivi del piano dell'Unione dei capitali, l'Unione europea è impegnata a regolamentare e sostenere fondi di investimento collettivi e alternativi, con particolare attenzione al *venture capital* e all'imprenditorialità sociale.

Il *venture capital*, che concentra investimenti alternativi per imprese in fase di avvio, è una significativa fonte di investimenti a medio e lungo termine per imprese giovani e innovative, come pure per le piccole. I dati del 2015 e del 2016 sembrano essere incoraggianti ma va sottolineato che nei primi due anni di applicazione del regolamento EuVECA, secondo i dati di *Invest Europe* solo il 25 % del *venture capital* europeo è stato raccolto fuori dagli Stati membri d'origine.

La proposta compie un passo in avanti mediante il divieto di imposte addizionali negli Stati membri e l'ampliamento del numero di imprese in cui è possibile investire, migliorando quindi il flusso di investimenti alternativi e scongiurando la dispersione della portata potenzialmente innovativa e di talento di tante giovani imprese.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι τράπεζες δεν έχουν συνέλθει από την οικονομική κρίση και αυτό που κάνουν, βεβαίως, είναι να μην δίνουν κεφάλαια επενδυτικά στις μικρές νεοφυείς επιχειρήσεις ώστε να αναπτυχθούν. Έτσι είναι αναγκαίο να δημιουργηθεί μια εσωτερική αγορά κεφαλαίου στο πλαίσιο της Ευρωπαϊκής Ένωσης και σε αυτή τη διαδικασία θα πρέπει να υπάρχει μια διευκόλυνση για την ίδρυση εταιρειών επιχειρηματικού κινδύνου και ευρωπαϊκών ταμείων κοινωνικής επιχειρηματικότητας για να στηριχθούν οι νεοφυείς επιχειρήσεις σε όλες τις χώρες και, κυρίως, στην Ελλάδα.

Όπου, όμως, στην Ελλάδα θα πρέπει να επισημάνω ότι η Τράπεζα της Ελλάδος, η οποία συμμετέχει στην ποσοτική χαλάρωση, έχει δαπανήσει 42,5 δισεκατομμύρια ευρώ ενώ θα έπρεπε μέρος αυτών των χρημάτων να έχει βρει τρόπο να μπορέσουν να δαπανηθούν υπέρ εταιρικών διαδικασιών, δηλαδή υπέρ εταιρικών ομολόγων και, κυρίως, μέσα από αυτή τη διαδικασία να στηριχθούν και οι νεοφυείς μικρομεσαίες επιχειρήσεις, οι οποίες έχουν ανάγκη να έχουν χρηματοδότηση προκειμένου να υπάρξει επιτέλους ανάπτυξη στην Ελλάδα η οποία έχει χτυπηθεί από τη σκληρή πολιτική της τρόικας, και αυτή τη στιγμή έχουμε εκατομμύρια ανέργους.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you for this interesting debate and for the comments and support which many of you have clearly expressed for this agreement.

As I mentioned, the European Commission has treated this file with urgency as an important building block of the capital markets union, and we are grateful that, thanks to your engagement and constructive approach on this file, it looks like we will continue to make rapid progress.

With these reforms to revitalise the EuVECA and the EuSEF labels we are breaking down another barrier to a single market for capital, and we are providing more numerous and deeper sources of funding to support our high-growth and innovative businesses. This is a step towards the economy of the future and it is a step in the right direction. I would like to thank once again the European Parliament rapporteur, Mrs Pietikäinen, the shadow rapporteurs and Mr Gualtieri for their work.

Sirpa Pietikäinen, *rapporteur*. – Mr President, I would like to thank the Commission for very good and constructive cooperation which we have had throughout the process. I hope that you convey the message further, but I would like you to convey two other messages as well. One is that there are still some steps in the European Venture Capital Fund and regarding initial capital and the possibility to invest and other flexibilities that should be looked at a bit later on (at the time of the review). What is most important, now when the Commission is going to have this review: I do hope that you take the necessary steps to ensure transparent and pan-European treatment for the European Venture Capital Funds under the auspices of the European Securities and Markets Authority and improve their role and strength, because I find this to be on the crux of creating an effective European capital market and the European Venture Capital Fund market. It's an uphill struggle but I find that this was one of the things that was still a bit lacking in this process and hopefully you could push it forward when you are taking the next steps.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 14 września 2017 r.

19. Hurrikan Irma (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest oświadczenie Komisji w sprawie huraganu Irma (2017/2839(RSP)).

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, Irma was the strongest hurricane ever recorded in the Atlantic. It brought with it considerable catastrophe. So far, we know of 46 deaths. Many more injured. Thousands of people will have to rebuild their lives from scratch.

On behalf of the European Commission, I would like to express again my sincere condolences to the families and loved ones of the victims. I would also like to pay tribute to the first responders. We stand in full solidarity with all those who have suffered, for as long as it takes. Let us not forget that some of the affected territories are part of our European Union; others are closely associated to the Union. My sympathy particularly goes out to France, the Netherlands and the United Kingdom.

The EU is a global player in emergency response. We were fully alert and pro-active, from the very beginning of these disasters. Nevertheless, this is our job; this is our moral duty. Even before hurricane Irma hit the Caribbean islands and the United States, we were pro-active. We prepared for the worst. We mobilised all our response tools in order to help the people there. These tools are the following: first, the Copernicus satellite maps programme. As a first step, the EU's Copernicus satellite mapping system was activated by France, the Netherlands, the United Kingdom and, of course, by the Commission. Numerous maps have been produced and have been helpful in assessing damage and planning emergency response actions.

The second tool is funding. We have immediately mobilised emergency funding: almost EUR 160 000 were rapidly mobilised for the Red Cross in the Dominican Republic, Haiti, as well as in Antigua and Barbuda. In addition, we have released an initial amount of humanitarian assistance of EUR 2 million for the most affected islands in the Caribbean. This will help respond to the most pressing needs in key sectors: shelter, water, sanitation and health. Further EU funding for longer-term reconstruction efforts will also be available.

The third tool: experts on the ground. A team of Commission humanitarian experts from different fields of expertise are on the ground now, working alongside national authorities and international partners across the region. The experts have been deployed in the Dominican Republic, Haiti and Cuba. They will also carry out assessments and support the relief efforts in Antigua and Barbuda, Turks and Caicos, St Martin, Anguilla and the British Virgin Islands, together with local authorities. Unfortunately, access remains difficult on some of these islands. We are ready to adapt our response based on their needs and identified assistance gaps.

Fourth tool: monitoring and coordination. The European Commission's Emergency Response Coordination Centre (ERCC) has been monitoring the situation around the clock. It is in constant contact with all participating states in the EU Civil Protection Mechanism, especially France, the Netherlands and the United Kingdom. The EU's actions are complementary to the Member States' own emergency responses that are currently implemented on the ground. The Commission's crisis centre also coordinates with EU delegations and all our partners in the field: governments, local authorities, international organisations and NGOs. The Commission's regional humanitarian aid office in Managua is fully operational and ready to coordinate any further assistance.

Fifth tool: Civil Protection Mechanism activation. Finally, the EU Civil Protection Mechanism (EUCPM) is on standby to coordinate the delivery of in-kind assistance if requested by any affected state. Water purification, shelters, medical assistance and other vital assistance could be delivered. An EU civil protection team was also on standby for three days, in anticipation of a request for assistance. On 11 September, Germany activated the mechanism, requesting consular support to assist German citizens and other EU nationals located in Florida. In this context, the European Commission will co-finance the transport costs of a crisis response support team. This team will be deployed to the US for one week to help EU citizens on the ground.

Sixth tool: help for reconstruction. The European Commission is accelerating its support to affected countries and territories under ongoing development aid programmes. In this context, the EU can release immediately EUR 3.6 million to the national budget of Anguilla and EUR 4 million to the national budget of Turks & Caicos. In addition, the EU has recently committed a new bilateral programme of EUR 3 million to Antigua & Barbuda under the 11th European Development Fund (EDF). On Cuba, the same approach is followed by the Commission under the Development Cooperation Instrument (DCI). In the medium term, the Commission is also ready to examine how ongoing and future development support programmes under the European Development Fund can be redirected to address the reconstruction efforts as well as mobilising additional funds from the non-allocated reserves – if, of course, justified by specific needs assessment.

Dear colleagues, let me conclude by saying that all these actions are a concrete demonstration of European solidarity and of efficient collective action. Let me make it clear that we stand ready to provide any further assistance to the affected countries. This is our role, this is our obligation, this our moral duty. This is why I insisted on this tangible European solidarity through our response tools.

Lambert van Nistelrooij, *namens de PPE-Fractie*. – We hebben meteen daarop, op donderdag al, met de leden van de Commissie regionaal beleid gekeken wat we kunnen doen. Diezelfde dag is besloten, via het presidium van het Parlement, om dit debat te houden. Het is goed dat u hier bent en al met zes instrumenten kunt aangeven wat u al heeft gedaan.

Het doel van de parlementsleden is om de steun van de EU voor dit getroffen overzees Europees gebied – er zijn 30% van de huizen weg op Sint-Maarten en de infrastructuur is verwoest – echt op gang te brengen. Het doel is om de regels en de hulpprogramma's zo toe te passen dat de hele specifieke situatie, bijvoorbeeld op Sint-Maarten (het Franse en het Nederlandse deel) integraal wordt beoordeeld. Het is een ramp op die eilanden, in dit geval één eiland, dat wel administratief een aparte status heeft maar één aanpak verdient. Daarom wil ik de twee lidstaten vragen hun verzoeken hier naar voren te brengen en vraag ik dat wij deze positief behandelen. Voorzitter Tajani heeft vandaag een brief aan Juncker geschreven over die situatie. Het gaat om bijvoorbeeld Sint-Maarten, waar men nota bene stemrecht heeft in de Unie. We moeten met de wederopbouw beginnen en zij verdienen onze steun.

Naast de zes instrumenten die u heeft genoemd, wil ik ook vragen na te gaan wat de mogelijkheden zijn inzake het Solidariteitsfonds van de EU. Daarvan is al 70 keer gebruik gemaakt, bij overstromingen en bij allerlei situaties, vandaag ook nog voor Italië. In de lijn van het verzoek van Tajani verdienen zij alle steun. Er mee aan de slag!

Louis-Joseph Manscour, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire à l'aide humanitaire, mes chers collègues, le 6 septembre, l'ouragan Irma a dévasté plusieurs îles dont les îles françaises de Saint-Martin et de Saint-Barthélemy. Pour beaucoup, une vie entière et des souvenirs d'un paradis ont été emportés en quelques heures.

On n'a jamais connu un cyclone d'une telle violence dans le monde et pourtant ces îles du Nord en ont déjà subi bien d'autres. C'est la démonstration que ces territoires souffrent de handicaps structurels, reconnus d'ailleurs par l'article 349 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne. C'est l'occasion de rappeler avec force la pertinence de cette disposition dérogatoire.

Mes chers collègues, les images en disent long sur l'ampleur du désastre. Huit jours après, Saint-Barthélemy et Saint-Martin tentent de panser leurs plaies. L'heure est à la reconstruction. Le moment est venu du retour à l'eau, à l'électricité, à l'ouverture des écoles, à la reconstruction du bâti, tout ce qui est indispensable et qui peut redonner l'espoir à toute une population inquiète, qui doute et qui redoute l'avenir.

Petits bouts d'Europe éloignés du continent, ces territoires doivent pouvoir compter sur la solidarité européenne. Je tiens, à cet instant, à saluer le président Juncker et le commissaire européen à l'aide humanitaire pour la célérité avec laquelle ils ont débloqué une aide de deux millions d'euros.

Le gouvernement français vient de demander l'activation du Fonds de solidarité. Monsieur le Commissaire, ce fonds d'urgence d'un montant de deux millions d'euros pour la période 2014-2020 a été réduit de moitié par rapport à la précédente programmation budgétaire. Pourtant, il est à craindre que le dérèglement climatique augmente l'intensité, voire la fréquence, des catastrophes susceptibles d'entraîner le recours à ce fonds. L'ouragan Irma n'en est que la démonstration. D'où l'absolue nécessité de sanctuariser ce Fonds de solidarité et d'en augmenter les crédits à l'avenir. Il serait tragique qu'une nouvelle catastrophe survienne et que l'Union européenne soit dans l'incapacité d'aider une de ses régions en détresse.

En tant qu'élu représentant ces territoires, je vous remercie de votre écoute et de votre attention.

Peter van Dalen, *namens de ECR-Fractie*. – Orkaan Irma was eigenlijk een orkaan in de buitencategorie, je zou kunnen zeggen categorie 6. Helaas zijn er mensenlevens verloren gegaan en op Sint-Maarten is de schade erger dan gedacht: 90% van de gebouwen is beschadigd, één derde van de gebouwen is zelfs compleet verwoest. Direct zijn de betrokken lidstaten, Nederland en Frankrijk, begonnen noodhulp te verlenen en de Europese Commissie heeft zich daarbij aangesloten, zeer terecht en ik denk dat het ook kan op grond van artikel 198 van het Verdrag.

Maar er is meer nodig dan noodhulp alleen. We hebben veel relaties met het Caribisch gebied en we weten bovendien dat het klimaat onvoorspelbaarder en grilliger wordt. Dus we moeten de bewoners weerbaarder maken en dat kan door betere planning, betere gebouwen, noodvoorraden aanleggen en dergelijke. Daar moeten we als Europese Unie bij helpen, we moeten solidariteit tonen. Sommigen zeggen dat de regeltjes dat verhinderen, maar nood breekt wet. We moeten nú optreden, met elkaar.

Matthijs van Miltenburg, *namens de ALDE-Fractie*. – Orkaan Irma heeft verwoestend huisgehouden in het Caribisch gebied. Wij betreuren de dodelijke slachtoffers en de vele gewonden. De beelden van het enorme spoor van vernieling maken diepe indruk. Wegen, havens, vliegvelden, ziekenhuizen en scholen: ze zijn verwoest of zwaar beschadigd. De ontredde is groot. Mensen kampen met een tekort aan eten en drinkwater. Van hun huizen is veelal niets meer over. Ik wil de bewoners van de getroffen gebieden laten weten dat de ALDE-Fractie intens met hun meeleeft.

Op de allereerste plaats dient er nu acute noodhulp te worden geboden. Maar al heel snel moeten we gaan denken aan herstel en wederopbouw van de eilanden. Samen met mijn Franse collega Thierry Cornillet heb ik een brief geschreven aan Commissievoorzitter Juncker en wij roepen de Commissie op inzichtelijk te maken welke financiële steun de Europese Commissie kan verlenen voor de wederopbouw. Het is een aanvulling op wat de commissaris heeft gemeld en ik denk dat het goed is om dat nog eens even te preciseren. Want of het nu gaat om enerzijds het Franse Saint-Martin, of anderzijds om Sint-Maarten, Sint-Eustatius, Saba of bijvoorbeeld Anguilla en de andere getroffen gebieden, of het nu gaat om ultraperifere regio Saint-Martin of de andere landen en gebieden overzee, de juridische status van de getroffen gebieden is verschillend maar de grote behoefte aan steun voor de wederopbouw is hetzelfde.

Commissie, maak dus slim gebruik van de fondsen binnen de bestaande regels of leg voorstellen voor, hier aan het Europees Parlement om wederopbouw mogelijk te maken. Afsluitend, Europa en de Caribische gebieden zijn weliswaar gescheiden door duizenden kilometers aan water, maar we zijn solidair en we zijn verbonden in onze vastberadenheid de wederopbouw van de grond te krijgen.

Younous Omarjee, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, à Saint-Barthélemy et Saint-Martin, Irma a balayé en quelques heures des décennies d'efforts et plongé les populations dans le plus grand désarroi, des populations à qui nous exprimons notre pleine compassion.

Devant cette force déchaînée de la nature, nous devons faire preuve d'humilité et de dignité, mais nous devons aussi être lucides sur le temps perdu depuis les premiers rapports du GIEC pour l'adaptation des îles aux phénomènes climatiques extrêmes qui – nous le savons – iront croissant avec les changements climatiques qui sont déjà en cours.

Si la question pour nous aujourd'hui est bien celle de la solidarité européenne, de l'urgence humanitaire, et – vous l'avez dit, Monsieur le Commissaire – celle-ci a été très vite engagée et celle-ci s'est exprimée, nous devons également nous situer dans le temps d'après: celui de la reconstruction pour ces îles dévastées.

Pas pour reconstruire en reproduisant les erreurs du passé, mais reconstruire autrement, différemment, durablement. Faire renaître les îles en les aidant à se réinventer jusque dans leur modèle de développement, ce sans quoi ces îles renaîtront pour remourir.

Molly Scott Cato, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, first it was Harvey, the wettest hurricane ever recorded that flooded Houston in hours, then Irma, with record-breaking winds of 185mph. Yet as the eye of the storm moved through the Caribbean and Florida, politicians, the media and others closed their eyes in order to protect their interests. Their priority: maintaining the status quo of turbo-capitalism, a system that requires perpetual growth and, in varying degrees, climate change denial.

Indeed, when my colleague, Caroline Lucas MP made the link between Hurricane Irma and climate change to UK minister Alan Duncan, he said she lacked humanity. When we learned that Mr Duncan had previously pocketed thousands of pounds working for an oil company, it all of a sudden became clear why he had made such an absurd snipe. After all, Caroline Lucas was simply respecting the science that a warmer world with warmer oceans leads to greater evaporation, which in turn fuels more destructive storms. That's no more than others have done from Gaston Brown, leader of the devastated Antigua and Barbuda, through to President Macron of France and Pope Francis.

I say it is politicians, who defend the interests of fossil fuel industries, who lack humanity. Equally inhumane is the fact that 5 trillion dollars is thrown at the fossil fuel industry each year in subsidies; that's 6.5% of global GDP supporting the dirty economy of the past when we should be investing it in the clean, green economy of the future. The humane thing to do is to act in the interests of those whose lives are now being torn apart by climate breakdown, especially those living in low-lying territories and in the path of storms; as well as millions of others across the globe, especially those from the poorest communities. This demands a new ethics politics and a new economic model.

Sylvie Goddyn, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, la semaine dernière les Antilles ont été ravagées par l'ouragan Irma. Toutes nos pensées accompagnent les familles endeuillées et sinistrées par cette catastrophe d'une ampleur exceptionnelle.

Il faudra évidemment tirer le bilan de ce drame dans les États membres concernés, notamment en France, où le gouvernement français a failli. Il faudra également réfléchir au financement d'habitats, de bâtiments publics et d'infrastructures plus sûrs, capables de résister à des cyclones toujours plus puissants.

Mais l'heure n'est pas encore au bilan, l'heure est à l'urgence. Urgence car les habitants sont actuellement confrontés à une pénurie d'eau potable, d'électricité et même de vivres. Mais urgence aussi car les habitants ont été livrés pendant plusieurs jours au pillage par des bandes armées.

C'est la raison pour laquelle notre groupe a déposé une proposition de résolution visant à mobiliser dans les plus brefs délais le Fonds de solidarité de l'Union européenne en faveur des îles touchées par l'ouragan Irma.

Maurice Ponga (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, je souhaite tout d'abord adresser mes plus sincères condoléances aux familles des victimes de l'ouragan Irma et exprimer toute ma solidarité et ma compassion aux personnes sinistrées.

Pour les îles françaises de Saint-Martin et de Saint-Barthélemy, les dégâts sont déjà considérables et il faudra du temps pour tout reconstruire.

En raison de l'urgence et eu égard aux liens étroits qui unissent l'Union européenne à ces régions de la Caraïbe, indépendamment de leur statut de régions ultrapériphériques ou de pays et territoires d'outre-mer, j'invite l'Union européenne à poursuivre et même à renforcer son action dans la région, tant les besoins sont colossaux.

L'Union européenne, à travers le Fonds de solidarité pour la région française de Saint-Martin et via la réserve B du 11e - FED pour la collectivité de Saint-Barthélemy, ou encore pour les PTOM néerlandais de Sint Maarten et anglais d'Anguilla, se doit d'aider les victimes de cet ouragan, dont la violence est sans précédent dans la région.

Il est crucial que l'ensemble des directions générales concernées – je pense notamment aux DG REGIO, DEVCO et ECHO – se mobilisent et coordonnent leurs actions afin que la réponse de l'Union européenne soit la plus efficace possible sur des territoires qui, comme Saint-Martin, disposent d'un double statut: RUP du côté français et PTOM du côté néerlandais. Ces différents statuts ne devraient en aucun cas influencer la réponse de l'Union européenne.

Nous avons le devoir de secourir et d'aider nos concitoyens.

Agnes Jongerius (S&D). – Vier doden, vele gewonden en vermisten en inwoners die nog wekenlang van noodhulp afhankelijk zullen zijn en daarbij een enorme materiële schade: dat is het verwoestende effect van orkaan Irma op 34 km², namelijk het Nederlandse deel van Sint-Maarten. Het is gepast om vanaf deze plaats te getuigen van ons medeleven met alle nabestaanden en slachtoffers en in dit Huis richt ik natuurlijk ook het woord aan mijn Franse en Britse collega's. Want ook het Franse en het Britse deel van de Cariben zijn zwaar getroffen. Mag ik dan ook vanaf deze plaats oproepen om allemaal ook persoonlijk te doneren aan het Rode Kruis?

Europa mag in geval van nood haar inwoners nooit de rug toekeren en daar is gelukkig vaak ook geen sprake van. Vanochtend hebben we bij de stemmingen over de middelen uit het Solidariteitsfonds laten zien dat Europa zij aan zij staat met de mensen die getroffen zijn door de vernietigende aardbevingen in Italië. Maar toch is het ook deze week onduidelijk of alle EU-burgers, steun kunnen verwachten van Europa als het gaat om wederopbouw. Zoals u weet bestaat het eiland Sint-Maarten uit een Nederlands en een Frans deel en beide hebben een verschillende juridische status binnen de EU. Beide delen zouden daarom verschillende vormen van hulp voor wederopbouw kunnen krijgen en dat terwijl alle inwoners van beide delen gewoon over het EU-burgerschap beschikken. Ik vind het onbegrijpelijk dat de EU op een eiland van slechts 87 km² mogelijk verschillende vormen van financiële steun hanteert, zeker als je weet dat veel

van de voorzieningen op het eiland ook gedeeld worden.

Daarom wil ik van de Commissie een toezegging dat beide delen van Sint-Maarten qua financiële steun gelijk behandeld zullen worden. Naar mijn mening mag er namelijk geen onderscheid zijn. Het eiland mag niet verscheurd worden door EU-statussen. Wat mij betreft staan alle inwoners van Sint-Maarten en daarmee onze solidariteit voorop.

(De spreker gaat in op een “blauwe kaart”-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Thierry Cornillet (ALDE), *question «carton bleu»*. – Monsieur le Président, ça va aller très vite. J'ai cosigné effectivement avec mon collègue M. van Miltenburg une lettre à M. Juncker avec une proposition, Monsieur le Commissaire, qui vous intéresse.

Nous avons voté ce matin 1,2 milliard d'euros de déblocage pour le séisme en Italie du 24 août. Ce vote s'est déroulé dans l'indifférence générale. Vous avez une occasion unique de donner une idée de l'enveloppe que va développer l'Union européenne pour Saint-Martin et pour Saint-Barthélemy, de telle façon à ce que nos concitoyens se rendent compte que l'Union européenne sait être solidaire et le dise au moment où c'est intéressant.

Agnes Jongerius (S&D), *“blauwe kaart”-antwoord*. – Dank u voor deze vraag. Op dit moment wordt zowel op Sint-Maarten als op Saint-Martin in kaart gebracht hoe groot de schade is en wat er nodig is voor de wederopbouw. En inderdaad, het Solidariteitsfonds biedt een mogelijkheid om mensen op de eilanden weer verder op weg te helpen. Voor mij maakt het niet eens zoveel uit met welke budgetlijn we dit bekostigen. Ik zeg alleen dat er geen onderscheid kan zijn tussen het Franse en het Nederlandse deel als het gaat om de hulp bij de wederopbouw.

President. – Mr Cornillet, I respect your freedom of expression, but it was catch-the-eye rather than a question.

Catch-the-eye procedure

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, obrigado pela sua presença. Assistimos a um rasto de destruição deixado pelo furacão Irma que, numa fúria histórica, devastou habitações, fez um elevado número de vítimas e provocou graves danos nas estruturas infraestruturas. A estimativa de anos é de cerca de 100 mil milhões de dólares, o que equivale a meio ponto percentual do PIB dos Estados Unidos.

As alterações climáticas são uma das maiores ameaças ambientais, sociais, económicas que o planeta e a Humanidade enfrentam. Todos os dias assistimos a exemplos de fenómenos climáticos severos que mostram a todos essa verdade: furacões de maior intensidade, ciclones de grau máximo, que são cada vez mais frequentes, e o aquecimento dos oceanos, com resultados que provocarão cerca de 200 milhões de refugiados climáticos nos próximos anos.

Trata-se, para o Presidente dos Estados Unidos, de uma verdade inconveniente. O Prémio Nobel da Economia Stiglitz escreveu que, sob a liderança do Presidente Trump, os Estados Unidos deram mais um passo importante no sentido da sua confirmação como um Estado delinquente ao abandonarem o Acordo de Paris. As alterações climáticas são um desafio e a União Europeia tem que estar preparada para este desafio.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ο τυφώνας Irma πραγματικά ήταν καταστροφικός. Να εκφράζουμε τα συλλυπητήριά μας στους συγγενείς των θυμάτων, που υπέστησαν αυτές τις ανεπανόρθωτες ζημιές, και να πούμε ότι οι καταστροφές αυτές προέρχονται λόγω της υπερθέρμανσης του πλανήτη. Ο πλανήτης εκδικείται και εκδικείται, κυρίως, αυτούς οι οποίοι είναι οι παγκόσμιοι ρυπαντές. Δεν μπορούμε να ξεχάσουμε τις μεγάλες καταστροφές στις Ηνωμένες Πολιτείες όπου πρέπει να αντιληφθούν ότι οφείλουν να προσχωρήσουν και να παραμείνουν στη συνθήκη των Παρισίων για την προστασία του περιβάλλοντος.

Το δεύτερο θέμα είναι, βεβαίως, ότι έχουμε μεγάλες καταστροφές και στον Άγιο Μαρτίνο και στον Άγιο Βαρθολομαίο και, φυσικά, μπορεί να κινητοποιηθεί ξεκάθαρα το Ταμείο Αλληλεγγύης. Το Ταμείο Αλληλεγγύης κινητοποιείται όταν υπάρχουν τεράστιες καταστροφές. Δυστυχώς, εδώ είχαμε πολύ μεγάλες καταστροφές. Όμως μπορεί το Ταμείο Αλληλεγγύης να κινητοποιηθεί και να στηρίξει τους συμπολίτες μας εκεί. Φυσικά αυτό ισχύει και για την ολλανδική πλευρά του Αγίου Μαρτίνου παρότι, τυπικά, δεν εντάσσεται σε όλο το σύστημα. Νομίζω όμως ότι πρέπει να είναι αμοιβαία και συνεχής η αλληλεγγύη προς όλες τις πλευρές όσων έχουν πληγεί.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl vyjádřit svoji účast rodinám lidí, kteří přišli o životy, a lidem, kteří přišli o své domovy. Infrastruktura těch ostrovů je skutečně velmi zasažena. Myslím si, že je důležité zachovat se v souladu se zásadou: Kdo rychle dává, dvakrát dává.

Všiml jsem si, že i pan prezident Trump, kterého tady velmi často kritizujeme, mnou nevyjímaje, se rozhodl pro velmi urychlenou pomoc právě pro zasažené oblasti. Měla by to být výzva pro činnost Komise. Já vím, že se Komise snaží poskytnout pomoc, nicméně Fond solidarity by měl být, podle mého názoru, více flexibilní.

My jsme se v rámci našeho Výboru pro regionální rozvoj snažili o to, aby záruky vyšší flexibility byly obsaženy v právní úpravě. Bylo by dobré možná ještě lépe posílit tuto flexibilitu a měli bychom posílit možnosti urgentních zásahů. Článek 198 mně nepřijde zcela dostatečný.

Gabriel Mato (PPE). – Señor presidente, comisario, yo vengo de una región ultraperiférica, Canarias, y por eso quiero aprovechar y no dejar pasar esta oportunidad para mostrar mi apoyo y solidaridad con estas maravillosas islas que merecen un apoyo especial inmediato de la Unión Europea ante la tragedia que están viviendo.

El Fondo de Solidaridad requiere demasiados requisitos para ser movilizado, imposibles de cumplir en regiones como esta. Muchas veces hemos defendido que, tal y como establece el propio Tratado, estas regiones deben tener un trato especial, también y más aún en situaciones de catástrofe como la que están viviendo.

No debemos permitir que estas islas alejadas físicamente de Europa pero tremendamente europeas se sientan desprotegidas. La Unión Europea tiene que dar una respuesta urgente. Europa será más fuerte y creíble cuanto más efectiva sea su solidaridad.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Mr President, thank you all for your interventions, it was a fruitful exchange of views. I truly share your sadness and your concerns.

We are indeed confronted with an extraordinary disaster and definitely, our thoughts are with the people in the affected areas. Of course, I completely agree with you regarding the climate change role in this new phenomenon with devastating situations, hurricanes, many other completely new phenomena of the world's conditions. We have to learn from this large-scale emergency and to respond in the best way possible. So prevention, preparedness and response are all essential and reinforce each other.

I would also like to thank everyone who has cooperated in preparing for this unprecedented natural disaster and responding to it, inside the Commission, but also in Member States, in other European institutions and in the field on the ground. The European Union is working on a continuous basis, 24/7, through our emergency response coordination centre in Brussels. To help the countries affected by hurricane Irma. Our solidarity, in this emergency phase, very critical phase, starts from Brussels. I am really proud – as a European citizen, not only as a Commissioner – of this centre.

I take this opportunity to extend an invitation to all of you – some colleagues have done so already – to visit this centre. It is very critical and good to see the people there deal with this devastating situation. Going back to Irma: once more information from the field becomes available, further action will be taken. For the moment, we have mobilised all available instruments for immediate relief, humanitarian assistance, but also civil protection assistance. But definitely, we also look to the future: to reconstruction efforts. The European Union is also mobilised to assist affected countries on the longer-term. We have funding and expertise available. EU regions are eligible for EU solidarity funds based on damage assessments and their economic impact.

It is difficult for me to say something more, but I believe that in our Union, many times we realise that the rules are going through a way and are going to reflect the real conditions. Let us not forget that natural disasters have no national borders. As Commissioner for Humanitarian Aid and Crisis Management I would like to focus on this – working together, we are better able to assist affected populations. Europe is about solidarity. I am proud that it is able to collectively help at the time of great need. It is our job, it is our moral duty and when we achieve this, it is good to say it in order to persuade our people that European Union is not only a bureaucratic machine, but also can provide tangible solidarity on the ground.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

20. Mehrjahresplan für die Grundfischbestände in der Nordsee und für die Fischereien, die diese Bestände befischen (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sprządzone przez Ulrike Rodust w imieniu Komisji Rybołówstwa w sprawie wieloletniego planu w odniesieniu do stad dennyh w Morzu Północnym oraz połowów eksploatujących te stada (COM(2016)0493 - C8-0336/2016 - 2016/0238(COD)) (A8-0263/2017).

Ulrike Rodust, Berichtersterlin. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar Vella, liebe Kolleginnen und Kollegen! Morgen stimmen wir im Plenum über den Nordsee-Mehrjahresplan für die Grundfischbestände ab. Nach dem Ostseeplan ist dies der zweite Mehrjahresplan, den wir verabschieden wollen. Ich möchte mich zunächst bei den Schattenberichtersterlinen und Schattenberichterstattern, bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die bisherige gute Zusammenarbeit bedanken.

Die Materie ist keine leichte Sache. Es geht um viel. Und es geht um das Jetzt. Wir wollen schnellstmöglich den Plan voranbringen, denn über der Nordsee schwebt der „Brexite“. In der PECH-Abstimmung im Juli hatte sich eine deutliche Mehrheit für meinen Bericht, aber gegen das Mandat für Verhandlungen ausgesprochen. Die Gründe hierfür spiegeln sich in den für das Plenum eingereichten Änderungsanträgen wieder.

Folgende primäre Konfliktlinien sind hier für mich zu erkennen: Erstens die Frage, ob und wie die Freizeitfischerei im Plan berücksichtigt wird. Zweitens, welche Grundfischbestände vom Plan abgedeckt werden, und drittens, in welchem Bereich und unter welchen Bedingungen Fangmöglichkeiten festgesetzt werden dürfen.

Bei der bisherigen Diskussion dieser Themenblöcke wurde ich nicht müde, auf die Grundverordnung als Basis aller Bestimmungen zu verweisen. Und auch heute möchte ich auf diesen Verweis nicht verzichten, zum Beispiel was den Vorsorgeansatz betrifft. Hier muss der Vorsorgeansatz aus der Grundverordnung gelten. Im Ostseeplan sehe ich eine Blaupause für die weiteren Mehrjahrespläne, das heißt unter anderem auch für diesen Nordseeplan. Allerdings bin ich mir bewusst, dass auf gewisse Besonderheiten der Meeresbecken eingegangen werden muss.

Ich finde, dass der im Juli abgestimmte PECH-Bericht für einen Mehrjahresplan in der Nordsee eine gute Basis darstellt. Die nun zur Rolle der Freizeitfischerei eingereichten Änderungsanträge zielen auf Folgendes ab: Erstens: Voraussetzung der Berücksichtigung der Freizeitfischerei soll eine Folgenabschätzung sein. Eventuelle Maßnahmen sollen gegenüber den Zielen verhältnismäßig sein. Zweitens: Dem Gesetzgeber soll es ermöglicht werden, Maßnahmen für die Freizeitfischerei zu erlassen, sollten diese für die Nachhaltigkeit von Beständen notwendig sein. Und meiner Meinung nach beinhaltet der PECH-Bericht bereits ein paar gute, weil zielführende und klare Vorkehrungen in Bezug auf die Freizeitfischerei. So basiert der Änderungsantrag 66 auf den Erfahrungen, die wir letztes Jahr in der Ostsee gemacht haben.

Welche Bestände soll der Mehrjahresplan umfassen? Wollen wir den Plan – wie von einigen Änderungsanträgen vorgesehen – wirklich auf einige wenige Grundfischbestände reduzieren? Meiner Meinung nach sollte der Plan für alle Grundfischbestände klare Vorgaben und Zielwerte beinhalten. Um die Vorgaben und Zielwerte einhalten zu können, müssen klare Bedingungen für Fangmöglichkeiten bestehen. Hier haben wir für bestimmte Bestände Wertebereiche in den Anhängen. Zu diesen Wertebereichen wurden ebenfalls Änderungsanträge gestellt. Daher bitte ich meine Kollegen, den Ansatz des PECH-Berichts zur Freizeitfischerei zu unterstützen. Um Unterstützung bitte ich auch für die Möglichkeiten, schnellstmöglich die Verhandlungen mit dem Rat anfangen zu können.

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to congratulate the rapporteur, Ms Rodust, and her team, and also the shadow rapporteurs, for the excellent work done to achieve, in my opinion, a well-balanced report on our proposal for a North Sea plan.

The multi-annual plans are a cornerstone in implementing the objectives of the common fisheries policy at sea basin level, in order to ensure fit-for-purpose fisheries management in our mixed fisheries. They are also important because they pave the way for the direct involvement of stakeholders in fisheries management. This is the second multi-annual plan that the Commission has proposed after the Baltic plan which was adopted last year, in 2016, but it will certainly not be the last. The Adriatic plan has already been presented to you and I aim to propose a multi-annual plan for the mixed demersal fisheries in western waters by the end of the year.

We all have to work together in order to ensure that multi-annual plans are in place for our key mixed fisheries when the landing obligation comes fully into force in the year 2019. I hope that trilogues can start as soon as possible. This is very important. Multi-annual plans will give us the tools to manage these fisheries in a modern and sustainable way.

I have read your amendments with great interest and welcome the amendments that further align this plan to the Baltic Sea plan. Following the Baltic plan helps to avoid having to negotiate once again those points that were already discussed in detail and settled during the trilogue negotiations back in 2016, such as the use of maximum sustainable yield (MSY) ranges.

There are also elements that were not dealt with to the extent needed in the Baltic plan and where we need to find a way forward. Specifically, we have to find a way to deal with mixed demersal fisheries. Such an approach must ensure that we continue to fish sustainably, while also ensuring a flexible management approach. Whatever the political context may be, we will need to have a multi-annual plan in any case, to enable us to put in place a modern management framework for sustainable fisheries.

The Council adopted a general approach in April as a starting point for the negotiations with Parliament. There is a lot of support on the Council side for reaching a mutually acceptable outcome on the North Sea plan before the end of the year. We need the North Sea plan, as it will give us the flexibility to make the management of these fisheries fit for the 21st Century.

Jens Gieseke, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar Vella, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Berichterstatterin Rodust! Im neuen Nordseeplan werden erstmals die Bestände der verschiedenen Fischarten in einem Bewirtschaftungsplan zusammengefasst, mit dem Ziel, die Fischbestände in der Nordsee nachhaltig zu bewirtschaften und konstante Fangmöglichkeiten für Fischer zu gewährleisten.

Die Theorie hört sich gut an, allerdings sehe ich zwei Probleme. Erstens: Stellen Sie sich vor, Sie sind Hobbyangler – also Freizeitfischer. Wenn es nach den Plänen einiger Kollegen hier geht, müssten Sie zukünftig Ihre Fänge registrieren. Die Hobbyangler würden also mit bürokratischen Hürden belastet, obwohl die Freizeitfischerei in der Nordsee kaum Auswirkungen auf die Fischbestände hat. Das ist übertrieben und unnötig. Ich halte es daher für falsch, die Freizeitfischerei grundsätzlich in den Nordseeplan einzubeziehen. Für den Fall, dass die Fischbestände in der Nordsee schlecht sind, kann die Freizeitfischerei durch bereits geltende Regelungen eingeschränkt werden, und ich glaube, das ist sinnvoll.

Wir als EVP haben hier zum Plenum morgen Änderungsanträge eingebracht, die ECR auch, ich denke, dass diese Kompromisse oder diese Vorschläge durchaus annehmbar sind. Außerdem ist die rechtliche Grundlage für eine Einbeziehung der Freizeitfischerei fraglich. Weder die Grundverordnung – sozusagen die Fischereibibel – noch der Ostseepan und damit die Blaupause für den Nordseepan schreiben das ausdrücklich vor. Es gibt keine Folgenabschätzung der Kommission und damit keine Grundlage für ordentliche Gesetzgebung. Wir sollten hier nicht über das Ziel hinausschießen.

Zweitens darf es nicht sein, dass die Berufsfischerei in der Nordsee strengeren Vorschriften unterliegt als die Fischerei in der Ostsee. Viele Familien in Küstennähe haben dort Arbeitsplätze und ihre Existenzgrundlage. Da dürfen wir die Fischerei doch nicht ideologiebetrieben einschränken, sondern müssen realistische und unbürokratische Lösungen finden, die die meist kleinen Betriebe nicht über Gebühr belasten. Hier brauchen wir ein richtiges Gleichgewicht zwischen dem Schutz der Meeresressourcen auf der einen und dem Schutz eines ganzen Berufsstandes auf der anderen Seite. Ich denke, hier können wir zu einer guten Lösung kommen.

Ricardo Serrão Santos, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, prezado Senhor Comissário, quero primeiro que tudo felicitar a relatora, a Sra. Ulrike Rodust pelo trabalho que realizou e, graças ao bom trabalho realizado, há poucas emendas para votar, mas a maioria tem ainda grande relevância.

Neste plenário ouvimos falar muitas vezes em sustentabilidade. É quase uma palavra indispensável para qualquer discurso politicamente correto, especialmente quando diz respeito a assuntos ambientais ou relativos à exploração de recursos naturais. No entanto, quando chega o momento decidir, verificamos que os votos passam a ter que agradar, já hoje, aos eleitores, esquecendo que a sustentabilidade, nem é sequer para amanhã, é para depois de amanhã, ou outro dia, deve ser para sempre. Temos que terminar este ciclo vicioso, populista e passar a ser coerentes.

A Política Comum de Pescas aprovada nesta Casa em 2013 é claríssima. A sobrepesca já deveria ter passado a ser parte do passado da União Europeia. Para os mananciais para os quais não foi possível acabar com a sobrepesca até 2015, há que fazê-lo, no máximo, até 2020. E como é que se faz? É fácil: aplicam-se limites de pesca sustentáveis. Os planos plurianuais e, neste caso, o plano plurianual para o mar do Norte, têm de incluir limites de exploração que não excedam o máximo rendimento sustentável. Se queremos ser verdadeiramente sustentáveis é este o caminho. Se não seguirmos este caminho então, em abono da verdade, que deixemos de dizer que pretendemos a sustentabilidade.

Neste momento é essencial que se aprove este relatório e que se prossiga para o trípulo. Os pescadores que operam no mar do Norte precisam de um quadro legal estável e funcional que sirva de alicerce para as negociações da saída do Reino Unido da União Europeia, ou seja, neste processo o tempo é realmente uma peça essencial.

Peter van Dalen, *namens de ECR-Fractie*. – Als er een zee op deze planeet is waar een succesvol visserijbeleid is gevoerd, dan is het de Noordzee. Als er een zee op deze planeet is waar tal van bepalingen van kracht zijn, dan is het de Noordzee. Hierdoor zijn alle visbestanden in de Noordzee goed op peil. Alle grote visbestanden laten positieve trends zien.

Er zijn wel grote offers gebracht door de vissers zelf. De omvang van alle Noordzeevloten is in de afgelopen decennia gekrompen. Veel vissers werden gedwongen te stoppen en hun levenswerk te beëindigen en dat leverde met name bij familiebedrijven pijnlijke situaties op. Maar de vissers hebben ook zelf krachtig bijgedragen aan een verduurzaming en het herstel van de Noordzeebestanden. Het duidelijkst zien we dat bij de ontwikkeling van de innovatieve pulstechniek, een vismethode die brandstof bespaart, die de zeebodem niet kapot ploegt en die vooral de vis naar boven brengt die men wil vangen, selectie in optima forma.

Helaas zijn er toch nog fracties en ngo's die beweren dat de Noordzee wordt overbevist. Men eist nog scherpere regels en onaanvaardbaar hoge normen. Dat maakt de situatie dan echt onwerkbaar. En er zijn ook helaas collega's die de pulvisserij niet wensen. Ik vind het onbegrijpelijk en onverantwoord. Want het is innovatie, maar zou men dan terug willen naar de tijd van de boomkor? Toch alsjeblieft niet!

Vanuit deze overwegingen steunen wij het plan dat op tafel ligt, mits de stemming morgen niet te gek uitpakt. En dan geven we én de Noordzee én de fiscus een goede kans voor duurzame visserij, en met name duurzame gemengde visserij.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Nils Torvalds, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would like to make four or five points here. The first is, of course, for Ulrike Rodust. It is a pleasure to work with a rapporteur who has 'Ordnung'. 'Ordnung muss sein', as the Germans say. That was a very good start and it guarantees a good result.

The second point is recreational fisheries. That is going to be a bigger and bigger problem in all fisheries and it is coming up also in technical measures. If we do not do something, then it will grow and grow, and overgrow our possibilities. The third issue is the FMSY. There is pressure to accept FMSY upper. I do not think that is an acceptable way of handling this issue. The common fisheries policy (CFP) was clear on this issue and therefore, I hope for support for my amendment on FMSY as a limit.

The fourth problem comes up also in very many files. We are for regionalisation, but we need a backstop. If the regions do not understand how to make their decisions, then we will run into a very problematic situation. This is coming up in several files and therefore, even if you do not like the Commission to step in, we think it is necessary to have a backstop for the future.

The fifth thing concerns the question of order. When this debate started after lunch, my speaking time was at around 19.30; we have lost one and a half hours because of bad handling of the discussion. This thing here is called a wrist-watch and I recommend that the presidency has one so that they can count the seconds and the minutes in the future.

Anja Hazekamp, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Vooruitkijken, dat doet dit Europees Parlement graag. Ik noem een paar voorbeelden. Vóór 2030 zal de wereldwijde ontbossing zijn gestopt. Vóór 2050 zal de CO₂-uitstoot met 95% zijn afgenomen en vóór 2020 zal de overbevissing gestopt zijn. Maar hoe dichterbij een deadline komen, des te meer verandert vooruitkijken in vooruitschuiven. Het visserijplan voor de Noordzee dreigt symbool te worden van het vooruitschuiven. Als dit plan doorgang vindt, dan blijft overbevissing mogelijk, ook na 2020.

Dat kan anders en dat moet ook anders. Laten we de maximaal duurzame opbrengst als absolute bovengrens hanteren bij het vaststellen van de quota. Dit laat namelijk geen enkele ruimte over voor interpretatieverschillen of flexibiliteit. Zo hebben we dat lang geleden al afgesproken, toen 2020 nog ver weg leek. 2048: dat is een jaar dat ook nu nog ver weg lijkt, maar het is het jaar waarin de wereldzeeën leeggevisht zullen zijn als we niet snel maatregelen treffen. Ik roep daarom alle Europarlementariërs op geen quota toe te staan boven de maximaal duurzame opbrengst en beschermingsmaatregelen te nemen die gelden voor alle soorten.

Rest mij nog de rapporteur, mevrouw Rodust, te bedanken voor haar inzet. Zij heeft zich ingezet voor een duurzaam Noordzeplan en ik hoop dat we bij de stemming morgen ook op haar en haar fractie kunnen rekenen. Voorts ben ik van mening dat de Europese landbouwsubsidies en visserijsubsidies moeten worden afgeschaft.

Linnéa Engström, *för Verts/ALE-gruppen*. – Herr talman! Först vill jag så klart börja med att tacka Ulrike Rodust för hennes arbete med denna förvaltningsplan. Hon ledde också arbetet med reformen av EU:s nya fiskeripolitik. Den mest centrala frågan i hela reformen är hur vi ska kunna fiska hållbart.

Tillsammans med ministerrådet beslutade vi i grundförordningen att fiskebestånden ska återställas och bevaras över nivåer som säkerställer en maximal hållbar avkastning. Det är den enda lösningen för att vi långsiktigt ska få hållbara bestånd. Då håller det inte att fiska på en nivå som medger en dödlighet långt över den som är maximalt hållbar. Då kommer vi aldrig att nå vårt mål. Det säger sig självt att det är omöjligt.

Den gemensamma fiskeripolitiken satte en gräns, och den gränsen heter FMSY. Mer än så kan vi inte fiska. Jag stöder därför det ändringsförslag som ALDE-gruppen har lagt fram om att ta bort de intervall som överskrider FMSY och uppmanar alla andra att göra samma sak. Det var nämligen det som vi alla gemensamt beslutade i den gemensamma fiskeripolitiken.

Vi har alla ett intresse av hållbara fiskebestånd. Det är en förutsättning för friska hav, för sysselsättning och inkomst i det kommersiella fisket men också för fritidsfisket. Vi är många att utnyttja resursen, och i vissa fall är det så att fritidsfisket har en väldigt stor inverkan på fiskebestånden.

Vi har ett gemensamt intresse av att bevara bestånden så att de fortsätter att ge avkastning också för framtida generationer. Därför måste också fritidsfisket ta ansvar i de fall där det har stor påverkan på våra fiskebestånd. Fiskeriutskottet antog i sitt betänkande en punkt som säger just detta. Det är viktigt att stöda den punkten om vi ska kunna garantera hållbarhet på lång sikt.

David Coburn, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, look at a map, any of you. Much of the North Sea is British, and much of the rest is Norwegian. For the European Union to have a plan past 2019 is sheer effrontery. Worse, having stolen commercial fisheries, they are now trying to steal recreational fisheries by adding them to the plan too. It is entirely straightforward and simple: we reject this plan. Brexit must mean that this never happens. Instead, there must be a United Kingdom fisheries plan. This should encourage proper conservation and allow fish stocks to grow. Keep out all foreign boats, make fishing flags of convenience impossible, be properly policed by the Royal Navy: this is a real North Sea plan, and we hope for the sake of British fishermen that David Davis is not stupid enough to be taken in or gulled by yours. Ruth Davidson in Scotland is not backing Brexit, so that is not going to help our fisheries, and neither is Nicola Sturgeon's SNP, who want to give our fisheries away to the European Union. That is unacceptable to Scottish fisheries and the reason why Alex Salmond lost his position, as did various other Scottish nationalists, and the rest of them will too.

Sylvie Goddyn, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, ce plan pour la mer du Nord présente selon moi deux avantages.

Le premier est, bien sûr, le caractère pluriannuel, qui va permettre de donner plus de visibilité aux pêcheurs. Il est important, en effet, que la variation des possibilités de pêche pour tel ou tel stock ne soit pas brutale d'une année sur l'autre.

Le second avantage est que ce plan a pour objet de remédier aux problèmes causés par les stocks à quotas limitants. En effet, les stocks démersaux, c'est-à-dire les stocks d'espèces vivant sur les fonds marins, sont souvent exploités dans le cadre de pêcheries mixtes. Concrètement, cela veut dire que, lorsque les filets sont relevés, il peut y avoir différentes espèces capturées: cabillaud, églefin, lieu noir, merlan, sole, plie ou encore langoustine. Pour les pêcheurs, le problème est qu'ils doivent en principe stopper leur campagne dès qu'ils ont atteint leur quota sur une espèce même s'ils disposent encore de quotas sur d'autres espèces.

En effet, l'obligation de débarquement rend désormais illégal le rejet de toute prise dépassant un quota. Ce plan devrait donc remédier à ce problème en introduisant des possibilités d'échange de quotas entre États membres, mais aussi avec des pays tiers. De même, les possibilités de pêche seront attribuées par fourchette de façon à être plus flexibles.

Toutes ces mesures convergent donc vers une plus grande souplesse et une plus grande visibilité au profit des pêcheurs. C'est la raison pour laquelle nous voterons en faveur de ce plan.

Gabriel Mato (PPE). – Señor presidente, querido comisario, recuerdo bien lo que en 2013 aprobamos junto con el Consejo: la reforma de la PPC, que hoy algunos quieren ignorar. Y cuando eso sucede, nosotros los políticos perdemos toda la credibilidad frente a la sociedad, y los operadores no tienen seguridad jurídica, requisito esencial para cualquier empresa.

Apostamos entonces por los planes plurianuales y por la regionalización, y trabajamos con los pescadores, convenciéndoles de que las medidas regionalizadas a través de los planes multianuales les acercaría mucho a la toma de decisiones. Sin embargo, cuando el entusiasmo se convierte en frustración, es muy difícil restablecer la confianza. Los pescadores se sienten hoy frustrados, igual que yo. Esperaban otra cosa de este plan. Esperaban que los rangos dentro de los cuales el Consejo puede fijar el total admisible de capturas se fijaran con bases científicas sólidas. Eso es precisamente lo que establece el Reglamento de base en su artículo 9, apartado 1, pero, en este plan, se han propuesto rangos sin ninguna base científica.

Los pescadores también confiaban en que las medidas tendrían en cuenta su impacto socioeconómico, como prevé la PPC en el artículo 9, apartado 4. Aquí otra vez fueron engañados. No voy a referirme a las posibilidades de capturas, que también en este caso han sido engañados.

Yo espero, sinceramente, que se modifiquen estos puntos mañana. No quisiera en modo alguno asociarme a un mandato del Parlamento que engañe a quienes deben aplicar lo que decidimos aquí, ya que los mismos operadores no tendrían ninguna motivación para cumplir con estos requisitos.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Patrick O'Flynn (EFDD), blue-card question. – I would just like to ask the Member what he proposes to do on behalf of the rest of the European fleet when the United Kingdom takes back control of its exclusive maritime economic zone stretching up to 200 miles from the British coast, as it is entitled to under international law.

Gabriel Mato (PPE), respuesta de «tarjeta azul». – Cuando eso suceda, lo veremos, como también veremos qué sucede con el acceso a los mercados europeos por parte del Reino Unido.

Isabelle Thomas (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, je voudrais d'abord à mon tour remercier l'excellent travail de la rapporteure Ulrike Rodust et, comme je l'avais souligné lors du débat sur le plan pluriannuel en mer Baltique, un plan pluriannuel est un bon outil pour les pêcheurs. Il répond à l'impérieuse nécessité de visibilité et de stabilité, condition certes insuffisante mais nécessaire à la viabilité économique et sociale de toute activité économique.

Une autre condition de cette viabilité de l'activité de pêche est la gestion durable de la ressource. La mise en œuvre du rendement maximum durable (RMD) en adéquation avec le niveau des TAC (totaux admissibles de captures) a déjà abouti à des résultats spectaculaires sur les stocks de poissons, puisque 52 % des stocks de la mer du Nord sont gérés de manière durable et ont atteint le RMD – et nous ne le disons pas assez, Monsieur le Commissaire – et les résultats sont encore meilleurs en Atlantique Nord-Est.

C'est pourquoi je ne comprends pas, en plus de la question de la légalité dont vient de parler M. Mato, en plus de la question du principe d'égalité qui serait affecté par rapport au plan baltique, je ne comprends pas la surenchère de ces dernières heures sur le RMD. Je veux parler des amendements 80 et 85, déposés par le groupe ALDE, et je le dis sincèrement, vraiment, je ne vous comprends pas. Nous avons une politique commune de pêche ambitieuse basée sur un RMD qui permet de vaincre la surpêche en Europe et c'est au moment où l'on devrait se satisfaire que vous choisiez de distiller le doute chez les Européens, en demandant d'en rajouter encore et encore.

En revanche, je voudrais me réjouir de l'initiative de la rapporteure, qui a pris en considération la pêche récréative, et je soutiens sa position, à condition toutefois que les futurs quotas attribués à la pêche récréative soient bien calculés sur les prises historiques de cette pêcherie et non sur les quotas de la pêche professionnelle, qui subirait ainsi une double peine.

Enfin, ces zones de pêche en mer du Nord sont particulièrement sensibles dans la perspective du Brexit – on vient de l'entendre. Elles sont en effet adjacentes ou intégrées au Royaume-Uni.

Ce plan doit aussi servir de feuille de route à la future coopération toute amicale entre l'Union et les pays tiers dans la gestion durable de la ressource halieutique.

Czesław Hoc (ECR). – Panie Przewodniczący! Istotą dobrego sprawozdania pani poseł Ulrike Rodust jest wdrożenie na Morzu Północnym kluczowych aspektów reformy Wspólnej Polityki Rybołówstwa. Zatem wieloletni plan powinien zagwarantować, że cele i wartości docelowe zarządzania oraz normy zarządzania będą takie same i będą obejmować wszystkie stada ryb dennych w Morzu Północnym. Również nakazy odtworzenia poławianych gatunków do zdrowych poziomów powinny obowiązywać wszystkie stada denne. Wieloletni plan ma za zadanie zrównoważoną ich eksploatację zgodnie z zasadami MSY.

To sprawozdanie ułatwi także wprowadzenie obowiązku wyładunku, a dzięki współpracy regionalnej znajdują się rozwiązania dla tzw. gatunków blokujących w połowach wielogatunkowych. Należy też podkreślić, że akweny morskie Unii Europejskiej to symboliczny system naczyń połączonych. Zlekceważenie ekosystemu i jakiegokolwiek odejście od zrównoważonego połowu ryb na Morzu Północnym spowoduje prędzej czy później fatalne skutki na innych morzach opływających Unię Europejską.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, creo que la mejor manera de equilibrar el objetivo de conservar las poblaciones de peces en estas aguas del mar del Norte y mantener la actividad de nuestra industria pesquera es seguir apoyando estos planes plurianuales y ajustar el máximo rendimiento sostenible a los parámetros de la política pesquera común. Por eso no apoyaré las modificaciones de rangos.

Celebro que el plan incorpore la pesca recreativa: es una urgente necesidad. Votaré a favor de los actos delegados de la Comisión para evitar que una posible inacción de algunos Estados miembros, en el marco de la llamada regionalización de la PPC, desproteja las poblaciones y, en la misma línea, apuesto por mantener medidas de control, que se eliminaron en la Comisión. Y estoy de acuerdo en mantener el principio de precaución cuando no haya estudios suficientes para determinar el estado de las poblaciones y haya un claro riesgo.

Espero también que el *brexit* no reste eficacia a un plan centrado en proteger la vida y el medio marino, una tarea que, sobre todo, interesa a quienes viven en él.

Ian Hudghton (Verts/ALE). – Mr President, representing the fishing nation of Scotland I believe that fisheries management should lie in the hands of the fishing nations themselves, cooperating necessarily with each other on a regional basis, such as around the North Sea. This belief holds true whether within the EU or outwith. Scotland should have the power to work with its neighbours to manage its fisheries within the principles set out in international law.

The old CFP was an over-centralised disaster. The reformed policy at least provides a foundation for a more regional system of management. Indeed, the Commission states that Member States having direct management interest may submit joint recommendations for fisheries management in the North Sea. This is not before time.

While supporting the basic principle of multiannual planning, and in particular the devolved nature of decision-making, I do have concerns about the inclusion of recreational fisheries by this Parliament. That goes in the opposite direction, and I cannot support such an idea. Surely the fishing nations of the North Sea can decide for themselves whether that is a problem and, if so, how to deal with it.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

David Coburn (EFDD), blue-card question. – Thank you, Ian, for taking my question. I always have great respect for you and know a fair bit about fish with being on the Committee on Fisheries. I just want to ask you: do you now recognise that we are leaving – and Scotland is leaving – the European Union and that fishing will be managed by Britain and not by the European Union, and that, because of all that we have been telling you forever, that we need to get out of the European Union to protect Scottish fish and protect Scottish fishermen and their fleets, that now in the north-east of Scotland, people are building boats, training young lads to go fishing and there is now a boom in this thing. Will you now agree that you were wrong in the SNP, and that UKIP was right, sir?

Ian Hudghton (Verts/ALE), blue-card answer. – Many times in this place I have said on the record that the CFP has been a disaster for Scotland, and many times I have said in this place on the record that one of the principal reasons for that has been the failure of the UK government – successive UK governments – to do anything useful for Scotland's fishing communities in EU negotiations. I do not trust the UK government in EU negotiations. I do not trust a UK government to sensibly and effectively manage Scotland's fisheries itself either. That's why I said earlier that Scotland should have the power: Scotland, a fishing nation, should have the power to manage its fisheries along with its neighbours around the North Sea and in the other areas where we have an active interest.

Werner Kuhn (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar Vella! Frau Kollegin Rodust als Berichterstatterin: Danke für Ihre umfangreiche Arbeit. Aber ein Prinzip sollten wir diesbezüglich immer im Auge behalten, und das heißt: Qualität muss vor Geschwindigkeit gehen, ob der Brexit uns im Nacken sitzt oder andere geschwindigkeitserhöhende Kriterien da sind, wir sind das unseren Fischern schuldig. Und wenn der Plan nicht hält, was er verspricht, dann steigt im Sektor und auch in der Bevölkerung der Unmut gegenüber der EU.

Deshalb sind wir als EVP dafür, dass wir hier sehr klare und auch einfache Definitionen haben. Im Nordseeplan brauchen wir einen einfachen Einsatz für die Gruppeneinteilung. Das heißt: nur die *species*, die tatsächlich auch quotiert sind, die *total allowed catch* haben. Und wir brauchen anwendbare Korridore für die Quoten auf wissenschaftlicher Basis. Wenn ich dann immer höre „Also, es darf keine Überfischung geben, et cetera pp.“ ...: Wenn ein Bestand in so guter Verfassung ist, dass er andere sozusagen bedroht – das haben wir zum Beispiel bei der Interaktion zwischen dem Wittling und der Krabbe –, da muss man auch mal mehr aus dem Bestand herausnehmen, damit sich die Krabben wieder erholen können. Mit einer flexiblen Korridorlösung ist auch der Bereich für die Regelung der begrenzenden Arten, der *choke species*, ganz, ganz wichtig. Denken wir nur an Kabeljau und Scholle. Wenn die Quote für die Scholle sozusagen abgefangen ist, ja, dann muss ich aufpassen und auch klare Verhältnisse haben, wie ich mit dem Kabeljau weiter umgehen kann.

Eines will ich nur noch mal klipp und klar sagen: Seit 50 Jahren ist der Bestand der Speisefische in der Nordsee nicht besser gewesen als zum jetzigen Zeitpunkt. Wir haben eine Million Tonnen mehr Biomasse für den Hering. Weil hier immer gesagt wird: Ja, das ist alles unmöglich, was hier in der Europäischen Union gemacht wird. Wir haben doch Managementpläne für den Kabeljauplan erarbeitet! Der war in einer ganz schwierigen Situation, jetzt hat er sich wieder erholt, er ist über den Triggerpunkt hinaus, wir können ihn wieder befischen. Und das muss hier in dieser Runde auch nochmal gesagt werden: Die Managementpläne, die wir bis jetzt hatten, haben auch Wirkung gezeigt!

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señor presidente, quisiera agradecer a mi colega Ulrike el buen trabajo que ha realizado en este plan, como en cualquier trabajo que afronta. Hay que decir que la introducción de los planes plurianuales es uno de los instrumentos clave en la política pesquera común para gestionar de manera sostenible los recursos.

Es fundamental no perder de vista que estos planes plurianuales, tanto el del mar del Norte como el del Báltico, ya aprobado, sientan precedente para futuras propuestas de gestión en el Atlántico y en el Mediterráneo. Y, a medida que nos vamos hacia aguas más meridionales, las pesquerías son mixtas, es decir, que la interacción de especies es mayor, por lo que es fundamental dotar a estas zonas de planes de gestión razonables en el futuro.

Los planes plurianuales también tienen que estar dotados de flexibilidad, y esa flexibilidad tiene que permitir moverse en los rangos que establece la mortalidad por pesca, tanto para tomar decisiones cuando las poblaciones están en peligro e implementar las medidas correctoras necesarias, como para aumentar las posibilidades de pesca cuando las poblaciones están en buen estado.

Es fundamental señalar que, a través de este plan, se gestionarán aguas que pertenecen al Reino Unido, y es muy importante destacar aquí que, a pesar del *brexít* —de que el Reino Unido se vaya de la Unión Europea—, es fundamental hacer una gestión de las pesquerías responsable, porque los peces no entienden de fronteras, señores. Y se lo digo a los de enfrente, especialmente.

Sander Loones (ECR). – “*t Es kerremesse in Ostdunkerke, es 't allecht ook kerremesse in d'helle*”. Kermis in de hel: dat is wat de vissers bij ons zeggen wanneer er zwaar weer op komst is. En als ik zie wat hier op tafel ligt in dit Europees Parlement, dan ben ik er niet helemaal gerust in. Ik woon aan de zee aan de Vlaamse kust. Als ik de vissers zie bij ons in Nieuwpoort, Oostende, Zeebrugge, Blankenberge, dan zie ik dat zij het moeilijk hebben. Ze hebben het moeilijk, ook door de zaken die hier beslist worden in Europa en ook door de *brexít* die eraan komt.

Tegelijk is het zo, zoals boeren hun land en hun dieren graag zien, zo zien vissers graag de zee en de vis. Zij beseffen ook maar al te goed dat ze die moeten koesteren en dat ze die omslag zullen moeten maken naar een meer duurzame visserij. Maar dat kan ook zonder al te complexe plannen. Laat ons dat dan ook zo doen. Laat ons een eerlijk, flexibel en eenvoudig systeem uitwerken en laat ons alsjeblief ook de recreatieve vissers hun visje gunnen.

Procedura catch-the-eye.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, από ό,τι βλέπω ίσως θα έχουμε μια επανάληψη του «πολέμου του μπακαλιάρου», αυτό το οποίο είχε συμβεί στα τέλη της δεκαετίας του 1970, όταν ερχόταν, μεταβατικά πλέον, η Μεγάλη Βρετανία στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Ήδη βλέπουμε και αντιθέσεις και ανάμεσα σε εκπροσώπους, βουλευτές από τη Σκωτία, και από αυτούς οι οποίοι υποστήριξαν το Brexit.

Δεύτερον, το σχέδιο αυτό ακολουθεί ουσιαστικά το σχέδιο της Βαλτικής. Εκεί έχουν διαμορφωθεί οι προϋποθέσεις και αν δεν κάνουμε συζητήσεις επί των σχεδίων αυτών αυτά τα σχέδια πλέον θα εφαρμοστούν και σε άλλες περιοχές.

Τρίτον, υπάρχει σοβαρό θέμα με την ερασιτεχνική αλιεία. Πρέπει να αντιμετωπιστεί. Τέθηκαν αρκετοί προβληματισμοί. Δεν μπορεί να υπάρξει αυτό το τεράστιο διοικητικό άγχος για τους ερασιτέχνες αλιείς. Επίσης δεν έχει ληφθεί υπόψη ο κοινωνικοοικονομικός αντίκτυπος. Υπάρχουν πάρα πολλά προβλήματα σε αυτή την πρόταση. Ελπίζω μέχρι αύριο να διευθετηθούν τα περισσότερα.

Procedura catch-the-eye

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank all the honourable Members for their interventions and valuable views and I promise that I have taken due note of this very interesting debate.

I would like to make some comments and let me start with leisure fisheries because this was mentioned by a number of speakers. I think that recreational fishing must be taken into account when setting fishing opportunities, without unnecessary intervention. The way that we do this is: we always ask the Institute for Systems, Informatics and Safety (ISIS) to provide us with information on recreational angling when it plays a significant role.

With regard to Brexit – a number of Members spoke about Brexit – I agree and it has already been said that stocks have no boundaries. As long as we have shared stocks, we also have a shared responsibility. We have to have the best management framework to work for sustainable fisheries, with or without Brexit. Others spoke about the issue of choke and this is indeed one of the main purposes of the plan. The ranges of fishing mortality will provide us with an additional instrument for addressing choke situations as well.

Our colleague, Mr Serrão Santos, spoke about sustainability and I totally agree with him that we have to be serious about sustainability and to do away, phase out and stop overfishing because overfishing could be as harmful as illegal, unreported and unregulated fishing (IUU).

Mr Torvalds and Mr Mato spoke about regionalisation. It is true that some serious regions have taken regionalisation on board and it is working very well for them. It is also true that in some cases, the Commission has to come in and take decisions to act. But everyone is recognising that regionalisation is in the best interest of the stakeholders, and especially of the fishermen themselves.

I do not agree with Ms Hazekamp when it was said that overfishing is continuing and we are not getting results. On the contrary, the common fisheries policy (CFP) is providing us with some positive results and as has already been mentioned, the number of stocks at maximum sustainable yield (MSY) has increased from 9 up to 36 and that is, for me, a very good result. I also agree with Linnéa Engström that with healthy stocks everyone benefits, whether this is the leisure or the commercial industries, so both have to take on responsibilities when it comes to sustainable management.

Mr Mato knows that the worst thing that could impact negatively on fishermen is a lack of sustainable management and this is exactly what we do not want to have and is exactly what the multi-annual plan is giving us. I agree with Ms Thomas about the essentials of the plan, especially the sustainable management of resources not only to reach but to maintain the stocks at maximum sustainable yield (MSY). Mr Hudghton also reminded us that apart from the CFP, there are also international obligations to be complied with by everyone, including the UK after Brexit.

I also agree with Mr Kuhn when he mentioned as well that we need to start looking at the interaction and the impact of one species over other species and we will be moving in that direction when we start taking into consideration and taking the ecosystem approach, because I agree that this is a very important remark. I also agree with Ms Aguilera García that we have to make multi-annual plans (MAPs) work so we can then move to other areas and to other stocks, especially in the South.

Let me reiterate that it is of utmost importance that the multi-annual plans are made fit for purpose and to ensure this, they must focus on the tools to ensure a practical and a sustainable management framework for our mixed demersal fisheries. Multi-annual plans should be adopted as a matter of priority as well, and the Commission will make every effort to assist the co-legislators in the coming trilogues. Thank you once again for all your cooperation, remarks and comments.

Ulrike Rodust, *Berichterstatterin*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben nun in der Debatte einige Argumente zum Thema Freizeitfischerei, Wertebereiche und Gruppeneinteilung gehört. Ich möchte in diesem Kontext nochmals die Situation in der Ostsee in Erinnerung bringen. Dort hat die Freizeitfischerei einen großen Einfluss auf die Dorschbestände.

Im PECH-Bericht greifen wir in Änderungsantrag 66 zur Freizeitfischerei deshalb die Struktur des ICES-Gutachtens auf, das eine Unterscheidung zwischen Gesamtfang, kommerziellen Fängen und Freizeitfischerei macht. Die Differenz aus Gesamtfang und Freizeitfischerei ergibt die Empfehlung für die kommerzielle Fischerei. Der Gesamtfang ist durch die Wertebereiche der Mehrjahrespläne beschränkt. Ich bin der Meinung: Wird die Freizeitfischerei bei der Festsetzung von Fangmöglichkeiten außer Acht gelassen, können die gesetzten Ziele der GFP nicht eingehalten werden. In der Art und Weise des Umgangs der vom Plan abgedeckten Grundfischbestände sind in der Debatte die unterschiedlichen Auffassungen sehr deutlich geworden. Das wird morgen eine Mehrheit im Plenum entscheiden müssen. Dasselbe gilt auch für die Wertebereiche.

Ich habe bereits vorhin angeführt, dass ich weiterhin die Hoffnung auf ein rasches Vorgehen habe. Die Brexit-Verhandlungen warten nicht auf uns, sondern wir müssen den Verhandlungsführern mit dem Nordseemanagementplan schnellstmöglich ein stabiles Fundament an die Hand geben. Ich bedanke mich für die rege Debatte und wünsche Ihnen allen und mir auch einen schönen Abend.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si terrà domani, 14 settembre 2017.

21. Die Zukunft des Programms Erasmus+ (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sull'interrogazione con richiesta di risposta orale alla Commissione sul futuro del programma Erasmus+ di Petra Kammerevert, a nome della commissione per la cultura e l'istruzione (2017/2740(RSP)) (O-000062/2017 - B8-0326/2017) .

Petra Kammerevert, *Verfasserin*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrter Herr Kommissar! In diesem Jahr feiert Erasmus, eines der erfolgreichsten Programme der EU, seinen 30. Geburtstag. Im Laufe dieser 30 Jahre ist das Programm deutlich ausgebaut worden und hat das persönliche und berufliche Leben von etwa 9 Millionen Studenten, Auszubildenden, Freiwilligen, Lehrkräften, Pädagogen und Jugendbetreuern entscheidend geprägt. Erasmus+, wie es heute heißt, bietet die ideale Gelegenheit dafür, Europa unmittelbar zu erleben und damit auch der anhaltenden Europaskepsis konsequent entgegenzuwirken. Und zwar indem junge Menschen – sei es als Studierende, Auszubildende oder Schüler beziehungsweise erwachsene Fach- und Lehrkräfte aus unterschiedlichen Bildungsbereichen – durch internationalen Austausch Europa als Chance begreifen.

Durch Erasmus wird Europa für den Einzelnen erfahrbar gemacht. Es bietet die Möglichkeit, direkt an Europa teilzuhaben. Dabei fördert Erasmus als europäisches bürgernahes Programm Werte wie Toleranz und Freiheit, Verständnis für andere Kulturen und Demokratiebewusstsein. Allerdings profitieren noch zu wenige Menschen von Erasmus+. Nach Angaben der Kommission haben bislang nur etwa 5 % der jungen Unionsbürger an dem Programm teilgenommen. Das dreißigjährige Bestehen von Erasmus+ sollte daher zum Anlass genommen werden, das Programm zu verbessern und deutlich auszubauen.

Der Kulturausschuss hat hierzu eine Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission gestellt sowie eine Resolution vorgelegt, um bereits jetzt die Diskussion über ein Nachfolgeprogramm nach 2020 zu beginnen. Im Rahmen der Parlamentsresolution zur Zukunft von Erasmus+ betont der Ausschuss die Bedeutung des Programms als Aushängeschild der Europäischen Union und als essenzielles Instrument zur Unterstützung von Aktivitäten in den Bereichen Bildung, Jugend, Ausbildung und Sport. Dennoch muss für das Nachfolgeprogramm evaluiert werden, wie man den Zugang offener und inklusiver gestalten kann, damit auch benachteiligte Jugendliche die Chance bekommen, eine solche Auslandserfahrung zu machen.

Der Ausschuss hat mit seiner großen Mehrheit seit jeher Erasmus als eine wichtige Investition in die Zukunft Europas betrachtet und sich daher stets für eine starke finanzielle Ausstattung eingesetzt. Aus meiner Sicht muss es das Ziel sein, mittelfristig jedem Menschen unter 27 Jahren die Möglichkeit zu geben, an mindestens einem der Programmteile teilzunehmen. Hierfür bedarf es einer Vervielfachung der finanziellen Mittel schon in der nächsten Programmperiode. Ich begrüße sehr, dass beispielsweise die italienische Regierung im Rahmen der Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen eine Verzehnfachung der Mittel gefordert hat und auch viele andere politische Akteure bereits mit einer konkreten Zahl als Faktor der Vervielfachung sympathisieren. Sie alle können sicher sein, dass sie damit zumindest im Ausschuss für Kultur und Bildung und hoffentlich auch im ganzen Haus offene Türen einrennen.

Das Gesamtbudget von Erasmus+ wurde für die laufende Förderperiode deutlich erhöht und von der Kommission und dem Europäischen Parlament als großer Erfolg gefeiert. Dies hatte bei Antragstellern viele Erwartungen auf eine bessere Ausstattung der Projekte geweckt. Diese Erhöhung kam jedoch erst mit großer Zeitverzögerung an. Viele durchaus förderfähige Projekte mussten und müssen auch heute noch abgelehnt werden. Dies führt dazu, dass insbesondere Träger und Einrichtungen ohne Erfahrung mit europäischen Projekten und Programmen von einer Antragstellung absehen, oder wenn sie abgelehnt werden, sich frustriert zurücklehnen und sagen: „Das mache ich nie wieder.“

Nach wie vor sind mangelnde Klarheit und eine allgemeine Benutzerunfreundlichkeit des Leitfadens festzustellen. Die Antragsverfahren sind viel zu komplex und die Antragsformulare mit fast über 40 Seiten viel zu umfänglich. Wir müssen außerdem für die Zukunft dafür sorgen, dass insbesondere junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen eine bessere Förderung durch Erasmus+ erfahren. Mobilität und Bildung dürfen kein Privileg von wenigen bleiben. Insbesondere bei individuellen Auslandsaufenthalten im Rahmen von Studium und Ausbildung gibt es hier deutlichen Nachbesserungsbedarf, und jeder, der mal im Ausland gelebt hat, weiß, dass das mit vielen Unkosten verbunden ist, die von der Erasmus-Förderung nur ansatzweise gedeckt werden können.

Erasmus ist und war kein beschäftigungspolitisches Instrument, auch wenn sich Auslandsaufenthalte natürlich gut im Lebenslauf machen und sogenannte *soft skills* erworben werden, die jeder Arbeitgeber gerne sehen will. Ein Nachfolgeprogramm sollte das Prinzip des lebenslangen Lernens, der lebenslangen Mobilität in den Fokus stellen, sowie formales und non-formales Lernen gleichermaßen fördern. Wir müssen aufpassen, dass wir Erasmus+ nicht arbeitsmarktpolitisch überfrachten. Wir erreichen mit Erasmus+ mit wenig Geld einen hohen Fördereffekt und leisten einen echten Beitrag dazu, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in der EU zu stärken.

Erasmus ist eine gute Investition in die Zukunft unserer Kinder, und es steht wie kein anderes Programm der Europäischen Union für den Erfolg der europäischen Idee. Machen wir uns gemeinsam auf den Weg, dieses Programm noch erfolgreicher zu machen! Ich setze auf die Unterstützung der Kommission und hoffe auf die Einsicht des Rates, dass hier das Geld wirklich gut angelegt ist.

Tibor Navracsics, Member of the Commission. – Mr President, Erasmus+ is the European Union's most powerful tool to connect with citizens and create a community of values, knowledge, skills and competences. It brings people together in ways that no other programme can. Since its launch in 1987, Erasmus and its successor programmes have given nine million people the chance to study, train, volunteer or gain professional experience abroad.

In 2014 the Erasmus+ programme integrated all previous initiatives in the fields of education, training, youth and sport. Since then, in less than three years, two million citizens from 33 European countries have experienced the positive impact of Erasmus+. This year we are proudly celebrating the programme's 30th anniversary, involving European citizens – and especially young Europeans – through social media, conferences, debates and exhibitions across Europe. Thank you all for your support in celebrating the 30th anniversary on 13 June in this very hemicycle. Erasmus+ is undoubtedly a success story. It also enjoys support outside the political world across countries and institutions, with more and more calls for considerable budgetary increases for the next programme in order to reach even more Europeans.

I would like to thank you for your oral questions and today's debate, which underlines the two most crucial issues regarding the future programme, the programme's structure and the money we will invest in it. The feedback we have received from national authorities and various stakeholders in the context of the mid-term evaluation indicates that there is a strong call for stability in the structure of the programme to meet the unmet demand and for further simplification to reduce the administrative burden for all. In particular, preliminary results of the Erasmus+ mid-term evaluation show the high level of appreciation by national authorities, stakeholders and project participants, notably of the integrated nature of the programme, covering learning in all its contexts, whether formal or non-formal, and at all levels of the lifelong learning continuum, from early childhood education and schools, vocational education and training

through to higher education and adult learning; the adaptability of the programme, able to re-adjust priorities to EU-level emerging challenges and needs, for example the much-reinforced emphasis on social inclusion and prevention of violent radicalisation, following the Paris Declaration of March 2015, and the mobility experiences with high levels of satisfaction expressed both by learners and staff and across all fields and types of mobility.

I strongly believe that Erasmus+ should be available to all young Europeans, and I share your ambition in this respect. We also need to focus on where the programme adds value. For example, the programme should support young people going into forward-looking study fields where Europe needs expertise and must have the ambition to be a world leader, such as climate change, clean energy, robotics, digitalisation, etc. The Commission will continue to put forward two sorts of action to support innovation and development. On the one hand, we focus on skills for life from an early age and with regard to all forms of learning. On the other hand, we encourage stronger links between schools, including vocational education and training schools and higher education institutions, as well as between education and the world of work. This will help young people develop a broad set of competences to do well in life and at work in increasingly multicultural societies.

We must also respond to the calls for a more inclusive and outreaching programme. Thus we need to significantly increase the number of opportunities offered to school pupils, vocational education and training students and apprentices. The programme needs to help young people access high-quality education, irrespective of their social background. Mobility should therefore be common practice in school education and vocational education and training, similar to what has become the norm in higher education over the last decades. It is of paramount importance to the development of most-needed transfers of skills.

Moreover, we should be more inclusive and better-suited to young people's needs, and for this we need to provide a European experience even to those who are not mobile. In this context, making better use of digital approaches, virtual tools and online platforms plays a prominent role. Web-enhanced learning programmes, such as blended learning that combines digital media with traditional classroom methods, can complement physical mobility to widen access to the programme. It is in this vein that in June we launched a new Erasmus+ mobile application designed for students, vocational learners and participants in youth exchanges to facilitate the mobility experience for generations to come. This app will bring the Erasmus+ programme even closer to citizens, making it more user-friendly, accessible and inclusive and adapting it to the digital era.

I welcome your support for strengthening Erasmus+ in order to allow it to reach many more Europeans and to continue building a stronger and better Europe.

Michaela Šojdrová, on behalf of the PPE Group. – Mr President, I would like to thank the Commissioner for his understanding approach. I agree with you, Commissioner, that Erasmus+ is the most successful European programme. It is an investment in our future. We would like to ask the Commission about two very relevant points. What should be done to make the programme more accessible to more EU citizens? Secondly, what financial and budgetary reforms are needed to enable this flagship EU programme to reach its ambitious goals?

This debate is very topical. Less than 5% of young Europeans benefit from the programme due to socioeconomic factors and limited funding. Erasmus+ is now facing increasing financial risks from other initiatives, such as the European Solidarity Corps. For this programme not to have any fresh money would be unacceptable for us.

I welcome the fact that volunteering is emphasised in our resolution because this value has to be enhanced. Erasmus+ has to be given priority and has to be more ambitious and reach more teachers, students, apprentices and volunteers, including people from disadvantaged groups. The question today is whether we are ready to fundamentally increase the budget of Erasmus+ in the upcoming financial period. I am convinced we should do that. Only then will the Erasmus+ programme be more inclusive and become a real investment in our future.

My last point is on the European Student Card, which is in the resolution. It is now up to the Commission to find a feasible solution and to take into account that the International Student Card already exists as a functional tool.

Erasmus+ is our common opportunity – let us invest in our future!

Silvia Costa, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, oggi il Presidente Juncker ha dato una prospettiva politica all'Europa, cogliendo il cambio di vento che può gonfiare le vele dell'Unione. Ma, curiosamente, non ha ricordato che il vento più forte viene dalle nuove generazioni, quelle che vivono l'Europa come loro casa, rifiutano i muri, sono delusi dalla Brexit e chiedono più Europa, più opportunità per crescere, per condividere, per avere un futuro di cittadini europei.

A trent'anni dal lancio del programma Erasmus, si è detto, nove milioni di giovani, e non solo giovani, hanno sperimentato la mobilità educativa, formativa, la pratica di cittadinanza attiva, di volontariato, di sport: ma rappresentano, appunto, solo il 5 % dei giovani europei. Per questo la commissione per la cultura e l'istruzione ha chiesto un segnale forte nella prossima programmazione pluriennale, per mettere davvero i giovani al centro delle politiche europee.

Il gruppo S&D, come già richiesto anche dal Governo italiano – lo ricordava la prima la Presidente Kammerevert – si batterà per ottenere la moltiplicazione delle risorse stanziare attualmente, perché prendiamo sul serio l'impegno assunto, anche nel Libro bianco del Presidente Juncker, di avere almeno il 20 % dei giovani coinvolti.

Dobbiamo però rendere il programma più accessibile, facilitare il sistema di riconoscimento dei crediti e le competenze non formali, invitare le università ad applicare pienamente gli accordi di apprendimento come parte obbligatoria della mobilità, anche su piattaforme, aumentare l'entità delle borse e introdurre agevolazioni come la *European student card* da noi proposta per accedere a facilitazioni e servizi in tutta Europa.

Vogliamo ripristinare la mobilità per gli studenti delle scuole superiori e rafforzare la mobilità nella formazione professionale e nell'apprendistato, rendendo più accessibili i partenariati scolastici, arricchendo i contenuti di apprendimento e rafforzando la partecipazione all'*e-Twinning*.

Va raccolta la sfida educativa tra gli immigrati e i rifugiati, anche sostenendo progetti di integrazione e corridoi educativi. Per i prestiti a chi frequenta i master, dobbiamo rivedere le modalità, perché non stanno adeguatamente funzionando. Ma soprattutto il programma deve rafforzare il valore aggiunto della cooperazione europea, dell'educazione civica, della comprensione interculturale come elementi distintivi.

Kazimierz Michał Ujazdowski, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Koleżanki i Koledzy! Zdecydowanie opowiadam się za tym, by program Erasmus uelastycznić i w każdym sensie rozszerzyć, także w sensie budżetowym. Program ten sprawdził się. Bardzo wielu studentów nabyło większe kompetencje, poznało kultury innych narodów europejskich. Należy wzmocnić go także w sensie finansowym. Zamiast powoływania nowych agencji, o których mówił przewodniczący Juncker w przedpołudniowym wystąpieniu, można z powodzeniem i dla dobra przyszłości młodego pokolenia i całej Europy zwiększyć nakłady budżetowe na program Erasmus. Chcę też uwrażliwić komisarza Navracsicsa na inną kwestię, mianowicie kwestię funkcjonowania programu po brexicie. Wielka Brytania była krajem bardzo pożądanym w ramach programu Erasmus, a Brytyjczycy odwiedzali w ramach Erasmus państwa europejskie. Należy zadbać o to, żeby pomimo brexitu wymiana na wzorcach Erasmus była kontynuowana. Upomina się o to European Christian Political Youth – jedna z organizacji młodzieżowych działających na szczeblu europejskim. Rezolucja podnosi tę kwestię, a ja w pełni zgadzam się z argumentami wspomnianej organizacji. Zadbajmy o to, żeby brexit nie powstrzymał ani nie unicestwił wymiany młodego pokolenia między Wielką Brytanią a Unią Europejską.

Ilhan Kyuchyuk, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, there is no doubt that Erasmus is one of the most successful EU programmes. Together with promoting student and staff mobility, the programme has proven to be a catalyst for encouraging higher education institutions to fully develop their cooperation, to modernise, and to become more international in their outlook. Many studies of the participants themselves have confirmed that an international environment is the best way to learn about different cultures, improve a multi-cultural understanding and knowledge of language, establish international contacts, develop new skills and grow as a person and as a professional.

Undoubtedly, Erasmus is a tremendous success, but we should now focus on how further to develop, modernise and simplify the programme and make it more accessible and inclusive. The Commission, together with the Member States, should overcome the existing complexity of the application process and often slow administrative management. Commissioner, while shaping the future of the programme, we need to make sure that the voice of the youth is heard and that their vision on how best to improve the programme is taken on board.

Curzio Maltese, a nome del gruppo GUE/NGL. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, siamo tutti giustamente orgogliosi di Erasmus e della la sua storia. Allora, cerchiamo di migliorarlo e, almeno, di non peggiorarlo come a volte accade.

Erasmus non può diventare un *brand* o un bancomat per finanziare altro. Erasmus è un magnifico progetto che però è ancora elitario e dobbiamo sforzarci di garantire più fondi e più aiuti agli studenti delle famiglie più povere. La chiave è una maggiore accessibilità, giustamente ricordata dalla risoluzione Kammerevert. Però bisogna essere coerenti.

Il sistema dei prestiti non serve a garantire maggiore accessibilità: è fallito in questo senso negli Stati Uniti e non è il caso di aprire a questo sistema, come è stato fatto, sia pure con dei limiti, per fortuna. Quindi invito a votare il nostro emendamento che si propone di cancellare questa strada e di concentrarsi sulle borse di studio, che rimangono una vera chiave di inclusività.

E poi dobbiamo intenderci sui valori: da Socrate a Montessori, il compito della scuola è sempre stato, nella cultura europea, quello di diffondere conoscenza e formare i cittadini, non di incasellare i giovani in organigrammi. Negli ultimi anni si usano molto spesso concetti e categorie discutibili come l'occupabilità, frutto di un'ideologia economicista che vorrebbe apparire moderna e rappresenta invece una vera regressione. L'Erasmus, la scuola, l'istruzione non sono corsi aziendali: dobbiamo averlo ben chiaro.

Patrick O'Flynn, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, earlier this month world university rankings placed Oxford and Cambridge as the top two universities in the world. That league table made clear that Britain is Europe's higher education superpower. Imperial College was also in the global top 10, but the only other European institution there was based in Zurich, outside the EU. Indeed, there was no non-British EU university within the top 20. This is an indication that one of the great challenges for the future of Erasmus+ will be to continue to secure access to UK universities. Without them, the programme will be greatly denuded.

I implore the EU to be sensible in accepting the British offer of continued friendship and cooperation and not to allow the Brexit process to turn into a means of trying to punish the British people for their democratic decision. There is willingness in Britain to continue to facilitate the flow of outstanding EU students to our great universities. It would be the height of folly to put that in jeopardy through the adoption of a hostile posture on Brexit.

Dominique Bilde, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, à l'occasion des 30 ans du programme Erasmus, mes collègues de la commission de la culture et de l'éducation ont souhaité interpeller la Commission sur l'avenir de ce programme. Cette question a notamment été motivée par l'annonce de la Commission que ce programme emblématique servira également à financer de nouvelles initiatives, comme le corps européen de solidarité dont la pertinence reste encore à prouver.

Si je partage quelques inquiétudes de mes collègues, notamment sur le fait de menacer l'efficacité d'Erasmus en lui faisant couvrir toujours plus d'objectifs politiques, je souhaiterais cependant élargir le champ d'interrogation.

En effet, comme l'a rappelé le journal *Le Monde* dans un article du 29 août dernier, en réalité, malgré son succès relatif, Erasmus bénéficie toujours majoritairement aux jeunes socialement favorisés. Si cette fracture sociale est désormais connue, je m'inquiète par ailleurs de la tendance de la Commission à voir dans la mobilité la solution unique au problème du chômage.

Cette vision me semble erronée. La mobilité pour la mobilité ne conduit à rien. Toujours selon l'article du journal *Le Monde*, seule la mobilité tournée vers des institutions prestigieuses, par exemple, bénéficiera aux jeunes lors de leur insertion dans le monde professionnel. La mobilité comme une fin en soi ne conduit in fine qu'à la fuite des cerveaux et au déracinement, lequel est la source des angoisses identitaires.

Il me semble donc que la réflexion sur le futur d'Erasmus+ devrait se concentrer autour de ces deux questions: le développement des opportunités pour les étudiants méritants les moins privilégiés, particulièrement ceux des zones rurales et périphériques, et enfin une nécessaire réflexion sur la question de la fuite des cerveaux et l'enjeu de continuer à rendre nos territoires attractifs pour les jeunes Européens afin que la mobilité ne devienne pas le bourreau de la ruralité.

Diane Dodds (NI). – Mr President, the Erasmus+ programme allows students, teachers and young people to study, work, volunteer, teach and train throughout Europe. Their experiences and the skills they learn help them develop personally, and will ultimately bring added value to the local economy. I am thinking of the many successful projects in my own constituency, including those led by Ballybeen and Kilcooley women's centres. These include developing and delivering mentoring training programmes, supporting older people, developing innovative ICT training, developing training to raise awareness of domestic abuse among older victims and the DREAM programme, which aims to reinforce integration of migrants into local communities. In Brussels, in London and in Belfast, we should be working to forge a new and positive relationship with the European Union. These negotiations should not preclude programmes such as this, where it is cost-effective to do so. Instead, Brexit should be reviewed as an opportunity to revive and renew ties; to allow those in the education, youth or sports sectors to benefit from cross-border exchange projects as part of a new and special relationship. Whether this be in the form of participation in joint programmes or through new initiatives will ultimately be a matter for talks between the UK Government and Brussels. But the key is a willingness on all sides to negotiate constructively.

Milan Zver (PPE). – Splošno sprejeto mnenje je, da je Erasmus+ zgodba o uspehu, da je najbolj pozitiven evropski projekt. To smo lahko začutili poleti, ko smo praznovali 30. obletnico Erasmosa. Tega dejstva sem kot stalni poročevalec Evropskega parlamenta za Erasmus+ seveda zelo vesel. Lahko bi na dolgo in široko razlagal koristi, ki jih prinaša za udeležence, univerze, gospodarstva, lokalne skupnosti in posledično za Evropo nasploh.

Toda na zadevo moramo pogledati tudi z druge strani. Celotni proračun, namenjen izobraževanju, mladini in športu v Evropski uniji, ostaja relativno majhen delež skupnega večletnega finančnega okvira, to je 1,36 %. V tem proračunskem obdobju bo predvidoma sodelovalo v različnih programih Erasmus+ okoli 4 milijone ljudi, kar je manj kot 1 % prebivalstva.

Toda obstoječi proračun še zdaleč ne pokrije vsega zanimanja. Stopnja uspešnosti, ki izraža razmerje med prijavami in sprejetimi oz. realiziranimi projekti, je v nekaterih delih programa Erasmus+ občutno prenizka, vsega komaj 26 %. Zato bo potrebno v prihodnje še naprej odpravljati razkorak med omejenimi proračunskimi možnostmi in širokimi potenciali programa. To pa se lahko stori le na en način: s povečanim proračunom.

Krystyna Łybacka (S&D). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzy! Zapytajmy siebie, jaki jest niezbędny warunek realizacji planów przedstawionych dziś przez przewodniczącego Junckera? Tym niezbędnym warunkiem są świadomi obywatele, obywatele rozumiejący europejskość i przestrzegający podstawowych wartości takich jak równość, wolność, praworządność. Najlepszym nośnikiem tak rozumianej tożsamości europejskiej jest pokolenie Erasmosa. Dlatego Erasmus+ musi pozostać właściwie finansowanym, flagowym programem Unii Europejskiej. Ale nawet najlepszy projekt ma margines poprawy.

Kwestia pierwsza: program Erasmus musi być dostępny dla wszystkich, także dla osób ze środowisk uboższych i dla niepełnosprawnych. Kolejny raz powtarzam – wysokość stypendiów musi być dostosowana do kosztów życia kraju goszczącego. Kwestia następna: uznawalność okresów studiów za granicą i zdobyte tam punkty kredytowe muszą być w 100% respektowane, to nie może stanowić problemu dla studentów. Sprawa trzecia: konieczna jest współpraca między agencjami narodowymi, aby z jednej strony wypracować wysokiej jakości materiały informacyjne, uprościć procedury, a z drugiej wypracować minimum kryteriów obiektywnej oceny.

Rzecz ostatnia, panie komisarzy, o którą bardzo proszę: uczestnicy Erasmosa, szczególnie młodszy, często wytwarzają materiały o trwałej wartości intelektualnej. To są wspaniałe wirtualne trasy turystyczne, to są opisy ich regionów, ich zwyczajów. Spróbujmy umieścić je na jednym portalu, który nie tylko prezentowałby te prace, ale również egemplifikowałby wartości europejskie i pozostawał trwałym dorobkiem Erasmosa.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το Erasmus πραγματικά έχει αποδειχθεί ως ένα πολύ επιτυχημένο πρόγραμμα. Το δείχνει αυτό η διαδικασία που ακολουθήθηκε επί 30 χρόνια: ενίσχυσε την εκπαίδευση και την κατάρτιση, στήριξε τα πανεπιστήμια, στήριξε τους φοιτητές, την κινητικότητα και, θα έλεγα, την οικονομία. Όμως χρειάζεται περαιτέρω χρηματοδότηση. Αυτό που βλέπουμε είναι ότι γίνεται αφαίμαξη. Αφαιρούνται κονδύλια από το Erasmus για να ενισχυθούν αλλά εγχειρήματα όπως είναι το Ευρωπαϊκό Σώμα Αλληλεγγύης. Ταυτόχρονα, πρόσφυγες και μετανάστες, οι οποίοι έχουν κονδύλια για να χρηματοδοτηθούν από άλλες πηγές, εντάσσονται και αυτοί ως δικαιούχοι μέσα στο Erasmus μειώνοντας έτσι τον τελικό αριθμό των δικαιούχων. Κατά την άποψή μας, το Erasmus πρέπει να προσαρμοστεί στις οικονομικές ανάγκες της κάθε χώρας, πρέπει να αποτελέσει ανάσα για τους νέους στην Ελλάδα που πλήττονται από τα μνημόνια και την ανεργία, τους νέους στην Ελλάδα που βλέπουν να χάνονται τα όνειρά τους, που αναγκάζονται πλέον, λόγω της τρόικας και των δανείστων να μεταναστεύουν. Για αυτό λοιπόν πρέπει να υπάρχει ενίσχυση των κονδυλίων του Erasmus και επιπλέον κονδύλια και για την Ελλάδα για να μπορέσουν

πραγματικά οι νέοι μας να ανταπεξέλθουν σε αυτές τις τραγικές στιγμές τις οποίες ζουν.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL). – A Uachtaráin, gan aon dabht, is céim chun tosaigh é Clár Erasmus. Léiríonn sé rudaí dearfacha faoin Eoraip. Tá go leor scoláirí tar éis buntáistí an chláir a chur i bhfeidhm ar mhaithe leo féin agus an tsochaí. Ba chóir go mbeadh an deis céanna ag gach scoláire, agus an bhuairt atá ormsa ná go mbeidh Erasmus+ mar chlár a bheidh dírithe orthu siúd leis an airgead. Caithfidh aghaidh a thabhairt ar na dúshláin ollmhóra atá againn ar fud na hEorpa maidir le dífhostaíocht, go háirithe an t-aos óg. Tá neart daoine óga ann atá gan dídean, gan féidearthachtaí agus gan achmhainní ar fáil dóibh chun éileamh ar Chlár Erasmus. Tá dualgas orainne na cláracha ar nós Erasmus+ a leathnú chun na ndaoine óga sin a bhfuil géarghá acu le cos suas maidir le hoideachas. Má táimid dáiríre faoi thacú agus saol níos fearr a chruthú sa todhchaí dár n-aos óg, caithfidh breis infheistiúocht a sholáthar. Caithfidh Clár Erasmus a bheith ar fáil do gach duine, thuaidh agus theas in Éirinn; agus táim ag caint ar *Bhreathamach* sa réimse sin, mar aon le ceantracha gan dabht atá ag fulaingt de dheasca cúrsaí daonna.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Jak Pan wspomniał, Erasmus to program przynoszący liczne korzyści. Świadczy o tym fakt, że przez 30 lat wzięło w nim udział 9 milionów studentów, uczniów, wychowawców i nauczycieli, a w samym okresie ostatnich 3 lat 2 miliony osób z ponad 33 krajów. Wiemy też, że wiedza zdobyta w trakcie wymian przyczyniła się do pełniejszego zrozumienia i poszanowania innych kultur oraz ich wartości. Nauka i ściślejsza integracja przyczynia się do zmniejszenia ryzyka radykalizacji oraz wykluczenia społecznego.

Z powyższych powodów uważam, że program Erasmus+ jest i będzie inwestycją w wiedzę, umiejętności i kompetencje, których beneficjentami są zarówno osoby indywidualne, w tym niepełnosprawne, i organizacje, jak i całe społeczeństwo, i dlatego zwiększenie środków na rozwój programu jest tak ważne dla przyszłych pokoleń Europejczyków. Aby uczynić program jeszcze bardziej dostępnym, państwa członkowskie powinny dążyć do wprowadzenia ułatwień w postaci wzajemnego uznawania kursów oraz uwzględniania punktów ECTS zdobytych podczas wymian. Sądzę, że tylko to może pozwolić na pełne wykorzystanie potencjału programu oraz przyczynić się do osiągnięcia strategicznych celów ramowych europejskiej współpracy w ramach edukacji.

Julie Ward (S&D). – Mr President, Erasmus is one of the Union's greatest success stories, not just in terms of employability and academic development, but also because it has helped to create a generation of proud, open-minded and resilient Europeans, including young British people. We must build on this success to widen access and ensure that more young people can benefit from this opportunity, in particular those in vocational training, vulnerable young people, people outside of formal education, migrants and people with disabilities. In fact, the very kind of marginalised young people that I was working with before I came into politics.

For this to be successful, we need political will and money. I therefore support the Erasmusx10 Campaign to increase the programme budget 10 times in the next financial period. I also want to reiterate that the UK must maintain its access to the programme, and I call for this to be a priority in the Brexit negotiations. British youth voted overwhelmingly to remain in the EU, and it is their future that is hugely at risk with the current negotiations.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, το Erasmus είναι η πιο πετυχημένη ευρωπαϊκή πρωτοβουλία. Χάρη σε αυτό, είναι οι νέοι μας σπουδάζουν και εργάζονται σε μια Ευρώπη χωρίς σύνορα. Βρίσκουν νέες ευκαιρίες και ανοίγουν τους ορίζοντές τους. Μέσα σε τρεις δεκαετίες, εκατομμύρια πολίτες συμμετείχαν στα προγράμματα αυτά. Οι περισσότεροι εξ αυτών, να είστε σίγουροι, δεν θα είχαν ούτε την ευκαιρία ούτε την οικονομική δυνατότητα να σπουδάσουν στο εξωτερικό χωρίς το Erasmus. Στηρίζοντας τέτοιες πολιτικές, ενώνουμε τους λαούς μας και χτίζουμε μαζί την Ευρώπη. Οφείλουμε, ωστόσο, να δώσουμε ακόμη περισσότερες ευκαιρίες στη νέα γενιά. Πρέπει να αναδείξουμε κάθε πρωτοβουλία που υποστηρίζει την απασχόληση, τα σχολεία, τα πανεπιστήμια και τον αθλητισμό. Το πρόγραμμα Erasmus πρέπει να γίνει προσιτό σε περισσότερους συμπολίτες μας, σε περισσότερους οργανισμούς, σε αθλητικές ομοσπονδίες, για παράδειγμα, που αδυνατούν να καλύψουν βασικές ανάγκες για την ανάπτυξη και την κινητικότητα των εθνικών ομάδων. Στην πατρίδα μου, από το 2014, περίπου 12.000 άτομα συμμετείχαν σε προγράμματα συνολικού κόστους 23 εκατομμυρίων ευρώ. Το κάθε ευρώ από αυτά, να είστε σίγουροι, θα έχει πολλαπλάσια οφέλη τόσο για την Ελλάδα όσο και για την Ευρώπη συνολικά. Το πρόγραμμα Erasmus είναι μια πραγματική επένδυση για τους νέους μας. Πρέπει όλοι μας να το στηρίξουμε. Το οφείλουμε στη νέα γενιά.

Luigi Morgano (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Erasmus è senza dubbio il programma più conosciuto e apprezzato dai cittadini europei e, dobbiamo dire, anche il più efficace.

Lo scorso giugno abbiamo celebrato il trentesimo anno di attività, che ha permesso a più di nove milioni di giovani di arricchire non solo la propria esperienza di studio e professionale, ma di fare una vera e propria esperienza di vita, di crescere umanamente, come solo può permettere l'incontro e il confronto con persone nuove, con le loro tradizioni, costumi e cultura.

Perché nulla come l'esperienza tangibile del patrimonio umano, culturale e spirituale europeo, di ciò che ci accomuna e di ciò che ci differenzia, può abbattere pregiudizi e diffidenze e contribuire all'identità europea. È tempo ora di bilanci e di tracciare il futuro di Erasmus+ affinché possibilmente tutti i giovani europei, e non solo una piccola parte, possano accedervi.

Nel periodo 2014-2020, infatti, meno dell'1% dei cittadini europei ne beneficerà. Anche per questo il mio paese ha proposto di moltiplicare per dieci il bilancio di Erasmus+. A qualcuno potrà sembrare irrealistico ma è importante cogliere il punto politico della proposta, cioè soddisfare le innumerevoli richieste non accolte e raggiungere una platea veramente più vasta di giovani, quindi oltre gli iscritti all'università, che sono i principali fruitori.

Faccio quindi mie le parole del Presidente Juncker: «Ogni singolo euro che investiamo in Erasmus+ è un investimento nel futuro: il futuro dei giovani e il futuro del nostro ideale europeo.»

Santiago Fisas Aixelà (PPE). – Señor presidente, señor comisario, en mi opinión, el programa Erasmus ha hecho más por la Unión Europea que cualquier Tratado que se haya firmado. Debemos estar orgullosos, ya que en la anterior legislatura, cuando el presupuesto de la Unión se redujo, logramos desde este Parlamento incrementar el presupuesto para Erasmus en un 40 %.

El sentimiento de pertenencia a la Unión Europea se ha consolidado entre aquellos jóvenes que han podido disfrutar de esta experiencia, para muchos de ellos la mejor de su vida. Debemos tener también en cuenta las posibilidades de futuro que les abre a nuestros jóvenes. La reciente crisis ha puesto de manifiesto que quien tuviera experiencia internacional y más conocimiento de lenguas lograba encontrar empleo con más facilidad.

Sin embargo, no todo es positivo. Tan solo un 5 % de nuestros jóvenes disfruta del programa. Los fondos que reciben no son suficientes, por lo que queda fuera del alcance de los menos favorecidos.

Valoro muy positivamente que se haya incluido a jóvenes que cursan formación profesional, pero es fundamental seguir aumentando los recursos para que todos los jóvenes tengan las mismas posibilidades.

Francis Zammit Dimech (PPE). – Sur President, Sur Kummissarju, nahseb laqitni hafna deskrizzjoni tieghek, Kummissarju, meta ddeskrivejt dan il-programm bhala l-iktar għodda b'saħħitha tal-Unjoni Ewropea biex tikkonnetti maċ-ċittadini tagħha.

Semmejna wkoll li dan huwa t-30 anniversarju, allura hija okkażjoni fejn niċcelebraw is-suċċess ta' dan il-programm. Għalija, però, hija wkoll opportunità, u nirrifletti wkoll diskussjoni li kelli ma' żgħażaġh u studenti fuq dan il-qasam, dwar diffikultajiet li qed niffaċċjaw. Diffikultajiet, pereżempju, li jirriżultaw minn burokrazija żejda dwar l-ipproċessar tal-applikazzjonijiet u d-dewmien, id-diffikultà li xi kultant ma jkunx hemm il-qbil neċessarju bejn istituzzjonijiet edukattivi biex jagħrfu dak li jkunu tghallmu l-istudenti f'pajjiżi differenti. Għandek imbagħad id-diffikultà, reali hafna, ta' nuqqas ta' għarfien mehtieg biżżejjed biex studenti u żgħażaġh japplikaw. Allura hija żgur opportunità fejn nagħrfu dak kollu li rridu nagħmlu, fil-livell nazzjonali u Ewropew, għar-rigward tat-twettiq ahjar ta' dan il-programm, fejn naffer-maw, anki aċċenna hawnhekk il-Kummissarju, dwar il-htieġa li ninvestu aktar fondi. Tkellimna dwar aktar fondi, aktar finanzjament, fil-perjodu finanzjarju li jmiss għaliex huma dawn iċ-ċwieviet ta' kif aħna nwasslu dan il-programm għand numru dejjem akbar ta' żgħażaġh u studenti, u b'hekk insaħħu, ukoll, l-identità Ewropea.

Lara Comi (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, io penso che Erasmus+ rappresenti il miglior investimento che l'Europa abbia fatto sui giovani: oggi, ieri e, confidiamo, ancora di più domani.

Questi trent'anni di investimenti in capitale umano hanno donato all'Europa una generazione molto più aperta come mentalità, più europea, maggiormente consapevole anche delle proprie forze e dei propri limiti, ed è stato un punto chiave anche dei ragazzi che volevano rimanere dall'Inghilterra all'interno dell'Unione europea, e proprio per il tema Erasmus.

Io penso che ci siano anche altri programmi molto importanti che devono essere sempre di più finanziati, tra i quali abbiamo l'Erasmus per giovani imprenditori: pochi dei giovani conoscono questa opportunità. Tra gli altri abbiamo il servizio volontario europeo, ma soprattutto l'iniziativa della garanzia per i giovani.

Ecco, in questo io penso che sia necessario ridurre l'attuale livello di disoccupazione, dando ai giovani non solo l'opportunità di studiare all'estero ma di avere le capacità economiche per poter aprire un'impresa e per poter essere veramente imprenditori di se stessi.

Io penso che il nostro futuro sia nelle mani dei giovani e oggi siamo qui per creare il loro futuro e dar loro le possibilità che, magari, noi non abbiamo avuto oggi.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane komisaři, já jsem se zájmem poslouchal vaše vystoupení a se vším se v zásadě shoduji. Jsem z České republiky, kde v poslední době klesá podpora evropské integrace. Právě program Erasmus je obrovský, viditelný, úspěšný projekt, na kterém lze jednoznačně a rychle vysvětlit, co přináší Evropa, například mladým lidem. Viditelnost tohoto programu je naprosto mimořádná, vedle toho, že je úspěšný. Kolegové zde hovořili o některých věcech, které by do budoucna měly být v programu zlepšeny.

Za prvé, jsou to peníze. Já také souhlasím s tím, že 5 % mladých lidí je málo, že bychom do budoucna do tohoto projektu měli investovat mnohem více a okruhy mladých lidí rozšířit. Za druhé, myslím si, že ten program by neměl být určen převážně pouze pro vysokoškoláky. Dělejme vše pro to, aby ostatní mladí lidé reálně více využívali tento program – učni, středoškoláci, většinou se právě jedná o vysokoškoláky. Za třetí, dělejme více pro to, aby nejen mladí lidé z takzvaných nových členských států jezdili do „starých členských států“, ale abychom více atraktivněli pro mladé lidi ze západní Evropy studium ve střední Evropě a v nových státech Evropské unie, aby ten transfer byl oboustranný. Jak dnes říká pan Juncker, Evropa má dvoje plíce.

A tou poslední věcí jsou praktické problémy, které zde byly zmiňovány. Znáám studenty, kteří odmítli Erasmus z důvodů takových praktických problémů, že by zkrátka nemohli základní studium dokončit. Takže praktické problémy je třeba také vyřešit.

Procedura catch-the-eye

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD). – Mr President, thank you very much for giving me the time. No speaker seems to have touched on the fact that Switzerland has been suspended from the Erasmus programme. It is an interesting question – has this really made any difference to Switzerland, the Swiss people, or even to Swiss universities? It would seem not, because the top university in Switzerland rates higher than any university in the EU, outside of the UK.

My colleague, Patrick O'Flynn, made a very important point which the colleagues were supremely disinterested in, which is that EU universities outside the UK simply do not rate very highly in world terms. UK universities, oddly enough, do. But I am not making a patriotic point. The point I am making for the colleagues to consider, particularly for the Commissioner, is that, as we have heard, the Erasmus programme primarily has a political motivation. It would be better for the young people of Europe if you drop some of this political motivation and concentrated on an educational function.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, o programa Erasmus, 30 anos depois da sua criação, é hoje uma referência a nível mundial em matéria de internacionalização do ensino e tornou-se numa das bestas negras dos detratores do projeto europeu pelo facto de ser uma das ferramentas integradoras de maior sucesso da União, aliás, como ouvimos aqui o colega.

O programa já beneficiou 9 milhões de jovens europeus. Porém, este número – embora impressionante – representa menos de 5% dos jovens europeus. Muitos não são abrangidos devido a fatores e socioeconómicos, limitações no financiamento, desigualdades entre e dentro dos Estados-Membros, bem como à complexidade dos processos de candidatura e à falta de coerência no reconhecimento do sistema europeu de transferência de créditos adquiridos durante o período da mobilidade.

Importa, por isso, que, na perspetiva das negociações do próximo quadro financeiro plurianual, o novo programa Erasmus +, a introduzir depois de 2020, possa dispor dos fundos adicionais necessários para se tornar mais acessível, abrangente e inclusivo, perdendo de vez a sua fama de elitista.

Caros Colegas, não podemos nem devemos esquecer-nos de que Erasmus + é o maior investimento que a Europa pode fazer em si própria.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Tibor Navracsics, Member of the Commission. – Mr President, let me first thank you for the debate. I think it was a really fruitful debate, and while we are drawing our conclusions from this debate and planning the future of Erasmus+, I think we can easily agree that Erasmus is one of the biggest successes of European integration. However, this must not make me complacent, and we always have to seek new ways of broadening and widening the social appeal, the geographical appeal and also the age appeal of Erasmus+.

A lot of people raised the need for a special programme for secondary schools, for instance, or to include younger people – not only students but also students from secondary schools – in Erasmus+ in the future. We just heard a lot of interventions on the need to make Erasmus+ more socially sensitive, and I totally agree with your observations and your interventions. Of course, it is mostly a question of funding. When we are preparing our positions for the next MFF negotiations we have to bear in mind that it is not only spending money for a special purpose, but it is an investment in the future. So this is the moment when we can fund the future of Europe and the future of the next generations.

I absolutely agree with the opinion that Erasmus+ is not an employment policy instrument. It is a complex way of developing education, culture, sport, youth policy, and also employment policy and the future of the world of labour and the intercultural co-existence of future societies. That is why I think accessibility is a crucial issue for Erasmus+ in the future. However, we are not without success at the moment. More than 35 000 students from disadvantaged backgrounds have already benefited from Erasmus+, and additional funding is foreseen. I know there is not enough. That is why I was very happy to hear your encouragement to go forward in this way and to make Erasmus+ more socially sensitive.

Let me address some concerns regarding the European Solidarity Corps. For me, and I hope for you too, the European Solidarity Corps is a great opportunity to show our solidarity with the young people of Europe. The first deployment proved this hypothesis. In Norcia and Spoleto, where I was two weeks ago, I saw great evidence of European solidarity. It is based on volunteering. That is why the first phase of the existence of the European Solidarity Corps can be funded by Erasmus+ by volunteering sources, because it is the same activity. These funds came from Erasmus+. It has so far covered European Voluntary Service activities and now it covers European Solidarity Corps activities. In the future, the European Solidarity Corps is going to have its own separate budget, with fresh money. Up to 25% of the new budget will be fresh money and it will be a separate budget, funding those activities which have volunteers – not only young volunteers but also people who are seeking better opportunities on the labour market –with apprenticeships and, in the future, with better job offers, I hope. That is why I think we have to support the European Solidarity Corps' activities in the future as well, because it simply does not endanger the existence of Erasmus+ and the funding of Erasmus+.

Last, but not least, the European Student eCard. We are now working to put together three separate Erasmus+ funded projects: the European Student Card, the Erasmus Without Paper (EWP) and Emrex. We are trying to identify the synergies of these three projects and develop more comprehensive projects which make Erasmus+ students' lives easier, bringing together the results of those three projects and developing a European Student Card in the future which can embrace all the achievements of these three projects.

Once again, thank you for your contributions and let us continue this dialogue in the Committee on Culture and Education in the future.

Presidente. – Comunico di aver ricevuto una proposta di risoluzione conformemente all'articolo 128, paragrafo 5 del regolamento.

La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà domani, 14 settembre 2017.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Az Erasmus kétség kívül az EU egyik legsikeresebb mobilitási programja, amelynek keretében eddig több mint 3 millió diák tanulhatott külföldön, valamint összesen 9 millió európai fiatalnak biztosított lehetőséget, hogy külföldi tapasztalatokkal, élményekkel gazdagodjanak. Az Európai Parlament a továbbiakban is elkötelezett a program mellett, hogy minél több fiatal vehessen részt benne és a tudáson túl külföldi kulturális élményekkel, tapasztalatokkal, új készségekkel és képességekkel gazdagodjon. A program kétségkívül pozitív hatással volt nem csak az európai, hanem a szomszédos és tagjelölt országok fiataljainak szakmai és személyes életére is.

Az eddig elért eredmények azt mutatják, hogy az Erasmus program szakképzésben részt vevő valamennyi résztvevőjének csaknem a 90%-a szerint a tapasztalat eredményeképpen nőtt a foglalkoztatottságuk. A továbbra is magas munkanélküliség tükrében viszont elmondható, hogy az Erasmus+ programnak erősen támogatnia kell a jobb foglalkoztatási lehetőségek megvalósítását célzó fellépéseket. Hangsúlyozni kell, hogy a következő költségvetési időszakban (2020-2027) szükséges a program költségvetésének a növelése, további források hozzáadására lesz szükség, azzal a céllal, hogy minél több fiatalnak, diáknak és tanárnak egyaránt lehetőséget biztosítsunk a programban való részvételhez.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Biti dio Erasmus+ programa je puno više od samog studiranja u inozemstvu. Naime, to je iskustvo koje otvara oči za nove mogućnosti, prijateljstva, znanja i vrijednosti. Program koji je pokrenut 1987. kao dobrovoljna suradnja 11 europskih zemalja, danas se razvio u jedinstvenu globalnu mrežu.

2017. godine obilježava se trideseta godišnjica ovog programa, a u posljednjih 30 godina program je prošao temeljitu preobrazbu i ostavio traga na privatnim i profesionalnim životima oko 9 000 000 studenata, pripravnika, volontera, nastavnika, djelatnika, edukatora i osoba koje rade s mladima.

Erasmus+ program još je uvijek dostupan samo vrlo ograničenom broju europskih građana, no očekuje se dodatno povećanje proračuna do 2020. godine. Ta nezahvalna situacija stvara osjećaj nezadovoljstva jer program ne ispunjava visoka očekivanja građana EU-a. Komisija će donijeti potrebne financijske i proračunske reforme kako bi ovaj vodeći program EU-a dostigao ambiciozne ciljeve poboljšanja uvjeta svakog tko se odluči pridružiti ovom programu.

Smatram da Rezolucijom o budućnosti programa Erasmus+ pomožemo građanima EU-a da pronađu svoje mjesto u našim društvima te razviju osjećaj europskog identiteta – identiteta koji dopunjuje naše nacionalne, regionalne i lokalne identitete. Ovu Rezoluciju vidim kao korak naprijed u smjeru poboljšanja funkcioniranja programa ne bi li se još više utjecalo na svakodnevni život građana EU-a, a naročito mladih.

22. Modernisierung der Handelssäule des Assoziierungsabkommens EU/Chile – Abkommen EU/Chile über den Handel mit ökologischen/biologischen Erzeugnissen – Protokoll zum Assoziierungsabkommen EU/Chile (Beitritt Kroatiens) (Aussprache)

Presidente. –L'ordine del giorno reca, in discussione congiunta,

— la relazione di Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández, a nome della commissione per il commercio internazionale sulla raccomandazione del Parlamento europeo al Consiglio, alla Commissione e al Servizio europeo per l'azione esterna sui negoziati relativi alla modernizzazione del pilastro commerciale dell'accordo di associazione UE-Cile ((2017/2057(INI)) ((A8-0267/2017));

— la raccomandazione di Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández, a nome della commissione per il commercio internazionale, concernente il progetto di decisione del Consiglio relativa alla conclusione dell'accordo tra l'Unione europea e la Repubblica del Cile sul commercio di prodotti biologici ((2016/0383(NLE)) (A8-0257/2017));

— la raccomandazione di Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández, a nome della commissione per il commercio internazionale, concernente il progetto di decisione del Consiglio relativa alla conclusione, a nome dell'Unione europea e dei suoi Stati membri, del terzo protocollo aggiuntivo dell'accordo che istituisce un'associazione tra la Comunità europea e i suoi Stati membri, da una parte, e la Repubblica del Cile, dall'altra, per tener conto dell'adesione della Repubblica di Croazia all'Unione europea ((2017/0042(NLE)) (A8-0277/2017)).

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández, ponente. – Señor presidente, en primer lugar, quiero felicitar a los ponentes alternativos por sus aportaciones y su voluntad de diálogo, que han permitido conseguir un muy buen informe. Felicito también al Servicio Europeo de Acción Exterior y a la Comisión, dirigida por la comisaria Malmström, por su excelente labor para reforzar las relaciones entre la Unión Europea y Latinoamérica y, particularmente, con Chile, socio estable y fiable de la Unión y colaborador necesario en la consecución de una gobernanza global más justa.

Por cierto, quiero aprovechar para saludar al embajador de la República de Chile ante la Unión Europea, que ha tenido el gusto y el interés de estar hoy aquí con nosotros.

En relación con el Acuerdo sobre el comercio bilateral de productos orgánicos/ecológicos, quiero destacar que es el primero que firma la Unión Europea de esta naturaleza con el interés de contribuir al desarrollo y la expansión de la agricultura bío. Se basa en un estricto procedimiento de reconocimiento mutuo, de certificación con elevadas garantías de control y salvaguardas, previéndose la creación de un Comité Conjunto para supervisar su aplicación, así como una cláusula de suspensión unilateral en caso de incumplimiento.

Chile reconoce todos los productos europeos certificados, pero la Unión Europea excluye los productos chilenos de animales y de piensos, así como los cultivos acuáticos que carecen de regulación. Apoyamos este Acuerdo, comisaria, pero le pido que se comprometa a informar debidamente a este Parlamento sobre su implementación, y le pido también que realice una evaluación antes de que finalice el periodo de aplicación y, si procede, posteriormente, cada tres años.

Respecto a la adhesión de Croacia al actual Acuerdo de Asociación, quiero tan solo señalar que responde al procedimiento ordinario de adaptación tras una nueva adhesión, siguiendo el procedimiento de la Organización Mundial del Comercio.

Finalmente, me referiré al informe más relevante, a la futura modernización del Acuerdo de Asociación con Chile. Es cierto que el Acuerdo actual ha funcionado muy bien desde su entrada en vigor en 2003. Sin embargo, es necesaria su modernización porque está desfasado, porque no responde a las nuevas exigencias de la política comercial y porque ambas partes han concluido acuerdos más ambiciosos con terceros países. Sin lugar a dudas, el marco de relaciones comerciales Unión Europea-Chile no puede quedarse atrás.

La modernización del Acuerdo de Chile, además, es una gran oportunidad para implementar una política comercial más ambiciosa y favorable al desarrollo sostenible. Compartimos los mismos principios y valores.

Y en este informe —que, por cierto, ha sido aprobado por una amplísima mayoría en la Comisión de Comercio Internacional, la mayor conseguida en un acuerdo comercial en esta legislatura—, ¿cuáles son las recomendaciones que hace este Parlamento?

Primero, requerimos más transparencia y participación parlamentaria y de la sociedad civil y demandamos la publicación inmediata del mandato de negociación en cuanto este tenga lugar. Pedimos mejoras ambiciosas al acceso a los mercados, pero protegiendo los productos agrícolas e industriales sensibles y priorizando la defensa y el bienestar de las personas. Solicitamos el derecho y la capacidad de las partes a regular en favor del interés general, incluyendo, desde luego, los servicios públicos, y que esto quede asegurado de una manera explícita e inequívoca a lo largo de todo el Acuerdo.

Reclamamos una moderna política de inversión, que deberá considerar tanto la protección como las obligaciones de los inversores; preservar el derecho de los Gobiernos a regular; evitar litigios infundados y, desde luego, sustituir el sistema del arbitraje privado con un sistema público, transparente, garantista, que busque el compromiso de las partes de dar prioridad al recurso a los tribunales competentes mientras se avanza en la creación del tribunal multilateral de inversiones.

Y, desde luego, demandamos un capítulo ambicioso de desarrollo sostenible con disposiciones vinculantes, exigibles, sujetas a mecanismos de resolución de controversias y que considere la imposición de sanciones a la vez que promueva la responsabilidad social corporativa.

Queremos compromisos firmes en materia de lucha contra la evasión fiscal, contra la corrupción y, desde luego, pedimos un capítulo específico sobre pymes y sobre algo con lo que sé que usted está firmemente comprometida, como también lo está Chile, que es que, por fin, la Unión Europea firmará un acuerdo comercial con un capítulo específico de género.

Por tanto, pido a todos los miembros de este Parlamento que mañana apoyen mayoritariamente este informe y pido a la Comisión y al Consejo que tengan en cuenta estas recomendaciones porque son buenas, son necesarias y porque, además, este Parlamento será quien tenga que decir su última palabra.

Cecilia Malmström, *miembro de la Comisión*. – Señor presidente, quiero empezar por agradecer a la ponente, Inmaculada Rodríguez Piñero, así como a todos los otros ponentes de los otros grupos, por su trabajo, muy ambicioso, sobre estos tres informes que afectan a nuestras relaciones comerciales con Chile.

Chile, together with Mexico, is our longest standing preferential partner in Latin America. It is a key ally in multilateral fora. We have had an association agreement in place since 2003. It has worked well and has allowed for substantial increase in our bilateral trade, but now that it is 2017, it is more than correct that we address what has happened during these years and that we modernise the agreement.

This is why the Trade for All communication identified Chile as one of the countries with which we should aim to upgrade our trade relations. This initiative is framed by our strategy to promote openness, based on values and standards, and to build bridges with partners across the world – and not walls. We have here an opportunity to conclude an agreement of the highest calibre on all issues, including on matters reflecting shared societal values, trade and sustainable development, SMEs, anti-corruption and – as the rapporteur pointed out – for the first time in an EU agreement provisions on trade and gender, where Chile has done a lot of work already. This modernised agreement should allow the development of a more modern and effective working method and contribute to the creation and enhancement of the role of contact networks and people-to-people links between us and Chile.

We have done our part in the Commission. You have done your part here in Parliament. In May, together with the High Representative, we adopted in the Commission a recommendation to start negotiating and recommended directives to modernise the agreement. These proposed texts are now under discussion in the Council, and on our side we are ready to start negotiations as soon as we receive the authorisation and the negotiating directives from the Council. In this context, we very much welcome your resolution. It is a highly valuable contribution and will give us a steer during the following negotiations.

Regarding the Croatian Accession Protocol, this is another example of excellent cooperation and our good relations with Chile. Chile is one of the few trading partners that applied unilaterally the provisions and benefits of the Association Agreement to Croatia without waiting for the formal adoption of the Protocol. We are very grateful for Chile's helpful attitude in this process and we look forward to receiving Parliament's consent on the Accession Protocol.

Finally, regarding the agreement on trade in organic products, by signing this agreement the European Union and Chile mutually recognise the equivalence of our respective organic production rules and control system in order to ensure a high level of respect for the principles of organic production. This agreement is broad in scope and will allow for products produced and controlled according to EU rules to be directly placed in the Chilean market and vice-versa.

I would again like to thank the rapporteur and the Committee on International Trade for the excellent work they have done on all three of these files and particularly for the resolution on the modernisation of the agreement. It captures Parliament's concerns well and we will carefully bear these in mind during the negotiation process.

Clara Eugenia Aguilera García, *ponente de opinión de la Comisión de Agricultura y Desarrollo Rural*. – Señor presidente, comisaria, quiero felicitar el trabajo de mi colega Inmaculada. Creo que ha hecho un excelente trabajo y justo es reconocérselo hoy en este debate. Yo quiero trasladar la opinión de la Comisión de Agricultura específicamente sobre la Recomendación de la propuesta de Decisión en lo referente al Acuerdo sobre el comercio de productos orgánicos/ecológicos —que fue aprobada mayoritariamente en la Comisión de Agricultura, donde siempre somos algo más proteccionistas con nuestros productos, pero que aquí dio un apoyo mayoritario y quiero trasladarlo así—.

Es un Acuerdo que, además, vemos positivamente, porque estamos hablando de los estándares ecológicos y son los estándares que consideramos superiores. Por lo tanto, que eso se recoja específicamente en el primer acuerdo de estas características que firma la Unión Europea, creo que es algo bueno y por eso ha sido muy positivo en la Comisión de Agricultura. Lo único que nos hubiera gustado también en la comisión es que el Reglamento de agricultura biológica, en el que llevamos tres años y medio trabajando y que está parado en las negociaciones tripartitas, hubiese estado también listo ahora, pero no ha sido posible. Eso nada tiene que ver con el Acuerdo.

Y decir que nos ha gustado que se incorporen esas enmiendas que piden que se realice una evaluación inicial al cabo de los dos primeros años de su aplicación. Son buenas sensibilidades para las producciones agrícolas europeas. Creo que va a ser un buen Acuerdo y traslado esta opinión de la Comisión de Agricultura a favor de que se apruebe finalmente mañana.

Gabriel Mato, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, querida comisaria, saben muy bien que soy un defensor de los acuerdos comerciales en general, pero lo soy aún más de que los sacrificios que siempre conllevan estos acuerdos se repartan de forma equitativa entre los distintos sectores.

Me han oído muchas veces decir que, habitualmente, en estos acuerdos la factura la suele pagar el sector agrario. Y así suele ser. En todo caso, doy la bienvenida a la modernización del pilar comercial de este acuerdo, que ha propiciado un crecimiento significativo en el comercio bilateral. Tenemos una privilegiada relación comercial con Chile y eso es globalmente muy positivo, y así debe seguir siendo.

En cuanto al Acuerdo sobre el comercio de productos orgánicos/ecológicos, sigo manteniendo algunas dudas que han expresado nuestros agricultores. La Unión Europea reconocerá como equivalentes productos —y, en esta ocasión, no voy a mencionar a la banana como hago habitualmente en defensa del plátano de Canarias— que se producen en condiciones distintas. No me voy a meter en las condiciones medioambientales, ni siquiera en los estándares sociales, pero sí me preocupa el posible uso de sustancias cuyo uso no está permitido en la Unión Europea.

En todo caso, quiero felicitar a la ponente. Ha hecho un enorme esfuerzo para lograr un acuerdo mayoritario —yo creo casi unánime—, y eso es muy positivo. Y, por tanto, quiero mostrar nuestro firme apoyo a estos acuerdos y confiar, sobre todo, en lo que sé que la comisaria confía plenamente: que las salvaguardas que se establezcan sean realmente eficaces.

Francisco Assis, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, Senhora Comissária, na excelente alocação que esta manhã o Presidente da Comissão Jean-Claude Juncker fez perante este Parlamento, não por acaso fez uma referência inicial à importância do comércio internacional e fê-lo por razões que nós não podemos deixar de partilhar. A União Europeia pode e deve ser um agente fundamental de regulação do processo de globalização em curso. Nós defendemos uma União Europeia aberta ao mundo e não uma União Europeia fechada em velhos protecionismos, economicamente negativos e politicamente inaceitáveis.

Este acordo com o Chile reveste-se da maior importância. O Chile é um parceiro e é um país amigo da União Europeia. Temos todas as razões para procurar incentivar o relacionamento com os países da América Latina. Compartilhamos valores, princípios, referências, modelos de organização política, económica e social com a maioria dos países da América Latina. Temos relações muito próximas com o Chile, com quem partilhamos, de forma muito evidente, estes valores, estes princípios e estes modelos e, talvez, por isso, tenha sido mais fácil neste caso avançar para a modernização deste acordo comercial integrando novidades tão importantes como algumas que já aqui foram referidas. Eu permito-me destacar aquela que tem justamente a ver com a questão do género que, pela primeira vez, passa a ser concretizada num acordo comercial. Vai-se, por isso, no bom sentido.

É evidente que os acordos comerciais pressupõem compromissos. Um acordo comercial, no essencial, se ele for bem negociado, ganha-se, mas há sempre alguns ganhos e algumas perdas. Julgo que o processo em curso permite antever uma resolução final muito favorável para a União Europeia.

Quero, a terminar, naturalmente saudar a relatora deste parecer ou deste relatório, desta resolução, porque me parece que, uma vez mais, revelou com a sua inteligência e com o seu empenhamento, a sua grande dedicação, aquilo que sei que é uma causa sua que é justamente a de promover as relações com a América Latina, em geral, neste caso falamos do Chile, espero que brevemente também possamos modernizar o acordo com o México e possamos garantir a concretização de um acordo comercial com os países do Mercosul.

Dita Charanzová, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, señora comisaria, en estos tiempos de creciente proteccionismo, la Unión Europea debería, ahora más que nunca, perseverar en su misión de promover una agenda de libre comercio con los socios afines, y puedo pensar en pocos ejemplos mejores que Chile.

Chile y la Unión Europea comparten muchos valores en común, incluido en el ámbito del comercio. Nuestra visión compartida ha permitido a ambas partes aprovechar plenamente el Acuerdo de Asociación entre la Unión Europea y Chile. Desde la entrada en el vigor del Acuerdo en 2003, nuestro comercio ha aumentado más del doble. No cabe duda de que el Acuerdo de Asociación nos ha aportado numerosas oportunidades y ventajas para nuestras empresas y ciudadanos, pero este Acuerdo ya está obsoleto y es ahora cuando tenemos que reflejar la realidad de hoy en día.

Hay varios elementos de nuestro comercio que podemos y debemos mejorar. Es muy importante progresar en el ámbito de los servicios, por ejemplo, pero también en otros como barreras no arancelarias, normas sanitarias y fitosanitarias, acceso a la contratación pública, productos agrícolas y comercio digital.

Deberíamos también introducir nuevos capítulos individuales dedicados a temas importantes para nuestro comercio actual. En concreto, capítulos relativos a la inversión, derechos de propiedad intelectual, energía y pymes. Es hora de avanzar en nuestras relaciones con Chile.

Este informe es un voto claro de confianza al proceso de modernización del Acuerdo por parte de esta casa y quiero felicitar a la ponente por su trabajo. Y espero también que el Consejo apruebe el mandato para negociar la modernización lo antes posible e iniciar las negociaciones este año.

Eleonora Forenza, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, permettetemi di iniziare questo intervento ricordando il Presidente del Cile, Salvador Allende, del cui assassinio per mano del colpo di Stato fascista di Pinochet ricorreva pochi giorni fa l'anniversario. Credo sia importante ricordarlo, in un momento in cui i tentativi di destabilizzazione delle esperienze progressiste in America Latina sono lontani dall'esser cessati.

Voglio sinceramente ringraziare la relatrice di queste relazioni, l'on. Rodríguez-Piñero Fernández, perché credo sia importante riconoscere in politica gli elementi di dialogo, gli sforzi e la capacità di ascolto. Quindi, la ringrazio sinceramente, perché credo che abbia fatto un lavoro importante e, in particolare, la ringrazio perché credo che, aver inserito per la prima volta un capitolo sul genere in una risoluzione relativa a un accordo di commercio, sia davvero un elemento di novità che non mancherò di sottolineare nella mia relazione sul tema «genere e scambi commerciali», che in questo momento è in discussione tra le commissioni INTA e FEMM.

La ragione per cui ci asterremo su questa relazione: io penso che in questa relazione ci siano capitoli importanti sullo sviluppo sostenibile, sugli standard sociali e ambientali e sul fatto che si considera finalmente la possibilità di introdurre sanzioni nel caso in cui non vengano rispettati gli standard. Credo che il meccanismo della sanzione sia un vero passo in avanti e mi auguro che la Commissione prenda in considerazione queste raccomandazioni.

C'è però per noi una *red line*, che si chiama «sistema giudiziario pubblico per gli investimenti», che consideriamo soltanto una piccola modifica del vecchio ISDS. Per noi questa è una *red line* perché si tratta di consentire ai grandi investitori di poter decidere al di sopra delle nostre costituzioni e non sosterremo accordi che contengono, appunto, questi meccanismi come il sistema giudiziario pubblico per gli investimenti dal CETA in poi.

William (The Earl of) Dartmouth, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, first of all, I want to say to Ms Forenza that of course we cannot wait for her report on gender and trade. I am really looking forward to it.

I am going to focus on just one aspect of the EU-Chile trade arrangements. Here I have just part of the existing EU-Chile Trade Agreement. This runs over 1 400 pages of densely written text. In all that text there is no clause – none – that requires the so-called free movement of people. It is also highly unlikely that the modernised Chile trade agreement which we are discussing now will have a free movement of people clause.

Further, the European Union has over 100 trade agreements. I make it 141, actually. Only two of those agreements – the EFTA and the EEA agreements – have a requirement for free movement of people.

Nevertheless, in the context of Brexit, so much of the media tells us that free movement is a precondition for any country having a free trade agreement with the EU, and this is simply untrue. Fake news is something that the EU crusades against. Free movement: the manipulation and denial of the facts concerning free movement of people in EU trade agreements, against the clear evidence, is fake news personified. Perhaps the Commissioner will join me in correcting this fundamental misunderstanding.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señor presidente, señora comisaria, señorías, quisiera, en primer lugar, felicitar a la ponente, señora Rodríguez Piñero, por el excelente trabajo realizado. Quisiera constatar con satisfacción, como ha hecho el señor Assis, el hecho de que esta mañana el presidente de la Comisión, en su discurso del estado de la Unión, expresase su deseo de modernizar, actualizar y poner al día los Acuerdos de Asociación con México y Chile y de concluir en los términos fijados el Acuerdo con el Mercosur.

Sé que detrás de esta declaración del presidente Juncker está el trabajo comprometido, tenaz y eficaz, de la comisaria Malmström. Me cupo el honor de ser ponente del Acuerdo de Asociación Política, Concertación Económica y Cooperación con Chile, que está en vigor, y recordaba aquí el señor Mato los excelentes resultados que este Acuerdo ha producido.

Ahora se trata de ponerlo al día, modernizarlo y sacar todas las potencialidades que comporta. Por eso, señor presidente, encontrarán siempre un apoyo en nuestro grupo político para este país, pequeño quizás en su extensión, pero grande en nuestro corazón y en nuestros afectos.

Helmut Scholz (GUE/NGL). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Ich gratuliere der Berichterstatterin ausdrücklich dazu, dass in ihrem Bericht viele moderne Anforderungen an ein Handelsabkommen beschrieben werden. Besonders unterstütze ich die Auflage an die Kommission, in diesem Abkommen auch Investorenpflichten verbindlich zu definieren, ebenso wie Instrumente zur verbindlichen Umsetzung des so wichtigen Nachhaltigkeitskapitels für die Menschen hier wie dort. Ich möchte jedoch bekräftigen, dass ein Konflikt mit einem Investor auf dem ordentlichen Rechtsweg entschieden werden muss. Gerichte entscheiden auf Basis einer Verfassung, während Investitionstribunale lediglich ein Handelsabkommen als Grundlage nutzen. Abkommen mit Sondergerichten für Investoren kann meine Fraktion nicht zustimmen.

Mit Blick auf die heutige Rede des Präsidenten Juncker freue ich mich, Frau Malmström, auf die Veröffentlichung des Entwurfs für das Verhandlungsmandat, und daran werden sich sicherlich weitere Diskussionen anschließen. Dem Abkommen zum Handel mit Bioprodukten hätten wir gern zugestimmt, wenn darin ein gemeinsamer hoher Standard beschrieben worden wäre, was ein verlässliches Bioprodukt ist. Leider wurde nur die wechselseitige Anerkennung der jeweiligen Standards beschlossen. Das droht Produzenten und Verbraucher zu gefährden und kann das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU-Handelspolitik weiter aushöhlen.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente, en primer lugar, gracias también a la ponente por su excelente informe. Señorías, la Unión Europea y América Latina están unidas por diversos y profundos lazos y también por valores comunes. Están comprometidas con el comercio abierto y la gobernanza global, y Chile es un ejemplo de todo ello.

El Acuerdo de Asociación con este país ha permitido el desarrollo de una importante relación comercial que se ha traducido en un incremento del 100 % del comercio bilateral. Su dinamismo futuro depende ahora también de la modernización del Acuerdo, que data, como antes decía, de hace quince años.

Quiero subrayar que, en muchos países de la Unión Europea, el sector exportador ha sido clave para salir de la crisis. Ahora, con una demografía menguante, unos niveles de gasto público muy limitados y una demanda interior débil, los europeos necesitamos seguir volcándonos hacia el exterior, y por eso la felicito, señora comisaria, por esa labor de continuar tejiendo una red comercial cada vez más amplia.

Ahora tenemos la negociación con Mercosur, también con México, y lo que espero es que, tan pronto como el Consejo apruebe el mandato negociador que ustedes han preparado en la Comisión, puedan comenzar las negociaciones cuanto antes. Chile es un país importante, es un país clave, de una economía muy dinámica y, encima, miembro de esa cada vez también más dinámica Alianza del Pacífico.

Procedura catch-the-eye

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní komisařko, já jsem velký podporovatel a příznivec obchodních dohod a jsem velmi rád, že i tento příklad obchodní dohody s Chile jasně ukazuje, jak jsou ty dohody prospěšné, už to říkali kolegové, zdvojnásobení obchodu za existence této smlouvy.

Před prázdninami jsme zde vyhodnocovali obchodní smlouvu s Jižní Koreou, která také vedla k několikanásobnému nárůstu vzájemného obchodu. To znamená, že lze jasně říci, že toto je dobrý směr politiky a já jsem rád, že pan Juncker dnes ráno věnoval velkou pozornost právě obchodním dohodám s třetími zeměmi, se zeměmi, které jsou našimi partnery. Chile je jednoznačně náš významný partner v Latinské Americe a já se těším, že ta nově upravená dohoda rychle vstoupí v účinnost a za pár let vyhodnotíme, jak i ta nová verze obchodních smluv s Chile byla přínosná a jak posílila ekonomické vazby, ale i vazby v jiných oblastech, třeba obchod s bioprodukty.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ο χιλιανός λαός είναι ένας συμπαθής λαός και έχει υποφέρει αρκετά. Νομίζω ότι χρειάζεται τη συμπαράστασή μας. Ωστόσο, ο εκσυγχρονισμός της εμπορικής συμφωνίας, παρότι θέτει ενδιαφέροντα θέματα όπως είναι το ζήτημα της ισότητας των φύλων, επί της ουσίας έχει επιμολυνθεί από τις συμφωνίες TTIP και CETA και επαναφέρει ζητήματα για τα οποία έχουμε κάνει πολλές συζητήσεις και έχουμε φέρει αντιρρήσεις: πρώτον, καταργεί ουσιαστικά το δικαστικό σύστημα των κρατών μελών και επαναφέρει αυτό το γνωστό σύστημα της ιδιωτικής διαιτησίας, γεγονός απαράδεκτο· δεύτερον, αποτελεί μικτή συμφωνία η οποία πρέπει να επικυρωθεί και από τα κράτη μέλη. Ελπίζω να μην επαναληφθεί το τέχνασμα που έγινε με τη CETA, να αρχίσει δηλαδή να εφαρμόζεται προσωρινά μέχρις ότου κυρωθεί από όλα τα κράτη μέλη. Επιπλέον, υπάρχει έλλειψη διαφάνειας κατά τις διαπραγματεύσεις. Δεν υπάρχει προστασία των δημοσίων αγαθών και, τέλος, η συμφωνία αυτή ακολουθεί το κλασικό μοντέλο: ενισχύει τις βιομηχανικές χώρες εις βάρος των χωρών της Ευρώπης οι οποίες εξαρτώνται σε μεγάλο βαθμό από την γεωργία.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank you and the honourable Members for this debate. Several of you referred to the fact that President Juncker underlined today the importance of concluding trade agreements with friends and allies: countries with whom we share values, where we share a belief in the importance of the multilateral system, the belief that trade agreement is a good way to open new possibilities, and that you can have win-win agreements and sustainable, good, fair trade agreements to the benefit of companies, consumers and citizens. Chile is such a partner, but it is important, as you have all said, to update the old agreement because it has become, obviously, a bit obsolete with the changes that have occurred in the last 14 years.

As soon as we get the mandate (I hope that will be quite soon), we will start negotiating. I am confident that this will go quite smoothly with Chile. We did a lot of very thorough preparation before we started, so we have a good basis for this. We have taken good note of your recommendations and your viewpoints in the resolution, and I will make sure that you are fully informed once we start the negotiations. I also take note of your wish to be regularly informed or to have some sort of evaluation process of the organic products. I will pass this wish to my friend and colleague Phil Hogan and see what can be done in this regard.

To the Earl of Dartmouth, who has just left the room, I would like to say that, yes, trade agreements are complex – you might find out about their complexity very soon – but also tell you that, no, there is no need to have freedom of movement in a trade agreement: that is between the partners. It is, however, a requirement if you want to have access to the internal market of the European Union, but I think that this is a debate that is slightly outside this agenda.

Thank you very much for your support. I look forward to regularly informing you about how we develop in our Chile trade relations.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández, ponente. – Señor presidente, quiero terminar reiterando mi agradecimiento a todos los ponentes alternativos. Mis palabras de inicio y sus palabras demuestran que, efectivamente, hemos tenido esa voluntad, esa capacidad de diálogo y de consenso.

Quiero también agradecer a todos los demás diputados que están aquí participando en este debate y, por supuesto, a la comisaria. Confío plenamente en la capacidad de trabajo de su Comisión, en la suya personalmente y en su entrega, y creo que vamos a ser capaces de conseguir ese acuerdo que hemos sido capaces —insisto— de consensuar en este informe, ampliamente respaldado por todos los grupos políticos.

Creo que hemos avanzado mucho. Nos hemos puesto todos de acuerdo en lo que queremos en el capítulo de desarrollo sostenible. Creo que nos queda trabajo por hacer para ponernos de acuerdo en lo que debe ser la política de inversiones. Pero no quiero terminar sin volver a hacer un llamamiento a la oportunidad que supone este Acuerdo.

Yo no hacía más que mirar la tribuna de invitados y, el hecho de ver aquí al representante de la República de Chile participando en este debate, demuestra los lazos, el interés y las ganas de conseguir modernizar este Acuerdo. Porque queremos algo más que profundizar en nuestras relaciones comerciales, queremos profundizar en nuestro papel como responsables políticos para tener una gobernanza global más justa.

Los ciudadanos esperan de sus políticos que seamos capaces de responder a sus problemas cotidianos, y nuestra obligación es estar a la altura de lo que ellos nos piden. Y creo que entre todos estaremos a esa altura.

Así que muchísimas gracias, y reitero mi agradecimiento y mi disposición a que sigamos trabajando como hasta ahora lo hemos hecho.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà domani, 14 settembre 2017.

23. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

24. Schluss der Sitzung

(La seduta è tolta alle 22.50)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. SEPTEMBER 2017

(C/2024/3008)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 11. bis 14. September 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Petitionen: siehe Protokoll	4
3. Eine neue europäische Agenda für Kompetenzen (Aussprache)	4
4. NordStream 2 (Aussprache)	15
5. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	24
5.1. Kambodscha: insbesondere der Fall von Kem Sokha	24
5.2. Gabun: Unterdrückung der Opposition	28
5.3. Laos: insbesondere die Fälle von Somphone Phimmason, Lod Thammavong und Soukane Chaithad	32
6. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll	35
7. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Fortsetzung der Aussprache)	35
7.1. Myanmar, unter anderem die Lage der Rohingya	35
8. Abstimmungsstunde	42

Inhalt	Seite
8.1. Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (A8-0188/2017 - Morten Løkkegaard) (Abstimmung)	42
8.2. Kambodscha: insbesondere der Fall von Kem Sokha (RC-B8-0506/2017, B8-0506/2017, B8-0507/2017, B8-0508/2017, B8-0509/2017, B8-0510/2017, B8-0511/2017) (Abstimmung)	42
8.3. Gabun: Unterdrückung der Opposition (RC-B8-0512/2017, B8-0512/2017, B8-0514/2017, B8-0515/2017, B8-0520/2017, B8-0522/2017, B8-0524/2017, B8-0526/2017) (Abstimmung)	43
8.4. Laos: insbesondere die Fälle von Somphone Phimmason, Lod Thammavong und Soukane Chaithad (RC-B8-0513/2017, B8-0513/2017, B8-0517/2017, B8-0518/2017, B8-0519/2017, B8-0521/2017, B8-0523/2017) (Abstimmung)	43
8.5. Myanmar, unter anderem die Lage der Rohingya (RC-B8-0525/2017, B8-0525/2017, B8-0527/2017, B8-0528/2017, B8-0529/2017, B8-0530/2017, B8-0531/2017) (Abstimmung)	43
8.6. Abkommen EU/Chile über den Handel mit ökologischen/biologischen Erzeugnissen (A8-0257/2017 - Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández) (Abstimmung)	43
8.7. Protokoll zum Assoziierungsabkommen EU/Chile (Beitritt Kroatiens) (A8-0277/2017 - Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández) (Abstimmung)	43
8.8. Modernisierung der Handelssäule des Assoziierungsabkommens EU/Chile (A8-0267/2017 - Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández) (Abstimmung)	43
8.9. Verlängerung des Europäischen Statistischen Programms bis 2020 (A8-0158/2017 - Roberto Gualtieri) (Abstimmung)	43
8.10. Europäische Risikokapitalfonds und Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (A8-0120/2017 - Sirpa Pietikäinen) (Abstimmung)	43
8.11. Mehrjahresplan für die Grundfischbestände in der Nordsee und für die Fischereien, die diese Bestände befischen (A8-0263/2017 - Ulrike Rodust) (Abstimmung)	43
8.12. Schaffung eines Instruments, das zu Stabilität und Frieden beiträgt (A8-0261/2017 - Arnaud Danjean) (Abstimmung)	43
8.13. Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität in den EU-Organen (A8-0133/2017 - Sven Giegold) (Abstimmung)	45
8.14. Die Zukunft des Programms Erasmus+ (B8-0495/2017) (Abstimmung)	45
8.15. Eine neue europäische Agenda für Kompetenzen (A8-0276/2017 - Martina Dlabajová, Momchil Nekov) (Abstimmung)	45
9. Stimmerklärungen	45
9.1. Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (A8-0188/2017 - Morten Løkkegaard)	45
9.2. Abkommen EU/Chile über den Handel mit ökologischen/biologischen Erzeugnissen (A8-0257/2017 - Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández)	45
9.3. Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität in den EU-Organen (A8-0133/2017 - Sven Giegold)	46
9.4. Die Zukunft des Programms Erasmus+ (B8-0495/2017)	46
9.5. Eine neue europäische Agenda für Kompetenzen (A8-0276/2017 - Martina Dlabajová, Momchil Nekov)	48

Inhalt	Seite
10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	49
11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	49
12. Große Anfragen (Aussprache)	49
12.1. Abschaffung des UNRWA	49
12.2. Waldbrände in der Europäischen Union in diesem Sommer	53
13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	59
14. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	60
15. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	60
16. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	60
17. Unterbrechung der Sitzungsperiode	60

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. SEPTEMBER 2017

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 8.30 Uhr eröffnet.)

2. Petitionen: siehe Protokoll

3. Eine neue europäische Agenda für Kompetenzen (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als erster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Martina Dlabajová und Momchil Nekov im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sowie des Ausschusses für Kultur und Bildung über eine neue europäische Agenda für Kompetenzen (2017/2002(INI)) (A8-0276/2017).

Martina Dlabajová, zpravodajka. – Paní předsedající, pane komisaři, představení nové agendy dovedností loni v červnu jsme očekávali s napětím. Agenda se soustředí na jedno z nejvýznamnějších a nejdůležitějších aktuálních témat určujících naši budoucí prosperitu a konkurenceschopnost v Evropě. O toto klíčové téma a jeho prosazení mezi evropské priority se ve frakci Aliance liberálů a demokratů pro Evropu již dlouhodobě zasazujeme.

Hned v úvodu bych chtěla poděkovat svému kolegovi Momchilu Nekovovi, spoluzpravodaji zprávy za Výbor pro kulturu a vzdělávání. Právě v otázce nových dovedností, musím říci, že spolupráce mezi výbory byla naprosto zásadní. Stejně jako není možné mluvit o zaměstnanosti bez návaznosti na potřebné vzdělání, nemůžeme uvažovat ani o vzdělávání bez znalosti perspektiv a potřeb trhu práce. Děkuji všem kolegům za přínosnou spolupráci, podněty i výměny názorů. Zájem o naši zprávu mne upřímně těší a je dokladem toho, že otázka zaměstnanosti a budoucnosti pracovního uplatnění mladých v Evropě nám není lhostejná.

Žijeme v době exploze znalostí a nových technologií, ovšem znalosti a dovednosti, které se naučíme ve škole, právě proto velmi rychle zastarávají. Více než polovina z dvanácti milionů dlouhodobě nezaměstnaných nemá dostatečnou kvalifikaci a úroveň dovedností. Až 20 % Evropanů nemá odpovídající dovednosti ve čtení a psaní a dokonce 40 % Evropanů nemá žádné digitální znalosti. Na pracovním trhu proto představují zranitelnou skupinu.

Na druhé straně velmi kvalifikovaní mladí lidé vykonávají práci, která neodpovídá jejich dovednostem a ambicím, což je frustrující a demotivující. Paradoxem trhu práce je skutečnost, že zároveň má více než 40 % zaměstnavatelů velký problém najít absolventy s odpovídajícími dovednostmi a kvalifikací. Co je tady špatně, ptáte se asi jako já? Chyba je ve špatně nastaveném vzdělávacím systému, který nezvládá pružně reagovat na aktuální potřeby zaměstnavatelů. Hasit požár operativními opatřeními už nestačí. Musíme změnit celý systém. A musíme změnit způsob, jakým na problematiku evropského trhu práce nahlížíme.

Potřebujeme propojit vzdělávací systémy s aktuálními potřebami trhu práce a studentům poskytovat nejen teoretickou, ale i praktickou přípravu už v průběhu studia. Některé staré profese zanikají úplně a naopak díky technologickému vývoji vznikají profese zcela nové. Kdo tato místa obsadí, když školy nebudou na tyto změny připraveny?

Ve zprávě se proto zaměřujeme na několik priorit, které mají sladění vzdělávacích postupů s potřebami trhu práce napomoci. Jsem přesvědčena, že pro úspěšný přechod absolventa na pracovní trh je již při vzdělávání nutná spolupráce všech aktérů, včetně zaměstnavatelů a získávání praktických zkušeností, čili „učení se prací“. Právě tyto praktické zkušenosti a poznávání pracovního prostředí mohou být velmi užitečné při ucházení se o první pracovní pozici.

Podporujeme rozvoj STEM dovedností, jejichž výuka musí jít ruku v ruce se začleňováním nových technologií do vzdělávání, rozvoj měkkých a manažerských dovedností a povzbuzujeme v mladých podnikavost již od raného věku. Zároveň ale nezapomínejme na podporu řemeslných dovedností a společně pracujeme na tom, aby bylo učňovské školství a technické vzdělávání pro mladé lidi atraktivnější.

Jednou z velkých výzev a zároveň velkou příležitostí je prudký rozvoj digitalizace. V horizontu deseti let bude 90 % všech pracovních míst potřebovat určitou úroveň digitálních dovedností a my se na to musíme připravit. I proto ve zprávě upozorňujeme na potřebu kvalitního celoživotního vzdělávání učitelů a zajištění silného pedagogického vedení. Jsem přesvědčena, že investice do profesního rozvoje učitelů a přilákání a motivace nových pedagogů je pro rozvoj dovedností klíčová. Pokud má naše ekonomika i nadále růst a zachovat svoji konkurenceschopnost, je přijetí výše zmíněných opatření nezbytným krokem.

Момчил Неков, докладчик. – г-н Председател, най-напред бих искал да благодаря на съдокладчика г-жа Мартина Длабайова, както и на останалите докладчици в сянка за конструктивната работа и добрия дух на сътрудничество, който ни съпровождаше по време на преговорите и на дългата работа по консолидирането на окончателната версия на доклада на Европейския парламент.

Използвам случая за да подчертая удовлетворението си от това, че комисията по образование и култура работи на равни начала с комисията по заетост и социални въпроси. Резултатът от нашата съвместна дейност е текст, който взима под внимание не само текущите нужди на пазара на труда, а предлага един по-широк подход, който насочва вниманието и към образованието и неговото първостепенно значение в изграждането на компетентни и уверени личности, които притежават нужните умения да се справят с бъдещите предизвикателства.

Комуникацията на Комисията „Нова европейска програма за умения“ бе дълго очаквана и с право насочва вниманието върху необходимостта от обновяването на Европейските системи за образование и обучения в унисон с бързо променящия се икономически и социален контекст. При все това съм на мнение, че предложеният пакет от мерки, макар и доста амбициозен, се фокусира предимно върху настоящите нужди на пазара на труда, който в действителност е доста динамичен и нужните умения днес няма да бъдат нужните умения след 10 или след 20 години. Освен това основната роля на образователните системи е не само да подготвят кадри за бизнеса, а най-вече да допринасят за личностното израстване на хората, да ги превърнат в отговорни и ангажирани личности.

Смятам, че трябва да мислим отвъд правилните умения за заетост и да обърнем внимание на тези аспекти от образованието, които учат младите как да мислят критично, да бъдат креативни и да са способни да взимат информирани решения.

В този ред на мисли бих искал да обърна внимание на няколко ключови момента, които са в сърцевината на доклада на Европейския парламент. На първо място трябва да се засили социалното измерение на програмата за умения, което според мен напълно отсъства в самия доклад. Има консенсус по въпроса, че образованието спомага за социалното сближаване, борбата с неравенствата и бедността. Само че предложената от Комисията програма за умения не предлага дългосрочна визия, която да обхваща и участието в предучилищно образование. Борбата с ранното отпадане от училищната система за съжаление също не е застъпена. Като имаме предвид, че този модел на неравенства, който съществува още от ранните години на обучение, никак не е изненадващо, че днес в Европейския съюз имаме седемдесет милиона души, които не разполагат с базови умения за четене, писане и смятане. Единственият начин за преодоляване на този проблем е инвестирането в приобщаващо образование, което да отговаря на социалните предизвикателства и да осигурява равен достъп за всички.

В крайна сметка, ако искаме младите и талантливите хора да не напускат Европа, търсейки по-добро бъдеще и възможности за реализация извън граница, трябва да се погрижим да им създадем подходящи условия за развитие у нас. Искам да Ви дам един пример от моята държава. Между 1992 година и 2015 година три милиона българи са напуснали родината си, а за една страна със седем милионно население това е огромна цифра. Сред тях са основно инженери, АИ-ТИ специалисти, доктори, медицински сестри и учители. Смятам, че трябва да си направи съответните изводи.

На второ място, ако очакваме някаква положителна промяна в социален и икономически план, трябва най-напред да променим менталитета си. Днес работодателите не търсят толкова дипломи за висше образование. Те имат нужда от амбициозни хора, притежаващи широк набор от хоризонтални умения като работа в екип, самоувереност, лидерски качества и предприемачески дух. Истината е, че придобиваме най-разнородни умения извън официалната образователна система.

В тази връзка, не на последно място споделям визията на Комисията, според която трябва да се увеличи привлекателността на професионалното образование.

В заключение искам да кажа, че ще очаквам Европейската комисия да вземе предвид отправените от Парламента препоръки.

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the Committee on Employment and Social Affairs (EMPL) and the Committee on Culture and Education (CULT) and, in particular, the co-rapporteurs, Ms Dlabajová and Mr Nekov, for this comprehensive report.

We launched the New Skills Agenda in June 2016. Since then, we have delivered on nine of its ten key actions, including the Upskilling Pathways Recommendation and the European Qualifications Framework. Parliament has adopted its position on the Europass Decision, and the Council is making good progress. Discussions have also started on the Commission proposal on graduate tracking.

We have launched the Digital and Skills and Job Coalition, the skills profile tool for third-country nationals and the blueprint for sectoral cooperation on skills. And soon we will present the results of the public consultation on the review of the European Framework of key competences that we organised this year.

Your report clearly shows that we are going in the right direction. Together, we should keep up the political momentum. We agree with you that, in a fast-changing, global economy, 'the skills and know-how of our societies are the sole basis for prosperity and for safeguarding our social achievements'. This is why the first principle of the European Pillar of Social Rights states that everyone has the right to quality and inclusive education, training and life-long learning.

Your report rightly emphasises the connection between education and employment, and the need to promote cooperation among stakeholders. This is at the very heart of the Skills Agenda. Together, we must break the silos.

Your decision for a joint report of the EMPL and CULT committees underscores the cross-cutting nature of the skills agenda. This joined-up approach, working across ministries, extends to national skill strategies, which we are supporting in cooperation with the OECD.

Skills are acquired early in life and must be constantly updated. Unfortunately, 70 million Europeans currently do not master the most basic skills. Our Upskilling Pathways Recommendation will make a tangible difference for them.

We share your view on the importance of non-formal and informal learning. Member States have committed to putting in place arrangements for validation of these skills by 2018. Work-based learning deserves particular attention. In October, the Commission will present a Council Recommendation on a Framework for Quality and Effective Apprenticeships. Together with the new Erasmus Pro for cross-border apprenticeships, this will boost quality opportunities for young people.

Digitisation and globalisation are transforming the way we live and work, reshaping the range of skills needed in our society and in the labour market. While we cannot exactly predict the skills of tomorrow, digital and entrepreneurial skills will certainly be important. Already today, 90% of jobs require digital skills. Through our Digital Skills and Jobs Coalition, seven million Europeans were trained in less than a year. In 2018, the Commission will launch the 'Digital Opportunity' scheme, a pilot project giving graduates in all disciplines hands-on experience through cross-border internships in the digital area.

Moreover, together with stakeholders, we have developed tools to improve citizens' skills: the Digital Competence Framework and the Entrepreneurship Competence Framework. And to show what skills are most needed and where, from next year we will publish data on skills needs and trends using big data analysis.

The success of the Skills Agenda depends on our joint commitment and efforts. Indeed, the responsibility for education and training lies with Member States. We trust that, with your support, they will adapt and shape the Skills Agenda to meet labour market needs and fulfil citizens' aspirations.

Maria Grapini, *Raportoare pentru aviz Comisia pentru piața internă și protecția consumatorilor*. – Doamnă președintă, în calitate de raportor pentru aviz din partea comisiei IMCO, am ținut neapărat cu colegii mei să subliniem câteva lucruri importante.

În primul rând, vreau să felicit Comisia pentru că a adoptat în 2016 o Nouă agendă pentru competențe în Europa. Este absolut necesar să vedem ce putem să facem cu resursa umană și noi, comisia IMCO, sigur, care ne ocupăm de piața internă, suntem siguri și convingi că, pentru a asigura o creștere durabilă, coeziune socială și crearea de noi locuri de muncă, precum și pentru a promova inovarea și antreprenoriatul, în special pentru IMM-uri și sectorul artizanatului, este esențial să se elimine lacunele în materie de competențe, să se soluționeze problema necorelării competențelor și să se promoveze oportunitățile de mobilitate socială.

Și domnul comisar a arătat, și noi susținem că, sigur, statele membre au o obligație: sistemul de informare a pieței interne trebuie să funcționeze eficient și să contribuie la îmbunătățirea schimbului de date și la consolidarea cooperării administrative. Subliniez, de asemenea, necesitatea de a ține cont de nevoile reale ale pieței și de a lua măsuri pentru dezvoltarea competențelor.

Michaela Šojdřová, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, our report should help with implementation of the 10 measures of the new skills agenda in order to strengthen human capital, employability and competitiveness. Our approach respects the key role of the Member States and the real possibilities and competences of the EU.

Skills are key to the future competitiveness of our economy. We have to address the problem of around 17 million European adults who lack basic skills. We point out that our priority should be to strengthen our human resources, not only for better employability but also for the personal development and success of Europeans as individual human beings. For better skills, we need better teachers. This is essential and I am glad that the report puts much emphasis on their role and their better conditions. I think this is crucial. We highlight the need to develop the skills that are necessary on the labour market.

I would like to thank both my co-rapporteurs for their constructive spirit.

Jana Žitňanská, *za skupinu ECR* – Vážený pán komisár, ctení kolegovia, je mi potešením, keď sa poslanci tohto parlamentu pri svojej práci pozerajú smerom do budúcnosti. Tá je totiž závislá od schopností, zručností a znalostí, ktorými budú občania v našich krajinách disponovať.

Moji kolegovia v priebehu tejto rozpravy spomenuli a určite ešte spomenú viaceré pozitívne body tejto správy. Pre mňa je takýmto pozitívom jednoznačne to, že pri pohľade do budúcnosti nezabúdame ani na našich najzraniteľnejších občanov. Zo správy jasne vyplýva, že napríklad ľudia so zdravotným postihnutím musia byť súčasťou zmeny, súčasťou odbornej prípravy, neformálneho vzdelávania, súčasťou dôležitých digitálnych zmien, ktoré nás čakajú. Nové zručnosti a možnosti ich získavania sa však nesmú týkať výlučne len mladých ľudí, ale každého občana. Svoju šancu by mali dostať aj naši seniori, aj ľudia s veľmi nízkou kvalifikáciou.

Vieme, že takýto prístup pri uvažovaní o budúcnosti nie je samozrejmosťou, a je to pre mňa dôvod prečo hlasovať za túto správu.

Νικόλαος Χουντής, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, αναμφισβήτητα οι δεξιότητες των εργαζομένων πρέπει να βελτιώνονται και να επικαιροποιούνται για να μπορούν να ανταποκριθούν στη μεταβαλλόμενη πραγματικότητα του αιώνα μας. Παράλληλα, όμως, πρέπει να διασφαλίζονται και να βελτιώνονται και τα εργασιακά τους δικαιώματα. Η νέα ατζέντα δεξιοτήτων της Επιτροπής με τη νεοφιλελεύθερη αντίληψη που τη διατρέχει αποτυγχάνει και στα δύο. Βάζει στο επίκεντρο την κερδοφορία και την ανταγωνιστικότητα των επιχειρήσεων και όχι τις πραγματικές ανάγκες της κοινωνίας και των εργαζομένων. Μεταφέρει το βάρος από την ολιστική μορφή στις απλές και σκόρπιες δεξιότητες με βάση τις επιταγές της αγοράς και μόνο. Μετατρέπει τις σπουδές σε εκπαιδευτικά προϊόντα και προτάσσει την εμπορευματοποίηση και ιδιωτικοποίηση της εκπαίδευσης. Απορρυθμίζει περαιτέρω τις εργασιακές σχέσεις και προωθεί ελαστικές μορφές επισφαλούς εργασίας υπό το περιτύλιγμα της κατάρτισης. Ισχυρίζεται προσχηματικά ότι για τα τεράστια ποσοστά ανεργίας και το φαινόμενο

της διαρροής εγκεφάλων που ταλαιπωρεί τις χώρες του Νότου δεν ευθύνονται οι εφαρμοζόμενες πολιτικές αλλά το μη σωστά καταρτισμένο και εκπαιδευμένο εργατικό δυναμικό. Έτσι με αυτή τη δέση οδηγούμαστε στην αποδιάρθρωση, την υποβάθμιση, τον κατακερματισμό και των εργασιακών σχέσεων και της εκπαίδευσης στην Ευρώπη.

Jill Evans, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I would like to thank the rapporteurs. There are some excellent points in this report, such as the key role of non-formal and informal learning, quality frameworks for apprenticeships and internships, and the inclusion of social partners and civil society. Upgrading education and training is a crucial issue in my constituency in Wales, as it is across the EU. And given the recognition that the labour market is dynamic and future skills needs have to be considered, we believe the report could be strengthened by clear reference to the huge innovation and employment potential of renewable energy sources and green technologies and the skills required for those. There's also a need for a reference to upskilling in relation to migrants, consistent with the action plan on the integration of third-country nationals. So I would ask colleagues to support the amendments that we have put forward.

Isabella Adinolfi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, il tema è di cruciale importanza, soprattutto se si pensa ai dati della disoccupazione e della disoccupazione giovanile in particolare, dati che non riescono a rendere appieno il dramma vissuto da milioni di persone, soprattutto dell'Europa del Sud, che portano ancora addosso i segni di una perdurante crisi economica.

Ciò che dobbiamo insegnare non può ridursi al solo insegnamento delle competenze richieste dalle esigenze del mercato del lavoro. Se così fosse, infatti, snatureremmo il ruolo cruciale dell'insegnamento, che è più ampio e che deve formare i cittadini del domani, fornendo sì competenze tecniche ma anche e soprattutto competenze civiche, analitiche e il necessario spirito critico.

Ricordo infatti a tutti che l'analfabetismo funzionale è un problema europeo e in particolare di alcuni Stati: in Italia, ad esempio, si è calcolato che esiste un 28% di analfabeti funzionali. Credo così che problemi come le *fake news* e il cyberbullismo si possono risolvere soltanto tramite l'educazione e l'istruzione.

Voglio inoltre sottolineare come sia fondamentale il ruolo degli insegnanti che non possono essere precari ma, anzi, vanno tutelati e il loro ruolo valorizzato al meglio. Servono investimenti in questo senso, senza dimenticare, inoltre, il fenomeno della fuga dei cervelli.

Allora mi chiedo: quali soluzioni pensa di approntare l'Unione europea per fermare questo fenomeno che ancora una volta sembra colpire in modo più significativo i paesi del Sud dell'Europa? Molto resta ancora da fare e questa reazione mette a fuoco soltanto alcuni dei problemi. Per questo dobbiamo impegnarci di più e continuare a lavorare.

Mara Bizzotto, *a nome del gruppo ENF*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la nuova agenda per le competenze per l'Europa, in discussione oggi, contiene sicuramente punti positivi, ma anche punti negativi. Per esempio, come è già successo in quest'Aula, trovo inaccettabile che si faccia passare l'idea che gli immigrati clandestini siano risorse.

Vi faccio due semplici domande: quale valore aggiunto hanno portato 100 000 clandestini sbarcati quest'anno in Italia? Il mezzo milione di clandestini arrivati in Italia negli ultimi tre anni che cosa ha portato di positivo nel nostro paese? Ve la do io la risposta: niente, zero! Anzi, sono aumentate le violenze, le aggressioni e il degrado nelle nostre città.

Gli italiani sono stupefatti dei danni provocati da queste finte risorse. Le risorse di cui ha bisogno l'Italia non vengono dai barconi carichi di clandestini che partono dalla Libia. Le vere risorse del mio paese sono i giovani, le famiglie, i cittadini che lavorano e che vogliono un futuro sereno e senza immigrazione di massa. È sui nostri giovani che questa Europa deve investire, non sui clandestini.

(L'oratrice rifiuta una domanda «cartellino blu» di Silvia Costa)

Emilian Pavel, *în numele grupului S&D*. – Doamnă președintă, acest raport a fost unul dintre cele la care am lucrat cu cel mai mare drag, deoarece abordează teme pe care le consider cu adevărat esențiale pentru viitorul nostru european: educația și dezvoltarea cetățenilor. Înainte de toate celelalte priorități ardente ale Uniunii noastre, nu cred că e posibil să vorbim de o reală dezvoltare fără să avem un sistem de educație și pregătire care să le ofere europenilor o adevărată șansă la un viitor mai bun. Noua agendă pentru competențe în Europa nu cred că aduce nici un element șocant de nou. Acest raport etalează o serie de principii și acțiuni simple. Acestea, însă, pot avea un impact extrem de mare dacă sunt implementate cu seriozitate și angajament de fiecare stat membru. Educația și formarea profesională sunt, bineînțeles,

competențe exclusive ale fiecărui stat membru, însă cred că putem accepta cu toții că avem enorm de multe puncte în comun.

Nu cred că mai avem vreo scuză pentru a nu investi într-o educație favorabilă incluziunii, care să răspundă provocărilor sociale și economice, care să asigure acces și oportunități egale pentru toți, indiferent de vârstă. Consider că fiecărui european trebuie să i se respecte dreptul de a obține competențe fundamentale pentru secolul al XXI-lea pe întreg parcursul vieții. Rog statele membre să se concentreze în programele lor de formare profesională și de învățământ atât pe competențele care contribuie la inserția profesională, precum cele de bază, ca alfabetizarea și competențele numerice, cât și pe alfabetizarea digitală și pe competențele care sunt relevante pentru societate într-un mod mai general. Acestea ar fi competențele transversale, transferabile sau non-tehnice ca, de exemplu, capacitatea de a conduce, competențele sociale și interculturale, educația managerială și antreprenorială. Mai mult, rog statele membre să pună în aplicare măsuri concrete pentru a facilita tranziția tinerilor de la educație la muncă, prin asigurarea unor stagii și ucenicii de calitate și bine plătite și care să le asigure tinerilor un set de drepturi sociale și economice.

Consider că avem o agendă excelentă pentru competențe în Europa. Întrebarea mea este: ce vom face cu ea?

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, τα ευρωπαϊκά συστήματα εκπαίδευσης και κατάρτισης οφείλουν να προσαρμόζονται στο ταχέως μεταβαλλόμενο οικονομικό, τεχνολογικό και κοινωνικό περιβάλλον ώστε να ανταποκρίνονται στις πραγματικές ανάγκες των πολιτών και τις εθνικές προτεραιότητες. Η εκπαίδευση και η δια βίου μάθηση καλούνται να αντιμετωπίσουν προκλήσεις όπως η υψηλή εξειδίκευση, το ψηφιακό περιβάλλον, οι ιδιαιτερότητες των ατόμων με ειδικές ανάγκες, η φτώχεια και η ανεργία. Ένα πλέγμα εκπαιδευτικών συστημάτων και μεθόδων δίχως στρατηγικό υπόβαθρο και ηθικές αρχές οδηγεί στην καταστροφή. Η ανάπτυξη ικανοτήτων και η μεγιστοποίηση των δυνατοτήτων των πολιτών πρέπει να υλοποιούνται ταυτόχρονα με την καλλιέργεια του ήθους και της αρετής. Σε αντίθετη περίπτωση, ενέχει ο κίνδυνος η αποκτιθείσα γνώση να κατευθύνεται σε αντικοινωνικές ή παράνομες ακόμα και ακραίες δραστηριότητες. Η αγάπη προς την πατρίδα, την οικογένεια και τον χριστιανισμό, ιδιαίτερα για την Ελλάδα, είναι πάνω και πέρα από όποιες λοιπές δεξιότητες και σε αυτά πρέπει να επικεντρωθεί το εν λόγω θεματολόγιο αν θέλουμε να μορφώσουμε τους ευρωπαίους πολίτες και όχι να τους προσαρμόσουμε παθητικά στη σημερινή εποχή.

Catch-the-eye-Verfahren

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzy! Przede wszystkim dziękuję sprawozdawcom za pracę nad tym sprawozdaniem. Uważam, że dalsze rozwijanie systemów edukacyjnych i szkoleń w Unii Europejskiej jest niezwykle istotne, szczególnie w kontekście dynamicznych zmian i ewolucji technologicznej. Koledzy mówili już, jak wiele milionów Europejczyków – co zresztą potwierdzają dane OECD – ma znaczne problemy z podstawowymi umiejętnościami, jakimi są czytanie, pisanie i liczenie. Z tego powodu rozwiązanie tej kwestii powinno zostać potraktowane absolutnie priorytetowo. Istotne jest stworzenie ogólnoeuropejskiego narzędzia prognozowania umiejętności, które pozwoli młodym ludziom rozwijać się, a także wskaże kompetencje, które okażą się przydatne w przyszłości.

Zdolność poruszania się w świecie medialnym, cyfrowym oraz umiejętność krytycznego myślenia są dzisiaj atrybutami niezbędnymi do adaptacji we współczesnym miejscu pracy. Zatem uczenie przedsiębiorczości i kreatywności powinno być wspierane od najmłodszych lat. Wiemy, jak ważne jest dziś umiejętne korzystanie z narzędzi cyfrowych, dlatego zniwelowanie braków technologicznych w systemie edukacji oraz utrzymanie finansowania rozwoju edukacji w Europie powinny być sprawą najwyższej wagi.

Silvia Costa (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, anche in sua assenza, rispondo subito a ciò che di gravissimo ha detto prima l'on. Bizzotto, ricordando che forse non sa che, per esempio, nel nostro paese la metà delle donne immigrate hanno una laurea o un diploma. Ma capisco che non è molto interessata al tema e li chiama tutti clandestini.

Vorrei dire, come già presidente della commissione per la cultura e l'istruzione e ora coordinatrice del gruppo S&D, che sono molto felice della buona collaborazione che si è avviata in questa legislatura fra la commissione per la cultura e l'istruzione e la commissione per l'occupazione e gli affari sociali, capendo che la sfida, come dimostra l'agenda per le nuove competenze europee, è una sfida trasversale che dobbiamo affrontare insieme, anche attraverso le dieci azioni proposte dall'agenda.

Ritengo che questo sia molto importante anche per le raccomandazioni più significative che si possono fare agli Stati membri per accelerare i processi di inclusione delle competenze informali, per parlare in particolare delle competenze digitali applicate a tutti i livelli di istruzione.

Però vorrei dire che, proprio per la grande obsolescenza del mercato del lavoro e delle competenze attuali, serve una grande istruzione alta di base, insieme all'incrocio con le competenze specifiche e, quindi, unire conoscenza, competenze e abilità. Se c'è uno squilibrio fra questi elementi, non abbiamo capito la sfida del futuro.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodo predsjednice, u modernom svijetu u kojem stari poslovi za niže kvalificirane radnike ubrzano nestaju cjeloživotno je obrazovanje nužnost. Drago mi je da izvjestitelji uviđaju kako su obrazovanje i osposobljavanje u nadležnosti država članica, ali se slažem da nam prekogranična suradnja može biti vrlo dragocjena.

Budući da dolazim iz Hrvatske, u kojoj se lome koplja oko reforme kurikuluma, a koja pravu obrazovnu reformu nije provela desetljećima, uvjerena sam da nam upravo u ovom trenutku iskustva naših partnera mogu biti od velike pomoći.

Izvrješće opravdano naglašava važnost učitelja, trenera, mentora i ostalih edukatora jer su oni temelj svake reforme. Na žalost, često im se ne odaje priznanje kakvo zaslužuju i ne ulaže dovoljno u njih, a time se i djeci uskraćuje mogućnost kvalitetnog obrazovanja. Želimo li da naša djeca budu spremna za budućnost, moramo više uložiti u one koji im prenose znanja i vještine.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE). – Madam President, I would like to congratulate my colleagues, Ms Dlabajová and Mr Nekov, for their great work. Our world is changing fast. Education should be the means to empower children and adults alike to become active participants in the transformation of their societies. Learning should focus on the values, attitudes and behaviours which enable individuals to live together in a world of technology, characterised by diversity and pluralism. But at the same time, it should develop the skills demanded by our moral, globalised and digital economy. The new skills agenda was highly needed in order to overcome the security issues existing in the EU. Furthermore, we still need to make qualification systems in Europe comparable, with a focus on qualification levels and learning outcomes. I welcome the support for modernisation on that and adult education. Member States' private and public companies and institutions should invest more resources.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Dzisiaj rozmawiamy tutaj dużo o rynku pracy, ale chciałabym podkreślić, że w mojej opinii nie możemy kształtować i postrzegać systemu edukacji jako systemu usługowego na rzecz rynku pracy. Powinno być i jest wręcz odwrotnie: to, co robimy w systemach edukacji, skutkuje sprawiedliwym – lepszym albo gorszym – rynkiem pracy. To jest moja pierwsza uwaga. A druga: z powodu, że to właśnie edukacja kształtuje rynek pracy, tak ważne są umiejętności przekrojowe, miękkie i kluczowe, których temat poruszono w programie New Skills Agenda for Europe. Bardzo dobrze, że tak się stało. Bardzo się cieszę, że nastąpi przegląd umiejętności kluczowych, bo istotne jest, żeby rynek pracy odpowiednio budować. Chciałabym powiedzieć, że program ten postrzegam jako interwencyjny. Mamy potężny problem w Europie, jeżeli chodzi o umiejętności: 40 % pracodawców nie może znaleźć pracowników z właściwymi umiejętnościami. Ponad 20 % (a czasami więcej) osób ma problemy z czytaniem, pisanem, rozumieniem czyli z podstawowymi umiejętnościami. Mamy 2 miliony wakatów i 25 milionów bezrobotnych, musimy więc interweniować i program ten jest ku temu właściwą drogą.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea sancisce il diritto di accesso alla formazione e all'apprendimento per tutti. Formazione e apprendimento, però, devono anche tradursi successivamente in qualcosa di concreto, cioè in un lavoro all'altezza delle aspettative.

Oltre il 30% dei giovani altamente qualificati occupa posti di lavoro che non corrispondono alle proprie competenze e aspirazioni. Allo stesso tempo, il 40 % dei datori di lavoro europei segnala di non riuscire a trovare persone con competenze sufficienti per crescere e innovare. Questo è il segnale di un vero e proprio cortocircuito tra domanda e offerta: spesso i giovani più qualificati si trovano a dover fare affidamento esclusivamente sulle risorse familiari.

Se l'Europa vuole costruirsi un futuro, deve iniziare da qui, dal rafforzamento dei collegamenti tra istruzione e occupazione, con un approccio più flessibile, individuale e personalizzato, coinvolgendo tutti gli attori del mercato del lavoro nella definizione di competenze spendibili e nel collegamento tra questi due mondi.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η ανεργία η οποία πλήττει την Ευρωπαϊκή Ένωση καθώς και η απορρύθμιση των σχέσεων εργασίας και η μείωση των μισθών όλα αυτά θα αντιμετωπιστούν αλλάζοντας τις πολιτικές. Διότι η πολιτική της λιτότητας και της βίαιης δημοσιονομικής προσαρμογής ήταν αυτή που έχει δημιουργήσει τα τεράστια προβλήματα. Στη μείωση των μισθών συντελεί βεβαίως και η δημιουργία ενός «εφεδρικού στρατού» ο οποίος είναι οι πρόσφυγες και οι παράνομοι μετανάστες, οι οποίοι ερχόμενοι βεβαίως εργάζονται οι περισσότεροι από αυτούς παράνομα και έτσι μειώνονται οι αποδοχές. Από κει και πέρα βεβαίως δεν μπορεί να αμφισβητήσει κανείς τον σημαντικό ρόλο που μπορεί να παίξει η εκπαίδευση και η κατάρτιση για την αντιμετώπιση της φτώχειας και του κοινωνικού αποκλεισμού. Τον κυριότερο ρόλο βεβαίως πρέπει να παίξουν τα κράτη μέλη αλλά για να γίνει αυτό χρειάζονται κονδύλια και τα κονδύλια αυτά μπορεί να τα δώσει η Ευρωπαϊκή Ένωση. Ταυτόχρονα, με τη μόρφωση μπορούμε να συμβάλλουμε στη δημιουργία μιας δημοκρατικής κοινωνίας αλλά πρέπει να υπάρχουν ισότιμες ευκαιρίες για πρόσβαση όλων όσοι έχουν ανάγκη στην εκπαίδευση.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, οι θέσεις που αναπτύχθηκαν σχετικά με την ανάγκη να αποκτήσουν οι νέοι της Ευρώπης δεξιότητες ούτως ώστε να ανταποκρίνονται στις απαιτήσεις της εργασίας είναι σωστές. Το πρόβλημα είναι ότι η θεωρία απέχει πολύ από την πράξη. Εκείνο το οποίο συμβαίνει είναι ότι, πράγματι η Ευρωπαϊκή Ένωση χορηγεί ορισμένα κονδύλια, γίνονται κάποιες εκπαιδεύσεις και στο σημείο αυτό σταματά κάθε εξέλιξη. Οι νέοι της Ευρώπης έχουν ανάγκη να βρουν εργασία. Δυστυχώς αυτό δεν γίνεται ή δεν γίνεται εύκολα. Για τον λόγο αυτό γίνονται αντικείμενο εκμεταλλεύσεως από εργοδότες, οι οποίοι τους υποχρεώνουν να εργάζονται πολλές ώρες, δεν τους αμείβουν σύμφωνα με τα προσόντα και τις ικανότητές τους και τη μόρφωσή τους και, πολλές φορές, τους απειλούν με απόλυση, διότι υπάρχουν κάποιοι άλλοι οι οποίοι περιμένουν να πάρουν τη θέση τους. Τραγικά θύματα αυτών των εξελίξεων είναι οι νέοι της Ελλάδος οι οποίοι παρά τη μόρφωση την οποία έχουν και τις ικανότητές τους, λόγω της υπάρξεως πολλών παρανόμων μεταναστών οι οποίοι επιθυμούν να εργαστούν κάτω από άθλιες συνθήκες και με πολύ μικρές αποδοχές, αναγκάζονται να ξενιτευτούν πολλές φορές και εκτός Ευρώπης με όλες τις συνέπειες που προκύπτουν.

Julie Ward (S&D). – Madam President, we need to prepare learners of all ages and from all backgrounds, including migrants and refugees, for a fast-changing, complex and hyper-connected world, and for jobs and competences that do not even exist yet. That's why it is key to ensure that learners are equipped with transferable skills such as media literacy, critical and creative thinking and entrepreneurship. We also want to equip learners with the necessary skills for a more open, sustainable and inclusive society. We therefore need to invest in their social skills, in particular intercultural skills. On top of guaranteeing a minimum level of literacy, numeracy and digital skills for all, there are skills we must invest in for learners to become not only fit for the labour market, but true problem-solvers and responsible and active citizens. In this context, it is key that proper recognition is given to the role of adult learning, informal and non-formal learning.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Miguel Arias Cañete, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank all those who have spoken in this important debate. With the right skills, people are equipped for quality jobs and can fulfil their potential in the labour market and in society as confident and active citizens. With the right skills, our companies can thrive, invest and innovate, contributing to the virtuous circle of job creation and growth. These are two sides of the same coin: making sure that people can acquire the skills they need to improve their chances for better employment and that they can update these skills to better face job transitions, and equipping Europe to compete and succeed, now and in future, in the global economy.

With this report, Parliament has underlined the need to continue our joint efforts to tackle the skills challenge. We welcome your commitment to supporting the implementation of the Skills Agenda, both in Europe and in your home countries.

On 20 November, we will launch the second European Vocational Skills Week. Our message is: 'Discover your talent!'. We want to improve the attractiveness and image of vocational and educational training. We look forward to working together with you to spread this message at European, national, regional and local levels.

Martina Dlabajová, zpravodajka. – Děkuji kolegům za přínosné připomínky a poznatky. My tady hovoříme o budoucnosti, o nové generaci znalostí a dovedností, které podpoří zaměstnanost a naši konkurenceschopnost. Musíme mít všichni ambici vychovávat sebevědomé občany, moderní Evropany, kteří budou dobře připraveni na život a kteří se nebudou bát převzít zodpovědnost za sebe ani za ostatní. Já věřím, že naše zpráva je prvním krokem na této cestě.

Zásadní potřeby již byly definovány a my víme, jakým se vydat směrem. To, co Evropa potřebuje, je nové nastavení systému vzdělávání. Systému, který bude pružně reagovat na změny, které jsou dnes nevyhnutelné. Samozřejmě zaznělo od vás mnohých, že propojení vzdělávacích systémů s aktuálními potřebami trhu práce je nutné a samozřejmě musí být v rovnováze.

Chtěla bych uklidnit svoji kolegyni Maru Bizzottovou, že při práci na této zprávě jsme mysleli právě na naši mladou generaci a ti jsou pro nás na prvním místě. Nerozumím tomu, proč kolegyně uráží tyto mladé tím, že diskusi o jejich budoucnosti zneužívá čistě k politickým cílům své extrémní pravice, což dokazuje tedy i to, že v sále už není.

Chtěla bych ale závěrem zdůraznit jednu věc. Představa, že vývoj evropského trhu práce je něco hodně vzdáleného, co nás zatím nepálí, je mylná. Teď je nejlepší čas o budoucnosti diskutovat a hlavně teď musíme začít konat. Dnes, ne zítra, říkal můj oblíbený, úspěšný podnikatel a manažer Tomáš Baťa. Takže dnes a ne zítra věnujme nové agendě dovedností pozornost, kterou si zaslouží, a neodkládejme tyto změny, které musíme udělat opravdu už dnes.

Момчил Неков, докладчик. – г-н Председател, по време на изготвянето на доклада с г-жа Длабайова направихме много срещи и в Европейския парламент. Аз направих срещи на европейско и на национално ниво с работодатели, които казаха, че са много важни хоризонталните умения, като работа в екип, креативност, критичност, творческо мислене и т.н. Това е в едната насока. Учителите от друга страна също казаха, че те също имат предизвикателства с дигиталните умения и трябва да ги преодолеят. Затова ние трябва да инвестираме първо в учителите, а не само в изграждането на дигитална инфраструктура.

Отделно на всичко това ние трябва да възвърнем блясъка на професионалното образование, тъй като, поне в моята държава, се приема, че професионалното образование е за децата, които се справят най-зле. В случая, за да преодолеем точно този феномен, ние трябва да заложим на ранното кариерно ориентиране. Това означава още от малки децата да бъдат водени във фабрики за различни производства, да използват новите технологии, да видят как се правят тези нови технологии, за да придобият това желание след това да се запишат в професионално образование.

Както каза и г-жа Длабайова, сега ние градим бъдещето, но ние наистина не знаем след 10-20 години кои ще бъдат професиите на бъдещето. От тази гледна точка ние трябва да изградим не една система на образование, трябва да изградим личности и да поставим хората в центъра не само в рамките на образователната система. Трябва да се стремим към учене през целия живот и придобиване на знания през целия живот, и правене на много ясна разлика между факти и между мнения.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute, 14. September 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – Nell'epoca della globalizzazione e soprattutto della digitalizzazione e del rapidissimo progresso tecnologico, i sistemi di istruzione e formazione in Europa vanno sicuramente aggiornati. Per questo da tempo si attendeva l'iniziativa, che alla fine è giunta.

La relazione allarga il concetto di competenze non restringendo il campo a quelle immediatamente «verificabili», ma includendo aspetti diversi. Si passa dal porre l'accento sullo spirito imprenditoriale e la creatività, alla condanna del taglio dei fondi per l'istruzione. Non altrettanto apprezzabili sono gli incoraggiamenti presenti nell'agenda a far ricorso alla flessibilità del lavoro, che, in mancanza di adeguate tutele, viene troppo spesso coniugata come precarietà; come anche i riferimenti al sistema del semestre europeo.

Danuta Jazłowiecka (PPE), na piśmie. – W UE aż jedna czwarta mieszkańców nie posiada umiejętności potrzebnych w pracy, którą wykonują, a aż 40 % pracodawców nie potrafi znaleźć pracowników posiadających odpowiednie kwalifikacje. Aż 70 mln mieszkańców Unii nie posiada podstawowych umiejętności czytania, pisania i liczenia. To oznacza, że dotychczas podejmowane działania nie przynoszą oczekiwanych efektów. Można wskazać główne przyczyny takiego stanu rzeczy. Po pierwsze, nikt nie wyciągnął wniosków z już realizowanych programów. Po drugie, w minionych latach mogliśmy zaobserwować spadek wydatków na kształcenie i szkolenie. W latach 2010-2014 w całej Unii spadły one aż o 2,5 %. W pierwszej kolejności powinniśmy więc zaapelować do Komisji, aby prześledziła realizację dotychczasowych programów i wyciągnęła wnioski z popełnionych błędów, a do rządów państw członkowskich, aby nie szukały oszczędności w tym niewrażliwym segmencie polityki społecznej. W nowym programie na rzecz umiejętności musimy skupić się między innymi na zaspokojeniu obecnych potrzeb rynku pracy. Konieczne są działania nakierowane na przyszłość oraz pogłębiona refleksja na temat tego, co zrobić, aby te potrzeby zaspokoić w następnych dekadach. Efektywne wdrożenie nowych systemów szkolenia i kształcenia wymaga czasu, a więc podejmowane obecnie działania powinny być skupione na prognozowanych potrzebach, a nie na tych, które istnieją obecnie.

Ádám Kósa (PPE), írásban. – Az új európai készségfejlesztésről szóló európai parlamenti jelentés számos eleme az Orbán-kormány oktatáspolitikáját támasztja alá. Az e-készségekkel kapcsolatos fejlesztések, vagy a szakképzési rendszer korszerűsítése, duális képzés bevezetése mind kiemelt hangsúlyt kapnak hazánkban 2010 óta. A magyar kormány évekkel ezelőtt elkezdte kidolgozni és megvalósítani a digitális készségekre vonatkozó átfogó nemzeti stratégiákat, valamint az e-készségekkel kapcsolatos fejlesztéseket. Jelenleg 270 milliárd forint uniós támogatás áll rendelkezésre a 2014-2020-as időszakban, amiből csak 125 milliárd forintot infrastruktúra-fejlesztésre fordít a kormányzat. Ez elsősorban új iskolákat és a meglévőket felújítását jelenti egy gyökeresen megújuló oktatási eszközállománnyal.

A fennmaradó részt tartalomfejlesztésre fordítják, mint például a digitális tananyagok és az új Nemzeti Alaptanterv (NAT) kidolgozása. Jelentős összegeket fordítanak továbbá a központi régió kívüli iskolák digitális fejlesztésére, bővül az iskolák mobilkészlet-állománya, valamint 50 ezer pedagógus vehet részt az új tartalmak, eszközök használatát célzó továbbképzéseken. Ugyanakkor a baloldali frakciók olyan módosítást nyújtottak be a végén, amelyben homályosan utalnak a migránsok számára biztosítandó követelményekre, amely alapján több értelmezéssel is lehet élni, ideértve az illegális bevándorlók támogatását is, amit a magyar néppárti frakció egységesen ellenzett. Mindezekre tekintettel a szavazás végén tartózkodtam a teljes dokumentum elfogadása kapcsán, hiszen alapvetően egy jó szakmai jelentést sikerült politikailag és felelősen felülrni.

Krystyna Łybacka (S&D), na piśmie. – W społeczeństwie wiedzy edukacja jest kluczowym aspektem aktywności życiowej. Wysokiej jakości edukacja jest niezbędna, aby wyposażyć młodych ludzi w wiedzę, postawy, umiejętności i nastawienie do świata, które pomogą im świat zrozumieć i zmienić. Edukacja ma ogromny wpływ na wiele dziedzin życia gospodarczego i społecznego, dlatego potrzebujemy holistycznego podejścia do edukacji oraz strategii politycznych, które wspierają wysokiej jakości edukację na każdym poziomie. Szczególnie ważny jest stały dostęp do edukacji przez całe życie dla osób znajdujących się w najbardziej niekorzystnym położeniu oraz osób niepełnosprawnych. Zwracam też szczególną uwagę na status, warunki pracy, wynagrodzenie, kwalifikacje i umiejętności nauczycieli, osób prowadzących szkolenia, mentorów i pedagogów. Realizacja europejskiego programu na rzecz umiejętności jest zależna od jakości edukacji, której gwarantem są właśnie nauczyciele. Systemy edukacji powinny przyciągać najlepszą kadrę, która powinna cieszyć się wsparciem rodziców i społeczności lokalnej oraz mieć zapewnione stałe możliwości rozwoju zawodowego.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – Le 14 septembre 2017, le Parlement européen a soutenu une série de vœux pieux en matière de compétences. Au menu, catalogues de mesures recyclées et une vieille rengaine chère à Bruxelles: «Les nouveaux arrivants apportent avec eux de nouvelles compétences».

En vérité, au-delà de l'effet «Molenbeek», notre avenir ne dépend pas des «non-européens». Le taux d'emploi des «non-européens» n'était que de 51% en France en 2016, soit un «fainéant» sur deux (sic Macron). Visiblement ces nouvelles compétences ne sont pas transférables.

«L'outil de profilage des ressortissants de pays tiers» de la Commission n'est même pas disponible dans les langues parlées par tous les migrants. Le gaspillage des 155 milliards d'euros du Fonds social européen (FSE) est démontré: sur 30 millions de participants, 21 millions n'ont pas trouvé d'emploi après leur «formation».

Revitaliser l'Europe passera par la préférence européenne et le lancement d'industries nouvelles. Pour preuve, Airbus est né d'une coopération entre États (Allemagne, France, Grande-Bretagne) en mai 1967, hors Union européenne et sans l'intervention de la Commission de Bruxelles.

Marek Plura (PPE), *na piśmie*. – Serdecznie gratuluję sprawozdawcom przygotowania ciekawego i kompleksowego sprawozdania. Zgadzam się z nimi, że konieczne jest kształcenie w kierunku przedsiębiorczości zaczynające się już w szkole podstawowej. Jak już wielokrotnie podkreślałem (również we własnym sprawozdaniu w sprawie strategii nabywania umiejętności służących zwalczaniu bezrobocia ludzi młodych), przedsiębiorczość to także zdolność do inicjatywy i kreatywność. Umiejętności te pomagają w życiu zawodowym i społecznym, dlatego za kluczowe uważam ich rozwijanie. Popieram także postulat sprawozdawców dotyczący przyjęcia integracyjnego podejścia do opracowywania strategii w dziedzinie edukacji i szkoleń. Uważam, że dzięki takiemu podejściu niepełnosprawność przestanie być barierą w rozwijaniu potencjału i byciu aktywnym przedsiębiorcą, pracownikiem, obywatelem.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Dans l'Union européenne, 66 millions de personnes âgées de 25 à 64 ans n'ont pas dépassé le premier cycle de l'enseignement secondaire. Derrière ces chiffres interpellants, ce sont autant de personnes qui se trouvent souvent en situation difficile, notamment sur le plan financier; certains vivant au quotidien une forme d'exclusion sociale. C'est en priorité à ces personnes que s'adresse la nouvelle stratégie en matière de compétences pour l'Europe. Chaque parcours, chaque expérience a de la valeur! Il faut reconnaître les acquis dans toutes les autres formes d'apprentissage (formel, mais aussi non formel et informel) et également valoriser l'apprentissage tout au long de la vie. L'Union européenne doit construire des ponts entre les personnes et entre les différentes politiques. Car seule une approche globale, alliant tant l'éducation, que la formation, l'emploi, la jeunesse, la santé, et l'émancipation sociale, sera bénéfique pour l'ensemble des Européens.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Noua agendă pentru competențe este unul dintre instrumentele esențiale pentru atingerea obiectivelor de coeziune socială și de creare de locuri de muncă și creștere economică, abordând două provocări urgente ale Uniunii Europene: lipsa de competențe relevante pentru piața de muncă și crearea de programe educaționale pentru toate categoriile sociale. Printre cele zece acțiuni propuse de Comisie în cadrul agendei pentru următorii ani, consider că recomandările privind competențele cheie sunt de o importanță strategică pentru UE. Pentru a răspunde la transformările economice și sociale care au avut loc în ultimul deceniu, este nevoie urgent de o abordare comună a unui set principal de competențe pentru a lucra și trăi în secolul al XXI-lea. În acest sens, o prioritate va fi sectorul digital, unde avem nevoie de o strategie care să echipeze cetățenii din Europa cu competențele digitale adecvate.

Ca membru în Comisia TRAN, rămân însă cu convingerea că strategia europeană pentru competențe trebuie să acorde o mai mare atenție turismului. Acesta poate fi unul dintre sectoarele prin care să combatem șomajul în rândul tinerilor și să relansăm economia UE. De aceea, sprijin înființarea unei Academii de turism, cu ajutorul căreia tinerii europeni să aibă șansa nu doar de a avea un job, ci de a porni o carieră de succes.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Novi program znanj in spretnosti za Evropo je dolgo pričakovana pobuda, ki jo v tem obdobju nujno potrebujemo. Ne le v moji državi, tudi v celotni EU obstaja razpon med evropskimi sistemi izobraževanja in gospodarskim ter družbenim okoljem. Trg dela je dinamičen, izobraževalni sistem pa mnogokrat rigid. Bistven je torej premik v smeri vseevropskega orodja za napovedovanje potreb po znanju in spretnostih.

Zagon gospodarstva je nujen, tako kot je nujna tudi dobra in usposobljena delovna sila. Zato to poročilo podpiram, saj menim, da je pomembno iti dlje od ustreznih poklicnih znanj in spretnosti in se osredotočiti tudi na tiste vidike izobraževanja, ki lahko spodbudijo podjetniško miselnost in ustvarjalnost, ljudem omogočijo kritično mišljenje, sprejemanje odločitev na podlagi informacij ter polno sodelovanje v demokratičnem in družbenem življenju.

4. NordStream 2 (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zu NordStream 2 (2017/2832(RSP)).

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission.* – Madam President, I would like to thank you very much for giving me the opportunity to deliver, on behalf of the Commission, a statement on the Nord Stream 2 project. I know that this continues to be a subject to which many of you attach a high importance and which we have discussed already a number of times. Today I would like to update you on what has happened with regard to this file since the last time the Commission stood before you nearly a year ago.

As you know, our stance on this project derives directly from the Energy Union objectives and in particular from our desire to enhance energy security through creating a well-diversified, secure and competitive gas market. We do not see that, if built, the Nord Stream 2 project would contribute to these objectives, essentially for two reasons. First, because it will not contribute to diversification, as it will give access neither to a new source nor to a new route of gas supply. In this it is different from Nord Stream 1. Second, we project gas demand to decline from today's level of 460 billion cubic metres to somewhere between 350 and 410 billion cubic metres by 2030. Against falling domestic production and a roughly stable level of imports, the Commission sees no need for a new infrastructure of the magnitude of Nord Stream 2. A massive addition of 55 billion cubic metre import capacity through Nord Stream 2 could rather lead to further concentration and allow Gazprom to further strengthen its position on the European Union gas market.

I know that these concerns relating to the impact of the project on the Energy Union objectives are shared by many Members of this House. But beyond these political considerations, in the past exchanges with Vice-President Šefčovič and myself, many of you have also expressed the more specific concern that a project of such magnitude and with such an impact on our internal gas market could not, and should not, be developed outside the EU's legal framework.

Allow me to update you on the steps that the Commission has recently taken to address this specific issue. First, we consider that it cannot be in the European Union's interests that the Nord Stream 2 pipeline, if built, would be operated in a legal void or only according to third-country law.

Second, when it comes to the application of our internal market rules, we have to take into account that the Nord Stream 2 pipeline is in a specific legal situation, different from other projects. The gas pipeline entry point lies in a third country, while the exit point is on European Union territory, and the pipeline passes under the sea, including through European Union Member States' territorial waters. Clearly, Union rules cannot be made directly binding within the jurisdiction of third countries. Moreover, the Third Gas Directive does not explicitly include a specific framework for such situations.

Therefore, the Commission is of the view that a specific legal regime is needed. The starting point for such a specific legal regime should be the core principles of international and European Union energy law. These principles include a certain degree of third-party access, a degree of separation between supply and transmission, non-discrimination in tariff-setting and transparency.

In this spirit, on 9 June the Commission adopted a recommendation to the Council requesting a mandate to negotiate with the Russian Federation an agreement on the operation of the pipeline. Our aim is to ensure that a project of this scale, which impacts the internal market and security of supply, is operated according to the main principles of international and European Union energy rules. We have transmitted this recommendation to the Council and also to the European Parliament. Discussions on the mandate have started in the Council. Overall, a majority of Member States have welcomed the Commission proposal of a mandate.

Three different approaches to the Mandate can be distinguished at this stage in the Council. First, there is a significant number of Member States which are clearly in favour of the Mandate. Second, there is a group of Member States who are rather neutral towards the idea and have not yet made their view known. Finally, only a few Member States are at this stage against the Mandate, albeit for different reasons: either because they see it as unnecessary or, on the other hand, because they consider it not sufficiently ambitious.

Furthermore, the Council's Legal Service has been requested to provide an opinion, and the Presidency is now waiting for this opinion before continuing the discussions. As I said, a copy of the mandate has been sent to the European Parliament. As required by the Treaty, if the Council agrees to authorise negotiations, then the Commission will keep the European Parliament fully informed at all stages of the negotiation and upon the conclusion of an agreement.

Finally, I will say that the Commission is also working on a proposal to clarify the regulatory framework for pipelines coming from third countries. This is in any event without prejudice to the Mandate for Nord Stream 2.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ich bedanke mich zunächst beim Kommissar für die klare und starke Positionierung, die er gerade vorgenommen hat, aber auch für die Einbindung des Europäischen Parlaments.

Es gibt zwei Aspekte, die wir sehen müssen. Der eine Aspekt ist die Energiefrage. Bei der Energiefrage haben wir als Europäische Union klare Ziele: Wir wollen die Diversifizierung, wir wollen mehr Ressourcen anbinden, damit wir unabhängiger werden. NordStream 2 führt nicht zu mehr Diversifizierung, es führt zu mehr Abhängigkeit. Deswegen ist das erste Ziel mit diesem Projekt nicht erreicht.

Das zweite Prinzip sind unsere Rechtsprinzipien, die der Kommissar angesprochen hat, die es durchzusetzen gilt. Und es stellt sich natürlich ganz praktisch die Frage – und damit komme ich zu meinem zweiten Punkt: Wenn das Projekt, wie der Kommissar ausgeführt hat, für die Versorgungssicherheit Europas nicht nötig ist, wenn die Pipelines nicht nötig sind, warum wird dann so viel Geld ausgegeben?

Und damit sind wir bei der Politik. Dann wissen wir, dass es sich nicht um ein wirtschaftliches, sondern um ein politisches Projekt handelt. Der beste Beweis dafür ist das Engagement von Gerhard Schröder und vielen anderen Politikern in den entsprechenden Aufsichtsräten, und weiter stellt sich die Frage nach der politischen Verquickung. Gerhard Schröder wird dort nicht beschäftigt sein, weil er gute wirtschaftliche Erfahrungen hat, sondern weil er gute politische Kontakte hat. Insofern gilt es, klar zu machen, dass es sich um ein politisches Projekt handelt.

Wir wissen, dass wir mit Russland viele schwierige Fragen haben: Georgien, Ukraine, Syrien. Russland ist auf dem falschen Weg, setzt Militär ein, um seine politischen Ziele durchzusetzen. Deswegen dürfen wir nicht unnötiges weiteres Geschäft machen, sondern müssen Klarheit zeigen.

Ein letzter Gedanke, Frau Präsidentin: Deutschland als das Land, das von dem Projekt am meisten betroffen ist, sollte jetzt ein klares Zeichen der EU-Partnerschaft setzen. Das heißt: Das Mandat, das der Kommissar vorgelegt hat, muss von Deutschland mit unterstützt werden, damit klar wird, dass wir alle miteinander eine europäische Lösung wollen.

Jeppe Kofod, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, it is very clear that Nord Stream 2 is directly against both the spirit and the objective of our energy Union. It is clear for many reasons; the Commissioner mentioned it himself.

First of all, we will increase our dependence on the reliable supply of energy if the Nord Stream 2 is built. Secondly, we will also increase our dependence on fossil fuel in Europe if Nord Stream 2 is built, while at the same time we are trying to make a climate and energy Union in which we decarbonise our energy system.

Thirdly, we will also expose ourselves to pressure from external partners, so it is also a security matter for Europeans. Russia will now have a direct or indirect means of pressuring Member States in Europe, and it is clear that we cannot let that happen. Therefore, it is high time that the Commission and Council clearly say 'no' to Nord Stream 2, because it is going against our solidarity and our aims in Europe.

Zdzisław Krasnodębski, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Projekt Nord Stream II nie ma uzasadnienia rynkowego. Jest on niezgodny z prawem europejskim, w szczególności z trzecim pakietem energetycznym. Jest też niezgodny z podstawowymi wartościami europejskimi, na które tak często powołuje się Komisja. Będzie miał katastrofalny wpływ na dywersyfikację w Europie Środkowo-Wschodniej. Mimo to realizacja tego projektu ciągle nie została zaniechana. Być może dlatego, że cieszy się on ogromnym poparciem politycznym nie tylko w Rosji, o czym mówił pan Weber. Symbolem tego stanu rzeczy jest rzeczywiście Gerhard Schroeder, niedawno mianowany dyrektorem w rosyjskim Rosneft, nadal wywierający wpływ na Niemcy oraz na Europę. Dodam też, że również pani kanclerz Angela Merkel popierała niestety ten projekt. Komisja powinna wykazywać zatem więcej śmiałości i zdecydowania – także wobec tych antyeuropejskich projektów, w których biorą udział przedsiębiorstwa najsilniejszych krajów członkowskich i które popierane są przez ich elity polityczne i gospodarcze.

Morten Helveg Petersen, *for ALDE-Gruppen*. – Fru formand! Nord Stream 2 skal gå gennem dansk farvand, hvis den bliver til noget, og hidtil har ledningen været behandlet som et spørgsmål af miljøteknisk karakter. Men den rørledning er jo geopolitik fra allerøverste hylde: Det er sikkerhedspolitik, det er miljøpolitik, det er klimapolitik og meget mere. Og netop nu, hvor vi i EU er ved at skabe rammerne for vores energiunion, som vi alle sammen sidder og arbejder med hver eneste dag, ja der er ambitionen jo netop at sikre et flydende indre marked for energi. Men ideen til energiunionen blev jo netop født ud af et ønske om at gøre Europa uafhængig af Putins gas og sheikernes olie. Så lige nu laver vi sanktioner mod Rusland med den ene hånd, og så vil vi lave nye store forretninger med dem med den anden hånd. Det går ikke, og derfor er vi dybt kritiske over for Nord Stream! Europa skal i fuldstændig modsat retning end den fossile, som Putins gas og Nord Stream 2 repræsenterer. Derfor er vi glade for, at Kommissionen nu går ind i sagen, og at Ministerrådet går ind i sagen, det er der hårdt brug for, så vi kan få stoppet dette projekt.

Xabier Benito Ziluaga, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta, una nueva interconexión millonaria de 9 500 millones de euros para importar más gas, aunque su demanda descende; 1 200 kilómetros de gasoducto submarino, con un efecto medioambiental bastante grave en el entorno. Pero hoy se habla más de geopolítica que de energía.

Pues bien, detrás de este proyecto hay muchos intereses: los de Gazprom, los de Wintershall, NG, Shell, y también los de las élites alemanas y rusas. Y, a pesar de que este mismo martes votamos el informe prioritario de la Comisión para la seguridad del suministro de gas, hoy yo veo aquí, señor comisario, una posición bastante blanda —diría yo— con el Gobierno alemán y con los lobbies del gas, con los que usted se reúne habitualmente.

Yo pensaba que, cuando alguien se oponía a los planes de la Comisión Europea, se le pisaba y sancionaba, como ya hicieron con Grecia. En definitiva, que no queremos otro gasoducto más en el mar Báltico, ni una Comisión Europea con un doble rasero para con los países miembros.

Reinhard Bütikofer, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Ihnen für die Klarheit Ihrer Ausführungen sehr dankbar, Herr Kommissar Cañete. Und ich bin dankbar, dass Sie feststellen, dass Sie nicht nur in Ihrem eigenen Namen sprechen, sondern hier für die Kommission diese Position eingenommen haben. Ich glaube, das ist ein wichtiges Faktum, dass hier eine ganz eindeutige Stellungnahme für uns vorliegt.

Ich bin mit fast allem einverstanden, was die Rednerinnen und Redner bis jetzt gesagt haben. Insbesondere auch mit Ihnen, Herr Weber, nur Herrn Krasnodębski will ich an einem Punkt widersprechen: Wenn Sie über die Rolle von Gerhard Schröder reden, gebe ich gerne zu, dass auch ich diese Rolle für schandbar halte. Was die Rolle der aktuellen Kanzlerin betrifft: Das schätze ich etwas anders ein, und da bin ich bei Ihnen, Herr Weber. Sie haben gesagt: Das ist nicht nur ein wirtschaftliches Geschäft – ich gebe Ihnen Recht. Die Kanzlerin aber hat bis jetzt versucht, sich hinter dem Argument zu verstecken, es wäre nur ein wirtschaftliches Geschäft, um nicht klar politisch Farbe bekennen zu müssen. Und wenn Sie sagen, Deutschland sollte ein klares Zeichen der EU-Partnerschaft setzen und klarmachen, dass Deutschland auch dieses Mandat nicht blockiert, sondern unterstützt, bin ich wieder bei Ihnen, aber da müssen wir wohl gemeinsam in Berlin noch erheblich bohren, damit die Stimmen auch in Ihrer Partei, die das bis jetzt öffentlich kritisiert haben, endlich mal so weit durchdringen, dass auch die Kanzlerin ein klares Wort sagt.

Ich bin vor kurzem vor Ort gewesen in Mukran. Ich war vor Ort in Stralsund und habe mit den betroffenen Bauern und den Umweltverbänden und den Genehmigungsbehörden gesprochen. Man versucht, vor Ort Fakten zu schaffen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass dieses Mandat zustande kommt, und dass es von unserem Land auch unterstützt wird.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonaşului albastru”*. – Sunt total de acord nu numai cu ce aţi spus dumneavoastră, ci şi cu ce au spus colegii. Şi cu ce a spus domnul comisar. Nu credeţi, însă, că noi, eurodeputaţii, ar trebui să ştim clar care sunt acele state care se opun? (Domnul comisar a spus că sunt state care se opun.) Şi noi, ca parlamentari europeni, să mergem la parlamentele naţionale, evident, la statele care se opun, şi să solicităm o explicaţie pentru că da, nu trebuie să fim dependenţi de gazul rusesc.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE), *blue-card answer*. – Well, as far as I am informed, there are three governments that have expressed reservations: the German Government, the Austrian Government and the Dutch Government. Mostly, it hinges on the position of the Germans. I think what some of us have said is very clear: we want the German Government to change its position. One coalition partner in our national government is very much in favour of this project – the Social Democrats. We Greens are not, and the CDU – as a party and a partner in government – has not taken a very clear position, and a new step is needed.

Rolandas Paksas, *EFDD frakcijos vardu*. – Pone pirmininke, kolegos. Pastaruoju metu vis labiau politizuojami energetikos reikalai gali reikšti tikrai viena – energetikos išteklių brangimą. Tas politizavimas demonstruoja ir tai, kad dėl politiko nesugebėjimo susitarti ir ieškoti sąlyčio taškų, visuomenė visuomet bus priversta mokėti brangiau už dujas, elektrą, ar naftos produktus. „Nord Stream“ neatsirado nei vakar, nei užvakar. Akivaizdu, kad pastatyti didžiąją kinų sieną Europoje, uždaryti oro erdvę ar tinklais aptverti povandenines teritorijas neišeis. Todėl šiandien aš siūlyčiau atsisakyti menką pridėtinę vertę kuriančio politikavimo. Žvelkime į šį projektą, kaip naudingą, kaip ekonominį, ieškodami ne politinių dividendų, bet ekonominės naudos. Ekonomikoje pigesni energetiniai ištekliai visuomet reiškia mažesnius gamybos kaštus. Sugebėjimas mažinti sąnaudas gali būti viena iš prielaidų intensyvinti po krizės gerokai sulėtėjusį ūkio augimą Europos valstybėse – tai ir didesnės eksporto apimtys, ir naujos darbo vietos.

Michał Marusik, *w imieniu grupy ENF*. – Pani Przewodnicząca! Widzimy, że projekt taki jak Nordstream jest wielkim przedsięwzięciem inżynierskim, ale koncentrujemy się bardziej na jego innych aspektach – najłatwiej dostrzegalne są te aspekty biznesowe. A my tutaj koncentrujemy się na jeszcze ważniejszych aspektach, to znaczy aspektach politycznych, możliwości politycznego oddziaływania, a więc stosowania nacisków politycznych lub wręcz szantażu politycznego przy wykorzystaniu takiego poważnego narzędzia jakim jest transfer węglowodorów.

Ja chciałbym zwrócić uwagę na jeszcze jeden aspekt, który tutaj pomijamy. Otóż jest to niezwykle ważny aspekt symboliczny. To pokazuje, jakie zachodzą zmiany w polityce europejskiej. Otóż jest budowany pewnego rodzaju świat orwellowski, gdzie wszystkie kraje są równe, ale niektóre kraje są równiejsze. My tutaj mówimy bardzo wiele pięknych słów, a prawdziwa polityka jest tam, gdzie trwa milczenie. Milczenie trwa nad procesem, który widać po rurociągu Nordstream: otóż wszystkie te aspekty politycznego oddziaływania znajdują się w rękach Rosji i Niemiec, bo przecież cały ten sznur dostaw i dystrybucji węglowodorów znajduje się w rękach Niemiec i Rosji, i one będą miały narzędzia realizacji własnej polityki metodami szantażu i nacisku. I nie możemy udawać, że tego nie widzimy.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, πολύ εύκολα μπορεί να αντιληφθεί κανείς πως πίσω από τις αντιρρήσεις σας για την επέκταση του αγωγού NordStream δεν βρίσκονται παρά τα συμφέροντα των Ηνωμένων Πολιτειών της Αμερικής. Λέτε πως πρέπει να διαφοροποιήσουμε τις πηγές από τις οποίες προμηθεύεται η Ένωση φυσικό αέριο. Ο αγωγός αυτός δεν εμποδίζει την εκμετάλλευση άλλων κοιτασμάτων που έχουν ανακαλυφθεί, κάποια από τα οποία μάλιστα σε χώρες της Ένωσης, όπως η Ελλάδα και η Κύπρος. Αντιθέτως, η Τουρκία είναι εκείνη που προσπαθεί με κάθε τρόπο να εμποδίσει τις εξορύξεις. Όσον αφορά τη Ρωσία, η Ένωση είναι που υποστηρίζει την επιθετική πολιτική των Αμερικανών εναντίον της. Η Ένωση χρηματοδότησε και οργάνωσε το πραξικόπημα στην Ουκρανία που ανέτρεψε τη νομίμως εκλεγμένη κυβέρνησή της. Είναι η Ένωση που υποστηρίζει τον γραφικό Saakashvili εναντίον της Ρωσίας. Αντιθέτως, όταν η Ένωση, κατ' απαίτηση των Αμερικανών, επέβαλε κυρώσεις στη Ρωσία, ούτε για μία ώρα δεν σταμάτησε η προμήθεια φυσικού αερίου, καταδεικνύοντας πόσο ανεδαφικές είναι οι ρητορείες περί ενεργειακής ασφάλειας.

Ο μόνος δρόμος που ευνοεί όλα τα μέρη και εξασφαλίζει τη σταθερότητα στην ήπειρό μας είναι αυτός της συνεργασίας και της έντιμης εταιρικής σχέσης μεταξύ της Ρωσίας και των υπολοίπων κρατών της Ευρώπης.

(Ο ομιλητής αρνείται ερώτηση με γαλάζια κάρτα της κ. Michaela Šojdrova)

Bogusław Liberadzki (S&D). – Pani Przewodnicząca! Rzeczywiście debatujemy o sprawie, która jest nadzwyczaj ważna, nadzwyczaj – rzekłbym – gorąca, aktualna i kontrowersyjna. Podzielim stanowisko pana komisarza, potwierdzone też przez pana Webera, które przyjmuje z zadowoleniem. Po pierwsze, inwestycja ta nie zwiększa dywersyfikacji źródeł dostaw gazu, wręcz przeciwnie – uzależnia nas mocniej od jednego źródła dostaw, a tworzenie faktów w postaci wielomiliardowej inwestycji powoduje, że uzależnienie to ma charakter trwały lub może mieć charakter trwały. Po drugie, wspomniano o ewentualnie niższych kosztach. Pamiętajmy, że w sytuacji dominacji rynkowej koszty i ich poziom nie są nigdy zagwarantowane. Zabrakło tutaj głosu na temat ekologii, który też jest ze wszech miar ważny. Dodam, iż podzielam poglądy, które mówią, że projekt ma charakter polityczny. Polityczny nie z powodu osoby Gerharda Schrödera, lecz polityczny w większym wymiarze: polityczny z powodu pomijania państw i głosów, które zgłaszają do tego projektu zastrzeżenia. I wreszcie należy podkreślić brak jasnego rozdziału funkcji, zarządu infrastruktury i dostawcy. Z tego powodu mandat powinien skłaniać nas do niezachęcania do podjęcia realizacji tego projektu.

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben ja heute schon viel über NordStream 2 gehört, dass zum Beispiel NordStream 1 gar nicht ausgelastet ist, dass sich unsere östlichen Nachbarn immer mehr erpressbar fühlen – auch das haben wir gehört –, und dass Deutschland immer abhängiger von russischem Gas wird.

Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, dass das eigentlich nicht nur für die Polen unannehmbar ist, dass in diesem Zusammenhang ein veritabler Skandal zu erkennen ist: Wenige Wochen, nachdem sich Gerhard Schröder als Kanzler der damaligen Regierung so erstaunlich engagiert für das NordStream-1-Projekt eingesetzt hatte, ließ er sich dann von Präsident Putin anheuern. Regelmäßig beschwerten sich – gerade in diesem Parlament – immer Abgeordnete darüber, dass, wenn Politiker sich aus ihren Ämtern verabschieden, sie kurz danach andere Ämter in der Wirtschaft annehmen, insbesondere auch deutsche Politiker. Und deshalb halte ich es für absolut notwendig, dass nicht nur die Polen, sondern auch die deutschen Politiker diesen Skandal im Zusammenhang mit diesem Projekt kritisieren.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Köszönöm szépen a lehetőséget, tisztelt Képviselő Úr! Ön említette, ennek az egész kérdéskörnek a nemzetközi dimenzióit, legalábbis több ilyen aspektusát. Kérdezem, hogy nem gondolja-e, hogy ebbe a felsorolásba, hogy mennyi országnak sérti az érdekét ez a projekt, esetleg Ukrainát is be lehetne sorolni, tekintettel arra, hogy egy Ukrainán keresztüli vezetékét viszont kívátna ez az Északi Áramlat 2. vezeték, ezáltal az ukránok könnyen gáz nélkül maradhatnának.

Hans-Olaf Henkel (ECR), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – (Der Redner spricht ohne Mikrofon.) ... machen, dass ich gerade eben gesagt habe, dass sich die östlichen Nachbarn eben auch erpressbar fühlen, und dazu gehört selbstverständlich auch die Ukraine.

Fredrick Federley (ALDE). – Fru talman! Det är klart att man kan se detta som affärstransaktion om det inte är ens eget land som ryska intressen flyger in mot i övningar att säkra sina gasleveranser till Europa. Vi har redan en ledning. Nu bygger NOC ytterligare en ledning som riskerar för det första att gå emot alla våra klimat- och energiarbeten som vi håller på med. Det största lagpaketet som vi har just nu är paketet *Clean Energy for All Europeans*. Det här går helt utanför ambitionen i det.

För det andra pågår det just i dagarna två stora militära övningar i Östersjön. Den ena baserad i Sverige, den andra baserad på ryska intressen. Låt oss säga att detta eskalerar, låt oss säga att intensiteten i konflikten mellan väst och Ryssland ökar. Vad kommer Ryssland att göra då? Jo, garanterat att kränka svenskt vatten och svenskt luftrum för att man vill garantera att kunna försörja Europa med gas.

Ingen fråga är så enkel att det bara skulle vara en affärstransaktion. Här har vi ett ansvar för hela säkerheten i Europa, för klimatet, för energin. Vi i parlamentet kan sätta ner foten och kräva tydligare handling. Detta projekt borde ha stoppats för länge sedan.

Catch-the-eye-Verfahren

Jerzy Buzek (PPE). – Pani Przewodnicząca! Dziękuję, panie komisarzu, za kolejny udział w dyskusji. Koleżanki i koledzy, właściwie my mieliśmy już trzy takie dyskusje w Parlamencie Europejskim. Wniosek jest podobny, jak widać, do tego, co było poprzednio. Zdecydowana większość Parlamentu Europejskiego jest przeciwna projektowi Nordstream 2, bo nie spełnia on warunków ani zasad unii energetycznej i nie może też być dla niego żadnych derogacji ani wsparcia finansowego. Rada ma teraz podjąć decyzję co do mandatu, ale nie wiadomo, według jakiej procedury i jak ma być to głosowane. Po uzyskaniu mandatu Komisja Europejska podejmie ewentualnie negocjacje, ale ten mandat negocjacyjny, a przede wszystkim wyniki negocjacji musi w odpowiedniej procedurze zaakceptować Parlament Europejski – to jest bardzo skomplikowana sprawa. Dla nas byłoby wszystko jasne, gdyby ten mandat mówił, że aż do granicy kraju trzeciego, przez cały Bałtyk ten rurociąg musi odpowiadać prawu Unii Europejskiej, a zwłaszcza trzeciemu pakietowi energetycznemu.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nel corso dell'attuale legislatura molte speranze sono state poste sull'Unione dell'energia, che mira a rafforzare la sicurezza energetica dell'Unione e a garantire il funzionamento del mercato interno dell'energia.

In questo contesto la discussione sul NordStream 2 è di cruciale importanza. Se il raddoppio del gasdotto andasse in porto, l'80% del gas russo verso l'Europa arriverebbe in un solo punto, la Germania, rischiando di peggiorare ulteriormente la situazione, danneggiando altri paesi e aumentando la dipendenza da fonti fossili.

Il NordStream 2, dunque, va nettamente contro gli interessi dell'Unione europea per la diversificazione dell'approvvigionamento energetico, perché rischia di accrescere oltremodo la dipendenza dell'Unione europea dal gas russo e contraddice gli obiettivi europei in materia di sicurezza energetica, soprattutto per i paesi partner dell'Europa dell'Est.

La Commissione deve agire in tutte le sedi opportune per porre fine alla realizzazione di questo progetto – del quale sembrano contente sono alcune lobby politiche – che vanificherebbe il disegno dell'Unione europea, progetto di punta dall'amministrazione Juncker.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie i Panowie! W polityce w ogóle, a w sprawie Nord Stream II w szczególności trzeba odróżniać słowa od czynów. Budowa Nord Stream II powinna zostać bezzwłocznie wstrzymana. Ten projekt kompromituje tak naprawdę nasze sankcje wobec Rosji. Kompromituje naszą politykę wschodnią. Co więcej, trzeba przypomnieć, że kompromituje on również działania, którym Komisja Europejska udzielała poparcia, takie jak porozumienia mińskie. Projekt Nord Stream II jest aktywnie popierany, a jego stroną są Niemcy będące państwem, które w jakimś sensie w imieniu Unii Europejskiej – bo z poparciem Komisji – porozumienia mińskie zawierało. Pamiętajmy o tym, co mówiło kilku kolegów, na przykład pan Tibor Szanyi: Nord Stream I był zwrócony przeciwko Polsce i państwowemu bałtyckiemu, Nord Stream II jest projektem zwróconym przede wszystkim przeciwko Ukrainie. Jeżeli poważnie traktujemy nasze słowa, Nord Stream II powinien zostać jak najszybciej objęty polityką sankcji.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, my si v České republice určitě také přejeme diverzifikovat energetické zdroje, ale musí to být v souladu s duchem a cíli, na kterých je postavena naše Evropská unie. Je jednoznačné, že tento projekt v souladu s těmito cíli není. Ohrožuje naši energetickou bezpečnost. Zvyšuje závislost na Rusku a ohrožuje Ukrajinu a vlastně i popírá sankce, které jsme přijali v souvislosti s agresí Ruska na východě Ukrajiny.

Jde ve svých důsledcích i proti klimatické Pařížské dohodě. Já si myslím, že zde musíme jasně říci, kdo stojí za tímto projektem. Pro mě překvapivě bývalý německý kancléř, který byl velmi proevropský a nyní pracuje v žoldu Ruska. Velmi děkuji za stanovisko, které bylo předneseno panem komisařem, protože to je jasný postoj Komise s jasným vysvětlením. V České republice bude po říjnových volbách ustanovena nová vláda, já si velmi pohlídám, jaké stanovisko zaujme právě k tomuto tématu NordStream 2.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, η δημιουργία μιας αγοράς για εφοδιασμό φυσικού αερίου με καλή διασπορά και ανταγωνισμό είναι θέμα στρατηγικής ασφάλειας και σταθερότητας για την Ευρωπαϊκή Ένωση. Σωστά το εξήγησε χθες ο κύριος Juncker και πολύ σωστά το εξήγησε σήμερα ο Επίτροπος Cañete. Οι εμπορικές συναλλαγές και οι συμφωνίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης αποτελούν εργαλείο μέσω του οποίου οφείλουμε να εξαγάγουμε τα δικά μας πρότυπα και, προσθέτω, είναι εργαλείο μέσω του οποίου πρέπει να επιδιώκουμε να εξαγάγουμε και τις δικές μας αξίες. Διευκρινίζουμε όμως ότι η απόφαση για το έργο αυτό θα πρέπει να βασίζεται πάνω σε ευρωπαϊκά κριτήρια τα οποία είναι νομικά, πολιτικά και στρατηγικά. Αυτή η συζήτηση όμως, αγαπητέ κύριε Επίτροπε, αναδεικνύει και ένα άλλο ζήτημα. Την ανάγκη για άλλες πηγές εφοδιασμού όπως στην αποκλειστική οικονομική ζώνη της Κύπρου, σε συνεργασία και με την Αίγυπτο και με το Ισραήλ. Συνεχίστε στην ίδια γραμμή.

Tunne Kelam (PPE). – Madam President, I would like to thank Commissioner Miguel Arias Cañete for his efforts, which are a very hopeful sign. But I would like to say that it is not business as usual: in fact, hesitations and ambiguity about this project are going to undermine the very foundations of this Union – solidarity, energy independence and diversification.

The question is: who benefits? Most of all, Russia will benefit from it. Russia, which is going to strengthen its military control just at this moment in the Baltic Sea, and also some German big interests. My message to the German Social Democrats is to stop supporting this project, because it is clear that there is a big conflict between realpolitik and EU solidarity. We need legal clarity and unity about this as soon as possible.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony, én azt gondolom, hogy ennek az új tervezett vezetéknek az esetleges megvalósulása vagy kialakítása abszolút veszélybe hozza az összes létező eddigi és többé kevésbé jól működő ellátási láncot. Olyan mértékben borítaná föl az európai gázellátásnak az eddigi struktúráját, ami teljességgel ellentmond minden nemcsak eddig kialakított politikáknak, hanem egyúttal az energiaunió valamennyi célkitűzéseinek. Én azt gondolom, és itt a Bizottságot szeretném maximális támogatásról biztosítani, és úgy látom, hogy itt a kollégák mindegyike ezt tette, hogy a mandátumát egy teljesen átlátható gyakorlat révén fejtsse ki. Én azt hiszem, hogy az európai közvélemény kifejezetten érdeklődik itt Európa magatartása iránt, és én azt gondolom, hogy nagyban segítené a polgárok Európájának kialakulását, hogy ha itt a Parlamentben kialakuló egységet a Bizottság is méltó módon képviselni tudná.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Miguel Arias Cañete, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank all the Members of this Parliament who have participated in the debate, because they have confirmed the importance that this House, and all its Members, attaches to the security of supply of gas. Let me tell you that since I took office my main concern has been to make sure that every single country had access to three different sources of supply and was not dependent on a single supply.

That has been the focus of our activity. We have thus supported the southern corridor to bring gas from Azerbaijan. That is why we delivered an LNG gas strategy to eliminate dependence on Russian gas and have other possibilities in addition to imports of LNG from a lot of countries in which there is an abundant production of gas, and that is why we are also supporting the EastMed gas pipeline which will bring gas from Cyprus, Egypt, Israel, from the Leviathan and from Zohr gas fields, to the European Union as it is fundamental to have another one.

That is also why we want to finish all the interconnectors, even those in the Iberian Peninsula, the MidCat. We will connect the Iberian Peninsula with the Central European gas network in order to have more security of supply.

Our guideline has been to have diversification of sources and to support those gas pipelines which are really useful for security of supply, and not give support to pipelines like Nord Stream 2 which can never become a project of common interest because it does not increase our security of supply and it also creates problems for dominant positions in the market in the end. That is the first thing.

What is the problem? The problem is that if we could apply European Union legislation directly we would have done so, but our legislation has some problems and that is why we are doing two things now. Firstly, asking for a mandate so that the Council allows the Commission to negotiate with the Russian Federation in order to apply all the principles of our current legislation. And secondly, we are changing our legislation to prevent this from happening in the future. So we will do two things – legislative change and a mandate.

I very much appreciate the words of Mr Weber when he said that the German Government should also support the mandate because we need the Commission to be in a strong position to negotiate not only application of the principles of the European Union, but also to take into account the situation of Ukraine because the Commission position is also that Nord Stream 2 will have a negative impact on the existing transit routes to the European Union, including via Ukraine.

As a result, the mandate also raises the issue of the possible impact of the pipeline on gas transit via Ukraine and on European Union security of supply, and how such impact will be mitigated. Because we consider Ukraine a stable and reliable transit route and we will continue our support to ensure that Ukraine remains an important transit route, including after 2020.

You can be sure that the Commission is waiting for the Council to decide on the mandate. Any support from the members of parliament within national governments in order to have support will be very welcome and we hope that the Council decides soon and the Commission comes to negotiations. In the meanwhile, we would propose a legislative reform to make very clear that our gas supply regulations are applied in cases like Nord Stream 2 in the future.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Anna Elżbieta Fotyga (ECR), na piśmie. – Decyzja o budowie Gazociągu Północnego podjęta w 2005 roku stanowiła znaczące złamanie obowiązującej w UE zasady solidarności. Budowa kolejnych nitek stanowi zagrożenie dla bezpieczeństwa energetycznego państw regionu, a przede wszystkim dla zaatakowanej przez Federację Rosyjską Ukrainy, zwiększając jej podatność na rosyjski szantaż energetyczny. W swoich stanowiskach i działaniach Komisja Europejska wielokrotnie opowiadała się bardziej po stronie rosyjskiego giganta energetycznego – Gazpromu, niż europejskich partnerów. Procesowi decyzyjnemu towarzyszyła cała seria działań lobbingsowych. Ostatnie publikacje wskazują, że były one również niezgodne z prawem. Duński dziennikarz śledczy Jens Høvsgaard zarzuca, że Kreml oraz Gazprom z prezydentem Rosji Władimirem Putinem i byłymi agentami Stasi i KGB na czele przekupywali i szantażowali zachodnich polityków i urzędników ministerialnych w Niemczech, Szwecji, Danii i Finlandii. Podejrzewam, że podobne działania były i są stosowane także wobec urzędników w Brukseli. Zadaniem przewodniczącego Komisji jest zapewnienie przejrzystości procedur i niezależności procesu decyzyjnego. Niestety mam co do tego znaczące obawy. Przypominam, iż na każdym etapie, poczynając od głosowania w PE w 2005 r., byłam przeciwna tym inwestycjom, wskazując na związane z nimi zagrożenia.

Krzysztof Hetman (PPE), na piśmie. – Jak wyraźnie pokazała dyskusja podczas sesji plenarnej, Nord Stream² jest jednogłośnie krytykowany przez większość grup politycznych Parlamentu Europejskiego jako projekt o charakterze czysto politycznym, dzielący Europę i groźny z punktu widzenia bezpieczeństwa unijnego. Uważam też, że realizacja tego projektu może być postrzegana jako hipokryzja. Z jednej strony bowiem nakładamy na Rosję sankcje w odpowiedzi na bezprawną aneksję Krymu i celową destabilizację Ukrainy, z drugiej jednak strony nie przeszkadza to w promowaniu projektu, który nie tylko podważa unijną solidarność i jest w sposób oczywisty sprzeczny z interesami i bezpieczeństwem wielu państw członkowskich, ale też daje Rosji duży potencjał biznesowy i szansę na rozwój jej rynku gazu. Apeluję zatem do państw członkowskich o udzielenie silnego mandatu do negocjacji z Rosją, aby Nord Stream² objęły zasady Trzeciego Pakietu Energetycznego. Cieszę się z zapowiedzi komisarza Cañete i przewodniczącego Junckera, że Komisja Europejska proponuje nowy reżim prawny dla gazociągów takich jak Nord Stream² w celu zapewnienia, by automatycznie podlegały zasadom Trzeciego Pakietu.

Karol Karski (ECR), na piśmie. – Istnieje ogromna dysproporcja między technicznymi możliwościami eksportowymi Rosji, a ilością gazu importowanego przez państwa europejskie. Nawet w rekordowym 2016 roku rosyjska infrastruktura przesyłowa wykorzystywana była jedynie w 67 % – pozostało więc około 100 miliardów metrów sześciennych zapasu. Pokazuje to, że obecne zdolności wszystkich korytarzy znacznie przewyższają zapotrzebowanie w Europie. W tym kontekście widać, że budowa Nord Stream 2 nie ma uzasadnienia rynkowego, lecz jest geopolitycznym projektem Władimira Putina. Projekt Nord Stream 2 nie jest spójny z polityką energetyczną UE w sektorze gazu ziemnego, która kładzie nacisk na rozwój dobrze funkcjonujących rynków gazu przez wzrost dywersyfikacji źródeł dostaw oraz integrację infrastrukturalną. Może warto powtórzyć, że wbrew temu, co robią niektórzy, dywersyfikacja oznacza większą ilość gazu z różnych kierunków, a nie więcej gazociągów z Rosji.

Algirdas Saudargas (PPE), raštu. – „Nord Stream 2“ projektas yra tarsi Europos energetikos sąjungos solidarumo veiksmingumo testas. Projektas aiškiai prieštarauja Europos Sąjungos energetikos, saugumo ir kaimynystės politikos tikslams, tačiau, kaip matome, suderinti bendrą poziciją tarp valstybių narių vis dar sudėtinga. Niekas nediskutuoja, kad „Nord Stream 2“ projektas yra politinis, todėl iš Europos Sąjungos pusės sprendimas negali remtis vien tik ekonominiais įvertinimais. Atsižvelgiant į tai, kad projekto „South Stream“ įgyvendinimas vadovaujantis ES energetinio saugumo strategija buvo sustabdytas dėl jo neatitikimo ES teisės aktams, privalome užtikrinti, kad jį pakeičiančiam projektui išvengtų ES teisės nepavyks. Europos Parlamente jau ne kartą buvo prašoma Komisijos imtis konkrečių priemonių dėl „Nord Stream 2“, todėl labai sveikinu Komisijos iniciatyvą pateikti pasiūlymą dėl dujotiekių, patenkančių į Europos bendrąją dujų rinką, bendrą taisyklių bei rekomendacijos Tarybai pradėti derybas su Rusija dėl „Nord Stream 2“ dujotiekio projekto eksploatavimo principų. Tai aiškiai rodo, kad yra teisinis vakuumas, kurį privalu užpildyti prieš pradedant statyti bet kokią dujotiekį, tiesiogiai nukreiptą į Europos Sąjungos rinką. Svarbu pažymėti, kad, kol nebus užbaigtos derybos su Rusija dėl „Nord Stream 2“, projekto įgyvendinimas negali būti tęsiamas.

Indrek Tarand (Verts/ALE), in writing. – When it comes to NordStream 2, Germany unfortunately places the short-term interests of its industry above those of its EU partners, above the EU's Energy Union, and in the long run above the interests of its own citizens. I should not need to reiterate the examples which demonstrate that Russia is not a reliable partner and doesn't hesitate to wield energy as a weapon.

Earlier this week we adopted, with a large majority, Jerzy Buzek's report on security of gas supply, which introduces a solidarity mechanism between Member States in cases of gas-shortage emergencies. Yet at the same time Germany is busy undermining all these efforts put into the Energy Union by increasing its dependence on Russian gas. This will have disastrous consequences for Ukraine right now, but in the long-term German and EU citizens will also be subjected to the Kremlin's whims. Furthermore, the fact that the European part of NordStream 2 is built by European companies cements our lock-in, and will lead to stranded assets in the event of the supply ceasing. Before that, Russia will be able to blackmail us, knowing that we need to keep buying to make up for the sunk costs of the new pipeline.

5. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

5.1. Kambodscha: insbesondere der Fall von Kem Sokha

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über sechs Entschließungsanträge zu Kambodscha: insbesondere der Fall von Kem Sokha (2017/2829(RSP)).

Barbara Lochbihler, Verfasserin. – Frau Präsidentin! Seit den Kommunalwahlen im Juni hat es schwere Rückschritte beim Menschenrechtsschutz und beim Demokratisierungsprozess in Kambodscha gegeben. Die Situation eskalierte im August mit der Verhaftung des Oppositionsführers Kem Sokha, mit Attacken gegen unabhängige Medien und auf die Zivilgesellschaft. Diese Entwicklungen müssen vor dem Hintergrund der im Juli 2018 anstehenden Wahlen gesehen werden. Es ist zu befürchten, dass sich die Situation noch weiter verschlechtert. Ohne größeren internationalen Druck und Widerstand wird es auf Seiten der kambodschanischen Regierung bald keine Toleranz mehr für kritische Meinungen, für demokratische Debatten und für Menschen, die ihre Grundrechte verteidigen, geben.

Die EU muss konsequent und mit hoher Aufmerksamkeit die erheblichen Menschenrechtsverletzungen adressieren. Die EU unterstützt die kambodschanische Regierung durch Handelsvorteile. Sollten die Repressionen anhalten, muss die EU ihre Handelsbeziehungen mit Kambodscha überdenken.

David Martin, author. – Madam President, sadly in recent months we have seen a serious deterioration in human rights in the South-East Asia region, reflected by the fact that we have three urgencies on these countries in this session.

Cambodia sadly is no exception. Given Cambodia's tragic recent past, it is particularly concerning to see fundamental values such as democracy, the rule of law and freedom of expression all under attack in that country. I urge the Cambodians to release political prisoners, to ensure that political parties – and the opposition in particular – have space to campaign and operate in advance of the 2018 elections in that country, in the hope that we can have fair and free elections in Cambodia. We should remind Cambodia that we are a significant partner of theirs. We are giving them EUR 400 million between 2014 and 2020. We give them trade preferences. We do that because we are a community of values who wish to promote values in that country, and I hope they will respect that.

Marie-Christine Vergiat, auteure. – Madame la Présidente, le Cambodge fait partie de ces pays pour lesquels ce Parlement européen dénonce régulièrement les violations des droits de l'homme. À juste titre d'ailleurs, car les choses y évoluent très mal, nous l'avons déjà dit. Pourtant, attachée à l'indivisibilité des droits de l'homme, j'aimerais que nous dénoncions toutes les violations des droits de l'homme aussi fermement et que nous ayons la même préoccupation pour les droits économiques et sociaux que pour les droits civils et politiques.

Au Cambodge, sur lit de corruption, l'accaparement des terres fait des ravages et les multinationales, notamment européennes, s'en donnent à cœur joie: 56 % des terres accaparées et 830 000 personnes concernées. La Cour pénale internationale a été saisie. Cela provoque d'énormes déplacements de populations et aggrave la misère dans une région du monde qui n'a pas besoin de cela. Le cas de Tep Vanny est un bel exemple de la répression qui pèse sur ceux qui dénoncent tout cela.

Lutter contre les causes profondes des migrations, c'est aussi cela, notamment dans cette région du monde la plus concernée par les déplacements de populations.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Νότης Μαρίας, *Συντάκτης*. – Κύριε Πρόεδρε, το πολιτικό κλίμα στην Καμπότζη επιδεινώνεται. Οι διώξεις κατά της αντιπολίτευσης και κατά των ακτιβιστών και των μέσων μαζικής ενημέρωσης είναι στην ημερήσια διάταξη. Έχουμε επίσης καταδίκες αυθαίρετες. Επομένως, αυτό που συμβαίνει είναι απαράδεκτο και μάλιστα επιδεινώνεται όταν έχουμε δημόσιες δηλώσεις του πρωθυπουργού σε εκκρεμείς δίκες και με αυτόν τον τρόπο θεωρούμε ότι γίνεται παρέμβαση στα θέματα της Δικαιοσύνης. Πρέπει λοιπόν να σταματήσουν οι συλλήψεις, πρέπει να λειτουργήσει ουσιαστικά το πολιτικό σύστημα, πρέπει η κυβέρνηση να εγγυηθεί το κράτος δικαίου, την ελευθερία του συνεταιρίζεσθαι και την ελεύθερη λειτουργία των μέσων μαζικής ενημέρωσης.

Ταυτόχρονα, πρέπει να σταματήσει η αρπαγή γης. Το 56% της γης έχει ουσιαστικά κατασχεθεί, έχει δημευθεί, έχει καταστεί αντικείμενο διαδικασίας αρπαγής. Αρπαγή βεβαίως έχουμε σε πάρα πολλές χώρες και είναι απαράδεκτο. Πρέπει λοιπόν η Ευρωπαϊκή Ένωση να στείλει ένα μήνυμα προς την Καμπότζη. Δεν μπορεί να συνεχίζεται η προτιμησιακή εμπορική συμφωνία με την Καμπότζη, να υπάρχουν αυτά τα προνόμια και, από την άλλη πλευρά, η Καμπότζη να μην τηρεί τα ανθρώπινα δικαιώματα.

Petras Auštrevičius, *author*. – Mr President, first of all let me express my warmest greetings to the Cambodian opposition delegation, which is today here with us in the Chamber. I wish to thank you personally for your fight for pluralism and democracy in Cambodia for so many years.

What is going on in Cambodia recently makes us increasingly concerned. Instead of seizing an opportunity that is given by the upcoming elections in 2018, instead of choosing a path of reconciliation, respect for human dignity and basic rights, and instead of taking measures to reduce corruption and poverty, we observe repressions against the independent media, civil society and opposition. All this must be stopped immediately. Kem Sokha and other political prisoners must be instantly released, and Sam Rainsy unconditionally pardoned. After decades and decades of enormous suffering, there is so much to do for enduring peace, real reconciliation and better lives in Cambodia.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8)).

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *blue-card question*. – I just want to ask my colleague from Lithuania, Mr Petras Auštrevičius, if he agrees with the fact that the EU could send an official mission next year to the election of Cambodia, as we have been always giving money to this country to improve their political situation.

Petras Auštrevičius (ALDE), *blue-card answer*. – This is a very current issue. Indeed, we had no observation mission in the recent municipal elections, but for the general elections in 2018 I hope that, with the close cooperation of the external service and our delegation support in Phnom Penh, we will be present observing these elections in order to ensure, as much as possible, transparency and accountability.

Tunne Kelam, *author*. – Mr President, I would like to say to the High Representative that I join my colleague Petras Auštrevičius in supporting his view on the observation mission and greeting the Cambodian opposition here, because their presence today is very important. Just 11 days ago, opposition leader Kem Sokha was arrested and is facing charges of treason. We are very much concerned that Cambodia has experienced no democratic change of government in 30 years, and that many opposition leaders have been imprisoned, now including two MPs.

Our second concern is the muzzling of the independent media: only 10 days ago, the Cambodian Daily was forced to close due to high tax bills, and in recent weeks a number of radio stations were closed. So we call on the government to provide, before next year's parliamentary elections, a fair democratic space for opposition so that elections could really reflect the will of the majority of the Cambodian population.

Stanislav Polčák, *za skupinu PPE*. – Pane předsedající, já bych chtěl rovněž pozdravit zástupce kambodžské opozice, kteří jsou dnes zde s námi.

Zatčení vůdce opozice a jeho obvinění pro velezradu a špionáž je skutečně mimořádný akt. Soud v Phnompenhu řekl, že je to obvinění z konspirace s cizinci. Takto vážná a neodůvodněná obvinění je, podle mého názoru, nebývalé. Pokud odůvodnění pronese dlouholetý premiér tohoto státu, pan Hun Sen, a řekne, že je to tajné spiknutí se Spojenými státy americkými, tak si myslím, že v tu chvíli takovýto postoj naplňuje postoje proti právnímu státu. Myslím si, že to je věc, kterou bychom měli jednoznačně odsoudit.

My poskytujeme pomoc Kambodži, měli bychom dát jasně najevo, že se nám tento postup nelíbí, že není možné tímto způsobem ovlivňovat politickou volební soutěž. Požadavek na vyslání pozorovatelské mise chci jednoznačně podpořit.

Zgłoszenia z sali

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já chci podpořit to usnesení, o kterém zde dnes budeme hlasovat, protože situace v Kambodži se opravdu výrazně zhoršuje. To je třeba si uvědomit. Režim premiéra Hun Sena nikdy nebyl demokratický, nikdy se neblížil principům právního státu, jak to vnímáme my v Evropě a ta situace je čím dál horší.

Uvěznění vůdce opozice v polovině tohoto měsíce, což je ta aktualita, o které hovořím, je opravdu asi zatím vrcholem toho, co Hun Sen předvedl. Chci pouze konstatovat, že on sám 11. září pohrozil tím, že rozpustí hlavní opoziční stranu, to znamená, že tam ještě hrozí, že před volbami příští rok může být hlavní opoziční strana rozpuštěna a tím budou ty volby zcela zkreslené.

Je opravdu dobré, aby se Evropská unie postavila do role pozorovatele a jednoznačně více monitorovala to, jak volby příští rok v Kambodži proběhnou, protože já se velmi obávám toho, že pokud budou rozpuštěny opoziční strany, tak ta situace se klasickým demokratickým volbám nebude ani zdaleka blížit.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in primis desidero salutare e assolutamente invitare i leader dell'opposizione cambogiana presenti oggi a continuare la loro battaglia, a non arrendersi di fronte alle scelte antidemocratiche poste in essere dal regime di Hun Sen. È un paese a cui sono molto legato, avendo vissuto anche nella casa della Cambogia alla *cité universitaire* di Parigi.

L'accusa di tradimento nei confronti del leader dell'opposizione Kem Sokha è l'ennesimo arresto di esponenti dell'opposizione nel paese mentre, nel frattempo, il bavaglio nei confronti dei media indipendenti continua a essere sempre più stretto.

Denunciamo anche i fenomeni di accaparramento dei terreni in questo momento incentivati dal governo e reiteriamo il nostro appello affinché cambi totalmente il clima nei confronti dell'opposizione e nei confronti della società civile per permettere che le future elezioni politiche si svolgano in modo democratico.

Invitiamo infine l'Alto rappresentante e il SEAE a valutare, se ce ne saranno le condizioni, di inviare una missione di osservazione affinché possa essere d'incoraggiamento nei confronti dell'opposizione cambogiana, non solo a presentarsi, ma a credere che un futuro per il proprio paese sia effettivamente possibile.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, no início deste mês, o líder opositor cambojano Kem Sokha foi detido de forma arbitrária e em claro desrespeito da sua imunidade parlamentar. Dois dias depois foi formalmente acusado de traição por um tribunal de Phnom Penh e pode incorrer numa pena de 15 a 30 anos de prisão efetiva. Esta detenção é o culminar de semanas de tensão política que levaram à expulsão do Camboja da ONG americana *National Democratic Institute* e ao encerramento de 19 emissões de rádio e de uma das poucas vozes independentes da imprensa escrita, o jornal *Cambodia Daily*.

O que a condenação de Kem Sokha representa é mais uma inaceitável tentativa de neutralização da liderança da principal força política da oposição, o Partido de Resgate Nacional, cujos bons resultados eleitorais nas eleições municipais do passado mês de junho fazem agora o regime de Hun Sen temer que as eleições parlamentares de julho do próximo ano representem o fim do poder que desde 1985 detém naquele país do sudoeste asiático.

Caros Colegas, esta casa não pode deixar de condenar a detenção de Kem Sokha e apelar às autoridades cambojanas para a sua imediata libertação, bem como para o respeito das liberdades fundamentais e das mais elementares regras do jogo democrático.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já se chci také připojit k hlasům, které odsuzují zatčení a věznění opozičního předáka Kema Sokhy a útoky proti jeho straně, celkové utahování šroubů médií a neziskových organizací. Kambodžská národní strana záchrany, která je předmětem útoků, razí politiku odklonu od Číny a příklonu k západnímu liberálnímu modelu. Proto je také Číně i premiérovi nepohodlná.

Premiér Hun Sen, který v zemi vládne již přes třicet let, svoji zemi zavádí zpět k diktatuře. Kambodža je země s velkým potenciálem, ale také velmi pohnutou historií, zejména v době tyranie Rudých Khmerů. Přeji si, aby lidé v této zemi žili svobodně a mohli se plnohodnotně rozvíjet. Naše usnesení by mělo podpořit demokratickou opozici a její předáky zde zdravím.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Koleżanki i koledzy przedstawili już trudną sytuację Kambodży, problemy opozycji, jak i ich lidera Kema Sokhy. Sądzę, że akty aresztowań i przemocy są spowodowane także wzrostem poparcia dla ugrupowań opozycyjnych podczas ostatnich, czerwcowych wyborów lokalnych. Nowe poprawki do ustawy o partiach politycznych i stowarzyszeniach pokazują formy łamania podstawowych praw człowieka.

Chciałbym także nadmienić, tak jak tu kolega już wspomniął, o jeszcze jednym elemencie, bardzo ważnym dla ludności wiejskiej, z perspektywy uprawiania trzciny cukrowej na wielkich plantacjach przez wielkie firmy za przyzwoleniem rządu – to jest zwykły *land grabbing* i przejmowanie gruntów użytkowanych tradycyjnie przez tych mieszkańców bez zapewnienia odpowiedniej rekompensaty, co skutkuje utratą głównego źródła utrzymania tej najuboższej części społeczeństwa. Dlatego rząd Kambodży musi respektować prawa człowieka, w tym zapisane w konstytucji zasady pluralizmu, wolności słowa i stowarzyszeń, które są podstawowym warunkiem umowy o współpracy między Kambodżą a Unią Europejską.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, last week, indeed, was a very sad week for Cambodia's fragile democracy, a sad week for the freedom of the press – as many of you have said – and a sad week for the people of Cambodia.

The arrest of the opposition leader, Kem Sokha, on 3 September and the closure of the Cambodia Daily the day after add to a long list of very serious developments in the country. These include continued restrictions on the freedom of expression, the closure of radio stations, arrests of members of the main opposition party and civil society actors. It is clear that this is a dangerous political escalation. These events suggest a further effort to restrict the space for democratic debate, independent media and civil society ahead of next year's general elections. The continued use of judicial processes against opposition politicians and NGO figures is widely seen as politically motivated. On our side, as you have recognised, the European Union has called on the authorities to release Kem Sokha immediately. Earlier this year we made our voice heard very clearly when Cambodia amended the law on political parties twice to introduce provisions that would potentially allow for arbitrary dissolution of political parties. Such actions against opposition parties would cast a shadow on the July 2018 elections and ultimately call into question the very legitimacy of the vote.

With regard to the elections, the European Union has provided support worth EUR 10 million to electoral reform, primarily through an improved voter registration process. We have worked closely with the Cambodian National Election Committee in support of electoral reform, mainly through an improved voter registration process. Our support has also included technical support on legal and civic education aspects and support to domestic election observation and monitoring of election-related violence. We will monitor closely the updates of the voters' list that began on 1 September.

We also deployed an EU election expert mission to Cambodia to follow the local elections last June. The EU delegation, to which some of you have referred, in close coordination with EU embassies and like-minded members of the international community, sent diplomatic observers to polling stations on election day. We have continuously urged the Cambodian authorities to take all necessary steps to ensure the conditions for credible, transparent and inclusive elections whose results will command the confidence of Cambodia's voters.

The EU has also expressed deep concern over the adoption by the Cambodian Parliament of amendments, as I said, to the law on political parties, and I have heard your considerations on the possibility of sending a fully-fledged EU election observation mission to the next political elections. If the political situation is conducive to a credible election process and if invited by the government, the European Union would be ready to consider the deployment of an EU election observation mission for the national elections due to be held in July next year. I believe that political developments in the coming weeks and months will be a key factor in assessing our possible deployment.

The European Union and its Member States, on another issue that is also important: I have been proud to support the reconstruction and the development of the country from the very beginning. We have an important envelope of development cooperation with Cambodia that is embedded in a multi-annual cooperation programme for the period 2014-2020. All our programmes are implemented subject to close monitoring and on the basis of political and policy dialogue with the government. The respect of human rights, democratic principles and the rule of law are fundamental elements in our development policy and are closely monitored in this context. Our development cooperation with Cambodia is long term, and I have to tell you very clearly that any consideration regarding the possible suspension of cooperation would have to be carefully evaluated in terms of its impact, especially on the poor and vulnerable population, on people's livelihoods and on better access for children to schools. These are the first priority in helping the Cambodian people. A large part of Cambodia's population is still very vulnerable, and we will continue to closely monitor the situation and to use our development cooperation to improve the situation of the population.

Cambodia has also been granted access to the European markets under the Everything But Arms scheme, which has served as an important driver of the country's economic growth. You might be surprised that, despite our geographical distance, the European Union is today Cambodia's biggest export market. But we also believe, as I said, that there can be no sustainable development with no human rights and no democratic guarantees, so we are using, and will continue to use, all the available channels to ask, and work, for a substantial change in the current political trends. The European Union is ready to continue to work with Cambodia towards a consolidation of its democracy and an equitable economic growth, but we look to the authorities of the country to take all the necessary steps to ensure that all political parties, civil society and the media can carry out their activities without fear, as should be the case in any functioning democracy.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się dzisiaj po debacie.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – Num momento em que se discute o Camboja, Laos e outros assuntos, Salah Hamouri, ativista palestino de 32 anos, foi preso a 23 de agosto pela União Israelita na sua residência de Jerusalém e condenado por um tribunal militar a uma pena de prisão administrativa de 6 meses, passível de ser renovada indefinidamente sem qualquer motivo. Esta situação afeta hoje centenas de milhares de palestinos. Salah Hamouri passou já 7 anos nas prisões israelitas por um «delito de intenção» relacionado com uma tentativa nunca provada de assassinar um líder religioso de extrema-direita e de pertencer à Frente Popular de Libertação da Palestina. Esta condenação administrativa baseia-se num dossier secreto inacessível aos advogados de defesa e decorre de uma decisão direta do ministro da defesa de Israel, Avigdor Liberman, conhecido pelas suas declarações racistas, anti árabes e anti palestinas. Refira-se que a esposa de Salah Hamouri, juntamente com o filho de ambos foi e está impedida de entrar em Jerusalém. Só a passividade da UE e dos Estados Unidos permite que Israel prossiga na sua política de sabotagem do processo de paz, massacrando a população palestina e comprometendo a criação de um estado independente de acordo com as resoluções da ONU.

5.2. Gabun: Unterdrückung der Opposition

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad siedmioma projektami rezolucji w sprawie Gabonu: represje wobec opozycji (2017/2830(RSP)).

Ignazio Corrao, *autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi ci ritroviamo nuovamente a parlare qui di Gabon. Ce ne siamo già occupati l'anno passato, quando la nostra partecipazione alla missione di osservazione elettorale, di cui ho fatto parte anche io, non è riuscita a garantire elezioni giuste e trasparenti ma ha comunque messo in luce le anomalie dei risultati finali delle elezioni.

I problemi allora presenti non solo non sono stati risolti ma addirittura sono degenerati, purtroppo, in violenze e scontri. È evidente che l'attuale divisione politica e sociale in Gabon richiede un maggior coordinamento e un raddoppiamento degli sforzi da parte di tutti gli Stati membri dell'Unione europea, per garantire non solo il dialogo politico, la pace e la stabilità nel Paese, ma anche una reale applicazione degli accordi di Cotonou, che purtroppo rimangono molto spesso solo accordi scritti o solo parole.

Infine, ritengo sia giusto sottolineare che la presenza militare francese in Gabon, considerato l'attuale processo, l'attuale situazione europea, dovrebbe essere coordinata dalla delegazione europea. Sarebbe importante dimostrare, da parte dell'Unione europea, la volontà di abbandonare l'anacronistica mera presenza colonizzatrice francese e sostenere il popolo gabonese con il solo fine di aiutarlo a trovare la sua rotta per il futuro.

Jo Leinen, *author*. – Mr President, I would like to say to Mrs Mogherini that Gabon must be a test case for the credibility of the Cotonou Agreement and our willingness to act. It can be a test case for restoring democracy in Central Africa.

Ali Bongo is not a legitimate President. We know that he manipulated the last results and that he lost the elections. His reaction was brutal attacks on the opposition, with killings, imprisonment and repression all over the country. The people in Gabon are crying out for help, and they look to the United Nations – but also, and especially, to us. They are also looking to France, and I cannot understand why the EPP is making a split vote on our appeal to France to be more constructive and more active, because of their historic role and involvement in Gabon.

I know that the intensive dialogue is going on. It should be finished, and then, if there are no results, we should take further steps. I think our credibility depends on us helping the people – especially young people – in this country.

Marie-Christine Vergiat, *auteure*. – Monsieur le Président, les élections présidentielles se sont effectivement déroulées en août 2016, il y a environ un an. Il ne fait pas de doute que celles-ci ont été marquées par de lourdes fraudes, dénoncées par plusieurs observateurs, y compris la mission de l'Union. Et l'annonce des résultats a été suivie par des violences qui ont fait de trop nombreux morts.

Depuis notre résolution en février dernier, la situation n'a guère changé. C'est donc un triste anniversaire que nous commémorons ici. Violences, arrestations des militants de l'opposition et même désormais interdiction de voyager de ses leaders, y compris M. Ping.

Le silence, voire le soutien implicite de la communauté internationale et en particulier de la France semble donner des ailes à Ali Bongo. C'est pourquoi tout en soutenant la résolution, nous refusons son paragraphe 9.

Les Gabonais savent bien malheureusement qu'ils ne peuvent pas compter sur la France et que, loin de jouer un rôle constructif, les gouvernements successifs de mon pays protègent malheureusement, de fait, les intérêts financiers du clan au pouvoir.

Yannick Jadot, *auteur*. – Monsieur le Président, Madame la Haute Représentante, 2009 et 2016, deux élections truquées, deux élections volées par Ali Bongo et toujours les morts, les centaines de victimes, l'opposition réprimée, persécutée, la société civile et les médias réprimés.

Cette violence, cette démocratie bafouée est une corruption politique qui mine, qui gangrène le vivre-ensemble et qui gangrène la cohésion de la société. Ce n'est pas un hasard évidemment si cette corruption politique s'adosse, se nourrit d'une corruption économique. Trop de dirigeants politiques et économiques gabonais, européens et français sont, tour à tour dans cette affaire, corrompus et corrupteurs.

Si les mots ont un sens dans cette enceinte, dans les traités, dans l'accord de Cotonou, l'Union européenne doit tout faire pour que s'installe la démocratie et elle doit mettre en oeuvre des sanctions pour les auteurs des exactions et des crimes.

Nous le devons pour la crédibilité de ce Parlement, nous le devons aux Gabonais et aux Gabonaises et, surtout, nous le devons à la jeunesse gabonaise qui a un tel appétit de vie, un tel appétit de liberté, et qui ne peut pas se construire dans le ressentiment vis-à-vis de nous et vis-à-vis d'elle-même.

Νότης Μαριάς, *Συντάκτης*. – Κύριε Πρόεδρε, οι προεδρικές εκλογές που έγιναν στη Γκαμπόν τον Αύγουστο του 2016, αντί να διευκολύνουν τα πράγματα έχουν περιπλέξει την κατάσταση και στην περιοχή αυτή έχει ενταθεί η βία. Ταυτόχρονα, υπήρχε και υπάρχει ακόμη αναβολή των βουλευτικών εκλογών, οι οποίες υποτίθεται θα γίνουν κάποια στιγμή και μάλλον προσδιορίζεται για τον Απρίλιο του 2018. Επιδεινώνεται λοιπόν η κατάσταση, περιορίζονται τα ανθρώπινα δικαιώματα. Υπάρχουν συλλήψεις αντιφρονούντων και ακτιβιστών.

Βέβαια, το θέμα λαμβάνει και άλλη διάσταση καθώς, από ό,τι φαίνεται, παράνομα κέρδη τα οποία υπάρχουν στην Γκαμπόν επενδύονται στη Γαλλία. Οι γαλλικές αρχές έχουν εντοπίσει και κατασχέσει εμπορεύματα αξίας περίπου 60 εκατομμυρίων ευρώ. Ταυτόχρονα, υπάρχει έλεγχος σε τραπεζικό λογαριασμό ύψους 1,3 εκατομμύρια ευρώ ο οποίος βρίσκεται στη Γαλλία και ανήκει στην οικογένεια Bongo. Αντιλαμβάνεστε ότι τα θέματα είναι πολύ σοβαρά. Πρέπει να υπάρξει παρέμβαση της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Πρέπει να πιεστεί το καθεστώς της Γκαμπόν να τηρήσει τις συμφωνίες του Κοτονού.

Hilde Vautmans, *Auteur*. – De spanningen lopen heel erg op na de verkiezingen van vorig jaar en er kunnen inderdaad vraagtekens worden geplaatst bij het eerlijk verloop en de uitkomst van die verkiezingen. De oppositie wordt monddood gemaakt, er is een reisverbod, er is sprake van onderdrukking, moorden, arrestaties. Het land bevindt zich echt in een politiek conflict. De sociale en politieke spanningen lopen heel hard op.

Vanuit de Unie moeten we een duidelijk signaal geven. Wij willen Cotonou gerespecteerd zien. Wij willen dat de vrede weerkeert. Dus we moeten een oproep doen aan de regering om een vreedzame oppositie toe te laten. Maar dat betekent ook dat we aan de oppositie zullen vragen om vreedzame oppositie te voeren en ook een einde te maken aan hun gewelddaden. Elk land binnen de Europese Unie dat een goede band heeft met Gabon en dat zijn invloed kan uitoefenen, moet dat ook doen. Alleen door als Unie samen sterk te zijn, zoals president Juncker gisteren zei, kunnen we op het gebied van buitenlands beleid het verschil maken.

Joachim Zeller, *Verfasser*. – Herr Präsident, Hohe Vertreterin! Vor einem Jahr wurde das Volk von Gabun um das Ergebnis einer Wahl betrogen. Während der oppositionelle Kandidat Jean Ping augenscheinlich die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler in Gabun für sich gewinnen konnte, hat der amtierende Präsident Ali Bongo den Wahlsieg für sich beansprucht und alles getan, um eine Nachprüfung der Wahlen zu unterbinden. Proteste der Bevölkerung wurden unterdrückt; bei Zusammenstößen mit den Sicherheitsbehörden wurden viele Menschen getötet oder verletzt. Viele oppositionelle Politiker wurden inhaftiert. Die Bürger- und Menschenrechte werden seitdem in Gabun missachtet.

Gabun ist ein reiches Land, trotzdem leben mehr als 80 % der Menschen in bitterer Armut, weil die Einkünfte aus den Öl- und Rohstoffexporten in den Taschen des Präsidenten und seiner Familie landen. Wir dürfen die ihrer Rechte beraubten Bürgerinnen und Bürger in Gabun nicht im Stich lassen, und der nicht geringe Einfluss der EU und ihrer Mitgliedstaaten – insbesondere Frankreichs – sollte genutzt werden, um einen demokratischen Dialog in Gabun zu fordern und zu fördern.

Und, Herr Leinen, dass *separate vote* zu einzelnen Artikeln beantragt wird, sagt noch nichts über das Abstimmverhalten einer Fraktion.

Pavel Svoboda, *za skupinu PPE*. – Pane předsedající, i když rezoluce vůči Gabonu nebyly zatím příliš úspěšné co do výsledku, neměli bychom rezignovat a měli bychom reagovat dál na používání násilí a zneužívání justice proti politickým protivníkům, na volební podvody, na omezování svobody slova nebo omezování a pronásledování opozice obecně.

Cílem Evropské unie musí být pomoci občanům Gabonu rozvinout demokracii a občanskou společnost s důvěryhodnými a obecně akceptovanými nezávislými institucemi. Vláda práva není nástavba, ale předpoklad prosperity, kterou občanům Gabonu přejeme. Tento postoj musí Evropská unie, a zejména ty členské státy, které mají v Gabonu vliv, důsledně uplatňovat na všech fórech a jasněji vyjádřit v bilaterálních jednáních.

Zgłoszenia z sali

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Koleżanki i Koledzy! Sytuacja polityczna w Gabonie, w szczególności zaś wątpliwości dotyczące prawidłowości przebiegu ostatnich wyborów prezydenckich czy niekonstytucyjne przekładanie terminu wyborów parlamentarnych muszą wzbudzać niepokój społeczności międzynarodowej.

Jeszcze bardziej niepokojące są doniesienia dotyczące nieprzestrzegania praw człowieka i wolności słowa oraz stosowania represji wobec opozycji, włączając w to tortury czy zabójstwa. Unia Europejska nie może dać przyzwolenia na brak przejrzystości w procesie wyborczym, dlatego jestem zdania, że konieczne jest pociągnięcie do odpowiedzialności osób winnych stosowania przemocy i oszustw wyborczych. Chciałbym przypomnieć, że rząd Gabonu jako jeden z sygnatariuszy umowy z Kotonu zobowiązał się do przestrzegania zasad demokracji, państwa prawa i praw człowieka, dlatego też uważam, że konieczne jest użycie wobec Gabonu narzędzi zarówno politycznych, jak i gospodarczych w celu wyegzekwowania tych zobowiązań oraz zapewnienia zaprzestania stosowania przemocy i represji wobec opozycji.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Haute Représentante, naturellement, je soutiens la partie de la résolution qui rappelle à l'État gabonais ses obligations et responsabilités.

Je voudrais exprimer, comme beaucoup ici, ma réprobation à l'égard des trucages qui ont entaché les scrutins. Il est nécessaire, Madame la Haute Représentante, que l'Europe, partout dans le monde, affirme sa volonté de promouvoir tant la démocratie que les droits de l'homme.

Les peuples africains sont particulièrement touchés, lassés et désabusés de tant de mascarade électorale, alors que les sujets vitaux pour eux devraient être au cœur des politiques: enjeux alimentaires, enjeux énergétiques, aménagement du territoire et menaces écologiques.

Ali Bongo, pas plus que d'autres, ne peut se soustraire au verdict des habitants pour se maintenir à tout prix au pouvoir et orienter à son profit exclusif les richesses du pays.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Monsieur le Président, le Gabon n'a plus retrouvé la paix depuis août 2016. Le climat politique est marqué par la violence, par la répression et par la violation systématique des droits et des libertés fondamentales de ses citoyens, des opposants politiques et de sa diaspora.

Ce Parlement demande des sanctions ciblées à l'encontre des responsables de la fraude électorale et des violences qui en ont découlé. Nous rappelons qu'une délégation de la Cour pénale internationale s'est déjà rendue à Libreville. Nous attendons et soutenons avec force l'ouverture d'une enquête internationale indépendante pour rendre justice aux victimes du régime en place.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, one year after the heavily contested presidential elections in Gabon, the situation has reached a stalemate, with no prospect of a political solution to the country's divisions and to the crisis.

It is quite clear to us that the new restrictive and repressive measures imposed on the opposition escalate the political and social tensions. In a moment when tempers are running high, also because of the downward economic trend, this is a very dangerous path to follow. We expect all parties to refrain from any statement or action that may fuel further tension. Gabonese law guarantees freedom of expression, assembly, movement and access to media for all the citizens of the country. This means that no one should be subject to arbitrary and legally unjustified arrests and restrictions.

As you all know, at the beginning of the year we decided to call for an intensified political dialogue between the European Union and the Government of Gabon, in the framework of the Cotonou Agreement. Months after our proposal, the government has accepted and the first procedural session of the dialogue was held this summer, in July. In September and October, we will hold four specific sessions of the dialogue, including one on the electoral process. Our conversation will be based on the final report of the EU's Election Observation Mission, and I would like here to take again the opportunity to thank all the Members of this Parliament, and your former colleague and my new fellow Commissioner, Mariya Gabriel, for having led that mission in a remarkable manner.

The conclusions of the Electoral Observation Mission were very clear. We cannot simply turn the page or allow others to turn the page. So the European Union's relations with Gabon have been reassessed. Our aim is to prevent a lasting split in the country and to contribute to reconciliation. This requires that the government engages towards meaningful electoral and institutional reforms. We are ready to accompany the institutions in this process in any possible way.

It is also essential to shed light on the serious human rights violations in the country. The preliminary examination of the International Criminal Court, the European Union's intervention at the Human Rights Council in March, the resolution of the European Parliament and the resolution of the African Commission on Human and Peoples' Rights all agree on this point. Truth must be established and those responsible for any violations must be brought to justice. The session of the UN Committee on Enforced Disappearances on Gabon was an opportunity for the government to take more seriously the numerous and well documented allegations of human rights abuses.

Reconciliation will also need true dialogue between the parties. Unfortunately, the national dialogue process did not succeed in bringing together the main political forces. It is essential for us to find a new framework for a truly inclusive dialogue, with the ultimate goal of agreeing on structural reforms. We stand ready, as the European Union, to work with the government and the opposition, to help them find a way out of the crisis and towards transparent and credible future elections.

For this aim, as I said, the remarkable work done by our Electoral Observation Mission will be incredibly valuable, an excellent basis for our further work. I thank you for that and also for this debate that I believe will provide us with good guidance for the further work that we will carry on.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się dzisiaj po debacie.

5.3. Laos: insbesondere die Fälle von Somphone Phimmasone, Lod Thammavong und Soukane Chaithad

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad sześcioma projektami rezolucji w sprawie Laosu, w szczególności przypadków Somphone Phimmasone'a, Lod Thammavong i Soukane Chaithada (2017/2831(RSP)).

Barbara Lochbihler, autor. – Mr President, we are very concerned that, in Laos, arrests and forced disappearances of activists and protesters continue. In particular, those who have been critical of issues ranging from land disputes and corruption to the abuse of power are facing repression.

This is underlined by the recent arrests and lengthy prison sentences for Somphone Phimmasone, Soukane Chaithad and Lod Thammavong. In compliance with the opinion of August 2017 of the UN Working Group on Arbitrary Detention, we call for their immediate and unconditional release. In the resolution we also address the case of the leading civil society activist Sombath Somphone, who disappeared in December 2012. He was allegedly abducted by the police, and we have still not seen any reaction from the Laos Government. We call for transparent and impartial investigations into all pending cases of enforced disappearances.

Marc Tarabella, auteur. – Monsieur le Président, Madame la Haute Représentante, en avril dernier, trois jeunes Laotiens – dont M^{me} Lochbihler vient de rappeler les noms – ont été condamnés à des sentences d'une durée ahurissante pour avoir posté sur les réseaux sociaux des commentaires négatifs à l'encontre du pouvoir.

20, 16 et 12, voilà les chiffres que nous retiendrons aujourd'hui. Tant d'années de prison pour avoir seulement exprimé leur opinion à l'égard du gouvernement de leur pays. Lors de leur procès à huis clos ces trois jeunes gens avaient même été obligés de reconnaître avoir attenté à la sécurité nationale de leur pays, selon le rapport d'Amnesty International.

Encore une fois, le Laos fait preuve de non-respect à l'égard des droits fondamentaux des êtres humains. Comment peut-on accepter qu'un pays applique de telles sentences juste pour des propos qui ne plaisent pas au gouvernement?

Il est grand temps que le Laos accorde aux agences spéciales des Nations unies, ainsi qu'aux représentants d'organisations humanitaires, un accès complet à son territoire en leur autorisant les contacts avec les prisonniers politiques et les minorités religieuses.

Le Laos doit devenir plus démocratique, cela peut prendre du temps mais il est primordial que cela se produise, parallèlement au développement économique de ce pays.

Miguel Urbán Crespo, *autor.* – Señor presidente, en Laos, tres personas están en la cárcel por criticar en las redes sociales a su Gobierno por cuestiones como la corrupción y los problemas de deforestación en el país, y se enfrentan a penas de hasta veinte años de cárcel. Pero este no es el único caso que nos preocupa. Es alarmante la situación de desapariciones forzadas en el país, entre ellas las de los activistas ecologistas Somphone y Khantisouk, que luchan contra los megaproyectos agrícolas multinacionales en el país.

Desde aquí queremos exigir la paralización del megaproyecto de la presa Don Sahong, que pondrá en peligro la vida de millones de personas en la región, vulnerará sus derechos básicos y tendrá un grave impacto en el ecosistema del río Mekong. Este es uno más de los innumerables conflictos en la región estimulados por la depredación de las multinacionales sobre los recursos y el territorio.

El año pasado se batió el triste récord de asesinatos de activistas ecologistas, con un total de doscientos. Especialmente significativo fue el caso de Berta Cáceres. Este Parlamento debe tener entre sus prioridades la protección de estas personas, que defienden nuestros derechos y los del planeta.

Mark Demesmaeker, *Auteur.* – Zonder democratie zijn er geen mensenrechten en zonder mensenrechten is er geen democratie. Dat blijkt vandaag heel duidelijk in Laos. De vrijheid van meningsuiting, de vrijheid van vereniging, de vrijheid van vergadering: ze zijn onbestaande. Dat is handig voor de Laotiaanse Revolutionaire Volkspartij, die het land in een wurggreep houdt. Andere partijen worden niet toegelaten. De Democratische Volksrepubliek Laos verdraagt geen kritiek, laat opposanten verdwijnen, onderdrukt religieuze minderheden en hanteert het wapen van de censuur voor media en internet.

En heel speciaal vragen we aandacht voor het lot van drie moedige mensen: mevrouw Thammavong en de heren Phimmasone en Chaithad. Ze zijn veroordeeld tot lange celstraffen en hoge geldboetes, omdat ze de problemen in het land aankaarten en willen aanpakken en omdat ze dromen van een betere toekomst voor de volgende generaties. Kritische stemmen horen niet thuis in de gevangenis. We roepen de Laotiaanse regering dan ook op om hen onmiddellijk en onvoorwaardelijk vrij te laten en de verplichtingen die voortkomen uit internationale mensenrechtenverdragen, na te leven.

Frédérique Ries, *auteure.* – Monsieur le Président, 48 ans de prison à eux trois. Un demi-siècle presque. C'est la peine ahurissante qui a été prononcée au mois de mars dernier contre ces trois jeunes Laotiens coupables d'avoir posté des commentaires négatifs sur Facebook à l'encontre du régime, l'un des plus répressifs de cette région. En fait, des commentaires négatifs très inoffensifs à nos yeux de démocrates occidentaux. Ils dénonçaient la situation des droits de l'homme dans le pays, la déforestation aussi et la corruption abusive.

Procès à huis clos, donc défense inexistante, verdict impitoyable. C'est cette situation des droits de l'homme au Laos, pays dont on ne parle jamais dans cet hémicycle, dont on ne parle jamais tout court, que nous dénonçons ici. En fait, c'est une dictature très discrète que ce procès inique vient de placer sous le feu des projecteurs.

Madame la Haute Représentante, notre question est simple et très compliquée à la fois: que faisons-nous? Quels sont en réalité nos moyens de pression et avons-nous la volonté de les activer?

Tomáš Zdechovský, Autor. – Paní komisařko, tady se mi bude velmi těžko navazovat na to, co už tady bylo řečeno, protože tady bylo řečeno vše. My jsme se jako poslanci všech politických skupin semkli k tomu, abychom společně kritizovali režim v Laosu, který důsledně a poměrně vytrvale porušuje veškerá lidská práva, na která si můžeme vzpomenout.

Rád bych začal vlastně i tento projev konstatováním, že dle nejnovějšího žebříčku časopisu *Economist* je Laos na úplném dně indexu demokracie. Je obecně známo, že dochází k častým zatčením kvůli jinému názoru, kvůli publikování příspěvku na sociálních sítích, to je i případ těchto tří osob. Mohli bychom ale vzít příklady desítek dalších osob, které jsou pronásledovány jenom za svobodu slova.

Paní komisařko, já věřím, že právě tento tlak a to spojení nás všech pomůže tyto lidi z vězení dostat, jak už se to stalo v mnoha případech. Proto bych byl rád, kdybyste tento postoj Evropského parlamentu tlumočila i laoské vládě.

Zgłoszenia z sali

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, για ποιον λόγο δίδονται οι τρεις ακτιβιστές οι οποίοι αναφέρονται στο ψήφισμα; Επειδή έκαναν σχόλια μέσα στο διαδίκτυο και μάλιστα, όταν έκαναν αυτά τα σχόλια, βρισκόταν στην Ταϊλάνδη και δίδονται σήμερα από τις αρχές του Λάος. Είχαν συλληφθεί και από την αστυνομία του Βιετνάμ. Αντιλαμβάνεστε λοιπόν την κατάσταση η οποία επικρατεί. Μια κατάσταση απαράδεκτη καθώς υπάρχει συστηματική καταπίεση των θρησκευτικών μειονοτήτων στο Λάος, ιδίως των χριστιανών οι οποίοι υπέστησαν ξυλοδαρμούς διότι συμμετείχαν στον εορτασμό των Χριστουγέννων.

Πρέπει λοιπόν να καταδικαστούν όλες αυτές οι απαράδεκτες καταστάσεις που ισχύουν στο Λάος. Πρέπει να υπάρξει παρέμβαση της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ιδίως με αφορμή την Ευρωασιατική Σύνοδο. Δεν μπορούμε να ανεχθούμε τον περιορισμό των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, τις συλλήψεις των ακτιβιστών, τους περιορισμούς που υπάρχουν στα μέσα μαζικής ενημέρωσης και, κυρίως, την καταπίεση των χριστιανών που βρίσκονται στο Λάος.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, the European Union has been following very closely the arrest last year and the sentencing of the three citizens about whom we are debating today: Somphone Phimmason, Lod Thammavong and Soukane Chaithad, three young people charged with criticising their government online while working abroad.

The European Union delegation has held several discussions on this case with the Lao authorities, including at ministerial level. We also raised the case in the EU-Lao Human Rights Dialogue that took place earlier this year. We asked for a fair and transparent trial that could be observed by the international diplomatic community, as well as access to lawyers and families for the detainees. Their three names were included in our list of persons of concern, based on the work we do with, and for, human rights defenders. During the dialogue we handed over this list to the authorities of Laos.

The sentences given to the three are long and disproportionate, as many of you have mentioned. After their arrest was announced, the authorities provided assurances that the international community would be able to observe the trial but we only learned about the hearing two months after it actually happened. The news was broken by the media, instead of being reported by the authorities, as should normally happen. The European Union is also following closely other similar cases in the country.

In our contacts with the authorities we have called on Laos to uphold its national and international human rights obligations. We have urged Laos to protect freedom of expression and association, and peaceful assembly. The right to a fair and transparent trial, and the right of detainees to obtain access to their families and to a lawyer should also always be assured.

During the Universal Periodic Review in January 2015, under the auspices of the UN Human Rights Council, Laos committed to protecting freedom of expression, freedom of the press, freedom of assembly and association. All these rights are guaranteed by the National Constitution of Laos, as revised in 2015, and by the International Covenant on Civil and Political Rights, Laos ratified in 2009. We therefore expect Laos to maintain its own commitments taken at international and national level.

In a few months' time, we will have another opportunity to formally raise this issue in our Human Rights Dialogue with Laos and we truly hope and believe that the situation should have been addressed by then. If that should not be the case, we will continue to raise the issue and will continue to discuss the situation with the authorities of the country.

These three young people have already spent over one year in jail, merely for having expressed their opinions in public, something which is completely normal in our democracies, as some of you have said. Every day they spend in custody is one too many.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się dzisiaj po debacie.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Le sentenze detentive emesse contro Somphone Phimmasone, Soukane Chaithad e Lod Thammavon, sono solo le ultime di una lunga serie. Arresti e sparizioni, perpetrate ai danni di attivisti e dimostranti che hanno espresso opinioni legittime circa controversie territoriali, corruzione e abuso di potere, sono purtroppo una triste realtà nel Laos.

Il governo del Laos deve rispettare il diritto alla libera espressione e di associazione e i diritti delle minoranze, deve inoltre rispettare gli impegni e obblighi internazionali che si è assunto. Bisogna condannare fortemente la persecuzione delle minoranze religiose ed esortare il Laos a consentire l'accesso alle agenzie specializzate dell'ONU e ai rappresentanti delle organizzazioni umanitarie.

6. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll

7. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Fortsetzung der Aussprache)

7.1. Myanmar, unter anderem die Lage der Rohingya

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad sześcioma projektami rezolucji w sprawie Mjanmy, w szczególności sytuacja wspólnoty Rohingya (2017/2838(RSP)).

Barbara Lochbihler, *Verfasserin*. – Herr Präsident! Die Gewaltexzesse in Myanmar bezeichnet der UN-Hochkommissar für Menschenrechte als „wie aus einem Lehrbuch für ethnische Säuberungen“. Diese Gewalt muss sofort gestoppt werden, und ausreichend humanitäre Hilfe muss die Menschen erreichen. Ja, es gab Angriffe auf Polizeiposten, die nicht hingenommen werden können. Doch die Reaktion des Militärs ist extrem und kann durch nichts gerechtfertigt werden. Die Regierung Myanmars macht nun den großen Fehler, sich nicht von der unverhältnismäßigen Gewalt des Militärs zu distanzieren.

Wir fordern eine unabhängige internationale Untersuchungskommission, die ins Konfliktgebiet reisen kann. Dieser Konflikt braucht unbedingt eine nachhaltige Lösung. Die Regierung muss den Rohingya die Staatsbürgerschaft oder einen legalen Status geben, der ihnen Schutz und Rechte verschafft.

Pier Antonio Panzeri, autore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la situazione drammatica dei rohingya descrive molto bene la deriva antidemocratica oggi presente in Myanmar e l'attacco al popolo rohingya ha un duplice obiettivo: quello di natura etnica, cioè eliminare una minoranza, e quello di natura religiosa, cioè la volontà di sopprimere la libertà religiosa – stiamo parlando di una popolazione musulmana.

Per questo è grave il comportamento delle autorità birmane: lo condanniamo ed esprimiamo la nostra solidarietà alla popolazione rohingya. Chiediamo anche al Bangladesh che, comprendiamo, è in una situazione difficile, di mantenere fede ai propri obblighi internazionali non chiudendo le frontiere e aiutando l'accoglienza.

Infine, un ultimo richiamo a San Suu Kyi, oggi ai vertici del governo birmano. Abbiamo sostenuto le sue battaglie di libertà per lungo tempo ma lei oggi gira la testa dall'altra parte e di fatto favorisce questi attacchi. Io penso che se continua questo comportamento, il Parlamento europeo dovrebbe decidere la procedura di ritiro del premio Sacharov a lei conferito.

Younous Omarjee, auteur. – Monsieur le Président, une population entière rendue apatride dans son propre pays se retrouve lentement, silencieusement décimée. Le silence tue et nous avons la responsabilité d'agir en nommant les atrocités, en les dénonçant, en les condamnant.

Oui, condamnons les exactions, les discriminations et les crimes commis à l'encontre de la minorité musulmane des Rohingyas, qui sont encouragés par les mouvements ultranationalistes birmans et qui sont perpétrés par l'armée.

Dénonçons la passivité coupable du gouvernement et en particulier de la lauréate du prix Nobel de la paix, Aung San Suu Kiy, lauréate également du prix Sakharov et devenue aujourd'hui indigne de ce prix que nous lui avons attribué.

Alors, adoptons la résolution commune dans laquelle nous appelons à la fin de ces massacres.

Amjad Bashir, author. – Mr President, as Edmund Burke said, all tyranny needs to get a foothold is for people of good conscience to remain silent. On Myanmar, some of us had wished for a still stronger resolution. Others felt that we should wait another month. The same procrastination allowed the genocide in Rwanda and Srebrenica. They also said that we should not jeopardise our on-going trade talks with Myanmar. How can we have trade, when the UN calls this a textbook example of ethnic cleansing? Trade cannot and should never thrive alongside tyranny. Cruelty is no culture for commerce. This resolution – not the first on Myanmar – represents a unified and determined response from Parliament. However, my fear is that, unless we all seriously consider sanctions and suspension of trade talks, there will no longer be any Rohingyas left.

Urmas Paet, author. – Mr President, the latest figure on Rohingyas fleeing ethnic cleansing in Myanmar are staggering. Out of around a million Rohingyas, already nearly 400 000 have crossed the border to Bangladesh, despite the hazardous circumstances on their way and the horrendous living conditions they meet upon arrival. At this rate, all of the Rohingyas will either be in Bangladesh or dead by the end of October.

We must do what we can, and that is to say clearly that, if these atrocities do not stop, the European Union will consider punitive sanctions and also consequences in the context of trade preferences that Myanmar enjoys. Losing valuable investments is the only thing that will make the Myanmar army generals maybe understand that this cannot go on.

In addition, humanitarian and medical aid must be provided to the camps in Bangladesh immediately. We cannot waste a day anymore. We have been watching these atrocities going on too long.

Cristian Dan Preda, auteur. – Monsieur le Président, nous sommes effectivement tristes de voir que Aung San Suu Kyi n'est pas capable de gérer cette situation extrêmement préoccupante. L'urgence maintenant, c'est l'accès de l'aide humanitaire. Je crois qu'il faut insister sur ce point. C'est la priorité.

Ensuite, je veux vous annoncer que le groupe PPE a décidé de n'envoyer aucun membre la semaine prochaine dans la délégation INTA. Il est inconcevable d'organiser une délégation INTA actuellement.

D'autre part, la proposition du groupe PPE – que j'ai présentée au Bureau élargi il y a quelques minutes – vise à organiser d'ici quelques semaines une mission AFET et DROI, bien préparée des deux côtés, au Myanmar et au Bangladesh. Une mission non pas dans les capitales, mais sur le terrain, parce qu'il n'est pas nécessaire d'aller là-bas pour écouter des discours officiels dans les capitales. Il faut se rendre sur place quand nous pourrions organiser cela.

Csaba Sógor, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, the persecution of the Rohingyas, the largest stateless group in the world, is not a new phenomenon. They have been targeted for decades, during which thousands have lost their lives. What is different today is the brutality of the military campaign, which in no universe can be considered proportionate to the insurgent attacks carried out last month. What is unfolding before the eyes of the world is an inhuman process of ethnic cleansing. Solid reports confirm soldiers and militiamen raping and mutilating women, decapitating children and setting fire to buildings with people herded into them.

What is also different is that all this is happening under the process the West sees as democratisation and under the government of a Nobel Prize winner, who would not even spell out the name of the people being massacred. The response of the EU should be firm in the face of this atrocity.

Soraya Post, *för S&D-gruppen*. – Herr talman! Terrorn i Burma passar inte in i västvärldens narrativ om militära muslimer och fredliga buddhister. Aung San Suu Kyis tysta medgivande passar inte in i vår bild av hjälten som stod upp mot militarismen.

Aung San Suu Kyi, du har varit en förebild även för mig, men nu är det omöjligt att fortsätta hålla tyst. På satellitbilder ser vi hur byar, där barn nyss lekte, mödrar hämtade vatten och fäder plogade fält, nu står nedbrända och tömda. Så många har dött på flykt genom djungeln. I Bangladesh har man fiskat upp många drunknade flyktingar.

Aung San Suu Kyi, också din tystnad måste få ett slut. Din kamp har prisats med Nobels fredspris och Sacharovpriset. Om du sviker lär du inte bara gå miste om priserna, du förlorar din heder. Vi, EU, måste reagera och agera nu.

Miguel Urbán Crespo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, en Myanmar/Birmania no solo se está dando una enorme persecución religiosa y étnica contra la comunidad rohinyá, sino que también estamos asistiendo a desalojos masivos de miles de pequeños campesinos y campesinas para acaparar sus tierras.

La ley de tierras y la nueva ley de inversiones extranjeras en Myanmar/Birmania están permitiendo la entrada masiva de capital transnacional, promoviendo el extractivismo minero, la venta de madera, la agricultura industrial para exportación y el acaparamiento de agua.

La expulsión de los rohinyás de su territorio no solo responde a un conflicto religioso o étnico, sino que está generando grandes negocios. Sin ir más lejos, el Gobierno de Myanmar/Birmania asignó recientemente más de un millón de hectáreas de esta comunidad a proyectos agroindustriales.

La Unión Europea no puede ser corresponsable de esta tragedia. Exigimos desde aquí que se tome partido efectivo contra el acoso y la expulsión de estas comunidades, por la defensa de la tierra de la comunidad rohinyá y de todas las trabajadoras, incluidas las sin tierra y los desplazados por el conflicto armado.

Zgłoszenia z sali

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Alta Representante, os muçulmanos Rohingya, descritos pelas Nações Unidas como povo sem Estado e sem amigos, do Myanmar, são desde a independência daquele país, em 1948, vítimas de tortura negligência e repressão. Mas agora, depois de uma resposta militar ilegítima e totalmente desproporcionada aos ataques de um grupo armado Rohingya, as atrocidades no Estado de Rakhine atingiram proporções nunca antes alcançadas e provocaram a fuga de mais de 300 mil refugiados para o Bangladesh, onde muitos deles estão a necessitar de ajuda humanitária urgente. Esta brutal repressão e as persistentes violações graves dos direitos humanos significam, infelizmente, a morte da esperança de consolidação da democracia e da reconciliação nacional que as eleições de novembro de 2015 representaram para muitos.

Este Parlamento não pode deixar de condenar veementemente todos os ataques ocorridos no Estado de Rakhine e recordar à Sra. Aung San Suu Kyi, Conselheira de Estado do Myanmar e líder *de facto* do país que, enquanto laureada do Prémio Nobel da Paz de 1990, tem especiais responsabilidades na promoção da tolerância religiosa e ética e na luta contra todas as formas de radicalismo, não podendo remeter-se ao silêncio perante esta verdadeira catástrofe humanitária.

Julie Ward (S&D). – Mr President, we all share the sense of horror at what is happening to the largely Muslim Rohingyas in Myanmar. I want to thank all those constituents and citizens who have contacted us to raise their concern.

The international community cannot sit by while a Nobel Peace Prize laureate oversees what the UN has called 'textbook ethnic cleansing'. These crimes must stop. We also know that words are not enough, and mass atrocities like this go on despite diplomatic statements and resolutions. The EU needs a robust, joined-up strategy for dealing with situations like this around the world, to apply real pressure to stop the violence and to work together with international partners and grassroots anti-racist organisations to bring perpetrators to justice.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, για το θέμα της εθνικής μειονότητας των Rohingya έχουμε συζητήσει αρκετές φορές εδώ στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο: τον Ιούλιο του 2016, τον Δεκέμβριο του 2016 και, βεβαίως, στην έναρξη, τον Μάρτιο του 2017. Αυτό το οποίο συμβαίνει είναι μία εθνοκάθαρση και αυτό γίνεται καθαρά για οικονομικούς λόγους, προκειμένου να γίνει αρπαγή της γης εκεί όπου κατοικούσαν οι κοινότητες των Rohingya, διότι εκεί υπάρχει ενδιαφέρον για εξορύξεις. Ενδιαφέρον από μεγάλες πολυεθνικές. Ταυτόχρονα, αρπάζουν και την εκμετάλλευση του ύδατος.

Επομένως, η θρησκεία χρησιμοποιείται ως μια δικαιολογία. Το ότι τυχαίνει οι Rohingya να είναι μουσουλμάνοι δεν έχει καμία σχέση, διότι πίσω από όλα αυτά είναι μία διαδικασία οικονομική. Αυτό πρέπει να δούμε και σε αυτό πρέπει να σταθούμε καταδικάζοντας τη βία από την πλευρά του στρατού και, βεβαίως, ζητώντας άμεσα μέτρα για να σταματήσει η εθνοκάθαρση η οποία συμβαίνει αυτή τη στιγμή στη Βιρμανία. Θα περιμέναμε από την Aung San Suu Kyi, που έχει βραβευθεί και με το βραβείο Ζαχάρωφ, να έχει πάρει μία θέση πολύ αποφασιστική. Επομένως, κυρία Mogherini, περιμένουμε τη λήψη μέτρων από πλευράς της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Hilde Vautmans (ALDE). – De rapporten zijn ziekmakend. Duizenden Rohingya's worden elke dag vermoord, verjaagd uit hun huizen, kinderen worden verbrijzeld. Er is een etnische zuivering, een genocide aan de gang. Dit is gaande in 2017! Ik betreur dat sommige collega's zelfs dat durven betwisten.

De Rohingya's zitten eigenlijk als ratten in de val. Internationale organisaties geraten er niet bij en ook wanneer ze willen vluchten, geraten ze niet weg. Daarop wordt toegekeken door iemand die de Nobelprijs voor de vrede heeft gewonnen, iemand die de Sacharovprijs heeft gewonnen. Wij moeten ons toch eens afvragen wat we van die persoon verwachten en of we die titels kunnen afnemen.

Maar belangrijker is natuurlijk dat er daden komen, dat de mensen beschermd worden. We kunnen dat niet alleen als Europa, maar we kunnen wel onze invloed in de wereld uitoefenen om druk uit te oefenen en er samen voor te zorgen dat de vervolging van de Rohingya's eindelijk stopt.

Jean Lambert (Verts/ALE). – Mr President, I also speak in my capacity as Chair of the Delegation for South Asia, which covers Bangladesh as one of our countries and where in the past we visited the Rohingya camps down at Cox's Bazar. So we know this is something which has been going on for a very long time and where the European Union has been a key funder in terms of supporting the Rohingya people in Bangladesh – the refugees there.

We gather that the EU has currently put in EU 3 million from ECHO funding in light of the current situation. We would ask how that is actually being spent, given that it is also, apparently, covering Myanmar. And we know, as we have just heard, that there is no access for the UN and INGOs in North Rakhine State, which is something we need to push to reinstate. We need a UNHCR-led body down in Bangladesh, but we also need a strong response from the European Union and all its governments and active diplomacy in the region, not least with the two big powers, because this is something that is ongoing. People need to be able to return home in dignity with their rights restored. This is something which is not just about Aung San Suu Kyi; it is about the generals and their military power too. Don't let them off the hook.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la tragedia che sta colpendo il popolo rohingya è una tragedia immane. Nonostante quest'Aula si sia già occupata di questo popolo sventurato in più di una circostanza, direttamente con le risoluzioni del 7 luglio del 14 dicembre 2016, e indirettamente con le risoluzioni del 15 marzo e del 13 giugno di quest'anno, la situazione purtroppo non è cambiata, anzi è peggiorata. Secondo le stime dell'UNHCR, solamente nelle ultime due settimane sono più di 300 000 i rohingya che hanno cercato rifugio in Bangladesh, sfuggendo alle persecuzioni, mentre le immagini satellitari mostrano interi villaggi rasi al suolo, in una zona in cui è negato l'accesso sia alle ONG che agli osservatori delle Nazioni Unite.

Parliamo di un intero popolo che dal 1982 è stato privato della cittadinanza, un popolo di apolidi. I civili che arrivano in Bangladesh hanno spesso pallottole in corpo, mentre il confine tra Myanmar e Bangladesh è stato addirittura minato, pur di impedire il ritorno in patria di questi poveri disgraziati.

Stiamo parlando di una tragedia enorme, per cui chiediamo con forza e con urgenza azioni concrete, ad esempio possiamo pensare di ritirare il premio Sacharov, dovremmo annullare la missione INTA che si terrà la prossima settimana: mi sembra assurdo andare a parlare di commercio davanti a situazioni del genere.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, jak už zde bylo řečeno, toto je opakovaná debata ke kauze Rohingyů. Sám jsem minule také vystupoval a musím říci, že je samozřejmě třeba toto pokračující a eskalující násilí odsoudit. Ale sami vidíme, že samotné odsuzování ze strany Evropského parlamentu k ničemu nevede, ba naopak, situace eskaluje. Hovoříme zde o dalších tři sta tisících Rohingyů, kteří byli vyhnáni do Bangladéše, a hranice byla zaminována, aby se nemohli vrátit do své vlasti.

Já si myslím, že je třeba už reálně hovořit o konkrétních sankcích, o tom, co může Evropská komise, co mohou orgány Evropské unie v tuto chvíli udělat z pohledu sankcí vůči barmském režimu, a hlavně také o tom, jakou humanitární pomoc poskytnout, protože situace v Bangladéši je velmi napjatá. Bangladéš v tuto chvíli živí několik set tisíc uprchlíků na svém území. To jsou asi konkrétní věci, které můžeme udělat. Já tedy také sdílím odsudky a rozčarování nad nositelkou Nobelovy ceny, ale hlavním viníkem celé situace je armáda v Barmě, to bychom neměli zapomenout.

Wajid Khan (S&D). – Mr President, these atrocities against the Rohingya community have to stop. I welcome the resolution today. Aung San Suu Kyi's disgraceful reaction is prompted by the fear that speaking out in support of the Rohingyas will trigger an angry reaction from the military. And yet looking away while a genocide is taking place is shameful. Avoiding confrontation at the UN General Assembly is not the reaction of a Sakharov Prize laureate or any democratic leader.

We must push the Myanmar Government to allow international aid to those that need it. We also need to ratchet up pressure on China, which holds influence over the military in Myanmar. In the words of Archbishop Desmond Tutu: 'A country that is not at peace with itself, that fails to acknowledge and protect the dignity and worth of all its people, is not a free country'.

We look to the High Representative Madam Federica Mogherini to end the suffering for the Rohingyas; please, Madam, for the Rohingyas and please, for humanity.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, siamo di fronte all'ennesimo dramma umanitario. Non è la prima volta che la minoranza musulmana dei rohingya in Myanmar subisce violenza: la privazione arbitraria della nazionalità, la limitazione della libertà di movimento, minacce alla vita e alla sicurezza, la negazione del diritto alla salute e all'educazione e la limitazione dei diritti politici.

Il relatore speciale delle Nazioni Unite per i diritti umani Yanghee Lee parla già di un migliaio di morti e 200 000 profughi musulmani rohingya entrati in Bangladesh per sfuggire alle violenze in territorio birmano.

La leader birmana Aung San Suu Kyi, su cui da sempre anche l'Europa ha riposto ogni speranza per la pacificazione dell'area, respinge con sdegno le accuse di repressione o addirittura genocidio nei confronti dei rohingya, bollando le notizie che circolano in Occidente come *fake news*. Dunque, proprio a questa signora ci rivolgiamo affinché si giunga al più presto a una soluzione pacifica, che tenga conto del rispetto della dignità e dei diritti umani.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, as we all know very well, Myanmar went through over half a century of military rule and isolation. Those of you that referred to the history, and even the present, of the country and the role of the military are perfectly right. We have to look at the events of these weeks and we also have to look at the history of the country.

In the last few years the country has gone through impressive change and yet the path towards an inclusive and diverse democracy is far from accomplished. Let me start by stating clearly one thing – the European Union has condemned the attacks of 25 August by the Arakan Rohingya Salvation Army, as well as the violence that followed in Northern Rakhine State. We believe that the perpetrators must be brought to justice in line with the rule of law.

Let me also state, just as clearly as what I said just now, that we are very much aware of and concerned about the excesses during the security operations conducted by Myanmar security forces. This has led to a massive flow of refugees into Bangladesh, one of the most terrible refugee crises of our time. This situation is completely unacceptable and risks destabilising the wider region.

We have two immediate priorities and I was glad to see that the UN Security Council discussed this issue last night. UN Secretary-General António Guterres expressed similar priorities to the one I will share with you in a moment. First immediate priority: end the tensions, the violence; de-escalate. Violence must stop immediately. Human rights must be respected by all but it is very clear: security forces face a special responsibility to refrain from any violence against unarmed civilians.

Secondly, and I think Mr Preda mentioned this, humanitarian aid should be brought to those in need urgently. Here we have a European Union role to play that we are playing in a quite a remarkable manner. I would like here to thank Commissioner Stylianides for the dedication of his work, which is also proving to be essential in this moment and in this case. There are 350 000 vulnerable people in Rakhine. They need to be urgently reached by humanitarian aid and aid workers. For many of them, this is a matter of life or death.

My colleague Stylianides and I are working very closely to address this issue and yesterday, upon our insistence, a lot of diplomatic work, the government communicated that the International Red Cross will be able to fly in and aid 30 000 of them.

But let me be clear, this is a welcome step that can only be the beginning of a path that we have to see continuing, because the Bangladeshi authorities have welcomed the many refugees who fled their homes and the international community – and we, first of all, I believe – should not only praise but also support their efforts. As an immediate response to the current situation, the European Union has decided to increase our support to Bangladesh with another EUR 3 million, on top of the EUR 12 million aid already provided for Myanmar and Bangladesh together.

These are the two immediate priorities: end the violence and bring in humanitarian aid. But then we have another important task to carry out. We will continue to work with everyone involved to find lasting peace in Myanmar to the benefit of the whole population, addressing the structural issue of Rakhine. As you mentioned, this is not the first time we have come on this issue. This means that, beyond the acute moment of crisis, we have a responsibility to work on the political scene.

There is no doubt that one of the underlying causes of instability in the region is the status of the Rohingya minority in Myanmar and the underdevelopment of Rakhine State. Addressing the situation is what we have always asked for in our political dialogue with Myanmar over the years, including at high-level meetings and in the EU-Myanmar Human Rights Dialogue.

As you know, the last resolution adopted by the Human Rights Council, last March, was also a European Union initiative. The recommendations of the final report of the Advisory Commission on Rakhine State headed by Kofi Annan are our point of reference. The Government of Myanmar has committed itself to taking this report forward and I discussed this issue personally with Aung San Suu Kyi during her visit to Brussels just a few months ago.

Recommendations include the issue of discrimination, poverty alleviation, assurance of basic rights, equal access to education and social services, as well as the promotion of trust and reconciliation. The time to implement the Annan Report is now because we are seeing what the people of Rakhine are facing and they cannot wait any longer.

We are ready to support the implementation of these recommendations in all possible ways. The Government of Myanmar should also continue its cooperation with the United Nations and make it stronger including with the UN Special Rapporteur and the UN Human Rights Council's independent fact-finding mission. This is also something we discussed with Aung San Suu Kyi and just last week, once again, all these points were raised directly with the Government of Myanmar by a European Union delegation headed by the European External Action Service (EEAS) and, as you can imagine, by our EU delegation on a daily basis.

Our coordination stays strong with the UN, personal contacts from my side with Secretary-General Guterres and with my colleagues all over the world on this issue, and we will use the UN General Assembly ministerial week for continuing intensive consultations and to guarantee that the international community can stay united in facing this issue.

Myanmar's struggle for democracy has been a source of inspiration for many around the world, and for me personally and I believe for many of you in this room. The responsibility that the country's leadership, civilian but also military, faces today is immense exactly because they have been, San Suu Kyi in particular, a source of inspiration for the democratic world. They need to show that the democracy they fought so hard fought can work for all the people of Myanmar, beyond ethnic, social and religious boundaries. During Myanmar's fights for democracy, the international community and Europe never left the people of Myanmar alone and we will not leave them alone now.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się dzisiaj po debacie.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Rolandas Paksas (EFDD), raštu. – Nestabili Mianmaro vidaus padėtis kelia ypatingą susirūpinimą. Rohinjų tautinė mažuma susiduria su represijomis ir nuolatiniiais dideliais žmogaus teisių pažeidimais, įskaitant grėsmę gyvybei ir saugumui. Be to, šios tautinės mažumos atžvilgiu buvo priimtas bepilietybės įstatymas.

Šalyje susidariusi padėtis yra kritinė. Todėl labai svarbu, kad Mianmaro vyriausybė kuo skubiau imtųsi veiksmų, siekdama užkirsti kelią etniniam persekiojimui ir pašalinti bepilietybės atvejį. Be to, turi būti užkirstas kelias rohinjų judėjimo teisių ir laisvės apribojimams. Mianmare vykdomi masiniai žmogaus teisių pažeidimai, žudomi, žalojami iš Mianmaro bėgantys žmonės, sužeistiesiems nėra suteikiama būtina medicinos pagalba. Pagalbą teikiančioms humanitarinėms organizacijoms turi būti nedelsiant suteikta galimybė patekti į Mianmaro valstybę.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Rohingya musulmani su već godinama jedna od najugroženijih etničkih skupina na svijetu. Izloženi su najbrutalnijim oblicima kažnjavanja, uključujući ubojstva, progone, mučenja, silovanja, spaljivanje domova i čitavih sela. Nasilje koje se provodi nad Rohingya muslimanima može se okarakterizirati kao zločin protiv čovječnosti te je potrebno osigurati punu odgovornost za počinitelje i pravdu za žrtve. Pravo na kretanje im je iz godine u godinu sve više ograničeno, tako da je postalo gotovo nemoguće zaposliti se i raditi, dobiti odgovarajuću medicinsku pomoć. Također im je uskraćeno i pravo na obrazovanje. Jedino školovanje je ono osnovno i ponegdje srednje koje stječu eventualno u medresama i džamijama koje im je pak zabranjeno graditi. Oni su ljudi bez ikakvih prava i bez državljanstva.

Vrijeme je da ovaj teror nad Rohingya muslimanima dođe kraju. Potrebno je pronaći načine kako osigurati pravedan i miran suživot različitih svjetonazora. Ljudska prava pripadaju svim ljudima u svakom društvu te bi trebala biti neotuđiva. Svatko ima pravo na svoju vjeru, to je nešto što se nikome ne može otuđiti. Ne smijemo se oglašiti na probleme muslimana Mjanmara, moramo raditi zajedno kako bi se pronašlo rješenje.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Les Nations Unies ont publié qu'en moins de deux semaines, 370 000 Rohingyas ont fui les exactions de l'armée birmane pour trouver refuge au Bangladesh et plus de 400 ont trouvé la mort. Les Nations Unies qualifient la répression menée par les militaires birmans «de nettoyage ethnique». Nous devons agir au plus vite. J'appelle l'Union à engager d'urgence un dialogue avec les autorités birmanes pour mettre fin à cette situation inhumaine, pour protéger les civils et pour rétablir le respect des droits de l'homme. Le refus d'accès à l'aide humanitaire par les autorités birmanes est une violation du droit international. L'Union doit peser de tout son poids pour que les organisations humanitaires puissent venir en aide aux personnes déplacées. En tant que Vice-Présidente de la commission du Commerce international, je m'oppose au maintien d'une délégation de parlementaires en Birmanie pour discuter commerce et investissement. J'ai d'ailleurs interpellé le Président de cette commission à ce sujet. Enfin, il est insupportable de voir, Aung San Suuu Kyi, ancienne lauréate du Prix Nobel et Prix Sakharov, nier les accusations de nettoyage ethnique et se taire dans un silence assourdissant. La possibilité de lui retirer le Prix Sakharov doit être sérieusement étudiée.

IN THE CHAIR: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vice-President

8. Abstimmungsstunde

President. – The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote : see Minutes)

8.1. Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (A8-0188/2017 - Morten Løkkegaard) (Abstimmung)

— *Before the vote on Amendment 217:*

Richard Corbett (S&D). – Mr President, as all the votes seem to be close and as you seem to be checking every single one, why don't we just do them all electronically directly? It would be quicker.

President. – Thank you for the suggestion. This way everybody would be at peace.

— *After the vote:*

Morten Løkkegaard, *rapporteur*. – Mr President, in accordance with Rule 59(4), I would like to send this report back to the committee in order to start interinstitutional negotiations.

(The proposal to refer the report back to committee was approved.)

8.2. Kambodscha: insbesondere der Fall von Kem Sokha (RC-B8-0506/2017, B8-0506/2017, B8-0507/2017, B8-0508/2017, B8-0509/2017, B8-0510/2017, B8-0511/2017) (Abstimmung)

- 8.3. Gabun: Unterdrückung der Opposition** (RC-B8-0512/2017, B8-0512/2017, B8-0514/2017, B8-0515/2017, B8-0520/2017, B8-0522/2017, B8-0524/2017, B8-0526/2017) (Abstimmung)
- 8.4. Laos: insbesondere die Fälle von Somphone Phimmasone, Lod Thammavong und Soukane Chaithad** (RC-B8-0513/2017, B8-0513/2017, B8-0517/2017, B8-0518/2017, B8-0519/2017, B8-0521/2017, B8-0523/2017) (Abstimmung)
- 8.5. Myanmar, unter anderem die Lage der Rohingya** (RC-B8-0525/2017, B8-0525/2017, B8-0527/2017, B8-0528/2017, B8-0529/2017, B8-0530/2017, B8-0531/2017) (Abstimmung)
- 8.6. Abkommen EU/Chile über den Handel mit ökologischen/biologischen Erzeugnissen** (A8-0257/2017 - Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández) (Abstimmung)
- 8.7. Protokoll zum Assoziierungsabkommen EU/Chile (Beitritt Kroatiens)** (A8-0277/2017 - Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández) (Abstimmung)
- 8.8. Modernisierung der Handelssäule des Assoziierungsabkommens EU/Chile** (A8-0267/2017 - Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández) (Abstimmung)
- 8.9. Verlängerung des Europäischen Statistischen Programms bis 2020** (A8-0158/2017 - Roberto Gualtieri) (Abstimmung)
- 8.10. Europäische Risikokapitalfonds und Europäische Fonds für soziales Unternehmertum** (A8-0120/2017 - Sirpa Pietikäinen) (Abstimmung)
- 8.11. Mehrjahresplan für die Grundfischbestände in der Nordsee und für die Fischereien, die diese Bestände befischen** (A8-0263/2017 - Ulrike Rodust) (Abstimmung)

— *After the vote:*

Ulrike Rodust, Berichterstatterin. – Herr Präsident! Ich möchte nur lediglich darum bitten, diesen Bericht in den Ausschuss zurückzuüberweisen, damit wir schnell mit den interinstitutionellen Verhandlungen beginnen können.

(The proposal to refer the report back to committee was approved.)

- 8.12. Schaffung eines Instruments, das zu Stabilität und Frieden beiträgt** (A8-0261/2017 - Arnaud Danjean) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

Arnaud Danjean, rapporteur. – Monsieur le président, il ne s'agit pas ici de réouvrir un débat de fond, nous demandons l'autorisation d'entrer en négociations interinstitutionnelles sur un texte qui a fait l'objet d'un large accord en commission Affaires étrangères et qui est basé lui aussi sur un large compromis. Je rappelle quand même que le texte dont nous discutons provient d'une initiative lancée par la Haute représentante en décembre 2013, qu'on a perdu beaucoup de temps et que le résultat des négociations que nous entamerons est attendu avec beaucoup d'urgence par des missions européennes qui sont déployées au Mali, en Somalie, en Centrafrique et qui ont besoin du financement que nous allons leur proposer.

President. – Who would like to speak against? Mrs Hautala, you have the floor.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Mr President, the legal basis for this proposal is incorrect. We should not turn a blind eye when a Common Foreign and Security Policy instrument is masked to look like development policy. The legal services of all institutions, also in this Parliament, were very reluctant to approve the proposed legal basis, and in the Committee on Legal Affairs in July, the legal basis of this proposal was pushed through by minority votes, while the majority of the committee was voting against or abstaining.

There can hardly be development without security, but that should not mean that legal bases are interchangeable. Article 209 on Development Cooperation and Development Cooperation Instrument funds cannot be used to finance military capacity-building abroad. We have to make clear that, also internally, we respect the rule of law in the European Union institutions.

Many of us may think that the European Union, and especially the European Parliament, should have more of a say in the Common Foreign and Security Policy matters, but it does not mean that we should sacrifice the development policy principles and bend legal rules. That should not be done. This regulation would create the precedent that development aid and non-Common Foreign and Security Policy instruments and funds are used for military purposes and development funds are used for capacity-building for the armed forces.

These activities go far beyond development policy. Therefore, I ask you to vote against starting the negotiations.

(Applause)

President. – Colleagues, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, Mrs Federica Mogherini, would like to say a few words. You have the floor.

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, I understand you are under time pressure, but I think we are discussing something important.

Just to confirm what Mr Danjean said: this decision to enter negotiations has been long awaited. Next week in New York, many of our partners – the Central African Republic, the Horn of Africa, the Sahel – will ask us again, as they have done for many years now, if we are ready to do more to support their own work on peace and security, and I would really like finally to bring them good news after four years. This is not about moving the objective from development to security. On the contrary, it is to fulfil SDG No 16 that links development and security and asks all international players also to dedicate resources to guarantee that the security conditions are there for the development work to be effective. So I hope for a wise decision from this Chamber.

(Applause)

President. – Thank you very much. We will now decide by roll call vote.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Mr President, can you please explain to this House under what provision in our rules is it permitted for an outside institution to intervene in a debate in the course of votes taking place?

(Applause)

President. – I think that if we raise these sorts of questions – why the Vice-President of the Commission/High Representative, who is with us all the time – we question her credentials to come and tell us something which is relevant to the vote which we are taking, I think we should not expect that.

(Shouting and applause)

I therefore open the vote.

8.13. Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität in den EU-Organen (A8-0133/2017 - Sven Giegold) (Abstimmung)

8.14. Die Zukunft des Programms Erasmus+ (B8-0495/2017) (Abstimmung)

8.15. Eine neue europäische Agenda für Kompetenzen (A8-0276/2017 - Martina Dlabajová, Momchil Nekov) (Abstimmung)

President. – That concludes the vote.

9. Stimmerklärungen

9.1. Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (A8-0188/2017 - Morten Løkkegaard)

Explicații orale privind votul

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, doar 4,2 % dintre persoanele cu dizabilități au un loc de muncă în România. În Uniunea Europeană, procentul atinge 50 %. Oricum, este puțin și procentul din Uniunea Europeană.

O Europă pentru toți trebuie să fie nu numai un slogan, ci și o realitate. De aceea, persoanele cu dizabilități trebuie să aibă acces total și foarte ușor la produse și servicii, la tot ce înseamnă viață culturală, la tot ce înseamnă transporturi, intrat pe internet, transferuri bancare și așa mai departe. Trebuie să nu fie nici o diferență între ce putem face noi, cei fără dizabilități și ce pot face cei cu dizabilități.

Prin urmare – iar toate astea se reflectă pe piața muncii-, trebuie să aibă un loc pe piața muncii și pregătirea profesională, și pregătirea școlară, toate acestea duc spre găsirea unui loc de muncă. De aceea, susțin măsuri speciale ca să creștem procentul de 50 % din Uniunea Europeană, desigur, și în România.

9.2. Abkommen EU/Chile über den Handel mit ökologischen/biologischen Erzeugnissen (A8-0257/2017 - Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández)

Explicații orale privind votul

Tiziana Beghin (EFDD). – Signor Presidente, chi accusa il Movimento 5 Stelle di dire sempre di no o è sordo o è in malafede. Quando si rispettano le regole e i cittadini, il Movimento 5 Stelle c'è sempre, e lo abbiamo dimostrato con il nostro «sì» al trattato per il commercio di prodotti biologici con il Cile. Al contrario di CETA e TTIP, è un accordo onesto, che permette ai nostri prodotti di qualità di entrare in un nuovo mercato in crescita e ai nostri cittadini di contare su prodotti sicuri e certificati.

L'Italia è leader nel settore del biologico con 1,3 milioni di ettari di superficie coltivata, 55 000 operatori e un fatturato di oltre quattro miliardi di euro. Vogliamo far crescere ancora questo settore e suggerire di ampliare questo tipo di accordi ad altri paesi. Questa è la visione del commercio secondo il Movimento 5 Stelle e a questo tipo di accordi noi diciamo un forte «sì».

9.3. Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität in den EU-Organen (A8-0133/2017 - Sven Giegold)

Explicații orale privind votul

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, transparență, responsabilitate și integritate în instituțiile europene înseamnă un principiu foarte simplu: să respectăm legile și să facem legi pentru cetățeni. Nu pentru grupuri de interese, nu pentru industrii, nu pentru lobbyști. Noi, aici, reprezentăm cetățenii.

Este inacceptabil că nu avem încă un registru al transparenței obligatoriu și este în continuare facultativ și avem o dezbatere de ani de zile care ne arată câtă opoziție există pentru un registru de lobby obligatoriu. Pentru fiecare lege care iese pe poarta acestei instituții, oamenii trebuie să știe cu cine s-au întâlnit, pe cine au ascultat raportorii și reprezentanții lor.

Este rușinos că nu avem nici acum un program european pentru protecția acelor *whistleblowers* (în limba română: avertizori de integritate) și a jurnaliștilor de investigație. Pentru că ei sunt cei care descoperă lucrurile ilegale din instituții, inclusiv din instituțiile europene, și, ca atare, trebuie protejați.

Prin urmare, din nou solicit să adoptăm cât mai repede un registru obligatoriu al transparenței, protecția martorilor, a avertizorilor de integritate și a jurnaliștilor de investigație. Și, de asemenea, reformarea instituțiilor europene, pentru că avem prea multe și foarte mulți angajați. Ca să putem merge înainte, trebuie să fim ceva mai mici și mai flexibili și numai pe ce este important să ne concentrăm.

Monika Smolková (S&D) – Vážení pán predsedajúci, dôvera občanov v inštitúcie EÚ je základom demokracie, dobrej správy a účinnej tvorby politík. Preto inštitúcie Európskej únie musia vynaložiť úsilie o dosiahnutie čo najväčších noriem transparentnosti, zodpovednosti a integrity. Tieto zásady predstavujú kľúčové a navzájom sa dopĺňajúce zložky pri presadzovaní a zaisťovaní väčšej otvorenosti v inštitúciách EÚ a v jej rozhodujúcom procese. Transparentnosť a zodpovednosť v oblasti verejných výdavkov musí byť v súlade s čo najväčšou mierou otvorenosti. Že otvorenosť je namieste, svedčí aj tá skutočnosť, že v roku 2014 OLAF odporučil vymáhanie finančných prostriedkov vo výške 476,5 milióna eur pochádzajúcich zo štrukturálnych fondov a skonštatovali sme, že príslušné orgány spätne získali iba 22,7 milióna eur. Preto sa pripájam k výzve, aby členské štáty venovali prioritnú pozornosť správne prideleniu finančných prostriedkov EÚ a vyvíjali maximálne úsilie o ich spätné získavanie, ak neboli správne pridelené či použité.

Ангел Джамбазки (ECR). – г-н Председател, гласувах в подкрепа на този доклад, защото категорично е необходимо да има и повече прозрачност, и повече видимост, и повече яснота как се вземат решенията в институциите. Загубата на доверие в Съюза, в институциите му се дължи именно на впечатлението на гражданите на държавите, които са членове на Европейския съюз, че тези институции вземат своите решения непрозрачно и под натиск на лобистки групи.

А лобизъм категорично има. Мога да посоча лобистки интереси в сферата на автомобилния транспорт, където редица лобистки фирми притискат собствените си държави да изработват законодателство, което е в ущърб на държавите или по-скоро на предприемачите от източната част на Европа, лобистки поправки, които противоречат на свободното придвижване, на свободната инициатива. Така че институциите трябва да бъдат реформирани, лобистите трябва да бъдат въведени в един списък и трябва да е ясно кой взема решенията, и кой харчи парите на данъкоплатците.

9.4. Die Zukunft des Programms Erasmus+ (B8-0495/2017)

Explicații orale privind votul

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, peste 3 000 de studenți români pleacă în fiecare an la studii în programul Erasmus la universități europene. Programul Erasmus+ este un instrument foarte valoros care permite schimburi de experiență, care permite educație în diverse țări ale Uniunii și schimbarea de bune practici în domeniul educației.

Actualul program Erasmus+ are un buget de 14,7 milioane de euro și este insuficient. Numărul studenților, profesorilor și cercetătorilor care beneficiază de acest program este în creștere an de an, ceea ce înseamnă că este un program bun și eficient. De aceea, bugetul Erasmus trebuie mărit și asta trebuie făcut din următorul cadru financiar multianual 2020. Doar așa o să răspundem cererii tot mai mari de programe de mobilitate Erasmus+ în lumina ideilor care subliniază avantajele mobilității pentru învățământul superior, inovația, cercetarea și progresul cetățenilor și progresul Uniunii Europene.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Bez wątpienia program Erasmus+ nie należy do doskonałych, ale nie oznacza to, że należy go negocjować. Wręcz odwrotnie – trzeba go wzmocnić finansowo i usprawnić także procedurę kwalifikacji. Przy tej okazji chcę upomnieć się zwłaszcza o młodych ludzi z obszaru partnerstwa wschodniego. To tam przeznaczenie tego programu jest najdoskonalsze, najlepsze i najefektywniejsze i w związku z tym uważam, że mechanizm pozyskiwania studentów z tego obszaru musi zostać zdecydowanie poprawiony.

Bardzo się cieszę, że odrzucono kilka wniosków, które ten program psuły albo go negocjowały. Przeszły na szczęście te korekty – w czasie dyskusji, debaty i w wyniku głosowania – które program wzmacniają. Przypomnę także, że ta debata i ta rezolucja są pokłosiem pytania o przyszłość programu Erasmus+. A pytanie pojawiło się w związku z niedoskonałościami gwarancji finansowych, jak również z procedurą naboru samych studentów. Bardzo się cieszę, że dzisiaj tę rezolucję mogliśmy przyjąć.

Ангел Джамбазки (ECR). – г-н Председател, аз съм силен поддръжник на програмата Еразъм, затова гласувах в подкрепа на тази резолюция. Както можете да си представите, работата по тази програма беше истинско предизвикателство за колегите. Въпреки това, благодарение на доброто сътрудничество и положените усилия от всички, успяхме да постигнем балансиран и положителен резултат, който ще има по-положителен ефект върху програмите за образование и обучение в целия Европейски съюз.

Наша цел беше да се насочим основно към успеха, постигнат от тази програма, както и към бъдещите предизвикателства, които тя поражда. С окончателния тест ще успеем да постигнем точно това за нашите образователни и учебни програми, особено за младите поколения, които скоро ще усетят тези положителни ефекти.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr, valószínűleg kevesen kérdőjelezik meg, hogy az Erasmus+ az Unió egyik legjelentősebb, az európai polgárok által közvetlenül megtapasztalható vívmánya. Szükségünk van erre a sikertörténetre, annál is inkább, mivel a jövő generációjának világlátásához, jellemük formálásához és a közös Európába vetett hitükhöz járulhat hozzá. A program folytatása és forrásainak emelése terén talán nem várhatóak nagy viták, ezzel együtt felhívnam a figyelmet az EP vonatkozó, év elején elfogadott jelentésének ajánlásaira. Különösen arra, amely a programban sajnos még ma is megtapasztalható szociális szelektivitásra mutat rá: az alacsonyabb jövedelmű hallgatók korlátozottan férnek hozzá a programhoz, a programban részt vevő hallgatók közül pedig magas azoknak az aránya, akiket a családjuk anyagilag támogat. Olyan részletszabályokra van szükség, amelyek mindenkinek lehetőséget adnak a mobilitásra, azoknak is, akik tanulmányaik finanszírozásához munkát kell vállaljanak, hiszen nagyon sok fiatal teszi ezt.

Monika Smolková (S&D) – Vážený pán predsedaajúci, podporila som návrh uznesenia, pretože tiež považujem program Erasmus+ za jeden z najvýznamnejších aj najlepších programov, ktoré Európska únia má. Tento program pozitívne ovplyvnil za tridsať rokov svojej existencie viac ako deväť miliónov občanov EÚ, to je skoro dvojnásobok, ako má Slovensko obyvateľov. V období, keď v členských štátoch narastá euroskeptizmus, keď mladí ľudia nemajú víziu svojej budúcnosti, musíme tento program ešte posilniť a urobiť ho ešte efektívnejším. Dôležité je, aby sme o jeho úspechoch hovorili, aby sme ho mladým ľuďom, pedagógom ešte viac priblížili, pretože podľa mojich osobných skúseností sú ešte školy, školské zariadenia, inštitúcie, ktoré nevyužili tento program aj preto, že nemali dostatok informácií. Erasmus dáva každoročne možnosť mladým ľuďom kontaktovať sa s rovesníkmi z iných členských štátov a okrem získavania jazykových zručností je to pre nich aj skutočný most do Európy.

9.5. Eine neue europäische Agenda für Kompetenzen (A8-0276/2017 - Martina Dlabajová, Momchil Nekov)

Explicații orale privind votul

Ангел Джамбазки (ECR). – г-н Председател, разбира се гласувах и подкрепих доклада, и подкрепям неговия докладчик, колегата Неков, който е в залата.

Наложително е не само да се съсредоточим върху традиционните програми за обучение, но също така да подкрепим формални и неформални програми, както и програми за учене през целия живот. Този доклад относно новата програма за умения правилно подчертава редица области, които изискват подобряване и по-добро сътрудничество между държавите членове на Европейския съюз и техните образователни институции.

Две точки, които бих искал да изтъкна, са важноста на професионалното образование и обучение и своевременното изпълнение на препоръките на съвета, все по-наложителни стъпки за по-нататъшен напредък.

Момчил Неков (S&D). – г-н Председател, благодаря на всички колеги, които подкрепиха доклада. Естествено съм щастлив, че новата Европейска програма за умения е приета с голямо мнозинство. Като докладчик на комисията по култура и образование смея да твърдя, че първоначалното предложение на Европейската комисия, макар и доста широкомащабно, бе значително подобро, особено що се отнася до липсващия социален елемент.

Смятам, че целите на Програмата за умения могат да бъдат реализирани единствено чрез прилагането на холистичен подход към развиване на умения, според които учащият трябва е в центъра на процеса. По същия начин достъпът до образование, обучения и развиване на умения трябва да е равен за всички, в това число и за най-уязвимите членове на обществото.

В заключение искам да кажа, че подобряването на уменията на европейските граждани ще зависи в голяма степен от повишаването на уменията на нашите учители. Затова е необходимо да се задели и финансов ресурс за тяхното професионално развитие, както и да се приложат мерки за увеличаване привлекателността на учителската професия. Не трябва да забравяме, че именно те са стълбът на образователната система.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, just as technological and trade patterns are shifting, industrial employment is declining and jobs become more sophisticated and demanding, skill shortages in European economies are becoming more and more apparent. Against this situation, the Commission's new skills agenda initiative is extremely welcome even though the role of the EU in this field is only a supportive one.

Just as the foundation of long-term productivity and growth is a highly skilled workforce, the key to developing such a workforce lies in education systems and investment in education staff. Ensuring quality education at all stages, including lifelong learning possibilities regardless of age, must be an absolute priority for us. This is why I, for one, would be extremely glad to see European Semester recommendations on minimum levels of investment in education and training, as well as minimum levels of education quality in Member States that lag behind.

Monika Smolková (S&D) – Vážený pán predsedajúci, zručnosti a vedomosti sú jediným základom našej prosperity a zabezpečenia sociálnych výdobytkov. Podľa najnovšej štúdie OECD 70 miliónov Európanom chýbajú základné zručnosti, ako sú čítanie, písanie a počítanie. Táto skutočnosť predstavuje neprekonateľnú prekážku pre ľudí, ktorí si hľadajú dôstojnú prácu pre primeranú životnú úroveň. Preto nový program v oblasti zručností pre Európu je dlho očakávanou iniciatívou správne zameranú na potrebu modernizácie európskych systémov vzdelávania a odbornej prípravy v súlade s rýchlo sa meniacim hospodárskym a sociálnym prostredím. Preto prístup k príležitostiam na vzdelávanie a odbornú prípravu musí byť právom pre všetkých a v každej fáze života. Prípájam sa k návrhu Komisie naliehavo vyzvať členské štáty, aby vypracovali komplexné vnútroštátne stratégie pre základné zručnosti s nevyhnutným predpokladom na osobné a profesijné naplnenie. V stratégiách nesmieme zabúdať na podporu profesijného rozvoja učiteľov a pedagógov ako základnému jadrú systému vzdelávania.

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Ședința, suspendată la ora 13.05, a fost reluată la ora 15.00)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Große Anfragen (Aussprache)

12.1. Abschaffung des UNRWA

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Große Anfrage gemäß Artikel 130b der Geschäftsordnung von Beatrix von Storch und Robert Jarosław Iwaszkiewicz im Namen der EFDD-Fraktion an die Kommission betreffend die Abschaffung des UNRWA (O-000061/2017 – 2017/2834(RSP)) (B8-0325/2017).

Leider hat die EFDD-Fraktion, die diese Große Anfrage eingereicht hat, heute niemanden da. Deshalb wird diese Große Anfrage nicht vorgestellt und es spricht sofort Frau Kommissarin Crețu.

Corina Crețu, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members of Parliament, you know very well that the Palestine refugees question has existed for almost 70 years. The United Nations General Assembly established and mandated the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East to provide assistance and protection to register Palestine refugees pending a just and lasting solution. Only in December 2016 the General Assembly extended the Agency's mandate for three years by a large majority.

The European Union's continued support to the Agency is a key element in the European Union's strategy of contributing to the promotion of stability in the Middle East and to the viability of the two-state solution, which is an essential political horizon for Arab-Israeli relations.

The Agency's work helps to ensure that the essential needs for the well-being, protection and human development of Palestine refugees are met. Over many years the agency has demonstrated its capacity to provide education, health, relief, and social services. A future independent Palestinian state needs education, skills and healthy citizens to deliver peace, security and prosperity for all.

The Agency's work provides political space for efforts that need to be considerably intensified to conclude a peace deal and to pursue Palestinian state-building.

In each education service delivered, the Agency focuses on respect for human rights and for the fundamental freedoms. In doing so, it gives young Palestinians a perspective for their future, it represents a bulwark against violent radicalisation. The European Union is by far the most predictable donor to the Agency and will continue to be so, as reflected in the Joint Declaration on European Union support to the Agency on 7 June.

Since 1971 the EU has been providing reliable and predictable support to the Palestine refugees through the Agency programmes, special projects and emergency appeals. The European Union and its Member States are by far the largest provider of assistance to Palestine refugees.

Mr President, honourable Members, today's debate was triggered by a so-called major interpellation introduced by one Parliamentary Group, as you said, alleging that this Agency mismanages EU funds and tolerates terrorist activities. Our view is quite the opposite. In 2014 the Agency successfully passed the EU's seven-pillar assessment, which evaluated its internal control, accounting, external audit and procurement systems. Assurances have been provided as the Agency's processes and mechanisms are in place to ensure the neutrality of these facilities, including monitoring of facilities by its staff members, regular informal inspection of the Agency's installations by operation support officers, and a strict no-

weapons policy in the Agency's installations. The Agency explicitly condemns all acts of terrorism in the strongest possible terms and regularly does so whenever any such act is carried out. It also remains the Agency's policy to always investigate credible allegations of neutrality violations. Where violations of staff rules and regulations are established, appropriate disciplinary action is taken. The agency has indeed taken forthright actions whenever allegations of incitement have surfaced. The major interpellation also suggests merging the Agency with the Office of the United Nations High Commissioner for Refugees. The Commission is not in favour of such a merger. The reasons are obvious: the Agency has a specific mandate, with staff going beyond the usual humanitarian aid, and a broader relevance, not only in Palestine but also in Jordan, Lebanon and Syria.

Mr President, honourable Members, the European Union is committed to the two-state solution as the only viable way to achieving lasting peace in the Middle East. The European Union is convinced that any solution to the Israeli-Arab conflict will need to encompass an agreed, just and fair solution to the refugee question, allowing the two future states to live side by side in peace and security. Whatever the difficulties – and they are real – the region should not lose sight of this goal.

Fernando Ruas, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, em julho solicitei um debate sobre incêndios florestais. À data eram apenas Portugal e Espanha os países afetados. Hoje juntamos-lhe a Croácia, a França, a Grécia e a Itália, o que demonstra bem a abrangência desta triste realidade.

De facto e somente no meu país arderam este ano e até 31 de agosto 214 mil hectares de floresta. Este número representa mais de 234 % da área ardida do que a média dos últimos dez anos para o mesmo período e no âmbito da ajuda europeia importa, pois, saber se a Comissão perspetiva a aplicação flexível do Fundo de Solidariedade como agora é solicitado. É que no terreno as populações precisam de ajuda imediata.

Der Präsident. – Herr Kollege Ruas! Sie nehmen gerade Stellung zu der nächsten Großen Anfrage. Wir sprechen über die erste Große Anfrage.

Fernando Ruas (PPE). – Senhor Presidente, mas foi para aí que pedi a palavra. Foi exatamente para a próxima inter-pelação que pedi a palavra. Como o Sr. Presidente me instou a usar da palavra, fi-lo agora.

Der Präsident. – Dann muss möglicherweise ich um Entschuldigung bitten, wenn es von der EVP-Fraktion verwechselt worden ist. Jedenfalls stehen Sie für diese Anfrage auf der Tagesordnung, und für die EVP-Fraktion wird bei der nächsten Anfrage die Kollegin Zovko sprechen. Also dann machen wir das mal ganz pragmatisch so: Sie stehen bei der nächsten großen Anfrage nicht auf der Tagesordnung. Ich würde Ihnen dann auf jeden Fall nochmals das Wort erteilen. Herr Kollege Preda, können Sie etwas zur Aufklärung beitragen?

Cristian Dan Preda (PPE). – For UNRWA, yes.

President. – Mr Preda, your name is later down the list for this Interpellation.

Cristian Dan Preda (PPE). – Ok. thanks a lot.

Victor Boştinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the Socialists and Democrats reject this infamous attack against the United Nations Relief and Works Agency (UNRWA), the UN agency providing protection and assistance to the Palestinian refugees in the Middle East for almost seven decades. A huge number of Palestinian refugees have been facing an extremely precarious situation, as they are in the front line of a series of regional conflicts that converge and amplify one another. Palestinian refugees who periodically had few conflicts live and survive in extreme poverty and insecurity. The Syrian crisis has exacerbated the situation in the twelve Palestinian camps existing in this country, and in spite of achieving remarkable results in the field, UNRWA's capabilities are stretched beyond limits. This problem is recurring every time, and I think that we as the Union and we as the European Parliament should fight, together with the Commission, every year to face our responsibility and, together with our other international partners, find a more stable solution for UNRWA funding.

Finally, this interpellation does not represent in anyway the position of this Parliament. The Rules of Procedure have been abused and misused by a minority group on the right – I would say a far-right minority group. We continue to strongly support the Agency and praise UNRWA for their most-needed, difficult but also extraordinary efficient work they are doing.

I will tell the colleagues from EFDD: they should go one single day to see how UNRWA is operating in those camps – what they are doing – and only after to come here and to spread these unacceptable lies. UNRWA is a part of the solution and not a part of the problem when it comes to ensuring stability in the Middle East today and achieving a just and lasting peace between Israelis and Palestinians tomorrow. I won't comment on or question today the honesty of EFDD – this is not the case.

Instead of any other conclusion, Mr President and Madam Commissioner, I can only say: for some people infamy has no limits, and we should stop this process in the future.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Boştinaru! Ich will nochmals klar sagen: Es war offensichtlich nicht das Versehen von Herrn Kollegen Ruas. Ich kann das jetzt so nicht reparieren, wir lassen jetzt die Tagesordnung ablaufen. Normalerweise hätte die EVP-Fraktion als stärkste Fraktion natürlich das Recht, als erste Fraktion zu sprechen. Das ist eben heute ein bisschen anders.

Ангел Джамбазки, *от името на групата ECR.* – г-н Председател, безспорно въпросът за щетите от горските пожари е много важен, затова аз подкрепям усилията на колегата, но това най-вероятно ще стане разговор в следващата точка.

А сега по точката на разговора, който водим в момента. Няма никакво съмнение, всякакви въпроси свързани с финансирането, разходването на средства трябва да бъдат много, много внимателно разследвани, защото това е една изключително чувствителна тема.

Но аз бих искал да Ви обърна внимание върху въпроса, който много често се поставя от службите за сигурност на държавата Израел, именно за пропагандата, която се води в палестинските лагери. За това, че там има свободен достъп и има възможност радикални ислямисти да водят пропаганда насочена срещу мирни граждани и заплашваща мира, здравето и живота, и на гражданите на държавата Израел, и на други, европейски граждани. И този въпрос също е много важен, трябва да бъде поставен и на него трябва да бъде отговорено от агенцията на ООН.

Jozo Radoš, *u ime Kluba zastupnika ALDE-a.* – Gospodine predsjedniče, gospođo povjerenice, palestinsko-izraelski sukob od samog početka opterećuje međunarodne odnose, pogotovo političke odnose na Bliskom istoku. Položaj Palestinaca na Zapadnoj obali i u Gazi u velikoj mjeri je doprinio nepovjerenju u politiku zapadnog svijeta, uključujući i politiku Europske unije, i radikalizaciji islamskog i arapskog svijeta.

Stoga podržavam cilj djelovanja Agencije Ujedinjenih naroda za pomoć palestinskim izbjeglicama, a pogotovo njeno djelovanje na obrazovnom području, što je i glavna svrha njenoga postojanja i djelovanja. Jednako tako podržavam i pomoć koju Europska unija pruža i djelovanju ove Agencije i generalno pomoć u financiranju i djelovanju palestinske države.

Naravno, ukoliko postoje naznake zloporaba u djelovanju Agencije i korištenju financijskih sredstava i objekata Agencije, te zloporabe treba pomno istražiti. No, bilo bi korektno da predlagatelji ponude konkretne dokaze za tvrdnje za zloporabe koje su naveli u njihovoj interpelaciji.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io mi recherò tra pochi giorni con una delegazione del mio gruppo parlamentare in Palestina per vedere con i miei occhi la situazione e portare la mia solidarietà e quella del mio gruppo al popolo palestinese, come ho già fatto nell'agosto 2014.

Vorrei testimoniare al Presidente il mio sconcerto per il comportamento vergognoso del gruppo EFDD che, prima, sulla base di calunnie, solleva questa interpellanza e non si presenta nemmeno in Aula. Penso che debba essere chiaro che le calunnie presenti nell'interpellanza sono respinte dall'intero Parlamento e dall'intera Unione europea. Se esistono dei rifugiati palestinesi, è perché i palestinesi sono ancora un popolo senza Stato, perché Israele occupa un territorio non suo e perché ha espulso con la forza i palestinesi dalla sua terra.

Questo Parlamento dovrebbe discutere non della chiusura ma di come aumentare il sostegno all'UNRWA, di come mettere fine all'occupazione israeliana dei territori palestinesi e alla continua violazione, da parte del governo israeliano, di tutte le risoluzioni dell'ONU sul conflitto, delle convenzioni internazionali sui diritti umani, fino all'ultimo sopruso: la negazione del permesso di soggiorno per cittadini europei sposati con palestinesi.

Di questo dovremmo discutere, di come far sì che, ad esempio, l'Unione europea sospenda l'accordo di associazione con Israele. Io penso che quello di cui è stato chiesto di discutere oggi qui in Aula sia davvero una calunnia vergognosa, che infanga questo Parlamento.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, le 31 août dernier, la commission des affaires étrangères a voté l'avis que j'ai rédigé sur le budget 2018.

Dans ce texte, on avait notamment souligné combien il est important que l'Union continue de jouer un rôle central en soutenant le processus de paix au Proche-Orient, l'autorité palestinienne et l'UNRWA.

On a également essayé, par des amendements budgétaires, de répondre aux difficultés financières que rencontre l'UNRWA, qui doit répondre aux besoins croissants de quelque cinq millions de réfugiés palestiniens. Le soutien qu'on apporte à l'UNRWA est constant et justement vu comme une partie de notre stratégie d'engagement en faveur de la paix dans la région.

Dans le contexte que je viens de rappeler, je trouve incongru le débat que nous avons aujourd'hui, à peine deux semaines après ce vote, sur l'idée d'abolir l'UNRWA. Quel signal envoyons-nous si, d'un côté, on vote des amendements budgétaires qui sont favorables à l'UNRWA et, de l'autre côté, on débat de son abolition.

Cela étant dit, mon groupe a toujours soutenu le renforcement de la responsabilité de tous les organismes qui bénéficient des fonds européens. On peut certes toujours améliorer les choses et vérifier que l'argent des contribuables est utilisé de façon responsable pour atteindre nos objectifs stratégiques en accord avec nos valeurs. Ce serait mieux de le faire en agissant de façon constructive plutôt qu'en parlant d'abolition.

Catch-the-eye-Verfahren

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, ono što sam htio pitati kolege iz EFDD-a, ali očito nisu imali hrabrosti doći da im se postavi pitanje i da čuju našu raspravu, jedno je ustvari vrlo jednostavno pitanje. Htio sam ih pitati je li bolje financirati rat ili financirati mir, je li bolje potrošiti novac poreznih obveznika na stvaranje dodatnog ludila na Bliskom istoku ili je bolje pomoći pameti i razumu na Bliskom istoku, jer se o tome radi.

Svi znamo da na kraju uvijek, i najviše, Europska unija i njezini građani financiraju pogotovo mir i pogotovo razvoj. Rat ipak na sreću gotovo svugdje puno manje financira. Kako nema onih koji su postavili ovo pitanje, želim izraziti svoj jednostavan stav. Podržavam rad ove agencije Ujedinjenih naroda i želim joj jednostavno puno uspjeha.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Der Präsident. – Bevor die Kommissarin nochmals Stellung nimmt, will ich schon sagen, dass ich es als nicht besonders parlamentarisch empfinde, dass man hier eine Große Anfrage einreicht und es dann nicht für nötig hält, bei der entsprechenden Debatte als Fraktion vertreten zu sein.

(President addressing himself to Earl of Dartmouth) Colleague, you get the floor when I have finished, not just by raising your hand and starting to shout. One second, please.

Umgekehrt ist es so, dass sich sowohl die Kommission als auch andere Fraktionen auf die Antwort auf diese Anfrage vorbereiten. Ja deshalb sind wir ja gerade nochmal dabei zu schauen, ob die Änderungen der Geschäftsordnung alle gut angekommen sind. Ich werde dem Kollegen Corbett gegenüber anregen, dass für den Fall, dass Fraktionen, die eine Anfrage stellen, nicht da sind, die Anfrage dann als zurückgezogen gilt, wenn nicht andere Fraktionen sagen, dass sie Wert auf die Behandlung legen. Aber man sollte das nicht honorieren, wenn hier Anfragen gestellt werden und dann ein entsprechender Kollege nicht da ist.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD). – Mr President, I would just simply point to what you were saying, that there was no EFDD member present. There is an EFDD member present: it is myself. May I presume just to point that out to you before you make a ruling?

Der Präsident. – Herr Kollege, heute wird keine endgültige Entscheidung getroffen, aber es war jedenfalls so, dass zu Beginn der Debatte niemand von der EFDD da war, denn normalerweise ist es so, ...

(Earl of Dartmouth off micro: „I was here at the very beginning“)

President. – At the very beginning?

But I was told nobody was here. But you are not ready to speak.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD). – Mr President, I am present. There is a distinction between present and speaking. So I wasn't given the speaking time but I was actually present; there was somebody present. I would just simply draw attention to this before a final ruling is made. I think that it is perfectly correct to do so and it is designed to be helpful to the Chair.

Der Präsident. – Okay, wir werden den Sachverhalt so aufnehmen. Ich habe verstanden, dass die Fraktion mit dieser großen Anfrage nicht Ihre Wellenlänge getroffen hat.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, j'interviens pour appuyer totalement votre point de vue, parce que je trouve qu'il est inacceptable d'introduire une question sous le titre «Grandes interpellations» et de n'avoir personne du groupe concerné qui vienne introduire le sujet pour parler de cette interpellation. C'est une entrave au travail des autres. De cette façon, on peut inventer quinze questions et bloquer tous les autres groupes ici.

Il est inacceptable qu'un groupe introduise une interpellation sans être capable d'être présent pour la défendre. Nous ne sommes pas les joujoux des groupes politiques radicaux dans ce Parlement.

Je suis donc intervenu pour appuyer totalement votre interprétation. Je trouve que, dorénavant, les groupes qui ne sont pas capables de défendre ce qu'ils veulent inscrire à l'ordre du jour doivent être exclus de ces débats.

Der Präsident. – Vielen Dank. Jetzt spricht Frau Kommissarin Crețu.

Corina Crețu, Member of the Commission. – Mr President, thank you for this interesting debate, which has highlighted the very important role of the United Nations Relief and Works Agency for Palestinian refugees in the Near East, as well as the strong and dynamic partnership that exists between the Agency and the European Union. The European Union stands by its commitments to the Agency and Palestinian refugees, and I appreciate very much that the European Parliament is on the same page.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

12.2. Waldbrände in der Europäischen Union in diesem Sommer

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Große Anfrage gemäß Artikel 130b der Geschäftsordnung von Nicola Caputo, Fernando Ruas, Ivan Jakovčić, Eric Andrieu, Clara Eugenia Aguilera García, Ana Gomes, Renata Briano, Simona Bonafè, Ricardo Serrão Santos, Gilles Pargneaux, Pina Picierno, Ivica Tolić, Aldo Patriciello, Biljana Borzan, Claudia Țapardel, Dubravka Šuica, Brando Benifei, Doru-Claudian Frunzulică, Alberto Cirio, Liliana Rodrigues, Barbara Spinelli, Andrea Cozzolino, Michela Giuffrida, Tonino Picula, Damiano Zoffoli, Daniele Viotti, Isabella De Monte, Martin Häusling, Monica Macovei, Takis Hadjigeorgiou, Željana Zovko, Merja Kyllönen, Igor Šoltes, Luigi Morgano, Silvia Costa, Elena Gentile, Alessandra Mussolini, Momchil Nekov, Salvatore Domenico Pogliese, Peter Kouroumbashev, Stefano Maullu, Marijana Petir, Franz Obermayr, Tibor Szanyi, Miltiadis Kyrkos, Stelios Kouloglou, Viorica Dăncilă, Eleonora Forenza, Curzio Maltese, Piernicola Pedicini, Manolis Kefalogiannis, Barbara Kappel, Enrique Guerrero Salom an die Kommission betreffend Waldbrände in der Europäischen Union in diesem Sommer (O-000063/2017 – 2017/2842(RSP)) (B8-0327/2017).

Nicola Caputo, autore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'estate appena trascorsa ha fatto registrare un picco di incendi mai rilevato in precedenza: il numero di roghi che ha devastato un'area dell'Europa grande quanto il Lussemburgo è quasi triplicato rispetto alla media degli ultimi otto anni, passando da 404 a 1 068. I paesi più colpiti sono stati quelli della fascia del Mediterraneo – Italia, Portogallo, Spagna, Francia, Croazia e Grecia – che hanno subito numerose perdite umane e danni materiali su vasta scala.

L'Italia in particolare, secondo il Centro di coordinamento per la risposta all'emergenza della Commissione europea, nella scorsa estate ha avuto 371 roghi ed è stato il primo paese in Europa per numero di incendi boschivi, che hanno cancellato 72 000 ettari di vegetazione. Per gli Stati membri è spesso difficile affrontare da soli incendi di tale portata: come evidenziato dalla Corte dei conti europea in una relazione del 24 febbraio 2015, i finanziamenti dell'Unione europea destinati alla prevenzione dei danni alle foreste causati da incendi e calamità naturali, nonché alla ricostruzione del potenziale forestale, non sono gestiti in modo sufficientemente efficace. Di fatto ad oggi non esiste alcuna normativa specifica nell'Unione europea che riguardi la lotta agli incendi e alla siccità, e diventa sempre più evidente la mancanza di una strategia politica più ampia riguardante la prevenzione degli incendi.

Per questi motivi abbiamo presentato questa interpellanza principale, per chiedere alla Commissione se non ritiene opportuno mobilitare il Fondo di solidarietà dell'Unione europea e applicarlo in modo flessibile per far fronte ai gravi danni causati dagli incendi; se non ritiene sia il caso di avviare meccanismi di intervento europeo mediante la creazione di adeguati strumenti giuridici e di bilancio per ottenere un miglior coordinamento delle politiche degli Stati membri in materia e ottimizzare gli strumenti europei disponibili; e se, infine, ha intenzione di presentare misure specifiche per la prevenzione e la lotta agli incendi e alla siccità nell'Unione europea, prevedendo, ad esempio, aiuti agricoli per la creazione e la manutenzione di fasce parafuoco, in modo da conseguire un miglior coordinamento tra le politiche degli Stati membri in materia e avvalersi al meglio degli strumenti comunitari disponibili.

Corina Crețu, Member of the Commission. – Mr President, let me start by thanking you all for this major interpellation. Forest fires are currently a major concern for the European Union, and you know very well that the Commission is ready to make every effort to ensure EU solidarity reaches all those people and all those areas that were hit by the dramatic forest fires of this summer and avoid such catastrophes happening again.

EU solidarity is active at all stages – prevention, intervention and construction – and it is channelled through a broad range of instruments. First of all, the European Solidarity Fund. This fund can be mobilised to help with recovery from major and regional natural disasters. However, support is subject to two conditions – first, total direct damage should exceed a threshold which is specific for each Member State or region, and second, national authorities have to submit an application within twelve weeks of the start of the disaster. Without an application the Commission may not take the initiative.

Among the many countries affected by forest fires during the summer, only one, namely Portugal, has submitted so far an application for financial assistance, which is currently being assessed by the European Commission.

The second instrument that is available is the Cohesion Policy. The Cohesion Policy can support, among others, replacement of small and medium-sized enterprises' productive capacity as well as public infrastructure and equipment. This is what we put in place, for example, for Portugal in August, sent through a swift reallocation of funding within Portuguese programmes with a total maximum budget of EUR 45 million from the Regional Development Fund.

Other EU response tools are also available to assist in fire emergencies. The European Commission's Emergency Response Coordination Centre monitors forest fires 24 hours per day using the European Forest Fire Information System, and close coordination is maintained between these two bodies with the countries at high risk of forest fires. Assistance may be provided by the EU civil protection mechanism – we mean fire fighting equipment and personnel. The Copernicus Emergency Management Service provides satellite maps for forest fire related emergencies to the European Forest Fire Information System.

The European Union's main arm to protect forests is the European Agriculture Rural Development Fund, yet not because of the means it devotes to fire fighting. Experience shows that large-scale, catastrophic mega fires, if not intentional, are driven mainly by two factors. First, extreme weather conditions such as extended heatwaves, drought and strong winds, which are intensifying due to climate change. Second, fire-proneness of forests due to natural resource mismanagement and unsustainable land-use decisions such as abandonment of sustainable forest management practices. These factors are largely regardless of how much we spend on firefighting means and preparedness.

On the contrary, more investments are needed on forest fire prevention, on boosting the health and resilience of forest ecosystems. This is exactly what the European Agricultural Development Fund promotes, through three measures: investments in preventive actions to reduce the consequences of natural disasters on agricultural areas; prevention and restoration of damage to forests from fires; and risk management tools.

So thank you very much, and I am waiting for your debate.

Željana Zovko, u ime Kluba zastupnika PPE-a. – Gospodine predsjedniče, poštovana povjerenice Crețu, kao jedna od supotpisnica interpelacije o požarima u Europskoj uniji ovog ljeta, dužna sam sudjelovati na današnjoj raspravi te upozoriti na razmjere štete koje su požari kao posljedica i dugotrajne suše izazvali na jugu Europe, a osobito u Hrvatskoj i na njezinom području Dalmacije.

Tako se prema prvim procjenama našao podatak od 42 milijuna kuna štete bez opožarenih šuma samo u Splitsko-dalmatinskoj županiji, i to samo za vrijeme velikog požara u okolici Splita. Vjerujem kako će iznos štete biti mnogo veći kad se konačno zbroje svi podaci iz opožarenih područja u Dalmaciji, ali i u ostatku Hrvatske. Također, željela bih ovom prilikom zahvaliti svim dobrovoljnim i javnim vatrogasnim postrojbama, ali i svim hrvatskim građanima koji su neumorno hrabro i bez prestanka pomagali u obrani imovine, prirode i, što je još najvažnije, zaštititi i spašavanju ljudskih života.

No, kako ne bi ostali samo na zahvalama i riječima ohrabrenja našim vatrogascima i građanima, ovom prilikom želim ukazati na manjkavost u postojećim mehanizmima solidarnosti i instrumentima Europske unije. Tako, primjerice, ne postoji fleksibilnost unutar postojećih instrumenata kako bi se pomoglo državama članicama pogođenima velikim šumskim požarima. Ono što me zanima, poštovana povjerenice, jest kada Komisija misli mobilizirati sredstva Europskog fonda solidarnosti kako bi se pomoglo Hrvatskoj i ostalim državama članicama.

Smatrate li kako je nakon ovih požara potreban jedinstven zakonodavni okvir i instrument i tijelo koje bi pomoglo u koordinaciji politika i preventivnih mjera u borbi protiv ovakvih katastrofa?

Fernando Ruas (PPE). – Senhor Presidente, as minhas desculpas pelo sucedido e também o meu agradecimento pela compreensão que revelou ao dar-me a palavra.

Em julho solicitei este debate sobre incêndios florestais. À data, como disse, eram apenas Portugal e Espanha os países afetados, hoje juntamos-lhe a Croácia, a França, a Grécia e a Itália, o que demonstra bem a abrangência desta triste realidade.

De facto, e somente no meu país, arderam este ano e até 31 de agosto 214 mil hectares de floresta. Este número representa mais do que 234 % da área ardida do que a média dos últimos dez anos para o mesmo período e no âmbito da ajuda europeia importa saber se a Comissão perspetiva a aplicação flexível do Fundo de Solidariedade, como agora aqui é solicitado.

É que, no terreno, Senhora Comissária, as populações precisam de ajuda imediata e, se os governos nacionais são os primeiros responsáveis por essas ajudas, é também importante que conheçam, em tempo, os montantes europeus que lhe são atribuídos. Alerta, por isso, e mais uma vez, para a absoluta necessidade de uma ajuda célere, simplificada e flexível às famílias dos sobreviventes, aos trabalhadores que perderam os seus postos de trabalho, às empresas afetadas, aos bombeiros e às autarquias. Também aqui a União Europeia pode ajudar, aliás de acordo com a informação que a Sra. Comissária nos prestou, e que já está a ser feito no meu país.

Urszula Krupa, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Chciałam poprzeć postulaty i pytania autorów interpelacji dotyczącej pożarów lasów, jakie dotknęły Unię, a zwłaszcza południowe kraje, powodując ofiary śmiertelne i ogromne szkody. Ochrona lasów jest niezbędna, a ich dobroczynny wpływ na środowisko czy klimat jest nie do przecenienia, a nawet trudny do wyszczególnienia. Trzeba mieć świadomość, że nowe lasy wyrosną na terenach Unii dopiero za kilkadziesiąt lat.

Zabieram głos w tym temacie także dlatego, że w Polsce doszło do ogromnych strat, co prawda nie wskutek pożarów, ale po nawałnicach, jakie miały miejsce w drugiej dekadzie sierpnia, kiedy to powalonych zostało prawie osiem milionów sześciennych drzew. Zniszczonych jest czterdzieści tysięcy hektarów lasów w południowo-zachodniej części mojego kraju, gdzie także zginęło kilka osób i zostało zniszczonych kilka tysięcy zabudowań. Szkody zwykle mają charakter powierzchniowy, jednak szczególnie w czasie pożarów zniszczeniu ulegają całe drzewostany, powstają ogromne straty przyrodnicze, ulegają zniszczeniu siedliska cennych gatunków ptaków, legowiska dzikich zwierząt czy siedliska cennych gatunków roślin. Dlatego potrzebna jest ochrona wspólnotowa, solidarność i wsparcie zarówno w kwestii ochrony lasów przed pożarami, jak i innymi kataklizmami, nie zapominając o edukacji społeczeństwa w tej dziedzinie. Konieczne jest uruchomienie Funduszu Solidarności Unii Europejskiej, jak i stosowanie go w elastyczny sposób, żeby usunąć szkody spowodowane pożarami, suszą czy kataklizmami.

Ivan Jakovčić, u ime Kluba zastupnika ALDE-a. – Gospodine predsjedniče, Mediteran je ove godine, ovoga ljeta, opet gorio. U Hrvatskoj je najgoro bilo u Dalmaciji. Požare ne možemo predvidjeti, teško ih je kontrolirati, ali mi moramo nešto napraviti. Moramo staviti ruku na srce i reći, prije svega, i pitati se jesmo li dovoljno napravili, jer tragedije koje su se dešavale na čitavom Mediteranu zaista su nevjerojatne.

Trebamo više solidarnosti u Europi i trebamo iskoristiti Fond solidarnosti na fleksibilniji način. Trebamo pomoći ljudima, jer je bilo zaista velikih tragedija. Želim naglasiti, gospodo povjerenice, da sam Vam pisao, i, kao što znate, govorio sam o makrostrategiji Jadransko-jonske makrostrategije ovdje u ovom Parlamentu i u toj strategiji pisao sam kako trebamo jedan jadranski centar za prevenciju katastrofa, jedan zajednički centar za Jadran i Jonsko more.

Učinimo nešto kada govorimo o požarima, to možemo napraviti, to možemo financirati, to može pomoći ljudima. To je barem minimalno ono što možemo napraviti, ali učinimo to odmah.

(Govornik je pristao odgovoriti na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice (članak 162. stavak 8. Poslovnika).

Petras Auštrevičius (ALDE), blue-card question. – Mr President, I noticed my colleague Mr Jakovčić made very clear proposals, and I believe that solidarity is a great value, but this value should somehow be translated into action. I would like to ask Mr Jakovčić: apart from the crisis centre, do you think that there should be some regional capacities established in order to cope with disasters much better? I mean, countries in a region might cooperate – have joint fire-fighters or something. What is your opinion about this?

Ivan Jakovčić (ALDE), odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice. – Gospodine Auštrevičius, ja Vas naravno poznajem kao osobu koja ima uvijek vrlo konkretne ideje i prijedloge i u potpunosti podržavam ovo što govorite. Upravo na tragu i onoga što sam predložio, Vi na neki način sugerirate suradnju zemalja koje su blizu. Spomenut ću samo kanader; Italija i Hrvatska dijele ogromnu obalu Jadranskog mora, a tako smo blizu, i mi bismo zaista morali imati zajednički centar, jer kanader može preletjeti Jadran u nekoliko minuta. Dakle, apsolutno se slažem s Vama.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Jakovčić! Es ist schön, dass Sie Ihre gegenseitige Wertschätzung, die Sie normalerweise nur in der Fraktion austauschen, auch einmal in öffentlicher Sitzung zur Geltung bringen.

João Pimenta Lopes, *em nome do Grupo GUE/NGL.* – Senhor Presidente, Portugal registou este verão números históricos de incêndios e área ardida, alguns de brutais proporções e consequências, e que não se podem justificar apenas pelas intensas vagas de calor. Dois meses volvidos após a aprovação de reforço orçamental do Fundo de Solidariedade importa apurar os montantes efetivamente disponibilizados para o país, bem como compreender como foram mobilizados e de que forma se efetivou o apoio às vítimas e às populações, por um lado, na recuperação ecológica estrutural, por outro.

Mas tomamos esta oportunidade para reforçar o que há muito defendemos: a necessidade de modificar as regras de mobilização do Fundo, assegurando uma mobilização mais flexível, atempada e cobrindo um leque mais amplo de catástrofes, mas igualmente afirmar que defender a floresta e prevenir os fogos exige outra política e meios financeiros e humanos.

A abordagem comunitária da prevenção de catástrofes e muitas das propostas que em 2010 este Parlamento aprovou – de que destaco a proposta de criação de um quadro financeiro apropriado à prevenção de catástrofes capaz de financiar ações em domínios como o ordenamento florestal ou a manutenção da atividade agrícola em áreas afetadas pelo despovoamento – estão ainda longe de serem implementadas. Muito está por fazer e urge tomar ações e medidas nesse sentido.

William (The Earl of) Dartmouth, *on behalf of the EFDD Group.* – Mr President, fires happen in particular places. Countries do not catch fire, nor even do regions. It is houses that catch fire, trees catch fire, woods catch fire, villages, even whole communities can get caught in fires, but it is all essentially local. The best approach to help put fires out and help cope with the consequences of fires is to do it locally. Victims of fires need people on the spot, and they and we need resources applied in exactly the right way at the right time and in the right place, that is to say locally.

Therefore, it follows that fires are the ultimate example in which to apply subsidiarity. Of course, neighbours must help out, and of course, all donations are welcome and all decent people will indeed help. But this is yet another and regrettable example of the EU Commission thinking that big is best. This is incorrect. It is local that is best – and more than that, micro is magic. We can help people best – individuals, communities and people caught in the middle – locally. What we do not need is the slow-moving, Kafkaesque EU bureaucracy which has proven itself over and over again to be dysfunctional and unhelpful.

To depart for my prepared text: there was a fire earlier today in the Hemicycle – a fire of democracy. It is not often that I agree with a Member of GUE/NGL, but the gentleman was right. It was profoundly undemocratic for a member of the Commission – the executive – to intervene directly in a parliamentary debate. This was fire of democracy, and colleagues should consider that a Parliament should not accept intervention in this way, from a member of the executive.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Andrejs Mamikins (S&D), *zilās kartītes jautājums.* – Godātais Dartmouth kungs! Es gribu jums uzdot jautājumu. Kā jūs tik kaislīgi tagad kritizējat gan Eiropas Komisiju, gan manu kolēģi Corina Crețu, kuru es labprāt gribētu paslavēt, jo viņa ir komisāre no Rumānijas, viņa ir sociāldemokrāte, viņa strādā cītīgi, lai problēmas, par ko jūs runājat, tiktu atrisinātas maksimāli efektīvi.

Bet man jautājums ir jums principā — kāpēc jūs šeit esat šajā zālē un kritizējat Eiropas Komisiju, ja jūsu politiskā grupa ir principiāli pret Eiropas Savienību? Nu tad varbūt pietiek runāt šajā stilā un vienkārši jāatbrīvo plenārsēžu zāle?

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *blue-card answer.* – As Donald Tusk, the President of the Council, pointed out in a prepared statement the day after the Brexit referendum, all UK citizens and all the citizens of other countries represented by members of the EFDD Group are fully bound by all the laws, rules, regulations and directives of the European Union. We therefore have a moral obligation to represent our constituents and to defend our constituents from all too many examples of bad decisions and bad decision-making by a number of Commissioners, many of whom are frankly just not up to the job.

Der Präsident. – Ich will doch noch einen Satz zu dem sagen, was heute Mittag kurz vor der Abstimmung nicht gesagt worden ist.

Nach den einschlägigen Bestimmungen hat die Kommission jederzeit das Recht zu intervenieren. Deshalb war die empörte Reaktion auf Frau Mogherini – die nicht von Ihnen kam, Herr Kollege Dartmouth, aber Sie haben es jetzt noch einmal angesprochen – in keiner Weise angebracht.

Catch-the-eye-Verfahren

Marc Tarabella (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, de plus en plus souvent on constate une baisse de la pluviosité au printemps, donc plus de sécheresse dans les taillis et dans les bois. Lorsque s'y ajoutent une vague de chaleur, des températures assez élevées – comme celles que l'on a connues cet été –, et des vents forts, on a évidemment des incendies qui se déclarent, notamment sur le pourtour méditerranéen. De plus, la simultanéité des feux est une difficulté supplémentaire dans la lutte contre les incendies.

Or, j'ai souvent entendu qu'on parlait de fonds solidarité et on a raison. Mais, dans les conditions d'aujourd'hui, même des coupe-feux dans les forêts bien entretenues ne peuvent empêcher des sautes de feux, quand il y a des vents très forts, de dizaines de mètres, voire de centaines de mètres.

À côté du Fonds de solidarité, qui intervient quand il est trop tard, quand il faut indemniser les victimes, ne pourrait-on pas penser à un fonds mixte privé/public qui pourrait, par exemple, intégrer des mairies, des assurances et aussi une série d'acteurs pour avoir un fonds de prévention qui puisse mieux équiper les zones les plus sensibles, par exemple en canadiens de réserve – même si je sais que c'est très onéreux – qui pourraient renforcer les équipes déjà existantes sur le terrain pour mieux combattre les feux, surtout quand il y a une simultanéité de déclaration d'incendies.

Ангел Джамбазки (ECR). – г-н Председател, поздравявам колегата Капуто и тези, които са се подписали под този въпрос. Той е много на място. Не само цяла Южна Европа горя тази година, горя и една от големите български планини – Пирин. Там щетите са за милиони и ще се възстановяват, както знаете една гора се възстановява от порядъка на десетилетия.

Много от колегите говориха за Фонда за солидарност, но той ще трябва да погасява щети, които вече са настъпили. Много по-евтино и много по-разумно е да се говори за това какво трябва и може да се направи, за да не бъдат допускани пожари в такива мащаби. И тук, колега Капуто, не може да става дума само за противопожарни просеки, те могат да бъдат правени някъде, но в биорезервати, в национални паркове, природни паркове такива просеки не могат да бъдат правени заради законодателството и труднодостъпния терен.

И тук, г-жо Комисар, имам конкретни предложения към Вас.

На първо място, може и трябва да се помисли за това да бъде закупувана съвместно техника от държавите членове, вертолети, самолети, водосамолети, които да гасят заедно големите площи между държавите.

На второ място трябва да бъдат обучавани доброволците от различните държави и да бъдат екипирани така, че да се борят с пожарите.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospodine predsjedniče, požari koji su ove godine zahvatili Hrvatsku nisu zapamćeni u zadnjih nekoliko desetaka godina. Samo u kolovozu je izgorilo 44 000 hektara s velikom materijalnom štetom, ali na sreću bez ljudskih žrtava.

Ljetni požari su trajni problem Europe, pogotovo njenog mediteranskog dijela. Stoga zahvaljujem kolegi Caputou i ostalim kolegama koji su potaknuli ovo pitanje, a jednako tako podržavam njihove prijedloge o aktiviranju Europskog fonda solidarnosti i uspostavi europskog intervencijskog mehanizma. Mislim da bi se ti instrumenti, koje treba svakako aktivirati, trebali fokusirati na solidarnost prilikom gašenja požara i možda, što je još važnije, na zajedničku prevenciju izbijanja požara u pograničnim područjima Europske unije.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ... di essere ancora affezionata alla divisione dei poteri che sono a fondamento dello Stato di diritto e, quindi, che una commissaria europea possa intervenire nel corso di una votazione è qualcosa che, per fortuna, ancora mi sorprende e penso che sia qualcosa di poco consono all'esaltazione dei poteri del Parlamento europeo e al loro rafforzamento, che molto spesso ascoltiamo da quello scranno. Quindi, mi permetta di dissentire fortemente da quanto Lei ha detto.

Ringrazio l'onorevole Caputo per essersi fatto promotore di questa interpellanza, che ho contribuito a sostenere attraverso la mia firma. Condivido integralmente quanto ha detto il collega Pimenta Lopes sul Fondo di solidarietà, cioè sul fatto che le politiche di austerità e di tagli hanno reso più difficile la prevenzione e gli interventi antincendio. Mi permetto anche di dire che non sempre gli Stati membri hanno fatto quanto potevano fare, che il Governo italiano dovrebbe forse acquistare più Canadair e meno F35 e che l'abolizione del Corpo forestale dello Stato di certo non ha aiutato a fronteggiare adeguatamente questa situazione.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Corina Crețu, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank Members for their words. I think the tensions that appeared here are not about this debate and about myself, but I thank you for your words.

I presented in my first speech exactly how many tools we have to deal with fires, and I can assure you that for us it was a priority during the summer. It was by chance that I was on *permanence* when Portugal suffered the fires. Each day I was in contact with the Ministers, in Greece and Italy also. You know that you, the Members of the European Parliament, voted yesterday for 95% from European funds to be used for natural disasters. Yesterday you also approved the Commission proposal to help Italy with EUR 1.2 billion after the earthquake.

In terms of the fires, I think the richness of the debate today shows just how complex the issue of forest fires is and requires joining forces, knowledge and expertise beyond silos and beyond borders. To respond to your questions, I would like to say that you are right when you say that everything is local, but the European Union activates assistance only when locals ask for help, so it took less than 12 hours this summer for Portugal to receive help from France, and also France, Italy and Spain. To give you an example: as I said at the beginning, we have a Solidarity Fund, we have Cohesion Funds. Portugal has asked for change in the operational programme, and in a few days we will change and help Portugal with EUR 45 million to deal with Portugal. We also have other instruments, for instance the Civil Protection Mechanism. The mechanism was activated by Portugal in the early hours of Sunday, 18 June, and through the mechanism an immediate offer was made, I can say, within one hour, of three planes from France. The French fleet arrived in the affected area on the same day and began operations immediately. The other eight planes from Italy and Spain were offered on 18 June and arrived on 18 and 19 June. So I just wanted to give you some examples of what we are doing with this.

What you said on prevention is very important. We have investments on prevention, on boosting the health and resilience of forests' ecosystems. This is exactly what the European Agricultural Rural Development Fund promotes through the measures I presented at the beginning.

So, thank you once again for this debate. I will go back to Brussels with this message from you, with an unwavering will to work closely with you and the Member States in finding a European response to these very dramatic challenges for the countries and for the people.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

14. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

15. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

16. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

17. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 15.55 Uhr geschlossen.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3013

2.5.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.112986

(C/2024/3013)

Datum der Annahme der Entscheidung	26.3.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.112986	
Mitgliedstaat	Deutschland	
Region		
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Bund: GAK-Maßnahmengruppe 5 F „Förderung von Maßnahmen zur Bewältigung durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald“	
Rechtsgrundlage	GAK-Rahmenplan; GAK-Gesetz	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Forstwirtschaft	
Form der Beihilfe		
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 596 000 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität	100,0 %	
Laufzeit	29.6.2020 - 31.12.2028	
Wirtschaftssektoren	Forstwirtschaft und Holzeinschlag	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Zuständige Behörden der Länder (vgl. Unterlagen unter 2. Beigefügte Unterlagen) n/a	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/3022

2.5.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.112489

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3022)

Datum der Annahme der Entscheidung	26.3.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.112489	
Mitgliedstaat	Deutschland	
Region		
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Amendment to SA.104353 – Replacement of registered capital in SEFE GmbH and SA.105001 – Recapitalisation of SEFE GmbH	
Rechtsgrundlage	EnSiG, Bundeshaushaltsordnung (BHO)	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben	
Form der Beihilfe		
Haushaltsmittel		
Beihilfehöchstintensität		
Laufzeit		
Wirtschaftssektoren	Gasverteilung durch Rohrleitungen, Gashandel durch Rohrleitungen	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz Scharnhorststr. 34-37, 10115 Berlin	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind,
finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/3023

2.5.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.107366

(C/2024/3023)

Datum der Annahme der Entscheidung	26.2.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.107366	
Mitgliedstaat	Frankreich	
Region		
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Aides aux investissements des grandes entreprises actives dans la transformation et la commercialisation de produits agricoles pour la période 2023-2029	
Rechtsgrundlage	articles L.111-2-2, L621-1, L.696-1, D696-1 à D696-3 du code rural et de la pêche maritime ; articles L. 1511-1 et suivants, et article L.3232-1-2 du code général des collectivités territoriales ; articles L.213-8-1 et suivants, et article R.213-32 du code de l'environnement ;arrêté du 8 mars 2023 portant approbation des modifications de la convention constitutive de l'Agence française pour le développement et la promotion de l'agriculture biologique, groupement d'intérêt public. document national relatif à la mise en œuvre des aides en faveur des investissements des grandes entreprises actives dans la transformation et la commercialisation de produits agricoles SA.107366.	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete, Beihilfen für Investitionen in die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	
Form der Beihilfe	Zuschuss, Bezuschusste Dienstleistungen, Zinsgünstiges Darlehen, rückzahlbare Vorschüsse, Bürgschaft, Steuerfreibetrag, Senkung der Steuerbemessungsgrundlage, Steuersatzermäßigung	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 300 000 000 EUR Jährliche Mittel: 50 000 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität	80,0 %	
Laufzeit	bis zum 31.12.2029	
Wirtschaftssektoren	Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten, Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, Getränkeherstellung, Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und Krafträdern)	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministère de l'Agriculture et de la Souveraineté alimentaire 78, rue de Varenne 75349 PARIS 07 SP	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/3025

2.5.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.112466

(C/2024/3025)

Datum der Annahme der Entscheidung	26.3.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.112466	
Mitgliedstaat	Deutschland	
Region	Deutschland	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	BUND: Förderbereich 3.A „Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen landwirtschaftlicher Erzeugnisse“ des GAK-Rahmenplans, Maßnahme 2.0 „Investitionen in die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse“ - mittelgroße Unternehmen	
Rechtsgrundlage	Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK-Gesetz - GAKG) Förderbereich 3.A „Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen landwirtschaftlicher Erzeugnisse“ des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete, Beihilfen für Investitionen in die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 30 000 000 EUR Jährliche Mittel: 5 000 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität		
Laufzeit	bis zum 31.12.2029	
Wirtschaftssektoren	VERARBEITENDES GEWERBE/HERSTELLUNG VON WAREN, LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Die jeweils zuständige Bewilligungsbehörde in den Bundesländern; siehe Liste im Anhang Die jeweils zuständige Bewilligungsbehörde in den Bundesländern; siehe Liste im Anhang	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/3026

2.5.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11540 — GAMMA / KARL ROYER / RHO / HEKTAR MEDIA)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3026)

1. Am 23. April 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Karl Royer GmbH (Österreich), kontrolliert von Herrn Karl Royer,
- Gamma Film GmbH („Gamma“, Österreich), Teil der Beta Film GmbH (Deutschland),
- Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung („RHO“, Österreich),
- hektar Media GmbH („hektar“ oder „JV“, Österreich), kontrolliert von der Karl Royer GmbH.

Die Karl Royer GmbH, Gamma und die RHO werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über hektar erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Die Karl Royer GmbH ist die Holdinggesellschaft, über die Herr Karl Royer seine Anteile an hektar und an der stoff agency GmbH, einer Werbeagentur in Österreich, hält. Herr Karl Royer, die Karl Royer GmbH und ihre Tochtergesellschaften sind in der Regel nur in Österreich tätig.
- Gamma produziert audiovisuelle Inhalte, der Film- und Fernsehkonzern Beta Film GmbH hat seinen Schwerpunkt in Deutschland, ist aber auch EU-weit und international tätig.
- Die RHO ist eine Beteiligungsholding mit Beteiligungen in den Geschäftsfeldern Agrar, Bank, Medien und Infrastruktur; sie hat ihren Schwerpunkt in Österreich, ist aber auch EU-weit und international tätig.
- Hektar ist eine Werbeagentur in Österreich, die sich auf Video- und Online-Inhalte über das Leben auf dem Land spezialisiert hat.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11540 — GAMMA / KARL ROYER / RHO / HEKTAR

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/3027

2.5.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11488 — NEXANS / GRUPPO LTC)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3027)

1. Am 23. April 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Nexans S.A. („Nexans“, FRANKREICH),
- Gruppo LTC S.p.A. („Gruppo LTC“, ITALIEN), kontrolliert von Fimassi Italia S.r.l. („Fimassi“, ITALIEN), Finscal Italia S.r.l. („Finscal“, ITALIEN) und Frau Sabrina Gobetti („Frau Gobetti“).

Nexans wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die alleinige Kontrolle über die Gesamtheit der Gruppo LTC erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Nexans ist eine französische Aktiengesellschaft, die in der Herstellung und im Verkauf von Stromkabeln sowie Lösungen und Dienstleistungen im Bereich Energietransport tätig ist. Nexans hat vier Hauptgeschäftsfelder: *Energieerzeugung und -übertragung* (Kabelsysteme für Hochspannungsprojekte wie Windparks); *Verteilung* (Mittel- und Niederspannungskabel für den Transport von Energie zum Verbrauchsort); *Verbraucher* (Niederspannungskabel für den Anschluss der Endnutzer an Energieverteilungsnetze) und *Industrie & Lösungen* (maßgeschneiderte Verkabelungs- und Anschlusslösungen für OEM und Betreiber von Industrieinfrastrukturprojekten in Bereichen wie Verkehr, automatische Geräte oder erneuerbare Energien),
- Gruppo LTC ist ein nach italienischem Recht gegründetes Privatunternehmen. Gruppo LTC hält das gesamte Kapital der La Triveneta S.p.A. („La Triveneta“). La Triveneta ist hauptsächlich in der Herstellung und im Verkauf allgemeiner Kabel für eine Vielzahl elektrischer Anwendungen, im Baugewerbe, in der Industrie und im Bereich der erneuerbaren Energien tätig. In begrenztem Umfang produziert und verkauft La Triveneta auch Mittelspannungskabel.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11488 — NEXANS / GRUPPO LTC

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).



**Berichtigung des Gemeinsamen Sortenkatalogs für landwirtschaftliche Pflanzenarten — Ergänzung
A 2024/3**

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/2212, 27. März 2024)

Seite 138, siebte Tabelle (zweimal):

Anstatt: „SY Milestone“

muss es „SY Mileston“.
heißen:

Seite 140, fünfte Tabelle (zweimal):

Anstatt: „SY Yastis“

muss es „SY Jastis“.
heißen:
